

Beteiligungssynopse: Öffentliche Stellen u.a.

Bezirksregierung Köln



Erste Beteiligung (7.2.2022 - 31.8.2022)

Hinweise: Änderungen können mit Hilfe der ID-Nummer den Änderungskarten Entfallende Festlegungen bzw. Neue Festlegungen und der Änderungssynopse Textliche Festlegungen entnommen werden; Original-Stellungnahmen und Anhänge lagen dem Regionalrat zur Beschlussfassung vor; Abweichende Abwägungsentscheidungen des Regionalrats Köln s. Synopse Änderungsantrag Regionalrat; Nummerierung der Ziele und Grundsätze bezieht sich auf den Stand 1. Planentwurf (2021)

* Exportbedingt werden Umlaute und Sonderzeichen in der pdf-Datei nicht korrekt dargestellt.

* Änderungskarten und Änderungssynopse wurden in der 2. Beteiligung als zweckdienliche Unterlagen ausgelegt.

www.brk.nrw.de



AZ: BET_100000_1

Stadt Aachen

1003912, Stadt Aachen

Inhalt

Zu Kapitel 3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung (Seite 66 ff)

Bevor auf die Darstellungen vom Allgemeinem Siedlungsbereich im neuen Regionalplan eingegangen wird, werden die aktuellen Wohnungsbedarfe und ihre absehbare Entwicklung dargelegt.

Wohnungsbedarfe Stadt Aachen

Wohnungsbedarfsprognose

Im Rahmen der ?Wohnungsbedarfsprognose für die Stadt Aachen ? Aktualisierung der Bevölkerungs- und Haushaltszahlen?, die begleitend zur Neuauflistung des Flächennutzungsplans im Jahr 2018 für die Stadt Aachen durch das Forschungs- und Beratungsbüro Quaestio erstellt wurde, wurden ausgehend von den prognostizierten Bevölkerungszahlen bis 2035 entsprechende Wohnungsbedarfe errechnet. Das Gutachten prognostiziert dabei einen weiteren Bevölkerungsanstieg bis 2030 auf bis ca. 264.700 Einwohner*innen, der sich bis 2035 auf etwa 264.500 einpendelt. Hieraus resultiert ein Neubaubedarf für Wohnungen von etwa 10.000 WE im Zeitraum zwischen 2019 und 2035 [Anlage]. Gleichzeitig zeigt der aktuelle Flächennutzungsplan, dass im Stadtgebiet keine ausreichenden Bauflächenpotenziale mehr gegeben sind, um den steigenden Wohnraumbedarf vollständig zu decken. Es ist davon auszugehen, dass der nach Abzug des wahrscheinlich aktivierbaren Innenentwicklungspotenzials und des Potenzials aus in Aufstellung befindlichen Bebauungsplänen sowie nach Berücksichtigung einer Flexibilitätsreserve verbleibende Flächenbedarf von 178 ha für neue Wohnbauflächen bis zum Jahr 2035 nicht vollständig in diesem Zeitraum bebaut werden würde. Der rechtswirksame Flächennutzungsplan AACHEN*2030 deckt in seinen Darstellungen rund 84 ha des vorgenannten Flächenbedarfs ab. Rund 94 ha bleiben hingegen ungedeckt. Bereits aus der Analyse dieser Kennzahlenresultiert die Notwendigkeit der Suche nach leistungsfähigen Alternativen im Hinblick auf die erkannte bedarfsgerechte Innenentwicklung. Daher wird die Stadt Aachen die Transformation und Nachverdichtung, das Flächenrecycling und die Aufwertung bestehender Gebiete in einem ganzheitlichen Ansatz forcieren. Derzeit arbeitet die Stadt Aachen zusammen mit der Firma Quaestio an einer weiteren Aktualisierung der Wohnungsbedarfsprognose für die Stadt Aachen, die die aktuellen statistischen wie

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung, insbesondere zum Wohnungsmarkt und zur städtebaulichen Entwicklung, vorgebracht.

Im Übrigen wird auf die Ausgleichsvorschläge der entsprechenden Teilstellungsnahmen verwiesen.

auch weltpolitischen und pandemischen Entwicklungen mit in den Blick der Prognose nimmt. Mit der Fertigstellung ist im Sommer 2022 zu rechnen.

Wohnungsmarkt

Nachfrage: Die *Nachfrage* nach Wohnraum in Aachen ist maßgeblich geprägt durch ein rasantes Bevölkerungswachstum. So waren 2020 etwa 14.000 Menschen mehr in Aachen wohnhaft gemeldet als noch im Jahr 2010 (2010 = 245.141 EW, 2020 = 258.828). Diese Entwicklung und somit auch die spezifische Wohnungsnachfrage in Aachen ist stark angetrieben von der außerordentlich positiven Hochschul- und Campusentwicklung der vergangenen Dekade. In den letzten zehn Jahren seit 2010 wuchs die Zahl der in Aachen immatrikulierten Studierenden um fast 21.000 Personen auf aktuell über 60.000 Studierende an den Hochschulen vor Ort an. Gleichzeitig treiben die beiden großen Hochschulen RWTH Aachen und FH Aachen die Entwicklung ihrer Campus-Projekte in Melaten, West (beide RWTH) und Süd (FH) voran. In Zuge dessen entstehen dort langfristig zahlreiche neue Arbeitsplätze (> 10.000 Arbeitsplätze) die nachgelagert für weitere Wohnraumbedarfe sorgen dürften. Auch die qualitative Wohnungsnachfrage verändert sich. Zum einen ist der gesellschaftliche Trend zum Ein-Personen- Haushalt ungebrochen: mehr als 58 % der Aachener Haushalte werden nur von einer Person bestritten. Zudem sind im Zuge der Pandemie die Ansprüche an die eigenen vier Wände bei vielen Menschen gestiegen ? insbesondere was zusätzliche Zimmer und Außenflächen angeht. Hieraus ergibt sich insgesamt ein höherer individueller Wohnflächenbedarf, der Niederschlag in den allgemeinen Wohnungsbedarfen finden wird.

Wohnungsangebot: Das *Wohnungsangebot* steht derzeit im Zeichen knapper Wohnbauflächen. Steigende Bodenpreise sind ein Hinweis auf eine angespannte Flächensituation und tragen zu einem bedeutenden Anteil an den Gesamtkosten für Wohnungsbau bei. Die Grundstückspreise sind daher ein bedeutender Indikator dafür, wieviel Bauland noch zur Mobilisierung vorhanden ist und wie sich die Miet- und Eigentumspreise perspektivisch entwickeln werden. Spätestens seit 2015 ist bei Baugrundstücken in Aachen für Ein- und Mehrfamilienhäuser eine rasante Preisentwicklung zu beobachten. Die Bodenpreise für Individualwohnungsbau (EFH) stiegen etwas stärker an (+ 32 %) als diese für Geschosswohnungsbau (MFH) (+ 21 %). Derzeit üben die deutlichen Preisanstiege von Baukosten im Wohnungsbau einen zusätzlichen Druck auf die Gesamtkosten von Wohnbauvorhaben aus. So verteuerten sich die Preise für den Neubau von Wohngebäuden im Februar 2022 um 14,3 % im Vergleich zum Februar 2021. Eine ähnliche Verteuerung war bereits im November 2021 mit einem Anstieg von 14,4 % im Vorjahresvergleich zu beobachten (Statistisches Bundesamt (2022): Preisindizes für die Bauwirtschaft. Fachserie 17, Reihe 4). Parallel dazu nähren sich derzeit die Anzeichen, dass die Niedrigzinsphase, gerade auch bei Immobilienkrediten, die bisher Garant für ein ausgezeichnetes Investitionsklima im freifinanzierten wie auch öffentlich geförderten Wohnungsbau war, sich im Zuge der derzeit hohen Inflationsraten dem Ende neigt. So stieg der Zins für Hypotheken mit

einer Laufzeit von 5-10 Jahren zuletzt binnen 2 Monaten von 1,19 % im Januar 2022 auf bereits 1,50 % im März 2022 (Deutsche Bundesbank (2022): Zinsstatistik). Die Bautätigkeit liegt in Aachen derzeit auf einem vergleichsweise hohen Niveau, kann dennoch die enorme Wohnungsnachfrage nicht nachhaltig bedienen und wird zukünftig stärker von den oben angesprochenen hemmenden Faktoren für Wohnbauinvestitionen beeinflusst sein. So konnten seit 2010 insgesamt 6.416 WE neu fertiggestellt werden ? hierbei handelte es sich zum Großteil um Apartments, 1- oder 2-Zimmerwohnungen, die zumeist von Ein-Personen-Haushalten bezogen werden. Die fehlende Neubautätigkeit konnte durch die Reaktivierung von bisher leerstehenden Wohnungen kompensiert werden und in Teilen die gestiegene Nachfrage bedienen, sodass die Leerstandsquote für Wohnraum in Aachen aktuell nur bei 3,9 % liegt, bereinigt von modernisierungsbedingten Leerständen sogar nur bei 1,9 %. Die Preisentwicklung für Wohneigentum und Mietwohnungen zeigt in Aachen seit Jahren entsprechend deutlich nach oben. So stieg der mittlere Angebotsmietpreis von 6,36 €/m² im Jahr 2010 auf 9,13 €/m² in 2020 an. Analog dazu verschob sich die Angebotsverteilung aller Mietangebote deutlich aus dem unteren Preissegment in das hohe Preissegment über 10 €/m², welches vor 10 Jahren nur eine kleine Nische mit ca. 7 % Marktanteil darstellte, nun aber fast 35 % aller Mietangebote ausmacht. Die hier dargestellte Preisentwicklung für Neu- und Wiedervermietungen erschwert demnach nicht nur potentiellen Neu-Aachener*innen die Versorgung mit passendem und leistbarem Wohnraum, sondern birgt auch für Personen in bestehenden Mietverhältnissen die Gefahr, ihren Wohnraum nicht den jeweils aktuellen Lebensumständen anpassen zu können und somit in nicht bedarfsgerechten Wohnsituationen zu verweilen. Im Wohneigentum stieg der angebotene Kaufpreis von Eigenheimobjekten (Neubau und Bestand) seit 2012 um 63 % auf 479.900 €, die für ein Einfamilienhaus im Mittel im Jahr 2020 abgerufen wurden. Noch etwas deutlicher war der prozentuale Anstieg des mittleren Quadratmeterpreises bei Eigentumswohnungen, der im selben Zeitraum um 79 % auf nun 3.035 €/m² angestiegen ist. Die Flächenknappheit für Wohnungsbau in Aachen begrenzt die Möglichkeiten für den stark flächenbeanspruchenden Einfamilienhausbau deutlich. Besonders herausfordernd gestaltet sich der öffentlich geförderte Wohnungsbau. Aktuell gibt es in der Stadt Aachen knapp 10.000 öffentlich geförderte Wohneinheiten, die über Mietpreis- und Belegungsbindung für geringverdienende Haushalte zur Verfügung gestellt werden können. Die Anzahl der jährlich neu bewilligten, öffentlich geförderten Wohnungen lag über fünf Jahre hinweg auf hohem Niveau und erreichte 2019 mit 379 neu bewilligten Wohneinheiten den höchsten Wert seit 1990. Im Jahr 2020 brach dieser Wert dann deutlich auf nur noch 111 bewilligte Wohneinheiten ein. Ein Indiz für erste Anzeichen der oben beschriebenen Wohnbauflächenknappheit, die zu sinkenden Investitionen in den öffentlichen geförderten Wohnungsbauführen kann und Druck auf die Renditechancen potentieller Investor*innen ausübt. Zudem gerät das Segment in den kommenden Jahren bis 2030 aufgrund des Auslaufens von Mietpreis- und Belegungsbindungen bei 6.000 der 10.000 WE weiter unter Druck und kann selbst bei hohem Neubauniveau von geförderten Wohnungen nicht ausreichend ersetzt werden. Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Anforderungen an die Darstellung von Allgemeinem Siedlungsbereich im Entwurf des neuen Regionalplanes:

Befürwortete Planungsaspekte Zu den ausdrücklich zu unterstützenden Planaussagen des Entwurfes gehören die Neudarstellung eines Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) für die Ortslagen Horbach, Vaalser Quartier, Preuswald und Schleckheim, da diese durch zurückliegenden Bevölkerungszuwachs zwischenzeitlich die raumplanerische Darstellungsschwelle erreicht haben. Dies ist zu begrüßen, da nunmehr die raumplanerische Beurteilung künftiger Entwicklungen auf Grundlage der Siedlungsflächendarstellung erfolgt und nicht mehr nur an der natürlichen Entwicklung der Bevölkerung orientiert ist. Dies schafft Planungssicherheit und ermöglicht eine behutsame Weiterentwicklung dieser attraktiven Siedlungsräume. Im Entwurf des Regionalplanes findet eine deutliche Reduzierung des ASB zugunsten von Allgemeinem Freiraum und Agrarbereich statt. Dies ist insbesondere in den Aachener Grünfingern und an den Siedlungsrändern der Fall. Oftmals findet eine Konkretisierung durch überlagernde Darstellungen von Regionalen Grünzügen, Bereichen zum Schutz der Natur oder Bereichen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung statt. Diese Zielsetzung ist nachvollziehbar, da sie einen lokalen Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung leistet. Sie deckt sich ganz überwiegend mit den Planungszielen, die der Flächennutzungsplan AACHEN*2030 bereits darstellt, oder welche im Rahmen der Neuaufstellung des Landschaftsplanes detailliert und konkretisiert werden sollen. Die Zurücknahme dieser Siedlungsbereichsdarstellungen ist auch deshalb akzeptabel, da sie einen aktiven Beitrag der Stadt Aachen zum Klima-, Freiraum- und Ressourcenschutz markiert.

Anregungen / Ergänzungsbedarfe Der Flächennutzungsplan AACHEN*2030 wurde vom Rat der Stadt Aachen in seiner Sitzung am 26.08.2020 beschlossen und am 24.02.2021 von der Bezirksregierung Köln genehmigt. Vorausgegangen war ein mehrjähriger Planungsprozess mit intensiver inhaltlicher Diskussion und fachlichen Abstimmungen. Neben den veränderten Rahmenbedingungen, neuen gesetzlichen Grundlagen und Vorgaben hatten sich auch die voraussehbaren Bedürfnisse einer städtebaulichen Entwicklung für die Stadt Aachen geändert. Somit ergab sich die Notwendigkeit, die sich nach der beabsichtigten städtebaulichen Nutzung ergebende Art der Bodennutzung in den Grundzügen neu darzustellen. In den Planungsprozess sind vielfältige, zum Teil konkurrierende Belange eingeflossen. Nach Beratungen in allen Bezirksvertretungen und den betroffenen Fachausschüssen ist der Rat der Stadt Aachen den Abwägungsvorschlägen gefolgt und hat eine umfassende Abwägungsentscheidung getroffen. Alle Prüfflächen wurden im Verfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes AACHEN*2030 eingehend auf städtebauliche und Umweltaspekte geprüft und bewertet und haben an der Gesamtabwägung teilgenommen. Der Flächennutzungsplan AACHEN*2030 stellt ergänzend zu den Reserven der Innenentwicklung sowie den Reserven der in Aufstellung befindlichen Bebauungspläne 71 ha neue Wohnbauflächen dar. Für die Bedarfsdeckung werden mit einem Anteil von 50% 13 ha neue gemischte Bauflächen hinzugerechnet. Dies sind insgesamt 84 ha neue Flächen für Wohnungsbau. Im Vergleich zu dem ermittelten zusätzlichen Bedarf von rund 178 ha bleibt ein Delta von 94 ha, das im Stadtgebiet nicht abgedeckt werden kann. Bereits aus der Analyse

dieses Kennzahlenwerks resultiert die Notwendigkeit der Suche nach leistungsfähigen Alternativen. Daher wird die Stadt Aachen die Transformation und Nachverdichtung, das Flächenrecycling und die Aufwertung bestehender Gebiete in einem ganzheitlichen Ansatz forcieren, so dass sich behutsame Siedlungsflächen-Neuausweisungen auf der Ebene der Regionalplanung ausschließlich auf Arrondierungen beschränken. Im Rahmen der Abwägung zum Flächennutzungsplan AACHEN*2030 und der damit einhergehenden Gewichtung von sich zum Teil konträr gegenüberstehenden Belangen spielte der Zielkonflikt zwischen der Rücknahme von Bauflächen einerseits und andererseits der zumindest weitgehenden Deckung der für Aachen bestehenden Wohnbau- und Gewerbeflächen nachfrage bereits eine tragende Rolle. Im Zuge des damaligen Neuaufstellungsverfahrens erfolgte 2019 eine umfassende und detaillierte Einzelflächenprüfung. Auf Basis der gesamtstädtischen Betrachtung kam der Rat der Stadt Aachen zur Überzeugung, dass im Rahmen des Abwägungsvorschlags der Verwaltung insgesamt ein ausgewogenes Maß zwischen geordneter städtebaulicher Entwicklung durch Bauflächendarstellung und dem Schutz des Außenbereichs und Freiraums erreicht wurde. Der Anregung, Flächen und Ressourcen zu schonen, wurde in der Abwägung mit anderen Belangen ? hier insbesondere der Bereitstellung von Wohnbauflächen und gewerblichen Bauflächen - so weit wie möglich und in einem in der Gesamtschau verträglichen Umfang gefolgt. Daher bringt die Stadt Aachen in das im Dezember 2021 angestoßene formelle Neuaufstellungsverfahren des Regionalplanes nur diejenigen Flächen als Siedlungsbereichsdarstellungen ein, die bereits im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans AACHEN*2030 als Bauflächen dargestellt und von der Bezirksregierung Köln genehmigt wurden. Damit können die regionalplanerischen Voraussetzungen geschaffen werden, den Flächennutzungsplan in Übereinstimmung mit den regionalplanerischen Zielvorgaben zu bringen, und damit einen Beitrag zur Deckung künftiger Flächenbedarfe für Wohnungen und Arbeitsplätze zu leisten, ohne die Aspekte des Klima-, Freiraum- und Ressourcenschutzes zu vernachlässigen. Auf die entsprechende Kartendarstellung in der Anlage wird verwiesen [Anlage]. [Die in der Anlage dargestellten Anregungen werden in separaten Teilstellungnahmen behandelt].

1003913, Stadt Aachen	
<p>Inhalt</p> <p><i>Zu Kapitel 3.2.1 Allgemeine Siedlungsbereiche (Seite 66 ff)</i></p> <p>Anregungen / Ergänzungsbedarfe</p> <p>Der neue Regionalplan trifft keine weiteren Regelungen zum (großflächigen) Einzelhandel bis auf den Grundsatz, dass dieser an den ÖPNV anzuschließen ist. Ansonsten wird auf die Grundsätze und Ziele des Landesentwicklungsplanes (LEP) hingewiesen. Seit kurzem liegt der Einzelhandelserlass NRW 2021 vor, der sich auch an die Regionalplanung richtet. Unter Punkt 3.1.9 wird aufgeführt, dass sich die Regionalplanung bei der Fortschreibung und der Änderung von Regionalplänen inhaltlich mit den im jeweiligen Planungsraum vorliegenden, einschlägigen Regionalen Einzelhandelskonzepten zu befassen hat. Für die Städteregion Aachen liegt das Städteregionale Einzelhandelskonzept (STRIKT) vor, das zuletzt 2019 aktualisiert wurde. In der vorliegenden Begründung zum Regionalplan wird hierauf kein Bezug genommen. Es wird angeregt, einen entsprechenden Hinweis aufzunehmen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis wird in der Einleitung zu den Textlichen Festlegungen in Kapitel 1.3 entsprechend ergänzt.</p>

Inhalt

Zu Kapitel 3.3 Bereiche für die gewerbliche und industrielle Nutzung (Seite 72 ff)

Um eine erfolgreiche Ansiedlung sowie gewerbliche Erweiterungsmöglichkeit zu bieten, damit einhergehend neue Arbeitsplätze in der Region zu schaffen und dem Strukturwandel in der Region zu begegnen, sind ausgewiesene industrielle und gewerbliche Bereiche (GIB) bzw. ASB-Ausweisungen im Regionalplan unerlässlich. Anders lassen sich die erheblichen gewerblichen Flächenbedarfe in der Stadt Aachen nicht befriedigen. Alleine im Jahr 2021 wurden im Rahmen des Gewerbeflächenmanagements 186 Gewerbeflächenanfragen bearbeitet. Ein Großteil der eingehenden Flächenanfragen konnten auf Grund der bereits heute bestehenden Flächenknappheit nicht zu einem positiven Abschluss gebracht werden. Mit der Neuaufstellung des Regionalplans sollte diese angespannte Situation nicht weiter verstärkt werden, da Gewerbeflächen die Grundlage für eine positive Wirtschaftsentwicklung darstellen, die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes stärken und der wichtigste Bestandteil sind, um den Herausforderungen des Strukturwandels gerecht zu werden. Darüber hinaus verringern Wertschöpfung und Arbeitsplätze die Soziallasten und sichern den Wohlstand. Im Rahmen dieser Stellungnahme legt die Stadt Aachen daher auch ein besonderes Augenmerk auf das Ungleichgewicht zwischen gewerblichen Flächenbedarfen und gewerblich nutzbaren Potenzialflächen in Aachen. Um dem negativen Gewerbeflächentrend entgegen zu wirken, darf es nicht zu einer Reduzierung von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) kommen. Die Bezirksregierung geht laut Begründung des Regionalplanentwurfs (S. 59) für die nächsten 25 Jahre (2018 bis 2043) von einem Gewerbeflächenbedarf von 318 ha in der Stadt Aachen aus. Dem gegenüber stehen laut Bezirksregierung 108 ha gewerblich nutzbare Flächenpotenziale. Diese Flächenpotenziale setzen sich zusammen aus 103 ha entsprechend den Darstellungen des rechtswirksamen Flächennutzungsplans AACHEN*2030, und weiteren 5 ha, die sich aus der Neuaufstellung des Regionalplans ergeben. Somit lässt sich eine Diskrepanz von 205 ha beziffern, die sich bei genauerer Betrachtung der Zahlen weiter verschärft. Bereits der Fachbeitrag der Region Aachen hatte 2019 die GIFPRO-Berechnungsmethode kritisiert. Sie stelle im Wesentlichen den endogenen Bedarf der Kommunen dar. Eine Differenzierung nach Qualität und Segment der Flächen erfolge hierbei nicht. Darüber hinaus müsse aber in den nächsten Jahren zusätzlich mit einer erheblichen externen Flächennachfrage, insbesondere aus den Ballungsgebieten entlang des Rheins (Köln, Bonn, Düsseldorf) und der Maas (Maastricht, Heerlen, Roermond) gerechnet werden. Darüber hinaus legt die GIFPRO-Berechnung die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort aus dem Jahr 2017 zu Grunde. Bei der Betrachtung der SvB-Zahlen der letzten Jahre lässt sich jedoch ein steigender Trend feststellen, wodurch davon auszugehen ist, dass die Nachfrage nach Gewerbe- und Industrieflächen in den nächsten Dekaden deutlich stärker als prognostiziert zunehmen

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Festlegung von Bereichen für die Entwicklung von Wirtschaftsflächen erfolgte bedarfsgerecht entsprechend der Vorgaben des LEP NRW und unter besonderer Berücksichtigung von Flächen, die sich nach Auffassung der Kommunen hierfür eignen und entwickelt werden sollen. Wesentliche Grundlage für die Betrachtung der Reserveflächenituation ist gemäß LEP NRW das nach landesweit einheitlichen Kriterien erarbeitete Siedlungsflächenmonitoring (SFM). In Teilbereichen, in denen aufgrund der örtlichen Flächensituation keine bedarfsgerechte Verteilung möglich war, erfolgte eine Verortung nach regional abgestimmten Kriterien (Region Plus Wirtschaft) oder gemeinsam mit anderen Kommunen (z.B. interkommunaler GIB Aachen-Eschweiler). Auf diese Weise kann die gemäß LEP NRW flächensparende und dem Bedarf entsprechende Wirtschaftsflächenentwicklung in der Region Köln sichergestellt werden.

wird. Aufgrund der Verortung zahlreicher Forschungs- und Ausbildungsstätten mit dem fachlichen Schwerpunkt in den Bereichen Informatik, Elektrotechnik, Maschinenbau und Verfahrenstechnik in Aachen und der Region bestehen außergewöhnliche Standortvoraussetzungen für technologieorientierte Unternehmensentwicklungen mit denen eine verstärkte Flächennachfrage, insbesondere auch nach Produktions- und Industrieflächen einhergeht. Zudem weichen die Hochschulen aufgrund des allgemeinen Flächenmangels im Stadtgebiet immer häufiger auf für gewerbliche Nutzung vorgesehene Flächen aus und verschärfen somit zusätzlich den Druck auf dem Gewerbeflächenmarkt. Dem hohen Gewerbeflächenbedarf steht eine Zahl an Flächenpotenzialen gegenüber, die bei genauerer Betrachtung durch verschiedene Restriktionen und örtliche Gegebenheiten sowohl quantitativ, als auch qualitativ zu reduzieren ist und damit zukünftig nicht für eine gewerbliche Nutzung zur Verfügung stehen. Folgende Beispiele sollen dies verdeutlichen: Im Bereich Brand-Nord (G-AC-024) wurde im FNP-Vorentwurf ursprünglich eine gewerbliche Reservefläche von 19,95 ha aufgeführt. Diese Fläche musste aufgrund der Umweltprüfung, mit Ausnahme einer kleinen Restfläche, jedoch entfallen. Ähnlich ist es in Oberforstbach, am Nerscheider Weg. Hier sah der FNP-Vorentwurf eine gewerbliche Reservefläche (G-AC-026) von 18,48 ha vor. Aus verschiedenen Gründen (u.a. Natur- und Wasserschutz) wurde diese Fläche im rechtskräftigen FNP auf lediglich 2 ha reduziert. Andere aufgeführte Reserveflächen wie beispielsweise in Eilendorf-Süd (G-AC-013) dienen als unternehmensbezogene betriebliche Erweiterungsflächen (10,36 ha) oder befinden sich wie Auf der Hüls (G-AC-018) im Privateigentum (1,32 ha), sodass mit einem großen Teil der Flächenreserven die Entwicklungsziele der öffentlichen Hand nur beschränkt verfolgt werden können. Ein realistischeres Bild der tatsächlich verfügbaren Flächen liefert das jährlich aktualisierte Gewerbeflächen-Monitoring (gfm®) der AGIT mbh, dass die gewerblich nutzbaren Flächenreserven in Aachen auf 29,7 ha beziffert. Davon sind 8,7 ha als sofort verfügbar, 3,7 als kurzfristig verfügbar (bis 2 Jahre), 17,3 ha als mittelfristig verfügbar (2 bis 5 Jahre) deklariert. Darüber hinaus werden weitere 6,7 ha als optional ausgewiesen.

1003915, Stadt Aachen

Inhalt

Befürwortete Planungsaspekte

Als Resultat der vorangegangenen Darstellungen ist festzuhalten, dass die Stadt Aachen derzeit von einem nochmals deutlich höheren Gewerbeflächenbedarf als den seitens der Bezirksregierung Köln ermittelten 318 ha ausgeht. Das ermittelte Flächenpotential von 108 ha greift mit 103 ha Flächendarstellungen des rechtswirksamen Flächennutzungsplans AACHEN*2030 auf und hat damit bereits zu 95% Eingang in die kommunale Bauleitplanung gefunden. Die Bestätigung und Absicherung dieses Flächenpotentials auf der Ebene der Regionalplanung wird ausdrücklich begrüßt. Noch deutlicher als in Kapitel 3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung zeigt Kapitel 3.3 Bereiche für die gewerbliche und industrielle Nutzung das erhebliche Delta zwischen Flächenbedarfen und Flächenpotentialen auf. Dieses kann auf der Ebene des Regionalplans nur marginal durch zusätzliche Ausweisungen adressiert werden. Vielmehr gilt auch hier die Notwendigkeit der Suche nach wirksamen Alternativen zur Flächeninanspruchnahme. Hierzu zählen 1. der Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung 2. die Entwicklung zeitgemäßer und zukunfts zugewandter Instrumente (wie etwa den AACHEN Kompass) zur strategischen Steuerung der Stadtentwicklung 3. Aufbau und Anwendung eines Flächenmanagements zur frühzeitigen Ermittlung fachlicher Flächenkonkurrenzen sowie zur Ermittlung von Nachverdichtungspotentialen im Bestand 4. Aufbau und Stärkung interkommunaler Kooperationen 5. Serviceorientierte, zugewandte Beratung zielsichere Kommunikation Sehr zu begrüßen ist der interkommunale Gewerbeflächenpool der Städte Aachen, Eschweiler, Würselen, Herzogenrath, Stolberg sowie der Gemeinde Roetgen. Er kann einen Teil dazu beitragen, das Ungleichgewicht zu glätten. Gemäß Öffentlich-rechtlicher Vereinbarung zwischen den genannten Kommunen kann er 73 ha der gewerblichen Flächennachfrage aus Aachen befriedigen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt, es werden Hinweise, jedoch weder Bedenken oder Anregungen geäußert.

1003916, Stadt Aachen

Inhalt

Die Stadt Aachen regt konkret an, auf dem Gelände Camp Hitfeld einen größeren GIB darzustellen. Dieser sollte mindestens der Größe des im Flächennutzungsplan AACHEN*2030 als gewerbliche Baufläche dargestellten Bereichs entsprechen [Anlage], und im Wege einer am Bestand orientierten Arrondierung Potenzialflächen für zukünftige Entwicklungen schaffen. Die notwendige Anpassung orientiert sich an der bereits durch die ehem. Kasernennutzung versiegelten Fläche und den Darstellungen des genehmigten Flächennutzungsplans AACHEN*2030 und beachtet sowohl die Wasser- als auch Naturschutzzonen. Somit würde anstatt des im Regionalplanentwurf vorgesehenen ca. 12 ha großen GIB ein ca. 18 ha großer GIB entstehen. Die im Regionalplanentwurf aufgeführte Zweckbindung in diesem Bereich ist zunächst nachvollziehbar. Unverständlich ist jedoch, dass die Zweckbindung die nordöstlich gelegenen, unversiegelten Flächen im Eingangsbereich des Camp Hitfeld miteinschließt. Somit wäre eine Bebauung dieser unversiegelten fast 5 ha großen Flächen in Gänze nicht möglich. Die Stadt Aachen schlägt deshalb einen zweigeteilten GIB vor, sodass der unversiegelte Bereich im Nordosten keine Zweckbindung erfährt und der restliche sowie bereits teilversiegelte südwestliche Bereich nur unter der Berücksichtigung der Zweckbindung bebaut werden kann. Gerade dem Bereich Camp Hitfeld kommt als Gewerbeflächenreserve eine hohe Bedeutung zu. Beachtet werden muss jedoch auch, dass aufgrund der Lage, des Grundwasser- und Gewässerschutzes, der Erschließungs sowie möglicher Altlastenproblematiken auch nur eine eingeschränkte bzw. nur für bestimmte Zwecke gewerbliche Nutzung in diesem Gebiet möglich sein wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung des zweckgebundenen GIB wird entsprechend der bestehenden FNP-Darstellung erweitert (s. Änderungskarten). Die seitens der Stadt Aachen verfolgte Festlegung des ehemals militärisch genutzten Bereiches als GIB im neuen Regionalplan bedingt die Festlegung entsprechend der Vorgaben gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW.

1003917, Stadt Aachen

Inhalt

Eine weitere dringende Anregung der Stadt betrifft das Firmengelände am Nerscheider Weg und das angrenzende städtische gewerblich nutzbare Grundstück. Seitdem 2018 eine regionale Investorengruppe über die Aktienmehrheit des ansässigen Unternehmens verfügt, wird das Unternehmen kontinuierlich und zielführend auf die Zukunft ausgerichtet, indem u.a. das Kerngeschäft der Antriebstechnik im Bereich der industriellen Großanwendungen vorangetrieben wird. Parallel wurden freigesetzte Flächenkapazitäten der Firma an externe Unternehmen vermietet, sodass ein ansprechender Industriepark entstanden ist. Nordwestlich angrenzend an das Firmengelände ist die Stadt Aachen Eigentümerin eines Grundstückes, das laut Flächennutzungsplan AACHEN*2030 zu ca. 2 ha gewerblich entwickelt werden kann. Für die Stadt Aachen ist dieses Grundstück eine wertvolle Potenzialfläche für industriell geprägte und (leicht) emittierende Unternehmen, denn die nächste Wohnbebauung ist hier mind. 170 m entfernt. Der Stadt Aachen ist bewusst, dass auch ein ASB an dieser Stelle eine gewerbliche Nutzung ermöglichen würde, doch für F&E- und Dienstleistungsunternehmen, schaffen aktuell zahlreiche Büroentwicklungen gute Erweiterungs- und Ansiedlungsmöglichkeiten. Ein Flächenmangel im gewerblichen Bereich besteht insbesondere für produzierende und emittierende Unternehmen, weshalb der Erhalt bzw. die Ausweisung des GIB dringend notwendig sind. Aufgrund der ausgesprochen positiven Entwicklung des Unternehmens und des Firmengeländes, sowie der wertvollen städtischen Potenzialfläche fordern die Stadt Aachen, dass das angesprochene Areal ein GIB bleibt (wie im derzeit rechtskräftigen Regionalplan) und nicht in ein ASB umgewandelt wird [s. Anlage Abb.1003917_1].

Anhänge

[Abb_ID1003917.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

1003918, Stadt Aachen

Inhalt

Letztlich zeigt diese Stellungnahme die stark vorherrschende Gewerbeflächenknappheit im Stadtgebiet Aachen auf, der eine bedeutende Zahl an kurz- und mittelfristigen Gewerbeflächenanfragen entgegensteht. Die Stadt Aachen wird aus diesem Grund im gewerblich-industriellen Bereich die Innenentwicklung und Nachverdichtung bestehender Gewerbeflächen forcieren und setzt vor allem auf die Fortführung der interkommunalen Zusammenarbeit. Vor diesem Hintergrund begrüßt die Stadt Aachen ausdrücklich die Planungssicherheit, die durch die GIB-Ausweisung der Gewerbegebiete ?Merzbrück? in Würselen und ?Kinzweiler? in Eschweiler im Regionalplanentwurf zustande gekommen ist. Im Sinne der Zukunftstauglichkeit und Leistungsfähigkeit des städteregionalen Gewerbeflächenpools regt die Stadt Aachen zugleich an, den Vorschlägen für GIB-Neuausweisungen für die Stadt Herzogenrath seitens der Bezirksregierung zuzustimmen. Dies kann im Bereich der Roermonder Straße bzw. einer gleichwertigen Alternativfläche geschehen. Generell nimmt der Flächendruck auch in Herzogenrath immer stärker zu, so dass es perspektivisch auch hier zu einer Flächenknappheit kommen wird. Zusammenfassend drängt die Stadt Aachen auf folgende Anpassungen: Arrondierung des GIB im Bereich Camp Hitfeld entsprechend den Darstellungen des genehmigten Flächennutzungsplans AACHEN*2030 sowie Anpassung der dortigen Zweckbindungsbestimmungen, GIB-anstatt ASB-Ausweisung im Bereich des Firmengeländes am Nerscheider Weg, GIB-Neuausweisung im Rahmen des interkommunalen Gewerbeflächenpools, u.a. in Herzogenrath im Bereich der Roermonder Straße bzw. einer gleichwertigen Alternativfläche im Herzogenrather Plangebiet

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Den in den Hinweisen angesprochenen Anregungen der Stadt Aachen bzw. der Stadt Herzogenrath wird i.W. entsprochen.

1003919, Stadt Aachen

Inhalt

Zu Kapitel 4.2 Regionale Grünzüge

Befürwortete Planungsaspekte - Die Ausweisung der regionalen Grünzüge ist rund um den Siedlungskern der Stadt Aachen, insbesondere im Bereich der Aachener Grünfinger nachvollziehbar und wird aus fachlicher Sicht begrüßt. Zu den explizit umweltfachlichen Anregungen gehört, den Regionalen Grünzug auch komplett um und direkt angrenzend an die Ortslagen im Bereich Lichtenbusch, Oberforstbach, Schleckheim und Kornelimünster darzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine flächendeckende Festlegung des Freiraums entspricht in diesen Bereichen nicht der planerischen Konzeption. In den Übergangsbereichen zwischen den stark verdichteten Räumen zum ländlichen Raum erfolgt entsprechend dem Plankonzept eine differenziertere und weniger flächendeckende Festlegung der Regionalen Grünzüge auf Basis unterschiedlicher Kriterien (s. Planbegründung). Die Festlegung ist hier insbesondere darauf ausgerichtet, die Anbindung der wesentlichen Freiraumkorridore an die Freiraumstrukturen des ländlichen Raums sicherzustellen. Dies schließt die Sicherung weiterer Bereiche auf örtlicher Ebene nicht aus.

1003920, Stadt Aachen

Inhalt

Im nördlichen und westlichen Stadtgebiet wird nachdrücklich angeregt, die flächendeckenden Darstellungen von Regionalen Grünzügen zu prüfen, um unbegründete Konflikte im Hinblick auf die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für den dringend gebotenen Ausbau erneuerbarer Energien (Windenergie, PV) zu vermeiden bzw. zu begrenzen. Dies gilt auch für entsprechende Darstellungen entlang der stark vorbelasteten Infrastrukturtrassen (BAB 4, BAB 44, Autobahnkreuz Aachen).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bedarf keiner Änderung der geplanten Festlegungen. Entsprechend den in Änderung befindlichen landesplanerischen Vorgaben ist in Regionalen Grünzügen die Errichtung von Freiflächensolaranlagen möglich. Im Falle von konkreten Planungsvorhaben erfolgt eine Einzelfallprüfung.

1003921, Stadt Aachen	
<p>Inhalt</p> <p><i>Zu Kapitel 4.3.1 Schutz der Natur und Landschaft</i></p> <p>Befürwortete Planungsaspekte</p> <p>Die deutliche Vermehrung der Bereiche für den besonderen Schutz der Natur (BSN-Flächen) im Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans wird befürwortet. Hier stimmen die meisten Flächen mit den geplanten Naturschutzgebieten im Vorentwurf des in Neuaufstellung befindlichen Landschaftsplans überein bzw. geben die Schutzwürdigkeit von Natur und Landschaft sowie die Wertigkeit des Biotopverbunds bereits auf der Ebene der Regionalplanung wieder.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1003922, Stadt Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Es wird eine Erweiterung der BSN-Flächen um den Hitfelder Bach als Teil des geplanten Naturschutzgebiets NSG 12 ?Beverbach mit Augustiner Wald und Hitfelder Bach? sowie um Bereiche der Gewässerläufe des Prälatsensiefs und des Fobisbaches mit Zuläufen im Münsterwald vorgeschlagen. Eine ausführliche Begründung mit kartographischer Darstellung ist in der Anlage beigefügt</p> <p>Es wird eine Erweiterung der BSN-Flächen um den Hitfelder Bach als Teil des geplanten NSG 12 ?Beverbach mit Augustiner Wald und Hitfelder Bach? vorgeschlagen, sofern die Maßstäblichkeit des Regionalplans dies zulässt. Dies würde auch der besonderen Bedeutung des Biotopverbundes entsprechen (hier VB-K-5202-003 Beverbach und Hitfelder Bach am Stadtrand von Aachen), der insbesondere die Vernetzungselemente der Bachtäler betont. Eine Erweiterung der BSNFlächen entlang des Hitfelder Baches würde zur Stärkung des Biotopverbundes undGewässerschutzes beitragen (siehe folgende Abbildung, rechte Seite, grüne Schraffur) [s. Anlage Abb. 1003922_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003922.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend der Anregung der Stadt Aachen als Trägerin der Landschaftsplanung im Bereich des geplanten Naturschutzgebiets geändert (s. Änderungskarten).</p>

1003923, Stadt Aachen	
<p>Inhalt</p> <p><i>Zu Kapitel 4.3.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung</i></p> <p>Befürwortete Planungsaspekte: Die Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE-Flächen) sind weitgehend übereinstimmend mit dem rechtskräftigen Landschaftsplan sowie zu dem in Neuaufstellung befindlichen Landschaftsplan.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1003924, Stadt Aachen

Inhalt

Die im Planentwurf als BSLE-Flächen mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft dargestellten Teilbereiche der Horbacher Börde und des Vaalser Hügellandes werden kritisch gesehen und fachlich hinterfragt. Die beide Leitarten Feldhamster und Grauammer sind im Aachener Norden ausgestorben. Das laufende Wiederansiedlungsprojekt für den Feldhamster ist noch in einem sehr frühen Stadium. Zum jetzigen Zeitpunkt ist weder absehbar, ob die Wiederansiedlung Erfolg haben wird, noch ob überhaupt eine belastbare Erfolgsaussicht besteht. Die Stadt Aachen regt daher an, die BLSE-Darstellung kritisch zu prüfen und zurückzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege handelt es sich um Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft. Sie sind im Fachbeitrag als Biotopverbundflächen von regionaler Bedeutung (Stufe 2) gekennzeichnet. Unter dem Aspekt des Erhalts der Biodiversität und unter Berücksichtigung der planerischen Konzeption ist die Festlegung als Vorbehaltsgebiet (BSLE) sachgerecht.

1003925, Stadt Aachen

Inhalt

Zu Kapitel 5.1 Verkehrsinfrastruktur (Seite 130 ff)

Befürwortete Planungsaspekte: Vor dem Hintergrund der seitens der Stadt Aachen im Rahmen des Integrierten Klimaschutzkonzeptes (IKSK) 2020 beschlossenen Klimaschutzbestrebungen kommt einer emissionsfreien und klimaneutralen Verkehrsentwicklung im Sinne einer Mobilitätswende eine herausragende Bedeutung zu. Der hiermit verbundene Ausbau (infrastrukturell und betrieblich) und die Stärkung des Umweltverbundes (ÖPNV, Rad- und Fußverkehr) sollte aus Sicht der Stadt Aachen durch übergeordnete Planwerke ermöglicht und zukünftig gesichert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1003926, Stadt Aachen

Inhalt

Zu Kapitel 5.1.2 Radwegenetz (Seite 131 ff)

Befürwortete Planungsaspekte: Die Darstellungen und Ausführungen zur Weiterentwicklung des Radverkehrsnetzes insbesondere mit dem Fokus auf regionale Verbindungen, werden grundsätzlich begrüßt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1003927, Stadt Aachen

Inhalt

Planung und Bau von neuen, regionalen Radwegeverbindungen sollten ? unter Berücksichtigung des Landschafts- und Freiraumschutzes ? weiterhin ermöglicht werden. Die Stadt Aachen verfolgt das Ziel, die für den regionalen Radverkehr bedeutsame Vennbahn (europäische Zertifizierung als 4 Sterne Qualitätsradroute) zwischen Aachen Rothe-Erde und Walheim von derzeit 2,5 m auf 4,0 m Breite auszubauen. Vor diesem Hintergrund schlägt die Stadt Aachen vor, die Vennbahn auch in der Erläuterungskarte I2 (Anhang A4) als Radweg mit erhöhtem Ausbaustandard aufzuführen. Es wird darüber hinaus empfohlen, ein Netz bedeutsamer, regionaler Radverkehrsachsen zu formulieren und die Grundlagen für eine weitergehende Planung und den folgenden Ausbau dieser Radverkehrsachsen zu sichern. Dieses Netz sollte gleichwertig zum Ausbau der regionalen Straßennetz-Infrastruktur betrachtet werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.

Eine zeichnerische Festlegung von Radschnellwegen im Regionalplan erfolgt nicht, da die landesplanerischen Vorgaben zum Zeitpunkt der Planaufstellung kein Sicherungserfordernis begründen. Auch liegt aktuell noch kein Bedarfsplan für Radschnellwege vor. Dies steht einer weiteren Konkretisierung von Radschnellwegen im Rahmen der Fachplanung oder der Bauleitplanung nicht entgegen.

1003928, Stadt Aachen	
<p>Inhalt</p> <p><i>Zu Kapitel 5.1.3 Schienennetz (Seite 132 ff, sowie Plandarstellung)</i></p> <p>Schienennetz / ÖPNV / Mobilstationen: Wesentliche Planungen auf kommunaler und regionaler Ebene (Haltepunkt Richterich, RegioTram, Avantis-Linie) sind in den textlichen Festsetzungen und/oder der Begründung und den zeichnerischen Festsetzungen enthalten. Die Stadt Aachen verfolgt gemeinsam mit der StädteRegion Aachen das Ziel, ein Netz von Mobilstationen zu planen und in Betrieb zu nehmen. Hierzu wird aktuell ein externes Gutachten unter Berücksichtigung der Ergebnisse der verbandweiten Untersuchung des NVR aus dem Jahr 2018 erarbeitet. Darüber hinaus ist die Stadt Aachen bestrebt, das P+R-Angebot entlang von wichtigen Hauptachsen des ÖPNV intensiv auszubauen. Auch hierzu gibt es laufende regionale Abstimmungen ebenfalls unter Einbeziehung des SPNV-Aufgabenträgers NVR. Insbesondere Abseits der aufkommensstarken SPNV-Achsen ist zukünftig ein verstärkter Ausbau der regionalen Schnellbusverbindungen geplant. Hierbei wäre eine weitere Betriebskostenfinanzierung über das Land NRW (wie nun erstmals ermöglicht) aus kommunaler Sicht sehr zu begrüßen. In der Einleitung wird auf S. 24 der Umstand erwähnt, dass die Aachener Agglomeration aufgrund der Grenzlage mit Belgien und den Niederlanden ein Alleinstellungsmerkmal in der Planungsregion Köln aufweist. Aus verkehrsplanerischer Sicht stellt dieses Alleinstellungsmerkmal (immer noch) eine Herausforderung dar, insbesondere im Bereich ÖPNV-Planung (Tarife, Marketing, Angebotsplanung). Dieser besonderen Situation wird über die euregionale Koordinierungsstelle beim Aachener Verkehrsverbund besonders Rechnung getragen. Die weitere Förderung und der Ausbau dieser für eine positive, grenzüberschreitende Mobilitätsentwicklung wichtigen Strukturen sollte auch in weiteren Planungsbereichen wie z.B. der grenzüberschreitenden Radverkehrsplanung geprüft und wenn möglich institutionalisiert werden. Die Stadt Aachen hofft, dass die vorgenannten Anregungen im weiteren Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplanes Berücksichtigung finden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen im Verkehrsbereich gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert. Soweit weitere Einzelaspekte angesprochen sind, wird auf die Ausgleichsvorschläge zu den jeweiligen Teilstellungnahmen verwiesen.</p>

1003929, Stadt Aachen

Inhalt

Die o.g. Flächen im Bezirk Aachen Mitte [Abb.] haben insbesondere aufgrund ihrer stadtklimatischen Funktion eine besonders hohe Sensibilität. Sie befinden sich überwiegend am Rande von Kaltluftbahnen, die für die Belüftung und den stadtklimatischen sowie lufthygienischen Ausgleich des Aachener Talkessels eine herausragende Bedeutung haben. Betroffen sind neben den Schutzgütern Klima und Luft vor allem die Schutzgüter Boden, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt sowie das Landschafts- und Ortsbild und das Schutzgut Mensch (Erholungsfunktion). Somit wird gefordert, dass für die o.g. Flächen die Darstellung von ASB in Freiraum bzw. Freiraum mit der Signatur Regionaler Grünzug sowie Landschaftsschutz geändert wird (siehe dritte Spalte der Tabelle) und sich die ASB-Grenze am Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Landschaftsplans der Stadt Aachen orientiert [s. Anlage Abb. 1003929_1].

Anhänge

[Abb_ID1003929.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Vor diesem Hintergrund wird der Anregung nur bezogen auf die Flächen ASB-11 (Beverau) und ASB-01 (Salvatorberg) gefolgt (siehe Änderungskarte). Die übrigen Fälle sind Gegenstand der Konkretisierung auf örtlicher Ebene und bedürfen keiner Veränderung der zeichnerischen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf.

1003930, Stadt Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Bei den beiden Flächen [Abb.] im Bezirk Brand handelt es sich um Arrondierungen der Ortsrandbereiche, die vor allem für das Schutzgut Tiere sowie das Schutzgut Boden und das Schutzgut Landschaft von großer Bedeutung sind. Von einer Bebauung dieser Flächen wären insbesondere Vogelarten wie beispielsweise der Steinkauz betroffen. Somit wird gefordert, dass für die o.g. Flächen die Darstellung von ASB in Freiraum bzw. Freiraum mit der Signatur Regionaler Grünzug sowie Landschaftsschutz geändert wird (siehe dritte Spalte der Tabelle) und sich die ASB-Grenze am Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Landschaftsplans der Stadt Aachen orientiert [s. Anlage Abb. 1003930_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003930.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird im Bereich Brand-Südost entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Dem andere Rücknahmewunsch ("Brand-Süd") wird mit Blick auf die Maßstäblichkeit nicht gefolgt.</p>

1003931, Stadt Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Bei den Flächen im Bezirk Eilendorf [Abb.] wäre das Schutzgut Stadtklima im Falle einer Bebauung erheblich bis sehr erheblich betroffen. Eine Bebauung der Flächen EI-ASB-05 sowie EI-GIB-01 würde zu einer deutlichen Verengung des Kaltluftstroms führen, der zwischen dem Siedlungsbereich und dem Gewerbegebiet aus östlicher Richtung kommend verläuft und die stadtklimatisch mehrfachbelasteten Stadtgebiete Rothe Erde sowie Ostviertel mit Frischluft bzw. Kaltluft versorgt. Weiterhin besonders betroffen sind die Schutzgüter Boden, Tiere und Pflanzen sowie Wasser.</p> <p>Somit wird gefordert, dass für die Flächen EI-ASB-01, EI-ASB-02, EI-ASB-03, EI-ASB-04, EI-ASB-05 und EI-GIB-01 die Darstellung von ASB bzw. GIB in Freiraum bzw. Freiraum mit der Signatur</p> <p>Regionaler Grünzug sowie Landschaftsschutz geändert wird (siehe dritte Spalte der Tabelle) und sich die ASB-Grenze am Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Landschaftsplans der Stadt Aachen orientiert. Im Falle der Fläche EI-GIB-02 wird vorgeschlagen die Darstellung von GIB zu ASB zu ändern, um der zukünftigen Nutzung dieser Fläche als Kleingartenanlage zu entsprechen. Kleingartenanlagen sind nach dem Verständnis der Stadt Aachen dem ASB und nicht dem GIB zuzuweisen [s. Anlage Abb. 1003931_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003931.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Der Anregung wird insoweit nur auf den in der zugehörigen Karte gekennzeichneten Bereich ASB-04 gefolgt.</p>

1003932, Stadt Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Die beiden Flächen in Haaren [Abb.] stellen Freiflächen an den Ortsrändern dar, die vor allem aus Sicht des Naturschutzes sowie zum Schutz des Landschaftsbildes als unbebaute Flächen zu erhalten sind und somit im Geltungsbereich des neuen Landschaftsplans mit der Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet liegen. Somit wird gefordert, dass für die o.g. Flächen die Darstellung von ASB in Freiraum bzw. Freiraum mit der Signatur Regionaler Grünzug sowie Landschaftsschutz geändert wird (siehe dritte Spalte der Tabelle) und sich die ASB-Grenze am Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Landschaftsplans der Stadt Aachen orientiert [s. Anlage Abb. 1003932_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003932.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003933, Stadt Aachen

Inhalt

Bei den Flächen im Bezirk Kornelimünster-Walheim [Abb.] handelt es sich um z.T. sehr großzügige Arrondierungen an den Ortsrändern. Durch den damit verbundenen potenziellen Verlust der derzeitigen Ortsrandstrukturen sind vor allem die Schutzgüter Tiere (z.B. Steinkauz) und Pflanzen erheblich bis sehr erheblich betroffen. Erhebliche bis sehr erhebliche Auswirkungen bestehen auch für die Schutzgüter Boden, Wasser sowie Stadtklima (für den Aachener Talkessel relevante Kaltluftentstehungsflächen). Darüber hinaus würde eine Bebauung dieser Flächen das Schutzgut Landschaft erheblich beeinträchtigen. Somit wird gefordert, dass für die o.g. Flächen die Darstellung von ASB in Freiraum bzw. Freiraum und Regionalen Grünzug sowie Landschaftsschutz geändert wird (siehe dritte Spalte der Tabelle) und sich die ASB-Grenze am Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Landschaftsplans der Stadt Aachen orientiert. Darüber hinaus wird empfohlen, bei allen Flächen in dem Bereich um die Ortschaften Schleckheim, Oberforstbach, Kornelimünster, Walheim und Lichtenbusch die Darstellung als Regionale Grünzüge zu ergänzen, wo dies im Entwurf noch nicht der Fall ist [s. Anlage Abb. 1003933_1].

Anhänge

[Abb. ID1003933.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Der Anregung wird insofern nur teilweise bezogen auf die Bereiche südlich von Lichtenbusch und nördlich von Schleckheim gefolgt.

1003934, Stadt Aachen

Inhalt

Bei den 5 Flächen im Bezirk Laurensberg [Abb.] handelt es sich um Arrondierungen, vorwiegend an den Ortsrändern, von denen insbesondere die Schutzgüter Tiere, Pflanzen sowie Stadtklima und Wasser sowie Landschaft z.T. erheblich bis sehr erheblich potenziell betroffen sind. Für die Fläche LA-ASB-01 sollte die ASB-Darstellung in Freiraum mit Signatur Regionaler Grünzug geändert werden, um einen zusammenhängenden Grünzug (wie bereits im aktuellen Regionalplan) zwischen dem südlichen Siedlungsrand Laurensberg und dem Pariser Ring / Toledoring darzustellen. In diesem Bereich verläuft ein wichtiger Kaltluftstrom, welcher aus dem Dorbachtal kommend nach Osten in die Soers strömt. Somit wird gefordert, dass für die o.g. Flächen die Darstellung von ASB in Freiraum bzw. Freiraum und Regionalen Grünzug sowie Landschaftsschutz geändert wird (siehe dritte Spalte der Tabelle) und sich die ASB-Grenze am Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Landschaftsplans der Stadt Aachen orientiert [s. Anlage Abb. 1003934_1].

Anhänge

[Abb_ID1003934.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003935, Stadt Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Die Flächen im Bezirk Richterich [Abb.] stellen vorwiegend Arrondierungen von ASB-Flächen an den Ortsrändern dar und führen potenziell zu erheblichen bis sehr erheblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Wasser, Klima und Boden sowie Landschaft. Der Aachener Norden ist geprägt von besonders schutzwürdigen Böden. Die Fläche RI-ASB-05 sollte, ausgenommen der Autobahn, als Allgemeiner Freiraum sowie ggf. Regionaler Grünzug dargestellt werden. Aufgrund der hohen Lärmbelastung ist eine bauliche Entwicklung auf dieser Fläche kaum möglich. Die Fläche sollte als unbebauter Puffer zwischen dem Siedlungsraum und der Autobahn durch entsprechende Darstellung gesichert werden. Der südliche Teil der Fläche wird im Landschaftsplan als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Somit wird gefordert, dass für die o.g. Flächen die Darstellung von ASB in Freiraum bzw. Freiraum und Regionalen Grünzug sowie Landschaftsschutz geändert wird (siehe dritte Spalte der Tabelle) und sich die ASB-Grenze am Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Landschaftsplans der Stadt Aachen orientiert, bzw. im Fall von Fläche RI-ASB-05 auch für den nördlich der BAB 4 gelegenen Teil die Darstellung in Freiraum ändern [s. Anlage Abb. 1003935_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003935.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Anregung wird bezogen auf die regionalplanerische Entwicklung im nördlichen Teil Richterichs gefolgt. Bei der in der Stellungnahme als RI-ASB-05 bezeichneten Fläche handelt es sich um eine "Freiflächeninsel" innerhalb des ASB ohne Anschluss an den umgebenden Freiraum, die aus darstellungsmethodischen Gründen in der ASB-Festlegung verbleibt. Die Konkretisierung bzw. die räumliche Differenzierung des Siedlungsraums ist hier Gegenstand der örtlichen Planungsebene. Im Bereich Horbach verbleiben unter Berücksichtigung der seitens der Stadt Aachen angeregten Rücknahmen keine ausreichenden Potenziale, um die Festlegung eines neuen ASB entsprechend der landesplanerischen Vorgaben zu begründen. Der ASB wird dementsprechend zugunsten einer Festlegung als Freiraum zurückgenommen (siehe Änderungskarte).</p>

1003937, Stadt Aachen

Inhalt

Die BSN Flächen im Münsterwald sollten um Bereiche der Gewässerläufe des Prälatensiefs und des Fobisbaches mit Zuläufen erweitert werden; die ökologische Wertigkeit ergibt sich aus naturnahen Bachläufen mit in Teilen gesetzlich geschützten Biotopen Bruch- und Sumpfwäldern, kleinflächig sogar Anmoorgleye und Biotopflächen mit hohem Entwicklungspotential in der Bachaue. Dies konnte insbes. am Fobisbach bereits durch aufwertende Entwicklungsmaßnahmen bis hin zur Waldumwandlung erzielt werden (siehe folgende Abbildung, rechte Seite, grüne Schraffur) [s. Anlage Abb. 1003937_1].

Anhänge

[Abb_ID1003937.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung wird unter Berücksichtigung der Maßstäblichkeit dem Vorschlag der Stadt Aachen als Trägerin der Landschaftsplanung entsprechend gefolgt (siehe Änderungskarte).

Inhalt

Im Zuge der Energiewende wurde mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) ein neues Planungsinstrument geschaffen, das zu einem beschleunigten Ausbau der Übertragungsnetze in Deutschland beitragen soll. Dem im NABEG verankerten Planungs- und Genehmigungsregime, für das die Bundesnetzagentur zuständig ist, unterliegen alle Vorhaben, die im Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG) als länder- und/oder grenzüberschreitend gekennzeichnet sind. Ihre Realisierung ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses erforderlich. Die Bundesnetzagentur führt für die Vorhaben auf Antrag der verantwortlichen Betreiber von Übertragungsnetzen die Bundesfachplanung durch. Zweck der Bundesfachplanung ist die Festlegung eines raumverträglichen Trassenkorridors, eines Gebietsstreifens, in dem die Trasse einer Höchstspannungsleitung voraussichtlich realisiert werden kann, als verbindliche Vorgabe für die nachfolgende Planfeststellung. Mit der Planfeststellung, die die Bundesnetzagentur wiederum auf Antrag der verantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber durchführt, wird der genaue Verlauf der Trasse innerhalb des festgelegten Trassenkorridors bestimmt und das Vorhaben rechtlich zugelassen. Von den in der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln geplanten Festlegungen ist von den derzeit im BBPIG als länder- und/oder grenzüberschreitend gekennzeichneten Vorhaben gegebenenfalls das Vorhaben Nr. 2, Höchstspannungsleitung Osterath ? Philippsburg, auch Ultramet genannt, betroffen. Die Bundesnetzagentur traf für den vorliegend relevanten **Abschnitt C** Osterath ? Rommerskirchen des Vorhabens Nr. 2 am 28.05.2021 die Entscheidung über die Bundesfachplanung und legte damit den Verlauf eines raumverträglichen Trassenkorridors fest. Diese Entscheidung stellt eine verbindliche Vorgabe für die nachfolgende Planfeststellung dar. Eine Trassierung außerhalb des festgelegten Trassenkorridors ist nicht möglich. Die Ampriion GmbH reichte am 28.09.2021 einen Antrag auf Planfeststellungsbeschluss für den Abschnitt Osterath ? Rommerskirchen (**Abschnitt C1**) des Vorhabens Nr. 2, bei der Bundesnetzagentur ein, der den beabsichtigten Verlauf der Trasse sowie geprüfte Alternativen zu diesem (innerhalb des verbindlich festgelegten Trassenkorridors) enthält. Die Bundesnetzagentur führte die Antragskonferenz auf Grundlage des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG) in einem schriftlichen Verfahren bis zum 14.01.2022 durch. Über die Änderungen des jeweiligen Beteiligungsverfahrens in dieser Angelegenheit informierte die Bundesnetzagentur die Bezirksregierung Köln mit Schreiben vom 07.12.2021. Auf der Grundlage des Antrags der Vorhabenträgerin und der Ergebnisse der Antragskonferenz legte die Bundesnetzagentur am 31.03.2022 einen Untersuchungsrahmen für die

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt keine zeichnerische Festlegung von Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkten im Regionalplan Köln. Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW (Stand: Aufstellungsbeschluss). Diese sieht kein Planzeichen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkten vor.

Für deren Berücksichtigung bei Planungen und Maßnahmen wird auf G.62 Transportleitungen schützen verwiesen. Abschließende Regelungen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte finden sich im Kapitel 8.2 des LEP NRW.

Planfeststellung fest und bestimmte hiermit den Inhalt der von der Vorhabenträgerin noch einzureichenden Unterlagen. Nach der Vorlage der vollständigen Unterlagen wird die Bundesnetzagentur ein Anhörungsverfahren durchführen und zum Abschluss des Verfahrens mit dem Planfeststellungsbeschluss den Leitungsverlauf innerhalb des festgelegten Trassenkorridors festlegen. Nach derzeitigem Verfahrensstand verläuft der verbindlich festgelegte Trassenkorridor für den Abschnitt C des Vorhabens Nr. 2 sowie der darin verlaufende beabsichtigte Verlauf der Trasse für den Abschnitt C1 des Vorhabens Nr. 2 unter anderem auf kurzer Strecke im geplanten räumlichen Geltungsbereich des neu aufzustellen beabsichtigten Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln. Die Bundesnetzagentur traf für den vorliegend relevanten **Abschnitt E** Rommerskirchen ? Weißenhurm des Vorhabens Nr. 2 am 28.02.2022 die Entscheidung über die Bundesfachplanung und legte damit den Verlauf eines raumverträglichen Trassenkorridors fest. Diese Entscheidung stellt eine verbindliche Vorgabe für die nachfolgende Planfeststellung dar. Eine Trassierung außerhalb des festgelegten Trassenkorridors ist nicht möglich. Die Amprion GmbH reichte am 25.05.2022 einen Antrag auf Planfeststellungsbeschluss für die Teilstrecke Rommerskirchen ? Landesgrenze NRW/RP (**Abschnitt E1**), als Teilabschnitt des Abschnitts E des Vorhabens Nr. 2, bei der Bundesnetzagentur ein, der den beabsichtigten Verlauf der Trasse sowie hierzu in Frage kommende Alternativen (innerhalb des verbindlich festgelegten Trassenkorridors) enthält. Die Bundesnetzagentur führte am 21.06.2022 in Siegburg eine öffentliche Antragskonferenz durch. Die Bezirksregierung Köln wurde als Trägerin öffentlicher Belange beteiligt. Im nächsten Schritt wird die Bundesnetzagentur auf der Grundlage des Antrags der Vorhabenträgerin und der Ergebnisse der Antragskonferenz einen Untersuchungsrahmen für die Planfeststellung festlegen und hiermit den Inhalt der von der Vorhabenträgerin noch einzureichenden Unterlagen bestimmen. Nach der Vorlage der vollständigen Unterlagen wird die Bundesnetzagentur ein Anhörungsverfahren durchführen und zum Abschluss des Verfahrens mit dem Planfeststellungsbeschluss den Leitungsverlauf innerhalb des festgelegten Trassenkorridors festlegen. Nach derzeitigem Verfahrensstand verläuft der für den Abschnitt E des Vorhabens Nr.2 verbindlich festgelegte Trassenkorridor sowie der darin verlaufende beabsichtigte Verlauf der Trasse und geprüfte Alternativen zu diesem (innerhalb des verbindlich festgelegten Trassenkorridors) für den Abschnitt E1 des Vorhabens Nr. 2 unter anderem im geplanten räumlichen Geltungsbereich des neu aufzustellen beabsichtigten Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln. Eine abschließende Beurteilung der zu bewältigenden Nutzungskonflikte ist seitens der Bundesnetzagentur zum derzeitigen Verfahrensstand nicht möglich. Zum derzeitigen Planungs-und Kenntnisstand sind keine konkreten Konflikte zwischen den in der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln geplanten Festlegungen mit den vorbezeichneten Abschnitten des BBPIG-Vorhabens Nr. 2 erkennbar. Sollte sich dennoch abzeichnen, dass die vorbezeichneten geplanten Festlegungen die Planfeststellung des Vorhabens Nr. 2 berühren können - entscheidend ist, dass das Verfahren nicht erschwert wird - weise ich vorsorglich auf § 3a NABEG hin, der die konstruktive Zusammenarbeit von Bund und Ländern regelt. In § 3a Abs. 2 heißt es:

?Zeichnet sich bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung eines Raumordnungsplans ab, dass Ziele der Raumordnung die Bundesfachplanung oder die Planfeststellung berühren können, sollen im Raumordnungsplan Festlegungen getroffen werden, die sicherstellen, dass die Bundesfachplanung und die Planfeststellung nicht erschwert werden.?

Entsprechend bitte ich darum, möglichen Konflikten zwischen den Festlegungen des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln und dem Vorhaben Nr. 2 in angemessener Weise raumplanerisch Rechnung zu tragen und die Belange des Netzausbaus bei der Aufstellung des Plans zu beachten, damit die Planfeststellung des Vorhabens Nr. 2 nicht erschwert wird. Ich rege an, den jeweils mit der Entscheidung über die Bundesfachplanung für die Planfeststellung verbindlich festgelegten Trassenkorridor für die vorbezeichneten Abschnitte C und E des Vorhabens Nr. 2 bzw. die in der Folge mit dem jeweiligen Planfeststellungsbeschluss noch festzulegenden Trassenverläufe z.B. als Vorranggebiete Leitungstrassenkorridor bzw. als Vorranggebiete Leitungstrasse in dem Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln festzulegen. Ich weise ferner vorsorglich darauf hin, dass nach § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG Bundesfachplanungen grundsätzlich Vorrang vor nachfolgenden Landesplanungen haben. Außerdem weise ich darauf hin, dass das Bundesverwaltungsgericht in Bezug auf die gemeindliche Bauleitplanung ausgeführt hat, dass die Bundesfachplanungsentscheidung insofern vorübergehend auf die gemeindliche Planungshoheit einwirkt, als sie nach § 15 Abs. 1 Satz 2 NABEG ?grundsätzlich Vorrang vor nachfolgenden Landesplanungen und Bauleitplanungen? hat. Bei dem Vorrang der Bundesfachplanung gem. § 15 Abs. 1 Satz 2 NABEG handelt es sich danach um eine Abwägungsdirektive und damit zugleich um eine spezielle gesetzliche Verankerung und Betonung des allgemeinen planungsrechtlichen Prioritätsgrundsatzes. § 15 Abs. 1 Satz 2 NABEG richtet sich als Abwägungsdirektive an die gemeindliche Bauleitplanung im Zeitraum zwischen der Bundesfachplanungs- und der Zulassungsentscheidung. **Das Gebot vorrangiger Berücksichtigung der Bundesfachplanung verlangt von der Gemeinde, vorübergehend entgegenstehende Planungen innerhalb des Trassenkorridors aufzuschieben;** siehe zu alledem BVerwG, Beschluss vom 24. März 2021 - 4 VR 2.20. Die Ausführungen des Bundesverwaltungsgerichts sind aus Sicht der Bundesnetzagentur auf die Landesplanung vollumfänglich übertragbar.

Inhalt

Ich rege an, falls nicht bereits geschehen, die für den Abschnitt C1 sowie den Abschnitt E1 des Vorhabens Nr. 2 federführend zuständige Vorhabenträgerin Amprion GmbH (GT-B-LBPosteingangBehoerden@amprion.net) in vorliegender Angelegenheit noch zu beteiligen. Auf den Internetseiten der Vorhabenträgerinnen Amprion GmbH und TransnetBW GmbH sind auch Planunterlagen zum Vorhaben Nr. 2 abrufbar, die den derzeitigen Planungsstand wiedergeben, sich jedoch im weiteren Verfahren noch ändern können. Ergänzend weise ich darauf hin, dass auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur die vollständigen Planunterlagen zu dem Abschnitt C1 (www.netzausbau.de/vorhaben2-c1) sowie dem Abschnitt E1 (www.netzausbau.de/vorhaben2-e1) des Vorhabens Nr. 2 sowie auch die oben genannten Bundesfachplanungsentscheidungen (www.netzausbau.de/vorhaben2-c bzw. www.netzausbau.de/vorhaben2-e) abrufbar sind.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die in der Stellungnahme benannten Dritten konnten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPIG NRW innerhalb der Frist zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht Stellung nehmen.

AZ: BET_1000_1

Eisenbahn-Bundesamt

1000771, Eisenbahn-Bundesamt

Inhalt

Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren. In diesem Zusammenhang möchte ich auf das in der Umsetzung befindliche Großvorhaben Ruhr-Express (RRX) in Nordrhein-Westfalen sowie Ausbau Knoten Köln hinweisen. Diese wirken sich in dem Raum Köln aus.

Sofern dies nicht ohnehin veranlasst worden sein sollte, wird die Beteiligung der Infrastrukturbetreiberin DB Netz AG, DB Station & Service AG sowie DB Energie GmbH als Trägerin öffentlicher Belange und als Grundstückseigentümerin / -nachbarin über die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, dringend empfohlen.

Denn das Eisenbahn-Bundesamt prüft nicht die Vereinbarkeit Ihrer Planungen aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnverkehrsanlagen. Darüber hinaus sind die erst in der Planung befindlichen Projekte hier nicht bekannt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme enthält eine Fehlanzeige. Es werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Es wird um die Beteiligung Dritter gebeten.

AZ: BET_101000_1

StädteRegion Aachen

1003941, StädteRegion Aachen

Inhalt

Einige städteregionsangehörigen Kommunen weisen in ihren Stellungnahmen darauf hin, dass teilweise baulicher Bestand, Geltungsbereiche rechtskräftiger Bebauungspläne / wirksamer Flächennutzungsplanänderungen bzw. nicht alle von der Regionalplanungsbehörde bereits positiv beschiedenen regionalplanerischen Anfragen nach § 34 Landesplanungsgesetz im Regionalplanentwurf bei der Abgrenzung der Siedlungsbereiche berücksichtigt wurden. Diesen Hinweisen ist aus Gründen der Rechtssicherheit für die darauffolgenden Ebenen der Bauleitplanung dringend nachzugehen. Sie sind im weiteren Verfahren bei der Abgrenzung der Siedlungsbereiche zu berücksichtigen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahmen zu den jeweiligen kommunalen Anregungen verwiesen. Dabei ist zu berücksichtigen dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003942, StädteRegion Aachen

Inhalt

Bevölkerungsentwicklung / Flächenbedarfe

Die zurückhaltend prognostizierten Zahlen der Bevölkerungsentwicklung im Regionalplanentwurf spiegeln die derzeitige Realität in der StädteRegion Aachen nicht wieder und wurden dementsprechend auch von den städteregionsangehörigen Kommunen im bisherigen Aufstellungsprozess in Frage gestellt. Sollte sich diese Annahme angesichts des Planungshorizonts des Regionalplans weiter bestätigen, ist ein Mechanismus zu entwickeln, wonach bei entsprechend belegtem Bedarf beispielsweise auf ASBflex Flächen zusätzlich zurückgegriffen werden kann. Hierzu ist insbesondere das Flächendefizit der Stadt Aachen und die Verteilung dieses Defizits in den Stadt-Umland-Beziehungen innerhalb der StädteRegion zu berücksichtigen, um den bereits seit Jahren bestehenden Anspannungen auf dem Wohnungs- und Grundstücksmarkt künftig besser begegnen zu können. Nachvollziehbarerweise ist es nicht möglich, bei der Ermittlung und Auswertung der Datengrundlagen für die Festlegungen des Regionalplans mit den dynamischen realen Entwicklungen Schritt zu halten und zum Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses die Realität hinsichtlich des Verbrauchs an Regionalplan- und Flächennutzungsplanreserven sowie des Bedarfs an Siedlungsflächen tagesaktuell abzubilden. Jedoch haben die städteregionsangehörigen Kommunen bereits im Verlauf des vorbereitenden Planungsprozesses wiederholt auf Diskrepanzen im Siedlungsflächenmonitoring der Bezirksregierung hingewiesen, wodurch dort bereits bebaute bzw. nicht entwickelbare Flächen weiter als noch verfügbare Reserveflächen geführt werden, was die Gesamtbilanz verfälscht. Hierbei sollten Ver? und Entsorgungsflächen (z.B. Regenrückhaltebecken etc.) keine weitere Berücksichtigung finden, da diese nicht für eine Bebauung zur Verfügung stehen. Weitergehend sollten Flächen, die nicht bebaubar sind (z.B. Hanglagen, Grünflächen mit erhaltenswertem Bewuchs, kleinklimatischen Effekten, Rückhalteräumen etc.) sowie nicht verfügbare Siedlungsflächen bei den angerechneten Siedlungsflächenreserven nicht betrachtet und aus den Bilanzierungen herausgenommen werden. Gemäß dem Siedlungsflächenmonitoring von 2017 beziehungsweise 2020 liegen die ASB-Reserven bei 644 ha bzw. 628 ha. In der Begründung zum Regionalplan wird eine ASB-Reserve von 897 ha (365 ha ohne Flächennutzungsplandarstellung (FNP) und 532 ha mit FNP-Darstellung) angegeben. Bei den GIB-Reserven ist die Differenz geringer. Hier liegen die Reserven bei 540 ha für 2017 und bei 543 ha für 2020. In der Begründung zum Regionalplan wird eine GIB-Reserve von 520 ha (133 ha ohne FNP-Darstellung und 387 ha mit FNP-Darstellung) angegeben. Wie solche Differenzen entstehen, kann an dieser Stelle nicht nachvollzogen werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Das Siedlungsflächenmonitoring wird nach landeseinheitlichen Kriterien gemeinsam mit den Kommunen betrieben. Bei den angesprochenen Zahlenwerten muss zwischen den Erhebungen zum geltenden Regionalplan und denen zum Regionalplan-Entwurf differenziert werden. Die ASB- und GIB-Reserven des geltenden Regionalplans wurden im Rahmen der Kommunalgespräche mit den Kommunen intensiv betrachtet. Dabei wurden insbesondere auch die Bereiche identifiziert, für die eine Entwicklung nicht zu erwarten ist.

1003943, StädteRegion Aachen

Inhalt

Flächenbilanz / Flächenkategorien: In dem komplexen Bedarfs- und Reserveflächen-Anrechnungsverfahren der Bezirksregierung weist diese nach der derzeitigen Flächenauswertung in der Gesamtbilanz der StädteRegion Aachen einen vermeintlichen ASB?Überhang von ca. 88 ha beziehungsweise ein geringes GIB? Defizit von ca. 2 ha aus. Unter Berücksichtigung des Instruments der sog. ?Flex?Flächen? gibt es jedoch ein deutliches Darstellungsdefizit für solche ASBflex- und GIBflex-Bereiche im Bereich der StädteRegion Aachen. Würde bei der Flächenauswertung das Ergebnis des Siedlungsflächenmonitorings von 2020 angesetzt (628 ha) entstünde ein ASB ? Defizit von 181 ha. Unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Anregungen der Kommunen sollte auch aus Sicht der StädteRegion Aachen dringend eine weitere zusätzliche Flächenausweisung solcher ?flex-Flächen? erfolgen. In diesem Zusammenhang wird angeregt, einen Übertragungsmechanismus im Sinne eines Flächentauschs zwischen den festgelegten Siedlungsflächenzweckbestimmungen, bspw. GIBregional, GIBplus, GIBinterkommunal und GIBflex vorzusehen, der bspw. innerhalb der Städteregion als Bezugsgebiet bilanziert werden könnte. Damit könnte bei der Verortung der Wirtschaftsflächenbedarfe und der dringend erforderlichen Beschleunigung von Planungsprozessen mehr Flexibilität eingeräumt werden, um die tatsächlichen Flächennachfragen optimal bedienen zu können. Perspektivisch sollte dabei auch die Möglichkeit eröffnet werden, dass ?flex-Flächen? in bestimmten Bedarfssituationen auch ohne Rücknahme von ASB- bzw. GIB-Bereiche realisiert werden können (siehe unter Bevölkerungsentwicklung / Flächenbedarfe).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. Ein Flächentausch zwischen Bereichen unterschiedlicher Zweckbestimmungen ist daher nicht sachgerecht.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte

Inanspruchnahme richtet sich gemäß den landesplanerischen Vorgaben nach dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

1003944, StädteRegion Aachen

Inhalt

Siedlungsraum, Bestehende Siedlungsbereiche: Gemäß § 35 ?Darstellungen der Regionalpläne? Abs. 2 LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) sind in der Regel raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha, mit Bezug zu Anlage 3 der Verordnung, zeichnerisch darzustellen. Gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO sollen Wohnplätze mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2.000 Einwohnern nicht als Siedlungsbereiche dargestellt werden. Sie sollen gemäß Planzeichen 2.a) der Anlage 3 als ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? (Vorbehaltsgebiete) erfasst werden. Da die Aufnahmefähigkeit nicht mit dem tatsächlichen Bevölkerungsstand gleichgesetzt werden kann, wird angeregt, Siedlungsbereiche ab 30 ha Größe in die Planzeichnung des Regionalplanes mit aufzunehmen. Für Siedlungsbereiche zwischen 10 und 30 ha sollte es Einzelfallentscheidungen geben, bei denen insbesondere die Lage im Raum zu benachbarten Siedlungsstrukturen entscheidend ist, bspw. liegen diese Siedlungsbereiche in unmittelbarer Nähe zu großflächigen Siedlungsbereichen oder bilden mit ihrer ASB-Darstellung anschließend ein Siedlungsband. Hierzu ist auch anzumerken, dass bei einer angestrebten Siedlungsdichte von 20 WE/ha und bei einer durchschnittlichen Personenzahl von 3 Bewohner/WE bei 33 ha eine Aufnahmefähigkeit von 2.000 Einwohnern erreicht werden würde. Bei 40 WE/ha ist die Grenze der Aufnahmefähigkeit schon bei 16 ha erreicht. Zudem wurden seitens der städteregeionsangehörigen Kommunen teilweise auch Ergänzungen an den Siedlungsrändern avisiert, die auch unter 10 ha liegen können, in der Gesamtheit mit dem bestehenden Siedlungskörper jedoch als raumbedeutsam zu bewerten sind.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Darüber hinaus ist eine Weiterentwicklung eines im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteils zu ASB unter den Voraussetzungen des Ziels 2-3 LEP NRW möglich. Die Festlegung von ASB erfolgt im Rahmen einer begründeten Einzelfallentscheidung. Es wird auf die fortgeschriebene Begründung zu Ziel *ASB sichern und entwickeln* verwiesen. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben der LPIG DVO sowie des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Im Übrigen wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Kommunen verwiesen.

1003945, StädteRegion Aachen

Inhalt

Siedlungsbereiche die innerhalb der ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? liegen sollten in der Regel nicht mit: ?Schutz der Natur?, ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung?, ?Regionale Grünzüge?, überlagert sein. Weitergehend wird angeregt, dass Siedlungsflächen, die in ?Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche? liegen, durch eine nachrichtliche Grenzübernahme aus den Flächennutzungsplänen, dargestellt werden, zumal diese Siedlungsflächen ebenfalls in der Bedarfsberechnung berücksichtigt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Überlagerung von bestehenden Siedlungen ist durch die Maßstäblichkeit der Regionalplanung bedingt. Daraus resultiert kein Entwicklungsverbot für die bestehenden Ortslagen. Dies ist entsprechend textlich erläutert. Eine nachrichtliche Übernahme des Planungsstands der Flächennutzungspläne ist weder umsetzbar noch sinnvoll. Die Berücksichtigung der Siedlungsflächenreserven beruht entsprechend dem LEP NRW auf dem landesweit einheitlichen Siedlungsflächenmonitoring, das in Abstimmung mit den kommunalen Akteuren erarbeitet und aktuell gehalten wird,

1003946, StädteRegion Aachen

Inhalt

Zukünftige Siedlungsentwicklung, Änderungsvorschläge der Kommunen: Neben der Bestandssicherung der bestehenden Nutzungen besteht eine Hauptaufgabe der Regionalplanung in der nachhaltigen Entwicklung der Raum- und Siedlungsstruktur bei gleichzeitiger Gewährleistung und Optimierung der Versorgung der Bevölkerung. Hierbei muss der Wandel in der Mobilität sowie der Energieerzeugung und -versorgung berücksichtigt werden. Insofern muss für die Region des Rheinischen Reviers im Rahmen des Strukturwandels eine Flächendarstellung und -bereitstellung unter Berücksichtigung der relevanten Belange des Umwelt-, Natur- Landschafts- und Klimaschutzes sowie der Klimafolgenanpassung erfolgen, die eine kurzfristige Realisierung von Wohnbau- und Gewerbeflächen ermöglicht, um die Weiterentwicklung von bestehenden Betrieben und die Ansiedlung von neuen Betrieben, die den Wegfall der Arbeitsplätze im Braunkohletagebau und den Braunkohlekraftwerken kompensieren sollen und müssen, zu garantieren. Der hier vorliegende Entwurf des Regionalplanes bleibt hinter diesen Erwartungen bisher zurück, so dass wie oben bereits ausgeführt weitere Flexibilisierungsinstrumente und Siedlungsflächenoptionen (ASBflex und GIBflex) vorgesehen und verortet werden sollten. Ziel sollte sein, dass bei Bedarf kurzfristig im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung für benötigte Flächen Planungssicherheit bzw. Planreife geschaffen wird und somit die Voraussetzungen für Erschließungsmaßnahmen und Grundstücksverfügbarkeit parallel geschaffen werden können. Gleichzeitig soll ein sparsamer, nachhaltiger und effizienter Flächenumgang gewährleistet sein, was durch die bereits angeregten Mechanismen zum Nachweis bestimmter Bedarfssituationen eröffnet werden könnte. Im Rahmen der Erarbeitung dieser Stellungnahme fanden insofern im Vorfeld mehrere Abstimmungen mit den zuständigen Planungsabteilungen der regionsangehörigen Kommunen statt. Im Sinne einer Bündelung wurden seitens der StädteRegion Aachen die Stellungnahmen und Flächenvorstellungen der Kommunen aufgenommen und im Kontext abgebildet. Hierbei konnten alle Aspekte aufgenommen werden, die bis 29.07.2022 übersandt bzw. abgestimmt wurden. Vereinzelt wurden im Nachgang noch Schärfungen infolge von kommunalpolitischen Beschlussfassungen vorgenommen. Aufgrund der unterschiedlichen Darstellungsweise und den zeitlichen Überschreitungen im Rahmen kommunalinterner Abstimmungen und der Abstimmung mit der Kommunalpolitik können geringfügige Abweichungen vorkommen, die im weiteren Verfahren anzupassen sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass im weiteren Verfahren gegebenenfalls geprüft werden muss, ob die genannten Flächen weitergehend mit zweckgebundenen Nutzungen belegt werden bzw. ob die genannten zweckgebundenen Nutzungen zielführend sind. Diese Abstimmungen sollten im engen Austausch mit den Städten und Gemeinden erfolgen. Die StädteRegion Aachen befürwortet vor diesem Hintergrund die Anregungen der städteregionsangehörigen Kommunen zur Festlegung weiterer

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die kommunale Entwicklungsabsicht ist Grundlage für die Verortung von siedlungsräumlichen Bedarfen und der ergänzenden Festlegungen zur Flexibilisierung. Diesbezüglich wird auf die Erläuterungen zu den jeweiligen kommunalen Stellungnahmen verwiesen. Dies betrifft auch die angesprochenen Zweckbindungen. Diese basieren meist aus der planerischen Konzeption (z.B. bei der Verteilung von "überörtlichen" Bedarfen Region Plus Wirtschaft, interkommunalen Gebieten oder besonderen Bereichen für die Bewältigung des Strukturwandels).

Siedlungsflächen und regt an, mit Verweis auf die einzelnen detaillierten Stellungnahmen der Kommunen diese im weiteren Verfahren zu prüfen und zu berücksichtigen (die Änderungsvorschläge der Kommunen wurden in Anlage 3 nachrichtlich gebündelt) . [siehe Teilstellungnahmen].	
---	--

1003947, StädteRegion Aachen

Inhalt

GIB im Kontext des Strukturwandels: Die StädteRegion Aachen beschränkt sich im vorliegenden Beteiligungsprozess nicht darauf, lediglich zusätzliche Flächen zu fordern. Wir begegnen dem tiefgreifenden Transformationsprozess zu einem nachhaltigen Lebensraum mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen mit einer differenzierten Strategie: Qualifizierung existenter industrieller Kerne und Aggregation begründeter Flächenansprüche an ausgewählten Standorten, die sowohl quantitativen (kritische Masse) als auch qualitativen (energetische und verkehrliche Erschließung sowie inhaltliche Profilierung) Kriterien genügen (siehe Anlage 2 ?Gewerbe und Mobilität?). Die Grüne Talachse Stolberg, Saint Gobain/Herzogenrath oder Continental stehen beispielhaft für etablierte Industriestandorte, die im Dialog mit der herausragenden Hochschullandschaft neue Wege bei der energetischen Versorgung und der verkehrlichen Erschließung gehen. Neue, innovative Produktionsformen sichern flächenschonend vorhandene Arbeitsplätze und damit verbundene Wertschöpfung. Demgegenüber sind die zweifellos erforderlichen Perspektivflächen des Strukturwandels im Nordosten der Städteregion gebündelt, verkehrlich bereits modular erschlossen oder mit Anschlusspotential und formen im Kontext eine innovative Landschaft, die in die angrenzenden Kreise Düren und Heinsberg hineinwirkt. Sie stehen zudem für spezifische Inhalte des Strukturwandels: Würselen-Merzbrück für Aviation, Eschweiler - Kinzweiler für technologiegetriebene Produktion, Weisweiler für die Energie der Zukunft und der Future Mobility Park Aldenhoven/ Baesweiler/ Alsdorf für Automotive. Durch die Integration in das Mobilitätsnetz der StädteRegion und in Kombination mit den qualifizierten Altstandorten entsteht eine Innovationslandschaft, die ihresgleichen sucht. Mit den Möglichkeiten von sog. GIB ?Starterstandorte für den Strukturwandel? und GIB ?Transformationsstandorte Rheinisches Revier? sollen die Grundlagen für beschleunigten Planungsprozesse und flexiblen Instrumente eröffnet werden, die im Regionalplan in weiterem Umfang vorzusehen sind. Insofern wird angeregt, die herausragende Strukturwandelprojekte im Bereich der StädteRegion Aachen ebenfalls mit solchen Zweckbestimmungen zu deklarieren, um dieser herausfordernden Perspektive gerecht zu werden. Die Hauptaufgabe der StädteRegion Aachen besteht zudem darin, die wirtschaftliche Entwicklung in der Region zu fördern und zu sichern. Daher wurde das Ziel verfolgt für die Region angesichts des Strukturwandels sowohl neue und ergänzende GIB-Bereiche zu generieren bzw. Bereiche freizuhalten, in denen zukünftige GIB-Bereiche die bestehenden und auf regionalplanerischer Ebene gesicherten GIB-Bereiche perspektivisch ergänzen können sowie auch Raum für die regenerative Energieerzeugung vorzuhalten. Mit der Schaffung des ?Städteregionalen Gewerbeflächenpools? konnten an drei zentralen und qualifizierten Standorten bereits ca. 120 ha interkommunale GIB-Flächen größtenteils regionalplanerisch gesichert werden. Da diese aber weder die tatsächlichen Bedarfe gänzlich abdecken, noch die enormen Überhänge an rechnerischen GIB-Bedarfen der Stadt Aachen abdecken, bedarf es neuer und

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Behandlung der Einzelfälle in den jeweiligen Teilstellungen verwiesen.

zusätzlicher GIB-Flächen für das Gebiet der StädteRegion Aachen. Dies stellt die logische Weiterführung des Gedankens zum städteregionalen Gewerbeflächenpool dar und kommt den besonderen Herausforderungen des vorgezogenen Strukturwandels nach. In diesem Zusammenhang wurden bestehende GIB-Bereiche mit ihrer bestehenden Infrastruktur und der daraus resultierenden Vernetzung vorrangig betrachtet. Als Ergebnis werden für die GIB-Bereiche in Herzogenrath (Technologie Transfer), Würselen (Aviation) und Eschweiler (für technologiegetriebene Produktion) sehr gute Erweiterungsbereiche identifiziert. Vor dem Hintergrund des auf 2030 vorgezogenen Kohleausstiegs, der einen beschleunigten Strukturwandel noch notwendiger macht, wird aus Sicht der StädteRegion Aachen eine Ergänzung des GIB-Bereichs Würselen-Merzbrück angeregt, die mit Bezug zur Task Force ?Sonderplanungszone Rheinisches Revier? zum GIB-Transformationsstandort Rheinisches Revier (vgl. Regionalratsbeschluss vom 26.08.2022) mit besonderer Strahlkraft entwickelt werden sollte. In Herzogenrath soll der bestehende GIB-Bereich an der Roermonder Straße südlich der Dornkaulstraße bis nach Rumpen verlängert werden um ausreichend Flächen für universitätsnahe Gewerbe- Ansiedelungen vorhalten zu können. Weitergehend wird von Seiten der StädteRegion eine deutliche Ausweitung der GIB-Flächen des Standortes Eschweiler-Kinzweiler als GIBinterkommunal angestrebt, dem gegebenenfalls auch eine strukturwandelbezogene Zweckbindung zukommen könnte. Im Eifelraum wurde zwischen der Gemeinde Simmerath und der Stadt Monschau zudem die Anregung einer GIB Neuausweisung aufgenommen, die sich im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutzzentrum der StädteRegion Aachen und dem Zentrum für Holzbauforschung der FH lagegünstig an der L 246 befindet. Darüber hinaus werden interkommunal und die Kreisgrenzen übergreifend die GIB-Bereiche Future Mobility Park (Alsdorf, Aldenhoven, Baesweiler und Linnich) und Businesspark (Alsdorf, Aldenhoven) dargestellt. Durch die zuvor beschriebenen Maßnahmen können die interkommunale Zusammenarbeit und die damit einhergehende vorausschauende und nachhaltige Gewerbeflächenpolitik forciert werden. Für die Bewältigung des Strukturwandels werden somit dringend benötigte marktfähige und qualitativ hochwertige Gewerbeflächen konzentriert, die nach dem Prinzip ?Green Economy? entwickelt werden könnten, um ein Miteinander von wirtschaftlichem Wachstum und nachhaltigen Landschafts- und Naturschutz dauerhaft zu sichern (siehe hierzu Kapitel 3 ?Freiraum? Unterpunkt ?Umweltbericht?). Diese v.g. Flächen der StädteRegion Aachen werden auf den folgenden Seiten skizzenhaft kurz dargestellt [siehe Teilstellungnahmen].

1003948, StädteRegion Aachen

Inhalt

Relevante Siedlungs- und Freiraumstrukturen, die außerhalb des Regionalplanes der Bezirksregierung Köln liegen (national sowie international), sollten ebenfalls dargestellt werden, um die Komplexität der Sachverhalte in den Grenzbereichen des Regionalplanes vollständig nachvollziehen zu können. Beispielhaft sei hier die Region Kerkrade ? Herzogenrath erwähnt (siehe Vergleich bestehender Regionalplan 2003 und Entwurf Regionalplan). [s. Anlage Abb. 1003948_1].

Anhänge

[Abb_ID1003948.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die planerischen Grundlagen sollen während des Beteiligungsprozesses bzw. der Weiterentwicklung des Planungsprozesses aus verfahrensökonomischen Gründen und mit Blick auf die Vergleichbarkeit nicht verändert werden. Die Anregung wird zur Kenntnis genommen und kann ggf. nach Abschluss des Verfahrens Berücksichtigung finden.

1003949, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Neudarstellung eines GIB-Bereiches (Flex) im Süden und Norden von Merzbrück (W1N und W2N) GIB Transformationsstandorte Rheinisches Revier</p> <p>[s. Anlage Abb. 1003949_1].</p> <p>Lage Zwischen der GIB?Fläche Merzbrück bis zur Bahntrasse und nördlich der L 223 Darstellung im Entwurf: ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und ,?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftigeDarstellung: GIB Transformationsstandorte Rheinisches Revier Fläche ca. in ha 57 W1N und 50 W2N</p> <p>Begründung: Durch die BAB 4 (Abfahrt Eschweiler West), die BAB 44 (Abfahrt Merzbrück) und die BAB 544 (Abfahrt Verlautenheide/Aachener Kreuz) ist der genannte GIB?Bereich optimal mit den GIB?Bereichen in Eschweiler, Alsdorf, Aldenhoven, Stolberg sowie den Hochschulstandorten in Aachen und Jülich (Merscher Höhe) verknüpft; Darüber hinaus besteht durch die genannten Autobahnen ein sehr guter überregionaler und internationaler Anschluss; Anmerkung: Direkte Verbindung zu den bestehenden GIB?Bereichen am Aachener Kreuz; Bei Realisierung des geplanten Astes der Regiotram sowie des genehmigten Bahnhofpunktes Merzbrück würde dieser Standort eine hervorragende ÖPNV-Anbindung erhalten; Der GIB-Bereich W1N könnte durch Reaktivierung des bestehenden Abzweiges ?Quinx? direkt an die Bahntrasse Stolberg - Alsdorf ? Herzogenrath und somit an den geplanten Railport in Stolberg angeschlossen werden; Unmittelbare Lage am Forschungsflugplatz Merzbrück; die Regionalen Grünzüge waren im Regionalplan von 2003 nicht dargestellt.</p> <p>Anhänge Abb_ID1003949.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).</p> <p>Die Stadt Würselen verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Auch stehen keine Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW mit der Festlegung von GIBtransformation im 2. Planentwurf bereits vollständig verortet gemäß der Zielfestlegung <i>GIBtransformation sichern und umsetzen</i>. Die Festlegungen der in Rede stehenden Flächen (W1N und W2N) als GIB sind daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Für die Stadt Würselen besteht aber noch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> (GIBflex). Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine teilweise Festlegung als GIBflex.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003950, StädteRegion Aachen

Inhalt

Erweiterung der GIB?Fläche Kohlscheid Südost (H5N) [s. Anlage Abb. 1003950_1]

Lage Südlich von Kohlscheid Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung GIB?Bereich ggf. mit Zweckbestimmung Weitergehende Anregung: Im Bereich zwischen des heutigen GIB-Bereiches und des angeregten GIB Bereiches soll auf die Darstellung des Regionalen Grünzuges verzichtet werden, um gegebenenfalls weitere GIB-Bereiche ausweisen zu können (siehe Ellipse) um der Stadt Herzogenrath bei der Umsetzung des GIB-Bedarfes einen größeren Handlungsrahmen zu ermöglichen Fläche ca. in ha 24 Begründung: Zur Deckung des kommunalen, regionalen und gegebenenfalls Interkommunalen Gewerbeflächenbedarfes Anmerkung: Ergänzende beziehungsweise ersetzende Gewerbepoolfläche; Gemäß Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und grenzüberschreitende Zusammenarbeit soll die Fläche mit einer Größe von ca. 11 ha als GIB-Bereich gemeldet werden; Von Seiten der StädteRegion Aachen wird weitergehend angeregt die verbleibenden 13 ha als GIBflex-Bereich darzustellen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Bereich der vorgesehenen GIB-Flächen in der Vergangenheit Bergbauaktivitäten stattfanden und nachfolgende Untersuchungen zur Eignung der Fläche notwendig sind; Der GIB-Bereich in Herzogenrath-Kohlscheid ist über die L 232 und den fußläufig entfernten Bahnhof Herzogenrath-Kohlscheid optimal an das ÖPNV und Regionalverkehrsnetz angebunden. So können die Lehr- und Forschungseinrichtungen der RWTH Aachen und der FH Aachen in wenigen Minuten Fahrzeit erreicht werden. Darüber hinaus besteht über die L232 eine unmittelbare Anbindung an die BAB 4.

Anhänge

[Abb_ID1003950.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Anregung ist entsprechend der kommunalen Stellungnahme (Stadt Herzogenrath) entsprochen.

Die vorgeschlagene Rücknahme des Regionalen Grünzugs betrifft einen wichtigen Freiraumkorridor und steht im Widerspruch zu dem Auftrag des Landesentwicklungsplanes zur Sicherung von Grünzugfunktionen in den verdichteten Gebieten.

1003952, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Neudarstellung eines GIB-Bereiches im Süden von Simmerath (SI1N) [s. Anlage Abb. 1003952_1] Lage Südlich von Simmerath Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung GIB?Bereich ggf. mit Zweckbestimmung Fläche ca. in ha 21 Begründung: Der GIB?Bereich soll mit der Stadt Monschau, die Gemeindegrenzübergreifend ebenfalls einen GIB-Bereich ausweisen möchte, als regionaler oder interkommunaler GIB?Bereich entwickelt werden. Anmerkung: Durch die L 246 ist der genannte GIB?Bereich gut an dem überregionalen und internationalen Verkehrsnetz angebunden</p> <p>Anhänge Abb_ID1003952.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die Stadt Momnschau und die Gemeinde Simmerath steht kein Bedarf zurt Verfügung, um zusätzliche GIB im Einklang mit den landesplanerischen Vorgaben zu verorten. Eine Anregung der Gemeinde Simmerath zur Festlegung des GIB wurde im Rahmen der öffentlichen Auslegung nicht in das Verfahren eingebracht, sodass hier eine kommunale Absicht zur Entwicklung des Standorts nicht ersichtlich ist. Der Standort ist zudem auch nicht Bestandteil der im städteregionalen Gewerbeflächenkonzept verorteten Planungsabsichten. Auf dem Gebiet der Gemeinde Simmerath wurde der Standort als GIBregional verortet, den das städteregionale Gewerbeflächenkonzept als Standort mit zentraler Bedeutung für die Eifelgemeinden vorschlägt. Einer Festlegung des Standorts "Am Gericht", der nicht an bestehenden Siedlungsraum angebunden ist, stehen die Vorgaben des LEP NRW entgegen.</p>

1003953, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Neudarstellung eines GIB-Bereiches im Norden von Konzen (M1N) [s. Anlage Abb. 1003953_1] Lage Nördlich von Konzen (Am Gericht), Darstellung im Entwurf : ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung: GIB?Bereich ggf. mit Zweckbestimmung Fläche ca. in ha 21, Begründung: Der GIB?Bereich soll mit der Gemeinde Simmerath, die Gemeindeübergreifend ebenfalls einen GIB-Bereich ausweisen möchte, als regionaler GIB?Bereich entwickelt werden Anmerkung: Durch die L 246 ist der genannte GIB?Bereich gut an dem überregionalen und internationalen Verkehrsnetz angebunden</p> <p>Anhänge Abb_ID1003953.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die Stadt Momnschau und die Gemeinde Simmerath steht kein Bedarf zurt Verfügung, um zusätzliche GIB im Einklang mit den landesplanerischen Vorgaben zu verorten. Eine Anregung der Gemeinde Simmerath zur Festlegung des GIB wurde im Rahmen der öffentlichen Auslegung nicht in das Verfahren eingebracht, sodass eine kommunale Absicht zur Entwicklung des Standorts seitens der Gemeinde Simmerath nicht ersichtlich ist. Der Standort ist zudem auch nicht Bestandteil der im städteregionalen Gewerbeflächenkonzept verorteten Planungsabsichten. Auf dem Gebiet der Gemeinde Simmerath wurde der Standort als GIBregional verortet, den das städteregionale Gewerbeflächenkonzept als Standort mt zentraler Bedeutung für die Eifelgemeinden vorschlägt. Einer Festlegung des Standorts "Am Gericht", der nicht an bestehenden Siedlungsraum angebunden ist, stehen die Vorgaben des LEP NRW entgegen.</p>

1003954, StädteRegion Aachen

Inhalt

GIB-Bereiche - Kreisgrenzen übergreifend Erweiterung einer GIB?Fläche im Nordosten der zweckgebundenen GIB?Fläche des ehemaligen Kraftwerkstandortes Siersdorf (B2N) [s. Anlage Abb. 1003954_1] Lage: Nordöstlich der zweckgebundenen GIB?Fläche des ehemaligen Kraftwerkstandortes Siersdorf Darstellung im Entwurf: ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und teilweise ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung: GIB?Bereich ggf. mit Zweckbestimmung Fläche ca. in ha 12 Begründung: Bereitstellung von GIB?Bereichen für die Stadt Baesweiler Anmerkung: Teilbereich einer Interkommunalen Gewerbeentwicklung

Anhänge

[Abb_ID1003954.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).

Die Stadt Baesweiler verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Auch stehen keine Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung *GIBtransformation sichern und umsetzen*. Die Erweiterung der in Rede stehenden Fläche ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Darüber hinaus stehen der Erweiterung als Siedlungsraum raumordnerische Planungsdirektiven (Regionaler Grünzug) entgegen.

1003955, StädteRegion Aachen

Inhalt

Erweiterung eines GIB-Bereiches im Norden des GIB-Bereiches Konrad-Zuse-Straße (A5N) [s. Anlage Abb. 1003955_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage: Nördlich des GIB-Bereiches Konrad-Zuse-Straße Darstellung im Entwurf: ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Ergänzung ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung: GIB-Bereich ggf. mit Zweckbestimmung Fläche ca. in ha 4 Begründung: Gewerbegebietsentwicklung in Zusammenhang einer regional beziehungsweise interkommunale Gewerbegebietsentwicklung Anmerkung: Siedlungsrandarrondierung; Fläche ist im gültigen Regionalplan als GIB ? Fläche enthalten

Anhänge

[Abb_ID1003955.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist im Rahmen der kommunalen Stellungnahme (Stadt Alsdorf, siehe Stn. Nr. ID 1002088) entsprochen.

1003957, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Optionale Sicherung von perspektivischen GIB-Bereichen: Rücknahme ?Regionale Grünzüge? zur Sicherung der Entwicklungsoption von zukünftigen GIB-Bereichen bei Eschweiler-Kinzweiler [s. Anlage Abb. 1003957_1]. Von Seiten der StädteRegion Aachen wird angeregt im Bereich des GIB-Bereiches Eschweiler-Kinzweiler (östlich der L 240) die Regionalen Grünzüge auf den Stand des gültigen Regionalplanes aus dem Jahr 2003 zurückzunehmen, unter Beachtung des beschlossenen GIBinterkommunal. Hierbei sollte die Freiraum Darstellung im Kreis Düren beispielhaft beachtet werden. Diese Anregung geschieht vor den Hintergrund, dass sich in diesen Bereich nach Auswertung von Luftaufnahmen sowie Ortsbegehungen keine hochwertigen Strukturen für die Flora und Fauna befinden, da es sich hauptsächlich um intensiv genutzte Ackerflächen handelt. Die Belange der Avifauna die in diesen Bereichen betroffen sein könnten, müssen im Rahmen der Bauleitplanung berücksichtigt werden. Gleiches gilt für den vorhandenen linearen Bewuchs der im Rahmen der Bauleitplanung ebenfalls Berücksichtigung finden muss. Eine mögliche Standorterweiterungen in diesem Bereich würde ebenfalls über optimale Verknüpfungsmöglichkeiten zu den GIB-Bereichen Alsdorf, Aldenhoven und Stolberg verfügen. Durch den unmittelbaren Anschluss an die BAB 4 und BAB 44 können nicht nur die Hochschulstandorte in Aachen und Jülich (Merscher Höhe) sondern auch überregionale und internationale Standorte gut erreicht werden</p> <p>Anhänge Abb_ID1003957_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich erfüllt entsprechend der planerischen Konzeption die Voraussetzungen zur Festlegung eines Regionalen Grünzugs. Er ist gemäß dem Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege, der gemäß der fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan darstellt, Teil einer regional bedeutsamen Biotopverbundfläche von besonderer Bedeutung.</p>

1003958, StädteRegion Aachen

Inhalt

Regionale Grünzüge (RG) ?Regionale Grünzüge? werden gemäß Festlegung als Vorranggebiete definiert. Hierbei wird das Ziel formuliert, die benannten Funktionen zu erhalten und vor anderweitiger Inanspruchnahme zu schützen. Insbesondere sollen durch diese Festlegung Freiraumstrukturen vor siedlungsräumlichen Entwicklungen geschützt werden. Weitergehend wird dargestellt, dass es sich bei ?Regionale Grünzüge? um ein weitreichendes und in der Anwendung multifunktionales Instrument zur Freiraumsicherung handelt, mit dem die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden, insbesondere in verdichteten Räumen bedeutende Freiraumfunktionen durch den Erhalt maßgeblicher Freiraumbestandteile zu sichern. Im Gebiet der StädteRegion Aachen ist auch im derzeitigen Regionalplanentwurf eine weitgehend flächendeckende / netzartige Festlegung von ?Regionalen Grünzügen? zu verzeichnen. Die städte-regionsangehörigen Kommunen haben hier teilweise eine differenziertere Freiraumausweisung gefordert, mit der Bitte, die Hauptfunktionen und Verbundwirkungen solcher Grünzüge klarer einzubetten und zu begründen bzw. zielgerichteter darzustellen. Aus der derzeitigen raumgreifenden Festlegung der ?Regionalen Grünzüge? im Bereich der StädteRegion Aachen resultiert, dass zusätzliche Siedlungsflächenausweisungen und ?arrondierungen bzw. die Projektierung bestimmter Außenbereichsvorhaben wie bspw. Freiflächenphotovoltaikanlagen nur im Freiraum ohne ?Regionale Grünzüge? erfolgen könnte. Solche Bereiche befinden sich derzeit überwiegend nördlich im Kreis Heinsberg und östlich im Kreis Düren. Insofern würde die verkehrliche Infrastruktur durch Pendlerbewegungen weiter belastet und müsste ertüchtigt oder ggf. sogar neu geschaffen werden. Insofern wird die Anregung der Kommunen aufgenommen, die ?Regionalen Grünzüge? in Teilbereichen, insbesondere in derzeit überwiegend landwirtschaftlich geprägten Bereich sowie im Bereich von Siedlungsrändern auf ihre tatsächliche Funktion zu prüfen und entsprechend der Ergebnisse anzupassen. Die festgelegte Freiraumfunktion ?Regionale Grünzüge? sollte i.d.R. nicht in die bebauten Siedlungsflächen hineinragen, auch wenn diese im Freiraum liegen, da hier ein Nutzungswiderspruch entsteht. Das gleiche gilt für die festgelegten ?Waldbereiche? sowie für die festgelegten Freiraumfunktionen ?Schutz der Natur? und ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung?.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung von Freiraumfunktionen erfolgt entsprechend der Maßstäblichkeit der Regionalplanung. Die Überlagerung von bebauten Flächen ist dabei nicht ausgeschlossen, bedeutet aber weder einen Eingriff in bestehende Rechte noch einen kategorischen Ausschluss von Entwicklungen. Dies wird in den textlichen Festlegungen erläutert. Die weitgehende Festlegung von Regionalen Grünzügen trägt der besonderen Bedeutung des Freiraums in dem extrem verdichteten Raum Rechnung. Die Planung von Freiflächensolaranlagen ist in Regionalen Grünzügen nicht ausgeschlossen. Sie bedarf der Prüfung im Einzelfall. Diesbezüglich wird auf die in Aufstellung befindlichen Ziele der Landesentwicklungsplanung (LEP NRW Änderung 2023) und den zu erarbeitenden Teilplan Erneuerbare Energien für den Regierungsbezirk Köln verwiesen.

1003959, StädteRegion Aachen

Inhalt

Zu Kapitel 4.7.1 ?Oberflächengewässer und Talsperren?, Erläuterung 7:

Hier fehlt in der Tabelle 2 der Obersee, der zu Trinkwasserzwecken und zu Erholung genutzt wird [Abb]. Bezeichnung: Obersee, Gemeinde Simmerath, Zweckbestimmung: Trinkwassergewinnung (T) und Erholung (E).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Obersee stellt eine Vorsperre der Rurtalsperre dar. Vorsperren werden in Tabelle 2 nicht gesondert aufgeführt, sondern mit ihren wasserwirtschaftlichen Funktionen der (Haupt-)Talsperre zugeordnet.

Zu den Talsperrenfunktionen der Rurtalsperre einschl. Obersee wird zusätzlich auf die Autorenenkorrektur ID 1016477 verwiesen.

1003960, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 4.7.3 ?Vorbeugender Hochwasserschutz?: In Z.27 sind Maßnahmen und Planungen, die mit der Funktion des Hochwasserschutzes nicht vereinbar sind, ausgeschlossen. Für die StädteRegion Aachen fehlt eine Erläuterungskarte A3, F10 ?Rückgewinnbare und zukünftige Überschwemmungsbereiche?. Im Rahmen der Nachbearbeitung der Hochwasserkatastrophe von 2021 wurden in den festgesetzten Überschwemmungsgebieten der Wurm, Inde, Vicht und Rur rückgewinnbare Bereiche aufgeführt. Es wird darum gebeten eine entsprechende Karte aufzunehmen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Entsprechend dem Ziel 7.4-7 LEP NRW wurden diese Bereiche in Abstimmung mit der Fachplanung der Wasserwirtschaft identifiziert und abgestimmt.</p> <p>In direkter Rücksprache mit der StädteRegion Aachen wurde abgestimmt, dass für den Bereich der StädteRegion Aachen keine weiteren Flächen aufzunehmen sind. Entsprechend erfolgt keine Ergänzung der Erläuterungskarte in dem Bereich.</p>

1003961, StädteRegion Aachen

Inhalt

Bodenschutz und Altlasten: Von Seiten der ?Untere Bodenschutzbehörde? der StädteRegion Aachen werden die textlichen Ausführungen des im Entwurf vorliegenden Regionalplans der Bezirksregierung Köln zum Thema Bodenschutz begrüßt. Lediglich die Angaben zur Anzahl der Deponien auf Städteregionsgebiet ist anhand der vorgelegten Tabelle I 1 ?Entsorgungsinfrastruktur? nicht nachvollziehbar und sollte nachgebessert werden. Weitergehend gibt es keine Anmerkungen zu den textlichen Ausführungen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt. In dem Beiblatt I 1 ?Entsorgungsinfrastruktur? zur Erläuterungskarte erfolgt die Standortauflistung nach Kommunen. Darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

Inhalt

Umweltbericht - Im Umweltbericht werden teilweise Flächen betrachtet und bewertet, die im Regionalplan 2003 schon dargestellt waren, siehe nachfolgende beispielhafte Abbildungen [Abb.]. Diesbezüglich wird im Einzelnen auf die Entwicklungsabsichten und Stellungnahmen der Kommunen verwiesen. In diesem Zusammenhang kann der teilweise pauschalen Einschätzung, dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden, auf dieser Maßstabsebene nicht gefolgt werden. Im Sinne der Abschichtung der unterschiedlichen Planungsebenen können die Umweltauswirkungen im Rahmen der Bauleitplanung durch entsprechend detailliertere Untersuchungen und Prüfungen und die sich daraus ergebenden Ergebnisse und Schlussfolgerungen im Rahmen des Abwägungsprozesses gemindert beziehungsweise ausgeglichen werden. Dabei ist auch anzumerken, dass diese Flächen teilweise im Rahmen der Bauleitplanung in den Flächennutzungsplänen bereits dargestellt werden. Im Zuge der kommunalen Bauleitplanung wird die StädteRegion Aachen beteiligt, so dass hinsichtlich der umweltrelevanten Belange eine entsprechend detaillierte Prüfung und Abstimmung i.V.m. entsprechenden Gutachten und Fachbeiträgen erfolgen kann. Dabei eröffnet sich die Möglichkeit, auch in sensiblen Bereichen besondere Nachhaltigkeitsakzente einzubringen und solche Flächenentwicklungen zur etwaigen Konfliktbewältigung unter Berücksichtigung besonderer klimatischer, energetischer und ressourcenschonender Gesichtspunkte zu betrachten, bspw. Für ASB-Bereichsentwicklungen durch folgende nicht abschließende Kriterien und Ausgestaltungsmöglichkeiten: im Siedlungsgebiet, i.V.m. großzügigen Grünflächen (öffentlich und privat) und Baumstandorten, ggf. Maßnahmen des Biotopverbunds durch Grünzüge, Ausgleich im Gebiet, Klima-/ Kaltluftaspekte etc. Faktor X, Cradle to Cradle usw. als Leitidee, Ausschluss von Feuerungsanlagen für fossile Brennstoffe, nachhaltige Energiekonzepte, neutrale Energiebilanz bzw. weitergehendes Ziel: Anstreben einer positiven Energiebilanz für die Quartiere Nachhaltige, innovative Verkehrs-/ Mobilitätskonzepte i.v.m. optimierter ÖPNV-Anbindung, Mobilitätshubs, KFZ?freie Bereiche, E-Mobilität etc. Angepasste Dichtewerte, begrünte Dachflächen, ggf. Fassadenbegrünung, Vorgartengestaltung, etc.

Für GIB-Bereichsentwicklungen werden folgende nicht abschließende Kriterien und Ausgestaltungsmöglichkeiten vorgeschlagen: Retentionsflächen im Siedlungsgebiet, i.V.m. großzügigen Grünflächen (öffentlich undcprivat) und Baumstandorten, ggf. Maßnahmen des Biotopverbunds durch Grünzüge, Ausgleich im Gebiet, Klima-/ Kaltluftaspekte etc. Cradle to Cradle als Leitidee Ziel neutrale Energiebilanz, nachhaltige Energieerzeugung bzw. weitergehend Anstreben einer positiven Energiebilanz für das Gesamtgebiet Nachhaltige, innovative Verkehrskonzepte i.v.m. optimierter ÖPNV-Anbindung, Mobilitätshubs, begrünte Stellplatzanlagen, E-Mobilität, möglichst guter Anschluss an Bahn / übergeordnete Verkehrswege, Logistikkonzepte

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bewertung in der regionalplanerischen Umweltprüfung erfolgt auf Basis einheitlicher Kriterien gemäß den in Anhang A definierten Bewertungsmaßstäben. Methodisch orientiert sich die Umweltprüfung an dem für die Regionalplanung in NRW entwickelten Leitfadens. Die differenziertere Betrachtung auf örtlicher Ebene, wie hier vorgeschlagen, muss nachfolgenden Verfahren Vorbehalten bleiben. Dies gilt gleichermaßen auch für die Umsetzung der regionalplanerischen Festlegungen. Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans werden sämtliche Planfestlegungen in der Umweltprüfung betrachtet. Dies beinhaltet i.d.R. auch Siedlungsfestlegungen des geltenden Plans soweit für diese bislang keine Umweltprüfung durchgeführt wurde.

<p>etc. Angepasste Dichtewerte, Pflicht zur Begrünung großer Flachdächer, ggf. Fassadenbegrünung, Minimierung versiegelter Flächen etc. Um diese beispielhaften Aspekte zur nachhaltigen Flächenentwicklung abzudecken, ist ggf. eine größere Rauminanspruchnahme (auch in der zeichnerischen Siedlungsflächendarstellung auf Regionalplanebene) notwendig, dennoch bietet sich hierdurch für die tatsächliche spätere Umsetzung die Chance für eine differenzierte qualitätvolle und klimaangepasste Siedlungsflächengestaltung.</p>	
---	--

1003963, StädteRegion Aachen

Inhalt

ÖPNV-Netz: Die StädteRegion Aachen verfolgt derzeit mit verschiedenen Projekten das Ziel, die von Aachen ausgehende, gut ausgebaute radiale ÖPNV-Erschließung weiter zu vervollständigen und zu optimieren. Insofern sollte die grobe Linienführung der in Planung befindlichen Regiotram von Aachen nach Baesweiler in die Planzeichnung aufgenommen werden, ohne dass damit der Variantendiskussion vorgegriffen wird. Zudem wird angeregt, ggf. in einer thematisch umfassenden Erläuterungskarte Mobilität weitere schnelle Haupttrouten des ÖPNV-Netzes (z.B. S-Bahn Rheinisches Revier, Regiotram, upBus, Schnellbusverbindungen, Ergänzung des Regionalbahnnetzes bspw. Fortführung Euregiobahn) aufzunehmen und abzubilden. Hierbei sollte auch eine S-Bahnverbindung Köln ? Bergheim ? Grevenbroich - Bedburg ? Jülich ? Aachen Berücksichtigung finden, um die Hochschulstandorte Aachen ? Jülich ? Köln zu verbinden. Darüber hinaus sollten Tangentialverbindungen (z.B. Herzogenrath ? Würselen - Eschweiler ? Stolberg) die radiale Erschließung weiter ergänzen. Generell sollen die heutigen und zukünftigen ÖPNV-Trassen zur weiteren Vernetzung beitragen, um so eine ÖPNV-Infrastruktur der kurzen Wege zu errichten. Hierbei sollten Verlängerungsoptionen und mögliche Anschluss- beziehungsweise Übergabepunkte an das bestehende Schienennetz aufgenommen werden. Aus Endpunkten sollten Verknüpfungspunkte entwickelt werden. Dabei sollten auch mögliche Anbindungsmöglichkeiten nach Belgien und in die Niederlande einbezogen werden. Die möglichen Trassen könnten ggf. auch als Bedarfsmaßnahmen ohne detaillierte räumliche Festlegung aufgenommen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung der Regiotram entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption. Die Maßnahme S-Bahn Rheinisches Revier ist zwischen Jülich und Bedburg bereits im Planentwurf enthalten (vgl. StnID 1006609).

Den übrigen Anregungen wird nicht gefolgt. Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen und Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Darüber hinausgehende Festlegungen gehen über den Regelungs- und Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus. Eine Nicht-Festlegung im Regionalplan steht einer weiteren Planung in nachgelagerten Verfahren nicht entgegen.

1003964, StädteRegion Aachen

Inhalt

Mobilitätshubs: Mobilitätshubs sollten in wohnorts- bzw. arbeitsplatznahen Lagen sowie an Verknüpfungspunkten des ÖPNV bedarfsgerecht entwickelt werden. Hierbei sollten modulare Systeme verwendet werden, die bei Bedarf kurzfristig erweitert werden können. Es sollte das Ziel verfolgt werden, attraktive Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu etablieren.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise zur Entwicklung von Mobilitätshubs gegeben und darüber hinaus keine Bedenken oder Anregungen geäußert.

1003965, StädteRegion Aachen

Inhalt

Radwege Auch die Radwege sollten in einer thematisch umfassenderen Erläuterungskarte Mobilität im Kontext (gemeinsam mit dem vorhandenen und geplanten Straßen- und Schienennetz, Mobilitätshubs, ÖPNV etc.) detaillierter und besser visualisiert werden, um Vernetzungsaspekten besser Rechnung zu tragen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen.

Eine Darstellung weiterer Verkehrsträger in Erläuterungskarte I2 würde aufgrund des Maßstabs die Lesbarkeit deutlich verringern. Folglich wird von einer Änderung der Erläuterungskarte I2 abgesehen.

1003966, StädteRegion Aachen

Inhalt

Solaranlagen: Hinsichtlich der Herausforderungen für den Ausbau regenerativer Energien wird angeregt, dass ?Regionale Grünzüge? bspw. keine grundsätzliche Ausschusswirkung für großflächige Freiflächensolaranlagen darstellen sollten (vgl. hierzu Kapitel 3 ?Freiraum? Unterpunkt ??Regionale Grünzüge?). Großflächige Freiflächensolaranlagen sollten insofern im Außenbereich zulassungsfähig sein, wenn in den darauffolgenden Planungsebenen ihre Umweltverträglichkeit nachgewiesen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Freiflächensolaranlagen auch als Hybridanlagen realisiert werden könnten, um den Flächenverlust für die Landwirtschaft zu minimieren (Agri-Photovoltaik). Insofern sollte hier die Möglichkeit der Multifunktionalität berücksichtigt werden. Weitergehend wird angeregt, vorgesehene Standorte von Freiflächensolaranlagen über 10 ha in Abstimmung mit den Kommunen in den Regionalplan aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Festlegungen des in Aufstellung befindlichen LEP ist die Planung von Freiflächensolaranlagen in Regionalen Grünzügen nicht ausgeschlossen. Die Thematik der Erneuerbaren Energien (Anregung zeichnerische Festlegung) wird aus dem Neuaufstellungsverfahren herausgelöst und in einem separaten Teilplan behandelt werden.

1003967, StädteRegion Aachen

Inhalt

Windkraftanlagen: Den allgemeinen Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan zur Windenergie kann von Seiten der StädteRegion Aachen gefolgt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1003968, StädteRegion Aachen

Inhalt

Teilplan Energie: Es wird angeregt, einen Teilplan Energie für den Regierungsbezirk Köln zu erarbeiten. Hier sollten Eignungsbereiche für regenerative Energien, bspw. für großflächige Solaranlagen ebenso wie Standorte der konventionellen Energieerzeugung, dargestellt werden. Mit einem solchen Plan könnte mit Blick auf eine nachhaltige Energieerzeugung auch eine Zielplanung verbunden werden, welche Leistung durch die avisierten Anlagen gedeckt werden könnte.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat im Nachgang zu der öffentlichen Auslegung der Planunterlagen zur Neuaufstellung des Regionalplans beschlossen, einen eigenen Teilplan Erneuerbare Energien zu erarbeiten und dieses Thema aus der laufenden Neuaufstellung des Regionalplans auszuklammern.

1003969, StädteRegion Aachen

Inhalt

Kläranlagen: In der aktuellen Fassung des Entwurfes des Regionalplanes werden
?kleinere? Kläranlagen nicht mehr dargestellt. Aus Sicht der StädteRegion Aachen ist
es notwendig, auch diese Anlagen in der Planzeichnung zu verorten, da sie durch ihre
Einzugsbereiche raumplanerisch relevant sind.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und der Festlegungssystematik werden
Abwasserbehandlungsanlagen von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalen
Bedeutung regionalplanerisch gesichert. Sonstige nicht regionalplanerisch
darstellungsrelevanten Abwasserbehandlungsanlagen können im
Rahmen nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gesichert werden.

1003972, StädteRegion Aachen

Inhalt

Weitere Infrastrukturen: Darüber hinaus wird angeregt zu prüfen, ob gegebenenfalls weitere Infrastrukturen der Ver- und Entsorgung (z.B. Umspannwerke, Wasseraufbereitungsanlagen) in die Planung aufgenommen werden, da diese durchaus eine regionale beziehungsweise überregionale Bedeutung haben können. Da diese GIB-Bereiche überregionale Funktionen haben, sollte diese nicht bei der Berechnung der Kommunalen GIB ? Bedarfe angerechnet werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung weiterer Infrastrukturen der Ver- und Entsorgung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Die Flächeninanspruchnahme für technische Infrastruktur erfolgt i.d.R. nicht zulasten der errechneten Siedungsraumbedarfe. Eine Prüfung erfolgt im Einzelfall im Verfahren gemäß § 34 LPLG NRW.

1003973, StädteRegion Aachen

Inhalt

Erweiterung eines ASB-Bereiches im Süden von Setterich (B1N) [s. Anlage Abb. 1003973_1]

Lage Südöstlich von Setterich Darstellung im Entwurf: ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit teilweise ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftige Darstellung: ASB-Bereich Fläche: ca. in ha 6 Begründung Siedlungsrandarrondierung und zur Deckung des Wohnbedarfes Anmerkung: ---

Anhänge

[Abb_ID1003973_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Baesweiler verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003975, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Darstellung einer Bahntrasse (B3N) Darstellungsvorschlag Lage Nördlich und östlich von Baesweiler [s. Anlage Abb. 1003975_1]. Darstellung im Entwurf: Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionaler Grünzug? und teilweise ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftige Darstellung Aufnahme einer Bahntrasse ohne räumliche Festlegung (ergänzend) Fläche ca. in ha ? Begründung Bessere Vernetzung des Schienenverkehrs Anmerkung Anschluss an die Trasse Aachen ? Mönchengladbach möglich</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003975_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

1003978, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Osten von Setterich (B1E) [s. Anlage Abb. 1003978_1]

Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Östlich von Setterich Darstellung im Entwurf: Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Ergänzung ?Regionaler Grünzug? und der teilweisen Ergänzung ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung: ASB-Bereich Fläche ca. in ha 4 Begründung: Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Bebaut

Anhänge

[Abb_ID1003978_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung der Stellungnahme der Stadt Baesweiler (siehe Stn Nr. ID 1004602) verwiesen.

1003980, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Süden von Setterich (B2E) Lage südlich von Setterich [s. Anlage Abb. 1003980_1] Darstellung im Entwurf: ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Ergänzung ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung: ASB-Bereich Fläche ca. in ha 7 Begründung: Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der bestehenden Siedlungsbereiche
Anmerkung: Teilweise bebaut

Anhänge

[Abb_ID1003980_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung der Stellungnahme der Stadt Baesweiler (siehe Stn ID Nr. 1004602) verwiesen.

1003982, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Süden von Baesweiler (B3E) [s. Anlage Abb. 1003982_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag: Lage Südlich von Baesweiler Darstellung im Entwurf : Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und teilweise ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftige Darstellung: ASB-Bereich Fläche ca. in ha 19 Begründung: Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Größtenteils bebaut

Anhänge

[Abb_ID1003982_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung der Stellungnahme der Stadt Baesweiler (siehe Stn ID Nr. 1004602) verwiesen.

1003983, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Südwesten von Baesweiler (B4E) Lage Südwestlich von Baesweiler [s. Anlage Abb. 1003983_1] Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Ergänzung ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung: ASB-Bereich Fläche ca. in ha 4, Begründung: Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung: Bebaut

Anhänge

[Abb_ID1003983_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung der Stellungnahme der Stadt Baesweiler (siehe Stn. ID Nr. 1004602) verwiesen.

1003984, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Südwesten von Setterich (B5E) [s. Anlage Abb. _1] Lage Südwestlich von Setterich Darstellung im Entwurf: ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Zukünftige Darstellung: ASB-Bereich Fläche: ca. in ha 1
Begründung: Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung: Bebaut

Anhänge

[Abb_ID1003984_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung der Stellungnahme der Stadt Baesweiler (s. Stn. ID Nr. 1004602) verwiesen.

1003985, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Osten von Baesweiler (B6E) [Abb.] Lage Östlich von Baesweiler Darstellung: im Entwurf: ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche: ca. in ha 2
Begründung: Siedlungsrandarrondierung Anmerkung ?

Anhänge

[Abb_ID1003985_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung der Stellungnahme der Stadt Baesweiler (siehe Stn. ID Nr. 1004602) verwiesen.

1003986, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzung eines ASB-Bereiches im Westen von Setterich (B7E) [s. Anlage Abb. 1003986_1] Lage Westlich von Setterich Darstellung im Entwurf: ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung: ASB-Bereich Fläche ca. in ha 6 Begründung: Siedlungsrandarrondierung und zur Deckung des Wohnbedarfs der Stadt Baesweiler Anmerkung Teilweise bebaut</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003986_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Baesweiler verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003987, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines GIB-Bereiches westlich von Setterich (B8E) [s. Anlage Abb. 1003987_1] Lage Südlich von Setterich Darstellung im Entwurf: ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Überlagerung ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung: GIB-Bereiche Fläche ca. in ha 4 Begründung: Darstellung der tatsächlichen Nutzung Anmerkung: Da es sich bei dieser Fläche um eine regional bzw. überregionalen Versorgungsfläche handelt sollte diese Fläche nicht auf den Flächenbedarf der Stadt Baesweiler angerechnet werden.

Anhänge

[Abb_ID1003987_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan Köln sieht keine räumliche Steuerung vorhandener Umspannwerke oder vergleichbarer Versorgungseinrichtungen durch siedlungsräumliche Festlegungen (GIB) vor.

1003988, StädteRegion Aachen

Inhalt

Rücknahme des Teilstückes einer Bahntrasse (B1R) Es wird angeregt, die Darstellung der Bahntrasse bis zur B 56 herauszunehmen, da dieser. Lage Südlich von Puffendorf bis B 56 Darstellung im Entwurf Eisenbahntrasse Zukünftige Darstellung
?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Fläche ca. in ha -- Begründung: Teilbereich wurde bereits entwidmet und der Wohnnutzung zugeführt Anmerkung Bereich teilweise im Rahmen der Bauleitplanung überplant [s. Anlage Abb. 1003988_1].

Anhänge

[Abb_ID1003988_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten) (s. auch STN ID 1004610).

1003989, StädteRegion Aachen

Inhalt

Erweiterung eines ASB-Bereiches im Norden von Alsdorf (A1N) [s. Anlage Abb. 1003989_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Nördlich von Alsdorf Darstellung im Entwurf Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche mit Regionale Grünzüge und teilweise Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 31 Begründung Zur Deckung des Wohnbedarfes der Stadt Alsdorf Anmerkung Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb_ID1003989_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahme der Stadt Alsdorf verwiesen. Die Festlegung erfolgt entsprechend der kommunalen Stellungnahme der Stadt Alsdorf als ASBflex (siehe Änderungskarte).

1003990, StädteRegion Aachen

Inhalt

Erweiterung eines GIB-Bereiches im Norden von Alsdorf (A2N) Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Nördlich von Alsdorf [s. Anlage Abb. 1003990_1]. Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und teilweise ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftige Darstellung GIB-Bereich Fläche ca. in ha 12 Begründung Zur Deckung des Gewerbebedarfes der Stadt Alsdorf Anmerkung Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb_ID1003990_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Alsdorf verwiesen. Die Stadt Alsdorf schlägt für diesen Bereich die Festlegung eines GIBflex vor.

1003991, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Erweiterung eines ASB-Bereiches im Norden von Alsdorf (A3N) [s. Anlage Abb. 1003991_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Nördlich von Alsdorf Darstellung im Entwurf Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche mit der Ergänzung RegionaleGrünzüge und der teilweisen Ergänzung Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 6 Begründung Zur Deckung des Wohnbedarfes der Stadt Alsdorf Anmerkung Siedlungsrandarrondierung</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003991_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf die Erläuterung zu der Stellungnahme der Stadt Alsdorf verwiesen.</p>

1003992, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Erweiterung eines ASB ? Bereiches im Süden der Broicher Siedlung (A4N) [s. Anlage Abb. 1003992_1] Lage Südlich der Broicher Siedlung Darstellung im Entwurf Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Ergänzung ?Regionale Grünzüge? zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 4 Begründung Zur Deckung des Wohnbedarfes der Stadt Alsdorf Anmerkung Siedlungsrandarrondierung</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003992_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf die Erläuterung zu der Stellungnahme der Stadt Alsdorf verwiesen.</p>

1003994, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Nordwesten von Busch (A1E) Lage Nordwestlich von Busch [s. Anlage Abb. 1003994_1] Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und teilweise ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 7 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Siedlungsrandarrondierung, teilweise bebaut

Anhänge

[Abb. ID1003994_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003995, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Nordwesten von Alsdorf (A2E) [s. Anlage Abb. 1003995_1] Lage Nordwestlich von Alsdorf Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und teilweise Ergänzung ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 3 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der geplanten und bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb_ID1003995_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zu der Stellungnahme der Stadt Alsdorf verwiesen.

1003997, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines GIB-Bereiches im Osten von Alsdorf (A3E) [s. Anlage Abb. 1003997_1]. Lage Östlich von Alsdorf Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung GIB-Bereich Fläche ca. in ha 6 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der geplanten und bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb_ID1003997_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003998, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines GIB-Bereiches im Süden von Alsdorf (A4E) [s. Anlage Abb. 1003998_1] Lage Südlich von Alsdorf Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und ?Schutz der Natur? Zukünftige Darstellung GIB-Bereich Fläche ca. in ha 1 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der geplanten und bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Siedlungsrandarrondierung, bebaut

Anhänge

[Abb_ID1003998_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003999, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzung eines ASB-Bereiches im Osten von Alsdorf (A5E) [s. Anlage Abb. 1003999_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Östlichen von Alsdorf Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 1 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der geplanten und bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Siedlungsrandarrondierung</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003999_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004001, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzung eines ASB-Bereiches im Süden von Alsdorf (A6E) [s. Anlage Abb. 1004001_1] Lage Westlich von Alsdorf Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 3 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der geplanten und bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Siedlungsrandarrondierung, bebaut</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004001_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004002, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines en ASB-Bereiches im Osten von Oden (A7E) [s. Anlage Abb. 1004002_1] Lage Östlich von Oden Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 1 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der geplanten und bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Siedlungsrandarrondierung; überwiegend bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004002_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004004, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Süden von Oden (A8E) [s. Anlage Abb. 1004004_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Südlich von Oden
Darstellung im Entwurf ASB-flex Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 1
Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur
Sicherung der geplanten und bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung
Siedlungsrandarrondierung; überwiegend bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004004_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004005, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Südwesten von Oden (A9E) [s. Anlage Abb. 1004005_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Südwestlich von Oden Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und teilweise ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 5 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der geplanten und bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Siedlungsrandarrondierung; teilweise bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004005_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004007, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Norden Broicher Siedlung (A10E) [s. Anlage Abb. 1004007_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Nördlich der Broicher Siedlung Darstellung im Entwurf Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 6 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der geplanten und bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Siedlungsrandarrondierung; überwiegend bebaut

Anhänge

[Abb. ID1004007_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004008, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Osten von Begau (A11E) [s. Anlage Abb. 1004008_1] Lage Östlich von Begau Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 4 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der geplanten und bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Siedlungsrandarrondierung; teilweise bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004008_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004010, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches nördlich von Hoengen (A12E) [s. Anlage Abb. 1004010] Lage Nördlich von Hoengen Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 18 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Siedlungsrandarrondierung, überwiegend bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004010_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004011, StädteRegion Aachen

Inhalt

Änderung eines GIB-Bereiches in einen ASB-Bereich im Norden von Alsdorf (A1Ä) [s. Anlage Abb. 1004011_1]. Lage Nördlich von Alsdorf Darstellung im Entwurf GIB-Bereich zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 4 Begründung Die Stadt Alsdorf beabsichtigt hier keine gewerblich-industrielle Entwicklungen Anmerkung ?

Anhänge

[Abb_ID1004011_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1002082 und 1002089.

1004013, StädteRegion Aachen

Inhalt

Änderung eines GIB-Bereiches mit zweckgebundener Nutzung in einem GIB-Bereich ohne zweckgebundene Nutzung im Norden von Alsdorf (A2Ä) [s. Anlage Abb. 1004013_1] Lage Nördlich von Alsdorf Darstellung im Entwurf GIB-Bereich mit zweckgebundener Nutzung GIB Regional zukünftige Darstellung GIB-Bereich ohne zweckgebundene Nutzung Fläche ca. in ha 22 Begründung Die Stadt Alsdorf beabsichtigt diese Flächen in Eigenentwicklung bedarfsgerecht erschließen Anmerkung ?

Anhänge

[Abb_ID1004013_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die Festlegung eines zusätzlichen GIB steht in der Stadt Alsdorf kein Bedarf zur Verfügung (vgl. Planbegründung). Die GIB-Festlegung im Planentwurf erfolgte auf Basis der Regionalen Bedarfsverteilung (Region Plus Wirtschaft). Dies setzt entsprechend der planerischen Konzeption eine interkommunale Entwicklung voraus.

1004014, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Änderung eines GIB-Bereiches ohne zweckgebundene Nutzung in einem GIB-Bereich mit zweckgebundener Nutzung im Norden von Schaufenberg (A3Ä) [s. Anlage Abb. 1004014_1] Lage Nördlich von Schaufenberg Darstellung im Entwurf GIB-Bereich ohne zweckgebundene Nutzung Zukünftige Darstellung GIB-Regional Fläche ca. in ha 4 Begründung Interkommunale Gewerbeentwicklung mit Aldenhoven Anmerkung Siedlungsrandarrondierung, im gültigen Regionalplanung enthalten</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004014_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Alsdorf verwiesen.</p>

1004015, StädteRegion Aachen

Inhalt

Rücknahme eines ASB-Bereiches im Nordwesten von Alsdorf (A1R) [s. Anlage Abb. 1004015_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage nordwestlich von Alsdorf Darstellung im Entwurf ASB-Bereich Zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Fläche ca. in ha 1 Begründung Die Stadt Alsdorf beabsichtigt hier keine weitere Entwicklung Anmerkung Rücknahme eines ASB-Bereiches im Süden von Alsdorf (A2R)

Anhänge

[Abb_ID1004015_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004016, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Rücknahme eines ASB-Bereiches im Süden von Alsdorf (A2R) [s. Anlage Abb. 1004016_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Südlich von Alsdorf Darstellung im Entwurf ASB-Bereich zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Fläche ca. in ha 4 Begründung Die Stadt Alsdorf beabsichtigt hier keine weitere Entwicklung. Anmerkung ?</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004016_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004017, StädteRegion Aachen

Inhalt

Rücknahme eines ASB-Bereiches im Norden von Hoengen (A3R) [s. Anlage Abb. 1004017_1] Lage Nördlich von Alsdorf Darstellung im Entwurf ASB-Bereich
Zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Fläche ca. in ha 2
Begründung Die Stadt Alsdorf beabsichtigt hier keine weitere Entwicklung.
Anmerkung ?

Anhänge

[Abb_ID1004017_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004018, StädteRegion Aachen

Inhalt

Rücknahme eines ASB-Bereiches im Norden von Alsdorf (A4R) [s. Anlage Abb. 1004018_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Nördlich von Alsdorf Darstellung im Entwurf ASB-Bereich Zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Fläche ca. in ha 1 Begründung Die Stadt Alsdorf beabsichtigt hier keine weitere Entwicklung. Anmerkung ?

Anhänge

[Abb_ID1004018_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004019, StädteRegion Aachen

Inhalt

Rücknahme eines ASB-Bereiches (Flex) im Süden von Ofden (A5R) [s. Anlage Abb. 1004019_1] Lage Südliche Bereich von Ofden Darstellung im Entwurf ASB-Flex Zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Fläche ca. in ha 10 Begründung Die Stadt Alsdorf beabsichtigt hier keine weitere Entwicklung. Anmerkung --

Anhänge

[Abb_ID1004019_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Alsdorf (siehe Stn. Nr. ID 1002084) verwiesen.

1004020, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Rücknahme eines ASB-Bereiches im Süden von Warden (A6R) [s. Anlage Abb. 1004020_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Südlich von Warden Darstellung im Entwurf ASB Zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Fläche ca. in ha 4 Begründung Die Stadt Alsdorf beabsichtigt hier keine weitere Entwicklung. Anmerkung --</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004020_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Alsdorf verwiesen.</p>

1004021, StädteRegion Aachen

Inhalt

Erweiterung der GIB?Fläche Boschler Berg (H1N) [s. Anlage Abb. 1004021_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Zwischen der GIB?Fläche Boscheler Berg und L 240 Darstellung im Entwurf Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung GIB Fläche ca. in ha 7 Begründung Direkte Anbindung der zukünftigen Gewerbeflächen an die L 240 Anmerkung Eine von Seiten der Bezirksregierung positiv beschiedene landeplanerische Anfrage liegt vor

Anhänge

[Abb_ID1004021_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Herzogenrath verwiesen.

1004022, StädteRegion Aachen

Inhalt

Erweiterung des südlichen ASB-Bereiches von Merkstein (H2N) [s. Anlage Abb. 1004022_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Südlich von Merkstein Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung ASB Fläche ca. in ha 5 Begründung Zur Deckung des Wohnbedarfes der Stadt Herzogenrath Anmerkung Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb_ID1004022_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Herzogenrath verwiesen.

1004023, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung des nordwestlichen ASB-Bereiches von Merkstein (H1E) [s. Anlage Abb. 1004023_1] Lage Nordwestlich von Merkstein Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB Fläche ca. in ha 22 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Schließt im Osten die Lücke zwischen GIB und ASB; überwiegend bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004023_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004024, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung des nordöstlichen ASB-Bereiches von Herzogenrath (H2E) [s. Anlage Abb. 1004024_1] Lage Nordöstlich von Herzogenrath Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB Fläche ca. in ha 16 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung; größtenteils bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004024_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004025, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung des nördlichen Siedlungsrandes der Ortslage Kohlscheid (H3E) als ASB-Bereich [s. Anlage Abb 1004025_1.] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Nördlich von Kohlscheid Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und teilweise ?Schutz Natur? zukünftige Darstellung ASB Fläche ca. in ha 7 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung; größtenteils bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004025_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004026, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung des östlichen ASB-Bereiches von Kohlscheid (H4E) [s. Anlage Abb. _1]
Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Nordöstlich von Herzogenrath
Darstellung im Entwurf? Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und teilweise ?Schutz Natur? zukünftige Darstellung ASB Fläche ca. in ha
5 Begründung Zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches als ASB

Anhänge

[Abb_ID1004026_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004027, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Änderung eines GIB-Bereiches in einen ASB-Bereiche im Norden von Herzogenrath (H1Ä) [s. Anlage Abb. 1004027_1] Ergänzung des nordöstlichen ASB-Bereiches von (H2E) Lage Nördlich von Herzogenrath Darstellung im Entwurf GIB-Bereich Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 10 Begründung Die Stadt Herzogenrath beabsichtigt hier keine gewerblich-industrielle Entwicklungen Anmerkung ?</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004027_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Herzogenrath verwiesen.</p>

1004028, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung des südlichen Siedlungsrandes der Ortslage Kohlscheid (H5E) als ASB-Bereich [s. Anlage Abb. 1004028_1] Lage Südlich von Kohlscheid Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und teilweise ?Schutz Natur? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 13 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung; größtenteils bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004028_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004029, StädteRegion Aachen

Inhalt

Rücknahme eines ASB-Bereiches im Süden von Herzogenrath (H1R) [s. Anlage Abb. 1004029_1] Lage südlich von Herzogenrath Darstellung im Entwurf ASB-Bereich zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Fläche ca. in ha 10 Begründung Die Stadt Herzogenrath beabsichtigt hier keine weitere Entwicklung
Anmerkung: -

Anhänge

[Abb_ID1004029_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Herzogenrath verwiesen.

1004030, StädteRegion Aachen

Inhalt

Rücknahme eines ASB-Bereiches im Osten von Kohlscheid (H2R) [s. Anlage Abb.1004030_1] Lage östlich von Herzogenrath Darstellung im Entwurf ASB-Bereich zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Fläche ca. in ha 10 Begründung Die Stadt Herzogenrath beabsichtigt hier keine weitere Entwicklung

Anhänge

[Abb_ID1004030_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004031, StädteRegion Aachen

Inhalt

Rücknahme von Freiraumfunktionen im Norden von Hofstadt (H3R) [s. Anlage Abb. 1004031_1] Lage Nördlich von Hofstadt Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Fläche ca. in ha ? Begründung Ziel der Stadt Herzogenrath und der StädteRegion Aachen ist es in diesen Bereich eine Photovoltaikanlage zu errichten Anmerkung Ehemalige Auskiesung; Kreisgrenzen übergreifend

Anhänge

[Abb_ID1004031_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Planung von Freiflächensolaranlagen ist in Regionalen Grünzügen nicht ausgeschlossen. Sie bedarf einer Prüfung im Einzelfall. Diesbezüglich wird auf die in Aufstellung befindlichen Ziele der Landesentwicklungsplanung (Änderung 2023) verwiesen sowie auf den zu erarbeitenden Teilplan Erneuerbare Energien für die Region Köln.

1004032, StädteRegion Aachen

Inhalt

Aufnahme (bzw. Ergänzung) der Ortslage Linden-Neusen als ASB (W1A) [s. Anlage Abb. 1004032_1] Ortslage Linden - Neusen Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? und teilweise ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 75 Begründung Der Darstellung des zuvor genannten Siedlungsbereiches als ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit den entsprechenden Ergänzungen kann nicht entsprochen werden. Es wird angeregt, diese Siedlungsflächen zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches als ASB darzustellen. Anmerkung Vervollständigung des Siedlungsbandes, welches von Würselen über Broichweiden führt; größtenteils bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004032_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Würselen verwiesen (s. StnID 1003637).

1004033, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Aufnahme eines GIB-Bereiches im Nordosten des Aachener Kreuzes (W2A) [s. Anlage Abb. 1004033_1] Lage Nordöstlich des Aachener Kreuzes Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und der Ergänzung ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftige Darstellung GIB-Bereich Fläche ca. in ha 14 Begründung Darstellung des Bereiches einer Gasverdichterstation Anmerkung Da diese Fläche eine überregionale Funktion hat, sollte sie nicht bei der Berechnung des Kommunalen GIB ? Bedarf der Stadt Würselen betrachtet werden</p> <p>Anhänge Abb_ID1004033_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es handelt sich um ein im FNP der Stadt Würselen dargestellte "Versorgungsfläche", die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle (10ha) liegt. Entsprechend der planerischen Konzeption (vgl. Planbegründung) erfolgt keine Festlegung als GIB.</p>

1004034, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Süden von Bardenberg (W1E) [s. Anlage Abb. 1004034_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Südlich abschließender Bereich von Bardenberg Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung?zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 4 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches. Anmerkung Siedlungsrandarrondierung, größtenteils bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004034_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004035, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Westen von Würselen (W2E) [s. Anlage Abb. 1004035_1] Lage Westlich abschließender Bereich von Würselen Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionaler Grünzug? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 10 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches. Anmerkung Siedlungsrandarrondierung, bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004035_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004036, StädteRegion Aachen

Inhalt

Aufnahme der Ortslage Siedlung Waldschule als ASB-Bereich (E1A) [s. Anlage Abb. 1004036_1] Lage Ortslage Siedlung Waldschule Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche?, im nördlichen Bereich und im Übergang zur Ortslage Stich ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? und ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 70 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Vollständig bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004036_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine Festlegung als ASB ist nicht erforderlich und wird auch entsprechend der vorliegenden Stellungnahmen seitens der Stadt Eschweiler nicht verfolgt.

1004037, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Aufnahme eines Regionalen Grünzuges westlich der Ortslage Bergrath (E2A) [s. Anlage Abb. 1004037_1] Lage Westlich von Bergrath Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Zukünftige Darstellung ?Regionale Grünzüge? überlagernd Fläche ca. in ha 120 Begründung Um die ökologische Qualität dieses Bereiches dauerhaft zu sichern.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004037_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Eschweiler verwiesen.</p>

1004038, StädteRegion Aachen

Inhalt

Aufnahme der L 238 als Straße für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr (E3A) Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag [s. Anlage Abb. 1004038_1] Lage L 238 "Bourheimer Straße" Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? und teilweise ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung Straße für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr (überlagernd) Fläche ca. in ha -- Begründung Bedeutung der Straße Anmerkung ?

Anhänge

[Abb_ID1004038_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4) (s. auch Stn ID 1003410).

1004039, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Nordwesten von Kinzweiler (E1E) [s. Anlage Abb. 1004039_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Nordwestlich von Kinzweiler Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 10 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung; locker bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004039_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Anregung wird entsprechend dem Vorschlag der Stadt Eschweiler (s. Stn. ID Nr. 1003406) gefolgt.

1004040, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Norden von Röhe (E2E) [s. Anlage Abb. 1004040_1] Lage Nördlich von Röhe Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und teilweise ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 3 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb_ID1004040_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004041, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Westen von Röhe (E3E) [s. Anlage Abb. 1004041_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Westlich von Röhe Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? und ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 4 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung; locker bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004041_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004042, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Südosten von Nothberg (E4E) [s. Anlage Abb. 1004042_1] Lage Südöstlich von Nothberg Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? und ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 19 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung; locker bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004042_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004043, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Südwesten von Hastenrath (E6E) [s. Anlage Abb. 1004043_1] Lage Südwestlich von Hastenrath Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 8 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung; locker bebaut

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Südosten von Hastenrath (E7E) [s. Anlage Abb. 1004043_2] Lage Südöstlich von Hastenrath Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 18 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung; bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004043_1.pdf](#)

[Abb_ID1004043_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bezüglich E7E:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Bezüglich E6E/OT Scherpenseel:

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2.000 Einwohnern als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) festzulegen. Nach den Festlegungen des Ziels 2-3 LEP NRW können Ortslagen mit weniger Einwohnern bedarfsgerecht als ASB dargestellt werden, wenn sie eine entsprechende Entwicklungsperspektive (vorhandene FNP- bzw. Regionalplan-Reserven) aufweisen und eine Weiterentwicklung bereits regionalplanerisch festgelegter Siedlungsbereiche nicht möglich ist. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige

	<p>Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Die Voraussetzungen des Ziels 2-3 LEP NRW sind nicht erfüllt. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist regionalplanerisch nicht darstellungsfähig.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>
--	--

1004044, StädteRegion Aachen

Inhalt

Rücknahme einer ASB ? Fläche nördlich von Kinzweiler (E1R) Im Planentwurf wird der Bereich als ASB ? Fläche dargestellt [s. Anlage Abb. 1004044_1]. Lage Nördlich von Kinzweiler Darstellung im Entwurf ASB-Bereich Zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Fläche ca. in ha 3 Begründung Die Stadt Eschweiler beabsichtigt hier langfristig keine Siedlungsentwicklung Anmerkung --

Anhänge

[Abb_ID1004044_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Eschweiler verwiesen.

1004045, StädteRegion Aachen

Inhalt

Rücknahme einer ASB ? Fläche mit Zweckbestimmung westlich des Blausteinsees (E2R) [s. Anlage Abb. 1004045_1] Lage Westlich des Blausteinsees Darstellung im Entwurf ASB ? Fläche mit der Zweckbestimmung ?Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen? Zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Fläche ca. in ha 6 Begründung Die Stadt Eschweiler beabsichtigt hier langfristig keine Siedlungsentwicklung Anmerkung ?

Anhänge

[Abb_ID1004045_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Eschweiler verwiesen.

1004046, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Rücknahme einer GIB ? Fläche mit Zweckbestimmung nördlich von Weisweiler (E3R) [s. Anlage Abb. 1004046_1] Lage Nördlich von Weisweiler Darstellung im Entwurf GIB-Bereich mit der Zweckbestimmung ?Sonstige Zweckbindungen? Zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Fläche ca. in ha 3 Begründung Die Stadt Eschweiler beabsichtigt hier langfristig keine Siedlungsentwicklung Anmerkung --</p> <p>Rücknahme einer GIB ? Fläche nördlich von Weisweiler (E4R) [s. Anlage Abb. 1004046_2]. Darstellung im Entwurf GIB-Bereich zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? Fläche ca. in ha 6 Begründung Die Stadt Eschweiler beabsichtigt hier langfristig keine Siedlungsentwicklung Anmerkung --</p> <p>Anhänge Abb_ID1004046_1.pdf Abb_ID1004046_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Eschweiler verwiesen.</p>

1004047, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Rücknahme einer ASB ? Fläche nördlich von Rohe (E5R) [s. Anlage Abb. 1004047_1] Lage Nördlich von Rohe Darstellung im Entwurf ASB-Bereich zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Fläche ca. in ha 1 Begründung Die Stadt Eschweiler beabsichtigt hier langfristig keine Siedlungsentwicklung Anmerkung ?</p> <p>Anhänge Abb_ID1004047_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004048, StädteRegion Aachen

Inhalt

Rücknahme einer Bedarfsmaßnahme ohne räumliche Festlegung westlich von Hastenrath (E6R) [s. Anlage Abb. 1004048_1] Lage Westlich von Hastenrath Darstellung im Entwurf L 11n als Bedarfsmaßnahme ohne räumliche Festlegung Zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? Fläche ca. in ha -- Begründung Keine Entwicklung mehr vorgesehen Anmerkung ?

Anhänge

[Abb_ID1004048_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1004049, StädteRegion Aachen

Inhalt

Rücknahme von Freiraumfunktionen nördlich von Kamp Astrid (E7R) [s. Anlage Abb. 1004049_1] Lage Nördlich von Kamp Astrid Darstellung im Entwurf ?Waldbereich? mit ?Schutz der Natur? und ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Fläche ca. in ha 9 Begründung Es handelt sich hier um eine militärische Konversionsfläche auf der die Stadt Eschweiler eine Photovoltaikanlage errichten möchte Anmerkung Rücknahme der konkretisierenden Freiraumnutzungen

Anhänge

[Abb_ID1004049_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen entsprechen der örtlichen Situation. In dem Bereich befinden sich herausragend bedeutsame Biotopverbundflächen und bestehende Waldflächen. Zudem sind gemäß den Daten des LANUV NRW auf der Fläche nach Anhang I der FFH-Richtlinie zu schützende Lebensräume von gemeinschaftlichem Interesse vorhanden.

1004050, StädteRegion Aachen

Inhalt

Erweiterung eines ASB-Bereiches im Nordosten von Breinig (ST1N) [s. Anlage Abb. 1004050_1] Lage Nordöstlich von Breinig Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit teilweise ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 11 Begründung Zur Deckung des Wohnbedarfes der Stadt Stolberg Anmerkung Siedlungsrandarrondierung, locker bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004050_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es erfolgt eine Erweiterung der Festlegung ASBflex. Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Stolberg verwiesen.

1004051, StädteRegion Aachen

Inhalt

Erweiterung eines ASB-Bereiches im Osten von Breinig (ST2N) [s. Anlage Abb. 1004051_1] Lage Östlich von Breinig Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit teilweise ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 4 Begründung Zur Deckung des Wohnbedarfes der Stadt Stolberg Anmerkung Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb_ID1004051_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es erfolgt eine Erweiterung der Festlegung ASBflex. Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Stolberg verwiesen.

1004052, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Erweiterung eines ASB-Bereiches im Südosten von Breinig (ST3N) [s. Anlage Abb. 1004052_1] Lage Südöstlich von Breinig Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit teilweise ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 8 Begründung Zur Deckung des Wohnbedarfes der Stadt Stolberg Anmerkung Siedlungsrandarrondierung, teilweise bebaut</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004052_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004053, StädteRegion Aachen

Inhalt

Aufnahme eines GIB-Bereiches südlich von Stolberg (ST1A) [s. Anlage Abb. 1004053_1] Lage Südlich von Stolberg Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Zukünftige Darstellung GIB-Bereich Fläche ca. in ha 10
Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Bestehender Betrieb

Anhänge

[Abb_ID1004053_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Stolberg verwiesen.

1004054, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Norden von Unterstolberg (ST1E) [s. Anlage Abb. 1004054_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag (Skizze) Lage Nördlich von Unterstolberg Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 24 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Größtenteils bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004054_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zu der Stellungnahme der Stadt Stolberg verwiesen.

1004055, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Süden von Stolberg (ST2E) [s. Anlage Abb. 1004055_1] Lage Südlich von Stolberg Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 10 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung, teilweise bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004055_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004056, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Osten von Büsbach (ST3E) [s. Anlage Abb. 1004056_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Östlich von Büsbach Darstellung im Entwurf Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Schutz der Natur? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 10 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung --

Anhänge

[Abb_ID1004056_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Stolberg verwiesen.

1004057, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Westen von Mausbach (ST4E) [s. Anlage Abb. 1004057_1] Lage Westlich von Mausbach Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit teilweise ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 29 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung, teilweise bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004057_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1003444).

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004058, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung der Ortslage östlich von Malsbach als ASB (ST5E) [s. Anlage Abb. 1004058 _1] Lage Östlich von Malsbach Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 9 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung, teilweise bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004058_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004059, StädteRegion Aachen

Inhalt

Änderung eines ASB-Bereiches in einen GIB-Bereich im Nordosten von Mausbach (ST1Ä) [s. Anlage Abb. 1004059_1] Lage Nördöstlich von Mausbach Darstellung im Entwurf ASB-Bereich Zukünftige Darstellung GIB-Bereich Fläche ca. in ha 14
Begründung Die Stadt Stolberg beabsichtigt ausschließlich gewerblich-industrielle Entwicklungen; keine Wohnentwicklung Anmerkung Vollständig bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004059_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Stolberg verwiesen.

1004060, StädteRegion Aachen

Inhalt

Rücknahme von Freiraumfunktionen im Bereich der Vegla-Polder (ST1R) [s. Anlage Abb. 1004060_1] Lage Im Bereich der Vegla-Polder Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Regionale Grünzüge? und ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Fläche ca. in ha -- Begründung Ziel der Stadt Stolberg und der StädteRegion Aachen ist es in diesem Bereich eine Photovoltaikanlage zu errichten die eine Deponiekörper dauerhaft abdichtet Anmerkung Altlast

Anhänge

[Abb_ID1004060_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung entspricht der Wertigkeit als herausragend bedeutsame Biotopverbundfläche gemäß dem Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege. Sollte es zur Abdichtung der Deponie und zur Vermeidung von negativen Wirkungen auf den Naturhaushalt unumgänglich sein, den Deponiekörper abzudichten und die Biotopflächen zu verändern, könnten Ausnahmeregelungen (siehe textliche Festlegungen BSN) greifen. In Regionalen Grünzügen ist die Planung von Freiflächensolaranlagen nicht ausgeschlossen.

1004061, StädteRegion Aachen

Inhalt

Erweiterung eines GIB-Bereiches im Nordosten von Roetgen (R1N) [s. Anlage Abb. 1004061_1] Lage Nördlich von Roetgen Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Ergänzung ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung GIB-Bereich Fläche ca. in ha 1 Begründung Zur Deckung des Gewerbebedarfes der Gemeinde Roetgen Anmerkung Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb_ID1004061_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004062, StädteRegion Aachen

Inhalt

Erweiterung eines ASB-Bereiches im Norden von Roetgen (R2N) [s. Anlage Abb. 1004062_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage Nördlich von Roetgen Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Ergänzung ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 4 Begründung Zur Deckung des Wohnbedarfes der Gemeinde Roetgen Anmerkung ?

Anhänge

[Abb_ID1004062_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bestehen unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben zu einer bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung keine Spielräume zur Verortung zusätzlicher ASB in der Gemeinde Roetgen.

1004063, StädteRegion Aachen

Inhalt

Aufnahme der Ortslage Rott als ASB (R1A) [Abb.] Lage Ortslage Rott Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der teilweisen Ergänzung ?Schutz der Natur? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 107 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der bestehenden Siedlungsbereiche. Anmerkung Überwiegend bebaut, eine Aufnahmefähigkeit von 2.000 Einwohnern

Anhänge

[Abb_ID1004063_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bestehen unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben zu einer bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung keine Spielräume, um die Ortslage zu einem ASB zu entwickeln. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung ist zudem keine Entwicklungsabsicht der Kommune ersichtlich.

1004064, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Norden von Roetgen (R1E) [s. Anlage Abb. 1004064_1] Lage Nördlich und östlich der Ortslage Roetgen Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit den teilweisen Ergänzungen ?Schutz der Natur? und ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 28 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Teilweise bebaut, Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb_ID1004064_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes,

	insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	--

1004065, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzung eines ASB-Bereiches im Osten von Roetgen (R2E) [s. Anlage Abb. 1004065_1] Lage Östlich von Roetgen Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Ergänzung ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 13 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Teilweise Bebaut, Siedlungsrandarrondierung</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004065_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004066, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Südosten von Roetgen (R3E) [s. Anlage Abb. 1004066 _1] Lage Südöstlich von Roetgen Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit den teilweisen Ergänzungen ?Schutz der Natur? und ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 12 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Größtenteils bebaut, Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb_ID1004066_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes,

	insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	--

1004067, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Süden von Roetgen (R4E) [s. Anlage Abb. 1004067_1] Lage Südlich von Roetgen Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit den teilweisen Ergänzungen ?Schutz der Natur? und ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 12 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Größtenteils bebaut, Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb_ID1004067_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004068, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Westen von Roetgen (R5E) [s. Anlage Abb. 1004068_1] Lage Westlich von Roetgen Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit den teilweisen Ergänzungen ?Schutz der Natur? und ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 15 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Größtenteils bebaut, Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb. ID1004068_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Zudem stehen der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven [BSN] entgegen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004069, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Süden von Kesternich (SI1E) [s. Anlage Abb. 1004069_1] Lage Südliche von Kesternich Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit teilweise ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 20 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden und geplanten Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung, teilweise Bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004069_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Simmerath verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004070, StädteRegion Aachen

Inhalt

Aufnahme und Neudarstellung der Ortslagen Strauch und Steckenborn als ASB-Bereich (SI1A+N) [s. Anlage Abb. 1004070_1] Lage Ortslagen Strauch und Steckenborn Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? teilweise mit ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 255 Begründung Die Ortslagen Strauch (ca. 100 ha) und Steckenborn hat (ca. 126 ha) bilden ein Siedlungsband bis zum GIB ? Gebiet Rollesbroich. Es wird angeregt, diese Siedlungsflächen zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der bestehenden Siedlungsbereiche als ASB darzustellen. Anmerkung Im Rahmen der Bauleitplanung würde bei der weiteren Entwicklung der Ortslagen deren Identität gewahrt sowie die Belange des Landschaftsschutzes im Rahmen der Abwägung berücksichtigt.

Anhänge

[Abb_ID1004070_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es ist kein Bedarf für die Festlegung zusätzlicher (neuer) Siedlungsschwerpunkte in der Gemeinde Simmerath gegeben. Aus den Erkenntnissen der öffentlichen Auslegung ist zudem auch keine kommunale Absicht erkennbar, die Siedlungsentwicklung zukünftig in diesen Bereichen zu konzentrieren.

1004071, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung des ASB-Bereiches Woffelsbach und Rurberg (SI2E) [s. Anlage Abb. 1004071_1] Lage Woffelsbach und Rurberg Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? (kleinere Teilfläche) Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 204 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Die Ortslage Woffelsbach hat eine Flächengröße von ca. 62 ha und die Ortslage Rurberg hat eine Flächengröße von ca. 99 ha. Die ?Trennung? der beiden Ortslagen erfolgt durch einen ASB-Bereich mit der zweckgebundenen Nutzung ?Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen? mit einer Flächengröße von ca. 43 ha. Im Zusammenhang ergibt sich somit ein Siedlungsbereich von der auf einer Länge von ca. 7 km entlang des westlichen Ufers der Rurtalsperre das Landschaftsbild prägt und eine Aufnahmekapazität von 2.000 Einwohner hat. In der weiteren Abwägung ist zu prüfen ob die östlichen Bereiche von Rurberg ebenfalls wieder als ASB -Flächen aufgenommen werden. Waren als ASB Darstellungen von 2003 mit einer Zweckgebundenen Darstellung enthalten.

Anhänge

[Abb_ID1004071_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es ist kein Bedarf für die Festlegung zusätzlicher Siedlungsschwerpunkte gegeben. Die Anregung steht zudem nicht im Einklang mit den kommunalen Planungsabsichten (vgl. Stellungnahme der Gemeinde Simmerath).

1004072, StädteRegion Aachen

Inhalt

Änderung eines ASB-Bereiches in einen GIB-Bereiche im Norden von Kesternich (ST1Ä) [s. Anlage Abb. 1004072_1] Lage Nördlich von Kesternich Darstellung im Entwurf ASB-Bereich Zukünftige Darstellung GIB-Bereich Fläche ca. in ha 14
Begründung Die Gemeinde Simmerath beabsichtigt ausschließlich gewerblich-industrielle Entwicklungen; keine Wohnentwicklung Anmerkung Vollständig bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004072_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Gemeinde Simmerath verwiesen.

1004073, StädteRegion Aachen

Inhalt

Neudarstellung eines GIB-Bereiches im Osten von Imgenbroich (M2N) [s. Anlage Abb.1004073_1] Lage Östlich von Imgenbroich Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung GIB-Bereich Fläche ca. in ha 8 Begründung Fläche dient der bedarfsgerechten Eigenentwicklung der Stadt Monschau Anmerkung Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb_ID1004073_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Monschau verwiesen.

1004074, StädteRegion Aachen

Inhalt

Neudarstellung eines ASB-Bereiches im Westen von Konzen (M3N) [s. Anlage Abb. 1004074_1] Lage westlich von Konzen Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 10 Begründung Zur Bereitstellung von frei verfügbaren Wohnbauflächen Anmerkung Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb_ID1004074_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Monschau verwiesen.

1004075, StädteRegion Aachen

Inhalt

Neudarstellung eines ASB-Bereiches im Osten von Imgenbroich (M4N) [s. Anlage Abb.1004075_1] Lage östlich von Imgenbroich Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Ergänzung ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 10 Begründung Zur Bereitstellung von frei verfügbaren Wohnbauflächen Anmerkung Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb_ID1004075_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Monschau verwiesen.

1004076, StädteRegion Aachen

Inhalt

Neudarstellung eines ASB-Bereiches im Westen von Imgenbroich (M5N) [s. Anlage Abb. 1004076_1] Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag Lage westlich von Imgenbroich Darstellung im Entwurf Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Ergänzung ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 5 Begründung Zur Bereitstellung von frei verfügbaren Wohnbauflächen Anmerkung Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb_ID1004076_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Monschau verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004077, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Neudarstellung eines ASB-Bereiches im Osten von Mützenich (M6N) [s. Anlage Abb. 1004077_1] Lage Östlich von Mützenich Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Ergänzung ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 9 Begründung Zur Bereitstellung von frei verfügbaren Wohnbauflächen Anmerkung Siedlungsrandarrondierung, teilweise bebaut</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004077_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Monschau verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004078, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Neudarstellung eines ASB-Bereiches im Süden von Mützenich (M7N) [s. Anlage Abb. 1004078 _1] Lage Südlich von Mützenich Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 20 Begründung Zur Deckung des Wohnbedarfes der Stadt Monschau Anmerkung Siedlungsrandarrondierung</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004078_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Monschau verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004079, StädteRegion Aachen

Inhalt

Neudarstellung eines ASB-Bereiches im Westen von Mützenich (M8N) [s. Anlage Abb. 1004079_1] Lage Westlich von Mützenich Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 9 Begründung Zur Deckung des Wohnbedarfes der Stadt Monschau Anmerkung Siedlungsrandarrondierung

Anhänge

[Abb_ID1004079_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Monschau (ID 1004166) verwiesen.

1004080, StädteRegion Aachen

Inhalt

Aufnahme (Wiederaufnahme) des ASB-Bereiches von Rohren (M1A) [s. Anlage Abb. 1004080_1] Lage Rohren Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? Zukünftige Darstellung ASB mit Zweckbestimmung ?Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen? Fläche ca. in ha 74 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung der bestehenden Siedlungsbereiche Anmerkung Überwiegend bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004080_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es besteht kein Bedarf für die Festlegung zusätzlicher Siedlungsschwerpunkte in der Stadt Monschau. Aus der öffentlichen Auslegung wird auch keine kommunale Absicht erkennbar den Ort entsprechend zu entwickeln. In Bezug auf die Freizeitnutzungen wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Monschau verwiesen (s. Stellungnahme ID 1004169).

1004081, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Entwurf Regionalplan Darstellungsvorschlag [s. Anlage Abb. 1004081_1] Lage nördlich von Mützenich Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Ergänzung ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 19 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung; teilweise bebaut</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1004081_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004082, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Süden von Mützenich (M2E) [s. Anlage Abb. 1004082_1] Lage südlich von Mützenich Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Ergänzung ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 46 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung; teilweise bebaut

Anhänge

[Abb. ID1004082_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004083, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung eines ASB-Bereiches im Nordwesten von Kaltenherberg (M3E) [s. Anlage Abb.1004083_1] Lage Nordwestlich von Kalterherberg Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit teilweise ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 38 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung; überwiegend bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004083_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes,

	insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	--

1004084, StädteRegion Aachen

Inhalt

Ergänzung des ASB-Bereiches westlich von Höfen (M 4 E) [s. Anlage Abb. 1004084_1] Lage Westlich von Höfen Darstellung im Entwurf ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Ergänzung ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? Zukünftige Darstellung ASB-Bereich Fläche ca. in ha 5 Begründung Zur Verdeutlichung der tatsächlichen Siedlungsstrukturen und zur Sicherung des bestehenden Siedlungsbereiches Anmerkung Siedlungsrandarrondierung; teilweise bebaut

Anhänge

[Abb_ID1004084_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Die in diesem Zusammenhang zugrunde gelegte gewerbliche Bedarfs-Berechnungsmethode wurde ebenfalls im bisherigen Verfahren in Frage gestellt. Im Rahmen des informellen Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans hat die StädteRegion Aachen gemeinsam mit ihren regionsangehörigen Kommunen einen Fachbeitrag 'Städteregionales Gewerbeflächenkonzept' durch die AGIT erarbeiten lassen. Dieses Konzept wurde als Fachbeitrag 'Gewerbe' entsprechend bei der Bezirksregierung Köln eingereicht. Der Abschlussbericht aus November 2018 kommt insbesondere zu dem Ergebnis, dass aufgrund einer Berechnung nach Realdatenbeständen im jährlichen Gewerbeflächenmonitoring bereits ein erhebliches Gewerbeflächendefizit im Vergleich zur Berechnung der Bezirksregierung Köln zu verzeichnen ist. Dabei sind für die StädteRegion Aachen besonders relevante Sachverhalte, wie z.B. die Herausforderungen des Strukturwandels, aber auch Flächennachfragen, die zuvor nicht bedient werden konnten, noch nicht berücksichtigt. Diese erkennbaren, spezifischen und erheblichen gewerblichen Zusatzbedarfe gilt es aber im Hinblick auf den Zeithorizont des Regionalplans zu berücksichtigen. Mit der Schaffung des 'Städteregionalen Gewerbeflächenpools' konnten an drei zentralen und qualifizierten Standorten bereits ca. 120 ha interkommunale GIB-Flächen größtenteils regionalplanerisch gesichert werden. Da diese aber weder die tatsächlichen Bedarfe gänzlich abdecken, noch die enormen Überhänge an rechnerischen GIB-Bedarfen der Stadt Aachen abdecken, bedarf es neuer und zusätzlicher GIB-Flächen für das Gebiet der StädteRegion Aachen. Dies stellt die logische Weiterführung des Gedankens zum städteregionalen Gewerbeflächenpool dar und kommt den besonderen Herausforderungen des vorgezogenen Strukturwandels nach. Der Abschlussbericht des durch die AGIT erarbeiteten 'Städteregionalen Gewerbeflächenkonzept' ist Anlage 1 [Anlage] dieser Stellungnahme. Insbesondere am Standort Würselen-Merzbrück wird insofern die deutliche Ausweitung der GIBFlächen mit interkommunaler bzw. strukturwandelrelevanter Zweckbindung angeregt ebenso wie entsprechende GIB-Ergänzungsmöglichkeiten in Herzogenrath, Simmerath/Monschau, Alsdorf/Baesweiler/ Aldenhoven sowie perspektivisch Eschweiler-Kinzweiler. Dadurch wird nicht nur die interkommunale Zusammenarbeit und die damit einhergehende vorausschauende und nachhaltige Gewerbeflächenpolitik forciert, sondern auch für die Bewältigung des Strukturwandels dringend benötigte marktfähige und qualitativ hochwertige Gewerbeflächen konzentriert entwickelt.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und 'reserven'.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW für die Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich. Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größenordnung von 10 ha.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuauflistung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret in der Städteregion Aachen.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

Bezüglich der einzelnen Flächen wird auf die entsprechenden Teilstellungsnahmen verwiesen.

1005511, StädteRegion Aachen

Inhalt

Aus wasserwirtschaftlicher Sicht wird prinzipiell begrüßt, dass nach Z.28 innerhalb von Überschwemmungsbereichen gelegene Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind, zurückzunehmen und bevorzugt als natürliche Retentionsräume zu sichern sind. Die StädteRegion Aachen steht den Kommunen in so gelagerten Fällen für Abstimmungen zu Verfügung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung geäußert.

1005729, StädteRegion Aachen

Inhalt

Zu Kapitel 4.7.1 ?Oberflächengewässer und Talsperren?, Erläuterung 7:

- Weiterhin befindet sich die Wehebachtalsperre auch im Gebiet der Stadt Stolberg (Siehe nachfolgende Abbildung). Sie dient hauptsächlich der Trinkwassergewinnung. Eine Erholungsnutzung ist für diese Talsperre nicht vorgesehen.

Bezeichnung: Wehebachtalsperre, Stadt Stolberg (tlw.), Zweckbestimmung: Trinkwassergewinnung

(T), Niedrigwasseraufhöhungen (N), Hochwasserschutz (H) und Krafterzeugung (K).

[Abb.]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

In der Tabelle 2 der Erläuterung 7 zu Z.25 wird die Stadt Stolberg als Verortung der Wehebachtalsperre ergänzt.

Bezüglich der Funktionen der Talsperre wird auf die Autorenkorrektur ID 1016477 verwiesen. Aufgrunddessen werden für die Wehebachtalsperre zukünftig die Funktionen N, B, H, K, T in der Tabelle 2 der Erläuterung 7 zu Z.25 gelistet sein.

AZ: BET_102000_1

Stadt Alsdorf

1002068, Stadt Alsdorf

Inhalt

Am nördlichen Siedlungsrand des Stadtteils Alsdorf - Hoengen sind bestehende Siedlungsstrukturen im Freiraum verortet und mit der Festlegung "Regionaler Grünzug" überplant, so dass diese nicht Bestandteil des festgelegten Siedlungsraumes (ASB) sind. Unter Punkt 4.2 der textlichen Festlegungen zur Neuauaufstellung des Regionalplans wird auf Seite 96 dargelegt, dass Regionale Grünzüge wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen insbesondere vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen sind. Insofern ist nicht nachvollziehbar, dass hier bestehende Siedlungsstrukturen außerhalb des ASB verortet werden. Die hiesigen Diskrepanzen zwischen faktischem Siedlungsraum und Freiraum sind auch nicht auf den Planmaßstab des Regionalplans zurückzuführen (Unschärfe), da selbst bei dem der Regionalplanung zugrundeliegender Maßstab (1:50.000) ganz offensichtlich erkennbar ist, dass bestehender Siedlungsraum im Freiraum mit der Schutzfunktion "Regionaler Grünzug" verortet wird. Ferner stellt der rechtskräftige Flächennutzungsplan der Stadt Alsdorf für diesen Bereich - Wohnbaufläche dar. Darüber hinaus ist der nördliche Siedlungsrand von Alsdorf - Hoengen zu einem Großteil mit rechtskräftigen Bebauungsplänen überplant (BP 275 / BP 272 - 2. Änderung) die die Art der Nutzung als - WA - Allgemeines Wohngebiet - festsetzen. Insofern wird darum gebeten, dass im Sinne des Gegenstromprinzips Darstellungen der vorbereitenden Bauleitplanung sowie Festsetzungen der verbindlichen Bauleitplanung bei der Neuauaufstellung des Regionalplan entsprechende Berücksichtigung finden [s. Anhang STN 1002068_1].

Anhänge

[Abb_ID_1002068_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der "nachhaltigen europäischen Stadt" kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (Ziel 2.3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die südlich im Plangebiet gelegene Berghalde Jasperberg wird im künftigen Regionalplan als Bereich zum Schutz der Natur festgelegt. Im Zuge dessen stellt der vorgeschlagene Regionale Grünzug eine Verbindung der Freiräume dar.

1002069, Stadt Alsdorf

Inhalt

Analog zu den o.g. Diskrepanzen zwischen tatsächlichem Siedlungsraum und ASB Festlegung ist festzuhalten, dass auch der nördliche Siedlungsrand von Alsdorf Busch, der südwestliche bzw. westliche Siedlungsrand von Alsdorf - Kellersberg sowie der nordwestliche Ortsrand von Alsdorf-Neuweiler nicht innerhalb des ASB sondern im Freiraum liegen, der zudem noch mit der Schutzgebietsfestlegung "Regionaler Grünzug" überplant ist, obwohl auch hier der FNP der Stadt Alsdorf Wohnbaufläche darstellt und die hiesigen Bereiche mit rechtskräftigen Bebauungsplänen (BP Nr. 133 - 2. Änderung; BP Nr. 126, BP Nr. 31A -1.Änderung und BP 344) überplant sind, die WA - Allgemeines Wohngebiet festsetzen, so dass auch hier eine entsprechende Anpassung des ASB unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips angezeigt ist [s. Anhang Abb. 1002069 _1].

Anhänge

[Abb_ID_1002069_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1002070, Stadt Alsdorf

Inhalt

Ferner wird darauf hingewiesen, dass, ebenfalls im Sinne des Gegenstromprinzips, eine Anpassung der ASB Festlegung an bereits bauleitplanerisch gesicherte FNP-Reserveflächen im Bereich "Hintere Herzogenrather Straße" nördlich des Alsdorfer Zentrums zu erfolgen hat. Aufgrund der Nähe zum Alsdorfer Stadtzentrum und zum Standort des KuBiZ, der guten Anbindung an die Euregiobahn sowie der attraktiven Lage am Landschaftsraum ist im Rahmen der 32. Änderung des Flächennutzungsplans dieser Bereich als W-- Wohnbaufläche ausgewiesen worden, so dass hier eine zentrumsnahe Wohnbauflächenreserve gesichert wurde, die zeitnah einer Wohnnutzung zugeführt werden soll und somit den bestehenden Siedlungsrand angemessen arrondiert. Die Arrondierung soll bis zur verlängerten Elisabethstraße (siehe Anlage) erfolgen, so dass der Bereich südlich der verlängerten Elisabethstraße als ASB festzulegen ist, wogegen die "Auskragung" des ASB nördlich der Elisabethstraße keine FNP Reservefläche ist und hier der Freiraumentwicklung der Vorrang eingeräumt werden soll. Insofern wird um entsprechende Berücksichtigung der Ziele der Bauleitplanung (FNP-Reserven) im weiteren Prozess der Neuaufstellung des Regionalplans gebeten: Ferner hat der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 352 die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung des Sportplatzes nördlich des Energeticon (Ecke Herzogenrather Str. / KonradAdenauer- Allee) geschaffen, welcher zwischenzeitlich errichtet und in Nutzung ist, so dass hier ebenfalls eine Anpassung des ASB an den Siedlungsraum / Bauleitplanung erforderlich ist. Die Begründung, dass solche Flächen aufgrund des Planungsmaßstab des Regionalplans und einer damit einhergehenden "Unschärfe" nicht innerhalb festgelegter ASB liegen, ist in der jetzigen Bestandssituation nicht nachvollziehbar und bringt aus hiesiger Sicht ein rechtliches Risiko angesichts dieser Diskrepanz zwischen Bauleitplanung und Regionalplanung bei künftigen Entwicklungen oder bauleitplanerischen Veränderungen mit sich, das es aus Sicht der Stadt dringend zu vermeiden gilt [s. Anhang Abb. STN 1002-070_1].

Anhänge

[Abb_ID_1002070_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der "nachhaltigen europäischen Stadt" kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (Ziel 2.3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die süd-westlich im Plangebiet gelegene Fläche in Alsdorf-Mitte wird im künftigen Regionalplan als Bereich zum Schutz der Natur festgelegt. Im Zuge dessen stellt der vorgeschlagene Regionale Grünzug eine Verbindung der Freiräume dar. Für den vorhandenen Sportplatz bedarf es nicht einer Festlegung als Allgemeiner Siedlungsbereich.

1002071, Stadt Alsdorf

Inhalt

Abschließend ist ebenfalls eine Anpassung des ASB an bauleitplanerisch gesicherte FNP~ Reserveflächen (Gewerbliche Bauflächenreserve) am Standort "Gewerbegebiet Prym" am östlichen Siedlungsrand von Alsdorf - Kellersberg angezeigt. Im Rahmen der 33. Änderung des Flächennutzungsplans sind zwar die südlichen Bauflächenreserven aufgrund der Nähe zu verschiedenen empfindlichen Nutzungen (Wohnbebauung Kellersberg, Friedhof, Grünkreuz) und insbesondere der derzeit ungünstigen verkehrlichen Anbindung am hiesigen Standort wieder dem Freiraum zugeführt worden. Dagegen sind die Flächen östlich des Gewerbestandortes nach wie vor als gewerbliche Bauflächenreserven im FNP gesichert. Für den Fall einer möglichen künftigen Aufgabe dieses heutigen solitären Gewerbestandortes, sollen diese Flächen im Sinne eines Flächenrecyclings perspektivisch einer Wohnnutzung zugeführt werden und stellen somit eine potentielle Arrondierungsfläche für Alsdorf - Kellersberg dar. Die Aufgabe des Standortes als gewerbliche Nutzung und städtebauliche Neuordnung zu einer Wohnbauarrondierung entspricht insofern auch den städtebaulichen Zielsetzungen der Stadt Alsdorf. Zum einen wird durch die städtebauliche Neuordnung dem Trennungsgrundsatz gemäß § 50 BImSchG (Gliederung der Baugebiete) im Stadtgefüge entsprochen. Zum anderen entspricht es den städtebaulichen Zielsetzungen der Stadt Alsdorf in räumlicher Nähe zu SPNV Haltepunkten der Euregiobahn in Verbindung mit guter Anbindung an bestehende Infrastruktureinrichtungen (Nahversorgung, soziale Infrastruktur) Wohnbauflächen zu entwickeln, um die in der gesamten Region Aachen hohe Wohnraumnachfrage bedienen zu können. Insofern ist es unter diesen städtebaulichen Zielsetzungen unabdingbar, den ASB entsprechend des Bestands sowie der FNP-Reserveflächen festzulegen, damit hier ein Zielkonflikt der unterschiedlichen Planungsebenen künftig vermieden werden kann und eine Maßnahme des Flächenrecyclings (Gewerbe zu Wohnnutzung) durchgeführt werden kann, was dem Leitbild der Gesetzgebung entspricht [s. Anhang Abb. STN 1002071_1].

Anhänge

[Abb_ID_1002071_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt**1.2 ASB Reserveflächen**

Im Hinblick auf die endogene Bedarfsermittlung für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) innerhalb des Planungszeitraums des Regionalplans bis 2043 ist der Tabelle-7 ? *Flächenbedarf und -potentiale* der Begründung (Seite 59) zu entnehmen, dass für die Stadt Alsdorf ein kommunaler Bedarf von insgesamt 74 ha ermittelt wurde. Zudem sind der Stadt Alsdorf weitere 9 ha ASB Reserveflächen aus dem Prozess Region+ Wohnen (regionale Wohnbauflächenbedarfe) zugestanden worden, was grundsätzlich begrüßenswert ist, da dies insofern ansatzweise die dynamische Entwicklung der letzten Jahre berücksichtigt. In diesem Zusammenhang wird die restriktive Bedarfsermittlung auf Grundlage der Zahlen von IT.NRW seitens der Stadt Alsdorf erneut in Frage gestellt, da dies die dynamische Entwicklung der gesamten Region und insbesondere der Stadt Alsdorf nicht widerspiegelt. Diesbezüglich sei vor allem nochmals auf die gemeinsame Erklärung der Bürgermeister der StädteRegion Aachen am 24.05.2019 im Hause der Bezirksregierung Köln verwiesen. Ferner ist der Tabelle 7 zu entnehmen, dass insgesamt ca. 89 ha ASB Reserveflächen im Entwurf des Regionalplans verortet sind, wovon 38 ha auf regionalplanerische Reserven (noch nicht durch die Bauleitplanung entwickelte Flächen) und weitere 51 ha auf Flächennutzungsplanreserven entfallen. Die hier zugrunde gelegten Flächennutzungsplanreserven stimmen inzwischen weitgehend mit den Reserven aus dem o.g. Abstimmungsprozess überein. Die verbliebene ca. 1ha große Diskrepanz kann auf die unterschiedlichen Planungsmaßstäbe des Regionalplans (1:50.000) und des Flächennutzungsplans (1:10.000) zurückgeführt werden, so dass diese nicht weiter von Belang ist. Im Hinblick auf die o.g. 38 ha Regionalplanreserve erfolgte zunächst eine Analyse (siehe Tabelle) der im derzeitigen Entwurf des Regionalplans verorteten ASB Reserveflächen. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass insgesamt ca. 42 ha ASB Reserveflächen zeichnerisch verortet sind. Allerdings sind im Entwurf der Plangrundlage nach wie vor ASB Reserven festgelegt, die nicht den Entwicklungsabsichten der Stadt Alsdorf entsprechen, was bereits im eingangs genannten vorausgegangenen Abstimmungsprozess mehrfach dargelegt wurde. Insofern wird vorgeschlagen, hier ca. 10,5 ha ASB Reserven wieder dem Freiraum zuzuordnen, da eine Entwicklung der Flächen nicht im Einklang mit den Stadtentwicklungszielen der Stadt Alsdorf steht, und hierfür im Gegenzug ca. 6,5 ha an ASB Reserven neu zu verorten, so dass insgesamt wieder ca. 38ha an ASB Reserven gemäß Tabelle 7 der Begründung zeichnerisch festgelegt werden. Vor diesem Hintergrund ist es seitens der Stadt Alsdorf dringend angezeigt, die untenstehenden beabsichtigten Änderungen hinsichtlich der ASB Reserveflächen (ASB Rücknahmen / ASB Neuausweisungen) im weiteren Verfahren zu berücksichtigen, damit bereits zu einem frühen Zeitpunkt im Aufstellungsverfahren etwaige Zielkonflikte der unterschiedlichen Planungsebenen vermieden werden können und der Stadt Alsdorf für

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Die zur Rücknahme vorgeschlagenen Flächen sind zwar aus den v.g. Gründen Bestandteil des ASB, jedoch nicht Bestandteil der für den Entwurf zugrundegelegten auf den Bedarf anzurechnenden Regionalplan-Reserven. Insofern stünden Sie auch nicht für eine Kompensation zugunsten zusätzlicher siedlungsräumlicher Festlegungen zur Verfügung.

den Planungszeitraum bis 2043 städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt werden, die ihren Zielsetzungen entsprechen.	
--	--

1002073, Stadt Alsdorf

Inhalt

Im vorausgegangenen Abstimmungsprozess zur Neuaufstellung des Regionalplans ist seitens der Stadt Alsdorf mehrfach dargelegt, dass die ASB Reserveflächen von ca. 4,5ha südlich des Stadtteils Alsdorf - Ost wieder dem Freiraum zuzuordnen sind, da eine Entwicklung nicht den Zielsetzungen der Stadt Alsdorf entspricht. Die Flächen sind Bestandteil des sogenannten "Mariaparks", welcher in den zurückliegenden Jahren durch die Umsetzung von erforderlichen Öko-Ausgleichsmaßnahmen diverser Bebauungsplanverfahren aufgefördert wurde. Die sukzessive Aufforstung des "Mariaparks" führte dazu, dass dieser heute als ein wesentliches Element des sog. „Grünkreuzes“ der Stadt Alsdorf verstanden wird, da die umgesetzten Maßnahmen das Grünkreuz nachhaltig aufwerten und somit einen Beitrag zu den Entwicklungszielen der u.a. auch im Flächennutzungsplan verankerten Freiraum/ Landschaftsplanung der Stadt Alsdorf leistet. Seit seiner Konzeption in der 1989 veröffentlichten Studie der RWTH "Städtebauliches Entwicklungskonzept zur Erneuerung des Aachener Raumes" ist das Alsdorfer Grünkreuz ein Leitbild, welches die Planungen im Städtebau, den Tourismus und die Erholung vor Ort maßgeblich beeinflusst. Das von Ost nach West ausgedehnte Broichbachtal bildet hierbei eine Achse des Kreuzes. Die Nord/Süd-Achse (inklusive Mariapark) wiederum erstreckt sich zwischen den Stadtgebieten Alsdorf Ost und Mariadorf. Des Weiteren sind die ehemaligen Bergbauhalden im Stadtgebiet ebenfalls in das Konzept miteingebunden. Der 1998 erschienene ökologische Fachbeitrag zum FNP der Stadt Alsdorf erweitert und spezifiziert die Maßnahmen bezüglich des Grünkreuzes weiter und geht hierbei ausdrücklich auf die Erweiterung des Grünkreuzes, die Vernetzung von Biotopflächen sowie die Schließung des Obstwiesengürtels ein. Insofern wird erneut darum gebeten, die ASB Reserveflächen südlich von Alsdorf-Ost teilweise zurückzunehmen und gemäß den Freiraumzielen der Stadt Alsdorf wieder dem Freiraum zuzuführen, so dass hier auch auf Ebene der Regionalplanung die Stärkung und Aufwertung des Grünkreuzes als langfristiges Entwicklungsziel zum Ausdruck kommt [s. Anhang Abb. STN 1002073_1].

Anhänge

[Abb_ID_1002073_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie "linienhafte" Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1002076, Stadt Alsdorf

Inhalt

Darüber hinaus ist am nördlichen Rand vom Stadtteil Alsdorf-Hoengen (nördlich der Feldstraße) ein Teilbereich des ASB wieder dem Freiraum zuzuführen (ca. 2 ha), da diese Flächen, analog zu den o.g. Flächen, Bestandteil des "Grünkreuzes" sind. Darüber hinaus sind die Flächen als Landschaftsschutzgebiet im Landschaftsplan I der StädteRegion Aachen festgesetzt. Perspektivisch werden die Flächen in den "Obstwiesengürtel" eingebunden, mit dem das Ziel verfolgt wird, den nördlichen Siedlungsrand von Alsdorf - Hoengen zum Freiraum hin abgrenzen. Durch den räumlichen Zusammenhang dieser Flächen kann somit eine qualitativ hochwertige Aufwertung des Grünkreuzes erfolgen. Erste Maßnahmen des geplanten "Obstwiesengürtels" sind bereits weiter östlich der hiesigen Flächen umgesetzt [s. Anhang Abb. STN 1002076_1].

Anhänge

[Abb_ID_1002076_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt von Ausnahmen abgesehen bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, linienhafte Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1002078, Stadt Alsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Des Weiteren ist im o.g. Abstimmungsprozess bereits mehrfach erörtert worden, die ASB Reserve südöstlich der bestehenden Siedlungsstrukturen von Alsdorf-Warden zurückzunehmen (ca. 4 ha) und wieder dem Freiraum zuzuführen, da sich aufgrund des festgesetzten Überschwemmungsgebietes des Merzbaches, der Immissionskonflikte durch die L240 sowie die rückwärtige Lage eine Erschließung und (Wohn-)bauliche Entwicklung äußerst ungünstig darstellen [s. Anhang Abb. STN 1002078_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1002078_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird insbesondere zur Verdeutlichung der naturräumlichen Restriktionen (Merzbachau/ÜSG) geändert (s. Änderungskarten). Es handelt sich bei der Rücknahme nicht um eine entwickelbare Regionalplan-Reserve gem. Planbegründung.</p>

1002081, Stadt Alsdorf

Inhalt

Abschließend bleibt somit festzuhalten, dass insgesamt ca. 10,5 ha ASB Reserven wieder dem Freiraum zugeführt werden sollen (siehe obenstehenden Tabelle) und im Gegenzug ca. 6,5 ha an ASB Reserven gemäß den städtebaulichen Zielsetzungen der Stadt Alsdorf neu dargestellt werden sollen, so dass insgesamt wieder 38 ha an ASB Reserven gemäß Tabelle 7 *"Flächenbedarf und -potentiale"* zeichnerisch verortet sind. Im Gegenzug für die o.g. Rücknahmen von ASB Reserveflächen bittet die Stadt Alsdorf darum, die bereits vorhandene ASB Reservefläche südlich des Stadtteils Alsdorf-Broicher Siedlung, die auch schon auf Ebene der Bauleitplanung im Flächennutzungsplan als Wohnbauflächenreserve gesichert ist, um ca. weitere 3 ha nach Westen zu ergänzen, so dass durch die räumliche Erweiterung der bereits vorhandenen Reservefläche eine adäquate Ortsrandarrondierung der Broicher Siedlung erfolgen kann. Des Weiteren können Synergieeffekte mit der bereits vorhandenen Reservefläche erzielt werden, da hier im Hinblick auf die technische Erschließung (Entwässerung, Verkehr) die Flächen (vorhandenen FNP Reserve+ ASB Reserve) zusammenhängend betrachtet werden können. Ebenso sind Synergieeffekte bezüglich der Verfahrensabwicklung auf Ebene der Bauleitplanung möglich. Abschließend bleibt festzuhalten, dass durch die räumliche Ausdehnung keine Schutzgebietsfestsetzungen der Landschaftsplanung (StädteRegion Aachen Landschaftsplan I „Herzogenrath-Würselen“) berührt sind, so dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu unterstellen ist, dass einer räumlichen Erweiterung der südlichen Arrondierungsflächen der Broicher Siedlung naturschutzfachliche Belange nicht entgegenstehen [s. Anhang Abb. STN 1002081_1].

Anhänge

[Abb_ID_1002081_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Bei den betreffenden potenziellen Rücknahmeflächen handelt es sich nicht um bedarfsrelevante, entwickelbare Regionalplan-Reserven gem. Planbegründung. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungsnahmen der Stadt Alsdorf verwiesen.

In Bezug auf die Erweiterungsfläche:

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Stadt Alsdorf verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+ Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1002082, Stadt Alsdorf

Inhalt

Ferner wird zurzeit im Auftrag der StädteRegion Aachen die Stufe II der Machbarkeitsstudie für die RegioTram erarbeitet. Im Zuge der abgeschlossenen Untersuchungen aus der Stufe I der Machbarkeitsstudie hat sich herauskristallisiert, dass die Hauptvariante mit Trassenführung der RegioTram entlang der B57 (mit Anbindung des Alsdorfer Stadtzentrums) favorisiert wird. Diese Ergebnisse haben zwischenzeitlich dazu geführt, dass das Stadtgebiet nochmals auf potentiell geeignete zusätzliche ASB Arrondierungsflächen in räumlicher Nähe zur favorisierten RegioTram Trasse untersucht wurde, mit der Zielsetzung Entwicklungsflächen zu sichern, die perspektivisch über einen sehr guten SPNV/ ÖPNV Anschluss an das Oberzentrum Aachen verfügen. Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, weitere ca. 3,5ha nördlich der Siedlungsstrukturen von AlsdorfSchaufenberg in räumlicher Nähe zur geplanten Haupttrasse der RegioTram als ausgewogene ASBReservefläche darzustellen. Darüber hinaus sind in der Plangrundlage des Regionalplans im hiesigen Bereich bereits ASB (9 ha) als auch GIB Reserven (27 ha) verortet. Insofern können hier bereits festgelegte ASB Reserven angemessen arrondiert bzw. erweitert werden, wodurch Synergieeffekte bei der technischen Infrastrukturerschließung (siehe hierzu auch geplante Trassenverbindung zwischen Trommsdorffstr.B 57 unter Punkt 2.2 GIB Reserven) und Verfahrensabwicklung auf Ebene der Bauleitplanung erzielt werden können. Jedoch bedingt die zusätzliche Verortung von weiteren ca. 3,5 ha ASB Reserven gemäß der beigelegten Plangrundlage eine geringfügige Modifizierung der GIB Abgrenzung. Der GIB Bereich soll im Westen zugunsten der neuen ASB Festlegungen (3,5 ha) zurückgenommen und entsprechend um 3,5 ha nach Norden erweitert werden. Diese räumliche Verschiebung bringt den Vorteil, dass im direkten Anschluss an den derzeitigen Siedlungsraum, der überwiegend durch Wohnbebauung geprägt ist, anstelle des GIB zunächst 3,5 ha ASB verortet werden können. Durch die räumliche Neuordnung des GIB kann die neu festzulegenden ASB Reservefläche somit als "Puffer" zwischen festgelegtem GIB und bestehender Wohnbebauung dienen, so dass auf Ebene der Bauleitplanung etwaige Immissionskonflikte bereits durch eine geordnete städtebauliche Gliederung unterschiedlicher Nutzungen (GE-MI-WA) vermieden werden können und somit der Trennungsgrundsatz nach § 50 BImSchG entsprechende Berücksichtigung findet. Die spätere bauleitplanerische Ausgestaltung der gewerblichen Bauflächen sollte sich am Beispiel des Businessparks Hoengen mit einem hohen Grünanteil und nachhaltiger ökologischer / wasserwirtschaftlicher Ausgestaltung orientieren [s. Anhang Abb. STN 1002082 _1].

Anhänge

[Abb. ID 1002082_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen*. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Stadt Alsdorf verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen

	<p>Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch bestehen noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.</p> <p>Zur räumlichen Anpassung des GIBregional wird auf StnID 1002089 verwiesen.</p>
--	--

1002083, Stadt Alsdorf

Inhalt

Aufgrund der o.g. Ausführungen können somit insgesamt ca. 6,5 ha ASB Reserven neu festgelegt werden, die den städtebaulichen Entwicklungsabsichten der Stadt Alsdorf entsprechen und somit auch realistisch einer Entwicklung zugeführt werden können. Im Zusammenhang mit den bereits im Entwurf des Regionalplans verorteten 31,5ha ASB Reserven bedeutet dies, dass wieder insgesamt 38ha ASB Reserven gemäß Tabelle 7 der Begründung zeichnerisch festgelegt sind. Im Rahmen des Abstimmungsprozesses Region+ Wohnen wurde seitens der Bezirksregierung bereits frühzeitig signalisiert, dass eine Verortung der regionalen Bedarfe (9ha) insbesondere bei der ASB Reservefläche Mariadorf / Blumenrath erfolgen soll, da die hiesige Fläche die Kriterien zur Eignung regionaler Wohnbauflächenbedarfe (gute Erreichbarkeit SPNV/ÖPNV der Standorte an das Oberzentrum Aachen, ausreichende Infrastrukturausstattung, Eignung für eine den örtlichen Verhältnissen angepasste höhere Dichte) erfüllt. Insofern fanden die Ergebnisse des Prozesses Region+ Wohnen bereits bei der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 355 (südlich der ASB Reservefläche Mariadorf / Blumenrath) entsprechende Berücksichtigung, in dem eine leistungsfähige Straßentrasse planungsrechtlich gesichert wird, die die Option wahrt, mögliche künftige Wohnflächenarrondierungen nördlich von Blumenrath an das Bestandsnetz anzubinden. Vor diesem Hintergrund wird es seitens der Stadt Alsdorf ausdrücklich begrüßt, dass mit der jetzt im Entwurf enthaltenen ASB-Darstellung diese Reserven als zusätzliche regionale Wohnraumflächenbedarfe langfristig gesichert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Bei den seitens der Stadt Alsdorf vorgesehenen Rücknahmeflächen handelt es sich nicht um bedarfsrelevante, entwickelbare Flächen gem. Planbegründung.

1002084, Stadt Alsdorf

Inhalt

Ein weiterer für die Stadt Alsdorf wesentlicher Aspekt stellt die Verortung des neu eingeführten planerischen Instruments der "Flexiblen Siedlungsentwicklung" dar. Mit diesen sog. „ASBflex und GIBflex“, die der Sicherung 'über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehender, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeigneter Bereiche dienen, wird den Kommunen ein Instrument an die Hand gegeben, welches angesichts der derzeit erschwerten Rahmenbedingungen des Grundstücksmarkts sowie potentieller planungsrechtlicher Hemmnisse sehr begrüßenswert ist. Die Kommunen erhalten insofern flexible Planungsalternativen für ihre Siedlungsentwicklung, ohne dass zeitintensive Regionalplanänderungsverfahren erfolgen müssen. Der Tabelle 8 in der Begründung (Seite 73) sind die Potentiale zur Festlegung von ASBflex und GIBflex in den Kommunen zu entnehmen. Gemäß den hier bezifferten Potentialen stehen der Stadt Alsdorf insgesamt 38 ha ASBflex (50% der endogenen ASB Bedarfe) zu; die es zielgerichtet zu verorten gilt. Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass bereits ca. 13ha des ASBflex im Planentwurf süd/südöstlich vom Stadtteil Alsdorf - Ofden verortet worden sind. Im Rahmen des o.g. umfangreichen Abstimmungsprozesses hat die Stadt Alsdorf stets angeregt, eine kleinräumige Arrondierung entlang der Eidechsenstraße durch die Darstellung eines ASB zu ermöglichen, so dass diese zukünftig beidseitig bebaut werden kann, um eine optimale Ausnutzung bestehender Infrastruktur zu erzielen. Dagegen ist die Entwicklung des hier großräumig dargestellten ASBflex (sog. „Ofdener Feld“) keine städtebauliche Zielsetzung der Stadt Alsdorf. Für den Bereich liegen bereits erste überschlägige Untersuchungsergebnisse hinsichtlich der Bodenverhältnisse vor, wonach die Entwässerung dieser Flächen einen erheblichen technischen und finanziellen Aufwand darstellt. Zudem ist im Rahmen des öffentlichkeitswirksamen Prozesses zur Erstellung des Masterplans Alsdorf-Ofden im Jahr 2013 die Bebauung des Ofdener Feldes seitens der Bürger abgelehnt worden. Daraus resultierte am 17.09.2013 letztlich eine entsprechende Beschlussfassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, eine städtebauliche Entwicklung des "Ofdener Felds" nicht weiter zu verfolgen. Es wird daher wiederholt gebeten, die o.g. Erschließungshindernisse sowie politischen Beschlüsse der kommunalen Gremien im weiteren Prozess zu berücksichtigen und die ASBflex Fläche entsprechend zurück zu nehmen [s. Anhang Abb. STN 1002084_1].

Anhänge

[Abb_ID_1002084_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

1002085, Stadt Alsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Daher werden nunmehr seitens der Stadt Alsdorf Vorschläge für die räumliche Verortung von ASBflex Bereichen auf dem Stadtgebiet Alsdorf eingebracht, die aufgrund ihrer Eignung auch realistisch einer Entwicklung zugeführt werden können, mit der Bitte diese im weiteren Prozess der Neuaufstellung des Regionalplans zu berücksichtigen. Wie den beigefügten Plänen zu entnehmen ist, wird vorgeschlagen, eine ASBflex-Fläche als nördliche Arrondierung des Stadtteils Alsdorf-Neuweiler zu berücksichtigen. Zwar ist seitens der Stadt Alsdorf im vorausgegangen o.g. Abstimmungsprozess der Vorschlag zur Rücknahme dieser Flächen unterbreitet worden, da zumindest für einen Teilbereich dieser Fläche ggf. die Immissionsrichtwerte für Wohngebiete durch die in räumlicher Nähe befindlichen Windkraftanlagen der Stadt Baesweiler überschritten werden könnten und daher bevorzugt andere Flächen vorrangig in die Entwicklung zu bringen wären. In der Konsequenz dieses neuen "flex"-Instruments ist es nun folgerichtig, angesichts des o.g. vorangeschrittenen RegioTram Planungsprozesses auf alternative Flächenreserven in räumlicher Nähe zur RegioTram im Bereich Schaufenberg/Neuweiler nicht zu verzichten, sondern an diesen potentiellen Entwicklungsflächen in räumlicher Nähe zu SPNV Haltepunkten festzuhalten. Die Stadt Alsdorf bittet daher darum, die Flächen als ASBflex im weiteren Verfahren zu berücksichtigen. Mögliche Immissionskonflikte können vorauss. auf Ebene der Bauleitplanung mit unterschiedlichen Instrumenten bewältigt werden. Zudem sind durch die vorgeschlagene ASBflex Festlegung keine Schutzgebietsfestsetzungen der Landschaftsplanung (StädteRegion Aachen Landschaftsplan II ?Baesweiler-Alsdorf-Merkstein) berührt, so dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt anzunehmen ist, dass einer Entwicklung der Flächen mit Wohnnutzung naturschutzfachliche Belange nicht entgegenstehen [s. Anhang Abb. 1001085_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID_1002085_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p>

1002086, Stadt Alsdorf

Inhalt

Darüber hinaus bietet aufgrund der bereits o.g. städtebaulichen Eignung auch der Raum nördlich der Siedlungsstrukturen von Alsdorf-Schaufenberg noch Potential für eine ca. 6,5 ha große ASBflex Verortung. Der ASBflex stellt somit eine sinnvolle potentielle Reserve für etwaige Arrondierungen der bereits vorhanden ASB Reserven dar. Zudem können hier neben der räumlichen Nähe zur geplanten RegioTram ebenfalls verkehrstechnische Optimierungen innerhalb des Stadtgebietes bzgl. des MIV durch die Realisierung der beabsichtigten Trassenverbindung zwischen Trommsdorffstr.- B 57 (siehe hierzu Punkt 2.2 GIB Reserven) erzielt werden [s,Anhang Abb. STN 1002086_1].

Anhänge

[Abb_ID_1002086_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen*. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Für die Stadt Alsdorf besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige

Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* ASBflex. Zudem verfügt die Stadt Alsdorf zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch bestehen noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

Inhalt

Zunächst ist festzuhalten, dass analog zu den o.g. ASB auch im Hinblick auf GIB eine Anpassung an bauleitplanerisch gesicherte FNP-Reserveflächen (Gewerbliche Bauflächenreserve) am Standort „Gewerbegebiet Schaufenberg“ am südöstlichen Siedlungsrand des Gewerbegebietes angezeigt ist. Im Rahmen der 33. Änderung ist die Fläche als Gewerbliche Baufläche ausgewiesen worden, um hier ansässigen Betrieben Erweiterungsmöglichkeiten zu eröffnen und somit auch zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze beizutragen. Zudem verfügt die Fläche über einen ausgezeichneten Anschluss an das überörtliche Straßennetz und angesichts der Randlage sind empfindliche Nutzungen in unmittelbarer räumlicher Nähe nicht vorhanden, so dass den hier geplanten Entwicklungen Immissionskonflikte (insbes. Schallschutz) im Wesentlichen nicht entgegenstehen. Insofern wird um entsprechende Anpassung auf Ebene der Regionalplanung (Gegenstromprinzip) gebeten, um zukünftige Zielkonflikte der unterschiedlichen Planungsebenen vermeiden zu können.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Ferner ist nicht nachvollziehbar, dass im Entwurf des Regionalplans die bisherige GIB Regionalplanreserve nördlich des Business Park Alsdorf-Hoengen zurückgenommen und wieder dem Freiraum mit der Freiraumfunktion "Regionaler Grünzug" zugeführt werden soll. Die o.g. Regionalplanreserve ist Bestandteil der interkommunalen Erweiterung des Business Park Alsdorf Aldenhoven - nördliche Erweiterung in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Aldenhoven. Die Gemeinde Aldenhoven als auch die Stadt Alsdorf haben Ende 2019 verfahrenseinleitende Beschlüsse gefasst, um die Flächen des interkommunalen Gewerbegebietes bauleitplanerisch zu entwickeln. Seitens der Stadt Alsdorf hat der Ausschuss für Stadtentwicklung in seiner Sitzung am 21.10.2019 die Aufstellung der 35. FNP-Änderung sowie die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB beschlossen. Ferner ist im Parallelverfahren der Bebauungsplan Nr. 366 - Business Park Alsdorf Aldenhoven - nördliche Erweiterung - aufgestellt worden. Mit Schreiben vom 19.12.2019 ist die Anfrage gemäß § 34 LPlG erfolgt. Das Dezernat 32 der Bezirksregierung Köln hat mit Schreiben vom 17.03.2020 bestätigt, dass die 35. FNP-Änderung den Zielen der Raumordnung und Landesplanung entspricht. Insofern ist es irritierend, dass nunmehr Flächen, die im derzeit rechtskräftigen Regionalplan als GIB Flächen dargestellt sind, mit dem Planentwurf der Neuaufstellung des Regionalplans wieder dem Freiraum zugeführt werden sollen, obwohl die Flächen durch die Belegenheitskommunen gegenwärtig bauleitplanerisch entwickelt werden. Hierbei droht ein Zielkonflikt zwischen den unterschiedlichen Planungsebenen, der erhebliche rechtliche Risiken mit sich führen kann. Aus diesem Grund sieht die Stadt es als dringend erforderlich an, die zurzeit dargestellte GIB Regionalplanreserve nördlich des Business Park Alsdorf Hoengen auch in dem Plankonzept zur Neuaufstellung des Regionalplans zu übernehmen und nicht dem Freiraum zuzuführen. Insofern wird in Abstimmung mit der Gemeinde Aldenhoven angeregt, die GIB Flächen auf dem Gebiet der Stadt Alsdorf sowie die GIB Flächen auf dem Gebiet der Gemeinde Aldenhoven (derzeit ebenfalls nicht als GIB festgelegt, siehe hier Stellungnahme der Gemeinde Aldenhoven) als GIBregional festzulegen, da hier die Voraussetzungen für die Flächenentwicklung als GIBregional bereits gegeben sind. Gemäß Seite 75 der textlichen Festlegungen, dienen GIBregional den beteiligten Kommunen einer Teilregion zur Wirtschaftsentwicklung und sind von der Belegenheitskommune und mindestens einer weiteren Kommune unabhängig von kommunalen Bedarfen gemäß den Festlegungen in Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umzusetzen und zu entwickeln. Da bei der hiesigen Entwicklung des Gewerbegebietes die interkommunale Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde Aldenhoven und der Stadt Alsdorf bereits erfolgreich praktiziert wird, kann hier auf einer Gesamtfläche von ca. 15 ha GIBregional festgelegt werden. Hierbei gilt insbesondere zu berücksichtigen, dass die Stadt Alsdorf gewerbliche Reserveflächen, die für die Deckung des endogenen Bedarfs vorgesehen waren, gemäß den Zielvorgaben eines GIBregional interkommunal entwickelt. Daher

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen geändert (s. Änderungskarten).

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) bereits eine bedarfsgerechte Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben im Kreis Düren. Regionale Potentialflächen fallen nicht unter die kommunale Bedarfsbetrachtung und stehen gemäß den Zielfestlegungen Flächenüberhänge vermeiden und abbauen den Belegenheitskommune daher auch nicht als Tauschflächen für eine kommunale Entwicklung zur Verfügung.

Die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes ist gemäß den Festlegungen Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten innerhalb der GIB Festlegungen auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung möglich. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der bauleitplanerischer Umsetzung und der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.

sind im selben Verhältnis (15ha) wieder Flächenanteile im derzeit geplanten ca. 27ha großen GIBregional Bereich nördlich vom Gewerbegebiet AlsdorfSchaufenberg für den endogenen Bedarf zur Verfügung zu stellen, damit eine dem endogenen Bedarf angemessene eigenständige Gewerbeflächenentwicklung erfolgen kann. Diesbezüglich wird auch auf die Stellungnahme der Gemeinde Aldenhoven verwiesen, die ebenfalls anregt, die Geltungsbereiche der in Aufstellung befindlichen Bauleitpläne im Regionalplan als GIBregional festzulegen. Ferner siehe hierzu Punkt 2.2. [s. Anhang Abb. STN 1002088_1].

Anhänge

[Abb. ID 1002088_1.pdf](#)

1002089, Stadt Alsdorf

Inhalt

Dem Plankonzept ist zu entnehmen, dass nördlich des bestehenden Gewerbegebietes "Alsdorf - Schaufenberg" eine GIB Darstellung beabsichtigt ist, die weitestgehend den Stadtentwicklungsabsichten der Stadt Alsdorf entspricht und die Ergebnisse des vorangegangenen Abstimmungsprozesses berücksichtigt. Diese Flächenentwicklung eröffnet neben der städtebaulichen Eignung als Gewerbestandort aufgrund der räumlichen Distanz zu empfindlichen Nutzungen (Immissionskonflikte) sowie der städtebaulich zielführenden Arrondierung eines bereits bestehenden Gewerbegebietes (Fortführung des bereits bestehenden "Gewerbegürtels" am östlichen Siedlungsrand von Schaufenberg und Ost) insbesondere auch die Möglichkeit, eine verkehrliche Trassenverbindung zwischen Trommsdorffstr. - B 57 (Am Rosenkränzchen) zu realisieren, die eine untersuchte Variante des Verkehrsmodells Alsdorf MIV 2018-2030 ist. Mit Hilfe des Alsdorfer Verkehrsmodells sollte die Fragestellung geklärt werden, inwieweit das vorhandene Verkehrsnetz 2018 für die Ausweisung weiterer Wohn- und Gewerbestandorte im Stadtgebiet noch ausreichend leistungsfähig ist bzw. Netzergänzungen und/oder Ertüchtigungen im Netz vonnöten bzw. sinnvoll sind. Das Verkehrsmodell kommt zu dem Ergebnis, dass die hiesige Trassenvariante die Entwicklung zusätzlicher Gewerbeflächen nördlich von Schaufenberg ermöglicht und es dennoch zu einer deutlichen Entlastung des Streckenzuges B 57 - L 47 - K 10 kommt (derzeitiger Anschluss des Gewerbegebietes an das überörtliche Straßennetz). Ferner kann entlang der Max-Planck-Straße eine durchgängige Umfahrung des Innenstadtbereiches tangential am nord-östlichen Innenstadtrand - zwischen der L 47 und der B 57 entstehen, so dass eine MIV Entlastung des Innenstadtbereiches erzielt wird. Zudem würde diese Möglichkeit zur Verkehrsumverteilung auf nicht-lärmsensible gewerbliche Bereiche zur Reduktion von Verkehrsimmissionen in den umliegenden Straßenzügen sowie Knotenpunktentlastungen führen und bringt damit eine Vielzahl von städtebaulich vorteilhaften Synergieeffekten mit sich. Daher ist im Ergebnis festzuhalten, dass eine Verortung von GIB Reserven nördlich von Alsdorf - Schaufenberg begrüßt wird, da dies neben der städtebaulichen Eignung auch neue Möglichkeiten der MIV Verkehrsführung eröffnet. Dennoch wird angeregt, die räumliche Abgrenzung geringfügig gemäß der beigefügten Planzeichnung zu modifizieren, so dass im nördlichen Anschluss an den derzeitigen Siedlungsraum noch die o.g. ca. 3,5 ha ASB Reserve verortet werden kann (siehe hierzu auch Punkt 1.2 ASB). Dies bedeutet, dass die GIB Reserve im Westen zugunsten der ASB Reserve zurückzunehmen ist und um ca. 3,5ha nach Norden zu "verschieben" ist [s. Anhang Abb. STN 1002489 _1].

Anhänge

[Abb_ID_1002089_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Festlegung erfolgt auf Grundlage eines Flächentauschs im Rahmen der kommunalen Siedlungsraumpotentiale auf Ebene des Regionalplans.

1002091, Stadt Alsdorf

Inhalt

Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht der Stadt Alsdorf nicht zielführend, diese geplante hiesige 27 ha GIB Arrondierung mit der Zweckbindung *GIBregional* darzustellen. Bezüglich der bereits o.g. Anmerkung ca. 15ha GIBregional, nördlich des BPA Alsdorf-Hoengen zu verorten, da hier bereits eine interkommunale Flächenentwicklung "gelebt" wird und hierfür derzeit endogene Reserven für eine interkommunale Entwicklung herangezogen wurden, ist hier nun eine an die Tatsachen angepasste Korrektur geboten, indem an anderer Stelle im Stadtgebiet wieder endogene Reserven in vergleichbarer Größenordnung bereit gestellt werden, damit die Stadt Alsdorf auch zukünftig nicht in ihrer dynamischen Entwicklung der jüngeren Vergangenheit eingeschränkt wird.

Da die Stadt Alsdorf als attraktiver Gewerbestandort inmitten des Großraum Aachen wahrgenommen wird, was in jüngerer Vergangenheit zu einer hohen Nachfrage an Gewerbestandstücken führte, ist auch mittel- bis langfristig mit einem hohen Bedarf an Gewerbeflächen zu rechnen. Insbesondere die räumliche Nähe als auch die ausgezeichnete SPNV Anbindung (Euregiobahn + geplanter RegioTram) zur Aachener Hochschul- und Forschungslandschaft wird auch zukünftig dazu beitragen, dass Alsdorf eine hohe Flächennachfrage erfahren wird. Ferner prägt die Förderung von Steinkohle und Braunkohle die Region Aachen mittlerweile seit Jahrhunderten. Damit verbunden sind einerseits Veränderungen von Landschaften und von Sozialgefügen. Andererseits hat der Bergbau über lange Zeit einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg der Region geleistet.

Durch die Stilllegung des Aachener Steinkohlereviers und damit auch der Schließung der Anna-Betriebe im Jahre 1992 sowie durch das Ende der unmittelbar angrenzenden Braunkohletagebaureviere in den kommenden Jahren ist die Stadt Alsdorf bereits zum zweiten Mal von Strukturwandelprozessen betroffen. Mit der Schließung der Steinkohle-Zeche verloren über 1.000 Arbeitnehmerinnen ihren Arbeitsplatz, die zunächst größtenteils in den Braunkohletagebau überführt werden konnten. Durch die beschlossene Einstellung des Braunkohletagebaus besteht nun der erneute Bedarf, den Arbeitsplatzverlust entsprechend aufzufangen.

Zur Bewältigung der Folgen des Ausstiegs aus der Steinkohle-, insbesondere aber auch aus der Braunkohleförderung ist die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und neuer Wertschöpfungsmöglichkeiten sowie damit verbunden die Schaffung neuer gewerblicher Entwicklungsflächen erforderlich. Insbesondere hierzu sind den Kommunen, neben den Leuchtturmprojekten zur Bewältigung des Strukturwandels wie z.B. den Future Mobility Park (siehe unten), Möglichkeiten einzuräumen, mittelfristig **selbst- bzw. eigenständig** Gewerbeflächen zu entwickeln, damit dem Bedarf entsprechend Rechnung getragen wird. Es ist empirisch nachweisbar, dass die

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

In Bezug auf Alsdorf-Schaufenberg:

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und Reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz,

Gewerbeflächenentwicklung der Stadt Alsdorf in den letzten zehn Jahren sehr dynamisch verlaufen ist und somit Beleg für eine hohe endogene Nachfrage an Gewerbeflächen darstellt. Die dynamische Entwicklung in diesem Bereich ist und bleibt ein wesentlicher Baustein zur Bewältigung des Strukturwandels. So haben die Business Park Alsdorf GmbH als 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadt Alsdorf sowie die Wirtschaftsförderung der Stadt Alsdorf zwischen 2011 bis 2021 zusammen ca. 188.341 m² bzw. ca. 18,83 ha Gewerbeflächen erfolgreich vermarktet. Dies entspricht in den ca. zurückliegenden 10 Jahren einem jährlichen Durchschnittswert von ca. 1,83 ha, die an Gewerbeflächen erforderlich sind, um den Status quo aufrecht zu erhalten. Zusätzliche Flächenbedarfe, die insbesondere aus dem Strukturwandel hervorgehen, finden hierbei noch keine Berücksichtigung. Legt man nun den Planungszeitraum des Regionalplans bis zum Jahr 2043 zugrunde, entspricht dies einem Bedarf von ca. 40,26 ha Gewerbeflächen (1,83 ha x 22 Jahre). Bei der hiesigen Bedarfsermittlung gilt es insbesondere zu berücksichtigen, dass die Business Park Alsdorf GmbH seit dem Jahr 2020 keine Flächen mehr im Portfolio hat, da alle baureifen Grundstücke erfolgreich vermarktet wurden: Lediglich die Stadt Alsdorf verfügt noch über ein geringes Portfolio an baureifen Gewerbegrundstücken, mit denen jedoch nicht die hohe Nachfrage bedient werden konnte. In der Konsequenz führt dies zu einem leicht verzerrten Bild, da ab dem Jahr 2020 zwar eine ungebrochen hohe Nachfrage zu verzeichnen ist, allerdings keine adäquate Flächenverfügbarkeit mehr gegeben ist. Dies führte dazu, dass viele seriöse Anfragen nicht bedient werden konnten und die o.g. vermarkteten Flächen ab dem Jahr 2020 nicht die Nachfrage abbilden können.

Vor diesem Hintergrund hält die Stadt Alsdorf sowohl die ermittelten Bedarfe als auch die gewerblichen Bauflächenreserven, die der Neuaufstellung des Regionalplans zugrunde liegen, für nicht angemessen. Gemäß Tabelle 7 "Flächenbedarf- und -potentiale" in der Begründung zum Regionalplan (Seite 55ff) wurde seitens der Bezirksregierung für die Stadt Alsdorf nach der GIFPRO Berechnung ein Bedarf **an Gewerbe- und Industriebereichen (GIB)** von 36 ha innerhalb des Planungszeitraums bis 2043 ermittelt. Dies verdeutlicht, dass die GIFPRO Berechnungsmethode nicht die o.g. dynamische Gewerbeflächenentwicklung der zurückliegenden 10 Jahre widerspiegelt (40,26ha), da hier bereits ein Defizit zwischen tatsächlich entwickelter und vermarkteter Fläche und Bedarfsermittlung nach GIFPRO von ca. 4,26 ha bis 2043 gegeben sein wird (40,26ha - 36ha). Des Weiteren ist der Tabelle 7 zu entnehmen, dass noch 42ha an gewerblichen Bauflächenreserven auf Ebene des Flächennutzungsplans vorhanden sind. Dagegen hat die Stadt Alsdorf im eingangs erwähnten Abstimmungsprozess mehrmals dargelegt, dass gemäß dem Siedlungsflächenmonitoring (SFM) die Stadt Alsdorf noch über ca. 38,6 ha gewerblicher Reserveflächen verfügt. Vor dem Hintergrund der bereits oben genannten ggf. künftigen städtebaulichen Neuordnung des derzeitigen Gewerbestandortes "Prym", der perspektivisch einer Wohnnutzung zugeführt werden könnte, sind die hiesigen gewerblichen Bauflächenreserven von ca. 2,5 ha ebenfalls nicht bei der Ermittlung von gewerblichen Reserveflächen zu berücksichtigen, so dass hier

Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Stadt Alsdorf verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist nicht bedarfsgerecht.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBpl*

insgesamt ca. 36,1 ha gewerbliche Reserveflächen bis zum Planungszeitraum von 2043 gesichert sind und somit eine Differenz von ca. 4,16 ha zwischen tatsächlichen gewerblichen Reserveflächen zu den tatsächlichen Bedarfen von 40,26 ha gegeben ist.

Damit der Stadt Alsdorf eine dem tatsächlichen Bedarf angemessene eigenständige Gewerbeflächenentwicklung ermöglicht wird, ist es daher erforderlich, zu den o.g. 15ha weitere 4,16ha für endogene Bedarfe am Standort der geplanten GIBregional Fläche breitzustellen und die Flächen somit als GIB ohne Zweckbindung GIBregional festzulegen. Zusammengefasst bedeutet dies, dass anstelle der beabsichtigten GIBregional Festlegung insgesamt ca. 19,16 ha ohne Zweckbindung als GIB festzulegen sind, um hier endogene Bedarfe bedienen zu können.

Vor dem Hintergrund, dass Alsdorf bereits zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit von Strukturwandelprozessen betroffen ist, sieht die Stadt es daher als zwingend erforderlich an, die noch verbleibenden ca. 7,84 ha (27ha -19,16ha) der beabsichtigten GIBregional Festlegung ebenfalls zurückzunehmen und ohne Zweckbindung als GIB festzulegen. Diese erforderliche regionalplanerische Maßnahme ermöglicht den Kommunen im Rheinischen Revier eine über den ermittelten Bedarf zusätzliche Wirtschaftsflächenentwicklung, so dass die Stadt Alsdorf ihren bereits erfolgreich eingeschlagenen Weg der Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur und Ansiedlung neuer Unternehmen zur Bewältigung des Strukturwandels weiter fortführen kann.

In diesem Kontext erfolgt seitens der Stadt Alsdorf, in Abstimmung mit den am Future Mobility Park beteiligten Kommunen, ebenfalls eine Stellungnahme hinsichtlich der avisierten Flächenentwicklung auf der Nachbarkommune der Gemeinde Aldenhoven. Ein wichtiger Teilbestandteil des Future Mobility Parks ist die Ost-Erweiterung des Business Parks Alsdorf, die trotz ihrer hohen Bedeutung - auch für den Strukturwandel - leider im aktuellen Planentwurf noch keine Berücksichtigung gefunden hat.

Diesbezüglich hatte der Aufsichtsrat der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) bereits Zukunftsprojekte beschlossen, die zur Beschleunigung des Strukturwandels vorrangig gefördert werden sollen. U.a. ist der "Future Mobility Park" eines der 83 Projekte, die der Landesregierung empfohlen wurden. Der Antrag zeichnet eine Gesamtvision für die Entwicklung und Umsetzung eines zukünftigen, verkehrsträgerübergreifenden und nachhaltigen Mobilitätskonzepts für das Rheinische Revier. Die Konzeption des Future Mobility Parks umfasst dabei zwei Standorte, den campus aldenhoven und das interkommunale Gewerbegebiet Alsdorf Aldenhoven als östliche Erweiterung des vorhandenen Industrieparks. Die Automobilindustrie zählt zu den Schlüsselbranchen der Technologieregion Aachen. Mit dem Aldenhoven Testing Center besteht in dem Plangebiet bereits eine national und international konkurrenzfähige Testanlage für Fahrversuche. Initiator und Träger des Aldenhoven Testing Centers ist neben dem Kreis Düren die RWTH Aachen mit den zugehörigen Hochschulinstitutionen und Forschungseinrichtungen. Das Interkommunale Gewerbegebiet Alsdorf Aldenhoven ergänzt auf Grund der dort ansässigen Betriebe im

us sichern und umsetzen im gesamten Planungsraum und konkret in Alsdorf. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Bezüglich der Anregung zur Fläche nördlich des BPA Alsdorf-Hoengen wird auf StnID 1002088 verwiesen.

In Bezug auf die Osterweiterung des Business-Parks Alsdorf:

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1001006).

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt. Die Bedarfe werden gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung GIBtransformation sichern und umsetzen.

Automotive-Cluster sowie seiner Standortqualitäten in idealer Weise den Standort des campus aldenhoven. Der Future Mobility Park baut auf diesen vorhandenen Potenzialen auf, es entsteht ein regionaler Kompetenzschwerpunkt des Strukturwandels im westlichen Teil des Rheinischen Reviers.

Beide Standorte sind insofern auch Bestandteil der jeweils kreisweit abgestimmten Gewerbeflächenkonzepte für den Kreis Düren und die StädteRegion Aachen, die bei der Bezirksregierung Köln im Rahmen des Verfahrens als Fachbeiträge zur Überarbeitung des Regionalplans Köln eingereicht wurden. An diesem interkommunalen Projekt sind die Städte Baesweiler, Alsdorf und Linnich sowie die Gemeinde Aldenhoven beteiligt. Unterstützt werden Sie vom Kreis Düren, der StädteRegion Aachen sowie der Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH. Insofern führte es zur Irritation, dass die Flächen für den Standort des interkommunalen Gewerbegebietes Alsdorf Aldenhoven bislang keine Berücksichtigung in dem bisherigen Plankonzept gefunden haben und somit die gemeinsamen Anstrengungen zur Bewältigung des Strukturwandels durch dieses interkommunale Projekt im Rahmen der ZRR bislang regionalplanerisch nicht eingeflossen sind. Für diesen Bereich hatten die Projektbeteiligten auch bereits einen Antrag auf vorgezogene Regionalplanänderung eingereicht.

Im interkommunalen und behördlichen Austausch wurde jüngst informiert, dass nach einer Intervention des Kreises Düren und mit dem gemeinsamen Wunsch der kommunalen Akteure, das Rheinische Revier zukunftsfähig aufzustellen, der Regionalrat eine entsprechende Resolution verabschiedet hat und eine Task Force auf höchster Ebene gegründet wurde, um dem Strukturwandel schnell und effizient zu begegnen. Ziel der Task Force ist, Wirtschaftsflächen schnell auszuweisen, umzusetzen und zur Marktreife zu bringen, Unternehmen ebenso schnell und unbürokratisch anzusiedeln sowie die erforderlichen Netzkapazitäten und die Infrastruktur noch in diesem Jahrzehnt in Dienst zu stellen. Die Task Force habe hierzu bereits u.a. Transformationsstandorte im Rheinischen Revier identifiziert zur Verortung zusätzlicher GIB mit der Zweckbindung "Transformationsstandorte für den Strukturwandel". Hierzu wurden Standorte herangezogen, die bei der Neuaufstellung des Regionalplans durch den Prozess Region+ Wirtschaft als geeignete GIBplus-Standorte qualifiziert wurden, jedoch mangels errechneter Bedarfe nicht in das vorgelegte Plankonzept aufgenommen wurden. Dies sind nunmehr Flächen, die über den endogenen Bedarf hinaus in den Kommunen anerkannt werden sollen, um den Bedürfnissen des Rheinischen Reviers im Strukturwandel Rechnung zu tragen. Insgesamt seien in der "Sonderplanungszone Rheinisches Revier" vier Flächen mit einem Flächenvolumen von rund 500ha identifiziert worden. Eine dieser Flächen sei die Ost-Erweiterung des Business Parks Aldenhoven Alsdorf, die im Transformationsprozess mit rund 90 ha verortet wurde. Die Bedeutung des Standorts sei bereits im informellen Verfahren deutlich herausgestellt worden, in diesem Zusammenhang verweist die Gemeinde Aldenhoven in ihrer Stellungnahme zum Regionalplan bereits auf einen Austausch zwischen Bezirksregierung, Kreis und

Kommunen am 02.06.2022. Die Stadt Alsdorf begrüßt diese aktuellen Entwicklungen ausdrücklich und greift insofern die Stellungnahme der Gemeinde Aldenhoven auf und bittet um Aufnahme der Osterweiterung des Business Parks Aldenhoven Alsdorf als zusätzlicher GIB mit der Zweckbindung "Transformationsstandorte für den Strukturwandel" .

1002092, Stadt Alsdorf

Inhalt

Analog zu dem Instrument ASBflex soll ein GIBflex bei der Neuaufstellung des Regionalplans · eingeführt werden, welches grundsätzlich begrüßenswert ist (siehe hierzu auch Punkt 1.3). Gemäß der Tabelle 8 "Potentiale zur Festlegung von ASBflex und GIBflex in den Kommunen des Regierungsbezirks Köln" stehen der Stadt Alsdorf insgesamt ca. 12ha GIBflex zur Verfügung. Vor dem Hintergrund, dass dieses Instrument eingeführt wurde, um den Kommunen auf Ebene der Bauleitplanung mehr Flexibilität bei der Flächenentwicklung einzuräumen, ist nun zu verzeichnen, dass der Stadt Alsdorf zwar 12ha eines neu eingeführten Instruments zustehen, jedoch keine zeichnerische Festlegung von GIBflex (0ha) erfolgte, so dass in der Stadt Alsdorf de facto dieses neu eingeführte Instrument keine Anwendung findet. Dieser Umstand ist aus Sicht der Stadt Alsdorf nicht zielführend, so dass daher eine entsprechende zeichnerische Festlegung in der Plangrundlage des Entwurfes des Regionalplans vorgeschlagen wird. Aufgrund der unter Punkt 2.2 dargelegten städtebaulichen und verkehrstechnischen Eignung der beabsichtigten Festlegung einer GIB Reservefläche nördlich des bestehenden Gewerbegebietes Alsdorf-Schaufenberg sollen gemäß der beigefügten Plangrundlage ebenfalls die zugestandenen 12ha GIBflex als nördlich Erweiterungsmöglichkeit der bereits berücksichtigten GIB Reservefläche verortet werden, so dass eine sinnvolle potentielle Reserve für etwaige Arrondierungen der bereits vorhanden GIB Reserven gesichert wird. Zudem können hier neben der räumlichen Nähe zur geplanten RegioTram ebenfalls verkehrstechnische Optimierungen innerhalb des Stadtgebietes bzgl. des MIV durch die Realisierung der beabsichtigten Trassenverbindung zwischen Trommsdorffstr.- B 57 (siehe hierzu Punkt 2.2 GIB Reserven) erzielt werden [s. Anhang Abb. STN 1002092_1].

Anhänge

[Abb_ID_1002092_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für die Stadt Alsdorf besteht noch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (GIBflex).

Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIBflex.

Inhalt

Als Einleitung des Kapitels 4 "Freiraum" in der Begründung zum Entwurf des Regionalplans wird zunächst ein sehr allgemeines Ziel der Freiraumentwicklung definiert: „Der Sicherung und Entwicklung des Freiraums soll besondere Bedeutung beigemessen werden. Grundsätzlich ist der Freiraum zu erhalten und seiner ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend zu entwickeln, so dass natürliche Lebensgrundlagen nachhaltig gesichert werden können. Diese allgemeine Zielvorstellung für den Freiraum liegt auch bei Planungen und Maßnahmen der Stadt Alsdorf im Rahmen der Grün- und Freiflächenplanung zugrunde, die jedoch durch räumlich klar definierte Entwicklungsbereiche (z.B. Obstwiesengürtel, Grünkreuz, Schutzgebiete gemäß Landschaftsplan) die allgemeinen Zielvorgaben entsprechend durch an die Örtlichkeit angepasste detaillierte Zielesetzungen konkretisiert. Daher ist es aus Sicht der Stadt Alsdorf zwingend erforderlich, auch auf Ebene der Regionalplanung unter Berücksichtigung der Maßstabsebene, die o.g. sehr allgemeinen Zielvorstellungen durch Differenzierungen im Hinblick auf die vielfältigen Funktionen des Freiraums (Landwirtschaft, Wald, Naturschutz, Frischluftschneisen, Naherholung, etc ...) zu konkretisieren und entsprechende räumliche Abgrenzungen von unterschiedlichen Freiraumfunktionen vorzunehmen. Leider ist eine solche Differenzierung im derzeitigen Entwurf des Regionalplans noch nicht angemessen herausgearbeitet, da eine Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Gegebenheiten im Rahmen der Freiraumfestlegungen nicht erkennbar ist. Insofern ist zunächst festzustellen, dass die die. Ortschaften Alsdorf -Bettendorf, Zopp, Schleibach, Duffesheide und Reifeld allesamt mit den Festlegungen als Vorranggebiet "Regionaler Grünzug" sowie dem Vorbehaltsgebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" (BSLE) überplant sind. In den Ausführungen der Begründung zur Festlegung der BSLE heißt es, ... "dass außerhalb der raumordnerisch für den Schutz der Natur gesicherten Freiräume (BSN) weitere Bereiche mit wertvollen Landschaftsbestandteilen und strukturen bzw. extensiv genutzten Flächen geschützt werden sollen und daher BSLE festzulegen sind." Ferner heißt es in der Begründung zur Festlegung von Regionalen Grünzügen (Seite 135), dass „... regionale Grünzüge insbesondere durch siedlungsräumliche Entwicklungen, zu schützen sind. Gemäß LPIG DVO handelt es sich um Freiraumbereiche - insbesondere in Verdichtungsgebieten -, die als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insbesondere räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen sind." Aufgrund der o.g. Ausführungen ist festzustellen, dass hier bestehende Siedlungsstrukturen als wertvolle Landschaftsbestandteile bzw. Grünverbindung (regionaler Grünzug) klassifiziert werden. Es ist nicht nachvollziehbar, welche Freiraumziele hiermit verfolgt werden sollen, da es in keiner Weise den Entwicklungsabsichten der Stadt Alsdorf entspricht, bestehende Siedlungsstrukturen

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerischen Festlegungen zu den Freiraumfunktionen erfolgen auf Basis der in der Planbegründung beschriebenen planerischen Konzeption und in Umsetzung der Vorgaben des LEP NRW. Die Konkretisierung der rahmensetzenden regionalplanerischen Vorgaben zu den benannten Freiraumfunktionen ist Gegenstand der örtlichen Planungsebene. Hierfür lässt der Regionalplan einen breiten Spielraum für die planerische Umsetzung. Hinsichtlich der maßstabsbedingten Überlagerungen von Ortslagen bzw. bebauten Bereiche wird auf die textlichen Erläuterungen verwiesen, hier insbesondere auf Erläuterung 2 zu Ziel Z.21 und Erläuterung 3 zu Ziel Z.18. .

zurückzunehmen und zu "wertvollen Landschaftsbestandteilen" bzw. „Grünverbindungen" zu entwickeln. Diesbezüglich fordert die Stadt Alsdorf die bereits o.g. klarere räumliche Differenzierung von Freiraumfunktionen. Es ist seitens der Stadt Alsdorf nachvollziehbar, dass die o.g. Ortsteile nicht als ASB festgelegt werden, da gemäß § 35 (Darstellungen der Regionalpläne) Abs. 5 LPiG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) Wohnplätze mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2.000 Einwohnern nicht als Siedlungsbereiche dargestellt werden sollen. Sie sollen gemäß Planzeichen 2.a) der Anlage 3 als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (Vorbehaltsgebiete) erfasst werden. Insofern bittet die Stadt Alsdorf darum, die Ortsteile entsprechend als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) ohne überlagernden Schutzgebietsausweisungen BSLE bzw. Regionaler Grünzug festzulegen. Darüber hinaus ist die pauschale Festlegung des gesamten Freiraums der Stadt Alsdorf als Vorranggebiet "Regionaler Grünzug" sowie ein Großteil des Freiraums als BSLE nicht nachvollziehbar und aus hiesiger Sicht planerisch verfehlt, da hier die o.g. räumliche Differenzierung von unterschiedlichen Freiraumfunktionen und damit verbundenen entsprechenden Zielsetzungen nicht entsprechend gewürdigt wird. Wie bereits oben ausgeführt, sollen Regionale Grünzüge festgelegt werden, um "Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insbesondere räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen sind ... " Mit der Festlegung von BSLE sollen wertvollen Landschaftsbestandteile und -strukturen geschützt werden. Diese Freiraumfunktionen, insbesondere der klimaökologische Ausgleich, die Erholung, die Biotopvernetzung sowie der Schutz von wertvollen Landschaftsbestandteilen und -strukturen treffen auf das bereits unter Punkt 1.2 - ASB Reserveflächen - detailliert beschriebene "Grünkreuz" der Stadt Alsdorf zu. Darüber hinaus gibt es z.B. im Rahmen der beabsichtigten Umsetzung von Obstwiesengürteln um die jeweiligen Ortsteile noch weitere Zielsetzungen im Hinblick auf Biotopvernetzungen sowie die Schaffung wertvoller Landschaftsbestandteile, die aber aufgrund der Maßstabsebene des Regionalplans hier außer Betracht zu lassen und demnach in der örtlichen Grün- und Freiflächenplanung bzw. auf Ebene des Flächennutzungsplans entsprechend zu differenzieren und konkretisieren sind. Insofern sieht es die Stadt Alsdorf als erforderlich an, die Festlegung des Vorranggebietes "Regionaler Grünzug" sowie des Vorbehaltsgebietes BSLE auf das "Grünkreuz" der Stadt Alsdorf zu beschränken (siehe beigefügter Plangrundlage), so dass hier die unterschiedlichen Freiraumfunktionen, unter Berücksichtigung der Maßstabsebene, im Entwurf der Regionalplans räumlich klar definiert und dem jeweiligen Raum somit die entsprechenden Freiraumzielsetzungen zugeordnet werden. Dies bedingt, dass der Freiraum außerhalb des beschriebenen "Grünkreuzes" als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) festgelegt werden sollte, da hier auch zum großen Teil intensive Landwirtschaft betreiben wird, durch die der Freiraum überwiegend von einer ausgeräumten Ackerlandschaft geprägt wird. Die Freiraumnutzung "intensive Landwirtschaft" wird in diesem Bereich zur Sicherstellung der Nahrungsmittelsicherheit auch der Vorrang eingeräumt, so dass es nicht den Zielsetzungen der Stadt entspricht,

den gesamten Freiraum zur Grünverbindung bzw. Biotopvernetzung zu entwickeln. Vielmehr behält sich die Stadt Alsdorf etwaige Zielaussagen über Grünverbindungen und Biotopvernetzungen sowie die Schaffung von wertvollen Landschaftsbestandteilen außerhalb des Grünkreuzes im Rahmen der örtlichen Grün- und Freiflächenplanung bzw. auf Ebene des Flächennutzungsplans vor. Ferner steht die pauschale Festlegung des gesamten Freiraums der Stadt Alsdorf als Vorranggebiet "Regionaler Grünzug" sowie ein Großteil des Freiraums als BSLE" dem Ziel der Stadt Alsdorf entgegen, ihren kommunalen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele von Paris (2° Ziel) sowie in diesem Zusammenhang der Verpflichtung Deutschlands bis zum Jahr 2030 den Treibhausgasausstoß um mindestens 55 % gegenüber 1990 zu verringern. Vor dem Hintergrund, dass Alsdorf eine sehr hohe Siedlungsdichte bzw. kompakte Siedlungsstrukturen aufweist, sind die Potentiale/ Flächen für die Windenergie zwischenzeitlich nahezu ausgeschöpft, da die gesetzlich gesehenen Mindestabstände zu Siedlungsbereichen nicht (mehr) eingehalten werden können. Angesichts dieses Umstandes strebt die Stadt Alsdorf u.a. die Errichtung von Freiflächen-PV Anlagen an, um den kommunal gewünschten Beitrag zur Energiewende leisten zu können. Allerdings behindert die pauschale Überplanung des gesamten Freiraums mit den o.g. Schutzziele auf Ebene der Regionalplanung entsprechende Bauleitpläne in Aufstellung zu bringen, die die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung von Maßnahmen der Erneuerbaren Energien schaffen sollen. Gemäß 10.2-5 Ziel des Landesentwicklungsplans ist die Inanspruchnahme von Flächen für die raumbedeutsame Nutzung der Solarenergie möglich, wenn der Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist. Wenn jedoch ohne ein differenziertes nachvollziehbares Freiraumkonzept, bei dem die unterschiedlichen Freiraumfunktionen entsprechende Berücksichtigung finden, der gesamte Freiraum der Stadt Alsdorf mit Schutzfunktionen überplant wird, scheint eine Energiewende in der Stadt Alsdorf nicht realisierbar. Daher ist es diesbezüglich dringend angezeigt, heutige Ackerlandschaften auch als allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche zu differenzieren und im Bedarfsfall auch einer Bauleitplanung bspw. für Freiflächen PV-Anlagen zugänglich zu machen sowie Abwägungskonflikten entgegenzuwirken. Auch vor diesem Hintergrund wird eine räumliche Konkretisierung der Schutzgebietsfestlegungen unter Berücksichtigung des Alsdorfer Grünkreuzes erbeten.

1002095, Stadt Alsdorf

Inhalt

Des Weiteren sind der nordöstliche Ortsrand von Alsdorf- Ofden, der südöstliche Ortsrand von Alsdorf - Begau sowie der nordöstliche Ortsrand von Alsdorf- Broicher Siedlung nicht innerhalb der ASB Festlegung. ·Auch diese Diskrepanzen können nicht auf den Planungsmaßstab der Regionalplanung (Unschärfebereich) zurückgeführt werden, da auch hier beim Maßstab 1:50.000 ganz offensichtlich bestehender Siedlungsraum außerhalb der ASB liegt. Für die oben genannten Ortsränder bestehen zwar keine rechtskräftigen Bebauungspläne, jedoch stellt der FNP Wohnbaufläche dar und die Bereiche liegen allesamt innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils die gemäß § 34 BauGB zu beurteilen sind, so dass auch hier im Sinne des Gegenstromprinzips eine Berücksichtigung der Belange auf Ebene der Regionalplanung erwartet werden darf und um entsprechende Anpassung der ASB Festlegung an den faktischen Siedlungsraum gebeten wird.

Anhänge

[Abb_ID_1002095_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: BET_103000_1	
Stadt Baesweiler	
1004597, Stadt Baesweiler	
<p>Inhalt</p> <p><u>Entwurf der Stellungnahme der Stadt Baesweiler zum Regionalplanentwurf:</u></p> <p>Zu den im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes im Rahmen der Offenlage übermittelten Unterlagen nimmt die Stadt Baesweiler wie folgt Stellung und verweist hierzu auf die Detailpläne 1-12:</p> <p><u>Gegenüberstellung der GIB- und ASB-Bedarfe/ weiterer Flächenbedarf</u> Für das erste Kommunalgespräch wurde der Stadt Baesweiler mit Schreiben vom 09.10.2017 für die gewerbliche Entwicklung (GIB) ein Bedarf von 15 ha und für die Entwicklung der Wohnnutzung sowie mischgebietsverträgliche Gewerbenutzung (ASB) ein Bedarf von 32 ha zugewiesen.</p> <p><u>Wohnen</u></p> <p>Auf diese Bedarfe hat die Verwaltung bereits im Rahmen der Kommunalgespräche 2018 reagiert und einen Bedarf von mindestens 60 ha bezüglich des Wohnbedarfes (ASB) angemeldet und ausführlich begründet. Derzeit verfügt die Stadt Baesweiler - historisch in ländlicher Struktur gewachsen - über eine örtlich vorhandene Siedlungsdichte von deutlich unter 20 WE/ha im ASB (Baesweiler, Oidtweiler, Setterich). Abweichend hiervon setzen Sie 2018 für Baesweiler in ihren Bedarfsberechnungen eine Dichte von 40 WE/ha an. Dies vorausgesetzt sind der Stadt Baesweiler entsprechend erforderliche Flächen in ausreichender Größe, das heißt deutlich mehr als der mit 45 ha bereits anerkannten Bedarf - im Regionalplan zur Verfügung zu stellen. Wie in den im Vorverfahren übermittelten Erläuterungen ausgeführt strebt die Stadt Baesweiler, ausgehend von der vorhandenen niedrigen Siedlungsdichte, zukünftig eine deutliche Steigerung der Siedlungsdichte an (Ziel 25 WE/ha). Dass die Bedarfsermittlung von der Bezirksregierung (BR) auf der Grundlage der Zahlen von IT NRW für Baesweiler nicht die reale Entwicklung abbildet, belegen unsere kommunalen Zahlen, aber auch weiter fortgeschriebene Zahlen von IT NRW weisen eine deutlich steigende Einwohnerzahl nach. Daraus ergibt sich der diesseits ermittelte Bedarf von 60 ha und nur so kann sich die kommunale Bauleitplanung aus dem Regionalplan entwickeln. Es ist - bei allen bereits in der Umsetzung befindlichen Bemühungen zur örtlichen Steigerung der Siedlungsdichte- schlichtweg nicht möglich, in flächig gewachsenen ein- bis zweigeschossigen Strukturen kurzfristig und unproblematisch (alte Bebauungspläne, statische Probleme) den Bedarf zu decken, ohne zumindest auch örtlich über erforderliche entwickelbare unbebaute</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p> <p>Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.</p> <p>Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen</p>

Reserveflächen zu verfügen. Die von Ihnen angenommenen FNP-Reserven (61 ha) stehen real für den Zeitraum der Geltungsdauer des neuen Regionalplanes nicht zur Verfügung, da ein Großteil dieser Flächen entweder bereits bebaut oder bereits in der Umsetzung sind, bzw. aus anderen Gründen (nicht oder schwer erschließbare Restflächen, Hochspannungsleitung o.ä.) nicht oder nicht wirtschaftlich durch die Kommune entwickelt werden können. Die Stadt Baesweiler geht nach sorgfältiger Prüfung von angemessen entwickelbaren kommunalen FNP-Reserven von nur ca. 29 ha aus (siehe Anlage "Reserveflächen Wohnen").

[siehe weitere Abbildungen]

wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

1004598, Stadt Baesweiler	
<p>Inhalt</p> <p><u>Gewerbe</u></p> <p>Das o.a. Städteregionale Gewerbeflächenkonzept weist für Baesweiler einen GIB-Bedarf von 28,7 ha bei Reserven von 5, 1 ha aus. Nach erster aktualisierter Bedarfsermittlung der Bezirksregierung im Januar 2019, wurde für die gewerbliche Entwicklung (GIB) dann ein Bedarf von 19 ha und für die Entwicklung der Wohnnutzung sowie mischgebietsverträgliche Gewerbenutzung (ASB) ein Bedarf von 42 ha angesetzt. Auch im Bereich der Gewerbeflächen stehen nicht die Ihrerseits angenommenen Reserven zur Verfügung. Im Bereich der FNP-Reserven ist es durch Bodendenkmal-Funden zu einer Schmälerung im Bereich der westlich geplanten Gewerbegebietserweiterung gekommen. Ebenso auf den Flächen des geplanten Interkommunalen Gewerbegebietes wurden der Kommune durch die bereits genehmigte Planung des Betreibers eines Umspannwerkes ca. 2 ha Fläche entzogen, die bis im letzten Jahr noch zur Verfügung stand und Teil unserer Anfrage auf vorgezogene Regionalplanänderung Future Mobility Park zur interkommunalen Entwicklung im Jahr 2020 war. (Siehe Anlage "Erweiterung Umspannwerk") Diese Beschränkungen der angenommenen Reserveflächen sind der Kommune an anderer Stelle zu zuweisen.</p> <p>[siehe weitere Abbildungen]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Verortung der siedlungsräumlichen Festlegungen fußt auf der Flächensituation zu Beginn des Planungshorizonts. Kleinteiligen Veränderungen der Reserveflächensituation können auf bauleitplanerischer Ebene auf Grundlage der im Siedlungsflächenmonitoring dokumentierten Reserveflächen berücksichtigt werden.</p>

InhaltBewertung des angepassten ASB- und GIB-Bedarfs

Der zwischenzeitlich nochmal erhöhte aktuell ermittelte Bedarf der Regionalplanungsbehörde (Stand Januar 2022) kommt nunmehr auf einen Bedarf von 21 ha (GIB) und für die Entwicklung der Wohnnutzung sowie mischgebietsverträgliche Gewerbenutzung (ASB) auf 45 ha. Die vorgenommene Erhöhung wird seitens der Stadt Baesweiler selbstverständlich begrüßt, scheint aber unter Berücksichtigung der o.a. Ausführungen zur vorhandenen Siedlungsdichte und Umgebungsbebauung insbesondere auch im Bereich der Siedlungsentwicklung immer noch nicht ausreichend. Dies ist insbesondere deshalb noch kritischer zu betrachten, da offenkundig auch die wenigen der Erholung sowie Frischluftversorgung und Kühlung durch Begrünung dienenden innerstädtischen Freiflächen (z.B. Sportanlagen, Parkanlagen, Friedhöfe) mindestens teilweise in die Reserveflächen eingestellt wurden, bzw. besonders im GIB als Reserve angerechnete Flächen in weiten Teilen heute schon bebaut oder vertraglich gebunden sind und damit real einer Innenentwicklung nicht zur Verfügung stehen. Gerade in Hinblick auf den kommunalen Bedarf an GIB-Flächen ist der kommunal zugeordnete Ansatz immer noch zu gering. Begrüßt wird die Möglichkeit der Entwicklung des interkommunalen GIB zweckgebundener Nutzung (14, 1 ha). Diese Fläche ist zur Bewältigung der Herausforderungen des Strukturwandels, vor denen Baesweiler (mit seinen Nachbarkommunen) nach dem Ende der Steinkohleförderung und der Schließung des Steinkohlekraftwerks mit dem Ausstieg aus der Braunkohle nun zum zweiten Mal steht, zwingend erforderlich und steht nicht für den endogenen Bedarf zur Verfügung. Neben dem zweckgebundenen Standort Future Mobility Park sind daher für diesen endogenen Bedarf weitere GIB Flächen erforderlich, die z.B. lokalen Handwerksunternehmen, aber auch bestehenden Betrieben, als Erweiterungsfläche angeboten werden können. Auf der Grundlage der örtlich vorhandenen offenen ländlichen Siedlungsstruktur reichen aus kommunaler Sicht die zugewiesenen Flächen für den langen Zeitraum der Geltungsdauer des Regionalplanes weder im ASB- noch im GIB-Bereich aus.

Gegenüberstellung der Rücknahme und Neuausweisung von ASB- und GIB-Flächen

Bei der Auswertung der Ergebnis- und Analysekarte Siedlungsflächen wurde festgestellt, dass zusammen insgesamt ca. 72 ha an GIB und ASB Flächen (ohne Interkommunales Gewerbegebiet - zweckgebundener GIB) aus der Darstellung des geltenden Regionalplanes zurückgenommen wurden und zukünftig nicht mehr zur Verfügung stehen. Zur Kompensation bzw. zum Ausgleich werden zwar die o.a. Ansätze (21 ha GIB und 45 ha ASB) neu als Bedarf anerkannt, stehen allerdings real an entwickelbaren Flächen nicht zur Verfügung (s.o). Dabei ist die zweckgebundene GIB-Fläche (geplantes interkommunales Gewerbegebiet) zur Bewältigung des

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Festlegung der siedlungsräumlichen Festlegungen erfolgt auf Grundlage der Vorgaben für eine flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung (LEP NRW) für einen 25-jährigen Zeitraum. Die Realisierbarkeit der Flächen wurde im Rahmen der Kommunalgespräche mit den Kommunen der Region intensiv betrachtet. Eine wesentliche Grundlage für die Bewertung der Reserveflächensituation ist gemäß LEP NRW das nach landeseinheitlichen Kriterien in Abstimmung mit den Kommunen geführte Siedlungsflächenmonitoring.

Strukturwandels in der Region zusätzlich erforderlich und daher auf den Bedarf nicht anzurechnen. Etwa 46 ha werden zwar neu als ASB und GIB (ohne zweckgebundenen GIB) festgelegt, umfassen aber auch viele heute bereits bebaute Bereiche bzw. nicht selbstständig entwickelbare Restflächen rund um die Siedlungslagen. Der Stadt Baesweiler stehen - trotz o.a. Argumentation zu den kommunalen Flächenbedarfen für die Entwicklung der folgenden ca. 20 Jahre also deutlich weniger Siedlungsflächen zur Verfügung, als dies bereits der _alte- bzw. derzeit noch gültige Regionalplan vorsieht. Bei einem direkten Vergleich der zeichnerischen Festlegungen bleibt es im Bereich ASB bei einem Flächenverlust von 36,8 ha. Zwar steht dem eine Zunahme der GIB um 11,46 ha gegenüber, die jedoch - wie ausgeführt - schon in weiten Teilen bebaut oder gebunden, sowie flächenmäßig durch neuere Entwicklungen reduziert sind. Im Bereich des ASB geht die BR von Reserven aus, die den Bedarf übersteigen, jedoch in weiten Teilen nicht realisierbar sind (Siehe oben). Eine der weiter erhaltenen und geringfügig arrondierten ASB-Reserven, östlich von Oidtweiler, überschneidet sich südlich der Freiheitsstraße mit dem geschützten Landschaftsbestandteil 5.1-53 Ee. Hier sind Streuobstbestände als Ortseingrünung von Oidtweiler zu ergänzen, zu erhalten und zu pflegen. In der Örtlichkeit sind diese Obstbaumbestände allerdings nicht mehr erhalten. Im Rahmen der Bauleitplanung ist dennoch in Abstimmung mit der UNB zu prüfen, wie eine Eingrünung in diesem Bereich östlich der Flächen, die sich direkt an den Siedlungsbereich anschließen, erfolgen kann. Im Bebauungsplanverfahren können die Natur- und Landschaftsschutzbelange zwar ausreichend berücksichtigt werden, jedoch ist mit einer reduzierten Umsetzungsfläche, heute angerechnet als Reservefläche, zu rechnen. Durch die starke Rücknahme an Siedlungsflächen und verhältnismäßig geringer Neuausweisung wird die Stadt Baesweiler trotz aller Bemühungen zur Innenverdichtung und Erhöhung der Siedlungsdichte in Ihrer Entwicklung nahezu ausschließlich an die Nachverdichtung bzw. an Innenbereichsentwicklung gebunden und damit erheblich in ihrer kommunalen Entwicklung eingeschränkt sein.

1004601, Stadt Baesweiler	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASBflex und GIBflex</u></p> <p>Flex-Flächen können bei langfristigen Vollzugshindernissen bei den Siedlungsreserven genutzt werden. Aufgrund der deutlichen Rücknahme an ASB und GIB Flächen gegenüber des alten Regionalplans sowie des Umstandes, dass von den zugestandenen Bedarfsflächen etwa die Hälfte durch Innenverdichtung und Nachverdichtung auf teilweise nicht zur Verfügung stehender Flächen zu leisten wäre, ist eine zusätzliche Anerkennung von ASB-Flächen zwingend erforderlich. Eine deutliche Verfahrenserleichterung im Fall von Vollzugshindernissen ist zudem nicht offenkundig erkennbar, da eine äußerst komplexe Beweisführung hinsichtlich der nicht zur Verfügung stehenden Potenziaflächen im gesamten ASB zu erwarten ist und es für Entwicklungen mindestens zu zeitlichen Verzögerungen kommen wird. Der Stadt Baesweiler werden zwar je 10 ha ASBflex und GIBflex zugewiesen, die jedoch nicht verortet sind. Die Stadt Baesweiler regt daher an, jeweils eine ASBflex-Fläche und GIBflexFläche (Teilflächen), wie in anderen Gemeinden auch, räumlich zu verorten (siehe Detailpläne Salb und 9c/d). In Hinblick auf die o.a. Bedarfe würde die Stadt Baesweiler jedoch prioritär eine zusätzliche Ausweisung dieser Flächen als Reserveflächen befürworten. Diese Flächen sind daher nachfolgend auch als Entwicklungswunsch dargestellt.</p> <p>[s. Anhang Abb.1004601_1, Abb. 1004601_2]</p> <p>[siehe weitere Abbildungen]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004601_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004601_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Baesweiler verfügt über keine kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) sowie für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>.</p> <p>Die Stadt Baesweiler verfügt zwar über Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> (ASBflex/GIBflex). Jedoch liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha). Die in Rede stehende Fläche als ASBflex bzw. GIBflex ist nicht darstellungsfähig.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt**Erforderliche zeichnerische Anpassungen des ASB an die vorhandene Siedlungsstruktur**

Bei den aktuellen Darstellungen werden im Regionalplan-Entwurf teilweise Bereiche, in denen bereits Planungsrecht geschaffen wurde, nicht als Siedlungsbereiche übertragen oder aktualisiert. Eine Anpassung des ASB an die vorhandene Siedlungsstruktur würde einen sinnvollen Abschluss des Siedlungsbereiches markieren und im Hinblick auf die längere Geltungsdauer des neuen Regionalplanes Rechtssicherheit schaffen. Folgende Abweichungen wurden festgestellt und sollten im neuen Planwerk angepasst werden (auf die Anlage "Übersicht der Änderungen" wird verwiesen).

- Für die Fläche A, Elsa-Brandström-Straße - Detailpläne 1 a und 1 b - liegt bereits Planungsrecht (Bebauungsplan Nr. 80, Rechtsverbindlichkeit seit 2006) vor und die Fläche ist vollständig bebaut.
- Für die Fläche B, südlich des Adenauerringes in Setterich, - Detailpläne 2a und 2b - gibt es Bebauungspläne aus den Jahren 2001 (Bebauungsplan Nr. 43), 2005 (Bebauungsplan Nr. 79) und 2018 (Bebauungsplan Nr. 92). Diese sind bis auf wenige Ausnahmen fast vollständig bebaut und sollten ebenfalls innerhalb des ASB liegen.
- Die Fläche C, südlicher Bereich von Oidtweiler mit der Bebauung südlich der Schulstraße/Eschweilerstraße, im derzeit gültigen Regionalplan teilweise als ASB festgelegt, - Detailpläne 3a und 3b - umfasst u.a. die Bereiche der Bebauungspläne aus den Jahren 1994 (Bebauungsplan Nr. 20), 2006 (Bebauungsplan Nr. 83) und 2008 (Bebauungsplan 90) und ist nahezu vollständig bebaut. Im Regionalplanentwurf liegt die Fläche außerhalb des ASB. Auch hier ist eine Anpassung an die vorhandene Siedlungsstruktur sinnvoll. Eine Schaffung neuer Wohnbauflächen ist hier nicht geplant. Flächen, die im rechtsgültigen Landschaftsplan festgesetzt sind, wurden hierbei berücksichtigt.
- Die Fläche D, Kloschhaus-Süd/Aachener Straße, - Detailpläne 4a und 4b - wird eine Anpassung des Regionalplans an die bestehenden Nutzungen und die Bauleitplanung angeregt. Der Flächennutzungsplan stellt hier bereits Gewerbe- und Mischgebiet dar und es existieren entsprechende Bebauungspläne. Die Bereiche sind durch Gewerbe und Handwerksbetriebe sowie Wohnen geprägt und stellen sich in der Örtlichkeit als Fortsetzung der Baesweiler Siedlungsstruktur dar. Der regionalplanerisch angestrebte Freiraumschutz (Verhindern des Zusammenwachsens der Siedlungskörper Alsdorf/Neuweiler und Baesweiler/Oidtweiler) kann sich entlang der Straße Kloschhaus nur auf den Bereich südlich des vorhandenen Steinmetzbetriebs beziehen.
- Die Fläche E, nördlich Ludwig-Erhard-Ring, - Detailpläne 5a und 5b- nördlich der L225 (Ludwig-Ehrhard-Ring) liegt teilweise außerhalb des ASB. An dieser

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Erläuterung zu

- Fläche A, Elsa-Brandström-Straße - Detailpläne 1 a und 1 b (Abb_ID_1004602_1)
- Fläche B, südlich des Adenauerringes in Setterich, - Detailpläne 2a und 2b (Abb_ID_1004602_2)
- Fläche E, nördlich Ludwig-Erhard-Ring, - Detailpläne 5a und 5b (Abb_ID_1004602_5)
- Fläche F. östlich der Parkstraße, - Detailpläne 6a bis 6c (Abb_ID_1004602_6)

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Erläuterung zu

- Fläche C, südlicher Bereich von Oidtweiler , südlich der Schulstraße/ Eschweilerstraße, Detailpläne 3a und 3b (Abb_ID_1004602_3)
- Fläche D, Kloschhaus-Süd/Aachener Straße, - Detailpläne 4a und 4b (Abb_ID_1004602_4)

Stelle befindet sich seit vielen Jahren ein Gartencenter.

Diese Fläche sollte komplett innerhalb des ASB liegen, da somit gewährleistet wäre, dass dort das komplette bereits vorbelastete Grundstück bei einer gewerblichen Umnutzung nutzbar wäre. Die an dieser Stelle bereits im Rahmen der Abstimmung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts der Stadt Baesweiler durch die BR Köln angesprochene Frischluftschneise würde auch nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Eine Wohnnutzung an dieser Stelle ist aufgrund der bestehenden Bauleitplanung und der Lage zur L225 auszuschließen. Auch das beschlossene Einzelhandels- und Zentrenkonzept hält an diesem Standort als Gewerbestandort fest.

- Für die Fläche F. östlich der Parkstraße, - Detailpläne 6a bis 6c - wird derzeit ein Bebauungsplan (Nr. 111 - Parkstraße II) aus dem Flächennutzungsplan entwickelt (Aufstellungsbeschluss am 05.07.2016). Auch hier sollte der ASB die aktuelle Planung entsprechend der FNP-Darstellung abbilden.

[s. Anhang Abb. 1004602_1 bis 1004602_6]

[siehe weitere Abbildungen]

Anhänge

[Abb_ID_1004602_1.pdf](#)

[Abb_ID_1004602_2.pdf](#)

[Abb_ID_1004602_3.pdf](#)

[Abb_ID_1004602_4.pdf](#)

[Abb_ID_1004602_5.pdf](#)

[Abb_ID_1004602_6.pdf](#)

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (Ziel 2.3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004605, Stadt Baesweiler	
<p>Inhalt</p> <p><u>Zusätzliche Ausweisungswünsche aufgrund größerer Flächenbedarfe</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche G, südwestlich Setterich Friedhof, - Detailpläne 7a und 7b - soll als ASB erhalten bleiben. Diese Fläche ist zur Abrundung des Siedlungsbereichs im Bereich Wolfsgasse / Bahnstraße städtebaulich sinnvoll und zur Deckung des Wohnbedarfs erforderlich. Dies wurde bereits in den Kommunalgesprächen durch die Stadt Baesweiler vorgebracht. <p>[s. Anhang Abb. 1004605_1]</p> <p>[siehe weitere Abbildungen]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004605_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004607, Stadt Baesweiler

Inhalt

Die Fläche H, südöstlich von Setterich, Detailpläne Sa und 8b - nordöstlich der Schmiedstraße wurde als zu erhaltende ASB Fläche, damals ergänzt um eine sinnvolle Arrondierung des ASB westlich der Schmiedstraße in den Kommunalgesprächen mit Ihrem Hause thematisiert. Diese Flächen sollten zumindest in Teilen weiterhin als ASB Erweiterung zur Verfügung. Hier wäre die einzige Möglichkeit, eine zweite größere Entwicklungsreserve zur Deckung des Wohnbedarfes zu generieren, ohne notwendige grüne Freiräume (Parkanlagen) anzutasten. Die bisherige ASB-Abgrenzung im heute gültigen Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Festsetzungen des Landschaftsplans und unter raumplanerischen Gesichtspunkten reduziert (Abrundung) und sollte mindestens als ASBflex in einer Größe von 5,9 ha festgelegt werden. Mit diesem Ausweisungswunsch

[s. Anhang Abb. 1004607_1]

[siehe weitere Abbildungen]

Anhänge

[Abb_ID_1004607_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Die Stadt Baesweiler verfügt zwar über Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* [ASBflex]. Jedoch liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für ASBflex.

Die in Rede stehende Fläche als ASBflex ist nicht darstellungsfähig.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

- Die Fläche I, Interkommunales Gewerbegebiet, - Detailplan 9a bis 9d - im aktuellen Regionalplan dargestellter Bereich des ehemaligen Kraftwerkstandortes Siersdorf -GIB für zweckgebundene Nutzungen nKraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe", wurde dahingehend angepasst, dass die Fläche nun als "GIB für zweckgebundene Nutzungen - sonstige Zweckbindung" festgelegt ist. Damit wurde dem Wunsch, hier ein interkommunales Gewerbegebiet zusammen mit der Nachbarkommunen Aldenhoven umzusetzen, nachgekommen.

Das Projekt "Future Mobility Park" ist als Starterstandort Baesweiler / Aldenhoven aus der Arbeit der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung hervorgegangen und befindet sich im Qualifizierungsprozess der Zukunftagentur Rheinisches Revier. Die Entwicklung des Gebiets ist im Rahmen des Strukturwandels unverzichtbar und soll in Rahmen der ZRR Förderkulisse gemeinsam mit den Kommunen Alsdorf, Aldenhoven und Linnich entwickelt werden. Die dortigen Flächen sind jedoch interkommunal zur Bewältigung des Strukturwandels erforderlich, unterliegen einer Zweckbindung und sind daher zusätzlich zur Deckung der endogenen Bedarfe auszuweisen. Es ist aufgrund dieser Zweckbindung erforderlich, diese Flächen rechnerisch von den angerechneten neuen Reserveflächen zugewiesenen GIB-Flächen abzuziehen. Aufgrund des Umstandes, dass die "normalen" GIB-Flächen schon überwiegend vertraglich gebunden, verkauft oder sogar schon beplant sind und somit für zukünftige Entwicklungen nicht mehr zur Verfügung stehen, wurde bereits verwiesen.

Zudem verschärft folgende neuere Entwicklung in diesem Bereich den Flächenbedarf: Die Energiewende und besonders der Ausstieg aus der Braunkohle in der Region haben zur Folge, dass Anforderungen an das Energienetz Anpassungen nötig machen, die hier zu einer notwendigen Erweiterung des Umspannwerkes Siersdorf geführt haben. Hierzu wurde kürzlich eine Genehmigung erteilt. Die geplante und bereits beantragte Erweiterung des Umspannwerkes um ca. 2,0 ha hat nun zur Folge, dass 2,0 ha Gewerbeflächen nicht mehr zur Verfügung stehen würden, was fast 15% der geplanten zweckgebundenen südlichen GIB-Fläche auf dem Stadtgebiet Baesweilers ausmachen würde (ca. 13,9 ha). Dies ist umso bedeutender, da die Fläche in einigen Teilen im Landschaftsschutzgebiet liegt und darüber hinaus eine zentral gelegene zu erhaltene Gehölzgruppe (geschützter Landschaftsbestandteil) umfasst, die ihrerseits zu einer Rücknahme bislang dort ausgewiesener Flächen war. (Kraftwerksstandort)

Ein derartiger Verlust an Gewerbefläche bedeutet in Hinblick auf die interkommunalen Planungen zum Future Mobility Park enorme Auswirkungen auf den Wirtschafts- und Gewerbestandort der Stadt Baesweiler, so dass die Stadt Baesweiler um Verlagerung dieser verlorenen Entwicklungsfläche bittet.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPlG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).

Für die Fläche I gilt: Auf dieser Grundlage erfolgt für den Bereich die Änderung der Zweckbindung des GIB von Starterstandort Strukturwandel in GIBtransformation (s. Stlgn. ID 1021205_3 sowie Änderungssynope). Eine Anrechnung auf den endogenen Bedarf der Standortkommunen erfolgt nicht.

Für die Fläche J gilt:

Die Stadt Baesweiler verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Auch stehen keine Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPlG NRW im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung GIBtransformation sichern und umsetzen. Die Erweiterung der in Rede stehenden Fläche ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

Darüber hinaus stehen der Festlegung raumordnerische Planungsrichtlinien (Regionaler Grünzug, BSAB) entgegen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

In der Stadtratssitzung vom 23.06.2020 wurde für diesen Bereich bereits zur Entwicklung des Interkommunalen Gewerbegebietes eine vorgezogene Regionalplanänderung angeregt sowie die 77. Änderung des Flächennutzungsplanes (Future Mobility Park) beschlossen. Dabei wurde schon eine mögliche Einbeziehung einer nördlichen Erweiterungsfläche im Bereich der Kiesgrube Siersdorf berücksichtigt und der Geltungsbereich dementsprechend gewählt (ca. 36,6 ha).

Die Verlagerung der wie o.a. reduzierten Fläche, bzw. eine Erweiterung der Fläche nach Norden ist jedoch nicht ohne weiteres möglich, da dieser obere Bereich im parallellaufenden Regionalplanverfahren für "Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergestein)" als Erweiterungsfläche für die Kiesgrube in Siersdorf ausgewiesen werden soll (Detailplan 9, Fläche J).

Hierzu hat die Verwaltung im November 2020 die Bezirksregierung im Rahmen ihrer Beteiligung gebeten, zu prüfen, inwieweit eine Ausweisung als Abgrabungsstandort dort erfolgen könne, da die Ergiebigkeit der dort vorhandenen Rohstoffe unterdurchschnittlich sei und die Stadt Baesweiler ihrerseits hier eben o.a. Gewerbegebiet langfristig zu entwickeln beabsichtige.

Es wäre denkbar und sinnvoll, hier ggf. auch für die Zeit nach einem eventuellen Abbau eine Nachnutzung dieser Fläche als Gewerbefläche (Reservefläche oder Flexfläche) vorzusehen und dies - in Hinblick auf den langen Geltungszeitraum - bereits jetzt im Regionalplan zeichnerisch oder mindestens textlich zu fixieren.

[s. Anhang Abb. 1004609_1 und Abb. 1004609_2]

[siehe weitere Abbildungen]

Anhänge

[Abb_ID_1004609_1.pdf](#)

[Abb_ID_1004609_2.pdf](#)

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe richtet. Regionalplanerisch Vorgaben zur Rekultivierung von BSAB sind nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe.

1004610, Stadt Baesweiler	
<p>Inhalt</p> <p><u>Bahnbetriebsflächen in Puffendorf K (Detailpläne 10a und 10b)</u> [s. Anlage Abb. Stn. ID Nr. 1004610].</p> <p>Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 84 (Rechtsverbindlich seit 2008) wurden auch Flächen überplant, die zum damaligen Zeitpunkt als "Fläche für Bahnbetriebszwecke" noch gewidmet und dementsprechend auch im noch geltenden Regionalplan als Bahnbetriebsfläche dargestellt sind. Eine 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 84 (Rechtsverbindliche 3. Änderung 15.07.2020) sollte das Baurecht sichern. Zu diesem Zweck musste eine Fläche im Geltungsbereich entwidmet werden.</p> <p>Mit Schreiben vom 24.06.2020 wurde die "Freistellung von Bahnbetriebszwecken" durch die Bezirksregierung bestätigt. Nach der zeitnah beginnenden Bebauung der ehemaligen Gleisanlagen steht die Fläche auch für eine eventuelle Reaktivierung in diesem Bereich nicht mehr zur Verfügung.</p> <p>Aus diesem Grund sollte die Darstellung im Regionalplan angepasst und als Freiraum dargestellt werden. Auch die Tabelle 17 auf Seite 164 der Begründung sollte entsprechend angepasst werden</p> <p>Anhänge Abb_ID1004610.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Bezeichnung in der entsprechenden Tabelle wird nicht geändert.</p> <p>Die Festlegung der Schienenstrecke Baesweiler-Puffendorf-Jülich folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind (vgl. Textliche Festlegungen Kapitel 5.1.3 und Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

Inhalt

Schienenwege für den überregionalen und regionalen Verkehr - Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung (Detailpläne 1 1 a und 1 1 b)

Baesweiler ist die einzige Nordkreiskommune ohne Bahnanschluss. Auch die Busverbindungen in die Städte Aachen, Stolberg und Linnich sind mit erheblichem Zeitund Kostenaufwand verbunden.

Eine gut funktionierende und wirtschaftliche ÖPNV-Infrastruktur ist mittlerweile jedoch grundlegende Voraussetzung für die Entwicklung einer Stadt in sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht.

Es wird daher dringend angeregt, in den Entwurf auch zeichnerisch - südlich der L50n - eine Trasse für Schienenwege für den überregionalen und regionalen Verkehr (Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung) in den Regionalplan aufzunehmen (siehe Anlageplan). Diese Schienenanbindung ist sowohl vor dem Hintergrund der angestrebten Verkehrswende für eine Anbindung von Baesweiler und Setterich an das Schienennetz der Euregiobahn, als auch für die Entwicklung des als zweckgebundener GIB festgelegten interkommunalen Gewerbegebiets Future Mobility Park von zentraler Bedeutung und aus kommunaler Sicht zwingend und dringend erforderlich. Daher muss hierfür auch zeichnerisch eine regionalplanerische Sicherung erfolgen.

In der Begründung zur Regionalplanänderung ist ein Haltepunkt Baesweiler-Setterich aufgeführt, der in der Planzeichnung nordöstlich der Kläranlage von Setterich dargestellt ist.

Um einen Haltepunkt mit möglichst großem Einzugsbereich (Wohnbebauung/Arbeitsstätten) umsetzen zu können, sind Haltepunkte im Bereich der L 50n sinnvoller, da zum einen der o.g. zweckgebundene GIB (interkommunales Gewerbegebiet) angeschlossen werden muss, und zum anderen eine spätere Fortführung in Richtung Geilenkirchener Straße (Gewerbegebiet Baesweiler) möglich wäre, was sowohl für die Wirtschaftlichkeit der Euregiobahn, als auch für ihre Akzeptanz und Kundenfrequenz sinnvoll erscheint.

Neben der Anbindung des geplanten interkommunalen Gewerbegebiets ist zur Ausschöpfung eines möglichst großen Erschließungspotentials ein zweiter Haltepunkt zwischen den Siedlungsbereichen Baesweiler und Setterich (Aachener Straße/ Hauptstraße) siedlungsstrukturell zweckmäßig. In den Detailplänen 11 a und 11 b Bahnanschluss wird eine mögliche Trasse mit drei Haltepunkten dargestellt. Eine detaillierte Trassenplanung existiert derzeit noch nicht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.

[s. Anhang Abb. 1004619_1 und Abb. 1004619_2]

[siehe weitere Abbildungen]

Anhänge

[Abb_ID1004619_1.pdf](#)

[Abb_ID1004619_2.pdf](#)

1004621, Stadt Baesweiler	
<p>Inhalt</p> <p><u>Solarenergie</u></p> <p>Die Stadt Baesweiler hat mit der Einleitung der 79. Flächennutzungsplanänderung bereits begonnen, die planerischen Voraussetzungen zur Nutzung von Freiflächenfotovoltaik zu schaffen. Gemeinsam mit Eigentümern, Projektierern und Kooperationspartnern aus der Energiewirtschaft sowie dem Wasserverband sollen entlang der Bundesstraße vier- durch Straße und Zeelink zerschnittene - Teilflächen zu einem Solarpark entwickelt werden. In Abstimmung mit der Bezirksregierung werden Flächen in Summe > 10 ha in zwei Teilabschnitten < 10 ha (getrennt durch den Zeelink-Korridor) entwickelt. Zur Planungssicherheit wird angeregt, die Summe der Teilflächen im Regionalplan zeichnerisch auszuweisen. (siehe Detailplan 12)</p> <p>In diesem Zusammenhang regt die Stadt Baesweiler gemäß Grundsatz 67 der textlichen Festlegungen im Hinblick auf eventuelle weitere Projekte an, bei Standorten entlang von Bundesfernstraßen oder Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung einen festen Korridor textlich im Regionalplan festzulegen anstatt sich jeweils am gegebenenfalls ändernden Korridor des EEG zu orientieren.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004621_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004621_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1004622, Stadt Baesweiler	
<p>Inhalt</p> <p><u>Windenergie</u></p> <p>Die Stadt Baesweiler hat festgestellt, dass der weitere Ausbau der Windenergie interkommunal im Sinne der Energiewende von Vorteil wäre. Die Anforderungen an die Planung und Informationsdefizite erschweren interkommunale Entwicklungen. Es wird angeregt, theoretischen Ausbaupotenziale der erneuerbaren Energien mit Raumbedeutung (u.a. Windenergie) ggf. in einem Teilplan ?Energie? separat darzustellen, um so der gesteigerten Bedeutung des Themas der Energiegewinnung und regionalen Erzeugung gerade hier im Rheinischen Revier gerecht zu werden und Verfahrenshindernisse zu reduzieren.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1011511, Stadt Baesweiler

Inhalt

Die in Tabelle 20 auf Seite 169 der Begründung genannte Regio-Tram Aachen sollte als gemeindeübergreifende kommunale Infrastrukturmaßnahme ebenfalls zeichnerisch dargestellt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3) (vgl. auch STN ID 1006600).

AZ: BET_104000_1

Stadt Eschweiler

1003405, Stadt Eschweiler

Inhalt

Die Stadt Eschweiler begrüßt das Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln mit dem Ziel einer nachhaltigen Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaft ausgewogenen Raumstruktur mit gleichwertigen Lebensverhältnissen beiträgt.

Im Rahmen der Vorarbeiten zum aktuell vorgelegten Entwurf des Regionalplans hat die Stadt Eschweiler mit der Regionalplanungsbehörde bereits viele Aspekte der städtischen Entwicklungsabsichten in einem offenen und sehr konstruktiven Dialog austauschen können. Der überwiegende Teil der Anregungen ist in den Regionalplanentwurf eingeflossen und sichert der Stadt Eschweiler ausreichend Spielräume für die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung der nächsten 25 Jahre.

Zum textlichen Teil der Planunterlagen werden keine weiteren Bedenken oder Anregungen geäußert.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1003406, Stadt Eschweiler	
<p>Inhalt</p> <p>Abrundung des Ortsteils Kinzweiler: Ausweitung des ASB im Nordwesten zwischen Von-Trips-Straße und Pfr.-Einerhand- Straße. Zum Ausgleich Rücknahme einer gleichwertigen Flächengröße östlich der Viktoriastraße (Dreiecksfläche) bis Wardener Straße. Dort Darstellung AFAB, um BSN Burg Kinzweiler an den regionalen Grünzug anzubinden [s. Anlage Abb. 1003406_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003406_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p>

1003407, Stadt Eschweiler	
<p>Inhalt</p> <p>Südlich von Hehlrath den Bereich des Naturschutzgebietes "2.1-3 NSG Deponie Röhe" aus dem Landschaftsplan I als BSN darstellen [s. Anlage Abb. 1003407_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003407_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p>

1003408, Stadt Eschweiler	
<p>Inhalt</p> <p>Im Westen des Blaustein-Sees soll die Abgrenzung des bestehenden ASBZ (E) verschoben werden, indem im Norden die Flächendarstellung zurückgenommen wird (zugunsten AFAB und Grünzug) [s. Anlage Abb. 1003408 _1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003408_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p>

1003409, Stadt Eschweiler	
<p>Inhalt</p> <p>Im Norden von Dürwiß das 2.1-4. NSG Erholungsgebiet Nördlich Dürwiß" aus Landschaftsplan VII in den BSN einbinden [s. Anlage Abb. 1003409_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003409_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p>

1003410, Stadt Eschweiler	
<p>Inhalt</p> <p>Die bestehende Landesstraße L 238 "Bourheimer Straße" sollte im Gesamtzusammenhang wieder als "Straße für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr" aufgenommen werden [s. Anlage Abb. 1003410 _1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003410_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik des Straßennetzes (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1003411, Stadt Eschweiler

Inhalt

Die Darstellung der GIBz Fläche ragt über die L 228 "Zum Hagelkreuz" nach Norden hinaus. Es wird angeregt, die GIBz Fläche bis zur L228 zurücknehmen und dort AFAB bzw. Regionaler Grünzug darzustellen [s. Anlage Abb. 1003411_1].

Anhänge

[Abb_ID_1003411_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

1003412, Stadt Eschweiler	
<p>Inhalt</p> <p>Östlich von Neu-Lohn und nördlich der Deponie soll der gesamte AFAB Korridor Richtung Inde auch in den Regionalen Grünzug aufgenommen werden [s. Anlage Abb. 1003412_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003412_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Bereich entspricht nicht den Kriterien zur Festlegung von Regionalen Grünzügen (vgl. Planbegründung). Im Gegensatz zu den nördlich gelegenen Bereichen besteht hier entsprechend dem Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege keine besondere Funktion für den Biotopverbund.</p>

1003413, Stadt Eschweiler	
<p>Inhalt</p> <p>Westlich der L 11 "Aldenhovener Straße" im Bereich von Neu-Lohn soll das "2.1-2 NSG Nordöstlicher Blaustein- See" mit dem südlich angrenzenden LSG 2.2-3 bis zur L 11 in den regionalen Grünzug integriert werden [s. Anlage Abb. 1003413_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003413_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Bereich entspricht nicht den Kriterien für die Festlegung von Regionalen Grünzügen (vgl. Planbegründung).</p>

1003414, Stadt Eschweiler	
<p>Inhalt</p> <p>Am westlichen Ortsrand von Röhe wird angeregt, die ASB-Abgrenzung parallel und beidseitig zur Aachener Straße bis zum ehemaligen Wasserwerk auszudehnen und im Gegenzug im Bereich der Flächen am Sportplatz Erfstraße zurückzunehmen und dort AFAB darzustellen [s. Anlage Abb. 1003414_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003414_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003415, Stadt Eschweiler	
<p>Inhalt</p> <p>Im Bereich nördlich der "Donnerberg Kaserne" wird angeregt, die Fläche des BSN (NSG 2.1-18) über die Sportplatzfläche (AFAB) an die östlich angrenzende BSN (NSG 2.1-3) Darstellung anzubinden (siehe Landschaftsplan III) und die gesamte Fläche auch in den regionalen Grünzug einzubeziehen [s. Anlage Abb. 1003415_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003415_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es handelt sich um einen sehr schmalen, im Regionalplan-Maßstab nicht abbildbaren Korridor zwischen baulichem Bestand. Die Sicherung der Biotopfunktion ist in diesem Bereich Aufgabe der lokalen Planungsebenen und ist durch die bestehenden Festsetzungen im Landschaftsplan gewährleistet.</p>

1003416, Stadt Eschweiler

Inhalt

Die AFAB-Flächen zwischen dem Eschweiler Stadtwald und den Ortsteilen Bergrath, Bohl und Hastenrath sollten wie im bestehenden Regionalplan wieder als regionaler Grünzug/Schutz der Landschaft/landschaftsorientierten Erholung dargestellt werden. Die Flächen haben als direkte Verbindung aus dem Stadtwald eine hohe Wertigkeit für die Kaltluftströme Richtung Zentrum und für die Naherholungssuchenden der angrenzenden Ortsteile [s. Anlage Abb. 1003416_1].

Anhänge

[Abb. ID 1003416_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bereiche entsprechen nicht den Kriterien für die Festlegung von Regionalen Grünzügen bzw. BSLE gemäß der planerischen Konzeption (vgl. Planbegründung).

1003418, Stadt Eschweiler	
<p>Inhalt</p> <p>Auf die Darstellung der Trasse der L 11n Ortsumgehung Hastenrath sollte verzichtet werden, da diese Planung nicht weiterverfolgt werden soll [s. Anlage Abb. 1003418_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003418_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1003419, Stadt Eschweiler

Inhalt

Die Darstellung des Schienenweges (Talbahnlinie) entspricht ab der Brücke B264 nicht dem Bestand, sie müsste nach Norden verschoben werden. Die ASB Fläche nordöstlich der Langerweher Straße sollte nur bis zur bestehenden Bahnstrecke verlaufen [s. Anlage Abb. 1003419_1].

Anhänge

[Abb_ID_1003419_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird korrigiert (s. Änderungskarten).

1003420, Stadt Eschweiler

Inhalt

Die AFAB-Fläche östlich der Straße Heide Siedlung sollte an den regionalen Grünzug angebunden werden [s. Anlage Abb. 1003420_1].

Anhänge

[Abb_ID_1003420_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). In Bezug auf den Erhalt eines Korridors für die siedlungsräumliche Gliederung entspricht die Erweiterung der planerischen Konzeption.

1003421, Stadt Eschweiler	
<p>Inhalt</p> <p>Im Nordosten von Röhe sollte die ASB Abgrenzung angepasst werden an die Wohnbauflächendarstellung ("Baugebiet Am Römerberg") im FNP [s. Anlage Abb. 1003421_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003421_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003422, Stadt Eschweiler	
<p>Inhalt</p> <p>Die Fläche der im Verfahren befindlichen 5 - Änd. des Flächennutzungsplans - Solarpark Propsteier Wald - (ca. 4,65ha) soll als entsprechende Fläche mit der Zweckbindung "Solarenergie" dargestellt werden. Es handelt sich dabei um die Nachnutzung einer baulich geprägten militärischen Konversionsfläche. Zum Stadtgebiet Stolberg sollte ein Grünpuffer "Wald" dargestellt werden [s. Anlage Abb. 1003422_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003422_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Darstellungsschwelle für zeichnerische Festlegungen liegt grundsätzlich bei 10ha. Die Planung von Festlegungen zum Thema Erneuerbare Energie ist aus dem Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln herausgelöst und wird in einem separaten Verfahren behandelt.</p>

1003423, Stadt Eschweiler	
<p>Inhalt</p> <p>Die Fläche nördlich der Müllverbrennungsanlage (MVA) Weisweiler, die über die derzeitige Bebauung mit Gebäuden und Wegen der MVA hinausgeht und zurzeit nicht für Zwecke gemäß der Ausweisung genutzt wird, soll von der GIB-Darstellung umgewandelt werden in AFAB/Schutz der Landschaft und kann zukünftig als Fläche für Ausgleichsmaßnahmen genutzt werden [s. Anlage Abb.1003423_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID_1003423_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die differenzierte Festlegung der konkreten Nutzung des im FNP der Stadt Eschweiler als Versorgungsfläche gesicherten Bereichs ist auf der örtlichen Planungsebene vorzunehmen. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

AZ: BET_105000_1

Stadt Herzogenrath

1004809, Stadt Herzogenrath

Inhalt

1.2. Besondere Situation in Herzogenrath

In einem Abstimmungsgespräch am 03.05.2022 wurde nochmals auf bisher nicht berücksichtigte Änderungswünsche hingewiesen. Durch die Neuaufstellung des Regionalplans soll eine dynamische Zukunfts- und Innovationsfähigkeit sowie die Sicherung einer hohen Lebens- und Wohnqualität ermöglicht werden. Aufgrund der bekannten Bergbauproblematik und der dargestellten regionalen Grünzüge sind in Herzogenrath aber nur begrenzt weitere, für die Zukunft aber essenzielle Flächenentwicklungen möglich. Gemäß § 1 (5) Baugesetzbuch sollen Bauleitpläne die verschiedenen Belange in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen in Einklang bringen und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Die Herstellung einer ausgeglichenen Balance zwischen den unterschiedlichen Raumfunktionen und den urbanen, sozialen und ökonomischen Bedürfnissen ist in Herzogenrath aufgrund der vorliegenden Probleme nur schwer möglich. Besonders in Kohlscheid fehlen durch die Auslagerung von ursprünglich im TPH angesiedelten Firmen Erweiterungsflächen. Die Betriebe möchten in der näheren Umgebung bleiben. Viele Unternehmen benötigen die Nähe zur RWTH und FH Aachen und schätzen die gute Anbindung an den schienengebundenen Nah- und Fernverkehr sowie die nahen Anschlüsse an die Autobahnen Richtung Köln, Düsseldorf sowie die Niederlande und Belgien. Es gibt kaum unbelastete Flächenressourcen um dem Strukturwandel angemessen zu begegnen und handlungs- bzw. reaktionsfähig zu bleiben.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen Entwicklung vorgebracht, die sich in erster Linie auf nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen beziehen. Der Regionalplan beinhaltet für die Stadt Herzogenrath mit seinen siedlungsräumlichen Festlegungen eine dem Bedarf für einen 25-jährigen Zeitraum entsprechende Flächenvorsorge. Er schöpft damit die landesplanerisch vorgegebenen Spielräume aus.

1004810, Stadt Herzogenrath

Inhalt

Siedlungsflächenmonitoring und Bedarfsberechnung

Die von der Bezirksregierung Köln im Rahmen des Siedlungsflächenmonitorings seit 2010 ermittelten vorhandenen Reserveflächen liegen überwiegend innerhalb der dargestellten Siedlungsbereiche. Ursprünglich wurden freie Flächen größer als 0,5 ha erfasst. 2014 erfolgte eine Senkung der Erhebungsschwelle auf 0,2 ha. Die Summe der Reserveflächen ist eine wichtige Kennzahl, denn die Differenz zur berechneten Bedarfsfläche stellt den Anteil für neue Potentialflächen dar. Anzumerken ist, dass gemäß der Vorgaben zum Siedlungsflächenmonitoring erst nach einer Bebauung eine Baufläche aus der Datei gelöscht werden kann. Da der Stichtag für die Flächenberechnung im Jahr 2018 war, werden die großen Neubaugebiete ?An der Herrenstraße? in Merkstein und ?Kämpchenstraße Teil B? mit fast 20 ha als Reserveflächen bei der Berücksichtigung neuer Siedlungsbereiche angerechnet. Die Ermittlung der Flächenbedarfe für Wohn- und Gewerbeflächen sind sehr bedeutend für die Entwicklungsmöglichkeiten im Stadtgebiet. Der Bedarf an Wirtschaftsflächen ergibt sich aus Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung und der Flächeninanspruchnahmen der letzten 5 bis 6 Jahre. Leider konnte der ermittelte Bedarf nicht überprüft werden. Es gab bisher keine Übermittlung der Parameter durch die BZR. Es darf keine Benachteiligung geben, wenn durch Entwicklungshindernisse Wirtschaftsflächen in der Vergangenheit nicht bedarfsgerecht ausgewiesen werden konnten.

Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:

Es wird erneut darum gebeten, die Berechnungsgrundlagen zur Bedarfsberechnung mit den für Herzogenrath eingesetzten Zahlen darzulegen. Solange die Bedarfsberechnung nicht überprüft werden kann, ergeht die Stellungnahme unter dem Vorbehalt der Rechtmäßigkeit der Bedarfsberechnung. Die Gegenüberstellung der ermittelten Bedarfe mit den Reserve- und Potentialflächen wird als Anlage beigefügt. Wie Sie der Anlage entnehmen können, wurden bereits 6 der gelb hinterlegten Flächenreserven im allgemeinen Siedlungsbereich bebaut. Es handelt sich hierbei um ca. 23 von insgesamt 36 ha. Leider wird das Monitoring nicht fortgeschrieben, da Stichtag 2018 war und auch der Bedarf für den Zeitraum ab 2018 berechnet wurde.

Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:

Es wird darum gebeten, auf Grund der besonderen Situation in Herzogenrath den Bedarf als Testberechnung für den Zeitraum 2021 bis 2042 zu ermitteln und die bereits bebauten 23 ha zu berücksichtigen. So könnte ein Aufschlag ermittelt werden, der entsprechend begründet werden kann. Zusätzlich sind auch einige unbebaute Flächen gemäß dem Siedlungsflächenmonitoring wegen bergbaulicher Hinterlassenschaften nur eingeschränkt bebaubar. Hier gibt es teilweise erhebliche Entwicklungshemmnisse.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog

Wie der von uns erstellten Auflistung der Reserve- und Potentialflächen im allgemeinem Siedlungsbereich entnommen werden kann, würde nach der Anpassung gemäß der aktuellen Änderungswünsche ein Defizit von ca. 15 ha vorliegen. Wie dieses Defizit ausgeglichen werden kann, sollte im Beteiligungsprozess erläutert werden. [Abb.]

sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größereordnung von 10 ha.

1004811, Stadt Herzogenrath

Inhalt

Bei der Darstellung der Gewerbe- und Industriebereiche muss berücksichtigt werden, dass der alte Regionalplan 2003 bereits 19 ha im Bereich Boscheler Berg als Entwicklungsfläche dargestellt hat. Bisher konnte die Fläche jedoch nicht realisiert werden. Ein Bauleitplanverfahren für den nördlichen Bereich wurde eingeleitet. Eine weitere Entwicklungsfläche liegt im Bereich Dornkaul in Kohlscheid. Im Rahmen der Stellungnahme wird angeregt, die GIB-Darstellung entlang der Dornkaulstraße zu erweitern (siehe Anregung der Verwaltung unter 3.3). Für diesen Bereich ist jedoch eine bergbauliche Sanierung von über 10.000.000 € erforderlich. Ein Teil der Fläche könnte in den Flächenpool der Städteregion einfließen. Hier sind noch die Fördermöglichkeiten für eine Sanierung zu klären. [Abb.].

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Zu den beiden Teilbereichen wird auf die konkreten Teilstellungnahmen der Stadt Baesweiler verwiesen. Der nunmehr übernommene Bereich Boscheler Berg sowie der erweiterte Bereich Dornkaul werden bei der Aktualisierung der Reserveflächensituation berücksichtigt, sodass der kommunale gewerbliche Entwicklungsbedarf im Planungshorizont gedeckt werden kann.

Inhalt

3. Siedlungsflächen**3.1. Abgrenzung**

Im Rahmen der informellen Beteiligung wurden auch einige eher kleinere Ergänzungswünsche an die Bezirksregierung herangetragen. Als Beispiel ist die Ergänzung der ASB Abgrenzung im Bereich Finkenstraße Richtung Stadtgrenze zu nennen. Im Entwurf des Regionalplans wurden diese Ergänzungswünsche nicht berücksichtigt. Als Begründung wurde dargelegt, dass der vorliegende Plan im Maßstab 1:50.000 nicht parzellenscharf sein kann und diese kleinteiligen Anregungen im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans behandelt werden müssen. Das gleiche gilt für Ergänzungen in kleineren Ortslagen, die aufgrund einer Einwohnerzahl von weniger als 2.000 Einwohnern nicht als Siedlungsbereich dargestellt werden. Die zukünftige Vorgehensweise bei der Abstimmung von Flächennutzungsplanänderungen oder der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes kann von Seiten noch nicht genau abgeschätzt werden.

Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:

Es wird darum gebeten, zu erläutern, wie zukünftig mit Flächenwünschen, die außerhalb von Siedlungsbereichen liegen, umgegangen wird. Da die Stadt Herzogenrath beabsichtigt, ein Bauleitplanverfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes einzuleiten, benötigen wir vorab Informationen, ob diese Flächen in die Bilanzierung einfließen und die Bilanzierung fortgeschrieben wird. Um bewerten zu können, ob in den Ortslagen, die außerhalb der Siedlungsbereiche liegen und mit einer Darstellung als regionaler Grünzug belegt wurden, weitere Entwicklungsmöglichkeiten bestehen, wird im Rahmen der Abwägung um Klärung gebeten, ob die Ausweisung regionaler Grünzüge einer landesplanerischen Zustimmung für Siedlungsergänzungen entgegensteht. Es wird darauf hingewiesen, dass weitere Planungsabsichten bei der Neuaufstellung oder Änderung des Flächennutzungsplanes durch die Darstellung vieler Bereiche als Regionale Grünzüge nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden dürfen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *„Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren“* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen).

Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß Ziel 2-3 LEP NRW.

Die Bedarfsgerechtigkeit einer Bauleitplanung wird anhand der jeweils aktuellen Reserveflächensituation (Basis Siedlungsflächenmonitoring) bewertet. Darin fließen sowohl Potenziale innerhalb als auch außerhalb des Siedlungsraums ein.

1004813, Stadt Herzogenrath

Inhalt

Im Rahmen der Stellungnahme möchte die Stadt Herzogenrath auch auf die teilweise nicht nachvollziehbaren Änderungen der Siedlungsflächenabgrenzungen eingehen. Es wurden Rücknahmen von Siedlungsflächen vorgenommen, die bereits entwickelte Flächen betreffen. Von Seiten der Bezirksregierung wird darauf hingewiesen, dass der Regionalplan nicht parzellenscharf ist und daher den tatsächlichen Siedlungsraum nicht abdecken muss. Zur Vermeidung von Ungleichheiten wird vorgeschlagen, die Abgrenzungen der Siedlungsbereiche gemäß der im beigefügten Plan dargestellten schwarzen Linie anzupassen. In den meisten Bereichen ist die Änderung nur geringfügig. In den Bereichen, die in der Übersichtskarte als Punkte B bis I gekennzeichnet sind, sind die Abweichungen besonders gravierend.

Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:

Es wird darum gebeten, die Abgrenzung der Siedlungsbereiche entsprechend der Darstellung in Anlage 1 zu ändern.

[Abb.]

Anhänge

[Abb_ID1004813.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Ein regionalplanerisches Erfordernis zur Veränderung der siedlungsräumlichen Festlegung ergibt sich vor diesem Hintergrund nur für den Bereich B (Umwandlung eines Bereichs von GIB in ASB). Hierzu wird auf die Erläuterung zu Stn. ID 1004814 verwiesen.

1004814, Stadt Herzogenrath	
<p>Inhalt</p> <p>Im Zentrum von Herzogenrath muss zwischen der ASB und GIB Abgrenzung eine Korrektur vorgenommen werden. Der Bereich ?Wohngebiet Dahlemer Straße? und das ehemalige Schmetz-Gelände sollen als ASB ausgewiesen werden.</p> <p><u>Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:</u></p> <p>Es wird darum gebeten, die Abgrenzung entsprechend anzupassen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004814_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004814.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Umwandlung in einen ASB erfolgt aufgrund der regionalplanerisch relevanten Größenordnung und der Entwicklungsziele für den Bereich.</p>

1004815, Stadt Herzogenrath	
<p>Inhalt</p> <p>Ebenfalls im Zentrum von Herzogenrath liegt ein Überschwemmungsbereich der Wurm gemäß dem Regionalplanentwurf nun innerhalb des Siedlungsbereiches.</p> <p><u>Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:</u> Es wird darum gebeten, die neue ASB Darstellung gemäß der Abgrenzung des aktuellen Regionalplans zurückzunehmen. [s. Anhang Abb. 1004815_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004815_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004816, Stadt Herzogenrath	
<p>Inhalt</p> <p>3.2 Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)</p> <p>Ergänzung H/1 südlich Schulzentrum/Hillenberg in Herzogenrath</p> <p>Durch den Neubau der L 223 und der dazugehörigen Ausweisung von Ausgleichsflächen und Regenrückhaltemöglichkeiten muss der Flächenanteil der Potentialfläche reduziert werden. Nach Prüfung der Fläche, soll die Ergänzung entfallen.</p> <p><u>Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:</u></p> <p>Gemäß Ratsbeschluss vom 30.08.2022 sollte der allgemeine Siedlungsbereich bis auf einen Teilbereich für die Ergänzung des Schulzentrums entfallen und wieder der aktuellen Darstellung des Regionalplans entsprechen. Die Bilanz ist anzupassen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004816_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004816_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht bzw. Umsetzbarkeit der Siedlungsentwicklung besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die Rücknahme der siedlungsräumlichen Festlegung entsprechend dem Gegenstromprinzip folgerichtig ist.</p>

1004817, Stadt Herzogenrath	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzung H/a im Bereich der Bierstraße</p> <p>Die Abgrenzung des Allgemeinen Siedlungsbereiches entlang der Bierstraße soll Richtung Süden verschoben werden, sodass die bestehenden Gebäude innerhalb des Siedlungsbereiches liegen. Neben der beschriebenen Ungenauigkeit der Abgrenzung wurde im Regionalplanentwurf der Ergänzungswunsch H/a bisher nicht berücksichtigt.</p> <p><u>Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:</u></p> <p>Es wird darum gebeten, die Abgrenzung gemäß der Darstellung anzupassen. Die Fläche H/a, die bereits 2017 als Potentialfläche mit der Nummer I/4 übermittelt wurde, sollte gemäß Ratsbeschluss vom 30.08.2022 im Regionalplanentwurf nicht als ASB-Ergänzung dargestellt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004817_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004817_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004818, Stadt Herzogenrath	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzung M/2 im Bereich An der Waidmühl in Merkstein</p> <p>Nach Errichtung einer Zentralsportanlage im Bereich des Stadions in Merkstein, können im Bereich An der Waidmühl die nicht mehr erforderlichen Sportplätze sowie weitere Freiflächen einer Bebauung zugeführt werden. Der Ergänzungswunsch wurde im Regionalplanentwurf berücksichtigt. Ein Teilbereich liegt allerdings im Landschaftsschutzgebiet und soll nicht als allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt werden.</p> <p><u>Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:</u></p> <p>Gemäß Ratsbeschluss vom 30.08.2022 sollte der allgemeine Siedlungsbereich gemäß der Darstellung reduziert werden. Die Bilanz ist anzupassen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004818_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004818_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die Rücknahme des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

1004819, Stadt Herzogenrath	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzung M/4 und M/b im Bereich Nordsternpark in Merkstein</p> <p>Die westlich der K 5 liegende Fläche ist bereits als ASB Fläche Bestandteil des aktuellen Regionalplans. Innerhalb der östlichen Ergänzung wäre gemäß dem vorliegenden Entwurf des Regionalplans und nach Klärung der Erschließung eine gewerbliche Ansiedlung mit Durchführung eines Bauleitplanverfahrens möglich. Die Fläche M/b wäre ein weiterer Ergänzungswunsch.</p> <p><u>Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:</u></p> <p>Die Fläche M/b sollte als Ergänzungswunsch in den Regionalplan aufgenommen werden. Da die Fläche westlich der K5 als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen ist, sollte gemäß Ratsbeschluss vom 30.08.2022 der allgemeine Siedlungsbereich für diesen Bereich entfallen.Die Bilanz ist anzupassen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004819_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004819_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Entsprechend der kommunalen Entwicklungsabsichten besteht ein Sicherungserfordernis, an das Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips angepasst wird.</p>

1004820, Stadt Herzogenrath

Inhalt

3.3 Gewerbe- und Industriebereich (GIB)

Aufgrund der eingangs beschriebenen Standortvorteile liegt in Herzogenrath eine hohe Nachfrage an Gewerbegrundstücken vor. Nach dem Ende der Steinkohleförderung wurde in Herzogenrath ein Strukturwandel eingeleitet. Mit Gründung des Technologieparks in Kohlscheid wurden neue gewerbliche Entwicklungsflächen geschaffen. Einige der hier gegründeten Firmen suchen dringend nach Erweiterungsmöglichkeiten. Zusätzlich gibt es auch eine große Nachfrage für Neuansiedlungen. Bei der Bedarfsermittlung muss berücksichtigt werden, dass Herzogenrath schon seit einigen Jahren die steigende Nachfrage an Gewerbegrundstücken nicht mehr bedienen kann. Die im Regionalplan dargestellten Reserveflächen konnten aufgrund verschiedener Hemmnisse nicht entwickelt werden. Die Flächen in Kohlscheid sind mit Bergbaufolgeschäden belastet. Würde der nachfolgend beschriebene Flächenwunsch im Regionalplan unberücksichtigt bleiben, wäre die Stadt Herzogenrath durch fehlende Flächenreserven vom Strukturwandel ausgeschlossen und in ihrer Zukunfts- und Innovationsfähigkeit stark eingeschränkt. Gemäß der nicht nachvollziehbaren Bedarfsberechnung und der Tatsache, dass einige der von uns gewünschten Flächenpotentiale nicht berücksichtigt wurden, ergibt sich ein Defizit bei der Gegenüberstellung der Bedarfs- und Potentialwerte. Um eine am tatsächlichen Bedarf orientierte Entwicklung zu ermöglichen, wurde eine zusätzliche Ergänzungsfläche im Stadtteil Kohlscheid identifiziert und im folgenden Abschnitt dargestellt.

Gewerbeflächen K/2, K/b und K/c Dornkaul in Kohlscheid

Die im aktuellen Regionalplan dargestellte Fläche wurde gemäß dem vorliegenden Entwurf in Richtung Süden ergänzt und stellt die Fläche K/2 dar. Ein weiterer Ergänzungswunsch (K/b) entlang der L 232 Richtung Süden, der Bestandteil des Gewerbeflächenpools der Städteregion ist, wurde nicht berücksichtigt. Der Bereich liegt innerhalb eines regionalen Grünzugs und dient als Frischluftschneise. Ursprünglich war beabsichtigt, ein Büro für die Durchführung einer Umweltprüfung zu beauftragen. Es sollte geprüft werden, ob auf einer reduzierten Fläche eine Bebauung möglich ist. Zwischenzeitlich wurde jedoch eine weitere, besser geeignete Fläche (K/c) entlang der Dornkaulstraße ermittelt. Die Bebaubarkeit muss aufgrund der vorhandenen Bergbauproblematik geprüft werden. In einer ersten Kostenschätzung wird ein Sanierungsbedarf von über 10.000.000 € ermittelt.

Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:

Gemäß Ratsbeschluss vom 30.08.2022 sollte der Entwurf des Regionalplans um die

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erweiterung stellt eine kompakte Arrondierung des bestehenden GIB dar ohne den Regionalen Grünzug in seinen Funktionen erheblich zu beeinträchtigen.

Fläche K/c ergänzt werden. Für die Teilnahme am Gewerbeflächenpool wäre ein Teilbereich dieser Fläche geeignet. Für die Möglichkeit der Finanzierung der Bergbaufolgeschäden mittels Fördergelder könnte die Unterstützung der Städteregion hilfreich sei.

[s. Anhang Abb. 1004820_1]

Anhänge

[Abb_ID1004820_1.pdf](#)

1004821, Stadt Herzogenrath	
<p>Inhalt</p> <p>Fläche K/3 Halde Wilsberg in Kohlscheid</p> <p><u>Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:</u> Gemäß Ratsbeschluss vom 30.08.2022 soll die Fläche als GIB ausgewiesen werden. [s. Anhang Abb. 1004821_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004821_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Mit den zusätzlichen GIB-Festlegungen im Bereich Boschelner Berg und Dornkaul entsprechend der Anregungen der Kommune (s. ID Stn 1004820 und Stn ID 1004822) erfolgt eine Ausweisung, die dem Bedarf der Stadt Herzogenrath entspricht. Für die Festlegung zusätzlicher GIB besteht kein Spielraum.</p>

1004822, Stadt Herzogenrath	
<p>Inhalt</p> <p>Gewerbefläche M/1 und M/a Boscheler Berg Ost in Merkstein Die Darstellung im Regionalplanentwurf entspricht der Darstellung des FNPs. Der Ergänzungswunsch Richtung Norden bis zur L 240 n wurde nicht berücksichtigt. Die vorhandene GIB Abgrenzung wurde im neuen Entwurf sogar reduziert. Gemäß Abstimmung mit der Bezirksregierung Köln im Jahr 2001 kann eine Erweiterung des Bereiches für gewerbliche- und industrielle Nutzungen (GIB) bis an die damals noch nicht festgelegte Trasse der L 240 erfolgen. Die Landesplanerische Zustimmung für das am 17.10.2017 eingeleitete Änderungsverfahren des Flächennutzungsplanes liegt vor. Somit muss für diese wichtige Ergänzung eine Darstellung im Regionalplan erfolgen.</p> <p><u>Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:</u></p> <p>Auf die Anpassung der Darstellung der GIB Fläche bis zur L240 wird hingewiesen. [s. Anhang Abb. 1004822_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004822_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung des GIB erfolgt entsprechend des laufenden FNP-Verfahrens und unter Berücksichtigung der Festlegungen des geltenden Regionalplans.</p>

1004823, Stadt Herzogenrath	
<p>Inhalt</p> <p>Verschneidungsflächen</p> <p>Neben den Reserveflächen im Siedlungsflächenmonitoring wurden durch die Bezirksregierung auch sogenannte Verschneidungsflächen ermittelt. Sie liegen am Rand der Siedlungsbereiche und werden im Flächennutzungsplan nicht als Bauflächen dargestellt. Die Flächen wurden ebenfalls erfasst und vom ermittelten Bedarf abgezogen. Folgende Flächen wurden identifiziert:</p> <p>Fläche H/5 westlich der Maastrichter Straße</p> <p>Die Fläche H/5 liegt westlich der Maastrichter Straße im Stadtteil Herzogenrath und ist ca. 2,70 ha groß. Die Realisierung einer Bebauung wird dadurch erschwert, dass die möglichen Bauflächen auf Grund der vor Ort vorliegenden Gegebenheiten nicht bzw. nur mit großem Aufwand erschlossen werden können. Möglicherweise könnte die Fläche in ein internationales Baugebiet einfließen, da der westliche Geltungsbereich entlang der niederländischen Grenze verläuft. Diese eher langfristige Option ist noch nicht abgestimmt bzw. näher untersucht.</p> <p><u>Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:</u></p> <p>Gemäß Ratsbeschluss vom 30.08.2022 sollte die Fläche H/5 aus der Bilanzierung entfallen, da die Realisierung einer Bebauung aufgrund der mangelhaften Erschließungsmöglichkeiten und der zu beachtenden Abstände zur Hochspannungsleitung als sehr schwierig eingestuft wird. Sollten sich die Planungen für diesen Bereich langfristig ändern und die Fläche möglicherweise in ein internationales Baugebiet einfließen, wird die Bezirksregierung am Vorhaben beteiligt. Die bisherige ASB-Abgrenzung kann beibehalten werden, jedoch muss die Bilanzierung angepasst werden. [s. Anhang Abb. 1004823_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004823_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht und der absehbaren Umsetzungshindernisse besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die Umwandlung in eine Freiraumfestlegung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

1004824, Stadt Herzogenrath	
<p>Inhalt</p> <p>Fläche K/4 in Bank</p> <p>Die ca. 5 ha große Fläche liegt im Ortsteil Bank. Eine Erschließung über die L 259 ist erst nach Verschiebung der Ortsdurchfahrt möglich.</p> <p><u>Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:</u></p> <p>Die Fläche K/4 sollte entfallen und nicht im Regionalplanentwurf erhalten bleiben, da der Bereich im Landschaftsschutzgebiet liegt. Wenn die bisherige ASB-Abgrenzung nicht geändert wird, muss die Bilanzierung angepasst werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004824_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004824_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die Anpassung der aktuellen Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

1004825, Stadt Herzogenrath	
<p>Inhalt</p> <p>Fläche K/a im Bereich Auf´m Kraner/Haldenweg Die von der Bezirksregierung vorgeschlagene Fläche wurde durch das Büro HJP näher betrachtet. Aufgrund der Topografie und der Grünstrukturen kann die Fläche nicht entwickelt werden.</p> <p><u>Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:</u> Die Fläche K/a sollte gemäß Ratsbeschluss vom 30.08.2022 aus der Bilanzierung entfallen, da sie als Baufläche ungeeignet ist. [s. Anhang Abb. 1004825_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004825_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es erfolgt eine Berücksichtigung in Bezug auf die Flächenpotenziale. Eine Veränderung der Festlegung ist aufgrund der Lage nicht umsetzbar bzw. nicht erforderlich..</p>

Inhalt

5. Freiraum und Freiraumschutz

Zum Schutz der Freiräume in verdichteten Gebieten erfolgt im Regionalplan die Darstellung regionaler Grünzüge. Neben der Rheinschiene ist der Ballungsraum Aachen mit dem Stadtgebiet Herzogenrath ein vergleichsweise dicht besiedelter Raum in der Planungsregion Köln. Die Freiraumstruktur in Herzogenrath ist stark durch die topographische Gestaltung und eine frühe städtisch-industrielle Entwicklung geprägt, ablesbar u.a. an den Halden des ehemaligen Steinkohlenbergbaus.

Aus Sicht der Stadt Herzogenrath ist es erforderlich, gerade bei der Ausweisung regionaler Grünzüge Unterscheidungen in der Freiraumbelegung vorzunehmen. Ortsteile, die nicht als Siedlungsbereich dargestellt sind, werden im Stadtgebiet Herzogenrath als regionaler Grünzug oder/und als Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen.

Eine alleinige Darstellung als Freiraum- und Agrarbereich ohne Überlagerung von weiteren Freiraumfunktionen wäre aus Sicht der Stadt Herzogenrath für diese Siedlungsbereiche eine eindeutigere Klarstellung. Die pauschale Festlegung des gesamten Freiraums als regionaler Grünzug und BSLE erschwert die Aufstellung von Bauleitplänen und behindert somit die Entwicklungschancen. In diesem Zusammenhang wird auf die Stellungnahme unter Punkt 3.1 hingewiesen. Im Rahmen der Abwägung sollte eine verbindliche Aussage erfolgen, ob eine landesplanerische Anfrage bei der Aufstellung von Bauleitplänen in den außerhalb der Siedlungsbereiche liegenden Ortsteilen zukünftig nur eingeschränkt erteilt oder sogar grundsätzlich abgelehnt wird.

Die gleiche Fragestellung gilt auch für die Errichtung von Freiflächen-PV Anlagen. Wenn alle Freiflächen im Stadtgebiet als regionale Grünzüge oder BSLE dargestellt werden, gäbe es kein Flächenangebot. Hier wird eine Unterscheidung der Freiraumbelegung gefordert oder eine Differenzierung bei der Erteilung der landesplanerischen Zustimmung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Hierzu wurde auch ein Passus in Ziel 18 (Regionale Grünzüge) aufgenommen. Die Planung von Freiflächensolaranlagen ist in Regionalen Grünzügen nicht ausgeschlossen und richtet sich im Weiteren nach den landesplanerischen Vorgaben. Hier bedarf es einer Einzelfallprüfung. Die maßstabsbedingte Überlagerung von Ortslagen und deren Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich von Regionalen Grünzügen bzw. BSLE sind in den textlichen Erläuterungen zu den Planfestlegungen beschrieben.

AZ: BET_106000_1

Stadt Monschau

1004161, Stadt Monschau

Inhalt

Der von der Bezirksregierung Köln vorgelegte Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplanes für das Stadtgebiet Monschau widerspricht aus Sicht des Rates der Stadt Monschau in weitesten Teilen den von der Bundesregierung wie auch von der Landesregierung in den letzten Jahren ausgegebenen Zielen einer Stärkung des ländlichen Raumes. Hierzu gehört die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für junge Familien, um die permanente Landflucht der jungen Generation zu stoppen und damit dem ländlichen Raum und den Dörfern eine Zukunft zu gewährleisten. Anstatt hierfür im ländlichen Raum die Siedlungsbereiche zu erweitern, wurden diese in manchen Ortslagen noch weiter reduziert und demgegenüber auf vorhandene Baulücken und Innenentwicklungsmöglichkeiten verwiesen. Hierbei wird erkannt, dass es sich bei diesen Flächen ausschließlich um "theoretische" Flächen handelt, ohne eine realistische Beurteilung der "tatsächlichen" Verfügbarkeit für die Kommune. Durch die seit einem Jahrzehnt andauernde Nullzinspolitik besteht bei den Eigentümern noch freier Flächen keinerlei Verkaufswillen. Die Flächen dienen stattdessen als "stabile Kapitalanlage". - Es wird darauf verwiesen, dass umfangreiche Anteile von WE/km² in der Eifel - insbesondere in Monschau - dem Wohnbedarf durch Umnutzung zu Ferienwohnungen nicht zur Verfügung stehen, nicht zurechenbar sind und insofern strukturell ein höherer Bedarf WE/km² besteht. Ein angenommener Ersatzbedarf mit 0,2 % deckt die Flächenverluste durch Wohnraumnutzung für Ferienwohnzwecke nicht ab. Daneben entspricht die Annahme und Zugrundelegung von Potentialflächen seitens der Regionalplanung - in Gegenüberstellung zu Bedarfsflächen - weder der Realität im ländlichen Raum noch der Situation in Monschau, da diese Flächen eigentümerseitig weder dem Markt noch der Kommune als beplanbar zur Verfügung stehen. Diese "Bebauungslücken" werden dabei durchaus auch städtebaulich - im Hinblick auf aufgelockerte und durchgrünte räumliche Ortsituationen - positiv bewertet. -

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und "Reserven".

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung.*

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün-

oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Inhalt

Es wird darauf hingewiesen, dass die textlichen Aussagen und der Erläuterungsplan F8 zum Thema Hochwasser im Hinblick auf die aktuellen Ereignisse in der Region aus Sicht des Rates anzupassen sind.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln am 24.09.2021 noch vor dem Aufstellungsbeschluss beschlossen, große zukünftige siedlungsräumliche Entwicklungsbereiche, die im HQextrem liegen, nicht im Entwurf zu belassen. Damit traf er auf regionaler Ebene gemäß dem Grundsatz 4-2 des LEP NRW ?Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)? die Planungsentscheidung, bei der Entwicklung des Raumes vorsorgend die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen zu berücksichtigen. Er legte im Aufstellungsbeschluss vom 10.12.2021 dementsprechend nur solche Siedlungsbereiche fest, die eine Lebensumgebung mit einem möglichst geringen Risiko für ein Extremhochwasser versprechen.

Textliche Änderungen am Entwurf hat er jedoch nicht beschlossen, da das Kapitel 4.7 "Wasser", insbesondere das Kapitel 4.7.3 "Vorbeugender Hochwasserschutz", alle textlichen Festlegungen für einen erfolgreichen vorbeugenden Hochwasserschutz enthält, unabhängig von bestimmten Hochwasserereignissen. Zum Thema Starkregen: Starkregen und die daraus folgenden Überflutungen sind im Regierungsbezirk Köln ubiquitär, die Ereignisse sind in regionalem Maßstab aufgrund der Topographie kleinteilig. Daher liegt es in der Verantwortung der kommunalen Planungshoheit, auf lokaler Ebene Flächen zum Rückhalt von Starkregen und solche zu ermitteln, auf denen Bebauung von Überflutung durch Starkregen bedroht ist, und diese in der kommunalen Planung zu berücksichtigen. Die Starkregenhinweiskarte des Bundesamts für Kartographie und Geodäsie bietet dazu Informationen.

Die Abgrenzung der HQextrem-Gebiete in der Erläuterungskarte F8 sowie die Abgrenzung der potentiellen Überflutungsgebiete in einer zusätzlichen Erläuterungskarte F11 wurden entsprechend den Daten der wasserwirtschaftlichen Fachplanung (Obere Wasserbehörde, BR Köln) mit Stand von Juni 2023 aktualisiert.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrekturen ID 1026297 und ID 1026298 verwiesen.

1004163, Stadt Monschau

Inhalt

Bei den textlichen Aussagen und dem Erläuterungsplan F9 zum Thema Trinkwasservorsorge ist die Absicht zur Erweiterung der Talsperre Perlenbach zu berücksichtigen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Regionalplanungsbehörde hat im Einvernehmen mit der wasserwirtschaftlichen Fachplanung entschieden, dass lediglich bestehende Talsperren/Stauanlagen im Regionalplan festgelegt werden, welche über entsprechende Betriebsgenehmigungen und festgelegte Funktionen verfügen. Für die bestehende Perlenbachtalsperre ist dies die Funktion Trinkwasserversorgung. Ausnahmen dazu stellen die im Entwurf des Regionalplans festgelegten "Vorsorgebereiche Talsperren" dar (Tabelle 2 zur Erläuterung 7 des Z.25), welche als Vorsorgebereiche mit Schreiben vom 11.08.2022 vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen bestätigt wurden. Die geplante Erweiterung der Perlenbachtalsperre gehört nicht dazu und wird entsprechend nicht im Regionalplan festgelegt.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1016477 verwiesen.

1004164, Stadt Monschau

Inhalt

Ortschaft Konzen - Im Bereich der Straße "Am Feuerbach" liegen konkrete Beschlüsse zur Entwicklung eines Wohnbaugebietes vor, zu der seitens der Bezirksregierung Köln mit Verfügung vom 27.04.2018 (Aktenzeichen 32/62.6) bereits eine landesplanerische Anpassung in Aussicht gestellt wurde. Die Festlegung des - Siedlungsbereiches - sollte diese Planungen sowie Erweiterungsmöglichkeiten des Baugebietes umfassen. Das in Planung befindliche Baugebiet Feuerbach ist einhellig Gegenstand der Entwicklung der Ortslage Konzen und sollte als ASB ausgewiesen sein [s. Anlage Abb. 1004164_1].

Anhänge

[Abb_ID1004164.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht in diesen Fällen ein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Die Gemeinde Monschau verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionaler Bedarf zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1004165, Stadt Monschau	
<p>Inhalt</p> <p>Ortschaft Imgenbroich - Die im bisherigen Regionalplan festgelegten Siedlungsbereichsdarstellungen zwischen den Straßen "Schulstraße", „Heidbüchel" und "Steinrötsch" sowie südlich "Bruchzaun" bis "Trierer Straße" wurden im Entwurf zurückgenommen. Langfristig bestehen hier aus Sicht des Rate Entwicklungsabsichten der Stadt Monschau, die bereits im Entwicklungsplan für den Stadtteil Imgenbroich von 2002 aufgezeigt wurden. Aufgrund dessen sollten diese Bereiche auch bei der Neuauufstellung des Regionalplans Berücksichtigung finden. Als weitere Siedlungsbereiche sollte die Ausweitung des Baugebietes "An Victors Wäldchen" in Richtung "Hengstbrüchelchen - Stillbusch - Walchenau" (in Richtung "Hargard") auf die bereits bisher im Regionalplan erfasste Fläche ausgedehnt werden. Für den Bereich "Gräfgesweg" nach Norden bis zum "Hengstbrüchelchen" und dem "Rochuskreuz" soll eine Flächenerweiterung (siehe Kartendarstellung) [s. Anlage Abb. 1004165_1] vorgesehen werden. Die vorgesehene Reduzierung ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004165.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Monschau verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004166, Stadt Monschau

Inhalt

Ortschaft Mützenich - Straßenzüge liegen teilweise nur einseitig innerhalb des Siedlungsbereiches und aufgrund der bereits vorhandenen Erschließungsanlagen sollte eine beidseitige Entwicklung ermöglicht werden. Die Inanspruchnahme zusätzlicher Erschließungsflächen wäre bei einer beidseitigen Bebauung dann nicht erforderlich. Es bestehen Entwicklungsabsichten im Bereich der Splitterbebauung vorgeprägter Bereiche an den Straßen "Kirschensteinweg", "Steinbüchel", "Jungchenbüchel" und "Kleinbüchel" sowie im Bereich der Straßen "Hoarstatt", "Leichengasse", "In den Senden" und "Platte Venn" und "Bongert" sowie "In den Stecken". Diese sollten einbezogen werden. Die Entwicklung von Flächen unterhalb des Ortszentrums und des - in Planung befindlichen - Kindergartens an der Eupener Straße sollten, wie in der zurückliegenden Regionalplanung erfasst, möglich bleiben [s. Anlage Abb. 1004166_1].

Anhänge

[Abb_ID1004166.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Monschau verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Flächen als ASB ist nicht bedarfsgerecht.

Zudem gleicht der Regionalplan entsprechend der landesplanerischen Vorgaben den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der "nachhaltigen europäischen Stadt" kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW). Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt von Ausnahmen abgesehen bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, "linienhafte" Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine

regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004167, Stadt Monschau

Inhalt

Ortschaft Kalterherberg - Im Jahr 2017 wurde von der Stadt Monschau das DorfInnenEntwicklungskonzept (DIEK) erarbeitet.. Das Konzept, welches der Bezirksregierung vorliegt, attestierte dem Ortsteil dringenden Handlungsbedarf, um der dramatischen Abwanderung · junger Menschen, steigendem Leerstand, schwindender Nahversorgung, Überalterung der Bevölkerung, etc. entgegenzuwirken. Es ist mittlerweile dank einer Vielzahl von Maßnahmen gelungen, diese Abwärtsspirale zu stoppen und vor allem eine stetig wachsende Zahl von jungen Menschen zu motivieren, im Ort zu bleiben oder nach der überörtlichen Ausbildung zurückzukehren, um hier zu leben und Familien zu gründen. Wegen der mangelhaften Verfügbarkeit von Bauland ist dies jedoch oft nicht möglich. In der Ortslage Kalterherberg wurde seit der Erschließung von Wohnbauflächen "In der Weide", vor ca. 30 Jahren kein neu erschlossenes zusammenhängendes Baugebiet mehr entwickelt. Die zahlreichen innerörtlichen unbebauten Flächen mit Baulandpotential nach § 30 u. § 34 BauGB stehen mangels Verkaufswillens dem Markt nicht zur Verfügung, wie zuletzt auch eine öffentliche Abfrage des Ortsvorstehers gezeigt hat. Die Erschließung von neuem Bauland ist aus Sicht des Rates dringend notwendig und sollte daher durch den Regionalplan gefördert werden. Im Bereich Fedderbach wurde am 21.01 .22 auf Anregung des Ortsvorstehers eine landesplanerische Anfrage nach § 34 Landesplanungsgesetz NRW bei der Bezirksregierung Köln eingereicht. Diese landesplanerische Anfrage wurde von der StädteRegion Aachen ohne Bedenken befürwortet, von der Bezirksregierung jedoch mit Schreiben vom 29.03.2022 abgelehnt und im vorliegenden Entwurf des Regionalplanes somit auch nicht als mögliche Siedlungsfläche ausgewiesen. Der Bereich bietet sich jedoch für eine Entwicklung an, da er eine Unterbrechung des Mischbaugebietes darstellt und aufgrund bereits vorhandener Ver- und Entsorgungsleitungen ohne großen Aufwand zu erschließen wäre. Die Festlegung des Siedlungsbereiches sollte die Straßen Fedderbach, Monschauer Straße und Bahnhofstraße in einer Art "Triangel" einschließen, um so die Freiraumlücke innerhalb des Flächennutzungsplanes schließen zu können [s. Anlage Abb. 1004167_1]. Die Stadt Monschau regt des Weiteren einen Ortstermin zur genaueren Bewertung der Sachlage an.

Anhänge

[Abb_ID1004167.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der "nachhaltigen europäischen Stadt" kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt "von Ausnahmen abgesehen" bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, "linienhafte" Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes,

insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004168, Stadt Monschau	
<p>Inhalt</p> <p>Ortschaft Monschau - Für den Bereich der Altstadt steht nur noch ein kleiner Teil des Baugebietes "Haag" als freie Siedlungsfläche zur Verfügung. Nach der Auslastung dieser Siedlungsfläche bestehen für die Ansiedlung von Wohnungssuchenden im Bereich der Altstadt keine Möglichkeiten mehr. Entsprechende Siedlungsflächen sind im Bereich "Hargardsgasse", „Trakehnerweg" und "Häsgensweg" möglich. Hier findet man jetzt schon vereinzelt bzw. in kleiner Siedlungsform Wohnbebauung vor. Dieser Siedlungsbereich soll bei der Neuauflistung des Regionalplanes berücksichtigt werden [s. Anlage Abb. 1004168_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID1004168.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Anregung widerspricht den Vorgaben zu einer den Freiraum schonenden, kompakten Festlegung von Siedlungsbereichen. Der Bereich weist gem. Flächennutzungsplan keine Bauflächen auf, sondern ist ausschließlich landwirtschaftlichen Zwecken gewidmet.</p> <p>In der Stadt Monschau bestehen zudem keine Spielräume für die bedarfsgerechte Verortung zusätzlicher ASB i.S. der landesplanerischen Vorgaben.</p>

1004169, Stadt Monschau

Inhalt

Ortschaft Rohren - Die aktuelle zeichnerische Darstellung des Regionalplans beinhaltet einen ASB für zweckgebundene Nutzungen "Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen", im Bereich der aktuell nicht in Betrieb stehenden Sommerrodelbahn. Um die Suche nach potenziellen Investoren für die Wiedereröffnung und ggf. Weiterentwicklung dieses für die Region wichtigen touristischen Angebots zu erleichtern, sollte die Neuaufstellung des Regionalplans dieses Gebiet weiterhin in der oben genannten Form abbilden. [s. Anlage Abb. 1004170_1]. Es sollten Aussagen zu einer touristischen Freizeit- und Sportnutzung sowie zu Vereinseinrichtungen wie in der zurückliegenden Gebietsentwicklungsplanung abgebildet getroffen werden. Die Ausweisung der Ortschaft Rohren als "Freizeit- und Erholungsschwerpunkt" sollte daher unbedingt mit den entsprechend aktualisierten Planfestsetzungen in den neuen Regionalplan übernommen werden. Die dörfliche Infrastruktur wird aktuell mit Betreiberwechseln in den Gastronomiebetrieben, der Bäckerei, der Hotellerie, dem sanierten Jugendgästehaus, dem Betrieb des Alpenvereinshauses, der neuen Abenteuerspielanlage und dem neuen Wohnmobilstellplatz völlig modernisiert und an den touristischen Bedarf angepasst. Der Waldlehrpfad, die historische Sägemühle, das Loipenangebot, der Eifelsteig, der NationalparkWildnistrail und die ausgewiesenen Nah- und Fernwanderwege bieten nach wie vor hervorragende Erlebnismöglichkeiten auch für längere Ferienaufenthalte. Zurzeit laufen seitens des Ortsvorstehers Gespräche mit den Eigentümern und potenziellen Investoren über die Fortführung des Betriebs des Sommer- und Wintersportzentrums sowie zur Errichtung eines Tinyhouse-Parks für Feriengäste. Um hier auf Investorenwünsche auch durch Ergänzung und Änderung der bestehenden Sondergebietsausweisungen reagieren zu können, erscheint eine Zweck-Konkretisierung im Regionalplan sehr bedeutsam. Darüber hinaus wird angeregt, auch für Rohren wieder eine ASB-Ausweisung aufzunehmen um der weiteren sonstigen Entwicklung eine größere Perspektive zu geben.

Anhänge

[Abb_ID1004169.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der bauleitplanerisch gesicherte SO-Fläche (Bereich Sommerrodelbahn) handelt es sich nach den landesplanerischen Vorgaben um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW).

Vorhandene, isoliert im Freiraum liegende Standorte bzw. an Ortsteile im Freiraum angrenzende Standorte, die die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten (ab einer Größenordnung von 10 ha), sind aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) festgelegt, um eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke zu vermeiden. Unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle erfolgt keine zeichnerische Festlegung.

Gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW hat jede Neu-, Änderungs-, Über- oder Erweiterungsplanung umwelt-, sozial- und zentrenverträglich zu erfolgen. Neuplanungen von Standorten sind der Regel nur im bzw. unmittelbar angrenzend an den Siedlungsraum möglich, ausnahmsweise ist auch eine Neuplanung (jedoch nicht für Ferien- und Wochenendhausgebiete) in geeigneten Ortsteilen möglich, wenn die vorrangigen Freiraumfunktionen beachtet werden und Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Boden- und Grundwasserschutzes, des Immissionsschutzes, des Denkmalschutzes und die natürliche Eigenart der Landschaft einschließlich des Orts- und Landschaftsbildes sowie ihr Erholungswert berücksichtigt werden und eine leistungsfähige, kurzwegige Anbindung an das überörtliche Straßenverkehrsnetz und an Verkehrsträger mit hoher Transportkapazität (insbesondere Bahn, Schiff, Öffentlicher Personennahverkehr) vorhanden oder geplant ist.

Die Weiterentwicklung vorhandener Standorte, in isolierter Freiraumlage bzw. an Ortsteile im Freiraum angrenzende Standorte, die die o.g. Kriterien nicht erfüllen, sind darüber hinaus nur möglich wenn eine Flächenerweiterung, ausgehend von der bisherigen Größe des vorhandenen Standortes, geringfügig ist, eine Nutzungserweiterung im funktionalen Zusammenhang mit der bisherigen Standortnutzung steht bzw. eine Nutzungsänderung den Charakter der bisherigen Standortnutzung im Wesentlichen erhält.

	<p>Die Festlegung des gesamten OT Rohren als ASBz "Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen" entspricht nicht der faktischen Nutzung und dem Bestand. Darüber hinaus würde eine künftige allgemeine Siedlungsentwicklung (z.B. "normales" Wohnen) nach Ziel 2.3 LEP NRW ausgeschlossen werden. Die Landesplanerische Kriterien gemäß Ziel 2.3 LEP zur Festlegung des Orsteils als ASB sind nicht gegeben.</p>
--	--

1004170, Stadt Monschau	
<p>Inhalt</p> <p>Ortschaft Höfen - Die Flurstücke, welche bereits im Bebauungsplan Höfen 1 ausgewiesen sind, sollen im neuen Regionalplan als allgemeiner Siedlungsbereich ausgewiesen werden. [s. Anlage Abb. 1004170_1]. In einer Anfrage aus dem Jahre 2016 bei der Bezirksregierung in Köln zur Errichtung eines Wohnmobilhafens auf dem Flurstück 249 gab es aus regionalplanerischer Sicht keine Bedenken gegen dieses Vorhaben. Um zukünftige Vorhaben (z.B. Wohnmobilhafen usw.) in der touristischen und sportlichen Infrastruktur zu ermöglichen, bitte ich um Berücksichtigung meiner Anregung und Aufnahme der südlich der Hauptstraße (8258) gelegenen Bebauung als erschlossene Infrastruktur.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004170.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004171, Stadt Monschau

Inhalt

Gewerbe- und Industriegebiet Imgenbroich ?Hans-Georg-Weiss-Straße" - Am nordöstlichen Rande des Gewerbegebietes sollen die Grundlagen für weitere Gewerbeansiedlungen geschaffen werden. Eine Erweiterung der Gewerbeflächen zwischen der „Hans-Georg-Weiss-Straße" in südliche Richtung ?Tränkhof" und ?Belgenbachtal" sollte regionalplanerisch ermöglicht werden [s. Anlage Abb.10041770_1].

Anhänge

[Abb_ID1004171.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Festlegung erfolgt auf Grundlage eines Flächentauschs im Rahmen der kommunalen Siedlungsraumpotentiale auf Ebene des Regionalplans. Entsprechend der vorlaufenden Abstimmungen wurden die zur Verfügung stehenden regionalplanerischen Potenziale (gewerblicher Bedarf) für eine künftige gewerbliche Entwicklung im Planentwurf zunächst am ASB Imgenbroich verortet. Nach weiterer Abstimmung mit der Stadt Monschau erfolgt nun die Rücknahme der dortigen Regionalplanreserve und die Festlegung von GIB südöstlich des bestehenden Gewerbe- und Industriegebietes Imgenbroich.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen in Teilen fachrechtliche Planungsrichtlinien entgegen. Die Fläche ist im Regionalplan auf der Basis der Wasserschutzzone II eines fachplanerisch festgesetzten Wasserschutzgebiets gemäß Z.26 als Bereich für Gewässerschutz und Grundwasserschutz festgelegt. Als landesplanerische Vorgabe hat Ziel 7.4-3 des LEP NRW den Zweck, dass Raumordnung und Wasserwirtschaft zusammen die Einzugsbereiche von Trinkwassergewinnungsanlagen von gefährdenden Nutzungen freihalten. Die Erweiterung des GIB als ein Schwerpunkt der zukünftigen Siedlungsentwicklung steht dem entgegen. Insofern erfolgt eine Festlegung als GIB nur in den Bereichen außerhalb der WSZ II.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben

	unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	--

1004172, Stadt Monschau

Inhalt

Interkommunales Gewerbegebiet „Am Gericht“ - Ausgehend von dem durch die Bürgermeisterin und Bürgermeister der StädteRegion Aachen unterzeichneten „Letter of Intent“ vom 28.08.2018 zugunsten einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der nachhaltigen Gewerbeflächenpolitik haben die Bürgermeisterin von Monschau sowie die Bürgermeister von Simmerath und Roetgen am 21.09.2018 gemeinsam mit dem Städteregionsrat folgende Einigkeit erzielt: *„alle drei Kommunen verfolgen das Ziel, durch eine verstärkte Kooperation die wirtschaftliche, Weiterentwicklung durch die Bereitstellung · ausreichender Gewerbeflächen sowohl mittel als auch langfristig zu sichern, die vorgesehene Weiterentwicklung des bestehenden Gewerbegebietes in Simmerath-Kesternich wird derzeit als das einzige mittelfristig zu entwickelnde Gewerbegebiet von überörtlicher Bedeutung in einer nennenswerten Größenordnung im Eifelraum angesehen, langfristig wird darüber hinaus eine interkommunale Entwicklung eines neuen Gewerbegebietes in Monschau „Am Gericht“ anerkannt, die für alle drei beteiligten Kommunen optionale Gewerbefläche „Am Gericht“ soll im Fachbeitrag der StädteRegion Aachen zur Überarbeitung des Regionalplans als Entwicklungsfläche aufgenommen werden; damit bietet sich für Monschau bereits während der Laufzeit des neuen Regionalplans die Möglichkeit an, dieses Gewerbegebiet im Zuge einer Regionalplanänderung zu entwickeln“.* Eine Aufnahme der - überörtlich vorabgestimmten - Flächenentwicklung von Gewerbe in die Regionalplanung südlich der L 106 und nördlich der L 246, wie in der Stellungnahme der Städteregion analog dargestellt, wird - ggf. im Zusammenhang mit einer interkommunalen Weiterentwicklung Richtung und auf Simmerather Gemeindegebiet, gefordert. Insofern bitte ich um die perspektivische Berücksichtigung dieser GIB-Darstellung [s. Anlage Abb. 1004172_1].

Anhänge

[Abb_ID1004172.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die Stadt Monschau und die Gemeinde Simmerath steht kein Bedarf zur Verfügung, um zusätzliche GIB im Einklang mit den landesplanerischen Vorgaben zu verorten. Eine Anregung der Gemeinde Simmerath zur Festlegung des GIB wurde im Rahmen der öffentlichen Auslegung nicht in das Verfahren eingebracht, sodass eine kommunale Absicht zur Entwicklung des Standorts nicht ersichtlich ist. Der Standort ist zudem auch nicht Bestandteil der im städteregionalen Gewerbeflächenkonzept verorteten Planungsabsichten. Auf dem Gebiet der Gemeinde Simmerath wurde der Standort als GIBregional verortet, den das städteregionale Gewerbeflächenkonzept als Standort mit zentraler Bedeutung für die Eifelgemeinden vorschlägt. Einer Festlegung des Standorts „Am Gericht“, der nicht an bestehenden Siedlungsraum angebunden ist, stehen die Vorgaben des LEP NRW entgegen.

AZ: BET_107000_1

Gemeinde Roetgen

1000686, Gemeinde Roetgen

Inhalt

Der Bauausschuss der Gemeinde Roetgen hat die Planunterlagen zum Aufstellungsbeschluss der Neuaufstellung des Regionalplans in seiner Sitzung am 05.04.2022 zur Kenntnis genommen und beraten. Es wurde beschlossen, auf die Stellungnahmen der Gemeinde Roetgen vom 12.12.2018 sowie vom 30.01.2019, die während der informellen Vorbereitung auf das Planverfahren ergangen sind, zu verweisen und um Berücksichtigung im weiteren Verfahren zu bitten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Im informellen Verfahren hat die Gemeinde Roetgen ihre Perspektiven für eine künftige Siedlungsentwicklung eingebracht. Der Regionalplan-Entwurf sieht in der Gemeinde Roetgen eine kompakte Festlegung des Siedlungsraumes entsprechend der bestehenden Siedlungsstruktur vor. Dabei konnten die im informellen Verfahren durch die Kommune eingebrachten Belange weitgehend berücksichtigt werden. Kleinteilige bandartige Siedlungsausläufer südlich der B258 wurden sowohl aus darstellungsmethodischen als auch unter Beachtung der Vorgaben zu einer den Freiraum schonenden Siedlungsentwicklung nicht in die Festlegung des ASB einbezogen. Bereits mit den aktuell vorhandenen bauleitplanerischen Reserven (Flächennutzungsplan) innerhalb des im Entwurf definierten Siedlungsschwerpunkts (ASB) kann der langfristige Bedarf der Gemeinde Roetgen abgedeckt werden. Darüber hinaus bestünden innerhalb des ASB gemäß den benannten Schreiben der Kommune in erheblichem Maße weitere regionalplanerische Potenziale für eine künftige bauleitplanerische Entwicklung. Die Einbeziehung weiterer im informellen Prozess vorgeschlagener Flächen in die ASB-Festlegung kann unter Beachtung der Vorgaben zu einer bedarfsgerechten und flächensparenden Siedlungsentwicklung und unter Berücksichtigung des Freiraumschutzes nicht begründet werden. Dies gilt gleichermaßen für die Festlegung zusätzlicher Flächen für eine gewerblich-industrielle Nutzung (GIB). In Bezug auf die Bewertung von potenziellen siedlungsräumlichen Erweiterungen in der Gemeinde Roetgen wird auf die Ausgleichsvorschläge unter den Stellungnahmen ID 1004061 bis 1004068 (Städteregion Aachen) verwiesen.

1000687, Gemeinde Roetgen

Inhalt

Es wird insbesondere darum gebeten, auch in den Ortsteilen Rott und Mulartshütte, für die kein ASB ausgewiesen wird, Entwicklungsmöglichkeiten einzuräumen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

AZ: BET_108000_1

Gemeinde Simmerath

1002192, Gemeinde Simmerath

Inhalt

Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) Lammersdorf:

Der ASB für die Ortslage Lammersdorf ist an die Ausweisung der Wohnbauflächen und gemischten Bauflächen im Flächennutzungsplan der Gemeinde Simmerath angepasst worden. Die ASB-Ausweisung für die Ortslage Lammersdorf wird daher begrüßt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1002193, Gemeinde Simmerath	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Simmerath</p> <p>Der ASB für den Bereich des Gewerbegebietes wurde angepasst und nur noch der östliche Teil, in dem aufgrund der 11. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 103 - Gewerbegebiet Simmerath - - der Einzelhandel ohnehin ausgeschlossen ist, verbleibt für gewerbliche- und industrielle Nutzung (GIB). Der westliche Teil wird als ASB ausgewiesen. Somit wird hier die Entwicklung und Bestandssicherung des Einzelhandels gestärkt und die bereits im Einzelhandelsgutachten aus dem Jahr 2014 vorgeschlagene Erweiterung des Zentralen Versorgungsbereiches (ZVB) möglich. Die ASB-Ausweisung für den westlichen Bereich des Gewerbegebietes Simmerath wird daher begrüßt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1002194, Gemeinde Simmerath	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeiner Siedlungsbereich mit der zweckgebundenen Nutzung für Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen.</p> <p>Im jetzigen Regionalplan sind die gesamten Ortslagen Erkensruhr, Einruhr, Rurberg und Woffelsbach als ASB mit der Zweckbindung Freizeit, Tourismus, Erholung ausgewiesen. Der Entwurf sieht eine zweckgebundene Nutzung für Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen nur noch für den nördlichen Bereich von Rurberg und Flächen zwischen Rurberg und Woffelsbach vor. Diese neue Ausweisung ist bereits im Rahmen der Fachbeitrages Tourismus zur Neuaufstellung des Regionalplanes besprochen worden. Seitens der Regionalplanungsbehörde wird darauf verwiesen, dass die neue Ausweisung für die Gemeinde Simmerath von Vorteil ist, da aufgrund der Flächenausweisung im FNP Wohnbauflächen entwickelt werden können und eben nicht nur touristische und freizeitbezogene Entwicklungen möglich sind. Diese können bei Bedarf konzentriert in dem ausgewiesenen Bereich entwickelt werden. Für eine Darstellung im Regionalplan ist darüber hinaus eine Flächengröße von mmd. 10 ha Voraussetzung, sodass einzelne, kleinere Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen auch an anderer Stelle realisiert werden können. Die ASB-Ausweisung für eine zweckgebundene Nutzung für Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen wird daher begrüßt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1002195, Gemeinde Simmerath

Inhalt

Bereich für regionale gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBregional):

Der Entwurf des Regionalplanes sieht ein GIBregional in Verlängerung des Gewerbegebietes Simmerath-Kesternich Richtung B 266 vor. Seitens der Gemeinde Simmerath wird diese Ausweisung begrüßt, da die vorhanden gewerblichen Bauflächen aufgrund der starken Nachfrage nicht ausreichend sind. Hier ist lediglich ein zeichnerischer Fehler im Entwurf vorhanden, da bereits jetzt im Flächennutzungsplan und in Bebauungsplänen ausgewiesene gewerbliche Flächen als ASB Flächen dargestellt sind. Der als Anlage beigefügte Auszug aus dem Flächennutzungsplan wird der gemeindlichen Stellungnahme beigefügt, mit der Bitte, die gewerblichen Flächen aus den FNP in den Regionalplan zu übernehmen. Ansonsten wird die Ausweisung des GIBregional begrüßt [Abb.].

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

AZ: BET_109000_1

Stadt Stolberg

1003441, Stadt Stolberg

Inhalt

Stolberg- Breinig

Die Flächen im Bereich der Ortslage Wingertsberg sollten aufgrund neuer Erkenntnisse zu Artenschutz und Flächenverfügbarkeit wie die südlich der Bahn gelegenen Flächen zeichnerisch als ASB-Flex festgelegt werden, um in den Freibereichen eine bauliche Entwicklung zu ermöglichen.

ASB-Flex zwischen Bahnlinie und Essiger Straße: Die Grenze der als ASB-Flex festgelegten Flächen sollten nach Osten um eine Grundstückstiefe über die Wege hinaus arrondiert werden.

ASB-Flächen zwischen Essiger Straße und Buttergasse- Um die Infrastruktur auszulasten, sollte generell eine beidseitige Bebauung von Straßen ermöglicht werden. Die ASBFlächen sollten daher jeweils nach Süden und Osten um eine Grundstückstiefe über den Weg hinaus erweitert werden. Die bereits bebauten Flächen an der Essiger Straße sollten zur Abrundung in den ASB integriert werden [s. Anlage Abb. 1003441_1].

Anhänge

[Abb_ID_1003441_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der ASBflex wird unter Berücksichtigung der Maßstäblichkeit und der gemäß der planerischen Konzeption bestehenden Spielräume (vgl. Planbegründung) ergänzt. (siehe Änderungskarte). Die weiteren Anregungen beziehen sich auf den Bereich der regionalplanerischen Unschärfe und sind Gegenstand der bauleitplanerischen Konkretisierung.

1003442, Stadt Stolberg	
<p>Inhalt</p> <p>Stolberg-Büsbach: Finkensief - Die ASB-Flächen sollten nach Süden über die Straße Finkensief hinaus bis zur südlichen Grenze des bestehenden, vollversiegelten Firmenparkplatzes festgelegt werden, um hier eine bauliche Entwicklung zu ermöglichen. Die nördliche Grenze des NSG liegt südlich des Parkplatzes (nicht an der Finkensiefstraße) und müsste entsprechend korrigiert werden [s. Anlage Abb.1003442 _1].</p> <p>Anhänge Abb_ID_1003442_1.pdf.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Stolberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003443, Stadt Stolberg	
<p>Inhalt</p> <p>Stolberg-Büsbach - Bernardshammer: Der bestehende metallverarbeitende Betrieb sollte zeichnerisch als GIB festgelegt werden [s. Anlage Abb. 1003443_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003443_1.pdf.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Bereich erreicht -auch unter Berücksichtigung der bestehenden bauleitplanerischen Ausweisungen für eine betriebsgebundene Entwicklung- nicht die für eine Festlegung im Regionalplan maßgebliche Flächengröße von 10ha. Die Sicherung des Betriebs ist Gegenstand der örtlichen Bauleitplanung, dort ist die Fläche für eine gewerbliche Entwicklung vorgesehen.</p>

1003444, Stadt Stolberg

Inhalt

Mausbach-West:

Die Flächen im Bereich Mausbach-West sollten zeichnerisch als ASB festgelegt werden; inklusive der Flächen westlich der Derichsberger Straße sowie südlich der Rothen Gasse (jeweils in einer Grundstückstiefe, um eine beidseitige Straßenrandbebauung zu ermöglichen). Der eingeschlossene Innenbereich sollte zeichnerisch als ASB-Flex festgelegt werden [s. Anlage Abb 1003444_1].

Anhänge

[Abb_ID_1003444_1.pdf.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen*. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Für die Stadt Stolberg besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige

Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* ASBflex. Zudem verfügt die Stadt Stolberg zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch bestehen noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1003445, Stadt Stolberg

Inhalt

Stolberg-Mausbach, Diepenlinchen: Das bestehende Industriegebiet (ausschließlich gewerbliche Nutzung) sollte zeichnerisch als GIB, nicht als ASB, festgelegt werden [s. Anlage Abb.1003445 _1]-

Anhänge

[Abb_ID_1003445_1.pdf.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

1003446, Stadt Stolberg	
<p>Inhalt</p> <p>Stolberg- Mausbach - Gressenicher Straße: Die nördlich der Gressenicher Straße gelegenen ASB-Flächen im Osten von Mausbach sollten nach Osten bis zum Weg erweitert werden. Gartenstraße: Die ASB-Flächen zwischen Gressenicher Straße und Gartenstraße sollten nach Süden um eine Grundstückstiefe über die Gartenstraße hinaus erweitert werden, um die aktuellen planerischen Entwicklungen umsetzen zu können. [s. Anlage Abb. 1003446_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003446_1.pdf.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003448, Stadt Stolberg

Inhalt

Stolberg-Mitte - Kohlbuschhalde: Im Bereich des Haldenfußes sollte der ASB um die Flächen im Süden der Buschstraße ergänzt werden, um zu einen die bestehende Infrastruktur auszunutzen und zum anderen eine Bebauung gemäß den Vorgaben aus der Sanierungsvereinbarung zu ermöglichen. Es handelt sich um einen Altstandort (?Außenbereich im Innenbereich?), der zum Zwecke einer Wohnbebauung saniert wurde [s. Anlage Abb. 1003448_1].

Anhänge

[Abb_ID_1003448_1.pdf.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW). Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Kleinteilige Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003449, Stadt Stolberg	
<p>Inhalt</p> <p>Stolberg-Mitte, Kasernengelände: Die kleine Dreiecksfläche gehört ebenfalls zu Kaserne und sollte entsprechend als ASB mit sonstiger Zweckbindung dargestellt werden [s. Anlage Abb. 1003449_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003449_1.pdf.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es bedarf keiner Änderung der zeichnerischen Festlegung, da es sich um eine Fläche in der Größenordnung von ca 1ha handelt die sich innerhalb des Interpretationsspielraums der Regionalplanung bewegt.</p>

1003450, Stadt Stolberg	
<p>Inhalt</p> <p>Stolberg-Mitte - Hastenrather Straße: Der ASB sollte im Bereich Donnerberg um die Flächen südlich der Hastenrather Straße ergänzt werden (beidseitige Straßenrandbebauung ermöglichen), um die bestehende Infrastruktur (Straße, Kanal) nutzen zu können [s. Anlage Abb 1003450_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003450_1.pdf.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003451, Stadt Stolberg	
<p>Inhalt</p> <p>Stolberg-Atsch Vegla-Polder: Die aktuellen Planungen sehen für den Bereich der sog. Vegla-Polder die Errichtung einer großflächigen Photovoltaikanlage vor. Der zeichnerisch festgelegte Regionale Grünzug sollte ggf. zurückgenommen werden, sofern diese Festlegung der geplanten Entwicklung entgegensteht [s. Anlage Abb..1003451_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003451_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.</p> <p>Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.</p>

1003452, Stadt Stolberg	
Inhalt <p>Regionale Grünzüge: Angesichts der dringend notwendigen Energiewende sollten auch großflächige Freiflächen-PV-Anlagen, insbesondere auf landwirtschaftlichen Flächen, in regionalen Grünzügen nicht nur ausnahmsweise zugelassen werden, sondern müssten vielmehr allgemein im Regionalen Grünzug möglich sein. Belange des Landschafts- und Naturschutzes können durch die lokale Landschaftsplanung und Flächennutzungsplanung gewahrt werden. Dies bereits auf Regionalplanebene einzuschränken, schafft ggfs. unnötige Hürden bei den Bemühungen um die Energiewende [Abb.].</p>	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Erläuterung Die Planung von Freiflächensolaranlagen ist in Regionalen Grünzügen nicht ausgeschlossen. Sie bedarf der Einzelfallprüfung. Hierzu wird auf den in Aufstellung befindlichen LEP verwiesen. Eine generelle Freigabe sämtlicher Grünzugräume für Freiflächensolaranlagen wird dem Sicherungserfordernis der betreffenden Freiräume und der Situation der verdichteten Räume nicht gerecht.

1003453, Stadt Stolberg	
<p>Inhalt</p> <p>Hinweise: Aus den mit dem Regionalplan-Entwurf vorgelegten Bedarfsberechnungen ergibt sich für die Kupferstadt Stolberg bei den ASB-Flächen ein Defizit in Höhe von ca. 6 ha (Gesamtbedarf Wohn- und Mischnutzung im ASB 118 ha, im Regionalplan-Entwurf zeichnerisch festgelegt 112 ha). Die mit dieser Stellungnahme vorgeschlagenen ASB-Erweiterungen beziehen sich im Wesentlichen auf geringfügige Arrondierungen mit teilweise bereits vorhandener Bebauung. Zur Auslastung bestehender Infrastruktur bzw. Erschließungsstraßen wurde an verschiedenen Stellen die Integration der jeweils gegenüberliegenden Straßenseite angeregt. Die größeren freien Flächen im Bereich Breinig-Wingertsberg und Mausbach-West werden jeweils für eine zeichnerische Festlegung als ASB-Flex vorgeschlagen, um bei Vollzugshindernissen im Bereich der ASB- oder auch der bereits festgelegten ASB-Flex-Flächen größere Spielräume für bauliche Entwicklungen zu ermöglichen, so dass der für Stolberg festgelegte Bedarf von 118 ha insgesamt nicht überschritten wird.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es keine konkreten Bedenken oder Anregungen geäußert. Die konkrete Umsetzung entsprechend der ermittelten Bedarfssituation ist auf Grundlage der vorgesehenen Festlegungen möglich und auf bauleitplanerischer Ebene zu konkretisieren. Hinsichtlich der Verweise auf die angeregten Entwicklungen im Bereich Mausbach und Wingertsberg wird auf die Erläuterungen zu ID Nr. 1003441 und ID Nr. 1003444 verwiesen.</p>

AZ: BET_110000_1

Stadt Würselen

1003633, Stadt Würselen

Inhalt

Landgraben/von-Goerschen-Straße

Der ASB entlang der vorhandenen Bebauung Landgraben, Bardenbergergässchen und Bardenberger Straße soll wieder in den Regionalplan aufgenommen werden, um die vorhandene Situation entsprechend dem Bestand und der Darstellung im FNP wiederzugeben [s. Anlage Abb. 1003633_1].

Anhänge

[Abb_ID1003633.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003634, Stadt Würselen	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtgarten/Tittelsstraße</p> <p>Entlang der Tittelsstraße und der Neuhauser Straße soll der ASB entsprechend der Darstellung des FNP übernommen werden, um die vorhandene Situation entlang der Straßen korrekt wiederzugeben [s. Anlage Abb. 1003634_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003634.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003635, Stadt Würselen	
<p>Inhalt</p> <p>Dommerswinkel/Joststraße/Hauptstraße</p> <p>Die Ausweisungen des Regionalplans sind in diesem Bereich angepasst worden. Jedoch sollen auch die Darstellungen des FNP entlang der Hauptstraße übernommen werden. Der Bestand soll sich im Gebietsentwicklungsplan widerspiegeln, es handelt sich nicht um Erweiterungsflächen, sondern um vorhandene Straßenrandbebauung [s. Anlage Abb. 1003635_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003635.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt**Linden-Neusen**

Es wird beantragt, den Ortsteil Linden-Neusen in den Regionalplan zu übernehmen. LindenNeusen hat derzeit ca. 1.800 Einwohner. Nach dem Freizug des Geländes durch die Firma Kronenbrot soll das Gelände zukünftig einer Wohnnutzung zugeführt werden. Inklusive der Bebauung des br ach liegenden Kronenbrot-Geländes wird die Einwohnerzahl voraussichtlich auf weit über 2.000 ansteigen. Das im FNP dargestellte Gewerbegebiet ist derzeit noch überwiegend mit leerstehenden Hallen bebaut. Es handelt sich um eine bedeutende zukünftige Wohnbaufläche zur Innenentwicklung. Ebenfalls ist Linden-Neusen durch den Bahnhofpunkt in St. Jöris an das regionale Schienennetz angebunden und bietet eine gute Verbindung in die Nachbarkommunen und besonders in das Oberzentrum Aachen. Daher wird vorgeschlagen, Linden-Neusen in den ASB aufzunehmen. Dies gilt ebenfalls für den Bereich Vorweiden (Anlage Abb. 1003637_1].

Anhänge

[Abb_ID1003637.pdf](#)

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird in Form einer Ergänzung eines ASB geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Entsprechend der planerischen Konzeption erfolgt die Festlegung in kompakter Form und unter Berücksichtigung der raumstrukturellen Situation (vorhandene Bauflächen, Vermeidung bandartiger Entwicklungen/Ausläufer, Sicherung der Funktionen und Durchgängigkeit Regionaler Grünzüge). Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes,

	insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	--

1003638, Stadt Würselen	
<p>Inhalt</p> <p>Nassauer Straße/Eschweiler Straße</p> <p>Dem städtischen Einwand, die ehemaligen Erweiterungsflächen der Fa. Kinkartz zur L223 hin aus dem ASB her auszunehmen, wurde nicht gefolgt. 2022 wurde für das ehemalige Kinkartz-Gelände ein Landeswettbewerb durchgeführt. Ziel ist eine geordnete Wohnbauentwicklung unter nachhaltigen Gesichtspunkten. Die entsprechende Bauleitplanung wurde bereits 2019 eingeleitet [Abb.]. Daher wird nochmals darauf hingewiesen, dass aus städtischer Sicht die Abgrenzung des ASB analog zur nordöstlichen Grenze des Geltungsbereiches, entsprechend der zukünftig angestrebten Nutzung, angepasst werden sollte [s. Anlage Abb. 1003638_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003638.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003639, Stadt Würselen	
<p>Inhalt</p> <p>GIB Transformationsstandorte Merzbrück</p> <p>Der städteregionale Bedarf, soll mit einem 100 ha großen GIB Transformationsstandort gedeckt werden. Dieser soll sich 50ha nördlich und 50 ha südlich der Starterstandort Strukturwandel- Fläche Merzbrück befinden [s. Anlage Abb. 1003639_1]. Durch die BAB 4 (Abfahrt Merzbrück) und BAB 544 (Abfahrt Verlautenheide/Aachener Kreuz) ist der genannte GIB optimal mit den GIB, in Eschweiler, Alsdorf, Aldenhoven, Stolberg sowie den Hochschulstandorten in Aachen und Jülich (Merscher Höhe) verknüpft. Darüber hinaus besteht durch die genannten Autobahnen ein sehr guter überregionaler und internationaler Anschluss. Diese Flächen stellen eine Verbindung zu dem bestehenden GIB Merzbrück und Aachener Kreuz dar. Durch diesen Transformationsstandort könnte nicht nur die interkommunale Zusammenarbeit und die damit einhergehende vorausschauende und nachhaltige Gewerbeflächenpolitik forciert werden, sondern auch für die Bewältigung des Strukturwandels würden dringend benötigte marktfähige und qualitativ hochwertige Gewerbeflächen gesichert werden. Diese würden nach dem "Green Economy" Prinzip entwickelt werden, um ein Miteinander von wirtschaftlichem Wachstum und nachhaltigem Naturschutz dauerhaft zu sichern. Green Economy steht hierbei für eine Wirtschaft, die international wettbewerbsfähig ist und gleichgewichtig umwelt- und sozialverträglich. Die Flächen sollen als interkommunales Gewerbegebiet entwickelt werden, um das Flächendefizit an GIB der Stadt Aachen im Rahmen des städteregionalen Gewerbeflächenpools zu ergänzen. Durch die Realisierung der Regiotram und des Bahnhofpunktes Merzbrück besteht eine sehr gute ÖPNV Anbindung der Umgebung des Forschungsflugplatzes an das Oberzentrum und die umliegenden Kommunen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).</p> <p>Die Stadt Würselen verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Auch stehen keine Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW mit der Festlegung von GIBtransformation im 2. Planentwurf bereits vollständig verortet gemäß der Zielfestlegung <i>GIBtransformation sichern und umsetzen</i>. Die Festlegungen der in Rede stehenden Flächen als GIBtransformation sind daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht (s. auch Stn. ID 1003949).</p> <p>Für die Stadt Würselen besteht aber noch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> (GIBflex). Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine teilweise Festlegung als GIBflex.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW).</p>

1003640, Stadt Würselen	
Inhalt Verlauf der Regiotram Derzeit läuft die zweite Machbarkeitsstudie.· Die Trassenführung zur Regiotram ist noch nicht hinreichend verifiziert. Der Verlauf wird entsprechend nachgemeldet.	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es werden Hinweise zum Sachstand einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

AZ: BET_111000_1

Kreis Düren

1003612_001, Kreis Düren

Inhalt

Der neue Haltepunkt in Aldenhoven-Siersdorf wird in der Tabelle 18 "Neue Haltepunkte des SPNV im Regierungsbezirk" in der Begründung zum Regionalplanentwurf unter Nr. 16 genannt und in den Zeichnerischen Festlegungen verortet. Der Kreis Düren regt an, den Standort dieses Haltepunktes mit dem Verkehrsträger, der Gemeinde Aldenhoven und den Städten Alsdorf und Baesweiler zu erörtern, da der Haltepunkt am äußersten westlichen Punkt des ASB Siersdorf in Bezug zur Ortsmitte als auch in Bezug zum GIB Aldenhoven-Siersdorf/Baesweiler zu weit entfernt liegt. Es wird angeregt auch die Einrichtung weiterer Haltepunkte in Höhe der beiden Standorte des Future Mobility Parks (GIB Aldenhoven-Siersdorf/Baesweiler sowie GIB Alsdorf-Hoengen mit Erweiterung auf Gebiet Aldenhoven) in Erwägung zu ziehen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend der konkretisierten Planung geändert (s. Änderungskarten).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Die Feststellung eines Neubaubedarfs von zusätzlichen Haltepunkten ist der Fachplanung vorbehalten. In den der zeichnerischen Festlegung zu Grunde gelegten Zielnetzen des Nahverkehrsplans des Nahverkehr Rheinland ist der angeregte zusätzliche Haltepunkt nicht enthalten. Auch liegt noch keine Planfeststellung für den Haltepunkt vor, so dass entsprechend der Plankonzeption keine Festlegung des Haltepunktes erfolgt. Dies steht einer weiteren Planung in nachgelagerten Verfahren nicht entgegen.

Inhalt

Der Kreis Düren ist in besonderer Weise von dem durch den bundesweit beschlossenen Ausstieg aus der Kohleverstromung betroffen, denn acht der zwanzig sogenannten Anrainerkommunen des Rheinischen Reviers gehören zum Kreis Düren. Die Tagesanlagen der Tagebaue Inden und Hambach befinden sich im Kreisgebiet und der Standort des Kraftwerks Weisweiler grenzt unmittelbar an den Kreis Düren an. Insbesondere die Anrainerkommunen stehen durch den Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung vor gewaltigen Herausforderungen. Dort werden die größten Anpassungslasten des Braunkohleausstiegs anfallen. Konkret bedeutet dies, adäquaten Ersatz für die insgesamt rund 22.000 Arbeitsplätze und rund 600 Mio. Euro Wertschöpfung zu generieren. Hierzu gilt es Wertschöpfungsketten zu sichern und weiterzuentwickeln, die Wirtschaftsstruktur zu diversifizieren und dabei auch die Attraktivität des Wirtschafts- und Landschaftsraumes sowie des Lebensumfeldes nachhaltig zu verbessern, eine bezahlbare und sichere Energieversorgung zu gewährleisten sowie ein möglichst klimaneutrales Wachstum zu realisieren. Auch der Kreis Düren orientiert sich hierbei an den fünf Entwicklungslinien der Zukunftsagentur Rheinisches Revier: Innovative Region - Lebenswerte Region - Leistungsstarke Region - Klimaneutrale Region - Vernetzte Region. Stellte es bereits eine immense Herausforderung dar, die vorstehenden Kompensationsziele rechtzeitig bis Ende 2038 zu erreichen, hat die Bundesregierung inzwischen in ihrem Koalitionsvertrag die Zielsetzung formuliert nach Möglichkeit bereits bis 2030 aus der Kohleverstromung auszusteigen. Die neue Landesregierung hat sich dieser Zielsetzung ausdrücklich angeschlossen und damit den Anpassungsdruck deutlich verstärkt. Den Ausstieg nun noch einmal um weitere acht Jahre vorziehen zu wollen, ist klimapolitisch und energiewirtschaftlich nachvollziehbar, lässt jedoch insbesondere die Anrainerkommunen und somit auch den Kreis Düren mit größter Sorge auf die Zukunft der Region blicken, da dies noch intensivere Anstrengungen zur Strukturstärkung erfordert. Die aktuellen Gas- und Strompreisentwicklungen, die Haushaltsbelastung durch die Corona-Pandemie und die unterbrochenen Lieferketten des beschäftigungsstarken produzierenden Gewerbes steigern den Handlungsdruck auch auf das Rheinische Revier. Mit einem gemeinsamen Positionspapier haben sich im Dezember 2021 Kammern, Gewerkschaften, Kreise, Kommunen und Regionalverbände im Rheinischen Revier vereint an die Bundes- und Landesregierung gewendet und konkrete unterstützende Maßnahmen gefordert. Es wurde noch einmal verdeutlicht, dass die Bewältigung der von Bund und Land induzierten Herausforderungen weit mehr Anstrengungen erfordern als nur den Einsatz von Strukturfördermitteln. Die Handlungserfordernisse erstrecken sich vielmehr auch auf die bedarfsgerechte Festlegung von Siedlungsflächen im Regionalplan sowie auf die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für die Entwicklung der Siedlungsflächen und für die Errichtung notwendiger Infrastruktur. Die Konkurrenz der einzelnen Nutzungen Wohnen, Erholung, Arbeiten, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zu den Herausforderungen des Strukturwandels im Rheinischen Revier aufgrund des Kohleausstiegs gegeben. Eine Zuordnung zu einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Sonderregelungen im Sinne einer "Sonderplanung" oder "Sonderplanungszone" sowie von Verfahrensbeschleunigungen obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden. Ebenso liegt die Etablierung einer Sonderwirtschaftszone nicht in der Kompetenz der Regionalplanung.

und Infrastruktur um die endliche Ressource Fläche ist enorm. Umso wichtiger ist es den verschiedenen Nutzungen die am besten geeigneten Flächen zuzuweisen und sowohl im Wohnungs- als auch im Gewerbebau auf eine effiziente Flächennutzung hinzuwirken. Als Ziel sollte die Regionalplanung hier auf eine ausbalancierte Verfügbarkeit von Flächen für alle Nutzungen hinarbeiten. Insbesondere die zeitnahe und ausreichende Verfügbarkeit von Gewerbeflächen stellt einen zentralen Baustein im Rahmen der Strukturstärkungsstrategie dar. Die durch zahlreiche Innovationsprojekte ausgelöste wirtschaftliche Aktivität wird ihre beschäftigungspolitische Wirkung nur entfalten können, wenn kurzfristig in ausreichendem Maße Flächen für die Umsetzung der Vorhaben zur Verfügung stehen. Geeignete Flächen gibt es heute im Kernrevier gutachterlich nachgewiesen nur in sehr unzureichender Form. Vor diesem Hintergrund ist neben der bereits zugesagten finanziellen und personellen Unterstützung die Aufstellung des neuen Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln ein entscheidender Prozess, der mit großen Erwartungen verbunden ist. Mit Blick auf die Flächenplanung wird in dem o. g. Positionspapier unter anderem die Forderung nach einer Verfahrensbeschleunigung und der Etablierung von Sonderplanungszonen und ?flächen erhoben um die Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen bis hin zur Marktreife deutlich zu beschleunigen. Darüber hinaus wird es als sinnvoll erachtet, das gesamte Rheinische Revier als räumlich und zeitlich begrenzte Sonderwirtschaftszone zu definieren um staatliche Förderungen deutlich zu vereinfachen.

Inhalt

Der Kreis Düren begrüßt, dass im Regionalplan-Entwurf durch das Ziel "Z.14 GIBz sichern und umsetzen" in Verbindung mit dem Grundsatz "G.17 Chancen für den Strukturwandel nutzen" sowie durch die zeichnerischen Festlegungen von fünf Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) mit der Zweckbindung "Starterprojekte Strukturwandel" die Flächenbedarfe der im Anhang 5 zum Abschlussbericht der Kommission ?Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung? (2019) unter II. Sofortmaßnahmen benannten Starterprojekte Strukturwandel bereits berücksichtigt werden. Im Kreis Düren und der Städteregion Aachen handelt es sich hierbei namentlich um den zweckgebundenen GIB Starterstandort Strukturwandel Baesweiler/Aldenhoven, der einen Teil der für das Vorhaben Future Mobility Park¹ benötigten Flächen umfasst. Gleichwohl reicht der bisher ermittelte und festgelegte Flächenumfang langfristig nicht für die Realisierung weiterer Strukturwandelprojekte aus. Der Kreis Düren begrüßt und unterstützt deshalb ausdrücklich die Absicht der Regionalplanungsbehörde, in Anwendung des neuen § 38a des Landesplanungsgesetzes NRW, der es ermöglicht für das Rheinische Revier einen besonders langen Planungshorizont anzusetzen, einen zusätzlichen Bedarf an Gewerbe- und Industrieflächen zu berücksichtigen und diesen in Form von zweckgebundenen GIBplus Transformationsstandorte Rheinisches Revier auch im Kreis Düren zeichnerisch festzulegen, wodurch den beiden Verbundvorhaben Brainergy Park Jülich und Future Mobility Park auch längerfristig die notwendigen räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet würden (siehe hierzu im Folgenden auch die Ausführungen zu Ziel "Z.14 GIBz sichern und umsetzen"). Der Kreis Düren erwartet, dass der Regionalplan seinen Beitrag zu einem gelingenden Strukturwandel leistet, indem er alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft um die notwendigen raumordnerischen Grundlagen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Rheinischen Revier über die Bauleitplanung Siedlungsflächen in ausreichender Menge, Qualität und Geschwindigkeit entwickeln können. Hierzu gehört auch, dass nach Rechtskraft des neuen Regionalplans die Regionalplanungsbehörde bereit ist, bedarfsgerechten Anpassungen gegenüber offen zu sein und insoweit die Regionalplanung für die kommunale Familie als Prozess zu begreifen.

¹ Zur Flächenbezeichnung und Beschreibung des interkommunalen und kreisübergreifenden Vorhabens Future Mobility Park (FMP) siehe Schreiben des Kreises Düren vom 06.10.2020 zur Anregung einer Änderung des Regionalplans auf dem Gebiet der Gemeinde Aldenhoven und der Stadt Baesweiler zum Vorhaben Future Mobility Park (FMP) mit Anlagen "Planbegründung" und "Entwurf des Umweltberichts"

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zustimmung zur Festlegung von Gewerbe- und Industriestandorten für den Strukturwandel im Rheinischen Revier wird zur Kenntnis genommen.

Die Starterstandorte Strukturwandel werden in GIBtransformation sichern und umsetzen auf Grundlage des § 38 Landesplanungsgesetz NRW überführt und in der zeichnerischen Festlegung des Regionalplans als GIBtransformation zeichnerisch festgelegt.

Die Änderung erfolgt als Konsequenz einer neuen, geänderten oder entfallenen textlichen Festlegung im Entwurf des Regionalplans Köln. Überführung der GIBz Starterstandort Strukturwandel im Rahmen der 1. Offenlage zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln - in den Kommunen Aldenhoven/Baesweiler, Bergheim, Eschweiler und Würselen - in GIBztransformation sichern und umsetzen auf Grundlage des § 38 Landesplanungsgesetz NRW. Siehe hierzu Erläuterungen zu StnID 1021205.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich werden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz NRW für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

Die Änderung der textlichen Ziele von einem GIBz Starterstandort Strukturwandel in ein GIBtransformation sichern und umsetzen wird auch in der geänderten zeichnerischen Festlegung des Regionalplans Köln nachvollzogen.

Im Übrigen werden Informationen (und Hinweise) zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

1006859, Kreis Düren

Inhalt

Der Kreis Düren möchte in diesem Zusammenhang auch anregen, dass die drei interkommunal aufgestellten Tagebauumfeldinitiativen - Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH, Zweckverband Landfolge Garzweiler und Neuland Hambach GmbH - als Träger öffentlicher Belange im weiteren Regionalplan-Aufstellungsverfahren beteiligt werden. Dies würde deren besonderer Rolle in dem bis in das nächste Jahrhundert reichenden räumlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozess des Rheinischen Reviers Rechnung tragen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die drei Tagebauumfeldinitiativen wurden und werden im gesamten Verfahren zur Aufstellung des Regionalplans als Träger öffentlicher Belange beteiligt.

1006866, Kreis Düren

Inhalt

Es wird angeregt, den Grundsatz G.10 wie folgt zu ergänzen: "Die Gestaltung der Randbereiche der zukünftigen Seenlandschaften Hambach, Inden und Garzweiler soll eine perspektivische Siedlungsentwicklung in Inden-Lamersdorf, Inden/Altdorf, Inden-Lucherberg, Inden-Schophoven, Düren- Merken, Merzenich-Morschenich (alt), Niederzier, Elsdorf und Titz-Jackerath mit Ausrichtung zum jeweiligen Tagebaurestsee berücksichtigen."

Mit Ausnahme des Ortsteils Inden-Frenz grenzen alle Ortsteile der Gemeinde Inden an den zukünftigen Tagebaurestsee an und sollen von der Gemeinde Inden, beginnend mit dem Ortsteil Schophoven, entsprechend der Darstellungen in Anlage 5 des Braunkohlenplans Inden II (2009) sowie des darauf aufsetzenden informellen Rahmenplans Indesee (2015) in Richtung Indesee entwickelt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1007283).

1006867, Kreis Düren

Inhalt

Bzgl. der Siedlungsentwicklung der Gemeinde Niederzier zum Restsee Hambach wird auf deren Stellungnahme zum Regionalplanentwurf und die Darstellungen in der Raumentwicklungsperspektive Hambach (2021) der NEULAND HAMBACH GmbH, S. 109 verwiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Siehe Erläuterungen zu StnID 1005209.

1006869, Kreis Düren

Inhalt

Obwohl im Regionalplanentwurf im G.11 "Morschenich zu einem Ort der Zukunft entwickeln" der Ortsteil Morschenich- Alt bereits eine Würdigung als Ort der Zukunft erfährt, sollte dieser Ortsteil zusätzlich auch im G.10 aufgeführt werden. Hierzu wird auf die Raumentwicklungsperspektive Hambach (2021) der NEULAND HAMBACH GmbH, S. 69 hingewiesen, in der als Entwicklungsziel formuliert wird, dass die frühere Ortschaft Morschenich als "Ort der Zukunft" wiederbelebt wird und die Option erhalten soll an den ansteigenden See heranzurücken.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1007283).

1006870, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Zwar liegt der überwiegende Teil des Tagebaus Garzweiler in der Planungsregion Düsseldorf, jedoch liegt ein kleiner Teilbereich auf dem Gebiet der Landgemeinde Titz im Kreis Düren und somit in der Planungsregion Köln. Der Ortsteil Titz-Jackerath wird sich gemäß des Planungskonzepts Wiedernutzbarmachung der RWE Power AG (Stand 2020) zukünftig in der Nähe des Tagebaurestsees befinden. Die Befüllung des Restsees Garzweiler wird mit der Einstellung des Tagebaus im Jahr 2038, ggf. auch bereits acht Jahre früher, erfolgen. Beide Zeitpunkte liegen innerhalb des Planungshorizonts des neuen Regionalplans (25 Jahre), weshalb dieser auch die Voraussetzungen für die Entwicklung des Ortsteils Jackerath zu einem innovativen Entwicklungsstandort am Restsee Garzweiler schaffen sollte (s. hierzu unter https://landfolge.de/wp-content/uploads/2022/Drehbuch-Folge-1-final.PDF das Drehbuch LANDFOLGE Garzweiler ? 1. Fortsetzung, 2022, Kapitel Innovation Valley Garzweiler, Seite 30 sowie das Entwicklungsszenario Zeithorizont 2045 mit Darstellung von Potenzialflächen Siedlungsentwicklung bis 2040, S. 56/57).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Anregung zu einem interkommunalen Gewerbegebiet "Innovation Valley" wird nicht gefolgt. Siehe Erläuterungen zu StnID 1001546.</p> <p>Zur Anregung in Bezug auf die Ortslage Jackerath siehe Erläuterungen zu StnID 1001566. Zu den weiteren Entwicklungsperspektiven für Jackerath wird zudem durch Änderung von G.10 Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen teilweise gefolgt. Dieser wird dahingehend geändert, dass er sich grundsätzlich auf die Randbereiche der zukünftigen Seenlandschaften Hambach, Inden und Garzweiler ohne die Nennung einzelner Kommunen bezieht. (s. Änderungssynopse) sowie StnID 1004225.</p>

1006926, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Zeichnerische Festlegung von Allgemeinen Siedlungsbereichen und Seezugängen</p> <p>Es wird angeregt zur Umsetzung des G.10 in den Zeichnerischen Festlegungen die ASB auf dem Gebiet der Gemeinde Inden sowie den ASB Düren-Merken jeweils in Richtung des späteren Ufers des Tagebaurestsees zu erweitern. Zur konkreten Abgrenzung wird auf die Stellungnahmen der Gemeinde Inden und der Stadt Düren verwiesen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Anregung wird nicht gefolgt:</p> <p>Hinsichtlich der Anregung zur Erweiterung des ASB in der Gemeinde Inden wird die Erläuterungen zur Teilstellungnahme 1005367 verwiesen.</p> <p>Zur Anregung der ASB-Erweiterung in Düren-Merken wird auf die Erläuterungen der Teilstellungnahme 1005392 verwiesen.</p>

1006927, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Der Kreis Düren begrüßt die besondere Würdigung, die der Ortsteil Morschenich-Alt der Gemeinde Merzenich durch den Grundsatz G.11 erhält. Hierzu ergänzend wird die Anregung der Gemeinde Merzenich unterstützt, den Ortsteil entsprechend des von der Gemeinde Merzenich erstellten "Strategiepapiers zum Ort der Zukunft" (s. Anlage zur Stellungnahme der Gemeinde Merzenich) als ASBz mit der Zweckbindung "Ort der Zukunft" festzulegen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung zu einzelnen Planinhalten erklärt. Darüber hinaus wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Gemeinde Merzenich verwiesen.</p>

Inhalt

Es wird zudem angeregt den Ortsteil Titz-Jackerath als ASB festzulegen um dessen Entwicklung zum Restsee Garzweiler ebenfalls zu unterstützen. Dies auch im Hinblick auf die Gleichbehandlung mit dem Ortsteil Inden- Schophoven, der im neuen Regionalplan erstmals als ASB festgelegt werden soll, da in Bezug auf die Einwohnerzahl als auch in Bezug auf die unmittelbare Lage am Tagebau und später am Tagebaurestsee die Situation beider Ortsteile vergleichbar ist.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum. Daher wird dem Darstellungswunsch nicht gefolgt.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

1006931, Kreis Düren

Inhalt

Des weiteren wird angeregt die bereits im Braunkohlenplan Inden II verankerten Seezugänge vor den Ortslagen der Gemeinde Inden sowie vor dem Ortsteil Düren-Merken, die ca. 10 Jahre nach Beginn der Seebefüllung eingerichtet werden sollen, durch ein entsprechendes Planzeichen zu kennzeichnen. Die Lage sollte mit den beiden Anrainerkommunen abgestimmt werden.

Zudem unterstützt der Kreis Düren die Anregungen der Gemeinden Merzenich und Niederzier zur Darstellung von Seezugängen vor deren seenah gelegenen Ortslagen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Regionalplanerische Festlegungen für zukünftige Siedlungsentwicklungen in den zukünftigen Uferrandbereichen und jenseits der bergrechtlichen Sicherheitslinie sind derzeit nicht möglich. Diese soll aber im Rahmen einer textlichen Regelung zur perspektivischen Siedlungsentwicklung am See vorbereitet und vor entgegenstehenden Nutzungen geschützt werden. Mit dem Grundsatz Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen wird dem Anliegen Rechnung getragen, die zukünftige Ausrichtung der städtebaulichen Entwicklung der Ortslagen zum zukünftigen See bei der Gestaltung der Tagebaurandbereiche zu berücksichtigen.

Zwischennutzungen im Bereichen, die noch der Braunkohleplanung unterliegen, werden im Regionalplan nicht festgelegt, da sie i.d.R. temporär sind und den bergrechtlichen und sonstigen Sicherheitserfordernissen der Braunkohleplanung und Abbauplanung unterliegen.

Die Einführung eines neuen Planzeichens und der damit verbundenen Erwartung von rechtlichen Sonderregelungen im Sinne obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden.

Zur Abstimmung mit den entsprechenden Anrainerkommunen gilt generell:

Die Neuaufstellung des Regionalplans bietet den Kommunen die Gelegenheit, ihre Planungsabsichten ? soweit regionalplanerisch relevant ? einzubringen.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Zu den Anregungen der Gemeinden Merzenich und Niederzier wird auf die Erläuterungen zu StnID 1001640 bzw. StnID 1005209 verwiesen.

Inhalt

Da in den Erläuterungen zu Z.3 auf das Ziel 6.1-1 im Landesentwicklungsplan NRW verwiesen wird regt der Kreis Düren an die Zielformulierung in Anlehnung an die dortige Formulierung wie folgt zu ergänzen zu: "Die Siedlungsentwicklung hat flächensparend und bedarfsgerecht zu erfolgen." Die ergänzte Formulierung würde noch deutlicher zum Ausdruck bringen, dass die Ressource Fläche endlich ist und deshalb deren Inanspruchnahme auf das notwendige Maß beschränkt werden sollte.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan Köln konkretisiert, wo erforderlich, die Vorgaben des LEP NRW für den Bereich des Regierungsbezirks Köln. Von einer Wiederholung von Festlegungen des LEP NRW wird abgesehen.

Es wird ein neuer Grundsatz *Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen* festgelegt (s. Änderungssynopse).

Im Übrigen wird auf die Regelungen im Ziel *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* verweisen. Diese dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1006960, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Der Kreis Düren erkennt an, dass der Prozess zur Neuaufstellung des Regionalplans der Regionalplanungsbehörde nicht nur auf Grund der Größe der Planungsregion eine große Kraftanstrengung abverlangt. Seit Beginn der Vorarbeiten im Jahr 2014 bis zur Erarbeitung des nun vorliegenden Regionalplanentwurfs setzte sich die dynamische wirtschaftliche und demografische Entwicklung in der Planungsregion Köln mit ihren unmittelbaren Folgen für die Entwicklung der Siedlungsflächen und der Verkehrsinfrastruktur und die damit verbundene weitere Inanspruchnahme des Freiraums weiter fort. Die dynamische Entwicklung der Planungsregion wird insbesondere im Rheinischen Revier weiter beschleunigt durch den von der Bundesregierung im Jahr 2020 beschlossenen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis zum Jahr 2038, der inzwischen, auch nach Aussagen der neuen Landesregierung, um weitere acht Jahre vorverlegt werden soll. Der Kreis Düren hat Verständnis dafür, dass es nicht möglich ist, bei der Ermittlung und Auswertung der Datengrundlagen für die Festlegungen des Regionalplans mit allen parallel verlaufenden dynamischen realen Entwicklungen Schritt zu halten und zum Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses die Realität hinsichtlich des Verbrauchs an Regionalplan- und Flächennutzungsplanreserven sowie des Bedarfs an Siedlungsflächen tagesaktuell abzubilden. Jedoch haben die kreisangehörigen Kommunen bereits im Verlauf des vorbereitenden Planungsprozesses mehrfach darauf hingewiesen, dass die von den Kommunen an die Regionalplanungsbehörde gemeldeten Veränderungen im Siedlungsflächenmonitoring der Bezirksregierung nur mit erheblicher Zeitverzögerung bestätigt werden, sodass dort bereits gemeldete bebaute Flächen zu lange als noch verfügbare Reserveflächen geführt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur kommunalen Bedarfs- und Reserveflächenentwicklung vorgebracht.</p>

Inhalt

Auch die für die Ermittlung des Wohnbauflächenbedarfs wesentliche Haushaltsprognose des Landesbetriebs IT.NRW (hier für den Zeitraum 2018 bis 2043) wird von einigen kreisangehörigen Kommunen als nicht mehr aktuell bewertet. Dies gilt insbesondere für die Kommunen, die in den letzten Jahren auf die zunehmend große Nachfrage nach Wohnbauflächen und mit der bewusst getroffenen Entscheidung im Rahmen der Wachstumsinitiative 300.000+ zu wachsen, mit der Aufstellung und Umsetzung entsprechender Bebauungspläne und dem hieraus folgenden Verbrauch der Flächenreserven reagiert haben. Hierzu wird exemplarisch auf die Stellungnahmen der Gemeinde Nörvenich und der Landgemeinde Titz verwiesen, denen sich der Kreis Düren ausdrücklich anschließt.

Abwägung**Typ****Ausgleichsvorschlag****Erläuterung**

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Im Übrigen wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Kommunen verwiesen.

Inhalt

Der Kreis Düren spricht sich dafür aus die entsprechenden Hinweise und Anregungen der kreisangehörigen Kommunen sowie auch des Region Aachen Zweckverbandes bzgl. der Aktualität der Planungsgrundlagen aufzugreifen und die Datengrundlagen für die Siedlungsflächenbedarfsberechnung sowohl für die Angebotsseite (Aktualisierung des Umfangs der noch vorhandenen Wohnbau-, Gewerbe- und Industrieflächenreserven im Siedlungsflächenmonitoring) als auch für die Nachfrageseite (Bevölkerungsentwicklung, Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten) im weiteren Verfahren zu aktualisieren und das Ergebnis der sich hieraus ergebenden Bilanzierung in eine entsprechende zeichnerische Festlegung (Verortung und Abgrenzung von ASB und GIB jeglicher Prägung) umzusetzen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

1007007, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Auf Grund des fortschreitenden Klimawandels, der unter anderem durch das Hochwasserereignis im Sommer 2021 spürbar wurde, ist damit zu rechnen, dass die Abgrenzung der Überschwemmungsbereiche, die auf der Grundlage des hundertjährigen Niederschlagsereignisses ermittelt wird, auch im Kreis Düren erweitert werden muss. Sollte es hierbei zu einer Überlagerung der neu festzulegenden Überschwemmungsbereiche mit den im Regionalplan- Entwurf festgelegten Siedlungsbereichen kommen, muss sichergestellt sein, dass zum Ausgleich für die Siedlungsbereichsflächen, die auf Grund einer Änderung der Überschwemmungsbereiche nicht mehr bebaut werden dürfen, im Regionalplan eine adäquate Siedlungsbereichsfläche an anderer Stelle in der betroffenen Kommune ohne weiteren Bedarfsnachweis in höheren Lagen festgelegt werden kann.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die im Entwurf des Regionalplans als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preussischer Aufnahme der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand von Juni 2023 dar.</p> <p>Sofern festgelegte ASB von anderen Vorrangebieten (z.B. Überschwemmungsbereichen gemäß Z. 27 ÜB erhalten und entwickeln) überlagert werden, wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinander stehen. Weitergehende Regelungen sind im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung unter Beachtung des Fachrechts aufeinander abzustimmen.</p>

1007010, Kreis Düren	
Inhalt <p>Die kreisangehörigen Kommunen weisen in ihren Stellungnahmen darauf hin, dass noch nicht alle bereits rechtskräftigen Bebauungspläne sowie nicht alle von der Regionalplanungsbehörde bereits positiv beschiedenen regionalplanerischen Anfragen nach § 34 Landesplanungsgesetz im Regionalplanentwurf bei der Abgrenzung der Siedlungsbereiche berücksichtigt wurden. Der Kreis Düren bittet die Regionalplanungsbehörde den Hinweisen der Kommunen nachzugehen und diese im weiteren Verfahren bei der Abgrenzung der Siedlungsbereiche zu berücksichtigen.</p>	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Kommunen verwiesen.

1007012, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Einige Kommunen weisen in ihren Stellungnahmen darauf hin, dass die von ihnen beschlossenen und der Regionalplanungsbehörde vorgelegten Siedlungsentwicklungskonzepte nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Beispielhaft wird hier auf die Stellungnahme der Gemeinde Hürtgenwald verwiesen. Der Kreis Düren bittet die Regionalplanungsbehörde entsprechende Hinweise der Kommunen aufzunehmen und im weiteren Verfahren bei der Abgrenzung der Siedlungsbereiche zu berücksichtigen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Neuaufstellung des Regionalplans bietet den Kommunen die Gelegenheit, ihre Planungsabsichten ? soweit regionalplanerisch relevant ? einzubringen.</p> <p>Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

1007014, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Der Kreis Düren begrüßt den von der Regionalplanungsbehörde initiierten Prozess Region+ Wohnen und Region+ Gewerbe, der die Wachstumsoffensive 300.000+ des Kreises Düren sehr gut unterstützt. Die Meldung zahlreicher geeigneter Wohn- und Gewerbeflächen durch die kreisangehörigen Kommunen belegt deren großes Interesse an diesem Prozess, der es ermöglicht die reale Entwicklung der Zuzüge von Wohnbevölkerung sowie die Verlagerung erweiterungswilliger Betriebe aus den benachbarten Ballungsräumen bzw. die Aufnahme des Bedarfs von Neuansiedlungen aus der Region aufzugreifen und zumindest teilweise abzubilden.</p> <p>Der Kreis Düren unterstützt die Anregung der Gemeinde Vettweiß auch diese in den Prozess Region+ einzubeziehen und hierbei die von der Gemeinde Vettweiß eingereichten Flächenvorschläge bei der Zuordnung von regionalen Bedarfen zu berücksichtigen. Im Hauptort der Gemeinde Vettweiß, zentraler ASB der Gemeinde sowie Standort eines GIB und eines GIBregional, befindet sich ein Haltepunkt der Bördebahn, die die Mittelzentren Düren und Euskirchen miteinander verbindet. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die Taktichte der Bördebahn nach vollständigem Ausbau mit dem Fahrplanwechsel Dezember 2022 verdoppelt wird (stündliche Bedienung statt der derzeitigen zweistündlichen Bedienung). Die Taktverdichtung führt zu einer erheblichen Verbesserung der Erreichbarkeit der Oberzentren Köln und Aachen (über Düren) bzw. Köln und Bonn (über Euskirchen) und somit zu einer deutlichen Attraktivitätssteigerung der Gemeinde Vettweiß als Wohnstandort.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Kommune Vettweiß verwiesen. Dem Kommunalwunsch ist entsprochen (s. StnID 1001423, 1001449, 1001452 und 1012165).</p>

Inhalt

Leider wurden im Prozess Region+ Wohnen lediglich die Wanderungen aus dem Plangebiet Köln in das Plangebiet Düsseldorf, nicht jedoch die tatsächlich statt findenden Wanderungsbewegungen in umgekehrter Richtung betrachtet. Hierzu regt der Kreis Düren an im weiteren Verfahren auch die vor allem im nördlichen Kreisgebiet festzustellenden Zuzüge aus der benachbarten Planungsregion Düsseldorf im Prozess Region Wohnen+ hinsichtlich des Umfangs des Flächenbedarfs als auch der Zuordnung zu den Kommunen zu berücksichtigen. Hierzu wird exemplarisch auf die Stellungnahme der Landgemeinde Titz verwiesen. Zudem regt der Kreis Düren an auch die Wanderungsbewegungen zwischen der Region Aachen und den Nachbarregionen in Belgien und den Niederlanden im weiteren Verfahren in den Prozess Region+ Wohnen einzubeziehen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde ist an die methodischen Vorgaben des LEP NRW für die Bedarfsberechnung gebunden. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3

LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret im Kreis Düren.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

1007603, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>G.12 Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen</p> <p>Der Kreis Düren begrüßt, dass die Regionalplanungsbehörde auf eine konkrete Standortbestimmung der Regionalen Wohnbauflächenbedarfe in den einzelnen Kommunen zugunsten einer optimalen Berücksichtigung von sich ändernden Ausprägungen der Eignungskriterien, wie beispielsweise die Fortentwicklung in der Infrastrukturausstattung oder eine Verbesserung der Anbindung an den schienengebundenen Personenverkehr, verzichtet. Hierdurch erhalten die Kommunen ein hohes Maß an Flexibilität in der Verortung der regionalen Wohnbauflächenbedarfe.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt**Z.5 Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen**

Der Kreis Düren regt an zu überprüfen, ob die hier getroffene Regelung nicht dahingehend geändert werden kann, dass die Regionalplanungsbehörde den Kommunen hinsichtlich der Verortung der Regionalen Wirtschaftsflächenbedarfe (GIBregional und GIBplus) mehr Flexibilität einräumt. Es sollte bei der Entwicklung der GIBz eine Übertragung im Sinne eines Flächentauschs zumindest innerhalb des Kreisgebietes zwischen den festgelegten GIBregional und GIBplus sowie auch den festgelegten GIBinterkommunal möglich sein um die tatsächlichen Flächennachfragen optimal bedienen zu können. Als Beispiel sei hier der Bereich Jülich-Merscher Höhe genannt. In diesem Bereich ist im Regionalplanentwurf angrenzend an den bereits im aktuellen Regionalplan festgelegten GIBinterkommunal die Festlegung eines neuen GIBplus vorgesehen, der nach Angaben der Bezirksregierung Köln noch um einen weiteren Teilbereich mit der Zweckbindung GIB Transformationsstandort ergänzt werden soll. Im Hinblick auf eine aus Wirtschaftlichkeitsgründen gebotene stufenweise Erschließung des Gesamtareals wäre es sehr unflexibel und sogar hinderlich, wenn die Teilflächen mit unterschiedlichen Zweckbindungen belegt würden. Es wird deshalb in diesem Fall angeregt, das Gesamtareal einheitlich mit der Zweckbindung GIBinterkommunal festzulegen oder eben den oben beschriebenen internen Flächentausch zu ermöglichen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung innerhalb des Kreisgebietes auf diesen Flächen sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen auf

endogenen Flächen möglich.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret im Kreis Düren.

Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit.

Das Erfordernis für Flächendarstellungen mit überregionaler Relevanz konnte zudem für ausgewählte Standorte im Regierungsbezirk abgeleitet werden (vgl. hierzu die Ausführungen zu Z.13 *GIB plus sichern und umsetzen*). Mit den GIB plus werden Bereiche für überregionale gewerbliche und industrielle Nutzungen aufgrund ihrer besonderen Flächenqualität, ihrer Lage und verfügbaren Flächengröße mit Bedeutung für den gesamten Regierungsbezirk festgelegt, die vor allem flächenintensiven Vorhaben oder Vorhaben mit besonderer Standortanforderung vorbehalten sein sollen.

Für die GIB interkommunal gilt, dass die Festlegung der jeweiligen konkreten interkommunalen Zusammenarbeit durch zeichnerische und textliche Festlegung zur Sicherung der bauleitplanerischen Umsetzung durch die Akteurskommunen und aufgrund der Koppelung eines konkreten Flächenangebots mit einem zugeordneten Bedarf erfolgt. Gleiches gilt für die Regelung zur Erfassung der Flächen im

Siedlungsflächenmonitoring (sfm). Aufgrund der Systematik zur Erfassung der Inanspruchnahmen im sfm der Bezirksregierung Köln kann diese nur durch die Belegenheitskommune erfolgen.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Sofern GIBregional bzw. GIBplus in der Kommune verortet wurden, erfolgte dies mit zusätzlichen Bedarfen für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung gemäß den landesplanerischen Vorgaben sowie den Zielvorgaben im Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung *GIBtransformation sichern und umsetzen*. Ein Flächentausch innerhalb der in Rede stehenden Flächen ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1007606, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>G.13 Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren und Z.6 ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln</p> <p>Der Kreis Düren begrüßt die neu eingeführten Flächenkategorien ASBflex und GIBflex und deren Festlegung als Vorbehaltsgebiete. Hierdurch sind die Kommunen besser und schneller in der Lage auf Planungshemmnisse in den ASB bzw. GIB zu reagieren, da bei Vorliegen der in Z.6 beschriebenen Bedingungen eine Entwicklung der ASBflex bzw. GIBflex möglich ist, ohne ein Verfahren zur Regionalplanänderung zu durchlaufen. In den Erläuterungen zu Z.6 sollte jedoch konkretisiert werden, welcher Zeitraum unter "mittelfristig" zu verstehen ist. Es sollte zudem erläutert werden, ob die GIBflex auch anstatt von Flächen in zweckgebundenen GIB (insbesondere GIBinterkommunal und GIBregional) entwickelt werden können. Der Kreis Düren bittet die Regionalplanungsbehörde die Anregungen der kreisangehörigen Kommunen zur Festlegung weiterer ASBflex bzw. GIBflex sowie zur Abgrenzung von ASBflex bzw. GIBflex zu prüfen und im weiteren Verfahren zu berücksichtigen. Insbesondere sollte die zeichnerische Festlegung des GIBflex in Langerwehe im Anschluss an den GIB an der L12n und dessen Festlegung als GIBinterkommunal (Kooperation mit der Gemeinde Inden) überprüft werden. Hierzu wird auf die Stellungnahme der Gemeinde Langerwehe, und hier insbesondere auf die Nummern 1.9 und 2.1 verwiesen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung In Bezug auf den Begriff "mittelfristig" wird die Begründung fortgeschrieben.</p> <p>Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Eine Inanspruchnahme statt Flächen in zweckgebundenen GIB ist nicht sachgerecht, da diese auf Grundlage bestimmter Kriterien (siehe Region+ Wirtschaft-Prozess) bzw. teilweise bereits vor dem Hintergrund konkreter Entwicklungsvorstellungen festgelegt sind.</p> <p>Es wird zudem Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune Langerwehe im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Kommune Langerwehe (StnID 1001340 sowie StnID 1001346) verwiesen.</p>

1007608, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.7 ASB sichern und entwickeln</p> <p>Der Kreis befürwortet, die zahlreichen Anregungen der kreisangehörigen Kommunen zur Festlegung weiterer ASB, zur (teilweisen) Rücknahme von ASB sowie zur Änderung der Abgrenzung der ASB im weiteren Verfahren zu prüfen und zu berücksichtigen. Bzgl. der Erweiterung von ASB wird hier beispielhaft auf die Anregung der Stadt Düren verwiesen den ASB Nord- Düren und Kernstadt Düren im Bahnhofsumfeld um die ehemals als Bahnflächen gewidmeten Flächen zu ergänzen. Die Stadt Düren beabsichtigt diese Flächen im Rahmen des bereits für die Förderung qualifizierten Strukturwandelprojekts "Innovationsquartier Düren" zu einem neuen innerstädtischen Quartier zu entwickeln. Bzgl. der Änderungen der Grenzen der ASB wird hier beispielhaft auf die Stellungnahme der Gemeinde Niederzier verwiesen, die in einem Teil des ASB Niederzier Entwicklungshemmnisse festgestellt hat und deshalb eine andere Abgrenzung des ASB bei unveränderte Flächengröße anstrebt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommunen Düren, Heimbach, Hürtgenwald, Inden, Jülich, Kreuzau, Langerwehe, Merzenich, Nideggen, Niederzier, Nörvenich, Titz sowie Vettweiß im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Kommunen des Kreises Düren mit Anregungen zu ASB verwiesen.</p> <p>Zum Verweis auf die Anregungen der Stadt Düren: Der Stellungnahmen ist entsprochen (s. StnID 1005405 sowie StnID1005403).</p>

1007610, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>G.16 Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen und der Erläuterungskarte S1 (Anhang A zu den textlichen Festlegungen)</p> <p>Die zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche (zASB) werden im Regionalplanentwurf als neue Gebietskategorie eingeführt. Im Sinne des Konzepts der Zentralen Orte soll hierdurch die Siedlungsentwicklung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung auf die zentralörtlich bedeutsamen ASB ausgerichtet werden. Die Methodik zur Bestimmung der zASB wird in der Begründung zum G.16 auf Seite 79ff erläutert. Unter Punkt 1. werden die Infrastruktureinrichtungen, die zur Bewertung der ASB und zur Bestimmung der zASB herangezogen wurden, aufgeführt. Die Rathäuser, als zentrale Einrichtung der Gemeindeverwaltungen, sind in dem Kriterienkatalog jedoch nicht enthalten. Demzufolge wird deren Standort bei der Bestimmung der zASB nicht berücksichtigt. Dies führt vermutlich dazu, dass im Regionalplanentwurf als zASB der Gemeinde Hürtgenwald nicht der ASB Kleinhau sondern der ASB Vossenack als zASB festgelegt wird (s. Erläuterungskarte S1 im Anhang A zu den Textlichen Festlegungen). Hiergegen erhebt der Kreis Düren, auch unter Verweis auf die Stellungnahme der Gemeinde Hürtgenwald und das am 12.10.2017 mit der Gemeinde Hürtgenwald geführte Kommunalgespräch, Bedenken. Der Kreis Düren regt an den ASB Kleinhau aus folgenden Gründen als zASB festzulegen: im ASB Kleinhau, der in geografisch zentraler Lage der durch die Gebietsreform 1972 gebildeten Gemeinde Hürtgenwald gelegen ist, befindet sich ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie Versorgungseinrichtungen. Insbesondere befinden sich dort das Rathaus, das Schulzentrum und der zentrale Versorgungsbereich der Gemeinde. Die zASB werden lediglich in der Erläuterungskarte S1 im Anhang A zu den Textlichen Festlegungen dargestellt, nicht jedoch in den Zeichnerischen Festlegungen gekennzeichnet. Da die Erläuterungskarte S 1 nicht mit den Ortsnamen hinterlegt ist, ist es nur bei guter Ortskenntnis oder Hinzuziehung anderer Karten möglich, die Ortsnamen der zASB zu identifizieren. Der Kreis Düren regt deshalb an für die zASB ein eigenes Planzeichen zu entwickeln und die Standorte der zASB in den Zeichnerischen Festlegungen zu kennzeichnen und zusätzlich die Ortsteile in der Begründung tabellarisch aufzulisten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Zur Anregung den Ort Kleinhau der Gemeinde Hürtgenwald regionalplaberisch als zASB festzulegen: Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1005455).</p> <p>Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen. Die zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche (zASB) werden nach einer einheitlichen Methode gemäß der Begründung zur Grundsatzfestlegung <i>Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten</i> in Abstimmung mit den Kommunen bestimmt und in einer Erläuterungskarte dargestellt. Aufgrund der vorhandenen Infrastrukturausstattung sowie ortsspezifischer Erfordernisse wie z. B. siedlungsstruktureller Restriktionen oder kommunaler Entwicklungsabsichten wird die Erläuterungskarte für den zASB in Kleinhau/Gemeinde Hürtgenwald angepasst.</p> <p>In Hinblick auf ein eigenes Planzeichen für zASB gilt: Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Gemäß Grundsatz 6.2-1 LEP NRW soll sich die Regionalplanungsbehörde bei der Festlegung von ASB an den zASB orientieren. Sie dienen im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans als methodische Grundlage zur Festlegung von ASB. Die Darstellung in einer Erläuterungskarte hat hinweisenden Charakter. Sie dient insbesondere dem Verständnis des Plans sowie der regionalplanerischen Beurteilung von Planungen und Maßnahmen. Auf eine Festlegung als eigenes Planzeichen in der Zeichnerischen Festlegung wird verzichtet, um eine Überfrachtung der Karte zu vermeiden.</p>

Inhalt**Z.8 ASBz sichern in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen**

Im Regionalplanentwurf werden mehrere Kategorien von Allgemeinen Siedlungsbereichen für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) definiert. Im Kreis Düren werden im Regionalplanentwurf folgende ASBz festgelegt:

- Nörvenich: ein ASB mit Zweckbestimmung Militärische Einrichtungen (Kaserne Haus Hardt)
- Heimbach: zwei ASB mit Zweckbestimmung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen (Campingplätze)
- Nideggen: zwei ASB mit Zweckbestimmung "Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen" (Campingplatz und Ferieneinrichtungen Nideggen-Schmidt)

Bezüglich der ASBz mit der Zweckbestimmung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen besteht aus Sicht des Kreises Düren Nachsteuerungsbedarf in der Eifelregion sowie im Umfeld der Tagebaue Hambach und Inden.

Unter Bezugnahme auf den im Auftrag des Eifel-Touristik Agentur NRW e. V. erstellten Fachbeitrag Erholung und Tourismus zur Überarbeitung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln (2021), den der Eifel-Touristik Agentur NRW e. V. der Regionalplanungsbehörde bereits vorgelegt hat, regt der Kreis Düren die Darstellung eines weiteren ASB mit der Zweckbestimmung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen in Heimbach-Schwammenauel sowie eine geänderte Abgrenzung des ASB mit der Zweckbestimmung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen in Nideggen- Schmidt an.

ASBz Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen in Heimbach-Schwammenauel

Im Bereich des Rursees auf Heimbacher Stadtgebiet sind umfangreiche, touristisch intensiv genutzte Bereiche vorhanden, die bisher keine Berücksichtigung im Regionalplanentwurf finden. Neben Ferienwohnungen und ?häusern, Hotels und gastronomischen Einrichtungen werden dort vielfältige touristische Infrastrukturen vorgehalten. Der hier angesiedelte Ferienpark Dormio Resort Eifeler Tor verfügt zudem über umfangreiche Erweiterungsflächen, die perspektivisch weiterentwickelt werden sollen. Es wird daher angeregt im Bereich Heimbach-Schwammenauel einen ASBz mit der Zweckbindung "Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen" festzulegen. Die Abbildung 1 "Heimbach- Schwammenauel - Abgrenzung ASB mit zweckgebundener Nutzung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen" in der Anlage zu dieser Stellungnahme [s. Abbildung 1007616_1] enthält einen möglichen Flächenumriss mit einer Größe von ca. 74 ha (siehe auch o. g. Fachbeitrag, Seite 19).

ASBz Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen in Nideggen-Schmidt

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Hinsichtlich der Anregung zur Festlegung eines ASB mit der Zweckbestimmung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen in Heimbach-Schwammenauel wird auf die Erläuterungen zur Teilstellungnahme 1005349 der Gemeinde Heimbach verwiesen. Der Anregung wird nicht gefolgt.

Zur Anregung der geänderte Abgrenzung des ASB mit der Zweckbestimmung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen in Nideggen-Schmidt wird auf die Erläuterungen zur Teilstellungnahme 1005326 der Stadt Nideggen verwiesen. Der Anregung wird teilweise gefolgt.

Zum ASB mit der Zweckbestimmung Freizeitanlagen in Merzenich-Morschenich (alt): Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die betreffende Teilstellungnahme (StnID 1001637) der Kommune Merzenich verwiesen.

Zur Anregung der geänderte Abgrenzung des ASB mit der Zweckbestimmung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen zur freizeitwirtschaftlichen Inwertsetzung des Indesees wird auf die Erläuterungen zur Teilstellungnahme StnID 1005367 der Gemeinde Inden verwiesen. Der Anregung wird nicht gefolgt.

Zur Anregung der Festlegung ASB mit der Zweckbestimmung "Institut der Feuerwehr" für den Zivilschutz in Kreuzau-Stockheim wird auf die Erläuterungen zur Teilstellungnahme StnID 1005450 der Gemeinde Kreuzau verwiesen. Der Anregung wird gefolgt.

Hierzu regt der Kreis Düren an die Abgrenzung des ASBz "Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen" Nideggen- Schmidt zu modifizieren um die bereits vorhandenen touristischen Anlagen am Rande des ASBz in diesen einzubeziehen. Darüber hinaus ist eine Erweiterung der touristischen Nutzung auf angrenzenden Flächen vorgesehen, u. a. die Qualifizierung des Parkplatzes Eifelblick zum Wohnmobilstellplatz. Die Abbildung 2 "Nideggen-Schmidt - Anpassung der Abgrenzung ASB mit zweckgebundener Nutzung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen" in der Anlage zu dieser Stellungnahme [s. Abbildung 1007616_2] enthält einen angepassten Flächenumriss mit einer Größe von ca. 35 ha (siehe auch o. g. Fachbeitrag, Seite 20). Bei der Abgrenzung dieses ASBz sollte zusätzlich der Hinweis der Unteren Naturschutzbehörde in dieser Stellungnahme im Abschnitt "Natur und Landschaft" Punkt 5 beachtet werden.

ASBz Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen in Merzenich-Morschenich (alt)

Der Kreis Düren unterstützt die Anregung der Gemeinde Merzenich zwischen dem Siedlungsbereich Morschenich-Alt und dem zukünftigen Ufer des Restsees Hambach einen ASBz Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen festzulegen um eine frühzeitige Entwicklung von Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen für den Zweck einer sanften, naturverträglichen Erholung im Rahmen eines touristischen Gesamtkonzepts der NEULAND HAMBACH GmbH zu ermöglichen. Zur weiteren Begründung wird auf die Stellungnahme der Gemeinde Merzenich verwiesen.

ASBz Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen zur freizeitwirtschaftlichen Inwertsetzung des Indesees

Der Kreis Düren hält es für erforderlich auch die Freizeitentwicklung am Restsee Inden auf der Ebene des Regionalplans zu steuern und regt deshalb an, zur Umsetzung des informellen Rahmenplans Indesee (2015) die Festlegung eines ASBz Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen im Bereich der Goltsteinkippe, vor den Ortslagen Lucherberg und Lamersdorf, im Bereich des heutigen Lucherberger Sees und der späteren Strandzone zu prüfen. Details hierzu sollten mit der Gemeinde Inden, der Stadt Düren sowie der Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH und dem Kreis Düren abgestimmt werden, die derzeit den Rahmenplan Indesee sowohl für den Endzustand der Befüllung des Restsees als auch für die Phase der Zwischennutzung aktualisieren. Zudem hat die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH das Starterprojekt "Projektmanagement Inwertsetzung Indesee" zur Förderung eingereicht und hierfür bereits den 2. Stern erhalten. Über dieses Starterprojekt soll die Projektierung für die Vielzahl der Einzelvorhaben, die gemäß Rahmenplan Indesee an der Tagebaukante vorgesehen sind, konkretisiert und koordiniert werden.

ASBz Einrichtungen für den Zivilschutz

Der Kreis Düren regt zudem die Festlegung eines ASBz für das Vorhaben Institut der

Feuerwehr (IdF) in Kreuzau- Stockheim östlich der B 56 an. Zur Lage und genauen Abgrenzung des ASBz "Institut der Feuerwehr" wird auf die Stellungnahme der Gemeinde Kreuzau verwiesen.

Anhänge

[Abb_ID1007616_1.pdf](#)

[Abb_ID1007616_2.pdf](#)

Inhalt**Z.10 GIB sichern und entwickeln in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen**

Der Kreis befürwortet die zahlreichen Anregungen der kreisangehörigen Kommunen zur Festlegung weiterer GIB, zur Änderung der Abgrenzung der GIB oder zum Tausch von GIB in ASB und umgekehrt und regt an, diese im weiteren Verfahren zu prüfen und zu berücksichtigen. Bei der Überarbeitung des Planentwurfs sollte die Regionalplanungsbehörde die aktuellen Überlegungen zur Konversion der Standorte der Tagesanlagen Hambach in der Gemeinde Niederzier sowie der Tagesanlagen Inden in der Gemeinde Inden bei der Festlegung von GIB einbeziehen. Die Tagebaubetreiberin hat bereits angekündigt, dass beide Flächen innerhalb des Planungshorizontes des Regionalplans (25 Jahre) für den Tagebaubetrieb nicht mehr bzw. nur noch teilweise benötigt werden. Hierzu wird auch auf die zum Zwecke der Konversion der Standorte der Braunkohlenkraftwerke und der Tagesanlagen gegründete gemeinsame Gesellschaft des Landes NRW und der RWE Power AG ?Perspektive.Struktur.Wandel? und deren Ziele zur Nachnutzung ausgewählter, komplexer RWE-Standorte hingewiesen. Im Hinblick auf die Festlegung weiterer GIB wird zudem beispielhaft auf die Anregung der Stadt Nideggen verwiesen, das im Flächennutzungsplan dargestellte Gewerbegebiet Embken mit Erweiterungsflächen als GIB festzulegen, da bei der von der Kommune beabsichtigten Erweiterung die regionalplanrelevante Größe von 10 ha überschritten und eine Regionalplanänderung erforderlich würde.

Im Hinblick auf die Anregungen der Kommunen zur Änderung der Grenzen von GIB wird beispielhaft auf die Anregung der Stadt Linnich verwiesen den GIB Linnich nördlich der L253 in südöstlicher Richtung bis zur Bahnlinie abzurunden sowie auf die Anregung der Gemeinde Inden den GIB Am Grachtweg an die Grenzen des bereits eingeleiteten Bebauungsplanverfahrens und der hierzu erfolgten positiven Beantwortung der landesplanerischen Anfrage nach § 34 LPIG NRW anzupassen.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungen der Kommunen des Kreises Düren verwiesen.

Inhalt**Z.11 GIBinterkommunal sichern und umsetzen in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen**

Im Kreis Düren werden im Regionalplanentwurf zwei GIBinterkommunal festgelegt:

- GIBinterkommunal Jülich/Merscher Höhe, in dem auch Siedlungsflächenbedarfe der Gemeinde Niederzier und der Landgemeinde Titz verortet wurden,
- GIBinterkommunal Düren/Stockheimer Landstraße, in dem auch Siedlungsflächenbedarfe der Gemeinde Kreuzau verortet wurden.

Der Begründung zu Z.11 kann auf Seite 89 entnommen werden, dass die zweckgebundenen GIBinterkommunal in interkommunaler Kooperation konzipiert und durch die Übertragung von endogenen Siedlungsflächenbedarfen aus den kooperierenden Kommunen auf die Standortkommune umgesetzt werden. Die Gemeinden Langerwehe und Inden beabsichtigen auf dem Gebiet der Gemeinde Langerwehe an der L12n in interkommunaler Zusammenarbeit ein innovatives Industriegebiet nach Faktor-X-Kriterien zu entwickeln. Dieser Standort ist aufgrund der Nähe zur Anschlussstelle Langerwehe der BAB A4 in besonderer Weise dazu geeignet den geplanten Industrie- und Logistikstandort Industriedrehkreuz Weisweiler ? Inden ? Stolberg zu ergänzen. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit im indeland soll ein Teil der Fläche durch die Übertragung des Gewerbeflächenbedarfs der Gemeinde Inden umgesetzt werden. Im Regionalplanentwurf werden die hierfür vorgesehenen Flächen als GIBflex bzw. AFAB festgelegt. Unter Verweis auf die Stellungnahmen der Gemeinden Langerwehe und Inden regt der Kreis Düren an den Vorschlag zur Änderung der Festlegung GIBflex und der Festlegung AFAB aufzugreifen und diese Flächen stattdessen als GIBinterkommunal festzulegen. Dementsprechend wäre der GIBflex in Abstimmung mit der Gemeinde Langerwehe an anderer Stelle im Gemeindegebiet festzulegen. Die Landgemeinde Titz beabsichtigt die Entwicklung von zwei GIBinterkommunal im Bereich Titz-Jackerath, die sie in Zusammenarbeit mit den Anrainerkommunen Erkelenz (möglicher Themenschwerpunkt: Transformation der Landwirtschaft in Verbindung mit der aktuell stattfindenden Energiewende) bzw. Jüchen (avisierter Standort des "Innovation- Valley") entsprechend der Konzeption des Drehbuchs des Zweckverbands LANDFOLGE GARZWEILER in der Fassung der 1. Fortsetzung (2022) entwickeln möchte. Der Kreis Düren regt an beide Vorschläge zu prüfen und die Landgemeinde Titz bei notwendigen Abstimmungen mit der Regionalplanungsbehörde Düsseldorf zu unterstützen. Die Gemeinde Merzenich beabsichtigt die Entwicklung eines neuen Gewerbe- und Industriestandortes mit einer Größe von ca. 20 ha im Dreieck zwischen der Bundesautobahn A4 an der Abfahrt 7a - Merzenich, der Landesstraße L264 und der Bahnstrecke Köln - Aachen zu entwickeln. Unter Verweis auf die Stellungnahme der Gemeinde Merzenich regt der Kreis Düren an

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Zur Anregung des GIBinterkommunal L12n der Gemeinde Langerwehe: Siehe Erläuterungen zu StnID 1001340 der Gemeinde Langerwehe sowie StnID 1005362 der Gemeinde Inden. Der Anregung wird teilweise gefolgt.

Zur Anregung des GIBinterkommunal im Bereich Titz-Jackerath: Siehe Erläuterungen zu StnID 1001546 sowie 1001547 der Gemeinde Titz. Der Anregung wird nicht gefolgt.

Zur Anregung des GIBinterkommunal im Dreieck zwischen der Bundesautobahn A4 an der Abfahrt 7a - Merzenich, der Landesstraße L264 und der Bahnstrecke Köln - Aachen der Gemeinde Merzenich: Siehe Erläuterungen zu StnID 100163 der Gemeinde Merzenich. Der Anregung wird nicht gefolgt.

zu prüfen, ob das in der Abbildung 3 "GIBinterkommunal" in der Anlage zu dieser Stellungnahme [s. Abbildung 1007622_1] gekennzeichnete Gebiet als GIBinterkommunal festgelegt werden kann. Die hierfür vorgeschlagene Fläche wird derzeit landwirtschaftlich genutzt und ist im Regionalplanentwurf als AFAB und Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung (BSLE) festgelegt. Um zukünftige Konflikte auf Ebene der Bauleitplanung zu vermeiden, wird angeregt, den BSLE nördlich der Bundesautobahn A4 enden zu lassen. Der landschaftsorientierte Erholungswert des zwischen Autobahn, Landesstraße und hoch frequentiertem Gleiskörper gelegenen Bereichs wird als gering erachtet. Eine Festlegung als GIB erscheint aufgrund der verkehrlichen Lage und der starken Immissionsbelastung als sinnvoll und entspricht der kommunalen Planungsabsicht.

Anhänge

[Abb_ID1007622_2.pdf](#)

Inhalt**Z.12 GIBregional sichern und umsetzen in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen**

Im Regionalplanentwurf werden im Kreisgebiet Düren drei GIBregional festgelegt, die der wirtschaftlichen Entwicklung der Teilregion Kreis Düren bzw. seiner zugehörigen Kommunen dienen:

- ? GIBregional Titz (Kreisgebiet Nord)
- ? GIBregional Düren/Niederzier (Kreisgebiet Mitte)
- ? GIBregional Vettweiß (Kreisgebiet Süd)

Die GIBregional wurden im Rahmen des regionalen Gewerbeflächenkonzepts und des Prozesses Region+ Gewerbe für den gesamten Regierungsbezirk Köln anhand verschiedener Ausschluss- und Eignungskriterien bewertet und ausgewählt (s. Begründung zu Ziel Z.12, S. 93ff). In den GIBregional wird nicht der endogene Bedarf einzelner Kommunen, sondern ein Teil des von der Regionalplanungsbehörde ermittelten regionalen Bedarfs (im Kreis Düren insgesamt 50 ha) räumlich festgelegt. Bei dem regionalen Bedarf handelt es sich um den endogenen Bedarf von Kommunen außerhalb des Kreises Düren, der in diesen Kommunen in dieser Qualität nicht verortet werden kann. Bei der Verortung dieses exogenen Bedarfs wurden die von den Kommunen im Gewerbeflächenkonzept für den Kreis Düren (2018) vorgeschlagenen Suchräume berücksichtigt. Aus der Zweckbindung ergeben sich folgende Bedingungen für die Umsetzung in der kommunalen Bauleitplanung, deren Einhaltung der Regionalplanungsbehörde im Anpassungsverfahren gemäß LPIG NRW darzulegen ist:

- ? der Bereich wird von der Belegenheitskommune in Kooperation mit mindestens einer weiteren Kommune entwickelt und
- ? die Umsetzung der regionalen Zweckbestimmung erfolgt als Gewerbe- bzw. Industriegebiet mit Zweckbestimmung oder in Einzelfällen auch als Sonderbaufläche.

Der Kreis Düren begrüßt, dass keine näheren Regelungen getroffen werden, welche kreisangehörigen Kommunen im festgelegten GIBregional kooperieren sollen, sondern dies der Entscheidung der Kommunen überlassen wird. Die Landgemeinde Titz regt in ihrer Stellungnahme an den im Regionalplanentwurf auf ihrem Gemeindegebiet festgelegten GIBregional um einen unmittelbar angrenzenden Teilbereich der im Regionalplanentwurf als ASB dargestellten Fläche zu erweitern. Der zur Erweiterung vorgeschlagene Teilbereich ist im aktuellen Flächennutzungsplan als Gewerbefläche dargestellt. Der Kreis Düren bittet deshalb diese Anregung zu prüfen und im weiteren Verfahren zu berücksichtigen. Der im Regionalplanentwurf als GIBregional Düren/Niederzier dargestellte GIB wurde bereits im Zuge der 23.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommunen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffende Teilstellungnahme der Gemeinde Titz verwiesen. Siehe hierzu StnID 1011832.

Zur GIBregional-Erweiterung der Gemeinde Niederzier:

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Regionalplanänderung als GIBregional festgelegt. Der Kreis Düren bittet die in der
Stellungnahme der Gemeinde Niederzier angeregte Erweiterung dieses GIBregional in
nördlicher Richtung auf dem Gebiet der Gemeinde Niederzier ebenfalls zu prüfen und
im weiteren Verfahren zu berücksichtigen. Die beiden berechtigten Anregungen der
Landgemeinde Titz und der Gemeinde Niederzier zur Erweiterung der im
Regionalplanentwurf dargestellten GIBregional sollten nicht daran scheitern, dass die
Regionalplanungsbehörde eine Festlegung des regionalen Bedarf auf 50 ha im
Kreisgebiet Düren getroffen hat. Die seitens der Kreises Düren unterstützten
Erweiterungen bedingen nur eine maßvolle Anpassung dieser Bedarfsgroße. Die
Gemeinde Vettweiß begrüßt in ihrer Stellungnahme ausdrücklich die Festlegung eines
GIBregional in ihrem Gemeindegebiet.

Inhalt**Z.13 GIBplus sichern und entwickeln in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen**

Im Kreis Düren wird im Regionalplanentwurf einer der insgesamt drei GIBplus in Jülich im Bereich Merscher Höhe festgelegt. Die GIBplus wurden ebenso wie die GIBregional im Rahmen des regionalen Gewerbeflächenkonzepts und des Prozesses Region+ Gewerbe für den gesamten Regierungsbezirk Köln anhand verschiedener Ausschluss- und Eignungskriterien bewertet und ausgewählt (s. Begründung zu Ziel Z.12, S. 93ff und zu Ziel Z.13, S. 112f). Sie dienen der überregionalen Sicherung eines Flächenangebots für industrielle sowie besonders flächenintensive Nutzungen.

Mit den GIBplus wird ebenso wie mit den GIBregional nicht der endogene Bedarf einzelner Kommunen, sondern ein Teil des von der Regionalplanungsbehörde ermittelten regionalen Bedarfs (im Kreis Düren 40 ha) räumlich festgelegt. Bei der Verortung des überregionalen Bedarfs wurde ebenfalls ein von den Kommunen im Gewerbeflächenkonzept für den Kreis Düren (2018) vorgeschlagener Suchraum berücksichtigt. Aus der Zweckbindung ergeben sich folgende Bedingungen für die Umsetzung in der kommunalen Bauleitplanung, deren Einhaltung der Regionalplanungsbehörde im Anpassungsverfahren gemäß LPIG NRW darzulegen ist:

- ? der Bereich dient der Ansiedlung von Vorhaben oder Vorhabenverbünden, die einen Flächenbedarf von mindestens 5 ha im Endausbau oder besondere Standortanforderungen haben;
- ? ausnahmsweise ist eine Inanspruchnahme durch Vorhaben unterhalb der Mindestgröße möglich um eine vollständige Nutzung der GIBplus zu erreichen.

Der Kreis Düren begrüßt die Zuteilung des Flächenkontingents für einen der insgesamt drei GIBplus-Standorte der Planungsregion Köln und prinzipiell auch dessen Verortung im Bereich "Merscher Höhe". Der Kreis Düren regt jedoch an, dass im Anpassungsverfahren gemäß LPIG NRW die Zweckbindung zwischen dem bereits im aktuellen Regionalplan festgelegten und teilweise bereits bebauten GIBinterkommunal und dem neu festgelegten GIBplus bei Bedarf ein Flächentausch hinsichtlich der Art der Zweckbindung erfolgen kann, da mit der 18. Regionalplanänderung der GIBinterkommunal mit der Deckung der endogenen Bedarfe der drei kooperierenden Kommunen begründet wurde, dort jedoch inzwischen bereits verschiedene Vorhaben mit überregionaler Bedeutung, zumindest für das gesamte Rheinische Revier, angesiedelt worden sind (Brainergy Park, Zukunftsagentur Rheinisches Revier etc.). Dies wäre auch der notwendigen Flexibilität hinsichtlich einer stufenweisen Entwicklung, Erschließung und Vermarktung des Gesamtkomplexes "Merscher Höhe" dienlich. In dem Fall, dass ein solcher Flächentausch hinsichtlich der Zweckbindung

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe*

zwischen den beiden Teilflächen nicht ermöglicht werden kann, würde der Kreis Düren Bedenken erheben, ob die endogenen Bedarfe der Stadt Jülich und der Gemeinden Niederzier und Titz im Regionalplanentwurf ausreichend berücksichtigt werden und die Festlegung des GIBplus als GIBinterkommunal anregen (siehe hierzu auch die Stellungnahme der Stadt Jülich), auch um der oben genannten Flexibilität durch eine Vereinheitlichung der Zweckbindung entsprechen zu können.

umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret in Jülich.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Im Sinne einer bedarfsgerechten Verortung gilt, dass regionale Wirtschaftsflächenbedarfe nicht einzelnen Kommunen zugeordnet wurden, sondern als interkommunal zu entwickelnden Standorten (GIBregional) in den Teilregionen sowie überregional bedeutsame Standorte für den gesamten Planungsregion (GIBplus) auf Grundlage einer "Bestenauswahl" festgelegt werden. Flächengröße und Flächenanzahl sind in entsprechenden zeichnerischen Abgrenzungen festgelegt sowie der Tabelle 7: Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln zu entnehmen. Eine Übertragung von regionalen bzw. überregionalen Bedarfen ist daher nicht sachgerecht.

Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex) konkret mit einem GIBflex in Jülich. Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter

Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPlG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage wird zudem ein Bereich als GIBtransformation in Jülich bedarfsgerecht festgelegt. Der Anregung zur Flächensicherung für Vorhaben im Rheinischen Revier ist somit entsprochen.

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen. Hierzu gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für diese rein kommunalen Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1007725, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.14 GIBz sichern und umsetzen und G.17 Chancen für den Strukturwandel nutzen in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen</p> <p>Im Kreis Düren werden neben den GIBinterkommunal, GIBregional und GIBplus folgende zweckgebundene GIBz festgelegt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. GIBz "Militärische Einrichtungen": Standort Mechatronikzentrum Jülich der Bundeswehr [...]. <p>Zu 1. Der Kreis Düren unterstützt die Anregung der Stadt Jülich im Zusammenhang mit der beabsichtigten Erweiterung des Mechatronikzentrums der Bundeswehr in südlicher Richtung und regt hierzu an den GIBz "Militärische Einrichtungen" um die für die Erweiterung des Mechatronikzentrums benötigte Fläche zu ergänzen und den bisher auf der Erweiterungsfläche verorteten endogenen Gewerbe- und Industrieflächenbedarf in Abstimmung mit der Stadt Jülich an anderer Stelle als GIB ohne Zweckbindung festzulegen. [...]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Siehe Erläuterungen zu StnID 1006057. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist hier nicht möglich, da es sich nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Reserve im Flächennutzungsplan der Stadt Jülich. Ein Flächentausch kann jedoch auf Ebene der Flächennutzungsplanung gemäß der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung im kommunalen Bauleitplanverfahren erfolgen.</p>

1007726, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.14 GIBz sichern und umsetzen und G.17 Chancen für den Strukturwandel nutzen in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen</p> <p>Im Kreis Düren werden neben den GIBinterkommunal, GIBregional und GIBplus folgende zweckgebundene GIBz festgelegt:</p> <p>[...] 3. GIBz "Starterstandorte Strukturwandel": Strukturwandelprojekt Future Mobility Park, Teilfläche A campus aldenhoven in Aldenhoven und Baesweiler ²</p> <p>² <i>Zur Flächenbezeichnung und Beschreibung des interkommunalen und kreisübergreifenden Vorhabens Future Mobility Park (FMP) siehe Schreiben des Kreises Düren vom 06.10.2020 zur Anregung einer Änderung des Regionalplans auf dem Gebiet der Gemeinde Aldenhoven und der Stadt Baesweiler zum Vorhaben Future Mobility Park (FMP) mit Anlagen "Planbegründung" und "Entwurf des Umweltberichts"</i></p> <p>Zu 3. Der Kreis Düren begrüßt die Würdigung, die das im Anhang 6 zum Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung als Sofortmaßnahme zur Bewältigung des Strukturwandels im Rheinischen Revier benannte Starterprojekt "Future Mobility Park" durch die Festlegung eines Teils der hierfür benötigten Siedlungsfläche als GIBz Starterstandorte Strukturwandel erfährt. Der Kreis Düren weist jedoch darauf hin, dass durch die Festlegung des GIBz "Starterstandort Strukturwandel" Baesweiler/Aldenhoven und des benachbarten GIB ohne Zweckbindung auf dem Gebiet der Gemeinde Aldenhoven noch nicht alle Flächen im Regionalplanentwurf als GIB bzw. GIBz festgelegt werden, die für die Umsetzung des Vorhabens notwendig sind und für die der Kreis Düren, die Städteregion Aachen, die Gemeinde Aldenhoven, die Städte Alsdorf, Baesweiler und Linnich sowie die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH mit Schreiben vom 06.10.2020 bei der Bezirksregierung Köln eine Regionalplanänderung zum Vorhaben "Future Mobility Park" angeregt haben. Zum Umfang und der genauen Abgrenzung der benötigten Flächen in den beiden Teilbereichen des Future Mobility Parks (Teilbereich A: campus aldenhoven am Standort Baesweiler/Siersdorf und Teilbereich B: Interkommunales Gewerbegebiet Aldenhoven/Alsdorf östlich des Business- Parks Alsdorf-Hoengen) wird auf die Anregung einer Regionalplanänderung vom 06.10.2020 verwiesen, insbesondere auf die dem damaligen Schreiben beigefügte umfangreiche und detaillierte Begründung und die der Anregung zu Grunde liegenden Beschlüsse der beteiligten Kommunen. [...]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1001006 sowie 1000996).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.</p>

1007727, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.14 GIBz sichern und umsetzen und G.17 Chancen für den Strukturwandel nutzen in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen</p> <p>Im Kreis Düren werden neben den GIBinterkommunal, GIBregional und GIBplus folgende zweckgebundene GIBz festgelegt:</p> <p>[...] 3. GIBz "Starterstandorte Strukturwandel": Strukturwandelprojekt Future Mobility Park, Teilfläche A campus aldenhoven in Aldenhoven und Baesweiler ²</p> <p>² <i>Zur Flächenbezeichnung und Beschreibung des interkommunalen und kreisübergreifenden Vorhabens Future Mobility Park (FMP) siehe Schreiben des Kreises Düren vom 06.10.2020 zur Anregung einer Änderung des Regionalplans auf dem Gebiet der Gemeinde Aldenhoven und der Stadt Baesweiler zum Vorhaben Future Mobility Park (FMP) mit Anlagen "Planbegründung" und "Entwurf des Umweltberichts"</i></p> <p>Bzgl. des Teilbereichs A unterstützt der Kreis Düren zudem die Anregung der Gemeinde Aldenhoven im weiteren Verfahren den aktuellen Stand der laufenden Bauleitplanverfahren zur Umsetzung des Teilprojekts "Center for Vertical Mobility (52. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Aldenhoven und Aufstellung des Bebauungsplans 87 S) und insbesondere die hierzu bereits erfolgte Bestätigung der Anpassung an die Ziele der Landesplanung zu berücksichtigen.</p> <p>Der Kreis Düren begrüßt außerordentlich, dass die Regionalplanungsbehörde beabsichtigt zwei der GIBplus "Transformationsstandorte Rheinisches Revier" mit einer Gesamtfläche von ca. 200 ha auf Flächen im Gebiet des Kreises Düren festzulegen. Die beiden hierfür vorgesehenen Flächen haben sich auf Grund ihrer Standorteigenschaften bereits im bisherigen Verfahren als GIBplus-Standorte qualifizieren können, konnten jedoch wegen des bisher nicht nachgewiesenen Flächenbedarfs im aktuellen Regionalplanentwurf nicht bzw. nicht in Gänze berücksichtigt und zeichnerisch festgelegt werden (s. Begründung zu Ziel "Z.12 GIBregional sichern und umsetzen", insbesondere Abbildung 5 auf Seite 106 und zu Ziel "Z.13 GIBplus sichern und umsetzen", insbesondere Abbildung 14 und Tabelle 15 auf S. 116):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtgebiet Jülich: Fläche "DN-plus1": Erweiterung des GIB und de GIBplus Brainergy-Park/Merscher Höhe um weitere ca. 118 ha und • Gemeindegebiet Aldenhoven: Fläche "DN-plus2": Teilfläche B des Vorhabens Future Mobility Park östlich des Business-Parks Alsdorf-Hoengen, ca. 86 ha. 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1000996).</p>

1007772, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 4 "Freiraum" Z.17 Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen verträglich planen und</p> <p>G.27 Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen verträglich planen</p> <p>Zunächst fällt auf, dass die Formulierung des Ziels Z.17 identisch mit der Formulierung des Grundsatzes G.27 ist. Es wird angeregt, eine der beiden "Überschriften" zu konkretisieren um den Unterschied zwischen der Wertigkeit von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung bereits in der Überschrift deutlicher herauszustellen.</p> <p>Der Begriff "Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte [?]-einrichtungen" kann bei der Umsetzung des Regionalplans zu unterschiedlichen Interpretationen führen, zumal der Begriff in den Textlichen Festlegungen anders definiert wird als in der Begründung. In den Textlichen Festlegungen wird der Begriff in der Erläuterung 1 zu Z.17 wie folgt definiert:</p> <p>Die Einrichtungen "weisen keinen oder im Verhältnis zu der zugehörigen Freiraumnutzung einen <u>nur untergeordneten</u> Anteil baulicher Nutzungen auf."</p> <p>In der Begründung zu Z.17 wird der Begriff in Anlehnung an den LEP NRW, Ziel 2-3 letzter Spiegelstrich definiert als Einrichtungen, "in denen eine bauliche Nutzung einer zugehörigen Freiraumnutzung <u>deutlich untergeordnet</u> ist."</p> <p>Um Missverständnisse zu vermeiden wird angeregt die Definition aus der Begründung und damit aus dem LEP NRW auch in der Erläuterung 1 zu Z.17 zu verwenden. Der entsprechende Satz in der Erläuterung 1 zu Z.17 würde dann lauten:</p> <p>"Sie weisen keinen oder im Verhältnis zu der zugehörigen Freiraumnutzung einen <u>deutlich</u> untergeordneten Anteil baulicher Nutzungen auf."</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Textliche Festlegung und deren Erläuterung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).</p>

Inhalt**Z.18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen und G.28 RG mit ihren Funktionen (weiter-)entwickeln in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen**

Grundsätzlich begrüßt der Kreis Düren, dass im Regionalplanentwurf nun auch im Gebiet des Kreises Düren Regionale Grünzüge festgelegt werden, da diese dazu beitragen können der Überhitzung in den Siedlungsbereichen in Folge des Klimawandels entgegenzuwirken.

Mehrere kreisangehörige Kommunen regen in ihrer Stellungnahme zum Regionalplanentwurf an die Abgrenzung der Regionalen Grünzüge zu überprüfen und anzupassen.

Die Gemeinde Inden stellt die Darstellung eines Regionalen Grünzugs im Bereich des Lucherberger Sees in Frage. Es ist zu befürchten, dass dies in Verbindung mit Z.17 Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen verträglich planen und G.27 Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen verträglich planen die Inwertsetzung dieses Bereichs am Restsee Inden als Freizeitstandort behindert.

Die Stadt Düren stellt im Zusammenhang mit einer gewünschten Erweiterung des ASB Merken die Festlegung eines Regionalen Grünzugs zwischen dem ASB Merken und der K35n in Frage. Zudem hinterfragt die Stadt Düren, weshalb die Zeichnerische Festlegung eines Regionalen Grünzugs in den Ortsteilen Berzbuir und Kufferath bereits bebaute Bereiche überlagert, obwohl für Berzbuir eine Innenbereichssatzung und für Kufferath ein Bebauungsplan vorliegt und regt an die Darstellung der RG entsprechend anzupassen um Missverständnissen vorzubeugen. Die Stadt Düren hinterfragt die teilweise sehr enge Umfassung der Ortslagen (z. B. Merken und Mariaweiler) und der GIB (z B. GIB Rurbenden) und regt an zu prüfen ob an den Ortsrändern nicht mehr Spielraum gelassen werden kann. Der Kreis Düren unterstützt diese und alle weiteren Anregungen der Kommunen bzgl. der Überprüfung der Abgrenzung der RG in den zeichnerischen Festlegungen und regt eine entsprechende Berücksichtigung im weiteren Verfahren an.

Im Zusammenhang mit den Anregungen der Gemeinde Inden und der Stadt Düren regt der Kreis Düren außerdem an zu prüfen ob im Bereich zwischen Inden-Lucherberg und Düren-Merken der RG südlich der BAB A 4 statt nördlich der BAB A 4 festgelegt werden kann.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbund oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß Ziel 2-3 LEP NRW.

Die zeichnerische Festlegung des Lucherberger Sees wurde geändert siehe Stn. ID 1004370_013 und 1007757. Die Rücknahme des Regionalen Grünzuges ist nicht erfolgt. "nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus" siehe Kapitel 4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum schließen die Verortung im Regionalen Grünzug nicht aus. Die Vereinbarkeit ist je nach Gestaltung des Einzelfalls oftmals gegeben. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die

	Entscheidung über die örtliche Umsetzung.
--	---

1007774, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.19 Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen</p> <p>Mehrere Kommunen regen in ihrer Stellungnahme die Änderung der Abgrenzung der BSN in den Zeichnerischen Festlegungen an.</p> <p>So weist die Stadt Heimbach darauf hin, dass die Signatur BSN bereits bebaute Flächen in den Ortsteilen Heimbach- Blens, Heimbach-Düttling und Heimbach-Hausen überlagert.</p> <p>Die Gemeinde Hürtgenwald regt die teilweise Rücknahme der Darstellung des BSN östlich des ASB Gey entsprechend der Darstellung im Landschaftsplan an.</p> <p>Der Kreis bittet die Regionalplanungsbehörde die Hinweise und Anregungen der Kommunen zur Abgrenzung der BSN im weiteren Verfahren zu prüfen und zu berücksichtigen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen und ausgeübte bestandsgeschützte Befugnisse) ein. Festgesetzte und in Aufstellung befindlich Naturschutzgebiete die seitdem ersten Planentwurf erarbeitet wurden, werden berücksichtigt und unter Prüfung und Einhaltung regionalplanerischer Kriterien s.o. berücksichtigt.</p> <p>Selbstverständlich werden gewonnene Erkenntnisse aus den Anregungen sowie neue festgesetzte oder sich in Aufstellung befindliche Naturschutzgebiet unter den regionalplanerischen Maßgaben s.o. berücksichtigt.</p>

1007775, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.21 BSLE fachplanerisch sichern und G.30 BSLE erhalten und entwickeln in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen</p> <p>Der Kreis Düren hat über seinen Landschaftsplan in weiten Bereichen des Kreises für den Außenbereich Landschaftsschutzgebiete festgelegt. Der Kreis Düren geht weiterhin davon aus, dass im Landschaftsschutzgebiet in bisheriger Art und bisherigem Umfang die erlaubten (landwirtschaftlichen) Nutzungen möglich sind. Mehrere der kreisangehörigen Kommunen regen in ihrer Stellungnahme die Änderung der Abgrenzung der BSLE in den Zeichnerischen Festlegungen an.</p> <p>So weisen die Städte Düren und Heimbach sowie die Gemeinde Langerwehe und die Landgemeinde Titz darauf hin, dass die Signatur BSLE bereits bebaute Flächen in Ortsteilen, die im Freiraum liegen, überlagern und regen an, bereits bebaute Flächen von der Festlegung als BSLE auszunehmen. In der Erläuterung 2 zu Ziel Z.21 führt die Regionalplanungsbehörde hierzu aus: "Maßstabsbedingt sind in den großräumig festgelegten BSLE auch Flächen enthalten, die von den Festlegungen zu den BSLE unberührt bleiben. Dies können z. B. kleinere Ortslagen, gewerbliche Betriebe, bestehende Infrastruktur oder sonstige bebaute Flächen im Freiraum sein. Die Festlegung als BSLE schließt in diesen Fällen eine Siedlungsentwicklung nicht aus."</p> <p>Um Missverständnisse zu vermeiden regt der Kreis Düren an zumindest die kleineren Ortslagen nicht mit der Festlegung von BSLE zu überlagern.</p> <p>Die Gemeinde Inden stellt die Darstellung eines BSLE im Bereich des Lucherberger Sees in Frage. Zum einen entfällt zukünftig durch die Beseitigung des Lucherberger Sees im Zuge des Braunkohlenabbaus dessen bisherige Funktion im Landschaftsschutz und für die landschaftsorientierte Erholung. Zum anderen wird befürchtet, dass die Festlegung eines BSLE in Verbindung mit Z.17 "Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen verträglich planen" und G.27 "Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen verträglich planen" die Inwertsetzung dieses Bereichs am Restsee Inden als Freizeitstandort behindern könnte.</p> <p>Der Kreis bittet die Regionalplanungsbehörde die Hinweise und Anregungen der Kommunen zur Abgrenzung der BSLE im weiteren Verfahren zu prüfen und zu berücksichtigen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p> <p>Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II).</p> <p>Die zeichnerische Festlegung des Lucherberger Sees wurde geändert siehe Stn. ID 1004370_013 und 1007757. Der BSLE wurde dabei nicht zurückgenommen. Die Vereinbarkeit von "Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen" und der zeichnerischen Festlegung der BSLE ist je nach Einzelfallgestaltung oftmals gegeben. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

Inhalt

Z.23 Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen sichern in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen

Im aktuell geltenden Regionalplan wird festgelegt, dass vorhandene, im Freiraum gelegene großflächige Freizeiteinrichtungen, soweit eine regionalplanerische Steuerung oder Standortsicherung erforderlich ist, mit der Signatur "F" als Bereiche für diese zweckgebundenen Nutzungen zeichnerisch dargestellt werden. Weiterhin wird im aktuellen Regionalplan ausgeführt, dass zur Kategorisierung der Gesamteindruck des Bereichs zugrunde gelegt wird. Das bedeutet, dass bei überwiegend offenem Gelände die zeichnerische Festlegung ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich? (AFAB) und bei überwiegend waldähnlichem Gelände die Darstellung ?Waldbereich? in Ergänzung mit der Signatur "F" verwendet wird. Im vorliegenden Regionalplanentwurf Köln sind solche Bereiche (noch) nicht festgelegt worden. Unter Bezugnahme auf Seite 27ff des im Auftrag des Eifel-Touristik Agentur NRW e. V. erstellten Fachbeitrags Erholung und Tourismus zur Überarbeitung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln (2021), den der Eifel- Touristik Agentur NRW e. V. der Regionalplanungsbehörde bereits vorgelegt hat, regt der Kreis Düren an im Regionalplan weiterhin Bereiche als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche sowie Waldbereiche für zweckgebundene Nutzungen ? Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr festzulegen.

Im Kreis Düren werden in der Eifelregion hierfür zwei Bereiche angeregt:

Waldbereich mit zweckgebundener Nutzung F - Heimbach - Über Rur

Der Kurpark Heimbach wird sowohl zu Spaziergängen als auch im Sommerhalbjahr für kulturelle Veranstaltungen genutzt. Zudem sind ein Lehr-Weinberg sowie ein Lehr-Bienenstock hier untergebracht. Es ist geplant, im Rahmen des Projekts ?Unterm Sternenzelt? im Kurpark einen sog. Sternblick einzurichten, der Möglichkeiten zur Himmelsbeobachtung bietet.

Die im derzeit gültigen Regionalplan getroffene Festlegung als Waldbereich mit der Signatur "F" sollte der Sicherung des Standorts des ?Hauses des Gastes? im Kurpark Heimbach dienen. Es wird angeregt, die aktuell gültige regionalplanerische Festlegung für den Standort des Hauses des Gastes im Kurpark beizubehalten um damit das touristische Potenzial an dieser Stelle erhalten zu können. Mit der Signatur "F" sollte nun ein Standort ?Über Rur? im Kurpark Heimbach mit entsprechender zweckgebundener Nutzung festgelegt werden, um mit dem geänderten Namen unabhängig von der Bezeichnung "Haus des Gastes" zu sein. Die hierzu angeregte Abgrenzung der Flächen bitte ich der Abbildung 4 "Heimbach ? Über Rur: Abgrenzung Waldbereich mit zweckgebundener Nutzung F" in der Anlage zu dieser Stellungnahme

Abwägung

Typ

Ausgleichsvorschlag

Erläuterung

Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in *Kapitel 4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum* grundsätzlich im Freiraum möglich und bedarf keiner räumlichen Steuerung bzw. Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie Wildgehege, Skisportgelände etc. verzichtet. Das fehlenden Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen.

Die Vereinbarkeit mit Waldbereichen und touristischen Angeboten ist je nach Ausgestaltung oftmals gegeben und sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

zu entnehmen. [s. Abbildung 1007778_1]

Anhänge

[Abb_ID1007778_1.pdf](#)

Inhalt**Z.23 Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen sichern in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen**

Im aktuell geltenden Regionalplan wird festgelegt, dass vorhandene, im Freiraum gelegene großflächige Freizeiteinrichtungen, soweit eine regionalplanerische Steuerung oder Standortsicherung erforderlich ist, mit der Signatur "F" als Bereiche für diese zweckgebundenen Nutzungen zeichnerisch dargestellt werden. Weiterhin wird im aktuellen Regionalplan ausgeführt, dass zur Kategorisierung der Gesamteindruck des Bereichs zugrunde gelegt wird. Das bedeutet, dass bei überwiegend offenem Gelände die zeichnerische Festlegung ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich? (AFAB) und bei überwiegend waldähnlichem Gelände die Darstellung ?Waldbereich? in Ergänzung mit der Signatur "F" verwendet wird. Im vorliegenden Regionalplanentwurf Köln sind solche Bereiche (noch) nicht festgelegt worden. Unter Bezugnahme auf Seite 27ff des im Auftrag des Eifel-Touristik Agentur NRW e. V. erstellten Fachbeitrags Erholung und Tourismus zur Überarbeitung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln (2021), den der Eifel- Touristik Agentur NRW e. V. der Regionalplanungsbehörde bereits vorgelegt hat, regt der Kreis Düren an im Regionalplan weiterhin Bereiche als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche sowie Waldbereiche für zweckgebundene Nutzungen ? Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr festzulegen.

Im Kreis Düren werden in der Eifelregion hierfür zwei Bereiche angeregt:

Waldbereich mit zweckgebundener Nutzung F - Nideggen - Wildpark Schmidt

Der Wildpark Schmidt erstreckt sich auf einem ca. 36 ha großen Gelände östlich des Nideggener Ortsteils Schmidt. In den Gehegen leben Rotwild, Mufflons sowie Sika- und Damwild. Zum Angebot gehört neben einem Streichelzoo auch eine Falknerei. In dem Bereich befinden sich ferner ein Abenteuerspielplatz und ein Café. Gäste können den Wildpark gut mit dem ÖPNV erreichen, denn mehrere Bushaltestellen sind jeweils nur ca. 1,5 km entfernt (Nideggen-Schmidt Kapelle und Nideggen-Schmidt Schule). An Sonn- und Feiertagen verkehrt zudem der Ausflugsbus ?Mäxchen? zwischen der Bushaltestelle "Wildpark Schmidt" und dem Bahnhof Heimbach. Bei Anreise mit dem Pkw oder dem Motorrad steht ein Parkplatz zur Verfügung.

Im derzeit gültigen Regionalplan wird das Gelände des Wildparks Schmidt als Waldbereich bzw. Freiraum Naturschutz festgelegt. Diese Festlegungen wurden in den vorliegenden Regionalplanentwurf übernommen. Überlegungen, zusätzliche naturnahe Angebote zu etablieren, sind mit diesen Festlegungen grundsätzlich vereinbar.

Es wird ergänzend angeregt den Wildpark Schmidt in seiner heutigen Ausdehnung sowie das östlich angrenzende Waldgebiet, das bereits Bestandteil des Pachtvertrags

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Der Stellungnahme ist entsprechend der Anregung der Gemeinde Nideggen in Teilen entsprochen (s. StnID 1005326).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.

ist, im neu aufzustellenden Regionalplan aufgrund der vorhandenen Einrichtungen als ?Waldbereich? mit der Signatur "F" zu versehen um den Standort langfristig zu sichern. Die hierzu angeregte Abgrenzung der Fläche bitte ich der Abbildung 5 "Nideggen - Wildpark Schmidt: Vorschlag für Waldbereich mit zweckgebundener Nutzung F" in der Anlage zu dieser Stellungnahme zu entnehmen. [s. Abbildung 1007779_1]

Anhänge

[Abb_ID1007779_1.pdf](#)

1007780, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.23 Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen sichern in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen</p> <p>Im aktuell geltenden Regionalplan wird festgelegt, dass vorhandene, im Freiraum gelegene großflächige Freizeiteinrichtungen, soweit eine regionalplanerische Steuerung oder Standortsicherung erforderlich ist, mit der Signatur "F" als Bereiche für diese zweckgebundenen Nutzungen zeichnerisch dargestellt werden. Weiterhin wird im aktuellen Regionalplan ausgeführt, dass zur Kategorisierung der Gesamteindruck des Bereichs zugrunde gelegt wird. Das bedeutet, dass bei überwiegend offenem Gelände die zeichnerische Festlegung ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich? (AFAB) und bei überwiegend waldähnlichem Gelände die Darstellung ?Waldbereich? in Ergänzung mit der Signatur "F" verwendet wird. Im vorliegenden Regionalplanentwurf Köln sind solche Bereiche (noch) nicht festgelegt worden. Unter Bezugnahme auf Seite 27ff des im Auftrag des Eifel-Touristik Agentur NRW e. V. erstellten Fachbeitrags Erholung und Tourismus zur Überarbeitung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln (2021), den der Eifel- Touristik Agentur NRW e. V. der Regionalplanungsbehörde bereits vorgelegt hat, regt der Kreis Düren an im Regionalplan weiterhin Bereiche als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche sowie Waldbereiche für zweckgebundene Nutzungen ? Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr festzulegen.</p> <p>Im Kreis Düren werden in der Eifelregion hierfür zwei Bereiche angeregt:</p> <p><u>Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich/Waldbereich mit zweckgebundener Nutzung F ? Brückenkopf-Park Jülich</u></p> <p>Auch unter Bezugnahme auf die Stellungnahme der Stadt Jülich regt der Kreis Düren an im Regionalplan den Bereich des Brückenkopf-Parks in Jülich im Regionalplan weiterhin unter der Verwendung des Planzeichens "F" als Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich bzw. Waldbereich mit zweckgebundener Nutzung ? Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr festzulegen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 grundsätzlich im Freiraum möglich und bedarf keiner räumlichen Steuerung / Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie Wildgehege, Skisportgelände etc. verzichtet. Das fehlenden Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen.</p>

1007781, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.23 Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen sichern in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen</p> <p>Im aktuell geltenden Regionalplan wird festgelegt, dass vorhandene, im Freiraum gelegene großflächige Freizeiteinrichtungen, soweit eine regionalplanerische Steuerung oder Standortsicherung erforderlich ist, mit der Signatur "F" als Bereiche für diese zweckgebundenen Nutzungen zeichnerisch dargestellt werden. Weiterhin wird im aktuellen Regionalplan ausgeführt, dass zur Kategorisierung der Gesamteindruck des Bereichs zugrunde gelegt wird. Das bedeutet, dass bei überwiegend offenem Gelände die zeichnerische Festlegung ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich? (AFAB) und bei überwiegend waldähnlichem Gelände die Darstellung ?Waldbereich? in Ergänzung mit der Signatur "F" verwendet wird. Im vorliegenden Regionalplanentwurf Köln sind solche Bereiche (noch) nicht festgelegt worden. Unter Bezugnahme auf Seite 27ff des im Auftrag des Eifel-Touristik Agentur NRW e. V. erstellten Fachbeitrags Erholung und Tourismus zur Überarbeitung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln (2021), den der Eifel- Touristik Agentur NRW e. V. der Regionalplanungsbehörde bereits vorgelegt hat, regt der Kreis Düren an im Regionalplan weiterhin Bereiche als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche sowie Waldbereiche für zweckgebundene Nutzungen ? Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr festzulegen.</p> <p>Im Kreis Düren werden in der Eifelregion hierfür zwei Bereiche angeregt:</p> <p><u>Nutzung F ? Goltsteinkippe Inden</u></p> <p>Auch unter Bezugnahme auf die Stellungnahme der Gemeinde Inden regt der Kreis Düren an im Regionalplan den Bereich der Goltsteinkippe im Regionalplan unter der Verwendung des Planzeichens "F" als Allgemeinen Freiraumund Agrarbereich bzw. Waldbereich mit zweckgebundener Nutzung ? Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr festzulegen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 grundsätzlich im Freiraum möglich und bedarf keiner räumlichen Steuerung / Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie Wildgehege, Skisportgelände etc. verzichtet. Das fehlenden Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen. Im Bereich der Golsteinkuppe sind aktuell keine Freiraumfunktionen als Vorranggebiete festgelegt, die einer Entwicklung grundsätzlich entgegenstehen. Näheres ist auf Bauleitplan-Ebene abzustimmen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1007782, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 5 "Infrastruktur" G.50 Integrierte Siedlungs- und Verkehrsplanung fördern</p> <p>Der Kreis Düren begrüßt die Aufnahme dieses Grundsatzes in den Regionalplan. Entgegen der Aussage in Erläuterung 1 sollte sich jedoch nicht nur die Weiterentwicklung des Verkehrsnetzes an der bestehenden Raumstruktur und der zentralörtlichen Gliederung orientieren, sondern umgekehrt sollte sich auch die Siedlungsentwicklung an den vorhandenen Schienenwegen orientieren. Hierzu wird auf den Grundsatz 6.2-2 des LEP NRW verwiesen. Dieser gibt vor, dass die SPNV-Haltepunkte bei der Siedlungsentwicklung besonders berücksichtigt werden. Auf diesen Grundsatz stützt sich auch das Förderprogramm "Bauland an der Schiene NRW", das ein besonderes Augenmerk auf die gezielte Entwicklung von bezahlbarem Bauland im Einzugsbereich von Haltestellen des schienengebundenen Personennahverkehrs legt. Das Förderprogramm zielt darauf ab die vorhandene Infrastruktur zu stärken und durch die räumliche Nähe neuer Wohnstandorte zu den Haltestellen des SPNV zusätzlichen Berufsverkehr auf der Straße zu vermeiden.</p> <p>In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die für die Zukunft vorgesehenen Reaktivierungen bzw. Erweiterungen von Schienenverbindungen weitere Ortsteile im Freiraum (erneut) erschließen werden. Dies ist kürzlich durch die Reaktivierung der Bördebahn bereits für einige im Freiraum gelegene Ortsteile (z. B. Nörvenich- Binsfeld und Vettweiß-Jakobwüllesheim) erfolgt, die sich hierdurch zur weiteren Entwicklung zu ASB anbieten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Die Abstimmung der Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur wurde bei der Plankonzeption soweit möglich berücksichtigt. Insbesondere im Rahmen der den Region+-Prozesse war das Kriterium gute Erreichbarkeit durch eine möglichst direkte SPNV/ÖPNV-Anbindung von besonderer Bedeutung. Dieses Vorgehen entspricht dem Grundsatz 6.2-2 LEP NRW, demnach bestehende Haltepunkte des SPNV bei der Ausrichtung der Siedlungsentwicklung besonders berücksichtigt werden sollen.</p> <p>Der Anregung ist auf regionalplanerischer Ebene entsprochen. Bei der Verortung und Verteilung von Wohnbauflächenbedarfen wurden und werden Potenziale entlang von Schienenwegen entsprechend dem LEP NRW-Grundsatz 6.2-2 besonders berücksichtigt (vgl. G.12 <i>Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen</i> und G.16 <i>Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten</i>).</p>

1007783, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>G.51 Siedlungsbereiche durch den ÖPNV erschließen in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen</p> <p>Der Kreis Düren begrüßt diesen Grundsatz, jedoch greift dieser zu kurz. Der Kreis Düren regt an, den Grundsatz nicht nur auf die im Regionalplan festgelegten Siedlungsbereiche zu beziehen (siehe Erläuterung 1), sondern auch auf die im Freiraum gelegenen Ortsteile. Um gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen hat auch die Wohnbevölkerung, die nicht in den ASB sondern in den im Freiraum gelegenen Ortsteilen wohnt, ein Anrecht auf eine angemessene Erschließung durch den Öffentlichen Personennahverkehr. Dies gilt insbesondere für die Bevölkerungsgruppen, die keinen PKW oder sonstige motorisierte Verkehrsmittel besitzen bzw. diese aus Altersgründen oder körperlichen Einschränkungen noch nicht oder nicht mehr selbst steuern können. Insbesondere für Schülerinnen und Schüler muss eine ausreichende ÖPNV-Verbindung angeboten werden.</p> <p>Auf Grund der auch in G.50 dargestellten Wechselwirkungen zwischen Siedlungs- und Verkehrsplanung regt der Kreis Düren zudem an, die Erläuterung 2 wie folgt zu ergänzen:</p> <p><u>"Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung soll der ÖPNV-Aufgabenträger frühzeitig in die Planungen eingebunden werden, um die Belange des ÖPNVs einzubringen und eine künftige Anbindung sicherzustellen. Umgekehrt sollten die Kommunen frühzeitig in die Planungen der ÖPNV-Aufgabenträger eingebunden werden."</u></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterung zu G.51 <i>Siedlungsbereiche durch den ÖPNV erschließen</i> wird geändert (s. Änderungssynopse).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Die Beschränkung auf im Regionalplan festgelegte Siedlungsbereiche ist eine sachgerechte Konkretisierung des Ziels 8-12 und des Grundsatzes 2-2 LEP NRW sowie der Regelungen des ÖPNVG NRW. Eine Ausweitung auf im Freiraum gelegene Ortsteile wird wiederum als nicht sachgerecht bewertet, da eine Ausweitung auf den Gesamtraum keine hinreichende Konkretisierung darstellt. Ortsteile werden im Regionalplan zeichnerisch im Übrigen nicht festgelegt.</p>

1007784, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>G.51 Siedlungsbereiche durch den ÖPNV erschließen in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen</p> <p>Die Stadt Jülich und die Stadt Nideggen regen in ihrer Stellungnahme zum Regionalplanentwurf die Festlegung von Seilbahntrassen zur Ergänzung des ÖPNV-Netzes an (Verbindung zwischen den Tagebauanrainerkommunen Titz, Niederzier, Jülich, Elsdorf und Inden bzw. Anbindung des Zentralorts Nideggen an den Bahnhofpunkt Nideggen- Brück). Der Kreis Düren regt an das Verkehrsmittel Seilbahn zumindest in die Textlichen Festlegungen des Regionalplans unter G.51 als Innovatives Verkehrsmittel des ÖPNV aufzunehmen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Eine Flächenvorsorge oder sonstige Festlegungen für alternative Mobilitätsformen, wie z.B. die Seilbahn entsprechen nicht dem Planerfordernis des Regionalplans und gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.</p>

1007785, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>G.52 Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln und Erläuterungskarte I2 ? Radwege</p> <p>Der Kreis Düren begrüßt die Aufnahme des Grundsatzes G.52 in den Regionalplan. Hierdurch wird die zunehmend hohe Bedeutung des Verkehrsmittels Fahrrad hinsichtlich der Vermeidung von motorisiertem Individualverkehr anerkannt. In der Erläuterungskarte I2 - Radwege zum Kapitel 5.1.2 wird das bestehende und geplante Radwegenetz dargestellt, unter anderem eine ?Radverbindung mit erhöhtem Ausbaustandard? von Düren Richtung Jülich mit Start- und Zielort ohne konkrete Linienführung. Für diese Radverbindung liegt auf Grundlage einer Machbarkeitsstudie sowie der Beschlüsse der politischen Gremien des Kreises Düren bereits eine konkretisierte Streckenführung vor. Der Kreis Düren regt an, diesen in der Abbildung 6 "Radverbindung mit erhöhtem Ausbaustandard Düren ? Jülich" in der Anlage zu dieser Stellungnahme [s. Abbildung 1007785_1] dargestellten festgelegten Routenverlauf in die Erläuterungskarte I2 ? Radwege zu übernehmen.</p> <p>[s. Abbildung 1007785_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1007785_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.</p>

1007786, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>G.52 Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln und Erläuterungskarte I2 ? Radwege</p> <p>Der Kreis Düren regt zudem an das Gesamtregionale Radverkehrsnetz Rheinisches Revier in die Erläuterungskarte I2 ? Radwege aufzunehmen (siehe Abbildung 12 "Abgestimmtes idealtypisches Radverkehrsnetz im Rheinischen Revier" in der Anlage zu dieser Stellungnahme) [s. Anhang Abb. 1007786_1]. Das Gesamtregionale Radverkehrskonzept Rheinisches Revier incl. Radverkehrsnetz wurde unter der Federführung des Zweckverbands Landfolge Garzweiler zusammen mit den Kreisen Düren, Euskirchen, Heinsberg, Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Kreis-Neuss, der StädteRegion Aachen sowie der kreisfreien Stadt Mönchengladbach erarbeitet. Der Erarbeitungsprozess wurde durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr gefördert. Neben der oben beschriebenen Radverbindung mit erhöhtem Ausbaustandard zwischen Düren und Jülich ist für den Kreis Düren die im Gesamtregionalen Radverkehrsnetz enthaltene Erweiterung und Vernetzung bereits bestehender Teilverbindungen hin zu einer durchgängigen hochwertigen und durchgängig beschilderten Radwegeverbindung zwischen Aachen und Köln via Düren von besonderer Bedeutung.</p> <p>Außer den oben genannten Gebietskörperschaften war das Verkehrsministerium NRW sowie der Landesbetrieb Straßen.NRW, die Zukunftsagentur Rheinisches Revier, die Verkehrsverbünde NVR und VRR über den Lenkungsreis in den Abstimmungsprozess eingebunden. Es wird deshalb angeregt das Gesamtregionale Radverkehrskonzept Rheinisches Revier als Fachbeitrag zum Regionalplan zu berücksichtigen. Das Gesamtregionale Radverkehrskonzept Rheinisches Revier ist unter folgendem Link verfügbar: https://www.radverkehrsrevier.de/wp-content/uploads/2022/02/Radverkehrskonzept-Broschuere-010222_final.pdf</p> <p>Anhänge Abb_ID1007786_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.</p>

1007787, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.29 Bestehendes Schienennetz erhalten in Verbindung mit den Zeichnerischen Festlegungen</p> <p>In der Begründung zu Z.29 wird hinsichtlich der Methodik zur zeichnerischen Festlegung des Schienennetzes auf § 35 Abs. 1 LPIG NRW und die Anlage 3 zur LPIG DVO (Planzeichen) Bezug genommen. Der Kreis Düren weist darauf hin, dass mit der im Jahr 2021 erfolgten Novellierung des LPIG NRW die Regelungen des früheren § 35 in den § 32 überführt wurden. Dies sollte im Begründungstext (auch zu anderen Zielen und Grundsätzen des Kapitels 5.1.3) entsprechend aktualisiert werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung In Übereinstimmung mit der Überleitungsvorschrift der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) wendet der Regionalplan die LPIG DVO vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 an. Gemäß der Überleitungsvorschrift werden die bei Inkrafttreten der Verordnung bereits förmlich eingeleiteten Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Raumordnungsplänen nach bisherigem Recht weitergeführt.</p> <p>Die entsprechenden Textpassagen werden entsprechend um den Zusatz "a.F." ergänzt.</p>

1007788, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.29 Bestehendes Schienennetz erhalten in Verbindung mit den Zeichnerischen Festlegungen</p> <p>Zudem wird in der aktuellen Durchführungsverordnung zum LPIG NRW in Anlage 3 (Planzeichen) eine andere Differenzierung und Bezeichnung der Planzeichen vorgenommen, als im Regionalplanentwurf:</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007788_1]</p> <p>Die Anzahl der Planzeichen wurde in der aktuellen Durchführungsverordnung von fünf auf drei reduziert und die Nummerierung geändert. Das in der Begründung zu Z.29 genannte Planzeichen 3.bb-1 ist in der neuen Anlage 3 zur LPIG DVO nicht mehr enthalten. Die neue Differenzierung der Planzeichen erscheint gegenüber der alten Fassung logischer aufgebaut und korrespondiert zudem besser mit der Strukturierung der textlichen Festlegungen in Z.29, G.54 und G.55 des Regionalplanentwurfs. Die Reduzierung der Planzeichen würde zudem die Lesbarkeit des Regionalplans verbessern. Der Kreis Düren regt deshalb an, die zeichnerischen Festlegungen und ggf. auch die textlichen Festlegungen im weiteren Verfahren an die aktuelle Anlage 3 der LPIG DVO anzupassen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1007788_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung In Übereinstimmung mit der Überleitungsvorschrift der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) wendet der Regionalplan die LPIG DVO vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 an. Gemäß der Überleitungsvorschrift werden die bei Inkrafttreten der Verordnung bereits förmlich eingeleiteten Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Raumordnungsplänen nach bisherigem Recht weitergeführt.</p>

1007789, Kreis Düren

Inhalt

Z.29 Bestehendes Schienennetz erhalten in Verbindung mit den Zeichnerischen Festlegungen

Schienenverbindung Jülich ? Linnich

Der Kreis Düren regt der Kreis Düren an, die Bestands-Haltestelle "Jülich-Nord" der Rurtalbahn in den zeichnerischen Festlegungen zu ergänzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

1007790, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.29 Bestehendes Schienennetz erhalten in Verbindung mit den Zeichnerischen Festlegungen</p> <p><u>Schienenverbindung Jülich ? Puffendorf</u></p> <p>In der Begründung zu Ziel Z.29 wird die Strecke Forschungszentrum Jülich ? Puffendorf - Baesweiler in der Tabelle 17 "Übersicht nicht mehr genutzter Schienenwege" berücksichtigt. In der zeichnerischen Festlegung wird der Teilabschnitt der gewidmeten Strecken Jülich - Puffendorf zeichnerisch als ?Schienenweg für den überregionalen und regionalen Verkehr (Bestand)? festgelegt.</p> <p>Aufgrund der vorhandenen Infrastruktur müssten alle Züge dieser Relation zwischen dem Forschungszentrum Jülich und Baesweiler im Bahnhof Jülich wenden. Dabei würden rund fünf bis sechs Minuten an Fahrzeit verloren gehen. Allererste Abschätzungen deuten darauf hin, dass die Fahrzeit zur Erreichung eines attraktiven Angebotes zu optimieren ist. Ein erster Ansatz dazu ist die im Regionalplanentwurf bereits berücksichtigte kurze Verbindungskurve <u>südlich</u> des Bahnhofs Jülich zwischen der Strecke Jülich - Düren und Jülich - Puffendorf. Bei dieser Variante würde die Fahrzeit deutlich verringert, allerdings wäre der Bahnhof Jülich nicht angeschlossen. Des weiteren durchläuft die Strecke den zentralen Bereich des Ortsteils Jülich-Koslar in Nord-Süd-Richtung auf kompletter Länge.</p> <p>Ob alternativ auch eine <u>nördlich</u> von Jülich und Koslar verlaufende Verbindungskurve ? ohne Durchschneidung des Ortsteils Koslar - zwischen den Bestandsstrecken Jülich ? Linnich und Jülich - Puffendorf praktikabel erscheint, dürfte entscheidend vom künftigen Verlauf der Revier-S-Bahn - Abschnitt West und einer diesbezüglichen Infrastruktur, z. B. im Bahnhof Jülich, abhängen.</p> <p>Der Kreis Düren regt deshalb an, alternativ auch eine Verbindungskurve zwischen Jülich und Koslar entsprechend dem Grundsatz G.55 "Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen berücksichtigen" im Regionalplan festzulegen. Die Darstellung sollte als "Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Schienenwege (Planung)" erfolgen (siehe Abbildung 7 "Nördliche Verbindungskurve Jülich - Koslar" in der Anlage zu dieser Stellungnahme) [s. Anhang Abb. 1007790_1].</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007790_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007790_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der Schienenstrecke Puffendorf-Jülich folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind.</p> <p>Die angeregte Änderung entspricht darüber hinaus nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

1007791, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.29 Bestehendes Schienennetz erhalten in Verbindung mit den Zeichnerischen Festlegungen</p> <p><u>Schienenverbindung Aachen ? Restsee Inden (Sea-Train)</u></p> <p>Mit der Entwicklung des Indesees wird das Seeumfeld als Wohn- und Gewerbestandort zunehmend attraktiv. Darüber hinaus werden die Freizeit- und touristischen Verkehre aus den umliegenden Ballungsräumen zunehmen. Der Kreis Düren unterstützt die Anregung der Gemeinde Inden und regt an die vorhandene, stillgelegten Schienentrasse zwischen Eschweiler und Inden/Altdorf im Regionalplan als "Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Schienenwege (Planung)" festzulegen (s. Abbildung 13 "Schienenanbindung Restsee Inden an die EuRegio-Bahn" in der Anlage zu dieser Stellungnahme) [s. Anhang Abb. 1007791_1]. Eine Machbarkeitsstudie zur Herstellung einer Verbindung der EuRegiobahn zwischen Aachen und dem zukünftigen Indesee wurde nach Aussage der Gemeinde Inden bereits veranlasst.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007791_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007791_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1006599) (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Festlegung des vorhandenen Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind.</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme (d.h. der Verlängerung des bestehenden Schienenwegs über den in der Örtlichkeit überplanten Verlauf hinaus) nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

Inhalt

G.53 Neue Haltepunkte entlang bestehender Strecken einrichten in Verbindung mit den Zeichnerischen Festlegungen

Die Gemeinde Langerwehe regt in ihrer Stellungnahme zum Regionalplanentwurf die Darstellung eines zusätzlichen Haltepunkts der RB 20 bei D'horn/Schlich an und verweist hierbei auf die Darstellung in ihrem rechtsverbindlichen Flächennutzungsplan. Der Kreis Düren unterstützt ausdrücklich diese Anregung der Gemeinde Langerwehe, da hierdurch auch im Sinne der Grundsätze G.50 "Integrierte Siedlungs- und Verkehrsplanung fördern" und G.51 "Siedlungsbereiche durch den ÖPNV erschließen" der ASB D'horn/Schlich gestärkt und der Umstieg vom MIV auf den SPNV gefördert würde. Die Zeichnerischen Festlegungen und die Tabelle 18 "Neue Haltepunkte des SPNV im Regierungsbezirk" in der Begründung zum Regionalplanentwurf sollten entsprechend ergänzt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

Inhalt**G.54 Festlegungen für Schienenplanungen aus Bedarfsplänen berücksichtigen in Verbindung mit den Zeichnerischen Festlegungen**Reaktivierung der Strecke Linnich - Baal

Die Reaktivierung der Strecke Linnich - Baal ist im Entwurf des Regionalplans bereits als Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung enthalten. Dabei folgt die Trasse der ursprünglichen Trasse von Süden aus betrachtet bis an den südlichen Ortsrand von Baal (Darstellung als "Schienenwege für den überregionalen und regionalen Verkehr; Bestand, Bedarfsplanmaßnahme") und zweigt dort Richtung Norden zum Bahndamm der Hauptstrecke Aachen - Mönchengladbach ab (Darstellung als "Schienenwege für den überregionalen und regionalen Verkehr; Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung") (siehe Abbildung 8 "Reaktivierung der Strecke Linnich - Baal" in der Anlage zu dieser Stellungnahme) [s. Anhang Abb. 1007793_1]. Die Trasse folgt dann der Hauptbahn am Dammfuß Richtung Nordosten bis zum Bahnhof Baal.

Seit der Aufstellung des Entwurfes des Regionalplanes haben sich zwei wesentliche Änderungen ergeben:

a) Als Grundlage der standardisierten Bewertung wurden im Bereich zwischen Linnich und Körrenzig mehrere kleinräumige Varianten zur Optimierung der erforderlichen Kreuzung mit der B57 ausgearbeitet, die sich im vorliegenden Maßstab der Planunterlagen des Regionalplans nicht darstellen lassen. Im Abschnitt zwischen Rurich und Baal wurden jedoch zwei sich deutlich unterscheidende Varianten untersucht. Die im Entwurf des Regionalplans dargestellte Trasse bildet keine der beiden untersuchten Varianten ab, liegt jedoch näher an der zwischenzeitig verworfenen östlichen Variante. Die östliche Variante folgt der Ursprungstrasse bis zum nördlichen Ortsrand von Rurich (Gut Kippingen) und zweigt dort Richtung Norden zum Bahndamm der Hauptstrecke Aachen-Mönchengladbach ab und folgt diesem am Dammfuß bis zum Bahnhof Baal. Die westliche Vorzugsvariante zweigt bereits am südwestlichen Ortsrand von Rurich von der Bestandstrasse Richtung Nordwesten ab, folgt dann in relativ enger Bündelung dem Malefinkbach bis zum Bahndamm der vorhandenen Strecke Aachen-Mönchengladbach und folgt diesem am Dammfuß bis zum Bahnhof Baal.

b) Am 09.03.2022 wurde die Reaktivierung der Strecke Linnich - Baal in den ÖPNV-Bedarfsplan NRW und den Infrastrukturfinanzierungsplan NRW aufgenommen. Damit ist die Finanzierung des Ausbaus und des Betriebs dem Grunde nach durch das Land NRW gesichert. Grundlage der Entscheidung war die westliche Variante. In Kürze wird

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

Die Maßnahme wurde zwischenzeitlich konkretisiert und wird entsprechend der Plankonzeption festgelegt.

auf dieser Grundlage ein Planfeststellungsverfahren bei der Bezirksregierung Köln durchgeführt werden.

Es wird angeregt, die Festlegung im Regionalplan dem aktuellen Entscheidungsstand anzupassen und die Strecke Linnich - Baal entsprechend der kartographischen Darstellung in Abbildung 8 "Reaktivierung der Strecke Linnich - Baal" in der Anlage zu dieser Stellungnahme als "Schienenweg für den überregionalen und regionalen Verkehr (Bedarfsplanmaßnahme)" [s. Anhang Abb. 1007793_1] darzustellen.

[s. Anhang Abb. 1007793_1]

Anhänge

[Abb_ID1007793_1.pdf](#)

1007794, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p><u>Revier-S-Bahn ? Abschnitt West: Bedburg ? Jülich - Aachen</u></p> <p>Der Kreis Düren begrüßt die Infrastrukturmaßnahme "Revier-S-Bahn ? Abschnitt West" als Bestandteil der im Investitionsgesetz Kohleregionen (08.08.2020) gelisteten Strukturwandelmaßnahme "S-Bahn-Netz Rheinisches Revier?". Durch diese Schienenverbindung kann die notwendige überregionale Direktverbindung der Oberzentren Köln und Düsseldorf mit den Hochschul- und Forschungsstandorten Jülich und Aachen hergestellt und zudem die gleichfalls notwendige Erschließung bislang noch nicht an den SPNV angebundener Kommunen im Kreis Düren gewährleistet werden. Der Kreis Düren lehnt jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Darstellung einer konkreten Linienführung ab, da hierzu noch keine regionale Abstimmung erfolgt ist. Als Grundlage hierfür haben die maßgeblichen Verkehrsverbünde über die Zukunftsagentur Rheinisches Revier im Zuge des Sofortprogramms Plus für die Umsetzung der Revier-S-Bahn ? Abschnitt West auch Fördermittel für eine Machbarkeitsstudie und eine Raumanalyse beantragt. Sollte die regionale Abstimmung wider Erwarten bis zum Datum des Feststellungsbeschlusses des Regionalplans nicht abgeschlossen sein, regt der Kreis Düren an die Verbindung als gerade Linie von der Stadt Bedburg zur Stadt Aachen zu ziehen um Vorfestlegungen hinsichtlich des Trassenverlaufs zu vermeiden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1006609).</p>

Inhalt**G.55 Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen berücksichtigen in Verbindung mit den Zeichnerischen Festlegungen**Schienenverbindung Aachen ? Jülich (BrainTrain)

Die Schienenverbindung Aachen - Jülich (BrainTrain) ist im Entwurf des Regionalplans u. a. im Grundsatz G.55 "Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen berücksichtigen" enthalten. Hierdurch soll mutmaßlich die zwischen den Bestandsstrecken der Euregiobahn (diese endet bisher von Süden kommend in Siersdorf) und der BTG Beteiligungsgesellschaft Düren mbH und RTB Rurtalbahn GmbH (diese endet bisher von Westen aus kommend in Puffendorf) erforderliche Neubautrasse frühzeitig gesichert werden. Die im Regionalplanentwurf dargestellte Trasse durchschneidet das Automobiltestgelände der Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University GmbH (ATC). Auch wenn in dieser Darstellung voraussichtlich ein relativ breiter Korridor als Grobtrasse definiert ist, so ist die dargestellte Variante nicht sinnvoll, weil diese mit Sicherheit nicht umgesetzt werden kann. In der Abbildung 9 "Verbindung Jülich - Puffendorf" in der Anlage zu dieser Stellungnahme [s. Anhang Abb. 1007795_1]: wird eine zeichnerische Variante angeregt, die das ATC-Gelände und insbesondere den Ovalring östlich im aktuellen Eingangsbereich des ATC tangiert. Diese Variante trägt auch dem Umstand Rechnung, dass zur Minimierung der Fahrzeit eine möglichst kurze Linienführung von Vorteil ist. Weiterhin würde durch diese Variante die Ortschaft Freialdenhoven zusätzlich angebunden, während sich bei der im Regionalplanentwurf dargestellten Trasse keine wesentliche zusätzliche Erschließungswirkung ergibt, da der östliche Ortsrand von Setterich mehr als 500 m entfernt liegt. Die im Entwurf des Regionalplans dargestellte Signatur für die Verbindungskurve zwischen der Euregiobahn und der Strecke Jülich - Puffendorf ist in der Legende nicht enthalten. Daher wurde in der Abbildung 9 "Verbindung Jülich - Puffendorf" [s. Anhang Abb. 1007795_1]: in der Anlage zu dieser Stellungnahme die Signatur "Schienenwege für den überregionalen und regionalen Verkehr (Planung)" verwendet.

[s. Anhang Abb. 1007795_1]:

Anhänge

[Abb_ID1007795_1.pdf](#)

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung entspricht der Plankonzeption (vgl. Textliche Festlegungen Kapitel 5.1.3 und Begründung Kapitel 5.1.3).

Die Festlegung der Schienenstrecke Puffendorf-Jülich folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind.

Die Festlegung des Abschnitts Siersdorf-Puffendorf ist Teil der regionalbedeutsamen Schienenplanung Schienenachse Aachen-Jülich, Siersdorf-Jülich, die entsprechend der Plankonzeption als sonstiger regionalplanerisch bedeutsamer Schienenweg festgelegt wird. Für den Fall, dass die Fachplanung einen Bedarf für die Reaktivierung der Strecke Puffendorf-Jülich feststellt, sichert die Festlegung den erforderlichen Raum für den Anschluss an die Strecke Siersdorf-Aachen. Der dargestellte Verlauf entspricht dem bislang im Regionalplan festgelegten Grobtrassierung.

Gemäß den Erläuterungen zu *G.55 Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung sonstiger regionalplanerisch bedeutsamer Schienenplanungen als Grobtrasse, die von der Fachplanung weiter zu konkretisieren ist. Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Bei Vorliegen gewichtiger Gründe kann der Grundsatz im Rahmen der Abwägungsentscheidung überwunden werden. Die Festlegung bzw. der Raumbedarf der Schienenplanung ist folglich von der nachfolgenden Bauleitplanung zu berücksichtigen. Eine frühzeitige Beteiligung der Fachplanung bzw. des Vorhabenträgers ist erforderlich.

1007796, Kreis Düren

Inhalt

Schienenverbindung Nideggen ? Vettweiß ? Zülpich in Richtung Köln und Bonn

Die Stadt Nideggen regt in ihrer Stellungnahme zum Regionalplanentwurf die Festlegung einer Schienenverbindung von Nideggen Richtung Köln und Bonn an. Diese Schienenverbindung soll durch eine Kombination von Reaktivierung und Neuplanung erfolgen. Die Stadt Nideggen weist darauf hin, dass sie diesbzgl. bereits Gespräche mit der Gemeinde Vettweiß, der Stadt Zülpich und der BTG GmbH geführt hat. Dabei wurden zwei mögliche Trassenverläufe identifiziert (siehe Abbildung 10 "Verbindung Nideggen ? Vettweiß ? Zülpich in Richtung Köln und Bonn" in der Anlage zu dieser Stellungnahme) [s. Anhang Abb. 1007796_1]:

- Reaktivierung angelehnt an die ehemalige Schienenstrecke von Zülpich nach Embken mit Verlängerung über Berg nach Nideggen,
- Neubau einer Strecke parallel zur L 33 von Nideggen über Thum und Froitzheim nach Vettweiß.

Nach Einschätzung der BTG GmbH ist in Nideggen ein erhebliches Fahrgastpotenzial mit Ziel Köln oder Bonn vorhanden, das kaum über eine verbesserte Anbindung des Zentralorts Nideggen an den Bahnhof Nideggen-Brück bedient werden kann. Selbst wenn auf der Strecke Düren - Heimbach noch Beschleunigungsmaßnahmen und Taktverdichtungen stattfinden, wäre nach Einschätzung der BTG GmbH bestenfalls noch die Relation Köln über Düren mit einigermaßen vertretbarer Reisezeit erreichbar. Insbesondere Bonn, aber vermutlich auch Köln, ließe sich hingegen durch eine Anbindung der Stadt Nideggen an die Bördebahn deutlich schneller erreichen. Der Kreis Düren regt an, eine Festlegung dieser Schienenverbindung im weiteren Verfahren zur Aufstellung des Regionalplans zu prüfen und die Festlegung im Regionalplan mit den beteiligten Kommunen, dem Kreis Düren und der BTG GmbH abzustimmen.

[s. Anhang Abb. 1007796_1]

Anhänge

[Abb_ID1007796_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.

1007797, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p><u>Hambachbahn</u></p> <p>Der Kreis Düren begrüßt die Festlegung der "Hambachbahn" als sonstige regionalbedeutsame Schienenplanung, da hierdurch die vorhandene Schienentrasse gesichert und somit die Grundlage für deren spätere Einbindung in das öffentliche Schienennetz geschaffen wird. Die Machbarkeit der Nachnutzung der Schieneninfrastruktur der RWE Power AG für den SPNV wird im Rahmen des Strukturwandelprojekts "Machbarkeitsstudien zur Ertüchtigung der Schieneninfrastruktur im Rheinischen Revier" der Nahverkehr Rheinland GmbH (Projekt Nr. 64 des Sofortprogramms Plus) geprüft. Dieses Strukturwandelprojekt hat am 20.08.2021 den 3. Stern erhalten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1007798, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>G.56 Raum für Mobilstationen vorhalten in Verbindung mit Erläuterungskarte I3 Mobilitätsstationen</p> <p>In der Erläuterungskarte I3 zum Grundsatz G.56 des Regionalplanentwurfs werden die Mobilstationen in der Region dargestellt. Eine genaue Verortung der einzelnen Punkte ist maßstabsbedingt nur schwer mit den Planungen des Kreises Düren abzugleichen. In der Abbildung 11 "Mobilstationen im Kreis Düren" in der Anlage zu dieser Stellungnahme [s. Anhang Abb. 1007798_1] finden Sie daher eine kartographische Darstellung der im Kreis Düren geplanten Mobilstationen. Diese können ggf. auch als Shapefile übermittelt werden. Der Kreis Düren regt an, die Erläuterungskarte I3 im weiteren Verfahren entsprechend zu ergänzen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007798_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007798_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I3 wird künftig entfallen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1003063.</p>

1007799, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.30 Bestehendes Straßennetz erhalten und Trassen für künftige Straßen sichern in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen</p> <p>In der Begründung zu Kapitel 5.1.4 Straßennetz wird hinsichtlich der Methodik zur zeichnerischen Festlegung des regionalbedeutsamen Straßennetzes auf § 35 Abs. 1 LPIG NRW und die Anlage 3 zur LPIG DVO (Planzeichen) Bezug genommen. Der Kreis Düren weist darauf hin, dass mit der im Jahr 2021 erfolgten Novellierung des LPIG NRW die Regelungen des früheren § 35 in den § 32 überführt wurden. Dies sollte im Begründungstext (auch zu den anderen Zielen und Grundsätzen in Kapitel 5.1.4) entsprechend aktualisiert werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung In Übereinstimmung mit der Überleitungsvorschrift der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) wendet der Regionalplan die LPIG DVO vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 an. Gemäß der Überleitungsvorschrift werden die bei Inkrafttreten der Verordnung bereits förmlich eingeleiteten Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Raumordnungsplänen nach bisherigem Recht weitergeführt.</p> <p>Die entsprechenden Textpassagen werden entsprechend um den Zusatz "a.F." ergänzt.</p>

1007800, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.30 Bestehendes Straßennetz erhalten und Trassen für künftige Straßen sichern in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen</p> <p>Zudem wird in der aktuellen Durchführungsverordnung zum LPIG NRW in Anlage 3 (Planzeichen) eine andere Differenzierung und Bezeichnung der Planzeichen vorgenommen, als im Regionalplanentwurf:</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007800_1]</p> <p>Die Anzahl der Planzeichen wurde inzwischen von fünf auf drei reduziert und die Nummerierung geändert. Die in der Begründung genannten Planzeichen 3.aa-1 und 3.ab-1 sind in der neuen Anlage 3 zur LPIG DVO nicht mehr enthalten. Die neue Differenzierung der Planzeichen erscheint gegenüber der alten Fassung logischer aufgebaut und korrespondiert zudem besser mit der Strukturierung der textlichen Festlegung in Z.30, G.57 und G.58. Die Reduzierung der Planzeichen würde zudem die Lesbarkeit des Regionalplans verbessern. Der Kreis Düren regt deshalb an die zeichnerischen Festlegungen und ggf. auch die textlichen Festlegungen im weiteren Verfahren an die aktuelle Anlage 3 der LPIG DVO anzupassen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1007800_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung In Übereinstimmung mit der Überleitungsvorschrift der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) wendet der Regionalplan die LPIG DVO vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 an. Gemäß der Überleitungsvorschrift werden die bei Inkrafttreten der Verordnung bereits förmlich eingeleiteten Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Raumordnungsplänen nach bisherigem Recht weitergeführt.</p>

1007801, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.30 Bestehendes Straßennetz erhalten und Trassen für künftige Straßen sichern in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen</p> <p>In der Tabelle 21 der Begründung zum Regionalplanentwurf werden unter der Überschrift "Übersicht der linienbestimmten und planfestgestellten Bedarfsplanmaßnahmen des Bundes und des Landes NRW" bestimmte Straßenabschnitte aufgelistet. Der Kreis Düren regt an, die Überschrift entsprechend dem zugehörigen Text in der Begründung, Seite 170, letzter Absatz zu ändern in: "Übersicht der linienbestimmten <u>oder</u> planfestgestellten Bedarfsplanmaßnahmen des Bundes und des Landes NRW". Entsprechendes gilt für die Tabellenüberschrift.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen. Die Begründung wird entsprechend fortgeschrieben.</p>

1007802, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.30 Bestehendes Straßennetz erhalten und Trassen für künftige Straßen sichern in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen</p> <p>Bzgl. der Tabelle 21 der Begründung zum Regionalplanentwurf weist der Kreis Düren zudem darauf hin, dass die dort aufgeführte Ortsumgehung B56 O-OU Düren inzwischen realisiert wurde und somit als Bestand zu führen ist und dementsprechend aus Tabelle 21 gestrichen werden sollte. In der Tabelle 21 wird ein Straßenabschnitt "L12 bei Inden" aufgeführt. Dieser Bezeichnung kann nicht entnommen werden, um welchen Abschnitt der L12 es sich konkret handelt. Der Kreis Düren regt hierzu an, den Straßenabschnitt zu konkretisieren (z. B. L12 bei Inden im Abschnitt zwischen Ortsteil x und Ortsteil y).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen. Die Begründung wird entsprechend fortgeschrieben.</p>

1007803, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.30 Bestehendes Straßennetz erhalten und Trassen für künftige Straßen sichern in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen</p> <p>Zur Wiederherstellung von Straßenverbindungen, die durch die Tagebaue unterbrochen worden sind, wurden in den Braunkohlenplänen Ersatzstraßenverbindungen als Ziele der Raumordnung festgelegt (siehe z. B. Kapitel 6.1 "Ersatzstraßen" und Kap. 6.2 "Das übrige Straßennetz" im Braunkohlenplan Inden II (2009)). Der Kreis Düren regt an, die in den Braunkohlenplänen festgelegten Ersatzstraßenverbindung in die Zielfestlegungen des Regionalplans zu übernehmen und den Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen gleichzusetzen. Zudem wird angeregt die Festlegungen im Regionalplanentwurf auf Übereinstimmung mit den Festlegungen in den Braunkohlenplänen zu prüfen und bei Abweichungen die Festlegungen im weiteren Regionalplanverfahren entsprechend anzupassen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Darstellung aus dem Braunkohlenplan Inden II wird übernommen.</p>

1007804, Kreis Düren	
Inhalt <p>Die Festlegung der K42 westlich von Düren-Merken als Straße für den großräumigen Verkehr kann entfallen, da die Straße bereits in ihrer Wertigkeit herabgestuft wurde und nicht mehr für den motorisierten Verkehr nutzbar ist. Die Funktion der K42 wurde in diesem Abschnitt von der bereits realisierten Ortsumgehung K35n übernommen.</p>	Abwägung <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1005393).</p>

1007805, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Zur zeichnerischen Festlegung regt der Kreis Düren an die L238 zwischen Bourheim und Aldenhoven als Straße "von vorwiegend überregionaler Bedeutung" festzulegen bzw. hierfür das oben vorgeschlagene neue Planzeichen "Bundesautobahnen und -straßen, Landesstraßen, ggf. Kreisstraßen und Gemeindestraßen, sofern raumbedeutsam - Bestand, Bedarfsplanmaßnahmen mit räumlicher Festlegung" zu verwenden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik des Straßennetzes (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Der Anregung zur Verwendung eines neuen Planzeichens wird nicht gefolgt. Es wird entsprechend des Plankonzepts die Darstellungsmethodik der LPIG DVO a. F. verwendet.</p>

1007806, Kreis Düren

Inhalt

Der Kreis Düren regt zudem an zu prüfen, ob der in der zeichnerischen Festlegung dargestellte Trassenverlauf der Ortsumgehung B399 N-OU-Düren (Ostabschnitt, Mittelabschnitt, Westabschnitt) dem aktuellen Stand des Planfeststellungsverfahrens entspricht und den Trassenverlauf ggf. an den neuen Sachstand anzupassen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen. Der Verlauf entspricht dem aktuellen Stand.

1007807, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>G.57 Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen in Verbindung mit den zeichnerischen Festlegungen Bzgl. der Methodik zur zeichnerischen Festlegung des regionalbedeutsamen Straßennetzes verweise ich auf die Anregungen zu Z. 30 "Bestehendes Straßennetz erhalten und Trassen für künftige Straßen sichern".</p> <p>[Hinweis: Verweis auf Inhalte der Teil-Stellungnahmen mit den laufenden Nummern 1007799, 1007800, 1007801, 1007802, 1007803]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird auf andere Teilstellungnahmen verwiesen</p>

1007808, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>G.62 Transportleitungen schützen</p> <p>Entsprechend der Erläuterung 2 zum Grundsatz G.62 sollen bei Planungen und Maßnahmen von Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte Raumkonflikte durch die frühzeitige Einbindung der für Transportleitungen zuständigen Fachbehörden/-träger vermieden werden. Die Gemeinde Merzenich weist hierzu in Ihrer Stellungnahme vom 27.06.2022 zum Regionalplanentwurf darauf hin, dass sie sich derzeit in einem Klärungsverfahren zur neuen Trassenführung der Amprion GmbH bezüglich des geplanten Neubaus einer 380-kVHöchstspannungsfreileitung von der Umspannanlage Oberzier bis zum Punkt Blatzheim (BL. 4236) befindet und dass zu diesem Vorhaben bereits ein Raumordnungsverfahren durchgeführt wurde, welches mit einer raumordnerischen Beurteilung am 07.12.2020 abgeschlossen wurde. Die Gemeinde Merzenich äußert erhebliche Zweifel, dass die Variante 1 aus dem Raumordnungsverfahren tatsächlich als raumverträglichste Lösung deklariert werden kann, da es dieser Variante nicht nur an adäquaten Bündelungsmöglichkeiten mit vorhandenen sonstigen Infrastrukturbändern fehlt, sondern auch an der Einhaltung der Abstandsgebote entsprechend der Zielsetzung 8.2-4 des LEP NRW. Unter anderem beeinträchtigt die Trassenführung der Variante 1 die Nutzbarkeit des GIB "Auf der Heide". Der Kreis Düren unterstützt die Anregung der Gemeinde Merzenich eine zeitnahe Klärung des Sachverhalts zwischen der Gemeinde Merzenich, der Vorhabenträgerin und der Genehmigungsbehörde anzustreben, wie im Grundsatz G.62 zu Raumkonflikten beschrieben.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Siehe Erläuterungen zu StnID 1004387.</p>

1007809, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>G.63 Geeignete Standorte für die Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien sichern</p> <p>In der Erläuterung 1 zu diesem Grundsatz wird die Aussage getroffen, dass Wasserkraft und Geothermie im Regierungsbezirk eine eher geringere Bedeutung hätten und deshalb keine großen Flächenpotenziale planungsrechtlich gesichert werden müssten. Dies steht hinsichtlich der Wasserkraft im Widerspruch zur Festsetzung der Stauseen, denen unter anderem die Funktion "Energieerzeugung" zugeordnet wird. Um Missverständnisse zu vermeiden sollte an dieser Stelle auf die Bedeutung der Wasserkraftwerke unter Verweis auf Z.25 "Standorte für bestehende und geplante Talsperren sichern" in den Textliche Festlegungen, S. 118, Tabelle 2 hingewiesen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1007810, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.37 Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern</p> <p>Die Eignung von Flugplätzen als Standorte für Windenergieanlagen wird aus Gründen der Flugsicherheit generell bezweifelt. Die entsprechenden Aussagen sollten überprüft und ggf. gestrichen werden</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1007811, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.38 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern</p> <p>Der Kreis Düren regt an die Eignung von Überschwemmungsbereichen (ÜB) als Standorte für raumbedeutsame Solarenergieanlagen zu überprüfen, da im Fall einer Überflutung mit einer Beschädigung der Solaranlagen zu rechnen ist. Neben dem finanziellen Schaden könnte dies zudem zu einer Beeinträchtigung der Energieversorgungssicherheit führen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Mögliche Handlungen in festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) werden von dieser auf Grundlage des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und des Landeswassergesetzes NRW (LWG) festgelegt. Mit der Festsetzung wird entsprechend darüber informiert, welche Flächen überschwemmt werden und auch, welche Handlungen, die sich negativ auf den Hochwasserabfluss auswirken können, durch die Festsetzung verboten sind.</p>

Inhalt

Z.38 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern

In der Erläuterung 1 zu diesem Ziel wird nicht hinreichend bestimmt, wann eine Raumbedeutsamkeit vorliegt. Es wird angeregt die entsprechende Definition aus der Begründung, S. 190 zu übernehmen: "Als Orientierungswert geht die Regionalplanungsbehörde Köln davon aus, dass eine Freiflächensolaranlage im Regelfall bereits ab einer Größe von etwa 2 ha raumbedeutsam ist." Bei Übernahme dieser Definition in die Textlichen Festlegungen würde auch der Unterschied zur Definition der raumbedeutsamen Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung (Fläche über 10 ha) direkt ersichtlich.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1007813, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.38 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern</p> <p>In der Zielformulierung werden als grundsätzlich geeignete Bereiche unter anderem die BSAB aufgeführt. In der Erläuterung 2 zu diesem Ziel werden die BSAB jedoch nicht aufgeführt. Die BSAB sollten zur Klarstellung auch in die Aufzählung der grundsätzlich möglichen Bereiche in der Erläuterung 2 zu diesem Ziel aufgenommen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt. Regionalplanerische Vorgaben zur Rekultivierung von BSAB ? auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Freiflächen-Solarenergieanlagen ? ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe.</p>

1007814, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.38 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern</p> <p>In der Erläuterung 3 zu diesem Ziel wird auf die Bereiche eingegangen, die in der Regel als Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie <u>ausgeschlossen</u> sind. Es wird dort erwähnt, dass untergeordnete Nebenanlagen von Flugplätzen und Verkehrsanlagen von der Ausschlussregelung ausgenommen wären. Gemäß Zielformulierung werden Flugplätze und Verkehrsbereiche als grundsätzlich mögliche Bereiche und nicht als in der Regel ausgeschlossene Bereiche definiert, so dass die Aussage in Erläuterung 3 zu diesem Ziel hinsichtlich der Nebenanlagen überflüssig erscheint.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1007815, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.39 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung sichern</p> <p>Es wird angeregt in den Erläuterungen zu diesem Ziel zu ergänzen, welches Planzeichen bei der zeichnerischen Festlegung eines Vorranggebietes "Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung" im Regionalplan verwendet wird. In die Anlage 3 zur LPIG DVO ist unter Nr. 2ee "Solarenergiebereiche" ein entsprechendes Planzeichen definiert worden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1007816, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Z.41 Standorte für Abfalldeponien sichern</p> <p>Es wird angeregt in der Tabelle der Textlichen Festlegungen auf S. 157/158 auch die Deponieklasse mit aufzunehmen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung von Deponieklassen geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Im Regionalplan findet grundsätzlich nur die räumliche Sicherung von raumbedeutsamen Deponiestandorten statt. Eine weitergehende Konkretisierung der Deponieplanung erfolgt auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Auch auf eine rein nachrichtliche Abbildung der Deponieklassen wird verzichtet, da sich die zugelassenen Deponieklassen an einem Standort innerhalb des Planungshorizontes regelmäßig ändern und somit nach kurzer Zeit ein veralteter Sachstand abgebildet werden würde.</p>

1007820, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Stabsstelle Innovation und Wandel</p> <p>Unter Berücksichtigung der Inhalte des Regionalplans in Form von Zielen und Grundsätzen für die Raumordnung und der damit zu erwartenden Bestandsdauer des neuen Regionalplans, regt der Kreis Düren die Erwähnung und Berücksichtigung der interkommunalen Planungsvision ?Seeverbindung Indesee und Hambachsee? an.</p> <p>Im interkommunalen Verbund zwischen dem Kreis Düren und dem Rhein-Erft-Kreis besteht Einvernehmen darüber die Projektierung einer kanalbaulichen Verbindung zwischen den beiden Tagebaurestseen zu prüfen und die Realisierungschancen zu konkretisieren.</p> <p>Gemeinsam mit den Städten Elsdorf, Jülich und Kerpen, den Gemeinden Inden, Merzenich, Niederzier und Titz sowie dem Erftverband und dem Wasserverband Eifel-Rur wurde eine Absichtserklärung verfasst, die sich auf die gemeinsame Prüfung und Weiterentwicklung auf Basis einer Machbarkeitsstudie bezieht.</p> <p>Als Grundlage für diese Vorgehensweise hält es der Kreis Düren für erforderlich bereits im gegenwärtigen Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln die grundsätzlichen Weichen zu stellen. Eventuell entgegenstehende Nutzungen für den erforderlichen Suchkorridor gilt es für die Zukunft auszuschließen. Daher ist es Konsens aller Beteiligten und insbesondere der beiden Belegenheitskommunen Niederzier und Inden einen Korridor als möglichen ?Such- oder Entwicklungsraum? bereits jetzt im Regionalplan zu sichern.</p> <p>Der in der Abbildung 14 "Möglicher Trassenkorridor für die Seeverbindung Indesee und Hambachsee" in der Anlage zu dieser Stellungnahme [s. Anhang Abb. 1007820_1] skizzierte mögliche Trassenkorridor lässt erkennen, dass die im Regionalplanentwurf in diesem Bereich vorgesehene Festlegung als Freiraum mit Überlagerung durch die Freiraumnutzung "Regionaler Grünzug" eine Grundlage für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie bietet.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007820_1]:</p> <p>Anhänge Abb_ID1007820_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Anregung ist im Planentwurf entsprochen. Der vorgesehene Korridor für eine Verbindung der Seen weist keine der Realisierung dieses Vorhabens entgegenstehenden Festlegungen auf. Durch die Festlegung vorrangiger Freiraumfestlegungen (Regionaler Grünzug, zzgl. teilweise BGG) wird der Verbindungskorridor langfristig gesichert.</p> <p>Die genaue Ausführung der angesprochenen Seeverbindung und darauf aufbauend eine mögliche Realisierung wird voraussichtlich erst nach dem Planungszeitraum des Regionalplans von 2043 erfolgen. Mögliche weitere Planungen der Anbindung, technischen Gestaltung etc. richten sich an einen Planungszeitraum jenseits des Regionalplans und an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1007821, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Wasserwirtschaft</p> <p>Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes wurden folgende Unterlagen durch die Bezirksregierung Köln vorgelegt: Textliche und zeichnerische Festlegungen einschl. der Anhänge A - C, Umweltprüfung einschl. der Anhänge A - L und Begründung einschl. der Anhänge D - E.</p> <p>Aus wasserwirtschaftlicher Sicht sind folgende Belange zu beachten:</p> <p>I. Zu Kapitel 4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren:</p> <p>A. Textliche Festlegungen einschl. der zugehörigen Erläuterungskarten:</p> <p>1. Ziel Z.24: <u>Oberflächengewässer sichern:</u></p> <p>Die Oberflächengewässer einschl. ihrer Uferbereiche werden als Vorranggebiete festgelegt. Planungen und Maßnahmen, die mit der wasserwirtschaftlichen Funktion nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen. Die Festlegung gilt sowohl für stehende als auch für Fließgewässer, jedoch erst ab einer bestimmten Größe: stehende Gewässer > 10 ha und fachplanungsrechtlich berichtspflichtige Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet von mehr als 10 km² gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie). Nur im Einzelfall werden kleinere nicht berichtspflichtige Fließgewässer aufgrund ihrer regionalen Bedeutung einbezogen. Somit ergibt sich planungsrechtlich eine Reduzierung des Schutzes der Oberflächengewässer auf größere Gewässer. Die wasserrechtlichen Vorschriften und Vorgaben des Wasserhaushaltsgesetzes und des Landeswassergesetz gelten jedoch für alle Gewässer. Außerdem widerspricht diese Einschränkung der einzugsgebietsmäßigen Betrachtung im Sinne der Erreichung der Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Gerade kleinere Nebengewässer haben oft eine hohe Bedeutung für das gewässerökologische Entwicklungspotential, Schaffung von Rückhalteräumen in Entstehungsgebieten und die Wiederbesiedlung für die größeren Fließgewässer. Daher müssen alle Fließgewässer von Planungen und Maßnahmen, die mit der wasserwirtschaftlichen Funktion nicht vereinbar sind, freigehalten werden. Im Regionalplan ist deutlich darzustellen, dass die Ziele und Grundsätze für alle Gewässer gelten, auch wenn nur die o.g. größeren Oberflächengewässer aus Gründen des Maßstabes zeichnerisch dargestellt werden können. Darüber hinaus sollte eine Verknüpfung zu den Inhalten des Kapitels 4.3. hergestellt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p> <p>Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha.</p>

Inhalt

2. Grundsatz G.45: Oberflächengewässer und Entwicklungskorridore naturnah und ökologisch wertvoll entwickeln:

Das Ziel 1 des aktuellen Regionalplanes zur Erhaltung natürlicher Fließgewässer, Rückführung von ausgebauten, naturfernen Fließgewässern in einen naturnahen Zustand sowie zur Rangfolge von Maßnahmen zur Regelung der Abflussverhältnisse an Fließgewässern wird in der nun vorliegenden Fassung nicht mehr als Ziel übernommen, sondern nur noch als Grundsatz. Dies ist nicht ausreichend, um einer Verschlechterung des gewässerökologischen Zustandes entgegenzuwirken und eine Verbesserung zu fördern. Vielmehr müssen die Anstrengungen zur Erreichung der Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie konsequent auf allen Planungsebenen verankert werden. Daher ist die naturnahe Entwicklung der Oberflächengewässer wieder als Ziel in den Regionalplan aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Inhalt

3. **Erläuterungskarte F9:** Trinkwasservorsorge (s. Anhang 3 zu den textlichen Festlegungen):

In der Erläuterungskarte F9 ? Trinkwasservorsorge zum Anhang 3 der textlichen Festlegungen sind u.a. die Trinkwasserschutzgebiete und Talsperren im Plangebiet dargestellt. Das Beiblatt zur Erläuterungskarte sowie die Tabelle 2 zu Z.25 der textlichen Festlegungen konkretisieren den Zweck der Talsperren. Die Rurtalsperre, Wehebachtalsperre sowie die Stauanlagen Obermaubach und Heimbach befinden sich - teilweise anteilig - im Kreis Düren. Nach den mir vorliegenden Unterlagen wurde durch die Bezirksregierung Köln an der Stauanlage Heimbach die Nutzung von Wasserkraft genehmigt. Im Beiblatt zur Erläuterungskarte F9 sowie Tabelle 2 der textlichen Festlegungen ist dies zu ergänzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird gefolgt und die Nutzung Krafterzeugung (K) wird für die Stauanlage Heimbach ergänzt. Zur weiteren Begründung wird auf die Autorenkorrektur ID 1006477 verwiesen.

1007824, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>3. Erläuterungskarte F9: Trinkwasservorsorge (s. Anhang 3 zu den textlichen Festlegungen):</p> <p>Zur Trinkwassergewinnung in der Wasseraufbereitungsanlage Roetgen leitet die Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG) Rohwasser aus dem Obersee der Rurtalsperre zunächst in die Kaltalsperre und von dort in die Dreilägerbachtalsperre. Die Trinkwassergewinnung aus der Rurtalsperre ist im Beiblatt zur Erläuterungskarte F9 sowie Tabelle 2 der textlichen Festlegungen zu ergänzen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Es wird in Bezug auf die Veränderungen der Funktionen der Talsperren auf die Autorenkorrektur ID 1006477 sowie der Änderungssynopse der Textlichen Festlegungen verwiesen.</p>

1007825, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>3. Erläuterungskarte F9: Trinkwasservorsorge (s. Anhang 3 zu den textlichen Festlegungen):</p> <p>Die WAG betreibt an der Wehebachtalsperre eine Trinkwasseraufbereitungsanlage. Die Trinkwassergewinnung an der Wehebachtalsperre ist im Beiblatt zur Erläuterungskarte F9 sowie Tabelle 2 der textlichen Festlegungen zu ergänzen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Funktion Trinkwassergewinnung (T) wird für die Wehebachtalsperre ergänzt. Es wird zur Begründung auf die Autorenkorrektur ID 1006477 verwiesen.</p>

Inhalt

4. Erläuterungskarte F10:

Die Darstellung des Krauthausen-Jülicher Mühlenteiches ist nicht korrekt. In den Planunterlagen (z.B. Erläuterungskarte F10) wird der Mühlenteich hinter der Ortslage Altenburg wieder in die Rur geleitet. Hier handelt es sich jedoch um einen Hochwasserabschlag. Der Krauthausen-Jülicher Mühlenteich verläuft hinter der Ortslage Altenburg weiter in Richtung Jülich und mündet dort in den Ellebach.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird gefolgt. Der korrekte Verlauf des Krauthausen-Jülicher Mühlenteich wird sowohl in der zeichnerischen Festlegung, als auch in der Erläuterungskarte F10, ergänzt. Zur ergänzenden Begründung wird auf die Stellungnahme 1005021 verwiesen.

1007827, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>4. Erläuterungskarte F10:</p> <p>In der Erläuterungskarte F10 ist die ursprüngliche Gewässertrasse des Schlichbaches von Merken bis Schophoven dargestellt. Bedingt durch den fortschreitenden Tagebau Inden wurde der Schlichbach nach Osten in die Trasse des ehemaligen Mühlenteiches verlegt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Verlauf des Schlichbaches wird gemäß dem tatsächlichen Verlauf nach der GSK3E sowohl in der zeichnerischen Festlegung, als auch in der Erläuterungskarte F10, aktualisiert. Zur ergänzenden Begründung wird auf die Stellungnahme 1005021 verwiesen.</p>

1007830, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>II. Zu Kapitel 4.7.2 Grundwasser und Gewässerschutz:</p> <p>Gemäß Kapitel 4.7.2 der Begründung ist das nachhaltige Sichern von Trink- und Heilwasservorkommen aus Grundwasser und Oberflächengewässern für die Öffentlichkeit im Sinne der Daseinsvorsorge eine der wesentlichen Aufgaben der Raumordnung. Das Wasserwerk Aldenhoven ist durch den Tagebau Inden stark beeinflusst. Derzeit erfolgt eine Ersatzwasserversorgung mit Sumpfungswasser. Nach Einstellung der Sumpfung muss Rohwasser aus anderen Bereichen bezogen werden. Nach Kenntnisstand der Unteren Wasserbehörde des Kreises Düren befindet sich ein möglicher Ersatzstandort im Bereich Koslar. Die Trockenperioden der letzten Jahren haben zu einem starken Anstieg der Nutzung des Grundwassers, z.B. für die landwirtschaftliche Nutzung, geführt. Vor dem Hintergrund des Klimawandels werden sich die Konflikte um die Nutzung von Wasser weiter verschärfen.</p> <p>Daher muss der Standort Koslar im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans nicht nur in den Erläuterungen zum Grundsatz G.47 benannt werden, sondern im Regionalplan und in der Erläuterungskarte F9 - Trinkwasserversorgung als Vorsorgegebiet festgelegt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung</p> <p>Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) werden gemäß Ziel 26 Erläuterung 1 festgelegt. Die Grundlage bilden die von der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) geplanten und festgesetzten Wasserschutzgebiete. Die Wasserschutzzonen I bis III A werden dabei als BGG festgelegt. Die erweiterten Einzugsbereiche für die Trinkwassergewinnung entsprechen den wasserrechtlich festgesetzten und geplanten Wasserschutzzonen III B/III C und sind gemäß dem Grundsatz 46 Erläuterung 1 in der Erläuterungskarte F9 dargestellt. Für das potentielle Wasserschutzgebiet (WSG) Koslar liegen derzeit keine Abgrenzungen der Fachplanung vor, weshalb das WSG nicht festgelegt bzw. dargestellt werden kann.</p>

Inhalt

III. Zu Kapitel 4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz:**A. Textliche Festlegungen:****1. Ziele Z.27 u. Z.28:** ÜB erhalten und entwickeln sowie durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen:

Im Hinblick auf den vorbeugenden Hochwasserschutz werden in den Zielen 27 und 28 die Erhaltung und Entwicklung von Überschwemmungsbereichen sowie die Vorbeugung von Schäden durch die Rücknahme von Bauflächen in Überschwemmungsbereichen festgelegt.

Ebenso wie die Oberflächengewässer werden die Überschwemmungsbereiche als Vorranggebiete festgelegt. Auch in diesen Bereichen sind alle Planungen und Maßnahmen auszuschließen, die nicht mit den vorrangigen wasserwirtschaftlichen Funktionen vereinbar sind.

In der aktuellen Fassung des Regionalplanes (Sachlicher Teilabschnitt Vorbeugender Hochwasserschutz, Teil 2) wird in den Erläuterungen unter Nr. 12 ausgeführt: "Die im Regionalplan dargestellten bzw. abgebildeten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete sind aus Maßstabsgründen auf die größeren Fließgewässer beschränkt. Die hiermit verbundenen Ziele und Grundsätze zum vorbeugenden Hochwasserschutz werden im Rahmen der Verfahren gemäß § 32 LPIG NRW bei kleineren Gewässern entsprechend angewendet. Diese Vorgehensweise gilt auch, soweit für Fließgewässer Extremhochwasser- Gebiete ermittelt werden. (?)."

Auch wenn nur die Überschwemmungsbereiche an größeren Fließgewässern zeichnerisch dargestellt werden können, so sind kleinere Fließgewässer ebenso zu berücksichtigen. Gerade auch die kleineren Fließgewässer und Rückhalteräume tragen zu einer nachhaltigen Verminderung der Hochwasserrisiken bei. Nur bei einer konsequenten Umsetzung für alle Fließgewässer wird ein nachhaltiger Hochwasserschutz sichergestellt. Nur ein ganzheitlicher Hochwasserschutz im gesamten Einzugsgebiet ist zielführend.

Verschiedene Hochwässer, zuletzt im Juli 2021, machen die sehr große Bedeutung eines ausreichenden, umfangreichen Netzes von Retentionsräumen, Fließgewässern und Flächen zur Speicherung von Wasser in den Böden deutlich.

Für verschiedene Fließgewässer gibt es Abgrenzungen von Überschwemmungsgebieten, die auf die preußische Abgrenzung zurückgehen, über Niederschlags-Abfluss-Modelle ermittelt oder in wasserrechtlichen Verfahren festgelegt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche wurden aktualisiert und stellen alle festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preussischer Aufnahme der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand von Juni 2023 dar. Die ÜB geben somit den neuesten Stand der Überschwemmungsgebiete der Fachplanung für alle Gewässer wieder, sowohl für die großen als auch für die kleinen, soweit die Maßstäblichkeit des Regionalplans dies zulässt. Für Detailabgrenzungen wird zusätzlich auf die entsprechenden Karten der Fachplanung verwiesen.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.

wurden. Auch diese Flächen sind ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung der Überflutungsgefahr für Bebauungen.

Daher muss die o.g. Formulierung in die Erläuterungen der nun vorgelegten Unterlagen wieder aufgenommen werden.

Inhalt

III. Zu Kapitel 4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz:**A. Textliche Festlegungen:****2. Ziel 27 in Verbindung mit Ziel 7 ASB sichern und entwickeln (s. Kapitel 3.2.1 Allgemeine Siedlungsbereiche):**

In der Erläuterung wird unter Punkt 5 ausgeführt, dass bei einer Überlagerung von festgelegten ASB mit anderen Vorranggebieten, wie z.B. Überschwemmungsbereiche, grundsätzlich davon ausgegangen wird, dass "diese auf der regionalplanerischen Ebene nicht im Konflikt zueinander stehen. Weitere Regelungen sind im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung unter Beachtung des Fachrechts aufeinander abzustimmen." (s. S. 67).

Die letzten Hochwässer, insbesondere die Flutkatastrophe im Juli 2021, haben die überregionale Bedeutung des Hochwasserschutzes und die zahlreichen Konflikte deutlich gemacht. Daher kann nur über die Zusammenarbeit auf allen Ebenen (Bund, Land, Kommunen etc.) der Schutz von Leben und Sachgütern gelingen. Eine Verlagerung der Problematik auf die nachgeschaltete kommunale Ebene ist nicht zielführend. Vielmehr müssen bereits auf der Ebene des Regionalplanes die Konflikte benannt und die noch nicht bebauten Flächen in den Überschwemmungsbereichen entsprechend freigehalten und aus dem jeweils betroffenen ASB herausgenommen werden. Als Beispiele sind Flächen der Überschwemmungsgebiete der Inde und des Wehebaches in Inden/Altdorf und Inden-Lamersdorf zu nennen. Weiterhin wird auf die nachfolgenden Ausführungen unter Punkt B zeichnerische Darstellungen verwiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten entsprechend der Flächen HQ100 erfolgt von der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln). Die zeichnerische Festlegung der ÜB wurde anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete aktualisiert. Zum Beispiel gab es hierbei auch für den Wehebach Änderungen des ÜB im Bereich der Ortslage Inden/Altdorf sowie in Inden-Lamersdorf in Überlagerung mit ASB. Die ÜB geben somit den neuesten Stand der Überschwemmungsgebiete wieder, soweit die Maßstäblichkeit des Regionalplans dies zulässt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Neue Siedlungsraumpotentiale in Überschwemmungsgebieten werden nicht festgelegt. Der Regionalplan die Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht

vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

In Bauflächen von Flächennutzungsplänen und in kleineren Siedlungsbereichserweiterungen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Auf die Erläuterungen zu Ziel 27 *ÜB erhalten und entwickeln* und Ziel 28 *Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen* wird verwiesen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit die Belange auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

3. Erläuterungskarte F10: Rückgewinnbare und zukünftige Überschwemmungsbereiche (vgl. Anhang 3 zu den textlichen Festsetzungen):

In der Erläuterungskarte F10 sind rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche im Bereich Barmen, Kirchberg, Altenburg und Selhausen dargestellt. Auf welcher Grundlage und nach welchen Kriterien die Flächen ausgewählt wurden, ist seitens der Unteren Wasserbehörde des Kreises Düren nicht nachvollziehbar.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Entsprechend dem Ziel 7.4-7 LEP NRW wurden in Abstimmung mit der Wasserwirtschaft (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) in unbebauten und hochwassergeschützten Bereichen innerhalb des HQ100 identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die ÜB einbezogen. Mit den rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen wird ein Flächenpotential gesichert, mit dem Kommunen zum eigenen Schutz und dem ihrer Unterlieger zusätzlichen Retentionsraum schaffen können. Dies kann z. B. durch Deichrückverlegungen, Einrichtungen gesteuerter Rückhalteräume oder Gewässerrenaturierungen erfolgen. Sollen diese rückgewinnbaren Überschwemmungsflächen planerisch in Anspruch genommen werden, so wird eine Einzelfallprüfung durchgeführt, in der unter Beteiligung der Fachplanung vom Planungs- bzw. Projektträger der Nachweis erbracht werden muss, dass diese Flächen nicht für eine Rückgewinnung geeignet sind. Von der Fachplanung ermittelte HQextrem-Flächen wurden hierbei nicht einbezogen.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.

Inhalt

3. Erläuterungskarte F10: Rückgewinnbare und zukünftige Überschwemmungsbereiche (vgl. Anhang 3 zu den textlichen Festsetzungen):

In der Erläuterungskarte F10 sind rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche im Bereich Barmen, Kirchberg, Altenburg und Selhausen dargestellt. Auf welcher Grundlage und nach welchen Kriterien die Flächen ausgewählt wurden, ist seitens der Unteren Wasserbehörde des Kreises Düren nicht nachvollziehbar.

Nachfolgend werden Anmerkungen zu den ausgewiesenen Flächen gemacht:

b. Bereich südöstlich des Barmener Sees:

Südöstlich des Barmener Sees wird ein rückgewinnbarer Überschwemmungsbereich ausgewiesen. Diese Ausweisung wird grundsätzlich begrüßt. Hier verläuft jedoch der Kesselborngraben. Durch eine zusätzliche Beaufschlagung des Kesselborngrabens darf die Hochwassersituation in der Ortslage Barmen nicht verschärft werden. Die Ausweisung muss in ein Gesamthochwasserschutzkonzept für die Ortslage Barmen eingefügt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Entsprechend dem Ziel 7.4-7 LEP NRW wurden in Abstimmung mit der Wasserwirtschaft (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) in unbebauten und hochwassergeschützten Bereichen identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die ÜB einbezogen. Mit den rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen wird ein Flächenpotential gesichert, mit dem Kommunen zum eigenen Schutz und dem ihrer Unterlieger zusätzlichen Retentionsraum schaffen können. Dies kann z. B. durch Deichrückverlegungen, Einrichtungen gesteuerter Rückhalteräume oder Gewässerrenaturierungen erfolgen. Sollen diese rückgewinnbaren Überschwemmungsflächen planerisch in Anspruch genommen werden, so wird eine Einzelfallprüfung durchgeführt, in der unter Beteiligung der Fachplanung vom Planungs- bzw. Projektträger der Nachweis erbracht werden muss, dass diese Flächen nicht für eine Rückgewinnung geeignet sind. HQextrem-Flächen wurden hierbei nicht einbezogen.

Sofern an dieser Stelle Retentionsraum über das RÜB geschaffen werden soll, ist die Lage am / durch den Kesselborngraben zu berücksichtigen. Die reine Ausweisung im Regionalplan verändert die Lage vor Ort nicht. Auch die Übernahme in ein Gesamthochwasserschutzkonzept obliegt der nachgeordneten Fachplanung.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.

1007840, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>3. Erläuterungskarte F10: Rückgewinnbare und zukünftige Überschwemmungsbereiche (vgl. Anhang 3 zu den textlichen Festsetzungen):</p> <p>In der Erläuterungskarte F10 sind rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche im Bereich Barmen, Kirchberg, Altenburg und Selhausen dargestellt. Auf welcher Grundlage und nach welchen Kriterien die Flächen ausgewählt wurden, ist seitens der Unteren Wasserbehörde des Kreises Düren nicht nachvollziehbar.</p> <p>Nachfolgend werden Anmerkungen zu den ausgewiesenen Flächen gemacht:</p> <p><u>c. Bereich südlich der Ortslage Jülich-Kirchberg:</u></p> <p>Im Rahmen des Gewässerausbauverfahrens zur Herstellung der Hochwasserschutzdämme entlang der Inde und der Rur wurde eine Variantenuntersuchung durchgeführt. Hierin wurde u.a. auch die Schaffung von Retentionsraum durch die Rückverlegung des Damms Richtung der Ortslage Kirchberg geprüft. Es wurde jedoch festgestellt, dass es durch eine Beaufschlagung der als rückgewinnbarer Überschwemmungsbereich gekennzeichneten Flächen zu einer Erhöhung des Grundwasserstandes in der Ortslage Kirchberg kommen würde. Die Variante wurde daher im Rahmen des Verfahrens verworfen.</p> <p>Auf Grundlage der damaligen Untersuchungen bestehen gegen die Ausweisung dieser Fläche aus wasserwirtschaftlicher Sicht Bedenken.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Entsprechend dem Ziel 7.4-7 LEP NRW wurden in Abstimmung mit der Wasserwirtschaft (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) in unbebauten und hochwassergeschützten Bereichen identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die ÜB einbezogen. Mit den rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen wird ein Flächenpotential gesichert, mit dem Kommunen zum eigenen Schutz und dem ihrer Unterlieger zusätzlichen Retentionsraum schaffen können. Dies kann z. B. durch Deichrückverlegungen, Einrichtungen gesteuerter Rückhalteräume oder Gewässerrenaturierungen erfolgen. Sollen diese rückgewinnbaren Überschwemmungsflächen planerisch in Anspruch genommen werden, so wird eine Einzelfallprüfung durchgeführt, in der unter Beteiligung der Fachplanung vom Planungs- bzw. Projektträger der Nachweis erbracht werden muss, dass diese Flächen nicht für eine Rückgewinnung geeignet sind. HQextrem-Flächen wurden hierbei nicht einbezogen.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.</p>

Inhalt

3. Erläuterungskarte F10: Rückgewinnbare und zukünftige Überschwemmungsbereiche (vgl. Anhang 3 zu den textlichen Festsetzungen):

In der Erläuterungskarte F10 sind rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche im Bereich Barmen, Kirchberg, Altenburg und Selhausen dargestellt. Auf welcher Grundlage und nach welchen Kriterien die Flächen ausgewählt wurden, ist seitens der Unteren Wasserbehörde des Kreises Düren nicht nachvollziehbar.

Nachfolgend werden Anmerkungen zu den ausgewiesenen Flächen gemacht:

d. Bereich Niederzier-Selhausen:

Östlich der Ortslage Selhausen wird eine Fläche als rückgewinnbarer Überschwemmungsbereich zwischen dem Hochwasserdamm an der Rur und der Bebauung ausgewiesen. Im nördlichen Bereich der Fläche befindet sich der Abgang des Krauthausen-Jülicher Mühlenteichs aus der Rur. Im Hinblick auf den Hochwasserschutz befindet sich der Hochwasserschutzdamm im Bereich von Selhausen an einer sehr kritischen Stelle im Kreis Düren. Um diese Situation zu entschärfen wurden im Rahmen der Retentionsraumplanung Pierer Wald verschiedene Varianten untersucht. Eine mögliche Variante zur Schaffung von Retentionsraum stellt die Verlegung der Rur oder einzelner Gewässerabschnitte nach Westen dar. Der südliche Teil der Retentionsraumplanung Pierer Wald wurde durch den Kreis Düren genehmigt und wird demnächst umgesetzt. Weiterhin ist zu beachten, dass eine zusätzliche Beaufschlagung des Mühlenteichs und eine Verschärfung der Hochwassersituation für die Unterlieger nicht eintreten darf.

Daher bestehen gegen die vorgesehene Ausweisung des rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichs im Regionalplan aus wasserwirtschaftlicher Sicht erhebliche Bedenken. Vielmehr wird angeregt, Elemente bzw. rückgewinnbare Flächen aus der Retentionsraumplanung Pierer Wald in den Regionalplan zu übernehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Entsprechend dem Ziel 7.4-7 LEP NRW wurden in Abstimmung mit der Wasserwirtschaft (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) in unbebauten und hochwassergeschützten Bereichen identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die ÜB einbezogen. Mit den rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen wird ein Flächenpotential gesichert, mit dem Kommunen zum eigenen Schutz und dem ihrer Unterlieger zusätzlichen Retentionsraum schaffen können. Dies kann z. B. durch Deichrückverlegungen, Einrichtungen gesteuerter Rückhalteräume oder Gewässerrenaturierungen erfolgen. Sollen diese rückgewinnbaren Überschwemmungsflächen planerisch in Anspruch genommen werden, so wird eine Einzelfallprüfung durchgeführt, in der unter Beteiligung der Fachplanung vom Planungs- bzw. Projektträger der Nachweis erbracht werden muss, dass diese Flächen nicht für eine Rückgewinnung geeignet sind. HQextrem-Flächen wurden hierbei nicht einbezogen.

In Rücksprache mit dem Kreis Düren, dem WVER sowie dem Dez. 54 der BR Köln wird dem Vorschlag in Teilen gefolgt und süd-westlich von Selhausen wird zu beiden Seiten der Rur ein RÜB ergänzt.

Inhalt

3. Erläuterungskarte F10: Rückgewinnbare und zukünftige Überschwemmungsbereiche (vgl. Anhang 3 zu den textlichen Festsetzungen):

In der Erläuterungskarte F10 sind rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche im Bereich Barmen, Kirchberg, Altenburg und Selhausen dargestellt. Auf welcher Grundlage und nach welchen Kriterien die Flächen ausgewählt wurden, ist seitens der Unteren Wasserbehörde des Kreises Düren nicht nachvollziehbar.

Nachfolgend werden Anmerkungen zu den ausgewiesenen Flächen gemacht:

e. Bereich Jülich-Altenburg:

In der Ortslage Altenburg wird östlich des Krauthausen-Jülicher Mühlenteichs eine Fläche als rückgewinnbarer Überschwemmungsbereich zwischen der Ortslage und der B 56 ausgewiesen. Der Mühlenteich, der in einer Hochlage verläuft, begrenzt die Ruraue, so dass die Ausweisung nicht nachvollziehbar ist.

Eine Bürgerinitiative in Altenburg hat bereits vor vielen Jahren eine Verlegung der Rur oder eines Rurabschnittes nach Westen vorgeschlagen. Nähere Untersuchungen hierzu gibt es bisher noch nicht. Dennoch bietet sich auch hier eine entsprechende Ausweisung rückgewinnbarer Überflutungsflächen an.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Entsprechend dem Ziel 7.4-7 LEP NRW wurden in Abstimmung mit der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) in unbebauten und hochwassergeschützten Bereichen identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die ÜB einbezogen. Mit den rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen wird ein Flächenpotential gesichert, mit dem Kommunen zum eigenen Schutz und dem ihrer Unterlieger zusätzlichen Retentionsraum schaffen können. Dies kann z. B. durch Deichrückverlegungen, Einrichtungen gesteuerter Rückhalteräume oder Gewässerrenaturierungen erfolgen. Sollen diese rückgewinnbaren Überschwemmungsflächen planerisch in Anspruch genommen werden, so wird eine Einzelfallprüfung durchgeführt, in der unter Beteiligung der Fachplanung vom Planungs- bzw. Projektträger der Nachweis erbracht werden muss, dass diese Flächen nicht für eine Rückgewinnung geeignet sind. HQextrem-Flächen wurden hierbei nicht einbezogen.

Inhalt

B. Zeichnerische Festlegungen:

Gemäß Kapitel 4.7.3 der Begründung sind die maßgebliche Grundlage für die zeichnerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB) die fachplanerisch festgelegten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete (ÜSG) des HQ100. Diese überlagern teilweise Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB etc.) und Gewerbe- und Industriebereiche (GIB etc.)

Die Anhänge C bis F zur Umweltprüfung enthalten Prüfbögen zur Ausweisung von Bauflächen und Gewerbeflächen. In den Prüfbögen wird u.a. für das Schutzgut Wasser der Bestand ermittelt und eine Bewertung der Umweltauswirkungen vorgenommen.

Im Folgenden werden grundsätzliche Anregungen und detaillierte Anmerkungen zu einzelnen Bau- bzw. Gewerbegebieten gemacht:

1. Ausweisung Baugebiete (ASB etc.)/Gewerbegebiete (GIB etc.) in Überschwemmungsbereichen:

Die Gebiete DN_ASB_3, JÜL_ASB_2, JÜL_ASBF_2, MER_ASBF_1_A und DN_GIB_4 ragen in festgesetzte Überschwemmungsgebiete hinein. In den Prüfbögen wird u.a. ausgeführt, dass eine Flächeninanspruchnahme durch Aussparung des betroffenen Bereichs bei den Planungen auf den nachgelagerten Ebenen vermieden werden kann. Gegen die Ausweisung von Bauflächen innerhalb festgesetzter Überschwemmungsbereiche bestehen aus wasserwirtschaftlicher Sicht erhebliche Bedenken. Bereits auf Ebene der Regionalplanung ist die Ausweisung zurückzunehmen.

Der ASB im Süden von Kreuzau (Kre_ASB_1) befindet sich teilweise in den Überschwemmungsflächen des Wiesenbaches. Die Ausweisung ist bis zur Abgrenzung des Bebauungsplanes E 29, d.h. bis zur nördlichen Grenze der Überflutungsflächen des Wiesenbaches zurückzunehmen. Für den Hochwasserschutz Kreuzau ist die Erhaltung der Überschwemmungsflächen von wesentlicher Bedeutung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Sofern festgelegte ASB von anderen Vorranggebieten (z.B. Überschwemmungsbereichen gemäß Z.27) überlagert werden, wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinander stehen. Weitergehende Regelungen sind im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung unter Beachtung des Fachrechts aufeinander abzustimmen.

Inhalt**B. Zeichnerische Festlegungen:**

Gemäß Kapitel 4.7.3 der Begründung sind die maßgebliche Grundlage für die zeichnerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB) die fachplanerisch festgelegten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete (ÜSG) des HQ100. Diese überlagern teilweise Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB etc.) und Gewerbe- und Industriebereiche (GIB etc.)

Die Anhänge C bis F zur Umweltprüfung enthalten Prüfbögen zur Ausweisung von Bauflächen und Gewerbeflächen. In den Prüfbögen wird u.a. für das Schutzgut Wasser der Bestand ermittelt und eine Bewertung der Umweltauswirkungen vorgenommen.

Im Folgenden werden grundsätzliche Anregungen und detaillierte Anmerkungen zu einzelnen Bau- bzw. Gewerbegebieten gemacht:

2. Fehlende Darstellungen von Überschwemmungsbereichen:

Im Regionalplan fehlt die Darstellung der Überschwemmungsbereiche des Wehebaches im Bereich der Ortslage Inden/Altdorf. Das extreme Hochwasser im Juli 2021 hat die Notwendigkeit der Erhaltung der Überschwemmungsbereiche und Gewässerauen besonders deutlich gemacht. Daher ist die Darstellung der Überflutungsbereiche zu ergänzen und die Abgrenzung des ASBs hier zurückzunehmen bzw. anzupassen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die im Entwurf des Regionalplans als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preussischer Aufnahme der Fachplanung mit dem Stand von Juni 2023 dar. Für den Wehebach ergab sich dadurch eine Anpassung der ÜB, u.a. in der Ortslage Inden Altdorf.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht, hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan, sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und die Entwicklung des Siedlungsbereichs unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Sofern festgelegte ASB von anderen Vorranggebieten (z. B. Überschwemmungsbereiche gemäß (Z. 27) ÜB erhalten und entwickeln) überlagert werden, wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinander stehen. In Bauflächen von Flächennutzungsplänen und in kleineren Siedlungsbereichserweiterungen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Auf die Erläuterungen zu Ziel 27 *ÜB erhalten und entwickeln* und Ziel 28 *Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen* wird verwiesen. Eine weitergehende Abwägung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Übrigen gilt, dass der Regionalplan durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen sichert und sie vor Nutzungen schützt, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminself sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

	<p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>
--	--

Inhalt**B. Zeichnerische Festlegungen:**

Gemäß Kapitel 4.7.3 der Begründung sind die maßgebliche Grundlage für die zeichnerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB) die fachplanerisch festgelegten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete (ÜSG) des HQ100. Diese überlagern teilweise Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB etc.) und Gewerbe- und Industriebereiche (GIB etc.)

Die Anhänge C bis F zur Umweltprüfung enthalten Prüfbögen zur Ausweisung von Bauflächen und Gewerbeflächen. In den Prüfbögen wird u.a. für das Schutzgut Wasser der Bestand ermittelt und eine Bewertung der Umweltauswirkungen vorgenommen.

Im Folgenden werden grundsätzliche Anregungen und detaillierte Anmerkungen zu einzelnen Bau- bzw. Gewerbegebieten gemacht:

3. Hochwasserschutzanlagen:

Das Baugebiet LAN_ASB_1 grenzt unmittelbar an das Hochwasserrückhaltebecken (HRB) Merode. Im Umfeld des Gewerbegebiets LAN_GIBF_1 befindet sich das HRB Jüngersdorf. Die vg. HRB sind in den Prüfbögen zu berücksichtigen.

Das Baugebiet LAN_ASBF_1 umfasst teilweise eine Fläche, die als Standort für das geplante Hochwasserrückhaltebecken Frenzer Fließ gesichert ist. Die Ausweisung des Baugebiets ist im Bereich des geplanten HRB zurückzunehmen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten bzw. eine vorhabens- und standortbezogene Prüfung erfolgt auf der nachgeordneten Planungs- und

Zulassungsebene.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

1007849, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>B. Zeichnerische Festlegungen:</p> <p>Gemäß Kapitel 4.7.3 der Begründung sind die maßgebliche Grundlage für die zeichnerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB) die fachplanerisch festgelegten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete (ÜSG) des HQ100. Diese überlagern teilweise Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB etc.) und Gewerbe- und Industriebereiche (GIB etc.)</p> <p>Die Anhänge C bis F zur Umweltprüfung enthalten Prüfbögen zur Ausweisung von Bauflächen und Gewerbeflächen. In den Prüfbögen wird u.a. für das Schutzgut Wasser der Bestand ermittelt und eine Bewertung der Umweltauswirkungen vorgenommen.</p> <p>Im Folgenden werden grundsätzliche Anregungen und detaillierte Anmerkungen zu einzelnen Bau- bzw. Gewerbegebieten gemacht:</p> <p><u>4. Trinkwasserschutzgebiet:</u></p> <p>Das Baugebiet KRE_ASB_1 liegt teilweise in der Schutzzone 3A des festgesetzten Trinkwasserschutzgebiets Kreuzau - Am Lohberg. Dies ist im Prüfbogen anzupassen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Prüfbogen wird entsprechend der Anregung ergänzt.</p>

1007850, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>B. Zeichnerische Festlegungen:</p> <p>Gemäß Kapitel 4.7.3 der Begründung sind die maßgebliche Grundlage für die zeichnerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB) die fachplanerisch festgelegten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete (ÜSG) des HQ100. Diese überlagern teilweise Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB etc.) und Gewerbe- und Industriebereiche (GIB etc.)</p> <p>Die Anhänge C bis F zur Umweltprüfung enthalten Prüfbögen zur Ausweisung von Bauflächen und Gewerbeflächen. In den Prüfbögen wird u.a. für das Schutzgut Wasser der Bestand ermittelt und eine Bewertung der Umweltauswirkungen vorgenommen.</p> <p>Im Folgenden werden grundsätzliche Anregungen und detaillierte Anmerkungen zu einzelnen Bau- bzw. Gewerbegebieten gemacht:</p> <p>5. <u>Fließgewässer:</u></p> <p>In den Prüfbögen sind nicht berichtspflichtige Fließgewässer teilweise enthalten, weitgehend jedoch nicht. Dennoch sollte in den Prüfbögen für die Darstellung der Umweltauswirkungen möglichst viele kleinere Fließgewässer enthalten sein.</p> <p>Im Bereich der Ausweisungen bzw. im Umfeld verlaufen teilweise kleinere Fließgewässer, die nicht in den Prüfbögen berücksichtigt wurden. Die zu berücksichtigenden Fließgewässer werden nachfolgenden aufgeführt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ? Kesselborngraben: Im nördlichen Bereich des Plangebiets JÜL_ASB_3 • ? Fließgewässer an der Alten-Dürener-Straße: Im Umfeld der Gebiete JÜL_ASB_7 und JÜL_ASBF_4 • ? Wiesenbach: Quert das Plangebiet KRE_ASB_2 • ? Panzergraben: Im westlichen Bereich des Plangebiets KRE_ASB_3 • ? Bourheimer Fließ: Im südlichen Bereich des Plangebiets JÜL_ASB_2 • ? Nicht benanntes Gewässer: Im westlichen Bereich des Plangebiets JÜL_ASB_2 und östlich JÜL_ASBF_2 • ? Hansgraben: Im Bereich des Plangebiets DN_ASBF_1 • ? Mersheimer Graben: Im Umfeld des Plangebiets VET_GIBz_1 • ? Silberbach: Im Bereich des Plangebiets DN_GIB_5 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Im Regionalplan werden gemäß Ziel 24 Erläuterung 1 alle fachplanungsrechtlich berichtspflichtigen Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet von mehr 10 km² gemäß Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) als Oberflächengewässer zeichnerisch festgelegt. Kleinere nicht berichtspflichtige Fließgewässer sind im Einzelfall aufgrund ihrer regionalen Bedeutung festgelegt. Sofern die Kriterien auf die genannten Fließgewässer zutreffen, werden diese im Regionalplan festgelegt.</p>

1007851, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>IV. Sonstiges:</p> <p>Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes werden Flächen neu ausgewiesen, für die keine Prüfbögen im Umweltbericht enthalten sind. Als Beispiele sind Bereiche in Inden und Kreuzau-Stockheim genannt. Es wird angeregt, die Prüfbögen entsprechend zu ergänzen und für alle Neuausweisungen vorzunehmen. Eine abschließende wasserwirtschaftliche Beurteilung kann erst dann erfolgen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020).</p>

Inhalt**Abgrabungen**

Bereiche für Abgrabungen ("BSAB") werden im vorliegenden Regionalplan-Entwurf nicht dargestellt, weil die Thematik Rohstoffsicherung separat in den parallel laufenden Teilplan "Nichtenergetische Rohstoffe" ausgelagert wurde. Dennoch ergeben sich auch aus den mit dem Regionalplan-Entwurf geplanten Festsetzungen für Gebiete mit "Freiraumfunktionen" teilweise Einschränkungen für bestehende Abgrabungs-Betriebe bzw. für Planungen zur Rohstoffgewinnung. Grundsätzlich kann bei Abgrabungsflächen jede Festsetzung von "BSN", "BSLE" und "RG" zu Konflikten führen, wenn Diskrepanzen zur geplanten oder genehmigten Rekultivierung bestehen. Die Art der Rekultivierung wird durch die Genehmigungsbehörde im Abgrabungsplan nach dem AbgrG NRW jeweils verbindlich im Detail festgesetzt. Analog gilt dies für Deponieflächen (Planfeststellung bzw. Plangenehmigung nach KrWG i. V. m. DepV) und für Nassabgrabungen, die im Rahmen eines Gewässerausbauverfahrens genehmigt wurden (Planfeststellung nach WHG).

Es wird angeregt, die (bestandskräftig genehmigte) Rekultivierung von Abgrabungs- und Deponieflächen ausdrücklich von den Zielen der regionalplanerischen Festsetzungen von BSL, RG oder BSLE auszunehmen.

Insgesamt sind im Kreis Düren je nach Zählweise 15 - 20 Flächen betroffen, bei denen sich Abgrabungs- bzw. Deponiebetriebe und beabsichtigte Festsetzungen von BSN, RG oder BSLE überschneiden. Da die Größe der Schnittflächen oft unterhalb einer raumbedeutsamen Schwelle von 10 Hektar liegt, werden nachfolgend exemplarisch lediglich drei Beispiele aufgezählt. Beispielsweise steht die geplante Festsetzung eines Bereiches zum Schutz der Natur ("BSN") in der Gemeinde Nörvenich (Gemarkung Eschweiler über Feld) westlich der L 327 im Widerspruch zur "Schutzwald-Funktion" des dort errichteten Deponiewaldes (Abgrabung und ehemalige Deponie der Fa. Strabag AG): Maßnahmen und Planungen, die aus naturschutzrechtlicher Sicht notwendig erscheinen (z.B. Durchforstung, Vorzug für heimische Baumarten), können dem Schutzzweck des Deponiewaldes (Minimierung von Versickerung und Grundwasserneubildung zum Schutz des Grundwassers) entgegenstehen. Da durch die BSN-Festsetzung die dauerhafte Sicherung des Grundwassers unterhalb der ehemaligen Deponie der Fa. Strabag AG beeinträchtigt werden kann, sollte hier der entsprechende Flächenanteil von der BSN-Festsetzung ausgenommen werden

(vgl. gelbe Fläche in Abbildung a).

[s. Abbildung 1007852_1]

In analoger Weise gilt dies für die geplante Festsetzung eines BSN in Titz (Gemarkung

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1018199).

Das Verhältnisses der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Regionalplanerisch Vorgaben zur Regkultivierung von BSAB sind nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe.

Die Festlegung Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie überlagert die jeweilige regionalplanerisch beabsichtigte und anzustrebende Folgenutzung. Die festgelegte Folgenutzung richtet sich ausschließlich an die abschließende Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung und steht der vorlaufenden Abfallentsorgung oder deren Wiederaufnahme nicht entgegen. Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung von Deponien jeglicher Art hat sich in die umgebende Raumstruktur einzufügen. Die regionalplanerischen Festlegungen ermöglichen einen breiten Umsetzungskorridor, sodass die Folgenutzung ist im Rahmen des abfallwirtschaftlichen Fachverfahrens unter Berücksichtigung der fachrechtlichen Anforderungen an die Sicherheit des Deponiekörpers zu konkretisieren ist.

Ameln). Nach Abschluss der dortigen Abgrabung und Deponie der Fa. Tholen ist überwiegend die Herrichtung von Ackerflächen vorgesehen. Diese Rekultivierung kann von den regionalplanerischen Zielen des BSN abweichen. Auch hier wäre es sinnvoll, die entsprechende Fläche aus der geplanten BSN-Festsetzung auszusparen

(vgl. gelbe Fläche in Abbildung b).

[s. Abbildung 1007852_2]

Ebenso kann es bei der Festsetzung von Regionalen Grünzügen ("RG") zu rechtlichen Konflikten mit bereits bestandskräftig nach AbgrG NRW festgesetzten Rekultivierungszielen kommen. Als Beispiel sei die Abgrabung der Fa. Schlun Umwelt GmbH & Co in Aldenhoven (Gemarkung Siersdorf) genannt. Die als Rekultivierung vorgesehene Herrichtung einer Ackerfläche kann von den regionalplanerischen Zielen des RG abweichen. Auch hier wäre es sinnvoll, die entsprechende Fläche aus der geplanten RG-Festsetzung auszusparen

(vgl. gelbe Fläche in Abbildung c).

[s. Abbildung 1007852_3]

Der Vollständigkeit wird darauf hingewiesen, dass in analoger Weise bei etwa 10 weiteren Abgrabungsflächen (Planungen bzw. genehmigte Betriebe) Überschneidungen mit geplanten Festsetzungen von Gebieten zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung ("BSLE") auftreten. Auf eine Einzeldarstellung der Überschneidungen mit "BSLE" wird verzichtet, da in der Regel keine erheblichen Konflikte zwischen der beabsichtigten Ausweisung als "BSLE" und der geplanten bzw. bereits genehmigten Art der Rekultivierung zu erwarten sind.

Anhänge

[Abb_ID1007852_1.pdf](#)

[Abb_ID1007852_2.pdf](#)

[Abb_ID1007852_3.pdf](#)

1007858, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Natur und Landschaft</p> <p>1. Kreis DN, Gemarkung Langerwehe, Flur 10, Flurstück 140</p> <p>Wir regen an, die Darstellung des BSN bis an den Wehebach und die gewerbliche Bebauung heranzuführen (vgl. LP 8 ?Langerwehe?).</p> <p>[s. Abbildung 1007858_1, Original-STN S. 35]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007858_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

Inhalt

Natur und Landschaft

2. Kreis DN, Gemarkung Derichweiler, Flur 6, Flurstücke 8, 10, 68 (tlw.), 70 (tlw.), 223, 384, 446, 476 (tlw.) 478, 487, 488, 495 (tlw.), 563 (tlw.), Bereich zwischen Krummer Bach, Straße "Kaisersbenden", Laufenburgstraße und Bebauung an Schlicher Straße

Das Gebiet ist Teil eines bekannten Steinkauzhabitates und ein ausgewiesenes Landschaftsschutzgebiet gem. VO der Bezirksregierung Köln. Wir bitten von der Ausweisung als ASB abzusehen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und

	Genehmigungsebenen.
--	---------------------

1007863, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Natur und Landschaft</p> <p>3. Kreis DN, Gemarkung Nörvenich, Flur 26. Fläche zwischen zwei Waldschenkeln des Nörvenicher Waldes, begrenzt durch die L 495</p> <p>Dieses Gebiet wird als allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich dargestellt. Die im Rahmen des Tagebaus Hambach von RWE-Power flächendeckend angelegten artenschutzrechtlichen Ausgleichsflächen (Kernkonzept) erfordern für diesen Bereich u. E. eine Darstellung als BSLE.</p> <p>[S. Abbildung 1007863 _1, S. 36 (oben) der Original-STN]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007863_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1007865, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Natur und Landschaft</p> <p>4. Kreis DN, Bereich zwischen den Orten Nörvenich, Rath, Pingsheim und Dorweiler</p> <p>Dieses Gebiet wird als allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich dargestellt. Die im Rahmen des Tagebaus Hambach von RWE-Power angelegten, strukturierenden, artenschutzrechtlichen Ausgleichsflächen (Kernkonzept) erfordern u. E. eine Darstellung als BSLE.</p> <p>[s. Abbildung 1007865_1, S. 36 (unten) Original-STN]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007865_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1007870, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Natur und Landschaft</p> <p>5. Ich weise außerdem darauf hin, dass die Parzellen Gemarkung Nideggen, Flur 30, Flurstück 56 und Gemarkung Hausen, Flur 6, Flurstück 131, als Naturschutzgebiet festgesetzt sind. Beim Vergleich der Shapefiles wurden beide von der Festsetzung ASB für zweckgebundene Nutzungen "Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen" teilweise überlagert.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

Inhalt

3. Erläuterungskarte F10: Rückgewinnbare und zukünftige Überschwemmungsbereiche (vgl. Anhang 3 zu den textlichen Festsetzungen): In der Erläuterungskarte F10 sind rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche im Bereich Barmen, Kirchberg, Altenburg und Selhausen dargestellt. Auf welcher Grundlage und nach welchen Kriterien die Flächen ausgewählt wurden, ist seitens der Unteren Wasserbehörde des Kreises Düren nicht nachvollziehbar.

Nachfolgend werden Anmerkungen zu den ausgewiesenen Flächen gemacht:

a. Darstellung im Kreis Düren: In den Erläuterungskarten F10 wird nicht das gesamte Kreisgebiet Düren abgedeckt. Zudem sind in den Ausschnitten nicht alle vorhandenen Überschwemmungsbereiche dargestellt (u.a. am Merzbach, Schlichbach, Wehebach, Ellebach). Teilweise sind die Überschwemmungsbereiche nicht korrekt dargestellt (z.B. Wehebach). Die Überschwemmungsbereiche sind sowohl in der Erläuterungskarte F10 als auch in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans (hier Blatt 3 - Kreis Düren) zu korrigieren.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Entsprechend dem Ziel 7.4-7 LEP NRW wurden in Abstimmung mit der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) in unbebauten und hochwassergeschützten Bereichen innerhalb des HQ100 identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die ÜB einbezogen. Mit den rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen wird ein Flächenpotential gesichert, mit dem Kommunen zum eigenen Schutz und dem ihrer Unterlieger zusätzlichen Retentionsraum schaffen können. Dies kann z. B. durch Deichrückverlegungen, Einrichtungen gesteuerter Rückhalteräume oder Gewässerrenaturierungen erfolgen. Sollen diese rückgewinnbaren Überschwemmungsflächen planerisch in Anspruch genommen werden, so wird eine Einzelfallprüfung durchgeführt, in der unter Beteiligung der Fachplanung vom Planungs- bzw. Projektträger der Nachweis erbracht werden muss, dass diese Flächen nicht für eine Rückgewinnung geeignet sind. Von der Fachplanung ermittelte HQextrem-Flächen wurden hierbei nicht einbezogen.

Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten entsprechend der Flächen HQ100 erfolgt von der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln). Die zeichnerische Festlegung der ÜB wurde anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete aktualisiert. Zum Beispiel gab es hierbei für den Schlichbach und den Wehebach Änderungen des ÜB. Die ÜB geben somit mit ihrem ÜSG-Anteil den neuesten Stand der Überschwemmungsgebiete wieder, soweit die Maßstäblichkeit des Regionalplans dies zulässt.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.

AZ: BET_112000_1	
Gemeinde Aldenhoven	
1000981, Gemeinde Aldenhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Ausweisung von ASB</p> <p>Die Gemeinde Aldenhoven nimmt erfreut zur Kenntnis, dass den Anregungen aus den Kommunalgesprächen und den vorangegangenen Stellungnahmen im Prozess insoweit Rechnung getragen wurde, dass die ASB-Flächen entsprechend dem kommunalen Bedarf dargestellt wurden. Der Fokus lag und liegt hier auf der Entwicklung der Ortschaft Aldenhoven in südlicher Richtung sowie der Ausweisung von Bauland an der Schiene in Bezug zum zukünftigen Haltepunkt nördlich der Ortschaft Siersdorf. Seitens der Gemeinde Aldenhoven werden von daher zur Ausweisung allgemeiner Siedlungsbereiche keine Anregungen vorgebracht.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt**Ausweisung von GIB**

Auch wenn sich der Regionalplan im Kapitel 1.6 Strukturwandel im Rheinischen Revier bereits ausgiebig dem Strukturwandel und den damit verbundenen Anforderungen beschäftigt und seitens der Bezirksregierung anerkannt wird, dass der Strukturwandel im Rheinischen Revier in den betroffenen Bereichen, so auch in der Gemeinde Aldenhoven, eine zentrale Herausforderung für die räumliche Planung auf allen Planungsebenen darstellt und die Kommunen im Rheinischen Revier in besonderem Maße von dem ? von der Bundesregierung beschlossenen ? Ausstieg aus der Kohleverstromung betroffen sind, möchten die Anrainerkommunen noch einmal folgendes vorwegschicken. Die Anrainerkommunen des Rheinischen Reviers stehen durch den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung vor gewaltigen Herausforderungen. In diesem Kernrevier, das ungefähr ein Drittel des gesamten Rheinischen Reviers ausmacht, werden die größten Anpassungslasten des Braunkohleausstiegs anfallen. Konkret bedeutet dies, insgesamt rund 22.000 Arbeitsplätze und 600 Mio. Euro Wertschöpfung qualitativ, quantitativ und zeitnah zu kompensieren und hierzu neue Wertschöpfungsketten zu knüpfen. Dies rechtzeitig bis 2038 zu schaffen, damit die Region nicht durch einen zu befürchteten Strukturbruch wirtschaftlich abstürzt, stellt schon eine immense Herausforderung dar. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag nun die Zielsetzung formuliert, sogar bis 2030 aus der Braunkohleverstromung aussteigen zu wollen. Das Land NRW hat sich dieser Zielsetzung ausdrücklich angeschlossen. Den Ausstieg nun noch mal um acht Jahre vorziehen zu wollen, ist klimapolitisch nachvollziehbar, lässt die Anrainer jedoch mit größter Sorge auf die Zukunft unserer Region blicken und erfordert deutliche und zusätzliche Anstrengungen zur Strukturstärkung. Die aktuellen Gaspreis- und Strompreisentwicklungen, die Haushaltsbelastungen durch die Corona-Pandemie und die unterbrochenen Lieferketten des beschäftigungsstarken produzierenden Gewerbes kommen hinzu und steigern den Handlungsdruck zur beschleunigten, wirtschaftlichen Stärkung des hauptlasttragenden Kernreviers. Mit einem gemeinsamen Positionspapier haben sich im Dezember 2021 Kammern, Gewerkschaften, Kreise, Kommunen und Regionalverbände als legitimierte Vertreter des Rheinischen Reviers vereint an Bundes- und Landesregierung gewandt und konkrete unterstützende Maßnahmen gefordert. Darin wird verdeutlicht, dass die Bewältigung der von Bund und Land induzierten Herausforderung weit mehr Anstrengungen erfordert als den bloßen Einsatz von Strukturfördermitteln. Die sich daraus ergebenden Handlungserfordernisse erstrecken sich vielmehr auch auf die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei der Errichtung von Infrastrukturen sowie auf die bedarfsgerechte Ausweisung von Siedlungsflächen. Insbesondere die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen stellt einen zentralen Baustein im Rahmen der Strukturstärkungsstrategie dar. Die durch die zahlreichen Innovationsprojekte

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Es werden allgemeine Hinweise zu den Erfordernissen des Strukturwandels im Rheinischen Revier und den Flächenerfordernissen für die wirtschaftliche Entwicklung gegeben sowie zur Gewährleistung von entsprechenden Rahmenbedingungen durch Bund und Land.

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Dies gilt auch im Hinblick auf die Wettbewerbsgleichheit des Rheinischen Reviers im Sinne des Strukturwandels im Kontext der Herausforderungen für alle Kommunen des Regierungsbezirks Köln und der besonderen Herausforderungen im Rahmen des Strukturwandels. Die Regionalplanung muss sich dabei an den rechtlichen Vorgaben, wie Landesentwicklungsplanes NRW und Landesplanungsgesetz NRW in Hinblick auf die vorgegebenen Verfahrensvorschriften und zur bedarfsgerechten Ausweisung von Siedlungsraum orientieren. Der Wunsch zur Etablierung einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone oder landesseitige Flächenpoolösungen kann nicht von der Regionalplanung eingeführt werden, sondern richtet sich an die übergeordnete Ebene der Landesplanung und des Landes NRW.

ausgelöste wirtschaftliche Aktivität wird ihre beschäftigungspolitische Wirkung nur entfalten können, wenn zeitnah in ausreichendem Maße Flächen für Investitionen zur Verfügung stehen. Diese gibt es heute im Kernrevier gutachterlich nachgewiesen nur in sehr unzureichender Form. Vor diesem Hintergrund ist die Aufstellung des neuen Regionalplans für die Anrainerkommunen im Regierungsbezirk Köln ein entscheidender Prozess, der mit großen Erwartungen verbunden ist. Mit Blick auf die Flächenplanung sind hier u.a. die Forderungen nach Verfahrensbeschleunigung, die Etablierung einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone, landesseitige Flächenpoolösungen etc. zu nennen. Was die Anrainerkommune brauchen, sind zeitnahe und zusätzliche Flächenangebote. Wir erwarten, dass der Regionalplan alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft, um die notwendigen Grundlagen in ausreichender Menge, Qualität und Geschwindigkeit zu schaffen und er damit seinen Beitrag zu einem gelingenden Strukturwandel leistet. Auch im Lichte dieser Rahmenbedingungen bitten wir den folgenden Beitrag zum Regionalplanentwurf zu sehen.

1000995, Gemeinde Aldenhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Campus Aldenhoven (Future Mobility Park)</p> <p>Zunächst einmal nimmt die Gemeinde Aldenhoven erfreut zur Kenntnis, dass der Regionalplan den Campus Aldenhoven bzw. Future Mobility Park ? als Ergebnis eines mit der gesamten Planungsregion abgestimmten regionalen Gewerbeflächenkonzeptes ? neben den GIBregional- und GIBplus-Standorten, als einen von vier Strukturwandel-Starterstandorten identifiziert und ausgewiesen hat. Bezüglich der Relevanz dieses Standortes verweise ich der Vollständigkeit halber noch einmal auf die Ausführungen der Gemeinde im informellen Prozess, ebenso aber auch auf die Eingaben unserer kommunalen Partner, der Kreise sowie der Verbände, die die überregionale Bedeutsamkeit dieses Standortes noch einmal deutlich herausstellen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

Center for Vertical Mobility (Future Mobility Park)

Darüber hinaus möchte ich in diesem Zusammenhang aber auf eine nicht in Gänze zutreffende Abgrenzung hinweisen. Seitens der Gemeinde Aldenhoven wird empfohlen, sich für die Abgrenzung an der östlichen bzw. südöstlichen Grenze des GIB, an den gewerblichen Flächen des "Center for Vertical Mobility" zu orientieren. Für diese ist bereits die Anpassung an die Ziele der Landesplanung bestätigt worden, sodass hier eine sanfte Abrundung der GIB-Grenzen vorgenommen werden könnte, um dem aktuellen Planungsstand Rechnung zu tragen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird teilweise geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht, hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan, sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass eine Festlegung als GIB im südwestlichen Bereich im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da die zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, "linienhafte" Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1001004, Gemeinde Aldenhoven

Inhalt

Business Park Alsdorf ? Norderweiterung (Future Mobility Park)

Ein weiterer Bestandteil des Future Mobility Parks ist die Ost-Erweiterung des Business Parks Alsdorf, die trotz ihrer hohen Bedeutung ? auch für den Strukturwandel ? leider im aktuellen Planentwurf noch keine Berücksichtigung gefunden hat. Im aktuellen Entwurf des Regionalplans wurden auf dem Gebiet der Stadt Alsdorf sogar in regionalplanerisch geringem, für die Kommunen jedoch bedeutsamen Umfang GIB-Flächen nördlich des Business Park Alsdorf zurückgenommen und sollen wieder in Freiraum mit der Freiraumfunktion ?Regionaler Grünzug? umgewandelt werden. Dieser bisher bestehende GIB-Bereich ist Teil der ersten interkommunalen Erweiterung des Business Park Alsdorf Aldenhoven (nördliche Erweiterung) die gemeinsam durch die Stadt Alsdorf und die Gemeinde Aldenhoven geplant und realisiert wird. Die hierfür maßgeblichen Aufstellungsbeschlüsse wurden bereits im Jahr 2019 gefasst, sowohl für die Änderung beider Flächennutzungspläne als auch für die Aufstellung der Bebauungspläne 366 der Stadt Alsdorf bzw. 85 S der Gemeinde Aldenhoven. Die hierfür erforderliche landesplanerische Anfrage gem. § 34 LPlG erfolgte mit Schreiben vom 19. Dezember 2019, die Bestätigung der Anpassung erging mit Bescheid vom 17. März 2020. Hierzu verweise ich auch auf die Stellungnahme der Stadt Alsdorf. Auch hier wird ? anlog zum Campus Aldenhoven und dem Center for Vertical Mobility ? angeregt, sich bei der Abgrenzung des GIB-Bereichs an der bereits bestehenden und angepassten Planung zu orientieren, um Rechtsunsicherheiten vorzubeugen.

Darüber hinaus wird in Abstimmung mit der Stadt Alsdorf anregt, die oben genannten GIB-Flächen auf dem Gebiet der Stadt Alsdorf sowie die GIB-Flächen auf dem Gebiet der Gemeinde Aldenhoven als GIBregional festzulegen. Die Voraussetzungen für die Flächenentwicklung als GIBregional sind bereits gegeben, da entsprechend der textlichen Festsetzungen, GIBregional den beteiligten Kommunen einer Teilregion zur Wirtschaftsentwicklung dienen sollen und von der Belegenheitskommune und mindestens einer weiteren Kommune unabhängig von kommunalen Bedarfen gemäß den Festlegungen in Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umzusetzen und zu entwickeln sind. Da bei der hiesigen Entwicklung des Gewerbegebietes die interkommunale Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde Aldenhoven und der Stadt Alsdorf bereits erfolgreich praktiziert wird, kann hier auf einer Gesamtfläche von ca. 15 ha GIBregional festgelegt werden. Im Gegenzug könnten GIBregional-Flächen im Bereich des Gewerbegebiets Alsdorf-Schaufenberg zurückgenommen und dem endogenen Bedarf zugeführt werden. Hierzu verweise ich auch auf die Stellungnahme der Stadt Alsdorf.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen geändert (s. Änderungskarten).

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) bereits eine bedarfsgerechte Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben im Kreis Düren. Regionale Potentialflächen fallen nicht unter die kommunale Bedarfsbetrachtung und stehen gemäß den Zielfestlegungen Flächenüberhänge vermeiden und abbauen den Belegenheitskommune daher auch nicht als Tauschflächen für eine kommunale Entwicklung zur Verfügung.

Die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes ist gemäß den Festlegungen Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten innerhalb der GIB Festlegungen auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung möglich. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der bauleitplanerischer Umsetzung und der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.

1001006, Gemeinde Aldenhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Business Park Aldenhoven Alsdorf ? Osterweiterung (Future Mobility Park)</p> <p>Ebenso erfreut hat die Gemeinde Aldenhoven zur Kenntnis genommen, dass nach einer Intervention des Kreises Düren und mit dem gemeinsamen Wunsch der kommunalen Akteure, das Rheinische Revier zukunftsfähig aufzustellen, der Regionalrat eine entsprechende Resolution verabschiedet hat und eine Task Force auf höchster Ebene gegründet wurde, um dem Strukturwandel schnell und effizient zu begegnen. Ziel der Task Force ist, Wirtschaftsflächen schnell auszuweisen, umzusetzen und zur Marktreife zu bringen, Unternehmen ebenso schnell und unbürokratisch anzusiedeln sowie die erforderlichen Netzkapazitäten und die Infrastruktur noch in diesem Jahrzehnt in Dienst zu stellen. Die Task Force hat hierzu unter Anderem Transformationsstandorte im Rheinischen Revier identifiziert zur Verortung zusätzlicher GIB mit der Zweckbindung ?Transformationsstandorte für den Strukturwandel?. Hierzu wurden Standorte herangezogen, die bei der Neuaufstellung des Regionalplans durch den Prozess Region+ Wirtschaft als geeignete GIBplus-Standorte qualifiziert wurden, jedoch mangels errechneter Bedarfe nicht in das vorgelegte Plankonzept aufgenommen wurde. Dies sind Flächen, die über den endogenen Bedarf hinaus in den Kommunen anerkannt werden, um den Bedürfnissen des Rheinischen Reviers im Strukturwandel Rechnung zu tragen. Insgesamt wurden in der ?Sonderplanungszone Rheinisches Revier? vier Flächen mit einem Flächenvolumen von rund 500ha identifiziert. Eine dieser Flächen ist die Ost-Erweiterung des Business Parks Aldenhoven Alsdorf, die im Transformationsprozess mit rund 90 ha verortet wurde. Die Bedeutung des Standorts wurde bereits im informellen Verfahren überdeutlich herausgestellt und in der Lenkungsgruppe sowie auf Ebene der interkommunalen Arbeitskreise bestätigt. Hierzu nehme ich auch Bezug auf den Austausch zwischen Bezirksregierung, Kreis und Kommunen am 2. Juni 2022. Die Gemeinde Aldenhoven bittet daher um Aufnahme der Osterweiterung des Business Parks Aldenhoven Alsdorf als zusätzlicher GIB mit der Zweckbindung ?Transformationsstandorte für den Strukturwandel?.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die textliche und zeichnerische Festlegung wird geändert (siehe Änderungssynopse Text und Änderungskarte).</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage wird der Bereich als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.</p>

Inhalt**Ausweisung endogener Bedarfe**

Wie bereits zuvor ausgeführt, freut sich die Gemeinde Aldenhoven, wichtiger Akteur im Strukturwandel im Rheinischen Revier zu sein und Aufgaben für das Revier und die Region zu übernehmen. Dies auch mit den damit verbundenen Lasten, die der Gemeinde bereits aus dem ersten Strukturwandel bestens bekannt sind (Steinkohle). Darüber hinaus ergeben sich jedoch auch endogene Bedarfe, die nach Ansicht der Kommune derzeit noch keine ausreichende Berücksichtigung finden. Die Gemeinde Aldenhoven ist ein sehr attraktiver und nachgefragter Gewerbestandort im ?Speckgürtel? des Groß- und Gewerberaums Aachen. Dies hat schon immer zu erhöhtem Bedarf an Gewerbeflächen, auch abseits des Strukturwandels geführt. Diese Nachfrage wird auch in der Zukunft nicht abnehmen. Vor allem die Nähe zu den beiden Autobahnen A4 und A44, die günstige Lage an weiteren wichtigen Verkehrsachsen sowie der künftige Bahnanschluss und die unmittelbare Nähe zu den Hochschulstandorten werden die Nachfrage weiter erhöhen. Bereits heute ist die Kommune nicht in der Lage endogene Bedarfe zu bedienen. Bereits im informellen Prozess hat die Gemeinde Aldenhoven dargestellt, dass die nach der GIFPRO-Methode ermittelten endogenen Bedarfe nicht der vor Ort wahrnehmbaren Realität entsprechen. Vielmehr zeichnet sich für die Kommune das Bild ab, dass immer dann, wenn gewerbliche Bauflächen dem Markt zugeführt werden konnten, diese vielfach überzeichnet waren. Hierdurch bieten sich den lokalen Unternehmen keine Erweiterungsmöglichkeiten, es drohen Wegzug, Betriebsaufgaben oder wirtschaftliche Einbußen. Die überaus dynamische und sprunghafte Vermarktung von Gewerbeflächen im Gemeindegebiet kann durch die GIFPRO-Methode nicht dargestellt werden, wodurch für die Gemeinde Aldenhoven ein analytisch vollkommen falsches Bild gezeichnet wird. Insbesondere den schwierigen eigentumsrechtlichen Hindernissen kann diese Methode nicht gerecht werden. Darüber hinaus werden der Gemeinde Aldenhoven immer wieder gewerbliche Bauflächen als Reserveflächen zugerechnet, die aber am Campus Aldenhoven bzw. im Future Mobility Park verortet sind. Diese Flächen stehen der Kommune jedoch für den endogenen Bedarf nicht zur Verfügung, da diese interkommunal und überregional entwickelt und vermarktet werden. Der Future Mobility Park mit seinen Standorten Campus Aldenhoven und Business Park Aldenhoven Alsdorf verfolgt im Kontext des Rheinischen Reviers im Strukturwandel andere Ziele, als die Ausweisung endogener Bedarfe für lokale Unternehmen. Faktisch verfügt die Gemeinde Aldenhoven derzeit nur noch über eine Reserve von 6 ha im Gewerbegebiet Aldenhoven-Ost an der Stadtgrenze zur Stadt Jülich, die sich aber seit über 30 Jahren aus eigentumsrechtlichen Gründen nicht entwickeln lassen. Dies entspricht nicht einmal der Hälfte, der in den textlichen Festsetzungen (Seite 58) ermittelten 14 ha Bedarf für die Gemeinde Aldenhoven, obgleich der tatsächliche Bedarf noch wesentlich höher liegen

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW für die Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen

dürfte.

wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich. Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz,

Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret im Kreis Düren.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt. Daher ist die veränderte Festlegung der Zweckbestimmung in Bezug auf die Anregung zum Future Mobility Park folgerichtig.

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1021205).

1001013, Gemeinde Aldenhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Ausweisung endogener Bedarfe</p> <p>Im Einzelnen regt die Gemeinde Aldenhoven daher an, die nachfolgenden Flächen aus dem Region+-Prozess als GIBflex-Standorte im Regionalplan auszuweisen:</p> <p><u>Fläche Aldenhoven ?L 11?</u></p> <p>Die Fläche ?Aldenhoven L 11? liegt westlich von Aldenhoven, zwischen der A 44 und der L 11 und hat eine Flächengröße von 13,751 ha. Im Regionalplan stellt die Fläche ? Allgemeine Freiraum? und Agrarbereiche? dar. Die Fläche wird aktuell für landwirtschaftliche Zwecke genutzt und ist im Flächennutzungsplan der Gemeinde Aldenhoven als ?Flächen für die Landwirtschaft? ausgewiesen. Der Erschließungsaufwand bei dieser Fläche ist als gering einzustufen. Die Verkehrsanbindung an die A 44 beträgt weniger als 500m, und an die L 11 kann der Anschluss unmittelbar erfolgen. Die Entfernung zum nächsten SPNV-Haltepunkt beträgt ca. 6,5 km (Alsdorf) bzw. 7,5 km (Jülich). Diese Entfernung zu SPNV-Haltepunkten würde sich entsprechend verringern, wenn die Inbetriebnahme des neuen SPNV-Haltespunktes nahe der Fläche ? Campus Aldenhoven? erfolgt (3,5 km). Die Entfernung zum nächstgelegenen ÖPNV-Haltepunkt beträgt wenige Meter und ist zu Fuß innerhalb einer Minute zu erreichen. Bei den notwendigen Flächen herrschen überaus einfache Eigentumsverhältnisse vor, da sich diese im Eigentum von nicht mehr als drei Eigentümern befinden. Auch die topographischen Verhältnisse sind als einfach einzustufen.</p> <p>Bezüglich der zeichnerischen Abgrenzung wird auf die Steckbriefe im Prozess Region+ Wirtschaft sowie die Gewerbeflächenkonzepte des Kreises Düren und des indelandes hingewiesen. Gerne können diese auch noch einmal in einem Kommunalgespräch erörtert werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Für die Gemeinde Aldenhoven besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> GIBflex.</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBflex ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001014, Gemeinde Aldenhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Ausweisung endogener Bedarfe</p> <p>Im Einzelnen regt die Gemeinde Aldenhoven daher an, die nachfolgenden Flächen aus dem Region+-Prozess als GIBflex-Standorte im Regionalplan auszuweisen:</p> <p><u>Fläche Aldenhoven ?B 56?</u></p> <p>Die folgende Fläche ?Aldenhoven B 56? ist nördlich der A 44, zwischen der B 56 und L 228 zu verorten. Ihre Flächengröße beträgt 29,474 ha. Aktuell wird sie für die Landwirtschaft sowie als Sand- und Kiesgrube genutzt. Im Regionalplan wird die Fläche als ?Allgemeiner Freiraum? und Agrarbereich und als Bereich für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung, sowie zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze? dargestellt. Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Aldenhoven erfolgt derzeit eine Ausweisung als ?Flächen für die Landwirtschaft sowie Flächen für Aufschüttungen KI/SA?. Dies kann dem Gewerbeflächenkonzept des Kreises Düren so entnommen werden. Der Erschließungsaufwand dieser Fläche ist als mittel einzustufen und die Verkehrsanbindung ist sehr gut, da die Fläche unmittelbar an der A 44 sowie der B 56 liegt. Die kürzeste Entfernung zum nächstgelegenen SPNV-Haltepunkt beträgt ca. 6,4 km (Jülich) bzw. 7,2 km (Aldenhoven - Der Bürgermeister - 24. Juni 2022 6/7 km (Alsdorf) und ist via ÖPNV und mit dem PKW zu erreichen. Der nächstgelegene ÖPNV-Haltepunkt ist in weniger als 400m Luftlinie zu erreichen. Bei den notwendigen Flächen herrschen überaus einfache Eigentumsverhältnisse vor. Auch die topographischen Verhältnisse sind als einfach einzustufen.</p> <p>Bezüglich der zeichnerischen Abgrenzung wird auf die Steckbriefe im Prozess Region+ Wirtschaft sowie die Gewerbeflächenkonzepte des Kreises Düren und des Landes hingewiesen. Gerne können diese auch noch einmal in einem Kommunalgespräch erörtert werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Für die Gemeinde Aldenhoven besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> GIBflex.</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBflex ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001015, Gemeinde Aldenhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Ausweisung endogener Bedarfe</p> <p>Im Einzelnen regt die Gemeinde Aldenhoven daher an, die nachfolgenden Flächen aus dem Region+-Prozess als GIBflex-Standorte im Regionalplan auszuweisen:</p> <p><u>Fläche Aldenhoven ?A 44?</u></p> <p>Die Fläche liegt nördlich der A 44 und ist 27,382 ha groß. Die aktuelle Nutzung dient ebenfalls der Landwirtschaft. Der Regionalplan weist die vorliegende Fläche als Allgemeinen Freiraum? und Agrarbereich aus. Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Aldenhoven erfolgt eine Ausweisung als Fläche für die Landwirtschaft. Es besteht voraussichtlich ein hoher Erschließungsaufwand. Was die Verkehrsanbindung anbelangt, so beträgt die Entfernung A 44 (Auffahrt Aldenhoven) 1,3 km bzw. zur Auffahrt Jülich 2,5 km. Die L 136 liegt in einer Entfernung von weniger als 300m. Die Entfernung zum nächstgelegenen SPNV-Haltepunkt beträgt ca. 6 km (Jülich) bzw. 7,5 km (Alsdorf) und ist über das beschriebene Verkehrsnetz zeitnah erreichbar. Der nächstgelegene ÖPNV-Haltepunkt ist in weniger als 500m Luftlinie zu erreichen. Bei den notwendigen Flächen herrschen überaus einfache Eigentumsverhältnisse vor. Auch die topographischen Verhältnisse sind als einfach einzustufen.</p> <p>Bezüglich der zeichnerischen Abgrenzung wird auf die Steckbriefe im Prozess Region+ Wirtschaft sowie die Gewerbeflächenkonzepte des Kreises Düren und des indelandes hingewiesen. Gerne können diese auch noch einmal in einem Kommunalgespräch erörtert werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Für die Gemeinde Aldenhoven besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> GIBflex.</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBflex ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001016, Gemeinde Aldenhoven

Inhalt

Im Einzelnen regt die Gemeinde Aldenhoven daher an, die nachfolgenden Flächen aus dem Region+-Prozess als GIBflex-Standorte im Regionalplan auszuweisen:

Fläche Aldenhoven ?Nördliche Erweiterung Gewerbegebiet Aldenhoven Ost?

Die vorliegende Fläche liegt zwischen der A 44 und der L 136, an das Gewerbegebiet Aldenhoven Ost angrenzend und hat eine Flächengröße von 16,134 ha. Auch diese Fläche wird aktuell für die Landwirtschaft genutzt und wird im Regionalplan als ?Allgemeiner Freiraum? und Agrarbereich? gekennzeichnet. Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Aldenhoven weist Flächen für die Landwirtschaft aus. Es besteht ein geringer Erschließungsaufwand. Der Abstand zur A 44 beträgt ca. 1,2 km und das Plangebiet grenzt unmittelbar an die L 136. Die Entfernung zum nächstgelegenen SPNV-Haltepunkt beträgt ca. 6 km (Jülich) bzw. 7,5 km (Alsdorf) und ist über das beschriebene Verkehrsnetz zeitnah erreichbar. Der nächstgelegene ÖPNV-Haltepunkt ist in weniger als 500m Luftlinie zu erreichen.

Bei den notwendigen Flächen herrschen einfache Eigentumsverhältnisse vor. Auch die topographischen Verhältnisse sind als einfach einzustufen. Diese Fläche wird zurzeit nicht weiter zur Ausweisung empfohlen, da derzeit die Verwendung zur Ansiedlung einer Freiflächen-PV-Anlage geprüft wird. Eine Ausweisung als GIB könnte dieser Nutzungsabsicht entgegenstehen, inwieweit eine Ausweisung als GIBflex der Nutzung zuwiderlaufen würde, ist regionalplanerisch zu beantworten.

Auch wenn die Inanspruchnahme der GIBflex-Bereiche für andere, nicht dem jeweiligen Siedlungszweck dienenden Nutzungen, im Rahmen der planerischen Abwägung möglich ist, sollte auf eine Ausweisung zugunsten anderer Standorte verzichtet werden. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Sinne des ROG Vorbehaltsgebiete bestimmten Funktionen oder Nutzungen vorbehalten sind, denen bei der Abwägung mit konkurrierenden Funktionen oder Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist und innerhalb festgelegter GIBflex-Gebiete Planungen und Maßnahmen vermieden werden sollen, die mit der jeweiligen Siedlungsfunktion nicht vereinbar sind.

Bezüglich der zeichnerischen Abgrenzung wird auf die Steckbriefe im Prozess Region+ Wirtschaft sowie die Gewerbeflächenkonzepte des Kreises Düren und des indelandes hingewiesen. Gerne können diese auch noch einmal in einem Kommunalgespräch erörtert werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Für die Gemeinde Aldenhoven besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* GIBflex.

Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBflex ist nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1001017, Gemeinde Aldenhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Im Einzelnen regt die Gemeinde Aldenhoven daher an, die nachfolgenden Flächen aus dem Region+-Prozess als GIBflex-Standorte im Regionalplan auszuweisen:</p> <p><u>Fläche Aldenhoven ?Südliche Erweiterung Gewerbegebiet Aldenhoven Ost?</u></p> <p>Die vorliegende Fläche liegt südlich der A 44, an das Gewerbegebiet Aldenhoven?Ost angrenzend und hat eine Flächengröße von 24,869 ha. Ihre aktuelle Nutzung dient ebenfalls der Landwirtschaft. Der Regionalplan sieht für die vorliegende Fläche Allgemeinen Freiraum? und Agrarbereich sowie Flächen für die Gewinnung von Bodenschätzen und Flächen für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung vor. Gemeinde Aldenhoven. Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Aldenhoven weist für die vorliegende Fläche ?Flächen für die Landwirtschaft? aus. Der Erschließungsaufwand ist als mittel bis hoch einzustufen. Die Entfernung zur A 44 beträgt ca. 2,2 km und zur L 136 lediglich 0,6 km Luftlinie. Der nächstgelegene SPNV-Haltepunkt liegt in einer Entfernung von ca. 4,75 km Luftlinie (Jülich) und die Entfernung des nächstgelegenen ÖPNV-Haltepunktes beträgt ca. 900m Luftlinie zum Plangebiet. Bei den notwendigen Flächen herrschen durchaus einfache Eigentumsverhältnisse vor. Auch die topographischen Verhältnisse sind als einfach einzustufen.</p> <p>Bezüglich der zeichnerischen Abgrenzung wird auf die Steckbriefe im Prozess Region+ Wirtschaft sowie die Gewerbeflächenkonzepte des Kreises Düren und des indelandes hingewiesen. Gerne können diese auch noch einmal in einem Kommunalgespräch erörtert werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Für die Gemeinde Aldenhoven besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> GIBflex.</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBflex ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

Ausweisung endogener Bedarfe

Aus diesem Grund regt die Gemeinde Aldenhoven an, analog zur Vorgehensweise in anderen Kommunen, in der Nähe des Gewerbegebiets Aldenhoven-Ost bzw. in der Nähe zur Ortschaft Aldenhoven GIBflex-Gebiete auszuweisen, die der Kommune ermöglichen, endogene Bedarfe flexibel und zielgerichtet in der Nähe eines ASB oder vorzugsweise in der Nähe eines GIB zu verorten und umzusetzen, ohne den Regionalplan ändern zu müssen. Bezüglich der angeregten GIBflex-Gebiete verweise ich auf die Gewerbeflächenkonzepte des Kreises Düren und des indelandes, wo diese Bereiche als sogenannte ?Suchräume? bereits identifiziert wurden. Ebenso verweise ich auf meine Eingaben im Prozess Region+ Wirtschaft vom 27. März 2019. Im Einzelnen regt die Gemeinde Aldenhoven daher an, die nachfolgenden Flächen aus dem Region+-Prozess als GIBflex-Standorte im Regionalplan auszuweisen [Anmerkung: Einzelne Flächenvorschläge befinden sich in jeweiliger Teilstellungnahme].

Die Aufnahme dieser Flächen oder zumindest eines Teils der Flächen als GIBflex-Gebiet würde die Gemeinde Aldenhoven in die Lage versetzen, endogene Bedarfe zielgerichteter darzustellen und auch Betriebsumsiedlungen aus der Städtereion Aachen aufzunehmen, die aufgrund dort mangelnder Reserveflächen regional verortet werden sollten. Die Ausweisung der genannten Flächen als GIBflex-Gebiete erscheint insoweit möglich und sinnvoll, da sie ergänzend zu den bestehenden GIB-Bereichen raumverträgliche und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche regionalplanerisch sichern.

Da alle angeregten Bereich die regionalplanerische Darstellungsschwelle von 10 ha überschreiten, kommen diese ebenfalls zur Ausweisung in Betracht. Bezüglich der zeichnerischen Abgrenzung wird auf die Steckbriefe im Prozess Region+ Wirtschaft sowie die Gewerbeflächenkonzepte des Kreises Düren und des indelandes hingewiesen. Gerne können diese auch noch einmal in einem Kommunalgespräch erörtert werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Für die Gemeinde Aldenhoven besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* GIBflex.

Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBflex ist nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Es wird in diesem Zusammenhang auf die Teilstellungnahmen zu den weiteren angeregten GIB-Flex-Festlegungen verwiesen.

Inhalt

Genereller Hinweis zur aktuellen Aufstellung des Flächennutzungsplans

Wie Sie wissen stellt die Stadt Düren derzeit auch den Flächennutzungsplan neu auf. Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes hat die Stadt Düren Prüfflächen für die künftige Wohnbaulandentwicklung und gewerbliche Entwicklung identifiziert und in das Aufstellungsverfahren eingebracht. Der erste Vorentwurf zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes wurde 2019/2020 in den Bezirksausschüssen vorgestellt und öffentlich diskutiert. Dabei wurden die dargestellten sogenannten Prüfflächen diskutiert, ergänzt und z.T. rausgenommen. Auf Grundlage der Diskussionsergebnisse aus den Bezirksausschüssen hat der Ausschuss für Stadtentwicklung am 02.12.2020 den Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gefasst. Der Vorentwurf des Flächennutzungsplanes sieht insgesamt rd. 62 Prüfflächen für Wohnbauflächen (rd. 158 ha) und 7 Prüfflächen für gewerbliche Bauflächen (rd. 95 ha) vor. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange diente zum einen als erster Einstieg in die Diskussion und zum anderen der grundsätzlichen Informationsbeschaffung zu den einzelnen Prüfflächen. Aufgrund der hohen Zahl eingegangener Stellungnahmen und Anregungen wird derzeit davon ausgegangen, dass die Auswertung ein Jahr beanspruchen wird. Nach der Bewertung aller Prüfflächen wird die Verwaltung einen Vorschlag erarbeiten, welche Prüfflächen sich als künftige Wohnbauflächen bzw. Gewerbeflächen im Flächennutzungsplan eignen. Im nächsten Verfahrensschritt der Offenlage wird der Vorschlag erneut in den Bezirksausschüssen diskutiert. Nach derzeitigem Stand wird davon ausgegangen, dass die Diskussion in den Bezirksausschüssen Anfang 2023 erfolgt. Parallel zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde die landesplanerische Anfrage gem. § 34 LPiG NRW gestellt. Mit Schreiben vom 09.03.2022 liegt die landesplanerische Antwort vor und wird im Weiteren unabhängig von der Stellungnahme der Stadt Düren zum Regionalplan Köln mit Ihnen abgestimmt. Bevor auf die einzelnen Themenbereiche und Darstellungen des Regionalplanes eingegangen wird soll darauf hingewiesen werden, dass der Entwurf des Flächennutzungsplanes der Stadt Düren nicht in der Fassung zur frühzeitigen Beteiligung des FNP berücksichtigt wurde. Gemäß Aussagen aus Ihrem Haus wurde für die derzeitige Beteiligung zur Neuaufstellung des Regionalplanes ein Plankonzeptstand von Januar 2020 herangezogen. Dadurch sind insbesondere diejenigen Prüfflächen, die nach den Diskussionen in den Bezirksausschüssen in den Entwurf des Flächennutzungsplans der Stadt Düren aufgenommen wurden, nicht im

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der kommunalen Bauleitplanung im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht.

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt von Ausnahmen abgesehen bei einer Größenordnung von 10 ha. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Entwurf des Regionalplanes Köln berücksichtigt. Wenngleich es sich bei den Flächen lediglich um ?Prüfflächen? handelt, ist eine Berücksichtigung des gesamten Flächenkonzepts auch bei der Neuaufstellung des Regionalplans zu berücksichtigen, um eine fundierte Entscheidung im Rahmen der Abwägung zu begründen. Zur Vollständigkeit habe ich Ihnen den Entwurf des Flächennutzungsplanes mit Stand der frühzeitigen Beteiligung als Anlage der Stellungnahme beigelegt und bitte im weiteren Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln im Sinne des Gegenstromprinzips gem. § 1 Abs. 3 ROG um Berücksichtigung.
[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Inhalt**Genereller Hinweis zum anstehenden Strukturwandel**

Düren gehört mit seiner Abbruchkannte zum Tagebau Inden zu den seit Jahren unmittelbar betroffenen Kommunen im Rheinischen Revier und war Mitinitiator der durch den anstehenden Strukturwandel sog. Anrainerkommunen. Die Anrainerkommunen des Rheinischen Reviers stehen durch den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung vor gewaltigen Herausforderungen. In diesem Kernrevier, das ungefähr ein Drittel des gesamten Rheinischen Reviers ausmacht, werden die größten Anpassungslasten des Braunkohleausstiegs anfallen. Konkret bedeutet dies, insgesamt rund 22.000 Arbeitsplätze und 600 Mio. Euro Wertschöpfung qualitativ, quantitativ und zeitnah zu kompensieren und hierzu neue Wertschöpfungsketten zu knüpfen. Dies rechtzeitig bis 2038 zu schaffen, damit die Region nicht durch einen zu befürchteten Strukturbruch wirtschaftlich abstürzt, stellt schon eine immense Herausforderung dar. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag nun die Zielsetzung formuliert, sogar bis 2030 aus der Braunkohleverstromung aussteigen zu wollen. Das Land NRW hat sich dieser Zielsetzung ausdrücklich angeschlossen. Den Ausstieg nun noch mal um acht Jahre vorziehen zu wollen, ist klimapolitisch nachvollziehbar, lässt die Anrainer jedoch mit größter Sorge auf die Zukunft unserer Region blicken und erfordert deutliche und zusätzliche Anstrengungen zur Strukturstärkung. Die aktuellen Gaspreis- und Strompreisentwicklungen, die Haushaltsbelastungen durch die Corona-Pandemie und die unterbrochen Lieferketten des beschäftigungsstarken produzierenden Gewerbes kommen hinzu und steigern den Handlungsdruck zur beschleunigten, wirtschaftlichen Stärkung des hauptlasttragenden Kernreviers. Mit einem gemeinsamen Positionspapier haben sich im Dezember 2021 Kammern, Gewerkschaften, Kreise, Kommunen und Regionalverbände als legitimierte Vertreter des Rheinischen Reviers vereint an Bundes- und Landesregierung gewandt und konkrete unterstützende Maßnahmen gefordert. Darin wird verdeutlicht, dass die Bewältigung der von Bund und Land induzierten Herausforderung weit mehr Anstrengungen erfordert als den bloßen Einsatz von Strukturfördermitteln. Die sich daraus ergebenden Handlungserfordernisse erstrecken sich vielmehr auch auf die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei der Errichtung von Infrastrukturen sowie auf die bedarfsgerechte Ausweisung von Siedlungsflächen. Insbesondere die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen stellt einen zentralen Baustein im Rahmen der Strukturstärkungsstrategie dar. Die durch die zahlreichen Innovationsprojekte ausgelöste wirtschaftliche Aktivität wird ihre beschäftigungspolitische Wirkung nur entfalten können, wenn zeitnah in ausreichendem Maße Flächen für Investitionen zur Verfügung stehen. Diese gibt es heute im Kernrevier gutachterlich nachgewiesen nur in sehr unzureichender Form. Vor diesem Hintergrund ist die Aufstellung des neuen Regionalplans für die Anrainerkommunen im Regierungsbezirk Köln ein entscheidender Prozess, der mit großen Erwartungen verbunden ist. Mit Blick auf die Flächenplanung

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der vorliegende Entwurf eines Regionalplanes entspricht den geltenden rechtlichen Vorgaben auf Landes- und Bundesebene. Die Einführung von Verfahrensbeschleunigungen, die Etablierung einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone sowie landesseitige Flächenpoolösungen obliegt der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und den parlamentarischen Gremien auf Landesebene und gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus und sind nicht mit den aktuellen Landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW vereinbar

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich werden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

sind hier u.a. die Forderungen nach Verfahrensbeschleunigung, die Etablierung einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone, landesseitige Flächenpoolösungen etc. zu nennen. Was die Anrainerkommune brauchen, sind zeitnahe und zusätzliche Flächenangebote. Wir erwarten, dass der Regionalplan alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft, um die notwendigen Grundlagen in ausreichender Menge, Qualität und Geschwindigkeit zu schaffen und er damit seinen Beitrag zu einem gelingenden Strukturwandel leistet. Auch im Lichte dieser Rahmenbedingungen bitten wir die folgende Stellungnahme zum Regionalplanentwurf zu sehen.

Nachfolgend werden die Anregungen zum Planentwurf nach Ortsteilen differenziert skizziert und erläutert, bevor abschließend noch auf einige allgemeine Themenbereiche eingegangen wird.

1005392, Stadt Düren

Inhalt

Merken:

Die Wohnraumentwicklung Merkens fokussiert sich im Wesentlichen auf die Ortsrandarrondierung. Einige noch nicht im Regionalplan berücksichtigte Prüfflächen sollten entsprechend im Regionalplanentwurf aufgenommen werden (siehe hierfür die nachfolgende Überlagerung der Prüfflächen mit dem Regionalplan sowie den Entwurf des FNP der Stadt Düren). Der Regionalplan sollte überdies Entwicklungsmöglichkeiten Richtung Norden (künftiges Seeufer) ermöglichen sowie Richtung Süden zur K35n. Hinsichtlich des Maßstabes von 1:50.000 ist nicht ersichtlich warum zwischen der Tagebaurandstraße im Norden und der K35n nicht die Darstellung als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) gewählt wurde. Insbesondere die Darstellung des Regionalen Grünzuges zwischen ASB und K35n erscheint nicht sinnvoll. Der ASB sollte bis zu der dargestellten K35n und der Tagebaurandstraße erweitert werden, um zum einen Spielraum für den südlichen Ortseingang zu bieten und eine mögliche ? wenn auch nur punktuelle - bauliche Öffnung Merkens zum künftigen Seeufer zu ermöglichen. Insbesondere die Darstellung des Regionalen Grünzuges zwischen ASB und K35n erscheint nicht sinnvoll. Der ASB sollte bis zu der dargestellten K35n und der Tagebaurandstraße erweitert werden, um zum einen Spielraum für den südlichen Ortseingang zu bieten und eine mögliche - wenn auch nur punktuelle - bauliche Öffnung Merkens zum künftigen Seeufer zu ermöglichen.

[s. Anhang Abb. StnID_1005392_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1005392_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die genannte Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante

Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 LEP NRW "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.

Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt von Ausnahmen abgesehen bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, linienhafte Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Um perspektivisch eine Siedlungsentwicklung zu ermöglichen, wird die regionalplanerische Waldfestlegung im Nordwesten Merkens, zwischen den bestehenden Siedlungsbereichen und dem Tagebau Inden, zurückgenommen. Dieser wurde ursprünglich als begrünter Immissionsschutzwall angelegt, um die Wohnsiedlungsbereiche, Ortslagen und Gewerbegebiete vor Emissionen des angrenzenden Tagebaus zu schützen (vgl. Braunkohlenplan Inden, Räumlicher Teilabschnitt II, Kapitel 2.1). Nach Wegfall der Emissionen durch die Beendigung des

Braunkohleabbau im Tagebau Inden ist der begrünte Immissionsschutzwall wieder zu entfernen.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Düren verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Flächen ist nicht bedarfsgerecht. Die Ufer- und Randbereiche des zukünftigen Sees Inden liegen innerhalb des bergrechtlichen Sicherheitsbereiches des Braunkohlenplans Inden II. Gemäß Grundsatz "*Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen*" stehen die angeregten Bereiche in dem Planungszeitraum des Regionalplanes bis 2043 voraussichtlich nicht für eine abschließende Siedlungsentwicklung (z. B. Wohngebiete, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen) zur Verfügung, da sich diese hinter der gemäß Braunkohleplan festgelegten Sicherheitslinie befinden und somit den Regelungen der Braunkohleplanung sowie der Bergaufsicht unterliegen.

Aus diesen Gründen kann die Festlegung von ASB nicht in den genannten Bereichen erfolgen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Es wird in diesem Zusammenhang auch auf die StnID 1012043 verwiesen.

1005393, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Merken:</p> <p>Im Regionalplanentwurf ist die K42 noch als Straße für den vorwiegend großräumigen Verkehr dargestellt. Diese ist bereits herabgestuft und nicht mehr für den motorisierten Verkehr nutzbar. Im derzeit rechtskräftigen Abschlussbetriebsplan für den räumlichen Teilabschnitt II (sachlicher Teil I vom 20.12.2013) ? Oberflächengestaltung und Wiedernutzbarmachung ? ist die K42 nicht dargestellt. Zudem ist im Braunkohlenplan Inden II (Kap. 6.2 und Anlage 6) eine Ortsumgehung nordöstlich von Merken nach Bedarf angedacht, um ggf. den Verkehr zwischen künftigem Seeufer und Ortslage Merken zu minimieren. Dieser vorausschauende Ansatz ist im Entwurf des Flächennutzungsplanes verankert und sollte als planerische Perspektive auch im Regionalplan Einzug halten. Derzeit wird der Rahmenplan Indesee fortgeschrieben. Es wird damit gerechnet, dass zum Sommer 2022 erste Ergebnisse zur Diskussion vorliegen. Die darin erarbeiteten Ergebnisse werden bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes berücksichtigt und sollten auch in die Neuaufstellung des Regionalplanes einfließen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005393_1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005393_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1005394, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Arnoldsweiler:</p> <p>Arnoldsweiler ist ein Stadtteil in Düren, der sich aufgrund der sehr guten Anbindung sowohl an den ÖPNV als auch die BAB 4 großer Beliebtheit erfreut. Entsprechend hoch ist die Nachfrage nach Wohnraum. Es wird begrüßt, dass der Regionalplanentwurf mit der Ausweisung der Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) entsprechenden Spielraum für die Planung bietet und mit der Ausweisung des ASBflex noch über das hinausgeht, was der Flächennutzungsplanentwurf als Prüfflächen umfasst. Im weiteren Verfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes wird hier eine Eignungsprüfung und Priorisierung erfolgen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005394_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005394_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben. Darüber hinaus werden weder Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005395, Stadt Düren

Inhalt

Hoven

Hoven ist ein Stadtteil, der nicht nur durch seine Lage an der Rur, sondern auch die gewachsene Struktur von Gewerbe und Wohnen in unmittelbarer Nachbarschaft geprägt ist. Die Weiterentwicklung des Ortsteils wird perspektivisch im Südwesten gesehen. Im Rahmen einer behutsamen Ortsarrondierung sind allerdings auch Prüfflächen am nordöstlichen Ortsrand im Entwurf des Flächennutzungsplanes verortet. Inwieweit diese zum Tragen kommen wird sich im weiteren Aufstellungsverfahren zeigen. Der Regionalplan sollte hier allerdings soweit möglich Spielraum bieten. Der gewerblich/industriell geprägte Teil Hovens ist als Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt. Die Darstellung sollte hinsichtlich der Ist-Situation überprüft werden.

[s. Anhang Abb. StnID_1005395_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1005395_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*? verfügt die Stadt Düren noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB im Südwesten des Orteils Hoven.

Zu den weitergehenden Entwicklungen im Nordosten:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

	<p>Zur Prüfung der Ist-Situation: ASB dienen dabei neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen auch dem wohnverträglichen Gewerbe. Ausnahmsweise kann für die Bestandssicherung und/oder Betriebserweiterung bestehender emittierender gewerblich-industrieller Nutzungen/Betriebe auch Bauleitplanung in den ASB betrieben werden, sodass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen in ASB möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>
--	--

1005397, Stadt Düren

Inhalt

Echtz/Konzendorf

Der Ortsteil Echtz ist ein ländlich geprägter Stadtteil und liegt im Westen des Dürener Stadtgebietes. Im Flächennutzungsplan sind keine größeren Prüfflächen für eine Wohnbauentwicklung verankert. Vielmehr sind im Ortsteil Nachverdichtungspotenziale und Ortsarrondierungen zu nutzen. In diesem Sinne wird die amorphe Darstellung der Ortsränder bei der Darstellung der Allgemeinen Siedlungsbereiche begrüßt. In diesem Zusammenhang wird angeregt den ASB insgesamt, wie im nördlichen Bereich bis an den Schlichbach oder zumindest näher an den Schlichbach zu erweitern, um hier ? unter Berücksichtigung von Abstandsflächen, Überschwemmungsbereichen etc. ? Spielraum zu ermöglichen.

[s. Anhang Abb. StnID_1005397_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1005397_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Es wird aber darauf hingewiesen, dass Teile davon im HQextrem liegen und dort gemäß Grundsatz ? *Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen?* dem vorsorgenden Hochwasserschutz ein besonderes Gewicht beigemessen werden soll. Innerhalb von HQextrem in Bauflächen von Flächennutzungsplänen und in kleineren Siedlungsbereichserweiterungen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.

1005398, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Konzendorf</p> <p>In Konzendorf sind Prüfflächen für eine Ortsarrondierung im Flächennutzungsplan verankert. Diese dienen lediglich der örtlichen und bedarfsgerechten Entwicklungsmöglichkeit und werden im weiteren Verfahren auf ihre Eignung geprüft. In Konzendorf umfasst die Darstellung ?Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung? durch bestehende Wohngebäude. Wenngleich der Maßstab des Regionalplanes 1:50.000 keine Parzellenschärfe zulässt, sollte diese Darstellung angepasst werden, um Missverständnisse zu vermeiden. Der Siedlungsbereich von Konzendorf ist durch eine Satzung gem. § 34 BauGB planungsrechtlich dem Innenbereich zugeordnet. Je nach Ergebnis der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes ist eine Ausweitung des Satzungsgebietes denkbar. Dies sollte im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes berücksichtigt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005398_1] [s. Anhang Abb. StnID_1005398_2] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005398_1.pdf Abb_ID1005398_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Dem Rücknahmewunsch kann nicht gefolgt werden, auf Grund der zutreffenden Kriterien.</p> <p>Unbenommen davon ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

1005399, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Birkesdorf</p> <p>Der gewerbliche Bereich im Nordwesten direkt an der Rur ist weder als GIB noch als ASB dargestellt. Dies entspricht nicht der Ist-Situation. Wenngleich aus dem Regionalplan kein direktes Baurecht ableitbar ist, sollte die Darstellung überprüft werden, um Missverständnisse zu vermeiden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005399_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005399_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005401, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Mariaweiler</p> <p>Mariaweiler ist ein beliebter Wohnstandort der zentral zur Dürener Innenstadt gelegen ist aber auch zu freiraum-/freizeitorientierten Nutzungen wie dem Dürener Badensee. Wie auch Hoven ist der Stadtteil geprägt durch die gewachsene Struktur von Wohnnutzung und gewerblich/industrieller Nutzung in direkter Nachbarschaft. Die im Flächennutzungsplanentwurf beinhalteten Prüfflächen sind weitgehend im Regionalplanentwurf berücksichtigt worden, was von Seiten der Stadt insb. hinsichtlich möglicher Entwicklungsspielräume begrüßt wird. Im weiteren Verfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes wird hier eine Eignungsprüfung und Priorisierung erfolgen. Hinsichtlich der Prüffläche W_MW_4 wird angeregt, den Bereich zwischen der Prüffläche und der gewachsenen Ortsstruktur auch als ASB darzustellen, da die derzeitige Darstellung eine Detailschärfe des Regionalplanes suggeriert, die nicht gegeben ist.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005401_1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005401_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Düren noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.</p>

1005403, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Nord-Düren</p> <p>Nord-Düren umfasst den nördlich der Bahntrasse Köln-Aachen gelegenen Stadtteil. Nördlich reicht der Stadtteil bis zur ehemaligen Kreisbahntrasse und grenzt direkt an den Stadtteil Birkesdorf an. Der Stadtteil weist den größten Anteil an aus der Gründerzeit noch erhaltener Bausubstanz der Stadt Düren auf. Für den Kernbereich des Stadtteils wurde ein förmliches Sanierungsgebiet festgesetzt, welches insbesondere auf die Behebung städtebaulicher Missstände und der Bekämpfung sogenannter Problemimmobilien ansetzt. Die Ausweisung des Großteils des Stadtteils als ASB entspricht durchaus der Struktur des Stadtteils. Im Rahmen der vorbereitenden Untersuchung des Sanierungsgebietes wurden zahlreiche Wohnentwicklungspotenziale identifiziert. Die Flächen umfassen z.T. Bereiche aus denen sich die gewerblichen Strukturen zurückgezogen haben bzw. mittelfristig zurückziehen werden. Im Bahnhofsumfeld wurden große Teile der gewidmeten Bahnflächen aus der Widmung entlassen. Sie sollten bei der Darstellung der ASB Flächen Berücksichtigung finden. Die Stadt Düren beabsichtigt die Entwicklung der Flächen zu neuen innerstädtischen Quartieren. Die dargestellte Trasse der B399n sollte überprüft werden. Westlich der Veldener Straße befinden sich Wohnnutzung, kulturelle Einrichtungen, Einzelhandel und nicht wesentlich störendes Gewerbe. Der Bereich westlich der Veldener Straße sollte zumindest straßenbegleitend als ASB dargestellt werden, um die örtlichen Verhältnisse hinreichend abzubilden.</p> <p>Kernstadt Düren</p> <p>Die Kernstadt Düren ist mit rd. 40.000 EW der siedlungsstrukturelle Schwerpunkt der Stadt Düren. Hier befindet sich der Großteil der zentralen Einrichtungen aus Verwaltung, Kultur, Freizeit und Einkauf. Die Ausweis des kernbereichs als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) ist folglich richtig. Wie auch im nördlichen Bereich der Bahntrasse sind auch südlich der Bahntrasse große Teile der gewidmeten Bahnflächen aus der Widmung entlassen. Sie sollten bei der Darstellung der ASB FLächen Berücksichtigung finden. [...]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005403_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005403_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Bundesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1005405, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Kernstadt Düren</p> <p>Die Kernstadt Düren ist mit rd. 40.000 EW der siedlungsstrukturelle Schwerpunkt der Stadt Düren. Hier befindet sich der Großteil der zentralen Einrichtungen aus Verwaltung, Kultur, Freizeit und Einkauf. Die Ausweisung des Kernbereichs als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) ist folglich richtig. [...] Im östlichen Stadtgebiet an der Kölner Landstraße liegt ein als allgemeiner Freiraum ausgewiesener Bereich zwischen dem östlichen Gewerbe- und Industriebereich (GIB) und dem Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB). Der Bereich sollte bis an das GIB als ASB dargestellt werden und sowohl das Kloster als auch den dortigen Nahversorger umfassen, um einen adäquaten Übergang zwischen der gewerblichen Struktur und dem Siedlungsbereich zu entwickeln.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005405_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005405_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005406, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Derichsweiler</p> <p>Der Ortsteil Derichsweiler ist ein ländlich geprägter Ortsteil und liegt im Westen des Dürener Stadtgebietes. Der Allgemeine Siedlungsbereich (ASB) ist in Derichsweiler so gefasst, dass für die Entwicklung grundsätzlich genügend Spielraum und ggf. Tauschflächenpotenzial gegeben ist. Es wird darauf hingewiesen, dass es perspektivische Überlegungen für die Entwicklung einer Freiflächen- PV-Anlage zwischen B399 und Bahntrasse Aachen-Köln gibt. Die landesplanerische Eignung wurde im Rahmen einer landesplanerischen Anfrage bereits bestätigt. Ein Aufstellungsbeschluss liegt noch nicht vor.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005406_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb. ID1005406_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.</p>

1005407, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Gürzenich</p> <p>Gürzenich ist ein zentrumsnah gelegener Ortsteil. Gürzenich ist eine beliebte Wohnlage im Dürener Stadtgebiet und weist eine hohe Nachfrage nach Wohnraum auf. Die Darstellung des Allgemeinen Siedlungsbereich entspricht weitgehend der Ist-Situation und den Prüfflächen des Flächennutzungsplanentwurfes. Die Prüffläche W_GZ_04 und W_GZ_09 wurden noch nicht im Regionalplanerischen Konzept berücksichtigt. Wenngleich es sich bei diesen lediglich um Prüfflächen handelt und eine Eignungsprüfung im Rahmen des Flächennutzungsplanes noch aussteht, sollten diese bei der Neuaufrstellung des Regionalplanes berücksichtigt und auf ihre landesplanerische Eignung geprüft werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005407_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005407_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Zielfestlegung <i>R G sichern und vor Inanspruchnahme schützen</i>. Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben.</p>

1005408, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Rölsdorf</p> <p>Rölsdorf ist ein zentral gelegener Ortsteil. Rölsdorf ist eine beliebte Wohnlage im Dürener Stadtgebiet und weist eine hohe Nachfrage nach Wohnraum auf. Die Darstellung des Allgemeinen Siedlungsbereich entspricht weitgehend der Ist-Situation und den Prüfflächen des Flächennutzungsplanentwurfes. Lediglich im Bereich Monschauer Landstraße wird angeregt den ASB beidseitig der Monschauer Landstraße darzustellen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005408_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005408_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht (hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005409, Stadt Düren

Inhalt

Birgel

Birgel ist ein ebenfalls beliebter, ländlich geprägter Stadtteil Dürens. Die Darstellung des Allgemeinen Siedlungsbereiches entspricht weitgehend der Ist-Situation. Die Darstellung könnte in Richtung der Flächen W_BG_09 und W_BG_02 etwas weiter gefasst werden, um weitere Optionen offenzuhalten. Östlich der Prüffläche W_BG_07 befindet sich eine Sportanlage, weshalb zu prüfen wäre, ob der Bereich einschließlich der Prüffläche nicht in den ASB eingeschlossen werden sollte.

[s. Anhang Abb. StnID_1005409_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Anhänge

[Abb_ID1005409_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Zu W_BG_02 und W_BG_09:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Zu W_BG_07:

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* ? verfügt die Stadt Düren noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.

	Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.
--	--

1005410, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Lendersdorf</p> <p>Lendersdorf zählt mit rd. 3.700 EW zu den größeren Ortsteilen Dürens, liegt im südwestlichen Stadtgebiet und dient überwiegend als Wohnstandort. Es wird begrüßt, dass alle Wohnbauflächenpotenziale aus dem Flächennutzungsplanentwurf im ASB berücksichtigt wurden. Die Fläche M_LD_01 sollte aufgrund ihrer baulichen Vorprägung im Sinne von potenziellen Nachnutzungsmöglichkeiten und Ortseingangsgestaltung als ASB dargestellt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005410_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005410_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005411, Stadt Düren

Inhalt

Berzbuir und Kufferath

Berzbuir und Kufferath sind zwei ländlich/dörflich geprägte Ortsteile, die regionalplanerisch im AFAB am südwestlichen Rand des Dürener Stadtgebietes liegen. Der regionale Grünzug sowie Bereiche zum Schutz der Landschaft sowie der landschaftsorientierten Erholung reichen zum Teil in die Ortslage von Berzbuir und Kufferath herein, obwohl für Berzbuir eine Satzung gem. § 34 BauGB besteht und für Kufferath der Bebauungsplan Nr. 3/208 mit der Festsetzung von Allgemeinen Wohngebieten und Dorfgebieten besteht. Auch wenn der Regionalplan aufgrund seines Maßstabes von 1:50.000 keine Parzellenschärfe entwickelt, sollte die Darstellung hier entsprechend angepasst werden, um Missverständnissen vorzubeugen. [s. Anhang Abb. StnID_1005411_1]

Abgrenzung gem. § 34 BauGB Berzbuir:
[s. Anhang Abb. StnID_1005411_2]

Bebauungsplan Nr. 3/208
[s. Anhang Abb. StnID_1005411_3]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1005411_1.pdf](#)

[Abb_ID1005411_2.pdf](#)

[Abb_ID1005411_3.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW).

In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß Ziel 2-3 LEP NRW.

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund

	Stufe II). Dem Rücknahmewunsch kann nicht gefolgt werden, auf Grund der zutreffenden Kriterien.
--	---

1005412, Stadt Düren

Inhalt

Niederau:

Niederau ist ein Ortsteil am südlichen Rand des Stadtgebietes, der sich in einen von Chemieindustrie geprägten nördlichen Teil und einen von Wohnen geprägten südlichen Teil gliedert. Im Stadtteil beschränken sich die Wohnraumentwicklungspotenziale weitestgehend auf Nachverdichtungsmöglichkeiten aufgrund der Lage zwischen Rur, Industrie und Burgauer Wald. Grundsätzlich sind dementsprechend alle Entwicklungspotenziale im Regionalplan berücksichtigt. Aufgrund der geringen Entwicklungsmöglichkeiten im Ortsteil wird angeregt, die Fläche W_NA_3 als ASB darzustellen.

[s. Anhang Abb. StnID_1005412_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Anhänge

[Abb_ID1005412_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien (hier die Festlegung eines Regionalen Grünzugs) entgegen. Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z. B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zur Zielfestlegung *RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen*). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben.

	Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	--

1005413, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeine Hinweise</p> <p>Seitens des Wasserverbands Eifel-Rur (WVER) ist beabsichtigt, die bestehende Kläranlage in Richtung Osten (siehe FNP-Entwurf) zu erweitern. Es wird daher angeregt, die Erweiterungsfläche auch im Regionalplanentwurf als entsprechende Sondernutzung zu verankern.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005413_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1005413_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Erweiterungsflächen werden als Freiraumbereich mit der Zweckbestimmung Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen gesichert.</p>

Inhalt

Allgemeine Hinweise

Hinsichtlich der **gewerblichen Entwicklung** wird grundsätzlich begrüßt, dass alle gewerblichen Prüfflächen im Regionalplanentwurf in Form von GIB oder GIBflex-Darstellungen berücksichtigt wurden. Angesichts der für den Regierungsbezirk Köln außergewöhnlichen vorherrschenden Dürener Wirtschafts- und Sozialstruktur mit einer hohen Arbeitslosigkeit (aktuell rd. 11%) und noch höheren SGBII-Quote (aktuell rd. 15 %), sowie des bereits eingeleiteten Strukturwandels u.a. mit existenzgefährdenden Konsequenzen für die energie-intensive Industrie bleibt es unerlässlich im neuen Regionalplan eine auch für zukünftigen Entwicklungen chancengebende Flächenausweisung von Gewerbe- und Industriebereiche bereitzuhalten. Bereits in den letzten Jahren standen in Düren deutlich zu wenige GE/GI-Flächen zur Verfügung was dazu geführt hat, dass 9 von 10 Ansiedlungsanfragen nicht bedient werden konnten. Insgesamt belief sich die Gewerbeflächennachfrage in den letzten 24 Monaten, trotz der Pandemie, auf rd. 512 ha, während im gleichen Zeitraum nur 12,8 ha veräußert werden konnten. Insgesamt gesteht der Regionalplan der Stadt Düren einen Bedarf von 127 ha unter Berücksichtigung der interkommunalen Bedarfe aus Kreuzau, Niederzier und Merzenich zu und weist gleichzeitig 122 ha gewerbliche Potentialfläche aus. Diese Potentialfläche besteht allerdings nur zu 60 ha aus zusätzlicher Fläche, die bislang nicht im Flächennutzungsplan der Stadt Düren vorhanden waren. Hierbei muss aber einschränkend festgestellt werden, dass auch diese zu einem überwiegenden Teil Flächen sind für die bereits seit vielen Jahren eine kommunale Planungsabsicht besteht. Diese Flächen können allerdings aufgrund der aktuellen Marktlage nur sehr schwer und mit hohen Kosten entwickelt werden. Weiterhin sind 62 ha als Potentialfläche im Regionalplanentwurf, die bereits seit vielen Jahren als gewerbliche Baufläche im Flächennutzungsplan ausgewiesen sind, bisher aber aus verschiedenen Gründen NICHT in eine Nutzung überführt werden konnten. Hierzu gehören auch sog. Arrondierungsflächen und Rundungsfehler, die lediglich aufgrund des größeren Darstellungsmaßstabs im Regionalplan zustande kommen und keine tatsächliche Entwicklung zulassen oder Flächen, die bereits andere nicht-gewerbliche Nutzungen umfassen, wie z.B. die Autobahnzubringer, Regenrückhaltebecken etc. Dies macht immerhin rd. 27 ha der Potentialfläche aus. Bei den verbleibenden 35 ha handelt es sich u.a. um betriebliche Vorsorgeflächen oder durch Restriktionen (z.B. Freileitungen) oder fehlende Verkaufsbereitschaft blockierte Flächen. Die zunächst ausreichend erscheinende Darstellung des Bedarfs schrumpft deutlich und stellt damit nicht den im Strukturwandel notwendigen Impuls zur Ansiedlung neuer industrieller Arbeitsplätze dar. Insbesondere erfolgte die Darstellung des zugestandenen Flächenbedarfs nicht zusätzlich zu den bisherigen Entwicklungen, sondern beinhaltet vielmehr neben blockierten Flächen, mit einer lediglich theoretischen Verfügbarkeit, auch Flächen die nur aufgrund von Rundungsfehlern entstehen und keine (auch keine theoretische)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z.

Verfügbarkeit besitzen. Aus diesem Grund besteht die grundsätzliche Forderung das Mengengerüst entsprechend des eigenen Siedlungsflächenmonitoring der Bezirksregierung um rd. 27 ha zu bereinigen und die blockierten Flächen nur anteilig, entsprechend der Aktivierungsmöglichkeiten, zu berücksichtigen, was eine zu einer Ausweisung von weiteren 18 ha zusätzlicher Flächen führen könnte.

B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien. Für betriebliche Vorsorgeflächen gilt: Betriebsgebundene Reserven sind für eine gewerbliche Nutzungen in der Regel nicht frei am Markt, da diese Flächen für die Erweiterung eines am Ort ansässigen Betriebes vorgehalten werden. Diese sollen durch die Kommune im sfm gesondert erfasst werden und sind gemäß der landesplanerischen Vorgaben zur Hälfte anzurechnen.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret in Düren mit Festlegung eines regionalen GIB.

Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der

lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha. Die Neuaufstellung des Regionalplans bietet den Kommunen die Gelegenheit, ihre Planungsabsichten einzubringen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht im Regionalplan festgelegt. Der Anregung zur Sicherung von Flächenpotentialen zur Ansiedlung neuer industrieller Arbeitsplätze als Impuls für den Strukturwandel ist somit entsprochen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005415, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeine Hinweise</p> <p>Die Darstellung Regionaler Grünzüge ist sicherlich ein Kernelement der räumlichen Steuerung des Regionalplanes und grundsätzlich zu begrüßen. Hinsichtlich der Darstellung fällt allerdings auf, dass Ortslagen teilweise sehr eng umfasst werden oder teilweise in die Orte hineinragen (siehe beispielsweise Merken oder Mariaweyer). Die regionale Bedeutsamkeit ist dabei nicht immer ganz nachvollziehbar. Es wird daher angeregt die Regionalen Grünzüge im Stadtgebiet Düren nochmal dahingehend zu prüfen, ob an den Ortsrändern nicht mehr Spielraum gelassen werden kann. Von besonderer Bedeutung ist allerdings die Rücknahme einschränkenden Planfestsetzungen im ?Transformationsbereich Strukturwandel?, aber auch angrenzend zu den GIB-Ausweisungen wie etwa konkret beim GIB Rurbenden. Denn nur wenn der neue Regionalplan nicht nur eine Steuerungswirkung, sondern auch Chancen neuen Raum gibt, kann der Strukturwandel in Düren gelingen!</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß Ziel 2-3 LEP NRW.</p>

1012043, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Merken:</p> <p>Der Ortsteil Merken spielt bei der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln und des Flächennutzungsplanes der Stadt Düren allein aufgrund der direkten Lage am Tagebau Inden eine besondere Rolle. Durch die Leitentscheidung 2021 der Landesregierung zum Braunkohleabbau vom 23. März 2021 ist insbesondere der Bereich in den Fokus gerückt, der nicht durch den Tagebau in Anspruch genommen wird. Hier ist eine Nutzbarkeit vor der ursprünglich angenommenen Zeitschiene gegeben. Dennoch wird sich die Lagegunst des Bereichs erst vollends entwickeln, wenn die Seebefüllung des ?Indesees? weit fortgeschritten ist. Dies wird voraussichtlich über den Planungshorizont des Flächennutzungsplanes hinausgehen. Nichtsdestotrotz soll im Flächennutzungsplan mit der Darstellung eines Transformationsbereichs verdeutlicht werden, dass diese Fläche ein ganz bedeutender Bereich ist, der Potenzial bietet, eine mit den Merkener Bürgerinnen und Bürgern abgestimmte Entwicklung ? die heute noch nicht klar bestimmbar ist ? zu entwickeln und für bedeutende Entwicklungen im Rahmen des Strukturwandels freizuhalten. Dieser Gedanke sollte sich auch im Regionalplan Köln textlich und grafisch wiederfinden. [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Festelegungen im Entwurf ermöglichen der Gemeinde Merken im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben eine zukünftige Entwicklung, die auch den Erfordernissen es Strukturwandels gerecht wird.</p> <p>Die Einführung eines neuen Planzeichens und der damit verbundenen Erwartung von rechtlichen Sonderregelungen im Sinne einer "Sonderplanung" oder "Sonderplanungszone" obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden.</p>

1012045, Stadt Düren

Inhalt

Merken:

Derzeit wird der Rahmenplan Indesee fortgeschrieben. Es wird damit gerechnet, dass zum Sommer 2022 erste Ergebnisse zur Diskussion vorliegen. Die darin erarbeiteten Ergebnisse werden bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes berücksichtigt und sollten auch in die Neuaufstellung des Regionalplanes einfließen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Im Rahmen der Beteiligung der Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH sowie aller Anrainerkommunen am Tagebau Inden und dem zukünftigen Indesee fließen die Anregungen und Vorstellung zur zukünftigen Gestaltung in die Neuaufstellung des Regionalplans Köln ein. Ihre Berücksichtigung erfolgt im Rahmen der Gewichtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Abwägungsentscheidung des Regionalrates Köln.

1012048, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Birkesdorf</p> <p>Birkesdorf ist mit rd. 8.500 EW neben der Kernstadt der größte Stadtteil Dürens. Der Stadtteil weist eine urbane Struktur auf und ist sowohl durch die Lage an der Rur als auch durch die gewachsene Struktur von Wohnnutzung und gewerblicher/industrieller Nutzung in direkter Nachbarschaft geprägt. Die Darstellungen des Regionalplanentwurfes entsprechen weitgehend den Darstellungen des Flächennutzungsplanentwurfes der Stadt Düren. Wenngleich der Maßstab des Regionalplanes mit 1:50.000 eine parzellenscharfe Darstellung nicht zulässt und auch nicht sinnvoll ist, sollten die Darstellungen an den Ortsrändern etwas weitergefasst und an den Prüfflächen des Flächennutzungsplanes orientiert werden, um künftige Missverständnisse zu vermeiden.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt**Gürzenich**

Es wird weiterhin darauf hingewiesen, dass der Golfplatz in Gürzenich und etwaige Erweiterungsflächen als Regionaler Grünzug und Schutz der Natur und landschaftsorientierter Erholung dargestellt sind. Um einen Konflikt zu vermeiden, sollte die Darstellung entsprechend angepasst werden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabendholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung

der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Dabei sind auch regelmäßig Flächen für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen (wie z.B. Golfplätze) enthalten. Eine Nutzung des Golfplatzes widerspricht nicht den Zielen und Grundsätzen der Festlegung der RG und BSLE.

1012088, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Rölsdorf</p> <p>In Rölsdorf ist ein Bereich für Grund- und Gewässerschutz dargestellt. Die Wasserschutzzone ist nach hiesigem Kenntnisstand lediglich eine geplante Wasserschutzzone. Dies sollte in der zeichnerischen Darstellung berücksichtigt werden. Darüber hinaus scheint die Darstellung der Überschwemmungsbereiche umfangreicher dargestellt zu sein als sie faktisch sind. Dies kann jedoch auch auf den Maßstab des Regionalplanes 1:50.000 zurückzuführen sein.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei dem in dem Ausschnitt von Rölsdorf angezeigten Bereich für Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) handelt es sich um die von der Fachplanung geplanten Wasserschutzzonen I - III A des Wasserschutzgebietes Dr. Overhuesallee und ist in der Abgrenzung richtig festgelegt.</p> <p>Die im Entwurf des Regionalplans als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preussischer Aufnahme der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand von Juni 2023 dar. Für Rolsdorf gibt es kleine Änderungen für den Lendersdorfer Mühlenteich, welche jedoch vermutlich aufgrund des Maßstabes des Regionalplanes aus der Darstellung entfallen.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.</p>

1012122, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeine Hinweise</p> <p>Der Entwurf des Regionalplans Köln dient der regionalen Raumordnung und umfasst, anders als der Vorgängerplan, welcher noch in drei Bereiche gegliedert war, den gesamten Regierungsbezirk Köln. Dieser Ansatz wird grundsätzlich begrüßt, da es dem Zweck des Regionalplans, die grundsätzliche Raumentwicklung des Regierungsbezirks planerisch zu fassen, gerecht wird. Der Regionalplanentwurf muss den Kommunen entsprechenden Handlungsspielraum einräumen, um im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit unabhängige planerische Entscheidungen treffen zu können. Hinsichtlich der Darstellungen des Allgemeinen Siedlungsbereichs sind die oben <i>[werden in den jeweiligen Teilstellungnahmen behandelt]</i> dargestellten Änderungen in den Regionalplan aufzunehmen, um der Stadt Düren den notwendigen Handlungsspielraum zu bieten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Zu den einzelnen Anregungen hinsichtlich der Darstellungen der Allgemeinen Siedlungsbereiche der Stadt Düren wird auf die entsprechenden Teilstellungnahmen verwiesen.</p>

1012134, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeine Hinweise</p> <p>Weiterhin besteht die Forderung den anerkannten Bedarf grundsätzlich als GIB und nicht als GIBflex darzustellen. Ziel des Flexibilisierungszuschlag im Strukturwandel ist es neue Flächenplanungen entsprechend der Ansiedlungsbedarfe zur Schaffung neuer Arbeitsplätze auszuweisen. Hierzu sollte in einer gemeinsamen Findungskommission verschiedene Transformationsbereiche ergebnisoffen analysiert werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).</p> <p>Die Stadt Düren verfügt über keinen ausreichenden kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten um die GIBflex-Bereiche im Stadtgebiet als GIB festzulegen. Auch stehen keine (weiteren) Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung GIBtransformation sichern und umsetzen. Die hier vorliegende Anregung die verorteten GIBflex als GIB festzulegen ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1012142, Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeine Hinweise</p> <p>Verbunden damit ergeben sich grundsätzliche Fragen hinsichtlich der GIBflex-Darstellungen in welcher Form diese im Neuaufstellungsprozess des Flächennutzungsplanes Berücksichtigung finden können. Der derzeitige Entwurf des Flächennutzungsplanes sieht für die GIB-Flex Flächen weitgehend eine Darstellung als gewerbliche Bauflächen vor. Entspricht diese Darstellung auch einer künftigen GIBFlex Darstellung und kann als aus dem Regionalplan entwickelt angesehen werden? Selbiges betrifft auch die ASBflex-Darstellung. Diesbezüglich ist eine weitere Abstimmung im Aufstellungsprozess erforderlich</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, das ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

AZ: BET_114000_1

Stadt Heimbach

1003237_001, Stadt Heimbach

Inhalt

11 Heimbach Widerspruch

Die Signatur ?Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen? über dem Gelände des Kurparkteils ?Über Rur? soll nicht entfallen, sondern bestehen bleiben.

[s. Anhang Abb. StnID_1003237_001]

Anhänge

[Abb. ID1003237_001.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

.Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 grundsätzlich im Freiraum möglich und bedarf keiner räumlichen Steuerung / Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie Wildgehege, Skisportgelände etc. verzichtet. Das fehlende Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen.

1005334, Stadt Heimbach	
<p>Inhalt</p> <p>01 Heimbach-Blens</p> <p>Die Ortschaft Blens soll zur Arrondierung der Ortslage und zur Bereitstellung von Bauland für die einheimische Bevölkerung ein zusätzliches kleines Bau Feld für 4-5 Einfamilienhäuser zwischen der vorhandenen Ortslage und dem Friedhof erhalten (siehe Blens 2). Die im gültigen Bebauungsplan Heimbach-Blens A 1 ?Auf dem Acker? aus dem Jahre 1974 in großen Teilen festgeschriebene Art der baulichen Nutzung ?SO Wochenendhausgebiet? soll in ?WA allgemeines Wohngebiet? umgewandelt werden, da es nicht mehr Ziel der Stadt Heimbach ist, ein Wochenendhausgebiet zu entwickeln, es aber großen Bedarf an Wohnfläche gibt (siehe Blens 3). Bei schrumpfender und überalternder Bevölkerung ist es essentiell für die Stadt Heimbach, diesem Trend entgegenzuwirken.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005334_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005334_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

1005335, Stadt Heimbach	
<p>Inhalt</p> <p>02 Heimbach-Düttling</p> <p>Im Ortsteil Düttling gibt es ausweislich des Siedlungsflächenmonitoring nur noch zwei kleine Baulücken. Da es aber hier relativ viele junge Familien mit Kindern gibt, fehlen absehbar Bauplätze für den endogenen Bedarf. Die Stadt Heimbach regt hierzu eine kleines neues Baugebiet mit ca. 7 Bauplätzen zum Lückenschluss in die Ortslage an.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005335_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005335_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

1005336, Stadt Heimbach	
<p>Inhalt</p> <p>03 Heimbach-Hausen</p> <p>In Hausen hat sich das im SFM als Wohnbaureserve gekennzeichnete und mit einem Bebauungsplan gesicherte Baugebiet Heimbach-Hausen C 1 ?Im Reeg? auch nach mehr als 47 Jahren aufgrund zahlreicher Hindernisse nicht realisieren lassen. Um die Dorfentwicklung nicht gänzlich zum Erliegen lassen zu kommen, wird die Schaffung einer neuen, kleinen Baufläche im Osten angeregt, die die Ortslage arrondiert und etwa 10 Bauplätze für Einfamilienhäuser darstellt.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005336_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005336_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

1005337, Stadt Heimbach	
<p>Inhalt</p> <p>04 Heimbach</p> <p>Der ASB des Kernortes ist nahezu ausgeschöpft. Gleichzeitig geht der Flächenbedarf für Friedhöfe durch einen starken Wandel der Bestattungskultur zurück. Daher regt die Stadt Heimbach an, die Erweiterungsfläche für den Waldfriedhof in ein allgemeines Wohngebiet umzuwandeln.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005337_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005337_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist als Allgemeiner Siedlungsbereich festgelegt. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche können im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

1005338, Stadt Heimbach	
<p>Inhalt</p> <p>05 Heimbach-Hergarten 1</p> <p>Im Ortsteil Hergarten sind die vorhandenen Baulücken und Wohnbaureserven vollständig in privater Hand und stehen dem Markt nicht zur Verfügung. Seit Jahrzehnten bemühen sich Rat und Verwaltung um eine Lösung, kommen aber nicht weiter. Gleichzeitig hat sich der Sportverein Hergarten mit den Vereinen der Nachbar-Orte zusammengeschlossen und den Spielbetrieb in Hergarten eingestellt, sodass der Sportplatz ungenutzt ist. Daher regt die Stadt Heimbach an, diese und die angrenzenden Flächen (Hergarten 1-3) als Baugebiete für Wohnbauten nutzen zu können.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005338_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005338_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

1005339, Stadt Heimbach	
<p>Inhalt</p> <p>06 Heimbach-Hergarten 2</p> <p>Die hier gekennzeichnete Fläche (Hergarten 4) ist durch Flächentausch aus dem Nationalpark Eifel herausgelöst worden und gehört der Stadt Heimbach. Diese Fläche bietet sich für die Arrondierung der Ortschaft zwischen Waldweg und Gewerbegebiet an.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1005339_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005339_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005340, Stadt Heimbach	
<p>Inhalt</p> <p>07 Heimbach-Vlatten</p> <p>Nachdem das letzte Baugebiet in Bereich des Bebauungsplanes Heimbach-Vlatten F4 vollständig vergeben ist, bleiben nur noch geringe Reserven in privater Hand, die dem Markt nicht zur Verfügung stehen. Die Stadt Heimbach regt an, die Fläche (Vlatten 1) als Wohnbaufläche auszuweisen und angrenzend einen neuen Sportplatz (Vlatten2) auszuweisen, da sich der Sportbetrieb der umliegenden Dörfer (z. B. aus Heimbach-Hergarten) in Vlatten konzentriert.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1005340_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005340_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

1005341, Stadt Heimbach	
<p>Inhalt</p> <p>08 Heimbach-Hergarten Umgehungsstraße</p> <p>Die im gültigen Regionalplan ausgewiesene Umgehungsstrasse der Bundesstraße B 265 für den Ortsteil Hergarten ist aus dem Entwurf für den neuen Regionalplan herausgenommen worden. Dieser Herausnahme widerspricht die Stadt Heimbach. Die Umgehungsstrasse wird weiterhin angestrebt, durch den zunehmenden Verkehr, hier besonders der schweren Lkw bis 40 Tonnen, sowie der Belastung durch den zunehmenden Freizeitverkehr (Motorräder) sind die Einwohner unzumutbar beeinträchtigt. Hergarten ist die einzige Ortschaft im Stadtgebiet, die (noch) keine Umgehung der Bundesstraße hat.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1005341]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005341.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

1005342, Stadt Heimbach

Inhalt

09 Heimbach-Blens Widerspruch

Die Signaturen für ?Schutz der Natur? und ?Schutz der Landschaft? sind im Entwurf für den neuen Regionalplan in die Ortslage hineingeführt worden. Wir regen an, den Bereich der geschlossenen Ortslage (siehe gelbe Markierung) hiervon auszusparen.

[s. Anhang Abb. StnID 1005342]

Anhänge

[Abb_ID1005342.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Zur regionalplanerischen Festlegung BSN in der Ortslage Blens:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabendberholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt.

1005344, Stadt Heimbach	
<p>Inhalt</p> <p>10 Heimbach-Düttling Widerspruch</p> <p>Die Signaturen für ?Schutz der Natur? und ?Schutz der Landschaft? sind im Entwurf für den neuen Regionalplan in die Ortslage hineingeführt worden. Wir regen an, den Bereich der geschlossenen Ortslage (siehe gelbe Markierung) hiervon auszusparen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1005344]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005344.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005345, Stadt Heimbach	
<p>Inhalt</p> <p>11 Heimbach Widerspruch</p> <p>Der ASB von Heimbach wurde im Entwurf für den neuen Regionalplan westlich der Rur in den Bereich der 'Gärten Über Rur' ausgedehnt. Dieser Bereich ist für die Bevölkerung seit Jahrhunderten für den Gartenbau und neuerdings die Erholung von großer Bedeutung. Die Stadt Heimbach regt an diese ASB-Ausweitung nach Nordwesten zu verschieben (siehe gelbe Fläche), hier ist eine Parkplatzfläche in öffentlicher Hand, die für eine weitere Entwicklung (barrierefreies, altengerechtes Wohnen) vorgesehen ist. Zudem ist hier die Einhaltung der HQ-Extrem-Freiheit gewährleistet. Des Weiteren sollte die Grenze des Bereichs für den Schutz der Natur hier bis zur Waldgrenze zurückgenommen werden (gelbe Linie).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1005345_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1005345_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, 'linienhafte' Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005347, Stadt Heimbach

Inhalt

12 Heimbach-Hausen Widerspruch

Die Signaturen für ?Schutz der Natur? und ?Schutz der Landschaft? sind im Entwurf für den neuen Regionalplan in die Ortslage hineingeführt worden. Wir regen an, den Bereich der geschlossenen Ortslage (siehe gelbe Markierung) hiervon auszusparen.

[s. Anhang Abb. StnID 1005347]

Anhänge

[Abb_ID1005347.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Zur regionalplanerischen Festlegung BSN in Heimbach-Hausen:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabendberholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt.

1005348, Stadt Heimbach	
<p>Inhalt</p> <p>13 Heimbach-Hergarten Widerspruch</p> <p>Die Signaturen für ?Schutz der Natur? und ?Schutz der Landschaft? sind im Entwurf für den neuen Regionalplan in Teilen in die Ortslage hineingeführt worden. Besonders das Gewerbegebiet und die Erweiterungsfläche hierfür sind betroffen. Wir regen an, diese Bereiche und einen kleinen Bereich der nördlichen Ortslage (siehe gelbe Markierungen) hiervon auszusparen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1005348]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005348.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1005349, Stadt Heimbach	
<p>Inhalt</p> <p>14 Heimbach-Schwammenauel ASB</p> <p>Wie bereits im gemeinsamen Fachbeitrag Erholung und Tourismus der Eifel-Touristik Agentur NRW e.V., den Ihnen seit letztem Jahr vorliegt, dargelegt, hängt die wirtschaftliche Entwicklung von Heimbach sehr stark von der weiteren Entwicklung des Tourismus ab. Daher regt die Stadt Heimbach an, im Bereich Schwammenauel einen ASB für zweckgebundene Nutzungen (Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen) einzurichten (siehe gelbe Fläche). Der Bereich ist schon weitgehend touristisch geprägt, u. a. mit einem 1000-Betten-Feriedorf und der Rursee-Schiffahrt, und soll noch weiterentwickelt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005349]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005349.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW).</p> <p>Vorhandene, isoliert im Freiraum liegende Standorte, die die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten (ab einer Größenordnung von 10 ha), sind aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) festgelegt, um eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke zu vermeiden. Unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle, wie hier der Fall, erfolgt keine zeichnerische Festlegung.</p> <p>Gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW hat jede Neu-, Änderungs-, Über- oder Erweiterungsplanung umwelt-, sozial- und zentrenverträglich zu erfolgen. Neuplanungen von Standorten sind der Regel nur im bzw. unmittelbar angrenzend an den Siedlungsraum möglich. Im vorgenannten Flächenvorschlag liegen naturräumliche Restriktionen wie Wadbereichsfestlegungen vor, die den Anschluss an den ASB unterbrechen. Eine bauliche Entwicklung der vorgeschlagenen Fläche ist unter Berücksichtigung bestehender lokalen Gegebenheiten bspw. Anschluss über die Talsperre nicht möglich. Die Weiterentwicklung vorhandener Standorte, in isolierter Freiraumlage, sind darüber hinaus nur möglich wenn eine Flächenerweiterung, ausgehend von der bisherigen Größe des vorhandenen Standortes, geringfügig ist, eine Nutzungserweiterung im funktionalen Zusammenhang mit der bisherigen Standortnutzung steht bzw. eine Nutzungsänderung den Charakter der bisherigen Standortnutzung im Wesentlichen erhält. Die Planungen entsprechen nicht den landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 grundsätzlich im Freiraum möglich und bedarf keiner räumlichen Steuerung / Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan.</p>

1011731, Stadt Heimbach	
<p>Inhalt</p> <p>Heimbach ist die kleinste Kommune in Nordrhein-Westfalen und hat einen der höchsten Altersdurchschnitte. Die steigende Alterung der Bevölkerung führt einerseits zu einer geringen Belegung und damit Unternutzung der nicht altersgerechten Häusern und Wohnungen und andererseits zu einer vermehrten Nachfrage nach barrierefreien Wohnungen. Hieraus ergibt sich ein erhöhter Bedarf an neuen Wohnbauflächen. In dem aktuellen Entwurf des Regionalplans wurde für Heimbach ein Bedarf von 29 ha für Wohnen und Mischnutzung ermittelt. Dem stehen 9 ha an Reserven im gültigen Flächennutzungsplan innerhalb des Siedlungsraumes und 3 ha Potential im gültigen Regionalplan entgegen. Der darüberhinausgehende Bedarf von 18 ha wurde für die einzelnen Ortschaften von Heimbach in mehreren Workshops mit allen Beteiligten bedarfsgerecht ermittelt und in den anhängenden Karten dargestellt. Damit muss es gelingen, eine Trendwende in der Altersstruktur herbeizuführen, indem jungen Familien in die Stadt geholt werden. Diese jungen Familien brauchen ebenfalls Wohnbauflächen, die zurzeit nicht zur Verfügung stehen. Die vorhandenen Baulücken und Wohnbaureserven sind ausschließlich in Privatbesitz und stehen den freien Markt nicht zur Verfügung. Der Stadt Heimbach fehlen die Mittel und Möglichkeiten, hieran substantiell etwas zu ändern. Daher ist es überlebenswichtig für die Stadt, mit neuen Wohnbauflächen Spielraum zu bekommen, um eine zukunftsorientierte Entwicklung einleiten zu können. Die in der Folge aufgezeigten neuen Flächen sind lokal abgestimmt, naturverträglich und das Ortsbild arrondierend.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen zur gemeindlichen Entwicklung hervorgebracht. Darüber hinaus werden Hinweise zur nachgeordneten Planungsebene gegeben. Es wird auf die Ausgleichsvorschläge der folgenden Teilstellungnahmen der Stadt Heimbach verwiesen.</p>

AZ: BET_115000_1

Gemeinde Hürtgenwald

1005454, Gemeinde Hürtgenwald

Inhalt

Im Vergleich zum aktuellen Regionalplan sind alle im Gemeindegebiet Hürtgenwald festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) verkleinert (siehe ANLAGE 1) [s. Anhang Abb. StnID 1005454_1, 1005454_2, 1005454_3, 1005454_4, 1005454_5, 1005454_6]. Die im Rahmen des Kommunalgesprächs bereits im Jahr 2017 vorgetragenen Planungsabsichten der Gemeinde wurden im Regionalplan-Entwurf im Kern nicht berücksichtigt (siehe hierzu unten). Im Ergebnis bedeutet das, dass die weitere bauliche Entwicklung der Gemeinde Hürtgenwald grundsätzlich auf die vorhandenen Flächennutzungsplan-Reserven beschränkt bleibt oder sogar dahinter zurückbleiben soll.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Anhänge

[Abb_ID1005454_1.pdf](#)

[Abb_ID1005454_2.pdf](#)

[Abb_ID1005454_3.pdf](#)

[Abb_ID1005454_4.pdf](#)

[Abb_ID1005454_5.pdf](#)

[Abb_ID1005454_6.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Die Gemeinde Hürtgenwald verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Die Festlegung der in Rede stehenden Flächen als ASB ist nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005455, Gemeinde Hürtgenwald	
<p>Inhalt</p> <p>Die ausschließliche Festlegung eines zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereichs in Vossenack (zASB, Regionalplan-Entwurf I Erläuterungskarte S1 (Anhang A2)) kann die Gemeinde Hürtgenwald nicht nachvollziehen. Auch wenn der Ortsteil Kleinhau (rd. 650 Einwohner, Stand 31.01.2022) deutlich kleiner als der Ortsteil Vossenack (rd. 2.350 Einwohner, Stand 31.01.2022) ist, findet sich in Kleinhau, geographisch in zentraler Lage im Gemeindegebiet, ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- sowie Versorgungseinrichtungen. Zusammen leben in den Ortslagen Kleinhau, Hürtgen und Großhau über 20 % der Einwohner in zentraler Lage des Gemeindegebietes. Der zentrale Versorgungsbereich Kleinhau als Hauptzentrum umfasst neben dem Rathaus Angebote der Bildung, des Einzelhandels, der medizinischen Versorgung und sozialen Betreuung. Zusätzlich befinden sich im Ortsteil Kleinhau über 7 ha Wohnbauflächen-Reserven im FNP, die hier städtebaulich sinnvoll entwickelt werden können. Die Siedlungsentwicklung sollte sich aus Sicht der Gemeinde auf alle als ASB festgelegten Ortsteile konzentrieren.</p> <p>[...] Zusammenfassend regt die Gemeinde Hürtgenwald mit Blick auf den Regionalplanentwurf an (siehe ANLAGE 3):</p> <p>[...] 2. den ASB Kleinhau als zentralörtlich bedeutsam festzulegen (G.16, Erläuterungskarte S 1 (Anhang A2)),[...].</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen. Die zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche (zASB) werden nach einer einheitlichen Methode gemäß der Begründung zur Grundsatzfestlegung <i>Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten</i> in Abstimmung mit den Kommunen bestimmt und in einer Erläuterungskarte dargestellt. Aufgrund der vorhandenen Infrastrukturausstattung sowie ortsspezifischer Erfordernisse wie z. B. siedlungsstruktureller Restriktionen oder kommunaler Entwicklungsabsichten wird die Erläuterungskarte für den zASB in Hürtgenwald angepasst.</p>

1005456, Gemeinde Hürtgenwald

Inhalt

Zusätzlich weist die Gemeinde Hürtgenwald darauf hin, dass eine ausnahmslose Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf regionalplanerisch festgelegte Siedlungsbereiche den Belangen vorhandener kleinerer Ortsteile nicht gerecht wird (LEP zu 2-3). Ein nicht unerheblicher Teil der Flächennutzungsplan-Reserven liegt in den Ortsteilen, die nicht als Allgemeiner Siedlungsbereich festgelegt sind. Zusätzlich befinden sich weitere Bauflächenpotentiale außerhalb von Bauflächendarstellungen des Flächennutzungsplans angrenzend an vorhandene Ortslagen (bspw. Bergstein), die kurz- bis mittelfristig entwickelt werden sollen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung ?*Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Inhalt

Die ersten Ergebnisse des in Aufstellung befindlichen Baulandentwicklungskonzepts der Gemeinde finden Sie in der ANLAGE 2. Neben der Mobilisierung von Wohnbauland legt die Gemeindeentwicklungsgesellschaft eine hohe Priorität auf die Entwicklung gewerblicher Bauflächen für endogene Bedarfe, aber auch im Sinne des regionalen Gewerbeflächenkonzeptes des Kreises Düren.

Die Gemeinde Hürtgenwald hat bereits im Rahmen der Kommunalgespräche im Oktober 2017 Dezernat 32 insbesondere auf folgende Entwicklungsziele der Gemeinde hingewiesen:

[...] (2) Erweiterung des zentralen Versorgungsbereichs in Hürtgenwald-Kleinhau und darauf aufbauender Bauleitplanverfahren, [...]

zu (2) Erweiterung des zentralen Versorgungsbereichs in Hürtgenwald Kleinhau

Zur Erweiterung bzw. Ergänzung des zentralen Versorgungsbereichs in Kleinhau soll eine standortgerechte Entwicklung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben planungsrechtlich vorbereitet werden, um eine wohnortnahe Grundversorgung der im Einzugsbereich lebenden Bevölkerung sicherzustellen und den zentralen Versorgungsbereich im Hauptzentrum der Gemeinde zu stärken. Auf Grundlage vorhandener Flächennutzungsplan-Reserven ist zu erwarten, dass die Ortslage Kleinhau in den kommenden Jahren weitere Einwohner dazu gewinnen wird (siehe ANLAGE 2).

Der Rat der Gemeinde Hürtgenwald hat am 07.09.2020 der Erweiterung des zentralen Versorgungsbereichs Kleinhau in südlicher Richtung, wie im Einzelhandels- und Zentrenkonzept vorbereitet (BBE 2009), zugestimmt. Mit Schreiben vom 02.12.2020 hat die Bezirksregierung Köln bestätigt, dass die Erweiterung des Zentralen Versorgungsbereichs Kleinhau aus städtebaulicher und landesplanerischer Sicht nicht zu beanstanden ist. Auf Grundlage der 14. FNP-Änderung soll insbesondere die Ansiedlung eines Lebensmitteldiscounters mit einem Bistro/Café sowie ein Discountmarkt mit bau- und gartenmarktspezifischem Kernsortiment planungsrechtlich vorbereitet werden. Im Rahmen des regionalen Gewerbeflächenkonzeptes des Kreises Düren (2016) wurde ebenfalls am südlichen Ortsrand von Kleinhau eine gewerbliche Potentialfläche westlich und östlich der L 11 identifiziert (siehe oben, (1)). Dementsprechend sollen innerhalb des Geltungsbereichs neben Sondergebieten für großflächigen Einzelhandel weitere gewerbliche Bauflächen entwickelt werden.

Im Regionalplan (Teilabschnitt - Region Aachen) ist der nördliche Teilbereich der 14. FNP-Änderung als "Allgemeiner Siedlungsbereich" festgelegt. Der südliche Teilbereich ist als "Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich" festgelegt, überlagert mit der

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Freiraumfunktion "Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung". Im Landschaftsplan ist der Bereich allerdings für eine bauliche Inanspruchnahme bereits berücksichtigt. Mit Schreiben vom 25.09.2020 wurde die landesplanerische Anfrage gern. § 34 Abs. 1 LPIG gestellt. Durch die Bezirksregierung Köln wurde am 09.12.2020 bestätigt, dass gegen die Änderung des Flächennutzungsplans im Rahmen der veränderten Planung keine landesplanerischen Bedenken bestehen. Sowohl das Schreiben der Bezirksregierung Köln vom 02.12.2020 (Erweiterung zentraler Versorgungsbereich) als auch vom 09.12.2020 (Vorentwurf der 14. Flächennutzungsplan-Änderung) sind als landesplanerische Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG sonstige Erfordernisse der Raumordnung, die im Sinne des Gegenstromprinzips gern. § 1 Abs. 3 ROG sowohl durch die Gemeinde Hürtgenwald als auch die Regionalplanungsbehörde selbst zu berücksichtigen sind. Im Regionalplan-Entwurf (Dezember 2021) ist die in Rede stehende Fläche der 14. FNP-Änderung aber nicht mehr als "Allgemeiner Siedlungsbereich", sondern als "Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich" festgelegt. Dieser ist mit der Freiraumfunktion "Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung" überlagert. Mit dieser Festlegung wären die Planungsziele der 14. FNP-Änderung nicht mehr umsetzbar.

Insofern regt die Gemeinde Hürtgenwald an, die Festlegung des ASB Kleinhau nach Süden zu erweitern. Hierfür ist bereits im Jahr 2011 ein Flächentausch vorgeschlagen worden (siehe ANLAGE 3).

Im Rahmen des Flächentauschs sollte der Allgemeine Siedlungsbereich am südwestlichen Ortsrand zurückgenommen werden, um die Erweiterung des ASB nach Süden zu ermöglichen. Dies wurde mit Schreiben der Bezirksregierung vom 24.01.2011 (AZ 32/62.6-1.12.04) in Aussicht gestellt. Die Rücknahme ist im Regionalplan-Entwurf vollzogen, die Erweiterung nach Süden jedoch nicht.

[...] Zusammenfassend regt die Gemeinde Hürtgenwald mit Blick auf den Regionalplanentwurf an (siehe ANLAGE 3):

3. den ASB Kleinhau entsprechend der landesplanerischen Stellungnahme zur Erweiterung des zentralen Versorgungsbereichs sowie zur 14. Flächennutzungsplanänderung gern. § 34 Abs. 1 LPIG in südlicher Richtung zu erweitern, [...].

[s. Anhang Abb. StnID 1005460_1]

[s. Anhang Abb. StnID 1005460_2]

[s. Anhang Abb. StnID 1005460_3]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Anhänge

[Abb_ID1005460_1.pdf](#)

[Abb_ID1005460_2.pdf](#)

1005461, Gemeinde Hürtgenwald

Inhalt

Die ersten Ergebnisse des in Aufstellung befindlichen Baulandentwicklungskonzepts der Gemeinde finden Sie in der ANLAGE 2. Neben der Mobilisierung von Wohnbau land legt die Gemeindeentwicklungsgesellschaft eine hohe Priorität auf die Entwicklung gewerblicher Bauflächen für endogene Bedarfe, aber auch im Sinne des regionalen Gewerbeflächenkonzeptes des Kreises Düren.

Die Gemeinde Hürtgenwald hat bereits im Rahmen der Kommunalgespräche im Oktober 2017 Dezernat 32 insbesondere auf folgende Entwicklungsziele der Gemeinde hingewiesen:

[...] (3) Aufgabe der Entwicklung der gewerblichen Baufläche (FNP-Reserve) östlich der B399 in Gey.

zu (3) Aufgabe der Entwicklung der gewerblichen Bauflächen (FNP-Reserve) östlich der B399 in Gey

Grundsätzlich ist es nach den Erfahrungen der Gemeinde aus den letzten 15 Jahren nicht möglich, östlich der B399 einen Gewerbestandort zu entwickeln. Die hier vorhandenen Flächenreserven des FNP (12 ha) sollen an anderer Stelle im Gemeindegebiet realisiert werden, insbesondere am nördlichen Ortsrand von Vossenack (12. FNP-Änderung - 9 ha) und am südlichen Ortsrand von Kleinhau (14. FNP-Änderung - rd. 0,5 ha). Nicht zuletzt seitens ortsansässiger Gewerbebetriebe werden Expansionsflächen nachgefragt. Die überwiegend innerörtliche Lage mittelständischer Unternehmen bzw. klein- und mittelständischer Handwerksbetriebe lässt eine Erweiterung vorhandener Betriebsstandorte nicht oder nur mit hohen Auflagen zu.

Entsprechend der bisherigen Festlegung des ASB Gey und der hieraus entwickelten gewerblichen Baufläche im Flächennutzungsplan regt die Gemeinde Hürtgenwald an, die genannten Bereiche in Vossenack und Kleinhau als ASB festzulegen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der fehlenden kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der fehlenden regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben besteht kein Sicherungserfordernis für den Bereich östlich der B399 in Gey, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung der regionalplanerischen Festlegungen ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die bauleitplanerische Entwicklung der Siedlungsbereiche hat bedarfsgerecht gemäß Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* zu erfolgen. Darüber hinaus ist die Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung zu beachten. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

In diesem Zusammenhang wird zur Anregung der Darstellung eines ASBs in Vossenack und Kleinhau auf die Teilstellungnahmen mit den IDs: 1005460, 1012213, 1012215 verwiesen.

1005462, Gemeinde Hürtgenwald	
<p>Inhalt</p> <p>zu [3] Aufgabe der Entwicklung der gewerblichen Bauflächen (FNP-Reserve) östlich der B399 in Gey</p> <p>[...] Gleichzeitig möchte die Gemeinde Hürtgenwald die Festlegung des ASB östlich der B399 aus folgendem Grund - zumindest teilweise - beibehalten: Ein privater Investor ist mit dem Entwicklungsziel an die Gemeinde herangetreten, die Flächen östlich der Bundesstraße B399 in Gey als Seniorenwohnpark zu entwickeln. Der Rat der Gemeinde Hürtgenwald hat am 16.12.2021 beschlossen, der Errichtung eines Seniorenwohnparks am Standort Gewerbegebiet Gey positiv gegenüberzustehen und den Investor bei den notwendigen Bauleitplanverfahren zu unterstützen. Im Rahmen des Grundsatzbeschlusses unterstützt die Gemeinde insbesondere die Idee, Wohnangebote für ältere Menschen zu schaffen. Die Gemeinde regt eine Festlegung als ASBflex an, um diesen für zukünftige Siedlungszwecke geeigneten Bereich planerisch zu sichern. Die Gemeinde sieht, dass die hier möglichen Entwicklungen über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehen und auch ein Angebot für die Region sein können. Insbesondere die gute Anbindung an Düren ist ein Lagevorteil.</p> <p>[...] Zusammenfassend regt die Gemeinde Hürtgenwald mit Blick auf den Regionalplanentwurf an (siehe ANLAGE 3):</p> <p>[...] 5. die Festlegung des ASB Gey östlich der Umgehungsstraße als ASBflex beizubehalten und den Bereich zum Schutz der Natur (BSN) in diesem Bereich zurückzunehmen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005462]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005462.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p><u>Zum ASBflex</u></p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für die Gemeinde Hürtgenwald besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> ASBflex. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASBflex ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p><u>Zum BSN</u></p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Entsprechend den Ausführungen wurde die Fläche als BSN festgelegt (siehe StnID 1005464).</p>

1005463, Gemeinde Hürtgenwald

Inhalt

Mit **Schreiben vom 14. Januar 2019** hat die Bezirksregierung Köln über die Siedlungsbereichsdarstellungen auf Grundlage des endogenen Bedarfs informiert. Zusätzlich wurde die Bedarfsermittlung für Wohn- und Gewerbeflächen (2018 - 2040) aktualisiert. Im Ergebnis errechnet sich der Bedarf für die Gemeinde Hürtgenwald auf 5 ha für Gewerbe und 23 ha (zum Stand der Kommunalgespräche: 33 ha) für Wohnen. Im Regionalplan-Entwurf errechnet sich der Wohnflächenbedarf für Hürtgenwald nunmehr auf 25 ha (Z.3 Tabelle 1).

Leider wurden die im Rahmen der Kommunalgespräche im Jahr 2017 vorgetragenen Entwicklungsinteressen der Gemeinde im zugesandten Vorschlag der Siedlungsbereichsdarstellungen nicht berücksichtigt. Mit **mail vom 25.03.2019** hat die Gemeinde die Regionalplanungsbehörde darauf hingewiesen. Offensichtlich unterstellt die Regionalplanungsbehörde, dass insbesondere die gewerblichen Entwicklungen am südlichen Ortsrand von Kleinhau und am nordöstlichen Ortsrand von Vossenack nicht zur Deckung endogener Bedarfe erforderlich sind. [s. Anhang Abb. StnID 1005463_1]

Das ist aus Sicht der Gemeinde nicht der Fall. Da die größte zusammenhängende Flächennutzungsplan-Reserve am östlichen Ortsrand von Gey aufgrund fehlender Nachfrage nach Gewerbeflächen an diesem Standort nicht weiterverfolgt wird, verbleiben im Gemeindegebiet nur noch FNP-Reserven für gewerbliche Bauflächen in Zerkall (ehemalige Papierfabrik) und Vossenack (nordwestlicher Ortsrand). Die Flächen in Zerkall sind betriebsgebunden und liegen in einem mit Blick auf die Umweltbelange sensiblen Bereich. [s. Anhang Abb. StnID 1005463_2]

Auch die Flächen westlich der B399 in Vossenack sind betriebsgebunden (Sägewerk, STAWAG). Im Rahmen der 4. Flächennutzungsplan-Änderung wurde die gewerbliche Baufläche am nördlichen Ortsrand von Vossenack erweitert (Genehmigung 2010). Diese Fläche wurde im Regionalplan-Entwurf in den ASB einbezogen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Anhänge

[Abb_ID1005463_1.pdf](#)

[Abb_ID1005463_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z.

B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbewachung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung innerhalb des Kreisgebietes auf diesen Flächen sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen auf endogenen Flächen möglich.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Hürtgenwald verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB und GIB möglich ist. Dies kann auch bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

1005464, Gemeinde Hürtgenwald

Inhalt

Zu den Festlegungen im **Freiraum** möchte die Gemeinde auf Folgendes hinweisen:

Die Festlegung eines Bereichs zum Schutz der Natur unmittelbar angrenzend an den neu festgelegten (verkleinerten) ASB in Gey ergibt sich nicht aus den Festsetzungen des Landschaftsplans. Die bisherige Abgrenzung des BSN im Regionalplan orientiert sich an den festgesetzten Naturschutzgebieten nordwestlich der Ortslage Horm. Die Festlegung AFAB / Schutz der Natur (Vorranggebiet) steht der gewünschten Festlegung einer ASBflex Fläche östlich der B399 entgegen (siehe oben).

[s. Anhang Abb. StnID 1005464_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1005464_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Entsprechend den Ausführungen wurde die Fläche als BSN festgelegt.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für die Gemeinde Hürtgenwald besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* ASBflex. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASBflex ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt (siehe hierzu StnID 1005462).

1005465, Gemeinde Hürtgenwald

Inhalt

Grundsätzlich möchte die Gemeinde Hürtgenwald auf die Wachstumsoffensive 2025 des Kreises Düren hinweisen:

Um dem demografischen Wandel im Kreis Düren und der damit einhergehenden prognostizierten Entwicklung der Bevölkerungszahl entgegenzuwirken, hat der Kreis Düren die Wachstumsoffensive 2025 ausgerufen, deren zentrales Ziel ein Bevölkerungszuwachs von derzeit ca. 270.000 Einwohner auf mind. 300.000 Einwohner ist.

Parallel finden aktuell in den Gremien der Gemeinde die finalen Beratungen zum Baulandentwicklungskonzept statt. Die Gemeinde Hürtgenwald und die Gemeindeentwicklungs- und Dienstleistungsgesellschaft (GED) möchten auf dieser Grundlage die Baulandmobilisierung steuern und fördern, um einen Beitrag zur Wachstumsoffensive zu leisten.

Insbesondere die Nachfrage nach Baugrundstücken übersteigt aktuell das Angebot. Ein größeres Angebot an Baugrundstücken soll auch dazu beitragen, die Preisentwicklung zu dämpfen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Zudem werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1012213, Gemeinde Hürtgenwald

Inhalt

Die ersten Ergebnisse des in Aufstellung befindlichen Baulandentwicklungskonzepts der Gemeinde finden Sie in der ANLAGE 2. Neben der Mobilisierung von Wohnbau land legt die Gemeindeentwicklungsgesellschaft eine hohe Priorität auf die Entwicklung gewerblicher Bauflächen für endogene Bedarfe, aber auch im Sinne des regionalen Gewerbeflächenkonzeptes des Kreises Düren.

Die Gemeinde Hürtgenwald hat bereits im Rahmen der Kommunalgespräche im Oktober 2017 Dezernat 32 insbesondere auf folgende Entwicklungsziele der Gemeinde hingewiesen:

(1) Entwicklung gewerblicher Bauflächen in Kleinhau und Vossenack auf Grundlage des regionalen Gewerbeflächenkonzeptes des Kreises Düren (2016), [...]

zu (1) regionales Gewerbeflächenkonzept des Kreises Düren

Im Rahmen des regionalen Gewerbeflächenkonzeptes des Kreises Düren wurden zwei Potentialflächen im Gemeindegebiet Hürtgenwald identifiziert: [...] und am nordöstlichen Ortsrand von Vossenack.

Die Potentialfläche in Vossenack wird bereits im Rahmen der 12. Flächennutzungsplan-Änderung für eine gewerbliche Entwicklung vorbereitet (Aufstellungsbeschluss Oktober 2019). Diese Fläche liegt aktuell überwiegend innerhalb des festgelegten ASB Vossenack und wird im Regionalplan-Entwurf vollständig als GIBflex festgelegt.

Die Flächen können auf Grundlage der neuen Festlegung nur in Anspruch genommen werden, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereiche dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Innerhalb der festgelegten ASB gibt es - mit Ausnahme der gewerblichen Baufläche in Gey - keine gewerblichen (nicht betriebsgebundenen) FNP-Reserven mehr (siehe unten). Zusätzlich ist im Gemeindegebiet weder bisher noch künftig eine GIB-Festlegung geplant. Insoweit ist die Festlegung eines Vorbehaltsgebietes (GIBflex) aus Sicht der Gemeinde nicht zielführend. In unmittelbarem Anschluss an Wohngebiete ist seitens der Gemeinde eine Festlegung als ASB zur Entwicklung von das Wohnen nicht wesentlich störenden Gewerbebetrieben gewünscht.

[...] Zusammenfassend regt die Gemeinde Hürtgenwald mit Blick auf den Regionalplanentwurf an (siehe ANLAGE 3):

[...] 4. die GIBflex Festlegung in Vossenack in eine ASB Festlegung zu ändern, [...].

[s. Anhang Abb. StnID_1012213_1]

[s. Anhang Abb. StnID_1012213_2]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für die Gemeinde Hürtgenwald besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* GIBflex. Folgerichtig wird der im Regionalplanentwurf festgelegte GIBflex herausgenommen.

Die Gemeinde Hürtgenwald verfügt darüber hinaus über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1012213.pdf](#)

[Abb_ID1012213_2.pdf](#)

1012215, Gemeinde Hürtgenwald	
<p>Inhalt</p> <p>zu (1) regionales Gewerbeflächenkonzept des Kreises Düren Im Rahmen des regionalen Gewerbeflächenkonzeptes des Kreises Düren wurden zwei Potentialflächen im Gemeindegebiet Hürtgenwald identifiziert: am südlichen Ortsrand von Kleinhau [...].</p> <p>Die Umsetzung der gewerblichen Potentialfläche in Kleinhau ist insbesondere westlich der L 11 und südlich der Zufahrt zur Biogasanlage auf Grundlage des Regionalplan-Entwurfs nicht möglich (siehe hierzu auch (2)).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1012215] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1012215.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Die Gemeinde Hürtgenwald verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Darüber hinaus verfügt die Gemeinde Hürtgenwald auch über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche westlich der L11 als Siedlungsbereich (ASB und GIB) ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Zum Umgang mit den gewerblichen Potentialflächen östlich der L11 verweise ich auf die Teilstellungnahme ID 1005460. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW).</p>

1012216, Gemeinde Hürtgenwald	
<p>Inhalt</p> <p>zu (3) Aufgabe der Entwicklung der gewerblichen Bauflächen (FNP-Reserve) östlich der B399 in Gey</p> <p>Unterstellt man den im Rahmen des Regionalplan-Entwurfs errechneten, endogenen Bedarf von 5 ha, verbleiben dann noch Ansiedlungsoptionen für regionale Bedarfe. Das entspricht den Zielen des regionalen Gewerbeflächenkonzepts (siehe (1)). Die Darstellung gewerblicher Bauflächen in Gey kann zurückgenommen werden.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist hier nicht möglich, da es sich nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Reserve im Flächennutzungsplan der Gemeinde Hürtgenwald. Zudem liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft).</p> <p>Ein Flächentausch kann jedoch auf Ebene der Flächennutzungsplanung gemäß der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung im kommunalen Bauleitplanverfahren erfolgen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1012217, Gemeinde Hürtgenwald	
<p>Inhalt</p> <p>Zusammenfassend regt die Gemeinde Hürtgenwald mit Blick auf den Regionalplanentwurf an (siehe ANLAGE 3):</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Berücksichtigung des Baulandentwicklungskonzeptes der Gemeinde Hürtgenwald [...]. <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche wurden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW in der Gemeinde Hürtgenwald bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung <i>?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?</i> möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

AZ: BET_116000_1

Gemeinde Inden

1005359, Gemeinde Inden

Inhalt

Allgemeine Siedlungsentwicklung

a) Faltersweg

Bis 2030 werden Siedlungsentwicklungen in Arrondierung an die Ortslage Lamersdorf vorgesehen. Die Fläche wurde im aktuellen Entwurf des Regionalplans berücksichtigt, der Geltungsbereich muss jedoch angepasst werden. Das Bauleitplanverfahren wurde schon eingeleitet. Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereiches ist dem Plan zu entnehmen.

[s. Anhang Abb. StnID_1005359_1]

Anhänge

[Abb_ID1005359_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Ausgleichsvorschlag

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005360, Gemeinde Inden	
<p>Inhalt</p> <p>Gewerbe- und Industrieentwicklung</p> <p>a) Grachtweg</p> <p>Siedlungsnahе Gewerbeflächen werden bedarfsgerecht entwickelt. Hierfür wird das Gewerbegebiet am Grachtweg nördlich erweitert Für das Plangebiet Grachtweg Nord ist das Bauleitplanverfahren eingeleitet und die landesplanerische Anfrage nach § 34 Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen wurde von der Bezirksregierung Köln positiv bewertet.</p> <p>Diese Fläche sollte als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung im Regionalplan ausgewiesen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005360_1] [s. Anhang Abb. StnID_1005360_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005360_1.pdf Abb_ID1005360_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

Gewerbe- und Industrieentwicklung

b) Bedarfsberechnung im Rahmen der Regionalplanneuaufstellung für die Ausweisung von GE und GI Flächen Die Bedarfsermittlung des endogenen Bedarfes ist aus folgenden Gründen zu evaluieren:

Der Strukturwandel im Rheinischen Revier von der Braunkohle zu einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur ist eine der größten Herausforderungen des Landes Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten. Mit den aktuell vorliegenden Eckpunkten zur Umsetzung der strukturpolitischen Empfehlungen der Kommission ?Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung? für ein ?Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen? bereitet der Bund den Strukturwandel konsequent vor.

Die Regional- und Landesplanung sollte dieser Tatsache Rechnung tragen, indem für das Rheinische Revier ausreichend Flächenspielräume eröffnet werden. Wirtschaftsflächen sind für die Kommunen die wichtigste Basis, strukturell und planerisch die ökonomische Neuausrichtung vorzubereiten und zu organisieren. Die auf den Strukturwandel ausgerichtete Flächendisposition ist aus Sicht der Gemeinde Inden in jeder Hinsicht zwingend erforderlich. Denn schon jetzt sind die Gewerbeflächen der Gemeinde Inden nahezu aufgebraucht. In dem von AGIT erstellten Standortcheck Inden werden die Gewerbeflächenreserven mit 0,06 ha (600m²) im Jahre 2020 ausgewiesen.

Weit mehr als die Hälfte des Gemeindegebiets besteht heute aus Abbauand. Die Gemeinde Inden geht unter dieser Prämisse davon aus, dass die durch die Regionalplanung vorgenom4 mene GIFPRO- Flächenbedarfsberechnung, keine validen Ergebnisse zeitigen kann. Bedarfsberechnungen nach GIFPRO, aber auch die Fortschreibung der Katasterflächen gemäß Landesdatenbank oder gemäß Siedlungsflächenmonitoring bzw. die Fortschreibung der AGITDaten sind in Inden nicht belastbar, denn die Kommune war in jeder Hinsicht in ihrer Entwicklung eingeschränkt und konnte keine Entwicklung nehmen, wie Kommunen vergleichbarer Größenordnung. Ein Regionalplan, der ausschließlich auf die Bestandsituation einer vom Tagebau geprägten Kommune abstellt und daraus Flächenbedarfe ableitet, erkennt, dass mit dem Rückzug des Tagebaus und der Kohleverstromung wieder Anschluss gewonnen werden muss und ein Strukturwandel zu gestalten ist. Jedes Planwerk für die Gemeinde Inden muss vor diesem Hintergrund ein planerisch-konzeptionelles Moment beinhalten. Eine Bestandsfortschreibung wird diesem Anspruch nicht gerecht.

Im Landesentwicklungsplan ist als Methode der Bedarfsberechnung für Gewerbe- und Industriebereiche (GIB) die Fortschreibung der Flächenzahlen des

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Siedlungsflächenmonitoring rechtlich normiert. Zwei Perioden á drei Jahre sind hierfür Grundlage. Nachdem diese zwei Perioden für die Gemeinde Inden erst 2021 abgeschlossen sind, berechnet die Bezirksregierung Köln intermediär mit einer eigenen Berechnungsmethode unter Modifikation des regelmäßig angewandten GIFPRO-Modells nach ILS. Das Ergebnis zeigt, dass für die Gemeinde Inden auf Grundlage der vorhandenen Beschäftigtenzahlen lediglich 5 ha an zukünftigen Bedarfen bis zum Jahr 2040 zugestanden werden. Die Gemeinde Inden erachtet es aus den oben genannten Gründen nicht als zielführend an, auf die GIFPRO-Bedarfsberechnung abzustellen. Es wird zwar anerkannt, dass seitens der Bezirksregierung für die Kommunen im Regierungsbezirk gewisse einheitliche Kriterien anzusetzen sind, aber diese einheitliche Vorgehensweise hat gerade im Fall der Gemeinde Inden ihre Grenzen.

Als Ergebnis einer Analyse der Bedeutung der Rheinischen Braunkohlenindustrie für die Beschäftigung wurde festgestellt, dass mit jedem Arbeitsplatz im Revier weitere 2,11 Arbeitsplätze in vor- und nachgelagerten Sektoren verbunden sind. Aktuell sind über RWE Power AG 250 Personen in Inden beschäftigt. Dies würde für die Gemeinde Inden bedeuten, dass mit dem sukzessiven Rückgang der Braunkohle ca. 750 Beschäftigte zu kompensieren sein werden. Diese Kompensationsleistung würde sich über einen längeren Zeitraum hinziehen, genauso wie die sukzessive Entwicklung und Belegung von Flächen. Über die Flächenreaktivierung bzw. Umnutzung von Flächen wird selbstverständlich ein gewisser Anteil ausgeglichen werden können. Aber die Kompensation nur der Hälfte dieser Beschäftigten würde bei einer Flächenzahl von 350 qm je sozialversicherungspflichtig Beschäftigten schon eine Bedarfslage von mehr als 13 ha belegen.

Aus Sicht der Gemeinde Inden soll ein pragmatischer und zukunftsorientierter Weg beschritten werden: für Inden wird im Hinblick auf die künftige Bedarfslage nicht die Entwicklung der Vergangenheit mit dem heutigen Status Quo, vielmehr die planerische Perspektive in den Blick zu nehmen sein. Die Standortprämissen der Gemeinde Inden sind mehr als positiv: Auf europäischer Ebene liegt die Gemeinde Inden im wirtschaftlichen Verflechtungsbereich zwischen den Regionen Rhein-Ruhr, Aachen-Lüttich-Maastricht, Vlaamse Ruit (Belgien) sowie der niederländischen Randstad. Diese Verdichtungsräume bilden den Kernraum der ?Euro- Rhein-Region?. Hier bestehen die stärksten messbaren Güter-, Passagier- und Informationsströme Zentraleuropas. Die Bevölkerungsdichte beträgt das 3,6-fache des EU-Durchschnitts. Hochschuleinrichtungen in der Rheinschiene und im Raum Aachen-Lüttich-Maastricht sind maßgebliche Standortfaktoren auch für die Gemeinde Inden. Es ist mehr als evident, dass diese Lagefaktoren und infrastrukturellen Rahmenbedingungen sich auf die Nachfrage nach 5 Gewerbe- und Industrieflächen niederschlagen. Darüber hinaus ist bereits heute spürbar, dass in den naheliegenden Metropolen Aachen, Köln und auch Düsseldorf das Flächenangebot für Industrie- und Gewerbenutzungen zunehmend begrenzt ist. Entsprechende Bedarfsverlagerungen erfolgen in die umliegenden Kreise.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW für den Regionalplan Köln Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten. Der Anregung zur Nutzung von Spielräumen im Hinblick auf die künftige Bedarfslage wird insofern entsprochen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1

Nun erkennt die Gemeinde Inden an, dass es mit Blickrichtung auf einen planerisch vorzubereitenden Strukturwandel keine allgemeingültigen Berechnungsmodelle gibt, die belastbare Bedarfe für eine Tagebaugemeinde definieren. Insoweit empfehlen wir dringend, von einer mit vielen Unsicherheiten behafteten Bedarfsberechnung nach GIFPRO abzusehen und die möglichen interkommunalen Flächenpotenziale im indeland, für Inden hier insbesondere die in den Nachbarkommunen Eschweiler und Langerwehe, in den Blick zu nehmen. Was hier an Flächenpotenzialen unter Berücksichtigung der umwelt- und erschließungs-relevanten sowie der siedlungsstrukturellen Bindungen möglich ist, sollte regionalplanerisch gesichert werden. Die bedarfsgerechte Entwicklung erfolgt im weiteren Fortgang in der Realität; und es kann heute davon ausgegangen werden, dass die Infrastrukturinvestitionen in die Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen nicht auf Halde erfolgt, vielmehr auf Grundlage konkreter Bedarfe, will heißen: faktischer Nachfragen. Allein die zeitnah zwingend erforderliche Refinanzierung der öffentlichen Investitionskosten bedingt eine direkt am Bedarf orientierte Entwicklung. Diese ist aber nur möglich, wenn ausreichend Flächenspielräume regionalplanerisch dargestellt sind. Flächenspielräume, die im Übrigen auch erforderlich sind, um auf die Schwierigkeiten im Grunderwerb adäquat reagieren zu können.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Gemeinde Inden die durch die Bezirksregierung errechnete Bedarfslage von 5 ha an Gewerbe- und Industriebereichen bis zum Jahr 2040 nicht akzeptiert.

LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBpl us sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret im Kreis Düren.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. Der Anregung wird somit hinsichtlich der geäußerten Bedarfsverlagerungsprozesse sowie in Bezug auf die Sicherung von interkommunalen Flächenpotenzialen insbesondere in der Nachbarkommune Eschweiler mit der Festlegung eines GIBinterkommunal in Eschweiler entsprochen. In Bezug auf Flächenpotentiale in Langerwehe s. StnID 1001340.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation im neuen Regionalplan bedarfsgerecht festgelegt. Der Anregung zur Sicherung von zusätzlichen Flächenpotentialen für den Strukturwandel ist somit entsprochen.

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

--	--

Inhalt**Gewerbe- und Industrieentwicklung****c) GIB Flex-Fläche an der L 12 in Langerwehe als interkommunale Flächenentwicklung**

Inden ist durch die Flächeninanspruchnahme des Tagebaus in seiner Entwicklung stark eingeschränkt. Nicht nur die Flächen des aktiven Tagebaus, sondern auch die Flächen, die sich in der Renaturierung befinden, scheiden für Nutzung durch Gewerbeflächen vorerst aus, da der renaturierte Boden zunächst eine etwa zwei Jahrzehnte dauernde Phase der Setzung durchlaufen muss, ehe eine Bebauung unbedenklich ist. Insgesamt scheiden somit rund 70 Prozent der Gemeindefläche braunkohlebedingt aus. Daher liegt der Hauptfokus der Gewerbeentwicklung auf bedarfsgerechten siedlungsnahen Entwicklungen, unter anderem in Mischnutzung Arbeiten und Wohnen im Quartier (beispielsweise im Allgemeinen Siedlungsbereich am südwestlichen Rand von Inden / Altdorf), sowie auf interkommunalen Beteiligungen.

Für die im Regionalplan festgelegte GIBFlex-Fläche an der L 12 ist das Interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet ?Faktor X? der Gemeinde Inden und Langerwehe als Satellit des Industriedrehkreuzes Weisweiler ? Inden geplant. Ein entsprechende LOI wurde bereits 2019 unterzeichnet. Es muss gewährleistet werden, dass die Fläche im Rahmen des anstehenden Strukturwandels dazu beitragen kann, die im Rheinische Revier wegfallenden Arbeitsplätze zu kompensieren. Im indeland sind dies die Arbeitsplätze des Tagesbaus Inden, des dazu gehörigen Kraftwerks Weisweiler, des Tagebaus Hambach sowie indirekt abhängiger Unternehmen wie Zulieferer und Dienstleister. Um die anstehenden Arbeitsplatzverluste auszugleichen, müssen schon jetzt Flächen für Industrie, Gewerbe und Handwerk qualifiziert werden.

Das GI Faktor X soll hierfür zu einem wichtigen Industriestandort entwickelt werden. Es handelt sich um eine regionalbedeutsame Fläche für die wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen des gesamten indelandes. Dies spiegelt sich wieder im Raumbild Wirtschaft und Arbeit des Fachbeitrages 2.0 des indelandes zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln und in der Machbarkeitsstudie zum Industriedrehkreuz Weisweiler ? Inden ? Stolberg. Insbesondere aufgrund der Standortgunst durch den unmittelbaren Anschluss an die Bundesautobahn BAB A4 und die Bundesbahnlinie Aachen-Köln sowie die räumliche Nähe zu bereits bestehenden und zukünftig geplanten Gewerbeflächen im näheren Umfeld ist das GI Faktor X Langerwehe ? Inden in besonderer Weise dazu geeignet, den geplanten Industrie- und Logistikstandort Industriedrehkreuz Weisweiler ? Inden ? Stolberg rund um das benachbarte Kraftwerk Weisweiler zu ergänzen. Das Industriegebiet Faktor X Langerwehe ? Inden bildet somit gemeinsam mit den Industrie- und Gewerbegebieten Campus Aldenhoven, Merscher Höhe und Bahnhof Stolberg einen weiteren Satelliten rund um das Zentrum

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen. Siehe hierzu Erläuterungen zu StnID 1001340.

Industriedrehkreuzes. Die Satelliten haben jeweils unterschiedliche Prägungen sowie Zeithorizonte und treten nicht in Konkurrenz zueinander auf. **Da diese Zielsetzung nicht mit einem Vorbehaltsgebiet (GIBFlex) erreicht werden kann, wird angeregt, dieses Gebiet als GIBinterkommunal zu kennzeichnen (s.a. Ausführungen Textliche Festlegung 3.3.2.1).** Der Indener Bedarf für Industrieflächen wird interkommunal in Langerwehe ausgewiesen.

1005363, Gemeinde Inden	
<p>Inhalt</p> <p>Touristische Inwertsetzung des Freizeitentrums Indemann im Rahmen des Strukturwandels</p> <p>a) Freizeitzentrum Indemann und Verlängerung der Sichtachse Freizeitzentrum Indemann ? Grenze Geltungsbereich BKP Inden II</p> <p>Schon im Rahmen der EuRegionalen 2008 wurde die Goltsteinkuppe mit dem Starterprojekt des Aussichtsturmes Indemann und einem gastronomischen Angebot freizeitwirtschaftlich im Rahmen des anstehenden Strukturwandels in Inden in Wert gesetzt. Auf der Grundlage der Zielsetzungen des Braunkohlenplanes Inden II mit dem hieraus geforderten Rahmenplanes Indesee wird die touristische Inwertsetzung mit Attraktivierung des Angebotes fortgeführt. Weitere Projekte haben mit dem Starterpaket Kernrevier den 3. Stern in der Förderkulisse des Rheinischen Reviers erreicht. Die Förderantragstellung ist in Erarbeitung. Darüber hinaus werden zukünftige Entwicklungen über die Sichtachse in Richtung zukünftiger Seekante initiiert.</p> <p>Für die Goltsteinkuppe ist die Freiraumfunktion ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? vorgesehen. Die Ausweisungen ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? steht den schon vorhandenen touristischen Nutzungen und der weiteren Entwicklung im Strukturwandel an diesem für das gesamte Revier bedeutenden Freizeitstandort Indemann entgegen. Da die vorgesehene Ausweisung der aktuellen Nutzung und der geplanten Entwicklung entgegensteht, sollte eine Ausweisung gem. Kapitel 4.1.3 Flächen ?Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum? Ziel 17 vorgenommen werden. ?Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus zeichnen sich durch einen hohen Freiflächenanteil aus. Sie weisen keinen oder im Verhältnis zu der zugehörigen Freiraumnutzung einen nur untergeordneten Anteil baulicher Nutzungen auf. Die Einrichtungen sind in der Regel im Zusammenhang mit Freizeitnutzungen erforderlich, die an spezifische standörtliche, landschaftliche Voraussetzungen (z. B. im Falle von Golfplätzen, Kletteranlagen, Wassersportanlagen oder Mountain-Bike-Strecken) gebunden sind oder stellen gegebenenfalls ergänzend die dafür notwendige Infrastruktur, z. B. Parkplätze oder Sanitäranlagen, bereit. Die Einrichtungen sind daher vielfach auf die Ansiedlung im regionalplanerisch festgelegten Freiraum angewiesen.?</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005363_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005363_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 grundsätzlich im Freiraum möglich und bedarf keiner räumlichen Steuerung / Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie Wildgehege, Skisportgelände etc. verzichtet. Das fehlenden Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen. Im Bereich der Goltsteinkuppe sind aktuell keine Freiraumfunktionen als Vorranggebiete festgelegt, die einer Entwicklung grundsätzlich entgegenstehen. Näheres ist auf Bauleitplan-Ebene abzustimmen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005364, Gemeinde Inden	
<p>Inhalt</p> <p>Schiennetz Verlängerung der Regionalbahn Aachen bis an den zukünftigen Indesee</p> <p>Mit der Entwicklung des Indesees wird der Gesamttraum für Ansiedlungen attraktiv. Dies spiegelt sich auch in den vorgesehenen ASB-Ausweisungen am zukünftigen Südwestufer des Indesees wieder. Darüber hinaus werden die touristischen Verkehre aus den umliegenden Ballungsräumen zunehmen. Eine Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der Trasse der EuRegiobahn von Aachen an den zukünftigen Indesee ist veranlasst. Die Trasse ist als Bedarfsmaßnahme Schienenweg darzustellen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005364_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005364_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1006599) (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Festlegung des vorhandenen Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind.</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme (d.h. der Verlängerung des bestehenden Schienenwegs über den in der Örtlichkeit überplanten Verlauf hinaus) nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

1005365, Gemeinde Iden	
<p>Inhalt</p> <p>Flächenentwicklungen aus der Zielsetzung des Braunkohlenplanes Iden II</p> <p>Wie bereits in der Stellungnahme der Gemeinde Iden zur frühzeitigen Unterrichtung dargelegt wurde, ist gemäß des Abstimmungsgebotes nach § 26 LPLG NW, das Abstimmungsgebot so zu gewähren, dass der Regionalplan und der Braunkohleplan wie ein gemeinsames regionales Planwerk zu lesen und frei von Widersprüchen sind. Hier unterstützt die Gemeinde Iden explizit die revierweite Forderung der Tagebauumfeldinitiativen: Schaffung eines konfliktfreien Rahmens für die Umsetzung der Zielsetzungen aus den Braunkohlenplanungen im Rheinischen Revier:</p> <p>? Mit der Leitentscheidung wurde im Rheinischen Revier ein Perspektivwechsel eingeleitet, der sich in Plan- und Genehmigungsverfahren wiederfinden muss. Tagebaufolgelandschaften sollen zu Zukunftsräumen entwickelt werden und möglichst frühzeitige und vielfältige Entwicklungsperspektiven eröffnen. In diesem Sinne sind sowohl die schnellstmögliche In-Wertsetzung der Tagebaukanten/Sicherheitsstreifen als auch vielfältige Zwischennutzung im Böschungssystem zu ermöglichen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Durch das Zusammenspiel von Braunkohle- und Regionalplanung wird ein konfliktfreier Rahmen für das Rheinische Revier gewährleistet. Die Kennzeichnung von Bereichen, die im Entwurf ohne zeichnerische Festlegungen bleiben, erfolgt in Abhängigkeit vom Stand der Erkenntnisse der Braunkohlenplanung. Die Braunkohlepläne legen auf Grundlage des LEP NRW und in Abstimmung mit dem Regionalplan im Braunkohleplangebiet die Ziele und Grundsätze der Raumordnung fest, soweit dies für eine geordnete Braunkohleplanung erforderlich ist. Diese Gebiete obliegen vom Beginn des Abbaus bis zur Beendigung der Rekultivierungstätigkeit und Entlassung aus der Bergaufsicht der Regeleungskompetenz des Braunkohleausschusses. Für Bereiche der Braunkohlenplanung, in denen kein Abbau (mehr) vorgesehen werden soll, werden zeichnerische Festlegungen entwickelt. Zu einem späteren Zeitpunkt werden auch für die Bereiche, die aktuell bzw. perspektivisch noch in Abbau / Rekultivierung befindlich sind und der Bergaufsicht unterliegen, regionalplanerische Festlegungen zu entwickeln sein. Dabei kann der Regionalplan nur Endnutzungen festlegen. Zwischennutzungen und Bereiche hinter der Sicherheitszone obliegen der Braunkohleplanung und Bergaufsicht sowie der Abstimmung mit der RWE AG als Bergbaubetreiberin. Hier sind sicherheitsrechtliche Anforderungen zu prüfen und erfüllen, die nicht im Rahmen einer Regionalplanfestsetzung geregelt werden können. Dies eröffnet vielfältige Möglichkeiten für Zwischennutzungen, die mit den bergbaulichen Tätigkeiten vereinbar sind.</p>

Inhalt

Flächenentwicklungen aus der Zielsetzung des Braunkohleplans Inden II

Für Inden bedeutet dies konkret: Das Kapitel 5.3 des Braunkohlenplanes Inden II fordert die Erarbeitung eines Masterplanes (Rahmenplan Indesee) auf der Grundlage des im Prognos Gutachten formulierten Bedarfes für bauliche Entwicklungen am zukünftigen Indesee. Das Prognosgutachten begründet unter anderem die Grundannahme zur Änderung des Braunkohlenplanes, dass mit dem Indener See eine Seekategorie entsteht, die größere Chancen einer strukturwirksamen Inwertsetzung eröffnet. Mit dem Masterplan (Rahmenplan Indesee) sollen die beabsichtigten wirtschaftlichen und touristischen Entwicklungen am Indesee erarbeitet werden. Der Prozess wurde von der Bezirksregierung Köln begleitet, um die regionalplanerische Vereinbarkeit und die Vereinbarkeit mit den Zielen und den Intentionen des Braunkohlenplanes zu gewährleisten. Somit ist die wirtschaftliche und touristische Entwicklung des Indesees und damit faktisch auch die siedlungsbezogene Fortentwicklung der Anrainerkommunen übergeordnetes Ziel der Änderung des Braunkohlenplanes. Auf Grundlage des Braunkohleplans Inden II Kapitel 5.3. und in Vorbereitung der Umsetzung des Rahmenplans Indesee wurden unter anderem folgende Leitmaßnahmen für die Gemeinde Inden entwickelt:

a. Inwertsetzung der zukünftigen Hafenkante in Schophoven

In Schophoven ist die In Wertsetzung der Kante ab 2030 vorzubereiten. **Auf der Grundlage des Kapitels 5.3. des BKP Inden II ist der Allgemeiner Siedlungsbereich in Richtung zukünftiges Hafenbecken zu erweitern.** In der Neufassung des Regionalplans ist die Fläche Nordwestliche von Schophoven als allgemeiner Siedlungsbereich neu ausgewiesen worden. Schophoven ist im Rahmen des Strukturwandels ?Ort der Zukunft?. Die Förderprojekte richten sich auf die zukünftige Entwicklung des Dorfes an die zukünftige Seekante aus. Alle Projekte werden unter dem Aspekt der Stoffkreisläufe und der Ressourcenschonung entwickelt. Die Ausweisungen des Allgemeinen Siedlungsbereiches in Schophoven sollte diese Entwicklungen an den zukünftigen See, sukzessive bis circa 2050 berücksichtigen Die entsprechende Erläuterungskarte aus dem BKP, der Auszug aus dem im BKP geforderten Rahmenplan Indesee und das städtebauliche Konzept, ?Bartholomäus Pfädchen? sind beigelegt.

[s. Anhang Abb. StnID_1005366_1]

[s. Anhang Abb. StnID_1005366_2]

[s. Anhang Abb. StnID_1005366_3]

Anhänge[Abb_ID1005366_1.pdf](#)[Abb_ID1005366_2.pdf](#)[Abb_ID1005366_3.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Arrondierung des ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Darüber hinaus gilt, dass die Ufer- und Randbereiche des zukünftigen Sees Inden innerhalb des bergrechtlichen Sicherheitsbereiches des Braunkohlenplans Inden II liegen. Gemäß Grundsatz *Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen* stehen die angeregten Bereiche in dem Planungszeitraum des Regionalplanes bis 2043 voraussichtlich nicht für eine abschließende Siedlungsentwicklung (z. B. Wohngebiete, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen) zur Verfügung, da sich diese hinter der gemäß Braunkohleplan festgelegten Sicherheitslinie befinden und somit den Regelungen der Braunkohleplanung sowie der Bergaufsicht unterliegen.

Im Übrigen gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt werden. Die Gemeinde Inden verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB wäre daher ohnehin nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt.

1005367, Gemeinde Inden	
<p>Inhalt</p> <p>Flächenentwicklungen aus der Zielsetzung des Braunkohleplans Inden II</p> <p>b.Siedlungsentwicklungen Lamersdorf, Inden/Altdorf und Lucherberg</p> <p>Am zukünftigen Südwestufer des Indesees sind sukzessive weitere Siedlungsentwicklungen auf der Grundlage des Braunkohlenplanes Inden II ? Rahmenplan Indesee bis circa 2050 vorgesehen. Hier sind die Ausweisungen des Allgemeinen Siedlungsbereiches zu erweitern.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005367_1] [s. Anhang Abb. StnID_1005367_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005367_1.pdf Abb_ID1005367_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Ufer- und Randbereiche des zukünftigen Sees Inden liegen innerhalb des bergrechtlichen Sicherheitsbereiches des Braunkohlenplans Inden II. Gemäß Grundsatz "<i>Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen</i>" stehen die angeregten Bereiche in dem Planungszeitraum des Regionalplanes bis 2043 voraussichtlich nicht für eine abschließende Siedlungsentwicklung (z. B. Wohngebiete, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen) zur Verfügung, da sich diese hinter der gemäß Braunkohleplan festgelegten Sicherheitslinie befinden und somit den Regelungen der Braunkohleplanung sowie der Bergaufsicht unterliegen.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Inden verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Flächen ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

**Flächenentwicklungen aus der Zielsetzung des Braunkohleplans Inden II
c. Strandzugang Lucherberg**

Im Braunkohleplan Inden II Kapitel 5.3 heißt es weiterhin, dass das Restloch so zu modellieren, dass südöstlich von Lucherberg bereits ca. 5 Jahre nach Beginn der Befüllung, während der Füllphase und auch danach eine kontinuierliche Freizeit- und Erholungsnutzung ermöglicht wird. Für diese Fläche ist im Rahmenplan Indesee unter anderem eine touristische Nutzung als Strandzugang zum Indesee vorgesehen. Die Ausweisungen ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? und ?Regionaler Grünzug? stehen dieser Entwicklung entgegen. **Die Ausweisung soll zurückgenommen und eine Flächenentwicklung gem. Kapitel 4.1.3 zu "Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum" Ziel 17 ermöglicht werden.** *?Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus zeichnen sich durch einen hohen Freiflächenanteil aus. Sie weisen keinen oder im Verhältnis zu der zugehörigen Freiraumnutzung einen nur untergeordneten Anteil baulicher Nutzungen auf. Die Einrichtungen sind in der Regel im Zusammenhang mit Freizeitnutzungen erforderlich, die an spezifische standörtliche, landschaftliche Voraussetzungen (z. B. im Falle von Golfplätzen, Kletteranlagen, Wassersportanlagen oder Mountain-Bike-Strecken) gebunden sind oder stellen gegebenenfalls ergänzend die dafür notwendige Infrastruktur, z. B. Parkplätze oder Sanitäranlagen, bereit. Die Einrichtungen sind daher vielfach auf die Ansiedlung im regionalplanerisch festgelegten Freiraum angewiesen.?* **Ich mache darauf aufmerksam, dass hier eine Campingplatzentwicklung ermöglicht werden muss.**

[s. Anhang Abb. StnID_1005368_1]

[s. Anhang Abb. StnID_1005368_2]

[s. Anhang Abb. StnID_1005368_3]

Anhänge[Abb_ID1005368_1.pdf](#)[Abb_ID1005368_2.pdf](#)[Abb_ID1005368_3.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen in dem betreffenden Bereich erfolgen in Anpassung an den aktuellen Stand der Abbau-/Rekultivierungsplanung. Die Festlegung als BSLE bzw. Regionaler Grünzug schließt eine verträgliche Entwicklung von nicht durch bauliche Anlagen geprägter Einrichtungen für Freizeit, Erholung, Sport und Tourismus, z.B. eines Strandzugangs, nicht aus. Dies gilt ebenso grundsätzlich auch für die Planung eines Campingplatzes. Diese erfordert jedoch ergänzend die Beachtung der landesplanerischen Vorgaben für überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW).

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet. Die Zeichnerische Festlegung wird an den aktuellen Braunkohleplan Inden II angepasst (siehe ID 1004370_013).

1005369, Gemeinde Inden	
<p>Inhalt</p> <p>Flächenentwicklungen aus der Zielsetzung des Braunkohlenplanes Inden II d. Seezugänge</p> <p>Im Kapitel 5 des Braunkohlenplanes Inden II ist es Ziel in der Zwischennutzung circa 2040 Seezugänge vor den Ortschaften Schophoven, Merken, Inden/Altdorf zu schaffen. Im Bereich der Strandfläche ist der Sezugang circa 2035 zu schaffen. Die notwendigen Nutzungen sind nur auf der Basis des § 35 BauGB und/oder über vorgezogene gemeindliche Bauleitplanung genehmigungsfähig. Damit die Zielsetzungen des Braunkohlenplanes umsetzbar sind, sind entsprechende Festsetzungen auch im Regionalplan zu verankern. Entsprechend der Revierweiten Forderung der Tagebauumfeldinitiativen sind hier neue Planzeichen einzuführen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005369_1]</p> <p>Anhänge Abb. ID1005369_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Regionalplanerische Festlegungen für zukünftige Siedlungsentwicklungen in den zukünftigen Uferand- bereichen und jenseits der bergrechtlichen Sicherheitslinie sind derzeit nicht möglich. Diese soll aber im Rahmen einer textlichen Regelung zur perspektivischen Siedlungsentwicklung am See vorbereitet und vor entgegenstehenden Nutzungen geschützt werden. Mit dem Grundsatz Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen wird dem Anliegen Rechnung getragen, die zukünftige Ausrichtung der städtebaulichen Entwicklung der Ortslagen zum zukünftigen See bei der Gestaltung der Tagebaurandbereiche zu berücksichtigen.</p> <p>Zwischennutzungen im Bereichen, die noch der Braunkohleplanung unterliegen, werden im Regionalplan nicht festgelegt, da sie i.d.R. temporär sind und den bergrechtlichen und sonstigen Sicherheitserfordernissen der Braunkohleplanung und Abbauplanung unterliegen.</p> <p>Die Einführung eines neuen Planzeichens und der damit verbundenen Erwartung von rechtlichen Sonderregelungen im Sinne obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden.</p>

1005370, Gemeinde Inden

Inhalt

Flächenentwicklungen aus der Zielsetzung Braunkoglenplanes Inden II e.Tagesanlagen als Konversionsfläche zur gewerblichen Nutzung

Im Rahmen des Strukturwandels im Rheinischen Revier wird die Nachnutzung der Konversionsflächen Tagesanlagen und Kraftwerksstandorte thematisiert. In Inden liegen die Konversionsflächen der heutigen Tagesanlagen günstig in Betrachtung auch zukünftiger gewerblicher Wassernutzungen am Indesee. Die Flächen sind verkehrlich über eine vorhandene Straße mit direkter Anbindung an die BAB 4 Aachen-Köln angebunden. Ver- und Entsorgungsanlagen, sind ebenfalls vorhanden. **Nach Beendigung des Braunkohleabbaus sollen dann die Flächen einer wasseraffinen gewerblichen Nutzung sukzessive in Abhängigkeit der Notwendigkeit im Kontext mit der Seebefüllung zugeführt werden.**

Ziel 6.3-3 des Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen beschreibt, dass im Freiraum liegende Brachflächen abweichend als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen festgelegt werden können, wenn über eine ergänzende Zweckbindung bzw. ein ergänzendes textliches Ziel sichergestellt wird, dass nur eine Nachnutzung bereits versiegelter Flächen einschließlich vorhandener Infrastruktur erfolgt und die auf dieser Brachfläche vorhandenen naturschutzwürdigen Teilflächen von der Nachnutzung ausgenommen werden und eine kurzwegige verkehrliche Anbindung gegeben ist. Durch diese Ausweisung würden bereits versiegelte Flächen, nach Beendigung der aktuellen Nutzung, sinnvoll weitergenutzt. Die Tagesanlagen verfügen schon sowohl eine verkehrliche Erschließung an das regionale Straßennetz als auch eine Erschließung zur Ver- und Entsorgung. Es sind also keine weiteren Versiegelungen auch in der Anbindung und Ver- und Entsorgung notwendig. Die Größenordnung der Fläche beträgt circa 20 ha. Diese sollen sukzessive in Abhängigkeit mit der Indeseeentwicklung als Flexfläche bereitgestellt werden.

[s. Anhang Abb. StnID_1005370_1]

Anhänge

[Abb_ID1005370_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).

Der Anregung wird durch Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereiches teilweise gefolgt. Dies in Form der Festlegung eines bedarfsgerecht festgelegten Vorranggebiegtes als Allgemeiner Siedlungsbereich. Dies ist eine weitergehendere Festlegung als die angeregte Vorbehaltsfestlegung als Flexfläche.

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten). Die Erläuterung der textlichen Festlegung Z 7 wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Inhalt**Sonstiges****a. Gemeinsame Position der Anrainerkonferenz**

Die Gemeinde Inden schließt sich folgender Position aus der Anrainerkonferenz an: Die Anrainerkommunen des Rheinischen Reviers stehen durch den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung vor gewaltigen Herausforderungen. In diesem Kernrevier, das ungefähr ein Drittel des gesamten Rheinischen Reviers ausmacht, werden die größten Anpassungslasten des Braunkohleausstiegs anfallen. Konkret bedeutet dies, insgesamt rund 22.000 Arbeitsplätze und 600 Mio. Euro Wertschöpfung qualitativ, quantitativ und zeitnah zu kompensieren und hierzu neue Wertschöpfungsketten zu knüpfen. Dies rechtzeitig bis 2038 zu schaffen, damit die Region nicht durch einen zu befürchteten Strukturbruch wirtschaftlich abstürzt, stellt schon eine immense Herausforderung dar. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag nun die Zielsetzung formuliert, sogar bis 2030 aus der Braunkohleverstromung aussteigen zu wollen. Das Land NRW hat sich dieser Zielsetzung ausdrücklich angeschlossen. Den Ausstieg nun noch mal um acht Jahre vorziehen zu wollen, ist klimapolitisch nachvollziehbar, lässt die Anrainer jedoch mit größter Sorge auf die Zukunft unserer Region blicken und erfordert deutliche und zusätzliche Anstrengungen zur Strukturstärkung. Die aktuellen Gaspreis- und Strompreisentwicklungen, die Haushaltsbelastungen durch die Corona-Pandemie und die unterbrochenen Lieferketten des beschäftigungsstarken produzierenden Gewerbes kommen hinzu und steigern den Handlungsdruck zur beschleunigten, wirtschaftlichen Stärkung des hauptlasttragenden Kernreviers.

Mit einem gemeinsamen Positionspapier haben sich im Dezember 2021 Kammern, Gewerkschaften, Kreise, Kommunen und Regionalverbände als legitimierte Vertreter des Rheinischen Reviers vereint an Bundes- und Landesregierung gewandt und konkrete unterstützende Maßnahmen gefordert. Darin wird verdeutlicht, dass die Bewältigung der von Bund und Land induzierten Herausforderung weit mehr Anstrengungen erfordert als den bloßen Einsatz von Strukturfördermitteln. Die sich daraus ergebenden Handlungserfordernisse erstrecken sich vielmehr auch auf die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei der Errichtung von Infrastrukturen sowie auf die bedarfsgerechte Ausweisung von Siedlungsflächen.

Insbesondere die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen stellt einen zentralen Baustein im Rahmen der Strukturstärkungsstrategie dar. Die durch die zahlreichen Innovationsprojekte ausgelöste wirtschaftliche Aktivität wird ihre beschäftigungspolitische Wirkung nur entfalten können, wenn zeitnah in ausreichendem Maße Flächen für Investitionen zur Verfügung stehen. Diese gibt es heute im Kernrevier gutachterlich nachgewiesen nur in sehr unzureichender Form. Die Entwicklung der drei Tagebaurestseen im Rheinischen Revier ist für die Imagebildung

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der vorliegende Entwurf eines Regionalplanes entspricht den geltenden rechtlichen Vorgaben auf Landes- und Bundesebene. Die Einführung von Verfahrensbeschleunigungen, die Etablierung einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone sowie landesseitige Flächenpoolösungen obliegt der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und den parlamentarischen Gremien auf Landesebene und gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus und sind nicht mit den aktuellen Landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW vereinbar.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich werden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

der Gesamtregion von immenser Bedeutung. Bei Ansiedlungsentscheidungen spielen immer mehr die Fachkräftebindung eine große Rolle. Ein attraktives Lebensumfeld mit hohem Freizeitwert wird durch die Seenentwicklung hier zu einem Pullfaktor.

Die hierfür notwendigen Freizeitwirtschaftlichen Entwicklungen im Kontext der 3 zukünftigen Seen ist schon in der sogenannten Zwischenlandschaft auch in der Regionalplanung mit den hierfür erforderlichen Planausweisungen zu sichern. Gutachterlich liegen beispielhaft in der Entwicklung des Indesees circa 307,9 Mio. ? einmalige Effekte in der Wertschöpfungskette bis 2065 mehr als bei einer Verfüllung. Hiervon liegen circa 47,8 Mio. ? in der Freizeitwirtschaft, im Tourismus und der Erholung. Laufende jährliche Effekte über den Betrieb der Anlagen im Bereich Freizeit, Naherholung und Tourismus liegen bei circa 35,9 Mio. ?/Jahr. Die absolute Gesamtzahl für diesen Bereich beträgt circa 70,8 Mio.- ? Effekte.

Vor diesem Hintergrund ist die Aufstellung des neuen Regionalplans für die Anrainerkommunen im Regierungsbezirk Köln ein entscheidender Prozess, der mit großen Erwartungen verbunden ist. Mit Blick auf die Flächenplanung sind hier u.a. die Forderungen nach Verfahrensbeschleunigung, die Etablierung einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone, landesseitige Flächenpoolösungen etc. zu nennen. Was die Anrainerkommune brauchen, sind zeitnahe und zusätzliche Flächenangebote. Wir erwarten, dass der Regionalplan alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft, um die notwendigen Grundlagen in ausreichender Menge, Qualität und Geschwindigkeit zu schaffen und er damit seinen Beitrag zu einem gelingenden Strukturwandel leistet.

Auch im Lichte dieser Rahmenbedingungen bitten wir den o.a. Beitrag zum Regionalplanentwurf zu sehen.

1005372, Gemeinde Inden	
<p>Inhalt</p> <p>Sonstiges</p> <p>b. Gemeinsame Position des Kreises Düren</p> <p>Die Gemeinde Inden schließt sich folgender Position des Kreises Düren an: Unter Berücksichtigung der Inhalte des Regionalplanes in Form von Zielen und Grundsätzen für die Raumordnung und der damit zu erwartenden Bestandsdauer des neuen Regionalplanes, bittet der Kreis Düren um Berücksichtigung und Erwähnung der interkommunalen Planungsvision ?Seeverbindung Inde- und Hambachsee?. Im interkommunalen Verbund zwischen dem Kreis Düren und Rhein-Erft-Kreis besteht Einvernehmen darüber, die Möglichkeit zur kanalbaulichen Verbindung zwischen den beiden Tagebaurestseen zu prüfen und die Realisierungschancen zu konkretisieren. Gemeinsam mit den Städten Elsdorf, Jülich und Kerpen, den Gemeinden Inden, Merzenich, Niederzier und Titz, sowie dem Erftverband und dem Wasserverband Eifel Rur wurde eine Absichtserklärung verfasst, die sich auf die gemeinsame Prüfung und Weiterentwicklung auf Basis einer Machbarkeitsstudie bezieht. Als Grundlage für diese Vorgehensweise ist es jedoch erforderlich, bereits im Verfahren zum künftigen Regionalplan, die grundsätzlichen Weichen zu stellen. Eventuell entgegenstehende Nutzungen für den erforderlichen Suchkorridor gilt es, für die Zukunft auszuschließen. Daher ist es Konsens aller Beteiligten und insbesondere der beiden Belegenheitskommunen Niederzier und Inden, diesen Korridor als möglichen ?Such- oder Entwicklungsraum? bereits im künftigen Regionalplan zu sichern. Die beigefügte Skizzierung zeigt den potentiellen Suchraum und lässt erkennen, dass die aktuelle Darstellung als Freiraum Grundlage zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie bietet.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005372_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005372_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Anregung ist im Planentwurf entsprochen. Der vorgesehene Korridor für eine Verbindung der Seen weist keine der Realisierung dieses Vorhabens entgegenstehenden Festlegungen auf. Durch die Festlegung vorrangiger Freiraumfestlegungen (Regionaler Grünzug, zzgl. teilweise BGG) wird der Verbindungskorridor langfristig gesichert.</p> <p>Die genaue Ausführung der angesprochenen Seeverbindung und darauf aufbauend eine mögliche Realisierung wird voraussichtlich erst nach dem Planungszeitraum des Regionalplans von 2043 erfolgen. Mögliche weitere Planungen der Anbindung, technischen Gestaltung etc. richten sich an einen Planungszeitraum jenseits des Regionalplans und an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

Flächenentwicklungen aus der Zielsetzung des Braunkohleplanes Inden II

? Kommunale Entwicklungsabsichten in der End- und Zwischenlandschaft die sich aus den Braunkohleplänen ergeben (u.a. touristische Erschließung), sind in die Regionalplanung zu übertragen und zu sichern. Der planerische Vollzug wird z.T. schon im zeitlichen Gestaltungsrahmen des anstehenden Regionalplanes stattfinden; notwendige Genehmigungen werden erforderlich und sind planungsrechtlich sicher zu stellen. Der Regionalplan sollte daher keine restriktiven Festlegungen treffen, die spätere Entwicklungen erschweren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Kennzeichnung von Bereichen, die im Entwurf ohne zeichnerische Festlegungen bleiben, erfolgt in Abhängigkeit vom Stand der Erkenntnisse der Braunkohlenplanung. Für Bereiche der Braukohlenplanung, in denen kein Abbau (mehr) vorgesehen werden soll, werden zeichnerische Festlegungen entwickelt. Zu einem späteren Zeitpunkt werden auch für die Bereiche, die aktuell bzw. perspektivisch noch in Abbau / Rekultivierung befindlich sind, regionalplanerische Festlegungen zu entwickeln sein. Die konkrete räumliche Abgrenzung der "Manheimer Bucht" ist Gegenstand des Braunkohlenplanverfahrens.

Restriktive Festlegungen, die eine spätere Entwicklung im Rahmen der rechtlichen Vorgaben erschweren würden, werden nicht getroffen.

Zwischennutzungen im Bereichen, die noch der Braunkohleplanung unterliegen, werden im Regionalplan nicht festgelegt, da sie i.d.R. temporär sind und den bergrechtlichen und sonstigen Sicherheitserfordernissen der Braunkohleplanung und Abbauplanung unterliegen.

1012225, Gemeinde Inden	
<p>Inhalt</p> <p>Flächenentwicklungen aus der Zielsetzung des Braunkohlenplanes Inden II</p> <p>? Braunkohlepläne inkl. Sicherheitsstreifen sind als Konversionsflächen zu verstehen, die sich als Experimentierräume für flexible Planung und Entwicklung eignen. Damit Tagebaue wieder mit dem umgebenden Raum verbunden werden, sind Ausweisungen auch ohne Siedlungsansatz zu ermöglichen und neue ? der Transformation dienende ? Planzeichen sowohl für Nutzungen in der sogenannten Zwischenlandschaft als auch in der Endnutzung einzuführen (z.B. ?perspektivischer ASB/GIB?; ?touristische Nutzung?; ?Agri-Photovoltaik?; ?multicodierte Landschaft?).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Einführung eines neuen Planzeichens und der damit verbundenen Erwartung von rechtlichen Sonderregelungen im Sinne einer "Sonderplanung" oder "Sonderplanungszone" obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden</p>

Inhalt

Stellungnahme zur ??Neuaufstellung des Regionalplanes Köln?

Nach Durchsicht der im Rahmen der Beteiligung nach gem. §13 LPIG NRW i. V. m. §9 Abs. 2 ROG vorgelegten Unterlagen zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln möchten wir folgendes vortragen: Zu den bisher berücksichtigten Stellungnahmen der Stadt Jülich im bisherigen Prozess der Neuaufstellung des Regionalplanes möchten wir uns zunächst einmal für die intensive Beteiligung und vielfältige Gespräch in unterschiedlichsten Formaten bedanken. Dennoch haben wir als Stadt im Strukturwandel mit großen Aufgaben/Hoffnungen diesen gut zu bewältigen folgendes ergänzend vorzubringen. Aufgrund der Wachstumsoffensive des Kreises Düren, dem Masterplan Indeland bzw. dem Fachbeitrag Indelands zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln, dem Raumkonzept 1.0 der Neuland Hambach GmbH, der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) mit der Raumstrategie 2038+ kommt auf das Mittelzentrum Jülich eine wichtige Aufgabe in Zeiten des Strukturwandels im Rheinischen Revier zu, der die Stadt Jülich gerne gerecht werden möchte und bringt deshalb folgende Stellungnahmen zu den einzelnen Punkten im Regionalplan vor.

Die Stadt Jülich unterstützt die gemeinsame Position der Anrainerkonferenz:

?Die Anrainerkommunen des Rheinischen Reviers stehen durch den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung vor gewaltigen Herausforderungen. In diesem Kernrevier, das ungefähr ein Drittel des gesamten Rheinischen Reviers ausmacht, werden die größten Anpassungslasten des Braunkohleausstiegs anfallen. Konkret bedeutet dies, insgesamt rund 22.000 Arbeitsplätze und 600 Mio. Euro Wertschöpfung qualitativ, quantitativ und zeitnah zu kompensieren und hierzu neue Wertschöpfungsketten zu knüpfen. Dies rechtzeitig bis 2038 zu schaffen, damit die Region nicht durch einen zu befürchteten Strukturbruch wirtschaftlich abstürzt, stellt schon eine immense Herausforderung dar. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag nun die Zielsetzung formuliert, sogar bis 2030 aus der Braunkohleverstromung aussteigen zu wollen. Das Land NRW hat sich dieser Zielsetzung ausdrücklich angeschlossen. Den Ausstieg nun noch mal um acht Jahre vorziehen zu wollen, ist klimapolitisch nachvollziehbar, lässt die Anrainer jedoch mit größter Sorge auf die Zukunft unserer Region blicken und erfordert deutliche und zusätzliche Anstrengungen zur Strukturstärkung. Die aktuellen Gaspreis- und Strompreisentwicklungen, die Haushaltsbelastungen durch die Corona-Pandemie und die unterbrochenen Lieferketten des beschäftigungsstarken produzierenden Gewerbes kommen hinzu und steigern den Handlungsdruck zur beschleunigten, wirtschaftlichen Stärkung des hauptlasttragenden Kernreviers. Mit einem gemeinsamen Positionspapier

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der vorliegende Entwurf eines Regionalplanes entspricht den geltenden rechtlichen Vorgaben auf Landes- und Bundesebene. Die Einführung von Verfahrensbeschleunigungen, die Etablierung einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone sowie landesseitige Flächenpoolösungen obliegt der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und den parlamentarischen Gremien auf Landesebene und gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus und sind nicht mit den aktuellen Landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW vereinbar.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben (s. auch Erläuterungen zur StnID 1027019). Zusätzlich werden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz NRW für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

haben sich im Dezember 2021 Kammern, Gewerkschaften, Kreise, Kommunen und Regionalverbände als legitimierte Vertreter des Rheinischen Reviers vereint an Bundes- und Landesregierung gewandt und konkrete unterstützende Maßnahmen gefordert. Darin wird verdeutlicht, dass die Bewältigung der von Bund und Land induzierten Herausforderung weit mehr Anstrengungen erfordert als den bloßen Einsatz von Strukturfördermitteln. Die sich daraus ergebenden Handlungserfordernisse erstrecken sich vielmehr auch auf die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei der Errichtung von Infrastrukturen sowie auf die bedarfsgerechte Ausweisung von Siedlungsflächen.

Insbesondere die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen stellt einen zentralen Baustein im Rahmen der Strukturstärkungsstrategie dar. Die durch die zahlreichen Innovationsprojekte ausgelöste wirtschaftliche Aktivität wird ihre beschäftigungspolitische Wirkung nur entfalten können, wenn zeitnah in ausreichendem Maße Flächen für Investitionen zur Verfügung stehen. Diese gibt es heute im Kernrevier gutachterlich nachgewiesen nur in sehr unzureichender Form.

Vor diesem Hintergrund ist die Aufstellung des neuen Regionalplans für die Anrainerkommunen im Regierungsbezirk Köln ein entscheidender Prozess, der mit großen Erwartungen verbunden ist. Mit Blick auf die Flächenplanung sind hier u.a. die Forderungen nach Verfahrensbeschleunigung, die Etablierung einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone, landesseitige Flächenpoolösungen etc. zu nennen. Was die Anrainerkommune brauchen, sind zeitnahe und zusätzliche Flächenangebote. Wir erwarten, dass der Regionalplan alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft, um die notwendigen Grundlagen in ausreichender Menge, Qualität und Geschwindigkeit zu schaffen und er damit seinen Beitrag zu einem gelingenden Strukturwandel leistet.

Auch im Lichte dieser Rahmenbedingungen bitten wir den folgenden Beitrag zum Regionalplanentwurf zu sehen.? Für einen intensiven Dialog, zur Findung einer an der Realität und den Erfordernissen orientierten Lösung steht die Stadt Jülich gerne zur Verfügung.

Inhalt**Zu 1. Siedlungsräume Stadt Jülich:**

Allgemeines zur Wachstumsoffensive des Kreises Düren vorweg: Die Kreisentwicklung als Untere Planaufsicht begleitet die Siedlungsentwicklung in den kreisangehörigen Kommunen seit geraumer Zeit und kann bestätigen, dass insbesondere das vorhandene Angebot an Wohnflächen entweder bereits aktuell oder ganz offensichtlich die künftige Nachfrage nach Bauland nicht ausreichend bedienen kann. Der Kreis Düren verfügt zwischenzeitlich über eine Lagegunst, die zu einer weiteren erhöhten Nachfrage nach Wohnbauflächen führen wird. Deshalb gilt es, diese Entwicklung der neuen Situation anzupassen, wobei auch die Kreisentwicklung davon ausgeht, dass entgegen dem Trend statistischer Berechnungen ein Bevölkerungsrückgang im gesamten Kreisgebiet eher nicht zu befürchten steht. Vor diesem Hintergrund will der Kreis Düren durch die Wachstumsoffensive des Kreises Düren bis zum Jahr 2025 auf mehr als 300.000 Einwohner wachsen. Zur Erreichung dieses Ziels auf über 300.000 Einwohner im Jahr 2025 zu wachsen unterstützt der Kreis Düren die planerischen Initiativen der kreisangehörigen Kommunen. Im definierten Zeitfenster bis 2025 benötigt der Kreis Düren einen noch stärkeren Wohnungsbau, um den Bedarf an Wohnraum für mehr als 30.000 Neubürger im Kreis Düren zu decken. Die Wachstumsoffensive kann nur dann erfolgreich sein, wenn die in den kreisangehörigen Kommunen vorhandenen Reserveflächen bauleitplanerisch tatsächlich entwickelt werden, um damit die Voraussetzungen für eine Verfügbarkeit weiterer Siedlungsflächen zur Aufnahme des mit der Wachstumsoffensive erwarteten Einwohnerzuwachses zu schaffen. Dies vorausgeschickt entspricht die vorliegende Planung der Stadt Jülich dieser Zielsetzung. Sie ist zudem geeignet, den seitens der Bezirksregierung Köln initiierten Prozess "Region + Wohnen" zu unterstützen.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene verwiesen.

1005730, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)</u></p> <p>a) Jül-ASB 1 Alternative (Jülich Nord von Schöfer-Ring)</p> <p>Diese Flächen sind für die Bewältigung des Strukturwandels sowie für die Anbindung des Brainergy-Parkes an die Innenstadt unabdingbar und wurden sogar in der Regionalplanänderung 18. Änderung zum BrainergyPark gewünscht zu entwickeln, damit dieser an die Innenstadtsiedlungsentwicklung im Bestand anknüpft.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005730_1] [s. Anhang Abb. StnID_1005730_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005730_1.pdf Abb_ID1005730_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung hervorgebracht. Die Flächenkulisse ist bereits im Regionalentwurf integriert und als Allgemeiner Siedlungsbereich festgelegt.</p>

1005732, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)</u></p> <p>b) Jül ASB 2 (Jülich West Gut Nierstein)</p> <p>Mit Hinblick auf die Wachstumsoffensive des Kreises, bedingt durch die Zwänge an der Rheinschiene und in der Städteregion Aachen sind diese Flächen als zukünftige Wohnflächen wichtig und in günstiger räumlicher Lage zur Städteregion liegend. Erste Gespräche zur Entwicklung werden bereits von der SEG Jülich geführt und die Anbindung an die Landstraße 136 noch im Sommer 2022 vorgenommen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005732_1] [s. Anhang Abb. StnID_1005732_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005732_1.pdf Abb_ID1005732_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung hervorgebracht. Die Flächenkulisse ist bereits im Regionalentwurf integriert und als Allgemeiner Siedlungsbereich festgelegt.</p>

1005733, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p>c) Jül-ASB 3 (Koslar Ost)</p> <p>Diese Flächen sind besonders für das eigene Wachstum der Stadt Jülich als zukünftige Wohnflächen notwendig. Als Erkenntnis aus dem letzten Sommerereignis, der Flut in NRW, welche sich auch in Koslar bemerkbar gemacht hat, bestehen zur Zeit Überlegungen diese Flächen nur zum Teil zu nutzen und lieber an anderen Ortschaften zu wachsen. Desweiteren hat sich dort die Nähe zur A44 aus Lärmimmissionsgründen als nicht einfach erwiesen. Nach Recherchen bei der Stadtentwicklungsgesellschaft Jülich haben sich besser geeignete Flächen bei Stetternich oder Selgersdorf ergeben.(s. Punkt h) Diese Flächen sind aber im Grunde quantitativ gesehen notwendig, daher ist die Ausweisung dieser Flächen an anderer Stelle im städtischen Gebiet Jülichs als unabdingbar und werden an anderen Ortsteilen der Stadt verortet. (s. Punkt h)</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005733_1] [s. Anhang Abb. StnID_1005733_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005733_1.pdf Abb_ID1005733_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen zur städtebaulichen Entwicklung hervorgebracht und darüber hinaus Hinweise zur nachgeordneten Planung gegeben. In diesem Zusammenhang wird auch auf den Ausgleichsvorschlag der Stellungnahme mit der ID 1005972 verwiesen.</p>

1005734, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)</u></p> <p>d) Jül-ASB 6 (AgriFlora)</p> <p>Diese Flächen eignen sich aus regionalplanerischer Sicht sehr gut als Arrondierung der Innenstadt hin zum BrainergyPark.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005734_1] [s. Anhang Abb. StnID_1005734_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005734_1.pdf Abb_ID1005734_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005735, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)</u></p> <p>e) Jül-ASB 7 Hier befinden sich die Flächen schon in Bauleitplanung, genauer in den B-Plänen Nr. 55 Lindenallee, A 50 Lindenallee II und A 51 Lindenallee III. Für weitere Flächen des Siedlungsraumes sieht die Stadt Jülich hier große Schwierigkeiten in Sachen Erschließung, Entwässerung und des Landschaft-Naturschutzes. Die Stadt Jülich sieht die weitere Siedlungsflächenerschließung eher in der Nähe beim Ortsteil Stetternich, südwestlich entlang der L264.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005735_1] [s. Anhang Abb. StnID_1005735_2] [s. Anhang Abb. StnID_1005735_3]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005735_1.pdf Abb_ID1005735_2.pdf Abb_ID1005735_3.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene erfolgen. Darüber hinaus wird auf die Regelungen des LEP NRW Ziel 2-3 zur Entwicklung der Ortsteile im Freiraum hingewiesen.</p>

1005968, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)</u></p> <p>f) Jülich Ost (neue Feuerwache)</p> <p>Diese Flächen eignen sich aus regionalplanerischer Sicht sehr gut als Arrondierung der Innenstadt und dienen der Absicherung der Siedlungsentwicklung zwecks Eigenbedarf.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005968]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005968.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. zu einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

1005969, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p>g) Güsten Ost und Welldorf Süd</p> <p>Diese nord-östlichen Flächen eignen sich aus regionalplanerischer Sicht sehr gut als Arrondierung des ASB und dienen der Absicherung der Siedlungsentwicklung zwecks Eigenbedarf aus den Dörfern her. Allerdings fehlt nord-westlich vom ASB Welldorf-Güsten die Fläche des B-Planes Güsten Nr.11 Sandweg West.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005969_1] [s. Anhang Abb. StnID_1005969_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005969_1.pdf Abb_ID1005969_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

h) ASB neu Selgersdorf, Stetternich und/bzw. Mersch

Ausweisung weiterer ASB-Gebiete In Zusammenhang mit Strukturwandel und Regionalplan-Neuaufstellung gilt es zu prüfen, ob zukünftig nicht nur ausschließlich die Ortschaften Jülich, Koslar und Welldorf/Güsten als ASB der Stadt Jülich ausgewiesen werden sollten. Aufgrund verschiedener Aspekte (Topografie, Landschafts-Naturschutz, Bodendenkmäler, etc.) ist eine nachhaltige Weiterentwicklung nur dieser Ortschaften bald nicht mehr möglich. Nur die Ausweisung weiterer ASB, z.B. für die Ortschaften Selgersdorf oder Stetternich, innerhalb des Stadtgebietes Jülich wird dazu führen, dass durch diverse Dorfrandserweiterungen eine nachhaltige Entwicklung der Ortschaften stattfinden kann. Dies würde der Arrondierung der Ortschaften im Stadtgebiet dienen und eine unkontrollierte Ausdehnung in den Außenbereich gemäß den Grundsätzen 6.1-1 zur flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung sowie 6.1-4 zur Vermeidung bandartiger Entwicklungen und Splittersiedlungen eindämmen. Somit würde dies einen nachhaltigen Schutz der landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie von Landschaftsbestandteilen und Landschaftsschutzgebieten bedeuten. Die maßvolle Ausweitung der bereits bestehenden ASB sowie die Neuausweisung weiterer ASB, welche innerhalb des Stadtgebietes bereits als Siedlungsschwerpunkte lokalisiert wurden und in Zukunft durch die Bezüge zu den entstehenden Seen Inden und Hambachs, sind der Nachhaltigkeit förderlich und rücken nicht nur die Erweiterung in den Fokus, sondern auch die Modernisierung alter (Infra-) Strukturen. Bekannt ist zwar, dass die Ortschaften Stetternich (ca. 1.700 Einwohner) und Selgersdorf (ca. 800 Einwohner) weniger als die erforderliche Mindestanforderung von 2.000 Einwohnerinnen und Einwohner aufweisen, was aber zum Beispiel auch auf die Ortschaft Schleckheim (Städteregion Aachen) mit ca. 1.500 Einwohnerinnen und Einwohner zutrifft. Die genannte Ortschaft ist, stellvertretend für zahlreiche weitere Ortschaften, im Entwurf des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln als ein ASB ausgewiesen. Zu erkennen ist, dass vor allem kleine Ortschaften in Agglomerationsräumen eine Sonderrolle zu bekommen scheinen und die angesetzten Maßstäbe nicht gelten, wohingegen die Ortschaften der Anrainerkommunen äußerst kritisch bewertet werden. Dies führt zu einem großen Standortnachteil im Strukturwandel für die Stadt Jülich und dem Kreis Düren. Diese besitzen jedoch eine Scharnierwirkung für die Braunkohletagebaue Hambach und Inden, weshalb eine Ausweisung weiterer ASB Flächen als notwendige Voraussetzung gilt, um eine gleichmäßige Entwicklung des Rheinischen Reviers zu sichern und nicht gleich zu Beginn eine der zentralen Gemeinden im Rheinischen Revier zu benachteiligen. Als Mittelzentrum und Standort im Umfeld von See und Forschung kommt der Stadt Jülich eine wichtige Rolle im Raumbild der Siedlungsentwicklung und der Wachstumsstrategie des Kreises Düren zu. Die im Vergleich zum Landesschnitt überdurchschnittlich hohe Arbeitsplatzdichte in Jülich ist besonders durch die Forschungseinrichtungen zu

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen.

Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei den aufgeführten Bereichen handelt es sich um Ortslagen mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. ohne ausreichende Infrastrukturausstattung zur Grundversorgung und somit um einen Ortsteil im regionalplanerischen Freiraum.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *„Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?“* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

erklären. Potenzial durch Einpendler Jülich hat einen positiven Pendlersaldo, es pendeln also jeden Tag mehr Menschen zur Arbeit nach Jülich ein als Einwohner zu einem anderen Arbeitsort wie Aachen oder Köln auspendeln. Dies trifft im Regierungsbezirk Köln nur auf knapp ein Dutzend Kommunen zu, fast alle davon sind Kreisstädte. Die Tatsache, dass in Jülich viele Menschen arbeiten, aber nicht wohnen, deutet auf das künftige Einwohnerpotenzial von Jülich hin. Durch die Forschungseinrichtungen sind eine Vielzahl von Doktoranden und wissenschaftlichen Mitarbeitern nur für wenige Jahre in Jülich tätig. Diese Menschen langfristig an die Stadt als Wohnstandort zu binden, bringt zusätzliches Wachstumspotenzial mit sich. Hinzu kommen die in Pendler- und Arbeitsmarktstatistiken nicht erfassten Studenten, die für die Dauer ihres Studiums und darüber hinaus als mögliche ?Neu-Jülicher? anzusehen sind. Weiche Standortfaktoren sind wichtig. Um dieses Potenzial im Rahmen der Wachstumsstrategie zu nutzen, bedarf es zum einen des passenden Wohnraums sowie zum anderen des passenden Umfelds. Insbesondere internationale Fachkräfte sind durch weiche Standortfaktoren zu gewinnen und zu halten. Die Stärkung und Entwicklung Jülichs ist daher im Masterplan Indelands als wichtiges Ziel definiert und befindet sich durch verschiedene Maßnahmen der Stadt Jülich, wie der Ausschreibung eines integrierten Handlungskonzepts für die Stärkung der Innenstadt, bereits in der Umsetzung. Eine Rolle bei der Entwicklung der weichen Standortfaktoren nehmen dabei auch die Forschungseinrichtungen ein, die stärker in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gerückt und mit Freizeitangeboten verknüpft werden sollen. Attraktive Grundversorgung neben den Forschungseinrichtungen ist die gute Schulversorgung in Jülich ein Argument dafür, dass hier der richtige Ort für Wachstum ist. Die Gebührenfreiheit für die Kinderbetreuung des Kreises Düren ergänzt diese guten Standortvoraussetzungen in idealer Weise. Spätestens durch die Entstehung des Indesees werden die weichen Standortfaktoren in Jülich abgerundet und ein Umfeld geschaffen, in dem die Einwohner von heute und die Neubürger von morgen gerne wohnen, leben und innovativ forschen und entwickeln. Das neue Umfeld wird ermöglichen, dass Fachkräfte, die durch die wirtschaftliche Transformation und die damit entstehenden Arbeitsplätze in die Region kommen, im Indeland sesshaft werden. Langfristig sind besonders die Flächen im Bereich von See- und Forschungsumfeld für innovative neue Wohn- und Arbeitsformen frei zu halten. Hier ist der geeignete Raum, um die visionären Zukunftsbilder des Indelands zu verwirklichen. Dabei sind die infrastrukturellen Anbindungen sowie innovative Mobilitätslösungen schon heute mitzudenken. In einem Zukunftsbild für die Zeit der See-Entstehung und besonders nach dem Erreichen des endgültigen Wasserstandes ist eine räumliche Entfaltung der Forschungs- und Innovationslandschaft Richtung Indesee denkbar. Eine moderne und flexible Mischnutzung von Forschen, Freizeit, Wohnen und Arbeiten, deren genaue Ausgestaltungen aus heutiger Sicht kaum vorherzusagen sind, sollte im südlichen Stadtgebiet bei zukünftigen Planungen stets mitbedacht werden. Vor diesen Hintergründen beabsichtigt die Stadt Jülich, die Wohnbauflächen östlich wie auch westlich von Selgersdorf in Zukunft zu erweitern. In Stetternich bezieht sich der Wunsch auf die südwestlichen Flächen, in der Nähe der Sophienhöhe. Desweiteren wird der Ortsteil Mersch/Pattern in Zukunft ein starkes Interesse wecken, da er am nächsten

zum Brainergy-Park liegt. Die kurze Erreichbarkeit auch für Fahrräder lassen ihn in Zukunft sehr attraktiv erscheinen. Da der Brainergy-Park sich weiterhin auch in Richtung Mersch entwickeln wird, verstärkt sich der positive Effekt für Mersch nur noch. Heutige Gespräche mit der Brainergy GmbH, der SEG Jülich, der Verwaltung und der Kirche zeigen auch große Entwicklungsmöglichkeiten in Sachen Infrastruktur in diesem Ort. Die Nähe zur Revier-Bahnlinie (s. Revier-S-Bahn), welche zukünftig nicht flächenzerschneidend, sondern gebündelt entlang der A 44 von der Landgemeinde Titz aus an Mersch vorbei in den Brainergy-Park führt, wird die Nachfrage zur Siedlungsentwicklung nur noch erhöhen. Um gezielt die zukünftige Siedlungsentwicklung bei der Stadt Jülich lenken zu können, benötigt die Stadt Jülich demnächst Möglichkeiten, auch an den hier genannten Standorten Wachsen zu dürfen. Der kommunalen Hoheit mit der Bauleitplanung ist sich die Stadt Jülich bewusst und möchte zukünftig eine geordnete städtebauliche Entwicklung des Gemeindegebietes sicherstellen. Die Gemeinden haben dabei gemäß § 1 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) ihre Bauleitplanung den Zielen der Raumordnung anzupassen. Als Instrumente dienen Flächennutzungspläne und Bebauungspläne. Für das Verfahren zur Aufstellung der Bauleitpläne enthält das BauGB detaillierte Regelungen, die von der planenden Gemeinde beachtet werden müssen. (s.S 16 Umweltbericht zum Regionalplan 1.3 Verhältnis des Regionalplans zu anderen relevanten Plänen) Dennoch hat die Stadt Jülich auch die Ziele der Raumordnung zu beachten, Ein Regionalplan legt für Teilräume des Landes auf der Grundlage des Landesentwicklungs-plans regionale Ziele und Grundsätze der Raumordnung für alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in der Planungsregion fest. Er entwickelt, ordnet und sichert die Planungsregion durch eine zusammenfassende, überörtliche und fachübergreifende Planung. (s.S 13 Umweltbericht des Regionalplanes 1.2 Inhalte und wichtigste Ziele des Regionalplans) Diese Entwicklungen des Strukturwandels sind raumbedeutsam und daher mit all seinen Konsequenzen und Entwicklungen im Regionalplan festzulegen. Im Rahmen der Beteiligung wird daher von Seiten der Stadt Jülich daher darum gebeten, die hier angefragten Orte auch als ASB darzustellen.

[s. Anhang Abb. 1005972_1]

Anhänge

[Abb_ID1005972.pdf](#)

1005973, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASB-Flex</u></p> <p>a) JUL_ASBF 2 (Koslar Süd)</p> <p>Diese Flächen sind besonders für das eigene Wachstum der Stadt Jülich als zukünftige Wohnflächen notwendig. Als Erkenntnis aus dem letzten Sommerereignis, der Flut in NRW, welche sich auch in Koslar bemerkbar gemacht hat, bestehen zur Zeit Überlegungen diese Flächen nur zum Teil zu nutzen und lieber an anderen Ortschaften zu wachsen. Desweiteren hat sich dort die Nähe zur A44 aus Lärmimmissionsgründen als nicht einfach erwiesen. Nach Recherchen bei der Stadtentwicklungsgesellschaft Jülich haben sich besser geeignete Flächen bei Selgersdorf. ergeben.(s. Punkt h)</p> <p>Diese Flächen sind aber im Grunde quantitativ gesehen notwendig, daher ist die Ausweisung dieser Flächen an anderer Stelle im städtischen Gebiet Jülichs als unabdingbar und werden an anderen Ortsteilen der Stadt verortet. (s. Punkt h bei ASB-Entwicklung)</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005973]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005973.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen zur städtebaulichen Entwicklung hervorgebracht und darüber hinaus Hinweise zur nachgeordneten Planung gegeben. Zu weitergehenden Anregungen wird auf die Stellungnahme mit der ID 1005972 verwiesen. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Es wird in diesem Zusammenhang auf die textlichen Festlegungen, zur Grundsatzfestlegung "<i>Siedlungsentwicklung flexibilisieren</i>" sowie die Zielfestlegung "<i>AS Bflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln</i>" verweisen.</p>

1005974, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASB-Flex</u></p> <p>b) JUL_ASBF 4 (Lindenallee)</p> <p>Hier befinden sich die angrenzenden westlichen Flächen schon in der verbindlichen Bauleitplanung, genauer in den B-Plänen Nr. 55 Lindenallee, A 50 Lindenallee II und A 51 Lindenallee III. Für weitere Flächen des Siedlungsraumes sieht die Stadt Jülich hier aus der Erfahrung der verbindlichen Bauleitplanung große Schwierigkeiten in Sachen Erschließung, Entwässerung und des Landschaft-Naturschutzes. Die Stadt Jülich sieht die weitere Siedlungsflächenerschließung eher nördlich der in der Nähe beim Ortsteil Stetternich, südwestlich entlang der L264. (s. Punkt h bei ASB-Entwicklung))</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005974]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005974.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen zur städtebaulichen Entwicklung hervorgebracht und darüber hinaus Hinweise zur nachgeordneten Planung gegeben. Zu weitergehenden Anregungen wird auf die Stellungnahme mit der ID 1005972 verwiesen. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Es wird in diesem Zusammenhang auf die textlichen Festlegungen, zur Grundsatzfestlegung "<i>Siedlungsentwicklung flexibilisieren</i>" sowie die Zielfestlegung "<i>AS Bflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln</i>" verweisen.</p>

1005975, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p>c) JÜL_ASBF 1 (Feuerwache)</p> <p>Diese Flächen sind besonders für das eigene Wachstum der Stadt Jülich als zukünftige Wohnflächen notwendig und daher im Regionalplan als allgemeinen Siedlungsbereich darzustellen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005975_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005975.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.</p> <p>Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die Stadt Jülich verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen</p>

Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1005976, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p>Freizeitanlagen</p> <p>Das Symbol für Freizeitanlagen ist wie im alten Regionalplan auch im neuen Regionalplan auf dem Gelände des Brückenkopfparkes und den sich dort umgebenden Sportanlagen dargestellt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005976_1] [s. Anhang Abb. StnID_1005976_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005976_1.pdf Abb_ID1005976_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 grundsätzlich im Freiraum möglich und bedarf keiner räumlichen Steuerung / Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie Wildgehege, Skisportgelände etc. verzichtet. Das fehlende Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen.</p>

1006056, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB)</u></p> <p>GIB 2 (Zuckerfabrik Polderflächen)</p> <p>Im Gewerbeflächenkonzept des Kreises Düren erstellt durch das Stadt-und Regionalplanungsbüro Dr. Jansen GmbH ist einzig die Fläche der Merscher Höhe (s. GIBz 1, GIB interkommunal und GIBF 1) als Potenzialfläche für weitere gewerbliche und industrielle Nutzung der Stadt Jülich identifiziert worden. Diese Fläche südlich der Stadt Jülich befindet sich nicht im Zugriff der Stadt Jülich und wird zudem schon vom Eigentümer genutzt. Daher ist es folgerichtig, diese Fläche als GIB im Regionalplan darzustellen, jedoch nicht als Reservefläche bzw. Suchraum für gewerbliche und industrielle Nutzung der Stadt Jülich anzurechnen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006056_1] [s. Anhang Abb. StnID_1006056_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006056_1.pdf Abb_ID1006056_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1006057, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB)</u></p> <p>GIB 4 (Mechatronikzentrum Bundeswehr und Gissler & Pass)</p> <p>Diese Fläche ist zurzeit für die Erweiterung des Mechatronikzentrum der Bundeswehr in Gesprächen. Aufgrund besonderen Erfordernissen plant die Bundeswehr dort eine Erweiterung des Betriebes, welche nach §37 (2) BauGB auch zulässig ist. Daher sieht die Stadt Jülich es als sinnvoll an, dort wie auch schon im alten Regionalplan Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung darzustellen, auch wenn diese Fläche nicht den Jülicher Gewerbeflächen anzurechnen ist. Eventuell ließe sich darüber nachdenken, dort ein GIB mit militärischer Einrichtung darzustellen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006057_1] [s. Anhang Abb. StnID_1006057_2] [s. Anhang Abb. StnID_1006057_3]</p> <p>Der westliche Teil der Prüfbogen dargestellten Fläche ist wie im alten Regionalplan bereits geschehen weiterhin als GIB auszuweisen, auch wenn diese Fläche nicht den allgemeinen Reserveflächen Jülicher Gewerbeflächen zuzurechnen ist. (s. Gewerbeflächenkonzept Dr. Jansen)</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006057_4]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006057_1.pdf Abb_ID1006057_2.pdf Abb_ID1006057_3.pdf Abb_ID1006057_4.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Sicherung der GIB mit der Zweckbindung Militärische Einrichtung in der aktuellen Abgrenzung im Regionalplanentwurf entspricht der Plankonzeption bzw. dem methodischen Vorgehen und erfolgt in Abstimmung mit der Bundeswehr.</p> <p>Bei dem angeregten Bereich für die Festlegung als GIB mit der Zweckbindung Militärische Einrichtungen handelt es sich um einen bereits im Regionalplanentwurf gesicherten GIB. Gemäß Zielfestlegung GIB sichern und entwickeln dienen GIB der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die aktuelle Festlegung im Regionalplanentwurf schließt die noch nicht konkretisierte Planung nicht aus. Der Regionalplanungsbehörde liegt keine Anregung zur Erweiterung der bereits gesicherten Fläche durch die Bundeswehr vor.</p>

1006060, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB)</u></p> <p>GIB-Flex, GIB für zweckgebundene Nutzung mit</p> <p>a) JÜL_GIBF 1 (Brainergy II) im Zusammenhang mit -GIBplus</p> <p>Hinsichtlich eines industriellen Profils schneidet die Stadt Jülich schlecht ab und verfügt faktisch und planerisch nicht über genügend GI-Flächen, um den industriellen Bedarf zu decken. Für Jülich ist es daher erforderlich, um den endogenen Bedarfen nach industriell nutzbaren Flächen Rechnung zu tragen, zusätzliche Flächen in die Perspektive zu nehmen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006060]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006060.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Jülich noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine zusätzliche Festlegung als GIB. Zudem erfolgt eine veränderte zeichnerische Festlegung des GIBplus (s. StnID 1027019).</p>

1006061, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>GIB-Flex, GIB für zweckgebundene Nutzung mit</u></p> <p>a) Jül_GIBz 1 und dem -GIBinterkommunal</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006061]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006061.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Flächenkulisse ist entsprechend im Regionalplanentwurf gesichert. Darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen hervorgebracht.</p>

Inhalt**GIB-Flex, GIB für zweckgebundene Nutzung mit****a) Brainergy Park**

Die zeichnerischen Planausführungen für die gewerbliche Nutzung im Rahmen des innovativen, interkommunalen Strukturwandelprojekts Brainergy Park Jülich, nördlich der Jülicher Kernstadt, entsprechen bislang nur in Ansätzen dem tatsächlichen Erweiterungspotential und der so dringlichen Raumschaffung für die Zukunftsfelder Energiewende, Neue Energien, Umwelttechnik, Bioökonomie und Digitalisierung. Inmitten des Rheinischen Braunkohlereviere werden bereits zum jetzigen Zeitpunkt mit diesem Projekt mehr als 2.000 Arbeitsplätze geschaffen. Arrondierende Flächenenerweiterungen sind daher von elementarer Relevanz um den Strukturwandel voran zu treiben. Eine Ausweisung von insgesamt zusätzlichen ca. 120 ha Gewerbefläche werden angestrebt und sollten daher auch regionalplanerische Beachtung finden. Wir begrüßen daher ausdrücklich eine ergänzende Ausweisung von GIB Flächen (interkommunal) in den nördlich angrenzenden Flächenbereichen entlang der L241. Es ist beabsichtigt, die Gewerbeflächen des Brainergy Parks in Zukunft zu erweitern. Im Vorentwurf des Regionalplanes sind aktuelle bzw. zukünftige Flächenentwicklungen nicht vollständig berücksichtigt.

[s. Anhang Abb. 1006061_1]

[s. Anhang Abb. 1006061_2]

Es muss gewährleistet werden, dass die Fläche im Rahmen des anstehenden Strukturwandels dazu beitragen kann, die im Rheinische Revier wegfallenden Arbeitsplätze zu kompensieren. Im Indeland sind dies die Arbeitsplätze des Tagesbaus Inden, des dazu gehörigen Kraftwerks Weisweiler, des Tagesbaus Hambach sowie indirekt abhängiger Unternehmen wie Zulieferer und Dienstleister. Um die anstehenden Arbeitsplatzverluste auszugleichen, müssen schon jetzt Flächen für Industrie, Gewerbe und Handwerk qualifiziert werden. Das GIB soll hierfür zu einem wichtigen Industriestandort entwickelt werden. Es handelt sich um eine regionalbedeutsame Fläche für die wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen des gesamten Indelandes und Kreises Düren sowie auch überregional darüber hinaus. Dies spiegelt sich wieder im Raumbild Wirtschaft und Arbeit des Fachbeitrages 2.0 des Indelandes zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln Insbesondere aufgrund der Standortgunst durch den unmittelbaren Anschluss an die Bundesautobahn BAB A44 und die neu entstehende S-Bahn=Revierbahn. Um diese Zielsetzung zu erreichen, wird angeregt, dieses Gebiet als weiteres GIB bzw. GIBinterkommunal zu kennzeichnen und somit den bestehenden Brainergy Park zu stärken und fortzuführen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die textliche und zeichnerische Festlegung wird geändert (siehe Änderungssynopse Text und Änderungskarte).

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage wird der Bereich als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

[s. Anhang Abb. 1006061_3]

[s. Anhang Abb. 1006061_4]

Zur Beschleunigung des Kohleausstiegs hat die Landesregierung eine Task Force "Sonderplanungszone Rheinisches Revier" ins Leben gerufen. Ziel dieser Task Force ist es, Wirtschaftsflächen zügiger auszuweisen, Unternehmen unbürokratisch anzusiedeln, erneuerbare Energien schneller auszubauen und Verkehrsinfrastrukturen noch in diesem Jahrzehnt in Dienst zu stellen. Die Task Force gliedert sich in einen Lenkungskreis (MWIDE, MHKBG, Vorsitzende der Regionalräte Köln und Düsseldorf, Regierungspräsidentinnen Köln und Düsseldorf, ZRR u.a.) und einen Arbeitskreis. Unter Leitung von Frau Regierungspräsidentin Walsken hat sich die Lenkungsgruppe am 06.05.2022 zur 3. Sitzung zusammengefunden und verschiedene Projekte insbesondere aus dem Themenbaustein Wirtschaft vertieft und hier konkret das Thema zusätzlicher GIB Standorte ("Transformationsstandorte") in den Regionalplänen Köln und Düsseldorf aufgegriffen. Hintergrund ist, dass über den § 38a LPIG ermöglicht wird, bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe gemäß Ziel 6.1-1 des LEP NRW einen besonders langen Planungszeitraum zugrunde zu legen, um den erhöhten Flächenbedarfen im Rheinischen Revier Rechnung zu tragen. Von der Landesplanungsbehörde wurde in gleicher Sitzung bestätigt, dass der dafür erforderliche Mehrbedarf für den Regierungsbezirk Köln auf Basis des angewandten Berechnungsmodells aus dem § 38a LPIG abgeleitet werden kann. Die Bezirksregierung Köln hat dem Lenkungskreis in seiner letzten Sitzung für den Regierungsbezirk Köln sogenannte Transformationsstandorte an nachfolgenden Standorten eingebracht, die im Qualifizierungsprozess zum neuen Regionalplan zwar mit sehr guten Ergebnissen abgeschnitten haben (vgl. u.a. Seite 116/117 der Begründung zum Regionalplanentwurf) jedoch mangels regionalplanerisch festgelegten Bedarfs nicht in den Planentwurf aufgenommen werden konnten im Falle Jülichs den Standort ?Merscher Höhe? Für den Regierungsbezirk Düsseldorf wurden ebenfalls nachträglich drei Flächen eingebracht. Die Lenkungsgruppe empfiehlt, diese Flächen nun in Absprache mit den Kommunen, in den aktuell laufenden Beteiligungsprozess zum Regionalplan Köln und analog ins laufende Verfahren in Düsseldorf einzubringen. Diese Flächen übernehmen eine besondere Eignung für den Transformationsprozess im Rheinischen Revier und müssen daher zeitnah in das Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans eingebracht werden. Daher freuen sich die Stadt Jülich sowie der Kreis Düren sehr darüber, dass diese Flächen im Regionalplan übernommen werden sollen und unterstützen dies außerordentlich.

Anhänge

[Abb_ID1006062_1.pdf](#)

[Abb_ID1006062_2.pdf](#)

[Abb_ID1006062_3.pdf](#)

[Abb_ID1006062_4.pdf](#)

1006063, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p>Zu 2. <u>Freiräume der Stadt Jülich</u></p> <p><u>Oberflächengewässer</u></p> <p>a) Auskiesungsseen entlang der B 56 Bourheim/Kirchberg</p> <p>Die schon existierenden Seen, welche in Rahmen der Auskiesung entstanden sind, sind Teil ihrer jeweiligen Rekultivierung und bleiben in Zukunft bestehen, sodass sie im Regionalplan dargestellt werden sollten. Zurzeit finden Gespräche statt, diese Seen in Zukunft energetisch mit PV?Floating zu nutzen. Entsprechende Gespräche werden mit den zuständigen Behörden geführt. Mit Hinblick auf die zukünftige Energieversorgung der Region sind neue Energieformen unablässig. Auch vor dem Hintergrund, dass das Rheinische Revier mit seinem auslaufenden Braunkohletagebauen zukünftig einen gewaltigen Transformationsprozess durchlaufen wird.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006063]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006063.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Im Regionalplan werden stehende Gewässer wie z.B. Abgrabungsseen ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha festgelegt (siehe Erläuterung 1, Ziel 24). Die angesprochenen Seen erreichen diese Größe nicht und werden entsprechend nicht mit festgelegt.</p>

1006064, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p>Zu 2. <u>Freiräume der Stadt Jülich</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Regionale Grünzüge <p>a) Bei Selgersdorf</p> <p>Den neuen Regionalen Grünzug bis an die Ortschaft Selgersdorf heran zu führen, bringt aus Sicht der unter ?Siedlungsraum ASB-Flächen? angebrachten Gründe keinen Mehrwert. Einem Ort, der mitten in einer sich wandelnden Landschaft liegt, dem in Zukunft zu beiden Seiten hin ein großer Naherholungsmehrwert und enorme Aufenthaltsqualität in nächster Umgebung gegeben wird, wird auch siedlungstechnisch automatisch ein großer Anziehungspunkt werden. Aus Sicht der Stadt Jülich muss Selgersdorf in Zukunft die Möglichkeit haben sich zu entwickeln. Dazu werden Flächen entlang der Schiene der Rurtalbahn im Nord-Westen sowie im Süd-Osten benötigt. Der regionale Grünzug soll dann erst im Anschluss an die eingezeichneten schwarzen Striche anfangen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006064]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006064.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß Ziel 2-3 LEP NRW.</p>

1006065, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>Zu 2. Freiräume der Stadt Jülich</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Überschwemmungsbereiche</u> <p>Nach den Ereignissen im letzten Sommer 2021, die auch an der Stadt Jülich nicht spurlos vorbeigegangen sind, sind Überlegungen zu den neuen Siedlungsflächen neu überdacht worden. (s. ASB) Auch auf der Erläuterungskarte F8 ?Extremhochwasser? kann man deutlich das Einzugsgebiet auf dem Jülicher Stadtraum erkennen. Diesen potentiellen Überflutungs-und Extremhochwasserbereichen will die Stadt Jülich Raum geben und nimmt für zukünftige Siedlungserweiterungen in diesen Einzugsgebieten Abstand und verlagert ihre zukünftige Siedlungsentwicklung an Ortschaften, die nicht in Einzugsgebieten von Überflutungs-und Extremhochwasserbereiche sind. Im Bestand wird die Stadt Jülich dementsprechend agieren und zukünftig handeln.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006065_1]</p> <p>Die rückgewinnbaren Überschwemmungsbereiche werden bei der weiteren Siedlungsentwicklung berücksichtigt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006065_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006065_1.pdf Abb_ID1006065_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur siedlungsräumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

1006066, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p>Zu 2. <u>Freiräume der Stadt Jülich</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen</u> <p>a) Abwasserbehandlungs-und reinigungsanlagen</p> <p>Die Kläranlage der Stadt Jülich ist in der zeichnerischen Festsetzung nicht eingezeichnet. Das entsprechende Symbol dafür soll an die in der Karte markierte Stelle eingetragen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006066]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006066.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und der Festlegungssystematik werden Abwasserbehandlungsanlagen von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalen Bedeutung regionalplanerisch gesichert. Sonstige nicht regionalplanerisch darstellungsrelevanten Abwasserbehandlungsanlagen können im Rahmen der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gesichert werden.</p>

Inhalt**Zu 3. Verkehrsinfrastruktur Stadt Jülich**

Mobilitätsachsen Jülich?Aachen und Jülich?Köln Die Raumfunktion Jülichs ist von zentraler Bedeutung für den Regionalplan. Die in den Raumfunktionen ?Wohnen und Leben? und ?Wirtschaft und Arbeit? skizzierte Funktion (s. regionale Konzepte von Indeland bzw. Neuland Hambach sowie der Raumstrategie 2038+) muss über eine hochwertige Verkehrserschließung unterstützt werden. Dabei haben hochwertige SPNV-Verbindungen eine elementare Bedeutung für die übergeordnete Raumerschließung. Direktverbindungen in die Großräume Aachen beziehungsweise Köln stellen daher eine wichtige Ergänzung dar. Hier wäre eine Ergänzung der Schieneninfrastruktur durch parallel verlaufende Radschnellwege sinnvoll, um Alternativen für Pendler zu schaffen. Angedachte Radschnellwege können über das Forschungszentrum hinaus an die Stadt bzw. bis hin zum Brainergy-Park fortgesetzt werden, um dann im nördlichen Raum des Reviers von anderen Kommunen fortgeführt werden zu können. Denn durch Pedelecs, E-bikes und Co rücken Entfernungen dieser Größenordnung (ca. 30 km) in einen Bereich des Kraft- und Zeitaufwandes, der für eine Vielzahl von Pendlern infrage kommt. Durch die Sicherstellung einer guten Erreichbarkeit des Indesees aus der Kernstadt Jülich sowie vom Forschungszentrum aus wird die Attraktivität des Wohn- und Arbeitsstandorts Jülich nachhaltig gestärkt. Daher muss eine Erschließung durch geeignete Straßen und durch exzellente OPNV- oder SPNV-Anbindungen sichergestellt werden. Für die kurzen Wege zwischen Forschungszentrum, Fachhochschule, Brainergy-Park und See eignen sich zudem hochwertige Radwegeverbindungen. Die Fuß- und Radwegeverbindungen zwischen den Forschungseinrichtungen sind Teil des Masterplans des Brainergy-Parks. Dazu gehört auch die Verbindung vom Brainergy-Park, über den FH-Standort Jülich, dem Technologiezentrum hin zum Forschungszentrum.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden generelle Hinweise und Anregungen gegeben. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen und gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

1006068, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>Straßen für den vorwiegend überregionalen und regionalen Raum</u></p> <p>-Bestand, Bedarfsplanmaßnahme</p> <p>a) L238 zwischen Bourheim /Aldenhoven von überregionaler Bedeutung</p> <p>Diese Straße ist von vorwiegend überregionaler Bedeutung und ist daher dementsprechend farblich darzustellen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006068]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006068.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik des Straßennetzes (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1006069, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p>Straßen für den vorwiegend überregionalen und regionalen Raum</p> <p>-Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung</p> <p>a) Ringschluss Nord-West</p> <p>Der Kfz-Verkehr ist im Allgemeinen kein originärer Untersuchungsgegenstand in Mobilitätskonzepten. In Jülich wurde allerdings bei der Bearbeitung anderer verkehrlicher Fragestellungen festgestellt, dass die Innenstadt und Ortsteile unter regionalem Durchgangsverkehr leiden. Die geplante Stadtentwicklung zeigt mit dem Brainergy-Park und der Wohngebietsentwicklung vor allem auch Wachstumstendenzen im Nordosten Jülichs. Es ist notwendig, über Netzergänzungen im Hinblick auf Strukturwandel und Wachstumsoffensive in der Stadt Jülich nachzudenken. In diversen Konzepten wie dem Integrierten Handlungskonzept der Jülicher Innenstadt (InHK), dem Jülicher Mobilitätskonzept sowie mehreren Verkehrsuntersuchungen im Stadtgebiet ist die Überbelastung der Innenstadt mit Kfz- und auch Schwerlastverkehr dargestellt und belegt worden. Auch im Rahmen des Mobilitätskonzeptes wird daher darauf hingewiesen, dass Umgehungsstraßen entlastende Wirkung für die Innenstadt ? insbesondere vom Schwerlastverkehr haben können. Zu benennen ist die mögliche Umgehungsstraße: - Nordwestumgehung (Lückenschluss Nord-West-Ring - Von-Schöfer-Ring). Da diese Trasse bereits im alten Regionalplan dargestellt war, macht es vor den Tatsachen der zukünftigen Entwicklungen, gerade im Norden Jülichs, mehr als Sinn, diese Straße für den vorwiegend überregionalen und regionalen Raum im neuen Regionalplan zu übernehmen. Sie ist als Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung darzustellen, damit ihre endgültige Position durch Gutachten und unter Mitsprache von allen Beteiligten belegt werden kann.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006069]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006069.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

1006070, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>Straßen für den vorwiegend überregionalen und regionalen Raum</u></p> <p>b) Ring neu Nord-Ost-Süd</p> <p>Effektiver als die neue Bahntrasse mitten durch einen Raum mit Schutz für Landschaft und landschaftsorientierter Erholung zu legen, wäre eine Straße mit regionaler und überregionaler Bedeutung um die Innenstadt Jülich als Nord-Ost-Süd-Verbindung zu legen, welche die beiden gewerblichen Standort, BrainergyPark und Königskamp, sowie die Forschungsstandort des Forschungszentrums und der Fachhochschule Aachen, Abteilung Jülich miteinander verbindet und die Innenstadt entlastet. Ebenfalls würde die Zuckerfabrik Jülich diese Strecke für ihre Anlieferung aus dem Norden der Jülicher Börde nutzen können. Ein solcher Ring würde weniger landschaftszerschneidend als strukturierend sein. Da die neue Bahntrasse ?Revierbahn? entlang der A 44 von Norden kommend über Titz im BrainergyPark auf die vorhandenen Schienen der Rurtalbahn trifft, werden vorhandene Ressourcen im Rheinischen Revier gestärkt und neue Mobilitätsachsen gewinnbringend implementiert. Dies lässt Raum für andere Nutzungen, welche in der Übergangszeit, bis die Revierbahn fertiggestellt ist, notwendig sind. Auch bildet der neue Ring den sich verdichtenden Innenstadtraum vom Natur-Landwirtschaftlichen-Raum klar abzugrenzen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006070]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006070.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

1006071, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>Schienenwege unter Angabe der Haltepunkte und Betriebsflächen für den überregionalen und regionalen Verkehr</u></p> <p>Bestand, Bedarfsplanmaßnahmen</p> <p>a) JUL_Schiene 01 (Heckfeld-Zuckerfabrik Süd-Königskamp)</p> <p>Eine zukünftige Vernetzung des entstehenden Schienennetzes ist in vielerlei Hinsicht sei es räumlich, flächenorientiert, mobilitätsmäßig, klimatisch und ökologisch, sinnvoll. Somit soll die kurze Verbindung zwischen zwei Schienen im Süden des GE in Jülich im Regionalplan dargestellt werden. Dadurch ist auch der BrainTrain, als Verbindung wichtiger impulsgebender Forschungseinrichtungen im Rheinischen Revier erst realisierbar.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006071_1] [s. Anhang Abb. StnID_1006071_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006071_1.pdf Abb_ID1006071_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist bereits entsprochen.</p>

1006072, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Schienenwege unter Angabe der Haltepunkte und Betriebsflächen für den überregionalen und regionalen Verkehr</u> <p>-Bestand, Bedarfsplanmaßnahmen</p> <p>c) JUL_ Schiene 02 FZ</p> <p>Die Verbindung des Forschungszentrums mit der Rurtalbahn-Schiene ist als gewinnbringend für die gesamte Region zu verstehen, da das Forschungszentrum von großer überregionaler Bedeutung auch für den Strukturwandel im Rheinischem Revier ist. Ebenfalls aus Mobilitätssicht ist es nur förderlich, einen solch großen Arbeitgeber in der Region an das direkt vorbeilaufende Schienennetz anzubinden. Den Anschluss des Forschungszentrums Jülich an die zu reaktivierende Strecke Jülich?Puffendorf und im weiteren Verlauf über Baesweiler nach Aachen als Mittel- bis Langfristprojekt jetzt schon im Regionalplan mitaufzuführen, begrüßt die Stadt Jülich. (?BrainTrain?)</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006072_1] [s. Anhang Abb. StnID_1006072_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006072_1.pdf Abb_ID1006072_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1006073, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>Schienenwege unter Angabe der Haltepunkte und Betriebsflächen für den überregionalen und regionalen Verkehr</u></p> <p>-Bestand, Bedarfsplanmaßnahmen</p> <p>d) Haltestelle Jülich-Nord Rurtalbahn fehlt</p> <p>Zwischen den eingezeichneten Haltestellen Hauptbahnhof Jülich und der Haltestellen ?An den Aspen? weiter nördlich, befindet sich eine weitere Haltestelle ?Jülich-Nord?, welche bitte im Regionalplan mit aufzunehmen ist.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006073_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006073.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

Inhalt

Schienenwege unter Angabe der Haltepunkte und Betriebsflächen für den überregionalen und regionalen Verkehr

- **Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung**

a) Revier-S-Bahn

Die avisierte Revier-S-Bahn wird als große Chance nicht nur für die gesamte Region, sondern auch für die Stadt Jülich gesehen. Um den größten nachhaltigen Effekt zu erzielen, wird seitens der Landgemeinde Titz sowie der Stadt Jülich eine Verbindung zwischen Jülich, dem Brainergy Park Jülich und der Ortschaft Titz avisiert. Hierdurch wird eine Optimierung des Standorts des Brainergy Parks Jülich sowie eine hieraus resultierende Attraktivitätssteigerung erreicht. Die Anbindung im Bereich des zukünftigen PRIMUS-Quartiers Titz würde ebenfalls signifikante Nachhaltigkeitseffekte erzielen, da dies eine unmittelbare Vernetzung des Co-Working-Spaces des Brainergy Parks Jülich und des Co-Working-Spaces Titz bedeuten würde, dessen Betreiber die Brainergy Park Jülich GmbH werden soll. Hieraus entsteht eine Stärkung des Netzwerks und Schaffung weiterer Potenziale. Wie auch der Stellungnahme der Landgemeinde Titz entnommen werden kann, ist dieser Standort eine optimale verkehrliche Anbindung als Pendlerbahnhof durch die Nähe zur Autobahn und verbindet darüber hinaus durch gebündelte Schienentrassen, Versorgungszentren unterschiedlicher Rangstufe miteinander. Aus diesem Grund ist die raumordnerisch sinnvollste Trassenführung der Revier-S-Bahn von Jülich, über den Brainergy Park Jülich und das PRIMUS-Quartier der Ortschaft Titz nach Bedburg in den Regionalplan als raumbedeutsame Infrastruktureinheit aufzunehmen. Zudem kann entlang der A44 eine Trassenbündelung vorgenommen werden, was dem Freiraum zugute kommt, die Zerschneidung des Raumes minimiert und die optimale Erschließung des GIB+ am BrainegyPark gewährleistet. Von dort aus kann an die bestehende Trasse nach Düren angeschlossen werden.

[s. Anhang Abb. StnID_1006074]

Anhänge

[Abb_ID1006074.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht der Festlegungsmethodik des Regionalplans (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Für die S-Bahn Rheinisches Revier liegt noch keine Planfeststellung vor, so dass entsprechend der Plankonzeption keine Festlegung als räumlich konkretisiertes Vorranggebiet erfolgt. Dies steht einer weiteren Planung in nachgelagerten Verfahren nicht entgegen. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die bestehende Festlegung der S-Bahn Rheinisches Revier gemäß *G.54 Festlegungen für Schienenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen* erfolgt als Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Konkretisierung - hier in Form einer geraden Linie. Die gerade Linie markiert die Verbindung zwischen zwei Orten, für die eine raumverträgliche Trassierung noch zu suchen ist. Dabei soll das Gebot der flächensparenden Bündelung von Verkehrstrassen gemäß LEP NRW berücksichtigt werden.

1006075, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <p><u>Schienenwege unter Angabe der Haltepunkte und Betriebsflächen für den überregionalen und regionalen Verkehr</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Radwege <p>a) Radverbindung mit erhöhten Ausbaustandard von Düren nach Jülich Forschungszentrum</p> <p>Dieser Weg sollte seine Fortsetzung bis zum BrainergyPark haben, damit die Forschungszentren auch mobil gut und zukunftsfähig vernetzt sind.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006075]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006075.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.</p>

1006076, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Mobilstationen</u> <p>a) In Zukunft sollten auch die übrigen Jülicher ASBs über Mobilstationen verfügen, und nicht nur entlang der vorhandenen Schienen der Rurtalbahn. Ebenfalls an der Braintrain-Strecke in Koslar, Barmen sowie an den möglichen Seilbahnstationen (s. nächster Punkt) an der Sophienhöhe und in Stetternich sind weitere Mobilstationen notwendig.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006076]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006076.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

Inhalt

- **Seilbahn unter Angabe der Haltepunkte und Betriebsflächen für den überregionalen und regionalen Verkehr**

a) Interkommunal möglich mit Titz/Niederzier/Jülich/Inden/Elsdorf

Durch die Sicherstellung einer guten Erreichbarkeit der beiden entstehenden Seen aus der Kernstadt Jülich sowie vom Forschungszentrum aus wird die Attraktivität des Wohn- und Arbeitsstandorts - 3 3 - Jülich nachhaltig gestärkt. Daher muss eine Erschließung durch geeignete Straßen und durch exzellente ÖPNV- oder SPNV-Anbindungen sichergestellt werden, aber nicht die einzige Mobilitätsmöglichkeit darstellen. Für die kurzen Wege zwischen Forschungszentrum, Fachhochschule, Brainergy-Park und Seen eignen sich zudem hochwertige Radwegeverbindungen sowie auch auf einer anderen Ebene ?hoch über der Region? mit einer Seilbahn. Zu überlegen wäre, wie die Region zusammenwächst und vernetzt wird. Dies kann durch ein Seilbahnsystem, welches interkommunal und ganzjährig betrieben wird und somit auch das Verkehrsnetz entlastet bzw. das Angebot bereichern wird. Mögliche topografische Hindernisse werden so flächenschonend und umweltbewusst genutzt und überwunden, besonders da der Boden im Rheinischen Revier und insbesondere in der Jülicher Börde (s. Bewertungsbögen im Umweltbericht) zu der wertvollsten Ressource gehören. Studierende, Wissenschaftler*innen, Anwohner*innen und der Tourismus könnten so von einem schnellen, bedarfsgerechten Verkehrsmittel profitieren, da die Sophienhöhe als beliebtes Ausflugsziel bisher lediglich zu Fuß und wissenschaftliche Einrichtungen untereinander nur mit sehr langen Fahrzeiten im ÖPNV erreichbar sind. Das ist ein wirklich spannendes Projekt mit ungeahnten Möglichkeiten, weil man einzelne Stationen auch mit dem Schienenverkehr oder per Up-Bus-System entlang der Straßen verknüpfen kann. Mobilität muss in Zukunft nicht immer am Boden stattfinden. Und wenn es sich für eine Stadt anbietet, dann für eine Stadt, die Standort von Forschung, Wissenschaft und Lehre ist. Seilbahnen benötigen wesentlich weniger Energie als Züge oder Busse, die bereits heute regenerativ gedeckt werden kann. Ein vernetztes, ?On-Demand?-System ergänzt das Verkehrsangebot zwischen Brainergy Park, FH Campus, Forschungszentrum und Bahnhöfen effizient und nachhaltig. Die universell einsetzbare Transporttechnik erfüllt damit individuelle Mobilitätsbedarfe und die climatechnische Verantwortung der Gesellschaft zugleich.

[s. Anhang Abb. StnID_1006077]

Anhänge

[Abb_ID1006077.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Eine Flächenvorsorge für alternative Mobilitätsformen, wie z.B. die Seilbahn entspricht nicht dem Planerfordernis des Regionalplans und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

1006078, Stadt Jülich	
<p>Inhalt</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>K1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel</u> <p>Die hier festgelegten Ziele der Einzugsgebiete von Kaltluftleitbahn von überörtlicher Bedeutung mit hoher Priorität werden in der informellen Bauleitplanung aufgenommen. Ebenso werden die Bioklimatischen Gunsträume überörtlicher Bedeutung am Tag von hoher Priorität mit in dem künftigen, zurzeit in Aufstellung befindenden Flächennutzungsplan der Stadt Jülich, dargestellt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006078]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006078.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen zur städtebaulichen Entwicklung vorgebracht. Es werden Hinweise zur nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

AZ: BET_118000_1

Gemeinde Langerwehe

1001328, Gemeinde Langerwehe

Inhalt

Zu der **Zeichnerischen Festlegung sind Änderungen erforderlich**, die in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten zur besseren Lesbarkeit und Verortung nummeriert gekennzeichnet sind.

1.1 Rücknahme des ASB im Jüngersdorf/Pier

Im Bereich der Ortschaft Jüngersdorf/Pier sind am östlichen Ortsrand von Pier die Grenzen des ASB so dargestellt, wie der Braunkohlenplan Inden II, sachlicher Teilabschnitt Umsiedlung Pier die Grenzen des Umsiedlungsstandortes für die Ortschaft Pier dargestellt hat. Da die Umsiedlung zwischenzeitlich abgeschlossen wurde und die tatsächliche Planung eine weniger nach Osten ausgedehnte Fläche in Anspruch genommen hat, kann der ASB in diesem Bereich zurückgenommen werden.

Begründung:

Der Bebauungsplan für die Ortschaft Pier sieht am östlichen Ortsrand eine breite Ortsrandeingrünung zum Außenbereich hin vor, die eine Weiterentwicklung des Ortes in diese Richtung unmöglich macht. Aus diesem Grunde ist eine Ausweitung des ASB in diese Richtung nicht umsetzbar und die damit für die Gemeinde Langerwehe hier vorgesehenen Wohnbauflächenpotentiale faktisch nicht nutzbar.

[s. Anhang Abb. StnID_1001328_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID_1001328_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1001329, Gemeinde Langerwehe	
<p>Inhalt</p> <p>Zu der Zeichnerischen Festlegung sind Änderungen erforderlich, die in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten zur besseren Lesbarkeit und Verortung nummeriert gekennzeichnet sind.</p> <p>1.2 Ausdehnung des ASB im Bereich der Ortschaft Jüngersdorf bis an die Bahnlinie</p> <p>Am nördlichen Ortsrand von Jüngersdorf unmittelbar an der Bahnlinie Aachen-Köln ist innerhalb des ASB isoliert eine dreieckförmige Freiraumfläche festgelegt. Diese Fläche ist im dort geltenden Bebauungsplan E 1, 10 Änderung als Grünfläche innerhalb einer umgebenden Wohnbebauung ausgewiesen. Die Ausweisung einer derart kleinteiligen Freiraumfläche innerhalb eines durchgängigen ASB macht planerisch keinen Sinn. Auf dieser Fläche ist derzeit die Ausweisung eines Sondergebietes Photovoltaik geplant. Die Bebauungsplanänderung befindet sich bereits im Verfahren. Aus diesem Grunde sollte hier die Festlegung von Freiraum in ASB geändert werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001329_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001329_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001330, Gemeinde Langerwehe	
<p>Inhalt</p> <p>Zu der Zeichnerischen Festlegung sind Änderungen erforderlich, die in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten zur besseren Lesbarkeit und Verortung nummeriert gekennzeichnet sind.</p> <p>1.3 Rücknahme des ASB im Bereich südlich der Ortschaft Jüngersdorf/fehlerhafte Darstellung LSG</p> <p>Im Zusammenhang damit kann auch der ASB in diesem Bereich zurück genommen werden, da die Gemeinde ausweislich ihres im Jahre 2020 rechtsverbindlich gewordenen Flächennutzungsplanes nicht beabsichtigt, eine Siedlungsentwicklung in diesen naturschutzrechtlich und landschaftlich empfindlichen Bereich vorzunehmen. Die dort vorgesehenen Flächenreserven werden an dieser Stelle nicht benötigt.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1001330_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001330_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001331, Gemeinde Langerwehe	
<p>Inhalt</p> <p>Zu der Zeichnerischen Festlegung sind Änderungen erforderlich, die in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten zur besseren Lesbarkeit und Verortung nummeriert gekennzeichnet sind.</p> <p>1.4 Ausweitung ASB im Bereich des Baugebietes Rymelsberg</p> <p>Der ASB Langerwehe sollte bis an die südlich ausgewiesenen Freiraumkennzeichnung "Schutz der Natur" ausgeweitet werden, weil in diesem Bereich nach dem Flächennutzungsplan der Gemeinde bis an die Straße "Rymelsberg" Wohnbaufläche dargestellt, der Bebauungsplan im Jahre 2020 rechtsverbindlich geworden und das Gebiet zwischenzeitlich nahezu komplett bebaut ist. Die Festlegung sollte daher in diesem Bereich ASB statt Freiraum sein.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001331_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001331_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001335, Gemeinde Langerwehe	
<p>Inhalt</p> <p>Zu der Zeichnerischen Festlegung sind Änderungen erforderlich, die in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten zur besseren Lesbarkeit und Verortung nummeriert gekennzeichnet sind.</p> <p>1.6 Korrektur GIB an der L 12</p> <p>Der GIB im Bereich an der L 12 sollte korrigiert werden und sich an den vorhandenen Strukturen (L 12 und südlich verlaufendem Wirtschaftsweg am Geicher Bach) orientieren, da ansonsten eine unerwünschte Unschärfe entsteht und Flächen der Gemeinde angerechnet werden, die tatsächlich durch örtliche Gegebenheiten (Geicher Bach südlich des Plangebietes!) nicht nutzbar/umsetzbar sind. Auch wenn der Regionalplan keine parzellenscharfe Festlegung enthält, sollten sich diese an natürliche Gegebenheiten orientieren, um eine späteren Interpretationsspielraum der zeichnerischen Festlegung zu vermeiden. Zeitgleich kann die südlich des Geicher Baches noch festgelegte GIBFläche aus diesem Grunde entfallen - dort sollte Freiraum festgelegt werden. Als Ersatz für die dadurch entfallende und dem Bedarf an GIB-Flächen der Gemeinde Langerwehe entsprechende Fläche (Dreieck zwischen Geicher Bach und B 264) kann das entsprechende Äquivalent zur GIBFlex- Fläche an der L 12 zugeschlagen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001335_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001335_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Ein Flächentausch ist hier nicht möglich, da es sich weder um eine Regionalplanreserve noch um eine Reserve im Flächennutzungsplan gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) handelt.</p>

1001338, Gemeinde Langerwehe	
<p>Inhalt</p> <p>Zu der Zeichnerischen Festlegung sind Änderungen erforderlich, die in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten zur besseren Lesbarkeit und Verortung nummeriert gekennzeichnet sind.</p> <p>1.7 Korrektur GIB südwestlich Kreuzung B 264 / L 12</p> <p>Die Festlegung des GIB südwestlich der Kreuzung B 264/L 12 sollte sich am Verlauf der L 12 orientieren, da im betreffenden Bereich ein Bebauungsplan westlich der L 12 ein Sondergebiet großflächiger Einzelhandel (§ 11 Abs. 3 BauNVO) festlegt, welches nur im ASB zulässig ist (Vorgabe Ziel 6.5-1 LEP NRW). Eine entsprechende Darstellung enthält auch der seit 2020 rechtverbindliche Flächennutzungsplan der Gemeinde. Um zu vermeiden, dass der FNP und der Bebauungsplan gegen das Entwicklungsgebot (§ 1 Abs. 4 BauGB) verstoßen, wird angeregt, diese Festlegung hier zu korrigieren.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001338_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001338_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001339, Gemeinde Langerwehe	
<p>Inhalt</p> <p>Zu der Zeichnerischen Festlegung sind Änderungen erforderlich, die in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten zur besseren Lesbarkeit und Verortung nummeriert gekennzeichnet sind.</p> <p>1.8 Korrektur ASB in GIB südlich Langerwehe</p> <p>Im südlichen Bereich des ASB Langerwehe an der Schönthaler Straße sollte die firmengebundene gewerbliche Fläche der Firmen Alesco und Sunset als GIB dargestellt werden. Die Fläche ist seit 1989 über den Bebauungsplan F 13 als Gewerbegebiet ausgewiesen und auch bebaut. Der Flächennutzungsplan stellt diese Fläche ebenfalls als gewerbliche Baufläche dar. Um zu vermeiden, dass der FNP und der Bebauungsplan gegen das Entwicklungsgebot (§ 1 Abs. 4 BauGB) verstoßen, wird angeregt, diese Festlegung hier zu korrigieren.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001339_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001339_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab (1:50.000), der die generelle Regelungstiefe des Regionalplans vorgibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Die Konkretisierung und Umsetzung der zeichnerischen Festlegungen obliegt den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Wesentlich störendes Gewerbe ist vorrangig im GIB zu verorten. Ausnahmsweise kann für die Bestandssicherung und/oder Betriebserweiterung bestehender emittierender gewerblich-industrieller Nutzungen/Betriebe unter Berücksichtigung einer wohnverträglichen Nutzungsmischung auch Bauleitplanung in den ASB betrieben werden.</p>

1001340, Gemeinde Langerwehe

Inhalt

Zu der Zeichnerischen Festlegung sind Änderungen erforderlich, die in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten zur besseren Lesbarkeit und Verortung nummeriert gekennzeichnet sind.

1.9 GIB Flex-Fläche an der L 12

Für die im Regionalplan festgelegte GIB Flex-Fläche an der L 12 ist das Interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet ?Faktor X" der Gemeinde Inden und Langerwehe als Satellit des Industriedrehkreuzes Weisweiler - Inden geplant. Ein entsprechende LOI wurde bereits 2019 unterzeichnet. Es muss gewährleistet werden, dass die Fläche in Rahmen des anstehenden Strukturwandels dazu beitragen kann, die im Rheinische Revier wegfallenden Arbeitsplätze zu kompensieren. Im indeland sind dies die Arbeitsplätze des Tagesbaus Inden, des dazu gehörigen Kraftwerks Weisweiler, des Tagebaus Harnbach sowie indirekt abhängiger Unternehmen wie Zulieferer und Dienstleister. Um die anstehenden Arbeitsplatzverluste auszugleichen, müssen schon jetzt Flächen für Industrie, Gewerbe und Handwerk qualifiziert werden. Das GI Faktor X soll hierfür zu einem wichtigen Industriestandort entwickelt werden. Es handelt sich um eine regionalbedeutsame Fläche für die wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen des gesamten indelandes.

Dies spiegelt sich wieder im Raumbild Wirtschaft und Arbeit des Fachbeitrages 2.0 des indelandes zur Neuauflistung des Regionalplanes Köln und in der Machbarkeitsstudie zum Industriedrehkreuz Weisweiler- Inden - Stolberg. Insbesondere aufgrund der Standortgunst durch den unmittelbaren Anschluss an die Bundesautobahn BAB A4 und die Bundesbahnlinie Aachen-Köln sowie die räumliche Nähe zu bereits bestehenden und zukünftig geplanten Gewerbeflächen im näheren Umfeld ist das GI Faktor X Langerwehe - Inden in besonderer Weise dazu geeignet, den geplanten Industrie- und Logistikstandort Industriedrehkreuz Weisweiler - Inden - Stolberg rund um das benachbarte Kraftwerk Weisweiler zu ergänzen. Das Industriegebiet Faktor X Langerwehe - Inden bildet somit gemeinsam mit den Industrie- und Gewerbegebieten Campus Aldenhoven, Merscher Höhe und Bahnhof Stolberg einen weiteren Satelliten rund um das Zentrum Industriedrehkreuzes. Die Satelliten haben jeweils unterschiedliche Prägungen sowie Zeithorizonte und treten nicht in Konkurrenz zueinander auf. Aus diesem Grunde wird angeregt, die Fläche statt als GIBFlex als GIBinterkommunal zu kennzeichnen (s.a. Ausführungen Textliche Festlegung 3.3.2.1).

[s. Anhang Abb. 1001340_1]

Anhänge

[Abb_ID_1001340_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich wurden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz NRW für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

Gemäß der Zielfestlegung GIBinterkommunal sichern und umsetzen werden GIBinterkommunal in der Regel ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 Hektar festgelegt. Die Gemeinden Langerwehe und Inden verfügen über keinen ausreichenden Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven um ein GIBinterkommunal im Regionalplan festzulegen.

Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten? verfügt die Gemeinde Langerwehe noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIB. Die Festlegung als GIB ermöglicht den Kommunen dennoch auf bauleitplanerischer Ebene eine interkommunale Gewerbeflächenentwicklung.

1001341, Gemeinde Langerwehe	
<p>Inhalt</p> <p>Zu der Zeichnerischen Festlegung sind Änderungen erforderlich, die in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten zur besseren Lesbarkeit und Verortung nummeriert gekennzeichnet sind.</p> <p>1.10 Korrektur ASB Schlich/D'horn/Merode</p> <p>Der ASB im Bereich der Ortschaften Schlich / D'horn und Merode sollte wie folgt geschärft werden: Fläche westlich von D'horn reduzieren wegen des dort vorhandenen erst in 2020 renaturierten Gewässers Meroder Bach und des ebenfalls im entsprechenden Bereich vorhandenen Schmutzwasserrückhaltebeckens des Wasserverbandes Eifel-Rur mit entsprechenden Abstandserfordernissen. Hier besteht faktisch keinerlei Entwicklungsmöglichkeit für Wohnbauland.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001341_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001341_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001342, Gemeinde Langerwehe	
<p>Inhalt</p> <p>Zu der Zeichnerischen Festlegung sind Änderungen erforderlich, die in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten zur besseren Lesbarkeit und Verortung nummeriert gekennzeichnet sind.</p> <p>1.11 Kennzeichnung des geplanten Bahnhofepunktes bei D'horn/Schlich</p> <p>Im Masterplan indeland 2030 und auch im rechtsverbindlichen Flächennutzungsplan der Gemeinde Langerwehe ist mittelfristig die Einrichtung eines zusätzlichen Haltepunktes der Regionalbahnlinie RB 20 im Bereich der Ortschaften D'horn/Schlich dargestellt. langfristig ist es</p> <p>die Planungsabsicht der Gemeinde Langerwehe die Ortschaften D'horn und Schlich in Richtung dieses Bahnhofepunktes weiterzuentwickeln, um so auf das sich ändernde Mobilitätsverhalten zu reagieren. Derzeit haben die Gemeinde Langerwehe, die Stadt und der Kreis Düren gemeinsam mit dem NVR eine Machbarkeitsstudie mit dem Ziel der Einrichtung von zwei zusätzlichen Bahnhofepunkten auf der Strecke zwischen Langerwehe und Düren beauftragt, deren Ergebnis im Herbst 2022 vorliegen wird. Mit Blick auf die Ausführungen unter G 51 (S. 130/131) und G 53 (s. 133) in den Textlichen Festlegungen wird daher angeregt, diesen zusätzlich geplanten Bahnhofepunkt im Regionalplan bereits jetzt als "geplanten Bahnhofepunkt" zu kennzeichnen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001342_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001342_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p>

1001343, Gemeinde Langerwehe

Inhalt

Zu der Zeichnerischen Festlegung sind Änderungen erforderlich, die in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten zur besseren Lesbarkeit und Verortung nummeriert gekennzeichnet sind.

1.12 Ausgleich für Wegfall ASB-Flächen

Als Ersatz für die unter 1.1, 1.3, 18 und 1.10 wegfallenden Wohnbaulandreserven wird angeregt, diese in Anlehnung an Ziel 4 des Regionalplanentwurfs im Wege des Flächentauschs zur Wahrung der festgestellten kommunalen bzw. regionalen Bedarfsflächen, gern. Tabelle 1, S. 58 Textliche Festlegung, östlich der Schlicher Straße zwischen D'horn und Schlich bis an die Bahnlinie zu verorten (siehe hierzu auch Hinweis unter 1.11 Bahnhofpunkt).

[s. Anhang Abb. StnID_1001343_1]

Anhänge

[Abb_ID_1001343_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Gemeinde Langerwehe verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an

zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1001344, Gemeinde Langerwehe	
<p>Inhalt</p> <p>Zu der Zeichnerischen Festlegung sind Änderungen erforderlich, die in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten zur besseren Lesbarkeit und Verortung nummeriert gekennzeichnet sind.</p> <p>1.13 Korrektur Kennzeichnung BSLE im Bereich der Ortschaft Hamich</p> <p>Die gesamte Ortschaft Hamich ist mit der Freiraumkennzeichnung „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ überlagert. Das widerspricht dem Landschaftsplan 8 - Langerwehe der Kreisverwaltung Düren und sollte korrigiert werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001345, Gemeinde Langerwehe	
<p>Inhalt</p> <p>Zu der Zeichnerischen Festlegung sind Änderungen erforderlich, die in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten zur besseren Lesbarkeit und Verortung nummeriert gekennzeichnet sind.</p> <p>1.14 Darstellung der Ortsumgehung Schlich/Merode (K 27n)</p> <p>Die Gemeinde fordert die Darstellung der im neuen Flächennutzungsplan der Gemeinde (s .u.) enthaltenen Planung der Kreisstraße 27n auch im neuen Regionalplan als "sonstige regionalplanerisch bedeutsame überörtliche Straße". Diese Darstellung verfolgt das Ziel, die Ortslagen Schlich und Merode sowie den Umsiedlungsstandort Jüngersdorf/Pier von dem seit der Eröffnung der Autobahnanschlussstelle Langerwehe gestiegenen Durchgangsverkehr zu entlasten. Durch die Lage der geplanten Führung der K 27n werden die aus den südöstlich gelegenen Bereichen der Stadt Düren, der Gemeinden Hürtgenwald und Kreuzau stammenden Verkehre mit den Fahrtzielen Langerwehe Zentralort, Eschweiler und Autobahnanschlussstelle Langerwehe vor der Ortschaft Schlich nach Norden zur bestehenden Unterführung der Weierstraße unter der Bahnstrecke Köln-Aachen und im Weiteren bis zur Einmündung der Weierstraße auf die B 264 geführt. Neben der Entlastung der durch Wohnnutzung geprägten Ortsdurchfahren von Schlich, Merode und Jüngersdorf/Pier von Verkehren und den hiermit einhergehenden Emissionen verfolgt die geplante Errichtung der K 27n das Ziel, Verkehre zu dem geplanten Haltepunkt der Euregiobahn (RB 20) östlich der Ortslage D'horn zu führen. Die hiermit verbundene sinnvolle und komfortable Verknüpfung von überörtlichen KFZ- und Schienenverkehrsstraßen dient dem Ziel, Verkehre auf die (umweltfreundliche) Schiene zu verlagern (s. auch Anmerkung unter 1.11).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001345_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001345_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

Inhalt**2. Textliche Festlegung****2.1 Zu 3.1.3, G 13 und Z 6, sowie 3.3.2.1 der Textlichen Festlegung****GIB FlexFläche an der L 12**

Für die im Regionalplan festgelegte GIB Flex-Fläche an der L 12 ist das Interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet ?Faktor X" der Gemeinde Inden und Langerwehe als Satellit des Industriedrehkreuzes Weisweiler - Inden geplant. Ein entsprechende LOI wurde bereits 2019 unterzeichnet. Es muss gewährleistet werden, dass die Fläche, die Fläche in Rahmen des anstehenden Strukturwandels dazu beitragen kann, die im Rheinische Revier wegfallenden Arbeitsplätze zu kompensieren. Im indeland sind dies die Arbeitsplätze des Tagesbaus Inden, des dazu gehörigen Kraftwerks Weisweiler, des Tagesbaus Harnbach sowie indirekt abhängiger Unternehmen wie Zulieferer und Dienstleister. Um die anstehenden Arbeitsplatzverluste auszugleichen, müssen schon jetzt Flächen für Industrie, Gewerbe und Handwerk qualifiziert werden. Das GI Faktor X soll hierfür zu einem wichtigen Industriestandort entwickelt werden. Es handelt sich um eine regionalbedeutsame Fläche für die wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen des gesamten indelandes. Dies spiegelt sich wieder im Raumbild Wirtschaft und Arbeit des Fachbeitrages 2.0 des indelandes zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln und in der Machbarkeitsstudie zum Industriedrehkreuz Weisweiler - Inden - Stolberg. Insbesondere aufgrund der Standortgunst durch den unmittelbaren Anschluss an die Bundesautobahn BAB A4 und die Bundesbahnlinie Aachen-Köln sowie die räumliche Nähe zu bereits bestehenden und zukünftig geplanten Gewerbeflächen im näheren Umfeld ist das GI Faktor X Langerwehe - Inden in besonderer Weise dazu geeignet, den geplanten Industrie- und Logistikstandort Industriedrehkreuz Weisweiler - Inden - Stolberg rund um das benachbarte Kraftwerk Weisweiler zu ergänzen. Das Industriegebiet Faktor X Langerwehe - Inden bildet somit gemeinsam mit den Industrie- und Gewerbegebieten Campus Aldenhoven, Merscher Höhe und Bahnhof Stolberg einen weiteren Satelliten rund um das Zentrum Industriedrehkreuzes. Die Satelliten haben jeweils unterschiedliche Prägungen sowie Zeithorizonte und treten nicht in Konkurrenz zueinander auf. Da diese Zielsetzung nicht mit einem Vorbehaltsgebiet (GIBFlex) erreicht werden kann, wird angeregt, dieses Gebiet als GIBinterkommunal zu kennzeichnen (s. a. Ausführungen zu Zeichnerische Darstellung 1.9 [s. Anhang Abb. 1001346_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]).

In Abstimmung mit der Gemeinde Inden wird der Indener Bedarf für Industrie- und Gewerbeflächen interkommunal in Langerwehe ausgewiesen (s. auch hierzu Stellungnahme der Gemeinde Inden). Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass als Ergebnis einer

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

Analyse der Bedeutung der Rheinischen Braunkohlenindustrie für die Beschäftigung festgestellt wurde, dass mit jedem Arbeitsplatz im Revier weitere 2, 11 Arbeitsplätze in vor- und nachgelagerten Sektoren verbunden sind. Aktuell sind über RWE Power AG 250 Personen alleine in Inden beschäftigt. Dies würde bedeuten, dass mit dem sukzessiven Rückgang der Braunkohle ca. 750 Arbeitsplätze in der Region um den Tagebau zu kompensieren sein werden. Diese Kompensationsleistung würde sich über einen längeren Zeitraum hinziehen, genauso wie die sukzessive Entwicklung und Belegung von Flächen. Über Flächenreaktivierung bzw. Umnutzung von Flächen wird selbstverständlich ein gewisser Anteil ausgeglichen werden können. Aber die Kompensation nur der Hälfte dieser Beschäftigten würde bei einer Flächenzahl von 350 qm je sozialversicherungspflichtig Beschäftigten schon eine Bedarfslage von mehr als 13 ha belegen. Aus Sicht der Gemeinde Langerwehe sollte hier ein pragmatischer und zukunftsorientierter Weg beschritten werden: für die Region um den Tagebau Inden wird im Hinblick auf die künftige Bedarfslage nicht die Entwicklung der Vergangenheit mit dem heutigen Status Quo, vielmehr die planerische Perspektive in den Blick zu nehmen sein. Die Standortprämissen der Region sind dabei mehr als positiv: Auf europäischer Ebene liegt die Region um den Tagebau Inden im wirtschaftlichen Verflechtungsbereich zwischen den Regionen RheinRuhr, Aachen-Lüttich-Maastricht, Vlaamse Ruit (Belgien) sowie der niederländischen Randstad. Diese Verdichtungsräume bilden den Kernraum der "Euro-Rhein-Region". Hier bestehen die stärksten messbaren Güter-, Passagier- und Informationsströme Zentraleuropas. Die Bevölkerungsdichte beträgt das 3,6-fache des EU-Durchschnitts. Hochschuleinrichtungen in der Rheinschiene und im Raum AachenLüttich- Maastricht sind maßgebliche Standortfaktoren. Es ist mehr als evident, dass diese Lagefaktoren und infrastrukturellen Rahmenbedingungen sich auf die Nachfrage nach Gewerbe- und Industrieflächen niederschlagen. Darüber hinaus ist bereits heute spürbar, dass in den naheliegenden Metropolen Aachen, Köln und auch Düsseldorf das Flächenangebot für Industrie- und Gewerbenutzungen zunehmend begrenzt ist. Entsprechende Bedarfsverlagerungen erfolgen in die umliegenden Kreise.

Wie die Gemeinde Inden erkennt die Gemeinde Langerwehe an, dass es mit Blickrichtung auf einen planerisch vorzubereitenden Strukturwandel keine allgemeingültigen Berechnungsmodelle gibt, die belastbare Bedarfe für eine Tagebauregion definieren. Insoweit empfehlen wir dringend, von einer mit vielen Unsicherheiten behafteten Bedarfsberechnung nach GIFPRO abzusehen und die möglichen interkommunalen Flächenpotenziale im Inland, hier insbesondere auch die in Langerwehe, in den Blick zu nehmen. Was hier an Flächenpotenzialen unter Berücksichtigung der umwelt- und erschließungsrelevanten sowie der siedlungsstrukturellen Bindungen möglich ist, sollte regionalplanerisch gesichert werden. Die bedarfsgerechte Entwicklung erfolgt im weiteren Fortgang in der Realität; und es kann heute davon ausgegangen werden, dass die Infrastrukturinvestitionen in die Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen nicht auf Halde erfolgt, vielmehr auf Grundlage konkreter Bedarfe, will heißen: faktischer Nachfragen. Allein die zeitnah zwingend erforderliche Refinanzierung der öffentlichen Investitionskosten bedingt eine direkt am Bedarf orientierte Entwicklung. Diese ist aber nur möglich, wenn ausreichend

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).

Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?* verfügt die Gemeinde Langerwehe noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven, jedoch nicht in dem angeregten Umfang von 25 Hekta (s. Erläuterungen zur Anregung als GIBinterkommunal zur StnID 1001340). Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung GIBtransformation sichern und umsetzen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Flächenspielräume regionalplanerisch dargestellt sind. Flächenspielräume, die im Übrigen auch erforderlich sind, um auf die Schwierigkeiten im Grunderwerb adäquat reagieren zu können. Aus diesen Gründen fordert die Gemeinde Langerwehe die Ausweisung der vorgenannten GIBinterkommunal-Fläche in einer Größenordnung von mind. 25 ha.

Anhänge

[Abb_ID_1001346_1.pdf](#)

1001348, Gemeinde Langerwehe	
<p>Inhalt</p> <p>2. Textliche Festlegung</p> <p>2.2 Zu 5.1.1, G 51, und 5.1.3, G 53, der Textlichen Festlegungen</p> <p>Im Masterplan indeland 2030 und auch im rechtsverbindlichen Flächennutzungsplan der Gemeinde Langerwehe ist mittelfristig die Einrichtung eines zusätzlichen Haltepunktes der Regionalbahnlinie RB 20 im Bereich der Ortschaften D'horn/Schlich dargestellt. langfristig ist es die Planungsabsicht der Gemeinde Langerwehe die Ortschaften D'horn und Schlich in Richtung dieses Bahnhaltepunktes weiterzuentwickeln, um so auf das sich ändernden Mobilitätsverhalten zu reagieren . Derzeit haben die Gemeinde Langerwehe, die Stadt und der Kreis Düren gemeinsam mit dem NVR eine Machbarkeitsstudie mit dem Ziel der Einrichtung von zwei zusätzlichen Bahnhaltepunkten auf der Strecke zwischen Langerwehe und Düren beauftragt, deren Ergebnis im Herbst 2022 vorliegen wird.</p> <p>Mit Blick auf die Ausführungen unter G 51 (S. 130/131) und G 53 (s. 133) in den Textlichen Festlegungen wird daher angeregt, diesen zusätzlich geplanten Bahnhaltepunkt im Regionalplan bereits jetzt als "geplanten Bahnhaltepunkt" zu kennzeichnen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. ID 1001342). Eine Änderung der Textlichen Festlegungen ist nicht erforderlich. Die Begründung wird entsprechend fortgeschrieben.</p>

Inhalt**3. Gemeinsame Position der Anrainerkonferenz**

Die Gemeinde Langerwehe schließt sich folgender Position aus der Anrainerkonferenz an: Die Anrainerkommunen des Rheinischen Reviers stehen durch den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung vor gewaltigen Herausforderungen. In diesem Kernrevier, das ungefähr ein Drittel des gesamten Rheinischen Reviers ausmacht, werden die größten Anpassungslasten des Braunkohleausstiegs anfallen. Konkret bedeutet dies, insgesamt rund 22.000 Arbeitsplätze und 600 Mio. Euro Wertschöpfung qualitativ, quantitativ und zeitnah zu kompensieren und hierzu neue Wertschöpfungsketten zu knüpfen. Dies rechtzeitig bis 2038 zu schaffen, damit die Region nicht durch einen zu befürchteten Strukturbruch wirtschaftlich abstürzt, stellt schon eine immense Herausforderung dar. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag nun die Zielsetzung formuliert, sogar bis 2030 aus der Braunkohleverstromung aussteigen zu wollen. Das Land NRW hat sich dieser Zielsetzung ausdrücklich angeschlossen. Den Ausstieg nun noch mal um acht Jahre vorziehen zu wollen, ist klimapolitisch nachvollziehbar, lässt die Anrainer jedoch mit größter Sorge auf die Zukunft unserer Region blicken und erfordert deutliche und zusätzliche Anstrengungen zur Strukturstärkung. Die aktuellen Gaspreis- und Strompreisentwicklungen, die Haushaltsbelastungen durch die Corona-Pandemie und die unterbrochenen Lieferketten des beschäftigungsstarken produzierenden Gewerbes kommen hinzu und steigern den Handlungsdruck zur beschleunigten, wirtschaftlichen Stärkung des hauptlasttragenden Kernreviers. Mit einem gemeinsamen Positionspapier haben sich im Dezember 2021 Kammern, Gewerkschaften, Kreise, Kommunen und Regionalverbände als legitimierte Vertreter des Rheinischen Reviers vereint an Bundes- und Landesregierung gewandt und konkrete unterstützende Maßnahmen gefordert. Darin wird verdeutlicht, dass die Bewältigung der von Bund und Land induzierten Herausforderung weit mehr Anstrengungen erfordert als den bloßen Einsatz von Strukturfördermitteln. Die sich daraus ergebenden Handlungserfordernisse erstrecken sich vielmehr auch auf die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei der Errichtung von Infrastrukturen sowie auf die bedarfsgerechte Ausweisung von Siedlungsflächen. Insbesondere die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen stellt einen zentralen Baustein im Rahmen der Strukturstärkungsstrategie dar. Die durch die zahlreichen Innovationsprojekte ausgelöste wirtschaftliche Aktivität wird ihre beschäftigungspolitische Wirkung nur entfalten können, wenn zeitnah in ausreichendem Maße Flächen für Investitionen zur Verfügung stehen. Diese gibt es heute im Kernrevier gutachterlich nachgewiesen nur in sehr unzureichender Form. Vor diesem Hintergrund ist die Aufstellung des neuen Regionalplans für die Anrainerkommunen im Regierungsbezirk Köln ein entscheidender Prozess, der mit großen Erwartungen verbunden ist. Mit Blick auf die Flächenplanung sind hier u.a. die Forderungen nach Verfahrensbeschleunigung, die Etablierung einer

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Es werden allgemeine Hinweise zu den Erfordernissen des Strukturwandels im Rheinischen Revier und den Flächenerfordernissen für die wirtschaftliche Entwicklung gegeben sowie zur Gewährleistung von entsprechenden Rahmenbedingungen durch Bund und Land.

<p>Sonderplanungs- und Wirtschaftszone, landesseitige Flächenpoolösungen etc. zu nennen. Was die Anrainerkommune brauchen, sind zeitnahe und zusätzliche Flächenangebote. Wir erwarten, dass der Regionalplan alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft, um die notwendigen Grundlagen in ausreichender Menge, Qualität und Geschwindigkeit zu schaffen und er damit seinen Beitrag zu einem gelingenden Strukturwandel leistet. Auch im lichte dieser Rahmenbedingungen bitten wir den o.a. Beitrag zum Regionalplanentwurf zu sehen.</p>	
--	--

1007723, Gemeinde Langerwehe

Inhalt

**1.3 Rücknahme des ASB im Bereich südlich der Ortschaft
Jüngersdorf/fehlerhafte Darstellung LSG**

Die Freiraumkennzeichnung "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" im südlichen Bereich der Ortschaft Jüngersdorf stimmt nicht mit der Ausweisung in der Entwicklungs- und Festsetzungskarte zum Landschaftsplan 8 - Langerwehe des Kreises Düren überein und sollte korrigiert werden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Im Zuge der Rücknahme des ASB (siehe hierzu Stn. ID 1001330) wird die zeichnerische Festlegung BSLE ergänzt (s. Änderungskarten), da in diesem Bereich ein Biotopverbund besonderer Bedeutung vorliegt.

1007738, Gemeinde Langerwehe	
<p>Inhalt</p> <p>Zu der Zeichnerischen Festlegung sind Änderungen erforderlich, die in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten zur besseren Lesbarkeit und Verortung nummeriert gekennzeichnet sind.</p> <p>1.10 Korrektur ASS Schlich/D'horn/Merode</p> <p>Ausweitung des ASB im Norden der Ortschaft D'horn bis an die B 264 - als Darstellung des Bestandes.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007738_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1007738_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1008491, Gemeinde Langerwehe	
<p>Inhalt</p> <p>Zu der Zeichnerischen Festlegung sind Änderungen erforderlich, die in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten zur besseren Lesbarkeit und Verortung nummeriert gekennzeichnet sind.</p> <p>1.1 ASB im Jüngersdorf/Pier</p> <p>Gleichzeitig wird angeregt, den ASB im Nord-Osten stattdessen bis an die Bahnlinie Aachen Köln als natürliche Begrenzung heranzuführen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Aus diesem Grunde wird angeregt, den ASB in nord-östlicher Richtung bis an die Bahnlinie Aachen-Köln auszudehnen, weil dort entsprechende faktische Hemmnisse nicht bestehen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1008491_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1008491_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

AZ: BET_119000_1

Gemeinde Kreuzau

1005445, Gemeinde Kreuzau

Inhalt

ASB Kreuzau

1. Entwicklungsflächen östlich der Ortslage Kreuzau

Die Gemeinde bittet um vollständige Aufnahme der Entwicklungsflächen östlich der Ortslage Kreuzau wie ursprünglich im Jahr 2017 vom Rat der Gemeinde Kreuzau beschlossen und im vorgeschalteten informellen Verfahren zum Regionalplan eingebracht. Die östliche Grenze des Entwicklungsbereiches würde der parallel zum Wirtschaftsweg Flurstück-Nr. 44 verlaufende Duffesbach darstellen. Die vollständige Aufnahme dieses Entwicklungsbereiches ist aus Sicht der Gemeinde Kreuzau auch deshalb geboten, weil im westlichen Bereich des Entwicklungsgebietes eine 110 kv-Freileitung verläuft und aufgrund einzuhaltender Abstandsflächen dieser Teil der Entwicklungsfläche faktisch einer baulichen Entwicklung weitgehend entzogen wird.

[s. Anhang Abb. StnID_1005445]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1005445.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände hier insbesondere die Festlegung eines Überschwemmungsbereiches sowie die Festlegung als Regionaler Grünzug entgegen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005446, Gemeinde Kreuzau	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Kreuzau</p> <p>2. Entwicklungsfläche Hoesch Aue / Gelände Hoesch Design GmbH - westlich der Rur</p> <p>Westlich der Rur im Bereich Schneidhausen wurden bisher keine ASB-Flächen berücksichtigt. Die Planungsabsichten der Hoesch Design GmbH zur Realisierung von Wohn- und Mischbauflächen (Hoesch-Aue) sind nach Präzisierung der Plangrundlagen im Verfahren neu einzubringen. Das vom Unternehmen beauftragte Planungsbüro [ANONYMISIERT] hat mit E-Mail vom 02.08.2022 eine aktualisierte Projektbeschreibung mit Anlagen eingereicht, aus der sich die Abgrenzung der Entwicklungsfläche und die vorgesehenen Nutzungen des aufzunehmenden Siedlungsbereiches ergibt. Die Projektbeschreibung mit Planung ist als Anlage 1 dieser Vorlage beigelegt. Das Unternehmen hat deutlich gemacht, dass es für eine zukunftsfähige Unternehmensentwicklung unerlässlich ist, die Flächen des heutigen Betriebsgeländes einer nachhaltigen Folgenutzung zuzuführen und damit frühzeitig dem drohenden Entstehen einer Industriebrache entgegenzuwirken.</p> <p>Aus Sicht der Gemeinde Kreuzau kann eine drohende Industriebrache nicht im städtebaulichen Interesse der Gemeinde liegen, von daher wird ausdrücklich begrüßt, dass sich das Unternehmen frühzeitig mit Überlegungen zur nachhaltigen Folgenutzung des Geländes befasst. Es handelt sich größtenteils bereits heute um baulich genutzte Flächen. Die Realisierung von Wohn- und Mischbauflächen orientiert sowohl am vorhandenen Bedarf. Die Flächenverfügbarkeit spricht für die mittelfristige Realisierbarkeit des Vorhabens. Von daher beantragt die Gemeinde, die dargestellten Flächen im ASB Kreuzau zu berücksichtigen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005446_1] [s. Anhang Abb. StnID_1005446_2] [s. Anhang Abb. StnID_1005446_3] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005446_1.pdf Abb_ID1005446_2.pdf Abb_ID1005446_3.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Die Abgrenzung des ASBs orientiert sich daher an den bereits bauleitplanerisch gesicherten Bauflächen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

ASB Kreuzau

3. Entwicklungsfläche nördlich der Ortslage /An der alten Malzfabrik

ASB Flächen im nördlichen Bereich in Verlängerung der Erschließungsstraße zur alten Malzfabrik sind nur teilweise berücksichtigt, was jedoch auch auf die "Unschärfe" des Regionalplans zurückzuführen sein könnte. Mit dem beigefügten Schreiben der Rechtsanwälte Lenz & Johlen vom 02.06.2022 wird mitgeteilt, dass die Familie der Mandantin grundsätzlich bereit ist, Eigentumsflächen für eine städtebauliche Entwicklung zur Verfügung zu stellen und bei der Bezirksregierung Köln eine Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches anzuregen (Anlage 2). Die Gemeinde bittet um Berücksichtigung der Fläche im ASB Kreuzau.

[s. Anhang Abb. StnID_1005447_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1005447_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände (Biotopverbund, Wald, HQextrem)/ raumordnerische Planungsrichtlinien hier betreffend die Festlegung eines BSN und eines Regionalen Grünzuges entgegen.

In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender

Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Für BSN liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005448, Gemeinde Kreuzau	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Stockheim</p> <p>4. Erweiterungsflächen östlich der Ortslage (ASB-Flex-Fläche)</p> <p>In Stockheim sind Erweiterungsflächen östlich (bis an die B56 heran) und südlich der Ortslagen zeichnerisch als ASB-Flex-Flächen dargestellt. Die Berücksichtigung dieser Flächen wird seitens der Gemeinde Kreuzau ausdrücklich begrüßt, jedoch beantragt die Gemeinde Kreuzau die Flächen nicht als Flex, sondern als reguläre ASB-Flächen darzustellen, um den künftigen Bedarf an Siedlungsflächen auch langfristig absichern zu können.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005448] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005448.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.</p> <p>Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die Gemeinde Kreuzau verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen</p>

Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1005449, Gemeinde Kreuzau	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Stockheim</p> <p>6. Verlängerung Marienstraße (südwestliche Ortslage)</p> <p>Der Bereich der verlängerten Marienstraße ist nur teilweise als ASB dargestellt. Der Rat hatte in der Sitzung am 25.04.2017 (Vorlage 83/2017) diese Erweiterungsfläche bereits beschlossen und die Verwaltung nunmehr in der Sitzung am 14.06.2022 beauftragt, die Machbarkeit zur Ausweisung eines neuen Wohnbaugebietes im Ortsteil Stockheim in Verlängerung der Marienstraße zu prüfen. Insofern sollte die Fläche bis zur angrenzenden Fläche zum Schutz der Natur vollständig als ASB dargestellt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005449]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005449.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005450, Gemeinde Kreuzau	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Stockheim</p> <p>7. Flächen östlich der B 56 Übungsfläche Institut der Feuerwehr „IdF“ und</p> <p>8. Erlebnisbauernhof</p> <p>Östlich der B 56 sind die in Vorbereitung und Planung befindlichen Vorhaben "Institut der Feuerwehr" sowie "Erlebnis-Bauernhof" als Gebiete mit gesonderter Zweckbestimmung darzustellen. Die Vorhaben liegen für sich gesehen jeweils unterhalb der Schwelle der Raumbedeutsamkeit < 10 ha, gleichwohl sollten die Flächen im Regionalplan dargestellt werden.</p> <p>Die Gemeinde Kreuzau befürwortet zur Hebung möglicher Synergieeffekte eine Abrundung des für das IdF Süd derzeit in Planung befindlichen Bereichs um eine für den Feuer-, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz vorzusehende Fläche mit ebenfalls einer gesonderten Zweckbestimmung, auch wenn es derzeit keinen konkreten Planungsträger (IdF Süd, Kreis Düren, Gemeinde Kreuzau) gibt. Unmittelbar nach Süden angrenzend und ebenfalls auf der östlichen Seite der B56 liegend könnte sich eine GIBflex-Fläche anschließen, sofern das örtliche Handwerk, das gerne mit dem Lokalbezug wirbt, in den Altbeständen des gegenüberliegenden Gewerbegebietes eine Neuansiedlung oder Erweiterung nicht realisieren kann. Auf eine kartenmäßige Darstellung wird bewusst verzichtet.</p> <p>Die derzeit in der Planung befindlichen Projekte Sondergebiet Lebensmittel-Vollsortimenter und Dorfgemeinschaftshaus Stockheim liegen bereits in ASB, hier ändert sich lediglich die Nutzungsart im Falle des Lebensmittel-Vollsortimenters von Gemeinbedarfsfläche in ein Sondergebiet, so dass diesbezüglich keine Änderung erforderlich ist. Im Falle des DGH Stockheim ist die Ausweisung einer Gemeinbedarfsfläche geplant.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005450] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005450.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Änderungskarte wird wie folgt geändert [s. Änderungskarten)</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für die Gemeinde Kreuzau besteht noch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> GIBflex. Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIBflex.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005451, Gemeinde Kreuzau	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Drove</p> <p>9. Fläche westlich des Kommweges / Rücknahmefläche</p> <p>Im ASB Drove sind nach derzeitiger Lage sehr große noch ungenutzte Bereiche vorhanden, die sich überwiegend westlich des Kommweges befinden. Ein Teil dieser Flächen soll als ASB aufgegeben werden und dem Freiraum zurückgeführt werden. Die Darstellung in diesem Bereich entspricht somit dem Ratsbeschluss aus dem Jahr 2017, von daher wird die Berücksichtigung der Anregung der Gemeinde begrüßt, weitergehende Änderungsbedarf besteht diesbezüglich nicht.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005451]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005451.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Dies ist bereits im Regionalplanentwurf berücksichtigt worden, sodass der Regionalplanentwurf folglich nicht geändert werden muss. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005452, Gemeinde Kreuzau	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Drove</p> <p>10. Fläche im Bereich Wehrstraße</p> <p>Im Bereich der Wehrstraße ist ein kleiner Teilbereich nicht als ASB aufgenommen, wie vom Rat beschlossen und ins Verfahren eingebracht. Es handelt sich dabei um den nordöstlichen Bereich entlang der Wehrstraße, direkt hinter der Spitzkehre. Es ist möglich, dass dies aufgrund der geringen Flächengröße unterblieben ist und eine Entwicklung des Bereichs dennoch möglich ist, da die Erschließungsstraße bereits einseitig bebaut ist und Ver-/ Entsorgungsleitungen bereits vorhanden sind. Hier wird, da es sich um eine kleinflächige Arrondierung handelt, nochmal explizit um Aufnahme der Fläche gebeten.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005452] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005452.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005453, Gemeinde Kreuzau	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Winden</p> <p>Im ASB Winden ist die Beschlusslage des Rates aus 2017 berücksichtigt. Weitergehender Änderungsbedarf ergibt sich insoweit seitens der Gemeinde Kreuzau nicht.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005453] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005453.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

ASB Stockheim

5. Erweiterungsflächen südlich der Ortslage (ASB-Flex-Fläche)

In Stockheim sind Erweiterungsflächen östlich (bis an die B56 heran) und südlich der Ortslagen zeichnerisch als ASB-Flex-Flächen dargestellt. Die Berücksichtigung dieser Flächen wird seitens der Gemeinde Kreuzau ausdrücklich begrüßt, jedoch beantragt die Gemeinde Kreuzau die Flächen nicht als Flex, sondern als reguläre ASB-Flächen darzustellen, um den künftigen Bedarf an Siedlungsflächen auch langfristig absichern zu können.

[s. Anhang Abb. StnID_1012154]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1012154.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Gemeinde Kreuzau verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen

Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1012160, Gemeinde Kreuzau

Inhalt

Die Gemeinde Kreuzau kommt so den Zielen und Grundsätzen zur Siedlungsentwicklung nach, in dem sie die Siedlungsflächenentwicklung auf die Allgemeinen Siedlungsbereiche Kreuzau, Drove, Stockheim und Winden konzentriert und den Zentralort Kreuzau in seiner Funktion als Unterzentrum weiter stärkt. Mit Blick auf die Nähe zur Rur und ggfs. anzupassende Überschwemmungsbereiche soll die im Regionalplanentwurf verankerte Möglichkeit der Verlegung von dargestellten Entwicklungsflächen aus den Allgemeinen Siedlungsbereichen auf die Höhenlagen der Gemeinde im Einzelfall nicht ausgeschlossen werden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

AZ: BET_120000_1	
Stadt Linnich	
1001360, Stadt Linnich	
<p>Inhalt</p> <p>1. Inanspruchnahme einer Teilfläche des GIB als BSAB im Teilfachplan Nichtenergetische Rohstoffe</p> <p><u>Bezug:</u></p> <p>Planunterlagen, Textliche Festsetzungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • 5.4 Nichtenergetische Rohstoffe • 5.4.1 Lockergesteine <p>Zeichnerische Festlegungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Blatt 02, Kreis Düren_OI <p>Mit der Darstellung BSAB DN-LI-025 im Entwurf des Teilfachplanes Nichtenergetische Rohstoffe wird die Planung eines ortsansässigen Abbauunternehmens teilweise übernommen. Es handelt sich um eine Fläche, die innerhalb des auf Regionalplanebene dargestellten Gewerbe- und Industriebereiches (GIB) für das Stadtgebiet Linnich verortet ist. Konkret liegt sie zwischen dem Bereich der 27. FNP-Änderung der Stadt Linnich, also einer planerisch bereits zugestandenen Abbaufäche und dem Nordrand des sich in Aufstellung befindenden B-Planes Linnich Nr. 39 ?Breitenbend II?, welcher eine Erweiterung des vorhandenen Gewerbegebietes ?Im Ganzbruch? darstellt. Der Bereich des gesamten vorgesehenen BSAB) umfasst die Fläche der 27. FNP Änderung, die vom Unternehmen angemeldete ?Neuabgrabung West? sowie die gesamte Altgrabung des Unternehmens.</p> <p>Der vorgesehene BSAB ist ? bis auf eine kleinere Teilfläche der ?Erweiterung Neuabgrabung West? ? zur Rekultivierung in Form eines Oberflächengewässers vorgesehen. Diese Darstellung konterkariert die hiesigen Vorstellungen von der Darstellung einer gewerblichen Fläche im Wege einer überlappenden Darstellung von Gewerbefläche und BSAB mit der Möglichkeit einer flexiblen Standortentwicklung.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001360_1]</p> <p>Im Hinblick auf den Planungsstand bei der Neuaufstellung des Allgemeinen Regionalplanes wurde zu Beginn des Jahres 2022 bereits informell bekanntgegeben, dass zur Harmonisierung der beiden Verfahren dort in einer Sitzungsvorlage für den</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Der Beschluss des Regionalrats vom 13.03.2020 (RR 01/2020 a) sah nur eine Kompensation des GIB vor, welcher auch im bestehenden Regionalplanentwurf entsprechend festgelegt worden ist. Eine weitergehende Festlegung scheidet aus den nachfolgenden Gründen aus.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Linnich verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Darüber hinaus verfügt die Stadt Linnich zwar über Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> GIBflex. Jedoch liegt die Flächengröße für den angeregten Bereich unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für GIBflex. Die in Rede stehende Fläche als GIBflex ist nicht darstellungsfähig.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Regionalrat vorgeschlagen wurde, den GIB und den GIBflex im Bereich des vorgesehenen BSAB zurückzunehmen und den GIB in gleicher Größenordnung im südöstlichen Teil zu verorten. Die gewerblichen Potenziale der Stadt Linnich würden damit nicht verändert. Die Darstellungen zur Änderung im Plankonzept für die Überarbeitung des Allgemeinen Regionalplanes wurden nach dem entsprechenden Beschluss des Regionalrates Ihrerseits zur Verfügung gestellt.

[s. Anhang Abb. StnID_1001360_2]

Der nunmehr vorliegende Entwurf des allgemeinen Regionalplanes übernimmt diese Darstellung in der Form, als der GIB im Norden bzw. Nordosten entsprechend verkleinert und im Südosten erweitert wird.

Ein Flächentausch wird seitens der Stadt Linnich grundsätzlich als sinnvolle Option betrachtet. Dabei ist allerdings sicherzustellen, dass der Stadt Linnich der gemeldete Bedarf an Gewerblicher Fläche für den Bereich des vorhandenen GIB in Form der vorgesehenen Verlagerung zugestanden wird. Zu der im Entwurf des Regionalplanes im Hinblick auf den im Teilfachplan Nichtenergetische Rohstoffe vorgesehene BSAB DN-LIN 025 dargestellten Verlagerung einer Teilfläche des GIB ist aber sicherzustellen, dass eine Verlagerung in der Größenordnung von mindestens 1:1 erfolgt. Aus Sicht der Stadt Linnich muss eine solche Verlagerung in das vorgesehene Gebiet den Bereich bis zur Bahnlinie (violette Markierung in Abb. 2 [s. Anhang Abb. StnID_1001360_2]) umfassen.

Anhänge

[Abb_ID1001360_1.pdf](#)

[Abb_ID1001360_2.pdf](#)

Inhalt

II. Angebot zum Tausch ASB-Fläche gegen zusätzliche Gewerbliche Fläche

Planunterlagen, Textliche Festsetzungen

- 3.1.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung
- 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung
- 3.1.3 Flexible Siedlungsentwicklung
- 3.2.1 Allgemeine Siedlungsbereiche
- 3.3.1 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Zeichnerische Festlegungen

- Blatt 02, Kreis Düren 01;
- Erläuterungskarte S1

Der im Entwurf des Regionalplans dargestellte Allgemeine Siedlungsbereich (ASB) umfasst die Ortslagen Linnich und Rurdorf.

[s. Anhang Abb. StnID_1001361_1]

Es wird ausdrücklich begrüßt, dass im Bereich der Wohnbauflächen im Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) offenbar die hiesigen Hinweise auf Restriktionen und Nichtverfügbarkeit übernommen wurden.

Im Kommunalgespräch vom September 2017, dass Ihrerseits als Auftakt der Planung zur Neuaufrstellung des Regionalplanes geführt wurde und auch in der Rückkopplung vom Juli 2018 wurde seitens Stadt Linnich ein möglicher Lückenschluss zwischen den beiden Ortslagen noch nicht grundsätzlich ausgeschlossen. In der zur Rückkopplung von hier vorgelegten Tabelle wurde allerdings für den betreffenden Bereich der Tenor ?Reserve mit Restriktionen? gewählt, da ein Zusammenwachsen von Ortschaften mit jeweils eigener Identität in städtebaulicher Hinsicht als unerwünscht beurteilt wird. Zwischenzeitlich wurden für die beiden Ortslagen folgende Entwicklungen bauleitplanerisch angestoßen:

- Die Fläche im Süden des Kernortes Linnich, die im geltenden Flächennutzungsplan bereits als Wohnbaufläche dargestellt ist, wird in 4 aufeinanderfolgenden Teilflächen zu einem Wohngebiet mit unterschiedlichen Bau- und Wohnformen entwickelt werden. Dabei werden Schwerpunkte in den Bereichen Nachhaltiges Bauen, Klimaschutz und Elektromobilität gesetzt.
- Für die Ortslage Rurdorf wird im Rahmen der Neuaufrstellung des gesamten Flächennutzungsplanes der Stadt Linnich eine moderate Erweiterung nach

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Hierfür werden kommunale Bedarfe für Wohnbauflächen (Wohnen und Mischnutzung) sowie für Wirtschaftsflächen (Gewerbe) gemäß den landesplanerischen Vorgaben ermittelt. Die Bedarfsberechnung für Wohnbauflächen hat das Ziel, ein ausreichendes Flächenangebot für die Versorgung der Haushalte mit Wohnraum in der Zukunft sicherstellen. Die Ermittlung von Bedarfen für Gewerbeflächen dient der Flächenvorsorge für die Verlagerung und Erweiterung vorhandener Betriebe sowie dem Angebot für die Neuansiedlung von für Gewerbe- und Industriebetriebe, die Emissionen erzeugen. Auf dieser Grundlage werden Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) sowie Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) im Regionalplan entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips bedarfsgerecht festgelegt.

Die Stadt Linnich verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für GIB gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Eine Übertragung von ermittelten Bedarfen für Wohnen und Mischnutzung in Bedarfe für Gewerbe zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven für GIB ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung nicht sachgerecht.

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und

Norden vorgesehen, die in erster Linie der künftigen Eigenentwicklung der Ortschaft dienen soll.

Mit den Beschlüssen für diese Planungen ist aber auch der politische Wille der Vertretung der Stadt Linnich verknüpft, die eigene und unterschiedliche Identität der beiden gewachsenen Ortschaften auch für die Zukunft zu bewahren und nicht durch ein räumliches Zusammenlegen auszuhebeln. Konkret bedeutet dies, dass die zwischen den beiden Entwicklungslinien verbleibende Fläche auf absehbare Zeit nicht für weitere Entwicklungen in Anspruch genommen wird.

[s. Anhang Abb. StnID_1001361_2]

Vor diesem Hintergrund wird seitens der Stadt Linnich angeboten, diese Fläche in einer Größenordnung von ca. 12 ha als Siedlungsfläche aus dem ASB herauszunehmen und als Gewerbliche Fläche an anderer Stelle neu auszuweisen.

Anhänge

[Abb_ID1001361_1.pdf](#)

[Abb_ID1001361_2.pdf](#)

Erholungsflächen auch dem wohnverträglichen Gewerbe, sodass auch eine gewerbliche Bauflächenentwicklung innerhalb eines ASBs bauleitplanerisch entwickelbar ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminself sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Von daher ist die Darstellung als ASB folgerichtig und die kommunalen Entwicklungsziele können bauleitplanerisch innerhalb des festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichs ausgestaltet werden.

Inhalt

III. Optionale Neuausweisung mehrerer auf eine interkommunale Zusammenarbeit ausgerichteten Gewerblichen Flächen

Bezug: Planunterlagen, Textliche Festsetzungen

- 3.3.1 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen
- 3.3.2.1 Bereiche für interkommunale gewerbliche und industrielle Nutzungen

Zeichnerische Festlegungen

- Blatt 02, Kreis Düren_OI;
- Erläuterungskarte S1

Die Grundlage des Kommunalgespräches im September 2017 war auf der Seite der Stadt Linnich eine Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse von zwei moderierten Workshops, bei denen Politik und Verwaltung sich unter dem Motto "Linnich 2035" gemeinsam Gedanken über die mögliche Entwicklung des Stadtgebietes in der nahen Zukunft gemacht und Vorstellungen entwickelt haben. Die Zusammenfassung wurde den Vertretern der Bezirksregierung als Gesamtkonzept der Stadt Linnich in Form einer Skizze auf der zuvor erhaltenen "Grundlagenkarte Kommunalgespräch Linnich" erläutert und ausgehändigt.

Eines der Arbeitsergebnisse ist die Optionale Neuausweisung mehrerer auf eine interkommunale Zusammenarbeit hin ausgerichteten Gewerblichen Flächen.

Die Ausweisung eines neuen und großen Gewerbegebietes mit günstigem Autobahnanschluss ist übereinstimmender Wille aller Fraktionen in der politischen Vertretung der Stadt Linnich. Es wurden dazu mehrere mögliche Verortungen ausfindig gemacht, von denen mindestens eine umgesetzt werden soll. Der Kreis Düren und die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH haben die Optionen als Suchräume in ihre Gewerbeflächenkonzepte aufgenommen und die grundsätzliche GI-Tauglichkeit aller 3 Flächen festgestellt.

- Fläche zwischen den Ortslagen Gevenich und Hottorf;

[s. Anhang Abb. StnID_1001362_1]

Lage zwischen den Ortschaften Gevenich und Hottorf, an der L 226 und der L 366 an der Stadtgrenze zu Titz. Möglich wäre eine interkommunale Entwicklung zusammen mit der Gemeinde Titz.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Die Stadt Linnich verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBinterkommunal ist nicht bedarfsgerecht. Darüber hinaus widerspricht die Anregung den landesplanerischen Vorgaben zu den Ergänzenden Festlegungen für Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen landesplanerische Vorgaben für Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW entgegen. In der Regel sind diese unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Anhänge[Abb_ID1001362.pdf](#)

Inhalt

IV. Erweiterung des Angebotes an Gewerblichen Flächen für den lokalen Bedarf

Bezug:

Planunterlagen, Textliche Festsetzungen

- 3.3.1 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Zeichnerische Festlegungen

- Blatt 02, Kreis Düren_OI;
- Erläuterungskarte S1
- Erläuterungskarte A3

Die Berücksichtigung der Nachfragen nach Gewerblichen Grundstücken aus dem lokalen Umfeld war ebenfalls Thema der o.a. Workshops und Bestandteil des beim Kommunalgespräch von Seiten der Stadt Linnich zugrunde gelegten Gesamtkonzeptes.

Es ist übereinstimmender Wille aller Fraktionen der politischen Vertretung der Stadt Linnich, ein Angebot an Gewerblichen Flächen für den lokalen Bedarf zu schaffen durch eine Erweiterung des bestehenden Gewerbegebietes „Im Ganzbruch“ nach Norden bis zur B57

- Erweiterung des bestehenden Gewerbegebietes ?Im Ganzbruch? nach Norden bis zur B57

[s. Anhang Abb. StnID_1001364]

Die Fläche schließt nördlich an den in Abb. 2 dargestellten BSAB DN-LIN-025 nach dem Entwurf zum Teilfachplan Nichtenergetische Rohstoffe an. Die Entwicklung soll in einem weiteren Schritt nach dem zurzeit laufenden Bauleitverfahren zur Entwicklung des Bebauungsplanes Linnich Nr. 39 ?Breitenbend II? erfolgen und ist in einem gemeinsamen Kontext zu sehen. Sie wurde ebenfalls als Suchraum in die Gewerbeflächenkonzepte des Kreises Düren und der Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH aufgenommen, wobei die grundsätzliche GI-Tauglichkeit festgestellt wurde.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Fläche im Entwurf des Regionalplanes mit der Restriktion ?Überschwemmungsbereich? behaftet ist.

Anhänge

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Die Stadt Linnich verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBinterkommunal ist nicht bedarfsgerecht. Darüber hinaus widerspricht die Anregung den landesplanerischen Vorgaben zu den Ergänzenden Festlegungen für Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen landesplanerische Vorgaben für Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW entgegen. In der Regel sind diese unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

V. Neubau von Umgehungen der L 228 um die Ortslagen Rurdorf und Linnich sowie der B 57 um die Ortslage Gereonsweiler durch die zuständigen Straßenbaulastträger

Bezug:

Plan unterlagen, Textliche Festsetzungen

- 5.1 Verkehrsinfrastruktur
- 5.1.4 Straßennetz

Zeichnerische Festlegungen

- Blatt 02, Kreis Düren_OI;

Eine endgültige Ausführung der sich bei den jeweiligen Straßenbaulastträgern bereits seit längerem in der Planung befindlichen Umgehungen der L 228 um die Ortslagen Rurdorf und Linnich sowie der B 57 um die Ortslage Gereonsweiler war ebenfalls Teil des Gesamtkonzeptes für die Stadt Linnich, das für das Kommunalgespräch im September 2017 zugrunde gelegt wurde.

Die Aufnahme von entsprechenden Trassen für beide Umgehungen in den Entwurf des Regionalplanes wird ausdrücklich begrüßt. Es sollte aber auch sichergestellt werden, dass eine möglichst zeitnahe Umsetzung der Planungen durch die zuständigen Straßenbaulastträger erfolgt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

VI. Entwicklung von Wohnbauflächen in den Ortslagen außerhalb des ASB (Informelle Mitteilung)

Bezug: Planunterlagen, Textliche Festsetzungen

- 3.1.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung
- 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung
- 4.1.1 Allgemeine Freiraumsicherung und Entwicklung

Zeichnerische Festlegungen

- Blatt 02, Kreis Düren_OI;
- Erläuterungskarte S1

Der Stadt Linnich ist bekannt, dass die Siedlungsentwicklung der Kommune sich nach dem Willen der Landesplanung grundsätzlich nur im ASB abspielen. Alle Ortslagen außerhalb gelten planungsrechtlich als Freiraum. Im Rahmen des Landesentwicklungsplanes (LEP) wird ihnen eine ?angemessene Eigenentwicklung? zugestanden.

Es wurde an anderer Stelle bereits auf die Arbeitsergebnisse der beiden moderierten Workshops des Jahres 2017 hingewiesen, bei denen Politik und Verwaltung sich unter dem Motto ?Linnich 2035? gemeinsam Gedanken über die mögliche Entwicklung des Stadtgebietes in der nahen Zukunft gemacht und Vorstellungen entwickelt haben. Eine Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse wurde bei dem Kommunalgespräch im September 2017 den Vertretern der Bezirksregierung als Gesamtkonzept der Stadt Linnich in Form einer Skizze auf der zuvor erhaltenen ?Grundlagenkarte Kommunalgespräch Linnich? erläutert und ausgehändigt. Im Hinblick auf die künftige Entwicklung von Wohnbauflächen außerhalb des ASB stellt das Gesamtkonzept eine moderate Abrundung mit neuen Wohngebieten in allen für eine solche Entwicklung infrage kommenden Ortslagen des Stadtgebietes dar.

Im Juli 2018 wurde Ihrerseits eine aufbereitete Version des Kommunalgespräches vom September 2017 im Rahmen einer ?Rückkopplung? vorgelegt. Im Rahmen einer von hier erneut skizzenhaft vorgenommenen Kartierung und entsprechenden Erläuterungen wurden Korrekturen an dieser Aufbereitung angebracht und Ergänzungen vorgenommen, insoweit als im Mai 2018 ein weiterer moderierter Workshop mit Politik und Verwaltung stattgefunden hatte, in dem die Vorstellungen von einer moderaten Siedlungsentwicklung der Ortschaften km Stadtgebiet noch einmal konkretisiert wurden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Regionalplanungsprozess sowie zur Beschlusslage kommunaler Entwicklungsabsichten hervorgebracht. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die Entwicklungsabsicht der Stadt Linnich im Bereich Wohnbauflächen steht nach wie vor unter dem Tenor ?Moderate Abrundung der infrage kommenden Ortslagen? und sollte damit grundsätzlich der Vorgabe des LEP zur angemessenen Eigenentwicklung der Ortslagen entsprechen. Mit Beschluss vom 24.02.2021 hat der Rat der Stadt Linnich eine Neuauufstellung des gesamten Flächennutzungsplanes beschlossen. Im Rahmen intensiver Vorberatungen haben die Zuständigen Fachausschüsse u.a. über die Flächen in allen Ortslagen der Stadt Linnich innerhalb und außerhalb des ASB beschlossen, die als Wohnbauflächen in einen Vorentwurf zum FNP dargestellt werden. Dieser Vorentwurf wird nach entsprechender Aufbereitung durch das beauftragte Planungsbüro im Rahmen einer Landesplanerischen Anfrage dem zuständigen Dezernat in Ihrem Hause vorgelegt.

1001371, Stadt Linnich

Inhalt

III. Optionale Neuausweisung mehrerer auf eine interkommunale Zusammenarbeit ausgerichteten Gewerblichen Flächen

Bezug: Planunterlagen, Textliche Festsetzungen

3.3.1 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

- 3.3.2.1 Bereiche für interkommunale gewerbliche und industrielle Nutzungen

Zeichnerische Festlegungen

- Blatt 02, Kreis Düren_Ol;
- Erläuterungskarte S1

Die Grundlage des Kommunalgespräches im September 2017 war auf der Seite der Stadt Linnich eine Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse von zwei moderierten Workshops, bei denen Politik und Verwaltung sich unter dem Motto "Linnich 2035" gemeinsam Gedanken über die mögliche Entwicklung des Stadtgebietes in der nahen Zukunft gemacht und Vorstellungen entwickelt haben. Die Zusammenfassung wurde den Vertretern der Bezirksregierung als Gesamtkonzept der Stadt Linnich in Form einer Skizze auf der zuvor erhaltenen "Grundlagenkarte Kommunalgespräch Linnich" erläutert und ausgehändigt.

Eines der Arbeitsergebnisse ist die Optionale Neuausweisung mehrerer auf eine interkommunale Zusammenarbeit hin ausgerichteten Gewerblichen Flächen.

Die Ausweisung eines neuen und großen Gewerbegebietes mit günstigem Autobahnanschluss ist übereinstimmender Wille aller Fraktionen in der politischen Vertretung der Stadt Linnich. Es wurden dazu mehrere mögliche Verortungen ausfindig gemacht, von denen mindestens eine umgesetzt werden soll. Der Kreis Düren und die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH haben die Optionen als Suchräume in ihre Gewerbeflächenkonzepte aufgenommen und die grundsätzliche GI-Tauglichkeit aller 3 Flächen festgestellt. [...]

[s. Anhang Abb. StnID_1001371_1]

Lage südöstlich von Boslar, an der A44, Nähe AS Jülich-Ost und der L366. Auf und in der Nähe der Fläche wurden in den letzten Jahren Windenergieanlagen errichtet. Möglich wäre eine interkommunale Entwicklung zusammen mit der Stadt Jülich und der Gemeinde Titz.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Die Stadt Linnich verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBinterkommunal ist nicht bedarfsgerecht. Darüber hinaus widerspricht die Anregung den landesplanerischen Vorgaben zu den Ergänzenden Festlegungen für Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen landesplanerische Vorgaben für Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW entgegen. In der Regel sind diese unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Anhänge[Abb_ID1001371.pdf](#)

1001372, Stadt Linnich	
<p>Inhalt</p> <p>III. Optionale Neuausweisung mehrerer auf eine interkommunale Zusammenarbeit ausgerichteten Gewerblichen Flächen</p> <p>Bezug: Planunterlagen, Textliche Festsetzungen</p> <p>3.3.1 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen</p> <ul style="list-style-type: none"> 3.3.2.1 Bereiche für interkommunale gewerbliche und industrielle Nutzungen <p>Zeichnerische Festlegungen</p> <ul style="list-style-type: none"> Blatt 02, Kreis Düren_OI; Erläuterungskarte S1 <p>Die Grundlage des Kommunalgespräches im September 2017 war auf der Seite der Stadt Linnich eine Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse von zwei moderierten Workshops, bei denen Politik und Verwaltung sich unter dem Motto "Linnich 2035" gemeinsam Gedanken über die mögliche Entwicklung des Stadtgebietes in der nahen Zukunft gemacht und Vorstellungen entwickelt haben. Die Zusammenfassung wurde den Vertretern der Bezirksregierung als Gesamtkonzept der Stadt Linnich in Form einer Skizze auf der zuvor erhaltenen "Grundlagenkarte Kommunalgespräch Linnich" erläutert und ausgehändigt.</p> <p>Eines der Arbeitsergebnisse ist die Optionale Neuausweisung mehrerer auf eine interkommunale Zusammenarbeit hin ausgerichteten Gewerblichen Flächen.</p> <p>Die Ausweisung eines neuen und großen Gewerbegebietes mit günstigem Autobahnanschluss ist übereinstimmender Wille aller Fraktionen in der politischen Vertretung der Stadt Linnich. Es wurden dazu mehrere mögliche Verortungen ausfindig gemacht, von denen mindestens eine umgesetzt werden soll. Der Kreis Düren und die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH haben die Optionen als Suchräume in ihre Gewerbeflächenkonzepte aufgenommen und die grundsätzliche GI-Tauglichkeit aller 3 Flächen festgestellt. [...]</p> <ul style="list-style-type: none"> Fläche südwestlich der Ortslage Ederen. <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001372_1]</p> <p>Lage südwestlich von Ederen, an der Stadtgrenze zu Baesweiler und Aldenhoven. Die Fläche würde einen unmittelbaren Anschluss an vorhandene Entwicklungen auf den Gebieten der Stadt Baesweiler und der Gemeinde Aldenhoven (Campus Aldenhoven)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Linnich verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBinterkommunal ist nicht bedarfsgerecht. Darüber hinaus widerspricht die Anregung den landesplanerischen Vorgaben zu den Ergänzenden Festlegungen für Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsrumpotentialen werden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen landesplanerische Vorgaben für Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW entgegen. In der Regel sind diese unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

ermöglichen.

Wie erwähnt, haben der Kreis Düren und die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH, zu deren Gesellschafterkommunen die Stadt Linnich gehört, in den Jahren 2017-2018 jeweils eigene Entwicklungsstrategien erarbeitet. Für den Kreis Düren dient die Strategie lt. dortiger Aussage der Vorbereitung der Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften an der Überarbeitung des Regionalplanes. Auf den engeren Kontext des Indelandes bezogen wird mit dem Gewerbeflächenkonzept der indeland GmbH entsprechend dem ursprünglichen Zweck des Zusammenschlusses der Mitgliedskommunen gezielt beim anstehenden Strukturwandel in der Region mit Auslaufen des Braunkohletagebaus angesetzt. Darüber hinaus wird auch hier die räumliche Verortung inmitten einer übergeordneten, europamäßig ausgerichteten und zurzeit gedeihenden Wirtschaftsregion herausgestellt. Das Indeland soll aufgrund seiner Kernkompetenzen eine Vorreiterrolle für die gesamte Region beim zu bewältigenden Strukturwandel übernehmen. Die damit verbundenen Änderungen der Wirtschafts-, Landschafts- und Sozialstruktur erfordern eine ganzheitliche strategische und nachhaltige Regionalentwicklung. Die aufgeführten Optionsflächen im Stadtgebiet Linnich wurden als Suchräume in beide Konzepte aufgenommen.

Anhänge

[Abb_ID1001372.pdf](#)

1001374, Stadt Linnich	
<p>Inhalt</p> <p>IV. Erweiterung des Angebotes an Gewerblichen Flächen für den lokalen Bedarf</p> <p>Bezug:</p> <p>Planunterlagen, Textliche Festsetzungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • 3.3.1 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen <p>Zeichnerische Festlegungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Blatt 02, Kreis Düren_OI; • Erläuterungskarte S1 • Erläuterungskarte A3 <p>Die Berücksichtigung der Nachfragen nach Gewerblichen Grundstücken aus dem lokalen Umfeld war ebenfalls Thema der o.a. Workshops und Bestandteil des beim Kommunalgespräch von Seiten der Stadt Linnich zugrunde gelegten Gesamtkonzeptes.</p> <p><i>Es ist übereinstimmender Wille aller Fraktionen der politischen Vertretung der Stadt Linnich eine Neuausweisung einer gewerblichen Fläche nordwestlich des Kernortes an der B57 zwischen den Einmündungen der L228 und der K14. [...]</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Neuausweisung einer gewerblichen Fläche nordwestlich des Kernortes an der B57 zwischen den Einmündungen der L228 und der K14. <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001374]</p> <p>Die Fläche war Teil des Gesamtkonzeptes, welches für das Kommunalgespräch im September 2017 in Form einer Skizze auf der ?Grundlagenkarte Kommunalgespräch Linnich? verortet wurde. Sie soll zusammen mit den vorgenannten Erweiterungen des Gewerbegebietes ?Im Ganzbruch? der lokalen Nachfrage nach Gewerbegrundstücken dienen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1001374.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Linnich verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBinterkommunal ist nicht bedarfsgerecht. Darüber hinaus widerspricht die Anregung den landesplanerischen Vorgaben zu den Ergänzenden Festlegungen für Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen. Zudem liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für GIB.</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1012028, Stadt Linnich	
<p>Inhalt</p> <p>Wie erwähnt, haben der Kreis Düren und die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH, zu deren Geselischerkommunen die Stadt Linnich gehört, in den Jahren 2017-2018 jeweils eigene Entwicklungsstrategien erarbeitet. Für den Kreis Düren dient die Strategie lt. dortiger Aussage der Vorbereitung der Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften an der Überarbeitung des Regionalplanes. Auf den engeren Kontext des Indelandes bezogen wird mit dem Gewerbeflächenkonzept der indeland GmbH entsprechend dem ursprünglichen Zweck des Zusammenschlusses der Mitgliedskommunen gezielt beim anstehenden Strukturwandel in der Region mit Auslaufen des Braunkohletagebaus angesetzt. Darüber hinaus wird auch hier die räumliche Verortung inmitten einer übergeordneten, europamäßig ausgerichteten und zurzeit gedeihenden Wirtschaftsregion herausgestellt. Das Indeland soll aufgrund seiner Kernkompetenzen eine Vorreiterrolle für die gesamte Region beim zu bewältigenden Strukturwandel übernehmen. Die damit verbundenen Änderungen der Wirtschafts-, Landschafts- und Sozialstruktur erfordern eine ganzheitliche strategische und nachhaltige Regionalentwicklung. Die aufgeführten Optionsflächen im Stadtgebiet Linnich wurden als Suchräume in beide Konzepte aufgenommen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Dies gilt auch im Hinblick auf die Wettbewerbsgleichheit des Rheinischen Reviers im Sinne des Strukturwandels im Kontext der Herausforderungen für alle Kommunen des Regierungsbezirks Köln.</p>

AZ: BET_12000_1

Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

1003432_001, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

Inhalt

ASB Wiehl und ASBflex am Süd-West-Rand von Wiehl

Hinweis

Es erschließt sich nicht, weswegen der Wiehler Friedhof, die Feuerwehrwache, eine Kleinsiedlung mit 10 Häusern und der Sportplatz dem Freiraum zugeordnet werden, obwohl sie eng mit dem Wiehler Stadtkern verbunden sind. Dieser Bereich sollte selbstverständlich ? so wie in anderen Kommunen auch ? dem ASB zugeordnet werden.

[s. Anhang Abb. 1003873]

Anhänge

[Abb_ID_1003432_001.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

GIB Forst und GIBflex Forst (WIE_GIBz_2, WIE_GIBF_1)

Ablehnung

Begründung

Gegen das GIB Forst und die GIB_{flex}-Fläche spricht der neue Gewerbeansatz in der Kulturlandschaft mit Beeinträchtigung des Landschaftsbildes um 2 Dörfer und der Bewohnern, die diese Planung ablehnen.

Das Gebiet deckt Höhen von 180 bis 240 m über NN ab; wie hier eine Gewerbegebietsplanung realisiert werden soll ist ? insbesondere angesichts der steilen L 302 - nicht erkennbar.

Die Planung des GIB_{flex} überplant den Friedhof!

Die Planung beansprucht 5 ha Laubwald und gut strukturiertes Grünland mit Hecken und Obstbäumen. Eine Bauleitplanung würde sich großen Konflikten gegenübergesetzt sehen. Diese Planung sollte aufgegeben werden.

[s. Anhang Abb. 1003432_002]

Anhänge

[Abb. ID 1003432_002.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die Festlegung des GIBregional gilt:

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Für die Festlegung des GIB Flex gilt:

Für die Stadt Wiehl besteht noch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren*. Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIBflex.

Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz

	<p>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, das ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.</p>
--	--

Inhalt**ASB Brüchermühle**

Im ASB Brüchermühle befinden sich etwa 10 ha Industriebetrieben, die nicht ohne weiteres als wenig imitierend angesehen werden können. Die Unterteilung in ASB und GIB löst sich hier offensichtlich auf, so dass Außenstehende nicht mehr erkennen können, was in einem ASB entwickelt werden soll und was nicht.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen auch u. a. dem wohnverträglichen Gewerbe. Im Hinblick auf bestehende Gemengelagen sind Konfliktlösungsmaßnahmen beispielsweise durch Lärmschutzvorkehrungen auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Kenntnis der betroffenen Nutzungen möglich.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen

	Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.
--	---

Inhalt

Die Naturschutzverbände beobachten mit Sorge und Unverständnis, dass die Regionalplanung in Federführung des Regionalrates Köln sich noch immer nicht den allenthalben deutlicher werdenden Herausforderungen in Sachen Klima- und Biodiversitätskrise stellt. Aktuelle Entwicklungen wie der massiv voranschreitenden Klimawandelproblematik mit Hitze- und Dürreperioden, extremen Hochwassersituationen sowie dem massiven Artensterben auch in der Planungsregion wird im vorliegenden Planentwurf nicht annähernd adäquat Rechnung getragen.

Der Regionalplan ist ein langfristig angelegter Plan, der die Entwicklungsperspektiven in Form von Erfordernissen der Raumordnung (Ziele, Grundsätze, sonstige Erfordernisse) in Konkretisierung und Berücksichtigung der Landesplanung für die Region Köln für die kommenden 25 Jahre festlegen soll. Dabei müssen übergeordnete gesetzliche und programmatische Ziele (u.a. zu Flächensparen, Boden, Wasser, Klima, Naturschutz, Artenschutz, Umsetzung Natura 2000, Biodiversitäts- und Nachhaltigkeitsstrategie) beachtet werden und regionalplanerische Vorgaben zu deren Umsetzung erfolgen. Die Ebene der Regionalplanung ist die einzige Planungsinstanz, die die konkurrierenden Raumnutzungsansprüche in Verantwortung für den gesamten Planungsraum überörtlich und im Ausgleich für den gesamten Raum einer Region steuern kann und muss. Sie hat die Aufgabe, für eine nachhaltige Raumentwicklung zu sorgen.

Dieser Aufgabe wird der vorliegende Planentwurf nicht gerecht. Er überlässt die Raumnutzungen, die wesentlich zur Belastung des Freiraums und von Natur und Umwelt beitragen (insbesondere Siedlung, Energieerzeugung) mehr oder weniger der Steuerung durch die Interessen von Wirtschaft und Kommunen. Im Sinne der Nachhaltigkeit ist es nach Auffassung der Naturschutzverbände dringend geboten, einen besonderen Fokus auf den Freiraumschutz zu legen, zumal der Regionalplan gleichzeitig die Funktion des Landschaftsrahmenplans als übergeordnete Ebene für die Landschaftsplanung der Kreise und Kommunen innehat. Ohne den konsequenten und wirksamen Schutz der Freiraumfunktionen können die immer dringender werdenden und prioritären Belange der Daseinsvorsorge (Klimaschutz und Klimaanpassung, Grundwasser- und Gewässerschutz, Hochwasserschutz, Schutz der Biodiversität) langfristig nicht gewährleistet werden. Dafür braucht es vor allem den Schutz der Freiraumflächen, die diese Funktionen zur Verfügung stellen. Hier handelt es sich nicht um eine ?Angebotsplanung? mit variabler Flächenauswahl, sondern die Flächen müssen dort geschützt werden, wo schutzbedürftige Funktionen vorhanden sind. Der Vorsorgeaspekt im Hinblick auf Entwicklungspotenziale von Freiraumflächen muss einen viel größeren Raum in der Planung bekommen. Die freiraumverbrauchenden Raumnutzungen müssen und können sich diesen Flächenbedarfen in erster Linie anpassen und nicht stattdessen in Fortschreibung des Status Quo dazu beitragen, die

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Es werden allgemeine Hinweise zur Bedeutung der Regionalplanung für eine nachhaltige Raumentwicklung gegeben sowie Bedenken geäußert, dass der vorliegende Planentwurf dieser Aufgabe nicht gerecht wird. Dieser sollte einen besonderen Fokus auf den Freiraumschutz legen und diesem einen größeren Raum in der Planung bieten.

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei werden die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und Möglichkeiten umgesetzt.

unterschiedlichen Krisenlagen weiter zu verschärfen. Auch für den verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien sollten die vorhandenen Planungsinstrumente optimal genutzt werden. Die Regionalplanung kann einen großen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen und sich für die Zukunft noch weiter verschärfenden Krisen leisten, was die Naturschutzverbände zu den einzelnen Raumnutzungskategorien in ihrer Stellungnahme mit zahlreichen Anregungen, Vorschlägen und Forderungen darlegen.

Inhalt

Die für eine zukunftsfähige Entwicklung der Region zwingend erforderliche Reduzierung des Flächenverbrauchs, die seit Langem in Strategien zur Biodiversität und Nachhaltigkeit auf Bundes- und Landesebene, in Gesetzen (Raumordnungsgesetz/ROG, Baugesetzbuch/BauGB) und auch in der Landesplanung (Landesentwicklungsplan/LEP) verankert ist, spielt im neuen Regionalplan so gut wie keine Rolle - noch nicht einmal in der Strategischen Umweltprüfung findet eine substantiierte Auseinandersetzung mit dem Thema statt. Die Aufgabe der Raumplanung, quantitative Ziele für die Verringerung der Flächeninanspruchnahme zu entwickeln, wird überhaupt nicht behandelt. Auch, wenn der 5 ha/Tag-Grundsatz aus dem LEP gestrichen wurde, bleiben dessen Anforderungen für eine flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung bestehen.

Die Regionalplanung ist das zentrale Instrument für eine regional nachhaltige Siedlungsflächenentwicklung - neben der Festlegung verbindlicher Flächensparziele vornehmlich über die verantwortungsvolle Ermittlung von Flächenbedarfen als Dreh- und Angelpunkt für den Flächenverbrauch. Damit wird über Jahrzehnte die Flächeninanspruchnahme für Siedlung festgeschrieben und zementiert: Alles, was hier ausgewiesen wird, steht den Kommunen zur Baulandentwicklung grundsätzlich und verbindlich zur Verfügung. Diese Fläche wird dem Freiraum entzogen, Potenziale für die dringend erforderliche Entwicklung von Freiraum zur Erfüllung seiner zahlreichen, grundlegenden Funktionen für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen werden absehbar vernichtet. Wenn die Flächen erstmal ausgewiesen sind und als Bauland zur Verfügung stehen, nützt auch eine flächensparende Baulandentwicklung wenig, da die insgesamt ausgewiesene Fläche trotzdem vollständig bebaut werden kann - dann ggf. eben durch mehrere, flächeneffizient ausgestaltete Vorhaben. Der Gesamtflächenverbrauch wird dadurch nicht weniger. Es muss also allem voran an der im Regionalplan als Siedlungsbereich dargestellten Fläche gespart werden.

Die Vorgehensweise zur Festlegung des Siedlungsflächenbedarfs und der Siedlungsflächen im vorliegenden Planentwurf ist von einem solchen Ansatz weit entfernt. Sie legt im Gegenteil ein Maß an Entkoppelung von den rechtlichen Vorgaben und demzufolge an Überdimensionierung an den Tag, das nicht nur an jeglicher raumplanerischen Begründbarkeit, sondern auch an der rechtlichen Legitimation zweifeln lässt. Der nach LEP-Methodik errechnete, über Zuschläge schon mit Planungs- und Flexibilisierungspotenzial unterfütterte und nach Auffassung der Naturschutzverbände schon fehldimensionierte Bedarf wird im vorliegenden Planentwurf durch zahlreiche weitere Bedarfs- und in der Folge Flächenfestlegungen insbesondere im Rahmen der Region+-Prozesse Wohnen und Wirtschaft sowie Sonderplanungsmaßnahmen für das Rheinische Revier noch um einen wesentlichen Anteil erhöht: statt 12.637 ha werden insgesamt 15.018 ha neue Siedlungsfläche

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Es wird ein neuer Grundsatz *Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen* festgelegt (s. Änderungssynopse).

ausgewiesen, ein Plus von rd. 20 %. Allein damit ergibt sich für die Region Köln für den Planungszeitraum von 25 Jahren ein überschlägiger Flächenverbrauch von 1,65 ha/Tag. Dazu kommt als für den Regierungsbezirk Köln neu erdachtes Flexibilisierungsinstrument nochmal ein pauschaler Zuschlag von 50 % der errechneten Bedarfe für alle Städte und Kommunen als Ausweichflächenpotenzial für bauleitplanerisch nicht umsetzbare Siedlungsflächen, was die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Flächen für andere Raumnutzungen erheblich einschränkt. Eine derart entfesselte Siedlungsentwicklung läuft einer nachhaltigen Raumentwicklung in der Region so offensichtlich zuwider, dass die Naturschutzverbände die Überarbeitung und Reduzierung der Flächendarstellungen auf die durch den LEP vorgegebene Bedarfsgerechtigkeit fordern, deren Definition im LEP neben der Vorhaltung ausreichender Flächen auch die Reduzierung der Neudarstellung von Flächen auf das erforderliche Maß beinhaltet.

Die Naturschutzverbände fordern für eine langfristig nachhaltige Siedlungsentwicklung u.a.

- ein planerisches Konzept zur Eindämmung des Flächenverbrauchs,
- eine zukunftsfähige, an der Bevölkerungsentwicklung und den tatsächlichen Bedarfen ausgerichtete und den Flächenverbrauch eindämmende Bedarfsfestlegung und die Anrechnung jeglicher Siedlungsflächenentwicklung,
- eine belastbare und planerisch für den Gesamttraum der Region einheitliche Konzeption für die Auswahl und Ausweisung der konkreten Flächen in Kombination mit einer Strategie zur Lenkung der Siedlungsflächen auf die konfliktärmsten Bereiche für Umwelt- und Naturschutz,
- eine klare Ausrichtung auf das prioritäre Ziel des Flächensparens durch ein regionalisiertes, konkretes Flächensparziel und die Festlegung von Mindest-Bebauungsdichten, Zielen zur vorrangigen Innenentwicklung vor Außenentwicklung und zur Ausnutzung sämtlicher Flächenpotenziale zur Nachverdichtung oder zur kompakten Baulandentwicklung.

Dazu unterbreiten die Naturschutzverbände zahlreiche Vorschläge für Ergänzungen und neue Ziele/Grundsätze und zeigen u.a. über verschiedene Dichtepfade für die Flächenbedarfsermittlung deutliche Flächensparpotenziale auf.

Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten. Die Regelungen im Ziel Flächenüberhänge vermeiden und abbauen dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt. Weitergehende Vorgaben zur konkreten Umsetzung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß *Ziel GIB regional sichern und umsetzen* und *Ziel GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* wird darauf verwiesen, das ASBflex und GIBflex gemäß Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln* im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der

regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbewertung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu den Stellungnahmen ID 1007022 und ID 1006997 verwiesen.

Inhalt

Der Entwurf des Regionalplans Köln wird mit seinen Festlegungen für den Freiraum den großen Herausforderungen des Klimawandels und Artensterbens sowie des damit eng verbundenen Problems des Flächenverbrauchs nicht gerecht. Die immer drängender werdenden Auswirkungen des Klimawandels nicht nur für erholungs- und gesundheitsbezogene Freiraumfunktionen, sondern insbesondere für Biotope und Arten finden zu wenig Berücksichtigung. Zudem arbeitet der Abschnitt Freiraum fast ausschließlich mit Grundsätzen, was seiner Bedeutung und Relevanz für eine nachhaltige Raumentwicklung insbesondere im Hinblick auf die Klima- und Biodiversitätskrise nicht entspricht. Einzig die neuen Vorbehaltsflächen/BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft sind als zukunftsweisender Planungsansatz sehr zu begrüßen. Daher fordern die Naturschutzverbände zahlreiche Ergänzungen und schlagen neue Festlegungen vor, insbesondere für

- den querschnittsorientierten Schutz von Freiräumen mit Funktionen für den Klimaschutz wie Böden/Biotope mit CO₂-Speicherfunktion und die Klimaanpassung, die Stärkung des Biotopverbundes und der Entwicklung von Wildnisgebieten und den Schutz der Biodiversität (Arten der offenen Agrarlandschaft),
- den umfassenden Schutz von Waldfunktionen (u.a. Entwicklung naturnaher und klimaresilienter Wälder, Wildnis im Wald, Waldbiotopverbund),
- den Bereich der Oberflächengewässer eine weitergehende räumliche Sicherung der Flächen für eine ökologische Entwicklung der Fließgewässer gemäß den Zielen der WRRL und einen wirksamen Auenschutz,
- den vorsorgenden Hochwasserschutz, inklusive der Anpassung der Festlegungen an den Bundesraumordnungsplan Hochwasser, sowie für eine wirksame Dürrevorsorge und Vorbeugung vor Wasserknappheit.

Für den Bereich Wasser wird angesichts der zahlreichen Herausforderungen ein eigenständiger Fachbeitrag für den Planungsraum gefordert.

Die Naturschutzverbände legen für das Rheinische Revier außerdem einen Vorschlag für ein einheitliches Biodiversitätskonzept mit darauf ausgerichteten Flächenvorschlägen (Anteil Regierungsbezirk Köln) zur Festsetzung als BSN vor. Sie fordern für diesen durch den Braunkohleabbau massiv belasteten Raum, was sich mit den bereits laufenden Transformationsprozesse zur Anpassung an den Strukturwandel mit weiteren erheblichen Belastungen für Natur und Umwelt absehbar fortsetzen wird, einen strikten Schutz wesentlicher Bestandteile von Natur und Landschaft für eine dauerhafte Sicherung der ökologischen Funktionsfähigkeit. Um dem Anspruch einer Modellregion gerecht zu werden, muss im Rheinischen Revier eine gesamthafte

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Regionalplan-Entwurf beinhaltet zu all den benannten Punkten bereits textliche und zeichnerische Festlegungen. Für das Sachgebiet Wasser wurden alle zur Verfügung stehenden für die Planungsebene relevanten Daten der wasserwirtschaftlichen Fachplanung herangezogen, sodass es aus Sicht der Regionalplanungsbehörde nicht zwingend eines gesonderten Fachbeitrags bedarf. Auf die benannten themenbezogenen Aspekte wird in den konkreten Einzelanregungen der Naturschutzverbände näher eingegangen.

nachhaltige Raumentwicklung das Ziel sein.

Inhalt

Dass der Klimaschutz zentraler Baustein jedweden gesellschaftlichen Handelns werden muss, unterstreichen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Klimaschutzgesetz vom 21.04.2021 auf Bundesebene sowie die aktuellen Entwicklungen eindrücklich. Auf Ebene der Regionalplanung ist der Klimaschutz in NRW allerdings nie wirklich angekommen, obwohl gerade hier sowohl ein effektiver Flächenschutz, eine klimaeffiziente und klimaschonende Entwicklung von Siedlungsbereichen sowie eine überregionale Steuerung der Erneuerbaren Energien mit dem großen Vorteil eines regionalen Konfliktausgleichs verbindlich festgelegt werden können. Auch konkrete, regionale Entwicklungsziele für die Erneuerbaren Energien zur Erreichung der Klimaschutzziele könnten und sollten entwickelt und implementiert werden. All diese Möglichkeiten werden für die Planungsregion nicht genutzt. Dem Regionalplan-Entwurf fehlt bisher jeder zukunftsfähige Ansatz, um die drängenden Probleme der Energieversorgung anzugehen. Bis 2045 soll Deutschland nach dem Klimaschutzgesetz des Bundes klimaneutral sein ? an diesem Ziel muss sich die Regionalplanung entschieden beteiligen. Die Naturschutzverbände fordern in ihrer Stellungnahme daher u.a.

- Energieeinsparung und verträgliche Energieerzeugung über Erneuerbare Energien als Querschnittsaufgabe festzusetzen,
- einen zeitlichen Korridor für die Entwicklung der Erzeugung erneuerbarer Energien im Regierungsbezirk festzulegen, der den Stromimport aus dem Offshore-Bereich und den Küstenregionen berücksichtigt,
- die Windkraft dadurch zu fördern, dass im Regionalplan umweltverträgliche Konzentrationszonen als Vorranggebiete mit Eignungswirkung dargestellt werden,
- die Entwicklung bei den Freiflächen-Photovoltaikanlagen durch eine umweltverträgliche Steuerung zu unterstützen sowie
- den Kommunen in der Bauleitplanung klare Vorgaben zur Förderung von Auf-Dach-Photovoltaik, Nahwärmenetzen und dem vielfach möglichen Verbot von Heizungen mit fossilen Brennstoffen zu machen.

Die Regionalplanung kann und muss zukünftig ein Schrittmacher des Umbaus der Energieversorgung werden

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

Nach Auffassung der Naturschutzverbände ist der Umweltbericht in wesentlichen Punkten unvollständig und daher als Entscheidungsgrundlage für die regionalplanerische Abwägung ungeeignet. Die Umweltauswirkungen der vorliegenden Planung werden nicht in der erforderlichen Art und Weise aufgezeigt und können so auch keinen Eingang in die gesamtplanerische Abwägungsentscheidung finden. Insbesondere fehlt eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Schutzgut Fläche, was sich einerseits in einer nur floskelhaften und oberflächlichen Behandlung dieses Themas und andererseits am Ausbleiben einer Prüfung von flächensparenden Planungsalternativen zeigt. Auch eine Prüfung der Belange des vorsorgenden Grundwasserschutzes findet nicht statt. Dies ist vor dem Hintergrund der gravierenden zukünftigen Probleme wie Dürre und der absehbaren Gefahr der (Trink-)Wasserknappheit inakzeptabel. Die Naturschutzverbände weisen hier auf zahlreiche Defizite hin und fordern Nachbesserungen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bezüglich des Schutzgutes Fläche erfolgt in Kap. 5.3.10 des Umweltberichtes in Tab. 5-3 eine tabellarische Darlegung der Flächenumfänge der einzelnen Planfestlegungen. Das Schutzgut Fläche wird zudem im Rahmen der Gesamtplanbetrachtung (Kap. 8 des Umweltberichtes) behandelt.

Auf die Berücksichtigung des Schutzgutes Fläche als konkretes Prüfkriterium im Prüfbogen wurde verzichtet, dies wird im Umweltbericht entsprechend erläutert und begründet (siehe Kap. 4.3 Umweltbericht, Kap. 3.4 Anhang A zum Umweltbericht).

Der Umfang der Festlegungen im Regionalplan, insbesondere der Siedlungsflächen, geht auf Bedarfsberechnungen zurück. Eine Prüfung von flächensparenden Alternativen ist dabei nicht möglich. Sehr wohl erfolgten die Festlegungen im Regionalplan unter Berücksichtigung von Alternativen; sowohl bereits auf Ebene des Plankonzeptes wie auch aufgrund der Ergebnisse des Umweltberichtes. Die Vorgehensweise zur Alternativenprüfung und ihre Ergebnisse werden in Kap. 7 des Umweltberichtes dargelegt.

Die Berücksichtigung des vorsorgenden Grundwasserschutzes erfolgt im Umweltbericht über das Schutzgut Wasser und hier über das Kriterium Wasserschutzgebiete.

Der Umweltbericht ist demnach in keiner Weise defizitär.

1003504, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

Inhalt

Die Naturschutzverbände begrüßen die Beteiligung an der Erarbeitung des Fachbeitrags für Naturschutz und Landschaftspflege für den Biotopverbund 2018/2019 ausdrücklich. Sie hatten allerdings nach Veröffentlichung des Fachbeitrags und des Plankonzeptes zum Regionalplan Köln 2020, das zumindest mit den BSN-Flächen und RGZ vom Regionalrat beschlossen wurde, feststellen müssen, dass die von ihnen vorgeschlagenen Flächen offenbar so gut wie keine Berücksichtigung gefunden haben und auch im geltenden Regionalplan ausgewiesene Biotopverbundflächen verkleinert oder ganz gestrichen bzw. bestehende BSN aufgehoben wurden. Eine weitere Beteiligung der Naturschutzverbände fand im Rahmen des langjährigen Erarbeitungsprozesses zum Regionalplan nur im Rahmen eines Informationstermins in 2019 zur Vorstellung der Freiraumplanung statt.

Eine weitere Mitwirkung im Rahmen des wie im Kapitel zum Erarbeitungsprozess beschriebenen vorgeschalteten, breit angelegten informellen Verfahrens wurde den Naturschutzverbänden nicht ermöglicht.

Die Erarbeitung von Leitlinien (Regionale Perspektiven) für einen neuen Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln hätte die Chance geboten, mit den an Regionalplanverfahren zu beteiligenden Akteuren wie den Naturschutzverbänden sehr frühzeitig über Eckpunkte eines neuen Regionalplans zu diskutieren. In anderen Planungsregionen bestand für die zu Beteiligten die Möglichkeit, sich im Vorfeld der Erarbeitung neuer Regionalpläne im Rahmen von ?Runden Tischen? und auch durch Stellungnahme zu ?Leitbildern? frühzeitig in die Diskussion zu Themenschwerpunkten der Regionalpläne einzubringen.

Die Naturschutzverbände hätten zudem auch in die Prozesse zur Erarbeitung der Siedlungsplanung für die Region sowohl bei den Region+-Prozessen als auch im Rahmen der Bedarfsermittlung und die Vorgehensweise zur Festlegung der konkreten Siedlungsflächen wichtige Anregungen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Raumentwicklung geben können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Die Bedenken beziehen sich allgemein auf die Umsetzung der vorgeschlagenen Biotopverbundflächen im Rahmen des Fachbeitrages für Naturschutz- und Landschaftspflege im Entwurf zur Regionalplan. Weitere Bedenken beziehen sich auf die Einbindung der Naturschutzverbände in den vorgeschalteten informellen Planungsprozess. Dieser ist sehr umfangreich mit zahlreichen Akteuren zu den einzelnen Themenbereichen durchgeführt worden. Zudem ist der Planentwurf im Rahmen der landesplanerischen und sonstigen gesetzlichen Vorgaben zu allen Themenbereichen, wie z.B. Freiraum, Siedlungsraum, Bedarfsermittlungen etc. entwickelt und erstellt worden.

Inhalt

Die Naturschutzverbände hatten in ihrer Stellungnahme vom 15. November 2019 zum Scoping zur Strategischen Umweltprüfung eine weitere, prozessbegleitende Einbindung der Naturschutzverbände auch nach dem Scoping zur ökologischen Optimierung der Planung durch eine

- Begleitung der weiteren methodischen Ausgestaltung der SUP (insbesondere aufgrund der noch unvollständigen Scoping-Unterlagen, s.u.), ggf. mit erneuter Gelegenheit zur Stellungnahme und eine
- Beteiligung an den Prüfungen der einzelnen Flächenfestlegungen im Vorfeld der Planauslegung, um örtliche Kenntnisse der Raumsituation einbringen zu können, z.B. durch Übersendung der Prüfbögen und Gelegenheit zur Stellungnahme

angeregt.

Ziel war es, die Datenlage, die der Umweltprüfung einzelner Darstellungsbereiche des Regionalplans zugrunde liegt, zu verbessern und die Stellungnahmen und Erörterung im formalen Erarbeitungsverfahren um diese Belange zu entlasten. Leider gab es seitens der Regionalplanungsbehörde zu diesem Vorschlag keine Reaktion. Auch auf die Forderung nach der Vorlage ergänzender Scoping-Unterlagen zur konkreten Methodik der Ermittlung erheblicher Umwelt auswirkungen für die einzelnen Schutzgüter und für die Bewertung der Gesamtplanauswirkungen wurde nicht eingegangen. Die zahlreichen Hinweise, die hier auch zur Planerarbeitung eingebracht wurden - insbesondere zum Thema Flächenverbrauch, fanden keine erkennbare Berücksichtigung.

Ausdrücklich positiv zu bewerten ist die Aufnahme des vorgeschlagenen Planzeichens Vorbehaltsgebiete ?Bereiche zum Schutz der Artenvielfalt? als BSLE mit besonderer Bedeutung für den Schutz von Arten des Offenlands.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben und darüber hinaus wird auf die frühere Stellungnahme im Rahmen des Scoping-Verfahrens verwiesen. Die darin geäußerten Bedenken und Anregungen werden aufrechterhalten. Als vorlaufende formelle Schritte wurden die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen gemäß § 9 Absatz 1 ROG mit Datum vom 29.04.2019 über die beabsichtigte Neuaufstellung des Regionalplans Köln unterrichtet. Rückmeldungen und Hinweise im Rahmen dieser Unterrichtung sind ebenfalls in die Erarbeitung des Planentwurfes und der Umweltprüfung eingeflossen.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2021 den Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans zur Anhörung und öffentlichen Auslegung beschlossen (Aufstellungsbeschluss). Die bis dahin vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise sind im Planentwurf wie oben beschrieben berücksichtigt worden.

1003506, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

Inhalt

Im März 202 wurde das Plankonzept vom Regionalrat beschlossen und bereits veröffentlicht. Diese Vorfestlegung von Teilinhalten des neuen Regionalplans haben die Naturschutzverbände in einem Brief an die Regierungspräsidentin und den Vorsitzenden des Regionalrates scharf kritisiert. Sie beanstandeten, dass die Planung für die behandelten Planungsthemen ohne erfolgte Umweltprüfung und Endabwägung aller relevanter Belange der öffentlichen und politischen Diskussion und Einflussnahme sämtlicher Stakeholder preisgegeben wurde. Die damit vorprogrammierte Vernachlässigung des Natur- und Umweltschutzes wurde entschieden abgelehnt, ebenso wie die mit dieser Vorgehensweise einhergehende Entwertung des förmlichen Beteiligungsprozess für die Öffentlichkeit und die Naturschutzverbände. Eine Rückmeldung dazu gab es nicht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der vorliegende Planentwurf als Grundlage der Beteiligung ist eine Weiterentwicklung des Plankonzeptes von März 2021. Er enthält eine Umweltprüfung, deren Ergebnisse in den Planentwurf eingegangen sind.

1003507, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

Inhalt

Die Naturschutzverbände kritisieren, dass im Rahmen der Offenlage unbrauchbare Karten veröffentlicht wurden, die nur im Maßstab 1:50 000 in Großformatkarten lesbar sind. Das ist für das Ehrenamt eine nicht leistbare Aufgabe, zumal keine analogen Karten mehr zur Verfügung gestellt werden. Sehr positiv bewerten die Naturschutzverbände die Bereitschaft der Regionalplanungsbehörde, den Verbänden auf Anfrage zeitnah gut lesbare Blattschnitte in DIN-A-3-Format und im weiteren Verfahren auch die GIS-Daten für die Beteiligung zur Verfügung zu stellen. Das hat die Bearbeitung der Stellungnahme deutlich erleichtert.

Denn bedingt durch kostenfreie Lösungen im open source-Bereich werden auch im ehrenamtlichen Bereich zunehmend GIS-Systeme eingesetzt. Dieses schafft gerade für raumbedeutsame Planungen wie zum Beispiel den Regionalplan Möglichkeiten zu einer effizienten Öffentlichkeitsbeteiligung. Der zur Verfügung gestellte WMS-Dienst beinhaltet nur einen Gesamtlayer für alle zeichnerischen Darstellungen. Damit geht er kaum über die Möglichkeit einer pdf-Datei oder einer Papierkarte hinaus. Ein WMS-Dienst z.B., der verschiedene Themen in unterschiedlichen Layern behandelt, wäre eine große Erleichterung bei der Lesbarkeit gewesen. Gerade die im Planzeichenverzeichnis festgelegten Darstellungen bedingen bei einer Gesamtkarte, dass Festlegungen durch Schattierungen kaum zu unterscheiden sind und Grenzen von Strichdarstellungen unklar bleiben. Eine Gegenüberstellung von alten und neuen Flächenfestlegungen wäre für die Bearbeitung der Stellungnahme sehr hilfreich und anhand der vorhandenen GIS-Daten einfach herstellbar gewesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW).

Inhalt

Die Naturschutzverbände fordern im Rahmen der Stellungnahme für das weitere Verfahren die Durchführung einer Präsenz-Erörterung. Die umfassenden Aspekte der Stellungnahme zu einem Regionalplan können nicht in Online-Terminen mit einer sehr großen Anzahl von Beteiligten oder durch eine schriftliche Konsultation, die allen Beteiligten erneut den außerordentlich Aufwand einer Stellungnahme verursachen, erörtert werden. Die Erörterung dient einem Austausch und Ausgleich der Meinungen, der zentrale Aufgabe der Regionalplanung ist, um mit allen Beteiligten Konfliktlösungsmöglichkeiten zu erarbeiten und eine gerechte Abwägung zwischen den Raumnutzungsansprüchen vornehmen zu können. Diese Chance sollte nicht vertan werden.

Abwägung

Typ

Ausgleichsvorschlag

Erläuterung

Die Entscheidung zur Durchführung einer Erörterung obliegt dem Regionalrat Köln als Träger des Verfahrens. Gemäß §19 LPIG NRW werden die Stellungnahmen der öffentlichen Stellen und der Personen des Privatrechts nach § 4 des Raumordnungsgesetzes, die nicht nach § 9 Absatz 2 Satz 4 des Raumordnungsgesetzes ausgeschlossen sind, mit diesen erörtert, sofern der regionale Planungsträger dies beschließt.

Inhalt

Dem Planentwurf mangelt es an einer angemessenen Alternativenprüfung, die nach Anlage 1 zu § 8 Abs. 1 ROG vorgeschrieben ist und sich auf die in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten beziehen muss. Auch die in der Umweltprüfung darzustellenden Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen müssen hier im Hinblick auf die jeweiligen Möglichkeiten einbezogen werden.

Für das Plankonzept für den Bereich Siedlung fehlt eine Auseinandersetzung mit der Frage, ob das Konzept die damit anvisierten Ziele erreicht und welche Alternativen bestehen, um die Konflikte bestmöglich im Sinne der Nachhaltigkeit zu lösen und damit die Aufgabe der Regionalplanung zu erfüllen. Die SUP und ihre Ergebnisse sind offensichtlich nicht dazu genutzt worden, das Konzept zu überprüfen. Es findet auch keine Prüfung von Alternativen zur Art und Weise der Festlegung der Flächengrößen und räumlichen Verortung der Siedlungsflächen statt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die einzelnen Schritte der Alternativenprüfung werden im Umweltbericht in Kap. 7 dargelegt. Dem Kapitel ist zu entnehmen, dass bereits im Zuge des Planungsprozesses das Thema Alternativen mitberücksichtigt wurde (neben der Eignung des Raumes für bestimmte Nutzungen (bspw. ASB angrenzend an bestehende Siedlungsflächen) wurden beispielsweise auch umweltbezogene Kriterien herangezogen, um nachteilige Umweltauswirkungen möglichst zu vermeiden). Die Vorgehensweise der Festlegung der Flächen im Regionalplan ist Teil der Alternativenprüfung, sie wird in der Begründung zum Regionalplan beschrieben.

Im Rahmen der Umweltprüfung wurden insbesondere bei den Plangebieten, bei denen erhebliche Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend nicht auszuschließen sind, konkrete Standortalternativen geprüft (siehe detaillierte Darlegung in Kap. 7 des Umweltberichtes).

Soweit es die Ebene der Regionalplanung zulässt, werden Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich benannt, die eine Hilfestellung für die nachfolgenden Ebene geben sollen.

Inhalt

Eine belastbare und nachvollziehbare Planbegründung für die Festlegung von Siedlungsflächen fehlt, womit die Abwägungsergebnisse und damit auch die Planrechtfertigung in Frage zu stellen sind. In der Darstellung der Ermittlung der Bedarfe und der zahlreichen weiteren Prozesse zur Generierung von festzulegender Siedlungsfläche ergeben sich zahlreiche Widersprüche und offensichtliche Fehlplanungen, die an der Vereinbarkeit mit dem Landesentwicklungsplan und weiteren übergeordneten Vorgaben zweifeln lassen.

Die für Regionalpläne vorzulegenden Berechnungsgrundlagen für die Siedlungsflächen (Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung, errechnete Bedarfe für die einzelnen Kommunen, ermittelte Dichtewerte und Flächenberechnung für die einzelnen Kommunen, vorhandene Reserveflächen aus den bestehenden Siedlungsbereichen und Flächennutzungsplänen, kommunengenau Gegenüberstellung) sind nicht wie sonst üblich in den offengelegten Unterlagen enthalten und entziehen sich damit der Nachvollziehbarkeit.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Zahlen zur Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung sind der Bevölkerungsstatistik von IT.NRW zum Stichtag 31.12.2017 sowie der Haushaltsprognose von IT.NRW (Stand 2018) entnommen. Zu den errechneten Bedarfen und Flächenberechnungen für die einzelnen Kommunen, vorhandenen Reserveflächen aus den Flächennutzungsplänen, kommunengenauer Gegenüberstellung siehe insbesondere Tabelle 7: *Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln*, zu den Dichtewerten siehe *Abbildung 1: Räumliche Verteilung der Siedlungsstrukturtypen im Regierungsbezirk Köln*. Da es sich um eine Neuaufstellung und keine Fortschreibung des Regionalplans handelt, werden Reserveflächen aus den bestehenden Siedlungsbereichen nicht ungeprüft beibehalten. Den zeichnerischen Festlegungen von Siedlungsraum der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln liegt eine einheitliche Methodik für das gesamte Planungsgebiet zugrunde. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien soweit auf Ebene der

Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

In Hinblick auf die Methodik zur Festlegung von Siedlungsflächen wird die Begründung fortgeschrieben.

Inhalt

In der Einführung zum Regionalplan werden die Anforderungen im Hinblick auf die vielfältigen Funktionen des Freiraums sehr knapp, aber klar umrissen. Die gebotene Dringlichkeit dieses Handlungsfeldes im Hinblick auf den langfristigen Erhalt der Daseinsvorsorge findet allerdings wenig Erwähnung. Die Naturschutzverbände können nicht feststellen, dass mit dem Planentwurf den dargestellten Anforderungen entsprochen wird. Der Anspruch einer ausgewogenen Darstellung von Siedlungs- und Freiraum wird deutlich verfehlt. Die Verortung von Siedlungsflächen an möglichst raum- und umweltverträglichen Standorten wird nicht umgesetzt, die Siedlungsentwicklung erfolgt an vielen Stellen zu Lasten von vorrangigen Erfordernissen des Freiraums. Die anvisierte Nutzung und Ausschöpfung von ?Spielräumen im Sinne eines kommunalfreundlichen Handelns für ein umsetzungsorientiertes, praktikables Planwerk? werden klar in den Vordergrund gestellt. Nach Auffassung der Naturschutzverbände geht der Planentwurf insbesondere mit den Regelungen zur Siedlungsplanung deutlich über die Grenzen des Vertretbaren hinaus, eine nachhaltige Raumentwicklung kann mit dieser Planung nicht erreicht werden. Im Bereich der Daseinsvorsorge beschränkt sich der Plan auf ein Mindestmaß und schöpft die Potenziale der Regionalplanung bei Weitem nicht aus. Auch ein nennenswerter und wirksamer raumordnerischer Rahmen für die Steuerung der erneuerbaren Energien wird mit dem vorliegenden Planentwurf nicht implementiert.

Die Naturschutzverbände bestreiten nicht, dass der Strukturwandel im Rheinischen Revier besonderer Anstrengungen und Maßnahmen bedarf. Sie lehnen aber die bisher erkennbare einseitige Ausrichtung im Bereich der Regionalplanung auf die Generierung von Flächen für die Entwicklung von Gewerbe und Industrie ohne jeglichen gesamtplanerischen Rahmen im Sinne eines Konzeptes, dass sich an den regionalplanerischen Aufgaben und Zielen der Nachhaltigkeit und diesbezüglicher, einheitlicher Kriterien orientiert, entschieden ab. Fortwährend werden bisherige Freiraumbereiche für diesen Zweck über vorgezogene Regionalplanänderungen ohne die landesplanerisch erforderliche Bedarfsbegründung und Koppelung an diesen Rahmen festgesetzt. Die massive Belastung von Natur und Landschaft durch die Braunkohleära setzt sich auf diese Weise ungebremst fort. Die Naturschutzverbände haben schon in ihrer Stellungnahme zum Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Rheinische Revier (WSP 1.0) vom August 2020 einen gleichwertigen Fokus auf die Freiraumentwicklung und die Sicherung der Leistungsfähigkeit von Natur und Umwelt gefordert.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Dabei werden die Möglichkeiten der Regionalplanung zum Schutz des Freiraums und einer freiraumverträglichen Siedlungsentwicklung im Rahmen der Vorgaben des LEP NRW ausgeschöpft und dargestellt. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Festlegungen für den Freiraum erfolgten zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) sowie der Ergebnisse der Beteiligungen und der Umweltprüfung.

Inhalt

Das Handlungsfeld des Klimaschutzes und der Klimaanpassung bedarf dringend einer vorausschauenden Planung - auch rechtlich deutlich klargestellt durch das Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21.04.2021 - im Sinne eines Klimapaktes für die Region. Die Naturschutzverbände fordern eine Festlegung von verbindlichen Zielen, die bedeutsame Flächen bzw. die relevanten Funktionen für Klimaschutz und Klimaanpassung wirksam schützen, erhalten und entwickeln. Die Klimabelange müssen in der Planung ein besonderes Gewicht bekommen, weil es sich um nicht verhandelbare Erfordernisse der Daseinsvorsorge handelt, die bei Nichtbeachtung hohe Schäden verursachen. Hier geht es nicht um Raumnutzungen, die ein bedarfsgerechtes Angebot an (variabler) Fläche bedürfen bzw. ermöglichen. Das haben die Entwicklungen der letzten Jahre (Dürre, Hochwasser) deutlich aufgezeigt. Deshalb müssen grundlegende Flächen/ Funktionen verbindlich geschützt werden, sie dürfen kein Bestandteil der Abwägungsmasse von Bauleitplanverfahren sein. Die Schwierigkeit besteht darin, dass es sich hier um eine Querschnittsaufgabe handelt, die in verschiedenen regionalplanerischen Handlungsfeldern anzusiedeln ist. Trotzdem muss hier eine zielführende Steuerung gewährleistet werden. Insbesondere auch für den Schutz der Biodiversität und den Biotopverbund muss eine zukunftsfähige Sicherung gewährleistet werden, wobei dem Aspekt von Entwicklungspotenzialen herausragende Bedeutung zukommt.

Mit dem vorliegenden Entwurf gelingt genau dieses nicht. Das Kapitel Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel enthält lediglich fünf Grundsätze, die erfahrungsgemäß nur geringe Wirksamkeit zur Berücksichtigung der Belange in der Bauleitplanung und bei anderen Planungen und Maßnahmen entfalten. Hier geht es immer um Funktionen, bei denen eine einzelne Maßnahme/ ein einzelner Flächenverlust selten einen kompletten Verlust hervorruft und die daher in der Abwägung in den meisten Fällen anderen Raumnutzungsinteressen unterliegen. In der Summe führt das aber dazu, dass noch nicht einmal der Status Quo dieser Funktionen gesichert wird, geschweige denn, verantwortliche Vorsorge geleistet werden kann. Dies wird schon an der defizitären Umweltprüfung zum Regionalplan selbst deutlich, die die kumulativen Wirkungen von Siedlungsflächenausweisungen auf das Klima nicht berücksichtigt. Die Naturschutzverbände zeigen dies für die Flächendarstellungen im Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechtsrheinisch im Kölner Süden exemplarisch auf (s. Kapitel E.1.5).

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Einheitlicher Maßstab für die Bewertung regionaler Klimafunktionen ist insbesondere der Fachbeitrag "Klima" des LANUV für den Regierungsbezirk Köln. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Der Schutz von regional bedeutsamen klimawirksamen Bereichen erfolgt im Regionalplan Köln insbesondere durch das Planzeichen "Regionale Grünzüge" (Vorranggebiet). Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge in den verdichteten Räumen, wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt.

Die Bewertungen des Umweltberichts müssen nach einem einheitlichen Maßstab für die gesamte Planungsregion erfolgen. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung

als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Inhalt

Im Entwurf wird zur Steuerung lediglich über einen Grundsatz (1) dazu aufgefordert, die Erfordernisse von Klimaschutz und Klimaanpassung bei Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Es werden grobe Maßnahmenrichtungen angesprochen (u.a. energiesparende Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, die Sicherung von Kohlenstoffsinken, die Sicherung von Wasserressourcen oder die Milderung von Hitzefolgen), systematisch operationalisiert für eine wirksame Steuerung werden diese nicht. Stattdessen werden alle Ziele und Grundsätze im Planentwurf aufgeführt, die hierzu beitragen können, so auch für eine ?Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung?, was der vorliegende Planentwurf in keiner Weise gewährleistet (s. Kapitel C.3, C.3.1.1 und C.3.1.2). Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass eine auf Grundsätze reduzierte Fassung der Vorgaben zu Klimaschutz und Klimaanpassung von den Naturschutzverbänden als nicht ausreichend erachtet wird.

Dem Aspekt des Klimaschutzes und den explizit gesetzlich festgelegten Zielen zur Reduzierung der Treibhausgase (bis zum Jahr 2030 um mindestens 65 %, bis 2040 um mindestens 88 %) wird nicht ausreichend Rechnung getragen. Nach § 12 Abs. 3 Landesplanungsgesetz NRW ist § 3 Klimaschutzgesetz NRW raumordnerisch umzusetzen, indem die festgelegten Klimaschutzziele als raumbezogene Ziele und Grundsätze operationalisiert und/ oder an die nachgeordneten Planungsebenen entsprechende räumliche Konkretisierungsaufträge erteilt werden. Der Regionalplan kann hier wichtige Steuerungsfunktionen entfalten, indem er z.B. quantitative Entwicklungskorridore für die Energieerzeugung in der Region aufzeigt/ vorgibt und nach einheitlichen Kriterien für die gesamte Region verbindlich Flächen für die Erzeugung erneuerbarer Energie ausweist. Hier sollte die Regionalplanung ihre Kompetenzen zum Konfliktausgleich durch die Gesamtplanerische Abwägung im Sinne der Nachhaltigkeit ausschöpfen. Der vorliegende Planentwurf nimmt aber im Gegenteil Abstand von einer regionalplanerischen Steuerung, wozu die Naturschutzverbände in Kapitel C.5.2.2 dezidiert Stellung nehmen und Vorschläge unterbreiten.

Die Regionalplanung sollte ebenso eine verstärkte Anpassung an zu erwartende Folgen des Klimawandels unterstützen. Dabei kann eine Kombination bereits vorhandener Instrumente und ihre konsequente Anwendung mit einem verstärkten Fokus auf den Klimawandel bereits einen entscheidenden Unterschied ausmachen. Es müssen daher für die einzelnen, regionalplanerisch relevanten Sektoren/ Handlungsfelder konkrete Ziele für die Region entwickelt werden. Neben dem strikten Schutz klimarelevanter CO₂-Senken und speichernder Biotope sind auch andere Handlungsmöglichkeiten zu behandeln und planerisch zu verankern. So trägt bspw. eine Verminderung des Flächenverbrauchs bzw. eine damit verbundene Reduzierung der Neubautätigkeiten in hohem Maße zu einer Verbesserung der CO₂-Bilanz bei: Wo vertikale Verdichtungs- und Nachnutzungsmöglichkeiten genutzt werden, muss weniger

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da die angeregten Änderungsvorschläge über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinausgeht. Diese sind innerhalb der nachgeordneten fach- bzw. bauleitplanerischen Spielräume umzusetzen sind.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und

Beton verbraucht werden, dessen Herstellung eine sehr schlechte Klimabilanz hat.

Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Der Anpassung an den Klimawandel dienen unter anderem die Sicherung und Rückgewinnung von Überschwemmungsbereichen, die Sicherung von Wasserressourcen, die Milderung von Hitzefolgen und die Sicherung von Lebensräumen für Flora und Fauna.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche, sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich.

Die Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung im Regierungsbezirk Köln sind der Erläuterungskarte 1 (Anhang A1) zu entnehmen.

Darüberhinaus werden in den Grundsätzen G1 "Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen", G2 "Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sichern und entwickeln", G3 "Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion sichern und entwickeln", G4 "Thermische Belastungen abbauen" und G5 "Thermische Belastungen abbauen" differenzierte Vorgaben an die nachgelagerten Planungsebenen gestellt.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Durch die bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung werden Eingriffe, die über das aus regionalplanerischer Sicht erforderliche Maß hinausgehen, vermieden.

--	--

Inhalt

Die Klimaanpassung wurde rechtlich im neuen Klimaanpassungsgesetz für NRW von 2021 verankert. Das Gesetz stellt mit § 4 Abs. 5 (i.V.m. § 2 Absatz 3 KLANG) fest, dass dem Schutz und dem Ausbau der ?grünen Infrastruktur? für diese Ziele eine besondere Bedeutung zukommt. Dieses Instrument nimmt Bezug auf die Empfehlung der EU-Kommission für ein strategisch geplantes Netzwerk natürlicher und naturnaher Flächen mit unterschiedlichen Umweltmerkmalen, das mit Blick auf die Bereitstellung eines breiten Spektrums an Ökosystemdienstleistungen angelegt ist und bewirtschaftet wird⁵. Die Fachbeiträge des LANUV zu Naturschutz und Landschaftspflege und zum Klima sowie das FIS-Klimaanpassung und auch der aktuelle Fachbeitrag Boden/ Schutzwürdige Böden des Geologischen Dienstes arbeiten klimaanpassungsrelevante Funktionen von Natur und Landschaft heraus, geben Planungsempfehlungen für die Region und ermitteln auch konkrete, regional bedeutsame Flächen und Räume dafür. Damit sind die relevanten Teile der grünen Infrastruktur für die Klimaanpassung für die Ebene der Regionalplanung genau definiert. Dazu gehören folgende Flächenkategorien:

- klimarelevante Böden (Kohlenstoffspeicher/ -senken),
- Böden mit hoher Reglerfunktion für den Wasserhaushalt im 2-Meter-Raum (Wasserversorgung bei Dürre, Kühlungsfunktion, Retentionsräume und Abfluss-/Versickerungsflächen für Niederschlagswasser),
- Waldflächen mit Klimaausgleichsfunktionen und Funktionen für den Schutz vor Wassererosion/Überschwemmung,
- standortgerechte, ökologisch und klimastabile Waldbestände,
- Kaltluft-Leitbahnen mit sehr hoher, hoher und mittlerer Priorität mit überörtlicher Bedeutung bzw. deren Kernbereiche,
- Flächen mit ökologischen und lufthygienischen Funktionen der überörtlich bedeutsamen Einzugsgebiete von Kaltluft-Leitbahnen bzw. Einzugsgebiete mit flächenhaftem Kaltluftabfluss,
- Grün- und Freiflächen mit thermischen Ausgleichsfunktionen, innerörtlich und im Übergangsbereich von Siedlungsraum und Freiraum,
- Biotopverbundflächen (Stufe I und II) mit vielfältigen Funktionen für die Klimaanpassung und Vorsorge, inklusive des Artenschutzes für klimasensible Arten und als grundsätzliche, unabdingbare Vorsorge zur Erhaltung der Biodiversität,
- Überschwemmungsgebiete, Hochwasserschutzgebiete, Trinkwasserschutzgebiete (durch eigenständigen
- Schutzstatus geschützt),
- weitere regional/ kommunal bedeutsame Flächen zum Schutz vor Hochwasser und Starkregen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Laut LPIG DVO sind Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen.

Die Erläuterungskarte F3 Regionale Grünzüge zeigt die schematische Darstellung der

Die Flächenkategorien finden sich im Regionalplanentwurf zwar fast alle in unterschiedlichen Zielen, Grundsätzen und Planzeichen integriert wieder, insgesamt ist allerdings festzustellen, dass die Steuerungswirkung des Planentwurfs zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung sehr schwach ausgeprägt ist und nur als vollkommen unzureichend bezeichnet werden kann.

Insbesondere in den regionalen Grünzügen gehen die Klimafunktionen trotz der zu begrüßenden Kartendarstellung (Erläuterungskarte A 3) mit Zuordnung einzelner Funktionsbereiche ?unter?, da diese Gebietskategorie mittlerweile zahlreiche Funktionen erfüllen soll (siedlungsräumliche Gliederung, Grüngürtel und Grünverbindung insbesondere in Verdichtungsgebieten, freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen, Biotopverbund und dann auch klimatische und lufthygienische Ausgleichsfunktionen). In der Karte sind die Funktionsschwerpunkte einzelnen Flächen zugeordnet. Wenn ein Großteil der Grünzugflächen aber einfach als relevant für Klima, Erholung und Biotopverbund - und damit offenbar besonders wertvoll - dargestellt werden, ergibt sich weiterhin keine Konkretisierung für die einzelne Fläche im Hinblick auf ihre konkreten Funktionen. Das führt dazu, dass in der Bauleitplanung keine ausreichend genaue Beurteilungsgrundlage vorliegt, um die Auswirkungen auf die Grünzug-Fläche funktionspezifisch zu ermitteln und zu bewerten, ob eine Planung diesem Ziel der Regionalplanung entgegensteht.

Die Naturschutzverbände fordern hier ein umfassenderes Gesamtkonzept, das

- relevante Flächen als Vorranggebiete/ Vorbehaltsgebiete wirksam schützt und die Funktionen der Flächen insbesondere für das Klima textlich konkret darstellt und/ oder
- klima-funktionsspezifische Ziele festlegt, die dann mit einer Darstellung der relevanten Räume in Beikarten verknüpft werden, so z.B. für die Kernräume der Kaltluftleitbahnen (was im Entwurf bereits erfolgt ist) oder Waldbereiche mit besonderen Klimafunktionen.

Methodik im Maßstab 1:260.000. Durch die Maßstabsbedingten Abrundungen ist eine detaillierte Herleitung für eine Einzelfläche nicht möglich, da diese nicht den nötigen Detaillierungsgrad für die regionalplanerisch festgelegten Vorranggebiete treffen.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge sichert und schützt zudem den Bereich als Vorranggebiet mit Ziel 18 "RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen" im Regionalplanentwurf gegen eine möglich bauliche Inanspruchnahme.

Inhalt

Der Regionalplan sollte außerdem in einer Zielfestlegung die Erstellung von kommunalen Klimaschutz-/ Klimaanpassungskonzepten verbindlich vorschreiben, die diese Vorgaben und Flächen weiter präzisieren und detailscharf für eine Übernahme in Flächennutzungspläne und als Beurteilungsgrundlage für die Bebauungsplanung zur Verfügung stellen. Solche Konzepte liegen bereits vielerorts vor und können in diesem Sinne genutzt oder weiterentwickelt werden.

Die Herausforderungen in Sachen Klima können nur durch einen gesamthaften und planerischen Ansatz auch in den Kommunen bewältigt werden.

Der Entwurf sollte daher ergänzt werden um:

- weitere konkrete Ziele/ Grundsätze zur Sicherung, Erhaltung und Entwicklung der dargelegten Funktionen über konkrete Zielformulierungen in Verbindung mit zeichnerischen Darstellungen in Vorranggebieten oder über Beikarten,
- ein Ziel zur Aufstellung kommunaler Konzepte und Benennung der konkret darzustellen Flächen sowie deren Sicherung über die Landschaftspläne/ Flächennutzungspläne/ Grünordnungspläne

Besonders hinzuweisen ist auf den Biotopverbund, der in seiner Gesamtheit (Stufe I und II) als wesentliches Vorsorgeinstrument für Klimaschutz und Klimaanpassung zu betrachten und auch in dieser Funktion angemessen zu schützen und in die Abwägung einzustellen ist.

Einen Überblick zu konkreten Forderungen gibt die folgende Tabelle. Teilweise sind sie im Regionalplan bereits angesprochen und auch in einigen Vorschlägen der Naturschutzverbände in den einzelnen Kapiteln integriert.

[Tabelle]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die Bewertungen des Umweltberichts müssen nach einem einheitlichen Maßstab für die gesamte Planungsregion erfolgen. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund

nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen.

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II).

Die Berücksichtigung des regionalen Biotopverbundes erfolgt über die Festlegung des Vorranggebietes BSN, des Vorbehaltsgebietes BSLE und als Belang in der Umweltprüfung. Eine Bewertung in wieweit die Funktionen des regionalen Biotopverbundes dem Aspekt der Klimaanpassung dienlich sind, wäre nicht sachgerecht.

Inhalt

Die Regionalplanung sollte ihre Möglichkeiten dafür nutzen, die Kommunen in der Region dazu anzuhalten, Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepte zu erarbeiten, damit die landesweiten Ziele aus dem Klimaschutzgesetz und dem Klimaanpassungsgesetz erreicht werden können. Das alte Klimaschutzgesetz, das auch die Vorgaben zur Klimaanpassung enthielt, sah die verpflichtende Aufstellung von Klimaschutzkonzepten vor (§ 5 Abs. 1 KSG a.F.), zu denen es auch ein Förderprogramm gab und die nun schon für viele Kommunen vorliegen. Aktuell wird die Aufstellung von Klimaanpassungskonzepten durch das Klimaanpassungsgesetz immerhin noch empfohlen (§ 5 Abs. 3 KIAng). Es ist vollkommen unverständlich, warum ein absolut sinnvolles und auch schon vielfach erarbeitetes Instrument für die kommunale Planung nicht mehr verpflichtend sein soll. Die Naturschutzverbände schlagen vor, dies als Zielvorgabe zu verankern.

Neues Ziel: Klimaschutz- bzw. Klimaanpassungskonzepte erarbeiten und berücksichtigen

Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepte sind unter Berücksichtigung der aktuellen rechtlichen und planerischen Zielvorgaben von den Kommunen für ihren räumlichen Zuständigkeitsbereich zu erarbeiten und bei allen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Darüberhinaus werden in den Grundsätzen G1 "Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen", G2 "Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sichern und entwickeln", G3 "Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion sichern und entwickeln", G4 "Thermische Belastungen abbauen" und G5 "Thermische Belastungen abbauen" differenzierte Vorgaben an die nachgelagerten Planungsebenen gestellt.

In dem keine Ziel-Festlegung bezüglich lokaler Klimaschutzkonzepte formuliert werden, wird der Aufstellungsprozess auf nachgelegte Ebene nicht gesteuert, somit verbleibt die Flexibilität und ein freier Umsetzungskorridor bei den anschließenden Planungsebenen.

Inhalt

Grundsatz 2 Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sichern und entwickeln

Die Sicherung dieser Funktionen über einen Grundsatz wird als nicht ausreichend erachtet. Hier sollte ein Ziel die zu erhaltenden Funktionen der überörtlich bedeutsamen Bereiche konkret benennen und verbindlich sichern. Die thermische Situation muss im Hinblick auf die Ausbildung von Hitzeinseln, insbesondere in urbanen Ballungsgebieten, deutlich verbessert werden. Die Naturschutzverbände fordern für eine wirksame Vorsorge, den Schutz der Kernbereiche sowie Einzugsgebiete von Kaltluftleitbahnen mit einer hohen oder sehr hohen Priorität als Ziel auszuweisen, wenn sie einen Einwirkbereich auf mehr als 5.000 Einwohner haben (Karte Planungsempfehlungen Regionalplan6), einen Kaltlufteinwirkbereich enthalten (Klimaanalysekarte nachts) und/ oder Bezug zu Klimawandelvorsorgebereichen haben, in denen in Zukunft mit einer sich verschlechternden thermischen Situation (ungünstig bis sehr ungünstig) zu rechnen ist (Klimaanalysekarten).

Für sonstige Kaltluftleitbahnen, Einzugsgebiete von Kaltluft-Leitbahnen bzw. Einzugsgebiete mit flächenhaftem Kaltluftabfluss kann der Grundsatz bestehen bleiben.

Neues Ziel: Kaltluftleitbahnen mit überörtlicher Bedeutung und Kaltlufteinzugsgebiete sichern und entwickeln

Die Kernbereiche von Kaltluft-Leitbahnen mit überörtlicher Bedeutung mit sehr hoher, hoher und mittlerer Priorität sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in ihren klimaökologischen und lufthygienischen Funktionen nicht zu beeinträchtigen. Dies gilt auch für die Einzugsgebiete von Kaltluftleitbahnen sehr hoher und hoher Priorität, wenn sie einen Einwirkbereich auf mehr als 5.000 Einwohner haben, einen Kaltlufteinwirkbereich enthalten und/ oder einen funktionalen Bezug zu Klimawandelvorsorgebereichen haben.

Grundsatz 3 Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion sichern und entwickeln und Grundsatz 4 Thermische Belastungen abbauen

Der Grundsatz zu den Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion im Siedlungsraum wird begrüßt, sollte aber weiter gefasst und über den Vorschlag ?Innerörtliche Freiraumsysteme durch ergänzendes Planzeichen darstellen und sichern? erweitert/ ergänzt werden (s. Kapitel C.4.2.2). Grundsatz 4 greift zu kurz, die Hinwirkung auf den Belastungsabbau in bestehenden Belastungsräumen ist nicht ausreichend; hier muss der Vorsorge Rechnung getragen werden

Die Naturschutzverbände schlagen daher folgenden neuen Grundsatz vor:

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die Bewertungen des Umweltberichts müssen nach einem einheitlichen Maßstab für die gesamte Planungsregion erfolgen. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz

Neuer Grundsatz: Klimaangepasste Siedlungsentwicklung

Die räumliche Entwicklung soll die bestehende Vulnerabilität des Siedlungsraums gegenüber Klimafolgen (Hitzeentwicklung) nicht weiter verschärfen und dazu beitragen, die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern. Die gezielte Erhaltung, Entwicklung und Neuschaffung von Grün- und Freiflächen mit klimatischen Ausgleichsfunktionen im Siedlungsraum aus städtebaulichen Gründen ist deshalb gegen den Vorrang der Innentwicklung abzuwägen. Die Neuschaffung von Hitzeinseln soll vermieden werden.

Für Grün- und Freiflächen bzw. ihre thermischen Ausgleichsfunktionen mit hohen Prioritäten, insbesondere im Übergangsbereich von Siedlungsraum und Freiraum, sollte überdies eine Sicherung als Ziel erfolgen. Es handelt sich um die Bereiche, die insbesondere die Ortslagen vor nächtlicher Überwärmung schützen und in denen keine neuen Hitzeinseln geschaffen werden sollten. Im Zuge der weiter zunehmenden nächtlichen Belastungssituation für die Bevölkerung sollte hier verbindlich Vorsorge getroffen werden. Das bedeutet nicht grundsätzlich, dass diese Flächen nicht auch für andere Nutzungen offenstehen, solange die Funktionen erhalten bleiben bzw. im gleichen Raum kompensiert/ ersetzt werden können. Dafür müssten aber die Funktionen für die Abwägung konkretisiert werden, am besten im Rahmen eines kommunalen Klimakonzeptes.

Bereiche mit besonderer Kühlungsfunktion

Böden mit besonderer Kühlungsfunktion sollten gesichert werden, ebenso wie Wälder mit besonderen klimaökologischen Funktionen. Da insbesondere auch die Wälder eine große Bedeutung für die Kaltluftentstehung haben und wichtige Ausgleichsflächen darstellen können, sollten diese auch außerhalb der Siedlungsbereiche geschützt werden. Sie sind u.a. besonders an Standorten von Bedeutung, wo sie zur nächtlichen Kühlung der Bevölkerung in den Ortslagen beitragen und lassen sich über die Klimaanalysekarten des LANUV ermitteln. Hier sollte ihnen über einen Grundsatz ein Vorbehalt vor anderen Nutzungen eingeräumt werden.

Neuer Grundsatz: Böden mit besonderer Kühlungsfunktion und Wälder mit besonderen klimaökologischen Funktionen Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sollen Böden mit besonderer Kühlungsfunktion und Wälder mit besonderen klimaökologischen Funktionen vor Inanspruchnahme geschützt werden.

folgerichtig.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Darüber hinaus werden die Daten zu den Kaltluftleitbahnen mit überörtlicher Bedeutung vom LANUV parallel zum Neuaufstellungsverfahren des Regionalplans Köln überarbeitet. Die neuen Datengrundlagen die zu einer neuen Bewertung der Kaltluftleitbahnen mit überörtlicher Bedeutung führen, werden auf Grund des zeitlichen Horizontes der beiden Prozesse nicht im laufenden Verfahren des Regionalplanentwurfs Berücksichtigung finden können. Diese werden selbstverständlich in den anschließenden Verfahren beispielsweise zu einzelnen Regionalplanänderungen und deren jeweiligen Umweltprüfung Berücksichtigung finden.

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen ? z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation ? künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten

Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich. Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf

festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Zur Vermeidung von Schäden durch Starkregen und Überflutungen sind vor allem Flächen erforderlich, die die Wasserrückhaltung/-speicherung in der Fläche gewährleisten können. Andere wirksame Mechanismen gegen die immer häufiger auftretenden, zeitlich und räumlich nicht vorhersehbaren, auch an kleineren Fließgewässern auftretenden und in die Ortslagen wirkenden Überflutungssituationen gibt es kaum. Daher sollten solche Flächen in ihrer Rückhaltefunktion verbindlich geschützt werden. Das bedeutet nicht unbedingt, dass solche Flächen gar nicht anderweitig genutzt werden können.

Dazu gehören die Komponenten Wälder mit besonderer Bedeutung für den Schutz vor Wassererosion und Böden mit besonderer Wasseraufnahmekapazität im 2m-Raum, Überschwemmungsflächen zum Schutz vor Hochwasser und Starkregen außerhalb von festgesetzten bzw. vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten und andere Flächen, die im Rahmen von bereits stattgefundenen Überschwemmungen bekannt sind oder ermittelt werden können. Auch die in der Starkregenhinweiskarte dargestellten Flächen sind hier zu integrieren. Um diese Flächen zu ermitteln und räumlich zu definieren bzw. auch einzugrenzen, sollten sie in den kommunalen Klimakonzepten dargestellt werden.

Die Naturschutzverbände schlagen folgendes Ziel vor:

Neues Ziel: Flächenschutz zum Vorbeugen von Schäden durch Starkregen

Schäden in Folge von Starkregenereignissen ist vorzubeugen, indem die Funktionen von Wäldern mit besonderer Bedeutung für den Schutz vor Wassererosion und für die Wasserrückhaltung, Böden mit besonderer Wasseraufnahmekapazität im 2 m-Raum sowie lokal wirksame Überschwemmungsflächen bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen nicht zu beeinträchtigen sind.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Wälder und Böden erfüllen zahlreiche Funktionen. Bzgl. der Wälder gilt der textliche Rahmen des Regionplanentwurfs in Kapitel 4.5 mit dem Z.22 "Waldbereiche erhalten und entwickeln", Absatz 2, Satz 1.

Da die Funktionen auf regionaler Ebene nicht abschließend abgewogen werden können, machen die Grundsätze G.38 und G.42 für die Waldfunktionen sowie G.24 für die Bodenfunktionen Vorgaben zur Abwägung auf der nachfolgenden Planungsebene und in den Fachplanungen.

Starkregen und die daraus folgenden Überflutungen sind im Regierungsbezirk Köln ubiquitär, die Ereignisse sind aufgrund der Topographie kleinteilig. Daher liegt es in der Verantwortung der kommunalen Planungshoheit, auf lokaler Ebene Flächen zum Rückhalt von Starkregen und solche zu ermitteln, auf denen Bebauung von Überflutung durch Starkregen bedroht ist und diese ggf. in kommunale Klimakonzepte aufzunehmen. Die Starkregenhinweiskarte bietet dazu Informationen.

Die angeregte Zielfestlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

--	--

Inhalt

Landesbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche

Die im LEP dargestellten landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche sollen nach den Empfehlungen des Gutachtens "Erhaltenden Kulturlandschaftsentwicklung in NRW" (2007) in den Regionalplänen als Vorranggebiete dargestellt werden. Dieser Empfehlung ist der LEP nicht gefolgt. Nach dem Grundsatz 3-2 "Bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche" des LEP sollen die landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche u.a. unter Wahrung ihres besonderen kulturlandschaftlichen Wertes entwickelt werden und ihre wertgebenden Elemente und Strukturen sollen als Zeugnisse des nordrhein-westfälischen landschafts-, bau- und industriekulturellen Erbes erhalten werden.

Der Erhalt dieser landesbedeutsamen und auch der regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche wird aber nur dann gelingen, wenn diese Gebiete einen qualifizierten Schutz erhalten. Dies kann durch Festsetzungen in der jeweiligen Schutzgebietsverordnung bzw. im Landschaftsplan erreicht werden. Mit dem im Regionalplanentwurf enthaltenen Grundsatz G.7 wird dieses nicht gelingen. Zur Umsetzung der Vorgaben aus dem LEP NRW (s. Kapitel und Kapitel 7.2-5, hier im Besonderen die Erläuterungen) soll der Schutz der landesbedeutsamen und regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche durch entsprechende Festsetzungen in Schutzgebieten erfolgen. Fachplanerisch sind die bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum als LSG mit besonderen Festsetzungen auszuweisen.

Der Regionalplan Köln sollte - ergänzend zum LEP - die 19 ganz oder teilweise im Planungsraum liegenden landesbedeutsamen Kulturlandschaften sowie auch die regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche als BSN bzw. BSLE festlegen. Dieses dient auch dem Schutz von Kernbereichen für eine landschaftsbezogene Erholung und sichert damit auch die touristisch wirtschaftliche Attraktivität der Planregion.

Die Naturschutzverbände schlagen daher folgendes neues Ziel und einen ergänzenden Grundsatz vor; die Grundsätze G.6 und G.7 werden dadurch ersetzt.

Neues Ziel: Schutz und Entwicklung landesbedeutsamer Kulturlandschaftsbereiche

Die in der Erläuterungskarte B/2 und im Anhang B dargestellten landesbedeutsamen und regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche sind durch entsprechende rechtliche Festsetzungen des Naturschutzes zur Erhaltung und Entwicklung ihrer Werte und Funktionen in Schutzgebieten zu schützen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben erfolgt keine zeichnerische Festlegung von Kulturlandschaftsbereichen. Dementsprechend kann und wird auch keine Zielfestlegung erfolgen. Für diese bedürfte es einer abschließend abgewogenen und ausreichend räumlich konkretisierbaren zeichnerischen Vorranggebietsfestlegung. Die Kulturlandschaftsbereiche wurden bei der Festlegung der BSLE und soweit für den Biotopverbund von herausragender Bedeutung auch bei den BSN berücksichtigt. Einer weiteren differenzierten Festlegung in Bezug auf die Biotopdichte bzw. das Landschaftsbild bedarf es nicht und würde auch den übergreifenden Charakter der Festlegung zu sehr spezifizieren. Die Sicherung und Entwicklung von Alleen Gegenstand der örtlichen Betrachtungsebene und Aufgabe der Fachplanung. Hier wird ergänzend auf die entsprechenden Förderprogramme des Landes NRW verwiesen.

Neuer Grundsatz:

Die Vielfalt der Kulturlandschaften soll im besiedelten und unbesiedelten Raum unter Wahrung ihres besonderen kulturlandschaftlichen Wertes erhalten bleiben und gestaltet werden. Die natürlichen und kulturellen Bestandteile der Kulturlandschaften sollen durch adäquate Bewirtschaftung und deren Förderung gesichert und entwickelt werden. Eine naturraumbezogene Mindestdichte an Strukturen zur Vernetzung von Biotopen soll gewährleistet werden. Dem Schutz des Landschaftsbildes vor Beeinträchtigungen soll eine besondere Bedeutung beigemessen werden.

Alleenschutz

Alleen prägen in vielen Teilen von NRW die Kulturlandschaft. Sie gliedern das Landschaftsbild und können wichtige Bestandteile des Biotopverbundes mit besonderen Wirkungen für den Artenschutz von Fledermäusen, Vögeln und Insekten sein. Der Erhalt von Alleen und ihre Entwicklung ist aufgrund der Langlebigkeit von Alleebäumen eine langfristige Daueraufgabe der Kulturlandschaftsentwicklung und des Landschaftsschutzes. In den vergangenen Jahrzehnten sind aufgrund unterlassener Pflege und Nachpflanzung bei zahlreichen Alleen Lücken entstanden und viele Alleen ganz verschwunden. Nur durch konsequente Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen können Alleen als prägende Elemente der nordrhein-westfälischen Kulturlandschaft erhalten bleiben.

Zum Alleenschutz wird daher die Aufnahme des folgenden neuen Grundsatzes angeregt:

Neuer Grundsatz: Erhalt und Entwicklung von Alleen

Der Bestand an Alleen als prägende Elemente der Kulturlandschaft im besiedelten und unbesiedelten Raum soll erhalten bleiben. Lücken im Bestand der Alleen sollen geschlossen werden. Neue Alleen sollen unter Beachtung der kulturlandschaftlichen Leitbilder gepflanzt werden.

Inhalt

Der Entwurf des Regionalplans Köln wird mit seinen Festlegungen für den Freiraum den großen Herausforderungen des Klimawandels und Artensterbens sowie des damit eng verbundenen Problems des Flächenverbrauchs nicht gerecht. Die immer drängender werdenden Auswirkungen des Klimawandels nicht nur für erholungs- und gesundheitsbezogene Freiraumfunktionen sondern auch für Biotope und Arten finden kaum Berücksichtigung. Zudem arbeitet der Abschnitt Freiraum fast ausschließlich mit Grundsätzen, was seiner Bedeutung und Relevanz für eine nachhaltige Raumentwicklung insbesondere im Hinblick auf die Klima- und Biodiversitätskrise nicht gerecht wird. Es werden lediglich 5 Ziele formuliert, die die Vorrangflächen RGZ, BSN, Waldbereiche inhaltlich definieren und die Umsetzung von BSN/ BSLE in der Fachplanung näher bestimmen. Auch für den Bereich Wasser werden lediglich die notwendigen Ziele zu den festgelegten Vorranggebieten (Oberflächengewässer, Talsperren, Bereiche zum Grundwasserschutz und Gewässerschutz, Überschwemmungsgebiete) aufgestellt, insgesamt knapp gehalten. Einzig Ziel 28 zur Rücknahme von Bauflächen in Überschwemmungsgebieten ist hier zukunftsweisend, angesichts der Flutereignisse der letzten Jahre aber auch nicht mehr anders möglich.

Sämtliche andere Vorgaben für den Freiraumschutz bleiben der bauleitplanerischen Abwägung zugänglich, was in Zeiten hoher Raumnutzungskonkurrenzen und hoher, häufig nicht beliebig lokalisierbarer Flächenbedarfe zur Krisenbewältigung und -vorsorge (Retentionsraum, Klimaausgleichs- und Vorsorgeräume) nicht mehr nachvollziehbar ist. Ohne einen wirksamen Schutz über Ziele und/ in Verbindung mit Vorranggebieten kann ein Schutz vor entgegenstehenden Nutzungsansprüchen und weiteren Beeinträchtigungen nicht gelingen. Das Kapitel Freiraum bleibt bis auf wenige positive Ausnahmen wie die sehr zu begrüßenden Vorbehaltsflächen/ BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft unambitioniert. Viele Empfehlungen aus den Fachbeiträgen zu Naturschutz und Landschaftsplanung, Boden, Klima und Kulturlandschaft werden nicht umgesetzt. Der Regionalplan kann damit seiner Aufgabe als Landschaftsrahmenplan nicht gerecht werden.

Die Naturschutzverbände schlagen daher im Folgenden zahlreiche Ergänzungen und Neuformulierungen für weitere Festlegungen vor.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Wirkungsweise eines Regionalplans bemisst sich nicht auf der Basis der Anzahl seiner Freiraumziele. Es wird darauf hingewiesen, dass im vorliegenden Regionalplan-Entwurf mehr als 60% des Freiraums durch mindestens eine Vorrangfunktion (= regionalplanerisch abgewogenes Ziel) gesichert werden und gegenüber dem geltenden Regionalplan die Kulisse der Regionalen Grünzüge (Vorranggebiet) um ca. 25% erhöht wurde. Die undifferenzierte Kritik kann insofern nicht nachvollzogen werden.

Inhalt

Grundsatz 21 Zerschneidung vermeiden

Der Schutz landesbedeutsamer UZVR muss als Ziel formuliert werden. Zudem sollte der

Grundsatz G.21 um einen Wiederherstellungs- und Kompensationsaspekt ergänzt werden.

Neues Ziel: Erhaltung unzerschnittener verkehrsarmer Räume

Landesbedeutsame unzerschnittene, verkehrsarme Räume (UZVR) mit einer Ausdehnung

von über 50 km² sind vorrangig zu erhalten.

Begründung:

Im Regierungsbezirk Köln gibt es insgesamt nur noch neun UZVR mit einer Ausdehnung von über 50 km², wobei im Süden des Kreises Euskirchen nur noch ein UZVR von über 100 km² vorhanden ist. Diese Räume sind aufgrund ihrer Wichtigkeit für die Biodiversität und die Bildung von Erholungsräumen in ihrer Gesamtheit zu erhalten und dürfen Planungen und Maßnahmen, insbesondere von linearen Verkehrsinfrastrukturen, nicht zur Verfügung stehen. Dem Schutzgut Fläche muss daher im Fall dieser wertvollen, nur noch in geringem Maße vorkommenden Räume, eine höhere Relevanz erhalten.

Sie dienen, wie auch das Biotopverbundsystem, der Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften.

Der Grundsatz sollte wie folgt gefasst werden:

Bei Planungen und Maßnahmen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum soll auf die Erhaltung unzerschnittener verkehrsarmer Räume (UZVR) geachtet werden. *Bei UZVR kleiner als 50 km² sollen geeignete Maßnahmen zur Vergrößerung und Wiederherstellung der vorhandenen Bereiche geprüft werden.* Insbesondere sollen in regionalplanbedeutsamen UZVR Zerschneidungseffekte durch die Planung linearer Verkehrsinfrastruktur vermieden werden. *Finden trotzdem unvermeidbare Eingriffe in unzerschnittenen Räumen statt, sollen geeignete, verknüpfende Vermeidungsmaßnahmen der Zerschneidung entgegenwirken.*

Begründung:

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Umsetzung des Unzerschnittenen Räume entspricht den landesplanerischen Vorgaben, sie konkretisiert den Grundsatz des LEP NRW. In NRW ist keine Festlegung eines Vorranggebiets mit Zielbindung vorgesehen. Die vorgeschlagene Kompensationsregelung ist regionalplanerisch nicht umsetzbar.

Fläche und Boden sind begrenzte Ressourcen. Bereits genutzte oder versiegelte Flächen sind

daher vorrangig für neue Planungen zu verwenden. Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur ist auf die Nutzung bereits vorhandener Wege mithilfe neuer Methoden bzw. Technologien umzusteigen.

Inhalt

*Grundsatz 23 ?Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch
Kompensationsmaßnahmen stärken?*

Die Naturschutzverbände regen an, den Grundsatz wie folgt zu ergänzen:

G.23 Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sollen so geplant werden, dass sie die Sicherung und Entwicklung von regionalen Freiraumfunktionen unterstützen. Sie sollen *unter Beachtung des naturschutzrechtlich erforderlichen räumlich-funktionalen Bezugs* bevorzugt räumlich konzentriert in den als Vorranggebieten gesicherten Bereichen für den Schutz der Natur (BSN), Waldbereichen, Regionalen Grünzügen, Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) und Überschwemmungsbereichen (ÜB) vorgesehen werden.

Die Gemeinden haben die Umsetzung und Sicherung der in Bebauungsplänen festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen zu gewährleisten.

Begründung:

Die Naturschutzverbände halten die Behandlung des Themas ?Kompensationsmaßnahmen? in Regionalplänen für entbehrlich, da das Instrument der Eingriffsregelung abschließend im Naturschutzrecht und für die Bauleitplanung im Baugesetzbuch geregelt ist. Die fachlichen Anforderungen an Umfang und räumliche Lage von Kompensationsmaßnahmen ergeben sich aus den gesetzlichen Anforderungen zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und sind einer raumordnerischen Steuerung grundsätzlich nicht zugänglich.

Sollte an dem Grundsatz G.23 festgehalten werden, regen sie an, die textlichen Festlegungen wie oben dargestellt zu ergänzen. Durch eine vorrangige Verortung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf aufwertungsfähigen Flächen des im Regionalplan in den BSN, RGZ und BSLE dargestellten Biotopverbundes können Biotopverbundfunktionen gestärkt werden und zugleich die Wirksamkeit der Kompensationsflächenmaßnahmen erhöht werden. Dieses darf aber nur unter Wahrung der räumlich-funktionalen Bezüge zum Eingriff erfolgen.

Für die Umsetzung und Sicherung von Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der Eingriffsregelung ist ein Vollzugsdefizit festzustellen, dass bei der bauplanungsrechtlichen Eingriffsregelung besonders gravierend ist. Hier sind die Gemeinden stärker in die Verantwortung zur Gewährleistung der Umsetzung zu

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bedarf keiner Ergänzung der Festlegung um naturschutzrechtliche Vorgaben. In Erläuterung 2 wird der Bezug zu den rechtlichen Vorgaben und dem notwendigen fuunktionellen Zusammenhang hergestellt.

nehmen.	
---------	--

Inhalt

Grundsatz 24 Bodenschutz, Funktionen von Böden erhalten

Der Grundsatz G.24 sollte in seinen Erhaltungsaspekten zum Teil als Ziel formuliert werden, um einem weiteren Verlust schutzwürdiger Böden entgegenzuwirken und dem Bodenschutz in nachgeordneten Planungen eine höhere Relevanz zu geben und sollte nicht nur für den regionalplanerischen Freiraum gelten. Daher wird ein neues Ziel vorgeschlagen:

Neues Ziel: Schutzwürdige Böden sichern

Planungen und Maßnahmen, die schutzwürdige Böden mit Bedeutung als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte oder mit einem Biotopentwicklungspotential mit einer sehr hohen Funktionserfüllung in Anspruch nehmen oder die Funktion des Bodens beeinträchtigen, sind ausgeschlossen.

Begründung:

Der Regierungsbezirk Köln weist nach dem Bericht des Geologischen Dienstes²⁰ nur 5.212,9 ha Archivböden (0,71%) und 31.250,8 ha Böden mit Biotopentwicklungspotential (4,29 %) mit sehr hoher Funktionserfüllung auf. Genannte Böden müssen daher in der Abwägung aufgrund ihres geringen Vorkommens eine stärkere Gewichtung erhalten, da sie in jedem Fall durch jeweilige, nachhaltig störende Eingriff in den Boden oder den Bodenwasserhaushalt unwiederbringlich zerstört werden. Diese Eingriffe umfassen Bodenabtrag, Bodenversiegelung, Auftrag/Überdeckung, Verdichtung, Stoffeintrag und Grundwasserstands-änderung durch bspw. Entwässerung. Um einen vorsorgenden Bodenschutz zu betreiben, ist es bei den kleinräumigen Archivböden wichtig diese generell zu erhalten. Bei Böden mit Biotopentwicklungspotential ist sowohl die Sicherung der Flächen als auch die Durchführung angepasster Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen unerlässlich. Durch die Festschreibung der Schutzwürdigkeit durch das neue Ziel, kann die Regionalplanung zumindest den Erhalt dieser Böden sicherstellen.

Der Grundsatz sollte zudem um den Aspekt der Bodensanierung und Altlastenbehandlung erweitert und dementsprechend ergänzt werden:

Vor der Inanspruchnahme schutzwürdiger Böden sollen im zumutbaren Umfeld auch Flächen, welche durch Altlasten betroffen sind, als gleichwertige Alternative geprüft werden. Stehen der Nutzung der Fläche bis auf die Altlastenbelastung keine anderen gewichtigen Gründe entgegen, sollen diese vorrangig nach Möglichkeit saniert und für Planungen und Maßnahmen verwendet werden. Sind Eingriffe in den unberührten Bodenhaushalt nicht zu vermeiden, sollen sie sparsam und schonend erfolgen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Landesplanung NRW sieht kein Planzeichen (Vorranggebiet mit Zielbindung) für den Schutz von Böden vor. Die Umsetzung des Bodenschutzes im Regionalplan-Entwurf stellt die Konkretisierung der Grundsätze zur Berücksichtigung des Bodenschutzes im LEP NRW dar.

Begründung

Im Regierungsbezirk Köln existieren mit Stand 2019 insgesamt 25.711 Altablagerungen (AA) und Altstandorte (AS). Dazu kommen 5635 altlastverdächtige Flächen (AA+AS). Dagegen stehen nur 1589 abgeschlossene und noch laufende Sanierung²¹. Um den vermehrten Eingriffen in den unberührten Bodenhaushalt und einer weiteren Inanspruchnahme schutzwürdiger Böden entgegenzuwirken, ist es unerlässlich, dass belastete Böden aufbereitet und wieder nutzbar gemacht werden. Dies gilt insbesondere für Flächen, die durch kostengünstige Biosanierungstechniken wieder aufbereitet werden können. Die Sanierung und Wiedernutzbarmachung belasteter Böden ist auch eins der mittelfristigen Ziele der EU-Bodenstrategie 2030.

Zudem sollte die Möglichkeit der Ausweisung von Bodenschutzgebieten (§ 12 LBodSchG) für Böden mit hohem Biotopentwicklungspotenzial angeführt werden:

Böden in Gebieten mit Biotopentwicklungspotenzial wie Moorböden, Grundwasserböden, Staunässeböden, aktuell grundwasser- und staunässefreie tiefgründige Sand- und Schuttböden sowie trockene bis extrem trockene, flachgründige Felsböden²³ sollen entsprechend der fachgesetzlichen Regelungen als Bodenschutzgebiete ausgewiesen werden.

Begründung

Die Ausweisung von Bodenschutzgebieten, auch unter Berücksichtigung des Grundsatzes G.25, ist unerlässlich um klimarelevante Funktionen wie Kohlenstoffspeicher und Kohlenstoffsinken zu erhalten. Dies betrifft insbesondere Moore (759,2 ha) sowie Grundwasser (11.469,7 ha) - und Staunässeböden (7.804 ha). Sie machen nur einen Anteil von 2,7 % an der Gesamtfläche des Regierungsbezirkes aus. Um eine Verbesserung der Klimafunktionen zu erreichen und zu erhalten ist es daher nötig, sowohl Böden mit sehr hoher als auch hoher Funktionserfüllung wiederherzustellen, zu verbessern und vor allem auch zu schützen.

Inhalt

Grundsatz G.25 Böden für den Klimaschutz erhalten und wiederherstellen

Die Aufführung des Erhalts und der Wiederherstellung klimarelevanter Böden in den textlichen sowie zeichnerischen Festlegungen wird generell begrüßt. Es wird jedoch angeregt, deren Schutz als Ziel zu definieren und nicht nur Potenziale, sondern die konkreten Flächen zu erhalten. Der Grundsatz sollte den potenziellen klimarelevanten Böden gewidmet werden. Die Änderungen werden wie folgt vorgeschlagen:

Neues Ziel: Klimarelevante Böden erhalten und entwickeln

Klimarelevante Böden sind für den Klimaschutz zu erhalten, wiederherzustellen und nachhaltig zu verbessern. Bodenbeeinträchtigende Planungen und Maßnahmen in diesen Bereichen sind ausgeschlossen.

Begründung

Der Änderungsvorschlag beruht auf der Dringlichkeit des Erreichens einer Klimaneutralität und Klimaresilienz. Um bis 2050 das Ziel der Netto-Null-Treibhausgasemission zu erreichen, ist es auch nötig Böden, welche CO₂ abbauen und binden können, wiederherzustellen und zu sichern. Der Fachbeitrag Boden des Geologischen Dienstes NRW definiert als klimarelevante Böden Kohlenstoffsinken und Kohlenstoffspeicher. In Regierungsbezirk Köln gibt es insgesamt nur 447,9 ha an Böden, die als mineralisierende Kohlenstoffspeicher dienen können. Speichernde Kohlenstoffsinken kommen überhaupt nicht vor. Diese Böden sind nach Empfehlung des Fachbeitrags und aufgrund ihres geringen Vorkommens aus Sicht der Naturschutzverbände grundsätzlich vor Trockenlegung, vor Grünlandumbruch und / oder vor Verdichtung zu schützen. Die Formulierung eines Ziels anstelle eines Grundsatzes erkennt die Klimarelevanz dieser Böden an.

G.25 Böden mit potenzieller Funktion als Kohlenstoffsenke und Kohlenstoffspeicher erhalten und entwickeln

Böden, die potenzielle Funktionen einer Kohlenstoffsenke oder eines Kohlenstoffspeichers erfüllen können, sollen geschützt, wiederhergestellt und durch geeignete Pflegemaßnahmen verbessert werden. Eine Inanspruchnahme dieser Böden soll nur dann erfolgen, wenn die klimarelevanten Funktionen nicht beeinträchtigt werden.

Begründung:

Im weiteren Sinne ist es auch notwendig, die Potentiale der Böden anzuerkennen, die

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Landesplanung in NRW sieht für die Sicherung der Böden kein Planzeichen (Vorranggebiet mit Zielbindung vor). Die Festlegungen des Regionalplan-Entwurfs stellen die Konkretisierung des Grundsatzes des LEP NRW zur Berücksichtigung schutzwürdiger Böden dar. Der Aspekt der Entwicklung bzw. Wiederherstellung klimarelevanter Böden ist in Grundsatz G.25 ausreichend integriert. Weiteres ist auf nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen umzusetzen.

durch Schutz und Pflege zukünftig klimarelevante Funktionen erfüllen können. Hierfür müssen die Entwässerungen von Feuchtgebieten und organischen Böden begrenzt und bewirtschaftete und entwässerte Moorböden wiederhergestellt werden. Die zurzeit oftmals durchgeführten Bewirtschaftungen organischer Böden erfolgt in vielen Fällen noch immer durch schädliche Anbaupraktiken.

Inhalt

Im textlichen Teil des Regionalplanentwurfs regen die Naturschutzverbände an, das Ziel Z 18 ?RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen? im zweiten und vierten Absatz wie folgt zu ändern und zu ergänzen sowie den Grundsatz G.28 als fünften Absatz mit Ergänzungen in das Ziel Z.18 zu integrieren.

Ziel Z.18 RG sichern, *entwickeln* und vor Inanspruchnahme schützen

Regionale Grünzüge (RG) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der siedlungsräumlichen Gliederung und sind als siedlungsnaher Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen, als Biotopverbindungen und in ihren klimatischen und lufthygienischen Funktionen zu erhalten *und zu entwickeln*.

Planungen und Maßnahmen, die diese Funktionen der RG beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. Wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen sind RG insbesondere vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen.

Ausnahmsweise dürfen RG für siedlungsräumliche Entwicklungen in Anspruch genommen werden, wenn für diese keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen, die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben und *Ein griffe auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt werden*.

Die RG *sind* in Bezug auf ihre Funktionen *für das Klima und die Klimaanpassung, den Biotopverbund, die landschaftsbezogene Erholung und die siedlungsräumliche Gliederung durch Planungen und Maßnahmen insbesondere der Bauleit- und Landschaftsplanung* zu sichern, zu entwickeln und zu verbessern. Sie *sind* mit lokal bedeutsamen Grün- und Freiflächen zu verbinden.

Begründung:

Im Ziel 7.1-5 ?Grünzüge? des Landesentwicklungsplans werden Erhalt und Entwicklung der Freiraumfunktionen der Regionalen Grünzüge als Zielsetzung der Landesplanung benannt. Die im Regionalplanentwurf vorgenommene Differenzierung/Zuordnung von ?Erhalt/Schutz? in ein raumordnerisches Ziel (Z.18) und von ?Entwicklung? in einen Grundsatz (G.28) steht im Widerspruch zu der Festlegung des Aspektes der Entwicklung als ein Ziel der Landesplanung. Gründe für eine Abschwächung des Entwicklungsaspektes auf Regionalplanebene erschließen sich nicht - im Gegenteil, den Herausforderungen der Klimaanpassung und auch des Biodiversitätsverlustes muss auch gerade mit der Entwicklung und Verbesserung von Freiraumfunktionen Rechnung getragen werden. Es wird deshalb angeregt, den Aspekt der Entwicklung in das Ziel Z.18 aufzunehmen. Dieses soll durch Ergänzungen in der

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Entwicklung der Regionalen Grünzügen ist durch die Festlegungen im Grundsatz G.28 bereits in ausreichendem Maße Rechnung getragen.

Die Beschränkung der Inanspruchnahme auf das erforderliche Maß ist durch die Verpflichtung zur Prüfung von Alternativen außerhalb des Grünzugs und durch die Beachtung der Grünzugfunktionen hinreichend berücksichtigt.

Der Bezug zu den Grünzugfunktionen ist in G.18 ("freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen") bereits hergestellt. Einer weitergehenden Differenzierung bedarf es nicht.

Die Entwicklung von Ortsteilen ist nur in dem durch den LEP vorgegebenen Rahmen möglich und bedarf einer Betrachtung im Einzelfall unter Beachtung der im Ziel Z.18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen benannten Kriterien und der Voraussetzungen nach Ziel 2.3 LEP NRW. Eine Wiedergabe der dort definierten Maßstäbe ist nicht erforderlich. Ein genereller Ausschluss der Entwicklung von Ortsteilen ist aus den Zielfestlegungen nicht abzuleiten.

Überschrift und im Absatz 2 erfolgen.

Des Weiteren soll der im Regionalplanentwurf enthaltene Grundsatz G.28 ?RG mit ihren Funktionen (weiter-)entwickeln? in den fünften Absatz des Ziel Z.18 aufgenommen werden und die Sicherung, Entwicklung und Verbesserung der detaillierter beschriebenen Freiraumfunktionen benannt werden. Dabei hängt die Wirksamkeit der Regionalen Grünzüge entscheidend von der weiteren Umsetzung durch Planungen und Maßnahmen ab. Hierbei stehen die Kommunen mit ihrer Bauleitplanung und die Kreise bzw. kreisfreien Städte als Träger der Landschaftsplanung in einer besonderen Verantwortung. Aus diesem Grund werden die Instrumente der Bauleit- und Landschaftsplanung in der Zielformulierung aufgegriffen.

Angesichts der hohen Bedeutung der Regionalen Grünzüge, u.a. für den Biotopverbund und Klimaschutz/ Klimaanpassung, sollten im 4. Absatz bei den Voraussetzungen für eine ausnahmsweise Inanspruchnahme für siedlungsräumliche Entwicklungen neben dem Erhalt der Durchgängigkeit und der Funktionsfähigkeit auch eine Beschränkung der Eingriffe auf das unbedingt erforderliche Maß genannt werden. In der Begründung zu Ziel 7.1-5 des LEP NRW werden die hohen Anforderungen an eine ausnahmsweise Inanspruchnahme deutlich: ?Wenn siedlungsräumliche Inanspruchnahmen von regionalen Grünzügen im Ausnahmefall unabwendbar sind, soll geprüft werden, ob im funktionalen Umfeld des Grünzuges, der durch die Siedlungsausweisung betroffen ist, insbesondere durch Rücknahmen von Siedlungsbereichen und Bauflächen oder durch Erweiterung des Grünzuges an anderer Stelle ein funktionaler Ausgleich zugunsten des Grünzuges erreicht werden kann? (LEP NRW, S. 92).

Von der im 4. Absatz genannten Ausnahme für siedlungsräumliche Entwicklungen kann nach Auffassung der Naturschutzverbände im Plangebiet allerdings kaum Gebrauch gemacht werden, da Siedlungsflächenentwicklungen in den ASB- und GIB-Darstellungen mehr als bedarfsgerecht außerhalb der RG planerisch verortet sind. Bei den für die RG genannten Ausnahmen dürfte es sich somit nur um Projekte wie Betriebserweiterungen oder nach dem BauGB privilegierte Außenbereichsvorhaben, wie WEA, handeln.

Im Entwurf werden im letzten Satz des Absatzes 4 Ausnahmemöglichkeiten für Siedlungsentwicklungen in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gesondert angeführt. Diese sind durch die bereits im Satz 1 des Absatzes 4 genannten Ausnahmen für siedlungsräumliche Entwicklungen erfasst und bedürfen keiner besonderen weiteren Erwähnung. Wenn für diese Hervorhebung der im Freiraum gelegenen Ortsteile im Textentwurf auf Ziel 2-4 verwiesen wird, ist darauf hinzuweisen, dass dort für eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung dieser Ortsteile als Voraussetzung genannt wird, dass diese nur unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Landschaftsentwicklung und des Erhalts der landwirtschaftlichen Nutzflächen erfolgen soll. RGZ sind als entgegenstehende Erfordernisse der Landschaftsentwicklung zu werten und stehen damit einer Erweiterung von im Freiraum

gelegenen Ortsteilen entgegen.

1003538, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

Inhalt

Nur durch einen ergänzenden Verbund der innerörtlich bedeutsamen Freiflächen können die Freiraumfunktionen insbesondere hinsichtlich des Biotopverbundes und der klimaökologischen Ausgleichsfunktion auf der Gesamtfläche gesichert und entwickelt werden. Dieses ist gerade in NRW aufgrund der fehlenden Flächendeckung der örtlichen Landschaftsplanung von zentraler Bedeutung.

Es wird deshalb angeregt, ein ergänzendes Planzeichen für Grünzäsuren/ innerörtliche Freiraumsysteme aufzunehmen und die zeichnerischen Darstellungen zu ergänzen. Die im Grundsatz G.28 ? nach unseren Anregungen in das Ziel Z.18 integriert ? und im Grundsatz G.29 verdeutlichten wichtigen Freiraumfunktionen der innerörtlichen Freiflächen finden keine Entsprechung in einer auch im Maßstab des Regionalplans möglichen und aus Sicht des Freiraumschutzes erforderlichen Darstellung. Dabei kommt diesen innerörtlichen Freiraumsystemen aufgrund des Klimawandels und ihrer Klimaanpassungsfunktionen eine herausragende Bedeutung zu. Für eine Darstellung dieser innerörtlichen Freiraumsysteme und kleinflächigen Grünzäsuren halten die Naturschutzverbände ein zusätzliches Planzeichen für erforderlich. Dadurch würde die besondere Bedeutung dieser Freiraumflächen hervorgehoben. Es ist zudem darauf hinzuweisen, dass sich das Planzeichen BSLE für kleinflächige, oft lineare innerörtliche Grünflächendarstellungen nicht eignet.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die "innerörtliche" Planung von Freiraumsystemen obliegt nachfolgenden Planungsebenen und muss unterhalb des Regionalplan-Maßstabs unter Einbeziehung der konkreten lokalen Situation erfolgen.

1003539, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

Inhalt

Die Darstellung der BSN erfolgt ab einer Größe von 10 ha (vgl. Erläuterung zu Z.19 / 1 S. 99). Die Naturschutzverbände fordern, auch kleinere naturschutzwürdige/ schutzbedürftige Flächen in die BSN-Kulisse aufzunehmen, um auch kleinere Bereiche vor entgegenstehenden/ konkurrierenden Nutzungen zu schützen und um Konflikte auf regionalplanerischer Ebene besser/ vollständiger zu erkennen. Nur so kann der Regionalplan seine Aufgaben als Landschaftsrahmenplan vollumfänglich erfüllen. Die BSN-Konzeption des Regionalplans Köln sollte sich hier den Darstellungen der in Aufstellung befindlichen Regionalpläne ?Ruhr? und ?OWL? anpassen, die BSN ab einer Größenordnung von 2 ha (OWL) bzw. 5 ha (Ruhr) darstellen. Dies ist nach der aktuellen LPIG DVO auch möglich.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die übliche Darstellungsschwelle von 10ha wird für die Festlegung des regionalen Biotopverbunds auf regionalplanerische Ebene als sachgerecht und ausreichend betrachtet. Sie entspricht der generell angewendeten Konzeption bezogen auf die zeichnerischen Festlegungen (z.B. Deponien, Abgrabungsbereiche, ASBz), die i.S. eines konsistenten Gesamtplan weitgehend einheitlich beibehalten werden sollte. Schutzwürdige Flächen unterhalb dieser Größenordnung, die z.B. in dem sowohl für Landschaftsrahmenplanung als auch Landschaftsplanung konzipierten Fachbeitrag der LANUV abzuleiten sind, können auf örtlicher/fachplanerischer Ebene gesichert werden.

Inhalt

Die Naturschutzverbände fordern, das Ziel Z.19 wie folgt zu ändern und zu ergänzen:

Z.19 BSN sichern und entwickeln

Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sind als Vorranggebiete festgelegt.

Sie dienen dem Schutz, der Pflege und Entwicklung wertvoller Biotope sowie dem Aufbau und der dauerhaften Sicherung des regionalen Biotopverbunds. Die BSN sind für den Schutz und für die Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln und vor nachhaltigen Beeinträchtigungen, insbesondere auch ihrer Entwicklungspotentiale, zu bewahren. *Geeignete Bereiche, insbesondere in Wäldern, Fließgewässern, Auen und Mooren, sind einer ungestörten Entwicklung zu überlassen. In den FFH-Gebieten ist die Erreichung der gebietsspezifischen Erhaltungsziele durch Maßnahmen zum Schutz, zur Entwicklung und Wiederherstellung der FFH Lebensraumtypen sowie der Lebensräume der FFH-Anhang II-Arten zu gewährleisten.* Die Entwicklung des regionalen Biotopverbundsystems soll, soweit möglich, auch zum vorbeugenden Hochwasserschutz beitragen.

Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. *Dieses gilt auch für Planungen und Maßnahmen, die in der Umgebung von BSN erfolgen sollen und zu Beeinträchtigungen der Funktionen in den BSN führen können.*

Ausnahmsweise kann die Inanspruchnahme von BSN erfolgen, wenn die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar ist, die Bedeutung des Bereichs dies zulässt und der Eingriff auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird.

Begründung:

Zum Absatz 2:

Die BSN dienen dem Schutz und der Entwicklung wertvoller Biotope und der Flächen des landesweiten Biotopverbundes (vgl. LPIG-DVO/Planzeichendefinition). Diese sollte im Ziel entsprechend umfassend dargestellt werden.

Mit der Ergänzung des zweiten Absatzes, geeignete Bereiche einer ungestörten Entwicklung zu überlassen, soll den Zielen des Naturschutzes aus der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt (NBS) der Bundesregierung und der Biodiversitätsstrategie NRW nach mehr Wildnisflächen im Regionalplan entsprochen werden. Nach der NBS sind neben Wäldern u.a. auch Moorgebiete und Flussauen,

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Einer weiteren Differenzierung zu den Entwicklungspotenzialen bedarf es auf regionalplanerischer Ebene nicht. Inwieweit Beeinträchtigungen von Planungen und Maßnahmen außerhalb der BSN berücksichtigt werden können, ist im Einzelfall zu betrachten.

Bergbaufolgelandschaften und ehemalige Truppenübungsplätze für Wildnisentwicklung gut geeignet. Die Wildnisgebiete in NRW liegen bisher fast ausschließlich im Wald und dort im Staatsforst. Zur Erreichung der quantitativen und qualitativen Ziele der Strategien - nach der NBS u.a. eine ungestörte Naturentwicklung auf mindestens 2 % der Fläche Deutschlands bis 2020 - bedarf es erheblicher Anstrengungen seitens der Naturschutzbehörden und der Träger der Landschaftsplanung. Die derzeit im Regierungsbezirk Köln ausgewiesenen 22 Wildnisgebiete mit 6041 ha Wildnisfläche sind nur ein erster Schritt, um die Wildnisziele mit ihrem wichtigen Beitrag zum Natur-, Arten- und Klimaschutz zu erreichen.

Die Ziel-Ergänzung zur Gewährleistung der Erreichung der gebietsspezifischen Erhaltungsziele durch Maßnahmen zum Schutz, zur Entwicklung und Wiederherstellung der FFH Lebensraumtypen sowie der Lebensräume der FFH-Anhang II-Arten in den FFH-Gebieten ist dringend geboten, um Naturschutzbehörden und insbesondere auch die Kreise und die kreisfreien Städte als Träger der Landschaftsplanung in die Pflicht zu nehmen, die Defizite beim FFH-Gebietsschutz anzugehen.

Wie der FFH-Bericht 2019 für NRW zeigt, ist der Anteil an Lebensraumtypen (LRT) in einem unverändert ungünstigen beziehungsweise schlechten Erhaltungszustand in den FFH-Gebieten hoch. Im atlantischen Bereich ist bei mehr als zwei Drittel der LRT ein ungünstiger bzw. schlechter Erhaltungszustand zu verzeichnen (77 %). Hier sind seit 2007 sogar bei fünf (von 33 in NRW vorkommenden) LRT die guten Erhaltungszustände bis 2019 in jeweils ungünstige/ schlechte Erhaltungszustände übergegangen. In der kontinentalen Region sieht dies zwar auf den ersten Blick bedeutend besser aus: 67 % der hier vorkommenden LRT befinden sich in einem guten Erhaltungszustand. Allerdings lag dieser gute Zustand im Wesentlichen bereits 2013 und auch 2007 vor, es fanden also auch hier keine nennenswerten Verbesserungen, aber immerhin eine langfristige Sicherung statt. Besonders schlecht steht es um die Lebensraumtypen des Grünlands, der Hoch- und Niedermoore sowie um fast alle Gewässer-LRT - selbst die nährstoffreicheren Seen und Altarme (vor allem im atlantischen Bereich) - und nährstoffempfindliche Wald-LRT in der atlantischen Region wie u.a. Hainsimsen-Buchenwälder oder Erlen-Eschen- und Weichholzaunenwälder an Fließgewässern. Bei den FFH-Arten befanden sich 2019 rund 54 % der Arten (atlantisch und kontinental) in einem ungünstigen/ schlechten Erhaltungszustand. Auch zeigt der FFH-Bericht 2019, dass nur für 60 % der Gebiete Maßnahmenkonzepte vorliegen.

Am 28.2.2021 beschloss die EU-Kommission aufgrund der bundesweit festzustellenden Defizite beim FFH-Gebietsschutz eine Klage gegen Deutschland beim Europäischen Gerichtshof einzureichen.²⁵ In dem seit dem Frühjahr 2015 von der Europäischen Kommission geführten Vertragsverletzungsverfahren (Nr. 2014/2262) konnte Deutschland die geltend gemachten Defizite bei der praktischen Umsetzung des Natura-2000-Gebietsschutzes nicht ausräumen. Im Juli 2019 wurde ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren (Nr. 2019/ 2145) angesichts der erheblichen

Verschlechterung des Zustands der durch die FFH-Richtlinie geschützten FFHLRT 6510 (Magere Flachland-Mähwiesen) und 6520 (Berg-Mähwiesen) eröffnet. Die EU-Kommission hat am 2. Dezember 2021 verkündet, Deutschland auch in diesem Verfahren vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu bringen.

Zum Absatz 3:

Der Ausschluss von beeinträchtigenden Planungen und Maßnahmen bezieht sich nach den Erläuterungen (S. 100/4) in erster Linie auf Flächenverluste und Zerschneidungswirkungen durch die Ausweisung neuer Baugebiete. Die Ursachen für die Verschlechterungen in den Vorranggebieten des Naturschutzes gehen aber über den Flächenverlust durch Bebauung hinaus. Die regionalplanerischen Festlegungen zum Schutz der BSN sollte den naturschutzfachlich-/ rechtlich erforderlichen Umgebungsschutz einbeziehen. Dieser Aspekt wird oft nur unzureichend berücksichtigt. Beeinträchtigungen durch außerhalb der BSN liegende Projekte/ Pläne können beispielsweise durch Nährstoff-/Schadstoffeinträge, Grundwasserabsenkungen, Lichtemissionen oder Verlärmung zu erheblichen Schäden in den BSN führen.

Zum Absatz 4:

Die Regelungen zur ausnahmsweisen Inanspruchnahme von BSN - in Übernahme der Regelungen des LEP zu den GSN - im vierten Absatz des Ziels sowie die Erläuterungen hierzu (S. 100/6) werden unterstützt.

Inhalt

Das Ziel Z.20 sollte folgendermaßen ergänzt werden:

Z.20 Wertvolle Biotope und Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern *und entwickeln*

Die im Regionalplan dargestellten Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sind für den landesweiten Biotopverbund in ihren ökologischen und klimatischen Funktionen in wesentlichen Teilen als Naturschutzgebiete zu sichern. Dieses kann auch durch die Festsetzung anderer Schutzgebietskategorien nach §§ 23 ff. Bundesnaturschutzgesetz oder anderer geeigneter Maßnahmen erfolgen, sofern ein dem Naturschutzgebiet gleichwertiger Schutz gewährleistet wird. Die Flächenabgrenzung sowie der Schutzzweck sind zu konkretisieren, dabei ist auf einen ausreichenden Umgebungsschutz zu achten.

Moore, Grünland und Wälder sind aufgrund ihrer Funktion als CO₂-Senken als Bereiche mit besonderen Potenzialen für den Schutz des Klimas zu schützen, zu entwickeln und wiederherzustellen. Die Träger der Landschaftsplanung passen die Landschaftspläne durch Ergänzungen klimarelevanter Festlegungen bei den Entwicklungszielen, den Schutzgebietsausweisungen sowie den festgesetzten Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen an die Erfordernisse des Klimaschutzes an.

Im Rahmen der fachplanerischen Umsetzung sind die Erfordernisse des Klimaschutzes und der Klimaanpassung zu berücksichtigen.

Begründung:

Absatz 1:

Bei den Bereichen zum Schutz der Natur handelt es sich um die Gebiete, die insbesondere zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung wertvoller Biotope und zum Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes dienen und um festgesetzte Naturschutzgebiete und Freiraumbereiche, die künftig in ihren wesentlichen Teilen entsprechend geschützt werden sollen (vgl. Anlage 3 zur LPIG DVO: Planzeichenverzeichnis der Regionalpläne, Ziff. 2.da) Schutz der Natur, Vorranggebiete). Entsprechend sollte in dem Ziel Z 20 eine Unterschutzstellung wesentlicher Teile der BSN als NSG vorgegeben werden. Wesentliche Teile der geschützten Teile von Natur und Landschaft haben sowohl als CO₂-Senken als auch in ihren klimatischen Ausgleichsfunktionen eine große Bedeutung für den Klimaschutz, sodass die klimatischen Funktionen im Ziel ausdrücklich genannt werden sollten.

Die dem Regionalplanentwurf zugrundeliegende Konzeption, dass die Flächenkulisse

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zielfestlegung Z.20 stellt auf die fachplanerische Umsetzung durch Sicherung von Flächen ab. Die Entwicklung von wertvollen Lebensräumen ist bereits in Ziel Z.19 enthalten. Die Berücksichtigung der Belange des Klimaschutzes und der Klimaanpassung ist durch die Festlegungen des Planentwurfs gewährleistet, einer weitergehenden Differenzierung bedarf es nicht. Die Festlegung von Gewässern- und Auenbereichen erfolgt auf der Grundlage des Fachbeitrags Naturschutz und Landschaftspflege, der qua Gesetz die Grundlage für die regionalplanerischen Festlegungen darstellt.

der BSN und die hierfür im Fachbeitrag vorgeschlagenen Biotopverbundflächen herausragender Bedeutung sämtliche Bestandteile der im Bundesnaturschutzgesetz definierten Kern-, Verbindungsflächen und -elemente umfasst, wird widersprochen. Allein die abgestufte Darstellung des regionalen Biotopverbunds im Fachbeitrag des LANUV in Flächen herausragender (in der Regel gleich BSN) und besonderer Bedeutung (gleich BSLE) zeigt, dass gerade auch Teile der weniger schutzwürdigen/schutzbedürftigen Verbindungselemente außerhalb der BSN und innerhalb der BSLE liegen. Zudem ist die dem Entwurf zugrunde gelegte Definition der BSN nicht mit der oben angeführten Definition der LPLG DVO zu vereinbaren.

Absatz 2:

Die im Absatz 2 angesprochene Berücksichtigung der Erfordernisse der Klimaanpassung sollte angesichts der Bedeutung dieses Aspektes für eine zukunftsfähige Regional- und Landschaftsplanung konkretisiert werden.

Die erforderlichen Maßnahmen des Naturschutzes müssen für eine zukunftsfähige Regionalentwicklung stärker im Zusammenhang mit den Erfordernissen des Klimaschutzes gebracht werden. Hier sind die Kreise und kreisfreien Städte als Träger der Landschaftsplanung in die Verantwortung zu nehmen. Es wird deshalb eine Ergänzung des Regionalplanentwurfs um eine Erläuterungskarte für erforderlich gehalten, in der die Räume mit besonderem Entwicklungspotenzial für klimaschutzrelevante Maßnahmen dargestellt werden (s. Kapitel C.2.1, Tabelle 1). So sollen die Träger der Landschaftsplanung stärker in die Umsetzungspflicht genommen werden, bspw. im Rahmen von Grünland- oder Moor-Programmen, die Entwicklung klimarelevanter Biotope anzugehen. Die hierzu umgesetzten/geplanten Maßnahmen erfolgen zumeist im Rahmen befristeter Projekte. Die im Rahmen solcher Projekte durchgeführten Maßnahmen sind zu begrüßen, reichen jedoch hinsichtlich des für klimarelevante Effekte nötigen Flächenanspruchs bei Weitem nicht aus.

Darstellung von Entwicklungsflächen für Gewässer

Zur Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie bedarf es der räumlichen Sicherung von Gewässerentwicklungsflächen. Die zur Auenentwicklung ausgewiesenen Entwicklungsflächen an den Fließgewässern sind den Maßnahmenübersichten nach § 74 LWG zu entnehmen. Das trifft für 362 Oberflächenwasserkörper im Einzugsgebiet des Rheins in NRW und 134 Oberflächenwasserkörper im Einzugsgebiet der Maas in NRW zu. Diese sind als BSN darzustellen (vgl. Punkt C.4.7.1 zu Kapitel 4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren dieser Stellungnahme).

Inhalt

Zum Grundsatz 29 regen die Naturschutzverbände folgende Ergänzung an:

G.29 Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen

Für den Biotopverbund bedeutsame Flächen sollen auch außerhalb der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) im Freiraum und im Siedlungsraum gesichert und entwickelt werden. Eine Vernetzung dieser Flächen mit den BSN soll angestrebt werden.

Als Grundlage für den Schutz und die Entwicklung innerörtlicher Biotopverbundflächen und -elemente sollen von den Gemeinden für die Siedlungsbereiche Grünordnungspläne aufgestellt werden.

Begründung:

Die Naturschutzverbände regen an, im Grundsatz die Kommunen aufzufordern, für die innerörtliche Freiraumplanung als Instrument Grünordnungspläne einzusetzen. Diese sollten immer Angaben enthalten zum örtlichen Biotopverbund, zum Artenschutz im Siedlungsbereich, zu Gewässerentwicklungskonzepten, zu innerörtlichen Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel sowie zu Flächen, die wegen ihres Zustandes, ihrer Lage oder ihrer natürlichen Entwicklungsmöglichkeit für künftige Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere zur Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft besonders geeignet sind. Diese Erfordernisse erhalten durch die Grünordnungsplanung ein größeres Gewicht in der Bauleitplanung. Zudem können Grünordnungspläne für die grundsätzlich vorrangige Innenentwicklung / bauliche Verdichtung einen Beitrag zur Identifizierung umweltverträglicher Bauflächen leisten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Grundsatz beinhaltet der Planungsebene entsprechend den Ansatz ab, für den Biotopverbund geeignete Flächen außerhalb der BSN zu schützen und mit den festgelegten BSN zu vernetzen. Die Auswahl des jeweilig verwendeten Instruments, dies kann u.a. im siedlungsräumlichen Kontext Grünordnungsplanung sein, ist Gegenstand der Umsetzung und soll nicht durch die Regionalplanung vorgegeben werden.

Inhalt

Die Naturschutzverbände fordern angesichts der jahrzehntelangen erheblichen Beeinträchtigungen der Braunkohleära für Natur und Landschaft und der sich abzeichnenden Fortsetzung dieser hohen Freiraumbelastung im Rahmen des Transformationsprozesses mit der massiven Entwicklung neuer Wirtschafts- und Gewerbegebiete, neuer Wohngebiete und dem Ausbau der erneuerbaren Energien eine besondere Berücksichtigung der Belange von Natur und Umwelt, die neben der langfristigen Sicherung auch die Entwicklung des Freiraums in den Fokus stellt. Für eine zukunftsfähige Regionalentwicklung müssen die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Ressourcenschutz ebenso wie die wirtschaftliche Entwicklung in den Fokus genommen werden und integraler Bestandteil sein, was die Naturschutzverbände bereits in ihrer Stellungnahme zum Wirtschafts- und Strukturprogramm (WSP 1.0) gefordert haben.

Die Naturschutzverbände halten dafür die Entwicklung einer revierweiten grün?blauen Infrastruktur als ökologisches Rückgrat des Rheinischen Reviers und des Strukturwandels für unerlässlich. In Kapitel F wird im Rahmen dieser Stellungnahme ein von den Naturschutzverbänden erarbeitetes Biodiversitätskonzept für das Rheinische Revier inklusive von Flächenvorschlägen zur Berücksichtigung bei der Aufstellung des Regionalplans eingebracht. Für diese Flächen wird die Darstellung als Vorranggebiete/ BSN gefordert, um einen wirksamen Schutz dieser Flächen vor Inanspruchnahme und Beeinträchtigung zu erzielen sowie eine langfristige Entwicklung der Flächen zu ermöglichen. Dies gilt angesichts der besonderen Bedeutung/ Verantwortung speziell im Rheinischen Revier auch für die im Rahmen des Konzeptes vorgeschlagenen Flächen zum Schutz der Offenlandarten und ihrer Lebensräume (s. ausführlich Kapitel F.1). Die Flächenvorschläge der Naturschutzverbände zur Ausweisung als BSN im Rahmen dieses Konzeptes finden sich in Kapitel F.2.

Die Naturschutzverbände fordern für weitere kleinteiligere (Flächen-)Bestandteile dieses Konzeptes außerdem textliche Ziele für das Rheinische Revier, die ebenfalls eine langfristige Sicherung gewährleisten sollen. Dies betrifft zum einen bedeutsame Fledermausleitstrukturen für die Leitarten des Biodiversitätskonzeptes (Biotopverbund) Bechsteinfledermaus und Große Bartfledermaus. Diese bestehen insbesondere zwischen dem Hambacher Wald und dem Nörvenicher Wald mit Flächen, die BSN-würdig, aber regionalmaßstäblich nicht darstellbar sind. Die ökologische Bedeutung ist durch die Untersuchungen zum Fledermausfachbeitrag zum Tagebau Hambach bei der Bezirksregierung Arnsberg hinreichend belegt. Bei Verlust dieser Strukturen wäre der zielartenbezogene Biotopverbund nicht funktionsfähig. Daher fordern die Naturschutzverbände folgendes Ziel:

Neues Ziel: Fledermausleitstrukturen im Rheinischen Revier erhalten und entwickeln

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan-Entwurf schafft, insbesondere mit seinen Festlegungen zum Schutz von Natur und Landschaft sowie Regionalen Grünzügen eine sehr gute Grundlage, um die angestrebte blau-grüne Infrastruktur im Rheinischen Revier umsetzen zu können. Dies gilt gleichermaßen auch für die angesprochenen Biotopverbundmaßnahmen. Differenziertere Regelungen die Strukturen unterhalb der Regionalplan-Ebene betreffen sind auf fachplanerischer Ebene zu treffen. Die vorgeschlagenen Formulierungen erfüllen zudem nicht den Anspruch an abschließend abgewogene und räumlich ausreichend definierte Zielfestlegungen. Hinsichtlich der Flächenvorschläge wird auf die entsprechenden Ausgleichsvorschläge verwiesen. Maßgebliche Grundlage für den im Regionalplan ist entsprechend der fachrechtlichen Regelungen der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftsplanung (LANUV NRW).

Für den zielartenbezogenen Fledermaus-Biotopverbund bedeutsame Fledermausleitstrukturen sind zu erhalten und zu entwickeln. Ihre Funktionsfähigkeit darf nicht beeinträchtigt werden. Dies gilt insbesondere für die Leitbiotope zwischen dem Hambacher Wald und dem Nörvenicher Wald.

Zum anderen bedarf es für den im Konzept dargestellten ?Kombinationsschwerpunkt Insektenschutz und Steinkauzschutz? vor allem eines wirksamen Schutzes der Lebensräume. Einige Flächen werden als BSN vorgeschlagen, das Gros der Steinkauz-Habitate ist aber zu klein für eine zeichnerische Darstellung im Regionalplan. Dennoch ist ein regionalplanerischer Schutz dieser Vorkommen geboten, denn im rheinischen Revier kommen etwa 10 % des deutschen Steinkauz-Bestands vor. Daher schlagen die Naturschutzverbände folgendes Ziel vor:

Neues Ziel: Streuobstbestände und dorfnahe Grünlandflächen im Rheinischen Revier erhalten und entwickeln

Streuobstbestände und Grünlandflächen im nahen Umfeld von Dörfern sind als Lebensraum für den Steinkauz zu erhalten und zu entwickeln. Ihre Lebensraumfunktion für den Steinkauz darf nicht beeinträchtigt werden.

Inhalt

Es werden folgende Ergänzungen des Grundsatzes G.30 angeregt:

G.30 ?BSLE erhalten und entwickeln?

Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) sind als Vorbehaltsgebiete festgelegt.

In den BSLE sollen

- *die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und die Regenerationsfähigkeit der Naturgüter,*
- *Landschaftsräume mit besonderer Eigenart, Vielfalt und Schönheit und/oder von kulturhistorischer Bedeutung,*
- *wesentliche Landschaftsstrukturen und deren landschaftstypische Ausstattung mit natürlichen Landschaftsbestandteilen einschließlich von für den Biotopverbund bedeutsamer Flächen und Elementen sowie von Flächen zur Schaffung von Pufferzonen zu den BSN unter Berücksichtigung der Erfordernisse zu Klimaanpassung und -vorsorge,*
- *die Voraussetzungen für landschaftsorientierte Erholungs-, Sport-, Tourismus- und Freizeitnutzungen und*
- *klimatisch bedeutsame Erholungsräume*

gesichert und entwickelt werden.

Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Funktionen und Nutzungen nicht vereinbar sind, sollen vermieden werden.

Begründung:

Im Grundsatz sollte auf den Schutz und die Entwicklung des Biotopverbunds in Ergänzung zu den BSN differenzierter eingegangen werden. Sämtliche Flächen des Biotopverbundes besonderer Bedeutung des LANUV-Fachbeitrags sind in BSLE verortet. Ein besonderes Augenmerk muss aufgrund der überwiegenden Vernetzungsfunktion der Biotopverbundflächen der Stufe II auf den Erfordernissen der Klimaanpassung und -vorsorge liegen. Ziele und Maßnahmen des Biotopverbunds und des Artenschutzes müssen im Regionalplan in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan flächendeckend berücksichtigt werden. Nur so können u.a. die Ziele der Biodiversitätsstrategien von Bund und Land erreicht werden. Auch klimatisch relevante Erholungs- und Ausgleichsräume sollten hier konkret benannt werden, da sie ein eigenständiges Raumerfordernis darstellen, das nicht über andere Planzeichen/ Ziele/ Grundsätze abgedeckt ist.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Aspekte des Biotopverbunds sind durch die Festlegung ausreichend abgebildet. Bei der zugrundliegenden die Biotopverbundplanung der LANUV NRW wurden die Aspekte der Klimawandelvorsorge berücksichtigt.



Inhalt

Die Aufnahme eines zusätzlichen Planzeichens für den Schutz von Bereichen mit besonderer Funktion für Arten der offenen Landschaft nach Grundsatz 31 wird begrüßt. Entsprechend der Bedeutung des Schutzes der Offenlandarten für die Biodiversitätsziele von Bund und Land sollte hierzu allerdings anstelle eines Grundsatzes ein Ziel im Regionalplan aufgenommen werden.

Es werden folgende Ergänzungen/Änderungen angeregt:

Ziel neu: BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft

In Teilbereichen der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE), die eine besondere Funktion für den Erhalt bedrohter Arten der offenen Agrarlandschaft haben, ist der Erhalt von schutzwürdigen Populationen zu berücksichtigen.

Bestehende Schutzgebietsverordnungen und Landschaftspläne sind anzupassen, soweit erforderlich sind Maßnahmen zu Schutz, Pflege, Entwicklung und zur Wiederherstellung der Lebensräume der Offenlandarten zu treffen, um den Bestand dieser Arten zu sichern und zu verbessern.

Begründung:

Die erfolgten textlichen und zeichnerischen Festlegungen von BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten des Offenlandes werden begrüßt. Diese Darstellung ist angesichts des dramatischen Rückgangs der Arten des Offenlandes (u.a. Grauammer, Kiebitz, Feldlerche, Wachtel, Rebhuhn, Feldhamster) dringend erforderlich. Die Naturschutzverbände halten aufgrund der hervorgehobenen Bedeutung dieser Regelungen für den Biodiversitätsschutz anstelle des Grundsatzes eine Zielfestlegung für geboten.

Der neu hinzugefügte Absatz 2 enthält Vorgaben zu den ggf. erforderlichen Anpassungen von Schutzgebietsverordnungen oder Landschaftsplänen sowie zu Maßnahmen zu Schutz, Pflege, Entwicklung oder Wiederherstellung der Lebensräume von Offenlandarten.

Grundlage eines solchen Konzeptes zur Bestimmung der Arten, deren Schwerpunkt vorkommen sich grundsätzlich für eine Darstellung als BSLE mit besonderer Funktion aufdrängen, kann u.a. die Liste der sogenannten ?Verantwortungsarten? sein. Die auf Grundlage des FFH-Berichtes 2013 für NRW ausgewerteten Monitoring-Ergebnisse für die FFH-Lebensraumtypen und Arten wurden

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für diese Teilbereiche, die vor allem in den Bereichen mit sehr guten Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft liegen, sollen in erster Linie Instrumente des Vertragsnaturschutzes Anwendung finden. Entsprechend des Fachbeitrags Naturschutzes und der Landschaftspflege, der gemäß den fachrechtlichen Vorgaben die wesentliche Grundlage für den Regionalplan bildet, werden die als "Stufe 2-Flächen" bewerteten Bereiche als BSLE gesichert.

in einem ?Regionalgespräch Köln? als Zusammenfassung der vorhergegangenen Kreisgespräche vorgestellt. Auf Grundlage von Verantwortlichkeitsprofilen wurden die Arten ermittelt, für die die Kreise und die kreisfreien Städte eine besondere Verantwortung für Maßnahmen zum Erhalt bzw. der Verbesserung der Erhaltungszustände haben. Die Liste dieser Arten sollte dahingehend geprüft werden, ob hier Schutzerfordernisse außerhalb von BSN/ Schutzgebieten vorliegen. Für diese Arten und ggf. weitere gefährdete Offenlandarten sollten dann Gebiete als BSLE mit besonderer Funktion dargestellt werden.

Für bestimmte Kernflächen der Offenlandarten (insbesondere für Grauammer und Feldhamster), die im Regierungsbezirk vor allem im Rheinischen Revier liegen, werden über die BSLE mit besonderer Funktion hinausgehend BSN-Darstellungen gefordert (siehe dazu in F.2). Die Naturschutzverbände halten es für geboten, diese Kernflächen unter einen besonderen Schutz zu stellen, der regionalplanerisch nur über eine BSN-Darstellung möglich ist.

Inhalt

Die Naturschutzverbände regen an, im Regionalplan folgendes Ziel und einen Grundsatz für den Arten- und Lebensraumschutz aufzunehmen.

Neues Ziel: Schutz der Verantwortungsarten im Regierungsbezirk Köln

Die Naturschutzbehörden und die Träger der Landschaftsplanung ergreifen zur Sicherung der biologischen Vielfalt für die nach den Anhängen II und IV der FFH-Richtlinie geschützten Arten und die Vogelarten mit einem unzureichenden bzw. schlechten Erhaltungszustand geeignete Maßnahmen, um für diese Arten einen günstigen Erhaltungszustand zu erreichen.

Begründung:

Der Erhaltungszustand vieler nach der FFH-Richtlinie geschützten Arten (Arten der Anhänge II und IV) und der nach der Vogelschutzrichtlinie geschützten Vogelarten ist ungünstig bzw. schlecht. Zur Sicherung der Biodiversität sind Maßnahmen des Naturschutzes für diese Arten dringend erforderlich. Die Biodiversitätsstrategie NRW (2015) nennt als mittelfristiges Ziel die „Sicherung günstiger Erhaltungszustände und Verbesserung unzureichender bzw. schlechter Erhaltungszustände aller FFH-LRT und Arten um eine Stufe“. Die im Ziel genannten Maßnahmen des Naturschutzes sollen insbesondere für die sogenannten „Verantwortungsarten“ ergriffen werden (s. dazu oben auch unter BSLE mit besonderer Funktion). Aber auch außerhalb diese Bereiche mit besonderer Funktion für die Tierarten des Offenlandes sind entsprechende Maßnahmen für die Verantwortungsarten zu ergreifen.

Neuer Grundsatz: Schutz gefährdeter Arten

Zur Sicherung der biologischen Vielfalt und Bewahrung der biologischen Ressourcen sollen für gefährdete oder im Rückgang befindliche Pflanzen-, Pilz- und Tierarten spezifische Maßnahmen der Biotoppflege sowie der Wiedereinrichtung von Biotopen vorgenommen werden und über die Herstellung eines Biotopverbundes die artspezifischen Lebensbedingungen verbessert werden. Diese sollen bei allen Planungen und Maßnahmen auch außerhalb von Schutzgebieten besonders berücksichtigt werden.

Begründung:

Das Thema Arten- und Lebensraumschutz umfasst nicht nur die Schutzkonzeption für wertvolle Lebensräume (insbesondere in Bereichen zum Schutz der Natur) und europarechtlich besonders zu schützenden Arten (z.B. in BSLE für Arten des Offenlandes), sondern muss im Sinne des Erhalts der Biodiversität alle Arten und deren

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es handelt sich nicht um raumordnerische Vorgaben. Die angesprochenen Aspekte sind Gegenstand der Umsetzung fachrechtlicher Verpflichtungen bzw. Zielsetzungen.

Lebensräume berücksichtigen. Die Naturschutzverbände schlagen deshalb die Aufnahme allgemeiner Regelungen zum Artenschutz in einem Grundsatz vor. Durch diese Ergänzung würde auch den Vorgaben aus der Biodiversitätsstrategie von Bund und Land NRW und dem Grundsatz des ROG in § 2 Abs. 2 Nr. 6 Sätze 1 und 2 entsprochen.

Neuer Grundsatz: Schutz der Artenvielfalt im Siedlungsraum

Im Siedlungsraum sollen Maßnahmen zur Sicherung der biologischen Vielfalt ergriffen werden. Öffentliche Grünflächen sollen naturnah sowie struktur- und artenreich gestaltet und durch Festsetzungen in Bebauungsplänen die Verwendung standortheimischer Pflanzen und Gehölze gefördert werden. Zum Schutz Gebäude bewohnender Fledermaus- und Vogelarten ist insbesondere die öffentliche Hand aufgefordert, für ihren Immobilienbestand Konzepte, Maßnahmen und Selbstverpflichtungen zum Artenschutz auszuarbeiten und umzusetzen. Städte und Gemeinden sollen Maßnahmen zur Reduzierung der Lichtverschmutzung im Innen- und Außenbereich ergreifen.

Begründung:

Dieser Grundsatz weist auf die erforderlichen Artenschutzmaßnahmen im Siedlungsraum hin, die für den Erhalt der Artenvielfalt dringend zu ergreifen sind (vgl. hierzu auch Insektenschutz- Initiative der Bundesregierung). Das reicht von einer naturnahen, insektenfreundlichen Gestaltung und Unterhaltung von öffentlichen Grünflächen über bauplanungsrechtliche Regelungen zur Förderung naturnaher Flächen an Gebäuden (Dach-, Fassadenbegrünung) oder in Gärten bis hin zur Förderung Tierarten, die an/ in Gebäuden vorkommen. So hat zum Beispiel die Stadt Gütersloh zum Schutz u.a. der Gebäude bewohnenden geschützten Tierarten eine Artenschutzleitlinie für ihre Liegenschaften beschlossen, die zur allgemeinen Nachahmung empfohlen wird. Ein wichtiger - oft noch zu wenig beachteter Aspekt - ist die Lichtverschmutzung mit ihren gravierenden Auswirkungen auf die Insekten.

1003547, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>Grundsatz 32 Landwirtschaftliche Nutzfläche erhalten</i></p> <p>Die Naturschutzverbände regen folgende Ergänzungen des Grundsatzes G.32 an:</p> <p>Grundsatz 32 Landwirtschaftliche Nutzfläche erhalten <i>und nachhaltig bewirtschaften</i></p> <p>Bei Planungen und Maßnahmen sollen in den festgelegten Allgemeinen Freiraum und Agrarbereichen (AFAB) bestehenden landwirtschaftlichen Flächen als Produktionsgrundlage erhalten <i>und in ihrer natürlichen Beschaffenheit und natürlichen Leistungskraft gesichert werden.</i></p> <p><i>Die Landwirtschaft soll die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen, möglichst regionalen Nahrungsmitteln gewährleisten. Es soll eine flächengebundene Landwirtschaft entwickelt werden, die auch besondere Funktionen für den Naturhaushalt, insbesondere den Gewässer- und Bodenschutz, die biologische Vielfalt, die Landschaftspflege sowie die Gestaltung und Erhaltung der ländlichen Räume erfüllt. Es ist darauf hinzuwirken, dass der Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen an der landwirtschaftlichen Fläche weiter zunimmt.</i></p> <p>Begründung:</p> <p>Im Grundsatz G. 32 des Entwurfs werden die in den festgelegten Freiraum- und Agrarbereichen liegenden landwirtschaftlichen Nutzflächen nur unter dem Aspekt ?wesentliche Produktionsgrundlage? und deren Erhalt betrachtet. Es fehlt eine Berücksichtigung der im Grundsatz 7.5-1 des LEP hervorgehobenen besonderen Bedeutung einer ?flächengebundenen, multifunktionalen Landwirtschaft, die auch Funktionen für den Naturhaushalt, die Landschaftspflege? erfüllt. Diese Ausrichtung auf nachhaltige, standort- und umweltgerechte Landbewirtschaftung sollte im Regionalplan aufgegriffen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan enthält Festlegungen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes und den jeweils vorgesehenen Nutzungen und Funktionen. Er regelt jedoch nicht die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen.</p>

Inhalt

Die Naturschutzverbände regen folgende Ergänzungen des Ziels Z.22 an:

Z.22 Waldbereiche erhalten und entwickeln

Waldbereiche sind als Vorranggebiete festgelegt.

Die Waldbereiche sind nachhaltig als standortheimische, ökologische stabile und gegenüber den Klimawandel resiliente Waldbestände in ihren Funktionen für die nachhaltige Holzproduktion, für den Arten und Biotopschutz, die Kulturlandschaft, die landschaftsorientierte Erholungs-, und Freizeitnutzung, den Klimaschutz, vor allem als CO₂- Senke, und die Klimaanpassung sowie wegen ihrer wichtigen Regulationsfunktionen im Landschafts- und Naturhaushalt, insbesondere für den Wasser- und Bodenschutz, zu erhalten, vor nachteiligen Entwicklungen zu bewahren und weiterzuentwickeln.

Planungen und Maßnahmen, die Waldbereiche in Anspruch nehmen, sind ausgeschlossen.

Ausnahmsweise dürfen Waldbereiche in Anspruch genommen werden, wenn für die beabsichtigte Nutzung ein Bedarf nachgewiesen ist, keine Alternativen außerhalb des betroffenen Waldbereichs bestehen und die Inanspruchnahme auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird.

Begründung:

Das Kapitel stellt sich ganz grundsätzlich nicht der schon seit Jahrzehnten bestehenden Forderung nach dem ökologischen Waldumbau als Grundlage für einen nachhaltigen Fortbestand der Wälder in Deutschland. Die Folgen davon, dass dieser nicht vorausschauend und mit Nachdruck betrieben wurde, um die Wälder vorsorglich auf den Klimawandel vorzubereiten, zeigen sich seit Jahren massiv in den Waldzustandsberichten und zunehmend auch ganz augenscheinlich an den teils riesigen Schadflächen. Es ist vollkommen unverständlich, dass sich der Regionalplan in seiner Funktion als forstlicher Rahmenplan dieser in Zukunft weiter zunehmenden Gefährdungssituation nicht annimmt.

Zum Ziel Z.22 des Entwurfs werden Ergänzungen angeregt, in denen auf die heute und in Zukunft zentrale Bedeutung von Wald für Klimaschutz, den Arten- und Biotopschutz (Biodiversität, Biotopverbund) sowie den Wasser- und Bodenschutz eingegangen wird.

Dass die Regelungen zur ausnahmsweisen Waldinanspruchnahme des Ziels 7.3-1 des LEP NRW im Absatz 2 des Ziels Z 22 aufgegriffen werden, wird begrüßt. Diese sollte

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Für den Schutz der Waldbereiche und auch für deren ausnahmsweise Inanspruchnahme sind die Festlegungen des LEP NRW maßgeblich. Die regionalplanerischen Festlegungen werden zur Klarstellung in Bezug zum LEP NRW gesetzt. Die bestehenden redundanten Formulierungen werden gestrichen. Den in der Anregung angesprochenen Aspekten (Klimaresilienz, Nachhaltigkeit, Wasser- und Bodenschutz) wird in den nachfolgenden Grundsätzen G.38 und G.42 in ausreichendem Maße Rechnung getragen.

dann aber vollständig unter Einbeziehung des nachzuweisenden Bedarfs erfolgen. Diese Regelungen sind zur Sicherung der Wälder und ihrer wichtigen Funktionen von großer Bedeutung. Die in den Erläuterungen zum Ziel Z.22 genannten Voraussetzungen für eine ausnahmsweise Zulassung von Waldinanspruchnahmen - Bedarfsnachweis, Alternativlosigkeit, Vereinbarkeit mit den Funktionen des betroffenen Gebiets, Beschränkung auf das unbedingt erforderliche Maß ? müssen zum Schutz der Wälder strikt angewendet werden. In den Bereichen des Plangebiets mit einem unter dem Landesdurchschnitt liegenden Waldanteil dürfte ein Nachweis der Alternativlosigkeit bei vielen Vorhaben nur schwer zu erbringen sein.

Inhalt

Zur Sicherung der ökologischen Funktionen von Wäldern sollen neue Ziele und Grundsätze

aufgenommen werden:

Neues Ziel: Erhalt und Entwicklung besonderer Waldfunktionen und Waldbestände

(1) Naturnahe Wälder sind aufgrund ihrer hohen Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz zu erhalten und zu vermehren. Dazu sollen insbesondere Alt- und Totholz- Stadien in einem ausreichenden Flächenumfang gesichert und entwickelt werden sowie Waldaußen- und -innenränder aus standortheimischen Bäumen und Sträuchern entwickelt werden.

(2) Naturwaldzellen sind zu erhalten und vor nachteiligen Einwirkungen auf die ungestörte Entwicklung der Biozönosen zu schützen.

(3) Die Waldwildnisgebiete sind vor Beeinträchtigungen zu schützen und weiterzuentwickeln. Es ist auf die Schaffung ausreichend großer, zusammenhängender Wildnisgebiete im Wald mit Anschluss an die Nachbarregionen/ -länder zu achten. Im Staatswald ist der Anteil der Wildnisflächen kurzfristig auf 20 % zu erhöhen, für die Waldgesamtfläche ist bis zum Jahr 2030 ein Anteil von 10 % zu erreichen.

(4) Die öffentlichen Waldbesitzer (Körperschaftswald) sollen im besonderen Maße zur Förderung der biologischen Vielfalt im Wald durch entsprechende Schutzausweisungen, naturschutzorientierte Waldbewirtschaftung und hochwertige Zertifizierung beitragen. Sie sollen dafür Sorge tragen, dass die Zielmarke von 10 % Waldwildnisflächen für die Waldgesamtfläche erreicht wird.

(5) Wälder sind in ihrer Bedeutung für den Biotopverbund zu schützen und zu entwickeln. Für die Arten mit großen Arealansprüchen und deren Wanderkorridore sind großflächige, unzerschnittene und störungsarme Waldbereiche sowie artgerechte Vernetzungselemente als Teil des Biotopverbundes zu sichern und weiterzuentwickeln.

(6) Waldflächen mit Resten historischer Waldnutzungsformen sind entsprechend ihrem schutzwürdigen Charakter zu bewirtschaften bzw. zu pflegen.

(7) Bei nachteiligen Auswirkungen auf die ökologischen Funktionen durch Freizeitnutzungen

sind im Rahmen der Landschaftsplanung und der Erarbeitung der forstlichen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Zu 1) Die Sicherung der Biotopverbundfunktion ist in die Festlegungen (Z.22 und G.38) integriert. Soweit Waldbereiche eine herausragende Funktion für den Biotopverbund besitzen, wird für diese neben der Vorrangfunktion Waldbereich in der Regel auch die vorrangige Funktion "Schutz der Natur" festgelegt, die auf eine Sicherung und Optimierung der Biotopfunktion abzielt. Näheres, z.B. welche Maßnahmen im Einzelfall zur Verbesserung der Funktion erforderlich sind, regelt die Fachplanung im Einzelfall.

zu 2) Der Anregung wird entsprochen indem Grundsatz G.40 zu einem Ziel verändert wird, das den Schutz von Naturwaldzellen verbindlich sicherstellt.

zu 3) Wildnisgebiete werden durch ein textliches Ziel regionalplanerisch gesichert (siehe zu 2)). Für die Festschreibung konkreter Flächenanteilewerte im Regionalplan Köln liegen keine Grundlagen vor. Eine Festschreibung von konkreten Flächenanteilen auf Ebene der Regionalplans wird als nicht zieführend betrachtet. Dies sollte nicht Inhalt teilsräumlicher Planungen sein, sondern übergeordneten Strategien zur Erhöhung der Biodiversität auf Bundes- und Landesebene vorbehalten sein.

zu 4) siehe zu zu 3)

zu 5) siehe zu 1)

zu 6) Der Anregung ist durch Grundsatz G.41 entsprochen.

zu 7) Der Anregung ist durch Grundsatz G.39 entsprochen.

Bewirtschaftungspläne entsprechende Lenkungsmaßnahmen zu ergreifen.

Begründung:

Zu Absatz 1 / Naturnahe Waldentwicklung

Die Leistungen des Ökosystems Wald für Klimaschutz und Naturschutz sind gefährdet, wenn der wirtschaftliche Nutzungsdruck auf den Wald nicht vermindert wird²⁹. Es sind deshalb Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung der Funktionen der Wälder als Kohlenstoffspeicher sowie zur Sicherung der biologischen Vielfalt in den Wäldern erforderlich. Die vorgeschlagenen Ziele treffen die hierfür in einem Regionalplan erforderlichen Regelungen zu Schutz und Entwicklung der im Ziel Z.22 übergeordnet benannten ökologischen Waldfunktionen.

Die Biodiversitätsstrategie NRW weist darauf hin, dass Arten der Reife- und Totholzphase sowie Arten offener und halboffener Strukturen in Wirtschaftswäldern fehlen oder deutlich unterrepräsentiert sind. In vom Menschen unbeeinflussten Naturwäldern sind abgestorbene Bäume ein natürlich vorkommender Bestandteil, während in bewirtschafteten Wäldern Bäume in der Regel weit vor Erreichen ihrer natürlichen Altersgrenze entnommen werden. Im Wirtschaftswald haben je nach Waldgesellschaft 50 bis 75 % des Lebenszyklus eines natürlichen Waldes keinen Raum. Vor allem diese Alt- und Totholz-Stadien der hier heimischen Arten müssen in einem ausreichenden Flächenumfang mit entsprechender räumlicher Verteilung in Zukunft gesichert und gefördert werden. Auch die jungen Sukzessionsstadien sowie Waldinnen- und -außenränder haben eine hohe Bedeutung für die Biodiversität³⁰. Mit der Änderung soll ein wichtiges Ziel zum Schutz und zur Entwicklung der Artenvielfalt in NRW auch im Sinne des in der Biodiversitätsstrategie genannten Leitbildes (Kapitel 5.1.2 Biodiversitätsstrategie NRW) regionalplanerisch umgesetzt werden.

Auch nach dem Indikatorenbericht der Bundesregierung zur Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt sollen naturnahe Formen der Waldbewirtschaftung verstärkt umgesetzt werden, um die biologische Vielfalt in Wäldern zu erhalten.

Zu Absatz 2 / Naturwaldzellen

Das Naturwaldzellen-Programm in NRW sichert naturnahe Waldbestände, die nach Standort, Baumartenzusammensetzung und Bodenvegetation die natürlichen Waldgesellschaften gut repräsentieren für die Forschung. Diese Flächen werden ihrer natürlichen Entwicklung überlassen und sind vor negativen Einwirkungen zu schützen. Sie sollten in einer Erläuterungskarte dargestellt werden.

Zu Absatz 3 und 4 / Wildnisentwicklung im Wald

Im Absatz 3 erfolgt die aus Sicht der Naturschutzverbände regionalplanerisch dringend

erforderliche Konkretisierung des Grundsatzes 7.3-2 des LEP, wonach Teile des Waldes (...) im Rahmen des Waldnaturschutzes durch Nutzungsverzicht zu Wildnis entwickelt werden (sollen)? Wildnisgebiete bieten insbesondere den an der Alters- und Zerfallsphase des Waldes gebundenen Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum und sollen in einem länderübergreifenden Biotopverbund zusammenwachsen. Dies sollte der Regionalplan mit Zielaussagen ausfüllen. Die ausgewiesenen Waldwildnisgebiete sollten in einer Erläuterungskarte dargestellt werden.

Die Naturschutzverbände BUND NRW, LNU, NABU NRW fordern im Rahmen der Volksinitiative Artenvielfalt, dass das Land NRW in seinen Staatswäldern Vorreiter für eine natürliche Waldentwicklung und Artenvielfalt wird. Dazu müssen kurzfristig mindestens 20 % dieser Flächen aus der forstlichen Nutzung genommen werden. Darüber hinaus sollen bis zum Jahr 2030 10 % der Gesamtwaldfläche des Landes auch außerhalb des Staatswaldes aus der Nutzung genommen und der Weg dahin durch geeignete Landesprogramme für private und kommunale Waldbesitzer gefördert werden³¹. Aufgrund der Bedeutung der Wälder als unverzichtbare Lebensräume mit eigener Dynamik und einem enormen Inventar an Pflanzen- und Tierarten und ihrer in Zeiten des Klimawandels wichtigen Funktionen für das Allgemeinwohl gehen die Verbände damit über die Forderungen der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt (NBS) hinaus³². Zurzeit sind aber nur etwa 3 % der öffentlichen Wälder in Deutschland dauerhaft in natürlicher Entwicklung. Zum Ausbau der Waldwildnisgebiete sind also erhebliche Anstrengungen und neben Förderprogrammen auch verbindliche Zielfestlegungen/-größen nötig, wofür der Regionalplan als forstlicher Rahmenplan Verantwortung trägt. In Absatz 4 sollen auch die Körperschaften dazu angehalten werden, auf ihren Waldflächen zur Erhaltung und Entwicklung der biologischen Vielfalt beizutragen und zur Erreichung der Waldwildnisziele beizutragen.

Waldwildnisgebiete können erst ab einer Größe von etwa 1.000 ha ihre als zusammenhängende Waldflächen positiven Funktionen für die Biodiversität als Naturwälder in Waldnaturschutzgebieten oder in einem Nationalpark/ Nationales Naturerbe voll erfüllen. Im Regierungsbezirk Köln sind das in dieser Größenordnung bislang nur 1 der 22 im Regierungsbezirk Köln bestehenden Wildnisflächen. Notwendig sind also großflächig zusammenhängende Waldgebiete, damit sich dauerhaft ein Mosaik aus unterschiedlichen Waldstadien mit hohem Totholzanteil entwickeln kann, welches die Lebensgrundlage für spezielle Arten, wie z.B. Hirschkäfer, Bechsteinfledermaus oder Eremit bilden. Auf dem größtmöglichen Teil der Flächen sollen die natürlichen Prozesse eigendynamisch und ohne lenkende Eingriffe ablaufen. Diese Wildnisgebiete sind wichtige Trittsteine für den landes- und bundesweiten Biotopverbund. Damit werden besonders wichtige Ziele der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt erfüllt.

Zu Absatz 5 / Biotopverbund

Die Regelungen zum Biotopverbund im Kapitel Bereiche für den Schutz der Natur?

sind im Kapitel ?Wald? zu ergänzen, da dem Waldbiotopverbund insbesondere eine hohe Bedeutung für wandernde Wildtiere mit großem Raumanspruch, wie z. B. Rothirsch und Wildkatze, zukommt. Hierzu müssen im Wald großräumige Korridore mit Verbundfunktionen gesichert oder auch wiederhergestellt werden. Besonders Wildkatzen benötigen zur Ausbreitung deckungsreiche Wanderkorridore, die sich hilfsweise durch Feldgehölze und Heckenstrukturen herstellen lassen. Diese sollten auf regionaler Ebene durch eine fachliche Analyse vorbereitet, geplant und im Rahmen der Landschaftspläne verwirklicht werden.

Zu Absatz 7 / Lenkung von Erholungs- und Freizeitnutzungen

Konflikte zwischen Erholungs- und Freizeitnutzungen im Wald und dem Schutzbedürfnis ökologisch sensibler, störungsempfindlicher Waldlebensräume erfordern Konzepte und Maßnahmen zur Lenkung der Nutzungen, die im Rahmen der Landschaftsplanung und der forstlichen Bewirtschaftungspläne zu erstellen sind.

Inhalt

Zum Grundsatz G.35 werden folgende Ergänzungen vorgeschlagen:

G. 35 Waldvermehrung in waldarmen Gebieten fördern, Waldentwicklung auf besonders geeignete Flächen lenken

In waldarmen Gebieten soll unter Berücksichtigung des kulturlandschaftlichen Charakters auf eine Waldvermehrung hingewirkt werden.

Besonders geeignet für die Waldvermehrung sind Flächen:

- im Anschluss an bestehende Waldbereiche,
- die bestehenden Waldbereiche miteinander verbinden,
- im Umfeld von Siedlungen, entlang von Fließgewässern,
- entlang von linearer Infrastruktur oder
- in Trinkwasserschutzgebieten.

Bei der Neuanlage von Wald soll darauf geachtet werden, dass eine Beeinträchtigung wertvoller Biotope, wertvoller Landschaftsbildeinheiten, wichtiger lufthygienischer oder klimaausgleichender Wirkungen oder kulturhistorisch bedeutsamer Sichtachsen vermieden wird. Als Grundlage sollen im Rahmen der Landschaftsplanung fachliche Konzepte zur Waldvermehrung in waldarmen Gemeinden erarbeitet werden, die Träger der Landschaftsplanung sollen geeignete Waldvermehrungsbereiche als Entwicklungsziele in Landschaftsplänen darstellen.

Begründung:

Die im Grundsatz angesprochene Anforderlichkeit, Maßnahmen zur Waldentwicklung in waldarmen Gemeinden mit anderen Freiraumfunktionen abzustimmen, bedarf einer fachlichen Konzeption, die im Rahmen der Landschaftsplanung erfolgen sollte und in den Landschaftsplänen durch die Aufnahme in die Entwicklungsziele auch behördenverbindlich gemacht werden kann.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Grundsatz G.35 beauftragt Planungs- und Maßnahmenträger in waldarmen Gebieten auf eine Waldvermehrung hinzuwirken. In Erläuterung 2 wird die Umsetzung in Fachplanung (z.B. Landschaftsplanung) und Bauleitplanung durch Ausweisung von Flächen für die Waldvermehrung konkretisiert. Über diesen Rahmen hinausgehende Festlegungen sollen der Fachplanungsebene überlassen bleiben.

1003570, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

Inhalt

Die Naturschutzverbänden regen eine Umwandlung des Grundsatzes G.36 in ein Ziel sowie folgende Änderung der Formulierung an:

Neues Ziel: Eingriffe in den Wald ausgleichen

Die Inanspruchnahme von Waldflächen ist durch funktionsbezogene Ersatzaufforstungen auszugleichen. Für Ersatzaufforstungen kommen insbesondere Flächen in den waldarmen Kommunen gemäß (G. 35) Waldvermehrung in waldarmen Gebieten fördern, Waldentwicklung auf besonders geeignete Flächen lenken in Betracht. Ersatzaufforstungen sind auf die Ziele des Waldbiotopverbundes abzustimmen. Bei der Maßnahmenkonzeption ist eine Kompensation auch durch eine selbstständige Entwicklung von Waldökosystemen (Sukzession) zu berücksichtigen.

In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Begründung:

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen von Waldflächen sollten erforderliche Kompensationsmaßnahmen auf Grundlage räumlicher Konzepte erfolgen. Dabei sollten Flächen berücksichtigt werden, die der Ergänzung von Waldbiotopverbundflächen bzw. deren Verbindung dienen. Nach § 39 Landesforstgesetz NRW kann anstelle von Ersatzaufforstungen auch die flächendeckende Entwicklung von Wald durch die natürliche Ansamung von Forstpflanzen zugelassen werden. Im Fall des Verlustes von Waldflächen sind Kompensationsmaßnahmen auf die möglichst selbstständige Entwicklung von Waldökosystemen auszurichten, insbesondere wenn die Maßnahmen bei der heute angestrebten Multifunktionalität sowohl der forst- als auch der naturschutzrechtlichen Kompensation dienen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die vorgeschlagene Zielfestlegung würde zu sehr in die bestehenden fachgesetzlichen Regelungen eingreifen. Die Wiedergabe von einzelnen Aspekten der Fachgesetzgebung ist entbehrlich.

Inhalt

Der Kreis Heinsberg hat aufgrund seiner weiten Bördelandschaften sehr hohe Bedeutung für die Arten der offenen Feldluren, insbesondere viele teils streng geschützte Vogelarten (u.a. Grauammer, Kiebitz, Feldlerche, Rebhuhn, Wachtel, Wiesenschafstelze) und den Feldhamster (FFH-Anhang-II-Art). Es handelt sich dabei teilweise um regions- und auch landesweit bedeutsame Populationen. Die (nicht flächendeckenden) Kartierungen der Naturschutzstation Wildenrath von 2021 für den Kiebitz zeigen dies exemplarisch und sehr eindrücklich auf. [ABBILDUNG]

Diese Arten gehen nach Beobachtung der Naturschutzverbände weiterhin in ihren Beständen im Kreis massiv zurück. Der Kreis hat hier eine besondere Verantwortung im Rahmen der FFH-Richtlinie für Feldlerche, Kiebitz und Rebhuhn, ebenso wie den Steinkauz als Bewohner von ortsrundlagen mit Obstgehölzen (FFH-Verantwortungsarten). Um die Bestände langfristig zu erhalten und zu stabilisieren, müssen ausreichend Flächen in Größe, Anzahl und Ausstattung vor Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt und im Rahmen der Landschaftsplanung und deren Umsetzung entwickelt werden. Die Naturschutzverbände fordern, dass die Bedeutung der Offenlandflächen für den gesamten Kreis Eingang in die Umweltprüfung und die Restriktionskriterien für die Auswahl und Festlegung von Siedlungsflächen finden. Diese Aufgabe kann nicht lokal von den einzelnen Kommunen gelöst und auf diese Planungsebene verschoben, sondern muss überörtlich behandelt werden. Die Voraussetzungen für die langfristige Sicherung sind planerisch sicherzustellen, sowohl durch eine angepasste Siedlungsplanung als auch die Darstellungen im Landschaftsrahmenplan.

Die Naturschutzverbände lehnen diesbezüglich einige ASB/ GIB-Darstellungen ab und fordern im Rahmen des Biodiversitätskonzeptes der Naturschutzverbände für das Rheinische Revier weitere BSN (s. Kapitel F.2 ?Flächenvorschläge zum Biodiversitätskonzept?).

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegungen (ASB) und der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in den betreffenden Bereichen vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln erfolgt im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems über ein Freiraumverbundsystem für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzüge, Bereiche zum Schutz der Natur, Waldbereiche sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden

nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen beispielsweise zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt.

Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt.

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.),

regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt.

Die Erläuterungskarte F6 "BSLE mit besonderer Bedeutung für den Schutz von Arten des Offenlands/der Äcker" differenziert die Flächen BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft, somit wurden diesem Belang auf Ebene der Regionalplanung Rechnung getragen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Inhalt

Die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Erkelenz ist rückläufig mit einem Minus von 3,5 %. Bei den 25-40jährigen liegt die Abnahme sogar bei ? 26,6 %, bei den 40-60jährigen bei ? 18,6 %. Lediglich im Bereich der 65-80jährigen ist eine Steigerung um 25 % zu verzeichnen, bei den über 80jährigen um 80,5 %. Im Gegensatz zur sinkenden Bevölkerungszahl hat sich die Flächeninanspruchnahme für ASB stark erhöht. So wurden in den letzten Jahren bereits über 50 ha Bauland für die Braunkohle-Umsiedlungen sowie etwa 80 ha Bauland für das bisherige Oerather Mühlenfeld neben den üblichen Lückenschlüssen und Arrondierungen ausgewiesen, sodass ein weiterer Bedarf nicht vorhanden ist.

1 ERK_ASB_1, Oerath/ Matzerath**Ablehnung ASB-Ausweisung****Begründung:**

Mit dem Oerather Mühlenfeld und den beiden Erweiterungen Süd und West wurden bereits 80ha wertvoller Lössboden der Erkelenzer Bördelandschaft entzogen. Ein weiterer Entzug klimarelevanter Löss-Böden ist nicht hinzunehmen.

Mit der Erweiterung in den unzerschnittenen Offenlandbereich würde die endgültige Verdrängung der restlichen Quartiere der Offenlandarten wie Kiebitz, Rebhuhn und Feldlerche stattfinden. Auch eines der letzten Schleiereulen- und Steinkauzquartiere im 200 Meter entfernten Oerath wären betroffen!

Ebenfalls ist die Inanspruchnahme und Nähe zu den wenigen Biotopverbundflächen in der Börde VB-K-4903-001 abzulehnen.

Laut ursprünglichem Bebauungsplan des Mühlenfeldes war eine optische Abgrenzung in Form einer Pflanzung Richtung der Ortschaften Matzerath und Oerath geplant, um das Landschaftsbild der Dörfer der Bördelandschaft zu erhalten. Nicht nur, dass diese Abpflanzung nie erfolgt ist, sondern mit dem Heranrücken an die Ortschaften würde das Landschaftsbild vollends zerstört.

Mit einer Bebauung dieser Größenordnung würde im Außenbereich von Erkelenz ein großes klimarelevantes Gebiet zur nächtlichen Abkühlung entfallen.

[s. Anhang Abb. 1003582]

Anhänge

[Abb_ID1003582.pdf](#)

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke in einem 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatenschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche, sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines [Auswahl: ASB/GIB] gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zudem hat im Prozess Region+ Wirtschaft im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil laut Bodenschutzfachbeitrag Geologischen Dienstes NRW (2019) und Landwirtschaftlichem Fachbeitrag zum Regionalplanentwurf Köln (2020) betroffener Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen. Das Kriterium der Betroffenheit für hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen wird im Landwirtschaftliche Fachbeitrag in der Standortwertkarte mit den Stufen I (sehr hoch) und II (hoch) definiert. Der Anteil der Betroffenheit nach Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW wird mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung in der Karte der schutzwürdigen Böden bestimmt.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene

Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Inhalt

ERK_ASB_2, Lövenich

Ablehnung

Begründung:

Lövenich gehört trotz seiner Größe noch zu den Ortschaften der Erkelenzer Bördelandschaft mit den typischen kleinteiligen Grünzügen rund um die Dörfer, die als Kulturlandschaft geschützt ist. Eine Vergrößerung der Siedlungsfläche nach Süden um 10ha stellt einen starken Eingriff in diese Landschaft dar.

Die räumliche Nähe zum Nysterbach mit seinen geschützten Biotopen BK-4904-100 Grünland und Gehölzkomplex und BK-4904-006 mit Kleingehölzen, Teichen, Wiesen und Obstwiesen steht dem Entwicklungsziel der Biotope nach Erhalt und Ausbau entgegen.

Die Allee an der Lövenicher Straße AL-HS-0064 wäre durch den Eingriff in das Landschaftsbild ebenfalls betroffen. Diese Allee bildet einen wichtigen Brutplatz und Ansitzplatz für Kornweihen. Das Jagdrevier der Kornweihen rechts und links der Allee würde durch den Eingriff zerstört.

Des Weiteren wurden folgende vorkommende und voraussichtlich erheblich betroffene Arten in der Umweltprüfliste nicht aufgeführt: Rebhuhn, Kiebitz, Feldlerche, Wachtel, Wiesenschafstelze, Rohrweihe, Baumfalke, Rot- und Schwarzmilan, Wespenbussard, Hirschkäfer, Breitflügelfledermaus, Großer Abendsegler, Rauhautfledermaus, Zwergfledermaus.

Mit der Festlegung des ASBs würden wichtige klimarelevante Böden der Versiegelung preisgegeben.

[s. Anhang Abb. 1003588]

Anhänge

[Abb_ID1003588.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsaktivitäten entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke in einem 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-HaItatschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der

Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist

	Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.
--	--

1003590, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

Inhalt

ERK_ASB_3, Holzweiler

Ablehnung

Begründung:

Eine Bebauung in dieser Größenordnung würde fast eine Verdoppelung der Fläche Holzweilers bedeuten.

Holzweiler ist bei der Flächeninanspruchnahme/ Versiegelung überproportional beansprucht, da zum Tagebaurand für die Abpflanzung/Abgrenzung zur Kante weitere Flächen beansprucht werden und ebenso Flächen im nächsten Umkreis für die neue Landstrasse L277n versiegelt werden. Eine Mehrfachbelastung ist abzulehnen.

Es sollen wertvollste Böden = Lössböden in Anspruch genommen werden, die für die Landwirtschaft und als klimarelevante Böden eine höhere Bedeutung haben.

[s. Anhang Abb. 1003590]

Anhänge

[Abb_ID1003590.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein

Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Weitere Ausführungen zur Darstellung eines Allgemeinen Siedlungsbereiches in Erkelenz-Holzweiler können der Begründung zum Regionalplan entnommen werden (vgl. Kapitel 3.2.1).

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten

werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Inhalt

Bei Erkelenz-Neuhaus liegt die optimale Fläche für den Verbundschluss des VB-K-4903-017 Bördendörfer und Fließe östlich von Erkelenz zwischen den Ortschaften Mennekrath und Terheeg, um das Entwicklungsziel ?Optimierung der Fließe und Gräben durch Schaffung von Pufferzonen mit einzelnen Gehölzen und Gehölzgruppen sowie krautreichen Ackerrandstreifen und möglichst naturnaher Gestaltung der Gewässer als Teil eines zu entwickelnden Netzes aus Saum- und Linienbiotopen - Optimierung der Grüngürtel in Hof- und Ortsrandlage durch Förderung von Streuobstwiesen mit extensiver Grünlandnutzung - Erhalt und Optimierung der Landschaftselemente wie Feldgehölze, krautreiche Raine, Ackerrandstreifen ? Optimierung der Still- und Kleingewässer? fortzuführen und die vorhandene Waldfläche nördlich zum BSLE Gebiet zu erweitern.

Bei der Artenauflistung werden die aus den neu errichteten Umsiedlungsdorfflächen ausgewichenen Offenlandarten Kiebitz, Feldlerche und Rebhuhn nicht berücksichtigt.

Durch ein Gewerbegebiet würden die wertvollen klimarelevanten Böden der Erkelenzer Börde vernichtet.

Mit den Gewerbegebieten ?Gewerbegebiet Süd? mit ca. 40ha und dem Gewerbegebiet ?GIPCO / Commerden? von insgesamt ca. 100ha wurden in den letzten Jahren in großem Maße Ackerböden versiegelt, sodass sich ein weiterer Entzug von klimarelevanten Böden verbietet.

[s. Anhang Abb. 1003591]

Anhänge

[Abb_ID1003591.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein

Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Im vorliegenden Fall liegt Betroffenheit der Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung im äußersten Südwesten des GIB. Eine Flächeninanspruchnahme kann durch Aussparung des betroffenen Bereiches bei den Planungen auf den nachgelagerten Ebenen vermieden werden.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der

regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Inhalt

Für die Kommune Hückelhoven wird bis 2040 ein kontinuierlicher Bevölkerungsrückgang von - 1,6 % prognostiziert (Information u. Technik NRW, Abruf 22.05.22). Die Altersgruppe der 25- bis 65-jährigen, die als Bauherren von Wohneigentum besonders hervortreten, nimmt sogar überdurchschnittlich mit - 11,6 % (25 ? 40 Jahre) und ? 13,9 % (40 ? 65 Jahre) ab. Lediglich die 65 bis 80jährigen sowie die 80jährigen und darüber nehmen um + 44,9 % bzw. + 24,8 % zu.

1 HÜH_ASB_1, Baal**Vorschlag Verkleinerung****Begründung:**

- Nicht erkannte bzw. nicht vollständig erkannte Umweltauswirkungen
 - NSG, BSN und schutzwürdige Biotope in räumlicher Nähe ≥ 100 Meter nördlich des ASB; neben den bekannten Auswirkungen von Lichteinstrahlung, Lärm, Freizeitdruck etc. auf die sensiblen Bereiche, wird durch die ostwärts wachsende Bebauung der Vernetzungsbereich des angrenzenden Waldgürtels nach Süden (Offenland, Feldgehölze, schutzwürdige Biotope) zunehmend eingeschränkt und funktionale Beziehungen gestört.
- Klima / Luft:

Inanspruchnahme von Grünflächen mit sehr hoher und hoher thermischer Ausgleichsfunktion; über den Grünflächen nächtlicher ?Kaltluftvolumenstrom hoch? aus östlicher Richtung anströmend;

thermische Vorbelastung der angrenzenden, vorhandenen Bebauung tagsüber: größtenteils ?stark?, stellenweise ?extrem?; Klimavorsorgebereich Klasse 3;

thermische Situation nachts: ?thermische Belastung nachts? größtenteils ?keine bis schwache nächtliche Überwärmung?, stellenweise ?mäßig? (Folge des Kaltluftstroms).

Fazit: Blockade des hohen Kaltluftvolumenstroms durch das geplante ASB, damit Verschlechterung der derzeit guten nächtlichen klimatischen und lufthygienischen Situation in der bestehenden Siedlung sowie Verschärfung der starken bis extremen Überhitzung tagsüber.

[Abbildung]

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

- Boden:

Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlungsfunktion (?Wasserspeicher im 2-Meter-Raum?; ?dem Schutz und Erhalt der Böden mit hoher Wasserspeicherkapazität kommt daher auch im Rahmen der Umweltprüfung sowohl auf Ebene der Regionalplanung wie der Bauleitplanung unter den Aspekten der Klimafolgenanpassung sowie des Hochwasser- und Grundwasserschutzes eine höhere Bedeutung zu?) (in SUP nicht aufgeführt);

Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung als Regelungs- und Pufferfunktion (?natürliche Bodenfruchtbarkeit?).

- Weitere negative Umweltauswirkungen:

Flächeninanspruchnahme eines lärmarmen Raums mit besonderer Bedeutung (ER-K-139)

- Flächengröße ? Flächenversiegelung

Im Regionalplan-Entwurf werden allein für den Ortsteil Hückelhoven-Baal mit den ASB 1 und 2 sowie dem ASB am südwestlichen Ortsrand ca. 25 ha neu ausgewiesen. Hinzu kommen noch kleinere ASB-Flächen, die der Arrondierung und der Innenverdichtung dienen. Diese Größenordnung steht in keinem Verhältnis zu den sinkenden Bevölkerungszahlen.

Da das GIBplus im Norden von Baal nicht gebaut werden soll, ist auch ein Zuzug von Arbeitskräften nicht zu erwarten. Das rückläufige Bevölkerungswachstum rechtfertigt den geplanten Flächenverbrauch nicht.

- Bevölkerungsentwicklung

s.o. unter Wegberg

Alternativ-Vorschlag:

Verkleinerung des geplanten ca. 11,9 ha großen ASB und Beschränkung auf eine Arrondierungsfläche am östlichen Ortsrand von Baal (im Flächennutzungsplan bereits festgesetzt, hellrote Fläche im FNP Auszug). Dadurch können zumindest der Kaltluftstrom erhalten, der Flächenverbrauch von klimarelevanten Böden reduziert und die Eingriffe in Natur und Landschaft verringert werden.

[s. Anhang Abb. 1003616_1]

[s. Anhang Abb. 1003616_2]

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im srm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Auf regionalplanerischer Ebene wurde ein Konflikt hinsicht natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen identifiziert. Eine Betroffenheit gegenüber dem sich im Umfeld befindlichen Naturschutzgebiet wurde dokumentiert. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die

Anhänge[Abb_ID1003616_1.pdf](#)[Abb_ID1003616_2.pdf](#)

Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Inhalt**HÜH_AS2, Baal-Nord****Vorschlag Verkleinerung****Begründung:**

- Nicht erkannte bzw. nicht vollständig erkannte Umweltauswirkungen
- Klima/ Luft:

Hauptsächlich Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen (Ackerland, Grünland) und Gartenland mit sehr hoher, hoher und mittlerer thermischer Ausgleichsfunktion; über den Grünflächen nächtlicher ?Kaltluftvolumenstrom mittel?;

thermische Vorbelastung der gesamten angrenzenden (nicht nur im Norden wie in SUP angegeben), vorhandenen Bebauung, tags stark und Klimavorsorgebereich Klasse 3

- Boden:

Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlungsfunktion (?Wasserspeicher im 2-Meter-Raum?; ?dem Schutz und Erhalt der Böden mit hoher Wasserspeicherkapazität kommt daher auch im Rahmen der Umweltprüfung sowohl auf Ebene der Regionalplanung wie der Bauleitplanung unter den Aspekten der Klimafolgenanpassung sowie des Hochwasser- und Grundwasserschutzes eine höhere Bedeutung zu?)

Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung als Regelungs- und Pufferfunktion (?natürliche Bodenfruchtbarkeit?)

- Nicht berücksichtigte wertgebende Elemente
 - Landschaftsschutzgebiet und Lage in einem regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereich (25.01 Erkelenz-Wegberg, gemäß LEP NRW)
 - Schutzwürdiges Biotop BK-4903-060 ?Waldgebiet in den Stöcken? mit dem Schutzziel ?Erhalt eines z.T. naturnahen Laubmischwaldes als Restwaldfläche ? und als Lebensraum seltener Pflanzen und Tiere?; Auswirkung der Planung: Überbauung einer Teilfläche und erhebliche funktionale Beeinträchtigung des Lebensraumes durch direkte Angrenzung des ASB an das Biotop und das Ökosystem.
 - Bestandteil des Biotopverbundes VB-K-4903-006 ?Restwaldflächen und Grünland bei Doveren, Granterath, Wahrenbusch? mit besonderer Bedeutung (in SUP nicht erkannt); wichtiges Trittstein- und

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

Ergänzungsbiotop zwischen den Biotopverbundflächen VB-K-4903-27 ?Waldbestand am Hinterberg? (Kernfläche mit herausragender Bedeutung, NSG) und VB-K-4903-007 ?Scherresbruch, Habberger Busch? (Kernfläche mit herausragender Bedeutung, NSG, BSN) und weiteren Funktionsflächen des Biotopverbundes;

Auswirkung der Planung: erhebliche Beeinträchtigung einer ausgewiesenen Biotopverbundfläche (besondere Bedeutung) mit Trittsteinfunktion zwischen zwei Kerngebiete ndes Biotopverbundes (NSGs), dadurch auch Beeinträchtigung und Schwächung der Kerngebiete.

Bereits erhebliche Vorbelastung des Biotopverbunds durch großflächig angrenzende Flächen der Post (FNP-Gemeinbedarfsflächen). Eine Offenhaltung der letzten landwirtschaftlich genutzten Flächen (westlicher Teilbereich des geplanten ASB) ist für den Funktionserhalt des Trittsteinbiotops von grundlegender Bedeutung!

- Teil einer Verbundachse eines überregionalen Biotopverbundsystems, hier ?Untere Ruraue? Gehölz-Grünland-Acker-Komplex (Kulturlandschaft), LANUV Fachbeitrag Natur und Landschaft 2019)

[Abbildung]

- Vorkommen planungsrelevanter / wertgebender Arten im Gebiet:

in VB-K-4903-006 Nachweise:
Hasenglöckchen (*Hyacinthoides non-scripta*),
Großer Abendsegler

Planungsgebiet:

Lebensraum (Jagdhabitat, Leitstruktur) Fledermäuse, keine Erhebungen vorhanden; Im Hinblick auf die Lebensraumfunktionen und den Artenschutz wäre eine stärker Isolierung der Wälder insbesondere für strukturgebundene Arten ungünstig (Braunes Langohr, Wimperfledermaus, Wasserfledermaus, Fransenfledermaus).

- Weitere negative Umweltauswirkungen:

Inanspruchnahme von ?Flächen bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen ? erforderlich sind? (?bebauungsfreies Vorfeld ? Empfangsfunkstelle Baal?, FNP Hückelhoven)

- Flächengröße ? Flächenversiegelung

Im Regionalplan-Entwurf werden allein für den Ortsteil Hückelhoven-Baal mit den ASB 1 und 2 sowie dem ASB am südwestlichen Ortsrand ca. 25 ha neu ausgewiesen. Hinzu

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im srm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher

kommen noch kleinere ASB-Flächen, die der Arrondierung und der Innenverdichtung dienen. Diese Größenordnung steht in keinem Verhältnis zu den sinkenden Bevölkerungszahlen.

Da das GIBplus im Norden von Baal nicht gebaut werden soll, ist auch ein Zuzug von Arbeitskräften nicht zu erwarten. Das rückläufige Bevölkerungswachstum rechtfertigt den geplanten Flächenverbrauch nicht.

Alternativ-Vorschlag

Mindestens Verkleinerung des geplanten ASB und Beschränkung auf eine Arrondierungsfläche am westlichen Ortsrand von Baal (s.u.). Dadurch Reduzierung erheblicher Umweltauswirkungen (keine weitere Schädigung eines relevanten Biotops, Erhalt des Kaltluftstroms, Reduzierung des Flächenverbrauchs klimarelevanter Böden, Erhalt der Durchlässigkeit einer überregionalen Biotopverbundachse).

[s. Anhang Abb. 1003620_1]

[s. Anhang Abb. 1003620_2]

Anhänge

[Abb_ID1003620_1.pdf](#)

[Abb_ID1003620_2.pdf](#)

Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines [Auswahl: ASB/GIB] gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke in einem 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen",

die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Inhalt

HÜH_GIBz_1, Baal Nord

Ablehnung

Begründung:

Der Ortsteil Hückelhoven-Baal ist mit dem westlich angrenzenden ca.100 ha großem Gewerbegebiet und dem dichten Schienen- und Straßennetz bereits erheblich vorbelastet. Das Gleiche gilt für die im Gebiet vorkommenden Naturschutzgebiete, vielfältigen, naturnah geprägten Biotope und Biotopverbundflächen. Das geplante 39,5 ha große GIBplus würde den Ortsteil und die umgebende Landschaft zusätzlich erheblich belasten. Nur zwei Kilometer nördlich liegen zudem die großen Gewerbegebiete von Erkelenz. Daraus resultiert eine überdurchschnittlich hohe Dichte an flächenbedeutsamen Gewerbe- und Industriegebieten.

Nach einer im April 2022 herausgegebenen Pressemitteilung (Rheinische Post vom 22.04.22) von Landrat, einem CDU-Landtagsabgeordneten und den Bürgermeistern von Erkelenz und Hückelhoven wird das geplante Gewerbe- und Industriegebiet nicht realisiert. Anlass war nach eigenen Aussagen ein erheblicher Protest von Bürgern und eines betroffenen ökologisch wirtschaftenden Landwirtes, der 50% seiner Ackerböden verloren hätte.

Auf eine detaillierte Auseinandersetzung mit potenziellen Umweltauswirkungen wird daher verzichtet.

Im Wesentlichen sind die in den Stellungnahmen HÜH_ASB_1 und 2 sowie der B57n dargelegten Umweltauswirkungen und wertgebenden Elemente auch in diesem Gebiet vorzufinden. Betroffen sind v.a. schutzwürdige klimarelevante, auch ökologisch bewirtschaftete Böden, flächenbedeutsame schutzwürdige Biotope in direkter Angrenzung nördlich und südlich an das geplante GIBplus, Biotopverbundflächen (Achse!) sowie die stellenweise Flächeninanspruchnahme derselben. Die Bedeutung dieses Landschaftsraumes wird darüber hinaus durch die Einstufung im LEP NRW als ?regional bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich? ersichtlich. Im Hinblick auf die Lebensraumfunktionen und den Artenschutz wäre eine stärker Isolierung der Wälder insbesondere für strukturgebundene Arten ungünstig (Braunes Langohr, Wimperfledermaus, Wasserfledermaus, Fransenfledermaus).

[Abbildung]

- Flächengröße ? Flächenversiegelung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Für die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal gilt, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis (s. Stellungnahme ID 1001804).

Hückelhoven hat Ende 2020 (Stichtag 31.12.2020, Statistisches Landesamt) bereits mit 3,7 %, nach der Kommune Übach-Palenberg mit 4,5%, den zweitgrößten Anteil an Gewerbe- und Industrieflächen (gemessen an seiner Gesamtfläche) im Landkreis Heinsberg. Gefolgt von Heinsberg mit 2,5%. Zum Vergleich NRW 3,0%.

Die Siedlungsdichte war im Vergleich zu anderen Kommunen im Kreis Ende 2020 mit 24,3 % am höchsten (Erkelenz 22,2 %, Wassenberg 18,5 %, Wegberg 17,3 %).

Eine Rechtfertigung für die weitere Ausweisung flächenbedeutsamer Gewerbe- und Industriegebiete ist nicht ersichtlich.

(Quellen: Statistikatlas NRW, Statistisches Landesamt, Abruf 25.05.22)

[s. Anhang Abb. 1003622]

Anhänge

[Abb_ID1003622.pdf](#)

Inhalt

Die Bevölkerungsentwicklung in der Kommune Wegberg wird zukünftig lediglich mit einem ?Wachstum? von 0,2% prognostiziert (Information u. Technik NRW, Abruf 22.05.22). Dieser zu vernachlässigende Zuwachs für den Zeitraum bis 2040 resultiert aus der starken Abnahme der erwerbstätigen Bevölkerung bei gleichzeitiger überproportionaler Zunahme der älteren Bevölkerung (Gruppe 65 ? 80 Jahre plus 42,3%, Gruppe 80 und mehr Jahre plus 129,3%).

Maßgeblich für die Bevölkerungsentwicklung in Wegberg und die damit verbundene Bereitstellung von ASBs sind aber die Jahrgänge zwischen 25 und 65 Jahre, die um 22,6 % (25 ? 40 Jahre) bzw. 22,7 % (40 ? 65 Jahre) schrumpfen.

Eine Rechtfertigung für die weitere Ausweisung großräumiger ASB ist daher nicht ersichtlich.

1 WEG_ASB_1, Großgerichhausen

Ablehnung, Alternativ-Vorschlag Verkleinerung

Begründung:

Innerhalb des Grenzlandrings sind in Stadtlage verschiedene, auch größere bereits als ASB ausgewiesene Flächen mit weniger gravierenden Umweltauswirkungen noch unbebaut. Einer entsprechenden Innenverdichtung sollte unbedingt Vorrang gegeben werden.

Falsche Einschätzung der Vorbelastungen und der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter und in der räumlichen Ausdehnung:

- Vorbelastungen (1.07. Umweltbericht):

Lediglich die L400 ist eine Vorbelastung; weitere in der SUP genannte Vorbelastungen ?Wasserwerk mit Brunnen? ist ein größerer Waldkomplex mit großer Streuobstwiese und überschaubarem Gebäude-Ensemble, die vorhandene Wohnbebauung mit Einfamilienhäusern (z.T. alte Hofstellen) und großen offenen Gärten zur freien Landschaft fügt sich nahtlos in das Landschaftsbild ein.

- Nicht erkannte Umweltauswirkungen
- schutzwürdiges Biotop BK-4803-054 ?Beecker Bach u. angrenzender Wald?

Charakteristik: Fließgewässer mit naturnahen Erlenwald-Relikten, hohem Eschen,

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

Eichen und Buchenanteil, Altholz;

Betroffenheit im Umfeld (in SUP unerwähnt), da auf der gesamten Länge des ASB (Ost-West) direkt angrenzend; durch geplantes Baugebiet starke Frequentierung und Beeinträchtigungen zu erwarten

[Abbildung]

- Biotopverbundfläche VB-K 4803-007 ?Nebenbäche des Schwalmoberlaufes? und VB-K4803-008 ?Wald Elsenkamp und Laubgehölze um Uevekoven? mit ?Uevekovener Grenzgraben? (besondere Bedeutung);

Betroffenheit, da unmittelbar angrenzend (Umfeld) (siehe Abb. oben) und Riegelwirkung zwischen VB-K 4803-007 und VB-K4803-008 auslösend (in SUP unerwähnt)

[Abbildung]

- Vorkommen planungsrelevanter / wertgebender Arten im Gebiet:

Feldlerche (Brutvogel), Schafstelze, Mehlschwalbe, Rauchschwalbe, Turmfalke, Habicht, Waldkauz,

Jagdhabitat und Leitstruktur von Fledermausarten der angrenzenden Biotop- und Biotopverbundflächen (Zwergfledermaus, Kleinabensegler, Abendsegler, Braunes Langohr, pot. Rauhautfledermaus, Breitflügelfledermaus);

mit Ausnahme der Zwergfledermaus keine Art in SUP erwähnt

- Klima / Luft:

Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen mit sehr hoher und hoher thermischer Ausgleichsfunktion und Beeinträchtigung/Schwächung von Grünflächen mit höchster thermischer Ausgleichsfunktion im Umfeld (Biotope!) (in SUP unerwähnt);

Verschlechterung der günstigen / weniger günstigen thermischen Situation der nördlich angrenzenden lockeren EFH-Bebauung

[Abbildung]

- Boden:

Inanspruchnahme von schutzwürdigen klimarelevanten Böden und fruchtbaren Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im srm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter

- Landschaft:

regional bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich (Landschaftskulturelles Erbe Nr. 018, Regionalplan Köln, Anhang B, Kulturlandschaftsentwicklung): ?Tal der Schwalm (Erkelenz, Wegberg)?, ?Bachaue eingebettet in Bruchwaldgebiet, am Rand historische Dörfer und zahlreiche Wassermühlen mit Mühlenteichen ? und am Beecker Bach (Ophover Mühle), barockes Kirchdorf Beeck mit kath. Kirche St. Vincentius, einer spätgotischen Backsteinhallenkirche, Leinenkaufmannshäusern; Ort umgeben von einem früheren Flachsangebaugebiet mit erhaltenen Flachsrosten (mit Wasser gefüllte Gruben, in denen der Flachs mehrere Wochen fault); Motten bei ? Haus Beeck, ? und am Beecker Bach bei Gerichhausen?.

Schädigung eines seit Jahrhunderten bestehenden, kulturhistorisch wertvollen, charakteristischen Siedlungs- und Landschaftsbildes;

im Umfeld Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung-

- Weitere negative Umweltauswirkungen:
 - Wegfall der Erholungsfunktion (Teilbereiche bisher BSLE) des großräumigen Offenlandbereiches (Rundweg mit Beeckbach)
 - Problematische, nicht unerhebliche Verkehrserschließung, Anschluss und Ausbau von landwirtschaftlichen Wirtschaftswegen (die vorhandene lockere EFH-Bebauung ist nur über zwei schmale Straßen von Norden aus erreichbar)
- Flächengröße - Flächenversiegelung

Das 20,1 ha große ASB Großgerichhausen wurde gegenüber dem ASB im gültigen Regionalplan um ca. 5,5 ha vergrößert. Hinzu kommen die neu ausgewiesenen ASB südwestlich (Masseiker Straße/ Grenzlandring, bereits in Bebauung bzw. genehmigt) mit ca. 4,55 ha sowie die Sport- und Spielanlagen westlich Großgerichhausen und die Flächen für die notwendige Verkehrserschließung.

Das Ergebnis ist ein neues, zusammenhängendes ASB > 25 ha, welches das Orts- und Landschaftsbild erheblich negativ verändert und die Durchlässigkeit des Biotopverbundes der Nord-Süd-Achse (FFH-Gebiet - Beecker Wald ? Grüngürtel ? Beeckbach ? Offenland Großgerichhausen (mit Wiesenwegen, Graben) ? Uevekovener Offenland-Gehölz-Komplex unterbricht.

Darüber hinaus sind in der ländlich geprägten Kommune Wegberg mit den ASBF-Gebieten in Wegberg-Wildenrath und Wegberg-Arsbeck, beide von FFH-Gebieten umgeben, weitere 29,6 ha vorgesehen.

In den vergangenen zwei Jahren wurden bereits 22 ha Bauland von der Stadt Wegberg neben den üblichen Lückenschlüssen und Arrondierungen ausgewiesen. Zum Stichtag

Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Bezüglich der Anregungen für Kapitel F.2 der Biotopverbundflächen für das rheinische Revier (HS_W3 und HS_W2) wird auf die Stellungnahmen ID 1006087 und ID 1006086 verwiesen.

31.12.2020 waren bereits 23,3 % der Kommune mit Siedlungs- und Verkehrsflächen überzogen (Statistisches Landesamt, Bevölkerungs- und Siedlungsdichte am 31.12.2020), sodass ein weiterer Bedarf in der Größenordnung des ASB Großgerichhausen, zumal bei einem fehlendem Bevölkerungswachstum und einer überalternden Gesellschaft (s.u.), nicht begründet ist.

Alternativ-Vorschlag:

Mindestens Reduzierung der geplanten ASB-Fläche auf die Größe wie im gültigen Regionalplan (unten: rechtes Bild mittlerer Bereich) dargestellt. Im Gegenzug Nutzung des östlich gelegenen und ausgewiesenen, aber nicht in Anspruch genommenen ASB (rechtes Bild, rechtes Gebiet) sowie Neuausweisung des westlich gelegenen, geplanten ASB (auf kommunaler Ebene bereits in Umsetzung bzw. festgesetzt; rechtes Bild, linke Gebiete).

[Abbildung] [Abbildung]

Die vorgeschlagene Verkleinerung des geplanten ASB Großgerichhausen um 5,5 ha wird nahezu kompensiert durch die Inanspruchnahme der 4,33 ha großen, bisher ungenutzten Fläche östlich von Großgerichhausen im Ortsteil Beeck.

Der vorhandene Biotopverbund könnte, wenn auch mit Einschränkungen, bei einer Verkleinerung weiterhin über zwei Achsen westlich und östlich des ASB aufrechterhalten werden. Für eine bestmögliche Funktionserfüllung sollten die Korridore als dauerhafter Offenland-Gehölz-Komplex (z.B. als Kompensationsflächen) entwickelt werden.

Hinweis

Der Beeckbach wird ? zur Einbindung des BSN Schwalmquellgebietes östl. Tüschbroich und des BSN Mühlenbach nord-östl. der Stadt im Kapitel F.2 als Biotopverbundfläche für das rheinische Revier (HS_W3 und HS_W2) zur Darstellung als BSN vorgeschlagen. Dieser Biotopverbund hat auch ausschlaggebende Bedeutung für die Anbindung weiterer Biotopverbundstrukturen im östlichen Kreisgebiet bis hin zum Tagebau Garzweiler.

Schlussbetrachtung

Die hier vorgeschlagene ASB-Variante ist zudem weniger schädlich für den Flächenverbrauch und den damit verbundenen Eingriffen, für das Orts- und Landschaftsbild und die Beeinträchtigung der klimaökologischen Funktionen.

Auszug gültiger Regionalplan ? Alternativ-Vorschlag mit Verbundachsen (grün)

In Anbetracht des nicht vorhandenen Bevölkerungswachstums in der Stadt Wegberg,

der Eingriffswirkung des geplanten ASB und der politisch vorgegebenen Flächeneinsparziele ist eine Planungsrechtfertigung für das flächenbedeutsame ASB nicht gegeben.

Eine Inanspruchnahme der kleineren westlich und östlich gelegenen Flächen mit zusammen >8 ha und ggfs. weiterer im zentralen Stadtgebiet liegender, ungenutzter Siedlungsbereiche wäre bereits mehr als der errechnete Bedarf.

[s. Anhang Abb. 1003623_1]

[s. Anhang Abb. 1003623_2]

Anhänge

[Abb_ID1003623_1.pdf](#)

[Abb_ID1003623_2.pdf](#)

Inhalt

Kreis Heinsberg, Blattschnitt-Nr. 04, Wegberg, ASB Grüngürtel/Wald

Ablehnung als ASB

Begründung:

Das Gebiet 'Grüngürtel' ist eine ca. 30jährige Aufforstung mit gemischtem Laubholz, gut ausgeprägtem Waldmantel und einem Stillgewässer und wurde als Ausgleichsfläche mit Biotopfunktion angelegt. Am Nordrand schließt sich ein Buchenwald-Restbestand des Beecker Waldes an. Entlang der Westseite befindet sich eine langgestreckte Ackerfläche.

Der Bereich ist bereits im gültigen Regionalplan als ASB ausgewiesen, ist aber hinsichtlich seiner ökologischen Ausstattung und seiner Biotop- und Biotopverbund-Funktion dem Beecker Wald (nördlich) und dem Wald entlang des Beeckbachs (südlich) zuzurechnen.

- Nicht berücksichtigte Festsetzungen:
 - Waldfläche (Bebauungsplan I3 B Beecker Heide Ost, Flächennutzungsplan Wegberg)
 - Landschaftsschutzgebiet 'Schwalmplatte' (Landschaftsplan Festsetzung: Erhaltung der natürlichen Landschaftsstrukturen, Erhaltung der Vegetationskomplexe, die eine besonders hohe Refugial- und Ausgleichsfunktion besitzen, ?)
 - Widerspruch zum Ziel des Landesentwicklungsplans (LEP NRW) zur Walderhaltung und zu Ziel Z.22 'Waldbereiche erhalten und entwickeln' des vorliegenden Regionalplan-Entwurfs
- Nicht erkannte bzw. nicht vollständig erkannte Umweltauswirkungen:
 - Bestandteil des Biotopverbundes VB-K-4803-004 (besondere Bedeutung, 'Verbundschwerpunkt Wald, Ziel und Bedeutung: Erhalt aller Waldstandorte der Schwalmebene', Vernetzung der Restwaldflächen sowie Entwicklung von Waldsäumen, Entwicklungsraum für Arten der Wälder 'EntR Art. D. Wälder')
 - 'Biotopverbundfläche mit Bedeutung für die Vernetzung von Wald', LANUV Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (Kartenanlage I.6)
 - einziger Verbindungs- und Austauschkorridor zwischen dem FFH-Gebiet DE-4803-301 (Schwalm, Knippertzbach, Raderveekes u. Lüttelforster Bruch, Entfernung 900 Meter) im Norden des Stadtgebiets und dem direkt angrenzenden Beecker Wald zum südlich gelegenen ebenfalls anschließendem Beeckbach (BK-4803-054, VB-K-4803-004) mit dem

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie 'linienhafte' Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

- jeweiligen Arteninventar
- Der nördliche Bereich (ca. 45 %) der als ASB ausgewiesenen Fläche gehört zum Waldökosystem Beecker Wald und dem FFH-Gebiet mit seinen Bruch- und Auwaldbereichen

[Abbildung]

- Klima/ Luft:

die westlich und östlich an das Gebiet angrenzenden Wohngebiete sind als ?Klimawandel-Vorsorgebereich? (Klasse 4) eingestuft. Die ungünstige thermische Situation des Siedlungsbereichs wird durch die Ausgleichsfunktion des Waldkorridors (Klassifizierung ?höchste thermische Ausgleichsfunktion?) und des Agrarkorridors (Klassifizierung ?sehr hohe thermische Ausgleichsfunktion?) positiv beeinflusst.

[Abbildung]

- Boden: schutzwürdige klimarelevante Böden mit hoher Funktionserfüllung (Regler- und Pufferfunktion)
- Vorkommen planungsrelevanter / wertgebender Arten im Gebiet: bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (nachgewiesen) und Lebensraum (Quartier, Jagdhabitat, Leitstruktur) von Zwergfledermaus, Breitflügelfledermaus (Jagdhabitat), Kleinabensegler, Abendsegler, Braunes Langohr, pot. Rauhaufledermaus; Waldkauz, Mittelspecht

Hinweis

Die Fläche wird zusammen mit dem Beeckbach ? zur Einbindung des BSN Schwalmquellgebietes östl. Tüschbroich und des BSN Mühlenbach nord-östl. der Stadt im Kapitel F.2 als Biotopverbundfläche für das rheinische Revier (HS_W3 und HS_W2) zur Darstellung als BSN vorgeschlagen. Dieser Biotopverbund hat auch ausschlaggebende Bedeutung für die Anbindung weiterer Biotopverbundstrukturen im östlichen Kreisgebiet bis hin zum Tagebau Garzweiler.

[s. Anhang Abb. 1003624]

Anhänge

[Abb_ID1003624.pdf](#)

Inhalt**WEG_ASBF_1, Arsbeck****Ablehnung****Begründung:**

Durch das geplante 10,9 ha große ASB-Flex würden die Ortsteile Wegberg-Arsbeck und Wegberg-Dalheim zu einer Einheit/ Großverbund zusammenwachsen, dieses ist nach den Regelungen des Regionalplanes nicht vorgesehen. Darüber hinaus ist die Infrastruktur des täglichen Bedarfs nicht bzw. nicht ausreichend vorhanden, was zwangsläufig zur weiteren Ausweisung großflächiger Einkaufszentren mit entsprechender Flächenversiegelung führen würde. In Anbetracht der naheliegenden ökologisch sensiblen Schutzgebiete und der seit wenigen Jahren anhaltenden, sehr hohen Flächeninanspruchnahme für Baugebiete durch die Stadt Wegberg in Arsbeck, Wildenrath und Wegberg sollten keine weiteren Flächen in hochwertigen Landschaftsräumen geopfert werden. Im Ortsteil Wildenrath ist zudem in ca. 2 km Entfernung ein weiteres ASBF mit 18,7 ha vorgesehen.

- Nicht erkannte Umweltauswirkungen
 - neben kleinparzelliertem Grünland und Ackerflächen Inanspruchnahme von strukturreichen, auch gärtnerisch genutzten Parzellen mit (Mager-)grünland und Wiesen, Gehölzgruppen, Hecken, Obstbäumen, pot. Fledermaus (Nachweise im Umfeld Braunes Langohr, Zwergfledermaus) und Höhlenbrüterquartiere, Nahrungs- und Bruthabitat von geschützten Vogelarten; letzte größere Freifläche in Ortslage für waldbewohnende Arten, die Waldsäume und offene Flächen als Jagd- und Nahrungshabitat benötigen; im übrigen Teil der Ortschaft Dalheim und dem anschließenden Ortsteil Arsbeck- Büch ziehen sich die Waldgebiete bis unmittelbar an den Ortsrand heran.
 - insbesondere im nördlichen Bereich des ASBF unmittelbare Nähe zu BSN-0062, FFH-Gebiet DE-4803-303, Wildnisgebiet WG-HS-0001, Landschaftsbildeinheit LBE-I-024-W3 (herausragende Bedeutung), gesetzlich geschützten Biotop z.B. BT-4803-0291-2012, Biotopverbund VB-K-4802-004,

Stickstoffempfindlicher Lebensraum u.a. wertgebende Kriterien im Umfeld;

Vorbelastung des hochkarätigen Schutzgebiets durch Freizeitaktivitäten, Trittschäden an der Vegetation, Müllablagerung, Eutrophierung, Grundwasserabsenkung;

- eine Zunahme der Bevölkerungsdichte aufgrund der Ausweisung neuer ASB

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

führt unweigerlich zu einer weiteren Schädigung des Schutzgebiets

[Abbildung]

- Klima/ Luft:

Der geplante Bereich für das ASBF bildet die letzte große Kaltluft- und Frischluftzone innerhalb des Ortes sowie zwischen den Ortschaften Arsbeck und Dalheim, sobald das bereits genehmigte Baugebiet Hessenfeld südlich des geplanten ASBF bebaut ist.

- Flächengröße ? Flächenversiegelung

In den letzten zwei Jahren wurde bereits Bauland von der Stadt Wegberg in der Größenordnung von ca. 22 ha bereitgestellt. Darin sind genehmigte sowie im Verfahren befindliche Bebauungspläne enthalten. Ein hoher Anteil entfällt davon auf den Ortsteil Arsbeck: Auf dem Kamp II - 2,5 ha, Auf dem Kamp III 4 - ha, Helpensteiner Straße - 5 ha, sowie im benachbarten Ortsteil Dalheim Roedgener Straße - 2,9 ha. Es sind also bereits > 14 ha zuzüglich weiterer Lückenschlüsse und Arrondierungen in unmittelbarer Nähe des geplanten ASBF ausgewiesen worden. Ein weiterer Bedarf für ein ASB dieser Größenordnung entbehrt jeglicher Grundlage und ist nicht vereinbar mit den Zielen einer ökologisch nachhaltigen Siedlungsentwicklung, des Klimaschutzes und des Arten- und Landschaftsschutzes.

[s. Anhang Abb. 1003625]

Anhänge

[Abb_ID1003625.pdf](#)

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im srm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Haitalschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Die Bewertungen des Umweltberichts müssen nach einem einheitlichen Maßstab für die gesamte Planungsregion erfolgen. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Im vorliegenden Fall sind hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung voraussichtlich bei keinem Kriterium erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als nicht erheblich eingeschätzt werden.

Inhalt**WEG_ASBF_2, Wildenrath****Ablehnung/ Verkleinerung****Begründung:**

Das geplante ASB-Flex befindet sich mit einer Größe von 18,7 ha in einem Größenverhältnis, welches für einen kleinen Ortsteil in einem ökologisch sensiblen Landschaftsraum nicht angemessen ist und jeglichen Zielen einer nachhaltigen Siedlungsplanung widerspricht. Darüber hinaus sind weder ausreichende Einkaufs- und Arbeitsmöglichkeiten sowie sonstige Infrastruktureinrichtungen noch eine gute Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz vorhanden. Die Planung fördert somit ein hohes Aufkommen von Individualverkehr mit entsprechend hohen Umweltbelastungen und Auswirkungen auf die fußläufig entfernten Schutzgebiete. Im Ortsteil Arsbeck ist zudem in ca. 2 km Entfernung ein weiteres ASBF mit 10,9 ha vorgesehen.

- Nichterkannte Umweltauswirkungen

größtenteils Bestandteil von LSG-4802-0001 Schwalmplatte mit dem Entwicklungsziel, dass eine Neupflanzung von Obstgehölzen um die Dorflagen herum erfolgen soll. Mit den Kompensationsflächen Flur 520/123/ 121 ist dieses geschehen[1]. Diese Biotope brauchen eine lange Entwicklungszeit und sollten nicht in Anspruch genommen werden. Außerdem handelt es sich laut des Kompensationsflächenkatasters um eine Fläche mit dem Zweck ?CEF_Natura2000_Schadensbegrenzung? offensichtlich um eine Ausgleichsmaßnahme nach europäischem Naturschutzrecht. Die Überplanung einer solchen Fläche zur Ausweisung eines Vorbehaltsgebietes zur Flexibilisierung der Siedlungsentwicklung wird von den Naturschutzverbänden strikt abgelehnt.[Abbildung]

- Problematische Nähe zum FFH-Gebiet DE-4803-302 ?Schaagbachtal?, BSN-0062, NSG HS-005, Biotopverbund VB-K-4802-004 ?Helfensteiner Bach, oberes Schaagbachtal und Petersholz? sowie den gesetzlich geschützten Biotopen BT-4803-0191-2003 Erlen-Eschen-Weichholz-Auenwälder und BT-4803-0005-2013 Nass-Feuchtgrünland-Brachen: die Schutzgebiete sind bereits jetzt durch hohe Tourismusbesucherschancen (Premiumwanderwege) extrem belastet, eine weitere Bebauung würde den Druck und die bekannten Schäden im
- Rahmen der Naherholung und Freizeitsports erhöhen [Abbildung]
 - Inanspruchnahme eines lärmarmen Erholungsraumes mit

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

herausragender Bedeutung (in SUP erkannt)

- neben kleinparzelliertem Grünland und Ackerflächen Inanspruchnahme von strukturreichen, auch gärtnerisch genutzten Parzellen mit (Mager-)grünland und Wiesen, Gehölzgruppen, Einzelbäumen, Hecken, Obstbäumen
- Inanspruchnahme wertvoller Ackerböden, die als klimarelevant eingestuft sind
- Vorkommen planungsrelevanter / wertgebender Arten im Gebiet: Jagdhabitat von Fledermausarten nahegelegener Gebäude und Biotopflächen (Nachweise von Zwergfledermaus, Breitflügelfledermaus), planungsrelevante Vogelarten strukturreicher Flächen wie sie im Übergangsbereich zwischen dörflicher Siedlung und freier Landschaft zu finden sind, Nahrungshabitat der nahegelegenen Schutzgebiete

Eine Rechtfertigung für die weitere Ausweisung flächenbedeutsamer ASBF ist daher nicht ersichtlich, zumal in den letzten beiden Jahren bereits 22 ha Bauland ausgewiesen wurden bzw. im Verfahren sind, davon alleine 14 ha im benachbarten Ortsteil Arsbeck, dessen Ortsanfang in 1km Entfernung ist!

[s. Anhang Abb. 1003652]

Anhänge

[Abb_ID1003652.pdf](#)

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Auf regionalplanerischer Ebene ist bezüglich des Änderungsbereichs kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Es wurde eine Betroffenheit des Naturschutzgebietes in dem 300-Meter Radius erfasst, doch auf Grund der Lage des direkt angrenzenden Siedlungsraum, der eine entsprechende Barriere bildet, kann eine erhebliche Umweltauswirkung auf das Naturschutzgebiet ausgeschlossen werden. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASBF) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Inhalt

GIB Rath-Anhoven-West

Ablehnung:

Die Stadt Wegberg hat durch den Flächennutzungsplan von 2008 bereits die Voraussetzung für den Bau eines 1,5 ha großen GIB geschaffen. Das Gebiet ist im gültigen Regionalplan (2003) als landwirtschaftliche Fläche und BSLE ausgewiesen.

Begründung:

Das geplante GIB ist mit 1,5 ha nicht groß, der gesamte westlich anschließende Ortsbereich bis zur B57 und weitere Bereiche östlich der Bundesstraße sind aber nahezu vollständig von Gewerbeflächen dominiert (>20 ha!).

[Abbildung]

- Nicht erkannte Umweltauswirkungen
 - Biotopverbundfläche VB-K 4803-007 ?Nebenbäche des Schwalmoberlaufs? (besondere Bedeutung)

Betroffenheit, da unmittelbar nördlich und östlich angrenzend; erhebliche Beeinträchtigung bis hin zu völliger Unterbrechung der einzigen Biotopverbundachse ?Beeckbach? zwischen Wegberg und Erkelenz (siehe auch Stellungnahme WEG_BSLE_Beeckbach-Schwalm)

- Vorkommen planungsrelevanter / wertgebender Arten im Gebiet: Feldlerche (Brutvogel Nachweise), Kiebitz (Brutvogel Nachweise in ca. 300-350 Meter Entfernung), Jagdhabitat und Leitstruktur von Fledermausarten (Zwergfledermaus nachgewiesen) entlang der angrenzenden Biotopverbundflächen und Gehölz-Leitstrukturen
 - Boden:

Inanspruchnahme von ?fruchtbaren Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung als Regelungs- und Pufferfunktion? und ?hoher Verdichtungsempfindlichkeit?

- Landschaft:

Inanspruchnahme von Flächen im LSG Schwalmplatte

Öffnung eines bisher durch Siedlung, Gewerbe und Infrastruktur weitgehend unversehrten Landschaftsraumes, erhebliche Beeinträchtigung des charakteristischen Landschaftsbildes mit Offenland-Charakteristik und Gehölzkulissen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Gemäß § 8 Abs. 1 ROG ist die Umweltprüfung bei der Aufstellung eines Raumordnungsplans auf zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen zu beschränken, wenn in anderen das Plangebiet ganz oder teilweise umfassenden Plänen oder Programmen bereits eine Umweltprüfung nach § 8 Abs. 1 ROG durchgeführt wurde. Dies fand beispielsweise bei vorhandenen Umweltprüfungen im Rahmen von Neuaufstellungen des Flächennutzungsplans oder bei bereits durchgeführten und umweltgeprüften Regionalplanänderungen Anwendung.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

[s. Anhang Abb.1003653]

Anhänge

[Abb_ID1003653.pdf](#)

Inhalt

ASB-Erweiterung Aachen-Richterich (AC_ASB_1)

Zurücknahme auf die bereits bebauten Flächen

Begründung

Der Bedarf für eine derart große Erweiterung ist nicht erkennbar. Die Erweiterung würde zudem ein landschaftlich und für die Naherholung wichtiges Gebiet betreffen. Die entsprechenden Flächen sollten als Regionaler Grünzug und BSLE dargestellt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Aachen (Stn ID Nr. 1003935) verwiesen. Die Rücknahme erfolgt unter Berücksichtigung der Bauflächendarstellungen im geltenden Flächennutzungsplan der Stadt Aachen.

Inhalt

ASB Aachen-Horbach

Zurücknahme auf die bereits bebauten Flächen oder Streichung des ASB

Begründung

Die noch nicht aktuell bebauten Flächen des hier geplanten ASB sind weitgehend gut mit Gehölzen, Randlinien und Streuobstbeständen strukturiertes Grünland mit höherer Bedeutung für den Biotop- und Artenschutz. Schwere Konflikte mit dem Artenschutz sind bei einer Realisierung entsprechender Bauleitpläne absehbar. Der ASB sollte daher entweder auf die bereits bebauten Flächen zurückgenommen oder aber ganz gestrichen werden. Die entsprechenden Flächen sollten als Regionaler Grünzug und BSLE dargestellt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Aachen verwiesen.

Inhalt

GIBz Aachen-Hittfeld

Beschränkung auf die Nicht-Waldflächen

Begründung

Die Nutzung des Bereiches als Freiflächen-Photovoltaik-Bereich wird begrüßt, allerdings sollten die Waldflächen im süd-östlichen Quadranten an der Autobahn ausdrücklich ausgeschlossen werden. Der GIBz sollte daher entsprechend zurückgenommen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Festlegung erfolgt unter Berücksichtigung der Ausweisungen des geltenden neu aufgestellten Flächenutzungsplanes der Stadt Aachen. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

ASB Aachen-Lichtenbusch

Zurücknahme des westl. Teils des ASB von der Staatsgrenze bis zur B 258

Begründung

Die Bebauung zwischen der B 258 und der Staatsgrenze besteht heute nur aus der Straßenrandbebauung sowie einem etwa 4 ha großen Neubaugebiet. Das kann nicht als wirklich bedeutsamer Siedlungsbereich angesehen werden. Gegen eine Einbindung der westlich gelegenen Flächen in den ASB östlich der B 258 spricht, dass sich dort auch heute noch gut strukturierte Grünlandflächen befinden, die nicht baulich entwickelt werden sollten. Zudem würde so eine bandartige Siedlungsstruktur weiter zementiert, die nicht gewollt sein kann.

Insbesondere ist auch eine Entwicklung der Bebauung nach Süden auszuschließen wegen des dort befindlichen BSN mit dem Naturschutzgebiet ?Freyenter Wald? und dazwischenliegenden besonders gut strukturierten Grünlandflächen.

Die Grünlandflächen sollten als BSLE dargestellt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Bereiche westlich der B258 sind aufgrund der dort vorhandenen Bauflächen bzw. des baulichen Bestands entsprechend der planerischen Konzeption Teil des regionalplanerisch festzulegenden ASB. Eine Reduzierung der ASB-Festlegung erfolgt unter Berücksichtigung bauleitplanerischer Ausweisungen im südlichen Bereich des ASB Lichtenbusch. Diesbezüglich wird auf die Stellungnahme der Stadt Aachen (Stn. Nr. ID 1003933) bzw. auf die Änderungskarte verwiesen.

1003680, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Beulardstein</p> <p>Rücknahme des noch nicht bebauten Teils im NE des ASB</p> <p>Begründung Der ASB sollte im Nord-Osten (zum Autobahnkreuz hin) zurückgenommen werden. Der Bedarf für diese Siedlungsentwicklung ist nicht erkennbar.</p> <p>Die betreffenden Flächen stellen sich als vergleichsweise gut strukturierte Kulturlandschaft dar, die vor Bebauung geschont werden sollte. Zudem ist die bereits bestehende Bebauung hier zu einem natürlichen Abschluss gekommen, teils bereits mit Ortsrand-Eingrünung. Eine weitere bauliche Entwicklung ist nicht angezeigt. Die Flächen sollten als Regionaler Grünzug und BSLE dargestellt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003680]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003680.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der ASB entspricht in diesem Bereich den im neu aufgestellten FNP der Stadt Aachen ausgewiesenen Bauflächen. In Bezug auf den Bedarf wird auf die Planbegründung verwiesen.</p>

1003683, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Aachen-Schleckheim</p> <p>Rücknahme des ASB im Nordteil</p> <p>Begründung</p> <p>Die Norderweiterung des ASB in die Stufe II-Biotopverbundfläche VB-K-5202-010 hinein wird abgelehnt. Dieser gut strukturierte und ökologisch, landschaftlich und für die Naherholung wertvolle Bereich sollte nicht bebaut werden, sondern als BSLE entwickelt werden. Eine Bauleitplanung würde sich wegen der Nähe zum Bachlauf und dem zu erwartenden Vorkommen geschützter Arten im baumbestandenen Grünland schwerer Konflikte gegenübersehen. Die Norderweiterung sollte daher entfallen und der ASB bis auf die heute bestehende Bebauung zurückgenommen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es wird auf die Erläuterung zu der Stellungnahme der Stadt Aachen (s. Stellungnahme ID Nr. 1003933) verwiesen.</p>

1003684, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Kornelimünster</p> <p>Rücknahme der ASB-Darstellung am Süd-Rand</p> <p>Begründung</p> <p>Der ASB sollte wie folgt zurückgenommen werden. Der Bedarf für diese Fläche ist angesichts der bereits umgesetzten Bauleitplanung im Süd-Westen von Kornelimünster nicht erkennbar. Der hier beplante Bereich ist mit gut strukturiertem Grünland bewachsen und sollte als BSLE erhalten bleiben.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003684]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003684.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die ASB-Festlegung entspricht in diesem Bereich den Bauflächenausweisungen des neu aufgestellten Flächennutzungsplans der Stadt Aachen. In Bezug auf den Bedarf wird auf die Planbegründung verwiesen.</p>

Inhalt

ASB Eilendorf

Zurücknahme des ASB

Begründung

Die im nachfolgend vorgeschlagenen Rücknahme-Bereich liegenden gut strukturierten Grünlandflächen weisen eine hohe Bedeutung als auch ökologisch wertvolle Kulturlandschaft auf. Sie sind in der Stufe II-Fläche VB-K-5203-001 enthalten und beherbergen Vorkommen von auf Grünland spezialisierter Vogelarten, so dass bei nachfolgender Bauleitplanung von großen Konflikten auszugehen wäre. Die Flächen sollten als BSLE dargestellt werden.

[s. Anhang Abb. 1003685]

Anhänge

[Abb_ID1003685.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Teilflächen des angesprochenen Bereichs sind im neu aufgestellten Flächennutzungsplan der Stadt Aachen als Bauflächen ausgewiesen. In den nicht für eine bauliche Nutzung vorgesehenen Bereichen erfolgt eine Rücknahme der ASB-Festlegung (siehe Änderungskarte). Diesbezüglich wird auf die Abwägung zur Stellungnahme der Stadt Aachen verwiesen.

Inhalt

ASB Aachen-Brand

Rücknahme des ASB am Nordende östlich der A 44

Begründung

Der Bedarf für die bauliche Nutzung des noch nicht bebauten Nord-Zipfels des ?ASB? ist nicht erkennbar. Denn im bestehenden Gewerbe- und Industriegebiet gibt es etliche noch nicht genutzte Flächen. Im GIB westlich der A 44 stehen über 9 ha Fläche brach bzw. sind jedenfalls nicht für industrielle Nutzungen verwendet. Bedarf für weitere Gewerbebetriebe ist daher nicht erkennbar.

Zudem muss sehr ernsthaft die Frage gestellt werden, wie ein Gewerbegebiet, das mit Kompostwerk, Betonwerk, Baustoffhandel etc. sehr wohl störende Betriebe beinhaltet, als ASB dargestellt werden kann!

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der nördliche Bereich des ASB entspricht der Bauflächenausweisung des neu aufgestellten Flächennutzungsplans der Stadt Aachen. In Bezug auf den Bedarf wird auf die Planbegründung verwiesen. Die im ASB vorzusehenden Nutzungen ergeben sich aus Ziel 7 des Regionalplans. In Bezug auf bestehende emittierende Betriebe oder Einrichtungen wird auf Erläuterung 4 verwiesen.

Inhalt

ASB Aachen-Beverau

Rücknahme der Erweiterung ins Offenland

Begründung

Die unten abgegrenzte Fläche sollte nicht als ASB, sondern als AFAB, BSLE und regionaler Grünzug dargestellt werden. Dies begründet sich wie folgt:

Bei dieser Fläche handelt es sich um einen Teil eines ? stadtnahen ? Kaltluftentstehungsgebietes mit Anschluss an eine Kaltluftleitbahn mit sehr hohem Kaltluftvolumenstrom in Richtung Innenstadt, das für die Abkühlung und Lufthygiene der im Aachener Talkessel befindlichen (unteren) Stadtteile wie das Frankenberger Viertel von ganz großer Bedeutung ist. Der Verzicht auf jede ? auch kleine - Ausweitung von Siedlungsgebieten in dieser Kaltluftentstehungsfläche ist aus klimatologischer Sicht auch wegen der Überbauung anderer Belüftungspfade sehr wichtig, zumal Aachen eine Kommune mit bedeutsamer Überhitzung ist. Wegen der Einzelheiten auch zu weiteren Aspekten (Teil eines Naherholungsgebietes, Entwässerungsproblematik etc.) verweisen wir auf den u.a. Ausschnitt aus dem Fachinformationssystem Klimaanpassung NRW und die Stellungnahme der LNU NRW vom 12.7.2019, die der Stadt Aachen vorliegt; bitte geben Sie kurz Bescheid, falls Ihnen diese Stellungnahme nicht vorliegt.

Die in Rede stehende ASB-Ausweisung steht in klarem Widerspruch zum Ziel der Sicherung von regionalen Grünzügen (S. 44 in den textlichen Erläuterungen). Ein solcher Grünzug ist im Umfeld um den BSN Beverbachtal klar erkennbar dargestellt.

In der markierten Fläche kann eine Bebaubarkeit planungsrechtlich schon deshalb nicht verwirklicht werden, weil keine verkehrstechnische Erschließungsmöglichkeit ersichtlich ist.

Nach jahrelangen Diskussionen hat der Aachener Planungsausschuss bereits im April 2019 mit breiter Mehrheit aus den vorstehenden Gründen beschlossen, dass die Fläche von Bebauung frei bleiben soll, so auch der Stadtrat im August 2020. Teile der Stadtverwaltung hatten noch im Jahr 2019 im Widerspruch zu diesem politischen Konsens versucht, zumindest einen Teil des LSG Beverau in Bauland umzuwandeln. Gerade wegen dieser Zusammenhänge kann von einer üblichen Generalisierung/Abrundung keine Rede sein. Gegen eine reine Darstellungsunschärfe spricht zudem, dass die ASB-Festlegungen im Einzugsgebiet des Beverbachtals zuungunsten der Freifläche insgesamt mehr als 2,5% der Freiflächen (8 ha) betreffen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Aachen verwiesen.

[s. Anhang Abb. 1003687]

Anhänge

[Abb_ID1003687.pdf](#)

Inhalt

Erweiterung des ASB westlich der K5 und südlich des Gewerbegebietes Merkstei bzw. des Schleypenhofer Weges (HER_ASB_1)

Ablehnung

Begründung

Westlich der K5 ist ein bestehendes LSG und südlich des Gewerbegebietes liegt u.a. das NSG Halde Nordstern und Noppenberg. Das landwirtschaftlich genutzte Gebiet ist ein Kaltluftentstehungsgebiet und damit unverzichtbar für die Luftqualität im Stadtgebiet Herzogenrath.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Festlegung wird entsprechend der Anregung der Stadt Herzogenrath verändert, dies beinhaltet die Rücknahme im westlichen Teil des betreffenden Bereichs (siehe Änderungskarte). Der Anregung ist insoweit teilweise entsprochen.

Inhalt

Erweiterung des ASB westlich und östlich der L223 und südlich des Schulzentrums Herzogenrath (HER_ASB_2_A)

Ablehnung

Begründung

Das landwirtschaftlich genutzte Gebiet ist ein Kaltluftentstehungsgebiet und damit unverzichtbar für die Luftqualität im Stadtgebiet Herzogenrath. Auch dient die Lage als Frischluftschneise.

Von Bedeutung ist auch der Biotopverbund zwischen dem Broichbachtal, dem FFH-Gebiet ?Wurmtal südlich Herzogenrath mit Meisbachtal? und der ehemaligen Braunkohlengrube Maria-Theresia. Die natürlich dort stattfindende Wanderbewegung von Tieren wird hierdurch zerstört.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Herzogenrath (siehe Stellungnahme ID Nr. 1004816) verwiesen.

Inhalt

**Gewerbegebietserweiterung Siersdorf in Richtung Baesweiler-Setterich
(BAE_GIBz_1)**

Ablehnung

Begründung

Die Erweiterung ist aus ökologischen, Naherholungs- und Naturschutzgründen abzulehnen. Nach Aufgabe der landwirtschaftlichen Hofstelle Röttgenhof und Stilllegung des ehemaligen Kraftwerks hat sich dort neben dem Jahrzehnte alten Dauergrünland mit Restobsthochstammbestand und 2 wertvollen Naturdenkmälern (Roßkastanie und Sommerlinde) auch eine fast 20-jährige Brache entwickelt, die zahlreichen Vogelarten, Amphibien und Insekten in der ausgeräumten Agrarlandschaft ein einzigartiges Refugium bietet. Das Gebiet ist im Landschaftsplan II als LSG, GLB und ND (2 Bäume) ausgewiesen. Bereits im Rahmen der Errichtung des Automobil-Testzentrums bzw. der Filmautobahn wurde eine hohe Anzahl von Amphibien wie Kreuz- und Geburtshelferkröte, sowie Erdkröte und div. Froscharten in Richtung Halde Emil-Mayrisch umgesiedelt. Diese Tiere sind auf das im Entwurf überplante Gebiet angewiesen. Außerdem dient das Gebiet der örtlichen Naherholung; und dies besonders nach dem Ausbau der L50 mit erheblicher Landschaftszerschneidung. Dieses Gewerbegebiet gefährdet den regionalen Biotopverbund. Siehe auch die Stellungnahme zu ALD_GIBz_1).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Bereich ist als zweckgebundener GIB vorgesehen. Es handelt sich um einen Standort, der gemäß Anhang zum Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung 2019 als Sofortmaßnahme für das Rheinische Revier aufgeführt ist ("Campus Aldenhoven"). Diesen Standorten kommt im Zuge der Bewältigung des Strukturwandels (vgl. Einleitung Textliche Festlegungen und Grundsatz G.14) eine besondere Bedeutung zu.

Inhalt

Erweiterung des GIB Hoengen (ALS_GIB_2)

Zurücknahme des GIB bis NW-lich des Merzbaches

Begründung

Die geplante Erweiterung des GIB Hoengen zwischen der Bundesstraße und der A 44 würde den Biotopverbund im Verlauf des Merzbaches und der ehemaligen Bahnlinie Aachen-Jülich zerstören. Tiere, die in Südwest-Nordost-Richtung aktuell wechseln können, würden auf die Verkehrswege (Bundesstraße und A 44) ausweichen und dort die Zahl der Wildunfälle erheblich steigern. Der Merzbach entspricht in seinem dortigen naturfernen Gewässerverlauf nicht der EU-Wasserrahmenrichtlinie und bedarf zudem im Rahmen einer Renaturierung der ausreichenden Flächenbereitstellung. Eine GIB-Ausweisung in dieser unberührten Offenlandschaft ist daher abzulehnen. In diesem Offenlandbereich mit hochwertigen Böden und ökologischer Vielfalt kommt eines der letzten Kiebitzvorkommen in der SR AC vor.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der GIB umfasst in diesem Bereich eine im geltenden Flächennutzungsplan der Stadt Alsdorf ausgewiesene gewerbliche Baufläche.

Inhalt

GIB-Erweiterung Alsdorf-Schaufenberg (ALS_GIBz_1)

Ablehnung der GIB-Erweiterung

Begründung

Die nördliche Erweiterung des GIB würde den regionalen Grünzug der in Ost-West-Richtung von Alsdorf über Baesweiler-Oidtweiler, Übach-Palenberg-Boscheln bis zur niederländischen Grenze verläuft an einer bereits bestehenden Engstelle weiter einengen. Das würde die Eignung der Landschaft für die Naherholung, das Landschaftserleben und besonders für die Durchgrünung und den Kaltluftabfluss in regionalem Maßstab deutlich erschweren und den Sinn des ganzen Regionalen Grünzuges langfristig in Frage stellen. Auf die Nord-Erweiterung des GIB sollte daher verzichtet werden.

(siehe auch entsprechend zum GIB HER_GIB_2)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung schließt sich in kompakter Form nördlich an den bestehenden Siedlungsraum an. Der angesprochene in Ost-West Richtung verlaufende Grünzug-Korridor wird regionalplanerisch durch die Festlegung als Regionaler Grünzug gesichert.

1003693, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>GIB-Erweiterung Herzogenrath-Merkstein (HER_GIB_2)</p> <p>Ablehnung der GIB-Erweiterung</p> <p>Begründung</p> <p>Die östliche Erweiterung des GIB würde den regionalen Grünzug der in Ost-West-Richtung von Alsdorf über Baesweiler-Oidtweiler, Übach-Palenberg-Boscheln bis zur niederländischen Grenze verläuft an einer bereits bestehenden Engstelle weiter einengen. Das würde die Eignung der Landschaft für die Naherholung, das Landschaftserleben und besonders für die Durchgrünung und den Kaltluftabfluss in regionalem Maßstab deutlich erschweren und den Sinn des ganzen Regionalen Grünzuges langfristig in Frage stellen. Auf die Ost-Erweiterung des GIB sollte daher verzichtet werden.</p> <p>(siehe auch entsprechend zum GIB ALS_GIBz_1 StN-1003692)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der GIB umfasst in diesem Bereich eine im Flächennutzungsplan der Stadt Herzogenrath ausgewiesene Baufläche.</p>

Inhalt**interkommunaler GIB Eschweiler****Rücknahme der Neudarstellung****Begründung**

Diese GIB-Planung liegt in einem agrarisch und naherholungsbezogen bedeutsamen Gebiet zwischen Warden/Kinzweiler und dem Blausteinsee. Dies widerspricht dem Landschaftsplan VII, der dort Flächen für den Biotopverbund ausweist. Zudem sind dort Schutzbereiche wie LSG und GLB ausgewiesen. Auch ist dieser Bereich elementar wichtig für den Vogelzug, denn weiter östlich wurde eine große Anzahl vom Großwindkraftanlagen gebaut. Diese Fläche liegt im sog. ?Grünkreuz? der Stadt Alsdorf. Hiermit ist die Vernetzung zwischen dem Broichbachtal und dem Blausteinsee ökologisch und für die Naherholung vorgesehen. Dieses projektierte Gewerbegebiet hat weder Anschluss an Siedlungsbereiche noch Gewerbeflächen. Zudem würde dadurch der Amphibienverbund Merzbach - NSG ?ehemalige Kieswäsche Kinzweiler?- Feldflur mit Gehölzen und Gräben i.R. Blausteinsee/Schlangengraben zerstört. Die Gewerbegebietsplanung nord-östlich von Kinzweiler und östlich der L 240 liegt völlig isoliert in der freien Feldflur und zerschneidet eine der letzten größeren halbwegs unzerschnittenen und vergleichsweise störungsarmen Ackerfluren in der StädteRegion Aachen mit dem größten zusammenhängenden Feldlerchenvorkommen der StädteRegion. Zahlreiche weitere planungsrelevante Vogelarten wie Gelbspötter und Nachtigall als Brutvogelarten der vorhandenen Gehölzstrukturen wären betroffen. Der Feldsperling besitzt unmittelbar angrenzend sein größtes (von insgesamt nur drei) Brutvorkommen in der gesamten StädteRegion und wäre erheblich betroffen. Die Art nutzt weite Teile des Plangebietes als Nahrungshabitat. Auch ein seit vielen Jahren besetztes Steinkauzrevier wäre durch den Verlust der Nahrungsflächen im Plangebiet erheblich betroffen und würde mit hoher Wahrscheinlichkeit verloren gehen (Quelle: Biostation StädteRegion Aachen, Stolberg).

Eine GIB-Darstellung in dieser unberührten Offenlandschaft mit hochwertigen Böden und ökologischer Vielfalt ist daher abzulehnen.

Zudem würde mit einer baulichen Nutzung dieser Fläche die Chance vertan, den Merzbach zur Hochwasserentlastung der Ortslage Alsdorf-Warden wieder zumindest im Starkregenfall in das ehemalige Verlaufsgebiet zurückzuverlegen. Vor dem Braunkohleabbau verlief der Merzbach quer durch das heutige Rekultivierungsgebiet in Richtung Schlangengraben / Aldenhoven. Hier wäre auch über das vorhandene Grabensystem der Sickerwasserzustrom zum Blausteinsee zu optimieren, der in absehbarer Zeit von RWE-Power kein Sumpfungswasser mehr erhalten wird.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Bereich wurde als wichtiger gewerblich-industrieller Standort zur Bewältigung des Strukturwandels identifiziert und im Zuge einer vorgezogenen Regionalplan-Änderung festgelegt. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsichten sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

ASB-Erweiterung östlich Hehlrath (ESC_ASB_2)

Ablehnung

Begründung

Die ASB-Erweiterung südöstlich Kinzweiler zerstört den Biotopverbund zwischen den NSG ?ehem. Kieswäsche Kinzweiler? und ?ehem. Deponie Röhe?. Die Feldflur östlich des ?Grubenrandbaches? ist daher offen zu halten. Die Erweiterung des ASB ist aus ökologischen Gründen abzulehnen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Der betreffende Bereich weist keine schutzwürdigen Biotope auf, er ist nicht Bestandteil des regionalen Biotopverbunds gemäß dem Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege, der gemäß den fachgesetzlichen Vorgaben die Grundlage für den Regionalplan darstellt. Die Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Hier besteht die Möglichkeit lokal bedeutsame Verbundkorridore vorzusehen.

Inhalt

ASB-Erweiterung nord-östlich Kinzweiler

Zurücknahme des ASB bis zum heutigen Ortsrand

Begründung

Die dreieckige ASB-Erweiterung zwischen dem BSN und NSG ?Ehem. Kieswäsche Kinzweiler? und dem aktuellen Siedlungsrand von Kinzweiler ist abzulehnen, da dort der Merzbach naturfern verrohrt verläuft und so die Offenlegung/Renaturierung nicht mehr möglich wäre. Der überwiegende Teil des Merzbaches wurde bereits renaturiert. Es fehlt noch das Stück zwischen dem NSG und der renaturierten Strecken. Zudem fehlt im Biotopverbund der Stufe 1 die Verbindung zwischen dem Beginn der Merzbachverrohrung an der Kinzweiler Mühle und der Wasserburg Kinzweiler.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zu der Stellungnahme der Stadt Eschweiler verwiesen.

Inhalt

GIB-Darstellungen an Saubach & Inde (unter anderem: STO_GIB_2)

Ablehnung

Begründung

Die GIB-Darstellungen im südlichen Bereich des Propsteier Waldes auf den Veglapoldern, im Bereich Saubach und entlang der Inde werden wegen Zerstörung des Biotopverbundes, der Gewässervorlandstrukturen, dem dort existierenden Biberlebensraum und seltener Orchideenbestände abgelehnt.

Zudem bieten die im Veglapolder abgelagerten Schleifsande aus der Glasproduktion kein standfestes Medium, um dort bauen zu können. Diese Flächen sind in der geplanten 4. Änderung des LP III als NSG vorgesehen. Aktuell weisen alle dortigen Flächen die Biotopverbundqualität der Stufe 1 aus.

Insbesondere Bebauungen in der Aue der Inde nordöstlich Stolberg-Atsch konterkarrieren den im Plangebiet notwendigen Hochwasserschutz, sichtbar insbesondere bei dem jüngsten Hochwasserereignis. Sämtliche geplanten Gewerbe- und Siedlungsgebiete in potenziellen Überschwemmungsbereichen, insbesondere aber in regelmäßigen Überschwemmungsbereichen sind strikt abzulehnen. Zudem existiert in Teilbereichen um äußerst schützenswertes Grünland mit zahlreichen Magerkeitszeigern und Schwermetallvegetation (Galmeiveilchen, Galmeitäschelkraut usw.), das aufgrund seiner Beschaffenheit ein § 30-Biotop darstellt. Zudem stellt die Aue einen wichtigen Verbundkorridor insbesondere für die vom Aussterben bedrohte Gelbbauchunke (FFH-Anhang II und IV) sowie für Geburtshelferkröte (FFH-Anhang IV) und Kreuzkröte (FFH-Anhang IV) dar.

Die Flächen stellen weiterhin ein Verbundkorridor des (ehemaligen) Kreuzkrötenvorkommens im Bereich des Gewerbegebiets ?Camp Astrid? sowie auf dem Bahnhofsgelände in Stolberg dar. Die aktuellen Kartierungen der Straßenbauverwaltung weisen Vorkommen der Planungsrelevanten Arten Haselmaus, Schlingnatter, Mauereidechse und Kreuzkröte auch auf den Flächen außerhalb der Indeaue nach; ein konfliktarmer Raum für eine GIB-Darstellung ist in keiner Weise erkennbar. Bei Bebauung dieser Flächen ist ein Biotopverbund nur eingeschränkt bzw. nicht mehr funktional möglich. Die Gewerbegebietsplanungen sind daher in diesen Bereichen abzulehnen.

Hinweis

Die Darstellung im Umweltbericht ist völlig irreführend und objektiv falsch, denn sie hat

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung des GIB entspricht in diesem Bereich den Ausweisungen gewerblicher Bauflächen im geltenden Flächennutzungsplan der Stadt Stolberg. Entsprechend der Methodik der Umweltprüfung erfolgte eine vertiefende Prüfung für den angesprochenen, noch nicht baulich genutzten Bereich (hier aufgrund seiner Flächengröße von >10ha). Detailliertere Betrachtungen sind Gegenstand nachfolgender Planungs- und Genehmigungsebenen.

offenbar nur den Teil der GIB-Fläche untersucht, der bereits im alten Regionalplan dargestellt war. Die östlich neu hinzugekommene Fläche wurde hingegen gar nicht untersucht. Mithin konnten die klar erkennbaren artenschutzrechtlichen Probleme (Schlingnatter, Mauereidechse, Kreuzkröte, Geburtshelferkröte) nicht erkannt werden.

Inhalt**GIB nordwestlich Mausbach-Diepenlinchen (STO_GIB_1)****Ablehnung des GIB****Begründung**

Die Fläche des geplanten GIB ist im Landschaftsplan III ?Eschweiler-Stolberg? mit dem Entwicklungsziel für die Landschaft 1 ?Erhaltung einer mit naturnahen Lebensräumen und sonstigen natürlichen Landschaftselementen reich oder vielfältig ausgestatteten Landschaft? ausgewiesen. Zusammen mit dem ökologisch wertvollen Sonderstandort ?Halde Weißenberg? (u. a. Galmeivegetation) und den benachbarten FFH-Gebieten ?Werther Heide? und ?Napoleonsweg? stellt dieser Bereich eine Einheit dar.

Auf dem Gelände der Gewerbegebietsplanung befindet sich ein Gewässer mit einem aktuellen Vorkommen der FFH-Art Kammmolch (Anhang II und IV) (Quelle: Biostation StädteRegion Aachen, Stolberg). Ein weiteres besiedeltes Gewässer befindet sich unmittelbar östlich des geplanten Gebietes. 2 von insgesamt nur 6 bekannten Fortpflanzungsgewässern des Kammmolches in der gesamten StädteRegion Aachen wären von dem geplanten Gewerbegebiet unmittelbar betroffen. Ein weiteres potenzielles Laichgewässer im nordwestlichen Bereich des Plangebietes wäre ebenfalls betroffen. Eine Planung im Umfeld des Kammmolchvorkommens ist vollständig abzulehnen. Wichtige Verbundachsen für die FFH-Art Kammmolch würden verloren gehen, Tiere durch Bau und Betrieb des Gewerbegebietes getötet und die Population mit hoher Wahrscheinlichkeit mittelfristig aussterben. Zudem bildet der Bereich einen wichtigen Verbundkorridor für die FFH-Arten Gelbbauchunke (Anhang II und IV) und Geburtshelferkröte (Anhang IV) zwischen Vorkommen im FFH-Gebiet ?Steinbruchbereich Bernardshammer und Binsfeldhammer? und dem Naturschutzgebiet ?Werther Heide? sowie dem ?ehemaligen Steinbruchbereich Vygen?. Die Halde ?Weißenberg? stellt zudem ein wertvolles Biotop aus 2. Hand dar und bietet den Amphibien unzählige Verstecke in dem sandigen Areal. Auch die dortige Galmeiflur ist selten, gebietstypisch und daher zu erhalten. Diese Verbundachsen sollen im Rahmen des mit Landes- und EU-Mitteln geförderten Projekts ?LIFE-Amphibienverbund? umgesetzt werden. Daher ist die Ausweisung als GIB abzulehnen. [Abbildung]

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Es handelt sich um einen der wenigen Bereiche im Umfeld, die keine Schutzgebietsfestsetzungen im Landschaftsplan aufweisen. Sie sind auch nicht Bestandteil der regional bedeutsamen Biotopverbundflächen gemäß dem Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege, der gemäß den fachgesetzlichen Vorgaben die Grundlage für den Regionalplan darstellt. Die benannten kleinflächigen Biotope (jeweils <0,2ha) liegen außerhalb bzw. randlich der geplanten GIB-Festlegung, sodass deren Sicherung auf nachfolgender Planungsebene ermöglicht werden kann. Die weitere Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

ASB-Erweiterung nördlich Stolberg-Breinig (Wingertsberg)

Zurücknahme des ASB bis zum heutigen Ortsrand

Begründung

Mit dieser geplanten Siedlungserweiterung würde die Ortslage Stolberg-Breinig speerförmig in die Landschaft hineinragen und so den arrondierten Ortsrand sprengen. Der Bereich ist zudem im Landschaftsplan II als Landschaftsschutzgebiet 2.2.-8 ausgewiesen. Das weitreichende artenreiche Dauergrünland ist mit vielen Gehölzgruppen und -streifen durchzogen und Lebensraum u.a. des Steinkauzes. Daher ist diese Erweiterung abzulehnen. Diese Planung widerspricht dem umgebenden regionalen Grünzug diametral und wirkt wie ein künstlicher Fremdkörper.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die gegenüber dem geltenden Regionalplan unveränderte geplante Festlegung schont die nördlich, südlich und östlich von Breinig verlaufenden Freiraumkorridore im Übergang zu den dort befindlichen Ortslagen.

1003700, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASBflex östlich Stolberg-Breinig</p> <p>Rücknahme der ASBflex</p> <p>Begründung</p> <p>Der nördlich der dortigen Bahntrasse dargestellte de facto-Siedlungserweiterungsraum (ohne BSLE und regionaler Grünzug-Darstellung) liegt im Außenbereich und kann unter Umständen Probleme mit dem dortigen Steinkauzvorkommen auslösen. Hier wurde eine Bebauung im Rahmen eines artenschutzrechtlichen Gutachtens aufgrund des Vorkommens des Steinkauzes abgelehnt.</p> <p>Die Siedlungserweiterung südlich der Bahnlinie bzw. der Straße ?Rehag? liegt innerhalb des Geltungsbereichs des Landschaftsplans III im dortigen Landschaftsschutzgebiet 2.2.-8. Das Gebiet gehört zum Quellbereich des Rüstbaches und ist geprägt von einem artenreichen Dauergrünland mit Gehölzstrukturen. Die zur Reaktivierung anstehende Bahnlinie wirkt zudem als Linienbiotop.</p> <p>Aufgrund des Vorkommens des Steinkauzes, des Einzugsgebietes des Rüstbaches und auch der landschaftlichen Schönheit des reich strukturierten Grünlandes ist die Darstellung als Siedlungsraum abzulehnen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003700]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003700.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die Festlegung beinhaltet keine regional bedeutsamen Biotopverbundflächen gemäß dem Fachbeitrag der LANUV NRW, der gemäß den fachgesetzlichen Vorgaben die Grundlage für den Regionalplan darstellt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Hierbei können u.a. auch artenschutzrechtliche Belange oder vorhandene lokal bedeutsame Biotopverbundflächen berücksichtigt werden.</p>

1003701, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>GIB-Darstellung im Bereich südlich Flugplatz Merzbrück</i></p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Die Planung zerschneidet große unzerschnittene Ackerfluren mit einem großen Vorkommen der planungsrelevanten Feldlerche. Schutzbemühungen im Feldvogelschutz in der StädteRegion Aachen werden durch diese Planung konterkariert. Der Luftlandplatz Merzbrück ist erst vor kürzerer Zeit erweitert bzw. die Start- und Landebahn verschwenkt worden. Zudem wurde dort ein Gewerbegebiet bereits ausgewiesen, welches noch nicht in der Erschließung begonnen wurde. Der Erweiterungsbereich liegt innerhalb einer bedeutsamen Kaltluftabflussströmung i. R. Norden. Die GIB-Erweiterung sollte daher ersatzlos gestrichen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist als zweckgebundener GIB vorgesehen. Es handelt sich um einen bereits im geltenden Regionalplan für die Ansiedlung gewerblich-industrieller Nutzungen festgelegten Standort, der gemäß Anhang zum ?Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung 2019? als Sofortmaßnahme für das Rheinische Revier aufgeführt ist ("Forschungsflugplatz Merzbrück"). Diesen Standorten kommt im Zuge der Bewältigung des Strukturwandels (vgl. Einleitung Textliche Festlegungen und Grundsatz G.14) eine besondere Bedeutung zu.</p>

1003702, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>GIB Lammersdorf im Bereich Kelzerbend</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Die Erweiterung des dortigen Gewerbegebietes liegt im Lebensraum des dort aktiven Bibers und im Quellbereich des Kelzerbachs. In der Aue des Kelzerbachs finden sich artenreiche Mager- und Feuchtwiesen mit einem belegten Vorkommen des Blauschillernden Feuerfalters (<i>Lycaena helle</i>, FFH Anhang II und IV (Daten Biologische Station StädteRegion Aachen e.V.). Es ist vom Vorkommen gesetzlich geschützter Biotope auszugehen.</p> <p>Die Flächeninanspruchnahme würde auch das Trinkwassereinzugsgebiet der Kalltalsperre erheblich beeinträchtigen und widerspricht dem Freiraumschutzziel für Fließgewässer (blaue waagerechte Signatur) und gefährdet die künftige öffentliche Trinkwasserversorgung.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003702]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003702.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der GIB entspricht in diesem Bereich den gewerblichen Bauflächen des geltenden Flächennutzungsplanes der Gemeinde Simmerath.</p>

Inhalt

Gewerbegebiet (GIB regional, zweckgebundene Nutzung) nordöstlich Simmerath (SIM_GIBz_1)

Ablehnung

Begründung

Die Gewerbegebietsplanung zerstört wichtige Verbundkorridore zwischen den Bachnebtälern des Rursees, dem Kalltal und somit auch den Belgischen Venngeländen. Vielmehr ist dieser Bereich als Verbundachse für Arten des Grünlandes offenzuhalten und zu optimieren. Die Planung an dieser Stelle und in diesem Umfang ist völlig inakzeptabel und würde die Verbindung zwischen den Naturschutzgebieten ?Weidenbachtal und Kalltal zerschneiden. Die Flächen sind aktuell im LP V ?Simmerath? als EZ 1 und LSG 2.2.-24 ausgewiesen. Die Flächen gehören in die Biotopverbundqualität Stufe 1.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht, hier belegt durch die Aufnahme als Standort im Regionalen Gewerbeflächenkonzept der Städteregion Aachen als zentralem Standort für die Eifelgemeinden, sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Der geplante GIBRegional nimmt nur zu einem relativ geringen Maße Flächen des großflächigen Biotopverbundbereichs (Stufe 2) unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle in Anspruch ohne dass dadurch eine großräumige Betroffenheit von Biotopverbundkorridoren ausgelöst wird. Die Inanspruchnahme von Biotopverbundflächen der Stufe 2 ist aufgrund der landesplanerischen Vorgaben (Anschluss an bestehenden Siedlungsraum Simmerath) nicht zu vermeiden. Die weitere Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1003704, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB nordöstlich Simmerath bzw. nördlich Kesternich:</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Der gesamte Bereich ist der Wassereinzugsbereich der Kall bzw. des Fischbachs und dient somit in besonderer Weise der Trinkwasserversorgung. Die Nähe zum NSG und FFH-Gebiet 2.1.-8 ?Oberes Kalltal mit Nebenbächen? ist nicht akzeptabel. Hier besteht ein intaktes LSG 2.2.-24 mit Dauergrünland und Heckenstrukturen. Dort existiert auch unter der Festsetzung 5.1.-45 eine vermoorte Feuchtwiese, die nach Beseitigung des standortuntypischen Fichtenbestandes wieder zu vernässen ist.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003704]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003704.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der ASB entspricht in diesen Bereichen den Bauflächenausweisungen des geltenden Flächennutzungsplans der Gemeinde Simmerath. Näheres, z.B. die Berücksichtigung einzelner Biotopflächen, ist auf der örtlichen Planungsebene zu berücksichtigen.</p>

1003705, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB mit zweckgebundener Nutzung am Rurseeufer zwischen Rurberg und Woffelsbach:</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Aufgrund sehr starker touristischer Nutzung sind nur noch wenige wertvolle Naturufer am Rursee als Rückzugsgebiet und als Ein- und Ausstieg für Tiere erhalten geblieben. Diese Flächen hat der Landschaftsplan V ?Simmerath? im Bereich des hier geplanten ASB als Naturschutzgebiet 2.1.-26 ?Weidenbachtal mit Nebenbächen bis zum Rurseeufer? und als Landschaftsschutzgebiet 2.2.-35 ?Rur- und Obersee mit Ufer? ausgewiesen. Besonders das Weidenbachtal ist ?von der Quelle bis zur Mündung? in seinem vollständigen Biotopverbund zu erhalten. Daher ist dieser ASB zu streichen. Der Bereich zum Schutz der Natur (BSN) sollte bis zum Rurseeufer erweitert werden. Neben zahlreichen Amphibienarten sind die Quellläufe des Weidenbaches auch als Laichgebiet für die Fische des Rursees unverzichtbar.</p> <p>Es ist darüber hinaus unverständlich, warum diese wertvollen Naturgebiete erschlossen werden sollen, wegen derer die Urlauber dort ihre Freizeit verbringen. Die Eifel ist attraktiv wegen der noch vorhandenen Naturschätze und natürlich erhaltenen Landschaft. Diese sollte man nicht wegen weniger Nutznießer zerstören.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003705]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003705.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW) werden vorhandene überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen, die isoliert im Freiraum liegen und die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten (ab einer Größenordnung von 10 ha) aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) festgelegt, um eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke zu vermeiden.</p> <p>Die Festlegung schließt dem Maßstab entsprechend im geltenden Flächennutzungsplan der Gemeinde Simmerath ausgewiesene Bauflächen für Freizeit- bzw. touristische Nutzungen ein. Gegenüber dem geltenden Regionalplan wurde die Festlegung ASBz erheblich reduziert (vgl. Stellungnahme der Gemeinde Simmerath).</p>

1003706, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Erweiterung des ASB zwischen Imgenbroich und Konzen, bzw. zwischen der K 16 (Hengstbrüchelchen) und der Straße „Auf der Hardt“ (MON_ASB_1 oder MON_ASB_2)</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Die Grünlandflächen des LSG 2.4. -4 des Landschaftsplans VI auf der die Erweiterung des dortigen Siedlungsgebietes in Fortsetzung des neuen Gewerbegebietes geplant ist, hat besondere ökologische Bedeutung:</p> <p>Dieses LSG nutzen folgende Vogelarten als Nahrungshabitat: Schafstelzen (3 Durchzügler) Rauchschwalben (mind 10), 1 Pärchen Rotmilane, 1 Pärchen Turmfalken, ca. 40 Stare, Steinschmätzer (2 Durchzügler), Mönchgrasmücken, Heckenbraunelle und Wacholderdrosseln.</p> <p>Da sowohl die Rotmilane als auch die Turmfalken hier balzten, stellt das strukturreichere LSG 2.2-14 in räumlicher Nähe zum LSG 2.4-4 ein geeignetes Bruthabitat für die Greifvögel dar und ein wichtiges Nahrungshabitat zur Versorgung der Jungvögel. Bevor eine solch umfangreiche Siedlungsentwicklung von Imgenbroich bis nach Konzen im Regionalplan festgelegt wird, sollten erst einmal alle Baulücken in beiden Ortsteilen der Stadt Monschau geschlossen werden.</p> <p>Hinweis</p> <p>Der Umweltbericht stellt die beiden Flächen MON_ASB_1 und MON_ASB_2 mit der gleichen Abgrenzung, aber völlig anderer Bewertung und Flächengröße dar. Es bestehen also erhebliche Zweifel an der Umweltprüfung der Fläche. Zudem sind die ASB-Teilflächen südlich der K 16 gar nicht geprüft worden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003706]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003706.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht - hier teilweise belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan - sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Hierzu gehört auch die detailliertere Betrachtung von artenschutzrechtlichen Belangen. Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.</p>

Inhalt

GIB westlich des Testzentrums und der Filmautobahn (ALD_GIBz_1)

Ablehnung

Begründung

Auf die Neudarstellung eines kreisübergreifenden GIB sollte verzichtet werden, denn der Bereich ist landschaftlich gut strukturiert, weist einige bedrohte Tierarten auf und dient als Ausgleichsfläche für die östlich gelegene Infrastruktur. Eine GIB-Darstellung wäre mit dem ökologischen Wert unvereinbar (siehe auch Stellungnahme zu BAE_GIBz_1) [siehe Stn-ID 1003690]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig

	<p>und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>
--	--

Inhalt

Gewerbegebiet Gypenbusch in Nörvenich (NÖR_GIB_1)

Ablehnung des Gewerbegebietes Gypenbusch

Begründung

Die Umweltbericht weist für 3 Schutzgüter erhebliche Umweltauswirkungen bei Realisierung dieser Planung nach; allerdings unterschätzt er die Beeinträchtigung von geschützten Arten in mehrfacher Weise: Das Plangebiet liegt in der Nähe des FFH-Gebietes Nörvenicher Wald, das dem Schutz von 2 Wochenstubenkolonien der Bechsteinfledermaus dient. Die Bechsteinfledermäuse verlassen den Nörvenicher Wald und fliegen entlang von Leitlinien regelmäßig in die umgebende Landschaft. Bei detaillierter Betrachtung des Planungsgebietes wären solche Nahrungsflüge am Rand des Gebietes sehr wahrscheinlich. Eine Realisierung dieses Plangebietes würde wegen Beleuchtung die Nutzbarkeit des Raumes für die Fledermäuse ausschließen, so dass sich eine Beeinträchtigung des FFH-Gebietes aufdrängt.

Das Plangebiet wird offenbar sowohl von Feldlerchen, als auch von Rebhühnern bewohnt. Beide Arten haben eine ungünstige Entwicklungsprognose, so dass auf die Planung verzichtet werden sollte. Dies insbesondere, weil in der Bauleitplanung für dieses Gebiet gerade nicht erkennbar ist, dass eine Umsiedlung dieser Arten im Zuge von CEF-Maßnahmen gelingen kann. Denn die für den BBP Gypenbusch H3 werden CEF-Maßnahmen geplant, die über 10 km entfernt liegen.

Die Planung würde eine wesentliche Verlärmung eines heute lärmarmen Bereiches, die de facto-Zerstörung eines Naherholungsgebietes sowie die Überbauung besonders wertvollen Boden vorbereiten. Die sollte wegen der Beeinträchtigung von 4 Schutzgütern eingestellt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt**ASB süd-östlich Nörvenich (NÖR_ASB_1)****Ablehnung des ASB****Begründung**

Nörvenich kann nach den Prognosen von IT.NRW bis 2050 zwar ein leichtes Bevölkerungswachstum um ~ 300 Bürger erwarten (+ 3,3 %), aber gleichzeitig nimmt der Anteil der sehr alten Menschen (über 80) um 140,6 % zu ? der höchste Wert im Kreis Düren und deutlich darüber hinaus! Es muss die Frage gestellt werden, wieviele dieser Senioren in altergerechte Wohnungen umziehen wollen und was mit den dann leerstehenden Wohnungen für fast 900 Menschen geschehen soll. Die Planungen zur Erweiterung des ASB Nörvenich würden Wohnraum für weitere 800-1000 Menschen schaffen. Für die Naturschutzverbände ist weder erkennbar, dass ernsthaft an der Schaffung altersgerechtern Wohnraums gearbeitet wird, noch dass eine bedarfsgerechte ASB-Planung erfolgt. Offenbar sind die sehr großräumigen ASB-Ausdehnungen einer Zuzug-Erwartung geschuldet, die keineswegs erkennbar ist. Daher sollte der ASB deutlich verkleinert und realistischen Erwartungen angepasst werden.

Der ASB in der geplanten Größe würde zum Zusammenwachsen der Ortsteile Nörvenich und Hochkirchen führen, was auch aus grundsätzlichen Erwägungen nicht gewollt sein kann.

Die ASB-Erweiterung bis zum BSN Neffelbachaue führt zu absehbaren Konflikten mit dieser für das ganze rheinische Revier ausschlaggebenden Biotopverbundachse. Das Heranrücken an die Neffelbachaue verbietet sich aus Sicht der Naturschutzverbände.

Zudem umrahmt die ASB-Abgrenzung das Kasernengelände ?Haus Hardt?, das dicht mit Laubbäumen bewaldet und mit dem BSN der Neffelbachaue verbunden ist. Über die Neffelbachaue ist der Kasernenbereich mit dem FFH Gebiet Nörvenicher Wald in direktem Biotopverbund. Deswegen ist das Kasernengelände eine bedeutende Nahrungsfläche für Bechsteinfledermäuse aus dem nördlich angrenzenden FFH-Gebiet Nörvenicher Wald. Die Naturschutzverbände schlagen das Kasernengelände daher für den Biotopverbund ?rheinisches Revier? als BSN vor (als DN_10).

Eine Bebauung der um das Waldgebiet liegenden Flächen würde dieses Nahrungshabitat im bewaldeten Kasernengelände stark entwerten und hätte Auswirkungen auf das FFH-Gebiet.

Der Umweltbericht erkennt diese Beeinträchtigungen, insbesondere die Zerstörung

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird in Teilen entsprochen. Siehe hierzu Erläuterungen zu StnID 1005188. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.

Die Anregung DN_10 wurde in der StnID 1006141 entsprechend beantwortet.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und

des naturnahen Laubwaldbereiches süd-östlich des Kasernengeländes.

bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

ASBF süd-östlich Nörvenich (NÖR_ASBF_1)

Ablehnung des ASBF

Begründung

Die Planung eines ASBF unmittelbar an den BSN Neffelbach und Nörvenicher Wald führt unweigerlich zu starken Konflikten. Der Planbereich grenzt nachweislich an Nahrungshabitate und Flugrouten einer der Bechsteinfledermauskolonien im BSN Nörvenicher Wald. Im Umweltbericht wird das nicht thematisiert.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, das ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASBF) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen. Ein

Hinweis auf die Bechsteinfledermaus an die nachfolgende Planungsebene ist bereits im Prüfbogen NÖR_ABSF_1 erfolgt.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

1003745, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>GIB Hürth-Kalscheuren</p> <p>Verkleinerung</p> <p>Begründung</p> <p>Das Gebiet umfasst die ehemalige Kiesgrube Buhs, die nun ein Acker mit etliche Feuchtstellen und Tümpeln ist, die Arten wie Kreuz- und Wechselkröte, Flussregenpfeifer und Bekassine als Lebensraum dienen. Auch Bruten der Feldlerche sind belegt.</p> <p>Das GIB sollte daher um die nachfolgend umgrenzte Fläche zurückgenommen werden. Statt dessen sollte BSLE und regionaler Grünzug dargestellt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003745]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003745.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003747, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASBz Phantasialand</p> <p>Zurücknahme</p> <p>Begründung</p> <p>Das ASB sollte bis auf die bestehende Bebauung des Phantasialandes zurückgenommen werden, weil eine bauliche Nutzung auch lokalpolitisch nicht mehr gewünscht ist und zudem nicht erkennbar ist, dass die bauliche Nutzung notwendig ist.</p> <p>Die Fläche weist durch das Naturschutzgebiet ?Ententeich? und den angrenzenden Laubwald auf gewachsenem Boden einen so hohen ökologischen Wert mit zahlreichen seltenen Arten insbesondere der Gewässer und Feuchtgebiete auf, dass eine Inanspruchnahme auch von da her ausgeschlossen ist. Die Fläche wird auch als Teil des Biotopverbundes für das ?rheinische Revier? als BSN vorgeschlagen; siehe Kapitel F.2, Fläche ERF_7.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht - im Rahmen der Beteiligung wurde seitens der Kommune keine anderslautende Stellungnahme abgegeben - sowie der im Rahmen eines langjährigen Planungsprozesses festgestellten regionalplanerischen Eignung des Bereichs für die Erweiterung der Freizeiteinrichtung besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Umsetzung voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003748, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Brühl-Kierberg</p> <p>Zurücknahme Begründung</p> <p>Es handelt sich um einen Landschaftsbereich, der unter Landschaftsschutz steht. Die ASB-Erweiterung sollte zurückgenommen werden (siehe Abgrenzungsvorschlag).</p> <p>Der Bereich ist von hoher klimatischer Bedeutung im Hinblick auf Kaltluftströme zugunsten der Innenstadt-Bereiche. Die Planung wird von der Stadt Brühl nicht weiter verfolgt. Die ASB-Erweiterung sollte daher gestrichen werden.</p> <p>Hinweis</p> <p>Die ASB-Erweiterung wurde offenbar keiner Umweltprüfung unterzogen, obwohl es sich um eine Erweiterung gegenüber dem gültigen Regionalplan handelt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003956).</p>

1003749, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>GIBflex Klarahof (KER_GIF_2)</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Die Planung steht der Stärkung des Biotopverbundes zwischen den FFH-Gebieten entgegen. Durch eine Umnutzung der jetzigen Hambachbahn zur öffentlichen Nutzung (Gütertransport oder ÖPNV) muss von weiteren Störungen des Biotopverbundes in der Zukunft ausgegangen werden. Außerdem ist die Ausweitung des Kiesabbaus in dem Verbindungsbereich der Bürgewälder zumindest vorübergehend nachteilig zu bewerten. Durch diese Faktoren kann die Biotopverbindung über die Grünbrücke A4neu beeinträchtigt werden. Ein weiteres Industrie- und Gewerbegebiet schränkt die Vernetzungsoptionen ein und sollte in diesem besonders empfindlichen Bereich nicht realisiert werden.</p> <p>Alternative Flächen im Bereich des Gewerbegebietes Türnich gelegen und besser geeignet.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003750, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>GIBflex Kerpen-Türnich (KER_GIBF_1)</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Das geplante GIBflex beinhaltet ein Speicherbecken, das als Regenüberlaufbecken die gesamten schwermetallbelasteten und sauren Sickerwässer aus der Berrenrather Börde aufnimmt. Diese treten nach Beendigung der Bergbautätigkeit am Rand der Berrenrather Börde seit Jahren aus und werden in das Speicherbecken geleitet. Dort gibt es inzwischen mächtige Schlammablagerungen, die einer Untersuchung der Belastung unterzogen werden müssen. Auch von einer starken Belastung der Böden entlang der B 264 muss ausgegangen werden.</p> <p>Von daher wird das GIBflex als ungeeignet eingestuft. Ein Ausschluss des Bereichs des Regenüberlaufbeckens bei Realisierung des GIBflex lehnen die Naturschutzverbände ab.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

Für die Stadt Köln wird bis zum Ende des Planungszeitraums nach den neuen Vorausberechnungen von IT-NRW bis 2050 (zu 2021) mit einem Bevölkerungszuwachs von 5,0 % (ggü. noch 15,8 % bis 2040 zu 2018) prognostiziert. Der Anteil der Bevölkerung zwischen 19 und 65 Jahren nimmt um 0,8 % ab, derjenigen über 65 nimmt um 31,0 % zu. Schon 2018 lag der Anteil der 1-2-Personen-Haushalte bei 79,3 % und die durchschnittliche Haushaltsgröße bei 1,85, was bis 2040 auch so bleiben wird. Die Stadt Köln braucht also in erster Linie Wohnraum für kleine Haushalte und eine alternde Bevölkerung. Was nicht benötigt wird, ist in großem Stil neues Wohnbauland für die Entwicklung von 1- und 2-Familienhaussiedlungen so wie es allerorten seit Jahren in den Neubauvierteln außerhalb des innerstädtischen Bereichs (z.B. Roggendorf/ Thenhoven, Blumenberg) und tlw. auch dort zu beobachten ist (z.B. in Bilderstöckchen).

Die Herausforderung der doppelten Innenentwicklung besteht in einer flächensparenden Nachverdichtung, die gleichzeitig den Anforderungen an die sich klimatisch verschärfende Situation gerecht wird und eine klimaschonende Mobilität mitdenkt. Noch bestehende Freiflächen (Grünflächen, landwirtschaftlich genutzte Flächen, Brachflächen je nach Bedeutung für Klima und Biodiversitätsschutz) im städtischen Innenraum sowie den weiteren Außenbereichen müssen erhalten bleiben für vielfältige Funktionen für

- den Ausweis von Naturschutz- und Wildnisgebieten zur Verbesserung der Artenvielfalt und zur Stabilisierung der Ökosysteme sowie
- den Erhalt von schützenswerter Landschaft und von Erholungsräumen
- den Klimaschutz
- die Erzeugung von Lebensmitteln
- die Gewinnung von erneuerbarer Energie.

Insofern muss die Siedlungsentwicklung vor allem unter der Prämisse flächensparend erfolgen, sowohl was die Flächenausweisung für Siedlungsbereiche als auch die Bebauung betrifft (zur Bedarfsberechnung siehe ausführlich Kapitel C.3.1.2). Außerdem muss sie auf möglichst umweltverträgliche Flächen gelenkt werden, damit die beschriebenen Funktionen so weit wie möglich erhalten werden können. Dies gelingt mit der vorliegenden Planung nicht.

Für das Stadtgebiet wurden 314,5 ha an festgelegter Siedlungsfläche auf die Umweltauswirkungen hin geprüft. 274,5 ha und damit 87 % der geprüften (und ausgewiesenen) Flächen weisen demnach voraussichtlich erhebliche negative Umweltauswirkungen auf. Festgelegt wurden insgesamt 1211 ha neues Siedlungsflächenpotenzial, fast 75 % der Flächen wurden also nicht auf ihre

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des

Umweltauswirkungen hin überprüft. Grundsätzlich werden außerdem kumulierende Wirkungen von geprüften und ungeprüften Flächen nicht betrachtet. Das spricht aus Sicht der Naturschutzverbände nicht für eine sachgerechte Berücksichtigung der Umweltbelange in der Abwägung, zumal die SUP in Kapitel D als vollkommen unzureichend kritisiert wird.

Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

InhaltGeplante Siedlungsentwicklung im Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechtsrheinisch

Es handelt sich um den einzigen lärmarmen, naturbezogenen Erholungsraum mit herausragender Bedeutung und einen der wenigen unzerschnittenen verkehrsarmen Räume im Ballungsraum Köln-Bonn. Er ist sowohl in seiner Erholungsfunktion als auch der Lebensraumfunktion von besonderer Bedeutung. So sind hier die Offenlandarten mit zahlreichen geschützten und auch streng geschützten, damit auch planungsrelevanten und teils verfahrenskritischen Arten großräumig vorkommend, so z.B. Vögel der offenen Feldflur (Rebhuhn, Kiebitz, Wachtel, Feldlerche, Grauammer) sowie Wechsel- und Kreuzkröte.

Zudem weist das Gebiet, insbesondere im Zündorfer Raum, eine sehr hohe Bedeutung für das Schutzgut Klima auf. Es handelt sich um eines der klimaaktivsten Gebiete der Stadt. Hier bestehen wichtige Kaltluftströme, die sich auf die hier allesamt als Klimawandel-Vorsorgebereiche ausgewiesenen bestehenden Siedlungsbereiche im direkten Umfeld und im weiteren auch auf die nördlich des Rheins/ linksrheinisch gelegenen Flächen bis in den Kölner Norden (Deutz/ Mülheim) auswirken. Die gesamtäumliche Bedeutung der Klimawirkungen für das Stadtgebiet sind hier zu berücksichtigen. Eine rein einzelflächenbezogene, hinsichtlich des Untersuchungsraumes kleinräumige Betrachtung und funktional rein auf die Frage einer ?Flächeninanspruchnahme? hin ist hier nicht ausreichend. Für die Stadt Köln gibt es zahlreiche Untersuchungen zu den örtlichen Klimaverhältnissen, die diese hohe Bedeutsamkeit belegen. Dem für eine Großstadt so wichtigen und großräumig zu betrachtenden Schutzgut Klima wird in der SUP und der Abwägung keine adäquate Rechnung getragen. Statt für die Zukunft noch wichtiger werdende Ausgleichsräume zu erhalten und der Bildung weiterer Hitzeinseln entgegenzuwirken, wird dieser Schutzgegenstand offensichtlich regelmäßig hinten an gestellt.

Die umfassenden Untersuchungen zur Raumanalyse für die Umweltverträglichkeitsstudie für die Linienbestimmung der Rheinspange 553 zeigen die hohe Bedeutung des Raums ? auch im weiteren Anschluss nach Süden in den Rhein-Sieg-Kreis - für sämtliche Schutzgüter eindrücklich auf. Die sehr umfängliche Zusammenstellung von Daten zu Artvorkommen und auch eigene Erhebungen zum Verfahren belegen verlässlich die Bedeutung des Raums für den Artenschutz (Karte 3b, Faunistische Untersuchungen zur Rheinspange 553). Die UVS kommt zu dem Schluss, dass eine hohe Wahrscheinlichkeit für artenschutzrechtliche Probleme und Verstöße in diesem Raum besteht. Sie weist auch darauf hin, dass weitere zu erwartende Infrastruktur- und Siedlungsprojekte im Zuge der Realisierung einer neuen Autobahntrasse zu weiteren erheblichen Beeinträchtigungen führen würden, die die

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1003028, StnID 1003018, StnID 1003024).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB/GIB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

heutige Bedeutung des Agrarraums stark in Frage stellen würden.

Die Raumwiderstandskarte weist das gesamte Gebiet folgerichtig auch mit einem hohen Raumwiderstand aus, neben seiner Bedeutung für Tierarten und Lebensräume insbesondere aufgrund der Schutzgegenstände/ -güter Wohnen, Fläche, Boden, Landschaftsraum, Biotope, Erholung, Klima, Kultur und sonstige Kulturlandschaft.

Zudem ist der Raum bereits durch Infrastruktureinrichtungen (Straße, Leitungen) und Gewerbeflächen sowie Altablagerungen vorbelastet und einem hohen Nutzungsdruck durch Erholungssuchende ausgesetzt.

Die Naturschutzverbände kritisieren, dass die SUP diesen Gesamtzusammenhang in keiner Weise berücksichtigt. Die Einzelflächen werden in der SUP einzeln geprüft und nicht in ihrer kumulativen Wirkung auf die Schutzgüter und den Gesamtraum betrachtet. Eine Alternativenprüfung ist für die Flächen ebenso wenig durchgeführt worden.

Die Zusammenschau der Einzelbewertungsbögen aus der SUP zeigt die Mangelhaftigkeit der Prüfung deutlich auf. Alle Flächen weisen in der Gesamtbewertung voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen auf:

K_ASB_1, Wahn West/ Nord, 72,6 ha, lärmarmen Raum herausragender Bedeutung, Wohnen (stark emittierende Planfestlegungen im Umfeld), Umfeld NSG, UZVR, voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen

K_ASB_2, Zündorf Süd, 55,6 ha (plus ca. 40 ha nördlicher Teil alter, nicht bebauter ASB ohne verbindliche Bauleitplanung), betroffene Schutzgegenstände nach SUP: lärmarmen Raum herausragender Bedeutung, sehr hohe klimaökologische Bedeutung, UZVR, regional bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich, voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen

K_ASB_13, Langel Ost, 20 ha, betroffene Schutzgegenstände nach SUP: lärmarmen Raum herausragender Bedeutung, GLB betroffen, UZVR, voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen

K_ASB_14, Wahn West/ Süd, 22,6 ha, betroffene Schutzgegenstände nach SUP: Wohnen (stark emittierende Planfestlegungen im Umfeld), NSG angrenzend, UZVR, voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen

K_GIB_2, Lind West, 27,3 ha, betroffene Schutzgegenstände nach SUP: sehr hohe klimaökologische Bedeutung, UZVR, regional bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich, voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen

K_ASB_16, Elsdorf West, 14 ha, betroffene Schutzgegenstände nach SUP: Wohnen (stark emittierende Planfestlegungen im Umfeld), sehr hohe klimaökologische

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor

Bedeutung, GLB betroffen, voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen

K_ASb_22, Elsdorf West, 10,6 ha, betroffene Schutzgegenstände nach SUP: Wohnen (stark emittierende Planfestlegungen im Umfeld), sehr hohe klimaökologische Bedeutung

Trotzdem werden alle Flächen als ASB und GIB im Regionalplanentwurf ausgewiesen, die Belange in der Abwägung also dem Belang Siedlung hinten angestellt.

Damit werden rund 210 (76,5 %) der insgesamt 274,5 ha mit voraussichtlich erheblich negativen Umweltauswirkungen (von insgesamt 314,5 ha) für die gesamte Stadt Köln allein in diesem Gebiet ausgewiesen.

Es ist eindeutig erkennbar, dass hier im Zusammenspiel erhebliche Beeinträchtigungen für die schutzwürdigen Raumqualitäten (UZVR, lärmarmen Raum, Bedeutung für Offenlandarten/ Artenschutz, Klima-Ausgleichsfunktionen) zu erwarten sind. Ggf. wird die Einstufung als UZVR und lärmarmen Raum herausragender Bedeutung verloren gehen, insbesondere im Zusammenhang mit einer Realisierung der Rheinspange dürfte dies der Fall sein.

Außerdem werden aufgrund der Kriterienauswahl für die Bewertung der Umweltauswirkungen (SUP-Methodik) wichtige naturschutzfachlich zu berücksichtigende Belange überhaupt nicht betrachtet.

Das Landschaftsschutzgebiet ?Freiräume um Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechtsrheinisch? dürfte in seinem Schutzzweck:

- ?zur Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, insbesondere zur Sicherung des Grundwasserhaushalts und Anreicherung der ausgeräumten Agrarlandschaft mit natürlichen Elementen in der besonderen Bedeutung des großen, zusammenhängenden Freiraums für die landschaftsbezogene Erholung in ländlichem Raum.?

mit einem Flächenverlust von rund 210 ha erheblich beeinträchtigt, in der Erreichung seiner Schutzziele erheblich behindert oder in Teilen sogar vollständig entwertet werden.

[Abbildung]

Der hier das Gebiet durchziehende und an vielen Stellen bereits unvollständige und unterbrochene Biotopverbund ?Acker-Kleingehölz-Abgrabungskomplex bei Wahn? (VB-K-5108-002) wird aufgrund der Kriterienfestlegung für die Bewertung (hier gehen ausschließlich Biotopverbundflächen herausragender Bedeutung ein) überhaupt nicht berücksichtigt. Dabei wird er im Osten, wo sich die Verbindung vom Rhein bei Zündorf

über das NSG Kiesgrube Paulsmaar bis zur Liburer Kieseckenplatte erstreckt und dann in eine Biotopverbundfläche herausragender Bedeutung über geht und auch ein NSG aufweist, vollständig zerstört und das NSG Kiesgrube Paulsmaar (auch Biotopverbundfläche herausragender Bedeutung) wird vollkommen isoliert von den weiteren Wasserlebensräumen. Die Teil-Schutzziele des Biotop-Verbundes

- ?Erhalt der unverbauten, überwiegend landwirtschaftlich genutzten Gebiete - Erhalt und Förderung standortgerechter Gehölze?
- ?Erhalt und Entwicklung und Vernetzung der Landschaftsstrukturen mit der Strauchhecke und Feldgehölze als Trittsteinbiotope?

werden durch die geplanten Siedlungsflächen erheblich beeinträchtigt bzw. können im östlichen Teil nicht mehr erreicht werden. Das weitere Teil-Schutzziel

- ?Erhalt der Abgrabungsgewässer mit ihren Lebensraumstrukturen (Steilwände, flache für Amphibien wertvolle Bereiche)?

steht in funktionalem Zusammenhang mit den Zielen der Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung VB-K-5008-107, VB-K-5308-011 (tlw. gleichzeitig NSGs) bis in den Rhein-Sieg-Kreis hinein, die auch die Funktion als Trittsteinbiotope für Amphibien wie Wechselkröte und Kreuzkröte beinhalten. Die Trittsteine werden durch die Planung isoliert, die erforderlichen Verbreitungs- und genetischen Austauschwege zum Erhalt gesunder Amphibien-Populationen werden abgeschnitten.

[Abbildung]

Die Naturschutzverbände fordern, die zweifelsfrei gravierenden funktionalen Auswirkungen auf dieses großräumige, kreisübergreifende Verbundnetz von Kernflächen des Naturschutzes und Verbindungsflächen zu berücksichtigen. Insbesondere auch das Vorkommen der Wechselkröte gilt es hier zu beachten, die eine Kölner FFH-Verantwortungsart und eine planungsrelevante Art darstellt. In NRW tritt die Wechselkröte nur in der Kölner Bucht mit insgesamt etwa 60 Vorkommen auf (LANUV 2014) Der Bestand im Rheinland geht schon lange zurück (Vences et. al. 2003). Nach einer Kartierung gab es nur auf 17 Flächen Wechselkröten und davon waren nur 10 Vorkommen mit Reproduktionsnachweis (Nekum et al. 2013). Die Naturschutzverbände stufen diese Art daher auch als verfahrenskritisch ein.

Die Naturschutzverbände bezweifeln, dass eine Umweltprüfung, die alle genannten Aspekte noch nicht einmal erhebt und darlegt, geschweige denn sie in die Bewertung einbezieht, als Voraussetzung für eine sachgerechte Abwägung gelten kann. Sie lehnen die Planung für ASB und GIB in diesem Raum strikt ab und halten es aus den dargelegten Gründen stattdessen für angezeigt, zum langfristigen Schutz der Freiraumqualitäten ein BSN auszuweisen (s. zu dem Vorschlag Kapitel E.2.5 Nr. 15).

[s. Anhang Abb. 1003755]

Anhänge

[Abb_ID1003755.pdf](#)

Inhalt

K_ASB_1, Wahn West/ Nord

Ablehnung - stattdessen Festsetzung zum Freiraumschutz (s. Kapitel E.2.5 Nr. 15)

Begründung:

Die Bewertung dieser Fläche ist wegen der räumlichen Nähe und des gemeinsamen ökologisch-funktionalen Wirkraumes auch gemeinsam mit den Neuausweisungen K_ASB_1, K_ASB_2 (inklusive 40 ha bestehendes ASB), K_ASB_13, K_ASB_14, K_ASB_16, K_ASB_22 und K_GIB_2 vorzunehmen. Zu verweisen ist auf die Gesamtdarstellung im Abschnitt ?Geplante Siedlungsentwicklung im Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechtsrheinisch? dieser Stellungnahme.

Weitere Aspekte:

- Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:
 - Schutzgut Wasser:

offenliegender Grundwasserkörper unmittelbar angrenzend (Abgrabungsgewässer. Umweltbericht stellt fehlerhaft fest, es gäbe im Umfeld keine Oberflächenwasserkörper.)

Flächeninanspruchnahme innerhalb der Wasserschutzzone IIIa (betrifft ca. 50% des Plangebiets, westlicher Teil). Während die Klimakrise zu vermehrter Dürre konkret im Planungsraum führt, plant die Rheinenergie, die Trinkwasserentnahme im Planungsraum ganz erheblich zu erhöhen. Dadurch kommt dem Wasserschutzgebiet noch größere Bedeutung zu. Zudem führt die Trockenheit dazu, dass die Landwirtschaft im Planungsraum vermehrt nach Wasser für Bewässerungsprojekte nachfragt. Damit erfüllt die Fläche, insoweit sie unbebaut bleibt eine sehr wichtige Funktion für die Daseinsvorsorge im Bereich Wasser/Trinkwasserschutz und muss vor Beanspruchung durch Versiegelungen geschützt werden.

- Schutzgüter Klima und Mensch:

Inanspruchnahme der bestehenden Restriktionsfläche Klimaschutz (s. Integrierte Raumanalyse Köln Porz-Süd); Ventilationsschutzfläche.

Weitere Ausführungen s. unter 2 K_ASB_2 [siehe Stn-ID 1003759]

- Schutzgüter Erholung und Mensch/ Landschaftsbild:

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003018).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsrumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsrumpotentiale wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die unbebaute Fläche wird wegen der hohen Erholungsfunktion von der Bevölkerung geschätzt; ein Golfplatz ist betroffen.

Bestehendes LSG "Freiräume um Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rrh.?, kumulative Wirkungen.

Laut Integrierter Raumanalyse Köln Porz-Süd schützenswertem Landschaftsbild.

- Schutzgut Boden:

Inanspruchnahme von Böden mit hoher Bodenfruchtbarkeit, Restriktionsfläche Bodenschutz, ausgewiesen in der Integrierten Raumanalyse Köln Porz-Süd, Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen und Beeinträchtigung wertvoller extensiver Wiesen

- Schutzgut Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt (nachgewiesene und aus Sicht der Naturschutzverbände relevante Arten):

Verweis auf Untersuchungen und Kartierungen zur Rheinspange 553, nachgewiesene planungsrelevante/ verfahrenskritische Arten (aus Sicht der Naturschutzverbände)

Bestehendes LSG "Freiräume um Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rrh.?, kumulative Wirkungen.

Hochwertige Ackerflächen mit Kleinholzkomplexen mit besonderer Bedeutung

Betroffenheit NSG Paulsmaar durch nord- und südseitige Ausweisung von Siedlungsbereiche mit Folge der Isolation, Abschneiden vom Biotopverbund, erhöhter Erholungsdruck

Nachgewiesene planungsrelevante/ verfahrenskritische Arten (aus Sicht der Naturschutzverbände): siehe Artenlisten unter BSN-Vorschlag ?Zündorf-Langeler Feldflur mit Rheintal-Windsystem?, Kapitel E.2.5. Nr. 15 sowie Untersuchungen zur Raumwiderstandsanalyse Rheinspange 553.

Inhalt

K_ASB_2, Zündorf Süd

Ablehnung - stattdessen Festsetzung zum Freiraumschutz (s. Kapitel E.2.5 Nr. 15)

Für K_ASB_2, Zündorf Süd werden die Auswirkungen aus dem bereits im alten Regionalplan als ASB ausgewiesenen Siedlungsbereich zwischen dem bebauten Teil und dem neuen ASB (ca. 40 ha), der im Rahmen der Laufzeit des geltenden Regionalplans aber noch nicht in verbindliche Bebauungspläne umgesetzt wurde und noch vollständig unbebaut, also noch offener Freiraum ist, überhaupt nicht betrachtet. Diese Freiflächen wurden vor etwa 45 Jahren als sog. ?Wohnbaureservefläche? in den Flächennutzungsplan eingetragen. Es ist zweifelhaft, ob für diese Fläche je eine Umweltprüfung erfolgt ist. Die Umweltprüfung ist entsprechend kumulativ bzw. für die Gesamtfläche durchzuführen. Die Naturschutzverbände lehnen die Gesamtfläche (insgesamt ca. 100 ha) ab. Die folgenden Ausführungen beziehen sich dementsprechend auf die Gesamtfläche.

Begründung:

Die Bewertung dieser Fläche ist wegen der räumlichen Nähe und des gemeinsamen ökologisch-funktionalen Wirkraumes auch gemeinsam mit den Neuausweisungen K_ASB_1, K_ASB_2 (inklusive 40 ha bestehendes ASB), K_ASB_13, K_ASB_14, K_ASB_16, K_ASB_22 und K_GIB_2 vorzunehmen. Zu verweisen ist auf die Gesamtdarstellung im Abschnitt ?Geplante Siedlungsentwicklung im Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechtsrheinisch? dieser Stellungnahme.

Weitere Aspekte:

Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:

- Schutzgüter Klima und Mensch:

Inanspruchnahme der bestehenden Restriktionsfläche Klimaschutz; Ventilationsschutzfläche.

Es handelt sich bei der Fläche um Kölns wohl wichtigstes Kalt- und Frischluftentstehungs- sowie Verfrachtungsgebiet mit Kaltluftseen in ehemaligen Alluvialrinnen. Die Stadt Köln plant, diese hoch klimaaktiven Flächen unter Schutz zu stellen.

Hier strömt nachts, zusätzlich zur örtlichen Kaltluftentstehung, akkumulierte Kaltluft vom

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003028).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungspotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Siebengebirge und vom Rheintal ins Zündorfer Offenland und damit in die südöstliche Kölner Bucht. Der Kaltluftstrom erreicht während der zweiten Nachthälfte als regionaler, südöstlicher Rheintalwind über die Ventilationsbahn Zündorf und Langelor Bogen das Kölner Stadtgebiet und belüftet die wärmebelasteten innerstädtischen Bereiche von Köln bis weit hinter das Messegelände. Die wissenschaftlich nachgewiesenen Kühlwirkungen kommen damit nicht nur dem Stadtteil Porz, sondern auch anderen Stadtteilen zugute. Das Umweltamt der Stadt Köln hat aktuelle Daten erheben lassen und wertet sie zur Zeit detailliert aus. Erste Ergebnisse aufgrund dieser erneuten Messungen wurden bereits im Fachorgan Immissionsschutz (1/2022) publiziert (s.u.).

Laut Stadt Köln ist der Rheintalwind das weisende Windfeld und das einzige effiziente Belüftungssystem für den Stadtteil Deutz. Die Temperaturunterschiede zwischen dem innerstädtischen Köln und den Feldern im Eingriffsgebiet betragen 10°C und mehr

Neben der nächtlichen bioklimatischen führt der Frischluftstrom zudem die Schadstoffe aus der Kölner Kessellage ab. Die Schadstoffkonzentration ist in Köln gerade bei austauscharmen Wetterlagen besonders hoch und gesundheitsschädlich. Die Kölner Luft ist durch die Kessellage in der Kölner Bucht ohnehin schon besonders stark belastet.

Eine großflächige Bebauung und Versiegelung des bedeutenden Kaltluftentstehungsgebietes in Zündorf würde diese zentrale klimatische Ausgleichsfunktion für die Stadt Köln erheblich gefährden und die gesundheitlichen Hitzebelastungssituation für alle Bewohner*innen und insbesondere die Risikogruppen (Kleinkinder, kranke und ältere Menschen) der betroffenen Innenstadt, Deutz und auch in Porz und Zündorf deutlich verschärfen (Zunahme Hitzetage und ?nächte). Nach Angaben des Umweltamtes der Stadt Köln könnte es zu häufigen Temperaturereignissen nahe 40 °C und mehr kommen. Köln bereitet derzeit einen Hitzeaktionsplan vor, der für die Regionalplanung beachtet werden sollte.

Schon in der LANUV-Fachstudie ?Klimawandelgerechte Metropole Köln?, die das Land NRW bis 2013 gemeinsam mit der Stadt Köln durchführte, wurde auf die besondere Bedeutung der hoch klimaaktiven Flächen bei Zündorf hingewiesen und eine sehr hohe Empfindlichkeit gegenüber nutzungsändernden Eingriffen, Versiegelung und Bebauungsverdichtungen festgestellt und attestiert, dass es sich ?um die stadtklimatisch am stärksten ausgleichenden Bereiche handelt. Sie sollen von Bebauung freigehalten werden.

- Schutzgut Boden:

Inanspruchnahme der bestehenden Böden mit hoher Bodenfruchtbarkeit, Restriktionsfläche Bodenschutz, ausgewiesen in der Integrierten Raumanalyse Köln Porz-Süd.

Bekannte Bodendenkmäler (Jungsteinzeit, Kelten-Friedhof usw.).

- Schutzgut Wasser:

Neben der Wasserschutzzone IIIa wird entgegen der Darstellungen in der SUP auch die Zone II randlich beansprucht. Die Wasserschutzzone IIIa hat besondere Bedeutung für die Versorgung von Stadt und Umland. Der städtische Wasserversorger Rheinenergie plant, die Trinkwasserentnahme im Planungsraum ganz erheblich zu erhöhen. Die Zündorfer Trinkwasserbrunnen versorgen nicht nur das rechtsrheinische Köln, sondern auch das Umland mit Wasser. Durch eine Leitung unter dem Rhein kann in Wassermangellagen auch das linksrheinische Köln mitversorgt werden. Es handelt sich um Kölns bedeutendstes Trinkwassergewinnungsgebiet. Die Förderung soll künftig noch deutlich erhöht werden und die Schließung anderer Brunnen kompensieren. Durch den Klimawandel und die zunehmenden Dürresituationen kommt dem Wasserschutzgebiet stetig wachsende Bedeutung zu. Zudem führt die Trockenheit dazu, dass die Landwirtschaft im Planungsraum vermehrt nach Wasser für Bewässerungsprojekte nachfragt. Damit erfüllt die Fläche, insoweit sie unbebaut bleibt eine sehr wichtige Funktion für die Daseinsvorsorge und die Grundwasserkörper müssen vor Beeinträchtigung durch Versiegelungen geschützt werden.

Die Fläche befinden sich im Entwicklungskorridor nach der Wasserrahmenrichtlinie.

- Schutzgut Licht:

Neben der Verkehrsarmut bzw. der Bedeutung als UZVR dient die Fläche dem Schutz der Dunkelheit. Die Stadt Köln plant hier die Ausweisung mit einer entsprechenden neuen Schutzkategorie. Lichtverschmutzung gilt als wichtige Ursache für das massive Insektensterben.

- Schutzgüter Erholung und Mensch:

Die unbebaute Fläche wird wegen der Nähe zur bestehenden Siedlung und wegen der hohen Erholungsfunktion von der Bevölkerung geschätzt und stark genutzt.

Bestehendes LSG "Freiräume um Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rrh.?", kumulative Wirkungen.

Es handelt sich um ein LSG, das neben vielerlei Funktionen zum Schutz des Trinkwassers und der Biodiversität auch zum Schutz des Landschaftsbildes ausgewiesen wurde. Dabei werden z.B. auch die im Feld sichtbaren Alluvialrinnen als typische Landschaftsausprägungen geschützt. Auch laut der Integrierten Raumanalyse Köln Porz-Süd besteht explizit schützenswertes Landschaftsbild.

- Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt:

Verweis auf Untersuchungen und Kartierungen zur Rheinspange 553

Bestehendes LSG "Freiräume um Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rrh.?, kumulative Wirkungen.

Hochwertige Ackerflächen mit Kleinholzkomplexen mit besonderer Bedeutung

Die Fläche ist als zu meldendes FFH-Gebiet nach den Kriterien der EU-Kommission gelistet, was bisher allerdings nicht erfolgt ist (FFH-Schattenliste). Die Graumammer war seinerzeit nachgewiesen worden.

Die Fläche weist Merkmale und Eigenschaften auf, die die Zuordnung in den Biotopverbund mit herausragender Bedeutung anzeigen (siehe Stellungnahme der Naturschutzverbände und LANUV-Fachbeitrag 2019 zur Biotopverbundplanung, Zündorf). In der Integrieren Raumanalyse Porz-Süd ist sie bereits zur Biotopvernetzung ausgewiesen. Sie hat eine herausragende Bedeutung für die Avifauna und muss zu deren Schutz als Lebensraum erhalten bleiben.

Nachgewiesene planungsrelevante/ verfahrenskritische Arten (aus Sicht der Naturschutzverbände): siehe Artenlisten unter BSN-Vorschlag ?Zündorf-Langeler Feldflur mit Rheintal-Windsystem?, Kapitel E.2.5. Nr. 15 sowie Untersuchungen zur Raumwiderstandsanalyse Rheinspange 553.

- Der großräumigen Unzerschnittenheit der Fläche kommt in vielerlei der hier beschriebenen Funktionszusammenhänge überragende Bedeutung zu. Es handelt sich um eine ökologisch hoch wertvolle Fläche, die komplexe, multifunktionale Ökosystemleistungen für den Kölner Raum und übergreifend in den Rhein-Sieg-Kreis erbringt.

Inhalt

K_ASB_3, Meschenich Nord-West 12,26

Ablehnung

Begründung:

Die Auswirkungen der Flächen K_ASB_3, 12, 26 sowie nicht geprüftes ASB Hochkirchen, insgesamt ca. 115 ha, sind im Zusammenhang darzustellen und zu prüfen.

Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:

- Schutzgut Boden:

Parabraunerde mit sehr hoher Funktionserfüllung (bf5_ff), Kolluvisol mit sehr hoher Funktionserfüllung (bf5_ff)

- Schutzgut Wasser:

festgesetztes Wasserschutzgebiet Zone III A

- Schutzgut Mensch und Klima:

Flächen mit sehr hoher thermischer Ausgleichsfunktion

Flächeninanspruchnahme von Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung

Insbesondere in Zusammenwirkung mehrerer Beeinträchtigungen eines KVS durch weitere Bebauung im Bereich K_ASB_12 sind kumulative negative Effekte zu erwarten.

- Schutzgut Mensch und Erholung/ Landschaft:

Städtischer Erholungsraum Köln Süd mit herausragender Bedeutung

Flächeninanspruchnahme von lärmarmen Räumen mit herausragender Bedeutung

Flächeninanspruchnahme eines UZVR von mindestens 1-5 km²

Betroffenheit LSG-5107-0032: ?LSG-Freiräume um Meschenich, Immendorf und Rondorf?, im Zusammenhang K_ASB_3, 12, 26 sowie nicht geprüftes ASB

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier teilweise belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Hochkirchen, insgesamt ca. 115 ha

- Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt:

Vorkommen von planungsrelevanten Tierarten: Vögel der offenen Feldflur (Rebhuhn, Kiebitz, Wachtel, Feldlerche, Grauammer), Amphibien (Wechselkröte, Kreuzkröte)

Nähe zum NSG N6 Kiesgruben Meschenich und NSG N7 Am Vogelacker, im Zusammenhang K_ASB_3, 12, 26

Kleingehölzkomplexe als Biotopverbundflächen mit besonderer Bedeutung

Inhalt

K_ASB_4, Mülheim/ Rodderhof

Ablehnung

Begründung:

Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:

- Schutzgut Mensch und Klima:

Es handelt sich um eine Fläche mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung. Durch Bebauung würde ein nächtlicher Kaltluftvolumenstrom (mittleren Ausmaßes) beeinträchtigt, der derzeit direkt auf die westlich angrenzenden Siedlungsflächen in Stammheim/ nördliches Mülheim einwirkt und die als Klimawandelvorsorgebereiche eingestuft sind. Auch überörtlich liegt die Fläche in einem Einzugsgebiet für Kaltluft-Leitbahnen sehr hoher Priorität mit sehr hohem Kaltluftabfluss und sehr hoher Bedeutung für ein Einzugsgebiet < 50.000 Einwohner*innen.

- Schutzgebiete/-gegenstände:

Flächeninanspruchnahme eines geschützten Landschaftsbestandteils und Lage im südlichen Teil des Landschaftsschutzgebietes LSG-4097-0015: ?LSG Landschaftsraum um den Mädchenbusch und Grünverbindungen zum Rhein? mit Schutzziel Landschaftsbild und Erholungsraum

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003298).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungspotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1003762, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>K_ASB_7, Esch Nord</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung:</p> <p>Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Wasser: <p>Das Gebiet liegt vollständig innerhalb der Wasserschutzzone IIIa.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Mensch und Klima: <p>Flächeninanspruchnahme von Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Landschaft, Mensch und Erholung: <p>Flächeninanspruchnahme eines UZVR von mindestens 1-5 km²</p> <p>Flächeninanspruchnahme innerhalb eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches</p> <p>Landschaftsschutzgebiet LSG-4906-0010: ?LSG-Erholungsgebiet Stöckheimer Hof und Freiraum Esch/Auweiler? mehrfach betroffen, K_ASB_24 Pesch Süd, insgesamt 36 ha</p> <p>Nähe zu FFH- und VS-Gebieten NSG ?An der Ziegelei, Chorweiler? und NSG ?Worringer Bruch, Chorweiler? sowie etwas weiter entfernt NSG ?Chorbusch?: massiv steigender Erholungsdruck der ASB um Roggendorf/ Thenhoven und dem nicht geprüften ASB in Blumenberg (80 ha) sowie K_ASB_7 (26 ha) mit insgesamt ca. 160 ha neuer Wohnbaufläche mit erheblichen Störwirkungen zu erwarten</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003763, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>K_ASB_8 Roggendorf/ Thenhoven Nord-West</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Auswirkungen der Flächen K_ASB_8, 20 und 25 sowie ggf. weiterer kumulativ wirkender Flächen sind im Zusammenhang darzustellen und zu prüfen.</p> <p>Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Mensch und Klima: <p>Durch die großflächige Bebauung und Versiegelung sind die Ausweitung des Klimawandel-Vorsorgebereichs und die Schaffung neuer Hitzeinseln zu erwarten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Landschaft: <p>LSG-4907-0010: ?LSG Pletschbachtal und Waldbereiche um das Wasserwerk Weiler? mehrfach betroffen (ca. 50 ha)</p> <p>Freiraum und Agrarbereiche als Erholungsräume um den Ort Roggendorf/ Thenhoven</p> <p>Flächeninanspruchnahme eines UZVR von mindestens 1-5 km²</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt: <p>Nähe zu FFH- und VS-Gebieten NSG ?An der Ziegelei, Chorweiler? und NSG ?Worringer Bruch, Chorweiler? sowie etwas weiter entfernt NSG ?Chorbusch?: massiv steigender Erholungsdruck der ASB um Roggendorf/ Thenhoven und dem nicht geprüften ASB in Blumenberg (80 ha) sowie K_ASB_7 (26 ha) mit insgesamt ca. 160 ha neuer Wohnbaufläche mit erheblichen Störwirkungen zu erwarten</p> <p>Vorkommen einer planungsrelevanten Tierart: Zauneidechse</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1002904).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungspotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

K_AS_B_11, Lövenich Nord-West

Ablehnung bzw. Verlagerung

Begründung:

Nicht erkannte Umweltauswirkungen

- Schutzgut Mensch und Klima:

Die Fläche überstreicht ein nächtlicher Kaltluftvolumenstrom (Ausmaß hoch), der weiter auf die Stadtteile Bocklemünd und Vogelsang (ggf. auch teilweise Widdersdorf) einwirkt. Diese Bereiche sind von nächtlicher Überwärmung bedroht bzw. Klimawandelvorsorgebereiche. Eine Bebauung der Fläche würde ca. die Hälfte der Gesamtbreite des KVS beeinträchtigen und hätte damit erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die weiter östlich gelegenen Siedlungsbereiche.

- Schutzgut Boden:

Bei Betroffenheit von klimarelevanten Böden ist eine Ausweisung als Siedlungsbereich grundsätzlich abzulehnen.

Flächeninanspruchnahme von Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung: Kolluvisol (bf5_ff), Parabraunerde (bf5_ff)

- Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt:

Hier liegt Fläche zum Schutz von u.a. Kiebitz, Rebhuhn, Feldlerche vor.

Agrarbereich am Kölner Randkanal

Kölner Randkanal und Bahndamm bei Lövenich bilden eine Biotopverbundfläche mit besonderer Bedeutung

- Schutzgut Landschaft:

Flächeninanspruchnahme innerhalb eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches.

- Bessere Alternativfläche:

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1002714).

<p>Zwischen der südlich gelegenen, bereits bebauten Siedlungsfläche und dem daran östlich angrenzenden GIB-Bereich (Ottostraße und westlich) besteht bereits im geltenden Regionalplan eine teils als ASB/ GIB ausgewiesene Fläche. Vor Inanspruchnahme der Fläche K_ASB_11 sollten vorrangig diese noch unbebauten Flächen genutzt werden.</p>	
---	--

Inhalt

K_ASB_12, Rondorf Süd-Ost

Ablehnung

Begründung:

Die Auswirkungen der Flächen K_ASB_3, 12, 26 sowie nicht geprüftes ASB Hochkirchen, insgesamt ca. 115 ha, sind im Zusammenhang darzustellen und zu prüfen.

Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:

- Schutzgut Mensch und Klima:
- Flächen mit sehr hoher thermischer Ausgleichsfunktion

Flächeninanspruchnahme von Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung

Die östlich des derzeit bebauten Teils von Rondorf liegenden Flächen liegen im Bereich eines nächtlichen KVS (Ausmaß mittel), die sich Richtung Stadtteil Hahnwald bewegen und dort im westlichen Bereich einwirken. Bei einer Bebauung ist davon auszugehen, dass die dort bestehende schwache nächtliche Überwärmung nicht weiter abgemildert wird und damit erhöht wird. Insbesondere in Zusammenwirkung mehrerer Beeinträchtigungen dieses KVS durch weitere Bebauung im Bereich K_ASB_3 sind kumulative negative Effekte zu erwarten.

- Schutzgut Boden:

Parabraunerde mit sehr hoher Funktionserfüllung (bf5_ff), Kolluvisol mit sehr hoher Funktionserfüllung (bf5_ff)

- Schutzgut Wasser:

festgesetztes Wasserschutzgebiet Zone III A

- Schutzgut Mensch und Erholung/ Landschaft:

Städtischer Erholungsraum Köln Süd mit herausragender Bedeutung

Flächeninanspruchnahme von lärmarmen Räumen mit herausragender Bedeutung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1002517).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Flächeninanspruchnahme eines UZVR von mindestens 1-5 km²

Betroffenheit LSG-5107-0032: ?LSG-Freiräume um Meschenich, Immendorf und Rondorf?, im Zusammenhang K_ASB_3, 12, 26 sowie nicht geprüftes ASB Hochkirchen, insgesamt ca. 115 ha

- - Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt:

Vorkommen von planungsrelevanten Tierarten: Vögel der offenen Feldflur (Rebhuhn, Kiebitz, Wachtel, Feldlerche, Grauammer), Amphibien (Wechselkröte, Kreuzkröte)

Nähe zum NSG N6 Kiesgruben Meschenich und NSG N7 Am Vogelacker, im Zusammenhang K_ASB_3, 12, 26

Kleingehölzkomplexe als Biotopverbundflächen mit besonderer Bedeutung

Inhalt

K_ASB_13, Langel Ost

Ablehnung, stattdessen Festsetzung zum Freiraumschutz (s. Kapitel E.2.5 Nr. 15)

Begründung:

Die Bewertung dieser Fläche ist wegen der räumlichen Nähe und des gemeinsamen ökologisch-funktionalen Wirkraumes auch gemeinsam mit den Neuausweisungen K_ASB_1, K_ASB_2 (inklusive 40 ha bestehendes ASB), K_ASB_13, K_ASB_14, K_ASB_16, K_ASB_22 und K_GIB_2 vorzunehmen. Zu verweisen ist auf die Gesamtdarstellung im Abschnitt „Geplante Siedlungsentwicklung im Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechtsrheinisch?“ dieser Stellungnahme.

Weitere Aspekte:

Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:

- Schutzgut Wasser:

Lage im Entwicklungskorridor nach Wasserrahmenrichtlinie

Die Fläche liegt vollständig innerhalb der Wasserschutzzone Zone IIIa. Sie ist von außerordentlicher Bedeutung für die Förderung durch die Trinkwasserbrunnen in der Zündorf-Langener Feldflur.

- Schutzgüter Klima und Mensch:

Die Integrierte Raumanalyse Porz Süd und die Klimaplanungskarte zeigen die besondere Bedeutung als klimaaktive Fläche auf, insbesondere für die Verfrachtung der mit dem Rheintalwind zusammenhängenden Kalt- und Frischluftströme.

- Schutzgüter Erholung und Mensch/ Landschaft:

Bestehendes LSG "Freiräume um Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rrrh.?", kumulative Wirkungen.

Städtischer Erholungsraum Köln Süd mit herausragender Bedeutung

- Schutzgut Boden:

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier teilweise belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inanspruchnahme von Böden mit hoher Bodenfruchtbarkeit

Es ist vom Vorhandensein alter und historisch besonders wertvoller Bodendenkmäler auszugehen. In vorrömischer Zeit war der Ort unter dem Namen "Langalon" besiedelt, die Besiedlung wurde dann aber für längere Zeit aufgegeben. Aus historischer Sicht ergibt sich hieraus ein großes Forschungsinteresse. Auch sind steinzeitliche Bodendenkmäler zu erwarten. Ortsnamen weisen auf ein sehr hohes Alter der Siedlungsstruktur hin. Wahrscheinlich befand sich hier bereits in der Jungsteinzeit eine Fährverbindung über den Rhein, die noch in der Franzosenzeit benutzt wurde. Dies hängt mit einem natürlichen Hafen hinter einer inzwischen verlandeten Rheininsel zusammen (die zum überaus schützenswerten Landschaftsbild beiträgt). Insoweit ist von einer möglichen archäologischen Bedeutung auszugehen, die nicht nur auf die Römerzeit beschränkt ist.

- Schutzgut Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt (nachgewiesene und aus Sicht der Naturschutzverbände relevante Arten):

Verweis auf Untersuchungen und Kartierungen zur Rheinspange 553, nachgewiesene planungsrelevante/ verfahrenskritische Arten (aus Sicht der Naturschutzverbände)

Die Fläche weist Merkmale und Eigenschaften auf, die die Zuordnung in den Biotopverbund mit besonderer Bedeutung anzeigen (siehe Stellungnahme der Naturschutzverbände und LANUV-Fachbeitrag 2019 zur Biotopverbundplanung, Porzer Feldflur). Sie dient dem Lückenschluss bzw. der Verbindung bestehender Biotopverbundflächen in Rheinnähe und den weiter landeinwärts gelegenen Flurbereichen.

Bestehendes LSG "Freiräume um Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rrh.?", kumulative Wirkungen.

Hochwertige Ackerflächen mit Kleinholzkomplexen mit besonderer Bedeutung

Nähe zu empfindlichen Schutzflächen und schutzwürdige Bereiche (NSG Langer Auwald ? hier ist eine Erweiterung geplant, FFH-Gebiete, gesetzlich geschützter Biotop, LSG, Biotopverbundflächen besonderer und herausragender Bedeutung), die durch Erholungsdruck bei steigender Bevölkerungszahl beeinträchtigt würden. Bei einer Zunahme der bebauten Wohnfläche um ca. 30 % (von 76 ha 98 ha) und den weiteren neuen Wohngebieten im Umfeld ist davon auszugehen.

FFH-Gebiet Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef in rd. 800 m Entfernung inklusive des besonders geschützten FFH-Lebensraumtyps 3270 - Flüsse mit Schlammhängen mit Vegetation des *Chenopodium rubri* p.p. und des *Bidentium* p.p. sowie weitere Lebensraumtypen außerhalb des FFH-Gebietes in noch kürzerer Entfernung (91F0 - Hartholz-Auenwälder, 6510 - Glatthafer- und Wiesenknopf-

Silgenwiesen).

Nachgewiesene planungsrelevante/ verfahrenskritische Arten (aus Sicht der Naturschutzverbände): siehe Artenlisten unter BSN-Vorschlag ?Zündorf-Langeler Feldflur mit Rheintal-Windsystem?, Kapitel E.2.5. Nr. 15 sowie Untersuchungen zur Raumwiderstandsanalyse Rheinspange 553.

Inhalt

K_ASB_14, Wahn West/ Süd

Ablehnung, stattdessen Festsetzung zum Freiraumschutz (s. Kapitel E.2.5 Nr. 15)

Begründung:

Die Bewertung dieser Fläche ist wegen der räumlichen Nähe und des gemeinsamen ökologisch-funktionalen Wirkraumes auch gemeinsam mit den Neuausweisungen K_ASB_1, K_ASB_2 (inklusive 40 ha bestehendes ASB), K_ASB_13, K_ASB_14, K_ASB_16, K_ASB_22 und K_GIB_2 vorzunehmen. Siehe Abschnitt ?Geplante Siedlungsentwicklung im Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechts-rheinisch?. Zu verweisen ist auf die Gesamtdarstellung im Abschnitt ?Geplante Siedlungsentwicklung im Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechtsrheinisch? dieser Stellungnahme.

Weitere Aspekte:

Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:

- Schutzgut Wasser:

Wasserschutzgebiete der Zone III A, Grundwasserschutz

- Schutzgut Boden:

Inanspruchnahme von Böden mit hoher Bodenfruchtbarkeit

- Schutzgüter Klima und Mensch:

s. K_ASB_1

- Schutzgüter Erholung und Mensch/ Landschaft:

Bestehendes LSG "Freiräume um Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rrh.?, kumulative Wirkungen.

Städtischer Erholungsraum Köln Süd mit herausragender Bedeutung

Kulturlandschaft: s. K_ASB_1 und _13.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003024).

- Schutzgut Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt (nachgewiesene und aus Sicht der Naturschutzverbände relevante Arten):

Verweis auf Untersuchungen und Kartierungen zur Rheinspange 553, nachgewiesene planungsrelevante/ verfahrenskritische Arten (aus Sicht der Naturschutzverbände)

Bestehendes LSG "Freiräume um Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rrh.?", kumulative Wirkungen.

Betroffenheit NSG Paulsmaar durch nord- und südseitige Ausweisung von Siedlungsbereiche mit Folge der Isolation, Abschneiden vom Biotopverbund, erhöhter Erholungsdruck

Hochwertige Ackerflächen mit Kleinholzkomplexen mit besonderer Bedeutung

Inhalt

K_ASB_15, Junkersdorf/ Stüttgerhof

Ablehnung

Begründung:

Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:

- Schutzgut Wasser:

Flächeninanspruchnahme von geplantem Wasserschutzgebiet Hürth-Efferen Zone IIIB

Schutzgut Boden:

Flächeninanspruchnahme von schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung (Regelungs- und Pufferfunktion, hohe Bodenfruchtbarkeit) sowie Böden mit großem Wasserrückhaltevermögen (Kühlfunktion, Wasserhaushalt) ? Eine Inanspruchnahme von klimarelevanten Böden im Sinne des Fachbeitrags Boden wird grundsätzlich abgelehnt.

- Schutzgüter Mensch und Klima:

Der südlich der Dürener Str. gelegene Flächenteil ist nachts von einem KVS (Ausmaß mittel) überströmt, der auf den bereits bebauten, nächtlich überwärmten ASB-Bereich nördlich einwirkt.

- Schutzgüter Erholung und Mensch/ Landschaft:

LSG-5006-0023: ?LSG-Äußerer Grüngürtel Müngersdorf bis Marienburg und verbindende Grünzüge? (u.a. Erholung, Landschaftsbild, Reste bäuerliche Kulturlandschaft)

Flächeninanspruchnahme innerhalb eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches (Äußerer Grüngürtel Köln linksrheinisch)

- Schutzgut Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt (nachgewiesene und aus Sicht der Naturschutzverbände relevante Arten):

Der südlich der Straße gelegene Flächenbereich liegt in einem Biotopverbund von besonderer Bedeutung. Dieser grenzt auch an den Frechener Bach an. Gemäß

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1002702).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Biotopverbundziel und nach WRRL sind hier Maßnahmen zum Erhalt der Auenstruktur geplant bzw. soll die bestehende Auenstruktur erhalten bleiben. Wird die Fläche im gesamten ausgewiesenen Gebiet bebaut, hat dies voraussichtlich negative Auswirkungen auf den ökologischen Zustand des Gewässers, insbes. die Gewässerstruktur.

Flächeninanspruchnahme eines geschützten Landschaftsbestandteils

Inhalt

K_ASB_16, Elsdorf West

Ablehnung

Begründung:

Die Bewertung dieser Fläche ist wegen der räumlichen Nähe und des gemeinsamen ökologisch-funktionalen Wirkraumes auch gemeinsam mit den Neuausweisungen K_ASB_1, K_ASB_2 (inklusive 40 ha bestehendes ASB), K_ASB_13, K_ASB_14, K_ASB_16, K_ASB_22 und K_GIB_2 vorzunehmen. Zu verweisen ist auf die Gesamtdarstellung im Abschnitt ?Geplante Siedlungsentwicklung im Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechtsrheinisch? dieser Stellungnahme.

Weitere Aspekte:

Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:

- Schutzgut Wasser:

Wasserschutzgebiete der Zone III A, Grundwasserschutz

- Schutzgut Boden:

Inanspruchnahme von Böden mit hoher Bodenfruchtbarkeit

- Schutzgüter Klima und Mensch:

Über die Fläche zieht ein nächtlicher KVS (Ausmaß mittel), der sich auf die nördlichen und nachts teils bereits stark überwärmten bebauten Bereiche kühlend auswirkt (auch Klimawandelvorsorgebereich).

- Schutzgüter Erholung und Mensch/ Landschaft:

Bestehendes LSG "Freiräume um Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rrh.?", kumulative Wirkungen.

Städtischer Erholungsraum Köln Süd mit herausragender Bedeutung

- Schutzgut Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt (nachgewiesene und aus Sicht der Naturschutzverbände relevante Arten):

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier teilweise belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Verweis auf Untersuchungen und Kartierungen zur Rheinspange 553, nachgewiesene planungsrelevante/ verfahrenskritische Arten (aus Sicht der Naturschutzverbände)

Bestehendes LSG "Freiräume um Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rrh.?, kumulative Wirkungen.

Flächeninanspruchnahme eines geschützten Landschaftsbestandteils

Hochwertige Ackerflächen mit Kleinholzkomplexen mit besonderer Bedeutung

1003777, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>K_ASB_17, Ostheim</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung:</p> <p>Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Mensch und Klima: <p>Über der Fläche liegt ein KVS (Ausmaß hoch), der sich nachts auf die südlichen Bereiche von Ostheim und weiter die westlich gelegenen Gebiete in Humboldt/Gremberg (nachts überwärmt, Klimawandelvorsorgebereich) kühlend auswirkt. Bei einer Bebauung wäre die derzeitige schmale unbebaute Schneise, durch die der KVS führt, vollständig blockiert. Damit wären erhebliche Beeinträchtigungen in den genannten Bereichen zu erwarten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt: <p>Neue Grünanlage als Ausgleichsfläche</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

K_ASB_19A, Westhoven

Ablehnung

Begründung:

Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:

- Schutzgut Wasser:

Flächeninanspruchnahme innerhalb festgesetzter Schutzzonen II von Wasserschutzgebiet Westhoven

- Schutzgut Mensch und Klima:

Die Fläche liegt im Bereich eines KVS (Ausmaß mittel), der sich nach Westen zieht und auf der gegenüberliegenden Rheinseite auf die nächtlich überwärmten Stadtteile Rodenkirchen (Klimawandel-Vorsorgebereich) und Mariendorf einwirkt bzw. die Kaltluftbildung/-transport nördlich über den Rhein befördert.

- Schutzgüter Erholung und Mensch/ Landschaft:

LSG-5007-0010: ? LSG-Freiraum um das Gremberger Wäldchen von Poll bis Heumar? und LSG-5107-0030: ?LSG-Rhein, Rheinauen und Uferbereiche von Rodenkirchen bis Langel rechtsrheinisch?

Fläche befindet sich in einem regional bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich (Äußerer Grüngürtel rechtsrheinisch)

- Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt:

Brachland mit naturnahen Flächen und Kleingehölzen

Planungsrelevantes Tiervorkommen: Wechselkröte

LSG-5007-0010: ? LSG-Freiraum um das Gremberger Wäldchen von Poll bis Heumar? östlich angrenzend und tlw. in LSG-5107-0030: ?LSG-Rhein, Rheinauen und Uferbereiche von Rodenkirchen bis Langel rechtsrheinisch?; VB-K-5008-006 Biotopverbundfläche besonderer Bedeutung ?Grünzug zwischen Buchheim und Westhoven? umgebend: die Fläche sollte aufgrund ihrer Ausstattung hier in den

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung des in Rede stehenden Bereichs als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände entgegen. Die Fläche ist im Regionalplan auf der Basis der Wasserschutzzone II eines fachplanerisch festgesetzten Wasserschutzgebiets gemäß Z.26 als Bereich für Gewässerschutz und Grundwasserschutz festgelegt. Als landesplanerische Vorgabe hat Ziel 7.4-3 des LEP NRW den Zweck, dass Raumordnung und Wasserwirtschaft zusammen die Einzugsbereiche von Trinkwassergewinnungsanlagen von gefährdenden Nutzungen freihalten. Die Erweiterung des ASB als ein Schwerpunkt der zukünftigen Siedlungsentwicklung steht dem entgegen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt

Freiraumschutz integriert werden.

Die Naturschutzverbände haben in ihrer Stellungnahme zum LANUV-Fachbeitrag 2019 zur Biotopverbundplanung (Westhovener Aue) die Einstufung als Verbundfläche mit ?herausragender? Bedeutung vorgeschlagen. Wegen zahlreicher geschützter und gefährdeter Arten wäre die Fläche (zusammen mit angrenzenden Teilen des Biotopverbunds) auch wert, zu einem NSG weiterentwickelt zu werden. Die Stadt Köln hat dies bereits erkannt und plant hier die Ausweisung eines NSG wegen eines hohen Potentials für den FFH-Lebensraumtyp der Flachlandmähwiesen.

Inhalt

K_ASB_20, Thenhoven Süd

Ablehnung

Begründung:

Die Auswirkungen der Flächen K_ASB_8, 20 und 25 sowie ggf. weiterer kumulativ wirkender Flächen sind im Zusammenhang darzustellen und zu prüfen.

Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:

- Schutzgut Wasser:

Flächeninanspruchnahme innerhalb des Wasserschutzgebietes Weiler Zone IIIA

- Schutzgut Boden:

Flächeninanspruchnahme von Böden fruchtbare Böden mit sehr hoher und hoher Funktionserfüllung als Regelungs- und Pufferfunktion / natürliche Bodenfruchtbarkeit

- Schutzgut Mensch und Klima:

Auf der neuen Fläche liegt ein nächtlicher KVS (Ausmaß mittel), dessen Einwirkungsbereich der bereits bebaute, nächtlich überwärmte und Klimavorsorgebereich nördlich ist. Durch weitere Bebauung auf der neu ausgewiesenen ASB-Fläche würde der derzeitige nächtliche Kühleffekt weiter reduziert.

- Schutzgut Landschaft:

LSG-4907-0010: ?LSG Pletschbachtal und Waldbereiche um das Wasserwerk Weiler? mehrfach betroffen (ca. 50 ha)

Freiraum und Agrarbereiche als Erholungsräume um den Ort Roggendorf/ Thenhoven

Flächeninanspruchnahme eines UZVR von mindestens 1-5 km²

- Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt:

Biotopverbundflächen mit besonderer Bedeutung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier teilweise belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Nähe zu FFH- und VS-Gebieten NSG ?An der Ziegelei, Chorweiler? und NSG ?Worringer Bruch, Chorweiler? sowie etwas weiter entfernt NSG ?Chorbusch?: massiv steigender Erholungsdruck der ASB um Roggendorf/ Thenhoven und dem nicht geprüften ASB in Blumenberg (80 ha) sowie K_ASB_ 7 (26 ha) mit insgesamt ca. 160 ha neuer Wohnbaufläche mit erheblichen Störwirkungen zu erwarten

Vorkommen einer planungsrelevanten Tierart: Zauneidechse

Inhalt

K_AS21, Brück Süd

Ablehnung

Begründung:

Die Fläche ist zusammen mit einer weiteren ASB-Fläche zu werten, die sich in östlicher Nachbarschaft befindet (südlich des derzeit bebauten Gebiets in Brück, aber östlich des Flehbachs). Damit ist die ASB-Flächenerweiterung in diesem südlichen Teil Brücks insges. ca. 15-20 ha groß.

Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:

- Schutzgut Wasser:

Flächeninanspruchnahme innerhalb festgesetztem Wasserschutzgebiet Erker Mühle Zone IIIA

Starkregenbetroffenheit laut Starkregenhinweiskarte BKG

- Schutzgut Landschaft:

LSG-5008-0004: ?LSG Landschaftsraum Gut Leidenhausen und Freiräume um Brück?, Schutzziel u.a. ?wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes, insbesondere in den naturnah entwickelten Waldbereichen und den durch Waldrändern, Auenvegetation und ländlichen Charakter geprägten Übergangsbereichen zur Bebauung?

- Schutzgut Mensch und Klima:

Auf der neuen Fläche liegt ein nächtlicher KVS (Ausmaß mittel), dessen Einwirkbereich der bereits bebaute, nächtlich überwärmte und Klimawandel-Vorsorgebereich nördlich ist. Durch weitere Bebauung auf der neu ausgewiesenen ASB-Fläche würde der derzeitige nächtliche Kühleffekt weiter reduziert. Dies gilt auch für eine kleinere, östlich der Fläche gelegene und neu im Regionalplan ausgezeichnete ASB-Fläche (s. Anmerkung oben).

- Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt:

Die Fläche sollte dem Biotopverbund bzw. der Biotopverbundfläche VB-K-5008-003

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003211).

zugeordnet (Ziele u.a. Entwicklung naturnaher Bäche mit Ufergehölz und Uferfluren - Erhaltung und Entwicklung der Bachaue - Entwicklung und Wiederherstellung von naturnahen Teichen und Röhrichzonen) und als Fläche von besonderer Bedeutung gewertet werden (siehe Stellungnahme der Naturschutzverbände und LANUV-Fachbeitrag 2019 zur Biotopverbundplanung, Brück-Rather Feldflur).

Für die neu ausgewiesene Fläche auf der anderen Seite des Flehbachs (südöstlich von K_ASB_21), ohne SUP, ist ein ausreichender Pufferbereich zum Flehbach einzuplanen, um die vorgenommenen Maßnahmen zur Einhaltung der WRRL (u.a. naturnahe Uferstrukturen, entwickelter Uferstreifen) nicht zu beeinträchtigen.

Inhalt

K_ASB_22, Elsdorf Ost

Ablehnung

Begründung:

Die Bewertung dieser Fläche ist wegen der räumlichen Nähe und des gemeinsamen ökologisch-funktionalen Wirkraumes auch gemeinsam mit den Neuausweisungen K_ASB_1, K_ASB_2 (inklusive 40 ha bestehendes ASB), K_ASB_13, K_ASB_14, K_ASB_16, K_ASB_22 und K_GIB_2 vorzunehmen. Zu verweisen ist auf die Gesamtdarstellung im Abschnitt Geplante Siedlungsentwicklung im Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechtsrheinisch? dieser Stellungnahme.

Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:

- Schutzgüter Erholung und Mensch/ Landschaftsbild:

Bestehendes LSG "Freiräume um Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rrh.?", kumulative Wirkungen.

- Schutzgut Mensch und Klima:

Über die Fläche zieht ein nächtlicher KVS (Ausmaß mittel bis hoch), der sich auf die nahen südlichen bebauten Elsdorfer Flächen auswirkt. Bei Bebauung ist zu befürchten, dass die derzeitigen Einwirkbereiche nächtlich überwärmt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier teilweise belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1003782, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>K_ASB_24, Pesch Süd</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung:</p> <p>Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Wasser: <p>Flächeninanspruchnahme innerhalb des Wasserschutzgebietes Weiler Zone IIIA</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Mensch und Klima: <p>Flächeninanspruchnahme von Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Wasser: <p>Flächeninanspruchnahme innerhalb des Wasserschutzgebietes Weiler Zone IIIB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Landschaft: <p>Flächeninanspruchnahme eines UZVR von mindestens 1-5 km²</p> <p>Fläche befindet sich im linksrheinischen Äußeren Grüngürtel</p> <p>Landschaftsschutzgebiet LSG-4906-0010: ?LSG-Erholungsgebiet Stöckheimer Hof und Freiraum Esch/Auweiler? mehrfach betroffen, K_ASB_24 Pesch Süd, insgesamt 36 ha</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt: <p>Ackerfläche mit Kleingehölzen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

K_ASB_25, Thenhoven Ost

Ablehnung

Begründung:

Die Auswirkungen der Flächen K_ASB_8, 20 und 25 sowie ggf. weiterer kumulativ wirkender Flächen sind im Zusammenhang darzustellen und zu prüfen.

Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:

- Schutzgut Mensch und Klima:

Auf der neuen Fläche liegt ein nächtlicher KVS (Ausmaß mittel), dessen Einwirkungsbereich der bereits bebaute, nächtlich überwärmte und Klimavorsorgebereich nördlich ist. Durch weitere Bebauung auf der neu ausgewiesenen ASB-Fläche würde der derzeitige nächtliche Kühleffekt weiter reduziert.

- Schutzgut Landschaft:

LSG-4907-0010: ?LSG Pletschbachtal und Waldbereiche um das Wasserwerk Weiler? mehrfach betroffen (ca. 50 ha)

Freiraum und Agrarbereiche als Erholungsräume um den Ort Roggendorf/ Thenhoven

Flächeninanspruchnahme eines UZVR von mindestens 1-5 km²

- Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt:

Biotopverbundflächen mit besonderer Bedeutung

Nähe zu FFH- und VS-Gebieten NSG ?An der Ziegelei, Chorweiler? und NSG ?Worringer Bruch, Chorweiler? sowie etwas weiter entfernt NSG ?Chorbusch?: massiv steigender Erholungsdruck der ASB um Roggendorf/ Thenhoven und dem nicht geprüften ASB in Blumenberg (80 ha) sowie K_ASB_ 7 (26 ha) mit insgesamt ca. 160 ha neuer Wohnbaufläche mit erheblichen Störwirkungen zu erwarten

Vorkommen einer planungsrelevanten Tierart: Zauneidechse

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsaktivitäten entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

K_ASB_26, Immendorf Süd

Ablehnung

Begründung:

Die Auswirkungen der Flächen K_ASB_3, 12, 26 sowie nicht geprüftes ASB Hochkirchen, insgesamt ca. 115 ha, sind im Zusammenhang darzustellen und zu prüfen.

Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:

- Schutzgut Mensch und Klima:

Flächen mit sehr hoher thermischer Ausgleichsfunktion

Flächeninanspruchnahme von Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung

- Schutzgut Boden:

Parabraunerde mit sehr hoher Funktionserfüllung (bf5_ff), Kolluvisol mit sehr hoher Funktionserfüllung (bf5_ff)

- Schutzgut Wasser:

festgesetztes Wasserschutzgebiet Zone III A

- Schutzgut Mensch und Erholung/ Landschaft:

Städtischer Erholungsraum Köln Süd mit herausragender Bedeutung

Flächeninanspruchnahme von lärmarmen Räumen mit herausragender Bedeutung

Flächeninanspruchnahme eines UZVR von mindestens 1-5 km²

Betroffenheit LSG-5107-0032: ?LSG-Freiräume um Meschenich, Immendorf und Rondorf?, im Zusammenhang K_ASB_3, 12, 26 sowie nicht geprüftes ASB Hochkirchen, insgesamt ca. 115 ha

- Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt:

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Vorkommen von planungsrelevanten Tierarten: Vögel der offenen Feldflur (Rebhuhn, Kiebitz, Wachtel, Feldlerche, Grauammer), Amphibien (Wechselkröte, Kreuzkröte)

Nähe zum NSG N6 Kiesgruben Meschenich und NSG N7 Am Vogelacker, im Zusammenhang K_ASB_3, 12, 26

Kleingehölzkomplexe als Biotopverbundflächen mit besonderer Bedeutung

1003786, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Rath/ Heumar</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung:</p> <p>Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Wasser: <p>Starkregenbetroffenheit laut Starkregenhinweiskarte BKG</p> <p>Hochwasserrisiko für HQ-Extrem, in Zukunft ist mit einer Zunahme der Häufigkeit zu rechnen^</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Mensch und Lärm: <p>Lärmschutzzone des Flughafens Köln/Bonn</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Mensch und Klima: <p>Als Bestandteil einer Kaltluftschneise mit wesentlicher Klimaschutzbedeutung für die Kölner Innenstadt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt: <p>Historisch strukturreiche Kulturlandschaft mit zahlreichen wertgebenden, in NRW gefährdeten/ tlw. streng geschützten Arten der Agrarlandschaft: u.a. Feldlerche, Wachtel, Feldhase, Bluthänfling</p> <ul style="list-style-type: none"> • <p>Alternativflächen im bestehenden Allgemeinen Siedlungsbereich von Rath-Heumar vorhanden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003786]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003786.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

K_GIB_2, Lind West

Ablehnung, stattdessen Festsetzung zum Freiraumschutz (s. Kapitel E.2.5 Nr. 15)

Begründung:

Die Bewertung dieser Fläche ist wegen der räumlichen Nähe und des gemeinsamen ökologisch-funktionalen Wirkraumes auch gemeinsam mit den Neuausweisungen K_ASB_1, K_ASB_2 (inklusive 40 ha bestehendes ASB), K_ASB_13, K_ASB_14, K_ASB_16, K_ASB_22 und K_GIB_2 vorzunehmen. Siehe Abschnitt ?Geplante Siedlungsentwicklung im Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechts-rheinisch?. Zu verweisen ist auf die Gesamtdarstellung im Abschnitt ?Geplante Siedlungsentwicklung im Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechtsrheinisch? dieser Stellungnahme.

Weitere Aspekte s. außerdem K_ASB_1, K_ASB_14

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1003789, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>K_GIB_4, Gremberghoven</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung:</p> <p>Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Mensch und Klima: <p>Direkt angrenzend Klimawandelvorsorgebereich sowie Bereich starker nächtlicher Überwärmung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt: <p>Biotopverbund besonderer Bedeutung</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003791, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>K_GIB_5, Hackhausen</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung:</p> <p>Noch nicht erkannte und hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Umweltauswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Boden: <p>Schutzwürdiger Boden (Sand- oder Schuttboden, hohe Schutzwürdigkeit)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzgut Mensch und Klima: <p>noch offene Bebauungsschneise unter KVS mittlerer Bedeutung</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

K_GIB mit erheblichen Umweltauswirkungen

GIB mit laut SUP voraussichtlich erheblichen negativen Umweltauswirkungen werden grundsätzlich abgelehnt, insbesondere wegen der Inanspruchnahme klimarelevanter Böden und klimaökologisch hoher Bedeutung: K_GIB_1, Marsdorf, K_GIB_2, Lind West, K_GIB_3, Volkhoven/ Weiler, K_GIB_9_A Alternative, Godorf

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Einheitlicher Maßstab für die Bewertung regionaler Klimafunktionen ist insbesondere der Fachbeitrag "Klima" des LANUV für den Regierungsbezirk Köln. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Der Schutz von regional bedeutsamen klimawirksamen Bereichen erfolgt im Regionalplan Köln insbesondere durch das Planzeichen "Regionale Grünzüge" (Vorranggebiet). Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge in den verdichteten Räumen, zu denen auch die Stadt Köln gehört, wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1003833, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-Flächen Bergisch Neukirchen/ Hüscheid</p> <p>Hinweise für die Bauleitplanung</p> <p>Die Gesamtfläche für den ASB in diesem Teil der Stadt umfasst zahlreiche Grünflächen im Innen- und Randbereich der bestehenden Siedlungsbebauung. Im Flächennutzungsplan sind sie überwiegend als landwirtschaftliche sowie als Grünflächen und Wald festgesetzt. Im Sinne einer zukunftsfähigen städtebaulichen Entwicklung, die sowohl der Klimawandelvorsorge als auch der Biodiversitätskrise Rechnung trägt, muss ein Ausgleich zwischen dem Anliegen der Ausnutzung vorhandener Siedlungsflächenreserven und Innen-/ Nachverdichtung gefunden werden. Innerorts liegende Freiflächen und in die Umgebung verbindende Flächen und Biotope bedürfen eines besonderen und dauerhaften Schutzes. Auch der dörfliche Charakter des Siedlungsbereiches sollte erhalten bleiben.</p> <p>Es ist darauf hinzuweisen, dass der Stadtteil besondere klimatische Bedeutung hat: Hier endet eine regional bedeutsame Kaltluftleitbahn mit sehr hoher Priorität mit Einfluss auf die überwärmungsgefährdeten Stadtbereiche und Klimawandelvorsorgebereiche in Opladen und im Stadtteil selbst. Ebenso befindet sich hier ein überörtlich bedeutsamer Kaltlufteinzugsbereich mit Kaltluftwirkung mehr als 5000 Einwohner betreffend.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1003834, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>LEV_ASB_4, Hüscheid</p> <p>Ablehnung: keine erneute Ausweisung als ASB</p> <p>Begründung:</p> <p>Das Gebiet ist in seinem heutigen Zustand eine abwechslungsreiche Kulturlandschaft mit Grünland, Streuobstwiesen, Gehölzen und im geringeren Maße ländliche Besiedlung.</p> <p>Es hat große Bedeutung für/ durch Bodenschutz, Retention, Klimaschutz, Erhalt ländlicher Landschaft und dörflicher Charakter, Streuobstwiesen und Hecken, Potential der Entwicklung artenreichen Offenlands, Artenschutz.</p> <p>Erhebliche Problematik der Bodenversiegelung im gesamten Gebiet Hüscheid/ Atzlenbach und Bergisch Neukirchen; negative Effekte auf die unmittelbaren schutzwürdigen Gebiete am Ölbach zu erwarten. Bodenversiegelung problematisch für Wassereinzugsgebiet Ölbach.</p> <p>Forderung: Die Naturschutzverbände fordern aus diesen Gründen, hier keine weitere Siedlung zu erlauben, auch um den dörflich-ländlichen Charakter der Kulturlandschaft nicht zu zerstören und um den Druck durch Freizeitgestaltung auf das heute Niveau zu begrenzen. Die bisherige Ausweisung als ASB sollte daher zurückgenommen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entprochen (s. Stn ID 1001469).</p>

1003835, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>LEV_ASB_7, Bergisch Neukirchen Süd</p> <p>Am Köllerweg, Flabbenhäuschen, Zum Claashäuschen bis Ölbachstraße</p> <p>Ablehnung ASB-Ausweisung, weitere Verdichtung/ Bebauung</p> <p>Begründung:</p> <p>Es handelt sich um einen Grünland- und Waldbereich mit Kleingehölzen, der hohe Bedeutung hat für die Belange Bodenschutz, Retention, Klimaschutz/ Firschlufschneise, Artenschutz, Erhalt ländlicher Landschaft und dörflicher Charakter aufweist. Die Bebauung wird hier bis an die Grenze von Schutzgebieten herangeführt ? es gibt keine Pufferzonen mehr. Eine weitere Bebauung würde zu einer Erhöhung des Freizeitdrucks und damit Schädigung des Schutzgebietes führen.</p> <p>Es sind negative Effekte auf die unmittelbaren schutzwürdigen Gebiete am Ölbach/ Wiembach zu erwarten. Die Bodenversiegelung ist auch problematisch für das Wassereinzugsgebiet Ölbach/ Wiembach. Eine räumlich nahe Kompensation von Wald ist hier außerdem sehr zweifelhaft.</p> <p>Forderung: Die Naturschutzverbände plädieren dafür, keine weitere Bebauung zuzulassen und hier den ASB zurück zu nehmen, um den dörflich-ländlichen Charakter der Kulturlandschaft nicht zu zerstören und um den Druck durch Freizeitgestaltung auf das heute Niveau zu begrenzen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1001469).</p>

1003837, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>LEV_ASB_6, Fettehenne</p> <p>Ablehnung ASB-Ausweisung</p> <p>Begründung:</p> <p>Es handelt sich um einen großen zusammenhängenden Grünbereich im Siedlungsbereich mit einer Mischung von Acker, Grünland und Gehölzen.</p> <p>Betroffen sind: Bodenschutz, Retention, Klimaschutz, Erhalt ländlicher Landschaft und dörflicher Charakter und Hecken, Potential der Entwicklung artenreichen Offenlands, Artenschutz. Einzugsgebiet Leimbachtal; Verlust ländlicher Strukturen, Ackerland, Grünland, Kleingärten, wichtiger Erholungsraum.</p> <p>Forderung: Die Naturschutzverbände fordern, diesen Grünbereich dauerhaft zu erhalten im Siedlungsgefüge und hier keine weitere Bebauung zuzulassen. Auch sollte der Druck durch Raumbedarf für Freizeit/ Erholung durch neue Siedlungsflächen nicht erhöht werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entprochen (s. Stn ID 1001469).</p>

1003838, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>LEV_GIB_1, Rheindorf</p> <p>Ablehnung GIB-Ausweisung</p> <p>Begründung:</p> <p>Es handelt sich um landwirtschaftliche Flächen mit Funktion als Retentionsraum.</p> <p>Die Fläche war bereits im alten Regionalplan enthalten und wurde im gesamten Planungszeitraum nicht für Gewerbeentwicklung in Anspruch genommen, eine erneute Ausweisung und Erweiterung erscheint obsolet. Die Flächen sollten stattdessen dem Freiraum zugeführt werden für mögliche alternative Entwicklungen.</p> <p>Forderung: Die Naturschutzverbände plädieren für die Rücknahme des GIB, um landwirtschaftliche Flächen und Retentionsflächen zu erhalten.</p> <p>Alternativvorschlag: Fläche im FNP ausschließlich für den Ausbau erneuerbarer Energien reservieren: Windkraft, bevorzugt aber Freiflächen-Photovoltaik.</p> <p>Vorteil: Bodenversiegelung kann minimiert werden; durch Schafbeweidung kann qualitativ hochwertiges Offenland geschaffen werden - trotz energetischer Raumnutzung.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003839, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>LEV_GIB_2, Manfort</p> <p>Ablehnung gesamte GIB-Ausweisung zwischen den Schienenwegen</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Brachfläche ist vollkommen mit Wald bestanden und stellt ein wichtiges Bindeglied für die umliegenden BSN/Biotopverbundflächen und wertvollen Biotopen dar. Ein Gewerbegebiet mit nahezu vollständiger Versiegelung würde die nördlichen Bereiche des Biotopverbunds herausragender Bedeutung inklusive des NSG Ehemalige Kiesgrube am Südring mit wertvollen alten, noch wasserführenden oder aufgelassenen Abgrabungsflächen sowie Pionier-Gehölzbeständen und Magerrasen- sowie Sandtrockenbiotopen Stillgewässerbiotopen von den Wald- und Wasserflächen im Süden abschneiden. Es ist davon auszugehen, dass die Fläche wesentliche Bedeutung für die Vernetzung der naturschutzrelevanten Biotope und auch als Lebensraum der dort vorkommenden seltenen und gefährdeten Arten fungiert. Es handelt sich um einen besonders diversen Landschaftskomplex mit einem kleinteiligen Wechsel an Lebensräumen im Ballungsraum, der im Sinne des Artenschutzes erhalten und entwickelt werden sollte.</p> <p>Forderung: Die Naturschutzverbände fordern daher die Rücknahme des GIB-Teilbereichs und den Einbezug der Fläche mindestens in die BSLE-Kulisse oder als BSN.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003839]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003839.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003840, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Gewerbegebiet Zinkhütte in Bergisch Gladbach</p> <p>Ablehnung Ausweitung Gewerbegebiet</p> <p>Das Gewerbegebiet Zinkhütte in Bergisch Gladbach darf nicht weiter in südlicher Richtung ausgedehnt werden.</p> <p>Begründung:</p> <p>Der noch vorhandene Waldstreifen zwischen den Naturschutzgebieten Gierather Wald/Schlodderdich sowie der Grube Cox, auch als Neuborner Busch bekannt, ist stattdessen in noch breiterer Ausdehnung als regionaler Grünzug auszuweisen (s. E.2.7, Bergisch Gladbach, Nr. 1). Jegliche Beeinträchtigung dieses Korridors durch bauliche Tätigkeiten mindert nicht nur die Funktion eines regionalen Grünzugs, sondern hebt jegliche Form von Luftaustausch bzw. Kaltluftentstehung auf. Hinzu kommt die Einschränkung der Naherholung, die gerade in diesen Gebieten nahe an Köln-Dellbrück und der Innenstadt von Bergisch Gladbach von herausragender Bedeutung ist.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1004668).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

Interkommunales Gewerbegebiet Spitze in Bergisch Gladbach und Kürten

Ablehnung GIB interkommunal

Das interkommunale Gewerbegebiet Spitze auf den Gebieten der Stadt Bergisch Gladbach und der Gemeinde Kürten wird seitens des ehrenamtlichen Naturschutzes komplett abgelehnt.

Begründung:

Maßgeblich dafür ist die verkehrliche Anbindung über die L 289, die bereits jetzt in den Ortslagen Moitzfeld und Herkenrath in den Spitzenzeiten restlos überlastet ist und als Autobahnzubringer auch für Pendler aus Kürten, Wipperfürth und Lindlar weiterhin eine überragende Rolle spielen wird ? hier ist von einer deutlichen Zuspitzung der Lage auszugehen, wenn den Landgemeinden Kürten und Lindlar sowie der Stadt Wipperfürth durch diesen Entwurf weitere Bautätigkeiten an Dorfrändern oder als neu zu entwickelnde Siedlung zugestanden werden. Hinzu kommen aufgrund der Höhenlage und des weiten Sichtfelds landschaftsästhetische Gesichtspunkte gewissermaßen als Tor in den Naturpark Bergisches Land sowie landwirtschaftlich-strukturelle Aspekte, zumal es sich auf den Hochflächen aufgrund der Lössauflage um die besten Böden im westlichen Teil des Bergischen Landes handelt. Die Naturschutzverbände plädieren daher dafür, auf dieses Gewerbegebiet komplett zu verzichten und stattdessen den Regionalen Grünzug weiter nach Osten bis zum Tal des Dürschbachs auszudehnen, das als BSN ausgewiesen ist (s. E.2.7, Kürten, Nr. 1).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Zudem besteht zwischen dem GIBregional (hier in der Stellungnahme als GIBinterkommunal benannt) und dem südlich gelegenen ASB Herkenrath ein funktionsfähiger Freiraumkorridor, der entsprechend der planerischen Konzeption durch differenzierte regionalplanerische Festlegungen gesichert wird.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung des GIBregional in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Auf die Erläuterungen zur StnID 1004670 wird verwiesen.

Darüberhinaus wird der Anregung in Bezug auf die Ausdehnung des Regionalen Grünzugs nach Osten entsprochen. Auf die Erläuterungen zur StnID 1004481 wird verwiesen.

1003842, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB, Dierath, 51°05'11" N / 7°04'47" O</p> <p>Ablehnung ASB nordöstlich Dierath</p> <p>Keine Ausweisung des Bereichs nordöstliches Dierath als ASB.</p> <p>Hier wären stattdessen die Freiraumdarstellungen Bereich zum Schutz der Landschaft und Regionaler Grünzug zu erweitern, nach Osten bis zur L219. (s. E.2.7, Burscheid, Nr. 1)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme hinsichtlich der Rücknahme von Siedlungsraum ist teilweise entsprochen.</p> <p>Der Stellungnahme hinsichtlich einer Erweiterung von Regionalem Grünzug und BSLE ist entsprochen (s. StnID 1003888).</p>

1003843, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Erweiterung ASB, Irlen/ Bellinghausen, BUR_ASB_1, 51°05'30" N / 7°08'40" O</p> <p>Ablehnung:</p> <p>Keine Erweiterung des ASB nach Osten über die B51 hinaus, Erhalt der bisherigen (landwirtschaftlichen) Nutzung</p> <p>Begründung:</p> <p>Unmittelbar an der B51 beginnt der Naturpark Bergisches Land. Hier am Abhang zum NSG Eifgental sollte ein weiterer ASB-Bereich tabu sein. Der dörflich-ländliche Charakter der Kulturlandschaft mit einer Mischung aus Grünland, Acker und Gehölzen sollte nicht zerstört werden und der Druck durch Freizeitgestaltung sollte auf das heute Niveau begrenzt bzw. durch kommunale Maßnahmen (neues Wegekonzept) sogar verringert werden. Auch dem Verlust von Retentionsflächen sollte kein Vorschub geleistet werden.</p> <p>Forderung: Die Freiraumdarstellungen Bereich zum Schutz der Landschaft und Regionaler Grünzug wären als Pufferzone bis zum NSG auszuweiten (s. E.2.7., Burscheid, Nr. 3).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003844, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BUR_GIB_1, Straßerhof</p> <p>Ablehnung:</p> <p>Keine erneute Ausweisung bzw. Erweiterung als interkommunales GIB</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Planung führt zu großflächiger Bodenversiegelung in einem landwirtschaftlich gut nutzbaren Gebiet sowie Zerschneidung Regionaler Grünzug und BSLE.</p> <p>Die Fläche war größtenteils bereits im alten Regionalplan enthalten und wurde im gesamten Planungszeitraum nicht für Gewerbeentwicklung in Anspruch genommen, eine erneute Ausweisung und Erweiterung erscheint obsolet. Die Flächen sollten stattdessen dem Freiraum zugeführt werden für mögliche alternative Entwicklungen.</p> <p>Alternativvorschlag: Fläche im FNP ausschließlich für den Ausbau erneuerbarer Energien reservieren: Windkraft, bevorzugt aber Freiflächen-Photovoltaik.</p> <p>Vorteil: Bodenversiegelung kann minimiert werden; durch Schafbeweidung kann qualitativ hochwertiges Offenland geschaffen werden - trotz energetischer Raumnutzung.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003845, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BUR_GIB_2, Oberlandscheid</p> <p>Ablehnung:</p> <p>Keine erneute Ausweisung als GIB</p> <p>Begründung:</p> <p>Besonderheiten: Landwirtschaftliche Nutzung und Forschung; Versuchsflächen Bayer: Bienenstudien</p> <p>Die Naturschutzverbände plädieren dafür, hier keine Siedlungsentwicklung zu erlauben, um den dörflich-ländlichen Charakter der Kulturlandschaft nicht zu zerstören und landwirtschaftliche Flächen zu erhalten. Auch dem Verlust von Retentionsflächen sollte kein Vorschub geleistet werden.</p> <p>Die Fläche war außerdem bereits im alten Regionalplan enthalten und wurde im gesamten Planungszeitraum nicht für Gewerbeentwicklung in Anspruch genommen, eine erneute Ausweisung erscheint obsolet. Die Flächen sollten stattdessen dem Freiraum zugeführt werden für mögliche alternative Entwicklungen.</p> <p>Hier ist auch darauf hinzuweisen, dass sich in der nahen Umgebung das FFH-Gebiet Dhünn und Eifgenbach (DE-4809-301) befindet (FFH-Prüfbogen). Das Talsystem stellt im Rahmen der landesweiten Biotopvernetzung eine Kernfläche im Naturpark Bergisches Land dar und ist Teil des Dhünn-Eifgenbach-Korridors, der die Vernetzung zwischen den beiden Naturräumen Bergische Hochflächen und Bergische Heideterrassen herstellt. Wegen des Vorkommens international bedeutender Biotoptypen sind die Täler als Refugial- und Ausbreitungsraum auch europaweit bedeutend. Der Ausschluss möglicher Beeinträchtigungen und Einträge durch eine spätere Flächenentwicklung und Gewerbenutzung sollte hier Vorrang haben. Die Naturschutzverbände fordern regelmäßig eine Pufferzone von 300 m um FFH-Gebiete, die hier mit 200 m unterschritten wäre.</p> <p>Alternativvorschlag: Fläche im FNP ausschließlich für den Ausbau erneuerbarer Energien reservieren: Windkraft, bevorzugt aber Freiflächen-Photovoltaik.</p> <p>Vorteil: Bodenversiegelung kann minimiert werden; durch Schafbeweidung kann qualitativ hochwertiges Offenland geschaffen werden - trotz energetischer Raumnutzung.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

Gleisdreieck im Städtedreieck Remscheid/ Hückeswagen/ Wermelskirchen, Interkommunales Gewerbegebiet

Ablehnung der Ausweitung des bereits bestehenden Industrie- und Gewerbebestands

Begründung:

Die Naturschutzverbände lehnen die gesamte Planung mit Ausweitung des bereits bestehenden Industrie- und Gewerbebestands seit Jahren entschieden ab. Die auf dem Gebiet der Stadt Wermelskirchen gelegenen Bereiche (etwa zur Hälfte landwirtschaftlich genutzt) zählen zum Einzugsbereich des Quellgebiets des Eifgenbachs, das als Naturschutzgebiet ausgewiesen ist und insgesamt zu den ganz wenigen typischen Mittelgebirgsbächen gehört, die nicht von Straßen und Wegen entlang des Bachs gekennzeichnet und beeinträchtigt sind. Vielmehr verfügt der Eifgenbach bis zu seiner Mündung in die Dhünn bei Odenthal-Altenberg über äußerst naturnahe Verläufe, in denen sich die natürliche Dynamik des Bachs aufgrund Alleinlage besonders nachweisen und aufweisen lässt. Diese Entwicklung darf nicht durch großflächige Gewerbeansiedlungen, verbunden mit einem Neubau der B 237 nach Hückeswagen, gefährdet werden. Deshalb fordern die Naturschutzverbände, den gesamten Waldkomplex östlich des Eifgenquellgebiets im Bereich Rattenberg bis zur Kreisgrenze großflächiger als BSN auszuweisen (s. E.2.7, Hückeswagen/ ?, Nr. 1).

Zudem handelt es sich angrenzend im Bereich der Stadt Remscheid um ein Gebiet, welches als Lebensraum für Vogel- und Feldfauna historisch besondere Bedeutung aufweist. So kamen in den 1990er Jahren noch 40 ? 50 Brutpaare des Kiebitz vor, u.a. die Arten Rotmilan, Schwarzstorch, Waldschnepfe, sämtliche Spechtarten, Neuntöter sowie Fledermäuse und Haselmaus waren hier vorkommend. Im Regionalplan Düsseldorf wurde das interkommunale Gewerbegebiet bisher nicht dargestellt, es besteht also auch keine rechtlich geltende Planungsgrundlage für das interkommunale Gewerbegebiet.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der veränderten Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen (s. Stn ID 1002713).

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

--	--

1003847, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-Erweiterung Kürten-Dürscheid Nord</p> <p>Ablehnung der ASB-Erweiterung in nördlicher Richtung</p> <p>Begründung:</p> <p>In Kürten-Dürscheid wird die Erweiterung des ASB in nördliche Richtung über die in der Landschaft festzustellende Kuppe hinaus abgelehnt. Mit der Überschreitung dieser landschaftlich bedingten Raumgrenze würde sich eine Entwicklung in die freie Landschaft einstellen, die aufgrund der Topographie und der weiten Einsehbarkeit aus Richtung Norden nicht zu rechtfertigen ist.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003848, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>LEI_ASB_1, Ziegwebersberg</p> <p>Ablehnung ASB-Ausweisung, keine Überschreitung der Siedlungsentwicklung über L79</p> <p>Begründung:</p> <p>Verlust landwirtschaftlicher Flächen, Bodenversiegelung im Auenbereich; die deutliche Verstärkung des schädigenden Freizeitdrucks auf das FFH-Gebiet Wupper von Leverkusen bis Solingen (DE-4808-301, s. FFH-Prüfbögen) durch mehr Siedlungsraum blieb im Gutachten zu Unrecht unberücksichtigt.</p> <p>Außerdem handelt es sich um einen klimatisch wirksamen Bereich mit einem mittleren Kaltluftvolumenstrom, der sich entlastend auf einen Kaltlufteinwirkbereich sowie einen Klimawandelvorsorgebereich auswirkt. Hier sollte im Sinne der Klimawandelvorsorge keine Verschlechterung induziert werden.</p> <p>Eine Siedlungsplanung im Überschwemmungs- und Retentionsbereich der Wupper halten die Naturschutzverbände aus heutiger Sicht außerdem für unangebracht.</p> <p>Forderungen: Bisherige Freiraum-Darstellung erhalten und Rücknahme ASB bis an die Landstraße bzw. Ausdehnung BSN entlang FFH-Gebiet.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003849, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>LEI_ASB_2, Am Hammer</p> <p>Ablehnung ASB-Ausweisung</p> <p>Begründung:</p> <p>Verlust landwirtschaftlicher Flächen, Bodenversiegelung im Auenbereich; Überschwemmungsgebiet der Wupper; die deutliche Verstärkung des schädigenden Freizeitdrucks auf das FFH-Gebiet Wupper von Leverkusen bis Solingen (DE-4808-301, s. FFH-Prüfbögen) durch mehr Siedlungsraum blieb im Gutachten zu Unrecht unberücksichtigt.</p> <p>Die Naturschutzverbände plädieren dafür, keine weitere Siedlung zu erlauben, um den dörflich-ländlichen Charakter der Kulturlandschaft nicht zu zerstören und um den Druck durch Freizeitgestaltung auf das heute Niveau zu begrenzen bzw. durch kommunale Maßnahmen (neues Wegekonzzept) sogar zu verringern.</p> <p>Forderung: Bisherige Freiraum-Darstellung bzw. (landwirtschaftliche) Nutzung erhalten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1003555).</p>

Inhalt

LEI_GIBz_1, Wietsche

Ablehnung GIB-Ausweisung

Begründung:

Bodenversiegelung wertvoller Böden, Verlust Retentionsflächen und Beeinflussung der hochgradig schutzwürdigen Gebiete im Umfeld: Habitate: Totholzreiche Traubeneichenbestände, atlantischer Stechpalmen-Rotbuchenwald, Vorkommen von Feuersalamander, Hirschkäfer, Spanische Flagge, Uhu, Schwarzstorch, diverse Fledermausarten, etc. Biodiversitätsmonitorings laufen derzeit als ?Citizen Science?-Projekte über die Plattform Observation.org und sind dort auch einsehbar.

Die Fläche liegt zudem zentral/ mitten in einem Landschaftsschutzgebiet (Bergische Hochflächen), dessen Schutzzweck erheblich beeinträchtigt würde. Ebenso würde diese Fläche einen sehr hohen Kaltluftvolumenstrom mit direkten Auswirkungen in umliegende Kaltlufteinwirkbereiche durchtrennen. Hier sollte im Sinne der Klimawandelvorsorge keine Verschlechterung für die umliegenden Wohngebiete induziert werden.

Die Fläche war bereits im alten Regionalplan enthalten und wurde im gesamten Planungszeitraum nicht für Gewerbeentwicklung in Anspruch genommen, eine erneute Ausweisung und Erweiterung erscheint obsolet. Die Flächen sollten stattdessen dem Freiraum zugeführt werden für mögliche alternative Entwicklungen.

Forderung: Freiraumdarstellung, mindestens als AFAB, bisherige Nutzung (landwirtschaftliche Nutzung) zum Zwecke Klimaschutz, Bodenschutz, Retentionsflächen beibehalten.

Alternativvorschlag: Ausweisung als BSN bzw. Erweiterung zur Förderung Artenschutz (s. anschließenden Abschnitt zum Fledermausschutz). Fläche im FNP ausschließlich für den Ausbau erneuerbarer Energien reservieren: Freiflächen-Photovoltaik.

Vorteil: Bodenversiegelung kann minimiert werden; durch Schafbeweidung kann qualitativ hochwertiges Offenland geschaffen werden - trotz energetischer Raumnutzung; Anbindung an Hochspannungsnetz gegeben. Windkraft muss aus Gründen des Vogel- und Fledermausschutzes ausgeschlossen werden (s. anschließenden Abschnitt zum Fledermausschutz). Dies sollte jedoch nur ermöglicht werden, wenn Umweltgutachten ergeben, dass der Korridor zwischen Murbachtal und Weltersbach nicht durch entsprechende Anlagen geschädigt wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Hinweise zum Fledermausschutz Murbachtal

Das Gebiet umfasst ausgehend von Diepental das Murbachtal bis Balken mit Waldhängen bei Pattscheid, Neuenkamp, Stöcken, Holz und Wietsche. An die Wälder schließen auf Leverkusener und Leichlinger Seite landwirtschaftlich genutzte Flächen und dörflich geprägte Siedlungen an. Der namensgebende Bach durchzieht das Tal mit seinen bewaldeten Hängen und mündet bei Balken (Leichlingen) in die Wupper. Die ehemaligen Aufstauungen des Murbachs (Talsperre Diepental und westlich gelegenes Staugewässer) werden bzw. sind bereits abgelassen. Geplant ist, den Lauf des Murbachs naturnah zu entwickeln. In Teilen werden die trocken gefallen Flächen entlang des Bachs einer natürlichen Sukzession (Neubewachsung) überlassen. Die Hangwälder setzen sich aus Fichten (sind zum großen Anteil wegen Hitzesommern und Borkenkäferbefall abgestorben und gerodet), Rotbuchen, Trauben- und Stieleichen u.a. Baumarten zusammen. Höhlen- und Totholzbäume, z.B. Im Bereich des Naturfreundehauses Neuenkamp und anderen Bereichen, bieten Lebensraum für Insekten, viele Vogelarten (Spechte, Waldkauz) und Quartiermöglichkeiten für streng geschützte Fledermausarten. Vorkommen von Braunen Langohren, Fransen-, Wasserfledermaus, Abendsegler, Kleinabendsegler, Zwerg-, Rauhautfledermaus, Große/Kleine Bartfledermaus sind nachgewiesen; Nahrungshabitate und Quartiermöglichkeiten in Höhlenbäumen und in Anliegerhäusern sind vorhanden. Das Murbachtal im Zusammenhang mit der Wupper kann als Korridor von Fledermäusen bei ihren saisonalen Wanderungen genutzt werden.

An und auf den Hängen des Tals darf daher KEINE Ausweisung von Flächen für Windenergieanlagen (Gefahr von Fledermaus- und Vogelschlag) erfolgen.

Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.

Inhalt

Gewerbegebiet Ginsterfeld in Overath

Ablehnung des Gewerbegebietes Ginsterfeld

Begründung:

In Overath wird das Gewerbegebiet Ginsterfeld jenseits der Autobahn an der K 38 abgelehnt. Die landwirtschaftlichen Flächen mit aufgrund der Höhenlage hochwertigen Böden sind vorzuhalten, die gewerbliche Ansiedlung ist nicht weiter in die freie Landschaft zu entwickeln.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der

landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1003853, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Bechhausen/ Hilgener Ziegeleiloch</p> <p>Ablehnung Umwandlung Wald in ASB</p> <p>Begründung:</p> <p>Auf dem Gelände der seit Jahr(zehnt)en stillgelegten Alten Ziegelei nördlich des Naturschutzgebietes ?Hilgener Ziegelleiloch? bis Balkanstraße und östliche des NSG ?Eifgenbach und Seitentäler? hat sich ein wertvoller Waldbereich entwickelt, bei dem davon auszugehen ist, dass er Lebensraum für zahlreiche gefährdete und planungsrelevante Arten wie Spechte und Fledermäuse ist. Die Werthaltigkeit des Gebietes wurde u.a. durch die LANUV Kartierungen im maßgeblichen Messtischblatt 4808 (Solingen) Planquadrat 4, u.a. fünf schützenswerte Fledermausarten, festgestellt.</p> <p>https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/de/arten/blatt/liste/48084</p> <p>Forderungen: Die begrüßenswerte Erweiterung der bestehenden BSN Fläche zum Schutz des Quellbereichs des Heimbaches sollte um die NSG-Bereiche inklusive der Ziegeleifläche ergänzt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1003853]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003853.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Ein grundsätzlicher regionalplanerischer Konflikt ist in Bezug auf die ASB-Festlegung nicht erkennbar. Ggf. erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung örtlicher Konflikte, z.B. aus ökologischen oder forstlichen Gründen erforderliche Abstände zum Waldgebiet, sind Gegenstand der bauleitplanerischen Umsetzung,</p>

1003854, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Morsbach („Alzer Berg“ im Süden und „Heider Berg“ im Westen)</p> <p>Zurücknahme Begründung</p> <p>Der ASB sollte im Süden und Westen auf die bestehende Bebauung zurückgenommen werden. Eine weitere randliche Ausweitung würde zu stark in die gut strukturierte Landschaft eingreifen. Zudem ist der Bedarf für derartige Wohnbaugebiete nicht ersichtlich.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003854]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003432_29.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? <i>hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan</i> ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

GIB Morsbach-Schlechtingen (MOR_GIB_1)

Ablehnung der Erweiterung

Begründung

Die geplante GIB-Erweiterung grenzt im Westen an Biotopverbund-Stufe I-Fläche VB-K-5112-005 an und würde im Osten mehr als 5 ha Laubwald beanspruchen. Der Bereich ist besonders gut strukturiert, verfügt über eine sehr hohe Artenvielfalt mit vielen Rote Liste-Arten und eine nachfolgende Bauleitplanung würde sich großen ökologischen Konflikten gegenübersehen. Die Erweiterung des GIB nördlich der L 336 sollte daher entfallen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

GIB Lichtenberg

Rücknahme der Erweiterung

Begründung

Der bestehende und bebaute GIB Lichtenberg wurde bereits mit gravierenden Landschaftsschäden (insbesondere sehr hohen Böschungen) realisiert. Eine Norderweiterung in den Talraum würde noch weit gravierendere Landschaftsschäden auslösen, die unverantwortbar sind. Zudem ist mit erheblichen Beeinträchtigungen des Wasserhaushalts zu rechnen, wenn weitere Flächen in der hier bereits realisierten Größenordnung versiegelt werden.

Hinweis

Diese GIB-Darstellung wurde offenbar nicht der Umweltprüfung unterzogen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-

	<p>westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.</p>
--	--

1003857, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Denklingen und ASB_{flex} (REI_ASBF_2)</p> <p>Rücknahme bis zur bestehenden Bebauung und Streichung des ASB_{flex}</p> <p>Begründung</p> <p>Der ASB im Süden von Denklingen und der ASB_{flex} sollten im markierten Bereich zurückgenommen werden. Es handelt sich um eine vielfältige Kulturlandschaft mit etlichen wertgebenden Elementen, die als Landschaftsschutzgebiet gesichert ist.</p> <p>Ein Bedarf für eine derartige Siedlungserweiterung ist nicht gegeben. Die Reichshofer Bevölkerung wird bis 2050 um 8,6 % sinken. Nur die Bevölkerungsanteile der über 65- und über 80jährigen werden steigen (um 15,1 % bzw. 72,3 %). Es besteht schlicht kein Bedarf an Neubauten auf der Grünen Wiese, sondern Bedarf an zentrumsnahe und altersgerechtem Wohnraum. Dazu trägt die Erweiterung abseits des Ortszentrums von Denklingen nichts bei.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003857]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003432_30.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Für die Gemeinde Reichshof besteht noch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> (ASBflex).</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgte eine Festlegung als ASBflex.</p>

Inhalt

ASB Brüchermühle

Zurücknahme

Begründung

Bei dem zur Rücknahme vorgeschlagenen Bereich handelt es sich um eine wertvolle und sehr vielfältige Kulturlandschaft, die bisher noch nicht von der Bebauung geprägt wurde. Der Bereich sollte nicht baulich genutzt werden.

Ein Bedarf für neuen Wohnsiedlungsraum wird zudem nicht gesehen (siehe oben zur Bevölkerungsentwicklung).

Hinweis

Im ASB Brüchermühle befinden sich etwa 10 ha Industriebetrieben, die nicht ohne weiteres als wenig imitierend angesehen werden können. Die Unterteilung in ASB und GIB löst sich hier offensichtlich auf, so dass Außenstehende nicht mehr erkennen können, was in einem ASB entwickelt werden soll und was nicht.

[s. Anhang Abb. 1003858]

Anhänge

[Abb_ID1003432_31.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? *hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan* ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1003860, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB_{flex} Brüchermühle (REI_ASBF_1)</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Ein Bedarf für diese Darstellung ist nicht erkennbar (siehe oben zur Bevölkerungsentwicklung).</p> <p>Es handelt sich hier um einen Kulturlandschaftsbereich mit über einem Hektar Laubwald. Auch wegen des schweren Eingriffs ins Landschaftsbild ist diese Planung abzulehnen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003432_32]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003860.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für die Gemeinde Reichshof besteht noch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> (ASBflex).</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgte eine Festlegung als ASBflex.</p>

1003861, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>GIB Wald-Wehnraath (REI_GIB_1)</p> <p>Rücknahme</p> <p>Begründung</p> <p>Der GIB sollte um die unten dargestellte Fläche zurückgenommen werden. Der Bereich weist eine reiche und wertvolle Kulturlandschaft auf, die nicht baulich genutzt werden sollte.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003861]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1003432_33.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003862, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>GIB Waldbröl (WDB_GIB_1)</p> <p>Rücknahme des GIB</p> <p>Begründung</p> <p>Der GIB sollte um den unten markierten Bereich zurückgenommen werden. Bedarf für eine so große GIB-Erweiterung ist nicht zu erkennen. Die Bevölkerung im typisch arbeitenden Alter von 16 bis 65 wird in Waldbröl stetig sinken ? bis 2050 um etwa 1.100 Menschen. Es ist nicht erkennbar, wo die zukünftigen Arbeitskräfte sind, um derart große GIB zu rechtfertigen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003862]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003432_34.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003863, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Nümbrecht (NÜM_ASB_1)</p> <p>Rücknahme</p> <p>Begründung</p> <p>Der ASB sollte auf die bestehende Bebauung zurückgenommen werden. Die hier dargestellten etwa 12 ha sollten nicht bebaut werden. Die Bevölkerung im ?baufähigen? Alter (19 bis 65) wird in Nümbrecht bis 2050 um 9-10 % sinken. Es ist daher nicht erkennbar, wer so große ASB besiedeln soll.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003863]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003432_35.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? <i>hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan</i> ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

ASB Wiehl-Drabenderhöhe-Brächen

Rücknahme der ASB-Erweiterung

Begründung

Die Nord-Erweiterung dieses ASB bis in den sehr dörflichen Ortsteil Brächen dient erkennbar nur der Ansiedlung von Gewerbe westlich der B 56. Das ist sowohl wegen der Entstehung einer bandförmigen Siedlung, als auch wegen der intransparenten Darstellung schon vom Grundsatz her abzulehnen. Die Einbeziehung des Dorfes Brächen ist nicht begründbar; Brächen allein ist weit von der zur ASB-Darstellung nötigen Einwohnerzahl entfernt und steht in keinerlei baulichem Zusammenhang mit Drabenderhöhe.

Der entsprechende Bereich findet sich auch ? trotz großräumiger Ausdehnung des ASB ? nicht im Umweltbericht wieder.

Gegen die Planung spricht zudem die Inanspruchnahme eher extensiv genutzter Grünlandflächen und zudem die unvermeidbare Beeinträchtigung eines geschützten Biotops (Niedermoor-artige Quellmulde) unmittelbar am Plangebiet in Kontakt zum nord-westlich angrenzenden BSN.

[s. Anhang Abb. 1003864]

Anhänge

[Abb_ID1003432_36.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zu StnID 1003593.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von

Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

1003865, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>GIB Wiehl-Drabenderhöhe (WIE_GIB_3)</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Dieser völlig neue GIB-Ansatz überplant einen Höhenunterschied von 40 m und wäre daher nur mit extremen Bodenbewegungen umsetzbar. Entsprechend groß wäre der Eingriff ins Landschaftsbild.</p> <p>Der Bereich grenzt direkt an den im Biotopkataster aufgeführten ?Immer Siefen? und den Ülpebach; Beeinträchtigungen allein schon wegen des Verlustes von Niederschlags-Versickerungsfläche sind offenkundig. Insbesondere die schweren Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes führen zur Ablehnung der Planung.</p> <p>Zudem ist der Bedarf für eine isoliert in der Landschaft liegende, kaum erschließbare und verkehrlich nur über Serpentinien und die Ortsdurchfahrten von Drabenderhöhe bzw. Bielstein erreichbare GIB-Fläche keineswegs erkennbar.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003867, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>GIB Mühlen</p> <p>Streichung des Ost-Teils</p> <p>Begründung</p> <p>Der Bereich ist als Quasi-Laubwald ausgebildet und es ist keine bauliche Nutzung in Sicht. Der BSN besteht in dieser Form bereits seit Jahrzehnten und sollte nun gestrichen werden, weil eine Ausdehnung nicht mehr ernsthaft geplant ist.</p> <p>[s. Anhang Abb.1003867]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003432_37.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? <i>hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan</i> ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003868, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Weiershagen</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Offenbar wurde der ASB Weiershagen nur nach Bergerhof erweitert, um eine Anbindung des neuen Gewerbestandortes Wiehl-Forst zu begründen. Das wird als intransparent abgelehnt. Der Ortsteil westlich der L 321 ist regionalplanerisch völlig unbedeutend und hat keine ernsthafte Entwicklungsperspektive. Er sollte daher so oder so nicht als ASB dargestellt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003868_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003868_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? <i>hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan</i> ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

GIB Wiehl-Weiershagen

Zurücknahme bis zur Bahnstrecke

Begründung

Östlich der Bahnstrecke sollte der GIB gestrichen werden. Diese Planung besteht seit Jahrzehnten, es ist aber keine Realisierungsabsicht erkennbar. Der Bereich ist ökologisch als Laubwald und Gebüsch-Magergrünlandkomplex wertvoll und sollte keiner Bebauung zugeführt werden. Für das Umfeld liegen mehrere Beobachtungen der Schlingnatter vor. Auch mit vielen weiteren geschützten und seltenen Arten ist zu rechnen.

Hinweis

Der GIB beinhaltet südlich der L 336 auch größere Flächen im Überschwemmungsbereich. Diese und die Extremhochwasser-Überflutungsbereiche sollten zusätzlich aus dem GIB herausgenommen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

In Bauflächen von Flächennutzungsplänen und in kleineren Siedlungsbereichserweiterungen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Auf die Erläuterungen zu Ziel 27 und Ziel 28 wird verwiesen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit die Belange auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

GIBflex Wiehl-Bomig

Ablehnung

Begründung

Dieser Bereich ist durch beweidetes und strukturreiches Grünland sowie etwa 3 ha Laubwald geprägt. Eine bauliche Nutzung ist daher unverträglich.

Hinweis

Der GIB_{flex} wurde keiner Umweltprüfung unterzogen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen tatsächliche Umstände im Bestand sowie Raumwiderstände entgegen, sodass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist.

Inhalt

GIB Wiehl-Bomig (WIE_GIB_1)

Zurücknahme

Begründung

Gegen eine maßvolle Erweiterung des GIB Bomig bestehen keine grundsätzlichen Bedenken, weil dort die Industrieansiedlungen, die in Zukunft noch sinnvoll zu akquirieren sind, relativ raum-verträglich konzentriert werden können. Allerdings sollte die Erweiterung beschränkt werden. Die unten markierten Flächen sollten als Freiraum und BSLE verbleiben. Dort finden sich ökologisch höherwertige Grünland- und Gehölzstrukturen, die nicht als GIB überplant werden sollten.

Wiehl wird bis 2050 über 2.300 Menschen im typischen Alter von Beschäftigten zwischen 16 und 65 verlieren. Für Gummersbach sind es über 2.200 Menschen und im Umland ist der Schwund potenzieller Beschäftigter vergleichsweise noch höher. Es ist nicht erkennbar, wie so große Flächen, wie sie in Wiehl als GIB dargestellt werden sollen, in Zukunft zugunsten von Arbeitsplätzen wirken könnten, weil es die Arbeitenden schlicht in der Zahl zusehends weniger geben wird. Daher sollte sich eine Kommune wie Wiehl zurücknehmen, was die GIB-Darstellungen angeht und sich auf wenige Neuansiedlungen konzentrieren. Dafür würden die moderaten Erweiterungen des GIB Wiehl-Bomig bei gleichzeitiger Rücknahme der übrigen neuen GIB in Wiehl ausreichen.

Hinweis

Die westlich des im Regionalplan-Entwurf dargestellten GIB-Fläche ist bis zur L 305 vollständig Wald. Es erschließt sich nicht, weswegen diese Waldfläche nur wegen der durch die GIB-Darstellung eingeschränkten Größe nicht als Wald dargestellt wird.

[s. Anhang Abb. 1003871]

Anhänge

[Abb_ID1003432_39.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, festgelegt. In den waldarmen Kommunen des Regierungsbezirks Köln (gemäß LEP NRW Waldanteil < 20 %) wurden darüber hinaus bereits Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlage für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche sind die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017). Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

1003872, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Wiehl und ASBflex südlich der L 336</p> <p>Zurücknahme</p> <p>Begründung</p> <p>Südlich der L 336 befinden sich heute nur unbedeutende und regionalplanerisch unwesentliche Bebauungen, wie Einzelhäuser, eine Kleinsiedlung mit etwa 20 Einfamilienhäusern, eine Tankstelle und die Feuerwehrwache. Eine Ausdehnung des ASB Wiehl jenseits der L 336 kann schon raumordnerisch nicht gewollt sein, weil damit der Siedlungsrand von Wiehl nach Süden hin aufgelöst würde. Zudem würde ein bandartiges Siedlungsband entlang der L 336 entstehen, das dem LEP widerspricht.</p> <p>Der hier überplante Bereich ist aber auch landschaftlich und ökologisch wertvoll. Das Grünland ist ein großflächig als magere Flachland-Mähwiese im Sinne des § 30 BNatSchG einzustufen mit Vorkommen von seltenen Arten, wie Schachbrettfalter, Ampfer-Grünwidderchen und Zittergras.</p> <p>Hinweis</p> <p>Weder die Ausweitung des ASB, noch die Neudarstellung des ASB_{flex} wurden der Umweltprüfung unterzogen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Wiehl verfügt zwar über Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem <i>Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> (ASBflex). Jedoch liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für ASBflex. Die in Rede stehende Fläche als ASBflex ist nicht darstellungsfähig, so dass eine geänderte Festlegung des Siedlungsraums folgerichtig ist.</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht - <i>hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan</i> ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung des ASB in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003873, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Wiehl und ASBflex am Süd-West-Rand von Wiehl</p> <p>Ablehnung bzw. Zurücknahme</p> <p>Begründung</p> <p>Die bauliche Entwicklung im Süd-Westen von Wiehl ist abzulehnen. Eine Bebauung um den Turm ist bereits wegen der Festlichkeiten dort nicht sinnvoll. Die Grünlandflächen nördlich der L 350 sind entweder Wald (im Biotopkataster) oder ökologisch hochwertiges Magergrünland, das als § 30 Biotop geschützt ist. Die Inanspruchnahme dieser Flächen würde einen ökologisch wirtschaftenden Landwirt um wesentliche Teile seiner Betriebsfläche bringen. Hier sind etliche Rote Liste-Arten nachgewiesen (z.B. Quendel-Kreuzblümchen, Schachbrettfalter). Die gesamte Erweiterung des ASB sowie die ASB_{flex}-Bereiche sollte gestrichen werden (Abgrenzung unten).</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003873]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003432_40.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Wiehl verfügt zwar über Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem <i>Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> (ASBflex). Jedoch liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für ASBflex. Die in Rede stehende Fläche als ASBflex ist nicht darstellungsfähig, so dass eine geänderte Festlegung des Siedlungsraums folgerichtig ist.</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht - <i>hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan</i> ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung des ASB in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003874, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Engelskirchen – ehemaliger „Engels-Weiher“</p> <p>Zurücknahme</p> <p>Begründung</p> <p>Bei der unten abgegrenzten Fläche handelt es sich um ein ehemaliges Staugewässer, den Engels-Weiher. Der Bereich würde bei einem Extremhochwasser (HQ_{extrem}) überschwemmt werden mit bis zu 1 m Überschwemmungshöhe. Eine Bebauung wäre hier grob fahrlässig. Stattdessen sollte der Bereich zu einem naturnahen Retentionsbereich entwickelt werden, um niedrigere Hochwässer (HQ100) abzumildern, was im Aggertal nur an wenigen Stellen möglich ist: Bei dem Bereich handelt es sich um eine Art ?Rückstaubecken? in dem Wasser naturnah zurückgehalten werden könnte. Der nachfolgend markierte Bereich sollte daher aus dem ASB entfernt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003874]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003432_41.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003875, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Engelskirchen-Obersteeg (Eng_ASB_2_A)</p> <p>Zurücknahme bis zur bestehenden Bebauung</p> <p>Begründung</p> <p>Die Erweiterung des ASB wird abgelehnt.</p> <p>Der ASB beeinträchtigt im Westen einen BSN, der sich de facto mit zwei Quellsiefen bis fast ins Plangebiet herein erstreckt. Im Gebiet ist die Haselmaus nachgewiesen; ein Rotmilan-Horst wird vermutet. Der ASB würde besonders im Westteil eine wertvolle Kulturlandschaft und etwa 6 ha Wald beanspruchen. Dabei handelt es sich teils um älteren Laubwald.</p> <p>Der Fläche fehlt jede ÖPNV-Anbindung ? was insb. im süd-westlichen Teil bei 75 m Höhenunterschied auf 1,5 km Entfernung bis zum Rathaus kritisch wird. Die Einbeziehung des kleinen Dorfes Obersteeg ist regionalplanerisch irrig.</p> <p>Zum fehlenden Bedarf/Bevölkerungsentwicklung siehe die Argumentation zum ASB Buschhausen.</p> <p>Die Fläche sollte als ASB gestrichen werden (siehe Abgrenzung).</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003875]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003432_42.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund des kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht ? <i>hier u.a. auch belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ?</i> sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003876, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Ehreshoven – Perdt</p> <p>Rücknahme</p> <p>Begründung</p> <p>Die Bebauung des Ortsteils Perdt ist zu einem organischen Abschluss gekommen; weitere bauliche Eingriffe in den westlich angrenzenden Wald sind weder städtebaulich, noch ökologisch, noch regionalplanerisch sinnvoll.</p> <p>Der Waldverlust würde 1,5 ha betragen. Dabei handelt es sich um teils sehr gut strukturierte Alt-Buchenwälder, in denen mit etlichen geschützten Arten und erheblichen Konflikten zu rechnen ist.</p> <p>Angesichts der geringen baulichen Eignung bei gleichzeitig hohem ökologischen Risiko sollte der ASB auf den Rand der bestehenden Bebauung zurückgenommen werden (siehe Abgrenzung).</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003876]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003432_43.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003877, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>GIB Gummersbach-Sonnenberg-Norderweiterung (GM_GIB_1)</p> <p>Zurücknahme auf den bisherigen GIB</p> <p>Begründung</p> <p>Die geplante Norderweiterung des GIB um über 15 ha gegenüber der bisherigen GIB-Darstellung ist nicht begründet. Sie wird daher abgelehnt.</p> <p>Gummersbach wird von 2021 bis 2050 etwa 2.200 Einwohner im typischerweise arbeitenden Alter von 16 bis 65 verlieren. Es ist nicht erkennbar, woher die in diesem geplanten GIB zukünftig arbeitenden Menschen kommen könnten, da die Umlandkommunen ganz ähnliche Bevölkerungsentwicklungen haben.</p> <p>Der Nordteil des im gültigen Regionalplan dargestellten GIB Sonnenberg ist seit Jahrzehnten nicht baulich genutzt. Auch im östlich angrenzenden GIB Windhagen finden sich ungenutzte Flächen, ebenso im Süden des GIB Sonnenberg südlich der L 306 ? z.B. eine 2,4 ha große Brachfläche östlich der Betriebshallen der Fa. ABUS. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass mindestens 1/3 des GIB Sonnenberg nicht oder nicht sachgerecht genutzt werden. Es kann also auch deswegen keine Rede von einem objektiven Mangel an GIB-Flächen in Gummersbach sein.</p> <p>Daher sollte die Norderweiterung des GIB-Sonnenberg entfallen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

GIB Gummersbach-Hardt-Hanfgarten (Rospe) (GM_GIB_2)

Ablehnung

Begründung

Der Bereich ist de facto ein völlig neuer Siedlungsansatz, der mit dem ASB Strombach kaum in raumordnerischen Zusammenhang zu bringen ist.

Die verkehrliche Erschließung ist mit den engen Ortsdurchfahrt von GM-Rospe ?Hardtstraße?, so schwierig, das Bedenken hinsichtlich der verkehrlichen Realisierbarkeit bestehen.

Zum fehlenden Bedarf für weitere GIB-Darstellungen in Gummersbach siehe oben unter 1 zum GIB Sonnenberg. Auch die Lokalpolitiker von Gummersbach betonen, dass kein Bedarf für diese GIB-Fläche in Sicht sei, aber man möchte sich den Bereich als ?Tauschfläche? und für die fernere Zukunft in der Hinterhand halten. In sofern bestätigt sich das Fehlen eines absehbarer Bedarfes.

Der Bereich ist eine besonders wenig intensiv bewirtschaftete Kulturlandschaft mit vielen Landschaftselementen, die sonst großräumig fehlen. Es kommen etwa 5 ha Magerweiden vor sowie Nassgrünlandbereiche. Bei Realisierung der Planung würden 2,6 ha Laubwald verloren gehen, davon sind 0,5 ha als Hutewald mit vielen alten Eichen und hohem Totholzanteil ausgeprägt. Das Brutvorkommen von Kolkrabe, Grünspecht und Kleinspecht ist belegt. Der Bereich wird auch von Schwarzstorch und Rotmilan regelmäßig als Nahrungsraum genutzt. Mit dem Vorkommen vieler weiterer Rote Liste-Arten und entsprechend hohen ökologischen Risiken und Konflikten ist bei einer etwaigen Bauleitplanung zu rechnen.

Das weit überwiegende Gros der Flächeneigentümer schließt einen Verkauf aus; eine Realisierung dieser Bebauung ist damit in weite Ferne gestellt.

Die GIB-Darstellung sollte daher entfallen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentialen bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore,

Freirauminselfn fowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

ASB Bergneustadt – Westabgrenzung

Rücknahme bis zur bestehenden Bebauung

Begründung

Der ASB sollte bis auf die bestehende Bebauung zurückgenommen werden.

Es handelt sich bei der umgrenzten Fläche weitgehend um eine sehr magere und artenreiche Magerwiese (geschützt nach § 30 BNatSchG als magere Flachland-Mähwiese) mit etlichen bedrohten Arten, wie Schachbrettfalter, Ampfer-Grünwidderchen, Kamillen-Mönch, Zittergras, Heil-Ziest ? eine der ökologisch wertvollsten Wiesen des Bergischen Landes. Eine systematische Nachsuche würde zahlreiche weitere Arten der Roten Liste ergeben, weswegen eine Bauleitplanung sich hier größten Konflikten ausgesetzt sehen würde. Der Rest der Fläche ist Laubwald.

Eine sinnvolle Erschließung dieses potentiellen Baugebietes ist wegen der geschlossenen Reihenbebauung an der B 55 nicht erkennbar. Eine Erschließung über die ?Richtstraße? scheidet wegen der engen Kurvenradien für eine deutliche Erweiterung der Wohnbebauung unzweifelhaft aus.

Die Bergneustädter Bevölkerung wird von 2021 bis 2050 um 13,8% abnehmen, das ist die 3.größte Abnahme unter allen oberbergischen Kommunen. Bei den typischerweise Bauwilligen von 19-40 Jahren sinkt die Bevölkerung bis 2050 um etwa 17%! Es ist nicht erkennbar, wie unter diesen Umständen eine ASB-Darstellung sinnvoll begründet werden könnte.

Die ASB-Erweiterung nach Westen sollte daher zurückgenommen werden.

[s. Anhang Abb. 1003879]

Anhänge

[Abb_ID1003432_44.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? *hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan* ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

GIB Klause (LIL_GIB_1)

Zurücknahme auf den bisher bebauten Bereich

Begründung

Der bisher unbebaute Bereich des GIB Klause ist großteils bewaldet. Zwar sind die Fichtenbestände abgestorben, aber das Gebiet umfasst auch den wärmebetonten Steinbruchbereich und ältere Laubwälder. In diesen Flächen konnten im Rahmen der seit 2018 laufenden Bauleitplanung zahlreiche Rote Liste-Arten nachgewiesen werden. Der Großteil der Lindlarer Bevölkerung lehnt die Planung mit großflächigem Waldverlust ab. Die Bauleitplanung ist inzwischen faktisch zum Erliegen gekommen.

Eine Realisierung auch verkleinerter Bauabsichten würde sich großen ökologischen Konflikten gegenübersehen und erscheint heute unrealistisch.

Das Gebiet ist ein wichtiger Kaltluftentstehungsbereich für den Lindlarer Ortskern. Durch die Versiegelung der Flächen würde das Wasserdargebot für den Horpebach im Süden dramatisch verringert, während der Lennefe Bach und damit der Ortskern von Lindlar mit bisher nicht kalkulierbaren Hochwasserrisiken behaftet würde.

Für die Planung sprechen angesichts der Baulücken und Fehlnutzungen im bestehenden Gewerbegebiet (Wohngebäude, Kindertagesstätte, Brachflächen und großräumige Park und Abstellflächen) auch keine Bedarfsgründe.

Lindlar wird bis 2050 einen Bevölkerungsschwund in der typischerweise arbeitenden Bevölkerung von 16 bis 65 von fast 2.500 erleben. Es ist daher nicht erkennbar, wie die Arbeitskräfte rekrutiert werden sollen, deren Beschäftigung in den zum Ausbau geplanten GIB-Flächen beabsichtigt ist. Das GIB Lindlar-Klause sollte also auf den bereits bebauten Bereich zurückgenommen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1003881, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>GIB Lindlar-Kaiserau und GIBflex Lindlar-Kuhlbach (LIL_GIBF_1)</p> <p>Zurücknahme auf die bestehende Bebauung u. Streichung des GIBflex</p> <p>Begründung</p> <p>Das GIB Kaiserau ist großteils noch nicht bebaut und eine Bauleitplan-Planungsabsicht ist bisher nicht kommuniziert worden. Der nördliche Teil des GIB liegt in relativ steiler Lage und ist zu 1/4 mit Laubwald bewaldet.</p> <p>Die Fläche des GIBflex ist etwa zu 1/3 mit Laubwald bewaldet. Das restliche Grünland ist gut strukturiert. Hier kommt ein Magerwiesengebiet mit mehreren Arten der Roten Liste (Neuntöter, Ampfer-Grünwidderchen, Tausendgüldenkraut, Weinbergslauch) sowie etlichen weiteren seltenen Arten vor. Der gesamte Bereich ist landschaftlich besonders wertvoll. Eine Bebauung kommt realistisch nicht in Betracht.</p> <p>Zum fehlenden Bedarf für weitere GIB-Darstellungen siehe oben.</p> <p>Der GIB Kaiserau sollte daher auf die bestehende Bebauung zurückgenommen und der GIBflex ersatzlos gestrichen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003881]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003432_45.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (vgl. STN ID 1003019 und 1001018_001).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

ASB Lindlar-Schmitzhöhe

Zurücknahme auf die bestehende Bebauung

Begründung

Der ASB Schmitzhöhe sollte auf die bestehende Bebauung zurückgenommen werden (siehe Abgrenzung). Der dörfliche Ortsteil Schönenborn verliert dadurch seinen ASB-Status.

Der Bereich zwischen den Ortschaften ist als typische Kulturlandschaft ausgeprägt; eine Bebauung ist vor Ort nicht erwünscht und würde die organisch gewachsene Siedlungsstruktur konterkarieren.

Für einen solchen Ausbau der Wohnbebauung besteht auch kein Grund, denn Lindlar wird bis 2050 5,5 % seiner Bevölkerung verlieren. Angesichts der zahlreichen ASB-Reserven am Rand des Hauptortes ist ein Ausbau von Schmitzhöhe weder nötig noch angesichts der dort ungenügenden Infrastruktur wünschenswert. Der ASB sollte daher, wie dargestellt, zurückgenommen werden.

[s. Anhang Abb. 1003882]

Anhänge

[Abb_ID1003432_46.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand hier belegt durch eine geänderte Darstellung im Rahmen der Flächennutzungsplanneuaufstellung ist eine zeichnerische Neuabgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003883, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASBflex Lindlar-NW (LIL_ASBF_1)</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Bei der Fläche des ASB_{flex} und des angrenzenden, noch nicht bebauten ASB handelt es sich um eine vergleichsweise vielfältige Kulturlandschaft mit vorherrschend beweidetem Grünland. Die ASB-Flächen sollten ? wie unten dargestellt ? zurückgenommen werden.</p> <p>Eine Bebauung ist weder aus landschaftlichen Erwägungen vertretbar, zumal die Siedlungsentwicklung von Lindlar hier erkennbar an eine natürliche Grenze kommt. Noch ist sie mit dem Gewässerschutz vereinbar, weil derartig große Neubaugebiete das Wasserdargebot für den Bachlauf der Lindlarer Sülz erheblich durch fehlende Retention beeinflussen würden.</p> <p>Der ASB und der ASB_{flex} sollten daher zurückgenommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003883]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003432_47.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für die Gemeinde Lindlar besteht noch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> (ASBflex).</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1004187, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Buschhausen (Eng_ASB_1)</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Die Naturschutzverbände haben bereits in ihrer Stellungnahme zur 35. Änderung des Regionalplans TA Köln für den Bereich Buschhausen deutlich gemacht, dass es eine Begründung für die großflächige Waldinanspruchnahme nicht gibt. Eine Inanspruchnahme von Wald ist ausgeschlossen, wenn keine guten Gründe vorliegen, die eine Realisierung an anderer Stelle ausschließen. Für ein ASB Buschhausen spricht aber keineswegs die angeblich fußläufige Erreichbarkeit, noch ein Mangel anderer Alternativstandorte in Engelskirchen, auf denen die bauliche Entwicklung naturverträglicher und ohne Wald in Anspruch zu nehmen realisiert werden könnte. Der ASB ist bereits daher abzulehnen.</p> <p>Die Bevölkerungsentwicklung in Engelskirchen lässt nicht erwarten, dass solch ein weiterer ASB benötigt würde. Die Bevölkerung in Engelskirchen im typischen bauwilligen Alter von 25 bis 45 ist vom Jahr 2000 von etwa 6.000 auf unter 5.000 im Jahr 2010 gesunken und wird bis 2030 bei etwa 4.000 Personen liegen. IT.NRW rechnet von 2021 bis 2050 mit einem Bevölkerungsschwund in der Gruppe der 25 bis 40 Jährigen von -12,7 % und in der Altersgruppe von 40 bis 65 Jahren von ?20,4 %. Es ist daher kein Bedarf für neue ASB erkennbar.</p> <p>Das Waldgebiet Buschhausen ist keineswegs ökologisch geringwertig: Inzwischen wurde ein Brutvorkommen des Schwarzspechtes nachgewiesen und mit etlichen weiteren Wald- und Gehölz-bewohnenden Arten der Roten Liste ist zu rechnen.</p> <p>Die Naturschutzverbände machen insofern die Stellungnahme zur 35. Regionalplanänderung geltend. Der ASB sollte ersatzlos gestrichen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1002739).</p>

1004242, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB östlich von Sechtem</p> <p>ASB zurücknehmen bis zur bestehenden Bebauung</p> <p>Begründung</p> <p>Mit dieser ASB-Darstellung in Bornheim-Sechtem soll die bestehende Ortsumfahrung übersprungen und eine neue Ortsumfahrung mit vorbereitet werden. Das geht zu Lasten eines landwirtschaftlichen Betriebs, der auf diese Anbauflächen essenziell angewiesen ist, aber ebenso zu Lasten des Naturhaushaltes mit Arten wie Rebhuhn, Limikolen-Durchzug u.a.m. Die bauliche Erweiterung griffe tief in die Ortstruktur von Sechtem ein und überspringt den vorhandenen Ortsrand mit den absehbaren Folgen einer zukünftig immer weiter ausufernden Bebauung. Für einen geringen Wohnlandgewinn entstehen enorme Klima- und Umbaukosten und Landschaftsschäden, die dazu unverhältnismäßig hoch sind.</p> <p>Die unscheinbar wirkende Erweiterung steht in keinem Verhältnis zu den verheerenden Wirkungen der Planung auf die Landschaft und die Neuordnung des Verkehrs an dieser Stelle.</p> <p>Hinweis</p> <p>Die ASB-Erweiterung nach Osten gegenüber dem geltenden Regionalplan wurde keiner Umweltprüfung unterzogen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004242]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003432_48.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche wurden auch in Windeck entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Ein signifikanter Überhang an Siedlungs-flächenreserven konnte hier nicht festgestellt werden. Darüber hinaus besteht kein Bedarf für zusätzliche Siedlungsraumbedarfe, weshalb dann in der Folge dann nur noch ASBflex als Vorbehaltsgebiet im Entwurf festgelegt wurden. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> wird darauf verwiesen, dass ASBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Diese Bereiche sind daher keine bedarfsberechneten Siedlungsflächenreserven.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt</p>

Inhalt

GIB östlich von Sechtem (BOR_GIB_2)

Reduktion GIB

Begründung

In Kombination mit dem riesigen Umspannwerk unterhalb der Hochspannungstrasse östlich der GIB-Darstellung, im Regionalplan nahezu unsichtbar, droht mit dieser Planung ein nahezu vollständiges Zusammenwachsen der Bebauung von Sechtem mit dem Ortsteil Keldenich. Das widerspricht den raumplanerischen Zielen, ungegliederte Siedlungsagglomerationen vermeiden zu wollen.

Die Darstellung dieser zusätzlichen GIB-Fläche ? eine Verdopplung des Bestands ? steht zudem nicht im Verhältnis zu den umfangreichsten GIB-Flächen, die Bornheim im Bereich der Autobahnabfahrt 6 (Bornheim / Rheinland) an der A 555 in den letzten Jahren zu Lasten der Biodiversität, des Boden- und Klimaschutzes, des Grundwasserschutzes und der Agrarversorgung der Bevölkerung entwickelt hat. Ein weiterer Bedarf ist nicht nachvollziehbar und erscheint angesichts der Wertigkeit des Raums für den Boden- und Artenschutz mehr als unverhältnismäßig.

Hilfsweise sollte eine Darstellung des GIB innerhalb der Beschränkung zwischen der K 60 und der Bahntrasse ausreichen.

[s. Anhang Abb. 1004292]

Anhänge

[Abb_ID1003432_49.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für die Stadt Bornheim besteht noch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete GIBflex gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren G 13*.

Aufgrund dieses zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt für die angeführte Erweiterung des GIB Sechtem eine Festlegung als GIBflex.

Dies stellt sicher, dass diese potentielle GIB-Erweiterungsfläche baurechtlich nur umgesetzt werden kann, wenn in den anderen auf dem Gebiet der Stadt Bornheim festgelegten GIB keine Bauflächen mehr zur Verfügung stehen und sich darüber hinaus ein weiterer Flächenbedarf ergibt (vgl. Ziel 6, textl. Regelungen Entwurf Regionalplan).

Weiterhin wurde das GIBflex auf der östlichen Seite hin zum RG verkleinert und der im aktuellen Regionalplan festgelegte GIB m.Z. Umspannwerk vollständig zurückgenommen, damit ein Zusammenwachsen der Siedlungsbereiche Sechtem und Keldenich vermieden werden und der RG hier an dieser Stelle eine funktionsgerechte Mindestbreite halten kann. Auch der der Abstand zum BSN kann somit gewahrt bleiben.

1004296, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB zwischen Niederberg und „Am Kreuzeck“ (STA_ASB_2)</p> <p>Rücknahme ASB, Ergänzung und Darstellung als BSLE und Grünzug</p> <p>Begründung</p> <p>Das Gebiet eignet sich schon wegen der Niederschlagswasserproblematik in der Nachbarschaft von zwei Siefen, der Überplanung eines Baches und der wichtigen Kaltluftfunktion (siehe LANUV Fachinformationssystem Klimaanpassung) für die nördlich und tiefer liegenden Siedlungsgebiete in keiner Weise für eine Bebauung. Es sollte, trotz der hier bereits erfolgten Rücknahme von ASB-Flächen, vollständig wegen fachlicher Ungeeignetheit im Regionalplan als ASB gestrichen werden.</p> <p>Es wird außerdem angeregt, die BSLE- und Grünzug-Darstellung über die Alte Heerstraße hinweg, gemäß der Planung der Regionale 2010 und des ausgebauten ?Links?, nach Westen hin durchzuziehen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004296]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003432_50.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die Stadt St. Augustin hat in Ihrer Stellungnahme ebenfalls an dieser Stelle die Streichung des ASB aus dem Entwurf angeregt.</p>

1004298, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Sondergebiet Polizei</p> <p>(Teil-)Rücknahme und Darstellung als BSN</p> <p>Begründung</p> <p>Die Bundespolizei hat die Entscheidung, den Standort doch nicht abzuwickeln und wieder auszubauen, getroffen, ohne das Ergebnis der FFH-Prüfung zur Zulassungsfähigkeit der geplanten Hubschrauberflüge abzuwarten. Das dafür notwendige Genehmigungsverfahren ist bis heute nicht abgeschlossen. Es bestehen aber erhebliche Bedenken, ob der Standort einer (weiteren) Hubschrauberwerft und -Staffel an dieser Stelle mit der dichten Besiedlung im Umfeld einerseits und dem FFH-Gebietsschutz der Großschutzgebiete insbesondere ?Sieg? und ?Siegmündung?, aber auch ?Siebengebirge? andererseits vereinbar sein kann.</p> <p>Zugleich ist die ehemalige Abgrabung ?Am Knochenberg? (VB-K-5208-031) als formale Kompensationsfläche für die ALT-Halle am Flugplatz Hangelar keine Fläche, die der Bundespolizei zur Verfügung stehen kann oder dürfte. Sie sollte daher aus dem Sondergebiet herausgelöst und wenigstens in der Abgrenzung des VB-K-5208-031 als BSN dargestellt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004298]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003432_51.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert, der Bereich Knochenberg wird nicht mehr als ASBmZ dargestellt. (s. Änderungskarten).</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen naturschutzrechtliche Restriktionen entgegen, sodass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist.</p> <p>(vgl. ID 1026274)</p>

1004303, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB St. Augustin-Hangelar westlich des Sondergebietes Polizei</p> <p>siehe zur Ablehnung des ASB auch auf St. Augustiner Gebiet unter E.1.10 Bonn zum ASB Bonn-Villich Müldorf [siehe Stn-ID 1004328]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Stadt St. Augustin hat in ihrer Stellungnahme angeregt, den ASB in dem besagten Bereich aus den Entwurf zu streichen. Dem ist die Regionalplanungbehörde nachgekommen.</p>

1004306, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB westlich Rosbach</p> <p>Streichung des ASB und Erweiterung der BSN-Flächen</p> <p>Begründung</p> <p>Die Bundesrepublik Deutschland steht in der Pflicht, die Sieg als Gewässer in einen guten ökologischen Zustand und das FFH-Gebiet ?Sieg? in einen guten Erhaltungszustand zu überführen. Das ist nur möglich, wenn vorhandene Belastungen auch hinterfragt und bei sich bietenden Gelegenheiten aufgegeben und abgebaut werden. Der Wegfall der gewerblichen Nutzung auf dem Siegbogen westlich von Rosbach fällt genau unter diese Kategorie. Die Fläche sollte für die defizitären Biotopverbundaufgaben gesichert und entwickelt werden (BSN). Es ist dort u.a. die Entwicklung von Hartholzauen (FFH-LRT 91F0) möglich, einem der defizitärsten Biotoptypen in NRW.</p> <p>Das BSN-bezogene Ziel 19 enthält ein Entwicklungsgebot.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004306]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003432_52.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass der angesprochene Bereich aktuell bauleitplanerisch als Gewerbefläche festgelegt und bebaut ist.</p>

1004310, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Windeck-Dattenfeld (WIN_ASB_1) und ASBflex Dattenfeld (WIN_ASBF_1_A2)</p> <p>Zurücknahme bis zur bestehenden Bebauung und Ablehnung des ASBflex</p> <p>Begründung</p> <p>Windeck hat bis 2050 einen Bevölkerungsschwund von 2,3 % zu erwarten; vergleichsweise wenig. Allerdings sinkt die Bevölkerung in den Altersgruppen unter 65 Jahren wesentlich stärker ab und die Zahl der über 80jährigen Menschen wird um 110 % steigen. Es ist also nicht erkennbar, wer die Baugebiete zukünftig nutzen soll.</p> <p>Dattenfeld verfügt über keine günstige SPNV-Anbindung, sodass einer Siedlungsentwicklung ? wenn sie denn überhaupt sinnvoll ist ? in Rosbach der Vorzug gegeben werden sollte. In Rosbach-Roth, -Büddel und -Obernau stehen noch sehr erhebliche Siedlungsreserven als ASB zur Verfügung.</p> <p>Angesichts des deutlichen Wohnsiedlungsflächen-Überhangs in Windeck und der negativen Bevölkerungsentwicklung ist ein Bedarf für eine ASBflex-Fläche in keinem Fall ersichtlich und auch die ASB-Flächen in Dattenfeld, die noch nicht baulich genutzt sind, sollten zurückgenommen werden.</p> <p>Es handelt sich um eine recht gut strukturierte Kulturlandschaft, die erhalten werden sollte. Eine Bebauung dieser Flächen stünde offensichtlich im Konflikt mit den jeweils angrenzenden BSN-Bereichen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004310]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003432_53.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche wurden auch in Windeck entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Ein signifikanter Überhang an Siedlungs-flächenreserven konnte hier nicht festgestellt werden. Darüber hinaus besteht kein Bedarf für zusätzliche Siedlungsraumbedarfe, weshalb dann in der Folge dann nur noch ASBflex als Vorbehaltsgebiet im Entwurf festgelegt wurden. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> wird darauf verwiesen, dass ASBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Diese Bereiche sind daher keine bedarfsberechneten Siedlungsflächenreserven.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p>

1004312, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB westlich Vinxel und Stieldorf, ASB östlich Oelinghoven, Grünzug</p> <p>Rücknahme von ASB und Erweiterung des BSLE und Grünzuges</p> <p>Begründung</p> <p>Der abgegrenzte Planungsraum sollte durchgehend als BSLE und Grünzug dargestellt werden. Er erfüllt und sollte durch Aufwertung wichtige Entlastungsfunktionen für das völlig überlastete Schutzgebiet des Siebengebirges erfüllen, das ja gemäß § 23 (2) BNatSchG nur bedingt als Erholungsraum zur Verfügung steht. Zugleich ist es geboten, die ASB-Vorschläge zurückzunehmen, da für eine verkehrliche Erschließung zusätzlicher Baugebiete, gutachterlich belegt, keine Spielräume mehr bestehen. Insbesondere die Pendlerverkehre nach Bonn sind quasi nicht mehr möglich. Die Rücknahme der ASB-Flächen entspricht über weite Teile der Beschlussempfehlung der Stadtverwaltung für den Königswinterer Stadtentwicklungsausschusses vom 26.02.2022.</p> <p>Eine deutliche, breite Offenhaltung des Grünkorridors zwischen Vinxel und Oelinghoven ist schon aus Klima- und landschaftsplanerischen Erwägungen geboten.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004312]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003432_54.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen werden geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Stadt Königswinter hat auf der Grundlage eines Stadtratsbeschlusses angeregt, den ASB Vinxel und Stieldorf an den angeführten Bereichen zurückzunehmen. Dieser Bitte wurde entsprochen (s. ID 1005721 und ID 1005721).</p> <p>Dies entspricht auch der vorliegenden Anregung des LBNB.</p>

1004313, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>GIB und ASB Oberpleis</p> <p>Anpassung des GIB (und ASB), Ausweisung als BSN / Gewässer</p> <p>Begründung</p> <p>Die Gewässer haben im Kontext der Hochwasservorsorge und der Niederschlagswasserbeseitigung planerisch enorm an Bedeutung gewonnen. Es wird angeregt, diese durch eine Darstellung eines Gewässers, des Lützbaches und des Kippenhohner Baches, und eines durchlaufenden BSN an dieser Stelle zu berücksichtigen. Die Bedeutung wird gerechtfertigt nicht nur durch die Spiegelung in den LANUV-Biotopverbundkarten (VB-K-5209-029 und VB-K-5209-045 u.a.), sondern auch durch die Bedeutung des Bachsystems für die Gelbbauchunke, die im Rahmen des Naturschutzgroßprojektes der Bundesrepublik Deutschland, chance.7, am Lützbach wieder angesiedelt worden ist.</p> <p>Schlussendlich besteht im Sinne der Zielvorgaben der WRRL und des WHG die Notwendigkeit, die Gewässer des Lützbaches und des Kippenhohner Baches wieder in einen guten ökologischen Zustand zu versetzen. Dazu bedarf es einer sichtbaren planerischen Vorgabe.</p> <p>Innerhalb des GIB sind entsprechende Anpassungen erforderlich, um den Bachkorridor als BSN zu sichern und entwickeln zu können. Eine Ableitung von Niederschlagswasser aus dem GIB in die Gewässer ist allerdings naturschutzfachlich und wasserrechtlich nahezu ausgeschlossen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004313_1]</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004313_2]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003432_55.pdf</p> <p>Abb_ID1003432_56.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Stadt Königswinter hat auf der Grundlage eines Stadtratsbeschlusses angeregt, den ASB Vinxel und Stieldorf an den angeführten Bereichen zurückzunehmen. Dieser Bitte wurde entsprochen (s. ID 1005743).</p> <p>Dies entspricht auch der vorliegenden Anregung des LBNB</p>

Inhalt

GIB-Interkommunal östlich Stockemer See (NIK_GIBz_1)

Streichung GIB-Interkommunal

Begründung

Ohne eine konzeptionelle Planung für den Biotopverbund und BSN-Flächen zur Sicherung der Biodiversität sowohl im Austausch der verschiedenen Abgrabungsseen in Troisdorf, Niederkassel und Köln einerseits und ohne die Darstellung der festgelegten Verbund- und Entwicklungsachsen zur Anbindung der Wahner Heide an den Freiraum Troisdorf, Köln, Niederkassel bis zum Rhein hin andererseits, ist eine Darstellung eines großflächigen GIB-Gebietes nicht verantwortungsvoll möglich. Es ist insofern notwendig, die angesprochenen Belange in diesem Regionalplan zu lösen und entsprechende Verbundpläne aufzustellen. Die bloße Bezugnahme auf die Vorgaben des LANUV mit den Verbundkorridoren herausragender und besonderer Bedeutung laufen dabei methodisch allerdings ins Leere. Hier bedarf es einer eigenständigen Bewältigung und Planung.

Der betroffene Planungsraum selbst hat eine hohe Bedeutung für die Arten der Feldflur, Rebhuhn, Feldlerche u.a.

[s. Anhang Abb. 1004314]

Anhänge

[Abb_ID1003432_57.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Der in Rede stehende GIB ist bereits im derzeit aktuellen Regionalplanung festgelegt.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Insbesondere Troisdorf hat noch einen GIB Bedarf von über 90 ha. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Ökologische Fachbeitrag der LANUV sieht auf der in Rede stehenden Fläche keine Biotopverbundfläche. Auch der Landschaftsplan trifft hier keine Schutzfestsetzungen. Im Rahmen der Umweltprüfung konnte keine besondere artenschutzrechtliche Betroffenheit festgestellt werden. Hier wurde aber darauf hingewiesen, dass die im Norden und Westen direkt angrenzenden NSG ggf. durch eine industrielle Nutzung erheblich beeinträchtigt werden könnten. Auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen können aber entsprechende Schutzmaßnahmen verbindlich geregelt werden, so dass eine Beeinträchtigung nicht eintritt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich und des bestehenden GIB Bedarfs besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

ASB südlich Heimerzheim (SWI_ASB_2)

Streichung ASB / Darstellung als BSLE

Begründung

Die geplante Darstellung der ASB-Fläche steht im Widerspruch zur Problematik der Niederschlagswasserbeseitigung in der Vorflut der Hochwasser-Engpassortslage von Heimerzheim. Eine weitere bauliche Verengung des Landschaftskorridors im Bereich der Swist beeinträchtigt zugleich die Leistungsfähigkeit des angrenzenden BSN bzw. des Biotopverbundes entlang des Gewässers durch die Ortslage von Heimerzheim hindurch.

Es wird, auch wegen der Bedeutung der Swist und der (Denkmal-)Umgebung der Burg Heimerzheim dringend angeraten, die ASB-Darstellung zu streichen und hier eine BSLE-Darstellung vorzunehmen.

[s. Anhang Abb. 1004315]

Anhänge

[Abb_ID1003432_58.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei den Kriterien Wohnen, Naturschutzgebiet, schutzwürdige Böden / klimarelevante Böden, Kulturlandschaftsbereich erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. Dem geplanten ASB stehen aber keine strikten Restriktionen entgegen, die eine Umsetzung als Wohngebiet unmöglich machen könnte. Die Lärmimmissionen der ca. 500 m entfernten BAB 61 sind durch technische Minderungsmaßnahmen beherrschbar, randliche Störeffekte auf das ca. 200m NSG/ BSN sind bei einer entsprechenden entwässerungs- und Beleuchtungsplanung nicht zu befürchten, wertvolle Böden sind im gesamten Gemeindegebiet anzutreffen, eine angepasste Siedlungsentwicklung ist kein Störelement der örtlichen Kulturlandschaft. Eine potenzielle Hochwasserrisikofläche ist hier ebenfalls nicht erkennbar.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis. Alternative Erweiterungsflächen des Ortsteiles Heimerzheim konnten nicht identifiziert werden, so dass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden

Inhalt

GIB-regional westlich Heimerzheim (SWI_GIBz_1)

Streichen des GIB-Regional bzw. Verlagerung

Begründung

Betroffen von der fehlenden BSN-Darstellung und dem fehlgeplanten GIB-Bereich nördlich von Heimerzheim ist eine zentrale Biotopverbundpforte zwischen dem Rheintal und letztendlich der Eifel. Arten, die den geschlossenen Wald meiden, wie z.B. der Steinkauz oder das Rebhuhn, sind angesichts des Vilewaldrückens auf diesen offenen Korridor als Verbundachse angewiesen. Es ist daher raumplanerisch essenziell wichtig, die Bedeutung dieses Korridors durch eine entsprechende Darstellung zu sichern. Entsprechend sollte der GIB-Bereich zurückgenommen werden, trotz der Nähe zur Autobahn.

Wenn die Darstellung eines GIB oder GIB-Regional unausweichlich ist, sollte das GIB-Gebiet südlich der L 182 und nördlich der K 61 dargestellt werden. Es entfaltet dort deutlich weniger negative Auswirkungen hinsichtlich der öffentlichen Belange wie dem Landschafts-, Biotop- und Artenschutz.

Die Option, nördlich von Neukirchen eine Querungshilfe für die Fauna über oder unter der Autobahn A 61 aufzubauen, sollte nicht verbaut werden. Die Raumordnung ist zur Wahrung langfristiger Planungsoption verpflichtet.

[Abbildung]

[s. Anhang Abb. 1004316]

Anhänge

[Abb_ID1003432_59.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben. Im Rahmen der Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) erfolgt eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien vorgenommen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (GIBz) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen gegenüber schutzwürdigen Böden/klimarelevante Böden sowie klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Inhalt

ASB Heimerzheim-Ostrand (SWI_ASB_5)

Rücknahme, Erweiterung der BSLE-Darstellung

Begründung

Das Heranrücken von Siedlungsflächen in die Pufferzonen des FFH-Gebietes ist rechtlich ausgeschlossen. Denn die FFH-Vorprüfung hat nicht nur wesentliche Belastungspfade wie Licht, Lärm, Haustiere (insb. Freigängerkatzen) usw. übersehen, sondern auch die Summationsprüfung rechtlich falsch angesetzt. Die Summationsprüfung setzt nicht erst ein, wenn das Einzelvorhaben die Erheblichkeitsschwelle reißt, sondern gerade auch dann, wenn es im Zusammenwirken mit anderen Vorhaben das Schutzgebiet erheblich beeinträchtigt.

Es wird daher angeregt, den Rechtsvorgaben zu folgen und das ASB zurückzunehmen. Zugleich lohnt es, den Pufferraum gezielt als BSLE zu sichern, um dort landschaftsbezogene Erholungsansprüche außerhalb des Schutzgebietes befriedigen zu können, etwa durch die Anlage einer großen Streuobstwiese. Denn im Naturschutzgebiet sind gemäß § 23 (2) BNatSchG andere Nutzungen notwendigerweise beschränkt.

[s. Anhang Abb. 1004317]

Anhänge

[Abb_ID1003432_60.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die in Rede stehende Fläche hat bereits der aktuelle Regionalplan als ASB festgelegt.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische bzw. fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung und wie bei der in Rede stehenden Fläche einer FFH-VP erarbeitet. Bezüglich der Beeinträchtigungen des betroffenen FFH-Gebietes kann die Beurteilung erheblicher Beeinträchtigungen durch Stickstoffeinträge nur auf der Grundlage von Depositionsberechnungen bzw. einer konkreteren Planung vorgenommen werden. Die abschließende Beurteilung der Erheblichkeit ist daher in einer FFH-VP im nachgelagerten Verfahren vorzunehmen. Dies bedeutet, dass die Umsetzung von Bebauung auf der angesprochenen Fläche nicht unmöglich ist. Es ist nicht geplant, die Bebauung direkt an der Schutzgebietsgrenze enden zu lassen. Vielmehr wird von der Raumkante ein Puffer von ca. 150m eingehalten. Abschließend kann dies aber nur im Rahmen der nachfolgenden Bauleitplanung beurteilt werden, da hier die Nutzung bestimmbar ist und eine FFH Vollprüfung erarbeitet werden muss. Die Lage einer Fläche innerhalb eines ASB bedeutet nicht, dass die fachrechtliche Vorgabe einer FFH-Verträglichkeit außer Kraft gesetzt wird.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis. Die tatsächliche Umsetzung ist aber Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

GIB südlich Stotterreck

GIB streichen, Grünzug darstellen

Begründung

Die geplante GIB-Fläche erschwert den in diesem Bereich im Rahmen des Naturschutzgroßprojektes der Bundesrepublik Deutschland, chance 7, geplanten Verbundkorridor für Arten wie die Wildkatze, aber auch für *Maculinea*-Falter und Gelbbauchunke. Ob hier eines Tages auch bauliche Verbundhilfen aufgebaut werden sollen, ist offen.

Die Verbundplanung ist aber insofern von Bedeutung, da langfristig ein weiterer Ausbau der Straßenverbindung B 8 nicht ausgeschlossen ist und in den anderen Abschnitten Bestandsgebäude einen Faunendurchlass oder eine aufgeständerte Straßenlösung ausschließen.

Der Gesamttraum ab Wasserheß bis Stotterreck und ab Hove und Lückert sollte also ergänzend als Grünzug, also insbesondere als BSLE dargestellt werden. Der GIB sollte hier gestrichen werden.

[s. Anhang Abb. 1004318]

Anhänge

[Abb_ID1003432_61.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsaktivitäten entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier belegt durch die G Darstellung im Flächennutzungspla sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Anregung zur Streichung des GIB wird daher nicht nachgekommen.

(s. Stn ID1006453)

Der bereits im aktuellen Regionalplan dargestellte GIB ist lediglich die Arrondierung des südlich in Rheinland-Pfalz direkt anschließenden Industriegebietes Mendt, d.h. die Fläche bildet im Freiraumverbund damit keine Barriere.

Den westlich und nordöstlich angrenzenden VB Flächen 1 mit herausragender Bedeutung kommen wie dargestellt im Verbundprojekt Chance 7 eine besondere Bedeutung zu. Daher werden die BSN in diesem Bereich entsprechend erweitert.

--	--

1004319, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Hennef-Uckerath (HEN_ASB_5)</p> <p>Reduktion des ASB um die FFH-Gebietsfläche und Pufferzonen</p> <p>Begründung</p> <p>Die Darstellung des ASB überlagert (wohl fehlerhaft) Flächen des FFH-Gebietes und hält keine Schutzabstände ein. Die Beeinträchtigung durch die unmittelbare Nachbarschaft durch Licht, Lärm, Anwesenheit, Haustiere usw. liegt auf der Hand. Das ASB muss deutlich kleiner abgegrenzt werden oder aufgegeben werden. Das BSN ist entsprechend auf die Gesamtfläche des FFH-Gebietes zu erweitern.</p> <p>Die Regionalplanung steht in der Pflicht, die Beeinträchtigung der zahllosen schutzgebietsnahen Siedlungsflächen durch entsprechende raumplanerische Steuerung zu mindern. Die FFH-Vorprüfung übersieht, dass die Erheblichkeit der Beeinträchtigung von Anfang an summarisch zu prüfen ist, nicht erst, wenn der einzelne Plan oder das einzelne Projekt eigenständig die Erheblichkeitsschwelle übertritt.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004319]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003432_62.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Eine Überlagerung des FFH gebietes war nicht beabsichtigt. Die Umgebungswirkung (Puffer) wurden im Umweltbericht entsprechend geprüft.</p>

1004320, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Wachtberg-Villiprott (WAC_ASB_5)</p> <p>Rücknahme bis zur bestehenden Bebauung</p> <p>Begründung</p> <p>Eine bauliche Entwicklung im Biotopverbundkorridor des LANUV (VB-K-5308-019) und bis unmittelbar an die FFH-Gebietsgrenze des FFH-Gebietes ?Waldreservat Kottenforst mit Waldville?, DE-5308-401, ist weder mit den planerischen Grundsätzen der Regionalplanung noch mit den rechtlichen Vorgaben des FFH-Gebietsschutzes vereinbar. Vielmehr steht die Regionalplanung in der Pflicht, die Beeinträchtigung der zahllosen schutzgebietsnahen Siedlungsflächen durch entsprechende raumplanerische Steuerung zu mindern. Die FFH-Vorprüfung übersieht, dass die Erheblichkeit der Beeinträchtigung von Anfang an summarisch zu prüfen ist, nicht erst, wenn der einzelne Plan oder das einzelne Projekt eigenständig die Erheblichkeitsschwelle übertritt.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004320]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003432_63.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der im Rahmen der Umweltprüfung durchgeführten FFH-Vorprüfung können erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des angrenzenden FFH Gebietes Waldreservat Kottenforst durch das Plangebiet für die Ebene der Regionalplanung ausgeschlossen werden.</p> <p>Der Umweltbericht zeigt auf, dass voraussichtlich bei drei Kriterien - angrenzendes Naturschutzgebiet, schutzwürdige Böden / klimarelevante Böden, Landschaftsbild - erhebliche Umweltauswirkungen nicht auszuschließen sind. Die nachfolgende Bauleit- und Genehmigungsplanung kann durch entsprechende Minimierungsmaßnahmen, dafür sorgen, die Umweltwirkungen deutlich zu verrinnern . Die Sicherung von Siedlungsbereichen in ausreichendem Umfang ist dagegen abzuwägen.</p>

1004321, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Rheinbach-Süderweiterung (u.a. RHE_ASB_1)</p> <p>Rücknahme bis zur bestehenden Bebauung, Umwandlung in BSLE</p> <p>Begründung</p> <p>Eine bauliche an die FFH-Gebietsgrenze des FFH-Gebietes ?Laubwald südlich Rheinbach?, DE-5307-301, heranrückende ASB-Ausweisung ist weder mit den planerischen Grundsätzen der Regionalplanung noch mit den rechtlichen Vorgaben des FFH-Gebietsschutzes vereinbar. Vielmehr steht die Regionalplanung in der Pflicht, die Beeinträchtigung der zahllosen schutzgebietsnahen Siedlungsflächen durch entsprechende raumplanerische Steuerung aktiv zu mindern. Die FFH-Vorprüfung übersieht, dass die Erheblichkeit der Beeinträchtigung von Anfang an summarisch zu prüfen ist, nicht erst, wenn der einzelne Plan oder das einzelne Projekt eigenständig die Erheblichkeitsschwelle übertritt.</p> <p>Der Freiraum zwischen Bestandssiedlung und FFH-Gebiet sollte gezielt als Pufferraum geschützt und vollständig als BSLE ausgewiesen werden.</p> <p>Am Rand des ASB RHE_ASB_1 verläuft der Eulenbach. Das sollte auch hinsichtlich des Hochwasserschutzes berücksichtigt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004321]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003432_64.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für die in Rede stehenden Flächen eine FFH-Vorprüfung erarbeitet. Da die nachfolgende Nutzung an dieser Stelle auf Ebene der Regionalplanung nicht weiter konkretisiert werden kann, konnte auch eine potentiell erhebliche Wirkung auf das FFH Gebiet nicht ganz ausgeschlossen werden. Diese soll dadurch vermieden werden, dass das ASB mindestens 100m von der Schutzgebietsgrenze entfernt festgelegt wird und die nachfolgende Bauleitplanung verpflichtet ist, eine weitere FFH Verträglichkeitsprüfung durchzuführen, wenn die Nutzung näher bekannt ist.</p>

Inhalt**GIB Meckenheim-Altendorf (MEH_GIBz_1)****Verzicht oder Verlegung des GIBz****Begründung**

Der Standort des GIBz wurde offenbar ohne raumplanerische Rücksichtnahme auf den großräumigen Biotopverbund vorgeschlagen. Die Regionalplanungsbehörde steht in der Pflicht, auch vor dem Ziel 19, einen tragfähigen Verbundkorridor zwischen der Eifel und dem Villerücken zu entwickeln. Die zahlreichen Bäche, die als BSN gesichert werden sollen, enden jedoch in der Regel in Ortslagen. Zugleich funktioniert die Autobahn als Sperre/Leitachse für wandernde Tierarten. Es liegt daher nahe, einen breiten BSN-Verbundkorridor entlang der A 565 aufzubauen, mit entsprechenden Faunandurchlässen oder Grünbrücken.

Das GIB liegt daher genau in der Achse dieser Entwicklungsverpflichtung. Sollte es der Regionalplanungsbehörde gelingen, einen anderen breiten Verbundkorridor zwischen der Eifel und dem Villerücken abgrenzen zu können, kann auch dies zu einer Lösung führen. Der Belang des Biotopverbundes, getragen im ROG, im BNatSchG, in der FFH-RL, in den Restaurationsvorgaben der EU und im Grundgesetzartikel 20a kann jedenfalls nicht durch eine Planung, die sich auf einen nicht mehr ausreichend funktionstüchtigen Restbestand an Biotopflächen beschränkt, aufgebaut werden.

[s. Anhang Abb. 1004322]

Anhänge[Abb_ID1003432_65.pdf](#)**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche, sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und

den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1004323, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>GIB Niederkassel (NIK_GIB_3)</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Der geplante GIB steht im Korridor einer möglichen Trasse der Rheinspange 553 aus dem Bundesverkehrswegeplan. Die UVP prüft mehrere Trassenvarianten, die genau diesen Engpass nutzen sollen. Es widerspricht daher den Grundsätzen der Raumordnung, zum jetzigen Zeitpunkt eine Festlegung vorzunehmen, die die bundesgesetzlich fixierte Planung eines Straßenbauprojektes erheblich erwert.</p> <p>Die Fläche ist weitgehend Teil des Biotopverbundes der 2. Stufe des LANUV (VB-K-5108-009).</p> <p>Es wird vorgeschlagen, die Fläche insgesamt als Grünzug und BSLE auszuweisen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004323]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003432_66.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Der in Rede stehende Bereich ist teilweise bereits bebaut. Hier sind Bebauungspläne und rechtskräftige Baurechte nach § 34 vorzufinden. Eine weite städtebauliche Entwicklung und regionalplanerische Sicherung ist daher notwendig.</p> <p>[</p>

1004324, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Siegburg-Stallberg</p> <p>Rücknahme eines ASB-Teilbereichs</p> <p>Begründung</p> <p>Der mit Laubwald bestockte Bereich sollte aus dem ASB entnommen werden. Es handelt sich um einen älteren Laubwald (vorherrschend Eichen-Hainbuchenwald), der als Stufe I-Fläche im LANUV-Fachbeitrag aufgenommen ist (VB-K-5109-004). Es verblüfft, weshalb diese Fläche dennoch als ASB dargestellt wird. Eine Herausnahme erscheint zwingend ? nicht zuletzt zum Schutz der Bevölkerung vor Klimafolgen aufgrund der klimatischen Gunstfaktoren, die von solchen Wäldern ausgehen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004324]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003432_67.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum steht ein ökologisch wertvoller Wald, der von der LANUV als Biotopverbundfläche der Stufe 1 bewertet wird, entgegen, sodass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist.</p>

1004325, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>GIB Eitorf-Osterweiterung (EIT_GIB_1)</p> <p>Rücknahme bis zur bestehenden Bebauung</p> <p>Begründung</p> <p>Der GIB Eitorf sollte im Osten zurückgenommen werden bis auf die bereits bestehende Bebauung.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004325]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003432_68.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände entgegen, sodass in Abstimmung mit der Kommune eine Neuabgrenzung folgerichtig ist.</p>

1004326, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Zurücknahme des ASB Bad Honnef-Selhof-Süd (BHO_ASB_1)</p> <p>Rücknahme des ASB bis zum durchgehend bebauten Bereich</p> <p>Begründung</p> <p>Der Bereich ist als wertvolle Kulturlandschaft mit Parkanlagen, strukturiertem Grünland und Streuobst ausgeprägt. Er ist als Stufe II-Fläche als Biotopverbund vorgeschlagen (VB-K-5309-008) und weist eine reiche Artenvielfalt aus. Eine Bebauung ist weder nötig für Bad Honnef, noch vertretbar. Der ASB sollte daher zurückgenommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004326]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003432_69.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Eine natur- oder artenschutzrechtliche Restriktion wurde zum aktuellen Stand nicht erkannt. Der in Rede stehende Bereich liegt nicht im Geltungsbereich eines Schutzgebietes..</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Für die in Rede stehende Fläche stellt der FNP bereits seit fast 20 Jahren eine Wohnbaufläche dar. Bei der Umsetzung der verbindlichen Bauleitplanung sind die angeführten ökologischen Wertigkeit noch einmal detailliert zu prüfen.</p> <p>Der ASB Bad Honnef hat nicht viele alternative Flächen zur Siedlungsentwicklung.</p>

1004327, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Zurücknahme des ASB Bad Honnef-Selhof-Ost (BHO_ASB_3)</p> <p>Rücknahme des ASB bis zum durchgehend bebauten Bereich</p> <p>Begründung</p> <p>Der Bereich ist als wertvolle Kulturlandschaft mit Parkanlagen und Grünland ausgeprägt. Eine Bebauung ist weder nötig für Bad Honnef, noch ökologisch und siedlungsstrukturell vertretbar. Der ASB sollte daher zurückgenommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004327]</p> <p>Anhänge Abb. ID1003432_70.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Eine natur- oder artenschutzrechtliche Restriktion wurde zum aktuellen Stand nicht erkannt.</p> <p>Der in Rede stehende Bereich liegt im Geltungsbereich eines Landschaftsschutzgebietes. Dies stellt keine absolute Restriktion dar, und kann im Bauleitplanverfahren überwunden werden.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.</p> <p>Bei der Umsetzung der verbindlichen Bauleitplanung sind die angeführten ökologischen Wertigkeit noch einmal detailliert zu prüfen.</p> <p>Der ASB Bad Honnef hat nicht viele alternative Flächen zur Siedlungsentwicklung.</p>

Inhalt

ASB Bonn-Villich-Müldorf (BN_ASB_1)

Zurücknahme

Begründung

Der ASB sollte (siehe Abgrenzung unten) zurückgenommen werden (betrifft auch St. Augustin).

Die bisherige ASB-Abgrenzung würde unmittelbar an das schutzwürdige Biotop BK-SU-00051 mit etlichen bedrohten Arten der Feuchtgebiete und des Magergrünlands angrenzen. Als planungsrelevante Arten sind Neuntöter, Feldlerche, Kiebitz, Kreuzkröte, Wechselkröte und Kamm-Molch zu nennen. Das Gebiet wird geprägt von Kompensationsmaßnahmen der Deutschen Bahn AG (S 13-Trassenbau) und es erfüllt wichtige Verbund- und Lebensraumfunktionen, u.a. für die Kreuzkröte und die Zauneidechse. Das LANUV weist an dieser Stelle einen Verbundkorridor mit herausragender Bedeutung (VB-K-5208-012) und mit besonderer Bedeutung (VB-K-5208-031) aus. Wertgebende Arten sind u.a. Rebhuhn, Kreuzkröte, Kammmolch, Zauneidechse, Feldschwirl u.a. In Beuel ist auch die FFH-Anhang-IV-Art Wechselkröte im schlechten Erhaltungszustand an diesen Korridor entlang der Bahntrasse ?angeschlossen?.

Das Fachinformationssystem Naturschutz des LANUV weist große Teile (nördliche Bereiche) des Plangebiets als mit schutzwürdigen Böden aus: Im nördlichen Teil des Gebietes ist der Boden (Braunerde) als schutzwürdig eingestuft, da er einen Wasserspeicher im 2-Meter-Raum mit hoher Regulations- und Kühlungsfunktion darstellt.

Große Teile des Gebietes (vor allem der Norden und der Süden) sind durch Überflutung nach Starkregen gefährdet.

Über das Gebiet verlaufen nächtliche Kaltluftvolumenströme hoher bis sehr hoher Stärke, die ihren Ursprung im Bereich der Hangelarer Heide und deren westlichem Umfeld haben und von dort in Richtung W und SW über das Plangebiet hinweg ziehen. Aufgrund der sehr hohen klimaökologischen Bedeutung der Fläche ist daher im Falle einer Bebauung mit einer deutlichen Verschlechterung der Wohnqualität in dem westlich angrenzenden Bonner Ortsteil Geislar zu rechnen (Kaltlufteinwirkungsbereich).

Eine Bebauung kommt daher nicht in Betracht. Der unten markierte Bereich sollte als BSLE und regionaler Grünzug dargestellt werden. Diese Rücknahme betrifft auch die angrenzenden Flächen im Gebiet von St. Augustin.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die angesprochene Fläche erstreckt sich im Süden auf die Stadt Bonn und im Norden auf den Bereich der Stadt St. Augustin wobei sich hier die angesprochenen wertvollen Biotope und Strukturen befinden.

Die Stadt Bonn will die Flächen auf ihrem Gebiet wohnbaulich nutzen. Hier gilt:

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Im südlichen Bereich, d.h. dem hier zu beurteilenden Bereich der ASB Neudarstellung auf dem Gebiet der Stadt Bonn, werden Konflikte mit Starkregenereignissen und Klimaschneisen angeführt. Diese sind im Umweltbericht nicht als erhebliche Beeinträchtigung bewertet worden.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Stadt St. Augustin hat angeregt den auf ihrem Gebiet geplanten ASB wieder zu streichen. Hier befinden sich die angesprochenen naturschutzfachlich wertvollen Strukturen (NSG Grube Bergmann, NSG Grube Deutag etc.). Hier werden insbesondere

[s. Anhang Abb.1004328]

Anhänge

[Abb_ID1003432_71.pdf](#)

die heranrückende Bebauung an das geschützte Biotop BK-SU-00051, der schützenswerte Artenbestand und die wertvollen Böden genannt. Im nördlichen Bereich stellt der FNP der Stadt St. Augustin bereits eine Erweiterungsfläche für die Kaserne des Bundesgrenzschutzes dar.

Inhalt**ASB Bonn-Hardtberg (BN_ASB_5)****Zurücknahme bis zur bestehenden Bebauung****Begründung**

Entgegen den Darstellungen im Umweltbericht ist im Umfeld mit planungsrelevanten Arten zu rechnen. Dies geht daraus hervor, dass sich unmittelbar angrenzend NSG Kottenforst (BN-003) und FFH- (DE-5308-303) bzw. Vogelschutzgebiet (DE-5308-401) und Biotopverbundfläche (VB-K-5308-040, mit herausragender Bedeutung) befinden. Darüber hinaus ist das Gebiet Nahrungshabitat für Greifvögel der offenen Agrarlandschaft (Rotmilan, Turmfalke). Im Umfeld von BN_ASB_5 sind sowohl eine Biotopverbundfläche (VB-K-5308-040 Katzenloch-, Olligsbach- und Schlossbachtal) als auch schutzwürdige Biotope vorhanden. Dem Biotopverbund kommt dabei eine herausragende Bedeutung (Kernbereiche und weitere herausragende Funktionsbereiche des Biotopverbundes NRW) zu. Schutzziele werden durch die geplante Ausweisung des BN_ASB_5 gefährdet, da bei Umsetzung des ASB in eine konkrete Bebauung insbesondere negative Auswirkungen auf das hydrologische Geschehen im Katzenlochbachtal sowie Verschlechterungen der Wasserqualität zu erwarten sind

Die Böden (Parabraunerden, Kolluvisole) sind als schutzwürdig eingestuft, da sie eine sehr hohe Regelungs- und Pufferfunktion aufweisen. Diese Pufferfunktionen sind vor allem auch im Hinblick auf die Lagebeziehung zu dem direkt angrenzenden NSG (BN-003 NSG Kottenforst) zu bewerten.

Über das Gebiet verlaufen nächtliche Kaltluftvolumenströme hoher bis sehr hoher Stärke, die ihren Ursprung vor allem in den südlichen Bereichen des östlich gelegenen Katzenlochbachtals haben, aber auch auf der Fläche selbst generiert werden, und von dort in Richtung Hardtberg und Lengsdorf über das Plangebiet hinweg ziehen. Aufgrund der sehr hohen klimaökologischen Bedeutung der Fläche ist daher im Falle einer Bebauung mit einer deutlichen Verschlechterung der Wohnqualität in den nördlich angrenzenden Siedlungen (Hardtberg tlw., Lengsdorf) zu rechnen, da der Kaltlufteinwirkbereich sich deutlich verringern wird.

Aufgrund der nur unzureichenden Anbindung an den ÖPNV - insbesondere ist auch keine Straßenbahn- oder Schienennahverkehrsanbindung vorhanden - ist eine Ausweisung als ASB auch aus verkehrsplanerischer Sicht abzulehnen.

Dieser ASB ist - wie auch das geplante BN_ASB_6 - zur Zeit komplett als LSG ausgewiesen (LSG-5208-0006 LSG-Lengsdorf Süd). Geprägt wird es durch einen

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Erhebliche Beeinträchtigungen sind für das Naturschutzgebiet nicht zu erwarten, da es im Umfeld des Plangebietes flächengleich mit dem FFH-Gebiet ?Waldreservat Kottenforst? und dem Vogelschutzgebiet ?Kottenforst-Waldville? ist, für die jeweils eine FFH-Vorprüfung durchgeführt wurde.

Auch wenn der Umweltbericht im Rahmen der schutzgutbezogenen Beurteilung voraussichtlich bei vier Kriterien (Wohnen, schutzwürdige Böden/klimarelevante Böden, klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume, Landschaftsbild) erhebliche Umweltauswirkungen erwartet, sind dennoch keine strikten umweltrechtlichen Vorgaben betroffen.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Bonn hat aktuell noch einen wesentlich

Wechsel von Ackernutzung in den flacheren Bereichen und Grünlandnutzung in steileren Hanglagen, wobei Gehölzstrukturen die Flächen vernetzen. Gemäß Landschaftsplan Kottenforst kommt dem Gebiet "eine hohe Bedeutung als Ergänzungsfläche des angrenzenden Katzenlochbaches im NSG Kottenforst zu". Daher sollte die komplette Fläche - wie schon im aktuellen Regionalplan - als BSLE und regionaler Grünzug dargestellt werden.

Hinweis

Es ist nicht nachvollziehbar, warum gemäß dem Umweltbericht für BN_ASB_5 für das FFH-Gebiet DE-5308-303 keine erheblichen Beeinträchtigungen hervorgehen sollen, während ebensolche aus BN_ASB_6 nicht auszuschließen sind. Das ASB_5 grenzt auf einer Länge von mehr als 600 m, nur durch die Landstraße 261 von ihm getrennt, unmittelbar an das FFH-Gebiet an.

höheren Bedarf an Siedlungsflächen als dieser im Entwurf des Regionalplans gesichert werden kann. Dabei gibt es keine Alternativfläche, auf der keine erheblichen Umweltwirkungen festzustellen sind. In Abwägung mit dem hohen Siedlungsflächenbedarf der Stadt Bonn sind die dargestellten Umweltwirkungen zu tolerieren.

Inhalt**ASB Röttgen (BN_ASB_6)****Zurücknahme bis zur bestehenden Bebauung****Begründung**

Die geplante ASB-Erweiterung wird von zwei BSN umrahmt. Eine Betroffenheit planungsrelevanter Arten im Umfeld drängt sich somit auf; unmittelbar angrenzend liegt das NSG Kottenforst (BN-003) und FFH- (DE-5308-303) bzw. Vogelschutzgebiet (DE-5308-401) und die Biotopverbundfläche (VB-K-5308-040, mit herausragender Bedeutung. Im Umfeld von BN_ASB_6 befinden sich sowohl eine Biotopverbundfläche (VB-K-5308-040 Katzenloch-, Olligsbach- und Schlossbachtal) als auch schutzwürdige Biotope. Dem Biotopverbund kommt dabei eine herausragende Bedeutung (Kernbereiche und weitere herausragende Funktionsbereiche des Biotopverbundes NRW) zu. Schutzziele werden durch die geplante Ausweisung des BN_ASB_6 gefährdet, da bei Umsetzung des ASB in eine konkrete Bebauung insbesondere negative Auswirkungen auf das hydrologische Geschehen im Katzenlochbachtal sowie Verschlechterungen der Wasserqualität zu erwarten sind. Auch die FFH-Vorprüfung war zu dem Ergebnis gekommen, dass aufgrund von Stickstoffeinträgen erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des FFH-Gebietes "Waldreservat Kottenforst" nicht ausgeschlossen werden können.

Die Böden (Parabraunerden) sind als schutzwürdig eingestuft, da sie eine sehr hohe Regelungs- und Pufferfunktion aufweisen. Diese Pufferfunktionen sind vor allem auch im Hinblick auf die Lagebeziehung zu dem sich im Umfeld befindlichen NSG (BN-003 NSG Kottenforst) zu bewerten.

Über das Gebiet verlaufen nächtliche Kaltluftvolumenströme hoher bis sehr hoher Stärke, die ihren Ursprung vor allem im südwestlich angrenzenden, durch Wald und Gehölzstrukturen entlang der Bachtäler von Olligsbach und Schloßbach geprägten Gebiet zwischen Ückesdorf und Röttgen haben, aber auch auf der Fläche selbst generiert werden, und von dort in Richtung Katzenlochbachtal über das Plangebiet hinweg ziehen. In der Klima-Planungshinweiskarte der Stadt Bonn wird für die gesamte Fläche der Hinweis "wichtige Freifläche sichern" gegeben. Aufgrund der sehr hohen klimaökologischen Bedeutung der Fläche ist im Falle einer Bebauung mit einer signifikanten Verringerung des im Katzenlochbachtal Richtung Norden und damit in den Siedlungsbereich von Lengsdorf fließenden nächtlichen Kaltluftstroms zu rechnen.

BN_ASB_6 ist nur unzureichend an den ÖPNV angeschlossen, insbesondere ist auch keine Straßenbahn- oder Schienennahverkehrsanbindung vorhanden. Daher ist eine Ausweisung als ASB auch aus verkehrsplanerischer Sicht abzulehnen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Einheitlicher Maßstab für die Bewertung regionaler Klimafunktionen ist insbesondere der Fachbeitrag "Klima" des LANUV für den Regierungsbezirk Köln. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Der Schutz von regional bedeutsamen klimawirksamen Bereichen erfolgt im Regionalplan Köln insbesondere durch das Planzeichen "Regionale Grünzüge" (Vorranggebiet). Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge in den verdichteten Räumen, zu denen auch die Stadt Bonn gehört, wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des

BN_ASB_6 ist, wie auch das geplante BN_ASB_5, LSG ausgewiesen (LSG-5208-0006 LSG-Lengsdorf Süd). Wechsel von Ackernutzung in den flacheren Bereichen und Grünlandnutzung in steileren Hanglagen prägen das Gebiet, Gehölzstrukturen vernetzen die Flächen. Gemäß dem Landschaftsplan Kottenforst kommt dem Gebiet "eine hohe Bedeutung als Ergänzungsfläche des angrenzenden Katzenlochbaches im NSG Kottenforst zu". Entsprechend ihrer Ausstattung sollte die Fläche als Freiraum mit der Funktion regionaler Grünzug und BSLE dargestellt werden.

LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Bonn hat aktuell noch einen wesentlich höheren Bedarf an Siedlungsflächen als dieser im Entwurf des Regionalplans gesichert werden kann. Dabei gibt es keine Alternativfläche, auf der keine erheblichen Umweltwirkungen festzustellen sind. In Abwägung mit dem hohen Siedlungsflächenbedarf der Stadt Bonn sind die dargestellten Umweltwirkungen zu tolerieren.

Inhalt

ASB Bonn-Holzlar-Gielgen (BN_ASB_7_A)

Zurücknahme auf den bereits bebauten Bereich

Begründung

Das Gebiet liegt an der Peripherie des Bonner Stadtgebietes und ist nur unzureichend an den ÖPNV angeschlossen, insbesondere ist auch keine Straßenbahn- oder Schienennahverkehrsanbindung vorhanden. Eine Ausweisung als ASB ist daher auch aus verkehrsplanerischer Sicht abzulehnen. Diese Fläche sollte, da sie sich in der Nähe zu schützenswerten Biotopen, vor allem aber zum NSG Wolfsbachtal befindet, wie bisher als BSLE dargestellt werden. Der Landschaftsplan Ennert weist den Bereich als Landschaftsschutzgebiet (LSG-5208-008 "LSG-Ackerflächen und Obstwiesen nördlich und östlich von Gielgen") mit dem Schutzziel "Erhaltung oder Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter" aus.

Das Gebiet dient als Nahrungshabitat für gefährdete Offenlandarten (z.B. Bluthänfling).

Es ist nicht nachvollziehbar, dass im Umweltbericht einerseits die Betroffenheit eines NSG (BN-008: NSG Wolfsbachtal) im Umfeld aufgeführt ist, andererseits die Betroffenheit des flächenidentischen BK-SU-00053 (Wolfsbachtal zwischen Gielgen und Kohlkaul) nicht dargestellt wird. Dieses Gebiet hat eine "herausragende Bedeutung im regionalen Biotopverbund als Vernetzungsbiotop". Daneben befinden sich direkt östlich an das BN_ASB_A_7 angrenzend das BK-5209-024 (Hähncher Siefen am Südrand des Birlinghovener Schlossparks) bzw. BK-5209-022 (Schloßpark Schloß Birlinghoven).

Ein Großteil der Fläche des BN_ASB_7_A wird von Parabraunerden bedeckt, die aufgrund ihrer Fruchtbarkeit und ihrer sehr hohen Regulations- und Pufferfunktion als schutzwürdig eingestuft sind. Diese Pufferfunktionen sind vor allem auch im Hinblick auf die Lagebeziehung zu dem sich im Umfeld befindlichen NSG (BN-008 NSG Wolfsbachtal) bzw. zu dem BK-5209-024 zu bewerten.

Das Wasser des Hähncher Siefen (im Umfeld des BN_ASB_7_A) wird als sehr sauber und klar eingestuft. Negative Auswirkungen auf die Gewässergüte dieses Baches sind durch Flächennutzungsänderungen in der Folge der geplanten Ausweisung des BN_ASB_7_A wahrscheinlich.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die Stadt Bonn hat gem. Ihrer Stellungnahme im Verfahren (s. Stn. ID 1011586) die Entwicklungsabsicht des ASB Gielgen zurückgezogen. Somit besteht kein weiteres regionalplanerisches Sicherungserfordernis mehr. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

ASB-Erweiterung nördlich und nord-westlich Euskirchen (EU_ASB_1 und EU_ASB_2)

Verkleinerung

Begründung

Für die Stadt Euskirchen prognostiziert die Bevölkerungsentwicklung bis 2040 nur einen moderaten Zuwachs von 0,5%. Dieser Zuwachs entfällt vor Allem auf die Bevölkerungsgruppe von 65 und älter. Die Flächen EU_ASB 1 und EU_ASB_2 sind im Verhältnis zur gesamten Fläche der Kernstadt daher überdimensioniert. Dies umso mehr da im Regionalplanentwurf für die größeren Ortsteilen zusätzlich Flächen für künftige Bebauung ausgewiesen sind.

Die ASB-Erweiterungen sollten erheblich verkleinert werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die Stadt Euskirchen erfolgte eine bedarfsgerechte Festlegung von ASB entsprechend den Vorgaben des LEP NRW. Bei den betreffenden Bereichen handelt es sich i.W. um bereits im rechtskräftigen FNP der Stadt Euskirchen ausgewiesene Bauflächen.

Inhalt

GIBz westlich der Anschlussstelle Wißkirchen der BAB A1 (EU_GIBz_2)

Ablehnung

Begründung:

Nicht berücksichtigte, wertgebende Elemente von besonderer ökologischer Wertigkeit: direkt nord-westlich angrenzend befindet sich ein alter Waldbestand (Planckseling) mit einem reichen Pflanzen- und Tierbestand: u.a. die planungsrelevante Arten Mittelspecht und Fledermäuse. Dieser Waldbereich sollte nach Auffassung der Naturschutzverbände zwingend mit dem östlich benachbarten Billiger Wald sowie den südlich gelegenen Wäldern bei Satzvey verbunden werden. Die Naturschutzverbände schlagen daher ein BSN im Biotopverbundsystem ?rheinisches Revier? vor (EUS_2), das diese überregional bedeutsame Biotopverbundfunktion sicherstellen kann und den GIB EU_GIBz_2 beinhaltet. Die Planung des GIBz sollte daher entfallen.

Der Bedarf ist nicht ersichtlich. Mit dem Gewerbegebiet EU_GIBz_1, im alten Plan GIB für flächenintensive Großvorhaben, wird im neuen Regionalplan ein 212 ha großes Gewerbegebiet für gewerbliche und industrielle Nutzung realisiert. Außerdem befinden sich mit dem Gewerbegebiet Mechernich-Obergartzem noch freie Flächen in direkter Nähe.

Laut Landesentwicklungsplan (LEP NRW) ist eine bandförmige Bebauung unzulässig. Durch die GIBe EU_GIBz_1 und EU_GIBz_3 wird die Bandbebauung an der B266 zwischen Euskirchen und Wißkirchen in unzulässiger Weise verlängert.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der GIBz ist der einzige im Entwurf im Kreis Euskirchen verortete GIB auf Basis regionaler Bedarfe (Region Plus Wirtschaft). Er ist insofern Bestandteil der bedarfsgerechten und flächensparenden Verortung von Siedlungsraum gemäß LEP NRW. Der Bereich nimmt weder Waldflächen noch schutzwürdige Biotope oder festgesetzte Schutzgebiete in Anspruch. Gemäß Umweltbericht können insgesamt erhebliche Umweltauswirkungen auf regionalplanerischer Ebene ausgeschlossen werden. Die Verbindung zwischen den benannten Waldbereichen, die sich an den bestehenden, durch die Festlegung nicht betroffenen Schutzgebietsfestsetzungen des Landschaftsplans erkennen lässt, wird durch die geplante Festlegung nicht unterbrochen. Auch stellt die Festlegung keine bandartige Entwicklung im Sinne des LEP NRW dar, sondern vielmehr eine kompakte, freiraumschonende Ergänzung der bestehenden Festlegung östlich der Autobahnanschlussstelle.

1004334, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>GIB nord-östlich der Anschlussstelle Wißkirchen der BAB A 1</p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung:</p> <p>Der Bedarf ist nicht ersichtlich. Mit dem Gewerbegebiet EU_GIBz_1, im alten Regionalplan GIB für flächenintensive Großvorhaben, wird im neuen Regionalplan ein 212 ha großes Gewerbegebiet für gewerbliche und industrielle Nutzung realisiert. Außerdem befinden sich mit dem Gewerbegebiet Mechernich-Obergartzem noch freie Flächen in direkter Nähe. Am Bedarf lässt auch zweifeln, dass dieser bereits im alten Regionalplan enthaltene GIB bis heute völlig ungenutzt ist.</p> <p>Laut Landesentwicklungsplan (LEP NRW) ist eine bandförmige Bebauung unzulässig. Durch die GIB_EUSz_1 und GIB_EUS_3 wird die Bandbebauung an der B266 zwischen Euskirchen und Wißkirchen in unzulässiger Weise verlängert.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der GIB erfolgt entsprechend der Vorgaben des LEP NRW zu einer bedarfsgerechten und flächensparenden Siedlungsentwicklung. Es handelt sich bei der Festlegung nicht um eine bandartige Entwicklung i.S. des LEP NRW sondern um eine kompakte Erweiterung der vorhandenen gewerblichen Festlegung. Im Bereich nordöstlich der Anschlussstelle ist die gewerbliche Planungsabsicht bereits durch die Ausweisung einer gewerblichen Baufläche im geltenden Flächennutzungsplan verfestigt.</p> <p>Die Festlegung von Flächen für flächenintensive Großvorhaben (zwei Standorte in der Region Köln) erfolgt auf Ebene der Landesentwicklungsplanung und unterliegt nicht der regionalplanerischen Abwägung. Die dort aus Landesebene für landesweit bedeutsame Vorhaben gesicherten Flächen sind losgelöst vom Auftrag zu einer bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung gemäß LEP NRW zu betrachten und sind nicht Teil des für die Region Köln ermittelten Bedarf an Wirtschaftsflächen.</p>

1004335, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>GIB-Darstellung östlich von Kall</i></p> <p>Zurücknahme des GIB auf den bereits bebauten Bereich</p> <p>Begründung</p> <p>Eine Darstellung des noch nicht baulich realisierte GIB östlich Kall (südwestlich der L 206 an das Grundstück der Fa. Papstar anschließend), verriegelt das anschließende Naturschutzgebiet und verhindert den Biotopverbund zwischen den als BSN dargestellten Waldflächen bei Keldenich und jenseits der L 206 bei Dottel (Stufe I-Flächen VB-K-5405-012 und BSN). Um diesen Biotopverbund erhalten und ausbauen zu können, sollte das GIB auf den bereits heute bebauten Bereich zurückgenommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004335]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003432_72.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert hier im geltenden Flächennutzungsplan der Gemeinde Kall ausgewiesene Flächen für eine gewerbliche Entwicklung. Es sind keine zusätzlichen regionalplanerischen Spielräume vorgesehen.</p>

1004336, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB in Zülpich</p> <p>Verkleinerung</p> <p>Mit Blick auf die demografische Entwicklung sind die im Regionalplan ausgewiesenen zusätzlichen Wohngebiete überdimensioniert. Laut Statistischem Landesamt NRW ist für Zülpich ein Bevölkerungswachstum von + 7,8% bis 2050 zu erwarten. Dies entspricht einem Zuwachs von ca. 1.500 Einwohnern bis 2050. Allerdings findet der Zuwachs in Zülpich weitgehend bei der älteren Bevölkerung (> 65) statt, während für die jüngeren Altersgruppen eine negative Bevölkerungsentwicklung prognostiziert wird.</p> <p>Allein im geplanten und derzeit in der Offenlage befindlichen Neubaugebiet ?Seeterrassen? ist Wohnraum für 1.500 Neubürger vorgesehen. Der Plan weist jedoch darüber hinaus weitere großflächige Neubaugebiete südöstlich der Kernstadt und östlich Hoven sowie in Füssenich/Geich aus. Hinzu kommen viele kleinere Neubaugebiete im Stadtgebiet und in den Dörfern, die im Regionalplan nicht dargestellt werden.</p> <p>In Summe werden Flächen verplant, für die gemäß der Prognose der Bevölkerungsentwicklung gar kein Bedarf besteht. Altersgerechtes Bauen ist erforderlich - z.B. viel mehr kleinere Wohneinheiten, Aufzüge in mehrgeschossigen Wohngebäuden, Alters-WGs, Mehrgenerationenhäuser usw. Für die Darstellung so überdimensionierter ASBe sehen die Naturschutzverbände hier keinerlei Begründung. Die ASBe insbesondere östlich des Hauptortes sollten daher deutlich zurückgenommen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die Stadt Zülpich erfolgte eine bedarfsgerechte Festlegung von ASB entsprechend den Vorgaben des LEP NRW. Gemäß der abgestimmten Vorgaben zum Prozess Region Plus Wohnen wurden auch regionale Bedarfe an den an den SPNV angebundenen ASB Zülpich verortet. Auch die Verortung regionaler Bedarfe erfolgt unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben zu einer bedarfsgerechten und flächensparenden Siedlungsentwicklung (Kapitel 6 LEP NRW) mit Blick auf den Planungshorizont 2043.</p>

Inhalt

Freiraumplanung (BSN/BSLE/RGZ)

Die Abgrenzung der BSN-Flächen der Natura 2000-Gebiete ist zeichnerisch im Entwurf des Regionalplanes oft nicht bis an benachbarte ASB- oder GIB-Darstellungen herangezogen (z.B. westlich von Königswinter-Thomasberg oder südlich von Troisdorf-Bergheim). Damit wird planerisch eine rechtlich wegen des Umgebungsschutzes nicht bestehende Planungslücke eröffnet. Wegen der gebotenen Ordnungsfunktion der Regionalplanung ist diese aufgerufen, solche Lücken zu schließen, um Fehlplanungen zu vermeiden. Da es Aufgabe der Raumordnung ist, Konflikte durch eine möglichst vorsorgende und aufklärende Plandarstellung zu vermeiden, regen wir an, grundsätzlich die Ausweisung der BSN-Flächen von Natura 2000-Gebieten bis unmittelbar an die in der direkten Nachbarschaft unter 100 m Abstand dargestellten ASB- und GIB-Flächen heranzuführen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN erfolgt entsprechend der planerischen Konzeption. Die Anpassung an benachbarte Raumfunktionen wird im Einzelfall anhand der jeweiligen räumlichen Situation umgesetzt.

1004454, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Abgrenzung des BSLE Aachen-Kannegießer Bach</p> <p>Vorschlag einer anderen Abgrenzung</p> <p>Begründung</p> <p>Der BSLE am Kannegießer Bach sollte unter Berücksichtigung der ökologisch bedeutsamen Flächen wie folgt abgegrenzt werden. Diese Abgrenzung beinhaltet die LANUV-Biotopkatasterflächen BK-5202-017 und BK-5202-057. Die ASB-Flächen sollten entsprechend zurückgenommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004454_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID_1004454_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1004455, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Abgrenzung des BSLE südlich Aachen-Hanbruch</p> <p>Vorschlag einer anderen Abgrenzung</p> <p>Begründung</p> <p>Der BSLE südlich Hanbruch sollte unter Berücksichtigung der ökologisch bedeutsamen Flächen wie folgt abgegrenzt werden. Diese Abgrenzung beinhaltet die LANUV-Biotopkatasterfläche BK-5202-018. Die Einbeziehung des ganzen Bachtalbereiches in den BSLE ist sinnvoll, um eine klare Abgrenzung zwischen den Kleingartenanlagen und der sonstigen angrenzenden Bebauung zu schaffen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004455_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004455_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1004456, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Abgrenzung des BSLE um den BSN Seffent mit Wilkensberg</p> <p>Vorschlag einer anderen Abgrenzung</p> <p>Begründung</p> <p>Der BSLE um das Naturschutzgebiet ?Seffent mit Wilkensberg? soll wie folgt abgegrenzt werden. Diese Abgrenzung soll zur Einhaltung einer Pufferzone bis zum ASB dienen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004456_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1004456_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1004457, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Abgrenzung des BSLE zwischen Aachen-Eilendorf und Aachen-Schönforst</p> <p>Vorschlag einer anderen Abgrenzung</p> <p>Begründung</p> <p>Der BSLE zwischen Eilendorf und Schönforst sollte wie folgt abgegrenzt werden. Diese Abgrenzung soll zur Einhaltung einer Pufferzone zwischen den ASB und dem GIB dienen. Dies ist auch sinnvoll, um eine positive Entwicklung dieser Bereiche für die Naherholung und für ökologische Ziele zu unterstützen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004457_1]</p> <p>Anhänge Abb. ID_1004457_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien</p>

1004458, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Magergrünland SW-lich von Gey</p> <p>Neuer Flächenvorschlag als BSN</p> <p>Kurzbeschreibung</p> <p>Biotopkomplex mit gut und artenreichen entwickelten Magerwiesen und ?weiden, z.T. mit kleinen Feuchtbereichen, Hecken und Rainen am Waldrand am Hang nach Gey. Der südlich angrenzende Bereich ist als Stufe I-Fläche (VB-K-5104-012) dargestellt; die hier vorgeschlagene Fläche sollte dem angeschlossen als BSN dargestellt werden. Ein Teil des Magergrünlandes ist gesetzlich geschützter Biotop (GB-5204-629 und GB-5204-630).</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:</p> <p>Ferkelkraut, Große Pimpernelle, Kleines Habichtskraut, Rundblättrige Glockenblume, Echtes Labkraut.</p> <p>Grünspecht, Neuntöter, Goldammer, Klappergrasmücke, Bluthänfling</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004458_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004458_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1004459, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Regionalen Grünzug erweitern</p> <p>Erweiterung des regionalen Grünzuges</p> <p>Begründung</p> <p>Der regionale Grünzug sollte wie folgt nach Süden ausgedehnt werden, um den betreffenden Bereich für die Naherholung sichern zu können und ein Zusammenwachsen der Siedlungsbereiche zu vermeiden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004459_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1004459_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Im ländlichen Raum selbst werden keine Festlegungen für den RG getroffen. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt.</p> <p>Der Vorschlag entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.</p>

Inhalt

BSN Langer Aue mit Flutrinne und urtümlicher Weichholz-Aue

Neuer Flächenvorschlag

Begründung und Ziel:

- NSG mit von der Stadt Köln geplante Erweiterung N 17 ?Langer Auewalds rrh.?
- Umsetzung der Ziele des PEPL ?Langer Auewald rrh.?, hohes naturschutzfachliches Entwicklungspotential

Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:

- Bisher LSG L 20
- Sensible FFH-Lebensraumtypen der Auewälder, Schlammgesellschaften im vorgelagerten Rheinufer mit besonders hoher Gefährdung in NRW aufgrund der Seltenheit
- Eichen-Ulmen-Auenwald (Querco-Ulmetum) sowie Silberweiden-Auenwald (Salicetum albae, beides in der niederrheinischen Bucht von Aussterben bedroht [Verbücheln et al. 1995]; Schwarzpappeln
- NSG-Ausweisung erfolgt wegen des hohen naturschutzfachlichen Entwicklungspotentials insbesondere der Auewälder, der vorgelagerten Kiesflächen und der extensiven Grundlandflächen
- Wechsel von Überflutungen und Trockenphasen
- Silberweidenwald, Bruchwaldbereiche, Nebenrinnen und Altwasser
- durch Tot- und Bruchholz besonders stark strukturierte Weichholzaue
- Vegetationsabfolge von der Laichkrautzone im Gewässer über Annuellen-, Röhrichtzone zu Weichholz- und Hartholzaue
- geschützte Allee aus Rotbuche und Berg-Ahorn
- 79 nachgewiesene Vogelarten (53 Brutvögel, z.T. auch Gastvögel) und 26 ausschließlich Gastvögel (Nahrungs-, Durchzugs- und Wintergäste)
- Einige der letzten natürlichen Bruthabitate des Flussregenpfeifers in NRW
- außergewöhnlich hohe Dichte an Feldlerchen-Revieren

Biotop-Typen:

- Eichen-Ulmen-Auenwald (Querco-Ulmetum, in NRW wie auch in der Niederrheinischen Bucht vom Aussterben bedroht [Verbücheln et al 1995]), Erlen-Eschen und Weichholz-Auenwälder (EU-Code 91E0, Prioritärer Lebensraum) Flüsse mit Schlammhängen mit Vegetation des Chenopodium rubri p.p. und des Bidens p.p. (EU-Code 3270), Weidenbüsche und Röhrichte,

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der gesetzlich vorgegebene Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), gibt die generelle Regelungstiefe vor. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Arenreiche Glatthafer und Wiesenknopf-Silgenwiesen (EUCode 6510)
Röhrichtbestand (CF0) Altarm, angebunden, nicht durchströmt (FC3)
Tiefelandfluss (FO2)

- Maiglöckchen-Perlgras-Buchenwald, Flattergras-Traubeneichen-Buchenwald, Silberweiden Auenwald (*Salicetum albae*, in der niederrheinischen Bucht von Aussterben bedroht [Verbücheln et al. 1995])
- Kies- und Schotterfluren/Kiesbänke mit Initialgesellschaften auf trockenen Rohböden, Flutrasen, Schilfröhricht (*Scirpo-Phragmitetum australis* (gefährdet bzw. in der niederrheinischen Bucht sogar stark gefährdet)

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:

großkronige Pappeln (als Brutplatz für Pirol), Totholzbäume

Großer Abendsegler Nyctalus noctula, Kleiner Abendsegler Nyctalus leisleri, Flughautfledermaus Pipistrellus nathusii, Wasserfledermaus Myotis daubentonii, Braunes/Graues Langohr (Plecotus auritus/austriacus), Kleine Bartfledermaus Myotis mystacinus, Große Bartfledermaus Myotis brandtii, Breitflügelfledermaus Eptesicus serotinus, Bechsteinfledermaus Myotis bechsteinii, Fransenfledermaus Myotis nattereri, Großes Mausohr Myotis myotis, Mückenfledermaus Pipistrellus pygmaeus, Haselmaus, Gartenschläfer Eliomys quercinus, Austernfischer Haematopus ostralegus, Bergpieper Anthus spinoletta, Birkenzeisig Carduelis (Acanthis) flammea, ssp. cabaret, Bläsgans Anser albifrons, Braunkehlchen Saxicola rubetra, Eisvogel Alcedo atthis, Feldlerche Alauda arvensis, Flussregenpfeifer Charadrius dubius, Gänsesäger Mergus merganser, Gelbspötter Hippoboscus icterina, Goldammer Emberiza citrinella, Goldregenpfeifer Pluvialis apricaria, Graugans Anser anser, Grünschenkel Tringa nebularia, Grünspecht Picus viridis, Haubentaucher Podiceps cristatus, Hohлтаube Columba oenas, Kleinspecht Dryobates minor, Knäkente Anas querquedula, Krickente Anas crecca, Kuckuck Cuculus canorus, Lachmöwe Larus ridibundus, Pfeifente Anas penelope, Pirol Oriolus oriolus, Rebhuhn Perdix perdix, Rotdrossel Turdus iliacus, Rotmilan Milvus milvus, Saatgans Anser fabalis, Saatkrähe Corvus frugilegus, Schellente Bucephala clangula, Schnatterente Anas strepera, Schwarzkopfmöwe Larus melanocephalus, Schwarzmilan Milvus migrans, Silbermöwe Larus argentatus, Silberreiher Casmerodius albus, Sturmmöwe Larus canus, Sumpfrohrsänger Acrocephalus palustris, Wachtel Coturnix coturnix, Wiesenschafstelze Motacilla flava, Zwergtaucher Tachybaptus ruficollis, Kammmolch Triturus cristatus, Kleiner Wasserfrosch Rana lessonae, Kreuzkröte Bufo calamita, Wechselkröte Bufo viridis, Schlingnatter Coronella austriaca, Zauneidechse Lacerta agilis, Asiatische Keiljungfer (Stylurus flavipes), Blaugrüne Mosaikjungfer, Große Pechlibelle, Großer Blaupfeil, Hufeisenazurjungfer, Großes Ochsenauge Maniola jurtina, Schwarzkolbiger Braundickkopffalter Thymelicus lineola, Schachbrett Melanargia galathea (Vorwarnliste Rote Liste NRW), Nachtigall-Grashüpfer, Wiesengrashüpfer Chorthippus dorsatus (in NRW gefährdet, in der Niederrheinischen Bucht stark gefährdet), Nachtkerzenschwärmer, Blauflügelige Ödlandschrecke Oedipoda caerulescens (in

NRW stark gefährdet, Vorwarnliste Niederrheinischen Bucht), Aland *Leuciscus idus*, Atlantischer Lachs *Salmo salar*, Europäischer Aal *Anguilla anguilla*, Flusssneunauge *Lampetra fluviatilis*, Groppe *Cottus gobio*, Hasel *Leuciscus leuciscus*, Maifisch *Alosa alosa*, Meerforelle *Salmo trutta*, Meerneunauge *Petromyzon marinus*, Nase *Chondrostoma nasus*, Rapfen *Aspius aspius*, Steinbeißer *Cobitis taenia*, Schnittlauch *Allium schoenoprasum*, Eselswolfsmilch *Euphorbia esula*, Aufrechte Trespe *Bromus erectus*, Gewöhnlicher Arzneithymian *Thymus pulegioides*, Kleiner Wiesenknopf *Sanguisorba minor*, Zypressenwolfsmilch *Euphorbia cyparissias*, Weinbergs-Traubenhyazinthe *Muscari neglectum* (in NRW und in der Niederrheinischen Bucht stark gefährdet), Sumpfschafgabe *Achillea ptarmica* (NRW Vorwarnliste), Gewöhnlicher Schlammling *Limosella aquatica* (stark gefährdet in der Niederrheinischen Bucht), Wiesen-Storchschnabel *Geranium pratense*, Hornblatt *Ceratophyllum spec.*, Echtes Labkraut *Galium verum*, Ackerwitwenblume *Knautia arvensis*, Wiesenflockenblume *Centaurea jacea*, Kleiner Odermennig *Agrimonia eupatoria*, Geruchlose Kamille *Tripleurospermum perforatum*, Wegwarte *Cichorium intybus*, Französische Segge *Carex ligerica*, Frühe Segge *Carex praecox*, Ufersegge *Carex riparia*, Moores Schachtelhalm *Equisetum x moorei*, Kleines Flohkraut *Pulicaria vulgaris*, Gemeine Ochsenzunge *Ancusa officinalis* (Rote Liste 2 in der Niederrheinischen Bucht), Kleinfrüchtiger Leindotter *Camelina microcarpa* (in der niederrheinischen Bucht gefährdet), Gelbe Wiesenraute *Thalictrum flavum* (Gelben Wiesenraute (*Thalictrum flavum*)), Wiesensalbei *Salvia pratensis*, in NRW und in der Niederrheinischen Bucht gefährdet, Schwarzpappel (vom Aussterben bedroht (Oberdorfer 2001). Astlose Grasllilie (*Anthericum liliago*) (RL-NRW: 3, Niederrheinische Bucht: 2S), Gewöhnlicher Hornklee (*Lotus corniculatus*) (RL-NRW: V, Niederrheinische Bucht), Wiesenmargerite (*Leucanthemum vulgare* agg.) (RL-NRW: V, Niederrheinische Bucht).

[Abbildung]

1004461, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN „Isborns Heide/ Hommelsheimer Bruch/ Dünnwalder Wald“</p> <p>Neuer Flächenvorschlag</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Von der Stadt Köln geplantes NSG • Besonders stark gefährdete Biotoptypen, da naturnahe Sumpf-, Bruch und Moorwälder in NRW sehr selten sind. • Sehr hohes Entwicklungspotential auf Grund der standörtlichen Bodenverhältnisse der Bergischen Heideterrasse, Entwicklung von Sumpf-, Bruch- und Moorwäldern, Renaturierung von Niedermoorstandorten. • Geschützte Biotope sichern und zu entwickeln <p>Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bisher: LB 9.28, LB 9.29, LSG L 28; <p>Biotop-Typen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Laubwälder außerhalb von Sonderstandorten (NA00), Sumpf-, Moor und Bruchwälder (NAC0), Fließgewässer (NFM0), Wälder auf Dünenstandorten und nährstoffarmen Sandböden (NAD0), Stillgewässer (NFD0) • BT-K-00534, BT-K-00537, BT-K-00544, BT-K-00538, BT-K-00532, BT-K-00533, BT-K-00542, BT-K-00540, BT-K-00539, BT-K-00556, BT-K-00553, BT-K-00555, BT-K-00546, BT-K-00560, BT-K-00549, BT-K-00547, BT-K-00561, BT-K-00562, BT-K-00557, BT-K-00558, BT-K-00554, BT-K-00545, BT-K-00548, BT-K-00550, BT-K-00551, BT-K-00552, BT-K-00559, BT-K-00563, BK-4908-004 <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Brutvorkommen Habicht und Sperber <p>[Abbildung]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Flächenvorschlag wird bereits durch das Vorranggebiet BSN gesichert.</p>

Inhalt

BSN „Mutzbach“

Neuer Flächenvorschlag

Begründung und Ziel:

- Von der Stadt Köln geplante NSG Erweiterung N 16 ?Oberer Mutzbach? in Dellbrück
- Schutz vor Gefährdung, da naturnahe Bachläufe im Kölner Stadtgebiet selten sind.
- Der Bereich nordöstlich des ASB-Bereichs in Köln Dellbrück (nördlich der S-Bahnlinie), südlich des Mutzbach und bis zur Stadtgrenze mit Bergisch-Gladbach wird im Aufstellungsentwurf nicht mehr als BSN-Bereich, wohl aber noch als Waldbereich ausgezeichnet. Eine Änderung sollte nicht erfolgen: Dieser Bereich sollte wie im derzeitigen Regionalplan weiterhin vollständig als BSN ausgewiesen werden.
- Der zur Ergänzung als BSN vorgeschlagene Bereich ist bereits jetzt Teil eines Biotopverbunds von besonderer Bedeutung. Um dessen Entwicklung voranzutreiben und abzusichern ist die Beibehaltung des BSN-Status sinnvoll.

Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:

- Bisher LSG L 27 Die besondere Wertigkeit ergibt sich aus den an den Bach grenzenden feuchten Wäldern, weshalb die Bereich des Mutzbaches und dem umliegenden Waldbereich ein NSG ausgewiesen wird:

Biotop-Typen:

- Die besondere Wertigkeit des NSGs ergibt sich auf Grund des naturnahen Verlaufs des Gewässers und der angrenzenden feuchten Wälder
- BT-GL 0159, BT-GL-02728, BT-GL-02730

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Flächenvorschlag wird bereits durch das Vorranggebiet BSN gesichert.

Inhalt

BSN „Kemperbach im Tiefenbruch“

Neuer Flächenvorschlag

Begründung und Ziel:

- von der Stadt Köln geplantes NSG Neuausweisung ?Kemperbach im Tiefenbruch?

Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:

- Bisher LB 9.15, LSG L 27
- Besonders stark gefährdet, da naturnahe Sumpf- und Bruchwälder in NRW selten sind
- NSG - Ausweisung zum Schutz und zur Entwicklung ökologisch wertvoller Feuchtwälder mit hohem naturschutzfachlichem Entwicklungspotential und auf Grund ökologisch seltener Standortbedingungen

Biotop-Typen:

- Sumpf-, Moor-, und Bruchwälder, natürliche Fließgewässer
- BT-K-00616, BT-K-621, BTK-00606, BTK- 00625, BTK-00614

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Flächenvorschläge wir bereits durch das Vorranggebiet BSN gesichert.

Inhalt

BSN - „Strundener Heide“

Neuer Flächenvorschlag

Begründung und Ziel:

- Sicherung von gesetzlich geschützten LRT, Sicherung des naturräumlichen Biotopverbunds auf der Bergischen Heideterrasse
- von der Stadt Köln geplante NSG Neuausweisung - ?Strundener Wiesen, Weiden und Wald östlich des Penningsfelder Wege; zum Schutz vor anderen Nutzungen/ Intensivierung/ Freizeitnutzung und zur Entwicklung ökologisch seltener und sensibler Biotoptypen
- besonderes Entwicklungspotential auf Grund des Mosaiks auf extensiv genutztem Offenland und naturnahen Laubwäldern, Extensivierung der Wiesenbewirtschaftung, Entwicklung artenreicher Mähwiesen, feuchte Senken

Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:

- Bisher LB 9.14 LSG L 25
- Komplex aus Grünland- und Waldstandorten mit extensiver landwirtschaftlicher Nutzung

Biotop-Typen:

- u.a. FFH-LRT 9190 Alte bodensaure Eichenwälder auf Sandebenen, Mager-Grünland, Nass- und Feuchtgrünland, Silikattrockenrasen, Sümpfe, Riede und Röhrichte, Sumpfwälder: BK-K-00030
- BT-K-01707, BT-K-00628, BT-K-00595, BT-K-00626, BT-K-631, BK 5008-08

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:

- *Milvus milvus*, *Lanius collurio*, *Dendrocopos medius*, *Aira caryophyllea*, *Teesdalia nudicaulis*, *Vulpia bromoides*, *Thymus pulegioides*, *Epilobium palustre*

[Abbildung]

[s. Anhang Abb. 1004464_1]

Anhänge

[Abb_ID_1004464_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen.

Inhalt

BSN „Iddelsfelder Hardt“

Neuer Flächenvorschlag

Begründung und Ziel:

- Sicherung von gesetzlich geschützten LRT, Sicherung des naturräumlichen Biotopverbunds auf der Bergischen Heideterrasse
- Von der Stadt Köln geplante NSG-Neuausweisung - ?Iddelsfelder Hardt / Bensberger Marktweg?, starke Gefährdung, da naturnahe magere Standorte der Heideterrasse selten sind.

Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:

- ,Bisher LSG L 25
- Komplex aus Grünland- und Waldstandorten sowie naturnaher Bachaue

Biotop-Typen:

- u.a. FFH-LRT 6510 Glatthafer- und Wiesenknopf-Silgenwiesen, FFH-LRT 9160 Stieleichen-Hainbuchenwald, 9130 Waldmeister-Buchenwald, Silikattrockenrasen: BK-K-00015, BK-K-00028
- BT-K-01704, BT-K-01705

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:

- Astacus astacus, Dendrocopus medius, Dendrocopus minor, Colchicum autumnale, Silaum silaus, Sanguisorba officinalis, Geranium pratense, Dianthus deltoides, Rhinanthus alectorolophus
- VB-K- 5008-003

[Abbildung]

[s. Anhang Abb. 1004465_1]

Anhänge

[Abb_ID_1004465_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

1004466, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN „Mielenforster Wiese“</p> <p>Neuer Flächenvorschlag</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Von der Stadt Köln geplante NSG Neuausweisung - ?Mielenforster Wiese? <p>Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bisher LB 8.14 LSG L 25 • Gefährdung, da insbesondere artenreiches GL und Erlen-Auenwälder selten sind <p>Biotop-Typen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Artenreiches Grünland , Eichen-Hainbuchen Wälder Erlen-Auenwald • BT-K-00611, BT-K-00612, BT-K.-00613, BT-K-0015, BT-K-00617, BT-K-00618, BT-K-0019, BT-K-00620, BT-K-00622, BT-K-00623, BT-K- 00624, BT-GL-00160 <p>[Abbildung]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.</p>

Inhalt

BSN „Gremberger Wäldchen“

Neuer Flächenvorschlag

Begründung und Ziel:

- Von der Stadt Köln geplante NSG Neuausweisung - ?Gremberger Wäldchen?

Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:

- Bisher LSG L
- Hohe Gefährdung sehr alter Buchwälder auf Sonderstandorten
- Unterschutzstellung fachlich sinnvoll auf Grund des hohen Alters der Waldbestände

Biotop-Typen:

- Waldmeister-Buchenwälder LRT 9130, Alte Laubwälder auf Sonderstandorten
- BT-K-00575, BT-K-00576, BT-K-00570, BT-K-00574, BT-K-00571, BT-K-00572, BT-K-00573, BT-K-00568, BT-K-00569, BT-K-00577, BT-K-00566, BT-K-00567

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Flächenvorschlag wird bereits durch das Vorranggebiet BSN gesichert.

1004468, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN „Kiesgrubensee Gremberghoven Süd“</p> <p>Neuer Flächenvorschlag, Ergänzung BSN nördlicher Kiesgrubensee</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sicherung des gesetzlich geschützten FFH-LRT und mehrerer FFH-Arten <p>Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zwillingssee des nördlich der A 559 angrenzenden und mit diesem vernetzten NSG Kiesgrubensee Gremberghoven mit anliegenden Geschützten Landschaftsbestandteil (LP Köln: LB 7.12); • Naturnahes Stillgewässer mit aufgelassenen Böschungen, trocken-warmen Sand- und Schotterflächen sowie einem artenreichen, totholzreichen Laubwald, der sich unter dem zusammengebrochenen Pappelforst entwickelt hat. <p>Biotop-Typen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • u.a. FFH-LRT 3140 Mesotrophe Stillgewässer mit benthischer Vegetation aus Armleuchteralgen, Ruderalfluren trocken-warmer Standorte, Naturnahe Laubwälder: BK-K-5008-006, BK-K-5008-056 <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Potamogeton trichoides, Nitella opaca, Nitellopsis obtusa, Anchusa officinalis, Tragopogon dubius, Myosotis discolor, Aira praecox, Eliomys quercinus, Alcedo atthis, Lacerta agilis, Bufo viridis <p>[s. Anhang Abb. 1004468_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004468_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.</p>

Inhalt

BSN „Westhovener Aue“

Neuer Flächenvorschlag

Begründung und Ziel:

- Von der Stadt Köln geplante NSG Neuausweisung ? Westhovener Aue?
- Gefährdung der Biotoptypen besteht auf Grund der Erholungsnutzung
- Zum Schutz vor anderen Konkurrenznutzungen und zur Entwicklung der vorhandenen gefährdeten Lebensraumtypen.

Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:

- Bisher LB 7.09 LB 7.37 LB 7.38 LB 7.39 LSG L 2
- Die Flächen weisen ein hohes Potential für die FFH-Lebensraumtypen der Flachlandmähwiesen auf.

Biotop-Typen:

- verschiedene gefährdete LRT: mesotrophe Tümpel, ein mesotrophes Stillgewässer, Weichholzauwald, ferner Grünland, Einzelbäume, Waldmäntel und -vormäntel, entwicklungsfähige Hartholzaue, hohes Potenzial für den FFH-LRT 5610 Flachland-Mähwiesen

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Inhalt

BSN „Weißer Bogen“

Neuer Flächenvorschlag

Begründung und Ziel:

- Von der Stadt Köln geplante NSG Neuausweisung - ?Weißer Bogen?
- sehr hohes naturschutzfachliches Potential auf Grund FFH-Gebiet ?Rheinfischschutzzzone?, Entwicklungspotential der Weichholzauwald-Reste, der regelmäßigen Überflutung

Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:

- bisher LSG L 20
- Sensibler LRT der Auwälder mit besonders hoher Gefährdung in NRW, aufgrund der Seltenheit

Biotop-Typen:

- BK-K00021 LRT Auwälder und Grünland des Weißer Rheinbogens,
- BK-K-00026 Rhein-Fischschutzzzone im Weißer Rheinboden zwischen Rodenkirchen und Weiß, vorgelagertes FFH Gebiet ?Rheinfischschutzzzone?

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:

- Meerneunauge, Lachs, Flussneunauge, Maifisch, Steinbeißer, Groppe

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Uferbereich des Flächenvorschlags wird bereits durch das Vorranggebiet BSN gesichert. Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen.

Inhalt

BSN „Linder Bruch/ Senkelsgraben“

Neuer Flächenvorschlag

Begründung und Ziel:

- Von der Stadt Köln geplante NSG Neuausweisung - ?Linder Bruch/ Senkelsgraben?
- Schilfröhrichtbestände und Nasswiesen mit hoher Gefährdung auf Grund der Seltenheit im Kölner Stadtgebiet
- hohes Entwicklungspotential der Niedermoorstandorte mit wertgebenden Pflanzengesellschaften gesichert werden; durch eine dauerhafte Pflege, bzw. extensive Bewirtschaftung kann die besondere ökologische Wertigkeit erhalten werden, Verbuschung aus den Randbereichen in die Nasswiesen ist zurückzudrängen, Umsetzung des PEPL

Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:

- Bisher LB 7.24, Gebiet weist eine herausragende Bedeutung (Kernbereiche und weitere herausragende Funktionsbereiche des Biotopverbundes NRW) auf
- Extensives Nass- und Feuchtgrünland, in Teilen Brache-Stadien, Erhaltung der Feuchtbereiche

Biotop-Typen:

- BT-5108-0022-2013 NCC0 §BT (CF2a ? Schilfröhricht) BT-5108-0021-2013 NCC0, BT (CF2 - Röhrichtbestand hochwüchsiger Arten), BT-5108-0024-2013 NEC0, BT (EE3 - Nass-, Feuchtgrünlandbrache) BT-5108-0026-2013 NEC0 §BT (EC0 - Nass und Feuchtgrünland) BT-5108-0027-2013 NEC0, BT (EC0 - Nass und Feuchtgrünland) BT-5108-0028-2013 NEC0, BT (EC2 - Nass und Feuchtweide) BT-5108-0030-2013 NEC0, BT (EC5 - Flutrasen) VB-K-5108-01

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:

- Niedermoorstandorte mit wertgebenden Pflanzengesellschaften

[Abbildungen]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004472, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN Godorf /Sürth (ehemaliger Hafenbereich, linkes Rheinufer) / Naturschutzgebiet Godorfer Hafen/ Sürther Aue</p> <p>Änderungs-/ Ergänzungsvorschlag</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die im derzeitigen Entwurf als Standort des Güterverkehrs vorgesehene Fläche soll als Freiraumfläche bzw. Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. Die Fläche ist derzeit von der Stadt Köln als Naturschutzgebiet neu ausgewiesen worden (Bezeichnung: Sürther Aue) • Der dargestellte GIB-Bereich soll daher verkleinert, der BSN-Bereich erweitert werden. Der BSN/NSG-Bereich kann entsprechend der Eintragung im Naturschutzinformationssystem (LANUV) erfolgen (s. Abb. unten) <p>Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen/ Biotop-Typen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Fläche ist derzeit schon Teil des Biotopverbundsystems und von herausragender Bedeutung. • außerdem FFH-schutzwürdiger Lebensraumtyp: Stromtal-Halbtrockenrasen <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nachgewiesene schutzwürdige Arten: Bluthänfling, Zauneidechse <p>[Abbildungen]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Siehe Erläuterungen zu StnID 1002595.</p>

Inhalt

BSN „Zündorf-Langeler Feldflur mit Rheintal-Windsystem“

Neuer Flächenvorschlag, inklusive 15a

Begründung und Ziel:

Der Raum stellt großräumig und in einzigartiger Weise im Ballungsraum Köln multifunktionale Ökosystemleistungen bereit, die wegen ihrer besonderen Bedeutung umfassend geschützt werden müssen. Siehe dazu Beschreibung in Kapitel E.1.5, Abschnitt *Geplante Siedlungsentwicklung im Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechtsrheinisch* und 2 K_ASB_2, Zündorf Süd [s. StN-ID. 1003759].

Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:

- besonderes Landschaftsbild mit sichtbaren Senken auf(alte Alluvialrinnen)
- Grundwasserkörper mit hoher Bedeutung für die Trinkwasserversorgung für Köln und Umland
- Die Feldflur bietet einen der letzten Rückzugsorte für stark bedrohte Offenlandarten wie Rebhuhn, Feldlerche (mit wahrscheinlich größter Revierdichte in NRW jenseits der Eifel), Wachtel, Kiebitz, Feldhase oder Wechselkröte (Kölner Verantwortungsart), um nur einige zu nennen. Auch der bedrohte Gartenschläfer ist nachgewiesen. Die Arten profitieren nachts vom Schutz der Dunkelheit, was auch günstig für bedrohte Insektenbestände ist und sich über die Nahrungskette auf den Schutz planungsrelevanter Arten auswirkt. Siehe ausführlich unter Kapitel E.1.5, 2 K_ASB_2.
- Es trägt maßgeblich zur Stärkung des vorhandenen Biotopverbunds mit herausragender Bedeutung bei und vernetzt die Lebensräume Fluss/ Flussauen mit Offenland, Wahner Heide und Königsforst.
- Die Fläche ist als Entwicklungskorridor der Wasserrahmenrichtlinie zu gestalten, mit dem die Nachteile für den Naturhaushalt durch die industriellen Überprägungen auf der gegenüberliegenden Rheinseite teilweise ausgeglichen werden.
- Es handelt sich bei der Fläche um Kölns wohl wichtigstes Kalt- und Frischluftentstehungs- sowie Verfrachtungsgebiet mit Kaltluftseen in ehemaligen Alluvialrinnen. Das Gebiet hat eine sehr hohe, gesamtstädtische Bedeutung für Hitzeschutz und Durchlüftung. Köln plant, diese klimaaktiven Flächen unter Schutz zu stellen. Siehe weitere Einzelheiten zur Klimawirksamkeit unter Kapitel E.1.5, 2 K_ASB_2.
- Unzerschnittener verkehrsarmer Raum und lärmarmen Raum herausragender Bedeutung sowie lichtarmer Raum, bisher LSG

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Biotop-Typen:

- Steppen-ähnliche, offene Feldflur

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:

- Teilraum Libur

Feldlerche, Gelbspötter, Girlitz, Goldammer, Graureiher, Heringsmöwe, Hohltaube, Turteltaube, Kiebitz, Merlin, Nachtigall, Rebhuhn, Rohrammer, Rotmilan, Schwarzmilan, Star, Steinschmätzer, Sturmmöwe, Wachtel, Waldohreule, Schleiereule, Wiesenpieper, Wiesenschafstelze, Wechselkröte, Kreuzkröte, Verdacht: Knoblauchkröte, Gartenschläfer, gemeine Sichelschrecke, große Goldschrecke, Nachtigall-Grashüpfer, Blauer Eichenzipfelfalter, Faulbaumbläuling, Gemeiner Bläuling, Kleiner Feuerfalter, Kurzschwänziger Bläuling, Schwarzkolbiger Braundickkopffalter

- Teilraum Zündorf

Gartenschläfer Eliomys quercinus, Bergpieper Anthus spinoletta, Blässgans Anser albifrons, Bluthänfling Carduelis cannabina (RL NRW V, NRBÜ 2), Braunkehlchen Saxicola rubetra, Feldlerche Alauda arvensis (RL NRW 3S), Feldschwirl Locustella naevia, Feldsperling Passer montanus, Gelbspötter Hippolais icterina (RL NRW V, NRBÜ 3), Goldammer Emberiza citrinella (RL NRW V), Grünschenkel Tringa nebularia, Grünspecht Picus viridis, Heringsmöwe Larus fuscus, Hohltaube Columba oenas, Kiebitz Vanellus vanellus (RL NRW 3S, NRBÜ 2, planungsrelevant), Kornweihe Circus pygargus, Kuckuck Cuculus canorus, Lachmöwe Larus ridibundus, Merlin Falco columbarius, Mönchsgrasmücke Sylvia atricapilla, Nachtigall Luscinia megarhynchos, Raufußbussard Buteo lagopus, Rebhuhn Perdix perdix (RL NRW 2S, planungsrelevant), Rohrammer Emberiza schoeniclus, Rohrweihe Circus aeruginosus, Rotmilan Milvus milvus, Saatgans Anser fabalis, Saatkrähe Corvus frugilegus, Schwarze Kehlchen Saxicola rubicola, Steinschmätzer Oenanthe oenanthe, Steppenmöwe Larus cachinnans, Sturmmöwe Larus canus (planungsrelevant), Wachtel Coturnix coturnix (RL NRW 2S, planungsrelevant), Wiesenpieper Anthus pratensis, Wiesenschafstelze Motacilla flava (RL NRBÜ V, planungsrelevant), Gartenschläfer Eliomys quercinus, Wechselkröte Bufo viridis (Kölner Verantwortungsart), Kreuzkröte, Verdacht: Knoblauchkröte, Gemeine Sichelschrecke Phaneroptera falcata, Große Goldschrecke Chrysocraea dispar, Grünes Heupferd Tettigonia viridissima, Langflügelige Schwertschrecke Conocephalus fuscus, Nachtigall-Grashüpfer Chorthippus biguttulus, Blauer Eichenzipfelfalter Neozephyrus quercus, Faulbaumbläuling Celastrina argiolus, Kleiner Feuerfalter Lycaena phlaeas, Kleines Wiesenvögelchen Coenonympha pamphilus (Vorwarnliste NRW und Niederrheinischen Bucht), Kurzschwänziger Bläuling Cupido argiades, Schwarzkolbiger Braundickkopffalter Thymelicus lineola

- Teilraum Langelager Bogen

Großer Abendsegler *Nyctalus noctula*, Kleiner Abendsegler *Nyctalus leisleri*,
 Rauhaufledermaus *Pipistrellus nathusii*, Wasserfledermaus *Myotis daubentonii*,
 Braunes/Graues Langohr (*Plecotus auritus/austriacus*), Kleine Bartfledermaus *Myotis mystacinus*, Große Bartfledermaus *Myotis brandtii*, Breitflügelfledermaus *Eptesicus serotinus*, Bechsteinfledermaus *Myotis bechsteinii*, Fransenfledermaus *Myotis nattereri*,
 Großes Mausohr *Myotis myotis*, Mückenfledermaus *Pipistrellus pygmaeus*, Haselmaus,
 Gartenschläfer *Eliomys quercinus*, Austernfischer *Haematopus ostralegus*, Bergpieper
Anthus spinoletta, Birkenzeisig *Carduelis (Acanthis) flammæ*, ssp. *cabaret*, Blässgans
Anser albifrons, Braunkehlchen *Saxicola rubetra*, Eisvogel *Alcedo atthis*, Feldlerche
Alauda arvensis, Flussregenpfeifer *Charadrius dubius*, Gänseäger *Mergus merganser*,
 Gelbspötter *Hippolais icterina*, Goldammer *Emberiza citrinella*, Goldregenpfeifer
Pluvialis apricaria, Graugans *Anser anser*, Grünschenkel *Tringa nebularia*, Grünspecht
Picus viridis, Hohлтаube *Columba oenas*, Kleinspecht *Dryobates minor*, Knäkente *Anas querquedula*, Krickente *Anas crecca*, Kuckuck *Cuculus canorus*, Lachmöwe *Larus ridibundus*, Pfeifente *Anas penelope*, Pirol *Oriolus oriolus*, Rebhuhn *Perdix perdix*,
 Rostgans *Tadorna ferruginea*, Rotdrossel *Turdus iliacus*, Rotmilan *Milvus milvus*,
 Saatgans *Anser fabalis*, Saatkrähe *Corvus frugilegus*, Schellente *Bucephala clangula*,
 Schnatterente *Anas strepera*, Schwarzkopfmöwe *Larus melanocephalus*, Schwarzmilan
Milvus migrans, Silbermöwe *Larus argentatus*, Silberreiher *Casmerodius albus*,
 Sturmmöwe *Larus canus*, Sumpfrohrsänger *Acrocephalus palustris*, Wachtel *Coturnix coturnix*,
 Waldohreule *Asio otus*, Wiesenschafstelze *Motacilla flava*, Zwergtaucher
Tachybaptus ruficollis, Kammolch *Triturus cristatus*, kleiner Wasserfrosch *Rana lessonae*,
 Kreuzkröte *Bufo calamita*, Wechselkröte *Bufo viridis* (Kölner
 Verantwortungsart)

[s. Anhang Abb. 1004473_1]

Anhänge

[Abb_ID_1004473_1.pdf](#)

Inhalt

BSN „Liburer See und Heide“

Neuer Flächenvorschlag, integriert in 15

Begründung und Ziel:

Der Raum stellt großräumig und in einzigartiger Weise im Ballungsraum Köln multifunktionale Ökosystemleistungen bereit, die wegen ihrer besonderen Bedeutung umfassend geschützt werden müssen. Siehe dazu Beschreibung in Kapitel E.1.5, Abschnitt Geplante Siedlungsentwicklung im Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechtsrheinisch und 2 K_ASB_2, Zündorf Süd [s. StN-ID. 1003759].

- Sicherung der Populationen mehrerer streng geschützter Arten und FFH-Arten, Biotopverbund mit nördlich und südlich angrenzenden BSN

Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:

- Abtragungsgewässer Liburer See mit angrenzender Feldflur Liburer Heide; das Vorkommen zahlreicher streng geschützter und hochgradig gefährdeter Arten ist herausragend.
- Eingeschlossen ist ein teilweise rekultiviertes Abtragungsgewässer mit unterschiedlichen, auch frühen Sukzessionsstadien auf Schluff, Sand und Kies, jungen Verlandungszonen, ein naturnaher Feldweg mit periodischen Gewässern und Feldgehölzen. Bestandteil sind mehrere festgesetzte Kompensationsmaßnahmenflächen (u.a. Vogelinsel, Temporärgewässer), außerdem Böschungen von Sandbergen mit einer Uferschwalbenkolonie (mind. 50 Brutpaare).

Biotop-Typen:

- u.a. Stillgewässer, vegetationsarme Sand-, Kies- und Schotterflächen; periodische Gewässer, Ufergehölze; Bestandteil ist der BK-5108-0023, vgl. auch BK-K-5108-0011

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:

- Potamogeton lucens, Branchipus schaefferi, Filago germanica, Helichrysum luteoalbum, Myosotis discolor, Aira praecox, Eliomys quercinus, Alcedo atthis, Carduelis cannabina, Lacerta agilis, Bufo viridis, Riparia riparia, Charadrius dubius, Haematopus ostralegus

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

[s. Anhang Abb. 1004474_1]

Anhänge

[Abb_ID_1004474_1.pdf](#)

1004475, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Ölbach und Wiembach</p> <p><i>Übergreifend nach Burscheid im rheinisch-bergischen Kreis</i></p> <p>Das deutlich erweiterte BSN wird von den Naturschutzverbänden ausdrücklich begrüßt. Zum Schutz und für die Entwicklung dieser hoch wertvollen Habitatstrukturen und des bedeutsamen Arteninventars fordern die Verbände die landschaftsplanerische Umsetzung und Ausweisung des Gebietes als NSG.</p> <p>Wertgebende Biotope/ Arten: Beschreibung: Ölbach und Wiembach; Restvorkommen Helleborus viridis, Cardamine bulbifera, Calla palustris (ggf. auch heute noch); Bachauen, Weichholz- wie Hartholzaue.</p> <p>[Abbildung]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p> <p>Die Umsetzung der BSN richtet sich nach Ziel 20 ?Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern?.</p>

Inhalt

Großer Laacher See und Buschbergsee

Das neue BSN wird von den Naturschutzverbänden ausdrücklich begrüßt. Zum Schutz und für die Entwicklung dieser hoch wertvollen Habitatstrukturen und des bedeutsamen Arteninventars fordern die Verbände die landschaftsplanerische Umsetzung und Ausweisung des Gebietes als NSG.

Wertgebende Biotope/ Arten: Hitdorf, Großer Laacher See, Buschbergsee; artenreiche Baggerseen, Umgebung mit schützenswerten Eichenbeständen z. B. am Laacher See; reiche Avifauna; Wildrückzugsgebiet (Feldhase, Fasan).

Gefährdung: Kritisch zu sehen ist die potentielle Zerschneidung des Gebiets mit der hier rot gestrichelt eingezeichneten, geplanten Umgehungsstr. L43n

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Die Umsetzung der BSN richtet sich nach Ziel 20 ?Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern?.

1004477, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Hitdorfer Seenplatte und Dehlenwald</p> <p>Neuer Flächenvorschlag:</p> <p>Ausweisung auch der restlichen Seenplatte inklusive des Dehlenwaldes als BSN</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Die Hitdorfer Kiesgruben wurden vor ca. 20 Jahren renaturiert und naturnah gestaltet und bepflanzt. Sie sind von Gehölzstreifen gesäumt, mit Verbindung zum Dehlenwald. Extensiv landwirtschaftlich als Grünland genutzte Flächen schließen nach Osten hin an. Im Laufe der Jahre hat sich der gesamte Bereich zu einem wertvollen Biotop, insbesondere für Fledermäuse, entwickelt:</p> <p>Der Dehlenwald besteht fast ausschließlich aus einheimischen Laubgehölzen unterschiedlichen Alters (Rotbuche, Eiche, Ahorn, Kirsche, Hainbuche u. a.), darunter einige abgestorbene Bäume mit loser Rinde. Im nördlichen Zipfel befinden sich mindestens zwei abgestorbene Buchen mit vielen Ast- und Spechtlöchern. Bei einer abendlichen Begehung am 16.06.21 konnten im Gebiet des Dehlenwaldes und des angrenzenden Stöckenbergsees drei Fledermausarten nachgewiesen werden: Die Zwergfledermaus, der Abendsegler und die Mückenfledermaus sowie 2 nicht determinierte Myotisarten. Der gesamte Landschaftsraum östlich von Hitdorf wird aufgrund der vorgefundenen Strukturen ? Wald-/ Gehölzränder als Nahrungshabitat und Leitstruktur, Totholz mit abgelöster Rinde und Höhlenbäume mit Quartiermöglichkeiten für Fledermäuse (Abendsegler, Wasserfledermaus, Zwerg- und Mückenfledermaus), Kiesgruben als Nahrungshabitate ? aus fledermauskundlicher Sicht als regional hochwertiger Lebensraum eingeschätzt.</p> <p>Darüber hinaus finden sich in dem Gebiet zahlreiche Vogelarten (u. a. Wasservögel, mehrere Spechtarten und Kernbeißer) und Säugetiere (Feldhase, Fuchs u. a.).</p> <p>Relevant ist auch die Nähe des Gebietes zu den NSG Großer und Kleiner Laacher See und Krapuhisee. Der Buschbergsee hat ebenfalls das Potential, zu einem NSG erklärt zu werden.</p> <p>[Abbildungen]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

Inhalt

Neuborner Busch in Bergisch Gladbach

(Ablehnung Ausdehnung GIB s. E.1.7, Bergisch Gladbach, Nr. 1)

Neuer Flächenvorschlag:

Ausweisung BSN / Regionaler Grünzug für den kompletten Waldbestand zwischen den Naturschutzgebieten Gierather Wald/ Schlodderdich sowie der Grube Cox

Begründung und Ziel:

Der noch vorhandene Waldstreifen zwischen den Naturschutzgebieten Gierather Wald/ Schlodderdich sowie der Grube Cox, auch als Neuborner Busch bekannt, ist stattdessen in noch breiterer Ausdehnung als regionaler Grünzug auszuweisen. Jegliche Beeinträchtigung dieses Korridors durch bauliche Tätigkeiten mindert nicht nur die Funktion eines regionalen Grünzugs, sondern hebt jegliche Form von Luftaustausch bzw. Kaltluftentstehung auf. Hinzu kommt die Einschränkung der Naherholung, die gerade in diesen Gebieten nahe an Köln-Dellbrück und der Innenstadt von Bergisch Gladbach von herausragender Bedeutung ist. Die Naturschutzverbände fordern, zum BSN den kompletten Waldbestand sowie den als Ausgleich für frühere Eingriffe im Gewerbegebiet Zinkhütte angelegten ?By-Pass? hinzuzufügen; nur so kann der regionale Grünzug mit Wald und Obstwiese sowie Blühwiese Wirksamkeit entfalten. Der Regionalplan sollte diesen ökologisch wertvollen Korridor daher planerisch sichern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Festlegung des Regionalen Grünzugs reicht direkt an das Gewerbegebiet Zinkhütte und beinhaltet somit bereits den angesprochenen Bereich.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.

Diese Kriterien liegen für diesen Bereich nicht vor.

1004479, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Herkenrath / Moitzfeld</p> <p>Erweiterungsvorschlag:</p> <p>Regionaler Grünzug Bereich Herkenrath/ Moitzfeld und Erweiterung BSN Volbachtal</p> <p>Erweiterung des Regionalen Grünzuges bis zum BSN Volbachtal und Erweiterung BSN Volbachtal in nördlicher Richtung um zwei Siefen/ Quellgebiete</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Im Bereich Herkenrath/ Moitzfeld sollte der regionale Grünzug aus den bekannten Gründen wie Kaltluftentstehung, Luftaustausch und Durchgängigkeit der Luftströme grundsätzlich bis zum BSN Volbachtal in östlicher Richtung erweitert werden; einher mit diesem Punkt ergeht die Forderung, das BSN Volbachtal in nördlicher Richtung um zwei Siefen/ Quellgebiete zu erweitern; beide Quellbereiche befinden sich unterhalb der Ortslage Herkenrath und sind geprägt von tief eingeschnittenen Kerbtälern.</p> <p>Diese hier prägende Landschaftsstruktur sollte auch als Hindernis bei der Fortführung der Straßenbahnlinie von Bensberg über Moitzfeld und Herkenrath bis Spitze ins Kalkül gezogen werden. Eine Bahn mit zwei Gleisen in dieser bewegten Landschaft führt zu nicht ausgleichbaren Eingriffen aufgrund von etlichen Siefenüberquerungen ? unabhängig von der Tatsache, dass mit der Bahn Pendler aus dem Hinterland, die zur Rheinschiene wollen, nicht erreicht wird, da sich für sie die Fahrzeit noch einmal drastisch erhöhen würde. Eine Straßenbahnlinie bis Moitzfeld aufgrund des Technologieparks und der Firma Milthenyi könnte attraktiv sein.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.</p> <p>Die Abgrenzung der zeichnerischen Festlegung der Grünzüge entspricht der Plankonzeption.</p>

Inhalt

Lerbacher Wald / Hardt in Bergisch Gladbach

Neuer Flächenvorschlag:

Ausweisung des gesamten Waldkomplexes als BSN

Begründung und Ziel:

Die gesamte Fläche des Waldkomplexes Lerbacher Wald / Hardt ist als regionaler Grünzug ausgewiesen. Auf Grund der Tatsache, dass der Waldkomplex bereits in großen Teilen als Naturschutzgebiet ausgewiesen ist und die weiteren Flächen ebenfalls die Wertigkeit eines Naturschutzgebietes aufweisen, ist die Ausweisung des gesamten Waldkomplexes als BSN im Regionalplan angezeigt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.

Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen.

1004481, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Spitze – Dürschbachtal in Kürten / Bergisch Gladbach</p> <p>...</p> <p>Erweiterungsvorschlag:</p> <p>Regionaler Grünzug Spitze - Dürschbachtal</p> <p>Regionalen Grünzug von Spitze weiter nach Osten ausdehnen komplett bis zum Tal des Dürschbachs, das als BSN ausgewiesen ist.</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Die Fläche hat aufgrund der Höhenlage und des weiten Sichtfelds landschaftsästhetische Bedeutung gewissermaßen als Tor in den Naturpark Bergisches Land sowie einen hohen landwirtschaftlich-strukturellen Wert, zumal es sich auf den Hochflächen aufgrund der Lössauflage um die besten Böden im westlichen Teil des Bergischen Landes handelt. Die Naturschutzverbände plädieren daher dafür, den Regionalen Grünzug weiter nach Osten bis zum Tal des Dürschbachs auszudehnen, das als BSN ausgewiesen ist.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.</p> <p>Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen geeignet.</p>

1004482, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Flächen nordöstlich Dierath, 51°05'11" N / 7°04'47" O</p> <p>(Ablehnung ASB nordöstlich Dierath, s. E.1.7, Burscheid, Nr. 1) [siehe Stn-ID 1003844]</p> <p>Erweiterungsvorschlag</p> <p>Hier wären stattdessen die Freiraumdarstellungen Bereich zum Schutz der Landschaft und Regionaler Grünzug zu erweitern, nach Osten bis zur L219.</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Dierath ist eine der noch überwiegend dörflichen Außenortschaften. Weiterer Flächenverbrauch und weitere Zersiedelung sind hier weder nötig noch sinnvoll. Der Freiraum sollte Vorrang für die Funktion Produktion von Nahrungsmitteln erhalten.</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:</p> <p>Kleinteilige bäuerlich geprägte Kulturlandschaft im östlichen Teil; Wiesen, Hecken, Hochstammobstbestände. Hohe Biotopqualität.</p> <p>Biotop-Typen:</p> <p>7a, 7c, 9, 11, 16a, 16b</p> <p>(nach Bewertungsmethode Ludwig, laut https://www.rbk-direkt.de/module/Behoerdenlotse/Formularhandler.aspx?id=359)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Stellungnahme hinsichtlich der Rücknahme von Siedlungsraum ist teilweise entsprochen.</p> <p>Der Stellungnahme hinsichtlich einer Erweiterung von Regionalem Grünzug und BSLE ist entsprochen (s. StnID 1003888).</p>

1004483, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Dierath / Kuckenberg, 51°05'03" N / 7°05'00" O</p> <p>Erweiterungsvorschlag:</p> <p>Hier wären ebenfalls die Freiraumfunktionen Schutz der Landschaft und Regionaler Grünzug südlich von Dierath nach Osten bis zum ASB Kuckenberg und zum NSG zu erweitern.</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Weiterer Flächenverbrauch, weitere Zersiedelung hier weder nötig noch sinnvoll. Vorrang für Produktion von Nahrungsmitteln. Hier wären die Freiraumfunktionen Schutz der Landschaft und Regionaler Grünzug zu sichern.</p> <p>Biotop-Typen:</p> <p>7a, 7c, 9, 11, 13, 16b</p> <p>(nach Bewertungsmethode Ludwig, laut https://www.rbk-direkt.de/module/Behoerdenlotse/Formularhandler.aspx?id=359)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die vorgeschlagene Fläche entspricht den vorgenannten Kriterien.zur Abgrenzung Regionaler Grünzüge im vorgenannten Bereich. Laut LPIG DVO sind Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen.</p> <p>Die zeichnerische Abgrenzung der Festlegung Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung im vorgenannten Bereich entsprechen der Plankonzeption.</p>

1004484, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Irlen/ Bellinghausen, 51°05'30" N / 7°08'40" O</p> <p>(Ablehnung ASB Irlen / Bellinghausen, s. E.1.2.7, Burscheid, Nr. 2) [siehe Stn-ID 1003845]</p> <p>Erweiterungsvorschlag</p> <p>Einrichtung Pufferzone</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Unmittelbar an der B51 beginnt der Naturpark Bergisches Land. Die Freiraumdarstellungen Bereich zum Schutz der Landschaft und Regionaler Grünzug wären als Pufferzone bis zum NSG auszuweiten.</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:</p> <p>Kleinteilige abwechslungsreiche kleinbäuerlich genutzte Kulturlandschaft; Wiesen, Gehölze, Hochstammobstbestände, Bio-Landwirtschaft.</p> <p>Bellinghausen mit Umgebung eine ?Perle? unter den dörflichen Außenortschaften.</p> <p>Biotop-Typen:</p> <p>7a, 7c, 9, 11, 14, 16a, 16b, 16c</p> <p>(nach Bewertungsmethode Ludwig, laut https://www.rbk-direkt.de/module/Behoerdenlotse/Formularhandler.aspx?id=359)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Mit dem Vorschlag wurde sich im Rahmen der Erarbeitung der Stn-ID 1003843 bereits auseinandergesetzt, daher kommt hier auch der Ausgleichsvorschlag der Stn-ID 1003843 zum tragen.</p>

1004485, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Benninghausen/ Herkensiefen/ Klein-Ösinghausen, 51°05'45"N / 7°07'30" O</p> <p>Erweiterungsvorschlag:</p> <p>Ausweitung der Freiraumdarstellungen Bereich zum Schutz der Landschaft und Regionaler Grünzug nach Osten bis zum Siedlungsbereich Benninghausen / Groß-Ösinghausen</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Stärkung der o.g. Vorrangfunktionen</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:</p> <p>Kleinbäuerlich genutzte Kulturlandschaft; Wiesen, Gehölze, Baumgruppen.</p> <p>Biotop-Typen:</p> <p>6, 7a, 7c, 9, 11, 13</p> <p>(nach Bewertungsmethode Ludwig, laut https://www.rbk-direkt.de/module/Behoerdenlotse/Formularhandler.aspx?id=359)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die zeichnerische Abgrenzung der Festlegung Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung im vorgenannten Bereich sowie die zeichnerische Festlegung der Regionalen Grünzüge wird geändert und entsprechend ergänzt (s. Änderungskarten).</p> <p>Laut LPIG DVO sind Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen.</p>

Inhalt

Burbach/ Büchel/ Griesberg,

zwischen 51°05'27" N / 7°07'05" O, 51°05'07" N / 7°06'54" O, und 51°05'08" N / 7°07'25" O

Erweiterungsvorschlag:

Erweiterung der Freiraumdarstellungen Bereich zum Schutz der Landschaft und Regionaler Grünzug nach Süden bis in den Bereich zwischen Luisenstraße und Montanusstraße.

Begründung und Ziel:

Das Murbachtal und das Seitental des Burbachs sind mit ihren ökologischen Qualitäten als Lebensräume und zum (Mikro-)Klimaausgleich in unmittelbarer Nähe des Siedlungsschwerpunkts Innenstadt von besonderer Bedeutung.

Gerade der unmittelbar angrenzende Bereich Burscheid-Mitte leidet unter einem fortgesetzten Raubbau an Grünflächen und lt. LANUV unter z.T. hoher thermischer Belastung.

Der Erläuterungsbericht zum Burscheider Flächennutzungsplan hebt das Murbachtal als wichtigen stadtnahen Grünzug hervor:

?Wegen seiner zentralen Lage und seiner Bedeutung für die Gliederung im innerstädtischen Raum wird das Murbachtal als innerstädtische Grünverbindung zwischen den Stadtteilen Burbach und Luisental entwickelt. Hier kann über die Freiflächen der Sportanlage Griesberg und angrenzende Freiflächen ein Netzschluss zum Murbachtal hergestellt werden und so die Innenstadt mit dem Außenbereich verbunden werden.? (S. 50)

Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:

Bachtäler und Hänge mit naturnahen Wald- und Gehölzbeständen. Gärten, z.T. aufgegeben und verwildert, z.T. zur Freizeitnutzung.

Teich (51°05'10" N / 07°07'10" O, ehemaliger Klärteich bis in die 1980er Jahre) unterhalb der Quellmulde, weitgehend sich selbst überlassen, von hohem alten Baumbestand umgeben.

Biotop-Typen:

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1, 2, 3, 7a, 7c, 7d, 9, 11, 12, 14, 15, 16a, 16b

(nach Bewertungsmethode Ludwig, laut <https://www.rbk-direkt.de/module/Behoerdenlotse/Formularhandler.aspx?id=359>)

1004487, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>Gleisdreieck im Städtedreieck Remscheid/ Hückeswagen/ Wermelskirchen, Interkommunales Gewerbegebiet Bergisch Born,</i></p> <p>(Ablehnung Ausdehnung GIB s. E.1.7, Hückeswagen/ ?, Nr. 1) [siehe Stn-ID 1003846]</p> <p>Neuer Flächenvorschlag:</p> <p>Waldkomplex östlich des Eifgenquellgebiets im Bereich Rattenberg</p> <p>BSN-Ausweisung im Bereich Rattenberg bis zur Kreisgrenze großflächiger</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Die auf dem Gebiet der Stadt Wermelskirchen gelegenen Bereiche (etwa zur Hälfte landwirtschaftlich genutzt) zählen zum Einzugsbereich des Quellgebiets des Eifgenbachs, das als Naturschutzgebiet ausgewiesen ist und insgesamt zu den ganz wenigen typischen Mittelgebirgsbächen gehört, die nicht von Straßen und Wegen entlang des Bachs gekennzeichnet und beeinträchtigt sind. Vielmehr verfügt der Eifgenbach bis zu seiner Mündung in die Dhünn bei Odenthal-Altenberg über äußerst naturnahe Verläufe, in denen sich die natürliche Dynamik des Bachs aufgrund Alleinlage besonders nachweisen und aufweisen lässt. Diese Entwicklung darf nicht durch großflächige Gewerbeansiedlungen, verbunden mit einem Neubau der B 237 nach Hückeswagen, gefährdet werden. Deshalb fordern die Naturschutzverbände, den gesamten Waldkomplex östlich des Eifgenquellgebiets im Bereich Rattenberg bis zur Kreisgrenze großflächiger als BSN auszuweisen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Es wird auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1004488, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Murbachtal von Diepental über Pattscheid und Neuenkamp-Leichlingen-Balken</p> <p><i>Übergreifend nach Leverkusen</i></p> <p>Das neue BSN wird von den Naturschutzverbänden ausdrücklich begrüßt. Zum Schutz und für die Entwicklung dieser hoch wertvollen Habitatstrukturen und des bedeutsamen Arteninventars fordern die Verbände die landschaftsplanerische Umsetzung und Ausweisung des Gebietes als NSG.</p> <p>Wertgebende Biotope/ Arten: Totholzreiche Traubeneichenbestände, atlantische Stechpalmen-Rotbuchenwald, Waldmeister-Rotbuchenwald; regional bedeutendes Vorkommen des Hirschkäfers, Spanische Flagge, Uhu, Schwarzstorch, Feuersalamander, diverse Fledermausarten, charakteristische Eichen-Lebensgemeinschaft (Hirschkäfer und andere spezialisierte Käfer, Blauer Eichenzipfelfalter und viele weitere auf Eichen spezialisierte Falter- und weitere Insektenarten); Biodiversitätsmonitorings laufen derzeit als ?Citizen Science?-Projekte über die Plattform Observation.org und sind dort auch einsehbar.</p> <p>[Abbildung]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

Inhalt

Wupperschleife zwischen Imbach, Hülser Hof, Opladen

Übergreifend nach Leverkusen

Das BSN wird von den Naturschutzverbänden ausdrücklich begrüßt. Zum Schutz und für die Entwicklung dieser hoch wertvollen Habitatstrukturen und des bedeutsamen Arteninventars fordern die Verbände die vollständige landschaftsplanerische Umsetzung und Ausweisung des Gebietes als NSG bzw. die Erweiterung des bestehenden NSG Hülserbruch.

Wertgebende Biotope/ Arten: Letzte Waldgebiete mit artenreicher Geophyten-Vegetation; vergleichbare Flächen sind erst wieder in Bergisch Gladbach oder der Eifel zu finden. Neben den Frühblühern sind Schwarzspecht, Eisvogel und Wasserramsel im Gebiet zu finden und erwähnenswert.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1004490, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Wupperhänge Kradenpuhl, Nesselrath, Rödel, Büscherhof, Wolfstall</p> <p>Das BSN wird von den Naturschutzverbänden ausdrücklich begrüßt. Zum Schutz und für die Entwicklung dieser hoch wertvollen Habitatstrukturen und des bedeutsamen Arteninventars fordern die Verbände die vollständige landschaftsplanerische Umsetzung und Ausweisung des Gebietes als NSG bzw. die Erweiterung der bestehenden NSG.</p> <p>Relevante Arten: u. a. Feuersalamander; wahrscheinlich sind hier auch Hirschkäfer zu finden</p> <p>[Abbildung]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

Inhalt

Weltersbach und Roderbirken

Roderbirken, Roderhof, Weltersbachtal;

Das BSN wird von den Naturschutzverbänden ausdrücklich begrüßt. Zum Schutz und für die Entwicklung dieser hoch wertvollen Habitatstrukturen und des bedeutsamen Arteninventars fordern die Verbände die vollständige landschaftsplanerische Umsetzung und Ausweisung des Gebietes als NSG bzw. die Erweiterung der bestehenden NSG.

Wertgebende Biotope/ Arten: Kleinräumig abwechslungsreiche Habitatstruktur mit Vorkommen des Feuersalamanders, des Großen Schillerfalters und der Nesselblättrigen Glockenblume; wahrscheinlich sind hier auch Hirschkäfer zu finden.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Eichen/ Unterwietsche

Übergreifend nach Leverkusen

Das BSN wird von den Naturschutzverbänden ausdrücklich begrüßt. Zum Schutz und für die Entwicklung dieser hoch wertvollen Habitatstrukturen und des bedeutsamen Arteninventars fordern die Verbände die vollständige landschaftsplanerische Umsetzung und Ausweisung des Gebietes als NSG bzw. die Erweiterung der bestehenden NSG.

Wertgebende Biotope/ Arten: naturnahe Bachaue mit Weichholz, kleinräumig abwechslungsreiche Habitatstruktur.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1004493, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Rösrath-Hoffnungsthal</p> <p>Erweiterungsvorschlag:</p> <p>In Rösrath sollte der Regionale Grünzug im Bereich Hoffnungsthal über das komplette Friedhofsgelände, einschließlich seiner Erweiterungsfläche, bis über die Sülz hinaus erweitert werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Der Vorschlag entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht, der faktischen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit als Siedlungsbereich besteht zudem teilweise ein Sicherungserfordernis, sodass die teilweise Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.(Siehe Erläuterungen zu StnID 1004583 und StnID 1004584).</p>

1004494, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Neudarstellung BSN Wildberg</p> <p>Neudarstellung BSN</p> <p>Begründung</p> <p>Das FFH-Gebiet ?Wacholderbestände bei Wildberg? (DE-5012-301) sollte in einer erweiterten Abgrenzung als BSN dargestellt werden. Damit wäre 1. dem FFH-Status planerisch Genüge getan und die sich vor Ort aufdrängende Erweiterung des Schutzgebietes könnte 2. planerisch vollzogen werden. Durch die Borkenkäfer-Kalamitäten sich größere Flächen der umliegenden Fichten-Monokulturen abgestorben. Diese Flächen sollten zu einem Komplex aus trockenen Heiden, Wacholderbeständen und umliegenden Eichen-Wäldern entwickelt werden. Auch die Anlage von kleinflächigen Borstgrasrasen wurde hier bereits erfolgreich durchgeführt. So könnte ein vielfältiger Biotopkomplex entstehen, der im Regionalplan durch die Darstellung eines BSN abgesichert werden sollte.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004494_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004494_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1004495, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Neudarstellung BSN Allinghausen</p> <p>Neudarstellung BSN</p> <p>Begründung</p> <p>Der Magergrünland-Bereich beiderseits des Schurbaches zwischen Allinghausen und Allenbach sollte als BSN dargestellt werden. Es handelt sich um jahrzehntelang nicht gedüngte, extensiv bewirtschaftete Magerwiesen (gesetzlicher Schutz nach § 30 BNatSchG) unter Vertragsnaturschutz. Der ~ 13 ha große Bereich weist eine große Artenvielfalt und etliche Arten der Roten Liste auf, z.B. Neuntöter, Baumpiper, Schlingnatter, Ampfer-Grünwidderchen, Schachbrettfalter, Berg-Sandglöckchen, Zittergras.</p> <p>Der Bereich ist auch landschaftlich besonders wertvoll insbesondere durch die hier besonders gut erkennbaren Reste des historischen Ackerbaus mit deutlich sichtbaren Acker-Hangterrassen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004495_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004495_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1004496, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Abgleich der BSN-Darstellungen beiderseits der Grenze der Regierungsbezirke Arnsberg und Köln</p> <p>Überprüfung der grenzüberschreitenden BSN</p> <p>Begründung</p> <p>Der Entwurf des Regionalplans Arnsberg für den Teilbereich Märkischer Kreis und die Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein hat in 2021 offengelegen. Dieser Regionalplan grenzt im Oberbergischen an den Regierungsbezirk Köln an. Da die Schutzgüter nach aller Logik in vergleichbaren Regionen auch vergleichbar behandelt werden sollten, stellt sich die Frage wieso im Arnsberger Regionalplanentwurf etliche BSN "stumpf" an der Grenze des Regierungsbezirks enden und im Kölner Regionalplan-Entwurf nicht sachlich sinnvoll weitergeführt werden. An dem Fehlen wertvoller Biotope auf der Kölner Seite kann es nicht liegen: Das Biotopkataster und die örtliche Inaugenscheinnahme der Naturschutzverbände zeigt eine vergleichbare Schutzwürdigkeit beiderseits der Regierungsbezirks-Grenze.</p> <p>Nachfolgend werden 3 Beispiele aus dem Bereich der Gemeinde Reichshof aufgeführt mit Kopien aus der Entwurfskarte des Arnsberger Regionalplans. Diese Liste könnte entlang der Regierungsbezirksgrenze noch erweitert werden.</p> <p>Die Frage, ob im Regierungsbezirk Köln der Biotopschutz geringer gewertet wird, als im Regierungsbezirk Arnsberg sollte thematisiert werden. Insbesondere wird hier aber auf den krassesten Fall am Flugplatz Meinerzhagen/ Marienheide verwiesen (hierzu unter Marienheide, 1).</p> <p>[Abbildungen]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht.</p> <p>Die beigefügten Ausschnitte des Regionalplans Arnsberg umfassen Biotopverbundflächen herausragender Bedeutung. Augenscheinliche "Unterbrechungen" liegen nicht vor, sondern entsprechen den Flächenabgrenzungen des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019). Genauere Informationen zu der jeweiligen Abgrenzung der Biotopverbundflächen können Sie dem genannten Fachbeitrag entnehmen.</p>

Inhalt

Neudarstellung BSN Bergneustadt – „Galgenberg“

BSN-Darstellung

Begründung

Der Bereich ist von sehr artenreichen und ökologisch wertvollen Magerwiesen geprägt. Ein kleinerer Teil unten abgegrenzten Fläche ist bewaldet. Bei den Magerwiesen handelt es sich um die ökologisch wertvollsten Flächen des Bergischen Landes. Sie sind als geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG geschützt. Folgende Arten kommen vor:

Baumpiper, Schachbrettfalter, Ampfer-Grünwidderchen, Kamillen-Mönch (*Cucullia chamomillae*), Zittergras (*Briza media*) ? großer Bestand, Wiesenflockenblume (*Centaurea jacea*) ? sehr großes Vorkommen, Echtes Labkraut (*Galium verum*), Tausendgüldenkraut (*Centaureum erythraea*), Heil-Ziest (*Betonica officinalis*).

[s. Anhang Abb. 1004497_1]

Anhänge

[Abb_ID_1004497_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan - sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung

der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

1004498, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN-Neudarstellung südl. Gummersbach-Derschlag</p> <p>BSN-Darstellung</p> <p>Begründung</p> <p>Ein Magerweiden-Gebiet südlich Gummersbach-Derschlag sollte als BSN dargestellt werden. Die von Pferden beweidete Fläche weist ein Massenvorkommen von geflecktem Knabenkraut sowie etliche andere bedrohte Pflanzenarten insbesondere der Nassweiden auf. Hinzu kommen Schachbrettfalter, Brauner Feuerfalter und Ampfer-Grünwidderchen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004498_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004498_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1004499, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN-Wiederdarstellung südl. Gummersbach-Bernberg</p> <p>Wieder-Darstellung als BSN</p> <p>Begründung</p> <p>Der BSN sollte - wie im gültigen Regionalplan - erneut als BSN dargestellt werden. Der ökologische Wert des Gebietes ist unverändert hoch ? mit typischen Feuchtgebiets-Arten wie Sumpfdotterblume, Sumpf-Schwertlilie und Waldsimse. Es handelt sich um ein nasses Bachtal.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004499_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID_1004499_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p> <p>Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht.</p>

1004500, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN-Darstellung Magerwiesen Waldbröl-Obergeilenkausen-Neuenhähnen</p> <p>BSN-Erweiterung bzw. Neudarstellung</p> <p>Begründung</p> <p>Sehrmagere Flachland-Mähwiesen in verschiedenen Ausprägungen (trocken bis wechselfeucht) in zusammenhängendem Gebiet. Sehr artenreiche Wiesen: Zwischen 42 und 50 Gefäßpflanzenarten auf den einzelnen Teil-Flächen. Auf Teilflächen auch Nasswiesen/Niedermoor-Charakter in kleinen, wechselfeuchten Mulden. Regional herausragendes Magerwiesen-Gebiet mit folgenden bemerkenswerten Arten: Baumpieper, Schachbrettfalter (<i>Melanargia galathea</i>), Ampfer-Grünwidderchen (<i>Adscita stactica</i>), Trauer-Rosenkäfer (<i>Oxythyrea funesta</i>), Kleiner Klappertopf (<i>Rhinanthus minor</i>), Zittergras (<i>Briza media</i>) sehr große Bestände, Flaumiger Wiesenhafer (<i>Avenula pubescens</i>) einziger aktueller Nachweis im Oberbergischen), Heil-Ziest (<i>Betonica officinalis</i>), Berg-Platterbse (<i>Lathyrus linifolius</i>), in wechselfeuchten Bereichen: Braune Segge (<i>Carex nigra</i>), Kuckucks-Lichtnelke (<i>Lychnis flos-cuculi</i>), Teufelsabbiss (<i>Succisa pratensis</i>), Brennender Hahnenfuß (<i>Ranunculus flammula</i>)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004500_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID 1004500_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

Inhalt

BSN SU-3 (alt)

Erweiterung BSN Bornheim-Brenig/Alfter

Begründung

Das Gebiet um die Naturschutzgebiete ?Quarzsandgrube Brenig? und ?Kiesgrube an der Roisdorfer Hufbahn? hat sich durch gezielte, auch durch erhebliche öffentliche Gelder unterstützte Naturschutzmaßnahmen seit ca. 2008 zu einem artenreichen Schutzkomplex entwickelt. Gutachterlich ist die hohe Wertigkeit mehrfach belegt worden. So heißt es in einem avifaunistischen Gutachten von 2016 u.a.: ?Die Quarzgrube Brenig, die Sandgrube an der Hufbahn und die unmittelbare Umgebung gehören zu den ornithologisch wertvollsten Regionen im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis und in Teilen sogar darüber hinaus. Durch seine räumliche Lage kann das Untersuchungsgebiet wichtiges Puzzlestück in einer Achse wertvoller Natur- bzw. Kulturlandschaftselemente zwischen Rheinebene und Börde darstellen. Es hat eine hohe naturschutzfachliche Bedeutung für viele Vogelarten der Kulturlandschaft und wirkt als Nahrungshabitat für Individuen der Umgebung sowie als Rast- und Durchzugsgebiet positiv über die Grenzen des Untersuchungsgebietes hinaus.? Durch ein ergänzendes Gutachten des Rhein-Sieg-Kreises (WELUGA 2018) wurde diese Gesamteinschätzung bestätigt. Das Gebiet hat außerdem während des Kleinvogelzugs aufgrund seiner besonderen Lage im Rheintal gegenüber der Siegmündung eine gehobene Bedeutung.

Die deutliche Erweiterung und Zusammenführung der BSN-Flächen ist notwendig, um den Schutz- und Entwicklungsraum zu sichern und ihn gemäß der wachsenden naturschutzfachlichen Qualität angemessen zu erweitern. Anders sind ausreichende Mindestpopulationsgrößen für den Aufbau eines wirksamen Schutzbeitrags kaum zu erlangen. Langfristig ist eine Ausweisung als Natura 2000-Gebiet anzustreben. Besonders relevante Arten und Biotope sind u.a. Gelbbauchunke, Steinkauz (BV), Wendehals (sporadischer Brutvogel), Silbergrasfluren, FFH-LRT 6510.

Die Gemeinde Alfter ist mit einer Teilfläche auch betroffen.

[s. Anhang Abb. 1004501]

Anhänge

[Abb_ID1004501.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Inhalt

BSN SU-15 (alt)

Erweiterung BSN Hersel

Begründung

Das Gebiet erfüllt wertvolle Lebensraumfunktionen für das Rebhuhn und die Wechselkröte. Es ist aber auch wichtiger Verbund- und Kontaktraum für z.B. den Steinkauz, um die Populationen in der Siegaue mit denen in Bornheim und schließlich Euskirchen miteinander verbinden zu können. Wegen der angetroffenen Arten, der hohen Verbundbedeutung und des zugleich bestehenden Nutzungsdrucks ist eine Darstellung als BSN folgerichtig und erforderlich. Das Ziel 19 sieht ausdrücklich auch den Aufbau von regionalen Verbundachsen vor.

Die vorgeschlagene BSN-Abgrenzung betrifft auch die Gemeinde Alfter und die Stadt Bonn.

[s. Anhang Abb. 1004502]

Anhänge

[Abb_ID1004502.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen. Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Inhalt

BSN neu

Darstellung BSN Herseler Werth, Rücknahme des BSLE

Begründung

Das Herseler Werth ist wertvoller Auenlebensraum und Brutplatz besonders bedrohter Arten wie des Schwarzmilans. Der Rhein um das Werth herum ist als FFH-Gebiet ?Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef? (DE-4405-301) ausgewiesen. Dieser Schutz gelingt nur, wenn auch die Inseln mit den als FFH-Gebiet geschützten Uferzonen in das Schutzregime mit aufgenommen wird. Dafür ist zunächst die BSN-Darstellung, später eine Erweiterung des FFH-Gebietes auch auf die gesamte Insel erforderlich.

Verbliebene Rheininseln sind von großer Seltenheit im ehemaligen ?Strom der tausend Inseln?. Sie laufen zudem wegen der hohen Attraktivität für Menschen ständig Gefahr, für Erholungsansprüche in Anspruch genommen zu werden weshalb eine Fixierung der Naturschutzaufgaben zusätzlich geboten ist. Insofern wird auch dringend die Rücknahme des BSLE an dieser Stelle angeregt. Insgesamt fehlt eine BSN-Darstellung für die Flächen des FFH-Gebietes ?Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef? (DE-4405-301).

[s. Anhang Abb. 1004503]

Anhänge

[Abb_ID1004503.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1007706).

1004504, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN SU-16 (alt) und SU-4 (alt)</p> <p>Erweiterung BSN Ville</p> <p>Begründung</p> <p>Die Verbundfunktionen im landesweit bedeutenden Waldkorridor des Villerückens werden durch den schmalen BSN-Streifen nicht ausreichend berücksichtigt. Es ist daher notwendig, um Arten wie die Wildkatze, den Feuersalamander oder den Kammmolch ausreichend in den FFH-Gebieten schützen zu können, den BSN-Bereich deutlich umfangreicher darzustellen und zusätzliche heranrückende Störungen auszuschließen. Der Schutz der Natura-2000-Gebiete verlangt ausdrücklich (Artikel 3 Absatz 3 i.V.m. Artikel 10 der FFH-RL) auch über das eigentliche Schutzgebiet hinaus ein kohärentes und funktionierendes Verbundsystem aufzubauen. Zugleich müssen die FFH-Gebiete vor Beeinträchtigungen bewahrt und so geschützt werden, dass sie den guten Erhaltungszustand auch erreichen können. Das Ziel 19 sieht ausdrücklich auch den Aufbau von regionalen Verbundachsen vor. Die Aufgabenerfüllung des Biotopverbundes und des Aufbaues eines kohärenten und funktionsfähigen Schutzgebietssystems gelingen nur, wenn dabei Lücken und Engstellen weitestgehend vermieden oder wieder geschlossen werden. Es ist daher naturschutzfachlich notwendig, die Lücke in der BSN-Darstellung nördlich im Wehrbusch und um Lüftelberg herum zu schließen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004504]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004504.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1004505, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN SU-2 (alt)</p> <p>Erweiterung BSN Ville</p> <p>Begründung</p> <p>Betroffen von der fehlenden BSN-Darstellung und dem GIB-Bereich nördlich von Heimerzheim ist eine zentrale Biotopverbundpforte zwischen dem Rheintal und letztendlich der Eifel. Arten, die den geschlossenen Wald meiden, wie z.B. der Steinkauz oder das Rebhuhn, sind angesichts des Villewaldrückens auf diesen offenen Korridor als Verbundachse angewiesen. Es ist daher raumplanerisch wichtig, die Bedeutung dieses Korridors durch eine entsprechende Darstellung zu sichern. Das Ziel 19 sieht ausdrücklich auch den Aufbau von regionalen Verbundachsen vor.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004505]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004505.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1004506, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN SU-6 (alt)</p> <p>Erhalt bzw. Erweiterung BSN Swistbach-Orbach</p> <p>Begründung</p> <p>Der Orbach ist bis in den Eintritt in die Ortslage als gesetzlich geschützter Biotop, BT-5307-007-9, geführt und ein Biotopverbundkorridor mit herausragender Bedeutung, VB-K-5207-012. Durch die Flutkatastrophe wurde die ökologische Wertigkeit noch einmal gesteigert. Die geplante Rücknahme des BSN (BSN-6, alt) ist daher nicht vertretbar und fachlich und raumplanerisch völlig unverständlich. Vielmehr sollte das BSN, wie auch der Biotopverbundkorridor des LANUV, durch die Ortslage durchgeführt werden, um dem Ziel 19 der Regionalplanung gerecht zu werden. Zugleich lohnt eine Aufweitung des Korridors südwestlich von Odendorf, um hier die raumplanerische Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen, die ja zugleich Hochwasserschutzmaßnahmen sind, umsetzen zu können. Das Ziel 19 sieht ausdrücklich auch die Kopplung mit Fragestellungen des Hochwasserschutzes vor.</p> <p>[s. Anhang Abb.1004506]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004506.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1004507, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSLE neu</p> <p>Neudarstellung BSLE östlich von Odendorf</p> <p>Begründung</p> <p>Die Ortslage von Swisttal-Odendorf verfügt über keine nennenswerten Naherholungsflächen in der umgebenden Landschaft. Die bisherige Fokussierung auf siedlungsnahe Flächen im NSG Orbachau sollte durch raumplanerische Instrumente konstruktiv und in zulässiger Weise gelöst werden, indem die östliche Feldflur mit der Darstellung BSLE überlagert wird. Die dortige Konzentration von PIK-Maßnahmen, Hecken, Obstbaumreihen kann dazu beitragen, dem Mangel an Erholungsflächen Abhilfe zu schaffen, ohne andere Belange zu beeinträchtigen oder zu belasten.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004507]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004507.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p> <p>Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Naherholungsbereiche sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf die Grundsätze 19 und 20 des Planentwurfs zur Sicherung und Entwicklung eines zusammenhängenden Freiraumsystems wird darüber hinaus verwiesen.</p>

1004508, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN SU-40 (alt)</p> <p>Erweiterung BSN Wahner Heide/Verbundkorridor nach Westen</p> <p>Begründung</p> <p>Die Regionalplanung steht vor der Aufgabe, eine völlige Isolation des FFH- und VSG ?Wahner Heide? nach Westen zum Rhein hin zu verhindern. Es besteht eine Pflicht, die Natura 2000-Gebiete in ein kohärentes Verbundnetz einzubinden. Zur Lösung fehlt es aktuell an einem Korridor zum Schutz bzw. zur Entwicklung. Dargestellt sind im zeichnerischen Vorschlag drei Korridore, die alle oder wahlweise umgesetzt werden sollten. Es bedarf hier eindeutig einer Rücksichtnahme auf die raumordnerischen Belange des FFH-Gebietsschutzes und auf das Verbot, die Natura 2000-Schutzgebiete immer weiter zu isolieren. Das Ziel 19 sieht ausdrücklich auch den Aufbau von regionalen Verbundachsen vor.</p> <p>Von der regionalplanerischen Planentscheidung bei der Auswahl geeigneter Verbundkorridore ist auch das Stadtgebiet der Stadt Köln betroffen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004508]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004508.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.</p>

1004509, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSLE neu Sieglar-Troisdorf</p> <p>Darstellung als BSLE, Reduktion von ASB-Flächen</p> <p>Begründung</p> <p>Das Gebiet eignet sich hervorragend, um als Kompensationsgebiet für Naherholungsansprüche aufgebaut und entwickelt zu werden. Dafür ist allerdings eine anspruchsvolle Grünplanung erforderlich. Seitens des BUND RSK liegt eine entsprechende Skizze für einen Klimaschutzwald vor.</p> <p>Der Schutz explizit auch von Naherholungsräumen ist erforderlich, um die großen Lasten der Naherholungsnutzung aus den FFH-Gebieten ?Wahner Heide? und ?Sieg? bzw. ?Siegmündung? mindern zu können, diese stehen für eine Erholung nämlich nur bedingt zur Verfügung (§ 23 (4) BNatSchG), es fehlt aber an qualifizierten Erholungsräumen außerhalb der großen Schutzgebiete. Die BSLE-Flächen erscheinen oft eher als Resträume und es fehlt an einer planerischen Entwicklung durch die Kommunen.</p> <p>Eine weitere ASB-Darstellung sollte insofern an dieser Stelle so weit als möglich reduziert werden. Eine ASB-Darstellung ist auch wegen der Hochwasser- und Niederschlagswasserrisiken im Bereich Troisdorf-Sieglar misslich, es sind hohe Überstauungen (HQextrem) möglich. Auch der bestehende Regionalplan sieht hier keine zusätzlichen ASB-Flächen vor.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004509]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004509.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p> <p>Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Naherholungsbereiche sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf die Grundsätze 19 und 20 des Planentwurfs zur Sicherung und Entwicklung eines zusammenhängenden Freiraumsystems wird darüber hinaus verwiesen.</p>

1004510, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN 23 bzw. 31 (alt)</p> <p>Erweiterung BSN Siegaue</p> <p>Begründung</p> <p>Für den Aufbau eines funktionierenden Schutzgebietsnetzes sind die bestehenden Schutzgebiete zu ertüchtigen und zu ergänzen. Der Auftrag besteht auch mit Blick auf die Restaurationsvorgaben der EU. Die verbliebenen Flächen nordwestlich der Troisdorfer Siegaue können entweder ganz oder teilweise durch Deichrückverlegung der Aue zurückgegeben werden oder als ergänzende Schutzgebietsflächen hinter dem Deich fehlende FFH-LRT 6510 und das Vorkommen des Steinkauzes sichern helfen. Sie bedürfen jedoch eines hohen Schutzniveaus, da sie so oder so für die Erfüllung zentraler Naturschutzaufgaben im Kreisgebiet und als naturschutzrechtlicher Kompensationsraum bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in der Siegmündung benötigt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004510]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004510.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

Inhalt

BSN Mondorfer See / Eschmarer See

Erweiterung BSN / Verlagerung der BSLE-Flächen / Erweiterung des Grünzugs

Begründung

Die ehemaligen und noch tätigen Abgrabungen in Niederkassel und Troisdorf stellen einen zentralen Ergänzungslebensraum zur schmalen Restaue der Sieg dar. Sie sind insbesondere störungsarme Rückzugsgebiete für die Vogelmauser (z.B. Reiherente) und für Brutplätze der großen Greifvögel (Roter Milan, Schwarzer Milan, Habicht, Mäusebussard). Es ist erforderlich, den Kontakt dieser Lebensräume aus zweiter Hand zur Primäraue nicht abreißen zu lassen und weiter naturschutzfachlich zu entwickeln.

In ähnlicher Weise ist der Raum Verbundlebensraum für den Steinkauz. Der Schutz gelingt nur, wenn ein ausreichend klares planerisches Signal gesetzt wird (BSN) und eine zusammenhängende Schutzkulisse als BSN aufgebaut wird.

Zugleich sollten weitere bzw. ersatzweise BSLE-Flächen im Freiraum nordwestlich des Eschmarer Sees und Mondorfer Sees im Umfeld des Niederkasseler Sees ergänzt werden, auch vor dem Hintergrund, dass für den Niederkasseler See eine Badenutzung geplant ist, dort aber aktuell im Umfeld keine BSLE-Flächen dargestellt sind. Schließlich sollte im Süden die Darstellung des Grünzugs bis an die L 332 herangeführt werden. Für die Distanz zur Straße gibt es keinen Anlass.

[s. Anhang Abb. 1004511]

Anhänge

[Abb_ID1004511.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden

Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.

Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.

Inhalt

BSN SU-40 (alt) und SU-Köln (alt)

Erweiterung des BSN Wahner Heide auf den Flughafen

Begründung

Die Flugplatzflächen des Flughafens Köln/Bonn sind nach Auffassung der Naturschutzverbände faktisches Vogelschutz- und FFH-Gebiet; sie zählen als integraler Bestandteil zur Wahner Heide. Ein Großteil der landesweiten Populationen des Wiesenpiepers, der Feldlerche und anderer Arten brütet dort. Es ist daher mit Blick auf die Natura-2000-Vorgaben nicht zuletzt auch rechtlich erforderlich, die Fläche in die BSN-Darstellung zu integrieren. Große Teilflächen sind zudem vom LANUV als VB-K-5108-101 ?Magerrasen und Heiden im Bereich des Flughafens Köln/Bonn? als Korridor mit herausragender Bedeutung klassifiziert. Eine Überlagerung von BSN-Flächen und einem Flughafen schließt sich keineswegs aus. Der Münchener Flughafen ist ebenfalls als Vogelschutzgebiet gemeldet. Die Klarstellung einer BSN-Überlagerung ist jedoch raumordnerisch wichtig, um den Zielkonflikt planerisch sichtbar zu machen und jedes Mal auf ein Neues zu einer tragfähigen Gesamtlösung zu finden.

Der BSN-Flächenvorschlag betrifft auch Flächen der Stadt Köln.

[s. Anhang Abb. 1004512]

Anhänge

[Abb_ID1004512.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden Flugplatzgeländes Köln/Bonn und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen.

Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes können ggf. auf örtlicher Ebene unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele getroffen werden.

Inhalt

BSN SU-22 (alt)

Erweiterung BSN Rheinuferbereiche

Begründung

Die Rheinufer haben zentrale Funktionen des Biotopverbundes zu erfüllen und sind für den Schutz der Rast- und Zugvögel am Rhein von großer Bedeutung. Diese Wertigkeit wird planerisch nur sichtbar, wenn der BSN-Bereich so weit als irgend faktisch vertretbar an den Rheinufern mitgeführt wird. Das gilt natürlich in besonderer Weise dort, wo der Rhein mit seinen Ufern auch als FFH-Gebiet ?Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef? (DE-4405-301) ausgewiesen ist. Zumindest für den Abschnitt in Niederkassel (Hauptort / Rathausstraße) ist dies im konkreten Beispiel der Fall. Die Bundesrepublik Deutschland steht in der Pflicht, die Natura 2000- Gebiete zu schützen und zu entwickeln (Artikel 6 FFH-RL), sie dann nicht in der Regionalplanung darzustellen und das kohärente Schutzsystem nicht mit als BSN zu schützen, käme einen Rechtsverstoß gleich. Das Ziel 19 sieht ausdrücklich auch den Aufbau von regionalen Verbundachsen vor.

Zugleich fehlt am Mondorfer Rheinufer eine durchgehende Darstellung des BSN. Sie ist schon deshalb erforderlich, um zu vermitteln, dass der Biotopverbund entlang der Rheinufer nur gelingt, wenn er durchgehend besteht bzw. als planerischer Auftrag wiederhergestellt wird.

[s. Anhang Abb. 1004513_1]

[s. Anhang Abb. 1004513_2]

Anhänge

[Abb_ID1004513_1.pdf](#)

[Abb_ID1004513_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1004551, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN SU-79 (alt) und SU-87 (alt)</p> <p>Erweiterung BSN Hangelarer Heide</p> <p>Begründung</p> <p>Die Fläche umfasst den definitiv artenreichsten Raum der Stadt Sankt Augustin. Der Schutz fällt im Vergleich dazu aber nur dürrftig aus, obwohl hier Heidenelkenrasen, Kreuzkröte, Zauneidechse und Schwarzkehlchen noch erkennbar präsent sind. Das einst größte Kreuzkrötenvorkommen im Rheinland ist indes deutlich zusammengesackt. Insbesondere ist es notwendig, die einzelnen BSN-Splitter zu verbinden und das Flugplatzgelände in den BSN-Schutz einzubeziehen. Eine ASB-Darstellung ?Am Knochenberg?, bislang als BSN-87 (alt) geschützt, ist ebenso wenig zielführend wie die Darstellung von ASB-Flächen in Sankt Augustin und Bonn westlich der Bundeswehrstraße. Der Knochenberg ist Kompensationsfläche für die ALT-Halle. Die vorgeschlagenen BSN-Flächen sind wesentlicher Bestandteil des Biotopverbundes entlang der BAB 59 bzw. der Bahntrasse bis nach Beuel und darüber hinaus (Wechselkröte, Kreuzkröte, Zauneidechse). Auch in der geplanten ASB-Fläche liegen umfangreiche Kompensationsmaßnahmen aus dem S 13-PFV, sie sollen den Biotopverbund entlang der Gleistrasse garantieren und aufrechterhalten. Die Fläche betrifft auch Bonner Stadtgebiet.</p> <p>Das Ziel 19 sieht ausdrücklich auch den Aufbau von regionalen Verbundachsen vor.</p> <p>Für den Stopp des Artensterbens sind funktionstüchtige, ausreichend große Schutzgebietseinheiten aufzubauen. Das ist fast nur dort möglich, wo sich bereits wertvolle Hotspots der Artenvielfalt befinden, so wie in diesem Raumabschnitt.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004551]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004551.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Dabei wurden die Stn. der Stadt St. Augustin(ID 1008355), der BImA (ID1026274_1) und dem LANUV (ID 1006432) berücksichtigt.</p>

1004552, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN SU-27 (alt)</p> <p>Erweiterung des Regionalen Grünzuges / BSN</p> <p>Begründung</p> <p>Der Erhalt und die Stärkung der nördlichen Verbundachsen zwischen dem Siebengebirge und der Siegaue bzw. dem Rhein drohen endgültig zu verschwinden. Es bedarf, um das Gebot der FFH-RL zu erfüllen, die FFH-Gebiete vor Isolation zu bewahren und in ein kohärentes Netz des Biotopverbundes einzubinden, einer Sicherung und Entwicklung zumindest einiger der auf der Karte nur markierten Grünachsen. Der Klimawandel verlangt von den Arten der Lebensräume eine erhöhte Mobilität und Ausweich- und Anpassungsbewegungen. Biotopverbundachsen sind daher wichtiger denn je. Der aktuelle Entwurf kommt dieser Aufgabe der Raumplanung für den Belang des Naturschutzes nicht nach. Das Ziel 19 sieht ausdrücklich auch den Aufbau von regionalen Verbundachsen vor.</p> <p>[s. Anhang Abb.1004552]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004552.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

Inhalt**BSN SU-27 (alt)****Erweiterung BSN****Begründung**

Der Pleisbachkorridor übernimmt die Funktion, das Großschutzgebiet ?Siebengebirge? (FFH-Gebiet DE-5309-301) und die ?Sieg? (FFH-Gebiet DE-5210-303) miteinander zu verbinden. Das FFH-Gebiet Siebengebirge hat nach dem aktuellen Entwurf des Regionalplans im Norden endgültig keinen Verbundkontakt mehr zur freien Landschaft und zum Rhein, obwohl schon seit Jahrzehnten gemahnt wurde, den Korridor über Bonn-Pützchen bzw. Sankt Augustin-Hangelar bzw. Sankt Augustin-Großenbuschstraße freizuhalten und zu sichern. Weiterhin besteht die Pflicht, die hochgradige Isolation des FFH-Gebietes Tongrube Niederpleis mit den Schutzgütern Gelbbauchunke, Kammolch und Zauneidechse aufzuheben. Für das untere Pleisbachtal ist mit EU-Mitteln die Grünbrückenplanung erstellt worden, das Stadtentwicklungskonzept der Stadt trägt diese Idee der Wiederherstellung des Biotop- und Landschaftsverbundes ebenfalls mit. Zugleich hat sich das untere Pleisbachtal u.a. in Folge der Kompensationsmaßnahmen für den Bau des ICE Köln-Frankfurt und einschließlich der Rekultivierungsflächen der ehemaligen Deponie zu einem wertvollen Naturschutzstandort entwickelt, mit Schwarzkehlchen, Neuntöter und Raubwürger, aber auch Arten wie Ochsenzunge (*Anchusa*) und Acker-Krummhals (*Lycopsis*). Das untere Pleisbachtal ist auch ein wertvoller Potenzialraum für den Schutz der hochgradig bedrohten Moorbläulinge.

Es fehlt eine entsprechende Darstellung der Flächen als BSN, um die bedeutenden Flächen ausreichend planerisch sichtbar zu machen und einen Schutz einzuleiten. Dabei ist es auch notwendig, den Pleisbach selbst gemäß der LANUV-Darstellung eines herausragenden Korridors (VB-K-5209-029) zur Mündung als BSN auszuweisen, da etliche Arten nicht auf einen Landkorridor ersatzweise ausweichen. Das Ziel 19 sieht ausdrücklich auch den Aufbau von regionalen Verbundachsen vor.

[s. Anhang Abb. 1004553]

Anhänge

[Abb_ID1004553.pdf](#)

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Inhalt

BSN SU-75 (alt)

Erweiterung BSN

Begründung

Zunächst ist festzuhalten, dass der Seidenberg laut den Klimakarten des LANUV wegen der Höhenlage wichtige Klimaschutzfunktionen (Kaltluft) für die tiefer liegende Innenstadtbebauung von Siegburg innehat, auch trotz der quer verlaufenden BAB 3. Eine Bebauung dieser mit einem forstlich unbeeinflussten, totholzreichem Primärwald bestandenen Fläche wäre insofern auch hinsichtlich des Schutzgutes Mensch außerordentlich kritisch zu sehen.

Zugleich verbindet der Waldkorridor über den Stallberg die Großschutzgebiete Wahner Heide ? Lohmarer Wald ? Siegaue. Es ist daher notwendig, den Schutz des Korridors durch eine durchgehende BSN-Darstellung zu untermauern, damit überhaupt eine aufbauende Entwicklung dieser Flächen hin zu einem kohärenten Schutzsystem auch für Arten wie die Wildkatze oder den Wolf gelingen kann.

Eine mit Laubwald bewaldete Teilfläche des ASB Siegburg-Stallberg sollte entsprechend zurückgenommen werden.

[s. Anhang Abb. 1004554]

Anhänge

[Abb_ID1004554.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Dem Aspekt des Klimaschutzes entsprechend wurden auf den angesprochenen Freiflächen Regionale Grünzüge festgelegt. Die Festlegung erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den

regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht im Bereich des Stallbergs nicht den v.g Kriterien.

Die genannte ASB Fläche entspricht den vorgenannten Kriterien, die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

1004555, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN SU-48 (alt) Wahnbachtalsperre</p> <p>Erweiterung BSN</p> <p>Begründung</p> <p>Die Wahnbachtalsperre und die umliegenden Waldflächen sind ein besonderer Hot-Spot insbesondere für Wasservögel, Feuersalamander, Spechtarten und die Gelbbauchunke, die randliche in aufgegebenen Steinbrüchen vorkommt, Verantwortungsart des Rhein-Sieg-Kreises ist und sich im ungenügenden Erhaltungszustand befindet. Der einzige dokumentierte Brutversuch des Fischadlers im RSK fand an der Wahnbachtalsperre statt.</p> <p>Durch die BSN-Darstellung ergeben sich auch keine Konflikte mit dem Trinkwasserschutz, da gerade die Nutzungsfreistellung der bewaldeten Siefentäler im Interesse des Trinkwasserschutzes liegt.</p> <p>Auch Neunkirchen-Seelscheid ist von diesem Vorschlag betroffen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004555]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004555.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1004556, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN SU-68 (alt)</p> <p>Erweiterung BSN östl. Ortsrand Eitorf</p> <p>Begründung</p> <p>Das unten vorgeschlagene Gebiet ist für den Schutz der FFH-Anhang-II/IV-Bläulingsarten <i>Phengaris nausithous</i> und <i>Phengaris teleius</i> (beide vormals <i>Maculinea</i>) an dieser Stelle zwingend geboten. Der miserable FFH-Erhaltungszustand der Art (?schlecht?), die extreme Belastung der Populationen durch den Klimawandel und der Nachweis nicht funktionierender CEF-Maßnahmen schon für das Baugebiet Altebach I erübrigen ggf. politische Erwägungen und Abwägungen an dieser Stelle. Entsprechend sollte der GIB hier zurückgenommen werden. Eine Darstellung als GIB käme einer Planung in eine nicht gegebene Befreiungslage hinein gleich und ist daher, auch rechtlich, nicht haltbar.</p> <p>Im Gegenzug wird dringend angeraten, die Fläche als BSN darzustellen und der Verpflichtung nachzukommen, diese beiden Verantwortungsarten dort zu schützen, wo sie noch nachweisbar sind.</p> <p>Die FFH-Vorprüfung geht fehl insofern, als die Entwicklungsfähigkeit des FFH-Gebietes Sieg davon abhängt, dass ausreichend Populationen der FFH-Anhang-II-Arten überhaupt zur Verfügung stehen. Diese können angesichts der Gebietsabgrenzung des FFH-Gebietes zu großen Teilen nur außerhalb des FFH-Gebietes zuwandern. Abstrakt ergibt sich sogar die Frage, ob das FFH-Gebiet korrekt abgegrenzt worden ist, wenn zentrale Vorkommen der FFH-Anhang-II-Arten von <i>Phengaris</i> aus wohl politischen Gründen damals nicht berücksichtigt worden sind.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004556]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004556.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt werden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.</p> <p>Die vorgeschlagene Fläche entspricht den vorgenannten Kriterien.</p>

1004557, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN Bohlscheider Bach bzw. Siegtal</p> <p>Erweiterung</p> <p>Begründung</p> <p>Die beiden BSN sollten wie unten dargestellt erweitert werden. Es handelt sich um einen ehemaligen trocken-warmer Grauwacke-Steinbruch (Eigentum der Biologischen Station im Rhein-Sieg-Kreis), südexponierter, trocken-warmer Laub-Mischwald (überwiegend Eichen) sowie alte Streuobstwiesen. Der Bereich weist eine sehr hohe Artenvielfalt und günstige Entwicklungsperspektiven auf und sollte an die beiden BSN angeschlossen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004557]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004557.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.</p>

1004558, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN SU-27 (alt)</p> <p>Erweiterung BSN Pleisbach</p> <p>Begründung</p> <p>Das BSN entlang des Pleisbach soll den Bestand schützen, aber mit dazu beitragen, ein kohärentes Schutzgebietsnetz aufzubauen. Das Pleisbachtal und gerade der Bachkorridor können diese Aufgabe jedoch nur zukunftsfähig für den Verbund zwischen den Großschutzgebieten ?Siebengebirge? und ?Sieg? entwickeln, wenn der Korridor wieder verbunden und für eine verbesserte Leistungsfähigkeit, auch hinsichtlich der Hochwasserschutzbelange, aufgeweitet wird. Betroffene Arten sind z.B. die Gelbbauchunke, der Biber und perspektivisch auch der Fischotter. Es wird daher angeregt, die BSN-Darstellung auf jeden Fall durch das bestehende GIB-Gebiet durchzuführen.</p> <p>Zugleich bedarf es einer Sicherung der verbliebenen Freiflächen westlich des Pleisbaches hin zum Ortsrand von Oberpleis. Jede weitere bauliche Entwicklung hin zum Bach steht im Widerspruch zum Aufbau des Schutzsystems und des Hochwasserschutzes und der Vorgabe der Gewässerentwicklung gemäß WHG. Das Ziel 19 sieht ausdrücklich auch den Aufbau von regionalen Verbundachsen vor, auch die Kopplung mit den Hochwasserschutzbelangen wird dort unterstrichen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004558]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004558.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1004559, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN SU-2 (alt)</p> <p>Darstellung der Insel Grafenwert als BSN</p> <p>Begründung</p> <p>Die Insel Grafenwerth ist vom FFH-Gebiet ?Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef?, DE-4405-301, umgeben. Auch die Ufer sind Teil des FFH-Gebietes. Angesichts aktueller Fehlentwicklungen auf der Insel bedarf es der raumplanerischen Hilfestellung, hier die Pflichten zur Entwicklung des Biotopverbundes entlang des Rheins und des FFH-Gebietsschutzes zu berücksichtigen. Es wird daher angeregt, die Insel insgesamt als BSN auszuweisen. Die Streichung des bislang für Teilflächen bestehenden BSN SU-2 (alt) ist planerisch nicht vertretbar und fachlich auch nicht begründbar. Wie bereits an anderer Stelle dargelegt, fehlt zudem eine BSN-Darstellung des FFH-Gebietes ?Fischschutzzone am Rhein? insgesamt. Diese Darstellung wird ebenfalls dringend angeregt. Sie ist erforderlich, um Planungsfehler entlang der Ufer nach Möglichkeit in Zukunft zu vermeiden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004559_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004559.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen.</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.</p>

Inhalt

BSN SU-24 (alt) oder SU neu

Erweiterung BSN Siebengebirge

Begründung

Mit Blick auf die seitens des Landes Rheinland-Pfalz bis an die Landesgrenze heranreichende Bebauung bedarf der verbliebene Grünkorridor zwischen dem Großschutzgebiet ?Siebengebirge? und dem Rhein dringend einer raumplanerischen Stärkung, die planerisch auch von den Kommunen verstanden wird. Der gute Besatz mit Kleinvogelarten und die herausgehobene Verbundbedeutung führen zu der Notwendigkeit, die Fläche als durchgehende BSN-Fläche darzustellen. Hinsichtlich der Begründung ist auf die Ausführungen zum VB-K-5309-008 zu verweisen.

Da das LANUV keine entwicklungsbezogenen Bedeutungen von Korridoren berücksichtigt, hat es zur Darstellung eines Verbundkorridors mit herausragender Bedeutung nicht gereicht, dieser systemisch angelegte Fehler sollte aber im Zuge der raumplanerischen Entscheidung nicht wiederholt und fortgesetzt werden. Das Ziel 19 sieht ausdrücklich auch den Aufbau von regionalen Verbundachsen vor. Der ASB Bad Honnef sollte entsprechend bis zur bestehenden Bebauung zurückgenommen werden.

[s. Anhang Abb. 1004560]

Anhänge

[Abb_ID1004560.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Umweltbericht schließt erhebliche Beeinträchtigungen für das ca. 300 m entfernt liegende Naturschutzgebiet und das Landschaftsbild aus. Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung wird voraussichtlich bei drei Kriterien (klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume, Klimaböden, Kulturlandschaft) mit erheblichen

	<p>Umweltauswirkungen gerechnet.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht, die sich durch die bereits vollzogene Wohnbauflächendarstellung im FNP in diesem Bereich zeigt, sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, so dass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Dies gilt auch in Abwägung der voraussichtlichen Umweltwirkungen.</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>
--	--

Inhalt

BSN SU-24 (alt)

Erweiterung BSN Siebengebirge

Begründung

Eine weitere bauliche Entwicklung an der Westseite des FFH-Gebietes ist abzulehnen, da bereits heute die kumulativen Wirkungen der Bebauung, auch der neuen Bebauung seit der Ausweisung des FFH-Gebietes, das Schutzgebiet erheblich beeinträchtigt. Beeinträchtigungspfade sind Licht, Lärm, Anwesenheit, Glasanflug der Arten des Schutzgegenstandes, Haustiere, insbesondere Freigängerkatzen usw. Die FFH-Vorprüfung hat hier die kumulative Wirkung nicht erkannt.

Zur rechtlich korrekten und sichtbaren Klärung der Situation auch für Kommunen ist es daher notwendig, das BSN um die vermeintliche ?Freifläche? zu erweitern und das BHO_ASB_3 zurückzunehmen. Die ?Freifläche? ist ? auch innerhalb des ASB, der bis zur bestehenden Bebauung zurückgenommen werden sollte, auch heute bereits ökologisch wertvoll und erhaltenswürdig. Es handelt sich um strukturiertes Grünland, Parkanlagen mit Wald-Charakter und Streuobstbestände. Eine Darstellung als BSN ist angezeigt.

[s. Anhang Abb. 1004561]

Anhänge

[Abb_ID1004561.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Inhalt

BSN SU-43 (alt)

Erweiterung BSN Agger

Begründung

Eine Unterbrechung des BSN ist an dieser Stelle nicht zielführend, zumal das FFH-Gebiet ?Agger? (DE-5109-302) ebenfalls ohne Unterbrechung durchgeführt wird und somit rechtlich das Schutzgebot besteht und planerisch berücksichtigt werden muss und daher sichtbar sein sollte. BSN-Bereiche überlagern auch einzelne Wohngebäude und Weiler, einen Campingplatz explizit auszunehmen, ist daher raumplanerisch keineswegs geboten und steht im naturschutzfachlichen wie rechtlichen Widerspruch zu den Entwicklungszielen und ?geboten für das FFH-Gebiet.

[s. Anhang Abb. 1004563]

Anhänge

[Abb_ID1004563.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Inhalt

BSN SU-45 (alt)

Erweiterung BSN Naafbachtal und BSN Agger

Begründung

Die Wiederherstellung eines durchgehenden und leistungsstarken Verbundes der Großschutzgebiete ?Naafbachtal? (DE-5109-301) und ?Agger? (DE-5109-302) ist klarer Handlungsauftrag beim Aufbau eines kohärenten Schutzgebietssystems. In der Vergangenheit hat es nicht ausgereicht, dass der Siedlungsflecken Kreuznaaf nicht als ASB dargestellt wurde, um umfangreiche Neubauten dort zu vereiteln. Es bedarf daher einer stärkeren planerischen Vorgabe durch den Regionalplan, an dieser Stelle langfristig einen zumindest teilweisen Rückbau zu erwirken und den Gewässerkorridor der Naaf bis zur Agger deutlich zu stärken und Störungen im Verbundraum abzubauen. Der Teilrückbau ist auch nicht unrealistisch, da dort u.a. eine große Ruine einer Lederwarenmanufaktur (?Castell Steineck?) seit Jahren auf einen Abriss wartet.

Der Verbundraum ist von essenzieller Bedeutung, um Arten wie dem Biber und perspektivisch dem Fischotter im Gewässersystem eine Zukunft zu eröffnen. Das Ziel 19 sieht ausdrücklich auch den Aufbau von regionalen Verbundachsen vor.

[s. Anhang Abb. 1004564]

Anhänge

[Abb_ID1004564.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

1004565, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN SU-43 (alt)</p> <p>Erweiterung BSN Naafbachtal</p> <p>Begründung</p> <p>Die Entwicklung dieser Flächen insbesondere hinsichtlich der Grünlandentwicklung (FFH-LRT 6510) durch zahlreiche Ankäufe seitens des Naturschutz u.a. unter Förderung des Landes NRW sowie die Erfolge des Vertragsnaturschutzes rechtfertigt die Integration dieser Teilfläche in das BSN. Langfristig ist hier eine Erweiterung des FFH-Gebietes ?Naafbachtal? zielführend.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004565]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004565.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1004566, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN Hover Bach</p> <p>Erweiterung</p> <p>Begründung</p> <p>Der BSN sollte - wie unten vorgeschlagen ? erweitert werden, um die aktuelle Abgrenzung des NSG ?Auf der Scheidhecke und Hover Bachtal? (seit 9.8.2020) auch als BSN darzustellen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004566]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004566.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1004567, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN Siegtal und Sieghänge</p> <p>Erweiterung</p> <p>Begründung</p> <p>Der BSN sollte um südexponierte und sehr artenreiche Laubwälder, Streuobstbestände und strukturiertes Grünland erweitert werden. Der Biotopkomplex beherbergt zahlreiche seltene Arten und rundet das BSN sinnvoll ab.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004567]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004567.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1004568, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN Siegtal und Sieghänge</p> <p>Erweiterung des BSN</p> <p>Begründung</p> <p>Nördlich der B 256 sollten südexponierte Trocken-Laubwälder und insbesondere offene Felshänge in das BSN einbezogen werden. Insb. die Felshänge sind als Biotop nach § 30 BNatSchG geschützt.</p> <p>Der Bereich weist eine sehr hohe Vielfalt gefährdeter Arten auf z.B.: Schwalbenwurz (<i>Vincetoxicum hirundinaria</i>), Astlose Graslilie (<i>Anthericum liliago</i>), Weiße Fetthenne (<i>Sedum album</i>), Haar-Ginster (<i>Genista pilosa</i>), Nordischer Streifenfarn (<i>Asplenium septentrionale</i>) sowie zahlreiche Schmetterlinge der Roten Liste NRW.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004568]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004568.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1004569, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>BSN Siegschleife Dreisel-Helpenstell</i></p> <p>Erweiterung des BSN</p> <p>Begründung</p> <p>Der BSN sollte entsprechend der Naturschutzgebietsausweisung als nahezu geschlossener Ring um Helpenstell dargestellt werden. Zudem sollte östlich ein Feuchtgebiet als wichtiges Amphibienlaichgebiet sowie eine Laubwaldfläche einbezogen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004569]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004569.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1004571, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN Sieg östl. Rosbach</p> <p>Erweiterung</p> <p>Begründung</p> <p>Die Siegaue sollte vollständig in den BSN aufgenommen werden, um die ökologische Entwicklung zu befördern. Die vorgeschlagene Darstellung entspricht weitgehend auch dem Stufe I-Vorschlag des LANUV. Eine Beschränkung auf das NSG ist hier aus Entwicklungsgesichtspunkten nicht zielführend.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004571]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004571.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1004572, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>Freiraum zwischen Auerberg, Buschdorf und Bornheim-Hersel</i></p> <p>Darstellung als Regionaler Grünzug und BSLE</p> <p>Begründung</p> <p>Der unten markierte Bereich sollte vollständig als BSLE und regionaler Grünzug dargestellt werden. Es handelt sich um eine recht vielgestaltige Kulturlandschaft, die mit Gehölzreihen, Obstbaumbeständen etc. relativ gut strukturiert ist und sich als Naherholungsgebiet anbietet. Es handelt sich hier auch um eine wertvolle Frischluftschneise für die umliegenden ASB.</p> <p>Eine Darstellung als regionaler Grünzug und BSLE ist daher angezeigt. Der ASB Buschdorf sollte dementsprechend bis zur bestehenden Bebauung zurückgenommen werden. Im betreffenden Bereich besteht ein auch ökologisch wertvoller alter Obstbestand.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004572]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004572.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II).</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt.</p> <p>Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.</p>

1004573, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>BSN Rodderberg in Bonn und Wachtberg</i></p> <p>Erweiterung</p> <p>Begründung</p> <p>Der BSN sollte erweitert werden.</p> <p>Der Bereich nördlich und westlich des NSG Rodderberg war bisher als BSN dargestellt. Für Rücknahme dieser Darstellung gibt es keine naturschutzfachliche Begründung. Die beiden Hänge sollten daher, wie unten abgegrenzt, als BSN dargestellt werden. Sie sind wichtiger Lebensraum für Höhlenbrüter, Kleinsäuger und Insekten und ihnen kommt eine wichtige Pufferfunktion zu den Trockenrasen des NSG Rodderberg zu. Hier bestehen Brutvorkommen von Neuntöter und Steinkauz. Mit zahlreichen weiteren seltenen Tierarten ist zu rechnen.</p> <p>Der nördliche Hang ist als schützenswerter Biotop (BK-5309-016 Obstwiesen, Gebüsche und Feldgehölze nördlich des NSG Rodderberg) ausgewiesen. Geprägt wird der Hang von extensiv genutzten Obstwiesen, Weidegrünland und Grünlandbrachen sowie von artenreichen Gebüschen und Feldgehölzen. Der westliche Hangbereich ist von Glatthaferwiesen und Weidegrünland - z. T. mit alten Apfel- und Birnbäumen geprägt. Eine bauliche Nutzung dieser Flächen ? insbesondere auch ein weiteres Zusammenwachsen der ASB Niederbachem und Mehlem kommt auch daher nicht in Betracht.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004573]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004573.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1004574, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSLE Bonn-Ramersdorf</p> <p>Erweiterung des BSLE am Rhein</p> <p>Begründung</p> <p>Der Bereich ist ein eindeutiger Naherholungsbereich und auch für die Landschaft von Bedeutung. Er sollte natürlich als BSLE dargestellt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003432_125]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004574.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II).</p>

1004575, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Verbundfläche zwischen Kall, Keldenich und Sötenich</p> <p>Neuer Vorschlag eines BSN</p> <p>Begründung</p> <p>Die Naturschutzgebiete Tanzberg (im Norden), Hilgersberg (im SW) und Daubental (im E) des hier vorgeschlagenen Gebietes sind weitgehend voneinander isoliert, bedürfen aber zur Schaffung eines Biotopverbunds einer durchgehenden Verbindung, damit wenig mobile Arten sich zwischen den Schutzgebieten ausbreiten können. Die Bedeutung der drei Naturschutzgebiete ist durch eine Vielzahl seltener Pflanzen- und Tierarten belegt und kommt auch in ihrer BSN-Darstellung zum Ausdruck.</p> <p>Es fehlt aber an einer Verbindungsoption zwischen den Naturschutzgebieten, die hier zur Darstellung als BSN vorgeschlagen wird.</p> <p>Bei den neu vorgeschlagenen Flächen handelt es sich um demnächst abgängigen Nadelwald sowie recht gut strukturierte Grünland- und Ackerbereiche. Hier sollte durch entsprechende Maßnahmen (Entwicklung von durchgängigen Laubwaldflächen, Anlage von Streuobstbeständen und anderem extensiv genutzten Grünland, Anlage von Gebüschreihen) ein durchgehender Biotopverbund zwischen den bereits bestehenden Schutzgebieten geschaffen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004575]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004575.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1004855, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN-Darstellung Flugplatz Marienheide-Meinerzhagen</p> <p>BSN-Darstellung</p> <p>Begründung</p> <p>Der Bereich des Flugplatzes Marienheide-Meinerzhagen weist abseits der versiegelten Flächen durchgehend eine Vegetation der Magerwiesen und Borstgrasrasen auf. Der gesamte unversiegelte Bereich ist als geschützter Biotop nach § 30 BNatSchG anzusprechen. Die Teilflächen im Gebiet des Märkischen Kreises sind als Stufe I-Fläche (VB-A-4811-009) vorgeschlagen. Dementsprechend sollten auch die oberbergischen Teilflächen als BSN dargestellt werden. Dadurch würde der Betrieb des Flugplatzes nicht beeinträchtigt, denn Gehölze sollen nicht geschützt werden. Maßgeblich sind die mageren Offenlandbiotope. An Arten kommen vor: Baumpieper, Arnika (<i>Arnica montana</i>) - großer Bestand, Dreizahn (<i>Danthonia decumbens</i>), Borstgras (<i>Nardus stricta</i>), Quendelblättriges Kreuzblümchen (<i>Polygala serpyllifolia</i>), Geflecktes Knabenkraut (<i>Dactylorhiza maculata</i>).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden Flugplatzgeländes Marienheide-Meinerzhagen und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen.</p> <p>Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes können ggf. auf örtlicher Ebene unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele getroffen werden.</p>

Inhalt

FFH-Gebiet ?Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef?

Der Rhein ist zu nennenswerten Teilen als FFH-Gebiet ?Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef?, DE-4405-301, ausgewiesen, einschließlich der Ufer und dortiger Landlebensraumtypen. Das betrifft Flächen in Köln, Niederkassel, Bornheim, Bonn, Königswinter und Bad Honnef. Es ist daher in der Systematik des Regionalplanes geboten, diese Flächen auch als BSN darzustellen. Die fehlende BSN-Darstellung führt zu zahlreichen Rechtsverstößen und Konflikten wegen der unzureichenden planerischen und baulichen Rücksichtnahme und durch Nutzungen, die ohne FFH-Zulassungsprüfung in Gang gesetzt werden. Wenigstens die FFH-Gebietsteile sollten daher als BSN dargestellt werden, besser eine fachlich abgeleitete Gebietskulisse, die die Bedeutung des Rheins als Wanderbereich für die Fischarten des Anhangs II der FFH-Richtlinie und deren Rastgebiet umsetzt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen.

1006043, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>Straße L 277n, Erkelenz, Kreis Heinsberg</i></p> <p>Verlagerung</p> <p>Begründung</p> <p>Zur Reduzierung der Versiegelung im stark beanspruchten Raum an der Tagebaukante sowie um die unzerschnittene Offenlandschaft > 10-50 qkm zu belassen, empfiehlt es sich, die Trassenführung soweit wie möglich anhand vorhandener Straßen entlang zu führen bzw. diese auszubauen.</p> <p>Durch die im Regionalplan vorgeschlagene Linienführung werden über Gebühr wertvolle Lössböden beansprucht. Außerdem wird die geschützte Kulturlandschaft Börde mit den verstreut liegenden Gehöften unnötig durchschnitten, die jetzt noch ein Refugium für Offenlandarten wie Kiebitz, Rebhuhn und Feldlerche bietet.</p> <p>Änderungs-Vorschlag: rote durchgezogene Linie</p> <p>Anschluss im Süden direkt Richtung Norden über die vorhandene Straße auf die L19, von dort auf die L117 und vor dem Hauerhof abbiegend nach Norden den Anschluss an das alte Stück der L19.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006043]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1006043.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund des vorzeitigen Kohleausstiegs und der Leitentscheidungen der Landesregierung verändert sich die Abbaugrenze des Braunkohlentagebaus Garzweiler. Die L19 wird entgegen der Planung nicht mehr in Anspruch genommen, so dass eine Festlegung der L19 (Bestand) und die Streichung der im Braunkohlenplan vorgesehenen Ersatzstraße (L277) im Regionalplan folgerichtig sind.</p>

1006044, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>Straße L364n, Erkelenz, Kreis Heinsberg</i></p> <p>Verlagerung (Schwarz gestrichelte Linie)</p> <p>Begründung</p> <p>Minimierung des Flächenverbrauches von klimarelevanten Böden, Schutz der Kiebitzbrutplätze bei Gerderhahn und in der Houverather Heide (jährlich mehr als 10 Nistplätze) sowie der Offenlandarten Feldlerche und Rebhuhn (Kartierung Biologische Station Wildenrath).</p> <p>Vorschlag: Änderung der Trassenführung anhand vorhandener Feldwege</p> <p>Beibehaltung der Trasse L364 vor Ortseingang Gerderhahn, neue Straßenführung östlich der Ortschaft über auszubauende vorhandene Feldwege Richtung Süden bis L 49, auf L 49 zurück bis zur alten Trassenführung. Eine Verlegung der Trasse im Bereich Golkrath sollte unterbleiben, weil weder westlich das BK-HS-00014 durchschnitten werden sollte, noch die unzerschnittenen Flächen bei Houverath wegen der wichtigen Vogelbrutplätze genutzt werden sollten.</p> <p>[Abbildung]</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006044]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Gemäß den Erläuterungen zu G.57 <i>Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen</i> erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

Straße B57n, Hückelhoven, Kreis Heinsberg

Ablehnung

Begründung

Der Hückelhovener Ortsteil Baal stellt mit dem westlich angrenzenden ca. 100 ha großem Gewerbegebiet und dem dichten Schienen- und Straßennetz für den mit Naturschutzgebieten und zahlreichen Biotopen und Biotopverbundflächen ausgestatteten Landschaftsraum bereits eine große Vorbelastung dar. Die geplante Trasse der B57neu würde zusätzlich erheblich in den Naturhaushalt eingreifen und weitere Zerschneidungs- und Entwertungseffekte auf Schutzgebiete und Biotopverbundachsen nach sich ziehen.

Nach derzeitigem Stand (Rheinische Post vom 22.04.22) wird das geplante HÜH_GIBz_1 nördlich von Baal mit weiteren 39.5 ha nicht realisiert, sodass eine Erschließung aus südlicher Richtung auch nicht mehr benötigt wird.

Die Zufahrten zum großen Gewerbe- und Industriegebiet im Westen von Baal sollten wie bisher über vorhandene Straßen geführt werden.

- Nicht berücksichtigte wertgebende Elemente
 - Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden mit hoher und sehr hoher Funktionserfüllung
 - Landschaftsschutzgebiet
 - Schutzwürdiges Biotop BK-4903-060 ?Waldgebiet in den Stöcken? mit dem Schutzziel ?Erhalt eines z.T. naturnahen Laubmischwaldes als Restwaldfläche ? und als Lebensraum seltener Pflanzen und Tiere?

Auswirkung der Planung: Flächen-Inanspruchnahme und erhebliche funktionale Beeinträchtigung des Lebensraumes durch direkte Angrenzung der Trasse an das Biotop, Durchschneidung an zwei Stellen

- - Beeinträchtigung und Flächen-Inanspruchnahme Schutzwürdiges Biotop BK-4903-058 (Alter Bahndamm, Zauneidechse)
 - Beeinträchtigung und ggf. Flächen-Inanspruchnahme Biotopverbundfläche VB-K-4903-021 (Grünland mit Baaler Bach, Teil des Wald-Hecken-Weidenkomplexes südwestlich Doverheide mit Zielarten der Feuchtlebensräume, herausragende Bedeutung)
 - Verstärkung der Zerschneidungswirkung der B57 zwischen dem Biotopverbund VB-K-4903-060 und VB-K-4903-006 (besondere

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Fernstraßenausbaugesetz enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen. Dies ist in der Begründung dargelegt (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Bedeutung)

- Verstärkung der Zerschneidungswirkung der B57 zwischen den Biotopverbundflächen VB-K-4903-27 und VB-K-4903-007 (Kernflächen mit herausragender Bedeutung, NSG, BSN) und weiteren Funktionsflächen des Biotopverbundes
- [Abbildung]
- Auszug LANUV Landschaftsinformationssammlung mit Darstellung der Naturschutzgebiete (dunkel schraffiert), schutzwürdigen Biotope und Biotopverbundflächen besondere Bedeutung (grün schraffiert) und herausragende Bedeutung (blau)
-

[Abbildung]

- Beeinträchtigung der Verbundachse eines überregionalen Biotopverbundsystems, hier ?Untere Ruraue? Gehölz-Grünland-Acker-Komplex (Kulturlandschaft), LANUV Fachbeitrag Natur und Landschaft 2019)
- Auszug LANUV Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege, 2019 (Karte 1, Biotopverbund für die Kreise Heinsberg und Düren, Verbundschwerpunkt Gehölz-Grünland-Acker-Komplex), Planungsgebiet rot umrandet
 - Vorkommen planungsrelevanter / wertgebender Arten im Gebiet:
- BK-4903-060: Hasenglöckchen, Zwergfledermaus
BK-4903-058: Zauneidechse
BK-HS-00004: Großer Abendsegler
VB-K-4903-021: Steinkauz
- weiter im Planungsgebiet:
Nachweise Zwergfledermaus
Lebensraum (Jagdhabitat, Leitstruktur) Fledermäuse
- Flächengröße ? Flächenversiegelung

Hückelhoven hat Ende 2020 bereits mit 3,7 %, nach der Kommune Übach-Palenberg mit 4,5%, den zweitgrößten Anteil an Gewerbe- und Industrieflächen (gemessen an seiner Gesamtfläche) im Landkreis Heinsberg. Gefolgt von Heinsberg mit 2,5%. Zum Vergleich NRW 3,0%.

Die Siedlungsdichte war im Vergleich zu anderen Kommunen im Kreis Ende 2020 mit 24,3 % am höchsten (Erkelenz 22,2 %, Wassenberg 18,5 %, Wegberg 17,3 %).

Eine weitere Belastung von Landschaft und Naturhaushalt durch Infrastrukturmaßnahmen mit Zerschneidungswirkung und Flächeninanspruchnahme sollte unterlassen werden, insbesondere als die Erschließung des bestehenden GIB bereits vorhanden ist.

(Quellen: Statistikatlas NRW, Statistisches Landesamt, Abruf 25.05.22)

[s. Anhang Abb. 1006045]

Inhalt

Straße L 23, Stadt Aachen, Städteregion Aachen

Ablehnung

Begründung

Die räumliche Darstellung im Regionalplan entbehrt jeder Grundlage, da mit der Planung nicht begonnen wurde und ergo jede räumliche Darstellung aus der Luft gegriffen ist. Die L 23 OU Aachen/ Verlautenheide geistert seit Jahrzehnten, wobei sie im Landesstraßenbedarfsplan von 2007 auch lediglich als Stufe II-Maßnahme (ohne Planfeststellung) genannt wurde. Seither ist keinerlei Fortschritt erkennbar. Die Planung wird offensichtlich seit Jahrzehnten nicht verfolgt und sollte nicht Eingang in den Regionalplan finden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Geplante Straßen werden im Regionalplan festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1006047, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>Straße L 221n, Stadt Aachen, Städteregion Aachen</i></p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Die L 221 sollte nicht im Regionalplan dargestellt werden, weil begründete Zweifel an ihrer Realisierung bestehen. Seit etlichen Jahren ist kein Planungsfortschritt erkennbar und offenbar ist auch die Finanzierung keineswegs gesichert. Eine Darstellung im Regionalplan scheint daher unnötig.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Geplante Straßen werden im Regionalplan festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4) (s. auch Begründung zu STN ID 1006277).</p>

1006048, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>Straße L 240, Herzogenrath, Städteregion Aachen und Übach-Palenberg, Kreis Heinsberg</i></p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Die L 240 zwischen Boscheln und Scherpenseel befindet sich in zwei Planungsabschnitten (L 232 bis L 47 und L 47 bis L 42) seit dem Landesstraßenbedarfsplan 2007 in der Diskussion. Der Bedarfsplan sah seinerzeit nur eine Planung mit ?vorläufig keine Planfeststellung? vor. Dabei muss niederländisches Staatsgebiet weiträumig gequert werden. Es ist derzeit in keiner Weise erkennbar, dass diese Planung noch weiterverfolgt wird, so dass sie nicht im Regionalplan dargestellt werden sollte, als gäbe es schon eine auch nur ansatzweise Linie.</p> <p>Der Regionalplanentwurf stellt aber sogar eine Weiterführung der L 240 bis zu einer hypothetischen B 221 dar; eine solche Planung ist völlig unbekannt.</p> <p>An der Planung wird offenbar seit Langem nicht mehr gearbeitet. Sie sollte bereits daher aus dem Regionalplan gestrichen werden. Folgende weitere Argumente sprechen ebenfalls für eine Streichung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Notwendigkeit ohne Anbindung an das niederländische Straßennetz und bei ausreichender Verkehrserschließung (B57n, Roermonderstraße, L 47 ist nicht gegeben, • eines der waldärmsten Gebiete in NRW bedarf der Erhaltung aller Waldbestände, • das Übachtal ist eines der wichtigsten Linienbiotope und Kaltluftentstehungsgebiete für Übach-Palenberg, • das Wurmatal nördlich Herzogenrath ist ein wertvolles FFH-Gebiet und im Landschaftsplan II der StädteRegion als NSG ausgewiesen. Besonders hervorzuheben sind Silberweiden-Auenwald, Fließgewässer mit Unterwasservegetation, Biber, Nachtigall, Amphibien, Reptilien, Fledermäuse usw. Insbesondere Biotop- und Freizeitwert lassen eine solche Planung nicht zu. 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1006049, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>Bahnstrecke Siersdorf - Halde Emil-Mayrisch - ehem. Bahnlinie Puffendorf-Koslar, Baesweiler, StädteRegion und Aldenhoven, Kreis Düren</i></p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Die geplante Bahnlinie, die völlig neu geplant und errichtet werden müsste, würde einen regionalen Grünzug und einen BSLE mit ökologisch wertvollen Flächen (Wald, Offenlandbereiche) zerschneiden. Gegen die räumliche Festlegung einer noch überhaupt nicht geplanten Bahnstrecke bestehen Bedenken. Eine räumliche Darstellung im Regionalplan setzt eine belastbare Planung mit der Suche nach einer möglichst verträglichen Streckenfindung voraus. Diesbezüglich liegt bisher gar nichts auf dem Tisch! Die Strecken-Darstellung zwischen Siersdorf und dem Anschluß an die ehemalige bahnlinie sollte daher ersatzlos gestrichen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung entspricht der Plankonzeption (vgl. Textliche Festlegungen Kapitel 5.1.3 und Begründung Kapitel 5.1.3). Zur Begründung vgl. Erläuterung Stn ID 1006592.</p>

1006050, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>Straße L 11, Eschweiler, StädteRegion Aachen</i></p> <p>Ablehnung</p> <p>Begründung</p> <p>Die sogenannte Ortsumgehung Hastenrath wird seit Anfang der 1990er Jahre diskutiert, es liegen aber seit vielen Jahren keinerlei aktuelle Planungsansätze vor. Offenbar ist die Planung vor etwa 15 Jahren faktisch aufgegeben worden ? sie sollte daher nicht mit einer willkürlich gewählten räumlichen Darstellung in den Regionalplan aufgenommen werden.</p> <p>Die dargestellte Linienführung würde zudem eine intakte Landschaft ohne störende Elemente zerschneiden und den Biotopverbund zwischen der altgewachsenen Siedlungsstruktur und dem Eschweiler Stadtwald (NSG, LSG, ND) zerschneiden. Eine Ortsumgehung in den Westen einer Siedlung zu legen bedeutet enorme Belastungen für den dorthin orientierten Siedlungsrand und würde somit bisher ungestörte Ortsrandlage erheblich beeinträchtigen. Zudem befinden sich dort zahlreiche Quellsiefen, die in Richtung Omerbach abfließen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Gemäß den Erläuterungen zu G.57 Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt***Straße L 238n, Stolberg und Eschweiler, StädteRegion Aachen*****Ablehnung****Begründung**

Die Fortführung der L 238 als L 238n (Stolberg-Atsch bis Eschweiler-Pumpe) ist seit Jahren Streitthema zwischen Planung und Naturschutz. Dabei hat das Hochwasserereignis Mitte 2021 gezeigt, dass auf keinen Fall die Indeaeue in irgendeiner Art und Weise angetastet werden darf und eher dort noch Aufschüttungen für starke Schäden sorgen. Anstelle dessen ist es erforderlich, die Niederungen in Retentionsflächen umzuwandeln. Alleine die ARA Steinfurt nimmt der Inde einen erheblichen Teil ihrer Rückstauflächen weg. Gleiches gilt für die Industriebauten wie das ehem. Röhrenwerk in Eschweiler-Aue. In der Vergangenheit ließ man der Inde z.T. nur einen schmalen Abfluss übrig, der beidseitig zudem noch mit hohen Ufermauern versehen wurde. Das Ergebnis sind erhebliche Hochwasserspitzen, die spätestens im Eschweiler Stadtgebiet für starke Schäden durch Hochwässer sorgen. Die Indeaeue selber mit ihren Zuflüssen wie z.B. dem Saubach ist ein wertvolles Refugium für zahlreiche gefährdeten Tier- und Pflanzenarten. Neben dem Biber, allen Fledermaus- und Amphibienarten findet man dort ausgeprägte Galmeivegetation und auf den ehemaligen Veglapoldern unzählige Orchideen. Der Landschaftsplan III ?Eschweiler-Stolberg? weist daher die überwiegende Indeaeue als Landschaftsschutzgebiet (LSG 2.2.-4) und geschützten Landschaftsbestandteil (2.4.-50 ehem. Untere Verglapolder) aus. Insbesondere der Zusammenhang mit der ehemaligen militärischen Liegenschaft ?Camp Astrid?, bzw. dem Propsteier Wald und dem Eschweiler Stadtwald ist die Aue eine der wichtigsten Verbindungselemente im dortigen Planungsgebiet. Die gesamte Aue ist daher für die Biotopqualität Stufe 1 vorzusehen.

Die Straßenverbindung war schon immer ein ungelöstes Problem der Städte Eschweiler und Stolberg. So sollte anfangs auch kein fließender Verkehr vom Donnerberg aus auf die Eschweilerstraße abfließen, was inzwischen allerdings erfolgt. Der Quellverkehr setzt sich somit aus den Industrie-, bzw. Gewerbegebieten und den Siedlungsbereichen insbesondere von Stolberg, aber auch von Eschweiler zusammen. Verschärft wird diese Situation noch durch den geplanten ?Railport Stolberg? am Stolberger Bahnhof, der dort keinerlei Autobahnanbindung hat und von seiner Lage her offensichtlich durch private Investoren ausgewählt wurde. Die Bahnstrecke Aachen-Köln bietet sicherlich geeignetere Flächen und Verkehrsanbindungen für eine solche Planung. Denkbar wäre da künftige Flächenbrachen der bald endenden Braunkohletagebaue bzw. deren Infrastruktur und Kraftwerksanlagen. Ellenlang Frachtzüge im infrastrukturellen Hinterland zu entladen und auf unzählige LKW zu setzen, entspricht weder einer zeitgemäßen Planung, noch den längst überfälligen

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Klimazielvorgaben. Für die aktuelle Situation reicht eine Ertüchtigung der Eschweilerstraße vollkommen aus.	
--	--

1006052, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>Straße L484 n, Overath, Rheinisch-Bergischer Kreis</i></p> <p>Trassierung der B484 n streichen</p> <p>Begründung</p> <p>In Overath ist die Trassierung der B484 n aus dem Plan zu streichen, da diese Ortsumgehung aufgrund der Topographie nicht realisierbar ist und absehbar nicht ausgleichbare Landschaftsschäden nach sich ziehen würde.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

Inhalt

Bahndamm zwischen Bergisch Gladbach und Bensberg

Der Bahndamm zwischen Bergisch Gladbach und Bensberg ist im Regionalplan-Entwurf als L 286 n dargestellt, muss jedoch als ÖPNV-Verbindung ausgewiesen werden.

Begründung

Der zwischen Bergisch Gladbach und Bensberg verlaufende Bahndamm, im Regionalplan-Entwurf als L 286 n dargestellt, muss als ÖPNV-Verbindung ausgewiesen werden. Die Option, hier eine Straßenbahn, einen Kabinenbahn oder eine Zukunftsbahn als Verkehrsmittel zwischen den beiden Hauptsiedlungsbereichen mit dem Bahnhof in Bergisch Gladbach und dem Busbahnhof/ Endhaltestelle Straßenbahn in Bensberg verkehren zu lassen, sollte auf keinen Fall aufgegeben werden. Eine schnelle Radverbindung ist zusätzlich sinnvoll und machbar.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3) (vgl. STN ID 1004750).

Inhalt

Straße L 333, Ortsumgehung Dattenfeld, Gemeinde Windeck, Rhein-Sieg-Kreis

Die L 333 OU Dattenfeld ist trotz ihrer Auflistung im alten Landesstraßenbedarfsplan bis heute in keinsten Weise beplant worden. Es gibt weder eine Umweltverträglichkeitsuntersuchung, noch eine Linienbestimmung und auch keinerlei Vorarbeiten dazu.

Dieses Projekt wird auch in der Region nicht gewünscht.

Die Realisierung dieser Ortsumgehung würde

- ein Überschwemmungsgebiet und ein NSG an der Kläranlage Dattenfeld,
- vorhandene Siedlungsstrukturen an der Unterführung Richtung Altwindeck,
- Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung,
- das NSG/FFH Sieg,
- den rückgewinnbaren Überschwemmungsbereich (RÜB) Krummauel und
- vorhandene Siedlungsstrukturen in Schladern in erheblichem Umfang beeinträchtigen.

Der Verkehrsbedarf ist heute nicht mehr so gegeben, wie dies vor Jahrzehnten offenbar in der Landespolitik angenommen wurde.

In jedem Fall fehlt jede sachliche Begründung, dass die im Regionalplan eingetragene Linienführung sinnvoll und verträglich ist. Es steht der Regionalplanung aber nicht zu, irgendwelche Linien für Straßen einzutragen, wenn die dafür nötigen Grundlagen noch nie untersucht wurden und auch keinerlei Verfestigung der Planung besteht. Das Projekt sollte aus der Kartendarstellung gestrichen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Bei Vorliegen gewichtiger Gründe kann der Grundsatz im Rahmen der Abwägungsentscheidung überwunden werden.

Gemäß den Erläuterungen zu G.57 Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

1006055, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>Straße Autobahn A 553n, Rheinspange, Köln, Wesseling, Niederkassel in der Stadt Köln, dem Rhein-Erft- und dem Rhein-Sieg-Kreis</i></p> <p>Die derzeit diskutierte UVS für die Rheinspange zeigt eine derart hohe Raumempfindlichkeit und Konfliktdichte, dass an einer Realisierung dieses Projekts starke Zweifel bestehen müssen. Nach Auffassung der Naturschutzverbände sollte das Projekt aus dem Bundesfernstraßenausbaugesetz gestrichen werden.</p> <p>Da eine Linienbestimmung für die Rheinspange nicht absehbar ist, besteht keine vernünftige Begründung für die im Regionalplanentwurf dargestellte Linie. Eine solche Vorfestlegung steht der Regionalplanung nicht zu. Sinnvoll wäre daher, die zeichnerische Darstellung der A 553n zu streichen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Fernstraßenausbaugesetz enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Die Festlegung steht einer weiteren Konkretisierung im Rahmen der Fachplanung nicht entgegen. Sie entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Bei Vorliegen gewichtiger Gründe kann der Grundsatz im Rahmen der Abwägungsentscheidung überwunden werden.</p>

Inhalt**F Hinweise und Eckpunkte für ein Biodiversitätskonzept für das Rheinische Revier****F.1 Konzeptgrundlagen**

Die Naturschutzverbände erachten den Strukturwandel als große Chance dafür, die Biodiversitätskrise im Rheinischen Revier im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung gesamtträumlich anzugehen und hier eine Modellregion mit Strahlkraft zu entwickeln. Natur und Landschaft sind durch vielfältige Auswirkungen und Beeinträchtigungen der Braunkohleära im Gebiet erheblich beeinträchtigt, was sich im Zuge des wirtschaftlichen Transformationsprozesses u.a. mit der Entwicklung neuer Wirtschafts- und Gewerbegebiete, neuer Wohngebiete und dem Ausbau der erneuerbaren Energien massiv fortsetzen wird. Für eine zukunftsfähige Regionalentwicklung müssen die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Ressourcenschutz aber ebenso in den Fokus genommen werden und integraler Bestandteil sein, was die Naturschutzverbände bereits in ihrer Stellungnahme zum Wirtschafts- und Strukturprogramm (WSP 1.0) gefordert haben.

Die Naturschutzverbände halten dafür die Entwicklung einer revierweiten grün?blauen Infrastruktur als ökologisches Rückgrat des Rheinischen Reviers und des Strukturwandels für unerlässlich. Um dieses für den Naturschutz bedeutsame Großvorhaben mit Modellcharakter mit ihrer einschlägigen fachlichen und räumlichen Expertise zu unterstützen, haben sie mit der Projektskizze ?Grünes Netz Rheinisches Revier? im Rahmen der Förderaufrufe ?Revier Gestalten? und einem weiteren Förderantrag für ein Grundlagenkonzept "Biotopverbund Rheinisches Revier" bei der Bezirksregierung Köln bereits einen Rahmen und erste konkrete Ideen in den Prozess eingebracht.

Außerdem haben die örtlichen Vertreter*innen der Naturschutzverbände im Revier (aus den Kreisen Heinsberg, Düren, Euskirchen, Rhein-Erft, Städteregion Aachen sowie Kreis Neuss und Stadt Mönchengladbach) im Rahmen der Erarbeitung der gemeinsamen Stellungnahme zum Regionalplanentwurf erste Eckpunkte für ein revierspezifisches Biodiversitätskonzept aufgestellt. Dafür wurden der Fachbeitrag des LANUV (Naturschutz und Landschaftspflege) sowie der Entwurf des Regionalplans Köln auf Weiterentwicklungs- und Ergänzungsbedarf überprüft. Anhand der bekannten örtlichen Gegebenheiten, Beeinträchtigungen und Erfordernisse wurden revierweite naturschutzfachliche Schwerpunkte definiert. Darauf aufbauend wurden für jeden Teilraum wesentliche Flächen identifiziert, die den Biotopverbund ergänzen und in seiner Wirksamkeit verbessern und sichern sollen. Insbesondere für den Schutz der Offenlandarten wurden Flächen mit Bedeutung für das gesamte Revier ausgewählt, die als zentrale Bausteine gesichert und entwickelt werden sollten. Die

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Nach Vorliegen des Biotopverbundkonzepts ist seitens des LANUV NRW zu prüfen, inwieweit sich daraus Anpassungserfordernisse für den Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege ergeben. Dieser stellt gemäß den fachrechtlichen Vorgaben die Grundlage für den Regionalplan in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan und den Landschaftsplan dar. Nur auf diese Weise kann der planungsrechtlich erforderliche einheitliche Bewertungsmaßstab für das Plangebiet der Region Köln sichergestellt werden. Nachfolgend besteht die Möglichkeit, dass die ggf. erweiterten Biotopverbundflächen Eingang in die Regionalplanung finden. Zu den einzelnen aus der Konzeption resultierenden Anregungen wird auf die jeweiligen Abwägungsvorschläge verwiesen. In Bezug auf die Bereiche für Offenlandarten in der Feldflur/Agrarlandschaft wird darauf hingewiesen, dass hier gegenüber dem geltenden Regionalplan erhebliche zusätzliche BSLE-Festlegungen vorgesehen sind und diese Vorbehaltsgebiete in einer Erläuterungskarte sowie durch eine spezifische textliche Festlegung in besonderem Maße berücksichtigt wurden.

Naturschutzverbände bringen damit im Rahmen der Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Köln ein konzeptionell auf das Revier zugeschnittenes und abgestimmtes Flächengerüst als einen Baustein für die Entwicklung und langfristige Sicherung eines Grünen Netzes Rheinisches Revier ein.

Folgende Schwerpunkte für den Erhalt und die Entwicklung der Biodiversität wurden dabei definiert:

1. Schwerpunkt Offenlandlebensräume (Acker):

Der Fachbeitrag des LANUV weist in der Region Köln v.a. in den Bördelandschaften im Bereich des Rheinischen Reviers große Flächen mit hoher Bedeutung für Offenlandarten aus. Über das Leitartenkonzept sollten Offenlandbereiche ermittelt werden, die besonders geeignet

sind, um diesen Lebensraumtyp langfristig in ausreichendem Umfang in der Region zu erhalten und zu fördern. Es sollte hier neben bereits aktuell wertvollen Flächen auch um solche (ergänzende) Bereiche gehen, die eine besondere Eignung für die Entwicklung in naturschutzfachlich hochwertige Flächen aufweisen.

Den Zielartenkatalog für den Biotopverbundschwerpunkt ?Offenland ? Acker? des LANUV erweitern die Naturschutzverbände dabei aufgrund der lokalen Ausprägungen um einige Arten (markiert mit *):

- Feldlerche
- Rebhuhn (Schwerpunkt in NRW in der rheinischen Börde)
- Wachtel
- Grauammer (sehr seltene Art, die in NRW faktisch nur noch in der rheinischen Börde vorkommt)
- Wiesenweihe (Schwerpunkte im Dreiländereck der Kreise Düren, Euskirchen, Rhein-Erft-Kreis)
- Wiesenschafstelze* (früher Schafstelze; Schwerpunkte im Dreiländereck der Kreise Düren, Euskirchen, Rhein-Erft-Kreis und im Westen des Kreises Heinsberg)
- Kiebitz* (Schwerpunkte im Kreis Heinsberg)
- Feldhamster (um das Jahr 2000 nördlich bis Kaarst verbreitet; letztes bodenständiges Vorkommen bei Zülpich; seit Kurzem Wiederausbürgerung aus dem NRW-Zuchtprogramm)

Bei Vorhandensein oder bei angedachter Neuplanung von Kleingewässern in der Feldflur können auch die Amphibienarten* Knoblauchkröte, Kreuzkröte und Wechselkröte Zielarten für die offene Agrarlandschaft sein. Die Wechselkröte kommt in NRW sogar nur in der Kölner Bucht vor (s. LANUV-Verbundschwerpunkt Stillgewässer, Zielarten u.a. Knoblauchkröte, Kernflächen finden sich auch hierfür insbesondere im

Rheinischen Revier).

Für den Regierungsbezirk Köln besteht für einige Arten eine besondere Verantwortung im Zuge der Umsetzung der FFH-Richtlinie: So ist die Grauammer eine Verantwortungsart mit schlechtem Erhaltungszustand in den Kreisen Rhein-Erft, Düren und Euskirchen, wobei sich hier nahezu der gesamte landesweite Bestand konzentriert. Auch Feldlerche, Rebhuhn und Kiebitz sind in diesen Kreisen sowie im Kreis Heinsberg Verantwortungsarten. Die Einstufung als Verantwortungsart sagt aus, dass die Kreise

- $\geq 10\%$ des landesweiten Brutbestands und bedeutende Vorkommen einer Vogelart beherbergen,
- eine große Bedeutung für die Erhaltung der räumlichen Verteilung der Vogelart in der biogeographischen Region sowie
- ein hohes Potenzial zur Entwicklung wichtiger Lebensraum- oder auch Biotopverbund-Strukturen für die Vogelart besitzen.

In Kapitel F.2 dieser Stellungnahme finden sich die Vorschläge der Naturschutzverbände zur Erweiterung/ Ergänzung der im Regionalplan bereits dargestellten BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft. Die Verbände begrüßen die Einführung dieses Planzeichens ausdrücklich. Allerdings wird dem Schutzgegenstand damit nur ein Vorbehalt gegenüber anderen Raumnutzungen eingeräumt, die Belange können dementsprechend in Bauleitplanverfahren abgewogen und auch bei anderen Vorhabenplanungen mit Zerschneidungswirkung oder im Rahmen der erneuerbaren Energien zurückgestellt werden. Die Gebiete werden in der Regel als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen, die in der Verfahrenspraxis wenig Schutz gegen Bebauung und andere Inanspruchnahmen bieten.

Zudem ist der Erhalt und insbesondere eine Entwicklung dieser Lebensräume primär von der Bewirtschaftungsform abhängig. In den Landschaftsschutzgebieten gibt es keine Einschränkungen für die Flächenbewirtschaftung, die eine Entwicklung der Flächen begünstigen könnten. Die Förderung einer extensivierten Landwirtschaft über Förderprogramme gewährt vor allem in Naturschutzgebieten höhere Zuschüsse, was für eine Extensivierung ertragreicher Flächen ein wichtiger Baustein wäre.

Die Naturschutzverbände fordern daher, dass diese Flächen speziell im Rheinischen Revier angesichts der besonderen Verantwortung als Vorranggebiete, also BSN dargestellt werden. Damit wird die Ausweisung als NSG mit dem entsprechenden Schutz und Fördermöglichkeiten impliziert. Mindestens fordern die Naturschutzverbände, einige Kernflächen zur dauerhaften Grundsicherung von Populationen für den gesamten Großraum als BSN auszuweisen. Hier sollten auch Maßnahmen konzentriert werden, um diese Flächen langfristig aufzuwerten und ihre Funktion als Offenlandlebensräume zu optimieren. Diese Flächen könnten auch Zielflächen für Wiederansiedlungen z.B. für den Feldhamster oder die Grauammer sein

(wie tlw. schon aktuell) oder werden. Dafür bieten sich bspw. die großen zusammenhängenden Flächen nördlich von Titz, in der Zülpicher Börde südlich Düren und bei Pulheim an. Neben dem wirtschaftlichen Strukturwandel sollte hier auch der Biodiversitätskrise verantwortlich Rechnung getragen werden.

1. Biotopverbund:

Für den Biotopverbund sollte ein eigenes Leitartenkonzept entwickelt werden, um ein ?Biotopverbundssystem Rheinisches Revier? als wesentlichen Bestandteil des räumlichen Strukturbildes zu schaffen und zu implementieren. Das bestehende Biotopverbundnetz sollte dahingehend weiterentwickelt werden, dass

- funktionale Zusammenhänge insbesondere zur Vernetzung der Waldflächen/ Waldgebiete (besonderer Fokus: Hambacher Forst und Bürgewälder, neue Kernelemente) und im Bereich Gewässer in der Region neu geschaffen und weiter gestärkt werden,
- notwendige Vernetzungsbereiche für die definierten Offenlandlebensräume festgelegt werden,
- die durch die Tagebaue und damit verbundene raumbedeutsame Maßnahmen (insbesondere Verkehrswege) bedingte Zerschneidungswirkung für die Leitarten des Biotopverbunds minimiert wird,
- die neu entstehenden Gewässerlandschaften langfristig in dieses Netz integriert werden und Bereiche ausschließlich für den Schutz der Natur festgelegt werden,
- die qualitative Aufwertung der bestehenden Flächen gefördert und gesichert wird.

Schwerpunkt Wald inklusive Verbundkorridore

In der Region geht es vor allem um Waldaufwertung/ Waldvermehrung in einem überwiegend waldarmen Gebiet, um

- die großen Waldgebiete im Südwesten (Eifel und Eifel-Rand) nach Norden und Osten hin mit den bestehenden kleineren Waldbeständen zu vernetzen,
- bestehende wertvolle Waldbestände zu erhalten und zu optimieren, hier z.B. Naturwaldzellen einzurichten,
- die großen Waldverluste der letzten Jahrzehnte in dem Gebiet abzufedern,
- Klimawandelfolgen abzufedern und
- Wildtierpopulationen dauerhaft zu erhalten.

Die Verbundkorridore müssen dabei eine ausreichende Flächengröße aufweisen und sollten nicht nur aus Saumstrukturen bestehen. Einen räumlichen Schwerpunkt bilden der Hambacher Forst und die Bürgewälder.

Als Zielarten definieren die Naturschutzverbände aufgrund der Fokussierung auf die waldarmen Bereiche und den Ausbau des Verbundes in diesem Gebiet in räumlicher Spezifizierung der LANUV-Liste für diesen Verbundschwerpunkt

- Baummarder (große Verbreitungslücken zwischen Düren und Kreis Heinsberg)
- Wildkatze (keine Nachweise nördlich von Düren, aber etliche geeignete Habitate; Wildkatzenwegeplan weist keine Korridore zur Besiedlung der Wälder in der nördlichen Rheinischen Bucht aus)
- Haselmaus (insbesondere zur Ausbreitung nach Norden und Nord-Westen; die nördlichsten aktuell belegten Vorkommen liegen am Nordrand des Rhein-Erft-Kreises und im Knechtstedener Wald, aber geeignete Biotope gibt es auch andernorts)
- Bechsteinfledermaus und Große Bartfledermaus (nördlichste Vorkommen im Hambacher Wald)
- Mittelspecht (FFH-Verantwortungsart Städtereion Aachen, Kreis Neuss)

Für den langjährigen Aufbau eines wirksamen Waldverbundes in den waldarmen Bereichen sollte eine dauerhafte Sicherung von bestehenden und geplanten/ neu zu entwickelnden Waldstrukturen planerisch sowohl als Waldbereich als auch als BSN erfolgen.

Ein für alle Wald-Arten funktional nutzbares Biotopverbundsystem muss nicht nur die bestehenden Wälder einbinden, sondern dazwischen durchgehende waldartige Strukturen entwickeln, die als Wanderkorridore die einzelnen Wälder miteinander verbinden. Eine solche Durchgängigkeit ist nicht nur für Wildkatze, Baummarder und Haselmaus nötig, sondern auch für strukturgebunden fliegende Fledermausarten wie Bechsteinfledermaus und Große Bartfledermaus. Hierfür sind einerseits neu zu entwickelnde Korridore zwischen bestehenden Waldflächen nötig (entlang der stillgelegten Bahnstrecke Welldorf-Jackerath, entlang des Neffelbaches, der Erft und in West-Ost-Richtung über den Malefinkbach und den Finkelbach zwischen Rur und Erft), die in ausreichender Breite bewaldet werden sollten. Zusätzlich sind an einigen Stellen im Revier Bypässe nötig, um eine Umgehung von innerstädtischen Bereichen zu ermöglichen und damit bereits weitgehend nutzbare Biotopverbünde oberhalb und unterhalb der Innenstädte miteinander zu verbinden (bei Geilenkirchen, Linnich und Bedburg).

Bestehende Waldbereiche, die zu entwickelnden Waldkorridore und Bypass-Flächen werden als Flächen abgegrenzt und in Faktenblättern beschrieben. Sie werden zur Darstellung als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) vorgeschlagen. Daneben bestehen aber bereits durchgehende und in ihrer Wirksamkeit belegte Biotopverbundstrukturen (aus dem Fledermausfachbeitrag zum Tagebau Hambach) zwischen dem Braunkohletagebau Hambach und dem Nörvenicher Wald, die wegen ihrer geringen Breite nicht zeichnerisch im Regionalplan darstellbar sind. Für diese Bereiche sollte ein textliches Ziel entwickelt werden, wozu im Kapitel C.4.3.1.5 [siehe

Stn-ID 1003543] ein Textvorschlag unterbreitet wird.

Schwerpunkt Fließgewässer/ Auenlebensräume und Verbund

Das Gros der Fließgewässer-Lebensräume ist bereits als BSN dargestellt. Allerdings ergeben sich auch hier Erweiterungsoptionen, um einen wirksamen Biotopverbund für Wald- und anspruchsvolle Fließgewässer-Arten zu ermöglichen. Dabei steht der Biber als Art mit hoher Schutz-Verantwortlichkeit in der Region im Vordergrund. Die vorgeschlagenen Flächen überdecken sich regelmäßig mit den Waldkorridoren.

Kombinationsschwerpunkt Insektenschutz und Steinkauzschutz

Der Insektenschutz ist mittlerweile eine der wesentlichen Aufgaben zur Sicherung der Biodiversität im Naturschutz. Für die LANUV-Verbundschwerpunkte Offenland-Grünland, Magerrasen und Trockenheiden werden im Fachbeitrag u.a. Tagfalterarten und Heuschreckenarten als Zielarten definiert.

Für den Steinkauz als Bewohner siedlungsnaher Streuobstwiesen liegt im Rheinischen Revier ein bundesweit besonderer Vorkommensschwerpunkt. In der Stadt und Städtereion Aachen und den Kreisen Düren, Heinsberg und Euskirchen ist dies eine FFH-Verantwortungsart. So weist das LANUV die Art auch als Zielart für den Verbundschwerpunkt Gehölz-Grünland-Acker-Komplex aus. Nur wenige Steinkauz-Lebensräume (meist Streuobst-Grünland-Bestände) wurden in Kapitel F.2 zur zeichnerischen Darstellung als BSN vorgeschlagen - meist in Arrondierung bereits bestehender BSN. Das Gros der Steinkauz-Habitate ist zu klein für eine zeichnerische Darstellung im Regionalplan. Dennoch ist ein auch regionalplanerischer Schutz dieser Vorkommen geboten, denn im rheinischen Revier kommen etwa 10 % des deutschen Steinkauz-Bestands vor.

Für den kombinierten Schutzschwerpunkt schlagen die Naturschutzverbände daher ein textliches Ziel zum Schutz von Streuobstbeständen und der dornnahen Grünland-Flächen für das Rheinische Revier vor (s. Kapitel C.4.3.1.5).

1. Schwerpunkt temporäre Lebensräume und Rekultivierungsfolger (Tagebauflächen)

Insbesondere im Rheinischen Revier bestehen für die nächsten Jahrzehnte hervorragende Möglichkeiten zu Schutz, Förderung und dauerhafter Verfestigung der temporären Biotopstrukturen und Lebensräume für wertvolle Arten, die sich in den Tagebauen entwickelt haben. Dazu zählen z.B. typische Offenland-Arten wie Grauammer, Feldlerche, Wiesenweihe und Sumpfohreule in den Brachflächen nach der Rekultivierung. Auch der Amphibienschutz mit Ruderal-Arten wie der Kreuz- und Wechselkröte kann hier gefördert werden, wobei es sich auch um Zielarten aus dem LANUV-Verbundschwerpunkt Stillgewässer handelt.

Insbesondere die rekultivierten Flächen des Tagebaus Inden I bieten sich als Schwerpunkt-Gebiet für Feldvögel an.

Zur Gestaltung und Nutzung der Bergbaufolgelandschaft im Braunkohletagebau Hambach werden die Naturschutzverbände konkrete Vorschläge im Zuge des Braunkohleplan-Verfahrens vorlegen.

Inhalt

F.2 Flächenvorschläge zum Biodiversitätskonzept

Die flächenbezogenen Beiträge der Naturschutzverbände für die Biodiversität im Rheinischen Revier beschränken sich auf das Tiefland des rheinischen Reviers, wo eine besondere Notwendigkeit zum raschen und konsequenten Aufbau eines Biotopverbunds besteht. Im Mittelgebirgsraum ist die Situation günstiger; hier werden nur einzelne Vorschläge zur Neudarstellung bzw. Ausweitung von Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) gemacht, die im Kapitel E.2 (Stn-ID: 1004488-1004957) integriert sind.

Für das Tiefland des rheinischen Reviers werden dagegen auch Flächen dargestellt, die ein großes Entwicklungspotenzial aufweisen (insbesondere große, unzerschnittene und störungsarme Gebiete für die Offenlandarten) und ggf. erst noch als Verbundflächen anzulegen sind (insbesondere Waldverbundstrukturen in waldarmen Bereichen).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf den Abwägungsvorschlag zu StN-ID 1006083 verwiesen sowie auf die einzelnen Abwägungsvorschläge zu konkreten raumbezogenen Anregungen des Landesbüros zu den zeichnerischen Festlegungen.

1006085, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>F.2.1 Kreis Heinsberg</p> <p>HS_W1</p> <p>Neuer Vorschlag</p> <p>Ergänzung einer bestehenden Biotopverbundfläche VB-K-4803-002</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Heinsberg</p> <p>Gemeinde/Stadt: Wegberg</p> <p>Nr. DE- 4803- 301 , Name: Oberlauf der Schwalm, Schwalmbruch, Knippertz- und Mühlenbachtal</p> <p>Begründung und Ziel: Waldvernetzung 1</p> <p>Die Biotopverbundfläche VB-K-4803-001, Stufe 1 ist eines der wertvollsten FFH-Gebiete (DE-4803-301) vom Typ Fließgewässer mit naturnahen Sumpf- und Auwäldbereichen und von landesweiter Bedeutung. Ein Lückenschluss über das Verbund-Gebiet VB-K-4803-002 "Die Krapp" und Kipshover Landwehr (naturnaher Laubwald als Rest der potentiell natürlichen Vegetation; mit Laubgehölzen bestandene Landwehr als Lebensraum für Hecken- und Gebüschbrüter) und angrenzende Ackerflächen zum Verbundgebiet VB-D-4804-008 ?Buchholzer Wald und Wald bei Genholland? (altersheterogenes, alt- und totholzreiches Waldgebiet) (Mönchengladbach) stellt v.a. für anspruchsvollere, wald- und waldrandbewohnende Arten eine wichtige Vernetzung dar.</p> <p>Ziel: Vernetzung der wertvollen o.g. Verbundflächen durch Anreicherung der angrenzenden Ackerflächen mit gliedernden Landschaftselementen wie Hecken, Baumreihen und Feldgehölzen unter Einbeziehung des Ahlsbruch- und Mühlenbaches.</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Gehölz-Grünland-Acker-Komplex mit Ahlsbruch- und Mühlenbach</p> <p>Biotop-Typen:</p> <p>Lückenschluss zwischen 2-reihige Hecke der Kipshover Landwehr und dem NSG Mühlenbachtal mit Erlenbruchwäldern</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:	
--	--

Mittelspecht, Schwarzspecht, Kleinspecht, Steinkauz, Schleiereule,
Rauhautfledermaus, Großer Abendsegler, Zwergfledermaus

[s. Anhang Abb. 1006085]

Anhänge

[Abb. ID1006085.pdf](#)

1006086, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>HS_W2</p> <p>Neuer Vorschlag</p> <p>Ergänzung einer bestehenden Biotopverbundfläche VB-K-4803-004</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Heinsberg</p> <p>Gemeinde/Stadt: Wegberg</p> <p>BT-HS-00164, BT-HS-00165, BK-4803-062, BK-4803-060, BK-4803-062, BK-4803-054, Beecker Busch, Streifen ?Grüngürtel?</p> <p>Begründung und Ziel: Waldvernetzung 2</p> <p>Der Beecker Wald ist aufgrund seines Alters, Strukturreichtums, der eingestreuten Reste bodenständiger Waldgesellschaften z.T. auf nährstoffarmen Sandböden, dem Bestand alter Eichen und Buchen, seiner Bedeutung für Greifvögel, Höhlenbrüter und Fledermäuse sowie als bedeutende Arrondierungsfläche zu den Wäldern des Mühlenbachs und Schwalmtdals von hoher Bedeutung und sollte in Verbundstufe 1 hochgestuft werden. Ziel: Erhalt, Vergrößerung und Entwicklung der naturnahen Waldbereiche mit den für Höhlenbrüter wichtigen Altbäumen, Ausweisung von Altholzinseln, Arrondierung/Entwicklung des angrenzenden FFH-Gebiets, Waldvernetzung über das lineare Feldgehölz ?Grüngürtel? zum Fließgewässer Beeckbach und Waldvenetzung über den westlich anschließenden Bahndamm (BK-4803-063) zum Südast des FFH-Gebiets.</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Mischwaldgebiet mit überwiegendem Laubholzanteil, Bereiche mit Hallenbuchenwald, naturnahem Eichenwald, Altbäumen (Eichen, Buchen), z.T. gut entwickelte Krautschicht, wasserführende Senken, Teich; Gefährdung: junge Aufforstungen mit Douglasien, Entnahme von Altbäumen mit hohem Habitatwert</p> <p>Biotop-Typen:</p> <p>In Bereichen mit schutzwürdigen Biotopen BK-4803-060 (Buchenwald, (starkes Baumholz), Birken-Eichenmischwald, Eichenwald, Roteichenwald, Baumreihe (Altholz),</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

BK-4803-063 Baumgruppe/Baumreihe, Gebüsch/Strauchgruppe

Grüngürtel ohne Einstufung : Gehölzdickicht mit Teich umrandet von Rasenfläche

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:

Mittelspecht, Schwarzspecht, Kleinspecht, Eisvogel (Mühlenbach und Holtmühlenteich), Milan, Biber (Mühlenbach), Zwergfledermaus, Braunes Langohr, Breitflügelfledermaus, Abendsegler, Kleinabendsegler, Wasserfledermaus, Waldohreule, Waldkauz

[s. Anhang Abb. 1006066]

Anhänge

[Abb_ID1006086.pdf](#)

1006087, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>HS_W3</p> <p>Neuer Vorschlag</p> <p>Ergänzung bestehende Biotopverbundfläche VB-K-4803-007</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Heinsberg</p> <p>Gemeinde/Stadt: Wegberg / Erkelenz</p> <p>Fließgewässer Beeckbach durch</p> <p>BK 4803-024, BK- 4803-064, BK 4803-054, BK 4803-083, BK 4803-121, BT-HS-00305</p> <p>Begründung und Ziel: Waldvernetzung 3</p> <p>Der Beeckbach gehört zum Gewässersystem der länderübergreifend bedeutsamen Schwalm. Er ist eine elementar wichtige Vernetzungsstruktur zwischen dem Schwalm-Oberlauf/ FFH-Gebiet ?Schwalm und Nebenbäche? (DE-4803-301) und der weitgehend ausgeräumten Börden-Landschaft östlich und westlich von Erkelenz.</p> <p>Ziel der Ergänzung ist im Bereich der Börde die Schaffung einer funktionsfähigen Vernetzung durch flächenmäßige Verbreiterung von bewuchsarmen bzw. -freien Abschnitten (? Breite 30 Meter pro Seite) und die Herstellung von partiellen Baum-/Heckenstrukturen, vorgelagerten Wildkrautsäumen und extensiven Wiesen. Im Bereich des Stadtgebiets von Wegberg sollte der Auwald-Charakter des Beeckbaches, der in Relikten noch erhalten ist, durch die Ergänzung bzw. Neuschaffung von wasserführenden Bereichen verbessert sowie Altbäume konsequent geschützt werden. Im Bereich von Schwalm und Beeckbach sind Erweiterungen von Renaturierungsflächen geplant.</p> <p>Mit der angestrebten Schutzkategorie und den aufgezeigten Maßnahmen werden zahlreiche gefährdete Wald- und Waldrandarten der Fauna, aber auch Arten des angrenzenden Offenlandes (in der Börde) gefördert. Zudem wird ein Lückenschluss von Erkelenz ausgehend über bestehende Biotope zum Biotopnetz Naturpark Meinweg und damit der genetische Austausch gewährleistet.</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

Fließgewässer in unterschiedlicher Ausprägung mit kleinflächig begleitendem Erlenwald, Birken-Eichenwald, Erlen-Sumpfwald Relikt (im Stadtgebiet Wegberg), Feldgehölzen, linearen Strukturen aus Bäumen und Hecken, Wildkrautsäumen, vereinzelt Vorkommen von Lichtnelke und Heidenelke, Regenrückhaltebecken z.T. mit naturnahen Uferbereichen (Isengraben), weiträumige Ackerflächen.

Biotop-Typen:

Tieflandbach, im südlichen Stadtgebiet Wegberg: Schwarzerlenmischwald mit heimischen Laubbaumarten, Teich, Eichenwald, Birken-Eichenmischwald, Hybrid-Pappelwald, Park/Grünanlage, außerhalb ab Moorshoven bis Oerath: u.a. siehe BK-4803-024

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:

Verschiedene Fledermausarten, Eisvogel, Zwergtaucher, Bluthänfling, Mehlschalbe, Rauchschwalbe, Teichhuhn, Teichrohrsänger (Rückhaltebecken Isengraben), Kreuzkröte, Waldkauz, Wiesenweihe, Sperber, Uhu, Gebirgsstelze, angrenzendes Offenland: Kiebitz, Feldlerche, Wiesenschafstelze

[s. Anhang Abb. 1006087]

Anhänge

[Abb_ID1006087.pdf](#)

1006088, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>HS_W4</p> <p>Neuer Vorschlag</p> <p>Ergänzung einer bestehenden Biotopverbundfläche VK-4803-004</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Heinsberg</p> <p>Gemeinde/Stadt: Wegberg</p> <p>Nr. BK-4803-106, , Name: Klinkumer Busch</p> <p>Begründung und Ziel: Waldvernetzung 4</p> <p>Verbreiterung des linearen Gehölz- und Saumbiotops (BK-4803-106 Bahnstrecke östlich Dahl-heim) rechts und links entlang der Bahnlinie und des künftigen Radschnellweges Wegberg / Wegberg-Dalheim unter Einbeziehung des Klinkumer Waldes zur Waldvernetzung Richtung Naturpark Meinweg.</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Baumbestand mit Stieleiche, Bergahorn, Süßkirsche, Weiden, Holunder etc. auf wechselnd steilen und flachen Böschungen, Altgrasstreifen und Wildkrautsäume entlang einspuriger Bahnlinie, teilweise durch Wald führend (Klinkumer Wald / Dalheimer Wald)</p> <p>Biotop-Typen: (wenn bekannt)</p> <p>Biotopverbund zwischen Schwalmniederung und Kiefernwälder auf Flugsand im Westen</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:</p> <p>Mittelspecht, Schwarzspecht, Kuckuck, Fichtenkreuzschnabel, Waldlaubsänger, Nachtigall, Zwergfledermaus, Braunes Langohr,</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006088]</p> <p>Anhänge</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1006089, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>HS_W5</p> <p>Neuer Vorschlag</p> <p>Ergänzung einer bestehenden Biotopverbundfläche VB-K-4803-012</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Heinsberg</p> <p>Gemeinde/Stadt: Erkelenz</p> <p>Nr. (bei bestehender Verbund-Fläche), Name: Grünzüge um Neu- Borschemich, Neu- Keyenberg, Neu- Kuckum , BK-4904-007, BK-4904-008, BK-4904-032, Bk-4904-017 (Wockerather Fliess)</p> <p>Begründung und Ziel: Waldvernetzung 5</p> <p>Schaffung einer Waldvernetzung anhand vorhandener Grünzüge Richtung Süden Erkelenz und Tagebaukante bei Kaulhausen, Anbindung an Tagebaugrünzug und Vernetzung nach Süden Richtung Wannenbuschgraben, Ziel: Verbindungsallee, Heckenstrukturen und Gehölzsäume für Tierwanderungen, Abgrenzung zum Offenland</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Neu gepflanzte Grünzüge um umgesiedelte Tagebau-Dörfer im Bereich Erkelenz, weiterführend zu strukturreichen Grünbereichen um Dörfer mit Obstbaumweiden, Gärten, Fließen und Gräben mit Gehölzstrukturen, Feldgehölzen</p> <p>Biotop-Typen:</p> <p>Biotopverbund Bördendörfer und Fließe westlich Erkelenz</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:</p> <p>Rund um Neu Keyenberg, Neu ? Kuckum, Neu- Borschemich: Feldlerche, Rebhuhn, Wachtel, Wiesenschatstelze, Stieglitz, Turmfalke, Zwergfledermaus, Großes Langohr, Braunes Langohr</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006088]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

Anhänge	
----------------	--

Abb_ID1006089.pdf	
-----------------------------------	--

1006090, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>HS_W6</p> <p>Neuer Vorschlag</p> <p>Ergänzung einer bestehenden Biotopverbundfläche VB-K-4904-007</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Heinsberg</p> <p>Gemeinde/Stadt: Erkelenz</p> <p>Nr. HS-26, BK-4903-054, BK-4903-061, BK-4903-062, BK-4903-098, BK- 4903-901, BK-4903-078, BK-4903-080, BK-4904-081, BK-4903-033 Name: NSG Obere Ruraue, NSG Scherresbruch, Wannenbuschgraben</p> <p>Begründung und Ziel: Waldvernetzung 6</p> <p>Schaffung einer Wald- Biotopvernetzung in Ost- West- Richtung ausgehend vom NSG Obere Ruraue über das NSG Scherresbruch entlang der Waldflächen des Wannenbuschgrabens mit Lückenschluss zum künftigen Tagebaurand. In die Planung einzubeziehen ist der neue Bürgerwald Erkelenz.</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Fließgewässer mit Begleitgrün, Restwaldflächen verschiedener Biotoptypen, Feldgehölze und Grünlandflächen, teilweise Hanglage, Stillgewässer, Tümpel</p> <p>Biotop-Typen:</p> <p>Pappelwald, Birken-/Eichenwälder z.T mit Hasenglöckchen, naturnahe Laubwälder aus Eiche, Birke, Buche und Ahorn, Auwaldrelikte, Stillgewässer</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten: Kiebitz, Wiesenschafstelze, Turteltaube, Gelbspötter, Schwarzkehlchen, Kleinspecht, Wiesenweihe, Rotmilan, Überwinterungsquartier für Goldammer bis zu 100 Tiere</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006090]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006090.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1006091, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>HS_W7</p> <p>Neuer Vorschlag</p> <p>Ergänzung einer bestehenden Biotopverbundfläche VB-K-4903-011</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Heinsberg</p> <p>Gemeinde/Stadt: Erkelenz</p> <p>Nr. BK-4903-901, BK-4903-900, BK-4903-071, BK-4904-006, Name: Scherresbruch und Haberber Busch, Nysterbach (übergreifend nach Düren)</p> <p>Begründung und Ziel: Waldvernetzung 7</p> <p>Waldvernetzung entlang des Nysterbaches anhand vorhandener Grünzüge zwecks Möglichkeit der Tierwanderung mit neu zu schaffendem Anschluss als Trittsteinbiotop in Form von breiter Gehölzstrukturen, Hecken und Wildkrautsaum nach Süden in den Raum Jülich- Düren mit mindestens 50m Breite</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Wäldchen, Baum ? und Krautsäume entlang des Nysterbaches Richtung Holzweiler, neu zu schaffende Gehölzstrukturen und Begleitgrünflächen nach Süden über Kleinbouslar, Ralshoven nach Münz mit Anschluss an den Malefinkbach</p> <p>Biotop-Typen: (wenn bekannt)</p> <p>Fließgewässer, Ackerflächen, strukturreiche Grünbereiche um Dörfer und Höfe mit Hecken, Obstbaumweiden, Feldgehölzen</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:</p> <p>Kiebitz, Wachtel, Rebhuhn, Zwergfledermaus, Flughautfledermaus, Kleinabendsegler, Breitflügelfledermaus, Braunes Langohr, Wimpernfledermaus (nachgewiesen 2020 südlich Lövenich), Wasserfledermaus</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006091]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

Anhänge[Abb_ID1006091.pdf](#)

1006092, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>HS_W8</p> <p>Neuer Vorschlag</p> <p>Ergänzung einer bestehenden Biotopverbundfläche VB-K-4903-017</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Heinsberg</p> <p>Gemeinde/Stadt: Erkelenz</p> <p>Nr. BK-4904-100, VB-K-4903-017, AL-HS-0023, BK-4904-015, AL-HS-006, AL-HS-0067, AL-HS-0066, BK-4904-0006 , Name:</p> <p>Begründung und Ziel: Waldvernetzung 8</p> <p>Neu zu schaffender Waldnetzverbund Nord-Süd entlang des Tagebaurandes mit Anschluss nach Westen zum Wannenbusch- Waldnetz zur Tierwanderung, Wiederaufforstung von Alleen, Befestigung des Tagebaurandes durch Bewaldung, Schaffung von Erholungszonen. Ausgehend von der Niersniederung bei Wanlo über Feldflächen, strukturreiches Grün um Lützerath und Alleen bei Holzweiler soll der Verbund über Felder zur ehemaligen Bahntrasse Jackerath-Titz geführt werden</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Ausgeräumte Tagebaurandflächen</p> <p>Biotop-Typen:</p> <p>Niersbach mit Grün, Ackerfläche, Linden-Alleen/ Berg-Ahorn-Alleen, Birken-Alleen, bei Lützerath Feldgehölze, Obstweiden, Pappelreihen</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:</p> <p>Förderung und Wiederansiedlung von Höhlen- und Heckenbrütern</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006092]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006092.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

Inhalt

HS_W9 Verbund Rodebach-Teverener Heide (Wasser-Wald-Grünland)

Ergänzung einer bestehenden Biotopverbundfläche

Kernfläche des Naturschutzes für das Rheinische Revier

Kreis: Heinsberg

Gemeinde/Stadt: Selfkant, Gangelt, Geilenkirchen und Übach-Palenberg

Nr. (bei bestehender Verbund-Fläche): enthält zahlreiche bestehende Verbund- und BK-Flächen, verbindet die Stufe I-Flächen VB-K-4901-004 und VB-K-5002-008

Begründung und Ziel:

Schaffung eines Biotopverbundsystems entlang der niederländischen Grenze von NSG Eiländchen im Norden über die NSGe Hohbruch, Tüdderner Fenn, Rodebachtal-Niederbusch bis zum NSG Teverener Heide. Einbindung von Waldflächen, Grünlandbereichen, Kleingewässern und Heidebiotopen insbesondere zur Ausbreitung des im Norden bereits vorhandenen Laubfrosches.

Als Besonderheit ist hier die Lage an der Staatsgrenze zu erwähnen. Viele Grünstrukturen setzen sich jenseits der Grenze fort in Wäldern, (renaturierten) Gewässern und anderen Schutzgebieten (Naturpark Rodebach-Rode Beek zwischen Gangelt und Schinveld, FFH Gebiet Brunssumer Heide südwestlich der Teverener Heide). Besonders wichtig erscheint ein starker Biotopverbund südwestlich von Selfkant-Tüddern, wo große niederländische Wohn- und Gewerbegebiete fast bis an Grenze und Rodebach heranreichen und auf deutscher Seite gleich Tüddern beginnt.

Kurzbeschreibung der Fläche:

Es handelt sich i.W. um kleinere Waldflächen, die Niederungen des Rodebachs sowie begleitendes Grünland. Teilweise sind auch Ackerflächen enthalten, die nicht zwangsweise völlig umgenutzt werden müssen, aber ein Verbundkorridor ist durchgängig zu entwickeln.

Etliche Flächen wurden inzwischen renaturiert (Rodebach bei Wehr, weitere Renaturierungen geplant, ehemalige ?Löwensafari? bei Tüddern).

Biotop-Typen: (wenn bekannt)

Siehe NSG-Ausweisungen und FFH-Meldebögen (NSG/FFH-Gebiet Teverener Heide)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten: (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW)

Amphibien: Laubfrosch (NSG Eiländchen), Kammolch (NSG Tev. Heide und angrenzende nl. Flächen), Kreuzkreuzkröte

Reptilien: Zauneidechse und Schlingnatter (beide NSG Teverener Heide)

Vögel: Steinkauz-Schwerpunktorkommen, Waldschnepfe, Bekassine, Kiebitz, Neuntöter (mind. 8 Brutreviere)

Säugetiere: Biber (mehrere Reviere am Rodebach), Baummarder, Iltis, Fischotter (Ansiedlung und Ausbreitung von den Niederlanden zu erwarten, aktuelle Nachweis bei Sittard), Wildkatze & Haselmaus (Ansiedlung und Ausbreitung von Süden zu erwarten), Wimperfledermaus (zahlreiche Quartiere; etwa 2 km nördlich des NSG Eiländchen liegt die wichtigste bekannte Wochenstube der FFH-Anh. II-Art (Abtei Lilbosch, Koningsbosch, NL Limburg, jagende Tier von dort an Rode- und Saefelbach [Telemetriestudie]), Graues Langohr, Bechsteinfledermaus (Einwanderung aus dem Kreis Düren und/oder nl. Limburg zu erwarten), Breitflügelfledermaus (Wochenstube 2021 am NSG Hohbruch)

[s. Anhang Abb. 1006093]

Anhänge

[Abb_ID1006093.pdf](#)

Inhalt

HS_W10 Waldkorridor Wurm

Ergänzung bestehender Biotopverbundflächen

Kernfläche des Naturschutzes für das Rheinische Revier

Kreis: Heinsberg

Gemeinde/Stadt: Hückelhoven, Heinsberg, Geilenkirchen und Übach-Palenberg

Nr. (bei bestehender Verbund-Fläche): enthält zahlreiche bestehende Verbund- und BK-Flächen; beinhaltet die bisherigen Stufe II-Flächen VB-K-5002-013, VB-K-5002-014, VB-K-5002-024, VB-K-5002-026, VB-K-5002-101, VB-K-4903-008, VB-K-4903-010 und VB-K-4903-029 und verbindet die Stufe I-Flächen VB-K-5002-014, VB-K-4802-010, VB-K-4903-024 und VB-K-4903-012.

Begründung und Ziel:

Schaffung einer Biotopverbundachse von der unteren Rur entlang der Wurm bis in die Städteregion Aachen als Wanderkorridor aus der Eifel ins Flachland insb. für Wildkatze, Haselmaus etc. sowie Entwicklung eines durchgehenden Grünland-Gehölz-Korridors in der durch Ackerbau geprägten Wurm-Auenlandschaft. Vernetzung der gewässerbegleitenden Wälder und Gehölze mit benachbart liegenden Wäldern (z.B. Leerodter Wald)

Besonders wichtig erscheint ein starker Biotopverbund im Osten von Geilenkirchen, da durch die Innenstadt Wurm (Unterführung!) und Ufer völlig getrennt werden, was für viele Arten als Barriere wirkt.

Kurzbeschreibung der Fläche:

Es handelt sich i.W. um kleinere Waldflächen entlang der Fließgewässer, teilweise auch um mittelgroße Waldflächen. Teilweise sind auch Grünland- und Ackerflächen enthalten, die nicht zwangsweise umgenutzt werden müssen. Aber ein Korridor darin sollte aufgeforstet werden.

Biotop-Typen: (wenn bekannt)

Erlenwälder, Eichen-Buchen-Hangwälder, Grünland, Kiesgruben-Flächen, Acker

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten: (falls bekannt, z.B. Rote

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.

Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW)

Biber (Wurm und Rur durchgehend besiedelt, auch an Schloss Trips und im Naherholungsgebiet Übach-Palenberg), Haselmaus (Ansiedlung und Ausbreitung zu erwarten), Wildkatze (Ausbreitung aus der Eifel zu erwarten) Wimperfledermaus (mehrere Quartiere in W10 in Hückelhoven, Heinsberg und Geilenkirchen), Graues Langohr, Kleine Bartfledermaus (Winterquartiere an der Wurm bei Geilenkirchen), Breitflügelfledermaus (Verdacht auf Wochenstube in Geilenkirchen), Nachtigall, Pirol, Kammolch, Kreuzkröte (in Abgrabungen), Dunkler Wiesenknopf-Ameisenbläuling (Unterlauf von Wurm und Rur sowie mehreren Gräben).

[s. Anhang Abb. 1006094]

Anhänge

[Abb_ID1006094.pdf](#)

1006095, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>HS_W11 Verbund ?Kitschbach? (Wasser-Wald-Grünland)</p> <p>Ergänzung einer bestehenden Biotopverbundfläche</p> <p>Kernfläche des Naturschutzes für das Rheinische Revier</p> <p>Kreis: Heinsberg</p> <p>Gemeinde/Stadt: Waldfeucht, Heinsberg</p> <p>Nr. (bei bestehender Verbund-Fläche): enthält zahlreiche bestehende Verbund- und BK-Flächen, verbindet die Stufe II-Flächen VB-K-4802-012, VB-K-4901-001, VB-K-4802-101, die Stufe I-Flächen VB-K-4802-013 und VB-K-4902-012 mit der unteren Ruraue (VB-K-4802-010)</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Schaffung eines Biotopverbundsystems insbesondere für Feuchtgebiets-Arten zwischen Rurtal und NSG Kitscher Bruch sowie dem NSG ?Lago Laprello? über den Kitschbach bis zum Ortsrand von Waldfeucht.</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Feuchtwaldflächen und der ehemalige Baggersee (beides als NSG geschützt) stehen über Bachläufe und Grünlandflächen in Kontakt.</p> <p>Biotop-Typen: (wenn bekannt)</p> <p>Erlenbruchwald, Eichenwälder, Feuchtgrünland, Bachläufe, ehemaliger Abgrabungssee</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten: (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW)</p> <p>Kammolch, Kiebitz, Biber, Fischotter (<i>Ansiedlung und Ausbreitung von den Niederlanden zu erwarten, erste Nachweise liegen vor</i>), Wildkatze & Haselmaus (<i>Ansiedlung und Ausbreitung von Süden zu erwarten</i>), Wimperfledermaus (<i>bedeutender Lebensraum nach Telemetriestudie</i>)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006095]</p> <p>Anhänge</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1006096, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>HS_A12 Ackerflächen Verbund ?Wehr & Hillensberg?</p> <p>Kernfläche des Naturschutzes für das Rheinische Revier</p> <p>Kreis: Heinsberg</p> <p>Gemeinde/Stadt: Selfkant</p> <p>Nr. (bei bestehender Verbund-Fläche): enthält die bisherigen Stufe II-Flächen VB-K-4901-009 und VB-K-4901-011</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Schaffung eines Agrar-Schutzgebietes insbesondere für den Feldhamster im Anschluss an niederländische Vorkommen.</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Überwiegend Acker mit eingestreuten Feldgehölzen und am Ortsrand kleinflächig Streuobstbeständen</p> <p>Biotop-Typen: (wenn bekannt)</p> <p>Vorwiegend Ackerland</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten: (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW)</p> <p>Feldhamster ? aktuelle Vorkommen dokumentiert, insb. aber Anbindung an niederländische Kernvorkommen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006096]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006096.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1006097, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>HS_A13</p> <p>Neuer Vorschlag</p> <p>Ergänzung einer bestehenden Biotopverbundfläche VK-4803-001</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Heinsberg Gemeinde/Stadt: Wegberg</p> <p>Nr. BK- 4803-032 , Name: Brunbecker Graben und umliegende Ackerfluren</p> <p>Offenlandgroßfläche zwischen L 364, Ortsteilen Petersholz- Bischofhütte- Klinkum-Bissen- Watern</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Neuschaffung des Biotopschutzes zur dauerhaften Etablierung der vorhandenen Kiebitz- und Feldlerchenbrutplätze , eventuell Rückkehr der Grauammer (Bischofshütte)</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Großflächige Ackerfluren mit Gehölzstreifen, angrenzenden Waldflächen mit Teichen und Obstwiesen, vorhandene Ausgleichsflächen zum Kiebitzschutz</p> <p>Biotop-Typen:</p> <p>Ackerflächen, Wald, Erlenbruch</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:</p> <p>Kiebitz (> 25 Brutplätze 2021), Feldlerche, Rebhuhn, Rotmilan, Turmfalke, Wiesenschafstelze, Wachtel, Schleiereule, Steinkauz, Kreuzkröte, Abendsegler, Kleinabendsegler, Zwergfledermaus, Wasserfledermaus, Rauhautfledermaus, Fransenfledermaus, Breitflügelfledermaus, Braunes Langohr, Wimperfledermaus</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006096]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006097.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1006098, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>HS_A14</p> <p>Neuer Vorschlag</p> <p>Ergänzung einer bestehenden Biotopverbundfläche</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Heinsberg</p> <p>Gemeinde/Stadt: Wegberg + Erkelenz</p> <p>Nr. (bei bestehender Verbund-Fläche), Name: Fläche zwischen Wegberg-Holtum, L3, Beeckbach, Flassenberg und Kehrbusch</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Offenlandflächen zur Sicherung von Kiebitzbrutplätzen und anderen Offenlandarten</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Ackerlandflächen</p> <p>Biotop-Typen:</p> <p>Ackerflächen</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:</p> <p>Kiebitzbrutplätze (ca.10), Feldlerche, Rebhuhn</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006098]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006098.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1006099, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>HS_A15</p> <p>Neuer Vorschlag</p> <p>Ergänzung einer bestehenden Biotopverbundfläche bei VK-4903-001</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Heinsberg</p> <p>Gemeinde/Stadt: Erkelenz</p> <p>Nr. (bei bestehender Verbund-Fläche), Name: Fläche zwischen Erkelenz Matzerath, K31, L364 und L227 bei Houverath</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Offenlandfläche als Sicherung für vorhandene Kiebitzbrutplätze und andere Offenlandarten</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Ackerflächen</p> <p>Biotop-Typen:</p> <p>Ackerland</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten: Kiebitz (13 Bruten in 2021), Feldlerche, Rebhuhn</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006098]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006099.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1006100, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>HS_A16</p> <p>Neuer Vorschlag</p> <p>Ergänzung einer bestehenden Biotopverbundfläche VB-K-4902-005</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Heinsberg</p> <p>Gemeinde/Stadt: Heinsberg- Randerath</p> <p>Nr. (bei bestehender Verbund-Fläche), Name:</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Schutzflächen für Kiebitzbrutflächen</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Ackerflächen östlich von Berg bis zur Randerather Strasse und nördlich von Hoven</p> <p>Biotop-Typen: (wenn bekannt)</p> <p>Ackerflächen</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:</p> <p>Kiebitzbrutplätze mit mehr als 15 Gelegen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006100]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006100.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1006101, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>HS_A17</p> <p>Neuer Vorschlag</p> <p>Ergänzung einer bestehenden Biotopverbundfläche VB-K-4902-005</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Heinsberg</p> <p>Gemeinde/Stadt: Heinsberg- Boverath</p> <p>Nr. (bei bestehender Verbund-Fläche), Name: Boverer Schlack</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Schutz der Ackerflächen als Erhalt der Kiebitzbrutquartiere</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Ackerflächen zwischen der Ortschaft Boverath, der L227 und dem Wirtschaftsweg Höhe Uetterath zwischen der A 46 und der L227</p> <p>Biotop-Typen:</p> <p>Ackerflächen</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:</p> <p>Kiebitzgelege mehr als 15</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006101]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006101.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1006102, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>HS_18</p> <p>Neuer Vorschlag</p> <p>Ergänzung einer bestehenden Biotopverbundfläche VK-4802-006</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Heinsberg</p> <p>Gemeinde/Stadt: Wassenberg</p> <p>Nr. BK-4802-0086, BK-4802-0104, Name: Ophovener Seen</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Schutz von Brut- und Rastplätzen geschützter Arten</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>ehemalige Auskiesungsflächen als Seenflächen mit angrenzenden Ackerfluren, Hecken und Gehölzen</p> <p>Biotop-Typen: (wenn bekannt)</p> <p>Nassabgrabungsgewässer mit Röhrichtsäumen und Erlenaufwuchs, abgeschildert mit Hecke und Gehölzstreifen nach außen</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten:</p> <p>Brutquartiere u.a. von: Rebhuhn, Kiebitz, Kuckuck, Star, Bluthänfling, Flussregenpfeifer und Feldsperling</p> <p>Rastquartier/ Winterquartier u.a.für: Knäkente, Steinschmätzer, Bekassine, Spießente, Flussuferläufer, Rotschenkel, Wiesenpieper, Wiesenweihe, Krickente, Löffelente, Pfeifente, Tafelente, Weißstorch, Wespenbussard</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006102]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006102.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

Inhalt

HS_19

Neuer Vorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung und beinhaltet mehrere Stufe II-Flächen

Kreis: Kreis Heinsberg, Städteregion Aachen

Gemeinde/Stadt: Geilenkirchen, Baesweiler

Name: Beeckfließ

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Bachlauf, meist begradigt mit gemähten Seitenrändern, teils dorfnah
Streuobstbestände mit Grünland, einige Laubwald-Feldgehölze

Kurzbeschreibung der Fläche:

Meist ausgebauter und begradigter Tieflandsbach in der weitgehend ausgeräumten Bördelandschaft. Der Bach durchfließt mehrere Dörfer und ist dort teils an ortsnahe Grünland und Streuobst angebunden. Die Ufer sind weitgehend gehölzfrei.

Begründung und Ziel:

Renaturierung des Bachlaufes ? je nach Umfeld ? und Entwicklung eines gehölzbestandenen Verbundkorridors von der Wurm bei Randerath zur Halde Carl-Alexander insbesondere für wald-bewohende und gehölzstrukturgebundene Tierarten. Der Biotopverbundkorridor hat eine Länge von ~ 13 km mit vergleichsweise wenig Trittsteinen. Er ist aber für die Anbindung des Bereichs um Baesweiler von entscheidender Bedeutung.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Zu entwickelnder Wanderkorridor für Biber, Haselmaus, Wald-Fledermausarten

[s. Anhang Abb. 1006103]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen

Anhänge[Abb_ID1006103.pdf](#)

Inhalt

F.2.2 Rhein-Erft-Kreis

ERF_1

Neuer Vorschlag:

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche: VB-K-5105-010

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Rhein-Erft-Kreis

Gemeinde/Stadt: Kerpen

Name: untere Neffelbachaue

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Bach, oft in besiedeltem Raum

Kurzbeschreibung der Fläche:

Neffelbach vom Nörvenicher Wald bis zur Erft durchfließt grossteils Siedlungsräume

Begründung und Ziel:

Entwicklung einer Verbundstruktur für bodenbewohnende Tiere, wie Wildkatze, Biber, Haselmaus, Baummarder von den Waldgebieten bei Nideggen und Heimbach über die obere Neffelbachaue und den Nörvenicher Wald bis zur Erft (über A 61-Grünbrücke) und den Bürgewäldern (bis Dickbusch und Lörsfelder Wald). Kern des Biotopverbunds für Wald- und Bach-Tiere von der Erft bis zur Rureifel.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Ausbreitungskorridor für Wildkatze, Biber, Haselmaus, Bechsteinfledermaus

[s. Anhang Abb. 1006104]

Anhänge

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Inhalt

ERF_2

Neuer Vorschlag: x - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

enthält die bisherigen Stufe II-Flächen VB-K-5105-017, VB-K-5105-111, VB-K-5105-112

Kreis: Rhein-Erft-Kreis

Gemeinde/Stadt: Kerpen

Name: Biotopverbund Steinheide-Dickbusch-Forster Wald

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Alter Eichen-Hainbuchenwald, Aufforstungen, baumbeständiges Grünland, Kiesgrube

Kurzbeschreibung der Fläche:

Verbundflächen zwischen den Stufe I-Flächen Steinheide und Dickbusch unter Einschluss des Altwaldes bei Haus Forst, der noch betriebenen Kiesgrube sowie der bereits umgesetzten Artenschutzmaßnahmen (Wald-Aufforstungen, Einzelbäume im Grünland) im Zuge des Kernkonzeptes zum Schutz der Fledermäuse am Tagebau Hambach.

Begründung und Ziel:

Erhaltung und Optimierung bereits bestehender Verbundstrukturen insbesondere für Fledermäuse, Wildkatze und andere Waldarten von den Bürgewäldern über die A4-Grünbrücke via Dickbusch und Lörsfelder Busch über die A 61-Grünbrücke bis zur Erft. Kern des Biotopverbundsystems.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Wichtiges Nahrungshabitat für Bechsteinfledermaus und Große Bartfledermaus im

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Forster Wald; Ausbreitungskorridor für Wildkatze, Biber, Haselmaus, Bechsteinfledermaus; Kreuzkröte in der Kiesgrube.

[s. Anhang Abb. 1006105]

Anhänge

[Abb_ID1006105.pdf](#)

Inhalt

ERF_3

Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag für die bisherigen Stufe II-Flächen
VB-K-5005-005 & VB-K-5005-003

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Rhein-Erft-Kreis

Gemeinde/Stadt: Elsdorf, Bergheim, Kerpen

Name: Biotopverbund Steinheide - Manheimer Fließ - Wiebach

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Begradigte, oft Gehölz-bestandene Bäche durchfließen meist Ackerland, einzelne Laubgehölze, Aufforstungen, baumbestandenes Grünland, recht gut strukturiertes Stillgewässer östl. Berrendorf

Kurzbeschreibung der Fläche:

Verbundflächen zwischen den Stufe I-Flächen Steinheide und der Erftaue entlang von Wiebach und Manheimer Fließ: die Bachläufe durchfließen Ackerland; nördlich der Steinheide bereits umgesetzten Artenschutzmaßnahmen (Wald-Aufforstungen, Einzelbäume im Grünland) im Zuge des Ostkonzeptes zum Schutz der Fledermäuse am Tagebau Hambach.

Die in etlichen Jahrzehnten geplante Ablaufrinne des Tagebaus Hambach steht dem Schutzzweck wegen der erst sehr langfristigen Anlage nicht entgegen.

Begründung und Ziel:

Erhaltung und Optimierung bereits bestehender Verbundstrukturen insbesondere für Fledermäuse, Wildkatze und andere Waldarten von den Bürgewäldern zur Erft über die zu entwickelnden Fließgewässer Wiebach und Manheimer Fließ, deren Renaturierung und Grünland-Gehölz-Mantel-Entwicklung. Erhaltung des insg. offenen Charakters insb. um das gut entwickelte Stillgewässer. Kern des Biotopverbundsystems.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Zukünftig bedeutsamer Ausbreitungskorridor für Wildkatze, Biber, Haselmaus. Am Stillgewässer: Kiebitz, Schwarzkehlchen, Zwergtaucher, Teichhuhn, Flußregenpfeifer (BV); Bekassine, diverse Schwimmenten, Goldregenpfeifer, diverse Wasserläufer (DZ). Bechsteinfledermaus (bereits heute wichtiges Nahrungshabitat).

[s. Anhang Abb. 1006106]

Anhänge

[Abb_ID1006106.pdf](#)

Inhalt

ERF_4

Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag für die bisherigen Stufe II-Flächen
VB-K-5005-003, VB-K-5005-004 & VB-K-5005-005

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Rhein-Erft-Kreis, Düren

Gemeinde/Stadt: Elsdorf, Niederzier

Name: Biotopverbund Ostkonzept Tagebau Hambach

Biotop-Typen (wenn bekannt):

einzelne Laubgehölze, Aufforstungen, baumbeständenes Grünland

Kurzbeschreibung der Fläche:

Verbundflächen zwischen den Stufe I-Flächen Steinheide und Sophienhöhe entlang entlang der Ostgrenze des Tagebaus Hambach mit bereits umgesetzten Artenschutzmaßnahmen (Wald-Aufforstungen, Einzelbäume im Grünland) im Zuge des Ostkonzeptes zum Schutz der Fledermäuse am Tagebau Hambach. Anbindung an die Erftaue auch über die ehemalige Banddtrasse im Norden bei Tollhausen.

Begründung und Ziel:

Erhaltung und Optimierung bereits bestehender Verbundstrukturen insbesondere für Fledermäuse, Wildkatze und andere Waldarten am Ostrand des Tagebaus Hambach und zur Erft. Einbindung der vorgeschlagenen Verbundstruktur DN_18.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Zukünftig bedeutsamer Ausbreitungskorridor für Wildkatze, Biber, Haselmaus, Bechsteinfledermaus; Entlang der Bandtrasse Schwarzkehlchen, Feldschwirl, Heidelerche, Turteltaube, Nachtigall.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

[s. Anhang Abb. 1006107]

Anhänge

[Abb_ID1006107.pdf](#)

Inhalt

ERF_5

Neuer Vorschlag: x - oder -

Beinhaltet die Stufe I-Fläche VB-K-5105-106

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Rhein-Erft-Kreis, Düren

Gemeinde/Stadt: Merzenich, Kerpen

Name: Kernfläche des Hambacher Wald und Biotopverbund zum Merzenicher Erbwald

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Altwald aus Eichen u. Hainbuchen (Stellario-Carpinetum), Kiesgrube, Birken-Weiden-Vorwald, Ackerland

Kurzbeschreibung der Fläche:

Rest-Altwald-Flächen des Hambacher Waldes mit nördlich angrenzendem kahlgeschlagenen, aber natürlichem Waldboden bis zum Tagebaurand, südliche Abgrabungen mit Vorwald als Initial zukünftiger Laubwälder sowie Ackerland als Verbundflächen zum Merzenicher Erbwald.

Begründung und Ziel:

Erhaltung und Optimierung der Altwälder, sowie Einbindung und Entwicklung der bestehenden Abgrabungen und des SW-lich vorgelagerten ?Vogelsanger Wäldchens? in den Waldkomplex. Schaffung von Wald-Verbundstrukturen insbesondere für Fledermäuse, Wildkatze und andere Waldarten nach Westen zum Merzenicher Erbwald.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Bechsteinfledermaus, Große Bartfledermaus, Kleinabendsegler, Haselmaus,

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Baummarder, Mittelspecht, Kleinspecht. Zukünftig bedeutsamer Ausbreitungskorridor für Wildkatze, etc.

[s. Anhang Abb. 1006108]

Anhänge

[Abb_ID1006108.pdf](#)

Inhalt

ERF_6

Neuer Vorschlag: x - oder -

Verbindet die bisherigen Stufe I-Flächen VB-K-5105-106 und VB-K-5105-110

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Rhein-Erft-Kreis

Gemeinde/Stadt: Kerpen

Name: Verbundfläche zwischen Hambacher Wald und Steinheide

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Vorwiegend Ackerland, devastiertes Dorf, Abgrabungen, kleiner Eichen-Hainbuchen-Altwald am N-Rand von Mannheim, Gehölzreihen an Manheimer Fließ und alter A4.

Kurzbeschreibung der Fläche:

Auszubauende Verbundstrukturen zwischen Hambacher Wald und Steinheide. Restwald nördlich Mannheim, Gehölzreihen an der alten A4 und dem Manheimer Fließ haben bereits aktuelle Bedeutung als Verbundstruktur insb. für Bechsteinfledermaus. Zusätzlich Schaffung einer weiteren Wald-Verbundstruktur an der neuen A4.

Begründung und Ziel:

Schaffung von Biotopverbundstrukturen zwischen Hambacher Wald und Steinheide unter Erhaltung und Optimierung der vorhandenen Gehölzstrukturen insbesondere für waldbewohnende Arten.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Bechsteinfledermaus, Große Bartfledermaus, Haselmaus, Baumratter, zukünftig bedeutsamer Ausbreitungskorridor für Wildkatze, etc.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

[s. Anhang Abb. 1006109]

Anhänge

[Abb_ID1006109.pdf](#)

Inhalt

ERF_7

Neuer Vorschlag: x - oder -

Stufe I-Flächen VB-K-5107-104

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Rhein-Erft-Kreis

Gemeinde/Stadt: Brühl

Name: Ententeich und weitere Waldflächen südlich der A 553

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Buchenwald auf natürlichem Boden, gut strukturierter Restsee, Flachwasser-Röhrichtzone, Bruchwald.

Kurzbeschreibung der Fläche:

Waldteich mit sehr gut strukturierter Flachwasser-, Ufer- und Bruchwald-Zone und östl. angrenzend Buchenwald auf unverritztem Boden; südlich der Autobahn weitere Waldflächen.

Begründung und Ziel:

Erhaltung des NSG ?Ententeich? als wertvoller Biotopkomplex mit mehreren gesetzlich geschützten Biotoptypen. Eine Bebauung des Bereiches ist von der Stadt Brühl nicht mehr geplant; ergo sollte die Erhaltung der bestehenden ökologischen Werte durch BSN-Darstellung erfolgen.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Springfrosch, Wasservogel, Teichrohrsänger, zahlreiche weitere Rote Liste-Arten der Gewässer und Feuchtgebiet

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

[s. Anhang Abb. 1006110]

Anhänge

[Abb_ID1006110.pdf](#)

Inhalt

ERF_8

Neuer Vorschlag: - oder -

Hochstufung der bisherigen Stufe II-Fläche VB-K-4904-010

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Rhein-Erft-Kreis

Gemeinde/Stadt: Bedburg

Name: Königshovener Mulde und Hohenholzer Graben

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Vorwiegend Eichen-Buchenwald, auch Auwald und Mager-Grünland auf rekultiviertem Tagebau

Kurzbeschreibung der Fläche:

Bachtal-artige Rekultivierungsflächen mit Laubmischwald an den Hängen und Magergrünland mit hoher Artenvielfalt.

Begründung und Ziel:

Erhaltung und Pflege von artenreichen Grünland und gut entwickeltem Laubwald mit hoher Artenvielfalt und zahlreichen Rote Liste-Pflanzenarten in Anbindung an die Erft.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Grünland: *Anacamptis pyramidalis*, *Dactylorhiza majalis*, *Dactylorhiza praetermissa*, *Himantoglossum hircinum*, *Gymnadenia conopsea*, *Ophrys apifera*, *Potentilla argentea*, *Cynoglossum vulgare*, *Verbascum blattaria*, Ameisenlöwe

Waldbereich: *Dactylorhiza maculata*, *Cephalanthera longifolia*, *Epipactis atrorubens*, *Pyrola minor*, *Pyrola rotundifolia*, *Odontites verna*

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen

[s. Anhang Abb. 1006111]

Anhänge

[Abb_ID1006111.pdf](#)

Inhalt

ERF_9

Neuer Vorschlag: - oder -

Hochstufung von Teilen der bisherigen Stufe II-Flächen VB-K-4904-010, VB-K-5905-001,

VB-K-5905-004

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Rhein-Erft-Kreis

Gemeinde/Stadt: Bedburg, Bergheim

Name: Peringsmaar und Erft-Bypass um Bedburg

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Mischwald und Flachwassersee ?Peringsmaar? auf Braunkohle-Rekultivierung; davon ausgehend Gehölz-Grünlandflächen im ehem. Tagebaugelände; Laubwald-Aufforstung in der Erfttaue

Kurzbeschreibung der Fläche:

Rekultivierte Braunkohletagebau-Teilflächen. Das ?Peringsmaar? ist ein sehr gut entwickelter Flachwassersee mit artenreicher Röhricht- und Feuchtwaldzone und Magergrünland. Davon ausgehend kann über meist bewaldete Streifen die Bebauung in der Erfttaue bei Bedburg umgangen werden.

Begründung und Ziel:

Erhaltung und Pflege eines artenreichen, sehr gut entwickelten Flachsee-Röhricht-Waldkomplexes; davon ausgehend Bypass um die für Waldarten nicht durchwanderbare Innenstadt von Bedburg zur Anbindung der Erft an den großräumigen Biotopverbund Eifel ? Mönchengladbach-Neuss. Kernzone des Biotopverbunds.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Dactylorhiza maculata, Dactylorhiza praetermissa, Orchis militaris, Ophrys apifera, Platanthera chlorantha, Listera ovata, Equisetum telmateia, Equisetum fluviatile, Huperzia selago, Pyrola minor, Peplis portula, Sphagnum fimbriatum, Monotropa hypophegea, Polystichum aculeatum, Asplenium adiantum-nigrum, Orobanche minor, Salvia pratensis, Potentilla argentea, Cynoglossum officinale, Rhinanthus alectorolophus, Butomus umbellatus, Chara globularis, Acorus calamus, Schoenoplectus lacustris, Carex riparia, Alisma lanceolatum, Potamogeton pectinatus, Potamogeton berchtoldii,

Eisvogel, Schwarzhalsstaucher, Echselkröte, Kreuzkröte

[s. Anhang Abb. 1006112]

Anhänge

[Abb. ID1006112.pdf](#)

Inhalt

ERF_10

Neuer Vorschlag: - oder -

Hochstufung von Teilen der bisherigen Stufe II-Flächen VB-K-5206-102 und VB-K-5106-101

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Rhein-Erft-Kreis

Gemeinde/Stadt: Erftstadt, Kerpen

Name: Erft-Verlauf von Weilerswist bis Türrnich

Biotop-Typen (wenn bekannt):

meist ausgebauter Flußlauf der Erft mit Ufergehölzen und wenigen kleinen Auwaldresten, angrenzend Ackerland, wenig Grünland

Kurzbeschreibung der Fläche:

schmaler Fluß-Lauf der Erft in der meist von Äckern dominierten Erftaue.

Begründung und Ziel:

Entwicklung eines bewaldeten Flußlauf-Korridors entlang der Erft als Verbundkorridor für Fließgewässer- und Wald-Tierarten aus der Eifel zur Erft nördlich Türrnich. Wenigstens leichte Renaturierung der Erft und Anlage eines Wald-Mantels ist geboten. Unverzichtbarer Kern des Biotopverbunds von der Eifel hin zum Rhein-Kreis-Neuss für Waldarten, wie Wildkatze.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Wanderkorridor für Waldarten wie Wildkatze

ERF_10

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Neuer Vorschlag: - oder -

Hochstufung von Teilen der bisherigen Stufe II-Flächen VB-K-5206-102 und VB-K-5106-101

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Rhein-Erft-Kreis

Gemeinde/Stadt: Erftstadt, Kerpen

Name: Erft-Verlauf von Weilerswist bis Türnich

Biotop-Typen (wenn bekannt):

meist ausgebauter Flußlauf der Erft mit Ufergehölzen und wenigen kleinen Auwaldresten, angrenzend Ackerland, wenig Grünland

Kurzbeschreibung der Fläche:

schmaler Fluß-Lauf der Erft in der meist von Äckern dominierten Erftaue.

Begründung und Ziel:

Entwicklung eines bewaldeten Flußlauf-Korridors entlang der Erft als Verbundkorridor für Fließgewässer- und Wald-Tierarten aus der Eifel zur Erft nördlich Türnich. Wenigstens leichte Renaturierung der Erft und Anlage eines Wald-Mantels ist geboten. Unverzichtbarer Kern des Biotopverbunds von der Eifel hin zum Rhein-Kreis-Neuss für Waldarten, wie Wildkatze.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Wanderkorridor für Waldarten wie Wildkatze

[s. Anhang Abb. 1006130]

Anhänge

[Abb_ID1006130.pdf](#)

1006131, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ERF_11</p> <p>Neuer Vorschlag: - oder -</p> <p>Hochstufung der bisherigen Stufe II-Fläche VB-K-5006-002</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>Kreis: Rhein-Erft-Kreis</p> <p>Gemeinde/Stadt: Pulheim, Bergheim</p> <p>Name: Ackerlandschaft um Pulheim</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt): weit überwiegend großflächig offene Ackerlandschaft</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Bördenlandschaft</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Erhalt und Entwicklung eines Schutzgebietes für Feldvögel (insbesondere Feldlerche) und Feldhamster in großer Flächengröße als Kernlebensraum für Arten der Agrarlandschaft. Ausbau extensiver Ackerbau-Systeme zur Bestandsstützung der Feldvögel und Feldhamster.</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):</p> <p>Feldhamster (erfolgreiche Ausbürgerung bei Geyen, weitere Ausbürgerung bei Ingendorf erfolgt), Feldlerche (mit hoher Siedlungsdichte), weitere Feldvogelarten.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006131]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006131.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1006132, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ERF_12</p> <p>Neuer Vorschlag: - oder -</p> <p>Hochstufung der bisherigen Stufe II-Fläche VB-K-4904-101</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>Kreis: Rhein-Erft-Kreis</p> <p>Gemeinde/Stadt: Bedburg</p> <p>Name: Ackerlandschaft im rekultivierten Tagebau Garzweiler östlich der A 44</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt): großflächig offene Ackerlandschaft</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Wenig strukturierte Ackerlandschaft</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Erhalt und Entwicklung eines Schutzgebietes für Feldvögel (insbesondere Grauammer) als Kernlebensraum für Arten der Agrarlandschaft. Die wenig strukturierten Rekultivierungsflächen kommen den Habitat-Ansprüchen der Grauammer entgegen; zukünftig sollte eine Bewirtschaftung etabliert werden, die insbesondere von dieser Art optimal genutzt werden kann.</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):</p> <p>Grauammer, Feldlerche, Wiesenpieper, Wiesenschafstelze, Wachtel, Goldammer.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006132]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006132.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

Inhalt

F.2.3 Kreis Düren

DN_1

Neuer Vorschlag oder Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche: VB-K-5205-006

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Düren

Gemeinde/Stadt: Kreuzau

Name: Dürener Stadtwald und südliches Burgholz

Biotop-Typen (wenn bekannt):

bodensaurer Eichenwald, Erlenwald

Kurzbeschreibung der Fläche:

Militärisch genutzter und entsprechend schlecht untersuchter alter Laubwald mit eingestreuten Kleingewässern. Ältere Libellenfunde deuten auf Bruchwald- und Moorartige Biotope inmitten des Altwaldes hin.

Begründung und Ziel:

Verbindung zwischen des Stufe I-Flächen VB-K-5204-020 und VB-K-5205-003 ist als Ausbreitungskorridor in NS-Richtung insbesondere für die Wildkatze nötig. Erhaltung und Entwicklung von Laubwäldern

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Wildkatze, Baummarder, Haselmaus, Mittelspecht, diverse Altwald-bewohnende Arten

[s. Anhang Abb. 1006133]

Anhänge

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Inhalt

DN_2

Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche: VB-K-5204-003

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Düren

Gemeinde/Stadt: Kreuzau

Name: Hangflächen der Rur bei Kreuzau und Magergrünland-Streuobstkomplex bei Langenbroich und Bergheim

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Streuobstbestand, Magergrünland, Niederwälder, Hohlwege, kleinflächige trockene Heide

Kurzbeschreibung der Fläche:

Hangflächen zur Rur mit Niederwald, Streuobstbeständen und Magergrünland wohl teils auf historischer Weinbergsflächen.

Begründung und Ziel:

Erhaltung eines Komplexes aus Magergrünland, Streuobst und Niederwald in Hanglage mit zahlreichen RL-Arten und geschütztem Biotoptyp Magerwiese

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Steinkauz (mehrere Brutreviere), Uhu, Turteltaube, Hohltaube, Mittelspecht, Neuntöter, Schwarzkehlchen, Goldammer, Bluthänfling, Stieglitz, Star, Klappergrasmücke, Klein- & Grünspecht), Haselmaus

Pflanzenarten des Magergrünlands: Knautia arvensis, Betonica officinalis, Campanula rapunculus und rotundifolia, Centaurea jacea, Galium verum, Leucanthemum vulgare, Luzula campestris, Pimpinella maior und saxifraga, Primula veris, Ranunculus

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

bulbosus, Saxifraga granulata.

[s. Anhang Abb. 1006134]

Anhänge

[Abb_ID1006134.pdf](#)

1006135, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>DN_3</p> <p>Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche: VB-K-5204-019</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>Kreis: Düren</p> <p>Gemeinde/Stadt: Kreuzau</p> <p>Name: Grünland südlich Üdingen</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt):</p> <p>Grünlandflächen in Anbindung an eine Stufe I-Fläche</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Erweiterungsflächen eines Grünland-Streuobst-Wald-Komplexes</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Erhaltung eines wertvollen Nahrungsbiotops des Steinkauzes</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):</p> <p>Steinkauz</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006135]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006135.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1006136, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>DN_5</p> <p>Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche: VB-K-5204-008</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>Kreis: Düren</p> <p>Gemeinde/Stadt: Düren</p> <p>Name: Streuobstbestand und Grünland bei Berzbuir</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt):</p> <p>Grünland, Streuobstbestand</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Streuobstbestand und ursprüngliches Grünland</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Erweiterung der Stufe I-Fläche VB-K-5204-008 um einen Grünland- und Streuobstbestand als Lebensraum für den Steinkauz</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):</p> <p>Steinkauz (2-3 Brutpaare), Kleinspecht, Grünspecht, Gartenrotschwanz, Haselmaus</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006136]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006136.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1006137, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>DN_6</p> <p>Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche: VB-K-5205-003</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>Kreis: Düren</p> <p>Gemeinde/Stadt: Vettweiß</p> <p>Name: Streuobstbestand und Grünland bei Soller, Frangenheim und Froitzheim</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt):</p> <p>Grünland, Streuobstbestand</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Streuobstbestand und gut strukturiertes Dorf-nahes Grünland in größerer Ausdehnung</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Erweiterung der Stufe I-Fläche VB-K-5205-003 um zwei Grünland- und Streuobstbestände als Lebensraum insbesondere für den Steinkauz</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):</p> <p>Steinkauz, Kleinspecht, Grünspecht</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006137]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006137.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1006138, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>DN_7</p> <p>Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche: VB-K-5104-007</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>Kreis: Düren</p> <p>Gemeinde/Stadt: Langerwehe, Inden</p> <p>Name: Wehebach von Langerwehe bis zur Inde bei Lucherberg</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt):</p> <p>Bachlauf</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Zumeist ausgebauter Bachlauf</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Anbindung der Stufe I-Waldgebiete im Hürtgenwald und bei Stolberg über die Inde ans Rurtal. Schaffung und Verbesserung einer N-S-Achse zwischen der Eifel und der rheinischen Bucht insbesondere für Biber, Haselmaus und Wildkatze.</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):</p> <p>Biber, Haselmaus, Wildkatze, Eisvogel, Wasserramsel</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006138]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006138.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

Inhalt

DN_8

Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

verbindet die bisherigen Stufe II-Flächen VB-K-5106-109, VB-K-5206-002, VB-K-5206-005, VB-K-5206-104 und VB-K-5205-018

Kreis: Düren, Rhein-Erft-Kreis, Euskirchen

Gemeinde/Stadt: Nörvenich, Erftstadt, Vettweiß, Zülpich

Name: Feldvogelschutzgebiet Poll-Weiler in der Ebene

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Ackerland

Kurzbeschreibung der Fläche:

großräumige, durch Ackerbau geprägte Bördelandschaft

Begründung und Ziel:

Erhaltung und eines Feldvogelschutzgebietes als Kernfläche für Agrarvogelarten

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Zielarten-Brutvögel: Feldlerche, Grauammer, Kiebitz, Rebhuhn, Bluthänfling, Goldammer, Rohrweihe, Wiesenweihe. Dieses Gebiet ist zudem wichtig für Nahrungsgäste, wie Goldregenpfeifer, Mornellregenpfeifer, Merlin, Kornweihe (WG, DZ).

[s. Anhang Abb. 1006139]

Anhänge

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Inhalt

DN_9

Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche: VB-K-5105-009 und VB-K-5105-006

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Düren

Gemeinde/Stadt: Nörvenich

Name: baumbestandeses Grünland am Nörvenicher Wald

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Grünland mit Einzelbäumen

Kurzbeschreibung der Fläche:

Mit Einzelbäumen bepflanztes Grünland als Artenschutzfläche für Steinkauz und diverse Fledermausarten (2 Teilflächen am Nörvenicher Wald)

Begründung und Ziel:

Erhaltung und Pflege von baumbestandenen und sehr großflächigen Grünlandbereichen im Anschluß an den Nörvenicher Wald dient als Nahrungshabitat für Waldfledermausarten (insb. Bechsteinfledermaus) und Bruthabitat für Steinkauz und Kleinspecht.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Bechsteinfledermaus, Braunes Langohr, Große Bartfledermaus, Steinkauz, Kleinspecht

[s. Anhang Abb. 1006140]

Anhänge

[Abb_ID1006140.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Inhalt

DN_10

Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche: VB-K-5105-006

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Düren

Gemeinde/Stadt: Nörvenich

Name: Kaserne Haus Hardt

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Mit Laubbäumen dicht bewaldetes Kasernengelände im Anschluß an die Neffelbachaue

Kurzbeschreibung der Fläche:

Kasernengelände mit Wohngebäuden in faktisch geschlossenem Laubwaldbereich aus alten Laubbäumen

Begründung und Ziel:

Erhaltung und Pflege von baumbestandenem Kasernengelände als Nahrungshabitat für Waldfledermausarten (insb. Bechsteinfledermaus). Die Kasernen-Nutzung wird nicht beeinträchtigt; bedeutsam ist aber die zukünftige Erhaltung des Laubwaldes als Fledermaus-Nahrungsraum.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Bechsteinfledermaus (bedeutender Nahrungsraum der Westkolonie im Hambacher Wald), Braunes Langohr, Große Bartfledermaus

[s. Anhang Abb. 1006141]

Anhänge

[Abb_ID1006141.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

1006142, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>DN_11</p> <p>Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche: VB-K-5105-002</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>Kreis: Düren</p> <p>Gemeinde/Stadt: Düren</p> <p>Name: Grünland, Streuobstbestand und Altwald-Rest bei Arnoldweiler</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt):</p> <p>Eichenwald, Streuobstbestand, Grünland</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Laubwald-Grünland-Komplex bei Arnoldsweiler</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Erhaltung und Pflege von Grünland-Flächen insbesondere für den Steinkauz</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):</p> <p>Steinkauz, Kleinspecht, Mittelspecht, Springfrosch</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006142]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006142.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

Inhalt

DN_12

Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche: VB-K-5003-003, VB-K-5003-042

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Düren

Gemeinde/Stadt: Düren, Jülich

Name: Arrondierungsflächen an der mittleren Rur und am Mühlenteich zwischen Barmen u. Koslar

Biotop-Typen: Streuobstwiesen, Grünland, Acker, Gehölzanpflanzungen, Bach, Ufergehölz, Wald

Kurzbeschreibung der Fläche:

Mehrere Teilflächen:

Boisdorfer Siedlung: Zwischen der Siedlung und Rur gelegener Komplex aus Acker, Grünland, Streuobstwiesen, Mühlenteich und Wald. Östlich der Rur liegt ein Bereich aus Wald und Gehölzanpflanzungen.

Merken: Zwischen Lendersdorfer Mühlenteich und Rur gelegener Komplex aus Wald, Grünland, Acker, Streuobstwiesen. In diesem Abschnitt sind bereits Ausgleichsmaßnahmen angelegt worden: Streuobstwiese, Grünland, Gehölzanpflanzungen.

Barmen: Acker, Grünland, Gehölzanpflanzung, Bach, Ufergehölz

Begründung und Ziel:

Erhaltung und Pflege von Streuobstwiesen: entlang der Rur findet sich regelmäßig der Steinkauz in den Streuobstwiesen. Durch den Tagebau Inden sind Reviere verloren gegangen, so dass diese nah gelegenen Bereiche als weitere Ausweichflächen dienen können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Entwicklung von Magergrünland. Alle Flächen, die unmittelbar an die Rur grenzen haben enormes Entwicklungspotential. Vor dem Bau der Talsperren hatte die Rur eine enorme Kraft groben Schotter bis hinter Jülich zu transportieren, so dass in der Aue artenreiche Magerrasen vorkommen. Insbesondere da die Talsperren nun nur noch reguliert Wasser abgeben und diese Flächen nicht mehr überschwemmt werden. Durch Abschieben des Oberbodens lässt sich dieses Potential reaktivieren, Arten wie z. B. Streifen-Klee (*Trifolium striatum*) findet sich dann schnell ein. Eine Entwicklung in Richtung FFH-LRT 6510 ist so gegeben.

Die Rur ist in Teilabschnitten als Wanderkorridor für die Bechsteinfledermaus vorgesehen. Dementsprechende Anpflanzungen sind teilweise schon umgesetzt.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW): Biber, Pirol, Nachtigall, Steinkauz

[s. Anhang Abb. 1006143]

Anhänge

[Abb_ID1006143.pdf](#)

Inhalt

DN_13

Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche: VB-K-5003-009, VB-K-5103-014, VB-K-5103-020, VB-K-5104-008 und VB-K-5104-013

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Düren und Städteregion Aachen

Gemeinde/Stadt: Jülich, Inden, Aldenhoven, Eschweiler

Name: Neuer Flusslauf der Inde zwischen Jülich-Kirchberg und Inden-Lamersdorf

Biotop-Typen (wenn bekannt): Flussaue mit artenreichen Mähwiesen mit kleinen Feuchtbiotopen, Auwald, Hangwälder

Kurzbeschreibung der Fläche:

Auenwald und überwiegend magere Flachland-Mähwiesen in Flussnähe mit +/- feuchten Überschwemmungsflächen.

Begründung und Ziel:

Erhaltung einer großflächigen Flusslandschaft mit sehr artenreichem Magerwiesengebiet als Kern-Verbundelement zwischen den Waldgebieten bei Roetgen, Stolberg und Langerwehe bis zur Rur. Naturschutzgebiets-Ausweisung geplant. Wesentliche Bedeutung für die Ausbreitung von Wald-Arten aus der Eifel in die rheinische Bucht.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Grünland: Rhinanthus alectorolophus RL NRW 2, Orobanche minor RL NRW 2, Orobanche caryophyllacea RL NRW 3, Hieracium cymigerum, Linum austriacum, Salvia pratensis RL NRW 3S, Geranium pratense, Anthyllis vulneraria agg RL NRW 3S., Onobrychis vicifolia RL Deutschland 3, Coronilla varia, Hippocrepis comosa RL NRW *S, Deutschland V, Silene conica RL NRW 0, Centaurea scabiosa, Centaurea austriaca, Scabiosa pratensis RL NRW 2, Primula veris RL NRW 3, Bromus

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen. Der Bereich der "neuen" Inde ist im Entwurf als Regionaler Grünzug (Vorranggebiet) festgelegt.

commutatus RL NRW 3, Ranunculus polyanthemoides RL NRW 3, Tragopogon orientalis RL NRW 3, Dianthus armeria RL NRW 3, Dianthus deltoides RL NRW 3, Artemisia absinthium RL NRW 3, Crepis foetida RL NRW 1, Galium uliginosum RL NRW V, Ranunculus sardous RL NRW 3, Saxifraga granulata RL NRW 3, Trifolium striatum RL NRW 2, Sorbus torminalis RL NRW 3S, Hypopitys monotropa abb. RL NRW 3

Feuchtgebiete: Gratiola officinalis RL NRW 1, Equisetum variegatum (neu für Deutschland), Sparganium neglectum, Eleocharis uniglumis RL NRW 3, Eleocharis palustris RL NRW G, Schoenoplectus tabernimontanus RL NRW 3S, Zanichellia palustris RL NRW 3, Caltha palustris RL NRW V, Butomus umbellatus RL NRW 3, Hippuris vulgaris RL NRW 2

Schwalbenschwanz (Papilio machaon) RL NRW V, Russischer Bär (Euplagia quadripunctaria), Zwergbläuling (Cupido minimus) RL NRW 3S und andere Bläulinge, Grüne Flussjungfer (Ophiogomphus cecilia) RL NRW 1, verschiedene Wildbienenarten z. B. Cerceris rybyensis (alle in Deutschland geschützt).

Biber, Haselmaus, Wildkatze

Tulostoma brumalis RL NRW 3

[s. Anhang Abb. 1006144]

Anhänge

[Abb_ID1006144.pdf](#)

1006145, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>DN_14</p> <p>Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche: VB-K-5003-001</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>Kreis: Düren</p> <p>Gemeinde/Stadt: Aldenhoven, Jülich</p> <p>Name: Merzbach südlich Merzenhausen</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt):</p> <p>Begradigter Tieflandsbach in der Ackerflur</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Tieflandsbach, Acker</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Entwicklung einer Biotopverbundachse (Renaturierung des Merzbaches, Entwicklung eines Auwald-artigen Bachmantels) als Verbundstruktur</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):</p> <p>Biber</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006145]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006145.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

Inhalt

DN_15

Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche: VB-K-5004-003

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Düren

Gemeinde/Stadt: Jülich, Niederzier

Name: Aue des Ellebachs von Jülich bis Hambach

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Begradigter Tieflandsbach in der Ackerflur

Kurzbeschreibung der Fläche:

Tieflandsbach, Acker, Grünland

Begründung und Ziel:

Entwicklung einer Biotopverbundachse (Renaturierung des Ellebaches, Entwicklung eines Auwald-artigen Bachmantels) als Verbundstruktur zwischen der Rur und den Wäldern um das Forschungszentrum Jülich sowie der Sophienhöhe. Verbindet die Stufe I-Flächen VB-K-5004-006, VB-K-5004-008 und VB-K-5003-003. Einbindung bereits umgesetzter Offenland-Artenschutzmaßnahmen (Westkonzept Tagebau Hambach) östlich des Stetterner Waldes.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Biber, Bechsteinfledermaus, Mittelspecht, Wildkatzen-Ausbreitungskorridor

[s. Anhang Abb. 1006146]

Anhänge

[Abb_ID1006146.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

1006147, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>DN_16</p> <p>Neuer Vorschlag: x - oder - Änderungsvorschlag</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>Kreis: Düren, Euskirchen</p> <p>Gemeinde/Stadt: Nideggen, Heimbach, Mechernich, Zülpich</p> <p>Name: Feldvogelschutzgebiet Vlaten</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt):</p> <p>Überwiegend Ackerflur</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Ackerlandschaft mit wenigen Feldgehölzen, Hecken und kleinen Streuobstflächen strukturiert von als Stufe I-Flächen dargestellten Bachtälern.</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Feldvogel-Kernlebensraum in der SW-lichen Börde mit besonderer Bedeutung für Mornellregenpfeifer & Grauammer.</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW): Feldlerche, Grauammer, Goldammer, Rebhuhn, Schwarzkehlchen, Wachtel, Wiesenschafstelze, Bluthänfling, Turteltaube, Wiesenpiper, Neuntöter, Feldschwirl Kiebitz und Wiesenweihe. Dieses Gebiet ist zudem wichtig für Nahrungsgäste wie Rohrweihe und Rastvögel, wie Mornellregenpfeifer. In Feldgehölzen Rotmilan.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006147]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006147.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1006148, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>DN_17</p> <p>Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag VB-K-4904-005</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>Kreis: Düren</p> <p>Gemeinde/Stadt: Titz und Jülich</p> <p>Name: Bahnlinie zwischen Jackerath und Welldorf</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt): gebüsch- und baumbestandene ehemalige Bahnlinie</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Ehemalige Bahnlinie wird heute von diversen Gehölzen bewachsen und befindet sich im Eigentum des BUND NRW. Randlich Ackerland. Schließt die Stufe I-Fläche VB-K-4904-006 ein.</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Wesentlicher NS-Verbindungskorridor zwischen der Sophienhöhe und den Bürgewäldern und dem Biotopverbund des östlichen Kreises Heinsberg als Ausbreitungskorridor für Wildkatze, Haselmaus, Waldfledermäuse etc. Die schon bestehende gehölzbestandene Bahnlinie sollte um gehölzbestandene Randstreifen erweitert werden. Zur Sophienhöhe ist eine Anbindung über weitere Gehölzstrukturen nötig.</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW): - Ausbreitungskorridor für diverse Waldarten</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006147]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006148.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

Inhalt

DN_18

Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag VB-K-5005-101, VB-K-5004-018

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Düren, Rhein-Erft-Kreis

Gemeinde/Stadt: Titz, Jülich, Elsdorf u. Bedburg

Name: Finkelbach

Biotop-Typen (wenn bekannt): meist begradigter Tieflandsbach mit Ufergehölzen in der Ackerflur, Auwaldrest

Kurzbeschreibung der Fläche:

Bachlauf des Finkelbaches von der Mündung in die Erft bis Rödingen.

Begründung und Ziel:

Vernetzung des als DN_17 vorgeschlagenen Biotopverbundkorridors Bahndamm Jackerath-Welldorf mit der Erftaue entlang des Finkelbaches, dessen Renaturierung und Verbreiterung der Gehölzsäume nötig ist. Die Anbindung des Bahndamms westlich Rödingen erfordert Gehölzpflanzungen. Derzeit vorgeschlagen als Stufe 2 zu ändern in Stufe 1

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW): - Ausbreitungskorridor für diverse Waldarten;

Nachweise von Breitflügelfledermaus, Abendsegler.

Ausbreitungskorridor für Biber, Wildkatze, Fischotter

[s. Anhang Abb. 1006149]

Anhänge

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Inhalt

DN_19

Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag VB-K-5003-010, VB-K-5003-009

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: Düren, Rhein-Erft-Kreis

Gemeinde/Stadt: Titz, Jülich, Elsdorf u. Bedburg

Name: Malefinkbach

Biotop-Typen (wenn bekannt): Gehölz-bestandener, meist begradigter Bachlauf, meist angrenzend Acker, an den Dörfern teils noch Grünland

Kurzbeschreibung der Fläche:

Malefinkbach mit Ufergehölzen. Der Bachlauf sollte renaturiert u. mit breiteren Gehölzsäumen ausgestattet werden. Anbindung an die NS-verlaufende Bahndamm-Verbundstrecke erfordert Neuanlage von Gehölzstreifen. Westl. Teil bereits als Stufe I-Fläche dargestellt. Hochstufung der östlichen Teilfläche nötig.

Begründung und Ziel:

Vernetzung des als DN_17 vorgeschlagenen Biotopverbund-Korridors (Bahndamm Jackerath-Welldorf) mit der Ruraue (VB-K-5003-003; NSG Rurmäander) entlang des Malefinkbaches. Vernetzung der Biotopverbundflächen als Korridor und Leitstruktur für Wildkatze, Biber, Fledermäuse, Haselmaus, Fischotter und anderen Tieren.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW): - Ausbreitungskorridor für diverse Waldarten insb. für Biber, Wildkatze, Fischotter, Haselmaus

[s. Anhang Abb. 1006150]

Anhänge

[Abb_ID1006150.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Inhalt

DN_20

Neuer Vorschlag: x - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

beinhaltet die bisherigen Stufe II-Flächen VB-K-4903-011 und VB-K-4903-019

Kreis: Düren, Heinsberg

Gemeinde/Stadt: Titz, Linnich, Erkelenz

Name: Feldvogelschutzgebiet Hottorf-Gevelsdorf

Biotop-Typen (wenn bekannt): großflächig offene Bördelandschaft mit weit überwiegend Ackerland, an Siedlungen kleinere Streuobstbestände u. Grünland. Kaum Gehölze.

Kurzbeschreibung der Fläche:

Großflächig offene Bördelandschaft mit wenigen Ortschaften; an deren Rand kleine Streuobstbestände u. wenig Grünland. Weitgehend ausgeräumte Ackerlandschaft dominiert. Teils bereits als Stufe I-Fläche dargestellt. Hochstufung nötig.

Begründung und Ziel:

Großflächige Bördelandschaft soll als Schutzgebiet für Feldvögel entwickelt werden wg. gehäufte Nachweise wertvoller Feldvogelarten. An den Weilern u. Dorfrändern auch Bedeutung für Steinkauz u. Schleiereule. Wiederansiedlung des Feldhamsters sinnvoll.

Umschließt bzw. grenzt an an die vorgeschlagenen Wald-Gewässer-Vernetzungskorridore HS_W7, HS_W8, DN_17, DN_19.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW): Kornweihe (WG, DZ), Brutvögel: Feldlerche, Rebhuhn, Wachtel, Wiesenschafstelze, Kiebitz, Braunkehlchen, Steinkauz, Rohrweihe, Grauammer (Wiederansiedlung ist zu erwarten), Feldhamster (Wiederansiedlung sinnvoll, zuletzt 1999)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.

[s. Anhang Abb. 1006151]

Anhänge

[Abb_ID1006151.pdf](#)

1006152, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>DN_21</p> <p>Neuer Vorschlag: x - oder - Änderungsvorschlag</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>enthält die bisherige Stufe II-Fläche VB-K-5003-001</p> <p>Kreis: Düren, Heinsberg, Städteregion Aachen</p> <p>Gemeinde/Stadt: Linnich, Geilenkirchen, Baesweiler</p> <p>Name: Feldvogelschutzgebiet Gereonsweiler</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt): Feldflur dominiert von Äckern; am Rand der Siedlungen Streuobst und wenig Grünland.</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Großräumige Bördenlandschaft dominiert von Ackerflächen um Gereonsweiler</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Entwicklung und Ausbau eines Schutzgebietes für Feldvögel und überwinternde arktische Wildgänse.</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW): überwinternde nordische Gänse (WG), Kornweihe, Goldregenpfeifer (WG, DZ), Brutvögel: Feldlerche, Rebhuhn, Wachtel, Wiesenschafstelze, Kiebitz, Rohrweihe, Schwarzmilan, Rotmilan. In Streuobstbeständen an Ortsrändern bedeutsam für Gartenrotschwanz und Trauerschnäpper. Eisvogel am Gereonsweiler Fließ (VB-K-5003-001).</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006152]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006152.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen</p>

Inhalt

DN_22

Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag VB-K-5003-014 und VB-K-5003-017

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

enthält großteils, aber nicht vollständig die bisherigen Stufe II-Flächen VB-K-5003-014 und VB-K-5003-017

Kreis: Düren

Gemeinde/Stadt: Linnich

Name: Bypass Linnich: Glimbacher Bruch, Ivenhainer Wald und Kulturlandschaft westl. Tetz

Biotop-Typen (wenn bekannt): Sternmieren-Stieleichen-Hainbuchenwald, sonstige Laubwälder, Grünland mit Gehölzreihen und Feldgehölzen

Kurzbeschreibung der Fläche:

Laubwaldflächen, teils höherer Wertigkeit und von Gehölzreihen und Feldgehölzen durchsetztes Grünland in der Ruraue als Biotopverbund

Begründung und Ziel:

Entwicklung und Schutz eines Verbindungskorridors für Waldarten parallel zur eigentlichen Ruraue als Bypass um den Ortskern von Linnich

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW): Ausbreitungskorridor für Waldarten wie Wildkatze, Haselmaus, etc. parallel zur Rur

[s. Anhang Abb. 1006153]

Anhänge

[Abb_ID1006153.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

1006154, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>DN_23</p> <p>Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag VB-K-5103-013</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>Kreis: Düren, Städteregion Aachen</p> <p>Gemeinde/Stadt: Aldenhoven, Eschweiler</p> <p>Name: Verbundstruktur Schlangengraben ? Neue Inde</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt): Feldgehölze, Streuobstbestände, Grünland</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Gehölzbestände südlich Aldenhoven als Biotopverbund zwischen Schlangengraben und neuer Inde</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Entwicklung und Schutz eines Verbindungskorridors für Waldarten parallel zwischen Schlangengraben (VB-K-5103-026, Stufe I) und Blausteinsee (VB-K-5103-008 VB-K-5103-029, Stufe I) und der neuen Inde und damit der Rur</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW): Ausbreitungskorridor für Waldarten wie Wildkatze, Haselmaus, etc.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006154]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006154.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1006155, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>DN_24</p> <p>Neuer Vorschlag: x - oder - Änderungsvorschlag</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>Kreis: Düren</p> <p>Gemeinde/Stadt: Aldenhoven, Jülich, Inden</p> <p>Name: Vogelschutzgebiet rekultivierter Tagebau Inden I</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt): Ackerland, Flachwassersee</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Rekultivierter ehemaliger Tagebau Inden I: derzeit mit strukturarmem Ackerland.</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Entwicklung und Schutz eines Feldvogelschutzgebietes im strukturarmen Ackerland mit hoher Bedeutung für Arten der Agrarlandschaft ins. Grauammer.</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW): Kornweihe (WG, DZ), Braunkehlchen (DZ und Brutverdacht), Brutvögel: Grauammer, Feldlerche, Rebhuhn, Schwarze Kehlchen, Steinschmätzer, Bluthänfling, Neuntöter.</p> <p>Flachwassersee: Limikolen, z.B. Flußuferläufer, Grünschenkel, Alpenstrandläufer, div. Enten, Rohrsänger und Rohrammern.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006154]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

Inhalt

DN_25

Neuer Vorschlag: x - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

beinhaltet mehrere bisherige Stufe II-Flächen

Kreis: Düren

Gemeinde/Stadt: Jülich, Niederzier, Düren, Merzenich

Name: Merzenicher Erbwald und Maßnahmen-Flächen des ?Westkonzeptes?

Biotop-Typen (wenn bekannt): baumbeständenes Grünland, Altwald, Aufforstungen

Kurzbeschreibung der Fläche:

Merzenicher Erbwald als Altwaldrest des Hambacher Waldes ist zwar nur als Stufe II-Fläche vorgeschlagen worden, zu Recht aber als BSN vorgesehen. Davon ausgehend sollten die bereits umgesetzten Maßnahmen des ?Westkonzeptes? in einen BSN integriert werden, der den Westrand des Tagebau Hambach umringt und eine Verbindung vom Merzenicher Erbwald zum Lindenberger Wald und der Sophienhöhe bildet. Kernfläche des NS-Biotopverbundes von den Bürgewäldern über die Sopienhöhe und weiter in die nördliche Börde.

Begründung und Ziel:

Erhaltung und Ausbau eines Altwaldbereiches von größter Bedeutung (Bechsteinfledermaus-Kolonie) und Entwicklung eines Nord-Süd-Biotopverbundes von den Bürgewäldern südlich des Tagebaus bis zur Sophienhöhe für waldbewohnende Tierarten wie Waldfledermäuse, Wildkatze, Haselmaus. Einbindung und dauerhafter Schutz der bereits vollständig umgesetzten Schutzmaßnahmen des West-Konzeptes.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW): Bechsteinfledermaus (Wochenstubenkolonie NW-lich der Hambachbahn-Schleife), Mittelspecht; Ausbreitungskorridor für Waldarten nach Norden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.

[s. Anhang Abb. 1006155]

1006170, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>F.2.4 Kreis Euskirchen</p> <p>EUS_1</p> <p>Neuer Vorschlag ?Waldverbund bei Kreuz-Weingarten & Ackerfluren?</p> <p>Kreis: Euskirchen</p> <p>Gemeinde/Stadt:Euskirchen, Mechernich</p> <p>Nr. (bei bestehender Verbund-Fläche), Name: VB-K-5306-012</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Ziel ist eine durchgehende Verbindung für Waldarten zwischen dem Wald Planckseling im Norden mit dem Flamersheimer Wald im Süden. Momentan ist der Billiger Wald (VB-K-5306-007 Stufe I) isoliert von den übrigen Wäldern. Geschaffen werden soll ein Verbindungskorridor zwischen dem Billiger Wald über den Wald bei Kreuz-Weingarten (VB-K-5306-012 Stufe II) bis zur Erftaue (VB-K-5306-014 Stufe I). Dazu müssten Teilflächen aufgeforstet bzw. bewaldet werden.</p> <p>Zudem sollte die Ackerlandschaft zwischen Billig und Kreuz-Weingarten (VB-K-5306-012 Stufe II) einbezogen und für die Arten der Ackerlandschaften entwickelt werden.</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Intensivacker, waldartige Parkflächen</p> <p>Biotop-Typen:</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten: (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW)</p> <p>Wald-Korridor-Vernetzungselement: Wildkatze, Haselmaus, waldbewohnende Fledermausarten, Springfrosch, Kammmolch</p> <p>Ackerlandschaft: Grauammer, Rebhuhn</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006170]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

Anhänge[Abb_ID1006170.pdf](#)

Inhalt

EUS_2

Neuer Vorschlag ?Waldverbund vom Planckseling bis zu Billiger Wald und Schavener Heide und Kulturlandschaftsflächen am Veybach?

Kreis: Euskirchen

Gemeinde/Stadt: Zülrich, Mechernich, Euskirchen

Nr. (bei bestehender Verbund-Fläche), Name: VB-K-5306-005

Begründung und Ziel:

Ziel ist durch Lückenschließung eine durchgehende Verbindung für Waldarten zwischen dem Wald Planckseling (beiderseits der L 178) im Norden mit dem Flamersheimer Wald im Süden zu schaffen. Momentan ist der alter Waldstandort Planckseling (VB-K-5306-005 Stufe II) isoliert von den übrigen Wälder. Geschaffen werden soll eine Verbindungskorridor zwischen dem Planckseling und den Wälder an der B266 und an der Burg Veynau. Dazu müsste die Fläche aufgeforstet oder bewaldet werden. Zusammen mit der bestehenden Unterführung der B266 können Tiere dann vom Planckseling zu dem Wald an der Burg Veynau wandern.

Für die Feuchtgebietsarten (insb. Kreuzkröte, Gelbbauchunke) ist zudem eine Offenland-Verbindungsachse angezeigt. Zusätzlich sollte die Kulturlandschaft am Veybach aufgenommen werden.

Verbindet die nördlich gelegenen Waldflächen mit dem Billiger Wald (VB-K-5306-007 Stufe I), den Tongruben, Kalkmoorflächen (VB-K-5306-009 Stufe I) sowie der Schavener Heide (VB-K-5306-006 Stufe I).

Kurzbeschreibung der Fläche:

Intensivacker, Laubwald, Ruderalflächen u. ehemalige Tongruben

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten: (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW)

Wildkatze, Haselmaus, waldbewohnende Fledermausarten, Turteltaube, Geburtshelferkröte, Kammolch, Gelbbauchunke (zuletzt 2018 nachgewiesen).

[s. Anhang Abb. 1006571]

Abwägung

Typ

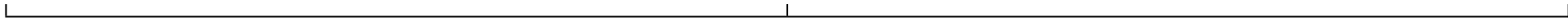
Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen. Hinsichtlich des in den Vorschlag integrierten GIBregional wird auf die Erläuterung zu Stn ID Nr. 1004333 verwiesen.



1006172, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>EUS_3</p> <p>Neuer Vorschlag ?Waldverbund Hardtwald und Flamersheimer Wald?</p> <p>Kreis: Euskirchen</p> <p>Gemeinde/Stadt: Euskirchen, Bad Münstereifel</p> <p>Nr. (bei bestehender Verbund-Fläche), Name: VB-K-5306-015</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Ziel ist eine durchgehende Verbindung für Waldarten zwischen dem Wald Planckseling im Norden mit dem Flamersheimer Wald im Süden. Geschaffen werden soll eine Verbindungskorridor zwischen dem Hardtwald (VB-K-5306-015 Stufe II) und dem Flamersheimer Wald (VB-K-5406-011 Stufe I). Dazu müsste ein mindestens 15 bis 20 m breite Gehölzstreifen geschaffen werden.</p> <p>Zusammen mit den ebenfalls zur Darstellung als BSN vorgeschlagenen Flächen EUS_1, und EUS_2 entsteht ein durchgehender Wald-Wanderkorridor.</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Intensivacker, teils Wald</p> <p>Biotop-Typen: (wenn bekannt)</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten: (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW)</p> <p>Wildkatze, Haselmaus, waldbewohnende Fledermausarten, Rotwild, Grauspecht, Springfrosch</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006172]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006172.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

Inhalt

EUS_4

neue Biotopverbundfläche ?Bachverbund zwischen Rodderbach und Orbach?

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN

Kreis: Euskirchen, Rhein-Sieg-Kreis

Gemeinde/Stadt: Euskirchen, Swisttal

Nr. (bei bestehender Verbund-Fläche), Name:

VB-K-5307-002: Rodderbach nordwestlich von Flamersheim

VB-K-5307-003: Swistbachzuflüsse Ohrbach, Steinbach und Sürstbach bei Schweinheim

Begründung und Ziel:

Die Biotopverbundflächen entlang den Bächen sind immer wieder von Ortschaften voneinander getrennt. Die Orte bilden eine Barriere zwischen den Populationen ober- und unterhalb. Vor Allem der bachbegeleitende Gehölzstreifen verliert durch die Unterbrechungen seine Funktion als Wanderweg für terrestrische Tierarten. Wildkatzen können die Bachläufe nicht als Verbindungsweg zwischen den Populationen im Flamersheimer Wald und den Villewälder nutzen. Der genetische Austausch zwischen den Populationen von Tierarten, wie der Haselmaus, die diesen Gehölzstreifen als ständigen Lebensraum bewohnen, ist ebenfalls unterbunden.

Um eine durchgehende Korridor zu schaffen, bietet sich ein Gehölzstreifen mit Saumstrukturen zwischen den Or- und Rodderbach an. Dieser Streifen sollte für Arten, wie die Haselmaus, auch stachelige Sträucher, wie Brombeere und Heckenrosen, enthalten. Darüber hinaus sollten Versteckmöglichkeiten in Form von Ast- und Steinhaufen eingebaut werden.

Kurzbeschreibung der Fläche:

Intensivacker

Biotop-Typen: (wenn bekannt)

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten: (falls bekannt, z.B. Rote

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW)

Biotopverbund/Bypass für Wildkatze, Haselmaus

[s. Anhang Abb. 1006516]

Anhänge

[Abb_ID1006173.pdf](#)

Inhalt

Neuer Vorschlag EUS_5

Ergänzung der bestehenden Biotopverbundfläche VB-K 5305-018 vorgeschlagen für Stufe 1 (herausragende Bedeutung) als BSN

Kreis: Euskirchen

Gemeinde/Stadt Zülpich

Name:

Grün- und Ackerland mit artenreichen Wiesen, Hecken und Gebüsch

Begründung und Ziel:

Hecken und Gebüsche bewohnende Vogelarten, u. a. Neuntöter, Bluthänfling, Nachtigall, Klapper- und Dorngrasmücke, Brutten von Vogelarten der Agrarlandschaft, u. a. Feldlerche und Rebhuhn; artenreiche Wiesen mit mannigfaltiger Insektenwelt

Sicherung der vorhandenen Biotopelemente mit einer vielfältigen Avifauna und Flora; Entwicklung von Vernetzungsstrukturen zur Stabilisierung und Optimierung eines auch durch seine Flächengröße nachhaltig wirksamen Lebensraums: Förderung der an Hecken und Gebüsche gebundenen, in der gehölzarmen Bördelandschaft seltenen und gefährdeten Vogelarten: Schutz der Feldvogelarten; Weiterentwicklung von artenreichem Grünland

Kurzbeschreibung der Fläche:

Mit Hecken und Gebüschen durchzogene Grünland- und Ackerflächen; artenreiche Wiesen; insgesamt hoher Grünlandanteil; Saumstreifen mit Entwicklungspotenzial

Biotop-Typen: (wenn bekannt)

siehe unter "Kurzbeschreibung der Fläche"

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten: (falls bekannt. z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW)

Neuntöter, Bluthänfling, Nachtigall, Klapper- und Dorngrasmücke, Feldlerche, Rebhuhn, Wiesen-Witwenblume, Wiesen-Flockenblume, Margerite, Kleiner Wiesenknochen, Ferkelkraut, Wiesen-Salbei, Moschus-Malve, Habichtskraut spec.

Foto: (wenn vorhanden. ggf. Ausdruck beilegen)

Artenreiche Wiese mit Gebüschgruppe im vorgeschlagenen Ergänzungsgebiet (siehe

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Anlage)

Karte: (ggf. digital bearbeitet oder auch als Ausdruck/ Kopie mit Handzeichnung)

[s. Anhang Abb. 1006174]

Anhänge

[Abb_ID1006174.pdf](#)

Inhalt

EUS_6

neue Biotopverbundfläche ?Ackerlandschaft u. Grünland westl. Zülpich?

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN

Kreis: Euskirchen

Gemeinde/Stadt: Zülpich

Nr. (bei bestehender Verbund-Fläche), Name:

Magerwiesen-Streuobstbereich am Ortsrand von Zülpich-Hoven schließt an VB-K-5305-012 (Stufe I) an.

Begründung und Ziel:

Erhaltung eines Vorranggebietes für Vögel des Ackerlandes; Erhaltung und Entwicklung eines Magerwiesen-Streuobstkomplexes am Ortsrand von Zülpich-Hoven

Kurzbeschreibung der Fläche:

zwei größere Ackerbau-Gebiete als Vorrangflächen der Agrar-Vogelarten sowie Magerwiesen-Streuobstkomplex am Ortsrand von Zülpich-Hoven

Biotop-Typen: überwiegend Ackerland; Magerwiese u. Streuobstbestände am NW-Rand von Zülpich-Hoven

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten: (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW)

In der Ackerlandschaft: Grauammer, Feldlerche, Rebhuhn (Schwerpunktvorkommen im Kreis Euskirchen).

Im Magerwiesen-Bereich am Ortsrand von Zülpich-Hoven: Margerite, Wiesenflockenblume, Ackerwitwenblume, Echtes Labkraut, Wiesensalbei

[s. Anhang Abb. 1006175]

Anhänge

[Abb_ID1006175.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

1006176, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>EUS_7</p> <p>neue Biotopverbundfläche ?Feldhamsteransiedlungsgebiet Zülpich/Vettweiß?</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Euskirchen, Düren</p> <p>Gemeinde/Stadt: Zülpich, Vettweiß</p> <p>bislang VB-K-5205-016 (Stufe II)</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Erhaltung und Entwicklung eines großflächig offenen Vorranggebietes für Vögel des Ackerlandes und zur Wiederansiedlung des Feldhamsters</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Großflächig offenes Ackerbau-Gebiet als Vorrangflächen der Agrar-Vogelarten und Feldhamster mit bereits heute hohem Anteil von Ackerland-Vertragsnaturschutz</p> <p>Biotop-Typen: Ackerland</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten: (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW)</p> <p>Grauammer, Kiebitz, Wachtel, Schwarzkehlchen, Goldammer, Bluthänfling und Wiesenschafstelze, Feldlerche, Rebhuhn (Schwerpunktorkommen im Kreis Euskirchen), Goldregenpfeifer (DZ), Rohrweihe, Wiederansiedlung des Feldhamsters für 2023 geplant.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006176]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006176.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p> <p>Der Bereich wird gemäß Planentwurf als "BSLE mit besonderer Bedeutung für den Schutz von Arten des Offenlands/der Äcker" festgelegt (siehe Erläuterungskarte F6). Dieser ermöglicht die Durchführung der benannten Maßnahmen.</p>

1006177, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>EUS_8</p> <p>neue Biotopverbundfläche ?Verbundflächen zw. Kallmuther Berg und Schafener Heide?</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Euskirchen</p> <p>Gemeinde/Stadt: Mechernich</p> <p>bislang teilweise VB-K-5405-011 Stufe II</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Entwicklung eines Biotopverbunds zwischen des Stufe I-Flächen Schavener Heide (VB-K-5306-006) und Kallmuther Berg (VB-K-54-05-012)</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Kulturlandschafts-Gebiet als Verbindungsfläche</p> <p>Biotop-Typen: Ackerland, Weiden, Magerwiesen, Streuobstbestände</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten: (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW)</p> <p>Wildkatze, Haselmaus, 8 Fledermausarten, Braunkehlchen, Schwarzkehlchen, Feldlerche, Rebhuhn, Kammolch, Geburtshelferkröte</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006177]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006177.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1006178, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>EUS_9</p> <p>neue Biotopverbundfläche ?Ackerlandschaft südlich Schwerfen?</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung)/als BSN</p> <p>Kreis: Euskirchen</p> <p>Gemeinde/Stadt: Mechernich, Zülpich</p> <p>bislang teilweise VB-K-5305-020 Stufe II</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Erhaltung und Entwicklung eines Agrargebietes für die Agrar-Vogelarten sowie Entwicklung eines Tiefland-Baches</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Überwiegend Ackerflächen, darin Bachlauf</p> <p>Biotop-Typen: Ackerland</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten: (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW)</p> <p>Feldlerche, Rebhuhn, Grauammer, Wachtel, Wiesenpieper, Schwarzkehlchen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006178]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006178.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

Inhalt

F.2.5 Städteregion Aachen

AC_1

Neuer Vorschlag: x - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

verbindet die Stufe I-Flächen VB-K-5002-001, VB-K-5002-020 und VB-K-5002-004 unter Einschluss der bisherigen Stufe II-Flächen VB-K-5002-002, VB-K-5002-003, VB-K-5002-005, VB-K-5002-006 und VB-K-5002-017

Kreis: StädteRegion Aachen, Kreis Heinsberg

Gemeinde/Stadt: Herzogenrath, Übach-Palenberg, Baesweiler

Name: Verbund unteres Wurmatal über Halde Adolf/Merkstein und Übachtal zur Halde Carl-Alexander

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Grünland-Acker-Streuobst-Komplexe, feuchte Bergsenkungsflächen im Ackerland, Feldgehölze, Abgrabungen, Haldenkomplex mit Wald u. Offenland

Kurzbeschreibung der Fläche:

Weiter zu entwickelnde Verbundflächen zwischen der Auenlandschaft der Wurm über Ackerflächen mit Feldgehölzen zur Halde Carl-Alexander.

Begründung und Ziel:

Aufbau eines Verbundsystems für Wald und Offenlandarten zwischen Wurm und Übach zur Halde Carl-Alexander insbesondere für Kreuzkröte und Geburtshelferkröte, aber auch für strukturgebundene Waldarten durch Entwicklung von Gehölz-Verbünden und Offenland-Feuchthflächen-Verbünden. Sicherung, Pflege und Ausbau von Amphibienhabitaten und ggf. Feuchtgrünland-Vogelarten auf Bergsenkungsflächen im Ackerland. Entwicklung der Kiesabgrabungen sowie der teils bewaldeten Halde Adolf/Merkstein.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Biber, Eisvogel (beide zwischen Wurm u. Übachtal), Kreuzkröte, Geburtshelferkröte, Kiebitz, Wiesenpiper

[s. Anhang Abb. 1006179]

Anhänge

[Abb_ID1006179.pdf](#)

Inhalt

AC_2

Neuer Vorschlag: x - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

verbindet die Stufe I-Flächen VB-K-5102-016 und VB-K-5002-020 unter Einschluss der bisherigen Stufe II-Fläche VB-K-5002-005

Kreis: StädteRegion Aachen

Gemeinde/Stadt: Alsdorf

Name: Verbund Halde Carl-Alexander zu den Halden bei Alsdorf

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Ackerland, Feldgehölze, Aufforstungen

Kurzbeschreibung der Fläche:

Weiter zu entwickelnde Verbundflächen zwischen der Halde Carl-Alexander und den Halden bei Alsdorf.

Begründung und Ziel:

Aufbau eines Verbundsystems für Wald und Offenlandarten zwischen Wurm, Übach, Halde Carl-Alexander und den Halden bei Alsdorf insbesondere für Kreuzkröte und Geburtshelferkröte, aber auch für strukturgebundene Waldarten durch Entwicklung von Gehölz-Verbünden und Offenland-Feuchthflächen-Verbünden. Sicherung, Pflege und Ausbau von Amphibien-Habitaten im Ackerland.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Kreuzkröte, Geburtshelferkröte

[s. Anhang Abb. 1006180]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Anhänge	
----------------	--

Abb_ID1006180.pdf	
-----------------------------------	--

1006181, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>AC_3</p> <p>Neuer Vorschlag: x - oder - Änderungsvorschlag</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>verbindet die Stufe I-Flächen VB-K-5102-005 und VB-K-5102-009 unter Einschluss der bisherigen Stufe II-Fläche VB-K-5102-008</p> <p>Kreis: StädteRegion Aachen</p> <p>Gemeinde/Stadt: Herzogenrath</p> <p>Name: Verbund Wurmatal ? Amstelbach westlich der Bahnstrecke</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt):</p> <p>Grünland-Flächen, kleinere Streuobstflächen, teils parkartige Wälder westlich der Bahnlinie</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Weiter zu entwickelnde Verbundflächen zwischen der Auenlandschaft des Amstelbaches und der Wurm über Grünland- und Waldbereiche am Rand des Siedlungsbereiches</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Aufbau eines Verbundsystems für Wald und Offenlandarten zwischen Wurm und Amstelbach entlang der Bahnstrecke.</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):</p> <p>Biber, Kreuzkröte, Geburtshelferkröte</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006181]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

Anhänge[Abb_ID1006181.pdf](#)

Inhalt

AC_4

Neuer Vorschlag: x - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

verbindet die Stufe I-Flächen VB-K-5102-016 und VB-K-5102-012 unter Einschluss der bisherigen Stufe II-Fläche VB-K-5102-010

Kreis: StädteRegion Aachen

Gemeinde/Stadt: Herzogenrath

Name: Verbund Wurmthal ? Broicher Bach

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Grünland-Streuobst-Komplexe, Wald (teils wiederzubewaldener abgestorbener Nadelwald)

Kurzbeschreibung der Fläche:

Weiter zu entwickelnde Verbundflächen zwischen der Auenlandschaft des Broichbaches und der Wurm auf heutigem Grünland, großteils gut strukturiert mit Streuobst und Einzelbäumen hauptsächlich entlang des Ruifer Baches.

Begründung und Ziel:

Aufbau eines Verbundsystems für Wald und Offenlandarten zwischen Wurm und Broichbach insbesondere für Kreuzkröte und Geburtshelferkröte, aber auch für strukturgebundene Waldarten durch Entwicklung von Gehölz-Verbünden und Grünland-Verbünden.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Kreuzkröte, Geburtshelferkröte

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

[s. Anhang Abb. 1006182]

Anhänge

[Abb_ID1006182.pdf](#)

1006183, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>AC_5</p> <p>Neuer Vorschlag: x - oder - Änderungsvorschlag</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>Einschluss diverser bewaldeter Stufe II-Flächen</p> <p>Kreis: StädteRegion Aachen</p> <p>Gemeinde/Stadt: Herzogenrath, Alsdorf</p> <p>Name: Erweiterungen Broichbachtal</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt):</p> <p>Waldflächen am Rand des Broichbachtals</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Weiter zu entwickelnde Waldbereiche am Broichbachtal</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Aufbau eines Verbundsystems für Wald-Arten entlang des Broichbachtals</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):</p> <p>Biber, Wildkatze, Haselmaus, sonstige Waldarten</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006183]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006183.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

Inhalt

AC_6

Neuer Vorschlag: x - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: StädteRegion Aachen

Gemeinde/Stadt: Alsdorf, Eschweiler

Name: Verbund Broichbachtal - Schlangengraben

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Großteils Ackerflächen, wenige Streuobstbestände, Gehölzstrukturen im rekultivierten Tagebau

Kurzbeschreibung der Fläche:

Ackerflächen sollen zu einer Verbundstruktur insbesondere für Waldarten entwickelt werden. Die Abgrenzung schließt gut entwickelte Streuobstbestände sowie das NSG ?ehemalige Kieswäsche Kinzweiler? ein.

Begründung und Ziel:

Aufbau eines Verbundsystems für Waldarten zwischen Broichbach, NSG Kieswäsche Kinzweiler und Schlangengraben-Blausteinsee. Bereits bestehende Streuobstflächen zeigen die Wirksamkeit solcher Verbundstrukturen. Teil des Biotopverbundsystems von der Rur, über die neue Inde, den Schlangengraben bis zum Broichbachtal und dem Wurmatal mit überregionaler Bedeutung insb. für die Wildkatze.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Steinkauz, Feldsperling, aufzubauender Biotopverbund für Wildkatze u. Haselmaus,

[s. Anhang Abb. 1006184]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Anhänge[Abb_ID1006184.pdf](#)

1006185, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>AC_7</p> <p>Neuer Vorschlag: x - oder - Änderungsvorschlag</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>Kreis: StädteRegion Aachen</p> <p>Gemeinde/Stadt: Würselen, Aachen</p> <p>Name: Verbund Wurmatal ? Würselener Wald und Probsteier Wald</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt):</p> <p>Grünland-Feldgehölz-Komplexe, Wald</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>Weiter zu entwickelnde Verbundflächen zwischen der Auenlandschaft der Wurm über Grünlandflächen mit Feldgehölzen zum Würselener Wald.</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Aufbau eines Verbundsystems für Wald und Offenlandarten zwischen Wurm und Würselener Wald insbesondere für strukturgebundene Waldarten.</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):</p> <p>Biber, Wildkatze, Haselmaus</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006185]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006185.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

Inhalt

AC_8

Neuer Vorschlag: x - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

verbindet die Stufe I-Flächen VB-K-5103-002 und VB-K-5103-022 unter Einschluss der bisherigen Stufe II-Flächen VB-K-5103-005 und VB-K-5103-032

Kreis: StädteRegion Aachen

Gemeinde/Stadt: Eschweiler, Würselen

Name: Verbund Würselener Wald/Probsteier Wald ? ehemalige Kieswäsche Kinzweiler über den Merzbach

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Bachlauf, teils gut strukturiert, teils verbaut, Grünland Gehölze an Siedlungsrandern und Golfplatz.

Kurzbeschreibung der Fläche:

Zu renaturierender und als Biotopverbund-Linie auszubauender Merzbach. Wegen Verrohrungen sind Bypässe über den Golfplatz nötig.

Begründung und Ziel:

Anschluß der Kieswäsche Kinzweiler an den Probsteier Wald/Würselener Wald als Biotopverbund insbesondere für Wald- und Fließgewässerarten.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Biber, Haselmaus, Wildkatze

[s. Anhang Abb. 1006186]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Anhänge[Abb_ID1006186.pdf](#)

Inhalt

AC_9

Neuer Vorschlag: x - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

verbindet die Stufe I-Flächen VB-K-5002-001, VB-K-5002-020 und VB-K-5002-004 unter Einschluss der bisherigen Stufe II-Flächen VB-K-5002-002, VB-K-5002-003, VB-K-5002-005, VB-K-5002-006 und VB-K-5002-017

Kreis: StädteRegion Aachen, Kreis Düren

Gemeinde/Stadt: Inden, Eschweiler, Stolberg

Name: Inde und Vichtbach

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Weitgehend verbaute Flüsse oft im Siedlungsbereich eingeengt, Laubwald, Grünlandstrukturen

Kurzbeschreibung der Fläche:

zu entwickelnde Fließgewässer oft im Siedlungsraum von Inden-Lamersdorf bis Oberstolberg (NSG Hammerberg)

Begründung und Ziel:

Ökologische Verbesserung eines Flusssystems überwiegend im Siedlungsbereich zum Aufbau eines Verbundsystems für Fließgewässerarten und zur Anbindung der Steinbruch- und Waldbereiche südlich Stolberg.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Biber, Eisvogel

[s. Anhang Abb. 1006187]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Anhänge	
----------------	--

Abb_ID1006187.pdf	
-----------------------------------	--

Inhalt

AC_10

Neuer Vorschlag: x - oder - Änderungsvorschlag

Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:

vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja **Stufe II** (besondere Bedeutung)

Kreis: StädteRegion Aachen

Gemeinde/Stadt: Stolberg, Eschweiler

Name: Wald-Steinbruch-Offenlandverbund im Vennvorland

Biotop-Typen (wenn bekannt):

Grünland, Waldbereiche (teils abgetriebene Fichtenforste, teils Laubwald), Kalkmagerrasen, Steinbrüche, Schwermetallrasen

Kurzbeschreibung der Fläche:

Vom Eschweiler Stadtwald über den Schlangenberg, das NSG Schomet südlich Breinig bis zum Jammetsbach und Brander Wald werden oft Abbau-bedingt entstandene Schutzgebiete verbunden über strukturiertes Grünland und Wald-Gehölzbereiche.

Begründung und Ziel:

Aufbau eines Verbundsystems für Wald und Offenlandarten im Vennvorland zum Verbund der diversen Steinbrüche, Kalk- u. Schwermetallbiotope insbesondere für Amphibien, wie Geldbauchunke und Geburtshelferkröte, aber auch für Haselmaus und Wildkatze. Sicherung, Pflege und Ausbau von Amphibienhabitaten und vielfältigen Sonderbiotopen (Kalk, Schwermetall) sowie Wäldern. Schaffung von Wanderkorridoren zwischen den teils isolierten Kernflächen durch Aufbau eines Verbundsystems.

Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):

Wildkatze, Haselmaus, Gelbbauchunke, Geburtshelferkröte, Kalkmagerrasen-Vegetation, Galmeiflur-Vegetation

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

[s. Anhang Abb. 1006188]

Anhänge

[Abb_ID1006188.pdf](#)

1006486, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>DN_4</p> <p>Neuer Vorschlag: - oder - Änderungsvorschlag</p> <p>Änderung der bestehenden Biotopverbundfläche:</p> <p>vorgeschlagen für Stufe I (herausragende Bedeutung) ja Stufe II (besondere Bedeutung)</p> <p>Erweiterung und Hochstufung der bisherigen Stufe I-Flächen VB-K-5105-013, VB-K-5105-007, VB-K-5205-013 und VB-K-5205-014</p> <p>Kreis: Düren, Rhein-Erft-Kreis</p> <p>Gemeinde/Stadt: Merzenich, Nörvenich, Kreuzau, Vettweiß, Kerpen</p> <p>Name: Feldvogelschutzgebiet Kelz-Frauwüllesheim-Golzheim</p> <p>Biotop-Typen (wenn bekannt):</p> <p>weit überwiegend Ackerland</p> <p>Kurzbeschreibung der Fläche:</p> <p>großräumige Bördenlandschaft mit hoher Bedeutung für Feldvögel</p> <p>Begründung und Ziel:</p> <p>Erweiterung der bisherigen Stufe II-Flächen und Erhaltung und Ausbau der Bördenlandschaft als Schwerpunktorkommen für Feldvögel</p> <p>Bemerkenswerte, charakteristische oder seltene Arten (falls bekannt, z.B. Rote Liste NRW/ Vorwarnliste-NRW):</p> <p>Feldlerche, Grauammer, Kiebitz, Rebhuhn, Wachtel, Schwarzkehlchen und Wiesenschafstelze. Es handelt sich um das Hauptbrutvorkommen der Grauammer im Kreis Düren. Goldregenpfeifer (DZ), Rohrweihe, lokal Wechselkröte</p> <p>Anhänge Abb_ID1006486.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

Inhalt

Der Regionalplanentwurf entwickelt für diesen Bereich nur geringe Steuerungswirkung über wenige sehr allgemein gehaltene Grundsätze, die dazu anhalten, die Erfordernisse von Klimaschutz und Klimaanpassung bei Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen und grobe Maßnahmenrichtungen ansprechen (u.a. energiesparende Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, die Sicherung von Kohlenstoffsenken, die Sicherung von Wasserressourcen oder die Milderung von Hitzefolgen), systematisch operationalisiert für eine wirksame Steuerung werden diese nicht. Mit diesen wenigen Vorgaben ohne strikt bindende Wirkung werden diese Belange weiterhin regelmäßig anderen Raumnutzungsansprüchen unterliegen, sowohl bei der Flächenausweisung im Regionalplan selbst, als auch bei zukünftigen Regionalplanänderungen, in der Bauleitplanung und auch bei anderen Planungen und Vorhaben. Die Durchsetzungskraft bleibt gering. Das wird der Bedeutung dieser Handlungsfelder in keiner Weise gerecht. Mit an vorderster Stelle steht im Aufgabenbereich der Regionalplanung der Schutz relevanter Flächenfunktionen - ohne Fläche ist weder Klimaschutz noch Klimaanpassung wirksam möglich, wie auch das neue Klimaanpassungsgesetz für NRW mit einer Ausrichtung auf den Schutz der Grünen Infrastruktur zumindest anerkennt (§ 4 Abs. 5 KlAnG NRW).

Das Querschnittsthema muss übergeordnet/gesamthaft operationalisiert und in die verschiedenen Handlungsfelder des Regionalplans integriert werden. Dazu fordern die Naturschutzverbände deutliche Nachbesserungen und eine deutliche Erhöhung der Verbindlichkeit der Vorgaben - so z.B.

- einen strikte(re)n Schutz von Böden und Biotopen mit Klimaschutzfunktionen,
- von klimaökologischen Ausgleichsräumen,
- von Flächen mit Bedeutung für die Wasserrückhaltung und -speicherung (Schutz vor Starkregen/Überschwemmungen und Kühlungsfunktion) sowie
- eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie.

Des weiteren wurden Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) festgelegt und in der Erläuterungskarte F10 (Anhang A3) dargestellt. RÜB sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Entsprechend dem Ziel 7.4-7 LEP NRW wurden in Abstimmung mit der wasserwirtschaftlichen Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) in unbebauten und hochwassergeschützten Bereichen innerhalb des HQ100 identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die ÜB einbezogen. Mit den rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen wird ein Flächenpotential gesichert, mit dem Kommunen zum eigenen Schutz und dem ihrer Unterlieger zusätzlichen Retentionsraum schaffen können. Dies kann z. B. durch Deichrückverlegungen, Einrichtungen gesteuerter Rückhalteräume oder Gewässerrenaturierungen erfolgen.

Die Bewertungen des Umweltberichts müssen nach einem einheitlichen Maßstab für die gesamte Planungsregion erfolgen. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt

Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden

charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines [Auswahl: ASB/GIB] gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zudem hat im Prozess Region+ Wirtschaft im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil laut Bodenschutzfachbeitrag Geologischen Dienstes NRW (2019) und Landwirtschaftlichem Fachbeitrag zum Regionalplanentwurf Köln (2020) betroffener Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen. Das Kriterium der Betroffenheit für hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen wird im Landwirtschaftliche Fachbeitrag in der Standortwertkarte mit den Stufen I (sehr hoch) und II (hoch) definiert. Der Anteil der Betroffenheit nach Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW wird mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung in der Karte der schutzwürdigen Böden bestimmt.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende

Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für den Regionalplanentwurf Köln dar. Hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung

des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Die Naturschutzverbände halten die vorliegende Siedlungsplanung für unvereinbar mit den Vorgaben des Landesentwicklungsplans sowie mit einer nachhaltigen Raumentwicklung in der Region Köln, da sie den nach wie vor voranschreitenden Flächenverbrauch weiter fördert. Sie kritisieren insbesondere

- das Fehlen einer planerischen Strategie zum Flächensparen,
- die Bedarfsermittlung, die aus Sicht der Naturschutzverbände zu Siedlungsflächenausweisungen führt, die nicht mit den Vorgaben des LEP vereinbar sind und weit über dem tatsächlichen Siedlungsflächenbedarf der Bevölkerung liegen,
- die hiermit im unmittelbaren Zusammenhang stehende nicht vollständige Berücksichtigung der auf Grundlage des Siedlungsflächenmonitorings ermittelten planerisch verfügbaren Flächenreserven,
- das Fehlen eines konsistenten Konzeptes zur Steuerung der Flächenauswahl/-festlegung auf konfliktarme Flächen (Restriktionskriterien) und
- die vollkommen unzureichende Umweltverträglichkeitsprüfung, in der u.a. eine belastbare Prüfung der Auswirkungen der Gesamtplanung (textliche und zeichnerische Festlegungen), eine Alternativenprüfung zum konzeptionellen Ansatz und zu den allermeisten Flächenausweisungen sowie zu kumulativen Wirkungen fehlen. Das Schutzgut Fläche wird nur marginal behandelt.

Das Thema Flächensparen wird im Planentwurf zur Siedlungsentwicklung so gut wie gar nicht behandelt. Auch nach Streichung des 5-ha-Grundsatzes aus dem LEP bleiben die übergeordneten Zielvorgaben für die Regionalplanung bestehen. Dazu gehören der Grundsatz der Raumordnung, nach dem die erstmalige Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke insbesondere durch quantifizierte Vorgaben zu verringern ist (§ 2 Abs. 2 Nr. 6 S. 3 ROG), sowie die Leitlinien aus der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der Biodiversitätsstrategie von Bund und Land (Land NRW: Verringerung der Flächenneuanspruchnahme auf 5 ha pro Tag, langfristig Netto-Null). Die Regionalplanung schafft im ganzen Land den grundsätzlichen Rahmen für den zukünftigen Flächenverbrauch und erzeugt Planungsrechte zur Baulandumsetzung der hier festgesetzten Flächen für Jahrzehnte. Damit trägt sie nicht nur wesentliche Verantwortung für eine nachhaltige Raumentwicklung, sondern auch ein großes Potenzial, hier Maßstäbe für die Zukunft zu setzen.

Die Naturschutzverbände hätten mindestens in der SUP eine Auseinandersetzung mit der Frage der Quantifizierung der Verringerung des Flächenverbrauchs erwartet, die auch dort nicht erfolgt. Daher wagen die Naturschutzverbände mit den wenigen zur Verfügung stehenden Daten der Offenlage einen Ausblick: Die

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

In Bezug auf die Berechnungsmethode für den Gewerbeflächenbedarf wird darauf

Neubaupotenziale betragen insgesamt 15018 ha. Darin enthalten sind die Potenziale für GIB/ ASB mit 12637 ha (endogen und regional); die dargestellten GIBplus und GIBregional mit zusätzlichen 657 ha sowie die verbleibenden noch vorhandenen Potenziale in FNP außerhalb der dargestellten ASB/ GIB mit zusätzlichen 1724 ha. Die Flexibilisierungsflächen sind hier nicht eingerechnet. Bei einem Planungszeitraum von 25 Jahren (= 9125 Tage) ergibt sich damit nur für die Siedlungsfläche im Regierungsbezirk Köln ein durchschnittlicher Flächenverbrauch von 1,65 ha/Tag. Es sei dahin gestellt, dass nicht die gesamte regionalplanerisch dargestellte Fläche bebaut/ versiegelt wird ? dazu kommen dann noch die Baulandentwicklungen, die im Rahmen der Ausnahmen des LEP, u.a. in den im Freiraum gelegenen Ortsteilen und der weiteren Möglichkeiten nach BauGB (u.a. Bauen im Außenbereich) möglich sind, sowie die Flächen für Verkehr. Dazu ist davon auszugehen, dass die Entwicklung der Flächen nicht zeitlich linear erfolgt, sondern der größere Anteil in den nächsten 10-15 Jahren des Planungszeitraums in Anspruch genommen wird. Dadurch wird der Flächentagesverbrauch noch deutlich höher ausfallen. Wenn allein im Regierungsbezirk Köln die Flächeninanspruchnahme schätzungsweise durchschnittlich also nahezu 2 ha/ Tag beträgt, wird deutlich, dass das landesweite Ziel zur Reduzierung des Flächenverbrauchs auf 5 ha/ Tag bei weitem und auf lange Sicht verfehlt werden dürfte.

Die zentrale Stellschraube zur Senkung des Flächenverbrauchs ist die Bedarfsermittlung. Zur Bedarfsberechnung wird vorliegend die aus Sicht der Naturschutzverbände zur Senkung des Flächenverbrauchs ungeeignete, im LEP angelegte Methodik zur Bedarfsberechnung mit Fortschreibung des Status Quo verwendet und selbst die darin bestehenden Spielräume und Möglichkeiten zur Eingrenzung des Flächenverbrauchs werden nicht genutzt (s. Kapitel C.3.1.2). Für die Gewerbe- und Industrieflächen setzt man zudem auf eine Entkoppelung von der LEP-Methodik bzw. den kommunalen Bedarfen, indem über andere Bedarfskonzepte zusätzlich Fläche in erheblichem Maß generiert wird. Die heutigen Verhältnisse mit sich immer weiter verstärkenden Raumnutzungs-/ Flächenkonkurrenzen, vielerorts stagnierender oder sinkender Bevölkerungszahlen (außer in den kreisfreien Städten), der zunehmenden Alterung der Bevölkerung, der Abnahme der erwerbsfähigen/ -tätigen Bevölkerung und sich damit verändernder Arbeitskräftepotenziale sowie Bedarfe an Wohnraumtypen und Wohnortwünschen für die nächsten 25 Jahre finden keine Berücksichtigung.

Dabei zeigt die Bevölkerungsvorausberechnung eindrucklich auf, was in Zukunft an Wohnraum vorwiegend gebraucht wird (s. Tabelle 2). Während für den gesamten Regierungsbezirk bis 2040 noch ein Wachstum von 6,4 % prognostiziert wurde, geht die aktuelle Prognose bis 2050 nur noch von +1,9 % aus. Differenzierter sieht es bei Betrachtung der Altersgruppen aus. Generell ist eine Zunahme der älteren Bevölkerung zu verzeichnen. Die Altersgruppe über 65 Jahre nimmt um 28,1 % zu (bis 2050, Prognose bis 2040: + 39,4 %), in Bonn und den Kreisen Euskirchen und Heinsberg zwischen 37 und 40 %. Damit steigt der Anteil dieser Altersgruppe an der

verwiesen, dass wie in der Begründung ausführlich erläutert, u.a. die Vorgaben des LEP NRW nicht erfüllt sind, da die dort als Ausgangslage vorausgesetzten zwei Monitoringperioden für eine Trendfortschreibung aufgrund von Systemumstellungen im Rahmen des sfm nachweislich nicht erfüllt sind.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größereordnung von 10 ha.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und

Gesamtbevölkerung im Regierungsbezirk von 16,6 % in 2018 auf 25,7 % im Jahr 2050 (22,8 % bis 2040). Gleichzeitig nimmt die Gruppe der Erwerbsfähigen/-tätigen (über 19 bis 65 Jahre) um 5,8 % ab (bis 2050, Prognose 2040: -4,0 %), im Rheinisch-Bergischen Kreis, Rhein-Sieg-Kreis und im Oberbergischen Kreis zwischen 10 und 17 %. Der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung sinkt im Regierungsbezirk von 63,2 % auf 57,1 % bis 2050. Bei nahe 60 % liegen dann nur noch die kreisfreien Städte.

Gleichzeitig steigt der schon 2018 hohe Anteil an 1-2-Personenhaushalten in den Städten und Kreisen bis 2040 teils noch deutlich an (Prognose bis 2050 liegt noch nicht vor): schon jetzt liegt er nahezu überall bei 70 %, in der Stadt Aachen bei rund 85 %, die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt nur bei knapp über 2 Personen, in der Städteregion Aachen und den kreisfreien Städten unter 2 Personen.

[Tabelle]

Hier bedarf es vor allem eines nicht: dem weiteren Fokus beim Wohngebäudeneubau auf den Ein- und Zweifamilienhausbau, der im Regierungsbezirk auch im Jahr 2020 mit einem Anteil 84,5 % der fertiggestellten Wohngebäude (Einfamilienhäuser: 74,5 %) vollkommen an den tatsächlichen Bedarfen vorbei geht. In den Kreisen Düren und Euskirchen sind es sogar über 80 % und auch in den kreisfreien Städten durchweg über 50 %.

Tatsächlich gebraucht werden neben kleineren, bezahlbaren Wohnungen für kleine Haushalte v.a. altersgerechter Wohnraum und die Entwicklung gezielter Nachnutzungskonzepte im Rahmen der Innenentwicklung für frei werdende Ein- und Zweifamilienhäuser, anstatt über neue Baufläche auf der 'grünen Wiese' an den Ortsrändern die 'Donut-Problematik' (Verödung der Ortskerne) noch weiter zu verschärfen. Einfamilienhausgebiete vermögen auch nicht der sozialen Anforderung nach bezahlbarem Wohnraum sowohl für Einzelpersonen- als auch Familienhaushalte gerecht zu werden. Diese gesellschaftliche Problematik wird sich im Zuge der drastischen Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Zuge der aktuellen Krisensituationen (Energie, Klima) weiter verschärfen. Wo die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung langfristig zurückgeht müssen auch keine neuen Gewerbe- und Industriegebiete in reiner Fortführung des Status Quo und 'mit der Gießkanne' mehr ausgewiesen werden: wo sollen die neuen Arbeitskräfte herkommen?

Statt hier ein zukunftsfähiges Konzept zu entwickeln, wird nun aber noch zusätzlich zu den sowieso schon überdimensionierten Bedarfswerten und Flächenausweisungen (s. Kapitel C.3.1.3) für die allseits propagierte Flexibilisierungsnotwendigkeit ein Ansatz über den sogenannten Flexibilisierungsbedarf in Höhe von zusätzlichen 50 % eingeführt, der als Vorbehaltsfläche ausgewiesen werden soll. Für diese Vorgehensweise gibt es keine Rechtsgrundlage, sie wird durch den planungsrechtlich übergeordneten LEP nicht eröffnet. Zudem widerspricht sie aus Sicht der Naturschutzverbände dem Vorsorge- und Entwicklungspotenzialansatz der

Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBpl us sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. Der Prozess Region+ Wohnen und Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Der Regionalplan Köln entkoppelt insofern Mengen- und Standortsteuerung der Siedlungsentwicklung. Dies dient dazu, zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbaren Restriktionen und Umsetzungshemmnissen innerhalb der ASB und GIB zu begegnen und mehr Flexibilität bei der räumlichen Verortung der ermittelten Siedlungsraumbedarfe zu schaffen. Im Sinne der Verfahrensbeschleunigung sowie einer gesamträumlichen Abwägung im Sinne des Freiraumschutzes werden durch dieses Instrument künftig erforderliche einzelne Einzeländerungsverfahren des Regionalplans für geeignete Siedlungsraumerweiterung reduziert. Aufgrund der vielfältigen Restriktionen und Mehrfachkodierungen der Flächennutzung im Regionalplan Köln legt dies den sonst typischerweise auftretenden Regionalplanänderungsverfahren für Einzelvorhaben eine gesamtplanerische Freiraum- und Siedlungsraumkonzeption zugrunde.

Die Ermittlung der Flex-Bedarfe fußt dabei auf einem Richtwert von 50% der ermittelten Siedlungsraumbedarfe, um einerseits ein angemessenes Verhältnis zum Siedlungsflächenbedarf herzustellen und andererseits in Hinblick die zeichnerische Festlegung (in der Regel ab 10 ha) ein regionalplanerisch darstellungsfähiges

Raumordnung nach dem ROG. Die Flächendarstellungen für Siedlung haben mit der Definition der Bedarfsgerechtigkeit laut LEP nichts mehr zu tun, nach der ausreichend Flächen für eine entsprechende Entwicklung zur Verfügung zu stellen sind, andererseits aber die Neudarstellung von Flächen auf das erforderliche Maß zu beschränken ist.

Es gibt aufgrund der immer weiter zunehmenden Flächenkonkurrenzen (u.a. durch Flächenerfordernisse für Klimaschutz und Klimaanpassung, Biodiversitätsschutz, Schutz des Trinkwassers, Hochwasserschutz) schlicht einfach nicht ?mehr? realisierbares Bauland. Die einzige Strategie, die hier helfen kann, ist das Flächensparen. Dies hat sich sehr eindrücklich auch bei der 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf (Mehr Wohnbauland am Rhein) gezeigt, wo die Kommunen über ein Flächenranking-System dazu angehalten waren, möglichst Flächen mit einer voraussichtlich guten städtebaulichen Umsetzbarkeit (u.a. Kriterium Verfügbarkeit über Eigentumsverhältnisse, zeitliche Verfügbarkeit) der Flächen zu melden. Im Ergebnis hat sich herausgestellt, dass solche Flächen offenbar kaum noch existieren. Die Ergebnisse des Flächenrankings aus den Region+-Prozessen für den Regionalplan Köln, in denen die Verfügbarkeit auch als Kriterium angewendet wurde, sind nicht offengelegt.

Zudem zeigt die - aus Sicht der Naturschutzverbände defizitäre - Umweltprüfung deutlich auf, dass eine Lenkung der Siedlungsbereiche auf möglichst konfliktarme Flächen nicht gelungen ist. So weisen 81,5 % der dargestellten (und geprüften) ASB-Fläche voraussichtlich erhebliche

negative Umweltauswirkungen auf. Bei den neu im Freiraum dargestellten Flächen sind es 84,8 %. Bei den GIB trifft dies auf 65,3 % der Flächen zu bzw. auf 53,7 % der neu im Freiraum dargestellten Flächen zu (s. ausführlich Kapitel D.2). Dem Plan liegt offenbar kein wirksames Konzept zur Lenkung der Siedlungsflächenauswahl bzw. -festlegung auf möglichst konfliktarme Flächen zugrunde oder es wurde in der Abwägung zu den einzelnen Flächen nicht umgesetzt.

Die Planung räumt der Entwicklung von Bauland damit einen nicht belastbar begründeten, unverhältnismäßigen Vorrang bzw. Vorbehalt gegenüber den anderen Raumnutzungen und Flächenbedarfen, insbesondere dem Umwelt- und Freiraumschutz, ein. Sie überlässt die Siedlungsentwicklung mehr oder weniger ohne eine übergeordnete Steuerung den Kommunen und ermöglicht eine ungehemmte Baulandentwicklung und damit weiteren massiven Flächenverbrauch. Dem Freiraum werden damit seine Entwicklungspotenziale insbesondere im Hinblick auf die wesentlichen Herausforderungen Klimaschutz und Klimaanpassung sowie Biodiversitätsverlust und Wasserhaushalt, also grundlegender Raumnutzungsansprüche der Daseinsvorsorge, in nicht vertretbarem Ausmaß genommen. Das Gegenstromprinzip besagt zwar, dass die Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Gesamttraums die Gegebenheiten und Erfordernisse seiner Teilräume

Mengengerüst zu erhalten. Dabei werden auch etwaige Überhänge bei den Siedlungsflächenreserven berücksichtigt. Die Festlegung von ASBflex und GIBflex erfolgt im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans anhand eines eigenen Planzeichens. Das Ausschöpfen der ermittelten Bedarfe durch Festlegungen ist nicht zwingend erforderlich und "übrige" Bedarfe werden nicht regional verteilt. Die Tabelle *Potentiale zur Festlegung von ASBflex und GIBflex in den Kommunen des Regierungsbezirks Köln* in der Begründung wird um die tatsächlichen verorteten ASBflex und GIBflex ergänzt und ist insofern als Dokumentation eines Prozesses zu verstehen.

ASBflex und GIBflex dürfen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung sind im kommunalen Bauleitplanverfahren die Bereiche (ASB/GIB) zu benennen, innerhalb welcher dauerhafte Vollzugshindernisse vorliegen. So wird sichergestellt, dass nicht mehr Fläche als gemäß ermitteltem Bedarf in Anspruch genommen wird.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt (siehe Begründung in Kapitel 3.2.1 *Allgemeine Siedlungsbereiche*). Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Der LEP NRW formuliert die Grundsätze 6.1-3 Leitbild ?dezentrale Konzentration?, 6.1-5 Leitbild ?nachhaltige europäische Stadt? in Hinblick auf eine kompakte Siedlungsstruktur, 6.1-6 Vorrang der Innenentwicklung sowie 6.1-8 LEP NRW Wiedernutzung von Brachflächen. Diese sind von den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene zu berücksichtigen. Von reinen Wiederholungen sieht der Regionalplan Köln ab.

Darüber hinaus trägt der Regionalplan mit den Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren und Z.2 Zersiedlung vermeiden zu einer kompakten und flächensparenden Siedlungsentwicklung bei. Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim

berücksichtigen soll, aber die Entwicklung, Ordnung und Sicherung der Teilräume hat sich auch in die Gegebenheiten und Erfordernisse des Gesamttraums einzufügen (§ 1 Abs. 3 ROG). Dieses Plankonzept entbindet die Teilräume aber weitgehend von einem übergeordneten Zielrahmen für die Siedlungsentwicklung und weicht die grundsätzliche Trennung von Freiraum und Siedlungsraum (Ziel 2-3 LEP) auf.

Damit wird nach Ansicht der Naturschutzverbände der Aufgabe und Leitvorstellung bzw. den Grundsätzen der Raumordnung widersprochen, nach denen

- Vorsorge für die einzelnen Nutzungen und Funktionen des Raums zu treffen ist (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 ROG) und
- Entwicklungspotenziale zu sichern und Ressourcen nachhaltig zu schützen sowie die Gestaltungsmöglichkeiten der Raumnutzung langfristig offenzuhalten sind (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 ROG),
- der Freiraum durch übergreifende Freiraum-, Siedlungs- und weitere Fachplanungen - hier die Regionalplanung als zentrales Instrument zur Siedlungsflächensteuerung - zu schützen ist (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG) sowie,
- der Raum in seiner Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der Böden, des Wasserhaushalts, der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Klimas einschließlich der jeweiligen Wechselwirkungen zu entwickeln, zu sichern oder, soweit erforderlich, möglich und angemessen, wiederherzustellen ist. Bei der Gestaltung räumlicher Nutzungen sind Naturgüter sparsam und schonend in Anspruch zu nehmen; Grundwasservorkommen und die biologische Vielfalt sind zu schützen (§ 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG).

Auch die auf die Siedlungstätigkeit und den Flächenverbrauch bezogenen Grundsätzen einer nachhaltigen Raumentwicklung nach § 2 ROG (Abs. 2 Nr. und 6), nach denen

- die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten ist,
- die weitere Zerschneidung der freien Landschaft und von Waldflächen so weit wie möglich zu vermeiden ist,
- die Flächeninanspruchnahme im Freiraum zu begrenzen und die erstmalige Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke zu verringern ist,
- insbesondere durch quantifizierte Vorgaben zur Verringerung der Flächeninanspruchnahme sowie durch die vorrangige Ausschöpfung der Potenziale für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, für die Nachverdichtung und für andere Maßnahmen zur Innenentwicklung der Städte und Gemeinden sowie zur Entwicklung vorhandener Verkehrsflächen,
- finden keine Beachtung.

Anstatt die weitestgehende Planungshoheit der Kommunen als Problemlösung

Flächentausch berücksichtigen. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten. Die Regelungen im Ziel Flächenüberhänge vermeiden und abbauen dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen

zu propagieren, sollte die Regionalplanung in Verantwortung ihrer hohen Bedeutung für eine nachhaltige Raumentwicklung ihre Möglichkeiten dazu nutzen, die Flächenkonflikte gesamtplanerisch zu lösen. Sie sollte die Kommunen vorausschauend in die Pflicht nehmen, ihren im BauGB verankerten Verpflichtungen im Hinblick auf eine nachhaltige und flächensparende Baulandentwicklung nachzukommen. Die Kommunen müssen selbst dafür Sorge tragen, dass die von ihnen eingebrachten Flächenvorschläge auch in längeren Planungszeiträumen Bestand haben. Die örtlichen Verhältnisse hinsichtlich städtebaulicher Restriktionen (z.B. mangelnde Baugrundeignung, topografische Probleme wie Hanglage, fehlende Erschließbarkeit oder Immissionsschutzgründe) sollten von Seiten der Kommunen zumindest in Teilen frühzeitig abgeschätzt werden können. Für die Regionalplanung ist die fehlende Bereitschaft von Grundstückseigentümern, ihre Flächen zur Verfügung zu stellen, jedenfalls kein relevanter Belang und tragender Grund dafür, die Aufgabe der Steuerung und die sachgerechte Abwägung mit den anderen Raumnutzungen mehr oder weniger aufzugeben. Regionalplanung/ Regionalrat und Kommunen haben zusammen die Aufgabe, ein tragfähiges Gerüst für die Siedlungsflächenentwicklung aufzustellen, das Aussicht auf Wirksamkeit und Umsetzungserfolg hat und den zahlreichen Ansprüchen an den Raum Rechnung trägt - auch die Kommunen werden z.B. zunehmend Flächen für die Klimaanpassung einplanen und überörtlich bedeutsame Klimaflächen anbinden müssen.

Die Naturschutzverbände erwarten von einem zukunftsfähigen, die Raumentwicklung eines ganzen Regierungsbezirks auf Jahrzehnte hinaus steuernden Regionalplan ein Konzept und eine Planung für eine langfristig nachhaltige Siedlungsentwicklung. Sie fordern,

- dass der Regionalplan die grundsätzliche raumordnerische Zielsetzung der Trennung von Freiraum und Siedlungsraum umsetzt und dafür eine klare Zielvorgabe dazu enthält, dass die Siedlungsentwicklung in den dargestellten Siedlungsflächen zu erfolgen hat und die Entwicklung der Ortslagen im Freiraum ausschließlich auf den Eigenbedarf beschränkt wird,
- dafür eine zukunftsfähige, an der Bevölkerungsentwicklung ausgerichtete (Stagnation/ Schrumpfungsprozesse, Altersgruppenverschiebungen, tatsächliche Wohnraumbedarfe) und den Flächenverbrauch eindämmende Bedarfsfestlegung,
- eine belastbare und planerisch für den Gesamttraum der Region einheitliche Konzeption für die Auswahl und Ausweisung der konkreten Flächen in Lage und Größe, die die Anforderung zur Ausrichtung der Siedlungsentwicklung an den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen erfüllt,
- eine konsistente und wirksame Strategie zur Lenkung der Siedlungsflächen auf die konfliktärmsten Bereiche für Umwelt- und Naturschutz/ Freiraumschutz (Ausschluss-/ Restriktions-/ Eignungskriterien), konkrete Bewertungskriterien und eine nachvollziehbare Bewertung: konfliktärmste Bereiche sind zuerst und

Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Laut Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung (2020) kann für zeichnerische Festlegungen mit voraussichtlich positiven Umweltauswirkungen die Umweltauswirkungen stärker zusammenfassend beschrieben und auf eine Detailprüfung von Teilflächen (z. B. über Prüfbögen) zu verzichtet werden. Zu den zeichnerischen Festlegungen, für die auf der regionalplanerischen Ebene in der Regel keine negativen oder überwiegend positiven Umweltauswirkungen prognostiziert werden können, zählen insbesondere:

- Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche,
- Waldbereiche,
- Bereiche für den Schutz der Natur,
- Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung,
- Regionale Grünzüge,
- Bereiche für Grundwasser- und Gewässerschutz und
- Überschwemmungsbereiche.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten

vollständig auszunutzen,

- ein gesamtregionales Konzept zur mehrkommunalen/ gemeinsamen Verortung und Nutzung von Gewerbe- und Industrieflächen inklusive der vorrangigen Ausnutzung von Reserveflächen
- der Unternehmen, von Nachnutzungs- und Umnutzungspotenzialen vorhandener Flächen und zur Erhöhung der Flächenausnutzung/ Nutzungsdichte,
- eine Anrechnung jeglicher Siedlungsflächenentwicklungen auf die in ihrer räumlichen Ausdehnung und Lage abschließend dargestellten Siedlungsflächen und den festgesetzten Bedarf - inklusive von Siedlungsflächen, die über weitere Möglichkeiten der Baulandentwicklung entstehen und im Rahmen des Siedlungsflächenmonitorings zu erfassen und einzurechnen sind,
- eine klare Ausrichtung auf das prioritäre Ziel des Flächensparens durch Festlegung von Zielen
 - zur flächensparenden Baulandentwicklung durch wirksame Ziele für ein regionalisiertes, konkretes Flächensparziel (langfristig Netto-Null) und Mindest-Bebauungsdichten für die verschiedenen Raumkategorien,
 - zur vorrangigen Innenentwicklung vor Außenentwicklung verbunden mit der Pflicht zur Führung kommunaler Kataster für Flächenpotenziale zur Nachverdichtung (Brachflächen, andere Wieder- und Nachnutzungspotenziale, Konversionsflächen) und deren Ausnutzung,
 - zur kompakten Baulandentwicklung durch Ziele für den Anschluss an bestehende Siedlungsansätze, zusammen mit den landesplanerisch angelegten Vorgaben zur Vermeidung von Neubegründungen von Siedlungsarealen im Freiraum,
 - zur Ausrichtung der Siedlungsentwicklung an bestehenden Infrastrukturen und Verkehrswegen, insbesondere dem ÖPNV und die Schienenanbindung für Gewerbe- und Industriegebiete.
- Dies sind die zentralen, raumplanerisch machbaren und wirksamen Grundlagen, um eine nachhaltige Entwicklung im Siedlungsbereich in Abgrenzung und Verantwortung zu den anderen Raumnutzungen zu erreichen.

Die Naturschutzverbände zeigen in Kapitel C.3.1.2 Möglichkeiten für eine zukunftsfähige Wohnflächenplanung durch eine Bedarfsberechnung über verschiedene ?Dichtepfade? auf. Sie fordern drauf gestützt eine Mindestdichte für jegliche neue Siedlungsflächenplanung (Wohnen) von 45 Wohneinheiten (WE)/ ha. Dies entspricht einer Zielgruppe, die entsprechend der Bevölkerungsprognose durchmischt ist, für die große und kleine Haushalte für Jung und Alt vorgesehen sind und wo auch Einfamilienhäuser weiterhin gebaut werden können. Das damit möglich Einsparpotenzial von rund 30 % und damit über 2000 ha des errechneten kommunalen Flächenbedarfs muss nach Auffassung der Naturschutzverbände im Sinne einer nachhaltigen Siedlungs- und gesamtträumlichen Entwicklung genutzt werden.

Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von Siedlungsraum gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich.

In Hinblick auf die angeregten Formulierungen von Zielen der Raumordnung wird auf die Erläuterungen zu den Stellungnahmen ID 1006991, 100692, 1006994, 1006997, 1007019 sowie 1007036 verwiesen.

Im Übrigen wird die Begründung entsprechend fortgeschrieben.

Im Folgenden werden die Darlegungen aus dieser Gesamteinschätzung bezogen auf die Ziele und Grundsätze des Regionalplanentwurfes näher ausgeführt und begründet.

Inhalt***Nachhaltige Siedlungsentwicklung***

Die Naturschutzverbände können nicht nachvollziehen, dass im Kapitel zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung das Thema Verminderung des Flächenverbrauchs und flächensparende Siedlungsentwicklung so gut wie nicht behandelt wird. Stattdessen werden hier vom LEP abweichende und auch gar nicht regelbare Vorgaben und Planungsansätze formuliert. Eine Befassung mit dem Thema Nachhaltigkeit in der Siedlungsentwicklung sowohl aus wirtschaftlicher als auch ökologischer (Steuerung der Siedlungsentwicklung in konfliktarme Räume, Verminderung Flächenverbrauch) und sozialer Sicht (Beförderung bezahlbarer Wohnraum) ist nicht erkennbar. Damit verfehlt die Planung in jeder Hinsicht ihre Aufgabe für eine nachhaltige Raumentwicklung.

Ziel 1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren

Die Naturschutzverbände lehnen die Formulierung des Ziels Z.1 ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? sowie die Sicherstellung einer ?vorrangigen? Siedlungsentwicklung innerhalb der im Regionalplan festgelegten Siedlungsbereiche ab.

Der LEP bestimmt unter Ziel 2-3 eindeutig, dass sich die Siedlungsentwicklung der Gemeinden innerhalb der regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereiche vollzieht. Die Ausnahmen nach Ziel 2-3 und 2-4 LEP bleiben von einer solchen Formulierung unbenommen und werden hier auch noch einmal aufgeführt. Eine Wahlmöglichkeit, wie sie die Formulierung ?vorrangig? suggeriert, besteht nicht. Der Vorrang aus der Bezeichnung/ Wirkung der dargestellten Siedlungsbereiche als Vorranggebiet bezieht sich darauf, dass innerhalb der Gebiete diese Nutzung Vorrang vor allen anderen hat, nicht darauf, dass die Siedlungsentwicklung auch außerhalb stattfinden kann.

Die Naturschutzverbände fordern folgende Formulierung:

Z.1 Siedlungsentwicklung vollzieht sich in Siedlungsbereichen

Die Kommunen haben sicherzustellen, dass sich die Siedlungsentwicklung innerhalb der im Regionalplan festgelegten Siedlungsbereiche vollzieht. Siedlungsentwicklung im Freiraum ist nur unter den Ausnahmebestimmungen von Ziel 2-3 LEP und für im Freiraum gelegene Ortsteile nach Ziel 2-4 LEP möglich. Außerhalb der Siedlungsbereiche dürfen neue Siedlungsansätze nicht geplant werden.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Z.1 *Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren* bezieht sich auf die Regelungen des LEP in Ziel 2-3. Die Formulierung "vorrangig" umfasst die in den landesplanerischen Vorgaben formulierten Ausnahmen. Entwicklungsmöglichkeiten über den LEP NRW hinaus werden dadurch nicht ermöglicht.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. In der gesamtträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Hinsichtlich eines neuen Ziels *Flächensparende Siedlungsentwicklung*: Es wird ein neuer Grundsatz *Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen* festgelegt (s. Änderungssynopse).

Sinngemäß lauteten so auch die Vorgaben in den geltenden Teilplänen des Regionalplans:

Ziel 1: ?Im Sinne der Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung und zur Verwirklichung der landesplanerisch angestrebten Schwerpunktbildung soll sich die Siedlungsentwicklung der Gemeinden auf den Flächen vollziehen, die im Regionalplan als Siedlungsbereiche dargestellt sind. Innerhalb der Siedlungsbereiche soll sich die gemeindliche Siedlungstätigkeit vorrangig auf Siedlungsschwerpunkte ausrichten.?

Ziel 3: ?Außerhalb der Siedlungsbereiche dürfen neue Siedlungsansätze und bandartige bauliche Entwicklungen entlang von Verkehrswegen nicht geplant werden. Streu- und Splittersiedlungen dürfen nicht erweitert werden.?

Es gibt keinen Grund, diese nicht weiter fortzuführen.

Neues Ziel: Flächensparende Siedlungsentwicklung

Die Naturschutzverbände vermissen hier klare Vorgaben für eine flächensparende Ausnutzung der Siedlungsflächen. Ein Hinweis in der Erläuterung zu Ziel 3 (Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung) zur Darlegung von etwaigen Innenentwicklungspotenzialen und deren vorrangiger Nutzung als Gegenstand der Prüfung im Anpassungsverfahren halten sie für nicht ausreichend. Hier werden gesetzliche und raumplanerische Vorgaben angesprochen, die es in einer Ziel-/ Grundsatzformulierung umzusetzen gilt. Der LEP fasst den Vorrang der Innenentwicklung als Grundsatz, ebenso wie die Wiedernutzung von Brachflächen. Das ROG enthält in seinen Grundsätzen ebenfalls die vorrangige Ausschöpfung der Potenziale für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, für die Nachverdichtung und für andere Maßnahmen zur Innenentwicklung der Städte und Gemeinden zur Verminderung der erstmaligen Flächeninanspruchnahme im Freiraum (§ 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG) und auch das BauGB macht hier klare gesetzliche Vorgaben für eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die dafür vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen soll (§ 1 Abs. 5 BauGB).

In den hoch verdichteten Räumen um die Städte Köln, Leverkusen, Bonn und Aachen, die ihren Wohnraum(flächen)bedarf nicht decken können, besteht gleichzeitig die Aufgabe, diese Städte an den Klimawandel anzupassen und im Rahmen der doppelten oder sogar schon dreifachen Innenentwicklung Vorsorge zu betreiben und noch vorhandene Frei(raum)flächen zu erhalten. In den weniger verdichteten Gebieten geht es darum, das Konfliktpotenzial um die Flächen zu entschärfen und den Freiraum so weit wie möglich für die anderen zentralen Nutzungen/ Bedarfe im Sinne der Nachhaltigkeit zu erhalten (Umwelt- und Naturschutz, Klimaschutz und -anpassung, Landwirtschaft). Hier kann und muss die Regionalplanung dazu beitragen, diese unbestreitbaren Konflikte zu lösen und einen einheitlichen Steuerungsrahmen für die Region schaffen.

Der LEP NRW formuliert die Grundsätze 6.1-3 Leitbild ?dezentrale Konzentration?, 6.1-5 Leitbild ?nachhaltige europäische Stadt? in Hinblick auf eine kompakte Siedlungsstruktur, 6.1-6 Vorrang der Innenentwicklung sowie 6.1-8 LEP NRW Wiedernutzung von Brachflächen. Diese sind von den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene zu berücksichtigen. Von reinen Wiederholungen sieht der Regionalplan Köln ab.

Darüber hinaus trägt der Regionalplan mit den Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren und Z.2 Zersiedlung vermeiden zu einer kompakten und flächensparenden Siedlungsentwicklung bei. Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten. Die Regelungen im Ziel *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

Die angeregte Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden. Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Die landesplanerischen Vorgaben für eine bedarfsgerechte und flächensparende Siedlungsentwicklung (Ziel 6.1-1 LEP NRW) werden beachtet.

Weitergehende Vorgaben zur konkreten Umsetzung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und

Die Naturschutzverbände fordern daher ein Ziel zur vorrangigen Innenentwicklung vor Außenentwicklung verbunden mit der Pflicht zur Führung kommunaler Kataster für Flächenpotenziale zur Nachverdichtung (Brachflächen, andere Wieder- und Nachnutzungspotenziale, Konversionsflächen) und deren Ausnutzung. Dies war im geltenden Regionalplan/ den Teilplänen auch schon verankert und sollte beibehalten werden:

Ziel 2: ?Siedlungsbereiche dürfen durch die Darstellung und Festsetzung von Bauflächen bzw. Baugebieten in der Bauleitplanung jeweils nur so weit in Anspruch genommen werden, wie es der nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung i.S. der §§ 1 und 1a Baugesetzbuch (BauGB) entspricht. Neue Bauflächen sind, soweit nicht siedlungsstrukturelle oder ökologische Belange entgegenstehen, an vorhandene Siedlungen anzuschließen. Die erneute Nutzung ehemals bebauter Bereiche sowie die Schließung von Baulücken hat Vorrang vor der Inanspruchnahme neuer Flächen. Kleinteilige schutzwürdige Lebensräume und Bereiche der historischen Kulturlandschaft, Wald und Freiflächen, die erhalten, geschützt und entwickelt werden sollen sowie Bereiche mit Bodendenkmälern, sind in der nachfolgenden Planung zu berücksichtigen.?

Für die Zielformulierung und Erläuterung fordern die Naturschutzverbände folgenden Passus:

Neues Ziel: Flächensparende Siedlungsentwicklung

Bei der Entwicklung der Siedlungsbereiche hat die Ausnutzung bestehender Innenentwicklungspotenziale Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich. Die Kommunen führen Kataster über die Potenziale zur Innen- und Nachverdichtung. Diese sind im Rahmen einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung und insbesondere unter Berücksichtigung der Anforderungen für die Klimaanpassung und Erholungsfunktionen auszuschöpfen. Die Siedlungsflächen sind flächensparend zu entwickeln.

Erläuterung:

Die Kataster umfassen u.a. Brachflächen, Baulücken, Nachnutzungspotenziale und Konversionsflächen, Umbaupotenziale, Aufstockungspotenziale, Verdichtungspotenziale auf Flächen, auch im Rahmen von Betriebsreserven, sowie weitere Möglichkeiten der Innenverdichtung. Im Rahmen der landesplanerischen Anpassung haben die Kommunen darzulegen, warum bestehende Potenziale nicht genutzt werden können. Ebenso sind die Konzepte für eine flächensparende Ausnutzung der Flächen darzulegen, so z.B. die Festlegung einer höheren Bebauungsdichte, die vertikale Mischung von Wohnen und Gewerbe oder die Nutzung vertikaler Verdichtungsmöglichkeiten.

Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

Ziel 2 Zersiedlung vermeiden

Die Naturschutzverbände begrüßen das Ziel, in Fortführung der bisherigen Vorgaben der Teilpläne und in Umsetzung des LEP. Allerdings wird die Einengung des Ziels auf die Anwendung außerhalb der regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereiche abgelehnt. Der LEP (Ziel 2-3) gliedert den Raum in Freiraum und Siedlungsraum, wobei sich die Siedlungsentwicklung innerhalb der regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereiche vollzieht. Er definiert Ausnahmen für weitere Siedlungsentwicklung und für die im Freiraum gelegenen Ortsteile (Ziel 2-4). Ziel 6.1-4 (Keine bandartigen Entwicklungen und Splittersiedlungen) bezieht sich auf den gesamten Siedlungsraum und damit auch auf die festgelegten Siedlungsbereiche, hier ist kein Spielraum gegeben. Außerdem ist auch innerhalb dieser eine bandartige oder zersplitterte Siedlungsentwicklung nicht sinnvoll. Ein ASB oder GIB sollte in der Fläche kompakt und flächensparend ausgenutzt werden, um Ziel 6.1-1 zu entsprechen.

Bei Ziel Z.2 sollte in den Erläuterungen unter Nr. 2 der Hinweis auf die Ausnahmeregelungen von Ziel 6.3-3 gestrichen werden; es ist nicht erkennbar, was diese Regelung mit der Ausnahme des Ziels zu ?Zersiedlung vermeiden? mit Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen zu tun hat.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Textliche Festlegung Z.2 *Zersiedlung vermeiden* und deren Erläuterung wird in Teilen entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

In Hinblick auf die Erläuterung zu Freiflächen-Solarenergieanlagen gilt: Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen zeichnerischen und textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.

Der Verweis zu den Ausnahmeregelungen von Ziel 6.3-3 LEP NRW entfällt, um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden. Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung von Inhalten des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen.

Inhalt

Grundsätze 10 und 11 Siedlungsentwicklung um die Tagebaue Inden und Hambach

Die Naturschutzverbände lehnen die Grundsätze 10 ?Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen? und 11 ?Morschenich zu einem Ort der Zukunft entwickeln? ab.

In der Erläuterung und Begründung zu Grundsatz 10 wird dargelegt, dass der Regionalplan für diese Bereiche keine Darstellungen und Festlegungen vornehmen kann, weil diese Gebiete über den Braunkohleplan beplant werden und voraussichtlich auch bis zum Ende der Laufzeit des Regionalplans noch in bergrechtlicher Aufsicht bleiben werden. Außerdem wird korrekterweise darauf hingewiesen, dass es in der Zwischenzeit nur um Zwischennutzungen gehen kann, die eben keine bleibende Siedlungsentwicklung sein kann. Mit diesem Grundsatz wird dennoch ein in der Bauleitplanung zu berücksichtigender Belang für die Laufzeit des Regionalplans geschaffen, der der Siedlungsentwicklung einen Vorbehalt bzw. ein größeres Gewicht vor anderen Raumnutzungen einräumen soll. Dieser wird weder über eine konkrete Bedarfsberechnung und -darstellung begründet, noch findet eine Auseinandersetzung mit den anderen Raumnutzungsansprüchen für diese Flächen statt. Für diese besteht aber genauso Bedarf, die Freiraumplanung und insbesondere den Biotopverbund sowie die Anbindung der Tagebaulöcher/ später Seen an die umgebende Landschaft zur Wiederherstellung, Erhaltung und Förderung der Biodiversität in den Blick zu nehmen. Diese Entwicklung kann außerdem auch schon während der Laufzeit des Regionalplans angestoßen und umgesetzt werden. Auch andere Raumnutzungsansprüche müssten hier untersucht werden und im Sinne einer nachhaltigen gesamträumlichen Entwicklung Berücksichtigung finden, bevor hier eine einseitige Ausrichtung auf die Siedlungsentwicklung regionalplanerisch eingeleitet und befördert wird. Die Naturschutzverbände fordern daher die Streichung des Grundsatzes.

Die gleichen Argumente führen die Naturschutzverbände auch für den Grundsatz die Gemeinde Morschenich betreffend ins Feld, wenngleich hier eine Beplanung nach Änderung des Braunkohleplans möglich sein wird und ggf. schon in der 2. Offenlage zum Regionalplan aufgenommen werden kann. Hier gilt der Aspekt der Förderung von Biodiversitätsschutz und Biotopverbund noch in viel größerem Maß, liegen doch der Hambacher Forst, der Merzenicher Erbwald und das FFH-Gebiet Steinheide mit hoch schutzwürdigen Arten tlw. im Gemeindegebiet bzw. in naher Nachbarschaft. Hier ist im Sinne einer nachhaltigen Raumplanung ein Fokus auf den Bereich Freiraumschutz erforderlich, der insbesondere den Waldbiotopverbund betrifft, wozu die Naturschutzverbände ein Ziel fordern (s. Kapitel C.4.3.1.5) und Flächen zur Darstellung als BSN vorschlagen (s. Kapitel F.2). Der Grundsatz 11 enthält als Zielrichtung einen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Grundsätze 10 und 11 stellen im Gegensatz zu Zielefestlegungen keine endabgewogenen und verbindlichen Vorgababen und Festlegungen dar. Die Grundsätze sind allgemeine Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes für die nachfolgenden Abwägungs- und Ermessensentscheidungen. Mit diesen Grundsätzen wird kein genereller und endabgewogener Vorrang der Siedlungsentwicklung gegenüber anderen Belangen zur Raumentwicklung, wie etwa die Freiraumentwicklung festgelegt. Da keine verbindliche Festlegung von Siedlungsraum erfolgt, ist auch kein Nachweis des Bedarfes i.S.d. LEP NRW erforderlich bzw. möglich.

Die Braunkohlenpläne legen auf Grundlage des LEP NRW und in Abstimmung mit dem Regionalplan im Braunkohleplangebiet die Ziele und Grundsätze der Raumordnung fest, soweit dies für eine geordnete Braunkohleplanung erforderlich ist. Diese Gebiete obliegen vom Beginn des Abbaus bis zur Beendigung der Rekultivierungstätigkeit und Entlassung aus der Bergaufsicht der Regelungskompetenz des Braunkohleausschusses. Für Bereiche der Braukohlenplanung, in denen kein Abbau (mehr) vorgesehen werden soll, werden zeichnerische Festlegungen entwickelt. Zu einem späteren Zeitpunkt werden auch für die Bereiche, die aktuell bzw. perspektivisch noch in Abbau / Rekultivierung befindlich sind und der Bergaufsicht unterliegen, regionalplanerische Festlegungen zu entwickeln sein. Dabei kann der Regionalplan nur Endnutzungen festlegen. Zwischennutzungen und Bereiche hinter der Sicherheitszone obliegen der Braunkohleplanung und Bergaufsicht sowie der Abstimmung mit der RWE AG als Bergbaubetreiberin. (Hier sind sicherheitsrechtliche Anforderungen zu prüfen und erfüllen, die nicht im Rahmen einer Regionalplanfestsetzung geregelt werden können. Dies eröffnet vielfältige Möglichkeiten für Zwischennutzungen, die mit den bergbaulichen Tätigkeiten vereinbar sind.)

Die Freiraumfestlegungen BSN und BSLE erfolgen im Sinne der Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 6 bereits teilweise im Braunkohlenplangebiet des Tagebaus Hambach (beispielsweise die Sophienhöhe) und in den angrenzenden Bereichen. Es werden somit bereits zeichnerisch Vorrang- und Vorbehaltsgebiete des Freiraums gesichert, die sich nicht auf Bereiche reduzieren, die außerhalb von rechtskräftigen Braunkohlepläne liegen. In den Tagebauen Hambach, Inden und Garzweiler wurden die Rekultivierungsplanungen sowie die im Fachbeitrag Naturschutz und

?Anwendungsraum bzw. Standortbereich für nachhaltige Projekte zur Agrar- und Klimazukunft?, worin sich der dringend erforderliche Biotopverbund wohl weniger wiederfindet.

Die Naturschutzverbände lehnen eine einseitige Ausrichtung der Raumentwicklung in den Städten und Gemeinden rund um den Tagebau und insbesondere auch Morschenich auf reine Wirtschaftsförderung und Siedlungsentwicklung ab. Mindestens gleichwertig muss dann im Regionalplan auch der Freiraumschutz als Ausgleich für die jahrzehntelange Belastung des Freiraums und angesichts der dringenden umwelt- und naturschutzfachlichen Probleme als Vorrang und Leitplanke für die kommunale Entwicklung und damit sowohl die Landschafts- und die Bauleitplanung für das Rheinische Revier verankert werden. Dazu werden Forderungen und Vorschläge in Kapitel C.4.3.1.5 formuliert und ein Biodiversitätskonzept für das Rheinische Revier im Rahmen der Stellungnahme eingebracht (s. Kapitel F)

Landschaftspflege des LANUV (2019) enthaltenen regionalbedeutsamen Biotopverbundsflächen im regionalplanerischen Maßstab gesichert, in denen keine Sicherung durch die Braunkohlenpläne erfolgt.

Die Festlegung der BSN und BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegungen der BSN und BSLE übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Der Umsetzung temporärer Zwischennutzungen für naturschutzfachliche Zwecke stehen die Festlegungen des Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichs sowie die der BSLE nicht entgegen.

Inhalt***Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung***

Grundsätzlich sei angemerkt, dass hier das in Ziel 6.1-1 des LEP eingeführte Begriffspaar „flächensparend und bedarfsgerecht“ offenbar keine Berücksichtigung im Wortlaut des Regionalplans finden soll.

Ziel 3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten

Die Naturschutzverbände lehnen den Spiegelstrich in Erläuterung 2 für den Fall eines Flächenüberhangs ab, nach dem ggf. ein Flächentausch für eine bauleitplanerische Inanspruchnahme von Siedlungsflächen erfolgen kann. Hier besteht grundsätzlich die Anforderung der Rücknahme nach Z.4.

Zur Bedarfsberechnung/ Begründung:

Zunächst mal ist anzumerken, dass die Berechnung nicht vollständig offengelegt wird, es gibt keine Möglichkeit, die einzelnen Berechnungsschritte konkret nachzuvollziehen. Die rein schematische Darstellung reicht dafür nicht aus, die Tabellen geben nur die Endwerte wieder. Es ist z.B. weder nachvollziehbar, inwiefern bei der Berechnung der Bedarfe für Wohnen im Rahmen der Verwendung der Haushaltszahlen die Haushaltsgrößen differenzierend Berücksichtigung gefunden haben. Auch die berechneten Wohneinheitenbedarfe werden nicht dargestellt.

Die Bedarfszusammenstellung im Zusammenhang mit den ausgewiesenen Flächenpotenzialen für die Wirtschaftsflächenbedarfe ist vollkommen undurchsichtig. Es lässt sich nicht nachvollziehen, in welchem Ausmaß und mit welcher Begründung die nach der Methodik des LEP (bzw. der angewendeten GIFPRO-ISB-Methode (mit Erweiterung um Flächenkennziffer) ermittelten Bedarfe als einzuhaltender Flächenrahmen überschritten werden. Der immer wieder vorgebrachte Hinweis auf den Einbezug regionaler Entwicklungskonzepte entbindet die Regionalplanung nicht von der grundsätzlichen Einhaltung des festgelegten Bedarfsrahmens. Mit der reinen Trendfortschreibung und damit der Ausrichtung an der derzeitigen Wirtschaftsstruktur (ohne die Berücksichtigung zukünftiger Schrumpfungs- und Alterungsprozesse) und der aktuell vollkommen inakzeptablen gewerblichen Flächenausnutzung, der Anwendung des pauschalen Planungszuschlags und dem langen Planungszeitraum kann davon ausgegangen werden, dass hier ausreichend Flächen für die Wirtschaftsentwicklung zur Verfügung gestellt werden ? nämlich absehbar über dem tatsächlichen Bedarf der nächsten 25 Jahre.

Daneben werden weitere Gewerbeflächen außerhalb des neu festgelegten Siedlungsraums in bestehenden FNP nicht in die Bedarfsbilanzierung einbezogen,

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

In Bezug auf die Wohnbauflächenbedarfsermittlung gilt: Zahlen zur Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung sind der Bevölkerungsstatistik von IT.NRW zum Stichtag 31.12.2017 sowie der Haushaltsprognose von IT.NRW (Stand 2018) entnommen. Der Neubedarf ergibt sich aus der Veränderung der Zahl der Haushalte in den Kreisen und kreisfreien Städten über einen Prognosezeitraum zwischen 2018 und 2043 auf Grundlage der Haushaltsprognose von IT.NRW (Stand 2018). Die Veränderung der Haushaltsgrößen ist dem Modell inhärent. Da die Haushaltsprognose zum Zeitpunkt der Bedarfsermittlung nur auf Kreisebene vorlag, ist eine Umverteilung auf die Kommunen nach den dargelegten Kriterien auf regionalplanerischer Betrachtungsebene erforderlich. Zu den einzelnen Kriterien sowie deren Quelle wird auf die Begründung 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung, B. Methodik, Ermittlung des Wohnbauflächen- und weiteren Bedarfs* verwiesen. Die gewählten Kriterien stehen auf einer einheitlichen Methodik für alle Kommunen des

kommen also noch dazu. Aufgrund der Darstellungsweise kann nicht nachvollzogen werden, welche Potentiale in diesen FNP-Flächen für Wohnen und Gewerbe/ Industrie vorhanden sind. Auch kann nicht nachvollzogen werden, inwiefern Gewerbeflächen auch in den ASB ausgewiesen wurden bzw. welcher Anteil - die GIB sind dem emittierenden Gewerbe vorbehalten. Die Berechnung erfolgte nach den Angaben in der Begründung zumindest getrennt (S. 46 f.). Weiterhin werden interkommunal zu entwickelnde GIB-flächen wohl als Reserven für die beteiligten Kommunen im Siedlungsflächenmonitoring verzeichnet, während GIB für sonstige zweckgebundene Nutzungen, darunter 5 Starterstandorte Strukturwandel, gewerblich nachgenutzte Kraftwerksstandorte sowie GIB für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben von der Bedarfsprüfung und -einberechnung ausgenommen sind.

Die für die Region darüber hinaus entwickelten Wirtschaftsflächenbedarfe (GIBregional, GIBplus) sind außerhalb der landesplanerisch vorgesehenen Berechnungswege zustande gekommen. Es findet sich zwar zumindest in der Begründung zu den GIBregional wiederholt der Hinweis, dass es sich hier auch um die überörtliche Verortung nicht flächenmäßig verortbarer, endogener/ kommunaler Bedarfe handelt, eine nachvollziehbare Darstellung dazu wie für die Wohnbauflächen findet sich jedoch nicht. Eine belastbare Bedarfsherleitung im Sinne des LEP für die Wirtschaftsflächen mit überregionalem Bedarf (GIBplus) ist nicht mehr erkennbar. Eine bedarfsgerechte Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen lässt sich hier nicht mehr nachvollziehen.

Ebenso wenig kann der Abgleich mit den Reserven aus dem Siedlungsflächenmodell nachvollzogen werden, auch dieser ist nicht dargestellt. Es fehlt die in anderen Regionalplanentwürfen vorgelegte Gegenüberstellung von Neubedarfen und noch vorhandenen Siedlungsflächenreserven aus dem geltenden Regionalplan bzw. der Flächennutzungsplanung der Gemeinden. Diese Gegenüberstellung ist jedoch Voraussetzung dafür, entsprechend der Vorgaben des Ziels 6.1-1 des LEP bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen, denn nur soweit sich aus diesem Abgleich ergibt, dass der prognostizierte Bedarf die Flächenreserven übersteigt, ist überhaupt eine Neudarstellung von Siedlungsraum möglich.

Zur Begründung: A. Vorgaben der Raumordnung

Bei der Zusammenstellung der Vorgaben der Raumordnung ist anzumerken, dass diese sich wie tlw. schon angedeutet auch auf die Bedarfsberechnung beziehen, auch diese muss sich mit den Fragen des Nebeneinanders von Schrumpfungs- und Wachstumsprozessen, des Flächensparens und der Vermeidung einer erstmaligen Inanspruchnahme von Freiraum oder einer vorrangigen Ausschöpfung von Potenzialen zur Wieder-/ Nachnutzung und Innenverdichtung im Hinblick auf die Nachhaltigkeit auseinandersetzen. Es wird auf die Konkretisierungsspielräume im LEP hingewiesen, die dafür genutzt werden können. Dieser Schritt wird dann aber in der nachfolgend

Regierungsbezirks erhobenen statistischen Basis zur Verfügung, sodass eine Gleichbehandlung gewährleistet ist. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die zentralörtliche Bedeutsamkeit oder soziale Infrastruktur wird über die Methodik zur Festlegung von ASB berücksichtigt, indem z. B. neue ASB vorrangig an zASB verortet werden.

Hinsichtlich der siedlungsstrukturtypischen Dichten setzt der Regionalplan die gem. LEP NRW vorgegebenen Dichtekategorien im Regierungsbezirk Köln um. Dieser sieht zunächst die Zuordnung der Gemeinden in die Siedlungsstrukturtypen ?gering verdichtet?, ?verdichtet?, und ?hoch verdichtet? vor. Zudem wurde von den Vorgaben Gebrauch gemacht, dass auch weitere Klassen gebildet werden können. Um die Besonderheiten des Regierungsbezirks Köln in den Ballungskernen der Rheinschiene abzubilden, wurde die Zuordnung der Gemeinden um die Kategorie der Metropole ergänzt und in den Ausführungen zur räumlichen Verteilung der Siedlungsstrukturtypen im Regierungsbezirk Köln in der Begründung gemeindegerecht zugeordnet. Zu den Dichtewerten siehe *Abbildung 1: Räumliche Verteilung der Siedlungsstrukturtypen im Regierungsbezirk Köln*.

In Bezug auf die Berechnungsmethode für den Gewerbeflächenbedarf wird darauf verwiesen, dass wie in der Begründung ausführlich erläutert, u.a. die Vorgaben des LEP NRW nicht erfüllt sind, da die dort als Ausgangslage vorausgesetzten zwei Monitoringperioden für eine Trendfortschreibung aufgrund von Systemumstellungen im Rahmen des sfm nachweislich nicht erfüllt sind. Zur Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe wird auf die Begründung 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung, B. Methodik, Ermittlung des Wirtschaftsflächenbedarfs* verwiesen.

Zu den errechneten Bedarfen siehe insbesondere Tabelle 7: *Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der

beschriebenen Methodik zur Bedarfsermittlung nicht vollzogen, eine konzeptionelle Berücksichtigung dieser Vorgaben findet nicht statt.

Zur Begründung: B. Methodik ? Ermittlung des Wohnbauflächenbedarfs

Haushaltszahlen

Die Naturschutzverbände vermissen eine Erläuterung darüber, wie die Haushaltszahlen in Bezug auf die verschiedenen Haushaltsgrößen bzw. das deutliche Überwiegen von 1-2-Personen-Haushalten gehandhabt wurden, die es hier im Sinne einer bedarfsgerechten und flächensparenden Siedlungsentwicklung zu berücksichtigen gilt. Grundsätzlich halten die Naturschutzverbände die Koppelung mit der Bevölkerungsvorausberechnung als Datengrundlage für angezeigt, da sie die Möglichkeit bietet, die Veränderung der einzelnen Altersgruppen in Bezug auf den zukünftigen Wohnraumbedarf methodisch differenziert zu berücksichtigen. Auch liegen diese Angaben gemeindescharf vor und es können damit gemeindescharfe Daten erzeugt werden. Dann braucht es auch keine Umverteilungskriterien.

Kriterien zur Umverteilung

Die Kriterien zur Umverteilung des Bedarfs orientieren sich ausschließlich am Status Quo und berücksichtigen die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur in den nächsten 25 Jahren nicht.

Die Einwohnerzahlen müssten in ihrer Prognose für das Ende des Planungszeitraums (Jahr 25) zugrunde gelegt werden und nicht für 2017, die kommunalen Anteile an der Gesamteinwohnerzahl werden sich teils deutlich verändern. Außerdem vermissen die Naturschutzverbände eine Auseinandersetzung mit der Entwicklung in den einzelnen Bevölkerungsgruppen nach Altersstruktur: Die Daten liegen gemeindescharf vor und die sich verändernden Wohnraumbedarfe sollten hier Eingang finden. Das Kriterium Baufertigstellungen von 2008-2017 schreibt einfach die Fehler und Probleme der bisherigen Baulandentwicklungen ohne jegliche Reflektion fort, berücksichtigt die prognostizierten Veränderungen in der Bevölkerung und den sich ändernden Wohnraumbedarf nicht. Wie bereits dargestellt findet auch aktuell immer noch überwiegend der Bau von Einfamilienhäusern statt. Es wird nicht dargelegt, welche Daten der Statistik zu den Baufertigstellungen hier konkret für die Berechnung wie genutzt werden. Das Kriterium Arbeitsplatzanteil mit Stand 2017 berücksichtigt ebenfalls nicht die prognostizierten Veränderungen in der Altersgruppe der Erwerbsfähigen/ Erwerbstätigen. Auch hier müssten Prognosewerte für das Ende des Planungszeitraums einbezogen werden.

Letztlich wird nicht begründet und ist nicht nachvollziehbar, warum hier die beiden Kriterien Baufertigstellungen und Arbeitsplatzanteil eine Rolle spielen, nicht aber andere Kriterien, die sich an sozialer oder ökologischer Nachhaltigkeit ausrichten. Die

Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien. Zu den vorhandenen Reserveflächen aus den Flächennutzungsplänen siehe insbesondere Tabelle 7: *Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln*. Die Bilanzierung der Reserveflächen umfasst auch Gewerbeflächen außerhalb des neu festgelegten Siedlungsraums (in Spalte 5 inkludiert).

Die Gegenüberstellung von Neubedarfen und noch vorhandenen Siedlungsflächenreserven ist Tabelle 7: *Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln* zu entnehmen.

Es handelt sich um eine Neuaufstellung und keine Fortschreibung eines Regionalplanes. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine Festlegungen "zurückgenommen" oder "beibehalten", insofern werden dem Bedarf keine "alten" Regionalplan-Reserven entgegengehalten. Der ermittelte Bedarf wurde zunächst den vorhandenen Flächennutzungsplan-Reserven gegenübergestellt. Die Notwendigkeit zur Neudarstellung von Siedlungsraum erfolgt auf Basis dieser Bilanzierung. Übersteigt der ermittelte Bedarf die Flächenreserven ist die Festlegung von neuen Siedlungsraum erforderlich. Im Einzelfall kann auch bei Flächenüberhängen (Flächenreserven übersteigen Bedarf) eine kleinteilige Festlegung von Siedlungsraum-Reserven erforderlich sein, z. B. bei innenliegenden, nicht regionalplanerisch als Freiraum darstellbaren Reserven.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt (siehe Anhang D: Dokumentation: Region+ Wohnen ? Verteilung regionaler Bedarfe und Anhang E: Dokumentation: Region+ Wirtschaft ? Regionales Gewerbeflächenkonzept der Begründung zum Regionalplan Köln).

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW)

Baufertigstellungen sind nur Ausdruck der wirtschaftlichen Tätigkeit von Bauherren und Investor*innen, die nicht nach einheitlichen regionalen Grundsätzen erfolgt und nichts mit einer nachhaltigen Raumentwicklung zu tun haben. Der Arbeitsplatzanteil hat ebenso keine Nachhaltigkeitswirkung, könnte aber verknüpft mit raumordnerischen Zielvorstellungen entwickelt werden. Daneben könnten aber auch andere Kriterien wie die zentralörtliche Bedeutsamkeit oder soziale Infrastruktur (wo sie gut ausgebaut ist, sollte sie erhalten und gestärkt werden) angewendet werden.

Umrechnung in Flächenbedarfe nach Dichtewerten/ Siedlungsstrukturtypen

Die angewendeten Dichtewerte zur Umrechnung der Wohneinheitenbedarfe stoßen seit jeher auf deutliche Kritik der Naturschutzverbände, schreiben sie doch ebenfalls den Status Quo einer verfehlten, nicht nachhaltigen und umweltverbrauchenden Baulandentwicklung einfach fort. Heute für neue Siedlungsbereiche als Zielwerte noch Bebauungsdichten von 20 und 30 WE/ha als planerischen Ansatz zu verfolgen, ist mit der Anforderung des Flächensparens und des Umwelt- und Freiraumschutzes nicht mehr vereinbar. Der Landesentwicklungsplan ist hier vollkommen rückschrittlich aufgestellt, ermöglicht aber Abweichungen in begründeten Fällen. Für den Regionalplan Köln werden nun auch noch jeweils die untersten Werte der im LEP definierten Dichte-Kategorien veranschlagt. Die Naturschutzverbände lehnen dieses Vorgehen kategorisch ab und fordern, dass dieser Berechnungsschritt als zentrale Stellschraube für den mit der Planung induzierten Flächenverbrauch nachhaltig ausgestaltet wird.

In Ermangelung der Behandlung des Themas Flächenverbrauch sowohl in der Plankonzeption als auch in der SUP stellen die Naturschutzverbände im Folgenden eine Alternativenprüfung für die Anwendung von Dichtewerten in unterschiedlichen Dichtepfaden vor. Dies erfolgt in Anlehnung an das Rankingsystem zur 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf, Wohnbauland am Rhein. Über ein Punktesystem wurden dabei die von den Kommunen gemeldeten Flächen in ihrer Eignung bewertet. In Kategorie D wurden die Aspekte Verfügbarkeit der Flächen, besondere Umsetzungsmerkmale und Räumliche Typologie abgefragt. Dabei gab es vier Typologien: Großzügige Eigenheimsiedlungen, Das dichte Dorf/ die flächensparende Eigenheimsiedlung, Wohnhäuser für alle und Städtische Wohnhäuser. Die beiden letzten Kategorien wurden folgendermaßen definiert:

Kategorie Wohnhäuser für alle (35-60 WE/ha)

- Mischbebauung bzw. Wechsel von Reihen- und Geschosswohnungsbau (Mindestanteil ca. 30 %)
- Grünräume in privater und öffentlicher Hand
- Zielgruppe durchmischt, große und kleine Haushalte für Jung und Alt, auch

vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum. Dazu wird auch auf die *Tabelle 14: Auswertung aller Eignungskriterien der Flächen im Rankingprozess Region+ Wirtschaft* sowie *Abbildung 5 (vergrößert): Erläuterungskarte Region+ Wirtschaft ? Regionales Gewerbeflächenkonzept der Begründung* verwiesen.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Eine Abwägung auf Ebene des Regionalplans ist nicht zugänglich.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation, darunter auch die sogenannten Starterstandorte, bedarfsgerecht festgelegt.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Zum Thema Flächenverbrauch: Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der

Einfamilienhäuser

- verhältnismäßig niedrige Kosten für den Ausbau der Infrastruktur
- Chancen für öffentlich geförderten Wohnungsbau
- Mehr Mischnutzung und Versorgung möglich als bei geringeren Dichten

Kategorie Städtische Wohnhäuser (> 60 WE/ha)

- Geschosswohnungsbau
- überwiegend halb/öffentliches Grün, private grüne Wohnzimmer
- Zielgruppe vorwiegend kleine, aber auch große Haushalte
- gute ÖPNV-Anbindung
- leicht umsetzbar durch größere Nachfragegruppe

In der folgenden Tabelle 3 sind die Flächenbedarfswerte in der Planungsregion Köln (für den endogenen Bedarf) für die verschiedenen Modelle dargestellt. Dabei bildet das Modell 1 die Entwurfsvariante zum Regionalplan Köln ab, Modell 2 verschärft diese moderat. Das Dichtemodell 3 orientiert sich an der Kategorie ?Wohnhäuser für alle?, die Dichtewerte von 35-60 Wohneinheiten vorsieht. Für gering verdichtete und verdichtete Bereiche wird ein Wert von 45 WE/ha angewendet, bei dem die Zielgruppe entsprechend der Bevölkerungsprognose durchmischt ist, große und kleine Haushalte für Jung und Alt vorgesehen sind und auch Einfamilienhäuser weiterhin gebaut werden können. Dies sollte aus Sicht der Naturschutzverbände in Zukunft im Sinne einer nachhaltigen und flächensparenden Siedlungsentwicklung als Mindestdichte veranschlagt werden. Für hoch verdichtete Bereiche sind 55 WE/ha und für Metropolbereiche 65 WE/ha vorgesehen. Die Modelle 4 und 5 variieren die Vorgaben etwas.

Im Ergebnis zeigt sich, dass

- schon durch die leichten Anpassungen in Modell 2 mit über 20 % deutlich Fläche eingespart werden kann,
- insgesamt mit dem Modell 3 rund 30 % an Fläche eingespart werden kann,
- Modell 4 in den Metropolen das Einsparpotenzial deutlich erhöht, insgesamt aber nicht zu einer größeren Einsparung als Modell 3 führt und
- Modell 5 bei einem stärker nivellierenden Ansatz keine weiteren Einsparpotenziale hervorbringt.

Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungspotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungspotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgt dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen

Die Naturschutzverbände fordern eine substantiierte Auseinandersetzung mit diesem die Nachhaltigkeit der Planung zentral bestimmenden Instrument, ebenso wie eine belastbare Begründung für die gewählte Vorgehensweise, die über den pauschalen Verweis auf den LEP und die Vereinbarkeit damit hinausgeht.

[Tabelle]

Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von Siedlungsraum gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Im Hinblick auf die Formulierung von Festlegung zum Flächensparen gilt: Der Anregung ist teilweise entsprochen (s. Stn ID 1006991).

Zum Flächentausch für den Fall eines Flächenüberhangs: Im Regionalplan wird kein unmittelbares Ziel zur Rücknahme von über den ermittelten Bedarf hinausgehenden Bauflächendarstellungen in den FNP vorgegeben. Da es sich bei der Verlagerung, Rücknahme oder Umplanung um Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt, wird hierzu im Regionalplan Köln von einer regionalplanerischen Zielfestlegung abgesehen. Die bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung gemäß LEP NRW wird durch die Siedlungsflächenfestlegung im Regionalplan Köln sichergestellt. Die landesplanerischen Vorgaben der flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW werden im Rahmen der Bilanzierung des Gesamtplanes gewährleistet. Sofern Kommunen mit erheblichen Flächenüberhängen im FNP durch aktive Bauleitplanung neue Bauflächen entwickeln, sind sie im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung im kommunalen Bauleitplanverfahren durch Z.4 Flächenüberhänge vermeiden und abbauen aufgefordert, sogenannte Außenpotentiale wieder zurückzuplanen. Darüber hinaus werden sie anlassbezogen über (Z. 8) *ASBz sichern* sowie (G. 16) *Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten* aufgefordert, Flächenüberhänge durch Flächentausch ? hier vorrangig für im Freiraum gelegene Reserveflächen ? abzubauen.

Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Gemäß *Z.3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* hat die Kommune die Inanspruchnahme der jeweiligen Bedarfe nachzuweisen. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Im Übrigen wird die Begründung entsprechend fortgeschrieben.

Inhalt**Planungszuschlag**

Die Naturschutzverbände weisen darauf hin, dass die Anwendung des Planungs- und Flexibilisierungszuschlages in Höhe von 20 % laut Erläuterungen zu LEP Ziel 6.1 - 1, S. 50 nicht dazu führen darf, dass mehr Flächen in Anspruch genommen werden, als es dem ermittelten Bedarf entspricht. Über diesen Zuschlag soll nur abgesichert werden, dass tatsächlich bedarfsentsprechend gebaut werden kann. Den Erläuterungen ist an der genannten Stelle zu entnehmen, dass im Rahmen der Anpassungsverfahren nach § 34 LPlG und der Genehmigungsverfahren nach § 6 BauGB über das Siedlungsflächenmonitoring sicherzustellen ist, dass auf der Ebene der Bauleitplanung nur Flächen im Gesamtumfang des ermittelten Bedarfs umgesetzt werden. Dementsprechend halten die Naturschutzverbände es für rechtlich nicht zulässig, die 20 % im Planentwurf ohne diesbezüglich klare Vorgaben in den Zielen zu ASB und GIB (hier: Ziel Z.3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten) in den errechneten Bedarf und in die dargestellte Fläche zu integrieren. Es wird der Anschein erweckt, dass dieser 20 %-Flächenanteil ?bedarfsgerecht? mit ?verbraucht? werden kann.

Der Darstellung im Regionalplanentwurf, nachdem dieser Planungszuschlag für die Flächen für den Gemeinbedarf gewährt wird (Begründung S. 41), widersprechen die Naturschutzverbände. Der LEP gibt eindeutig vor, dass die angewendeten Dichtewerte brutto und einschließlich von Erschließungsflächen gemeint sind (LEP S. 59). Die statistischen Daten zur Siedlungs- und Verkehrsfläche zur Berechnung der Siedlungsdichte beinhalten nach Statistischem Bundesamt aber neben den reinen Wohnbau- und Verkehrsflächen ausdrücklich auch Flächen besonderer funktionaler Prägung/ für öffentliche Einrichtungen, Sport-, Freizeit-, Erholungsflächen, Friedhöfe.

Die Anwendung dieses pauschalen Planungszuschlags, der nur eine Kann-Option nach LEP darstellt und insbesondere der Flexibilisierung dienen soll, lehnen die Naturschutzverbände angesichts des bereits jetzt bestehenden Flächennotstandes außerdem grundsätzlich ab. Im Hinblick auf die hohen Raumnutzungsanforderungen auch für Klimawandel, Biodiversität und Wasserhaushalt ist dieser Aufschlag nicht mehr zeitgemäß und nicht zukunftsfähig. Nach dem Erlass des MWIDE zur Konkretisierung des LEP NRW von 2018 dient bereits der Planungszeitraum von 20 bis max. 25 Jahren, der hier voll ausgeschöpft wird, genau diesem Ziel. Damit sollen die Kommunen auf Hemmnisse bei der Umsetzung der Flächen reagieren können, ohne insgesamt mehr Fläche ausweisen zu müssen (S. 4).

Zur Begründung: B. Methodik ? Ermittlung des Wirtschaftsfächenbedarfs

Alle drei Kriterien (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Neuansiedlungs-/ Verlagerungs- und Reaktivierungsquote, Flächenkennziffer) müssten an die

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsfächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten. Der Planungszuschlag umfasst insbesondere Flächen für den Gemeinbedarf, jedoch auch für innerörtliche Grünflächen etc., welche über eine reine Erschließung hinausgehen. Dies ermöglicht u.a. vor dem Hintergrund des Klimawandels eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung. Der Planungszuschlag ist den ermittelten Bedarfen immanent. Ein Abzug bei Umsetzung ist gemäß LEP NRW nicht erforderlich. Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Die Kommunen haben jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich. Eine Konkretisierung der Regelungen ist aus Sicht der Regionalplanungsbehörde nicht erforderlich.

Entwicklung der Bevölkerung mit stetiger Abnahme der Erwerbstätigen/ Erwerbsfähigen angepasst werden, um hier keine übermäßigen Gewerbeflächenausweisungen zu Ungunsten anderer Raumnutzungen zu induzieren. Die Flächenkennziffer schreibt außerdem den hohen Flächenverbrauch der Vergangenheit fort, der auch für Gewerbe und Industrie heute über zahlreiche Maßnahmen effektiv reduziert werden kann.

Der Planungs- und Flexibilisierungszuschlag wird auch hier abgelehnt. Neben den bereits aufgeführten Argumenten zur Wohnbedarfsberechnung insbesondere auch, da die Bevölkerungs-entwicklung mit insgesamt rückläufigen Zahlen an Erwerbstätigen/ Erwerbsfähigen nicht berücksichtigt wird.

Zur Begründung: B. Methodik - Ermittlung der Siedlungsflächenreserven

Die Bilanzierung der Siedlungsflächenreserven und deren Berücksichtigung für die Festlegung der Neudarstellungen und Neuabgrenzungen wird nicht offengelegt und ist nicht nachvollziehbar. Nach dem letzten Bericht zum Siedlungsflächenmonitoring für NRW (2017) waren noch 5789 ha Reserven (Regionalplan, FNP) vorhanden für Wohnbauflächen und 4399 ha für Gewerbe- und Industrieflächen.

[Tabelle]

Es lässt sich nicht nachvollziehen, inwiefern diese Reserven vom Bedarf abgezogen wurden, welche der bereits im geltenden Regionalplan festgelegten Flächen im Planentwurf wieder ausgewiesen wurden, inwiefern diese einer Prüfung auf Eignung und Umweltauswirkungen unterzogen wurden und umweltverträglichere Alternativen geprüft wurden. Offenbar wird auch bei den Gewerbeflächen im neuen Plan über Bedarf neu ausgewiesen. Es findet sich zudem der Hinweis, dass auch für Gemeinden mit Flächenüberhängen neue Siedlungsflächenreserven festgelegt wurden. Die ermittelten, noch vorhandenen Flächenreserven sind nicht wie im Text angeführt in Tabelle 7 der Begründung enthalten, hier finden sich nur die Reserven, die die neu ausgewiesenen Siedlungsflächen zur Verfügung stellen, wobei es für die mögliche Baulandentwicklung unerheblich ist, ob diese schon in FNP umgesetzt wurden oder nicht. Die Bilanzierung und damit die LEP-konforme Bedarfsermittlung kann dementsprechend nicht nachvollzogen werden.

Nach Ziel 6.1-1 LEP legt die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen fest. Bisher in Regional- oder Flächennutzungsplänen für Siedlungszwecke vorgehaltene Flächen, für die kein Bedarf mehr besteht, sind wieder dem Freiraum zuzuführen, sofern sie noch nicht in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind. Auf welche Weise diesen Vorgaben Rechnung zu tragen ist, findet sich in den Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 wieder:

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien. Die Flächennutzungsplan-Reserven, welche vom Bedarf abgezogen werden, sind Tabelle 7: *Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln* in Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung* der Begründung zum Regionalplanentwurf zu entnehmen.

Es handelt sich um eine Neuaufstellung und keine Fortschreibung eines Regionalplanes. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine Festlegungen "zurückgenommen" oder "beibehalten", insofern werden dem Bedarf keine "alten" Regionalplan-Reserven entgegengehalten. Der ermittelte Bedarf wurde zunächst den vorhandenen Flächennutzungsplan-Reserven gegenübergestellt. Die Notwendigkeit zur Neudarstellung von Siedlungsraum erfolgt auf Basis dieser Bilanzierung. Übersteigt der ermittelte Bedarf die Flächenreserven ist die Festlegung von neuen Siedlungsraum erforderlich. Im Einzelfall kann auch bei Flächenüberhängen (Flächenreserven übersteigen Bedarf) eine kleinteilige Festlegung von Siedlungsraum-Reserven

Zunächst stellt die Regionalplanung dem ermittelten Bedarf die auf Grundlage des Siedlungsflächenmonitorings ermittelten planerisch verfügbaren Flächenreserven gegenüber. Nur soweit sich aus diesem Abgleich ergibt, dass der prognostizierte Bedarf die Flächenreserven übersteigt, ist überhaupt eine Neudarstellung von Siedlungsraum möglich.

[Tabelle]

Nur wenn auf Grundlage des Siedlungsflächenmonitorings im bisher festgelegten Siedlungsraum für den Planungszeitraum keine geeigneten Flächen in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen und aufgrund der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung ein zusätzlicher Bedarf an Bauflächen nachgewiesen wird, kann der Siedlungsraum zu Lasten des Freiraums erweitert werden. Soweit die auf Grundlage des Siedlungsflächenmonitorings ermittelten planerisch verfügbaren Flächenreserven den prognostizierten Bedarf übersteigen, müssen Flächenausweisungen zurückgenommen werden.

Die vorliegende Planung ignoriert offenbar diese rechtlichen Vorgaben, die auch für eine Neuaufstellung eines Regionalplans gelten.

Hinsichtlich der Berücksichtigung vorhandener und zukünftiger Reserven aus FNP ist festzustellen, dass hier eine unverhältnismäßige Zurückhaltung bzw. Vorrang induziert wird, der nicht den Vorgaben aus dem LEP entspricht. Fälschlicherweise wird hier offenbar davon ausgegangen, dass Flächennutzungspläne rechtlich gesehen einen Bestandsschutz aufweisen. Dies gilt nur für Flächen, in denen es rechtskräftige Bebauungspläne gibt, hier bestehen auch die erwähnten Entschädigungsansprüche. Alle anderen Flächen können zurückgenommen und müssen dem neuen Regionalplan angepasst werden (§1 Abs. 4 BauGB). Warum dies bei den außerhalb der im Entwurf festgelegten Siedlungsbereiche gelegenen FNP-Flächen nicht eingefordert wird, ist insbesondere vor dem Hintergrund nicht nachvollziehbar, dass diese FNP-Potenziale offenbar nicht vollständig umsetzbar sind. Dann sollten diese auch von den Kommunen zurückgenommen werden. Sie erhöhen die ausgewiesenen Siedlungsbereiche (ASB/GIB-Potenzial, GIBplus, GIBregional) um einen nicht unwesentlichen Anteil von 13,0 %, für die weder eine Bedarfsbilanzierung noch eine Umweltprüfung erfolgt.

Im Ergebnis: Bedarfe, Potenziale und Bevölkerungsentwicklung

Stellt man die in der Tabelle 5 zusammengestellten Flächenpotenziale zur Baulandentwicklung ins Verhältnis mit Tabelle 2 zur Bevölkerungsentwicklung, so ist zu verzeichnen, dass allein aus dieser Betrachtung heraus die Bedarfsberechnung und die bedarfsgerechte Ausweisung von Siedlungsflächen in Frage zu stellen ist. 15018 ha neues Bauland stehen 2050 einem Bevölkerungszuwachs von 1,9 % im Regierungsbezirk bis 2050, einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von knapp 2 bis unter 1 Personen und einer Abnahme der Erwerbsfähigen /Erwerbstätigen um 5,8 %

erforderlich sein, z.B. bei innenliegenden, nicht regionalplanerisch als Freiraum darstellbaren Reserven. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Im Rahmen von Z.3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten sowie durch die Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung im kommunalen Bauleitplanverfahren ist sichergestellt, dass die Inanspruchnahme von Siedlungsraumreserven durch Kommunen bedarfsgerecht und falls erforderlich durch gleichzeitige Flächenrücknahmen, vorrangig im regionalplanerischen Freiraum, zu jeder Zeit erfolgt.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Den zeichnerischen Festlegungen der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln liegt eine einheitliche Methodik für das gesamte Planungsgebiet zugrunde. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Bei der

gegenüber. Wie viele Wohneinheiten neu geschaffen werden, lässt sich anhand der vorgelegten Daten nicht nachvollziehen.

In der Gegenüberstellung von Bedarfen und Potenzialen bzw. verfügbaren Flächen für die Siedlungsentwicklung ergeben sich zahlreiche Unstimmigkeiten. Als Beispiel sei hier der Kreis Düren aufgeführt: Hier besteht ein Bedarf an Wohnbauflächen von 924 ha (604 ha bei den Kommunen, 322 ha aus dem regionalen Bedarf), ausgewiesen werden 1034 ha. Dazu kommen 262 ha an Potential in den FNP außerhalb der festgelegten Siedlungsbereiche (Anteil ASB nicht erkennbar; wird hier entsprechend der Potenzialanteile ASB/GIB mit 71,6 %, 188 ha angenommen). Für den Kreis Düren ergibt sich mit insgesamt 1222 ha an verfügbarem Flächenentwicklungspotenzial das 1,3-fache des errechneten Gesamtbedarfs bzw. das 2,0-fache des kommunalen Bedarfs. Dazu kommen dann noch 143 ha bereits verorteter Flexibilisierungsflächen (von 265 ha möglichem 50 %-Zuschlag) als Vorbehaltsgebiete, falls die festgelegten Vorrangflächen Entwicklungshemmnisse aufweisen. Damit wird insgesamt das 1,5-fache des errechneten Gesamtbedarfs bzw. das 2,3-fache des kommunalen Bedarfs für die Region an Wohnflächenentwicklungspotential dauerhaft freigehalten und dem Freiraum bzw. dessen Sicherung und Entwicklung ggf. dauerhaft entzogen. Demgegenüber hat der Kreis Düren in der Prognose bis 2040 einen Rückgang der Bevölkerung von insgesamt 0,2 % zu verzeichnen (bis 2050 ein leichtes + von 1,4 %). Während die Bevölkerungsgruppe der unter 19-jährigen um 2,8 % schrumpft (bis 2050 ein leichtes + von 0,8 %), wächst die Gruppe der über 65-jährigen um 29,4 % (bis 2050 um 27 %). Der Anteil der 1- und 2-Personen-Haushalte wird bis 2040 bei 77,3 % liegen, die durchschnittliche Haushaltsgröße bei 1,99. Hier zeichnet sich deutlich ab, dass altersgerechter und bezahlbarer Wohnraum für Jung und Alt in kleinen Haushalten gefragt sind.

Im Kreis Düren besteht außerdem ein Bedarf für 290 ha Gewerbeflächen, die ausgewiesenen Potentiale betragen 490 ha, zusätzlich werden 50 ha GIBregional und 40 ha GIBplus ausgewiesen, dazu kommen 262 ha an Potential in den FNP außerhalb der festgelegten Siedlungsbereiche (Anteil GIB nicht erkennbar; wird hier entsprechend der Potenzialanteile mit 28,4 %, 74 ha angenommen). Für den Kreis Düren ergibt sich mit insgesamt 654 ha an verfügbarem Flächenentwicklungspotenzial das 2,25-fache des errechneten kommunalen Bedarfs. Es kann sich also kaum um nicht verortbare endogene Bedarfe handeln, wie zumindest in der Begründung zu den GIBregional mehrfach angedeutet wird. Hierzu kommen dann noch 134 ha Gewerbe-Flexibilisierungsflächen als Vorbehaltsgebiete, falls die festgelegten Vorrangflächen Entwicklungshemmnisse aufweisen (wobei laut Tabelle nur 114 ha als 50 %- Zuschlag möglich sind). Damit wird insgesamt das 2,7-fache des errechneten Bedarfs für die Region an Gewerbeflächenentwicklungspotential dauerhaft freigehalten und dem Freiraum bzw. dessen Sicherung und Entwicklung ggf. dauerhaft entzogen. Dabei hat der Kreis Düren in der Prognose bis 2040 einen Rückgang der Bevölkerung im erwerbstätigen/-fähigen Alter von 13 % zu verzeichnen (bis 2050 immer noch einen Rückgang von 7,2 %).

räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020).

Die Begründung wird entsprechend fortgeschrieben.

Inhalt**Ziel 4 Flächenüberhänge vermeiden und abbauen**

Das Ziel folgt Ziel 6.1-1 im LEP. Die Ausnahmeregelung ist nicht angezeigt, der LEP eröffnet diese Möglichkeit nicht. In jedem Fall wäre zu benennen, welche Ausnahmemöglichkeiten hier gelten sollen. Die Nichtanwendung auf die Umsetzung regionaler Wohnbauflächenbedarfe bei einem gesamt kommunalen Flächenüberhang (endogen und regional) wird abgelehnt bzw. wäre dafür nicht anzuwenden. Die Vereinbarkeit mit Ziel 3 und dem genannten LEP-Ziel ist in Frage zu stellen. Der umverteilte Bedarf aus den Großstädten darf nicht dazu führen, dass die Kommunen die bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung überschreiten.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten

Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. Sie dienen der bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraum im regionalen Kontext und werden unabhängig vom kommunalen Bedarf der jeweiligen Belegenheitskommune festgelegt. Das Einfordern einer kommunalen Tauschfläche oder eine Berücksichtigung als Tauschfläche für die Belegenheitskommune ist daher nicht sachgerecht.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Die Begründung zum Regionalplan Köln wird entsprechend fortgeschrieben.

InhaltGrundsatz 12 Regionale Wohnbauflächen umsetzen

Sollen die zu begrüßenden Rankingkriterien für die regionalen Wohnbauflächen verbindlich umgesetzt werden, ist die Formulierung eines Zieles erforderlich, das in der Abwägung nicht überwunden werden kann. Ansonsten können die Kommunen insbesondere bei der Bebauungsdichte auch abweichend planen und umsetzen. Grundsätzlich muss eine Anrechnung der entwickelten Flächen auf den der einzelnen Kommune zugeordneten regionalen Bedarf erfolgen, dies sollte in der Erläuterung ergänzt werden. Die Umsetzung muss den Vorgaben aus Ziel 3 entsprechen.

Die Sicherstellung einer den örtlichen Verhältnissen angepassten höheren Dichte ist sehr zu begrüßen. Es ist allerdings unverständlich, warum zur Umsetzung der zASB in G.16 nur eine Prüfung der Möglichkeiten für eine höhere Dichte vorgesehen wird. Für beide Regelungen gilt, dass die Fassung als Grundsatz die höhere Dichte zu einem zu berücksichtigenden, aber überwindbaren Belang in der Abwägung macht. Das dürfte in der Praxis erfahrungsgemäß wenig Wirkung entfalten und verhindert keine von Kommunen und Investoren immer noch massiv betriebene und vollkommen unzeitgemäße Entwicklung von Einfamilienhaussiedlungen. Damit wird außerdem ein unbrauchbarer Maßstab eingeführt, den dann offenbar jede Kommune selbst definiert: was heißt ?den örtlichen Verhältnissen angepasst?? Dies müsste die Regionalplanung im Sinne einer gesamtplanerisch konsistenten Konzeption dann näher und einheitlich festlegen. Es ist zudem vollkommen unverständlich, warum die regional zu verteilenden Wohnbauland-Bedarfe sowie die zASB diesem Grundsatz unterstellt werden, die übrigen ASB und die GIB grundsätzlich aber nicht. Die Naturschutzverbände fordern für die Umsetzung der Siedungsbereiche generell ein Ziel zur Realisierung einer möglichst hohen Bebauungsdichte und Flächenausnutzung, für Wohnbebauung mindestens 45 WE/ha (s. zur Darstellung verschiedener ?Dichtepfade? Kapitel C.3.1.2).

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Es werden ein neues Ziel *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen* und ein neuer Grundsatz *Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen* festgelegt. Die textliche Festlegung G.16 wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Bei den auf Grundlage des LEP NRW zur Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe herangezogenen Siedlungsdichten handelt es sich um methodische Rechenwerte, die in der Gesamtschau eine Mischdichte angeben, nicht um Festlegungen. Weitergehende Vorgaben zur konkreten Umsetzung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu StnID 1006991 und 1006994 verwiesen.

Inhalt***Flexible Siedlungsentwicklung***

Das Konzept der zusätzlichen Flexibilisierungsbedarfe und -flächen wird von den Naturschutzverbänden entscheiden abgelehnt, Grundsatz und Ziel sind zu streichen. Eine weitere, pauschale ?Bedarfszuweisung? und Flächenausweisung für Siedlungszwecke (potenziell 50 % pro Kommune zusätzlich zum errechneten Bedarf) als Vorbehaltsgebiete findet keine Rechtsgrundlage im planungsrechtlich übergeordneten LEP und widerspricht den dortigen Vorgaben zur bedarfsgerechten Ausweisung von Siedlungsraum. Auch der Aufgabe und Leitvorstellung bzw. den Grundsätzen der Raumordnung wird hier widersprochen (s. Kapitel C.3).

In der Begründung des Regionalplangebers zur flexiblen Siedlungsentwicklung heißt es, mit dem entsprechenden Grundsatz werde der Sicherungs- und Steuerungsauftrag gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraum als ASB und GIB erweitert. Nach Rechtsauffassung der Naturschutzverbände ist es jedoch auf der untergeordneten Ebene der Regionalplanung nicht möglich, die Vorgaben des übergeordneten LEP zu erweitern. Das LEP Ziel 6.1-1 legt fest, dass die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festlegt. In den Erläuterungen wird zusätzlich eröffnet, die ermittelten Bedarfe um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % der Fläche zu erhöhen. Die Flexibilisierung wird den Kommunen auch schon durch den maximalen Planungszeitraum von 25 Jahren (laut Erlass MULNV 2018) ermöglicht. Flexibilität bei der Siedlungsflächenplanung wurde also bereits auf LEP-Ebene - aus Sicht der Naturschutzverbände abschließend - mitgedacht. Hier noch einmal 50 % Flexibilitätsszuschlag als ?neue Gebietskategorie? ASBflex/ GIBflex auszuweisen, und sei es auch ?nur? als Vorbehaltsgebiete, geht sowohl am in NRW geltenden Planungsrecht als auch am tatsächlichen Bedarf vorbei.

Auch die weiteren Argumente zu diesem zusätzlichen Flexibilisierungsbedarf tragen nicht. Die Kommunen melden nach ihren Interessen die Siedlungsflächen zur Ausweisung im Regionalplan an und müssen die Restriktionen, tatsächliche Gegebenheiten und städtebauliche Gründe vorausschauend einschätzen. Genau dies wurde nach den Erläuterungen in der Begründung zur zeichnerischen Festlegung der ASB und GIB auch in Zusammenarbeit von Regionalplanungsbehörde und Kommunen auch gewährleistet. So wurden grundsätzlich Entwicklungshemmnisse definiert und abgeprüft, bei den ASB auch sonstige Raumordnungs- sowie fachrechtliche Planungsdirektiven berücksichtigt (Begründung S. 75). Bei den GIB wurden neben den Restriktionskriterien weitere fachspezifische Hinweise einbezogen, so z.B. eine detaillierte Betrachtung von Einschränkungen für eine zukünftige Entwicklungen, Überschneidungen mit faktischer Waldnutzung, langfristig entgegenstehende

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Der Regionalplan Köln entkoppelt insofern Mengen- und Standortsteuerung der Siedlungsentwicklung. Dies dient dazu, zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbaren Restriktionen und Umsetzungshemmnissen innerhalb der ASB und GIB zu begegnen und mehr Flexibilität bei der räumlichen Verortung der ermittelten Siedlungsraumbedarfe zu schaffen. Im Sinne der Verfahrensbeschleunigung sowie einer gesamtträumlichen Abwägung im Sinne des Freiraumschutzes werden durch dieses Instrument künftig erforderliche einzelne Einzeländerungsverfahren des Regionalplans für geeignete Siedlungsraumerweiterung reduziert. Aufgrund der vielfältigen Restriktionen und Mehrfachkodierungen der Flächennutzung im Regionalplan Köln legt dies den sonst typischerweise auftretenden Regionalplanänderungsverfahren für Einzelvorhaben eine gesamtplanerische Freiraum- und Siedlungsraumkonzeption zugrunde.

Die Ermittlung der Flex-Bedarfe fußt dabei auf einem Richtwert von 50% der ermittelten Siedlungsraumbedarfe, um einerseits ein angemessenes Verhältnis zum Siedlungsflächenbedarf herzustellen und andererseits in Hinblick die zeichnerische

Nutzungen oder topographische Gegebenheiten und aktuelle Sachstände zu gemeindlichen Entwicklungskonzepten (Begründung S. 84). Für die regionalen Bedarfe hat man ein aufwendiges Rankingsystem angewendet, bei dem als Eignungskriterien u.a. die Flächenverfügbarkeit und Anbindung sowie topographische Aspekte bei den GIB geprüft wurden. Der Regionalplan weist mit den Siedlungsbereichen (ASB (endogen und regional), zASB, ASBz, GIB, GIBinterkommunal, GIBz, GIBplus und GIBregional) bereits Flächenkontingente in einer Höhe zu, die eine flexible Inanspruchnahme mehr als gewährleistet. Damit ist das Konzept ausreichend planerisch verlässlich und vorausschauend.

Auch, wenn sich hier in dem einen oder anderen Fall Probleme erst später herausstellen mögen, sollte dies im Rahmen von Regionalplanänderungen zu handhaben sein. Außerdem besteht für 25 Jahre ein Spielraum von 15018 ha festgelegter Siedlungsbereiche. Selbst wenn einzelne Flächen innerhalb der ASB und GIB nicht umsetzbar sein sollten, bestehen auf lange Sicht wohl ausreichend Alternativen. Das Gegenteil wäre belastbar darzulegen. Zudem sind Planänderungsverfahren möglich. Das zentrale Problem bei der Umsetzung der Flächen ist ein anderes: die fehlende Verfügbarkeit von Flächen.

Auch das Argument der Vielzahl von Regionalplanänderungen kann hier nicht verfangen. Von den seit 2002 durchgeführten 58 Änderungsverfahren in den einzelnen Teilplänen hatten 46 Änderungen im Siedlungsbereich zum Gegenstand. Bei 21 davon handelt es sich um Umwandlungen von GIB in ASB bzw. eine Umwandlung von ASB in GIB für die Nutzung von Potenzialen durch Nachnutzungen, Konversion und Innenverdichtung. Diese sind im Sinne der Nachhaltigkeit erwünscht und wird es auch weiterhin geben. Damit hat das ?Flexibilisierungsproblem? nichts zu tun. Bei 16 Verfahren ging es um Erweiterungen bestehender GIB und ASB, auch diese wird es weiterhin geben, da räumliche Entwicklungen nicht für 25 Jahre vorhersehbar sind und planerische sowie unternehmerische Ziele sich ändern können. Bei 2,0 Änderungsverfahren pro Jahr kann nicht von einer Vielzahl von Regionalplanänderungen gesprochen werden. Bei einer Ausweisung von 15018 ha Siedlungspotenzialfläche ist auch nicht davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren Flächenknappheit innerhalb der Reserven besteht und eine Vielzahl von Änderungsverfahren ansteht.

Die Darstellung der Notwendigkeit zur Ausweisung von Flexibilisierungsflächen aufgrund einer mangelnden Alternativenauswahl bei Kommunen mit niedrigen Siedlungsraumbedarfen erscheint paradox: Weil einzelne Kommunen ihren niedrigen Bedarf offenbar nicht ausreichend verorten können, wird allen Kommunen pauschal ein Zuschlag von 50 % zum errechneten Bedarf für potenzielle Siedlungsflächen gewährt. Zu den Potenzialen für Siedlung von 15018 ha kommen auf diese Weise nochmal 7295 ha dazu, von denen 922 ha im Plan bereits dargestellt wurden. Das Problem sollte für die betreffenden Fälle interkommunal gelöst werden, dafür sind Regionalplanänderungen bei Bedarf das geeignete Mittel. Selbst den Großstädten wird

Festlegung (in der Regel ab 10 ha) ein regionalplanerisch darstellungsfähiges Mengengerüst zu erhalten. Dabei werden auch etwaige Überhänge bei den Siedlungsflächenreserven berücksichtigt. Die Festlegung von ASBflex und GIBflex erfolgt im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans anhand eines eigenen Planzeichens. Das Ausschöpfen der ermittelten Bedarfe durch Festlegungen ist nicht zwingend erforderlich und "übrige" Bedarfe werden nicht regional verteilt. Die Tabelle *Potentiale zur Festlegung von ASBflex und GIBflex in den Kommunen des Regierungsbezirks Köln* in der Begründung wird um die tatsächlichen verorteten ASBflex und GIBflex ergänzt und ist insofern als Dokumentation eines Prozesses zu verstehen.

ASBflex und GIBflex dürfen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung sind im kommunalen Bauleitplanverfahren die Bereiche (ASB/GIB) zu benennen, innerhalb welcher dauerhafte Vollzugshindernisse vorliegen. So wird sichergestellt, dass nicht mehr Fläche als gemäß ermitteltem Bedarf in Anspruch genommen wird.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der

dieser Zuschlag noch gewährt, was bei den schon jetzt bestehenden Flächennotständen absurd erscheint. Werden diese dann auch wieder auf das Umland verteilt? Eine plausible Begründung für die damit angeblich gewährte Angemessenheit im Verhältnis der Flexibilisierungsquote zum errechneten Bedarf findet sich nicht.

Der Darstellung, dass nur Bereiche als Flex-Gebiete festgelegt werden, die im Rahmen einer raumordnerischen Prüfung einschließlich Umweltprüfung eine Eignung als potenzieller Siedlungsraum aufweisen und umweltverträglich sind, wird ebenfalls entschieden widersprochen. Die Auswertung der Daten der Umweltprüfung zeigt sehr deutlich, dass eben dies nicht der Fall ist (s. Tabelle 6). Von den 492 ha verorteter ASBFlex wurden 433,9 ha geprüft, 56,9 % der Fläche weisen voraussichtlich erhebliche negative Umweltauswirkungen auf. Von den 430 ha verorteter GIBFlex wurden 384,5 ha geprüft, 60,6 % der Fläche weisen voraussichtlich erhebliche negative Umweltauswirkungen auf. Von den Anteilen, die neu im Freiraum ausgewiesen werden (ASB: 209,0 ha, GIB 299,6 ha) trifft dies für 68,9 % bei den ASBFlex und 54,7 % bei den GIBFlex zu.

Eine Erläuterung dazu, nach welchen Kriterien und mit welchen Restriktionen diese Flächen verortet wurden, findet sich nicht. Auf welche Weise die noch nicht verorteten 6373 ha dann ihre Flächenzuweisung erhalten sollen und inwiefern diese dann noch der regionalplanerischen Umweltprüfung und gesamtplanerischen Abwägung unterzogen werden sollen, bleibt unklar.

[Tabelle]

Inwiefern das ?starre System? der Bedarfsfestlegung und daran gekoppelten Verortung von Siedlungsflächen zu Verknappung von Siedlungsflächen und Wettbewerbsnachteilen gegenüber anderen Bundesländern führt, bleibt als bloße Behauptung dahingestellt. Die Verknappung von Siedlungsflächen ergibt sich durch die hohen Flächennutzungskonkurrenzen, nicht durch die Regionalplanung.

Ganz abgesehen davon werden hier auch die Beteiligungsrechte der Naturschutzverbände beschnitten, wenn sie durch die zum Teil fehlende konkrete räumliche Kulisse für die Flexibilisierungsflächen keine Möglichkeit haben, zu den regional bedeutsamen Belangen von Natur und Landschaft im Rahmen einer regionalplanerischen Gesamtabwägung zielgerichtet Stellung zu nehmen. Bei der landesplanerischen Anpassung, in der dann die konkreten Flächen im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung geprüft werden, werden die Verbände nicht beteiligt.

nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Im Übrigen wird die Begründung fortgeschrieben.

Inhalt**Allgemeine Siedlungsbereiche**

Die Naturschutzverbände fordern ein generelles Ziel zur flächensparenden Umsetzung von Siedlungsbereichen und vorrangigen Ausnutzung von Potenzialen der Innenverdichtung, Nach- und Umnutzung sowie Brachflächenaktivierung (s. Kapitel C.3.1.1).

Ziel 7 ASB sichern und entwickeln***Begründung: Zur zeichnerischen Festlegung der ASB***

In der Begründung wird dargelegt, dass Raumwiderstände und sonstige raumordnungs- sowie fachrechtliche Planungsdirektiven einbezogen und berücksichtigt wurden. Für die Flächenfestlegungen wurden nicht überwindbare Restriktionskriterien aufgestellt, zu denen u.a. Kriterien zum Natur- und Artenschutz und zum Wasserrecht gehören. Sie werden als Entwicklungshemmnisse betrachtet (Begründung S. 75).

Die Auswertung der Ergebnisse der Umweltprüfung hat ergeben, dass 81,5 % der dargestellten (und geprüften) ASB-Flächen (ha) voraussichtlich erhebliche negative Umweltauswirkungen aufweisen. Bei den neu im Freiraum dargestellten Flächen sind es 84,8 %. Bei den GIB trifft dies auf 65,3 % der Flächen zu bzw. auf 53,7 % der neu im Freiraum dargestellten Flächen zu (s. Kapitel D.2). Dabei wurden nur 3743 ha der 9944 ha ausgewiesenen Neubaupotenzialflächen für Wohnen bzw. 2651 ha von 5047 ha Neubaupotenzialflächen (ohne die Flexibilisierungsflächen) für Gewerbe und Industrie einer regionalplanerischen Umweltprüfung unterzogen. Die SUP stellt in der Gesamtbewertung lapidar fest, dass 96.664 ha ASB und 469 ha ASBflex sowie 20.272 ha GIB bzw. 407 ha GIBflex mit voraussichtlich überwiegend nachteiligen Umweltauswirkungen festgelegt werden, die dargestellten Freiraumbereiche ohne negative oder mit positiven Umweltwirkungen. Dem Plan liegt offenbar kein wirksames Konzept zur Lenkung der Siedlungsflächenauswahl bzw. -festlegung auf möglichst konfliktarme Flächen zugrunde oder wurde in der Abwägung zu den einzelnen Flächen nicht umgesetzt.

Die gewählten Restriktionskriterien sind dafür offensichtlich nicht ausreichend. Es ergeben sich hier auch Widersprüche, da die Kriterien nicht einheitlich für den Siedlungsraum ausgestaltet sind. Während im Bereich Natur- und Artenschutz für die Flächenauswahl für ASB und GIB als harte Ausschlusskriterien Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Biotopverbundflächen der Stufe I, Geschützte Landschaftsbestandteile, Naturdenkmale, besonders geschützte Biotope und verfahrenskritische Arten definiert wurden, umfassen die Kriterien für die regional festzulegenden Siedlungsflächenbedarfe die Naturschutzgebiete, Nationalparke, Wildnisgebiete, Natura

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

In Hinblick auf das geforderte neue Ziel zum Flächensparen wird auf die Erläuterung zu Stn ID 1006991 verwiesen.

In Hinblick auf die Methodik zur Festlegung von Siedlungsraum gilt:

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Zu den nicht überwindbaren Restriktionen für eine zukünftige siedlungsräumliche Entwicklung zählen die "hohen Raumwiderstände" als Tabubereiche für die Festlegung von Siedlungsraum. Diese basieren auf fachrechtlichen Vorgaben und sind für eine Siedlungsentwicklung ungeeignet. Des Weiteren wurden landesplanerische Vorgaben beachtet, die einer Festlegung von Siedlungsraum entgegenstehen (z.B. Ausschluss einer bandartigen Siedlungsentwicklung (Ziel 6.1-4 LEP NRW) oder Anschluss neuer GIB an vorhandenen Siedlungsraum (Ziel 6.3-3 LEP NRW)). Sonstige raumordnerische (z.B. Ausrichtung auf zASB, Waldbereiche) sowie fachrechtliche Planungsdirektiven (z.B. UZVR, Erweiterte Lärmschutzzone) dienen als Leitlinien bei der Siedlungsraumfestlegung und können im Sinne einer einheitlichen Gesamtkonzeption nur im begründeten Einzelfall überwunden werden. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

2000-Gebiete (FFH-Gebiete plus Vogelschutzgebiete), Biotopverbundflächen Stufe I und Flächen bei Betroffenheit verfahrenskritischer Arten. Für ASB gelten außerdem auch Landschaftsbildeinheiten von herausragender Bedeutung als Ausschlusskriterium, bei den GIB dagegen auch die regionalplanerisch festgelegten Waldbereiche und Bereiche für den Schutz der Natur. Für die Flexibilisierungsflächen ist nicht erkennbar. Ob hier noch irgendwelche Ausschlusskriterien angewendet wurden. Es ist fachlich nicht nachvollziehbar, warum hier derart abweichende Kriterien festgelegt werden. Zumindest bei den Naturschutzgebieten ergibt sich auch bei den ausgewiesenen Siedlungsbereichen laut SUP eine Betroffenheit von 1686,7 ha im Pufferradius.

Aus Sicht der Naturschutzverbände sollten hier grundsätzlich Natura 2000-Gebiete (FFH-Gebiete plus Vogelschutzgebiete), Naturschutzgebiete, besonders geschützte Biotope, jeweils mit Pufferzonen, Biotopverbundflächen der Stufe I, Geschützte Landschaftsbestandteile, und Flächen bei Betroffenheit verfahrenskritischer Arten, Nationalparke, Wildnisgebiete, Waldbereiche und Bereiche für den Schutz der Natur sowie Klimarelevante Böden und Bereiche mit schwerpunktmäßigem Vorkommen von Archivböden ausgeschlossen werden.

Im Bereich Wasserrecht werden für ASB und GIB als harte Ausschlusskriterien Vorsorgebereiche für geplante Talsperren, festgesetzte und vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete, Trinkwasserschutzzonen I + II sowie Heilquellen definiert. Kriterien für die regional festzulegenden Siedlungsflächenbedarfe sind für die ASB geplante Talsperren gemäß geltendem Regionalplan, festgesetzte und vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete, festgesetzte und geplante Wasserschutzgebiete (Zonen I + II) und Heilquellenschutzgebiete. Hier sind zusätzlich geplante Wasserschutzgebiete enthalten. Bei den regional festzulegenden GIB werden die Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz im Regionalplan herangezogen, bei denen es sich laut Erläuterung i.d.R. um festgesetzte und geplante Wasserschutzgebiete der Zonen I bis IIIa handelt, hinzu kommen Heilquellenschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete und Oberflächengewässer. Auch hier weichen die Kriterien unverständlichlicherweise voneinander ab.

Die Naturschutzverbände fordern hier generell den Ausschluss von festgesetzten und geplanten Wasserschutzgebieten (Zonen I bis IIIa), Quellen und Oberflächengewässern einschließlich Entwicklungskorridor sowie neben festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten (HQ 100-Flächen) auch von HQ extrem (500)-Flächen und von starkregengefährdeten Bereichen.

Inwiefern solche Kriterien auch für die Flexibilisierungsflächen angewendet wurden, erschließt sich nicht. Es ergeben sich weitere Fragen zur Einheitlichkeit bei der Flächenfestlegung, da die Flächen für regionale Siedlungsbedarfe in einem Rankingsystem mit Eignungskriterien bewertet wurden und auch hier die Anwendung auf den restlichen Siedlungsbereich nicht erkennbar ist. Die weiteren Flächenauswahlkriterien, die bei der Festlegung der kommunalen Bedarfe zum Tragen

Darüber hinaus bildet Tabelle 9 die Kriterien der Reserveflächenbewertung ab, welche im Ergebnis dem ermittelten Bedarf entgegengehalten wird. Diese korrespondiert mit den Kriterien der Reservenerfassung gemäß sfm (MWIDE (2020): Siedlungsflächenmonitoring Nordrhein-Westfalen, Ergebnisbericht, Erhebung der Siedlungsflächenreserven 2020).

Das Vorgehen wurde ausführlich im Regionalrat erläutert und zusammen mit den Auswertungen für die einzelnen Teilregionen veröffentlicht.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Diese Methodik liegt allen neuen Festlegungen des Siedlungsraums (ASB, GIB mit und ohne Zweckbindung sowie Flex-Bereiche) als Mindest-Standard zugrunde.

Zu den Kriterien für die regional festzulegenden Siedlungsflächenbedarfe:

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des

gekommen sind, lassen sich gar nicht nachvollziehen. Es verwundert, dass unter in der Begründung zu den GIB-Flächen auf ein Dokument (Sitzungsvorlage des Regionalrates vom 29.09.20217, Tagesordnungspunkt 6) verwiesen wird, wo offenbar die Restriktionskriterien zumindest für die Reservenbewertung nicht als unüberwindbare Restriktionen (Begründung S. 75) oder Ausschlusskriterien (Endberichte zu Region Wohnen und Gewerbe plus) dienen, sondern Flächen mit solchen Restriktionen einer detaillierten Betrachtung im Hinblick auf Möglichkeiten zur baulichen Entwicklung zu unterziehen sind. Die zeichnerische Festlegung der Siedlungsbereiche (ASB und GIB insgesamt) erfolgt damit offenbar nicht nach einheitlichen Maßstäben und ist nicht konsistent. Damit stellt sich auch die Frage nach der Gewährleistung einer gerechten und gesamthaften Abwägung nach einheitlichen Grundsätzen. Die Naturschutzverbände fordern eine Übersicht der angewendeten Kriterien für die gesamte Siedlungsflächenfestlegung und eine Erläuterung darüber, wie mit diesen Kriterien in der Abwägung umgegangen wurde.

Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde.

Diese können insofern von den grundlegenden Kriterien zur Festlegung von Siedlungsraum abweichen, indem weitere Kriterien hinzugezogen werden. Da es sich bei den Region+-Prozessen um eine überörtliche Verteilung von ermittelten kommunalen Bedarfen handelt, die nicht in der Belegenheitskommune verortet werden konnten, sind die Ausschluss- bzw. Eignungskriterien, die als Bewertungsgrundlage für die Verortung herangezogen werden, teilweise strenger als die rechtlich normierten Raumwiderstände, landesplanerischen Vorgaben sowie sonstigen raumordnerischen sowie fachrechtlichen Planungsdirektiven, die sämtlichen Siedlungsraumfestlegungen zugrunde gelegt werden.

Die wesentliche normative Basis des Verfahrens bildet der LEP NRW, dessen Ziele und Grundsätze das regionalplanerische Zielsystem als Grundlage der Flächenbeurteilung definieren. Das Bewertungssystem basiert weitestgehend auf messbaren Indikatoren, die das Zielsystem abbilden, um Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten. Die Regelungshierarchie des LEP NRW mit zu beachtenden, d. h. bindenden Zielen sowie zu berücksichtigenden Grundsätzen, die mit anderen Belangen abgewogen und auch überwunden werden können, findet ihre Entsprechung in der Zweistufigkeit des Bewertungsverfahrens mit einer klaren Trennung der Anwendung von Ausschluss- (Stufe 1) und Eignungskriterien (Stufe 2).

Eine einheitliche Methodik zur Festlegung von Siedlungsraum basierend auf einem Mindeststandard sowie optionalen Kriterien ist daher gewährleistet. Die Begründung wird entsprechend fortgeschrieben.

Inhalt

Grundsatz 15 Einzelhandel an ÖPNV anbinden

Der Grundsatz sollte als Ziel formuliert werden, da er sich auf die Planung neuer großflächiger Einzelhandelsstandorte bezieht. Im Rahmen der dringend notwendigen Verkehrswende, der Alterung der Bevölkerung und im Sinne der Bewusstseinsbildung sollten diese heute nicht mehr ohne den ÖPNV planbar sein.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

InhaltGrundsatz 16 Siedlungsentwicklung an zASB ausrichten

Der Grundsatz folgt Grundsatz 6.2-1 im LEP. Unverständlich sind die formulierten Ausnahmen, da es sich erstens nur um einen Grundsatz mit der Formulierung „vorrangig“ handelt, der keinen absoluten Ausschluss für die Entwicklung der übrigen ASB induziert. Zweitens ist die Schienenanbindung zwar grundsätzlich wünschenswert, trotzdem sollte aber die Konzentration auf die zASB erhalten bleiben, um dort genau diese in ihrer Tragfähigkeit zu erhalten. Insofern sollte die Entwicklung in den übrigen ASB auch bei Schienenanbindung nicht ebenfalls als „vorrangig“ eingestuft werden bzw. ist im Rahmen der Abwägung sowieso möglich.

Die Ausnahme für die im Freiraum gelegenen Ortsteile unter 2000 Einwohner*innen lehnen die Naturschutzverbände ab. Es ist nicht sinnvoll, hier für die zASB durch die Entwicklung neuer Siedlungskerne im Freiraum Konkurrenz für die Auslastung der vorhandenen Infrastrukturen inklusive der Schienenwege zu schaffen. Eine „Vorrang“-Einräumung in gleicher Linie mit der Entwicklung der zASB ist auch deshalb kategorisch auszuschließen, weil die Eigenentwicklungsortslagen grundsätzlich dem Freiraum zugeordnet sind. Sie sind keine Siedlungsbereiche im raumordnerischen/ regionalplanerischen Sinn und nicht Teil des gesamtheregionalen Siedlungsentwicklungssystems. Sie sollen in ihrer Baulandentwicklung nach den Erläuterungen zu Ziel 2-4 LEP auf den Eigenbedarf der ortsansässigen Bevölkerung und Wirtschaftsbetriebe beschränkt sein. Damit wird die im Sinne einer nachhaltigen Raumordnung klar fokussierte Trennung von Freiraum und Siedlungsraum unterstützt, mit der einer Durchmischung von Siedlungs- und Freiraum, insbesondere zur Sicherung von Freiraum als unverbautem und unversiegeltem Raum als Voraussetzung für die Erhaltung und Regeneration der natürlichen Lebensgrundlagen, entgegengewirkt werden soll. Bauleitplanung, in gewissem Rahmen im Angebotsstil, ist nach den Vorgaben von Ziel 2-4 LEP sowieso möglich.

Die Prüfung der Möglichkeiten für eine den örtlichen Verhältnissen angepasste höhere Dichte ist sehr zu begrüßen. Es ist allerdings unverständlich, warum zur Umsetzung der regionalen Wohnraumbedarfe diese höhere Dichte sichergestellt und hier nur geprüft werden soll. Für beide Regelungen gilt, dass die Fassung als Grundsatz die höhere Dichte zu einem zu berücksichtigenden, aber überwindbaren Belang in der Abwägung macht. Bei den regionalen Wohnraumbedarfen wird damit auch die Rankinganforderung „Eignung für eine höhere Bebauungsdichte“ nicht konsequent umgesetzt und es bleibt den Kommunen überlassen, ob sie die angegebene Bebauungsdichte real auch umsetzen. Das dürfte in der Praxis erfahrungsgemäß wenig Wirkung entfalten und verhindert keine von Kommunen und Investoren immer noch massiv betriebene und vollkommen unzeitgemäße Entwicklung von

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Textliche Festlegung G.16 *Siedlungsentwicklung an zASB ausrichten* und deren Erläuterung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Weitere Änderungen werden nicht vorgenommen, da sie über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinausgehen. Bei den auf Grundlage des LEP NRW zur Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe herangezogenen Siedlungsdichten handelt es sich um methodische Rechenwerte, die in der Gesamtschau eine Mischdichte angeben, nicht um Festlegungen. Weitergehende Vorgaben zur konkreten Umsetzung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Im Übrigen wird auf den neuen Grundsatz *Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen* verwiesen (s. Änderungssynopse).

Die Erläuterung 3 konkretisiert den ersten Satz des Grundsatzes und ist Bestandteil der Festlegung. Die Festlegung als Ziel der Raumordnung in Verbindung mit Z.4 *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* ist nicht sachgerecht. Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden. Z.4 *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* wird jedoch um einen Hinweis auf G.16 *Siedlungsentwicklung an zASB ausrichten* ergänzt (s. Änderungssynopse).

Einfamilienhaussiedlungen. Damit wird außerdem ein unbrauchbarer Maßstab eingeführt, den dann offenbar jede Kommune selbst definiert: was heißt ?den örtlichen Verhältnissen angepasst?? Dies müsste die Regionalplanung im Sinne einer gesamtplanerisch konsistenten Konzeption dann näher festlegen. Es ist zudem vollkommen unverständlich, warum die regional zu verteilenden Wohnbauland-Bedarfe sowie die zASB diesem Grundsatz unterstellt werden, die übrigen ASB und die GIB sowie die Flex-Bereiche grundsätzlich aber nicht. Die Naturschutzverbände fordern für die Umsetzung der Siedungsbereiche generell ein Ziel zur Realisierung einer möglichst hohen Bebauungsdichte und Flächenausnutzung, für Wohnbebauung mindestens 45 WE/ha (s. Kapitel C.3.1.2).

Erläuterung 3 ist zu begrüßen, sollte aber mindestens in den Wortlaut des Grundsatzes, besser noch in Ziel 4 ?Flächenüberhänge vermeiden und abbauen? integriert werden.

Inhalt

Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen

Ziel 8 Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen:

Die Naturschutzverbände raten dringend an, diese Anlagen auf die Anforderungen für einen vorausschauenden und vorsorgenden Hochwasserschutz, auch im Rahmen von Starkregenereignissen, zu prüfen und ggf. nicht auszuweisen. Hier muss ggf. auch ein Rückbau eingefordert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Vorhandene, isoliert im Freiraum liegende Standorte von überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen, die die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten (ab einer Größenordnung von 10 ha), sind aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Es besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Übrigen richtet sich der Hinweis an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen, da die Prüfung von Rückbauerfordernissen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinausgeht.

1007028, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

Inhalt

Ziel 9 Freizeitpark Phantasialand

Die Naturschutzverbände lehnen die Erweiterung des Freizeitparks grundsätzlich ab.
Zur Begründung s. Kapitel E.1.4, Brühl Nr. 1

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Siehe Erläuterungen zu StnID 1003747.

Inhalt**Gewerbliche und industrielle Entwicklung**

Die Naturschutzverbände halten das Konzept für die Bereiche für Gewerbe und Industrie für raumordnerisch nicht tragfähig. Wie bereits in den Ausführungen zu den Bedarfen dargelegt, werden neben den Flächen, die sich aus dem landesplanerisch vorgesehenen Bedarfsrahmen (Trendfortschreibung) ergeben (3834 ha dargestellte Potenzialfläche zu einem Bedarf von 4498 ha, Defizit 664 ha), zahlreiche weitere Flächen ausgewiesen und von diesem Rahmen abgekoppelt (1634 ha + unbekannt): GIB regional, GIB plus (überregional) (zusammen 657 ha), GIBz (sonstige zweckgebundene gewerbliche Nutzungen), GIB für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben (460 ha), außerdem die schon erwähnten, zusätzlichen FNP-Flächen außerhalb der dargestellten GIB (anteilig angenommen mit 517 ha). Insbesondere durch die regionalen und überregionalen GIB kommen hier nun aufgrund von sektoralen Fachbeiträgen und -konzepten in erheblichem Ausmaß Flächen hinzu.

Dass für bestimmte Flächenqualitäten im Sinne einer regional ausgewogenen Gewerbeflächenentwicklung und angesichts zahlreicher Restriktionen und Umsetzungshindernisse Bedarfe bestehen, soll gar nicht grundsätzlich in Abrede gestellt werden. Aufgabe der Regionalplanung wäre es aber gewesen, ein nachhaltiges Konzept für die Gewerbeflächenfestlegung zu entwickeln, das die Flächenbedarfe der anderen Raumnutzungen nach den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und dem Landesentwicklungsplan angemessen berücksichtigt und gerecht gegeneinander abwägt. Wenn zahlreiche Kommunen

- in ihrer (v.a. erwerbsfähigen/-tätigen) Bevölkerung teils erheblich schrumpfen und dementsprechend gar keine Flächen brauchen,
- ihre Bedarfe räumlich nicht umsetzen können,
- anderswo Flächenüberhänge bestehen und
- es überörtliche Bedarfe zur Ausweisung regional bedeutsamer Flächen gibt,

dann ist das Gesamtkonstrukt der Bedarfsberechnung (alle Kommunen bekommen im Rahmen der Trendortschreibung positive Bedarfswerte zugewiesen) auf den Prüfstand zu stellen. Kommunale, nicht entwickelbare Bedarfe können und müssen analog der Vorgehensweise bei der Wohnbedarfsentwicklung in regional zu entwickelnde Bedarfe überführt werden. Diese bieten dann voraussichtlich ausreichend Möglichkeiten, um solche überörtlichen Bedarfe zu bedienen. Eine komplette Abkoppelung von den kommunalen, bevölkerungsbedingten Bedarfen widerspricht den Vorgaben des LEP, wonach die Siedlungsentwicklung eben an dieser auszurichten ist, ebenso wie an den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen (S. 44). Die Ausführungen zur flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

sprechen zu den Gewerbegebieten insbesondere die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung an und weisen auf die Bedeutung weicher Standortfaktoren wie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Gegebenheiten hin (LEP S. 47). Die Naturschutzverbände fordern eine grundlegende Überarbeitung des Konzeptes für die Bedarfsentwicklung von Gewerbeflächen und den Nachweis darüber, dass sich die Neudarstellung von Flächen auf das erforderliche Maß beschränkt (LEP S. 47). Hierfür sind Nachhaltigkeitskriterien festzulegen, die insbesondere das Flächensparziel berücksichtigen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und in den Teilregionen.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist. Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Der Anregung, dass kommunal nicht entwickelbare Bedarfe in regional zu entwickelnde Bedarfe überführt werden ist somit entsprochen.

Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen.

Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen

Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Der LEP NRW sieht zudem die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden zusätzliche Flächenpotentiale als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs-

und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche , sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Inhalt**Bereiche für Gewerbliche und industrielle Nutzungen**

Die Naturschutzverbände fordern ein generelles Ziel zur flächensparenden Umsetzung von Siedlungsbereichen und vorrangigen Ausnutzung von Potenzialen der Innenverdichtung, Nach- und Umnutzung sowie Brachflächenaktivierung (s. Kapitel C.3.1.1). Außerdem wird bei der Entwicklung neuer Gewerbegebiete grundsätzlich die Anbindung an die Schiene gefordert, was ebenfalls in einem, Ziel verankert werden sollte.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen.

Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) *Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen*. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken

zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten.

Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Die Kommunen haben jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum. Die Zweckbestimmung für GIBregional und GIBplus-Standorte konkretisiert somit die Umsetzung einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW zusammen mit den weiteren Zielvorgaben in Ziel 6.3-1 LEP NRW, ein differenziertes und geeignetes Flächenangebot auf Ebene des neuen Regionalplans auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) zu sichern.

Die Regelungen im Ziel *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* dienen in ihrer

Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

Weitergehende Vorgaben zur konkreten Umsetzung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Zur Anregung einer Zielfestlegung zur grundsätzlichen Anbindung an die Schiene bei neuen GIB gilt:

Neue GIB sollen gemäß Grundsatz 6.3-5 LEP NRW dort festgelegt werden, wo eine kurzwegige Anbindung an das überörtliche Straßennetz und an Verkehrsträger mit hoher Transportkapazität (insbesondere Bahn, Schiff, Öffentlicher Personennahverkehr) besteht oder geplant ist. Im Rahmen des Region+ Wirtschaft-Prozesses wurden ? zur Beachtung des landesplanerischen Belangs einer möglichst kurzwegigen Anbindung neuer GIB-Standorte ? Teilkriterien mit jeweils spezifischen Indikatoren (Anbindung an das überörtliche Straßennetz, Notwendigkeit von Ortsdurchfahrungen, Multimodalität, hierbei auch die Anbindung an den Schienenpersonennahverkehr (SPNV)) berücksichtigt, die mit unterschiedlicher Gewichtung in die Prüfung der Einzelstandorte eingegangen sind. Anders als bei den im Rankingsprozess angewandten Ausschlusskriterien leiten sich diese landesplanerischen Vorgaben nicht aus entsprechenden Zielvorgaben des LEP NRW ab. Die im LEP NRW hierzu formulierten Grundsätze sind einer Abwägung zugänglich. Aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich zudem kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist hier nicht sachgerecht.

Inhalt

Ziel 10 GIB sichern und entwickeln

Die Naturschutzverbände fordern, dass die Zielsetzung auf emittierendes Gewerbe zur Ausweisung von GIB strikt formuliert wird, das ?insbesondere? ist zu streichen. Die regionalplanerisch zugelassenen/ erwünschten Ausnahmemöglichkeiten sind im Ziel konkret benannt.

Erläuterung:

Der 2. Absatz wird abgelehnt und ist zu streichen. In ASB können grundsätzlich Betriebe mit nicht emittierenden Gewerbe untergebracht werden, die GIB sind mit den weiteren Ausnahmen (Pufferzonen) dem emittierenden Gewerbe vorbehalten. Das hat nichts mit der Flächengröße zu tun. Gewerbeflächen mit emittierendem Gewerbe sind dementsprechend auch nicht im Freiraum, sondern in den dafür vorgesehenen GIB unterzubringen.

Begründung: Methodik zur zeichnerischen Festlegung der GIB

In der Begründung wird lediglich dargelegt, dass neben den Restriktionskriterien, die auch für die ASB gelten, weitere fachspezifische Hinweise einbezogen wurden, so z.B. eine detaillierte Betrachtung von Einschränkungen für eine zukünftige Entwicklungen, Überschneidungen mit faktischer Waldnutzung, langfristig entgegenstehende Nutzungen oder topographische Gegebenheiten und aktuelle Sachstände zu gemeindlichen Entwicklungskonzepten (Begründung S. 84).

Zur Kritik an der fehlenden Wirksamkeit der naturschutz- und umweltbezogenen Restriktionskriterien, dem vollkommen intransparenten Kriterienkatalog für die Siedlungsflächenfestlegung insgesamt und Einzelheiten s. Kapitel C.3.2.1.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen.

Der in der Planzeichendefinition aufgeführte Zusatz ?insbesondere? entspricht der Definition gemäß der Anlage 3 zur LPIG DVO und bedeutet auch, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Die kleinräumigen Konflikte kann die Regionalplanung den nachgeordneten Planungsebenen wie z. B. der Bauleitplanung überlassen. Ein pauschaler Ausschluss von Nutzungen in einem Ziel ist aufgrund der vielfältigen Einzelfälle im gesamten Planungsraum und der Maßstäblichkeit auf Ebene der Regionalplanung nicht umsetzbar. Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung bzw. der Fachplanung ist es beispielsweise u.a. im Sinne des Abstandgebotes Aufgabe, unter Kenntnis der konkret vorhandenen Situation innerhalb der GIB bzw. innerhalb der ASB sowie im Falle ggf. heranrückender schutzbedürftiger Nutzungen oder der Erweiterung und Errichtung emittierender Nutzungen, einen möglichen Konflikt zu verhindern. Dies schließt eine ebenenspezifischen Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie ein.

Zudem verweist der LEP hierzu auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit ?KAS 18? in der jeweils aktuellen Fassung. Hieraus lassen sich für die gebotenen Abstände zwischen emittierenden und stöempfindlichen Nutzungen Anhaltspunkte für die Umsetzung im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung oder nachgelagerte Genehmigungsverfahren entnehmen. Dies kann beispielsweise auch bedeuten, dass in bereits bestehenden Gemengelagen innerhalb der ASB oder im Rahmen einer Erweiterung schutzbedürftiger oder emittierender Nutzungen innerhalb der GIB durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese

Beurteilung kann sachgerecht erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Da es sich hierbei um Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt, wird hierzu im Regionalplan Köln von einer regionalplanerischen Zielfestlegung innerhalb der ASB und GIB abgesehen. Die textlichen Festlegungen des Z.10 *GIB sichern und entwickeln* sowie des Z.7 *ASB sichern und entwickeln* sowie G.14 *Nutzungsmischung in den ASB sicherstellen* wurden entsprechend überarbeitet.

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen auch u. a. dem wohnverträglichen Gewerbe, sodass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen in ASB und GIB möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Hinsichtlich der Flächengrößen und der Gewerbeentwicklung im Freiraum gilt zudem, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Zudem gilt für Bestandsunternehmen, dass unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Vorgaben des LEP NRW möglich ist. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Hinsichtlich der angewendeten Kriterien gilt, dass gemäß den Vorgaben des LEP NRW in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern ist. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+- Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und seinen Teilregionen. Hierzu wird auf die Ausführungen in der Begründung verwiesen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln erfolgt im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems über ein Freiraumverbundsystem für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzüge, Bereiche zum Schutz der Natur, Waldbereiche sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen. Diese wurden erarbeitet auf den Grundlagen der Fachbeiträge Klima, Landwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege, Kulturlandschaft und Forstwirtschaft. In den Fachbeiträgen wurde die Datengrundlage der genannten Festlegungen erarbeitet. Unter Berücksichtigung des regionalplanerischen Maßstabes wurden die verschiedenen Kriterien der erarbeiteten Fachbeiträge berücksichtigt und methodisch angewendet.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden. Auf die Ausführungen der Ausgleichsvorschläge zu den Stellungnahmen ID 1007019, 1007020 und 1007020 wird verwiesen.

Inhalt

Zweckgebundene Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Ziel 11 GIB interkommunal sichern und umsetzen

Die Möglichkeiten zur interkommunalen Entwicklung von Gewerbegebieten im Rahmen der Bedarfsgerechtigkeit werden grundsätzlich begrüßt, insbesondere, wenn dies zu einer flächensparenden Siedlungsentwicklung in den Kommunen beiträgt. Sämtliche den Anforderungen für interkommunale GIB entsprechenden Gewerbeansiedlungen sollten auf diesen Flächen erfolgen. Solange diese Flächenpotenziale nicht ausgeschöpft sind, sollten keine weiteren/zusätzlichen dementsprechenden Gewerbeansiedlungen/Flächenausweisungen im Raum der einzelnen beteiligten Kommunen vorgesehen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Die bedarfsgerechte Umsetzung richtet sich nach den Festlegungen in den Zielen *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* und *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen*. Hier sind auch weitere Regelungen für mögliche interkommunale Kooperationen enthalten. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Dies betrifft auch die in der Anregung formulierte konkrete Verortung von Gewerbeflächenansiedlungen auf bestimmten Flächenpotentialen.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Inhalt

Ziel 12 GIB regional sichern und umsetzen, Ziel 13 GIB plus sichern und umsetzen

Die Naturschutzverbände lehnen diese GIB-Kategorien grundsätzlich als nicht bedarfskonform ab (s. Kapitel C.3.1.2). Wie für alle GIB fordern sie auch hier eine flächensparende Umsetzung der Gewerbegebiete nach dem neuen Ziel: Flächensparende Siedlungsentwicklung (s. Kapitel C.3.1.1).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln,

	<p>Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.</p> <p>Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz <i>Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen</i>, Ziel <i>Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen</i> sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel <i>GIBregional sichern und umsetzen</i> und Ziel <i>GIBpl us sichern und umsetzen</i> im gesamten Planungsraum und den jeweiligen Teilregionen.</p> <p>Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.</p> <p>In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.</p>
--	--

Inhalt

Ziel 14 GIBz sichern und umsetzen, Grundsatz 17 Chancen für den Strukturwandel nutzen

Die Naturschutzverbände fordern in Verbindung mit Ziel 3 und Ziel 4, dass die GIBz für sonstige zweckgebundene Nutzungen (ausgenommen Militär) LEP-konform in die Gesamtbedarfskulisse eingerechnet werden und nicht von dem Erfordernis der Flächenrücknahme ausgeschlossen werden, wenn Überhänge bestehen. Dies gilt auch für zukünftig umzuwidmende Nachnutzungsflächen z.B. von Kraftwerksstandorten wie derzeit mit der 36. Regionalplanänderung

für einen Teil des Kraftwerksstandortes Niederaußem bereits in Planung. Insbesondere fordern die Naturschutzverbände dies auch für die Starterstandorte Strukturwandel, die gemäß Anhang 6 zum Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung als Entwicklungsflächen für den Strukturwandel außerhalb der LEP-Bedarfsberechnung und ohne jegliche Umweltprüfung festgelegt wurden. Diese Vorgehensweise lehnen die Naturschutzverbände strikt ab.

In der Erläuterung zu Z.14 wird nun festgelegt, dass die Kommune im Rahmen des landesplanerischen Anpassungsverfahrens darzulegen hat, inwiefern die Flächenentwicklung dieser GIBz-Starterstandorte für den Strukturwandel im Rheinischen Revier relevant ist. Diese Zweckbestimmung wird dann aber nur in einen Grundsatz G.17 gegossen, was der Erläuterung in Z.14 widerspricht. Es finden sich keine Kriterien, anhand derer diese Relevanz dazulegen wäre. Dies müsste der Regionalplan aber leisten, um den Anspruch einer regionalen Gültigkeit dieser Vorgaben bzw. der Vorrang- und Vorbehaltsfunktion überhaupt erfüllen zu können. Die Naturschutzverbände fordern hier ein nachvollziehbares Kriterienset, das an regionalplanerischen Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet und verbindlich als Ziel vorzugeben ist.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die textliche Festlegung wird geändert.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPiG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden die im ersten Planentwurf als "Starterstandorte Strukturwandel" festgelegten Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020).

Laut §8 (3) ROG ist die Umweltprüfung auf zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen zu beschränken, wenn in anderen umfassenden Plänen der oder teilweise Programmen bereits eine Umweltprüfung nach Absatz 1 durchgeführt wurde. Dies fand beispielsweise bei betreffenden vorhandenen Umweltprüfung im Rahmen von Neuaufstellungen des Flächennutzungsplans oder bei bereits

durchgeführten und umweltgeprüften Regionalplanänderungen Anwendung.

Dementsprechend wurden die genannten Kriterien auf die Starterstandorte des Strukturwandels angewendet, aus diesen Gründen wurden nur die Bereiche geprüft, die für den Planungsgegenstand noch keine Umweltprüfung durchlaufen haben.

Inhalt

Ziel 15 Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben

Die Naturschutzverbände hatten im Verfahren zur Aufstellung des LEP 2017 in ihrer Stellungnahme vom 27.2.2014 die Übernahme ehemaliger ?LEP VI-Flächen? für flächen-intensive Großvorhaben als überkommenes und nicht mehr zeitgemäßes Instrument der Wirtschaftsförderung kritisiert und die Rücknahme aller Standorte mangels Bedarf gefordert. Auch die weiteren Änderungen bei der Überarbeitung des LEP 2018 mit Reduzierung der Mindestbedarfe an Flächen haben offensichtlich nicht dazu geführt, dass diese bereits im aktuellen Regionalplan seit Jahrzehnten dargestellten Flächen in Anspruch genommen wurden. Es ist offensichtlich, dass es keine planerische Rechtfertigung für diese Sonderstandorte gibt. Im Übrigen weist der neue Regionalplan nun auch GIBplus Standorte aus, an denen flächenintensive Großvorhaben angesiedelt werden können. Die Naturschutzverbände fordern die Rücknahme und Darstellung als Freiraum, damit dessen Entwicklungspotenziale nicht für weitere Jahrzehnte ungenutzt bleiben und verhindert werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Inhalt**Ausweisung von GIBz für den Strukturwandel durch vorgezogene Regionalplanänderungen**

Zu den hier als Starterstandorte für den Strukturwandel dargestellten Flächen wurden bereits vier weitere GIB-Flächen über bereits abgeschlossene Regionalplanänderungsverfahren festgelegt, die ebenfalls nicht in die Bedarfsberechnung eingehen: GIBinterkommunal Aachen-Eschweiler (22. Änd. TA Köln, 73 ha), GIBregional Düren-Niederzier (23. Änd. TA Köln, 22 ha), GIBplus Bedburg (33. Änd. TA Köln, 40 ha), GIBregional Kerpen-Elsdorf (34. Änd. TA Köln, 43 ha). Diese sich fortsetzende Vorgehensweise der sukzessiven Festlegung von zusätzlichen GIB-Flächen

- mit Planzeichen, die es im geltenden Regionalplan nicht gibt, die also noch keiner gesamtplanerischen Abwägung unterzogen wurden,
- ohne jegliche belastbare regionalplanerische Bedarfsherleitung und -koppelung,
- ohne irgendeinen belastbaren Nachweis über die Relevanz dieser konkreten Flächen (Festlegung anzusiedelnder Betriebssparten/-zweige analog zu den real verloren gehenden Arbeitsplätzen, Anzahl zu generierender Arbeitsplätze o.Ä.) für den Strukturwandel,
- mit unverkennbar hoch defizitären Umweltprüfungen und fehlender Alternativenprüfung sowie
- tlw. unter Missachtung der geltenden Regionalplanziele
- lehnen die Naturschutzverbände entschieden ab. Dies haben sie in den Stellungnahmen zu den betreffenden Änderungsverfahren bereits deutlich gemacht.

Die Naturschutzverbände fordern grundsätzlich, dass die Erforderlichkeit solcher Flächen (GIBplus, GIBregional, sonstige GIBz für Strukturwandel/ im Rheinischen Revier) zusätzlich zur LEP-bedarfskonformen Darstellung von GIB im Regionalplanentwurf anhand nachvollziehbarer, regionalplanerisch relevanter und auf die Nachhaltigkeit ausgerichteten Kriterien im Rahmen einer gesamtplanerischen Abwägung belegt wird. Wenn ein schlüssiges, bedarfsgerechtes Gesamtkonzept für die Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen für die Gesamtregion vorliegt, sind vorgezogene Regionalplanänderungen vor In-Kraft-Treten des neuen Regionalplans für einige Standorte als Startflächen für den Strukturwandel durchaus vertretbar. Das bisherige Vorgehen unter Umgehung der gesetzlich vorgegebenen Planungswege und Vorschriften kann von den Naturschutzverbänden aus den angeführten Gründen aber nur entschieden abgelehnt werden. Dies haben sie bereits in ihrer Stellungnahme zum Wirtschafts- und Strukturprogramm für das

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden die Starterstandorte Strukturwandel mit der Fortschreibung des Entwurfes zur Neuaufstellung des Regionalplanes als GIBtransformation mit einem neuen Planzeichen GIBtransformation und Zielformulierung bedarfsgerecht festgelegt.

Die genannten vier bereits abgeschlossenen Regionalplanänderungsverfahren wurden als Änderungen im Vorgriff und auf Grundlage der Bedarfermittlungen für die Neuaufstellung des Regionalplanes festgelegt. In diesen Verfahren sind neben dem Nachweis des Bedarfes auch die umweltrechtlichen Aspekte, Abwägung und Übereinstimmung mit den Zielen des LEP NRW und den regionalplanerischen Zielen im Anzeigeverfahren ohne Beanstandung geprüft worden.

1007348, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

Inhalt

Zum Themenbereich ?Wasser? legt der Regionalplan zwar zahlreiche Regelungen vor, die im Sinne einer wirksamen Steuerung für diesen wesentlichen Umweltbereich der Daseinsvorsorge aber wenig Gehalt haben und die planerischen Entscheidungen tatsächlich weitgehend auf die nächste Planungsebene verschieben. Damit wird die Regionalplanung aus Sicht der Naturschutzverbände ihrer zentralen Aufgabe und Verantwortung für die Unterstützung und Umsetzung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie für Oberflächengewässer und Grundwasser, zur Flankierung der Naturschutzziele sowie für eine wirksame Dürrevorsorge/ Vorbeugung der Wasserknappheit und einen wirksamen und maximal vorbeugenden Hochwasserschutz nicht gerecht. Dies ist aufgrund der großräumigen Zusammenhänge im Gewässersystem nur auf überörtlicher Ebene für die Gesamtregion möglich und muss zur Erreichung der Ziele einheitlich erfolgen, Spielräume gibt es hier aus fachlicher Sicht nur sehr bedingt. Daher fordern die Naturschutzverbände im Folgenden zahlreiche Ergänzungen in der Planung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Konkrete Hinweise und Anregungen werden nicht gemacht. Diese sind in den dazugehörigen Teilstellungnahmen zu finden und entsprechend dort beantwortet.

Inhalt

Oberflächengewässer und Talsperren

Die vorgesehenen Regelungen sind übersichtlich: Oberflächengewässer dienen der jeweiligen wasserwirtschaftlichen Funktion. Planungen und Maßnahmen, die mit der Funktion nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen (Ziel Z24). Bei Planungen und Maßnahmen soll auf eine Verbesserung des ökologischen Zustandes der Oberflächengewässer einschließlich ihrer Ufer, Auen und Quellbereiche hingewirkt werden. Entlang der Oberflächengewässer sollen ausreichende Korridore für die naturnahe Gewässerentwicklung erhalten bleiben (Grundsatz G45).

Aus Sicht der Naturschutzverbände werden die Vorgaben (Ziel 24 und Grundsatz 45) zwar begrüßt, sind aber unzureichend, weil sie viel zu allgemein gehalten sind, um eine raumordnerische Wirkung zu entfalten. Die gebotene textliche und zeichnerische Umsetzung wasserwirtschaftlicher Ziele bedarf konkreter Festlegungen. Die WRRL verlangt, dass sich bereits 2015 alle Oberflächengewässer in einem guten chemischen und ökologischen Zustand befinden sollten. Dieses Ziel hat Deutschland - und in hohem Maße NRW - weit verfehlt. Um eine zumindest teilweise Zielerreichung innerhalb des nächsten Bewirtschaftungszyklus bis spätestens 2027 zu erreichen, müssen die erforderlichen Maßnahmen so schnell wie möglich umgesetzt werden. Aus den Reihen der Wasserwirtschaft wird immer wieder betont, wie wichtig die Implementierung des Platzbedarfs für die Gewässerentwicklung in der Raumplanung ist. Allerdings bislang nur mit mäßigem Erfolg.

Auch im vorliegenden Regionalplanentwurf finden sich nur ansatzweise planerische Vorgaben dazu. Zeichnerische Darstellungen fehlen gänzlich.

Erheblicher Handlungsbedarf besteht dabei insbesondere hinsichtlich der hydromorphologischen Defizite der Oberflächengewässer. Die Verminderung dieser Defizite soll dabei in NRW durch das sogenannte Strahlwirkungskonzept erreicht werden. Auch die Umsetzung dieses Konzeptes erfordert eine fast durchgehende Verbesserung aller Gewässer. So müssen in kurzen Abständen sogenannte Strahlursprünge entwickelt werden, die dem naturnahen Zustand des Gewässers entsprechen. Zwischen den Strahlursprüngen sind kürzere Gewässerstrecken als Trittsteine zu entwickeln. Es sind also umfangreiche Renaturierungsmaßnahmen erforderlich, und dies auch an den ?erheblich veränderten? Gewässern.

Die räumliche Planung kann die Zielerreichung der WRRL insbesondere hinsichtlich der Sicherung des Raumanspruches der Gewässer und der Vermeidung künftiger Nutzungskonflikte unterstützen und zur Umsetzung der im Maßnahmenprogramm des EG-WRRL-Bewirtschaftungsplans und in den Maßnahmenübersichten nach § 74 LWG zusammengestellten Programmmaßnahmen entscheidend beitragen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Der Verweis auf die Entwicklungskorridore in den Erläuterungen zum Grundsatz 45 wird begrüßt. Die Entwicklungskorridore sollten, soweit maßstäblich möglich, zeichnerisch dargestellt werden, bspw. als ?Bereiche für die Gewässerentwicklung? mit einem neu zu entwickelnden Planzeichen oder als Sonderkategorie der Überschwemmungsgebiete. Eine Überlagerung mit Überschwemmungsbereichen und/ oder Bereichen zum Schutz der Natur/ Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung unterstützt die Zielerreichung der WRRL zusätzlich. Außerdem ist es sinnvoll, für die Ermittlung des Entwicklungskorridors auf die ?Blaue Richtlinie? zu verweisen.

Für die Ausmaße des Entwicklungskorridors enthalten die Maßnahmenübersichten nach § 74 LWG zu den berichtspflichtigen Wasserkörpern wichtige Grundlagen. Dort sind die jeweils erforderlichen morphologischen Programmmaßnahmen festgesetzt und die zu deren Umsetzung mindestens nötigen Funktionselemente, insbesondere die Länge der Strahlursprünge und die Flächenmaße zur Auenentwicklung erfasst. Die erforderliche Breite des Korridors variiert je nach Funktionselement, hat also kein konstantes über die ganze Wasserkörperlänge festlegbares Maß. In den Maßnahmenübersichten nach § 74 LWG sind insbesondere die Programm-Maßnahmen 65 (Maßnahmen zur Förderung des natürlichen Wasserrückhaltes), 70 (Zulassen einer eigendynamischen Entwicklung) 74 (Maßnahmen zur Auenentwicklung und zur Verbesserung von Habitaten) für die Raumplanung von Belang.

[Tabelle]

In den Maßnahmenübersichten finden sich hierzu Größenangaben für die Maßnahmenflächen (in ha, s. Auszug). Wegen der konkreten Längen- und Flächenmaße in den Tabellen müssen der Wasserbehörde bei der Bezirksregierung die Lage der konzipierten Strahlursprünge und Auenentwicklungsflächen bekannt sein, die den veröffentlichten Maßnahmenübersichten nicht zu entnehmen sind. Die Regionalplanungsbehörde kann diese Informationen einholen und sie zur Sicherung dieser Bereiche als Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) oder mit dem neu zu entwickelnden Planzeichen darstellen.

Insgesamt ist es nach Ansicht der Naturschutzverbände erforderlich, die Grundlagen für die planerischen Festlegungen (u.a. Breite des Entwicklungskorridors an den verschiedenen Gewässern, Lage der Strahlursprünge, Zuweisung der wasserwirtschaftlichen Funktionen) in einem gesonderten Fachbeitrag ?Wasser? aufzuarbeiten.

Die Naturschutzverbände schlagen vor, folgende Regelungen in den Regionalplan aufzunehmen:

Neues Ziel: Sicherung von Strahlursprüngen

Zur Unterstützung des Strahlwirkungskonzeptes hat die Gewässerentwicklung in den im Rahmen der Erarbeitung der Umsetzungsfahrpläne bzw. Maßnahmenübersichten nach §74 LWG identifizierten Strahlursprüngen bzw. Trittsteinen und in den Bereichen für erforderliche Strahlursprünge bzw. Trittsteine Vorrang vor allen entgegenstehenden Nutzungen.

Neues Ziel: Schutz von Entwicklungskorridoren

Der Raum, den die Oberflächengewässer für eine Entwicklung gemäß den Vorgaben der WRRL benötigen (Entwicklungskorridor), ist von konkurrierenden Nutzungen freizuhalten und autotypisch zu entwickeln. Die erforderliche Breite dieses Korridors ist aus den Maßnahmenübersichten nach § 74 LWG oder, wo dies nicht möglich ist, aus der „Richtlinie für die Entwicklung naturnaher Fließgewässer in NRW – Ausbau und Unterhaltung“ abzuleiten. Dies gilt auch für die Gewässer, für die die WRRL keine Berichtspflicht vorsieht.

Neues Ziel: Nutzungsfreie Gewässerrandstreifen

Zur Vermeidung von diffusen Schadstoffeinträgen ist ein nutzungsfreier Gewässerrandstreifen von mindestens 10 m Breite an allen Gewässern umzusetzen.

Inhalt**Auenschutz**

Auen erfüllen eine Vielzahl von Funktionen, die auch Gegenstand der Regionalplanung sind: Flüsse und Auen sind natürliche Lebensadern in der Landschaft und damit als zentrale Achsen eines Biotopverbundsystems Wanderungskorridor und Lebensraum vieler seltener und gefährdeter Pflanzen- und Tierarten. Dieser Funktion kommt insbesondere hinsichtlich der zu erwartenden Wanderbewegungen als Folge des Klimawandels eine erhebliche Bedeutung bei der Erhaltung der Biodiversität zu. Der häufige Wechsel zwischen Überflutung und Trockenfallen der Auwälder führt dazu, dass das Grundwasser auch in Jahreszeiten mit niedrigem Grundwasserspiegel aufgebessert wird. Naturnahe Auen mit Auwald verhalten sich bei Hochwasser wie ein Schwamm. Sie können Wasser aufnehmen, zurückhalten und tragen mit dazu bei, Hochwasserspitzen flussabwärts abzuflachen. Der gute ökologische Zustand der Fließgewässer ist in vielen Fällen nur zu erreichen, wenn das Gewässer und die Aue wieder eine funktionale Einheit bilden. Aus diesem Grund sind eine regionalplanerische Sicherung der rezenten Auen sowie Vorgaben für eine Wiederherstellung von Auenbereichen aus Sicht der Naturschutzverbände unerlässlich.

Außerdem sollten die potenziell natürlichen Auen und die rezenten Auen in einer Erläuterungskarte zeichnerisch dargestellt werden. In der Schriftenreihe des Bundesamtes für Naturschutz ist eine Veröffentlichung erschienen, in der Potentiale zur naturnahen Entwicklung rezenter Auen aufgezeigt werden. Für den Planungsraum sind darin Potentiale für die Auenentwicklung dargestellt. Diese sollten im Rahmen der Aufstellung des Regionalplanes berücksichtigt werden. Hierzu wird folgendes neues Ziel vorgeschlagen:

Neues Ziel: Auen schützen und entwickeln

Rezente Auen müssen erhalten und die Auenfunktionen wiederhergestellt werden. Die Vernetzungsfunktion der Auen ist durch Renaturierungen und Rückbau von störenden Elementen zu stärken. Die Bereiche mit Auenfunktion sind bis 2030 um mindestens 10% zu vergrößern. Vorrang hat dabei die Entwicklung der Primäraue. In den Auen ist die Entwicklung von Auwäldern zu fördern, sofern nicht naturschutzfachliche Gründe entgegenstehen.

Dies gilt in besonderem Maße für die für den Biotopverbund bedeutenden und landesweit bedeutenden Auenkorridore von Inde, Erft, Urft, Ahr (Oberlauf), Sieg, Agger, Wupper, Rur, Abschnitte des Rheines zwischen Siegmündung und Köln, Wurm, Rotbach und Neffelbach.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regional bedeutsamen Auenbereiche der Region sind durch die Festlegungen als BGG, BSN und Regionale Grünzüge sehr weitreichend als Vorranggebiete gesichert, sodass die Voraussetzungen für die Umsetzung der angesprochenen Zielsetzungen geschaffen werden. Weiterer differenzierterer Festlegungen bedarf es auf regionalplanerischer Ebene nicht. Darüber hinaus mangelt es der vorgeschlagenen Zielfestlegung an Bestimmtheit und Umsetzbarkeit.

Inhalt

Quellbereiche

Quellbereiche sind besonders empfindliche Bereiche, deren Schutz im Rahmen der räumlichen Planung (insbesondere bei der Bauleitplanung) eine besondere Bedeutung zukommt. Dem sollte aus Sicht der Naturschutzverbände dadurch Rechnung getragen werden, dass ein neues Ziel zum Quellschutz aufgenommen wird.

Neues Ziel: Schutz von Quellbereichen

Quellbereiche sind aufgrund ihrer herausragenden ökologischen Bedeutung besonders zu schützen und zu erhalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Inhalt

Standorte für bestehende und geplante Talsperren sichern

Die Festlegung einer Talsperre im FFH-Gebiet ?Naafbachtal? ist nicht mit den Erhaltungszielen des Schutzgebietes verträglich. Dies ist unstrittig. Die Argumentation, warum eine vollständige Verträglichkeitsprüfung und Abweichungsentscheidung auf die nachfolgende Genehmigungsebene verlagert wird, überzeugt dagegen nicht.

Da die geplante Festlegung des Regionalplans mit dem Verbot des § 34 Abs. 2 BNatSchG in Konflikt gerät, kann die Festlegung allenfalls auf der Basis der Ausnahmeregelung des § 34 Abs. 3-5 BNatSchG erfolgen.

Das setzt eine ordnungsgemäße und vollständige FFH-Verträglichkeitsprüfung voraus, die zu den Anwendungsvoraussetzungen des § 34 Abs. 3 BNatSchG gehört. Daran fehlt es hier. Es wird weder eine vollständige Bestandserfassung durchgeführt, noch findet eine Kumulationsbetrachtung oder eine Alternativenprüfung statt.

Die Naturschutzverbände fordern daher, auf die zeichnerische und textliche Festlegung der Talsperre zu verzichten. Sofern daran festgehalten wird, ist eine FFH-Abweichungsentscheidung zu treffen. Eine Verlagerung auf die Genehmigungsebene führt insbesondere zu einer Einengung der Alternativenprüfung. Diese ist insbesondere bei erkennbaren Konflikten mit den Schutzzielen bereits auf der übergeordneten Planungsebene vorzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Sicherung des Talsperrenstandorts beinhaltet eine vorsorgende Sicherung des Standorts. Sie fußt auf einer Zielvorgabe des LEP NRW. Insofern besteht auf regionalplanerischer Ebene kein Spielraum für eine Alternativenprüfung. Durch die bedingte Festlegung in Z.25. wird sichergestellt, dass die naturschutzrechtlichen Ausnahmetatbestände Voraussetzung für eine Umsetzung der Planung sind. Insofern ist die Beachtung des naturschutzrechtlichen Abweichungserfordernisses in vollem Umfang gewährleistet.

Inhalt**Grundwasser- und Gewässerschutz**

In einem großen Teil des Plangebiets befindet sich das Grundwasser derzeit in einem schlechten mengenmäßigen und/ oder einem schlechten chemischen Zustand (vgl. nachfolgende Abbildungen aus dem Bewirtschaftungsplan NRW 202-2027). Daraus leitet sich aus Sicht der Naturschutzverbände ein unmittelbarer Handlungsbedarf ab, der auch die Regionalplan-Ebene einbezieht.

Viele wichtige Aspekte werden im Entwurf des Regionalplanes zwar angesprochen, aber leider nur in den Erläuterungen.

Die fachliche Aufbereitung dieses komplexen Themas sollte sinnvollerweise in einem eigenen Fachbeitrag ?Wasser? erfolgen.

Trinkwasserschutz/ -vorsorge im Siedlungsbereich

Nach Ansicht der Naturschutzverbände ist die Festlegung neuer GIB in Wasserschutzgebieten und neuer ASB in Wasserschutzzone II zu unterlassen, die Darstellung neuer ASB in Schutzzone III zu vermeiden. Im vorliegenden Entwurf werden 1 ASB und 13 GIB in Wasserschutzgebieten neu dargestellt. Dies widerspricht dem Vorsorgegrundsatz. Es ist außerdem zu prüfen, ob es bestehende Festlegungen von Siedlungsbereichen in Wasserschutzgebieten gibt, die bislang nicht umgesetzt wurden. Diese sind zurückzunehmen.

Eine Auseinandersetzung mit den Folgen in Bezug auf Trinkwassernutzung und die Erreichung der Ziele der WRRL muss zwingend auf der übergeordneten Ebene der Regionalplanung stattfinden und kann nicht auf die nachfolgende Planungsebene verschoben werden, da die Grundwassereinzugsgebiete häufig gemeindeübergreifend sind. Hier gilt es, die Folgen der Gesamtplanung im Detail aufzuzeigen und falls notwendig, gegenzusteuern. Als Bewertungskriterium kann beispielsweise der Versiegelungsgrad eines Grundwasserkörpers und die daraus resultierende Verminderung der Grundwasserneubildung herangezogen werden.

[Abbildung]

[Abbildung]

Bei Überschreitung eines Prüfwertes (s. Kapitel D.1.5.4) ist davon auszugehen, dass der mengenmäßige Zustand des Grundwassers gefährdet ist und wasserrechtliche Verbotstatbestände eintreten. Diese Prüfung ist auf der Ebene der nur gemeindeweiten Flächennutzungsplanung und der Planung von Einzelprojekten/ -flächen schlicht nicht

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Zur Festlegung von wasserwirtschaftlichen Aspekten berücksichtigt die Regionalplanungsbehörde die Daten der wasserwirtschaftlichen Fachplanung (Obere Wasserbehörde). Dies betrifft zum Beispiel die Daten zur Festlegung von Überschwemmungsbereichen, den Wasserschutzgebieten sowie der Fließ- und Oberflächengewässer. Auch im Prozess der Aufstellung eines "Wasserwirtschaftlichen Gesamtkonzepts für das Rheinische Revier" durch das Ministerium ist die Regionalplanungsbehörde aktuell mit beteiligt. Dort zukünftig getroffene und relevante Festlegungen werden der Regionalplanungsbehörde entsprechend zur Berücksichtigung bekannt sein. Die regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich der Thematik erfolgte entsprechend in enger fachlicher Abstimmung mit der Fachplanung und auf Grundlage der zu Verfügung gestellten Fachdaten und Informationen. Die Erarbeitung eines eigenständigen Fachbeitrags für den Themenkomplex Wasser ist für die Regionalplanung fachrechtlich jedoch nicht vorgeben. In Folge dessen liegt der Regionalplanungsbehörde kein Fachbeitrag vor.

In Bezug auf die Anmerkungen zum Thema vorsorgender Trinkwasserschutz in den Trinkwasserschutzgebieten und Verbesserung des chemischen Erhaltungszustandes der Grundwasserkörper gehen die angeregten Änderungen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuauflage des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamtträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Der Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe definiert festgesetzte und geplante Trinkwasserschutzgebiete (außer Wasserschutzzone III B) als Tabuzone für die Festlegung neuer BSAB (vgl. Begründung zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine), Kapitel 7.3.5). Innerhalb der festgesetzten und geplanten Wasserschutzzonen III B sind darüber hinaus Nassabgrabungen konzeptionell

mehr möglich. Eine Abschichtung ist daher aus Sicht der Naturschutzverbände nicht sachgerecht.

Keine Abgrabungen in Trinkwasserschutzgebieten

Der Abbau von Rohstoffen beseitigt oder vermindert die Grundwasserüberdeckung. Diese ist aber notwendig, um das Grundwasser vor schädlichen Einträgen zu schützen. Mit dem Verlust oder der Verminderung der Filter- und Pufferfunktion der Grundwasserüberdeckung geht eine Gefährdung des Grundwassers und in Wasserschutzgebieten unmittelbar eine Gefährdung des Trinkwassers einher. Abgrabungen müssen daher nach Auffassung der Naturschutzverbände in Wasserschutzgebieten ausgeschlossen werden.

Verbesserung des chemischen Erhaltungszustandes der Grundwasserkörper

Im Planungsgebiet finden sich zahlreiche Grundwasserkörper in einem schlechten chemischen Zustand. Neben der Belastung durch die Landwirtschaft findet man in den Siedlungsbereichen vor allem Belastungen des Grundwassers, die aus industrieller/gewerblicher Tätigkeit oder Altlasten stammen. Hier sind große Anstrengungen zur Erreichung der Ziele der WRRL ? Erreichen des guten chemischen Zustands des Grundwassers ? erforderlich. Dazu bedarf es regionsweiter, grundsätzlicher Vorgaben für den Schutz des Grundwassers in und außerhalb der BGG.

Vorsorgender Trinkwasserschutz in den Trinkwasserschutzgebieten

Zum langfristigen Schutz bestehender Wassergewinnungsanlagen der öffentlichen Wasserversorgung und da in urbanen Gebieten auch i.d.R. keine Standort-Alternativen zu den bestehenden Wassergewinnungsanlagen bestehen (eine Bereitstellung mit Fernwasser ist möglichst auszuschließen), sind Restriktionen zur baulichen Entwicklung in den ausgewiesenen und geplanten Wasserschutzgebieten sowie in den Einzugsgebieten der öffentlichen Wasserversorgung unbedingt erforderlich. Die Landesregierung und damit die Regierungsbezirke und die Politik haben den Auftrag, die Grundwasserreserven für die Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser dauerhaft zu gewährleisten.

Ein gravierendes Problem stellt im Plangebiet der schlechte mengenmäßige Zustand des Grundwassers infolge des Braunkohleabbaus dar.

Angesichts der großen Herausforderung durch die angestrebte (fristgemäße) Erreichung der WRRL-Ziele bis 2027 bedeutet dies, dass alle Akteure die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen unterstützen müssen. Dies gilt auch für die Aufstellung des Regionalplanes. Die räumliche Planung kann und muss Bereiche zum Schutz und zur Entwicklung wertvoller Grundwasserkörper sichern sowie bestimmte Bereiche von solchen Nutzungen freihalten, die eine besondere Gefährdung der Gewässer oder des

ausgeschlossen (vgl. Begründung zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine), Kapitel 7.4.5). Der Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe beachtet damit die landesrechtlichen Vorgaben der *Landesweiten Wasserschutzgebietsverordnung oberirdischer Bodenschatzgewinnung* (LwWSGVO-OB). Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Die Integration von Erfordernissen des Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel erfolgt als Querschnittsaufgabe in den regionalplanerischen Festlegungen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Dies geschieht beispielsweise durch die Festlegung von Regionalen Grünzügen in den Hauptbelastungsräumen, die Anbindung der Grünzüge an überörtliche Kaltluft-Leitbahnen, die Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur, Festlegungen zum Hochwasserschutz als Risikovorsorge oder Talsperren zur Trinkwasserversorgung der Zukunft. Auch die Sicherung von Waldbereichen auf regionaler Ebene ist aufgrund ihrer Funktion als Kohlenstoffsenken für den Klimaschutz bedeutsam.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Tatsächliche räumliche Gegebenheiten oder fachrechtliche Belange sind dabei heranzuziehen und zu beachten. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Es wird auf die Stn ID 1004892 und 1029195 verwiesen.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den

Sicker-/ Grundwassers bedeuten können.

Zur Beurteilung der Relevanz der Flächenversiegelungen sind im Umweltbericht die vorgesehenen großflächigen Versiegelungen nicht nur darzustellen, sondern auch die Auswirkungen zu ermitteln (s. Kapitel D.1.5.4). Dies zunächst insbesondere, indem die Flächenanteile der Versiegelungen ermittelt (z.B. aus den in ELWAS hinterlegten Informationen) und ins Verhältnis zum Grundwasserkörper gesetzt werden. Diese Informationen sind zur Verfügung zu stellen.

Die Ziele und Grundsätze beziehen sich ausschließlich auf die zeichnerisch dargestellten Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz. Dies ist nach Ansicht der Naturschutzverbände nicht ausreichend. Infolge des Klimawandels müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um mit zukünftigen Trockenjahren und längeren Dürren zurecht zu kommen. Ein wesentlicher Faktor für die Verminderung von Grundwasserneubildung ist die Flächenversiegelung. Dieses Problem wird trotz der erheblichen Flächen, deren zukünftige Versiegelung durch den vorliegenden Plan vorbereitet wird, nicht berücksichtigt. Die Naturschutzverbände fordern das Ziel Z 26, das alle Planungen und Maßnahmen ausschließt, die die Grundwasservorkommen nach Menge und Güte einschränken oder gefährden, als flächendeckendes Ziel für das Plangebiet. Dies sollte flankiert werden durch Vorgaben für die Bauleitplanung zur ortsnahe Versickerung und Rückhaltung/ Nutzung von Niederschlagswasser.

Der Regionalplan muss sich der Aufgabe eines übergeordneten/ regionalen Schutzregimes für das Grundwasser stellen. Dazu fordern die Naturschutzverbände im Folgenden neue Flächendarstellungen und Ziele/ Grundsätze.

Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

In den fachgesetzlichen Verfahren ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung (gem. Z.26). Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Neue zeichnerische Festlegungen zum Grundwasserschutz

Trinkwasserschutzgebiete in Zone III B und III C

Im vorliegenden Entwurf wird unterschieden zwischen Wasserschutzgebietszone I-III A und Wasserschutzgebietszonen III B / III C sowie geplante Wasserschutzgebiete und die Einzugsgebiete von Wassergewinnungsanlagen der öffentlichen Wasserversorgung ohne derzeitige Ausweisung eines Wasserschutzgebietes. Die beiden letzteren werden nicht als Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz dargestellt. Dies beruht noch auf der alten Planzeichenverordnung. Mittlerweile ist diese Trennung aufgehoben worden. Dies muss auch im Regionalplan umgesetzt werden. Die BGG sind für die Wasserschutzgebiete in ihrer gesamten Ausdehnung darzustellen. Der Grundsatz G46 kann dann entfallen.

Gefährdete und sanierungsbedürftige Grundwasservorkommen

Zudem sind die Bereiche, in denen die Grundwasserkörper einen schlechten Zustand nach WRRL aufweisen, zeichnerisch als ?Bereiche zum Schutz gefährdeter und schutzwürdiger Grundwasservorkommen? mit einem neuen Planzeichen darzustellen. Zusätzlich sollte auch ein eigenes Planzeichen entwickelt werden ?Bereich zur Sanierung des Grundwassers?. Diese Bereiche sollten als Vorranggebiete ausgestaltet werden, um ein möglichst hohes Schutz-/ Sanierungsniveau zu erreichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.

Die Festlegung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz erfolgt entsprechend des Sicherungsauftrags des LEP NRW (Ziel 7.4-3). Demnach sichert die Regionalplanung Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz mit Planungsbeschränkungen für andere Nutzungen gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I ? III A. Die zeichnerische Festlegung erfolgt auch für geplanten Wasserschutzgebiete, die wasserrechtlich noch nicht festgesetzt sind. Durch G.46 *Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen* wird der raumordnerische Grundwasser und Gewässerschutz auf das gesamte Einzugsgebiet der Grundwasser- und Gewässervorkommen (Wasserschutzzone I - III B/C) ausgeweitet.

Fachliche Grundlagen für regionalplanerische Festlegung hinsichtlich gefährdeter und sanierungsbedürftiger Grundwasservorkommen liegen nicht vor. Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Neue textliche Ziele zum Grundwasserschutz

Zur langfristigen Sicherung der Grundwasservorkommen ist im Konfliktfall zwischen Grundwasserschutz und anderen Nutzungen den Erfordernissen des Gewässerschutzes Vorrang einzuräumen. Dieses sollte in den textlichen Zielen klar zum Ausdruck kommen. Außerdem sind Ziele zum Schutz und zur ?Sanierung vor Nutzung? neuer Vorkommen zum sparsamen Umgang mit Wasser aufzunehmen. Zur langfristigen Sicherung des Grundwassers muss auch die Grundwasserneubildung betrachtet werden. Die Naturschutzverbände fordern daher, folgende Ziele zu ergänzen:

Neues Ziel: Sicherung und Schutz des Grundwassers

(1) Die öffentliche Wasserversorgung und damit die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung ist sehr langfristig vor qualitativen und quantitativen Belastungen zu schützen. Alle Vorhaben, die das Grundwasser nach Menge, Güte und Verfügbarkeit einschränken

oder gefährden, sind auch außerhalb der Bereiche für den Gewässer- und Grundwasserschutz so weit wie möglich zu minimieren und verbleibende Beeinträchtigungen durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren.

(2) Bei Überlagerungen von Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz und bestehenden Siedlungsbereichen sind durch die Bauleitplanung verbindliche Regelungen zu treffen, um Wassergefährdungen auszuschließen und die natürliche Grundwasserneubildung zu gewährleisten.

(3) In den Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz sowie in den Einzugsgebieten von Wassergewinnungsanlagen der öffentlichen Trinkwasserversorgung, für die derzeit kein Wasserschutzgebiet ausgewiesen ist, sind unzulässig:

- ***über die bestehenden Siedlungsbereiche hinausgehende raumbedeutsame Versiegelungen,***
- ***die Errichtung und der Betrieb von wassergefährdenden Anlagen,***
- ***Biomasseanlagen, Anlagen der Massentierhaltung,***
- ***die Verlegung von Fernleitungen mit hohem Gefährdungspotential,***
- ***die Errichtung von Abfallentsorgungsanlagen, Bergehalde, Kläranlagen,***
- ***Nassabgrabungen und grundwassergefährdende Trockenabgrabungen.***

(4) In den Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz sind die

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

landwirtschaftliche Nutzung und der Energiepflanzenanbau so auszugestalten, dass eine Anreicherung von Schadstoffen im Grundwasser unterbleibt.

(5) Bei der Nutzung der Grundwasservorkommen muss sichergestellt werden, dass oberflächen- oder grundwasserabhängige Biotope nicht beeinträchtigt werden.

Neues Ziel: Schutz und Sanierung belasteter Grundwasservorkommen

(1) In den Bereichen zum Schutz gefährdeter und schutzwürdiger Grundwasservorkommen und Bereichen zur Sanierung des Grundwassers sind alle Nutzungen auf die Sanierung des Grundwasserkörpers auszurichten. Weitere Stoffeinträge in das Grundwasser sind zu vermeiden.

(2) Der Schutz und – soweit erforderlich – die Sanierung bestehender Grundwasserentnahmen hat Vorrang vor der Nutzung neuer Grundwasservorkommen. Auf eine sparsame Nutzung des begrenzten Naturgutes „Wasser“ ist hinzuwirken.

Neuer Grundsatz: Verringerung der Flächenversiegelung

Die Versiegelung weiterer Flächen soll im Sinne einer ausreichenden Grundwasserneubildung begrenzt werden. Die Entsiegelung befestigter Fläche soll unterstützt werden.

Neuer Grundsatz: Verringerung des Wasserverbrauchs

Möglichkeiten der Mehrfachnutzung und innerbetrieblicher Wasserkreisläufe, insbesondere bei Brauchwassernutzungen in Industrie und Gewerbe, sollen untersucht, gefördert und angewendet werden. Kooperationen zwischen den Betrieben, die diesem Zwecke dienen, sind anzustreben.

oder gefährden, sind auch außerhalb der Bereiche für den Gewässer- und Grundwasserschutz so weit wie möglich zu minimieren und verbleibende Beeinträchtigungen durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren.

(2) Bei Überlagerungen von Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz und bestehenden Siedlungsbereichen sind durch die Bauleitplanung verbindliche Regelungen zu treffen, um Wassergefährdungen auszuschließen und die natürliche Grundwasserneubildung zu gewährleisten.

(3) In den Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz sowie in den Einzugsgebieten von Wassergewinnungsanlagen der öffentlichen Trinkwasserversorgung, für die derzeit kein Wasserschutzgebiet ausgewiesen ist,

sind unzulässig:

- **über die bestehenden Siedlungsbereiche hinausgehende raumbedeutsame Versiegelungen,**
- **die Errichtung und der Betrieb von wassergefährdenden Anlagen,**
- **Biomasseanlagen, Anlagen der Massentierhaltung,**
- **die Verlegung von Fernleitungen mit hohem Gefährdungspotential,**
- **die Errichtung von Abfallentsorgungsanlagen, Bergehalde, Kläranlagen,**
- **Nassabgrabungen und grundwassergefährdende Trockenabgrabungen.**

(4) In den Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz sind die landwirtschaftliche Nutzung und der Energiepflanzenanbau so auszugestalten, dass eine Anreicherung von Schadstoffen im Grundwasser unterbleibt.

(5) Bei der Nutzung der Grundwasservorkommen muss sichergestellt werden, dass oberflächen- oder grundwasserabhängige Biotope nicht beeinträchtigt werden.

Inhalt

Grundwasserschutz, Gewässerschutz und Trinkwasserversorgung im Braunkohlenplangebiet sichern

Der bisherige Grundsatz bezüglich des Grundwasser- und Gewässerschutzes im Braunkohleplangebiet ist wenig ambitioniert.

Die Naturschutzverbände schlagen stattdessen folgendes Ziel vor:

Neues Ziel: Grundwasserschutz und Wasserversorgung im Braunkohlenplangebiet sichern

Der wiederansteigende Grundwasserstand im Braunkohlegebiet soll sich so weit wie möglich dem natürlichen Zustand annähern können – soweit nicht bedeutende Infrastruktur entgegensteht.

Zur Sicherung der Wasserversorgung insbesondere durch das Wasserwerk Dirmerzheim sind besondere Anstrengungen und Schutzmaßnahmen zu unternehmen.

Für die Naturschutzverbände ist ein möglichst natürlicher Grundwasserspiegel im Braunkohlegebiet eine Forderung, die sich aus der Wasserrahmenrichtlinie ergibt. Die Regionalplanung sollte dies mit befördern. Dies bedeutet, dass ein Wiederanstieg der Grundwasserstände im Braunkohlegebiet nicht künstlich gestoppt werden sollte, sondern möglichst der sich natürlich einstellende Grundwasserstand erreicht werden soll. Anders sieht es aber aus, wenn bedeutende Infrastruktur durch den Grundwasseranstieg gefährdet würde.

Zur Sicherung der Trinkwasserversorgung im Braunkohlenplangebiet sind zudem besondere Regelungen erforderlich. Nach Beendigung der Tagebau- und Sümpfungstätigkeit im Tagebau Hambach wird mit dem Wiederanstieg des Grundwassers und der Verfüllung des Hambacher Sees eine Sulfatisierung des Grundwassers einhergehen. Diese ?Sulfatwolke? wird die Wasserwerke Glesch, Paffendorf, Sindorf und ggf. Törnich zu unterschiedlichen Zeiten treffen. Dann ist eine Entnahme von Trinkwasser aus dem Horizont 8 nicht mehr möglich und es ist geplant, die gesamte Region ausschließlich durch das Wasserwerk Dirmerzheim zu versorgen. Im Entwurf des Regionalplans ist ein entsprechender Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz rund um das Wasserwerk Dirmerzheim eingetragen.

Die in den kommenden Jahrzehnten zu erwartende Notwendigkeit der Entnahme von Wasser auch aus weiter oben liegenden Grundwasservorkommen (auch für die Landwirtschaft und das Gewerbe) sollte eindeutig bei der Festlegung eines

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) werden gemäß Ziel 26 Erläuterung 1 festgelegt. Die Grundlage bilden die von der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) geplanten und festgesetzten Wasserschutzgebiete. Die Wasserschutzzonen I bis III A werden dabei als BGG festgelegt. Die erweiterten Einzugsbereiche für die Trinkwassergewinnung entsprechen den wasserrechtlich festgesetzten und geplanten Wasserschutzzonen III B/III C und sind gemäß dem Grundsatz 46 Erläuterung 1 in der Erläuterungskarte F9 dargestellt. Diese Festlegung wurde entsprechend auch für das WSG Dirmerzheim umgesetzt. Neue bzw. ergänzende Planungen zu Wassergewinnungsanlagen obliegen der wasserwirtschaftlichen Fachplanung. Auch Übersichten zu vergebenen und bestehenden Wasserrechten liegen bei der wasserwirtschaftlichen Fachplanung und nicht bei der Regionalplanungsbehörde.

Aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungen im Kapitel Grundwasserschutz und Gewässerschutz in der Änderungssynopse der textlichen Festlegungen sowie der Begründung verwiesen.

Trinkwasserschutzgebietes berücksichtigt werden. Angesichts des Potenzials möglicher schädigender Einwirkungen z.B. durch Deponien, emittierende Betriebe, Siedlungsbau etc., besteht die Notwendigkeit, das im Regionalplan vorgeschlagene BGG bzw. Trinkwasserschutzgebiet bei Dirmerzheim deutlich auszuweiten.

Wegen der besonderen Versorgungs-Bedeutung sollte eine Alternative ausgearbeitet werden, für den Fall, dass es dennoch zu einer Sulfat-Kontamination kommt.

Die Naturschutzverbände fordern daher

- eine Ausweitung der Schutzzone für das Grundwasservorkommen Dirmerzheim unter Berücksichtigung des gesamten Einzugsgebietes,
- einen klareren und eindeutigen Ausschluss von trinkwassergefährdenden Siedlungsbau-, Gewerbe- und Infrastrukturmaßnahmen im Einzugsgebiet des Grundwasservorkommens Dirmerzheim,
- die Sicherung einer weiteren Zone für den Grundwasserschutz in der Region für den Fall von Komplikationen im Bereich Dirmerzheim, Planung einer weiteren Brunnengalerie
- Die fachliche Aufarbeitung sollte in einem gesonderten Fachbeitrag Wasser erfolgen. Dabei sollten auch folgende Aspekte berücksichtigt werden:
- Erstellung einer Gesamtschau aller Altablagerungen im Braunkohlengebiet, die mit dem wiederansteigenden Grundwasser in Kontakt kommen und Planung notwendiger Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers
- Bündelung aller Informationen über Wasserrechte und Grundwasserentnahmen, um eine Gesamtschau über die Wassernutzung in der Region zu erhalten.

Inhalt

Vorbeugender Hochwasserschutz

Die veränderten Klimabedingungen führen zunehmend zu lang andauernden Trockenwetterperioden im Wechsel mit heftigen Starkregenereignissen, die nicht nur zu immer größeren Hochwasserschäden an Wirtschaftsgütern und kritischer Infrastruktur führen, sondern auch zu Todesfällen. Die Raumplanung muss darauf reagieren, weil sich die Umsetzung von sinnvollen Hochwasserschutzmaßnahmen im Sinne der Vermeidbarkeit von Schadensereignissen nur durch eine angepasste Regionalplanung verwirklichen lässt, aus der die Planungen auf kommunaler Ebene entwickelt werden.

Dazu zählen

- die Einführung eines risikobasierten Ansatzes in der Raumplanung zur Berücksichtigung differenzierter Aspekte (Empfindlichkeiten, Schutzwürdigkeiten),
- Regelung ?Kritischer Infrastrukturen? zur Verbesserung des Schutzes von Anlagen
- Anpassung von raumplanerischen Standards an den Hochwasserschutz.

Beschränkte sich die Hochwasservorsorge in Regionalplänen bisher fast ausschließlich auf eine Flächenvorsorge durch Orientierung an Überschwemmungs- und überschwemmungsgefährdeten Gebieten, zeigt sich durch die Starkregenereignisse der letzten Jahre und Monate, dass diese Herangehensweise bei weitem nicht mehr ausreicht, um volkswirtschaftliche Großschadensereignisse zu vermeiden.

Die Hochwasservorsorge in der Raumplanung muss sich deshalb konsequent an den (veränderten) wasserwirtschaftlichen Verhältnissen orientieren. Hier kommt dem risikobasierten Ansatz eine wichtige Bedeutung zu. Ziele des Hochwassermanagements müssen erreichbar und Maßnahmen durch die Wasserwirtschaft umsetzbar werden.

Dies gilt für den möglichen Ausschluss von Raumnutzungen ebenso wie für Nutzungen, die einer besonderen Gefährdung durch Hochwasser ausgesetzt sein können. Welche untergeordneten Nutzungen an solchen Flächen möglich sein könnten und ob dies überhaupt möglich ist, muss sich zukünftig am Gefährdungspotential und der Gefährdungsintensität der wasserwirtschaftlichen Erkenntnisse in den Fachbehörden der staatlichen Verwaltungsstellen orientieren. Wassertiefen und Fließgeschwindigkeiten, die sich aus der Topografie und dem Geländegefälle in Hochwassergefahrenkarten, aber auch in Fließwege- und Senkenplänen sowie in den Starkregengefahrenhinweiskarten des Landes NRW ergeben, sind dabei der Maßstab für raumbedeutsame Planungen. Das geht nur dann, wenn den Belangen der

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregten Änderungen gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus. Die Betrachtung von Starkregenrisiken ist nicht Gegenstand der Regionalplanung, sondern erfordert detailliertere Betrachtungen auf örtlicher Ebene. Die Hinweise richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Wasserwirtschaft auch in der Regionalplanung Vorrang vor den konkurrierenden Raumnutzungen der Raumordnung eingeräumt wird.

Die Ziele und Grundsätze zum Hochwasserschutz sollten um folgendes Ziel ergänzt werden:

Neues Ziel: Hochwasserschutz ökologisch fortführen

Sind zum Hochwasserschutz zusätzliche Maßnahmen erforderlich, sind prioritär naturnahe Maßnahmen der Gewässerentwicklung umzusetzen. Technische Maßnahmen des Hochwasserschutzes sind nur unterstützend möglich, sofern dezentrale Maßnahmen des ökologischen Hochwasserschutzes nicht ausreichen

Inhalt**Prüfaufgaben an die Regionalplanung**

Das Kapitel zum vorsorgenden Hochwasserschutz muss überarbeitet werden. Zwar wird erkennbar die bundesweit direkt geltende Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz (BRPHV) zumindest teilweise umgesetzt. Die im vorliegenden Entwurf des Regionalplanes enthaltenen Ziele und Grundsätze sind aber nicht ausreichend. Die Verordnung weist der Regionalplanung eine Reihe von Prüfaufgaben zu, die zwingend (Zielvorgaben) zu beachten oder zumindest zu berücksichtigen sind (Grundsätze). Dazu gehört eine strikte Prüfpflicht für alle raumbedeutsamen Planungen (Siedlungsbereiche, BSAB, Abfalldeponien, Abfallbehandlungsanlagen, Aufschüttungen, Freizeiteinrichtungen, Freiflächenfotovoltaik, Abwasserbehandlungsanlagen, militärische Einrichtungen, Verkehrsinfrastruktur etc.) hinsichtlich der Überlagerung mit HQ₁₀-, HQ₁₀₀- und HQ_{extrem}-Flächen.

Bei einer Überlagerung sind Wassertiefe und Fließgeschwindigkeit zu ermitteln und es muss eine Einstufung der Empfindlichkeit der verschiedenen Festlegungen sowie eine Identifizierung der schutzwürdigen Nutzungen und Raumfunktionen erfolgen (vgl. BRPHV Ziel I.1.1). Die Darstellung derartiger raumbedeutsamer Planungen in den Überschwemmungs- bzw. Überflutungsbereichen muss daran ausgerichtet werden.

Außerdem muss eine Überlagerung mit von Starkregenereignissen voraussichtlich betroffenen Flächen geprüft werden (vgl. BRPHV Ziel I.2.1). Daten hierzu liegen im FIS Klimaanpassung für ganz NRW vor.

Zudem sind die Auswirkungen des Klimawandels im Hinblick auf Hochwasserereignisse durch oberirdische Gewässer und Starkregen bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen einschließlich der Siedlungsentwicklung vorausschauend zu prüfen (BRPHV Ziel I.2.1).

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Daten zur Wassertiefe und Fließgeschwindigkeit liegen in den Hochwassergefahrenkarten bei der wasserwirtschaftlichen Fachplanung vor. Jedoch hat diese im Regierungsbezirk Köln weder in Überschwemmungsgebieten noch in HQextrem-Gebieten Teilgebiete mit der Funktion "Abfluss", "Herstellung Abfluss" oder "Retention" ermittelt und abgegrenzt. Das Wasserhaushaltsgesetz enthält dazu keine rechtlichen Vorgaben.

Der LEP NRW enthält weder Vorgaben zur Abgrenzung solcher Teilgebiete noch zur Definition der unterschiedlichen Empfindlichkeiten und Schutzwürdigkeiten der einzelnen Raumnutzungen und Raumfunktionen. Damit sind die Voraussetzungen des Prüfauftrags in Ziel B I.1.1 (Z) Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH) nicht gegeben.

Es wurden keine neuen Siedlungsraum-Reserven in festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten festgelegt (Restriktionskriterium). Sofern Siedlungsraumfestlegungen aufgrund der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit oder Überschneidung von Bestand von Überschwemmungsbereiche gemäß Z. 27 *ÜB erhalten und entwickeln* überlagert werden, wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinander stehen. Die Überlagerung von ÜB und Siedlungsraum bzw. Ortsteilen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, im Fall von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen gemäß § 34 BauGB, rechtskräftigen verbindlichen Bauleitplänen oder anderen Satzungen nach BauGB, soll die Gefährdung durch Hochwasser hervorheben und zu einer angepassten Bauweise oder anderweitigen Schutzmaßnahmen anregen. Eine Nutzung für Siedlungszwecke ist im Einzelfall unter den wasserrechtlichen Ausnahmevoraussetzungen möglich. Für Flächenpotentiale außerhalb des regionalplanerisch festgelegten Siedlungsraums, die bisher ausschließlich im Flächennutzungsplan gesichert und noch nicht in die verbindliche Bauleitplanung überführt wurden bzw. nach §34 BauGB zu bewerten sind, ist Z. 28 *Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen* zu beachten.

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln am 24.09.2021 noch vor dem Aufstellungsbeschluss beschlossen, große zukünftige siedlungsräumliche Entwicklungsbereiche, die im HQextrem liegen, nicht im Entwurf zu belassen. Damit traf

er auf regionaler Ebene gemäß dem Grundsatz 4-2 des LEP NRW ?Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)? die Planungsentscheidung, bei der Entwicklung des Raumes vorsorgend die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen zu berücksichtigen. Er legte im Aufstellungsbeschluss vom 10.12.2021 dementsprechend nur solche Siedlungsbereiche fest, die eine Lebensumgebung mit einem möglichst geringen Risiko für ein Extremhochwasser versprechen. Dagegen verbleibt innerhalb von HQextrem in Bauflächen von Flächennutzungsplänen gemäß G.48 die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Die besondere Bedeutung des vorbeugenden Hochwasserschutzes wird dabei dem Überflutungsrisiko mit einer zwar seltenen Ereigniswahrscheinlichkeit, aber immensen Schäden gerecht.

Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie.

Detailplanungen die über den Maßstab der Regionalplanung hinaus gehen, sind Sache der nachgelagerten Fachplanung. Auch die Überarbeitung eines Flächennutzungsplanes ist nicht Aufgabe der Regionalplanung.

Zur weiteren Erläuterungen wird auch auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen und die dort enthaltenen Anpassungen zum Kapitel 4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz.

Inhalt

Forderungen an die Darstellungen im Regionalplan

Aus diesen Prüfaufträgen leiten die Naturschutzverbände für den Regionalplan Köln folgende Forderungen ab:

Hochwassersensible Nutzungen

In den HQ₁₀- und HQ₁₀₀-Überschwenmmungsbereichen dürfen keine hochwassersensiblen Nutzungen (Siedlung, Deponien, Aufschüttungen etc.) neu festgelegt werden. Außerdem sind noch nicht verwirklichte Planungen in diesen Bereichen nicht erneut im Regionalplan festzulegen. Problematisch ist auch die Nutzung der HQ_{extrem}-Bereiche. Die extremen Ereignisse werden zukünftig wesentlich häufiger auftreten, so dass die Überflutung dieser Bereiche nicht mehr der ?quasi nie stattfindende Ausnahmefall? ist, sondern als reales Risiko anerkannt werden muss. Das gilt auch für die Bereiche, die derzeit durch Hochwasserschutzanlagen (Deiche, HRB) geschützt sind. Auch hier gibt es ein reales Risiko für katastrophale Überflutungen. Die Naturschutzverbände fordern auch für diese Bereiche, auf Neudarstellungen von hochwassersensiblen Nutzungen (insbesondere Siedlungsbereiche, Deponien) zu verzichten.

Die Naturschutzverbände fordern diesen Ausschluss auch für die von Starkregen betroffenen Bereiche ein. Insbesondere sollten hier keine neuen Siedlungsbereiche (ASB, GIB) festgelegt werden.

Trinkwasserversorgung

Negative Auswirkungen von Hochwassern auf die Trinkwasserversorgung, insbesondere auf Anlagen der Trinkwasserversorgung, sollen vermieden werden (BRPHV Grundsatz II.1.7). Die Naturschutzverbände fordern, alle Festlegungen daraufhin zu prüfen und bei bestehendem Gefährdungspotenzial Flächenausweisungen zu unterlassen bzw. Vorgaben für die weitere Ausgestaltung zu machen, z.B. die Untersagung von Anlagen, die mit wassergefährdenden Stoffen umgehen.

Vorgaben für die Bauleitplanung und Fachplanungen

Für die von Starkregen und Hochwasser betroffenen Flächen sollte aus Sicht der Naturschutzverbände auch ein textliches Ziel für die Fachplanungsebene bzw. die Bauleitplanung formuliert werden, dass vorgibt, empfindliche und schutzwürdige Nutzungen (z.B. Industriebetriebe, Tankstellen, Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Polizei- und Feuerwachen) zu identifizieren und vorhandene Nutzungen gegebenenfalls

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten entsprechend der Flächen HQ100 ist Sache der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln). Die zeichnerische Festlegung der ÜB wurde anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete aktualisiert. Die ÜB geben somit mit ihrem ÜSG-Anteil den neuesten Stand der Überschwemmungsgebiete wieder, soweit die Maßstäblichkeit des Regionalplans dies zulässt. HQ_{extrem}-Flächen wurden hierbei nicht einbezogen, die Flächen eines HQ10 werden von der Flächen HQ100 mit abgedeckt und sind entsprechend mit festgelegt. Konkrete Vorgaben zu möglichen Verboten im Bereich von festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsbereichen werden zudem in der jeweiligen Verordnung der wasserwirtschaftlichen Fachplanung festgelegt. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.

Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie.

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQ_{extrem}-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW ?Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 LEP NRW ?Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)? bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale. Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine

zu verlagern bzw. noch nicht realisierte Vorhaben an diesen Stellen zu streichen. (vgl. BRPHV Grundsatz I.2.2). Zu prüfen ist auch, ob Nutzungen wie beispielsweise Campingplätze, die im Fall von Hochwässern ein erhebliches Gefahrenpotential darstellen, aus den gefährdeten Bereichen verlagert werden können (s. Kapitel C.3.2.2).

Rücknahme noch nicht realisierter Bebauung

Die Naturschutzverbände begrüßen das Ziel Z 28, das vorsieht, innerhalb von Überschwemmungsbereichen gelegene Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind, zurückzunehmen und bevorzugt als natürlichen Retentionsraum zu sichern. Hier sind noch die o.g. Aspekte zu ergänzen.

Hochwasserminimierung

Der Grundsatz II.1.1 des BRPHV gibt zudem vor, dass bei der Planung und Durchführung von raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen - wo immer möglich - hochwasserminimierende Aspekte mitgedacht werden sollen: Verzögerung des Oberflächenwasserabflusses, Minderung von Hochwasserwellen oder Steigerung der Retentionsleistung. Im Hinblick auf diese Effekte sollen bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen insbesondere Aspekte bedacht werden wie Rückbau von baulichen Anlagen, Flächenentsiegelung, Reduzierung der Neuinanspruchnahme von Freiflächen, ortsnahe Niederschlagsversickerung und -speicherung. Dies gilt vor allem für raumbedeutsame bauliche Anlagen sowie raumbedeutsame Vorhaben im Bereich der Siedlungsentwicklung sowie in den Bereichen der Land- und Forstwirtschaft. Hierzu fehlt ein entsprechender Grundsatz für die Bauleitplanung im vorliegenden Regionalplan-Entwurf.

Das Ziel II.1.3 des BRPHV fordert, bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in Einzugsgebieten nach § 3 Nummer 13 WHG das natürliche Wasserversickerungs- und Wasserrückhaltevermögen des Bodens, soweit es hochwasserminierend wirkt und Daten über das Wasserhaltevermögen des Bodens bei öffentlichen Stellen verfügbar sind, zu erhalten bzw. Beeinträchtigungen des Wasserversickerungs- und Wasserrückhaltevermögens des Bodens in angemessener Frist in einem räumlichen und funktionalen Zusammenhang auszugleichen. Dieses Ziel ist im vorliegenden Entwurf nur als Grundsatz (G 49) umgesetzt. Das ist nicht ausreichend. Es ist ein entsprechendes Ziel für die Bauleitplanung zu formulieren ? oder zumindest auf den Bundesraumordnungsplan zu verweisen, der auch für die Bauleitplanung unmittelbar verbindlich ist.

Raum für Hochwasserschutzmaßnahmen

Raum, der aus wasserwirtschaftlicher Sicht für eine später notwendige Verstärkung der Hochwasserschutzanlagen erforderlich sein wird, ist von entgegenstehenden

Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.

Des weiteren sind Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) festgelegt und in der Erläuterungskarte F10 (Anhang A3) dargestellt. RÜB sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Entsprechend dem Ziel 7.4-7 LEP NRW wurden in Abstimmung mit der Wasserwirtschaft (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) in unbebauten und hochwassergeschützten Bereichen innerhalb des HQ100 identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die ÜB einbezogen. Mit den rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen wird ein Flächenpotential gesichert, mit dem Kommunen zum eigenen Schutz und dem ihrer Unterlieger zusätzlichen Retentionsraum schaffen können. Dies kann z. B. durch Deichrückverlegungen, Einrichtungen gesteuerter Rückhalteräume oder Gewässerrenaturierungen erfolgen. Sollen diese rückgewinnbaren Überschwemmungsflächen planerisch in Anspruch genommen werden, so wird eine Einzelfallprüfung durchgeführt, in der unter Beteiligung der Fachplanung vom Planungs- bzw. Projektträger der Nachweis erbracht werden muss, dass diese Flächen nicht für eine Rückgewinnung geeignet sind. HQextrem-Flächen wurden hierbei nicht einbezogen.

Im Übrigen gehen die angeregten Änderungen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus und sind innerhalb der nachgeordneten fach- bzw. bauleitplanerischen Spielräume umzusetzen.

Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) werden gemäß Ziel 26 Erläuterung 1 festgelegt. Die Grundlage bilden die von der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) geplanten und festgesetzten Wasserschutzgebiete. Die Wasserschutzzonen I bis III A werden dabei als BGG festgelegt. Die erweiterten Einzugsbereiche für die Trinkwassergewinnung entsprechen den wasserrechtlich festgesetzten und geplanten Wasserschutzzonen III B/III C und sind gemäß dem Grundsatz 46 Erläuterung 1 in der Erläuterungskarte F9 dargestellt. Konkrete Vorgaben zu möglichen Verboten im Bereich von Trinkwassergewinnungsanlagen werden von der wasserwirtschaftlichen Fachplanung in einer jeweiligen Verordnung festgelegt.

Nutzungen und Funktionen freizuhalten. Gleichmaßen ist der aus wasserwirtschaftlicher Sicht erforderliche Raum für Deichrückverlegungen von entgegenstehenden Nutzungen und Funktionen freizuhalten (BRPHV Ziel II.1.2.)

Retentionsraum

Die als Abfluss- und Retentionsraum wirksamen Bereiche in und an Gewässern sollen in ihrer Funktionsfähigkeit für den Hochwasserschutz erhalten werden. Flächen, die zurzeit nicht als Rückhalteflächen genutzt werden, aber für den Wasserrückhalt aus wasserwirtschaftlicher Sicht geeignet und erforderlich sind, sollen von entgegenstehenden Nutzungen freigehalten und als Retentionsraum zurückgewonnen werden; dies gilt insbesondere für Flächen, die an ausgebaute oder eingedeichte Gewässer angrenzen (BRPHV Grundsatz II.1.4). Die Naturschutzverbände fordern auf der Regionalplan-Ebene für alle gewässerbegleitenden Freiflächen eine Prüfung, ob diese als Abfluss- und Retentionsraum geeignet sind.

Dies kann sinnvollerweise im Rahmen eines Fachbeitrags Wasser erfolgen (siehe Pkt.C.4.7.4 Fachbeitrag Wasser).

Überschwemmungsgebiete

In Überschwemmungsgebieten sind außerdem folgende Maßnahmen und Planungen auszuschließen (BRPHV Ziel II.2.3):

- Kritische Infrastrukturen mit länder- oder staatsgrenzenüberschreitender Bedeutung;
- weitere Kritische Infrastrukturen, soweit sie von der BSI-Kritisverordnung erfasst sind;
- Anlagen oder Betriebsbereiche, die unter die Industrieemissionsrichtlinie oder die SEVESO-III-Richtlinie fallen.

Hochwasser-Risikogebiete

In Risikogebieten außerhalb von Überschwemmungsgebieten nach § 78b WHG sollen folgende Infrastrukturen und Anlagen, sofern sie raumbedeutsam sind, weder geplant noch zugelassen werden (BRPHV Grundsatz II.3):

- Kritische Infrastrukturen mit länder- oder staatsgrenzenüberschreitender Bedeutung;
- weitere Kritische Infrastrukturen, soweit sie von der BSI-Kritisverordnung erfasst sind;
- bauliche Anlagen, die ein komplexes Evakuierungsmanagement erfordern.

Inhalt

4 Landschaftswasserhaushalt und Schwammstädte

Innerhalb weniger Jahre sind im wasserreichen NRW große Flächen von erheblichem Wassermangel betroffen. Das wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen, so dass eine vorausschauende und vorsorgende Planung erforderlich ist. Es ist ein Umdenken erforderlich: Wasser darf nicht mehr schnellstmöglich ?weggeschafft? werden, sondern muss in der Landschaft zurückgehalten werden.

Die Regionalplanung hat hier wenig Möglichkeiten im Hinblick auf die Umsetzung von erforderlichen Maßnahmen, er kann aber wichtige Leitplanken für die nachfolgenden Planungsebenen (Bauleitplanung / Landschaftsplanung) setzen.

Entwässerungseinrichtungen (Drainagen, Entwässerungsgräben) sowie unnötig entwässernde Fahrspuren müssen heute als schädlich eingestuft werden, auch wenn sie historisch zur Produktionssteigerung nützlich gewesen sein mögen. Einerseits haben die Trockenjahre 2018 bis 2020 und 2022 gezeigt, dass Wäldern und Grünland die nötige Bodenfeuchtigkeit fehlt. Neben dem flächigen Fichten-Sterben und den erheblichen Schädigungen auch von Laubbäumen waren auch in der Grünlandbewirtschaftung Minder-Erträge von teils nur 40 % des langjährigen Durchschnitts-Ertrags festzustellen. Die Trockenheit betrifft besonders die tieferen Bodenschichten. Der möglichst lange Rückhalt von Niederschlägen in der Fläche ist Grundlage für eine Versickerung und Speicherung des Niederschlags. Jede entwässernde Maßnahme muss daher gerade aus forst- und landwirtschaftlicher Sicht heute und in Zukunft als schädlich angesehen werden.

Zudem kann die Rückhaltung bzw. der verlangsamte Abfluss von Starkregen-Niederschlägen auch der Verhinderung von Überschwemmungen dienen; solche Starkregen werden zukünftig erheblich zunehmen. Daher sollten historische Entwässerungsanlagen flächig zurückgebaut werden. Auch entwässernde Rinnen in Rückewege, Fahrspuren etc. sollten beseitigt werden.

Land- und forstwirtschaftliche Wege sind oft von Seitengräben begleitet, die Niederschlagswässer rasch in die Oberflächengewässer ableiten. Da auf diesen Wegen das Risiko einer Verunreinigung der Niederschlagswässer sehr gering ist, sollte keine direkte Ableitung in die Fließgewässer erfolgen, sondern eine Verrieselung in direkt angrenzenden land- und forstwirtschaftlichen Flächen.

Insbesondere die Landschaftsplanung, aber auch forstliche und landwirtschaftliche Planungen sollten diese Aufgabe angehen. Sinnvoll in Drainage-Gebieten kann dabei auch die Durchführung von speziellen Flurbereinigungsverfahren zum Rückbau der Entwässerungsmaßnahmen sein.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregten Änderungen gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Die Naturschutzverbände schlagen daher folgende Ergänzung vor:

Neuer Grundsatz Rückbau von Entwässerungsmaßnahmen

Entwässerungseinrichtungen sollen in der Fläche zurückgebaut werden, um eine bessere Speicherung von Niederschlagswasser für den Erhalt der Vegetation in Trockenzeiten und eine Verminderung von Abflüssen bei Starkregen zu erreichen. Wege-Seitengräben in land- und forstwirtschaftlichen Flächen sollten nicht in die Fließgewässer, sondern in der direkten Umgebung verrieselt werden.

In der überwiegenden Zahl der Baugebiete wird Dach-Niederschlagswasser in Oberflächengewässer eingeleitet. Dass es dabei heute zur Zwischenretention in Regenrückhaltebecken kommt, damit keine Überschreitung des HQ100 erfolgt, ändert nichts daran, dass diese an sich sauberen Niederschlags-Wässer dem Landschaftswasserhaushalt rasch entzogen werden und auch nichts daran, dass diese Wassermassen während Starkregen über dem HQ100 Überschwemmungen auslösen.

Dem kann durch eine Verrieselung in angrenzenden land- und forstwirtschaftliche Flächen entgegengewirkt werden, wodurch solche Niederschlagswässer dem Landschaftswasserhaushalt wieder zur Verfügung gestellt und das Risiko von Überschwemmungen durch Starkregen vermindert werden kann.

Niederschlagswasser von Straßen und Parkflächen ist risikoreicher wegen etwaigen Unfällen mit Schmiermittelverlusten. Es sollte nur außerhalb zukünftiger oder bestehender Trinkwasserschutzgebiete verrieselt werden.

Folgendes neues Ziel wird vorgeschlagen:

Neues Ziel

Die Bauleitplanung stellt sicher, dass Niederschlagswasser von Dachflächen und anderen unkritischen Flächen nicht direkt den Fließgewässern zugeleitet, sondern dezentral in umliegenden forst- und landwirtschaftlichen Flächen verrieselt oder hochwertig genutzt wird. Niederschlagswasser von Straßen- oder Parkflächen wird – außerhalb von Bereichen, die sich zur Trinkwassergewinnung zukünftig eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden – ebenfalls dezentral in umliegenden land- und forstwirtschaftlichen Flächen verrieselt.

Inhalt

Fachbeitrag Wasser

Die Naturschutzverbände halten es für erforderlich, für alle diese komplexen Fragestellungen (Oberflächengewässer, Grundwasser, Hochwasser) einen eigenständigen Fachbeitrag Wasser für den Planungsraum zu erstellen. Dies erleichtert die planerische Umsetzung der vielen zu berücksichtigenden Aspekte.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Zur Festlegung von wasserwirtschaftlichen Aspekten berücksichtigt die Regionalplanungsbehörde die Daten der wasserwirtschaftlichen Fachplanung (Obere Wasserbehörde). Dies betrifft zum Beispiel die Daten zur Festlegung von Überschwemmungsbereichen, den Wasserschutzgebieten sowie der Fließ- und Oberflächengewässern. Auch im Prozess der Aufstellung eines "Wasserwirtschaftlichen Gesamtkonzepts für das Rheinische Revier" durch das Ministerium ist die Regionalplanungsbehörde aktuell mit beteiligt. Dort zukünftig getroffene und relevante Festlegungen werden der Regionalplanungsbehörde entsprechend zur Berücksichtigung bekannt sein.

Die regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich der Thematik erfolgte entsprechend in enger fachlicher Abstimmung mit der Wasserwirtschaft und auf Grundlage der zu Verfügung gestellten Fachdaten und Informationen. Die Erarbeitung eines eigenständigen Fachbeitrags für den Themenkomplex Wasser ist für die Regionalplanung fachrechtlich jedoch nicht vorgeben. In Folge dessen liegt der Regionalplanungsbehörde kein Fachbeitrag vor.

Inhalt

Verkehrsinfrastruktur

Radwegenetz

Gegen den Grundsatz G.52 bestehen keine Bedenken, allerdings stellt die in den Erläuterungen erwähnte Erläuterungskarte I.2 noch nicht einmal eine ?Momentaufnahme? des bestehenden Radwegenetzes dar. Mehrere dort markierte Radwege bestehen tatsächlich gar nicht, sondern stellen sich als stark und schnell befahrene Straßen dar, die für Radfahrer kaum zu bewältigen und sehr gefährlich sind. Die Herkunft dieser Karte muss deutlich hinterfragt werden. Ein Teil der dargestellten Wege ist zudem nicht als Radweg klassifiziert. Oft fehlt ihnen sogar die naturschutzrechtliche Zulassungsgenehmigung. Das gilt insbesondere für einen Großteil der nur mitgenutzten Feld- und Waldwege in den Natura 2000-Gebieten. Es ist insofern unmöglich, die dargestellten Wege als Planungsgrundlage heranzuziehen. Es ist daher notwendig, auch um ein Bild der tatsächlichen Lage zu erhalten, nur solche Wege darzustellen, die auch als Radweg rechtskräftig klassifiziert und genehmigt sind. Die Erläuterungskarte I.2 sollte daher aktualisiert werden oder man sollte auf sie verzichten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben. Diese zeigt kein Konzept oder Zielnetz, sondern stellt eine Momentaufnahme der klassifizierten Radverbindungen des Radverkehrsnetz NRW, der bestehenden und geplanten regionalbedeutsamen Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard sowie Radschnellwege des Landes dar.

Inhalt**Straßennetz****Ziel 30 Bestehendes Straßennetz erhalten und Trassen für künftige Straßen sichern**

Gegen dieses Ziel bestehen Bedenken, soweit lediglich linienbestimmte Bedarfsplanmaßnahmen angesprochen werden. Die Straßen für den überörtlichen Verkehr werden im Regionalplanentwurf aufgrund der Festlegung in der gesetzlichen Verkehrsinfrastrukturplanung und im Linienbestimmungsverfahren dargestellt. Dabei handelt es sich nicht um eine Entwicklung von Grundsätzen und Zielen unter Berücksichtigung der SUP-Ergebnisse, sondern schlicht um die nachrichtliche Übernahme aus dem Bundes- und Landesstraßenbedarfsplan bzw. der Linienbestimmung. Der nachrichtlichen Übernahme kann keine regionalplanerische Qualität als Grundsatz oder Ziel beigemessen werden, da keine raumordnerische Prüfung und Abwägung auf Ebene der Regionalplanung erfolgt ist.

Das Linienbestimmungsverfahren vermag die räumliche Planung und Würdigung aller für den Planungsraum relevanten Nutzungsansprüche an den Raum auch nicht zu ersetzen, dies ist von vornherein nicht Aufgabe der Linienbestimmung. Hierbei geht es um die Abstimmung des grundsätzlichen Verlaufs, der Streckencharakteristik und der Netzverknüpfung? (vgl. § 37 StrWegG NRW) unter Beachtung der Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung?.

Die Naturschutzverbände fordern, dass die noch nicht planfestgestellten Straßenbauplanungen des Bundes und des Landes allenfalls dann zeichnerisch im Regionalplan dargestellt werden, wenn diese auch in die Umweltprüfung einschließlich einer Prüfung von Alternativen einbezogen worden sind. Sollte für Straßenbauvorhaben dabei kein raumverträglicher Korridor für eine Linienbestimmung in der SUP ermittelt werden können, ist auf eine zeichnerische Darstellung im Regionalplan zu verzichten und in den textlichen Festsetzungen auf die Unvereinbarkeit mit den Zielen der Regionalplanung einzugehen.

Für die Nichtdarstellung lediglich linienbestimmter Trassen sprechen auch folgende Gründe:

- Viele Linienbestimmungen sind Jahrzehnte alt, wobei die Linie in nicht wenigen Fällen noch völlig ohne eine UVP bestimmt wurde. Solchen Alt-Linienbestimmungen kann keine Bedeutung beigemessen werden, die eine räumliche Festlegung im Regionalplan zulassen würde.
- Über die in dieser Stellungnahme geltend gemachten Bedenken zu einzelnen Straßenbaumaßnahmen hinaus sind alle Straßenbauvorhaben auf dem Prüfstand, da für Bund und Land Überprüfungen der Bedarfspläne anstehen:

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die zeichnerische Festlegung ist an die Inhalte der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) a.F. gebunden. Dieser Vorgabe werden die Festlegungen gerecht.

In der Strategischen Umweltprüfung der Zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans wurden die Darstellungsfälle betrachtet, bei denen es sich nicht um eine nachrichtliche Übernahme beziehungsweise um eine verpflichtende Vorgabe der Fachplanung handelt, sondern es um Festlegungen geht über die der Regionalrat selbst entscheiden kann. Aus diesem Grund wurden die Übernahmen aus den Bedarfsplänen keiner Strategischen Umweltprüfung unterzogen, denn diese Festlegungen sind unabhängig von einem möglichen Ergebnis der Umweltprüfung zwingend festzulegen. Eine Prüfung der Belange erfolgt übergeordnet in dem anschließenden Planfeststellungsverfahren.

Auf Bundesebene ist eine Bedarfsplanüberprüfung sowie ein stärkerer Fokus auf Erhaltung und Sanierung geplant; auf Landesebene ist die Neuaufstellung des Landesstraßenbedarfsplans beabsichtigt. Angesichts der Herausforderungen der Energieknappheit, der Klimakrise und auch des Sanierungsbedarfs der bestehenden Straßen, muss damit gerechnet werden, dass die zukünftigen Bedarfspläne deutlich kürzer ausfallen werden als die heute noch bestehenden. Ein Zementieren der Bedarfspläne im Regionalplan erscheint auch daher nicht als geboten.

Aus den vorstehenden Gründen bestehen erhebliche Bedenken gegen das im Ziel enthaltene ?Planungsverbot?. Das Ziel soll verhindern, dass sonstige Planungen und Maßnahmen die ?festgelegten Straßen? erheblich beeinträchtigen oder unmöglich machen. Der räumlichen Festlegung von lediglich linienbestimmten Straßenbauvorhaben kommt allenfalls Grundsatzqualität zu. Die Straßenbauvorhaben stehen bis zum Zeitpunkt der Schaffung eines Baurechts im Zuge der straßenrechtlichen Planfeststellung oder planfeststellungsersetzenden Bauleitplanung in Konkurrenz mit anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen. Andernfalls würden raumordnerische Festlegungen zugunsten von Straßenbauvorhaben langfristig alternative Raumentwicklungen verhindern, ohne dass es hierfür eine abschließende, alle Belange berücksichtigende und abwägende, Entscheidung zugunsten der Fachplanung gibt. Dies steht im Widerspruch zum diesbezüglichen Grundsatz in § 2 Abs. 2 Nr. 1 ROG.

Inhalt

Grundsatz 57 Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen

Der Grundsatz G.57 beinhaltet die textliche Festlegung ?Die weitere Konkretisierung der Bedarfsplanmaßnahme durch die Fachplanung soll sich an der im Regionalplan festgelegten Grobtrasse orientieren.?

Es bestehen keine Bedenken, wenn korrekt linienbestimmte Linien solcher Bedarfsplanmaßnahmen nachrichtlich im Regionalplan als Vorbehaltsgebiet festgelegt werden. Es bestehen aber Bedenken, wenn sogenannte Grobtrassen vom Regionalplan selbst erstmals festgelegt werden, ohne dass vorher die für eine solche Festlegung nötigen Untersuchungen und Verfahrensschritte durchgeführt wurden. Dies umso mehr, als auch keinerlei Umweltprüfung für solche Trassen erkennbar ist.

Dies ist beispielsweise bei der L 320 Ortsumgehung Nümbrecht-Bierenbachtal der Fall. Dieses Bedarfsplanprojekt wird seit Jahrzehnten nicht planerisch verfolgt, es mangelt an einer Umweltverträglichkeitsuntersuchung zur Festlegung einer Linie und die Linie wurde auch noch nie bestimmt. Daher ist völlig offen, wo eine Linie dieser Straße verlaufen könnte und die Grobtrassen-Festlegung im Regionalplan-Entwurf entbehrt jeglicher sachlichen Grundlage.

Derartige Erst-Festlegungen von noch nicht vorab linienbestimmten Straßen steht dem Regionalplan nicht zu. Daher sollten solche Bedarfsplanmaßnahmen lediglich als durchgezogene Linie, also ausdrücklich ohne räumliche Festlegung nach dem Planzeichen 3.ab festgelegt werden. Inwieweit solche zeichnerischen Festlegungen einen raumordnerischen Anspruch als Vorbehaltsgebiet haben können, ist zu diskutieren.

Der Grundsatz G.57 sowie die Erläuterungen und die Begründung sollten entsprechend geändert werden. Dies gilt entsprechend für den Grundsatz G.58 Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straßen berücksichtigen.

Bedenken gegen dargestellte Neu- und Ausbauprojekte der Bedarfspläne des Bundes und des Landes

Die im Regionalplanentwurf dargestellten Neu- und Ausbauprojekte der Bedarfspläne des Bundes und des Landes werden von den Naturschutzverbänden größtenteils abgelehnt, da sie mit einer zukunftsfähigen Mobilität nicht zu vereinbaren sind und zu oft drastischen Eingriffen in Natur und Landschaft führen. Als Beispiel sei hier die Rheinspange 553 als neue Autobahnquerverbindung im Süden Kölns angeführt, die

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1005437).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Es entspricht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans geplante, regionalbedeutsame Straßen festzulegen, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Sicherung erfolgt entweder als Vorbehalts- oder als Vorranggebiet. Die Festlegungen ohne räumliche Konkretisierung entsprechen einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Bei Vorliegen gewichtiger Gründe kann der Grundsatz im Rahmen der Abwägungsentscheidung überwunden werden. Solche Bedarfsplanmaßnahmen, die mindestens linienbestimmt wurden, werden als Ziel der Raumordnung festgelegt und sind von nachfolgenden Planungen zu beachten.

strikt abgelehnt wird. Anhand der Raumwiderstandsanalyse ist bereits jetzt erkennbar, dass ein konfliktarmer Korridor für die Linienbestimmung nicht existiert und die weitere Planung in Frage zu stellen ist. Eine Darstellung im Regionalplan ist aufgrund jeglicher fehlender Verbindlichkeit strikt abzulehnen. Zu der Kritik an den Bundesfernstraßen des Bundesverkehrswegeplans verweisen die Naturschutzverbände auf die Stellungnahme von BUND NRW, LNU und NABU NRW vom 2.5.2016 zum Bundesverkehrswegeplan 2030. Vorhandene Mittel für den Straßenbau sollten ausschließlich für die Instandsetzung und Instandhaltung des bestehenden Straßennetzes eingesetzt werden.

In den Stellungnahmen zu den zeichnerischen Darstellungen des Regionalplans finden sich weitere Bedenken zu einzelnen Straßenbauprojekten (s. Kapitel E.3).

1007386, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Infrastruktur für den kombinierten Güterverkehr</p> <p><u>Ziel 32 Landesbedeutsame Häfen sichern</u></p> <p>Das Ziel Z.32 beinhaltet auch die Darstellung des geplanten Erweiterungsbereiches des Hafens Köln-Godorf, wobei zeichnerisch die Erweiterungsfläche als GIBz ? Standort für den kombinierten Güterverkehr dargestellt wird. Laut Ziel Z.32 soll aber eine Darstellung als ?Z? erfolgen; auf diesen Widerspruch zwischen Karte und Text wird hier ergänzend hingewiesen.</p> <p>Gegen die Darstellung der Erweiterungsfläche des Godorfer Hafens bestehen Bedenken, denn seit dem Urteil des VerWG Köln von 2009 hat es keinen weiteren Planungsfortschritt für diese Hafenerweiterung mehr gegeben. Derzeit ist die Planung zum Erliegen gekommen und wird offenbar auch von der Kölner Politik nicht mehr weiterverfolgt. Die Erweiterungsfläche sollte daher aus der zeichnerischen Darstellung gestrichen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Ausbaubedarf der Hafenstandorte wird durch die Fachplanung auf Basis der jeweils aktuellen Fortschreibung des Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzepts des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV 2016) bestimmt. Der betreffende Bereich ist darin als potentielle Erweiterungsfläche vorgesehen. Daher besteht gemäß Ziel 8.1-9 LEP NRW aus Landesinteresse das Erfordernis den gesamten Standort langfristig zu sichern obwohl es derzeit keine kommunale Entwicklungsabsicht gibt und der Bereich naturschutzfachlich als NSG ausgewiesen ist. Die Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Im Übrigen wird der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und die textliche und zeichnerische Festlegung entsprechend geändert (s. Änderungskarten und Änderungssynopse). Es wird ein neues Plansymbol für die landesbedeutsamen Häfen eingeführt.</p>

Inhalt

Versorgungsinfrastruktur

Kraftwerke und Nebenbetriebe

Gegen die Erläuterung 4 zum Ziel Z.36 bestehen Bedenken. Der Erläuterungstext nimmt die beiden Braunkohlekraftwerksstandorte Eschweiler und Niederaußem von der Bedarfsfestlegung für GIB-Bereiche aus, wenn die Kraftwerksnutzung in absehbarer Zukunft aufgegeben werden wird. Damit wären die großflächigen Kraftwerksstandorte aus der regionalplanerischen Steuerung der Gewerbeansiedlung ausgenommen; siehe dazu auch C.3.1.2.1 dieser Stellungnahme. Diese Erläuterung sollte gestrichen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1018265).

Inhalt

Erneuerbare Energien

Im Kapitel 5.2.3. ist nicht zu erkennen, dass der Plan inmitten des sich zuspitzenden Klimawandels und der Notwendigkeit einer radikalen Änderung von Nutzung und Erzeugung von Energie zukunftsfähige Impulse setzt. Daher wird angeregt, folgenden Grundsatz in den Regionalplan aufzunehmen:

Neuer Grundsatz: Klimaschutz und Energieversorgung

Klimagefährdende Gase aus der Energienutzung sollen durch Verursacher und Kommunen durch Maßnahmen zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung sowie durch einen naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien so weit wie möglich reduziert werden. Vorrangig ist auf eine Verringerung des Energieverbrauchs und eine effiziente Energienutzung zu achten, die Nutzung regional erneuerbarer Energien hat Vorrang vor fossilen Energieträgern.

(2) Die Kommunen sollen im Rahmen ihrer städtebaulichen Planung für eine flächen- und energiesparende Siedlungs- und Verkehrsstruktur sorgen und die Voraussetzungen für eine klimaverträgliche Energieversorgung schaffen. Dazu sollen u.a.

- ***bei der Planung von Wohn- und Gewerbegebieten die Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung und der industriellen Abwärme genutzt werden.***
- ***in der Bauleitplanung die Voraussetzungen zur Solarenergienutzung (geeignete Exposition der Hausdächer, Vermeidung von Beschattung) geschaffen und soweit möglich die Umsetzung vorgegeben werden. Auf geeigneten Freiflächen, wie bspw. Deponien oder baulichen Brachflächen, soll die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen planerisch ermöglicht werden.***

(3) In öffentlichen Bauten sollen Maßnahmen zur Wärme- und Stromeinsparung erfolgen, bei Neubauten muss auf eine möglichst effiziente Energieverwendung geachtet werden.

Begründung:

Zur Erreichung des zentralen Klimaziels, der Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad, bedarf es in den nächsten Jahren höchster Priorität und Anstrengungen. Die Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 erfordert bis 2030 eine Reduzierung des Treibhausgasausstoßes von mindestens 65 % im Vergleich zu 1990. Den Energiebedarf ist dann bis zum Jahr 2045 zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

zu decken. Dies erfordert eine massive Verringerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs, erhebliche Effizienzsteigerungen und einen konsequenten naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien. Die nötigen Maßnahmen des Klimaschutzes sollten deshalb im Kapitel Energieversorgung als übergeordneter Grundsatz vorangestellt werden, um die Notwendigkeit raschen Klimaschutzes in allen Bereichen aufzuzeigen.	
--	--

Inhalt

Grundsatz 63 Geeignete Standorte für die Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien sichern

Der Ansatz dieses Grundsatzes wird an sich begrüßt, aber es mangelt an klaren Festlegungen wieviel erneuerbare Energie bis wann erzeugt und gespeichert werden soll. Aus Sicht der Naturschutzverbände sollte die Regionalplanung hier einen Korridor festlegen, wieviel erneuerbare Energie bis zum Jahr 2025, 2030, 2035, 2040 und 2045 im Regierungsbezirk erzeugt

werden soll. Das ist insofern von großem Belang, als nach dem aktuellen Klimaschutzgesetz Deutschland bereits im Jahr 2045 klimaneutral sein soll. Daher wären Maßgaben angezeigt, um die erneuerbare Energieerzeugung im Regierungsbezirk zu steuern. Die Naturschutzverbände erwarten dabei keine exakten Festlegungen, aber einen Korridor der erneuerbar erzeugten Energiegewinnung also ein ?von ? bis?.

Die Naturschutzverbände erwarten auch nicht, dass sich der Regierungsbezirk oder NRW bis 2045 vollständig mit erneuerbaren Energien selbst versorgen kann, weil große Energiemengen aus der Windkraftnutzung aus dem Offshore-Bereich oder küstennahen Regionen über die auszubauenden Stromnetze nach NRW und in den Regierungsbezirk fließen werden. Einer Selbstversorgung des Regierungsbezirks bedarf es daher nicht.

Dennoch sollte aber ungefähr deutlich sein, welche Energiemengen im Regierungsbezirk in den nächsten 23 Jahren erzeugt werden müssen, um an der Einhaltung des gesetzlich fixierten Klimaschutz-Ziels des Bundes mitzuwirken. Diese Angaben sind für die nachgeordneten Planungsträger von entscheidender Bedeutung, um ihr Handeln auf die Erfordernisse des Klimaschutzes ausrichten zu können. Denn weder ist ein zu langsamer Ausbau der erneuerbaren Energien zielführend noch ein zu starker Ausbau, der über den Bedarf hinausgeht.

Den Naturschutzverbänden ist bewusst, dass die Festlegung eines solchen Korridors erheblichen Abstimmungsbedarf innerhalb von NRW, aber auch insbesondere mit der Bundesnetzagentur erfordert, die über die besten Daten zur Energieversorgung verfügt und maßgeblich durch die Planung von Stromleitungen an der Energieversorgung von NRW beteiligt ist. Diese Arbeit sollte aber geleistet werden, weil sonst keinerlei Klarheit über die Notwendigkeiten bestehen wird.

Die Forderung nach zeitlicher und quantitativer Konkretisierung trifft noch mehr auf die Speicherung von Energie zu. Auch hier sollte ein Korridor im Grundsatz festgelegt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

werden.

Ohne eine zeitliche Konkretisierung scheint der Grundsatz sachlich völlig verzichtbar.

Inhalt

Grundsatz 64 Energieoptimierte Siedlungsentwicklung umsetzen

Der Grundsatz wird im Prinzip begrüßt, bedarf aber der Konkretisierung. Die Naturschutzverbände schlagen folgende Fassung vor:

Zum Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung und zur Minimierung der Flächeninanspruchnahme im Freiraum sollen die bestehenden Potenziale der gebäudebezogenen Solarenergienutzung im besiedelten Bereich durch Ausrichtung der Baukörper für PV-Nutzung sowie eine Pflicht zur Installation von Auf-Dach-PV-Anlagen ausgebaut werden.

Insbesondere in neuen Siedlungsgebieten sollen die Möglichkeiten einer Nahwärme-Nutzung durch die Bauleitplanung vorbereitet und ausgenutzt sowie das Heizen mit fossilen Energieträgern untersagt werden.

Begründung:

Der Grundsatz sollte auch dazu genutzt werden, um den Kommunen die diversen Optionen zu verdeutlichen. Konkret sollte für neue Siedlungsbereiche angesprochen werden:

- Weitgehende Verpflichtung für Aufdach-Photovoltaikanlagen in den Bebauungsplänen
- Ausrichtung der Baukörper auf PV-Nutzung optimieren in den Bebauungsplänen
- Prüfpflicht für Nahwärmeversorgung in den Bauleitplänen
- Untersagung des Heizens mit fossilen Energieträgern (Kohle, Gas, Öl).
- Zudem sollte geprüft werden, ob der Grundsatz für neue Baugebiete nicht als Ziel ausformuliert werden kann.

Die Naturschutzverbände sprechen sich bei der Solarenergienutzung für eine Priorität der gebäudeintegrierten Anwendung der Photovoltaik aus. Die großen Potenziale ohne Beeinträchtigung von Natur und Landschaft sind unstrittig. Die Dächer in NRW bieten ein Potenzial von 68 Terawattstunden Sonnenstrom, das ist die Hälfte des heutigen Stromverbrauchs von ganz NRW bzw. das Doppelte dessen, was die privaten Haushalte in NRW an Strom benötigen. Umgesetzt wurden bisher aber nur rund 4 Terawattstunden. Es gilt also, die großen Sonnenstrom-Potenziale, insbesondere in den dichter besiedelten Regionen auch des Planungsraums, zu nutzen. Durch die Ergänzung des Grundsatzes soll erreicht werden, dass sich Gemeinden und Städte im Rahmen bauleitplanerischer Entscheidungen immer auch mit der Festsetzung von Solarnutzung in Siedlungsbereichen und der Optimierung von neuen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Baugebieten für eine PV-Nutzung auseinandersetzen müssen.

Insbesondere bei der Erschließung von Neubaugebieten wird der Bereitstellung von Nahwärmenetzen (auch ?kalten Nahwärmenetzen?) zukünftig große Bedeutung zukommen, denn solche Nahwärmenetze erlauben die Nutzung etwaig vorhandener Abwärme aus gewerblichen Prozessen oder die sehr effiziente Produktion von Strom und Wärme in Blockheizkraftanlagen oder per Wärmetauscher. Dabei obliegt es der Bauleitplanung derartige Lösungen vorzubereiten. Für zukünftige Neubaugebiete, seien es Wohnsiedlungen oder gewerbliche Ansiedlungen, sollte die Prüfung einer derartigen Nahwärmenetz-Option so klar dargelegt werden, dass die Kommunen sich damit auseinandersetzen müssen.

Ein Verbot von fossilen Brennstoffen zum Heizen und Warmwasserbereiten in Bebauungsplänen ist nach aktuellen Gutachten möglich und wird auch bereits von ersten Kommunen im Regierungsbezirk angewendet. Eine solche Regelung wäre aus Klimaschutzgründen und zum Schutz vor Emissionen sinnvoll; sie wird aber besonders dann bedeutsam, wenn ein Nahwärmenetz begründet werden soll. Es obliegt den Kommunen ein solches Verbot aktiv zu prüfen, wobei der Grundsatz die Zielrichtung vorgeben soll.

Inhalt

Ziel 37 Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern und Grundsatz 65 Windenergieanlagen räumlich konzentrieren

Die Naturschutzverbände kritisieren, dass im Regionalplanentwurf keine räumliche Steuerung der Windenergienutzung erfolgt und fordern, im Regionalplan in Abweichung von der Planzeichenverordnung (Anlage 3 zum Landesplanungsgesetz NRW) Flächen für Windenergieanlagen (WEA) als ?Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten? darzustellen. Nur dadurch kann nach Auffassung der Naturschutzverbände die raumordnerisch erforderliche Steuerung von Windenergiebereichen gewährleistet werden. Damit wird eine Konzentration von WEA in geeigneten Bereichen erreicht, die sowohl eine effektive Nutzung der Windpotenziale ermöglicht, als auch Beeinträchtigungen anderer Raumnutzungen und insbesondere der

Ziele des Natur- und Freiraumschutzes durch eine umweltverträgliche Standortwahl minimiert.

Die bisher in NRW gemachten Erfahrungen sprechen eindeutig für eine abschließende Steuerung raumbedeutsamer WEA auf Ebene der Regionalplanung. Im Bereich des Regionalplans ?Münsterland? ist dieses bis zur Änderung der landesplanerischen Vorgaben im Jahr 2012 erfolgreich praktiziert worden. Dagegen werden durch kommunale Planungen von Windenergieanlagen über die Darstellung von Konzentrationszonen in den Flächennutzungsplänen die Nutzungskonflikte häufig nicht gelöst. Dies belegen die Konflikte in Verfahren zur Planung oder Genehmigung von WEA an naturunverträglichen Standorten, die bei einer übergeordneten abschließenden Steuerung durch die Regionalplanung in vielen Fällen vermeidbar gewesen wären, ebenso wie die oft überalterten und unnötig zu kleinen Windkonzentrationszonen einzelner Kommunen.

Die Darstellung von ?Vorranggebieten mit der Wirkung von Eignungsgebieten? würde dagegen Gelegenheit bieten, Kriterien für einen naturverträglichen Ausbau der Windenergie frühzeitig und übergeordnet zu berücksichtigen. ?Konzentrationszonen? für Windenergieanlagen sollten möglichst vorbelasteten Gebieten (Industrie, Gewerbe, Verkehrsinfrastruktur) zugeordnet werden bzw. von diesen ausgehen, wenn diese eine geringe Beeinträchtigung von Schutzgütern aufweisen. Dagegen sind mindestens Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete, Nationalparke, die BSLE für Arten des Offenlandes und die raumordnerisch als Vorranggebiete für den Naturschutz dargestellten Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) von WEA-Planungen auszunehmen. Über den Ausschluss großflächiger unzerschnittener Räume ist differenziert zu diskutieren. Die Belange des Vogelschutzes finden Beachtung durch

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

den Ausschluss bedeutsamer Vogellebensräume, siehe dazu ?Positionspapier zum Arten- und Habitatschutz bei der Planung und Zulassung von Windenergieanlagen? der Naturschutzverbände NRW (Stand Mai 2017).

Bei einer abschließenden räumlichen Steuerung von WEA im Regionalplan wären weitere Kriterien zur Berücksichtigung von Schutzgütern in eine Standortfestlegung einzubeziehen. Da eine solche Konzeption zum Regionalplanentwurf nicht vorliegt, verzichten die Naturschutzverbände an dieser Stelle auf weitere Ausführungen dazu.

Die im Regionalplanentwurf praktizierte rein textliche Festlegung von Bereichen, die grundsätzlich bzw. ausnahmsweise für die Windkraft zur Verfügung stehen sowie das Delegieren der räumlichen Steuerung auf die Flächennutzungsplanung kann die Konflikte nicht lösen. Die Regelungen und insbesondere die Ausnahmen erscheinen fachlich nicht plausibel begründet und werden in diesem Setting abgelehnt. Dies betrifft insbesondere die ausnahmsweise für möglich erklärte Errichtung von Windenergieanlagen in BSN und Oberflächengewässern. Bereiche zum Schutz der Natur sollten in jedem Fall frei von Windenergie-Nutzungen bleiben. Dass Windenergieanlagen in Oberflächengewässern angelegt werden sollten, erscheint sachfremd. Es ist nicht nötig, solche Bereiche für den Ausbau der Windenergie-Nutzung in Anspruch zu nehmen. Durch ein gesamtregionales, auf Zielwerten basierendes Konzept mit Steuerung auf geeignete und konfliktarme Flächen würden sich solche fachlich abzulehnenden Ausnahmeregelungen erübrigen.

Zum Thema Windkraft sollte die Regionalplanungsbehörde relativ kurzfristig einen Diskurs anstoßen, in dem die wesentlichen Akteure ihre Position vertreten können und in dem gegebenenfalls ein Konsens gefunden werden kann.

Inhalt

Grundsatz 66 Windenergieanlagen repowern

Der Grundsatz sollte wie folgt gefasst werden:

Bei der Aufstellung oder Änderung von Bauleitplänen für die Nutzung der Windenergie soll eine möglichst effiziente Gewinnung erneuerbarer Energien sichergestellt werden. Dabei soll Repowering älterer Windenergieanlagen Vorrang vor der Ausweisung neuer Anlagenstandorte haben. Durch Repowering soll die Flächeninanspruchnahme für Windenergieanlagen reduziert und durch standörtliche Optimierungen die Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft verringert werden. Die Gemeinden sollen bei der Darstellung von Vorrangzonen für Windenergie in den Flächennutzungsplänen das Potenzial für das Repowering ermitteln und vorrangig umsetzen. Im Rahmen der planerischen Abwägung soll deshalb berücksichtigt werden, ob und inwieweit Beschränkungen für den Ersatz vorhandener Windenergieanlagen (Repowering) vermieden werden können.

Begründung:

Die bisherige Regelung wird der Bedeutung des Repowerings nicht gerecht. Die Neuordnung und Zusammenfassung vorhandener Windkraftzonen ist zu forcieren, um so erforderliche Standortoptimierungen zu erreichen und die Flächeninanspruchnahme durch den Austausch bestehender, kleinerer Anlagen durch i.d.R. höhere und leistungsstärkere Anlagen zu verringern. Durch Standortverschiebungen und/oder ggf. die Reduzierung alter Windenergieanlagenstandorte durch ein Repowering können für die Naturschutzbelange Verminderungen von Konflikten erreicht werden. Repowering muss genutzt werden, um aus Artenschutzgründen besonders kritische Anlagenstandorte stillzulegen und gleichzeitig weniger kritische Standorte bevorzugt zu entwickeln.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

Grundsatz G.67 Solarenergie flächensparend ausbauen

Ziel Z.38 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern

Ziel Z.39 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung

Durch den oben genannten Grundsatz und die beiden Ziele wird der Ausbau der Solarenergie weitgehend auf den baulichen Innenbereich beschränkt. Raumbedeutsame Freiflächen-Photovoltaikanlagen sind demnach nur auf den im LEP genannten Flächen möglich und bedürfen ab einer Größe von 10 ha zudem einer Regionalplandarstellung.

Die Naturschutzverbände begrüßen die Darstellungspflicht großer Freiflächen-PV-Anlagen, damit ein Wildwuchs sicher vermieden werden kann.

Gleichzeitig muss aber auch in Frage gestellt werden, ob eine Beschränkung raumbedeutsamer Freiflächen-PV-Anlagen auf die vom LEP genannten Flächen noch zeitgemäß ist. Die Bundesregierung beabsichtigt die installierte Photovoltaik-Leistung bis 2030 auf 200 GW auszubauen, was eine Verdreifachung bedeutet. Daher regen die Naturschutzverbände bereits jetzt eine Diskussion darüber an, wo und wie Freiflächen-PV-Anlagen geplant werden sollten.

Eine solche Diskussion ist auch wegen der derzeit in Arbeit befindlichen Photovoltaik-Freiflächen-Verordnung geboten, die die landwirtschaftliche Nutzfläche des Mittelgebirgsbereiches im Regierungsbezirk für eine Förderung von Freiflächen-PV-Anlagen nach dem EEG vorsieht.

Unklar ist dabei bereits heute, welche Freiflächen-PV-Anlagen als raumbedeutsam anzusehen sind und somit den Regelungen des LEP unterfallen. Hierzu halten die Naturschutzverbände eine Aussage im Erläuterungsbericht des Regionalplans für nötig.

Nach Rechtsauffassung/ Informationsstand der Naturschutzverbände sind solche Planungen raumbedeutsam, die die räumliche Entwicklung nicht nur untergeordnet beeinflussen. Bei der Beurteilung der Raumbedeutsamkeit einer Planung oder Maßnahme ist auf den jeweils betroffenen raumordnerischen Planungsraum als Bezugsraum abzustellen. Die konkrete Beurteilung hängt also entscheidend von den örtlichen Gegebenheiten und auch den Größendimensionen des jeweiligen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Planungsraums ab. Bestimmte Maßnahmen können in einem Planungsraum raumbedeutsam sein, in einem anderen jedoch nicht. Sie müssen im Übrigen nicht die Schwelle der überörtlichen Bedeutsamkeit erreichen. Im Regelfall beurteilt sich die Raumbedeutsamkeit allein anhand der konkreten Planung. Anders kann es aussehen, wenn ein Planungsraum im Hinblick auf bestimmte Planungen bereits vorbelastet ist und die Planungen für sich genommen nicht, jedoch im gegenseitigen Zusammenwirken die Schwelle der Raumbedeutsamkeit erreichen, oder wenn es konkrete Anhaltspunkte dafür gibt, dass weitere gleichartige Vorhaben zur Genehmigung anstehen werden, die zusammen betrachtet raumbedeutsam sind.

Freiflächen-PV-Anlagen werden zusätzlich zu den Auf-Dach-Anlagen, die auch weiterhin vordringlich errichtet werden sollten, zukünftig nötig sein, um den Energiemix der Zukunft bereitzustellen. Die Naturschutzverbände erwarten, dass zur Erreichung des Gesamt-Ausbauziel von 200 GW-Nennleistung in Deutschland bis 2030 allein in NRW 100-200 km² mit Freiflächen-PV-Anlagen bestückt werden müssten ? zusätzlich zu den weiter energisch auszubauenden Auf-Dach-Anlagen. Diese Dimension verdeutlicht, dass es einer effektiven Steuerung bedarf. Freiflächen-PV-Anlagen sind nicht an jedem Standort verträglich und sollten daher auf diejenigen Bereiche gesteuert werden, wo sie andere Schutzgüter am geringsten beeinträchtigen können.

Die derzeit diskutierte Photovoltaik-Freiflächen-Verordnung sieht eine Förderungsoption nach dem EEG für 358.000 ha in NRW vor, wobei große Anteile auch auf den Regierungsbezirk Köln fallen. Hinzu kommen die bereits nach dem LEP bzw. dem EEG förderfähigen Flächen, wobei auf den Regierungsbezirk Köln nach dem Solarkataster des LANUV 9.300 ha entfallen.

Die Naturschutzverbände schlagen vor, die Gesamtkulisse der zulässigen (nicht der förderfähigen) Freiflächen-PV-Anlagen zielführend zu erweitern, dabei aber eine Steuerung auch kleinerer Freiflächen-PV-Anlagen über die Instrumente der Raumordnung vorzusehen, um eine optimierte Planung zugunsten der erneuerbaren Stromerzeugung bei gleichzeitigem Schutz von Umwelt und Natur zu sichern.

Weiteres bleibt einer Änderung des LEP vorbehalten.

In jedem Fall halten die Naturschutzverbände dabei eine regionalplanerische Steuerung für geboten, die mit einem neuen Ziel umgesetzt werden sollte:

Neues Ziel: Solarenergienutzung auf Freiflächen

Raumbedeutsame Freiflächenphotovoltaikanlagen dürfen das Orts- und Landschaftsbild, insbesondere schutzwürdige Kulturlandschaftsbereiche, geschützte Teile von Natur

Natur und Landschaft außer Landschaftsschutzgebieten, besonders geschützte

Arten sowie den Biotopverbund nicht beeinträchtigen und müssen mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen zeichnerischen Festlegung im Regionalplan vereinbar sein. Bei der Errichtung der Anlagen ist darauf zu achten, dass durch die Einzäunung keine Barrierewirkung für Tiere entsteht. Die Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen ist nur zulässig, soweit eine extensive und naturverträgliche Bewirtschaftung möglich bleibt.

Raumbedeutsame Freiflächenphotovoltaikanlagen mit regionaler Bedeutung mit einer Flächengröße ab 10 ha werden als Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten dargestellt.

Ausnahmen von den regionalplanerischen Darstellungen zur Freiflächenphotovoltaik sind für Flächen kleiner 10 ha möglich, sofern folgende Standortvoraussetzungen vorliegen:

- **die Wiedernutzung von gewerblichen, bergbaulichen, verkehrlichen oder wohnungsbaulichen Brachflächen oder baulichen Bereichen militärischer Konversionsflächen,**
- **Aufschüttungen,**
- **Standorte entlang von Bundesfernstraßen oder Schienenwegen einschließlich Lärmschutzwällen oder**
- **technische Anlagen im Außenbereich**
- **sowie landwirtschaftlich genutzte Flächen außerhalb von**
 - **Naturschutzgebieten nach § 23 BNatSchG,**
 - **Nationalparks, Nationalen Naturmonumenten und Biosphärenreservaten nach §§ 24 u. 25 BNatSchG,**
 - **Naturdenkmälern nach § 28 BNatSchG,**
 - **geschützten Landschaftsbestandteilen nach § 29 BNatSchG,**
 - **gesetzlich geschützten Biotopen nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 42 LNatSchG NRW,**
 - **Biotopverbundflächen der Stufen I und II der Fachbeiträge des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV nach § 8 LNatSchG,**
 - **Überschwemmungsgebieten nach § 83 LWG und**
 - **Entwicklungskorridoren entlang von Fließgewässern nach der „Blauen Richtlinie“.**

Begründung:

Die klimapolitischen Zielsetzungen erfordern sowohl massive Maßnahmen zur Energieeinsparung als auch eine effektive raumordnerische Steuerung insbesondere von Windkraft- und Solarnutzung. Es sollten deshalb in den Regionalplänen nicht nur für die Windenergienutzung, sondern auch für die Nutzung der Freiflächenphotovoltaik Vorranggebiete mit Eignungswirkung ausgewiesen werden, um eine effektive

<p>regionalplanerische Steuerung zu ermöglichen. Die Naturschutzverbände regen deshalb an, den Regionalplan um das o.g. Ziel zu ergänzen und im weiteren Erarbeitungsverfahren geeignete Flächen für Freiflächenphotovoltaikanlagen darzustellen. Das vorrangig zu nutzende Potenzial für Solarenergienutzung in/an Gebäuden soll durch eine regionalplanerisch gesteuerte Nutzung durch Freiflächenphotovoltaikanlagen ergänzt werden.</p>	
---	--

1007394, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>3 Entsorgungsinfrastruktur</p> <p><u>Ziel Z.41 Standorte für Abfalldeponien sichern, Ziel Z.42 Neue Standorte für Deponien raumverträglich steuern</u></p> <p>Die vorgesehene Regelung schließt nur raumbedeutsame neue Deponien aus bzw. stellt solche neuen Deponien unter ein Regionalplan-Erfordernis.</p> <p>Die Naturschutzverbände halten es aber für geboten, auch kleinere Deponien (unter 10 ha Flächengröße) unter ein Regionalplan-Erfordernis zu stellen. Daher wird vorgeschlagen, die Deponiestandorte als Eignungsgebiete darzustellen.</p> <p>Denn schon Erddeponien, mehr noch DK I-Deponien etc. stellen faktisch immer schwerwiegende Beeinträchtigungen für den Wasser-, Natur- und Artenschutz sowie den Landschaftsschutz und die Anwohner dar. Das zeigen die Erfahrungen der Naturschutzverbände zu zahlreichen Einzelverfahren.</p> <p>Es wäre aus Gründen der Rechtssicherheit ? gerade auch für die Deponiebetreiber - sowie wegen der vorhersorgenden Planung und optimierten Alternativensuche sinnvoll, wenn alle Deponien unter ein Regionalplan-Erfordernis fallen würden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und zur Umsetzung des Ziels 8.3-1 LEP NRW sind gemäß der landesweit einheitlichen Vorgehensweise bei der Darstellung von Abfalldeponien in Regionalplänen (Erlass vom 11. März 2011 Stk-AZ:30.08.50.03/MKULNV-AZ: IV-3/IV-2840.02) als raumbedeutsam eingestuft Deponien unabhängig von der Art des Betreibers und der Zugänglichkeit bis zum Abschluss der Stilllegungsphase in Regionalplänen zeichnerisch festzulegen. Entsprechend der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW erfolgt die Festlegung als Vorranggebiet. Sonstige, nicht raumbedeutsame Deponien sind regionalplanerisch nicht zu sichern.</p>

1007395, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Nicht energetische Rohstoffe</p> <p><u>Zu 5.4.2 Festgesteine</u></p> <p>Die Darlegungen werden im Grundsatz akzeptiert.</p> <p>Allerdings vertreten der Naturschutzverbände die Auffassung, dass auch für den Abbau von Festgesteinen zukünftig ? also nach dem Vorliegen des Monitorings des Geologischen Dienstes ? die Darstellung von BSAB mit Eignungswirkung geboten ist. Denn auch der Abbau von Festgesteinen führt faktisch immer zu Konflikten mit dem Schutz des Grundwassers und dem Biotop- und Artenschutz. Daneben sind Konflikte mit dem Schutz des Landschaftsbildes und den Belangen der Bevölkerung selbst bei eher kleineren Steinbrüchen an der Tagesordnung. Daher ist eine Steuerung der Festgesteins-Abbau-Tätigkeit durch die Regionalplanung angezeigt, um die absehbaren Konflikte planerisch schon im Vorfeld zu bewältigen.</p> <p>Daher halten die Naturschutzverbände die Darstellung zukünftiger Festgesteins-BSAB als Vorranggebiete mit Eignungswirkung für nötig.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für das zukünftig erforderliche Verfahren zur Aufstellung eines sachlichen Teilplan Nicht Energetische Rohstoffe für die Rohstoffgruppe Festgesteine gegeben.</p> <p>Abweichend von bisherigen Planentwurf bleiben die zeichnerischen und textlichen Festlegungen des bestehenden Regionalplan zu Festgestein-BSAB von der Regionalplan-Neuaufstellung und dem Teilplan NR unberührt und gelten fort. Siehe hierzu StnID 1026270.</p>

Inhalt**Bedenken und Anregungen zum Umweltbericht**

Nach Auffassung der Naturschutzverbände ist der Umweltbericht in wesentlichen Punkten unvollständig und daher als Entscheidungsgrundlage für die regionalplanerische Abwägung ungeeignet. Insbesondere fehlt eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Schutzgut Fläche, was sich einerseits in einer nur floskelhaften und oberflächlichen Behandlung dieses Themas und andererseits am Ausbleiben einer Prüfung von flächensparenden Planungsalternativen zeigt. Die Umweltprüfung wird außerdem nicht dazu genutzt, eine nachhaltige Planung der Raumentwicklung zu fördern, insbesondere die Siedlungsentwicklung und das Abtragungsgeschehen auf konfliktarme Standorte zu lenken, für die Durchsetzung der Ziele zu Umwelt und Naturschutz des Regionalplans selbst zu sorgen und die Regulierungswirkung des Regionalplans im Hinblick auf das Erreichen der planungsleitenden/ übergeordneten Ziele zu überprüfen und zu gewährleisten. Dem Vorsorgecharakter der Umweltprüfung wird damit nicht entsprochen, ihre Potenziale werden nicht genutzt. Das ist für einen Regionalplan, der rechtlich bindend und für lange Zeiträume - so gut wie unbefristet - großräumige Flächennutzungen festsetzt, die in der Regel vielfältige und in ihrer Gesamtheit gravierende Umweltauswirkungen hervorrufen, nicht angemessen.

Auch, wenn eine Strategische Umweltprüfung durch ihre Komplexität nach wie vor eine methodische Herausforderung darstellt, muss sie die Umweltauswirkungen in ihrer Gesamtheit und Zusammenschau darlegen und im Hinblick auf ihre Erheblichkeit nachvollziehbar bewerten. Nur dann kann sie ihre Aufgabe als angemessene Entscheidungs- und Abwägungsgrundlage erfüllen. Diesen Anforderungen wird die vorliegende Umweltprüfung in keiner Weise gerecht. Umweltauswirkungen werden in vielen Teilen weder umfassend/ angemessen ermittelt und dargestellt, noch in ihrer Erheblichkeit fachlich nachvollziehbar auf Basis der Wirkfaktoren und der teilräumlichen Ausprägungen der Schutzgüter im Hinblick auf ihre wertbestimmenden fachlich-rechtlichen Zielsysteme und diesbezüglicher konkretisierender Planungen/ Konzepte bewertet.

Die Bewertung der Umweltauswirkungen stellt hier aber rein auf eine Flächenbetroffenheit ab, die Wirkfaktoren, Auswirkungen auf die ökologischen Funktionen der Schutzgüter sowie eine Einstufung der Beeinträchtigung (Erheblichkeit) dieser Funktionen wird nicht vorgenommen. Eine Alternativenprüfung findet nur in wenigen Einzelfällen für einzelne Flächenfestlegungen und nicht systematisch nach einheitlichen Kriterien statt, eine Betrachtung von Kumulationswirkungen zwischen den Schutzgütern und Summationswirkungen mit weiteren Planfestlegungen und Planungen/ Vorhaben im Umfeld findet nicht statt, Ausgangsbelastungen werden zwar

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Aussage, dass die Umweltauswirkungen in vielen Teilen weder umfassend/ angemessen ermittelt und dargestellt, noch in ihrer Erheblichkeit fachlich nachvollziehbar auf Basis der Wirkfaktoren und der teilräumlichen Ausprägungen der Schutzgüter im Hinblick auf ihre wertbestimmenden fachlich-rechtlichen Zielsysteme und diesbezüglicher konkretisierender Planungen/ Konzepte bewertet werden, ist nicht korrekt. Im Anhang A zum Umweltbericht (Methodenteil) erfolgt eine detaillierte Darlegung, wann eine Betroffenheit eines jeden Schutzgutkriteriums eine erhebliche Umweltauswirkung auslöst. Hier wird auch dargelegt, dass; soweit auf Regionalplanebene möglich, auch Wirkungen berücksichtigt werden, die über die Flächeninanspruchnahme hinaus gehen (sog. Umfeldbetrachtung bzgl. betriebsbedingter Wirkungen).

Eine Alternativenprüfung ist im Rahmen der detaillierten Prüfung nur bei den Plangebieten sinnvoll, die insgesamt voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen auslösen. Plangebiete, die schutzgutübergreifend nicht zu voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen führen, müssen keiner Alternativenprüfung unterzogen werden. Eine Alternativenprüfung ist zudem nur dann sinnvoll, wenn bestimmte Kriterien betroffen sind (i.d.R. rechtlich besonders relevante Kriterien wie die Betroffenheit von Schutzgebieten). Bei der Betroffenheit von schutzwürdigen Böden beispielsweise ist eine Alternativenprüfung nicht zielführend, da nahezu die gesamte Planungsregion durch schutzwürdige Böden charakterisiert ist und auch Alternativen wieder zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Kriteriums führen würden.

Wie im Umweltbericht in Kap. 7 (Darlegung der in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten) dargelegt, beginnt zudem die Alternativenprüfung bereits im Rahmen der Festlegung der jeweiligen Plangebiete, d.h. der Umweltprüfung vorgelagert. Auch dies trägt bereits in hohem Maße zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltwirkungen bei.

Auch die Aussage, dass eine Betrachtung von Kumulationswirkungen zwischen den Schutzgütern und Summationswirkungen mit weiteren Planfestlegungen und Planungen/ Vorhaben im Umfeld nicht stattfindet und Ausgangsbelastungen nur rudimentär in den Prüfbögen aufgeführt werden, dann aber in der Bewertung der Umweltauswirkungen keine Berücksichtigung mehr finden, ist nicht korrekt. Die

rudimentär in den Prüfbögen aufgeführt, finden spätestens in der Bewertung der Umweltauswirkungen aber keine Berücksichtigung mehr. Hinsichtlich der Schutzgutbetrachtung fehlt insbesondere eine substantiierte Auseinandersetzung mit dem Schutzgut ?Fläche?. Die Behandlung dieses zentralen Schutzgutes im Hinblick auf die Bedeutung des Flächenverbrauchs als wesentlichen Belastungsfaktor für den Freiraum- und Umweltschutz kann nur als marginalisierend bezeichnet werden. Damit werden wesentliche Auswirkungen der Planung auf die Umwelt nicht angemessen erhoben und bewertet.

Im Folgenden werden die Defizite im Einzelnen näher beschrieben.

übergreifende Berücksichtigung von Summationswirkungen erfolgt im Rahmen der Gesamtplanbetrachtung im Umweltbericht (Kap. 8).

Auch die Aussage, dass eine Betrachtung von Kumulationswirkungen zwischen den Schutzgütern und Summationswirkungen mit weiteren Planfestlegungen und Planungen/ Vorhaben im Umfeld nicht stattfindet und Ausgangsbelastungen nur rudimentär in den Prüfbögen aufgeführt werden, dann aber in der Bewertung der Umweltauswirkungen keine Berücksichtigung mehr finden, ist nicht korrekt. Die übergreifende Berücksichtigung von Summationswirkungen erfolgt im Rahmen der Gesamtplanbetrachtung im Umweltbericht (Kap. 8).

Inhalt

Methodik der Strategischen Umweltprüfung

Keine Projektbögen für Flächen der Vorprüfung/ Altfestlegungen

Für eine Reihe von Siedlungsflächen ist im Rahmen einer Vorprüfung festgelegt worden, ob eine vertiefende Prüfung erforderlich ist oder nicht. Diese Vorprüfungen sind im Umweltbericht nicht dokumentiert. Zur Gewährleistung der notwendigen Transparenz sollten die Vorprüfungen nicht dokumentiert. Zur Gewährleistung der notwendigen Transparenz sollten die Vorprüfungen mit dem Umweltbericht zur Verfügung gestellt werden.

Die Naturschutzverbände erbitten die Übersendung dieser Vorprüfungen und behalten sich vor, hierzu weitere Hinweise und Bedenken einzureichen.

Die Naturschutzverbände fordern außerdem eine Offenlegung darüber, welche der Altfestlegungen aus den alten Teilplänen und aus bestehenden Flächennutzungsplänen einer Umweltprüfung unterzogen wurden. Insbesondere ist auch darzulegen, inwiefern die FNP-Flächen, die außerhalb der im Entwurf dargestellten Siedlungsbereiche weitere Siedlungsflächenpotenziale darstellen und die nicht in die Bedarfsberechnung eingehen, geprüft wurden. Die Naturschutzverbände lehnen die dargelegte Vorgehensweise ab, nach der Flächen in bestehenden Flächennutzungsplänen nicht mehr geprüft werden, wenn für den FNP bereits eine Umweltprüfung durchgeführt wurde. Hier kommt es auf das Alter der Umweltprüfung an. Der Regionalplan legt die Raumentwicklung für die nächsten 25 Jahre fest. Die Umweltauswirkungen sollten grundsätzlich für alle noch unbebauten und nicht verbindlich beplanten (Bebauungsplanung) Flächen nach regionsweit einheitlichen Kriterien geprüft und bewertet werden. Erfolgte Prüfungen sollten wie bei anderen Planungen und Vorhaben auch nicht älter als 5 Jahre sein. Bisher nicht in Anspruch genommene Freiflächen haben sich in ihrem Bestand und ihrer Wertigkeit ggf. weiterentwickelt. Eine 10 Jahre alte Umweltprüfung für einen FNP ist nicht akzeptabel als Grundlage für die Beurteilung. Außerdem haben sich die Schutzgutkataloge und weitere Vorgaben aus ROG und UVPG geändert. Außerdem können und müssen FNP-Flächen zurückgenommen werden, wenn sie dem Regionalplan widersprechen und/ oder ein Flächenüberhang besteht (s. Kapitel C.3.1.2 *Zur Begründung: B. Methodik - Ermittlung der Siedlungsflächenreserven*).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Methodik zur vertiefenden Prüfung ist im Umweltbericht dargelegt und entspricht der Vorgehensweise entsprechend dem Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung. Die sich daraus ergebenden vertiefenden Prüfungen können anhand der vorliegenden Unterlagen im Einzelnen und transparent nachvollzogen werden. Flächennutzungsplan-Reserven wurden in die Prüfung einbezogen, sofern für diese bislang keine Umweltprüfung erfolgt ist und auf Ebene der Regionalplanung die Möglichkeit erheblicher Umweltauswirkungen nicht ausgeschlossen werden kann. Die umfassende Darstellung der Ermittlung der zu vertieft zu prüfenden Bereiche bzw. der Bereiche, für die kein Erfordernis für eine vertiefende Prüfung besteht in den Verfahrensunterlagen bzw. dem Umweltbericht würde einen unverhältnismäßigen und nicht leistbaren Aufwand bedeuten. Auch würde dies aus Sicht der Regionalplanungsbehörde zu einer unnötigen Aufblähung der Verfahrensunterlagen führen. Entsprechend wird auch die geforderte Wiederholung bereits erfolgter Umweltprüfungen im fünfjährigen Turnus beurteilt.

Inhalt**Nicht ausreichende Berücksichtigung relevanter Umweltziele**

Die Abarbeitung der Umweltprüfung kann im Hinblick auf bewertungsbedeutsame Sachverhalte auf solche Aspekte beschränkt werden, die eine Erheblichkeit der Auswirkungen anzeigen können. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Darstellung der Ziele des Umweltschutzes, die für den Regionalplan von Bedeutung sind und in einschlägigen Gesetzen und Plänen festgelegt sind (Anlage 1 Nr. 1b) zu § 8 Abs. 1 ROG). Dabei weist § 40 Abs. 2 S. 2 UVPG bereits darauf hin, dass neben den geltenden Zielen auch sonstige Umwelterwägungen berücksichtigt werden können. Von diesen Zielen werden dann die in der SUP anzuwendenden Bewertungskriterien für die Umweltauswirkungen abgeleitet. So wird der grundsätzliche Rahmen für die Ermittlung und Beschreibung der Umweltauswirkungen festgelegt. Dies gilt auch für die dafür erforderliche Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands nach Anlage 1 Nr. 2a) zu § 8 Abs. 1 ROG.

Die im Einzelfall ausgewählten Ziele bilden damit das inhaltliche Rückgrat der SUP. Der Zielbegriff beinhaltet nach dem Leitfaden zur Strategischen Umweltprüfung des UBA/ BMU (2010) sämtliche Zielvorgaben, die auf die Sicherung oder Verbesserung des Umweltzustandes gerichtet sind, und beinhaltet auch die Ausrichtung am Vorsorgeprinzip. Darunter sind sowohl Rechtsnormen (Gesetze, aber auch z.B. Schutzgebietsverordnungen und Erlasse), als auch andere Pläne (z.B. Klimaschutzplan, Landschaftspläne, Luftreinhaltepläne) und Programme sowie politische Beschlüsse (z.B. Nachhaltigkeitsstrategie, Flächensparziel) zu fassen. Die rechtlichen Normen beinhalten ggf. Ziel- und Grundsatznormen, Ge- und Verbote, Planungsleitsätze und Optimierungs- und Berücksichtigungsgebote. Für die Konkretisierung können und müssen neben geeigneten Kriterien aus Rechts- und Verwaltungsvorschriften auch nicht-hoheitliche Umweltziele z.B. aus Fachplanungen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen herangezogen werden.

Die in der vorliegenden SUP vorgenommene Auswahl an Umweltschutzzielen und Kriterien ist nicht ausreichend. Die Darstellung der Ziele des Umweltschutzes beschränkt sich ausschließlich auf hoheitlich fixierte Zielsetzungen; sich daraus ergebende, zielkonkretisierende Maßnahmen- und Umsetzungsplanungen wie z.B. die Maßnahmenkonzepte zur Umsetzung des FFH-Schutzes, die Maßnahmenprogramme/ Umsetzungsfahrpläne nach WRRL-Richtlinie, ggf. regionale/ örtliche Klimaschutzkonzepte und insbesondere die in den Landschaftsplanungen formulierten Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege (in NRW rechtlich bindend) werden nicht berücksichtigt. Unverständlicherweise werden auch die Inhalte des geltenden Regionalplanes selbst nicht herangezogen, in der Zielaufstellung finden sich die Ziele und Grundsätze z.B. zum Thema Freiraumschutz oder Klimaanpassung nicht wieder.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die methodische Vorgehensweise bei der Ableitung der Kriterien für die Umweltprüfung erfolgt unter Berücksichtigung des ?Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung?, der vom MWIDE 2020 herausgegeben wurde.

Die dargelegten Ziele werden für das Schutzgut Klima / Luft im Zuge der Überarbeitung des Umweltberichtes für die 2. Offenlage umfänglich ergänzt, um den Themen Klimaschutz, Klimaanpassung, Treibhausgasemissionen gerechter zu werden. Hieraus leiten sich beim Schutzgut Klima / Luft auch weitere Kriterien der Umweltprüfung ab.

Die dargestellten Ziele ermöglichen eine für den Bereich der Regionalplanung einheitliche und flächendeckende Beurteilung, die bei Berücksichtigung bspw. von Maßnahmenkonzepten, die sich ausschließlich auf Teilräume beziehen, nicht möglich ist. Zudem orientieren sich auch untergeordnete Konzepte/Maßnahmen an den gesetzlich fixierten Zielen.

Eine Berücksichtigung der Ziele des Regionalplans selbst widerspricht den methodischen Anforderungen. Die Ziele des Regionalplans sind Prüfgegenstand der SUP und dort ebenfalls hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen zu prüfen. Eine Berücksichtigung als Bewertungsmaßstab der SUP schließt sich daher aus.

Es sind nachvollziehbare Bewertungskriterien/ Indikatoren zu entwickeln, anhand derer die Auswirkungen der Regionalplanung in ihrer Erheblichkeit beurteilt werden können. Unter Berücksichtigung dieser planungsrelevanten Ziel- und Umsetzungssysteme sind die ausgewählten Kriterien zur Einstufung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen in Teilen deutlich zu ergänzen (s.u.).

Inhalt**Fehlende Beschreibung aktueller Umweltprobleme**

Nach § 40 Abs. 2 Nr. 4 UVPG ist im Umweltbericht die Angabe der derzeitigen für den Plan oder das Programm bedeutsamen Umweltprobleme erforderlich. Dabei ist insbesondere auf Probleme einzugehen, die sich auf ökologisch empfindliche Gebiete wie die Schutzgebiete und Schutzgegenstände des Naturschutzes beziehen. Zu integrieren sind dabei auch Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind und Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte. Dabei ist aus Sicht der Naturschutzverbände auf die regionalen Unterschiede im Regionalplangebiet einzugehen. Hierbei ist insbesondere zu unterscheiden zwischen den unterschiedlich geprägten regionalen Bereichen (z.B. Ballungskernraum, Ballungsrandzone, ländlich geprägte Bereiche). Eine genauere Betrachtung erfordert die Gefährdung von Lebensräumen und Arten, für die eine besondere Verantwortung im Planungsgebiet besteht (für die FFH-Arten/ Lebensraumtypen, planungsrelevante Arten). Die Ursachen für die Gefährdungen sind zu benennen, um die Auswirkungen der Planung angemessen beurteilen zu können. Hier sei auf folgende Umweltprobleme hingewiesen, die aus Sicht der Naturschutzverbände behandelt werden müssen:

- derzeitige und zukünftige (im Rahmen weiterer bekannter Planungen) Situation des Flächenverbrauchs und hierdurch bedingte Verluste von Freiraum und insbesondere von Lebensräumen (im Rahmen der Gesamt-Neuaufstellung des Regionalplans),
- Probleme durch den weitergehenden Rückgang bzw. auch die Intensivierung der Landwirtschaft,
- Auswirkungen von Straßen (z.B. auch auf schutzwürdige Lebensräume),
- derzeitige Situation und Gefährdung unzerschnittener Räume, auch im Rahmen weiterer bekannter Planungen,
- bestehende Situation unter Einbezug der Defizite an (Nah-)Erholungsräumen und Vorbelastungen in den Ballungsraumbereichen,
- Zerschneidungsgefährdung zusammenhängender großräumiger Biotopkomplexe,
- Beeinträchtigungen durch Emissionen bzw. Immissionen (insbesondere durch Straßen u. besonders emittierende Betriebe),
- Umweltprobleme durch Rückzug der Träger des schienengebunden ÖPNV aus der Fläche,
- bestehende artenschutzrechtliche Probleme bei Beeinträchtigung von Lebensstätten
- Defizite bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die regionalen Unterschiede im Planungsgebiet spiegeln sich durch die unterschiedliche Ausprägung einzelner Schutzgutkriterien in der Planungsregion wider. Im Rahmen der Umweltprüfung ist keine weitere Differenzierung erforderlich.

Arten, für die eine besondere Verantwortung in der Planungsregion besteht, werden über die Natura 2000-Vorprüfungen sowie über die Berücksichtigung von planungsrelevanten Arten, und hier insbesondere von verfahrenskritischen Vorkommen bestimmter Arten entsprechend in der Umweltprüfung gewürdigt.

Die vom Einwender genannten spezifischen Umweltprobleme lassen keine detailliertere Prognose der Umweltauswirkungen zu, sondern stellen eine Auflistung von derzeit bestehenden sowie zukünftigen Umweltproblemen dar. Der Hinweis wird aber zur Kenntnis genommen und die genannten Aspekte werden im Rahmen der Überarbeitung der Unterlagen für die 2. Beteiligung noch einmal geprüft.

Anzumerken ist, dass der vom Einwender genannte Bezug zum UVPG für den Umweltbericht zum Regionalplan nicht anzuwenden ist, sondern § 8 des Raumordnungsgesetzes. In Anlage 1 ROG werden die Umweltprobleme nicht genannt.

Inhalt**Nicht ausreichende Indikatorenauswahl für die Erfassung und Bewertung**

Die Methodik zur Bewertung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen basiert auf der Auswahl von flächenbezogenen Indikatoren, bei denen jede Flächeninanspruchnahme/Lage in der Fläche als mögliche erhebliche Beeinträchtigung gewertet wird (ja/ nein). Das Bestreben, die Umweltprüfung durch ein gut handhabbares, schematisiertes Prüfprogramm zu bewältigen, ist nachvollziehbar und hat sicher seine Berechtigung. Allerdings wird hier eine Vereinfachung der Komplexität des Prüfungsfalles vorgenommen, die der Aufgabe einer strategischen Umweltprüfung nicht gerecht wird.

Nach § 40 (1) S. 2 UVPG sind im Umweltbericht die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen eines Plans oder Programms auf die Schutzgüter zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Dabei dient die Umweltprüfung einer wirksamen Umweltvorsorge (§ 3 S. 2 UVPG). Umweltauswirkungen sind nach § 2 Abs. 2 S. 1 UVPG unmittelbare und mittelbare Auswirkungen der Durchführung eines Plans oder Programms auf die Schutzgüter. Diese sind zunächst zu ermitteln und zu beschreiben, bevor die Bewertung der Erheblichkeit anhand der aufgestellten Kriterien erfolgt. In der vorliegenden Umweltprüfung werden aber von vorneherein Kriterien abschließend festgelegt, bei deren ? vorwiegend rein flächenmäßiger - Betroffenheit eine voraussichtliche Erheblichkeit von Umweltauswirkungen generell angenommen/ festgelegt wird, z.B. jede flächenmäßige Betroffenheit von NSG oder FFH-Gebieten.

Dieses Vorgehen erinnert an den Einsatz von Tabukriterien für Flächenfestlegungen mit Konzentrationswirkung wie Bereiche für die Sicherung und den Abbau von Bodenschätzen (BSAB) oder Windenergiebereiche. Die Bewertungskriterien dienen aber wie oben dargestellt dazu, eine Erheblichkeit anzeigen und feststellen zu können. Ob diese Erheblichkeit vorliegt, kann dabei immer nur im Einzelfall, also bezogen auf die jeweilige räumliche Festlegung beurteilt werden und zwar abhängig von den einzelnen Wirkfaktoren der jeweiligen Festlegung, von dem Ausgangszustand der räumlich betroffenen Umwelt inklusive dem Erreichungsgrad der berücksichtigten Umweltziele, bestehenden Beeinträchtigungen und Defiziten, sowie von eventuellen Wechselwirkungen unter den Schutzgütern und Kumulationswirkungen mit anderen Festlegungen. Die Kriterien müssen demnach auch eine graduelle Einstufung im Hinblick auf die konkret vorliegende, spezifische Betroffenheit nicht nur der Flächen, sondern auch ihrer Funktionen erlauben, um dann über die Erheblichkeit entscheiden zu können. Sie müssen mit Bewertungsstufen versehen sein, um die Einordnung der Erheblichkeit nachvollziehbar zu machen.

So sollte in den Flächensteckbriefen mindestens angegeben werden, wie hoch der Anteil einer Flächeninanspruchnahme der Plangebietsfläche für das jeweilige

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Prüfungsumfang wurde nicht vereinfacht, sondern der Maßstabsebene des Regionalplans angepasst. Es werden nicht nur flächenbezogene Beeinträchtigungen berücksichtigt, sondern auch Wirkungen im Umfeld der Planfestlegungen. Das Umfeld wurde dabei unter Berücksichtigung der Wirkfaktoren der einzelnen Planfestlegungen und der Empfindlichkeit der Schutzgutkriterien abgegrenzt (vgl. Anhang A zum Umweltbericht).

Die Vorgehensweise stellt keinen Widerspruch zu den Inhalten des vom Einwender zitierten § 2 Abs. 2 S. 1 dar. Zudem werden in Kap. 5.3.1 des Umweltberichtes vor Durchführung der Umweltprüfung und der Darstellung der Ergebnisse der Umweltprüfung die Wirkfaktoren genannt, die voraussichtlich bezogen auf jede relevante Planfestlegung zu erwarten sind. In diesem Kapitel wird auch dargelegt, warum bestimmte Wirkfaktoren (z.B. baubedingte, tlw. betriebsbedingte) auf Regionalplanebene nicht berücksichtigt werden können. Bei der detaillierten Prüfung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen einzelner Plangebiete werden sehrwohl die jeweils relevanten Wirkfaktoren, der Ausgangszustand (Bestand) und vorhandene Vorbelastungen berücksichtigt. Ein methodisches Defizit ist hier nicht zu erkennen. Auch die kumulativen Wirkungen werden im Rahmen der Gesamtplanbetrachtung im Umweltbericht berücksichtigt.

Die Bewertung der Erheblichkeit erfolgt grundsätzlich sehr vorsorglich.

Die konkrete Angabe der prozentualen Betroffenheit eines Schutzgutkriteriums durch ein Plangebiet ist nicht zielführend, da es an der Bewertung der Erheblichkeit nichts ändert. Zudem ist beispielsweise die flächenmäßige Beanspruchung der Siedlungsflächen innerhalb eines ASB auf Regionalplanebene noch gar nicht bekannt, so dass es bei einer prozentualen Darlegung der Überlagerung eines ASB mit einem Schutzgutkriterium auf den nachgelagerten Planungsebenen ein viel geringerer Anteil sein kann, der letztendlich von konkreten Siedlungsnutzungen beansprucht wird.

Auch die Darlegung z.B. einer Zerschneidungswirkung eines ASB für eine Biotopverbundfläche würde nichts an der Bewertung der Erheblichkeit der Umweltauswirkung ändern. Die Betroffenheit von Biotopverbundflächen besonderer Bedeutung wird zudem im Prüfbogen dargestellt und es wird somit der Hinweis für die

Prüfkriterium ist (z.B. 39 % des Plangebietes führen zur Flächeninanspruchnahme in Überschwemmungsgebieten bzw. HQ-extrem-Gebieten). Allein diese Angabe erlaubt zwar hinsichtlich der Abwägung keine konkrete Einschätzung darüber, was diese Betroffenheit für den Zustand des Schutzgutes und seine ökologischen Funktionen im konkreten Raum bedeutet, wäre aber schon ein erster Schritt hin zur konkreten Beurteilung der Umweltauswirkungen. Es wäre bei einer Betroffenheit bspw. auch darzulegen, welche Zerschneidungswirkung ein ASB für den Biotopverbund hat und insbesondere, ob weitere Darstellungen die Biotopverbundfläche beeinträchtigen. Hierbei sind auch die Biotopverbundflächen besonderer Bedeutung in den Blick zu nehmen.

Welche Auswirkung die Nichtbetrachtung dieser Aspekte hinsichtlich einer defizitären bis mangelhaften Einschätzung von Umweltauswirkungen hat, legen die Naturschutzverbände anhand der Stellungnahme zur Siedlungsflächendarstellung im ?Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechts-rheinisch? im Kölner Süden (s. Kapitel E.1.5) exemplarisch dar. Die dort aufgeführten Sachverhalte können relativ einfach anhand regionsweit zur Verfügung stehender Daten erhoben werden.

nachgelagerten Ebenen gegeben.

Bzgl. der Ausgleichsvorschläge zum ?Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechts-rheinisch? siehe die Stn.-IDs 1003770 und 1003788.

Inhalt

Erforderliche Ergänzung der Indikatoren für die Prognose erheblicher Umweltauswirkungen

Demzufolge sind die Indikatoren/ Kriterien für die Beurteilung der Umweltauswirkungen zu ergänzen. Im Weiteren überzeugt die Zuordnung der Kriterien jeweils ausschließlich zu einem Schutzgut nicht; einige Kriterien müssen zur sachgemäßen Beurteilung/ Bewertung der Umweltauswirkungen bei mehreren Schutzgütern herangezogen werden. Dies ist auch deshalb erforderlich, weil die Umweltprüfung die Wechselwirkungen unter den einzelnen Schutzgütern ansonsten nicht erkennbar berücksichtigt.

Aus Sicht der Naturschutzverbände sind daher die im Folgenden aufgeführten Kriterien mindestens zu ergänzen und von der Erfassung und Darstellung der Bestandssituation, der spezifischen Auswirkungen der Planfestlegungen bis zur Bewertung vollständig abzuarbeiten (Übersicht, Begründung s.u.). Das bedeutet nicht, dass jede flächenmäßige Betroffenheit auch eine Erheblichkeit auslösen muss ? sie kann es aber.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Wie im Anhang A zum Umweltbericht dargelegt, erfolgt keine Mehrfachbenennung von Kriterien bei verschiedenen Schutzgütern, um Doppelbewertungen zu vermeiden.

Inhalt**Schutzgut Mensch / menschliche Gesundheit:***Bevölkerung*

Zum Schutzgut Mensch fehlt die Betrachtung des Faktors Bevölkerung, die bereits auf der Ebene der Regionalplanung einbezogen werden kann und muss. Bei ?Bevölkerung? kommt es vor allem auf die stärkere oder besondere Berücksichtigung von bestimmten Bevölkerungsgruppen an, wozu in erster Linie solche gehören, die aus Mangel an ökonomischen Ressourcen, fehlendem Zugang zu Bildung oder aufgrund von Erkrankungen und Behinderung sowie ihrer körperlichen Konstitution (z. B. junge und ältere Menschen) in besonderem Maße für gesundheitsbezogene Umweltbelastungen empfindlich sind ("vulnerable Gruppen"). Im Rahmen der Neudarstellungen/ Erweiterungen z.B. von ASB, GIB und BASB sind hier insbesondere die Auswirkungen zusätzlicher Immissionen durch veränderte/ zusätzliche Verkehrsströme zu betrachten. Eine Abschtichtung auf die nachfolgende Planungsebene ist hierbei nicht sinnvoll, da hierdurch die (ggf. auch erforderliche) Prüfung möglicher Alternativen im regionalen Gesamtzusammenhang unterbleiben würde (s.u.).

Innerhalb der Raumanalyse zur SUP ist dafür die Erfassung/ Darstellung und textliche Beschreibung für folgende Aspekte angezeigt:

- Erfassung von Einrichtungen, die für die vulnerablen Bevölkerungsgruppen relevant sind (z.B. Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Altenheime),
- zusätzliche Ableitung entsprechender Einrichtungen aus der Bauleitplanung der Kommunen.

Im Rahmen der Wirkungsprognose gilt es, Bewertungskriterien für die Berücksichtigung vulnerabler Gruppen zu entwickeln:

- Untersuchung der Auswirkungen des zusätzlichen Verkehrs von neuen Flächendarstellungen (ASB, GIB, BSAB) auf betroffene ASB (Lärm, Schadstoffe),
- Definition der Betroffenheit durch die Festlegung von ggf. spezifischen Abstandswerten für den Schutzgutaspekt Bevölkerung unter Berücksichtigung der relevanten Lärmgrenzwerte der 16. BImSchV,
- ergänzende verbale Ausführungen im Text und kartografische Darstellung im Falle der Betroffenheit solcher Einrichtungen.

*Klima***Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gerade die Auswirkungen durch zusätzliche Immissionen durch veränderte/ zusätzliche Verkehrsströme hängen in besonderem Maße von der konkreten Planung innerhalb der ASB / GIB ab und können auf Regionalplanebene nicht ausreichend prognostiziert werden.

Eine derart detaillierte Betrachtung ist auf Regionalplanebene nicht möglich. Zumal auch eine entsprechende Datengrundlage hierzu fehlt.

Überschwemmungsgebiete werden im Rahmen der Umweltprüfung beim Schutzgut Wasser berücksichtigt (festgesetzt, vorläufig gesichert, HQextrem). Das HQextrem wird dabei nachrichtlich im Prüfbogen aufgenommen. Beim HQextrem handelt es sich um Flächen, welche bei einem Mittel alle 500 Jahre auftretenden Hochwasser überflutet werden. Liegen Plangebiete innerhalb dieser Flächen, wird über die Prüfbögen der entsprechende Hinweis für die nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen gegeben.

Im Rahmen der Umweltprüfung wird bei der Prognose der Umweltauswirkungen immer eine worst-case-Betrachtung durchgeführt, d.h. es werden alle betroffenen Kriterien, unabhängig von ihrer Lage im Raum gleich behandelt. Würde dem Hinweis des Einwenders gefolgt, würde dies dazu führen, dass ggf. bislang prognostizierte erhebliche Umweltauswirkungen z.B. im ländlichen Raum abgewertet werden würden. Dies wird als nicht zielführend betrachtet. Die differenzierte Betrachtung in Großstädten, Kommunen oder ländlichen Bereichen ist auch aufgrund des Betrachtungsmaßstabs auf der kommunalen Planungsebene vorzunehmen.

Die Bedeutung eines Raumes für die Erholung spiegelt sich durch unterschiedliche Kriterien wider. Das vom Einwender angesprochene Landschaftsbild wird dabei beim Schutzgut Landschaft betrachtet, während die lärmarmen Räume beim Schutzgut Mensch betrachtet werden. Kriterien werden nicht mehreren Schutzgütern zugeordnet, um Doppelbewertungen zu vermeiden (s.o.)

Bei den lärmarmen Räumen werden nicht die Lärmaktionspläne der Kommunen, sondern die Daten des LANUV herangezogen, um flächendeckend für die Planungsregion eine einheitliche Bewertungsgrundlage zu haben. Konkrete

Des Weiteren bedarf auch das Schutzgut Mensch und insbesondere die menschliche Gesundheit der Berücksichtigung klimabezogener Kriterien, da die Auswirkungen der Planung auf klimatisch bedeutsame Bereiche u. U. erhebliche Auswirkungen haben kann (Weiteres s. unter Schutzgut Klima).

Überflutungsgebiete

Außerdem sollten die Überflutungsgebiete bei Extremereignissen, die aus den Hochwasser-gefahrenkarten ermittelt werden können, als Kriterium insbesondere bei der Beurteilung der Auswirkungen der Siedlungsentwicklung herangezogen werden.

Erholung

Für die Beurteilung der Auswirkungen der Planung auf die Erholungssituation ist es erforderlich, die bestehende Situation unter Einbezug der Defizite an (Nah-) Erholungsräumen und Vorbelastungen in den Großstädten zu erfassen und darzustellen. Je nach Lage im Raum sind die Auswirkungen geplanter Festlegungen in Folge der deutlich unterschiedlichen Bedarfe differenziert zu beurteilen. In den Großstädten müssen hier andere, schärfere Kriterien gelten als in den ländlichen Bereichen. Insbesondere in Stadtrandbereichen und in Kommunen mit geringem Anteil an Erholungsflächen haben Gebiete mit Erholungsfunktion eine sehr hohe Bedeutung für das Schutzgut Mensch/ menschliche Gesundheit. Hier sind erhebliche Umweltauswirkungen zu prognostizieren. Deshalb sind Gebiete mit hoher Erholungseignung aufgrund ihrer Ausstattung mit erholungsrelevanten Elementen (z.B. Wanderwege) und ihrer Naturnähe sowie ihrer Schönheit und Eigenart des Landschaftsbildes zu erfassen und hinsichtlich ihrer Erholungseignung zu bewerten. In Kommunen mit geringem Anteil an Naherholungsgebieten sind diese aufgrund ihrer Seltenheit gesondert zu bewerten.

In Anbetracht der Situation in NRW, das zu den am stärksten zerschnittenen und somit verlärmten Gebieten Deutschlands zählt, sind auch die ggf. in den Lärmaktionsplänen der Kommunen ausgewiesenen „ruhigen Gebiete“ heranzuziehen. Nach den Hinweisen der Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (2017) dient als Anhaltspunkt für eine Festlegung ruhiger Gebiete auf dem Land ein Pegelwert von LDEN=40dB(A) oder kleiner. In Ballungsgebieten werden als Anhaltspunkte eine Größe der Gebiete von über 4 km² und auf dem überwiegenden Teil der Flächen eine Lärmbelastung von LDEN≤50dB(A) genannt. In den Randbereichen soll danach ein Pegel von LDEN=55dB(A) nicht überschritten werden und es sollen keine erheblichen Lärmquellen in der Fläche vorhanden sein.

Um den oben aufgeführten Aspekten Rechnung zu tragen, sind darüber hinaus die Kriterien für das Schutzgut Landschaft für die Bewertung der Auswirkungen auf die Erholungssituation einzubeziehen (zu den Kriterien im Einzelnen s. unter Schutzgut Landschaft), so:

Ausführungen zur Berücksichtigung von Datengrundlagen finden sich im Umweltbericht im Kap. 3.

Alle vom Einwender genannten Aspekte werden im Rahmen der Umweltprüfung berücksichtigt, mit Ausnahme des letzten Punktes, welcher eher der kommunalen Planung zuzuordnen ist.

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none">• die auf landschaftsgebundene Erholung ausgerichteten Bereiche/ Schutzgebiete BSLE, Naturparke und Landschaftsschutzgebiete (s.u.),• das Landschaftsbild,• die UZVR, die einen wesentlichen Bestandteil der großräumigen Erholungsbereiche darstellen.• Außerdem ist hier auch der Bedarf an kurzfristig erreichbaren Naherholungsräumen zu nennen, der sich in Zukunft aufgrund der sich deutlich verstärkenden (bio)klimatischen Belastungen in den Innenstadtbereichen/ Ballungsraumgebieten noch verstärken dürfte. | |
|---|--|

Inhalt**Schutzgut Tiere, Pflanzen, Biologische Vielfalt**

Die Bewertung der Auswirkungen auf dieses Schutzgut ist durch die Angaben in der Tabelle nicht sachgerecht durchzuführen. Viele Aspekte der möglichen Beeinträchtigungen werden damit nicht angesprochen. Wesentliche naturschutzfachliche Ziele, die insbesondere dem Fachbeitrag und den Landschaftsplänen zu entnehmen sind, müssen in die Beurteilung integriert werden. Neben den naturschutzrechtlich geschützten Bereichen sind weitere schutzwürdige Bereiche als Bewertungskriterien heranzuziehen.

Biotopverbund

Grundsätzlich ist der Einbezug schutzwürdiger Biotope zu begrüßen und auch die Biotopverbundflächen sind hier aufgeführt. Allerdings sind neben den Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung auch die Flächen mit besonderer Bedeutung für die SUP heranzuziehen und ihre Beeinträchtigung ist darzulegen. Die Biotopverbundflächen sollen in ihrer Funktion als Verbindungsflächen die für die Populationserhaltung erforderliche Vernetzung sicherstellen. Danach vervollständigen diese Flächen das Biotopverbundsystem und sind unerlässlich für den Aufbau, den Erhalt und die Weiterentwicklung des landesweiten und regionalen Biotopverbundsystems. Dazu gehören auch landwirtschaftlich geprägte Bereiche, deren Strukturelemente nach § 21 (6) BNatSchG zu erhalten und zu schaffen sind. Nach § 21 (4) BNatSchG sind die erforderlichen Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente ?durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Absatz 2, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen rechtlich zu sichern, um den Biotopverbund dauerhaft zu gewährleisten?. Hier wird schon auf gesetzlicher Ebene keine Unterscheidung hinsichtlich der Wertigkeit von Kernflächen und Verbindungsflächen gemacht. Dies unterstreicht auch § 35 LNatSchG NRW, wonach ?ein Netz räumlich oder funktional verbundener Biotope (Biotopverbund) darzustellen und festzusetzen [ist], dass 15 Prozent der Landesfläche umfasst?. Ein Netz ist nur inklusive der Verbindungsflächen herzustellen. Dies wird auch bei der Betrachtung der Verteilung der beiden Flächenkategorien im LANUV-Fachbeitrag deutlich.

Es bedarf gerade auf der Ebene der Regionalplanung der Berücksichtigung von Verbundstrukturen, um die regionale Funktionsfähigkeit auch über die Planungsraumgrenzen hinaus zu gewährleisten. Die Inanspruchnahme/ Beeinträchtigung von Biotopverbund-Flächen sowohl von herausragender (Kernflächen) als auch besonderer (Verbindungsflächen) Bedeutung muss aus Sicht

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Wie im Anhang A (Kap. 3.2.7) dargelegt, geht es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren. Beim Biotopverbund ist dies die Betroffenheit der Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung. Die Betroffenheit von Biotopverbundflächen mit besonderer Bedeutung wird im Prüfbogen aber mit aufgenommen, so dass bei der Zulassung auf der nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen eine adäquate Berücksichtigung erfolgen kann.

Wie im Anhang A zum Umweltbericht (Kap. 3.2.7) dargelegt, wird auf die Betrachtung eines Umfelds bei diesem Kriterium verzichtet, da die Ermittlung und Bewertung von Umweltauswirkungen auf an die entsprechenden Habitate gebundenen Arten, die ggf. betroffen sein könnten, über die artenschutzrechtliche Betrachtung abgedeckt sind.

BSN und BSLE sind Festlegungen im Regionalplan und unterliegen daher selbst der Umweltprüfung (vgl. oben), so dass sie nicht als Bewertungskriterium für die Umweltprüfung herangezogen werden können. inhaltlich/fachlich erfolgt eine Berücksichtigung über die NSG und LSG, die i.d.R. flächengleich mit den BSN und BSLE sind.

Die Betrachtung der Waldflächen mit besonderer Bedeutung ist über die Kriterien Natura 2000, NSG, geschützte Biotope usw. abgedeckt; sie werden nicht als gesondertes Kriterium aufgenommen.

Grünländer mit besonderer Bedeutung sind über die Kriterien Natura 2000, NSG, geschützte Biotope usw. mit abgedeckt und werden nicht als gesondertes Kriterium aufgenommen (siehe zuvor).

Arten der Agrarbereiche werden über den Datensatz zu den planungsrelevanten Arten entsprechend berücksichtigt.

Die Festlegung der verfahrenskritischen Vorkommen planungsrelevanter Arten erfolgte durch das LANUV, d.h. von einer Fachbehörde.

der Naturschutzverbände daher im Umweltbericht dargestellt und im Falle der Verbindungsflächen auch im Einzelfall behandelt werden. Es ist ein Unterschied, ob durch eine Planfestlegung ein ganzer Verbundkorridor beseitigt oder erheblich beeinträchtigt wird, oder ob es sich um Verbundelemente handelt, die in einem ausreichenden räumlichen Zusammenhang wieder herzustellen wären.

Umfeldbetrachtung bei gesetzlich geschützten Biotopen, Biotopverbundflächen, schutzwürdigen Biotopen

Für diese Flächen ist ebenfalls eine Umfeldbetrachtung von 300m im Rahmen der SUP vorzusehen und zwar

- zum einen bezogen auf die Auswirkungen auf das jeweilige Gebiet wie z.B. die Gefährdung durch Lärm-/ Stoffeintrag/ Beschattung etc. und
- zum anderen bezogen auf die jeweils relevanten Arten, denen der konkrete Flächenschutz dient (Schutzzweck laut Gebietsausweisung/ Gebietsbeschreibung).

Weitere einzubeziehende Kriterien:

- Neben den aufgeführten Schutzgebieten sind auch die regionalplanerisch dargestellten bzw. darzustellenden BSN und BSLE, also die regionalplanerischen Ziele für den Freiraum selbst, zu berücksichtigen.
- Waldflächen (hier sind auch als Wald dargestellte Feldgehölze zu integrieren) sind Ökosysteme mit langer Entwicklungsdauer, die in der Regel eine große Artenvielfalt aufweisen. Ein Ausgleich von Wald dauert Jahrzehnte, bis eine annähernd vergleichbare Qualität wiederhergestellt ist. Auch Waldrandbereiche sind wichtige Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten.
- Aus naturschutzfachlicher Sicht ist ein weiterer Rückgang von Grünland zu verhindern und der ökologischen Bedeutung von Grünlandflächen hohes Gewicht beizumessen. Grünlandverluste sind bei der Bewertung der Umweltauswirkungen daher gesondert zu berücksichtigen.
- Bei der Betrachtung der Schutzgüter ?Tiere/ Pflanzen? sind die Kriterien um die Auswirkungen auf die Arten der Agrarbereiche zu ergänzen.

Artenschutz, verfahrenskritische Arten

Die Naturschutzverbände halten die Beschränkung der Liste der verfahrenskritischen planungsrelevanten Arten auf wenige sehr seltene, im Regierungsbezirk kaum noch vorkommende Arten für nicht sachgerecht

[Tabelle]

Insbesondere für die FFH-Verantwortungsarten besteht im Regierungsbezirk ein

besonderer Fokus, der bei allen Planungen und Maßnahmen berücksichtigt werden muss. Auch können Vorkommen andere Arten in Teilräumen eine hohe Bedeutung für die Erhaltung und Entwicklung der Art im Regierungsbezirk oder auch landesweit aufweisen.

Die Naturschutzverbände fordern, dass die im Biodiversitätskonzept für das Rheinische Revier in Kapitel F.1 benannten Arten hier einbezogen werden. Darüber hinaus legen sie eine Liste mit regionsweit bedeutsamen Arten vor, die bei der Bewertung der Umweltauswirkungen berücksichtigt werden sollten (s. Anhang 1).

Inhalt**Schutzgut Fläche**

Der Regionalplan schafft die Grundlage für die zukünftige Flächeninanspruchnahme/ Neuversiegelung durch Siedlungsvorhaben. Diese Flächeninanspruchnahme stellt die wesentliche Grundlage für die Beeinträchtigung von Natur und Landschaft und deren Funktionen dar. Somit ist das Schutzgut Fläche wahrscheinlich das am stärksten beeinträchtigte Schutzgut der vorliegenden Planung. Dieses Schutzgut ist auch im UVPG explizit im Schutzgutkatalog benannt (§ 1 Nr. 3 UVPG). Eine substantiierte Prüfung der Auswirkungen der Planung auf dieses Schutzgut findet im Umweltbericht allerdings nicht statt. Es wird lediglich für die umweltgeprüften Flächen die Flächengröße angegeben und in der Gesamtplanbetrachtung eine Flächenaufstellung vorgenommen, zu der als ?Gesamtbewertung? die lapidare Feststellung getroffen wird, dass ?die obigen Flächenangaben und der große Umfang an Planfestlegungen mit voraussichtlich überwiegend nicht nachteiligen bzw. positiven Umweltauswirkungen unterstreichen, dass der Regionalplanentwurf die Umweltbelange gezielt berücksichtigt, so dass die negativen Umweltauswirkungen des Planentwurfs zumindest begrenzt werden.? Dem Hinweis auf eine ?flächenschonende Planung? bspw. durch die Bedarfsberechnung können die Naturschutzverbände in keiner Weise folgen (s. Kapitel C.3).

Schon bei der Zusammenstellung relevanter Ziele des Umweltschutzes für dieses Schutzgut fehlen diesbezügliche Vorgaben aus dem LEP und untergesetzliche Regelungen wie die Deutsche Nachhaltigkeits- und Biodiversitätsstrategien von Bund und Land, die quantitative Zielwerte vorgeben. Die Grundsätze des ROG werden zwar in Kapitel 3 zur SUP zum Schutzgut Fläche benannt, wesentliche Textstellen wie die Anwendung quantifizierter Vorgaben zur Verringerung der Flächeninanspruchnahme (§ 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG), wofür eindeutige und landesweit gültige Zielwerte vorliegen, und die Vorgabe zur Begrenzung der Flächeninanspruchnahme im Freiraum (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG) werden aber nicht benannt. Andere Vorgaben zum Flächensparen werden benannt, aber für die Prüfung dann nicht weiter operationalisiert (z.B. Ausnutzung von Nach- und Innenverdichtungspotenzialen).

In Bezug auf das Schutzgut Fläche ist zu ermitteln, welche Flächeninanspruchnahme im Plangebiet durch die Planfestlegungen für den Planungszeitraum induziert wird und welche Auswirkungen dies auf die Erreichung der Flächensparziele hat. Dabei ist ein wesentlicher Faktor auch die der Bedarfsermittlung zugrunde gelegte Siedlungsdichte. Die Naturschutzverbände fordern eine Auseinandersetzung mit Alternativen für den Flächenverbrauch sowohl auf Ebene der Gesamtplanung als auch für die Prüfung der einzelnen Planfestlegungen. Dazu zeigen sie in Kapitel C.3.1.2 Flächeneinsparpotenziale über verschiedene ?Dichtepfade? auf. Für die einzelnen

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Hinweis wird berücksichtigt und im Zielkapitel (Kap. 3 des Umweltberichtes) werden entsprechende Ziele aufgenommen. Diesbezüglich wird auch die Gesamtplanbetrachtung und in dem Zusammenhang die Bewertung der Betroffenheit des Schutzgutes Fläche (Kap. 8 des Umweltberichtes) entsprechend geprüft.

Flächenfestlegungen können ebenfalls anhand dieser Dichtepfade unterschiedliche Möglichkeiten/ Alternativen für Flächengrößen und -abgrenzungen dargelegt werden. Außerdem sollten hier die aufgeführten Vorgaben aus ROG und BauGB zur Ausnutzung vorhandener Nach- und Innenverdichtungspotenziale abgeprüft werden und bei Vorhandensein als Alternativen dargestellt werden.

Außerdem sind sowohl die ermittelten Flächenbedarfe für Siedlungsbereiche als auch die neu geplanten Flächendarstellungen bzw. sämtliche noch nicht bebaute und noch nicht verbindlich beplante Flächen (Bebauungspläne) im Umweltbericht konkret mit Zahlen zu benennen. Sie bedingen den zukünftigen Flächenverbrauch und sind dementsprechend darzustellen. Die Festlegung des Fortbestands der bisherigen Regionalpläne der drei räumlichen Teilabschnitte Aachen, Bonn/ Rhein-Sieg und Köln sowie ihre Umsetzung als Prognose-Null-Fall für das Schutzgut Fläche lehnen die Naturschutzverbände ab.

Inhalt**Schutzgut Wasser**

Zur Beurteilung der Umweltauswirkungen eines Plangebiets auf das Schutzgut Wasser reicht es nicht aus, dessen Lage im Oberflächenwasserkörper oder im Umfeld (300 m) festzustellen. Ergänzend muss ggf. die Lage zum Strahlursprung oder zu einer Auenentwicklungsfläche, die z.B. aus der Maßnahmenübersicht nach § 74 LWG hervorgeht, gewichtet werden. Das Urteil auf die nachgeordnete Planungs- oder Zulassungsebene zu verschieben, kann bedeuten, der weiteren Verminderung von Gewässerentwicklungsflächen, die zur Zielerreichung nach der EG-WRRL unverzichtbar sind, nicht frühzeitig genug zu begegnen.

In Bezug auf das Kriterium ?Grundwasserkörper gemäß WRRL? ist naturgemäß festzustellen, dass sich alle Flächendarstellungen auf das Schutzgut auswirken. Es ist aber nicht ausreichend, die Betroffenheit nur jeweils in den Bewertungsbögen für die einer vertieften Umweltprüfung unterzogenen Einzeldarstellungen zu nennen. Dies ist zwar wichtig, hat aber keine Aussagekraft. Hier müsste die Größe des Grundwasserkörpers und die geplante Inanspruchnahme flächenmäßig bilanziert werden. Für jeden Grundwasserkörper ist zu beurteilen, ob eine Inanspruchnahme in der geplanten Größenordnung als erheblich einzustufen ist.

So gilt es, zu beurteilen, ob die geplante Versiegelung geeignet ist, den mengenmäßigen Zustand zu gefährden. Dazu muss die Änderung der Grundwasserneubildung aufgrund der Inanspruchnahme durch Siedlung etc. den bestehenden Entnahmen gegenübergestellt werden. Dazu sind die vorliegenden Daten zur bestehenden Flächenversiegelung, die Beschreibung der Grundwasserkörper (Beschaffenheit, Gefährdungspotenzial, Empfindlichkeit) und die Angaben zu Entnahmen aus dem Wasserbuch heranzuziehen. Als Kriterium für die Risikoabschätzung bezüglich des mengenmäßigen Zustandes kann in Anlehnung an die LAWA-Arbeitshilfe bei einem Wert von 10 bis max. 30% Verminderung der Grundwasserneubildung von einem Verstoß gegen das wasserrechtliche Verschlechterungsverbot ausgegangen werden. In diesem Zusammenhang sind auch Auswirkungen auf grundwasserabhängige Landökosysteme zu prüfen.

Eine Beurteilung kann dabei nur auf der regionalen Ebene erfolgen, da die Grundwasserkörper großflächig und gemeindeübergreifend sind. Die Regionalplanung muss der Aufgabe des langfristigen, vorsorgenden Grundwasser- und Trinkwasserschutzes auch durch eine Berücksichtigung in der Umweltprüfung gerecht werden. Die Prüfung des wasserrechtlichen Verschlechterungsverbotes kann gegebenenfalls auch im Rahmen eines Fachbeitrages Wasser erfolgen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bezogen auf Oberflächenwasserkörper ist es das Ziel, den ökologischen und chemischen Zustand der Gewässer nicht zu verschlechtern. Um dies konkret beurteilen zu können, müssen ? wie in Anhang A zum Umweltbericht (Kap. 3.5.3.2) dargestellt - die konkreten Wirkfaktoren, die anlage-, bau- und betriebsbedingt gegeben sind, bekannt sein. Eine detaillierte Prüfung ist daher auf Regionalplanebene nicht möglich. Diese muss auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen, soweit sie erforderlich ist. Auf Regionalplanebene wird in den Prüfbögen bereits der Hinweis für die nachgelagerten Ebenen gegeben.

Gleiches gilt für die Betroffenheit von Grundwasserkörpern.

Inhalt

Schutzgut Luft/ Klima

Auswirkungen des Klimas auf Pflanzen und Tiere

Auf diese Auswirkungen wird in der SUP nicht eingegangen. Dies ist aktuell unerlässlich und wird im Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege auch ausführlich behandelt. Hier spielen u.a. die Stabilisierung von Schutzgebieten und die Verbesserung von Lebensräumen sowie der Erhalt und Aufbau eines wirksamen Biotopverbundes mit großflächigen Schutzgebieten in guter Qualität eine Rolle. Dies dient der Offenhaltung und Schaffung von Freiraum- und Wanderkorridoren für Arten, die sich aufgrund der Veränderung ihrer Lebensräume neue, geeignetere Lebensräume (z.B. in kühleren oder feuchteren Gebieten) erschließen müssen. Insofern sind hier insbesondere auch die Verbindungsflächen, also Biotopverbundflächen der Kategorie II, zu berücksichtigen (s.o.).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Im Rahmen der Überarbeitung des Umweltberichtes für die 2. Offenlage werden die Themen Klimaanpassung, globale Klimafolgen und Treibhausgasemissionen ergänzt.

Inhalt

Schutzgut Landschaft

Als positiv ist die Berücksichtigung von geschützten Landschaftsbestandteilen und der Unzerschnittenen verkehrsarmen Räume zu werten. Grundsätzlich sollten hier zur Bewertung des Schutzgutes daneben auch die lärmarmen Räume in der Ausprägung mit herausragender Bedeutung für die naturbezogene Erholung herangezogen werden (s. Schutzgut Mensch, Erholung).

Landschaftsgebundene Erholung

Die Berücksichtigung von Naturparks und Landschaftsschutzgebieten wird auf einen nachrichtlichen Hinweis reduziert. Dem kann nicht gefolgt werden. Es ist möglich, auf Regionalplanebene anhand der Schutzgebietsausweisung (Schutzzweck/ Ver- und Gebote/ Maßnahmen) wertbestimmende Merkmale in räumlicher Konkretisierung bezogen auf einzelne Festlegungen zu beschreiben. Die Auswirkungen sind gerade im Rahmen der Regionalplanung zu beurteilen und in die Abwägung einzustellen, weil hier zusammenhängend die Auswirkungen der Festlegungsbereiche deutlich werden und in Bezug auf das gesamte Gebiet des Naturparks/ der Landschaftsschutzgebiete auch im Sinne von kumulativen Wirkungen bewertet werden müssen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Um Doppelbewertung zu vermeiden, werden die lärmarmen Räume ausschließlich beim Schutzgut Mensch betrachtet (s.o.).

Aufgrund der Großräumigkeit der Naturparke sowie der nahezu flächendeckenden Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten in NRW werden Überlagerungen dieser Bereiche nicht als erhebliche Umweltauswirkung gewertet. Besonders bedeutsame Bereiche für die landschaftsgebunden Erholung werden zudem über die Kriterien UZVR sowie über die herausragend bedeutenden Landschaftsbildeinheiten beim Schutzgut Landschaft (vgl. Kap. 3.7.3) abgebildet und berücksichtigt.

Inhalt**Fachlich nicht fundierte Gesamteinschätzung der Erheblichkeit der zeichnerischen Festlegungen**

In Kapitel 4 des Anhang A werden die Bewertungsregeln dargelegt, nach denen die Gesamteinschätzung vorgenommen wird. Die zusammenfassende Erheblichkeitseinschätzung für die einzelnen Flächenfestlegungen erfolgt demnach nach einem Bewertungsmuster, das auf die Anzahl der betroffenen Kriterien und deren Gewichtung abstellt. Dabei werden zunächst Kriterien mit einer höheren Gewichtung definiert. Diese werden aufgrund spezifischer gesetzlicher Vorgaben bzw. der besonderen rechtlichen Relevanz im Zuge von Planungs- und Zulassungsverfahren oder wegen einer besonderen umweltfachlichen Bedeutung ausgewählt. Für die genannten Kriterien (Kurorte/-gebiete, FFH-/ Vogelschutzgebiete ohne Umfeld, Nationalpark, Naturschutzgebiete, verfahrenskritische planungsrelevante Tier- und Pflanzenarten, Wasserschutz- Heilquellenschutz- und Überschwemmungsgebiete) ist die Einordnung sowohl rechtlich als auch fachlich unbestritten.

Die Kriterien mit geringerem Gewicht werden dagegen beschrieben als Kriterien, die hinsichtlich der rechtlichen Bedeutung einen geringeren Stellenwert einnehmen, da es sich vorrangig um fachliche Einschätzungen bzw. Bewertungen der jeweiligen Schutzgüter handelt. Warum aber bspw. die Biotopverbundstrukturen, die mit § 21 i.V.m. § 20 BNatSchG ebenso auf spezifischen gesetzlichen Vorgaben gründen und auch in den BSN des Regionalplanes selbst integriert sind, nicht in Gänze (Stufe I und II) als Kriterium mit höherem Gewicht eingestuft werden, bleibt unbegründet. Die anderen Ziele des Umweltschutzes, die für die einzelnen Schutzgüter dargestellt sind, sind ebenfalls rechtlich verankert und nur weil ihre Konkretisierung auch unterhalb der gesetzlich normierten Ebene über Ziel- und Maßnahmenplanungen und -konzepte erfolgt - die tlw. auch rechtlich vorgeschrieben sind - kann hier keine geringere ?rechtliche? Bedeutsamkeit abgeleitet werden.

Eine SUP bezieht sich auf alle Schutzgüter nach § 8 (1) ROG gleichermaßen und die Bewertung der Erheblichkeit von negativen Umweltauswirkungen hängt nicht allein von fachgesetzlich strengen Vorschriften ab. Die Ausrichtung bei der Höhergewichtung ist hier offensichtlich auf solche Kriterien fokussiert, für die die Einschätzung besteht, dass diese rechtlich gesehen zu Problemen bei der Planrechtfertigung/ -begründung sowie auf den folgenden Planungsebenen führen können. Damit wird an dieser Stelle der Umweltprüfung eine unzulässige Vorabbewertung in Form einer nicht rein umweltfachlich ausgerichteten Beurteilung vorgenommen. Die Umweltprüfung dient dazu, die verschiedenen Umweltbetroffenheiten fachlich fundiert aufzuzeigen, sie untereinander in Beziehung zu setzen und so für die einzelnen Planfestlegungen zu einer umweltfachlichen Gesamteinschätzung hinsichtlich der voraussichtlichen

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Ausweisung von Biotopverbundstrukturen ist zwar in § 21 BNatSchG verankert, es handelt sich jedoch nicht um normativ ausgewiesene Bereiche mit entsprechenden Vorgaben zu Ver- und Geboten, wie es bspw. bei der Ausweisung von NSG der Fall ist.

Zudem sind die in § 21 Abs. 3 BNatSchG benannten Bestandteile des Biotopverbunds (NSG, Natura 2000.-Gebiete, gesetzlich geschützte Biotope etc.) als eigenständige Kriterien in der Umweltprüfung berücksichtigt. Zur Berücksichtigung der BSN als Bewertungskriterium vgl. oben.

Die zusammenfassende Einschätzung dient dazu, den Planungsträger und die Öffentlichkeit in übersichtlicher Form auf sensible Aspekte der Planung aufmerksam zu machen. Die Bewertung einzelner Schutzgüterkriterien bleibt dabei bestehen und wird in den Prüfbögen dokumentiert. So sieht auch der Leitfadene Umweltprüfung in der Regionalplanung NRW (MWIDE 2020) Folgendes vor:

Als Ergebnis der vertieften Umweltprüfung der jeweiligen Planfestlegung sollten die kriterienbezogenen Einzelbewertungen der Auswirkungen auf einzelne Schutzgüter zu einer zusammenfassenden Bewertung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen zusammengeführt werden. Dabei sind alle Schutzgüter als gleichwertig anzusehen, d.h. es ist zunächst nicht von einer festgelegten Hierarchisierung der Schutzgüter auszugehen. Unterschiedliche Gewichtungen einzelner Schutzgüter können sich jedoch aus ergänzend vorliegenden fachrechtlichen Schutzfestsetzungen (z. B. gesetzlicher Artenschutz oder Wasserschutz) oder aus der jeweiligen örtlichen Situation eines Schutzgutes ergeben (z. B. bei großflächiger Verbreitung bzw. Verteilung eines Schutzgutes).

Erheblichkeit ihrer Umweltauswirkungen zu kommen. Sie dient nicht dazu, den Regionalplan zu rechtfertigen und eine Darstellung und letztlich Abwägung der Umweltbelange allein im Hinblick auf ihre Wirkung als rechtliche Hinderungsgründe für die einzelnen Planfestlegungen mit negativen Umweltauswirkungen und deren Umsetzung auf weiteren Planungsebenen vorzunehmen. Diese Abwägung hat nach der Umweltprüfung zu erfolgen.

Aus fachlicher Sicht sind mindestens auch folgende Kriterien mit höherem Gewicht zu versehen:

- Schutzgut Mensch: Erholungsräume hoher und sehr hoher Priorität (Klima), lärmarme Räume in Ballungsräumen
- Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt: Gesetzlich geschützte Biotope, Biotopverbundflächen Stufe II
- Schutzgut Boden: Schutzwürdige Böden mit Funktion für den Klimaschutz (klimarelevante Böden) und mit Biotopentwicklungspotential für Extremstandorte
- Schutzgut Klima (zusätzlich): Kohlenstoffsinken, Kaltluft-Leitbahnen mit sehr hoher, hoher und mittlerer Priorität

Die Einordnung sowohl hinsichtlich einzelner Kriterien zu den Schutzgütern als auch bezogen auf die unterschiedlichen Festlegungen müsste außerdem wesentlich detaillierter durchgeführt werden. In Verbindung mit den oben angeführten zu ergänzenden Aspekten für die Umweltprüfung wäre bspw. bei Berücksichtigung der Umsetzungsfahrpläne bzw. Maßnahmenübersichten nach § 74 LWG zu differenzieren zwischen den Teilabschnitten: Strahlursprüngen und Entwicklungskorridoren kommt dabei ggf. ein höheres Gewicht zu als den Trittsteinen. Hinsichtlich der Flächeninanspruchnahme von Wasserschutzgebieten wären die Zone III bei Beeinträchtigung durch Siedlungsflächen mindestens als Kriterium mit geringerem Gewicht anzusetzen.

Zur zusammenfassenden Einschätzung wird dann allein die Anzahl von erheblichen Auswirkungen herangezogen: Bei einem Kriterium mit höherem Gewicht oder mindestens zwei Kriterien mit geringerem Gewicht ist eine voraussichtliche Erheblichkeit der Umweltauswirkungen einer Planfestlegung gegeben. Auch diese Vereinfachung der Bewertungsvorganges in Form einer ja/ nein-Bewertung erlaubt keine Einschätzung über den Grad der (Funktions-)Beeinträchtigung, sodass keine ausreichende Entscheidungsgrundlage für die Abwägung zur Verfügung gestellt wird. Dieser Aggregationsschritt ist schlicht nicht notwendig und sagt nichts über die qualitative Betroffenheit aus: eine zusammenfassende Darstellung der erheblichen und nicht erheblichen Auswirkungen einer Planfestlegung mit Beschreibung ihrer jeweiligen Ausprägung reicht als Beurteilungsgrundlage vollkommen aus.

Inhalt

Vertiefende Prüfung räumlich konkreter Planfestlegungen

Ergebnis der Umweltprüfung der konkreten Planfestlegungen ist, dass der überwiegende Teil der Siedlungsflächen erhebliche Umweltauswirkungen haben wird.

[Tabelle]

[Tabelle]

Erklärend wird hierzu lediglich ausgeführt, dass erhebliche Umweltauswirkungen insbesondere in Bezug auf klimarelevante Böden (262 Plangebiete) und schutzwürdige Böden (237 Plangebiete) auftreten. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass es sich oftmals dabei um Böden handelt, die sowohl klimarelevant seien als auch bei einer weiteren Bodenfunktion von sehr hoher Funktionserfüllung seien; die Böden erscheinen demnach doppelt in der Tabelle. Die große Betroffenheit von klimarelevanten bzw. schutzwürdigen Böden sei dem Umstand geschuldet, dass es in der Planungsregion Köln aufgrund des großflächigen Vorkommens von hauptsächlich fruchtbaren Böden (u.a. Lössböden in den Bördelandschaften) einen sehr großen Flächenanteil an schutzwürdigen Böden gebe und diese Böden i.d.R. auch ein hohes Wasserrückhaltevermögen im 2-m-Raum hätten.

Dies ist sicherlich nicht ausreichend. Bei der hohen Betroffenheit dieses Schutzgutes ist eine wesentlich differenziertere Betrachtung erforderlich. Wie hoch ist der Anteil der schutzwürdigen Böden im Plangebiet und um welche Schutzwürdigkeiten in Bezug auf welches Schutzgut und welche Funktionen geht es? Welcher Anteil davon wird in Anspruch genommen bzw. wurde schon in der Vergangenheit in Anspruch genommen (Vorbelastung)? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus auf den Landschaftswasserhaushalt (lokal / regional)? Welche Auswirkungen hat die Inanspruchnahme klimarelevanter und anderer klimawirksamer Böden (Bilanzierung)?

Es fehlt eine Prognose darüber, wie sich die zeichnerischen Festlegungen in ihrer Gesamtheit auf die einzelnen Schutzgüter auswirken. Damit fehlen dem vorliegenden Umweltbericht wesentliche Informationen, die für eine Beurteilung der Planung notwendig sind. Der vorliegende Umweltbericht ist daher als sachgerechte Entscheidungsgrundlage für den Regionalrat bzw. als Informationsgrundlage für die Öffentlichkeit unbrauchbar.

In Bezug auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt ist bspw. die Beeinträchtigung von Schutzgebieten, verfahrenskritischen Arten (rote Einstufung bei planungsrelevanten Arten) und insbesondere auch auf der übergeordneten Planungsebene die Beeinträchtigung des Biotopverbundes genauer zu ermitteln. Hier

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die vom Einwender benannten Aspekte werden in der Umweltprüfung berücksichtigt. Vorbelastungen werden, soweit sie der Maßstabsebene des Regionalplans entsprechen, in die Prognose mit einbezogen. Die betroffenen Bodenfunktionen werden im Prüfbogen dargestellt (gemäß der Funktionszuweisung des Geologischen Dienstes) und auch die Bewertung der Böden wird im Prüfbogen aufgenommen. An der Bewertung der betroffenen Böden richtet sich auch die Bewertung des voraussichtlichen Eingriffs. Detaillierte Flächenermittlungen von betroffenen Böden können auf Regionalplanebene aufgrund der nicht vorliegenden konkreten Planungen z.B. in ASB oder GIB nicht vorgenommen werden. Zudem macht eine weitere Differenzierung in Bezug auf das Gesamtergebnis der Prognose auch keinen Sinn, da es zu keiner Änderung des Ergebnisses führt.

Bezüglich der Auswirkungen der Planfestlegungen in ihrer Gesamtheit wird auf die Gesamtplanbetrachtung (Kap. 8 des Umweltberichtes) verwiesen,

Auch hier wird auf die Gesamtplanbetrachtung im Umweltbericht und auf die Darlegung der Beeinträchtigung der Einzelkriterien im Prüfbogen verwiesen.

Die Prüfbögen zu den Flexflächen geben aber zumindest bereits den Hinweis darauf, welche Schutzgüter bzw. Schutzgutkriterien voraussichtlich erheblich beeinträchtigt werden und da i.d.R. ein Schutzgutkriterium nie ein gesamtes Plangebiet einnimmt, können auf den nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen die konfliktärmsten Bereiche innerhalb der Flexflächen ausgewählt werden,

ist insbesondere in den Blick zu nehmen, ob Biotopverbundflächen in ihrer Funktion beeinträchtigt werden und ob eventuell mehrere Flächendarstellungen auf einzelne Biotopverbundflächen wirken.

Welche Auswirkung die Nichtbetrachtung dieser Aspekte hinsichtlich einer defizitären bis mangelhaften Einschätzung von Umweltauswirkungen hat, legen die Naturschutzverbände anhand der Stellungnahme zur Siedlungsflächendarstellung im ?Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechts-rheinisch? im Kölner Süden (s. Kapitel E.1.5) exemplarisch dar. Die dort aufgeführten Sachverhalte können relativ einfach anhand regionsweit zur Verfügung stehender Daten erhoben werden.

In Bezug auf die Festlegung von ASBflex und GIBflex kommt der Umweltbericht zu der Einschätzung, dass unter der Voraussetzung, dass die Flexibilisierung der Sicherung von über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehender und potenziell für zukünftige Siedlungszwecke geeigneter Bereiche diene, der Grundsatz der Flächeninanspruchnahme im Freiraum Vorschub leiste und zu erheblichen Beeinträchtigungen der Umweltschutzgüter führe. Soweit stimmen die Naturschutzverbände zu. Dann wird jedoch ausgeführt, dass die ASBflex und GIBflex einer detaillierten Umweltprüfung unterzogen wurden, in deren Ergebnis raumverträgliche und potenziell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche, die über die ermittelten Bedarfe hinausgehen, regionalplanerisch gesichert werden konnten. Dies wirke sich positiv auf alle Schutzgüter aus. Dies ist aus Sicht der Naturschutzverbände eine Umkehrung der Tatsachen, die eine völlig unsachgemäße Bagatellisierung der Auswirkungen beinhaltet. Tatsächlich ist es so, dass laut Prüfbögen bei 16 der 29 ASBF und 14 der 25 GIBF mit erheblichen Umweltauswirkungen zu rechnen ist. Eine positive Auswirkung auf die Schutzgüter ist hier nicht anzunehmen.

In Bezug auf das Kriterium ?Grundwasserkörper gemäß WRRL? ist naturgemäß festzustellen, dass sich alle Flächendarstellungen auf das Schutzgut auswirken. Die in den Prüfbögen vorgelegte Auflistung, welche Flächen welche Grundwasserkörper betreffen, ist zwar wichtig, bleibt aber bezüglich ihrer Aussagekraft unbrauchbar. Hier müsste die Größe des Grundwasserkörpers und die geplante Inanspruchnahme flächenmäßig bilanziert werden. Für jeden Grundwasserkörper ist zu beurteilen, ob eine Inanspruchnahme durch ein oder mehrere Planfestlegungen erfolgt und ob die geplante Größenordnung als erheblich einzustufen ist. Dazu

sind die vorliegenden Daten zur bestehenden Flächenversiegelung und die Beschreibung der Grundwasserkörper (Beschaffenheit, Gefährdungspotenzial, Empfindlichkeit) heranzuziehen. Eine Beurteilung kann nur auf der regionalen Ebene erfolgen, da die Grundwasserkörper großflächig und gemeindeübergreifend sind. Die Regionalplanung muss der Aufgabe des langfristigen, vorsorgenden Trinkwasserschutzes auch durch eine Berücksichtigung in der Umweltprüfung gerecht werden.

Zur Beurteilung der Umweltauswirkungen eines Plangebiets auf das Schutzgut Wasser reicht es nicht aus, dessen Lage im Oberflächenwasserkörper oder im Umfeld (300 m) festzustellen. Ergänzend muss ggf. die Lage zum Strahlursprung oder zu einer Auenentwicklungsfläche, die aus der Maßnahmenübersicht nach § 74 LWG hervorgeht, gewichtet werden. Das Urteil auf die nachgeordnete Planungs- oder Zulassungsebene zu verschieben, kann bedeuten, der weiteren Verminderung von Gewässerentwicklungsflächen, die zur Zielerreichung nach der EG-WRRL unverzichtbar sind, nicht frühzeitig genug zu begegnen.

Inhalt

Angaben zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen

Die Angaben zu diesem Aspekt der Umweltprüfung sind unzureichend. Die Regionalplanung kann die wesentliche Frage der Verfügbarkeit von Ausgleichsräumen nicht gänzlich auf die nachgelagerten Planungsebenen verweisen, insbesondere, wenn sie regionale Bedarfsflächen ausweist, die in naturschutzfachlicher Sicht trotzdem lokal auszugleichen sind. Daher ist zunächst auf die Fragestellung einzugehen, inwiefern für die Planfestlegungen und ihre weitere Umsetzung Ausgleichsräume absehbar zur Verfügung stehen. Dies stellt insbesondere in den dicht besiedelten Bereichen ein großes Problem dar. So sind Anregungen und Forderungen für die nachfolgenden Planungs- und Umsetzungsebenen möglich und notwendig. Für eine Konkretisierung können insbesondere die Erfordernisse und Maßnahmen aus den Landschaftsplänen herangezogen werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Hinweis wird geprüft und der Umweltbericht ggf. ergänzt.

Inhalt

Alternativenprüfung

Nach Anlage 1 zum § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 40 Abs. 1 S. 2 UVPG besteht die Pflicht, im Rahmen der SUP die vernünftigen Planungsalternativen zu prüfen. Diese Vorgaben bergen gerade auf übergeordneten Planungsstufen die Chance, die Umweltressourcen der jeweiligen Planungsregion effektiv zu schützen.

Im Rahmen der vorliegenden Alternativenprüfung wird nur die Flächenauswahl bzw. der Flächenzuschnitt der einzelnen Flächen betrachtet. Dabei wird auf die Flächenauswahl in den Kommunalgesprächen verwiesen, bei denen bereits dem Planungsgrundsatz der Vermeidung nachteiliger Umweltauswirkungen in hohem Maße Rechnung getragen worden sei. Dies erscheint mit Blick auf 6058 ha Plandarstellungen (74,4 % der Gesamtfläche an ASB/ GIB) mit voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen nicht plausibel.

Im Sinne planerischer Alternativen seien ca. 17 Planflächen in ihrem Zuschnitt angepasst worden. Durch den veränderten Flächenzuschnitt werden Flächeninanspruchnahmen von NSG, FFH-Gebieten und Überschwemmungsgebieten vermieden, erhebliche Umweltauswirkungen verbleiben aber. Welche Alternativen bei den restlichen 272 Siedlungsflächen mit erheblichen Umweltauswirkungen geprüft wurden, ist nicht ersichtlich.

Außerdem fehlt grundsätzlich eine übergeordnete Alternativenprüfung, die es der politischen Entscheidungsebene ermöglicht, sich zwischen mehreren möglichen Entwicklungsperspektiven zu entscheiden. Hier muss dargestellt werden, inwiefern die Planziele auch mit anderen

Maßnahmen erreicht werden können. Dabei geht es auch um Konzeptalternativen. Das bedeutet für die Flächeninanspruchnahme bspw., dass verschiedene Modelle zur Deckung des Bedarfs erarbeitet werden, bei denen unterschiedliche Dichtevorgaben (Wohneinheiten/ ha) und Kombinationen entwickelt werden, die in der Gesamtbetrachtung ein Flächensparnis erzeugen können. Ein mögliches Vorgehen dazu zeigen die Naturschutzverbände in Kapitel C.3.1.2 Flächeneinsparpotenziale über verschiedene Dichtepfade auf.

Solange sich die Alternativenprüfung immer nur auf die Auswahl einzelner Flächen bezieht, die von den Kommunen ohne Einflussmöglichkeit der Regionalplanung gemeldet wurden, und keine Gesamtschau für den jeweiligen Teilbereich/ Kreis und die gesamte Planungsregion ermöglicht, werden die Möglichkeiten für die Entwicklung ökologisch optimierter Planalternativen nicht genutzt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Umfang der Festlegungen im Regionalplan, insbesondere der Siedlungsflächen, geht auf Bedarfsberechnungen zurück. Eine Prüfung von flächensparenden Alternativen ist dabei nicht möglich. Sehr wohl erfolgten die Festlegungen im Regionalplan unter Berücksichtigung von Alternativen; sowohl bereits auf Ebene des Plankonzeptes wie auch aufgrund der Ergebnisse des Umweltberichtes. Die Vorgehensweise zur Alternativenprüfung und ihre Ergebnisse werden in Kap. 7 des Umweltberichtes dargelegt.

Eine darüber hinausgehende Alternativenprüfung ist nicht zielführend, denn es ist festzustellen, dass ein Großteil der Plangebiete zwar voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hervorruft, jedoch alternative Flächen zu vergleichbaren Umweltauswirkungen führen würden.

<p>Die SUP bleibt damit defizitär und erfüllt ihre Aufgaben als vorsorgendes Instrument des Umweltschutzes und in diesem Sinne brauchbare Entscheidungs- bzw. Abwägungsgrundlage nicht. Vor diesem Hintergrund ist eine transparente und nachvollziehbare, an den Kriterien der SUP ausgerichtete Alternativenprüfung im Rahmen des Gesamtplankonzeptes nachzureichen.</p>	
--	--

Inhalt**Gesamtplanerische Betrachtung**

Nach der im Umweltbericht verwendeten Methodik weisen am Ende von 404 betrachteten Planfestlegungen 286, also über 70%, auf einer Fläche von 6058 ha und damit 78% der Gesamtfläche voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen in der Gesamtbewertung auf - und dies schon ohne die aus Sicht der Naturschutzverbände ergänzend anzuwendenden Kriterien.

Dies findet in der Gesamtplanbetrachtung überhaupt keine Berücksichtigung. Hier wird lediglich die Flächeninanspruchnahme durch regionalplanerische Festlegungen mit voraussichtlich überwiegend nachteiligen bzw. nicht nachteiligen Umweltauswirkungen (Bestand und Planung) gegenübergestellt. Aus der Tatsache, dass die regionalplanerischen Festlegungen mit voraussichtlich überwiegend positiven Umweltauswirkungen flächenmäßig weit überwiegen wird gefolgert, dass der Regionalplanentwurf die Umweltbelange gezielt berücksichtigt, sodass die negativen Umweltauswirkungen des Planentwurfs zumindest begrenzt werden.

Aus Sicht der Naturschutzverbände ist die Gesamtplanbetrachtung völlig unbrauchbar und verweigert sich der Beantwortung der relevanten Fragen für die Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit. Erforderlich wäre hier eine Betrachtung der Veränderungen zum Ist-Zustand, insbesondere bei den negativen Auswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter, die in ihrer Gesamtheit betrachtet werden müssen, z.B.:

- Wie hoch ist der Anteil der Flächendarstellungen, die sich jeweils negativ auf die Schutzgüter Pflanzen, Tiere, Biodiversität, Wasser, Klima auswirken?
- Sind in den Fällen Alternativen und Vermeidungsmöglichkeiten geprüft worden? Wenn ja, welche?

Insbesondere die Betrachtung des Schutzgutes Fläche, die laut Methodenteil nur auf der Gesamtplanebene erfolgen kann, stellt aus Sicht der Naturschutzverbände eine rechtlich und fachlich vollkommen unangemessene Bagatellisierung dar. Es ist völlig unklar, inwieweit die als Bewertungsgrundlage heranzuziehenden Ziele des Umweltschutzes in Bezug auf das Schutzgut erreicht oder verfehlt werden. Dies liegt auch daran, dass die Ziele nicht ausreichend für die Planungsebene konkretisiert und operationalisiert werden (s. Kapitel D.1.4).

Die Folgen einer über den nach LEP ermittelten Bedarf weit hinaus erfolgenden Flächendarstellung sind zu erläutern. Da es im vorliegenden Plan keinerlei Vorgaben zur Reihenfolge der Inanspruchnahme der dargestellten Flächen gibt, können die Flächen, für die erhebliche Umweltauswirkungen festgestellt werden, trotzdem vorrangig in Anspruch genommen werden. Dieses Szenario ist im Hinblick auf die

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Zum Einen wird darauf hingewiesen, dass von den 404 betrachteten Plangebieten 54 Plangebiete sog. Flexflächen sind, d.h. alternative Flächen zu den ASB und GIB, d.h. sie werden ersatzweise als ASB oder GIB genutzt. Sie werden demnach nicht zusätzlich zu den ASB und GIB beansprucht. Ihr Flächenanteil beträgt 818,4 ha.

Zum anderen wird darauf hingewiesen, dass es bestimmte Schutzgutkriterien gibt, die nahezu flächendeckend in der Planungsregion vorliegen und eine Nichtbetroffenheit durch die Plangebiete nahezu unmöglich ist. Dies sind die schutzwürdigen und klimarelevanten Böden (bei letzteren fast ausschließlich die Böden mit einem hohen Wasserrückhaltevermögen 9m 2m-Raum), die UZVR und die Kulturlandschaftsbereiche. Dieser Sachverhalt wird im Zuge der Überarbeitung des Umweltberichtes für die 2. Beteiligung herausgearbeitet werden, denn er ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass eine vergleichsweise hohe Anzahl an erheblichen Umweltauswirkungen prognostiziert wird und macht zudem deutlich, dass die relevanten Plangebiete alternativlos sind. Auch die Betroffenheit der Klimafunktionen (lufthygienische und klimatische Ausgleichsfunktion) lässt sich bei den Siedlungsentwicklungen nicht vermeiden, da die hochwertigen Flächen für das Klima i.d.R. angrenzend an bestehende Siedlungsflächen liegen (Stichwort: Siedlungsbezug der Klimafunktionen).

Der vom Einwender gegebene Hinweis, in der Gesamtplanbetrachtung auch darzustellen, wie viele Plangebiete sich negativ auf die einzelnen Schutzgüter auswirken, war bereits im Umweltbericht umgesetzt und muss nicht ergänzt werden.

Schutzgüter zu bewerten und im Umweltbericht im Rahmen der Gesamtplanbetrachtung darzustellen.

Außerdem muss zumindest eine Einordnung der saldierenden Betrachtung erfolgen, z.B.

- Wie hoch ist der durchschnittliche Versiegelungsgrad im ländlichen/ urbanen Raum? Gibt es Vergleichswerte aus anderen Regionen? Wo steht der vorliegende Planentwurf dabei?
- Wie viele Darstellungen wirken sich negativ auf die einzelnen Schutzgüter aus? Sind einzelne Schutzgüter besonders betroffen?
- Gibt es Vergrößerungen / Verringerungen von einzelnen Flächendarstellungen mit nicht erheblichen Umweltauswirkungen (Fläche der BSN, BSLE, RGZ)? Wie sind diese begründet?

Eine rein saldierende Betrachtung, wie sie hier in Form einer Tabelle mit Flächenangabe der einzelnen Darstellungen vorgelegt wird, ist jedenfalls nicht geeignet, um die Umweltauswirkungen des vorliegenden Planentwurfs sachgerecht darzulegen.

Inhalt**Kumulation**

Wie auch in der projektbezogenen Umweltverträglichkeitsprüfung ist bei der Strategischen Umweltprüfung eine medienübergreifende Betrachtung der Umweltauswirkungen in Form von Wechselwirkungen gefordert. Das bedeutet, dass auch sekundäre, kumulative, synergetische, kurz-, mittel- und langfristige, ständige und vorübergehende, positive und negative Auswirkungen mit einzubeziehen sind. Dieses betrifft auch summatorische Wirkungen durch andere Planungen/ Projekte. Hierher gehören dann auch Aussagen zu Kumulationswirkungen von benachbarten/ aufeinander bezogenen Festsetzungen und deren Bewertung.

In der vorliegenden Umweltprüfung erfolgt die Gesamtplanbetrachtung durch die Feststellung von häufigen Schutzgutbetroffenheiten sowie durch eine Identifizierung von ?Kumulationsgebieten?.

Es werden 4 Kumulationsgebiete definiert, die sich durch eine räumliche Konzentration von Umweltauswirkungen der Planfestlegungen sowie Auswirkungen von Vorbelastungen auszeichnen. Es wird auch berücksichtigt, dass Planfestlegungen mit Auswirkungen auf ein bzw. mehrere Schutzgüter gehäuft auftreten. Die Identifizierung solcher Aspekte aus der Zusammenschau ist aus Sicht des Naturschutzes insbesondere deshalb sinnvoll, da diese Umweltauswirkungen auf der nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene regelmäßig nicht mehr berücksichtigt werden können. Leider bleibt die Darstellung der kumulativen Wirkungen im Umweltbericht sehr oberflächlich. Dem Umweltbericht ist lediglich eine Auflistung der betroffenen Schutzgüter/ Kriterien zu entnehmen.

Allerdings erfolgt hier dann keine weitere Auseinandersetzung damit, es wird mit Hinweis auf sehr allgemeine Vermeidungs-/ Minderungsmaßnahmen auf die nachfolgenden Planungsebenen verwiesen. Das ist widersprüchlich und es reicht aus Sicht der Naturschutzverbände nicht aus, die kumulativen Wirkungen auf die Schutzgüter nur zu benennen, ohne diesen kumulativen Aspekt bei der Bewertung der Umwelterheblichkeit und letztlich der raumordnerischen Verträglichkeit der einzelnen Darstellungen zu berücksichtigen. Diese Wirkungen müssten auch in der Abwägung ein höheres Gewicht beigemessen bekommen.

Bei der Betrachtung der Kumulationsgebiete zeigt sich, in welchem Umfang die Beurteilung der Umweltauswirkungen durch die gewählte Kriteriengewichtung auf die nachfolgenden Planungsebenen verschoben wird. Dies ist insbesondere bei den Biotopverbundflächen besonderer Bedeutung von Belang, weil hier wichtige Verbindungsflächen betroffen sind, deren Beeinträchtigung gemeindeübergreifend zu beurteilen ist und somit auf der Regionalplanebene zu betrachten ist.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Umweltprüfung identifiziert mit den Kumulationsgebieten ? unter Berücksichtigung aller Planfestlegungen und nicht nur denen, die im Zuge der Umweltprüfung detailliert geprüft wurden ? Bereiche mit einer räumlichen Konzentration von Umweltauswirkungen. Sie liefert damit die Grundlage für den Planentwurf bzw. die Abwägung, welche nicht mehr Teil der Umweltprüfung ist (siehe hierzu Begründung zum Planentwurf).

Eine Einordnung der Bedeutung der Auswirkungen auf die regionale Ausprägung/ den Zustand der einzelnen Schutzgüter und Schutzgegenstände könnte durchaus dazu führen, dass einzelne Darstellungen eine andere Bewertung der Erheblichkeit erfahren oder die Zahl der Darstellungen insgesamt zu reduzieren wäre. Die Frage, wie in der Bewertung/ Abwägung mit der Schaffung solcher konzentrierter Konfliktgebiete/ Beeinträchtigungshotspots umzugehen ist, wird überhaupt nicht behandelt.

Zudem werden diese Kumulationsgebiete sehr großräumig abgegrenzt, eine Prüfung von Kumulations- und Summationswirkungen im direkten Umfeld einzelner Planfestlegungen wird nicht geprüft. Die dadurch bedingten Umweltauswirkungen werden demnach nicht erfasst, nicht in die Bewertung der Umweltprüfung einbezogen und stehen für die Abwägung nicht als Informationsgrundlage zur Verfügung. Welche Auswirkung die Nichtbetrachtung dieser Aspekte hinsichtlich einer defizitären bis mangelhaften Einschätzung von Umweltauswirkungen hat, legen die Naturschutzverbände anhand der Stellungnahme zur Siedlungsflächendarstellung im ?Großraum Zündorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechts-rheinisch? im Kölner Süden (s. Kapitel E.1.5) exemplarisch dar.

Inhalt

FFH-Verträglichkeitsprüfung

Die FFH-Vorprüfung enthält mehrere grundlegende methodische Fehler. Sie ist daher ungeeignet, die Verträglichkeit von Vorhaben mit den Natura 2000-Gebieten aufzuklären. Sie geht beispielsweise regelmäßig von einem Institut der ?Vorbelastung? aus, die es bei der Bewertung von Erheblichkeiten in Natura 2000-Gebieten nicht gibt. Im Gegenteil, bestehende Beeinträchtigungen erschweren die Zulassungsfähigkeit weiterer das Schutzgebiet belastender Pläne, Projekte oder Nutzungen zusätzlich, da das Planungsziel, den guten Erhaltungszustand aufzubauen, fernerliegt.

Die Summationsprüfung wurde zudem unter der unzutreffenden Annahme erstellt, eine Kumulationswirkung sei erst dann zu prüfen, wenn das konkrete Einzelvorhaben eine Erheblichkeitsschwelle überschreitet oder überschreiten könnte. Das BNatSchG formuliert den Sachverhalt in § 34 Absatz 1 eindeutig anders.

Schließlich fehlen in der FFH-Prüfung zahlreiche Planfolgen, etwa die der noch nicht umgesetzten ASB- und GIB-Entwicklungen (einschließlich notwendiger Niederschlagswasserbeseitigung, Lichtbelastung und anderen Nutzungsfolgen) oder der forstlichen Waldnutzung (Wald) oder der Naherholung (BSLE).

Nicht zuletzt fehlen den allermeisten Natura 2000-Gebieten im Regierungsbezirk Köln operationalisierte FFH-Maßnahmenkonzepte. Damit fehlt auch den FFH-Prüfungen und Vorprüfungen ein greifbarer Bezugsrahmen, um Belastungsgrenzen überhaupt einschätzen und mit der Bestandsituation der Schutzgebiete abgleichen zu können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Vorbelastungen werden regelmäßig in Verträglichkeitsprüfungen berücksichtigt. Dies ist insbesondere dann von Bedeutung, wenn die Vorbelastungen dazu führen, dass erhaltungszielgegenständliche Arten in bestimmten Bereichen des Gebietes nicht mehr vorkommen, weil entsprechende Habitate beeinträchtigt werden. Vorhabensspezifische Beeinträchtigungen können dann ausgeschlossen werden. Die Bewältigung der Vorbelastung hat (sofern es sich nicht gleichzeitig um kumulative Beeinträchtigungen handelt) dann im Zuge der Managementplanung bzw. bei der Berücksichtigung des Verschlechterungsverbots zu erfolgen.

Wenn von konkreten Einzelvorhaben keine Wirkungen auf das Schutzgebiet ausgehen, müssen sie nicht kumulativ betrachtet werden. Wenn von einem Einzelvorhaben Wirkungen ausgehen, diese aber bezogen auf das Schutzgebiet nicht als erheblich bewertet werden, so geht das Einzelvorhaben sehr wohl in die kumulative Betrachtung ein. Dies ist im Umweltbericht ggf. missverständlich formuliert und wird geändert.

Der Konkretisierungsgrad der Prüfung entspricht der Maßstabsebene des Regionalplans bzw. dem Konkretisierungsgrad der jeweiligen zu prüfenden Planfestlegung (vgl. hierzu bspw. VV-Habitatschutz, sowie SCHUMACHER 2011).

1008584, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSLE Horbacher Börde</p> <p>Vergrößerung der BSLE-Abgrenzung</p> <p>Begründung</p> <p>Das BSLE Horbacher Börde sollte nach Süden bis zur Linie Vetschau ? Richterich ? Uersfeld erweitert werden, weil so ein einheitlich wertvoller Landschaftsraum auch einheitlich geschützt und entwickelt werden kann. Gegebenenfalls kann die Darstellung als BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt der Arten der offenen Kulturlandschaft auf die nördlichen Teile des BSLE beschränkt bleiben ? das sollte fachlich noch diskutiert werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

Inhalt

BSN „Storchensee und Molch Weiher“

Neuer Flächenvorschlag

Begründung und Ziel:

- - Von der Stadt Köln geplante NSG Neuausweisung ?Storchensee und Molch Weiher?
 - Extensivierung, Abschluss der Rekultivierung, Offenhaltung der ehemaligen Kiesgrube, hohes Potential für Amphiben, Reptilien und Vögel, Pflege erforderlich
 - Zur Gewährleistung erforderlicher Pflegemaßnahmen wird eine gemeinsame NSG-Unterschutzstellung der gesamten Gewässer mit dem angrenzenden Rhein-Sieg-Kreis angestrebt

Kurzbeschreibung der Fläche mit wertgebenden Elementen:

- - Bisher LSG L 21

Biotop-Typen:

- - BT-5108-0101-2014 Stillgewässer (NFD0

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

AZ: BET_121000_1

Gemeinde Merzenich

1000986_001, Gemeinde Merzenich

Inhalt

3.3 - 3.3.1 - Z. 10: GIB neue Gewerbeflächen:

Die Gemeinde Merzenich befürwortet die Sicherung und Weiterentwicklung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Im Rahmen der vorgesehenen Gewerbeflächenentwicklung, nach den Festlegungen in (Z. 3) Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten und (Z. 4) Flächenüberhänge vermeiden und abbauen, sieht die Gemeinde Merzenich den aktuellen Bedarf nicht ausreichend abgebildet.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen

wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe*

umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret im Kreis Düren.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen u.a. durch regionale GIB im Kreis Düren.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

1001634, Gemeinde Merzenich

Inhalt

3.1. - 3.1.1 - G. 10: Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen:

G. 10 der textlichen Festsetzungen greift die Gestaltung der Randbereiche der zukünftigen Seenlandschaften Hambach und Inden mit einer perspektivischen Siedlungsentwicklung mit Ausrichtung zum See auf. In den Ortschaften Inden-Lamersdorf, Inden-Schophoven, Doren-Merken und Eisdorf soll diese Entwicklungsperspektive bereits jetzt in die laufenden Plankonzepte integriert und regionalplanerisch gesichert werden.

Der Umsiedlungsstandort Morschenich-Alt soll sich perspektivisch zu einem „Ort der Zukunft“ und damit einem Standort mit regionaler Strahlkraft für innovative Projekte und Zukunftsthemen entwickeln. Die Revitalisierung des leergezogenen, aber weitgehend in seiner Bausubstanz erhaltenen Dorfes geht einher mit einer Wiederbewohnbarmachung und damit einer städtebaulichen Um- und Neugestaltung der vorhandenen kulturellen und baulichen Ressourcen. Der Ort weist dabei eine einzigartige Lagegunst im Rheinischen Revier, unmittelbar am Tagebau Hambach und am symbolkräftigen Hambacher Forst gelegen auf. Dies birgt ein erhebliches Entwicklungspotenzial, welches die Gemeinde Merzenich in Form eines naturverträglichen, baulichen Heranwachsens an den See realisieren möchte. Mit Blick auf die anstehenden Gestaltungsprozesse ist es das erklärte Ziel, den bestehenden Dorfmantel und das kulturelle Erbe von Beginn in die Neuentwicklung einzubeziehen (z.B. dem Hambach Loop) und so einer potenziellen Barriere Wirkung frühzeitig entgegenzuwirken. Wie sich dieser Leitgedanke zukünftig im Städtebau widerspiegelt, wird derzeit auch im Rahmen der Fortschreibung der Raumentwicklungsperspektive Hambach konkretisiert und ausgearbeitet. Hierzu verweist die Gemeinde auf die Darstellung der Anmerkung zur Zeichnerischen Festsetzung.

[s. Anhang Abb. StnID_1001634_1]

[s. Anhang Abb. StnID_1001634_2]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Anhänge

[Abb_ID1001634_1.pdf](#)

[Abb_ID1001634_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Dem Hinweisen wird im Rahmen des Grundsatzes 11 entsprochen.

Zudem ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung „Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?“ möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Siehe auch Erläuterung zu StnID 1001637.

Zudem wird der G.10 dahingehend geändert, dass er sich auf die perspektivische Siedlungsentwicklung der Randkommunen der zukünftigen Restseen bezieht und somit auch Morschenich einbezieht. Siehe Erläuterungen zu StnID 1012018 und Änderungssynopse.

1001635, Gemeinde Merzenich	
<p>Inhalt</p> <p><u>3.1. - 3.1.1 - G. 11 : Morschenich zu einem Ort der Zukunft entwickeln:</u></p> <p>In der Leitentscheidung 2021 der Landesregierung NRW wird aufgeführt, dass eine Inanspruchnahme der Ortschaft Morschenich im südlichen Vorfeld des Tagebaus Hambach für den Braunkohlenabbau nicht mehr erfolgen wird. Damit ergeben sich für den bereits leergezogenen, ehemaligen Wohnstandort neue Zukunftsperspektiven und Entwicklungschancen, für die nun entsprechende Strategien und Leitbilder konkretisiert werden müssen.</p> <p>Die Gemeinde Merzenich begrüßt die textlichen Festsetzungen zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln und in diesem Zusammenhang konkret die Inhalte des G. 11, den Ort Morschenich und ihre umgebenden Landschafts- und Agrarräume auf Grundlage regional abgestimmter Konzepte zu einem Ort und Anwendungsraum für nachhaltige Projekte zur Agrar- und Klimazukunft zu entwickeln. Ergänzend zu den bestehenden Inhalten möchte die Gemeinde Merzenich auf das Strategiepapier zum Ort der Zukunft verweisen, welches von Seiten der Stabsstelle Strukturwandel zu Beginn des Jahres als Entwicklungsleitfaden und informelles Planinstrument entwickelt wurde. Dieses wird Ihnen im Anhang zur Verfügung gestellt.</p> <p>Das vorliegende Strategiepapier beschreibt einen insgesamt langfristigen Plan der Gemeinde Merzenich und greift nicht nur kurz-, mittel- und langfristige Ziele und Visionen auf, sondern enthält auch konkrete Projektansätze. Das Strategiepapier ist zentrales Instrument und Grundlage der Projektentwicklung für den Ort der Zukunft. Neue Projektideen und Impulse können stetig, unter Rücksichtnahme auf die langfristigen Ziele einfließen. So werden die aufgegriffenen Leitideen fortschreibend konkretisiert. Das Strategiepapier definiert damit den zukünftigen Umgang mit dem Strukturwandel und gibt Handlungsempfehlungen, die zur Erreichung dieser ambitionierten Zielvorstellung umgesetzt werden sollten.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Dem Hinweisen wird im Rahmen des Grundsatzes 11 entsprochen.</p>

1001636, Gemeinde Merzenich

Inhalt

3.1. - 3.1.3. - G.13: Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren:

Allgemeine Siedlungsbereiche flex (ASBflex) dienen der Sicherung über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehender und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeigneter Bereiche. Im aktuellen Regionalplanentwurf wurde eine flexible Siedlungsflächenentwicklung für Merzenich im nördlich angrenzenden Bereich berücksichtigt.

Im Sinne einer frühzeitigen Wahrnehmung von Entwicklungspotenzialen möchte die Gemeinde Merzenich bereits heute auf die lokale Bedeutung von potenziellen Baugebietsentwicklungen in nahverkehrs-freundlichen Lagen hinweisen. Der Ausbau des S-Bahn-Haltepunktes Merzenich zu einem Mobilitätsknotenpunkt der Zukunft ist dabei das zentrale Leitmotiv und ermöglicht den neuen Erschließungs- und Entwicklungsansatz "Wohnen an der Schiene". Der Projektantrag zum Ausbau des Haltepunktes Merzenich wurde bereits mit einem dritten Stern ausgezeichnet, so dass dessen Realisierung in den kommenden Jahren, zunächst auf Planungsebene weiter vorangetrieben wird. Die Gemeinde Merzenich möchte zukünftig den Prozess der Baulandzuweisung in der Nähe des S-Bahn Haltepunktes aktiv fördern und damit den Weg zu einer Mobilitätswende Schritt für Schritt positiv beeinflussen. Mit Blick auf zukünftige Regionalplanänderungsverfahren weist die Gemeinde daher bereits heute auf diesen Entwicklungsansatz mit Auswirkung auf die Siedlungsentwicklung in Merzenich hin.

[s. Anhang Abb. StnID_1001636]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Anhänge

[Abb_ID1001636.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Gemeinde Merzenich verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen

Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch bestehen noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

Zudem ist aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht, hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan, sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit eine Festlegung als ASB angrenzend an die neue Regionalplanreserve im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1001637, Gemeinde Merzenich	
<p>Inhalt</p> <p><u>3.2. - 3.2.2. - Z. 8: Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen</u></p> <p>In Bezug auf Z. 8 der textlichen Festsetzungen zum neuen Regionalplanentwurf regt die Gemeinde Merzenich an, den "Ort der Zukunft" (Morschenich-Alt) als allgemeinen Siedlungsbereich für zweckgebundene Nutzungen zu kennzeichnen. Wie G. 11 als auch das entwickelte Strategiepapier der Gemeinde Merzenich aufzeigen, soll der Ort sowie seine angrenzenden Flächen zu einem Anwendungsraum für nachhaltige Projekte zur Agrar- und Klimazukunft entwickelt werden.</p> <p>Bislang ist der Ort Morschenich-Alt (aufgrund seiner Fläche/Einwohnerzahl) im aktuellen Regionalplanentwurf nicht als Siedlungsbereich gekennzeichnet. Zum jetzigen Zeitpunkt fehlen damit die planungsrechtlichen Voraussetzungen, um die formulierten Zielvorstellungen im Rahmen von Förderprojekten umsetzen zu können.</p> <p>Im Rahmen der Fortschreibung der Raumperspektive Hambach wird die Idee, besondere Orte mit überregionaler Strahlkraft und mit Bezug zum Rheinischen Braunkohlenrevier bzw. dem Strukturwandel m.H. einem gesonderten Planzeichen auszuweisen, ebenfalls aufgegriffen. Hierzu wurde seitens des beauftragten Planungsbüros ein Austausch mit den Anrainerkommunen des Tagebaus Hambach sowie den Tagebau-Umfeldinitiativen Inden und Garzweiler angeregt. Hierzu verweist die Gemeinde auf die Darstellung der Anmerkung zur Zeichnerischen Festsetzung.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001637_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1001637_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung "Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren" möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p> <p>Darüber hinaus ist der Zielvorstellung zur Entwicklung als "Ort der Zukunft" und Anwendungsraum für nachhaltige Projekte zur Agrar- und Klimazukunft im Rahmen des G.11 entsprochen. Die Festlegung als ASBmZ ist nicht erforderlich. Zudem würde es einer solchen Festlegung an rechtlicher Bestimmtheit fehlen, da nicht eindeutig definiert ist welche raumbedeutsame Funktion oder Nutzung innerhalb des Bereichs vorgesehen bzw. welche ausgeschlossen sind.</p> <p>Die Einführung eines neuen Planzeichens und der damit verbundenen Erwartung von rechtlichen Sonderregelungen im Sinne einer "Sonderplanung" oder "Sonderplanungszone" obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden.</p>

1001638, Gemeinde Merzenich	
<p>Inhalt</p> <p><u>3.3 - 3.3.1 - Z. 10: GIB neue Gewerbeflächen:</u></p> <p>[...] Hierbei wurden wesentliche gemeindliche Entwicklungsbedarfe unberücksichtigt gelassen. So wurde entlang des gemeindlichen Gewerbegebiets Auf der Heide eine Erweiterungsfläche als GIBFlex dargestellt. Der Umfang der dort dargestellten Flächen entspricht allerdings nicht dem gemeindlichen Bedarf. [...] Hierzu verweise ich auf die Darstellung zur Anmerkung zur Zeichnerischen Festlegung.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001638_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1001638_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für die Gemeinde Merzenich besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> GIBflex. Folgerichtig wird der im Regionalplanentwurf festgelegte GIBflex herausgenommen.</p> <p>Darüber hinaus verfügt die Gemeinde Merzenich über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) bereits eine bedarfsgerechte Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben im Kreis Düren.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001639, Gemeinde Merzenich	
<p>Inhalt</p> <p><u>3.3 - 3.3.2 - Z. 11: GIB-I neue interkommunale Gewerbeflächen:</u></p> <p>Die Gemeinde Merzenich befürwortet die Sicherung und Umsetzung der Bereiche für gewerbliche und industrielle interkommunale Nutzungen (GIBinterkommunal). Der Rat der Gemeinde Merzenich hat mit Beschluss Nr./Drucksache: 57/2017 vom 13.07.2017 beschlossen, Gewerbeflächen entlang der Autobahn 4 interkommunal zu entwickeln. Im Bereich der Flächen entlang der Autobahn 4 wurden die bereits voruntersuchten, als geeignet eingestuften Bereiche nicht dargestellt. Hierzu verweist die Gemeinde auf die Darstellung der Anmerkung zur Zeichnerischen Festsetzung.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001639_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1001639_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen landesplanerische Vorgaben für Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW entgegen. In der Regel sind diese unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Merzenich verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB bzw. GIBinterkommunal ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001640, Gemeinde Merzenich

Inhalt

4.1. - 4.1.3. - G. 26: Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum ermöglichen:

Aus G. 26 geht hervor: "Freiraum soll grundsätzlich für landschaftsorientierte Erholungsnutzung zur Verfügung stehen. Besonders geeignete Teile des Freiraums sollen für diese Nutzungen entwickelt werden." Die Gemeinde Merzenich möchte die neu zu entwickelnde Fläche zwischen dem Siedlungsbereich Morschenich-Alt und dem zukünftigen Seezugang für den Zweck der landschaftsorientierten Erholungsnutzung entwickeln. In der Raumentwicklungsperspektive der Neuland Hambach GmbH wurde dieser Leitgedanke bereits in eine konkrete Projektidee übersetzt, die seit 2021 weiter konkretisiert wird. Das Leuchtturmprojekt "Hambach Loop" soll zukünftig die interkommunale Vernetzung um den See fördern und darüber hinaus die Entwicklung eines touristischen und charakterstarken Freiraums ermöglichen. Der Rundweg übernimmt vorrangig freizeittouristische Funktionen und stellt eine wichtige Verbindungsstrecke im Alltagsverkehr dar. Die Gemeinde Merzenich nimmt das interkommunale Leuchtturmprojekt zum Anlass, die unmittelbar an den zukünftigen See und an den Hambach-Loop angrenzenden Bereiche für den Zweck einer sanften, naturverträglichen Erholung zu entwickeln.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Durch die zeichnerische Festlegung eines Korridores von Morschenich Alt zum zukünftigen See hin als BSLE (Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung) werden die Entwicklungsabsichten der Gemeinde für eine landschaftsorientierte Erholungsnutzung ermöglicht, sofern es sich um nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs- und Freizeiteinrichtungen handelt. Für überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen ist i.d.R. ab der Größe von 10 ha eine regionalplanerische Festlegung als ASB mit Zweckbestimmung erforderlich.

1004215, Gemeinde Merzenich	
<p>Inhalt</p> <p>4.3, - 4.3.2. G. 30: Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung:</p> <p>Die rund um den Ort der Zukunft, vor allem um die In der Entwicklungsperspektive zukünftigen Seenlandschaft beschriebenen Orte, bringen ein erhebliches touristisches und landschaftsorientiertes Erholungspotenzial mit. Die Gemeinde hat sich, gemeinsam mit der NEULAND HAMBACH GmbH, eine stetige Inwertsetzung der Flächen für landschaftsorientierte Erholungs-, Sport-, Tourismus- und Freizeitnutzungen zur Aufgabe gemacht. Daher regt die Gemeinde an, die Flächen Im Tagebauvorfeld bewusst dieser Funktion zu zuweisen, um eine Freizeit- und Erholungsnutzung bereits heute in die regionalplanerischen Voraussetzungen einzubinden. Generell soll dort eine sanfte touristische Erschließung erfolgen, welche der Gebiets- und Naturverträglichkeit in keinem Fall widerspräche. Hierzu verweist die Gemeinde auf die Darstellung der Anmerkung zur Zeichnerischen Festsetzung.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004215_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004215_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Durch die zeichnerische Festlegung eines Korridores von Morschenich Alt zum zukünftigen See hin als BSLE (Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung) werden die Entwicklungsabsichten der Gemeinde für eine landschaftsorientierte Erholungsnutzung ermöglicht, sofern es sich um nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs- und Freizeiteinrichtungen handelt. Für überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen ist i.d.R. ab der Größe von 10 ha eine regionalplanerische Festlegung als ASB mit Zweckbestimmung erforderlich.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004216, Gemeinde Merzenich	
<p>Inhalt</p> <p><u>5.1 - 5.1.6 - Z. 34: Flugplätze:</u></p> <p>Die Gemeinde Merzenich befürwortet die Sicherung der bestehenden Flugplätze um neue Flächeninanspruchnahme zu reduzieren. Im Zuge der Entwicklung Morschenich-Alts zum Ort der Zukunft soll auch der Moschenicher Flugplatz in Wert gesetzt werden. Hierzu zählt auch die Wiedernutzbarmachung der Flächen als Flugplatz gemäß LPIG DVO als Vorranggebiet. Hierzu verweist die Gemeinde auf die Darstellung der Anmerkung zur Zeichnerischen Festsetzung.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004216_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004216_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Die Plankonzeption sieht vor, Flugplätze zeichnerisch als Vorranggebiet festzulegen, soweit sie raum- und/oder regionalbedeutsam sind. Dies ist bei dem in Rede stehenden Flugplatz nicht der Fall. Eine Festlegung als Vorranggebiet ist somit nicht sachgerecht. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt. Auch werden ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte hiervon nicht berührt.</p>

1004387, Gemeinde Merzenich

Inhalt

5.2 - 5.2.1 - G. 62: Transportleitungen schützen:

Die Gemeinde Merzenich weist auf die Erläuterung zum Grundsatz **G. 62** hin: "*Bei Planungen und Maßnahmen sollen Raumkonflikte durch die frühzeitige Einbindung der für Transportleitungen zuständigen Fachbehördenträger vermieden werden.*". Hier befindet sich die Gemeinde Merzenich in einem bestehenden Klärungsverfahren zur neuen Trassenführung der Amprion GmbH, bezüglich des geplanten Neubaus der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung von der Umspannanlage Oberzier an den Punkt Blatzheim (Bl. 4236). Bereits in den vergangenen Jahren (07.12.2020) ist hierzu eine raumordnerische Beurteilung unter dem Aktenzeichen 32.01.02 ROV Amprion 4236 ergangen. Auch nach mehrmaliger und sehr umfangreicher Durchsicht der raumordnerischen Beurteilung bestehen auf Seiten der Gemeinde erhebliche Zweifel, dass die Variante 1 aus dem Raumordnungsverfahren tatsächlich als raumverträglichste Lösung deklariert werden kann. Unter Einbezug der wesentlichen Grundsätze und Zielvorstellungen des Landesentwicklungsplans NRW (LEP NRW) drängt sich diese Trassenführung als Vorzugsvariante gerade nicht auf. Es fehlt nicht nur an adäquaten Bündelungsmöglichkeiten mit sonstigen Infrastrukturbändern, sondern auch an der Einhaltung der Abstandsgebote aus der Zielsetzung 8.2-4 des LEP NRW. Schließlich erweckt die bisherige raumordnerische Beurteilung den Eindruck einer "übergewichteten" Berücksichtigung der bestehenden Vorbelastung durch die Bestandstrasse. Daher regt die Gemeinde an, wie in **G. 62** zu Raumkonflikten beschrieben, eine zeitnahe Klärung des Sachverhalts anzustreben.

Hierzu wird die Gemeinde Merzenich nochmals gesondert Stellung beziehen, möchte aber an dieser Stelle bereits auf den bestehenden Konflikt und den angeführten Grundsatz zur Lösung des Problems hinweisen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1004392, Gemeinde Merzenich

Inhalt

5.2 5.2.3 - 5.2.3.3 G. 67: Solarenergie flächensparend ausbauen:

Die Gemeinde Merzenich kann dem Grundsatz Solarenergieanlagen vorrangig an oder auf baulichen Anlagen und bereits versiegelten oder vorbelasteten Flächen zu errichten nicht oder nur teilweise folgen. Die Gemeinde folgt der Einschätzung des Regionalplans soweit, dass Flächenverbräuche, besonders hochwertiger landwirtschaftlicher Nutzflächen, zu beschränken sind. Grundsätzlich benachteiligt aber der Grundsatz **G. 67** bebauungsarme, wenig verdichtete Gebiete durch die Ausführung: „Die Nutzung der Solarenergie auf und an vorhandenen baulichen Anlagen ist der Errichtung von großflächigen Solarenergieanlagen auf Freiflächen (Freiflächensolaranlagen) vorzuziehen.“ und vermindert so eine korrekte Teilhabe an den Herausforderungen der Energiewende. Dies ist unter Berücksichtigung der generellen Manifestierung des ländlichen Raums als benachteiligter Raum innerhalb dieses Regionalplanentwurfs nicht hinnehmbar und widerspricht ganz klar den Grundsätzen gleichwertiger Lebens-, Versorgungs- und Wirtschaftsbedingung der Raumordnung gem. § 2 ROG (Raumordnungsgesetz). Generell lässt sich sagen, dass die Festschreibung eines Tatbestandes einer nicht vorliegenden Privilegierung von Freiflächen-PV-Anlagen im bauplanungsrechtlichen Außenbereich. in Hinblick auf die zu erreichende Energiewende im Bereich erneuerbare Energie, bedenklich ist. Des Weiteren ignoriert der Regionalplanentwurf die voranschreitende Innovation im Bereich Agro-PV-Anlagen und setzt Solarenergieanlagen, die der Stromerzeugung dienen (Photovoltaik) und nicht auf oder an einem Gebäude, sondern ebenerdig auf freier Fläche aufgestellt sind“ schlicht als Freiflächensolaranlage fest. Hier fehlt jegliche Form der dringend benötigten Differenzierung solcher Anlagen. Der Kriterienkatalog für die Errichtung raumbedeutsamer Freiflächensolaranlagen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum unterstreicht weiterhin die fehlende Ausdifferenzierung dieser Anlagen. Zwar fallen innerhalb der Gemeinde Merzenich solche Flächen für die Wiedernutzbarmachung als Freiflächensolaranlage an (vgl. Collas-Kieswerk Flächen), dennoch schließt diese Regelungen im Bereich Freiflächensolaranlage zu viele geeignete Flächen im gering verdichteten ländlichen Raum aus. Hier besteht in Hinblick auf die energiepolitischen Herausforderungen dringender, nicht abwägbarer Handlungsbedarf. Die Gemeinde Merzenich regt daher die Modifizierung des o.g. Grundsatzes G. 67 an. Zusätzlich dazu sollte sichergestellt werden, dass eine Differenzierung von Agro-PV-Anlagen und Freiflächensolaranlage auch im Regionalplan festgestellt wird. Die Gemeinde Merzenich regt hierzu an anderer Stelle eine generelle Privilegierung gem. § 35 BauGB solcher Anlagen an. Eine Differenzierung im Regionalplan sollte daher im Vorhinein ermöglicht werden.
[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1012038, Gemeinde Merzenich	
<p>Inhalt</p> <p><u>3.3 3.3.1 - Z. 10: GIB neue Gewerbeflächen</u></p> <p>[...] Der Rat der Gemeinde Merzenich hat mit Beschluss Nr./Drucksache: 61/2020 vom 25.06.2020 die Aufstellung des Bebauungsplanes Merzenich A 3a („Gewerbegebiet Girkelsrath“) gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB), sowie die Einleitung der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Merzenich gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Im Bereich der GIB-Flächen im Ortsteil Girkelsrath wurden die bereits vorbesprochenen Erweiterungsbereiche im Norden gänzlich vergessen. [...] Hierzu verweist die Gemeinde auf die Darstellung der Anmerkung zur Zeichnerischen Festsetzung.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1012038]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1012038.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Merzenich verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist nicht bedarfsgerecht und kann daher im Regionalplanentwurf nicht verortet werden. Auch stehen keine Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche ist nicht bedarfsgerecht und kann daher im Regionalplanentwurf nicht verortet werden.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1012039, Gemeinde Merzenich	
<p>Inhalt</p> <p><u>3.3 3.3.1 - Z. 10: GIB neue Gewerbeflächen:</u></p> <p>[...] Im Bereich [...] wurden die bereits vorbesprochenen Erweiterungsbereiche im Norden gänzlich vergessen. Dies gilt ebenso für die bestehenden Flächen der Collas Gewerbeanlagen. Hierzu verweist die Gemeinde auf die Darstellung der Anmerkung zur Zeichnerischen Festsetzung.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1012039] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1012039.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen landesplanerische Vorgaben für neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW entgegen. In der Regel sind diese unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

AZ: BET_122000_1

Stadt Nideggen

1005322, Stadt Nideggen

Inhalt

Es bleibt seitens der Stadt Nideggen festzustellen, dass das vorhandene Angebot an Wohnbauflächen derzeit sowie zukünftig die Nachfrage nicht bedienen kann. Insbesondere möchte ich hier den sozialen Wohnungsbau ansprechen, wobei die Stadt Nideggen derzeit nur noch zwei Wohnungen bedient.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen

1005323, Stadt Nideggen

Inhalt

Außerdem möchte ich auf die Ziele der Wachstumsoffensive des Kreises Düren verweisen, welche der Kreis Düren als betroffene Kommune des Strukturwandels durch die Beendigung des Kohletagebaus bis zum Jahr 2025 notwendiger Weise aufgerufen hat. Allein dadurch und ergänzt durch die Stadtflucht ist absehbar, dass zu wenig Wohnraum auf dem Stadtgebiet Nideggens zur Verfügung steht. Der Kreis Düren unterstützt somit die planerische Zielsetzung der Kommunen auf dem Kreisgebiet Dürens. Die eigenen Planungen der Stadt Nideggen werden durch die Wachstumsoffensive unterstützt und beworben.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

1005325, Stadt Nideggen	
<p>Inhalt</p> <p>ASB - Schmidt</p> <p>Erweiterung der ASB-Darstellung im Bereich "Feuerwehr" (südwestlicher Ortsrand): In diesem Bereich sollen neben der Feuerwehr als Bestandsnutzung zukünftig weitere für Schmidt, die Gesamtstadt und auch darüber hinaus bedeutende Nutzungen angesiedelt werden (u.a. ShuttleParkplatz für Rursee-Touristen, ggf. Nationalparkinformation, Katastrophenschutzzentrum für die Region ggf. mit Bürgersaal), so dass das Gebiet sowohl für die Schmitter Bevölkerung als auch für Gäste zukünftig von größerer Bedeutung ist und daher mit in den ASB aufgenommen werden sollte (ggf. sogar teilweise mit zweckgebundener Nutzung - Freizeiteinrichtungen und Freizeitanlagen). Das angrenzende Gewerbegebiet wäre hier ebenfalls miteinzubeziehen (als ASB oder GIB).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005325]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005325.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Gemeinde Nideggen verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Der Festlegung der in Rede stehenden Flächen als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Zum Darstellungswunsch als Allgemeiner Siedlungsbereich mit zweckgebundener Nutzung - Freizeiteinrichtungen und Freizeitanlagen: Neuplanungen von durch baulichen Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtung sind gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW umzusetzen. Die benannten Nutzungen entsprechen überwiegend nicht dem Sicherungserfordernis eines ASBz gemäß der planerischen Konzeption (Zielfestlegung <i>ASBz sichern</i>). Darüber hinaus, liegt kein hinreichend konkretes Nutzungskonzept vor, welche eine Darstellung als ASBz begründet.</p> <p>Im Hinblick auf die Anregung der Darstellung als GIB verweise ich auf die Teilstellungnahme mit der ID 1005327.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005326, Stadt Nideggen

Inhalt

ASB für zweckgebundene Nutzungen - Schmidt

Im östlichen Teil des Siedlungsgebiets von Schmidt ist ein ASB für zweckgebundene Nutzungen (Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen) dargestellt. Im Rahmen von neueren Überlegungen, mündend aus dem Integrierten Stadtentwicklungsprozess, soll sich die touristische Entwicklung eher in Richtung des Wildparks orientieren. Dieser ist für Schmidt von großer touristischer Bedeutung und soll zukünftig weiter gestärkt werden. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, einen Teil dieser ASB-Darstellung (nördlich der Heimbacher Straße) zurückzunehmen und stattdessen südlich des Wildparks auszuweisen. Die südlich der Heimbacher Straße gelegene ASB-Darstellung für zweckgebundene Nutzungen soll erhalten bleiben und etwas erweitert werden. Neben der St. Nikolaus Jugendbildungsstätte Rursee befinden sich hier auch touristische Infrastrukturen (Parkplatz Schöne Aussicht mit Aussichtspunkten ?Schöne Aussicht" und ?Hubertushöhe", Wanderwege). Zudem soll im Umfeld der Jugendbildungsstätte das Freizeitangebot zukünftig weiter ausgebaut werden (u.a. ?Bogenschießen im Wald" ,zukünftiger Sternenblick Eifel etc.).

[s. Anhang Abb. StnID_1005326_1]

[s. Anhang Abb. StnID_1005326_2]

[s. Anhang Abb. StnID_1005326_3]

Anhänge

[Abb_ID1005326_1.pdf](#)

[Abb_ID1005326_2.pdf](#)

[Abb_ID1005326_3.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Der bisherige ABSz "Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen" wird künftig als ASB festgelegt. Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand ist eine Festlegung als ASB folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Bei der Neuplanung handelt es sich nach den landesplanerischen Vorgaben um eine überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtung, die gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW umzusetzen ist. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht die touristischen Entwicklungen um den bestehenden Wildpark auszubauen sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASBz "Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen" im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.

1005327, Stadt Nideggen	
<p>Inhalt</p> <p>Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung - GIB</p> <p>Bislang sind im Stadtgebiet Nideggens keine GIB ausgewiesen. Zur Sicherung und Erweiterung des Bestands wird vorgeschlagen, ggf. in Schmidt (siehe hierzu die Erläuterungen zum ASB Schmidt) und Embken Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung auszuweisen. Das bestehende Gewerbegebiet in Embken wird derzeit vom östlichen Rand über die Kreisstraße 82 erschlossen und könnte über die vorhandene Einfahrt in Richtung Osten erweitert werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005327_1]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005327_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005327_1.pdf Abb_ID1005327_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Nideggen verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB [siehe hierzu Abbildung der StnID ID 1005325] ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Darüber hinaus stehen der Festlegung in Nideggen- Embken als GIB landesplanerische Vorgaben entgegen. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen.</p> <p>Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren</i>? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

1005328, Stadt Nideggen	
<p>Inhalt</p> <p>Schienenanbindung Nideggen, Berg, Embken</p> <p>Innerhalb des Stadtgebiets von Nideggen gibt es derzeit 2 Bahnhaltepunkte (Abenden, Brück) der Rurtalbahn (Strecke Heimbach - Düren). Nideggen soll zukünftig stärker an den Schienenverkehr angebunden werden. Dazu soll einerseits die Anbindung des Hauptortes Nideggen an den bestehenden Bahnhaltepunkt in Brück verbessert werden (z.B. durch autonome Shuttles oder den Bau einer Seilbahn). Andererseits soll perspektivisch - in Abstimmung mit der Gemeinde Vettweiß und der Stadt Zülrich - auch die Anbindung in Richtung Köln und Bonn durch den Anschluss (Neubau bzw. Reaktivierung) an die Bahnstrecke Düren - Euskirchen ausgebaut werden. Hier sind zwei mögliche Trassenverläufe denkbar: 1.) Die Reaktivierung ist angelehnt an die ehemalige Schienenstrecke von Zülrich nach Embken mit Verlängerung über Berg nach Nideggen. Hier befinden sich allerdings Teile der ehemaligen Bahntrasse im Bereich des Neffelsees und weitere Abschnitte in der Stadt Zülrich selbst sind nicht reaktivierbar, so dass eine alternative Streckenführung gedacht werden kann, wie in der Zeichnung dargestellt (hinter Füssenich langgeführt). Oder 2.) Der Neubau einer Strecke parallel zur Landesstraße 33 von Nideggen über Thum und Froitzheim nach Vettweiß.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005328_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005328_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

1005329, Stadt Nideggen	
<p>Inhalt</p> <p><u>Anbindung des Zentralortes Nideggens an den Haltepunkt Nideggen-Brück (Strecke Rurtalbahn):</u></p> <p>Der Zentralort Nideggen liegt topographisch weitaus höher als der Haltepunkt der Rurtalbahn in Nideggen-Brück. Gerade für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung ist eine Fahrt mit der Rurtalbahn, sofern diese aus dem Zentralort Nideggen kommen, nicht möglich. Die Überwindung der Topographie und der damit verbundene zeitliche Aufwand stellen für diese Menschen eine Hürde dar, die derzeit nicht überwunden werden kann. Eine Anbindung des Zentralortes an die Haltestelle zur Weiterfahrt in Richtung Heimbach oder Düren ist zudem aus klimatischen Gesichtspunkten unumgänglich und sollte frühzeitig in die Planungen aufgenommen werden. Das Ziel des Kreises Düren, als auch der Bundesregierung, möglichst klimaneutral zu werden, wird mit der Anbindung des Zentralortes an den Haltepunkt genüge getan. Außerdem ist dies eine barrierefreie und mobilitätsunterstützende Maßnahme. Auf die Ziele der Bundesregierung für diese Bereiche muss nicht extra eingegangen werden. Von daher sollte die Anbindung in Form einer Seilbahn, als immissionsarme Lösung in den Regionalplan mit aufgenommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005329_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005329_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Eine Flächenvorsorge für alternative Mobilitätsformen, wie z.B. der Seilbahn, entspricht nicht dem Planerfordernis des Regionalplans und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.</p>

1005330, Stadt Nideggen	
<p>Inhalt</p> <p>Umgehungsstraße L249n</p> <p>Im Regionalplan ist für Nideggen der Bau einer Umgehungsstraße L249n dargestellt. Nach derzeitiger Einschätzung macht eine solche Umgehung in der dargestellten Form an dieser Stelle aus planerischer Sicht wenig Sinn. Der dargestellte Straßenverlauf der L249n schränkt zudem eine mögliche Siedlungsentwicklung des Zentralortes in Richtung Osten ein. Daher wird ein alternativer Routenverlauf vorgeschlagen. Neben einer potenziellen Siedlungserweiterung ist es das Ziel der Stadt Nideggen, den nicht-motorisierten Verkehr zu stärken. Hierzu wird angestrebt, im Bereich der heutigen Ortsdurchfahrt (Jülicher Straße, Abendener Straße) Kreisverkehre an den Knotenpunkten Abendener Straße/ Zülpicher Straße/ L 11 und Jülicher Straße/ Am Eisernen Kreuz / Konrad-Adenauer-Straße einzurichten, um die Querung zu verbessern und die Geschwindigkeiten zu reduzieren.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005330 _1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005330_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1005331, Stadt Nideggen	
<p>Inhalt</p> <p>Land- und Forstwirtschaft</p> <p>Die land- und forstwirtschaftlichen Flächen müssen mindestens in der heutigen Form bestehen bleiben. Flächenverluste durch anderweitige Schutzgebietserweiterungen sind zu vermeiden. Dies stellt aus Sicht der örtlich ansässigen Landwirte sowie der Stadt Nideggen eine zwingende Sicherung und Stärkung der regionalen Produktionsstätten dar, die letztlich einen erheblichen Einfluss auf die Versorgung der Bevölkerung haben. Trotz der ganzen jetzt schon geltenden Schutzgebiete (bis zu 10 verschiedene Auflagen, die ein Betrieb erfüllen muss), auf den nutzbaren landwirtschaftlichen Flächen, werden freiwillige Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen durch die Land- und Forstwirtschaft durchgeführt; z.B. Uferrandstreifen, Blühstreifen, Blühflächen, Flächen zum Schutz für Niederwild, Ernteverzicht, etc. Agrarumwandlungsmaßnahmen sollten im Miteinander und gegen Ausgleichzahlungen erfolgen, weil mit den Flächen die Betriebe ihren Lebensunterhalt bestreiten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1011939, Stadt Nideggen

Inhalt

Die im Regionalplanentwurf dargestellten ASB-Darstellungen sind aus Sicht der Stadt sehr restriktiv. Auf lange Sicht ist zudem die Planungshoheit der Stadt Nideggen zu stark beschnitten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1011951, Stadt Nideggen	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Schmidt</p> <p>Erweiterung der ASB-Darstellung im Bereich "Schöne Aussicht" (südöstlicher Ortsrand): Durch die geplante Erweiterung des Siedlungsgebietes (Bebauungsplan S14.1, Bauleitplanverfahren eingeleitet) und zur Sicherung der angrenzenden touristischen Infrastruktur (siehe auch Abschnitt ASB für zweckgebundene Nutzungen) sollte hier die ASB-Darstellung erweitert werden. Das dazugehörige Bauleitplanverfahren befindet sich derzeit in der Vorbereitung für die Offenlage gem. § 4 BauGB.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1011951]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011951.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1012025, Stadt Nideggen

Inhalt

Die Planungen der Stadt Nideggen werden derzeit im Rahmen eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts sowie für die Hauptorte Nideggen und Nideggen-Schmidt jeweils in einem Handlungskonzept festgeschrieben. Die entsprechenden Bürgerbeteiligungen und Planungen sind somit im vorbereitenden Bauleitplanungsprozess. Die Aufnahme der Anregungen der Stadt Nideggen für die Regionalplanung umfasst den Willen der Stadt sowie der Bevölkerung. Wir bitten Sie daher dringend diese Planungen zu berücksichtigen und somit frühzeitig mit aufzunehmen. Wir hoffen auf die Unterstützung der regionalen Planungsbehörde, dass Maßnahmen im Sinne des Strukturwandels auch des Rheinischen Reviers, der Wachstumsoffensive 300.000+ des Kreises Düren umgesetzt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Dies gilt auch im Hinblick auf die Wettbewerbsgleichheit des Rheinischen Reviers im Sinne des Strukturwandels im Kontext der Herausforderungen für alle Kommunen des Regierungsbezirks Köln.

Es werden allgemeine Informationen zu gemeindlichen Planungen gegeben. Die Neuaufstellung des Regionalplans bietet den Kommunen die Gelegenheit, ihre Planungsabsichten ? soweit regionalplanerisch relevant ? einzubringen. Die im Rahmen der Stellungnahme der Gemeinde Nideggen hervorgebrachten Anregungen werden in den jeweiligen Teilstellungnahmen abgewogen.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

AZ: BET_123000_1

Gemeinde Niederzier

1005203, Gemeinde Niederzier

Inhalt
1.

1. Textliche Festlegungen

Auf den Seiten 58ff werden die Flächenbedarfe im Regierungsbezirk Köln (Stand 29.09.2021) aufgelistet. Für die Gemeinde Niederzier wird ein Bedarf an 61 ha für Wohnen & Mischnutzung aufgeführt, der sich in 44 ha kommunalen Bedarf und 17 ha regionalen Wohnflächenbedarf aufgliedert. Der Bedarf für Wohnen & Mischnutzung ist vollständig im ASB zu verorten. Der Bedarf für Gewerbeflächen wird auf 12 ha festgelegt, darüber hinaus werden für den Kreis Düren noch Bedarfe für insgesamt 50 ha GIBregional und 40 ha GIBplus ausgewiesen. Gewerbliche Bedarfe dürfen sowohl im GIB als auch im ASB verortet werden.

Die Gemeinde Niederzier ist als Anrainerkommune von zwei Tagebauen besonders stark vom Strukturwandel betroffen. Der größte Arbeitgeber in der Gemeinde Niederzier ist seit Jahrzehnten die RWE Power AG. Zur Sicherung bestehender bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze ist es dringend erforderlich, den Anteil an Gewerbeflächen zu erhöhen. Allein im letzten Jahr wurden Flächen im Umfang von mehr als 15 ha für gewerbliche Zwecke in Anspruch genommen. Aktuell wird ein Bebauungsplan für ein Gewerbegebiet mit einer Fläche von ca. 4 ha aufgestellt, dessen Grundstücke derzeit vermarktet werden (Gewerbegebietserweiterung). Somit besteht ein erhöhter Bedarf nach zusätzlichen Gewerbeflächen. Es wird darum gebeten, insbesondere die Bedarfe für Gewerbeflächen neu zu betrachten und zu überarbeiten. Nach Beendigung der Bergaufsicht werden im Bereich der Tagesanlagen weitläufige Flächen stillgelegt, die sich für eine gewerbliche Nachnutzung besonders eignen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPlG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbewertung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größereordnung von 10 ha.

Inhalt

1. Begründung

Zur Begründung des Regionalplans trägt die Gemeinde Niederzier nachfolgende Anregungen vor:

1. Die Ausführungen zur Bedarfsermittlung werden in der Begründung auf Seite 56 noch weiter aufgegliedert und mit den bestehenden Potenzialflächen gegenübergestellt. Die Gemeinde geht davon aus, dass die Aussagen zu den Potenzialen auf einem veralteten Stand des Siedlungsflächenmonitorings beruht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Inhalt

1. Begründung

2. Zur Begründung des Regionalplans trägt die Gemeinde Niederzier nachfolgende Anregungen vor: Um die Siedlungsentwicklung zu flexibilisieren, wird das Instrument des ASBflex und GIBflex eingeführt. Auf der Seite 70 wird der Gemeinde Niederzier ein Potenzial von max. 22 ha für den ASBflex eingeräumt, wovon 11 ha bereits verortet sind. Für den GIBflex werden 10 ha festgelegt, diese sind bereits räumlich festgelegt. Für die Gemeinde Niederzier ist nicht klar erkenntlich, wo sich diese flexiblen Erweiterungsflächen befinden. Um entsprechende Rückmeldung wird gebeten.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Der Planentwurf ist das Ergebnis eines umfangreichen Planungsprozesses. Darin wurde die kommunale Planungsebene im Sinne des Gegenstromprinzips (vgl. 1 Absatz 3 ROG) frühzeitig mit eingebunden. So wurden u.a. im Rahmen von Kommunalgesprächen die Entwicklungsvorstellungen erfasst und Planungsabsichten hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den Anforderungen der Regionalplanung diskutiert.

Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, das ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Im Gemeindegebiet Niederzier wurde in der Ortslage Oberzier ein GIBflex und in der Ortslage Huchem-Stammeln ein ASBflex ausgewiesen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Weitergehende Anregungen zur Festlegung eines ASBflex liegen nicht vor.

1005206, Gemeinde Niederzier	
<p>Inhalt</p> <p>1. Begründung</p> <p>3. Zur Begründung des Regionalplans trägt die Gemeinde Niederzier nachfolgende Anregungen vor: Verschiedenen Kommunen in den Teilregionen des Regierungsbezirks wird die Möglichkeit eingeräumt, Gewerbe- und Industriegebiete gemäß den Festlegungen in (Z.11) ?GIBinterkommunal sichern und umsetzen? zu entwickeln. Auch der Gemeinde Niederzier wird die Option eingeräumt, gemeinsam mit der Stadt Jülich und der Landgemeinde Titz ein interkommunales Gewerbegebiet zu entwickeln, allerdings am Standort Jülich (vgl. Seite 90). Aus Sicht der Gemeinde Niederzier würden sich jedoch insbesondere die Flächen im Bereich der zukünftig stillgelegten Tagesanlagen für einen potenziellen Standort besonders anbieten. Zur Entwicklung dieser Flächen wurde bereits seitens des Landes NRW und der RWE Power AG die Gesellschaft ?Perspektive.Struktur.Wandel? (PSW GmbH) gegründet. Die Gemeinde Niederzier wird in die Planungen mit einbezogen. Erste Abstimmungsgespräche zur geplanten Vorgehensweise finden bereits statt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme wird in Teilen entsprochen (siehe Erläuterungen zu StnID 105215 sowie Änderungskarten und Änderungssynopse). Es erfolgt eine Festlegung als GIBtransformation auf Grundlage von § 38 Landesplanungsgesetz NRW.</p>

Inhalt

1. Zeichnerische Festlegungen

In Bezug auf die zeichnerischen Festlegung bringt die Gemeinde folgende Wünsche und Anregungen vor:

1. Nördlich der Sophienhöhe befindet sich der Teilbereich Alt Lich-Steinstraß, der vom restlichen Gemeindegebiet isoliert ist und sich aufgrund der Entfernung zu weiteren Ortschaften der angrenzenden Kommunen besonders für störintensive Nutzungen anbietet. Dorf befinden sich zudem großflächige Kiesvorkommen. Für einen Teilbereich wird im Entwurf (Stand Mai 2020) zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe für die bisher genehmigte Kiesabgrabungsfläche ein zukünftiger BSAB ausgewiesen. Da derzeit Genehmigungen für eine nördliche Erweiterung der Fläche beantragt werden, sollten die nördlich angrenzenden Flächen ebenfalls als BSAB festgelegt werden. Da es sich bei den Abgrabungsflächen um vorbelastete Flächen handelt, sollte aus Gründen des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden eine Nachnutzung der Abgrabungsflächen als Deponie erfolgen. Für einen Teilbereich der Flächen besteht bereits eine Deponiegenehmigung. Weitere Flächen werden derzeit beantragt. Aufgrund der Größe der Flächen ist eine Raumbedeutsamkeit gegeben, sodass eine entsprechende Festlegung im Regionalplan erforderlich wird. Somit regt die Gemeinde an, im Regionalplan eine Fläche für Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie festzulegen. Der Vorschlag umfasst großräumig alle Flächen, die in diesem Bereich als Abgrabungs- und anschließende Deponiefläche in Frage kommen.

[s. Anhang Abb. StnID_1005207_1]

Anhänge

[Abb_ID1005207.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen geändert (s. Änderungskarten).

Innerhalb des im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe festgelegten BSAB wird der Standort als Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie festgelegt.

Als wesentlichen Beitrag für die Neuauflstellung des Regionalplans Köln benennt der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (Recklinghausen, 26. Juli 2018) die raumbedeutsamen und für die Entsorgung von Abfällen erforderlichen Deponiestandorte i.S.d. LEP NRW (Kapitel 8.3 Entsorgung). Darüber hinaus wird empfohlen, über die im Fachbeitrag aufgeführten Deponiestandorte hinaus, Flächen, die potenziell als Deponiestandorte geeignet wären, darzustellen, um mittel- bis langfristig die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit für Abfälle zu schaffen.

Am Standort bestehen Planungen für die Errichtung bzw. Erweiterung einer raumbedeutsamen Deponie. Der Standort entspricht den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW (s. Kapitel 8.3 LEP NRW) und ist mit den im Regionalplan festgelegten Schutz- und Nutzungsfunktionen vereinbar. Von Seiten der zuständigen Abfallwirtschaftsplanung wurde ein grundsätzlicher abfallwirtschaftlicher Bedarf bestätigt, sodass ein Sicherungserfordernis besteht.

Mit der regionalplanerischen Sicherung des Deponiestandorts ist weder eine Bewertung der fachplanerischen Eignung des Standorts verbunden noch wird eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Deponie vorweggenommen. Dies obliegt den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1005208, Gemeinde Niederzier	
<p>Inhalt</p> <p>1. Zeichnerische Festlegungen</p> <p>In Bezug auf die zeichnerischen Festlegung bringt die Gemeinde folgende Wünsche und Anregungen vor: Ebenfalls im Bereich Alt Lich-Steinstraß befindet sich eine ausgewiesene Windkonzentrationszone. Sofern durch das neue Wind-an-Land-Gesetz durch die Bezirksregierungen die Festlegung von Windenergiegebieten erfolgen soll, möchte die Gemeinde die bereits bestehenden Flächen der Windkonzentrationszone für eine Aufnahme anregen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1005209, Gemeinde Niederzier	
<p>Inhalt</p> <p>1. Zeichnerische Festlegungen</p> <p>3. In Bezug auf die zeichnerischen Festlegung bringt die Gemeinde folgende Wünsche und Anregungen vor: Für den Bereich des Tagebau Hambach werden bisher keine Festlegungen für die Folgenutzung getroffen. Die RWE Power AG hat jedoch bereits konkrete Rekultivierungsplanungen entwickelt. Auch im Rahmen der Raumentwicklungsperspektive Hambach wurden konkrete Planungen entwickelt. Diese sehen eine attraktive Landschaftsgestaltung mit der Anlage eines Sees vor. Die Gemeinde beabsichtigt, einen unmittelbaren Zugang zum Restsee herzustellen, um die Attraktivität für ansässige Bürgerinnen und Bürger sowie Touristen zu steigern. Dies ist bei den Festlegungen zwischen der Ortschaft Niederzier und den bisherigen Tagebauflächen zu berücksichtigen. Für einen attraktiven Zugang zum künftigen See und individuelle Nutzungsmöglichkeiten möchte die Gemeinde einen Bereich für die Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus schaffen. Dort sollen insbesondere ein Strandabschnitt sowie ein Bootssteg mit Bootsanlegern entstehen. Zusätzlich soll eine kleine Ferienwaldsiedlung entstehen. Darüber hinaus wäre ein Gastronomiebereich denkbar, der für jedermann zugänglich ist. Da bei den geplanten Nutzungen eine Prägung durch bauliche Anlagen gegeben ist, soll in etwa auf Höhe der Ortschaft Niederzier ein ASB für zweckgebundene Nutzungen mit der Zweckbestimmung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen festgelegt werden. Diesbezüglich ist es unabdingbar, dass die angedachte Kanalführung zur Seenverbindung (Hambacher See und Indesee) im Einklang mit den gemeindlichen Planungen steht und keine Interessenkonflikte entstehen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005209]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005209.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der betroffene Bereich ist während des Planungszeitraums des Regionalplan Köln 2043 innerhalb des bergrechtlichen Sicherheitsbereiches des Tagebaus Hambach gelegen. Vor dem Hintergrund der langen Befüllzeit des zukünftigen Sees von voraussichtlich 40-60 Jahren und der diesbezüglichen bergrechtlichen Erfordernisse sind aktuell verbindliche regionalplanerische Festlegungen für diesen Bereich nicht möglich. Darüber hinaus steht die angeregte Festlegung eines ASBz ?Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen? nicht in Übereinstimmung mit den Vorgaben des LEP NRW Ziel 6.6-2. Gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW hat jede Neu-, Änderungs-, Über- oder Erweiterungsplanung umwelt-, sozial- und zentrenverträglich zu erfolgen. Neuplanungen von überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtung sind in der Regel innerhalb von beziehungsweise unmittelbar an Allgemeine Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen anzuschließen. Bei dem in Rede stehenden Standort handelt es sich um eine Neuplanung, welche sich isoliert im Freiraum befindet. Zudem ist die Ausnahmeregelung in LEP Ziel 6.6-2 nicht anwendbar, da es sich hier nicht um eine Brachfläche i.S.d. LEP NRW handelt.</p>

1005210, Gemeinde Niederzier	
<p>Inhalt</p> <p>1. Zeichnerische Festlegungen</p> <p>In Bezug auf die zeichnerischen Festlegung bringt die Gemeinde folgende Wünsche und Anregungen vor:</p> <p>4. Im Rahmen der Raumentwicklungsperspektive Hambach ist zudem vorgesehen, die Sophienhöhe für alle Menschen besser zugänglich zu machen, ohne jedoch zu stark in den Naturraum einzugreifen. Autoverkehre auf der Sophienhöhe sollen vermieden werden, sodass eine Seilbahnverbindung vorgesehen ist, die die Erreichbarkeit verbessern soll. Zukünftig ist dafür vorgesehen, Talstationen in Jülich, Elsdorf und Niederzier zu verorten. Die Bergstation soll sich zentral auf der Sophienhöhe in unmittelbarer Nähe zu dem geplanten Besuchs- und Informationszentrum (BIZ) befinden. Da es sich jedoch derzeit um ein frühes Planungsstadium handelt und die genauen Strecken und Stationen bisher nicht räumlich verortet werden können, erfolgt die Anregung ohne einen konkreten zeichnerischen Festlegungsvorschlag. Jedoch wäre eine Bündelung der Verkehre wünschenswert, sodass im Bereich der Niederzierer Talstation eine Art Mobility Hub entstehen könnte.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Hinweise gegeben zur Berücksichtigung einer nachgelagerten Planung und darüber hinaus keine Bedenken oder Anregungen geäußert.</p> <p>Eine Flächenvorsorge für alternative Mobilitätsformen, wie z.B. der Seilbahn, entspricht im Übrigen nicht dem Planerfordernis des Regionalplans und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.</p>

1005211, Gemeinde Niederzier	
<p>Inhalt</p> <p>1. Zeichnerische Festlegungen</p> <p>In Bezug auf die zeichnerischen Festlegung bringt die Gemeinde folgende Wünsche und Anregungen vor:</p> <p>5. Im Südosten der Ortschaft Niederzier erfolgt im Entwurf des Regionalplans die Festlegung von zusätzlichen ASB-Flächen. Für diese Bereiche besteht jedoch der Nachweis von mehreren Steinkauzvorkommen, die diese Flächen als Brutstätte nutzen. Eine Umsiedlung der Steinkäuze würde einen enormen Kosten- und Zeitaufwand für die Gemeinde bedeuten. Darüber hinaus besteht keine Sicherheit, dass die Ersatzhabitate vom Steinkauz tatsächlich angenommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005211]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005211.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005212, Gemeinde Niederzier	
<p>Inhalt</p> <p>1. Zeichnerische Festlegungen</p> <p>In Bezug auf die zeichnerischen Festlegung bringt die Gemeinde folgende Wünsche und Anregungen vor:</p> <p>6. In der Ortschaft Ellen befinden sich im Westen ASB-Flächen, die bisher unbeanspruchte sind. Der Bereich im Südwesten sollte aus Sicht der Gemeinde etwas weiter in den Westen verschoben werden, um mit den Planungsabsichten der Gemeinde optimal zu korrespondieren.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005212]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005212.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005213, Gemeinde Niederzier	
<p>Inhalt</p> <p>1. Zeichnerische Festlegungen</p> <p>In Bezug auf die zeichnerischen Festlegung bringt die Gemeinde folgende Wünsche und Anregungen vor:</p> <p>7. Östlich der Ortschaft Ellen befindet sich eine Kiesabgrabung mit Deponiebetrieb sowie einer Brech- und Klassieranlage und einer Asphaltmischanlage, deren Nutzungen bis zum Jahr 2025 befristet sind. Ohne Verlängerung der Befristung sind diese Nutzungen mit den Festlegungen des Regionalplans nicht vereinbar und die in Niederzier ansässigen Betriebe wären gezwungen ihren Standort zu verlagern. Dies wäre mit der Inanspruchnahme von Flächen an anderer, unvorbelasteter Stelle verbunden. Somit bittet die Gemeinde Niederzier um Berücksichtigung der Flächen im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005213]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005213.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Gemeinde Niederzier verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Darüber hinaus stehen landesplanerische Vorgaben gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW der Festlegung als GIB entgegen. Des weiteren stehen regionalplanerische Zielfestlegungen im Regionalplanentwurf - hier die Festlegung eines Bereichs zum Schutz der Natur dem Entwicklungswunsch der Gemeinde entgegen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005214, Gemeinde Niederzier	
<p>Inhalt</p> <p>1. Zeichnerische Festlegungen</p> <p>In Bezug auf die zeichnerischen Festlegung bringt die Gemeinde folgende Wünsche und Anregungen vor:</p> <p>8. In der Ortschaft Huchem-Stammeln bestehen Bestrebungen, unmittelbar östlich der B56 den ASB in nördlicher Richtung zu erweitern, um in diesem Bereich die Errichtung weiterer Wohneinheiten zu ermöglichen. Auf der gegenüberliegenden Seite der B56 befindet sich bereits ein GIB, sodass die Erweiterung des ASB nicht zu einer bandartigen Siedlungsentwicklung beiträgt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005214]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005214.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt
1.

1. Zeichnerische Festlegungen

In Bezug auf die zeichnerischen Festlegung bringt die Gemeinde folgende Wünsche und Anregungen vor:

9. Für die Gemeinde Niederzier besteht ein erhöhter Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen, da durch den Strukturwandel eine beachtliche Anzahl an Arbeitsplätzen wegfallen werden. Der Bereich der Tagesanlagen bietet sowohl flächenmäßig als auch hinsichtlich der bereits bestehenden Infrastruktur die größten Potenziale für die Neuansiedlung von gewerblichen Betrieben. Somit regt die Gemeinde an, für diesen Bereich die Ausweisung eines GIB vorzunehmen.

[s. Anhang Abb. StnID_1005215]

Anhänge

[Abb_ID1005215.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Die textliche und zeichnerische Festlegung wird geändert (siehe Änderungssynopse Text und Änderungskarte).

Gemäß den Erläuterungen zu LEP Ziel 6.1-1 gelten aktuell ehemalige Tagebauflächen des Braunkohleabbaus nicht als Brachflächen i.S.d. LEP. Dies mit der Begründung, der im Braunkohleplan festgelegten Rekultivierung als Nachfolgenutzung (i.d.R. als Landwirtschaft). Die überwiegend baulich und mit Infrastruktur geprägten Bereiche der Tagesanlagen werden als GIBtransformation zeichnerisch festgelegt. Dabei ist zu überprüfen, ob aufgrund der besonderen Thematik eine Übereinstimmung mit dem LEP NRW Ziel 6.1-1 - Brachflächen - gegeben ist oder ob ggfs. ein Zielabweichungsverfahren erforderlich ist.

Zur Wahrung der weiteren Vorgaben des LEP NRW erfolgt in der textlichen Festlegung zu GIBtransformation eine Vorgabe, dass ausschließlich eine Nachnutzung bereits versiegelter Flächen einschließlich der bestehenden Infrastruktur gemäß Ziel 6.3.3 LEP NRW zu erfolgen hat, bestehende naturschutzwürdige Teilflächen sind von der Nachnutzung ausgenommen sind, eine kurzwegige verkehrliche Anbindung ist sicherzustellen ist und eine Erweiterung nicht möglich ist (siehe Änderungssynopse Text und Begründung).

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage wird für die bereits versiegelten Flächen einschließlich der bereits bestehenden Infrastruktur ein GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt. Der in der Änderung befindliche Braunkohleplan Hambach sieht für diesen Bereich keine landwirtschaftliche oder freiraumbezogene Rekultivierung vor.

Ergänzt wird diese zeichnerische Festlegung eines GIBtransformation durch eine textliche Festlegung für die GIBtransformation mit entsprechender Begründung. Zur Wahrung der Vorgaben des LEP NRW erfolgt in der textlichen Festlegung zu GIBtransformation eine Vorgabe, dass ausschließlich eine Nachnutzung bereits versiegelter Flächen einschließlich der bestehenden Infrastruktur gemäß Ziel 6.3.3 LEP NRW zu erfolgen hat, bestehende naturschutzwürdige Teilflächen sind von der Nachnutzung ausgenommen sind, eine kurzwegige verkehrliche Anbindung ist sicherzustellen ist und eine Erweiterung nicht möglich ist (siehe Änderungssynopse Text und Begründung).

Inhalt**1. Zeichnerische Festlegungen**

In Bezug auf die zeichnerischen Festlegung bringt die Gemeinde folgende Wünsche und Anregungen vor:

10. Der Bereich der Tagesanlagen soll jedoch nicht ausschließlich gewerblich nachgenutzt werden. Es bestehen zudem Bestrebungen, dort ebenfalls das SPORTrévier Hambach anzusiedeln. Im nördlichen Bereich der Tagesanlagen könnten dann verschiedene Teilreviere entwickelt werden, die über eine gewisse räumliche Nähe zum geplanten Restsee verfügen. Vorgesehen ist dort aktuell die Errichtung von verschiedenen Einrichtungen rund um das Thema Sport und Gesundheit. Derzeit sind ein Leistungs- und Freizeitsportzentrum, ein Reha- und Therapiezentrum, eine Entwicklungsbegleitung und -förderung für Kinder- und Jugendliche ein Outdoor-Sportpark und Freizeitanlage, ein Seminar- und Bildungszentrum, ein Schwimm- und Wassersportzentrum sowie ergänzende Beherbergungs- & Gastronomieangebote vorgesehen. Aufgrund der spezifischen Nutzung wäre somit die Festlegung eines ASB für zweckgebundene Nutzungen erforderlich. Die Gemeinde schlägt die Zweckbindung ?Einrichtungen des Gesundheitswesens? vor, ist sich jedoch bewusst, dass sich unter den geplanten Nutzungen auch Freizeitanlagen und Bildungseinrichtungen befinden. Die größte Schnittmenge erscheint jedoch im Bereich des Gesundheitswesens zu liegen. Sofern die Bezirksregierung eine andere Zweckbindung passender findet, um die vorgesehenen Nutzungen auf Ebene der Regionalplanung planerisch vorzubereiten, hat die Gemeinde Niederzier keine Einwände.

[s. Anhang Abb. StnID_1005216_1]

Anhänge

[Abb_ID1005216.pdf](#)

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW kann ausschließlich für bereits versiegelte Flächen einschließlich der bestehenden Infrastruktur gemäß Ziel 6.3.3 LEP NRW eine Nachfolgenutzung als Siedlungsraum festgelegt werden. Bestehende naturschutzwürdige Teilflächen sind gem. LEP NRW von der Nachnutzung ausgenommen. Für diese, sowie für Bereiche, die nicht bereits versiegelt sind ist eine siedlungsräumliche Festlegung gem. LEP NRW nicht möglich. Der angeregte Bereich ist nicht den versiegelten Betriebsanlagen zugehörig und kann gemäß LEP NRW nicht als Siedlungsbereich festgelegt werden.

Südlich anschließend wird aber für einen Teilbereich der Tagesanlagen, der regionalplanerisch aufgrund der vorgenannten Vorgaben des LEP NRW als Siedlungsbereich festgelegt werden kann, ein Allgemeiner Siedlungsbereich mit der Zweckbestimmung Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus festgelegt. Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen geändert (s. Änderungskarten). Dieser wird auch in den textlichen Festlegungen zu Z.8 ASBz sichern aufgenommen. Die Textliche Festlegung Z. 8 und deren Erläuterung wird in Teilen entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

1005217, Gemeinde Niederzier	
<p>Inhalt</p> <p>1. Zeichnerische Festlegungen</p> <p>In Bezug auf die zeichnerischen Festlegung bringt die Gemeinde folgende Wünsche und Anregungen vor:</p> <p>11. Die Gemeinde regt zudem an, die Trasse der Hambachbahn in Richtung Norden weiterzuführen. Somit können sowohl die gewerblichen Flächen als auch das SPORTRevier Hambach an die Ortschaften Niederzier und Hambach sowie im weiteren Verlauf an die Stadt Jülich angebunden werden. Es wird der Wunsch vorgebracht, die Trasse als Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung mit in den neuen Regionalplan aufzunehmen. Auch hier wäre eine Bündelung der Verkehre wünschenswert, sodass der Bahnhaltepunkt in der Ortschaft Niederzier in unmittelbarem Zusammenhang mit der vorgesehenen Talstation der Seilbahn sowie einem P+R-Parkplatz stehen sollte.</p> <p>[s. Abbildung 1005217_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005217.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p> <p>Die Festlegung des vorhandenen Schienenwegs der Hambachbahn folgt dem landesplanerischen Auftrag für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Die Infrastruktur ist bis zum Abschluss der Braunkohleförderung und des Lösstransports noch in Betrieb und entzieht sich der Nutzung durch Dritte. Welche verkehrliche Funktion sie nach Beendigung der Braunkohleförderung sowie der Rekultivierungsarbeiten erhalten wird, ist nicht Gegenstand des Regionalplans. Die Anregung richtet sich insofern an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt**1. Zeichnerische Festlegungen**

In Bezug auf die zeichnerischen Festlegung bringt die Gemeinde folgende Wünsche und Anregungen vor:

12. Durch den Kreis Düren und den Rhein-Erft-Kreis wird derzeit eine Machbarkeitsstudie für eine zukünftige Seenverbindung zwischen dem Indesee und dem Hambacher See durchgeführt. Die Seenverbindung soll in dem Bereich verortet werden, welcher ursprünglich zur Errichtung einer Bandanlage vorgesehen war. Jedoch wurde die Trassenführung damals nicht planerisch gesichert. Ein exemplarischer Verlauf der Verbindung zwischen den beiden zukünftigen Seen wurde als Oberflächengewässer als Vorschlag in die Kartendarstellung aufgenommen. Die Seenverbindung soll sowohl dem Schiffsverkehr dienen als auch von Freizeitwassersportlern genutzt werden können. Hinsichtlich der Seenverbindung mittels Kanalführung muss darauf geachtet werden, dass diese im Einklang mit den kommunalen Planungen steht und keine Interessenskonflikte entstehen. Dies betrifft insbesondere folgenden Bereiche

- Zufahrts-/Versorgungsstraße zum Besuchs- und Informationszentrum auf der Sophienhöhe (Untergrundaufbereitung ist bereits durch RWE angelegt und durch Werksfahrzeuge befahrbar ? Schwarzdecke fehlt)
- Zugang zum See
- Strandabschnitt, hinsichtlich einer freizeitlichen Nutzung (Schwimmen, etc.)
- Bootsanleger/-steg
- Ferienwaldsiedlung, auf ökologischer Basis am Fuße der Sophienhöhe mit Anleger und Strand, Freizeitspot am Westufer des künftigen Sees
- Erweiterung/Verlängerung der Hambachbahn für die Bereiche Personennahverkehr und Güterverkehr ? Hambach Loop (Projekt Neuland Hambach GmbH) Die vorgetragenen Anregungen wurden (sofern möglich) in einer beigefügten Karte räumlich verortet.

[s. Abbildung 1005218_1]

Anhänge

[Abb_ID1005218.pdf](#)

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Anregung ist im Planentwurf entsprochen. Der vorgesehene Korridor für eine Verbindung der Seen weist keine der Realisierung dieses Vorhabens entgegenstehenden Festlegungen auf. Durch die Festlegung vorrangiger Freiraumfestlegungen (Regionaler Grünzug, zzgl. teilweise BGG) wird der Verbindungskorridor langfristig gesichert.

Die genaue Ausführung der angesprochenen Seeverbindung und darauf aufbauend eine mögliche Realisierung wird voraussichtlich erst nach dem Planungszeitraum des Regionalplans von 2043 erfolgen. Mögliche weitere Planungen der Anbindung, technischen Gestaltung etc. richten sich an einen Planungszeitraum jenseits des Regionalplans und an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

1011930, Gemeinde Niederzier	
<p>Inhalt</p> <p>1.3 Umweltbericht</p> <p>Die Gemeinde Niederzier hat keine Anregungen zum Umweltbericht.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1011935, Gemeinde Niederzier	
<p>Inhalt</p> <p>1. Zeichnerische Festlegungen</p> <p>In Bezug auf die zeichnerischen Festlegung bringt die Gemeinde folgende Wünsche und Anregungen vor:</p> <p>5. Somit bittet die Gemeinde Niederzier darum, die entsprechenden ASB-Flächen vom Südosten der Ortschaft in den Südwesten der Ortschaft zu verlagern.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1011935]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011935.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Festlegung erfolgt auf Grundlage eines Flächentauschs im Rahmen der kommunalen Siedlungsraumpotentiale auf Ebene des Regionalplans.</p>

AZ: BET_124000_1

Gemeinde Nörvenich

1005186, Gemeinde Nörvenich

Inhalt

1. Zeichnerische Festlegungen: Blatt 02, Kreis Düren

Die Flächen, auf die sich die Anmerkungen beziehen, sind in der Darstellung mit der Signatur - - - umrandet.

1.1 Darstellung ASB Rath-Wissersheim

Im Planentwurf werden Teile von Rath und Wissersheim zusammen mit einer schmalen Verbindung beider Ortsteile als allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) neu dargestellt. Der ausgewiesene ASB ist für die von der Gemeinde Nörvenich perspektivisch geplante, zukünftige Zusammenführung beider Ortsteile aufgrund seiner schmalen, schlauch artigen Anordnung jedoch nicht ausreichend und den örtlichen Siedlungsstrukturen unangepasst. Die zeichnerische Darstellung der Gemeinde zeigt einen möglichen Siedlungsbereich auf, welcher sich durch seine an den örtlichen Gegebenheiten orientierenden Aufteilung besser in die vorhandene Siedlungsstruktur einfügt und dabei im Gegensatz zur bisherigen Darstellung einen dichteren Siedlungsbereich zwischen den Orten schafft. Als Teil einer Ost-West-Achse im Gemeindegebiet, könnte der ASB Rath-Wissersheim zusammen mit den ASBs im Zentrum (Nörvenich) und Eschweiler über Feld im Westen auch regionalplanerisch festgelegt den Siedlungsschwerpunkt in der Gemeinde bilden. Zur Kompensation der zusätzlich ausgewiesenen Flächen, steht die Rücknahme von ASB-Flächen bei Hochkirchen als Alternative zur Verfügung (s. 1.3).

[s. Anhang Abb. StnID_1005186_1]

[s. Anhang Abb. StnID_1005186_2]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Anhänge

[Abb_ID1005186_1.pdf](#)

[Abb_ID1005186_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Festlegung erfolgt auf Grundlage eines Flächentauschs im Rahmen der kommunalen Siedlungsraumpotentiale auf Ebene des Regionalplans.

1005187, Gemeinde Nörvenich	
<p>Inhalt</p> <p><u>1. Zeichnerische Festlegungen: Blatt 02, Kreis Düren</u></p> <p>Die Flächen, auf die sich die Anmerkungen beziehen, sind in der Darstellung mit der Signatur - - - umrandet.</p> <p>1.2. Darstellung nicht verorteter/ weiterer Bedarfe in Eschweiler über Feld</p> <p>Im aktuellen Planentwurf wird der Ortsteil Eschweiler über Feld als allgemeiner Freiraum und Agrarbereich dargestellt. Die Gemeinde Nörvenich ist als Flächenkommune mit einer Größe von 66 km² geographisch so aufgestellt, dass eine Ost-West-Achse bei der zukünftigen Siedlungsentwicklung zu berücksichtigen sein sollte. So macht es auch regionalplanerisch Sinn, neben den allgemeinen Siedlungsbereichen im Nörvenicher Zentrum und im Osten (Rath-Wissersheim), ebenfalls einen allgemeinen Siedlungsbereich im Nörvenicher Westen als Siedlungsschwerpunkt darzustellen. Eschweiler über Feld verfügt als zweitgrößter Ort in der Gemeinde über die entsprechende Infrastruktur: Hier finden sich Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge (Arztpraxis), Sportangebote (Turnverein, Sportverein), eine Kirche, Friedhof, eine Kindertagesstätte und eine Grundschule, eine Feuerwehr sowie diverse gewerbliche Betriebe im Mischgebiet und im GIB. In Anbetracht der derzeit laufenden Bauleitplanverfahren werden die vorhandenen Flächenreserven bereits 2023 erschöpft sein. Daher ist es sinnvoll, hier einen dritten ASB zu realisieren, um auf planerische Sicht der Gültigkeitsperiode des neuen Regionalplanes die Möglichkeit einer weiteren örtlichen Entwicklung zu schaffen und innerhalb der kommunalen Struktur eine Ausgewogenheit der Siedlungsentwicklung entlang einer Ost-West-Achse einzuhalten.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005187_1] [s. Anhang Abb. StnID_1005187_2] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005187_1.pdf Abb_ID1005187_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen.</p> <p>Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Bei dem aufgeführten Bereich handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. ohne ausreichende Infrastrukturausstattung zur Grundversorgung und somit um einen Ortsteil im regionalplanerischen Freiraum.</p> <p>Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung <i>„Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren“</i> möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

1005188, Gemeinde Nörvenich	
<p>Inhalt</p> <p><u>1. Zeichnerische Festlegungen: Blatt 02, Kreis Düren</u></p> <p>Die Flächen, auf die sich die Anmerkungen beziehen, sind in der Darstellung mit der Signatur - - - umrandet.</p> <p>1.3. Darstellung ASB Hochkirchen</p> <p>Der Planentwurf stellt für den Ortsteil Hochkirchen aktuell bedeutende Flächen als allgemeinen Siedlungsbereich dar. Mit ca. 450 Einwohnern (stand 31.07.2022) gehört Hochkirchen zu den kleineren Ortsteilen im Gemeindegebiet. Zwar ist es erklärtes Ziel der Gemeinde, jedem Ort eine Entwicklungsperspektive zu geben, die dargestellten ASB-Flächen sind für die weitere Entwicklung des Ortes jedoch zu großflächig und in ihrem Umfang nicht der örtlichen Struktur angemessen. Auf Ebene der Bauleitplanung werden hier aktuell Wohnbauflächenreserven in wesentlich kleinerem Umfang östlich an die bestehende Siedlung anschließend im Rahmen einer Flächennutzungsplanänderung zur zukünftigen Entwicklung des Ortes gesichert. Um eine flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung im Sinne des Ziels 6.1-1 des LEP NRW zu gewährleisten, sollten die eingezeichneten Flächen in den Freiraum überführt werden. Im Hinblick auf die Neuausweisung des ASBs in Eschweiler über Feld und die Erweiterung des ASBs Rath-Wissersheim, regt die Gemeinde Nörvenich an, die zurückzunehmenden ASB-Flächen diesen Orten im Sinne des Flächentauschs zuzusprechen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005188_1] [s. Anhang Abb. StnID_1005188_2] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005188_1.pdf Abb_ID1005188_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, um den Siedlungszusammenhang zu sichern. Darüber wird in diesem Zusammenhang auf die StnID 1005187 sowie StnID 1005188 verwiesen. Die Rücknahme erfolgt entsprechend der Neuverortung.</p>

1005189, Gemeinde Nörvenich	
<p>Inhalt</p> <p><u>2. Darstellung nicht verorteter / weiterer Gewerbe- und Industriebereiche</u></p> <p>2.1 Gewerbe- und Industriegebiet Gypenbusch</p> <p>In der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplanes wird für die Gemeinde Nörvenich ein gewerblicher Neubedarf in Höhe von 6 ha ermittelt (Begründung, S. 56), wobei die 36 ha des Gewerbegebietes Gypenbusch als Flächennutzungsplan-Reserve deklariert werden. Aufgrund der Tatsache, dass weite Teile des Gebietes bereits an Gewerbetreibende veräußert wurden und die in Abarbeitung befindliche Interessentenliste das Flächenangebot bei weitem übersteigt (Nachweis s. Anhang), ist eine Bedarfsprognose von 6 ha für die nächsten Jahrzehnte nicht ausreichend und würde die Gemeinde in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung stark einschränken. Bei der Darstellung des Gewerbegebiets Gypenbusch als GIB-Fläche im Regionalplan handelt es sich daher nicht um Reserven, sondern um aktuell bereits zur Bebauung fest eingeplante Flächen. Im Hinblick auf den Planungshorizont des Regionalplanes, würde die Beschränkung auf die derzeit dargestellte zeichnerische Festlegung und den ermittelten Gewerbe-Neubedarf ein besonderes wirtschaftliches Entwicklungshemmnis darstellen. Angesichts der wenigen verfügbaren Flächen und der großen gewerblichen Flächennachfrage bestehen für die Gemeinde Nörvenich mit dem neuen Regionalplanentwurf keine Handlungsspielräume oder Weiterentwicklungsmöglichkeiten im gewerblichen Bereich für den lokalen Bedarf. Daher regt die Gemeinde Nörvenich die eingezeichnete Erweiterung des Gewerbe- und Industriebereichs auf Regionalplanebene an. Dieser ist durch die bereits erstellte Zuwegung vom übergeordneten Straßennetz bereits voll erschlossen, was einer flächensparenden Entwicklung zu Gute käme.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005189_1] [s. Anhang Abb. StnID_1005189_2] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005189_1.pdf Abb_ID1005189_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Gemeinde Nörvenich verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Darüber hinaus besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> (GIBflex). Auch stehen keine Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche ist nicht bedarfsgerecht und kann daher im Regionalplanentwurf nicht verortet werden. .</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005190, Gemeinde Nörvenich	
<p>Inhalt</p> <p>2. Darstellung nicht verorteter / weiterer Gewerbe- und Industriebereiche</p> <p>2.2 Wasserstofftankstelle Gypenbusch</p> <p>Entlang der Zuwegung von der L495 ins GIB "Gypenbusch", beabsichtigt die Gemeinde Nörvenich am Erschließungsknoten zeitnah eine Wasserstofftankstelle mit begleitender Mobilitätsinfrastruktur zu errichten. Um die entsprechende Bauleitplanung zu ermöglichen, ist eine Änderung des aktuellen Regionalplanes erforderlich. Diese könnte ohne Bedarfsprüfung dadurch ermöglicht werden, dass Siedlungsbereichsflächen von anderer Stelle getauscht werden (Flächentausch). In diesem Zusammenhang wird auf die ausführliche Projektdarstellung im Rahmen des dazu geführten Schriftverkehrs verwiesen. Im Zuge der Regionalplanänderung könnte auch die unter Punkt 2.3 ausgeführte Problematik "Strabag-GIB" in einem Zuge gelöst werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1005190_1] [s. Anhang Abb. StnID_1005190_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005190_1.pdf Abb_ID1005190_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Gemeinde Nörvenich verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist nicht bedarfsgerecht. Zudem liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha). Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005191, Gemeinde Nörvenich

Inhalt

2. Darstellung nicht verorteter / weiterer Gewerbe- und Industriebereiche

2.3 Gewerbeflächen Strabag AG

Die zeichnerischen Festlegungen weisen für einen Bereich nördlich des Ortes Eschweiler über Feld eine Fläche zum Schutz der Natur aus. In dieser Fläche befindet sich das Betriebsgelände der Strabag AG. Die Darstellung im aktuellen Entwurf entspricht demnach nicht den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort. Die Strabag AG plant die Erweiterung ihres Betriebsgeländes, welche nur anschließend an ihre bestehende Betriebsstätte erfolgen kann. Am Standort sind derzeit ca. 180 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt, womit sie einer der größten Arbeitgeber im Gemeindegebiet ist. Um den zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden und weiterhin wettbewerbsfähig am Markt zu agieren, ist eine Erweiterung des Betriebes unabdingbar. Mittelfristig könnten durch die Erweiterung bis zu 100 neue Arbeitsplätze in der Gemeinde entstehen. In Anbetracht des Wegfalls von Arbeitsplätzen im Rahmen des Braunkohleausstiegs, von dem auch die Gemeinde Nörvenich betroffen ist, ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Gemeindegebiet selbst dringend erforderlich. Im bisher eingeleiteten Bauleitplanverfahren (Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes C33 im Parallelverfahren) wurde seitens der Bezirksregierung die Bestätigung, dass die Maßnahme an die Ziele der Raumordnung angepasst ist, versagt. Dies mit dem Grund, dass die geplante Erweiterung der Gewerbefläche in einem Bereich zum Schutz der Natur (BSN) liegt und dessen Schutzwürdigkeit höher anzusiedeln ist. Tatsächlich ist der BSN-Bereich aktuell keine hochwertige Naturfläche, sondern u.a. durch eine kommerzielle Weihnachtsbaumanpflanzung in Anspruch genommen. Nördlich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes C33 schließen sich ehemalige Abgrabungsflächen an, die sich im Besitz der Strabag AG befinden und derzeit keinerlei ökologische Funktion besitzen. Der Schutz der Natur und die Schaffung und Erhaltung einer ökologisch wertvollen Umwelt ist klares Ziel der Gemeinde. Die wirtschaftliche Entwicklung und Bereitstellung von Arbeitsplätzen innerhalb der Kommune ist insbesondere für eine landwirtschaftlich geprägte Gemeinde wie Nörvenich jedoch ebenfalls relevant. Um im Sinne des Naturschutzes einen Ausgleich für die geplante südliche Betriebserweiterung zu schaffen und das Vorhaben auf diesem Wege genehmigungsfähig zu machen, ist die ökologische Aufwertung der nördlichen Abgrabungsfläche durch die Strabag AG eine Auflage im Bauleitplanverfahren. Diese ersetzt in vollem Flächenumfang die vorgesehene Erweiterung der Betriebsfläche und kann damit einen Kompromiss zwischen dem erforderlichen Naturschutz und der wirtschaftlichen Entwicklung darstellen.

[s. Anhang Abb. StnID_1005191_1]

[s. Anhang Abb. StnID_1005191_2]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Festlegung wird wie folgt geändert (s. Änderungskarten)

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht ist die Voraussetzung zur Funktionserfüllung eines BSNs nicht mehr gegeben. Daher wird folgerichtig der BSN angepasst. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1005191_1.pdf](#)

[Abb_ID1005191_2.pdf](#)

Inhalt

3. Begründung zur Regionalplanneuaufstellung**Anmerkung zu Kap. 3.1.1 - Methodik der Wirtschaftsflächenbedarfsberechnung**

Für die Gemeinde Nörvenich wurde im Rahmen der Gewerbeflächen-Bedarfsberechnung ein GIBNeubedarf in Höhe von 6 ha ermittelt. Zusätzlich wurden 36 ha als Flächenreserven auf Ebene der Flächennutzungsplanung festgestellt (Begründung, S. 56). Die Ermittlung des Gewerbeflächenbedarfs im GIB basiert gemäß Methodik auf Vergangenheitswerten und zeitlich zurückliegenden Ist-Zuständen. Da die wirtschaftliche Flächenentwicklung in der Gemeinde für Jahrzehnte stagnierte und erst in den letzten Jahren mit dem Gewerbe- und Industriegebiet Gypenbusch wiedereinsetzte, wird der Gemeinde Nörvenich auf Basis der Berechnungsmethodik ein dementsprechend geringer Flächenbedarf zugesprochen. Die vorgesehenen 36 ha GIB-Reserve sind durch das neue Gewerbe- und Industriegebiet aktuell bereits verbraucht und stehen demnach nicht mehr als Reserve zur Verfügung, wodurch sich die wirtschaftliche Flächenentwicklung im aktuellen Regionalplanentwurf für die nächsten Jahrzehnte auf die ermittelten 6 ha Neubedarf beschränkt. Die Problematik liegt speziell für die Gemeinde Nörvenich in der zeitlichen Abfolge von einsetzender Gewerbeflächenentwicklung und dem Betrachtungszeitraum der zugrundeliegenden Berechnungskennziffern. Gemäß der erläuterten Methodik setzt sich der ermittelte Bedarf aus den Komponenten Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Flächenbedarf durch Unternehmensneugründungen, Betriebsverlagerungen und Neuansiedlungen sowie einer empirisch ermittelten Flächenkennziffer zusammen. Würde das Gewerbe- und Industriegebiet Gypenbusch in die Bedarfsberechnung einfließen, so ergäbe sich sowohl durch die stark steigende Zahl neuer sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, die Neuansiedlung von Unternehmen und dem steigenden Anteil von Gewerbe- und Industrieflächen, die durch Erwerbstätige in Anspruch genommen werden ein wesentlich höherer Bedarf an Wirtschaftsflächen. In Anbetracht der starken Nachfrage nach Wirtschaftsflächen, welche sich in der kurzfristigen Belegung aller Bauflächen im neuen Gewerbe- und Industriegebiet widerspiegelt, sind die ermittelten 6 ha Neubedarf für die Gemeinde Nörvenich nicht ausreichend, um eine angemessene wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. Der dem Regionalplanentwurf zugrundeliegende Betrachtungszeitraum ist daher, vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen, nicht geeignet den gewerblichen Flächenbedarf für den gesamten Planungshorizont des Regionalplans realistisch zu prognostizieren. Die GIB - Flächenausweisung ist nach Meinung der Gemeinde zu überprüfen und zu korrigieren (s. ebenfalls Punkt 2.2 der Stellungnahme). Im Rahmen der Wohnbauflächenbedarfsermittlung zeigt sich eine ähnliche Problematik. Wenig Entwicklung bis 2018, als die Daten von IT NRW abgegriffen und den Planungen zugrunde gelegt wurden, bedeutet automatisch wenig Bedarf in der Zukunft. Die

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün-

nachstehende Statistik der Einwohnerentwicklung und Prognose zeigt das dynamische Einwohnerwachstum der Gemeinde und die Inanspruchnahme von Flächenreserven. Die Gemeinde Nörvenich leistet damit einen erheblichen Beitrag zum Wunsch der Landesregierung, Siedlungsdruck aus den Ballungsräumen aufzunehmen. Dies geht einher mit erheblichen Infrastrukturinvestitionen (Kitas, Schulen). Ein plötzliches Abreißen des Wachstums in Ermangelung von Wohnbaufläche würde unweigerlich zum Leerstand bei diesen Infrastruktureinrichtungen führen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret in Nörvenich. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. Der Anregung ist somit entsprochen.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

AZ: BET_125000_1

Landgemeinde Titz

1001538, Landgemeinde Titz

Inhalt

Die Anrainerkommunen des Rheinischen Reviers stehen durch den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung vor gewaltigen Herausforderungen. In diesem Kernrevier, das ungefähr ein Drittel des gesamten Rheinischen Reviers ausmacht, werden die größten Anpassungslasten des Braunkohleausstiegs anfallen. Konkret bedeutet dies, insgesamt rund 22.000 Arbeitsplätze und 600 Mio. Euro Wertschöpfung qualitativ, quantitativ und zeitnah zu kompensieren und hierzu neue Wertschöpfungsketten zu knüpfen. Dies rechtzeitig bis 2038 zu schaffen, damit die Region nicht durch einen zu befürchteten Strukturbruch wirtschaftlich abstürzt, stellt schon eine immense Herausforderung dar. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag nun die Zielsetzung formuliert, sogar bis 2030 aus der Braunkohleverstromung aussteigen zu wollen. Das Land NRW hat sich dieser Zielsetzung ausdrücklich angeschlossen. Den Ausstieg nun noch mal um acht Jahre vorziehen zu wollen, ist klimapolitisch nachvollziehbar, lässt die Anrainer jedoch mit größter Sorge auf die Zukunft unserer Region blicken und erfordert deutliche und zusätzliche Anstrengungen zur Strukturstärkung. Die aktuellen Gaspreis- und Strompreisentwicklungen, die Haushaltsbelastungen durch die Corona-Pandemie und die unterbrochenen Lieferketten des beschäftigungsstarken produzierenden Gewerbes kommen hinzu und steigern den Handlungsdruck zur beschleunigten, wirtschaftlichen Stärkung des hauptlasttragenden Kernreviers. Aufgrund von vielfältigen Raumansprüchen, aktuellen Herausforderungen sowie Änderungen gesetzlicher Vorgaben und Rahmenbedingungen ist die Neuaufstellung des Regionalplans im Regierungsbezirk Köln unbedingt notwendig. Die Zielsetzung einer nachhaltigen Raumentwicklung für den neuen Regionalplan begrüße ich unter Berücksichtigung der besonderen Herausforderungen des Klimawandels, der Energiewende, des Strukturwandels sowie der anstehenden Mobilitätswende ausdrücklich. Die aktuelle geopolitische Lage in Europa ist zum einen ein Multiplikator und zum anderen ein Katalysator der Herausforderungen, vor denen die Bundesrepublik Deutschland, vor allem jedoch das Rheinische Revier steht. Diese Herausforderungen sind zudem auch unbedingt als zusammenhängend zu betrachten, da sie sich gegenseitig beeinflussen. So steht der Regierungsbezirk Köln gemeinsam mit seinen Kommunen in der Verantwortung, Antworten auf die parallel stattfindenden Prozesse von Wachstum, Schrumpfung und Strukturwandel, Daseinsvorsorge und regionaler Freiraumsicherung, Herausforderungen des Klimawandels und der Klimavorsorge im Regierungsbezirk Köln zu finden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Dies gilt auch im Hinblick auf die Wettbewerbsgleichheit des Rheinischen Reviers im Sinne des Strukturwandels im Kontext der Herausforderungen für alle Kommunen des Regierungsbezirks Köln.

1001539, Landgemeinde Titz	
<p>Inhalt</p> <p>Die bereits genannte aktuelle geopolitische Situation sorgt demnach zusätzlich dafür, dass eine mögliche Strategie der Bundesregierung zur zukünftigen Unabhängigkeit von Importen fossiler Energieträger mitgedacht sowie zum Ausdruck im neuen Regionalplan des Regierungsbezirks Köln gebracht werden sollte. Hierzu wären Flächen mit Raumbedeutung auszuweisen, um groß flächige Projekte der erneuerbaren Energien zügiger, ohne erneute Planänderungen, ermöglichen zu können. Auch die Flächeninanspruchnahme, wann ein Projekt raumbedeutend ist, sollte unbedingt von 10 ha auf mindestens 20 ha heraufgesetzt werden. Dies dient dazu, dass großflächigere Ansiedlungen, welche aktuell noch nicht projektiert oder gar konzeptioniert sind, zukünftig schneller, ohne große bürokratischen Hindernisse sowie langwierigen Genehmigungsverfahren umgesetzt werden können und so zur Unabhängigkeit der Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland beitragen können.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

Inhalt

Der Ansatz der zentralen Orte nach Christaller und die Stärkung der Innenstädte sind der Mittelpunkt einer nachhaltigen Entwicklung, denn durch eine mögliche Bevölkerungsabnahme in vielen Räumen von Nordrhein-Westfalen kann es dort zu Tragfähigkeitsproblemen, insbesondere bei den Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, kommen. Der Ansatz des Landesentwicklungsplans, die weitere Siedlungsentwicklung bereits jetzt auf Standorte zu konzentrieren, an denen auch langfristig ein attraktives Angebot an öffentlichen und privaten Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen bereitgestellt werden kann, um die Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen flächendeckend zu sichern, zeigt allerdings ein falsches Verständnis von zentralen Orten.

Das Prinzip der zentralen Orte von Christaller leitet unter restriktiven Bedingungen (z.B. eine gleichmäßige Bevölkerungsverteilung) optimale Standorte für auf den Endverbraucher abzielende Güter und Dienstleistungsangebote ab, um die eigentliche Fragestellung seiner Arbeit nach den Gesetzmäßigkeiten der Größe, Anzahl und räumlichen Verteilung von „städtischen“ Funktionen zu beantworten. Zentrale Orte sind weder mit einer Siedlung noch mit der politischen Gemeinde gleichzusetzen. Beim theoretischen Zentrale-Orte-Begriff handelt es sich um eine Abgrenzung zu den beiden genannten Begriffen um eine räumliche Standortagglomeration (Infrastrukturcluster) verschiedener haushaltsorientierter Güter und Dienste, die aufgrund der Distanzempfindlichkeit der Nachfrage an einem Ort gebündelt für ein Marktgebiet (Bereich) angeboten werden. Der zentrale Ort ist demnach eine räumliche Konzentration von zentralörtlichen Einrichtungen gleicher Hierarchiestufe, die man auch als Infrastruktur- bzw. Standortcluster auffassen kann. Fasst man zentrale Orte als Cluster auf, lassen sich damit die verschiedenen Zentralitätsausprägungen beschreiben.

Der große Reiz am Christaller'schen Modell (nach seinem Versorgungsprinzip) liegt in der räumlichen Anordnung der zentralen Orte, woraus eine win-win-Situation für Anbieter und Nachfrager entsteht. Die Anbieterseite erlangt die maximale Abdeckung des Standortnetzes, wodurch einer maximalen Zahl von Unternehmern der Markteintritt ermöglicht wird, während daraus für die Verbraucher eine möglichst dezentrale Versorgung bei geringsten Versorgungswegen resultiert.

Mit einem gemeinsamen Positionspapier haben sich im Dezember 2021 Kammern, Gewerkschaften, Kreise, Kommunen und Regionalverbände als legitimierte Vertreter des Rheinischen Reviers vereint an Bundes- und Landesregierung gewandt und konkrete unterstützende Maßnahmen gefordert. Darin wird verdeutlicht, dass die Bewältigung der von Bund und Land induzierten Herausforderung weit mehr Anstrengungen erfordert als den bloßen Einsatz von Strukturfördermitteln. Die sich

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Planung, zum Landesentwicklungsplan NRW, Strukturförderung und Handlungserfordernisse zur Bewältigung des Strukturwandels im Rheinischen Revier vorgebracht. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

daraus ergebenden Handlungserfordernisse erstrecken sich vielmehr auch auf die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei der Errichtung von Infrastrukturen sowie auf die bedarfsgerechte Ausweisung von Siedlungsflächen. Insbesondere die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen stellt einen zentralen Baustein im Rahmen der Strukturstärkungsstrategie dar. Die durch die zahlreichen Innovationsprojekte ausgelöste wirtschaftliche Aktivität wird ihre beschäftigungspolitische Wirkung nur entfalten können, wenn zeitnah in ausreichendem Maße Flächen für Investitionen zur Verfügung stehen. Diese gibt es heute im Kernrevier gutachterlich nachgewiesen nur in sehr unzureichender Form.

Die vorrangige Ausweisung von weiteren ASB und GIB Flächen an zentralen Orten, um Flächendruck zu reduzieren, Innenstädte zu stärken sowie dispersen Siedlungsentwicklungen entgegenzuwirken, um die Infrastrukturfolgekosten für die Gemeinden zu reduzieren, scheint zwar plausibel, hat jedoch zur Folge, dass bei einer strikten Auslegung der Landesplanung, Innenstädte von Mittel- und Grundzentren weiter verwaisen (Leerstand von Gewerbe- und Einzelhandelsflächen) und so ganze Ortschaften und in Folge dessen ganze Gemeinden von einem sozialen Verfall betroffen sein könnten. Der bisherige Entwurf hätte zur Folge, dass die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel zur Bewältigung des Strukturwandels im Rheinischen Revier nicht in den durch Jahrzehnte lange Restriktionen betroffenen Anrainerkommunen ankommen und einen Strukturwandel erreichen, sondern in den peripheren Agglomerationsräumen des Rheinischen Reviers und so die offenkundigen Disparitäten in den Stadt-Land-Beziehungen manifestiert und noch deutlicher ausprägt werden. Eine Ausweisung von ASB und GIB Flächen muss demnach maßvoll auch im ländlichen Raum stattfinden, um eine Entwicklungsperspektive zu bieten, damit sich noch weiter anwachsende Disparitäten zwischen Agglomerations- und ländlichen Räumen nicht manifestieren, sondern abgebaut werden können. Auch die hohe ? und in den vergangenen Jahren weiter gestiegene ? Nachfrage nach Bauland im ländlichen Raum von jungen Familien aus Agglomerationsräumen zeigt auf, dass eine Umkehr notwendig ist. Gerade auch die Wachstumserfolge meiner Landgemeinde, die über eine aktuelle Bevölkerungsprognose des Landes belegt werden und ein weiteres deutliches Wachstum gerade auch in den Alterskohorten junger Familien erwarten lassen, zeigen, dass der ländliche Raum ? zumal beim Aufbau und der Stärkung attraktiver Bildungsinfrastruktur ? prosperierendes Potenzial aufweist.

Vor diesem Hintergrund ist die Aufstellung des neuen Regionalplans für die Anrainerkommunen im Regierungsbezirk Köln ein entscheidender Prozess, der mit großen Erwartungen verbunden ist. Mit Blick auf die Flächenplanung sind hier u.a. die Forderungen nach Verfahrensbeschleunigung, die Etablierung einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone, landesseitige Flächenpoolösungen etc. zu nennen. Was die Anrainerkommune brauchen, sind zeitnahe und zusätzliche Flächenangebote. Wir erwarten, dass der Regionalplan alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft, um die notwendigen Grundlagen in ausreichender Menge, Qualität und Geschwindigkeit zu

schaffen und er damit seinen Beitrag zu einem gelingenden Strukturwandel leistet.

Auch im Lichte dieser Rahmenbedingungen bitten wir, den folgenden Beitrag zum Regionalplanentwurf zu sehen.

Inhalt

1. Ausweisung GIB

Aktuell konzentrieren sich die Industrie- und Gewerbeflächen vor allem im Großraum Köln, aber auch in Aachen und entlang der Autobahn A4 zwischen Aachen und Köln. Dies ist damit zu begründen, dass in den Anrainerkommunen der Tagebaue Ausweisungen großer Industrie- und Gewerbeflächen nicht möglich gewesen sind, da diese Flächen vom Bergbautreiben den vorrangig als Tausch- oder Ausgleichsflächen benötigt wurden. Konsequenz daraus ist, dass die Landgemeinde Titz einen überdurchschnittlichen Auspendleranteil von erwerbstätigen Personen besitzt. Für die zehn stärksten Auspendlerströme bedeutet das jährlich mehr als 1 Mio. Arbeitswege, somit fast 21 Mio. Pendlerkilometer und eine Emission von etwa 6.500 t CO₂. Alleine die Pendler der zehn größten Pendlerströme können in etwa 523 mal um die Erde oder 28 mal zum Mond hin und 27 mal zurück pendeln (Quellen: Pendleratlas NRW; Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt; https://co2.myclimate.org/de/car_calculators/new). Ziel einer neuen, angepassten Raumplanung sollte also die Reduzierung des Verkehrs sein, welcher durch Neuansiedlung von Gewerbe und Handwerk möglich ist.

Da ein vorzeitiger Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits beschlossen ist und sich die zu beanspruchenden Flächen durch den Bergbautreibenden deutlich reduzieren werden, sollten nun auch verstärkt die Anrainerkommunen mit der Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen bedacht werden, um regionale Disparitäten aufgrund von Restriktionen in der Vergangenheit auszugleichen und nicht zu manifestieren.

Für den Wohlstand in NRW ist eine erfolgreiche nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in allen Teilen des Landes unabdingbar. Hierbei bilden eine innovative Industrie, industrielle Dienstleistung, Handel sowie Handwerk das Rückgrat der nordrhein-westfälischen Wirtschaftskraft. Festzuhalten gilt, dass die nordrhein-westfälische Wirtschaft zum weitaus größten Teil aus kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) besteht. Diese vielfach inhabergeführten Familienbetriebe fühlen sich in besonderem Maße an ihren jeweiligen Standort gebunden und unterstützen auch das Vereinsleben, weshalb ein am Bedarf der Wirtschaft nachhaltig orientiertes Flächenangebot im gesamten Planbereich des Regierungsbezirks Köln bei der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln geschaffen werden muss, vor allem im Zuge des Strukturwandels.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich wurden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrie Flächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

1001546, Landgemeinde Titz

Inhalt

1. Ausweisung GIB

Ich bitte Sie daher, bei der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln für den Regierungsbezirk Köln folgende Punkte für die Landgemeinde Titz (Kreis Düren) zu berücksichtigen

1. Ausweisung eines GIBinterkommunal im Nordosten von Jackerath, dort befindet sich der avisierte Standort des ?Innovation Valley?, welches ein interkommunales Projekt des Zweckverbandes LandFOLGE Garzweiler werden könnte. Dieses GIBinterkommunal umfasst wesentliche Flächen im Gemeindegebiet der Landgemeinde Titz, von wo aus das ?Eingangstor? in das ?Innovation Valley? gestaltet werden kann. [...]

Bei den in Karte 4 [s. Anhang Abb. StnID_1001546] dunkelgrau dargestellten Flächen handelt es sich um das GIBregional (südliche Gebiet) und die beiden GIBinterkommunal mit den Kommunen Erkelenz und Jüchen im Norden der Landgemeinde. Die Ausweisung dieser GIB Gebiete halte ich für erforderlich, um lediglich die Strukturwandelzuschläge für die letzten Jahrzehnte abzubilden. [...]

Anhänge

[Abb_ID1001546.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine regionalplanerische Festlegung des angeregten Innovation Valley ist gegenwärtig nicht möglich: Die Festlegung der zukünftigen Abbaubereiche, Ufer- und Randbereiche sowie Rekultivierung erfolgt im Rahmen des in Änderung befindlichen Braunkohleplans Garzweiler II und kann durch die Regionalplanung nicht vorweggenommen werden und aufgrund der langen Befüll- und Rekultivierungszeiten für den Tagebau Garzweiler voraussichtlich erst nach dem Planungszeitraum des Regionalplans bis 2043 erfolgen. Darüberhinaus würde der beabsichtigte Standort aufgrund seiner isolierten Lage im Freiraum nicht in Übereinstimmung mit den Vorgaben des LEP NRW Ziel 6.3-3 stehen, demzufolge neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen unmittelbar anschließend an vorhandene Siedlungsbereiche festzulegen sind.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).

Die Stadt Landgemeinde Titz verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Auch stehen keine (weiteren) Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung GIBtransformation sichern und umsetzen. Die zeichnerische Festlegung der in Rede stehenden Fläche ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

--	--

1001547, Landgemeinde Titz	
<p>Inhalt</p> <p>1. Ausweisung GIB</p> <p>2. Ausweisung eines GIBinterkommunal im Nordwesten von Jackerath, um ein interkommunales Gewerbegebiet mit der Stadt Erkelenz zu realisieren. In diesem GIBinterkommunal wäre ein Schwerpunkt zur Transformation der Landwirtschaft in Verbindung mit der aktuell stattfindenden Energiewende denkbar, weshalb die Ausweisung im Freiraum notwendig erscheint. Die Transformation der Landwirtschaft erscheint unabdingbar, denn die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nimmt ab und auch die Übernahme von landwirtschaftlichen Betrieben in den nächsten zehn Jahren ist nur zu einem geringen Anteil wirklich gesichert. Um eine regionale Versorgung mit Lebensmitteln in Zukunft weiter zu gewährleisten, müssen neue Formen der Landwirtschaft erforscht und implementiert werden, Beispiel ?Vertical-Farming?. [...]</p> <p>Bei den in Karte 4 [s. Anhang Abb. StnID_1001547] dunkelgrau dargestellten Flächen handelt es sich um das GIBregional (südliche Gebiet) und die beiden GIBinterkommunal mit den Kommunen Erkelenz und Jüchen im Norden der Landgemeinde. Die Ausweisung dieser GIB Gebiete halte ich für erforderlich, um lediglich die Strukturwandelzuschläge für die letzten Jahrzehnte abzubilden. [...]</p> <p>Anhänge Abb_ID1001547.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen landesplanerische Vorgaben für Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW entgegen. In der Regel sind diese unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen. Bei dem angeregten Standort handelt es sich um eine isolierte Lage im Freiraum.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001548, Landgemeinde Titz	
<p>Inhalt</p> <p>1. Ausweisung GIB</p> <p>3. Korrektur der Signatur des ASB, gelegen an der Anschlussstelle Titz an die BAB 44. Hier handelt es sich bei der gesamten ausgewiesenen Fläche im Flächennutzungsplan der Landgemeinde Titz um ein GIBregional, welches in naher Zukunft in Kooperation mit der RWE Power AG entwickelt werden wird. Ein entsprechender ? Letter of Intent? zwischen der Landgemeinde und dem Unternehmen ist bereits vor einigen Jahren unterzeichnet worden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001548_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001548_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird wie folgt geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Eine Darstellung als GIBregional scheidet aus, da bereits im Flächennutzungsplan gewerbliche Flächen gesichert sind und die Verteilung der Standorte für GIBregional nicht zur bauleitplanerischen Bestandsicherung dient.</p>

1001549, Landgemeinde Titz	
<p>Inhalt</p> <p>1. Ausweisung GIB</p> <p>4. Die Ausweisung eines GIBregional in der Ortschaft Rödingen-Höllen, gelegen an der L 12, L 213 (Landwehr) und Kaiserstraße. Auch hierbei handelt es sich um eine bereits im Flächennutzungsplan der Landgemeinde Titz ausgewiesene Gewerbefläche.</p> <p>[...] Bei der in Karte 4 dunkelgrau dargestellten Flächen handelt es sich um das GIBregional [...]. Die grünen Flächen stellen neue ASB Gebiete dar, bzw. Flächen für Wohn- und Mischgebiete. [...]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001549_1] [s. Anhang Abb. StnID_1001549_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001549_1.pdf Abb_ID1001549_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen - es erfolgt eine Darstellung als Siedlungsraum (s. StnID 1001563).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den angeregten Bereich liegen verschiedene Anregungen vor (Festlegung als GIBregional, Festlegung als ASB). Eine Darstellung als GIBregional scheidet aus, da bereits im Flächennutzungsplan gewerbliche Flächen gesichert sind und die Verteilung der Standorte für GIBregional nicht zur bauleitplanerischen Bestandsicherung dient.</p>

Inhalt**1. Ausweisung GIB**

Des Weiteren möchte ich noch einmal ausdrücklich die Bereitschaft meiner Landgemeinde zu interkommunalen Kooperationen erklären (nicht anders ist beispielsweise das Engagement und die Gesellschafterrolle der Landgemeinde Titz im Rahmen der BRAINERGY-Park Jülich GmbH zu verstehen). Dies beinhaltet die Kooperation mit den Kommunen im Zweckverband LandFOLGE Garzweiler sowie der Neuland Hambach GmbH und darüber hinaus zur Gewerbeentwicklung der Region. Konkret sind hier bereits drei Vorhaben zu nennen:

1. Die Konzeptionierung und Umsetzung des ? Innovation Valley? des Zweckverbands Land- FOLGE Garzweiler im Bereich der BAB 61 und BAB 44n. Dieses Projekt würde bei der Umsetzung einen vielschichtigen Raum ergeben, welcher neue und innovative Wirtschafts- und Wohnstandorte darstellt. So würde dieses Areal zukünftig nicht nur als Wohnstandort, sondern auch als Standort für Einrichtungen öffentlicher Belange dienen, wie z.B. Forschungseinrichtungen, Einrichtungen aus dem Gesundheitswesen sowie dem Dienstleistungssektor. Ausgangspunkt dieses Projekts können z.B. die Stadtgebiete Mönchengladbach und Jüchen sein bis in das Areal nordöstlich der Ortschaft Jackerath im Verwaltungsbereich der Landgemeinde Titz.

2. Die Schaffung eines interkommunalen Gewerbegebiets im nördlichen Bereich der Landgemeinde Titz zwischen den Ortschaften Jackerath und Holzweiler in Kooperation mit der Stadt Erkelenz. Diese Fläche ist im Entwurf des Regionalplans Köln (Stand Dezember 2021) nicht ausgewiesen. Im Zuge der Unterstützung des Strukturwandels in den Kohleregionen, aufgrund der Überarbeitung des Grundsatzes 5.4, wäre dies zu begrüßen.

3. Die Anrainerkommunen des Tagebaus Hambach haben die Gründung eines GIBinterkommunal beschlossen. Die Verantwortung zur Konzeptionierung und Umsetzung wird der Neuland Hambach GmbH überlassen. Die avisierte Verortung dieses GIBinterkommunal befindet sich auf den Tagesanlagen des Tagebau Hambach, südöstlich der Ortschaft Niederzier.

Alle genannten interkommunalen Gewerbegebiete verfolgen den Grundsatz der Nachhaltigkeit, da sie der Transformation zweier Schlüsselindustrien der Region dienen, nämlich der Energiewende sowie die Erforschung und Entwicklung einer neuen Form der Landwirtschaft, weg von einer intensiven Form des Ackerbaus. Sie dienen der Schaffung neuer Arbeitsplätze, sowohl für jene, die neue Arbeitsplätze aufgrund des Kohleausstiegs suchen, aber auch für hochqualifizierte Arbeitssuchende, die gerade ihre Ausbildung an einer der zahlreichen Universitäten in der Planregion abgeschlossen haben. Diese Arbeitsplätze entstehen in zukunftsfähigen Branchen, in

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Eine regionalplanerische Festlegung des angeregten Innovation Valley ist gegenwärtig nicht möglich: Die Festlegung der zukünftigen Abbaubereiche, Ufer- und Randbereiche sowie Rekultivierung erfolgt im Rahmen des in Änderung befindlichen Braunkohleplans Garzweiler II und kann durch die Regionalplanung nicht vorweggenommen werden. Eine planerische Inanspruchnahme des Bereiches kann aufgrund der langen Befüll- und Rekultivierungszeiten für den Tagebau Garzweiler voraussichtlich erst nach dem Planungszeitraum des Regionalplans bis 2043 erfolgen. Darüberhinaus würde der beabsichtigte Standort aufgrund seiner isolierten Lage im Freiraum nicht in Übereinstimmung mit den Vorgaben des LEP NRW Ziel 6.3-3 stehen, demzufolge neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen unmittelbar anschließend an vorhandene Siedlungsbereiche festzulegen sind.

Für den Bereich der Tagesanlagen Hambach wird ein GIBtransformation auf Grundlage von § 38 Landesplanungsgesetz NRW festgelegt. Siehe Erläuterungen zu StnID 1005215.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum im nördlichen Bereich der Landgemeinde Titz zwischen den Ortschaften Jackerath und Holzweiler in Kooperation mit der Stadt Erkelenz stehen landesplanerische Vorgaben für Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW entgegen. In der Regel sind diese unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen. Bei dem angeregten Standort handelt es sich um eine isolierte Lage im Freiraum.

BITTE ERGÄNZEN PUNKT 3

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben

denen Innovationen vor Ort geschaffen und umgesetzt werden können. Aus diesem Grunde ist eine maßvolle Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen im Freiraum einer nachhaltigen Entwicklung förderlich.

unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1001561, Landgemeinde Titz

Inhalt

1. Ausweisung GIB

Die Grafik [s. Anhang Abb. StnID_1001561_1] zeigt ebenfalls, dass ca. 85 Prozent der Flächen in der Landgemeinde Titz landwirtschaftlich genutzt werden. Zu einem geringen Anteil handelt es sich dabei um Grün- oder Weideland, denn auf mehr als 90 Prozent dieser landwirtschaftlichen Flächen wird Ackerbau betrieben (<https://www.landwirtschaftskammer.de/dueren/pdf/lw-eifel-daten.pdf>; Stand: 04.02.2022). Die Landwirtschaftskammer NRW verweist auf den Sachverhalt, dass die Anzahl der Betriebe stetig abnimmt und so die zu bewirtschaftende Fläche für die einzelnen Betriebe anwächst, sodass Betriebe eine Bewirtschaftung der gesamten Flächen nicht mehr gewährleisten können. Die demografische Entwicklung lässt die Vermutung zu, dass sich dieser Sachverhalt in Zukunft verstärken und es so unweigerlich dazu kommen wird, dass landwirtschaftliche Flächen nicht voll umfänglich bewirtschaftet werden können. Erste Konsequenz in der Region ist das erhöhte Pendleraufkommen von Tages- und Saisonarbeitskräften aus den Niederlanden, welche beispielsweise mit ihren Erntemaschinen auf öffentlichen Straßen zu Verkehrshindernissen werden und umweltschädlich Emissionen erhöhen. Die Anbauprodukte, bei denen es sich zu einem sehr hohen Anteil um Weizen, Zuckerrüben und Kartoffeln handelt, dienen nur in Maßen der regionalen Grundversorgung mit Lebensmitteln. Daraus ist abzuleiten, dass die Landgemeinde Titz weitere GIBregional-Flächen ausgewiesen bekommen sollte, welche sich in einem für die Landwirtschaft erträglichen Maß halten.

Anhänge

[Abb_ID_1001561_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe*

umsetzen, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* konkret in Titz mit einer Verortung und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret im Kreis Düren.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Gemäß der Auswertung zur Ableitung der erforderlichen GIBregional in den Teilregionen (s. Ausführungen in der Begründung im Kapitel B. Methodik zur zeichnerischen Festlegung der GIBregional) umfasst für den Kreis Düren die maximal abgeleitete Flächengröße je GIBregional 20ha.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine bedarfsgerecht erweiterte Festlegung des bereits festgelegten GIBregional im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1001562, Landgemeinde Titz

Inhalt

Hier wären zukünftige nachhaltige Projekte aus dem Strukturwandel und der Energiewende zu benennen. So befindet sich aktuell ein Solarpark am neuen Autobahndreieck Jackerath im Bauleitplanverfahren; dieser muss aufgrund einer fehlenden Ausweisung im Regionalplan zunächst verkleinert werden, weshalb aktuell die Wirtschaftlichkeit dieses Energieprojekts überprüft wird. Auf den Sachverhalt der notwendigen Eintragung im Regionalplan von Projekten, welche größer als 10 ha sind, hat die Bezirksregierung Köln in ihrer Stellungnahme (Aktenzeichen 32/62.6-1.12.14.2021-10) zur landesplanerischen Anfrage gemäß § 34 LPIG NRW hingewiesen. An dieser Stelle wird um die Eintragung einer solcher Fläche von 15 ha - gebeten, damit dieses Energiewendeprojekt umgesetzt werden kann. Wie bereits erwähnt, sollte die Höhe der Flächeninanspruchnahme mit Raumbedeutung von 10 ha auf mindestens 20 ha erhöht werden, um großflächige Energieprojekte aus Erneuerbaren Energien schneller und einfacher umsetzen zu können. [s. Anhang Abb. StnID_1001562_1]

Entlang der Autobahn BAB 44 sollen zudem unmittelbar neben der Fahrbahn weitere PV Anlagen errichtet werden, um den Ausbauzielen der Bundesregierung für erneuerbare Energien gerecht zu werden. Auch wenn die Landgemeinde bereits etwa 2,7 Prozent der Flächen für erneuerbare Energien, aktuell ausschließlich Windkraft, zur Verfügung gestellt hat, unterstützt die Landgemeinde eine solche nachhaltige Entwicklung ausdrücklich und will zu künftig weiter dazu beitragen können, wenn entsprechende Flächen für Projekte zur Verfügung stehen. Die geopolitische Lage und das Ziel, rasch von den Importen fossiler Energieträger unabhängig zu werden, verschärft die notwendige Ausweisung solcher Flächen. Denn auch die Autobahn GmbH muss zukünftig bei solchen Projekten mitarbeiten und die Flächen zur Verfügung stellen. Aktuell werden einige Anfragen geprüft, andere werden abgelehnt, wodurch der Ausbau erneuerbarer Energien auf und an bereits versiegelten Flächen (Multikodierung versiegelter Flächen) verhindert wird. Auf diesen Flächen könnte dann zudem Regenwasser gesammelt sowie gespeichert werden und anschließend der Landwirtschaft zur Bewässerung der landwirtschaftlichen Flächen zur Verfügung gestellt werden. Aktuell darf dieses Niederschlagswasser weder zur Bewässerung noch zur Grundwasseranreicherung verwendet werden, da es auf versiegelte Verkehrs- und damit verschmutzte Flächen auftritt. Der Verbrauch von Grundwasser zur Bewässerung der Flächen in der Landwirtschaft würde als Folge abnehmen, wodurch einer nahen drohenden Knappheit an Trinkwasser laut aktuellem Bericht des Weltklimarats entgegengewirkt werden könnte. [s. Anhang Abb. StnID_1001562_2] [...] In orange sind die Bereiche für den Solar-Park Jackerath sowie einer möglichen Solarautobahn ausgewiesen. [...]

Anhänge

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, wird hiervon nicht gehemmt.

Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.

Abb_ID_1001562_1.pdf Abb_ID_1001562_2.pdf	
--	--

Inhalt

2. Ausweisung ASB

In Bezug auf die Ausweisung weiterer ASB schlage ich für die Ortschaften Titz und Rödingen die Baulückenschließung der verschiedenen ASB vor. Dies ist aufgrund der immer weiter zunehmenden Knappheit an Wohnbauflächen in den Ballungsräumen, insbesondere in der Rheinschiene, erforderlich, da hierdurch auch die Wohnbauflächen innerhalb der Landgemeinde Titz rasant verbraucht werden. Dies würde zum einen den Süden der Landgemeinde Titz betreffen. Dort befindet sich eine Baulücke zwischen dem ASB und der Kiesgrube. Zum anderen wäre das Areal im Nordosten und Süden der Ortschaft Rödingen betroffen. Um die Baulücken der Ortschaft Rödingen zu schließen, sollten die Landstraße L 12 und L 213 als Begrenzungen festgesetzt werden. Aufgrund des dynamischen Bevölkerungswachstums der Landgemeinde Titz, welcher nicht nur auf die günstige geografische Lage der Landgemeinde Titz zurückzuführen, sondern auf verstärkte Anstrengungen bzw. Investitionen in eine attraktive Bildungslandschaft zurückzuführen ist und die zunehmende Knappheit der Wohnflächen in den Ballungsräumen der Rheinschiene, ist dies mit dem Ziel der Schaffung neuen Wohnraums erforderlich.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

In Bezug auf die Anregung zur Ausweisung weiterer ASB-Flächen in der Ortschaft Rödingen im Süden zwischen L12 und L213 wird wie folgt Stellung genommen:

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

In Bezug auf die Anregung zur Ausweisung weiterer ASB-Flächen in der Ortschaft Titz in Richtung Kiesgrube wird wie folgt Stellung genommen:

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Die Gemeinde Titz verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

In Bezug auf die Anregung zur Ausweisung weiterer ASB-Flächen in der Ortschaft Rödingen im Nordosten in Richtung L12 wird wie folgt Stellung genommen:

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Titz verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht

bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

2. Ausweisung ASB

In den vergangenen Jahren hat die Verwaltung der Landgemeinde immer wieder Abrundungssatzungen durch den Gemeinderat beschließen lassen, um dem Grundsatz 6.1-6 des Landesentwicklungsplans zur vorrangigen Entwicklung des Innenraums und Arrondierung der Ortschaften umzusetzen. Im Jahre 2024 werden voraussichtlich alle potenziellen Innenraumflächen der verschiedenen Ortschaften in

Abrundungssatzungen gefasst sein, aber die stark anwachsende Nachfrage nach Bauland in der Landgemeinde, sowohl der einheimischen wie auch zuziehender Bevölkerung nicht annähernd befriedigen können. Aus diesem Grund werden aktuelle Baugebietsentwicklungen sowohl über landesplanerischen Anfragen gemäß § 34 LPIG NRW durchgeführt, als auch gemäß dem Grundsatz 6.1-8 zur Wiedernutzung von Brachflächen werden innerörtliche Brachflächen neu beplant oder so gemäß Grundsatz 6.1- 6 die Ortschaften ebenfalls nachverdichtet.

Grafik 3 [s. Anhang Abb. StnID_1001564_1] veranschaulicht, dass die Zuwanderung in den ländlichen Raum aus den Ballungsräumen kein ?Problem? der Landgemeinde alleine ist und darüber hinaus zeigt diese Grafik, dass diese Wanderungsgewinne des ländlichen Raumes sich nicht mehr ausschließlich auf die Speckgürtel in den Stadtregionen beziehen, sondern über die üblichen Pendlerdistanzen hinausgehen. Es fällt auf, dass diese Entwicklung nicht erst eine Folge der Corona-Pandemie ist. Vielmehr hat dieser Prozess bereits 2006 begonnen, seit die Wanderungsverluste im ländlichen Raum zunächst leicht, gegen 2011 sehr stark abgenommen haben und seit den Jahren 2013 bzw. 2016 ein rasch ansteigender Wanderungszuwachs im ländlichen Raum zu verzeichnen ist. - Die folgende Grafik 4 [s. Anhang Abb. StnID_1001564_2] zeigt auf, dass es einen positiven Wanderungssaldo aus den angrenzenden Agglomerationsräumen zur Landgemeinde Titz hingibt. So verlagern immer mehr Menschen ihren Lebensmittelpunkt aus den Agglomerationsräumen auf das Land, was zum Beispiel in einer Familiengründung begründet ist. In einer gemeinsamen Stellungnahme aus dem Jahr 2019 haben die Städte Erkelenz und Wegberg sowie die Landgemeinde Titz die Bezirksregierung Düsseldorf bei der Änderung des Regionalplans Düsseldorf für die Planungsregion Düsseldorf dahingehend informiert, dass es auch einen hohen positiven Wanderungssaldo aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf gibt. Dies lässt sich auch mit Blick auf die unverbindliche Interessentenliste für Bauland in der Landgemeinde Titz feststellen. Auf dieser Liste befinden sich aktuell weit mehr als 300 suchende Personen bzw. Familien, wovon ein hoher Anteil aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf stammt. Aus diesem Grund ist bei der Neuaufstellung des Regionalplans Köln für die Planungsregion Köln darauf zu achten, dass vor allem in den Bevölkerungsprognosen für jene Kommunen, welche an den Regierungsbezirk Düsseldorf angrenzen, ein positiver Wanderungssaldo berücksichtigt werden muss.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

Anhänge[Abb_ID1001564_1.pdf](#)[Abb_ID1001564_2.pdf](#)

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Im Übrigen werden Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

1001565, Landgemeinde Titz

Inhalt

2. Ausweisung ASB

Der bereits angesprochene Lückenschluss in verschiedenen Ortschaften der Landgemeinde Titz würden bei der Zielumsetzung des Kreises Düren und der Landgemeinde Titz in Bezug zur ?Wachstums Offensive 2025? helfen. Nachdem die Einwohnerzahlen der Landgemeinde Titz bis ca. 2011/12 gesunken sind, steigt die Einwohnerzahl seit 2012 stetig an (siehe nachfolgende Grafik 5 [s. Anhang Abb. StnID_1001565_1]). So hat der Landesbetrieb IT.NRW verschiedene Prognosen der Einwohnerzahlen für die Landgemeinde Titz erstellt, welche auf verschiedenen Basiszahlen beruhen. Die lila gefärbte Kurve zeigt die tatsächliche Entwicklung der Einwohnerzahlen. Die Daten stammen von der Landgemeinde Titz und beinhalten nur die Einwohnerinnen und Einwohner mit Erstwohnsitz in der Landgemeinde. Sie zeigt also, dass alle Prognosen für die Landgemeinde Titz falsch sind und eine neue Bemessungsgrundlage gefunden werden muss, um die Prognosen der eingetretenen Realität anzupassen.

Gestärkt wird diese Schlussfolgerung durch die Veröffentlichung der neuen Bevölkerungsprognose des Landes. So wird für die Landgemeinde Titz bei konservativer Berechnung ein Bevölkerungswachstum von 13,4 Prozent bis zum Jahr 2050 prognostiziert. Kaum einer anderen Gemeinde wird eine solche Entwicklung in NRW prognostiziert. Die Prognosen für die Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf insgesamt tragen ihr übriges zur Einschätzung einer notwendigen Neubewertung der auszuweisenden ASB Gebiete in der Landgemeinde Titz bei, so wird die Bevölkerung im gesamten Regierungsbezirk Köln um lediglich 1,9 Prozent zu und im Regierungsbezirk Düsseldorf gar um 0,9 Prozent abnehmen. Eine aktuelle Studie belegt, dass der Wunsch nach Einfamilienhäusern stärker ist als nach möglichst zentraler Lage. Dies bedeutet, dass die Ausstattung und Größe einer Wohnung heute wichtiger sind als die Nähe zum Zentrum der Stadt. Dennoch bleibt die Attraktivität der Wohnstandorte abhängig vom urbanen Angebot (https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publikationen/verbandszeitschrift/FWS/2021/6_2021/FWS6_21_OberstVoigtlaender.pdf; Stand: 08.02.2022). All dies bietet die Landgemeinde Titz, weshalb die Bevölkerung der Landgemeinde, auch aufgrund der geografischen Lage zwischen den Ballungsräumen Köln, Düsseldorf, Aachen sowie Mönchengladbach (Karte 2 [s. Anhang Abb. StnID_1001565_2]) weiterhin ansteigen wird. Als Wohnstandort ist die Landgemeinde aufgrund ihrer geografischen Lage ein Magnet für junge Familien im Umkreis von 50 km. Auch für eine Vielzahl von Familien aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf, welche sich in der Familiengründung befinden und günstiges Bauland inmitten der Ballungsräume Köln, Aachen, Düsseldorf und Mönchengladbach suchen, ist die Landgemeinde ein äußerst interessanter Wohnstandort. Aus diesem Grund ist die Bemessungsgrundlage für die Ausweisung neuer ASB Flächen in der

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

Landgemeinde nicht ausschließlich auf die Zahlen des Regierungsbezirks Köln zu stützen, sondern muss auch einen Bevölkerungseintrag aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf berücksichtigen. Zwar gilt es bei der Neuausweisung von ASB Flächen allgemein den Grundsatz 6.1-3 zum Leitbild der dezentralen Konzentration des Landesentwicklungsplans zu beachten, jedoch ist hier erneut auf die geografische Lage der Landgemeinde zu verweisen und der - damit verbundenen zentralen Wohnfunktion für zahlreiche Pendlerinnen und Pendler im peripheren Agglomerationsraum des Rheinischen Reviers. Die Landgemeinde Titz ist Knoten punkt und Drehkreuz für Personen- und Warenströme im Rheinischen Revier.

Grafik 6 [s. Anhang Abb. StnID_1001565_3] zeigt die Bevölkerungsprognose für die Landgemeinde Titz, welche auf einer Datengrundlage der Jahre 2015 bis 2020 beruht. In diesen Jahren ist ein stetiges Wachstum zu verzeichnen, das bis heute anhält und sogar noch an Dynamik zunimmt. Eine konservative Prognose geht von einer Bevölkerung im Jahr 2030 von ca. 9.100 Einwohnern aus, was einen Zuwachs von ca. 500 Einwohnern (Stand heute) bedeuten würde. Eine realistische Prognose lässt ca. 9.800 Einwohner im Jahr 2030 wahrscheinlich erscheinen, was einem Zuwachs der Bevölkerung um ca. 1.200 Einwohnern entspricht. In dieser Prognose wurde bereits eine kleine Reserve für den Bevölkerungszuwachs eingerechnet, da aktuell eine Vielzahl von Baulandentwicklungen in der Landgemeinde realisiert werden. Ohne ausgewiesene ASB würde eine zukünftige Schaffung von Bauland nicht mehr möglich sein.

Anhänge

[Abb_ID1001565_1.pdf](#)

[Abb_ID1001565_2.pdf](#)

[Abb_ID1001565_3.pdf](#)

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1001563).

Inhalt**2. Ausweisung ASB**

In diesem Zusammenhang gilt es zu prüfen, ob zukünftig nicht nur ausschließlich die Ortschaften Titz und Rödingen als ASB ausgewiesen werden sollten. Aufgrund verschiedener Aspekte (Topografie, Bodendenkmäler, etc.) wird eine nachhaltige Weiterentwicklung nur dieser Ortschaften Titz und Rödingen bald nicht mehr möglich sein. Nur die Ausweisung weiterer ASB, z.B. für die Ortschaften Jackerath, Hasselsweiler sowie Müntz, innerhalb der Landgemeinde wird dazu führen, dass durch diverse innerörtliche Lückenschlüsse eine nachhaltige Entwicklung sowohl der Ortschaften, wie auch der Landgemeinde stattfinden kann. Dies würde der Arrondierung der Ortschaften in der Landgemeinde dienen und eine unkontrollierte Ausdehnung in den Außenbereich gemäß den Grundsätzen 6.1-1 zur flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung sowie 6.1-4 zur Vermeidung bandartiger Entwicklungen und Splittersiedlungen eindämmen. Somit würde dies einen nachhaltigen Schutz der landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie von Landschaftsbestandteilen und Landschaftsschutzgebieten bedeuten.

Die maßvolle Ausweitung der bereits bestehenden ASB sowie die Neuausweisung weiterer ASB, welche innerhalb der Landgemeinde bereits als Siedlungsschwerpunkte lokalisiert wurden, sind der Nachhaltigkeit förderlich und rücken nicht nur die Erweiterung in den Fokus, sondern auch die Modernisierung alter (Infra-)Strukturen und den Ortschaften der Landgemeinde. Bekannt ist, dass die Ortschaften Jackerath, Hasselsweiler und Müntz weniger als die erforderliche Mindestanforderung von 2.000 Einwohnern aufweisen, was aber auch für zahlreiche andere Ortschaften in Agglomerationsräumen sowie im ländlichen Raum zutreffen ist. Als Beispiele sind die Ortschaften Schleckheim (Städteregion Aachen), Rath (Gemeinde Nörvenich), Schwadorf (Sadt Brühl), Auweiler (Stadt Köln), Stotzheim (Stadt Hürth), Steeg (Stadt Overath), Heppenberg (Stadt Lohmar), Küchenberg (Stadt Odentahl) sowie Prenze (Bergneustadt) zu nennen, welche alle deutlich unter der geforderten Mindestanforderung liegen und mitunter sogar geringere Einwohnerzahlen als die drei genannten Ortschaften der Landgemeinde besitzen.

Eines von wenigen Beispielen im Kernrevier des Rheinischen Reviers, welches sich auf einer zentralen Entwicklungsschiene im Regionalplan und sämtlichen Raumstrategien befindet erfüllt die Mindestanforderung ebenfalls nicht. Gemeint ist hier Schophoven, ein Ortsteil der Gemeinde Inden, welcher etwa 900 Einwohner beheimatet und somit eine vergleichbare Einwohnerzahl wie die drei genannten Ortsteile der Landgemeinde besitzt und zukünftig als ASB ausgewiesen werden wird. Vor allem die Ortschaft Jackerath weist große Parallelen mit Schophoven auf, z.B. hinsichtlich der Einwohnerzahl, aber auch hinsichtlich der zukünftigen Lage an einem Restsee. Ähnlich

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Dies gilt auch im Hinblick auf die Wettbewerbsgleichheit des Rheinischen Reviers im Sinne des Strukturwandels im Kontext der Herausforderungen für alle Kommunen des Regierungsbezirks Köln.

Hinsichtlich der Anregungen zur Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum als ASB: Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen.

Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei den aufgeführten Bereichen handelt es sich um Ortslagen mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. ohne ausreichende Infrastrukturausstattung zur Grundversorgung und somit um einen Ortsteil im regionalplanerischen Freiraum.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *„Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren“* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Hinsichtlich der Anregung zur Darstellung eines ASBs in der Ortschaft Rödingen (gemäß Abbildung zur Teilstellungnahme) wird auf die Erläuterungen zur Teilstellungnahme 1001563 verwiesen.

verhält es sich mit der Ortschaft Hasselsweiler, die unmittelbar an der avisierten und mit den Nachbarkommunen Jülich und Bedburg abgestimmten Bahntrasse der Revier-S-Bahn liegt. Wie bereits beschrieben, wird eine zentrale Verteilung von Neuausweisungen andere Anrainerkommunen, welche nicht in diesen Agglomerationen verortet sind, benachteiligen und so könnten bereits initiierte Strukturwandelprozesse zum Erliegen kommen. Daher ist eine maßvolle dezentrale Ausweisung neuer ASB der Entwicklung eines erfolgreichen Strukturwandels im Rheinischen Revier als förderlich zu betrachten.

Diese zentrale Ausweisung von ASB Gebieten führt zu einem weißen Fleck im Entwurf des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, welcher einen großen Standortnachteil im Strukturwandel auch für die Landgemeinde bedeutet. Diese besitzt jedoch eine Scharnierwirkung für die Braunkohletagebaue Hambach und Garzweiler II, weshalb eine Ausweisung weiterer ASB Flächen als notwendige Voraussetzung gilt, um eine gleichmäßige Entwicklung des Rheinischen Reviers zu sichern und nicht gleich zu Beginn eine der zentralen Gemeinden im Rheinischen Revier zu benachteiligen.

[...] Die grünen Flächen stellen neue ASB Gebiete dar, bzw. Flächen für Wohn- oder Mischgebiete. [...]

[s. Anhang Abb. StnID_1001566]

Anhänge

[Abb_ID1001566.pdf](#)

1001599, Landgemeinde Titz	
<p>Inhalt</p> <p>3. Überschwemmungsbereiche</p> <p>Die Landgemeinde Titz ist Mitglied in drei Wasserverbänden. Dies sind der Wasserverband Eifel-Rur (WVER), welcher sich um die Pflege etc. des Malefinkbach kümmert, der Erftverband, welcher den Finkelbach betreut sowie der Niersverband. Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen hat im Jahr 2021 Kommunalsteckbriefe im Rahmen einer Hochwasserrisikomanagementplanung für NRW herausgegeben. Für die Landgemeinde Titz wurde der Finkelbach als Risikogewässer eingestuft und eine Maßnahmenplanung entworfen (https://www.flussgebiete.nrw.de/system/files/atoms/files/hwrm_nrw_steckbrief_titz.pdf; Stand: 08.02.2022). Aus diesem Grunde sollten die Flächen zu beiden Ufern des Finkelbachs als Überschwemmungsbereiche ausgewiesen werden. In Anbetracht der angespannten Situation während des Unwetters im Sommer 2021 sollte dies auch für den Malefinkbach in den Ortschaften Hasselsweiler, Müntz sowie Hompesch gelten, da großflächige Überschwemmungen nur mit großem Einsatz von schwerem Gerät verhindert werden konnte. [s. Anhang Abb. StnID_1001599] [...] Blau dargestellt sind die beiden Überschwemmungsbereiche entlang des Finkelbachs und Malefinkbachs. [...]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001599_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die im Entwurf des Regionalplans als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preussischer Aufnahme der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) dar. Die entsprechend der Fachplanung vorliegenden Überschwemmungsbereiche (ÜB) sind mit dargestellt, umfassen aber in Teilen nicht die von Ihnen genannten Bereiche. Eine Neuermittlung von Überschwemmungsgebieten ist jedoch Aufgabe der Fachplanung und kann entsprechend nur über entsprechend vorliegende Daten im Regionalplan dargestellt werden. Der Stand der ÜB welcher jetzt berücksichtigt wird entspricht dem Sachstand der Fachplanung von Juni 2023.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.</p>

1001601, Landgemeinde Titz

Inhalt

4. Bevorzugte Trasse einer Revier-S-Bahn

Die avisierte Revier-S-Bahn wird als große Chance nicht nur für die gesamte Region, sondern auch für die Landgemeinde Titz gesehen; denn eine nördlich der Sophienhöhe und südlich des Tagebaus Garzweiler führende Streckenführung wird definitiv über das Gebiet der Landgemeinde Titz verlaufen müssen. Um den größten nachhaltigen Effekt zu erzielen, wird seitens der Landgemeinde eine Verbindung zwischen Jülich, dem Brainergy Park Jülich und der Ortschaft Titz avisiert. Hierdurch wird eine Optimierung des Standorts des Brainergy Parks Jülich sowie eine hieraus resultierende Attraktivitätssteigerung erreicht. Die Anbindung im Bereich des zukünftigen PRIMUS-Quartiers Titz würde ebenfalls signifikante Nachhaltigkeitseffekte erzielen, da dies eine unmittelbare Vernetzung des Co-Working-Spaces des Brainergy Parks Jülich und des Co-Working-Spaces Titz bedeuten würde, dessen Betreiber die Brainergy Park Jülich GmbH werden soll. Hieraus entsteht eine Stärkung des Netzwerks und Schaffung weiterer Potenziale. Wie Karte 3 [s. Anhang Abb. StnID_1001601_1] entnommen werden kann, bietet dieser Standort eine optimale verkehrliche Anbindung als Pendlerbahnhof durch die Nähe zur Autobahn und verbindet darüber hinaus durch gebündelte Schienentrassen, Versorgungszentren unterschiedlicher Rangstufe miteinander. Aus diesem Grund ist die raumordnerisch sinnvollste Trassenführung der Revier-S-Bahn von Jülich, über den Brainergy Park Jülich und das PRI MUS-Quartier der Ortschaft Titz nach Bedburg in den Regionalplan als raumbedeutsame Infrastruktureinheit aufzunehmen. Diese avisierte Trasse der Revier-S-Bahn wurde zudem bereits zusätzlich mit den beiden Nachbarkommunen Jülich und Bedburg abgestimmt und wird von diesen unterstützt. [s. Anhang Abb. StnID_1001601_2] [...] Die avisierte Trasse der Revier-S-Bahn, inklusive geeigneter Flächen für einen Bahnhofsteilpunkt im Verwaltungsgebiet der Landgemeinde Titz, wird in gelb dargestellt.

Anhänge

[Abb_ID1001601_1.pdf](#)

[Abb_ID1001601_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht der Festlegungsmethodik des Regionalplans (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Für die S-Bahn Rheinisches Revier liegt noch keine Planfeststellung vor, so dass entsprechend der Plankonzeption keine Festlegung als räumlich konkretisiertes Vorranggebiet erfolgt. Dies steht einer weiteren Planung in nachgelagerten Verfahren nicht entgegen. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die bestehende Festlegung der S-Bahn Rheinisches Revier gemäß *G.54 Festlegungen für Schienenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen* erfolgt als Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Konkretisierung - hier in Form einer geraden Linie. Die gerade Linie markiert die Verbindung zwischen zwei Orten, für die eine raumverträgliche Trassierung noch zu suchen ist. Dabei soll das Gebot der flächensparenden Bündelung von Verkehrstrassen gemäß LEP NRW berücksichtigt werden.

1001602, Landgemeinde Titz	
<p>Inhalt</p> <p>5. Ausweisung einer Abfalldeponie</p> <p>Zwischen der Gewerbefläche nördlich der Ortschaft Ameln sowie südlich der Ortschaft Titz befindet sich eine Fläche mit Freiraumfunktion, welche als Schutz der Natur ausgewiesen ist. Zusätzlich ist die östliche Teilfläche bis zur Mitte ragend als Abfalldeponie ausgewiesen. Hier ist ein Widerspruch zu erkennen, welchen es aufzulösen gilt. Ebenfalls als problematisch angesehen wird die Festlegung in Zusammenhang mit der Wasserschutzzone in der Ortschaft Titz. Nach dem Kohleausstieg und dem gleichzeitigen beenden der Sümpfungsmaßnahmen wird der Anstieg des Grundwassers beginnen. Die Trinkwasserversorgung der Landgemeinde Titz durch das eigene Wasserwerk ist in naher Zukunft als gefährdet anzusehen, weshalb eine Abfalldeponie mit Raumbedeutung so nahe gelegen zukünftig weitere negative Auswirkungen haben wird. Aus diesem Grunde bitte ich darum, von der Ausweisung einer Abfalldeponie abzusehen, um schneller auf negative Auswirkungen reagieren zu können.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und zur Umsetzung des Ziels 8.3-1 LEP NRW sind gemäß der landesweit einheitlichen Vorgehensweise bei der Darstellung von Abfalldeponien in Regionalplänen (Erlass vom 11. März 2011 Stk-AZ:30.08.50.03/MKULNV-AZ: IV-3/IV-2840.02) als raumbedeutsam eingestuft. Deponien unabhängig von der Art des Betreibers und der Zugänglichkeit bis zum Abschluss der Stilllegungsphase in Regionalplänen zeichnerisch festzulegen. Die hier gesicherten Deponiestandorte befinden sich derzeit in der Ablagerungs- bzw. Stilllegungsphase. Da die endgültige Stilllegung noch nicht vollzogen wurde, besteht weiterhin ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung folgerichtig ist.</p> <p>Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Festlegung als Bereich für Aufschüttung und Ablagerung mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie bzw. mit einem vorhabenbezogenen Planzeichen (Plansymbol: Abfalldeponie) steht dem nicht entgegen.</p>

1001604, Landgemeinde Titz	
<p>Inhalt</p> <p>6. Mögliche Tauschflächen (aufgrund unzureichender Entwicklungsperspektiven)</p> <p>Der Flächennutzungsplan der Landgemeinde Titz weist derzeit noch einige Areale auf, welche zur allgemeinen Wohnbebauung vorgesehen, derzeit aber noch nicht in der Entwicklung sind. Mittels MCB-Analyse (Mängel Chancen Bindungs-Analyse) wurden die Areale daraufhin geprüft, ob sie sich für eine allgemeine Wohnbebauung eignen.</p> <p>Flächen in einer Größenordnung von mehr als 30 ha und einer Ausweisung im Flächennutzungsplan als allgemeine Wohngebiete stellen sich nach MCB-Analyse nicht in Gänze als geeignet für die Planung eines allgemeinen Wohngebiets dar. So werden z.B. Areale in Teilen von einem Bach durchzogen, zu welchem ein großzügiger Abstand einzuhalten ist; wiederum andere Bereiche weisen ein hohes Gefälle auf, wodurch eine Erschließung deutlich erschwert und kostenintensiv sein würde. Zudem befinden sich in der unmittelbaren Nähe große Infrastruktureinheiten, wie die BAB 44 sowie weite landwirtschaftlich genutzte Flächen. Zusätzlich schreiten Planungen zur Entwicklung eines Gewerbegebiets weiter voran. All diese Faktoren sorgen für hohe Lärm- und Staubemissionen. Die Anbindung an den OPNV ist für die Areale zudem nicht ausreichend gewährleistet und die Umsetzung einer Anbindung an selbigen sowie einer Zuwegung für die Anwohner stellt sich als schwierig dar. Beispielhaft liegt ein Areal - nördlich des historischen Ortskerns der Ortschaft Titz, welcher eine dichte Bebauung aufweist. Durch das dynamische Bevölkerungswachstum der Landgemeinde Titz und der damit einhergehenden Zunahme des ruhenden und aktiven PKW Verkehrs würde ein zusätzlich erhöhtes Verkehrsaufkommen den historischen Ortskern enorm belasten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur gemeindlichen Entwicklung sowie zu nachgeordneten Planungen vorgeberacht. Darüber hinaus werden weder Anregungen noch Bedenken geäußert. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

1001605, Landgemeinde Titz	
<p>Inhalt</p> <p>Abschließend möchte ich zum einen darauf hinweisen, dass auch mit der Ausweisung von Schutzgebieten maßvoll umgegangen werden sollte und zumindest westlich zur Ortschaft Jackerath ein - weiterer Abstand der Ausweisung gewählt werden sollte, da sonst Entwicklungspotenziale der Ortschaft, aufgrund einer zukünftigen Gunstlage am Restsee verloren gehen würden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan weist keine Schutzgebiete aus. Die Festlegung von Freiraumfunktionen erfolgt entsprechend der durch den Regionalrat beschlossenen planerischen Konzeption. Im Bereich westlich des Ortsteils Jackerath sind gemäß Entwurf keine Festlegungen zu Freiraumfunktionen vorgesehen.</p>

1001823, Landgemeinde Titz

Inhalt

Als Wohnstandort ist die Landgemeinde aufgrund ihrer geografischen Lage sowie ihrer auf Familienfreundlichkeit angelegten Ansiedlungsstrategie ein Magnet für junge Menschen im Umkreis von 50 km, auch aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf, welche sich in der Familiengründung befinden und günstiges Bauland inmitten der Ballungsräume Köln, Aachen, Düsseldorf und Mönchengladbach suchen. Gerade die Entwicklung der vergangenen Jahre mit einer um rund 4,61 Prozent gestiegenen Bevölkerungszahl allein zwischen 2016 und 2020 (auf der Basis der offiziellen Zahlen des Landesbetriebs IT.NRW) zeigt, dass gerade junge Familien mit den Füßen abstimmen, während diese Wachstumsentwicklung im Entwurf des Regionalplans scheinbar negiert wurde.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

1011816, Landgemeinde Titz	
<p>Inhalt</p> <p>Der Regierungsbezirk Köln, die mit Abstand größte Planungsregion in NRW, zeichnet sich durch ein hohes Maß an Diversität in raum-, landschafts- und wirtschaftsstruktureller Bandbreite aus. Zum Erhalt dieser Diversität soll der Gestaltung unserer räumlichen Umwelt mehr Bedeutung beigemessen werden, damit unsere Heimat auch den nachfolgenden Generationen lebenswert hinterlassen wird. So zeichnet sich die Raumstruktur des Regierungsbezirks dadurch aus, dass sich die Siedlungsbereiche schwerpunktmäßig auf das Städteband längs des Rheins konzentrieren. Die Freiraumstruktur gliedert sich in einen schwächer besiedelten Raum östlich der Rhein ebene mit einer heterogenen land- bzw. forstwirtschaftlichen Nutzung und einen Raum westlich der Rheinebene mit den Börden, woraus ein breites Landwirtschaftsband entstanden ist; dort befindet sich auch die Landgemeinde Titz.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung hervorgebracht.</p>

1011832, Landgemeinde Titz	
<p>Inhalt</p> <p>1. Ausweisung GIB</p> <p>Bei der Sichtung des Planentwurfs für die Neuaufstellung des Regionalplanes Köln ist die Notwendigkeit zur Korrektur der Ausweisung für das Gewerbegebiet südlich der BAB 44 deutlich geworden, welches im Entwurf des Regionalplans Köln als ASB ausgewiesen ist. Südlich schließt sich die Fläche, welche neu als GIBregional an der Ortschaft Titz ausgewiesen werden soll, an. Im Flächennutzungsplan der Landgemeinde Titz ist jedoch das gesamte Areal als Gewerbegebiet ausgewiesen, sowohl westlich, wie auch östlich der L 226 und es gibt keinerlei direkte Verbindung zwischen der GIBregional Fläche und dem ASB im Norden der Ortschaft Titz.</p> <p>[...] Bei den in Karte 4 dunkelgrau dargestellten Flächen handelt es sich um das GIBregional (südliche Gebiet) [...].</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1011832]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011832.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) bereits eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe mit Festlegungen eines GIBregional in der Gemeinde Titz gemäß der landesplanerischen Vorgaben (s. Stellungnahme ID 1001561).</p> <p>Der Anregung wird teilweise gefolgt. Es wird in diesem Zusammenhang auf die Anregung Stellungnahme ID 1001548 verwiesen.</p> <p>Die Gemeinde Titz verfügt darüber hinaus über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1011833, Landgemeinde Titz	
<p>Inhalt</p> <p>1. Ausweisung GIB</p> <p>[...] Für alle genannten Areale werden verschiedene Herausforderungen gesehen, zum Beispiel das Überspringen der BAB durch einen GIB oder die Verortung beider Flächen im Freiraum, was aber einer positiven und nachhaltigen Entwicklung dienlich wäre. Frau [ANONYMISIERT] vom Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW hat in einer Veranstaltung bei der IHK Aachen am 10.06.2020 von einer erweiterten Möglichkeit für die GIB-Planung durch die Klarstellung in Bezug auf das Ziel 6.3-3 im Rahmen des Entfesselungspakets gesprochen. Vor diesem Hintergrund bitte ich um eine Prüfung des Sachverhalts.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben gemäß LEP NRW sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Die landesplanerischen Vorgaben zur Festlegung von neuen Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen richtet sich nach Ziel 6.3-3 LEP NRW. Es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass keine Änderung des Landesentwicklungsplans seit 2020 hinsichtlich des Kapitels 6.3 LEP NRW erfolgt ist.</p>

1011834, Landgemeinde Titz	
<p>Inhalt</p> <p>1. Ausweisung GIB</p> <p>[...] Die beiden genannten interkommunalen Projekte sind als Gegenmaßnahmen der negativen Auswirkungen des Strukturwandels im Rheinischen Revier zu verstehen und können wirtschaftsstrukturelle Disparitäten abbauen, welche auf jahrzehntelangen Restriktionen für die Anrainerkommunen im Rheinischen Revier beruhen. Um diesen Folgen zu begegnen, ist eine frühzeitige Weichenstellung für eine positive zukünftige Entwicklung wichtig. Hierbei müssen vor allem lokale und regionale Potenziale erkannt und gefördert werden, um ihre wirtschaftliche und innovative Kraft zu entfalten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme wird nicht entsprochen. Siehe hierzu die Erläuterungen zu den Teilstellungsnahmen StnID 1001547 und StnID 1001546.</p>

1011835, Landgemeinde Titz

Inhalt

Aus aktuellem Anlass sind aber nicht nur wirtschaftliche Gründe in der Neuaufstellung des Regionalplans Köln im Regierungsbezirk Köln zu nennen. Auch der Klima- und der Umweltschutz spielt hierbei eine gewichtige Rolle, wenn man eine nachhaltige Raumplanung erreichen möchte. Sie stellen neue Anforderungen für die Flächenentwicklung dar, eröffnen aber zugleich wirtschaftliche Chancen, wie z.B. der Schwerpunkt Ressourceneffizienz zeigt. Die themenspezifische Flächenentwicklung in der Kooperation verschiedener Kommunen ermöglicht win-win-Lösungen für eine zugleich bedarfsgerechte wie auch flächensparende Planung. Eine nachhaltige Wirtschaft erfordert einen ambitionierten Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz. Gleichzeitig erwirtschaften prosperierende Unternehmen die Mittel für weitere Fortschritte beim Umwelt- und Ressourcenschutz.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Inhalt**1. Ausweisung GIB**

Ziel sollte es sein, in den Kommunen ausreichend Flächen für die Entwicklung von GIB zur Verfügung zu stellen und entsprechend auszuweisen, um neue Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen und Auspendlern die Möglichkeit zur wohnortnahen Beschäftigung bieten zu können. Dadurch würde zukünftig das Verkehrsaufkommen auf den BAB 44 und 61 in der Landgemeinde Titz, sowie den Land- und Gemeindestraßen in der Region nachlassen, wodurch die Emission von Schadstoffen reduziert würde. Das Einsparungsniveau, welches bereits alleine die auspendelnden Personen der zehn größten Pendlerströme der Landgemeinde Titz besitzen, wurde bereits dargestellt. Auch Aufgrund der neuen Bevölkerungsprognose des Landesbetriebs IT.NRW, welche für die Landgemeinde Titz bis zum Jahr 2050 ein Bevölkerungswachstum von 13,4 Prozent prognostiziert, ist eine Ausweisung neuer GIB Flächen notwendig, um Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen.

Betrachtet man demzufolge nun lediglich die zehn größten Auspendlerströme der Landgemeinde Titz im Jahr 2020 in Karte 1 [s. Anhang Abb. StnID_1011838_1] , so lässt sich erkennen, dass es einen Radius von ca. 40 km gibt, in welchen die erwerbstätige Bevölkerung der Landgemeinde auspendelt. Bei 8.617 Einwohnern im Jahre 2020 in der Landgemeinde (<https://www.it.nrw/statistik/eckdaten/bevoelkerung-nach-gemeinden-93051>; Stand: 04.02.2022) gab es 3.631 erwerbstätige Personen, die aus der Landgemeinde hinaus zu ihren Arbeitsstellen pendelten. Dies bedeutet, dass die Auspendlerquote in Bezug zu den Einwohnern der Landgemeinde bei ca. 42 Prozent liegt, in Bezug zu den erwerbstätigen Personen sogar bei ca. 82 Prozent. Hingegen gibt es lediglich ca. 870 erwerbstätige Personen, welche zu ihren Arbeitsstellen einpendeln, was eine Quote in Bezug zur Einwohnerzahl von ca. zehn Prozent, bzw. in Bezug zu Erwerbsstellen innerhalb der Landgemeinde von ca. 52 Prozent bedeutet (<https://www.pendleratlas.nrw.de>; Stand: 04.02.2022).

All dies zeigt auf, dass es in der Landgemeinde Titz eine Tagesbevölkerung von lediglich ca. 5.860 Personen gibt. Die Pendlerströme verdeutlichen, welches Potenzial die Landgemeinde besitzt, nachhaltig zum Umwelt- und Klimaschutz beizutragen, indem GIBRegional Flächen in der Landgemeinde ausgewiesen werden und so die Wege und Wegstrecken der Pendler der Landgemeinde Titz reduziert werden, sofern sie die Möglichkeit erhalten, vor Ort einer Beschäftigung nachzugehen und einen Arbeitsplatz zu finden. Dies bedeutet gleichzeitig, dass es sich nicht ausschließlich um große Gewerbeeinheiten (z.B. Logistik) handeln kann, um neue Arbeitsstellen für die Tagebaumitarbeiter zu schaffen, sondern es auch hochqualifizierte Arbeitsstellen z.B. in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie wissensintensiven Dienstleistungen geben müsste, aufgrund der Nähe zu zahlreichen Hochschulen,

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsschlag von bis zu 20 % erhöht werden können.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen

Universitäten und Forschungseinrichtungen. Ein weiterer Indikator für die Notwendigkeit von GIBregional-Ausweisungen mit kleinen Gewerbeeinheiten in den Bereichen wissensintensiver Dienstleistungen sowie Forschung und Entwicklung ist das Primäreinkommen je Einwohner (Tabelle 1 [s. Anhang Abb. StnID_1011838_2]). Dieses belief sich landesweit im Jahr 2019 auf 28.379 Euro. In der Landgemeinde Titz lag das Einkommen jedoch mit 30.977 Euro deutlich oberhalb des Landesdurchschnitts. Auch dieser Sachverhalt zeigt im Zusammenhang mit den Pendlerströmen das enorme nachhaltige Potenzial auf, das gehoben werden könnte, falls die Landgemeinde die Möglichkeit erhält, in neuen GIBregional wissensintensive Arbeitsplätze für die hochqualifizierten Erwerbstätigen Personen vor Ort zu schaffen.

Anhänge

[Abb_ID1011838_1.pdf](#)

[Abb_ID1011838_2.pdf](#)

wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW für den Regionalplan Köln Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen

zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret in Titz.

Gemäß der Auswertung zur Ableitung der erforderlichen GIBregional in den Teilregionen (s. Ausführungen in der Begründung im Kapitel B. Methodik zur zeichnerischen Festlegung der GIBregional) umfasst für den Kreis Düren die maximal abgeleitete Flächengröße je GIBregional 20ha. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine bedarfsgerecht erweiterte Festlegung des bereits festgelegten GIBregional im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig (s. Stellungnahme ID 1001561).

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden somit gemäß Anregung neue Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht im Regionalplan festgelegt.

Die Gemeinde Titz verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung GIBtransformation sichern und umsetzen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1011839, Landgemeinde Titz	
<p>Inhalt</p> <p>1. Ausweisung GIB</p> <p>[...] Unabhängig davon würde ich an der Ausweisung der von mir bereits in einer Email des damaligen Beigeordneten der Landgemeinde Titz, Herrn [ANONYMISIERT], vom 22.03.2019 angegebene GIB im Entwurf des Regionalplans Köln festhalten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird auf frühere Stellungnahmen im informellen Verfahren / im Rahmen der Kommunalgespräche / im Rahmen der Frühzeitigen Unterrichtung / verwiesen. Die darin geäußerten Bedenken und Anregungen werden aufrechterhalten. Der Planentwurf ist das Ergebnis eines umfangreichen Planungsprozesses. Darin wurde die kommunale Planungsebene im Sinne des Gegenstromprinzips (vgl. 1 Absatz 3 ROG) frühzeitig mit eingebunden. So wurden u.a. im Rahmen von Kommunalgesprächen die Entwicklungsvorstellungen erfasst und Planungsabsichten hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den Anforderungen der Regionalplanung diskutiert. Mit dem einstimmigen Beschluss des Regionalrates am 13.03.2020 wurde als erstes Zwischenergebnis dieses umfangreichen informellen Prozesses ein Plankonzept beschlossen, dass den Rahmen für die zukünftige räumliche Entwicklung des Regierungsbezirkes in den wesentlichen Grundzügen setzt. Auf Grundlage dieses Plankonzepts hat der Regionalrat die Regionalplanungsbehörde beauftragt, die gem. § 8 ROG erforderliche Umweltprüfung durchzuführen. Zusammen mit den Ergebnissen der Umweltprüfung sind die Leitlinien aus dem Plankonzept anschließend in den Planentwurf eingeflossen und liegen den konkreten zeichnerischen und textlichen Festlegungen zugrunde. Als vorlaufende formelle Schritte wurden die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen gemäß § 9 Absatz 1 ROG mit Datum vom 29.04.2019 über die beabsichtigte Neuaufstellung des Regionalplans Köln unterrichtet. Rückmeldungen und Hinweise im Rahmen dieser Unterrichtung sind ebenfalls in die Erarbeitung des Planentwurfes und der Umweltprüfung eingeflossen. Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2021 den Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans zur Anhörung und öffentlichen Auslegung beschlossen (Aufstellungsbeschluss). Die bis dahin vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise sind im Planentwurf wie oben beschrieben berücksichtigt worden. Eine erneute Befassung des Regionalrats ist nur erforderlich, soweit neue Erkenntnisse vorliegen. Dies ist hier erkennbar nicht der Fall.</p>

Inhalt**1. Ausweisung GIB**

An dieser Stelle möchte ich auch auf das südöstliche Areal der Ortschaft Rödingen-Höllen hinweisen. Im Entwurf des Regionalplans Köln vom Dezember 2021 ist die gesamte Ortschaft als ASB ausgewiesen. Im aktuell gültigen Flächennutzungsplan der Landgemeinde Titz ist im südöstlichen Bereich der Ortschaft Rödingen-Höllen, gelegen im Bereich L 12, L 213 (Landwehr) und Kaiserstraße, ein Gewerbegebiet ausgewiesen. Der Entwurf des Regionalplans Köln sollte dergestalt korrigiert und die im Flächennutzungsplan der Landgemeinde ausgewiesene Fläche übernommen werden, zumal diese im Entwurf in einem kleinen Bereich als ASB ausgewiesen ist.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab (1:50.000), der die generelle Regelungstiefe des Regionalplans vorgibt. Die Flächengröße liegt unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region⁺-Wirtschaft). Es handelt sich hierbei um eine Anregung einer GIBregional Festlegung unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle.

Wesentlich störendes Gewerbe ist vorrangig im GIB zu verorten. Ausnahmsweise kann für die Bestandssicherung und/oder Betriebserweiterung bestehender emittierender gewerblich-industrieller Nutzungen/Betriebe unter Berücksichtigung einer wohnverträglichen Nutzungsmischung auch Bauleitplanung in den ASB betrieben werden. ASB dienen dabei neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen auch dem wohnverträglichen Gewerbe, sodass auch innerhalb von ASB gewerbliche Bauflächen bauleitplanerisch gesichert werden können. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Änderungskarte hierzu wird gemäß Stellungnahme ID 1001563 sowie 1011549 aufgenommen.

1011847, Landgemeinde Titz

Inhalt

1. Ausweisung GIB

Grafik 2 [s. Anhang Abb. StnID_1011847] zeigt, dass der Anteil von Wohnbau-, Industrie- sowie Gewerbeflächen in der Landgemeinde Titz, aufgrund jahrzehntelanger Restriktionen, im Vergleich zu anderen Kommunen deutlich geringer ist. Die fehlenden Ausweisungen von GIBregional Flächen im Regionalplan trägt weiter dazu bei, dass sich die Landgemeinde Titz zu einem ländlichen ?Schlafstädtchen? für erwerbstätige Personen der Agglomerationsräume entwickeln wird und somit Potenziale einer nachhaltigen Entwicklung fehlen. Denn eine Konsequenz könnte sein, dass die Identifikation der Bevölkerung mit der Landgemeinde abnehmen wird, wodurch das ehrenamtliche Engagement in Vereinen sinkt und am Ende die Vereine im ländlichen Raum aufgeben müssen, wodurch die soziale Teilhabe der gesamten Bevölkerung am öffentlichen Leben zurückgeht. Diese Entwicklung gilt für alle Vereine im ländlichen Raum und insbesondere auch für Sportvereine, wodurch große Integrationspotenziale für geflüchtete Menschen verloren zu gehen drohen.

Anhänge

[Abb_ID1011847.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist.

Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Dem Hinweis zur Ausweisung von GIBregional Flächen ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001561).

Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen)

Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

6. Mögliche Tauschflächen (aufgrund unzureichender Entwicklungsperspektiven)

Nun gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie mit diesen Flächen verfahren werden kann. So könnten Bereiche der Areale aus dem Regionalplan entfernt werden und im Gegenzug neue Areale für eine allgemeine Wohnbebauung durch die Bezirksregierung Köln in Abstimmung mit der Landgemeinde Titz zur Verfügung gestellt und ausgewiesen werden. Dies könnten unter anderem auch Baulücken in verschiedenen Ortsteilen sein, welche zwischen klassifizierten und einer bestehenden Bebauung der verschiedenen Ortschaften der Landgemeinde Titz gelegen sind. Weiter könnte auch ein möglicher ASB am Kreuzungsbereich der L 226, L 241 und L 12 ausgewiesen werden, der sodann an einem möglichen Bahnhof oder Haltepunkt der Revier S-Bahn gelegen wäre. Auch am ehemaligen Sportplatz in Ameln sowie die Flurstücke südlich davon (Gemarkung Titz, Flur 29, Flurstücke 16-25, teilw. 49 und 50, 61-63, 79 sowie 91) oder im Süden der Ortschaft Ameln, um die Lücken westlich der Dürener Straße (L 12) zu schließen und/oder östlich entlang selbiger Straße könnten neue Flächen ausgewiesen werden. Ich schlage vor, entsprechende Tausch- bzw. Entwicklungsperspektiven abseits des aktuellen Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans vertrauensvoll und bilateral zwischen der Bezirksregierung und der Landgemeinde zu erörtern. Grundsätzlich wird jedenfalls die Ausweisung von ASB Gebieten an den beiden bisher ausgewiesenen sowie den ggf. drei zusätzlichen ASB unterstützt, da dies der Arrondierung der Ortsränder, einer nachträglichen Verdichtung der Ortschaften und somit einer nachhaltigen Entwicklung der Landgemeinde dienen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Hinsicht der Anregungen zur Darstellung von Ortslagen im regionalplanerischem Freiraum als ASB sowie zur Arrondierung/ Erweiterung bestehender ASB verweise ich auf die Erläuterungen zu den entsprechenden Teilstellungnahmen.

1011880, Landgemeinde Titz	
<p>Inhalt</p> <p>Zusammenfassend kann ich festhalten, dass die Ausweisung weiterer GIB nicht nur der Transformation der Wirtschaft, der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Entfesselung der Innovationskraft des Rheinischen Reviers dient, sondern auch den Klima- und Umweltschutz in der Region unterstützt. Neue ASB helfen der Landgemeinde, Wohnraum für die ein heimische Bevölkerung und die Pendler innerhalb des Rheinischen Reviers zu schaffen, da die Landgemeinde Titz auf Grundlage seiner geografischen Lage einen Knotenpunkt für Pendler und Warenströme im Rheinischen Revier darstellt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Dies gilt auch im Hinblick auf die Wettbewerbsgleichheit des Rheinischen Reviers im Sinne des Strukturwandels im Kontext der Herausforderungen für alle Kommunen des Regierungsbezirks Köln.</p>

1011882, Landgemeinde Titz

Inhalt

Zum anderen sollten auch die Tagebauumfeldinitiativen, welche sich mit der Wiedernutzbarmachung der heutigen Tagebauflächen im Rheinischen Revier beschäftigen, zwingend am Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln zu beteiligen werden. Diese Verbände sind Bindeglieder der interkommunalen Zusammenarbeit im Rheinischen Revier. Durch die Vernetzung der Anrainerkommunen in diesen Tagebauumfeldinitiativen und ihre anschließende Vernetzung sind alle Anrainerkommunen verbunden. Die Steuerung und Koordinierung dieser Zusammenarbeit obliegt den Tagebauumfeldinitiativen, weshalb eine Beteiligung der Neuland Hambach GmbH, indeland GmbH sowie dem Zweckverband Landfolge Garzweiler als dringend erforderlich zu betrachten ist.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Tagebauumfeldinitiativen sind als Beteiligte im Prozess zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln eingebunden.

AZ: BET_126000_1	
Gemeinde Vettweiß	
1001421, Gemeinde Vettweiß	
<p>Inhalt</p> <p>I. Textlicher Teil der Planunterlage (Textliche Festlegungen, Begründung und Umweltbericht)</p> <p>a. Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung (S. 56ff.): Gemäß Ziel Z.3 ist der Flächenbedarf [...] für alle Kommunen gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung (vgl. Ziel 6.1-1 LEP NRW) für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden und ist der Tabelle 1 in (Z. 3) <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i> zu entnehmen. Hiernach ist für Vettweiß ein kommunaler Bedarf von 17 ha für eine Wohn- und Mischnutzung und von 5 ha für eine gewerbliche Nutzung ermittelt worden. Der Bedarf für die Wohn- und Mischnutzung ist im ASB zu verorten. Aus einem regionalen Bedarf (Region+ Wohnen oder Bauland an der Schiene) wurden der Kommune keine Flächen zugestanden (S. 58 ff.). Allerdings weist die Gemeinde einen hohen Anteil an Zuzügen aus dem Umland auf. Der kommunale Bedarf wird deutlich höher eingeschätzt als der von der Bezirksregierung veranschlagte endogene Bedarf von 17 ha (vgl. I.a.ii). Der regionale Bedarf wird hierin vollständig ignoriert. Der positive Bevölkerungstrend in Vettweiß liegt vor allem an der hohen Rate an Zuzügen. Der Überschuss an Zugezogenen betrug in den Jahren 2013 bis 2019 im Schnitt +77 Personen pro Jahr. Diese nehmen Bauflächen in Anspruch, die somit nicht mehr zur Deckung des endogenen Bedarfs zur Verfügung stehen. [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung In Bezug auf die Verortung regionaler Bedarfe ist der Stellungnahme in Teilen entsprochen (s. StnID 1001423, 1001449, 1001452 und 1012165).</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p> <p>Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.</p>

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

1001423, Gemeinde Vettweiß	
<p>Inhalt</p> <p><u>i. Wohnen +</u></p> <p>Die Gemeinde Vettweiß liegt innerhalb der Gebietskulisse des Programms Region+. Unter II werden einzelne Flächen aufgeführt, die aus Sicht der Gemeinde Vettweiß in den Regionalplan aufgenommen werden sollten. Die Gemeinde erfüllt mit den Flächen die Vorgaben, die an eine Aufnahme in das Programm geknüpft sind. Die geplanten Wohnbauflächen widersprechen nicht den Ausschlusskriterien zum Natur- und Artenschutz, dem Wasserrecht, dem Bereich Infrastruktur oder raumordnerischen Vorgaben, die als Kriterien definiert wurden. Im Anhang zu dieser Stellungnahme sind die Flächensteckbriefe zu den einzelnen Flächen aufgeführt. Bereits heute findet eine schnelle Inanspruchnahme der Wohnbauflächen statt. Gemäß <i>Z.4 Flächenüberhänge vermeiden</i> sollten der Gemeinde Vettweiß daher zur Realisierung regionaler Siedlungsflächenbedarfe weitere Wohnbauflächen ohne Flächentausch zugestanden werden.</p> <p>[in dieser Teil-Stellungnahme wird Fläche 1/3 (Arbeitstitel "Fläche 1, nördlich der Hauptortslage") thematisiert]</p> <p>[s. Anhang StnID_1001423_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1001423_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1001449.</p>

Inhaltii. Wohnbedarf

Der Regionalplan weist den Bedarf für einen Zeitraum von 25 Jahren (Ziel Z.3, S.56) mit 17 ha aus (S. 59). Im Flächennutzungsplan werden für den Zeitraum von 15 Jahren bereits Bedarfe in Höhe von 19,75 ha ermittelt. Hochgerechnet für den Planungszeitraum des Regionalplans wären somit Bedarfe von 33 ha an Wohnbauflächen realistisch. Daher sind weitere Flächen (siehe II.c, Flächen 1, 3 und 4) in den ASB aufzunehmen. Im Entwurf der FNP-Neuaufstellung sind derzeit ca. 27 ha Wohnbaufläche/ gemischte Baufläche eingeplant (33 ha Neuausweisung + 8 ha Reserve - 14 ha Rücknahme). Hiervon liegen 10 ha im ASB und 17 ha außerhalb des ASB. Das Planverfahren ist noch nicht in der Offenlage, so dass sich diese Größen noch verändern können.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1001423, 1001449, 1001452 und 1012165).

In Bezug auf die Ermittlung der Bedarfe gilt:

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da

dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Im Übrigen werden Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

Inhaltiii. Bedarf an Gewerbeflächen

Der Bedarf an Gewerbeflächen wird seitens der Gemeinde Vettweiß deutlich höher eingeschätzt, als im Gewerbeflächenkonzept mit 5 ha angenommen. Aktuell besteht noch eine Reserve von knapp 9 ha an Gewerbeflächen. Für 2,3 ha ist eine baldige Inanspruchnahme absehbar. Unter den Reserveflächen befinden sich allerdings viele Kleinflächen, die nur schwierig zu vermarkten sind. Für Unternehmen mit einer benötigten größeren, zusammenhängenden Fläche sind diese nicht geeignet. In den letzten 3 Jahren wurden mindestens 3 ha Gewerbefläche bebaut. Rechnet man diese Entwicklung auf den Planungszeitraum des Regionalplans von 25 Jahren hoch, wären zur Deckung des Bedarfs 25 ha (1 ha/ Jahr) erforderlich. Daher sind weitere Gewerbeflächen aufzunehmen (siehe unten unter II.b).

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Der Anregung zur Sicherung weiterer zusätzlicher Gewerbeflächen ist mit der Festlegung eines regionalen GIB in der Gemeinde Vettweiß entsprochen.

Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß

Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbearbeitung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größenordnung von 10 ha.

Hinsichtlich der Anregungen zur weiteren GIB-Festlegungen siehe Erläuterungen zu StnID 1001441, StnID 1001442, StnID 1001448.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1001426, Gemeinde Vettweiß	
<p>Inhalt</p> <p>II. Zeichnerischer Teil der Planunterlage</p> <p><u>a. GIBregional nördlich der Hauptortslage Vettweiß</u></p> <p>Die Gemeinde Vettweiß begrüßt die Darstellung des GIB regional über das Programm Wirtschaft+. Dieser grenzt östlich an das bestehende Gewerbe- und Industriegebiet der Gemeinde an. Die Fläche ist im Gewerbeflächenkonzept enthalten und entspricht auch dem kommunalen Wunsch.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1001441, Gemeinde Vettweiß	
<p>Inhalt</p> <p>II. Zeichnerischer Teil der Planunterlage</p> <p><u>b. GIB nördlich der Hauptortslage Vettweiß</u></p> <p>Die Darstellung des GIB weicht sowohl von der bisherigen Darstellung im bestehenden Regionalplan als auch von dem tatsächlich vorhandenen Bestand ab. Hierdurch wird die Gemeinde in ihrer Entwicklungsfähigkeit beschnitten.</p> <p>i. Im westlichen Bereich des GIB in Richtung Kettenheim (Fläche GIB Nr. 1) ist bereits durch die 12. FNP-Änderung ein weiteres Gewerbegebiet ausgewiesen, welches in den Regionalplan übernommen werden sollte. Dieses Gebiet hat planerischen Bestandsschutz und ist bereits nahezu vollständig bebaut. Hier muss eine Plankorrektur des Regionalplanes im Sinne des in § 1 Abs. 3 ROG verankerten Gegenstromprinzips erfolgen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001441_1] [s. Anhang Abb. StnID_1001441_2] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1001441_1.pdf Abb_ID1001441_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

II. Zeichnerischer Teil der Planunterlage

b. GIB nördlich der Hauptortslage Vettweiß

ii. Im nördlichen Bereich soll eine Fläche, die im aktuellen Regionalplan als GIB ausgewiesen ist, zurückgenommen werden (Fläche GIB Nr. 2). Diese Fläche wird in der derzeit laufenden Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Vettweiß jedoch zur Ausweisung vorgesehen. Bei Rücknahme der Fläche aus dem Regionalplan erfolgt hier ein Zielkonflikt zwischen beiden Planungsebenen. Wir bitten darum, diese Fläche nicht aus dem Regionalplan zu streichen. Ferner sollte hier auf die Ausweisung eines BSLE verzichtet werden, um die gemeindliche Entwicklungsfähigkeit hier nicht weiter zu erschweren.

[s. Anhang Abb. StnID_1001442]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Anhänge

[Abb_ID1001442.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Die Gemeinde Vettweiß verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Zudem liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region⁺-Wirtschaft). Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabendholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt.

--	--

1001448, Gemeinde Vettweiß	
<p>Inhalt</p> <p>II. Zeichnerischer Teil der Planunterlage</p> <p><u>b. GIB nördlich der Hauptortslage Vettweiß</u></p> <p>iii. Weiterhin plant die Gemeinde Vettweiß die Weiterentwicklung des GIB bis hin zur L 33 (Fläche GIB Nr. 3). Diese Flächen können gut erschlossen werden und halten deutliche Abstände von Wohnbauflächen/ ASBFlächen ein, so dass hier die besten Entwicklungsmöglichkeiten bestehen. An der L 33 sind bereits Abfahrtsrampen und ein Brückenbauwerk für einen planfreien Knotenpunkt vorbereitet, da hier eine Anbindung an die Trasse der B56n vorgesehen war. Daher sollen auch diese Flächen in den Regionalplan als GIB Darstellung aufgenommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001448]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1001448.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Gemeinde Vettweiß verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) bereits eine bedarfsgerechte Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben im Kreis Düren.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

II. Zeichnerischer Teil der Planunterlage

c. ASB-Darstellung für den Hauptort der Gemeinde Vettweiß:

i. Die Gemeinde Vettweiß bittet um die Aufnahme weiterer Wohnbauflächen als ASB nordwestlich der Hauptortslage (Fläche Nr. 1). Teile dieser Flächen werden in der aktuell laufenden FNPNeuaufstellung bereits als Wohnbauflächen berücksichtigt, die übrigen Flächen sollen als Pool für die weitere kommunale Entwicklung dienen. Die unmittelbar südlich hieran angrenzenden Flächen wurden in den wenigen vergangenen Jahren bereits vollständig bebaut. Nach dem bisherigen Planungsstand bestehen hier keine Entwicklungshemmnisse.

[s. Anhang Abb. StnID_1001449]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt].

Anhänge

[Abb_ID1001449.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Gemeinde Vettweiß verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen

Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch bestehen noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1001450, Gemeinde Vettweiß	
<p>Inhalt</p> <p>II. Zeichnerischer Teil der Planunterlage</p> <p><u>c. ASB-Darstellung für den Hauptort der Gemeinde Vettweiß:</u></p> <p>ii. Die ASB-Fläche angrenzend an das GIB (Fläche Nr. 2) kann nicht zu Bauland entwickelt werden, das diese innerhalb der Sicherheitsabstände eines Störfallbetriebes liegt. Die Gemeinde Vettweiß bittet daher um Herausnahme dieser Fläche aus dem ASB. Das Flächenkontingent sollte auf andere, geeignete Flächen (Fläche Nr. 1, 3, 4) verlagert werden. Die Fläche wird im Rahmen der FNPNeuaufstellung der Gemeinde zurückgenommen, die Größe beträgt ca. 4,57 ha.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1001450_1] [s. Anhang Abb. StnID 1001450_2] [s. Anhang Abb. StnID 1001450_3] [s. Anhang Abb. StnID 1001450_4] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1001450_1.pdf Abb_ID1001450_2.pdf Abb_ID1001450_3.pdf Abb_ID1001450_4.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist hier nicht möglich, da es sich nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Reserve im Flächennutzungsplan der Gemeinde Vettweiß. Jedoch kann ein Flächentausch auf Ebene der Flächennutzungsplanung gemäß der Zielfestlegung <i>Flächenüberhänge vermeiden und abbauen</i> erfolgen.</p> <p>Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

1001451, Gemeinde Vettweiß	
<p>Inhalt</p> <p>II. Zeichnerischer Teil der Planunterlage</p> <p><u>c. ASB-Darstellung für den Hauptort der Gemeinde Vettweiß:</u></p> <p>iii. Fläche Nr. 3: Die tatsächliche Entwicklung wird auch an dieser Stelle nicht korrekt wiedergegeben. Im Bereich K28/ Zur Tankstelle ist eine Tankstelle errichtet. Die angrenzenden Flächen sind als Regenrückhaltebecken und Ausgleichsfläche ebenfalls als Siedlungsfläche geprägt. Im weiteren Verlauf liegt Wohnbebauung vor (Fläche 3b). Nordöstlich daran angrenzend sind Flächen im Rahmen der FNP-Neudarstellung zur Ausweisung vorgesehen, da diese im geltenden Regionalplan als AFAB dargestellt sind. Auch hier sollte eine Plankorrektur bzw. Übernahme der kommunalen Wünsche erfolgen (Fläche 3a).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1001451_1] [s. Anhang Abb. StnID_1001451_2] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1001451_1.pdf Abb_ID1001451_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001452, Gemeinde Vettweiß

Inhalt

II. Zeichnerischer Teil der Planunterlage

d. ASB flex

Die Gemeinde Vettweiß begrüßt die Ausweisung eines ASB flex (Fläche Nr. 4) im Gemeindegebiet. Die Fläche ist von der Gemeinde als Wunschfläche der Siedlungsentwicklung benannt worden. Allerdings kann der ASB-flex nur unter bestimmten Bedingungen in Anspruch genommen werden. Die Gemeinde beantragt daher auch für diese Fläche die Ausweisung einer Wohnen+-Fläche oder einer klassischen ASB-Fläche.

[s. Anhang Abb. StnID 1001452_1]

[s. Anhang Abb. StnID 1001452_2]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1001452_1.pdf](#)

[Abb_ID1001452_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen*. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Gemeinde Vettweiß verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen

Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch bestehen noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1012164, Gemeinde Vettweiß	
<p>Inhalt</p> <p>i. Wohnen +</p> <p>Die Gemeinde Vettweiß liegt innerhalb der Gebietskulisse des Programms Region+. Unter II werden einzelne Flächen aufgeführt, die aus Sicht der Gemeinde Vettweiß in den Regionalplan aufgenommen werden sollten. Die Gemeinde erfüllt mit den Flächen die Vorgaben, die an eine Aufnahme in das Programm geknüpft sind. Die geplanten Wohnbauflächen widersprechen nicht den Ausschlusskriterien zum Natur- und Artenschutz, dem Wasserrecht, dem Bereich Infrastruktur oder raumordnerischen Vorgaben, die als Kriterien definiert wurden. Im Anhang zu dieser Stellungnahme sind die Flächensteckbriefe zu den einzelnen Flächen aufgeführt. Bereits heute findet eine schnelle Inanspruchnahme der Wohnbauflächen statt. Gemäß Z.4 <i>Flächenüberhänge vermeiden</i> sollten der Gemeinde Vettweiß daher zur Realisierung regionaler Siedlungsflächenbedarfe weitere Wohnbauflächen ohne Flächentausch zugestanden werden.</p> <p>[in dieser Teil-Stellungnahme wird Fläche 2/3 (Arbeitstitel "Fläche 3a, südlich der Hauptortslage") thematisiert]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1012164_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1012164.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1012165, Gemeinde Vettweiß	
<p>Inhalt</p> <p>i. Wohnen +</p> <p>Die Gemeinde Vettweiß liegt innerhalb der Gebietskulisse des Programms Region+. Unter II werden einzelne Flächen aufgeführt, die aus Sicht der Gemeinde Vettweiß in den Regionalplan aufgenommen werden sollten. Die Gemeinde erfüllt mit den Flächen die Vorgaben, die an eine Aufnahme in das Programm geknüpft sind. Die geplanten Wohnbauflächen widersprechen nicht den Ausschlusskriterien zum Natur- und Artenschutz, dem Wasserrecht, dem Bereich Infrastruktur oder raumordnerischen Vorgaben, die als Kriterien definiert wurden. Im Anhang zu dieser Stellungnahme sind die Flächensteckbriefe zu den einzelnen Flächen aufgeführt. Bereits heute findet eine schnelle Inanspruchnahme der Wohnbauflächen statt. Gemäß Z.4 <i>Flächenüberhänge vermeiden</i> sollten der Gemeinde Vettweiß daher zur Realisierung regionaler Siedlungsflächenbedarfe weitere Wohnbauflächen ohne Flächentausch zugestanden werden.</p> <p>[in dieser Teil-Stellungnahme wird Fläche 3/3 (Arbeitstitel "Fläche 4, südlich der Hauptortslage") thematisiert]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1012165_1] [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1012165.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1001452.</p>

AZ: BET_127000_1

Kreis Euskirchen

1002126, Kreis Euskirchen

Inhalt

Im Nachgang zum Kreistagsbeschluss teilt die Gemeinde Kall mit, dass sie die Ausweisung des interkommunalen Gewerbegebiets Kall/Schleiden als GIB regional planungsrechtlich nicht mehr weiterverfolgt. Das Schreiben der Gemeinde Kall habe ich Ihnen zur Kenntnis beigefügt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der GIB ist weiterhin als GIBinterkommunal vorgesehen.

1002177, Kreis Euskirchen

Inhalt

Der Kreis Euskirchen nimmt zunehmend eine Komplementärfunktion zum Ballungsraum Köln/Bonn und dem Rheinischen Revier ein. Der Kreis Euskirchen nimmt damit eine Scharnierfunktion zwischen den Bedürfnissen dieser Regionen und den eigenen Entwicklungsansprüchen ein. Die gesteigerte Nachfrage nach Siedlungsraum sowohl für Wohnen als auch für Gewerbe auf der einen Seite und der Erhalt der Natur- und Kulturlandschaft als wichtige ökologische Funktion für die gesamte Region sind regionalplanerisch und, herunter gebrochen auf die örtliche Ebene, auch für die Entwicklung der Kommunen und die hierfür benötigten planungsrechtlichen Grundlagen eine große Herausforderung für die anstehenden Dekaden. Im neuen Regionalplan Köln werden hierfür die landesplanerischen Vorgaben auf regionaler Ebene definiert und festgelegt. Im Hinblick darauf, dass im Ballungsraum Köln/Bonn keine nennenswerten Siedlungsflächen mehr für Gewerbe und Wohnen zur Verfügung stehen, wird weiterhin eine Kompensation in den angrenzenden Landkreisen und somit auch im Kreis Euskirchen erfolgen. Verstärkt durch die Corona Pandemie hat sich der allgemeine Trend der Stadtflucht wesentlich verstärkt und wirkt sich faktisch bis hin zu den Kommunen in der Eifel aus. Vor diesem Hintergrund ist eine genaue und aktuelle Bedarfsberechnung als planungsrechtliche Grundlage für die kommenden Dekaden (Zielhorizont Regionalplan = 2040) geboten. Bereits im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans wurde gemeinsam mit den Kommunen ein Kreisentwicklungskonzept erstellt. Hierin wurden die Bedarfe der Kommunen für die Bereiche Arbeiten und Wohnen ermittelt und Suchräume für die Ausweisung von allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB und Gewerbe- und Industriebereichen - GIB) identifiziert. Das Kreisentwicklungskonzept wurde als Fachbeitrag in das informelle Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans eingebracht. Das Siedlungsflächenmonitoring (Sfm) der Bezirksregierung Köln spiegelt nicht die tatsächliche Flächenverfügbarkeit (Reserven) in den Kommunen wieder. Die Bevölkerungsdaten, die dem Plankonzept für den Regionalplan zu Grunde liegen (Stand Ende 2018/Anf. 2019), haben die enorme Entwicklung in den Kommunen in den vergangenen 1 bis 1 1/2 Jahren (Bevölkerungswachstum + 2 %, Tendenz steigend) nicht mitvollzogen. Die Bedarfsberechnungen fußen somit auf veralteten Prognosen [Abb.]. Prognose und faktische Entwicklung liegen zwischenzeitlich gravierend auseinander. Die Prognosewerte -IT-NRW- der Jahre 2014, 2018 und aktuell 2021 mussten immer wieder nach oben korrigiert werden, um den faktischen Gegebenheiten gerecht zu werden. Zusätzlich muss der Aspekt der Digitalisierung für die Siedlungsentwicklung in den Bereichen Wohnen und Gewerbe beachtet werden. Die im LEP NRW, woraus der Regionalplan zu entwickeln ist, vorgesehene rückwärtsgerichtete Bedarfsberechnung wird insbesondere bei den Gewerbeflächen kritisch gesehen. Hinzu kommt, dass im Sfm der Bezirksregierung gewerbliche Flächen mit bilanziert wurden, die den Kommunen jedoch nicht zur Verfügung stehen (z.B. Eigentumsverhältnisse, Vorratsflächen von Betrieben etc.) Aus vorgenannten

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

<p>Gründen erhebt der Kreis Euskirchen gegen die Bedarfsermittlung der Siedlungsbereiche sowohl beim Wohnen (ASB) als auch beim Gewerbe (GIB) Bedenken und fordert die Bezirksplanungsbehörde auf, die im Kreisentwicklungskonzept ermittelten Bedarfe für Wohnen und Gewerbe entsprechend anzupassen und als Grundlage für die Neuaufstellung des Regionalplans im Bereich des Kreises Euskirchen zu berücksichtigen. Anders wird die in der Begründung zum Regionalplan postulierte Leitvorstellung, eine nachhaltige Raumentwicklung anzustreben, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum in Einklang bringt, nicht umgesetzt werden können.</p>	<p>jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung <i>Flächenüberhänge vermeiden und abbauen</i> sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.</p> <p>Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).</p> <p>Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.</p>
---	---

Inhalt

Die verheerende Flutkatastrophe im Sommer 2021 hat den Kreis Euskirchen stark betroffen und Siedlungen und Infrastrukturen zerstört. Ein Wiederaufbau an gleicher Stelle ist oftmals nicht sinnvoll, um bei zukünftigen Starkregenereignissen besser gewappnet zu sein. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, dass Neuausweisungen/Erweiterungen von GIB und ASB auch an Standorten, die nicht direkt an bestehenden ASB liegen, möglich sind.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsrumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Hierbei gilt, u.a. dass gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen sind sofern es sich nicht um eine Brache handelt.

Auch für die neue Festlegung der ASB sind weitere Raumwiderstände/landesplanerischen Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven u.a. bandartige Entwicklung, Verfestigung Splittersiedlung, Neuansatz oder fachrechtliche Restriktionen wie zum Beispiel BSN, RG zu prüfen. Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen.

Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP

NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

1002179, Kreis Euskirchen

Inhalt

Um die Planungsmöglichkeiten der Kommunen zu stärken, ist die Darstellung von mehr flexiblen Siedlungsbereichen für die Bereiche Wohnen und Gewerbe erforderlich. Oftmals sind Kommunen zur weiteren Entwicklung auf wenige Bereiche angewiesen, die aus verschiedenen Gründen nicht immer planungsrechtlich entwickelt werden können. Zusätzlich sind die Kommunen im Kreis Euskirchen aufgrund der Flutkatastrophe teilweise gezwungen, andere Wege einzuschlagen als ursprünglich geplant. Um planungsrechtlich flexibel und den bestehenden Notwendigkeiten entsprechend handeln zu können, ist die Darstellung von zusätzlichen, flexiblen ASBund GIB-Flächen im Regionalplan erforderlich. Die tatsächliche Inanspruchnahme dieser Flächen soll sich an den im Kreisentwicklungskonzept berechneten Bedarfen orientieren.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Festlegung von flexiblen Siedlungsbereichen ist entsprechend der jeweiligen kommunalen Vorschläge und unter Berücksichtigung der landesplanerisch zulässigen Bedarfe und der vorhandenen Reserveflächensituation möglich.

1002180, Kreis Euskirchen

Inhalt

Aufgrund des Siedlungsdrucks aus dem Ballungsraum Köln/Bonn wurden dem Kreis Euskirchen ein zusätzlicher Bedarf an gewerblichen Flächen, sogenannte Region + - Flächen zugesprochen. Dies sind Flächen mit Bedeutung für die Deckung des regionalen und damit exogenen Bedarfs und als Komplementärfunktion für die fehlenden Wirtschaftsflächen in den Ballungsräumen. Im Kreisentwicklungskonzept wurden geeignete Region+ Wirtschaftsflächen erkannt und dokumentiert. Im Entwurf zum Regionalplan ist jedoch nur eine einzige Fläche auf dem Gebiet der Stadt Euskirchen ausgewiesen (interkommunales Gewerbegebiet Euskirchen/Mechernich AS Wißkirchen A1). Das ist keine ausreichende Grundlage, um den zunehmenden gewerblichen Siedlungsdruck aus der Region Rechnung zu tragen. Insbesondere der Südkreis hat keine geeigneten Flächen für diese Komplementärfunktion. Der Kreis Euskirchen fordert daher die zusätzliche Darstellung von Region+ Wirtschaftsflächen, die mit einem interkommunalen Ansatz versehen sind. Dies sind das planungsrechtlich bereits bestehende interkommunale Gewerbegebiet Kall/Schleiden und ein interkommunales Gewerbegebiet Blankenheim/Nettersheim an der AS Blankenheim A1.

Anhänge

[Abb_ID1002180_1.pdf](#)

[Abb_ID1002180_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen im gesamten Planungsraum und konkret im Kreis Euskirchen.

Darüber hinaus werden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände/ landesplanerische Vorgaben entgegen. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen.

	<p>Der angeregte GIB Blankenheim/Nettersheim am Autobahnende A1 weist darüber hinaus nicht die gemäß LEP NRW grundsätzlich erforderliche Anbindung an den vorhandenen Siedlungsraum auf.</p> <p>Bei dem GIB Kall/Schleiden handelt es sich um eine bestehende, im Flächennutzungsplan gesicherte gewerbliche Entwicklung, die nicht die Kriterien des Prozesses Region Plus Wirtschaft erfüllt. Auf die Stellungnahme der Gemeinde Kall mit der StnID ID 1003501, die sich für eine Beibehaltung der Festlegung als GIBinterkommunal ausspricht, wird verwiesen.</p>
--	--

Inhalt

Regionale Wirtschaftsflächen mit Komplementärfunktionen für die Ballungsräume sind für die Deckung des lokalen Bedarfs nicht geeignet. Für den örtlichen, also endogenen Bedarf müssen den einzelnen Kommunen zusätzlich Flächen zur Verfügung gestellt werden, auch wenn erkennbar ist, dass der Gesamtbedarf über die Flächen mit regionaler bis überregionaler Bedeutung ausgeglichen scheint. Kleine und mittelständige Unternehmen sind in der Regel sehr standorttreu und wollen/müssen dies auch für ihre Klientel bleiben. Oftmals sind diese Betriebe in bestehenden Gemengelagen nicht mehr entwicklungsfähig und müssen ihren Standort ortsnah verlegen. Wenn für diesen Bedarf keine Standorte angeboten werden können, werden diese gezwungen, den Standort der Kommune zu verlassen. Um das zu verhindern ist es eminent wichtig, dass für diesen Bedarf der KMU vor Ort ausreichend Gewerbeflächen seitens der Kommunen zur Verfügung gestellt werden können. Insbesondere vor dem Hintergrund der Flutkatastrophe hat sich diese Lage zugespitzt. Der Kreis Euskirchen fordert daher den Regionalrat auf, mehr Gewerbeflächen für den endogenen Bedarf im neuen Regionalplan zuzulassen. In diesem Zusammenhang wird auf die Punkte 1 und 2 der fachlichen Bedenken/Anregungen verwiesen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* konkret auch im Kreis Euskirchen und dem Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten

Planungsraum.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die in der Anregung formulierte Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen.

Insbesondere für die Teilregionen im Regierungsbezirk, die durch naturräumliche bzw. topografische Voraussetzungen stark in ihrer Flächenentwicklung eingeschränkt sind (z. B. Oberbergischer Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis, Kreis Euskirchen) bestehen in Teilregionen qualitative Flächenbedarfe, ohne dass für diese ein quantitativer Bedarf innerhalb der Teilregion gegeben ist. Durch die regionalen Prozesse sollen Flächenbereitstellungen insbesondere der Betriebsverlagerung bzw. -auslagerung von Betriebsteilen vor allem für bestehende gewerbliche und industrielle Nutzungen dienen. Der Anregung ist insofern entsprochen.

Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt.

Zudem berücksichtigt der Regionalplanentwurf die besondere Ausgangssituation besonders in den ländlichen strukturierten Kreisen, in denen in Summe insgesamt ca. 1.700 ha Flächennutzungsplanreserven für Wohn- und Wirtschaftsflächen außerhalb

des festgelegten Siedlungsbereiches des Planentwurfes liegen. Dies ist zu großen Teilen auf regionale Besonderheiten und Siedlungscharakteristiken mit der Prägung durch zahlreiche kleinere Ortschaften (z. B. im Kreis Euskirchen) als auch in Teilen auf besondere topographische Rahmenbedingungen (z. B. Oberbergischer Kreis) zurückzuführen. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind hierbei im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größenordnung von 10 ha. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Siehe zudem auch Erläuterungen zu StnID 1002178.

1002182, Kreis Euskirchen

Inhalt

Im derzeitigen Gebietsentwicklungsplan sind die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) deckungsgleich mit den festgesetzten Naturschutzgebieten. Im vorliegenden Entwurf des Regionalplans sind die BSN wesentlich größer dargestellt und umfassen auch die Biotopverbundflächen. Diese haben eine Funktion für den Verbund bestehender Biotope, sind aber oftmals (intensiv) landwirtschaftlich genutzt und erfüllen daher als Fläche für sich keine gesonderte Schutzfunktion. Die neue Darstellung der BSN, die auch Flächen beinhaltet, die nicht unter Naturschutz stehen, führt aus Sicht des Kreises Euskirchen planungsrechtlich zu Irritationen. Auch wenn in den Erläuterungen zu den textlichen Festlegungen dargelegt wird, dass BSN-Flächen in der Landschaftsplanung differenziert belegt werden können (NSG, LSG, Flächen für den Vertragsnaturschutz) suggeriert die gewählte Darstellung der BSN, dass es sich umfänglich um Naturschutzgebiete mit besonderer Schutzfunktion handelt. Diese im Entwurf genannten Vorranggebiete nehmen somit die Festsetzungen der Landschaftsplanung im Regionalplan vorweg, jedoch ohne darstellerisch zu differenzieren. Die Bauleitplanungen der Kommunen sind aus dem Regionalplan zu entwickeln. Es ist zu befürchten, dass bei Anfragen nach § 34 LPlG NRW und Genehmigungsverfahren von Flächennutzungsplanänderungen der Kommunen es zu Versagungen oder der Forderung von umfangreichen Fachgutachten kommt, wenn sich ein von der Kommune beplanter Entwicklungsbereich angrenzend an einen solchen BSN befindet, obwohl die im BSN liegende Fläche möglicherweise keine besondere Schutzfunktion erfüllt. Die Bedeutung der Biotopflächen, die bereits in den Landschaftsplänen ausgewiesen sind, soll hiermit nicht in Abrede gestellt werden. Aus vorgenannten Gründen fordert der Kreis Euskirchen die Darstellung der BSN auf Gebiete mit besonderer Schutzfunktion (NSG, Nationalpark, FFH-Gebiete) zu beschränken und die Biotopverbundflächen mit einem gesonderten Planzeichen im Regionalplan darzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

1002183, Kreis Euskirchen

Inhalt

Im Auftrag der Eifel Tourismus wurde für den gesamten Bereich der nordrheinwestfälischen Eifel ein Fachbeitrag Tourismus und Erholung erarbeitet. In diesem Fachbeitrag wurden unter anderem Gebiete ermittelt und dokumentiert, die für die Bereiche Tourismus und Erholung eine regionalplanerische Relevanz haben. Es handelt sich hierbei zum Teil um bestehende Bereiche (z.B. Freilichtmuseum Kommern) zum Teil aber auch um angestrebte Entwicklungen, bzw. maßvolle Ergänzungen bestehender Gebiete. Der naturnahe und sanfte Tourismus spielt für den Kreis Euskirchen zunehmend eine wirtschaftliche Rolle. Zur maßvollen und dem sanften Tourismus gerecht werdenden Entwicklung der touristischen Potentiale im Kreis Euskirchen ist bei darstellungsrelevanten Flächen eine planungsrechtliche Verankerung wichtig und erforderlich. Der Kreis Euskirchen fordert aus vorgenannten Gründen die im Fachbeitrag dargestellten Bereiche vollumfänglich in den neuen Regionalplan aufzunehmen. Je nach Nutzung sind diese Flächen als ASB oder AFAB mit besonderer Zweckbestimmung darzustellen. Umfang und Verortung der Bereiche sind dem touristischen Fachbeitrag (Anlage 2) zu entnehmen. [Dahlem: ASB Ferienpark Kronenburger See, Bestand und Erweiterung, ZB Freizeit, Tourismus, Erholung; Hellenthal: AFAB Weisser Stein, Bestand und Erweiterung, ZB Freizeit, Erholung, Sport; Hellenthal: AFAB Wildfreigehege, Bestandssicherung, ZB Freizeit, Erholung; Mechernich: ASB Freilichtmuseum Kommern, Bestandssicherung, ZB Freizeit, Tourismus, Erholung; Nettersheim: ASB Eifelhöhenklinik Marmagen, Neuausweisung, ZB Freizeit, Tourismus, Bildung, Gesundheit Nettersheim, AFAB Archäologischer Landschaftspark, Neuausweisung, ZB Kultur; Schleiden: ASB Vogelsang, Neuausweisung, ZB Freizeit, Tourismus, Erholung, Kultur, Bildung; Zülpich: ASB Zülpicher Seepark, Neuausweisung, ZB Freizeit, Tourismus, Erholung].

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist teilweise im Planentwurf entsprochen.

Entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW) werden vorhandene Standorte für überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen. Vorhandene, isoliert im Freiraum liegende Standorte, die die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten (ab einer Größenordnung von 10 ha), sind aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) festgelegt, um eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke zu vermeiden. Unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle erfolgt keine zeichnerische Festlegung.

Für diese sind im Kreis Euskirchen entsprechend dem Fachbeitrag Tourismus entsprechende ASBz festgelegt (z.B. Feriendorf Freilingen, Feriendorf Kronenburger See).

Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 grundsätzlich im Freiraum möglich und bedarf keiner räumlichen Steuerung / Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie Wildgehege, Skisportgelände (Gemeinde Hellenthal), Parkanlagen (Zülpich) oder Landschaftsparks (Nettersheim) verzichtet. Das fehlende Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen. Die im Entwurf getroffene Festlegung des Freilichtmuseums Kommern als AFABz gemäß Aufstellungsbeschluss Regionalrat nimmt diesbezüglich eine Sonderstellung ein, die sich von den v.g. Fallgestaltungen unterscheidet. Diesem Teil der Anregung ist insofern entsprochen.

Für die Eifelhöhenklinik Marmagen wird kein Erfordernis gesehen, eine zweckgebundene Siedlungsraumfestlegung vorzusehen. Der Bereich ist in den ASB Marmagen einbezogen. Insofern ergeben sich für den Bereich neben flexible Nutzungsoptionen.

Für den Bereich Burg Vogelsang wird auf die Stn ID 1001025 verwiesen.

1002184, Kreis Euskirchen

Inhalt

Im Entwurf des Regionalplans ist auf dem Gebiet der Gemeinde Hellenthal die Prether- und Platißbachtalsperre als Planung zeichnerisch dargestellt. In den textlichen Festlegungen wird diese mit der Zweckbestimmung Trinkwasserversorgung (T) belegt. Die benachbarte Oleftalsperre ist jedoch ausreichend für die Trinkwasserversorgung im Einzugsbereich des Wasserverbands Oleftal. Eine weitere Talsperre für die Trinkwasserversorgung ist daher grundsätzlich nicht erforderlich. Sie könnte jedoch in trockenen Sommermonaten die Mindestwasserabgabe in die Olef garantieren, so dass zeitweise auch mehr Trinkwasser der Oleftalsperre entnommen werden könnte. Vor dem Hintergrund der Flutkatastrophe könnte die geplante Preth- und Platißbachtalsperre eine immens wichtige Funktion für den Hochwasserschutz des gesamten Schleidener Tals einnehmen. Darüber hinaus könnte diese Talsperre zu einer Attraktivierung des touristischen Angebots in der Nordeifel und zur Erholungsfunktion beitragen. Aus vorgenannten Gründen fordert der Kreis Euskirchen die Zweckbestimmungen Hochwasserschutz (H) und Erholung (E) in die textlichen Festlegungen ergänzend aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Anders als bei bestehenden Talsperren und Stauanlagen liegen für die im Entwurf des Regionalplans festgelegten ?Vorsorgebereiche Talsperren? als Standortoptionen für zukünftige Talsperren keine wasserwirtschaftlichen Betriebsgenehmigungen vor. Daher wird in Tabelle 2 der Erläuterung 7 zu Z.25 nur die im Entwurf des Regionalplans zugewiesene Funktion "Trinkwasserversorgung" für den Vorsorgebereich Talsperre Preth- und Platißbachtalsperre, wie sie bereits im rechtskräftigen Regionalplan festgelegt ist, beibehalten und keine Funktion ergänzt.

Es wird aufgrund der Begründung zusätzlich auf die Autorenkorrektur 1016477 verwiesen.

1002185, Kreis Euskirchen

Inhalt

Im Entwurf zum Regionalplan sind die gesetzlich festgelegten Überschwemmungsgebiete zeichnerisch festgelegt. Grundlage für diese Überschwemmungsbereiche ist das Hundertjährige Hochwasserereignis (HQ 100). Vor dem Hintergrund der Flutkatastrophe gibt es derzeit Überlegungen, diese Überschwemmungsgebiete auf ein Extremhochwasser (HQextrem) auszuweiten. In den textlichen Festlegungen sind die Flächen des HQextrem als Risikobereiche aufgeführt und in der Erläuterungskarte F8 dargestellt. Bei Planungen und Maßnahmen sollen die durch potentielle Überflutung und Extremhochwasser gefährdeten Bereiche dem Hochwasserschutz vorbehalten bleiben. Aus den Erfahrungen der Flutkatastrophe ist dies grundsätzlich zu begrüßen, da hierdurch Retentionsräume erhalten bleiben. Sollte der dargestellte Überschwemmungsbereich im Regionalplan auf das Extremhochwasser (HQextrem) angepasst werden, ist sicherzustellen, dass vorhandene Siedlungsbereiche, soweit sie bereits bebaut oder mit einer verbindlichen Bauleitplanung belegt sind, Bestandsschutz haben. Sollte aus Gründen des Hochwasserschutzes eine noch nicht in Anspruch genommene Siedlungsfläche, die planungsrechtlich nicht gesichert ist, zurückgenommen werden, ist der Kommune hierfür ein Ausgleich an geeigneter Stelle zur Verfügung zu stellen. Noch nicht in Anspruch genommene Siedlungsflächen sind in die Bedarfsberechnung des Flächenbedarfs der jeweiligen Kommune mit eingeflossen. Bei einer Rücknahme von Siedlungsbereichen ohne Ausgleich würde dem Bedarf der jeweiligen Kommune nicht mehr Rechnung getragen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es ist nicht vorgesehen die Überschwemmungsbereiche um das HQextrem zu erweitern. Bereiche oder Flächen, die aufgrund des vorbeugenden Hochwasserschutzes nicht genutzt werden können, werden nicht als Reserven berücksichtigt.

Zur weiteren Erläuterung: Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungspotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW *„Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren“* und Grundsatz 4-2 LEP NRW *„Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)“* bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.

1002186, Kreis Euskirchen

Inhalt

Im Entwurf des Regionalplans wird in den Erläuterungen des Grundsatzes G.67 ?Solarenergie flächensparend ausbauen? unter Punkt 4 ausgeführt, dass bei Standorten für Freiflächenanlagen entlang von Bundesfernstraßen oder Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung zu beachten ist, dass als Ausnahmbereich jeweils der räumliche Korridor aus den Fördervoraussetzungen des Erneuerbaren Energiegesetzes (EEG) für Solaranlagen in der aktuellen Fassung definiert ist. Zurzeit ist dieser Korridor in § 37 EEG mit 200 m entlang der vorgenannten Bandinfrastruktur definiert. Der § 37 EEG ist in dem Sinne keine rechtliche Vorgabe, die festlegt, wo Freiflächenanlagen gebaut oder nicht gebaut werden dürfen, sondern definiert lediglich, auf welchen Flächen Gebote für Solaranlagen des ersten Segments abgegeben werden dürfen und stellt somit ein Steuerungselement für die Einspeisevergütung dar. Es bestehen planungsrechtlich Bedenken, hieraus Festlegungen zur Zulässigkeit von Freiflächenanlagen der Solarenergie abzuleiten. Das EEG ist Änderungen unterworfen. Es ist möglich, dass bei der nächsten Änderung des EEG dieser Korridor größer oder kleiner als momentan definiert wird. Es wäre also durchaus möglich, dass zu einem späteren Zeitpunkt möglicherweise Anlagen bis zu einer Breite von 500 m oder aber auch nur noch bis zu 100 Meter zulässig wären. Sollten die Flächen entlang der genannten Bandinfrastruktur im EEG für das erste Segment gänzlich herausgenommen werden, wäre nach der Erläuterung zu G.67 keine Freiflächenanlagen entlang von Bundesfernstraßen und überregionalen Bahnstrecken mehr möglich. Somit stellt die Ableitung der Korridorbreite aus dem EEG für die Kommunen, die Grundstückseigentümer und die Investoren keine verlässliche Grundlage dar. Zur Steuerung von PV-Freiflächenanlagen im Freiraum ist eine rechtlich eindeutige Definition erforderlich, die den beteiligten Akteuren Planungssicherheit gibt. Im Ziel 10.2-5 des LEP NRW, aus dem der Regionalplan zu entwickeln ist, wird in der Formulierung ?entlang? von Bundesfernstraßen und überregionalen Schienenwegen die Breite dieses Korridors nicht definiert und gibt damit keine klare Vorgabe für die Regionalpläne. Aus vorgenannten Gründen wird angeregt, in den Erläuterungen zu G.67 eine Breite dieser Flächen eindeutig zu definieren. Im Grundsatz G.63 wird ausgeführt, dass für die verstärkte Nutzung sowie den Ausbau erneuerbarer Energien in der Region die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden sollen. Mit Blick auf den fortschreitenden Klimawandel spricht sich der Kreis Euskirchen dafür aus, diesen Korridor zu erweitern und bis zu 300 m festzulegen. Auf Flächen mit einer hohen Bedeutung für die Lebensmittelproduktion soll nur Agri-PV zulässig sein. Bei der Konkretisierung der Definition soll die Landwirtschaft einbezogen werden. Sollte diese Regelung rechtlich im Regionalplan nicht klar definiert werden können, fordert der Kreis Euskirchen die Landesregierung auf, Ziel 10.2-5 im LEP NRW entsprechend zu ändern und somit klare Vorgaben für die Regionalplanung zu geben. Bei einer Änderung des Ziels 10.2-5 LEP NRW sollten auch regionale Schienenstrecken

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

berücksichtigt werden.	
------------------------	--

1002187, Kreis Euskirchen	
<p>Inhalt</p> <p>Im Entwurf des Regionalplans sind alle Schienenwege im Kreis Euskirchen zeichnerisch dargestellt. Zusätzlich werden im Regionalplan bestehende, sowie neue, noch nicht betriebene Haltepunkte des SPNV festgelegt. Im Projektdossierverfahren zur Bördebahn (RB28) sind auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen folgende Haltepunkte vorgesehen: Zülpich, Nemmenich, Ülpnich, Dürscheven, Elsig, Euskirchen- West und Euskirchen. Derzeit sind die Haltepunkte Zülpich, Nemmenich und Euskirchen in Betrieb. Für die Haltestelle Elsig läuft derzeit das Planfeststellungsverfahren. Die Haltepunkte Ülpnich und Dürscheven sollen im Ausbau folgen. Für den geplanten Haltepunkt Euskirchen-West steht derzeit noch nicht fest, ob dieser an der Strecke der Eifelbahn oder an der Strecke der Bördebahn eingerichtet wird. Entsprechend dem Grundsatz G.53 regt der Kreis Euskirchen an, die Haltepunkte Ülpnich, Dürscheven und Elsig im Regionalplan darzustellen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Siehe auch Erläuterungen zu StnID 1006608 und StnID 1002324.</p>

1002188, Kreis Euskirchen	
<p>Inhalt</p> <p>Im urbanen Bereich der Stadt Euskirchen wäre die Darstellung eines Grünzuges z.B. in Auebereichen sinnvoll, um die Naherholung und den Biotopverbund zu stärken.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung von Regionalen Grünzügen beschränkt sich auf die verdichteten Gebiete gemäß Plankonzeption. Die Stadt Euskirchen gehört nicht zu den verdichteten Räumen der Region. Zur Sicherung von regional bedeutsamen Bereichen für die landschaftsortorientierte Erholung und den Biotopverbund können die Festlegungen BSN und BSLE genutzt werden.</p>

Inhalt

Im Entwurf zum Regionalplan sind die gesetzlich festgelegten Überschwemmungsgebiete zeichnerisch festgelegt. Grundlage für diese Überschwemmungsbereiche ist das Hundertjährige Hochwasserereignis (HQ 100). Vor dem Hintergrund der Flutkatastrophe gibt es derzeit Überlegungen, diese Überschwemmungsgebiete auf ein Extremhochwasser (HQextrem) auszuweiten. In den textlichen Festlegungen sind die Flächen des HQextrem als Risikobereiche aufgeführt und in der Erläuterungskarte F8 dargestellt. Bei Planungen und Maßnahmen sollen die durch potentielle Überflutung und Extremhochwasser gefährdeten Bereiche dem Hochwasserschutz vorbehalten bleiben. Aus den Erfahrungen der Flutkatastrophe ist dies grundsätzlich zu begrüßen, da hierdurch Retentionsräume erhalten bleiben. Sollte der dargestellte Überschwemmungsbereich im Regionalplan auf das Extremhochwasser (HQextrem) angepasst werden, ist sicherzustellen, dass vorhandene Siedlungsbereiche, soweit sie bereits bebaut oder mit einer verbindlichen Bauleitplanung belegt sind, Bestandsschutz haben. Sollte aus Gründen des Hochwasserschutzes eine noch nicht in Anspruch genommene Siedlungsfläche, die planungsrechtlich nicht gesichert ist, zurückgenommen werden, ist der Kommune hierfür ein Ausgleich an geeigneter Stelle zur Verfügung zu stellen. Noch nicht in Anspruch genommene Siedlungsflächen sind in die Bedarfsberechnung des Flächenbedarfs der jeweiligen Kommune mit eingeflossen. Bei einer Rücknahme von Siedlungsbereichen ohne Ausgleich würde dem Bedarf der jeweiligen Kommune nicht mehr Rechnung getragen.

Bezug zu zeichnerische/textlichen Festlegungen

Bei einer Erweiterung der Überschwemmungsgebiete auf Grundlage des HQextrem ist der Bestandsschutz von Siedlungsbereichen, die bereits bebaut oder durch eine verbindliche Bauleitplanung gesichert sind, in den textlichen Festlegungen der Bestandschutz dieser Siedlungsbereiche sicherzustellen. Bei einer möglichen Rücknahme von Siedlungsbereichen für den Hochwasserschutz, die noch nicht bebaut oder planungsrechtlich gesichert sind, ist der betroffenen Kommune an geeigneter Ausgleich im gegenseitigen Einvernehmen zur Verfügung zu stellen.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es ist nicht vorgesehen die Überschwemmungsbereiche um das HQextrem zu erweitern. Bereiche oder Flächen, die aufgrund des vorbeugenden Hochwasserschutzes nicht genutzt werden können, werden nicht als Reserven berücksichtigt.

AZ: BET_128000_1

Stadt Bad Münstereifel

1000985, Stadt Bad Münstereifel

Inhalt

Weiterhin kritisiert wird die Situation der Stadt Bad Münstereifel jedoch in Bezug auf die erhebliche Diskrepanz zwischen Bedarf und tatsächlich verfügbaren Potentialen an Gewerbeflächen. Neben intensiven interkommunalen Bestrebungen ist es daher erklärtes Ziel der Stadt Bad Münstereifel - abweichend vom bisherigen Vorschlag eines GIB in diesem Bereich - einen ASB im Bereich Kernstadt-Marienbäumchen zur Deckung des endogenen Bedarfs von Gewerbeflächen zu etablieren. Der Standort im Bereich Kernstadt-Marienbäumchen resultiert aus den bekannten, vielfältigen Restriktionen, die das Stadtgebiet dominieren und alternative Standorte ausschließen. Die Abgrenzung des ASB im Bereich Kernstadt-Marienbäumchen, die seitens der Stadt Bad Münstereifel zur Aufnahme in den Regionalplan vorgeschlagen wird, ist Anlage 1 dieser Stellungnahme zu entnehmen.

(s. Anhang Abb. StnID_1000985_1)

Anhänge

[Abb_ID_1000985_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der ASB wird entsprechend der landesplanerisch möglichen Größenordnung (Bedarfsermittlung gem. LEP NRW) erweitert

.

1000987, Stadt Bad Münstereifel	
<p>Inhalt</p> <p>Die Stadt Bad Münstereifel schließt sich der Stellungnahme des Kreises Euskirchen hinsichtlich der allgemeinen Belange der Kreisentwicklung sowie der fachlichen Bedenken und Anregungen an.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme des Kreises Euskirchen verwiesen.</p>

1000988, Stadt Bad Münstereifel	
Inhalt Aus kommunaler Sicht bewertet die Stadt Bad Münstereifel die im Planentwurf erfolgten Ausweitungen von ASB in den Bereichen Kirspenich und Kernstadt positiv, ebenso die neue Darstellung ASB im Bereich Josef-Jonas-Straße.	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt.

AZ: BET_129000_1

Gemeinde Blankenheim

1001009, Gemeinde Blankenheim

Inhalt

Im Rahmen der formellen Beteiligung werden die Kommunen des Kreises Euskirchen wie zuvor auch in der frühzeitigen Abstimmung eine gemeinsame Stellungnahme abgeben, die sich auf Belange bezieht, die die Kommunen gleichermaßen betrifft. Auf diese Stellungnahme möchte ich hiermit verweisen. Zusätzlich gibt die Gemeinde Blankenheim eine ergänzende Stellungnahme ab. Diese wird der gemeinsamen Stellungnahme des Kreises Euskirchen beigelegt. Der Vollständigkeit halber übersende ich Ihnen jedoch beigelegt die Stellungnahme der Gemeinde Blankenheim auch einzeln.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die jeweiligen Erläuterungen zur Stellungnahme des Kreises Euskirchen bzw. der Gemeinde Blankenheim verwiesen.

1001010, Gemeinde Blankenheim	
Inhalt <p>Grundsätzlich teilt die Gemeinde Blankenheim alle Positionen, die im Rahmen der gemeinsamen Stellungnahme aller Kommunen des Kreises Euskirchen aufgestellt wurden und schließt sich dem entsprechenden Schreiben an.</p>	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme des Kreises Euskirchen verwiesen.

1001011, Gemeinde Blankenheim	
<p>Inhalt</p> <p>Die Gemeinde Blankenheim befindet sich derzeit im Verfahren für die 38. Änderung des Flächennutzungsplans sowie zur Aufstellung des Bebauungsplanes Blankenheim Nr. 4 B VI "Gewerbegebiet Blankenheim-Nord". Hintergrund ist die beabsichtigte Erweiterung des Gewerbegebiets. Der betroffene Bereich wird im Entwurf für den Regionalplan als "GIB-flex" ausgewiesen und angerechnet. Die Gemeinde Blankenheim bittet darum, den betroffenen Bereich der Erweiterung als "GIB" darzustellen ohne gleichzeitig die flächenmäßige Zubilligung des "GIB-flex" zu minimieren.</p> <p>Die Prognosen stellen nicht den tatsächlichen Bedarf dar. Auch werden kurzfristige Belange nicht berücksichtigt. Trotz zahlreicher Ereignisse wie der Corona-Pandemie, dem Starkregenereignis und der politischen Lage in Europa ist unsere Wirtschaft stark. Dank zahlreicher, fördernder Maßnahmen wird der Standort Blankenheim immer attraktiver.</p> <p>Für die Gemeinde ist die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. Mit einem strategisch guten Standort, direkt an der BAB1 gelegen, verzeichnen wir enorme Nachfrage. Vorhandene Betriebe benötigen aufgrund der betrieblichen Entwicklungen häufig Erweiterungsfläche, die nicht zur Verfügung gestellt werden kann.</p> <p>Da das bestehende Gewerbegebiet vollständig bebaut ist, mussten vielfach interessierte Firmen abgewiesen werden. Schon jetzt sind einige Unternehmen bekannt, die Interesse an einem der neu auszuweisenden Grundstücke im Erweiterungsbereich des Gewerbegebietes haben, sodass damit gerechnet werden kann, dass hier auch zügig kein Grundstück mehr angeboten werden kann.</p> <p>Ich bitte Sie daher, unserem Bedarf zu entsprechen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für die Gemeinde Blankenheim besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> GIBflex.</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBflex ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

AZ: BET_130000_1

Stadt Euskirchen

1002314, Stadt Euskirchen

Inhalt

Kompensationsvorschlag für die bislang ersatzlos entfallene Wohnbauflächenausweisung im Rahmen von ?Region+ Wohnen? nördlich der Angelika-Kaufmann-Str. (Lage im HQ extrem): Stotzheim, nördlich der Selmenstraße, ca. 12,85 ha. Diese Fläche entspricht grundsätzlich den geforderten Eignungskriterien und wird entsprechend nachgemeldet. Der Steckbrief zur Nachmeldung im Rahmen von ?Region+ Wohnen? ist der Stellungnahme als Anlage beigefügt. Bei einer Kategorisierung dieser Fläche im Rahmen von ?Region+Wohnen? entfällt eine Kompensation im Rahmen des Flächentauschs auf FNP-Ebene. Es handelt sich hierbei um keinen kommunalen, sondern einen regionalen Bedarf, der der Stadt Euskirchen zusätzlich zugestanden wird [s. Anhang Abb. 1002314_1].

Anhänge

[Abb_ID_1002314_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit

sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Gemeinde Stadt Euskirchen verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1002315, Stadt Euskirchen

Inhalt

Im Ortsteil Wißkirchen wurde der nördlich der Bundesstraße 266 geplante Teilbereich eines Interkommunalen Gewerbegebietes mit der Stadt Mechernich in den Regionalplanungs-Entwurf aufgenommen. Der südlich der B 266 geplante Teilbereich hingegen nicht. Es wird angeregt, im Hinblick auf die Lagegunst und den Gewerbeflächenbedarf die komplette Fläche als GIBregional aufzunehmen [s. Anhang Abb. 1002315_1].

Anhänge

[Abb. ID 1002315_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen hier konkret im ermittelten Umfang von 28ha für den Kreis Euskirchen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* in Euskirchen.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Die Beschränkung auf den nördlich der Bundesstraße gelegenen Bereich trägt darüber hinaus dem Erhalt eines Freiraumverbunds zwischen Veybachaue, Bleibachaue und den umgebenden Waldgebieten Rechnung.

1002316, Stadt Euskirchen

Inhalt

Im Hinblick auf die Wenigen verfügbaren gewerblichen Bauflächen sollte die Herausnahme der bislang im alten Regionalplan und im FNP enthaltenen ASB Darstellung in Kuchenheim-Ost/Heinrich-Ruster-Straße rückgängig gemacht werden. Vorgeschlagen war hier lediglich eine Reduzierung der gewerblichen Baufläche, nicht jedoch die komplette Herausnahme [s. Anhang Abb. 1002316_1].

Anhänge

[Abb_ID_1002316_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Anregung wird gefolgt. Der ASB wird um die bereits im FNP gesicherten gewerblichen Potenziale in regionalplanerisch relevanter Größenordnung erweitert.

1002317, Stadt Euskirchen	
<p>Inhalt</p> <p>Die Erweiterung der ASB-Darstellung in Kuchenheim-Südwest für gewerbliche Entwicklung wird angeregt. Ein erweiterter Ansatz wurde hier bereits im Vergleich zum alten Regionalplan vorgesehen [s. Anhang Abb. 1002317_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1002317_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die Verortung zusätzlicher ASB im Einklang mit den landesplanerischen Vorgaben bestehen keine Spielräume. Der Bereich wird entsprechend der planerischen Konzeption optional für eine Siedlungsentwicklung als ASBflex (Vorbehaltsgebiet) vorgesehen.</p>

1002318, Stadt Euskirchen	
<p>Inhalt</p> <p>Rücknahme einer ASB-Erweiterung in Euskirchen-Südwest. Es handelt sich um den seinerzeit benötigten ASB-Fortsatz, um den ehemals geplanten Sportpark zu ermöglichen. Diese Planung ist hinfällig, so dass der ASB wieder zurückgenommen werden kann [s. Anhang Abb. 1002318_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1002318_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die Rücknahme des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

1002319, Stadt Euskirchen	
<p>Inhalt</p> <p>Da der Ortsteil Kirchheim wunschgemäß im Regionalplan-Entwurf als ASB dargestellt wird, müssen die Tauschflächen für den in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Weidenweg aus der ASB-Darstellung herausgenommen werden. Ein FNP Änderungsverfahren ist darüber hinaus notwendig.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es bedarf keiner Änderung der regionalplanerischen Festlegungen. Die angesprochenen Flächen sind Gegenstand der bauleitplanerischen Konkretisierung. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002320, Stadt Euskirchen	
<p>Inhalt</p> <p>Erweiterung der ASB-Darstellung im Nordwesten Kichheims für den Bereich einer hem. Gärtnerei, um eine Wohnbauentwicklung zu ermöglichen. Die Entwicklung der Fläche wäre entsprechend einer ersten Einschätzung der Bezirksregierung Köln im Rahmen eines Flächentauschs auf FNP-Ebene möglich [s. Anhang Abb. 1002320_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1002320_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es bedarf keiner Änderung der regionalplanerischen Festlegungen. Die angesprochenen Flächen sind Gegenstand der bauleitplanerischen Konkretisierung. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002321, Stadt Euskirchen	
<p>Inhalt</p> <p>Sollte das Land ab Mitte 2025 die LEP-Fläche aufgeben, dann ist es unerlässlich, dass an deren Stelle die getroffene Vereinbarung zur Umwandlung in eine 100 ha interkommunale Gewerbefläche zum Tragen kommt. Das tatsächlich verfügbare Gewerbeflächenangebot ist in der wachsenden Stadt Euskirchen drastisch knapp geworden, so dass für ortsansässige Betriebe und auch für extern nachfragende und verlagerungswillige Betriebe keine entsprechenden Angebote zur Verfügung stehen. Verschärft wird dieser Umstand zudem durch die Flutkatastrophe in 2021, die viele Bereiche im Stadtgebiet mit Gewerbe- und Mischnutzung traf. Eine Eigenauswertung der von der Flut getroffenen Gewerbe- und Mischgebiete zeigt eine Betroffenheit von ca. 70,6 ha in der Kernstadt Euskirchen sowie von ca. 57,1 ha in verschiedenen Ortsteilen. Als Folgerung aus dieser Katastrophe wird deutlich, dass mindestens ein großer Teil der überfluteten Bereiche dauerhaft gefährdet und somit langfristig nur eingeschränkt nutzbar sind. Um die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt Euskirchen dauerhaft zu sichern, ist eine ausreichende und an der Nachfrage orientierte sowie zukunftsorientierte Ausstattung mit ausreichenden Gewerbe- und Mischgebietsflächen zwingend erforderlich.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis bezieht nicht auf einen Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans. Mögliche Veränderungen in Bezug auf die Fläche für flächenintensive Großvorhaben sind auf Ebene der Landesentwicklungsplanung zu betrachten..</p>

1002322, Stadt Euskirchen	
<p>Inhalt</p> <p>Erweiterung der Waldflächen-Darstellung um Bereiche nördlich von Kreuzweingarten, nördlich Euskirchener Heide sowie süd- und südwestlich von Kirchheim, da die Waldflächen bereits bestehen [s. Anhang Abb. 1002322_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1002322_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Bei Kreuzweingarten wird der im Entwurf festgelegte Waldbereich um eine angrenzende vorhandene Waldflächen erweitert. Die übrigen zur Festlegung als Waldbereiche vorgeschlagenen Flächen liegen unterhalb der zugrundegelegten regionalplanerischen Darstellungsschwelle bzw. bewegen sich sehr kleinräumig im Bereich des Interpretationsspielraums der regionalplanerischen Festlegungen. Diese Waldflächen sind entsprechend Grundsatz G.37 auf örtlicher Ebene zu sichern.</p>

1002323, Stadt Euskirchen	
<p>Inhalt</p> <p>Erweiterung des Landschaftsschutzgebietes entlang der Erftaue entsprechend des Bestandes [s. Anhang Abb. _1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1002323_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002324, Stadt Euskirchen	
<p>Inhalt</p> <p>Darstellung des Haltepunktes in Elsig [s.Anhang Abb. 1002324_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1002324_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

1002325, Stadt Euskirchen

Inhalt

Bei der Ausweisung weiterer Solarparks ist zu berücksichtigen, dass damit der Nahrungsmittelproduktion teils hochqualitative Böden entzogen werden. Die Bodenwerte für die landwirtschaftliche Nutzung sollten daher als Eignungskriterium einfließen und Agri-PV-Projekte sollten mehr Berücksichtigung finden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

AZ: BET_131000_1

Gemeinde Dahlem

1000945, Gemeinde Dahlem

Inhalt

Hinweise zur Wohnflächenbedarfssituation in der Gemeinde Dahlem

Der im ländlichen Raum bestehende hohe Bedarf an Siedlungsflächen ist auch in der Gemeinde Dahlem deutlich spürbar. Ursächlich hierfür ist zum einen die hohe Nachfrage aus der Ortsbevölkerung nach, Wohnbauflächen und Mietwohnraum, zum anderen der fehlende Wohnraum in den Ballungsgebieten Köln/Bonn mit der Folge, dass die dort lebenden Menschen ihren Lebensmittelpunkt in ländlichen Regionen und somit auch in der Gemeinde Dahlem suchen. Im Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln findet die starke Nachfrage nach Wohnbauflächen in dem für die Gemeinde Dahlem ermittelten Wohnflächenbedarf keine Berücksichtigung. So wurden im Bereich der Gemeinde Dahlem alleine in den letzten 3 Jahren rd. 200 Baugrundstücke mit einem Flächenumfang von ca. 15 ha mit dem Ziel der Bebauung veräußert. Dies steht in keinem Verhältnis zu dem für die Gemeinde im Planungshorizont des Regionalplans (Planungszeitraum 25 Jahre - siehe Erläuterungen zu 3.1.2) ermittelten Bedarfs von 13 ha (kommunaler Bedarf) bzw. 0 ha (regionaler Wohnflächenbedarf). Der Bedarf an Wohnbauflächen ist durch die tatsächlich verfügbaren Reserveflächen im Gemeindegebiet nicht zu decken. Die im Siedlungsflächenmonitoring der Bezirksregierung Köln dargestellten Wohnflächenreserven geben nicht die tatsächliche Flächenverfügbarkeit wieder. Die hier ausgewiesenen freien Bauflächen befinden sich in großen Teilen nicht im Gemeindeeigentum und stehen dem Markt nicht zur Verfügung.

Des Weiteren lassen die der Bedarfsberechnung zu Grunde liegenden Bevölkerungsdaten die tatsächliche Entwicklung in der Gemeinde Dahlem unberücksichtigt. Entgegen der zu Grunde gelegten Bevölkerungsprognosen (IT NRW Haushaltsprognose 2018) geht die aktuelle Berechnung der Bevölkerungsentwicklung in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens 2021 bis 2050 für die Gemeinde Dahlem von einem Bevölkerungsanstieg von 4,9 % aus. Darüber hinaus ist mit Blick auf den Prozess Region+ anzumerken, dass der hier formulierte 45-Minuten-Suchraum willkürlich festgelegt wurde und nicht mehr der im Wandel befindlichen Arbeitswelt entspricht. Angesichts des im ländlichen Raum in der Vergangenheit erfolgten und stetig fortschreitenden Ausbaus der Breitbandinfrastruktur hat das flexible Arbeiten von zu Hause aus (Homeoffice) stark zugenommen und wird in Zukunft weiter zu nehmen. Die Beschäftigten fahren immer seltener zu ihren Dienststellen in die Metropolen. Dies hat sich während der CoronaPandemie bereits deutlich gezeigt. Insofern verliert die Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsstelle immer mehr an Bedeutung. Seitens der Gemeinde Dahlem werden daher gegen die im

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen

Planentwurf zu Grunde gelegte Bedarfsberechnung sowohl hinsichtlich des kommunalen als auch des regionalen Wohnflächenbedarfs Bedenken erhoben. Die Bezirksregierung wird aufgefordert, eine zeitgemäße und der tatsächlichen Situation angemessene Ermittlung der Wohnflächenbedarfe durchzuführen.

wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBpl us sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

1000946, Gemeinde Dahlem

Inhalt

Gem. Ziff. 3.1.1 Z.1 ist im regionalplanerisch festgelegten Freiraum eine Siedlungsentwicklung gem. Ziel 2-3 LEP NRW nur ausnahmsweise möglich. Darüber hinaus kann in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen eine Siedlungsentwicklung gem. Ziel 2-4 LEP NRW erfolgen. Der ländlich geprägte Raum des Kreises Euskirchen mit der Gemeinde Dahlem ist dezentral organisiert und durch kleinere Orte und Dörfer im regionalplanerisch festgelegten Freiraum geprägt. Vor diesem Hintergrund muss durch die Regionalplanung sichergestellt werden, dass der "Lebensentwurf Dorf" auch in Zukunft möglich sein wird. Hierzu muss den im Freiraum gelegenen Ortsteilen ausreichend Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt werden, ohne dass an anderer Stelle Wohnbauflächen aufgegeben werden müssen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung "Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren" möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

1000947, Gemeinde Dahlem

Inhalt

Darstellung Allgemeiner Siedlungsbereiche - ASB

Wie bereits ausgeführt, entspricht der für die Gemeinde Dahlem ermittelte Wohnflächenbedarf nicht der tatsächlichen Entwicklung, so dass hier entsprechende Anpassungen notwendig sind. Diese müssen sich auch im zeichnerischen Teil der Plangrundlage wiederfinden. Die im informellen Planverfahren von der Gemeinde eingebrachte Abgrenzung der ASB-Darstellung für den Ort *Dahlem* wurde in der Planunterlage nicht berücksichtigt. Vielmehr wurde die im derzeit gültigen Regionalplan vorhandene ASB-Darstellung sogar reduziert. Die Bezirksplanungsbehörde wird daher ersucht, die vorgesehene ASB-Abgrenzung für den Ort *Dahlem* in der bisherigen Form zu belassen bzw. um die in der beigefügten Übersichtskarte rot markierten Bereiche zu ergänzen. Des Weiteren wird nochmals angeregt, die bereits bebauten Bereiche des Ortes *Dahlem* zur Klarstellung in die ASB-Darstellung mit aufzunehmen (siehe rot umrandete Flächen). Hierauf wurde im informellen Planverfahren bereits hingewiesen [s. Anhang Abb. 1000947_1].

Anhänge

[Abb. ID_1000947_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

In der Gemeinde Dahlem bestehen aufgrund der Vorgaben zu einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung keine Spielräume zur Verortung zusätzlicher Siedlungsraumfestlegungen. Die Beachtung der landesplanerischen Vorgaben bezieht sich auch auf nicht umgesetzte Bereiche des geltenden Regionalplans. Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW). Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt teils hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1000948, Gemeinde Dahlem	
<p>Inhalt</p> <p>Die ASB-Darstellung des Ortes Schmidtheim wird begrüßt. Um eine weitere Entwicklung des Ortes zu ermöglichen wird, wie im informellen Verfahren bereits angeregt, darum gebeten, die beabsichtigte ASB-Darstellung um die in der beigefügten Übersichtskarte blau markierten Bereiche zu ergänzen [s. Anhang Abb. 1000948_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1000948_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die örtliche Reserveflächensituation lässt die Festlegung zusätzlicher Bereiche für eine Siedlungsentwicklung im Einklang mit den landesplanerischen Vorgaben nicht zu.</p>

1000949, Gemeinde Dahlem	
<p>Inhalt</p> <p>Darüber hinaus bedarf die GIB-Darstellung am südwestlichen Ortsrand von Schmidtheim (siehe orange markierte Flächen) der Anpassung und ist durch eine ASB-Darstellung zu ersetzen [s. Anhang Abb. 1000949_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1000949_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es erfolgt eine Anpassung entsprechend der örtlichen planungsrechtlichen Situation.</p>

1000950, Gemeinde Dahlem	
Inhalt Die Aufhebung der Zweckbindung für die GIB-Fläche östlich des Flugplatzes <i>Dahlemer Binz</i> wird ausdrücklich begrüßt.	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt.

1000951, Gemeinde Dahlem	
<p>Inhalt</p> <p><i>Darstellung von Flächen zum Schutz der Natur - BSN</i></p> <p>Im Bereich des ASB Dahlem kollidieren die im Planentwurf dargestellten Flächen zum Schutz der Natur mit der bisherigen und künftig erforderlichen ASB-Darstellung. Vor dem Hintergrund wird die Bezirksplanungsbehörde aufgefordert sicherzustellen, dass die dargestellten BSN-Flächen nicht über die im Landschaftsplan Dahlem ausgewiesenen Naturschutzflächen hinausgehen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.</p>

1000952, Gemeinde Dahlem	
<p>Inhalt</p> <p><i>Darstellung einer Fläche für Solaranlagen</i></p> <p>Es ist beabsichtigt, auf einem rd. 20 ha großen Gelände einer ehemaligen Abgrabungsfläche östlich der Ortslage <i>Schmidttheim</i> eine Freiflächen-Photovoltaikanlage zu entwickeln (siehe beigefügte Übersichtskarte). Hierbei sollen rd. 30.000 Solarmodule aufgestellt werden mit dem Ziel, jährlich ca. 12 Mio. kW/h Strom zu erzeugen. Hiermit können im Durchschnitt rd. 3.500 Haushalte (4 Personen) mit Strom versorgt werden. Darüber hinaus kann hierdurch ein Beitrag geleistet werden, um das in der Fortschreibung der Energieversorgungsstrategie für NRW formulierte Photovoltaik-Ausbauziel zu erreichen. Ausweislich des Schreibens der BR Köln vom 05.10.2021 im Rahmen einer Anfrage gern. § 34 LPIG ist die Umsetzung des Projektes auf der Grundlage der bestehenden Darstellung im Regionalplan nicht möglich. Es wird daher beantragt, für die betroffene Fläche eine entsprechende Darstellung im zeichnerischen Teil der Planunterlage aufzunehmen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Den Festlegungen Wald und Bereiche für den Schutz der Natur ist hier, entsprechend der Plankonzeption/kommunaler Entwicklungsabsicht, ein Vorrang einzuräumen.</p> <p>Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.</p>

1001022, Gemeinde Dahlem	
<p>Inhalt</p> <p><i>Darstellung Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung - GIB</i></p> <p>Neben der Nachfrage nach Wohnbauflächen ist in der Gemeinde Dahlem auch ein stetiger Anstieg des Bedarfs an Gewerbeflächen festzustellen. Sowohl örtliche Gewerbebetriebe als auch Betriebe aus der Region benötigen dringend geeignete Gewerbeflächen um die Weiterentwicklung ihres Unternehmens sicherzustellen bzw. zu ermöglichen. Durch die Flutkatastrophe vom Juli 2021 hat sich diese Entwicklung nochmals deutlich verschärft.</p> <p>Im aktuell rechtskräftigen Regionalplan ist südlich der Ortslage <i>Schmidtheim</i> und östlich angrenzend an das bereits entwickelte Gewerbegebiet III eine GIB-Fläche dargestellt (siehe grau markierte Fläche). In der jetzt vorliegenden Planunterlage wurde diese Fläche zurückgenommen. Aus den vorgenannten Gründen wird die Bezirksplanungsbehörde aufgefordert, die bestehende Darstellung in der Planausfertigung zu belassen [s. Anhang Abb. 1001022_1].</p> <p>Anhänge Abb. ID_1001022_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die im unmittelbaren Umfeld ausgewiesenen, im FNP bereits gesicherten Gewerbeflächen, decken den Bedarf der Gemeinde Dahlem ab. Die Festlegung zusätzlicher GIB im Regionalplan ist insofern aufgrund der Vorgaben des LEP NRW zu einer bedarfsgerechten und flächensparenden Siedlungsentwicklung nicht zulässig.</p>

AZ: BET_132000_1

Gemeinde Hellenthal

1002336, Gemeinde Hellenthal

Inhalt

Durch die im Jahr 2020 beginnende Covid-19-Krise und der damit verbundenen Digitalisierung der Erwerbsarbeit (Stichwort: Home-Office) sowie der Sehnsucht des Wohnens im ländlichen Raum, ist es auch in der Gemeinde Hellenthal zu einer gesteigerten Nachfrage nach Siedlungsraum sowohl für Wohnen als auch für Gewerbe gekommen. Der sich hieraus ergebende Konflikt zwischen der Ausweisung neuen Siedlungsraumes einerseits und dem Erhalt der Natur und Kulturlandschaft, die als wichtige ökologische Funktion, mit Ihrem hohen Freiraumanteil den Einwohnern der Agglomerationen zur landschaftsorientierten Erholung und als Ausgleich der innerstädtischen Hitzebelastung dienen soll, stellt für die Gemeinde Hellenthal in Zukunft eine große Herausforderung dar. Auf den Seiten 23-24 der textlichen Festlegungen zum Regionalplan wird dies jedoch zunächst nur als Prognose in der Form abgegeben, wonach dies den ländlich geprägten Räumen einen Attraktivitätsgewinn bescheren könnte. Die zuletzt zugrunde gelegten Einwohnerzahlen vom 31.12.2019 (alle Daten für 2040 aus der Bevölkerungsvorausschätzung NRW: Basis 2018, Basisvariante, Landesdatenbank IT.NRW) spiegeln die aktuelle Entwicklung seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie nicht wieder. Vor diesem Hintergrund sollte eine genau aktuelle Bedarfsberechnung als planungsrechtliche Grundlage herangezogen werden. Darüber hinaus spiegelt das Siedlungsflächenmonitoring der Bezirksregierung Köln nicht die tatsächliche Flächenverfügbarkeit (Reserven) in den Kommunen wieder. Hierbei werden Flächen als Reserven ausgewiesen, die aktuell nicht verfügbar sind. So werden beispielsweise Grundstücke in Baugebieten, für die bereits eine Baugenehmigung erteilt wurde oder die seitens der Gemeinde mit einer Bebauungsverpflichtung von 3 Jahren veräußert wurden weiterhin als Reserven geführt, die aber de facto nicht verfügbar sind. Des Weiteren verfügt die Gemeinde Hellenthal über 30 im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Ortsteile die bauplanungsrechtlich über eine sog. Ortslagenabrundungssatzung nach § 34 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) als Innenbereich festgelegt werden. Innerhalb dieser Ortsteile befinden sich Baugrundstücke im Privateigentum, die von den Grundstückseigentümern schon seit Jahrzehnten nicht veräußert werden. Diese Flächen werden ebenfalls als Reserven ausgewiesen, die aber faktisch dem Markt entzogen sind, weil hier kein Veräußerungswille der Eigentümer besteht. Aus den vorgenannten Gründen erhebt die Gemeinde Hellenthal gegen die Bedarfsermittlung beim Wohnen (ASB) erhebliche Bedenken und fordert die Bezirksplanungsbehörde auf, die Bedarfe entsprechend der tatsächlichen Entwicklung anzupassen!

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. W* eitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen

wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Inhalt

Die Berücksichtigung der Kernregion um das Rheinische Revier im Regionalplan ist gut und richtig. Auch wenn der Kreis Euskirchen nur als Randbereich in der Gebietskulisse des Rheinischen Reviers auftaucht, darf dies nicht dazu führen, dass der Kreis Euskirchen mit seinen Kommunen bei der Siedlungsflächenentwicklung eine untergeordnete Rolle spielt. Im Gegensatz zur Kernregion Rheinischen Revier sind hier bereits Strukturen vorhanden, die eine schnelle Umsetzung im infrastrukturellen Bereich ermöglicht. Im Rheinischen Revier wird dies mitunter einige Jahr dauern. Insgesamt sollte bei der Regionalplanung ein Augenmerk daraufgelegt werden, dass die Siedlungsentwicklung nicht nur überwiegend in den Ballungsräumen stattfindet. Dies sollte auch in den ländlich geprägten Regionen wie der Eifel ermöglicht werden. Die Eifel sollte nicht nur als sog. "Grüne Lunge" und Stromlieferant (z.B. durch Windenergie) für die Ballungszentren fungieren.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und "reserven". Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven

entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1002338, Gemeinde Hellenthal	
<p>Inhalt</p> <p>Mir ist bewusst, dass sich der Regionalplan an den Zielen des Landesentwicklungsplans LEP orientieren muss und demnach sich die Siedlungsentwicklung im allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) konzentrieren soll. Dies stellt für die Gemeinde Hellenthal jedoch eine nicht zu überwindende Herausforderung dar. Gerade während der Flutkatastrophe am 14.07.2021 sind die im ASB Bereich liegenden Orte Hellenthal und Blumenthal, durch das übertreten der Gewässer ?Olef?, ?Platißbach? und ?Reifferscheider Bach? stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Hier sollte für die Gemeinde Hellenthal die Ziffer 3 der Erläuterung zum Z.1 (<i>siehe Seite 54 der textlichen Festlegungen</i>) Berücksichtigung finden, wonach höhergelegene, nicht als ASB festgelegte Orte außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche zukünftig für die Siedlungsentwicklung besonders in den Blick genommen werden sollen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1002339, Gemeinde Hellenthal	
<p>Inhalt</p> <p>Darüber hinaus findet eine mögliche Erweiterung der ASB Bereiche Hellenthal und Blumenthal durch die schwierige topographische Lage Ihre Grenzen. So scheidet eine Erweiterung des Ortsteils Hellenthal im westlichen Bereich durch das Vorhandensein der Olefalsperre aus. Im Südlichen Bereich ist eine Entwicklung ebenfalls durch die im Regionalplan festgesetzte Preth-/Platißbachtalsperre ausgeschlossen. Der nördliche Bereich der Ortslage Hellenthal scheidet durch die vorhandenen und im Regionalplan festgesetzten Waldbereiche aus. Darüber hinaus müssten hier auf einem Kilometer ca. 80 Höhenmeter überwunden werden. Eine zusätzliche Versiegelung dieser Flächen würde wild abfließendes Wasser fördern und die Hochwasserproblematik im Bereich Olef und Reifferscheider Bach verstärken. Im östlich Bereich grenzt der Ortsteil Hellenthal an den als ASB-Bereich festgesetzten Ortsteil Blumenthal, der wiederum nördlich an das Stadtgebiet Schleiden mit dem Ortsteil Oberhausen angrenzt. Westlich scheidet eine Erweiterung der Ortslage Blumenthal aus ähnlichen Gründen wie einer nördlichen Erweiterung der Ortslage Hellenthal aus, nur das hier sogar 110 Höhenmeter zu überwinden wären. Lediglich im südlichen Bereich der Ortslage Blumenthal könnte eine Erweiterung zur Ortslage Kammerwald hin denkbar sein. Aufgrund der Ereignisse im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe am 14.07.202 1 sollte hiervon jedoch Abstand genommen werden, da dieser Bereich, durch den der Reifferscheider Bach fließt, auf der auf Grundlage der Starkregenhinweisgefahrenkarte des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen, auch vom Hochwasser überflutet wurde.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

Inhalt

Grundsätzlich wird erkannt, dass mit der Inanspruchnahme des Freiraums schonend umzugehen ist. Aufgrund des Drucks aus den Ballungszentren sollte aus den v.g. Gründen eine Siedlungsentwicklung in den im Freiraum gelegenen Orten möglich sein. Diese sollte aber moderat ausfallen um die Identität der Gemeinde Hellenthal als ländlich geprägte Kommune nicht zu verlieren. Hier könnte über eine flexiblere Ausweisung von Siedlungsbereichen nachgedacht werden. Eine Möglichkeit wäre beispielsweise den für den ASB berechneten Bedarf auch für gewisse Bereiche des Freiraums, die an bestehende Ortschaften angrenzen, anzurechnen oder im Flächennutzungsplan ausgewiesene noch nicht entwickelte Flächen als Tauschflächen in Ortslagen außerhalb des ASB zuzulassen. Eine Zersiedelung würde hierdurch im Endeffekt vermieden, weil sich die Erweiterungsbereiche an bestehende Ortschaften angliedern und nicht auf einer einzelnen Fläche im Freiraum entstehen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW). Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen

	Kommunen möglich.
--	-------------------

1002341, Gemeinde Hellenthal

Inhalt

Bezogen auf gewerbliche Bauflächen fehlt es in der Gemeinde Hellenthal vor allen Dingen an Flächen für mittelständige Betriebe. Da diese zumeist auch schon im Mischgebiet genehmigungsfähig sind, sollten diese Bereich auch über die Ausweisung des ASB mit abgewickelt bzw. aus den v.g. Gründen unter bestimmten Voraussetzungen an den Ortsteilen im Freiraum angegliedert werden können. Für größerer Gewerbe-/Industriebetriebe bietet die GIBflex Fläche in der Ortslage Losheim die Möglichkeit zur Ansiedlung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Hinsichtlich der in ASB zulässigen gewerblichen Nutzungen wird auf die Festlegung Ziel 7 und die zugehörige Erläuterung verwiesen. Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben sind störende gewerblich-industrielle Nutzungen grundsätzlich in GIB zu verorten. Die Möglichkeiten in Bezug auf Ortsteile im Freiraum ergeben sich aus den Vorgaben des LEP NRW (Ziel 2-3).

1002342, Gemeinde Hellenthal

Inhalt

Die Ausweisung einer GIBflex Fläche in Losheim wird positiv bewertet, da hiermit auch offiziell ein Instrument zur flexiblen Gewerbeflächenentwicklung innerhalb des gesamten Gemeindegebiets in Hellenthal geschaffen wird. Grundsätzlich sollte überlegt werden; ob das Instrument der GIBflex und ASBflex Flächen nicht ausgeweitet wird um den Kommunen mehr Flexibilität bei der Bauleitplanung zu ermöglichen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung geäußert. Die Festlegung von ASBflex und GIBflex erfolgt gemäß Plankonzept unter Berücksichtigung des Bedarfs und der konkreten Reserveflächensituation. Dies stellt einen ausgewogenen Kompromiß zwischen Flexibilisierung der Siedlungsentwicklung und den Erfordernissen des Freiraumschutzes dar.

1002343, Gemeinde Hellenthal

Inhalt

In der Gemeinde Hellenthal wird im Entwurf des Regionalplans leider kein Allgemeiner Siedlungsbereich für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) ausgewiesen. Gemäß den textlichen Festlegungen zum Regionalplan sind allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundenen Nutzungen (ASBz) ab einer Flächeninanspruchnahme von 10 ha. festgelegt. Das weit über die Grenzen bekannte Wintersportgebiet am Weißer Stein in der Ortslage Udenbreth mit einer Gesamtfläche von ca. 48 ha ist prädestiniert für die Ausweisung eines ASBz mit der Zweckbestimmung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen. Auch hier hat die COVID-19-Pandemie für eine gesteigerte Nachfrage gesorgt. An den Wintertagen mit Schnee, wurde der Bereich mit Besuchern aus den Ballungsräumen geflutet. So wurden allein im Zeitraum 01.01.2022 bis 15.02.2022 18.975 Besucher gezählt. Der Turm am weißen Stein wurde im Jahr 2020 von 30.988 Besuchern und im Jahr 2021 von 25.836 Besuchern betreten, wobei im Jahr 2021 im Monat Januar der Turm gesperrt war. Dies entspricht ca. 2.500 Besucher pro Monat. Hinzu kommen dann noch die Besucher der Anlage, die den Turm nicht betreten haben. Sodass hier von einem weitaus größeren Besucherpotential auszugehen ist. Zudem ist die naturnahe Erholung und sanfter Tourismus in Ferienhäusern in abgelegener Lage im Trend. Mich erreichen immer mehr Anfragen von Investoren, die gerne in diesem Bereich Ferienhäuser entwickeln würden. Unverständlicher Weise werden im Regionalplan andere Bereiche als ASBz mit der Zweckbestimmung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen ausgewiesen die sicherlich nicht so bekannt und attraktiv sind wie der Weiße Stein in Udenbreth. Ich beantrage daher die Aufnahme dieses Bereiches als ASBz mit der Zweckbestimmung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen. Sollte einer Aufnahme als ASBz mit der Zweckbestimmung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen jedoch von Ihrer Seite aus nicht umgesetzt werden, bitte ich Sie diesen Bereich, so wie es im aktuell gültigen Regionalplan ausgewiesen ist, wenigstens als ?Allgemeine Freiraumfunktion mit der Zweckbindung Freizeitnutzung?, bei deren Planung und Maßnahmen Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen nicht überwiegend baulich geprägt sind als AFAB festzusetzen. (vgl. Z.17 und G 19), Diese Festsetzung sollte auch für das Wildfreigehege in Hellenthal vorgenommen werden. Hierzu verwies ich auf den Fachbeitrag Tourismus und Erholung, der im Auftrag der Eifel Tourismus für deren gesamten Bereich erarbeitet wurde (*siehe Anlage 2 zur Stellungnahme des Kreises Euskirchen*).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung von ASBz für Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen erfolgt entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW) für überwiegend baulich geprägte Freizeiteinrichtungen in einer Größenordnung von >10ha, sofern diese in isolierter Freiraumlage befinden. Diese Voraussetzungen einer überwiegenden baulichen Prägung sind sowohl betreffend des Wintersportgebiets als auch betreffend des Wildgeheges Hellenthal nicht gegeben.

Einer Festlegung von neuen Standorten für überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen an den benannten Standorten ohne siedlungsräumlichen Anschluss stehen die Ziele des Landesentwicklungsplans (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW) entgegen.

Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 grundsätzlich im Freiraum möglich und bedarf keiner räumlichen Steuerung / Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie Wildgehege, Skisportgelände etc. verzichtet. Das fehlende Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen.

1002344, Gemeinde Hellenthal

Inhalt

Das im Regionalplan vorgesehene Interkommunale Gewerbegebiet in Kall/Schleiden wird von mir begrüßt und unterstützt, da hierdurch Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden können. Die Gemeinde Hellenthal würde sich gerne an der Entwicklung beteiligen und hat die beiden Gemeinden hierüber in der Vergangenheit bereits mehrfach informiert.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1002345, Gemeinde Hellenthal

Inhalt

Im aktuell gültigen Regionalplan sind die Bereich für den Schutz der Natur (BSN) deckungsgleich mit denen im Landschaftsplan der Gemeinde Hellenthal festgesetzten Naturschutzgebieten. Im vorliegenden Entwurf des Regionalplans sind die BSN erheblich größer dargestellt und umfassen auch die Biotopverbundflächen. Diese haben zwar eine Funktion für den Verbund bestehender Biotope, werden aber oftmals (intensiv) landwirtschaftlich genutzt und erfüllen daher als Fläche für sich keine gesonderte Schutzfunktion. Auch wenn in den Erläuterungen zu den textlichen Festlegungen dargelegt wird, dass BSN-Flächen in der Landschaftsplanung differenziert belegt werden können (NSG, LSG, Flächen für den Vertragsnaturschutz) suggeriert die gewählte Darstellung der BSN, dass es sich umfänglich um Naturschutzgebiete mit besonderer Schutzfunktion handelt. Diese im Entwurf genannten Vorranggebiete nehmen somit die Festsetzungen der Landschaftsplanung im Regionalplan vorweg, jedoch ohne darstellerisch zu differenzieren. Die Bauleitplanungen der Kommunen sind aus dem Regionalplan zu entwickeln. Es ist zu befürchten, dass bei Anfragen nach § 34 LPlG NRW und Genehmigungsverfahren von Flächennutzungsplanänderungen es zu Versagungen oder der Forderung von umfangreichen Fachgutachten kommt, wenn sich ein zu beplanender Entwicklungsbereich angrenzend an einen solchen BSN befindet, obwohl die im BSN liegende Fläche möglicherweise keine besondere Schutzfunktion erfüllt. Die Bedeutung der Biotopflächen, die bereits in den Landschaftsplänen ausgewiesen sind, soll hiermit nicht heruntergestuft werden gestellt werden. Aus vorgenannten Gründen fordert die Gemeinde Hellenthal die Darstellung der BSN auf Gebiete mit besonderer Schutzfunktion (NSG, Nationalpark, FFH-Gebiete) zu beschränken und die Biotopverbundflächen mit einem gesonderten Planzeichen im Regionalplan darzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

1002346, Gemeinde Hellenthal

Inhalt

Die Sicherung der Oberflächengewässer wird seitens der Gemeinde Hellenthal begrüßt. Im Entwurf zum Regionalplan ist die sich aktuell im Betrieb befindliche Oleftalsperre mit den Zweckbestimmungen Brauchwasser, Hochwasserschutz, Krafterzeugung und Trinkwassergewinnung festgesetzt. Aufgrund des aktuellen Klimawandels und den damit einerseits verbundenen Dürreperioden und andererseits verbundenen Starkregenereignissen werden die hier vorgenommenen Festsetzungen begrüßt. Darüber hinaus wird auf dem Gebiet der Gemeinde Hellenthal im Entwurf zum Regionalplan die Prether-Platißbachtalsperre als geplante Talsperre festgesetzt. Unverständlich ist für mich, dass diese ausschließlich mit der Zweckbestimmung Trinkwassergewinnung (T) versehen wird. Während der Flutkatastrophe am 14.07.2022 flossen sowohl durch den Prether Bach als auch durch den Platißbach enorme Wassermengen, die im Kernort einige Keller und Erdgeschosse fluteten und anschließend in die Olef mündeten um dort Talabwärts in Richtung der Ortslage Blumenthal sowie den Ortsteilen Oberhausen, Schleiden, Olef und Gemünd auf dem Gebiet der Stadt Schleiden für massive Hochwasserschäden sorgten. Von daher ist nach meiner Auffassung die Aufnahme der Zweckbestimmung Hochwasserschutz (H) ebenfalls geboten! Aufgrund der oben beschriebenen Problematik der Wasserknappheit sollte neben der Zweckbestimmung auch die Zweckbestimmung Brauchwasser (B) vorgesehen werden, gerade für den Bereich der Landwirtschaft könnte dies in Dürreperioden von essenzieller Bedeutung sein. Des Weiteren verfügt die Gemeinde Hellenthal mit der Oleftalsperre bereits eine Talsperre, die überwiegend für die Trinkwassergewinnung und den Hochwasserschutz betrieben wird. Grundsätzlich ist diese ausreichend für die Trinkwasserversorgung im Einzugsbereich. In den Dürreperioden im Sommer könnte die Prethtal-Platißbachtalsperre die Mindestwasserabgabe in die Olef garantieren und ggf. über eine Notleitung die Oleftalsperre mit zusätzlichem Wasser füllen. Aufgrund der zunehmenden touristischen Bedeutung und der Eifelregion und der im Kernort gut vorhandenen Infrastruktur könnte diese Talsperre zu einer Attraktivitätssteigerung der Gemeinde Hellenthal sowie der gesamten touristischen Eifeiregion beitragen. Aus diesem Grund fordere ich neben den Zweckbestimmungen Trinkwassergewinnung (T) Hochwasserschutz (H) und Brauchwasser (B) auch die Zweckbestimmung Erholung (E) in die textlichen Festlegungen ergänzend aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Anders als bei bestehenden Talsperren und Stauanlagen liegen für die im Entwurf des Regionalplans festgelegten ?Vorsorgebereiche Talsperren? als Standortoptionen für zukünftige Talsperren keine wasserwirtschaftlichen Betriebsgenehmigungen vor. Daher wird in Tabelle 2 der Erläuterung 7 zu Z.25 nur die im Entwurf des Regionalplans zugewiesene Funktion "Trinkwasserversorgung" für den Vorsorgebereich Talsperre Preth- und Platißbachtalsperre, wie sie bereits im rechtskräftigen Regionalplan festgelegt ist, beibehalten und keine Funktion ergänzt.

Es wird aufgrund der Begründung zusätzlich auf die Autorenkorrektur 1016477 verwiesen.

1002347, Gemeinde Hellenthal

Inhalt

Die Oleftalsperre versorgt aktuell ca. 70.000 Menschen im Schleidener Tal mit Trink und Brauchwasser. Da die Trinkwassergewinnung in Zukunft von erheblicher Bedeutung sein wird, erachte ich es als unerlässlich, dass zur Sicherung der Oberflächengewässer und deren Zuflüsse aus dem geplanten Wasserschutzgebiet in dem Bereich der Oleftalsperre ein festgesetztes Wasserschutzgebiet wird. Hier sollte es in naher Zukunft zu einer zügigen Umsetzung durch die der Bezirksregierung Köln kommen. Da in diesem Bereich Projektierer für Windenergieanlagen unterwegs sind, und sich durch die Errichtung von Windenergieanlagen für diesen Bereich nachteilige Auswirkungen ergeben, gewinnt die Festlegung von Wasserschutzzonen für die Gemeinde Hellenthal und die Bevölkerung im Schleidener Tal von erheblicher Bedeutung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Entscheidung über die Festsetzung eines geplanten Wasserschutzgebiets ist Sache der wasserwirtschaftlichen Fachplanung (Obere Wasserbehörde). Die Regionalplanungsbehörde wird die Fachplanung jedoch auf die Wichtigkeit einer Festsetzung hinweisen.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1002348, Gemeinde Hellenthal

Inhalt

Die auf dem Gebiet der Gemeinde Hellenthal in der ?Erläuterungskarte A3, F8 Extremhochwasser? dargestellten potentiellen Überflutungs- und Extremhochwasserbereich spiegeln leider nicht das Bild wieder, welches sich aus der Flutkatastrophe am 14.07.2021 ergeben hat. So wird beispielsweise für die Gemeinde Hellenthal lediglich die Olef als potentieller Überflutungs- und Hochwasserbereich festgelegt. Dabei war die Olef nicht das größte Problem, da durch die Olefalsperre erhebliche Wassermengen zurückgehalten werden konnten. Bei der Festlegung, der Überflutungsbereiche sollte auf die Starkregenhinweisgefahrenkarte des Landesamts für Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen zurückgegriffen werden, da diese die Ereignisse des 14.07.2021 sehr genau widerspiegeln. Danach waren die Bereiche um den Platißbach und den Reifferscheider Bach weitaus stärker betroffen als die Olef. Die Überschwemmungsbereiche sollten daher auch für diese Bereiche festgelegt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Grundlage für die Festlegung der Überschwemmungsbereiche sind die von der Fachplanung ermittelten, vorläufig gesicherten oder festgesetzten Überschwemmungsgebiete. Der Hinweis richtet sich insofern an die Fachplanung. Die Betrachtung von Starkregenrisiken ist nicht Gegenstand der Regionalplanung, sondern erfordert detailliertere Betrachtungen auf örtlicher Ebene.

1002349, Gemeinde Hellenthal	
<p>Inhalt</p> <p>Seitens der Gemeinde Hellenthal wird begrüßt, dass von der Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie im Regionalplan gemäß Landesentwicklungsplan abgesehen wird. Hierdurch wird die kommunale Planungshoheit gestärkt. Dass die Solarenergieanlagen vorrangig an oder auf baulichen Anlagen und bereits versiegelten oder vorbelasteten Flächen errichtet werden sollen ist aufgrund des großen Potentials der vorhandenen Dachflächen und zum Schutz des Freiraums und der Natur nachvollziehbar. Allerdings werden aktuell die Potentiale der Dachflächen nicht vollumfänglich ausgenutzt. Hier sollte es nicht nur Förderungen für öffentliche Gebäude, sondern auch zu einer Förderoffensive für private PV-Anlagen kommen, allein schon vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts und dem damit verbundenen Engpass in der Energieversorgung. Diesbezüglich wird angeregt auch Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse sowie auch größere Geothermieranlagen im Freiraum zuzulassen, da hier die Beeinträchtigung durch Emissionen und Immissionen für den Siedlungsbereich minimiert bzw. ausgeschlossen wird.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1006080, Gemeinde Hellenthal	
<p>Inhalt</p> <p>4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz</p> <p>Allerdings sollten die innerhalb von Überschwemmungsgebieten gelegene Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleipläne umgesetzt sind nicht zwingend zurückgenommen werden. Bei Baulücken innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils sollte die Bebauung mit einer dem Hochwasserschutz angepasste Bauweise bzw. mit anderweitigen Schutzmaßnahmen ermöglicht werden. Die Rücknahmepflicht, die im Regionalplan vorgesehen ist sollte sich lediglich auf Bereiche beziehen, die im Flächennutzungsplan zwar als Wohnbaufläche, gemischte Baufläche oder Gewerbefläche ausgewiesen sind, sich aber aktuell außerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils befinden und an die entsprechenden Ortslagen angrenzen. Der Wegfall dieser Flächen muss dann auch mit in die Bedarfsberechnung einfließen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1005807).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich ein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung (Ziel 7.4-6 LEP NRW).</p>

AZ: BET_133000_1

Gemeinde Kall

1003494, Gemeinde Kall

Inhalt

Mit der Aufstellung des neuen Regionalplans Köln wird der Regionalplan mit dem Teilabschnitt Köln (2001), dem Teilabschnitt Region Aachen (2003), der für das Gebiet des Kreises Euskirchen maßgebend ist, dem Teilabschnitt Region Bonn/Rhein-Sieg (2004) künftig in einem neuen Gesamtplan zusammengefasst. Der neue Regionalplan (Zielhorizont: 2040) bildet die regionale Planungsgrundlage insbesondere für die Bereitstellung von ausreichenden Siedlungsflächen bzw. Wirtschaftsflächen für einen voraussichtlichen Planungszeitraum von ca. 20 -25 Jahren. Neben der Bereitstellung von Siedlungsflächen sind die Flächen zum Schutz des Freiraums, die Sicherung von Standorten und Trassen für die Infrastruktur ein wesentliches Handlungsfeld des neuen Regionalplans. Vor dem Hintergrund der enormen Entwicklungen in den letzten Jahren werden die planungsrechtlichen Grundlagen für die Aufstellung des Planentwurfs zum Regionalplan hinsichtlich Bevölkerungsentwicklung und Bedarfsermittlung kritisch betrachtet. Hierzu wird zudem auf die Stellungnahme des Kreises Euskirchen [Anlage] zur Offenlage des Regionalplans verwiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Siehe Erläuterungen zu StnID 1002177.

Inhalt

Entgegen aller Prognosen steigt die Zahl der Bevölkerung im Kreis Euskirchen kontinuierlich an. Die Prognosewerte ? IT-NRW- der Jahre 2014, 2018 und aktuell 2021 mussten immer wieder kontinuierlich nach oben korrigiert werden, um den faktischen Veränderungen der Gegebenheiten Rechnung zu tragen [Abb]. Auch wenn nach den aktuellen Prognosen die Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinde Kall nicht steigen soll, ist die Gemeinde dennoch der Auffassung, dass sich der kreisweite Trend der steigenden Bevölkerung auch in den nächsten Jahren auf die Südkreiskommunen, also auch auf die Gemeinde Kall, auswirken wird. In den letzten Jahren hat die Gemeinde Kall kein neues Wohnbaugebiet erschlossen. Aus Sicht der Gemeinde Kall wird man die Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung im Gemeindegebiet mit der Entwicklung und Umsetzung der städtebaulichen Rahmenplanungen aus der Landesinitiative ?Bauland an der Schiene? (Erweiterung des Baugebietes ?Auf dem Fels? in Kall und Erweiterung des Baugebietes ?Niederscheven?) nach oben korrigieren müssen. Dieser Trend wird sich zudem mit der geplanten Elektrifizierung der Eifelstrecke Köln-Trier bis 2026 fortsetzen. Darüber hinaus ergeben sich weitere Bedarfe daraus, dass in Deutschland immer mehr größere Wohnungen errichtet werden und somit die Wohnfläche pro Person stetig steigt. Zudem setzt sich der Trend zu immer mehr Einpersonenhaushalten weiter fort.

Das von der Bezirksregierung Köln erhobene Siedlungsflächenmonitoring (sfm) stellt nicht die tatsächliche Flächenverfügbarkeit in den jeweiligen Kommunen dar. Die Daten, aus dem sfm, die dem Planentwurf zu Grunde liegen (Stand: 2018/Anfang 2019) erfassen nicht die enorme Entwicklung der letzten Jahre, so dass die jeweiligen Bedarfsberechnungen für die Neuaufstellung des Regionalplans als Grundlage für die kommunale Entwicklung in den nächsten 20- 25 Jahren auf veralteten Datengrundlagen beruhen. Hierzu wird zudem auf die Ausführungen in der Stellungnahme des Kreises Euskirchen (siehe Ziffer 1) verwiesen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass sich insbesondere in den letzten drei Jahren die Situation auf dem Wohnungsmarkt gravierend geändert hat. Dies hat diverse Gründe. Neben der Digitalisierung haben sich insbesondere aufgrund der Corona-Pandemie und den hiermit verbundenen Auswirkungen z. B. Arbeiten im Homeoffice etc. die Entfernungen zwischen Arbeitsstätte und Wohnort relativiert, so dass insgesamt der Trend zur Stadtfucht verstärkt wird und ein Leben auf dem Lande für viele Menschen aufgrund der attraktiven Wohnqualität zunehmend an Bedeutung gewinnt. Dieser Trend ist auch auf dem Gebiet der Gemeinde Kall erkennbar, da immer mehr Anfragen nach Baugrundstücken aus dem Ballungsraum Köln/Bonn kommen. Aus Sicht der Gemeinde Kall spiegelt das Siedlungsflächenmonitoring der Bezirksregierung Köln insbesondere hinsichtlich der Flächenverfügbarkeit der Gewerbe- und Industrieansiedlungsflächen (GIB) im Gemeindegebiet Kall die tatsächliche Flächenverfügbarkeit nicht wieder. Das Gewerbegebiet Kall III wurde in den Jahren 2018 und 2019 erschlossen. Bereits vor

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

Fertigstellung der Erschließung Ende 2019 hatte die Gemeinde bereits mehrere Teilflächen veräußert und erste Bauanträge zur Bebauung der Gewerbegrundstücke wurden gestellt. Zwischenzeitlich wurden alle Flächen im Gebiet veräußert. Parallel zu den Entwicklungen im Gewerbegebiet Kall 3 wurden die noch zur Verfügung stehenden Gewerbeflächen aus dem Gewerbegebiet Kall 2 (rd. 4,5 ha) veräußert und bebaut, so dass die Gemeinde derzeit keine Gewerbeflächen mehr zur Veräußerung anbieten kann. Im Gewerbegebiet 3 wurden bereits ca. 4,0 ha der veräußerten Flächen bebaut. Somit wurden alleine in den letzten 3 Jahren in den Gewerbegebieten 2 und 3 insgesamt rd. 8,5 ha Gewerbeflächen tatsächlich durch eine Bebauung in Anspruch genommen.

Aus den vorgenannten Gründen erhebt die Gemeinde Kall gegen die Bedarfsermittlung der Siedlungsflächen beim Wohnen (ASB) und insbesondere beim Gewerbe (GIB) Bedenken und bittet die Bezirksplanungsbehörde mit Blick auf den langfristigen Planungszeitraum des Regionalplans von ca. 20 ? 25 Jahren die enormen Entwicklungen der letzten Jahre in die Bedarfsberechnungen einfließen zu lassen und die Datengrundlagen entsprechend zu aktualisieren.

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

1003496, Gemeinde Kall	
<p>Inhalt</p> <p>Entsprechend den Bedenken der Stellungnahme des Kreises Euskirchen bestehen auch seitens der Gemeinde Kall Bedenken zu der Ausweisung der Bereiche zum Schutz der Natur (BSN). Diese gehen über die BSN-Flächen des derzeitigen Regionalplans (früher: Gebietsentwicklungsplan 2003) deutlich hinaus. Die neue Darstellung beinhaltet auch Flächen, die nicht unter Naturschutz stehen wie z. B. die Biotopverbundflächen. Hierzu wird auf die Erläuterungen zu Ziffer 5 der Stellungnahme des Kreises Euskirchen verwiesen. In der anliegenden Karte [Abb.] sind die BSN-Flächen gemäß dem Entwurf des neuen Regionalplans ?grün? schraffiert dargestellt. Die festgesetzten Naturschutzgebiete sind ?rot? gekennzeichnet und blau umrandet sind die Biotopverbundflächen dargestellt. Analog der Stellungnahme des Kreises Euskirchen regt die Gemeinde Kall an, die BSN-Darstellung auf Gebiete mit besonderer Schutzfunktion (NSG, Nationalpark Eifel, FFH-Gebiete) zu beschränken und die BSN-Darstellung entsprechend zurück zu nehmen sowie die Biotopverbundflächen gesondert mit zusätzlichem Planzeichen darzustellen. Ziel 20 der textlichen Festsetzungen (Seite 101 ff.) ist entsprechend anzupassen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.</p>

1003497, Gemeinde Kall	
<p>Inhalt</p> <p>Insbesondere ist dabei der Bereich des Bebauungsplanes Kall Nr. 25 ?Windkraftkonzentrationszone? (Windpark Honderberg/Sistiger Venn bei Frohnrath) zu nennen. Innerhalb des Bereiches der im Jahre 2008 in Betrieb genommenen Windkraftanlagen wurde eine neue BSN-Fläche im Planbereich dargestellt. Die Fläche ist in der anliegenden Karte dargestellt. Die neue BSN-Fläche darf im Falle eines zukünftigen Repowerings des Windparks nicht zu Einschränkungen führen [s. Anlage Abb. 1003497_1]. Seitens der Gemeinde Kall wird beantragt, die BSN-Darstellung im Bereich des Windparks Frohnrath bis zur B 258 gemäß Darstellung in der o.a. Übersichtskarte zurück zu nehmen. Begründung: keine Einschränkungen im Falle eines Repowerings des Windparks.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1003497_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es besteht kein Konflikt auf regionalplanerischer Ebene, der eine Änderung der vorgesehenen Festlegung erfordert. Näheres ist Gegenstand der Betrachtung auf nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1003498, Gemeinde Kall	
<p>Inhalt</p> <p>Darüber hinaus werden die in der anliegenden Karte [s. Anlage Abb. 1003498_1] dargestellten Bauflächen (Bestand und Entwicklungsflächen gem. FNP Kall) von BSN-Darstellungen überlagert. Die Gemeinde Kall beantragt die BSN-Darstellungen in Übereinstimmung mit den genehmigten Bauflächen des Flächennutzungsplanes ? FNP ? (Bestand und Entwicklungsflächen) zu bringen. In der anliegenden Karte sind die von einer BSN-Darstellung überlagerten Bauflächen gem. FNP Kall dargestellt. Es wird beantragt, die in der anliegenden Karte ?rot? dargestellten BSN-Darstellungen (einschl. Windpark Frohnath; siehe Stn. ID 1003497) entsprechend zurück zu nehmen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1003498.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es wird auf Erläuterung 4 zu Ziel 20 verwiesen.</p>

1003499, Gemeinde Kall

Inhalt

Aufgrund der Abstimmung mit der Bezirksplanungsbehörde im Termin am 13.03.2019 ?Bauland an der Schiene? in Köln sind die im neuen Flächennutzungsplan Kall am 11.05.2016 genehmigten Bauflächen (Bestand und Entwicklungsflächen) im Regionalplan als Siedlungsbereiche abgesichert. Im Entwurf des Regionalplans sind die in der Anlage [s. Anlage Abb. 100349_1] dargestellten Bauflächen des genehmigten Flächennutzungsplanes im Ortsteil Kall nicht als Siedlungsbereiche (ASB bzw. GIB) dargestellt. Die Gemeinde Kall beantragt sämtliche im Flächennutzungsplan Kall genehmigten Bauflächen (Bestand und Entwicklungsflächen) im Ortsteil Kall im Regionalplan als Siedlungsflächen (ASB bzw. GIB) darzustellen (Anpassung aufgrund Gegenstromprinzip) Die Flächen sind in der anliegenden Karte [s. Anlage Abb.1003499_1] dargestellt.

Anhänge

[Abb_ID1003499.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB bzw. GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Es werden nur darstellungsfähige Flächen festgelegt (s. Änderungskarten). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Für die übrigen Flächen gilt: Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Darüber hinaus dienen ASB neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, sodass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen in ASB und GIB möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1003500, Gemeinde Kall	
<p>Inhalt</p> <p>Gemäß Ziel Z.3 (S. 56 ff. der textlichen Festsetzungen) ist der Flächenbedarf für alle Kommunen gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung (Ziel 6.2-2 LEP) für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden und der Tabelle 1 (Seite 58 ff. der textlichen Festsetzungen zum Regionalplanentwurf) zu entnehmen. Hiernach ist für die Gemeinde Kall ein (eigener) kommunaler Bedarf für die Wohn- und Mischnutzung von 26 ha ermittelt worden. Hinzu kommt ein Anteil von 15 ha, welcher der Gemeinde aus dem regionalen Bedarf (Region + oder Bauland an der Schiene) zugestanden worden ist. Dieser Bedarf ist im Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) zu verorten. Die aktuelle Bedarfssituation einer Kommune für ihre Bauleitplanung resultiert aus der Bilanz von Flächenbedarf, erfolgter Inanspruchnahme und aktueller Reserve gemäß sfm. Die Gemeinde hatte sich mit mehreren Bauflächen in Kall, die an bestehende ASB-Flächen angrenzen (?Fels II und III? etc.), für das Projekt Region+ (Wohnen) beworben. Die Bewerbung ist insbesondere vor dem Hintergrund erfolgt, dass sich die Gemeinde Kall spätestens mit der bis 2026 geplanten Elektrifizierung der Eifelbahnstrecke bis Kall und der damit verbundenen Einrichtung einer S-Bahn-Verbindung in der Lage sieht, regionalen Wohnraumbedarf aufzunehmen. Hierzu wird auch auf die entsprechende Darstellung im Kreisentwicklungskonzept verwiesen. Vor diesem Hintergrund begrüßt die Gemeinde Kall die entsprechenden neuen ASB-Darstellungen im Planentwurf zum Regionalplan, angrenzend an bestehende ASB-Flächen westlich (Auf der Heide, siehe beigefügte Karte) und nördlich (Fels III) der Ortskerns Kall.</p> <p>Die neue ASB-Fläche westlich des OT Kall ?Auf der Heide? wurde jedoch - entgegen dem Vorschlag der Gemeinde - im Anbindungsbereich an das bestehende Baugebiet reduziert. Die Gemeinde Kall beantragt, die neue ASB-Fläche, westlich des OT Kall, um die in der anliegenden Karte [s. Anlage Abb. 1003500_1] dargestellte ca. 1,58 ha große Fläche zu erweitern. Begründung: Städtebaulich sinnvolle Abrundung/Anbindung an das bestehende Baugebiet, Planungsrechtliche Restriktionen (110-kV-Leitung) in diesem Bereich.</p> <p>Anhänge Abb_ID1003500.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es handelt sich um eine kleinteilige Fläche im Interpretationsspielraum des Regionalplans im Übergangsbereich zwischen ASB und ASflex. Die Konkretisierung in diesem Bereich ist auf bauleitplanerischer Ebene vorzunehmen.</p>

1003501, Gemeinde Kall	
<p>Inhalt</p> <p>Darüber hinaus wird seitens der Gemeinde die Ausweisung einer ASBflex-Fläche im nördlichen Bereich des Ortskerns Kall zur flexiblen Siedlungsentwicklung begrüßt. Die ASBflex können von der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden, wenn sich innerhalb des als Vorranggebietes festgelegten ASB besondere Vollzugshindernisse ergeben, die eine Bauleitplanung verhindern. Gemäß Tabelle 1 zu Ziel Z.3 (bedarfsgerechte Ausrichtung der Siedlungsentwicklung) ist für die Gemeinde Kall ein gewerblicher Bedarf von 15 ha ermittelt worden. Dieser Bedarf kann vollständig in Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB), aber auch in ASB verortet werden (nicht störende gewerbliche Nutzungen). Da die aktuelle Bedarfssituation einer Kommune für ihre Bauleitplanung aus der Bilanz von Flächenbedarf, erfolgter Inanspruchnahme und aktueller Reserve gemäß sfm ermittelt wird und der Gemeinde alleine mit der Fläche im interkommunalen Gewerbegebiet (Anteil 50 % von ca. 36 ha) ca. 18 ha zur Verfügung stehen, wurden im Entwurf des Regionalplans keine neuen GIB-Flächen mehr dargestellt. Dennoch wird seitens der Gemeinde darauf hingewiesen, dass im Regionalplan die Siedlungsflächen für die gewerblichen Entwicklungen für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt werden. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen zu den Entwicklungen der Wirtschaftsflächen in den letzten drei Jahren hinsichtlich der baulichen Inanspruchnahme der gewerblichen Bauflächen (siehe unter vorheriger Ziffer der Stellungnahme der Gemeinde) verwiesen. Da die Gemeinde Kall bereits jetzt den endogenen Bedarf an Gewerbeflächen nicht mehr decken kann, wird entgegen der Stellungnahme der Gemeinde im Rahmen des informellen Verfahrens sowie der Stellungnahme des Kreises Euskirchen, die Forderung, das interkommunale Gewerbegebiet Kall/Schleiden im neuen Regionalplan als zweckgebundenes GIBregional (welches im Wesentlichen der Deckung des überregionalen (exogenen) Bedarfs dient) darzustellen, nicht mehr weiterverfolgt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1003502, Gemeinde Kall	
<p>Inhalt</p> <p>Im Entwurf des Regionalplans sind die fachplanerisch festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete für ein 100-jährliches Hochwasser (HQ100) zeichnerisch festgelegt (siehe auch Ziel Z.27- Vorbeugender Hochwasserschutz, S. 123 ff. der textlichen Festsetzungen). Hierzu wird auf die Stellungnahme des Kreises Euskirchen verwiesen.</p> <p>Entsprechend der Stellungnahme des Kreises Euskirchen beantragt die Gemeinde Kall bei einer Erweiterung der Überschwemmungsgebiete auf der Grundlage des Extremhochwassers (HQextrem) den Bestandschutz von Siedlungsbereichen, die bereits bebaut sind bzw. durch eine verbindliche Bauleitplanung gesichert sind. Der Bestandsschutz sollte hierbei in den textlichen Festsetzungen sichergestellt werden.</p> <p>Bei einer möglichen Rücknahme von Siedlungsbereichen für den Hochwasserschutz, die noch nicht bebaut sind oder planungsrechtlich gesichert sind, ist der betroffenen Kommune ein geeigneter Ausgleich im gegenseitigen Einvernehmen zur Verfügung zu stellen. Beispielhaft wird für die Gemeinde Kall das geplante Projekt aus dem Integrierten Handlungskonzept Kall (Ziffer 3.4: Klimaschutzsiedlung in Kall (Quartier in der Urftaue)) genannt, welches nach der Flutkatastrophe nicht mehr- wie geplant - umgesetzt werden kann, da die Fläche nach der Flutkatastrophe weitgehend für die Umsetzung zukünftiger Schutzmaßnahmen gegen Hochwasser benötigt wird.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es ist nicht vorgesehen die Überschwemmungsbereiche um das HQextrem zu erweitern. Bereiche oder Flächen, die aufgrund des vorbeugenden Hochwasserschutzes nicht genutzt werden können, werden nicht als Reserven berücksichtigt.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung: Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungspotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW <i>„Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren“</i> und Grundsatz 4-2 LEP NRW <i>„Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)“</i> bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.</p>

1003503, Gemeinde Kall	
<p>Inhalt</p> <p>Hierzu wird auf die Stellungnahme des Kreises Euskirchen verwiesen. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen zum Thema ?beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien? wurde zwischenzeitlich das Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren und weiteren Maßnahmen im Stromsektor beschlossen. Mit diesem Gesetz vom 20.07.2022 wurde auch das EEG 2023 beschlossen. Aufgrund dieser Entwicklungen werden zudem noch weitere Änderungen erwartet, welche ggf. auch zu Änderungen/ Anpassungen im Entwurf des Regionalplans bzw. zu Ziel 10.2-5 des LEP NRW führen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1006519, Gemeinde Kall

Inhalt

Im Entwurf des Regionalplans sind die fachplanerisch festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete für ein 100-jährliches Hochwasser (HQ100) zeichnerisch festgelegt (siehe auch Ziel Z.27- Vorbeugender Hochwasserschutz, S. 123 ff. der textlichen Festsetzungen). Hierzu wird auf die Stellungnahme des Kreises Euskirchen (zu Punkt 8) verwiesen.

Entsprechend der Stellungnahme des Kreises Euskirchen beantragt die Gemeinde Kall bei einer Erweiterung der Überschwemmungsgebiete auf der Grundlage des Extremhochwassers (HQextrem) den Bestandschutz von Siedlungsbereichen, die bereits bebaut sind bzw. durch eine verbindliche Bauleitplanung gesichert sind. Der Bestandsschutz sollte hierbei in den textlichen Festsetzungen sichergestellt werden.

Bei einer möglichen Rücknahme von Siedlungsbereichen für den Hochwasserschutz, die noch nicht bebaut sind oder planungsrechtlich gesichert sind, ist der betroffenen Kommune ein geeigneter Ausgleich im gegenseitigen Einvernehmen zur Verfügung zu stellen. Beispielhaft wird für die Gemeinde Kall das geplante Projekt aus dem Integrierten Handlungskonzept Kall (Ziffer 3.4: Klimaschutzsiedlung in Kall (Quartier in der Urftaue)) genannt, welches nach der Flutkatastrophe nicht mehr- wie geplant - umgesetzt werden kann, da die Fläche nach der Flutkatastrophe weitgehend für die Umsetzung zukünftiger Schutzmaßnahmen gegen Hochwasser benötigt wird.

Zur weiteren Erläuterung: Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW *"Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren"* und Grundsatz 4-2 LEP NRW *"Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)"* bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es ist nicht vorgesehen die Überschwemmungsbereiche um das HQextrem zu erweitern. Bereiche oder Flächen, die aufgrund des vorbeugenden Hochwasserschutzes nicht genutzt werden können, werden nicht als Reserven berücksichtigt.

Inhalt

Grundsätzliches

Die ersten Überlegungen zum in Aufstellung befindlichen, neuen Regionalplan reichen bis in Jahr 2015 zurück und wurden in der Veröffentlichung „Regionale Perspektiven“ - Stand Oktober 2015- formuliert. Im Jahr 2018 begann die Diskussion über die Verteilung und räumliche Verortung der für die Kommunen wichtigen Wohnbau- und Wirtschaftsflächen -ASB / GIB-.

Aus dieser Zeit stammt auch die Datengrundlage -IT NRW- auf der dieser neue RP aufbauen soll. Grundlage der Regionalplanung und damit auch Rahmen der räumlichen Entwicklung, auch für die Kommunen, sind die Bedarfsvorgaben des Landesentwicklungsplans -LEP-, der seinerseits auf der Datengrundlage von IT-NRW basiert. Aus Sicht der Stadt Mechernich liegt hier einer der wesentlichen Gründe, die den RP schon am Beginn seines formellen Verfahrensteils fragwürdig erscheinen lassen. In dem genannten Zeitraum hat sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt in einer dramatischen Weise verändert. Eine Planung die diese Entwicklung mit ihren vielfältigen Folgewirkungen ausblendet kann den aktuellen Anforderungen und Bedarfen nicht Rechnung tragen. Sie ist insbesondere auch kein planerisches Instrument mit dem sich Fragestellungen lösen lassen die bei einer Planungsperspektive von ca. 20 Jahren, deutlich in die Zukunft reichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung.*

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen

wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbewertung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

1001062, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>Bevölkerungsentwicklung</p> <p>Entgegen aller Prognosen steigt die Zahl der Bevölkerung im Kreis Euskirchen und insbesondere auch in Mechernich kontinuierlich an. Aktuell wird dies durch das Wohnungsmarktprofil 2021, Region Bonn - Quelle: NRW.Bank mit IT.NRW- sehr deutlich nachgewiesen. Prognose und faktische Entwicklung liegen zwischenzeitlich gravierend auseinander! Damit relativieren sich auch die Aussagen aus dem Kreisentwicklungskonzept aus dem Jahre 2019, das auf Zahlen von ITNRW von 2018 beruht [Abb.].</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Informationen zur Bevölkerungsentwicklung vorgebracht.</p>

1001063, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>Bevölkerungsentwicklung in Mechernich</p> <p>Unabhängig von Prognosebetrachtungen ist festzustellen, dass die Bevölkerungszahl in Mechernich im Schnitt der letzten 40 Jahren bei einer linearen Betrachtung kontinuierlich wächst. Phasen, bei jährlicher Betrachtung, mit leichtem Bevölkerungsrückgang korrelieren mit nicht verfügbaren Bauflächen und resultieren daraus, dass die kommunale Bauleitplanung hinter dem faktischen Bedarf zurückblieb. Hinzuweisen ist an dieser Stelle nochmals auf das Wohnungsmarktprofil 2021, Region Bonn, wo seitens der NRW.Bank, aufbauend auf aktuellen Zahlen von IT.NRW auch für Mechernich die Bevölkerung- und Bauentwicklung sehr eindrucksvoll dargestellt sind [Abb.].</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Informationen und Hinweise zur Bevölkerungsentwicklung vorgebracht.</p>

1001064, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>Zielkonflikte</p> <p>Die Stadtplanung, nicht nur in Mechernich, wird derzeit durch den Zielkonflikt bestimmt ?Mit Grund und Boden schonend und sparsam umzugehen? und gleichzeitig für ?breite Schichten der Bevölkerung? die bauleitplanerische Voraussetzung zur Schaffung von Wohnraum zu ermöglichen. Das Problem zeigt sich immer deutlicher auch bei der ortsansässigen Bevölkerung in den vielen Orten und Dörfern der Stadt Mechernich. Derzeit -Stand April 2022- existiert bei der Stadt Mechernich eine Liste mit ca. 430 Interessenten für ein Baugrundstück. Hierbei handelt es sich um über 140 Interessenten aus Mechernich und seinen Dörfern, die zu einem großen Teil auch in ihrem Dorf ein Baugrundstück suchen. Weitere ca. 90 Interessenten stammen aus dem Kreis Euskirchen, ca. 40 aus Köln und ca. 120 aus anderen Städten und Gemeinden. Für die Stadt Mechernich spielt die sozial-kulturelle Verwurzelung seiner Bürger, in der Nähe zur eigenen Familie, dem Engagement im Ort und den vielfältigen Vereinen, dem generell hohen ehrenamtlichen Engagement mit der Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwesen und damit der Folgewirkung, dass durch eine derartige Bevölkerungsstruktur Heimat entsteht, eine ganz wesentliche Rolle in den Zielsetzungen der städtebaulichen Entwicklung.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

1001065, Stadt Mechernich

Inhalt

Wie wollen Menschen wohnen?

Eine Betrachtung, die bei allen Diskussionen um die Schaffung und Bereitstellung vom weiteren Wohnbauflächen nicht außer Acht bleiben sollte resultiert aus der Fragestellung: ?Wie wollen Menschen zukünftig wohnen?? Diese Frage wurde in der Vergangenheit leider oft dahingehend interpretiert: ?Wie sollen Menschen zukünftig wohnen?? Die Stadt Mechernich vertritt hier die Auffassung, dass das Recht auf Wohnen auch die Möglichkeit beinhalten sollte, das Wie des Wohnens nach eigenen Vorstellungen und Wünschen, im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten und in Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen, als einen Ort des Sich-Wohlfühlens gestalten zu können. Erst damit wird Wohnen auch zur Heimat. In einer Veröffentlichung der Zeitschrift ?Kommunal.?, des Printmediums des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, wurde noch vor der Corona-Pandemie eine Umfrage von Infratest-dimap veröffentlicht, wonach 78% der Deutschen sich ein Leben auf dem Dorf oder in einer Kleinstadt wünschen und 47% der Großstädter lieber aufs Land ziehen würden. In einer Umfrage des Instituts Kantar/ Emnid aus dem Jahre 2020, ebenfalls veröffentlicht in der Zeitschrift ?Kommunal.? wurde das Ergebnis unter der Überschrift: ?Der Lieblingswohnoort der Deutschen ist das Dorf. Je kleiner, desto besser. Das zeigt eine neue Umfrage des Instituts Kantar/ Emnid. Nur jeder Achte will demnach gerne in der Großstadt leben. Selbst unter sehr jungen Menschen ist die Sehnsucht nach der Großstadt nicht sonderlich ausgeprägt.? zusammengefasst [Abb.].

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

1001066, Stadt Mechernich

Inhalt

Home-Office

Ausgelöst durch die Corona-Pandemie hat das Arbeiten zuhause einen enormen Bedeutungszuwachs erhalten, dessen Wertschätzung durch den Gewinn von Lebenszeit, in Folge deutlich reduzierter Pendelzeiten für viele Berufstätige auch nach der Pandemie bleiben wird. Damit erhält der ländliche Raum, auch in größerer Entfernung zu den Arbeitsplatzschwerpunkten an der Rheinschiene, als potentieller Ort des Wohnens und der Heimat der Familie -siehe auch StN-ID 1001064- eine neue Priorität.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

1001067, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>Bezahlbarer Wohnraum</p> <p>Das Wohnen im Bereich der Rheinschiene wird für breite Schichten der Bevölkerung zwischenzeitlich zu einem nicht mehr finanzierbaren Luxus. Dies gilt bereits für Menschen mit einem ?normalen? Einkommen und insbesondere auch für Menschen in der sog. Familiengründungsphase. Damit führt auch dieser Kosten-Faktor, der nicht nur von vorübergehender Natur sein wird dazu, dass Menschen bei der Wahl ihres Wohnortes periphere Wohnstandorte in den Blick nehmen und versuchen dort siedeln zu können.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen (alternativ: verkehrlichen, Freiraum-, etc.) Entwicklung vorgebracht.</p>

1001068, Stadt Mechernich

Inhalt

Wohneigentum / Wohneigentumsquote

In der Diskussion um die Altersvorsorge, bei einer nicht absehbaren Entwicklung sozialer Sicherungssysteme, wird der jungen Generation als eine Option dringend empfohlen, das Alter finanziell über eine eigene Immobilie abzusichern. Betrachtet man die Wohneigentumsquote in Europa -71%-, so wird man feststellen, dass in diesem Vergleich Deutschland -53 %- mit großem Abstand deutlich unter dem Durchschnitt und am Ende der Länder Europas liegt. Auch vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass Deutschland bei der Eigentumsbildung im europäischen Vergleich einen erheblichen Nachholbedarf hat und dass ein Land das seiner jüngeren Generation die Eigentumsbildung als Alterssicherung empfiehlt dies auch bei der Wohnbaulandbereitstellung zu begleiten hat [Abb.].

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen vorgebracht.

1001069, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsflächenmonitoring</p> <p>Mit dem Siedlungsflächenmonitoring wurde auf Ebene der Landes- und Regionalplanung ein Planungsinstrument geschaffen, dass von kommunaler Seite sehr kritisch gesehen wird. Die luftbildbasierte Addition von innerörtlichen Freiflächen ab einer, aus kommunaler Sicht landes- und regionalplanerisch irrelevanten Größe von 0,2 ha (dies entspricht in der Eifel der Größe von zwei Baugrundstücken) lässt im Ergebnis keine Rückschlüsse über faktisch verfügbare Bauflächenpotentiale auf kommunaler eben zu, die den Kommunen landesplanerisch als Baulandreserven zugerechnet werden können. Die Nichtverfügbarkeit dieser Flächen liegt ursächlich im Verhalten der jeweiligen Grundstückseigentümer und damit außerhalb kommunaler Einflussmöglichkeiten durch die Stadtplanung. <i>Anmerkung: Das in Zeiten von zunehmender Staatsverschuldung, allgemeiner Unsicherheit, dem Mangel an Baugrundstücken und der dadurch absehbaren Wertentwicklung des eigenen Grundstücks, diese Fläche als ein Stück Sicherheit auch für Kinder und Enkel gesehen wird, die nicht durch Geld auf dem Konto ersetzbar ist, ist bei Betrachtung der Lebenswirklichkeit nur allzu verständlich.</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.</p>

1001070, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>Flächenreserven in zASB / ASB</p> <p>In der Darstellung des RP's -Entwurf- liegen innerhalb der dargestellten ?Zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche? -zASB- Mechernich und Kommern und dem ?Allgemeinen Siedlungsbereich? -ASB- Firmenich-Obergartzen erhebliche Flächenpotentiale, die für eine bauliche Entwicklung durch konkrete Restriktionen faktisch nicht in Anspruch genommen werden können bzw. die durch eine ungünstige Lage aus städtebaulichen Gründen nicht in Anspruch genommen werden sollten. Hierbei handelt es sich um folgende Flächen:</p> <p><i>Flächen mit Restriktionen, die für eine faktische bauliche Entwicklung nicht zur Verfügung stehen.</i></p> <p>zASB Mechernich: Mechernich -Nord (4,2ha) und Bergschadensgebiet (2,8ha)</p> <p>zASB Kommern : Parkanlage Burg Kommern (3,0ha), sog. Rodelwiese (1,2ha)</p> <p><i>Flächen mit Restriktionen, die für eine bauliche Entwicklung städtebaulich nicht in Anspruch genommen werden sollten</i></p> <p>zASB Mechernich: Am Eichenhang (5,2ha)</p> <p>z. ASB Kommern : Flächen an B266/B477 (3,0ha) und Fläche an B266/N477 (2,0ha)</p> <p>Ergebnis</p> <p>In der Summe der Betrachtung ergeben sich damit in den zASB's Mechernich und Kommern Flächen in einer Größenordnung von ca. 11,2 ha, die für eine bauliche Entwicklung defacto nicht zur Verfügung stehen. Hinzu kommen Flächen in einer Größenordnung von ca. 10,2 ha, die bei realistischer, städtebaulicher Betrachtung für eine bauliche Inwertsetzung nicht in Frage kommen bzw. die, wie im Falle der Waldfläche am Eichenhang im zASB Mechernich, in Falle der Inanspruchnahme für eine bauliche Entwicklung, in der breiten Öffentlichkeit niemals auf Akzeptanz stoßen würden, wenn hier der Wald zur Disposition gestellt würde. Damit stehen in den allgemeinen Siedlungsbereichen der Stadt Mechernich Flächenpotentiale in einer Größenordnung von ca. 21,4 ha nicht für eine bauliche Nutzung zur Verfügung. Wichtig hierbei ist, dass es sich vorliegend nicht um die Addition von kleinen Flächen handelt ähnlich dem Siedlungsflächenmonitoring, sondern um größere zusammenhängende Bereiche, die aus Sicht der Stadt Mechernich damit auch eine regionalplanerische Bedeutung für eine Stadt in der Größenordnung von Mechernich haben [Abb.].</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Bei der Ermittlung der Flächenpotenziale wurde die Umsetzbarkeit der jeweiligen siedlungsräumlichen Festlegungen unter Beachtung entsprechender Restriktionen einbezogen. Die genannten Flächen sind demnach nicht Bestandteil der siedlungsräumlichen Potenziale der Stadt Mechernich (vgl. Planbegründung Tabelle 7).</p>

1001071, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>Region+ Wohnen / Bauen an der Schiene</p> <p>Die beiden Themen verfolgen die Zielsetzung, einen auch regionalen Wohnraumbedarf abseits der überlasteten Ballungszonen, in Kommunen auch des durch den ÖPNV gut angebunden und infrastrukturell gut ausgestatteten ländlichen Raums zu verorten. Die Attraktivierung des regionalen, schienengebundenen öffentlichen Personenverkehrs, durch die Entwicklung von Bauland, in der Nähe zu den Haltepunkten der Bahn, soll diese planerische Zielsetzung ergänzen. Mechernich, mit den zwei Haltepunkten der Bahn in Mechernich und Satzvey und einer sehr guten infrastrukturellen Ausstattung in allen Bereichen der Daseinsvorsorge, hat sich an diesem Prozess durch zahlreiche Vorschläge beteiligt. Aus Sicht der Stadt Mechernich nochmals Vorschläge hierzu:</p> <p>Strempt, Bereich ?Rather Essigbenden?</p> <p>- ca. 5,0 ha- Fläche in der Nähe zum Bahn- Haltepunkt und zur Innenstadt von Mechernich -Entfernung fußläufig-. [s. Anhang Abb. 1001071_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001071_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich kommt nicht für die Festlegung eines Siedlungsbereichs infrage und konnte aus diesem Grund nicht berücksichtigt werden. Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10ha in der Regel gemäß Anlage 3 zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß §35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW) gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Bei der aufgeführten Ortslage Strempt handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um ein Ortslagen im regionalplanerischen Freiraum. Einer Anbinung an den bestehenden Siedlungsbereich stehen naturräumliche Restriktionen und die landesplanerischen Vorgaben zur Vermeidung bandartiger Siedlungsentwicklungen entgegen. Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

1001072, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>Region+ Wohnen / Bauen an der Schiene</p> <p>Die beiden Themen verfolgen die Zielsetzung, einen auch regionalen Wohnraumbedarf abseits der überlasteten Ballungszonen, in Kommunen auch des durch den ÖPNV gut angebunden und infrastrukturell gut ausgestatteten ländlichen Raums zu verorten. Die Attraktivierung des regionalen, schienenengebundenen öffentlichen Personenverkehrs, durch die Entwicklung von Bauland, in der Nähe zu den Haltepunkten der Bahn, soll diese planerische Zielsetzung ergänzen. Mechernich, mit den zwei Haltepunkten der Bahn in Mechernich und Satzvey und einer sehr guten infrastrukturellen Ausstattung in allen Bereichen der Daseinsvorsorge, hat sich an diesem Prozess durch zahlreiche Vorschläge beteiligt. Aus Sicht der Stadt Mechernich nochmals Vorschläge hierzu:</p> <p>Satzvey, Bereich ?An der Leichenraste? -ca. 2,4 ha- [s. Anhang Abb. 1001072_1]..</p> <p>Die Fläche liegt in der Nähe des Bahnhofpunktes Satzvey, in der Nähe auch des ASB Firmenich- Obergartzem. Mit einem Baugebiet in Satzvey lässt sich die Mantelbevölkerung um den Haltepunkt erhöhen. Satzvey verfügt über eine Gurndschule, die Freie Waldorfschule und eine Kita.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001072_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Stadt Mechernich verfügt über erhebliche Reserven für die künftige Siedlungsentwicklung. Die gemäß LEP NRW ermittelten Bedarfe für einen 25-jährigen Zeitraum werden durch die bestehenden Festlegungen abgedeckt. Hinzu kommen erhebliche Potenziale aus der regionalen Verteilung. Insofern ist grundsätzlich kein Bedarf gegeben zusätzliche Siedlungsschwerpunkte in der Stadt Mechernich vorzusehen. Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10ha in der Regel gemäß Anlage 3 zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß §35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW) gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Bei der aufgeführten Ortslage Satzvey handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslagen im regionalplanerischen Freiraum. Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

1001073, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>Region+ Wohnen / Bauen an der Schiene</p> <p>Die beiden Themen verfolgen die Zielsetzung, einen auch regionalen Wohnraumbedarf abseits der überlasteten Ballungszonen, in Kommunen auch des durch den ÖPNV gut angebunden und infrastrukturell gut ausgestatteten ländlichen Raums zu verorten. Die Attraktivierung des regionalen, schienenengebundenen öffentlichen Personenverkehrs, durch die Entwicklung von Bauland, in der Nähe zu den Haltepunkten der Bahn, soll diese planerische Zielsetzung ergänzen. Mechernich, mit den zwei Haltepunkten der Bahn in Mechernich und Satzvey und einer sehr guten infrastrukturellen Ausstattung in allen Bereichen der Daseinsvorsorge, hat sich an diesem Prozess durch zahlreiche Vorschläge beteiligt. Aus Sicht der Stadt Mechernich nochmals Vorschläge hierzu:</p> <p>Antweiler, Lessenich und Wachendorf</p> <p>Die Orte befinden sich alle in einer Entfernung von unter 3.000 m bis zum Haltepunkt Satzvey und sollen, entsprechende Planungen laufen bereits, über einen Radschnellweg an diesen Haltepunkt angebunden werden. In der Nähe zu den zentralen Einrichtungen der Daseinsvorsorge der Stadt Mechernich und der Kreisstadt Euskirchen liegen die Orte verkehrsgünstig. Entsprechend ist die Nachfrage nach Wohnraum in der sog. ?Antweiler Senke? [Abb.].</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Stadt Mechernich verfügt über erhebliche Reserven für die künftige Siedlungsentwicklung. Die gemäß LEP NRW ermittelten Bedarfe für einen 25-jährigen Zeitraum werden durch die bestehenden Festlegungen abgedeckt. Hinzu kommen erhebliche Potenziale aus der regionalen Verteilung. Insofern ist grundsätzlich kein Bedarf gegeben zusätzliche Siedlungsschwerpunkte in der Stadt Mechernich vorzusehen. Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10ha in der Regel gemäß Anlage 3 zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß §35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW) gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Bei den aufgeführten Ortslagen handelt es sich um Ortslagen mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslagen im regionalplanerischen Freiraum. Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

1001074, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>Gewerbe und Industrieansiedlungsbereiche ?GIB-</p> <p>Die Stad Mechernich verfügt derzeit über keine Potentiale für Gewerbe- und Industrieansiedlungsflächen mehr. Im RP -Entwurf- ist die Erweiterung des GIB Obergartzem um 22,5 ha vorgeschlagen. Satzvey Antweiler Lessenich Wachendorf HP 2.800 m 3.000 m 1.500 m 8 In diesem Bereich bietet sich die Erweiterung der GIB-Flächendarstellung bis zur Stadtgrenze hin an. [s. Anhang Abb. 1001074_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1001074_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die auf Grundlage des LEP NRW ermittelte Bedarfssituation lässt die Verortung zusätzlicher GIB im Regionalplan nicht zu. Es wird darauf hingewiesen, dass für die konkrete bauleitplanerische Umsetzung des ermittelten Bedarfs im Bereich des festgelegten GIB bzw. ggf. auch im direkten Anschluss daran räumliche Spielräume bestehen.</p>

1001075, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>GIB -regional- Wißkirchen</p> <p>Unmittelbar an den GIB-regional, im Bereich der BAB-Anschlussstelle ?Wißkirchen angrenzend, ist im nördlichen Bereich die Entwicklung von Wald vorgesehen. Eine zukünftige Entwicklung und flächenmäßige Ausdehnung des GIB-regional wird damit in der Zukunft verhindert und der GIB damit in eine Insellage versetzt [s. Anhang Abb. 1001-075_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1001075_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Waldbereichsfestlegung entspricht der kommunalen Planungsabsicht der Stadt Zülrich, die in diesem Bereich im Flächennutzungsplan Waldflächen vorsieht. Es handelt sich teilweise um bereits vorhandene Waldflächen, die eine räumlich-funktional sinnvolle Ergänzung zu den bereits vorhandenen Wäldern bilden.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt</p>

1001076, Stadt Mechernich

Inhalt

GIB für Flächenintensive Großvorhaben

Gegenstand der Darstellung des RP -Entwurf- ist erneut die oben genannte GIB-Darstellung nordöstlich von Groß-Büllesheim. Diese sog. LEP 6-Fläche dient als Vorhaltefläche für den Fall, dass sich große Betriebe von wirtschaftspolitisch landesweiter Bedeutung mit entsprechenden Flächenerfordernissen in NRW ansiedeln wollen. Die Fläche stellt damit ein wichtiges Instrument in der Wirtschaftsförderung des Landes NRW dar. Diese Fläche ist auch zukünftig in der beschriebenen planerischen Funktion zu belassen. Eine ?Umwandlung? zu einem allgemeinen GIB mit einem dann entstehenden Ungleichgewicht in der Verteilung gewerblicher Bauflächen unter den Kommunen des Kreises Euskirchen, würde bei der Stadt Mechernich auf erhebliche Bedenken stoßen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Sie bezieht sich nicht auf einen Plangegegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans. Mögliche Änderungen in Bezug auf die im LEP NRW festgelegte Fläche für flächenintensive Großvorhaben sind auf Ebene der Landesentwicklungsplanung zu betrachten.

1001077, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>Bereiche zum Schutz der Natur -BSN-</p> <p>BSN - Nähe Harzheim</p> <p>Im vorliegenden RP -Entwurf- wurde die Darstellungen der BSN-Flächen teilweise in deutlichem Umfang ausgedehnt. Dies hat u.a. auch zur Folge, dass beispielsweise Nähe Harzheim die Errichtung von einer PV-Freiflächen-Anlage, unter Hinweis auf die dort auch im 200m-Bereich zur BAB 1 vorgesehene BSN-Darstellung, die landesplanerische Anpassung, ohne weitere Abstimmung mit der UNB, nicht bestätigt werden kann -Verfügung vom 11.04.2022 / Az.: 32/62-1.14.07-2021-08-. Generell gilt hier, dass aus Sicht der Stadt Mechernich Einrichtungen, die dem Staatsziel des Klimaschutzes dienen -siehe Beschluss des BVerfG vom 24.03.2021- nicht an sonstigen Darstellungen des RP, hier insbesondere an BSN-Darstellungen scheitern dürfen. Zudem liegen in diesem geplanten, ausgedehnten BSN landwirtschaftliche Betriebe/Wohnplätze.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der Bereiche für den Schutz der Natur erfolgt entsprechend der gesetzlichen Vorgaben i.W. auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege (LANUV NRW). Dieser bewertet den betreffenden Bereich als Teil herausragend bedeutsamen Teil des regionalen Biotopverbunds. Entsprechend Erläuterung 4 zu Ziel 20 können in den BSN maßstabsbedingt auch Flächen einbezogen sein, die von den Zielen unberührt sind.</p>

1001078, Stadt Mechernich

Inhalt

BSN - Zwischen Bahn und L61, im Bereich zwischen Mechernich und Satzvey

Die Stadt Mechernich plant hier eine Radwegeverbindung zum ebenfalls in Planung befindlichen neuen Haltepunkt Satzvey. Der HP umfasst eine P&R-Anlage mit Verknüpfung Bahn-Bus-PKW-Fahrrad. Der Haltepunkt ist im RP - Entwurf- als Mobilstation dargestellt. Durch die BSN-Darstellung, die teilweise auch die geplante P&R-Anlage überlagert, dürfen diese Planungen in ihrer Umsetzung nicht beeinträchtigt werden [Abb.].

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Eine Relevanz für die regionalplanerischen Festlegung ist nicht gegeben.

1001079, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>BSN - Weyerer Wald mit Ausdehnung auf den Ravelsberg</p> <p>Hier befindet sich die Windkraftkonzentrationszone Ravelsberg. Auch hier gelten die Ausführungen zum Klimaschutz aus Nr. 14.1, 2. Absatz (siehe StN ID Nr. 1001076).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der Bereiche für den Schutz der Natur erfolgt entsprechend der rechtlichen Vorgaben i.W auf der Bewertung des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege (LANUV NRW). Der BSN ist Teil eines dort als von herausragender Bedeutung bewerteten Biotopverbundsystems. Der BSN überlagert die angesprochen Windkraftkonzentrationszone nur randlich, ein Konflikt auf regionalplanerischer Ebene ist nicht ersichtlich. Näheres ist Gegenstand der örtlichen Umsetzung, für die der Regionalplan-Entwurf einen breiten Spielraum einräumt.</p>

1001080, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>BSN - Mittelhütte und Mühlenpark</p> <p>Hier befindet sich mit dem Mühlenpark eine bedeutende Freizeiteinrichtung der Stadt Mechernich, die in den vergangenen Jahren mit erheblichen öffentlichen Mitteln ausgebaut und attraktiviert wurde. Im Bereich der Mittelhütte befindet sich, unmittelbar südlich angrenzend, eine ehemalige Flüchtlingseinrichtung, die aufgegeben wurde und nunmehr zu einem Wohnmobilhafen umgenutzt werden soll. Durch die BSN-Darstellung, die diese seit Jahren im Bestand befindlichen Einrichtungen überlagert, dürfen diese infrastrukturellen Freizeiteinrichtungen, auch in ihrer zukünftigen Entwicklung nicht beeinträchtigt werden. Innerhalb dieses Bereiches befindet sich zudem das Krematorium Mechernich, das in seinen unternehmerischen Perspektiven nicht beschnitten werden darf [Abb.].</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung In dem betreffenden Bereich bestehen keine Bauflächen Ausweisungen auf FNP-Ebene. Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass entsprechend Erläuterung 4 zu Ziel 20 in den BSN maßstabsbedingt Flächen enthalten sein können, die von den Zielen unberührt sind.</p>

1001081, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>BSN - Stollenhütte</p> <p>Hier wird ein bestehendes Gewerbegebiet von der BSN-Darstellung überlagert [Abb.].</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Es handelt sich um eine kleinflächige Überlagerung, die keine Änderung der Festlegung erfordert.</p>

1001082, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>BSN-Darstellung im Bereich ehemaliger Tagebaue</p> <p>Insbesondere im Bereich um Antweiler/Lessenich läuft der Tontagebau in einigen Abbaufeldern aus. Damit verbindet sich die Möglichkeit in diesen Bereichen auch PV-Freiflächen-Anlagen vorzusehen. Die Stadt Mechernich beabsichtigt dies, vor dem Hintergrund des Klimawandels. Durch die dort vorgesehene BSN-Darstellung wird diese Planung durchkreuzt. Siehe hierzu auch die Ausführungen zu Nr. 14.1 und die zitierte Verfügung vom 11.04.2022 / Az.: 32/62-1.14.07-2021-08-.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Festlegung Bereiche für den Schutz der Natur ist hier, entsprechend der Plankonzeption/kommunaler Entwicklungsabsicht, ein Vorrang einzuräumen.</p> <p>Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.</p>

1001083, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>An der B 266 gegenüber der Zikkurrt befindet sich der Ton-Tagebau ?Grube Karl?. Auch dieser Bereich ist als BSN dargestellt, obwohl hier in jüngerer Zeit eine Betriebsübergabe stattgefunden hat und damit deutlich wurde, dass dieser Betrieb in den nächsten Jahrzehnten fortgeführt wird. Zudem befindet sich in nordöstlicher Richtung angrenzend, die potentielle Erweiterungsfläche des GIB-Obergartzem [Abb.].</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) den Umsetzungskorridor vor. Sobald die bestehende rechtmäßige Nutzung abgeschlossen und die genannte Fläche rekultiviert wurde, gibt die BSN-Festlegung den Rahmen für die Nachfolgenutzung vor.</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Festlegung des GIB-Obergartzem und dessen Erweiterungspotenziale sind von der Festlegung des BSN im oben genannten Bereich nicht betroffen.</p>

1001086, Stadt Mechernich

Inhalt

BSN-Darstellung im Bereich der ?Orte im Freiraum?

Im Stadtgebiet Mechernich werden mehrere ?Ortschaften im Freiraum? ganz oder teilweise durch eine BSN-Darstellung überplant, bzw. grenzt die BSN-Darstellung unmittelbar bis an die Bebauung der Ortslagen heran. Dies widerspricht den Zielen 2-3 und 2-4 des LEP NRW. Im LEP wird den Ortschaften ein eigener Entwicklungsspielraum eingeräumt, der durch die BSN-Ausweisung nunmehr relativiert wird. Die textlichen Ziele, die BSN-Ausweisung betreffend, stehen somit im unzulässigen Widerspruch zu den übergeordneten Zielen des LEP.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Ziele des LEP NRW, die eine bedarfsgerechte Entwicklung von Ortsteilen ermöglichen, bedeuten nicht, dass hierdurch andere Ziele, z.B. des Naturschutzes oder des vorbeugenden Hochwasserschutzes außer Kraft gesetzt werden. Die Entwicklung der Ortschaften erfordert eine Einzelfallbetrachtung unter Beachtung der planerischen Vorgaben.

1001087, Stadt Mechernich

Inhalt

BSN-Darstellung im Bereich von Gewässern und angrenzenden Auenbereichen

Viele Gewässer im Stadtgebiet von Mechernich -Bleibach, Rotbach, Veybach, etc.- werden, einschließlich von Teilflächen angrenzender Auen, als BSN dargestellt. Damit wird die Errichtung wichtiger, zusammenwirkender, niederschwelliger Hochwasserschutzmaßnahmen unmöglich gemacht. Diese Maßnahmen sind jedoch genau in diesen Bereichen, gerade auch in ihrem Zusammenspiel unabdingbar, um die unterliegenden Ortschaften vor Hochwasser zu schützen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN steht nicht im grundlegenden Widerspruch zu Maßnahmen des Hochwasserschutzes. In die Zielfestlegung Z.19 wurde im Rahmen des Aufstellungsbeschlusses ein Passus aufgenommen, der ausdrücklich drauf hinweist, dass die BSN nach Möglichkeit auch dem vorbeugenden Hochwasserschutz dienen soll. Darüber hinaus wurden in die Zielfestlegung Ausnahmetatbestände integriert, die die Inanspruchnahme für die benannten Maßnahmen unter bestimmten Bedingungen ermöglichen.

1001088, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>Rheinisches Freilichtmuseum Kommern</p> <p>In den der Stadt Mechernich vorliegenden Unterlagen ist das Freilichtmuseum Kommern nicht mehr als ?Freiraumbereich für zweckgebundene Nutzungen ? Besondere kulturgeschichtliche Bedeutung? dargestellt. Aus Sicht der Stadt Mechernich sollte diese Darstellung wieder in den RP aufgenommen werden [Abb.].</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Anregung ist im Planentwurf bereits entsprochen.</p>

1001089, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>Denkmalbereich Kommern</p> <p>Kommern verfügt über einen landesweit bedeutsamen historischen Ortskern und ist damit Mitglied in der nordrheinwestfälischen Arbeitsgemeinschaft der der historischen Stadt- und Ortskerne. Der Ort verfügt über das Alleinstellungsmerkmal der längsten Fachwerkstraße Nordrhein- Westfalens. Der Ortskern ist dementsprechend über eine Denkmalbereichssatzung, mit einer Flächenausdehnung von ca. 35 ha, aus Sicht des Denkmalschutzes gesichert. Mit dieser Größenordnung erreicht diese denkmalrechtliche Festsetzung auch eine regionalplanerische Darstellungsrelevanz als ?Freizeiteinrichtung" [Abb.].</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Bereich Kommern ist im Regionalplan als ASB festgelegt. Es bedarf darüber hinaus keiner gesonderten Festlegung zur Sicherung oder Steuerung von Denkmalbereichen im Regionalplan.</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte von überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW)„, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.</p>

1001090, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>Freizeitbereich Sommerrodelbahn / Mühlenpark</p> <p>Dieser Bereich hat sich, ausgehend von der Landesgartenschau in den 1960er-Jahren, gerade in den letzten Jahren, auch durch zahlreiche städtische Investitionen, zu einem ebenfalls regional bedeutsamen Freizeitbereich entwickelt. Auch in diesem Fall kommt den Freizeiteinrichtungen, bei einer im Freiraum gelegenen Flächengröße von ca. 47 ha, aus Sicht der Stadt Mechernich, in der Darstellungssystematik der Regionalplanung, eine entsprechende, darstellungsrelevante Bedeutung zu [Abb.].</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 grundsätzlich im Freiraum möglich und bedarf keiner räumlichen Steuerung / Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie Wildgehege, Skisportgelände, Parkanlagen etc. verzichtet. Das fehlenden Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen.</p>

1001091, Stadt Mechernich	
<p>Inhalt</p> <p>Gewerbliche Baufläche im zASB Kommern</p> <p>In Kommern befindet sich das, durch eine gewerbliche Nutzung geprägte Baugebiet ?Monzenbend?. Dieses Gebiet wurde, auch aufgrund seiner Lagegunst unmittelbar an der B 266, im Knotenbereich zur B 477, in den letzten Jahren durch zahlreiche gewerbliche Betriebe besiedelt und stellt heute einen der Arbeitsplatzschwerpunkte der Stadt Mechernich dar. Die Nachfrage nach Grundstücken für kleinere mittelständige Betriebe und zwischenzeitlich auch für Betriebserweiterungen hält weiterhin an. Flächenreserven bestehen nicht mehr. Die Stadt Mechernich möchte dieses gewerbliche Gebiet erweitern. Städtebaulich bietet sich dieser Bereich aufgrund seiner zentralen Lage an, dessen Erschließung über die genannten Bundesstraßen den großen Vorteil hat, dass bestehende Wohnbereiche hiervon nicht beeinträchtigt werden. Die Erweiterung dieses bestehenden gewerblichen Bereichs setzt auf Ebene der Regionalplanung eine ASB-Darstellung im zASB Kommern voraus. Die Stadt Mechernich regt dies, in der dargestellten Form, in einer Größe von ca. 8,2 ha an [s. Anlage Abb. 1001091_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001091_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Mechernich verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001092, Stadt Mechernich

Inhalt

Hochwildpark Kommern-Süd

Angrenzend an Kommern-Süd befindet sich die Freizeiteinrichtung ?Hochwildpark?. Diese regional bedeutsame Einrichtung hat eine Größe von ca. 74 ha, gelegen im Freiraum. Aus Sicht der Stadt Mechernich kommt diesem Hochwildpark damit in der Darstellungssystematik der Regionalplanung eine entsprechende, darstellungsrelevante Bedeutung zu [Abb.].

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 grundsätzlich im Freiraum möglich und bedarf keiner räumlichen Steuerung / Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie Wildgehege, Skisportgelände etc. verzichtet. Das fehlende Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen.

AZ: BET_135000_1

Gemeinde Nettersheim

1000872, Gemeinde Nettersheim

Inhalt

Allgemeine Belange der Kreisentwicklung und fachliche Bedenken und Anregungen

Zu diesen Punkten schließt sich die Gemeinde vollumfänglich den Ausführungen des Kreises Euskirchen an. Die im Kreisentwicklungskonzept ermittelten Bedarfe für Wohnen und Gewerbe sind anzupassen und für die Neuaufstellung des Regionalplanes im Bereich des Kreises Euskirchen zu berücksichtigen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Zur Begründung wird auf die StN ID 1002177 verwiesen.

1000873, Gemeinde Nettersheim	
<p>Inhalt</p> <p>Darstellung neuer Allgemeiner Siedlungsgebiete</p> <p>Auf Grund ihrer guten, überregionalen Anbindung, Infrastruktur und wachsender Bedeutung für die gesamte Gemeinde Nettersheim wird angeregt, die Orte Zingsheim und Tondorf zukünftig als Allgemeine Siedlungsbereiche auszuweisen, auch wenn die Orte jeweils weniger als 2.000 Einwohner aufweisen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Gemeinde Nettersheim verfügt mit den ASB Nettersheim und Marmagen über zwei Siedlungsschwerpunkte, die die zu erwartende Siedlungsentwicklung der Gemeinde langfristig abdecken können. Die Orte Zingsheim und Tondorf liegen deutlich unter der für ASB in der Regel zugrundeliegenden Einwohnerzahl von 2000E. Die Entwicklung zu einem ASB ist in beiden Fällen nicht durch die landesplanerischen Vorgaben zu einer bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung und zum Schutz des Freiraums abgedeckt. Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

1000874, Gemeinde Nettersheim	
<p>Inhalt</p> <p>Ausweisung weiterer ASB und ASB flex Flächen</p> <p>Auch wenn es seitens der Gemeinde mittelfristig nicht geplant ist, die Einwohnerzahl von 8.000 zu überschreiten, ist es von immenser Wichtigkeit, auch in Zukunft handlungsfähig zu sein, so dass weitere ASB und ASB flex Flächen in den Kernorten Nettersheim, Marmagen und Zingsheim ausgewiesen werden müssen (vgl. 1000873). In Nettersheim sollen zukünftig die Flächen oberhalb des Klosters, gegenüber des Klosters sowie westlich gegenüber des derzeitigen Neubaugebietes ?Zur Brotkiste? als ASB Fläche dargestellt werden [s. Abbildung 1000874_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID_1000874_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Mit den ASB-Festlegungen des Planentwurfs werden die durch den LEP NRW vorgegebenen Spielräume für die Verortung von Siedlungsraum in der Gemeinde Nettersheim ausgeschöpft. Die Verortung zusätzlichen Siedlungsraums ist aufgrund der vorhandenen Reserveflächensituation nicht möglich. Der vorgeschlagenen Erweiterung des ASB Nettersheim im nordwestlichen Bereich stehen darüber hinaus landesplanerische Vorgaben zum Schutz von Waldbereichen entgegen. Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass der LEP NRW bei entsprechendem Bedarfsnachweis (z.B. im Wege eines Flächentauschs) die Möglichkeit eröffnet, Bauflächen unterhalb der regionalplanerischen Größenordnung auf Bauleitplan-Ebene im Anschluss an die festgelegten Siedlungsbereiche zu entwickeln.</p>

1000875, Gemeinde Nettersheim	
<p>Inhalt</p> <p>Ausweisung von Gewerbeflächen</p> <p>Zur Deckung des regionalen und damit exogenen Bedarfs und als Komplementärfunktion für die fehlenden Wirtschaftsflächen in den Ballungsräumen wird die Darstellung des interkommunalen Gewerbegebietes ?Blankenheim/Nettersheim? an der Anschlussstelle Blankenheim A1 als Darstellung im Regionalplan gefordert. Der Bedarf an Gewerbeflächen in der Gemeinde ist ungebrochen hoch, wobei auch die Flutkatastrophe im Juli 2021 erheblich zu einer Verschärfung der Situation beigetragen hat. Viele geschädigte Unternehmen benötigen händeringend Ersatzflächen, wobei die gemeindlichen Reserven nahezu aufgebraucht sind [s. Anhang Abb. 1000875_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1000875_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der GIB Blankenheim/Nettersheim am Autobahnende A1 weist nicht die gemäß LEP NRW grundsätzlich erforderliche Anbindung an den vorhandenen Siedlungsraum auf und erfüllt damit nicht die Kriterien des Prozesses Region Plus Wirtschaft.</p>

1000876, Gemeinde Nettersheim	
<p>Inhalt</p> <p>Ausweisung zusätzlicher Gewerbeflächen für den örtlichen Bedarf</p> <p>Wie im Punkt zuvor erwähnt, ist der Bedarf durch das stetige Wachstum der Gemeinde Nettersheim, explizit auch im endogenen Bereich, hoch. Daher wird gefordert, die Fläche süd-östlich des bestehenden Gewerbegebietes in Zingsheim sowie die daran angrenzende Fläche zwischen der Autobahn A1 und der L115 als GIB auszuweisen [s. Anhang Abb. 1000870_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1000876_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erweiterung des GIB ist nicht durch den auf Grundlage der Vorgaben des LEP NRW ermittelten Bedarf für die Gemeinde Nettersheim gedeckt. Neben den Zielen des LEP NRW zu einer bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung stehen der GIB-Erweiterung auch die landesplanerischen Vorgaben zum Schutz von Waldbereichen entgegen.</p>

1000877, Gemeinde Nettersheim

Inhalt

Tourismus und Erholung

Die im Fachbeitrag Tourismus dargestellten Bereiche sind vollumfänglich in den Regionalplan zu übernehmen. Im Falle der Gemeinde Nettersheim betrifft dies die Eifelhöhenklinik in Marmagen sowie den Archäologischen Landschaftspark in Nettersheim. Die Eifelhöhenklinik soll zukünftig als ASB Fläche ohne Zweckbindung aber vor dem Hintergrund von z.B. Wohnen/Leben, Freizeit, Tourismus Bildung und Gesundheit ausgewiesen werden. Der Archäologische Landschaftspark soll mit dem Ziel ?Kultur? neuausgewiesen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zu Stn ID Nr. 1002183 verwiesen.

Der Festlegung des Bereichs der Eifelhöhenklinik als ASB ohne Zweckbindung ist im Planentwurf bereits entsprochen.

1000878, Gemeinde Nettersheim

Inhalt

Rücknahme von BSN Flächen auf tatsächliche NSG und Ausweisung von Biotopverbundflächen als eigene Gebietskategorie

Im derzeit gültigen Gebietsentwicklungsplan werden die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) deckungsgleich mit den Naturschutzgebieten dargestellt. Im jetzt vorliegenden Entwurf zum Regionalplan sind diese BSN Flächen deutlich größer dargestellt und umfassen auch die Biotopverbundflächen. Dies sind Flächen, welche eine Funktion für den Verbund bestehender Biotope erfüllen, jedoch oftmals landwirtschaftlich genutzt sind und somit keine gesonderte Schutzfunktion innehaben. Es ist zu befürchten, dass diese Herangehensweise in Zukunft zu Problemen bei der Umsetzung neuer Siedlungsflächen führen kann, da in der Planung nicht mehr konkret geschaut wird, was sich hinter den BSN Flächen eigentlich verbirgt. Von dieser Diskrepanz wäre die Gemeinde Nettersheim unmittelbar betroffen, da dies den Bereich der in Zukunft benötigten Fläche westlich, gegenüber des Baugebietes ?Zur Brotkiste? betrifft. Hier sind bei jetziger Darstellung weitreichende Einschränkungen bei der Entwicklung von Wohnbauflächen zu befürchten. Daher fordert die Gemeinde Nettersheim, genauso wie der Kreis Euskirchen, die Rücknahme der BSN Flächen auf Gebiete mit besonderer Schutzfunktion sowie die gesonderte Darstellung der Biotopverbundflächen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gegenüber dem geltenden Regionalplan erfolgte keine grundsätzliche Veränderung der Darstellungssystematik der BSN. Die BSN des geltenden Planes wurden keinesfalls auf die bestehenden Naturschutzgebiete beschränkt.

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

1000879, Gemeinde Nettersheim	
<p>Inhalt</p> <p>In Zingsheim wird es für notwendig erachtet, die Verlängerung vom Bereich ?Altes Pastorat II? entlang der 3 L205 Richtung Nettersheim bis angrenzend an die Pfalzstraße, unter der Voraussetzung, dass Zingsheim als ASB ausgewiesen wird (Punkt 1), als Erweiterung ?ASB Fläche? darzustellen [s. Anhang Abb. 1000879_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1000879_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für den Ort Zingsheim kann aufgrund der landesplanerischen Vorgaben keine ASB-Festlegung erfolgen. Hierzu wird auf die Erläuterung zu STN-ID 1000873 verwiesen.</p>

1000881, Gemeinde Nettersheim

Inhalt

Für den Ortsteil Marmagen ist bereits nord-östlich des Sportplatzes als Erweiterung des Gebietes ?Zum Pützberg? eine ASB flex Fläche dargestellt. Die Gemeinde Nettersheim regt an, dass die Fläche, welche sich zwischen der Eifelhöhenklinik und der v.g. Fläche aufspannt, ebenfalls als ASB oder ASB flex Fläche dargestellt wird, so dass zukünftig eine homogene, städtebauliche Entwicklung stattfinden kann [s. Anhang Abb. 1000870_1].

Anhänge

[Abb_ID_1000881_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Mit den ASB und ASBflex-Festlegungen des Planentwurfs werden die Spielräume für die Verortung von Siedlungsraum in der Gemeinde Nettersheim ausgeschöpft. Die Verortung zusätzlichen Siedlungsraums ist aufgrund der vorhandenen Reserveflächensituation nicht möglich. Dies gilt auch für ASBflex. In Ergänzung zu den vorhandenen Reserven auf Regionalplan- und FNP-Ebene wurden hier bereits 12ha am ASB Marmagen als "Flex-Option" vorgesehen.

1000934, Gemeinde Nettersheim	
<p>Inhalt</p> <p>Weiterhin soll die Fläche auf der anderen Seite der L205 Richtung Norden, gegenüber der Baugebiete ?Zur Brotkiste? und ?Auf Graben? als ASB flex Fläche ausgewiesen werden [s. Anhang Abb. 1000934_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1000934_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es bestehen entsprechend der planerischen Konzeption keine Spielräume für die Verortung zusätzlicher ASBflex.</p>

InhaltAllgemeine Belange der Entwicklung im Stadtgebiet Schleiden

Mit der Aufstellung des neuen Regionalplans inkl. Planungsphase eröffnet sich eine Planungsperspektive von über 20 Jahren. Gerade in der aktuellen Zeit, wo große Veränderungen oft kürzeren Zeiträumen unterworfen sind, wird eine besondere Herausforderung an den Regionalplan gestellt. Dies gilt insbesondere für Prognoseaussagen und Daten, auf denen die Planungen der Neuaufstellung beruhen. Die Stadt Schleiden erhebt unter anderem bezüglich der Bedarfsermittlung der Siedlungsbereiche beim Wohnen (ASB) als auch beim Gewerbe (GIB) Bedenken. Es wird hier auf die Stellungnahme des Kreis Euskirchen, Punkt ?1. Allgemeine Belange der Kreisentwicklung" verwiesen, welche mit den dort genannten Aspekten auch auf die Stadt Schleiden zutrifft. So ist auch im Stadtgebiet Schleiden ein Trend zum Leben auf dem Land erkennbar, was sich insbesondere durch die zunehmende Bedeutung der Wohnqualität und Relativierung der Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsstelle durch die Digitalisierung, die genannte Stadtflicht, der teilweisen Kompensation des angrenzenden Ballungsraumes Köln/Bonn sowie auch der Anrechnung von Reserveflächen für Wohnen und Gewerbe widerspiegelt, welche jedoch aufgrund von Eigentumsverhältnissen o.a. tatsächlich nicht zur Verfügung stehen. Dies äußert sich trotz der Tatsache, dass die Stadt Schleiden diesen Problematiken mit diversen Maßnahmen, wie Z.B. dem ?Aktiven Ansiedlungsmanagement" entgegenwirkt, insbesondere aufgrund des Drucks von Bauwilligen aus dem Bereich Wohnen und Gewerbe, ausreichende Bauflächen zur Verfügung zu stellen. Selbst wenn die Bevölkerungsprognose entgegen der Annahme einer Zunahme (vgl. Stellungnahme Kreis Euskirchen, Prognose IT-NRW bzw. auch Anlage 3 Grafik 2) stagnierend oder leicht rückläufig wäre, würde voraussichtlich trotzdem ein weiterer Bedarf an Siedlungsbereichen durch eine Zunahme von Single-Haushalten, zunehmendem Wohlstand und zunehmendem Wohnraumbedarf vorherrschen. Gerade im Hinblick auf den Zeithorizont des neuen Regionalplans kann auf eine schnelllebige positive Bevölkerungsentwicklung nur unzureichend reagiert werden, sodass es umso wichtiger ist, dass die jetzige Prognose zumindest auf realitätsnäheren und aktuelleren Werten als die der damaligen Bevölkerungsprognosen beruht, sowie dass aufgrund des veralteten Standes des Siedlungsflächenmonitorings zwischenzeitlich einige Flächen dem Markt ebenfalls nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Bedarfsberechnungen wurden ehemals auf Grundlage der damaligen Bevölkerungsprognose und den vorhandenen Reserveflächen aus dem Siedlungsflächenmonitoring angestellt. Beides ist nicht mehr aktuell. Auch die Stadt Schleiden fordert die Bezirksplanungsbehörde

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen

somit auf, die vom Kreis Euskirchen genannten Aspekte sowie die geforderte Grundlage zur Bedarfsberechnung anstatt des Siedlungsflächenmonitorings (Sfm) für die Neuaufstellung des Regionalplans im Bereich der Stadt Schleiden zu berücksichtigen, sodass die in der Begründung des Regionalplans genannte Leitvorstellung, eine nachhaltige Raumentwicklung anzustreben, welche die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum in Einklang bringt, umgesetzt werden kann.

Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt.

wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbewertung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Im Übrigen werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

1001025, Stadt Schleiden

Inhalt

Neuweisung ASB im Bereich "Vogelsang"

Es wird erneut auf die Stellungnahme des Kreis Euskirchen, Punkt 6 Tourismus und Erholung" verwiesen. Die Ausführungen des touristischen Fachbeitrags sollten bei der Neuauflage des Regionalplans ausreichend Berücksichtigung finden. Wie in dem Fachbeitrag Tourismus und Erholung erarbeitet, ist der Bereich "Vogelsang" im Stadtgebiet für den Tourismus von großer Bedeutung. Eine Entwicklung in diesem Bereich ist zudem weiterhin geplant. Die Stadt Schleiden fordert die Bezirksplanungsbehörde daher ebenfalls auf, den Bereich "Vogelsang" als darstellungsrelevante Fläche planungsrechtlich mit einer Neuweisung dahingehend zu sichern, dass ein allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) mit der Zweckbestimmung Freizeit, Tourismus, Erholung, Kultur und Bildung verortet wird. Die Abgrenzung des Bereiches kann der beiliegenden Anlage 2, S.2 entnommen werden [s. Anlage Abb. 1001025_1].

In Bezug auf die stellenweise Ausweisung der Fläche "Vogelsang" als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) wird auf Punkt 4. "Bereiche zum Schutz der Natur (BSN)" verwiesen.

Anhänge

[Abb_ID_1001025_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Für den Bereich Burg Vogelsang wird der Anregung teilweise gefolgt (siehe Änderungskarte).

Die dort bestehenden baulichen Nutzungen werden als ASBz mit Zweckbestimmung festgelegt und gesichert werden. Die umfangreiche Festlegung zusätzlicher baulicher Nutzungen im Umfang von mehr als 50ha inmitten der Nationalparks Eifel, i.S. einer nicht näher definierten "Vorrats- bzw. Angebotsplanung", wie im Fachbeitrag Tourismus gefordert, stünden nicht im Einklang mit den geltenden naturschutzrechtlichen Regelungen. Entsprechend der geltenden Nationalparkverordnung steht die Entscheidung über die Aufnahme des betreffenden Bereichs in den Nationalpark noch aus und ist ausdrücklich auf nationalparkverträgliche Nutzungen beschränkt. Die Festlegung als ASBz wird insofern auf die bauliche geprägten Bereiche beschränkt. Dieser beinhaltet auch Entwicklungsoptionen für touristische Nutzungen. Mit der Festlegung wird zudem die Option nationalpark- und raumverträglicher Entwicklungen i.S. der Weiter-(entwicklung) des Geländes erhalten.

Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW).

Entsprechend der Plankonzeption sind vorhandene, isoliert im Freiraum liegende Standorte, die die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten (ab einer Größenordnung von 10 ha), aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) festgelegt, um eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke zu vermeiden.

Gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW hat jede Neu-, Änderungs-, Über- oder Erweiterungsplanung umwelt-, sozial- und zentrenverträglich zu erfolgen. Die Weiterentwicklung vorhandener Standorte, in isolierter Freiraumlage, sind darüber hinaus nur möglich wenn eine Flächenerweiterung, ausgehend von der bisherigen Größe des vorhandenen Standortes, geringfügig ist, eine Nutzungserweiterung im funktionalen Zusammenhang mit der bisherigen Standortnutzung steht bzw. eine Nutzungsänderung den Charakter der bisherigen Standortnutzung im Wesentlichen

	erhält.
--	---------

1001026, Stadt Schleiden	
<p>Inhalt</p> <p>Neuweisung ASB im Bereich des Ortsteils Olef</p> <p>Angrenzend an den bestehenden Sportplatz Olef in Richtung des Ortsteils Gemünd ist zukünftig u.a. ein dringend notwendiger Neubau für eine viergruppige Kindertagesstätte im Rahmen der vom Rat der Stadt Schleiden am 07.04.2022 beschlossenen Gesamtkonzeption in Folge der Flutkatastrophe geplant (Flurstück 34, Flur 41, Gemarkung Gemünd). Die dafür planungsrechtlich notwendige Flächennutzungsplanänderung von einer aktuell dargestellten Grünfläche mit einer Zweckbestimmung hin zu einer Gemeinbedarfsfläche ebenfalls mit entsprechender Zweckbestimmung wurde mit der Bezirksregierung Köln bereits im Rahmen einer planerischen Vorabstimmung besprochen und positiv in Aussicht gestellt, sofern zur räumlichen Trennung der Orte Olef und Nierfeld sowie zum Erhalt des Freiraums ein Teil des im Flächennutzungsplan der Stadt Schleiden aktuell dargestellten Sondergebietes (mit der Zweckbestimmung Ferienhauspark) zurückgenommen wird. Das Planverfahren soll zeitnah abgeschlossen werden, um den durch die Flutkatastrophe entstandenen Bedarf zu decken und mit dem Neubau idealerweise Anfang 2023 zu beginnen. Ein Wiederaufbau der ehemaligen Kindertagesstätten ist je nach Standort nicht mehr möglich/sinnvoll, weshalb dieser Standort gewählt wurde. Die Stadt Schleiden fordert die Bezirksplanungsbehörde daher auf, gemäß des vorherigen Abstimmungsgespräches mindestens die Erweiterung des allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) vom Ortsteil Olef aus in Richtung des Ortsteiles Gemünd einschließlich der betreffenden Fläche darzustellen. Bei der Neuaufstellung des Regionalplans sollten voraussehbare Planungen berücksichtigt werden, sodass der Regionalplan bei Inkrafttreten nicht bereits veraltet ist. Die Abgrenzung des Bereiches kann der Anlage 2, S.2 entnommen werden [s. Anlage Abb. 1001026_1].</p> <p>Bezüglich der vereinzelten Ausweisung eines Bereiches zum Schutz Seite 3 der Natur (BSN) innerhalb des betreffenden Gebietes wird auf Punkt 4. "Bereiche zum Schutz der Natur (BSN)" verwiesen.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001026_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001027, Stadt Schleiden

Inhalt

Wie bereits unter Punkt 1. "Allgemeine Belange der Entwicklung im Stadtgebiet Schleiden" angedeutet, ergibt sich entgegen der Grundlage zur Erstellung des Regionalplanes gemäß der Bevölkerungsprognose des Kreises Euskirchen (siehe Anlage 3, Grafik 1) im Stadtgebiet Schleiden innerhalb der nächsten 20 Jahre eine Steigerung der Bevölkerungszahl von ca. 5%. Konstant hochgerechnet ergibt sich hieraus bei einer momentanen Einwohnerzahl von 13.382 Einwohnern (Stand März 2022) eine geschätzte Bevölkerungszahl von rd. 14.051 Einwohnern im Jahre 2042. Dies sind somit aufgrund der Prognose bereits ca. 670 zusätzliche Einwohner. Zur Abschätzung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung der Stadt Schleiden wurde auch die Bevölkerungsprognose für den Kreis Euskirchen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (ITNRW) herangezogen. Dort werden die Prognosen Stand 2014, 2018 sowie von 2021 gegenübergestellt. Selbst dort: wird bei der Basisvariante im Kreis Euskirchen eine deutlich positive Entwicklung verzeichnet, welche seit 2014 stets nach oben korrigiert werden musste, vgl. Anlage 3, Grafik 2. Dies ist ein Indikator für die schnelllebigen und nicht vorhersehbaren Entwicklungen in der Region und steht im Gegensatz zum Planungshorizont des Regionalplanes. Aufgrund der Tatsache, dass es sich hierbei um die Basisvariante handelt, können die Prognosen von IT-NRW zumindest als realistische Untergrenze herangezogen werden. Diverse Studien der Vergangenheit bestätigen diese Entwicklung, dass die Mehrzahl der Menschen bevorzugt im ländlichen Raum leben möchte und ein Zuzug zukünftig realistisch erscheint. So beispielsweise auch der Baukulturbericht der Bundesstiftung Baukultur, wonach 45% der Befragten in ländlichen Gemeinden, 33% in Klein- und Mittelstädten und 22% in Großstädten leben möchten. Aktuelle Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt bestätigen diesen Trend ebenfalls. Bei der Berechnung des Flächenbedarfs wird zunächst lediglich von den ca. 670 zusätzlichen Einwohnern als realistischer unterer Wert im Zeithorizont des Regionalplanes ausgegangen. Die Stadt Schleiden besitzt gemäß den veralteten Bedarfsberechnungen einen Flächenbedarf im Bereich Wohnen von 27 ha mit 13.382 Einwohnern und hatte nach dem 2019 zugrunde gelegten Siedlungsflächenmonitoring 28 ha, sodass sich demnach sogar ein Überschuss im Bereich Wohnen von 1 ha ergeben würde. Entgegen der Bedarfsberechnung und bei einer Annahme einer positiven Entwicklung der Stadt Schleiden von ca. 5% innerhalb der nächsten zwanzig Jahre, ergäbe dies bei Fortschreitung der Entwicklung im Bereich der aktuellen Siedlungs- Struktur (unter Einbeziehung der durchschnittlichen Personenzahl je Wohneinheit, sowie Wohneinheiten je Gebäude und Grundstücksgröße) einen Bedarf im Bereich Wohnen von 45,15 ha, bzw. abzüglich des Bestandes ergäbe sich eine benötigte Fläche von 18,15 ha innerhalb des Planungszeitraumes des Regionalplans. Es ist jedoch zu erwähnen, dass solche Hochrechnungen aufgrund des großen Planungszeitraumes des Regionalplans und möglichen unvorhergesehenen Entwicklungen eine gewisse Prognoseunsicherheit mit sich bringen. Ob ein solcher Trend bis zum Ende des

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Ermittlung des Bedarfs erfolgt entsprechend der Vorgaben des LEP NRW auf Basis der Haushaltsprognose NRW. Dabei wurde der gemäß Vorgaben der Landesplanung maximal mögliche Planungszeitraum von 25 Jahren ausgeschöpft. Die Stadt Schleiden verfügt innerhalb des Siedlungsraums über erhebliche Siedlungsflächenreserven auf Ebene des Flächennutzungsplans, die den v.g. Bedarfszeitraum gemäß LEP NRW abdecken, sodass die Festlegung eines weiteren Siedlungsschwerpunkts nicht erforderlich ist.

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10ha in der Regel gemäß Anlage 3 zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß §35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW) gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden. Bei der Ortslage Dreiborn handelt es sich um eine Ortslage, die mit einer Einwohnerstärke von ca. 1000 EW deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO liegt, somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum. Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung "Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren" möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Geltungszeitraumes des neuen Regionalplans anhaltend ist, ist nicht vorhersehbar. Realistisch können jedoch Aussagen zu den nächsten fünf Jahren und dessen Entwicklung getroffen werden. Innerhalb dieses Zeitraumes werden unter Beachtung der fortschreitenden Entwicklung der aktuellen Siedlungsstruktur (unter Einbeziehung der durchschnittlichen Personenzahl je Wohneinheit, sowie Wohneinheiten je Gebäude und Grundstücksgröße) weitere 5,30 ha benötigt. Auch wenn sich rein rechnerisch ein weit größerer Bedarf von 18,15 ha im Geltungszeitraumes des Regionalplanes ergibt, fordert die Stadt Schleiden aufgrund der positiven Bevölkerungsprognose mindestens für einen genauer kalkulierbaren Zeitraum der nächsten fünf Jahre eine zusätzliche Fläche für die Wohnnutzung von 5,30 ha, um mit einer Planungssicherheit zumindest den absehbaren Bedarf decken zu können. Hinzukommend zu dem Bedarf aufgrund der positiven Bevölkerungsprognose traf die Flutkatastrophe die Stadt Schleiden im Sommer 2021 stark. Über die massive Zerstörung von Infrastruktur hinaus betraf die Flutkatastrophe insbesondere auch den Bereich der genutzten Flächen für Wohnen und Gewerbe, welche sich in der Tallage konzentrieren. Über die mit Abstand am stärksten betroffenen Flächen erstreckt sich auch beispielsweise der Allgemeine Siedlungsbereich im Regionalplanentwurf (von Oberhausen aus über die Ortsteile Schleiden, Olef, Nierfeld und Gemünd). Die Tallage mit dem Siedlungsbereich ist bis auf die zuvor genannte Fläche nahezu erschöpft. Hinzu kommt im Stadtgebiet Schleiden das nur sehr wenige Kommunen in NRW betreffende Alleinstellungsmerkmal des Nationalpark Eifel, welcher einen sehr großen Teil der Fläche im Stadtgebiet ausmacht. Dort sind keine baulichen Entwicklungen möglich. Weiterhin können bestehende Siedlungsflächen, die dem Wohnen und dem Gewerbe dienen, zum Teil faktisch weiterhin nicht mehr genutzt oder entwickelt werden, da ein Wiederaufbau/eine Renovierung oder ein Neubau im Bereich der betroffenen Flächen seitens der Einwohner aufgrund ggfs. zukünftiger Ereignisse oft Seite 4 nicht mehr erfolgt. Zum Teil ist auch fraglich ob gewisse Bereiche, welche bereits im Altbestand vorhanden sind, heute aufgrund der Überschwemmungsbereiche und zukünftigen Starkregenereignissen nochmals als Baufläche in Bebauungsplänen ausgewiesen würden. Weiterhin könnten bestehenden Siedlungsbereiche durch zukünftig aktualisierte Überschwemmungskarten zudem vermehrt in die Überschwemmungsgebiete geraten und somit weiterhin Siedlungsfläche verloren gehen. Insgesamt 6.111 Einwohner sind in den von der Flut betroffenen Straßen gemeldet (ohne betroffene Einwohner aufgrund des Starkregens in den Höhenorten/Hanglagen). Unter anderem aufgrund einer gewissen Standorttreue, des Arbeitsplatzes im näheren Bereich und der vorhandenen sozialen Strukturen im Stadtgebiet Schleiden werden seitens der betroffenen Einwohner neue Alternativen in der Nähe gesucht. Eine Tendenz zur Abwanderung aus der Tallage in hochwassersicherere Bereiche (überwiegend Höhenorte) im Bereich Wohnen und Gewerbe ist aufgrund der Flutkatastrophe und zukünftigen Ereignissen deutlich erkennbar und nachvollziehbar. Auch dies muss bei der Bedarfsberechnung berücksichtigt werden, sodass eine Unterschreitung der absehbaren Bedarfsberechnung auf keinen Fall stattfinden sollte. Zudem stehen viele Flächen dem Markt aufgrund des veralteten Standes des Siedlungsflächenmonitorings mit ca. 1,76

ha nicht mehr zur Verfügung, welche mittlerweile bereits bebaut sind. Innerhalb eines absehbaren Zeitraumes muss daher die Möglichkeit bestehen, den Gesamtbedarf an Fläche zum Wohnen aufgrund der positiven Bevölkerungsentwicklung (min. 5,30 ha), der Berücksichtigung der Flut- Katastrophe sowie aufgrund zwischenzeitlich entwickelter Flächen (ca. 1,76 ha) von insgesamt ca. mindestens 7,06 ha ausweisen zu können. Wie zuvor beschrieben, wird beabsichtigt, diese Fläche gebündelt auf einer Hochfläche, bzw. im Bereich eines Höhenortes als Erweiterungs- und Kompensationsfläche der bisherigen Konzentration in der Tallage decken zu können. Im Vergleich zu anderen Höhenorten bzw. nicht im Tal liegenden Standorten, der bereits vorhandenen kommunalen Infrastruktur mit beispielsweise Kindergarten, Grundschule, Turnhalle, Sportplätzen, sonstiger gesellschaftlicher Struktur (Vereine) und vorhandenen Anbindungen wurde dafür der bevölkerungsstärkste Ortsteil Dreiborn ausgewählt, bei welchem eine Erweiterungs- und Kompensationsfläche für die Tallage geschaffen werden soll. Die Stadt Schleiden fordert aufgrund der o.g. Gründe, insbesondere aufgrund Geltungsdauer des Regionalplans, dem baulich nicht nutzbaren Nationalpark Eifel, dem Schutz der Bevölkerung und insbesondere aufgrund des Hochwassers faktisch nicht mehr nutzbaren Flächen sowie auch aufgrund einer positiven Bevölkerungsentwicklung gemäß IT-NRW für den Kreis Euskirchen sowie gemäß eigener Prognose des Kreises Euskirchen für die Stadt Schleiden mit ebenfalls einer positiven Bevölkerungsentwicklung (vgl. Anlage 3, Grafik 2 und Grafik 1) und dem Markt nicht mehr zur Verfügung stehenden Flächen, die Bezirksplanungsbehörde auf, einen allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) nicht angrenzend an bestehende allgemeine Siedlungsbereiche oberhalb der Tallage im Bereich des Höhenortes Dreiborn darzustellen, auch wenn der Ort zudem nach der Definition des Landesentwicklungsplanes momentan noch nicht die Mindestgröße für einen allgemeinen Siedlungsbereich erfüllt, sodass dort gebündelt eine Erweiterungs- und Kompensationsfläche für die Tallage und somit eine Entwicklung über den örtlichen Bedarf hinaus ermöglicht werden kann. Die Abgrenzung des allgemeinen Siedlungsbereiches mit dem berechneten und geforderten Bedarf von 7,06 ha kann der Anlage 2, S.1 entnommen werden[s. Anhang Abb . 1001027_1].

Neuausweisung ASB aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und der Flutkatastrophe

Bezug zu textlichen Festlegungen:

Neuausweisungen/Erweiterungen von GIB und ASB auch an Standorten, die nicht direkt an bestehenden ASB liegen, soweit hierdurch ein Ausgleich für durch die Flutkatastrophe beeinträchtigte Siedlungsbereiche erforderlich ist.

Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt.

Anhänge

[Abb_ID_1001027_1.pdf](#)

1001028, Stadt Schleiden

Inhalt

Neuausweisung GIB / GIB-Flex aufgrund einer Rücknahme im Interkommunalen Gewerbegebiet Kall/Schleiden sowie aufgrund der Flutkatastrophe

Wie bereits bei einem Vorgespräch sowie bei der Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Unterrichtung zur Neuaufstellung des Regionalplans beschrieben (siehe Anlage 5), wird beabsichtigt, das bestehende Gewerbe- und Industriegebiet Herhahn im südlichen Bereich großflächig zu erweitern, um weiterhin den örtlichen endogenen Bedarf im Stadtgebiet decken zu können und eine Abwanderung aus dem Stadtgebiet von Gewerbetreibenden zu verhindern. Das interkommunale Gewerbegebiet Kall/Schleiden ist als regional bedeutsame Fläche nur sehr bedingt geeignet, den örtlichen Bedarf der Stadt Schleiden an gewerblichen Seite 5 Flächen zu decken. Es wird auf Punkt 4. "Ausweisung zusätzlicher Gewerbeflächen für den örtlichen Bedarf" der Stellungnahme des Kreis EU verwiesen. Aufgrund einer geplanten Rücknahme von nicht nutzbaren Flächen aus dem interkommunalen Gewerbegebiet mit 11,4 ha erhält die Stadt Schleiden zusätzlich eine anteilige Fläche von ca. 5,7 ha. Des Weiteren soll eine Rücknahme von nicht nutzbaren/nicht genutzten gewerblichen Bauflächen im Flächennutzungsplan gemäß Vorabstimmung mit der Bezirksregierung Köln erfolgen, woraus sich ca. 3,35 ha weitere Fläche ergeben. Diese ca. 9,05 ha Fläche sollen vorrangig als südliche Erweiterung des bestehenden Gewerbegebietes aufgrund des vorhandenen Bedarfs dienen. Um planungsrechtlich flexibel und den bestehenden Notwendigkeiten entsprechend bei den Bereichen für die gewerbliche und industrielle Nutzung handeln zu können, ist die Darstellung eines alternativen Standortes als flexible GIB-Fläche im Regionalplan erforderlich. Insgesamt sollte zudem mehr Vertrauen in die Kommunen gesetzt werden, denn mehr flexible Möglichkeiten zu Flächenausweisungen bedeuten nicht automatisch mehr Versiegelung, sondern vielmehr eine bedarfsgerechte und standortangepasste Entwicklung. Der Standort in Herhahn bietet sich an, da hier eine sinnvolle Angliederung an den bereits bestehenden Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) mit der vorhandenen Infrastruktur erfolgen kann. Dieser Standort wird bevorzugt entwickelt. Alternativ wurde als Fläche für ein GIB-Flex ein Bereich nahe des Ortsteiles Broich ausgewählt, welcher aufgrund der o.g. Gründe (Flutkatastrophe, etc.) ausnahmsweise nicht angrenzend an einen bestehenden Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung angegliedert ist, sich jedoch ebenfalls u.a. aufgrund der vorhandenen Anbindungen eignen würde (siehe hierzu StN-ID 1001034). Die Stadt Schleiden fordert die Bezirksplanungsbehörde u.a. aufgrund der geplanten Gewerbeflächenüberarbeitung sowie der Flutkatastrophe auf, die geplante südliche Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebietes Herhahn gemäß Anlage 2 S.2 angrenzend an den bestehenden Bereich für die gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) ebenfalls als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) darzustellen [s. Anlage Abb. 1001028_1].

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Zur Festlegung Erweiterung des bestehenden GIB im Ortsteil Herhahn

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Festlegung erfolgt auf Grundlage eines Flächentauschs im Rahmen der kommunalen Siedlungsraumpotentiale auf Ebene des Regionalplans.

Zur Festlegung eines GIBflex im Ortsteil Broich

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für die Stadt Schleiden besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* GIBflex. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBflex ist nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Darüber hinaus widerspricht der vorgeschlagene Standort den landesplanerischen Vorgaben. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen. Es handelt sich hierbei um eine isolierte Lage im Freiraum.

Bezug zu textlichen Festlegungen

-Zusätzliche Darstellung von ortsnahe Gewebeflächen für den endogenen Bedarf, die Verortung erfolgt seitens der Kommunen

-Zusätzliche Ausweisung von ASB-Flex und GIB-Flex, die Verortung erfolgt seitens der Kommunen.

Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt.

Anhänge

[Abb_ID_1001028_1.pdf](#)

1001029, Stadt Schleiden	
<p>Inhalt</p> <p>Überschwemmungsgebiete</p> <p>Bezüglich der im Entwurf zum Regionalplan ausgewiesenen Überschwemmungsgebiete wird auf die Stellungnahme des Kreis Euskirchen, Punkt ?8. Überschwemmungsgebiete und Siedlungsbereiche" verwiesen. Sofern der im Entwurf dargestellte Überschwemmungsbereich auf das Extremhochwasser (HQextrem) angepasst wird, fordert auch die Stadt Schleiden die Bezirksplanungsbehörde auf, sicherzustellen, dass vorhandene Siedlungsbereiche, welche bereits bebaut oder durch eine verbindliche Bauleitplanung belegt sind, mit dem Bestandsschutz zu sichern sind. Sofern aus Gründen des Hochwasserschutzes eine noch nicht in Anspruch genommene Siedlungsfläche, die planungsrechtlich nicht gesichert ist, zurückgenommen wird, ist hierfür ein Ausgleich an geeigneter Stelle zur Verfügung zu stellen, da diese in die Bedarfsberechnung des Flächenbedarfes mit eingeflossen sind.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es ist nicht vorgesehen die Überschwemmungsbereiche um das HQextrem zu erweitern. Bereiche oder Flächen, die aufgrund des vorbeugenden Hochwasserschutzes nicht genutzt werden können, werden nicht als Reserven berücksichtigt.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung: Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungspotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW <i>?Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren"</i> und Grundsatz 4-2 LEP NRW <i>?Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)?</i> bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.</p>

1001030, Stadt Schleiden

Inhalt

Bereiche zum Schutz der Natur (BSN)

Es wird auf die Stellungnahme des Kreises Euskirchen unter Punkt 5. "Rücknahme von BSN-Flächen auf tatsächliche NSG und Ausweisung von Biotopverbundflächen als eigene Gebietskategorie", sowie auf das Schreiben des Kreis Euskirchens an die Bezirksregierung bezüglich der BSN-Flächen vom 15.12.2020 verwiesen. Wie auch der Kreis Euskirchen erhebt die Stadt Schleiden erhebliche Bedenken bei der Ausweisung der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN), da diese über die bisher ausgewiesenen BSN-Flächen deutlich hinausgehen und nun nicht nur Naturschutzgebiete, sondern auch Landschaftsschutzgebiete, Biotopverbundflächen und Z.T. sogar über bebauten Gebäudebestand geplant wurden. Seitens der Stadt Schleiden wird ebenfalls befürchtet, dass bei landesplanerischen Anfragen und Genehmigungsverfahren nicht zwischen den beiden Kategorien unterschieden wird und es zu Versagungen oder der Forderung von umfangreichen Fachgutachten kommt, sofern sich ein Planbereich angrenzend oder sogar innerhalb einer solchen BSN-Fläche befindet und diese eventuell keine besondere Schutzfunktion erfüllt. Schlimmstenfalls wird im Genehmigungsverfahren die Ausweisung eines BSN als öffentlicher Belang pauschal entgegengehalten. Besonders kritisch sind auch bestehende Freizeitnutzungen, welche sich nun z.T. in BSN-Flächen befinden. Bei beabsichtigten Vorhaben könnte dies nun grundsätzlich in BSN-Flächen nicht mehr zulässig sein. Eine Konkretisierung der naturverträglichen Sport-, Erholungs- und Freizeitnutzung in den BSN-Flächen findet im textlichen Teil nicht statt. Auch die Einbeziehung bereits bebauter Flächen ist nicht nachvollziehbar und wird als besonders problematisch angesehen. Insbesondere ist dabei der Bereich der ehemaligen NS - Ordensburg Vogelsang zu nennen. Hier ist der nordöstliche Bereich (Redoute, Sportplatz, Turnhalle, Schwimmbad etc.) sowie auch der westliche Bereich betroffen, wo die Flächen z.B. bereits der Freizeitnutzung (Astronomie-Werkstatt) oder mit Bestandsgebäuden genutzt werden. Die jetzige Ausweisung der BSN-Flächen ist für die Stadt Schleiden in diesem Bereich nachteilig und bringt lediglich nicht nötige Einschränkungen mit sich. Eine Ausweisung von bereits in Anspruch genommenen Flächen muss hier ausdrücklich unterbleiben. Das Gegenstromprinzip sollte bei der Ausweisung der BSN-Flächen dringend beachtet werden. Als eine weitere besonders problematische Fläche wird der Bereich zwischen den Ortsteilen Olef und Nierfeld angesehen, auf welchem eine neue Kindertagesstätte errichtet werden soll, vgl. Punkt 2.1 Neuausweisung ASB im Bereich des Ortsteils Olef" sowie ein im Flächennutzungsplan der Stadt Schleiden bereits ausgewiesenes Sondergebiet besteht. Ebenfalls ist beispielsweise der gesamte Bereich der Straße "In der Seebricht, 53937 Schleiden" zu nennen, welcher bereits vorwiegend dem Wohnen dient und als BSN-Fläche dargestellt ist. Gerade auch im nördlichen Bereich der zuvor genannten Straße (Flurstücke Nr. 506 und teilweise Nr. 182, Flur 25, Gemarkung Gemünd) bis angrenzend an das Naturschutzgebiet "Maisberg nördlich Mael,

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

EU-042" können entsprechende Maßnahmen zum Hochwasserschutz (z.B. in Form eines Regenrückhaltebeckens) aufgrund der vergangenen Flutkatastrophe sinnvoll sein, um die darunterliegende Bebauung nachhaltig zu schützen, vgl. insbesondere Punkt ?2.2 Neuausweisung ASB aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und der Flutkatastrophe" und ?2.3 Neuausweisung GIB / GIB-Flex aufgrund einer Rücknahme im Interkommunalen Gewerbegebiet Kall/Schleiden sowie aufgrund der Flutkatastrophe" dieser Stellungnahme. Auch hier wird die Ausweisung als BSN-Fläche problematisch gesehen und kann zu nicht notwendigen Einschränkungen führen. Hinzu kommt, dass aufgrund der Sonderstellung der Stadt Schleiden mit dem Nationalpark Eifel im Stadtgebiet bereits ohnehin eine deutliche Fläche einem starken naturrechtlichen Schutz unterliegt und nicht entwickelbar ist. Auch wenn der Regionalplan aufgrund seines Maßstabes nicht parzellenscharfe Darstellungen mit sich bringt, sind jedoch je nach Bereich erhebliche Abweichungen zu verzeichnen. Die Stadt Schleiden fordert die Bezirksplanungsbehörde daher ebenfalls dringend auf, die Darstellung der BSN-Flächen lediglich auf Gebiete mit besonderer Schutzfunktion (NSG, Nationalpark, FFH-Gebiete) zu beschränken und die Biotopverbundflächen mit einem gesonderten Planzeichen differenziert gemäß Vorschlag des Kreis Euskirchen im neuen Regionalplan darzustellen. Abweichungen sollten nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen. Die zuvor genannten, sowie weitere, besonders relevante Bereiche, sind der Anlage 2 S. 1 und S.2 zu entnehmen [s. Anlage Abb. 1001-030_1 und Anlage Abb. 1001_030_2].

Bezug zu textlichen Festsetzungen

-Rücknahme der BSN-Flächen auf Gebiete mit besonderer Schutzfunktion (NSG, Nationalpark Eifel, FFH-Gebiete), gesonderte Darstellung der Biotopverbundflächen mit zusätzlichem Planzeichen, Anpassung Ziel 20 der textlichen Festlegungen (Seite 101, 102)

Anhänge

[Abb_ID_1001030_1.pdf](#)

1001031, Stadt Schleiden	
<p>Inhalt</p> <p><u>Ausweisung von Waldbereichen</u></p> <p>Im Ortsteil Broich sind zwei kleinere Flächen, die in einem Bebauungsplan bereits planungsrechtlich als Bauland festgesetzt sind, als Waldbereich dargestellt, vgl. Anlage 2 S. 1 [s. Anlage Abb. 1001031_1]. Der Regionalplan sollte aufgrund des Gegenstromprinzips entsprechend angepasst werden.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1001031_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es handelt sich um sehr kleinräumige Flächen, für die es mit Blick auf die regionalplanerische Unschärfe keiner Anpassung der regionalplanerischen Festlegungen bedarf. Mit der Festlegung wird nicht in bestehende Rechte eingegriffen.</p>

1001032, Stadt Schleiden	
<p>Inhalt</p> <p><u>Energie</u></p> <p>Es wird auf die Stellungnahme des Kreis Euskirchen unter Punkt 9. "Energie" verwiesen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1001033, Stadt Schleiden	
<p>Inhalt</p> <p><u>Oberflächengewässer</u></p> <p>Es wird erneut auf die Stellungnahme des Kreis Euskirchen unter Punkt 7. "Oberflächengewässer und Talsperren" verwiesen.</p> <p><u>Bezug zu textlichen Festsetzungen</u></p> <p>Änderung der textlichen Festlegungen auf Seite 119, Ergänzung Zweckbestimmung Hochwasserschutz (H) und Erholung (E).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Anders als bei bestehenden Talsperren und Stauanlagen liegen für die im Entwurf des Regionalplans festgelegten "Vorsorgebereiche Talsperren" als Standortoptionen für zukünftige Talsperren keine wasserwirtschaftlichen Betriebsgenehmigungen vor. Daher wird in Tabelle 2 der Erläuterung 7 zu Ziel 25 nur die im Entwurf des Regionalplans zugewiesene Funktion "Trinkwasserversorgung" für den Vorsorgebereich Talsperren Preth- und Platißbachtalsperre, wie sie bereits im rechtskräftigen Regionalplan festgelegt ist, beibehalten und keine Funktion ergänzt.</p> <p>Es wird aufgrund der Begründung zusätzlich auf die Autorenkorrektur ID 1016477 verwiesen.</p>

1001034, Stadt Schleiden	
<p>Inhalt</p> <p>Des Weiteren fordert die Stadt Schleiden die Bezirksplanungsbehörde ausnahmsweise auf, nahe des Ortsteils Broich und außerhalb der Tallage ein GIB-Flex als alternative Fläche darzustellen. Die genaue Abgrenzung der Fläche kann der beigefügten Anlage 2 S.1 entnommen werden [s. Anlage Abb. 1001034_1]. Zur Begründung der Anregung siehe auch StN-ID 1001028.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1001034_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Für die Stadt Schleiden besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> GIBflex.</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBflexi st nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Darüber hinaus widerspricht der vorgeschlagene Standort den landesplanerischen Vorgaben. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen. Es handelt sich hierbei um eine isolierte Lage im Freiraum.</p>

AZ: BET_137000_1	
Gemeinde Weilerswist	
1000930, Gemeinde Weilerswist	
Inhalt Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Wirtschaftsförderung hat in seiner Sitzung am 05.05.2022 folgende Stellungnahme beschlossen: Die Gemeinde Weilerswist erklärt sich in großen Teilen mit dem Entwurf des neuen Regionalplans einverstanden.	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird weitgehend Zustimmung erklärt.

1000931, Gemeinde Weilerswist	
<p>Inhalt</p> <p>Der ?Allgemeine Siedlungsbereich? (ASB) sollte zur Arrondierung im Bereich rund um die Grundschule Vernich geringfügig erweitert werden [s. Anhang Abb. 1000931_1].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1000931_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Eine Veränderung des ASB ist nicht erforderlich. Die kleinflächige Erweiterung bewegt sich im Interpretationsspielraum der regionalplanerischen Festlegung.</p>

1000932, Gemeinde Weilerswist

Inhalt

Darüber hinaus besteht aus Sicht der Gemeinde eine viel zu geringe Ausweisung für ?Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung? (GIB). Mit der Ausweisung des ?alten? Regionalplans konnte der Bedarf an Gewerbeflächen ? insbesondere durch die beiden Ansiedlungen von dm und Prologis in einer Größe von fast 30 ha gedeckt werden. Diese Ansiedlungen erfolgten vor über 10 Jahren, danach wurden ?nur noch? die Restflächen vermarktet bzw. vermittelt. Die nun noch geringfügig vorhandenen Reserveflächen von ca. 5 ha werden von den Betriebsinhabern als Reserveflächen benötigt. Allein im ersten Quartal des Jahres 2022 wurden bei der Gemeinde Weilerswist über 20 ha Gewerbeflächen nachgefragt. Vor diesem Hintergrund sollte die vorgesehene ?flexible GIB-Fläche? nicht 15 ha betragen, sondern mindestens 45 ha.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bestehen entsprechend der planerischen Konzeption keine Spielräume für die Verortung zusätzlicher GIB bzw. GIBflex-Bereiche.

1000933, Gemeinde Weilerswist	
<p>Inhalt</p> <p>Wie bereits in der von der Gemeinde Weilerswist beschlossenen Rahmenplanung aus dem Jahr 2014 vorgesehen, muss aus Sicht der Gemeinde Weilerswist die Osttangente als wichtige gemeindliche Verkehrsverbindung zur Verknüpfung der Ausweitung des ASB im Bereich zwischen Weilerswist Süd bis zur L 210 sowie der Erweiterung der GIB-Fläche ausgewiesen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Festlegung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Geplante Straßen werden festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten gemeindlichen Planung nicht der Fall. Der Anregung wird somit nicht gefolgt. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

1002413, Gemeinde Weilerswist	
<p>Inhalt</p> <p>Durch die 52. FNP-Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Weilerswist wurden Flächen für die Landwirtschaft in Flächen für Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung Feuerwehr und Rettungswache umgewandelt (Gemarkung Vernich, Flur 17, Flurstück 70). Im Entwurf des neuen Regionalplans wurde dies noch nicht berücksichtigt. Ich bitte Sie, die Darstellung dieser Gemeinbedarfsfläche in den neuen Regionalplan aufzunehmen.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1002413_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan legt keine Flächen für Gemeinbedarf fest.</p> <p>Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist regionalplanerisch nicht darstellungsfähig.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

AZ: BET_138000_1

Stadt Züllich

1002350, Stadt Züllich

Inhalt

Der Touristische Fachbeitrag zur Überarbeitung des Regionalplans (Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen) enthält den Vorschlag, am Wassersportsee einen ASB mit zweckgebundener Nutzung für Freizeit, Tourismus und Erholung darzustellen. Diesem Vorschlag sollte auch im Regionalplan entsprochen werden [s. Anhang Abb. 1002350_1].

Anhänge

[Abb_ID_1002350_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei dem Wassersportsee und seiner Umgebung handelt es sich nicht um eine überwiegend baulich geprägte Freizeit-, Tourismus- oder Sporteinrichtung in regionalplanerischer Größenordnung i.S. des LEP NRW Kapitel 6.6 Vielmehr ist das Gelände der ehemaligen Landesgartenschau in erster Linie durch freiraumgeprägte Freizeit-, Sport- und Tourismusaktivitäten geprägt. Für die vorhandenen baulichen Einrichtungen bzw. Bauflächen im Freiraum bietet der LEP NRW entsprechende Optionen für eine Weiterentwicklung. Bereits im geltenden Flächennutzungsplan sind erhebliche bauliche Entwicklungspotenziale zur Weiterentwicklung des landschaftsorientierten Erholungsraums am Zülpicher See ausgewiesen.

1002351, Stadt Zülpich	
<p>Inhalt</p> <p>Die im Regionalplanentwurf vorgesehene GIB-Erweiterungsfläche ist nach Auffassung der Stadt zu gering ausgefallen, um den langfristigen Bedarf (ca. 20 Jahre) für die Stadt Zülpich zu decken. Hier sollte zumindest eine beidseitige Entwicklung des Gewerbegebietes entlang der derzeit im Ausbau befindlichen Straße nach Nemmenich möglich sein. Der östlich der Straße gelegene Bereich befindet sich im Wasserschutzgebiet (WSG III A), was im Übrigen auch bereits für große Teile des bestehenden Industrie- und Gewerbegebietes gilt. Eine entsprechende Bedingung, dass hier keine grundwassergefährdenden Betriebe zulässig sind, wäre daher für diesen Bereich erforderlich. Die im Regionalplanentwurf bereits enthaltene GIB-Erweiterung enthält außerdem eine Abstandsfläche zur angrenzenden Bahnlinie, die u. E. nicht erforderlich ist. Um eine entsprechende Vergrößerung der GIB-Fläche auch in Richtung Bahnlinie wird daher gebeten [s. Anhang Abb.1002351_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID_1002351_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der auf Basis der landesplanerischen Vorgaben ermittelte Bedarf lässt die Verortung zusätzlicher GIB in der Stadt Zülpich im Einklang mit den Zielen der Landesentwicklungsplanung nicht zu. Gemäß den abgestimmten Kriterien Region Plus Wirtschaft ist die Verortung von regionalen Bedarfen in Gebieten der Wasserschutzzone IIIA aus Gründen des vorsorgenden Trinkwasserschutzes ausgeschlossen. Mit dem im Regionalplan-Entwurf vorgesehenen GIBflex sind die Potenziale für diese Festlegung ausgeschöpft.</p>

AZ: BET_139000_1

Kreis Heinsberg

1005624, Kreis Heinsberg

Inhalt

Seitens der unteren Abfallwirtschaftsbehörde, der Immissionsschutzbehörde, der unteren Wasserbehörde sowie der Abgrabungsbehörde werden keine Bedenken geäußert. Das Bauordnungsamt verweist auf die Planungshoheit der Kommunen des Kreises Heinsberg.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Fehlanzeige gemeldet. Es wird auf die Stellungnahmen der Kommunen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hingewiesen. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen verwiesen.

Inhalt

Das Gesundheitsamt nimmt wie folgt Stellung:

Aus gesundheitsaufsichtlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen die Neuaufstellung des Regionalplans Köln, sofern die Immissionsgrenzwerte der TA-Lärm und der TA-Luft eingehalten werden und eine gesundheitliche Beeinträchtigung der umliegenden Bevölkerung auch durch Altlasten des Bodens nicht zu besorgen ist. Ein Schutz des Trinkwassers und der Trinkwasserschutzgebiete muss gewährleistet sein. Ein Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen auf den Menschen durch Lärm, Erschütterungen, elektromagnetische Felder, Strahlung, Licht und Luftverunreinigungen muss gewährleistet sein. Voraussichtliche erhebliche Umwelt-einwirkungen auf das Schutzgut "Menschen / menschliche Gesundheit" in den Plangebieten oder im Umfeld der Plangebiete sind durch Vorhabens- und standortbezogene Prüfungen zu erörtern.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme enthält keine Anregungen zu konkreten Festlegungen. Erhebliche Umweltauswirkungen werden in der Regionalplanung der Planungsebene entsprechend betrachtet. Differenziertere Betrachtungen sind in nachgelagerten Planungsverfahren vorzunehmen.

1005626, Kreis Heinsberg

Inhalt

Der Aufgabenträger für den ÖPNV nimmt wie folgt Stellung:

a) Textlicher Teil:

2.3 / G. 9 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern (S. 50 f.): Erläuterungen

Es wird um Ergänzung der Beispielaufzählung um den Punkt "im Mobilitätssektor" gebeten (Abschnitt 1, S. 51 oben).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterung zu der Textliche Festlegung G.9 wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

1005627, Kreis Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Der Aufgabenträger für den ÖPNV nimmt wie folgt Stellung:</p> <p>a) Textlicher Teil</p> <p>3.4 / Z.16 Überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (S. 83 f.): Erläuterungen</p> <p>Es wird folgender Hinweis zum Kapitel "überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen" mit Verweis auf die entsprechende Zeichnerische Feststellung gegeben: Während die Selfkantbahn im Kreis Heinsberg im aktuellen Regionalplan dargestellt ist (s. Abb. 1), ist die Darstellung im Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplans nicht mehr enthalten (s. Abb. 2). Im Vergleich dazu wird der Freizeitpark Phantasialand im Rhein-Erft-Kreis / Stadt Brühl weiterhin als "Freizeitanlage" geführt. Es wird um eine Anpassung der Zeichnerischen Festlegung Kreis Heinsberg gebeten.</p> <p>Verweis auf die Zeichnerische Festlegung: Abb. 1 und Abb. 2</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005627_1]</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005627_2]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005627_1.pdf</p> <p>Abb_ID1005627_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es besteht keine Festlegung für die Selfkantbahn im geltenden Regionalplan. Die Voraussetzungen für eine Festlegung als durch bauliche Anlagen geprägte Einrichtung für Erholung, Sport, Tourismus und Freizeit liegen nicht vor.</p>

1005628, Kreis Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Der Aufgabenträger für den ÖPNV nimmt wie folgt Stellung:</p> <p>a) Textlicher Teil</p> <p>5.1.2 / G.52 Radwegenetz (S. 131): Erläuterungen</p> <p>Es wird um Ergänzung der Hinweise zu Radschnellverbindungen und Radvorrangrouten (HRSV) 2021 (FGSV-Nr. 284/1), im Abschnitt 2 gebeten. Es wird darauf hingewiesen, dass die Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA 2010) aktuell überarbeitet und im Jahr 2022 veröffentlicht werden sollen. Der Abschnitt 2 ist ggf. entsprechend inhaltlich zu überarbeiten bzw. zu aktualisieren.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterung zur textlichen Festlegung G.52 <i>Flächendeckende Radinfrastruktur entwickeln</i> wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).</p>

1005629, Kreis Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Der Aufgabenträger für den ÖPNV nimmt wie folgt Stellung:</p> <p>a) Textlicher Teil</p> <p>5.1.2 / G.52 Radwegenetz (S. 131): Erläuterungen</p> <p>Außerdem wird um Ergänzung eines Hinweises auf das vorliegende Gesamtregionale Radverkehrskonzept für das Rheinische Revier, ähnlich dem Hinweis in Kap. 5.1.3 / G.55 Abschnitt 5 NVR Machbarkeitsstudien zur Schieneninfrastruktur im Rheinische Revier, gebeten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die der Darstellungssystematik entsprechenden Radverbindungen des Gesamtregionalen Radverkehrskonzept für das Rheinische Revier wurden nachrichtlich in die Erläuterungskarte I2 aufgenommen. Die Ergänzung eines Hinweises im Erläuterungstext ist somit nicht erforderlich.</p>

1005630, Kreis Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Der Aufgabenträger für den ÖPNV nimmt wie folgt Stellung:</p> <p>b) Zeichnerische Festlegung</p> <p>Es wird darum gebeten, im Bereich der Stadt Hückelhoven (s. Abb. 3) die Darstellung der Schienenverbindungen den gegebenen Verhältnissen anzupassen. Es wird vorgeschlagen, die Schienentrasse um die Logistikhalle in Richtung der Stadt Wassenberg einzuzeichnen (siehe 5.1.3 / G.55 / Abschnitt 5: Machbarkeitsstudie: Reaktivierung zwischen Baal und Hückelhoven-Ratheim, ggf. Wassenberg, Betrachtung der Gesamtachse Mönchengladbach - Hückelhoven-Ratheim, ggf. Wassenberg, Betriebskonzept/ Standardisierte Bewertung).</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005630_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005630_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

1005631, Kreis Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Die untere Bodenschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung:</p> <p>4.1.2 Bodenschutz</p> <p>Für den Bereich des Regionalplans bestehen aus Sicht des Bodenschutzes keine grundsätzlichen Bedenken. Es wird jedoch auf die schutzwürdigen Böden im Plangebiet verwiesen. Es wird gebeten, Folgendes zu prüfen, um Eingriffe in schutzwürdige Böden zu verringern (Flächennutzungseffizienz): die Nutzung von Baulücken, Flächenrecycling sowie die Revitalisierung von Brachflächen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Sie richtet sich an die Umsetzung auf nachfolgender Ebene.</p>

1005632, Kreis Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Der Straßenbaulastträger für die Kreisstraßen nimmt wie folgt Stellung:</p> <p>a) Textlicher Teil</p> <p>5.1.4 Straßennetz</p> <p>Es wird auf die LEP VI Fläche in Geilenkirchen-Lindern (LEP NRW, Ziel 6.4-2 "Inanspruchnahme von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben") verwiesen, welche federführend vom Land Nordrhein-Westfalen sowie der Stadt Geilenkirchen betreut wird (Future Site InWest). Die im Bau befindliche bzw. im weiteren Verlauf zur Planung vorgesehene L364n (Ortsumgehung Hückelhoven und Hilfarth) dient u.a. zur Erschließung dieser Fläche. Baulastträger dieser Fläche ist der Landesbetrieb Straßen.NRW.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1005633, Kreis Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Der Straßenbaulastträger für die Kreisstraßen nimmt wie folgt Stellung:</p> <p>a) Textlicher Teil</p> <p>5.1.4 Straßennetz</p> <p>Weiterhin ist vorgesehen, in diesem Rahmen Anstrengungen zu unternehmen, die L228n (Ortsumgehung Lindern) im Landesstraßenbedarfsplan von Stufe 2 auf die Stufe 1 aufzustufen und anschließend zu realisieren. In diesem Zuge soll die Verlängerung der K24 von Geilenkirchen-Würm nach Geilenkirchen Lindern (s. Abb. 4 - zur besseren Lesbarkeit s. auch Anlage 1) es ermöglichen, einen niveaugleichen Bahnübergang zu beseitigen, die Ortslage Würm vom Durchgangsverkehr zu entlasten und gleichzeitig eine südliche Erschließung des o.g. geplanten Industriegebietes bei Geilenkirchen Lindern an die BAB A44 zu erreichen. In Verbindung mit der vorgesehenen Neutrassierung der L228 bei Geilenkirchen Lindern durch den Landesbetrieb Straßen.NRW ergibt sich eine deutliche Steigerung der Leistungsfähigkeit im klassifizierten Straßennetz. Die Anbindung der LEP VI Fläche (Future Site InWest) in nördliche Richtung an die K16, insbesondere zur Entlastung der Ortslagen Randerath und Himmerich, wird seitens des Kreises Heinsberg unterstützt, die genaue Trassenführung ist jedoch unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Verkehrsgutachtens und in konstruktiver Abstimmung mit der Stadt Heinsberg noch zu finden.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005633_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005633_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1005634, Kreis Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Der Straßenbaulastträger für die Kreisstraßen nehmen wie folgt Stellung:</p> <p>a) Textlicher Teil</p> <p>5.1.4 Straßennetz</p> <p>Für den Kreis Heinsberg ergibt sich auf der Grundlage des vom Kreistag beschlossenen Verkehrsentwicklungskonzeptes (s. Abb. 5 - zur besseren Lesbarkeit s. auch Anlage 2) neben der o.g. K24n der Bedarf für eine weitere wichtige Streckenverbindung - der K3 (s. Abb. 6 - zur besseren Lesbarkeit s. auch Anlage 3) als Ortsumgehung der Ortslage Gangelt-Birgden mit der Ertüchtigung der Streckenführung bis zur Müllumschlaganlage Hahnbusch. Diese Baumaßnahme wird aufgrund der Neutrassierung der 856 notwendig. Mit der Maßnahme wird die überaus enge Ortsdurchfahrt Birgden entlastet, das Gewerbegebiet Birgden ortslagenfrei angebunden und für die zentrale Müllumschlaganlage des Kreises Heinsberg eine ortslagenfreie Erreichbarkeit geschaffen. Der erste Bauabschnitt (Ortsumgehung Birgden) ist zwischenzeitlich planfestgestellt. Mit den Bauarbeiten soll voraussichtlich Ende 2023 begonnen werden.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005634_1]</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005634_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005634_1.pdf Abb_ID1005634_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1005635, Kreis Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Der Straßenbaulastträger für die Kreisstraßen nimmt wie folgt Stellung:</p> <p>a) Textlicher Teil</p> <p>5.1.4 Straßennetz</p> <p>Als weitere Maßnahme wird auf die L277n (K30n) als Verbindung zwischen Erkelenz-Kaulhausen und Erkelenz-Kückhoven (im Bereich des Tagebau Garzweiler) in Verbindung mit der Realisierung einer Süd-Westumgehung Kaulhausen verwiesen (Verlängerung der K30 mit Anschluss an die L277n (K30n). Bei der L277n handelt es sich um eine Maßnahme in der Baulast von Straßen.NRW (s. Abb. 7 und 8).</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005635_1]</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005635_2]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005635_1.pdf</p> <p>Abb_ID1005635_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1005636, Kreis Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Die untere Naturschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung:</p> <p>Im Kreis Heinsberg liegen flächendeckend rechtskräftige Landschaftspläne vor. Der Regionalplan hat die Funktion des Landschaftsrahmenplans und von daher sind bei allen Änderungen mittelbar auch Einflüsse auf die Landschaftspläne abzuleiten. Bei der Begutachtung der einzelnen Änderungen im neu aufzustellenden Regionalplan ist aus fachtechnischer Sicht der unteren Naturschutzbehörde zunächst zugrunde zu legen, dass der Kreis Heinsberg vergleichsweise arm an naturnahen Strukturen ist. Der Waldanteil beträgt z. B. nur ca. 11 %. Grünland und insbesondere artenreiches Grünland ist ebenfalls unterrepräsentiert. Grünstrukturen finden sich überproportional häufig unmittelbar im Umfeld der Siedlungen, was bei Siedlungserweiterungen entsprechende Konfliktpotenziale entfacht. Des Weiteren finden sich im Kreis überwiegend gute bis sehr gute Böden mit hoher Eignung für eine intensive landwirtschaftlich Nutzung. Gleichzeitig ist das Kreisgebiet in den vergangenen Jahrzehnten besonders intensiv von Eingriffen in Natur und Landschaft geprägt worden.</p> <p>Hierzu zählen insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> ? Eine überdurchschnittliche Dynamik bei der Ausweisung von Siedlungs- und Gewerbeflächen ? überproportional viele Gewinnungsstätten für Rohstoffe, sei es für die Bauindustrie oder für die Energiegewinnung ? Der Bau zahlreicher Straßen, insbesondere der B56n in Fortführung der A46 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Sie enthält keine Bedenken oder Anregungen zu Festlegungen des Planentwurfs.</p>

1005637, Kreis Heinsberg

Inhalt

Die untere Naturschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung:

Der Kreis Heinsberg nimmt an dem Projekt "Global Nachhaltige Kommune NRW" teil und erarbeitet derzeit gemäß den UN-Nachhaltigkeitszielen eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie. Somit erfolgt eine intensive Auseinandersetzung mit den Themen Flächenverbrauch, optimierte Nutzung vorhandener Strukturen, zukunftsweisende Mobilität im ländlichen Raum sowie ökologische Anreicherung von Natur und Landschaft in einem intensiv genutzten Agrarraum bei gleichzeitig optimaler Nutzung regenerativer Energien. Im Rahmen dieses Prozesses wird unter dem Handlungsfeld "Ressourcenschutz & Klimafolgenanpassung" das strategische Ziel 6.1 verfolgt. Demnach soll im Jahr 2030 ein integriertes und umweltverträgliches Bodenmanagement im Kreis Heinsberg dazu beitragen, dass vorhandene land- und forstwirtschaftliche Flächen im Sinne der Nachhaltigkeit und der Energiewende bewirtschaftet, wertvolle Grün- und Naherholungsflächen erhalten sowie Flächenneuversiegelungen im Regelfall vermieden werden können.

Als Fachbehörde für Naturschutz und Landschaftspflege wird die Aufgabe im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans auch darin gesehen, die vorgelegten Änderungen an diesen Zielen zu messen. Im Bundesnaturschutzgesetz gilt das Prinzip der Minimierung von Eingriffen, die bei jedem Projekt einzufordern sind. Hierzu gehört auch der Flächenverbrauch, insbesondere dann, wenn landschaftlich wertvolle Strukturen betroffen sind.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Festlegungen für Siedlungsraum und Infraststruktur erfolgen in Umsetzung der landesplanerischen Vorgaben (LEP NRW). Insbesondere in Bezug auf den Siedlungsraum werden Vorgaben zu einer bedarfsgerechten und flächensparenden Festlegung auf regionalplanerischer Ebene konkretisiert. Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung bleibt davon unberührt.

Inhalt

Die untere Naturschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung:

Es ist unbestritten, dass auch in Zukunft weitere Flächenversiegelungen erfolgen werden. Aus dem Blickwinkel der von der unteren Naturschutzbehörde zu vertretenden Belange wären jedoch eine Reihe von Neuausweisungen von Wohnbau- und Gewerbeflächen auf ihren Umfang mit Hinblick auf den Zeithorizont des neuen Regionalplans zu überprüfen. Der Regionalplan steuert über die Darstellung von Bauflächen aller Art auf bislang unbebauten Flächen auch die Wirtschaftlichkeit eines Flächenrecyclings. Ziel sollte sein, dass das Flächenrecycling gegenüber dem Bauen "auf der grünen Wiese" wirtschaftlich attraktiv wird. Mit Versiegelungen im Außenbereich sind in der Regel naturschutzrelevante Strukturen oder wertvolle Böden mit guten Potenzialen für die Landwirtschaft betroffen. Aus dem Blickwinkel von Naturschutz und Landschaftspflege sind daher in einigen Bereichen auch zu bestehenden Ausweisungen im lichte der sich durch Klimawandel und Artenrückgang verändernden Prioritäten kritische Anmerkungen angezeigt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Siedlungsraum erfolgen in Umsetzung der Vorgaben zu einer bedarfsgerechten und flächensparenden Siedlungsentwicklung und unter Berücksichtigung der Nutzung vorhandener Potenzialen bzw. des "Flächenrecyclings".

Inhalt

Die untere Naturschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung:

3.2.1 Allgemeine Siedlungsbereiche - textliche sowie zeichnerische Festlegungen

Zu überprüfen und zu reduzieren wären aus naturschutzfachlicher Sicht die im Vergleich zum Bestand und zur Projektionszeit unverhältnismäßig großen allgemeinen Siedlungsbereichsausweisungen in folgenden Orten:

? Erkelenz: Die ASB-Neuausweisungen im Westen und Nordwesten, die unter dem Aspekt des auslaufenden Tagebaus und nicht mehr stattfindender Umsiedlungen im Vergleich zu den anderen Mittelzentren wie Heinsberg oder auch Hückelhoven und Geilenkirchen unverhältnismäßig erscheinen

? Heinsberg-Kirchhoven in Richtung Südwesten

? Wegberg-Wildenrath in Richtung Osten

? Gangelt in Richtung Nordwesten

? Hückelhoven Baal in nördlicher und südlicher Richtung

? Erkelenz-Holzweiler (bisher kein ASB), vor allem auf der östlichen Seite

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können.

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW für den Regionalplan Köln Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung

	bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.
--	--

1005640, Kreis Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Die untere Naturschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung:</p> <p>3.3 Gewerbe- und Industriegebiete - textliche sowie zeichnerische Festlegungen</p> <p>Bei den Gewerbeflächen ist der Bereich nördlich von Hückelhoven-Baal aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde sehr kritisch zu sehen. Hier wird im größeren Umfang eine zum Schutz der Landschaft ausgewiesene Fläche zur Gewerbe- und Industriebereich umgewidmet. Aus dem Blickwinkel der Fachbehörde für Naturschutz und Landschaftspflege wird die Entwicklung eines Gewerbestandortes losgelöst von bestehenden Gewerbe- und Siedlungsstandorten und dazunoch im Landschaftsschutzgebiet sehr kritisch gesehen, auch wenn die konkret beanspruchten Flächen primär Äcker sind. In unmittelbarer Nähe befinden sich sehr wertvolle Eichenwälder mit hohem Erholungswert. Verinselungseffekte sind hier zu befürchten. Die Lösung an der Krefelder Straße führt nach hiesiger Einschätzung zu einem nach heutigen Maßstäben unverhältnismäßig hohen Landschaftsverbrauch und zu einer Zersiedelung der Landschaft. Gleichwohl wird die Notwendigkeit einer regionalen Gewerbeflächenentwicklung gesehen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Für die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal gilt, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis (s. StnID 1001804). Der Anregung ist somit entsprochen.</p>

Inhalt

Die untere Naturschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung:

3.3 Gewerbe- und Industriegebiete - textliche sowie zeichnerische Festlegungen

Um optimierte Ergebnisse zu erhalten, wäre insbesondere auf dem Gebiet der Ausweisung von Gewerbe- und Industriegebieten ein Mehr an interkommunaler Zusammenarbeit zwecks Reduzierung des Flächenverbrauchs bzw. des optischen Flächen- bzw. Landschaftsverbrauchs geboten. GI B-Plus-Standorte bieten sich entlang der A46/B56n an. Zudem sollte im Bereich des Braunkohletagebaus der äußerste Osten des Kreisgebietes betrachtet werden. Dort ist die geringste Ausstattung des Naturhaushalts mit entsprechenden Strukturen und mit der nahen A61/ A44 eine Verkehrsanbindung in alle Richtungen gegeben. Sollte der Standort von Alt-Immerath bzw. dessen näheres Umfeld nicht abgegraben werden, wäre dies eine Variante, die gegebenenfalls auch ein Flächenrecycling erfahren könnte. Hier könnte ebenfalls ein kreisübergreifendes GIB-Plus mit vergleichsweise geringen Wirkpfaden in den Bereich von Natur und Landschaft entstehen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich werden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeitet und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret im Kreis Heinsberg.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist.

Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungspotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen

der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungspotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1005642, Kreis Heinsberg

Inhalt

Die untere Naturschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung:

5.1 Straßenbauprojekte

Da der Verkehr durch die zunehmende Elektrifizierung und Technisierung zunehmend emissionsärmer und sicherer wird, verblassen viele Argumente für Umgehungsstraßen, die bereits vor Jahrzehnten konzipiert wurden. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit der Erhaltung möglichst unzerschnittener Landschaftsteile für Erholung, Naturschutz und am Ende auch für die landwirtschaftliche Erzeugung immer größer. Die teils seit vielen Jahren in den Plänen eingezeichneten Umgehungsstraßen sollten aus vorgenannten Gründen generell einer Prüfung auf ihre Erforderlichkeit unterzogen werden, nicht zuletzt aus dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde.

Inhalt

Die untere Naturschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung:

5.1 Straßenbauprojekte

Erschließung des Industriegebietes Lindern

Im Rahmen der Offenlage zum Regionalplanentwurf wurden der unteren Naturschutzbehörde Planvorschläge der Stadt Heinsberg bekannt, eine Erschließung des Industriegebietes Lindern (Future Site InWest) von der K16 abzweigend längs durch die sog. Teichbachaue zwischen Heinsberg-Himmerich und Hückelhoven-Hilfarth als Kreisstraße zu planen. Diese Planung ist in den offengelegten Plänen noch nicht eingezeichnet. Diese wird jedoch als so relevant erachtet, dass bereits jetzt hierzu Stellung genommen wird. Die Teichbachaue ist als Bereich zum Schutz der Natur ausgewiesen. Aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde bestehen gegen derartige Pläne größtmögliche Bedenken. Die Teichbachniederung mit ihren noch vorhandenen Resten von Niedermoorböden ist einer der Landschaftsabschnitte im Kreis Heinsberg mit den größten Entwicklungspotenzialen. Diese Potenziale hat die untere Naturschutzbehörde in den letzten ca. 15 Jahren mit viel Aufwand erschlossen und erschließt diese weiter. So wurden dort mit erheblichem finanziellem Aufwand bereits ca. 30 Hektar Flächen aus der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung herausgenommen und für den Natur- und Artenschutz hergerichtet. Ein Großteil der Flächen wurde zu diesem Zweck seitens des Kreises mit entsprechenden Mitteln erworben. Hier wurden u. a. Maßnahmen zur Wiedervernässung initiiert, in dem z. B. Drainagen entfernt und Gräben aufgestaut wurden. Seit dieser Zeit ist dort eine Avifauna entstanden, die im Kreis Heinsberg ihresgleichen sucht. Unter anderem findet sich hier die größte Dichte an Revieren von Rohrsängern und Arten mit ähnlichen Lebensraumsansprüchen. Das Gebiet ist zudem während des Vogelzuges Raststation für viele Arten aus der Ordnung der Limikolen (Wadvögel). Entstanden sind außerdem Feuchtwiesen und Brachen, Amphibiengewässer und weitere Sonderstandorte. Die für den Naturschutz hergerichteten Flächen beschränken sich nicht nur auf das knapp 23 ha große Naturschutzgebiet "Teichbachaue/ Himmericher Bruch", das den Kern der Teichbachaue bildet, sondern auch auf Flächen im Umfeld, die durch Vorkommen von Niedermoorböden entsprechende Entwicklungspotenziale aufweisen. Dass allein diese seltenen Böden schon wegen der Bedeutung für den Klimaschutz als besonders schützenswert zu bezeichnen sind, spricht gegen ein solches Vorhaben.

Die Teichbachniederung sollte daher weiter als Bereich zum Schutz der Natur ausgewiesen werden und nicht durch eine Straße, die das Areal längs zerschneiden und somit zerstören würde. Für die LEP VI Fläche Future Site InWest in Geilenkirchen Lindern wäre die Fläche eher ein Raum für weitere Kompensationsmaßnahmen als ein

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken und Ablehnung gegenüber eines vom Kreis geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekts geäußert, welches nicht Gegenstand der zeichnerischen Festlegung des Regionalplans ist (vgl. StnID 1005893). Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Raum für Erschließungsstraßen.	
--------------------------------	--

1005644, Kreis Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Die untere Naturschutzbehörde nehmen wie folgt Stellung:</p> <p>5.1 Straßenbauprojekte</p> <p>Gleichwohl wird seitens des Kreises Heinsberg die Anbindung der LEP VI Fläche (Future Site InWest) in nördliche Richtung an die K16, insbesondere zur Entlastung der Ortslagen Randerath und Himmerich unterstützt, wobei die genaue Trassenfindung jedoch unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Verkehrsgutachtens in konstruktiver Abstimmung mit der Stadt Heinsberg zu finden ist.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise gegeben, die sich an nachgelagerte Planungsebenen richten und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1005645, Kreis Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Die untere Naturschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung:</p> <p>5.1 Straßenbauprojekte</p> <p>Seitens der unteren Naturschutzbehörde wird die Erschließung des Industriegebietes über die L364 und die geplante Umgehung Hückelhoven/Hilfarth zur Anschlussstelle Hückelhoven-Ost als Nordvariante favorisiert. Diese Variante weist eine gewisse Multifunktionalität und damit eine entsprechende Flächen- und Ressourcenschonung auf, weil sie gleichzeitig erhebliche Teile der Durchgangsverkehre von Hückelhoven und Hilfarth aufnehmen würde. Die im Gespräch befindlichen Varianten Richtung A46 - Anschlussstelle Dremmen würden die nachvollziehbare Problematik der Ortsumgehung Hückelhoven/ Hilfarth allein nicht lösen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben und darüber hinaus weder Anregungen noch Bedenken vorgebracht.</p>

1005646, Kreis Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Die untere Naturschutzbehörde nehmen wie folgt Stellung:</p> <p>5.1 Straßenbauprojekte</p> <p>Dass die L364 unmittelbar vor Hilfarth die Rurniederung kreuzt und das Waldgebiet am Junkerberg durchschneidet, ist aus naturschutzfachlicher Sicht zwar bedauerlich, aber letztendlich in der Abwägung vertretbar. Besonders wertvolle Strukturen sind in der Rurniederung im Bereich möglicher Trassenquerungen eher unterrepräsentiert, das Waldgebiet am sog. Junkerberg ist zudem nur ein Teilabschnitt von ca. 250 m. Hierbei handelt es sich zwar um einen überwiegend aus heimischen Arten bestehenden Laubwald, diesem fehlen aber, wichtige Vegetations- und Habitatelemente. Nach Süden wäre die Erschließung des Industriegebietes zur A44 auf dem Gebiet des Kreises Heinsberg etwa nur über die gering belastete Kreisstraße 24 denkbar. Favorisiert wird seitens der unteren Naturschutzbehörde eine Westumgehung Lindern mit Abzweig nach Westen Richtung K24. landschaftlich wertvolle Abschnitte würden hier, wenn überhaupt, nur auf kurzer Strecke durchschnitten, wie etwa das Tal des Beeckfließes. Hier sollte eine Trasse möglichst unmittelbar entlang der Bahnlinie gewählt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben und darüber hinaus weder Anregungen noch Bedenken vorgebracht.</p>

1005647, Kreis Heinsberg

Inhalt

Die untere Naturschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung:

4.3 Bereiche zum Schutz der Natur und Bereiche zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung

Die Entwicklungen im Naturhaushalt, gekennzeichnet vom Rückgang der Populationen vieler Arten durch eine Addition von Einflüssen (Flächenentzug, intensivierte Landwirtschaft und klimatischen Veränderungen) belegen, wie notwendig es ist, ein funktionierendes Gerüst von Flächen mit hoher Bedeutung für den Naturschutz zu haben. Deshalb müssen die verbliebenen Strukturen als umso wertvoller erachtet werden. Dabei hat sich im Laufe der Jahre die Vernetzung von Naturelementen als wichtig für die Erhaltung von Populationen fast aller Arten herauskristallisiert.

Begrüßt werden aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde die teils vergrößerten Bereiche zum Schutz der Natur, wie z. B. in einigen Abschnitten entlang der Rur. Ebenfalls begrüßt werden die Bereiche zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung im Bereich der Ortsränder, wie z. B. im Bereich der Dörfer im Abschnitt zwischen Heinsberg und Gangelt, die bereits zum Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen wurden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme beinhaltet Zustimmung und darüber hinaus keine Anregungen oder Bedenken zu Planfestlegungen.

1005648, Kreis Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Die untere Naturschutzbehörde nehmen wie folgt Stellung:</p> <p>5.2.3 Erneuerbare Energien</p> <p>In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich im Kreis Heinsberg ein radikaler Wandel der Landschaft, insbesondere im optischen Bereich, vollzogen. Das Kreisgebiet hat eine der höchsten Dichten an Windenergieanlagen in NRW. Die Entwicklung hat hier im Kreis gezeigt, dass eine steuernde Wirkung des Regionalplanes in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan hilfreich wäre, denn Windenergieanlagen von deutlich über 200 m Höhe wirken über Kommunalgrenzen hinaus und prägen sichtbar ganze Regionen. Ähnlich wie bei den Bereichen zur Rohstoffsicherung (BSAB) sollten insbesondere für die Windenergie steuernde Elemente in den Regionalplan aufgenommen werden und eine Ausschlusswirkung für nicht bezeichnete Bereiche entfachen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

AZ: BET_140000_1

Stadt Erkelenz

1000716, Stadt Erkelenz

Inhalt

Der Rat der Stadt Erkelenz hat am 29.09.2021 ein Gewerbeflächenkonzept beschlossen-(s. Anlage). Gleichzeitig hat der Rat der Stadt beschlossen, dass dieses Konzept als Leitlinie für die zukünftige Gewerbeansiedlung und die künftige Gewerbeflächenentwicklung als ein städtebauliches Konzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr.11 BauGB dient.

Die in dem Gewerbeflächenkonzept benannten Gewerbeflächen sind deckungsgleich mit den GIB Standorten im Entwurf des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln. Das Gewerbeflächenkonzept der Stadt Erkelenz beinhaltet darüber hinaus bedarfsgerechte Flex Flächen (s. S. 44, 46 und 48). Diese Flächen sollen dabei in Anspruch genommen werden, wenn GIB Flächen aufgrund nicht vorhersehbarer Gründe (z.B. Flächenerwerb) nicht umgesetzt werden können. Ich bitte darum diese GIB-Flexflächen in den Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln aufzunehmen um eine bedarfsgerechte Gewerbeflächenentwicklung in der Stadt ErkeLenz vornehmen zu können. Die GIB-Flexflächen grenzen dabei unmittelbar an die GIB-Flächen an, welche unmittelbar an den Anschlussstellen der BAB 46 liegen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Anhänge

[Abb_ID_1000716.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ?wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für die Stadt Erkelenz besteht noch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren*.

Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIBflex.

1000717, Stadt Erkelenz	
<p>Inhalt</p> <p>Südwestlich des Stadtgebietes ist auf der Fläche der Stadt Hückelhoven ein GIB + unmittelbar an der Grenze des Stadtgebietes dargestellt.</p> <p>Das GIB + erstreckt sich in der Darstellung beiderseits der B 57. Die B 57 bindet in nördlicher Richtung an die BAB 46 an und verläuft dadurch durch das Stadtgebiet der Stadt Erkelenz und Erkelenzer Ortsteile. Durch die B 57 kommt es bereits jetzt zu erheblichen Lärmemissionen im Ortsteil Granterath. Sollten durch ein GIB+ weitere Verkehre die B 57 belasten, wird mit einer unzumutbaren Belästigung der Bewohnerinnen und Bewohner der Ortschaft Granterath gerechnet. Die Grundstücke grenzen dabei unmittelbar an die B 57. Der Standort liegt sehr nah an der Erkelenzer Ortschaft Granterath (Luftlinie bis zum nächsten Wohngebäude unter ein Kilometer). Eine Mehrbelastung der B 57 und damit der Erkelenzer Bevölkerung in Granterath ist nicht akzeptabel. Der Standort soll aus Sicht der Stadt Erkelenz nicht im Regionalplan dargestellt werden.</p> <p>Der Rat der Stadt Erkelenz hat am 06.04.2022 vorliegende Stellungnahme beschlossen (s. Anlage).</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1000717.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804).</p>

AZ: BET_141000_1

Gemeinde Gangelt

1005760, Gemeinde Gangelt

Inhalt

Mit Schreiben vom 25.01.2022 haben Sie uns aufgefordert, eine Stellungnahme zur Neuauflistung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln abzugeben. Die VDH Projektmanagement GmbH von der Heide aus Erkelenz hat aufgrund meines Auftrages aus stadtplanerischer Sicht, unter Berücksichtigung der gemeindlichen in Aufstellung befindlichen Bebauungspläne, Änderungen und Neuauflistungen des Flächennutzungsplanes eine mit mir abgestimmte Stellungnahme erarbeitet. Diese ist als offizielle Stellungnahme zur Offenlage des Regionalplanes als Anlage beigefügt und seitens des Rates beschlossen.

Projekt Nr. 22-076 - Stellungnahme Regionalplan Gangelt

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht.

Inhalt**1. Bevölkerungsentwicklung**

Die Gemeinde Gangelt ist erheblich durch die unmittelbare Grenznähe gegenüber den Niederlanden geprägt. Neben anderen Wechselwirkungen führt dieser Umstand auch dazu, dass zahlreiche Menschen aus den Niederlanden in Gangelt einen Arbeitsplatz gefunden haben. Gemäß den Erhebungen des landesbetriebs IT.NRW sind in den letzten Jahren rund 100 Niederländer in Gangelt einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen (vgl. Anlage 1). Dies entspricht einem Anteil von rund 2,2 bis 2,3 Prozent der Beschäftigten am Wohn- bzw. Arbeitsort Gangelt (vgl. Anlage 2, Seite 14). Ferner relativiert dieser Umstand in erheblichem Umfang den insgesamt negativen Saldo der Pendler in Gangelt. Die der Neuaufstellung des Regionalplanes zu Grunde liegenden Bedarfsberechnungen berücksichtigen an unterschiedlichen Stellen die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den einzelnen Kommunen. Der Anteil der Einpendler aus dem Ausland findet hingegen keine erkennbare Berücksichtigung. Dies führt zu einer unsachgemäßen Verzerrung der Bedarfsberechnung. Die Gemeinde Gangelt regt daher an, den Anteil der ausländischen Einpendler in vollem Umfang in die Bedarfsberechnungen einfließen zu lassen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Inhalt

2. Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) und "Bereich für regionale gewerbliche und industrielle Nutzungen" (GIBregional) Birgden

Im Hinblick auf die Entwicklung der Ortslage Birgden ergeben sich unterschiedliche Punkte, die bereits im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes zu berücksichtigen sind. Zur Förderung einer besseren Übersicht und Verständlichkeit werden diese Punkte im nachfolgenden Auszug aus dem Blatt 01 der Beteiligungsunterlagen eingetragen und grafisch erläutert.

2.1 Südlicher Abschluss des ASB (vgl. Abbildung 1, Nr. 1)

Durch die städtebauliche Entwicklung der zurückliegenden Jahrzehnte sind in der Ortslage Birgden unterschiedliche, städtebauliche Missstände entstanden. Insbesondere kann eine deutliche soziale wie auch verkehrliche Trennung zwischen dem nordwestlichen, um den Ortskern entwickelten Teilbereich sowie den südöstlich gelegenen Neubaugebieten festgestellt werden. Dies erweist sich sowohl im Hinblick auf die soziale Integration neuer Quartiere als auch auf die Verkehrsführung als problematisch. Um den vorgenannten Problemen zu begegnen, hat die Gemeinde eine Rahmenplanung für die Ortslage entwickelt. Diese ist der vorliegenden Stellungnahme als Anlage 3 beigelegt. Demnach wird beabsichtigt, den südwestlichen Ortsrand von Birgden durch eine bogenförmige Haupteinfahrtsstraße einzufassen. Diese soll im Nordosten an das Paulssträßchen und im Südwesten an die Gaterstraße anbinden. Auf diese Weise sollen insbesondere die vorgenannten Straßen, jedoch auch die Wohnstraßen in den südöstlich von Birgden gelegenen Neubaugebieten entlastet werden. Dies kann unmittelbar zur Wohnqualität beitragen, eröffnet darüber hinaus jedoch zusätzliche Räume, die für Freiraum- und Aufenthaltsfunktionen genutzt werden können. Darüber hinaus wird beabsichtigt, den Südbogen durch eine begleitende Grünfläche zu ergänzen, die perspektivisch zu einem Birgden umfassenden Grünring ausgebaut werden soll. Innerhalb von diesem können zusätzliche, die Naherholung begünstigende Nutzungen untergebracht werden. Durch die grüne Vernetzung der gesamten Ortslage sollen unterschiedliche Anziehungspunkte in den verschiedenen Quartieren entstehen und die Bewohner dazu motivieren, die gesamte Ortslage kennenzulernen und zu nutzen. Dies soll letztlich zu einer vollständigen, sozialen Integration aller Quartiere beitragen. Aus Sicht der Gemeinde Gangelt bietet es sich aus städtebaulichen Gründen an, die Bereiche zwischen dem Südbogen und den bereits heute in Anspruch genommenen Flächen als Bauland zu nutzen. Auf diese Weise würde eine klare und abschließende Grenze zwischen den Siedlungsstrukturen und der freien Landschaft entstehen. Ebenso würden gegenüber der freien Landschaft isolierte, landwirtschaftlich genutzte Flächen vermieden. Zuletzt könnte die Entwicklung von zusätzlichem Bauland einen maßgeblichen Beitrag zur Finanzierung der

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Gangelt verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Flächen als ASB ist nicht bedarfsgerecht.

Für die Gemeinde Gangelt besteht jedoch noch Bedarf für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (ASBflex). Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASBflex.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Umgehungsstraße aber auch der Freiraum- und Aufenthaltsfunktionen leisten. In der vorangestellten Abbildung 1 wurden die Grenzen der bestehenden Siedlungsstrukturen in einer durchgezogenen, braunen Linie sowie die geplante Grenze des Südbogens in einer gestrichelten, braunen Linie eingetragen. Aus Sicht der Gemeinde Gangelt sollte der ASB im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes bis an die gestrichelte, braune Linie herangeführt werden. Auf diese Weise könnte die beabsichtigte Entwicklung der Ortslage unterstützt werden. Die Änderung würde dazu führen, dass insgesamt rund 13 ha an zusätzlichen ASB-Reserven dargestellt werden. Im Hinblick auf die langfristige Ausrichtung des Regionalplanes, die der Darstellung zu Grunde liegende und klare, städtebauliche Zielsetzung sowie die Ausführungen unter Nr. 1 "Bevölkerungsentwicklung" dieser Stellungnahme erscheint die beabsichtigte Darstellung richtig und angemessen. In diesen Zusammenhang regt die Gemeinde Gangelt an, den ASB entsprechend der braun gestrichelten Linie mit der Markierung 1 entsprechend der Abbildung 1 abzugrenzen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

[s. Anhang Abb. ID 1005762_1]

Anhänge

[Abb_ID1005762.pdf](#)

1005763, Gemeinde Gangelt

Inhalt

2.2 Flächen zwischen "Jankerfeld" und Selfkantbahn (vgl. Abbildung 1, Nr. 2)

Unter Berücksichtigung der Darstellung des noch aktuellen Regionalplanes hat die Gemeinde Gangelt die in der Abbildung 1 mit der Nummer 2 markierten Flächen bereits erworben und mit deren Entwicklung begonnen. Einen diesbezüglichen Gestaltungsplan sowie einen Vorentwurf für eine Flächennutzungsplanänderung erhalten Sie als Anlagen 4 und 5 zu dieser Stellungnahme. Durch die Entwicklung sollen die Geilenkirchener Straße und das Paulssträßchen verkehrlich miteinander verbunden werden. Auf diese Weise kann ein erster Abschnitt, der unter Nr. 2.1 dieser Stellungnahme beschriebenen Maßnahmen, bereits realisiert werden. Neben den unter Nr. 2.1 beschriebenen Aspekten wirkt sich die Maßnahmen auch auf weitere verkehrliche und siedlungsstrukturelle Belange positiv aus. So besteht heute ein weiterer verkehrlicher Konfliktpunkt im fließenden Übergang vom Paulssträßchen in die Ortsdurchfahrt. Hierdurch fahren bestehende Verkehre ohne wirksame Reduzierung der Fahrtgeschwindigkeit in den Ort ein. Erfahrungsgemäß helfen Fahrbahneinengungen und dergleichen bei dieser Problemstellung nur bedingt. Durch die beabsichtigte Entwicklung wird der Verkehr hingegen insofern positiv beeinflusst, als dass am entstehenden Ortseingang ein Kreuzungspunkt entsteht. Die hierdurch bedingte Abstimmung der Verkehrsteilnehmer erfordert eine natürliche Geschwindigkeitsreduzierung. Auch trägt die Maßnahme zur Entstehung eines klar definierten Ortseinganges bei. Weiterhin soll mit dem Baugebiet eine unmittelbare Verbindung vom Paulssträßchen mit der Geilenkirchener Straße erfolgen. Die innerörtliche HAUPTerschließung Birgdens soll über diese zusätzliche Anbindung entlastet werden. In diesen Zusammenhang regt die Gemeinde Gangelt an, den ASB entsprechend der Fläche 2 in der Abbildung 1 abzugrenzen bzw. die Darstellung des aktuellen Regionalplanes an dieser Stelle aufrechtzuerhalten.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

[s. Anhang Abb. ID 1005763_1]

Anhänge

[Abb_ID1005763.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Gangelt verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Flächen als ASB ist nicht bedarfsgerecht.

Für die Gemeinde Gangelt besteht jedoch noch Bedarf für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (ASBflex). Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASBflex.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005764, Gemeinde Gangelt	
<p>Inhalt</p> <p>2.3 Philippenkuhle (vgl. Abbildung 1, Nr. 3)</p> <p>Entgegen der in den Beteiligungsunterlagen zur Neuaufstellung des Regionalplanes verwendeten Kartengrundlage ist der ASB der Ortslage Birgden bereit heute bis zu der braunen Linie mit der Bezeichnung 3 in Anspruch genommen. Ein entsprechender Auszug aus dem Siedlungs-Flächenmonitoring der Gemeinde wird nachfolgend abgebildet. Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Gegebenheiten regt die Gemeinde Gangelt daher an, den ASB bis an die vorgenannte Linie heranzuführen.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005764_1]</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005764_2]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005764_1.pdf</p> <p>Abb_ID1005764_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d.h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005765, Gemeinde Gangelt

Inhalt

2.4 Interkommunales Gewerbegebiet (vgl. Abbildung 1, Nr. 4)

Zwischen Gangelt-Birgden und Heinsberg-Waldenrath sehen die Beteiligungsunterlagen einen "Bereich für regionale gewerbliche und industrielle Nutzungen" (GIBregional) vor. Die Gemeinde Gangelt regt an, diese Darstellung - entsprechend der Fläche 4 in der Abbildung 1 - bis zur B56 zu erweitern. Auf diese Weise würden die Synergien zwischen Gewerbe und Bundesstraße optimal genutzt. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die ausgelösten Verkehrsströme und den Flächenverbrauch, jedoch auch im Hinblick auf die Auswirkungen auf sämtliche natürlichen Schutzgüter zu befürworten.

[s. Anhang Abb. ID 1005765_1]

Anhänge

[Abb_ID1005765.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die veränderte Festlegung des GIBregional im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Gemeinde Gangelt verfügt hingegen über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Auch stehen keine weiteren Bedarfe für GIB mit regionaler Bedeutung

(Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Eine Vergrößerung des in Rede stehenden GIBregional ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

AZ: BET_142000_1	
Stadt Geilenkirchen	
1003668, Stadt Geilenkirchen	
<p>Inhalt</p> <p>Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln</p> <p>TÖB-Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Regionalplan-Entwurfs</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehme ich im Rahmen der öffentlichen Auslegung Stellung zum Entwurf des Regionalplans Köln. Diese Stellungnahme wurde durch den Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung der Stadt Geilenkirchen in der 12. Sitzung am 25.08.2022 beschlossen. Ein Protokollauszug dieser Sitzung ist der Stellungnahme als Anlage beigefügt (ANL01)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003668_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003668_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht.</p>

Inhalt**1) Ausgangslage**

Im Rahmen der Erarbeitung des Regionalplan-Entwurfs hat am 29.11.2017 das Kommunalgespräch zwischen der Stadt Geilenkirchen und der Bezirksregierung Köln stattgefunden. In diesem Kommunalgespräch wurden die Grundzüge der räumlichen Entwicklung diskutiert und vorhandene Datengrundlagen, die zur Bedarfsberechnung erforderlich waren, abgeglichen. Als Ergebnis der landeseinheitlichen Bedarfsberechnungsmethode wurden für die Stadt Geilenkirchen folgende Bedarfe ermittelt:

Bedarf an Wohn- und Mischflächen: 64 ha

Bedarf an Gewerbeflächen (GE/GI): 25,5 ha

Gemäß den textlichen Festlegungen zum Regionalplan (1.4, Seite 31) wurde auf die ermittelten Bedarfe ein Planungszuschlag von 20 % addiert. Dies führt zu den endgültigen Bedarfen gemäß textlicher Festlegungen (3.1.2, Seite 59) von:

Bedarf an Wohn- und Mischflächen: 77 ha

Bedarf an Gewerbeflächen (GE/GI): 30 ha

Auf Grundlage der im Jahr 2017 herrschenden Entwicklungsperspektiven der Stadt Geilenkirchen kann den berechneten Bedarfen zugestimmt werden.

In der Zwischenzeit hat sich die Entwicklungsperspektive für die Stadt Geilenkirchen und auch für den Kreis Heinsberg jedoch verändert. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich die Planungen des Industriegebiets Lindern ?FUTURE SITE InWEST? - eine Fläche für landesbedeutsame Großvorhaben ? konkretisiert haben. Ziel des Landes Nordrhein-Westfalen ist es, dass durch das Industriegebiet ?FUTURE SITE InWEST? bis zu 10.000 Arbeitsplätze im Stadtgebiet Geilenkirchen geschaffen werden, um die Folgen des Strukturwandels abmildern zu können. Der Rat der Stadt Geilenkirchen hat in seiner Sitzung am 27.10.2021 den Aufstellungsbeschluss für den entsprechenden Bebauungsplan Nr. 122 beschlossen und die Planungen damit offiziell eingeleitet. Zur Entwicklung und Vermarktung dieser landesbedeutsamen Fläche wurde im Juli 2021 die FUTURE SITE InWEST Entwicklungsgesellschaft mbh (FSI GmbH) gegründet. Durch die geplante Entwicklung dieses ca. 250 ha großen Areals, ergeben sich für die Stadt Geilenkirchen neue Bedarfsansätze hinsichtlich der Siedlungsentwicklung, die es so zum Zeitpunkt des Kommunalgesprächs noch nicht gab. Die neuen Siedlungsbedarfsansätze sind auch in Zusammenhang mit der allgemeinen Mobilitätswende zu sehen, deren Ziel es ist, dass Wohnort und Arbeitsort in räumlicher

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

<p>Nähe zueinanderstehen, um Fahrten zu vermeiden. Da die Entwicklung nach den landesplanerischen Vorgaben vorrangig in den festgelegten Siedlungsbereichen erfolgen soll, bedeutet dies konkret, dass die Ausweisung weiterer allgemeiner Siedlungsbereiche (ASB) im Stadtgebiet Geilenkirchen notwendig wird. Darüber hinaus muss insbesondere auch die (Verkehrs-) Infrastruktur wachsen.</p>	<p>jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung <i>Flächenüberhänge vermeiden und abbauen</i> sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.</p> <p>Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).</p> <p>Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größereordnung von 10 ha.</p> <p>In Bezug auf die Festlegung neuer ASB gilt, der Anregung ist entsprochen (s. Stellungnahmen ID 1003673, 1003674, 1003677, 1003678).</p>
--	---

Inhalt**2) Ausweisung weiterer allgemeiner Siedlungsbereiche (ASB)**

Aus Sicht der Stadt Geilenkirchen ist die Ausweisung weiterer ASB nötig, um die Bedarfe zu befriedigen, die sich aus der Entwicklung des Industriegebiets Lindern ?FUTURE SITE InWEST? ergeben. Hierfür kommen die nachfolgenden Bereiche in Frage.

2.1) Erweiterung und Umwandlung des bestehenden ASB in einen zASB für Geilenkirchen (Innenstadt) mit Bauchem und Hünshoven

Derzeit ist der Stadtkern Geilenkirchens mit Bauchem und Hünshoven im Regionalplan als ASB dargestellt. Vor dem Hintergrund, dass im Stadtgebiet weitere ASB entstehen, soll der bestehende ASB Geilenkirchen mit Bauchem und Hünshoven zukünftig als ?zentralörtlich bedeutsamer Allgemeiner Siedlungsbereich? (zASB) ausgewiesen werden. Dieser zukünftige zASB sollte zudem in nördliche Richtung, also in Richtung des Stadtteils Niederheid, erweitert und nach Süd-Westen hin arrondiert werden (zeichnerisch dargestellt in ANL03). Gemäß Grundsatz G.16 (textliche Festlegungen S. 68) soll die Siedlungsentwicklung auf die zASB ausgerichtet sein und laut Ziel Z.1 (textliche Festlegungen 3.1.1; S. 54) soll die Siedlungsentwicklung vorrangig innerhalb der im Regionalplan festgelegten Siedlungsbereiche erfolgen. Wie bereits zuvor erwähnt, besteht für die Stadt Geilenkirchen ein Bedarf an Wohn- und Mischflächen von ca. 77 ha. Dieser Bedarf kann in der aktuell als ASB/zASB festgelegten Fläche nicht gedeckt werden, da keine entsprechenden Reserven zur Verfügung stehen. Es wurde geprüft, ob eine höhere Dichte der Bebauung innerhalb des bestehenden ASB/zASB möglich ist. Dies ist vereinzelt möglich und wird auch schrittweise umgesetzt (Bsp. Bebauungspläne 114 und 120 der Stadt Geilenkirchen). Jedoch können auch diese Flächen den zu erwartenden Bedarf nicht decken. Gemäß Ziel 6.1-4 des Landesentwicklungsplans NRW (LEP NRW) soll eine bandartige Entwicklung und - damit eingeschlossen - das Zusammenwachsen von Ortsteilen entlang von Verkehrswegen verhindert werden. Das Ziel 6.1-4 LEP NRW steht jedoch nicht im Widerspruch zu der hier vorgesehenen Entwicklung des ASB/zASB, da es sich nicht um eine bandartige Entwicklung entlang einer Verkehrsführung handelt, sondern vielmehr um eine kreisförmige Ausdehnung bzw. um eine Arrondierung.

[s. Anhang Abb. ID 1003673_1)

Anhänge

[Abb_ID_1003673_1.pdf](#)

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der angeregten südwestlichen Fläche im Ortsteil Bauchem als Siedlungsraum stehen zum Teil fachrechtliche Planungsdirektiven (festgesetzte Lärmschutzzonen) entgegen.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verfügt die Stadt Geilenkirchen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.

In Bezug auf die Festlegungen zum Schutz vor Fluglärm (LEP NRW) gilt, dass die Bauleitplanung der Gemeinden so gesteuert wird, dass neue Flächen und Gebiete mit überwiegender Wohnnutzung und schutzbedürftige Einrichtungen nach § 5 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm möglichst in einem ausreichenden Abstand vom Gelände bestehender und geplanter Flugplätze ausgewiesen werden. Ergänzend sind die in Rechtsverordnungen festgesetzten Lärmschutzzonen gemäß Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm (FlugLärmG) in den Regionalplänen nachrichtlich zu übernehmen.

Um die Raumkonflikte im Umfeld der bestehenden Flughäfen vorsorgend zu minimieren, ist eine Steuerung der Siedlungsentwicklung erforderlich, deren räumlicher Umfang durch die Erweiterte Lärmschutzzone definiert wird. In diese Steuerung soll der Belang des Schutzes der Bevölkerung vor Fluglärm frühzeitig einfließen.

Regelungsgegenstand der Erweiterten Lärmschutzzone in Verbindung mit dem Grundsatz G. 61 *Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisungen berücksichtigen* ist die kommunale Siedlungsentwicklung. Im Umfeld der bestehenden Flughäfen soll er möglichen Raumkonflikten vorsorgen. Der Grundsatz ist bei neu geplanten Flächen und Gebieten im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung anzuwenden.

Die zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche (zASB) werden nach einer einheitlichen Methode gemäß der Begründung zur Grundsatzfestlegung *Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten* in Abstimmung mit den Kommunen bestimmt und in einer Erläuterungskarte dargestellt. Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Der in Rede stehende ASB Geikenkirchen mit den Ortsteilen Bauchem und Hünshoven ist entsprechend dieser Methodik bereits als zASB gekennzeichnet. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen.

1003677, Stadt Geilenkirchen	
<p>Inhalt</p> <p>2) Ausweisung weiterer allgemeiner Siedlungsbereiche (ASB)</p> <p>Aus Sicht der Stadt Geilenkirchen ist die Ausweisung weiterer ASB nötig, um die Bedarfe zu befriedigen, die sich aus der Entwicklung des Industriegebiets Lindern ?FUTURE SITE InWEST? ergeben. Hierfür kommen die nachfolgenden Bereiche in Frage.</p> <p>2.3) Ausweisung eines neuen ASB für den Stadtteil Gillrath</p> <p>Auch der Stadtteil Gillrath kommt für eine Ausweisung als ASB infrage (ANL05). Gillrath hat derzeit genau 2.000 Einwohner (ANL02) mit einem konstanten Bevölkerungswachstum. Zudem ist die Nachfrage nach Bauland in Gillrath ungebrochen hoch. Gillrath verfügt über eine gute Infrastruktur. Neben einer Kita und einer Grundschule bietet der Ort bspw. Möglichkeiten zur Nahversorgung durch Gastronomie/Imbissbuden/Restaurants, einen Bäcker, eine Tankstelle, ein grünes Warenhaus und einen Blumenladen. Zudem wird einmal in der Woche ein Wochenmarkt angeboten. Auch ein Frisör und ein Hausarzt sind im Ort Gillrath zu finden. Zudem verfügt Gillrath durch die ?Selfkantbahn? über touristisches Potenzial. In diesem Zusammenhang sollte das lebendige Orts- und Vereinsleben positiv erwähnt werden. Die Flächeninanspruchnahme durch den Ort Gillrath liegt weit über 10 ha.</p> <p>[s. Anhang ID 1003677_1]</p> <p>[s. Anhang ID 1003677_2]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003677_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1003677_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2.000 Einwohnern als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) festzulegen. Eine Weiterentwicklung solcher Ortsteile zu ASB ist unter den Voraussetzungen des Ziels 2-3 LEP NRW möglich.</p> <p>Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine vorhandene Ortslage im regionalplanerischen Freiraum (bauleitplanerisch verfestigt), welche die landesplanerischen Vorgaben gemäß Ziel 2-3 LEP NRW zur Festlegung als Siedlungsraum erfüllt.</p> <p>Eine Festlegung als ASB ist daher sachgerecht. Eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur innerhalb der Kommune wird gewahrt.</p> <p>Die Begründung zum Regionalplanentwurf wird entsprechend fortgeschrieben.</p>

Inhalt**2) Ausweisung weiterer allgemeiner Siedlungsbereiche (ASB)**

Aus Sicht der Stadt Geilenkirchen ist die Ausweisung weiterer ASB nötig, um die Bedarfe zu befriedigen, die sich aus der Entwicklung des Industriegebiets Lindern ?FUTURE SITE InWEST? ergeben. Hierfür kommen die nachfolgenden Bereiche in Frage.

2.4) Ausweisung eines neuen ASB für den Stadtteil Lindern

Der Stadtteil Lindern befindet sich direkt südlich der GIB-Fläche für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben (s. textliche Festlegungen 3.3.3; S. 82-83). Die GIB-Fläche soll ? wie eingangs erwähnt - unter dem Namen ?FUTURE SITE InWEST? entwickelt und vermarktet werden und künftig bis zu 10.000 Menschen einen Arbeitsplatz bieten. Durch die Entwicklung dieses landesbedeutsamen Großvorhabens wird eine weitere Entwicklung in Gang gesetzt und es werden neue Bedarfe generiert, die zum Zeitpunkt des Kommunalgesprächs im Jahr 2017 noch nicht in Rede standen und daher auch nicht in die Berechnung der Bedarfe mit eingeflossen sind. Lindern verfügt derzeit über 1.310 Einwohner (ALN02). Auch wenn Lindern derzeit unter der 2.000 Einwohner-Grenze liegt, wird der Ort perspektivisch wachsen. Gemäß den textlichen Festlegungen (3.2.1; S. 66) können auch Ortsteile mit weniger als 2.000 Einwohnern gemäß den Vorgaben des LEP NRW zum ASB entwickelt werden. Eine Entwicklung der Ortschaft Lindern zum ASB drängt sich bei näherer Betrachtung des LEP NRW und des Regionalplan-Entwurfs nahezu auf. Neben der Entwicklung des Industriegebiets spielt die Infrastruktur, hier insbesondere der Bahnanschluss, eine bedeutende Rolle. Lindern verfügt über einen Bahnhof, der an der Strecke Aachen-Mönchengladbach sowie an der Strecke Lindern-Heinsberg liegt. Hier verkehren regelmäßig die Linien RB33 und RE4, welche stark durch Pendler aus Lindern und weit darüber hinaus genutzt werden. Im Sinne der Mobilitätswende sollen Wohnort und Arbeitsort - wie bereits eingangs erwähnt - in räumliche Nähe zueinander liegen. Zudem sollten die Verkehre zukünftig zu einem größeren Anteil über den ÖPNV abgewickelt werden. Hierbei kommt dem Bahnanschluss in Lindern eine entscheidende Rolle zu. Sofern die Arbeitnehmer nicht im direkten Umfeld (Bereich der Nahmobilität: Fuß- und Radverkehr) wohnen, sollten Siedlungsbereiche entlang der Bahntrassen gefördert werden. Neben dieser günstigen Lage an einem Bahnhof verfügt Lindern über eine gute Infrastruktur, wodurch auch der Grundsatz G.12 (textliche Festlegungen; S. 63) in Lindern Anwendung findet. Bezogen auf die Nahversorgung und Waren für den täglichen Bedarf gibt es einen Supermarkt mit Bäckerei und Tankstelle sowie ein grünes Warenhaus und einen Imbiss. Es gibt die Möglichkeit an einem Bankautomaten Geld abzuholen oder einen Physiotherapeuten aufzusuchen. Der Ort verfügt zudem über eine Kita und ein reges Orts- und Vereinsleben. Wenn man die historische

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2.000 Einwohnern als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) festzulegen. Eine Weiterentwicklung solcher Ortsteile zu ASB ist unter den Voraussetzungen des Ziels 2-3 LEP NRW möglich.

Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine vorhandene Ortslage im regionalplanerischen Freiraum (bauleitplanerisch verfestigt), welche die landesplanerischen Vorgaben gemäß Ziel 2-3 LEP NRW zur Festlegung als Siedlungsraum erfüllt.

Eine Festlegung als ASB ist daher sachgerecht. Eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur innerhalb der Kommune wird gewahrt.

Die Begründung zum Regionalplanentwurf wird entsprechend fortgeschrieben.

Entwicklung des Ortes betrachtet, ist festzustellen, dass sich um den Bahnhof herum stetig weitere Wohnsiedlungen entwickelt haben. Diese Entwicklung erfolgte parallel zum alten Ortskern, welcher sich im Umfeld der Kirche befindet. Eine solche Entwicklung wird sich nach Realisierung des Industriegebiets Lindern ?FUTURE SITE InWEST? unweigerlich fortsetzen. Bei der Besiedelung der in den letzten Jahrzehnten ausgewiesenen Wohngebiete konnte festgestellt werden, dass hier neben den Ortsansässigen insbesondere Pendler die neuen Baugrundstücke erworben haben. Die v. g. Entwicklung spiegelt sich zwar in den Grundsätzen des Regionalplan-Entwurfs wieder, jedoch nicht in den zeichnerischen Festlegungen. Gemäß Grundsatz G.16 (textliche Festlegungen; S. 68-69) sollen Ortschaften, die über einen Schienenpersonennahverkehrshaltepunkt (SPNV) verfügen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung genauso vorrangig berücksichtigt werden, wie die zASB. Dies bedeutet konkret, dass die Ortschaft Lindern grundsätzlich ebenso vorrangig für eine Entwicklung von Bauflächen berücksichtigt werden müsste, wie der Stadtkern Geilenkirchens mit Hünshoven und Bauchem. Auch ohne die Entwicklung des Industriegebiets besitzt Lindern landesplanerisch das Potenzial, zum ASB entwickelt zu werden. Daher sollte der Ort Lindern im Regionalplan als ASB ausgewiesen werden. Eine zeichnerische Variante ist dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt (ANL06).

Anhänge

[Abb_ID_1003678_1.pdf](#)

[Abb_ID_1003678_2.pdf](#)

1003679, Stadt Geilenkirchen	
<p>Inhalt</p> <p>3) Ausweisung der Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche (GIB)</p> <p>Die Ausweisung der Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche (GIB) deckt sich mit den berechneten Bedarfen aus dem Kommunalgespräch. Die Fläche für landesbedeutsame industrielle Großvorhaben ?FUTURE SITE InWEST? ist im Planentwurf als GIB-Fläche gem. LEP NRW übernommen. Auch die GIB-Fläche ?Püttstraße? wurde gem. 24. Änderung des Regionalplans im Planentwurf dargestellt. Somit sind die gewerblichen Bedarfe für den Planungszeitraum nachvollziehbar und unterliegen keinen Änderungswünschen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1003681, Stadt Geilenkirchen	
<p>Inhalt</p> <p>4) Infrastruktur</p> <p>Eminent wichtige Voraussetzung zur Entwicklung des Industriegebiets Lindern ?FUTURE SITE InWEST? ist, dass eine belastbare und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur errichtet wird, die den zu erwartenden Verkehr aufnehmen kann. Hierzu gehört insbesondere eine ortsdurchfahrtsfreie Anbindung an die Bundesautobahnen A44 und A46 über die Landstraßen L364/L364n und L228/L228n sowie über die Kreisstraße K24/K24n. Aus Sicht der Stadt Geilenkirchen ist es zwingend erforderlich, dass die v. g. Landstraße L228n, welche als Ortsumfahrung und somit als verkehrliche Entlastung der Ortschaft Lindern dienen soll, in der Landesstraßenbedarfsplanung von Stufe 2 in die Stufe 1 heraufgesetzt wird und entsprechende Planverfahren zeitnah in Gang gesetzt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die derzeitige (vorläufige) Linienführung der L228n als Ortsumfahrung Lindern gemäß den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplan-Entwurfs (s. nachfolgende Abbildung) in dieser Form nicht realisierbar ist. Dies liegt daran, dass der im Regionalplan angedeutete Straßenverlauf durch Wohnbauflächen verläuft, die im Süden Linderns in den letzten 20 Jahren entstanden sind. Die v. g. Linienführung sollte daher bereits in den zeichnerischen Festlegungen zum Regionalplan nach Süd-Westen verschoben werden.</p> <p>[s. Anhang ID 1003681_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003681_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1003682, Stadt Geilenkirchen	
<p>Inhalt</p> <p>5) Fazit</p> <p>Der Regionalplan Köln muss an die Entwicklung des Industriegebietes Lindern ?FUTURE SITE InWEST? angepasst werden. Hierzu gehört einerseits, wie unter 2.) beschrieben, die Erweiterung und Umwandlung des bestehenden ASB in einen zASB sowie die Ausweisung weiterer neuer ASB und andererseits, wie unter 4.) erwähnt, die Herstellung eines leistungsfähigen Straßennetzes.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es wird auf das allgemeine Erfordernis zur Anpassung des Regionalplans Köln aufgrund der Entwicklung der Fläche "FUTURE SITE InWEST" (GIB Geilenkirchen-Lindern) bzw. die diesbezüglichen Anregungen der Stadt Geilenkirchen hingewiesen. Die Ausgleichsvorschläge zu diesen einzelnen Anregungen können den Stellungnahmen mit der ID 1003673, 1003674, 1003677, 1003678 sowie 1003681 entnommen werden.</p>

AZ: BET_143000_1

Stadt Heinsberg

1005847, Stadt Heinsberg

Inhalt

Die für die Stadt Heinsberg relevanten Belange wurden seitens der Verwaltung zusammengestellt und in tabellarischer Form nebst Plandarstellungen den Fraktionen zur Vorberatung zugeleitet. Die CDU-Fraktion beantragte die Beschlussempfehlung der Nummer EA06 in der als Anlage beigefügten Tabelle zu ändern und wie folgt zu fassen:

?Die Neudarstellung eines GIB-Bereiches zur Sicherung des vorhandenen Betriebes wird gemäß beigefügter Skizze beantragt. Die ASS-Ausweisung soll entlang der Stapper Straße auf ein Minimum reduziert werden und der gewerbliche Siedlungsbestand soll von der ASB-Darstellung ausgenommen werden."

Der Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion wurde nach reger Aussprache von allen Fraktionen einvernehmlich angenommen. Die ergänzte Tabelle wird der Niederschrift als Anlage beigefügt. Im Anschluss wurde über einen angepassten Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Die Stellungnahme der Stadt Heinsberg (Tabelle mit Änderung der Beschlussempfehlung zu Nr. EA06) zum Entwurf des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Die Richtigkeit dieses Auszuges wird bescheinigt.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Information als Anlage beigefügt]

[s. Anhang Abb. ID 1005847_1]

[s. Anhang Abb. ID 1005847_2]

[s. Anhang Abb. ID 1005847_3]

[s. Anhang Abb. ID 1005847_4]

Anhänge

[Abb_ID1005847_1.pdf](#)

[Abb_ID1005847_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Stadt Heinsberg verwiesen.

Abb_ID1005847_3.pdf Abb_ID1005847_4.pdf	
--	--

1005848, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeiner Siedlungsraum (ASB)</p> <p><u>A01: Neudarstellung / Karken / AFAB / ASB</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Neu-Darstellung als ASB auf Grund Einwohnerzahl und Infrastrukturausstattung.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Neu-Darstellung des ASB in Karken wird begrüßt</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005848_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005848.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005849, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeiner Siedlungsraum (ASB)</p> <p><u>A02: Rücknahme / Heinsberg / ASB / BSLE</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Rücknahme auf Grund der Nähe zur JVA und der damit verbundene Immissionsproblematik</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Der Rücknahme des ASB wird zugestimmt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005849_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005849.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005850, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeiner Siedlungsraum (ASB)</p> <p><u>A03: Rücknahme / Heinsberg / ASB / BSLE / Überschwemmungsgebiet</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Rücknahme, da Biotopverbundfläche und der Überflutungsgefahr bei Starkregen, hoher Grundwasserstand und Landschaftsschutzgebiet</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Der Rücknahme des ASB wird zugestimmt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005850_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005850.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005851, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeiner Siedlungsraum (ASB)</p> <p><u>A04: Neudarstellung / Heinsberg / BSLE / ASB</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Neu-Darstellung ASB Bereich zur weiteren Bauflächenentwicklung in der Kernstadt</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Neu-Darstellung des ASB in der Kernstadt wird begrüßt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005851_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005851.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005857, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeiner Siedlungsraum (ASB)</p> <p><u>A05: Rücknahme / Heinsberg / ASB / BSLE</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Teilweise Rücknahme, da Nähe zu Hochspannungsleitungen, Immissionen der Biogasanlage und besonders schutzwürdiger Böden</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Der Rücknahme des ASB wird zugestimmt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005857_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005857.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005858, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeiner Siedlungsraum (ASB)</p> <p><u>A06: Neudarstellung / Schafhausen / AFAB / ASB</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Anpassung an die vorhandene Siedlungsstruktur "Im Mühlenkamp"</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Der Anpassung der ASB-Abgrenzung wird zugestimmt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005858_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005858.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005860, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeiner Siedlungsraum (ASB)</p> <p><u>A07: Rücknahme / Eschweiler / ASB / BSLE</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Rücknahme landwirtschaftliche Immissionen, Friedhof etc.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Der Rücknahme des ASB wird zugestimmt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005860_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005860.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005862, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p><u>A08: Rücknahme / Grebben/Hüllhoven / ASB / BSLE</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Rücknahme: tlw. Wald, Nähe zum Haus Hüllhoven, Bodendenkmal</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Der Rücknahme des ASB wird zugestimmt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005862_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005862.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005864, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeiner Siedlungsraum (ASB)</p> <p><u>A09: Rücknahme / Oberbruch / ASB / BSLE</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Rücknahme: Hochspannungsfreileitung, Landschaftsschutzgebiet</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Der Rücknahme des ASB wird zugestimmt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005864_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005864.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005865, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeiner Siedlungsraum (ASB)</p> <p><u>A10: Neudarstellung / Oberbruch / BSLE / ASB</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Neudarstellung westlich der Rurstraße zwischen "Obere Haag" und "Kranzes" zur Fortentwicklung weiterer Baugebiete an der Rurstraße</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Neu-Darstellung des ASB an der Rurstraße wird begrüßt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005865_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005865.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005866, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeiner Siedlungsraum -Flex (ASB-Flex)</p> <p><u>AF01: Änderung / Kirchhoven/Lieck / ASB / ASB Flex</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Umwandlung von ASB in ASB-Flex</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Umwandlung der ASB Darstellung in Kirchhoven in ASB-Flex zur Deckung eines zukünftigen Bedarf an Siedlungsflächen wird zugestimmt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005866_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005866.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005867, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB)</p> <p><u>G01: Neudarstellung / Heinsberg/Schleiden / BSLE / GIB</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Neu-Darstellung als GIB zur Deckung des städtischen Bedarfs an Wirtschaftsflächen (s. auch Gewerbeflächenkonzept der WFG). Antrag auf Änderung der Darstellung im Entwurf: GIB unmittelbar im Anschluss an die K5 / Kreisverkehr Schleiden. Rücknahme der Abgrabungsteilfläche im Norden.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Ausweisung eines GIB in diesem Bereich wird begünst. Die Abgrenzung und Größe soll jedoch gemäß EA 04 angepasst werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005867_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005867.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung zur zeichnerischen Festlegung eines GIB in Heinsberg-Schleiden erklärt.</p> <p>Im Hinblick auf die angeregte Änderung der zeichnerischen Festlegung des GIB gilt, der Stellungnahme ist teilweise entsprochen (s. Stellungnahmen ID 1005890 und ID 1026044).</p>

1005869, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung Flex (GIB-Flex)</p> <p><u>GF01: Neudarstellung / Heinsberg/Schafhausen / BSLE / GIB-Flex</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Darstellung als Erweiterungsbereich G 01 Antrag auf Verschiebung der GIB/GIB Flex-Ausweisung im Entwurf</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Ausweisung eines GIB Flex wird begrüßt. Die Abgrenzung / Lage soll jedoch gemäß EA04 angepasst werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005869_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005869.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung zur zeichnerischen Festlegung eines GIBflex in Heinsberg-Schleiden erklärt.</p> <p>Im Hinblick auf die angeregte Änderung der zeichnerischen Festlegung des GIBflex gilt, der Stellungnahme ist teilweise entsprochen (s. Stellungnahmen ID 1005890 und ID 1026044).</p>

1005870, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung Flex (GIB-Flex)</p> <p><u>GF02: Neudarstellung / Kirchhoven / AFAB / GIB-Flex</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Nach dem Gewerbeflächenkonzept des Kreises Heinsberg soll ein interkommunales Gewerbegebiet an der Stadtgrenze zu Waldfeucht im Anschluss an das dort bestehende Gewerbegebiet dargestellt werden.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Ausweisung eines GIB Flex zur Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes wird begrüßt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005870_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005870.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005871, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Bereiche für regionale gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB regional)</p> <p><u>GR01: Neudarstellung / Waldenrath / AFAB / GIBregional</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Im Bereich Waldenrath / Birgden ist eine Ausweisung als GIB regional (24 ha) zur Sicherung des Standortes zur interkommunalen Kooperation entsprechend des Bedarfes in unmittelbarer Nähe zur B56 / BAB 46 geplant. GIB regional dienen der Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen der Kreise. Die Flächen werden nicht auf die Bedarfe der Belegenheitskommunen angerechnet. Ca. 10ha sind auf dem Heinsberger Stadtgebiet geplant, so dass ein ausreichender Siedlungsabstand zur Ortslage Waldenrath gewährleistet ist. Die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes mit der Gemeinde Gangelt ist im Gewerbeflächenkonzept der WFG enthalten.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Darstellung als GIBregional zur Sicherung des Standortes einer interkommunalen Kooperation mit der Gemeinde Gangelt wird begrüßt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005871_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005871.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt darüberhinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Stellungnahme ID 1005765).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die veränderte Festlegung des GIBregional im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

1005873, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)</p> <p><u>B01: Neudarstellung / Änderung / Karken / AFAB/BSLE/BSN / AFAB/BSLE/BSN</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Vergrößerung der BSLE Darstellung in den Bereichen Winkel, Hingen, Hickeswinkel und Werlofeld. Ausweitung der BSN Darstellung bis an den östlichen Ortsrand (ASB) von Karken. Überlagerung mit den Überschwemmungsbereichen.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Ausweisung der BSLE-Darstellung im Bereich Karken wird zurückgewiesen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005873_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005873.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Da der Regionalplan keine Fortschreibung eines Regionalplanes ist, werden auch keine Festlegungen "erweitert". Den Festlegungen der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln liegt eine einheitliche Methodik für das gesamte Planungsgebiet zugrunde.</p> <p>Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht den v.g Kriterien.</p>

1005874, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)</p> <p><u>B02: Neudarstellung / Änderung / Kirchhoven / AFAB / AFAB/BSLE/BSN</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Bereiche zwischen der Ortslagensatzung und dem BSN "Kilchhover Bruch" werden als BSLE dargestellt.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Ausweisung der BSLE-Darstellung im Bereich Kirchhoven wird zurückgewiesen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005874_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005874_1.pdf Abb_ID1005874_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht den v.g Kriterien.</p>

1005875, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)</p> <p><u>B03: Neudarstellung / Änderung / Kempen / AFAB/BSLE / AFAB/BSLE</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Ausweitung der BSLE Darstellung südlich der Ortslage von Kempen in den Bereichen Theberath, Eicken und Floitgraf</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Ausweisung der BSLE-Darstellung im Bereich Kempen wird zurückgewiesen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005875_1]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht den v.g Kriterien.</p>

1005876, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)</p> <p><u>B04: Unverändert / Rücknahme / Unterbruch / BSLE / AFAB/BSLE</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Größtenteils Beibehaltung der BSLE Darstellung. Südlich der Ortslage, in den Bereichen "Alte Schmiede" und "Küpper" Rücknahme der BSLE Darstellung.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die geänderte BSLE-Darstellung wird zur Kenntnis genommen. Weitere Ausführungen zum Antrag auf ASB Neuausweisung im Stadtteil Unterbruch auf Grund der Einwohnerzahl >2.000 EW s.EA09</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005876_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005876.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die BSLE-Darstellung im Bereich des Stadtteils Unterbruch wird von Seiten der Stadt Heinsberg zur Kenntnis genommen. Hinweis: Da der Regionalplan keine Fortschreibung eines Regionalplanes ist, werden auch keine Festlegungen "zurückgenommen". Den Festlegungen der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln liegt eine einheitliche Methodik für das gesamte Planungsgebiet zugrunde.</p> <p>Der Ausgleichsvorschlag zur angeregten ASB-Neuausweisung im Stadtteil Unterbruch kann der Teilstellungnahme mit der ID 1005895 entnommen werden.</p>

1005877, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)</p> <p><u>B05: Neudarstellung / Aphoven/Laffeld / AFAB / BSLE</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Die Ortslagen von Aphoven und Laffeld werden als BSLE dargestellt.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Ausweitung der BSLE-Darstellung im Bereich Aphoven / Laffeld wird zurückgewiesen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005877_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005877.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Da der Regionalplan keine Fortschreibung eines Regionalplanes ist, werden auch keine Festlegungen "ausgeweitet". Den Festlegungen der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln liegt eine einheitliche Methodik für das gesamte Planungsgebiet zugrunde.</p> <p>Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht den v.g Kriterien.</p>

1005879, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)</p> <p><u>B06: Neudarstellung / Schafhausen / AFAB / BSLE</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Bereiche außerhalb der Ortslage von Schafhausen sowie die Bereiche der Ortslage Schleiden und die nördlich und südlich angrenzenden Landschaftsräume werden erstmalig als BSLE dargestellt.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Eine BSLE-Darstellung außerhalb des ASB wird zurückgewiesen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005879_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005879.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht den v.g Kriterien.</p>

1005880, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)</p> <p><u>B07: Neudarstellung / Waldenrath / AFAB / BSLE</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> In den Bereichen Pütt, Scheifendahl, Erpen, Dorath, Straeten und Waldenrath erfolgt eine erstmalige Darstellung als BSLE. Die Ortskerne von Waldenrath und Straeten sind hiervon teilweise ausgenommen.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die BSLE-Darstellung wird zurückgewiesen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005880_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005880.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht den v.g Kriterien.</p>

1005881, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)</p> <p><u>B08: Unverändert / Dremmen / BSLE/BSN / BSLE/BSN</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Im Bereich Dremmen - Herb erfolgt unverändert eine Darstellung als BSLE Bereich. Im Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes Dremmen wird ein Überschwemmungsbereich der Wurm ausgewiesen.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die unveränderte BSLE-Darstellung wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005881_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005881.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE und der ÜB im Bereich Dremmen und Wurm werden zur Kenntnis genommen..</p>

1005883, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)</p> <p><u>B09: Neudarstellung / Änderung / Uetterath / AFAB/BSLE / AFAB/BSLE</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Der Ortskern von Uetterath sowie die südlich anschließenden Landschaftsräume einschl. des Bereichs Berg werden erstmalig als BSLE ausgewiesen.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die BSLE-Darstellung in Uetterath wird zurückgewiesen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005883_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005883.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien</p>

1005884, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)</p> <p><u>B10: Unverändert / Rücknahme / Porselen / AFAB/BSLE/BSN / AFAB/BSLE/BSN</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> In einem kleinen Bereich östlich von Porselen ist einen BSLE Signatur entfallen. Die Abgrenzung des BSN Bereich wird nunmehr mit einem Überschwemmungsgebiet überlagert.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die AFAB / BSLE Darstellung wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005884_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005884.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien</p>

1005885, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)</p> <p><u>B11: Unverändert / Randerath / BSLE/BSN / BSLE/BSN</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Es erfolgt eine unveränderte Darstellung als BSLE. Die Ortslage von Randerath ist unverändert davon ausgenommen. Himmerich liegt weiterhin innerhalb der BSLE Fläche. Die BSN Darstellung wird nunmehr mit einem Überschwemmungsgebiet überlagert.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die unveränderte BSLE-Darstellung wird zur Kenntniss genommen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005885_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005885.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die BSLE-Darstellung im Bereich des Stadtteils Randerath wird von Seiten der Stadt Heinsberg zur Kenntnis genommen.</p>

1005887, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum Entwurf des Regionalplans</p> <p><u>EA01: Änderung / Heinsberg / GIB / ASB</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Im Rahmen der Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Heinsberg wurde von der BR Köln festgestellt, dass der Regionalplan derzeit im Bereich der Heinsberg Galerie ein GIB darstellt. Einzelhandelsstandorte können jedoch nur in ASB entwickelt werden. Mit dem zuständigen Dezernat 32 wurde vereinbart, dass die Stadt Heinsberg im Rahmen dieser Offenlage zum Regionalplan die entsprechende Änderung / Anpassung beantragen wird.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Änderung der Darstellung im Bereich der Heinsberg Galerie von GIB in ASB wird beantragt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005887_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005887.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum Entwurf des Regionalplans

EA02: Neudarstellung / Dremmen / BSN/BSLE / GIB

Erläuterung: Im Gewerbeflächenkonzept der WFG für den Kreis Heinsberg sowie bei der Neuaufstellung des FNP der Stadt Heinsberg (GE Dre-01 + GE-Obe-01) ist u.a. die Entwicklung weiterer Gewerbeflächen westlich des angrenzenden Gewerbe- und Industriegebiets Dremmen und südlich der Parkstraße in Oberbruch im Anschluss an die Wurmaue enthalten. Der Biotopverbund wird berücksichtigt und nicht unterbrochen. Die "Wurm" und ein Pufferstreifen werden ebenfalls geschont und freigehalten. Südlich der Parkstraße in Oberbruch wird eine ASB Ausweisung beantragt, da an diesem Standort eher mischgebietsverträgliche Nutzungen und keine emittierenden Gewerbe- und Industrieansiedlungen erfolgen können.

Beschlussempfehlung: Die Ausweisung eines GIB zur Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebietes in Dremmen wird beantragt.

[s. Anhang Abb. ID 1005888_1]

Anhänge

[Abb_ID1005888.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen raumordnerische Planungsrichtlinien entgegen. Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW ?Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 LEP NRW ?Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)? bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.

Die Stadt Heinsberg verfügt zudem über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Auch stehen keine (weiteren) Bedarfe für GIB mit regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben somit unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

--	--

1005889, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum Entwurf des Regionalplans</p> <p><u>EA03: Neudarstellung / Oberbruch / BSN/BSLE / ASB</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Im Gewerbeflächenkonzept der WFG für den Kreis Heinsberg sowie bei der Neuaufstellung des FNP der Stadt Heinsberg (GE Dre-01 + GE-Obe-01) ist u.a. die Entwicklung weiterer Gewerbeflächen westlich des angrenzenden Gewerbe- und Industriegebiets Dremmen und südlich der Parkstraße in Oberbruch im Anschluss an die Wurmaue enthalten. Der Biotopverbund wird berücksichtigt und nicht unterbrochen. Die "Wurm" und ein Pufferstreifen werden ebenfalls geschont und freigehalten. Südlich der Parkstraße in Oberbruch wird eine ASB Ausweisung beantragt, da an diesem Standort eher mischgebietsverträgliche Nutzungen und keine emittierenden Gewerbe- und Industrieansiedlungen erfolgen können.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Ausweisung von ASB Flächen südlich der Parkstraße wird beantragt.</p> <p>[s. Anhangg Abb. ID 1005889_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005889.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Heinsberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005890, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum Entwurf des Regionalplans</p> <p><u>EA04: Änderung / Heinsberg/Schleiden / AFAB/GIB Flex/GIB / GIB/GIBFlex</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Die Aussparung der GIB Fläche und die Ausweisung eines AFAB Bereichs südlich der Umgehungsstraße K5 / Kreisverkehr erfolgt auf Grund einer geplanten BSAB Ausweisung in diesem Bereich. Eine Abgrabung in diesem Bereich würde einen Neuaufschluss bedeuten, da die bestehende Abgrabung "Tagebau Wilhelm" auf Grund der Umgehungsstraße K5 von den übrigen Tagebauflächen getrennt ist. Aus diesem Grund und zur Anbindung der geplanten Wirtschaftsflächen im Bereich des Kreisverkehrs, wird eine GIB Darstellung unmittelbar südlich der Umgehungsstraße beantragt. Des Weiteren werden zusätzliche GIB-Flächen beantragt, da zwischenzeitlich erhebliche GIB-Flächen in Anspruch genommen wurden und die Stadt einen erhöhten Neubedarf hat. In diesem Zusammenhang sind die aktuellen Daten des Siedlungsflächenmonitoring zu berücksichtigen. Die Daten aus dem Jahr 2017 sind überholt und bilden nicht die zwischenzeitlichen Flächeninanspruchnahmen ab. Falls jedoch nicht der gesamte Bereich als GIB dargestellt werden kann, sollen GIB-Flex Flächen vorzugsweise im Südwesten ausgewiesen werden.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Ausweisung des gesamten Bereichs als GIB zur Deckung des Bedarfs der Stadt Heinsberg an Wirtschaftsflächen wird gemäß beigefügter Skizze beantragt. Des Weiteren wird ein möglicher Neuaufschluss einer Abgrabung (BSAB HS-HS-009), südlich der Umgehungsstraße K5 abgelehnt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005890_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005890.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Der Festlegung des GIB in Heinsberg-Schleiden in der aktuellen Abgrenzung stehen landesplanerische Vorgaben entgegen (s. Stellungnahme ID 1026044). Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i> verfügt die Stadt Heinsberg noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Darüber hinaus besteht noch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> (GIBflex).</p> <p>Aufgrund des kommunalen Bedarfes bzw. des zusätzlichen Flex-Bedarfes, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht weiterhin ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der geänderten Abgrenzung folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.</p> <p>Im Hinblick auf den erwähnten Neubedarf an Siedlungsraumpotentialen gilt, dass die Regionalplanung gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen hat. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>. Hierbei wurde auch von dem</p>

Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätszuschlag von 20 % auf die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie einer sich wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW für den Regionalplan Köln Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfs gerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen

sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret im Kreis Heinsberg.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex), konkret auch in der Stadt Heinsberg sowie in weiteren Kommunen des Kreises Heinsberg.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der

	<p>kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.</p>
--	--

1005891, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum Entwurf des Regionalplans</p> <p><u>EA05: Neudartstellung / Donselen / AFAB /GIBplus</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Im Bereich Donselen in unmittelbarer Nähe zur BAB 46 sollen ca. 40 ha als Gewerbefläche mit überregionaler Bedeutung (GIBplus) für flächenintensive Vorhaben mit einem Flächenbedarf von mind. 5 ha / Vorhaben ausgewiesen werden. Diese Flächen sind unabhängig von dem Bedarf der Belegenheitskommune und sollen für einen gesamtökonomische Entwicklung des Regierungsbezirks Köln zur Verfügung stehen.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Ausweisung einer GIBplus Fläche an der BAB 46 im Bereich Donselen wird beantragt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005891_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005891.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz <i>Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen</i>, Ziel <i>Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen</i> sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel <i>GIBregional sichern und umsetzen</i> und Ziel <i>GIBplus sichern und umsetzen</i> im gesamten Planungsraum und konkret im Kreis Heinsberg.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen. Auch handelt es sich nicht um eine Brachfläche i.S.d. Ziels 6.3-3 LEP NRW. Somit stehen der Anregung zur Festlegung eines überregionalen GIB im Bereich Donselen landesplanerische Vorgaben entgegen.</p>

1005892, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum Entwurf des Regionalplans</p> <p><u>EA06: Neudarstellung / Kirchhoven / BSN/BSLE /GIB+ASB</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Das Betonsteinwerk Poetsch benötigt weitere Betriebsflächen zur Erneuerung der Betriebsanlagen und zur Schaffung weiterer Lagerflächen. Die entsprechende Erweiterung der Abgrabung wurde zwischenzeitlich genehmigt. Die Darstellung eines GIB Bereich mit der Verknüpfung über ASB Flächen wurde durch das Unternehmen mit der Regionalplanungsbehörde der BR Köln abgestimmt.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Änderung gemäß Beschluss des Planungs-, Umwelt-und Verkehrsausschlusses vom 20.06.2022: Die Neu-Darstellung eines GIB/ASB Bereichs zur Sicherung des vorhandenen Betriebes wird gemäß beigefügter Skizze beantragt. Die ASB-Darstellung soll entlang der Stapper Straße auf ein Minimum reduziert werden und der gewerbliche Siedlungsbestand soll von der ASB-Darstellung ausgenommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005892_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005892.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Erweiterung des ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt zudem eine bedarfsgerechte Festlegung als GIB.</p> <p>Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005893, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum Entwurf des Regionalplans</p> <p><u>EA07: Neudartstellung / Rücknahme / Randerath/Porselen/Hückelhoven</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Im Entwurf des Regionalplans ist die ursprünglich geplante Umgehungsstraße EK 5 zwischen Randerath L228 und der BAB 46 bei Porselen entfallen. Zur Erschließung des Gebiets "Future Site In West"-LEP Lindern wird die Aufnahme einer Erschließungsstrasse gemäß beigefügter Skizze in den Regionalplan beantragt.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Aufnahme der Erschließung des LEP Gebietes Lindern an die BAB 46 als Bedarfsmaßnahme gemäß beigefügter Karte wird beantragt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005893_1]</p> <p>Anhänge Abb. ID1005893.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde.</p> <p>Eine mögliche Anmeldung der angeregten Maßnahme im Rahmen eines Bedarfsplanverfahrens bleibt hiervon unberührt.</p>

1005894, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum Entwurf des Regionalplans</p> <p><u>EA08: Neudartstellung / Randerath / BSLE/BSN / ASB</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Der Stadtteil Randerath grenzt unmittelbar an das Gebiet "Future Site in West" in Geilenkirchen-Lindern an. Auf Grund der derzeitigen Einwohnerzahl von ca. 1.650 EW und der zukünftigen Einwohnerentwicklung und des Bedarfs an neuen Wohnstätten zur Unterbringung der zukünftigen Mitarbeiter des vorgenannten Industriegebietes, wird eine Darstellung als ASB beantragt. Der Stadtteil verfügt über Bus- und Bahnanschlüsse, diverse Infrastruktureinrichtungen (Grundschule, KiTa, Sportstätten, kath. + ev.. Kirche, Praxis f. Allgemeinmedizin, Praxis f. Physiotherapie, Massagepraxis, Alten-Pflege-u. Betreuungsdienst, Bankfiliale, Friseur, Bäckerei, Hotel u. Gastronomieangebote, Notariat, Büros, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe, Fahr- und Reitschule etc.). Es besteht Landesinteresse gemeinsam mit den Kommunen Geilenkirchen, Heinsberg und Hückelhoven, die im LEP dargestellten Industriefläche zu entwickeln.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Neu-Darstellung des Stadtteils Randerath als ASB wird beantragt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005894_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005894.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Bei dem aufgeführten Bereich handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. und somit um einen Ortsteil im regionalplanerischen Freiraum. Die Stadt Heinsberg verfügt zudem über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>.</p> <p>Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren</i>? möglich. Sie richtet sich nach Ziel 2 4 LEP NRW.</p>

1005895, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum Entwurf des Regionalplans</p> <p><u>EA09: Neudartsellung / Unterbruch / AFAB/BSLE / ASB</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Im Stadtteil Unterbruch wohnen derzeit ca. 2.390 EW. In der Begründung zum Regionalplanentwurf ist nach den Vorgaben der DVO zum LPIG ersichtlich, dass Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 EW als allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) festzulegen sind. Aus diesem Grunde wird eine ASB Ausweisung, wie in der Karte zum EA09 ersichtlich beantragt.</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Neu-Darstellung des Stadtteils Unterbruch als ASB wird beantragt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005895_1]</p> <p>Anhänge Abb. ID1005895.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Heinsberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die zeichnerische Festlegung eines ASB für den Stadtteil Unterbruch in der angeregten kompakten Siedlungsstruktur ist somit nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Für die planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand im Stadtteil Unterbruch erfolgt keine Festlegung eines ASB, um eine nachteilige bandartige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.</p> <p>Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren</i>? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005896, Stadt Heinsberg	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum Entwurf des Regionalplans</p> <p><u>EA10: Änderung / L228 Schafhausen, Oberbruch, Dremmen / Straße für den vorwiegend überregionalen u. regionalen Bedarf (Bestand)</u></p> <p><u>Erläuterung:</u> Im Entwurf zum Regionalplan wurde die verkehrswichtige L228 im Teilabschnitt von der BAB 46 bis zur B221 nicht mehr als verkehrswichtige überregionale bzw. regionale Straße dargestellt. Die L228 hat weder im Bereich Dremmen einen unmittelbaren Anschluss an die der BAB 46 noch im Bereich Heinsberg / Schafhausen an die B221. In beiden Bereichen existieren keine höhengleichen Anschlusspunkte über die die Verkehre umgeleitet werden könnten. Aus diesem Grunde ist es notwendig weiterhin die L228 in den Stadtteilen Dremmen, Oberbruch und Schafhausen wie im rechtskräftigen Regionalplan enthalten, als verkehrswichtige Straße darzustellen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005896_1]</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005896_1]</p> <p><u>Beschlussempfehlung:</u> Die Beibehaltung Darstellung des Teilabschnittes der L228 als verkehrswichtige Straße in den Stadtteilen Dremmen, Oberbruch und Schafhausen wird beantragt.</p> <p>Anhänge Abb_ID1005896.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

AZ: BET_144000_1

Stadt Hückelhoven

1001798, Stadt Hückelhoven

Inhalt

Mit Schreiben vom 25.01.2022 haben Sie mitgeteilt, dass der Regionalrat des Regierungsbezirks Köln in seiner 05. Sitzung am 10.12.2021 die Neuaufstellung des Regionaialplanes für den gesamten Regierungsbezirk Köln beschlossen hat und das entsprechende Aufstellungsverfahren hierzu durchgeführt wird. Innerhalb dieses Verfahrens wird die Stadt Hückelhoven um Abgabe einer Stellungnahme gebeten. Der Rat der Stadt Hückelhoven hat in seiner Sitzung am 22.06.2022 ? nach Vorberatung im gemeinsamen Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Klimaschutz, Mobilität sowie Bauen und Umwelt am 14.06.2022 ? beschlossen, im entsprechenden Beteiligungsverfahren eine Stellungnahme zum Regionalplanentwurf abzugeben. Die Stellungnahme bezieht sich dabei auf die Darstellungen des GIB, ASB sowie Freiraumbereiches. Auf Grundlage des im Jahr 2017 stattgefundenen Kommunalgespräches, wurden verschiedene Flächen im Regionaialplanentwurf durch Hinzunahme oder Rücknahme der jeweils entsprechenden Gebietsausweisung bereits berücksichtigt. Manche Flächen wiederum, bei denen die Stadt Hückelhoven ein Entwicklungspotential vorsieht, blieben unberücksichtigt. Zudem haben sich seit dem Jahr 2017 Flächenentwicklungen ergeben, an denen ? bisher unbenannten Stellen im Stadtgebiet ? sich weitere Planungen anschließen sollen. Diese Flächen wurden den politischen Gremien der Stadt Hückelhoven vorgestellt und die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Gemäß Beschluss des Rates der Stadt Hückelhoven vom 22.06.2022 sollen die folgend aufgelisteten Flächendarstellungen im Regionalplanentwurf berücksichtigt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Aufbau der Stellungnahme sowie zum Verfahrensablauf vorgebracht. Darüber hinaus wird auf einen Anpassungsbedarf hinsichtlich der Darstellung von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sowie auf eine diesbezügliche Auflistung von Flächenanregungen hingewiesen. Die Ausgleichsvorschläge zu den einzelnen Flächenanregungen können den Stellungnahmen mit der ID 1001805, 1001806, 1001808, 1001809 sowie 1001810 entnommen werden.

Inhalt**GIB (Gewerbe- und Industriebereiche)**

Im Rahmen einer zukunftsorientierten Wirtschaftsförderungs- und Standortpolitik steht die Stadt Hückelhoven vor der aktuellen Herausforderung der fehlenden Verfügbarkeit von gewerblichen Flächenreserven. Zum aktuellen Zeitpunkt befindet sich eine noch vermarktbar gewerbliche Gesamtfläche von rund 2,0 ha in städtischem Grundbesitzbestand. Die Bedarfsermittlung Ihres Hauses ergab für die Stadt Hückelhoven einen rechnerischen Gewerbeflächenbedarf von 32 ha für einen 25-jährigen Betrachtungszeitraum von 2018 bis 2043. Demgegenüber stehen gemäß Ihrer Angaben Flächennutzungsplanreserven auf der FNP- und Regionaiebene in Höhe von 39 ha (Begründung Regionalplan S. 51 und S. 57). Die Flächenreserven wurden Ihrerseits jedoch im Jahre 2017 ermittelt und wurden seit dem Zeitpunkt nicht aktualisiert. In den 39 ha Flächenreserven sind die damals verfügbaren Flächen des Industrieparks Rurtal und der Winkelhalde mitberechnet. Diese Zahl tendiert in der Realität jedoch gegen null und die von Ihnen berechneten und dargelegten Reserven konnten sowohl im o.g. Regionalgespräch als auch in zwei Schreiben an die Bezirksregierung vom 07.03.2019 und 19.04.2019 entsprechend widerlegt werden. Eine Anpassung der o.g. Werte ist bis zum jetzigen Stand des Regionaieplanentwurfes nicht erfolgt, sodass die Werte unzutreffend sind. Zukünftig stehen der Stadt Hückelhoven somit nur noch rund 2,0 ha vermarktbar gewerbliche Flächen zur Verfügung. Betrachtet man die durchschnittliche Veräußerung von Gewerbeflächen pro Jahr im Stadtgebiet (seit dem Jahr 2003 5,1 ha pro Jahr), halten die zur Verfügung stehenden Flächen von 2,5 ha ? vor dem Hintergrund einer langfristigen Planung im Rahmen der Regionalplanneuaufstellung ? nicht lange vor. Überlaufteffekte aus Ballungsregionen sowie der beschlossene Ausstieg aus der regionalen Braunkohleförderung und somit die Schaffung neuer Arbeitsplätze werden die Nachfragesituationen nach gewerblichen Baugrundstücken weiter verschärfen. Daher ist eine Fortsetzung der grundsätzlich sehr positiven regionalwirtschaftlichen Entwicklung in Hückelhoven sowie im Kreis Heinsberg durch neue Flächenausweisungen und -entwicklungen zwingend erforderlich.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie einer sich wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW für den Regionalplan Köln Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weiter

e Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfs gerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumb Beobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrie Flächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren

erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret im Kreis Heinsberg.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex), konkret auch in Hückelhoven sowie in weiteren Kommunen des Kreises Heinsberg.

Für die festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

1001804, Stadt Hückelhoven

Inhalt

Die Tatsache, dass der Stadt Hückelhoven nur noch wenige gewerbliche Flächen zur Verfügung stehen, wurde in den Kommunalgesprächen fortlaufend und ausführlich erörtert. Bei den kommunalen Vorgesprächen wurde bereits über die Ausweisung neuer gewerblicher Bauflächen gesprochen und dabei verschiedene Flächen betrachtet. Auf Vorschlag Ihres Hauses wurde ein Gewerbegebiet nördlich von Baal ? entlang der B57 ? ausgewiesen. Im Gewerbeflächenkonzept für den Kreis Heinsberg aus dem Jahr 2019 wurden daher Potenzialflächen entlang der B57 an der Stadtgrenze zur Nachbarkommune Erkelenz in einer Größenordnung von 60 ha aufgeführt. Diese wurden auch im aktuellen Regionalplanentwurf berücksichtigt und als GIBplus-Bereich ausgewiesen. GIBplus-Flächen dienen ? gemäß den textlichen Festsetzungen des Regionalplanentwurfes (S. 78) der Wirtschaftsentwicklung des gesamten Regierungsbezirkes und sind unabhängig von kommunalen Bedarfen. GIBplus-Flächen sind dabei für flächenintensive Vorhaben bzw. Vorhabenverbünde mit besonderen Standortanforderungen vorbehalten. Vorwiegend handelt es sich um emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe mit einem Flächenanspruch von mindestens 5 ha.

Von der rund 60 ha großen GIBplus-Gebietsausweisung befinden sich zum aktuellen Zeitpunkt (04/2022) rund 6,5 ha Fläche westlich und rund 13 ha Fläche östlich der B57 im Eigentum der Stadt Hückelhoven. Die verbleibenden Flächen des Plangebietes sind im Eigentum einer Privatperson. Die Stadt Hückelhoven hat im Jahr 2021 Kontakt mit dem betreffenden Grundstückseigentümer (Landwirt) aufgenommen und sich nach dessen Verkaufsbereitschaft erkundigt. Der Eigentümer hat dabei einen Flächenverkauf kategorisch ausgeschlossen. Zudem formierte sich auf lokaler Ebene erheblicher Widerstand aus der Bevölkerung gegen eine Entwicklung dieser Flächen. Aufgrund der fehlenden Flächenverfügbarkeit wird eine vollumfängliche Entwicklung des im Regionalplanentwurf dargestellten Plangebietes unmöglich. Die erforderliche Mindestgröße von 40 ha für ein GIBplus-Gebiet kann demnach nicht erreicht werden. Somit eignet sich das dargestellte Plangebiet nicht als ein GIBplus-Standort.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1001805, Stadt Hückelhoven

Inhalt

Die GIBplus-Ausweisung ? welche nicht die kommunalen Bedarfe berücksichtigt ? ist die einzige neu dargestellte GIB-Fläche im aktuellen Regionalplanentwurf. Demnach werden die endogenen gewerblichen Flächenbedarfe (32 ha s.o.) der Stadt Hückelhoven im aktuellen Regionalplanentwurf aufgrund der vorliegenden GIBplus-Ausweisung nicht berücksichtigt. Der regionalplanerische Handlungsbedarf zur Sicherung der kommunalen und regionalen Flächenpotenziale wird für die Kommune Hückelhoven somit nicht erfüllt. Eine GIBplus Ausweisung verhindert eine kleinteilige Vermarktung und Verwertung der Flächen für den kommunalen Gewerbeflächenbedarf und verstärkt somit maßgeblich das Risiko von Verlagerungstendenzen und ausbleibenden Investitionen von Seiten der lokalen bzw. regionalen Unternehmensstrukturen. Dies muss aus Perspektive der Stadt Hückelhoven verhindert werden.

Aufgrund der Flächenverfügbarkeit und GIBplus-Ausweisung wurde von Seiten des Rates der Stadt Hückelhoven der Beschluss gefasst, sich im Hinblick auf die gewerblichen Flächenausweisungen (GIB) gegen den vorliegenden Regionalplanentwurf auszusprechen. Diese sollte in der langfristigen Regionalplanausweisung aber auf jeden Fall berücksichtigt und alternativen Flächenkontingente als GIB-Flächen gesichert werden.

Die nachfolgende Aufzählung ordnet die gewerblichen Potenzialflächen nach ihren Priorisierungen. Über die einzelnen Flächen wurden entsprechende Beschlüsse seitens des Rates der Stadt Hückelhoven gefasst.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung. Hierzu wird auf die Erläuterungen in Stellungnahme ID 1001803 verwiesen.

Im Hinblick auf die Anregungen zur Sicherung alternativer Flächenkontingente gilt, der Anregung ist teilweise entsprochen. Im Regionalplan wird in Hückelhoven ein zusätzlicher, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeigneter Bereich gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren als Vorbehaltsgebiet* zeichnerisch festgelegt (GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine gewerblich-industrielle Siedlungsentwicklung verhindern (s. Erläuterungen zur Stellungnahme ID 1001808).

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional*

sichern und umsetzen und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret im Kreis Heinsberg.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

In Bezug auf die GIBplus-Festlegung in Hückelhoven-Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001804).

Die Ausgleichsvorschläge zu den weiteren gewerblichen Flächenanregungen können den Stellungnahmen mit den ID 1001806, 1001809 sowie 1001810 entnommen werden.

1001806, Stadt Hückelhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Die nachfolgende Aufzählung ordnet die gewerblichen Potenzialflächen nach ihren Priorisierungen. Über die einzelnen Flächen wurden entsprechende Beschlüsse seitens des Rates der Stadt Hückelhoven gefasst:</p> <p>1. Anpassung Baal/Nord- B 57 und Rücknahme der Ausweisung GIBplus, Baal-ehemalige Fläche Telekom (Anlage 1) Die im Regionalplanentwurf dargestellte GIBplus Fläche soll auf die Fläche des städtischen Grundbesitzes (19,5 ha) reduziert werden. Zudem soll die Ausweisung ?plus? zurückgenommen werden. Die zukünftige Flächenausweisung soll als GIB erfolgen. Das Areal, welches von der Bezirksregierung als gewerbliche Entwicklungsfläche vorgeschlagen wurde, ist verkehrsgünstig an der B57 sowie der Autobahn A46 gelegen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001806_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001806_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Der Anregung zur Rücknahme der GIBplus-Darstellung ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001804).</p> <p>In Bezug auf die angeregte Festlegung eines GIB gilt: Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Festlegung erfolgt auf Grundlage eines Flächentauschs im Rahmen der kommunalen Siedlungsraumpotentiale auf Ebene des Regionalplans.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001808, Stadt Hückelhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Die nachfolgende Aufzählung ordnet die gewerblichen Potenzialflächen nach ihren Priorisierungen. Über die einzelnen Flächen wurden entsprechende Beschlüsse seitens des Rates der Stadt Hückelhoven gefasst:</p> <p>2. Erweiterung IP Rurtal L117 n / Ortslage Ratheim (Anlage 2)</p> <p>Die Flächen zwischen der Ortslage Ratheim sowie dem bestehenden Industriepark Rurtal eignen sich ebenfalls als zu entwickelnde gewerbliche Flächen. Hierbei handelt es sich um einen Bereich von 13 ha. Aufgrund der direkten Anbindung an die L117n wird die Ortslage Ratheim verkehrsmäßig nicht belastet und die Autobahn sowie die Grenzregion schnell erreicht.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001808_1]</p> <p>Anhänge Abb. ID_1001808_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Hückelhoven verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist somit nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Für die Stadt Hückelhoven besteht jedoch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> (GIBflex). Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIBflex.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand wird darüber hinaus die zeichnerische Festlegung der Straße für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr an den Trassenverlauf der L117n angepasst.</p>

1001810, Stadt Hückelhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Die nachfolgende Aufzählung ordnet die gewerblichen Potenzialflächen nach ihren Priorisierungen. Über die einzelnen Flächen wurden entsprechende Beschlüsse seitens des Rates der Stadt Hückelhoven gefasst:</p> <p>4. Entwicklung Plangebiet A46 (Anlage 3)</p> <p>Die in der Anlage dargestellten Flächen weisen eine Größe von 22 ha aus. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich aufgrund verschiedener Faktoren die Bruttofläche wesentlich verringern wird. Hier sind zum einen die Anbauverbotszone der Autobahn sowie die über die Fläche laufende Hochspannungsleitung zu nennen. Ungeachtet davon, sind keine weiteren raumordnungsrelevanten Restriktionen auf dieser Fläche vorhanden, sodass sich auf Grund der infrastrukturellen Lage die Fläche als zukünftig gewerbliche Entwicklungsfläche eignet und entsprechend dargestellt werden soll.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001810_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001810_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen landesplanerische Vorgaben entgegen. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen. Auch handelt es sich nicht um eine Brachfläche i.S.d. Ziels 6.3-3 LEP NRW.</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist darüber hinaus nicht bedarfsgerecht. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Hückelhoven verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>.</p> <p>Ungeachtet dessen ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren</i> möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

1001811, Stadt Hückelhoven	
<p>Inhalt</p> <p>ASB (Allgemeine Siedlungsbereiche)</p> <p>Die Bedarfsermittlung der Bezirksregierung Köln ergab für die Stadt Hückelhoven einen rechnerischen zusätzlichen ASB-Flächenbedarf von 69 ha für einen 25-jährigen Betrachtungszeitraum von 2018 bis 2043. Einige dieser Flächen sind bereits heute im Flächennutzungsplan als Wohnbauflächen dargestellt und können entsprechend entwickelt werden. Um eine ausgewogene städtebauliche Wohngebietsentwicklung über alle Ortsteile vollziehen zu können, wurden in einem Kommunalgespräch im Jahr 2017 verschiedene Flächen erörtert, auf denen zukünftig Wohngebiete entstehen sollen. Im Gegenzug wurden aber auch Flächen zurückgenommen, bei denen auf Grund verschiedener Restriktionen (Landschaftsschutz, Überschwemmungsgebiet etc.) eine bauliche Entwicklung nicht möglich ist.</p> <p>Alle im Kommunalgespräch aufgeführten ?Wunschflächen? wurden in den aktuellen Regionalplanentwurf übernommen. Seit diesem Kommunalgespräch im Jahr 2017 haben sich allerdings weitere Entwicklungen ergeben, sodass der Regionalplanentwurf auch im Bereich der ASB Flächen noch einmal ergänzt und angepasst werden muss.</p> <p>Über die nachfolgend aufgelisteten Flächen wurden entsprechende Beschlüsse seitens des Rates der Stadt Hückelhoven gefasst.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Aufbau der Stellungnahme sowie zum Verfahrensablauf vorgebracht. Darüber hinaus wird auf einen Anpassungsbedarf hinsichtlich der Darstellung von Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) sowie auf eine diesbezügliche Auflistung von Flächenanregungen hingewiesen. Die Ausgleichsvorschläge zu den einzelnen Flächenanregungen können den Stellungnahmen mit den ID 1001813, 1001814, 1001815, 1001816, 1001817, 1001818 sowie 1001819 entnommen werden.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>. Des Weiteren wird auf die Erläuterungen in Stellungnahme ID 1001803 verwiesen.</p>

1001813, Stadt Hückelhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Über die nachfolgend aufgelisteten Flächen wurden entsprechende Beschlüsse seitens des Rates der Stadt Hückelhoven gefasst:</p> <p>1. Hückelhoven-Millich - In der Weide (Anlage 4)</p> <p>Die an der Ortsrandlage von Millich befindliche Straße ?in der Weide? ist teilweise nur von einer Straßenseite aus erschlossen und bebaut. Ziel ist es, die Ortschaft Millich zu arrondieren und kleinflächig zu erweitern, da der Ortsteil ansonsten keine weiteren Entwicklungsflächen mehr besitzt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001813_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001813_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden darüber hinaus Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände ? hier in Gestalt der Zielfestlegung <i>ÜB erhalten und entwickeln</i> bzw. fachrechtlicher Restriktionen ? entgegen. Überschwemmungsbereiche (ÜB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen dem vorbeugenden Hochwasserschutz und sind für den Abfluss und die Retention von Hochwasser zu erhalten und zu entwickeln. Die Verortung von Siedlungsraumpotentialen (hier ASB) ist mit der vorrangigen Funktion Hochwasserschutz nicht vereinbar. Zudem liegt die angeregte Fläche innerhalb eines festgesetzten Überschwemmungsgebietes.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001814, Stadt Hückelhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Über die nachfolgend aufgelisteten Flächen wurden entsprechende Beschlüsse seitens des Rates der Stadt Hückelhoven gefasst:</p> <p>2. Hückelhoven-Ratheim ? Auf Kobbenthal (Anlage 4)</p> <p>Entlang der Jacobastraße ist bereits eine ASB-Fläche im neuen Entwurf des Regionalplans gekennzeichnet. Nun besteht der Wunsch, diese Flächen noch einmal zu erweitern.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001814_1]</p> <p>Anhänge Abb ID 1001814_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Hückelhoven verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001815, Stadt Hückelhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Über die nachfolgend aufgelisteten Flächen wurden entsprechende Beschlüsse seitens des Rates der Stadt Hückelhoven gefasst:</p> <p>3. Hückelhoven-Schaufenberg ? Sportplatz- Rosemannstri Zur Fuchsfalle (Anlage 5)</p> <p>Die in der Anlage ersichtliche Fläche ist im bestehenden Regionalplan als ASB-Fläche ausgewiesen und sollte zurückgenommen werden. Diesem Kommunalwunsch aus dem Jahr 2017 wurde gefolgt. Zwischenzeitlich haben sich allerdings neue Flächenkonstellationen ergeben, sodass eine kleinräumige Erweiterung für den Ortsteil Schaufenberg an dieser Stelle sinnvoll erscheint.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001815_1]</p> <p>Anhänge Abb. ID 1001815_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Hückelhoven verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001816, Stadt Hückelhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Über die nachfolgend aufgelisteten Flächen wurden entsprechende Beschlüsse seitens des Rates der Stadt Hückelhoven gefasst:</p> <p>4. Hückelhoven ? Sophia Jacoba / Winkelhalde (Anlage 5)</p> <p>Die im Regionaiplan dargestellte GIB-Ausweisung im Bereich der Winkelhalde soll zukünftig als ASB-Fläche ausgewiesen werden. Auf den Flächen entstehen derzeit der neue Sportplatz sowie zukünftig der Mehrgenerationenpark, sodass eine reine gewerbliche Nutzung an dieser Stelle nicht mehr verfolgt wird.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001816_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001816_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001817, Stadt Hückelhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Über die nachfolgend aufgelisteten Flächen wurden entsprechende Beschlüsse seitens des Rates der Stadt Hückelhoven gefasst:</p> <p>5. Hückelhoven ? Verlängerung Rheinstraße (Anlage 5)</p> <p>Zwischen der geplanten Rettungswache an der Feuerwehr und der zukünftigen Trasse der L364n sollen die dort entstehenden Flächen im Rahmen einer Arrondierung erschlossen und entwickelt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001817_1]</p> <p>Anhänge Abb ID 1001817_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Hückelhoven verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001818, Stadt Hückelhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Über die nachfolgend aufgelisteten Flächen wurden entsprechende Beschlüsse seitens des Rates der Stadt Hückelhoven gefasst:</p> <p>6. Hückelhoven-Brachelen ? Fochsensteg (Anlage 6)</p> <p>Als Ergebnis des Kommunalgespräches sollten die in der Anlage dargestellten Flächen als ASB Ausweisung zurückgenommen werden. Durch die Neugestaltung auf den Flächen des Kirmesplatzes in Brachelen sowie durch den Bau eines Dorfgemeinschaftshauses erscheint die Entwicklung dieses Areals als städtebaulich sinnvoll. Aus diesem Grund sollte die ursprüngliche ASB-Ausweisung im Regionalplan erhalten bleiben. Ein weiterer Faktor zur Stärkung der Entwicklungsflächen im Ortsteil Brachelen wird die ansteigende Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken sein. Durch die Entwicklung des ehemaligen LEP VI Standortes Geilenkirchen-Lindern (heute: Future Site Inwest) durch entsprechende Landesförderungen sollen tausende Arbeitsplätze in den kommenden Jahren entstehen. Dies wird die Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken in den angrenzenden Ortsteilen u.a. Brachelen steigen lassen. So werden auch die Ortschaften Randerath und Lindern entsprechende Ausweisungen im Regionalplanverfahren anstreben.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001818_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001818_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Hückelhoven verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen darüber hinaus raumordnerische und fachrechtliche Restriktionen - hier Bereiche zum Schutz der Natur, Überschwemmungsbereiche sowie ein fachplanerisch festgesetztes Überschwemmungsgebiet - entgegen. Die Erweiterung des ASB als ein Schwerpunkt der zukünftigen Siedlungsentwicklung steht diesen vorrangigen Freiraumfunktionen entgegen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001819, Stadt Hückelhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Über die nachfolgend aufgelisteten Flächen wurden entsprechende Beschlüsse seitens des Rates der Stadt Hückelhoven gefasst:</p> <p>Zudem erscheint es sinnvoll eine weitere ASB-Fläche im Bereich der Sebastianstraße (Anlage 4) zu arrondieren. Die Sebastianstraße ist teilweise straßenmäßig einseitig bebaut. Hier wäre es städtebaulich erstrebenswert, auch die gegenüberliegende Straßenseite baulich zu entwickeln.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001819_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001819_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Hückelhoven verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001820, Stadt Hückelhoven

Inhalt

Freiraum

Die Darstellungen der Freiraumfunktionen ? hier insbesondere ?Schutz der Natur? sowie ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? ? orientieren sich an den rechtskräftigen Landschaftsplänen. Teilweise wurden sie im aktuellen Regionalplanentwurf angepasst und erweitert. Die Darstellung kollidiert dabei mit bestehendem Planungsrecht sowie vorgesehenen und bereits mit Fachbehörden vorbesprochenen regionalen Planungen und sollen an den dargelegten Stellen zurückgenommen werden.

1. Haller Acker! Oberbrucher Straße (Anlage 7)

In diesem Gebiet wurden die beiden festgesetzten Naturschutzgebiet (Venner Bruch und die Ruraue) durch die Darstellung ?Schutz der Natur? miteinander verbunden. Dass die beiden Naturschutzgebiete unter diese Ausweisung fallen, steht außer Frage. Die im Regionalplanentwurf vorgesehene naturräumliche Verbindung dieser beiden Flächen widerspricht allerdings den aktuellen und mit anderen Fachbehörden besprochene Planung. Zukünftig ist durch diese Verbindungszone eine überregionale Straße geplant, die die L117 (Millicher Straße) und die Oberbrucher Straße ? verlaufend durch das großflächige Entwicklungsgebiet Haller Acker ? miteinander verbindet. Die Straße dient der dringend notwendigen verkehrlichen Entlastung der Ortslage Ratheim.

[s. Anhang Abb. ID 1001820_1]

Anhänge

[Abb_ID_1001820_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Der angesprochene Bereich entspricht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

1001821, Stadt Hückelhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Freiraum</p> <p>Die Darstellungen der Freiraumfunktionen ? hier insbesondere ?Schutz der Natur? sowie ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? ? orientieren sich an den rechtskräftigen Landschaftsplänen. Teilweise wurden sie im aktuellen Regionalplanentwurf angepasst und erweitert. Die Darstellung kollidiert dabei mit bestehendem Planungsrecht sowie vorgesehenen und bereits mit Fachbehörden vorbesprochenen regionalen Planungen und sollen an den dargelegten Stellen zurückgenommen werden.</p> <p>2. Südliche Ortslage Hilfarth (Anlage 8)</p> <p>In dem in der Anlage markierten Bereich gibt es bereits heute öffentliches Planungsrecht durch die Darstellung einer gewerblichen Baufläche im Flächennutzungsplan sowie einen rechtskräftigen Bebauungsplan, der in diesem Planbereich eine überbaubare Fläche festsetzt. Die Darstellung ?Schutz der Natur? soll in diesem Bereich zurückgestellt werden, um nicht zukünftigen möglichen Bauleitplanänderungen entgegen zu stehen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001821_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001821_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

AZ: BET_145000_1	
1001619	
1004177, 1001619	
<p>Inhalt</p> <p>1.1 Textliche Festlegungen</p> <p>Auf den Seiten 58ff werden die Flächenbedarfe im Regierungsbezirk Köln (Stand 29.09.2021) aufgelistet. Für die Gemeinde Selfkant wird ein Bedarf von 24 ha für Wohnen & Mischnutzung aufgeführt. Der Bedarf für Wohnen & Mischnutzung ist vollständig im ASB zu verorten. Der Bedarf für Gewerbeflächen wird auf 6 ha festgelegt, darüber hinaus werden für den Kreis Heinsberg noch weitere Bedarfe für insgesamt 24 ha GIBregional und 40 ha GIBplus ausgewiesen. Gewerbliche Bedarfe dürfen sowohl im GIB als auch im ASB verortet werden. Die Gemeinde Selfkant hat in den letzten Jahren nur wenige Gewerbeflächen entwickelt. Diese wurden vordergründig dafür geschaffen, um bestehende Betriebe aus dem Inneren der Ortslagen auszulagern und eine Perspektive für einen Verbleib innerhalb der Gemeinde zu geben. Es wurden somit kaum neue Arbeitsplätze geschaffen, als vielmehr die bereits vorhandenen gesichert. Die Gemeinde bittet darum, diese Zurückhaltung nicht zu ihrem Nachteil auszulegen. Es bestehen derzeit noch gewerbliche Reserven von ca. 13 ha, die die Gemeinde Selfkant an den nördlichen Rand der Ortslage Tüddern verschieben möchte. Diese Pläne sind im Frühjahr 2021 bereits mit der Bezirksregierung besprochen und vorabgestimmt worden. Die ersten beiden Abschnitte (ca. 13 ha) sollen demnach im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans festgelegt werden. Langfristig soll die komplette Fläche entwickelt werden, da die Gemeinde beabsichtigt, alle zukünftigen gewerblichen Nutzungen an diesem Standort zu konzentrieren. Dazu wurde bereits ein Gesamtkonzept erstellt. Die gesamte Fläche würde einen Umfang von ca. 28 ha umfassen, sodass unter Berücksichtigung des ausgewiesenen Bedarfs von 6 ha Gewerbeflächen, zusätzlich 9 ha Gewerbeflächen ausgewiesen werden müssten, um dieses Ziel zu erreichen und das geplante Gewerbegebiet realisieren zu können. Es wird darum gebeten, insbesondere die Bedarfe für Gewerbeflächen neu zu betrachten und zu überarbeiten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p> <p>Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.</p> <p>Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen</p>

wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Bezüglich der Darstellung eines GIB am nördlichen Rand der Ortslage Tüddern gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1004181).

Inhalt**1.2 Begründung**

Zur Begründung des Regionalplans trägt die Gemeinde Selfkant nachfolgende Anregungen vor:

1. Bei den Bedarfen für künftige gewerbliche Nutzungen wird der Gemeinde Selfkant lediglich ein Bedarf von 6 ha zugestanden. Die Gemeinde bittet diesbezüglich um eine Anpassung, da die Gemeinde durch ihre geographische Lage negativ beeinflusst wird. So hat die Gemeinde Selfkant 27 km Gemeindegrenze zu den Niederlanden und nur mit 6 km Grenzlinie zu deutschen Nachbargemeinden. Dieser Umstand spiegelt sich in einem Anteil von mehr als 30 % niederländischer Bewohner wieder. Zudem befindet sich direkt hinter der Grenze die niederländische Großstadt Sittard-Geleen mit mehr als 90.000 Einwohnern. Dort arbeiten viele der niederländischen Bewohner und auch viele deutsche Bewohner haben ihren Arbeitsplatz dort. Aufgrund dessen gibt es in der Gemeinde Selfkant verhältnismäßig wenige einkommensteuerpflichtige Arbeitsplätze, was die Gemeinde Selfkant bei der Berechnung der Schlüsselzuweisung erheblich benachteiligt. Zur Verdeutlichung soll ein Berechnungsbeispiel zum sog. Zentralitätsansatz, der die zentrale Versorgungsfunktion von Gemeinden für das Umland auf der Grundlage der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten erfasst, beitragen. Der für die Gemeinde Selfkant maßgebliche Gewichtungswert liegt aktuell bei 0,76 (VJ 0,61). Dividiert man nun den Zentralitätsansatz der Gemeinde Selfkant in Höhe von 1032,84 durch den Gewichtungsfaktor von aktuell 0,76, ergibt dies für die Gemeinde Selfkant 1.359 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte zum 31.12.2020. Würde sich die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten fiktiv um 100 erhöhen, würde sich der Zentralitätsansatz auf 1.108,84 erhöhen, was gleichzeitig zu einer Erhöhung der Schlüsselzuweisung um 55.661,52 € führen würde. Aus dem Kommunalprofil der Gemeinde Selfkant bei der Landesdatenbank von IT.NRW, Stand 15.02.2022 ist ebenfalls ersichtlich, dass das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in der Gemeinde Selfkant mit 19.185 € je Einwohner so gering ist, dass die Gemeinde Selfkant in NRW die Rangziffer 384 von 396 belegt. Um diesem, für die Gemeinde Selfkant seit Jahrzehnten gewachsenen Negativtrend entgegenzuwirken, möchte die Gemeinde Selfkant ihren Bewohnern die Möglichkeit geben, im Gemeindegebiet eine attraktive Arbeitsstelle zu finden. Für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist es jedoch dringend erforderlich, den Anteil an Gewerbeflächen zu erhöhen und somit die Möglichkeit zu bekommen, dass sich neues Gewerbe ansiedeln kann.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist. Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen und greift insofern die in der Anregung geäußerte Bitte einer regionalen Betrachtung im Hinblick auf die Sicherung von Flächenpotentialen auf. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und

Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Im Regionalplan Köln erfolgt über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen im Kreis Heinsberg.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt**1.2 Begründung**

Zur Begründung des Regionalplans trägt die Gemeinde Selfkant nachfolgende Anregungen vor: 2. Um die Siedlungsentwicklung zu flexibilisieren, wird das Instrument des ASBflex und GIBflex eingeführt. Auf der Seite 70 wird der Gemeinde Selfkant ein Potenzial von max. 12 ha für den ASBflex eingeräumt, wovon noch keine Flächen verortet sind. Für den GIBflex werden keine Flächen für die Gemeinde Selfkant festgelegt. Für die Gemeinde Selfkant ist nicht klar erkenntlich, warum der Gemeinde keine flexiblen Erweiterungsflächen im Bereich Gewerbe eingeräumt werden. Die künftige gewerbliche Entwicklung wurde mit der Bezirksregierung bereits vorabgestimmt und soll sich ausschließlich auf den Bereich zwischen Tüddern und der B56n konzentrieren. Um entsprechende Rückmeldung bzw. Berücksichtigung wird gebeten.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Für die Gemeinde Selfkant besteht noch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (ASBflex). Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. Stellungnahme mit der ID 1004183) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung von ASBflex im nördlichen Bereich der Ortslage Tüddern.

Für die Gemeinde Selfkant besteht hingegen kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete GIBflex gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren*. Die Festlegung von GIBflex auf dem Gebiet der Gemeinde Selfkant ist demnach nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW).

1004180, 1001619	
<p>Inhalt</p> <p>1.3 Umweltbericht Die Gemeinde Selfkant hat keine Anregungen zum Umweltbericht.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

1004181, 1001619	
<p>Inhalt</p> <p>1.4 Zeichnerische Festlegungen In Bezug auf die zeichnerische Festlegung bringt die Gemeinde folgende Wünsche und Anregungen vor:</p> <p>1. Für den Bereich der Gemeinde Selfkant wird der GIB noch südöstlich der Ortslage Höngen dargestellt. Diese Flächen sollen nördlich von der Ortslage Tüddern dargestellt werden. Diese Verlagerung ist mit der Bezirksregierung vorabgestimmt und wurde bereits mit Antrag vom 14.12.2021 nebst Begründung aus November 2021 schriftlich vorgelegt. Beides ist meiner Stellungnahme vorsorglich als Anlage (AL Stellungnahme Reg.Plan Überarbeitung diverse) beigefügt. Ebenso ist eine Präsentation zum geplanten Gewerbegebiet als Anlage beigefügt.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004181_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004181.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Festlegung erfolgt auf Grundlage eines Flächentauschs im Rahmen der kommunalen Siedlungsraumpotentiale auf Ebene des Regionalplans.</p>

1004182, 1001619	
<p>Inhalt</p> <p>1.4 Zeichnerische Festlegungen</p> <p>In Bezug auf die zeichnerische Festlegung bringt die Gemeinde folgende Wünsche und Anregungen vor:</p> <p>2. Im Bereich des Gewerbegebietes in Millen besteht noch eine Reservefläche von ca. 1,40 ha. Diese wird auch im Regionalplan dargestellt. Die Gemeinde Selfkant würde diese gerne aufheben und den sich daraus ableitenden Bedarf zur Realisierung des Gewerbegebietes nördlich von Tüddern nutzen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1004182_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004182.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz.</p> <p>Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist hier zudem nicht möglich, da es sich nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Reserve im Flächennutzungsplan der Gemeinde Selfkant. Jedoch kann der beabsichtigte Flächentausch auf Ebene der Flächennutzungsplanung gemäß der Zielfestlegung <i>Flächenüberhänge vermeiden und abbauen</i> erfolgen.</p>

1004183, 1001619	
<p>Inhalt</p> <p>1.4 Zeichnerische Festlegungen</p> <p>In Bezug auf die zeichnerische Festlegung bringt die Gemeinde folgende Wünsche und Anregungen vor:</p> <p>3. In der Neuaufstellung des Regionalplans wird der ASB im nördlichen Bereich der Ortslage Tüddern nicht mehr bis an die Kreisstraße 1 dargestellt. Um auch weiterhin eine Anschlussmöglichkeit des GIBs an den ASB zu haben, wird gebeten die Flächen in diesem Bereich wieder als ASB darzustellen. Die vorgetragenen Anregungen wurden zudem in einer Karte, die als Anlage (AL zur Stellungnahme Reg.Plan-Neuaufstellung) beigelegt ist, räumlich verortet.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1004183_1]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Selfkant verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Für die Gemeinde Selfkant besteht hingegen Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> (ASBflex), der im angeregten nördlichen Bereich der Ortslage Tüddern verortet wird. Auf die entsprechende Stellungnahme mit der ID 1004179 wird verwiesen.</p>

AZ: BET_14600_1

Stadt Übach-Palenberg

1000919, Stadt Übach-Palenberg

Inhalt

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg hat in öffentlicher Sitzung am 08.06.2022 beschlossen, eine Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Planentwurfs abzugeben. Die Stellungnahme wird Ihnen hiermit fristgerecht vorgelegt.

Der Rat der Stadt hat folgenden Beschluss gefasst:

1. Die von der Bezirksregierung (BezReg) Köln für die Stadt Übach-Palenberg vorgesehenen Flächen für die zukünftige Deckung des räumlichen Bedarfs werden beschlossen.
2. Im Zuge des laufenden Verfahrens sollen weitere Siedlungs-Flächen (ASB und GIB) aufgrund der beiliegenden Planung bei der BezReg angemeldet werden. Zur Sitzungsvorlage wurden zwei Pläne angefertigt.

Zum ersten Punkt des Beschlusses wurden die Ausweisungen des derzeit gültigen Gebietsentwicklungsplanes aus 2003 mit dem Entwurf des Regionalplanes aus 2021 abgeglichen. Die Flächen wurden durch die BezReg Köln auf Grundlage der geführten Kommunalgespräche unter Berücksichtigung der zukünftigen Bedarfe der Stadt Übach-Palenberg im Entwurf dargestellt.

Der zweite Plan zu Punkt 2. des Beschlusses stellt Flächen dar, die die Stadt Übach-Palenberg im Rahmen dieser Stellungnahme zum Aufstellungsverfahren zusätzlich anmelden möchte. Dazu werden die aus Sicht der Stadt zusätzlichen Bedarfe an ASB- und GIBFlächen räumlich verortet und im Gegenzug Flächen aus dem Entwurf des Regionalplans zum Tausch angeboten. Seit den Kommunalgesprächen in 2017 haben sich neue Entwicklungen im Hinblick auf Flächenverfügbarkeit, Restriktionen, neue Projekte, etc. ergeben, die eine aktuelle Überarbeitung des Entwurfs erfordern.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Aufbau der Stellungnahme der Stadt Übach-Palenberg vorgebracht.

1000920, Stadt Übach-Palenberg	
<p>Inhalt</p> <p>An dieser Stelle möchte ich insbesondere auf ein geplantes interkommunales Gewerbegebiet mit der Stadt Herzogenrath hinweisen. Diese Fläche entspricht dem Wunsch des Landes nach interkommunaler Zusammenarbeit. Es ist verkehrsmäßig so erschlossen, dass ein direkter Weg zur Autobahn ohne direkt Ortslagen zu belasten gegeben ist. Hierzu werden die Städte Herzogenrath und Übach-Palenberg noch eine gesonderte Initiative starten. Ich bitte um Berücksichtigung der neuen Flächen aus dem zweiten Plan und um Streichung der zum Tausch vorgeschlagenen Flächen. Die Begründung zu den einzelnen Teilflächen können Sie der Sitzungsvorlage entnehmen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1000920_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1000920_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird auf ein geplantes interkommunales Gewerbegebiet mit der Stadt Herzogenrath hingewiesen und es werden allgemeine Informationen (u.a. zur verkehrlichen Erschließung) über die vorgeschlagenen Flächen vorgebracht.</p> <p>Die konkret angeregten Flächen werden in der Teilstellungnahme mit der ID 1000973 gesondert behandelt. Auf die Ausführungen in der Stellungnahme mit der ID 1000973 wird verwiesen.</p>

1000921, Stadt Übach-Palenberg

Inhalt

Beschlussempfehlung:

Beschlussempfehlung:

1. Die von der Bezirksregierung (BezReg) Köln für die Stadt Übach-Palenberg vorgesehenen Flächen für die zukünftige Deckung des räumlichen Bedarfs werden beschlossen.
2. Im Zuge des laufenden Verfahrens sollen weitere Siedlungs-Flächen aufgrund der beiliegenden Planung bei der BezReg angemeldet werden.

Begründung:

Ausgangslage Der Regionalrat des Regierungsbezirks Köln hat in seiner 05. Sitzung am 10.12.2021 die Neuaufstellung des Regionalplanes für den gesamten Regierungsbezirk Köln beschlossen und damit die Regionalplanungsbehörde beauftragt, das Aufstellungsverfahren (vgl. § 9 Abs. 2 Raumordnungsgesetz (ROG) und § 19 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG)) durchzuführen. Bis zum 31.08.2022 hat die Stadt Übach-Palenberg Zeit, eine Stellungnahme abzugeben. Die vorgelegten Beschlussvorschläge sollen dazu dienen, eine entsprechende Stellungnahme im Rahmen des Aufstellungsverfahrens abzugeben. Der bislang gültige Gebietsentwicklungsplan für den Teilabschnitt Region Aachen stammt aus dem Jahr 2003. Eine Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln war aufgrund der seitdem vielfältig geänderten Raumansprüche und der Änderung gesetzlicher Vorgaben und Rahmenbedingungen dringend geboten. Dieser umfasst dann weitere räumliche und sachliche Teilabschnitte und fasst sie in einem Gesamtplan für den Regierungsbezirk Köln zusammen. Der neue Regionalplan legt die raumordnerischen Leitvorstellungen für die nächsten mindestens zwei Jahrzehnte im Regierungsbezirk Köln fest. Ein Wachstum an Siedlungsflächen ist dann nur in den im zeichnerischen Teil des Regionalplans festgelegten Flächen möglich. Daher ist es jetzt erforderlich, Flächen aufgrund der vorliegenden Bedarfe gegenüber der BezReg anzumelden. Die Bedarfe an zusätzlichen Flächen des Allgemeinen Siedlungsbereichs (ASB) und des Gewerblich Industriellen Bereiches (GIB) hat die BezReg Köln im Vorfeld durch umfangreiche Untersuchungen und Auswertungen von statistischen Daten festgelegt. Dadurch ist nach Rückkopplung mit der Stadt Übach-Palenberg der Entwurf des zeichnerischen Teils des Regionalplans entstanden. Der Sitzungsvorlage liegen zwei Pläne bei. Der erste Plan stellt die Flächen dar, die die BezReg nach Anmeldung durch die Stadt Übach-Palenberg in sogenannten Kommunalgesprächen aufgrund der zu erwartenden räumlichen Bedarfe als Flächenpotentiale zugestanden hat. Der zweite Plan stellt Flächen dar, die die Stadt Übach-Palenberg im Rahmen einer Stellungnahme zum Aufstellungsverfahren zusätzlich anmelden möchte. Dazu

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben sowie allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Ausgangslage in der Stadt Übach-Palenberg vorgebracht.

werden die aus Sicht der Stadt zusätzlichen Bedarfe an ASB- und GIB-Flächen räumlich verortet und im Gegenzug Flächen aus dem Entwurf des Regionalplans zum ?Tausch? angeboten. Die vorliegenden Pläne wurden immer unter der Prämisse erstellt, dass die Stadt Übach- Palenberg aufgrund ihrer geringen Flächengröße und der damit verbundenen hohen Siedlungsdichte im Vergleich zu anderen Städten im Kreis Heinsberg in Ihrer zukünftigen Siedlungsentwicklung bereits heute sehr stark eingeschränkt ist. Siedlungsflächenreserven sind in Übach-Palenberg nicht in größerem Umfang vorhanden.

1000922, Stadt Übach-Palenberg

Inhalt

Erläuterungen zu den Plänen: Berücksichtigte Flächen Regionalplan: Dieser Plan stellt die Flächen dar, die im Vergleich zwischen dem Entwurf des Regionalplans (Stand Dezember 2021) und dem alten Gebietsentwicklungsplan (2003) in Ihrer zukünftigen Funktion geändert wurden. Die geänderten Flächenfunktionen sind auf der Basis der Kommunalgespräche zwischen der Stadt Übach-Palenberg und der BezReg entwickelt worden.

ASB 1: Diese Fläche war bislang als ASB eingestuft. Hier befindet sich das Sportzentrum mit Schwimmbad, Stadion Übachtal, Tennisanlage und Sportplatz am Bucksberg. Wegen der großen Freiflächen soll dieser Bereich zukünftig dem Freiraum zugeordnet werden. Eine Entwicklung für eine Wohnbaunutzung ist hier in Zukunft nicht vorgesehen.

ASB 2: Der Rimburger Acker, als wichtige Entwicklungsfläche für die Wohnbebauung, ist bereits als ASB dargestellt. Diese Fläche soll noch einmal arrondiert werden.

ASB 3: Aufgrund der Nähe zum Bahnhof soll die Fläche südlich des Ortsteils Rimburg für eine Wohnbebauung zur Verfügung stehen und wird deshalb als ASB eingestuft.

ASB 4: Diese Fläche wird für das Neubaugebiet Mariental in Anspruch genommen.

ASB 5: In Verbindung mit dem Neubaugebiet Marienhöhe wird dieser Teil der Rahmenplanung Marienberg als Arrondierung des Ortsteils zukünftig als ASB ausgewiesen. Eine Gute Versorgung mit Infrastruktur und die Nähe zum Bahnhof sind ausschlaggebend.

ASB 6: Der Ortsteil Marienberg soll sich hier weiter in Richtung Westen ausdehnen. Ein Zusammenwachsen der beiden Ortsteile Scherpenseel und Marienberg ist aus regionalplanerischer Sicht nicht gewünscht. Daher wurde zwischen den Ortsteilen auch die Änderung des Flächennutzungsplanes durch den Rat mit einer Grünraumvernetzung angestoßen.

ASB 7: Dieser Bereich umfasst die Planungen ?Auf der Höhe?. Nach dem Abbruch der Häuser der VIVAWEST entsteht hier derzeit eine Neuentwicklung.

ASB 8: Diese Fläche wird aufgrund der Grünstrukturen zukünftig dem Freiraum zugeordnet.

ASB 9: In Fortsetzung der Neubauflächen im Osten von Scherpenseel kann hier eine Weiterentwicklung stattfinden. Die Haupterschließungsstraße wurde mit der Calvinstraße bereits geschaffen. Die Grenze in Richtung Osten bildet die geplante

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird eine nummerierte Flächenübersicht über geplante Neudarstellungen und Rücknahmen von Siedlungsbereichen gegeben, die der Entwurf des Regionalplanes Köln (Stand Dezember 2021) im Vergleich zum rechtswirksamen Regionalplan Köln enthält. Darüber hinaus werden für jeder dieser Flächendarstellung weitergehende Hinweise (z.B. zur Historie oder zu aktuellen kommunalen Planungsabsichten) gegeben.

Grünraumvernetzung.

ASB 10: Hiermit wird dem Stadtteil Scherpenseel seine Bedeutung als Ortsteil mit mehr als 2.000 Einwohnern beigemessen. Im bisher gültigen Gebietsentwicklungsplan ist Scherpenseel gar nicht als ASB dargestellt.

ASB 11: Eine Entwicklung bis zum Scheleberg wird als nicht sinnvoll erachtet. Diese Fläche wird der BezReg nochmal im Tausch gegen andere Fläche angeboten.

ASB 12: Eine Entwicklung zwischen der Siedlung Saarstraße und den Kiestagebauten erscheint nicht sinnvoll. Deshalb soll diese Fläche, die bislang als ASB dargestellt ist zukünftig dem Freiraum zugeordnet werden.

GIB 1: Diese Fläche ist Teil der Industriefläche zur Lebensmittelproduktion. Durch den Bau der B 57 n ist diese Fläche jetzt dem GIB zuzuordnen.

GIB 2: Die Fläche stellt eine sinnvolle Arrondierung der Entwicklung der Gewerbe- und Industriegebiete im Bereich Holthausen-Nord und Drinhausen-Süd dar.

GIB 3: Hier ist eine Erweiterung der Gewerbe- und Industriegebiete in Richtung Osten möglich. Es gibt aber zahlreiche Hindernisse, hier vor allem den Immissionsschutz im Hinblick auf das Stadtgebiet Baesweiler. Daher wird die Fläche vermutlich zum Tausch gegen eine andere Fläche der BezReg angeboten.

GIB 4: Das Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus soll weiter in Richtung Norden wachsen. Dadurch können Erweiterungsflächen für hier ansässige und anzusiedelnde Gewerbebetriebe zur Verfügung gestellt werden.

[s. Anhang Abb. ID 1000922_1]

Anhänge

[Abb_ID_1000922_1.pdf](#)

1000960, Stadt Übach-Palenberg

Inhalt

Zusätzliche Flächen Regionalplan:

Aufgrund neuer Entwicklungen seit den mit der BezReg Köln geführten Kommunalgesprächen sollen zusätzliche Flächen als ASB und GIB vorgeschlagen werden. Dazu sollen der BezReg Tauschflächen, die weniger Chancen auf Realisierung aufgrund von Restriktionen haben, angeboten werden.

ASB 1 neu: Die Fläche südlich des Friedhofs stellt eine sinnvolle Arrondierung des bestehenden Siedlungszusammenhangs im Bereich Boscheln dar.

[s. Abbildung ID 1000960_1]

Anhänge

[Abb_ID_1000960_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen*. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Stadt Übach-Palenberg verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an

zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch bestehen noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1000961, Stadt Übach-Palenberg	
<p>Inhalt</p> <p>Zusätzliche Flächen Regionalplan:</p> <p>Aufgrund neuer Entwicklungen seit den mit der BezReg Köln geführten Kommunalgesprächen sollen zusätzliche Flächen als ASB und GIB vorgeschlagen werden. Dazu sollen der BezReg Tauschflächen, die weniger Chancen auf Realisierung aufgrund von Restriktionen haben, angeboten werden.</p> <p>ASB 2 neu: Trotz der Nähe zur Via Belgica soll das Baugebiet Beyelsfeld nach Süden ausgedehnt werden. Dies lässt mögliche Erweiterungen zu.</p> <p>[s. Abbildung ID 1000961_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1000961_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1000962, Stadt Übach-Palenberg	
<p>Inhalt</p> <p>Zusätzliche Flächen Regionalplan:</p> <p>Aufgrund neuer Entwicklungen seit den mit der BezReg Köln geführten Kommunalgesprächen sollen zusätzliche Flächen als ASB und GIB vorgeschlagen werden. Dazu sollen der BezReg Tauschflächen, die weniger Chancen auf Realisierung aufgrund von Restriktionen haben, angeboten werden.</p> <p>ASB 3 neu: Die im Entwurf zum Regionalplan berücksichtigte Fläche südlich Rimbürg soll rund um den Rimbürger Hof ausgedehnt werden.</p> <p>[s. Abbildung ID 1000962_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1000962_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen raumordnerische Planungsrichtlinien [RG] entgegen. Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1000963, Stadt Übach-Palenberg

Inhalt

Zusätzliche Flächen Regionalplan:

Aufgrund neuer Entwicklungen seit den mit der BezReg Köln geführten Kommunalgesprächen sollen zusätzliche Flächen als ASB und GIB vorgeschlagen werden. Dazu sollen der BezReg Tauschflächen, die weniger Chancen auf Realisierung aufgrund von Restriktionen haben, angeboten werden.

ASB 4 neu: Die Fläche wurde bereits zum Großteil durch den Bebauungsplan Marienhöhe in Anspruch genommen. Eine Erweiterung des Baugebietes nach Süden ist städtebaulich aufgrund der geschaffenen Erschließung sinnvoll.

[s. Abbildung ID 1000963_1]

Anhänge

[Abb. ID 1000963_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Für den Bereich des Bebauungsplans gilt:

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Für die übrige Fläche gilt:

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Übach-Palenberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes,

insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1000964, Stadt Übach-Palenberg

Inhalt

Zusätzliche Flächen Regionalplan:

Aufgrund neuer Entwicklungen seit den mit der BezReg Köln geführten Kommunalgesprächen sollen zusätzliche Flächen als ASB und GIB vorgeschlagen werden. Dazu sollen der BezReg Tauschflächen, die weniger Chancen auf Realisierung aufgrund von Restriktionen haben, angeboten werden.

ASB 5 neu: Analog zu den Neubaugebieten Kirchenweg I & II könnte eine Neubaufläche südlich der L 225 entstehen. Ein großer Vorteil würde darin bestehen, dass ein ehemaliger Gartenbaubetrieb, der nicht mehr in Nutzung ist und verfällt, mit der Entwicklung eines Neubaugebietes zurückgebaut werden könnte.

[s. Abbildung ID 1000964_1]

Anhänge

[Abb_ID_1000964_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Übach-Palenberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum steht darüber hinaus die Zielfestlegung *Regionale Grünzüge sichern und vor Inanspruchnahme schützen* entgegen. Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1000965, Stadt Übach-Palenberg	
<p>Inhalt</p> <p>Zusätzliche Flächen Regionalplan:</p> <p>Aufgrund neuer Entwicklungen seit den mit der BezReg Köln geführten Kommunalgesprächen sollen zusätzliche Flächen als ASB und GIB vorgeschlagen werden. Dazu sollen der BezReg Tauschflächen, die weniger Chancen auf Realisierung aufgrund von Restriktionen haben, angeboten werden.</p> <p>ASB 6 neu: Der Bolzplatz wird als solcher nicht mehr genutzt. Zusammen mit einer Erneuerung des Wohnungsbestandes im direkten Umfeld könnte hier eine städtebaulich sinnvoll Nachverdichtung im Stadtteil Marienberg erfolgen.</p> <p>[s. Abbildung ID 1000965_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1000965_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1000966, Stadt Übach-Palenberg

Inhalt

Zusätzliche Flächen Regionalplan:

Aufgrund neuer Entwicklungen seit den mit der BezReg Köln geführten Kommunalgesprächen sollen zusätzliche Flächen als ASB und GIB vorgeschlagen werden. Dazu sollen der BezReg Tauschflächen, die weniger Chancen auf Realisierung aufgrund von Restriktionen haben, angeboten werden.

ASB 7 neu: Die Fläche der geplanten Seniorenwohnanlage Wurmthalstraße sollte durch den Regionalplan als ASB dargestellt werden. Durch die Ausweisung als ABS könnte eine Flächennutzungsplanänderung durchgeführt sowie ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

[s. Abbildung ID 1000966_1]

Anhänge

[Abb_ID_1000966_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter dem vorhandenen Siedlungsbestand im westlichen Bereich des Stadtteils Frelenberg zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Darüber hinaus werden die regionalplanerischen Siedlungsbereiche entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Übach-Palenberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

--	--

1000967, Stadt Übach-Palenberg	
<p>Inhalt</p> <p>Zusätzliche Flächen Regionalplan:</p> <p>Aufgrund neuer Entwicklungen seit den mit der BezReg Köln geführten Kommunalgesprächen sollen zusätzliche Flächen als ASB und GIB vorgeschlagen werden. Dazu sollen der BezReg Tauschflächen, die weniger Chancen auf Realisierung aufgrund von Restriktionen haben, angeboten werden.</p> <p>ASB 8 neu: Im Bereich Breiller Höhe gibt es schon seit längerem Überlegungen einer Wohnbebauung. Aufgrund der starken Hanglage im westlichen Bereich sollte die Fläche des ASB in Richtung Osten verschoben werden.</p> <p>[s. Abbildung ID 1000967_1]</p> <p>Anhänge Abb. ID 1000967_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Festlegung des ASB erfolgt auf Grundlage eines Flächentauschs im Rahmen der kommunalen Siedlungsraumpotentiale auf Ebene des Regionalplans (s. ID 1000967 (Neudarstellung) bzw. ID 1000971 (Rücknahme)). Die eingebrachte Tauschfläche ist aufgrund von Entwicklungshemmnissen - hier starke Topografie - nicht umsetzbar. Eine zeichnerische Rücknahme der Tauschfläche erfolgt aufgrund der Maßstäblichkeit des Regionalplans nicht (nicht darstellbare Freirauminsel innerhalb des Siedlungsraums). Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1000968, Stadt Übach-Palenberg	
<p>Inhalt</p> <p>Zusätzliche Flächen Regionalplan:</p> <p>Aufgrund neuer Entwicklungen seit den mit der BezReg Köln geführten Kommunalgesprächen sollen zusätzliche Flächen als ASB und GIB vorgeschlagen werden. Dazu sollen der BezReg Tauschflächen, die weniger Chancen auf Realisierung aufgrund von Restriktionen haben, angeboten werden.</p> <p>Tauschfläche ASB 1: Die Flächen im Bereich Hopensack südlich der Ortslage Übach sind als ASB im Entwurf des Regionalplans dargestellt. Eine städtebauliche Erweiterung in diesen Landschaftsraum erscheint nicht sinnvoll. In direkter Nachbarschaft befindet sich die ASB-Fläche Rimburger Acker.</p> <p>[s. Abbildung ID 1000968_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1000968_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Ein Flächentausch ist hier nicht möglich, da es sich weder um eine Regionalplanreserve noch um eine Reserve im Flächennutzungsplan gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) handelt.</p>

1000969, Stadt Übach-Palenberg	
<p>Inhalt</p> <p>Zusätzliche Flächen Regionalplan:</p> <p>Aufgrund neuer Entwicklungen seit den mit der BezReg Köln geführten Kommunalgesprächen sollen zusätzliche Flächen als ASB und GIB vorgeschlagen werden. Dazu sollen der BezReg Tauschflächen, die weniger Chancen auf Realisierung aufgrund von Restriktionen haben, angeboten werden.</p> <p>Tauschfläche ASB 2: Das Wohngebiet Mariental soll wegen der Belange des Artenschutzes in diesem Bereich nicht weiter nach Süden ausgedehnt werden.</p> <p>[s. Abbildung ID 1000969_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1000969_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten ID 1000969).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1000970, Stadt Übach-Palenberg	
<p>Inhalt</p> <p>Zusätzliche Flächen Regionalplan:</p> <p>Aufgrund neuer Entwicklungen seit den mit der BezReg Köln geführten Kommunalgesprächen sollen zusätzliche Flächen als ASB und GIB vorgeschlagen werden. Dazu sollen der BezReg Tauschflächen, die weniger Chancen auf Realisierung aufgrund von Restriktionen haben, angeboten werden.</p> <p>Tauschfläche ASB 3: Die Flächen am Scheleberg sollen nicht für eine Wohnbauentwicklung genutzt werden. Eine Entwicklung des Stadtteils Scherpenseel in diese Richtung erscheint auch aus Gründen des Immissionsschutzes wegen der hier vorhandenen Sportanlagen nicht sinnvoll.</p> <p>[s. Abbildung ID 1000970_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1000970_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Aufgrund der Darstellung im Flächennutzungsplan und der tatsächlichen Umstände im Bestand besteht ein Sicherungserfordernis, so dass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Ein Flächentausch ist hier nicht möglich, da es sich weder um eine Regionalplanreserve noch um eine Reserve im Flächennutzungsplan gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) handelt.</p>

1000971, Stadt Übach-Palenberg	
<p>Inhalt</p> <p>Zusätzliche Flächen Regionalplan:</p> <p>Aufgrund neuer Entwicklungen seit den mit der BezReg Köln geführten Kommunalgesprächen sollen zusätzliche Flächen als ASB und GIB vorgeschlagen werden. Dazu sollen der BezReg Tauschflächen, die weniger Chancen auf Realisierung aufgrund von Restriktionen haben, angeboten werden.</p> <p>Tauschfläche ASB 4: Die Hanglage im Bereich der Breiller Gracht ist ökonomisch schwer als Wohnbaufläche zu erschließen. Daher soll die ASB 8 neu - Fläche weiter im Osten in den Regionalplan aufgenommen werden. Hier ist die Topographie weniger problematisch.</p> <p>[s. Abbildung ID 1000971_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1000971_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Festlegung des ASB erfolgt auf Grundlage eines Flächentauschs im Rahmen der kommunalen Siedlungsraumpotentiale auf Ebene des Regionalplans (s. ID 1000967 (Neudarstellung) bzw. ID 1000971 (Rücknahme)). Die eingebrachte Tauschfläche ist aufgrund von Entwicklungshemmnissen - hier starke Topografie - nicht umsetzbar. Eine zeichnerische Rücknahme der Tauschfläche erfolgt aufgrund der Maßstäblichkeit des Regionalplans nicht (nicht darstellbare Freirauminsel innerhalb des Siedlungsraums). Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1000972, Stadt Übach-Palenberg	
<p>Inhalt</p> <p>Zusätzliche Flächen Regionalplan:</p> <p>Aufgrund neuer Entwicklungen seit den mit der BezReg Köln geführten Kommunalgesprächen sollen zusätzliche Flächen als ASB und GIB vorgeschlagen werden. Dazu sollen der BezReg Tauschflächen, die weniger Chancen auf Realisierung aufgrund von Restriktionen haben, angeboten werden.</p> <p>GIB 1 neu: Für mögliche Erweiterungen des PET-Flaschen-Recyclingwerkes sollen weitere Flächen für die Zukunft gesichert werden.</p> <p>[s. Abbildung ID 1000972_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1000972_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten ID 1000972).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Übach-Palenberg noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIB.</p>

1000973, Stadt Übach-Palenberg

Inhalt

Zusätzliche Flächen Regionalplan:

Aufgrund neuer Entwicklungen seit den mit der BezReg Köln geführten Kommunalgesprächen sollen zusätzliche Flächen als ASB und GIB vorgeschlagen werden. Dazu sollen der BezReg Tauschflächen, die weniger Chancen auf Realisierung aufgrund von Restriktionen haben, angeboten werden.

GIB 2 neu: Zusammen mit der Stadt Herzogenrath soll ein interkommunales Gewerbegebiet angestoßen werden. Die Stadt Herzogenrath bereitet eine Erweiterung Ihres bestehenden Gewerbegebietes bis an die Stadtgrenze über eine Änderung des Flächennutzungsplanes vor. Der Anschluss an das überörtliche Straßennetz ist vorhanden. Auf Übach-Palenberger Seite können Flächen nur sinnvoll erschlossen werden, wenn die Flächen auf Herzogenrather Stadtgebiet auch erschlossen werden. Es könnte zu einer sinnvollen Nutzung der Flächen im Bereich der Abrundungssatzung Boscheln I kommen. Dies Flächen können aufgrund der Windkraftanlage auf Herzogenrather Stadtgebiet nicht als Wohnbauflächen genutzt werden.

[s. Abbildung ID 1000973_1]

Anhänge

[Abb_ID_1000973_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände in Form der Zielfestlegung *Regionale Grünzüge sichern und vor Inanspruchnahme schützen* entgegen. Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen", die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die angeregte Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

--	--	--

1000974, Stadt Übach-Palenberg	
<p>Inhalt</p> <p>Zusätzliche Flächen Regionalplan:</p> <p>Aufgrund neuer Entwicklungen seit den mit der BezReg Köln geführten Kommunalgesprächen sollen zusätzliche Flächen als ASB und GIB vorgeschlagen werden. Dazu sollen der BezReg Tauschflächen, die weniger Chancen auf Realisierung aufgrund von Restriktionen haben, angeboten werden.</p> <p>Tauschfläche GIB 1: Hier ist eine Erweiterung der Gewerbe- und Industriegebiete in Richtung Osten möglich. Es gibt aber zahlreiche Hindernisse, hier vor allem den Immissionsschutz im Hinblick auf das Stadtgebiet Baesweiler. Daher soll die Fläche zum Tausch gegen eine andere Fläche der BezReg angeboten.</p> <p>[s. Abbildung ID 1000974_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1000974_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten ID 1000974).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt</p>

1000975, Stadt Übach-Palenberg	
<p>Inhalt</p> <p>L 240 n: Hier gab es vor vielen Jahren schon eine optimierte Variante. Über diese Südtangente wird in Zukunft wegen der erheblich gestiegenen Verkehrsbelastungen auf der innerörtlichen Nordtangente (L 225) zu diskutieren sein.</p> <p>[s. Abbildung ID 1000975_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1000975_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird ein Hinweis zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1000976, Stadt Übach-Palenberg	
<p>Inhalt</p> <p>Zusätzliche Flächen Regionalplan:</p> <p>Aufgrund neuer Entwicklungen seit den mit der BezReg Köln geführten Kommunalgesprächen sollen zusätzliche Flächen als ASB und GIB vorgeschlagen werden. Dazu sollen der BezReg Tauschflächen, die weniger Chancen auf Realisierung aufgrund von Restriktionen haben, angeboten werden.</p> <p>Grünzug: Der Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes für eine Grünraumvernetzung zwischen Scherpenseel und Marienberg wurde in 2019 gefasst. Hier sollte eine Darstellung als Fläche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung erfolgen.</p> <p>[s. Abbildung ID 1000976_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1000976_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der vorgenannten Bereich wurde in die Festlung der BSLE auf Grund einer Änderung des Flächennutzungs aus dem Jahr 2019 mit aufgenommen.</p>

AZ: BET_147000_1

Gemeinde Waldfeucht

1005571, Gemeinde Waldfeucht

Inhalt

Mit Schreiben vom 25.01.2022 (ihr Zeichen: 32.01-Neuaufstellung) haben Sie die Gemeinde Waldfeucht aufgefordert bis zum 31.08.2022 eine Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln abzugeben. Die Verwaltung hat uns dieses Schreiben weitergeleitet und gebeten, die Stellungnahme aus stadtplanerischer Sicht, unter Berücksichtigung der gemeindlichen in Aufstellung befindlichen Bebauungspläne, Änderungen vom Flächennutzungsplan und der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans vorzuformulieren. Die Stellungnahme ist erarbeitet, mit der Gemeindeverwaltung abgestimmt und fortgeschrieben worden. Dieses Schreiben ist nunmehr, mit Freigabe des Bürgermeisters Heinz-Josef Schrammen, die offizielle Stellungnahme zur Offenlage der Neuaufstellung des Regionalplanes der Gemeinde Waldfeucht.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht.

1005572, Gemeinde Waldfeucht

Inhalt

Die Gemeinde Waldfeucht nimmt zu dem vorgelegten Planentwurf wie folgt Stellung: Da die bestehenden bzw. in Erschließung befindlichen Gewerbegebiete im Gemeindegebiet von Waldfeucht bereits vollständig in Anspruch genommen oder vermarktet wurden, hat der Rat der Gemeinde Waldfeucht am 15.06.2022 einstimmig beschlossen, die Verwaltung damit zu beauftragen, mit der Bezirksregierung Köln Gespräche über eine mögliche Erweiterung des Gewerbegebietes Waldfeucht-Bocket zu führen. Die Niederschrift der vorgenannten Ratssitzung erhalten Sie anbei als Anlage 1. Die beabsichtigte Abgrenzung der geplanten Gewerbegebietserweiterung ist dem als Anlage 2 beigefügten Plan sowie der nachfolgenden Abbildung 1 zu entnehmen und hier mit "Ergänzungswunsch" kenntlich gemacht.

Die Abbildung 1 zeigt, dass der Allgemeine Siedlungsbereich (ASB) bereits im aktuellen Entwurf des Regionalplanes über die westlich an das bestehende Gewerbegebiet angrenzende K17 hinausgeht. Unter Berücksichtigung der als Anlage 3 beigefügten Handreichung zu Ziel 2-3 des LEP NRW des Referats III B 1 Landesentwicklung, Nationale und europäische Raumentwicklung. Freiraum ist somit die Planungsabsicht erkennbar, dass Gewerbegebiet bis über diese Straße hinaus zu erweitern. Gleichwohl geht der ASB nur so geringfügig über die K17 hinaus, dass eine städtebaulich sinnvolle Ausnutzung der Flächen bzw. eine hieraus entwickelte Änderung des Flächennutzungsplanes entsprechend der Anlage 2 nicht möglich sein wird. In diesem Zusammenhang regt die Gemeinde Waldfeucht an, den ASB entsprechend der Abbildung 1 nach Westen zu erweitern. Die Erweiterung in Richtung Westen bietet sich aus unterschiedlichen, städtebaulichen Gründen an. So würde eine Erweiterung des bestehenden Gewerbegebietes in eine andere Richtung dazu führen, dass das Gewerbegebiet näher an die bestehenden Wohngebiete der Ortslagen Waldfeucht, Frilinghoven und Bocket heranrückt, als dies unter Berücksichtigung der geplanten Erweiterung der Fall ist. Immissionsschutzrechtliche Konflikte wären damit absehbar erheblicher als erforderlich. Ebenso ist darauf hinzuweisen, dass das bestehende Gewerbegebiet in Richtung Norden, Osten und Süden an unterschiedliche, naturschutzfachliche Schutzgebiete, z.B. Landschaftsschutzgebiete, Verbundflächen und schutzwürdige Biotope angrenzt. Demgegenüber wird die Fläche der beabsichtigten Erweiterung von keinem einzigen dieser Gebiete erfasst. (vgl. nachfolgende Abbildung 2)

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Aspekte bittet die Gemeinde Waldfeucht darum, die in der Abbildung 1 mit "Ergänzungswunsch" kenntlich gemachten Flächen im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln als "Allgemeinen Siedlungsbereich" darzustellen. Hierbei ist aus Sicht der Gemeinde Waldfeucht zu berücksichtigen, dass die im Entwurf zum Regionalplan verwendete Kartengrundlage keine eindeutige, städtebauliche Zäsur am westlichen Rand der für die Erweiterung des ASB

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Die Gemeinde Waldfeucht verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

vorgesehenen Fläche erkennen lässt. Unter Berücksichtigung der Bereichsunschärfe des Regionalplanes könnte die Darstellung des ASB somit auch hinter der vorgeschlagenen Abgrenzung zurückbleiben und gleichzeitig eine Flächennutzungsplanänderung entsprechend der Anlage 2 absichern. Hierbei gehen wir in Anlehnung an die o.g. Handreichung davon aus, dass die Bereichsunschärfe vorliegend bei 100 m liegt. Das Einvernehmen der Gemeinde Waldfeucht zu einer von der Abbildung 1 abweichenden Abgrenzung des ASB ist in diesem Zusammenhang daran gebunden, dass eine Flächennutzungsplanänderung entsprechend der Anlage 2 aus dem in Aufstellung befindlichen Regionalplan entwickelt werden kann. Im Namen der Gemeinde Waldfeucht bedanken wir uns und stehen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

[s. Anhang Abb. ID 1005572_1]

[s. Anhang Abb. ID 1005572_2]

Anhänge

[Abb_ID_1005572_1.pdf](#)

[Abb_ID_1005572_2.pdf](#)

1005573, Gemeinde Waldfeucht

Inhalt

Durch die geplante Erweiterung könnte dem bestehenden Bedarf Rechnung getragen werden. Dieser Bedarf ergibt sich nahezu ausschließlich aus den Bedürfnissen der regionalen Gewerbetreibenden. Im Rahmen der noch laufenden Vermarktung des Gewerbegebietes Haaren wurden die Baugrundstücke - mit Ausnahme einer DHL-Verteilstation als Ankerbetrieb - ausschließlich an regionale Gewerbetreibende vermarktet. Grundstücks-Zuschläge für überregionale Betriebe erfolgten nicht. Ein diesbezüglicher Bedarf wurde von Seiten der Interessenten aber ebenfalls vorgetragen. Gemäß den Ausführungen auf den Seiten 44ff. der Begründung zum Regionalplan werden die Gewerbeflächenbedarfe u.A. auf der Grundlage der zurückliegenden Neuansiedlungen und Reaktivierungen sowie auf Grundlage der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den jeweiligen Kommunen bestimmt. Hinsichtlich der zurückliegenden Neuansiedlungen und Reaktivierungen ist darauf zu verweisen, dass die Gemeinde Waldfeucht in den letzten Jahren nur wenige Gewerbeflächen entwickelt hat. Diese wurden überwiegend geschaffen, um bestehenden Betrieben eine Perspektive für einen Verbleib innerhalb der Gemeinde zu eröffnen. Die Gemeinde bittet darum, diese Zurückhaltung nicht zu ihrem Nachteil auszulegen. Im Hinblick auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist ferner darauf hinzuweisen, dass die Einpendler aus dem europäischen Ausland keine erkennbare Berücksichtigung in den Bedarfsermittlungen des Regionalplanentwurfes finden. In der Gemeinde Waldfeucht haben 2020 rund 1.350 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte einen Arbeitsplatz gefunden, wovon rund 160 aus dem Ausland einpendelten (vgl. IT.NRW: Kommunalprofil Waldfeucht, 2022, Seite 14). Dies entspricht einem Anteil von rund 12 %. Dem steht gegenüber, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit entsprechend dem Grundsatz G.9 der gesamträumlichen Aspekte des in Aufstellung befindlichen Regionalplanes gefördert werden soll. Die Gemeinde Waldfeucht regt an, dem Konflikt mit dem vorgenannten Grundsatz entgegenzuwirken und die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus dem Ausland bei der Bedarfsermittlung in vollem Umfang zu berücksichtigen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Erweiterung des in Rede stehenden ASB ist im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht (s. Stellungnahme ID 1005572). Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Im Hinblick auf die vorgebrachten Anregungen zur Ermittlung der Flächenbedarfe gilt, dass die Regionalplanungsbehörde gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen hat. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarf für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist.

Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die Festlegung regionaler GIB u.a. im Kreis Heinsberg soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen

den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen.

In Bezug auf die Anregung zur Erfassung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) gilt, der Anregung ist entsprochen, da für die wirtschaftliche Zuordnung der beschäftigten Personen alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort gem. IT.NRW in die Berechnung einfließen und nicht z.B. Beschäftigte am Wohnort Eingang gefunden haben.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwickl*

ung flexibilisieren Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: BET_148000_1

Stadt Wassenberg

1005491, Stadt Wassenberg

Inhalt

Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln bittet die Stadt Wassenberg um die zusätzliche Ausweisung der nachfolgenden Flächen als allgemeine Siedlungsbereiche:

1. Fläche zwischen ?Bergstraße? und ?Am Segelberg? als Arrondierung der Wassenberger Oberstadt.

[s. Anhang Abb. ID 1005491_1]

Anhänge

[Abb_ID1005491.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ?wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ?*Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?* verfügt die Stadt Wassenberg noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.

1005492, Stadt Wassenberg	
<p>Inhalt</p> <p>Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln bittet die Stadt Wassenberg um die zusätzliche Ausweisung der nachfolgenden Flächen als allgemeine Siedlungsbereiche:</p> <p>2. Fläche südlich des Wasserschutzparks als Arrondierung und sinnvoller Abschluss des Siedlungsgebietes.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005492_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005492.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Wassenberg verfügt nicht über ausreichend kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>.</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005493, Stadt Wassenberg	
<p>Inhalt</p> <p>Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln bittet die Stadt Wassenberg um die zusätzliche Ausweisung der nachfolgenden Flächen als allgemeine Siedlungsbereiche:</p> <p>3. Fläche nördlich des Wasserschutzparks zwischen dem Wirtschaftsweg und der Bebauung als sinnvolle Arrondierung des Siedlungsschwerpunktes.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1005493_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005493.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Wassenberg verfügt nicht über ausreichend kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Darüber hinaus werden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen zum Teil raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entgegen. Eine Teilfläche im Süden ist im Regionalplan auf der Basis der Wasserschutzzone II eines fachplanerisch festgesetzten Wasserschutzgebiets gemäß Z.26 als Bereich für Gewässerschutz und Grundwasserschutz festgelegt. Als landesplanerische Vorgabe hat Ziel 7.4-3 des LEP NRW den Zweck, dass Raumordnung und Wasserwirtschaft zusammen die Einzugsbereiche von Trinkwassergewinnungsanlagen von gefährdenden Nutzungen freihalten. Die Erweiterung des ASB als ein Schwerpunkt der zukünftigen Siedlungsentwicklung steht dem entgegen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005494, Stadt Wassenberg

Inhalt

Zudem bittet die Stadt als 4. Punkt um die zusätzliche Ausweisung einer Gewerbefläche zwischen ?Rurtalstraße? und ?Forster Weg? als Arrondierung des vorhandenen Gewerbegebietes.

[s. Anhang Abb. ID 1005494_1]

Anhänge

[Abb. ID1005494.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist darüber hinaus nicht bedarfsgerecht. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Wassenberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Zudem liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region⁺-Wirtschaft).

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005495, Stadt Wassenberg

Inhalt

Des Weiteren soll die Ausweisung von Naturschutzgebieten im Bereich der Rurauen, auf die im rechtskräftigen Landschaftsplan II/4 Wassenberger Riedelland und untere Rurniederung festgeschriebenen Flächen, beschränkt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan Köln setzt keine Naturschutzgebiete fest. Dies erfolgt durch die örtliche Landschaftsplanung, hier den Kreis Heinsberg. Entsprechend der textlichen Festlegungen besteht ein weiter Spielraum für die fachplanerische Umsetzung der regionalplanerischen Festlegungen. Eine Beschränkung auf die bestehenden Schutzgebiete würde dem Auftrag zur Sicherung eines regionalen Biotopverbunds nicht gerecht.

AZ: BET_149000_1

Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen

1004193, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen

Inhalt

Ferner wird zur Bahnstrecke RB 34 von Seiten der Stadt Wegberg Folgendes angeregt:

- Die Förderung des schienengebundenen Personennahverkehrs (SPNV) in Richtung Mönchengladbach ist erklärtes Ziel. Zu Maßnahmen der Attraktivitätssteigerung gehören eine deutlich erhöhte Taktzeit, gestalterische Aufwertung der Haltepunkte, bessere Ausstattung von Park+Ride und Bike+Ride Plätzen. Im Rahmen der Flächennutzungsplanung wurden die Schwerpunkte der Wohnbauentwicklung innerhalb des Grenzlandringes sowie im Bereich Arsbeck gesetzt. Beide Standorte zeichnen sich durch die gute Erreichbarkeit zu den jeweiligen Haltepunkten aus. Somit liegen bei diesen Standortentscheidungen, auch im Sinne der diesbezüglichen Zielsetzung des Regionalplanes, günstige Voraussetzungen zur gebotenen Vermeidung und Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf den Öffentlichen Personenverkehr vor.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise gegeben, die sich teilweise an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen richten. Festlegungen zum Betrieb von Schienenwegen gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Sie sind der Fachplanung vorbehalten.

1004194, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen

Inhalt

Ferner wird zur Bahnstrecke RB 34 von Seiten der Stadt Wegberg Folgendes angeregt:

- Eine Reaktivierung dieser Bahnstrecke als sog. "Eiserner Rhein" für eine Güterverkehrsverbindung zwischen dem Seehafen Antwerpen und dem Ruhrgebiet wird, aufgrund der zu befürchtenden erheblichen Beeinträchtigungen durch Lärm- und Erschütterungsbelastungen, von Seiten der Stadt Wegberg als Ausbau der vorhandenen, durch das Stadtgebiet führende Bahntrasse, weiterhin kategorisch abgelehnt. Hierzu sollte eine entsprechende Grundsatzaussage im Regionalplan erfolgen. Andererseits wird zur allgemeinen Verbesserung des schienengebundenen Personennahverkehrs eine Wiederinbetriebnahme der Bahntrasse in Richtung Niederlande / Roermond ausdrücklich unterstützt. Dieses Ansinnen muss daher aus Sicht der Stadt Wegberg bei den "Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen" dringend berücksichtigt werden. Vor allem, da die Deutsche Bahn selbst diese Strecke zur Reaktivierung für den Personenverkehr mit S-Bahn-Taktung in ihrer mittelfristigen Planung berücksichtigt hat.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Hinweise gegeben, die sich teilweise an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen richten. Festlegungen zum Betrieb von Schienenwegen gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Sie sind der Fachplanung vorbehalten.

1004195, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg</p> <p><u>Nr. WE 1; Angeregte Darstellung: Waldbereich</u></p> <p><i>Begründung:</i>Die Schwalmauebereiche sind neben ihren ökologischen und klimatischen Funktionen (Frischlufschneise) bedeutsam für den vorbeugenden Hochwasserschutz und daher als Überschwemmungsbereiche entsprechend festgesetzt sowie im Regionalplanentwurf als Überschwemmungsbereiche dargestellt. Darüber hinaus ist der Wasserlauf der Schwalm mit ihren angrenzenden Wald und Grünflächen stadtbildprägend für die Mühlenstadt Wegberg und durch die begleitende Fuß- und Radwegvernetzung für den Kurzeittourismus und die Naherholung bedeutend. Der Landschaftsplan des Kreises Heinsberg setzt hier ?Landschaftsschutzgebiet? fest. Aus diesen Gründen scheidet hier eine Wohnbauentwicklung aus; die ASB ? Darstellung ist aus Sicht der Stadt Wegberg somit hier zu reduzieren.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1004195_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004195_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen oder kleine Waldflächen innerhalb der Siedlungsbereiche ohne Anbindung an den Freiraum, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z.B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminself sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004196, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen

Inhalt

Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg

Nr. WE 2; Angeregte Darstellung: Waldbereich

Begründung: Die hier vorhandenen Waldflächen sind in den diesbezüglichen Bebauungsplänen planungsrechtlich festgesetzt und gesichert. Teilbereiche sind im Landschaftsplan des Kreises Heinsberg als Landschaftsschutzgebiet festgesetzt. Eine wohnbauliche bzw. gewerbliche Entwicklung ist hier nach den Darstellungen des FNP Wegberg nicht vorgesehen. Dieser stellt hier entsprechend der tatsächlichen und künftig beabsichtigten Nutzung ?Flächen für Wald? dar. Es wird daher angeregt, die ASB / GIB ?Darstellung zu reduzieren und der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung der Stadt Wegberg sowie den Festsetzungen des Landschaftsplanes entsprechend, einen ?Waldbereich? im Regionalplan zeichnerisch festzusetzen.

[s. Anhang Abb. ID 1004196_1]

Anhänge

[Abb_ID_1004196_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht aufgrund bestehender Restriktionen besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Im Bereich des GIB wird der Stellungnahme teilweise entsprochen. Die Rücknahme des GIB entsprechend der Stellungnahme hätte zur Folge, dass ein Bestandsbetrieb im Südosten des GIB unter die Schwelle der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit fällt. Eine weitergehende Konkretisierung der Flächennutzung unter Berücksichtigung der lokalen Situation auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen bleibt freigestellt.

Im Bereich des ASB wird der Stellungnahme nicht entsprochen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

--	--

1004197, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg</p> <p><u>Nr. WE 3; Angeregte Darstellung: Waldbereich</u></p> <p><i>Begründung:</i> Der Grüngürtel in Wegberg stellt eine städtebauliche Zäsur zwischen den Ortslagen Wegberg und Beeck dar und dient als Trittsteinbiotop zwischen dem Beecker Wald und dem Beeckbach. Der Bereich ist als Landschaftsschutzgebiet im Landschaftsplan des Kreises Heinsberg festgesetzt, im FNP Wegberg als ?Grünflächen? dargestellt und somit für eine Wohnbauentwicklung nicht vorgesehen. Die Stadt Wegberg regt daher an, hier auf eine ASB-Darstellung zugunsten einer Festlegung als ?Waldbereich? zu verzichten.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1004197_1]</p> <p>Anhänge Abb. ID_1004197_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004199, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg</p> <p><u>Nr. WE 4; Angeregte Darstellung: Waldbereich</u></p> <p><i>Begründung:</i> Die betroffenen Bereiche sind Teil der Beeckbachaue. Die zu Nr. WE 1 gemachten Aussagen treffen auch hier vollumfänglich zu.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1004199_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004199_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004200, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg</p> <p><u>Nr. WE 5; Angeregte Darstellung: ASB</u></p> <p><i>Begründung:</i> Das sogenannte ?Gerichhausener Feld? stellt innerhalb des Siedlungsschwerpunktes die wichtigste Wohnbauentwicklungsmaßnahme in einer Größe von rund 22 ha für die nächsten Jahre dar. Eine wirtschaftliche Entwicklung kann hier jedoch nur erreicht werden, wenn ausreichende Flächen bereitgestellt werden. Im Rahmen einer Anfrage gemäß § 34 Landesplanungsgesetz wurde mit Verfügung vom 21.01.2016 (Az.: 32/62-6.1.15.10) von Seiten der Bezirksregierung Köln erklärt, dass gegen die beabsichtigte Wohnbauflächendarstellung im FNP Wegberg - in der gegenüber zum Regionalplanentwurf vergrößerten Abgrenzung - aus Sicht der Landes- und Regionalplanung keine Bedenken bestehen. Zwischenzeitlich erfolgte ein erster Grunderwerb. Die Stadt Wegberg regt daher an, die Flächenabgrenzung des ASB ?Gerichhausener Feld? redaktionell an den Status der oben genannten Verfügung der Bezirksregierung Köln anzupassen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1004200_01]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004200_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung unter Berücksichtigung der kommunalen Entwicklungsabsicht im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Die Stadt Wegberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden zusätzlichen Fläche bis zum Grenzlandring (L400) als ASB ist daher nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand (rechtswirksame Darstellung im Flächennutzungsplan) ist die Festlegung des Siedlungsbereiches in der aktuellen Abgrenzung folgerichtig. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004201, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg</p> <p><u>Nr. WE 6; Angeregte Darstellung: GIB</u></p> <p><i>Begründung:</i> Der Bereich WE 6 ist Teil des Gewerbegebietes "Große Rieth", im Flächennutzungsplan der Stadt Wegberg als gewerbliche Baufläche bzw. als Sondergebiet Einzelhandel / Nahversorgung dargestellt und in den diesbezüglichen Bebauungsplänen entsprechend festgesetzt. In Folge dessen, regt die Stadt Wegberg an, hier im Regionalplan eine GIB-Darstellung vorzunehmen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1004201_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004201_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen auch dem wohnverträglichen Gewerbe (wie z.B. großflächiger Einzelhandel), sodass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen in ASB und Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) möglich ist.</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004202, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg</p> <p><u>Nr. WE 7; Angeregte Darstellung: ASB</u></p> <p><i>Begründung:</i> Der Bereich nördlich des Kiefernweges bzw. südlich des Grenzlandringes ist derzeit zwar im Flächennutzungsplan der Stadt Wegberg als Grünfläche dargestellt, um hier jedoch optional eine Wohnbauentwicklung zur Arrondierung der Ortslage Beeck zu ermöglichen, wird angeregt, diesen Bereich als ASB im Regionalplan auszuweisen und so der ursprünglichen Zielsetzung des Regionalplanes aus dem Jahre 2003 zu entsprechen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1004202_1]</p> <p>Anhänge Abb. ID 1004202_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Wegberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt</p>

1004203, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg</p> <p><u>Nr. KL 1; Angeregte Darstellung: ASB</u></p> <p><i>Begründung:</i> Am nördlichen Rand der Ortslage Klinkum betreibt die Stadt Wegberg seit 2018 zur Ausweisung einer Ferienhaussiedlung Bauleitplanung. Mit Verfügung vom 25.10.2018 (Az.: 32/62.6-1.15.10) wurde bestätigt, dass eine diesbezügliche Änderung des Flächennutzungsplanes an die Ziele der Raumordnung angepasst ist. Die Stadt Wegberg regt daher an, diesen Bereich bei der ASB-Darstellung zu berücksichtigen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004203_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004203_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Wegberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand (rechtswirksame Darstellung im Flächennutzungsplan) ist die Festlegung des Siedlungsbereiches in der aktuellen Abgrenzung folgerichtig. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004204, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg</p> <p><u>Nr. WI 1; Angeregte Darstellung: ASB</u></p> <p><i>Begründung:</i> Der Bereich zwischen der Dalheimer Straße und der B 221n bietet sich zur Arrondierung der Ortslage Wildenrath als Ergänzung der südlich angrenzenden ASB-Flex Flächen an. Es wird daher angeregt, diesen Bereich bei der ASB-Ausweisung zu berücksichtigen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004204_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb ID 1004204_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Wegberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004205, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg</p> <p><u>Nr. WI 2; Angeregte Darstellung: GIB</u></p> <p><i>Begründung:</i> Die Stadt Wegberg verfügt nur über geringe Gewerbeflächenpotenziale. Die Bereitstellung von zusätzlichen Gewerbeflächen zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben und zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen, auch als Kompensation für den Strukturwandel im Rheinischen Revier, ist unerlässlich. Einzelheiten zur Begründung sind dem kreisweiten Gewerbeflächenkonzept für den Kreis Heinsberg als Fachbeitrag zur Neuaufstellung des Regionalplanes (aus Mai 2019) zu entnehmen. Es wird daher angeregt, die gekennzeichnete Fläche zusätzlich als GIB im Regionalplan auszuweisen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004205_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004205_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).</p> <p>Die Stadt Wegberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Auch stehen keine Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung <i>GIBtransformation sichern und umsetzen</i>. Die zeichnerische Festlegung der in Rede stehenden Fläche ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004206, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen

Inhalt

Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg

Nr. WI 3; Angeregte Darstellung: GIB

Begründung: Südlich der Friedrich-List-Allee bzw. westlich des Testringes der Fa. Siemens befindet sich gem. FNP ein Sondergebiet für eine Bauschuttrecyclinganlage. Ferner wurde für diese Nutzung der vorhabenbezogene Bebauungsplan II-8 im Jahre 2008 beschlossen. Es wird daher angeregt, diesen Bereich bei der GIB-Darstellung zu berücksichtigen.

[s. Anhang Abb. 1004206_1]

Anhänge

[Abb_ID_1004206_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände bzw. fachrechtliche Restriktionen (Bereiche für den Schutz der Natur und Naturschutzgebiet) entgegen. Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt daher hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004207, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg</p> <p><u>Nr. WI 4; Angeregte Darstellung: GIB</u></p> <p><i>Begründung:</i> Begründung siehe WI 2</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004207_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004207_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).</p> <p>Die Stadt Wegberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Auch stehen keine Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung <i>GIBtransformation sichern und umsetzen</i>. Die zeichnerische Festlegung der in Rede stehenden Fläche ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004208, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg</p> <p><u>Nr. WI 5; Angeregte Darstellung: GIB</u></p> <p><i>Begründung:</i> Der Bereich ist als gewerblicher Altstandort im FNP ausgewiesen. Es wird daher angeregt, diesen Bereich entsprechend als GIB darzustellen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1004208_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004208_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden darüber hinaus Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der in Rede stehenden Flächen als Siedlungsraum stehen landesplanerische Vorgaben entgegen. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004209, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg</p> <p><u>Nr. WI 6; Angeregte Darstellung: GIB</u></p> <p><i>Begründung:</i> Begründung siehe WI 2</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1004209_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004209_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).</p> <p>Die Stadt Wegberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Auch stehen keine Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung <i>GIBtransformation sichern und umsetzen</i>. Die zeichnerische Festlegung der in Rede stehenden Fläche ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004210, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg</p> <p><u>Nr. RA 1; Angeregte Darstellung: GIB</u></p> <p><i>Begründung:</i> Begründung siehe WI 2</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1004210_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004210_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).</p> <p>Die Stadt Wegberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Auch stehen keine Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung <i>GIBtransformation sichern und umsetzen</i>. Die zeichnerische Festlegung der in Rede stehenden Fläche ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004211, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg</p> <p><u>Nr. RA 2; Angeregte Darstellung: GIB</u></p> <p><i>Begründung:</i> Die südliche Teilfläche des in Rede stehenden Bereiches ist im Flächennutzungsplan der Stadt Wegberg als gewerbliche Baufläche dargestellt. Bedingt durch den Strukturwandel im Rheinischen Revier ergeben sich notwendige Veränderungen der Betriebsabläufe des ortsansässigen Asphalt- und Betonwerkes. Zusätzlich werden daher Lagerflächen in einer Größe von ca. 4 ha benötigt. Es wird somit angeregt, diesen Bereich bei der GIB-Darstellung zu berücksichtigen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1004211_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004211_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der in Rede stehenden Flächen als Siedlungsraum stehen landesplanerische Vorgaben entgegen. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen.</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Flächen als GIB ist zudem nicht bedarfsgerecht. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Wegberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Darüber hinaus besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> (GIBflex). Auch stehen keine Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004212, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg</p> <p><u>Nr. RA 3; Angeregte Darstellung: GIB</u></p> <p><i>Begründung:</i> Der Bereich RA 3 ist Teil des Gewerbegebietes Rath-Anhoven, entsprechend im Flächennutzungsplan dargestellt bzw. in den diesbezüglichen Bebauungsplänen festgesetzt. Die Stadt Wegberg regt daher an, diesen Bereich, analog zur westlich angrenzenden Darstellung, im Regionalplan als GIB auszuweisen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1004212_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004212_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004213, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg</p> <p><u>Nr. AR 1; Angeregte Darstellung: ASB</u></p> <p><i>Begründung:</i> Planerische Zielsetzung ist es, mittel- bis langfristig den gesamten Bereich zwischen der Helpensteinstraße und der B 221n einer Wohnbauentwicklung zuzuführen. Die Fläche liegt günstig zu den Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und zum Nahversorgungsbereich von Arsbeck. Im Rahmen einer Anfrage gemäß § 34 Landesplanungsgesetz wurde mit Verfügung vom 27.11.2020 (Az.: 32/62-6.1.15.10-2020-02) von Seiten der Bezirksregierung Köln erklärt, dass gegen die beabsichtigte Wohnbauflächendarstellung im FNP Wegberg keine raumordnerischen Bedenken erhoben werden. Das FNP-Änderungsverfahren sowie ein Bebauungsplanverfahren für einen ersten Bauabschnitt werden aktuell betrieben. Die Stadt Wegberg regt daher an, die Flächenabgrenzung des ASB Arsbeck redaktionell an den Status der oben genannten Verfügung der Bezirksregierung Köln anzupassen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1004213_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004213_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Wegberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand (rechtswirksame Darstellung im Flächennutzungsplan) ist die Festlegung des Siedlungsbereiches in der aktuellen Abgrenzung folgerichtig.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004214, Stadt Wegberg, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen

Inhalt

Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfes im Bereich des Stadtgebietes Wegberg

Nr. UE 1; Angeregte Darstellung: GIB

Begründung: Der Bereich ist als gewerblicher Altstandort im FNP in einer Größe von rund 6 ha ausgewiesen und wird derzeit flächenrecycelt. Beabsichtigt ist, das künftige Gewerbegebiet um rund 2 ha auf 8 ha zu vergrößern. Weitere Begründung siehe WI 1.

[s. Anhang Abb. ID 1004214_1]

Anhänge

[Abb_ID_1004214_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz.

Die Festlegung der in Rede stehenden Flächen als GIB ist zudem nicht bedarfsgerecht. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Die Stadt Wegberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Auch stehen keine Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung GIBtransformation sichern und umsetzen. Die zeichnerische Festlegung der in Rede stehenden Fläche ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden darüber hinaus Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der in Rede stehenden Flächen als Siedlungsraum stehen landesplanerische Vorgaben entgegen. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen.

	<p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>
--	--

AZ: BET_151000_1

Bundesstadt Bonn

1010870, Bundesstadt Bonn

Inhalt

SIEDLUNGSRAUM

I. Allgemeine Siedlungsentwicklung

Die Ausweisung von neuen Flächen im Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) hat das Ziel, kommunale Handlungsspielräume im Sinne der Wohnraum-, Gewerbe- und Infrastrukturentwicklung zu eröffnen und zu bewahren. In Bonn existiert aktuell eine sehr hohe Nachfrage nach neuen Wohn- sowie Gewerbegebieten. Aktuelle Bevölkerungsprognosen lassen einen weiterhin deutlich spürbaren Zuzugsdruck nach Bonn erwarten. Zugleich sind die Entwicklungspotenziale innerhalb des Stadtgebiets sehr begrenzt, was u. a. folgende Zahlen aus der Begründung des Regionalplans (S. 56) zeigen: Dem Bedarf an Flächen für Wohnen von 752 ha stehen in der zeichnerischen Darstellung des Plankonzeptes nur rund 128 ha Potenzialflächen Wohnen gegenüber. Bereits heute wirkt sich dies mit sehr hohen Wohnpreisen auf die Bevölkerung aus. Im gesamten Stadtgebiet können städtischerseits derzeit keine Gewerbegrundstücke für Ansiedlung, Verlagerung und Expansion von Betrieben angeboten werden. Sämtliche Unternehmen, die Flächenanfragen stellen, werden an die Nachbarkommunen des Rhein-Sieg-Kreises verwiesen. Darüber hinaus sind andere Flächenpotenziale für die Ausweisung als Gewerbefläche knapp und decken den errechneten Gewerbeflächenbedarf nicht annähernd.

Hier steht nach Berechnungen von IT.NRW bzw. der Bezirksregierung Köln gem. der Begründung zum Plankonzept, S. 56, ein Bedarf an Gewerbeflächen von 211 ha einem Potenzial von nur 26 ha gegenüber. Vor diesem Hintergrund hat der Rat der Stadt Bonn am 28.06.2021 nach langen und intensiven Diskussionen beschlossen, drei neue Flächen als Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) zu benennen. Mit Schreiben vom 15.07.2021 und 02.09.2021 hat die Bezirksplanungsbehörde die Schreiben mit der Benennung der Flächen erhalten. Im aktuellen Entwurf des Regionalplans ist keine der drei Flächen als ASB dargestellt. Aus Sicht der Stadt Bonn sollen diese Flächen jedoch nach wie vor als ASB dargestellt werden. Die umfangreiche fachliche und politische Flächendiskussion hat folgende Flächenvorschläge ergeben:

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur siedlungsräumlichen Entwicklung und Bedarfssituation vorgebracht.

Inhalt

Allgemeiner Siedlungsbereich Lessenich-Meißdorf (A 1)

Der bereits bebaute Siedlungsbereich Meißdorf soll als ASB dargestellt werden, um die städtebauliche Entwicklung des Siedlungsbereiches Meißdorf mittels der Bauleitplanung zukünftig steuern zu können. Meißdorf ist als zusammenhängender Siedlungsbereich im Zusammenhang mit dem Ortsteil Lessenich zu bewerten und verfügt über die notwendige Größe sowie infrastrukturelle Ausstattung eines vollwertigen Siedlungsbereiches.

Ergänzend wird die Neuausweisung eines ASB-Gebiets in einem bisher unbebauten Gebiet direkt angrenzend an den bestehenden Siedlungszusammenhang westlich von Lessenich-Meißdorf vorgeschlagen (s. Anhang 1). Die vorgeschlagene Abgrenzung eines neuen ASB wurde nach Rückkopplung mit der Bezirksplanungsbehörde nochmals überarbeitet und in Teilen verkleinert. Die bedeutenden Funktionen des Regionalen Grünzugs und des Klimaausgleichs,

die in diesem Bereich auch im Zusammenwirken mit dem Meißdorfer Feld entstehen, sollen erhalten und geschützt werden. Die Freiraumverbindung im Norden in das Meißdorfer Feld bleibt durch die Darstellung erhalten. Die klimatischen Belange werden im Weiteren im Zuge der Bauleitplanung berücksichtigt. Die vorgeschlagenen Bereiche liegen nicht innerhalb von Biotopverbundflächen oder schutzwürdigen Biotopen. Nach der klimaökologischen ZURESBewertung

der Stadt Bonn hat dieser Bereich eine hohe bioklimatische Bedeutung, die im Falle kommunaler Bauleitplanung ein entsprechendes Detailgutachten erforderlich macht. In den genannten Bereichen sind keine Flächen mit Kompensationsmaßnahmen vorhanden, jedoch ein Bereich mit Streuobstwiese, den es zu berücksichtigen gilt. Die sehr hohe Nachfrage nach neuen Wohn- sowie Gewerbegebieten kann alleine durch die Nachverdichtung u. a. des in großen Teilen bereits bebauten Bereichs Meißdorf nicht gedeckt werden. Durch die Möglichkeit einer Siedlungserweiterung im Westen durch die Darstellung eines neuen ASB könnte einem Teil der Nachfrage nach Siedlungsflächen Rechnung getragen werden. Gesamtstädtisch betrachtet ist die von der Politik als ASB beschlossene Fläche, die noch nicht bebaut ist und westlich an Meißdorf grenzt, mit rund 15 ha die zweitgrößte der genannten Potenzialflächen. Die nun in Teilen verkleinert vorgeschlagene Fläche beträgt noch rund 9 ha. Unter Minimierung der negativen Auswirkungen für den Regionalen Grünzug und die Klimaausgleichsfunktionen in diesem Bereich kommt die Stadt Bonn zur der Einschätzung, dass eine bauliche Entwicklung in diesem Bereich vertretbar ist.

Erweiterte Begründung der Verwaltung

Bei der Abgrenzung der vorgeschlagenen Fläche ist es vorrangiges Ziel, die Flächen des Grünen C mit allen Funktionen und die bedeutende Verbindung zwischen dem Meißdorfer Feld und dem ?Gartenland? zwischen Alfter, Bonn und Bornheim zu erhalten. Daher muss auf eine (bauliche) Nutzung zwischen Dransdorf und Meißdorf

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird teilweise geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den bauleitplanerisch gesicherten Bauflächen zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des hier festzulegenden Regionalen Grünzuges zu vermeiden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Baurechte sind von der ausbleibenden ASB Festlegung nicht berührt.

Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der südlich an den in Rede stehende Bereich angrenzende Freiraumbereich des Messdorfer Feldes als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Die hier angesprochenen Flächen sind eine sogenannte Engstelle in der Freiraumstruktur des Regionalen Grünzuges. Diese ist in einer Mindestbreite von 500 m von zusätzlicher Bebauung freizuhalten, um eine funktionsgerechte Freiraumverbindung zwischen dem Messdorfer Feld und dem anschließenden Regionalen Grünzug der Gemeinde Alfter erhalten zu können.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verfügt die Stadt Bonn noch über Bedarf zur Festlegung

verzichtet werden, was jedoch auch nicht Teil der vorgeschlagenen Fläche ist. Wichtig zu berücksichtigen ist auch, dass die als ASB vorgeschlagene Fläche von rund 9 ha nicht in Gänze versiegelt wird, sondern die Fläche in der Maßstäblichkeit des Regionalplans zu sehen ist. Eine detailliertere Ausgestaltung muss der Bauleitplanung überlassen bleiben. Im entsprechenden Bauleitplanverfahren fließen die landschaftlichen, ökologischen und klimatischen Aspekte mit der ihnen an diesem Standort zuzurechnenden hohen Gewichtung ein.

[s. Anhang Abb. StnID_1010872]

Anhänge

[Abb_ID1010872.pdf](#)

zusätzlicher Regionalplanreserven.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt alternativ eine Festlegung als ASB im südwestlich angrenzenden Bereich.

1010873, Bundesstadt Bonn

Inhalt

Allgemeiner Siedlungsbereich westlich Geislar (A 2)

Der Regionalrat hat am 24.09.2021 beschlossen, Flächen, die von einem möglichen Extremhochwasser (HQextrem) betroffen sein könnten und noch nicht bauleitplanerisch gesichert sind, nicht als ASB im Regionalplan darzustellen. Für Bonn hieße das, dass die vorgeschlagene neue ASB Fläche westlich von Geislar mit rund 38,9 ha nicht umzusetzen wäre. Die Stadt Bonn regt stattdessen weiterhin die Aufnahme der vom Rat der Stadt Bonn beschlossenen Fläche (s. Anhang 1) an.

Gemäß dem Grundsatz 48 (s. S. 125 der textlichen Festlegungen) des Regionalplan-Entwurfs ist u. a. in Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind (z. B. westlich Geislar) dem vorsorgenden Hochwasserschutz ein besonderes Gewicht beizumessen.

In diesen sogenannten Risikogebieten werden Planungen nicht in Gänze ausgeschlossen, aber besondere Anforderungen an die Planungen und deren Umsetzung formuliert. Da für diese Potenzialfläche nicht vorgesehen ist, kritische Infrastrukturen wie z. B. ein Krankenhaus anzusiedeln, ist die Entwicklung des Standortes als Wohn- oder Gewerbestandort aus Sicht der Stadt Bonn grundsätzlich möglich. Unter besonderer Berücksichtigung der Thematik des Hochwasserschutzes in der Bauleitplanung zur Entwicklung des Gebietes sowie der Einrichtung der notwendigen infrastrukturellen Anlagen des Hochwasserschutzes kann mit hochwasserangepasster Bebauung ein zukunftsfähiger Siedlungsstandort entstehen. Abgesehen von der Thematik Hochwasser bietet sich die Fläche aufgrund der bereits bestehenden sehr guten verkehrlichen Erschließung (Autobahn A565, L16) sowie der geplanten Stadtbahn nach Niederkassel als geeignete Entwicklungsfläche sowohl für Wohnbebauung als auch eine gewerbliche Entwicklung an. Die ASB-Fläche westlich Geislar spielt für die Deckung der kommunalen Siedlungsbedarfe hinsichtlich der prognostizierten Bevölkerungszugewinne perspektivisch eine zentrale Rolle.

Erweiterte Begründung der Verwaltung

Die Stadt Bonn befindet sich in der Situation, einem erheblichen Flächen- und Entwicklungsdruck ausgesetzt zu sein. Die daraus folgenden Auswirkungen auf den Immobilienmarkt führen zu einem angespannten Wohnungs- und Gewerbeflächenmarkt. Bevölkerungsprognosen von IT.NRW zu Folge wird ein weiteres deutliches Bevölkerungswachstum von 8,8 % bis 2050 erwartet, wodurch sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt weiter verschärfen wird. Zeitgleich sind die aktuellen baulichen Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt Bonn nahezu erschöpft. Um dem Flächen- und Entwicklungsdruck ein Stück weit entgegenzuwirken, wurde die anfänglich erwähnte umfangreiche Flächendiskussion in der Stadt Bonn zur Ausweisung möglicher ASB-Gebiete geführt. Im Rahmen der Flächendiskussion wurden sämtliche infrage kommenden Flächen auf eine potenzielle Entwicklung untersucht. Die Flächendiskussion kam nach einem langen Prozess im Rahmen eines Bonner Ratsbeschlusses zu dem Ergebnis, die Flächen A1 und A2 zu benennen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 LEP NRW "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.

Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.

Der Entwurf des Regionalplanes schließt aufgrund eines Beschlusses des Regionalrates vom 24.09.2021 sämtliche potentielle Siedlungsflächen, für die eine HQextrem-Einstufung vorliegt (extremes Hochwasserereignis), aus den künftigen Siedlungsraumdarstellungen aus. Darunter fällt auch die Fläche westlich von Geislar (A2). Auch in Kenntnis der Hochwasserereignisse des vergangenen Jahres erscheint dieses pauschale Vorgehen nicht adäquat. Der Bundesraumordnungsplan Hochwasser verlangt von Planungsträgern, bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, die Risiken von Hochwassern zu prüfen [?]; dies betrifft neben der Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Hochwasserereignisses und seinem räumlichen und zeitlichen Ausmaß auch die Wassertiefe und die Fließgeschwindigkeit. Ferner sind die unterschiedlichen Empfindlichkeiten und Schutzwürdigkeiten der einzelnen Raumnutzungen und Raumfunktionen in die Prüfung von Hochwasserrisiken einzubeziehen. (Ziffer 1.1 des BRPH1). Die Prüfung der Empfindlichkeiten und Schutzwürdigkeiten, die für eine vollständige Risikoabschätzung notwendig ist, wurde hier nicht vorgenommen, sondern grundsätzlich jegliche siedlungsräumliche Nutzung ausgeschlossen. Im Einzelfall nimmt das den betroffenen Kommunen den notwendigen Handlungsspielraum, auf die HQextrem-Qualität mit entsprechenden baulichen Maßnahmen, aber auch mit einer entsprechenden Berücksichtigung der Empfindlichkeiten (keine Ansiedlung kritischer Infrastruktur oder von Anlagen mit einem komplexen Evakuierungsmanagement etc.) im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung zu reagieren. Dies erscheint vor dem Hintergrund der angespannten Flächenkulisse nicht problemadäquat. Stattdessen sollte ein risiko-basierter Ansatz entwickelt werden, wie er vom Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz gefordert wird. Die Fläche A2 kann unter diesen Voraussetzungen aus Sicht der Stadt Bonn daher trotzdem als ASB dargestellt werden, sofern im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung in detaillierten Fachgutachten die Hochwasserrisiken und der vorbeugende Umgang mit diesen auf der Fläche untersucht werden und die Ergebnisse Eingang in die zu treffenden Darstellungen und Festsetzungen finden. Abgesehen von der Lage im Überschwemmungsgebiet eignet sich die Fläche A2 westlich Geislar für eine Entwicklung aufgrund der benachbarten Lage an die Stadtteile Schwarzhof und Geislar, wodurch ein kompakter Stadtkörper entstehen könnte. Infrastrukturelle Einrichtungen der anliegenden Stadtteile können im Rahmen ihrer Kapazitäten mitgenutzt werden. Die Nähe zum Stadtzentrum Beuel von ca. zwei Kilometern ermöglicht eine verkehrliche Anbindung, die auf Fuß- und Radverkehr sowie dem öffentlichen Nahverkehr basiert. Durch den geplanten Bau der Stadtbahnverbindung zwischen Köln, Niederkassel und Bonn bestehen bereits heute Planungen für eine Anbindung an den schienengebundenen Nahverkehr. Darüber hinaus eignet sich die Nähe zur Autobahn 565 für gewerbliche Betriebe. Die Fläche wird bisher landwirtschaftlich genutzt. Die Lage im Überschwemmungsgebiet eines Extremhochwassers führt dazu, dass die damit verbundenen Gefahren gegen die dringend benötigte Ausweisung zusätzlicher Wohn- und Gewerbeflächen abgewogen werden müssen. Den Belangen des Hochwasserschutzes muss dabei besonderes

Gewicht beigemessen werden. Die Stadt Bonn ist sich den Risiken einer Bebauung in potenziellen Überschwemmungsgebieten von Extremhochwassern bewusst. Der Sommer 2021 hat die großen Gefahren einer Hochwasserkatastrophe erschreckend dargestellt und verdeutlicht, dass eine Bebauung in einem Überschwemmungsgebiet ein immerwährendes potentiell Risiko beinhaltet. Dennoch wird ein grundsätzlicher Ausschluss einer Bebauung ohne gutachterliche Prüfung, welche potentiellen Möglichkeiten für eine Bebauung trotz des Überschwemmungsrisikos bestehen, als nicht verhältnismäßig angesehen. Derzeit gibt es Hochwasserschutz in Form von Deichen und mobiler Hochwasserschutzelemente in Beuel für die Tiefgebiete Beuel/Schwarzrheindorf/Geislar, die 1 https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/startseite/kurzmeldungen/brp-hochwasserschutz-anlageverordnung.pdf;jsessionid=8FB550EA3241FFC70ADDF48258DAB58D.live11293?__blob=publicationFile&v=2 bis 11,20 m Bonner Pegel schützen. Als Vergleich dienen die letzten Jahrhundertereignisse, bei denen im Jahr 1993 der Pegel bei 10,13 m und 1995 bei 10,08 m Bonner Pegel lag. Danach wurde der bestehende Hochwasserschutz in Beuel erhöht und in Teilen noch ergänzt. Mit den genannten Vorkehrungen sind die Bereiche bis zu einem etwa 200jährigen Hochwasser geschützt. Die HWRM-RL Gefahrenkarten 2. Zyklus 2019 des Fachinformationssystems ELWAS der Wasserwirtschaftsverwaltung NRW berechnen für Extremereignisse Überschwemmungstiefen von bis zu 4 Metern. Daher wird im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung mit Hilfe eines umfassenden Gutachtens zum Hochwasserschutz zu klären sein, welche geeigneten Maßnahmen eine hochwasserangepasste Bebauung der Fläche westlich von Geislar ermöglichen könnten und wie dem Hochwasserschadenspotential entgegengewirkt werden kann.

Diese Maßnahmen können den Ausschluss kritischer Infrastruktur wie Krankenhäuser und Anlagen mit komplexem Evakuierungsmanagement beinhalten. Im Rahmen einer hochwasserangepassten Bebauung ist der Ausschluss von Kellern, eine festgesetzte Fundamenthöhe, die Einschränkung von Heizanlagen (bspw. der Ausschluss von Ölheizungen oder die Verortung der Heizanlagen in hochwassersicheren Obergeschossen), die Minimierung versiegelter Fläche, der Einsatz hochwasserabwehrender Materialien für bauliche Anlagen und der verpflichtende Einbau wasserdichter Türen und Fenster denkbar. Dabei kann von dem Einsatz von Festsetzungsalternativen Gebrauch gemacht werden. Auch der Ausbau öffentlicher Hochwasserschutzanlagen für eine verstärkte Rückhaltung und der Verlangsamung des Wasserabflusses soll im Rahmen des Gutachtens zum Hochwasserschutz geprüft werden. Diese baulichen und technischen Maßnahmen können nach dem für die Praxis besonders bedeutsamen neuen § 9 Abs. 1 Nr. 16 c BauGB und § 78 WHG festgesetzt werden. Im Erlass des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung vom 18.11.2021 zum Thema ?Hochwasser: Baurechtliche Handlungsanleitung zum Wiederaufbau an derselben

Stelle sowie zur Hochwasservorsorge und zum Hochwasserschutz? 3 wird aufgelistet, unter welchen Voraussetzungen neue Baugebiete ausnahmsweise auch im festgesetzten Überschwemmungsgebieten zugelassen werden können. Auf die Nummern 1 (keine andere Möglichkeit der Siedlungsentwicklung) und 2 (unmittelbares Angrenzen an bestehendes Baugebiet) wurde bereits eingegangen. Die weiteren angeführten Punkte bieten eine gute Orientierung für die ggfs. zu erstellenden Fachgutachten und die daraus abgeleiteten Festsetzungen innerhalb der Bauleitplanung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich an gesicherte Abwägungs- und Entscheidungsgrundlage. Die Auseinandersetzung mit der baulichen Nutzung der Fläche A2 westlich von Geislar zeigt, in welchem Spannungsverhältnis sich die kommunale Planung befindet. Das Erfordernis Bauland bereit zu stellen muss immer auch mit den Anforderungen des Landschafts- und Naturschutzes und hier außerdem insbesondere des Hochwasserschutzes abgewogen werden. Trotz der Lage im Überschwemmungsgebiet eines Extremhochwassers ist es Ziel der Stadt Bonn, für die Fläche eine mittel- bis langfristige bauliche Entwicklungsoption zu sichern. Eine Ausweisung als ASB ist dafür erforderlich. Wie die Art der Bebauung im Einzelnen aussehen wird, muss auf Ebene der Bauleitplanung konkretisiert werden und in enger Abstimmung mit Fachämtern zum Thema Hochwasserschutz abgestimmt sein. Aus Mangel an weiteren nennenswerten potentiellen Bauflächen kann aus Sicht der Stadt Bonn vor dem Hintergrund der im Regionalplanentwurf dargelegten Bedarfssituation nicht von der Fläche A2 als Entwicklungsmöglichkeit zurückgetreten werden. Wenn eine bauliche Entwicklung dieser Fläche verwehrt wird, entfällt die größte Bonner Potentialfläche und damit eine enorme Entwicklungsmöglichkeit.

[s. Anhang Abb. StnID_1010873]

Anhänge

[Abb_ID1010873.pdf](#)

1011193, Bundesstadt Bonn

Inhalt

Allgemeiner Siedlungsbereich Niederholtorf (A 3)

Der bereits bebaute Siedlungsbereich Niederholtorf soll als ASB dargestellt werden, um die städtebauliche Entwicklung des Siedlungsbereiches mittels der Bauleitplanung zukünftig steuern zu können. Der Statistische Bezirk 388 Holtorf und Ennert hat zum Stichtag 31.12.2021 eine Einwohnerzahl von 1.834. Aufgrund der gesamtstädtischen Wachstumsprognosen für die Stadt Bonn sowie den noch zu entwickelten Grundstücken entlang der Burghofstraße (B-Plan 8322-17 Niederholtorf-Süd) ist zu erwarten, dass Niederholtorf zeitnah die für eine ASBFlächen-Ausweisung angesetzte Einwohnerzahl von 2000 überschreiten wird. Niederholtorf besitzt eine angemessene bestehende infrastrukturelle Versorgung. Ebenfalls wird angeregt, bei der Neuausweisung eines ASB-Gebiets das bisher unbebaute Gebiet des B-Plan 8322-17 Niederholtorf-Süd sowie den Ortsteil Ungarten mit einzuschließen (s. Anlage 1). Der Ortsteil Oberholtorf wird nicht, wie ursprünglich im Sommer 2021 beschlossen und an die Bezirksregierung gemeldet, als neues ASB-Gebiet benannt.

Erweiterte Begründung der Verwaltung

Die bereits erwähnte bestehende infrastrukturelle Versorgung besteht derzeit in Niederholtorf aus einer Kindertageseinrichtung, verschiedenen Einzelhandels- und Gastronomieangeboten (einer Bäckerei, einem Getränkeshop, einem Kiosk mit breitgefächertem Angebot, einer Weinhandlung sowie einem Restaurant). Als weitere Infrastruktureinrichtungen sind ein Friseur sowie mehrere medizinische Angebote (eine Physiotherapiepraxis sowie ein Zahnarzt und Heilpraktiker) zu nennen. Im Ziel 2-4 des Landesentwicklungsplans wird angeführt, dass ?die bedarfsgerechte Entwicklung eines solchen Ortsteils [Ortsteil im regionalplanerisch festgelegten Freiraum] zu einem Allgemeinen Siedlungsbereich möglich [ist], wenn ein hinreichend vielfältiges Infrastrukturangebot zur Grundversorgung sichergestellt wird.?. S. 24, LEP. Daher wird die Darstellung und Entwicklung Niederholtorfs als ASB als sinnvoll erachtet. Durch die weiter hinzukommende Bevölkerung im Zuge der Baugebiete des Bebauungsplanes Nr. 8322-17 ist nicht auszuschließen, dass sich auch weitere Infrastruktureinrichtungen des täglichen Bedarfs ansiedeln werden. [Stn-ID 1011193, Anlage A3]

Anhänge

[Abb_ID1011193.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1011194, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>B 1 Mehlem Mainzer Str. / Remagener Str. Bereits bebaute Flächen an der Mainzer Straße sollen als ASBFläche erhalten bleiben. B-Plan 8413-18 B-Plan 8413-47 [Stn-ID 1011194, Anlage 2 + 5, B1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1011194_1.pdf Abb_ID1011194_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1011195, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>B 2 Mehlem Gunterstr. Bereits bebaute Flächen an Im Frankenkeller sollen als ASB-Fläche erhalten bleiben. B-Plan 8414-17 [Stn-ID 1011195, Anlage 2 + 5; B2]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1011195_1.pdf Abb_ID1011195_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1011421, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>B 4 Venusberg Bodelschwinghweg / Heinrich Fritsch-Str. Die gesamte Fläche soll aufgrund ihrer Bestandsbebauung weiterhin als ASB-Fläche ausgewiesen bleiben. FNP Wohnbaufläche [Stn-ID 1011421, Anlage 2 + 5; B4]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1011421_1.pdf Abb_ID1011421_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

B 5 Marienhospital Im Wingert / Robert-Koch-Straße / Am Marienhospital
Bereits bebaute und geplante Flächen am Marienhospital sollen als ASB-Fläche erhalten bleiben.

B-Plan 7720-15 B-Plan 7720-45 FNP Wohnbaufläche FNP Sonderbaufläche (Krankenhaus) [Stn-ID 1011423 Anlage 2 und 5; B 5]

Anhänge

[Abb_ID1011423_1.pdf](#)

[Abb_ID1011423_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Zudem gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk entsprechend der landesplanerischen Vorgaben in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes,

insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1011424, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>B 6 Brüser Berg Dornierstr. /Brüser Damm Bereits bebaute Flächen an Brüser Damm sollen als ASB-Fläche erhalten bleiben. B-Plan 7418-16 [Stn-ID 1011424 Anlage 2 + 5; B6]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1011424_1.pdf Abb_ID1011424_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Abgrenzung orientiert sich an der vorhandenen Straße. Der oben angeführte B-Plan legt im südlichen Teil zumeist Freiraum fest..</p>

1011425, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>B 7 Witterschlick Bereits bebaute Flächen des Stadtteils Witterschlick sollen als ASB-Fläche erhalten bleiben. Der Stadtteil ist im Siedlungszusammenhang mit dem unmittelbar angrenzenden und als ASB dargestellten Alfterer Teil von Witterschlick zu bewerten.</p> <p>B-Plan 7318-11 B-Plan 7318-12 [St-n ID 1011425 Anlage 2 + 5; B 7]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1011425_1.pdf</p> <p>Abb_ID1011425_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.</p> <p>Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken. Im Bereich der o.g. Flächen B 7 weist der Regionale Grünzug eine Engstelle auf. Würde der Anregung gefolgt, wäre die Funktion des Freiraumkorridors nicht mehr gewährleistet.</p>

1011426, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>B 8 Medinghoven Von-Hompesch-Str. / Wesselheideweg Die gesamte Fläche soll aufgrund ihrer Bestandsbebauung weiterhin als ASB-Fläche ausgewiesen bleiben. In der Vergangenheit gab es bereits Überlegungen einer potenziellen Weiterentwicklung des Krankenhauses (Helios Klinikum Bonn/Rhein-Sieg). Daher soll ebenfalls ein Entwicklungsspielraum erhalten bleiben. B-Plan 7219-13 [Stn - ID 1011426 Anlage 2 + 5; B 12]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011426_1.pdf Abb_ID1011426_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.</p> <p>Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1011427, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>B 12 Bonn Nord ?Hydro-Areal? Am Josephinum / Georg-von-Boeselager-Str. / Friedrich-Wöhler-Str.</p> <p>Es wird angeregt, die aktuell als GIB dargestellte Fläche als ASB-Fläche auszuweisen. Das bestehende Planungsrecht beinhaltet MI-Flächen. Auch tatsächlich vollzieht sich eine Entwicklung hin zu gemischten Nutzungen.</p> <p>B-Plan 7524-2 B-Plan 7524-22 B-Plan 7524-58 [Stn-ID 1011427 Anlage 2 + 5; B 12]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1011427_1.pdf</p> <p>Abb_ID1011427_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1011428, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>B 13 Buschdorf Südl. Kölnstr. / Otto-Hahn-Str. / Schlesienstr. Der Bereich südlich der Kölnstraße, östlich der Otto-Hahn-Str. und nördlich der Schlesienstr. soll als ASB-Fläche erhalten bleiben. Aktuelles Planvorhaben [Stn-ID 1011428; Anlage 2 + 5; B13]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1011428_1.pdf Abb_ID1011428_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Bonn noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserve .</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.</p>

1011429, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>B 14 Graurheindorf Herseler Str. Bereits bebaute Flächen an der Herseler Str. / Jahnschule sollen als ASB-Fläche erhalten bleiben. B-Plan 7625-3 [Stn-ID 1011429; Anlage 2 +5; B 14)]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011429_1.pdf Abb_ID1011429_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt</p> <p>Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.</p>

1011430, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>B 15 Oberkassel Büchelstr. Bereits bebaute Flächen an der Büchelstr. sowie der Sportplatz Oberkassel sollen als ASB-Fläche erhalten bleiben. B-Plan 8220-14 [Stn-ID 1011430, Anlage 2 + 5; B 15]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011430_1.pdf Abb_ID1011430_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.</p>

1011578, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>B 16 Oberkassel Berghovener Str. Bereits bebaute Flächen an der Berghovener Straße sollen als ASB Fläche erhalten bleiben.[Stn-ID 1011578; Anlage 2 + 5; B 16]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1011578_1.pdf Abb_ID1011578_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>(vgl. ID 1006818_001)</p>

1011579, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>B 17 Ippendorf Stationsweg Es wird angeregt, die Fläche zur potenziellen Siedlungsentwicklung weiterhin als ASB-Fläche auszuweisen. Die Fläche eignet sich aufgrund ihrer bereits erschlossenen Lage im Siedlungszusammenhang. Es wird ebenfalls angeregt, die nördlich angrenzende Bestandsbebauung als ASB-Fläche auszuweisen, auch auf Grundlage des vorhandenen Bebauungsplans. B-Plan 7620-57</p> <p>[Stn-ID 1011579; Anlage 2 + 5, B 17]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011579_1.pdf Abb_ID1011579_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt</p>

1011580, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>B 18 Geislar östlich Aurelianastr. Die Stadt Bonn regt an, die Grenze des ASB aus dem Entwurf etwas nach Westen zu verschieben und an die Grenze des LSG anzupassen. Damit wird eine potenzielle Erweiterung östlich der Aurelianastr. ermöglicht, ohne den LSG zu tangieren. FNP Wohnbaufläche</p> <p>[Stn-ID Stn-ID 1011580; Anlage 2 +5; B18]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011580_1.pdf Abb_ID1011580_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt</p>

1011581, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>B19 Bonn West, ?Innovationsdreieck?</p> <p>Es wird angeregt, Teile der aktuell als GIB dargestellten Flächen als ASBFläche darzustellen. Dies sind die Flächen zw. Autobahn, Am Dickobskreuz und Immenburgstraße sowie die Fläche des geplanten ?Westwerks? mit angrenzender Büronutzung zw. Immenburgstraße, Bahngleisen und geplanter neuer Erschließungsstraße (genaue Abgrenzung siehe Plan). Die übrigen Bereiche zw. Am Dickobskreuz, Bahngleisen und Immenburgstraße sollen als GIBFlächen dargestellt werden.</p> <p>FNP Gewerbliche Baufläche FNP Fläche für Bahnanlagen B-Plan 7522-86 Am Dickobskreuz (GE-Darstellung)</p> <p>[Stn-ID 1011581; Anlage 2 +5; B 19]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1011581_1.pdf</p> <p>Abb_ID1011582_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als [<i>Auswahl</i>: ASB/GIB] im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1011582, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>C 1 Lengsdorf Zur Marterkapelle Es wird angeregt, die nördliche Straßenseite der Straße ?Zur Marterkapelle? ebenfalls als ASBGebiet auszuweisen. FNP Wohnbaufläche / Grünfläche</p> <p>[Stn-ID 1011582; Anlage 2 + 5; C 1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011582_1.pdf Abb_ID1011582_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände, d.h. die Funktionen des hier festgelegten Regionalen Grünzuges entgegen. Der Freiraum nördlich der Straße Zur Marterkapelle ist insbesondere im westlichen Bereich (der östl. Bereich ist bereits als ASB festgelegt) freizuhalten, da hier der Erholungs- und Kulturraum zwischen den Klöstern Maria Hilf und Kreuzberg gesichert werden muss.</p> <p>[</p>

1011584, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>C 2 Oberkassel In der Persch / Römlinghovener Str. Es wird angeregt, die Fläche zur potenziellen Siedlungsentwicklung weiterhin als ASB-Fläche auszuweisen. Die Fläche eignet sich aufgrund ihrer bereits erschlossenen Lage im Siedlungszusammenhang. Fläche liegt nicht im LSG</p> <p>[Stn-ID 1011584; Anlage 2 + 5; C 2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011584_1.pdf Abb_ID1011584_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>(vgl. ID 1006818_001)</p>

1011585, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>C 3 Auerberg Osloer Straße Es wird angeregt, die Fläche zwischen Osloer Straße ? Kopenhagener Straße - An der Rheindorfer Burg als ASB darzustellen. Aufgrund der Lage der Fläche und der guten Erschließung bietet sich diese Fläche zur Entwicklung an. Die Fläche liegt nicht im LSG. FNP Grünfläche Kleingärten</p> <p>[Stn-ID 1011585; Anlage 2 + 5, C 3]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011585_1.pdf Abb_ID1011585_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Der hier im Entwurf festgelegte Regionale Grünzug ist lediglich randlich betroffen und in seiner Funktion nicht erheblich betroffen. Mit der Neudarstellung sind ASB und AFAB jetzt durch klar erkennbare Raumkanten (Kopenhagenerstr./An der Rheindorfer Burg getrennt. Somit ist eine dauerhafte und nachvollziehbare Trennung zwischen Siedlung und Freiraum gegeben.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die <i>Stadt Bonn</i> noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p>

1011586, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>D 1 Hoholz Hoholzstr. / Bitzerweg / Gielgenstr. Die Fläche wird vom Rat der Stadt Bonn als ASB-Fläche abgelehnt. Die Bestandsbebauung entlang der Hoholzstr. und des Bitzerwegs soll weiterhin als ASB-Fläche erhalten bleiben. FNP Fläche für die Landwirtschaft</p> <p>[Stn-ID 1011586; Anlage 2 + 5; D 1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011586.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1011587, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>D 2 Hoholz Kaninsberg / Hoholzstr. / Himmelsweg Die Fläche wird vom Rat der Stadt Bonn als ASB-Fläche abgelehnt. Die Bestandsbebauung entlang des Kaninsbergs, der Hoholtstr. und des Himmelswegs soll weiterhin als ASB-Fläche erhalten bleiben. B-Plan 8423-19 FNP Fläche für die Landwirtschaft FNP Grünanlage</p> <p>[Stn-ID 1011587; Anlage 2 + 5; D 2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011587.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1011588, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>D 3 Hoholz Ungartenstr. Die Fläche wird vom Rat der Stadt Bonn als ASB-Fläche abgelehnt. B-Plan 8423-19 FNP Grünanlage (Friedhof)</p> <p>[Stn-ID 1011588; Anlage 2 + 5; D 3]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011588.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1011616, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>Die Stadt Bonn regt an, die Abgrenzung des GIB Beuel Ost geringfügig zu ändern (E 1) (s. Anlage 3). An den Rändern des Gewerbegebiets gibt es festgesetzte MI-Flächen, die als Puffer-Zone zwischen dem Gewerbegebiet Beuel Ost und der angrenzenden Wohnbebauung dienen. Diese MI-Flächen sollen weiterhin als ASB-Flächen erhalten bleiben, um die städtebauliche Entwicklung als MI-Flächen mittels der Bauleitplanung zukünftig weiterhin steuern zu können. [Stn-ID 1011616; Anlage 3 E 1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1011616.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Änderung der Festlegung von GIB in ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1011618, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>Wie bereits unter der Ziffer B11 beschrieben, regt die Stadt Bonn zudem an, die Fläche des sog. ?Hydro-Areals? im Bereich Am Josephinum / Georg-von-Boeselager-Str. / Friedrich-Wöhler-Str. zukünftig als ASB-Fläche zu klassifizieren, um den Regionalplan an das bestehende Planungsrecht (MI-Flächen) und die aktuellen Planungen anzupassen.</p> <p>Die GIB-Darstellung im Bereich Bonn West, dem sogenannten Innovationsdreieck zwischen Autobahn 565, Immenburgstraße und Bahngleisen, wurde nochmals überprüft. Als Ergebnis soll der Riegel zw. Autobahn 565 und der Straße Am Dickobskreuz nicht als GIB sondern als ASB dargestellt werden, da sich hier vorrangig Bürogebäude befinden und keine emittierenden Betriebe.</p> <p>In dem südöstlichen Bereich des ?Innovationsdreiecks? zwischen Immenburgstraße und Bahngleisen sollen die Veranstaltungshalle ?Westwerk? sowie Bürogebäude entstehen. Auch für diese Nutzungen ist eine GIB-Ausweisung nicht nötig und eine ASB-Darstellung sinnvoll. Die Abgrenzung der hier vorgeschlagenen Änderung ist in der Anlage 4 dargestellt (Ziffer B19).</p> <p>[Stn-ID 1011618; Anlage 4 B 19]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011618.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten unter der Stn ID 1011427).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1011620, Bundesstadt Bonn

Inhalt

Eine Änderung des Regionalplans, die aus Sicht der Stadt Bonn kritisch zu bewerten ist, ist die Definition von bzw. das Vorgehen zu zweckgebundenen, regionalen gewerblichen und industriellen Bereichen (GIBregional). Die GIBregional dienen der Wirtschaftsentwicklung einer Teilregion und können unabhängig von den endogenen kommunalen Bedarfen der Belegenheitskommune in interkommunaler Zusammenarbeit mit mindestens einer weiteren Kommune entwickelt werden. Dargestellt sind solche GIBregional im Planentwurf der Bezirksregierung im Rhein-Sieg-Kreis als Vorranggebiete in Bornheim, Rheinbach, Meckenheim, Swisttal und Niederkassel. Dies bedeutet, dass die kreisangehörigen Kommunen als Belegenheitskommune nicht zwangsläufig mit der Stadt Bonn kooperieren müssen, obwohl die rechnerischen Bedarfe, die diese GIBregional begründen, zu erheblichen Teilen auf die Bedarfe der Stadt Bonn zurückzuführen sind.

Aus Sicht der Stadt Bonn ist zu befürchten, dass dies die Vereinbarung von Kooperationen mit den kreisangehörigen Kommunen, in denen es u.a. um Fragen der infrastrukturellen Ausstattung, der Vermarktung, aber auch um fiskalische Themen gehen wird, erheblich erschweren könnte. Derzeit wird erstmalig eine solche Kooperation im Rahmen der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft mit Alfter und Bornheim zur Entwicklung und Vermarktung des Gewerbegebietes Alfter-Nord sehr konstruktiv erprobt. Weitere, hinsichtlich der angestrebten Kooperation teilweise umfangreichere Vereinbarungen sind mit weiteren Kommunen in Vorbereitung.

Auch vor dem Hintergrund des ?Gemeinsamen Fachgutachten Gewerbe- und Industrieflächen ? Bonn und Rhein-Sieg-Kreis? wird diese Regelung kritisch gesehen. Beispielsweise wird die als GIBregional dargestellte Fläche in Bornheim oder Rheinbach im Fachgutachten als Kooperationsfläche mit Bonn empfohlen.

[GIBregional Bornheim, Rheinbach, Meckenheim, Swisttal und Niederkassel]

Anhänge

[Abb_ID1011620.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Dies führt dazu, dass trotz bestehender Bedarfe in manchen Kommunen aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht oder mangels regionalplanerischer Eignung oder entgegenstehender landesplanerischer Vorgaben Siedlungsraumpotentiale nicht in ausreichender Größe und Anzahl zur Verfügung stehen. Demgegenüber stehen gewerbliche Flächenentwicklungsabsichten von Kommunen, die nicht von ihren ermittelten Bedarfen gedeckt sind. Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Die Region+-Prozesse sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die in der Anregung benannte Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen im Raum Bonn/Rhein-Sieg auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien gemäß Begründung vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen

gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im Regionalplan Köln. Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u.a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen.

Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1011622, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>I. Bereiche für den Schutz der Natur Die Stadt Bonn regt, an die Abgrenzung der Bereiche für den Schutz der Natur wie nachfolgend aufgelistet und im Plan im Anhang dargestellt beizubehalten.</p> <p>F 1 Roleber Im NSG5 Wolfsbachtal (LP Ennert) im südlichen und nördlichen Bereich etwas gekürzt; Angrenzend zu FFH-Gebiet; Zusammenhängender Teil freier Landschaft; Ökologische Ausgleichsfunktionen (u.a. Biotopverbundfläche (Stufe 1), Kaltluftentstehungsgebiet)</p> <p>Anhänge Abb_ID1011622.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung Da der Regionalplan keine Fortschreibung eines Regionalplanes ist, werden auch keine Festlegungen "gekürzt" oder zurückgenommen. Den Festlegungen der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln liegt eine einheitliche Methodik für das gesamte Planungsgebiet zugrunde.</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.</p>

1011624, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>I. Bereiche für den Schutz der Natur Die Stadt Bonn regt, an die Abgrenzung der Bereiche für den Schutz der Natur wie nachfolgend aufgelistet und im Plan im Anhang dargestellt beizubehalten.</p> <p>F 2 Ungarten Ausläufer des Siebengebirges / FFH-Gebietes wird abgeschnitten.</p> <p>[Stn-ID 1011624 Anlage 2; F 2]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011624.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Da der Regionalplan keine Fortschreibung eines Regionalplanes ist, werden auch keine Festlegungen "abgeschnitten" oder zurückgenommen. Den Festlegungen der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln liegt eine einheitliche Methodik für das gesamte Planungsgebiet zugrunde.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1011625, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>. Bereiche für den Schutz der Natur Die Stadt Bonn regt, an die Abgrenzung der Bereiche für den Schutz der Natur wie nachfolgend aufgelistet und im Plan im Anhang dargestellt beizubehalten.</p> <p>F 3 Lyngsberg LSG Waldbereiche Lyngsberg und NSG Lyngsberg (LP Kottenforst) betroffen, lokale Kaltluftleitbahn, Biotopverbundfläche Stufe 1 und Stufe 2.</p> <p>[Stn-ID 1011625; Anlage 2; F 3]</p> <p>Anhänge Abb_ID1011625.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1011626, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>II. Wasser</p> <p>Die Stadt Bonn regt an, den Ankerbach im Regionalplan darzustellen.</p> <p>[Stn-ID 1011626; topographische Karte]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Fließgewässer werden nach Ziel 24 Erläuterung 1 zeichnerisch festgelegt, wenn es sich um berichtspflichtige Gewässer gemäß EG-WRRL handelt. Der Ankerbach ist kein berichtspflichtiges Gewässer gemäß EG-WRRL.</p>

1011627, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>I. Verkehr Seilbahn</p> <p>Die Stadt Bonn regt an, die Bonner Planungen zu Seilbahn zwischen Venusberg (Uniklinik West) und Ramersdorf (Schießbergweg) in den Regionalplan aufzunehmen, da diese im März 2022 in den ÖPNV-Bedarfsplan des Landes NRW aufgenommen wurde.</p> <p>[Stn-ID 1011627; ÖPNV Bedarfsplan]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Eine Flächenvorsorge für alternative Mobilitätsformen, wie z.B. die Seilbahn entspricht nicht dem Planerfordernis des Regionalplans und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.</p>

1011628, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>ÖPNV Schienenverkehr</p> <p>Im Entwurf des Regionalplans ist die geplante Westbahn mit der aktualisieren Linienführung (ehem. Hardtbergbahn) aufgenommen. Einige der geplanten Haltestellen sollen dem Entwurf nach nicht mehr dargestellt werden. Die Stadt Bonn regt an, alle geplanten Haltestellen im Entwurf beizubehalten und darzustellen.</p> <p>[Stn-ID 1011628; ÖPNV Bedarfsplan]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die angeregte Änderung entspricht nicht der Festlegungsmethodik des Regionalplans (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Das Planzeichen "ohne räumliche Konkretisierung" beinhaltet keine Festlegung zu Haltepunkten.</p>

1011629, Bundesstadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>Die Straßenbahnlinie Beuel-Kohlkaul sowie die Stadtbahnverlängerung Godesberg ? Mehlem und Dottendorf-Friesdorf sollen entgegen dem Entwurf im Regionalplan als ?Schienenwege für den überregionalen und regionalen Verkehr ? Bestand, Bedarfsplanmaßnahmen? erhalten bleiben und mit den geplanten Haltestellen dargestellt werden. Alle beschriebenen Planungen sind über den Verkehrsentwicklungsplan 20206 der Stadt Bonn politisch beschlossen.</p> <p>[Stn-ID 1011629; ÖPNV Bedarfsplan]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

1011630, Bundesstadt Bonn

Inhalt

Mobilstationen

Gemäß der Erläuterungskarte 13_Mobilstationen sind im Bonner Stadtgebiet einige Mobilstationen dargestellt. Derzeit sind in Bonn rund 185 Mobilstationen politisch beschlossen und in Planung. Nicht alle finden sich auf der Erläuterungskarte wieder, was entsprechend der Erläuterung zu G.56 auf S. 136 der textlichen Festlegungen verständlich wird. Die Stadt Bonn regt an, die Kartendarstellung zu aktualisieren und die Legende erläuternd zu ändern, damit verständlich wird, welche Mobilstationen dargestellt sind und dass dies nicht alle Mobilstationen im Stadtgebiet sind.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte I3 wird künftig entfallen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1003063.

1011631, Bundesstadt Bonn

Inhalt

Der Rat der Stadt Bonn hat sich am 07.05.2020 für die Errichtung einer vierten Rheinbrücke für den Fahrrad- und Fußgängerverkehr ausgesprochen⁷. Die Rheinquerung ist im Bereich zwischen Ringstraße (Beuel) und Zweiter Fährgasse (Bonn) denkbar, genauere Planungen liegen derzeit aber noch nicht vor. Die Stadt Bonn regt dennoch an, die Planungen der Rheinquerung mit in den Regionalplan aufzunehmen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine Sicherung und/oder weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.

Reine Fuß- und Radwegeverbindungen sind darüber hinaus nicht Gegenstand der regionalplanerischen Festlegungen, da sie über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinausgehen.

1011632, Bundesstadt Bonn

Inhalt

Verkehrsknotenpunkte Autobahn

Der Entwurf des Regionalplans sieht die Autobahn-Auf- und Abfahrten Bonn Auerberg, Bonn Tannenbusch, Bonn Endenich (Endenicher Ei) und die geplante Auf- und Abfahrt Beuel Ost (Maarstraße) nicht mehr als Verkehrsknoten vor. Die Stadt Bonn regt an, die genannten Bereiche auch weiterhin als Verkehrsknotenpunkte darzustellen.

Verkehrsknotenpunkte Autobahn

[Stn-ID 1011632 topographische Karte]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (vgl. StnID 1006482).

AZ: BET_152000_1

Rhein - Sieg - Kreis

1003893_001, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

Niederkassel - Köln

(Abb. Seite 34)

Auf das FFH-Gebiet am Rhein wird hingewiesen.

Anhänge

[Abb_ID_1003893_001.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Hinweis auf das vorhandene FFH-Gebiet wird zur Kenntnis genommen.

Das FFH-Gebiet wird im südlichen Teil als BSN dargestellt, siehe hierzu auch ID: 1007668

1003893_002, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Bornheim ? Hersel</p> <p>(Abb. Seite 24)</p> <p>Das NSG Herseler Werth ist als BSN darzustellen.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID_1003893_002.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Festlegung wird [unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs] entsprechend des Vorschlags des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der Landschaftsplanung gefolgt.</p> <p>Das FFH-Gebiet wird als BSN dargestellt, siehe auch ID: 1007706</p>

1003893_003, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Niederkassel</p> <p>(Abb. Seite 34)</p> <p>Auf das FFH-Gebiet am Rhein wird hingewiesen.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID_1003893_003.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht in Teilbereichen jedoch nicht in Gänze den v.g Kriterien.</p>

1003893_004, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Sankt Augustin ? Hangelar</p> <p>(Abb. Seite 35 - westlicher Teilbereich)</p> <p>Im Landschaftsplanvorentwurf zum LP 7 sind die dargestellten Bereiche (...)</p> <p>der Grube Deutag und der Grube Bergmann als geplante NSG bereits einstweilig sichergestellt.</p> <p>Ihre vollständige Darstellung als BSN einschl. des Verbundkorridors entlang der A 59 (Ausgleichmaßnahmen für die S 13) ist fachlich geboten.</p> <p>Es wird empfohlen, dies zu berücksichtigen.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003893_004.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird teilweise geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt werden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.</p> <p>Die vorgeschlagene Fläche der Grube Deutag entspricht den vorgenannten Kriterien.</p> <p>Für die Grube Bergmann und den A & E Korridor gilt:</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1003893_005, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

Sankt Augustin ? Hangelar

(Abb. Seite 35)

Im Landschaftsplanvorentwurf zum LP 7 sind die dargestellten Bereiche der Hangelarer Heide, (...) einstweilig sichergestellt.

Ihre vollständige Darstellung als BSN einschl. des Verbundkorridors entlang der A 59 (Ausgleichmaßnahmen für die S 13) ist fachlich geboten.

Es wird empfohlen, dies zu berücksichtigen.

Anhänge

[Abb. ID 1003893_005.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung wird unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs entsprechend dem Vorschlag des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der Landschaftsplanung gefolgt.

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

1004831, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Zunächst einmal möchte ich mich für den dialogorientierten und nah an den Kommunen geführten Prozess im Zuge der Regionalplan-Neuaufstellung bedanken. Ich denke, ich spreche nicht nur für den Rhein-Sieg-Kreis, wenn ich sage, dass wir uns mitgenommen gefühlt haben. Ich bedauere jedoch, dass im Vorfeld des Entwurfes keine Einbeziehung der 19 Kommunen im Rahmen der Thematik Freiraum/Freiraumplanungen stattgefunden hat, da es ein immens wichtiger Bereich des neuen Regionalplans ist, der elementar mit den übrigen Festlegungen verbunden ist.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Bei der Erarbeitung des für die Freiraumbelange zentralen Fachbeitrags (LANUV NRW) wurde der Rhein-Sieg Kreis sowie auch die örtlichen Biologischen Stationen und die Naturschutzverbände beteiligt. Im Vorfeld der Entwurfserarbeitung wurde seitens der Regionalplanungsbehörde ein informelles Forum ("Vorrang Grün") durchgeführt, bei dem die diversen Planungsgrundlagen zum Thema Freiraum vorgestellt wurden und die geplante Konzeption der Freiraumfestlegungen erläutert wurde. Auch hier war neben den fachlichen Akteuren (z.B. Naturschutzverbänden) die Kreise und kreisfreien Städte als Multiplikatoren beteiligt. Im Kontext der siedungsräumlichen Prozesse konnten die Kommunen sich ebenfalls einbringen und an den Kriterien für die Verortung mitwirken (z.B. freiraumbezogene Eignungskriterien). Vorlaufend zum Planungsprozess wurden mit allen Kommunen Kommunalgespräche geführt, bei denen auch freiraumbezogene Aspekte eingebracht werden konnten. Weitere Möglichkeiten für die Kommunen bestanden im Rahmen der Verfahrensschritte frühzeitige Unterrichtung und Scoping zur Umweltprüfung. Die Kritik wird insofern nicht nachvollzogen.</p>

Inhalt**ALLGEMEINE ANREGUNGEN**

· Hochwasser- und Starkregengefahrenhinweiskarte zwingend berücksichtigen und die geplanten Darstellungen von Siedlungsbereichen neu bewerten

Der Regionalplan führt aus, dass ein weiterer Abstimmungsprozess mit den Kommunen zum Ausgleich der in den HQExtrem-Bereichen entfallenen Siedlungsbereichen erfolgen soll. Die Hochwasserkatastrophe vom Sommer 2021 hat eindrucksvoll vor Augen geführt, welche Gefahren für Leib und Leben, kritische Infrastrukturen und Sachgüter von solchen Ereignissen ausgehen können. Der Erarbeitung der landesweiten Starkregengefahrenhinweiskarte stellt eine wichtige Voraussetzung und Grundlage dar, um solche Gefahren für die Zukunft besser abschätzen zu können. Die derzeitige Darstellung von Siedlungsflächen lässt diesen Aspekt bislang unberücksichtigt. Daher sind die geplanten Siedlungsbereiche einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen, wo diese ohne solche Gefahren realisiert werden können (s. nachfolgend als Beispiel Stellungnahme zum ASB Rheinbach-Süd). Weitere Gefahren können aber auch mittelbar entstehen, sobald neue Siedlungsbereiche oberhalb von Bestandssiedlungsbereichen realisiert werden und ein problemloser Abfluss oder eine Versickerung nicht möglich sind. In diesen Fällen werden gerade bei Extremereignissen, die Einleitungsgewässer stark beaufschlagt, was zu Problemen bei den Unterliegern führt, weil die bestehenden Rückhaltebecken dort oft nicht auf eine durch die Neuversiegelung verursachte zusätzliche Beaufschlagung ausgelegt sind (s. Anmerkungen zum neuen ASB Lohmar-Birk). Auch diese Problematik sollte in weiteren Kommunalgesprächen unter Einbeziehung der Wasserbehörden erörtert werden. Für Siedlungsflächendarstellungen, bei denen Schutzgüter in erheblichem Umfang betroffen sind, sollte unter Berücksichtigung der u.a. Methodenkritik ebenfalls grundsätzlich in Erwägung gezogen werden, auf sie gänzlich zu verzichten und in Abstimmung mit der Kommune eine Darstellung in weniger empfindlichen Gemeindegebieten vorzusehen.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie.

Die Berücksichtigung von Extremhochwasser ist auf Ebene der Regionalplanung im Grundsatz 48 und der entsprechenden Erläuterung berücksichtigt. Die Übersicht der Extremhochwasserbereiche in generalisierter Form im Regierungsbezirk Köln findet sich in Erläuterungskarte F8. Die Extremhochwasserbereiche entsprechen dabei den fachplanerischen Abgrenzungen für extreme Hochwasserereignisse (HQextrem). Diese außerhalb der festgesetzten Überschwemmungsgebiete der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) liegenden Bereiche werden fachrechtlich als ?Risikogebiete? definiert. Die räumliche Abgrenzung der potentiellen Überflutungsbereiche kann den Risikokarten der Fachplanung entnommen werden.

1004833, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

Naturschutz-, FFH- und Wildnisgebiete als BSN übernehmen
Wegen ihrer erheblichen Bedeutung sollten Naturschutz-, FFH- sowie Wildnisgebiete möglichst mit hoher Genauigkeit als Bereiche für den Schutz der Natur dargestellt werden. In einzelnen Fällen gibt es gerade in Bereichen, in denen Naturschutzgebiete an Siedlungsbereiche angrenzen, im Regionalplan vermeintliche Puffer, die bei fehlerhafter Interpretation der Maßstäblichkeit der Regionalplanung den Eindruck vermitteln könnten, diese Pufferbereiche könnten für eine Siedlungsentwicklung herangezogen werden. Dies umso mehr, als an anderen Stellen augenscheinlich eine Orientierung der BSN-Darstellungen mit nahezu parzellenscharfer Genauigkeit erfolgt ist. Insofern sollten gerade diese Grenzfälle von an Siedlungsbereiche angrenzenden BSN noch einmal geprüft werden. Überprüfungsbedarf besteht im Rhein-Sieg-Kreis u.a. beim NSG Siebengebirge oder dem NSG Elisental in Windeck.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Aufgrund der Maßstäblichkeit des Regionalplans ergeben sich zwangsläufig Unterschiede zwischen den Planungsebenen. Soweit diese im Verfahren angesprochen wurden, werden diese im Einzelfall überprüft. Insofern wird auf die Erläuterungen zu den entsprechenden Anregungen verwiesen.

Inhalt

· Datenlage Biotopverbund prüfen

Bereits im Vorfeld der Erarbeitung des Fachbeitrages des Naturschutzes zum Regionalplan hat der Rhein-Sieg-Kreis dem LANUV umfangreiche Vorschläge zur Fortschreibung des Biotopverbundes übermittelt, die leider nur in geringem Umfang berücksichtigt wurden. Einige dieser Vorschläge sind in den nachfolgenden Anregungen zur Überarbeitung v.a. der BSN daher nochmals aufgegriffen. Generell erscheint die Darstellung von BSN insbesondere in den rechtsrheinischen Höhengemeinden Neunkirchen-Seelscheid und Much deutlich geringer zu sein als in anderen Teilen des Kreisgebietes, obwohl gerade die dortigen Talsysteme weitverzweigt sind und auch nach Angabe des Biotopkatasters oftmals schutzwürdige Lebensräume umfassen. Eine nochmalige Überprüfung der Datenlage und Abstimmung mit dem LANUV erscheint hier zielführend.

Zur Erläuterung wird ein shape mit den neuen Vorschlägen des Rhein-Sieg-Kreises zu den BSN (soweit bereits abgegrenzt) sowie eine Arc-Gis-mpk-Datei mit allen rechtskräftigen Landschaftsplänen zur Verfügung gestellt. Alle Karten und Textteile der Landschaftspläne mit den Schutzziele sind auf der Homepage des Rhein-Sieg-Kreises unter dem Stichwort Landschaftsplanung abrufbar. Die nachfolgenden Anmerkungen enthalten aber auch teilweise Darstellungen zu Prüfbereichen, bei denen der RSK selbst keine eigenen Vorschläge für Neuabgrenzungen vorgenommen hat, diese aber grundsätzlich anregt.

Die Überarbeitung der BSN führt naturgemäß zu einem Anpassungsbedarf bei einigen angrenzenden Darstellungen, z.B. bei den BSLE oder RG, in Einzelfällen aber auch der ASB oder GIB.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die in der Stellungnahme angeregten Bereich wurden fachlich geprüft und soweit der Plankonzeption entsprechend in die Zeichnerische Festlegungen mitaufgenommen. Konnten den eingereichten Anregungen nicht gefolgt werden, wurde dies dezidiert in der entsprechenden Teil-Stellungnahme dargelegt.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für

Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen oder auch naturschutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Im Regionalplan werden gemäß Ziel 24 Erläuterung 1 alle fachplanungsrechtlich berichtspflichtigen Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet von mehr 10 km² gemäß Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) als Oberflächengewässer zeichnerisch festgelegt. Kleinere nicht berichtspflichtige Fließgewässer sind im Einzelfall aufgrund ihrer regionalen Bedeutung festgelegt. Sofern die Kriterien auf die genannten Fließgewässer zutreffen, werden diese im Regionalplan festgelegt

Inhalt

Umweltprüfungen der geplanten Siedlungsbereiche überarbeiten und bei der Abgrenzung berücksichtigen

Für eine Vielzahl der geplanten Siedlungsflächendarstellungen kommen die durchgeführten Umweltprüfungen (Anhänge c-f) zum Ergebnis, dass diese mit erheblichen Umweltauswirkungen verbunden sind. Dennoch werden sie im Regionalplanentwurf dargestellt. Diese Vorgehensweise und der Hinweis auf die Konfliktbewältigung in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren erscheint nicht schlüssig. Da der Regionalplanentwurf neue Siedlungsbereiche nur bedarfsgerecht ausweist und nur wenige ?Flex-Flächen? dargestellt sind, besteht kaum die Möglichkeit auf alternative Flächen auszuweichen, falls sich im Rahmen der Bauleitplanung herausstellt, dass Umweltgründe gegen eine Inanspruchnahme sprechen. Die im Regionalplanentwurf dargestellten Siedlungsbereiche sind, mit Ausnahme des 20% Zuschlages, keine Suchräume, sondern erforderlich um eine bedarfsgerechte Entwicklung sichern zu können. Es wird daher angeregt, bereits auf Ebene der Regionalplanung Flächen für die Siedlungsentwicklung auszuschließen, bei denen aufgrund der Umweltprüfung bereits mit erheblichen Umweltauswirkungen zu rechnen ist.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die SUP kommt "nicht zu einem zusammenfassenden Gesamturteil" der Umweltverträglichkeit der Planungen. Es geht vielmehr um die Gewichtung der Umweltbelange, d.h. der Vor- und Nachteile. "Denn Ziel der SUP ist nicht eine umweltinterne Abwägungsentscheidung, sondern eine transparente und umfassende Umweltbilanz, die dann in die abschließende fachrechtliche Abwägungsentscheidung einzubringen ist (Kment in Beckmann/Kment § 40 Rn. 90; eingehender auch → § 25 Rn. 23)." (Kommentar Landmann/Rohmer UmweltR/Wulfhorst, 102. EL September 2023, UVP § 40 Rn. 72, Auszug Satz 4 und Rn.74 letzter Satz)

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den

bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

II. ANREGUNGEN ZU DEN TEXTLICHEN FESTLEGUNGEN, ERLÄUTERUNGEN, BEGRÜNDUNG

1 EINFÜHRUNG

Keine Anregungen.

2 GESAMTRÄUMLICHE ASPEKTE

2.1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

G.1 Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen

Textliche Festlegung S. 42:

Wie im Grundsatz zutreffend formuliert, handelt es sich hierbei um Erfordernisse. Daher erscheint die Formulierung eines bloßen Grundsatzes nicht Problem adäquat und angemessen.

In G 1 werden alle Grundsätze und Ziele hinsichtlich ihrer Bedeutung für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel zusammengestellt. Dies geht jedoch nicht über eine Auflistung der in den Fachkapiteln folgenden Bereiche hinaus. Aufgrund der außerordentlichen Bedeutung sollte dieser übergeordneten Grundsatz genutzt werden, um die Belange stärker zu gewichten. Beispielsweise sollten die Belange des Klimaschutzes und der Klimaanpassung zwingend eine Prüfung und Beachtung erfahren. Es muss, nicht sollte, darauf hingewirkt werden, dass Schutzmaßnahmen berücksichtigt werden. Der Regionalplan kann an dieser Stelle deutlich machen, dass eine für den Klimaschutz bzw. die Klimaanpassung ungünstige Planung nur zulässig ist, wenn zuvor Alternativen betrachtet wurden. Der Grundsatz 1 entwickelt nur dann eine wirkliche Relevanz, wenn über die ohnehin im Bauleitplanverfahren an anderer Stelle verankerten Abwägungserfordernisse hinaus vorrangig zu beachtende und weitergehende Aspekte des Klimaschutzes und der Klimaanpassung festgelegt werden.

Aufgrund der hohen Bedeutung des Klimaschutzes sowie der Anpassung an den Klimawandel ist aus Sicht des Rhein-Sieg-Kreises dringend zu prüfen, ob für diese eine eigene Festlegung mit Zielcharakter im Zuge der Neuaufstellung zu verankern ist.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

1004837, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

Erläuterung 1 zu G.1, S. 44:

Als Planungsgrundsatz sollte bei Ausweisungen von Siedlungsflächen der Entwässerungsgrundsatz ?Versickerung vor Ableitung? vorgeschrieben werden. (Stichworte ?Schwammstadt / Klimafolgenminderung/ Grundwasserneubildung, Hochwasserschutz).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Zur weiteren Begründung wird auf die Erläuterung der ID 1004906 verwiesen.

Inhalt

G.2 Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sichern und entwickeln Textliche Festlegung S. 45:

Aufgrund der Bedeutung des Grundsatzes sollte dieser stringenter formuliert werden, um klimaökologisch bedeutsame Räume und Flächen zu sichern und zu entwickeln. Beispielsweise sollte die möglichst weitgehende Minderung klimaökologisch nachteiliger Entwicklungen durch geeignete Maßnahmen generell als Voraussetzung genannt werden. Da diese Bereiche nicht zeichnerisch festgelegt sind, ist es auch Sicht des Rhein-Sieg-Kreises erforderlich, den Grundsatz zu konkretisieren. Aus der bisherigen Formulierung ist nicht ersichtlich, wie der Grundsatz später in der Anwendung des Regionalplans umgesetzt werden soll. Möglich wäre eine Einzelfallprüfung auf der Grundlage eines Gutachtens. Seitens des Rhein-Sieg-Kreises wird vorgeschlagen, die Begründung zu diesem Grundsatz um die folgende Formulierung zu ergänzen: „Für raumbedeutsame Vorhaben sollte eine vorläufige Detailanalyse der Luftströmungsverhältnisse vorausgesetzt werden“.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Steuerung nachteiliger Entwicklungen gegenüber klimaökologischen Funktionen wird auf regionallanger Ebene insbesondere durch die bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung vollzogen. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der

Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumberechnung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Der Grundsatz 2 des Regionalplanentwurfs Köln erteilt den Auftrag an die nachfolgende Planungsebene, auf Grundlage des vom LANUV erarbeiteten Fachbeitrags Klima für die Planungsregion Köln (2018) Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung zu sichern und zu entwickeln, siehe hierzu die Erläuterung zu G.2. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Untersuchungsmethodik und angewandten Kriterien werden in dem Fachbeitrag dezidiert erläutert. Dieser bietet die eine einheitliche Grundlage für den Regierungsbezirk, mit dezidiertem Modellierung der vorliegenden Daten.

Um die Anforderungen an die nachgelagerte Ebene deutlicher herauszustellen und klarzustellen, dass seitens der Regionalplanungsbehörde keine zeichnerische Festlegung erfolgt, die über die Darstellung in den Erläuterungskarten hinausgeht, wird die textliche Festlegung G. 2 ?Klimaökologische Ausgleichsräume mit überörtlicher Bedeutung sichern und entwickeln? und deren Erläuterung entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Inhalt

3 SIEDLUNGSRAUM

3.1 Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum

3.1.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung

Z.2 Zersiedlung vermeiden

Erläuterung 2, S. 55:

Im Satz ?Zersiedlung vermeiden betrifft nicht die ausnahmsweise Entwicklung von Freiflächen-Solarenergieanlagen gemäß Ziel 10.2-5 LEP NRW? sollte statt von Entwicklung besser von Errichtung gesprochen werden. Es wird darum gebeten, dies zu ändern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1004840, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung Z.4 Flächenüberhänge vermeiden und abbauen Textliche Festlegungen sowie Erläuterungen, S. 62 ff: Die Zielformulierung samt Erläuterungen erscheint widersprüchlich und lässt erheblichen Interpretationsspielraum. Um eine sichere praktische Anwendung zu gewährleisten ist es aus Sicht des Rhein-Sieg-Kreises unbedingt erforderlich, die Zielformulierung samt Erläuterungen zu überarbeiten bzw. neu zu fassen. Erläuterung 2, S. 62 Die Formulierung ?Eine Rücknahme von Bauflächen ist dort nicht erforderlich, wo Entschädigungspflichten entstehen können.? sollte noch einmal überdacht werden. Es kann durchaus Situationen geben, in denen eine Rücknahme von Bauflächen z.B. in potenziellen Überschwemmungsbereichen zwingend angezeigt ist, obwohl dies möglicherweise Entschädigungszahlungen auslöst. Voraussetzung hierfür wäre allerdings, dass diese Entschädigungen vom Land übernommen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterung zu der Textliche Festlegung Z.4 <i>Flächenüberhänge vermeiden und abbauen</i> wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).</p> <p>Im LEP NRW ist geregelt, dass Flächenreserven für die kein Bedarf mehr besteht, generell nicht zurückzunehmen sind, wenn sie bereits in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind. Diese entsprechende Erläuterung zu Z.4 <i>Flächenüberhänge vermeiden und abbauen</i> entfällt. Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung solcher Ziele und Grundsätze des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen oder wie in diesem Fall über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinausgehen.</p>

1004860, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

3.1.3 Flexible Siedlungsentwicklung

G.13 Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren

Textliche Festlegungen sowie Erläuterungen, S. 64 ff:

Aus Sicht des Rhein-Sieg-Kreises wird es für erforderlich gehalten klarzustellen, dass die Flex-Flächen keine über die errechneten Bedarfe hinausgehenden zusätzlichen Potentialflächen darstellen. Ggfls. wäre auch bereits im Grundsatz 13 ein Verweis auf das folgende Ziel 6 sinnvoll.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterung zu der Textliche Festlegung G.13 *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Inhalt

3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung

3.2.1 Allgemeine Siedlungsbereiche

Z.7 ASB sichern und entwickeln

Erläuterung 5, S. 67:

In den Erläuterungen Ziffer 5 heißt es: „Sofern festgelegte ASB von anderen Vorranggebieten (z. B. Überschwemmungsbereiche gemäß (Z. 27) ÜB erhalten und entwickeln) überlagert werden, wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinanderstehen. Weitergehende Regelungen sind im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung unter Beachtung des Fachrechts aufeinander abzustimmen.“ Gerade die Hochwasser- und Starkregenthematik, die sich eben nicht auf die zurzeit im Regionalplanentwurf dargestellten Überschwemmungsbereiche beschränkt, sondern eine Vielzahl von Bereichen betrifft, bewirkt einen solchen offensichtlichen Zielkonflikt. Insofern ist es erforderlich, dass zum einen den v.g. Thematiken ebenso ein grundsätzlicher Vorrang beigemessen wird und darüber hinaus Zielkonflikte bereits bei der Darstellung von Siedlungsflächen erkannt und vermieden werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen. Hinsichtlich der Überlagerung von ASB durch ÜB wird auf die Regelungen des Z. 27 *ÜB erhalten und entwickeln*, Z.28 *Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen* verwiesen.

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW „Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren“ und Grundsatz 4-2 LEP NRW „Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)“ bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale. Im Übrigen wird auf G.48 *Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen* verwiesen.

Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie.

1004862, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>4 FREIRAUM</p> <p>4.1 Festlegungen für den gesamten Freiraum</p> <p>4.1.1 Allgemeine Freiraumsicherung und -entwicklung</p> <p>G.19 Zusammenhängendes Freiraumsystem erhalten, Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums sichern und entwickeln</p> <p>Erläuterung 2, S. 89:</p> <p>Der Schutz des Freiraums bei unabweisbarer Inanspruchnahme kommt in den Erläuterungen Ziffer 2 nicht ausreichend zum Ausdruck. Der letzte Satz sollte wie folgt formuliert werden: Bei unvermeidbarer Inanspruchnahme durch andere Nutzungen, z. B. Siedlungsflächen oder Verkehrsstrassen, sollen die Funktionen des Freiraums berücksichtigt werden. Es soll dann so geplant werden, dass der Verlust von Freiraum und Beeinträchtigungen der in der textlichen Festlegung benannten Funktionen minimiert und im Übrigen an anderer Stelle kompensiert werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung stellt auf den Erhalt der Freiraumfunktionen, i.S. der Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen ab, nicht auf deren Kompensation. Diese ist entsprechend der fachgesetzlichen Regelungen umzusetzen.</p>

1004863, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>G.21 Zerschneidung vermeiden Textliche Festlegungen und Erläuterungen, S. 91ff.: Die Aussagen zu den Unzerschnittenen Räumen (UZR) sind in ihrer Schutzwirkung unzureichend. Eine bloße Darstellung, um diese bei Planungen berücksichtigen zu können, wird dem erforderlichen Ziel, die UZR mit ihren wichtigen Funktionen vor allem für den Biotop und Artenschutz, aber auch für eine angepasste Erholungsnutzung zu erhalten und zu sichern, nicht gerecht. Der Wiedervernetzung von bereits zerschnittenen Freiräumen sollte eine deutlich höhere Bedeutung zugemessen werden. Daher wird es seitens des Rhein-Sieg-Kreises für erforderlich gehalten, die Wichtigkeit der Unzerschnittenen verkehrsarmen Räume in der Erläuterung/Begründung noch stärker hervorzuheben. Unbeschadet dessen kann es auch in Zukunft zu einer Realisierung wichtiger Infrastrukturprojekte innerhalb dieser Räume kommen. Sollte dies der Fall sein, ist es unbedingt erforderlich, die Verbundwirkung zu erhalten. Dies muss aus Sicht des Rhein-Sieg-Kreises in dem Grundsatz klargestellt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die vorgesehenen Festlegungen verdeutlichen die Bedeutung der UZVR und entsprechen den Vorgaben des LEP NRW, der ebenfalls einen Grundsatz und dessen Umsetzung mit den bestehenden Planzeichen vorsieht. Der räumliche Kontext wird durch die Erläuterungskarte A3 in besonderem Maße erkennbar.</p>

1004864, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

Begründung S. 132:

Es fehlt eine Bilanzierung der Unzerschnittenen Räume UZR (nach Kategorien), sowohl für die Null-Prognose als auch für die Planung (s.a. Stellungnahme zum Umweltbericht).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Mit Blick auf einen möglichst schlanken Planentwurf wurden die textlichen Festlegungen auf die notwendigen Inhalte und zugehörige Erläuterungen beschränkt. Bilanzierungen, Flächenbilanzen wurden nur insoweit übernommen, wie sie zur Umsetzung der Festlegungen erforderlich sind.

Inhalt

G.23 Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken

Textliche Festlegungen, S. 91:

Die bevorzugte Lenkung der Kompensationsmaßnahmen auf die dort genannten Vorranggebiete des Naturschutzes fördert das Segregationsprinzip und wirkt der Aufwertung des Freiraums insgesamt entgegen. Im Grundsatz 23 sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass Kompensationsmaßnahmen insgesamt dem Freiraum zugeordnet werden. Der Satz 2 sollte daher wie folgt formuliert werden: Als Kompensationsräume kommen insbesondere die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN), Waldbereiche, Regionale Grünzüge, Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz und (BGG) und Überschwemmungsbereichen (ÜB) in Betracht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es handelt sich um einen Grundsatz, der im Einzelfall unter Berücksichtigung der örtlichen Situation einer Abwägung bzw. einem Ermessen zugänglich ist. Insofern wird die Befürchtung, die Festlegung wirke der Aufwertung des Freiraums insgesamt entgegen nicht geteilt. Die grundsätzliche Fokussierung auf die beannten Räume wird mit Blick auf die angestrebte Entwicklung für die regionale Ebene als sachgerecht bewertet.

1004866, Rhein - Sieg - Kreis	
Inhalt .1.2 Bodenschutz G.24 Bodenschutz, Funktionen von Böden erhalten Erläuterung 2, S. 92: Die Aussage "Für Böden mit Biotopentwicklungspotential steht die Erhaltung von standortbedingten Extrema, die eine daran angepasste Biotopentwicklung ermöglichen, im Vordergrund" ist nicht verständlich und bedarf der Erläuterung. Daher wird seitens des Rhein-Sieg-Kreises um eine Konkretisierung gebeten.	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Erläuterung Weitere Erläuterungen können dem Bodenschutz-Fachbeitrag des Geologischen Dienst (hier: Leitbild des vorsorgenden Bodenschutzes in der Planung für Böden mit Biotopentwicklungspotenzial) entnommen werden. Eine weitere Konkretisierung in den Erläuterungen zum Regionalplan ist entbehrlich.

1004867, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum G.26 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum ermöglichen Textliche Festlegung und Erläuterungen, S. 94: Der Landesentwicklungsplan hebt im Grundsatz 7.1-3 die Wichtigkeit der unzerschnittenen verkehrsarmen Räume hervor. Aus Sicht des Rhein-Sieg-Kreises ergibt sich die Gesamtbedeutung der Unzerschnittenen Räume für den Biotop- und Artenschutz nicht aus der Summe der einzelnen ökologisch wertvollen Teilbereiche, die ohnehin zusätzlich oft als BSN oder BSLE bzw. Regionale Grünzüge dargestellt sind, sondern allein schon aufgrund des großflächigen Fehlens von Zerschneidungsstrukturen und Störungen. Daher sollten Unzerschnittene Räume von überwiegend baulich geprägten Erholungseinrichtungen (wie Ferienparks o.ä.) ausgenommen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen des Kapitels 4.1.3 richten sich nicht an baulich geprägte Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus wie z.B. Ferienparks o.ä., sondern an Planungen für freiraumorientierte Einrichtungen ohne überwiegend bauliche Prägung. Die Plangung überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben in Ziel 6.6-2 LEP NRW.</p>

Inhalt

4.2 Regionale Grünzüge

Z.18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen

Textliche Festlegung und Erläuterungen, S. 96 ff.:

Unter Berücksichtigung der Maßstäblichkeit des Plans soll in Bereichen, in denen die Regionalen Grünzüge unmittelbar an die ASB grenzen, die Ausnahmemöglichkeit entfallen. Eine Abwägung hierüber sollte der Regionalplan abschließend treffen. Die Öffnung für kleinflächige Inanspruchnahmen im sonstigen ländlichen Raum hingegen ist sinnvoll. Die in den Erläuterungen Ziffer 6 getroffene "Kompensationsverpflichtung": "Im Anschluss ist zu prüfen, wie im funktional betroffenen Umfeld des RG ein wirksamer Ausgleich erreicht werden kann, sodass dessen Funktionsfähigkeit und Durchgängigkeit erhalten bleiben. Dabei sind die jeweiligen Funktionen des RG zu betrachten. Zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit ist vorrangig die Rücknahme von Siedlungsflächen zugunsten einer Erweiterung des RG zu prüfen." sollte analog auch für vergleichbare Ausnahmeregelungen bei Freirauminanspruchnahmen aufgrund anderer Festlegungen/ Priorisierungen in den Plantext (Textliche Festlegungen) aufgenommen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Umsetzung der Ausnahmeregelungen erfolgt in Analogie zu den Festlegungen des LEP NRW. Eine abschließende Abwägung i.S. des Vorschlags würde dem dort gewählten Ansatz widersprechen. Im Rahmen der Umsetzung der bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung enthält der Planentwurf bereits generelle Regelungen zur Rücknahme von Siedlungsflächen mit Bezug zu den Funktionen des Freiraums (Z.4).

1004869, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

Begründung, S. 137 Methodik zur zeichnerischen Festlegung der RG:
Bei der Auswahl regionalbedeutsamer Freiraumbereiche für Erholungs-, Sport-, Freizeit und Tourismusnutzungen sollten Biotopverbundflächen von herausragender Bedeutung ausgespart bleiben, da die Zielkonflikte mit dem Biotopschutz im Regelfall erheblich sind.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Ausführungen beziehen sich auf die Erarbeitung der Regionalen Grünzüge und die dafür herangezogenen Daten zu Bereichen, die aus regionaler Sicht eine besondere Funktion für Erholung, Freizeit, Sport und Tourismus haben. Hierzu zählen sowohl vorhandene Einrichtungen als auch herausragende Biotopverbundflächen, die i.d.R. auch für landschaftsorientierte Erholung prädestiniert sind (z.B. Wahner Heide, Königsforst, Ville- Wälder).

1004870, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>4.3 Schutz der Natur und Landschaft 4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur Z.19 Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern Erläuterung 6, S. 100: Da in den Erläuterungen Ziffer 6 explizit auf den LEP und die darin enthaltenen Voraussetzungen von zumutbaren Alternativen in Gebieten für den Schutz der Natur (GSN) Bezug genommen wird, sollte klargestellt werden, dass diese Voraussetzungen bzw. Definitionen auch für die BSN gelten, da diese über die GSN hinausgehen. Z.20 Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern Textliche Festlegungen, S. 101 Das Ziel Z. 20 sollte lauten: "Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern und entwickeln.". Dies entspricht der Zielsetzung des Biotopverbundes. Es wird gebeten, die Zielfestlegung dahingehend anzupassen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Durch den eingangs der Erläuterung gewählten Bezug zu den BSN wird der inhaltliche Zusammenhang in ausreichendem Maße erkennbar.</p>

1004871, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>4.5 Wald</p> <p>4.5.1 Walderhalt und -vermehrung</p> <p>G.35 Waldvermehrung in waldarmen Gebieten fördern, Waldentwicklung auf besonders geeignete Flächen lenken</p> <p>Textliche Festlegungen und Erläuterungen, S. 108 ff.:</p> <p>Bislang hatte die Wasserwirtschaft eine Waldvermehrung entlang von Fließgewässern aus Gründen eines gefahrlosen Hochwasserabflusses weitgehend abgelehnt. Gegebenenfalls sind hier Klarstellungen sinnvoll (s. dazu auch Kapitel Hochwasserschutz, 4.7.3, Erläuterung Ziffer 3). Grundsätzlich entsprechen Uferstreifen mit Gehölzen den Zielen der Gewässerbewirtschaftung. Auch Wald in der Aue erhöht die gewünschte Retention, kann allerdings innerhalb bebauter Bereiche dem Hochwasserschutz entgegenstehen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Der Grundsatz ist im Einzelfall einer Abwägung mit anderen Belangen, z.B. des vorbeugenden Hochwasserschutzes, zugänglich.</p>

1004872, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>G.36 Eingriffe in den Wald ausgleichen Textliche Festlegungen und Erläuterungen, S. 109 ff.: Es bleibt unberücksichtigt, dass gerade in den Kommunen mit einem hohen Waldanteil aufgrund der Kalamitäten ein erheblicher Bedarf an Wiederaufforstungen besteht und sich die Bereitstellung von Kompensationsflächen für Erstaufforstungen grundsätzlich schwierig gestaltet und auch schwer vermittelbar ist. Darüber hinaus sind die waldarmen Kommunen oft geprägt durch landwirtschaftliche Vorranggebiete, in denen eine Neuanlage von Wald allein aus diesem Grund problematisch ist. Es sollte daher grundsätzlich die Möglichkeit bestehen, Waldausgleich auch durch ökologische Aufwertungen von Waldflächen zu ermöglichen, nicht nur in waldreichen Kommunen. Flankierend könnte die Regionalplanung in Abstimmung mit der Forstverwaltung Gunstbereiche oder Gewannen darstellen, in denen eine Schaffung neuer Waldbereiche sinnvoll erscheint. Dies würde auch dem Klimaschutz dienen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es handelt sich um einen Grundsatz, der im jeweiligen Einzelfall einer Abwägung und einem Ermessen entsprechend der jeweiligen räumlichen Situation zugänglich ist.</p>

1004873, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>4.5.2 Waldfunktionen und ?nutzungen G.40 Wälder mit besonderer forstlicher Bedeutung und Wildnisgebiete schützen Textliche Festlegungen und Erläuterungen 1+2, S. 111: Wildnisgebiete und Naturwaldzellen besitzen einen dem NSG vergleichbaren Status. Wildnisgebiete - § 40 LNatSchG: Nach Maßgabe des Absatzes 3 werden diese Gebiete im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen und in der Karte der Wildniswälder in Nordrhein-Westfalen erfasst und veröffentlicht. Mit der Veröffentlichung sind die Wildnisentwicklungsgebiete als Naturschutzgebiete im Sinne des § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes gesetzlich geschützt, sofern sie nicht bereits als Naturschutzgebiet oder Nationalpark förmlich unter Schutz stehen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Dem Hinweis wird durch die Umwandlung des Grundsatzes zu einem Ziel Rechnung getragen.</p>

1004874, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

Naturwaldzellen - § 49 (5) LFoG:

In Naturwaldzellen wird der Waldbestand sich selbst überlassen.

Bewirtschaftungsmaßnahmen sind nicht erlaubt; anfallendes Holz darf nicht entnommen werden. Außerdem sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des geschützten Gebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können. Aus Sicht des Rhein-Sieg-Kreises wäre es daher nur konsequent, die Aussagen des Grundsatzes G. 40 für diese Bereiche zu einem verbindlichen Ziel umzuformulieren. Für die übrigen Bereiche erscheint eine thematische Zusammenlegung der Grundsätze G. 40 und G. 41 sinnvoll.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Dem Hinweis wird durch die Umwandlung des Grundsatzes G.40 zu einem Ziel Rechnung getragen. Eine separate Festlegung zu den historischen Waldnutzungen und kulturhistorischen Objekten in Waldbereichen gegenüber den Wäldern mit besondere forstlicher Bedeutung und Wildnisgebieten gemäß Erläuterungskarte F7 soll beibehalten werden.

1004875, Rhein - Sieg - Kreis	
Inhalt 4.5.3 Waldbewirtschaftung G. 42 Klimaschutz und Klimaanpassung bei der Waldbewirtschaftung berücksichtigen Erläuterungen, S. 112: In den Erläuterungen wären Hinweise auf die Kalamitäten und die damit verbundenen Herausforderungen sowie das Waldbaukonzept NRW sinnvoll.	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Erläuterung Die Erläuterungen werden um einen Hinweis auf Kalamitäten ergänzt. Mit Blick auf die langfristige Geltungsdauer des Regionalplans wird voin einer Bezugnahme auf aktuelle Konzepte, Regelwerke etc. grundsätzlich abgesehen.

1004876, Rhein - Sieg - Kreis	
Inhalt 4.7 Wasser 4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren G.45 Oberflächengewässer und Entwicklungskorridore naturnah und ökologisch wertvoll entwickeln Erläuterung 2, S. 116: In den Erläuterungen Ziffer 2 sollten nicht nur Ufer-, sondern auch Quellbereiche und Auen genannt werden.	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Der Ergänzung wird zugestimmt und die Erläuterung zum Grundsatz wird entsprechend geändert. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.

1004901, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Z.25 Standorte für bestehende und geplante Talsperren sichern Tabelle 2, S. 119:</p> <p>Die Steinbachtalsperre erfüllt zukünftig auch eine Hochwasserschutzfunktion. Daher sollte in der Tabelle 2 auch noch das ?H? bei der Steinbachtalsperre ergänzt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Zur Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1016477 verwiesen.</p>

1004902, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>4.7.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz Z.26 BGG sichern Begründung, S. 153: Es ist nicht ersichtlich, auf welcher Basis der Regionalplan Aussagen zur Menge, Qualität und Verfügbarkeit von Trinkwasser und dem darauf aufbauenden Vorsorgeerfordernis im Planungszeitraum trifft bzw. treffen kann. Eine solche Aussage gewinnt aber vor dem Hintergrund des Klimawandels erhebliche Bedeutung. Dementsprechend sollte die Basis, auf denen die Aussagen beruhen, dargelegt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die dargestellten BGG, welche die derzeitige und zukünftige öffentliche Trink- und Heilwasserversorgung nach Menge, Qualität und Verfügbarkeit sichern sollen, stellen die von der Fachplanung festgesetzten und geplanten Wasserschutzgebiete dar, über welche die Wassergewinnung gesichert wird. Details wie zum Beispiel die Festlegung von Entnahmemengen sind nicht Aufgabe der Regionalplanung, sondern der Fachplanung der Oberen Wasserbehörde (Dez. 54, BR Köln). Mit Hilfe der vorsorgenden regionalplanerischen Festlegungen der Talsperrenstandorte, kann die Trinkwasserversorgung auch in Hinblick auf zukünftige Veränderungen durch den Klimawandel perspektivisch erfolgen.</p>

1004903, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz Z.27 ÜB erhalten und entwickeln Erläuterung 3 ff., S. 124:</p> <p>Zu Erläuterung 3: s. dazu auch Anmerkungen zur Waldentwicklung in Auenbereichen, diese widerspricht den hier getätigten Aussagen. Die Erläuterung 6 ist zu überarbeiten. Der Passus entspricht nicht der Rechtslage des § 78 WHG. § 78 (2) und § 78 (5) WHG fordern nicht nur einen Retentionsraumausgleich, sondern eine Vielzahl von weiteren Voraussetzungen für eine Ausnahme von den Verboten. In den Erläuterungen erscheint die bloße Berücksichtigung von G. 48 (s. dazu nachfolgend) zu schwach, obwohl dies dem Wortlaut des Gesetzes entspricht. Hier sollte besser von "beachten" gesprochen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Zur weiteren Begründung wird auch auf die Antwort zur Stellungnahme ID 1004871 verwiesen.</p> <p>Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben. Die Bewertung möglicher Ausnahmetatbestände liegt nicht in der Zuständigkeit der Regionalplanung. Diese sind in der nachgeordneten fachlichen Zuständigkeit der jeweils zuständigen Wasserbehörde zu bewerten.</p>

Inhalt

G.48 Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen und G.49 Retentionsfunktion erhalten, Hochwasserrisiken mindern
Textliche Festlegungen und Erläuterungen, S. 125 ff.:

Zur Abwehr von Risiken erscheinen die dort getroffenen Formulierungen als Grundsätze zu schwach (diesbezüglich wird auch auf die Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz [BRPHV] hingewiesen). Kritische Infrastrukturen müssen in den auch von HQ extrem und Starkregen betroffenen Bereichen ausgeschlossen werden. Ein bloßes Anstreben, Hochwasserrisiken nicht zu erhöhen, ist nicht ausreichend.

G.48 in Zusammenschau mit G. 49 muss zwingend um den Aspekt des Starkregens / urbane Sturzfluten ergänzt werden. Gegebenenfalls ist dafür eine Formulierung als Ziel oder ein zusätzliches eigenständiges Ziel zur Prävention und Anpassung an solche Ereignisse erforderlich. Generell wird dringend angeregt, die nicht bindenden Formulierungen "soll / kann" durch "muss" zu ersetzen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW *"Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren"* und Grundsatz 4-2 LEP NRW *"Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)"* bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.

Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.

Die Betrachtung von Starkregenrisiken ist nicht Gegenstand der Regionalplanung, sondern erfordert detailliertere Betrachtungen auf örtlicher Ebene. Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplanes verwiesen, welche die Änderungen des G.48 aufgrund von verschiedenen Stellungnahmen beinhaltet.

--	--

1004906, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

G.49 Retentionsfunktion erhalten, Hochwasserrisiken mindern

Erläuterung 4, S. 127:

Es sollte auch an dieser Stelle der Grundsatz Versickerung vor Ableitung von Niederschlagswasser formuliert werden. Dies ist relevant für die Aspekte Retention, Kleinklima, Grundwasserneubildung, Verringerung Abflussverschärfung). Die Wasserhaltekapazität und die Versickerung spielen in der Aue nach Entstehung der Welle nur eine sehr geringe Rolle bei der Verminderung der Hochwasserrisiken. In Hochwasserentstehungsgebieten (§ 78 d WHG) kann insbesondere die veränderte Landnutzung, v.a. Wald, mittels erhöhter Wasserhaltekapazität und Verzögerung des Abflusses zu einer Verminderung des Abflusses beitragen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Ein eigenständiger Grundsatz "Versickerung vor Ableitung von Niederschlagswasser" als Ergänzung zu G. 49 wird nicht ergänzt. Das Thema ist in den Erläuterungen zu G. 49 mit thematisiert. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

1004907, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>5 INFRASTRUKTUR</p> <p>5.1 Verkehrsinfrastruktur</p> <p>5.1.2 Radwegenetz</p> <p>G.52 Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln</p> <p>Radschnellwegeverbindungen und Radpendler Routen sollten mit ihren Flächenbedarfen in den Regionalplan aufgenommen werden, wenn, wie beim Radschnellweg Bonn/Rhein-Sieg bereits eine für die Raumordnung ausreichende Planungstiefe existiert.</p> <p>Ebenso sollte geprüft werden, ob der Siegtalradweg wie auch der Agger-Sülz-Radweg als übergeordnete Freizeitrouten mit aufgenommen werden können.</p> <p>Erläuterung, S.131 sowie Erläuterungskarte 12 ?Radwege?:</p> <p>In der Erläuterungskarte I2 ist der Stand der Überlegungen zu Radschnellwegen und RadPender Routen aus dem Jahr 2019 nachrichtlich dargestellt. Die Abbildung ist nicht mehr aktuell. Zudem gilt seit dem 1.1.2022 das neue Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz in Nordrhein-Westfalen. Demnach soll in den nächsten drei Jahren landesweit ein Netz von Radvorrangrouten definiert werden. Radvorrangrouten haben einen höheren Ausbau 14 standard. Sie sollen vor allem dem Alltagsradverkehr dienen und bilden die Voraussetzung, maßgeblich motorisierten Individualverkehr auf den Radverkehr zu verlagern und damit auch einen Beitrag für Umwelt- und Klimaschutz leisten. Die technischen Rahmenbedingungen sind in den ?Hinweisen zu Radschnellverbindungen und Radvorrangrouten (H RSV)? der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen dargelegt und mit Schreiben vom 23.2.2022 des Ministeriums für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen offiziell eingeführt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Eine zeichnerische Festlegung von Radschnellwegen im Regionalplan erfolgt nicht, da die landesplanerischen Vorgaben zum Zeitpunkt der Planaufstellung kein Sicherungserfordernis begründen. Auch liegt aktuell noch kein Bedarfsplan für Radschnellwege vor. Dies steht einer weiteren Konkretisierung von Radschnellwegen im Rahmen der Fachplanung oder der Bauleitplanung nicht entgegen.</p> <p>Die angeregte Aufnahme entspricht nicht der Darstellungssystematik der Erläuterungskarte I2, da die angeregten Routen keinen erhöhten Ausbaustandard aufweisen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.2). Dargestellt werden klassifizierte Radverbindungen des Radverkehrsnetz NRW, bestehende und geplante regionalbedeutsame Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard sowie Radschnellwege des Landes.</p> <p>Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben und die Daten des Radverkehrsnetz NRW aktualisiert.</p> <p>Die Erläuterung zur textlichen Festlegung G.52 <i>Flächendeckende Radinfrastruktur entwickeln</i> wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).</p>

1004908, Rhein - Sieg - Kreis	
Inhalt 5.1.3 Schienennetz Z.29 Bestehendes Schienennetz erhalten Begründung Tabelle 17, S. 164: In der Tabelle 17 ?Übersicht nicht mehr genutzter Schienenwege im Regierungsbezirk Köln? finden sich Eisenbahnstrecken, die in Betrieb stehen. Es wird gebeten, dies zu korrigieren. Diese sind: - (Troisdorf ?) Niederkassel-Mondorf ? Niederkassel-Lülsdorf > Güterverkehr zum Industriestandort Lülsdorf, soll außerdem für Projekt Stadtbahn Niederkassel ausgebaut werden (siehe Verortung)	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Die Begründung wird geändert.

1004909, Rhein - Sieg - Kreis	
Inhalt G.54 Festlegungen für Schienenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen Begründung Tabelle 19, S. 167: Zu Tabelle 19 ?Übersicht der Schienenplanung aus den Bedarfsplänen von Bund und Land ohne räumliche Konkretisierung im Regierungsbezirk Köln? wird folgendes angemerkt: - Entfall: Maßnahme ?Bonn, Beuel ? Köln, Zündorf (Wahner Straße)? (ersetzt durch Projekt Stadtbahn Niederkassel)	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Die Begründung wird entsprechend fortgeschrieben.

1004910, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>G.55 Festlegung für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen berücksichtigen Textliche Festlegungen und Erläuterung, S. 135: Hier fehlt eine Erläuterung des laufenden Übergangsverfahrens zum ÖPNV-Bedarfsplan NRW (s. Anlage 1). In diesem Rahmen wurden auch das o.g. Projekt Stadtbahn Bonn-Niederkassel-Köln in den ÖPNV-Bedarfsplan NRW aufgenommen.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004910_1.pdf Abb_ID_1004910_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Eine detaillierte Ausführung der Fachverfahren ist für die Ebene der Regionalplanung entbehrlich. Im Übrigen werden für die im Rahmen des Übergangsverfahrens erfolgreich in den Bedarfsplan aufgenommenen Maßnahmen Festlegungen im Regionalplan getroffen.</p>

1004911, Rhein - Sieg - Kreis	
Inhalt Begründung Tabelle 20, S. 168-169: Zu Tabelle 20 ?Übersicht sonstiger regionalbedeutsamer Schienenwege im Regierungsbezirk Köln? wird folgendes angeregt: - Maßnahme ?Stadtbahn Bonn ? Niederkassel ? Köln / Neubau Stadtbahn Bonn ? Beuel ?Niederkassel ? Rheinquerung ? Wesseling/Köln-Godorf ? Köln? kann hier entfallen, da sie neu in Tabelle 19 aufzunehmen ist; Streckenbezeichnung ist zudem falsch (richtig: ?Stadtbahn Bonn ? Niederkassel ? Köln inkl. Verlängerung der Stadtbahnlinie 7? oder geografisch Stadtbahn (Bonn ?) Beuel ? Niederkassel ? Langel ? Rheinquerung ? Sürth (? Köln) mit Lückenschluss Zündorf ? Langel)	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Die Begründung wird geändert.

1004912, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>G.56 Raum für Mobilstationen vorhalten Textliche Festlegungen und Erläuterungen, S. 136 sowie Erläuterungskarte 13 ?Mobilstationen?: Als Weiterentwicklung des Verbandweiten Konzeptes des NVR zur Einrichtung von Mobilstationen hat der Rhein-Sieg-Kreis in Zusammenarbeit mit den Kommunen im Jahr 2021 ein Mobilstationenfeinkonzept erarbeitet, welches Grundlage für die zukünftige Entwicklung der hier betrachteten Standorte zu Mobilstationen darstellt. Die textlichen Ausführungen sowie die Erläuterungskarte I3 sind entsprechend zu aktualisieren. Gemäß Mobilstationenfeinkonzept des Rhein-Sieg-Kreises sollen folgende Standorte zu Mobilstationen weiterentwickelt werden:</p> <p>(Abb. Seite 16)</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004912_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I3 wird künftig entfallen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1003063.</p>

1004913, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>5.1.4 Straßennetz</p> <p>G.57 Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen</p> <p>Textliche Festlegungen und Erläuterungen, S. 137 ff.</p> <p>Im Entwurf des Regionalplans sind zahlreiche Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen des Bundes und des Landes lediglich nachrichtlich dargestellt. Der Landesstraßenbedarfsplan beispielsweise stammt aus dem Jahr 2005. Seine Herleitung hat einen entsprechenden zeitlichen Vorlauf. Zwischenzeitlich haben sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Mobilität und Nutzung des motorisierten Individualverkehrs MIV erheblich geändert. Die dem damaligen Bedarfsplan zugrundeliegenden Bedarfsberechnungen sowie die Analyse der Ziel- und Quellverkehre und überregionalen Bezüge bedürfen aus heutiger Sicht einer grundlegenden Prüfung und Überarbeitung. In der Region wurden Konzepte für die integrierte Raumentwicklung einschließlich der Infrastrukturen erarbeitet (z.B. im Agglomerationskonzept). Insofern sollte sich aus Sicht des Rhein-Sieg-Kreises auch der Regionalplan dazu positionieren und die Bedarfsplanmaßnahmen nicht unreflektiert abbilden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es entspricht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans geplante, regionalbedeutsame Straßen festzulegen, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Sicherung erfolgt entweder als Vorbehalts- oder als Vorranggebiet. Die Festlegungen ohne räumliche Konkretisierung entsprechen einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Bei Vorliegen gewichtiger Gründe kann der Grundsatz im Rahmen der Abwägungsentscheidung überwunden werden. Solche Bedarfsplanmaßnahmen, die mindestens linienbestimmt wurden, werden als Ziel der Raumordnung festgelegt und sind von nachfolgenden Planungen zu beachten.</p>

Inhalt

5.2 Versorgungsinfrastruktur

5.2.3 Erneuerbare Energien

Grundsätzliche Anmerkungen zu diesem Kapitel

Der Regionalplan sollte hinsichtlich des Themas "Erneuerbare Energien" einen verbindlichen Planungshorizont eröffnen und zu diesem Zweck konkrete Ziele formulieren.

Klimaschutz und Versorgungssicherheit sollten in Abwägung mit sonstigen Plandarstellungen aus regionalplanerischer Sicht grundsätzlich vorrangige Beachtung finden, soweit dies nicht durch konkurrierende Ziele faktisch ausgeschlossen ist. Auf Landesebene wurde das Ziel gesetzt, bis 2030 einen Anteil von bis zu 50 % erneuerbare Energien an der Stromerzeugung zu erreichen. Der Rhein-Sieg-Kreis hat in seinem Klimaschutzkonzept ein Ausbauziel von 40 % bis 2030 formuliert. Auch verschiedene kreisangehörige Kommunen streben mittelfristig eine Klimaneutralität an. Die aktuelle Deckung beträgt im Regierungsbezirk Köln 11,8 %* bzw. 8,3 %* im Rhein-Sieg-Kreis. Es ist daher absehbar, dass in den kommenden Jahren ein erheblicher, raumbedeutsamer Zubau bei den Erneuerbaren erforderlich wird, der über eine verbindliche Festlegung bereits auf Ebene der Regionalplanung vorangetrieben und gesteuert werden sollte. Die vorgelegte Entwurfsfassung ermöglicht zwar prinzipiell und theoretisch eine Vielzahl an Ausbaumöglichkeiten, verlagert die Verantwortung der Planung jedoch oftmals in die nachgeordnete, kommunale Zuständigkeit. Dies wird der Aufgabe einer nachhaltigen zukunftsweisenden Regionalplanung nicht gerecht. Der Landesentwicklungsplan NRW ermöglicht beispielsweise über den Grundsatz 10.2-2, Gebiete für die Nutzung der Windenergie als Vorranggebiete in den Regionalplänen festzulegen. In den Planungsregionen Düsseldorf und Münster wurde dies bereits realisiert und bei der Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg ? Räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein - im aktuellen Verfahren berücksichtigt. Auch der Regionalplan Köln sollte im Sinne einer Angebotsplanung konkret die gebotenen Voraussetzungen zur Erreichung der genannten Ziele schaffen. Vorranggebiete können dabei ohne die Wirkung von Eignungsgebieten festgelegt werden, sodass außerhalb dieser weiterhin beispielsweise Windenergieanlagen errichtet/repowert werden können; Konzentrationszonen auf Ebene eines sachlichen Teil-FNPs sind davon unabhängig weiterhin durch kommunale Planung möglich. Der Flächenbedarf zur Erreichung der o.a. Ziele sollte für den Regierungsbezirk fundiert abgeschätzt werden. Daran sollten sich geeignete textliche sowie für maßgebliche Flächen oder linienhafte Planungen - beispielsweise entlang von Verkehrswegen ? auch zeichnerische Darstellungen orientieren. Abschätzungen für den Rhein-Sieg-Kreis auf Basis des Energieatlas NRW* zeigen zum Beispiel, dass rein rechnerisch eine Flächenbereitstellung in der Größenordnung von 1,4 % der Kreisfläche (rund 1.600 ha) ausreichen würde, um eine Deckung von 40% des derzeitigen kreisweiten

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Strombedarfs ausschließlich durch den Zubau von Freiflächen-Photovoltaik (unter Berücksichtigung von Naturschutz-Aspekten bei der Anlagenauslegung) zu erreichen. Bei Einbezug anderer Energiegewinnungsanlagen, beispielsweise Photovoltaik-Dachanlagen sowohl in ASB als auch in GIB, oder der Windkraft, würde der Flächenbedarf verringert oder der Versorgungsgrad erhöht werden können. Eine Formulierung nomineller Flächenanteile sowie eine kartographische Darstellung wären wichtige Leitkriterien, mittels derer eine Zielerreichung in Sachen Klimaschutz und Versorgungssicherheit auch auf den nachgeordneten Planungsebenen sichergestellt werden kann. Es wird dringend empfohlen, die bereits im Planentwurf enthaltenen Grundsätze und Ziele in Kapitel 5.2.3 dahingehend zu überarbeiten bzw. zu ergänzen. * Energieatlas NRW, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW, Datenstand 2020; Energie- und CO₂-Bilanz des Rhein-Sieg-Kreises (vorläufig, Datenstand 2019)

Begründung, S. 182 ff.:

Folgende Aussagen sollten ? auch unter Bezugnahme auf die Stellungnahme zu den Textlichen Festlegungen, explizit noch einmal geprüft werden:

?Festlegungen zu Vorranggebieten sieht der Regionalplan Köln nicht vor. Im Regierungsbezirk Köln haben in den Kreisen, in denen die Nutzung der Windenergie aufgrund der örtlichen Gegebenheiten möglich ist, nahezu alle Kommunen in ihren Flächennutzungsplänen bereits Konzentrationszonen für die Windenergie dargestellt. ? Dies ist zumindest in vielen Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises nicht der Fall. ?Die Regelungen des (Z. 37) Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern dienen demnach nicht der eigentlichen Flächensicherung, sondern vielmehr der Konfliktbewältigung bei der Planung kommunaler Konzentrationszonen für die Windenergie. ? Diese Aussage unterstreicht die Kritik an der nach Auffassung des Rhein-Sieg-Kreises bislang unzureichenden Aufgabenerfüllung des Regionalplans in Sachen Versorgungssicherheit und Klimaschutz (s.o.).

5.2.3.2 Nutzung von Windenergie

Z.37 Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern

Begründung, S. 186:

?(Z.18) RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen [?]? Die WEA-Nutzung in regionalen Grünzügen sollte man von der wesentlichen Funktion abhängig machen. In Biotopverbundbereichen für die Avifauna sind Zielkonflikte eher wahrscheinlich, in RG mit der überwiegenden Funktion als Kaltluftbahnen aber vermutlich nicht.

Begründung, S. 188:

?(Z.2) (Teilplan) Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Bodenschätze (BSAB) [?]?

Denkbar ist, dass WEA (aber auch Freiflächensolaranlagen) auch in BSAB temporär zugelassen werden, sofern sich der Abbau über eine längere Zeit hinzieht und die Betriebsabläufe eine temporäre Nutzung ermöglichen. Darüber hinaus benötigen WEA nur eine geringe Aufstellfläche und Zuwegung, die ggfls. in ein Betriebskonzept integriert werden kann. Die Aussage, Konzentrationszonen sollten im FNP ausgewiesen werden, entspricht zwar dem Bauplanungsrecht, schließt aber eine regionalplanerische Darstellung nicht aus. Insbesondere vor dem Hintergrund der bei der Aufstellung von Teil-NP relevanten Frage, was zukünftig bedeutet, der WEA-Nutzung substantiell Raum einzuräumen. Auf die grundsätzlichen Anmerkungen zum Kapitel Textliche Festlegungen wird nochmals verwiesen.

5.2.3.3 Nutzung von Solarenergie

G.67 Solarenergie flächensparend ausbauen

Textliche Festlegung, S. 152:

Der Satz "Die räumlichen Erfordernisse zum Ausbau der solaren Energiegewinnung sollen gesichert werden." ist nicht verständlich und bedarf der Erläuterung. Daher wird darum gebeten, die textlichen Festlegungen zu konkretisieren.

Erläuterung 4, S. 153:

Es ist fraglich, ob man die Fördervoraussetzungen nach dem EEG, die sich möglicherweise ändern werden, aktuell zum Gegenstand regionalplanerischer Vorgaben machen sollte. Diese sind bestenfalls Hinweise. Sofern dies beibehalten werden sollte, wäre es zu empfehlen, die Bereiche, in denen ein Ausbau der Freiflächen-Solaranlagen in Betracht kommt, in Karten kenntlich zu machen (s.o.).

Z.38 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern

Textliche Festlegung, S. 153/154:

Einige Bereiche wie Flugplätze oder Überschwemmungsgebiete mit regelmäßiger Überflutung scheinen als Standorte für raumbedeutsame Freiflächen-Solaranlagen ungeeignet. Die Aussagen hierzu sollten noch einmal geprüft werden.

Begründung, S. 190:

Die Einstufung von Freiflächen-Solaranlagen deutlich kleiner als 10 ha als darstellungsrelevant widerspricht der Darstellungssystematik des Regionalplans und führt nur dazu, für diese regelmäßig Anpassungsverfahren vornehmen zu müssen. Hier sollte es bei der 10ha-Grenze bleiben. S. dazu auch Aussage auf S. 193 unten/194 oben.

Begründung, S. 192:

?(Z.24) Oberflächengewässer sichern [?]?

Es sollte eine Aussage getroffen werden, wie große Nassabgrabungen in Punkto

Freiflächen-Solaranlagen (Floating) zu beurteilen sind.

5.2.3.4 Energetische Nutzung von Biomasse

Z.40 Standorte für raumbedeutsame Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse
raumverträglich steuern

Textliche Festlegungen und Erläuterungen, S. 156 sowie Begründung, S. 195: Aus Sicht des Rhein-Sieg-Kreises wird es für erforderlich gehalten, das Ziel konkreter zu formulieren. Landwirtschaftliche Biogasanlagen haben in der Regel eine erhebliche Raumbedeutsamkeit, da sie mit einer landwirtschaftlichen Intensivnutzung auf sehr großen Flächen verbunden sind, die dann regelmäßig für die Nahrungsmittelproduktion, aber auch andere Freiraumfunktionen z.B. des Naturschutzes nicht zur Verfügung stehen.

Hinsichtlich der Raumbedeutsamkeit gibt es jedoch einen Interpretationsspielraum. Wie bei anderen regionalplanerischen Festlegungen auch, wird von hier angenommen, dass es sich um eine Darstellungsschwelle von > 10 ha handelt. Jedoch bleibt unklar, ob sich die Festlegung auf den baulich geprägten Bereich bezieht oder aber auf die Anbaufläche. Um eine Sicherheit in der Anwendung des Ziels zu schaffen, wäre eine Konkretisierung unbedingt erforderlich.

5.4 Nicht energetische Rohstoffe

Grundsätzliche Anmerkungen zu diesem Kapitel

Es bleibt unklar, wie eine Gesamtbetrachtung, insbesondere eine gemeinsame Umweltprüfung des aktuellen Regionalplans und des Teilplans nicht-energetische Rohstoffe erfolgt, gerade vor dem Aspekt kumulierender Wirkungen.

1004915, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>III. ANREGUNGEN ZU DEN ZEICHNERISCHEN FESTLEGUNGEN</p> <p>Anregungen zu einzelnen zeichnerischen Festlegungen der Kapitel 3 und 4 Siehe folgende Seiten.</p> <p>Alfter - Witterschlick</p> <p>(Abb. Seite 22)</p> <p>Angrenzend an das NSG Kottenforst befindet sich ein Waldbereich, der im gerade im Verfahren befindlichen Landschaftsplan Nr. 3 ?Alfter? in das NSG einbezogen werden soll. Die Erweiterung des BSN auch auf diese Fläche wird für fachlich geboten erachtet. Angrenzend an den noch laufenden Tagebau Schenkenbusch sollten Bereiche, die bereits rekultiviert wurden, als bedeutende Verbundstruktur zwischen den bestehenden NSG ebenfalls als BSN dargestellt werden.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004915_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung wird [unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs] entsprechend dem Vorschlag des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der Landschaftsplanung gefolgt.</p>

1004916, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Bad Honnef ? Selhof</p> <p>(Abb. Seite 22)</p> <p>Der Bereich oberhalb der Jugendherberge sollte wie im bisherigen Regionalplan weiterhin als BSN dargestellt werden. Er übernimmt wichtige Pufferfunktionen zum angrenzenden FFH-Gebiet, wird überwiegend extensiv bewirtschaftet und dient als große siedlungsnaher Offenlandfläche der Kaltluftproduktion für den unterhalb gelegenen Ortsteil.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004916_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung wird [unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs] entsprechend dem Vorschlag des LANUV (ID 1007576) mit der Darstellung als BSLE gefolgt.</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1004917, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Bad Honnef ? Dachsberg</p> <p>(Abb. Seite 23)</p> <p>Die markierten Bereiche sind Teil der Kulisse des Naturschutzgroßprojektes Chance7 und von großer Bedeutung für den Biotopverbund zwischen dem Siebengebirge und den östlichen Waldflächen um die Komper Heide. Sie sollten in Gänze als BSN dargestellt werden.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004917_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1004918, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Bad Honnef ? Rheinaue</p> <p>(Abb. Seite 23)</p> <p>Der Altarm bei Bad Honnef ist bereits im aktuellen Regionalplan als BSN dargestellt und sollte so auch in den neuen Regionalplan übernommen werden.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004918_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Da der Regionalplan keine Fortschreibung eines Regionalplanes ist, werden auch keine Festlegungen zurückgenommen. Den Festlegungen der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln liegt eine einheitliche Methodik für das gesamte Planungsgebiet zugrunde. Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen.</p>

1004919, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

Bad Honnef - Grenzgraben und Rheinaue

(Abb. Seite 24)

Der Bereich des Grenzgrabens zur Landesgrenze hin sollte nicht nur als Regionaler Grünzug RG, sondern auch als BSLE dargestellt werden, da er einen wichtigen Freiflächenkorridor zwischen den Siedlungsbereichen in Bad Honnef und Rheinbreitbach/RLP bildet, der das Siebengebirge und die Rheinaue verbindet. Auch die Rheinaue selbst sollte hier wie auch im weiteren Verlauf in Königswinter durchgängig zusätzlich als BSLE dargestellt werden.

Anhänge

[Abb_ID_1004919_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung wird [unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs] entsprechend dem Vorschlag des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der Landschaftsplanung gefolgt.

1004920, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Bornheim ? Hersel</p> <p>(Abb. Seite 24)</p> <p>Die bereits als BSN dargestellten Flächen im Bereich des Herseler Sees sollten um weitere Flächen erweitert werden, die im Rahmen der Rekultivierungsauflagen sowie der Bauleitplanung als Flächen für den Biotopund Artenschutz hergerichtet und gewidmet wurden. Sie sind u.a. Kernflächen für landesweit bedeutsame Vorkommen der Wechsel- und Kreuzkröte sowie der Avifauna offener und halboffener Landschaften.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004920_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1004921, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Bornheim ? Roisdorf (Höhengebiet)</p> <p>(Abb. Seite 25)</p> <p>Der Rhein-Sieg-Kreis hat hier ein Gutachten erarbeiten lassen, dass die große ökologische Bedeutung weiterer, an das NSG ?Roisdorfer Hufbahn? angrenzender Flächen belegt. Im Rahmen des eingeleiteten Änderungsverfahren zum LP Bornheim wird aktuell die Erweiterung des NSG geprüft. Eine Ausweitung des BSN wird für zielführend erachtet.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004921_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1004922, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>BSN-Darstellung im rechtsrheinischen Höhengebiet</p> <p>(Abb. Seite 25)</p> <p>Es ist auffällig, dass im Vergleich zu den BSN-Darstellungen im südlichen rechtsrheinischen Kreisgebiet im nördlichen Teil lediglich die Hauptgewässer als BSN dargestellt sind, obwohl auch hier zahlreiche ökologisch wertvolle Seitentäler, aber auch Hangebereiche mit Vertragsnaturschutzflächen bekannt sind. Dies ist vermutlich auf eine unzureichende Datenlage zurückzuführen. Eine nochmalige Abstimmung mit dem LANUV wird angeregt.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004922_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1004923, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Eitorf ? GIB Altebach II</p> <p>(Abb. Seite 26)</p> <p>Derzeit läuft die Bauleitplanung in diesem Bereich. Nach derzeitigem Stand soll der Bereich östlich des Straße Sehlenbach von jeglicher Bebauung ausgenommen bleiben und für Ausgleichsmaßnahmen bereitgestellt werden. Dieser Bereich sollte zusammen mit der gesamten Aue des Sehlenbaches dem BSN am angrenzenden Mühlenbach zugeschlagen werden.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004923_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt werden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.</p> <p>Die vorgeschlagene Fläche entspricht den vorgenannten Kriterien.</p>

1004924, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Hennef ? Edgoven</p> <p>(Abb. Seite 26)</p> <p>Der Lüppigsbach ist bereits im Oberlauf NSG und als BSN dargestellt worden. Im Unterlauf ist er ebenfalls Naturschutzgebiet, allerdings nur mit einem geringen Flächenanteil. Es sollte geprüft werden, ob eine Siedlungsentwicklung bis unmittelbar an den Bach vertretbar ist, auch unter wasserwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Starkregenereignisse der jüngeren Vergangenheit in Hennef haben gezeigt, dass ungebremste Zuflüsse aus dem gesamten Hanfbachsystem, wozu auch der Lüppigsbach gehört, zu einer Gefahr im Kernort Hennef führen.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004924_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004925, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Hennef/Königswinter ? Hanfbachsystem</p> <p>(Abb. Seite 27)</p> <p>Im Oberlauf des Hanfbaches sowie am einmündenden Komper Bach sind Bereiche bislang nicht als BSN dargestellt, obwohl sie die gleiche Wertigkeit besitzen wie die angrenzenden Talauen und Gewässersysteme. Der Komper Bach ist zudem wichtige Verbundstruktur zwischen dem Hanfbach und dem FFH-Gebiet Komper Heide, mit Vorkommen von Edelkrebs.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004925_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1004926, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Hennef-Müschmühle</p> <p>(Abb. Seite 27)</p> <p>Nach Prüfung der Erläuterungskarte 10 wird angeregt, den in der Anlage in Rot dargestellten Bereich an der Bröl bei Hennef -Müschmühle als RÜB ?rückgewinnbaren Überschwemmungsbereich darzustellen. Zur Begründung verweise ich auf die Entlastung der akuten Überflutungsgefährdung der Ortslage Hennef Bröl und einer potentiellen Deichüberströmungsgefahr für die Ortslage Hennef-Müschmühle.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004926_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt. In dem genannten Bereich wird ein rückgewinnbarer Überschwemmungsbereich (RÜB) festgelegt.</p>

1004927, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Königswinter ? Pleistal/Jüngsfeld</p> <p>(Abb. Seite 28)</p> <p>Der dem Pleisbach im Berich der Ortslage Jüngsfeld zufließende Siefen ist in weiten Bereichen naturnah und von großer ökologischer Wertigkeit. Er sollte wie bereits die weiteren Seitentäler als BSN ergänzt werden.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004927_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung wird unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs entsprechend dem Vorschlag des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der Landschaftsplanung gefolgt.</p>

1004928, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Königswinter ? Eudenbach</p> <p>(Abb. Seite 28)</p> <p>Angrenzend an das NSG Segelflugplatz befinden sich Teile der Gebietskulisse von Chance7, in denen der Rhein-Sieg-Kreis bereits in erheblichem Umfang Flächen für Naturschutzzwecke erworben und Maßnahmen durchgeführt hat. Das nördlich angrenzende Bachtal ist im gültigen Regionalplan als durchgehender BSN dargestellt. Diese Darstellung sollte wieder aufleben, eine Verschlechterung der ökologischen Wertigkeit in dem jetzt ausgesparten Bereich ist nicht eingetreten.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004928_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung wird [unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs] entsprechend dem Vorschlag des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der Landschaftsplanung gefolgt.</p>

1004929, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Königswinter ? Zusammenfluss Pleisbach ? Quirrenbach</p> <p>(Abb. Seite 29)</p> <p>Das Quirrenbachtal sollte im Mündungsbereich in Gänze in das BSN einbezogen sein und sich von der Abgrenzung her am Verlauf der ehemaligen Bahntrasse orientieren. Die wichtigen Feuchtebereiche nördlich des Baches sind derzeit teilweise nicht einbezogen.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004929_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung wird [unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs] entsprechend dem Vorschlag des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der Landschaftsplanung gefolgt.</p>

1004930, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Königswinter ? Willmeroth</p> <p>(Abb. Seite 29)</p> <p>Bei dem markierten Bereich handelt es sich um hervorragend ausgeprägte Laub- und Laubmischwälder, die eine hohe Bedeutung für die Avifauna besitzen (u.a. Vorkommen von Arten landesweiter Bedeutung/LANUV-Sperrarten). Der Waldbereich übernimmt auch eine wichtige Verbundfunktion zwischen den NSG Hühnerberg und Eudenberg und ist auch Teil der Kulisse des NGP Chance7.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004930_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1004932, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Königswinter ? BAB A 3</p> <p>(Abb. Seite 30)</p> <p>Der markierte Bereich stellt einen wichtigen Wildkatzenkorridor über die BAB A 3 hinweg dar. Es wird vorgeschlagen, die geplante BSN-Darstellung noch einmal zu überprüfen, um die Bedeutung auch bei künftigen Ausbau- oder Instandsetzungsmaßnahmen entlang der A 3 hervorzuheben.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004932_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1004933, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Lohmar ? Aggeraue bei Donrath</p> <p>(Abb. Seite 30)</p> <p>Bei der Darstellung des BSN ist zu beachten, dass dadurch nicht der Ersatzneubau der Brücke ?Dornheckenweg? im Rahmen des Agger-Sülz-Radweges behindert wird.</p> <p>Lohmar-Heide und Birk</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004933_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden im Zusammenhang mit der BSN-Darstellung ein Hinweis auf einen geplanten Radweg bzw. für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

Inhalt

Lohmar-Heide und Birk

(Abb. Seite 31)

Der sehr großflächige neue ASB Lohmar Heide und Birk grenzt unmittelbar an die Bachläufe des Auelsbaches und des Jahbaches, die auch im LEP bereits als Gebiete zum Schutz der Natur dargestellt sind. Unabhängig davon, dass die Bebauung ausreichende Pufferbereiche zu den Siefen und vor allem Quellbereichen einhalten muss, sind wasserwirtschaftliche Probleme zu besorgen. Bereits aktuell bereitet die Rückhaltung von Oberflächenwässern Probleme, eine deutlich höhere Flächenversiegelung kann zu erhöhten Gefahren für die Unterlieger in Lohmar selbst führen, trotz der dortigen Rückhaltebecken. Die im Genehmigungsverfahren befindliche Erweiterung des Hochwasserrückhaltebeckens durch Erhöhung der Dammkrone ist zu berücksichtigen.

Anhänge[Abb_ID_1004934_1.pdf](#)**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Festlegung wird [unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs] entsprechend des Vorschlags der Stadt Lohmar und des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der Landschaftsplanung teilweise gefolgt (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Vergleiche: 1005482_1, 1005482_2

Für die verbleibenden zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung und dabei insbesondere hinsichtlich der Belange der Hochwasservorsorge und des Starkregenschutzes sowie im Hinblick auf die benachbarten BSN die des Naturschutzes ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs-

	und Genehmigungsebenen.
--	-------------------------

1004935, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Lohmar ? Sülzaue</p> <p>(Abb. Seite 32)</p> <p>Die Sülzaue im Bereich der BAB A3 wurde in den letzten Jahren mit großem Aufwand renaturiert. Sie ist im aktuellen Regionalplan auch schon als BSN dargestellt. Eine Beibehaltung dieser Darstellung wird fachlich für geboten erachtet.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004935_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Natur-schutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflä-chen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzu-bringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Ver-bundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fach-planung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund iden-tifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsisten-ten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls er-gänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Land-schaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1004936, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Meckenheim ? Ersdorfer Bach</p> <p>(Abb. Seite 32)</p> <p>Der Ersdorfer Bach stellt eine der wenigen wichtigen Leitstrukturen in einer ansonsten intensiv genutzten Obst- und Ackerbauregion dar und sollte wie auch die angrenzend dargestellten Gewässerläufe als BSN dargestellt werden.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004936_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt werden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.</p> <p>Die vorgeschlagene Fläche wird unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs entsprechend des Vorschlags des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der Landschaftsplanung gefolgt.</p>

1004937, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Much ? Niedermiebach</p> <p>(Abb. Seite 33)</p> <p>Nördlich der Ortslage Niedermiebach befindet sich ein naturnahes Tal mit Feucht-, Nass- und Magerwiesen sowie Brachen. Der bereits unterhalb dargestellte gewässerbegleitende BSN sollte um Bereiche nördlich der Ortslage ergänzt werden.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004937_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1004938, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Niederkassel ? Köln</p> <p>(Abb. Seite 33)</p> <p>Auf das FFH-Gebiet am Rhein wird hingewiesen.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID_1004938_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

1004939, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Niederkassel</p> <p>(Abb. Seite 34)</p> <p>Der Niederkasseler See ist bewusst als Freizeitsee gewidmet worden, hier sollte die BSN-Darstellung in eine BSLE-Darstellung umgewandelt werden.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004939_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.</p>

1004940, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Rheinbach ? Madbach</p> <p>(Abb. Seite 34)</p> <p>Im BSN Madbach ? Sürstbach ? Ohrbach besteht eine nicht erklärbare Lücke in der Darstellung. Das Gewässersystem sollte durchgehend als BSN dargestellt werden.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004940_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Festlegung wird [unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs] entsprechend des Vorschlags des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der Landschaftsplanung gefolgt.</p>

1004941, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Rheinbach ? Süd</p> <p>(Abb. Seite 35)</p> <p>Die Starkregenhinweiskarte bestätigt in dem Bereich ein erhebliches Gefahrenpotenzial, das im Sommer 2021 bereits zu erheblichen Schäden entlang des Eulenbaches geführt hat. Hiervon nicht betroffen sind/wären Flächen östlich des Eulenbaches, die im bisherigen Regionalplan noch in erweitertem Umfang als ASB dargestellt waren. Eine Überprüfung der neuen ASB-Darstellung wird empfohlen.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004941_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1004942, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Sankt Augustin ? Hangelar</p> <p>(Abb. Seite 35)</p> <p>Im Landschaftsplanvorentwurf zum LP 7 sind die dargestellten Bereiche (...) als geplante NSG bereits einstweilig sichergestellt.</p> <p>Ihre vollständige Darstellung als BSN einschl. des Verbundkorridors entlang der A 59 (Ausgleichmaßnahmen für die S 13) ist fachlich geboten.</p> <p>Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass sich im Bereich der Liegenschaft des Bundesgrenzschutzes auch das NSG Knochenberg befindet. Es wird empfohlen, dies zu berücksichtigen.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004942.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert. Der Bereich Knochenberg wird nicht mehr als ASBmZ und jetzt als BSN dargestellt. (s. Änderungskarten).</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen naturschutzrechtliche Restriktionen entgegen, so dass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist.</p> <p>(vgl. ID 1026274).</p>

1004943, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Sankt Augustin ? Wolfsbach</p> <p>(Abb. Seite 36)</p> <p>Im Vorentwurf des Landschaftsplanes 7 ist die Wolfsbachaue in deutlich größerem Umfang als NSG geplant und einstweilig sichergestellt als die BSN-Darstellung. Eine Anpassung an die geplante NSG-Festsetzung wird fachlich für geboten erachtet.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004943_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1004944, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Sankt Augustin ?GIB am Autobahnkreuz</p> <p>(Abb. Seite 36)</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich im GIB nördlich der A 560 und westlich der A 3 die sogenannte Grube Mittelfeld mit hoher naturschutzfachlicher Bedeutung befindet. Für diese besteht eine Kompensationsverpflichtung der Autobahn GmbH, die hierfür aktuell ein naturschutzfachliches Pflegekonzept in Abstimmung mit der UNB erarbeitet.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004944_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum steht entgegen, dass sich hier ein Bereich mit hoher naturschutzfachlicher Bedeutung befindet, auf der dazu rechtlich verbindliche A & E Maßnahmen der Straßenbauverwaltung verortet sind (Planfeststellungsbeschluss). Daher erfolgt hier bereits eine kleinräumige zeichnerische Anpassung (7,5 ha).</p>

1004945, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Siegburg ? Siegaue</p> <p>(Abb. Seite 37)</p> <p>In Teilbereichen wird die Siegaue nicht vollständig als BSN erfasst. Die NSGAusweisung geht hier wie auch die Darstellung als RG weiter und sollte Grundlage für die BSN-Darstellung sein.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004945_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1004946, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Siegburg ? Kernort</p> <p>(Abb. Seite 37)</p> <p>Im geplanten ASB befindet sich der Bereich Seidenberg, für den die Stadt bereits eine Rücknahme der eingeleiteten Bauleitplanung veranlasst hat. Teile umfassen eine ehemalige Hausmülldeponie, Teile sind als wertvoller Altwald einzustufen. Letzterer sollte dem angrenzenden BSN zugeordnet werden. Zur Abgrenzung hat eine Abstimmung mit der Stadt Siegburg stattgefunden.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004946_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird teilweise im Bereich Seidenberg geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Der Festlegung wird [unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs] entsprechend des Vorschlags des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der Landschaftsplanung teilweise gefolgt.</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht in Teilbereichen jedoch nicht nicht in Gänze den v.g Kriterien.</p>

1004948, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Swisttal ? Odendorf</p> <p>(Abb. Seite 38)</p> <p>Die Orbachaue ist im Landschaftsplan Nr. 4 bereits als NSG festgesetzt, angrenzende Teile werden nach der Flut renaturiert, ragen aber bis in den geplanten ASB. Diese Bereiche sollte der ASB aussparen und die Regionalplanung soweit sinnvoll als Grünzug darstellen, alternative Siedlungsbereiche sind westlich der Verbindungsstraße nach Palmersheim denkbar.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004948_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Festlegung wird [unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs] entsprechend des Vorschlags des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der Landschaftsplanung gefolgt.</p>

1004949, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Troisdorf ? Eschmarer See</p> <p>(Abb. Seite 38)</p> <p>Der Vorentwurf zum Landschaftsplan Nr. 7 weist über den Eschmarer See hinaus weitere Bereiche als NSG aus. Sie sollten gemeinsam mit den zum Mondorfer See gelegenen Bereichen als gemeinsame wertvolle Biotopverbundstruktur und damit als BSN innerhalb einer ansonsten strukturarmen Region dargestellt werden.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004949_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1004950, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

Troisdorf ? Spich

(Abb. Seite 39)

Der nördliche Teil der Spicher Seen ist im derzeitigen Vorentwurf des Landschaftsplanes Nr. 7 bereits als NSG dargestellt und einstweilig sichergestellt. Der BSN sollte auch diese Flächen umfassen. Es wird angeregt zu prüfen, warum auf Kölner Stadtgebiet eine andere Darstellung als im Rhein-Sieg-Kreis gewählt wurde.

Anhänge

[Abb_ID_1004950_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Festlegung wird [unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs] entsprechend des Vorschlags des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der Landschaftsplanung und der Stadt Köln (s. hierzu ID 1003186) gefolgt.

Inhalt

Wachtberg ? Berkum

(Abb. Seite 40)

Die ASB-Erweiterung am Nordrand von Berkum würde den Nordhang des landschaftlich weit einsehbaren Stumpeberges, einem markanten und wertvollen Waldbereich mit ehemaligem Abbau, völlig überprägen und diesen auf einer weiteren Seite von der freien Landschaft abschneiden. Es sollte geprüft werden, ob eine Darstellung nur am Berkumer Weg und der L 123 erfolgen kann (wie bisher). Potenzielle ASB-Erweiterungen erscheinen auch am südwestlichen Ortsrand möglich (rote Kreise). Diese Anregung wird von der Gemeinde Wachtberg geteilt und in ihrer entsprechenden Stellungnahme erläutert.

Anhänge

[Abb_ID_1004951_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Festlegung wird aufgrund der Stellungnahme der Gemeinde Wachtberg wie angeregt geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht im Norden besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Zeichnerische Festlegung wird im westlichen Bereich telw. ergänzt (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?* verfügt die *Gemeinde Wachtberg* noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.

Aufgrund des berechneten kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der

Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen in Teilflächen Raumwiderstände [*Wald, Regionaler Grünzug*] entgegen.

1004952, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Wachtberg ? Gimmersdorf</p> <p>(Abb. Seite 40)</p> <p>Der BSN sollte um die rot schraffiert dargestellten Ausgleichsflächen für die Ortsumgehung Gimmersdorf erweitert werden.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004952_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1004953, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Windeck ? Stromberg/Herchen</p> <p>(Abb. Seite 41)</p> <p>Im Rahmen des Naturschutzprojektes Chance7 werden auf den erweitert dargestellten Flächen zahlreiche Grunderwerbe und Maßnahmen umgesetzt. Der BSN sollte daher entsprechend erweitert werden.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004953_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1004954, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Windeck ? Siegaue bei Mauel</p> <p>(Abb. Seite 41)</p> <p>Hier sollten die an die Sieg angrenzenden Grünlandbereiche in das BSN einbezogen werden.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004954_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1004956, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Windeck ? Leuscheid</p> <p>(Abb. Seite 42)</p> <p>Der markierte Bereich bildet zusammen mit den angrenzenden, als BSN dargestellten Flächen einen hochwertigen Biotopkomplex aus artenreichem Grünland und Gehölzstrukturen mit zahlreichen gefährdeten Tier- und Pflanzenarten. Der BSN sollte daher den gesamten markierten Bereich umfassen.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004956_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

Inhalt

Anregungen zu einzelnen zeichnerischen Festlegungen des Kapitels 5

Güteranschlussbahn Lülsdorf

(Abb. Seite 43)

(Darstellung der Anfangs- und Endpunkte der geplanten Trasse)

Die obenstehende zeichnerische Festlegung wird im Rahmen des Regionalplanverfahrens angeregt. Die Fa. Evonik, die Städte Niederkassel und Troisdorf sowie der Rhein-Sieg-Kreis bitten darum, im Regionalplan eine neue Eisenbahnverbindung vom Industriestandort Lülsdorf zur Rechten Rheinstrecke der DB AG planerisch zu sichern. Ziel ist die Herstellung einer leistungsfähigeren Anbindung zur dauerhaften Sicherstellung und Bedeutungssteigerung des Schienengüterverkehrs im Zusammenhang mit geplanten strukturellen Maßnahmen am Standort (trimodale Verknüpfung etc.). Eine raumverträgliche Entwicklung des Industriestandortes in Niederkassel-Lülsdorf verlangt eine Neutrassierung des Güteranschlussgleises auf direktem Wege. Für die Güteranschlussbahn wurde von den o.g. Antragsstellern unter Einbindung der RSVG als Eisenbahninfrastrukturunternehmen eine Machbarkeitsstudie beauftragt, die 2019 vorgelegt worden ist. Die Güteranschlussbahn soll danach vom Evonik-Gelände (bestehende Gleisanlagen parallel zur Feldmühlestraße) zunächst gebündelt mit der L82/L269 in östliche Richtung geführt werden. Zwischen der Stadtgrenze Niederkassel/Köln und dem geplanten Anschluss an die Strecke der DB in Höhe Bahnhof Porz-Wahn steht die Trassenführung noch nicht fest, da eine Bündelung mit der geplanten A553 ?Rheinspange? geprüft werden soll, deren Linienbestimmungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Dieses Vorgehen entspricht dem Grundsatz G 55 zur Festlegung für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen. Der Regionalplan ist das geeignete Instrument, um die Raumansprüche langfristig für die Zukunft in diesem Bereich zu ordnen, gerade auch im Verhältnis zum Bundesverkehrswegeprojekt A 553 (Rheinspange). Die Städte Niederkassel und Troisdorf sowie der Rhein-Sieg-Kreis regen daher an, auf Grundlage der vorliegenden Machbarkeitsstudie (Machbarkeitsstudie Stadtbahn-Niederkassel/Troisdorf-Köln, Güteranschlussbahn Köln-Wahn-Niederkassel-Lülsdorf, Vössing Ingenieurgesellschaft 2019 im Auftrag des Rhein-Sieg-Kreises) eine Festlegung zur Sicherung des Raumanspruchs für die Güteranschlussbahn zu treffen. In Analogie zur Trassensicherung der A553 und dem Grundsatz G 55 folgend, regen die Beteiligten an, die Güteranschlussbahn als Vorbehaltsgebiet festzulegen, um diese im weiteren Planungsverlauf mit der A553 im Wege der Bündelung von Infrastrukturen gem. LEP NRW berücksichtigen zu können.

Hinweis: Da die Güteranschlussbahn weder ein Vorhaben zum Ausbau des

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.

Bundesschienenwegenetzes noch des kommunalen ÖPNV ist, kann sie nicht im BVWP bzw. im ÖPNV-Bedarfsplan des Landes NRW verankert und folglich auch nicht als Bedarfsplanmaßnahme deklariert werden.

Anhänge

[Abb_ID_1004960_1.pdf](#)

1004962, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Geplante Trasse Stadtbahn Bonn-Niederkassel-Köln</p> <p>(Abb. Seite 45)</p> <p>Die geplante Trasse der Stadtbahn Bonn ? Niederkassel ? Köln ist im Bereich der Rheinquerung nicht mit dem aktuellen Planungsstand eingetragen. Zudem wurde die Gesamtmaßnahme am 09.03.2022 in den ÖPNV-Bedarfsplan NRW aufgenommen und ist dementsprechend als Bedarfsplanmaßnahme zu kennzeichnen, d.h. dickere Darstellung insbesondere im Bereich der drei geplanten Neubaustrecken Lülldorf ? Langel ? Sürth (Rheinquerung), Langel ? Zündorf und Mondorf ? Beuel. Wichtig: Der Streckenabschnitt Langel ? Sürth (Rheinquerung) ist nicht entlang der eingezeichneten Autobahntrasse geplant.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004962_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Maßnahme wurde zwischenzeitlich weiter konkretisiert und wird entsprechend der Plankonzeption festgelegt.</p>

1004964, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Umwidmung L 113 in die K01</p> <p>(Abb. Seite 46)</p> <p>Als redaktioneller Hinweis wird mitgeteilt, dass in der verwendeten Kartengrundlage, die L113 (blau gepunktete Linie) zur Kreisstraße K01 umgewidmet wird.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004964_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird ein Hinweis gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1004965, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen der Kommunen zu einzelnen zeichnerischen Festlegungen</p> <p>Gemeinde Wachtberg</p> <p>ASB Gimmersdorf ? Oberbachem</p> <p>(Abb. Seite 47)</p> <p>Auf Bitten der Gemeinde Wachtberg wurde die Möglichkeit einer zusätzlichen ASB-Darstellung geprüft. Aus Sicht des Rhein-Sieg-Kreises ist ein bedarfsorientierter ASB Gimmersdorf ? Oberbachem vorstellbar. Die dortigen Nachweise von Rotmilan (Jagdgebiet) und Steinkauz (schon lange unbesetzt) sind sehr alt.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID_1004965_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Gemeinde Wachtberg hat angeregt Gimmersdorf und Oberbachem als ASB festzulegen (s. ID 1004846).</p> <p>Dies entspricht nicht den landesplanungsrechtlichen Vorgaben.</p> <p>Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum.</p> <p>Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung <i>?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?</i> möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

1004966, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Stadt Meckenheim</p> <p>Merler Ei /Regionaler Grünzug Meckenheim-Merl</p> <p>(Abb. Seite 48)</p> <p>Die auf Bitte der Stadt Meckenheim erfolgte Prüfung der Darstellung des ?Merler Ei? als regionaler Grünzug kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass diese Ausweisung verzichtbar ist. Aufgrund der von Siedlungsbereichen umschlossenen Insellage und der intensivlandwirtschaftlichen Nutzung ist die Bedeutung der Fläche für den angrenzenden regionalen Grünzug im Bereich Kottenforst untergeordnet. Der Kaltluftabfluss wird aufgrund der Topographie eher in Richtung GIB erfolgen und trägt damit nicht zur Durchlüftung der ASB-Bereiche bei.</p> <p>Anhänge Abb. ID_1004966_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich geeignet.</p> <p>Die Erläuterungskarte F3 Regionale Grünzüge zeigt die schematische Darstellung der Methodik im Maßstab 1:260.000. Durch die maßstabsbedingten Abrundungen ist eine detaillierte Herleitung für eine Einzelfläche nicht möglich, da diese nicht den nötigen Detaillierungsgrad für die regionalplanerisch festgelegten Vorranggebiete im Maßstab 1:50.000 aufweisen.</p>

1004967, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>BSLE zwischen Meckenheim und Rheinbach</p> <p>(Abb. Seite 48)</p> <p>Der Rhein-Sieg-Kreis schließt sich der Bitte der Stadt Meckenheim, die Gründe für die Darstellung eines BSLE zwischen Meckenheim und Rheinbach nochmals kritisch zu überprüfen und darzulegen an. Der Bereich ist nicht Bestandteil des Landschaftsschutzgebietes.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004967_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien</p>

1004968, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

IV. ANREGUNGEN ZUR UMWELTPRÜFUNG

Allgemeine Anregungen zur Methodik der Umweltprüfung

Die Umweltprüfung wirft methodische Fragen auf, die nachfolgend ausgeführt werden:

A) Inanspruchnahme unzerschnittener Räume UZR:

Hier erscheint eine differenziertere Betrachtung angezeigt, inwieweit ein UZR betroffen ist. Die Erheblichkeit der Umweltauswirkungen sollte die Größe der geplanten Flächeninanspruchnahme in Relation zur Größe des UZR widerspiegeln. Eine geringfügige ASB-Darstellung von wenigen Hektar in einem UZR von 10-50 qkm ist anders zu beurteilen als in einem UZR von 1-5 qkm.

Anhänge

[Abb_ID_1004968_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bewertung erfolgt entsprechend der einheitlichen Bewertungsmaßstäbe gemäß Anhang A der Umweltprüfung. Differenziertere Betrachtungen sind aus Sicht der Regionalplanungsbehörde nicht erforderlich.

1004969, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>B) Nähe zu Naturschutzgebieten:</p> <p>Grundsätzlich ist eine pauschale Annahme, die Nähe zu einem Naturschutzgebiet stelle bereits ein Umweltrisiko dar, gerechtfertigt. Allerdings kann der Ansatz, hier grundsätzlich wie bei FFH-Gebieten einen Abstand von 300 Metern anzusetzen, kritisch hinterfragt werden. Es sollte der Eindruck vermieden werden, auch für NSG gelte eine den FFH-Gebieten analoge Verträglichkeitsprüfung. Die absoluten Abstände sagen nicht notwendigerweise etwas aus über die tatsächliche Beeinträchtigung eines Naturschutzgebietes. Mögliche Auswirkungen sind abhängig vom Umfang der neuen Siedlungsflächen (Störung, Besucherdruck), aber auch von der Empfindlichkeit der Lebensräume und Arten im NSG. Auch mittelbare Effekte sind immer wieder festzustellen, so z.B. aufgrund von Einleitungen in Gewässer, die selbst Schutzgebiet sind oder im weiteren Verlauf in ein geschütztes Gewässer münden (z.T. auch FFH-Problematik). Wo möglich sollte bereits die Umweltprüfung auf Ebene des Regionalplans solche Aspekte berücksichtigen und abschätzen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Umweltprüfung geht der Frage nach, inwieweit auf regionalplanerischer Ebene erhebliche Umweltauswirkungen ausgeschlossen werden können. Hierfür ist der gewählte 300m Abstand eine fachlich geeignete Größenordnung. Differenziertere Betrachtungen, z.B. mittelbare Effekte, sind Gegenstand der Betrachtung auf nachfolgenden Planungsebenen.</p>

1004971, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

C) Zusätzliche Stickstoffbelastung von nahegelegenen FFH-Gebieten:

Die Verlagerung der Klärung potenzieller Risiken von zusätzlichen Stickstoffeinträgen in FFH-Schutzgebiete durch die Darstellungen neuer ASB ist nicht zielführend. Hier sollte wenn überhaupt bereits auf der Ebene des Regionalplans eine Abschätzung erfolgen, z.B. aufgrund der betroffenen Lebensräume im FFH-Gebiet und des Umfangs der Neudarstellungen in Relation zum in der Regel bestehenden ASB. Empfohlen wird, diese Thematik gänzlich aus der Umweltprüfung herauszuhalten.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es besteht kein Erfordernis, den Umweltbericht zu ändern.

Inhalt**D) Bodenschutz:**

Vielfach wird die Inanspruchnahme hochwertiger Böden durchaus nachvollziehbar als Konflikt und als erhebliche Umweltauswirkung bewertet. Es ist aber offensichtlich, dass diesem Belang bei der Darstellung neuer Siedlungsbereich i.d.R. nur eine untergeordnete Bedeutung beigemessen wird und die Siedlungsentwicklung aus raumordnerischen Gründen weitgehend an der Erweiterung bestehender ASB/GIB ausgerichtet ist. Eine Verlagerung hin zu weniger wertvollen Böden würde voraussichtlich ganz neue Siedlungsansätze bewirken. Das Schutzgut Fläche wäre jedoch weiterhin in gleichem Maße betroffen. Zudem mangelt es in NRW an einem schlüssigen Bewertungsverfahren für Böden. Dem sollte bei der zusammenfassenden Bewertung der Umweltauswirkungen durch eine entsprechende Gewichtung stärker Rechnung getragen werden.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Wie vom Einwender richtig dargestellt, orientiert sich die Siedlungsentwicklung an der Erweiterung bestehender Siedlungsflächen, um eine Zersiedlung der Landschaft zu vermeiden. Zudem wären die erheblichen negativen Umweltauswirkungen bezogen auf das Schutzgut Boden ggf. geringer, jedoch für die anderen Schutzgüter voraussichtlich größer, wenn man mit der Siedlungsentwicklung in den freien Raum gehen würde. Die Planungsregion Köln ist zudem nahezu flächendeckend durch schutzwürdige Böden charakterisiert, was dazu führt, dass die Ausweisung von Siedlungsentwicklungsflächen nahezu alternativlos ist. Dies wird im Umweltbericht entsprechend herausgearbeitet.

Bei der Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Boden wurden die Bodenbewertungen des Geologischen Dienstes (Karte der schutzwürdigen Böden) herangezogen. Aus Sicht der Regionalplanungsbehörde handelt es sich bei der Bewertungsmethode, die der geologische Dienst herangezogen hat, sehr wohl um ein schlüssiges Bewertungsverfahren. Es hat zudem den Vorteil, dass es einheitlich flächendeckend für die gesamte Planungsregion angewendet wurde und die Ermittlung der Umweltauswirkungen für die gesamte Planungsregion auf einer einheitlichen Datengrundlage durchgeführt werden konnte.

Inhalt

E) Vorkommen geschützter/schutzwürdiger Biotope im Planbereich/Artenschutz:

Für eine Reihe von ASB/GIB-Darstellungen werden erhebliche Umweltauswirkungen aufgrund der Betroffenheit von geschützten/schutzwürdigen Biotopen innerhalb des Plangebietes festgestellt. Ergänzend weise ich in diesem Zusammenhang auf die aktuelle Änderung des BNatSchG und die darin enthaltene Aufnahme von FFHGrünland-Lebensräumen in die Liste der gesetzlich geschützten Biotope hin. Grundsätzlich wird empfohlen, zusammenhängende Bereiche mit solchen Biotopen, sofern unter Beachtung der Maßstäblichkeit und des Flächenumfangs sinnvoll, im vornhinein von der Darstellung als Siedlungsbereich auszunehmen, da die Konflikte hier vorhersehbar und nur schwer lösbar sind. Dies empfiehlt sich insbesondere auch bei Siefen und Bachauen, die auch unter dem Gesichtspunkt der Hochwassergefahren mit einem substanziellen Puffer freigehalten werden sollten.

Im Rhein-Sieg-Kreis betrifft das insbesondere die Siedlungsdarstellungen

BOR_ASB2, HEN_ASB1, LOH_ASB5, MEC_ASB4 und NEU_ASB1 (Hinweis: Bezeichnung aus der Umweltprüfung). Der GIB NIK-GIB-Z-2 bei Niederkassel-Ranzel liegt in einem Schwerpunktbereich für Arten der offenen Agrarlandschaft.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Dem Hinweis auf die aktuelle Änderung des BNatSchG wird bezogen auf die Benennung der geschützten Biotope gefolgt. Der Umweltbericht (Kap. 4.2.7) wird entsprechend aktualisiert.

BOR_ASB_2: kein gesetzliches geschütztes Biotop betroffen

HEN_ASB_1, NEU_ASB_1: Die Betroffenheit des geschützten Biotops (entlang des Lüppingsbach) wurde im Rahmen der Erstellung der Unterlagen zur 1. Offenlage als erhebliche Umweltauswirkung bewertet. Grundsätzlich wird jedoch davon ausgegangen, dass gerade Fließgewässer und ihre Uferstreifen auf den nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen aus der Planung ausgenommen werden. Im Prüfbogen wurde der Hinweis ergänzt, dass auf den nachgelagerten Ebenen der Bereich bei der Planung auszusparen ist, die Bewertung wurde entsprechend angepasst. Mit der Aufnahme der Betroffenheit des geschützten Biotops im Prüfbogen wird der entsprechende Hinweis für die nachgelagerten Planungsebenen gegeben.

LOH_ASB_5: Hier ragt das geschützte Biotop marginal in das Plangebiet hinein. Die Überlagerung ist der Maßstabebene des Regionalplans geschuldet, was u.a. daran zu erkennen ist, dass der relevante Bereich südlich einer bestehenden Straße liegt. Es kann davon ausgegangen werden, dass die bestehende Straße in der Umsetzung der Planung auf den nachgelagerten Planungsebenen die Grenze für den ASB darstellt und aus diesem Grund kein Eingriff in das geschützte Biotop stattfindet. Der Prüfbogen wird überarbeitet, indem er diesen Sachverhalt aufgreift und die Betroffenheit als nicht erheblich einstuft.

MEC_ASB_4: ein Plangebiet mit dieser Codierung ist nicht vorhanden

NIK_GIBz_2: der Hinweis auf das Schwerpunktvorkommen für Arten der offenen Agrarlandschaft wird im Prüfbogen ergänzt; die Bewertung des Kriteriums ändert sich dadurch nicht, es werden aber durch die Ergänzung im Prüfbogen entsprechende Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebene gegeben

1004976, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den einzelnen Kapiteln des Umweltberichts</p> <p>2 Methodik der Umweltprüfung (ab S. 7)</p> <p>Gem. Ziffer 2.1 ist für die textlichen Festlegungen (Ziele und Grundsätze) sowie die zeichnerischen Festlegungen (Planfestlegungen) zu prüfen, ob bzw. inwieweit erhebliche Umweltauswirkungen positiver oder negativer Art auftreten können. Unter den Zielen des Umweltschutzes sind sämtliche Zielvorgaben zu verstehen, die auf eine Sicherung oder Verbesserung des Zustandes der Umwelt gerichtet sind. Dieser Prüfung wird der Umweltbericht nur teilweise gerecht.</p> <p>Prüfung zeichnerischer Planfestlegungen mit voraussichtlichen positiven Umweltauswirkungen (S. 10)</p> <p>Bereits im Rahmen des Scopings wurde formuliert:</p> <p>Konkrete Rücknahmen z.B. von ASB-, BSAB- oder GIB-Darstellungen, aber auch Erweiterungen bei BSN oder BSLE könnten durchaus als Minderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen im Sinne der Anlage 1 Nr. 2c zu § 8 (1) ROG gewertet werden . Insofern wird weiterhin vorgeschlagen, dies auch im Umweltbericht zu berücksichtigen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Grundsätzlich werden im Umweltbericht die Plangebiete, die aus umweltfachlicher Sicht im Rahmen der Alternativenbetrachtung nicht vom Flächenumgriff angepasst werden, sondern sogar gänzlich entfallen und im Plan nicht aufgenommen werden, nicht als Minderungsmaßnahme verstanden, sondern als Alternative betrachtet und in Kap. 7 des Umweltberichtes (Darlegung der in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten) entsprechend benannt. Im vorliegenden Fall gibt es keine Flächen, die aufgrund der Ergebnisse der Umweltprüfung gänzlich entfallen.</p>

1004997, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Prüfung zeichnerischer Planfestlegungen mit voraussichtlichen negativen Umweltauswirkungen (S. 10)</p> <p>Dort wird ausgeführt: ?Des Weiteren werden fachrechtlich in den Regionalplan übernommene Planinhalte, wie z.B. die Abbildung des Netzzusammenhangs vorhandener Straßen, nicht vertiefend geprüft. Sie sind nicht Gegenstand des Entscheidungsprogramms der Neuaufstellung des Regionalplans, so dass diese allein als Belastung oder Entlastung in die Umweltprüfung des Gesamtplans eingehen". Es wird aber in der Umweltprüfung nicht dargelegt, in welcher Weise und Gewichtung eine Bewertung der Be- und Entlastung erfolgt. Darüber hinaus lassen sich explizite Maßnahmen der Bedarfspläne durchaus mit der Prüfroutine des Regionalplans und auch im Hinblick auf Summationseffekte bewerten. Es wird vorgeschlagen, den Umweltbericht um entsprechende Darlegungen zu ergänzen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Darstellung im Umweltbericht, dass nachrichtliche Übernahmen von z.B. Straßen im Umweltbericht als Belastung oder Entlastung aufgenommen werden, spiegelt sich in der Gesamtplanbetrachtung (Kap. 8 des Umweltberichtes) wider. Hier werden alle Planfestlegungen des Regionalplans kumulativ hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen betrachtet, inkl. der nachrichtlichen Darstellungen.</p> <p>Eine detaillierte Umweltprüfung auf Regionalplanebene ist nicht erforderlich, da die Planungen bereits einer Umweltprüfung auf den vorgelagerten Ebenen unterzogen wurden. Nachrichtlich dargestellte Festlegungen sind keiner Umweltprüfung zu unterziehen.</p>

1004998, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Schritt 2: Gesamtplanbetrachtung (S. 13)</p> <p>Es werden hier verschiedene Kumulationsgebiete definiert, aber nicht dargelegt, wie die Bewertung der Kumulationen erfolgt. Wie auch nachrichtliche Aspekte einbezogen sein sollen, bleibt aber offen. Daher ist eine Klarstellung erforderlich.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung In Kap. 2.4 des Umweltberichtes wird im Rahmen der Methodenbeschreibung einzig dargelegt, dass zur Ermittlung von kumulativen Wirkungen Kumulationsgebiete abgegrenzt werden. Die konkrete Darlegung der methodischen Vorgehensweise bei der Identifizierung der Kumulationsgebiete erfolgt in Kap. 8 des Umweltberichtes. Hier heißt es: „Als Kumulationsgebiete werden die Gebiete identifiziert, die sich durch eine räumliche Konzentration von Umweltauswirkungen der Planfestlegungen sowie Auswirkungen aus Vorbelastungen (Bestand) auszeichnen. Des Weiteren wird berücksichtigt, dass Planfestlegungen mit Auswirkungen auf ein bzw. mehrere Schutzgüter gehäuft auftreten.“ Hier werden auch nachrichtliche Darstellungen entsprechend berücksichtigt.</p>

1004999, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>3 Darstellung der in einschlägigen Gesetzen und Plänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes und Herleitung von Kriterien zur Umweltprüfung (ab S. 14)</p> <p>Tab. 3-1: Zusammenfassende Darstellung der geltenden Ziele des Umweltschutzes und der zugeordneten Kriterien (S. 15)</p> <p>Es fehlt beim Schutzgut Mensch der Aspekt der Klimavorsorge und -anpassung. Insgesamt fehlt die Betrachtung des Waldes in der Tabelle.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Dem Hinweis wird gefolgt. Die Themen Klimaschutz, Klimaanpassung, Treibhausgasemissionen werden im Zuge der Überarbeitung des Umweltberichtes für die 2. Beteiligung ergänzt.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt. Die Themen Klimaschutz, Klimaanpassung, Treibhausgasemissionen werden im Zuge der Überarbeitung des Umweltberichtes für die 2. Beteiligung ergänzt.</p>

1005000, Rhein - Sieg - Kreis	
Inhalt Beim Schutzgut Fläche: Was bedeutet hier Verringerung der Neuversiegelung? Gegenüber welchem Wert? Wie ist die Entwicklung der letzten 20-25 Jahre? Die Tabelle 15 ist um entsprechende Aussagen/Angaben zu ergänzen.	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Eine Zuordnung zu einem konkreten Inhalt im Umweltbericht bzw. Plangegegenstand oder einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

1005001, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>4 Beschreibung und Bewertung des aktuellen Umweltzustands, einschließlich der voraussichtlichen Entwicklung bei Nichtdurchführung der Aufstellung des Regionalplans Köln (ab S. 17)</p> <p>4.1 Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit (S. 18)</p> <p>Hier sollte beim Schutzgut Mensch auch die Vorsorge aufgrund des Klimawandels aufgenommen werden.</p> <p>Es wird um Klarstellung gebeten, ob die Aspekte Verkehrsinfrastruktur, Starkregen, Hitzebelastung berücksichtigt wurden. Falls nicht, sollte dies nachgearbeitet werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Dem Hinweis wird gefolgt. Die Themen Klimaschutz, Klimaanpassung, Treibhausgasemissionen werden im Zuge der Überarbeitung des Umweltberichtes für die 2. Beteiligung ergänzt. Die Ergänzung erfolgt allerdings nicht beim Schutzgut Menschen, sondern beim Schutzgut Klima / Luft.</p>

1005002, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>4.2 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt</p> <p>4.2.7 Geschützte Biotop nach § 30 BNatSchG bzw. § 42 LNatSchG NRW (S. 36)</p> <p>Auf die aktuelle Änderung des BNatSchG zu den gesetzl. geschützten Biotopen (FFH-LRT u.a) wird hingewiesen.</p> <p>Die Darstellung der gesetzlich geschützten Biotop in der Erläuterungskarte ist irreführend und entbehrlich, da die Biotop allein aufgrund fachlicher Kriterien definiert und wirksam sind. Auch maßstäblich sind diese kaum darstellbar, da i.d.R. kleinflächig < 10 ha. Es wird empfohlen, diese Karte zu streichen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Dem Hinweis auf die Aktualisierung des BNatSchG wird gefolgt. Die Aufzählung der geschützten Biotop wird entsprechend aktualisiert.</p> <p>Die Darstellung der geschützten Biotop in einer Abbildung im Umweltbericht wird beibehalten. Die Abbildung soll lediglich die Verteilung der Biotop in der Planungsregion darstellen. Im Zuge der Überarbeitung des Umweltberichtes für die 2. Offenlage wird geprüft, ob die Abbildung durch eine Überzeichnung der geschützten Biotop in der Darstellung aussagekräftiger wird.</p>

1005003, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

4.2.9 Biotopverbund (S. 38)

Der Rhein-Sieg-Kreis hatte 2018 dem LANUV im Rahmen der Datenabfrage bei den Unteren Naturschutzbehörden (UNB) zahlreiche Vorschläge für Neuabgrenzungen sowie Ergänzungen von Biotopverbundflächen unterbreitet, die jedoch kaum berücksichtigt wurden. Teile hiervon werden im Zusammenhang mit der künftigen Darstellung von BSN, RG und BSLE aufrechterhalten. Hierzu verweise ich auf die Stellungnahme zu den zeichnerischen Darstellungen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahme zu den zeichnerischen Festlegungen verwiesen.

1005005, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>4.2.10 Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Neuaufstellung des Regionalplans Köln (S. 40)</p> <p>Auch die zunehmende Verinselung führt zum Biodiversitätsverlust, s. dazu auch Anmerkungen zu den UZR.</p> <p>Die Aussagen zu den Entwicklungen beim Biotopverbund lassen keine vernünftige Aussage zur Null-Prognose zu. Auch weitere Flächeninanspruchnahmen durch Ausschöpfen nicht umgesetzter ASB sowie Siedlungen unterhalb der Darstellungsgrenze, Verkehrsplanungen etc. sind als negative Faktoren einzubeziehen. Auflagen für die Landwirtschaft sowie aus dem Insektenschutzgesetz wiederum haben ggfls. positive Wirkung.</p> <p>Es wird empfohlen, die Aussagen des Umweltberichtes nochmals zu prüfen und ggfls. zu ergänzen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es erfolgt im Umweltbericht eine grundsätzliche Überarbeitung der Berücksichtigung des Prognose-Null-Falls.</p>

1005006, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

4.3 Fläche (S. 41)

Auch die Umsetzung der rechtskräftigen Planungen kann und wird ja zu einer Verschlechterung des Umweltzustandes führen, allein schon durch zusätzliche Flächeninanspruchnahme. Dieser Aspekt sollte ergänzt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Dem Hinweis wird nicht gefolgt. Die Umsetzung der rechtskräftigen Planungen spiegelt sich in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans wider und wird im Rahmen der Gesamtplanbetrachtung (Kap. 8 des Umweltberichtes) berücksichtigt. Bzgl. der Flächeninanspruchnahme können im Rahmen der Umweltprüfung als ?neue? Flächen nur die Flächen der neuen zeichnerischen Festlegungen des Gesamtplans beurteilt werden.

1005007, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>4.5 Wasser</p> <p>4.5.1 Datengrundlagen (S. 45)</p> <p>Tab. 4-6: Datengrundlagen für das Schutzgut Wasser</p> <p>Zwar wurden Daten zu HQextrem berücksichtigt, die aktuelle Starkregenhinweiskarte aber offensichtlich noch nicht. Der Aspekt HQextrem ist auch nur als Hinweis in die Prüfbögen aufgenommen, jedoch wird hierzu kein Ausschlusskriterium formuliert. Dies wird der Problematik nicht gerecht. Auch für das Thema Starkregen müsste eine Bewertung erfolgen und in die Prüfbögen einfließen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Das Thema Starkregen ist auf örtlicher Ebene zu berücksichtigen. Die Lage kleinerer Siedlungsbereichsflächen im HQextrem stellt entsprechend der landesplanerischen Vorgaben kein Ausschlusskriterium dar. Hierzu wurden entsprechende Grundsätze bei den textlichen Festlegungen formuliert. Im Rahmen der Erarbeitung des Planentwurfs hat der Regionalrat Köln beschlossen keine großflächigen Entwicklungen in HQExtrem Gebieten in den Planentwurf aufzunehmen. Dementsprechend wurden vorsorglich einige vormals geplante Siedlungsbereichsentwicklungen aus dem Planentwurf herausgenommen und stattdessen eine Freiraufestlegung vorgesehen.</p>

1005008, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>4.5.7 Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Neuaufstellung des Regionalplans Köln</p> <p>S. 57 - Die Aussage "Generell ist zudem festzustellen, dass der konstante Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke und der damit einhergehende Verlust der ökologischen Bodenfunktionen zu nachteiligen Auswirkungen auf das Grundwasser führt (Verlust von Infiltrationsflächen für die Grundwasserneubildung, Verlust von Grundwasserschuttschichten mit Regler- und Speicherfunktion)" ist auch für andere Schutzgüter zutreffend und sollte dort jeweils auch so übernommen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es erfolgt im Umweltbericht eine grundsätzliche Überarbeitung der Berücksichtigung des Prognose-Null-Falls.</p>

1005009, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

4.6 Klima und Luft (S. 57)

Auch die großflächigen Kalamitäten in den Wäldern führen hierzu zu Verschlechterungen. Es wird lange dauern, bis die Funktionen dieser Bereiche wiederhergestellt sind. Der Umweltbericht sollte um eine solche Aussage ergänzt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird davon ausgegangen, dass sich der Hinweis auf die Betrachtung des Prognose-Null-Falls bezieht. Es erfolgt im Umweltbericht eine grundsätzliche Überarbeitung der Berücksichtigung des Prognose-Null-Falls.

1005011, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>4.7 Landschaft</p> <p>4.7.2 Landschaftsgebundene Erholung</p> <p>Unzerschnittene verkehrsarme Räume (S. 66)</p> <p>Zu den Unzerschnittenen Räumen (UZR) erfolgt die Aussage ?Die UZR werden somit als Kriterium bei der landschaftsgebundenen Erholung herangezogen.?.</p> <p>Die UZR haben aber vor allem eine ganz wichtige Funktion für den Biotopverbund und planungsrelevante Arten, es sollte auch das Entscheidungskonzept des LANUV im Regionalplan Berücksichtigung finden. Es fehlt eine Statistik zu den UZR (Null-Prognose ? Planung). Kapitel 4.7 sollte um entsprechende Aussagen ergänzt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Dem Hinweis wird nicht gefolgt. Der Biotopverbund und die planungsrelevanten Arten sind eigene Kriterien im Umweltbericht und werden entsprechend gesondert berücksichtigt. Um Doppelbewertungen zu vermeiden, werden die UZVR beim Schutzgut Tiere, Pflanzen nicht berücksichtigt. Unter dem Schutzgut Landschaft wird die landschaftsgebundene Erholungsfunktion der UZVR herangezogen, die zu den vom Einwender genannten Funktionen der UZVR vom LANUV ebenfalls als Funktion benannt wird.</p>

1005012, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

4.7.3 Geschützte Landschaftsbestandteile (S. 68)

Es wird darauf hingewiesen, dass zu den GLB auch Alleen gehören. Im Text fehlen diese, daher wird um Ergänzung gebeten. Hier gilt analog das, was zu den gesetzlich geschützten Biotopen ausgeführt wurde. Die Abbildung 4-27 ist mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht vollständig, da die Datenlage unklar ist. Auch betreffen die GLB zahlreiche Kleinstflächen, die Karte erscheint entbehrlich.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Dem Hinweis wird gefolgt. Alleen werden entsprechend benannt.

1005013, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>4.7.4 Landschaftsbild (S. 69)</p> <p>In die Karte 4-28 auf S. 70 sollte auch das Drachenfelser Ländchen in der Gemeinde Wachtberg aufgenommen werden, unabhängig von der Bewertung durch das LANUV. Das Gebiet ist von großer kulturlandschaftlicher Bedeutung.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Grundlage für die Bewertung ist entsprechend der fachrechtlichen Regelungen und der Bewertungsmaßstäbe der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege (LANUV NRW). Ggf. abweichende Bewertungen können gegenüber der LANUV NRW kommuniziert werden und bei der Fortschreibung des Fachbeitrags berücksichtigt werden.</p>

1005014, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>4.7.5 Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Neuaufstellung des Regionalplans Köln</p> <p>Die Aussage auf s. 71 ?Generell wirkt sich auf das Schutzgut Landschaft aber auch der auf geringem Niveau in der Planregion Köln anhaltende Freiflächenverbrauch tendenziell negativ aus (siehe Kap.4.4.3).? ist bezüglich des anhaltenden Freiflächenverbrauchs kritisch zu hinterfragen und nicht durch Fakten belegt. Der Satz sollte entweder entfallen oder begründet werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es erfolgt im Umweltbericht eine grundsätzliche Überarbeitung der Berücksichtigung des Prognose-Null-Falls.</p>

1005015, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>5 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung des Plans -</p> <p>Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen (ab S. 75)</p> <p>5.1 Beschreibung und Bewertung allgemeiner, räumlich nicht konkreter Planinhalte</p> <p>(Ziele und Grundsätze)</p> <p>5.1.4 Siedlungsraum</p> <p>5.1.4.1 Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum</p> <p>(Z.6) ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln (S. 80)</p> <p>Die Aussagen zum Z. 6 und den damit verbundenen positiven Wirkungen sind nicht nachvollziehbar. Zwar wurden die ASBflex und GIBflex einer Umweltprüfung unterzogen. Aber selbst für den Fall, dass die Umweltprüfung zum Ergebnis kommt, dass keine Schutzgüter erheblich beeinträchtigt werden, bedeutet die Umsetzung der Planung dennoch eine Beeinträchtigung der Schutzgüter und hat damit keinesfalls eine positive Wirkung auf diese. Die Aussage ist daher zwingend zu korrigieren.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Passage stellt auf den Effekt ab, dass die Umsetzung der landesplanerisch vorgegebenen Siedlungsentwicklung auf raum- und umweltverträglichen Flächen sensiblere und empfindlichere Bereiche schont, sodass diese in ihren Funktionen unbeeinträchtigt erhalten bleiben können.</p>

1005016, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

6 Darlegung von geplanten Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen (ab S. 117)

Die Aussage auf S. 118 "Grundsätzlich kann der Regionalplan als übergeordnetes, zusammenfassendes und rahmensetzendes Planwerk keine konkreten Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verringerung oder zum Ausgleich der im Rahmen der Umweltprüfung nachgewiesenen nachteiligen Auswirkungen darstellen" trifft sicher zu. Der Regionalplan kann aber durchaus positive Wirkungen in Form von Flächenrücknahmen gegenüber bestehenden Siedlungsflächendarstellungen aufzeigen, muss das aber auch konkret belegen (z.B. tabellarisch). Auf die Anmerkungen zu Ziffer 2 auf Seite 10 wird verwiesen.-

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise ohne Bezug zu konkreten Festlegungen vorgebracht.

Inhalt

8 Gesamtplanbetrachtung (ab S. 122)

Tabellarische Zusammenschau der Umweltauswirkungen (ab s. 123)

Es fehlt eine Gegenüberstellung der im gültigen Regionalplan ausgewiesenen Siedlungsfläche, um dies mit der aktuell geplanten Siedlungsfläche vergleichen zu können. Auch Siedlungsflächen mit einer aufgelockerten Bebauung entziehen dem Freiraum Flächen und haben massive negative Auswirkungen auf die Schutzgüter. Darüber hinaus bleiben bei der Beurteilung Siedlungsentwicklungen unterhalb der Relevanz des Regionalplan, aber auch neue Infrastrukturvorhaben unberücksichtigt. Abgrenzung von Kumulationsgebieten (ab. S. 132)

Es ist nicht erkennbar, ob auch Auswirkungen durch Maßnahmen aus Bedarfsplänen mit in die Festlegung von Kumulationsgebieten eingeflossen sind.

Tab. 8-2: Benennung und Beurteilung der Kumulationsgebiete -ohne Berücksichtigung BSAB (ab S. 129)

In der Auflistung "Kumulative Wirkungen auf die Schutzgüter" auf S. 132 gibt es keine Gegenüberstellung der Zahl/Fläche der verschiedenen UZR nach derzeitigem und neuem Stand (Null-Prognose zu Planung), s.o?

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Tabellarische Zusammenschau der Umweltauswirkungen: Wie im Umweltbericht in Kap. 8 dargelegt, ist eine Gegenüberstellung der Flächenumfänge der jeweiligen Planfestlegungen in den bestehenden Regionalplänen mit denen der geplanten Planfestlegungen (Gegenüberstellung "Plan alt" mit "Plan neu") für den Regionalplan Köln nicht aussagekräftig. Es handelt sich bei der Erstellung des Regionalplans Köln um eine Neuaufstellung und nicht um eine Fortschreibung eines Regionalplans .

Abgrenzung von Kumulationsgebieten: bei der kumulativen Betrachtung wird der gesamte Plan, d.h. alle zeichnerischen Festlegungen berücksichtigt.

Tab. 8-2: Benennung und Beurteilung der Kumulationsgebiete ohne Berücksichtigung BSAB: s.o.; zudem geht es bei den kumulativen Wirkungen im Rahmen der Gesamtplanbetrachtung nicht um einen Vergleich mit dem bestehenden Plan, sondern um kumulative Wirkungen aller Planfestlegungen des aktuellen Planentwurfs auf die Schutzgüter; die Betrachtung beschränkt sich dabei nicht nur auf die Festlegungen, die im Umweltbericht einer detaillierten Prüfung mittels eines Prüfbogens unterzogen wurden.

1005019, Rhein - Sieg - Kreis	
Inhalt 10 Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung (ab S. 137) Hier wird auf die aktuelle Änderung des BNatSchG, § 10 (4), verwiesen (Regelmäßige Überprüfung der Landschaftsrahmenpläne alle 10 Jahre)	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es werden allgemeine Hinweise ohne Bezug zu Festlegungen vorgebracht.

1005604, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz

Z.27 ÜB erhalten und entwickeln

Erläuterung 3 ff., S. 124:

In den Erläuterungen erscheint die bloße Berücksichtigung von G. 48 (s. dazu nachfolgend) zu schwach, obwohl dies dem Wortlaut des Gesetzes entspricht. Hier sollte besser von "beachten" gesprochen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Wortlaut "zu berücksichtigen" entspricht der Gesetzgebung und wird beibehalten.

1005605, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

G.49 Retentionsfunktion erhalten, Hochwasserrisiken mindern

Erläuterung 5, S. 127:

Auch kleinere Objekte Kritischer Infrastruktur wie Stromverteilerkästen, Internetverteilerkästen) sollten grundsätzlich überflutungssicher errichtet werden. Es wird für erforderlich gehalten, den folgenden Absatz in die Begründung zu Grundsatz 49 aufzunehmen: Die Rückhaltung und Verlangsamung des Abflusses insbesondere durch Versickerung möglichst am Entstehungsort (in der Fläche) sind wesentliche Maßnahmen, um die Folgen von extremen Starkregenereignissen substanziell abzumildern. Zusätzlich wirken sich Starkregen auch in den Überflutungs- und Extremhochwasserbereichen aus und können dort mit einem "klassischen" Hochwasser zusammenwirken. Vor diesem Hintergrund ist eine verbindliche Flächenvorsorge zu den genannten Zwecken erforderlich.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie.

1005608, Rhein - Sieg - Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Z.25 Standorte für bestehende und geplante Talsperren sichern</p> <p>Sollte es, trotz der Ausweisung als FFH-Gebiet und den genannten erheblichen Umweltauswirkungen bei der Darstellung der Naabachtalsperre als geplanter Talsperren-Standort bleiben, sollte bei den vorsorglich gesicherten Talsperren-Standorten anhand der zu erwartenden Umweltauswirkungen eine Priorisierung vorgenommen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß Ziel Z 7.4-4 LEP NRW legt der Regionalplan textlich und zeichnerisch Vorsorgebereiche als Standortoptionen für mögliche zukünftige Talsperrenplanungen fest. Gerade die Herausforderungen der Klimafolgenanpassung machen diese Standortoptionen erforderlich. Die Vorsorgebereiche sollen den Raum von allen Nutzungen freihalten, die der möglichen Realisierung zukünftiger Talsperren entgegenstehen könnten. Daher bleibt auch der "Vorsorgebereich Naabachtalsperre" Festlegung im Regionalplan.</p> <p>Eine Priorisierung der Vorsorgebereiche kann aus folgenden Gründen nicht vorgenommen werden: Der "Vorsorgebereich Prether-/Platißbachtalsperre" bezieht sich auf eine andere Region als der "Vorsorgebereich Naabachtalsperre". Der Nachweis der Erforderlichkeit und die Zulässigkeit im Rahmen der fachgesetzlichen Planfeststellung, beim "Vorsorgebereich Naabachtalsperre" zusätzlich die Erfüllung der naturschutzrechtlichen Ausnahmetatbestände von den Erhaltungszielen des dort ausgewiesenen FFH-Gebiets, sind zukünftigen Fachplanungsverfahren vorbehalten. Der "Vorsorgebereich Steinaggertalsperre" und der "Vorsorgebereich Leppetalsperre" stehen in funktionalem Zusammenhang zum "Vorsorgestandort Naabachtalsperre".</p> <p>Zur weiteren Begründung wird auf die Autorenkorrektur ID 1016477 verwiesen.</p>

1005612, Rhein - Sieg - Kreis	
Inhalt III. ANREGUNGEN ZU DEN ZEICHNERISCHEN FESTLEGUNGEN Allgemeine Anregungen zu den Zeichnerischen Festlegungen · In dem gesonderten Dokument der Legende zur Zeichnerischen Festlegung (Entwurf Dezember 2021) fehlt bei dem Planzeichen ?GIBregional? die Signatur innerhalb des Kreises: Darstellung Legende: (Abb. Seite 21) Darstellung u.a. in Blatt 12-13 Bonn, Rhein-Sieg-Kreis: (Abb. Seite 21)	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Die Legende zu den Zeichnerischen Festlegungen wurden entsprechend überprüft.

1005996, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

G.54 Festlegungen für Schienenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen
Begründung Tabelle 19, S. 167:
Zu Tabelle 19 ?Übersicht der Schienenplanung aus den Bedarfsplänen von Bund und Land ohne räumliche Konkretisierung im Regierungsbezirk Köln? wird folgendes angemerkt:

- Neuaufnahme: ?Stadtbahn Bonn - Niederkassel - Köln inkl. Verlängerung der Stadtbahnlinie 7?, (v.g. Maßnahme wurden per Beschluss in der 68. Sitzung des Verkehrsausschusses des Landtages NRW am 09. März 2022 in den ÖPNV-Bedarfsplan NRW aufgenommen).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Begründung wird geändert.

1005997, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

Die Planung einer Güterverkehrsstrasse Mittelhhein durch einen extrem dicht besiedelten Raum wird als besonders kritisch erachtet. Der Raum ist extrem sensibel und die Umsetzung wäre nur mit extrem hohen Anforderungen an Lärmschutz und Ausgleich möglich. Das Ergebnis der Machbarkeitsstudie sollte im weiteren Verfahren berücksichtigt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Ergebnisse von Machbarkeitsstudien werden berücksichtigt, sofern sie vorliegen.

1006033, Rhein - Sieg - Kreis

Inhalt

5.1.3 Schienennetz

Z.29 Bestehendes Schienennetz erhalten

Begründung Tabelle 17, S. 164:

In der Tabelle 17 ?Übersicht nicht mehr genutzter Schienenwege im Regierungsbezirk Köln? finden sich Eisenbahnstrecken, die in Betrieb stehen. Es wird gebeten, dies zu korrigieren. Diese sind...

Bonn-Beuel Bf ? Bonn-Pützchen (? Hangelar) > öffentlicher Personenverkehr (Pendelverkehr bei ?Pützchens Markt?). (siehe Verortung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Begründung wird entsprechend geändert.

AZ: BET_153000_1

Gemeinde Alfter

1003027_001, Gemeinde Alfter

Inhalt

Anregung zeichnerische Änderung

Bereich: Volmershoven, Danielspfad ? zwischen Hauptstraße und Bahntrasse

? Die Darstellung eines zusätzlichen Haltepunktes in Volmershoven/Heidgen entlang der Bahnlinie S23 wird gefordert

(5 Abbildungen **Stn-ID 1004544**)

Anhänge

[Abb_ID_1003027_001_1.pdf](#)

[Abb_ID_1003027_001_2.pdf](#)

[Abb_ID_1003027_001_3.pdf](#)

[Abb_ID_1003027_001_4.pdf](#)

[Abb_ID_1003027_001_5.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (vgl. StnID 1026383).

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

1004523, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p>Kapitel 4 Freiraum Planungen und Maßnahmen zu Hochwasserschutzeinrichtungen</p> <p>Auf Grund der Unwetterkatastrophe vom Juli 2021 und den damit einhergegangenen Schäden hat die Gemeinde Alfter, als Reaktion darauf, eine Potenzialanalyse zur Findung geeigneter Standorte für sowie zur Optimierung bereits bestehender Hochwasserrückhaltebecken bzw. Planungen und Maßnahmen zum Hochwasserschutz beauftragt. Darüber hinaus stellt der aktuelle Flächennutzungsplan der Gemeinde bereits ungefähre Suchräume für solche Planungen und Maßnahmen dar. Diese befinden sich weitestgehend in Hanglage oberhalb des Ortsteils Alfter Ort. Einen bereits potenziellen Standort stellt der im FNP dargestellte Suchraum entlang des Gewässers ?Mirbach? zwischen Birrekoven und Gielsdorf dar. Im jetzigen Regionalplanentwurf wird dieser Bereich mit mehreren Schutzkategorien überlagert, diese sind im Wesentlichen Z.18, Z.19, Z.24 (s. Steckbriefe Seite 21, Anlage 1). Die weiteren Suchräume werden mit Z.18 überlagert. In Abhängigkeit der Ergebnisse zu den Untersuchungen nach geeigneten Standorten für den Hochwasserschutz in Alfter, sind entsprechende Maßnahmen nach Bau- und Planungsrecht nötig. Dies können konkret bauliche Anlagen oder lediglich in die Landschaft eingebundene Planungen sein. Um Konflikte dieser Maßnahmen mit den textlichen Festlegungen und den jeweiligen Schutzfunktionen des Regionalplanentwurfs an Ort und Stelle zu vermeiden, sollte entsprechend textlich auf die Planungserfordernisse zum Umgang solcher Maßnahmen sowohl im Freiraum, wie auch im Siedlungsbereich für die nachfolgenden Planungsebenen hingewiesen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1004524, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p>Kapitel 5.2.3.3 Nutzung von Solarenergie</p> <p>Die Gemeinde Alfter zieht in Erwägung, Planungen und Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien durchzuführen, um die Erfordernisse nach G.1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel zu berücksichtigen. Im Wesentlichen wird seitens der Gemeinde die Nutzung von Freiflächensolaranlagen betrachtet. Auf Grund der sich flächendeckend überlagernden Schutzkategorien, die zum Teil als Prüfbereiche bzw. Ausschlussbereiche für Freiflächensolaranlagen (hier G.20, G.30 und Z.18) definiert werden und mit ihren Schutz- und Nutzungsfunktionen gegenüberstehen, ist der Umgang mit Planungen und Maßnahmen zur Nutzung solcher Anlagen mit Hindernissen verbunden. Hier sollte ein Hinweis zu den Planungserfordernissen zum Umgang solcher Anlagen innerhalb der sich überlagernden Schutzkategorien für die nachfolgenden Planungsebenen erfolgen. Dies gilt auch für Freiflächensolaranlagen unterhalb der Darstellungsschwelle von 10 ha im Regionalplan.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1004526, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Änderung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Gewerbegebiet Alfter Nord, GIBinterkommunal</p> <p>? Gewerbegebiet Alfter Nord: Fläche als Grünzug dargestellt</p> <p>? Im FNP Grünfläche mit Signatur: Fläche für Maßnahmen für den Schutz und Entwicklung von Natur und Landschaft</p> <p>? Teilbereich als Ausgleichsfläche für B-Plan ?Alfter Nord? 092</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Der Darstellung des Grünzugs wird zugestimmt</p> <p>? Weiterhin soll die zeichnerische Darstellung des Grünzugs im Regionalplanentwurf angepasst werden, analog zur 5. FNP-Änderung (s. Anlage 1)</p> <p>(5 Abbildungen Stn.-ID1004526)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004526_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004526_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004526_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004526_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004526_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1004528, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Änderung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Alfter, ASB Im Benden/Bonn-Brühler-Straße</p> <p>? Landwirtschaftliche Flächen im FNP</p> <p>? Stärkung des schienengebundenen ÖPNV</p> <p>? Verlagerung der Siedlungsentwicklung in Richtung ÖPNV</p> <p>? Im Zusammenhang mit Region+ Fläche 1</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Zustimmung zur Darstellung als ASB-Bereich</p> <p>? Zustimmung zur erweiterten Darstellung des ASB um die gemeldete Region+ Fläche 1</p> <p>(5 Abbildungen - Stn-ID 1004528)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004528_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004528_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004528_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004528_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004528_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Anregungen noch Bedenken geäußert.</p>

1004529, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Änderung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Alfter, ASB Bahnhofstraße/RoisdorferWeg</p> <p>? 2. Bauflucht Bahnhofstraße</p> <p>? Im FNP landwirtschaftliche Flächen, kleiner Teilbereich Grünfläche mit Signatur: Siedlungsnaher Gärten</p> <p>? Im Zusammenhang mit Region+ Fläche 2</p> <p>? Entlastungsgraben verläuft ca. mittig durch zukünftigen ASB</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Der Darstellung des ASB im Regionalplanentwurf wird zugestimmt</p> <p>? Auch der erweiterten Darstellung des ASB um die gemeldete Region+ Fläche 2 wird zugestimmt</p> <p>(5 Abbildungen - Stn-ID1004529)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004529_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004529_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004529_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004529_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004529_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Anregungen noch Bedenken geäußert.</p>

1004530, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Änderung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Alfter, Freiraum zwischen Görreshof und Görreshöhle</p> <p>? Keine Entwicklung, da keine Stärkung der Siedlungsachsen am Hang gewünscht</p> <p>? Ausschluss weiterer Bebauung am Hang</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Der Darstellung als Freiraum bzw. Regionaler Grünzug im Regionalplanentwurf wird zugestimmt</p> <p>(5 Abbildungen - Stn-ID Stn-ID 1004530)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004530_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004530_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004530_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004530_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004530_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Anregungen noch Bedenken geäußert.</p>

1004531, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Änderung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Alfter, Alanus HS Campus I ? ASB zwischen Loheckenweg und Olsdorfer Heide</p> <p>? Keine Entwicklung, da keine Stärkung der Siedlungsachsen in Hanglage von Alfter gewünscht</p> <p>? B-Plan Johannishof-Lohhecke vorhanden</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Die Darstellung des ASB in diesem Bereich soll erweitert werden und den Abgrenzungen des Bebauungsplans 075 Johannishof-Lohhecke angepasst werden (s. auch Anlage 2)</p> <p>(5 Abbildungen - Stn-ID Stn-ID 1004531)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004531_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004531_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004531_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004531_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004531_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004532, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><u>Bereich:</u> Alfter, ASB zwischen Loheckenweg und Am Domplatz</p> <p>? Bereich erfüllt Klimafunktion</p> <p>Anregung zeichnerische Änderung</p> <p>? Abfluss von Kaltluft und Belüftung des Alfterer Ortskerns</p> <p>? Sicherung des rückwärtigen Freibereiches durch Stützung der tw. vorhandenen Gartennutzung/Sicherung vor Ausbreitung des Waldes ? Ausweisung als siedlungsnahen Gärten</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Der zeichnerischen Darstellung im Regionalplanentwurf wird zugestimmt</p> <p>(5 Abbildungen - Stn-ID 1004532)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004532_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004532_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004532_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004532_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004532_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Anregungen noch Bedenken geäußert.</p>

1004533, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Änderung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Alfter, ASB zwischen Birrekoven und Stenergasse</p> <p>? Keine Entwicklung, da keine weitere Stärkung der Siedlungsachsen in Hanglage von Alfter gewünscht</p> <p>? Anpassung der Arrondierung des ASB auf Grund von B-Plan Birrekoven (Entwicklungsgebot)</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Der Darstellung des ASB zwischen Birrekoven und Stenergasse wird im Regionalplanentwurf zugestimmt.</p> <p>? Zustimmung der Darstellung als Regionaler Grünzug sowie BSLE oberhalb der Eulengasse</p> <p>? Die Darstellung des ASB soll der Abgrenzung des B-Plan Birrekoven im Bereich Auf dem Rott/Eulengasse angepasst werden (s. auch Anlage 3)</p> <p>(5 Abbildungen Stn-ID 1004533)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004533_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004533_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004533_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004533_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004533_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Anregungen geäußert. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z. B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine groß</p>

äumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Die Gemeinde Alfter verfügt zwar über Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* [ASBflex], jedoch ist die vorliegende Fläche aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des Regionalen Grünzugs als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung für eine Festlegung als ASBflex nicht geeignet.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004534, Gemeinde Alfter

Inhalt

Anregung zeichnerische Änderung

Bereich: Alfter, ASB Birrekoven

? Keine Entwicklung, da keine weitere Stärkung der Siedlungsachsen in Hanglage von Alfter gewünscht

? Anpassung der Arrondierung des ASB auf Grund von B-Plan Birrekoven (Entwicklungsgebot)

Darstellungswunsch der Gemeinde:

? Der angepassten Darstellung des ASB im Regionalplanentwurf wird zugestimmt

(5 Abbildungen - **Stn-ID Stn-ID 1004534**)

Anhänge

[Abb_ID_1004534_1.pdf](#)

[Abb_ID_1004534_2.pdf](#)

[Abb_ID_1004534_3.pdf](#)

[Abb_ID_1004534_4.pdf](#)

[Abb_ID_1004534_5.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Anregungen noch Bedenken geäußert.

1004535, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Änderung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Gielsdorf, Pumpwerk ? ASB Kirchgasse/Staffelgasse/Alfterer Str.</p> <p>? Bereich erfüllt eine wichtige Freiraum- und Klimafunktion</p> <p>? Klimagutachten: Entstehungs- und Abflussgebiet von Kaltluft</p> <p>? Einbeziehungssatzung für Bauvorhaben an der Alfterer Straße</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Dem Regionalplanentwurf wird zugestimmt, bzgl. der Neuausweisung des Regionalen Grünzugs im Umfeld des Pumpwerks</p> <p>? Die Darstellung des ASB im Bereich Alfterer Straße/Laurentiusweg soll analog zum FNP übernommen werden. In diesem Bereich wird das Planungsrecht über Satzungen der Gemeinde geregelt</p> <p>(5 Abbildungen - Stn-ID 1004535)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004535_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004535_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004535_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004535_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004535_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es erfolgt eine Zustimmung und darüberhinaus eine Anregung zur ASB-Erweiterung.</p> <p>Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z. B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut</p>

LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Die Gemeinde Alfter verfügt zwar über Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* [ASBflex], jedoch ist die vorliegende Fläche aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des Regionalen Grünzugs als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung für eine Festlegung als ASBflex nicht geeignet.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004538, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><u>Bereich:</u> Impekoven, Kramersbruch - zwischen Ginggasse und Impekovener Str.</p> <p>? Im nördlich Teil des Kramersbruch (FNP-Ausschnitt) Rückentwicklung, Beschluss zur 1. FNP-Änderung (2013)</p> <p>? Bereich erfüllt eine wichtige Freiraum- und Klimafunktion</p> <p>? Klimagutachten: Entstehungs- und Abflussgebiet von Kaltluft</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Dem Regionalplanentwurf wird zugestimmt, bzgl. der Neuausweisung des Regionalen Grünzugs</p> <p>? Ergänzend soll analog zur Darstellung des FNP der bisher als ASB dargestellte Bereich ebenfalls in den Regionalen Grünzug miteinbezogen werden</p> <p>(5 Abbildungen Stn-ID 1004538)</p> <p><u>Bereich:</u> Impekoven, Kramersbruch - zwischen Steinweg, Holzweg und Impekovener Str.</p> <p>? Im nördlich Teil des Kramersbruch (FNP-Ausschnitt) Rückentwicklung, Beschluss zur 1. FNP-Änderung (2013)</p> <p>? Bereich erfüllt eine wichtige Freiraum- und Klimafunktion</p> <p>? Klimagutachten: Entstehungs- und Abflussgebiet von Kaltluft</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Dem Regionalplanentwurf wird zugestimmt, bzgl. der Neuausweisung des Regionalen Grünzugs</p> <p>? Ergänzend soll analog zur Darstellung des FNP der bisher als ASB dargestellte Bereich ebenfalls in den Regionalen Grünzug miteinbezogen werden</p> <p>(5 Abbildungen)</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004538_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Abb_ID_1004538_2.pdf Abb_ID_1004538_3.pdf Abb_ID_1004538_4.pdf Abb_ID_1004538_5.pdf	
--	--

1004539, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Darstellung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Impekoven, zwischen Klostergarten/Ahrweg und Bahntrasse</p> <p>? Verkehrsgünstige Lage ÖPNV ? Hochspannungsleitungen, bauliche Restriktionen</p> <p>? landschaftliche Gestaltung, Spielflächen, Parkplatz</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Dem Regionalplanentwurf wird zugestimmt, der Bereich bleibt als ASB erhalten</p> <p>? Der ASB wird um die P&R-Fläche bis zur Kreuzung Ahrweg/Bahnlinie erweitert (s. auch Anlage 4)</p> <p>(5 Abbildungen Stn-ID 1004539)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004539_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004539_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004539_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004539_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004539_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004540, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Darstellung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Witterschlick, Buschkauler Feld - Euskirchener Str./Ramelshovener Str./Am Gärtchen</p> <p>? B-Plan ?Buschkauler Feld? rechtskräftig (2021)</p> <p>? 6. FNP-Änderung rechtskräftig (2021) und damit Löschung des Trassenverlaufs OU L113n</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Zustimmung zur Darstellung des Bereichs als ASB im Regionalplanentwurf</p> <p>? Zeichnerische Anpassung des Buschkauler Grabens von ASB zu Regionaler Grünzug</p> <p>(5 Abbildungen - Stn-ID 1004540)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004540_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004540_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004540_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004540_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004540_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten.</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ?wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Ergänzend werden konkret entgegenstehende Freiraum bezogene Belange berücksichtigt (Gewässeraue).</p>

1004541, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Darstellung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Witterschlick, Friedhof ? zwischen Klausenweg/Hauptstraße/Bahntrasse</p> <p>? Teilbereich Friedhofsfläche, keine Entwicklung möglich</p> <p>? Grünfläche bleibt als Reservefläche erhalten</p> <p>? Neuabgrenzung des ASB-Reserveflächen-Bereichs mit Berücksichtigung der Friedhofsfläche</p> <p>? Im Zusammenhang mit Region+ Fläche 3</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Der angepassten Darstellung als ASB Regionalplanentwurf wird zugestimmt</p> <p>? Zustimmung zur Erweiterung des ASB in Verbindung mit der dortigen Region+ Fläche 3</p> <p>(5 Abbildungen - Stn-ID 1004541)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004541_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004541_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004541_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004541_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004541_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Anregungen noch Bedenken geäußert.</p>

1004543, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Änderung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Witterschlick Nord / Nord-Ost ? Kirchweg / Euskirchener Str. Raiffeisenstr. / Bahntrasse</p> <p>? Erweiterung des ASB nördlich von Witterschlick aufgrund bereits bestehender Bebauung entlang Kirchweg</p> <p>? Arrondierung im Zusammenhang mit ASB 196-04 & Region+ Fläche 3</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Der Erweiterung des ASB bis zum Kirchweg nördlich von Witterschlick wird zugestimmt</p> <p>? Ergänzend zusätzlich Ausweitung des ASB nordöstlich des Kirchweges bis zur Bahnlinie S23</p> <p>(5 Abbildungen Stn-ID 1004543)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004543_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004543_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004543_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004543_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004543_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.</p> <p>Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die Stadt Alfter verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen</p>

Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1004544, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Änderung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Volmershoven, Danielspfad ? zwischen Hauptstraße und Bahntrasse</p> <p>? Mehrere rechtsverbindliche B-Pläne innerhalb der Reserveflächen- Abgrenzung</p> <p>? Neuabgrenzung des ASB-Reservebereichs, Berücksichtigung des ÜSG, LSG sowie bereits bebauter Bereiche</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Der Darstellung als ASB wird grundsätzlich zugestimmt</p> <p>? Die Darstellung des ASB im Süden von Volmershoven soll, wie im aktuellen Regionalplan dargestellt, beibehalten werden</p> <p>(5 Abbildungen Stn-ID 1004544)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004544_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004544_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004544_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004544_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004544_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes, des Trinkwasserschutzes (Trinkwasserschutzzone) und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004545, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Änderung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Volmershoven, Grüner Weg</p> <p>? Rechtsverbindlicher B-Plan innerhalb der Reserveflächen-Abgrenzung</p> <p>? Neuabgrenzung des ASB-Reservebereichs, Berücksichtigung LSG sowie bereits bebauter Bereiche</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Der Darstellung als ASB im Regionalplanentwurf wird grundsätzlich zugestimmt</p> <p>? Die Darstellung des ASB im Süden von Heidgen soll, wie im aktuellen Regionalplan dargestellt, beibehalten werden Darstellung FNP Darstellung Aktueller Regionalplan Darstellung Regionalplanentwurf Grundlagenkarte mit Reserveflächen im ASB Luftbild mit Darstellung des LSG und ÜSG</p> <p>(5 Abbildungen Stn-ID 1004545)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004545_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004545_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004545_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004545_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004545_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004546, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Änderung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Alfter, GIB Villestraße</p> <p>? Erweiterung HS Alanus, Studentenwohnheim</p> <p>? Kindertagesstätte</p> <p>? Wohnverträgliches Gewerbe</p> <p>? Sonderbauflächen, Nutzungsmischung in ASB</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Zeichnerische Anpassung des dargestellten Bereiches von GIB in ASB auf Grund seiner Nutzungsfunktion (s. auch Anlage 5)</p> <p>(5 Abbildungen Stn-ID 1004546)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004546_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004546_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004546_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004546_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004546_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p>

1004547, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Änderung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Alfter, ASB Im Benden</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Flächenrücknahme bis zur Bahnlinie 18 und keine zukünftige Darstellung als ASB wegen ÜB</p> <p>? Stattdessen Darstellung als Freiraum ohne Regionaler Grünzug für mehr Klimaschutz mit Option auf Freiflächensolaranlagen und HW-Rückhaltebecken</p> <p>(5 Abbildungen Stn-ID 1004547)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004547_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004547_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004547_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004547_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004547_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten.</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004548, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Änderung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Gielsdorf, BSN Mirbachtal</p> <p>? Planung baulicher Anlagen für den Hochwasserschutz</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Rücknahme des BSN bis auf Höhe südliches Ende Birrekoven Darstellung FNP Darstellung Aktueller Regionalplan Darstellung Regionalplanentwurf Luftbild mit Mirbachtal</p> <p>(4 Abbildungen Stn-ID 1004548)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004548_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004548_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004548_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004548_4.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.</p>

1004549, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p><i>Anregung zeichnerische Änderung</i></p> <p><u>Bereich:</u> Alfter, AFAB/RG Bonn-Brühler-Straße</p> <p>? Erweiterung des ASB entlang Bonn-Brühler-Straße</p> <p>? Im Zusammenhang mit ASB 254-01 & Region+ Fläche 1</p> <p>Darstellungswunsch der Gemeinde:</p> <p>? Zusätzliche Ausweitung des ASB entlang der Bonn-Brühler-Straße bis Gemeindegrenze Alfter/Bornheim</p> <p>? Dementsprechende Anpassung des Regionalen Grünzugs</p> <p>(5 Abbildungen Stn-ID 1004549)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004549_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004549_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1004549_3.pdf</p> <p>Abb_ID_1004549_4.pdf</p> <p>Abb_ID_1004549_5.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Gemeinde Alfter verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>.</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z. B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p>

Die Gemeinde Alfter verfügt zwar über Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* [ASBflex], jedoch ist die vorliegende Fläche aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des Regionalen Grünzugs als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung für eine Festlegung als ASBflex nicht geeignet.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: BET_154000_1

Stadt Bad Honnef

1003793_001, Stadt Bad Honnef

Inhalt

Zu Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung ?

hier: ?Neubaustrecke? im Siebengebirge:

In der Plankarte erfolgt die zeichnerische Darstellung einer Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung ? hier: ?Neubaustrecke? im Siebengebirge. Eine räumliche konkrete Stellungnahme resp. Rückäußerung zu der Trassenfestlegung ist somit noch obsolet.

In Teil II der städtischen Stellungnahme zum textlichen Teil der Planunterlage (s. o.) wird auf den Planungssachverhalt jedoch eingegangen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1004189, Stadt Bad Honnef

Inhalt

I. Grundlegende Stellungnahme aus Sicht der Stadtentwicklung Bad Honnefs

Die Stadt Bad Honnef begrüßt und befürwortet ausdrücklich die Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln. Sie anerkennt und unterstützt die damit verbundene ambitionierte Aufgabe, die Anforderungen an die räumliche Entwicklung der Region in ein möglichst abgewogenes Konzept für die Belange des Bauens, der Wirtschaft, der Umwelt und der Infrastruktur zu gießen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird grundsätzliche Zustimmung zur Neuaufstellung erklärt.

Inhalt

Im Sinne des Gegenstromprinzips geht die Stadt Bad Honnef davon aus, dass der wirksame Flächennutzungsplan der Stadt zu Grunde gelegt wird; hierbei gehören insbesondere auch innerstädtische Grün- und Infrastrukturflächen zum Zusammenhang des Siedlungsbereichs ? mithin vor allem: zum ASB ? und sollen weiterhin der bauleitplanerischen Disposition unterhalb der Regionalplanungsebene zugänglich sein. Für diese Bereiche war und ist die bilanzielle Einordnung hinsichtlich eines planerischen ?Entwicklungswunsches? obsolet, da sie eine allgemeine siedlungsbezogene Funktion bereits haben und somit im Regionalplan in aller Regel behalten sollten. Für die Frage eines ?Entwicklungswunsches? standen und stehen somit u. E. (nur) die ASB- und GIB-Ausweisungen im Fokus, die jenseits von bestehenden siedlungsbezogenen Nutzungen auf Flächennutzungsplanebene noch nicht entsprechend dargestellt sind (regionalplanerische Reserven bzw. Neuausweisungen)

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004191, Stadt Bad Honnef

Inhalt

Über die bestehende Bad Honnefer Bauleitplanung inkl. der zahlreichen wirksamen Bebauungspläne hinaus unterstreicht die Stadt Bad Honnef, dass insbesondere auch das Integrierte Stadtentwicklungskonzept ?ISek? sowie das Integrierte Handlungskonzept (?InHK?) ?Stadterneuerung Innenstadt/ heinufer/ Rhöndorf? als Planungsgrundlagen und -vorgaben für die Neuaufstellung des Regionalplanes heranzuziehen sind. Beide Planungen wurden durch Ratsbeschlüsse in den Jahren 2016 bzw. 2018 als sogenannte ?informelle Planungen? in das kommunalplanerische Handeln Bad Honnefs eingeführt und sind im Gegenstromprinzip der Regionalplanung von Belang. Die Unterlagen stehen auf der Homepage der Stadt zur Verfügung. Herauszuheben sind aus dem ISek die Leitperspektiven ?Außen: Profilierung in zwei Regionen?, ?3000+: Intelligentes Wachstum? und ?Innen: Teamwork in Stadtbereichen?. In den Details der Rahmenkonzeption werden dazu zahlreiche Leitziele, Handlungsfelder und -räume formuliert, die auf die Bauleitplanung und Regionalplanung zurückwirken.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Informationen zum Leitbild der räumlichen Entwicklung in Bad Honnef, dem ISek, vorgebracht.

1004192, Stadt Bad Honnef

Inhalt

Unabhängig von ?Prognosen? bzw. Trendrechnungen seitens IT-NRW oder der Regionalplanung ist die Stadt Bad Honnef willens und in der Lage, eine Einwohnerentwicklung auf bis zu 28.000 Einwohnern in der Stadtplanung vorzubereiten. Die Flächen dafür sind in der Flächennutzungsplanung bereits weitgehend abgebildet, stehen jedoch unter dem Vorbehalt ihrer faktischen Umsetzbarkeit in der Detailplanung. Regionalplanerische Reserven sind insoweit hilfreich. Insbesondere entlang der Rheinschiene besteht die städtebauliche und infrastrukturelle Notwendigkeit, die Anbindung der Stadt an den Rhein und die Aufwertung sowie Weiterentwicklung der dortigen Mobilitätsangebote (Bahn, Stadtbahn, Radverkehr, Parken) zu bewerkstelligen. Hierzu wurden im InHK umfangreiche und konkrete Maßnahmen entwickelt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Informationen zur räumlichen Entwicklung in Bad Honnef und das InHK vorgebracht.

1008380, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>Die Stadt Bad Honnef legt Wert darauf, dass diese stadtentwicklungspolitischen Ziele und Maßnahmen durch die Regionalplanung mitgetragen bzw. zumindest nicht durch entgegenstehende Festlegungen eingeschränkt werden. Darauf zielen mehrere der nachfolgenden Detail-Stellungnahmen ab.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise auf die stadtentwicklungspolitischen Ziele und Maßnahmen in Bad Honnef gegeben.</p>

1008381, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>II. Stellungnahme zum textlichen Teil der Planunterlage Zu Kapitel 1 ?Einführung?</p> <p>Auch wenn Kapitel 1 nur einführenden Charakter ohne Festlegung von Grundsätzen und Zielen hat, ergeben sich aus Sicht der Stadt Bad Honnef folgende Anmerkungen:</p> <p>Zu 1.3 Erarbeitungsprozess</p> <p>Regionale Perspektiven</p> <p>Wie bereits unter Punkt I. dieser Stellungnahme thematisiert, besteht die Anforderung zur Berücksichtigung auch der informellen Planungen (neben der Bauleitplanung) Bad Honnefs im Sinne des Gegenstromprinzips. Zu den informellen Planungen zählen neben dem ISek und InHK (s. o.) aber auch z. B. Projekte wie ?NEILA?, aus der Arbeit des :rak hergeleitet, und das ?Agglomerationskonzept Region Köln/Bonn?, aus der Arbeit des Region Köln/Bonn e.V. Gerade dem Agglomerationskonzept ist es gelungen, ?über den Tellerrand? förmlicher Zwänge und Gebietsgrenzen hinaus neue langfristige Entwicklungsperspektiven zu entwickeln, die Motivation für eine kreative, modernere Regionalplanung sein können. Die förmliche Planung ?leidet? in Ballungsräumen wie der Region Köln an der Schwäche, dass überörtliche Infrastrukturanforderungen, die wiederum Basis für kommunale Entwicklungsplanungen sein müssen, nicht aus ?einem Guss? geplant, getaktet und vorangetrieben werden können. Es wäre wünschenswert, hier die Regionalplanung auch in einer stärkeren operativen Moderation und Steuerung zu sehen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zu informellen Planungen und Rolle der Regionalplanung vorgebracht. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

Inhalt**Kommunalgespräche**

Die Stadt Bad Honnef hat den informellen Austausch und die damit eingeleitete Vorbereitung des Regionalplanverfahrens ausdrücklich begrüßt. Eine etwaige Deutung des Kommunalgesprächs durch die Regionalplanungsbehörde als Teil des förmlichen Beteiligungsprozesses möchte die Stadt Bad Honnef aber vermieden wissen. Das Kommunalgespräch mündete insbesondere in eine bereits unerwartet kleinteilige Diskussion von Einzelflächen, die in diesem frühen Stadium und vor allem jenseits der sonstigen Planungsthemen und -belange sehr fokussierte. Diese Fokussierung auf Teilflächen zog sich dann in das weitere (zunächst informelle) Verfahren, ohne dass heute einzelne Erwägungen der Regionalplanungsbehörde zum Zuschnitt von z. B. ASB transparent oder nachvollziehbar geworden wären. Von der Kommune eingebrachte Darstellungsvorschläge sind im Entwurf nicht durchgängig umgesetzt worden; ohne eine Dokumentation der Gesprächs- und Abwägungsergebnisse bzw. ohne die Erläuterung zu deren konkreter Umsetzung ist die Entstehung der Inhalte des Regionalplanes, insbesondere der Siedlungsbereiche, für die Kommune jetzt kaum nachzuvollziehen. Die Stellungnahme der Stadt unter Pkt. III. setzt notwendigerweise an dieser Teilflächendiskussion wieder an.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Planentwurf ist das Ergebnis eines umfangreichen Planungsprozesses. Darin wurde die kommunale Planungsebene im Sinne des Gegenstromprinzips (vgl. 1 Absatz 3 ROG) frühzeitig mit eingebunden. So wurden u.a. im Rahmen von Kommunalgesprächen die Entwicklungsvorstellungen erfasst und Planungsabsichten hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den Anforderungen der Regionalplanung diskutiert.

Mit dem einstimmigen Beschluss des Regionalrates am 13.03.2020 wurde als erstes Zwischenergebnis dieses umfangreichen informellen Prozesses ein Plankonzept beschlossen, dass den Rahmen für die zukünftige räumliche Entwicklung des Regierungsbezirkes in den wesentlichen Grundzügen setzt.

Auf Grundlage dieses Plankonzepts hat der Regionalrat die Regionalplanungsbehörde beauftragt, die gem. § 8 ROG erforderliche Umweltprüfung durchzuführen. Zusammen mit den Ergebnissen der Umweltprüfung sind die Leitlinien aus dem Plankonzept anschließend in den Planentwurf eingeflossen und liegen den konkreten zeichnerischen und textlichen Festlegungen zugrunde.

Als vorläufige formelle Schritte wurden die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen gemäß § 9 Absatz 1 ROG mit Datum vom 29.04.2019 über die beabsichtigte Neuaufstellung des Regionalplans Köln unterrichtet. Rückmeldungen und Hinweise im Rahmen dieser Unterrichtung sind ebenfalls in die Erarbeitung des Planentwurfes und der Umweltprüfung eingeflossen.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2021 den Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans zur Anhörung und öffentlichen Auslegung beschlossen (Aufstellungsbeschluss). Die bis dahin vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise sind im Planentwurf wie oben beschrieben berücksichtigt worden. Eine erneute Befassung des Regionalrats ist nur erforderlich, soweit neue Erkenntnisse vorliegen.

Es wird auf die Erläuterungen der entsprechenden Teil-Stn der Stadt Bad Honnef verwiesen.

1008383, Stadt Bad Honnef

Inhalt

Bedarfsermittlung (Siedlungsflächen)

Für den Regionalplan werden Bedarfe für Wohnen/Mischnutzung (72) und Gewerbe (20) für die Gebietskörperschaften, so auch die Stadt Bad Honnef, ermittelt. Die Herleitung dieser Werte bleibt auf kommunaler Ebene nicht genau nachvollziehbar; auf einzelne Aspekte wird weiter unten in der Stellungnahme (zu Z.3) eingegangen. Problematisch scheint aus Sicht der Stadt Bad Honnef die Definition des Begriffs und die regionalplanerische Haltung zum ?Bedarf?. Er orientiert sich im Kern an einer Fortschreibung einer Entwicklung der Bevölkerungsdaten und strebt eine Deckung des örtlichen Bedarfs durch Ausweisung von ?Potentialen? an. Eine regionalplanerische räumliche Strategie von Wachstum, Konsolidierung oder Abbau von Siedlungs- und oder Gewerbeflächen, welche die konkreten örtlichen Talente oder Beschränkungen auch entgegen die prognostizierten Trendfortschreibungen planerisch abwägt und entwickelt, ist nicht vorgesehen. Regionalplanung bleibt insoweit ? wie übrigens auch beim Thema Windenergieflächen ? hinter ihren prominenten Möglichkeiten einer ?überkommunalen? Steuerung zurück.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

1008384, Stadt Bad Honnef

Inhalt

Zu 1.7 Rechtsgrundlagen und Rechtswirkung des Planentwurfs

Es wird nicht eindeutig erkennbar, welche Rechtsverbindlichkeit die ?Erläuterungen? der jeweiligen Ziele und Grundsätze entfalten sollen bzw. inwieweit sie als deren Bestandteil verstanden werden können. Insbesondere in der Zielkategorie des Regionalplanes würde ja erforderlich, dass diese Erläuterungen in all ihren Aspekten, Ableitungen, Verweisen usw. schlussabgewogen sind. Dies ist kaum nachvollziehbar, noch zu erwarten. Tlw. werden rechtliche Konflikte einiger ?Erläuterungen? z. B. mit bundesrechtlichen Regelungen laut dem Baugesetzbuch erkannt (s. u.).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise zu rechtlichen Anforderungen an die Erläuterung gegeben. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Die Erläuterungen zum Regionalplan sollen gemäß § 34 der Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes die Ziele und Grundsätze des Regionalplanes erläutern, die Regionalbedeutsamkeit zeichnerischer Festlegungen unterhalb von 10 ha erläutern, Hinweise für die regionalplanerische Beurteilung von raumbedeutsamen Fachplanungen geben und siedlungsraumbezogene regionale Entwicklungsspielräume in ihrer Größenordnung und Qualität begründen.

1008386, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>Zu 2.3 Regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit</p> <p>G.8 Regionale Zusammenarbeit stärken</p> <p>In G8 heißt es: ?Regionale Entwicklungskonzepte werden von der Regionalplanung berücksichtigt?. Im Sinne des Gegenstromprinzips müssten sie in den Regionalplan einfließen. Es bestehen jedoch verschiedene, sich überlagernde und nicht unbedingt konforme Konzepte. Die Erläuterung 3 deutet zudem darauf hin, dass der Regionalplan die Konzepte auch berücksichtigt, nachdem er bereits aufgestellt wurde. Jedenfalls kann sich der Plan nach seiner Rechtskraft diese Aufgabe kaum noch selbst aufgeben. Die Rollenteilung der Planungen bedarf aus Sicht der Stadt Bad Honnef einer klareren Beschreibung. Der Raumbezug der Regionalplanung ist der Regierungsbezirk. Die gemeinten Konzepte sind zumeist teilregional oder teilsächlich und sollten zur begrifflichen Abgrenzung so benannt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Regionale Entwicklungskonzepte wurden gemäß Grundsatz 5-1 LEP NRW im Regionalplanentwurf berücksichtigt. Bei einem Planerfordernis, kann der Regionalrat als Träger der Regionalplanung eine Änderung des Plans beschließen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p> <p>Die Festlegung orientiert sich in ihrem Wortlaut an der Festlegung des LEP NRW. Ein Änderungsbedarf oder weitergehende Differenzierung wird seitens der Regionalplanungsbehörde nicht gesehen.</p>

1008387, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 3 ?Siedlungsraum?</p> <p>Zu 3.1 Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum</p> <p>3.1.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung</p> <p>Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren</p> <p>Auf die Stellungnahme weiter unten zu den ASB-Ausweisungen bzw. in Bezug auf Ortsteile innerhalb des derzeitigen regionalplanerischen Freiraums wird verwiesen. Die Stadt Bad Honnef hält hierzu insgesamt und räumlich-konkret eine Überprüfung und Änderung des Regionalplanes für angebracht.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise zum weiteren Verfahrensablauf gegeben.</p>

1008388, Stadt Bad Honnef

Inhalt

Z.2 Zersiedlung vermeiden

Die Formulierung des Z.2 zur Vermeidung von Splittersiedlungen ist nicht notwendig oder gar widersprüchlich zu § 35 (3) Nr. 7 BauGB. Das Baugesetzbuch regelt die Entstehung bzw. Vermeidung von Splittersiedlungen hier bereits sehr abschließend. Im Übrigen beschränkt § 35 BauGB das Entgegenstehen öffentlicher Belange auf ?raumbedeutsame Vorhaben?, also nicht die augenscheinlich seitens der Regionalplanung (auch) gemeinten kleineren Bauvorhaben. Die Konkretisierung des LEP durch den Regionalplan hinterlässt aus Sicht der Stadt Bad Honnef Fragen in der Rechtsanwendung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Im LEP NRW wird das Ziel 6.1-4 festgelegt. Es fordert, Regional- und Bauleitplanung auf, den Freiraum zu schützen und kleinteilige bauliche über die bestehenden Möglichkeiten des § 34 Abs. 4 und § 35 BauGB hinausgehende Entwicklungen im Außenbereich zu verhindern. Die Zielfestlegung *Zersiedlung vermeiden* konkretisiert diese landesplanerische Vorgabe im Hinblick auf die Anwendung außerhalb der regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereiche.

Inhalt

3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung

Z.3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten

Aus Sicht der Stadt Bad Honnef stellt sich zunächst die grundlegende Frage der Definition des Begriffs ?Bedarf?. Es scheint in der Logik der Bedarfsberechnungsmethode eine Größe zu sein, die das prognostizierte Verhältnis von Beständen und deren Nachfrage beschreibt. Dabei werden demographische Veränderungen mit Werten der lokalen Arbeitsmarktsituation und einem angenommenen Wohndichtewert, Reserven etc. verschnitten. Der Bedarf beschreibt im Ergebnis also eine theoretische Über- oder Unterversorgung mit Wohn- oder Gewerbeflächen in Reaktion auf hochgerechnete lokale Bedingungen. Nicht berücksichtigt scheinen etwaige kommunale Strategien, die der Logik einen Bedarf stets decken zu wollen, nicht folgen oder aber darauf abzielen, zusätzliche Bedarfe zu generieren. Eine proaktive Steuerung der Siedlungsflächenentwicklung ist daher aus Sicht der Stadt in der Berechnungsmethode unzureichend abgebildet. Zudem scheint die grundlegende strategische Ausrichtung der Siedlungsflächenentwicklung anhand der rein quantitativen Größen ?Bedarf? und ?Potential? kommunale Entwicklungsziele (ISek-Leitziele), die auch qualitative Bedarfe betrachten, zu übersehen. Weiterhin ist die Bedarfsermittlung nicht in konkreten Zahlen nachvollziehbar und daher aus Sicht der Stadt wenig transparent. Zwar erläutert die Begründung zum Regionalplan die Rechenmethode zur Bedarfsermittlung der Kommune. Jedoch basiert die Berechnung auf fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen auf Kreisebene aus dem Jahr 2018. Ein Abgleich der Hochrechnung mit der Realität für das Jahr 2020 zeigt bereits eine Abweichung des angenommenen Bevölkerungswachstums für den Rhein-Sieg-Kreis. Über den Verteilungsschlüssel auf kommunaler Ebene sind weitere Unschärfen in der Grundannahme der Rechenmethode zu vermuten. Eine transparente, zahlenmäßige Darlegung der Herleitung wäre zur Einordnung und Interpretation der resultierenden Bedarfswerte unbedingt notwendig. Die Bezifferung des gesamtstädtischen Bedarfes in Form zweier Zahlen in einer Tabelle des Textteils lässt die Frage der Verbindlichkeit der Zahlenwerte als Bestandteil eines raumordnerischen Zieles mit Bindungswirkung aufkommen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Zahlen zur Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung sind der Bevölkerungsstatistik von IT.NRW zum Stichtag 31.12.2017 sowie der Haushaltsprognose von IT.NRW (Stand 2018) entnommen. Zu den errechneten Bedarfen und vorhandenen Reserveflächen aus den Flächennutzungsplänen siehe insbesondere Tabelle 7: *Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln*, zu den Dichtewerten siehe *Abbildung 1: Räumliche Verteilung der Siedlungsstrukturtypen im Regierungsbezirk Köln*.

Diese im Regierungsbezirk Köln verwendete Methodik zur Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe wurde im Vorfeld des Neuaufstellungsprozesses im Rahmen der Kommunal- und Kreisgespräche transparent mit allen Beteiligten erörtert.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung

des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumb Beobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Im Übrigen wird die Begründung entsprechend fortgeschrieben.

1008390, Stadt Bad Honnef

Inhalt

Zu 3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung

3.2.1 Allgemeine Siedlungsbereiche

Z.7

Die Stadt Bad Honnef bittet insgesamt um Überprüfung und Nachzeichnung der ASB in Bad Honnef gemäß der Definition dieses Ziels. Auf die weiterführenden Karten und Hinweise unter Pkt. III. dieser Stellungnahme wird verwiesen. Unter Bezugnahme auf das Z.7 und seine Erläuterungen sind z. B. auch die Flächen Stadtgarten (vgl. S. 12), Endhaltestelle inkl. Parkplatz (vgl. S. 21), ehem. Hallenbad, letztlich auch die Insel Grafenwerth mit Freibad, Tennisplatz usw. (vgl. S. 23) als ASB anzusprechen und darzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterungen zu StnID ID 1008411; ID 1008420; ID 1008421; ID1008422 verwiesen.

1008391, Stadt Bad Honnef

Inhalt

Unter Pkt. III. dieser Stellungnahme wird auch die Neudarstellung (?Nachzeichnung?) der ASB für die Ortsteile östlich der A 3 gefordert. Auf die Begründung dazu wird verwiesen. Die aus den durch die Regionalplanung zitierten Vorgaben eingeführten Werte von 10 ha bzw. 2000 Einwohnern stehen aus Sicht der Stadt Bad Honnef in keinem Verhältnis zueinander. Insbesondere in den für die hier aufgeworfene Darstellungsfrage relevanten kleineren Ortsteilen dürften in der Regel nie Einwohnerdichten von 200 EW/ ha erreicht werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Es besteht kein Zusammenhang hinsichtlich einer Einwohnerdichte. Eine Änderung der Schwellenwerte geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus.

(siehe auch Erläuterung zur Anregung der ASB Darstellung der Ortslagen Orscheid, Wülscheid, Brünigsberg: ID 1008426)

1008392, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>Erläuterungen 3 und 5</p> <p>Auch die technischen Infrastrukturflächen (Bahnhöfe, Parkplätze, große Kläranlagen o. ä.) gehören aus Sicht der Stadt Bad Honnef in den Kontext ASB. Für diese Flächen besteht in der Regel ein Planerfordernis, welches seitens der Regionalplanung bzw. der konkreten ASB-Ausweisung nicht in Frage gestellt sein sollte. Insbesondere entlang des westlichen Siedlungsrandes von Bad Honnef befinden sich viele derartige Flächen, für die eine eindeutige regionalplanerische Absicherung erwartet wird. Die Planungen am Mobilitätsknoten Bad Honnef müssen als Allgemeiner Siedlungsbereich gesichert sein (vgl. Pkt. III.).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Flächen der technischen Infrastruktur müssen nicht durch eine ASB Darstellung raumordnerisch abgesichert werden. Nach der DVO zum LPLG können diese auch im landesplanerischen Freiraum verortet werden.</p> <p>Als Schienenwege (Bestand, Bedarfsplanmaßnahme) sind bestehende, im Betrieb befindliche Schienenwege für den großräumigen, überregionalen und regionalen Personen- oder Güterverkehr und planfestgestellte Bedarfsplanmaßnahmen festgelegt. Dazu gehören auch die entlang der Strecken betriebenen Bahnhöfe, Haltepunkte und Bahnbetriebsflächen.</p> <p>Standorte für Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen sind ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalen Bedeutung als Freiraumbereiche mit der Zweckbestimmung Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen bzw. mit einem vorhabenbezogenen Planzeichen (Plansymbol: Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen) zeichnerisch festgelegt.</p> <p>Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu StnID 1008428 verwiesen.</p>

Inhalt

Soweit die Erläuterung 5 die mögliche ?Überlagerung? des ASB von anderen Vorranggebieten nicht ausschließt, sei darauf hingewiesen, dass diese Überlagerung im Plan ja nicht nur nicht sichtbar wird, sondern ausweislich der unterstellten Vorrangausweisung und Schluss-Abwägung der Regionalplanung nicht vorkommen dürfte. Die Stadt Bad Honnef bittet insoweit um eine grundsätzliche, strukturelle Revision der Darstellungen in Verbindung mit der Änderung für die genannten Bereiche in Bad Honnef.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz.

Die Überschwemmungsbereiche (ÜB) liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie, ausschließlich an der Erft, zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) enthalten. Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern.

Die Überlagerung von ÜB und Siedlungsraum bzw. Ortsteilen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, im Fall von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen gemäß § 34 BauGB, rechtskräftigen verbindlichen Bauleitplänen oder anderen Satzungen nach BauGB, soll die Gefährdung durch Hochwasser hervorheben und zu einer angepassten Bauweise oder anderweitigen Schutzmaßnahmen anregen. Ein Nutzungskonflikt auf Ebene des Regionalplans ist nicht erkennbar. In Bauflächen von Flächennutzungsplänen und in kleineren Siedlungsbereichserweiterungen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Auf die Erläuterungen zu Ziel 27 *ÜB erhalten und entwickeln* und Ziel 28 *Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen* wird verwiesen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit die Belange auf der Ebene der

	Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.
--	---

Inhalt**G.16****Erläuterung 3**

Die Grundsatz-Formulierung und ihre Erläuterung stehen in gewissem Widerspruch zueinander; G.16 ist exemplarisch für die teilweise Unschärfe bzw. Unklarheit in der sachlichen und formellen Abgrenzung zwischen Zielen/Grundsätzen und Erläuterungen, die der Regionalplan-Entwurf beinhaltet. Die Erläuterungen zu G.16 beinhalten unter Nr. 3 eine Soll-Vorschrift, die dem Grundsatzcharakter des G.16 allein formal entgegensteht; konkret: die Soll-Vorschrift zur Rücknahme von Bauflächenreserven aus der Bauleitplanung. In der Sache greift die Regelung ebenfalls zu weit in die kommunale Planungshoheit ein, solange sich Flächenrücknahmen nicht aus verbindlichen und sachlich begründeten Zielen der Raumordnung ergeben. Die Stadt Bad Honnef empfiehlt die Überarbeitung der Erläuterung.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Grundsätze der Raumordnung sind Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG). Der LEP NRW legt Grundsatz 6.2-3 *Steuernde Rücknahme nicht mehr erforderlicher Siedlungsflächenreserven* fest. Eine abschließende Abwägung ist auch auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Die betreffende Festlegung ist als zu berücksichtigende Vorgabe im Zusammenhang mit dem Ziel *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* zu sehen, welches gemäß Z 6.1-1 LEP NRW eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung der Kommunen sicherstellt.

Inhalt

Zu 3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung

3.3.1 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Z.10 Erläuterung 4

Z.10 ist ein weiteres Beispiel für die Abgrenzungsproblematik der Ziele (oder Grundsätze) zu ihren Erläuterungen (vgl. auch die grundsätzliche Kritik zu 1.7 weiter oben). Mit der Erläuterung zu Z.10 wird behauptet oder eingeführt, dass Bauleitplanung innerhalb der GIB ? also in Gewerbe- oder Industriegebieten laut BauNVO ? auch Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche usw. Zwecke auszuschließen habe. Für deren Zulassung kann es aber gute planerische Gründe geben. Die Erläuterung, als ?Erweiterung? der Ziel-Festlegung verstanden, würde insoweit die Regelungen der bundesrechtlichen BauNVO aushebeln, nach der solche Nutzungen ausnahmsweise zugelassen werden können, wenn eine planerische Abwägung zu diesem Ergebnis kommt. Diese Kompetenz dürfte der Regionalplan nicht haben. Die Erläuterung, nur als Lesehilfe und Kommentar zu Z.10 verstanden, ist aus Sicht der Stadt Bad Honnef (auch) in diesem Punkt überarbeitungsbedürftig.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Textliche Festlegung Z. 10 und deren Erläuterung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien ebenenspezifisch (u.a. zur siedlungsräumlichen, umweltverträglichen sowie verkehrlichen Eignung) über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Der Regionalplan Köln sichert durch ein verschiedenartiges Flächenangebot für die unterschiedlichen Formen der gewerblich-industriellen Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten und setzt mit differenzierten GIB-Festlegungen den Handlungsauftrag der Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in spezifischen Raumnutzungskategorien im neuen Regionalplan für verschiedene wirtschaftliche Funktionen und Nutzungen unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben um.

Die Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung kann eine hinreichend konkretisierende Festlegung beispielsweise durch einen pauschalen Ausschluss von bestimmten schutzbedürftigen Nutzungen nicht auf Ebene der Regionalplanung erfolgen. Diese Beurteilung überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und

Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz ?insbesondere? (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Die Änderung der textlichen Festlegung im angeführten Ziel Z.10 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen macht sich die in Ziffer 1.c) der Planzeichendefinition angegebenen Nutzungen als Vorrangnutzungen in den festgelegten GIB zu eigen, da es sich hinsichtlich einer erforderlichen kleinräumigen Konfliktlösung um eine Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt. Die textlichen Festlegungen des Z.10 *GIB sichern und entwickeln* wurden entsprechend überarbeitet. Bezüglich der Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit ?KAS 18? in der jeweils aktuellen Fassung.

Auch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum (s. Ziel 2-3 LEP NRW) unberührt.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.

1008396, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 4 ?Freiraum?</p> <p>Zu 4.1 Festlegungen für den gesamten Freiraum</p> <p>4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum Z.17</p> <p>Die Zielqualität des Z.17 ist aus Sicht der Stadt Bad Honnef anzuzweifeln, da die konkreten Belange auf der Ebene des Regionalplanes in der beschriebenen Kleinteiligkeit nicht schlussabgewogen sein können. Außerdem wird ein Widerspruch, mithin auch eine unklare Dopplung zu den Aussagen unter dem nachfolgenden G.27 gesehen; eine Revision dieser Regelungen wird für erforderlich gehalten.</p> <p>G.27</p> <p>Vergleiche hierzu die Stellungnahme vorher zu Z.17.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Das Ziel richtet sich an die Beachtung von im Regionalplan definierten Freiraumfunktionen und erfüllt insofern die Kriterien für eine endabgewogene Festlegung. Der nachfolgende Grundsatz weist aufgrund der gleichen Intention ("Stoßrichtung") lediglich in der Überschrift eine Dopplung auf und ist inhaltlich deutlich abgesetzt von der v.g.Zielvorgabe.</p>

1008398, Stadt Bad Honnef

Inhalt

Zu 4.2 Regionale Grünzüge

Z.18

Erläuterung 5

Die Erläuterung 5 bleibt nicht bei einer Erläuterung, sondern formuliert eigens weitergehende Anforderungen an die Bauleitplanung (Anpassungsgebote, Darstellungs- bzw. Festsetzungsverpflichtungen), ohne selbst Ziel oder Grundsatz zu sein. Es handelt sich hier um ein weiteres Beispiel für die aus Sicht der Stadt Bad Honnef vorliegende Abgrenzungproblematik in diesem umfassenden Regelwerk.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterung konkretisiert die Umsetzung der Zielfestlegung.

1008399, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>G.28</p> <p>?Soll?-Formulierungen als Grundsatz der Regionalplanung sind aus Sicht der Stadt Bad Honnef redaktionell schwer verständlich; der Begriff ?Entwicklung? steht beispielhaft für planerisch unbestimmte Begriffe des Regionalplan-Entwurfs.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Formulierungen entsprechen der raumordnerischen Methodik und dem im Planungsrecht etablierten Vokabular.</p>

1008400, Stadt Bad Honnef	
Inhalt Zur Erläuterungskarte F3 In der Legende fehlt aus Sicht der Stadt Bad Honnef die Erklärung zu dem gelbfarbigen Flächen-Layer.	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es werden Hinweise zu der Beschriftung der Erläuterungskarte F3 gegeben. Diese wurde auf Grund im Zuge der Aktualisierung überarbeitet.

1008401, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>Zu 4.5 Wald</p> <p>4.5.3 Waldbewirtschaftung</p> <p>G.42</p> <p>Der Grundsatz 42 und seine Erläuterungen können in vielen Bereichen Konflikte mit dem Bundesnaturschutzgesetz sowie den verschiedenen Schutzgebietsverordnungen auslösen. Als Beispiel sei hier der Punkt Waldumbau versus Biotopschutz genannt. Aus Sicht der Stadt Bad Honnef wäre es wünschenswert, hier einen präziseren Text im Regionalplan zu verfassen, um Konflikte mit anderen gesetzlichen Regelungen auszuschließen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es handelt sich um einen Grundsatz, der im Einzelfall einer Abwägung bzw. einem Ermessen zugänglich ist. Insofern bestehen Spielräume, um Konflikte in Abhängigkeit von der jeweiligen örtlichen Situation auszugleichen.</p>

1008402, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>G.43</p> <p>Unter G.43 ist aus Sicht der Stadt Bad Honnef auch das Thema Waldbrandbekämpfung zu nennen und in den Fokus der Bewirtschaftungsbedingungen zu stellen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Grundsatz stellt auf die Bewirtschaftung ab, die vielfältigen Aspekten unterliegt. Eine explizite Nennung der Waldbrandvorsorge ist nicht erforderlich.</p>

1008404, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>Zu 4.7 Wasser</p> <p>4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz</p> <p>Z.28 Redaktionell ist aus Sicht der Stadt Bad Honnef zunächst die Präzisierung des Begriffs ?nicht realisierte Bauflächen? bereits in der Zielformulierung erforderlich, um die Bezugnahme auf die Flächennutzungsplanung und insbesondere auch Bereiche nach § 34 BauGB formal eindeutig herzustellen; ansonsten bleibt ein weiterer Fall im Regionalplanung, wo die Erläuterungen in ihrer unklaren formalen Abgrenzung Auslegungsschwierigkeiten bereiten werden. Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass derselbe Belang bzw. Sachverhalt seitens der Regionalplanung dann auch für andere, z. B. Infrastruktur-Flächen, zu bewältigen wäre.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterung 1 zu der Textliche Festlegung Z. 28 wird geändert (s. Änderungssynopse).</p> <p>Im Übrigen gilt, das gemäß BauGB und BauNVO FNP-Flächen für die Infrastruktur auch Bauflächen sind, siehe insbes. § 5 Abs. 2 Nrn. 2, 3, 4, und Abs. 4 BauGB, sowie §§ 1 Nr. 4, 15 BauNVO.</p>

1008405, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 5 ?Infrastruktur?</p> <p>Zu 5.1 Verkehrsinfrastruktur</p> <p>5.1.2 Radwegenetz G.52</p> <p>In Erläuterungskarte I2 zum Radwegenetz sind die Radwege des Radnetzes NRW eingezeichnet. Im Vergleich mit dem aktuellen Radwegenetz NRW ergibt sich eine wesentliche Veränderung, die aus Sicht der Stadt Bad Honnef sehr zu begrüßen ist. Sie betrifft die Berg-Tal-Verbindung ?Schmelztal?, die heutige Landesstraße 144. Eine Erweiterung des Radwegenetzes um diese Achse kann einen wesentlichen Impuls für die Radmobilität, insbesondere mit Blick auch Pendlerbewegungen von/nach Bad Honnef Tal geben. Die Stadt hat eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die den Bau eines Radweges entlang der Landesstraße prüft. Sofern der Regionalplan hier eine Erweiterung des Netzes vorsieht, kann dies das Vorhaben stark beschleunigen und ist daher positiv zu bewerten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise gegeben zu einer nachgelagerten Planung und darüber hinaus keine Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1008406, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>5.1.3 Schienennetz</p> <p>Z.29</p> <p>Die Stadt Bad Honnef hat für den Bahnhof Bad Honnef bereits eine Machbarkeitsstudie zu dessen Verlegung durchgeführt. Seitens der DB in Verbindung mit dem NVR laufen vertiefende Variantenprüfungen, Vorplanungen, und Abstimmungen dazu mit der Stadt. Auf die Stellungnahme weiter unten (Pkt. III. zu Verkehrsinfrastruktur) und den gesamträumlichen Planungskontext wird verwiesen. Die Aufnahme bzw. Berücksichtigung einer möglichen Verlegung des Bahnhofsstandortes bereits im Kontext des Regionalplans sollte im weiteren Prozess auch mit den Fachplanungsträgern weiter geprüft und erörtert werden, da die Vorplanungen konkret werden. Hierbei gilt es aus Sicht der Stadt Bad Honnef insbesondere auch, Konflikte dieser wichtigen Infrastruktureinrichtung und -planung zu anderen Belangen (v. a. Schutzgebiets- bzw. Freiraum-Vorrangausweisungen) bereits in der Regionalplanung soweit wie möglich auszuräumen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen. Die Berücksichtigung einer möglichen Verlegung des Bahnhofsstandorts ist geprüft worden (vgl. StnID 1008407).</p>

1008407, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>G.53</p> <p>Die Stadt Bad Honnef verweist auch hier auf die Belange, die oben zu Z.29 formuliert wurden, und bittet um Prüfung bzw. Berücksichtigung im Kontext einer möglichen neuen Standortplanung ?Haltepunkt Bad Honnef?.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Verlegung des Haltepunkts wird berücksichtigt und die zeichnerische Festlegung entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p>

Inhalt**G.54**

Laut G.54 werden Schienenplanungen aus den Bedarfsplänen von Bund und Land ohne räumliche Festlegung als Vorbehaltsgebiet im Regionalplan aufgenommen. Planungen und Maßnahmen, die mit der geplanten Nutzung oder einer weiteren Konkretisierung der Schienenplanung nicht vereinbar sind, sollen vermieden werden. In der Plankarte erfolgt die zeichnerische Darstellung einer Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung ? hier: ?Neubaustrecke? im Siebengebirge. Da wegen des vorläufigen Planungsstandes eine Trassenfestlegung im BVWP nicht erfolgt ist und ebenso im Regionalplan keine raumverträgliche Grobtrasse gefunden werden konnte, markiert die Darstellung bisher nur die gedachte Verbindung zwischen zwei Orten, für die eine raumverträgliche Trassierung noch zu ermitteln sein wird. Allerdings wird bereits auf das Gebot der flächensparenden Bündelung von Verkehrstrassen gemäß LEP NRW abgestellt. Der Verlauf der Linie im Regionalplan folgt daher (bereits) der A3 bzw. der ICE-Neubaustrecke. Im Agglomerationskonzept Köln/Bonn wird die Planung ebenfalls thematisiert. Das Stadtgebiet Bad Honnef ist durch die Bahnstrecke entlang des Rheins erheblich von Güterverkehr betroffen, zugleich erschwert der Güterverkehr dort den leistungsfähigen Betrieb bzw. Ausbau des SPNV. Daher wird grundsätzlich begrüßt, langfristige und strategische Planungen zur Entzerrung bzw. Entlastung der Schieneninfrastruktur zu betreiben. Im Gegenzug bestehen mit der Doppeltrasse A3/ICE-Strecke bereits markante Einschnitte und Lärmquellen auf Bad Honnefer Stadtgebiet in ?ruhigen? Ortslagen und Freiraumbereichen. Die vorbehaltliche Darstellung im Regionalplan legt nahe, dass prioritär eine weitere Trassenbündelung entlang der A3 in Erwägung gezogen werden soll. Es verbleibt ein Widerspruch zwischen der völligen Unverbindlichkeit und Unklarheit der Plan-?Linie? auf der einen, und einem Vermeidungsgebot für konkurrierende Planungen auf der anderen Seite. Der Planungsstand würde nahelegen, auf eine Darstellung in der Hauptkarte des Regionalplanes zu verzichten, und die Aussage auf die Erläuterungskarten zu beschränken. Die Darstellung der Plan-?Linie? erfolgt nicht ?auf Augenhöhe? mit den sonstigen Inhalten des Planes; Auslegungsprobleme für die zukünftige Bauleitplanung sollten vermieden werden. Auch wenn die Regionalplanung in Bezug auf die Trassenplanung also noch unkonkret und unverbindlich bleibt bzw. bleiben muss, legt die Stadt Bad Honnef bereits an dieser Stelle Wert auf die Feststellung, dass sie für dieses Infrastrukturprojekt eine sehr gründliche Grundlagen- und weitere Alternativen-Prüfung, auch im gesamt- und überregionalen Suchbereich, für erforderlich hält.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Anregung zur Streichung der Maßnahme in den zeichnerischen Festlegungen wird nicht gefolgt. Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist und von der Fachplanung weiter zu konkretisieren ist. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Auslegungsprobleme in Bezug auf die Festlegung sind in den nachfolgenden Planverfahren aufgrund der gewählten Formulierung nicht zu erwarten.

Inhalt

III. Stellungnahme zu den zeichnerischen Festlegungen der Planunterlage

Zur Planzeichnung Teil 1. Siedlungsraum

Um den Zuschnitt der ASB und GIB zu bewerten wurde seitens der Stadt Bad Honnef ein GIS-basierter Verschnitt der Planunterlage des Entwurfs mit dem aktuellen Regionalplan durchgeführt. Dabei ist festzustellen, dass ASB- bzw. GIB-Flächen ergänzt oder gestrichen wurden. In einzelnen Fällen ist es möglich, diese Flächen unter Bezugnahme auf die jeweilige Benennung, die im Rahmen der Kommunalgespräche vorbereitend vergeben wurde, zu kommentieren (z. B. ASB-206-2). Vielfach ist die kommentierte Fläche nicht deckungsgleich mit dem Zuschnitt der bereits definierten Fläche oder sie existiert in der Liste definierter Flächen bislang nicht. Für diesen Fall wird im Folgenden ggf. Bezug auf die jeweils beteiligten, definierten Flächen genommen und der gemeinte Zuschnitt beschrieben und grafisch dargestellt.

Aus Sicht der Stadt Bad Honnef ergibt sich eine Liste von

- nicht nachvollzogenen ASB-/ GIB-Bestandsnachzeichnungen,
- ASB-/ GIB-Erweiterungen in kommunalplanerisch ?ungewünschten? Bereichen,
- Rücknahmen kommunalplanerisch ?gewünschter? ASB-/GIB-Reserven durch die Regionalplanung sowie
- kommunalplanerischer Neudarstellungswünsche.

Seitens der Stadt Bad Honnef wird um die Prüfung und Übernahme der nachfolgend einzeln aufgeführten Änderungswünsche zur Abgrenzung der ASB und GIB gebeten. Im Ergebnis hält die Stadt Bad Honnef in der Zusammenschau dieser Einzelflächen eine Neuabgrenzung bzw. Neudarstellung der ASB und GIB für das Stadtgebiet in der Planzeichnung für erforderlich, insbesondere damit nachfolgende Bauleitplanverfahren nicht im Widerspruch zu Zielen der Regionalplanung stehen oder ein solcher Widerspruch ? gerade bei Bestandsüberplanungen ? nicht konstruiert werden kann. Ein Abgleich mit sämtlichen Erläuterungskarten zum Regionalplan wird sodann erforderlich.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu den Abgrenzungen der Siedlungsbereiche in der Planzeichnung gegeben. Diese sind nicht nachvollziehbar und widersprechen teilweise den kommunalpolitisch gewünschten Bereichen. Daher folgt in der Stellungnahme eine große Anzahl von zeichnerischen Änderungswünschen, damit kein Widerspruch zu der kommunalen Bauleitplanung entsteht.

1008410, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>Zu ?Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)? ASB-207-05-02</p> <p>(Abb.)</p> <p>Eine Prüfung und Ergänzung des ASB in Randbereichen ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung), der Bauleitplanung (FNP), dem aktuell gültigen Regionalplan sowie Schutzgebietsgrenzen. Die Flächenabgrenzung 207-05-02 ist exemplarisch für den Gesamtbereich, der im Prinzip an die gültige Regionalplandarstellung (blaue Darstellung) wieder anzugleichen ist.</p> <p>Anhänge Abb_ID1008410.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die unterschiedliche Abgrenzung des ASB Bad Honnef zwischen dem aktuellen Regionalplan und dem vorliegenden Entwurf erfolgte u.a. auf der Grundlage der geltenden Abgrenzung des NSG Siebengebirge und der geänderten Waldabgrenzungen.</p>

1008411, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-207-03</p> <p>(Abb.)</p> <p>Eine Prüfung und Ergänzung des ASB ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung), der Bauleitplanung sowie dem aktuell gültigen Regionalplan. Die Fläche ist in einem gültigen Bebauungsplan aktuell überwiegend als Grünfläche (Parkanlage) festgesetzt; ein Bebauungsplanverfahren zur Prüfung der möglichen Entwicklung als Baugebiet läuft. Auch als faktische und festgesetzte Parkanlage ist die Fläche so oder so dem ASB zuzuordnen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW).</p> <p>Die Neuabgrenzung des ASB an dieser Stelle erfolgte aufgrund eines Konfliktes mit dem Hochwasserschutz. Gemäß Ziel 7.4-6 LEP NRW sind Überschwemmungsbereiche von hochwasserempfindlichen oder den Abfluss behindern-den Nutzungen, insbesondere von zusätzlichen Siedlungsbereichen und Bauflächen, freizuhalten. Der in Rede stehende Bereich liegt innerhalb des festgesetzten Überschwemmungsgebietes Rhein, der Regionalplan stellt hier einen Überschwemmungsbereich dar.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1008412, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-207-16</p> <p>(Abb.)</p> <p>Eine Prüfung und Ergänzung des ASB in Randbereichen ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung), der Bauleitplanung (FNP), dem aktuell gültigen Regionalplan sowie Schutzgebietsgrenzen.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1008412.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand (FNP Darstellung) bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1008413, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-207-18</p> <p>(Abb.)</p> <p>Eine Prüfung und Ergänzung des ASB in Randbereichen ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung), der Bauleitplanung (FNP), dem aktuell gültigen Regionalplan sowie Schutzgebietsgrenzen. Dies greift ebenso für den unmittelbar südlich angrenzenden Bebauungsbestand.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1008413.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand (FNP Darstellung) bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1008414, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-207-neu08</p> <p>(Abb.)</p> <p>Eine Prüfung und Ergänzung (Neudarstellung) des ASB ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung). Es handelt sich vor allem um Sportanlagen und Nebenflächen eines etablierten Schulstandortes, die in dieser Funktion dem ASB zuzuordnen sind.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1008414.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1008415, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-207-neu09</p> <p>(Abb.)</p> <p>Eine Prüfung und Ergänzung (Neudarstellung) des ASB ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung). Es handelt sich um Wohnbebauung und um Sportanlagen, die in dieser Funktion dem ASB zuzuordnen sind.</p> <p>Anhänge Abb_ID1008415.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Der ASB Honnef ist im vorliegenden Entwurf neu bis zur L 144 erweitert worden. Die Straße und der Ohbach bilden hier eine Raumkante, die die dauerhafte Abgrenzung zwischen Freiraum und Siedlungsbereich bildet. Eine weitere Siedlungsentwicklung in den Freiraum ist hier planerisch nicht möglich.</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Westlich der L 144 beginnt der multifunktionale Freiraum des Siebengebirges (BSN, Regionaler Grünzug, BSLE).</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1008416, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-207-neu10</p> <p>(Abb.)</p> <p>Eine Prüfung und Ergänzung (Neudarstellung) des ASB ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung). Es handelt sich um Wohnbebauung.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1008416.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand (FNP Darstellung) bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1008417, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-207-neu11</p> <p>(Abb.)</p> <p>Eine Prüfung und Ergänzung (Neudarstellung) des ASB ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung). Es handelt sich um den Standort der Jugendherberge, die in dieser Funktion dem ASB zuzuordnen ist.</p> <p>Anhänge Abb_ID1008417.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Der Siedlungsbereich endet an dem in der Örtlichkeit nachvollziehbaren Hangfuß. Die Jugendherberge liegt oberhalb dieser Abgrenzung und ist damit eindeutig dem Außenbereich zuzuordnen was wiederum Voraussetzung für die Erholungsnutzung ist.</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Aufgrund der feirraum- und siedlungsbezogenen Funktionen ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1008418, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-207-neu13</p> <p>(Abb.)</p> <p>Eine Prüfung und Ergänzung (Neudarstellung) des ASB ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung) und Schutzgebietsgrenzen. Es handelt sich um Wohnbebauung.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1008418.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die angeregte Erweiterung des ASB entlang der Löwenburgstraße stellt genau eine solche bandartige Entwicklung dar, die zur Verfestigung der dort vorzufindenden Aussenbereichslage führen wird.</p> <p>Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW).</p> <p>Die angeregte Festlegung zur Erweiterung des Siedlungsbereichs soll der Sicherung einer Aussenbereichslage dienen. Diese hat durch die Abgrenzung des umliegenden Naturschutzgebietes keine Möglichkeit der Erweiterung oder des Ausbaus. Negative Auswirkungen auf das angrenzende Schutzgebiet sind zu vermeiden.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte im Rahmes der rechtlichen Möglichkeiten des BauGB werden nicht berührt.</p>

1008419, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-207-neu14</p> <p>(Abb.)</p> <p>Eine Prüfung und Ergänzung (Neudarstellung) des ASB ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung), der Bauleitplanung (FNP) und Schutzgebietsgrenzen. Es handelt sich um wichtige Infrastrukturflächen (Wasserwerk) und Wohnbebauung, insbesondere im nördlichen Teilbereich.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1008419.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung eines Siedlungsbereiches aber auch die nachfolgende Bauleitplanung stösst hier auf wasserrechtliche Restriktionen. Der südliche Bereich der vorgeschlagenen Erweiterungsfläche liegt innerhalb des festgesetzten Überschwemmungsgebietes Rhein. Darüber hinaus gilt für die in Rede stehende Fläche die Einschränkungen einer Trinkwasserschutzzone II. Eine ASB Darstellung würde hier den regionalplanerischen Zielen zu Überschwemmungsbereichen und BGG widersprechen.</p> <p>Darüber hinaus ist aufgrund der freiraumbezogenen Funktionen insbesondere der Biotopvernetzung der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.]</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1008420, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-207-neu15</p> <p>(Abb.)</p> <p>Eine Prüfung und Ergänzung (Neudarstellung) des ASB ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung), Stadtentwicklungszielen, der Bauleitplanung und Schutzgebietsgrenzen. Es handelt sich um gemischt genutzte bauliche Bereiche, Sportanlagen und vor allem wichtige Infrastrukturflächen (P+R/Parkplatz-Anlage im Verbund mit Stadtbahn-/Bahneinrichtungen). Abgeleitet aus den Zielsetzungen des ISek und des InHK verfolgt die Stadt Bad Honnef eine Planungs- und Maßnahmenstrategie, im Bereich der heutigen Stadtbahn-Endhaltestelle einen neuen Mobilitätsknoten ?Bad Honnef? zu etablieren (vgl. dazu Teil I. dieser Stellungnahme sowie die genannten Dokumente). Dies umfasst auch die mögliche Verlagerung und den Neubau des DB-Bahnhofs in diesen Bereich, einen neuen Brückenschlag über B 42 und Bahn aus der Innenstadt in diesen Bereich und die ergänzende Planung und Errichtung von Infrastruktur (z. B. ein Parkhaus). Im Verbund damit soll auch die Rheinlage Bad Honnefs (Rheinuferbereich, Anbindung der neu gestalteten Insel Grafenwerth usw.) aufgewertet und weiterentwickelt werden. Trotz und in Kenntnis der Lage dieses Gesamtbereichs in anspruchsvollen Schutzgebieten, v. a. dem Überschwemmungsgebiet, legt die Stadt Bad Honnef besonderen Wert darauf, diese Entwicklungsziele auch regionalplanerisch abgesichert zu sehen. Eine Überprüfung der LSG-Abgrenzung wird seitens der Stadt für notwendig gehalten. Die Absicherung der o. g. Planungsziele gilt auch mit Blick auf die Einbeziehung der Partner DB, NVR bzw. Stadtbahn in die Regionalplanung und nachfolgende Planungsprozesse.</p> <p>Anhänge Abb_ID1008420.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsgränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Eine solche Raumkante ist die vorhandene Bahnlinie, d.h. die Siedlungsentwicklung soll an der Bahntrasse enden und nicht in Richtung Rhein weitergeführt werden.</p> <p>Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (Landschaftsschutzgebiet) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen.</p> <p>Ein Siedlungsbereich an der in Rede stehenden Stelle steht im Konflikt mit dem Hochwasserschutz. Der Bereich liegt innerhalb des festgesetzten Überschwemmungsgebietes Rhein, der Regionalplan stellt hier einen Überschwemmungsbereich dar. Eine bauliche Nutzung ist damit zunächst einmal nicht möglich.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die regionalplanerische Festlegung Freiraum ermöglicht auch den angeführten geplanten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und Sportanlagen. Dazu bedarf es keines ASBs. Voraussetzung dazu sind allerdings wasserechtliche Ausnahmegenehmigungen vom Hochwasserschutz.</p>

1008421, Stadt Bad Honnef

Inhalt

ASB-207-neu16

(Abb.)

Eine Prüfung und Ergänzung (Neudarstellung) des ASB ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung), Stadtentwicklungszielen, der Bauleitplanung und Schutzgebietsgrenzen. Es handelt sich um Wohnbauflächen und vor allem wichtige Infrastrukturflächen

(P+R/Parkplatz-Anlage im Verbund mit Stadtbahn-/ Bahneinrichtungen).

Abgeleitet aus den Zielsetzungen des ISek und des InHK verfolgt die Stadt Bad Honnef eine Planungs- und Maßnahmenstrategie, im Bereich des Bahnhofs und der Stadtbahn-Haltestelle einen Mobilitätsknoten ?Rhöndorf? zu etablieren (vgl. dazu Teil I. dieser Stellungnahme sowie die genannten Dokumente). Dies umfasst auch die ergänzende Planung und Errichtung von Infrastruktur. Im Verbund damit soll auch die Rheinlage Rhöndorfs (Rheinuferbereich) aufgewertet und weiterentwickelt werden. Trotz und in Kenntnis der Lage dieses Gesamtbereichs in anspruchsvollen Schutzgebieten, v. a. dem Überschwemmungsgebiet, legt die Stadt Bad Honnef besonderen Wert darauf, diese Entwicklungsziele auch regionalplanerisch abgesichert zu sehen. Dies gilt auch mit Blick auf die Einbeziehung der Partner DB, NVR bzw. Stadtbahn in die Regionalplanung und nachfolgende Planungsprozesse.

Anhänge

[Abb_ID1008421.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Eine solche Raumkante ist die vorhandene Bahnlinie, d.h. die Siedlungsentwicklung soll an der Bahntrasse enden und nicht in Richtung Rhein weitergeführt werden.

Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (Landschaftsschutzgebiet) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen.

Ein Siedlungsbereich an der in Rede stehenden Stelle steht im Konflikt mit dem Hochwasserschutz. Der Bereich liegt innerhalb des festgesetzten Überschwemmungsgebietes Rhein, der Regionalplan stellt hier einen Überschwemmungsbereich dar. Eine bauliche Nutzung ist damit zunächst einmal nicht möglich.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die regionalplanerische Festlegung Freiraum ermöglicht auch den angeführten geplanten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und Sportanlagen. Dazu bedarf es keines ASBs. Voraussetzung dazu sind allerdings wasserechtliche Ausnahmegenehmigungen vom Hochwasserschutz.

1008422, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-207-neu-17</p> <p>(Abb.)</p> <p>Eine Prüfung und Ergänzung (Neudarstellung) des ASB-207-neu-17 ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Nutzungsbestand (Bestandsnachzeichnung), Stadtentwicklungszielen, der Bauleitplanung und Schutzgebietsgrenzen. Es handelt sich um die renommierte Insel Grafenwerth, die wegen Ihrer Lage und Ausstattung als Parkanlage, Spielplatz, Freibad, Tennisanlage usw. ein Alleinstellungsmerkmal im Verlaufe der Rheins besitzt. Trotz und in Kenntnis der Lage dieses Gesamtbereichs in anspruchsvollen Schutzgebieten, v. a. dem Überschwemmungsgebiet und dem Landschaftsschutzgebiet, legt die Stadt Bad Honnef besonderen Wert darauf, die Nutzungen und Entwicklungsziele für die Insel auch regionalplanerisch abgesichert zu sehen. Eine enger gefasste und einschränkende Zweckbestimmung kann hierbei ausdrücklich in Frage kommen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1008422.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung von ASBz für Freizeitanlagen erfolgt für überwiegend baulich geprägte Freizeiteinrichtungen in einer Größenordnung von >10 ha. Einer Festlegung von neuen ASBz ohne siedlungsräumlichen Anschluss stehen die Ziele des Landesentwicklungsplans (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW) entgegen. Gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW hat jede Neu-, Änderungs-, Über- oder Erweiterungsplanung umwelt-, sozial- und zentrenverträglich zu erfolgen. Neuplanungen von Standorten sind der Regel nur im bzw. unmittelbar angrenzend an den Siedlungsraum möglich. Die Weiterentwicklung vorhandener Standorte, in isolierter Freiraumlage, sind darüber hinaus nur möglich wenn eine Flächenerweiterung, ausgehend von der bisherigen Größe des vorhandenen Standortes, geringfügig ist, eine Nutzungserweiterung im funktionalen Zusammenhang mit der bisherigen Standortnutzung steht bzw. eine Nutzungsänderung den Charakter der bisherigen Standortnutzung im Wesentlichen erhält.</p> <p>Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 grundsätzlich im Freiraum möglich und bedarf keiner räumlichen Steuerung oder Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan. Das fehlenden Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen.</p> <p>Darüber hinaus besteht ein Konflikt mit dem Hochwasserschutz. Gemäß Ziel 7.4-6 LEP NRW sind Überschwemmungsbereiche von hochwasserempfindlichen oder den Abfluss behindernden Nutzungen, insbesondere von zusätzlichen Siedlungsbereichen und Bauflächen, freizuhalten. Der in Rede stehende Bereich liegt innerhalb des festgesetzten Überschwemmungsgebietes Rhein, der Regionalplan stellt hier einen Überschwemmungsbereich dar.</p>

1008423, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-206-neu2</p> <p>(Abb.)</p> <p>Eine Prüfung und Ergänzung (Neudarstellung) des ASB ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung) und der Bauleitplanung (FNP). Es handelt sich um einen Campingplatz, der in dieser Funktion und Lage dem ASB zuzuordnen ist.</p> <p>Anhänge Abb_ID1008423.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter der bauleitplanischen Darstellung des Campingplatzes als zweckgebundene Grünfläche zurück, um eine nachteilige Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.</p> <p>Ein Campingplatz ist aus Sicht der Raumordnung sowohl im Freiraum als im ASB möglich. Das gilt auch, wenn zukünftig hier ein Sondergebiet im FNP dargestellt oder auch der Platz erweitert werden soll. Eine Zuordnung zum Siedlungsbereich ist bei dieser Nutzung raumordnerisch nicht notwendig.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1008424, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-206-03-01</p> <p>(Abb.)</p> <p>Der ASB wurde im Vergleich zum aktuellen Regionalplan geringfügig zurückgenommen. Im Zusammenhang mit der oben geforderten Neudarstellung (Siedlungsbestand, Fläche ASB-206-neu2) ist die Fläche wie im bestehenden Regionalplan weiterzuführen bzw. die Konturierung der ASB-Abgrenzung insgesamt zu prüfen bzw. neu zu fassen. Die Flächenabgrenzung 206-03-01 ist exemplarisch für den Gesamtbereich nördlich und südlich des Campingplatzes, der im Prinzip an die gültige Regionalplandarstellung (blaue Darstellung) und Bestandsnachzeichnung anzugleichen ist.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1008424.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Da auch der Anregung ID 1008423 zur Vergrößerung des ASB aufgrund der Campingplatzdarstellung nicht gefolgt worden ist, entfällt auch die angeführte Begründung einer ASB Änderung.</p>

1008425, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-206-04-04</p> <p>(Abb.)</p> <p>Der ASB wurde im Vergleich zum aktuellen Regionalplan geringfügig zurückgenommen. Die Fläche ist wie im bestehenden Regionalplan weiterzuführen bzw. die Konturierung der ASB-Abgrenzung insgesamt zu prüfen. Die Flächenabgrenzung 206-04-04 ist exemplarisch v. a. auch für den Bereich nördlich, der im Prinzip an die gültige Regionalplandarstellung (blaue Darstellung) und Bestandsnachzeichnung anzugleichen ist.</p> <p>Anhänge Abb_ID1008425.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

Für die Siedlungsbereiche östlich der A 3 bittet die Stadt Bad Honnef insgesamt um eine Überprüfung der zeichnerischen Festlegungen in der Regionalplan-Karte. Mit Blick auf die ASB ist aus den nachfolgenden Gründen die Festlegung von drei neuen ASB-Abgrenzungen für die Ortsteile Bad Honnef-Orscheid, -Wülscheid und -Brüingsberg angezeigt. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha sind gemäß Anlage 3 der LPIG-DVO in der Regel zeichnerisch darzustellen. Die drei in den nachfolgenden Karten als Entwurfsgrundlage neu abgegrenzten ASB verfügen über Ausdehnungen von etwa 30 ha (Orscheid), 40 ha (Wülscheid) und 26 ha (Brüingsberg). Sie erfüllen damit bereits das Kriterium, mit einer ASB- und damit Vorrang-Festlegung im Regionalplan zeichnerisch abgegrenzt zu werden. Die Regionalplan-Karte verhält sich in diesem Zusammenhang sehr uneinheitlich: Während z. B. Ortsteile wie Königswinter-Rauschendorf, Wachtberg-Villiprott oder Lohmar-Heppenberg als ASB erfasst sind, werden die oben genannten Bad Honnefer Ortslagen zusammen mit vielen anderen Teilen anderer Städte nicht dargestellt. Die Regelung der LPLG-DVO, wonach Wohnplätze mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2 000 Einwohnern nicht als Siedlungsbereiche darzustellen sind, sondern von Planzeichen 2.a) der Anlage 3 erfasst werden, steht im Widerspruch zum Flächenkriterium. Die genannten Bad Honnefer Ortsteile sind bisher nur in wenigen Teilen mit verbindlichen Bauleitplänen belegt. Innerhalb der Ortsteile bestehen einige Entwicklungs- oder Nachverdichtungspotentiale, die summarisch eine relevante Wohnbau-/Einwohnerkapazität generieren. Dafür sollte eine Absicherung zukünftiger Bauleitplanungen auch bereits auf Ebene der Regionalplanung zweifelsfrei erfolgen. Insbesondere die Nähe zur Anschlussstelle der A3 hebt diese Standorte von weiter entfernt liegenden Wohnplätzen ab und unterstreicht das Potential der Stadt Bad Honnef zur Entlastung des Oberzentrums Bonn.

ASB neu Ortslage Orscheid

(Abb.)

ASB neu Ortslage Wülscheid

(Abb.)

ASB neu Ortslage Brüingsberg

(Abb.)

Anhänge

[Abb_ID1008426_1.pdf](#)

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen.

Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei dem aufgeführten Bereich handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. ohne ausreichende Infrastrukturausstattung zur Grundversorgung und somit um einen Ortsteil im regionalplanerischen Freiraum.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *„Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren“* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Abb_ID1008426_2.pdf Abb_ID1008426_3.pdf	
--	--

Inhalt

Zu ?Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB)?

Da die Bad Honnefer Tallage für die Entwicklung neuer Gewerbegebietsflächen keine Potentiale mehr bietet, wurden auf kommunalplanerischer Ebene sowie im Rahmen der Erstellung eines Gewerbeflächenkonzeptes durch den Rhein-Sieg-Kreis zumindest zwei alternative Potentialflächen im Stadtbezirk Aegidienberg betrachtet. Eine erste Alternative bezog sich bereits auf eine Standortergänzung nordöstlich der Anschlussstelle A 3 - Bad Honnef/ Linz. Als alternativer Standort ist eine Fläche nördlich des bestehenden Gewerbegebiets Heideweg zu sehen, auf der westlichen Seite der A3 gelegen. Diese wurde im Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Sieg-Kreises als Potentialfläche untersucht und dort zunächst für umsetzbar befunden. Die Alternative geht auch auf einen politischen Prüfauftrag durch die Gremien der Stadt Bad Honnef zurück; sie findet sich nun (alleine) im Entwurf des Regionalplanes als neuer GIB wieder. Eine Flächenentwicklung im Gewerbebereich ist für die Stadt Bad Honnef zu begrüßen. Bereits seit einigen Jahren, seitdem die Vermarktung des Gewerbeparks Dachsberg entlang der A3 in südöstliche Richtung abgeschlossen ist, erfolgt die Entwicklung nur noch im Bestand und ist daher auch hier bereits sehr eingeschränkt. Bei der nun vorgesehenen GIB-Erweiterung gilt es jedoch einige wichtige Abwägungsaspekte zu berücksichtigen, die bei der Aufstellung des Regionalplans einfließen sollten:

Lage/ Erschließung: Die im Entwurf vorgesehene Erweiterung schließt sich zwar räumlich an das bestehende Gewerbegebiet Heideweg an. Die Erschließung lässt sich jedoch nur von Norden aus über die angrenzende Kreisstraße und somit auf Umwegen durch die Ortslagen herstellen.

Topografie: Die topografischen Gegebenheiten sind zu beachten und eignen sich weniger gut für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben. Angrenzend an das Gewerbegebiet Heideweg fallen die Grundstücke stark in Richtung der Kreisstraße nach Norden ab. Somit ist fraglich, ob die Entwicklung/ Bebauung mit überschaubarem Aufwand erfolgen kann, zumal im Ergebnis erhebliche Geländebewegungen notwendig würden.

Umgebung/ Vornutzung: In direkter Nachbarschaft zu dem Areal befindet sich eine Umspannstation am Tunnelmund der ICE-Strecke, zudem sind Teile des Areals von großen Überland-Stromleitungen und Maststandorten tangiert. Seitens der Stadt Bad Honnef wird weiterhin eine regionalplanerische GIB-Sicherung im Bereich nordöstlich der Anschlussstelle A 3 - im Tausch bzw. als Ersatz für die bisher im Entwurf vorgesehene Fläche - favorisiert. Dieser Standort ist im Übrigen auch durch das ISek (vgl. Teil I. der Stellungnahme) als Schwerpunktraum für die Entwicklung neuer Gewerbeflächen eingeführt und bestätigt worden.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verfügt die Stadt Bad Honnef noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Ein bedarfsgerechter Flächentausch ist daher nicht erforderlich.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der in Rede stehende Bereich für eine Neudarstellung eines GIB ist im 1. Planentwurf als Wald festgelegt. Gemäß Zielfestlegung *Waldbereiche erhalten und entwickeln* können ausnahmsweise Waldbereiche in Anspruch genommen werden, wenn sichergestellt wird, dass für die in Anspruch genommenen Waldflächen neue Waldflächen in mindestens gleichem Flächenumfang geschaffen werden und die Funktionen des jeweils betroffenen Waldbereichs insgesamt erhalten bleiben.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIB. Gleichzeitig wird in unmittelbarer Nähe ein neuer Waldbereich im gleichen Umfang festgelegt, sodass der Ausnahme des Ziels *Waldbereiche erhalten und entwickeln* entsprochen ist.

Lage/ Erschließung: Der Standort würde die bestehende Gewerbe- und Industrieflächenanordnung ?rund um? die Anschlussstelle der A 3 sinnvoll ergänzen und attraktiv abrunden. Die Fläche liegt direkt an der Landesstraße 247 und kann dort über einen leistungsfähigen Kreisverkehr (geplant) und die Ortsstraße direkt erschlossen werden.

Topografie: Die topografischen Gegebenheiten sind besser geeignet, um Gewerbebetriebe anzusiedeln, da es sich um relativ flaches Gelände handelt. Zustand: Aufgrund erheblicher Borkenkäferschäden ist der Baumbestand derzeit abgeholzt. Eine Neubepflanzung hat zwar stattgefunden; dennoch ließe sich die Entwicklung in dieser Hinsicht relativ leicht realisieren. Die Stadt Bad Honnef bittet daher um Änderung der Regionalplankarte zu Gunsten der auf der nachfolgenden Karte vorgeschlagenen GIB-Abgrenzung unter Verzicht auf die bisher geplante Fläche.

GIB-117-02

Vorschlag: Entfall zu Gunsten der Neuausweisung GIB-144-01 (vgl. nachfolgende Karte)

(Abb.)

GIB-144-01

Vorschlag: Neufestlegung als GIB

(Abb.)

Anhänge

[Abb_ID1008427_1.pdf](#)

[Abb_ID1008427_2.pdf](#)

1008428, Stadt Bad Honnef

Inhalt

Zur Planzeichnung Teil 3. Verkehrsinfrastruktur

Zu ?Schienenwegen unter Angabe der Haltepunkte und Betriebsflächen?

Bahnhof Bad Honnef:

Mit dem InHK (vgl. Kap. I) wird unter dem dortigen Maßnahmensteckbrief 12 die städtebauliche Weiterentwicklung und Etablierung eines neuen Mobilitätsknotens Bad Honnef (?R(h)ein nach Bad Honnef?) beschrieben. Der Maßnahmen-Lageplan und die Stichpunkte dazu ergeben sich aus den folgenden Ausschnitten aus dem InHK:

(Abb.)

(Bild von Tabelle)

Die genannte Machbarkeitsstudie für eine Bahnhofsverlegung war sehr erfolgversprechend; inzwischen konkretisieren sich auf Seiten der relevanten Maßnahmenträger (Bahn, NVR) weitergehende Prüfungen und vielversprechende Initiativen, die Standortneuplanung weiter zu betreiben. Technische Vorplanungs-Varianten liegen bereits vor. Der funktionale und der städtebauliche Mehrwert der o. g. Gesamtmaßnahme sprechen für sich; dazu gehört ? trotz der Lage in oder an Schutzgebieten (Überschwemmungsgebiet, Landschaftsschutz) ? die Notwendigkeit, Planungen entsprechend angepasst fortführen zu können.

Die Stadt Bad Honnef legt speziell in diesem besonderen Planungsfall Wert darauf, dass diese stadtentwicklungspolitischen sowie verkehrsplanerischen Ziele und Maßnahmen durch die Regionalplanung mitgetragen bzw. zumindest nicht durch entgegenstehende Festlegungen eingeschränkt werden. Es wird um Prüfung und Abstimmung mit den betreffenden Maßnahmenträgern gebeten, die Standortplanung in den Regionalplan zu übernehmen. Damit verbunden ist aus städtischer Sicht die weitergehende Darstellung des ASB, soweit dieser ergänzende Infrastrukturflächen und bauliche Anlagen (z. B. P+R-Platz oder ein neues Parkhaus) im Kontext des Mobilitätsknotens vorhalten bzw. bauleitplanerisch ermöglichen muss. Ein Festlegungsvorschlag ergibt sich aus dem folgenden Bild:

Standortprüfung /-neuplanung Bahnhof Bad Honnef

(Abb.)

Anhänge

[Abb_ID1008428_1.pdf](#)

[Abb_ID1008428_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Berücksichtigung einer möglichen Verlegung des Bahnhofsstandorts ist geprüft worden (vgl. StnID 1008407).

Die Festlegung eines ASB ist für die bauleitplanerische Festlegung von begleitenden baulichen Infrastrukturen aus Sicht der Raumordnung nicht notwendig.

Inhalt

IV. Methodische Anregungen zum Beteiligungsprozess

Abschließend möchten wir als Kommune an dieser Stelle gerne eine Anregung zum Beteiligungsprozess geben. Der Erarbeitungsprozess beginnend mit den Kommunalgesprächen ist bereits eingangs an entsprechender Stelle angesprochen worden. Hier sollte eine klare Abgrenzung informeller Gespräche und formeller Eingaben zur Erarbeitung des Entwurfes in Form einer Dokumentation erfolgen. Mit Fertigstellung dieser Stellungnahme ist aus Sicht der Stadt Bad Honnef aber auch zum Modus der formellen kommunalen Beteiligung ein konstruktives Resümee angebracht: Die Beteiligungsunterlagen umfassen samt der Fachbeiträge, auf die in vielen Belangen des eigentlichen Planwerks verwiesen wird, mehrere tausend Seiten Text und umfangreiche Datensätze. Die Lektüre und Einordnung dieser Dokumente sind für die Kommunen zeit- und damit personalintensiv. Der Umfang der Inhalte eines Regionalplanes und die inhaltlich tiefgehende Befassung mit den Themen bedingt den Umfang der Dokumente. Die ausführliche Darstellung der Themenkomplexe ist ausdrücklich zu würdigen und trägt Wissen zusammen, dessen Nutzen über die Neufassung des Regionalplanes hinaus reicht. Allerdings sollte der Zeitraum zur Stellungnahme dem Umfang des Planwerkes und dessen Erarbeitungsaufwand entsprechen. Die Aufbereitung und Interpretation der Inhalte, die Beteiligung der politischen Gremien sowie intra- und interkommunale Rücksprachen benötigen für eine angemessene Durchdringung der vielschichtigen Themen aus Sicht der Kommune mehr Zeit. Mit Blick auf die Erarbeitungszeit der Neuaufstellung des Regionalplanes (beginnend mit den Kommunalgesprächen im Jahr 2016) von bislang 6 Jahren und der angestrebten Gültigkeitsdauer des Planes, sollte zukünftig ein größerer Zeitraum für das formelle Beteiligungsverfahren vorgesehen werden.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.

1008430, Stadt Bad Honnef

Inhalt

V. Bezugnahme zu Stellungnahmen Dritter

Die Stadt Bad Honnef ist Teil des in der Regionalplanung bekannten Regionalen Arbeitskreises Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler (:rak). Seitens und aus der Perspektive des :rak wird eine Stellungnahme zum Regionalplan abgegeben, die neben der Rolle und den Zielsetzungen des :rak auch z.B. das von dort aus initiierte Projekt NEILA berücksichtigt.

Der Region Köln/Bonn e. V. hat u. a. mit dem Agglomerationskonzept sehr gute Grundlagen und strategische raumplanerische Ideen geschaffen, die auch über den formalen Rahmen der Regionalplanung hinaus Impulse schaffen.

Die Stadt Bad Honnef unterstützt ausdrücklich diese Prozesse und Inputs und bittet um deren geeignete

Berücksichtigung im weiteren Prozess der Regionalplanung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird der Hinweis gegeben, dass im weiteren Regionalplanverfahren die Ergebnisse des Projektes NEILA und des von der Region Köln/Bonn e. V. erarbeiteten Agglomerationskonzeptes berücksichtigt werden sollen.

AZ: BET_155000_1

Stadt Bornheim

1005650, Stadt Bornheim

Inhalt

Frühzeitige Träger und Behördenbeteiligung Neuaufstellung Regionalplan

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ausschuss für Stadtentwicklung hat 11.08.22 seine Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zur Neuaufstellung des Regionalplans beschlossen. In der Anlage sende ich Ihnen die textlichen Erläuterungen einschließlich der dazugehörigen Kartenausschnitte. Die Kartenausschnitte wurden für eine bessere Lesbarkeit in einer vergrößerten Form dargestellt.

Zeichnerische Festlegung der Planunterlage

Sechtem:

GIB neu:

Es wird eine Vergrößerung des GIB zur Ortsabrundung in nördliche Richtung angeregt. Bei einer Erschließung des Gewerbegebietes würde ohne die Erweiterung eine unwirtschaftliche einseitige Bebauung entstehen.

(Abbildung Anlage 1 und 12)

Anhänge

[Abb_ID1005650_1.pdf](#)

[Abb_ID1005650_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsrumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die Stadt Bornheim verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten, jedoch besteht noch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren (GIBflex).

Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIBflex.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

(vgl. ID 1026382)



1005651, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p><u>Walberberg:</u></p> <p>ASB FNP:</p> <p>Der Bereich nördlich der Dominikanerstraße ist im Flächennutzungsplan als Wohnbaufläche dargestellt und soll in den ASB übernommen werden.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005651_1.pdf</p> <p>Abb_ID1005651_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand, der im FNP dargestellten Bauflächen und der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB/ im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005652, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p>ASB entfällt (3):</p> <p>Der Teil des ASB östlich der Stadtbahntrasse soll herausgenommen werden, da ein es hier zu einem unerwünschten Zusammenwachsen mit der Siedlungsfläche der Stadt Brühl kommen würde. Darüber hinaus kann die Erschließung auf Grund der geringen Breite der Fläche städtebaulich nicht sinnvoll erfolgen.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005652_1.pdf</p> <p>Abb_ID1005652_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005653, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p>ASB neu (4):</p> <p>Die Fläche eines neuen ASB zwischen der L 183 und der Stadtbahnlinie liegt nahe des Haltepunktes Walberberg und dient der Ortsarrondierung.</p> <p>(Abbildung Anlage 2 Süd)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005653_1.pdf</p> <p>Abb_ID1005653_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Festlegung erfolgt auf Grundlage eines Flächentauschs im Rahmen der kommunalen Siedlungsraumpotentiale auf Ebene des Regionalplans.</p>

1005654, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p><u>Merten:</u></p> <p>Keine Änderungswünsche. (Abbildung Anlage 3)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005654_1.pdf</p> <p>Abb_ID1005654_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung zu den Darstellungen des Entwurfes im OT Merten erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005655, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p><u>Rösberg-Hemmerich:</u></p> <p>ASB FNP:</p> <p>Da die Ortschaften zusammen weit mehr als 2000 Einwohner haben und größer als 10 ha sind, soll eine Darstellung als ASB erneut angemeldet werden. Die Ortschaften verfügen über eine grundlegende Infrastruktur (z.B. Grundschule und Kita). (Abbildung Anlage 4)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005655_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2.000 Einwohnern als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) festzulegen. Eine Weiterentwicklung solcher Ortsteile zu ASB ist unter den Voraussetzungen des Ziels 2-3 LEP NRW möglich.</p> <p>Die in Rede stehenden Ortsteile stehen in einem räumlich-funktionalen Zusammenhang und weisen in der gemeinsamen Betrachtung eine Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern auf, sodass diese gemäß LPIG DVO als ASB festgelegt werden.</p> <p>Im Übrigen gilt für die Bereiche über die bestehende Siedlungsstruktur hinaus, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt werden.</p> <p>Die Stadt Bornheim verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005660, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p>ASB neu (1):</p> <p>Die Ortschaften sollen über den Bestand hinaus zusammen ein kleines Entwicklungspotenzial bekommen. (Abbildung Anlage 4 Mitte)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005660_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Bornheim verfügt über keinen zusätzlichen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. [</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Flächen als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005661, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p>ASB neu (2):</p> <p>Für die ehemalige Sportplatzfläche wurde bereits ein Bauleitplanverfahren eingeleitet zur Umnutzung u.a. als Wohnbaufläche. Die Fläche soll nun ebenfalls als ASB dargestellt werden.</p> <p>(Abbildung Anlage 4 West)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005661_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Bornheim verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>.</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Flächen als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005663, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p><u>Waldorf:</u></p> <p>GIB neu:</p> <p>Die Darstellung eines neuen GIB dient der Erweiterung eines landwirtschaftlichen Betriebes über die landwirtschaftliche Nutzung hinausgehend. Neben den landwirtschaftlichen Flächen beinhaltet die Nutzung einen Hofladen/Biomarkt, ein Cafe und Wohnhäuser der Betreiber-Familie. In der Bauleitplanung soll eine Sonderbaufläche festgesetzt werden. Die Fläche soll im Regionalplan nicht als ASB dargestellt werden, da dort keine "Splittersiedlung" entstehen soll. Als Gewerbeflächenreserve für andere Betriebe steht sie aber nicht zur Verfügung.</p> <p>(Abbildung Anlage 5 und 16)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005663_1.pdf Abb_ID1005663_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Bornheim verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Zudem liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region⁺-Wirtschaft).</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen landesplanerische Vorgaben entgegen. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen. Die dazwischen liegende Bahnlinie gilt dabei als Raumkante bzw. deutlich erkennbare Grenze.</p> <p>Die geplante Nutzung eines Hofladens/Biomarktes bedarf gem. DVO zum LPIG keiner GIB Darstellung.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005664, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p><u>Dersdorf:</u></p> <p>ASB FNP:</p> <p>Die Ortschaft Dersdorf liegt an der Haltestelle der Stadtbahnlinie 18. Die Darstellung eines ASB soll der Bestandssicherung dienen</p> <p>(Abbildung Anlage 6)</p> <p>ASB neu:</p> <p>Darstellung eines kleinen neuen ASB als Erweiterungsfläche.</p> <p>(Abbildung Anlage 6 Nord)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005664_1.pdf</p> <p>Abb_ID1005664_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben.</p> <p>Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum. Die angeführte Haltestelle wurde bei der Abgrenzung des angrenzenden ASB Bornheim (Hauptort) entsprechend berücksichtigt. Hier legt der Entwurf in unmittelbarer Nähe umfangreiche Siedlungsreserven fest.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Bornheim verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>.</p> <p>Auch die vorgesehene Festlegung einer ASB Reserve ist hier nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?</i> möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005665, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p><u>Brenig:</u></p> <p>ASB FNP:</p> <p>Da die Ortschaft Brenig mit der Ortschaft Bornheim eine Einheit bildet, werden die Anforderungen eines ASB erfüllt: Mindestgröße an Einwohner und Fläche sowie eine wohnverträgliche Nutzungsmischung. Der Siedungsverlauf erfolgt unmittelbar an die Ortschaft Bornheim anschließend und ist gekennzeichnet mit durchgängigen Straßenverläufen.</p> <p>(Abbildung Anlage 7 und 18)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005665_1.pdf</p> <p>Abb_ID1005665_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005666, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p><u>Bornheim:</u></p> <p>ASB FNP:</p> <p>Es wird eine kleine Erweiterung des ASB angeregt, da das Plangebiet eines dort laufenden Bebauungsplanverfahren und einer Flächennutzungsplanänderung etwas größer als der dargestellte ASB ist.</p> <p>(Abbildung Anlage 8 Südwest und 19)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005666_1.pdf</p> <p>Abb_ID1005666_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005668, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p>Haltestellen:</p> <p>In die Machbarkeitsstudie des Rhein-Sieg-Kreises zum zweigleisigen Ausbau der Stadtbahnlinie 18 wurde die neu geplante Haltestelle Bornheim-West aufgenommen, für die ein wesentlicher positiver Effekt für die Nutzen-/Kostenberechnung nachgewiesen wurde. Die neue Haltestelle an der Linie 18 wird durch den Rhein-Sieg-Kreis daher in der anstehenden Entwurfsplanung weiter als fester Bestandteil einbezogen. Auf der DB-Strecke Köln-Bonn wird perspektivisch ein S-Bahn Ausbau geplant (S 17). Mit dem ASBflex am Reuterweg, dem neuen GIB am Uedorfer Weg und dem Schulstandort (Europaschule) ist hier eine neue S-Bahn-Haltestelle begründbar. Die geplante Stadtbahn-Haltestelle (Linie 18) Bornheim West sowie eine mögliche Haltestelle der neuen S-Bahn-Trasse Köln-Bonn (S 17) werden für die Übernahme in den Regionalplan angemeldet.</p> <p>(Abbildung Anlage 8 und 19)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005668_1.pdf Abb_ID1005668_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird um die geplante Stadtbahn-Haltestelle Bornheim West ergänzt (s. Änderungskarten). Die Festlegung des neuen Haltepunkts Bornheim West entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.</p> <p>Der angeregte neue Haltepunkt in Bornheim auf der DB-Strecke Köln-Bonn entspricht nicht der Festlegungsmethodik des Regionalplans (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). In den zu Grunde gelegten Zielnetzen des Nahverkehrsplans des Nahverkehr Rheinland ist der angeregte Haltepunkt nicht enthalten. Auch liegt noch keine Planfeststellung für den Haltepunkt vor, so dass entsprechend der Plankonzeption keine Festlegung des Haltepunktes erfolgt. Dies steht einer weiteren Planung in nachgelagerten Verfahren nicht entgegen.</p>

1005669, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p><u>Bornheim/Roisdorf:</u></p> <p>GIB neu:</p> <p>Die Verschiebung des neuen GIB östlich der DB-Strecke an den Uedorfer Weg ist dringend erforderlich. Der Uedorfer Weg ist derzeit die einzige leistungsfähige Verbindung mit Anschluss an die L 281 / Autobahn 555, über die eine Erschließung des Gewerbegebietes erfolgen kann. Das Gewerbegebiet soll nicht über ein Wohngebiet erschlossen. Weiterhin soll ein immissionsbedingter Abstand zur Wohnbebauung eingehalten werden.</p> <p>(Abbildung Anlage 8)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005669_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Festlegung erfolgt auf Grundlage eines Flächentauschs im Rahmen der kommunalen Siedlungsraumpotentiale auf Ebene des Regionalplans</p>

1005670, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p><u>Roisdorf:</u></p> <p>ASB entfällt:</p> <p>Vergrößerung der Herausnahme des ASB an der südlichen Stadtgrenze aus dem Regionalplan, da die Fläche nicht als Wohnbaufläche entwickelt werden soll und als Wohnbauflächenreserve somit nicht mehr zur Verfügung steht. Sie befindet sich am Ortsrand zur Gemeinde Alfter und in starker Hanglage. Die Fläche soll als Freiraum zum Schutz der Landschaft dargestellt werden.</p> <p>(Abbildung Anlage 9 Süd)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005670_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005671, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p>Umstufung Landesstraßen:</p> <p>Die Verlängerung der L 183 (n) nach Alfter ist nicht als Hauptverkehrsstraße eingetragen. Die bestehende Trasse ist im Entwurf des Regionalplanes nachzutragen. Die Umstufung der L 118 und der L 183 (Richtung Alfter) in eine Gemeindestraße ist seitens Straßen NRW geplant. Beides soll in den Regionalplan übernommen werden.</p> <p>(Vgl. Abbildung StnID 1005671_1 und 1005671_2)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005671_1.pdf Abb_ID1005671_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1005672, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p><u>Hersel:</u></p> <p>ASB FNP:</p> <p>Der Bereich östlich des Mittelweges muss als ASB dargestellt werden, da dort ein rechtkräftiger Bebauungsplan für ein Wohngebiet besteht, welches derzeit bebaut wird. Der regionale Grünzug besteht dort nicht mehr.</p> <p>(Abbildung Anlage 10 Zentral)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005672_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als [<i>Auswahl:</i> ASB/GIB] im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005673, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p>GIB FNP:</p> <p>Der Bereich südlich der Allerstraße ist für die Gewerbeerweiterung im FNP als gewerbliche Baufläche dargestellt. Der Bereich soll daher als GIB im Regionalplan gekennzeichnet werden. Darüber hinaus betreibt die Stadt Bornheim die Planung einer Ortsumgehung, da die Kreuzung L 118 / L300 / Stadtbahnlinie 16 von Straßen NRW nachweislich nicht leistungsfähig umgebaut werden kann.</p> <p>(Abbildung Anlage 10 Süd)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005673_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als [<i>Auswahl:</i> ASB/GIB] im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005675, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p><u>Uedorf:</u></p> <p>Keine Änderung.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005676, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p>Widdig:</p> <p>ASB neu (1):</p> <p>Wegen der Nähe zur Stadtbahnhaltestelle soll der ASB als Erweiterungspotenzial dargestellt werden.</p> <p>(Abbildung Anlage 11 zentral)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005676_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Bornheim verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen landesplanerische Vorgaben entgegen. Der ASB Widdig endet an der Bahnlinie. Dies ist eine Raumkante bzw. eine deutlich erkennbare Grenze. Die Siedlungsentwicklung auf der anderen Seite der Bahntrasse ist als Neuansatz zu werten.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

--	--

1005677, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p>ASB neu (2):</p> <p>Die Ortschaft Widdig verfügt bisher über keinen eigenen Lebensmittelmarkt. Auf Anfrage eines Investors hat die Stadt Bornheim ein Bauleitplanverfahren zur Ansiedlung eines kleinflächigen Discounters eingeleitet. Es wird daher erforderlich, am nördlichen Ortsrand den ASB zu erweitern.</p> <p>(Abbildung Anlage 11 Nord)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005677_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die dargestellte Planung kann im Rahmen einer Anfrage nach § 34 LPiG beurteilt werden.</p>

1005678, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p><u>Sonstige Anträge des Ausschusses für Stadtentwicklung:</u></p> <p>Umgehungsstraße Knotenpunkt Hersel / Verbindungsstraße L300 mit L 118</p> <p>Mit Bezug auf die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanplans Köln, Karte des Rhein-Sieg-Kreises, ist festzustellen, dass die geplante Verbindungsstraße der L300 mit der L 118 / Umgehungsstraße (Südumgehung) Knotenpunkt Hersel, nicht eingezeichnet ist. Der Rat der Stadt Bornheim hat mit den Vorlagen 312/2020 und 067/2020 die Realisierung einer Umgehungsstraße für den nicht zu optimierenden und völlig überlasteten Bahnübergang am Haltepunkt Hersel beschlossen. In der textlichen Festsetzung des Regionalplan heißt es, dass die bestehende Verkehrsinfrastruktur leistungsfähig erhalten werden soll und bedarfsgerecht weiterentwickelt wird. Durch die Sicherung und Weiterentwicklung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur sollen die räumlichen Voraussetzungen für die Mobilität von Personen und Gütern in der Region bewahrt werden. Die Weiterentwicklung des Verkehrsnetzes soll sich an der bestehenden Raumstruktur und der zentralörtlichen Gliederung orientieren und die Wechselwirkungen der einzelnen Verkehrsträger untereinander berücksichtigen. Gerade diese regionalplanerisch bedeutsame Verbindung zweier Landesstraßen, die obendrein vom Rat der Stadt Bornheim beschlossen wurde, muss der Karte des Regionalplans hinzugefügt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

1005679, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbahntrasse Auerberg-Buschdorf-Hersel</p> <p>Auf Seite 169 ist in der textlichen Festsetzung zur Bezeichnung der sonstigen regionalbedeutsamen Schienenwege ohne räumliche Konkretisierung unter anderem eine Verlängerung der Stadtbahn von Auerberg nach Buschdorf Mitte/Ost beschrieben. Auf den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanplans Köln, Karte des Rhein-Sieg-Kreises / Bonn, ist festzustellen, dass diese geplante Verlängerung von Bonn-Auerberg auf die L300 führt, von dort weiter auf das derzeit stillgelegte Gütergleis in Richtung Hersel (vgl. Anlage 1). Im vorausgegangenen Regionalplan wurde dieses geplante Gleis noch gänzlich auf/entlang der L300 bis zum Haltepunkt Hersel fortgeführt. In der neuen Variante des Regionalplans scheint eine Verlängerung bis Hersel zielführend, da sich in Hersel bereits zwei Kopfbahngleise / Gleisenden befinden, die unter geringem Aufwand zu Endhaltestellen ausgebaut werden können. Gleichzeitig soll der Bereich des Haltepunktes Hersel in den kommenden Jahren im Rahmen des Baugebietes Hersel 09 (He 09) umgestaltet werden. Hier ließe sich sehr leicht ein entsprechender Ausbau des Endhaltepunktes integrieren. Bornheim-Hersel sollte zwingend als Endhaltepunkt der Verlängerung der Stadtbahn von Auerberg kommend festgesetzt werden. Eine zukünftige Verlängerung der Streckenführung von Hersel zum Bahnhof Roisdorf wird des Weiteren gewünscht.</p> <p>(Abbildung Anlage 1)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005679_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1005680, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbahnverbindung Bonn-Wesseling-Rechte Rheinseite (Flughafen Köln/Bonn)</p> <p>Im Rahmen des Stadtbahnprojektes Bonn-Niederkassel-Köln ist eine Rheinquerung (Stadtbahn + Fuß/Radweg) zwischen Lülsdorf und Langel auf der rechten Rheinseite und Godorf auf der linken Rheinseite geplant. In der Zeichnerischen Festlegung des Regionalplan, Karte des Rhein-Sieg-Kreises, ist diese Stadtbahntrasse noch mit der Trasse der Rheinspange553 gebündelt (vgl. Anlage 3). Die aus Bonn kommende neue Stadtbahn soll linksrheinisch auf der Eisenbahntrasse der Linie 16 fortgeführt werden. Die entsprechende textliche Festsetzung findet sich auf Seite 168. Rechtsrheinisch ist ebenfalls eine Verlängerung der Trasse der Linie 7 von Zündorf bis Lülsdorf planerisch eingezeichnet. Um den Städten Bornheim und Wesseling nicht von Beginn an möglicher ÖPNV-Entwicklungspotentiale zu berauben, muss von vorneherein sichergestellt werden, dass linksrheinische, aus Richtung Bonn kommende Stadtbahnen auf der Trasse der Linie 16 in der Lage sein werden, auf die zukünftige Stadtbahnrheinbrücke bei Godorf aufzufahren und diese zu nutzen. Eine neue Stadtbahntrasse als Lückenschluss vom Ausgangspunkt Lülsdorf oder Langel zum Flughafen Köln-Bonn muss planerisch ergänzt werden. Eine Stadtbahnverbindung vom Bonner Hauptbahnhof über die Bornheimer Rheinorte und Wesseling zum Flughafen muss, auch im Sinne der Verkehrswende, perspektivisch zwingend geplant werden. Es wird um Prüfung, Berücksichtigung und Ergänzung gebeten.</p> <p>(Abbildung Anlage 3 und 19)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005680_1.pdf Abb_ID1005680_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p> <p>Es werden zudem Hinweise gegeben, die sich teilweise an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen richten. Festlegungen zum Betrieb von Schienenwegen gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Sie sind der Fachplanung vorbehalten.</p> <p>Ergänzender Hinweis: Die Zuordnung der aufgeführten Anlagen stimmen nicht mit den aufgeführten Ortsangaben überein. Eine Zuordnung von Anlagen ist nicht möglich.</p>

1005681, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p>DB/S-Bahnverbindung Bonn-Bornheim-Brühl-Wesseling-Flughafen Köln/Bonn</p> <p>Im Rahmen des Stadtbahnprojektes Bonn-Niederkassel-Köln ist eine Rheinquerung (Stadtbahn + Fuß/Radweg) zwischen Lülsdorf und Langel auf der rechten Rheinseite und Godorf auf der linken Rheinseite geplant. In der Zeichnerischen Festlegung des Regionalplan, Karte des Rhein-Sieg-Kreises, ist diese Stadtbahntrasse noch mit der Trasse der Rheinspange553 gebündelt (vgl. Anlage 3). Die aus Bonn kommende neue Stadtbahn soll linksrheinisch auf der Eisenbahntrasse der Linie 16 fortgeführt werden. Rechtsrheinisch ist ebenfalls eine Verlängerung der Trasse der Linie 7 von Zündorf bis Lülsdorf planerisch eingezeichnet. Bei diesen Planungen fehlt eine Verknüpfung/ Lückenschluss zum Flughafen. Es sollte geprüft werden, ob es möglich wäre die Trasse der ehemaligen "Querbahn" zwischen Brühl und Wesseling auf die neue Stadtbahnbrücke zu führen, um so eine S-Bahnverbindung aus Ri. Koblenz mit möglichen Haltestellen: [. . .] Mehlem -Bad Godesberg - UN-Campus - Bonn- Hauptbahnhof - Roisdorf ? Sechtem - Brühl - Wesseling Nord - Flughafen - weiter Ri. Köln, perspektivisch zu ermöglichen. Es wird um Prüfung und Ergänzung gebeten.</p> <p>(Abbildung Anlage 3 und 18)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005681_1.pdf Abb_ID1005681_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

1005682, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p>Neue SPNV-Haltestelle Erftstraße Hersel</p> <p>Nachdem mit dem Baugebiet He 31 in Bornheim-Hersel ein neuer Ortsteil entsteht und der Sportplatz der Ortschaft Hersel bereits vom Rhein an die Erftstraße, wo sich ebenfalls der Friedhof befindet, verlegt wurde gilt es zu prüfen ob auf halben Weg zwischen den Haltestellen Hersel und Uedorf eine neue SPNV-Haltestelle erstellt werden kann. Diese neue Haltestelle befände sich ca. 750 Meter entfernt der beiden Haltestellen Hersel und Uedorf. Es wird um Prüfung und Ergänzung in Tabelle 18 der textlichen Festsetzung Regionalplan gebeten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht der Festlegungsmethodik des Regionalplans (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). In den zu Grunde gelegten Zielnetzen des Nahverkehrsplans des Nahverkehr Rheinland ist der angeregte Haltepunkt nicht enthalten. Auch liegt noch keine Planfeststellung für den Haltepunkt vor, so dass entsprechend der Plankonzeption keine Festlegung des Haltepunktes erfolgt. Dies steht einer weiteren Planung in nachgelagerten Verfahren nicht entgegen.</p>

1005683, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p>Erläuterungskarte I2 Radwege: Darstellung Radweg entlang der L300</p> <p>Mit Bezug auf die Erläuterungskarte I2 Radwege ist festzustellen, dass der Radweg entlang der L300 nicht aufgeführt ist. Hier fehlen nicht nur die bereits ausgebauten Teile zwischen Bonn und Hersel (Richard-Piel-Str.) und ab Urfeld in Richtung Köln, sondern auch der geplante Lückenschluss zwischen diesen Abschnitten. Bei diesem Radweg handelt es sich um einen interkommunalen Radweg zwischen Bonn und Köln. Es wird um Ergänzung in der entsprechenden Karte gebeten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.</p>

1005684, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p>Radwegeverbindung Ville-Rheinschiene entlang Bornheimer Straße und Uedorfer Weg in Bornheim</p> <p>Mit Bezug auf die Erläuterungskarte I2 Radwege ist festzustellen, dass der von der Stadt Bornheim beschlossene Ausbau der Bornheimer Straße und des Uedorfer Wegs mit begleitendem Radweg als Verbindungsachse zwischen den Rheinorten und dem Radweg entlang der L300 sowie der Ville nicht aufgeführt ist (vgl. Anlage 2). Hier fehlt der geplante Radweg gänzlich. Gerade dieser Lückenschluss ermöglicht den schnellen und reibungslosen Verkehr zwischen dem Teilraum Ville und der Rheinschiene durch den Radverkehr und ist somit zwingender Bestandteil der flächendeckenden und lückenlosen Weiterentwicklung im Sinne der textlichen Festsetzung des Regionalplans. Des Weiteren ist die Planung dieses Radweges/Radschnellweges in Richtung Köln anzustreben (Orientierung an der Trasse der Linie 16 und Linie 18 in Richtung Köln)</p> <p>[vgl. Abbildung StnID 1005684_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005684_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregten Änderungen entsprechen nicht der Darstellungssystematik der Erläuterungskarte I2 (vgl. Begründung Kapitel 5.1.2). Dargestellt werden klassifizierte Radverbindungen des Radverkehrsnetz NRW, bestehende und geplante regionalbedeutsame Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard sowie Radschnellwege des Landes. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

AZ: BET_156000_1

Gemeinde Eitorf

1006157, Gemeinde Eitorf

Inhalt

im Rahmen der Regionalplanaufstellung wurden seitens der Bezirksregierung Köln mit der Gemeinde Eitorf im sog. informellen Beteiligungsverfahren verschiedene Gespräche geführt, so auch die sog. Kommunalgespräche. Hier hat die Gemeinde Eitorf Ihre Anregungen zur Neuaufstellung des Regionalplans ausführlich beschrieben und begründet.

Die Gemeinde Eitorf wiederholt und bekräftigt Ihre Stellungnahme aus dem informellen Verfahren (diese bleibt vollumfänglich erhalten, siehe Anlage 1 ab Seite 2) und beantragt für die Regionalplan-Neuaufstellung ? gestützt durch den Beschluss des Rates der Gemeinde Eitorf vom 02.05.2022 (Anlage 2 letzte beide Seiten) - folgendes:

1. Der Entwurf des Regionalplans mit seinen Inhalten wird zur Kenntnis genommen.

Anhänge

[ID_1006157_Anlage_1.pdf](#)

[ID_1006157_Anlage_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf frühere Stellungnahmen im informellen Verfahren und im Rahmen der Kommunalgespräche verwiesen. Die darin geäußerten Bedenken und Anregungen werden aufrechterhalten.

Der Planentwurf ist das Ergebnis eines umfangreichen Planungsprozesses. Darin wurde die kommunale Planungsebene im Sinne des Gegenstromprinzips (vgl. 1 Absatz 3 ROG) frühzeitig mit eingebunden. So wurden u.a. im Rahmen von Kommunalgesprächen die Entwicklungsvorstellungen erfasst und Planungsabsichten hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den Anforderungen der Regionalplanung diskutiert.

Mit dem einstimmigen Beschluss des Regionalrates am 13.03.2020 wurde als erstes Zwischenergebnis dieses umfangreichen informellen Prozesses ein Plankonzept beschlossen, dass den Rahmen für die zukünftige räumliche Entwicklung des Regierungsbezirkes in den wesentlichen Grundzügen setzt.

Auf Grundlage dieses Plankonzepts hat der Regionalrat die Regionalplanungsbehörde beauftragt, die gem. § 8 ROG erforderliche Umweltprüfung durchzuführen. Zusammen mit den Ergebnissen der Umweltprüfung sind die Leitlinien aus dem Plankonzept anschließend in den Planentwurf eingeflossen und liegen den konkreten zeichnerischen und textlichen Festlegungen zugrunde.

Als vorläufige formelle Schritte wurden die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen gemäß § 9 Absatz 1 ROG mit Datum vom 29.04.2019 über die beabsichtigte Neuaufstellung des Regionalplans Köln unterrichtet. Rückmeldungen und Hinweise im Rahmen dieser Unterrichtung sind ebenfalls in die Erarbeitung des Planentwurfes und der Umweltprüfung eingeflossen.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2021 den Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans zur Anhörung und öffentlichen Auslegung beschlossen (Aufstellungsbeschluss). Die bis dahin vorgebrachten Anregungen,

Bedenken und Hinweise sind im Planentwurf wie oben beschrieben berücksichtigt worden.

Eine erneute Befassung des Regionalrats ist nur erforderlich, soweit neue Erkenntnisse vorliegen. Auf die Erläuterungen zu den weiteren Anregungen der Kommune wird entsprechend verwiesen.

Inhalt

2. Es werden folgende Flächen zur Aufnahme in den Regionalplan beantragt:

2. 1 Aufnahme von GIB-Flächen im Regionalplan für folgenden Bereich:

? Lindscheid-Süd an der K 27/Nähe B 8 im Umfang von 15 bis 20 ha gemäß Darstellung in der Analysekarte der Bezirksregierung Köln

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Im Sinne der Zielvorgaben im Ziel 6.3-3 LEP NRW hat die Gemeinde gegenüber der Regionalplanungsbehörde im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans nachgewiesen, dass der Festlegung eines GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche die im Absatz 3 des Ziels genannten Gründe (aufgrund topographischer und naturräumlicher Gegebenheiten bzw. anderer entgegenstehender Schutz- oder Nutzungsbindungen sowie einer fehlenden leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz) entgegenstehen. Die Gemeinde Eitorf verfügt noch über kommunalen Bedarf für zusätzliche Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den

Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1006159, Gemeinde Eitorf	
<p>Inhalt</p> <p>2.2 Aufnahme von ASB-Flächen im Regionalplan für folgende Bereiche:</p> <p>? Ausweisung eines ASB gemäß Darstellung in der Analysekarte für die OT Mühleip und Lindscheid.</p> <p>Die Begründung zu den beantragen Flächen entnehmen Sie bitte aus der nochmals beigefügten Stellungnahme (Anlage 1) der Gemeinde Eitorf vom 18.07.2019 im informellen Verfahren.</p> <p>Der Beschluss des Rates vom 02.05.2022 ist als Anlage 2 beigefügt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen.</p> <p>Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Bei dem aufgeführten Bereich handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. ohne ausreichende Infrastrukturausstattung zur Grundversorgung und somit um einen Ortsteil im regionalplanerischen Freiraum.</p> <p>Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung <i>?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?</i> möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

1006160, Gemeinde Eitorf

Inhalt

? Ausweisung eines ASB gemäß Analysekarte für den Bereich Eitorf-Merten?

Die Begründung zu den beantragen Flächen entnehmen Sie bitte aus der nochmals beigefügten Stellungnahme (Anlage 1) der Gemeinde Eitorf vom 18.07.2019 im informellen Verfahren.

Der Beschluss des Rates vom 02.05.2022 ist als Anlage 2 beigefügt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen.

Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei dem aufgeführten Bereich handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. ohne ausreichende Infrastrukturausstattung zur Grundversorgung und somit um einen Ortsteil im regionalplanerischen Freiraum.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

AZ: BET_157000_1

Stadt Hennef

1001333_001, Stadt Hennef

Inhalt

5.1.1 Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur

Im aktuellen Entwurf ist der Ennertaufstieg als Verbindung der A3 zur A61 vorgesehen:
Bei dieser Planung ist auf die Verkehrslärmemissionen für die betroffenen Ortsteile Hennefs zu achten. Ein Lärminderungsplan für Hennef hatte bereits 2000 große Lärmbelastungen für den Ortsteil Dambroich festgestellt. Dambroich, das erheblich unter den Immissionen der A3 und der ICE-Trasse leidet, aber auch Rott und Söven würden durch den geplanten Ennertaufstieg und die geplante Bahnstrecke für den Güterverkehr zusätzlich belastet werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1001333_002, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>> Attraktive (Schnell-)Buslinien sind ebenfalls zu berücksichtigen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.</p>

1004600, Stadt Hennef

Inhalt

Hennef als typische ?kleine Mittelstadt? gehört zum verdichteten Kreis des Agglomerationsraums Köln / Bonn und weist eine starke soziale, wirtschaftliche und demografische Stabilität auf. Nach der naturräumlichen Gliederung liegt Hennef großräumig im Übergangsgebiet zwischen der niederrheinischen Bucht und dem Mittelrheingebiet. Dementsprechend groß ist die landschaftliche Vielfalt des Gemeindegebietes. Hennefs Lage wird von dem Übergang vom Oberzentrum Bonn über den suburbanen Raum Bonns zum ländlichen Raum geprägt. Hennef nimmt eine zentrale Position in diesem Übergang ein, indem die Stadt als Scharnier vom Verdichtungs- zum ländlichen Raum bezeichnet werden kann.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht

1004603, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>Der Zentralort liegt im Nordwesten des Stadtgebietes und stellt mit den direkt angrenzenden Ortsteilen Stoßdorf, Geistingen, Warth und Geisbach den dominierenden Siedlungsschwerpunkt dar, in dem mehr als 50% der Gesamtbevölkerung angesiedelt sind. Ein zweiter, jedoch deutlich abgesetzter Siedlungskern liegt mit Uckerath im Südwesten des Stadtgebietes. Hier leben nur etwa knapp 7% der Bevölkerung Hennefs, so dass sich gut 40% aller Einwohner auf das verbleibende Streusiedlungsgebiet mit seiner dispersen Siedlungsstruktur verteilen. Insgesamt stellt sich die Bevölkerungsstruktur in Hennef - entsprechend der Entwicklungsdynamik der Vergangenheit - vergleichsweise positiv dar. Das Durchschnittsalter liegt in Hennef bei 40,8 Jahren (siehe FNP 2018). Bei der Bevölkerungsprognose griff die Stadt Hennef dabei nicht auf die Zahlen von it.nrw zurück, sondern ließ über die Citvitec/Siegburg eine eigene Prognose, basierend auf den Zahlen des städtischen Einwohnermeldeamtes, erstellen. Nach hat Hennef ein durchschnittliches Bevölkerungswachstum von +7,6%/Jahr. Die Nachfrage nach Bauland ist auch aktuell spürbar hoch. Als Zielzahl wurde für 2030 50.838 Einwohner berechnet (Stand April 2022 48.807)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung in Hennef vorgebracht.</p>

1004604, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>zu 2.2 Textliche Festlegungen (Anlage 1)</p> <p><i>?Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung: Grundsatz G7 Kulturlandschaft erhalten und entwickeln im Sinne einer dynamischen Gestaltung der Kulturlandschaft hier weiterentwickeln?</i> Die beiden für die Stadt bedeutenden, aktuellen Vorhaben ?Hospiz? und ?Seniorenhaus Altenbödingen? liegen beide außerhalb des ASB im BSLE. Bauleitplanverfahren sind in Aufstellung. Das Seniorenheim Altenbödingen besteht bereits seit langem, ein Umbau/Ersatz/Erweiterung ist notwendig, um dieses den aktuellen Ansprüchen an ein Pflegeheim anzupassen. Sowohl für das Pflegeheim als auch für das Hospiz besteht ein dringender Bedarf in Hennef.</p> <p>> Die Möglichkeit diesen Standort Bodingen/Altenbodingen bauleitplanerisch zu entwickeln muss gewährleistet bleiben,</p> <p>(Anlage 1 - Stn-ID 1004604)</p> <p>Anhänge Abb_ID1004604.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

Inhalt**3.1.1. Nachhaltige Siedlungsentwicklung**

Bedarfsgerechte Bauflächenausweisung: Im Rahmen der Bauleitplanung ist sicherzustellen, dass die Siedlungsentwicklung innerhalb der im Regionalplan festgelegten Siedlungsbereiche erfolgt. Verbesserung der kommunalen Planungshoheit

Ausreichend geeignete Flächen für die wohnbauliche Nutzung und gewerbliche Entwicklung sind vorzuhalten: Die vorliegenden Fachbeiträge und Konzepte, hier insbesondere das Agglomerationskonzept und das Siedlungsflächenkonzept von NEILA, die unter Mitwirkung der Stadt Hennef erarbeitet wurden, sind stärker zu berücksichtigen (siehe auch Hinweise weiter unten zu einzelnen Siedlungsflächenenerweiterungen, für die alle eine Entwässerung schwierig bzw. teuer wird). Bei der Bedarfsberechnung ist ein Anteil für Reserveflächen vorgesehen, was begrüßt wird. Jedoch hat die Stadt Hennef mit dem vorliegenden Regionalplan - Entwurf keinen Handlungsspielraum mehr für größere Siedlungsflächenentwicklungen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die Fachbeiträge der Fachplanungsbehörden sowie Konzepte und räumlich bzw. thematisch fokussierten Beiträge aus der Planungsregion wurden ebenfalls berücksichtigt. Im Übrigen ist eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Es wird auf die entsprechenden Teilstellungnahmen verwiesen.

Inhalt

3.1.2 Bedarfsgerechte Siedlungsflächenentwicklung ■ Bevölkerungsentwicklung

Im Zuge der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes hat sich die Stadt Hennef mit der Bevölkerungsentwicklung, der Siedlungsflächenentwicklung und der kommunalen Infrastrukturversorgung auseinandergesetzt. Ein Überdenken des bisherigen Entwicklungsmodells ?Bauflächenausweisung? ist notwendig geworden. Gerade vor dem Hintergrund der finanziellen Handlungsfähigkeit werden umfangreiche Siedlungsflächenenerweiterungen nicht mehr leistbar. Den Herausforderungen einer zukunftsfähigen Bauflächenentwicklung können sich die Kommunen heute kaum noch stellen. Die Infrastrukturfolgekosten sind projektbezogen zu berücksichtigen. Gegen die generelle Einführung eines Flächenrankings bestehen Bedenken, da die Planungshoheit erheblich eingeschränkt wird. Eine Alternativenwahl muss bestehen bleiben. Das Bewertungsschema der vorgelegten FFH-Prüfung der Flächen im ASB, die entwickelbar sind, hat aufgezeigt, dass diese Flächen z.T. (insbesondere hen_ASB 5) erheblichen Umweltrestriktionen unterliegen. Dies wird zur Kenntnis genommen und bei einer zukünftigen Entwicklung dieser Flächen im Rahmen der Bauleitplanung vertiefend geprüft, um Natur und Landschaft dauerhaft zu sichern und andererseits eine nachhaltige Siedlungsentwicklung umzusetzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB planungssicher und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret im [Kreis/kreisfreie

	<p>Kommune].</p> <p>Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.</p> <p>In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.</p> <p>Im Übrigen werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung sowie für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen vorgebracht.</p>
--	---

1004611, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung ASB/GIB</p> <p>Uckerath (Anlage 2; Stn-ID 1004611) Für den südlichen Ortsausgang Uckerath wird die Erweiterung des ASB auch auf die Nordseite der B8 angeregt (siehe Anlage 1). Eine bedarfsgerechte Siedlungsflächenentwicklung kann hier analog zur Südseite entstehen. Da die Südseite bereits über einen neuen Knotenpunkt an der B8 erschlossen werden muss, kann dieser Knoten ebenfalls für die gegenüberliegende Seite bzw. für die Anbindung der B8 neu genutzt werden. Die Fläche zwischen B8neu und jetziger Siedlungsfläche bzw. der bereits vorhandenen Sportanlage kann für eine (klein-)gewerbliche Nutzung gut entwickelt werden. Außerdem sucht die Stadt Hennef in diesem Bereich eine Fläche für Gemeinbedarf, hier für eine Schule. Der Standort ist dafür ideal.</p> <p>> ASB entlang B8 auf der Nordseite angrenzend an den Sportplatz (Anlage 2; Stn-ID 1004611)</p> <p>Anhänge Abb_ID1004611.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004612, Stadt Hennef

Inhalt

Bröl (Anlage 3; **Stn-ID 1004612**)

eben der Bereitstellung von ausreichenden Siedlungsflächen für den dringend erforderlichen Wohnungsbau muss der Wirtschaft ein passendes Angebot an Flächen zur Verfügung stehen, damit bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können. Auch unter den aktuellen Auswirkungen der Pandemie sind die Anfragen zu Gewerbeflächen in Hennef sehr zahlreich. Die Nachfrage übersteigt bei weitem das Angebot. Der Mangel an gewerblichen Flächen, Immobilien und Entwicklungsmöglichkeiten behindert in erster Linie die Expansion Hennefer Firmen und bedingt eine Abwanderungstendenz ins Umland. Diese Unternehmen sind zum Teil eng mit der Stadt verwachsen und seit Jahrzehnten hier ansässig. Die daraus folgenden wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen gehen zu Lasten der Stadt Hennef. In der kürzeren Vergangenheit sind mit den Unternehmen Dornbusch (circa 50 Mitarbeiterinnen), GEDAKO (circa 25 Mitarbeiterinnen) und CONET (circa 700 Mitarbeiterinnen einschließlich der MitarbeiterInnen des Büros in Niederkassel) wichtige Unternehmen für Hennef verloren gegangen. Der Mangel und die fehlende zeitliche Perspektive an räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten waren die Gründe der genannten Abwanderungen. Allein für das zukünftige Gewerbegebiet Kleinfeldchen gibt es bereits 85 Anfragen von Gewebetreibenden. Diese umfassen einen Bedarf zwischen 500 qm und mehreren 10 000 qm. Die Anfragen werden regelmäßig auf ihre Aktualität überprüft. Somit steht dem Fachbereich III 2.2 Wirtschaftsförderung ein gut gepflegter Datensatz zur Verfügung. Mit den bestehenden Anfragen ist das, nach Abzug der Fläche für Feuerwehr und Rettungswache, noch ca. 4,5 Hektar große zukünftige Gewerbegebiet Kleinfeldchen bereits mehrfach überbucht. Seit Mitte 2021 sind insgesamt 32 Anfragen das übrige Stadtgebiet betreffend gesuchte Gewerbeflächen eingegangen, die derzeit in Hennef gar nicht bedient werden können. Das Spektrum dieser Anfragen reicht von ca. sechs Hektar für einen metallverarbeitenden Betrieb über Lagerflächen- und Hallen, sowie Wertstoff- und Recyclinghöfe. - Kleinere Betriebserweiterungen in den Freiraum, (siehe aktuell Fensterbaufirma in Uckerath) müssen weiterhin möglich sein. - Durch die erweiterte Festlegung des Vorranggebietes Wasser ist eine gewerbliche Entwicklung im Zentralort erschwert. Da sowohl im Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Sieg-Kreises als auch bei der Bedarfsflächenermittlung des Regionalplanes für die Stadt Hennef ein deutlicher Bedarf an weiteren Gewerbeflächen ermittelt wurde, wird angeregt, den Ortsteil Bröl als ASB festzusetzen. Die Baulücke in Bröl entlang der B478 bietet sich für eine gewerbliche Entwicklung an. Östlich grenzt bereits ein etwa 13.300m² große Gewerbefläche an (Bebauungsplan Nr. 04.1-1 B Bröl, Alter Weg), die dann erweitert werden kann. Die Fläche ist relativ eben und gut erschlossen. Der Autobahnanschluss ist direkt erreichbar. Zur südlich angrenzenden Brölaue und dem Überschwemmungsgebiet ist ein ausreichender Abstand einzuhalten. Bröl selbst hat Stand Januar 2022 1300

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen.

Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei dem aufgeführten Bereich handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. und somit um einen Ortsteil im regionalplanerischen Freiraum.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Dass die Stadt Hennef noch Bedarf an gewerblich-industriellen Flächen hat, wird grundsätzlich bestätigt.

Einwohner. Bröl bzw. das Bröltal insgesamt ist ein Projekt der REGIONALE 2025 und soll in diesem Zusammenhang als Ort mit besonderer Strahlkraft entwickelt werden.

(Abbildung)

> **Darstellung ASB für den Ortsteil Bröl** (Anlage 3; **Stn-ID 1004612**)

Anhänge

[Abb. ID1004612.pdf](#)

1004613, Stadt Hennef

Inhalt

Eine Eigenentwicklung von Orten unter 2.000 Einwohnern muss weiterhin möglich bleiben. Hennef ist die "Stadt der 100 Dörfer". Die Besonderheit der Siedlungsstruktur von Hennef stellt die Stadt vor zusätzliche Herausforderungen: ein dominierender Hauptort (Hennef), ein Nebenzentrum (Uckerath) und über 90 Dörfer, die flächenhaft im Stadtgebiet verteilt sind.

> Diese kleineren Ortsteile müssen sich weiterhin baulich entwickeln können.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung "Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren" möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

1004614, Stadt Hennef

Inhalt

Zu hen ASB 1 (Edqoven)

Für die Erweiterung des Gebietes Steimelsberg gibt es heute keine ausreichende Kanalisation. Die dort vorhandenen Vorfluter sind für den Anschluss weiterer Flächen nicht bemessen. Das Gebiet ist bereits im IST-Zustand von den Starkregenereignissen 2021 stark betroffen gewesen. Eine Erschließung ist im für eine Wohnbauflächenentwicklung sehr aufwändig und teuer.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben

1004615, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>Zu hen_GIB 1 (Kleinfeldchen)</p> <p>Die Erweiterung des Gebietes Kleinfeldchen zieht die Kanalisation von Käsberg nach. Eine Befreiung ist dann nicht mehr möglich. Der Aufwand ist gegenüber den Vorteilen der Gebietserweiterung abzuwägen. Eine Regenwasserableitung oberflächlich ist zu vermeiden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben</p>

1004617, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>Zu hen_ASB 4 (Kantelberg)</p> <p>Die Erweiterungen im Bereich Uckerath ziehen größere Änderungen bei der Abwasserbeseitigung nach sich, da die Systeme in diesem Bereich derzeit schon ausgelastet sind. Dies kann aber in den anstehenden Überplanungen genauer bewertet werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben</p>

1004618, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Siedlungsentwicklung an der Schiene</p> <p>Grundsätzlich unterstützt die Stadt Hennef dieses regionalplanerische Ziel. So wurde das bis in die Region bekannte neue Wohngebiet Hennef - Siegbogen direkt an der S-Bahn-Linie mit neuem Haltepunkt entwickelt. Eine weitere Siedlungsflächenentwicklung entlang der Bahnstrecke Köln - Siegen ist in Hennef jedoch nicht möglich, weil die Bahn parallel zur Sieg mit ihrer streng geschützten und hochwassergefährdeten Siegaue verläuft. Hier besteht ein Widerspruch zwischen einer Siedlungsflächenentwicklung an der Schiene und Freiraumschutz.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

Inhalt**Innenentwicklung**

Der Grundsatz ?Innenentwicklung vor Außenentwicklung? wird grundsätzlich unterstützt. Seit Jahren ist die Innenentwicklung städtisches Leitbild. Neubaunutzungen werden auf Reserve- und Brachflächen konzentriert (siehe Entwicklungsmaßnahme Hennef-Mitte). Allerdings lassen sich nicht alle Bedarfe für Wohnflächen durch die Innenentwicklung auffangen: Die Stadt Hennef verweist hierauf das städtische Baulandkataster, das vor wenigen Jahren aufwändig erarbeitet wurde, um erschlossene, baureife, brachliegende Grundstücke baulich zu aktivieren. Aufgrund der von den Eigentümern aufgeführten Entwicklungshemmnissen (komplizierte Eigentumsverhältnisse, Bevorratung für später/Kapitalanlage, Verfügbarkeit etc.) konnten durch das Baulandkataster selbst jedoch wenig Erfolge zur Revitalisierung von Baugrundstücken erzielt werden. Vielfach können diese Innenentwicklungspotenziale nicht genutzt werden. So ist man auf die Inanspruchnahme des Freiraumes angewiesen.

> Die Innenentwicklung ist nicht immer durchsetzbar, weil sämtliche Flächen im Privatbesitz sind. Eine bauliche Entwicklung/Nachverdichtung gegen die Grundstückseigentümer ist derzeit nicht möglich.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Informationen zur siedlungsräumlichen Entwicklung vorgebracht.

1004623, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>3.3 Gewerbliche Entwicklung</p> <p>Gewerbegebiet Hennef West: Hier ist besonders die große Erweiterung des Grundwasser- und Gewässerschutzes bemerkenswert. Gegenüber dem Regionalentwicklungsplan von 2003 zieht sich diese Fläche nun auch über die südwestlichen Teile und mittigen Teile der allgemeinen Siedlungsfläche Hennefs. Damit sind wesentliche Teile des Stadtgebietes nicht mehr für grundwassersensible, gewerbliche Nutzungen verfügbar. Das schließt dort Nutzungen wie Tankstellen, viele Arten von Recyclinghöfen u. ä. von vornherein aus und ist bei allen weiteren Planungen zu berücksichtigen. Dies ist ebenso bei der beabsichtigten Revitalisierung von bestehenden Gewerbeflächen zu berücksichtigen.</p> <p>> In Hinsicht auf die Regionale 2025: „Gewerbeflächen neu denken“- Die Modernisierung und</p> <p>Weiterentwicklung bestehender Gewerbegebiete- ist dies damit von vornherein eine Einschränkung in der weiteren Entwicklung und Nutzung dieser Flächen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der festgelegte Bereich zum Grundwasserschutz und Gewässerschutz basiert auf der Abgrenzung der in Planung befindlichen fachplanerischen Neuaufstellung des Wasserschutzgebiets "Hennefer Siegbogen". BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. In den fachgesetzlichen Verfahren ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung (gem. Z.26). Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Falls durch Nutzungsbeschränkungen evtl. zusätzlicher regionalplanerisch relevanter Flächenbedarf entstehen sollte, kann die Kommune diesen bei der Regionalplanungsbehörde begründen.</p>

1004624, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>Zu G2 Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sichern</p> <p>Die Stadt Hennef erarbeitet derzeit selbst ein eigenes Klimakonzept, welches ebenfalls Frischluftbahnen und Kaltluftentstehungsgebiete identifiziert, die möglichst in ihrer Funktion gestärkt werden sollen. Eine weitere Innenentwicklung im Zentralort verschärft Konflikte mit dem Klimaschutz, da es sich oftmals um wertvolle Grünstrukturen handelt. Der Planungsgrundsatz der Innenentwicklung steht im Widerspruch zum Grundsatz ?Sichern von Grün- und Freiflächen im Stadtgebiet aus kleinklimatologischer Sicht?. Ein innerstädtisch vernetztes Freifächensystem soll Hitzestaus verhindern und vulnerable Gruppen, die gerade in den letzten Jahren beispielsweise durch den Bau mehrerer Seniorenheime verstärkt in der Innenstadt anzutreffen sind, schützen. Eine Nachverdichtung ist dann kritisch. Lokalklimatischen wertvolle Freiräume durch kommunale Bauleitplanung zu sichern und zu entwickeln ist möglicherweise schwer gegenüber den Grundstückseigentümern durchsetzbar. Eine Rücknahme von Bauflächen zu Gunsten siedlungsklimatischer Ausgleichsflächen ist nicht vorgesehen, da das Ziel ?Schaffung von Wohnraum? oftmals Vorrang hat.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Sie enthält keine Anregungen oder Bedenken zu den planerischen Festlegungen.</p>

1004625, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>4. Freiraumschutz (siehe Anlage 4)</p> <p>Der nachhaltige Schutz des Freiraumes wird grundsätzlich begrüßt. Schutzgebietsausweisungen liegen im Stadtgebiet großflächig vor. In restriktionsfreien Räumen müssen im Gegenzug ausreichend Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sein. Hier ist die Umsetzung der nachgeordneten Verfahren zum Freiraumschutz (wie Landschaftsschutzgebiete) abzuwarten, weil diese präzise den Freiraum abgrenzen, in Hennef aber oftmals direkt an Gebäudekanten noch innerhalb des ASB verlaufen. Geringfügige Erweiterungen oder bauliche Umbauten innerhalb des ASB sind somit unmöglich.</p> <p>> Es wird angeregt, die Vorranggebiete zum Schutz des Freiraumes wenn möglich, nicht bis unmittelbar an den Siedlungsrand zu führen.</p> <p>> Überprüfen bzw. Rucknahme der BSN-Vorranggebiete, die bestehende Ortsteile überlagern, und die eine</p> <p>Flachennutzungsplandarstellung als Baufläche haben (Anlage 4;Stn-ID 1004625)</p> <p>Dahlhausen Bröl Oberauel Altenbödingen Lanzenbach.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004625.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt.</p>

1004626, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>Klimaschutz/Erneuerbare Energien</p> <p>Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes wurde von der Möglichkeit Vorranggebiete für die Windenergie darzustellen, abgesehen, weil sich nach Prüfung (Gutachten Gesamträumliches Konzept zur Darstellung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Flächennutzungsplan der Stadt Hennef, 2012) der Eignung für Windenergieanlagen keine geeigneten Flächen finden ließen. Der Energieerzeugung durch Solar wird daher hoher Stellenwert eingeräumt. Die Möglichkeit Solarparks im Freiraum auch außerhalb Brach-/Konversationsflächen auszuweisen sollte mehr Spielraum gegeben werden.</p> <p>> Von Seiten der Regionalplans ist ausdrücklich zu unterstützen, dass im Freiraum liegende Freiflächen für Solarenergieanlagen unkompliziert umgenutzt werden können. (Zu Z2 Zersiedlung vermeiden)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.</p>

1004627, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>4.7.2 Grundwasserschutz (Anlage 5; Stn-ID 1004627)</p> <p>Die geplante Wasserschutzzone soll sehr weit nach Süden (bis Söven) ausgedehnt werden. Dies hat deutliche Auswirkungen für die bebauten / bebaubaren Grundstücke. Gleiches gilt auch für den Kanalbetrieb einschl. der ggfls. erforderlichen Sanierung. Die dann geltenden Anforderungen ziehen finanzielle Belastungen mit sich.</p> <p>> Gegen die geplante, großflächige Festlegung des Vorranggebietes ?Grundwasserschutz? wird Widerspruch eingelegt. Diese großflächige Ausweisung ist für die Stadt Hennef nicht nachvollziehbar und derzeit nicht fachlich begründet. Eine solche Festlegung eines Vorranggebietes bzw. daraus folgenden Wasserschutzzone hätte massive Einschränkungen für die städtische Entwicklung zur Folge bzw. würde deutlich höhere Kosten gerade bei der vorhandenen bzw. auszubauenden Erschließung mit sich bringen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004627.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) werden gemäß Ziel 26 Erläuterung 1 festgelegt. Die Grundlage bilden die von der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) geplanten und festgesetzten Wasserschutzgebiete. Die Wasserschutzzonen I bis III A werden dabei als BGG festgelegt. Die erweiterten Einzugsbereiche für die Trinkwassergewinnung entsprechen den wasserrechtlich festgesetzten und geplanten Wasserschutzzonen III B/III C und sind gemäß dem Grundsatz 46 Erläuterung 1 in der Erläuterungskarte F9 dargestellt. Bei der von Ihnen angesprochene Schutzzone handelt es sich um die Schutzzone III B der geplanten Neuausweisung des Wasserschutzgebietes Hennefer Siegbogen. Die Darstellung in der Erläuterungskarte F9 als Erweiterte Einzugsgebiete entspricht damit den Vorgaben.</p>

1004628, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>4.7.3 Hochwasserschutz (Anlage 6; Stn-ID 1004628)</p> <p>Die Berücksichtigung der Überschwemmungsgebiete neu im Regionalplan wird begrüßt. Der Beachtung der Überschwemmungsgebiete auf kommunaler Ebene ist die Stadt Hennef bereits gefolgt und hat diese im Flächennutzungsplan vollständig übernommen. Bauflächen, noch nicht entwickelt in Überschwemmungsgebieten liegen, wurden zurückgenommen. Die Sonderbaufläche des Wochenendhausgebietes Bülgenauel wurde komplett zurückgenommen (siehe Anlage 6). Problematisch sind zukünftig die Folgen von Starkregenereignissen gerade an kleineren Gewässern, für die teilweise gar kein Überschwemmungsgebiet festgesetzt ist. Im letzten Sommer führte dies im Bereich des Wolfsbaches (Zentralort), des Lüppigsbaches (Edgoven) und des Rosentaler Baches (Lanzenbach) zu erheblichen Schäden.</p> <p>> Eine Unterstützung der Kommunen zur künftigen Vermeidung solcher Starkregenereignisse sowie bei der Renaturierung dieser kleineren Gewässer ist dringend geboten.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004628.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie.</p> <p>Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Regionalplan legt in der Stadt Hennef eine Vielzahl von Tälern kleinerer Fließgewässer, darunter auch des Lüppigsbachs und des Rosentaler Bachs, zeichnerisch als BSN fest und gibt dazu in Kap. 4.3.1 "Bereiche für den Schutz der Natur" textliche Festlegungen vor.</p>

1004629, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>5.3.4 Abwasserbehandlung Z.46</p> <p>Die Abwasseranlagen in Hennef wurden aufgrund ihrer Größe (erst ab 10ha / 150.000EW) nicht erfasst. Für bestehende und geplante notwendige Abwasseranlagen, einschl. Kanal und Sonderbauwerke, ist ein Hochwasserschutz erforderlich! In der Erläuterungskarte F10 Überschwemmungsgebiete im Anhang ist für den Standort der Kläranlage der Stadt Hennef ein rückgewinnbarer Überschwemmungsbereich dargestellt.</p> <p>> Die bestehende zentrale Kläranlage der Stadt Hennef muss aber einschl. der jeweiligen Grundwasserentnahmen bestehen bleiben. Der Standort ist zu sichern.</p> <p>[s. Anhang Abb. Stn-ID 1004629)</p> <p>Anhänge Abb_ID1004629.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und der Festlegungssystematik werden Abwasserbehandlungsanlagen von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalen Bedeutung regionalplanerisch gesichert. Sonstige nicht regionalplanerisch darstellungsrelevanten Abwasserbehandlungsanlagen können im Rahmen der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gesichert werden.</p> <p>Zum Teil überlagern sich Infrastruktur-, Siedlungsraum- und Freiraumfestlegungen in Form von Vorrang- und/oder Vorbehaltsgebieten. In solchen Fällen wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinanderstehen und Lösungen im Rahmen der Fachplanung bzw. kommunalen Bauleitplanung gefunden werden können. Die Nutzungen sind unter Beteiligung der betroffenen öffentlichen Stellen im Einzelfall aufeinander abzustimmen. Im Rahmen einer zukünftigen Einzelfallprüfung der nachgeordneten Planungsebene und der Fachplanung gemäß Erläuterung 1 zu Z.27 wird geklärt werden, ob im RÜB die Rückhaltung von Hochwasser angesichts der derzeit vorhandenen Infrastrukturanlagen und baulichen Anlagen realisierbar ist.</p>

Inhalt

5.1 Verkehrsinfrastruktur

Im Themenkomplex Mobilität hat Hennef seit 2021 einen Prozess in Gang gesetzt: Derzeit wird ein Mobilitätskonzept für die gesamte Stadt erarbeitet. Den Zielen, die im Regionalplan-Entwurf zum Thema Mobilität und Verkehr formuliert sind, kann sich die Stadt Hennef anschließen. Weiterhin anzustreben ist die Beseitigung von Verkehrsengpässen und der Bau von Ortsumgehungen wie in Hennef die

> B8neu in Uckerath und

> Ortsumgehung Greuelsiefen

> Bahnunterführung Bröltalstraße

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird ein allgemeiner Hinweis gegeben und Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt**5.1.2 Radwegenetz**

Dem Radverkehr wird großes Potenzial beigemessen. Ein gut ausgebautes Radwegenetz und Radschnellwege wird angestrebt. Beim Straßenausbau sind straßenbegleitende Radwege mit zu planen. In der Erläuterungskarte zu den Radwegen in der Anlage zum Regionalplan wurde das Radverkehrsnetz NRW aufgenommen und dargestellt. Aufgrund des gewählten Maßstabs und der Kartengrundlage ist eine Prüfung im Detail nicht möglich. Die Stadt Hennef geht davon aus, dass das Radverkehrsnetz NRW korrekt übernommen wurde. Die Stadt Hennef weist darauf hin, dass aktuell für das gesamte Stadtgebiet ein Masterplan Mobilität erarbeitet wird. Das beauftragte Büro wird das Radverkehrsbestandsnetz überprüfen und eine neue Netzdefinition erarbeiten. Es kann daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden, dass sich noch Änderungen im Radverkehrsnetz im Zuge der laufenden Erarbeitung ergeben.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise gegeben, z.T. zu einer nachgeordneten Planung, und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

Auf die Ausführungen in Kapitel 5.1.2 der Begründung sei verwiesen.

1004632, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>Mobilstationen</p> <p>Auch hier ist die Kartendarstellung aufgrund des gewählten Maßstabs und der Kartengrundlage nur schwer zu überprüfen. Es wird unterstellt, dass das Mobilstationen - Feinkonzept des RSK zu Grunde gelegt wurde. Im Mobilstationen - Feinkonzept sind in Hennef Mobilstationen am Bf Hennef, am Bf Im Siegbogen, an der Haltestelle Sieg-Rheinischer Hof und im Bereich Uckerath-Kantelberg vorgesehen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird auf die Ausführungen in Kapitel 5.1.3 der Begründung verwiesen. Siehe auch Erläuterungen zu StnID 1003063.</p>

Inhalt

5.1.6 Textliche Festlegung zur Neuaufstellung des Regionalplans

G.61 Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisungen berücksichtigen S. 145/146 Die Stadt Hennef regt an,

> in den Erläuterungen auch betriebliche Regelungen zum Flugbetrieb zur Reduzierung des Fluglarms

aufzunehmen. (Textergänzung kursiv: ?Innerhalb der erweiterten Larmschutzzonen soll der Belang des

Schutzes der Bevölkerung vor Fluglarm *neben der im Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm geregelt*

***zulässigen baulichen Entwicklung auch durch betriebliche Regelungen des Flugbetriebs* besonders**

berücksichtigt werden.

Begründung: Raumplanerisch ist ein Heranrücken von Wohngebieten an Flughafenstandorte zu vermeiden. Dies Ziel erkennt allerdings die Situation, dass der Flughafen Köln/Bonn unmittelbar am Ballungsraum Köln/Bonn bzw. des dicht besiedelten Rhein-Sieg-Kreis liegt. Betroffen und in der Lärmschutzzone sind nicht peripher entwickelte Neubaugebiete, sondern z.B. die Ortszentren von Hennef, Lohmar u.a. Dem Fluglärmproblem muss daher vorwiegend mit betrieblichen Regelungen des Flugbetriebs begegnet werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Anregung richtet sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Sie geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

Inhalt

Die Belastung infolge Fluglärms (...) wird sich voraussichtlich zukünftig durch Minderungsmaßnahmen an den

Triebwerken von Flugzeugen (...) verringern."

> Der Aussage ist zu widersprechen: Für die Fluglarmbelastung sind fast ausschließlich die Quantität und die tageszeitliche Ansetzung des Flugverkehrs maßgeblich. Da es am Flughafen Köln/Bonn einen durchgehenden nachtslichen Flugverkehr und keine wirksamen Flugbetriebsregelungen zur Vermeidung von Fluglarm gibt, ist die Menge der Flugbewegungen und damit des Flugbelastungen fast ausschließlich konjunkturbedingt. Es sollte im Umweltbericht nicht der Eindruck entstehen, Belastungen des Fluglärms wurden sich durch technische Fortschritte von selbst lösen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Textpassage ist nicht im Umweltbericht enthalten.

1005539, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>4.7.3 Hochwasserschutz (Anlage 6; Stn-ID 1004628)</p> <p>Die Berücksichtigung der Überschwemmungsgebiete neu im Regionalplan wird begrüßt. Der Beachtung der Überschwemmungsgebiete auf kommunaler Ebene ist die Stadt Hennef bereits gefolgt und hat diese im Flächennutzungsplan vollständig übernommen. Bauflächen, noch nicht entwickelt in Überschwemmungsgebieten liegen, wurden zurückgenommen. Die Sonderbaufläche des Wochenendhausgebietes Bülgenauel wurde komplett zurückgenommen (siehe Anlage 6). Problematisch sind zukünftig die Folgen von Starkregenereignissen gerade an kleineren Gewässern, für die teilweise gar kein Überschwemmungsgebiet festgesetzt ist. Im letzten Sommer führte dies im Bereich des Wolfsbaches (Zentralort), des Lüppigsbaches (Edgoven) und des Rosentaler Baches (Lanzenbach) zu erheblichen Schäden.</p> <p>> Bei den rückgewinnbaren Überschwemmungsgebieten ist das Hochwasserpumpwerk Stoßdorf einschließlich Zufahrt und die Kläranlage Hennef einschließlich erforderlicher Erweiterungsflächen zu berücksichtigen, (siehe Anlage 6)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Entsprechend dem Ziel 7.4-7 LEP NRW wurden in Abstimmung mit der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) in unbebauten und hochwassergeschützten Bereichen innerhalb des HQ100 identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die ÜB einbezogen. Mit den rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen wird ein Flächenpotential gesichert, mit dem Kommunen zum eigenen Schutz und dem ihrer Unterlieger zusätzlichen Retentionsraum schaffen können. Dies kann z. B. durch Deichrückverlegungen, Einrichtungen gesteuerter Rückhalteräume oder Gewässerrenaturierungen erfolgen. Bestehende Infrastruktur und sonstige bauliche Anlagen im Bereich/Umfeld von RÜB sind in den Planungsverfahren mit zu berücksichtigen, wenn diese rückgewinnbaren Überschwemmungsflächen planerisch umgesetzt werden sollen.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.</p>

AZ: BET_158000_1

Stadt Königswinter

1005703, Stadt Königswinter

Inhalt

Stellungnahme der Stadt Königswinter zum Entwurf des Regionalplanes für die Region Köln

Sehr geehrte Damen und Herren

zunächst möchte die Stadt Königswinter sich für die Bereitstellung der Zahlen, welche der Wohnbauflächenbedarfsermittlung zu Grunde lagen, bedanken. Die Stadt bedauert es allerdings, dass die Zahlen erst auf mehrfache Nachfrage und nicht vollständig von Beginn des förmlichen Verfahrens an ? im Sinne einer größeren Akzeptanz und Transparenz ? bereitgestellt wurden. Ähnliches gilt für die Bereitstellung der zeichnerischen Festlegungen der ASB und GIB im bisherigen Regionalplan und im Planentwurf in digitaler Form (shp.-Dateien) sowie für die bisher nicht erfolgte Bereitstellung der Zahlen für die Bedarfsermittlung der Wirtschaftsflächen. Ein anderes Vorgehen hätte sowohl die verwaltungsinternen Prüfungen als auch den politischen Diskussionsprozess vereinfacht und beschleunigt. Überdies sollten die Bedarfsermittlungen einfach rechnerisch nachvollziehbar sein. Auf Basis der Beratungen und Beschlüsse des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz (ASUK) vom 24.05.2022 sowie des Rates der Stadt Königswinter vom 20.06.2022 nimmt die Stadt Königswinter zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln Entwurf 2021 wie folgt Stellung:

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise und Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.

1005704, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>1. Gesamträumliche Aspekte</p> <p>1.1 Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sichern (G.2)</p> <p>Der Grundsatz dient dem Schutz des Freiraums mit überörtlich bedeutsamer klimaökologischer Bedeutung und damit der Anpassung an den Klimawandel. In Königswinter sind überregional bedeutsame Kaltluftbahnen und Entstehungsgebiete (mittlerer Priorität) in den Bereichen Thomasberg/ Heisterbacherrott und im östlichen Stadtgebiet (Östlich Eudenbach) dargestellt. Zudem sind die größeren Waldflächen insbesondere des Siebengebirges als überregionalbedeutsame Bioklimatische Gunsträume erfasst. Eine Rücknahme von Bauflächen im Flächennutzungsplan (FNP) zu Gunsten des Erhalts regional klimaökologisch besonders relevanter Ausgleichsflächen ist u.a. im Bereich nordwestlich von Thomasberg/ Heisterbacherrott vorgesehen. Diese Flächen werden jedoch weiterhin ? trotz gegenteiliger Ziele der Stadt Königswinter und gegenteiliger Festlegungen im Entwurf des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) der Stadt Königswinter ?- zumindest soweit sie im Landschaftsschutzgebiet (LSG) und nicht im NSG liegen weiterhin als Potenzialflächen angerechnet. Dies ist aus Sicht der Stadt Königswinter nicht nachvollziehbar.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Eine Zuordnung zu einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Möchte die Stadt Königswinter im Entwurf dargestellte Siedlungsbereiche nicht mehr entwickeln, sind diese der Regionlplanungsbehörde mit der Bitte um Rücknahme und genauer Bezeichnung und Verortung der Flächen mitgeteilt werden.</p>

Inhalt**1.2 Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion sichern und entwickeln (G.3)**

Große Siedlungsbereiche sollen siedlungsstrukturell und durch ein gestuftes städtisches Freifächensystem gegliedert und aufgelockert werden. Durch den Grundsatz (G.3) wird an die Kommunen der Handlungsauftrag erteilt, das Freifächensystem von Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion zu sichern und zu entwickeln, um den Erfordernissen zur Anpassung an den Klimawandel gerecht zu werden und zu einer Verbesserung der klimaökologischen Situation im Siedlungsraum beizutragen. Bezogen auf Königswinter kann eine (weitere) Innenentwicklung insbesondere in der Talschne Konflikte zwischen der Innenentwicklung und dem Erhalt wichtiger klimatischer Ausgleichsräume verschärfen. Der Planungsgrundsatz der Innenentwicklung steht in solchen Bereichen im Widerspruch zum Grundsatz G.3. Ein innerörtliches Freifächensystem soll Hitzestaus verhindern und vulnerable Gruppen schützen. Eine Nachverdichtung dieser Flächen ist dann kritisch. Lokalklimatische wertvolle Freiräume sind daher durch die kommunale Bauleitplanung zu sichern. Eine Rücknahme von Bauflächen im FNP zu Gunsten des Erhalts siedlungsklimatischer besonders relevanter Ausgleichsflächen ist u.a. in den Bereichen Niederdollendorf und Ittenbach vorgesehen (siehe Anregungen weiter unten). Diese werden bzw. wurden jedoch weiterhin ? trotz gegenteiliger Festlegungen im Entwurf des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Königswinter ? bisher teilweise als Potenzialflächen angerechnet.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Möchte die Stadt Königswinter im Entwurf dargestellte Siedlungsbereiche nicht mehr entwickeln, sind diese der Regionallaplanungsbehörde mit der Bitte um Rücknahme und genauer Bezeichnung und Verortung der Flächen mitgeteilt werden.

1005706, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>2. Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum</p> <p>2.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung</p> <p>Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung ist sicherzustellen, dass die Siedlungsentwicklung grundsätzlich innerhalb der im Regionalplan festgelegten Siedlungsbereiche erfolgt. Denn im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung wird durch die Konzentration der Siedlungstätigkeit auf den Siedlungsraum eine Entwicklung gewährleistet, die zur langfristigen Auslastung der Infrastruktur beiträgt, Verkehr vermeidet und zusammenhängenden Freiraum sichert (vgl. Ziel Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren). Von der Konzentration auf den Siedlungsraum ausgenommen sind aber Siedlungsentwicklungen in den nicht als Siedlungsbereich festgelegten, in allgemeinen Freiraumbereichen (AFAB) gelegenen Ortsteilen. Dies betrifft auch alle Ortsteile, die nach § 34 BauGB zu beurteilen sind. Dies bedeutet, dass die Kommunen auch außerhalb von ASB und GIB vorhandene Siedlungen durch Darstellung neuer Bauflächen im Flächennutzungsplan grundsätzlich bedarfsgerecht erweitern können. Die vorherige Landesregierung hat den Kommunen ein solches Vorgehen durch eine Änderung des Landesentwicklungsplanes (LEP NRW) erleichtert (vgl. Ziele 2-3 und 2- 4 des LEP NRW). Königswinter weist eine polyzentrale Siedlungsstruktur mit mehreren größeren Siedlungseinheiten (> 2.000 Einwohner) und einer Vielzahl von Ortsteilen mittlerer und kleiner Größe auf. Die Baulandbereitstellung soll sich im Sinne einer nachhaltigen Siedlungsflächenentwicklung der Stadt der kurzen Wege grundsätzlich auf die größeren Siedlungen und ÖPNV-Achsen konzentrieren. Der Entwurf des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) der Stadt Königswinter enthält daher folgendes Leitziel: <i>? Weiterentwicklung der multipolaren Siedlungsstruktur vorrangig in den Kernbereichen, ohne Vernachlässigung einer maßvollen Eigenentwicklung in den dörflich geprägten Ortsteilen; Konzentration der Baulandbereitstellung i. S. einer nachhaltigen Siedlungsflächenentwicklung der Stadt der kurzen Wege auf die größeren Siedlungsbereiche?</i> (vgl. Beschluss des ASUK 478/2019/3 vom 29.05.2019). Die Stadt Königswinter möchte diesem Leitziel auch im Rahmen der laufenden Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes folgen. Die Stadt Königswinter begrüßt daher ausdrücklich die Möglichkeiten der Regelungen der Ziele 2-3 und 2-4 des LEP NRW. Es obliegt der Stadt Königswinter im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit, unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben und der regionalplanerischen Ziele in der zurzeit laufenden Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes zu entscheiden, ob und wo der regionalplanerisch ermittelte Bedarf verortet werden soll.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

1005707, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>2.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</p> <p>Die Stadt Königswinter begrüßt eine regionale, einheitliche Betrachtungsweise der Bedarfe und Flächenpotenziale (vgl. Ziel Z.3 - Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten). Die Stadt Königswinter engagiert sich daher, u.a. im parallel und ergänzend zur Regionalplanung entwickelten Projekt NEILA des Regionalen Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler (:rak).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus ein Hinweis auf das Projekt NEILA gegeben.</p>

1005708, Stadt Königswinter

Inhalt

2.2.1 Ermittlung der Bauflächenbedarfe

Die Regionalplanungsbehörde ging 2016/2017 im ersten Kommunalgespräch auf Basis der Bevölkerungsvorausberechnung auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte (Basis 2011) von IT.NRW für Königswinter bis 2035 noch von einem Bedarf von 65 ha Wohn- und Mischbauflächen und einem Bedarf an von 27 ha Gewerbebauflächen aus. Im Regionalplanentwurf wurde dann auf Grundlage der Bevölkerungsvorausberechnung von IT.NRW (Basis 2018) ein Bedarf bis 2043 von 132 ha Wohn- und Mischbauflächen und ein Bedarf von 37 ha Gewerbebauflächen ermittelt. Dies ist deutlich mehr als im Rahmen des informellen Verfahrens angenommen. Die Stadt Königswinter begrüßt die erhöhten Bedarfszahlen grundsätzlich, da dies eine größere Flexibilität bei der kommunalen Bauleitplanung und Flächenentwicklung ermöglicht. Ob dieser regionalplanerische Rahmen in vollem Umfang ausgeschöpft werden soll, ist in der laufenden Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes vom Stadtrat im Rahmen der kommunalen Planungshoheit und der gesetzlichen Vorgaben zu entscheiden. Inzwischen liegt allerdings eine neue Bevölkerungsvorausberechnung (Basis 2021) von IT.NRW bis 2050 vor. Danach wird die Einwohnerzahl in Königswinter ab 2035 leicht sinken. Im Vergleich zu 2021 wird der Rückgang bis 2050 voraussichtlich bei 1,7 % liegen. Unklar ist, ob sich hieraus erneut Veränderungen der Bedarfszahlen im Regionalplan ergeben werden. Die Stadt Königswinter fordert daher, dass der jetzt vorliegende quantitative Handlungsspielraum nicht wieder eingeschränkt wird. Die Stadt Königswinter weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass derzeit im Zuge der derzeit laufenden Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes ein eigenes kleinräumiges Bevölkerungsmodell für das Stadtgebiet erarbeitet wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt.

Im Übrigen werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

Inhalt**2.2.2 Ermittlung der Bauflächenpotenziale**

Auf den regionalplanerisch ermittelten Bedarf werden die im landesweiten Siedlungsflächenmonitoring (SFM) nach einheitlichen Kriterien ermittelten Reserven im wirksamen Flächennutzungsplan (FNP) angerechnet. Im SFM wurden allerdings nur die dargestellten freien Bauflächen größer 0,2 ha erfasst. Für kleinere Flächen und Baulücken sowie sonstige Nachverdichtungspotenziale liegen keine landes- bzw. regionsweit einheitlichen Daten vor. Die Staatskanzlei NRW hat 2017 von ihrem ursprünglichen Vorschlag, auch die Baulücken unter 0,2 ha in das SFM aufzunehmen, Abstand genommen. Dies bedeutet, dass die Innenentwicklungsreserven in der Regionalplanung weiterhin systematisch unterschätzt werden. Die Stadt Königswinter hat die Baulücken und mindergenutzten Grundstücke kleiner 0,2 ha im Stadtgebiet zum 31.12.2020 erstmalig erfasst. Im Ergebnis waren zu diesem Stichtag noch rund 68,5 ha Wohn- und Mischbauflächen in Baulücken und auf mindergenutzten Flächen im Stadtgebiet vorhanden. Allerdings ist ? aufgrund der Erfahrungen des letzten Jahrzehnts ? davon auszugehen, dass im Mittel nur rund 3 % der Flächen jährlich durch Private aktiviert werden. Im Planungszeitraum des Regionalplanes könnten bis 2043 somit maximal rund 34 ha Wohn- und Mischbauflächen in Baulücken und auf mindergenutzten Grundstücken aktiviert werden. Baulücken im Bereich der gewerblichen Bauflächen sind faktisch nicht vorhanden. Bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes sind diese Potenziale gemäß den Vorgaben des BauGB zu berücksichtigen. Der Grundsatz ?Innenentwicklung vor Außenentwicklung? wird seitens der Stadt Königswinter grundsätzlich unterstützt. Er ist auch im Entwurf des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) als Leitziel verankert. Allerdings lassen sich nicht alle Bauflächenbedarfe durch die Innenentwicklung decken. Vielfach können die Innenentwicklungspotenziale nicht oder nicht vollständig genutzt werden, sodass voraussichtlich auch weiterhin die Entwicklung von Flächen im Außenbereich zur Deckung der Bedarfe in gewissem Umfang erforderlich werden wird. Der derzeit rechtswirksame FNP der Stadt Königswinter wurde am 23.04.1974 bekannt gemacht. Seither wurden mehr als 100 Verfahren zur Änderung bzw. Berichtigung des FNP eingeleitet. Damit stellt der FNP in seiner Gesamtheit nicht mehr die Grundlage für eine strategische und nachhaltige Stadtentwicklung der Stadt Königswinter dar und wird seiner Funktion als vorbereitender Bauleitplan und strategische Leitlinie der Stadtentwicklungspolitik nicht mehr gerecht. Die Stadt Königswinter hat daher 2017 zur Vorbereitung der Neuaufstellung des FNP die Aufstellung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) beschlossen. In diesem Prozess wurde eine Vielzahl von Flächen identifiziert, deren Darstellung als Baufläche zukünftig zurückgenommen werden soll (vgl. Vorlagen 05/2017, 59/2017, 382/2018). In den Kommunalgesprächen zum Regionalplan wurde seitens der Stadt Königswinter ausdrücklich auf diese Flächen und den Entwurf des ISEK hingewiesen. In Summe

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

handelte es sich seinerzeit um vorgeschlagene Rücknahmen von rund

? 9 ha gewerblichen Bauflächen,

? 80 ha Wohn- und Mischbauflächen und

? 20 ha Sonderbauflächen

In der Potenzialflächenermittlung zum Regionalplan wurden die geplanten Rücknahmen von Bauflächendarstellungen aber nur dann von den vorhandenen Reserven im SFM abgezogen, wenn die Flächen zwischenzeitlich durch ein förmliches **Änderungsverfahren** zurückgenommen wurden (z.B. 80. Änderung des FNP im Bereich Wochenendhausgebiet Pleiserhohn oder die 85. Änderung des FNP im Bereich Thomasberg, Nördlich Steinringer Weg) **oder** wenn die Flächen in Bereichen liegen, in denen aufgrund zwingender, rechtlicher Vorgaben eine bauliche Entwicklung ausgeschlossen ist, dies sind unbeplante Flächen in Überschwemmungsgebieten, in FFH- oder in Naturschutzgebieten (sog. **Tabuflächen**). Geplante Rücknahmen in anderen Bereichen wurden ? unabhängig von den im ISEK-Entwurf dokumentierten Planungszielen der Stadt Königswinter und unabhängig davon, ob die Flächen in Bereichen mit sonstigen Restriktionen (insbesondere in Landschaftsschutzgebieten, in B-Plänen festgesetzte Ausgleichsflächen) liegen ? von der Regionalplanungsbehörde als Reserven angerechnet. Dies ist aus Sicht der Stadt Königswinter inhaltlich nicht nachvollziehbar und wurde bereits in den Kommunalgesprächen kommuniziert. Insbesondere die Lage einer Fläche in einem Landschaftsschutzgebiet (LSG) steht nach Ansicht der Stadt Königswinter einer Tabufläche gleich, weil die Höhere Naturschutzbehörde bei der Bezirksregierung Köln einer Entlassung aus dem Landschaftsschutz in aller Regel nicht zustimmt. Die Erfahrungen aus anderen Kommunen bestätigen dies. Die Stadt Königswinter regt daher an, dass auch Bauflächendarstellungen, die im LSG liegen oder die in Bebauungsplänen als ökologische Ausgleichsflächen festgesetzt und somit einer anderen Nutzung dauerhaft entzogen sind ? und ohnehin zurückgenommen werden sollen ? nicht als Potenziale im SFM angerechnet werden. Dies betrifft auch Bauflächen innerhalb der festgelegten Siedlungsbereiche soweit diese wichtige Funktionen erfüllen (z.B. regional und lokal wichtige Kaltluftschneisen, Grün- und Ausgleichsräume, Biotopverbund usw.). Besonders eklatant wirkt sich dieses Problem im Bereich der gewerblichen Flächenpotenziale aus. Von den 2017 im SFM ermittelten rund 9 ha gewerblichen Reserveflächen, die als mögliche Tauschflächen an die Regionalplanung gemeldet wurden, werden rund 7 ha weiterhin als Reserveflächen angerechnet, obwohl dort faktisch keine gewerbliche Nutzung möglich ist (Landschaftsschutzgebiet, in B-Plänen festgesetzte Ausgleichsflächen, Topografie) und von der Stadt Königswinter nach dem Entwurf des ISEK auch nicht angestrebt wird. Dies betrifft insbesondere die westlichen und südlichen Randbereiche der Gewerbegebiete Ruttscheid und Krahfeld. D.h. die seitens der Regionalplanung ermittelten gewerblichen Reserveflächen sind mindestens 7 ha zu hoch angesetzt. Im Ergebnis führt die regionalplanerische

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Im Übrigen werden Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

Potenzialflächenerhebung in Königswinter zu der Situation, dass trotz umfangreicher Vorschläge zur Rücknahme von Bauflächendarstellungen immer noch ein rein rechnerischer Überhang von insgesamt 21 ha besteht. Aus dieser Summe ist zudem nicht ersichtlich, welche der o.g. Tauschflächen in welchem Umfang bei der Potenzialflächenermittlung unberücksichtigt geblieben sind und welche nicht. Dies ist lediglich indirekt über das Siedlungsflächenmonitoring (SFM) und eine Verschneidung mit den ASB/GIBFestlegungen möglich. Die Potenzialermittlung ist somit nicht einfach auf Plausibilität prüfbar und nachvollziehbar. Im Regionalplan wird zwar kein unmittelbares Ziel zur Rücknahme von über den ermittelten Bedarf hinausgehenden Bauflächendarstellungen in den FNP's vorgegeben (vgl. Seite 52 der Begründung des Regionalplanes). Denn eine Verlagerung, Rücknahme oder Umplanung wäre als allgemeine Zielvorgabe unverhältnismäßig und als generelle Vorgabe vielfach für die Kommunen aufgrund ggf. vorhandener Entschädigungsansprüche auch nicht generell umsetzbar. Allerdings ist dieser rechnerische Überhang gemäß Ziel 4 des Regionalplanes (Z.4 - Flächenüberhänge vermeiden und abbauen) im Rahmen der kommunalen Flächennutzungsplanung anlassbezogen zunächst abzubauen, bevor neue Bauflächen an anderer Stelle im FNP dargestellt werden können. Mit den o. g. Beschlüssen zum ISEK hat die Stadt Königswinter bereits Ihren Willen zur Rücknahme zahlreicher konkreter Bauflächen im großen Umfang dokumentiert und am 24.06.2020 den Aufstellungsbeschluss für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes gefasst. In Folge der Coronapandemie und von Personalengpässen verzögerte sich jedoch das Verfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Königswinter. Der Vorentwurf des FNP konnte bisher nicht fertiggestellt werden. Hieraus dürfen der Stadt Königswinter keine Nachteile im Regionalplanverfahren und auch nicht bei der späteren Genehmigung des neuen Flächennutzungsplanes entstehen. Die Stadt Königswinter fordert daher, dass der im Regionalplanentwurf regionalplanerisch ermittelte Bedarf von 132 ha Wohn- und Mischbauflächen sowie 37 ha Gewerbeflächen ? auch unter Berücksichtigung der unten aufgeführten Anregungen zur zeichnerischen Anpassung der ASB/ GIB ? Bestand hat und nimmt diese Bedarfswerte als regionalplanerische Obergrenze im laufenden Verfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes (vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 16). Es obliegt dann der Stadt Königswinter im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit im FNP zu entscheiden, ob und wo der regionalplanerische Rahmen unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben ausgeschöpft werden soll.

Anlage:

letzten drei Seiten der Originalstellungnahme (Auszug aus der Niederschrift der 12. Sitzung des Stadtrates vom 20.06.2022 und dort insbesondere Punkt 16)

Anhänge

[Abb_ID_1005712_1_Niederschrift.pdf](#)

1005713, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>3. Allgemeine Siedlungsentwicklung</p> <p>3.1 Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) sichern und entwickeln (vgl. Ziel Z.7)</p> <p>Die Verortung der regionalplanerisch ermittelten Bedarfe der Kommunen erfolgte u.a. auf Basis der zu Beginn des informellen Planungsprozesses geführten Kommunalgespräche. In vielen Punkten ist die Regionalplanung den Vorschlägen der Stadt Königswinter zur Anpassung der ASB gefolgt, was die Stadt Königswinter ausdrücklich begrüßt. In einzelnen Bereichen insbesondere im ASB Ittenbach wurde den Vorschlägen allerdings nicht gefolgt. Zudem haben sich an anderer Stelle im Stadtgebiet die kommunalen Planungsziele im Zuge der Diskussion zum integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) geändert. Daraus ergeben sich folgende Anregungen der Stadt Königswinter zur Anpassung bzw. Überprüfung der zeichnerischen Festlegungen von ASB im Stadtgebiet:</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.</p>

1005714, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>3.1.1 ASB Ittenbach</p> <p>3.1.1.1 Lahrring/ Stadtgrenze Bad Honnef</p> <p>Im Bereich des ASB Ittenbach wurde das Stadtgebiet durch einen Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Königswinter und der Stadt Bad Honnef aus dem Jahr 2020 angepasst. Bereits bebaute Bereiche insbesondere am Lahrring, die bisher im Stadtgebiet von Bad Honnef lagen, wurden der Stadt Königswinter zugeordnet. Die Stadt Königswinter regt daher an, die Änderungen der Stadtgrenze aus dem Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Königswinter und der Stadt Bad Honnef in den Regionalplan aufzunehmen. Der ASB Ittenbach ist im Bereich Lahrring auf den Siedlungsbestand zu erweitern. Die Abgrenzung des ASB ist an der südlichen Grenze zu überprüfen. Auf den Abgrenzungsvorschlag in der Anlage wird verwiesen. (vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 8)</p> <p>Anlage: Anlage 5 und 5.2 sowie letzten drei Seiten der Originalstellungnahme (Auszug Niederschrift 12. Sitzung des Stadtrats vom 20.06.2022)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1005714_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1005714_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1005714_3_Niederschrift.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

3.1.1.2 Östlich des Elsterbaches/ Im Kratzgarten und Multifunktionsplatz

Bei der Abgrenzung des ASB Ittenbach wurden die von der Stadt Königswinter im informellen Planungsprozess gewünschten Erweiterungen im Bereich östlich des Elsterbaches/ Im Kratzgarten (ISEK-Flächen IT-W-02.2b und 02.3b) im Umfang von rund 4,0 ha nicht berücksichtigt. Im Rahmen der Diskussion der Stellungnahme zum Regionalplan hat der Stadtrat am 20.06.2022 ergänzend beschlossen, auch die Flächen im Bereich des heutigen Multifunktionsplatzes in den ASB Ittenbach einzubeziehen, um einerseits den bestehenden Standort regionalplanerisch abzusichern, aber auch die Möglichkeit für andere ergänzende Nutzungen beispielsweise für eine Versammlungsstätte (Bürgerhaus) perspektivisch Planrecht schaffen zu können. Eine Erweiterung des ASB Ittenbach an dieser Stelle ist aus Sicht der Stadt Königswinter aus folgenden Gründen sinnvoll und vertretbar:

? Der Bereich ist im derzeit wirksamen Regionalplan **zum Teil bereits als ASB festgelegt**. Einer Rücknahme hat die Stadt Königswinter an dieser Stelle nicht zugestimmt. Die Flächen sind zudem im FNP teilweise als Wohnbauflächen dargestellt.

? Der Stadtteil Ittenbach ist mit rund 3.800 Einwohnern einer der größeren Stadtteile von Königswinter mit guter Infrastrukturausstattung (Grundschule, Kindergarten, Nahversorgungszentrum, Multifunktionsplatz u.a.) sowie sehr guter Verkehrsanbindung und aufgrund seiner landschaftlich attraktiven Lage ein beliebter Wohnstandort in der Stadt und der Region. Gleichzeitig ist der ASB Ittenbach nach Westen, Süden und Osten von Natur- und FFH-Schutzgebieten umgeben, die eine bauliche Erweiterung an diesen Stellen generell ausschließen. Innerhalb des ASB sind zwar noch einzelne freie Bauflächen im FNP dargestellt, diese sollen jedoch im Zuge der Neuaufstellung des FNP zurückgenommen werden, da diese Flächen überwiegend im Bereich wertvoller innerörtlicher Grünflächen, vorhandener Kaltluftschneisen und Gewässer liegen. Faktisch sind **keine ausreichenden Entwicklungspotenziale im ASB Ittenbach vorhanden**.

? Es besteht weiterhin eine **hohe Nachfrage nach Wohnbauflächen** in der Stadt und der Region. Auch für Mischnutzungen und ergänzende Nutzungen besteht ein Flächenbedarf.

? **Lage der Flächen zum bestehenden Siedlungskörper und bestehenden Verkehrswegen**. Die Flächen sind aus städtebaulicher Sicht für eine Arrondierung des ASB trotz Lärmvorbelastung (A3, L331, ICE-Trasse) **gut geeignet**. Hier bieten sich neben der Wohnnutzung auch Mischnutzungen (insbesondere im Bereich der Auffahrt der A3 sowie ergänzende öffentliche Nutzungen (u.a. Bürgerhaus) an.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*? verfügt die Königswinter unter Betrachtung der in der Stellungnahmen vorgebrachten ASB Rücknahmen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven..

? Die Potenzialflächen wurden sowohl im Rahmen des ISEK als auch im Rahmen des Forschungsprojektes NEILA nach einheitlichen lokalen (ISEK) bzw. regional abgestimmten (NEILA) Kriterien bewertet. **Im ISEK** wurden die Fläche insbesondere **aufgrund der Nähe zu vorhandenen Infrastruktureinrichtungen** auch im Vergleich zu anderen Flächen z.B. westlich Vinxel **als mittel bewertet**. Eine Abwertung erfolgte seinerzeit aufgrund der möglichen Beeinträchtigung des Elsterbaches. Bei einer Reduzierung der zukünftigen Bauflächendarstellung im FNP um eine ausreichend breite Pufferzone (mindestens 30 m) entlang des Elsterbaches kann jedoch von einer **guten Bewertung** der Fläche ausgegangen werden. Im Projekt NEILA wurde die Fläche bei mittlerem Konfliktpotenzial als regional geeignete Wohnbaufläche bewertet. Auch hier kann das Konfliktpotenzial durch eine veränderte Flächenabgrenzung in der späteren FNP-Darstellung (Ausparung Elsterbach inkl. Pufferzone) deutlich reduziert werden.

? In dieser Stellungnahme werden **Rücknahmen von ASB-Festlegungen in anderen zum Teil sensibleren Bereichen in größerem Umfang** vorgeschlagen. ? In dem Bereich besteht nur eine **geringe Schutzwürdigkeit der Böden** (vgl. Erläuterungskarte F2 zum Regionalplan)

? Die Flächen haben (ausgenommen der Bereich des Elsterbaches, der im Zuge einer FNP Darstellung ausgespart würde) eine **geringe ökologische Wertigkeit**. Es handelt sich um Ackerflächen die zudem **keine regional bedeutsame Biotopverbindungsfunktion** haben (vgl. Erläuterungskarte F5 zum Regionalplan)

? Die Flächen sind zwar in der Erläuterungskarte F6 zum Regionalplan teilweise als Bereich zum Schutz der Landschaft und zur landschaftsorientierten Erholung (BSLE) festgelegt. Die **Festlegung als BSLE ist aber inhaltlich** aufgrund der Lage (von drei Seiten von Siedlung/ Verkehrswegen umgeben), der Lärmbelastung und der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung der Flächen **nicht nachvollziehbar**. In diesem Zusammenhang verweist die Stadt Königswinter auch auf die widersprüchliche Festlegung von Flächen im Landschaftsschutzgebiet als ASB im Bereich zwischen Vinxel und Stieldorf und auf das Entgegenkommen der Stadt Königswinter an dieser und anderen Stellen (z.B. westlich Vinxel). Dort macht eine Rücknahme der ASBFestlegungen zugunsten des Freiraumes bzw. eines Regionalen Grünzuges Sinn, während sich im Bereich Ittenbach eine Arrondierung des ASB anbietet. Zumindest **schließt die Ausweisung als LSG eine Festlegung als ASB offensichtlich nicht** aus.

Vor diesem Hintergrund regt die Stadt Königswinter nochmals ausdrücklich an, den ASB Ittenbach um die Flächen östlich des Elsterbaches/ Im Kratzgarten (ISEK Flächen IT-W-02.2b und 2.3b) sowie die Flächen im Bereich des Multifunktionsplatzes um insgesamt rund 5,0 ha zu erweitern, um den Bedarf an Bauflächen decken zu können. (vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 9)

Anlagen 5 und 5.3 sowie Anlage Auszug aus der Niederschrift Stadtrat vom 20.06.2022

(letzte drei Seiten der Originalstellungnahme und insb. Punkt 9)

Anhänge

[Abb_ID_1005715_1.pdf](#)

[Abb_ID_1005715_2.pdf](#)

[Abb_ID_1005715_3_Niederschrift.pdf](#)

Inhalt

3.1.1.3 Bereich zwischen Gräfenhohn und Königswinterer Straße/L 331

Bei der Neuabgrenzung des ASB Ittenbach wurde die von der Stadt Königswinter im informellen Planungsprozess gewünschte Erweiterung um den bestehenden Ortsteil Gräfenhohn im Grundsatz berücksichtigt. Die weitgehend unbebauten Flächen im Bereich zwischen Gräfenhohn und der Königswinterer Straße/ L331 wurden jedoch nicht in den ASB aufgenommen. Der Bereich wurde insbesondere aufgrund der Lärmvorbelastung und der schwierigen Entwässerungssituation im ISEK zunächst als ungünstig bewertet und nur vorbehaltlich einer Erweiterung des ASB durch die Regionalplanungsbehörde in das ISEK aufgenommen. Die Stadt Königswinter hält eine Erweiterung des ASB an dieser Stelle inzwischen aus folgenden Gründen aber für vertretbar:

? Es besteht weiterhin eine **hohe Nachfrage nach Wohnbauflächen** in der Stadt und der Region.

? Es sind **keine ausreichenden Entwicklungspotenziale im ASB Ittenbach vorhanden** (siehe oben Punkt 4.1.1.2)

? Geringe Schutzwürdigkeit der Böden, geringe ökologische Wertigkeit der Flächen, keine Festlegung als BSLE, Regionaler Grünzug, keine Biotopverbindungsfunktion

? **Lage der Fläche zum bestehenden Siedlungskörper und bestehenden Verkehrswegen.** Der Bereich ist bereits von drei Seiten von Bebauung umgeben. Die Flächen sind aus städtebaulicher Sicht für eine Arrondierung grundsätzlich geeignet. Die Potenzialflächen wurden sowohl im Rahmen des ISEK als auch im Rahmen des Forschungsprojektes NEILA nach einheitlichen lokalen (ISEK) bzw. regional abgestimmten (NEILA) Kriterien bewertet. Im ISEK wurden die Fläche bisher insbesondere aufgrund der Lärmvorbelastung und der schwierigen Erschließungssituation (Entwässerung) als ungünstig bewertet. Die **technischen Fragen der Erschließung und des Lärmschutzes lassen sich voraussichtlich (mit erhöhtem Aufwand) lösen.** Zudem ist der Eigentümer grundsätzlich entwicklungsbereit. Im Projekt NEILA wurde die Fläche bei geringem Konfliktpotenzial als regional geeignete Wohnbaufläche bewertet.

Aufgrund fehlender Entwicklungsoptionen im Stadtteil Ittenbach, eines grundsätzlich entwicklungsbereiten Eigentümers und der Lage zum Siedlungsraum hält die Stadt Königswinter eine bauliche Entwicklung an dieser Stelle für vertretbar und regt daher an, den ASB Ittenbach im Bereich Gräfenhohn bis zur Königswinterer Straße/ L331 um rund 3,7 ha einschließlich dem Siedlungsbestand zu erweitern. (vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 10)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Anlagen 5 und 5.3 sowie Anlage Auszug aus der Niederschrift Stadtrat vom 20.06.2022
(letzte drei Seiten der Originalstellungnahme und insb. Punkt 10)

Anhänge

[Abb_ID_1005716_1.pdf](#)

[Abb_ID_1005716_2.pdf](#)

[Abb_ID_1005716_3_Niederschrift.pdf](#)

1005717, Stadt Königswinter

Inhalt

3.1.2 ASB Königswinter/ Nieder- und Oberdollendorf

Die Abgrenzung des ASB wurde im Planentwurf gegenüber dem bisherigen Regionalplan im Bereich des Rheins und des Siebengebirges weitgehend an den Siedlungsbestand angepasst. Die Neuabgrenzung wird grundsätzlich zustimmend zur Kenntnis genommen. Folgende Anpassungen werden angeregt:

3.1.2.1 Westlich der Hauptstraße/ L193 (?Sumpfweg Süd?)

Im Bereich westlich der Hauptstraße (L193) zwischen Parkstraße und Johannes-Albers-Allee bestehen keine Entwicklungsabsichten mehr. In dem Bereich wurden am 01.09.2021 vom ASUK Verfahren zur Aufhebung noch bestehender, aber unwirksamer Bebauungspläne und die 89. Änderung des Flächennutzungsplanes eingeleitet (vgl. Beschlüsse Nr. 63/2021, 64/2021, 65/2021 und 66/2021). Ergänzend wurde eine Veränderungssperre erlassen. Die Zielsetzungen dieser Planverfahren sind insbesondere die Beseitigung des Rechtsscheins der unwirksamen Bebauungspläne, der Erhalt und die dauerhafte Sicherung der bestehenden Freiflächen und der Hochwasserretentionsräume im festgesetzten Überschwemmungsgebiet des Rheins sowie die Einhaltung der Regelungen des § 78 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz. Die Grünflächen haben zudem im hochverdichteten Talbereich eine wichtige thermische Ausgleichsfunktion (vgl. Fachinformationssystem Klimaanpassung des LANUV). Einer Beibehaltung der Festlegung als ASB in diesem Bereich stehen u.a. das Ziel Z.27 (Überschwemmungsgebiete erhalten und entwickeln) und der Grundsatz G.49 (Retentionsfunktion erhalten, Hochwasserrisiken mindern) entgegen. Der Rat der Stadt Königswinter regt daher an, die Abgrenzung des ASB im Bereich der bereits eingeleiteten 89. FNP-Änderung (?Sumpfweg Süd?) aus Gründen des vorbeugenden Hochwasserschutzes, zum Erhalt und zur Entwicklung von Retentionsflächen und entgegenstehender kommunaler Planungsziele (Erhalt der Grünflächen) zu prüfen und um bis zu 5,0 ha zu reduzieren. Die Flächen sollen als regionaler Grünzug festgelegt werden (vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 5).

Anlagen 5 und 5.2 sowie Anlage Auszug aus der Niederschrift Stadtrat vom 20.06.2022 (letzte drei Seiten der Originalstellungnahme und insb. Punkt 5)

Anhänge

[Abb_ID_1005717_1.pdf](#)

[Abb_ID_1005717_2.pdf](#)

[Abb_ID_1005717_3_Niederschrift.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005718, Stadt Königswinter

Inhalt

3.1.2.2 Bereich zwischen AZK und Stadtbahnlinie 66

Darüber hinaus ist die ASB-Abgrenzung im Bereich südlich der Johannes-Albers-Allee/ des Arbeitnehmerzentrums Königswinter (AZK) bis zur Stadtbahnlinie 66 zu überprüfen. Der FNP stellt hier derzeit Grünfläche dar. Die Grünflächen haben im hochverdichteten Talbereich eine wichtige thermische Ausgleichsfunktion (vgl. Fachinformationssystem Klimaanpassung des LANUV). Die Fläche liegt zudem im festgesetzten Überschwemmungsgebiet des Rheins und im Landschaftsschutzgebiet. Es bestehen hier keine Entwicklungsabsichten seitens der Stadt Königswinter. Einer Beibehaltung der Festlegung als ASB in diesem Bereich stehen u.a. das Ziel Z.27 (Überschwemmungsgebiete erhalten und entwickeln) und der Grundsatz G.49 (Retentionsfunktion erhalten, Hochwasserrisiken mindern) entgegen. Die Stadt Königswinter regt daher an, die Abgrenzung des ASB im Bereich südlich des AZK bis zur Stadtbahnlinie 66 aus Gründen des vorbeugenden Hochwasserschutzes, zum Erhalt und zur Entwicklung von Retentionsflächen zu prüfen und um bis zu 1,5 ha zu reduzieren. Die Flächen sollen als regionaler Grünzug festgelegt werden. (vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 6)

Anlagen 5 und 5.2, sowie als Anlage die letzten 3 Seiten (Niederschrift 20.06.2022, Nr. 6)

Anhänge

[Abb_ID_1005718_1.pdf](#)

[Abb_ID_1005718_2.pdf](#)

[Abb_ID_1005718_3_Niederschrift.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005719, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>3.1.2.3 Ehemalige Lemmerzwerke</p> <p>Der GIB wurde im Bereich der ehemaligen Lemmerzwerke zugunsten des ASB reduziert. Der Grundstückseigentümer strebt aber eine gewerbliche Entwicklung der derzeit leerstehenden Gebäude an. Die Festlegung als ASB an dieser Stelle lässt zwar grundsätzlich eine Entwicklung als (eingeschränktes) Gewerbegebiet zu, aus Sicht der Stadt Königswinter sollte in Abstimmung mit der Wirtschaftsförderungs- und Wohnungsbaugesellschaft (WWG) jedoch an der Festlegung als GIB im Umfang der ehemaligen Lemmerzwerke (ISEK-Fläche Kö-G-01) festgehalten werden, da erstens kaum noch GIB-Flächen im Stadtgebiet vorhanden sind und andererseits die Fläche umfangreichen Immissionen ausgesetzt ist, sodass hier ASB-typische Nutzungen (insbesondere Wohnen) nicht bzw. kaum möglich sind. (<u>vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 7</u>)</p> <p>Anlagen 5 und 5.2, sowie als Anlage die letzten 3 Seiten (Niederschrift 20.06.2022, Nr. 7)</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1005719_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1005719_2.pdf</p> <p>Abb_ID_1005719_3_Niederschrift.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige ASB im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Der Bereich soll wieder als GIB umgesetzt werden.</p>

Inhalt

3.1.3 ASB Vinxel

Der bisher zusammenhängende ASB Vinxel-Stieldorf wurde im Planentwurf in zwei separate ASB aufgeteilt. Die Freibereiche zwischen den beiden ASB, die überwiegend als Landschaftsschutzgebiet festgesetzt sind, sollen als Regionaler Grünzug festgelegt werden. Die im integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) bisher erfassten Wohnbaupotenzialflächen westlich und nördlich von Vinxel (ISEK-Flächen ST-W-01, ST-W-02) wurden entsprechend den bisherigen Zielen der Stadt Königswinter und des alten Regionalplans weitgehend im Planentwurf beibehalten. Der ASB wurde im Norden etwas erweitert, im Süden zum FFH-Gebiet Siebengebirge hin dagegen etwas reduziert. Folgende Anregungen werden vorgebracht:

3.1.3.1 Westlich Vinxel ? Auf den Steinen/Hohnacker

Der Bereich westlich Vinxel ? Auf den Steinen/ Hohnacker wurde im Rahmen des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) in der Politik und der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Die politischen Zielsetzungen zu der Fläche haben sich aufgrund folgender Punkte geändert:

? Im Umweltbericht zum Regionalplan kommt der Gutachter für die unbebauten ASBFlächen zu folgender Gesamteinschätzung: Bei voraussichtlich drei Kriterien (Naturschutzgebiet, klimarelevante Böden, Landschaftsbild) sind **erhebliche Umweltauswirkungen** zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.

? Die FFH-Vorprüfung zum Regionalplan für diese Flächen kommt zu dem Ergebnis, dass die Beurteilung erheblicher Beeinträchtigungen durch stoffliche Wirkungen (insbesondere Stickstoff-Depositionen) nur auf der Grundlage der konkreten Nutzung und der zu erwartenden stofflichen Immissionen vorgenommen werden kann, für die eine weitere Konkretisierung der Planung erforderlich ist. Das bedeutet, dass eine abschließende Beurteilung der Erheblichkeit erst in einer **FFH-Verträglichkeitsprüfung im nachgelagerten Verfahren** (auf Ebene des FNP) erfolgen muss. Ob und unter welchen Einschränkungen eine wohnbauliche Entwicklung möglich ist, ist daher derzeit unklar.

? Die Flächen westlich vom ASB Vinxel sind in der Erläuterungskarte F2 als **schutzwürdige Böden mit hoher Funktionserfüllung** dargestellt.

? Die Flächen westlich vom ASB Vinxel sind in der Erläuterungskarte F3 zum Regionalplan als **Regionaler Grünzug mit den Schwerpunkten Klima, Erholung und Biotopverbund** bzw. Erholung und Biotopverbund festgelegt. Der wichtige Regionale

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Grünzug verläuft vom Ennert durch das Siebengebirge.

? Die Flächen um den ASB Vinxel/ Stieldorf sind in der Erläuterungskarte F4 zum Regionalplan als **Agrarstrukturell bedeutsamer Raum** dargestellt.

? Die Potenzialflächen westlich und nördlich von Vinxel wurden sowohl im Rahmen des ISEK als auch im Rahmen des Forschungsprojektes NEILA nach einheitlichen lokalen (ISEK) bzw. regional abgestimmten (NEILA) Kriterien bewertet. **Im ISEK** wurde die Fläche westlich Vinxel (ST-W-01) insbesondere **aufgrund der größeren Entfernung zu vorhandenen Infrastruktureinrichtungen** (Grundschule Stieldorf, Nahversorger in Stieldorf usw.) **und aufgrund der aufwendigen technischen Erschließung** (Entwässerung) auch im Vergleich zu anderen Flächen z.B. in Ittenbach **als ungünstig bewertet**. Zudem ist die Eigentümerstruktur zersplittert.

? Des Weiteren ist der **Innenentwicklung** gemäß dem Entwurf des ISEK in Königswinter grundsätzlich der Vorrang einzuräumen. Im Bereich Vinxel-Stieldorf sind neben zahlreichen Innenentwicklungspotenzialen auch umfangreiche **andere Erweiterungsoptionen in räumlicher Nähe vorhanden**. Daher soll der Bereich westlich von Vinxel ?Auf den Steinen/Hohnacker? (ISEK-Fläche ST-W-01) nach den politischen Willensbekundungen (u.a. Koalitionsvertrag der Mehrheitsparteien) zukünftig nicht mehr als Entwicklungspotenzial berücksichtigt werden.

Vor dem Hintergrund der erwarteten erheblichen negativen Umweltwirkungen, der Ergebnisse des ISEK-Prozesses und des Regionalplanentwurfes, der Nähe zum Naturschutz- und FFH-Gebiet Siebengebirge und zur Stärkung des bedeutsamen Regionalen Grünzuges Siebengebirge regt die Stadt Königswinter daher an, den ASB Vinxel im Westen um rund 9,5 ha (ISEK-Fläche ST-W-01 und teilweise Fläche ST-W-02) zu reduzieren. Die Flächen sollen als regionaler Grünzug festgelegt werden. (Vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 1)

Anlagen 5 und 5.1, sowie als Anlage die letzten 3 Seiten (Niederschrift 20.06.2022, Nr. 1)

Anhänge

[Abb_ID_1005720_1.pdf](#)

[Abb_ID_1005720_2.pdf](#)

[Abb_ID_1005720_3_Niederschrift.pdf](#)

Inhalt

3.1.3.2 Östlich Vinxel

Am östlichen Ortsrand von Vinxel wurden bisher unbebaute Flächen ? trotz ihrer Lage im Landschaftsschutzgebiet ? als ASB im Planentwurf beibehalten. In der Vergangenheit wurden Anfragen zur Entlassung dieses Bereiches aus dem Landschaftsschutz seitens der höheren Naturschutzbehörde bei der Bezirksregierung allerdings immer mit der Begründung abgelehnt, dass die Flächen der Erhaltung des Freiraumkorridors zwischen Vinxel und Stieldorf dienen. Die Beibehaltung der Festlegung dieser Flächen als ASB ist daher widersprüchlich, da eine bauleitplanerische Entwicklung der Flächen bisher faktisch nicht möglich war. Auf die obigen Ausführungen zur Berücksichtigung von derartigen Potenzialflächen wird verwiesen. Die Stadt Königswinter hält eine Überprüfung der ASB-Festlegung in dem Bereich aus folgenden Gründen für geboten:

? Die Flächen östlich des ASB Vinxel sind in der Erläuterungskarte F2 als **schutzwürdige Böden mit hoher teilweise mit sehr hoher Funktionserfüllung** dargestellt.

? Die Flächen um den ASB Vinxel/ Stieldorf sind in der Erläuterungskarte F4 zum Regionalplan als **Agrarstrukturell bedeutsamer Raum** dargestellt.

? Der Bereich hat als Kaltluftbahn eine lokale Bedeutung (vgl. FIS Klimaanpassung).

? Der in diesem Bereich festgelegte **regionale Grünzug mit dem Funktionsschwerpunkt Klima** (vgl. Erläuterungskarte F3) und der **Bereich zum Schutz der Landschaft und zur landschaftsorientierten Erholung** (BSLE, vgl. Erläuterungskarte F6) haben jeweils nur eine Breite von rund 100 m. Angesichts des Maßstabes von 1:50.000 (1 mm = 50 m) stellt sich hier die Frage, ob eine solche Festlegung regionalplanerische Relevanz hätte.

? Im Forschungsprojekt NEILA wurden diese Flächen trotz **mittlerem bis hohem Konfliktpotenzial** (Landschaftsschutz, Landwirtschaft, Regionaler Grünzug) zwar als grundsätzlich geeignete regionale Wohnbauflächen bewertet. Es besteht seitens der Stadt Königswinter nach dem Entwurf des ISEK allerdings keine Absicht mehr die Flächen baulich zu entwickeln, im Gegenteil: Nach den städtebaulichen Überlegungen soll ein Zusammenwachsen der Ortsteile Stieldorf und Vinxel ? analog den Vorstellungen der Höheren Naturschutzbehörde ? verhindert werden, so wurde z.B. im ? nicht beschlossenen ? Entwurf der Rahmenplanung für Vinxel und Stieldorf 2008 vorgeschlagen, den Bereich grünordnerisch aufzuwerten und weiterzuentwickeln. Eine Flächenbewertung erfolgte im ISEK daher nicht.

Nach Ansicht der Stadt Königswinter sollte ein ausreichend dimensionierter Freiraum

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

zwischen den beiden Ortsteilen Vinxel und Stieldorf verbleiben, auch um dem bestehenden Landschaftsschutz und der Bedeutung als Regionalem Grünzug mit ausreichender Breite Rechnung zu tragen. Daher regt die Stadt Königswinter an, den ASB Vinxel im Nordosten, nördlich und südlich der Vinxeler Straße bis auf den bereits bebauten Bestand um rund 5,5 ha zu reduzieren. Die Flächen sollen als regionaler Grünzug festgelegt werden. (vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 2) Die Stadt Königswinter weist in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, dass sie an dieser Stelle sowohl aus städtebaulicher, klimaökologischer wie grünordnerischer Sicht eine Freihaltung der Flächen befürwortet, auch weil andere Flächenoptionen im Bereich der ASB Vinxel und Stieldorf vorhanden sind. Wohingegen dem ASB Ittenbach aus regionalplanerischer Sicht bei gleicher bzw. besserer infrastruktureller Ausstattung keine bzw. keine ausreichenden regionalplanerischen Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Dies ist für die Stadt Königswinter nicht nachvollziehbar. Auf die Anregung zur Ausweitung des ASB Ittenbach im Bereich östlich des Elsterbaches und des Multifunktionsplatzes wird ausdrücklich verwiesen.

Anlagen 5 und 5.1, sowie als Anlage die letzten 3 Seiten (Niederschrift 20.06.2022, Nr. 2)

Anhänge

[Abb_ID_1005721_1.pdf](#)

[Abb_ID_1005721_2.pdf](#)

[Abb_ID_1005721_3_Niederschrift.pdf](#)

Inhalt

3.1.4 ASB Stieldorf

Die im Entwurf des ISEK vorgeschlagenen Wohnbaupotenzialflächen in Stieldorf (ISEK-Flächen ST-W-13, ST-W-14) wurden entsprechend den bisherigen Zielen der Stadt und des alten Regionalplans weitgehend im Planentwurf beibehalten. Der ASB Stieldorf wurde im Bereich nördlich des Sportplatzes Stieldorf sogar bis zur Hermann-Löns-Straße erweitert. Die Stadt Königswinter begrüßt dies. Denn die Flächen sind insbesondere aufgrund ihrer Lage zu den vorhandenen Verkehrs- und Infrastruktureinrichtungen sowohl im ISEK als auch im Projekt NEILA als gut bis sehr gut geeignet bewertet worden und stellen neben den Flächen bei Oberpleis den zweiten Entwicklungsschwerpunkt im Stadtgebiet dar. An der Festlegung als ASB sollte daher nach Ansicht der Stadt Königswinter festgehalten werden. In folgenden Teilbereichen des ASB Stieldorf sind allerdings ggf. noch Anpassungen zu prüfen:

3.1.4.1 Bereich nördlich der Dissenbachtalstraße/ Auf dem Pastorsacker

Der ASB Stieldorf wurde im Bereich nördlich Dissenbachtalstraße bis zur gedachten Verlängerung des Friedhofsweges erweitert. Es erfolgte keine Festlegung als GIB (ISEK-Fläche ST-G-01) und die Erweiterung des ASB ist deutlich kleiner als die im ISEK und im regionalen Gewerbeflächenkonzept (GEK) ursprünglich vorgeschlagene gewerbliche Potenzialfläche. Aus Sicht der Stadt Königswinter ist die Erweiterung des ASB an dieser Stelle grundsätzlich zu begrüßen. Die Abgrenzung des ASB sollte aber aus folgenden Gründen überprüft werden:

? Die Flächen nördlich des ASB Stieldorf sind in der Erläuterungskarte F2 als **schutzwürdige Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung** dargestellt.

? Die Flächen um den ASB Stieldorf sind in der Erläuterungskarte F4 zum Regionalplan als **Agrarstrukturell bedeutsamer Raum** dargestellt.

? Die Flächen nördlich des ASB Stieldorf sind in der Erläuterungskarte F3 als **regionale r Grünzug mit dem Funktionsschwerpunkt Klima** festgelegt.

? Im Forschungsprojekt NEILA wurden diese Flächen zwar als geeignete regionale Wohnbauflächen bewertet, aber gleichzeitig ein **hohes Konfliktpotenzial** attestiert. Im ISEK wurde die Fläche nur unter dem Gesichtspunkt einer gewerblichen Nutzung bewertet. Im Ergebnis wurde die Fläche insbesondere aufgrund der Erschließungssituation, der **Topografie, des Bodenschutzes und des Landschaftsbildes** (Hanglage, Kuppe) als ungünstig bewertet.

Die Stadt Königswinter regt an, die Abgrenzung des ASB Stieldorf im Norden, im

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Bereich zwischen Birlinghovener Straße und Dissenbachtalstraße zu überprüfen und ggf. um bis zu 3,5 ha zu reduzieren. Die Flächen sollen als regionaler Grünzug festgelegt werden. (vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 3)

Anlagen 5 und 5.1, sowie als Anlage die letzten 3 Seiten (Niederschrift 20.06.2022, Nr. 3)

Anhänge

[Abb_ID_1005722_1.pdf](#)

[Abb_ID_1005722_2.pdf](#)

[Abb_ID_1005722_3_Niederschrift.pdf](#)

Inhalt

3.1.4.2 Östlich Lauterbach/ Südlich der Waldfriedenstraße

Im südlichen und südöstlichen Bereich von Stieldorf wurde der ASB weitgehend bis an die Grenzen des Siedlungsbestandes zurückgenommen. Aus Sicht der Stadt Königswinter ist zu prüfen, ob der ASB auch im Bereich südlich der Waldfriedenstraße/ östlich des Lauterbachs aus folgenden Gründen zurückgenommen werden sollte:

? Die Flächen südlich des ASB Stieldorf sind in der Erläuterungskarte F2 als **schutzwürdige Böden mit hoher und teilweise sehr hoher Funktionserfüllung** dargestellt.

? Die Flächen um den ASB Stieldorf sind in der Erläuterungskarte F4 zum Regionalplan zum großen Teil als **Agrarstrukturell bedeutsamer Raum** dargestellt. In dem Bereich befinden sich zwei landwirtschaftliche Betriebe.

? Die Flächen nördlich des ASB Stieldorf sind in der Erläuterungskarte F3 als **regionaler Grünzug mit dem Funktionsschwerpunkt Klima** festgelegt.

? Der Bereich südlich und nördlich des ASB sind um den Lauterbach als **Bereich zum Schutz der Natur** (BSN) bzw. darüber hinaus als **Bereich zum Schutz der Landschaft und zur landschaftsorientierten Erholung** (BSLE) festgelegt (vgl. Erläuterungskarten F5 und F6). Der Lauterbach hat eine wichtige Funktion im **Biotopverbund**.

? Teilflächen liegen im **festgesetzten Überschwemmungsgebiet des Lauterbaches**

? Die unbebauten Flächen in dem Bereich liegen überwiegend im **Landschaftsschutzgebiet**

? Der FNP stellt für den Bereich **Fläche für die Landwirtschaft** dar. Bei der vorhandenen Bebauung am Gräfenbuschweg und Auf dem Schnorrenberg handelt es sich nach Einschätzung der Stadt Königswinter um eine **Splittersiedlung**. Eine Erweiterung dieser Siedlung ist nicht Planungsziel der Stadt Königswinter.

Die Stadt Königswinter regt daher an, die Abgrenzung des ASB Stieldorf im Südosten, südlich der Waldfriedenstraße vor dem Hintergrund entgegenstehender Planungsziele und bestehender Konflikte (u.a. Landschaftsschutz, Hochwasserschutz u.a.) zu überprüfen und ggf. bis zum Lauterbach um bis zu 6,3 ha zu reduzieren. Die Flächen sollen als regionaler Grünzug festgelegt werden. (vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 4)

Anlagen 5 und 5.1, sowie als Anlage die letzten 3 Seiten (Niederschrift 20.06.2022, Nr. 4)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Anhänge[Abb_ID_1005723_1.pdf](#)[Abb_ID_1005723_2.pdf](#)[Abb_ID_1005723_3_Niederschrift.pdf](#)

1005724, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>3.1.5 ASB Oberpleis</p> <p>Die Regionalplanungsbehörde hat den ASB Oberpleis weitgehend an den Siedlungsbestand bzw. die Planungsabsichten der Stadt Königswinter angepasst. Für die bisher unbebaute ASBFläche östlich der Königswinterer Straße kommt der Gutachter im Umweltbericht zum Regionalplan zu dem Ergebnis, dass zwar voraussichtlich bei einem Kriterium (schutzwürdige Böden/ klimarelevante Böden) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind, dass aber die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend aufgrund der geringeren Gewichtung des Kriteriums als nicht erheblich eingeschätzt werden. Diese Flächen sind insbesondere aufgrund ihrer Lage zu den vorhandenen Verkehrs- und Infrastruktureinrichtungen sowohl im ISEK als auch im Projekt NEILA als gut bis sehr gut bewertet worden und stellen in Summe einen der wenigen zentralen Entwicklungsschwerpunkte im Stadtgebiet dar. An der Festlegung als ASB sollte daher auch nach Ansicht der Stadt Königswinter in vollem Umfang festgehalten werden. In folgenden Teilbereichen des ASB Oberpleis sind allerdings noch Anpassungen zu prüfen:</p> <p>3.1.5.1 Lützbach/ Nordwestliche Grenze ASB Oberpleis</p> <p>An der nordwestlich Grenze des ASB im Bereich des Lützbaches schlägt die Stadt Königswinter eine Prüfung der Abgrenzung und ggf. eine Rücknahme des ASB im Umfang von bis zu 4 ha vor (<u>vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 11</u>). Dies betrifft u.a. eine Wohnbaufläche (ISEK-Fläche OB-W11.2) nördlich des Forellenweges, diese Darstellung soll im Zuge der Neuaufstellung des FNP zurückgenommen werden. Der Bereich ist im FNP darüber hinaus überwiegend als Grünfläche dargestellt. Der gesamte Bereich liegt im Überschwemmungsbereich des Lützbaches. In der Vergangenheit sind hier bereits Schadensereignisse durch Starkregen zu verzeichnen gewesen.</p> <p>Anlagen 5 und 5.4, sowie als Anlage die letzten 3 Seiten (Niederschrift 20.06.2022, Nr. 11)</p> <p>Anhänge Abb_ID_1005724_1.pdf Abb_ID_1005724_2.pdf Abb_ID_1005724_3_Niederschrift.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen auch die Restriktion eines rechtskräftigen Überschwemmungsgebietes entgegen, sodass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005725, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>3.1.5.2 Pleisbach/ Seniorendorf</p> <p>An der östlichen Grenze des ASB entlang des Pleisbaches insbesondere im Bereich des geplanten Seniorendorfes (laufende 78. FNP-Änderung) wurde durch die teilweise Erweiterung des ASB keine Klarheit hinsichtlich der regionalplanerischen Einordnung der Vorhabenfläche (ASB oder BSN) erreicht. Hier regt die Stadt Königswinter zur Klarstellung eine erneute Prüfung der Abgrenzung des ASB an (<u>vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 12</u>).</p> <p>Anlagen 5 und 5.4, sowie als Anlage die letzten 3 Seiten (Niederschrift 20.06.2022, Nr. 12)</p> <p>Anhänge Abb_ID_1005725_1.pdf Abb_ID_1005725_2.pdf Abb_ID_1005725_3_Niederschrift.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Die ASB Abgrenzung wurde auf Bitte der Stadt Königswinter noch einmal überprüft. Der Siedlungsbereich wurde wieder auf den Verlauf aus dem aktuellen Regionalplan zurückgenommen. Der FNP stellt hier keine Bauflächen sondern einen Friedhof dar. Eine bauliche Nutzung ist auch aufgrund der örtlichen Reliefsituation unwahrscheinlich. Des Weiteren erstreckt sich hier eine Biotopverbundfläche mit herausragender Bedeutung..</p> <p>Das BSN konnte allerdings nicht erweitert werden, da der ökologische FB der LANUV in diesem Bereich lediglich eine Biotopverbindungsfläche der 2. Stufe vorsieht.</p> <p>Die in der Stellungnahme angeführte Entscheidung zum geplanten Seniorendorf kann aufgrund der regionalplanerischen Zeichnungsunschärfe nicht abschließend entschieden werden. Dies ist dem Bauleitplanverfahren mit der Abstimmung nach § 34 LPlG vorbehalten.</p>

1005726, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>4. Gewerbliche Entwicklung</p> <p>4.1 GIB sichern und entwickeln (Ziel Z.10)</p> <p>4.1.1 GIB Stieldorf - Nördlich der Dissenbachtalstraße</p> <p>Auf Antrag der Politik hatte der Planungs- und Umweltausschuss am 08.02.2017 (Beschluss Nr. 267/2017) mehrheitlich beschlossen, im regionalen Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises 2035 (GEK) und dem integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) eine Fläche von rund 12 ha nördlich von Stieldorf als neuen GIB (ISEK-Fläche ST-G-01) vorzuschlagen und die Verwaltung beauftragt, diese Fläche in den Kommunalgesprächen bei der Regionalplanungsbehörde anzumelden. Im Zuge der umweltfachlichen Bewertung zum regionalen Gewerbeflächenkonzept wurde diese Fläche ? insbesondere aufgrund der flächendeckend vorkommenden besonders schutzwürdigen Böden und der Lage im Regionalen Grünzug ? als nur bedingt geeignet bewertet und eine Verkleinerung auf rund 9,8 ha vorgeschlagen. Die Regionalplanungsbehörde ist auch diesem (verkleinerten) Vorschlag schon im Plankonzept 2020 und auch im aktuellen Planentwurf 2021 nicht gefolgt. Stattdessen wurde der ASB Stieldorf ? in deutlich kleinerem Umfang als die gewünschte GIB-Festlegung ? nach Norden erweitert. Die Stadt Königswinter nimmt dies zur Kenntnis.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise zu der ursprünglichen Planung eines GIB in Stieldorf gegeben.</p>

Inhalt

4.1.2 GIB Oberpleis

4.1.2.1 Bereich Zwischen Hasenboseroth und Kellersboseroth

In der politischen Diskussion zum regionalen Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises 2035 (GEK) und dem integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) wurde der ursprüngliche Verwaltungsvorschlag einer zusätzlichen gewerblichen Flächenentwicklung zwischen Hasenboseroth und Ruttscheid von rund 20 ha auf Wunsch der damaligen Mehrheitskoalition reduziert und dafür eine neue Fläche nördlich von Stieldorf für eine gewerbliche Entwicklung vorgeschlagen (siehe Punkt 4.1.1). Daher wurde lediglich eine Erweiterung des GIB von rund 13 ha zwischen Hasenboseroth und Kellersboseroth ins GEK und den Regionalplanentwurf aufgenommen. An der Festlegung als GIB sollte nach Ansicht der Stadt Königswinter festgehalten werden. Aus folgenden Gründen sollte aber eine Erweiterung erfolgen:

? Die Flächen sind insbesondere aufgrund ihrer Lage sowohl im ISEK als auch im Projekt NEILA als **gut bewertet** worden und stellen den einzigen (!) gewerblichen Entwicklungsschwerpunkt im Stadtgebiet dar.

? der Umweltbericht zum Regionalplan kommt zu dem Ergebnis, dass zwar voraussichtlich bei einem Kriterium (schutzwürdige Böden/ klimarelevante Böden) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind, dass aber die **Umweltauswirkungen** schutzgutübergreifend aufgrund der geringeren Gewichtung des Kriteriums als **nicht erheblich** eingeschätzt werden.

? Im Plankonzept zum Regionalplan hatte die Regionalplanungsbehörde Königswinter einen Bedarf an Gewerbeflächen von insgesamt rund 37 ha zugebilligt. Dieser Bedarf kann aber nur zu einem Teil über das geplante Gewerbegebiet Siefen (ca. 7 ha) und die bisherige GIBerweiterung (ca. 13 ha) abgedeckt werden. Durch die Nichtberücksichtigung des vorgeschlagenen GIB bei Stieldorf und der mindestens 7 ha zu hoch angesetzten Reserveflächen kann der regionalplanerisch bis 2043 ermittelte **Bedarf im Stadtgebiet aber nicht abgebildet werden**.

Die Stadt Königswinter regt daher in Abstimmung mit der Wirtschaftsförderungs- und Wohnungsbaugesellschaft (WWG) an, den GIB südlich von Oberpleis im Bereich zwischen Hasenboseroth und Ruttscheid um weitere rund 6 ha nach Süden zu erweitern, um ausreichende Flächen für die gewerbliche Entwicklung zu sichern (vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 13)

Anlagen 5 und 5.5, sowie als Anlage die letzten 3 Seiten (Niederschrift 20.06.2022, Nr.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung ? *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?* verfügt die Stadt Königswinter noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher GIB Reserven.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIB m z Regional..

13)

Anhänge

[Abb_ID_1005727_1.pdf](#)

[Abb_ID_1005727_2.pdf](#)

[Abb_ID_1005727_3_Niederschrift.pdf](#)

1005742, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>4.1.2.2 Anpassungen im Bereich der Gewerbegebiete Ruttscheid, Krahfeld und Siefen</p> <p>Die Stadt Königswinter regt an, den bestehenden GIB Südlich Oberpleis in seiner Abgrenzung an den Bestand der vorhandenen und geplanten Gewerbegebiete sowie der im Landschaftsschutzgebiet liegenden Tauschflächen anzupassen (<u>vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 14</u>). In Summe würden durch diese Anpassungen ca. 4 ha GIB zurückgenommen. In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich auf die obigen Erläuterungen zur Ermittlung der Reserveflächen und die Festsetzungen der entsprechenden Bebauungspläne verwiesen.</p> <p>Anlagen 5 und 5.5, sowie als Anlage die letzten 3 Seiten (Niederschrift 20.06.2022, Nr. 14)</p> <p>Anhänge Abb_ID_1005742_1.pdf Abb_ID_1005742_2.pdf Abb_ID_1005742_3_Niederschrift.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Königswinter über den GIB Flächentausch noch über Bedarf zur Festlegung neuer Regionalplanreserven..</p>

1005743, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>4.1.3 GIB Nördlich Oberpleis (Gewerbegebiet Wahlfeld)</p> <p>Das Gewerbegebiet Wahlfeld ist im Regionalplan bereits als GIB festgelegt. Dieser GIB umfasst derzeit auch eine Fläche im Bereich der Einmündung der Straße Niederbach auf die L331. Eine Rücknahme des GIB wird an dieser Stelle aus folgenden Gründen vorgeschlagen:</p> <p>? Dieser Teilbereich ist im Flächennutzungsplan als Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz dargestellt.</p> <p>? Der Bereich liegt teilweise im festgesetzten Überschwemmungsgebiet des Pleisbaches. Zudem liegt der Bereich zu mehr als der Hälfte in einem von Starkregen gefährdeten Bereich (Zufluss Eisbach zum Pleisbach, vgl. Starkregenhinweiskarten NRW).</p> <p>? Auf der Fläche befindet sich das denkmalgeschützte Haus Niederbach und umfangreicher Baumbestand.</p> <p>? Die Fläche befindet sich in Privatbesitz. Eine gewerbliche Flächenentwicklung oder eine Entwicklung als Sportplatz sind hier ? auch langfristig ? nicht Planungsziel der Stadt Königswinter.</p> <p>Die Stadt Königswinter regt an, den GIB östlich des Pleisbaches um ca. 2,0 ha zurückzunehmen und als Bereich zum Schutz der Natur festzulegen (<u>vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 15</u>).</p> <p>Anlagen 5 und 5.4, sowie als Anlage die letzten 3 Seiten (Niederschrift 20.06.2022, Nr. 15)</p> <p>Anhänge Abb_ID_1005743_1.pdf Abb_ID_1005743_2.pdf Abb_ID_1005743_3_Niederschrift.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005744, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>4.1.4 GIB zwischen Altstadt Königswinter und Niederdollendorf</p> <p>Der GIB zwischen der Altstadt Königswinter und Niederdollendorf wurde zugunsten des ASB auf die Bereiche der bestehenden Betriebsflächen der Firmen Maxxion Wheels Werke GmbH und WW-K Warmwalzwerk Königswinter GmbH reduziert. Aus Sicht der WWG und der Verwaltung sollte an der Festlegung als GIB mindestens im Umfang der ehemaligen Lemmerzwerke (ISEKFläche KÖ-G-01) festgehalten werden, da erstens kaum noch GIB-Flächen im Stadtgebiet vorhanden sind und andererseits die Fläche umfangreichen Immissionen ausgesetzt ist, sodass hier ASB-typische Nutzungen (insbesondere Wohnen) nicht möglich sind (<u>vgl. Stadtratsbeschluss Nr. 7</u>). Auf die Erläuterungen zu Punkt 3.1.2.3 wird verwiesen.</p> <p>Anlagen 5 und 5.2, sowie als Anlage die letzten 3 Seiten (Niederschrift 20.06.2022, Nr. 7)</p> <p>Anhänge Abb_ID_1005744_1.pdf Abb_ID_1005744_2.pdf Abb_ID_1005744_3_Niederschrift.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Umwandlung der Festlegung in GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.</p>

Inhalt

5. Freiraumschutz

Der nachhaltige Schutz des Freiraumes wird grundsätzlich begrüßt. Schutzgebietsausweisungen liegen im Stadtgebiet sehr großflächig vor. In restriktionsfreien Räumen müssen im Gegenzug aber ausreichend Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sein bzw. insbesondere in weniger schützenswerten Bereichen auch eine Rücknahme des Landschaftsschutzes möglich sein.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise zur weiteren Freiraumentwicklung gegeben.

1005746, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>5.1 Regionale Grünzüge</p> <p>Regionale Grünzüge (RG) werden als Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 Nummer 1 ROG definiert, die für die im Ziel benannten Funktionen zu erhalten und vor anderweitiger Inanspruchnahme, insbesondere durch siedlungsräumliche Entwicklungen zu schützen sind. In Königswinter sind insbesondere das Siebengebirge sowie die Bereiche um Vinxel, Stieldorf und Rauschendorf sowie Thomasberg/Heisterbacherrott als RG festgelegt. Die Stadt Königswinter hat verschiedene Vorschläge zum Erhalt und zur Stärkung der regionalen Grünzüge gemacht, vor dem Hintergrund der weiterhin großen Nachfrage soll aber an geeigneter Stelle an den ASBFestlegungen festgehalten bzw. diese erweitert werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß Ziel 2-3 LEP NRW.</p>

1005747, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>5.2 Hochwasserschutz</p> <p>Die Berücksichtigung der Überschwemmungsgebiete und der HQextrem Flächen im Regionalplan wird begrüßt. Die festgesetzten Überschwemmungsgebiete und HQextrem Flächen werden auf kommunaler Ebene im laufenden Verfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes berücksichtigt. Dem Ziel 28 (Z.28. Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen) wird Rechnung getragen, indem Bauflächen, die in Überschwemmungsgebieten oder in HQextrem Flächen liegen und noch nicht entwickelt wurden, im Zuge der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes zurückgenommen werden. In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich auch auf die obigen Anregungen zur Anpassungen des ASB Königswinter im Bereich des Rheins, des ASB Stieldorf im Bereich östlich des Lauterbachs sowie des GIB Oberpleis-Wahlfeld im Bereich des Pleisbaches hingewiesen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen werden geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005748, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>6. Infrastruktur</p> <p>6.1 Verkehrsinfrastruktur</p> <p>6.1.1 Radwegenetz</p> <p>Dem Radverkehr wird auch in Königswinter großes Potenzial bei der Verkehrswende beigemessen. Ein gut ausgebautes Radwegenetz und Radschnellwege werden dafür erforderlich. Eine herausragende Bedeutung sowohl für den Alltags- wie den Freizeitverkehr im Stadtgebiet kommt dem überregionalen Fahrradweg entlang des Rheins zwischen der Landesgrenze bei Bad Honnef und der Bundesstadt Bonn zu. Zudem sind insbesondere entlang der Landesstraßen straßenbegleitende Radwege mit zu planen bzw. vorhandene zu erweitern. Besondere Bedeutung im Stadtgebiet Königswinter kommt dabei dem Ausbau des Radweges entlang der L268 zwischen Oberdollendorf und Thomasberg/ Heisterbacherrott als wichtige und derzeit einziger für den Alltagsradverkehr nutzbaren Berg-Tal-Relation zu. Die Stadt Königswinter regt daher eine Priorisierung der Planungen zum Ausbau dieser zentralen Radwegeverbindungen an. In der Erläuterungskarte zu den Radwegen in der Anlage zum Regionalplan wurde das Radverkehrsnetz NRW aufgenommen und dargestellt. Aufgrund des gewählten Maßstabs und der Kartengrundlage ist eine Prüfung im Detail nicht möglich. Die Stadt Königswinter geht davon aus, dass das Radverkehrsnetz NRW korrekt übernommen wurde. Die Stadt Königswinter weist darauf hin, dass für das gesamte Stadtgebiet ein Radverkehrskonzept erarbeitet wird. Das beauftragte Büro wird das Radverkehrsbestandsnetz überprüfen und eine neue Netzdefinition erarbeiten. Es kann daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden, dass sich noch Änderungen im Radverkehrsnetz im Zuge der laufenden Erarbeitung ergeben. Es fehlen zudem geplante Radwegeverbindungen im Pleisbachtal (Projekt der Regionale 2025 - Bröltalkorridor) sowie im östlichen Stadtgebiet die Anbindung an die Radrouten in Rheinland-Pfalz.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise vorgebracht, die sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen richten. Die angeregten Änderungen gehen teilweise über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.</p> <p>Die Erläuterungskarte I2 wird um die der Darstellungssystematik entsprechenden Radverbindungen fortgeschrieben.</p>

Inhalt**6.1.2 Schienennetz****6.1.2.1 Trasse für den Schienengüterverkehr westlich der A3**

Der Entwurf des Regionalplanes enthält die schematische Darstellung (ohne konkrete räumliche Festlegung) einer neuen geplanten Trasse für den Schienengüterverkehr westlich der A3. Diese Trasse würde die wirtschaftskräftigen Räume Köln und Rhein/Ruhr mit den Räumen Rhein/Main und Rhein/Neckar verbinden. Im Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP 2030) war das Projekt mit der Bezeichnung ?Korridor Mittelrhein: Zielnetz II? unter der Nummer 2-004-V04 zunächst als potentieller Bedarf gelistet, wurde jedoch nicht in den vordringlichen Bedarf aufgenommen. Die Dringlichkeit des Projektes wurde im BVWP 2030 schließlich mit ?Kein Bedarf? festgelegt. Laut Projektinformationssystem (PRINS) zum BVWP 2030 erlangt das Vorhaben erst nach deutlicher Steigerung der im nördlichen Mittelrheinkorridor (Teil des europäischen Korridors Rhein ? Alpen) transportierten Gütermenge die Schwelle der gesamtwirtschaftlichen Rentabilität. Die Stadt Königswinter ist durch die überwiegend regionalen und überregionalen Verkehrsströme auf verschiedenen Verkehrstrassen im Stadtgebiet insbesondere durch die Autobahn BAB 3, die Bundesstraße 42 sowie die Landstraßen L331 und L268, die Rheinstrecke (rechtsrheinisch), die ICE-Trasse Köln-Frankfurt sowie die Stadtbahnlinie 66 verkehrlich vorbelastet. Aufgrund der bestehenden Siedlungsstruktur und des nahezu flächendeckend geschützten Freiraums würde eine Trassenführung durch das Gebiet der Stadt Königswinter zu einer weiteren Zerschneidung des Siedlungs- und Landschaftsraumes führen bzw. die Zerschneidungswirkung der bestehenden Trassen der A3 und der ICE-Trasse bei einer Trassenbündelung weiter verstärken und somit zu entsprechend negativen Auswirkungen auf die Umwelt führen. Die ökologischen Auswirkungen des Vorhabens sind in den weiteren Planungsschritten intensiv zu prüfen. Durch den Neubau der Trasse wäre in Zukunft allerdings zu erwarten, dass im Stadtgebiet Königswinter die dicht besiedelte Tallage deutlich von Schienenverkehrslärm und Erschütterungen entlastet würde, gleichzeitig würden die Siedlungen im Bergbereich vor allem Stieldorf, Rauschendorf, Thomasberg und Ittenbach eine Mehrbelastung erfahren, wobei die Strecke nach den dann aktuellen Vorgaben und Schutzmaßnahmen zu planen wäre. Die Metropolregion Köln/Bonn e.V. befürwortet diese Trasse in ihrem Agglomerationskonzept als wichtige Maßnahme zur Sicherung einer leistungsfähigen Anbindung der Region Köln/Bonn an den Güterfernverkehr. Angesichts der laut dem BVWP 2030 zunächst geringen wirtschaftlichen Rentabilität, der sehr hohen Kosten, der zu erwartenden erheblichen Eingriffe in Natur und Landschaft und des sehr rudimentären Planungsstandes sowie der langen Planungs- und Realisierungszeiten ist die Umsetzung dieses Projektes derzeit vollkommen offen. Der Rat der Stadt Königswinter wird zu gegebener Zeit zu

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise gegeben, die sich nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen richten und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

dem Projekt Stellung nehmen.

1005750, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>6.1.2.2 Mobilstationen</p> <p>Auch hier ist die Kartendarstellung aufgrund des gewählten Maßstabs und der Kartengrundlage nur schwer zu überprüfen. Es wird unterstellt, dass das Mobilstationen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Feinkonzept des Rhein- Sieg-Kreises aus dem Jahr 2021 zu Grunde gelegt wurde. 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I3 wird künftig entfallen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1003063.</p>

1005751, Stadt Königswinter	
<p>Inhalt</p> <p>6.1.3 Straßennetz</p> <p>6.1.3.1 Bonn/O (A 59) - Birlinghoven/ Dambroich? (Ennertaufstieg)</p> <p>Der Entwurf des Regionalplanes enthält weiterhin die Darstellung der geplanten neuen Straßenverkehrsstrasse zwischen dem Autobahnkreuz Bonn-Ost und der A3 (B56n sog. ?Ennertaufstieg?). Im Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP 2030) ist das Projekt ?Bonn/O (A 59) - Birlinghoven/ Dambroich? unter der Projektnummer B56-G40-NW-T2-NW gelistet und als weiterer Bedarf aufgenommen worden. Eine mögliche Trassenführung aus der Bewertung zum BVWP 2030 ist Grundlage der Darstellung und bisherigen Planungen. Übergeordnete Planvorgaben (hier aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030 und dem LEP NRW) sind im Regionalplan grundsätzlich zu berücksichtigen. Planungen oder Maßnahmen, die mit der geplanten Nutzung oder einer weiteren Konkretisierung der Grobtrasse nicht vereinbar sind, sollen vermieden werden. Gemäß dem Grundsatz 57 des Regionalplanentwurfs sind Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen zu berücksichtigen. Das Projekt wurde in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten sowohl innerhalb der Politik und Bürgerschaft als auch in der Region immer wieder sehr kontrovers diskutiert. Potenzielle Be- und Entlastungen treffen das Stadtgebiet von Königswinter an unterschiedlichen Stellen. Der Rat der Stadt Königswinter wird zu gegebener Zeit zu dem Projekt Stellung nehmen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

Inhalt**6.2 Erneuerbare Energien**

Festlegungen zu Vorranggebieten für Windenergieanlagen (WEA) sieht der Regionalplan Köln nicht vor. Die Regelungen des Ziel 37 (Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern) dienen demnach nicht der eigentlichen Flächensicherung, sondern vielmehr der Konfliktbewältigung bei der Planung kommunaler Konzentrationszonen für die Windenergie. Im FNP der Stadt Königswinter sind derzeit keine Vorranggebiete für WEA dargestellt. Im Rahmen der laufenden Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes ist die Möglichkeit Vorranggebiete für die Windenergie darzustellen, noch zu prüfen. Aufgrund des hohen Schutzstatus weiter Teile des Stadtgebietes (insbesondere NSG Siebengebirge), des Landschaftsbildes, dem Vorkommen besonders geschützter Arten (Uhu, Milan) sowie der Siedlungsstruktur (Mindestabstände) ist derzeit nicht davon auszugehen, dass sich größere geeignete Flächen für die Nutzung der Windkraft finden lassen. Deshalb wird der Energieerzeugung durch Photovoltaik in Königswinter ein besonders hoher Stellenwert eingeräumt. Die Möglichkeit Solarparks im Freiraum auch außerhalb Brach-/Konversationsflächen auszuweisen sollte daher mehr Spielraum gegeben werden. In diesem Zusammenhang wird auch auf das Ziel 10.2-5 LEP NRW verwiesen. Es ermöglicht, dass ausnahmsweise und unter bestimmten Bedingungen Standorte für Freiflächensolaranlagen im Freiraum festgelegt werden können. In landesplanerischen Siedlungsbereichen und bauleitplanerisch gesicherten Ortslagen im Freiraum (gemäß Ziel 2-4 LEP NRW) können Freiflächensolaranlagen auch in Anbindung an im Flächennutzungsplan dargestellte Bauflächen als untergeordnete Nebenanlagen über Bauleitplanung umgesetzt werden. Die Stadt Königswinter begrüßt diese grundsätzlichen Möglichkeiten, regt aber an, dass im Freiraum liegende Freiflächen für Solarenergieanlagen unkomplizierter umgenutzt werden können. Dies betrifft insbesondere Flächen entlang der Autobahnen und Schienenwege, die in Landschaftsschutzgebieten oder BSLE liegen. In den Anlagen sende ich Ihnen die Auszüge der Ratsbeschlüsse und die entsprechenden Karten. Die Stadt Königswinter stellt Ihnen bei Bedarf auch shp.-Dateien mit den vorgeschlagenen Änderungen zu Verfügung.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

AZ: BET_159000_1

Stadt Lohmar

1005467, Stadt Lohmar

Inhalt

Zu: „Gesamträumliche Aspekte“ (gern. textlicher Festlegung, Kapitel 2) Abschnitt 2.1: Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Es wird angeregt, die Anpassung an die Klimawandelfolgen als Ziel in den Regionalplan aufzunehmen. Es erscheint unverständlich, warum die wichtigen Aspekte zu Klimaschutz und zur Bewältigung der Klimawandelfolgen nur als Grundsätze im Planentwurf aufgeführt werden. Es wäre außerdem zu überlegen, ob die Grundsätze nicht besser den Fachkapiteln Siedlungsraum und Freiraum direkt zugeordnet werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

1005468, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p><u>4.3.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)</u></p> <p>Die Festlegung der BSN und BSLE erfolgte gemäß Begründung zum Regionalplanentwurf unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen. In welcher Form die Landschaftspläne und insbesondere in welchem Planungsstand diese eingeflossen sind, lässt sich aus den Unterlagen nicht ablesen. Vorsorglich weist die Stadt Lohmar daher auf folgendes hin: Mit der Neuaufstellung des Landschaftsplanes Nr. 7 "Siegburg-Troisdorf-Sankt Augustin" wurden Seitens des Rhein-Sieg-Kreises für das Stadtgebiet Lohmar nicht unerhebliche Neuausweisungen von Naturschutzgebieten vorgesehen. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung hat sich die Stadt Lohmar dafür ausgesprochen, die Gelegenheit der Neuaufstellung des Landschaftsplans Nr. 7 zu nutzen und das Stadtgebiet Lohmar einheitlich im Geltungsbereich des Landschaftsplans Nr. 10 abzubilden. Dieser Anregung ist der Kreistag mit Beschluss vom 31.03.2022 gefolgt. Das laufende Verfahren zur Neuaufstellung des Landschaftsplans Nr. 7 wurde damit für diesen Bereich beendet. Für das zwar schon beschlossene, aber noch nicht im förmlichen Verfahren befindliche Änderungsverfahren des LP Nr. 10 liegen noch keine konkreten Planungsabsichten vor. Für die Festlegung der BSN und BSLE in diesem Bereich sind daher ausschließlich die Inhalte des geltenden LP 10 zu Grunde zu legen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Im Zuge des Neuaufstellungsprozesses erfolgte eine Abfrage des Stands der geltenden Landschaftsplanung bei allen Kreisen und kreisfreien Städten. Sofern aus Sicht der Kommunen Siedlungs- oder Freiraumfestlegungen nicht mit diesen übereinstimmen, können diese im Rahmen der öffentlichen Auslegung vorgebracht werden.</p>

InhaltLohmar- Aggeraue bei Donrath

Bei der Ausweisung als BSN ist zu beachten, dass dadurch nicht der Ersatzneubau der Brücke ‚Dornheckenweg‘ im Rahmen des Agger-Sülz-Radweges behindert wird. Dies ist textlich festzuhalten. S. dazu auch Stellungnahme zu G 52.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen

unberührte Flächenanteile enthalten.

Die weitere Differenzierung erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

1005470, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p><u>4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren</u></p> <p>Das Naafbachtal ist im Regionalplan weiterhin als Talsperren-Standort vorgesehen, wogegen sich die Stadt Lohmar ausdrücklich ausspricht. In Anlage I zum Umweltbericht des Entwurfs des Regionalplanes wurden alle im Regionalplan Köln festgelegten Talsperren-Standorte geprüft. Für die Naafbachtalsperre kommen die Gutachter zu folgendem Ergebnis:</p> <p><i>?Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei zehn Kriterien (FFH- / Vogelschutzgebiet, Naturschutzgebiet, geschützte Biotope, Biotopverbundfläche, schutzwürdige Biotope, schutzwürdige Böden, Wasserschutzgebiet, landschaftsgebundene Erholung, Landschaftsbild, Kulturlandschaft) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden."</i></p> <p>Es wird nicht weiter darauf eingegangen, warum trotz dieser zu erwartenden Restriktionen am Standort festgehalten wird und keine Priorisierung zwischen den vorsorglich gesicherten Talsperren-Standorten erfolgt. Dieses ist aus Sicht der Stadt Lohmar zu ergänzen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß Ziel Z 7.4-4 LEP NRW legt der Regionalplan textlich und zeichnerisch Vorsorgebereiche als Standortoptionen für mögliche zukünftige Talsperrenplanungen fest. Gerade die Herausforderungen der Klimafolgenanpassung machen diese Standortoptionen erforderlich. Dies bekräftigt auch das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen in seiner Stellungnahme vom 11.08.2022.</p> <p>Die Vorsorgebereiche sollen den Raum von allen Nutzungen freihalten, die der möglichen Realisierung zukünftiger Talsperren entgegenstehen könnten. Daher bleibt auch der "Vorsorgebereich Naafbachtalsperre" Festlegung im Regionalplan.</p> <p>Eine Priorisierung der Vorsorgebereiche kann aus folgenden Gründen nicht vorgenommen werden: Der "Vorsorgebereich Prether-/Platißbachtalsperre" bezieht sich auf eine andere Region als der "Vorsorgebereich Naafbachtalsperre". Der Nachweis der Erforderlichkeit und die Zulässigkeit im Rahmen der fachgesetzlichen Planfeststellung, beim "Vorsorgebereich Naafbachtalsperre" zusätzlich die Erfüllung der naturschutzrechtlichen Ausnahmetatbestände von den Erhaltungszielen des dort ausgewiesenen FFH-Gebiets, sind zukünftigen Fachplanungsverfahren vorbehalten. Der "Vorsorgebereich Steinaggertalsperre" und der "Vorsorgebereich Leppetalsperre" stehen in funktionalem Zusammenhang zum "Vorsorgestandort Naafbachtalsperre".</p> <p>Zur weiteren Begründung wird auf die Autorenkorrektur ID 1016477 verwiesen.</p>

1005471, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p><u>4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz</u></p> <p>Auch wenn unter 5.3.3 Abfallbehandlung ausgeführt wird, dass sonstige Abwasserbehandlungs- oder -rückhalteinlagen, wie z. B. Regenüberlaufbecken und Regenrückhaltebecken, aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme und der lokalen Bedeutung nicht zeichnerisch festgelegt sind, weist die Stadt Lohmar darauf hin, dass die im Genehmigungsverfahren befindliche Erweiterung des Hochwasserrückhaltebeckens Auelsbach durch Erhöhung der Dammkrone zu berücksichtigen ist. Dies ist textlich festzuhalten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Hochwasserrückhaltebecken werden als Oberflächengewässer zeichnerisch festgelegt, wenn sie als stehende Gewässer mit Dauerstau eine Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha aufweisen (Z.24). Für den Bereich der Stadt Lohmar liegen laut Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) keine entsprechenden HRB im Bestand vor. Textlich werden entsprechende HRB nicht gesondert aufgelistet.</p>

1005472, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p><u>5.1.2 Radwegenetz</u></p> <p><u>G52 Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln</u></p> <p>Die in Planung befindlichen Radpendlerrouen Rösrath - Lohmar - Neunkirchen-Seelscheid und Lohmar- Siegburg - Hennef sollten aufgenommen werden. Ebenso sollte der Agger-Sülz-Radweg einschließlich der zugehörigen Nebenrouen als übergeordnete Freizeitroute mit aufgenommen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.</p> <p>Die angeregte Aufnahme des Agger-Sülz-Radwegs entspricht nicht der Darstellungssystematik der Erläuterungskarte I2, da die Route keinen erhöhten Ausbaustandard aufweist (vgl. Begründung Kapitel 5.1.2). Dargestellt werden klassifizierte Radverbindungen des Radverkehrsnetz NRW, bestehende und geplante regionalbedeutsame Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard sowie Radschnellwege des Landes.</p>

1005473, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p><u>5.1.3 Schienennetz</u></p> <p><u>G.56 Mobilstationen</u></p> <p>Aus regionaler Sicht besonders geeignete Standorte für die Einrichtung einer Mobilstation finden sich in Erläuterungskarte I3 (Anhang A4) auf Basis des Verbandweiten Konzepts für die Errichtung von Mobilstationen (Nahverkehr Rheinland 2018). Für die Stadt Lohmar sind Mobilstationen lediglich im Zentralort sowie am Bahnhof Honrath dargestellt. In Anlehnung an das durch den Rhein-Sieg-Kreis im Rahmen der REGIONALE 2025 erstellte Mobilstationen-Feinkonzept sind für die Stadt Lohmar folgende weitere Standorte aufzunehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wahlscheid Mitte, Forum - (Smart City Station, RBS.Hub) - Donrath Kreuzung/Jabachhalle (Smart City Station, RBS.Hub) - Birk - Pohlhausen <p>(Abbildung Stn-ID 1005473)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005473.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I3 wird künftig entfallen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1003063.</p>

Inhalt**5.1.6 Flugplätze - Schutz vor Fluglärm**

Die Fluglärmzonen sind sowohl im Bereich Lohmar-Ort als auch im nördlichen Stadtgebiet ausgeweitet worden. Dieses entspricht den Festlegungen aus der seit 7. 12.2011 geltenden Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereiches für den Verkehrsflughafen Köln/Bonn, die weitergehende Bereiche umfasst, als die im alten Regionalplan dargestellten Flächen. In dem bis Februar 2017 geltenden LEP VI 'Schutz vor Fluglärm' in der Bekanntmachung von 1998 waren für die beiden Flughäfen in Düsseldorf und Köln/Bonn Lärmschutzgebiete festgesetzt, in denen Planungsbeschränkungen für die Ausweisung von Wohngebieten in drei Zonen gelten. Mit dem neuen am 8. 02.2017 in Kraft getretenen Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) werden die Ziele zukünftig nur noch textlich gefasst. So ist es das Ziel der Landesplanung, die Bevölkerung vor Fluglärm zu schützen. Aus diesem Grund ist zukünftig in den Regionalplänen im Umfeld der landes- und regionalbedeutsamen Flughäfen eine "Erweiterte Lärmschutzzone" festzulegen, die aus den Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) resultiert. Ergänzend sind die Lärmschutzzone gemäß FluLärmG in den Regionalplänen nachrichtlich zu übernehmen. Schließlich ist in den Bebauungsplänen für Bereiche innerhalb der "Erweiterten Lärmschutzzone" der Hinweis aufzunehmen, dass die Bauwilligen in der Baugenehmigung auf die erhebliche Lärmbelastung durch den Flugverkehr hinzuweisen sind. Es ist festzuhalten, dass die Stadt Lohmar an der Festlegung dieser Erweiterten Lärmschutzzone nicht beteiligt wurde, diese aber unter Umständen die Siedlungsflächenentwicklung im Stadtgebiet über die schon geltenden Schutzzonen hinaus erheblich einschränken können. Konkret werden für folgende Punkte Änderungen angeregt:

G.61 Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisungen berücksichtigen

Die Stadt Lohmar regt an, in den Erläuterungen auch betriebliche Regelungen zum Flugbetrieb zur Begegnung der Fluglärm aufzunehmen. (Textergänzung kursiv):

?Innerhalb der erweiterten Lärmschutzzone soll der Belang des Schutzes der Bevölkerung vor Fluglärm sowohl durch eine restriktive Entwicklung sensibler Nutzungen im Flughafenumfeld, als auch betriebliche Regelungen des Flugbetriebs berücksichtigt werden.

Raumplanerisch ist ein Heranrücken von Wohngebieten an Flughafenstandorte zu vermeiden. Dieses Ziel erkennt allerdings die Situation, dass der Flughafen Köln/Bonn unmittelbar am Ballungsraum Köln/Bonn bzw. des dicht besiedelten Rhein-Sieg-Kreis liegt. Die in der Lärmschutzzone liegenden Ortszentren von Lohmar, Hennef u.a. sind

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die allgemeinen Hinweise zum Hintergrund der Festlegung werden zur Kenntnis genommen.

Der Anregung zur Ergänzung der Erläuterungen wird nicht gefolgt. Sie richtet sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Regelungsgegenstand der Erweiterten Lärmschutzzone in Verbindung mit dem Grundsatz G. 61 Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisungen berücksichtigen ist die kommunale Siedlungsentwicklung. Im Umfeld der bestehenden Flughäfen soll er möglichen Raumkonflikten vorsorgen. Der Grundsatz ist bei neu geplanten Flächen und Gebieten im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung anzuwenden.

davon betroffen, nicht die peripher entwickelten Neubaugebiete. Dem Fluglärmproblem muss daher vorwiegend mit betrieblichen Regelungen des Flugbetriebs begegnet werden.	
--	--

Inhalt

Umweltbericht, S. 25

?Die Belastung infolge des Fluglärms (. . .) wird sich voraussichtlich zukünftig durch Minderungsmaßnahmen an den Triebwerken von Flugzeugen (. . .) verringern."

Der Aussage ist zu widersprechen; sie wird der Problematik nicht gerecht. Für die Fluglärmbelastung sind fast ausschließlich die Quantität und die tageszeitliche Ansetzung des Flugverkehrs maßgeblich. Da es am Flughafen Köln/Bonn einen durchgehenden nächtlichen Flugverkehr und keine wirksamen Flugbetriebsregelungen zur Vermeidung von Fluglärm gibt, ist die Menge der Flugbewegungen und damit der Flugbelastungen fast ausschließlich konjunkturbedingt. Es sollte im Umweltbericht nicht der Eindruck entstehen, Belastungen des Fluglärms würden sich durch technische Fortschritte von selbst lösen. Daher wird gebeten, diese Aussage zu streichen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Aussage beinhaltet eine Prognose und bezieht sich nicht auf die Lösung der Fluglärmproblematik im Allgemeinen. Eine Änderung des Umweltberichts ist nicht erforderlich.

1005477, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p><u>5.2.3 Erneuerbare Energien - Solarenergie</u></p> <p>Aufgrund der naturschutzfachlichen Restriktionen und insbesondere der Nähe zum Flughafen Köln/Bonn sind die Möglichkeiten einer Energieversorgung durch Windkraftanlagen im Stadtgebiet Lohmar erheblich eingeschränkt. Der Energieerzeugung durch Solar wird daher ein hoher Stellenwert eingeräumt. Nach Grundsatz G.67 sollen Solarenergieanlagen vorrangig an oder auf baulichen Anlagen und bereits versiegelten oder vorbelasteten Flächen errichtet werden. Die Planung von Freiflächensolaranlagen ist damit zwar nicht ausgeschlossen, wird aber mit den weiteren Erläuterungen bzw. - Festlegungen und insbesondere mit dem Ziel Z.38 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern, nur unter eng gesteckten Voraussetzungen zulässig sein. Der Möglichkeit Solarparks im Freiraum auch außerhalb Brach-/Konversationsflächen auszuweisen, sollte mehr Spielraum gegeben werden. Von Seiten der Regionalplans ist ausdrücklich zu unterstützen, dass im Freiraum liegende Freiflächen für Solarenergieanlagen unkompliziert genutzt werden können.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1005478, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p><u>Honrath ASB 506</u></p> <p>Mit Beschluss vom 22.06.2022 hat der Stadtentwicklungsausschuss bestätigt, dass am Beschluss des Rates vom 05.05.2019 festgehalten wird: Die Stadt Lohmar wünscht keine ASB-Ausweisung in diesem Bereich.</p> <p>Abbildung Stn-ID 1005478</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung zum Entwurf im OT Honrath erklärt .</p>

1005479, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p><u>Walscheid-Nord</u></p> <p>Auch wenn es aufgrund der Maßstäblichkeit lediglich eine redaktionelle Anpassung ist, wird angeregt, die ASB-Darstellung wieder an die B484 anzugrenzen.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005479)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005479.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Der ASB Walscheid Nord wird gem. Ziel 2-3 LEP bis zur B 484 interpretiert.</p>

1005480, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASB-226-07, ASB-226-02, ASB 226-04, Wahlscheid Ost</u></p> <p>Mit Beschluss des Rates vom 15.05.2019 wurde entschieden, dass die Flächen ASB-226-02-1, ASB-226-04-01 und RG194 künftig keine Siedlungsflächendarstellung im Regionalplan erhalten sollen. Es erfolgte bislang nur die Rücknahme der neu vorgeschlagenen ASB-Fläche 226-07. Die ASB Flächen 226-02 und 226-04 sind nach wie vor als Siedlungsbereiche dargestellt. Mit Beschluss vom 22.06.2022 hat der Stadtentwicklungsausschuss entschieden, dass an der Streichung auch dieser Flächen festgehalten wird. Die ASB-Darstellung soll somit auf die im Flächennutzungsplan dargestellte Ausdehnung der Bauflächen reduziert werden. Es ist keine Ausweitung in Richtung Osten gewünscht.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005480)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005480.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005481, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p><u>Wahlscheid-Süd</u></p> <p>Es wird angeregt, die Flächenabgrenzung an die tatsächliche Nutzung Wald anzupassen (gestrichelte Linie).</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005481)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005481.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005482, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASB 507 Birk</u></p> <p>Diese ASB-Darstellung wurde entsprechend der Abstimmungen im Kommunalgespräch neu aufgenommen. Die Stadt Lohmar hat mit dem Stadtentwicklungskonzept Lohmar 2030 Perspektiven für die Baulandentwicklung aufgestellt. Diese wurden mit Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 22.06.2022 gegenüber den ursprünglichen Wünschen für Flächenausweisungen noch einmal erheblich reduziert. Die Stadt Lohmar bittet, die künftige ASB-Darstellung an die räumliche Abgrenzung des Stadtentwicklungskonzeptes anzupassen und entsprechend zu reduzieren. Eine Karte mit den Entwicklungsflächen ist als Anlage 1.1 Stn-ID 1005482 beigefügt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005483, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASB 501 Heide</u></p> <p>Es wird angeregt, die Darstellung an die tatsächliche Bebauung anzupassen. Die Darstellung der Freiraumfunktionen (Schutz der Natur und Regionaler Grünzug) entsprechen nicht der Realität.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005483)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005483.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>In der landesplanerischen Auslegung ist die fachrechtliche Abgrenzung des in Aufstellung befindlichen NSG Auelsbach zu berücksichtigen.</p>

1005484, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASB-225-09 und ASB-225-14, Lohmar-Ost</u></p> <p>Es wird angeregt, die Darstellung an die Bestandsbebauung anzupassen und dementsprechend in östlicher Richtung Buchbitze zu erweitern (orange gestrichelte Linie).</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005484)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005484.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005485, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASB-225-02 Lohmar-Nord</u></p> <p>Es erfolgte eine Rücknahme in der Darstellung des ASB, die vermutlich zurück geht auf den Beschluss des Regionalrates, die ermittelten Standorte mit Lage im HQextrem (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) nicht als Siedlungsbereiche für den Aufstellungsbeschluss zur Neuaufstellung des Regionalplans als Siedlungsbereiche vorzusehen. Die Stadt Lohmar spricht sich gegen die pauschale Herausnahme aus. Im Fall einer Entwicklung der Flächen sind die Hochwasserrisiken im Rahmen der Abwägung zu untersuchen, zu werten und entsprechende Maßnahmen vorzusehen. Bei dieser Fläche handelt es sich um eine potentiell gewerblich nutzbare Fläche. Ersatzflächen stehen im Stadtgebiet nicht zur Verfügung.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005485)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005485.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen keine neuen regionalplanerisch darstellungsrelevanten Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung gemäß dem Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 des LEP NRW "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.</p> <p>Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.</p>

1005486, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASB-255-01 Weegen</u></p> <p>Es wird angeregt, die Darstellung an die tatsächliche Bebauung anzupassen (orange gestrichelte Linie). Hier erfolgte eine Rücknahme zur bisherigen Darstellung.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005486)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005486.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005487, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASB-225-13 Donrath Ost</u></p> <p>Es wird angeregt, die Darstellung an die Bestandsbebauung anzupassen und dementsprechend in östlicher Richtung zu erweitern (orange gestrichelte Linie).</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005487)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005487.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005488, Stadt Lohmar	
<p>Inhalt</p> <p>GE Burg Sülz/Krewelshof</p> <p>Im Rahmen des Kommunalgesprächs hat die Stadt Lohmar zur Ausweisung eines Sondergebietes im Bereich Krewelshof eine Siedlungsflächenausweisung südwestlich der Landstraße angeregt. In der Zwischenzeit liegt die Anpassungsbestätigung der Bezirksregierung vor, die einer Ausweisung eines Sondergebietes im FNP zustimmt. Eine GIB-Ausweisung wird daher nicht weiterverfolgt, weil sie den geplanten Entwicklungszielen entgegenstehen würde. Ansonsten hält die Stadt Lohmar an dem Darstellungswunsch fest. Über die genaue Abgrenzung ist im Wege der Sondergebiets-Beratungen zu entscheiden.</p> <p>(Anlage Stn-ID 1005488)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Bauleitplanung und das Verfahren nach § 34 gegeben.</p>

AZ: BET_160000_1

Stadt Meckenheim

1004424, Stadt Meckenheim

Inhalt

der Offenlageentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln ist von Politik und Verwaltung der Stadt Meckenheim positiv zur Kenntnis genommen worden. Insbesondere die nach den ersten Kommunalgesprächen 2017 aktualisierte Bedarfsermittlung, samt Planungszuschlägen, die Berücksichtigung der innerhalb der Kommunalgespräche aufgezeigten Entwicklungswünsche, die Darstellung des Doppelortes Altendorf-Ersdorf als Allgemeiner Siedlungsbereich sowie die Aufnahme eines Bereiches für gewerbliche und industrielle Nutzung regional in den Ortsteilen Altendorf-Ersdorf wird von Seiten der Stadt Meckenheim begrüßt. Der überwiegende Teil der zeichnerischen und textlichen Festlegungen kann zudem mitgetragen werden und wird von Seiten der Stadt Meckenheim unterstützt.

Die vorliegende Stellungnahme ist durch die politischen Gremien der Stadt Meckenheim beschlossen worden und gliedert sich in Hinweise und Anpassungsempfehlungen. Hinweise enthalten keine konkreten Änderungswünsche an den Offenlageentwurf des Regionalplanes, sondern umfassen vielmehr Empfehlungen zu verfahrenstechnischen Aspekten. Anpassungsempfehlungen sind hingegen stets verbunden mit einem konkreten Änderungswunsch hinsichtlich der zeichnerischen oder textlichen Festlegungen oder/sowie der Begründung. Dem Schreiben ist zudem eine Anlage beigefügt, in welcher die nachfolgenden Anpassungsempfehlungen innerhalb der Unterlagen zur Neuaufstellung des Regionalplanes räumlich verortet sind.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht.

1004425, Stadt Meckenheim

Inhalt

Hinweis 1: Zur Darstellung Allgemeiner Siedlungsbereiche in Meckenheim

Die Stadt Meckenheim zählt nach den Städten Siegburg und St. Augustin und der Gemeinde Alfter mit einem Flächenanteil von nur 3% der Gesamtfläche des Kreises zu den flächenkleinsten Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis. Der Siedlungskörper der Kernstadt Meckenheim sowie des Ortsteils Merl wird im Osten und Norden durch die A 565 begrenzt. Im Süden und Westen befinden sich Hochspannungsfreileitungen (Trasse der Höchstspannungsleitung Osterath-Phillipsburg), weiter bestehen mit dem Wormersdorfer Bach und der Swist zwei Fließgewässer im Westen, bei denen sowohl gewässer- als auch naturschutzrechtliche Aspekte zu berücksichtigen sind. Die Kernstadt sowie der Ortsteil Merl sind somit von siedlungsstrukturellen Barrieren umgeben, die die zukünftige Entwicklung auf wenige Potenzialflächen beschränken. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass im Siedlungskörper der Stadt Meckenheim - außerhalb der Altstadt - keine Brachflächen und Nachverdichtungspotenziale in größerem Umfang bestehen. Dies ist insbesondere auf die planvolle Siedlungsentwicklung ab den 60er Jahren im Rahmen der Entwicklungsmaßnahme "Neue Stadt Meckenheim-Merl" durch die Entwicklungsgesellschaft Meckenheim-Merl (EMM) zurückzuführen.

Die Nachfrage nach Baugrundstücken ist derzeit ungebrochen hoch. Begründet liegt dies in der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Meckenheim, die sich in der Umsetzung des "Unternehmerparks Kottenforst" fortsetzt sowie der Nähe und guten Erreichbarkeit der Bundesstadt Bonn. Die anhaltend hohe Nachfrage spiegelt sich beispielsweise in den stetig steigenden Bodenrichtwerten für das gesamte Stadtgebiet wieder. Verbunden damit wird es für die Stadt Meckenheim aber auch zunehmend schwieriger die Daseinsgrundfunktion Wohnen für die eigene Bevölkerung ausreichend zu befriedigen. Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Meckenheim bereits im Jahr 2017 ein Gutachten erstellen lassen, welches den Wohnbedarf nachfrageseitig ermittelt (empirica, 2017: Wohnraumbedarfsanalyse für den Rhein-Sieg-Kreis und das westliche Kreisgebiet - Analyseergebnisse für Meckenheim). Im Ergebnis ist festzustellen, dass Potenziale im Bestand (Nachverdichtungspotenzial) für eine bedarfsgerechte Entwicklung, wie oben dargestellt, nicht ausreichen. Um der hohen Nachfrage und damit verbundenen negativen Entwicklungen zu begegnen, ist eine umsichtige Inanspruchnahme von Freiraum für die zukünftige Siedlungsentwicklung erforderlich.

Aufgrund der siedlungsstrukturellen Barrieren bestehen im Kernort und dem Ortsteil Merl nur wenige, dafür aber flächengrößere, Potenzialflächen innerhalb der Neuaufstellung des Regionalplanes. Ein wesentlicher Entwicklungswunsch der Stadt Meckenheim ist es folglich, dass auch die Ortsteile Altendorf-Ersdorf sowie Lüftelberg eine Rolle bei der Befriedigung der Wohnbedarfe übernehmen. Der Doppelort

Abwägung

Typ

Ausgleichsvorschlag

Erläuterung

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung "Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren" möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Altendorf-Ersdorf ist erfreulicherweise als Allgemeiner Siedlungsbereich ausgewiesen worden, zudem bestehen Potenzialflächen für zukünftige Entwicklungen, die überwiegend auch ortsabrundende Funktionen aufweisen. Der Ortsteil Lüftelberg ist nicht als Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt. Der Ortsteil verfügt derzeit auch nicht über die einwohnerseitigen Voraussetzungen. Die Stadt Meckenheim strebt jedoch, auch vor dem Hintergrund der weiteren Stärkung des Dorflebens und der zukunftsfähigen Weiterentwicklung der Gemeinbedarfseinrichtungen eine zukünftige Darstellung als Allgemeiner Siedlungsbereich an und bittet die Bezirksregierung Köln diesbezüglich um Unterstützung. Gleichzeitig bittet die Stadt Meckenheim die Bezirksregierung ebenfalls darum, dass Bauleitplanverfahren in Lüftelberg, die der Bedarfsdeckung und nachhaltigen Entwicklung des Ortsteils dienen, weiterhin unterstützt werden.

1004426, Stadt Meckenheim

Inhalt

Hinweis 2: Zu der Bedarfsberechnung für Wohnflächen

Auf die siedlungsstrukturellen Besonderheiten der Stadt Meckenheim sowie den Umstand, dass sich die Potenzialflächen überwiegend auf wenige große Flächen erstrecken, ist bereits hingewiesen worden (vgl. Hinweis 1). Die Bedarfsermittlung erfolgt entsprechend der Vorgaben des LEP NRW und konnte, auch dank der Erläuterungen im Rahmen der Kommunalgespräche, nachvollzogen werden. Aus Sicht der Stadt Meckenheim ist allerdings insbesondere die vom LEP NRW vorgegebene Unterscheidung nach siedlungsstrukturtypischen Dichten von Kommunen problematisch. Durch diese Berechnung werden insbesondere die Kommunen, die in der Vergangenheit flächenschonende Siedlungsentwicklung betrieben haben, weil Sie sich als flächenkleine Kommune ohnehin vertieft mit den zur Verfügung stehenden Flächen auseinandersetzen mussten, hinsichtlich der Bedarfe weniger umfassend ausgestattet. Die Stadt Meckenheim, mit einer Zuordnung des Dichtewertes von 40WE/ha, weist beispielsweise ähnliche städtebauliche Strukturen wie die Stadt Rheinbach auf, die jedoch (aufgrund der größeren Siedlungs- und Verkehrsfläche des Stadtgebietes) einem Dichtewert von 30 WE/ha zugeordnet worden ist. Laut Bedarfsprognose muss die Stadt Meckenheim während der Laufzeit des Regionalplanes zusätzliche 2.120 Wohneinheiten bereitstellen. Bei einem Dichtewert von 30 WE/ha ergibt dies einen Bedarf von rd. 71 ha gegenüber dem Ausgangswert bei 40WE/ha von rd. 53 ha. Deutlich wird damit, wie stark der Dichtewert die ermittelten Bedarfszahlen beeinflusst.

In Verbindung damit, dass in Meckenheim überwiegend wenige größere Potenzialflächen zur Verfügung stehen, bedeutet dies: Sofern eine Fläche, aus bisher unbekannten Gründen nicht umgesetzt werden kann, wird ein großer Anteil der zur Verfügung stehenden Bedarfe auf einen Schlag der Umsetzung entzogen. Aufgrund dann fehlender Flächenalternativen wird damit die Verhandlungsposition und der Bewegungsspielraum der Kommune gegenüber Grundstücksbesitzern, der Immobilienwirtschaft etc. erheblich eingeschränkt und geschwächt. Das durch den LEP vorgegebene mathematische System führt in der Konstellation in Meckenheim letztlich dazu, dass kaum entwicklungspolitische Optionen/Alternativen zur Verfügung stehen bzw. diese erst wieder einer Regionalplanänderung bedürfen. Der Planungszuschlag der Bezirksregierung Köln wird in diesem Zusammenhang positiv begrüßt, vermag das grundsätzliche Problem aber nicht zu ändern. Gleichzeitig ist der Stadt Meckenheim bewusst, dass es sich um Vorgaben aus dem LEP NRW handelt und damit auf Ebene des Regionalplans nur eine bedingte Beeinflussbarkeit besteht. Die Stadt Meckenheim bittet die Bezirksregierung daher darum, die Methodik kritisch zu hinterfragen und bei Änderung des LEP auch auf eine Änderung der Bedarfsermittlung hinzuwirken.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Im Hinblick auf die Bedarfsermittlung gilt: Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der

<p>Anpassungsempfehlung 1: Zur Darstellung der Lüftelberger Straße als Allgemeiner Siedlungsbereich Der nördliche Teil der Lüftelberger Straße in der Kernstadt Meckenheim wird in der Zeichnerischen Festlegung der Neuaufstellung des Regionalplanes als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung ausgewiesen (vgl. Anlage 1). Bislang ist der Bereich vollständig als ASB dargestellt worden. Der Bereich setzt sich zusammen aus einem Nebeneinander von Wohn- und Gewerbenutzungen und wird auf Ebene der Bauleitplanung als gemischte Baufläche im FNP und als Mischgebiet - lediglich das nördliche Gewerbegrundstück ist als Gewerbegebiet ausgewiesen - im Bebauungsplan Nr. 27 "Am Wiesenpfad" festgesetzt. Aus Sicht der Stadt Meckenheim ist der Bereich südlich der S-Bahn-Trasse weiterhin, wie bestehend, als Allgemeiner Siedlungsbereich darzustellen. Dadurch ist sichergestellt, dass in diesem Gebiet weiterhin Bauleitpläne aufgestellt und geändert werden können, die Mischoder Urbane Gebiete festsetzen.</p>	<p>Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung <i>Flächenüberhänge vermeiden und abbauen</i> sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.</p> <p>Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.</p> <p>Im Übrigen geht die angeregte Änderung über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus, der Wunsch nach einem Einwirken auf eine LEP-Änderung wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung an der Lüftelbergerstr. wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>
---	--

1004427, Stadt Meckenheim

Inhalt

Anpassungsempfehlung 1: Zur Darstellung der Lüftelberger Straße als Allgemeiner Siedlungsbereich Der nördliche Teil der Lüftelberger Straße in der Kernstadt Meckenheim wird in der Zeichnerischen Festlegung der Neuauftellung des Regionalplanes als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung ausgewiesen (s. Anhang Abb. 1004427_1]. Bislang ist der Bereich vollständig als ASB dargestellt worden. Der Bereich setzt sich zusammen aus einem Nebeneinander von Wohn- und Gewerbenutzungen und wird auf Ebene der Bauleitplanung als gemischte Baufläche im FNP und als Mischgebiet - lediglich das nördliche Gewerbegrundstück ist als Gewerbegebiet ausgewiesen - im Bebauungsplan Nr. 27 "Am Wiesenpfad" festgesetzt. Aus Sicht der Stadt Meckenheim ist der Bereich südlich der S-Bahn-Trasse weiterhin, wie bestehend, als Allgemeiner Siedlungsbereich darzustellen. Dadurch ist sichergestellt, dass in diesem Gebiet weiterhin Bauleitpläne aufgestellt und geändert werden können, die Mischoder Urbane Gebiete festsetzen.

Anhänge

[Abb_ID1004427.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für *Wohnen und Mischnutzung* gemäß der Zielfestlegung ? *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?* verfügt die *Stadt Meckenheim* noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht, des zusätzlichen kommunalen Bedarfs sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Umwandlung der Festlegung in ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.

1004429, Stadt Meckenheim

Inhalt

Hinweis 3: Zur unzureichenden Beteiligung zu dem Thema "Freiraum"

Durch die Neuaufstellung des Regionalplanes werden die Weichen zukünftiger Entwicklungen gestellt und gleichzeitig dient diese der Stadt Meckenheim als Anknüpfungspunkt für eine geplante Überarbeitung des Flächennutzungsplanes. Hinsichtlich des zurückliegenden Prozesses möchte ich gesondert die Kommunalgespräche positiv herausstellen. In zwei umfassenden Gesprächen hatte die Stadt Meckenheim die Gelegenheit, sich ausführlich und auf Augenhöhe über die zukünftige Siedlungs- und Gewerbeentwicklung auszutauschen. Innerhalb der Gespräche bestand die Möglichkeit, jede Einzelfläche zu diskutieren und gleichzeitig auch methodische Vorgehensweisen, insbesondere die Bedarfsberechnungen inhaltlich nachzuvollziehen. Die Stadtverwaltung konnte wiederum die Diskussionsstände, Begründungen und Zusammenhänge an die Politik weitergeben. Mit den Kommunalgesprächen hat die Bezirksregierung Köln ein, aus meiner Sicht, erfolgreiches Beteiligungskonzept erprobt. Dies lässt sich insbesondere daran ablesen, dass die vorliegende Stellungnahme keine gravierenden, gegenüber dem Offenlageentwurf divergierenden Entwicklungswünsche aufweist. Die Stadt Meckenheim regt daher an, das Instrument auch bei ähnlichen Verfahren, wie z.B. sachlichen Teilplänen, einzusetzen. Vor dem Hintergrund des Erfolges der Kommunalgespräche zur zukünftigen Siedlungsentwicklung ist es umso bedauerlicher, dass ein vergleichbares Format hinsichtlich des Freiraumes ausgeblieben ist. Im Rahmen der Informationsveranstaltung der Bezirksregierung am 04. September 2019 im Rathaus Bonn-Beuel ist von Seiten kommunaler Vertreter nachdrücklich die Bitte hinsichtlich eines Kommunalgesprächs "Freiraum" an die Bezirksregierung herangetragen worden. Leider sind Sie dieser Anregung nicht gefolgt, so dass unverständliche Darstellungen nun auf dem Wege der Offenlage geklärt werden müssen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Für die Festlegungen zum Thema Freiraum liegen im Gegensatz zu siedlungsräumlichen Festlegungen umfangreiche Fachbeiträge vor. Im Falle des Fachbeitrags Naturschutz und Landschaftspflege wurden die Untere Naturschutzbehörden, Biologische Stationen sowie die Naturschutzverbände in die Erarbeitung einbezogen. Im Vorfeld der Konzeption hat die Bezirksregierung Köln Veranstaltungen angeboten, bei denen die Vorgehensweise zur Erarbeitung der Freiraumfestlegungen erläutert wurde. Bei der Veranstaltung wurde die kommunale Ebene (Kreise und kreisfreie Städte) einbezogen. Die Dokumentation über die Internetseite veröffentlicht. Auch bei den Kommunalgesprächen bestand bereits die Gelegenheit sämtliche Planinhalte, auch Freiraumthemen, in den Prozess einzubringen. Offene Punkte können ggf. Gegenstand der öffentlichen Auslegung sein.

1004430, Stadt Meckenheim

Inhalt

Anpassungsempfehlung 2: Zur Entnahme eines regionalen Grünzuges 1

Zwischen der Gerhard-Boeden-Straße, Meckenheimer Allee (L 261) und Gudenauer Allee (L 158) stellt der Regionalplan einen Regionalen Grünzug dar (ID1004430). Dieser Regionale Grünzug ist nicht auf Ebene des LEP NRW vorgesehen (Anlage 3). Die Vorgabe des Regionalen Grünzuges als Verbindung, Korridor und Leitstruktur zur Herstellung des Überganges zum ländlichen Raum ist in dieser innerstädtischen Agrarfläche sicher nicht gegeben. Wie eingangs aufgezeigt und in der Anlage 2 ersichtlich, ist das Gebiet vollständig von großen Verkehrsstraßen, überwiegend als Landesstraßen klassifiziert, eingefasst und stellt damit eine isolierte "Insellage" dar. Zwar befindet sich das Naturschutzgebiet "Kottenforst" in räumlicher Nähe zu dem Regionalen Grünzug, doch ist dieses getrennt durch eine der am stärksten frequentierten Landesstraßen des Kreises (L 261) sowie ein Gartenbaubetrieb samt Gartencenter und zugehörigen Stellplatzanlagen. Es bestehen somit keine funktionalen Verbindungen zu weiteren Grünstrukturen, die die Annahme eines Grünzuges mit regionaler Bedeutsamkeit im wörtlichen Sinne rechtfertigen. Bereits aufgrund der örtlichen Situation ist die Darstellung daher falsch. Die Darstellung steht darüber hinaus auch der von der Bezirksregierung Köln selbst festgelegten Methodik zur Festlegung Regionaler Grünzüge entgegen.

Der Begründung zum Regionalplan kann auf Seite 137 die räumliche Kulisse für die Festlegung Regionaler Grünzüge entnommen werden. Auf Seite 136 ist schriftlich dargelegt, dass die Stadt Meckenheim eine Funktion als "Übergangszone" zwischen den Kernzonen sowie dem ländlichen Raum einnimmt. Auf der darauffolgenden Seite werden drei Kriterien regionaler Bedeutsamkeit erläutert (Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismusnutzungen, klimatische Funktion sowie Biotopverbundfunktion). Hier wird festgehalten, dass in der Übergangszone mindestens zwei von drei Kriterien erfüllt sein müssen, damit ein Regionaler Grünzug dargestellt werden kann. Der Erläuterungskarte F3 ist für den dargestellten Bereich jedoch zweifelsfrei zu entnehmen, dass für den o.g. Bereich ausschließlich die Funktion "Klima" erfüllt ist und ein für die Ausweisung benötigtes zweites Funktionskriterium nicht vorliegt. Somit liegen auch die von der Bezirksregierung selbst angelegten Kriterien für einen Regionalen Grünzug nicht vor. Die Stadt Meckenheim fordert, den dargestellten Bereich nicht als regionalen Grünzug darzustellen. Die Fläche sollte, mangels entsprechender Voraussetzungen, zukünftig ausschließlich als "Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich/Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung", was der Beibehaltung der bisherigen regionalplanerischen Festsetzungen entspricht, dargestellt werden.

Anhänge

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als Erholungsort sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

1004431, Stadt Meckenheim

Inhalt

Anpassungsempfehlung 3: Zur Entnahme eines regionalen Grünzuges 2

Östlich des Meckenheimer Siedlungskörpers ist ebenfalls ein Regionaler Grünzug festgesetzt, der auch den überwiegenden Teil der Swistbachaue bedeckt (ID 1004431). Der regionale Grünzug ist ebenfalls nicht im LEP dargestellt (ID 1004431). Auch bei diesem Bereich kann die Darstellung nicht nachvollzogen werden und zudem steht die dargestellte Methodik entgegen. Der Regionale Grünzug entsteht aus dem Kottenforst, überdeckt den Adendorfer Wald und überspringt von Adendorf kommend die A 565. Aus Sicht der Stadt Meckenheim stellt eine Bundesautobahn eine solche Barriere dar, dass ein Zusammenhang der getrennten Gebiete nicht angenommen werden kann. Zusätzlich wird der Regionale Grünzug auch durch die L 123 in einen nördlichen und südlichen Teil getrennt. Auch hier kann ein Grünzug im wörtlichen Sinne, aufgrund der klaren Unterteilung durch Verkehrswege, nicht angenommen werden. In der Erläuterungskarte F3 ist erkennbar, dass sich der Funktionsschwerpunkt Klima, Erholung und Biotopverbund an dem Nord-Süd-Verlauf der Bundesautobahn orientiert und damit der eingangs benannte Bereich ausgespart worden ist. Teile der Swistbachaue sind erneut ausschließlich mit der Funktion Klima gekennzeichnet worden. Auch an dieser Stelle ist damit ersichtlich, dass die von der Bezirksregierung in der Begründung benannte Methodik nicht angewendet worden ist. Innerhalb der Swistbachaue besteht mit der "Oberen Mühle" zudem das einzige Industriedenkmal der Stadt Meckenheim. Das Denkmal wird durch einen Förderverein "Pro Obere Mühle Meckenheim" unterstützt. Die Stadt Meckenheim ist Eigentümerin des Bauwerkes. Es ist langfristig geplant, für den Bereich des Denkmals einen Bebauungsplan aufzustellen und damit die museale Nutzung planungsrechtlich zu sichern. Von Seiten der Stadt Meckenheim wird befürchtet, dass die Darstellung als Regionaler Grünzug nicht mit diesen Planungen vereinbar ist, da dem Bebauungsplan - je nach Umfang - die Einschränkung der Durchgängigkeit zur Last gelegt werden könnte. Die Stadt Meckenheim fordert, den dargestellten Bereich nicht als regionalen Grünzug darzustellen. Die Fläche sollte, mangels entsprechender Voraussetzungen, zukünftig ausschließlich als "Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich/Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung", was der Beibehaltung der bisherigen regionalplanerischen Festsetzungen entspricht, dargestellt werden.

Anhänge

[Abb_ID1004431.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Die Zeichnerische Festlegung erfolgt durch den Regionalplan Köln der Landesentwicklungsplan bildet die bereits festgelten Grünzüge auf Grundlage des aktuellen Regionalplan ab.

Die Erläuterungskarte F3 Regionale Grünzüge zeigt die schematische Darstellung der Methodik im Maßstab 1:260.000. Durch die maßstabsbedingten Abrundungen ist eine detaillierte Herleitung für eine Einzelfläche nicht möglich, da diese nicht den nötigen Detaillierungsgrad für die regionalplanerisch festgelegten Vorranggebiete im Maßstab 1:50.000 aufweisen. Die fachliche Prüfung der angeregten Fläche zeigt neben der Betroffenheit der Funktionen des klimaökologischen Ausgleichs die der Biotopvernetzung, Gründe sind hierfür unter anderem der direkt angrenzende Bereich zum Schutz der Natur, der auch die Swistbachaue sichert. Der Bereich innerhalb der Verkehrsstrassen erfüllt die Voraussetzungen für die zeichnerische Festlegung als Regionaler Grünzug (s.o.).

Für die angesprochen Planung liegt keine Abgrenzung vor, daher kann diese erst aus regionalplanerischer Sicht abschließend im Rahmen einer möglichen Anfrage nach § 34

	LPIG NRW geprüft werden.
--	--------------------------

1004432, Stadt Meckenheim

Inhalt

Anpassungsempfehlung 4: Zur Entnahme eines Bereiches zum Schutz der Landschaft und

landschaftsorientierten Erholung

Zwischen den Städten Rheinbach und Meckenheim ist nördlich der L 158/ des Schienenweges Euskirchen-Bonn, ein neuer Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) dargestellt (ID 1004432). Das Gebiet ist nicht Bestandteil eines Landschaftsschutzgebietes und verfügt über keinen sonstigen Schutzstatus. Innerhalb des Gebietes besteht eine rechtskräftige Bauleitplanung der Städte Rheinbach und Meckenheim für die Errichtung von Windkraftanlagen. Zudem handelt es sich um einen agrarischen Intensivbereich, der durch Obstanbau sowie Baumschulflächen geprägt ist. Zu der Herleitung der Notwendigkeit sowie der Intention der Neu-Ausweisung als BSLE gibt es keine Angaben. Auch wenn sich die Stadt Meckenheim sich nicht grundsätzlich gegen eine solche Darstellung ausspricht, fehlt es einer fachlichen Begründung und näheren Erläuterung.

Anhänge

[Abb_ID1004432.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabendholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.

Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der

	<p>kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.</p>
--	--

1004433, Stadt Meckenheim	
<p>Inhalt</p> <p>Anpassungsempfehlung 5: Zur Aufnahme eines Bereiches- zum Schutz der Natur</p> <p>Der Ersdorfer Bach, der zwischen dem Kernort Meckenheim und dem Ortsteil Ersdorf fließt, ist im Entwurf des Regionalplans innerhalb des allgemeinen Freiraum und Agrarbereiches, als Fläche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) gekennzeichnet, obwohl er, entsprechend der angrenzend dargestellten Gewässerläufe („Altendorfer Bach" und ?Wormersdorfer Bach") laut Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln, als Biotopverbundsfläche mit herausragender Bedeutung (Stufe 1) gekennzeichnet ist und folglich als BSN festgesetzt sein müsste. Auch im bestehenden Regionalplan ist der Ersdorfer Bach bereits als Bereich zum Schutz der Natur (BSN, hier SU7 -Swistbachtalsystem zwischen Flerzheim und Altendorf) festgesetzt. Zudem ist dieser im bestehenden Landschaftsplan Nr. 4 ?Rheinbach-MeckenheimSwisttal" als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. (ID 1004433) Die Stadt Meckenheim regt an, den dargestellten Bereich analog der angrenzend dargestellten Gewässerläufe, als Fläche zum Schutz der Natur darzustellen. Anpassungsempfehlung .</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004936)</p>

1004434, Stadt Meckenheim	
Inhalt Anpassungsempfehlung 6: Zur Korrektur fehlender Quellenangaben Es sei ergänzend darauf hingewiesen, dass die Zitation in der Begründung nicht nachvollziehbar ist. So werden beispielsweise die Quellen ? LANUV NRW 2017", „IT NRW 2016" sowie ?BBSR 2016" (Seite 136 der Begründung) nicht im Quellenverzeichnis aufgeführt.	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Die Begründung wird entsprechend fortgeschrieben.

1004435, Stadt Meckenheim

Inhalt

Anpassungsempfehlung 7: Zur Aufnahme der L 163n in die zeichnerische Festlegung

Aufgrund der Rahmenerklärung: „Aktionsprogramm 100 Bahnhöfe in NRW“ des Landes NRW und der Deutschen Bahn zur Sicherung der Funktion kleiner Bahnhöfe, wurde das hohe Entwicklungspotential des Bahnhofs Meckenheim bewertet und die Stadt in das Programm aufgenommen. Im Jahr 1999 wurde von der Stadt ein städtebauliches Zielkonzept erstellt, dessen Ideen in einem transparenten und interdisziplinären Planungs- und Arbeitsprozess unter Mitwirkung aller Beteiligten (Bahn AG, StraßenNRW und Bürger) und zur Erzeugung der größten Synergieeffekte weiter entwickelt werden sollten. Die 'Zukunftswerkstatt Bahnhof' fand von September bis November 2000 statt und hatte das Ziel ein integriertes Handlungskonzept für den gesamten Planungsbereich zu erstellen. Darauf fußte 2001 ein städtebaulicher Ideenwettbewerb 'Bahnhof' im Rahmen eines Workshops, der die entwickelten Ergebnisse fortführte, zur nachhaltigen Entwicklung des Bahnhofs und dessen Umfeld (Stadteingang und Stadterweiterung). Das Wettbewerbsergebnis diente als Grundlage für die weiteren Planungsschritte. Mit Aufstellungsbeschluss von Oktober 2002 wurde zunächst der BPlan118 gestartet, wobei sich schnell herausstellte, dass die Synergieeffekte jedoch sinnvollerweise in der Zusammenführung aller Parameter und der Handlungspartner in den BPlänen zu führen sind. Das erneute Verfahren mit FNP und zwei BPlänen (118: Stadterweiterung und Bahnhof, 119: begleitende Straßenverbindungen und Bahnbelange) wurde mit Aufstellungsbeschlüssen im Dezember 2003 gestartet. Von 2004 bis 2006 wurden alle Planungsparameter mit den Beteiligten abgestimmt, so dass die Bauleitplanverfahren mit den weiterführenden Bauleitplanungsschritten wieder Fahrt aufnehmen konnten und im Juli 2006 (FNP) und Oktober 2008 (BPläne 118 +119) zur Rechtskraft gelangten. Der Bebauungsplan 118 beinhaltet die Wohnnutzung des neuen Quartiers 'Nördliche Stadterweiterung'. Rund die Hälfte der festgesetzten Allgemeinen Wohngebiete kann erst dann realisiert werden, wenn der erste Bauabschnitt der neuen Umgehungsstraße L163n (Verbindung L158-K53), die durch den begleitenden BPlan 119 festgesetzt ist, errichtet worden ist (Unzulässigkeit von Nutzungen bis zum Eintritt bestimmter Umstände nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BauGB). - 7 - Durch die Umsetzung des BPlan 119 mit der Umgehungsstraße L163n kann, wie die geführten Verkehrsuntersuchungen und Gutachten belegen, eine erhebliche Entlastungsfunktion der übergeordneten Straßen Meckensheims erzielt werden, insbesondere der Kreuzungspunkt L158/L261/K53 (Bonner Str./ Gudenauer Allee/ K53), bei dem es sich um einen der am stärksten frequentierten, und seit Jahren überlasteten Kreuzungspunkt des Rhein-Sieg-Kreises handelt. Nach jahrelangem Ringen der Stadt mit den übergeordneten Straßenbaulastträgern konnten die erforderlichen, erweiterten Umsetzungsplanungen über die Bebauungspläne hinaus, mittlerweile begonnen werden. Damit ist die Umsetzung der L 163n ein zentraler Baustein der zukünftigen Verkehrsentwicklung der Stadt Meckenheim und zwingende Voraussetzung, um sämtlic

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

he, mit rund 45 ha, erheblichen Wohnbaupotenziale nördlich des Bahnhofes und westlich des Industrieparks Kettenforst in Anspruch nehmen zu können. Die Stadt Meckenheim regt daher an, den Verlauf der geplanten und bauleitplanerisch gesicherten L 163 n (ID 1004435) in die zeichnerische Festlegung des Regionalplanes aufzunehmen. Da geplante Verkehrswege, wie dargestellt, in direkten Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Potenzialflächen stehen können, sollten aus Sicht der Stadt Meckenheim nicht nur die nachrichtliche Darstellung von Bedarfsplanmaßnahmen in der zeichnerischen Festlegung erfolgen. Vielmehr sollte der Kanon um sämtliche geplante Verkehrswege erweitert werden und diese sollten zudem mit einem Zielcharakter verbunden sein, so dass auf eine Umsetzung entsprechender Infrastrukturmaßnahmen, auch auf Ebene der Regionalplanung, hingearbeitet wird. Die Stadt Meckenheim bittet zudem darum, dass die Bezirksregierung weiterhin die Umsetzung der L 163n unterstützt.

Anhänge

[Abb_ID_1004435_1.pdf](#)

[Abb_ID_1004435_2.pdf](#)

1004436, Stadt Meckenheim

Inhalt

Hinweis zu Regionalen GIBs

Die Darstellung eines regionalen GIBs östlich des Doppelortes Altendorf-Ersdorf wird von Seiten der Stadt Meckenheim begrüßt. Grundsätzlich stellen Darstellungen, die einer interkommunalen Vereinbarung bedürfen ein Novum auf Ebene des Regionalplanes dar, weswegen bei der Anwendung eine gewisse Unsicherheit besteht. Die Stadt Meckenheim regt daher an, dass die Bezirksregierung über die Fortentwicklung und praktikable Umsetzung regionaler GIBs informiert, beispielsweise im Rahmen einer Best-Practice-Sammlung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist. Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

AZ: BET_161000_1

Gemeinde Much

1005566, Gemeinde Much

Inhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich für die Beteiligung in o.g. Verfahren bedanken. Insbesondere aufgrund der Kommunalgespräche fühle ich mich mitgenommen und hatte die Gelegenheit zusammen mit der Regionalplanung den für die Gemeinde Much parallel in Aufstellung befindlichen Flächennutzungsplan und den Regionalplan auf die Bedürfnisse der Gemeinde Much abzustimmen. In seiner Sitzung am 30.08.2022 hat der Ausschuss für Planung, Verkehr, Straßen und Wege über den Entwurf des Regionalplans beraten. Die Verwaltung wurde beauftragt, eine Stellungnahme an die Regionalplanungsbehörde im Rahmen des Beteiligungsverfahrens mit folgendem Tenor abzugeben:

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.

1005567, Gemeinde Much	
Inhalt 1. Grundsätzlich wird die Aufnahme der neuen Flächen für ASB und GIB begrüßt.	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1005568, Gemeinde Much

Inhalt

2. Der Rücknahme von GIB-Flächen im Bereich des Gewerbegebietes Bitzen wird widersprochen. Diese sollen weiterhin (bereits bestehende Reserveflächen) dargestellt werden.

Begründung

Zu 2. Auch wenn die Flächen, die am GIB im Bereich des Gewerbegebietes Bitzen zurückgenommen werden sollen, relativ klein erscheinen, würde eine Rücknahme jedoch dazu führen, dass für die Erweiterungsfläche ein eigenständiger Siedlungsansatz entstehen würde. Dies kann planerisch nicht gewollt sein. Naturschutzrechtliche Belange können im nachgelagerten Verfahren zur Aufstellung des Flächennutzungsplans und dem Aufstellungsverfahren zum entsprechenden Bebauungsplan bewertet und berücksichtigt werden. Daher spricht sich der Ausschuss gegen eine Rücknahme bereits bestehender Reserveflächen aus.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine Rücknahme von Siedlungsbereichsflächen am GIB Bitzen im Vergleich zum aktuellen Regionalplan kann nicht nachvollzogen werden und war auch nicht Ziel der Planung.

Ggf. kann es sich um eine Darstellungsunschärfe handeln. Dazu Folgendes:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005569, Gemeinde Much

Inhalt

3. Der Planungsausschuss spricht sich entschieden gegen die Nichtausweisung von ASB-Flächen im Bereich südlich der Kantstraße aus. Diese Flächen sind gemäß den bisherigen Absprachen wieder in den Entwurf des neuen Regionalplanes aufzunehmen.

Zu 3. Im Kommunalgespräch wurde seinerzeit abgestimmt, dass die Flächen südlich der Kantstraße in Richtung Hohn mit den ASB des Ortes Much einbezogen werden. Auf der im Anschluss erstellten Analysekarte sind diese Flächen auch enthalten.

(Abbildung Seite 2)

Allerdings wurden diese im jetzigen Entwurf entfernt. Gründe hierfür ist in erster Linie artenschutzrechtliches und bodenschutzrechtliches Konfliktpotenzial, welches bereits im Verfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans ermittelt wurde. Allerdings besteht gemeindefür ein starkes Interesse, diese Fläche als Abrundung des Ortes Much unter Berücksichtigung der arten- und naturschutzrechtlichen Belange zu beplanen. Mögliche Vermeidungs- bzw. Minderungsmaßnahmen wären dann in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren (FNP und Bebauungsplan) zu prüfen bzw. festzusetzen. Weiterhin wird ein Teil des ASB im Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 2.11 B "Erweiterung Krahm" zurückgenommen. Hier widerspricht der Ausschuss der neuen Darstellung des ASB im Regionalplanentwurf für diesen Bereich entschieden und fordert, diese Fläche wieder mit einzubeziehen.

Anhänge

[Abb_ID1005569.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Umweltauswirkungen und, landesplanerische Vorgaben sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen durch die Überplanung einer Trinkwasserschutzzone II erhebliche Umweltauswirkungen entgegen.

Die Fläche ist im Regionalplan auf der Basis der Wasserschutzzone II eines fachplanerisch festgesetzten Wasserschutzgebiets gemäß Z.26 als Bereich für Gewässerschutz und Grundwasserschutz festgelegt. Als landesplanerische Vorgabe hat Ziel 7.4-3 des LEP NRW den Zweck, dass Raumordnung und Wasserwirtschaft zusammen die Einzugsbereiche von Trinkwassergewinnungsanlagen von gefährdenden Nutzungen freihalten. Die Planung neuer ASB Flächen innerhalb der Trinkwasserschutzzonen I und II steht diesem Ziel entgegen (im Gegensatz dazu ist die ASB Fläche nördl. der Schmerbachstr. bereits im aktuellen Regionalplan festgelegt und in der Bauleitplanung umgesetzt). Der Anregung kann nicht entsprochen werden.

1005570, Gemeinde Much	
<p>Inhalt</p> <p>4. Der Trassenverlauf der B 56N ist entsprechend dem Bundesverkehrswegeplan abzuändern.</p> <p>Zu 4. Die dargestellte Trasse der B 56N entspricht nicht dem Verlauf aus dem aktuellen Bundesverkehrswegeplan. Sie führt im Entwurf des Regionalplans durch das Neubaugebiet "Gippenstein-West". Der Ausschuss fordert, den Trassenverlauf aus dem Bundesverkehrswegeplan darzustellen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

AZ: BET_162000_1

Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid

1005238, Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid

Inhalt

Zu A) Gewerbefläche

Der im Kommunalgespräch geäußerte Wunsch der Gemeinde nach der Darstellung von einer dringend benötigten weiteren Gewerbefläche wurde im vorliegenden Entwurf des Regionalplanes leider nicht berücksichtigt. Die einzige Fläche, die perspektivisch für eine gewerbliche Nutzung infrage kommt, liegt gegenüber der Ortslage Krahwinkel an der B56 Richtung Herkenrath. Diese Fläche wurde jedoch nicht in den Entwurf des Regionalplans aufgenommen, siehe Abbildung unten.

(Abbildung Stn-ID1005238)

Auch wenn die Bezirksregierung richtigerweise darlegt, dass Gewerbeflächen außer in einem GIB auch im ASB möglich sind, ist dies für Neunkirchen-Seelscheid nur theoretisch eine Option. Im Rahmen des ?Gewerbeflächenkonzept 2035 für die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises? wurden alle im Gemeindegebiet infrage kommenden Flächen ausgiebig untersucht mit dem Ergebnis, dass einzig die Fläche gegenüber von Krahwinkel perspektivisch umgesetzt werden könnte. Die Bezirksregierung geht bei ihrer Bedarfsberechnung für die Kommunen u. a. von den Inanspruchnahmen in den Vorjahren aus. Bei dieser Betrachtung wird jedoch außer Acht gelassen, dass die Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid seit mehreren Jahren interkommunal mit Much kooperiert und die Bedarfe aus Neunkirchen-Seelscheid größtenteils auf Mucher Gemeindegebiet abgebildet wurden, da dort bislang die interkommunale Gewerbeflächenentwicklung stattgefunden hat. Gewerbeflächen wurden in Neunkirchen Seelscheid ? u. a. deshalb ? in den letzten Jahren tatsächlich nicht nennenswert entwickelt. Dies ändert sich nun aber: Die weitere Entwicklung von interkommunalen Gewerbeflächen wird zukünftig hauptsächlich auf Neunkirchen-Seelscheider Gemeindegebiet stattfinden und bildet damit auch Bedarfe aus Much mit ab. Es ist absehbar, dass die vorhandenen Reserven hierfür mittelfristig nicht ausreichen. Da der Regionalplan die Planungsgrundlage für die nächsten 15 bis 20 Jahre bildet, könnte in nicht allzu ferner Zukunft der Fall eintreten, dass die Gemeinde ohne Entwicklungsmöglichkeiten für Gewerbeflächen dasteht. Es darf nicht sein, dass durch eine erfolgreiche interkommunale Kooperation ein Nachteil der beteiligten Kommunen in Hinblick auf zukünftige Flächen entsteht. *Die Stellungnahme der Gemeinde kann daher nur die Forderung sein, die Fläche gegenüber von Krahwinkel im Regionalplan als GIB vorzusehen, damit sie im Rahmen einer Flächennutzungsplanneuaufstellung bzw. -änderung zukünftig (interkommunal) entwickelt werden kann.*

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach den Festlegungen des Ziels 6.3.3 LEP NRW sind neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen. Diese Voraussetzung trifft für die angeregte Fläche nicht zu.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden neben landesplanerischen Vorgaben auch Restriktionen, Umweltauswirkungen und fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen eben Umweltauswirkungen d.h. fachrechtliche Planungsrichtlinien entgegen. *Die Fläche ist im Regionalplan auf der Basis der Wasserschutzzone II eines fachplanerisch festgesetzten Wasserschutzgebiets gemäß Z.26 als Bereich für Gewässerschutz und Grundwasserschutz festgelegt. Als landesplanerische Vorgabe hat Ziel 7.4-3 des LEP NRW den Zweck, dass Raumordnung und Wasserwirtschaft zusammen die Einzugsbereiche von Trinkwassergewinnungsanlagen von gefährdenden Nutzungen freihalten. Die Umsetzung eines GIB steht dem entgegen.*

Daher ist diese auch nicht im regionalen Gewerbeflächenkonzept zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln aufgeführt (s. Anlage Region +Wirtschaft.).

Anhänge[Abb_ID_1005238_1.pdf](#)

1005239, Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid	
<p>Inhalt</p> <p>Zu B) ASB Lohmar- Neunkirchen-Seelscheid ? Siegburg</p> <p>Die Stadt Lohmar ist im Jahr 2019 an ihre Nachbarkommunen Siegburg und Neunkirchen-Seelscheid mit dem Ziel herangetreten, den Bereich an der B56, in dem die drei Kommunen aneinandergrenzen, gemeinsam zu entwickeln. Aus der Idee wurde ein Projekt der REGIONALE 2025, die Räte der jeweiligen Kommunen haben die Kooperation durch die Verabschiedung einer gemeinsamen Absichtserklärung („Letter of Intent“) bekräftigt. Die Handlungsfelder dieser Kooperation („Neugedachte Mobilität“, „Enkelgerechtes Wohnen und Arbeiten“ sowie „Zukunftsorientierte Energien und Klimaschutz“) sollen zur nachhaltigen Sicherung des kommunale Grenzen übergreifenden Siedlungsraumes beitragen. Im nun vorliegenden Entwurf des Regionalplanes (siehe Abbildung unten) wurde der interkommunale ASB nur teilweise berücksichtigt. Lediglich der auf Lohmarer Stadtgebiet befindliche Teil wurde zum ASB erklärt, ergänzt um wenige Grundstücke von Braschoss auf Siegburger Stadtgebiet. Dass die B56 die Grenze des ASB darstellen soll, ist gerade in dieser Lage, wo die Grenzen der Ortschaften verschwimmen und schon immer ein Austausch zwischen den Kommunen stattfand und weiterhin stattfindet, nicht nachzuvollziehen.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005239)</p> <p><i>Die Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid fordert daher, Hochhausen in den interkommunalen ASB einzubeziehen, damit dort zukünftig ebenfalls eine Weiterentwicklung stattfinden kann, wie sie in den in den Nachbarkommunen liegenden Teilen des ASB künftig möglich sein wird.</i></p> <p>Anhänge Abb_ID_1005239_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ?wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Gemeinde Neunkirchen Seelscheid noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine teilweise Festlegung als ASB.</p> <p>Die Abgrenzung orientiert sich an der angrenzenden Trinkwasserschutzzone IIb und der im FNP dargestellten W Bau Flächen. Eine weitere Ausweitung ist aufgrund dieser wasserrechtlichen Restriktion dauerhaft nicht möglich.</p>

1005240, Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid	
<p>Inhalt</p> <p>Zu C) Naafbachtalsperre</p> <p>Das Naafbachtal ist im Regionalplan weiterhin als Talsperrenstandort vorgesehen (siehe Abbildung unten).</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005240)</p> <p>In Anlage I zum Umweltbericht festgelegten Talsperrenstandorte Ergebnis: ?Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei zehn Kriterien (FFH-/ Vogelschutzgebiet, Naturschutzgebiet, geschützte Biotope, Biotopverbundfläche, schutzwürdige Biotope, schutzwürdige Böden, Wasserschutzgebiet, landschaftsgebundene Erholung, Landschaftsbild, Kulturlandschaft) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.?</p> <p><i>Die Gemeinde hält an ihrer Forderung fest, die Naafbachtalsperre als geplanten Trinkwassertalsperren-Standort zu streichen.</i></p> <p>Anhänge Abb_ID_1005240_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung In seiner Stellungnahme von 11.08.2022 bestätigt das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, dass angesichts der zu erwartenden vermehrten Extremereignisse des Klimawandels die Vorsorgebereiche für zusätzliche Talsperren aufrecht zu erhalten sind. Daher wird am "Vorsorgebereich Naafbachtalsperre" mit der im rechtskräftigen Regionalplan festgelegten wasserwirtschaftlichen Zweckbestimmung "Trinkwasser" festgehalten. Zur weiteren Begründung wird auf die Autorenkorrektur ID 1016477 verwiesen.</p>

AZ: BET_163000_1

Stadt Niederkassel

1005250, Stadt Niederkassel

Inhalt

3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung (ab S. 56 in den Textlichen Festlegungen)

Die Potential- und Bedarfsermittlung in der Siedlungsentwicklung und das zugrunde liegende Berechnungsverfahren erscheinen der Stadt Niederkassel sehr intransparent. Zwar wird in der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln? ab Seite 39 die Methodik erläutert, jedoch bleiben die konkret ermittelten Werte schwer nachvollziehbar. Ein Teilen der Berechnungen mit den kommunalen Verwaltungen würde für mehr Transparenz und Verständnis sorgen. In Tabelle 7 der Begründung (siehe ab Seite 55 bzw. ausschnittsweise unten beigelegt) werden die konkreten Werte für die Stadt Niederkassel aufgeführt. Während bei Wohnen & Mischnutzung der Bedarf (114 ha) und das Potential (117 ha) recht ausgeglichen sind, gibt es beim Gewerbe einen Überhang des Potentials (64 ha) gegenüber dem Bedarf (22 ha). Regional ? insb. in Köln und Bonn ? gibt es hingegen eine enorm hohe Nachfrage nach Gewerbeflächen bei gleichzeitig wenig Potential, sodass sich dieser Bedarf auch auf die Stadt Niederkassel niederschlagen wird. Um den Zielen Z.3 und Z.4 der textlichen Festlegungen gerecht zu werden (siehe unten), möchte die Stadt Niederkassel diverse Maßnahmen ergreifen: Umsetzung des GIBinterkommunal an der Stadtgrenze zu Troisdorf, Umwandlung von ASB in GIB ? siehe Teil B der Stellungnahme, Weiterentwicklung und Sicherung des Chemie- und Gewerbestandortes Lüssdorf mittels einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme gemäß § 165 BauGB.

(Abbildung Übernahme von Abb. nicht erforderlich)

(Abbildung Übernahme von Abb. nicht erforderlich)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Zahlen zur Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung sind der Bevölkerungsstatistik von IT.NRW zum Stichtag 31.12.2017 sowie der Haushaltsprognose von IT.NRW (Stand 2018) entnommen. Zu den errechneten Bedarfen und Flächenberechnungen für die einzelnen Kommunen, vorhandenen Reserveflächen aus den Flächennutzungsplänen, kommunalgenauer Gegenüberstellung siehe insbesondere Tabelle 7: *Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln*, zu den Dichtewerten siehe *Abbildung 1: Räumliche Verteilung der Siedlungsstrukturtypen im Regierungsbezirk Köln*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden

Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Die Begründung wird fortgeschrieben.

Im Übrigen werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur siedlungsräumlichen Entwicklung vorgebracht.

1005251, Stadt Niederkassel

Inhalt

Das in Ranzel dargestellte GIBregional ist an dieser Stelle jedoch stadtplanerisch nicht vertretbar und umsetzbar (Details siehe Teil B der Stellungnahme), sodass diese Festlegung zurückgenommen werden sollte und die Fläche einen ?Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich? (AFAB) darstellen sollte.

(Abbildung Übernahme von Abb. nicht erforderlich)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005253, Stadt Niederkassel

Inhalt

4. Freiraum

Bezüglich der textlichen Festlegungen zum Thema ?Freiraum? gibt es zum jetzigen Zeitpunkt keine konkreten Änderungswünsche. Allerdings wird aktuell parallel zur Überarbeitung des Regionalplans auch der Teilplan ?Nichtenergetische Rohstoffe? aufgestellt. Für diesen haben die Stadt Niederkassel sowie weitere Träger öffentlicher Belange Flächen im Stadtgebiet benannt, die für die zukünftige Abgrabung von Kies von Interesse sind. Hier wird sich im Laufe des Verfahrens zeigen, inwieweit Flächen, die im Regionalplan als ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? (AFAB) und/oder ?Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? (BSLE) definiert sind, im Teilplan als "Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze" (BSAB) festgesetzt werden, sodass potentielle Nutzungskonflikte entstehen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum sachlichen Teilplan Nicht Energetische Rohstoffe gegeben. Das Verhältnisses der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe.

1005254, Stadt Niederkassel	
<p>Inhalt</p> <p>5.1 <u>Verkehrsinfrastruktur</u></p> <p>Die Stadt Niederkassel weist bezüglich der Karte A4 ? I3 Mobilstationen darauf hin, dass im Mobilstationenfeinkonzept für den Rhein-Sieg-Kreis, welches sich zurzeit in der Erstellung befindet, insgesamt neun Standorte für Mobilitätsstationen im Stadtgebiet Niederkassel vorgesehen sind und die Maßnahmen ab dem Jahr 2022 umgesetzt werden sollen. Daher regt die Stadt Niederkassel an, die geplanten Standorte in der Erläuterungskarte zu ergänzen. Die Standorte sind der unten beigefügten Übersichtskarte zu entnehmen.</p> <p>(Abbildung Stn-ID1005254)</p> <p>(Abbildung Stn-ID1005254)</p> <p>Die Stadt Niederkassel regt außerdem an, dass bei der langfristigen Darstellung des SPNV-Netzes auch die geplante Trasse der Stadtbahn auf Niederkasseler Stadtgebiet in der Erläuterungskarte A4 ? I3 Mobilstationen dargestellt werden sollte.</p> <p>Anhänge Abb_ID1005254_1.pdf Abb_ID1005254_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I3 wird künftig entfallen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1003063.</p>

1005255, Stadt Niederkassel

Inhalt

5.4 Nichtenergetische Rohstoffe

5.4.1 Lockergesteine

Die Stadt Niederkassel weist darauf hin, dass die Festlegungen im Regionalplan und im sich derzeit in der Aufstellung befindlichen, eigenständigen Teilplan ?Nichtenergetische Rohstoffe? von großer Bedeutung für die künftige Flächenentwicklung sind, da zuletzt durch den Rat der Stadt Niederkassel die Aufstellung eines Sachlichen Teilflächennutzungsplans ?Konzentrationszonen für nichtenergetische Rohstoffe? zum Zweck der Ausweisung von Konzentrationszonen für den Kiesabbau gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 5 Abs. 2b BauGB und § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB beschlossen wurde. Die räumliche Verortung dieser Konzentrationszonen hängt maßgeblich von den Festlegungen des künftigen Regionalplans sowie des Teilplans ?Nichtenergetische Rohstoffe? ab.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Hinweis richtet sich an den Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe.

1005256, Stadt Niederkassel	
<p>Inhalt</p> <p><u>Stadtbahn (Bonn ? Niederkassel ? Köln):</u></p> <p>Im Planentwurf wird der im Stadtgebiet nördlich liegende, neu zu errichtende Teil der Bahntrasse, der über den Rhein an die linksrheinischen Stadtbahnlinientrassen angebunden werden soll, als gemeinsame Trasse mit einer der Planungsvarianten der Autobahn 553n dargestellt. Dieser Teilabschnitt ist zudem, im Gegensatz zur geplanten Trasse, die östlich von Köln-Langel als ?Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung? definiert ist, als räumlich festgelegte ?Bedarfsplanmaßnahme? dargestellt. Dies ist jedoch zum jetzigen Planungsstand nicht der Fall, da zum einen eine gemeinsame Rheinquerung mit der Autobahn A553n aufgrund des noch laufenden Linienbestimmungsverfahrens der A553n unklar ist. Zum anderen beeinträchtigt die im Planentwurf dargestellte Planungsvariante den Retentionsraum und das Naturschutzgebiet zwischen Köln-Langel und Lüssdorf in einem stärkeren Umfang als eine weitere, nördlichere Variante [?Variante Nord (2)?], die entlang des allgemeinen Siedlungsbereiches des Kölner Stadtteils Langel verläuft und nördlich des Godorfer Hafens den Rhein quert. Diese Variante wird von der Stadt Niederkassel aufgrund der gegenüber den anderen Varianten deutlich geringeren Beeinträchtigungen bei gleichzeitig bester verkehrlicher Wirkung favorisiert und ist der Abbildung auf der folgenden Seite zu entnehmen.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005256)</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005256)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005256_1.pdf Abb_ID1005256_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (Siehe StnID 1004962).</p>

1005258, Stadt Niederkassel	
<p>Inhalt</p> <p><u>Güteranschlussbahn:</u></p> <p><i>Gemeinsame Stellung der Fa. Evonik, der Städte Niederkassel und Troisdorf sowie des Rhein-Sieg-Kreises:</i></p> <p>Die Fa. Evonik, die Städte Niederkassel und Troisdorf sowie der Rhein-Sieg-Kreis bitten darum, im Regionalplan eine neue Eisenbahnverbindung vom Industriestandort Lülsdorf zur Rechten Rheinstrecke der DB AG planerisch zu sichern. Ziel ist die Herstellung einer leistungsfähigeren Anbindung zur dauerhaften Sicherstellung und Bedeutungssteigerung des Schienengüterverkehrs im Zusammenhang mit geplanten strukturellen Maßnahmen am Standort (trimodale Verknüpfung etc.). Für die Güteranschlussbahn wurde von den o.g. Antragsstellern unter Einbindung der RSVG als Eisenbahninfrastrukturunternehmen eine Machbarkeitsstudie beauftragt, die 2019 vorgelegt worden ist. Die Güteranschlussbahn soll danach vom Evonik-Gelände (bestehende Gleisanlagen parallel zur Feldmühlestraße) zunächst gebündelt mit der L82/L269 in östliche Richtung geführt werden. Zwischen der Stadtgrenze Niederkassel/Köln und dem geplanten Anschluss an die Strecke der DB in Höhe Bahnhof Porz-Wahn steht die Trassenführung noch nicht fest, da eine Bündelung mit der geplanten A553 ?Rheinspange? geprüft werden soll, deren Linienbestimmungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Hinweis: Da die Güteranschlussbahn weder ein Vorhaben zum Ausbau des Bundesschienenwegenetzes noch des kommunalen ÖPNV ist, kann sie nicht im BVWP bzw. im ÖPNV-Bedarfsplan des Landes NRW verankert und folglich auch nicht als Bedarfsplanmaßnahme deklariert werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

1005259, Stadt Niederkassel

Inhalt

A553n:

Die Stadt Niederkassel weist darauf hin, dass die im Planentwurf dargestellte Trassenführung der Autobahn A553n nur eine von mehreren aktuell untersuchten Varianten darstellt. Bislang ist noch keine Vorzugsvariante definiert worden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird ein Hinweis gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1005260, Stadt Niederkassel	
<p>Inhalt</p> <p>1. und 2.: Ranzel Nord</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005260)</p> <p>Vollständige Darstellung ASB Ranzel ? nördliche Abgrenzung</p> <p>Die nördliche Grenze des ASB in Ranzel sollte im Bereich nördlich der Straße ?Auf der Katterbach? und westlich der ?Porzer Straße? um die beiden oben dargestellten Flächen (ASB 241-03 u. weiterer Bereich) erweitert werden, da die Grenze der Wohnbebauung seit vielen Jahren an dieser Stelle verläuft und der Bereich faktisch bebaut ist.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005260)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005260_1.pdf Abb_ID1005260_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen (siehe westl. Teilfläche) zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW).</p> <p>Die angesprochene Bestandsbebauung ist im FNP nicht mit einer Baufläche belegt und als Aussenbereichslage zu werten.</p>

1005261, Stadt Niederkassel	
<p>Inhalt</p> <p>3.: Lülsdorf ? Evonik Nord</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005261)</p> <p>Umwandlung ASB/GIB Evonik Nord in Waldbereich</p> <p>Im aktuellen Entwurf des Regionalplans ist der nördliche Grenzbereich zwischen ?Evonik-Gelände? und dem restlichen Stadtteil Lülsdorf z.T. als ?GIB? und z.T. als ?ASB? dargestellt (vgl. ASB 222-01). Da sich hier jedoch ein ökologisch wertvoller, bewaldeter und für die Öffentlichkeit nicht zugänglicher Grünstreifen befindet und Niederkassel eine waldarme Kommune ist (vgl. ?Erläuterungskarte A3 ? F7 Wald?), sollte diese Kleinwaldfläche gesichert werden. Analog zur Darstellung eines kleinen Waldbereiches am südlichen Ende des ?Evonik-Geländes? sollte auch hier ein Waldbereich ? sowie zusätzlich ggf. ein ?BSLE? - festgesetzt werden (vgl. Z.22 u. G.37 des RP Köln).</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005261)</p> <p>Es handelt sich bei der Fläche um eine Biotopverbundfläche (VB-K-5108-009), welche von herausragender und besonderer Bedeutung ist und im Landschaftsplan der Stadt Niederkassel mit dem Entwicklungsziel 1.2 ?Erhaltung und Anreicherung von Landschaftskorridoren zwischen den Siedlungsgebieten? dargestellt wird. Auch im ?Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln?, der durch das LANUV NRW erstellt wird, ist die Fläche gekennzeichnet.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005261)</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005261)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005261_1.pdf Abb_ID1005261_2.pdf Abb_ID1005261_3.pdf Abb_ID1005261_4.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum steht auch der Erhalt des Emissionsschutzwaldes entgegen, sodass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist.</p>

1005262, Stadt Niederkassel	
<p>Inhalt</p> <p>4.: GIBregional Ranzel</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005262)</p> <p>Aufhebung des GIBregional in Ranzel</p> <p>Der ?GIBregional? in Ranzel sollte aus Sicht der Stadt Niederkassel dringend zurückgenommen werden und als ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich? dargestellt werden, da die im Regionalplanentwurf getroffene Festlegung planerischen Grundsätzen widerspricht. Grund hierfür ist die im Norden bereits vorhandene, direkt angrenzende Wohnbevölkerung, der ein ?GIB? mit nicht wohnverträglichem Gewerbe/Industrie in unmittelbarer Nähe nicht zuzumuten ist. Der westlich an den ?GIBregional? angrenzende Bereich (ASB-241-01) soll im Rahmen einer laufenden FNP-Änderung (60. Änderung, siehe unten) ebenfalls zum großen Teil eine Wohnbaufläche werden, für die die gleiche Problematik gälte. Zudem ist Ranzel bereits im Westen durch das ?Evonik-Gelände? sowie das Gewerbegebiet zwischen Porzer Straße und Feldmühlestraße begrenzt, sodass ein weiterer ?GIB? im Osten zu einer für die Bevölkerung nicht hinnehmbaren ?Zangenlage? zwischen zwei GIB führen würde. Da Niederkassel über größere Gewerbe-Potentiale (64ha) als Gewerbe-Bedarf (22ha) verfügt, würde durch die Rücknahme des GIBregional gemäß Z.4 (?Flächenüberhänge vermeiden und abbauen?) für ein innerstädtisch ausgewogeneres Verhältnis gesorgt. Ein etwaiger regionaler Bedarf ? insb. aus dem Köln-Bonner-Raum ? soll durch eine Umwandlung von ASB- in GIB-Flächen an anderen Stellen (vgl. Flächen 6, 7, 11), durch künftige Potentialflächen im Zuge einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme auf dem Chemie- und Gewerbestandort Lülsdorf sowie durch den im Regionalplan vorgesehenen und von der Stadt Niederkassel befürworteten GIBinterkommunal an der östlichen Grenze zu Troisdorf (GIB 142-01) kompensiert werden.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005262)</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005262)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005262_1.pdf Abb_ID1005262_2.pdf Abb_ID1005262_3.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Informationen zur Notwendigkeit der Entwicklung weiterer GIBreg vorgebracht, die im Anschluss als konkrete Änderungsvorschläge benannt werden.</p>

1005263, Stadt Niederkassel	
<p>Inhalt</p> <p>5.: Ranzel Süd</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005263)</p> <p>Festlegung eines Freiraumstreifens nördlich der L82 (Ranzel Süd)</p> <p>Ein Streifen nördlich der L82 bzw. südlich der Grundstücke an der Wachtelstraße sowie einer östlichen Verlängerung soll von künftiger Bebauung freigehalten werden und daher im Regionalplan als ?AFAB? dargestellt werden. Grund hierfür sind der ökologische Wert dieser Fläche und die durch die nahegelegene Landstraße auftretenden Immissionen. Die von der Stadt Niederkassel angeregte Darstellung ist auch im aktuell gültigen Regionalplan von 2004 in dieser Form enthalten (siehe Abbildung unten).</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005263)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005263_1.pdf Abb_ID1005263_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005264, Stadt Niederkassel	
<p>Inhalt</p> <p>6.: Niederkassel Ost</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005264)</p> <p>Aufteilung des östlichen Bereiches des Ortsteiles Niederkassel in einen ?ASB? und einen ?GIB?</p> <p>Im Rahmen der laufenden 61. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Niederkassel wird der Ortsteil Niederkassel im östlichen Bereich bis zur L269 arrondiert. Im aktuellen Entwurf des Regionalplans ist diese Fläche in Gänze als ?ASB? ausgewiesen. In der 61. FNP-Änderung (siehe unten) ist der westliche Bereich als ?Wohnbaufläche? festgelegt, der östliche sowie nördliche Bereich als ?Gewerbliche Baufläche?. In östlichen Bereich ist u.a. die Ansiedlung von ?wesentlich störendem Gewerbe? vorgesehen, sodass hier eine Festlegung als ?GIB? erfolgen sollte. Auch vor dem Hintergrund, dass dieser Bereich direkt an der stark befahrenen Landesstraße liegt, sich eine Gewerbefläche südlich der Spicher Straße zwischen Gladiolenweg und L269 räumlich anschließt und dass das ?GIBregional? in Ranzel vonseiten der Stadt Niederkassel stadtplanerisch nicht gewünscht ist, erscheint diese Einteilung sinnvoll. Um die zukünftige, westlich angrenzende Wohnbevölkerung vor Lärmimmissionen zu schützen und damit dem Trennungsgrundsatz gerecht zu werden, soll im Übergang zwischen beiden Bereichen nicht (wesentlich) störendes Gewerbe angesiedelt werden.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005264)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005264_1.pdf Abb_ID1005264_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die <i>Stadt Niederkassel</i> über keinen endogenen Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIBz reg .</p>

1005266, Stadt Niederkassel	
<p>Inhalt</p> <p>7.: Gewerbegebiet Rheidt</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005266)</p> <p>Umwandlung einer Teilfläche des Gewerbegebietes Rheidt in einen ?GIB?</p> <p>Teile des Gewerbegebietes Rheidt sind geprägt von großflächigen Betrieben mit stärkeren Lärmimmissionen, sodass diese nicht mehr unter die ?nicht störenden Gewerbebetriebe? fallen und mit einer angrenzenden Wohnbebauung nicht vereinbar sind. Da nur Bereiche mit nicht störenden gewerblichen Nutzungen in den ?ASB? des Regionalplans liegen sollen, ist eine Änderung dieser Flächen des Rheidter Gewerbegebietes in einen ?GIB? sinnvoll. Auf der umzuwiddenden Fläche befinden sich u.a. Betriebe des Baugewerbes, der Automobilindustrie, des Handels und Handwerks sowie des Marketings und der Musikbranche. Ein Großteil in diesem Bereich ist bereits bebaut, sodass die Umschichtung zwischen den ASB- und GIB-Potentialflächen nicht allzu groß ausfallen dürfte. Im Flächennutzungsplan der Stadt Niederkassel ist ein noch größerer Bereich als ?Gewerbegebiet? ausgewiesen (vgl. Flächennutzungsplan unten links). Da der nordwestlich liegende Teil (v.a. nördlich der Marktstraße) jedoch primär durch einen Supermarkt samt Getränkemarkt, ein Autohaus, weitere nicht störende Gewerbebetriebe mit Lagerhallen sowie mehrere Wohnhäuser gekennzeichnet ist, sollte diese Fläche weiterhin als ?ASB? definiert werden. Der ?GIB? im Regionalplan sollte in Richtung Süden bis zum Otto-Lilienthal-Weg reichen, da in diesem Bereich ein aktuelles Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans läuft (64. Änderung FNP) und die dortige Fläche als gewerbliche Baufläche ausgewiesen werden soll (siehe Bild unten rechts). Die Anpassung bzw. Umwidmung im Regionalplan würde somit den Festsetzungen der FNP-Änderung entsprechen. Eine Arrondierung bis zur L269 im Osten wird angestrebt, da die verbleibende Fläche für anderweitige Zwecke kaum sinnvoll genutzt werden kann.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005266)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005266_1.pdf Abb_ID1005266_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Niederkassel verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. [</p> <p>Zudem liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region⁺-Wirtschaft).</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>ASB dienen dabei neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, sodass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen in ASB und GIB möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005267, Stadt Niederkassel	
<p>Inhalt</p> <p>8.: ASB Rheidt Ost</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005267)</p> <p>Erweiterung des ASB östlich der Litauerstraße (ID: ASB-217-01)</p> <p>Für einen kleinen Bereich östlich der Litauerstraße zwischen Otto-Lilienthal-Weg und Bahnhofstraße im Stadtteil Rheidt sollte eine Erweiterung des ?ASB? dargestellt werden. Grund hierfür ist im südlichen Teil der seit dem 17.02.2018 rechtskräftige Bebauungsplan 151 Rh (siehe unten), der an dieser Stelle ein Allgemeines Wohngebiet festlegt und im Parallelverfahren zur Änderung 64.1. des Flächennutzungsplans der Stadt Niederkassel (siehe unten), die ebenfalls am 17.02.2018 rechtskräftig wurde, durchgeführt wurde. Diese Fläche ist bereits weitestgehend mit Einfamilienhäusern bebaut. Der nördliche Teil der ASB-Erweiterung befindet sich im Geltungsbereich der Änderung 64.2 des Flächennutzungsplans der Stadt Niederkassel. Diese Änderung wurde am 10.03.2022 von der Bezirksregierung genehmigt. Nach Bekanntmachung der Flächennutzungsplanänderung und somit deren Rechtskraft kann auch der Bebauungsplan 158 Rh, dessen Geltungsbereich deckungsgleich mit der 64.2 Änderung des FNP ist und der vom Rat der Stadt Niederkassel am 29.09.2021 als Satzung beschlossen wurde, bekannt gemacht werden und somit Rechtskraft erlangen. Ein Großteil des Bebauungsplans 158 Rh liegt zwar westlich der Litauerstraße, jedoch umfasst er ebenfalls den zur Erweiterung markierten Bereich östlich der Straße (siehe unten). Der Bebauungsplan soll dem Bedarf an Bauland und der Nachfrage nach Wohnraum in der Stadt Niederkassel Rechnung tragen.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005267)</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005267)</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005267)</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005267)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005267_1.pdf Abb_ID1005267_2.pdf Abb_ID1005267_3.pdf Abb_ID1005267_4.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005268, Stadt Niederkassel	
<p>Inhalt</p> <p>9.: Rheidt Süd ? Sportpark Süd</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005268)</p> <p>Erweiterung des ASB 217-01 östlich der Litauerstraße</p> <p>Die Stadt Niederkassel plant, den südöstlichen ?ASB? in Rheidt bis zu den Anlagen des Sportparks Süd zu arrondieren. Die betroffene Fläche liegt zwischen der Südstraße im Süden, dem Lettenweg im Westen, dem Sportpark im Osten und dem Feldweg, der nördlich des Sportparks entlang läuft im Norden und umfasst rund 5 ha. Hier sollen künftig unter anderem weitere Sportanlagen, die den Sportpark Süd erweitern, entstehen. Auch die bereits bestehenden Anlagen des Sportparks (siehe 53. Änderung des Flächennutzungsplans bzw. B-Plan 121 Rh) sollten sinnvollerweise in den erweiterten ?ASB? integriert werden. Auf diese Weise können Flächen für Sportanlagen raumverträglich und wohnortsnah gesichert werden und Planungsverfahren vereinfacht werden. Zusätzlich soll der nördlich ab der Bahnhofstraße angrenzende ASB (vgl. Punkt 8) nach Süden um eine Baugrundstückstiefe verlängert werden, um die beiden Gebiete baulich miteinander zu verbinden und dem Wohnraumbedarf gerecht zu werden.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005268)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005268_1.pdf Abb_ID1005268_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter der planerisch gesicherten Sportplatzfläche zurück, da diese Nutzung keiner Siedlungsbereichsdarstellung bedarf und eine bandartige Siedlungsentwicklung in den Freiraum nicht zielgemäß ist.</p> <p>Da eine Sportfläche keinen Bauflächenbedarf abbildet, würde die Festlegung zusätzliche Bedarfe auslösen. Für Niederkassel können keine weiteren Siedlungsflächenbedarfe berücksichtigt werden.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW), d.h. eine ASB angrenzende Bauflächenentwicklung ist auch mit den vorliegenden Festlegungen möglich. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005269, Stadt Niederkassel	
<p>Inhalt</p> <p>10.: Rheidt Süd - Mobilstation</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005269)</p> <p>Erweiterung des ASB in Rheidt zwecks Mobilstation</p> <p>Die Flurstücke 1661 und 1664 südlich der Südstraße sind von der Stadt Niederkassel als potentielle Fläche für eine Mobilitätsstation in Verbindung mit einem Haltepunkt der Stadtbahn identifiziert worden. Die Mobilitätsstation soll zur nachhaltigen Mobilität der umliegenden Wohnbevölkerung - gerade im anliegenden Neubaugebiet - beitragen. Gemäß dem Grundsatz G.56 (?Raum für Mobilstationen vorhalten?) dient die Erweiterung des ASB der Vereinfachung der Planung und Genehmigung der Mobilstation.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005269)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005269_1.pdf Abb_ID1005269_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Eine ASB Darstellung für die geplante angrenzende Mobilstation ist raumordnerisch nicht notwendig.</p>

1005270, Stadt Niederkassel	
<p>Inhalt</p> <p>11.: Gewerbegebiet Mondorf</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005270)</p> <p>Umwandlung einer Teilfläche des Gewerbegebietes Mondorf in einen ?GIB?</p> <p>Teile des Gewerbegebietes Mondorf sind geprägt von großflächigen Gewerbebetrieben mit stärkeren Lärmimmissionen, sodass diese nicht mehr unter die ?nicht störenden Gewerbegebiete? fallen. Auf einer Fläche von ca. 340.000 m² sind derzeit über 80 Unternehmen angesiedelt. Die Unternehmen sind den Branchen der Automobilindustrie, dem Baugewerbe, dem Handel und Handwerk sowie der Reisebranche, Softwareentwicklung und verschiedenen Dienstleistungen zuzuordnen. Da nur Bereiche mit nicht störenden gewerblichen Nutzungen in den ?ASB? des Regionalplans liegen sollen, sollte eine Änderung dieses Kernbereiches des Mondorfer Gewerbegebietes in ein ?GIB? erfolgen. Im Flächennutzungsplan von Niederkassel ist die zu umzuwidmende Fläche als ?Gewerbliche Baufläche? definiert. Die im FNP als ?Mischgebiet?, ?Sondergebiet?, ?Wohnbaufläche? oder Grün-, Frei- oder Ackerfläche festgelegten Flächen sollen weiterhin als ?ASB? gelten. Ein Großteil des umzuwidmenden Bereichs ist bereits bebaut, sodass die Umschichtung zwischen den ASB- und GIB-Potentialflächen nicht allzu groß ausfallen dürfte.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005270)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005270_1.pdf Abb_ID1005270_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005271, Stadt Niederkassel	
<p>Inhalt</p> <p>12.: L269n ? südliche Anbindung</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005271)</p> <p>L269n ? südliche Anbindung zwischen Rheinstraße und Rheidter Str.</p> <p>In der zeichnerischen Planunterlagen fehlt die Darstellung des dritten Bauabschnittes der Ortsumgehung Niederkassel L269n. Hier wird die Straße zwischen der Rheinstraße und der Rheidter Straße in einem großen Bogen über die Lerchenstraße verlaufen. Die Strecke beträgt etwa 500m und liegt teilweise auf Niederkasseler und teilweise auf Troisdorfer Stadtgebiet. Der fehlende Straßenabschnitt sollte im Regionalplan ergänzt werden. Weiterführende Informationen von Straßen.NRW: <i>Im dritten und letzten Abschnitt verläuft die L269n in einem großen Bogen über die Lerchenstraße. Die Strecke beträgt etwa 500 Meter. Mit Hilfe einer Ampelanlage erfolgt der Anschluss an die bestehende L269 (Rheidter Straße). An diesem Knotenpunkt entsteht zudem eine Unterführung für Fußgänger, Radfahrer und Pferdeführende, sodass diese ohne Wartezeit auf die andere Straßenseite gelangen können. Ein entlang der Straße verlaufender gemeinsamer Geh- und Radweg sorgt für eine durchgehende Verbindung entlang der Rheidter Straße und eine Verbindung in nordöstliche Richtung, beispielsweise nach Troisdorf-Eschmar. Der Bau des dritten Bauabschnitts dauert voraussichtlich ein Jahr und folgt im Anschluss an den zweiten Bauabschnitt. Der Baubeginn kann aufgrund laufender Gerichtsprozesse derzeit nicht abschließend benannt werden.</i></p> <p><i>Bauablaufphasen: Bau des Bauwerks Nr. 4; Bau der Strecke zwischen Bau-km 35+837 (L332 Rheinstraße) und 36+346,188 (Anschluss an L269), Ertüchtigung von Wirtschaftswegen und Bau einer Wendeanlage westlich des Sportplatzes der Stadt Niederkassel</i></p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005271)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005271_1.pdf Abb_ID1005271_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

AZ: BET_164000_1

Stadt Rheinbach

1005428, Stadt Rheinbach

Inhalt

Bezogen auf die Stadt Rheinbach bildet der Regionalplan-Entwurf im Wesentlichen den Bestand ab. Bis auf die Festlegungen von Bereichen für regionale gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB regional) wurden keine weitergehenden siedlungspolitischen raumbedeutsamen Neufestlegungen für einen Entwicklungshorizont bis 2043 getroffen. Im Rahmen des Kommunalgespräches Anfang 2017 wurden die Ziele der Stadtentwicklung für Rheinbach anhand erster Ergebnisse des kommunalen Handlungskonzeptes "Wohnen Rheinbach 2030" sowie des vom Rat beschlossenen kommunalen Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes erläutert und im weiteren informellen Prozess der Region+ Veranstaltungen zu Wohnen und Wirtschaft seitens der Stadt bekräftigt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme enthält keine konkreten Anregungen oder Bedenken zu geplanten Planfestlegungen.

1005429, Stadt Rheinbach	
<p>Inhalt</p> <p>Zu 1.2 Vorstellung des Planungsraums</p> <p>Verflechtungen, S. 24</p> <p>Im 5. Absatz werden die räumlichen Verflechtungen im Umland der Rheinschiene sowie für die Aachener Agglomeration beschrieben. Dem Umland wird die Eignung als Ausgleichsraum insbesondere für die klimatisch belasteten Verdichtungsräume zugeschrieben. Den Problemen der stark verdichteten urbanen Gebieten soll ggf. mit einer Flächenentwicklung im Umland entgegengewirkt werden: ?Die Gratwanderung zwischen Innenverdichtung und einer klimaanpassungsfreundlichen Flächennutzung könnte mit einer Flächenentwicklung im Umland entschärft werden.?. <i>Diese äußerst vage und unverbindliche Formulierung bedarf weiterer, konkretisierender Ausführungen, insbesondere im Hinblick auf die (auch klimatischen) Auswirkungen im Umland oder ist zu streichen.</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

1005430, Stadt Rheinbach	
<p>Inhalt</p> <p>Anforderung an den neuen Regionalplan, S. 25</p> <p>Absatz 4 bezieht sich auf Sicherung von Standorten und Trassen für die Infrastruktur: ?In den Festlegungen des Regionalplanes werden die räumlichen Voraussetzungen für ein integriertes und leistungsstarkes Verkehrssystem geschaffen.? Hierzu ist kritisch anzumerken, dass die linienbezogenen Darstellungen der Landesstraßenbauvorhaben des Landesstraßenbedarfplanes NRW vom 12.12.2006 als Festlegungen (mit und ohne räumliche Festlegung) in den Entwurf des Regionalplanes übernommen wurden. Die sich daraus für die Stadt Rheinbach ergebenden Konsequenzen werden in der Stellungnahme zu 5.1.4 Straßennetz detailliert erläutert.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde.</p>

1005431, Stadt Rheinbach

Inhalt

Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren

Z.2 Zersiedlung vermeiden

Z.6 ASB sichern und entwickeln

G.16 Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten Zeichnerische Festlegungen ASB und GIB im Regionalplan Köln

Nach Ziel Z.1 hat die Siedlungsentwicklung vorrangig innerhalb der im Regionalplan festgelegten Siedlungsbereiche zu erfolgen. Unter den Maßgaben des Landesentwicklungsplanes 2017 (LEP) ist ausnahmsweise eine Siedlungsentwicklung im Freiraum im Anschluss an den Siedlungsraum möglich. In den Erläuterungen 1 zu Ziel Z.2 wird klargestellt, dass Siedlungsbereiche die regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind. Diese sind im Regionalplan Köln zeichnerisch festgelegt. Ziel Z.7 und die zugehörigen Erläuterungen definieren Bedeutung und Nutzungsumfang und des Allgemeinen Siedlungsbereiches. Gemäß Grundsatz G.16 soll die Umsetzung der ermittelten Bedarfe im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung vorrangig innerhalb der zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche (zASB) vollzogen werden. Dies soll der Bündelung und langfristigen Auslastung der Infrastruktur dienen, Verkehr sowie Zersiedlung vermeiden und den zusammenhängenden Freiraum sichern. In den Erläuterungen 2 zu Grundsatz G.16 wird mit Hinweis auf den Landesentwicklungsplan (LEP NRW) dargelegt, dass sich Entwicklungen in den ?sonstigen? Allgemeinen Siedlungsbereichen und Ortsteilen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum auf Nutzung und Abrundung bereits baulich geprägter Flächen beschränken sollen. In den Erläuterungen 4 zu Grundsatz G.16 werden Voraussetzungen für eine Ausnahme vom Vorrang der Ausrichtung auf die zASB genannt. Mit Anbindung an einen Haltepunkt des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV), im Einfall auch bei einer direkten, schnellen Radwegeverbindung an einen Haltepunkt, ist auch dort eine vorrangige Siedlungsentwicklung möglich. Bei im Freiraum gelegenen Ortsteilen ist im Einzelfall eine über den Bedarf des Ortsteils und die Tragfähigkeit der bestehenden Infrastruktur hinausgehenden Siedlungsentwicklung möglich, wenn eine Schienenanbindung besteht und der Rahmen für die Ansiedlung eines dem Ortsteil angemessenen Infrastrukturangebot geschaffen wird.

Grundsätzlich ist die Konzentration der vorrangigen Siedlungsentwicklung auf den zASB zu befürworten. Nicht nachvollziehbar ist jedoch die in Grundsatz G.16 ausgeführte Beschränkung der Siedlungsentwicklung im ASB auf die Nutzung und Abrundung bereits baulich geprägter Flächen. Hier werden die Entwicklungsmöglichkeiten eines ASB qualitativ und quantitativ auf den Umfang von in

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Textliche Festlegung G.16 *Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten* und deren Erläuterung wird geändert (s. Änderungssynopse).

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2.000 Einwohnern als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) festzulegen. Nach den Festlegungen des Ziels 2-3 LEP NRW können Ortslagen mit weniger Einwohnern bedarfsgerecht als ASB dargestellt werden, wenn sie eine entsprechende Entwicklungsperspektive (vorhandene FNP- bzw. Regionalplan-Reserven) aufweisen und eine Weiterentwicklung bereits regionalplanerisch festgelegter Siedlungsbereiche nicht möglich ist. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei dem aufgeführten Bereich handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. ohne ausreichende Infrastrukturausstattung zur Grundversorgung und somit um einen Ortsteil im regionalplanerischen Freiraum. Die Voraussetzungen des Ziels 2-3 LEP NRW sind nicht erfüllt.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Freiraum gelegenen Ortsteilen reduziert. Gleichzeitig wird für im Freiraum liegende Ortsteile im Einzelfall ein Rahmen eröffnet, der wiederum eine quantitative Siedlungsentwicklung vergleichbar eines ASB ermöglicht. Gemäß LEP liegt den regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereichen in der Regel eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von etwa 2.000 Einwohnern zugrunde (siehe Erläuterung zu Ziel 2-3 LEP 2017), da unterhalb dieser Größe meist keine zentralörtlich bedeutsamen Versorgungsfunktionen ausgebildet werden können. Der Landesentwicklungsplan eröffnet mit Ziel 2-4 auch die Möglichkeit einer bedarfsgerechten Entwicklung eines Ortsteils im Freiraum zu einem Allgemeinen Siedlungsbereich, wenn ein hinreichend vielfältiges Infrastrukturangebot zur Grundversorgung sichergestellt wird. Auf diese Schwellenwerte bezieht sich auch der Entwurf des Regionalplanes (S. 66, Erläuterung 1).

Sinngemäß wurden die zeichnerischen Festlegungen der Allgemeinen Siedlungsbereiche des rechtskräftigen Regionalplanes Köln ? Teilabschnitt Region Bonn / Rhein-Sieg zu Rheinbach- Kernstadt und Wormersdorf unter Berücksichtigung der im Rahmen des Kommunalgespräches erörterten Veränderungen in den Entwurf übernommen. Die Festlegung des Ortsteils Flerzheim (rund 2100 EW zum 31.12.2017) als weiteren Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) neben Rheinbach-Kernstadt und Wormersdorf wird seitens der Stadt Rheinbach befürwortet. Mit der Festlegung wird die Siedlungsflächen-Darstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rheinbach nachvollzogen und Arrondierungen im Sinne des im Kommunalgespräch vorgebrachten ?Entwicklungswunsches? erleichtert.

Auch vor dem Hintergrund der Überarbeitung / Neuaufstellung des Regionalplanes Köln hat der Rat der Stadt Rheinbach 2015 die Erarbeitung eines kommunalen Handlungskonzeptes ?Wohnen Rheinbach 2030? beschlossen, welches 2019 mit Beschluss des Rates als städtebauliches Konzept im Sinne von § 1 Abs. 6 Baugesetzbuch beschlossen wurde. Neben Bedarfsberechnungen und wohnungspolitischen Inhalten trifft das Handlungskonzept Aussagen zu potentiellen Wohnbauflächen zur Deckung des kurz- bis langfristigen (nach 2030) Wohnungsbedarfs. Zur Vermeidung von Verkehr ? insbesondere des motorisierten Individualverkehrs ? beabsichtigt die Stadt Rheinbach größere Siedlungsentwicklungen in der Nähe des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs zu konzentrieren. Neben Rheinbach-Kernstadt bietet der Ortsteil Oberdress (1472 EW, Stichtag 23.08.2022, Einwohnermeldeamt Stadt Rheinbach) aufgrund seiner Lage an der S-Bahn-Strecke Bonn-Euskirchen (S 23) langfristig das Potential eines Siedlungsschwerpunktes mit Schienenanbindung und soll daher gezielt, auch unter Einbeziehung der erforderlichen Infrastrukturausstattung, entwickelt werden. Zwar ist der Einwohnerschwellenwert zum jetzigen Zeitpunkt nicht erreicht, die langfristige Planung, die durch den Entwicklungshorizont des Regionalplan-Entwurfes abgedeckt wird, zielt jedoch auf einen entsprechenden Einwohnerzuwachs ab. Die Stadt Rheinbach strebt zudem die Einrichtung eines Haltepunktes Oberdrees an. Dieser ist im rechtsgültigen Regionalplan dargestellt. Entsprechende Prüfaufträge wurden bereits

an den Verkehrsträger gerichtet.

Die Stadt Rheinbach regt an, dass für die ausgewiesenen Flächenbedarfe, die nicht innerhalb des ASB bzw. des zASB abgebildet werden können, eine weitere Flexibilisierung ermöglicht wird und im neuen Regionalplan die geeigneten Siedlungsbereiche durch eine entsprechende zeichnerische Festlegung konkretisiert werden. Im Gegensatz zu den Allgemeinen Siedlungsbereichen flex (ASB flex) handelt es sich nicht um über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehenden Siedlungsraumbedarf, sondern um Ortsteile, die gezielt zur Deckung des endogenen Bedarfs entwickelt werden sollen und somit das Defizit in der Flächenbilanz der Kommune ausgleichen können. Für den Ortsteil Rheinbach-Oderdrees trifft dieses Entwicklungsziel zu. Für Rheinbach ist bei der Gegenüberstellung von Bedarf und Potentialen ein Defizit von 24 ha verzeichnet (siehe Begründung, Seite 58, Tabelle 7), gemäß des kommunalen Handlungskonzeptes ?Wohnen Rheinbach 2030? weist der Ortsteil Oberdress entsprechendes Flächenpotential auf und sollte somit als ein zu entwickelnder ASB in den Festlegungen des neuen Regionalplanes berücksichtigt werden.

Inhalt

Z.3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten

Tabelle 1 Flächenbedarf im Regierungsbezirk Köln ? Textliche Festlegungen

Tabelle 7 Flächenbedarf und ?potentiale im Regierungsbezirk Köln - Begründung

Erläuterung 1 zu Ziel Z.3: Festlegung des Flächenbedarfs gemäß Textliche Festlegung, Tabelle 1?Flächenbedarf im Regierungsbezirk Köln- für einen Planungszeitraum von 25 Jahren. Hier stellt sich die Frage nach der Verbindlichkeit der in der Tabelle aufgeführten Werte, insbesondere vor dem Hintergrund des Planungshorizonts (bis 2043) und des kontinuierlichen Siedlungsflächenmonitorings. So weisen Wirtschaftsflächen (GIB) eine besonders hohe, auch konjunkturell bedingte Dynamik auf. Die Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe soll mittelfristig auf einer Trendfortschreibung der Flächeninanspruchnahmen des Siedlungsflächenmonitorings abgestellt werden. Hierzu wird in der Begründung, Ermittlung des Wirtschaftsflächenbedarfs, S.44ff, weiter ausgeführt, dass die die bisher durchgeführten Erhebungen noch keine ?validen Ableitungen? zulassen. Daher wurde für die Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe die sogenannte ?GIFPRO-Methode? verwandt und regionalplanerische Zuschläge vorgenommen, um ?marktfähige Flächen? anzubieten. *Die Stadt Rheinbach regt an, die Möglichkeit einer Anpassung der Flächenbedarfe für Wirtschaftsflächen auf der Grundlage des Siedlungsflächenmonitorings während des Planungszeitraums von 25 Jahren zu eröffnen und die Erläuterung 1 zu Ziel Z.3 entsprechend umzuformulieren.* Im Zuge des Planungsprozesses wurden für Rheinbach im Zeitraum zwischen den Kommunalgesprächen (Anfang 2017) bis zum vorliegenden Entwurf (Stand November 2021) drei unterschiedliche Werte für den Bedarf und die Potentiale von Wohn- und Gewerbeflächen veröffentlicht. Die im Entwurf genannten Zahlen sind nicht nachvollziehbar, die Entwicklung ist nicht dokumentiert und die Umsetzung in konkrete Flächendarstellungen kann ebenfalls nicht nachvollzogen werden. *Es wird darum gebeten, diesen Prozess in der Begründung zu erläutern.*

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Im Rahmen der Vorarbeiten wurden Aktualisierungen im Rahmen der Bedarfsermittlung für den Wohn- und Gewerbeflächenbedarf der Kommunen vorgenommen, diese sind u.a. wegen einer Aktualisierung der Datengrundlage von IT.NRW als auch aufgrund einer Verlängerung des Planungszeitraums auf 25 Jahre (2018 bis 2043) erfolgt (s. Ausführungen in der Begründung).

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick

auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBpl us sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen konkret auch für die Teilregion Bonn/Rhein-Sieg-Kreis.

Zudem sichert der Regionalplan zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* als Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Im Übrigen wird die Begründung entsprechend fortgeschrieben.

1005433, Stadt Rheinbach

Inhalt

Begründung S. 51, Ermittlung der Siedlungsflächenreserven:

Im 2. Absatz wird ausgeführt, dass bis zum Zeitpunkt der Neuaufstellung die Bedarfe den aktuell gültigen Regionalplanreserven gegenübergestellt wurden. Bei der Neuaufstellung des Regionalplanes handelt es sich um einen Prozess, der für die Kommunen mit Beginn der Kommunalgespräche Ende Dezember 2016 / Januar 2017 startete. *Es wird darum gebeten, den Zeitpunkt der Neuaufstellung um einen Stichtag oder eine zeitliche Einordnung (das Verfahren der Neuaufstellung begann am 10.12.2021 mit Beschluss des Regionalrates zur Aufstellung des Regionalplanes, s. Textliche Festlegungen Kap. 1.7 Rechtsgrundlagen und Rechtswirkung des Planentwurfs, Seite 39, vorletzter Absatz) zu ergänzen.*

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Begründung wird entsprechend fortgeschrieben.

Inhalt

G.12 Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen

Z.5 Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen

Die Voraussetzungen für den qualitativen Unterschied im planungsrechtlichen Umgang mit regionalen Wohnbauflächenbedarfe (Grundsatz G.12) zu regionalen Wirtschaftsflächenbedarfe (Ziel Z.5) sind nicht erkennbar. *Die Stadt Rheinbach regt an, beide Sachverhalte entweder als Ziel oder als Grundsatz gleich zu behandeln, da sich beide auf die Umsetzung regionaler Flächenbedarfe beziehen.* Unseres Erachtens besteht ein Widerspruch in den Erläuterungen 2 zu G.12: der Bedarfsnachweis für die Wohnbauflächenentwicklung (regional) ist nicht erforderlich ? aber die Flächeninanspruchnahme erfolgt gemäß Ziel Z.3. Der Erläuterung 4 zu Z.3 folgend ist die quantitative Zuordnung der Inanspruchnahme der ermittelten Bedarfe durch die beteiligten Kommunen anzuzeigen und interkommunal umzusetzen. Nach unserer Auffassung setzt dies jedoch wiederum einen Bedarfsnachweis voraus. *Die in den Erläuterungen zu den Zielen und Grundsätzen des Kapitels 3.1.2 mehrfach auftretenden Verweise zu den Bedarfsermittlungen, -nachweisen und -prüfungen unterschiedlichen Ziele und Grundsätze dienen nicht der Klarheit und erschweren die Umsetzung. Die Stadt Rheinbach bittet hier um eindeutigere Formulierungen.*

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Textliche Festlegungen und die Erläuterungen werden entsprechend geändert bzw. um ein weiteres Ziel ergänzt (s. Änderungssynopse).

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Für die regionalen Wohnbauflächenpotentiale gilt, dass der jeweiligen Kommune ein Anteil aus dem regionalen Bedarf (Region+ Wohnen oder Bauland an der Schiene) zugestanden wurde (ebenfalls nach einheitlichen Kriterien). Der jeweilige Anteil ist der Spalte 1 (zweiter Wert in Klammern) der Tabelle 7: *Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln* in Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung der Begründung zum Regionalplanentwurf zu entnehmen. Auf eine konkrete Standortbestimmung in den einzelnen Kommunen wurde zugunsten einer optimalen Einbindung sich gegebenenfalls ändernder Rahmenbedingungen der Eignungskriterien, wie beispielsweise die Fortentwicklung in der Infrastrukturausstattung oder verbesserter Schienenpersonennahverkehr (SPNV-) /öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)-Anbindung, verzichtet. Die Umsetzung erfolgt unter Beachtung des Grundsatzes *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen* u. a. in Bezug auf die Umsetzung einer höheren Baudichte auf diesen Flächen. Eine weitergehende Kennzeichnung dieser kommunalen Flächen wurde nicht vorgenommen. Dies dient der flexiblen Umsetzung von Wohnflächenbedarfen und so der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die planerische Absicht einer Kommune, regionale Wohnbauflächenbedarfe unter Berücksichtigung des Grundsatzes *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen* in Anspruch zu nehmen, muss im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung im kommunalen Bauleitplanverfahren aufgezeigt werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Erläuterung 4 zu Z.3 bezieht sich auf eine Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen und bezieht sich nicht auf die Verteilung regionaler Bedarfe im Rahmen der Region+-Prozesse.

1005435, Stadt Rheinbach

Inhalt

Z.10 GIB sichern und entwickeln

Z.12 GIBregional sichern und umsetzen

Zeichnerische Festlegungen GIBregional im Regionalplan Köln

Der in den Erläuterungen 4 zu Ziel G.10 in Satz 2 aufgeführte Ausschluss von Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke durch die kommunale Bauleitplanung widerspricht der Baunutzungsverordnung (BauNVO). Der Nutzungskatalog der BauNVO sieht bei Industriegebieten (§ 9 BauNVO) nach § 9 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke als Ausnahme vor, in Gewerbegebieten (§ 8 BauNVO) sind Anlagen für sportliche Zwecke als Regelfall zulässig (§ 8 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO), Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke können ausnahmsweise zugelassen werden (§ 8 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO): *Die Stadt Rheinbach regt an, Formulierungen, die sich auf verbindliches nachgelagertes Planungsrecht beziehen, aus den Erläuterungen zu streichen, um Widersprüche zu vermeiden.* Gemäß Textliche Festlegung, Tabelle 1?Flächenbedarf im Regierungsbezirk Köln-besteht für die Stadt Rheinbach ein ermittelter gewerblicher Flächenbedarf von 25 ha, der für nicht störende gewerbliche Nutzungen auch im Allgemeinen Siedlungsbereich verortet werden kann. (Zur Bedarfsermittlung siehe auch Stellungnahme zur Erläuterung 1 zu Ziel Z.3.) Dem gegenüber steht nach den Darstellungen der Tabelle 7, Begründung S. 58, ein regionalplanerisches Potential von 1 ha sowie FNP-Reserven von 58 ha, somit ein theoretischer Flächenüberhang von 24 ha. Gegenüber dem rechtskräftigen Regionalplan erfolgte somit keine weitere Festlegung von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen. Sowohl die Regionalplanungsreserve als auch FNP-Reserven in einer Größenordnung von rund 40 ha wurden zwischenzeitlich baulich in Anspruch genommen bzw. durch verbindliche Bauleitplanung entwickelt, erschlossen und werden aktuell vermarktet. Von einer FNP-Reserve in einer Größe von rund 14,5 ha (hierbei handelt es sich um Flächenreserven, die als westliche Erweiterung des Hochschulviertels vorgehalten werden ? HSV II), liegen 4,5 ha im festgesetzten Überschwemmungsgebiet. Hochwassergefahrenkarten und die Erfahrungen der Flutkatastrophe im Juli 2021 zeigen, dass eine weitaus größere Fläche überflutet wird. Um zukünftige Hochwasser- und Überflutungsgefahren für die nördlich gelegenen, bebauten Gewerbe- und Industriegebiete zukünftig zu reduzieren (auch hier bestehen erhöhte Hochwasserrisiken), werden aktuell für diesen Bereich (HSV II) im Rahmen eines interkommunalen Hochwasserrisikomanagements Retentionsflächenanalysen durchgeführt. Je nach Ergebnis könnten daher zukünftig weitere 14,5 ha der FNP-Reserve entzogen werden und sich das dem GIB zugeordnete Flächenpotential für die eigene kommunale Entwicklung auf unter 5 ha reduzieren. Dem gegenüber stehen 2

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Textliche Festlegung Z. 10 und deren Erläuterung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten). Siehe hierzu auch ID 100544.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien ebenenspezifisch (u.a. zur siedlungsräumlichen, umweltverträglichen sowie verkehrlichen Eignung) über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Der Regionalplan Köln sichert durch ein verschiedenartiges Flächenangebot für die unterschiedlichen Formen der gewerblich-industriellen Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten und setzt mit differenzierten GIB-Festlegungen den Handlungsauftrag der Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in spezifischen Raumnutzungskategorien im neuen Regionalplan für verschiedene wirtschaftliche Funktionen und Nutzungen unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben um.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz ?insbesondere? (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Die Änderung der textlichen Festlegung im angeführten Ziel Z.10 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen macht sich die in Ziffer 1.c) der

GIB-Regionalflächen in den Zeichnerischen Festlegungen des Regionalplan - Entwurfs. Eine eigene Analyse auf der Basis von GIS-Daten hat ergeben, dass diese festgelegten Bereiche für zweckgebundene regionale und industrielle Nutzungen in Summe eine Flächengröße von ca. 84 ha aufweisen. Ausweislich des Ziels Z.11 sind diese regional und unabhängig von kommunalen Bedarfen zu entwickeln und dienen den beteiligten Kommunen einer Teilregion ? hier Bonn/Rhein-Sieg- Kreis - zur Wirtschaftsentwicklung. In den Erläuterungen 6 zu Ziel Z.11 wird klargestellt, dass GIBregional ausschließlich im Rahmen des regionalen Bedarfs der beteiligten Kommunen entwickelt werden können. Hier bestünde jedoch Potential, welches zum Ausgleich für kommunale Bedarfe, die aufgrund dauerhafter Vollzugshindernisse nicht im GIB umgesetzt werden können, herangezogen werden kann. *Die Stadt Rheinbach regt daher an, dass auch aufgrund der Ergebnisse eines fortlaufenden Siedlungsflächenmonitorings, die Zweckbindung für den regionalen Bedarf bei nachgewiesenem eigenem Flächenbedarf im Einzelfall entfallen kann. Zum Ausgleich der Diskrepanz zwischen den regionalplanerisch ermittelten Flächenreserven und den zum Zeitpunkt Mitte 2022 tatsächlich vorhandenen Flächenreserven sowie hinsichtlich einer möglichen Rücknahme von Flächen für eine gewerblich-industrielle Eigenentwicklung in Rheinbach zugunsten des Hochwasser- und Überflutungsschutzes regt die Stadt Rheinbach die zeichnerische Festlegung eines GIBflex statt eines GIBregional an. Siehe dazu im Detail die Stellungnahmen B.2 ? Zeichnerische Festlegungen.*

Planzeichendefinition angegebenen Nutzungen als Vorrangnutzungen in den festgelegten GIB zu eigen, da es sich hinsichtlich einer erforderlichen kleinräumigen Konfliktlösung um eine Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt. Die textlichen Festlegungen des Z.10 *GIB sichern und entwickeln* wurden entsprechend überarbeitet. Bezüglich der Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit ?KAS 18? in der jeweils aktuellen Fassung.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.

In Bezug auf die Bedarfssituation in Rheinbach gilt, dass gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen hat. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Im Rahmen der Vorarbeiten wurden Aktualisierungen im Rahmen der Bedarfsermittlung für den Wohn- und Gewerbeflächenbedarf der Kommunen vorgenommen, diese sind u.a. wegen einer Aktualisierung der Datengrundlage von IT.NRW als auch aufgrund einer Verlängerung des Planungszeitraums auf 25 Jahre (2018 bis 2043) erfolgt (s. Ausführungen in der Begründung).

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden

die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Der Anregung wird insofern hinsichtlich einer Berücksichtigung der Entwicklungsdynamik im laufenden kontinuierlich laufenden Siedlungsflächenmonitoring entsprochen.

Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW)

vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBpl* *us sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

In Bezug auf die Verortung eines GIBflex gilt, dass für die Stadt Rheinbach kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* GIBflex besteht. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBflex ist nicht bedarfsgerecht.

Für die veränderte Festlegung des GIBregional gilt, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. durch Wegfall der Entwicklungsabsicht im Sinne der Verteilung regionaler Wirtschaftsflächenbedarfe ist die veränderte Festlegung des GIBregional im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

1005436, Stadt Rheinbach	
<p>Inhalt</p> <p>Zu 5.1. Verkehrsinfrastruktur</p> <p>G.50 Integrierte Siedlungs- und Verkehrsplanung fördern</p> <p>G.51 Siedlungsbereiche durch den ÖPNV erschließen</p> <p>G.53 Neue Haltepunkte entlang bestehender Strecken einrichten Zeichnerische Festlegungen Verkehrsinfrastruktur</p> <p>Die Stadt Rheinbach unterstützt ausdrücklich die in Grundsatz G.50 textlich festgelegte integrierte Siedlungs- und Verkehrsplanung, insbesondere die Abstimmung von Verkehrsplanung und Siedlungsentwicklung aufeinander, sowie die Verlagerung der Verkehre auf umweltverträgliche Verkehrsträger. Vor diesem Hintergrund sieht die Stadt Rheinbach in der Entwicklung des an der S-Bahn-Verbindung Bonn-Euskirchen gelegenen Ortsteils Oberdrees zu einem Siedlungsschwerpunkt /ASB eine in die Zukunft gerichtete nachhaltige Stadtentwicklung, die dem Grundsatz G.50 folgt. Im Sinne einer integrierten Stadt- und Verkehrsentwicklung hat die Stadt Rheinbach auf der Grundlage ihres kommunalen Handlungskonzeptes "Wohnen 2030" die Siedlungsflächenpotentiale im Rahmen der Landesinitiative Bauland an der Schiene im April 2019 vorgestellt. Im Anschluss an dieses Gespräch wurde der Verkehrsträger um die Prüfung der Machbarkeit eines Haltepunktes auf der Höhe der Ortslage Oberdrees gebeten. Im Ergebnis teilte die Nahverkehr Rheinland GmbH (NVR) mit, dass im Zuge der Planung zum zweigleisigen Ausbau der S-Bahn-Strecke S 23 ein zusätzlicher Haltepunkt in Rheinbach-Oberdrees auch auf Wunsch des NVR Eingang in den noch ausstehenden Planungsauftrag an die DB finden soll. Gemäß den Erläuterungen 1 zu G.53 "Neue Haltepunkte entlang bestehender Strecken einrichten" erfolgte die Festlegung bestehender sowie neuer, noch nicht betriebener Haltepunkte des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Grundlage des SPNV-Nahverkehrsplans 2016 (Nahverkehr Rheinland 2016). <i>Aufgrund des oben dargelegten Sachverhaltes regt die Stadt Rheinbach an, den im rechtskräftigen Regionalplan dargestellten Haltepunkt auf der Höhe der Ortslage Oberdrees, jedoch im SPNV-Nahverkehrsplan 2016 noch nicht enthaltenden Haltepunkt Oberdrees, wieder in die zeichnerischen Festlegungen zu 3. Verkehrsinfrastruktur des Regionalplan-Entwurfes als Bedarfsplanmaßnahme aufzunehmen.</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

Inhalt**Zu 5.1.4 Straßennetz**

G.57 Festlegungen für Straßenplanungen und den Bedarfsplänen berücksichtigen

Gemäß Grundsatz G.57 sind Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen von Bund und Land ohne räumliche Festlegung als Vorbehaltsgebiet festgelegt und in die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanes eingearbeitet worden. Dies trifft auch auf die in der Karte der Landesstraßenplanung linienhaft dargestellten Maßnahmen der Stufe 2 mit Planungsrecht als auch auf die übrigen Maßnahmen der Stufe 2 des aktuellen Landesstraßenbedarfsplanes, Stand Januar 2006, zu. In den Erläuterungen 1 zum Grundsatz G.57 wird im 3. Absatz ausgeführt, dass die Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung als Grobtrasse dargestellt ist, sofern im Regionalplan eine raumverträgliche Führung gefunden werden konnte. Die Begründung zu G.57, S. 171ff verdeutlicht, dass auch für Straßenbedarfsplanungen, die noch nicht hinreichend räumlich konkretisiert sind, Raum vorgehalten werden soll, jedoch wird die Annahme der raumverträglichen Führung nicht weiter erläutert, belegt oder konkretisiert. *Bezogen auf die Grobtrasse L 113n Entlastungsstraße Rheinbach Höhenorte, die Waldflächen stark durchschneidet und sowohl im Widerspruch zu Ziel Z.22-Waldbereiche erhalten und entwickeln als auch zu Ziel Z.19-Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern steht und darüber hinaus unweigerlich zu Konflikten mit dem ausgewiesenen Natura-2000-Gebiet führt, bestehen seitens der Stadt Rheinbach starke Zweifel an einer raumverträglichen Führung. Aus Sicht der Stadt Rheinbach besteht zwar weiterhin dringender Bedarf an einer Entlastungsstraße, die vornehmlich zu einer Verkehrsentslastung der Rheinbacher Kernstadt aus / in südlicher Richtung beitragen soll und möglichst direkt an die OU Rheinbach B 266 / L 493 angebunden werden soll, jedoch wird die Bindung an die festgelegte Grobtrasse, wie in den Erläuterungen 3 zu Grundsatz G.57, 2. Absatz ausgeführt, entschieden abgelehnt.* Die Stadt Rheinbach bereitet aktuell die Erarbeitung eines integrierten Verkehrsentwicklungsplanes vor, der u.a. auch zu diesem Handlungsfeld Lösungsansätze aufzeigen soll. *Die Stadt Rheinbach regt an, auf die zeichnerische Festlegung der Grobtrasse zur L 113n (Entlastungsstraße Rheinbach Höhenorte) im Regionalplan-Entwurf zu verzichten oder aber im Hinblick auf die noch nicht hinreichende Konkretisierung und nicht belegte raumverträgliche Führung die räumliche Bindung allgemein im Grundsatz G.57 zugunsten möglicher alternativer Linienführungen im weiteren Planungsprozess zur räumlichen Konkretisierung einer Trasse aufzugeben.*

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Textliche Festlegung G.57 *Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen* und deren Erläuterung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

1005438, Stadt Rheinbach	
<p>Inhalt</p> <p>Darstellung</p> <p>1.1 Erweiterung der ASB-Darstellung Rheinbach-Flerzheim um ca. 4 ha</p> <p>Die Flutkatastrophe im Juli 2021 hat auch im Ortsteil Flerzheim starke Schäden durch die ausufernde Swist sowie durch flächenhafte Überflutungen durch Niederschlagswasser hinterlassen. Auch die städtische Infrastruktur wurde massiv betroffen. Die Turnhalle Flerzheim, die dem Schul- und Vereinssport dient, kann nicht mehr saniert werden und muss abgerissen werden. Auch die Gebäude der katholischen Grundschule in Flerzheim sind zwischenzeitlich als nicht mehr sanierungsfähig einzustufen. Für beide Einrichtungen sind Ersatzneubauten zu schaffen. Die heutigen Standorte liegen in einem Hochwasser- und Starkregenrisikobereich. Im Rahmen einer beauftragten Machbarkeitsstudie wird derzeit auch eine Verlagerung beider Einrichtungen geprüft. Da im Innenbereich kein geeignetes Potential vorhanden ist wurde parallel die Verfügbarkeit geeigneter Grundstücke am Ortsrand abgefragt. Aufgrund des dringlichen Bedarfs ist eine kurzfristige Bereitstellung erforderlich, dies ist auf einer Fläche nördlich der bebauten Ortslage gegeben. <i>Um diesen Standort zukünftig in die Ortsentwicklung Flerzheim zu integrieren, regt die Stadt Rheinbach an, die zeichnerische Festlegung des ASB um ca. 4 ha zu erweitern. Gleichzeitig kann durch diese ASB-Erweiterung dem Flächendefizit gegenüber der Bedarfsermittlung entgegengewirkt werden.</i></p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005438)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005438.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die <i>Stadt Rheinbach</i> noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.</p>

1005440, Stadt Rheinbach	
<p>Inhalt</p> <p>B.2 Zeichnerische Festlegungen</p> <p>Zu 1. Siedlungsraum</p> <p>1.2 Geplanter Siedlungsschwerpunkt Rheinbach-Oberdreies ? ASB-Darstellung</p> <p>Für die Stadt Rheinbach wurde ein kommunaler Bedarf für Wohnen und Mischnutzung von 110 ha ermittelt, dem gegenüber steht ein regionalplanerisches Potential von 86 ha. Zur Deckung des Bedarfs sind daher auch Baulandentwicklungen in Ortsteilen erforderlich, die im Regionalplan-Entwurf nicht als Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt sind. Gemäß den landesplanerischen Zielen sollen Baulandentwicklungen möglichst ?an der Schiene? vollzogen werden. Ein mögliches Flächenpotential in der Größe von ca. 20 ha besteht im Ortsteil Rheinbach-Oberdress, der an der S-Bahnstrecke S 23 liegt. Der rechtskräftige Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Bonn / Rhein-Sieg stellt dort einen Haltepunkt dar, der jedoch bisher nicht realisiert wurde. Im Zuge der Planung zum zweigleisigen Ausbau der S-Bahn-Strecke S 23 soll auch auf Wunsch des NVR ein zusätzlicher Haltepunkt in Rheinbach-Oberdreies Eingang in den noch ausstehenden Planungsauftrag an die DB finden. <i>Aufgrund seiner Lage an der S-Bahn-Strecke Bonn-Euskirchen (S 23) hat der Ortsteil Rheinbach ?Oberdreies langfristig das Potential eines Siedlungsschwerpunktes mit Schienenanbindung und soll daher gezielt, auch unter Einbeziehung der erforderlichen Infrastrukturausstattung, als ASB entwickelt werden.</i></p> <p>Abbildung Stn-ID 1005440</p> <p>Anhänge Abb_ID1005440.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen.</p> <p>Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Bei dem aufgeführten Bereich handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. ohne ausreichende Infrastrukturausstattung zur Grundversorgung und somit um einen Ortsteil im regionalplanerischen Freiraum.</p> <p>Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung <i>?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?</i> möglich. Sie richtet sich nach Ziel 2?3 LEP NRW.</p>

1005441, Stadt Rheinbach	
<p>Inhalt</p> <p>B.2 Zeichnerische Festlegungen</p> <p>Zu 1. Siedlungsraum</p> <p>1.3 Rheinbach ? Nord: Darstellung eines GIBflex statt GIBregional</p> <p><i>Die Stadt Rheinbach regt zum Ausgleich der Diskrepanz zwischen den regionalplanerisch ermittelten Flächenreserven und den zum Zeitpunkt Mitte 2022 tatsächlich vorhandenen Flächenreserven (s. a. Stellungnahme zu 3.3. Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen) sowie hinsichtlich einer möglichen Rücknahme von Flächen für eine gewerblich-industrielle Eigenentwicklung in Rheinbach zugunsten des Hochwasser- und Überflutungsschutzes die zeichnerische Festlegung eines GIBflex statt eines GIBregional an.</i></p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005441)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005441.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird teilweise im Bereich Rheinbach-Mitte geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand (Überschwemmungsgebiet und Grünflächen zur Hochwasserretention) bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB zwischen Gymnasiumstraße und B 266 (Bereich Ramershovener Bach und Eulenbach) im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird teilweise im Bereich Rheinbach-Ost geändert (s. Änderungskarten).</p>

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Festlegung erfolgt auf Grundlage eines Flächentauschs im Rahmen der kommunalen Siedlungsraumpotentiale auf Ebene des Regionalplans.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche können im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Es wird auf die ID 1005435 verwiesen.

1005442, Stadt Rheinbach	
<p>Inhalt</p> <p>B.2 Zeichnerische Festlegungen</p> <p>Zu 3. Verkehrsinfrastruktur</p> <p>3.1 zeichnerische Wiederaufnahme eines Haltepunktes Oberdees</p> <p>Der rechtskräftige Regionalplan Köln ?Teilplan Bonn / Rhein-Sieg-Kreis-stellt in der Höhe der Ortslage Oberdrees einen Haltepunkt auf der Strecke der S 23 Bonn-Euskirchen dar. Aus technischen Gründen (eingleisige Strecke / Takt / Begegnungsverkehr) war eine Umsetzung bisher nicht möglich. Im Zuge des zweigleisigen Ausbaus soll der Wunsch nach Einrichtung eines weiteren Haltepunktes auf Höhe der Ortslage Rheinbach-Oberdress auch mit Unterstützung des Verkehrsträgers in den Planungsauftrag an die DB aufgenommen werden. <i>Die Stadt Rheinbach regt an, dies auch durch die Wiederaufnahme in die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplan-Entwurfes zu bekräftigen. Hintergrund ist die Option einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung von Orten ?an der Schiene?</i></p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005442)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005442.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

1005443, Stadt Rheinbach	
<p>Inhalt</p> <p>B.2 Zeichnerische Festlegungen</p> <p>Zu 3. Verkehrsinfrastruktur</p> <p>3.2 Grobtrasse L 113n ? Entlastungsstraße Rheinbacher Höhenorte</p> <p>Die Stadt Rheinbach hat in ihrer Stellungnahme zu Grundsatz G.57 ausgeführt, dass sie die Festlegungen zur Grobtrasse der L 113n ? Entlastungsstraße Rheinbacher Höhenorte ablehnt, jedoch den Bedarf einer direkten Anbindung der Rheinbacher Höhenorte an die Umgehungsstraße zur Reduzierung des Verkehrs innerhalb der Rheinbacher Kernstadt für dringend erforderlich erachtet. Dieses Handlungsfeld soll im Rahmen des zu erarbeitenden integrierten Verkehrsplanes der Stadt Rheinbach untersucht werden. Um die Zerschneidung größerer zusammenhängender Waldflächen und Natura 2000-Gebiete zu vermeiden, könnte ggf. eine ortsnahe Trasse (Linie A oder Linie B) im Rahmen der weiteren Planungen untersucht werden.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005443)</p> <p>(Anlage Stn-ID 1005443)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005443.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Gemäß den Erläuterungen zu G.57 Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: BET_165000_1

Gemeinde Ruppichteroth

1003632_001, Gemeinde Ruppichteroth

Inhalt

vielen Dank für die Beteiligung in o.g. Verfahren. Nach Beschluss des Rates vom 14.06.2022 und 29.08.2022 nimmt die Gemeinde Ruppichteroth wie folgt Stellung: Grundsätzlich wird der dialogorientierte Prozess der Neuaufstellung des Regionalplanes mit dem vorgeschalteten informellen Beteiligungsverfahren der Kommunen von der Gemeinde Ruppichteroth sehr positiv wahrgenommen. In mehreren Kommunalgesprächen wurden Flächen in einem intensiven Austausch diskutiert, Anregungen aufgenommen und finden sich zumindest zu einem großen Teil in dem vorliegenden Regionalplanentwurf wieder. Hierfür und auch für die Einbindung in die Möglichkeit zur Realisierung regionaler Siedlungsflächenbedarfe über das Programm Region+ Wohnen möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Dies vorausgeschickt gibt die Gemeinde Ruppichteroth nach Prüfung des gesamten Planwerkes die nachfolgende Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Auslegung zu dem Regionalplanentwurf ab und bittet vor diesem Hintergrund um Überarbeitung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt**Kapitel 3 Siedlungsraum:**

Die Gemeinde Ruppichteroth sieht noch erhebliche Potenziale für eine positive Bevölkerungsentwicklung. In mehreren Studien, u.a. die der Berthelsmann-Stiftung, ist der Rhein-Sieg-Kreis und im östlichen Bereich u.a. die Gemeinde Ruppichteroth als Zuzugsregion bewertet worden. Die vergangene und anhaltende hohe Nachfrage nach Bauflächen in der Gemeinde unterstützen diese Annahme. Die Gemeinde Ruppichteroth geht daher von einem erheblichen Bedarf an zusätzlichen Wohnbauflächen aus, der den endogenen Bedarf übersteigt. Darüber hinaus ist auch die Entwicklung von zusätzlichen Gewerbeflächen zur wohnortnahen Arbeitsplatzsicherung gerade für die ländlichen Kommunen enorm wichtig. Dank neuer Arbeitsplatz-Konzepte in Kombination mit dem Breitbandausbau werden gerade diese Flächen auch in Zukunft an Bedeutung gewinnen.

Z 3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten

Nach der Vorgabe des Landesentwicklungsplanes NRW (LEP NRW) Ziel 6.1-1 ist der Flächenbedarf entsprechend der landesplanerischen Vorgaben ermittelt worden. Dieser Bedarf ermittelt allerdings lediglich die endogenen Bedarfe, die aus der Gemeinde selbst resultieren. Insbesondere den ländlichen Kommunen sollte über den endogenen Bedarf hinaus eine Weiterentwicklung der Siedlungs- und Wirtschaftsflächen ermöglicht werden, die über den endogenen Bedarf hinausgeht und der Zuzugsregion Rechnung trägt. Um eine zukunftsfähige Ausrichtung in den Kommunen zu erreichen und eine wirtschaftliche Entwicklung auch auf dem Land voranzutreiben, ist eine Inanspruchnahme über diese Bedarfswerte hinaus erforderlich. Die dynamischen Veränderungen in der heutigen Arbeitswelt sollte insbesondere bei der Ausweisung der Siedlungsflächen für gewerbliche Bereiche Berücksichtigung finden und eine Möglichkeit geschaffen werden, auf einen Flächentausch in Einzelfällen zu verzichten, um gezielt den ländlichen Bereich zu stärken.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde. Die Umsetzung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung richtet sich nach Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen*.

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

In Hinblick auf einen Flächentausch ergibt sich aus den landesplanerischen Vorgaben ein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Nach Ziel 6.1-1 LEP NRW hat gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* des Regionalplanentwurfs die Siedlungsentwicklung bedarfsgerecht zu erfolgen, was gegebenenfalls auch einen Flächentausch erfordert.

InhaltZ 4 Flächenüberhänge vermeiden und abbauen

Das Ziel Reserveflächen der Siedlungsentwicklung (im gemeindlichen Flächennutzungsplan), für die kein regionalplanerischer Bedarf gegenübergestellt werden kann, zurückzunehmen, widerspricht der kommunalen Planungshoheit. Im Rahmen der Planungshoheit ist es für die Kommunen von bedeutendem Interesse und für die weitere Entwicklung absolut erforderlich, dass ein gewisser Spielraum für potenzielle Bauflächen besteht. Häufig stehen vielfältige Gründe gegen die Entwicklung einzelner Flächen und ohne die Ausweichmöglichkeit auf andere Siedlungsflächen könnte der Wohnflächenbedarf nicht abgedeckt werden. Die Auswahlmöglichkeit verschiedener Siedlungsflächen verringert die Abhängigkeit von den Eigentümern der Flächen, bremst die Bodenpreissteigerungen und verhindert Entwicklungsblockaden innerhalb der Kommune. Der regionalplanerische Flächenbedarf sollte daher nicht durch die kommunalen Reserveflächen rechnerisch reduziert werden, sondern nur durch tatsächlich in Anspruch genommene Flächen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich ein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Der LEP NRW legt das Ziel 6.1-1 fest. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund sachgerecht.

1005195, Gemeinde Ruppichteroth

Inhalt

G 26 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum ermöglichen

In dem Grundsatz G 26 wird festgesetzt, dass ?Nutzungskonflikte in Bezug auf den Erhalt und die Entwicklung von Freiraumfunktionen durch geeignete Maßnahmen vermieden werden sollen?. Hilfreich wäre hier ein weitergehender Hinweis, dass die Land- und Forstwirtschaft als Primärproduktion von lebensnotwendigen Gütern im besonderen öffentlichen Interesse arbeitet und bei Nutzungskonflikten eine planerische Stärkung erfährt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Freiraumfunktionen sind in ihrer Gesamtheit angesprochen. Einer besonderen Hervorhebung / Ausdifferenzierung bedarf es nicht.

1005196, Gemeinde Ruppichteroth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Z 20 Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern</u></p> <p>Der Begriff der ?Bereiche zum Schutz der Natur? (BSN) ist im Ziel Z 19 (S. 99) sehr weit gefasst und zu unbestimmt. Aus der Erläuterung Nr. 2 zu dem Z 20 ?Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern? geht hervor, dass wertvolle Flächen der BSN als Naturschutzgebiete zu sichern sind. Teilweise wurden die BSN im Vergleich zu dem derzeit rechtskräftigen Teilplan Bonn/Rhein- Sieg erweitert und reichen bspw. in der Ortslage Bölkum (siehe u.st. Abbildung) bis in den bebauten Bereich. Es sollte sichergestellt werden, dass insbesondere im Zusammenhang bebaute Ortsteile nach § 34 Baugesetzbuch durch das Heranrücken der BSN nicht in ihrem Bestand eingeschränkt werden und darüber hinaus die Interessen einer land- und forstwirtschaftlichen Nutzung nicht durch die BSN zugunsten des Naturschutzes verschoben werden. Insbesondere die kleineren landwirtschaftlichen Betriebe dienen im ländlichen Raum dem Erhalt des Landschaftsbildes und bilden die Grundlage für eine ortsnahe Versorgung. Durch weitere Einschränkungen und Restriktionen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Nutzung wird diesen Betrieben die Existenzgrundlage entzogen.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005196)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005196.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Anregung richtet sich an die Umsetzung der regionalplanerischen Festlegungen. Diese greifen nicht in bestehende Rechte ein. Zur Umsetzung und Maßstäblichkeit wird auf die Erläuterungen zu den Festlegungen und die Planbegründung verwiesen.</p>

1005197, Gemeinde Ruppichteroth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Ortslage Winterscheid:</u></p> <p>1. Im östlichen Teil der Ortslage wurde ein ca. 8.000 m² großer Grundstücksteil den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen zugeordnet (siehe <u>Anlage 1</u>), der derzeit in dem Flächennutzungsplan der Gemeinde Ruppichteroth als Sondergebiet für Sozial- und Sporteinrichtungen sowie einer ?Sportanlage Tennis? dargestellt ist. Die Tennisanlage wurde bereits in den 80er Jahren auf dem südlichen Grundstücksteil errichtet und ist bis heute in Betrieb. Ein Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan, in dem der betreffende Bereich markiert wurde, ist als Anlage 2 Stn-ID 1005197 beigefügt . Die Gemeinde bittet, den in Anlage 1 Stn-ID 1005197 markierten Teil in den ASB mit aufzunehmen</p> <p>Anhänge Abb_ID1005197_1.pdf Abb_ID1005197_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005198, Gemeinde Ruppichteroth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Ortslage Ruppichteroth:</u></p> <p>2. <u>nördlich der Ortslage Harth:</u></p> <p>Aus kommunaler Sicht sollte der ASB aufgrund der Nähe zu einem landwirtschaftlichen Betrieb im nördlichen Bereich reduziert werden. Das Anliegen wurde bereits in dem 2. Kommunalgespräch mit Vertretern der Bezirksplanungsbehörde und der Gemeinde Ruppichteroth am 5.06.2019 abgestimmt und offensichtlich versehentlich um den südlichen Bereich, der nicht an den landwirtschaftlichen Betrieb angrenzt reduziert. Der unmittelbar an die Hofflächen des landwirtschaftlichen Betriebes angrenzende Teil, bei dem von erheblichen Emissionen ausgegangen werden muss, wurde im ASB belassen. Ein Auszug aus dem Regionalplanentwurf mit dem entsprechend zu tauschenden Flächen ist als Anlage 3 Stn-ID 1005198 beigefügt. Die Gemeinde bittet, die Gebietsausweisungen, wie in Anlage 3 Stn-ID 1005198 dargestellt, zu tauschen</p> <p>Anhänge Abb_ID1005198.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarte südlicher Teil).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarte nördlicher Teil).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005199, Gemeinde Ruppichteroth	
<p>Inhalt</p> <p>3. <u>Südlich Heide:</u></p> <p>Südlich des Ortsteils ?Heide? wurden Darstellungen des ASB zurückgenommen. Die Gemeinde Ruppichteroth hält weiterhin an einer Entwicklung dieser Flächen, die teilweise schon jetzt bebaut und in Gänze erschlossen sind, fest. Die ungefähre Lage der zurückgenommenen Siedlungsfläche ist aus Anlage 4 Stn-ID 1005199 ersichtlich. Die Gemeinde bittet, die in der Anlage 4 Stn-ID 1005199 markierte Fläche weiterhin als ASB auszuweisen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1005199.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird tlw. geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung des östlichen Teils der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände [<i>Landschaftsschutz und Wald</i>] entgegen.</p>

1005200, Gemeinde Ruppichteroth	
<p>Inhalt</p> <p>4. <u>Südlich Otto-Willach-Straße:</u></p> <p>Südlich der Otto-Willach-Straße wurde der ASB soweit zurückgenommen, dass bereits im Bebauungsplangebiet liegende bebaute Grundstücke künftig dem Freiraum zugeordnet würden. Die Lage des reduzierten ASB ist aus Anlage 5 Stn-ID 1005200 z u entnehmen. Die Gemeinde bittet, den ASB wieder auf die derzeitige Abgrenzung, wie in Anlage 5 Stn-ID 1005200 kenntlich gemacht, auszudehnen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1005200.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005201, Gemeinde Ruppichteroth	
<p>Inhalt</p> <p><u>5. Steiner Weg/Stein:</u></p> <p>Die Abrundung entlang der Bebauung östlich der Straße Stein wurde zurückgenommen, obwohl die Grundstücke zum überwiegenden Teil bebaut sind und ein rechtskräftiger Bebauungsplan für diesen Bereich besteht. Darüber hinaus sollte auch der Steiner Weg in den ASB aufgenommen werden, da auch hier ein rechtskräftiger Bebauungsplan besteht und die Grundstücke zudem vollständig bebaut sind. Die genaue Lage ist aus Anlage 6 Stn-ID 1005201 ersichtlich. Die Gemeinde bittet, den ASB im Bereich der Bebauung entsprechend der Anlage 6 Stn-ID 1005201 anzupassen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1005201.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

AZ: BET_166000_1

Stadt St. Augustin

1008347, Stadt St. Augustin

Inhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich noch einmal mein Bedauern bzgl. der Ablehnung Ihrer Behörde zu einer Fristverlängerung der öffentlichen Auslegung ausdrücken.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahren gegeben darüberhinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

Inhalt

Ich bedanke mich über die Berücksichtigung der städtischen Anmerkungen im Rahmen des informellen Verfahrens unter Berücksichtigung des letzten geführten persönlichen Austauschs sowie der städtischen Stellungnahme anlässlich des im März 2020 vorgestellten Plankonzepts.

Hierzu zählen insbesondere:

? die Berücksichtigung bzw. Beibehaltung des GIB im Gewerbegebiet Einsteinstraße

östlich der Marie-Curie-Straße und Friedrich-Gauss-Straße

? Die Berücksichtigung des Standorts der städtischen zentralen Abwasserbeseitigungsanlage

im Bereich Meindorf südlich der Sieg

? Die Anpassung der flächenhaften Darstellung des Verkehrslandeplatzes in

Hangelar sowie

? Die geringfügige Anpassung der Darstellung des Deponiegeländes der RSAG

in Niederpleis

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zu bestimmten Festsetzungen im vorliegenden Entwurf erklärt.

1008349, Stadt St. Augustin	
Inhalt <p>Gleichfalls bedaure ich, dass Sie dem Wunsch nach Anpassung der Abgrenzung des Allgemeinen Siedlungsbereichs im Bereich Niederpleis, südlich des Kreuzungsbereichs Pleistalstraße/Hauptstraße nicht folgen konnten.</p>	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird auf eine frühere Stellungnahme im Rahmen des Kommunalgespräch verwiesen. Die hier angesprochene ASB Festlegung ist nicht möglich, da es sich bei der in Rede stehenden um einen sehr wertvollen Freiraumbereich handelt (BSN; RG).

1008350, Stadt St. Augustin	
<p>Inhalt</p> <p>Auf der Grundlage des Beschlusses des Ausschusses für Umwelt- und Stadtentwicklung vom 30.08.2022 nimmt die Stadt Sankt Augustin wie folgt Stellung.</p> <p>Hochwasserschutz - Herausnahme von HQextrem Flächen aus dem ASB</p> <p>Grundsätzlich werden ergänzende Maßnahmen zum Hochwasserschutz aus städtischer Sicht begrüßt. Bei den bislang durch die neuen Regelungen betroffenen Flächen handelt es sich um Gebiete, die derzeit nicht im Flächennutzungsplan als Bauflächen ausgewiesen sind. Grundsätzlich hätte sich die Stadt Sankt Augustin allerdings im Vorfeld der Herausnahme der Flächen aus dem Allgemeinen Siedlungsbereich einen grundsätzlichen Austausch mit der Regionalplanungsbehörde im Geiste des bisherigen stetigen Austausches im Zuge der Neuauflistung des Regionalplans gewünscht. Dies ist umso mehr bedauerlich, da die bislang dem ASB zugeordneten Flächen ersatzlos gestrichen wurden, ohne das im Gegenzug eine Überarbeitung der im Regionalplan ermittelten Wohnbedarfe einer Revision unterzogen wurden. Hierauf wird im Folgenden noch genauer eingegangen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.</p>

1008351, Stadt St. Augustin	
<p>Inhalt</p> <p>Überschwemmungsgebiet des Wolfsbachs im Bereich Buisdorf Erstmals wurde mit dem Planentwurf des Regionalplans im Bereich des Ortsteils Buisdorf das Überschwemmungsgebiet des auf Hennefer Stadtgebiet, jenseits der Autobahn verlaufenden Wolfsbachs dargestellt, welches den nördlichen Teil des dortigen Allgemeinen Siedlungsbereiches überlagert. Die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes resultiert aus einer Unterführung eines Wirtschaftsweges unter der BAB 3, durch die im Hochwasserfall die dortige Ortslage zu überschwemmen drohen. Seit einigen Jahren setzt sich die Stadt Sankt Augustin im Zuge der dortigen Baumaßnahmen der A3 für einen technischen Hochwasserschutz ein. Sofern zukünftig hier genehmigungsfähige technische Lösungen gefunden werden, die sich zukünftig ebenfalls auf das festgesetzte Überschwemmungsgebiet auswirken würden, bestehen angesichts der Übernahme des Überschwemmungsgebietes in den Regionalplans, grundsätzliche Bedenken, da diese zukünftigen Bauleitplanverfahren auch im Falle eines realisierten technischen Hochwasserschutzes im Ortsteil Buisdorf entgegenstehen könnten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die im Entwurf des Regionalplans als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preussischer Aufnahme der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand von Juni 2023 dar. Entsprechend erfolgt gemäß dem Ziel 27 Erläuterung 1 auch die Darstellung des ÜB für den Wolfsbach.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.</p>

Inhalt

Straßen - Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegungen - hier B56N / „Südtangente“ Die Stadt Sankt Augustin hat sich in der Vergangenheit wiederholt kritisch zu den Planungen zur Südtangente geäußert, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Linienbestimmungsverfahren 2003 wie auch zuletzt im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der Maßnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2030 als „Weiterer Bedarf mit Planungsrecht“ (WB). Die seinerzeit vorgebrachten Argumente haben aus städtischer Sicht weiterhin Bestand.

Sämtliche bislang untersuchten Trassenführungen, die durch das Stadtgebiet Sankt Augustin, speziell den Ortsteil Birlinghoven führen, konnten bislang nicht den Nachweis einer Umweltverträglichkeit im Sinne des Landschaftsschutzgesetzes erbringen. Aufgrund weitreichender Maßnahmen der letzten Jahre im Bereich des Umweltschutzes und Biotopverbundes im Pleistal, wie z.B. Chance?, wären die negativen Auswirkungen dieses Infrastrukturprojekte heute aller Voraussicht nach umso schwerwiegender einzuschätzen. In diesem Zusammenhang ist auch die Inanspruchnahme von Oberflächengewässern wie den Lauterbach zu sehen. In den zurückliegenden Untersuchungen wurde die Nutzung des Gewässers bzw. des Überschwemmungsgebietes nicht ausreichend berücksichtigt, was bereits in den entsprechenden städtischen Stellungnahmen bemängelt wurde. Dies ist insbesondere kritisch zu sehen vor dem Hintergrund, dass im Rahmen des Regionalplans dem Gewässer- und Hochwasserschutz eine höherer Stellenwert als bislang eingeräumt wird.

Hinzu kommt eine bestehende schwerwiegende und nachhaltig negative Vorbelastung des Ortsteils Birlinghoven durch die BAB, die ICE-Trasse, den Luftkorridor und die anhaltend hohe Verkehrsbelastung durch die L 143 und die L490. Die Ablehnung des Projektes ist aus städtischer Sicht auch aufgrund der vorliegenden verkehrlichen Untersuchungen gegeben. Nicht zuletzt, da der durch den Bau der Südtangente induzierte Verkehr, aufgrund einer besseren Erreichbarkeit der trassennahen Bereiche für Wohnnutzung, Gewerbeansiedlung, etc. bislang unberücksichtigt geblieben ist und grundsätzlich dazu geeignet ist, prognostizierte Rückgänge in anderen Bereichen ggf. zu kompensieren, was bisher als Argument für die zuletzt untersuchte sog. Nullvariante vorgebracht worden war. Darüber hinaus ist anzumerken, dass das Gesamtprojekt auch in der Region in den letzten 20 Jahren höchstumstritten war. Dementsprechend wird angeregt, die Darstellung aus dem Regionalplanentwurf zu streichen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Fernstraßenausbaugesetz enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen. Dies ist in der Begründung dargelegt (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Bei Vorliegen gewichtiger Gründe kann der Grundsatz im Rahmen der Abwägungsentscheidung überwunden werden.

1008353, Stadt St. Augustin	
<p>Inhalt</p> <p>Schienenwege - Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung im Stadtgebiet</p> <p>Bereits heute ist die Stadt Sankt Augustin, die trotz ihrer vergleichsweise hohen Bevölkerungsdichte (zweithöchster Bevölkerungstand im Rheins-Sieg-Kreis) zu einer der kleinsten Flächenkommunen im Rhein-Sieg-Kreis zählt, übermäßig durch bestehende Verkehrsstrukturen im Stadtgebiet belastet. Hierzu zählen bspw. die Autobahnen BAB 3, 59 und 560, diverse Bundes- und Landesstraßen, im Bereich des Schienenverkehrs die Siegstrecke, die Rheinstrecke (rechtsrheinisch, Neubau S 13), die ICE-Trasse Köln-Frankfurt, die Stadtbahnlinie 66 sowie weitere Belastungen aus dem Flugverkehr des Flughafens Köln-Bonn sowie des Verkehrslandeplatzes Hangelar. Entsprechend hoch ist die hiermit im Zusammenhang stehende Belastung durch die überwiegend regionalen und überregionalen Verkehrsströme. Diese Auswirkungen werden sich durch bestehende Ausbaumaßnahmen bspw. im Bereich der S13, der Stadtbahnlinie 66, der BAB 59 und BAB 3 in den kommenden Jahren weiterhin verschärfen. Die Planung einer zusätzlichen Verkehrsstrasse im Bereich des Schienenverkehrs durch das Stadtgebiet wird alleine aus diesem Grund abgelehnt. Aufgrund der bestehenden Siedlungs- und heute bereits ohnehin vergleichsweise geringen und durchgehend geschützten Freiraumstruktur im Stadtgebiet würde eine Trassenführung durch das Stadtgebiet Sankt Augustins durchweg zu einer erheblichen Zerschneidung des Siedlungs- und Landschaftsraumes mit entsprechend weitreichenden negativen Auswirkungen führen, weshalb eine entsprechende Maßnahme im Stadtgebiet abgelehnt wird.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuellen Bundesschienenwegeausbaugesetz enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

Inhalt

Festlegung des Siedlungsraums - Ermittlung Bedarfe und Potentiale In Zusammenhang mit der Festlegung der Siedlungsräume und Flächenbedarfe wurden seinerzeit im informellen Aufstellungsverfahren sowohl im Rahmen der Kommunalgespräche wie auch in den Region+-Formaten die Bedarfe und Potentiale der einzelnen Kommunen erarbeitet und kontrovers diskutiert. Auch für die Stadt Sankt Augustin wurde seinerzeit bspw. im Bereich der Wohn- und Mischnutzungen ein Bedarf von 141 ha dargestellt, der die dargestellten Potentiale (hier sind teilweise Flächenpotentiale mit eingeschlossen, die aus naturräumlicher und klimatischer Betrachtungsweise einer Entwicklung widersprechen) deutlich übersteigt. Hinzu kam zwischenzeitlich eine weitere Reduktion der Flächen im Rahmen der Streichung von HQextremFlächen aus den Allgemeinen Siedlungsbereichen und Gewerbe- und Industriebereichen, sofern diese nicht bereits in den Flächennutzungsplänen der Städte und Gemeinden dargestellt waren. Grundsätzlich unterstützt die Stadt Sankt Augustin eine regionale Betrachtungsweise der Bedarfe und Flächenpotentiale und ist aus diesem Grund auch in regionalen Initiativen aktiv, die parallel und ergänzend zur Regionalplanung nach Ansätzen zur Lösung dieser Herausforderungen suchen. Hierbei ist insbesondere das Projekt NEILA des Regionalen Arbeitskreis Bonn/RheinSieg/ Ahrweiler (:rak) zu nennen. Nichtsdestotrotz werfen die Bedarfsermittlungen und die Gegenüberstellung zu den dargestellten Flächenpotentialen im Regionalplan einige Fragen auf und lassen grundsätzliche Mängel erkennen. Aus städtischer Sicht stellt der Regionalplan auf der Grundlage der Bedarfsprognosen keine hinreichende planerische Lösung für das Auffangen bestehender Flächenbedarfe in den dargestellten Siedlungsflächenreserven zur Verfügung. So steht weder für Sankt Augustin, noch für das gesamte Kreisgebiet oder auch nur das rechtsrheinische Kreisgebiet eine ausgeglichene Bilanz zwischen Bedarfen und Flächenpotentialen im Bereich der Wohn- und Mischnutzungen zur Verfügung, die erkennen ließe, dass Bedarfsüberhänge in der Region durch entsprechende Siedlungsflächenpotentiale ausgeglichen werden könnten. Das Ungleichgewicht verstärkt sich umso mehr, wenn hier Bedarfsüberhänge aus den Oberzentren Köln und vor allem Bonn mit berücksichtigt werden, was angesichts bestehender erheblicher "Überschwappeneffekte" aus diesen Städten auch im Rahmen der Regionalplanung angemessen wäre. Da die bestehende Flächenknappheit, die anhaltend hohe Bevölkerungsentwicklung und die nicht zuletzt hieraus resultierenden Nutzungskonkurrenzen in der Fläche derzeit für die regionale Entwicklung eine der entscheidenden Herausforderungen darstellt, wird die Bedarfs- und Potentialermittlung als mangelbehaftet und daher auch in der bisherigen Form als ungeeignete Grundlage für die planerischen Erwägungen im Regionalplan erachtet.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist auch hier die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Inhalt

Fläche WTP II im Bereich um die Grube Bergmann Es wird darum gebeten, den Bereich des ehemaligen WTP II auf dem Sankt Augustiner Stadtgebiet („Bereich um die Grube Bergmann“) nicht als Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) sondern als Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) auszuweisen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen das NSG Grube Bergmann, der Regionale Grünzug und das BGG entgegen, sodass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist.

Die BimA als Treuhänderin der angrenzenden Liegenschaft der Bundespolizei bringt allerdings eine Erweiterung des zweckgebundenen ASB vor. Diese -so wurde versichert - ist mit der Stadt Troisdorf abgestimmt worden.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

(vgl. ID 1026274)

1008356, Stadt St. Augustin	
<p>Inhalt</p> <p>Bereich „Am Kreuzeck“ / Maisfeld Es wird darum gebeten, im Ortsteil Niederpleis bzw. im Bereich des Wohngebiets am südlichen Ende der Straße ?Am Kreuzeck“ / Straße ?Am Pleiser Wald“, die Abgrenzung des Allgemeinen Siedlungsbereichs (ASB) in den Grenzen der aktuellen Gebietsausweisung im Flächennutzungsplan vorzunehmen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1008357, Stadt St. Augustin

Inhalt

Darstellungen zu geplanten Radschnellwegverbindungen Die Stadt Sankt Augustin regt an, Darstellungen zu geplanten Radschnellwegverbindungen des Landes in den Regionalplan mit aufzunehmen. Da noch kein Bedarfsplan für solche Verbindungen existiert, sollten Radschnellwegverbindungen aufgenommen werden, wenn, wie beim Radschnellweg Bonn/ Rhein-Sieg, bereits eine für die Raumordnung ausreichende Planungstiefe vorliegt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine zeichnerische Festlegung von Radschnellwegen im Regionalplan erfolgt nicht, da die landesplanerischen Vorgaben zum Zeitpunkt der Planaufstellung kein Sicherungserfordernis begründen. Auch liegt aktuell noch kein Bedarfsplan für Radschnellwege vor. Dies steht einer weiteren Konkretisierung von Radschnellwegen im Rahmen der Fachplanung oder der Bauleitplanung nicht entgegen.

1008358, Stadt St. Augustin

Inhalt

Die Stadt Stankt Augustin regt ferner an, die textlichen Festlegungen zum Freiraum dahingehend zu ergänzen, dass der aktiven Wiedervernetzung von bereits zerschnittenen Freiräumen eine deutlich höhere Bedeutung zugemessen wird, um darüber auch Einfluss auf die nachfolgenden Fachplanungen insbesondere zur Verkehrsinfrastruktur zu nehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der Entwicklung des Planentwurfs wurde in besonderem Maße darauf geachtet, vorhandene räumliche Beziehungen im Freiraum zu erhalten und wo möglich zu verbessern. Die aktive Wiedervernetzung ist nicht Gegenstand regionalplanerischer Festlegungen, sie kann auf nachfolgenden Planungsebenen erfolgen und die rahmenhaften Festlegungen auf regionalplanerischer Ebene ergänzen.

AZ: BET_167000_1

Kreisstadt Siegburg

1004650, Kreisstadt Siegburg

Inhalt

1. Neufestlegung als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)

(Stn-ID1004650?????)

Im Bereich Siegburg-Schreck und Siegburg-Heide wurde im Zusammenhang mit größeren Teilbereichen der Stadt Lohmar ein "Allgemeiner Siedlungsbereich" (ASB) festgelegt. Bislang wurde der Bereich als "Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche" (AFAB) festgelegt.

Erläuterung zu den ASB:

Allgemeine Siedlungsgebiete sind Gebiete, die vorrangig Siedlungsfunktionen erfüllen oder erfüllen sollen wie z.B. Flächen für Wohnen, wohnverträgliches Gewerbe, Wohnfolgeeinrichtungen, öffentliche und private Dienstleistungen sowie siedlungszugehörige Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, soweit diese nicht anderweitig zweckgebunden sind. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Nutzungen nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen.

"Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) sind in der Regel ab einer bestehenden oder geplanten Mindestgröße von etwa 2.000 Einwohnern, ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalplanerischen Bedeutung zeichnerisch festgelegt.

"Die ASB umfassen neben Wohnbauflächen auch alle mit dieser Funktion zusammenhängenden Nutzungen sowie Flächen für wohnverträgliches Gewerbe.

"Wohnfolgeeinrichtungen sind beispielsweise Schulen, Kindertagesstätten, Einrichtungen zur medizinischen Versorgung, Sport- und Freizeiteinrichtungen oder Einkaufsmöglichkeiten.

"Wohnverträgliches Gewerbe ist nicht störendes Gewerbe, das der Funktion Wohnen nicht entgegensteht. Gemischte und gewerbliche Bauflächen sowie nutzungskonforme Sonderbauflächen, z. B. für den großflächigen Einzelhandel, können innerhalb der ASB geplant werden.

"Die ASB können auch innerörtliche Grün- und Freiflächen sowie Waldflächen enthalten, die durch Fachrecht geschützt sind. Die besondere Funktion dieser Flächen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. Bauflächendarstellung und der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Eine weitere Vergrößerung des ASB ist - auch bei bereits dargestellten Bauflächen im FNP - aufgrund der angrenzenden Trinkwasserschutzzone II nicht möglich.

im Sinne des (G. 19) Zusammenhängendes Freiraumsystem erhalten, Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums sichern und entwickeln ist im Rahmen der Flächennutzungs- und Fachplanung zu berücksichtigen.

Stellungnahme der Stadtverwaltung Siegburg:

Es wird angeregt die ASB auf den Bereich der Wohnbaufläche im Flächennutzungsplan der Stadt Siegburg, entlang der B56 /Zeithstraße auszuweiten und dort ebenfalls zeichnerisch festzulegen. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob die Festlegung von ASB im Bereich der Trinkwasserschutzzonen möglich ist. Wenn das der Fall ist, soll auch der u.a. gestrichelte Bereich ebenfalls als ASB festgelegt werden.

Anhänge

[Abb_ID1004650.pdf](#)

Inhalt

2. Reduzierung von ASB und Festlegung von Freiraumfunktionen**(Stn-ID1004651)**

Im markierten Bereich wurden Flächen für ASB reduziert und sowohl der Regionale Grünzug als auch die Freiraumfunktion für den Schutz von Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (im nördlichen Bereich des Kartenausschnitts) und die Festlegung von Überschwemmungsgebieten entlang der Sieg (im südlichen Bereich des Kartenausschnitts) neu festgelegt.

Erläuterungen zu Freiraumfunktionen und insbesondere zu Regionalen Grünzügen:

Der regionalplanerische Freiraum setzt sich gemäß LPIG DVO aus dem Vorbehaltsgebiet Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) sowie den Vorranggebieten Waldbereiche sowie Oberflächengewässer zusammen. Im regionalplanerisch festgelegten Freiraum sind regionalbedeutsame Freiraumfunktionen, z. B. Biotopverbund oder wasserwirtschaftliche Funktionen, zeichnerisch durch überlagernde Festlegung von Vorranggebieten z. B. Regionale Grünzüge, Bereiche für den Schutz der Natur, Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz, Überschwemmungsbereiche oder Vorbehaltsgebiete wie z. B. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung definiert. Regionale Grünzüge sind größere zusammenhängende Freiräume für unterschiedliche ökologische Funktionen (Biodiversität), für naturschonende, nachhaltige Nutzungen oder für die Erholung. Sie können ergänzt werden durch Grünzäsuren. Das sind kleinere Freiräume zur Vermeidung des Zusammenwachsens von Siedlungen und für siedlungsnahen Ausgleichs- und Erholungsfunktionen. Grünzüge und -zäsuren sollen von Besiedelung und anderen funktionswidrigen Nutzungen freigehalten werden. Durch ihre Großflächigkeit und ihren großräumigen Zusammenhang können die Regionalen Grünzüge und Grünzäsuren wertvolle Flächen für den Arten- und Biotopschutz und den zwischen ihnen notwendigen Biotopverbund sichern. Im Rahmen der Fachplanungen sowie der kommunalen Bauleitplanung soll der Freiraum mit seinen vielfältigen Funktionen und Leistungen als wichtiger Komplementärraum zum Siedlungsraum grundsätzlich vor Inanspruchnahme geschützt werden. Insbesondere die Landschaftsplanung ist geeignet durch Festsetzungen, Entwicklungsziele und Maßnahmen den regionalplanerischen Freiraumschutz zu konkretisieren. Es soll auf den Erhalt eines zusammenhängenden und durchgängigen Freiraumsystems geachtet werden, sodass die Voraussetzung für den Erhalt und die Entwicklung wichtiger Funktionen, z. B. den Biotopverbund, den Klimaausgleich oder die freiraumgebundene Erholungsnutzung, dauerhaft erhalten bleiben. Bei unvermeidbarer Inanspruchnahme durch andere Nutzungen, z. B. Siedlungsflächen oder Verkehrsstrassen, sollen die

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird der im Entwurf reduzierte ASB im OT Seligenthal zur Kenntnis genommen.

Funktionen des Freiraums berücksichtigt werden. Es soll dann so geplant werden, dass der Verlust von Freiraum und Beeinträchtigungen der in der textlichen Festlegung benannten Funktionen minimiert werden.

Stellungnahme der Stadtverwaltung Siegburg:

Die Änderung wird zur Kenntnis genommen.

Anhänge

[Abb_ID1004651.pdf](#)

1004652, Kreisstadt Siegburg	
<p>Inhalt</p> <p>3. Ausweitung des Bereiches zum Schutz der Natur</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004652)</p> <p>In Anlehnung an den Flächennutzungsplan der Stadt Siegburg und den Entwurf des Landschaftsplanes Nr. 7 wurde der Regionalplanentwurf angepasst.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004652)</p> <p>In den nachfolgenden Darstellungen wurde die Darstellung für den ?Schutz der Natur ebenfalls in den Bereich der ehemals als ASB festgelegten Flächen nach Norden hin erweitert. Anhand der Kartenausschnitte ist erkennbar, dass der Regionalplan im Bereich Siegburg einen großen Fokus auf das Thema Freiraumfunktionen legt. Der Regionalplan ist nicht parzellenscharf, jedoch wird der Schutz der Natur und des Freiraums ernst genommen, sodass der ?Regionale Grünzug" auf hier betroffenen Grünbereiche erweitert wurde. Im Bereich der Sieg wurden Überschwemmungsgebiete eingetragen.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004652)</p> <p>Östlich der Wohnsiedlung Sonnenstraße /In den Hecken wurde die Darstellung als ?Schutz der Natur" reduziert, sodass lediglich eine Darstellung als ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" bleibt.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004652)</p> <p>Für den o.a. Bereich in Siegburg-Kaldauen setzt der Bebauungsplan Nr. 80/1 eine Grünfläche fest. Der Entwurf des Landschaftsplanes Nr. 7 nimmt ebenfalls den Bezug zum v.g. Bebauungsplan auf.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004652)</p> <p><u>Stellungnahme der Stadtverwaltung Siegburg:</u></p> <p>Die Änderungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004652_1.pdf</p> <p>Abb_ID1004652_2.pdf</p> <p>Abb_ID1004652_3.pdf</p> <p>Abb_ID1004652_4.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden vier unterschiedliche BSN Erweiterungen aus dem Entwurf in den Ortsteilen Stallberg und Kaldauen zur Kenntnis genommen.</p>

Inhalt

4. Erweiterung der Regionalen Grünzüge, Schutz der Natur und AFAB

(Abbildung Stn-ID 1004653)

Im Bereich der Freiflächen zwischen den Ortsteilen Kaldauen und Braschoß/Schneffelhuth wurde der Regionale Grünzug umfangreich erweitert. Die Betriebsflächen des Wahnbachtalesperrenverbandes wurden als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) dargestellt. Der bestehende AFAB im Bereich des Guts Umschoß wurde erweitert. Der Bereich zum "Schutz der Natur" wurde vergrößert. Im Rahmen der Neuaufstellung des Landschaftsplanes Nr. 7 wurde dem Bereich im "Ummigsbach- und Wahnbachtal" ein erhöhter Schutzbedarf zugewiesen. Dieser Bereich agiert als Biotopverbund für diverse gefährdete Arten.

Erläuterungen zu Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB):

Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) sind einer von mehreren Bestandteilen des regionalplanerischen Freiraums gemäß LPIG DVO (s. Erläuterungen unter Punkt 2.) und umfassen Nutzungen und Funktionen, wie z. B. Flächen für landwirtschaftliche Nutzungen und Grünflächen. Sie umfassen auch Ortsteile mit weniger als 2.000 Einwohnern, die gemäß den Vorgaben des LEP NRW entwickelt werden können. Die AFAB sind gemäß LPIG DVO als Vorbehaltsgebiete festgelegt. Im Sinne des ROG sind Vorbehaltsgebiete bestimmten Funktionen und Nutzungen vorbehalten, denen bei der Abwägung mit konkurrierenden Funktionen und Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist. Innerhalb der festgelegten AFAB sollen Planungen und Maßnahmen vermieden werden, die mit den jeweiligen Funktionen und Nutzungen gemäß dem Grundsatz "Zusammenhängendes Freiraumsystem erhalten, Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums sichern und entwickeln" nicht vereinbar sind. Bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen sind diese mit einem besonderen Gewicht einzustellen. Die Inanspruchnahme der AFAB für andere Funktionen und Nutzungen ist im Rahmen der planerischen Abwägung möglich. Bei Planungen und Maßnahmen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum soll auf die Erhaltung unzerschnittener Verkehrsarme Räume (UZVR) geachtet werden. Insbesondere sollen in landes- und regionalbedeutsamen UZVR Zerschneidungseffekte durch die Planung linearer Verkehrsinfrastruktur vermieden werden.

(Abbildung Stn-ID 1004653)

Stellungnahme der Stadtverwaltung Siegburg:

Die Änderung wird zur Kenntnis genommen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden die überarbeiteten Festlegungen im Freiraumbereich zwischen den Ortsteilen Kaldauen und Barschoss aus dem Entwurf zur Kenntnis genommen.

Anhänge	
----------------	--

Abb_ID1004653.pdf	
-----------------------------------	--

1004654, Kreisstadt Siegburg	
<p>Inhalt</p> <p>5. Reduzierung des Bereiches zum Schutz der Natur</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004654)</p> <p>Der "Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung" wird weiterhin erhalten. Der "Schutz der Natur" soll wegfallen, äquivalent zum Naturschutzgebiet gem. des Entwurfes des Landschaftsplanes Nr. 7. Der Regionale Grünzug bleibt weiterhin bestehen.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004654)</p> <p>Auch im Bereich des Wolsbergs, an der Grenze zur A3 wurde die Darstellung als "Schutz der Natur" reduziert und als Regionaler Grünzug dargestellt. Erläuterungen zum Thema Regionaler Grünzug stehen unter Punkt 2.</p> <p><u>Stellungnahme der Stadtverwaltung Siegburg:</u></p> <p>Die Änderung wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004654_1.pdf Abb_ID1004654_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden die überarbeiteten Festlegungen (BSN, RG, BSN) im Freiraumbereich in Siegburg-Nord und am Wolsberg aus dem Entwurf zur Kenntnis genommen.</p>

Inhalt

6. ASB mit Zweckbindung (ASBz) ? Kaserne in Siegburg-Brückerg

Die Kaserne in Siegburg-Brückberg stellt eine Militärische Einrichtung dar und wird mit Hilfe einer Abgrenzung und eines Planzeichens als sog "Allgemeiner Siedlungsbereich für zweckgebundene Nutzung" (ASBz) verdeutlicht.

Erläuterung zu Allgemeinen Siedlungsbereichen für zweckgebundene Nutzungen (ASBz):

Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) oder ASB-Teilbereiche, die aufgrund ihrer räumlichen Lage oder besonderer Standortfaktoren oder rechtlicher Vorgaben bestimmten, durch zeichnerische Darstellung mit Planzeichen gekennzeichneten und/oder durch textliche Darstellungen zu benennenden baulich geprägten Nutzungen vorbehalten sind. ASBz sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen ausschließlich den benannten Zweckbestimmungen. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen.

Stellungnahme der Stadtverwaltung Siegburg:

Die Ergänzung wird zur Kenntnis genommen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird die Ergänzung der Zweckbindung "Militärische Einrichtung" des ASB Siegburg im Bereich der Kaserne Brückberg zur Kenntnis genommen.

1004656, Kreisstadt Siegburg	
<p>Inhalt</p> <p>7. GIB ? Gewerbegebiet Zange II</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004656)</p> <p>Das GIB wurde im Bereich des geplanten Gewerbegebietes Zange II reduziert. Die Stadt Siegburg strebt ein Gewerbegebiet im südwestlichen Bereich des Stadtgebietes und in Ergänzung des bestehenden Gewerbegebietes in der Lindenstraße an. Zu diesem Zweck soll die Ausweisung als GIB den Grenzen des Bebauungsplanes entsprechen.</p> <p><u>Erläuterungen zu Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB):</u></p> <p>Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt und dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen (z. B. Flächen für Versorgungs- und Serviceeinrichtungen, Grün- und Erholungsflächen, Abstandsflächen). Ausnahmsweise zulässig sind gewerbliche Nutzungen mit geringeren Emissionen, soweit sie aus städtebaulichen Gründen, insbesondere aus Gründen des Umgebungsschutzes gemäß dem Grundsatz "GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen", zur Gliederung der Baugebiete untereinander erforderlich sind oder der Bestandssicherung oder Erweiterung eines bestehenden Betriebes dienen. GIB sind in der Regel ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalplanerischen Bedeutung festgelegt. Gewerbliche und industrielle Nutzungen unter 10 ha können durch die kommunale Bauleitplanung sowohl innerhalb der ASB als auch im regionalplanerisch festgelegten Freiraum zugeordnet sein und dienen vorrangig der Sicherung bestehender oder der Unterbringung kleinerer, ortsansässiger Betriebe.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004656???????)</p> <p><u>Stellungnahme der Stadtverwaltung Siegburg:</u></p> <p>Es wird angeregt die Bebauungspläne 58/2 und 58/3 mit der Festsetzung "Gewerbegebiet" im Regionalplan zu berücksichtigen und die GIB-Flächen des geltenden Regionalplanes zu übernehmen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004656.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände hier in Gestalt von fachrechtlichen Restriktionen - hier ÜSG - entgegen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Überschwemmungsbereiche (ÜB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen dem vorbeugenden Hochwasserschutz und sind für den Abfluss und die Retention von Hochwasser zu erhalten und zu entwickeln. Ausnahmsweise ist eine Inanspruchnahme der ÜB zur Standortsicherung bestehender Betriebe zulässig, wenn wasserrechtliche Ausnahmetatbestände dies ermöglichen.</p>

1004657, Kreisstadt Siegburg	
<p>Inhalt</p> <p>8. GIB ? Industriestraße, Haufeld, Lindenstraße/Bahnweg</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004657)</p> <p>Ein GIB dient, wie oben (unter Punkt 7) bereits erwähnt, der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen. Diese sind jedoch in den neu eingetragenen Flächen nicht vorhanden. Entsprechend kann die Darstellung wie zuvor erhalten bleiben. Die vorhandenen Nutzungen wie z.B. ein Baustoffhandel am Bahnweg, einer geplanten Büronutzung und Dienstleistung am Haufeld und einer Lebensmittel Handelsgruppe sowie einem KFZ-Ersatzteilhandel in der Industriestraße entsprechen eher einem ASB.</p> <p><u>Stellungnahme der Stadtverwaltung Siegburg:</u></p> <p>Es wird angeregt die neu als GIB dargestellten Flächen im Bereich weiterhin als ASB darzustellen, da die vorhandenen Nutzungen nicht denen in einem GIB entsprechen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004657.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004658, Kreisstadt Siegburg	
<p>Inhalt</p> <p>9. GIB - Siegwerk Druckfarben</p> <p>(Abbildung STn-ID 1004658)</p> <p>Der GIB im Bereich des Siegwerks ist in seiner Größe erhalten geblieben, obwohl sich das Werk in den vergangenen Jahren bzw. Jahrzehnten vergrößert hat.</p> <p><u>Stellungnahme der Stadtverwaltung Siegburg:</u></p> <p>Es wird angeregt den GIB um die rechts oben gestrichelt dargestellte Markierung im Bereich zu erweitern und damit auf die tatsächliche Größe des Siegwerks anzupassen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004658.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004659, Kreisstadt Siegburg	
<p>Inhalt</p> <p>10. Verkehrsinfrastruktur</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004659)</p> <p>Die L332/Wilhelmstraße soll im Regionalplan nicht länger als "Straße für den vorwiegend großräumigen Verkehr" dargestellt werden.</p> <p><u>Stellungnahme der Stadtverwaltung Siegburg:</u></p> <p>Die Änderung wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004659.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Kenntnisnahme geäußert und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen gegeben.</p>

AZ: BET_168000_1

Gemeinde Swisttal

1005028, Gemeinde Swisttal

Inhalt

Allgemeine Anregungen

- In den Unterlagen zum Entwurf des Regionalplanes wird auf die Darstellungsschwelle von 10 ha aufgrund der groben Maßstäblichkeit hingewiesen. Viele zeichnerische Darstellungen sowie textliche Ergänzungen sind dennoch kleinteiliger als die Darstellungsschwelle beschrieben. Hierdurch ergibt sich eine Inkonsistenz, die den Umgang mit der Darstellungsschwelle insgesamt erschwert und die aufgrund dessen kritisch zu hinterfragen ist.

- Die zeichnerischen Festlegungen sind anhand der textlichen Festlegungen sowie der Begründung vollumfänglich transparent zu gestalten. Zum aktuellen Zeitpunkt ist in Bezug auf einige zeichnerische Festlegungen nicht nachvollziehbar, woher sich diese ergeben. Dies ist grundlegend zu überarbeiten und in allen Punkten erneut zu überprüfen.

- Für sämtliche Konzepte und Fachgutachten, auf deren Grundlage die Festlegungen des Regionalplanes formuliert werden, ist auf die Aktualität der Dokumente und Daten zu achten. Teilweise liegen dem Regionalplan veraltete Konzepte zugrunde, die nicht abschließend analysiert werden können. Veraltete Konzepte sowie die daraus erarbeiteten Ergebnisse sind zu aktualisieren.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise zu Inhalt, Gliederung und Aufbau der Textlichen Festlegungen bzw. der Begründung gegeben.

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung bestand die Möglichkeit auf aktuelle Planungsgrundlagen hinzuweisen.

Inhalt**3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung**

Zeichnerische Festlegungen, Z.3 *In Bezug auf die obenstehende allgemeine Anregung wird eine kleinräumige zeichnerische Ergänzung der ASB-Flächen in Odendorf vorgenommen. Die Abgrenzung der entsprechenden Flächen ist der blauen Markierung der folgenden Darstellung zu entnehmen.* Die zeichnerischen Festlegungen im Regionalplan werden textlich auf eine Genauigkeitsschwelle von 10 ha aufgrund des zugrunde gelegten Maßstabes beschränkt. Dennoch gibt es im Entwurf des Regionalplanes durchweg sowohl zeichnerische als auch textliche Festlegungen, die sich auf kleinteiligere Festlegungen beziehen. Sollten diese kleinräumigen Festlegungen weiterhin Teil des Planes bleiben, beantragt die Gemeinde Swisttal eine (ebenfalls kleinräumige) Anpassung der Flächen von Bauland an der Schiene entsprechend der vorgenommenen Zeichnungen.

(Abbildung Stn-ID 1005029)

Anhänge

[Abb_ID1005029_1.pdf](#)

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird teilweise geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?* verfügt die *Gemeinde Swisttal* noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine ergänzende Festlegung als ASB.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

--	--

Inhalt

3.2.1 Allgemeine Siedlungsbereiche

Erläuterungskarte S1, G.16 *Odendorf ist in der Erläuterungskarte S1 ebenfalls als zentralörtlich bedeutsamen allgemeinen Siedlungsbereich (zASB) darzustellen, sodass im Gemeindegebiet Swisttal die beiden Ortsteile Heimerzheim und Odendorf als zASB festgelegt sind.* Mit der Festlegung von zASB werden durch den Regionalplan die Vorgaben des LEP NRW konkretisiert: zASB als ?Allgemeine Siedlungsbereiche, die über ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen verfügen?. Zusätzlich stellen Haltepunkte des öffentlichen Nahverkehrs Kriterien zur Bestimmung von zASB dar. Vorrangig sind kommunale und regionale Wohnbauflächenbedarfe und deren Entwicklung an zASB sowie dem Schienenpersonennahverkehr zu orientieren (G.16). Neben dem vorhandenen Bahnhofpunkt erfüllt der Ortsteil Odendorf auch folgende Kriterien zur Ausweisung als zASB:

- eine grundlegende medizinische Infrastruktur (allgemein- und fachmedizinische Versorgung, Apotheke)
- eine soziale Infrastruktur (KiTas, Sportstätten)
- Dienstleistungen (Postfiliale, Bankfilialen),
- Bildungsinfrastruktur (Grundschule) sowie
- sonstige Infrastruktureinrichtungen (Einzelhandel, ÖPNV-Haltestellen).

Es ist anhand der Begründung des Regionalplanes nicht ersichtlich, in welcher Gewichtung bzw. wie viele der Kriterien für die Darstellung eines zASB erfüllt sein müssen. Odendorf erfüllt fast alle Kriterien dieses abschließenden Katalogs, weshalb die Festlegung des Ortsteiles als zASB zu rechtfertigen ist. Zudem fanden bei der regionalen Verteilung von Wohnbauflächen bereits ASBFlächen im Osten und Süden von Odendorf als Ergebnis der Landesinitiative ?Bauland an der Schiene?, Berücksichtigung. Der künftige Entwicklungsschwerpunkt in Odendorf wird zusätzlich durch die Festlegung von ASBflex-Flächen im Norden unterstrichen. Hierdurch entsteht ein Widerspruch dazu, dass die kommunalen und regionalen Wohnbauflächen vorrangig in die zASB integriert oder daran festgelegt werden sollen, Odendorf jedoch in der Erläuterungskarte S1 nicht als solcher festgelegt ist. Eine schwerpunktmäßige Entwicklung Odendorfs ist zwar auch über die Ausnahme des Grundsatzes (G.16-4) möglich, es ist jedoch nicht wünschenswert, Vorhaben, die bereits in Planung und für die Gemeinde zukunftsweisend sind, planungsrechtlich ausschließlich über Ausnahmen zu sichern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen. Die zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche (zASB) werden nach einer einheitlichen Methode (Erreichbarkeitsanalyse verschiedener Infrastruktureinrichtungen in gleicher Gewichtung) gemäß der Begründung zur Grundsatzfestlegung *Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten* in Abstimmung mit den Kommunen bestimmt und in einer Erläuterungskarte dargestellt. Aufgrund der vorhandenen Infrastrukturausstattung sowie ortsspezifischer Erfordernisse wie z. B. siedlungsstruktureller Restriktionen oder kommunaler Entwicklungsabsichten wird die Erläuterungskarte für den zASB in Swisttal-Odendorf angepasst.

--	--	--

Inhalt

3.3.1 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Zeichnerische Festlegungen, Z.10, Begründung S. 103 Tabelle 7

Die vorhandenen Potentialflächen (13 ha) für die Darstellung von GIB-Flächen aus dem Siedlungsflächenmonitoring Nordrhein-Westfalen der Bezirksregierung sind in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfs nicht enthalten. Daher sind für das Gemeindegebiet weitere GIB-Flächen zeichnerisch festzulegen, um den berechneten Bedarf zu decken. In Tabelle 7 der Begründung (S. 55) ist Swisttal ein Bedarf von 10 ha GIB-Flächen zugesagt. Als Potentialflächen für Gewerbe stehen der Gemeinde entsprechend dem Regionalplanentwurf bereits 13 ha zur Verfügung. Als Berechnungsgrundlage für diese Potentialflächen wird das Siedlungsflächenmonitoring (sfm) herangezogen. Von Seiten der Gemeinde wird hiermit klargestellt, dass die Darstellung im sfm nicht den aktuellen Gegebenheiten entspricht. Beispielsweise wird der Bebauungsplan Heimerzheim Hz 32 „Metternicher Weg“ noch als Reservefläche dargestellt, obwohl er sich bereits in der Umsetzung befindet (Inanspruchnahmen werden erst ins sfm aufgenommen, sobald der Gemeinde eine Rohbaufertigstellung vorliegt). Ein Widerspruch ergibt sich zudem dadurch, dass die im sfm dargestellten Reserveflächen für Gewerbe im Regionalplan zeichnerisch ausschließlich als ASB-Flächen festgelegt sind. Demnach wurde der Gemeinde ein GIB-Flächenbedarf errechnet, der im Regionalplan nicht als GIB-Fläche umsetzbar ist. Dies gilt es aufzuklären. Die Gemeinde fordert, dass diese 13 ha im Regionalplan dargestellt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht - neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben - wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in

Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret in Swisttal.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien. Zur Klarstellung: Eine als Reservefläche erfasste Fläche gilt als Reserve, soweit bis zum Stichtag der Erhebung noch keine Baumaßnahme stattgefunden hat gem. landeseinheitlichem Kriterienkatalog des Siedlungsflächenmonitoring (Mindestanforderungen und Empfehlungen) Stand April 2013

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Gemeinde Swisttal verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung von GIB und ASB in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Daher wurde im Kommunalgespräch vereinbart, den Standort Heimerzheim Nord aus dem Gewerbeflächenkonzept des Rhein Sieg Kreises in zwei Abschnitten als interkommunalen bzw. regionalen Standort zu entwickeln. Aufgrund der regionalplanerischen Eignung erfolgte auch die Übernahme in das Gewerbeflächenkonzept zum Regionalplan Köln. Der erste Abschnitt mit ca. 10 ha findet sich im Entwurf als Festlegung GIBregional wieder.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005032, Gemeinde Swisttal	
<p>Inhalt</p> <p>.3.2.2 Bereiche für regionale gewerbliche und industrielle Nutzungen</p> <p>Zeichnerische Festlegungen, Z.12</p> <p><i>Nördlich der Landesstraße L182 im Norden von Heimerzheim ist derzeit eine Fläche als GIBregional ausgewiesen. Diese ist in eine ?normale? GIB-Fläche zu ändern, die Kategorien ?zweckgebunden? und ?regional? entfallen. Dies ist sowohl zeichnerisch als auch in den textlichen Festlegungen auf Seite 76 (Z. 12) anzupassen.</i></p> <p>Die Gemeinde Swisttal ist bereits seit einiger Zeit mit der Bezirksregierung Köln im Gespräch über die Ausweisung der Fläche nördlich der L182 in Heimerzheim als neue GIB-Fläche. Seitens der Bezirksregierung wird eine Entwicklung in Zusammenarbeit mit einer weiteren Kommune vorausgesetzt. Ausführliche Gespräche mit der Bezirksregierung haben in Bezug auf eine eigenständige kommunale Entwicklung dieser Fläche bisher keinen Erfolg gehabt. Mit der Stadt Bonn haben in der Vergangenheit zudem bereits mehrfach Gespräche bezüglich einer gemeinsamen Entwicklung stattgefunden, die jedoch bisher ergebnislos blieben. Um dringend benötigte Flächen für lokale Gewerbebetriebe zeitnah bereitstellen zu können, sollte die genannte Fläche (siehe blaue Markierung in der folgenden Darstellung) als GIB mit der Zielsetzung einer alleinigen Entwicklung durch die Gemeinde Swisttal festgelegt werden.</p> <p>(Abbildung StN-ID 1005032)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005032_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Swisttal verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für GIB gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist nicht bedarfsgerecht (s. Erläuterungen zum Regionalplanentwurf S.61).</p> <p>Die Festlegung eines GIB regional kann am Standort Hermerzheim Nord aber bedarfsgerecht erfolgen. Im Gegensatz zu der aktuell noch geltenden interkommunalen GIB Entwicklung ist es beim neu formulierten Ziel Z 12 GIBregional (Regionalplanentwurf) möglich, gemeinsam mit einer weiteren bzw. beliebigen Kommune des RSK den Standort zu entwickeln.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005033, Gemeinde Swisttal	
<p>Inhalt</p> <p>4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur</p> <p>Zeichnerische Festlegungen, Z.19 <i>Die BSN Fläche südlich von Odendorf ist entsprechend der Fläche im 'alten' Regionalplan zu ergänzen (vgl. Darstellungen).</i> Die Orbachau südlich von Odendorf ist entsprechend der Biotopverbundfläche VB-K-5207-012 bzw. dem Naturschutzgebiet 2.1-2 "Ohrbach, Jungbach (Landschaftsplan Nr. 4 "Meckenheim, Rheinbach, Swisttal") als BSN-Fläche festzulegen.</p> <p>(Abbildungen Stn-ID 1005033)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005033_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung wird [unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs] entsprechend dem Vorschlag des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der Landschaftsplanung gefolgt.</p>

Inhalt**4.3.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung**

G.30, Begründung S. 142f. *Für die Ermittlung der Auswirkungen von Planungen und Maßnahmen der BSLE-Flächen sind die relevanten Fachbeiträge und Informationssysteme zu berücksichtigen. Um diesem Grundsatz im Zuge der Planung gerecht zu werden, sind diese in den textlichen Festlegungen vollumfänglich nachvollziehbar und abschließend aufzulisten.* Die Darstellungen einiger Erläuterungskarten, beispielsweise K1 und F2, beziehen sich auf einen konkreten Fachbeitrag bzw. ein konkretes Fachinformationssystem und sind entsprechend nachvollziehbar. Dahingegen leiten sich die im Regionalplan festgelegten BSLE-Flächen auf einer Vielzahl verschiedener Fachbeiträge sowie Informationssysteme ab. Die Nachvollziehbarkeit der jeweiligen Ausweisung der BSLE-Flächen ist dadurch nicht gegeben. Mit Ausnahme der Flächen mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft, die in der Erläuterungskarte F6 gesondert dargestellt sind, ist deshalb nicht nachvollziehbar, welche Schutzziele der Ausweisung im Einzelnen zugrunde liegen. Dennoch müssen bei der Festlegung eine oder mehrere Begründungen für die jeweilige Fläche den Ausschlag für die Ausweisung ?BSLE? gegeben haben. Diese sind in den Erläuterungen zu den textlichen Festlegungen und in der Begründung aber nicht ausreichend beschrieben. Insbesondere hinsichtlich der Notwendigkeit, bei Planungen und Maßnahmen innerhalb der BSLE-Flächen die Auswirkungen auf die Funktionen und Nutzungen zu ermitteln, muss die Nachvollziehbarkeit der Ausweisungen für die Gemeinde sichergestellt sein. Deshalb sind vage Formulierungen in Erläuterung 3 zu G.30 wie "Bei der Ermittlung der Auswirkungen sind Fachbeiträge und Fachinformationssysteme zu berücksichtigen [...]" z.B. [...] zu streichen. Stattdessen sind alle zu berücksichtigenden Fachgutachten abschließend aufzulisten.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Formulierungen stellen auf konkret benannte potenziell betroffene Funktionen oder Nutzungen ab. Relevante Fachbeiträge werden beispielhaft aufgelistet. Mit Blick auf den Planungshorizont von 25- Jahren kann es erforderlich sein, jeweils aktuellere Grundlagen zur Klärung der Raumverträglichkeit von Planungen und Maßnahmen heranzuziehen. Zur Herleitung der zeichnerischen Festlegungen zu den BSLE wird auf die Zusammenstellung in der Planbegründung verwiesen.

1005035, Gemeinde Swisttal	
<p>Inhalt</p> <p>Zeichnerische Festlegungen, G.30 / Z.21</p> <p><i>Der zusätzlichen Ausweisung von BSN und BSLE-Flächen im Gemeindegebiet über den alten Regionalplan hinaus, wird grundsätzlich widersprochen. Falls dennoch weitere Ausweisungen im Regionalplan festgelegt werden sollten, ist dies im Einzelfall detailliert zu betrachten, so dass ersichtlich wird, welche Begründung der jeweiligen Festlegung zugrunde liegt.</i> Bei der Durchsicht der aufgelisteten Fachbeiträge und Informationssysteme kann vermutet werden, dass sich einige BSLE-Flächen in Swisttal allein durch die Abgrenzung des Kulturlandschaftsbereichs Nr. 261 "Obere Swistbachaue (Meckenheim, Rheinbach, Swisttal)" (s. Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln, LVR 2016) ableiten. Insbesondere durch die Angabe, dass "im Hinblick auf die bei der Entwicklung der zeichnerischen Festsetzung verwendeten Kriterien [...] die Umsetzung der BSLE vielfach durch eine Festsetzung als Landschaftsschutzgebiet zu erfolgen haben [wird]", ist eine Ausweisung bis östlich an die Autobahn A61 in Swisttal heran nicht nachvollziehbar. Bei dem genannten Kulturlandschaftsbereich steht die Swistbachaue im Vordergrund. Auch wenn hier u.a. die "weiträumige" Lössaue und dortige Ablagerungen als geoarchäologisches Archiv für die Ausweisung genannt werden, ist eine Konzentration auf den Kernbereich der Swistbachaue mit den bedeutsamen Kulturdenkmälern, wie Wasserburgen, bei der Festlegung von BSLE-Flächen notwendig. Dem ist hinzuzufügen, dass die ordnungsgemäße intensive Land- und Forstwirtschaft durch Photosynthese, Substitution problematischer Rohstoffe auf fossiler Basis und durch Verlängerung der CO2-Bindung in Produkten (Produktspeicher) CO2-Senken darstellt. Diese Nutzungsformen sind nicht willkürlich einzuschränken. Die Ausweisung von BSLE und BSN können in der Folge zu Einschränkungen führen und mit dem Klimaschutz konkurrieren. Sie müssen deshalb unter Berücksichtigung dieses Interessenkonfliktes unterbleiben oder auf besonders und im Einzelfall vollumfänglich begründete Ausnahmen beschränkt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE folgt der durch den Regionalrat Köln beschlossenen Methodik und ist in der Planbegründung beschrieben. Wesentliche Grundlage bildet entsprechend der fachgesetzlichen Regelungen der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des Landesamtes für Naturschutz (LANUV NRW). Durch die Festlegung von BSN bzw. BSLE erfolgt kein Eingriff in bestehende landwirtschaftliche Nutzungen. Dieser Aspekt richtet sich insofern an die Umsetzung auf nachfolgenden Planungsebenen. Für diese besteht ausweislich der textlichen Festlegungen ein breiter Spielraum.</p>

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen, G.30 / Z.21

Die Ausweisung von BSLE-Flächen wird entsprechend ihrer jeweiligen Begründung der Festlegung (zeichnerisch) ausdifferenziert. Eine Differenzierung könnte beispielsweise durch zusätzliche Kategorisierungen in K für Kulturlandschaft, A für Artenschutz etc. geschehen. Für BSLE-Flächen, die aufgrund eines Kulturlandschaftsbereiches als solche festgelegt werden, sind statt einer Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet vielmehr andere Instrumente wie beispielsweise eine Vertragsschließung mit den Landnutzern oder eine Unterschutzstellung von Denkmälern heranzuziehen. Der Festlegungen von BSLE-Flächen werden sehr unterschiedliche Begründungen zugrunde gelegt. Dennoch wird als Instrument für die Sicherung dieser BSLE-Flächen nur eine wenig differenzierte Methodik an die Hand gegeben. Dies wird der Vielzahl an Gründen, die zu einer Festlegung dieser Flächen führen können, nicht gerecht. Beispielsweise sind BSLE-Flächen, die als Kulturlandschaftsbereich festgelegt wurden, im weiteren Umgang von Flächen zu differenzieren, die aufgrund bedeutsamer Vogelvorkommen als solche ausgewiesen wurden. Die Möglichkeit einer undifferenzierten Ausweisung aller BSLE-Flächen als Landschaftsschutzgebiete wird den besonderen Merkmalen der einzelnen Flächen nicht gerecht. Um einer Gleichbehandlung dieser unterschiedlichen Flächen entgegenzuwirken, wird angeregt, die Bezeichnung BSLE weiter zu differenzieren und dementsprechend auch die Instrumente für den weiteren Umgang mit diesen Vorbehaltsgebieten differenzierter und sachgerechter für die einzelnen Unterkategorien zur Verfügung zu stellen. Die Notwendigkeit einer solchen Unterscheidung sowie dem weiteren Umgang mit diesen Flächen ergibt sich insbesondere durch die grobe und großflächige Ausweisung von Kulturlandschaftsflächen als BSLE im Gemeindegebiet. Hierdurch würde zudem eine zusätzliche Transparenz der Begründung der Flächenausweisung entstehen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabendholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt.

Die Erläuterungskart F6 "BSLE mit besonderer Bedeutung für den Schutz von Arten des Offenlands/der Äcker" differenziert die Flächen BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft.

Die Erläuterungskarte F1 Unzerschnittene verkehrsarme Räume zeigt beispielsweise differenziert die UZVR die auch Grundlage der Abgrenzung der BSLE waren.

Für den Aspekt der Kulturlandschaften zeigen die Erläuterungskarten B 1 "Kulturlandschaften" und B 2 "Regionalbedeutsame Kulturlandschaften / Archäologische Bereiche" die differenzierten Grundlagendaten der regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche.

Eine Differenzierung des BSLE der angeregten Aspekte würde durch die Überlagerung zu einer nicht mehr lesbaren Karte führen. Des Weiteren würde die Reduzierung der

methodischen Grundlagen auf einzelne Teilaspekte eine Gewichtung suggerieren, die unsererseits nicht erwünscht wäre. Die Darstellung aller enthaltenen Themenkomplexe ist graphisch nicht mehr darstellbar. Daher wurden wesentliche Teilaspekte in den genannten Erläuterungskarten differenziert dargestellt und die weiteren Aspekte, die in Fachbeiträgen des LANUV erarbeitet wurden, beispielsweise im Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege wurden nicht gesondert graphisch für die BSLE wiedergegeben.

1005037, Gemeinde Swisttal	
<p>Inhalt</p> <p>4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren</p> <p>Z.25 Tabelle 2</p> <p><i>Sofern es sich in der Tabelle bei der Nennung von Stadt/Gemeinde nicht um die räumliche Verortung der Talsperre sondern um den/die Eigentümer handelt, ist als Eigentümer für die Steinbachtalsperre der Wasserversorgungsverband Euskirchen-Swisttal (WES) zu nennen oder alternativ die Gemeinde Swisttal als weitere Eigentümerin zur Stadt Euskirchen ergänzend hinzuzufügen (S. 119).</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der Nennung handelt es sich um die räumliche Verortung der Steinbachtalsperre.</p>

1005038, Gemeinde Swisttal	
<p>Inhalt</p> <p>4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz</p> <p>Z.27, Erläuterungskarte F10 ? F 8 <i>Die Festlegungen der Überschwemmungsbereiche sind auf Grundlage der Neuberechnungen nach dem Unwetter im Juli 2021 zu aktualisieren. Die Gemeinde erwartet, dass eine abschließende Entscheidung der Gemeinde erst nach Berücksichtigung der entsprechenden Einarbeitung der Neuberechnung und der damit verbundenen Festlegung von Überschwemmungsgebieten erneut zur Stellungnahme vorgelegt wird. - Es ergeben sich folgende Unklarheiten und Fragestellungen. Es wird um Aufklärung gebeten, sowie um Aufnahme in den Regionalplan:</i></p> <p><i>o Aufgrund der zeichnerischen Festlegungen ergeben sich folgende Fragen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Auf welcher Datengrundlage wurden Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche grundsätzlich festgelegt?</i> ▪ <i>Wie leitet sich hieraus der Rückgewinnbare Überschwemmungsbereich im Ortsteil Morenhoven ab?</i> ▪ <i>Warum wurde nur ein Rückgewinnbarer Überschwemmungsbereich im Gemeindegebiet festgelegt?</i> <p>In der Begründung des Regionalplanes wurde formuliert, dass die Rückgewinnbaren Überschwemmungsbereiche auf Datengrundlagen des HQ 100 basieren. Der eingezeichnete Rückgewinnbarer Überschwemmungsbereich südlich von Morenhoven ist jedoch entsprechend der Hochwasserrisikomanagementpläne NRW erst bei einem HQ 500 überschwemmt. Die Ausweisung der Fläche ist demnach nicht nachvollziehbar (gleichwohl die Gemeinde hier zusätzliche Retentionsräume - unter Beachtung der vorhandenen Kompostieranlage mit Verwaltungsgebäuden sowie einer denkmalgeschützten Burg und weiteren Wohngebäuden -, begrüßt).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die im Entwurf des Regionalplans im regionalplanerischen Maßstab in generalisierter Form als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die fachplanerisch festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete für ein 100-jährliches Hochwasser (HQ100) inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preußischer Aufnahme der Fachplanung mit dem Stand von Juni 2023 dar. Die Flächen wurden entsprechend aktualisiert.</p> <p>Die im Entwurf des Regionalplans im regionalplanerischen Maßstab in generalisierter Form als Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) festgelegten Bereiche sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Festgelegt wurden die RÜB in Absprache mit der Fachplanung. Im Bereich Morenhoven handelt es sich bei dem festgelegten RÜB um überschwemmungsgefährdete Bereiche gemäß einem HQ100 der Hochwassergefahrenkarten (gelbe Flächen) der Fachplanung. Da dieser Bereich nicht bebaut ist, aber bereits bei einem HQ100 als überschwemmungsgefährdeter Bereich gemäß Hochwassergefahrenkarten gilt, wurde dieser Bereich als RÜB entsprechend der Kriterien festgelegt.</p> <p>Dass es keine weiteren RÜB im Gemeindegebiet Swisttal gibt ist damit zu begründen, dass es keine weiteren überschwemmungsgefährdeten Bereiche gemäß einem HQ100 der Hochwassergefahrenkarten auf dem Gemeindegebiet gibt.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.</p>

1005039, Gemeinde Swisttal	
<p>Inhalt</p> <p>5.1 Verkehrsinfrastruktur</p> <p>5.1.3 Schienennetz</p> <p>G.56, Erläuterungskarte I3</p> <p><i>Hier ist ein Update der Mobilstationen durch das Mobilitätskonzept des Rhein- Sieg- Kreises (Stand 2021) umzusetzen und dem aktuellen Konzept entsprechend auch für den Ortsteil Buschhoven eine Mobilstation einzutragen (vgl. Anhang ?Feinkonzept Mobilstationen Rhein-Sieg-Kreis; Swisttal?). Für die Gemeinde Swisttal als Flächenkommune mit 10 Ortsteilen ist die Schaffung eines ÖPNV-Angebotes, welches die Bevölkerung zur Reduzierung des Individualverkehrs motiviert, eine besondere Herausforderung. Mobilstationen, die verschiedene ÖPNV-Angebote bündeln, verknüpfen und parallel durch ihre Aufenthaltsqualität überzeugen sollen, stellen dazu ein wichtiges Hilfsmittel dar. Neben Heimerzheim und Odendorf ist Buschhoven der Ortsteil mit einer nennenswerten Einzelhandels- und Dienstleistungsinfrastruktur, die mit dem bestehenden ÖPNV-Angebot erreicht werden kann. Somit sollte auch in zentraler Lage im Ortskern von Buschhoven eine Mobilstation zur weiteren Attraktivitätssteigerung des ÖPNV-Angebotes beitragen.</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I3 wird künftig entfallen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1003063.</p>

1005040, Gemeinde Swisttal	
<p>Inhalt</p> <p>5.1.4 Straßennetz</p> <p>Zeichnerischen Festlegungen, G.57, Begründung S. 172 Tabelle 22 <i>Aufnahme der zeichnerischen sowie textlichen Festlegung ?Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung? als Ortsumgehung Morenhoven</i>. Bei Realisierung der neu abgebildeten Ortsumgehung des Ortes Flerzheim (Rheinbach) ist perspektivisch mit einem enormen Anstieg des Verkehrs durch die Ortschaft Morenhoven zu rechnen. Um aus dem Industriegebiet Meckenheim die Anschlussstelle Miel zu erreichen, wird die Ortsumgehung Flerzheim und im Anschluss die Ortsdurchfahrt Morenhoven genutzt werden. Neben Berufspendlern (Köln) wird hierdurch auch vermehrt Schwerlastverkehr dieser Straßenführung folgen. Folglich wird mit der Realisierung der Ortsumgehung Flerzheim eine Ortsumgehung Morenhoven ebenfalls zwingend erforderlich. Neben der allgemeinen verkehrlichen Entlastung des Ortsteiles ist es wichtig den Schwerlastverkehr an dieser Stelle zu verhindern. Die Gemeinde Swisttal fordert hier bereits zum heutigen Verfahrensstand die zeichnerische Festlegung der Ortsumgehung Morenhoven als ?Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung?.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005040)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005040_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde.</p>

1005041, Gemeinde Swisttal	
<p>Inhalt</p> <p>Zeichnerische Festlegungen, G.57</p> <p><i>Die eingezeichnete Anschlussstelle des östlichen Siedlungsbereiches Odendorf an die B266 ist im Regionalplan als Verlängerung der bereits vorhandenen ?Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung? zeichnerisch sowie textlich in Tabelle 22 (Begründung S. 172) festzulegen. Die Lage der Bedarfsplanmaßnahme ist der folgenden Darstellung zu entnehmen.</i> Die Ortschaft Odendorf erfährt durch das Flussbett des Orbachs eine Teilung. Während die teils recht neu entwickelten Siedlungsbereiche im Westen über einen guten verkehrlichen Anschluss an die B266 (im Westen und Norden) verfügen, sind die östlich des Orbachs liegenden Wohngebiete nur unzureichend angebunden. Über kleine innerörtliche (Einbahn-)Straßen ist stets der Orbach zu überqueren. Zusätzlich werden im Rahmen der Landesinitiative ?Bauland an der Schiene? zukünftige weitere Wohnbauflächen östlich des Orbachs verortet, die bei der Neuaufstellung des Regionalplanes bereits Beachtung finden. Um eine verkehrliche Überlastung der, wie oben geschildert, ohnehin kleinen Straßen durch die Wohngebiete zu vermeiden, sowie die östlichen Siedlungsgebiete überhaupt angemessen verkehrlich zu erschließen und anzubinden, sieht die Landesinitiative eine neue Verbindungsstraße an die B266 vor. Diese ist, wie bei den neuen ASB-Flächen bereits geschehen, ebenfalls im Regionalplan zu beachten.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005041)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005041_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde.</p> <p>Es werden Hinweise gegeben, die sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen richten.</p>

1005042, Gemeinde Swisttal	
<p>Inhalt</p> <p>.3.3 Abfallbehandlung</p> <p>Zeichnerische Festlegungen, Z.44, Erläuterungskarte I1 <i>Die Entsorgungsunternehmen in der Gemeinde Swisttal in den Ortsteilen Miel und Ollheim sind sowohl textlich (inklusive der Erläuterungskarte I1) als auch zeichnerisch im Regionalplan aufzunehmen. Dabei sind beide genannten Entsorgungsunternehmen entsprechend der blau eingezeichneten Flächen (siehe nachfolgende Abbildung) als GIB für zweckgebundene Nutzung mit dem Planzeichen Abfallbehandlungsanlage festzulegen.</i> In der Gemeinde Swisttal gibt es Unternehmen, die sich mit der Entsorgung von Abfällen beschäftigen. Diesbezüglich sind insbesondere die beiden Unternehmen im nord-östlichen Bereich des Ortsteiles Ollheim sowie in der Gemarkung Miel zu nennen. Letztgenannter Betrieb ist im FNP als Versorgungsbetrieb mit Zweckbestimmung Abfall zeichnerisch dargestellt. Eine regionale Bedeutung des Betriebes ergibt sich unter anderem dadurch, dass der Standort dieses Betriebes in Swisttal die einzige Anlaufstelle des kommunalen Entsorgungsunternehmens im linksrheinischen Gebiet des Rhein-Sieg-Kreises darstellt (vgl.Internetseite RSAG / Geschäftsbericht RSAG). Die Abgrenzung der zeichnerischen Festlegung ist entsprechend des aktuellen Flächennutzungsplanes der Gemeinde vorzunehmen. Ähnlich verhält es sich mit dem Entsorgungsunternehmen in Ollheim, dessen Einzugsgebiet als eines der größten Dienstleistungsunternehmen der Region deutlich über die regionalen Grenzen hinausreicht (vgl. Internetseite Firma Hündgen). Auch wenn der Schwerpunkt der Kundenbetreuung auf den Bundesländern Nordrhein-Westfalen sowie Rheinland-Pfalz liegt, reicht diese auch über die Landesgrenzen Deutschlands hinaus. Hierbei ist eine zeichnerische Festlegung entsprechend der Rahmenplanung des Betriebes als Grundlage (siehe blaue Markierung in der nachfolgenden Darstellung) heranzuziehen. Eine regionale Bedeutung ist bei beiden Betrieben gegeben, weshalb eine Erwähnung der Entsorgungsbetriebe auch nach regionalplanerischem Maßstab erforderlich ist.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1005042)</p> <p>Anhänge Abb_ID1005042_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen werden in Teilen geändert. (s. Änderungskarte und Änderungssynopse)</p> <p>Bei dem Betriebsstandort nord-östlich der Ortslage Ollheim handelt es sich um einen vorhandenen Betriebsstandort im regionalplanerischen Freiraum, der die regionalplanerische Darstellungsschwelle erreicht. Entsprechend der Plankonzeption sind Standorte für Abfallbehandlungsanlagen ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalen Bedeutung als GIBz Abfallbehandlungsanlage zeichnerisch festgelegt, wenn sie isoliert im regionalplanerisch festgelegten Freiraum liegen. Da es sich nicht um einen neuen Siedlungsansatz i.S.v. Ziel 6.3-3 LEP NRW bzw. eine neue Abfallbehandlungslage i.S.v. Ziel 8.3-2 LEP NRW handelt, sondern um einen vorhandenen Betriebsstandort, ist die Festlegung als GIBz Abfallbehandlungsanlage auch ohne unmittelbaren Anschluss an die vorhandenen ASB oder GIB mit den landesplanerischen Vorgaben vereinbar. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIBz Abfallbehandlungsanlage folgerichtig.</p> <p>Bei dem Betriebsstandort nord-östlich der Ortslage Miel handelt es sich um einen vorhandenen Betriebsstandort im regionalplanerischen Freiraum unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit. Ein Sicherungserfordernis als GIBz Abfallbehandlungsanlage besteht demnach nicht.</p>

1005607, Gemeinde Swisttal	
<p>Inhalt</p> <p>4.7 Wasser</p> <p>4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren</p> <p>Erläuterung 7 zu Z.25, Tabelle 2</p> <p><i>Um der Steinbachtalsperre künftig vorrangig eine Hochwasserschutzfunktion zuweisen zu können (unter anderem abhängig von den Ergebnissen der Retentionsraumanalyse, die im Zusammenhang mit der Hochwasserschutzkooperation Erft derzeit erarbeitet wird) wird in Tabelle 2 bei der Steinbachtalsperre der Buchstabe H (Hochwasserschutz) ergänzt.</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Viele Stellungnahmen regen zusätzliche Talsperrenfunktionen an. Da Z.24 festlegt, dass solche Planungen und Maßnahmen im Vorranggebiet "Oberflächengewässer", zu denen auch die Talsperren und Stauanlagen gehören, ausgeschlossen sind, die mit den wasserwirtschaftlichen Funktionen nicht vereinbar sind, hat die Ergänzung der Funktionen weitreichende Folgen für die Raumnutzung. Da die Festlegung der wasserwirtschaftlichen Funktionen Sache der Fachplanung ist, wurde diese um Aktualisierung gebeten. Die Regionalplanungsbehörde hat daraufhin im Einvernehmen mit der wasserwirtschaftlichen Fachplanung entschieden, dass für bestehende Talsperren/Stauanlagen nur die Funktionen in Tab. 2 in E 7 zu Z.25 aufgenommen werden bzw. verbleiben, die im Rahmen der Betriebserlaubnis der Talsperre/Stauanlage von der Fachplanung behördlich genehmigt wurden.</p> <p>Anders als bei bestehenden Talsperren und Stauanlagen liegen für die im Entwurf des Regionalplans festgelegten Vorsorgebereiche als Standortoptionen für zukünftige Talsperren keine wasserwirtschaftlichen Betriebsgenehmigungen vor. In seinem Schreiben vom 11.08.2022 bestätigt das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, dass der im aktuell rechtskräftigen Regionalplan dargelegte funktionale Zusammenhang der Vorsorgebereiche Leppetalsperre und Steinaggertalsperre mit dem Vorsorgebereich Naafbachtalsperre weiter fort gilt. Angesichts des fortschreitenden Klimawandels wird die Wichtigkeit ihrer wasserwirtschaftlichen Funktionen bekräftigt. Daher werden in Tabelle 2 der Erläuterung 7 zu Z.25 für die Vorsorgebereiche Leppetalsperre und Steinaggertalsperre die bereits im rechtskräftigen Regionalplan festgelegten Funktionen "Niedrigwasseraufhöhung" und "Hochwasserschutz" wiederaufgenommen, die Funktion "Trinkwassergewinnung" wird ergänzt. Für die Vorsorgebereiche Naafbachtalsperre und Prether-/Platißtalsperre wird die im Entwurf des Regionalplans zugewiesene Funktion "Trinkwasserversorgung", wie sie bereits im rechtskräftigen Regionalplan festgelegt ist, beibehalten, für die Naafbachtalsperre wird die im rechtskräftigen Regionalplan festgelegte Funktion "Hochwasserschutz" ergänzt.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1016477 verwiesen sowie auf die Änderungssynopse bezüglich der Tab. 2 in Erläuterung 7 zu Ziel 25.</p>

1008092, Gemeinde Swisttal	
<p>Inhalt</p> <p><i>Es ergeben sich folgende Unklarheiten und Fragestellungen. Es wird um Aufklärung gebeten, sowie um Aufnahme in den Regionalplan:</i></p> <p><i>o Ein Bezug des vorbeugenden Hochwasserschutzes zur Starkregengefahrenhinweiskarte</i></p> <p><i>des Bundesamtes für Kartographie und</i></p> <p><i>Geodäsie fehlt.</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie ist auf dieser Ebene und nicht auf Ebene der Regionaplanung als Planungshilfe zu sehen.</p>

Inhalt

Z.27, Erläuterungskarte F10 ? F 8 *Die Festlegungen der Überschwemmungsbereiche sind auf Grundlage der Neuberechnungen nach dem Unwetter im Juli 2021 zu aktualisieren. Die Gemeinde erwartet, dass eine abschließende Entscheidung der Gemeinde erst nach Berücksichtigung der entsprechenden Einarbeitung der Neuberechnung und der damit verbundenen Festlegung von Überschwemmungsgebieten erneut zur Stellungnahme vorgelegt wird. - Es ergeben sich folgende Unklarheiten und Fragestellungen. Es wird um Aufklärung gebeten, sowie um Aufnahme in den Regionalplan:*

o Eine Berücksichtigung der Nebenflüsse der Swist (bspw. Orbach) fehlt. Auch der Orbach hat, insbesondere als Fluss, der durch die Steinbachtalsperre gespeist wird, Relevanz in Bezug auf Hochwasser. Dass hierfür keine Überschwemmungsbereiche festgelegt wurden, ist nicht nachvollziehbar. Es ist zudem erforderlich, auch den Rodderbach / Schießbach, Wallbach sowie den Eulbach mit in die Darstellung aufzunehmen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche wurden aktualisiert und stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preussischer Aufnahme der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand von Juni 2023 dar.

Der Orbach/Steinbach bzw. Rodderbach sowie der Schießbach als auch der Eulbach sind im Entwurf des Regionalplans als Fließgewässer gemäß des Ziels 24 Erläuterung 1 bereits dargestellt. Auch die Überschwemmungsbereiche (ÜB) sind für diese Gewässer festgelegt. Die im Entwurf des Regionalplans als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preussischer Aufnahme der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand von Juni 2023 dar. Aufgrund des Maßstabs des Regionalplans von 1:50.000 und der eher kleinen ÜB dieser Gewässer liegen diese zum großen Teil unterhalb der Maßstäblichkeit und sind entsprechend nicht erkennbar. Für die konkrete Abgrenzung kann auf die Karten der Überschwemmungsgebiete der Fachplanung verwiesen werden.

Der Wallbach ist ebenfalls bereits im Entwurf des Regionalplans als Fließgewässer gemäß des Ziels 24 Erläuterung 1 dargestellt. Überschwemmungsbereiche der Fachplanung liegen jedoch keine vor, weshalb auch keine Darstellung erfolgen kann.

Auch in die Erläuterungskarten F8 und F10 werden die Daten der Fachplanung mit Stand von Juni 2023 aktualisiert.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrekturen ID 1026247, ID 1026297 und ID 1026298 verwiesen.

1008094, Gemeinde Swisttal	
<p>Inhalt</p> <p>4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz</p> <p>Z.27, Erläuterungskarte F10 ? F 8 <i>Die Festlegungen der Überschwemmungsbereiche sind auf Grundlage der Neuberechnungen nach dem Unwetter im Juli 2021 zu aktualisieren. Die Gemeinde erwartet, dass eine abschließende Entscheidung der Gemeinde erst nach Berücksichtigung der entsprechenden Einarbeitung der Neuberechnung und der damit verbundenen Festlegung von Überschwemmungsgebieten erneut zur Stellungnahme vorgelegt wird. - Es ergeben sich folgende Unklarheiten und Fragestellungen. Es wird um Aufklärung gebeten, sowie um Aufnahme in den Regionalplan:</i></p> <p><i>o Berechnungen der Überschwemmungsbereiche etc. scheinen auf der Grundlage alter Daten vorgenommen worden zu sein. Dies ist zu aktualisieren.</i></p> <p>Insbesondere aufgrund der Ereignisse im Juli 2021 werden die bestehenden Daten aktualisiert. Die Erkenntnisse durch die Flut sind nach kritischer Prüfung der Neuberechnungen durch die Kommunen und den Rhein-Sieg-Kreis als Festlegungen im Regionalplan zu übernehmen. Die jetzigen Festlegungen entsprechen wahrscheinlich nicht dem aktuellen Sachverhalt und sind dadurch als Datengrundlage nicht tragbar. Hierzu ist eine 2D-Simulation erforderlich.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche wurden aktualisiert und stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preussischer Aufnahme der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand von Juni 2023 dar. Auch die Erläuterungskarten F8 und F10 wurden an die Daten der Fachplanung angepasst, welche im Juni 2023 vorlagen.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrekturen ID 1026247, ID 1026297 und ID 1026298 verwiesen.</p>

AZ: BET_169000_1

Stadt Troisdorf

1004796, Stadt Troisdorf

Inhalt

1. Bereich Spicher Seen, Erweiterungsflächen Zündorfer Weg, ergänzende Darstellung als Ansiedlungsbereich für Gewerbe und Industrie

Bereits zur Stellungnahme zum Plankonzept im Juni 2020 hat die Stadt Troisdorf eine ergänzende Festlegung der Erweiterungsfläche für das Basamentwerk Böcke als GIB angeregt. An dieser Anregung hält die Stadt Troisdorf aus den gleichen und im folgendem beschriebenen Gründen fest. Die Stadt Troisdorf ist Eigentümerin einer ca. 4 ha großen Fläche an der Ranzeler Straße rückwärtig der Basamentwerke Böcke am Zündorfer Weg. Bei dieser Fläche handelt es sich um eine ehemalige Kiesgrube, die von ca. 1961 bis 1975 als Hausmüllkippe genutzt wurde. Nach Abschluss der Verkipfung wurden dort Gießereisande aufgebracht auf denen sich Ruderalfluren und Gebüsche eingestellt haben, die teilweise auch den Charakter von Sukzessionswald angenommen haben. Die Fläche liegt in der Altlastenüberwachung der Stadt Troisdorf. Bereits seit 1997 äußert die Basamentwerke Böcke GmbH ihr Interesse, auf der Fläche Betonsteine aus seiner Produktion zu lagern. Der Geschäftsführer, Herr Dr. Böcke, hat das bestehende betriebliche Interesse bestätigt. Im Zuge der Umwandlung als Lagerfläche ist die Altlast ggf. zusätzlich zu sichern. Die Stadt Troisdorf sieht in der Maßnahme die Möglichkeit, den betrieblichen Interessen des seit Jahrzehnten in Troisdorf-Spich bestehenden Werkes entgegen zu kommen. Bisher standen der Maßnahme die zeichnerischen Ziele des Regionalplanes entgegen sowie das dort festgesetzte Landschaftsschutzgebiet. Im Rahmen der Erstellung des Gewerbeflächenkonzeptes für den Rhein-Sieg-Kreis wurde die Fläche auf ihre Eignung als Gewerbe- und Industriefläche fachgutachterlich geprüft und eine Entlassung aus dem Landschaftsschutz befürwortet. Im Vorentwurf zur Neuaufstellung des Landschaftsplanes Nr. 7 des Rhein-Sieg-Kreises, den der Kreistag am 12.12.2019 beschlossen hat, ist für die Erweiterungsfläche kein Landschaftsschutzgebiet mehr vorgesehen.

(Abbildung Stn-ID 1004796)

Im Ergebnis der Prüfung ist aufgrund der Vorbelastung des Raumes durch gewerbliche Nutzungen und großer Abstände zur nächstgelegenen Wohnbebauung eine Eignung als Industriefläche festgestellt worden, für die noch mehr als für Gewerbeflächen ein besonderer Bedarf besteht. Im Zuge der Bearbeitung des Gewerbeflächenkonzeptes und einer vertiefenden Umweltbewertung unter Berücksichtigung der langfristigen naturschutzfachlichen Entwicklungsziele für den Bereich der Spicher Seen (Entwicklung wesentlicher Teile zu einem Naturschutzgebiet) wurde die ursprüngliche gewerbliche

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände und Umweltauswirkungen entgegen. Aufgrund der ökologischen Wertigkeit der in Rede stehenden Fläche stellt der aktuelle Ökologische Fachbeitrag der LANUV hier eine Biotopverbundfläche der Stufe 1 mit herausragender Bedeutung fest, d.h. hier ist eine Naturschutzwürdigkeit festzumachen. Im Rahmen der hier bereits erfolgten FNP Änderung d.h. G - Darstellung ist gemeinsam mit der unteren Naturschutzbehörde ein Kompromiss erarbeitet worden, der sich in der aktuellen Abgrenzung wiederfindet. Diese rechtskräftige Bauflächendarstellung aus dem FNP ist die Grundlage für die Festlegung im vorliegenden Regionalplanentwurf.

Die hier vorgebrachte zeichnerische Änderung im Regionalplanentwurf ist mit ca. 1 ha nicht darstellungsrelevant d.h. kaum erkennbar. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Erweiterungsfläche von 3,2 ha auf 1,4 ha reduziert. In dieser Größe wurde die Fläche auch im Grünordnungskonzept NSG Spicher Seen abgegrenzt, das in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde bisher die naturschutzfachliche Grundlage für eine verträgliche Berücksichtigung möglichst aller Raumansprüche war.

(Abbildung Stn-ID 1004796)

Es besteht ein erheblicher Bedarf an Gewerbefläche in Troisdorf, der von der Bezirksregierung im Regionalplanentwurf mit 110 ha ermittelt wurde und im Stadtgebiet zu ~ 83 % nicht gedeckt werden kann. Das Gewerbeflächenkonzept für den Rhein-Sieg-Kreis und für die Region Bonn/Rhein-Sieg empfiehlt, die ermittelten geeigneten Flächen zu aktivieren. Die Stadt Troisdorf ist hier als Eigentümerin der Fläche unmittelbar in der Lage, die Fläche zu mobilisieren. Von daher ist es aus Sicht der Stadt Troisdorf zwar begrüßenswert, dass die vorhandenen und im Flächennutzungsplan dargestellten industriell-gewerblichen Bauflächen am Zündorfer Weg nun im Entwurf als GIB ihren Niederschlag gefunden haben. Damit ist insbesondere die Verfüllung des Krötenweihers mit der planungsrechtlichen Ausweisung eines Industriegebietes nachvollzogen worden auf Grundlage des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen der ARGE Spich und dem Rhein-Sieg-Kreis zur Beendigung des seinerzeitigen Klageverfahrens. Unverständlich ist allerdings, warum die Erweiterungsfläche für die Fa. Böcke, eine der wenigen noch in Troisdorf entwickelbaren Flächen aus dem Gewerbeflächenkonzept, in der Abgrenzung deutlich erkennbar nicht berücksichtigt worden ist. Diese Fläche ist Teil des Gewerbeflächenkonzeptes des Rhein-Sieg-Kreises und des erweiterten regionalen Gewerbeflächenkonzeptes für die Bundesstadt Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis. Sie ist regional abgestimmt und erfüllt die Eignungskriterien des Fachkonzeptes. Aufgrund der positiven städtebaulichen und umweltfachlichen Begutachtung bittet die Stadt Troisdorf noch einmal darum, die Fläche bei der Erarbeitung des Planentwurfes zeichnerisch erkennbar als GIB in die Überarbeitung des Regionalplanes aufzunehmen. Die umweltfachliche Beurteilung ist im nachstehenden Auszug aus dem Steckbrief der Fläche noch einmal zusammengefasst:

(Abbildung Stn-ID 1004796)

Zur Berücksichtigung der Fläche regt die Stadt Troisdorf eine Darstellungsweise an, die beim Vollzug keine strittige Auslegung zulässt. Daher sollte die Darstellung im Entwurf, die sich ganz am bestehenden Betriebsgelände der Fa. Böcke orientiert, durch eine erkennbar erweiterte Darstellung ersetzt werden, auch wenn die Erweiterungsfläche selbst unterhalb der Darstellungsschwelle von 10 ha nach § 35 LPIG DVO liegt. Nachstehend ist die angeregte modifizierte Abgrenzung des GIB dargestellt:

(Abbildung Stn-ID 1004796)

Anhänge

Gibt es neue naturschutzfachliche Erkenntnisse zu der in Rede stehenden Fläche, kann in Zusammenarbeit mit der unteren Naturschutzbehörde eine kleinteilige Änderung der FNP Darstellung am Rande des GIB (Entwurf) im Rahmen einer § 34 LPIG Anfrage geprüft werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW einschl. der Ausnahmen). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Abb_ID_1004796_1.pdf Abb_ID_1004796_2.pdf Abb_ID_1004796_3.pdf Abb_ID_1004796_4.pdf	
--	--

1004797, Stadt Troisdorf

Inhalt

2. Bereich Camp Spich, gewerbliche Umnutzung vorbelasteter Flächen

Es wird mit Bezug auf das zweite Kommunalgespräch am 29.10.2019, unsere Stellungnahme zum Plankonzept vom 09.06.2020 und dem dritten Kommunalgespräch vom 04.05.2022 angeregt, den Bereich des ehemaligen Tanklagers, der Deponie und der ehemaligen Kaserne der belgischen Streitkräfte als GIB festzulegen. Auf diesen stark vorbelasteten Flächen soll ? nach Sanierung ? eine bauliche Nutzung sowie eine Anbindung des Camp Spichs nach Norden an das übergeordnete Rad- und Fußwegenetz der Stadt Köln ermöglicht werden. Die Tanklagerfläche beeinträchtigt das Grundwasser, sodass eine Grundwasserüberwachung erforderlich ist. Aufgrund der Vorbelastung und der militärischen Vornutzung würde keine Freifläche neu in Anspruch genommen werden. Sie liegt außerhalb von Biotopverbundflächen und stellt auch keine Fläche von herausragender Bedeutung dar. Im Randbereich befindet sich ein gesetzlich geschütztes § 42er-Biotop (Silikattrockenrasen), dessen Schutz bei der Bauleitplanung vollumfänglich gewährleistet werden kann. Die gesamte Fläche liegt bereits heute im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Sp 172. Dort festgesetzte Ausgleichsmaßnahmen (Aufforstungen) sind noch nicht umgesetzt und können verlagert werden. Teile des Naturschutzgebietes SU-003 (Wahner Heide) sind mit Aufstellung des Bebauungsplanes zur Konvertierung des ehemaligen Kasernengeländes außer Kraft getreten. Beeinträchtigungen des FFH-Gebietes durch die Konversionsmaßnahme konnten ausgeschlossen werden. Durch die ergänzende Konvertierung des Geländes seitens des im Camp Spich tätigen Investors sind ebenfalls keine erheblichen Beeinträchtigungen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck des FFH-Gebietes zu erwarten, sodass von einer Verträglichkeit auszugehen ist. Mit der Maßnahme kann das Ziel des Bebauungsplanes, das Camp Spich auch nach Norden an das übergeordnete Rad- und Fußwegenetz anzubinden, verwirklicht werden. Einzelheiten der Planung sind im Rahmen der Bauleitplanung weiter abzustimmen.

(Abbildung Stn-ID 1004797)

Die Stadt Troisdorf regt zudem an, die im Regionalplan festgelegte zweckgebundene Nutzung für Militär in diesem Bereich zurückzunehmen, da in diesem Bereich faktisch keine militärischen Einrichtungen vorhanden sind und aufgrund der Nähe zu Gewerbe-, Deponie und Siedlungsbereiche auch nicht eingerichtet werden können. Militärische Einrichtungen und Nutzungen wie Schießplätze oder ähnliches befinden sich in rd. 450m Entfernung in östlicher Richtung. Nachstehend ist die angeregte geänderte Abgrenzung des GIB sowie der festgelegten zweckgebundenen Nutzung Militär abgebildet:

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB stehen Raumwiderstände und Umweltauswirkungen entgegen. Der Ökologische Fachbeitrag der LANUV bestätigt hier eine Biotopverbundfläche der 1. Stufe d.h. von herausragender Bedeutung. Der Landschaftsplan Nr. 15 Wahnerheide setzt hier ein Naturschutzgebiet fest. Die Festlegung eines BSN in diesem Bereich ist folgerichtig, eine bauliche Nutzung entspricht weder den naturschutzrechtlichen Vorgaben noch den raumordnerischen Zielen.

Der weiteren Anregung zur Streichung der militärischen Zweckbindung des in Rede stehenden Freiraums kann ebenfalls nicht entsprochen werden. Eine offizielle Rückgabe der betroffenen militärischen Liegenschaft durch die Standortverwaltung bzw. der BiMa ist hier nicht bekannt.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Anhänge[Abb_ID_1004797_1.pdf](#)[Abb_ID_1004797_2.pdf](#)

1004798, Stadt Troisdorf	
<p>Inhalt</p> <p>3. Bereich Rotter See und Haus Rott, Berücksichtigung der Bebauung im Bestand als allgemeiner Siedlungsbereich</p> <p>Die Bebauung rund um das denkmalgeschützte Haus Rott, mit sich in Sanierung und Umnutzung befindlichem ehemaligem Reiterhof, Tennishalle, Neubauten und neuer Reitanlage stellt eine Bebauung von einigem Gewicht dar und schließt unmittelbar an das Gewerbegebiet Junkersring an. Die Stadt Troisdorf regt, wie im dritten Kommunalgespräch besprochen daher an, den Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) so zu erweitern, dass er das denkmalgeschützte Haus Rott einschließt. Im geltenden Regionalplan von 2003 ist zwischen Nordufer des Rotter Sees und Uckendorfer Straße ein ASB dargestellt. Der Planentwurf sieht nun jedoch einen regionalen Grünzug vor. Durch die Errichtung der Eissporthalle und den Bau einer Kindertagesstätte wurde die Siedlungsentwicklung in diesem Bereich vollzogen. Derzeit befindet sich ein Bebauungsplan zur Erweiterung der Eissporthalle S91_BL8a_Ae3 in Aufstellung. Die Stadt Troisdorf regt daher an, im Planentwurf zur alten ASB-Festlegung des geltenden Regionalplans zurückzukehren und diesen wieder bis zur Eissporthalle heranzuführen. Die Festlegung regionaler Grünzug ist aufgrund der baulichen Vorprägung und Erweiterungsabsichten aus Sicht der Stadt Troisdorf nicht zielführend.</p> <p>(Abbildung Stn-ID1004798)</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004798_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB/ im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt**4. Bereich Eschmar, Präzisierung der Abgrenzung der Entwicklungsflächen am westlichen Ortseingang**

In diesem Bereich hat die Stadt Troisdorf bereits eine Stellungnahme zum Plankonzept abgegeben. Diese wird nun im förmlichen Verfahren erneuert. Am westlichen Ortseingang von Eschmar tangiert der ASB nach dem Entwurf der Überarbeitung des Regionalplanes die L 332n. Diese Darstellung ist aus dem geltenden Regionalplan 2003 so übernommen. In der starken Vergrößerung zeigt sich, dass der ASB noch an den Verlauf der zwischenzeitlich in diesem Bereich fertiggestellten Straße angepasst werden muss. In Anbetracht der Tatsache, dass auf der Ostseite inzwischen ein Lärmschutzwall angelegt wurde und am Fuß vor dem Wall ein Grünstreifen verläuft, der Artenschutzfunktionen übernimmt, wird angeregt, diesen Grünsaum auch in den Regionalplan zu übernehmen und die ASB-Fläche hier geringfügig abzusetzen. Der Grünsaum verbreitert sich dann weiter südlich und geht in die Biotopvernetzungsflächen über. Im Entwurf der Überarbeitung des Regionalplanes wurde gegenüber der z.Z. geltenden Darstellung auf Anregung der Stadt Troisdorf bereits eine Arrondierungsfläche des Siedlungsbereiches südlich der Rheinstraße und westlich der Kleinbahnstrecke in Fortsetzung des bisherigen ASB im Ansatz berücksichtigt. Allerdings ist diese Erweiterung so gering ausgefallen, dass fraglich ist, inwieweit im Rahmen späterer Auslegung mit dieser Festlegung überhaupt eine bauliche Inanspruchnahme möglich ist. Da sich hier nach dem Plankonzept der Regionalplanüberarbeitung Siedlungsbereich und Biotopvernetzungsflächen berühren bzw. teilweise schon überschneiden, erscheint eine der Planschärfe des Regionalplanes angemessene, aber hinreichend präzise Konkretisierung unerlässlich. Um beiderseits der Rheinstraße eine arrondierende bauliche Entwicklung noch zu ermöglichen, reicht die bisherige Festlegung südlich der Rheinstraße, die einer Dreiecksfläche entspricht, nicht aus. Vorgeschlagen wird eine maßvolle Ausrundung unter weitgehender Berücksichtigung des Biotopkorridors, der hier innerhalb und außerhalb der vorgeschlagenen ASB-Abgrenzung durch Ausgleichsmaßnahmen aufgewertet werden kann. Negative Auswirkungen auf die lokale Steinkauzpopulation sind im Rahmen der Siedlungsentwicklung zu vermeiden und eine Verträglichkeit ist auf Ebene der Bauleitplanung durch gutachterliche Prüfung zu belegen. Gegenüber den ASB-Flächen im geltenden Regionalplan wird in diesem Bereich ein Flächentausch vorgeschlagen, wo sich Zu- und Abgang von Flächen im unmittelbaren räumlich-funktionalen Zusammenhang des Biotopkorridors ausgleichen. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass die ASB-Abgrenzung zwischen Kleinbahn und Bergheimer Straße in ihrem schrägen Verlauf bereits nicht mehr der Wohnbauflächenabgrenzung im wirksamen Flächennutzungsplan entspricht. Hinter dieser landesplanerisch abgestimmten Linie, die auf das Einzelhaus im Außenbereich zuläuft, sollte der Planentwurf im Interesse der planerischen Kontinuität nicht zurückbleiben.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Nachstehend sind die angeregte Präzisierung der ASB-Abgrenzung im Bereich des westlichen Orteingangs von Eschmar sowie die angesprochenen Tauschflächen dargestellt:

(Abbildung Stn-ID 1004799)

Anhänge

[Abb_ID_1004799_1.pdf](#)

Inhalt

5. Bereich Friedrich-Wilhelms-Hütte Roncallistraße / Fritz-Erler-Straße, bedarfs- und zielgruppengerechte Arrondierung des Siedlungsbereiches für den Wohnungsbau

Der Antrag der Stadt Troisdorf auf Änderung des Regionalplanes vom 10.02.2016 umfasste auch die Flächen beiderseits der Roncallistraße auf der Ostseite der A 59. Die städtische Entwicklungsgesellschaft Tropark hat hier, als Eigentümer, den Auftrag, dringend benötigte Wohnbauflächen zur Umsetzung der stadtentwicklungspolitischen Ziele zu entwickeln. Im zweiten Regionalgespräch am 29.10.2019 kam es zur Verständigung über die Flächen nördlich der Roncallistraße. Unter Hinweis auf das in diesem Gespräch vorgestellte neue lokalklimatische Gutachten hatte die Stadt Troisdorf die Erwartung geäußert, dass sich die Bedenken gegen die Flächenentwicklung insgesamt ausräumen lassen. Im Plankonzept wurden Teile der diskutierten Flächen als ASB festgelegt. Die Flächen südlich der Roncallistraße wurden jedoch nicht übernommen, weshalb die Stadt Troisdorf in ihrer Stellungnahme um die Festlegung dieser Flächen als ASB bat. Durch die Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 haben sich die Prioritäten zum Hochwasserschutz in der Planung nochmals verschoben. Im Entwurf des Regionalplans wurden daher alle ASBPotenzialflächen, die bei einem extremen Hochwasserereignis HQ-Extrem überflutet werden, zurückgenommen. Bezogen auf die vorliegende Fläche sind rund 8 ha ASB-Fläche zurückgenommen worden. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Troisdorf den errechneten Bedarf von 207 ha ASB-Fläche zu mehr als 50 % nicht decken kann, regt die Stadt Troisdorf an, zur Festlegung des Plankonzeptes zurück zu kehren und die Flächen oberhalb der Roncalli-Straße (K29) trotz Lage im HQ-Extrem als ASB aufzunehmen. Im Rahmen der Bauleitplanung können hier Maßnahmen zum vorbeugenden Hochwasserschutz u.a. gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 16 c und d BauGB festgesetzt werden. Die Flächen südlich der Roncallistraße würden dann, wie im Plankonzept 2020 festgelegt im Wesentlichen nicht mehr Teil des allgemeinen Siedlungsbereichs werden. Im Hinblick auf die Bundesverordnung für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz vom 19. 08.2021 erscheint es verständlich, eine weitere bauliche Entwicklung westlich der A 59 und südlich der Siedlungsbereiche von Sieglar nicht weiter zu forcieren, um dem Hochwasserschutz ausreichend Rechnung zu tragen und die Möglichkeiten zur Rückgewinnung von Überschwemmungsbereichen zu erhalten. Östlich der A 59 ist eine Rückgewinnung gemäß der Erläuterungskarte F10 nicht möglich. Bezugnehmend auf das Ziel I.1.1 des Raumordnungsplans des Bundes ist bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen einschließlich der Siedlungsentwicklung eine risikobasierte Einzelfallabwägung geboten, die neben der Eintrittswahrscheinlichkeit eines Hochwasserereignisses auch seine räumlichen und zeitlichen Ausmaße sowie die Wassertiefe und die Fließgeschwindigkeiten berücksichtigt. Ferner sind die unterschiedlichen Empfindlichkeiten und Schutzwürdigkeiten der einzelnen Raumnutzungen und Raumfunktionen in die Prüfung von Hochwasserrisiken

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände und Umweltauswirkungen des Klima- und Hochwasserschutzes entgegen. Die angesprochene Fläche hat einen hohen lokalklimatischen Wert und ebenfalls Bedeutung für die siedlungsnaher Erholung. Da die Stadt Troisdorf nach wie vor einen hohen noch nicht planerischen gesicherten Bedarf an Wohnbauflächen hat und im Stadtgebiet sehr wenig Potenzialflächen vorzufinden sind hat sich die Regionalplanungsbehörde mit der Stadt Troisdorf darauf verständigt zunächst einmal die Fläche nördlich der Roncallistr. in den ASB zu integrieren.

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 LEP NRW "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.

Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der

einzu beziehen. Der Bund verzichtet demnach auf ein pauschales Entwicklungsverbot, sondern erwartet eine jeweils detaillierte Einzelfallprüfung und folgt somit der bisherigen Planungspraxis nach § 76 und § 78b WHG und BauGB. Denn auch nach Wasserhaushaltsgesetz besteht nur in festgelegten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten ein Planungsverbot. Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten (u.a. auch HQextrem) sind der bauleitplanerischen Abwägung zugänglich und im jeweiligen Einzelfall zu prüfen. Dieses Vorgehen wird auch durch Erlass des MHKBG NRW ?Baurechtliche Handlungsanleitung zum Wiederaufbau an derselben Stelle sowie zur Hochwasservorsorge und zum Hochwasserschutz? vom November 2021 bestätigt. Aufgrund der hohen Nutzungskonkurrenzen entlang der Rheinschiene müsste, aus sich der Stadt Troisdorf, jede potenzielle Siedlungserweiterungsfläche in HQ-Extrem-Lage einer solchen Einzelfallüberprüfung unterzogen werden, da in vielen Städten und Gemeinde der Wohnungs- und Gewerbeflächenbedarf nicht gedeckt werden kann. Dieser immense Prüfaufwand kann nicht im Rahmen des Regionalplanverfahrens geleistet werden, sondern muss auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung durchgeführt werden. Ein pauschaler Ausschluss aller Potenzialflächen die bei HQ-Extrem überflutet werden stellt aus Sicht der Stadt Troisdorf ein Abwägungsfehler dar. Angesichts der deutlichen Bedarfsunterdeckung ist ein Wohnungsbaustandort in nur 1.200 m Entfernung vom SPNV-Haltpunkt Friedrich-Wilhelms-Hütte, der über die fahrrad-freundliche Roncallistraße oder mit dort regelmäßig verkehrenden Linienbusverbindung 506 (Fahrzeit 9 min) erreicht werden kann, ein essentieller Bestandteil der künftigen Siedlungsentwicklung in Troisdorf. Die Stadt Troisdorf regt daher an, zur alten ASB-Festlegung aus dem Plankonzept zurückzukehren und den Bereich oberhalb der Roncallistraße, wie nachfolgend abgegrenzt, als ASB festzulegen. Eine Entwicklung der Flächen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung erfolgt nur unter Berücksichtigung der Belange des Hochwasserschutzes gem. §1 Abs.6 Nr.12 BauGB. Im Sinne einer hinreichend eindeutig bestimmten Abgrenzung des ASB wird die nachfolgende geänderte Darstellung angeregt:

(Abbildung Stn-ID 1004800)

Anhänge

[Abb_ID_1004800_1.pdf](#)

kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.

1004801, Stadt Troisdorf	
<p>Inhalt</p> <p>6. Bereich südlich von Kriegsdorf, Erweiterung des ASB</p> <p>Durch das Antwortschreiben von Herrn Deppe wurde die Stadt Troisdorf, wie viele andere Städte und Gemeinden entlang der Rheinschiene, dazu ermutigt, weitere Siedlungserweiterungspotenziale in das Regionalplanverfahren einzubringen. Nach intensiver fachlicher Prüfung schlägt die Stadt Troisdorf eine ASB-Erweiterung im südlichen Teil des Ortsteils Kriegsdorf vor: Die ASB Festlegung im Süden von Kriegsdorf endet bislang an Spiel- und Sportplatz sowie an der letzten Baureihe des Ortsteils in der Straße Falkenweg. Der Siedlungsrand wird in diesem Bereich von einer Hochspannungsleitung KV 220 gerahmt, die von der Bebauung freizuhalten ist. Da die im Regionalplanentwurf bestehende Potenzialfläche südwestlich der Ortslage von Kriegsdorf Platz für mind. 200 Wohneinheiten bietet, ist ein Ausbau des Habichtswegs, südlich der Ortslage von Kriegsdorf, als Anschluss an die K 28 zielführend. Die bestehenden ASBPotenzialflächen müssten sonst über das bestehende Straßennetz angebunden werden, was zu einer Überlastung des vorhandenen Straßennetzes führen könnte. Der Verlauf der neuen Straße könnte von der K28 kommend südlich am Festplatz und der bisherigen Ortslage vorbei und dann parallel zum Amselweg erfolgen. Im Sinne einer flächeneffizienten Siedlungsentwicklung soll die neue Verbindungsstraße zu Abrundung der Ortslage beidseitig bebaubar sein. Die Erweiterungsflächen könnten so für die Nutzung und Förderung von Vereinstätigkeiten ausgebaut werden. Durch die vorhandenen Sport- und Spielplätze ist eine sinnvolle Bündelung mit neuer Verkehrserschließung möglich. Im Hinblick auf die großen ASBPotenzialflächen im Regionalplanentwurf ist der Ausbau der sozialen Infrastruktur sinnvoll. Im dritten Kommunalgespräch am 04.05.2022 hat die Stadt Troisdorf einen neuen Standort für das notwendige Feuerwehrgerätehaus, direkt an der L332n gelegen, vorgestellt. Dieser Standort liegt mitten im bestehenden regionalen Grünzug, sodass die Regionalplanungsbehörde Bedenken geäußert hat. Aus diesem Grund sucht die Stadt Troisdorf nach raumverträglichen Lösungen, die die Funktion des regionalen Grünzugs nicht beeinträchtigen. Eine raumverträgliche Standortalternative befindet sich im angeregten Bereich zur ASB Erweiterung. Die Stadt Troisdorf regt zur südlichen Abrundung der Ortslage Kriegsdorf die Erweiterung des ASB, wie nachfolgend dargestellt, an.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004801)</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004801_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB/im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

7. Festlegung einer Trasse für eine neue Güteranschlussbahn zwischen dem Trimodalen Containerterminal im Industriegebiet Niederkassel-Lülsdorf und dem DB-Stammgleis in Köln-Wahn als Ersatz für die RSVG Kleinbahnstrecke durch Troisdorf

Die bestehende Kleinbahnstrecke, die das trimodale Containerterminal im Hafen von Niederkassel-Lülsdorf mit dem DB-Stammgleis am Troisdorfer Bahnhof verbindet, führt über weite Strecken durch das Hauptsiedlungsgebiet der Stadt Troisdorf auf der Südostseite der A59. Unmittelbar betroffen sind die Ortsteile Sieglar, Eschmar, Müllekoven und Bergheim. Im Ortskern von Troisdorf-Sieglar erfolgt die Durchfahrt nur durch Pfofen gesichert über die stark befahrene Pastor-Böhm-Straße ohne Abgrenzung innerhalb des Straßenkörpers. Im Übrigen verläuft die Strecke mitten durch Wohngebiete und am Sieglarer Krankenhaus vorbei. Die Stadt Troisdorf ist langfristig nicht bereit, steigende Transportkapazitäten auf der bestehenden Strecke im Zuge der industriellen und verkehrlichen Entwicklung in Niederkassel-Lülsdorf hinzunehmen. Die zukünftige höhere Streckenauslastung wird mit der beiderseits unmittelbar angrenzenden Wohnnutzung als ebenso unvereinbar angesehen, wie das besondere Unfallrisiko, das für die Bevölkerung von den häufigen Gefahrguttransporten ausgeht. Eine leistungsfähige, zukunftsorientierte Schienenanbindung ist daher nur auf einer neuen, von Wohnlagen entfernten Trasse vertretbar. Die Stadt Troisdorf favorisiert deshalb eine Umnutzung der Kleinbahntrasse in einen Radschnellweg als Rückgrat des Radverkehrsnetzes für die entlang der Kleinbahn aufgereihten Ortsteile, die eine zusammenhängende Siedlungsachse bilden. Die Maßnahme ist Kernprojekt des zukunftsorientierten Nahmobilitätskonzeptes der Stadt Troisdorf und entspricht dem im Regionalplanentwurf verfassten Grundsatz G52. Im Hinblick auf die gestiegene Bedeutung des Radverkehrs in der Verkehrsplanung und Stadtentwicklung bringt die Stadt Troisdorf das Projekt mit entsprechendem Gewicht auch in den regionalplanerischen Kontext ein. Gemeinsam mit dem Rhein-Sieg-Kreis, der Stadt Niederkassel und der Firma Evonik hat die Stadt Troisdorf nachfolgende gemeinsame Position im Regionalplanverfahren abgestimmt, die auf die Notwendigkeit der Güteranschlussbahn verweisen:

Die Fa. Evonik, die Städte Niederkassel und Troisdorf sowie der Rhein-Sieg-Kreis bitten darum, im Regionalplan eine neue Eisenbahnverbindung vom Industriestandort Lülsdorf zur Rechten Rheinstrecke der DB AG planerisch zu sichern. Ziel ist die Herstellung einer leistungsfähigeren Anbindung zur dauerhaften Sicherstellung und Bedeutungssteigerung des Schienengüterverkehrs im Zusammenhang mit geplanten strukturellen Maßnahmen am Standort (trimodale Verknüpfung etc.). Eine raumverträgliche Entwicklung des Industriestandortes in Niederkassel-Lülsdorf verlangt eine Neutrassierung des Güteranschlussgleises auf direktem Wege. Für die Güteranschlussbahn wurde von den o.g. Antragsstellern unter Einbindung der RSVG

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.

als Eisenbahninfrastrukturunternehmen eine Machbarkeitsstudie beauftragt, die 2019 vorgelegt worden ist. Die Güteranschlussbahn soll danach vom Evonik-Gelände (bestehende Gleisanlagen parallel zur Feldmühlestraße) zunächst gebündelt mit der L82/L269 in östliche Richtung geführt werden. Zwischen der Stadtgrenze Niederkassel/Köln und dem geplanten Anschluss an die Strecke der DB in Höhe Bahnhof Porz-Wahn steht die Trassenführung noch nicht fest, da eine Bündelung mit der geplanten A553/Rheinspange geprüft werden soll, deren Linienbestimmungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Dieses Vorgehen entspricht dem Grundsatz G 55 zur Festlegung für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen. Der Regionalplan ist das geeignete Instrument, um die Raumansprüche langfristig für die Zukunft in diesem Bereich zu ordnen, gerade auch im Verhältnis zum Bundesverkehrswegeprojekt A 553 (Rheinspange). Die Städte Niederkassel und Troisdorf sowie der Rhein-Sieg-Kreis regen daher an, auf Grundlage der vorliegenden Machbarkeitsstudie (Machbarkeitsstudie Stadtbahn-Niederkassel/Troisdorf-Köln, Güteranschlussbahn Köln-Wahn-Niederkassel-Lülsdorf, Vössing Ingenieurgesellschaft 2019 im Auftrag des Rhein-Sieg-Kreises) eine Festlegung zur Sicherung des Raumanspruchs für die Güteranschlussbahn zu treffen. In Analogie zur Trassensicherung der A553 und dem Grundsatz G 55 folgend, regen die Beteiligten an, die Güteranschlussbahn als Vorbehaltsgebiet festzulegen, um diese im weiteren Planungsverlauf mit der A553 im Wege der Bündelung von Infrastrukturen gem. LEP NRW berücksichtigen zu können.

(Abbildung Stn-ID 1004802)

Anhänge

[Abb_ID_1004802_1.pdf](#)

1004803, Stadt Troisdorf	
<p>Inhalt</p> <p>8. Aufnahme des Stadtteils Spich in den zentralörtlichen ASB gemäß Erläuterungskarte S1 zASB</p> <p>Der Stadtteil Spich ist gem. Einzelhandelskonzept das einzige Nebenzentrum und übernimmt daher neben dem Hauptzentrum eine wichtige Versorgungsfunktion. Zudem sprechen die verkehrliche Anbindung (S-Bahnanschluss) und die städtebauliche Dichte in Spich für einen zentralörtlichen ASB. Gerade im Verhältnis zur Beurteilung der Stadtteile in Niederkassel erscheint eine Anpassung geboten. Daher regt die Stadt Troisdorf an, Spich als zentralörtlichen ASB (zASB) darzustellen.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004803)</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004803_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen. Die zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche (zASB) werden nach einer einheitlichen Methode gemäß der Begründung zur Grundsatzfestlegung <i>Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten</i> in Abstimmung mit den Kommunen bestimmt und in einer Erläuterungskarte dargestellt. Aufgrund der vorhandenen Infrastrukturausstattung sowie ortsspezifischer Erfordernisse wie z. B. siedlungsstruktureller Restriktionen oder kommunaler Entwicklungsabsichten wird die Erläuterungskarte für den zASB in Troisdorf-Spich angepasst.</p>

1004804, Stadt Troisdorf

Inhalt

9. Ergänzung zum Grundsatz G 52 ?flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln

Die Bedeutung des Radverkehrs nimmt auch bei den Pendlerbewegungen zu. Dies gilt insbesondere für verdichtete Metropolregionen wie die Region Köln-Bonn. Im Hinblick auf die steigende Akzeptanz von E-Bikes o.ä. können zudem immer größere Distanzen und Arbeitswege bequem mit dem Rad zurückgelegt werden. Die Stadt Troisdorf regt daher an, die Anforderungen an den Pendelverkehr explizit im textlichen Grundsatz G 52: ?flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln? zu benennen und zu berücksichtigen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Anregung wird nicht gefolgt. Der Grundsatz G.52 *Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln* trifft grundsätzliche Aussagen zum Alltagsverkehr, der auch den Pendelverkehr umfasst. Einer gesonderten Behandlung dieses Verkehrsbereichs bedarf es somit nicht.

1004805, Stadt Troisdorf	
<p>Inhalt</p> <p>10. Aktualisierung der Erläuterungskarte I3 Mobilstationen</p> <p>Die in der Erläuterungskarte ?I3_Mobilstationen? dargestellten 6 Mobilstationen in Troisdorf entsprechen weder den bisher realisierten Mobilstationen (BF Troisdorf, Spich) noch denen deren Realisierung politisch beschlossen (10) ist. Die Stadt Troisdorf regt daher an, die Darstellung in der Erläuterungskarte entsprechend anzupassen. Hierzu enthält nachfolgende Abbildung die politisch beschlossenen Standorte für Mobilstationen.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004805)</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004805_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I3 wird künftig entfallen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1003063.</p>

1004806, Stadt Troisdorf	
<p>Inhalt</p> <p>11. Anregung zur Überprüfung der Festlegung ?Zweckbestimmung Militär im Bereich der Ortslage Altenrath</p> <p>Der Ortsteil Altenrath wird aufgrund seiner geringen Größe nicht als Allgemeiner Siedlungsbereich, sondern als Freiraum dargestellt. Dies ist der grundsätzlichen Plankonzeption des Regionalplans geschuldet nur größere und zusammenhängende Siedlungsbereiche als ASB dazustellen. Gleichzeitig wird aber für den Ortsteil Altenrath die ?Zweckbindung für Militärische Einrichtungen? festgelegt. Dies ist aus Sicht der Stadt Troisdorf jedoch nicht mit der aktuellen Nutzung im Einklang. Die Stadt Troisdorf bittet daher im weiteren Verfahren um Klärung mit der Bundeswehr, inwieweit der Bereich in Altenrath aus der ?Zweckbindung Militärische Einrichtungen? entlassen werden kann. Gleichzeitig regt die Stadt Troisdorf einen Vorschlag zur neuen Abgrenzung der Festlegung ?Sonstige Zweckbindung Militärische Einrichtungen? mit Aussparung der Ortslage Altenrath an.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004806)</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004806_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung konkretisiert den Grundsatz in § 2 Abs. 2 Nr. 7 ROG. Demnach ist den räumlichen Erfordernissen der Verteidigung und des Zivilschutzes Rechnung zu tragen. Die Festlegung als Vorranggebiet stellt die Beachtung der militärischen Belange bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sicher. Dies bedeutet, dass in den für militärische Nutzungen festgelegten Freiraumbereichen die spezielle Nutzung Vorrang vor den anderen festgelegten Freiraumfunktionen hat. In seiner Stellungnahme vom 29.03.2022, weist das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr darauf hin, dass im Bereich militärische Belange betroffen sein können. Darüber hinaus ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung „Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren“ möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004807, Stadt Troisdorf

Inhalt

12. Anregung zur Festlegung von (rückgewinnbaren) Überschwemmungsbereichen

Weiterhin schließt sich die Stadt Troisdorf der Stellungnahme der Abwasserbetriebe Troisdorf an (siehe Anlage) und verweist darauf, dass in den südlich von Sieglar, Eschmar, und Bergheim und nördlich des Siegdeiches festgelegten ?rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen? ober- und unterirdische Infrastrukturen der Siedlungsentwässerung (Abwasserkanäle und Kläranlage) liegen, die für eine funktionsfähige Entwässerung Troisdorfs zwingend erforderlich sind. Weiterhin weist die Stadt Troisdorf daraufhin, dass durch eine zeichnerisch unsaubere Darstellung zwischen Überschwemmungsbereich und ASB im Bereich des Bebauungsplans S 195 unlösbar Zielkonflikte entstehen und bittet um eine Präzisierung der zeichnerischen Festlegung. Gleiches gilt für das Gewerbegebiet von Friedrich-Wilhelms-Hütte (Mannstaedt-Werke). Auch hier regt die Stadt Troisdorf an den Zielkonflikt aufzulösen.

(Abbildung Stn-ID 1004807)

Anhänge

[Abb_ID_1004807_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

RÜB sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Entsprechend dem Ziel 7.4-7 LEP NRW wurden in Abstimmung mit der Wasserwirtschaft (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) in unbebauten und hochwassergeschützten Bereichen innerhalb des HQ100 identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die ÜB einbezogen. Mit den rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen wird ein Flächenpotential gesichert, mit dem Kommunen zum eigenen Schutz und dem ihrer Unterlieger zusätzlichen Retentionsraum schaffen können. Dies kann z. B. durch Deichrückverlegungen, Einrichtungen gesteuerter Rückhalteräume oder Gewässerrenaturierungen erfolgen. Sollen diese rückgewinnbaren Überschwemmungsflächen planerisch in Anspruch genommen werden, so wird eine Einzelfallprüfung durchgeführt, in der unter Beteiligung der Fachplanung vom Planungs- bzw. Projektträger der Nachweis erbracht werden muss, dass diese Flächen nicht für eine Rückgewinnung geeignet sind.

Die Zeichnerische Festlegung wurde geändert und an den Bebauungsplan S 195 (Baufläche) angepasst. (s. Änderungskarten).

Ansonten gilt:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen **sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf**, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. **Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.** Unter Berücksichtigung der lokalen Situation **verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum** für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes,

	insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	--

Inhalt**13. Anregung zur Sondermülldeponie Spich**

Im Regionalplanentwurf wird in Spich die Sondermülldeponie als Standort für eine Abfalldeponie als Vorranggebiet und Ziel der Raumordnung festgelegt. In der dazugehörigen Erläuterungskarte A4 wird für den Standort in Spich dargestellt, dass die Ablagerungsphase durchgeführt bzw. in Planung sei. Auch wenn der ursprüngliche Planfeststellungsbeschluss für die Spicher Deponie insgesamt 7 Deponieabschnitte vorsah, möchte die Stadt Troisdorf auf davon abweichende vertragliche Regelungen zwischen der Stadt und dem Deponiebetreiber hinweisen. Gemäß der am 03.01.2011 getroffenen Vereinbarung wurde die Laufzeit der Deponie längstens bis zum 31.08.2026 befristet. Des Weiteren wurde vertraglich die Nutzung der Deponieabschnitte 6 und 7 zur Ablagerung von Abfällen wie nachfolgend dargestellt ausgeschlossen:

?Der Vorhabenträger verzichtet auf seine auf die Deponieabschnitte 6 und 7 beziehenden Rechte aus dem Planfeststellungsbeschluss bzw. aus den Plangenehmigungen, soweit die Ablagerung von Abfällen betroffen ist? (vgl. § 1 Abs. 2 der Vereinbarung).

Diese Verpflichtung wurde, wie in §1 Abs.3 des Vertrags geregelt, als beschränkt persönliche Dienstbarkeit in Abteilung II des Grundbuchs zugunsten der Stadt eingetragen. Die beschränkt persönliche Dienstbarkeit untersagt dem Vorhabenträger auf den Deponieabschnitten 6 und 7 eine Sondermülldeponie zu errichten und zu betreiben soweit dies die Ablagerung betrifft. Außerdem hat der Vorhabenträger vertraglich zugesichert ?künftig keine Anträge auf Erweiterung der Deponie in räumlicher und zeitlicher Hinsicht, auf eine Höherstufung der Deponieklasse der Deponie [?] oder im Hinblick auf die Herkunft der Abfälle einzureichen? (vgl. §4 der Vereinbarung). Die dargestellten vertraglichen Vereinbarungen stehen den Kennzeichnungen der Erläuterungskarte A4 entgegen. Die Stadt Troisdorf wird auf die Einhaltung der vertraglichen Regelungen mit allen rechtlichen Mitteln bestehen und darüber hinaus insbesondere die in § 7 des Vertrages vereinbarten Vertragsstrafen i.H. v. bis zu 1.000.000 ? je Verstoß realisieren, um die unverrückbare Haltung der Stadt für jedermann zu verdeutlichen. Die Stadt Troisdorf legt daher gesteigerten Wert darauf, dass die Vertragsinhalte auch im Regionalplanverfahren berücksichtigt werden und bittet um entsprechende Anpassung der Erläuterungskarte und der Festlegungen. Die Durchsetzung des Vertrags wurde in der Ratssitzung am 21.06.2022 nochmals politisch ohne Gegenstimmen einvernehmlich beschlossen und die Stadt Troisdorf hat durch ein Schreiben des Bürgermeisters den aktuellen Betreiber/ Vorhabenträger nochmals auf die Einhaltung des Vertrages hingewiesen. Der Vertrag sowie ein Grundbuchauszug liegen der Stellungnahme als Anlage bei. Der Stellungnahme liegt der Entwurf des

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und zur Umsetzung des Ziels 8.3-1 LEP NRW sind gemäß der landesweit einheitlichen Vorgehensweise bei der Darstellung von Abfalldeponien in Regionalplänen (Erlass vom 11. März 2011 Stk-AZ:30.08.50.03/MKULNV-AZ: IV-3/IV-2840.02) als raumbedeutsam eingestuft Deponien unabhängig von der Art des Betreibers und der Zugänglichkeit bis zum Abschluss der Stilllegungsphase in Regionalplänen zeichnerisch festzulegen. Die Kennzeichnung in den Erläuterung stellt auf die aktuelle Ist-Situation ab und ist eine Momentaufnahme. Zumindest Teile der Deponie befinden sich derzeit noch in Ablagerungsphase, sodass die Kennzeichnung in der Erläuterungskarte der zu Grunde liegenden Systematik entspricht und damit folgerichtig ist.

Vertragliche Regelungen oder sonstige Vereinbarungen zwischen der Stadt und dem Deponiebetreiber zum weiteren Betrieb bzw. dessen Beendigung bleiben von sowohl von der regionalplanerischen Festlegung als Deponiebereich als auch von der Kennzeichnung in der entstprechenden Erläuterungskarte unberührt.

Beschlussauszuges des Stadtentwicklungsausschusses bei. Dieser dient lediglich der internen Verwendung. Den Ratsbeschluss senden wir Ihnen separat nach der Sitzung am 06.09.2022 zu. Die zeichnerischen Anregungen sind im regionalplanerischen Maßstab erstellt worden. Bei Bedarf senden wir Ihnen zum besseren Verständnis die Anregungen vergrößert zu. Für Rückfragen können Sie sich gerne an den angegebenen Ansprechpartner wenden.

AZ: BET_170000_1

Gemeinde Wachtberg

1003756_001, Gemeinde Wachtberg

Inhalt

Die folgende Stellungnahme der Gemeinde Wachtberg ist Ergebnis intensiver Beratungen innerhalb der Verwaltung sowie der politischen Gremien. Sie bezieht sich in erster Linie auf die Siedlungsraumfestlegungen im Gemeindegebiet, die im Folgenden beschrieben und in einer Kartenübersicht im Anhang 1 zusammengefasst sind.

Einführung Der Regionalplan-Entwurf legt in Wachtberg vier Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) fest, davon erstmals Berkum als zentralörtlich bedeutsamen ASB (zASB) sowie Pech als neuen ASB. Diese Aufwertung der Bedeutung Wachtbergs und seiner größeren, bedeutsamen Ortsteile wird begrüßt. Zudem sieht der Regionalplan-Entwurf bzgl. der künftigen Bereich E3 für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) eine Erweiterung nördlich des bestehenden GIB Villip vor.

Siedlungsraum Auf Basis der Wohnbauflächenbedarfsberechnung der Bezirksregierung ergibt sich für die Gemeinde Wachtberg bis zum Zieljahr 2043 ein Bedarf an Wohn- und Mischnutzungsflächen i.H.v. 74 ha, der mit den 54 ha Flächenpotenzialen des Regional- bzw. Flächennutzungsplans nur teilweise gedeckt wird. Die Gemeinde Wachtberg ist in ihrem im Jahr 2014 rechtswirksam gewordenen Flächennutzungsplan bei der Darstellung der Bauflächen sowohl hinsichtlich der Wohnbauflächen als auch hinsichtlich der Gewerbeflächen hinter den ermittelten Bedarfen zurückgeblieben.

Die seinerzeit im Flächennutzungsplanverfahren politisch ausdrücklich gewünschte "sparsame" Wohnbauflächenausweisung war insbesondere durch den Wunsch des Erhalts des landschaftlich hochwertigen Freiraums der wertvollen Kulturlandschaft des Drachenfelder Ländchens mit seinem hohen agrarischen und touristischen Potential geprägt sowie dem Ziel der Aktivierung von Entwicklungspotenzialen im Bestand (Baulücken, Nachverdichtung, Nachnutzung von Bestandsimmobilien) verbunden. Auch heute noch ist sich die Gemeinde Wachtberg ihrer naturräumlichen und landschaftlichen Wertigkeiten sehr bewusst. Aus diesem Grund werden im Folgenden einige Wünsche auf Rücknahme bzw. Änderung von im Regionalplan-Entwurf enthaltenen Siedlungsräumen formuliert.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung und zur Wertigkeit der Freiräume vorgebracht.

Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen / zu einer nachgeordneten Planung gegeben.

1004843, Gemeinde Wachtberg	
<p>Inhalt</p> <p>A.1 Berkum - Zentralörtlich bedeutsamer Al/gemeiner Siedlungsbereich (zASB) Im Regionalplan wird Berkum die Funktion des zentralörtlich bedeutsamen Al/gemeinen Siedlungsbereichs (zASB) in Wachtberg zugeschrieben.</p> <p>Diese Einschätzung wird geteilt. Auch wenn Berkum nicht der einwohnerstärkste Ortsteil Wachtbergs ist, so bildet er das Hauptversorgungszentrum von Wachtberg da sich hier Behörden-, Bildungs-, Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen konzentrieren. Mit seiner zudem zentralen Lage im Gemeindegebiet sollte Berkum den Schwerpunkt künftiger Siedlungsentwicklungen bilden. Der seitens der Bezirksregierung vorgeschlagene neue ASB-Bereich im Nord-Osten Berkums liegt in einem Gebiet, das sich weiträumig zur Landschaft hin öffnet und hohe Freiraumfunktionen (Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung sowie Gebiet Regionaler Grünzüge) aufweist. Bauliche Entwicklungen in dieser einzigartigen und sensiblen Lage unterhalb des Stumpebergs wären mit einer erheblichen Sichtwirkung in die offene Landschaft Richtung Siebengebirge verbunden, die irreversibel wären. Sie können daher gemeindeseits nicht mitgetragen werden. Diese Einschätzung deckt sich mit der der Unteren Naturschutzbehörde.</p> <p>(Abbildung Fotos)</p> <p>Mit deutlich geringeren Eingriffen in naturräumliche Einheiten und das Landschaftsbild verbunden wäre eine ASB-Erweiterung im Westen Berkums. Der Ortsteil Berkum würde sich hierdurch noch stärker in Richtung "Wachtberg Mitte" entwickeln und somit das Einkaufszentrum und die sonstigen zentralen Versorgungseinrichtungen stärken sowie die Vorteile des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) nutzen.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004843)</p> <p>Aus diesen Gründen wird empfohlen, den zASB nicht nach Nordosten [D1] sondern nach Westen zu erweitern [B1 , B2] und um eine geringfügige Arrondierung in dem topografisch moderaten sowie naturschutzfachlich wenig sensiblen Gebiet im Südosten [B3] zu ergänzen. Gemeinsam mit den im FNP 2014 festgelegten Wohn- und Mischgebieten im Westen und Norden Berkums, die bis auf das noch aus dem FNP-Misch-Gebiet [C1] zu übernehmende Gebiet bereits im ASB berücksichtigt wurden , ergibt sich ein räumlich abgerundeter zASB (s. Anhang). Im Zuge einer seitens der Gemeinde beabsichtigten Rahmenplanung für den zASB Berkum können diese Entwicklungsoptionen näher konkretisiert werden.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004843_1.pdf PDF mit Originalinhalt_BET_170000_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird im Nordosten Berkums geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird tlw. geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung "Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten" verfügt die <i>Gemeinde Wachtberg</i> noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p>

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen in Teilflächen Raumwiderstände [*Wald, Regionaler Grünzug*] entgegen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004844, Gemeinde Wachtberg	
<p>Inhalt</p> <p>A.2 Al/gemeine Siedlungsbereiche (ASB) Neben Berkum als zASB werden in der Gemeinde Wachtberg die Ortsteile Niederbachem, und Villip sowie im Regionalplan-Entwurf erstmals auch Pech als Allgemeiner Siedlungsbereich festgelegt. Die Festlegungen werden begrüßt - im Sinne~ des Gegenstromprinzips wird lediglich um folgende Änderungen gebeten:</p> <p>A.2.1 ASB Niederbachem Die Abgrenzung des ASS Niederbachem wird mitgetragen. <i>Hinweis: Die westlich des Schulgeländes befindliche Fläche ist bereits im FNP als Gemeinbedarfsfläche dargestellt.</i></p> <p>Anhänge Abb_ID1004844.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004845, Gemeinde Wachtberg

Inhalt

A.2. 3 ASB Pech Die Aufwertung des Ortsteils Pech zum ASB wird begrüßt. Die im Südosten eingeräumte ASS-Erweiterung [D3] wird jedoch angesichts der Topografie, des Landschaftsbildes, wasserwirtschaftlicher Restriktionen seitens der Gemeinde Wachtberg als nicht umsetzbar angesehen. Es wird daher um Herausnahme dieser ASS-Fläche gebeten.

Anhänge

[PDF mit Originalinhalt_BET_170000_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als [*Auswahl*: ASB/GIB] im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004846, Gemeinde Wachtberg

Inhalt

A.2.4 ASB Gimmersdorf - Oberbachem Nur für den Fall, dass sich die im Westen Berkums vorgeschlagene ASS-Erweiterung als nicht umsetzbar erweist, wird nahegelegt, Möglichkeiten der Siedlungsentwicklung im Umfeld Berkums offenzuhalten. Hier bietet der Ortsteil Gimmersdorf Potenziale. Gimmersdorf liegt nahe des zASBs Berkum, ist über den künftigen kommunalen Fuß-Radweg direkt, konfliktfrei und ohne große topografische Hürden mit Berkum verbunden (ca. 1 km) sowie über Buslinien und gut ausgebaute Straßen sehr gut angebunden. Die naturräumlichen Potenziale sowie die Landschaftsbildqualitäten sind im Umfeld von Gimmersdorf deutlich geringer ausgebildet als am Hang des Stumpebergs. Auch aufgrund der gering ausgeprägten Topografie, ist eine städtebauliche Entwicklung an diesem Standort deutlich raumverträglicher.

(Abbildung Stn-ID 1004846)

Durch den fließenden Übergang der Siedlungsbereiche von Gimmersdorf und Oberbachem könnte ein gemeinsamer "ASB Gimmersdorf- Oberbachem" definiert und perspektivische Entwicklungsmöglichkeiten im Herzen Wachtbergs mit sehr guter verkehrlicher Anbindung offengehalten werden. Mit rund 2.000 Einwohnern und einer Fläche von mehr als 60 ha erfüllt der Siedlungsbereich die grundsätzlichen Voraussetzungen, als ASB in den Regionalplan aufgenommen zu werden. Da der Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie der Regionale Grünzug bereits durch den Bau der Umgehungsstraße Gimmersdorf unterbrochen wurden, die naturschutzfachlichen Restriktionen im Umfeld des heutigen Siedlungsbereichs zudem relativ gering und die dortigen Nachweise von Rollmilan (Jagdgebiet) und Steinkauz (schon lange unbesetzt) sehr alt sind, ist auch aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde ein bedarfsorientierter ASS Gimmersdorf/Oberbachem vorstellbar. Möglichkeiten einer naturschutzfachlichen Aufwertung und Vernetzung sind im Rahmen der nachfolgenden Verfahrensschritte konkret zu definieren.

Es wird darum gebeten, Möglichkeiten der Festlegung eines ASB Gimmersdorf-Oberbachem im Regionalplan zu prüfen und einen Vorschlag zur Abgrenzung zu unterbreiten. Die in die Karte im Anhang aufgenommene Abgrenzung [A2.4] kann als Anregung dienen.

(Abbildung Stn-ID 1004846))

Anhänge

[Abb_ID_1004846_1.pdf](#)

[Abb_ID_1004846_2.pdf](#)

[PDF mit Originalinhalt_BET_170000_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen.

Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei dem aufgeführten Bereich handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. ohne ausreichende Infrastrukturausstattung zur Grundversorgung und somit um einen Ortsteil im regionalplanerischen Freiraum.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung "Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren" möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

1004847, Gemeinde Wachtberg	
<p>Inhalt</p> <p>B.1 Einführung</p> <p>Im Rahmen der Flächennutzungsplanaufstellung (Rechtskraft 2014) wurde ein über die Darstellungen des FNP hinausgehender Gewerbeflächenbedarf in Höhe von 7,5-9,5 ha bis zum Planungszieljahr 2025 ermittelt und seitens der Bezirksregierung durch Genehmigung bestätigt. Mit Blick auf die geplante Neuaufstellung des Regionalplans wurde seinerzeit auf eine FNP-Darstellung des gesamten Bedarfs mit paralleler Regionalplananpassung verzichtet. Hochgerechnet auf den zeitlichen Horizont der aktuellen Regionalplanung (Zieljahr 2043) ergibt sich für die Gemeinde Wachtberg entsprechend ein Gewerbeflächenbedarf i.H.v. ca. 17 ha. Im vorliegenden Plankonzept des Regionalplans wurde eine ca. 7 ha große GIB-Fläche nördlich des Gewerbeparks Villip als neue GIB-Fläche aufgenommen. Damit bleiben die Darstellungen des Regionalplans - selbst nach Anrechnung gewisser Flächenpotenziale in den ASBs sowie im "allgemeinen Freiraum" - deutlich hinter dem im FNP' ermittelten kommunalen Gewerbeflächenbedarf zurück.</p> <p>B.2 GIB Villip Die vorgeschlagene GIB-Fläche wird mitgetragen. Die Gemeinde bittet darum, die im FNP enthaltene Gewerbegebietsfläche Villip [F] entsprechend der Gewerblichen Bauflächen der FNP-Darstellung 2014 in den Regionalplan als GIB zu übernehmen.</p> <p>(Abbildung Stn-ID 1004847 (Verweis auf Karte Anhang))</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004847_1.pdf PDF mit Originalinhalt BET_170000_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise zum Thema Gewerbeflächenbedarf geäußert und eine Anpassung der Abgrenzung GIB angeregt.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt von Ausnahmen abgesehen bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, linienhafte Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>In diesem Zusammenhang wird auf die Bedeutung des Regionalen Grünzuges und den Schutz des Landschaftsbildes verwiesen.</p>

1004852, Gemeinde Wachtberg	
<p>Inhalt</p> <p>A.2. 2 ASB Villip Die Abgrenzung des ASB Villip kann nachvollzogen werden, allerdings sollte der Nordteil der Fläche nordwestlich des Gewerbegebietes [D2] aufgrund besonderer örtlicher Sensibilitäten 3 (Topographie, Biotopvernetzung, Kaltluftbahnen) von einer baulichen Entwicklung ausgenommen bleiben.</p> <p>Abbildung Stn-ID 1004852 Verweis auf Karte Anhang D2)</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004852_1.pdf PDF mit Originalinhalt BET_170000_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände und Umweltwirkungen wie Kaltluftbahnen und Biotopvernetzung entgegen, sodass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist.</p>

AZ: BET_17002_1

Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

1006236, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Die beiden auf dem Gebiet der Regionalniederlassung Vile-Eifel in Planung befindliche Radschnellwege RS 4 von Aachen nach Herzogenrath/ Kerkrade und RS 6 von Frechen nach Köln sind in der Erläuterungs-Karte enthalten.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006237, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Die geplante L240n Boscheln in Übach-Palenberg, endet an der L47. In der Darstellung des Regionalplans wird diese weitergeführt bis zur geplanten B221n. Diese Verbindung ist nicht geplant und ist daher aus der Darstellung zu entfernen. Siehe hierzu auch die angefügte Anlage, L240n.PNG [s. Anhang Abb. StnID_1006237].

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L240n Übach-Palenberg, BA L47 bis L42n (Scherpenseel) (B221n)
Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Niederrhein: streichen

Anhänge

[Abb_ID1006237.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1006238, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 21

Maßnahme: A1 AS Lommersdorf(L115z)-AS Blankenheim (B51) und A1 AS Adenau (L10)-AS Lommersdorf (L115z)

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: Zuständigkeit Autobahn GmbH

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Zuständigkeit der Autobahn GmbH verwiesen.

1006239, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 21

Maßnahme: B56 OU Euskirchen

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: weiter im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006240, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 21

Maßnahme: B56 O-OU Düren

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: Fertiggestellt >> streichen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Planung wurde zwischenzeitlich realisiert.

1006241, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 21

Maßnahme: B56n OU Vettweiß/Soller

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: Fertiggestellt >> streichen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Planung wurde zwischenzeitlich realisiert.

1006242, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 21

Maßnahme: B51n OU Köln Meschenich

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: im Bau befindlich

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Planung wurde zwischenzeitlich realisiert. Die Begründung wird entsprechend geändert. Eine Änderung der zeichnerischen Festlegung ist nicht erforderlich.

1006243, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 21

Maßnahme: B264 OU Golzheim

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: weiter im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006244, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 21

Maßnahme: B399 N-OU Düren (Ostabschnitt, Mittelabschnitt, Westabschnitt)

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: weiter im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006245, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 21

Maßnahme: L12 bei Inden

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: weiter im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006246, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 21

Maßnahme: L117 OU Hückelhoven/Ratheim und -Milich

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel:

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Niederrhein: weiter im Bedarfsplan im Bau befindlich

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Planung wurde zwischenzeitlich realisiert.

1006247, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 21

Maßnahme: L264n OU Vettweiß/Kelz

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: weiter im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006248, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: A 553 AK Köln-Godorf (A555) - AD Köln-Lind

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: Autobahn GmbH

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Zuständigkeit der Autobahn GmbH verwiesen.

1006249, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: B51n OU Hürth

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: unbekannt; evtl. B51n OU Meschenich

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Redaktioneller Fehler wird behoben. Die Begründung wird entsprechend geändert.

1006250, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein	
<p>Inhalt</p> <p>Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.</p> <p>Tabelle 22</p> <p>Maßnahme: B56 Ludendorf/-Essig</p> <p>Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: aus Liste streichen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Fernstraßenausbaugesetz dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1006251, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: B56 OU Swisstal/Miel (m.AS A 61)

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: linienbestimmt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden geändert (s. Änderungskarten).

Die Maßnahme wurde zwischenzeitlich linienbestimmt und wird entsprechend der Plankonzeption festgelegt.

1006252, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: B56n AS Hardtberg (A565) Bonn (B9)

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: aus Liste streichen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im Fernstraßenausbaugesetz dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1006253, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: B57 Puffendorf (B56) Erkerlenz Süd (A46), ink. OU Gereonsweiler

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: fertiggestellt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die B57n OU Gereonsweiler ist weder fertiggestellt noch linienbestimmt. An der Festlegung als Straße für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr ohne räumliche Festlegung wird daher festgehalten. Sie entspricht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans, nach dem geplante Straßen festgelegt werden, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde.

1006254, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein	
<p>Inhalt</p> <p>Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.</p> <p>Tabelle 22</p> <p>Maßnahme: B265 OU Schleiden/Gemünd - Zubringer Schleid</p> <p>Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: streichen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Fernstraßenausbaugesetz dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1006255, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: B265 OU Weiler i.d.d.E.

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006256, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: B266 OU Mechernich /Roggendorf

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006257, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: B477 Bergheim/Rheidt

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006258, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: B477 OU Niederaußem

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006259, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: B484 OU Overath

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel:

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006260, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein	
<p>Inhalt</p> <p>Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.</p> <p>Tabelle 22</p> <p>Maßnahme: L11 OU Eschweiler/Hastenrath</p> <p>Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: streichen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1006261, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L12n OU Niederzier

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006262, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L14 Jülich/Merzenhausen

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006263, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L23 OU Aachen/Verlautenheide

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006264, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L23 OU Stolberg/Atsch

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006265, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L43n Köln zwischen AS Worringen und Neusser Landstraße (B9)

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006266, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein	
<p>Inhalt</p> <p>Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.</p> <p>Tabelle 22</p> <p>Maßnahme: L47 innere OU Herzogenrath und OU Herzogenrath/Merkstein, Stufe 2</p> <p>Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: streichen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Anmerkung: Die Maßnahme ist im Planentwurf nur in der Tabelle enthalten. Eine zeichnerische Festlegung fehlte bislang und wird im zweiten Entwurf ergänzt.</p>

1006267, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L48n Bedburg/Kirchherten bis -/Frimmersdorf (L279-L116)

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006268, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L93 OU Pulheim/Stommeln-Bergheim/Büsdorf; BA K20-B477 mit Ortsumgehung Bergheim Büsdorf

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: linienbestimmt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden geändert (s. Änderungskarten).

Die Maßnahme wurde zwischenzeitlich linienbestimmt und wird entsprechend der Plankonzeption festgelegt.

1006269, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L93 OU Bergheim-Oberaußem

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006270, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L103 Hürth L103 alt und B265

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006271, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L103 OU Brühl/Nord bis Hürth/Kendenich (B 51 bis B265)

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006272, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L113n Entlastungsstraße Rheinbach Höhenorte

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: streichen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1006273, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein	
<p>Inhalt</p> <p>Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.</p> <p>Tabelle 22</p> <p>Maßnahme: L113n OU Alfter/Witterschlick</p> <p>Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: streichen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1006274, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L113n OU Rheinbach/Flerzheim

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006275, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L183 OU Pulheim/Sinnersdorf (Westumgehung) und OU Pulheim, 2. BA Ostumgehung

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: L183 Westumgehung >> fertiggestellt; Ostumgehung bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Maßnahme wurde zwischenzeitlich in Teilen realisiert.

ZUm 2. Bauabschnitt der Maßnahme wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006276, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein	
<p>Inhalt</p> <p>Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.</p> <p>Tabelle 22</p> <p>Maßnahme: L207 OU Dreiborn</p> <p>Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: streichen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1006277, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L221 Neubau Aachen-Eilendorf bis Geisberg (L236) inkl. AS an A44

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: linienbestimmt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden geändert (s. Änderungskarten).

Die Maßnahme wurde zwischenzeitlich linienbestimmt und wird entsprechend der Plankonzeption festgelegt.

1006279, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein	
Inhalt Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten. Tabelle 22 Maßnahme: L228 OU Linnich-Linnich/Rurdorf Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006280, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L236 OU Atsch

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006281, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L238 OU Eschweiler, BA (Pumpe-L238 Steinfurt)

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: linienbestimmt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden geändert (s. Änderungskarten).

Die Maßnahme wurde zwischenzeitlich linienbestimmt und wird entsprechend der Plankonzeption festgelegt.

1006282, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein	
<p>Inhalt</p> <p>Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.</p> <p>Tabelle 22</p> <p>Maßnahme: L249 OU Nideggen</p> <p>Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: streichen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1006283, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L257n Düren Arnoldsweiler

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006284, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L263 OU Eschweiler über Feld

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006285, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L271 OU Nörvenich Binsfeld

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006286, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L276 Wiederherstellung zwischen Elsdorf und Niederzier

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird um den Anschluss an die L264 ergänzt (s. Änderungskarten). Der überwiegende Teil der Maßnahme ist Gegenstand der zeichnerischen Festlegung des Braunkohlenplan Hambach.

1006287, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L279n Bedburg/Kirchherten

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006288, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L279n OU Bedburg/Rath

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006289, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein	
<p>Inhalt</p> <p>Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.</p> <p>Tabelle 22</p> <p>Maßnahme: L361n Bergheim-Kenten (K22) bis Frechen-Königsdorf (B55)</p> <p>Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1006290, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L366 OU Linnich/Hottorf

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel: bleibt im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006291, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: B57n OU Baal

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Niederrhein: weiter im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006292, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: B221n OU Scherpenseel (alt L242n)

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Niederrhein: weiter im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006293, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L19 Neubau Ersatzstraße BT Garzweiler II (OU Immerath)

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Niederrhein: weiter im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten). Die Planung der L19n zwischen Jackerath und Hochneukirch wird ergänzt.

1006294, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L228 OU Geilenkirchen Lindern

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Vile-Eifel:

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Niederrhein: weiter im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006296, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L240n Übach-Palenberg BA L47 bis L 232 (Boscheln)

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Niederrhein: weiter im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006297, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L364n OU Gerderhahn und Golkrath

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Niederrhein: weiter im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006298, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 22

Maßnahme: L364n OU Hückelhoven/Hilfrath, BA Rheinstraße-L364 alt

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Niederrhein: weiter im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006299, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 21

Maßnahme: B 56 Gangelt - AS Heinsberg (A46/B221)

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Niederrhein: fertiggestellt?

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Planung wurde zwischenzeitlich realisiert.

1006300, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 21

Maßnahme: B221n OU Unterbruch

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Niederrhein: weiter im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006302, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 21

Maßnahme: L345n Neubau Ersatzstraße Garzweiler II (Wanlo bis Kaulhausen)

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Niederrhein: weiter im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006303, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 21

Maßnahme: L364n OU Hückelhoven, 1.BA A46-L117

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Niederrhein: weiter im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006304, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein

Inhalt

Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.

Tabelle 21

Maßnahme: L364n OU Hückelhoven, 2.BA L117-Rheinstraße

Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Niederrhein: weiter im Bedarfsplan

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006305, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein	
<p>Inhalt</p> <p>Hinsichtlich der geplanten Straßenbaumaßnahmen des Landes sind die Kommentare in der angefügten Tabelle zu beachten.</p> <p>Tabelle 21</p> <p>Maßnahme: L364 BÜ-Beseitigung zw. Geilenkirchen und Süggerath</p> <p>Sachstand im Bereich Regionalniederlassung Niederrhein: im Bau befindlich</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Anregungen noch Bedenken geäußert.</p>

1006306, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein	
<p>Inhalt</p> <p>Sonderprogramm Radverkehr Stadt und Land; Maßnahmenvorschläge der Regionalniederlassung Vile-Eifel [s. Anhang].</p> <p>Anhänge</p> <p>Anhang_Tabelle.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise gegeben zu nachgeordneten Planungen und darüber hinaus weder Anregungen noch Bedenken geäußert.</p>

1006307, Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederrhein	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Ziffer 5.1.3 Schienennetz</p> <p>RegioTram gelistet in Tabelle 20 der Begründung</p> <p>Seit 2017 wird in der StädteRegion Aachen die Einführung einer regionalen Straßenbahnverbindung ("Regio-Tram") zwischen der Stadt Aachen und dem Nordteil der StädteRegion Aachen Tram auf der Relation Aachen-Würselen-Alsdorf-Baesweiler diskutiert.</p> <p>Durch die Planung werden gewidmete Bundes- und Landesstraßen im oder direkt neben dem Straßenkörper in Anspruch genommen. Die bevorzugte Trasse verläuft vorwiegend auf der B57 (Verkehrsbelastung bis zu ca. 24.000 DTV/d).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1006307]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1006307.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Anregungen noch Bedenken geäußert.</p>

AZ: BET_171000_1

Gemeinde Windeck

1004828, Gemeinde Windeck

Inhalt

1. Grobtrasse L 333 n

Der Regionalplanentwurf enthält in seiner zeichnerischen Festlegung eine ?Grobtrassenführung? zur L 333 n zwischen Dattenfeld und Schladern, die in der dargestellten Form auffällig Konfliktpotenzial beinhaltet. Ohne an dieser Stelle auf einzelne Restriktionen einzugehen, muss zunächst berücksichtigt werden, dass der Regionalplan nach Grundsatz G.57 Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen von Bund und Land ohne räumliche Festlegung als Vorbehaltsgebiet festgelegt. Auch wenn mit dieser Festlegung die abschließende Konkretisierung der Bedarfsplanmaßnahme noch weit entfernt ist und erheblichen Abweichungsraum lässt, so ist bei nachfolgenden Planungen der Raumbedarf für die jeweilige Straßenplanung zu berücksichtigen. Denn im Sinne des ROG sind Vorbehaltsgebiete bestimmten Funktionen und Nutzungen vorbehalten, denen bei der Abwägung mit konkurrierenden Funktionen und Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist. Im räumlichen Zusammenhang der festgelegten Grobtrassen sollen Planungen und Maßnahmen vermieden werden, die mit der Funktion Straße nicht vereinbar sind. Bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen ist diese Funktion mit einem besonderen Gewicht einzustellen (vgl. textliche Festlegungen, Seite 138). Dies würde für die kommunale Planungsebene, bezogen auf die nun zeichnerisch festgelegte Grobtrassenführung, bedeuten, dass insbesondere im Bereich der ASBs Dattenfeld und Schladern der perspektivisch gesehen ungewisse und somit fragwürdige Verlauf der Straßentrasse zu berücksichtigen wäre. Dabei ist die im Vergleich zum bisherigen Regionalplan geänderte Trassenführung ab der Bahnüberführung am ?Schlossberg? in Richtung Schladern von besonderer Bedeutung. An dieser Stelle möchte ich nachfolgend die Anregungen der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, die im Rahmen der Erörterung und Diskussion im Gemeinderat vorgebracht wurden, im Wesentlichen (auszugsweise) anführen: An keiner Stelle im Regionalplanentwurf (Textliche Festlegungen, Begründung, Umweltbericht) ist für den Neubau der L 333 neu der Nachweis oder auch nur eine Diskussion über eine raumverträgliche Führung zu finden. Für die als Vorbehaltsgebiet dargestellte Grobtrasse für die L333 neu ist absehbar, dass die Trasse (auch wenn sie um hundert oder mehr Meter nach Norden oder Süden verschoben wird),

? ein Überschwemmungsgebiet und ein NSG an der Kläranlage Dattenfeld,

? vorhandene Siedlungsstrukturen an der Unterführung Richtung Altwindeck,

? Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung,

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Bei Vorliegen gewichtiger Gründe kann der Grundsatz im Rahmen der Abwägungsentscheidung überwunden werden.

Gemäß den Erläuterungen zu G.57 Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

? das NSG Siegaue bzw. FFH Sieg,

? den rückgewinnbaren Überschwemmungsbereich (RÜB) Krummauel und vorhandene Siedlungsstrukturen in Schladern

in erheblichem Umfang beeinträchtigen wird. Der Bedarf für einen Neubau L333 neu ist nach der aktuell laufenden Sanierung der L333 in der Ortslage Dattenfeld in keinem Fall in dem Maße gegeben, wie er zur Zeit der Erstellung des Landesstraßenbedarfsplans (etwa 2000) angenommen worden ist. Großer Bedarf besteht dagegen kleinräumig am Schloßberg (vorhandene Straßenbrücke der L333 über die Bahnlinie Köln - Siegen), hier sind dringend Verbesserungen für den Kfz und insbesondere LKW-Verkehr an der zu schmalen Brücke sowie insbesondere eine Entflechtung von Fahrradverkehr und fußläufigem Verkehr vom KFZ Verkehr erforderlich. Das regionale und überregionale Radverkehrsnetz in der Gemeinde Windeck und im östlichen Rhein-Sieg-Kreis kann nur weiterentwickelt werden, wenn eine Lösung der Situation am Schloßberg gefunden wird.

? Die Straßenbrücke der L333 über die Bahnlinie Köln-Siegen liegt innerhalb

? eines Bereiches für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)

? eines Landschaftsschutzgebietes (LSG),

jedoch außerhalb

? von Bereichen für den Schutz der Natur (BSN)

? von Naturschutzgebieten, FFH Gebieten oder Biotopverbundflächen.

(Abbildung Stn-ID 1004828)

In der Karte der LSG, 1004828NSG und FFH Gebiete ist ein denkbare Baufenster in Blau für eine Erweiterung der vorhandenen Straßenbrücke über die Bahnlinie dargestellt. Unabhängig von der Frage, ob

? die bestehende Brücke erhalten werden soll und nur eine für Fahrrad- und Fußgängerverkehr sowie eine Kfz-Spur Richtung Schladern ausreichend dimensionierte Ergänzung

? oder eine komplett neue Lösung erstellt wird,

können die Bauarbeiten außerhalb des sensiblen Naturschutzgebietes Siegaue durchgeführt werden. Anschlüsse der Rad- und Fußgängerwege

? nach Osten Richtung Schladern über den Schwarzen Weg und

? nach Westen Richtung Altwindeck, Dattenfeld und Dreisel über die Burgwiese (30 km/h Zone), Im Dall, Windecker Str., vorhandene Wirtschaftswege und Gemeindestraßen oder einen neu zu planenden Fahrradweg entlang der L333 bis zum Ortseingang Dattenfeld

sind vorhanden oder können ohne großen Aufwand, bzw. Eingriffe in NSG geschaffen oder verbessert werden. Die Verbesserung der Situation für alle Verkehrsmittel (LKW, PKW, zu Fuß gehende Menschen, Fahrräder) wird erheblich sein. Aus diesen Gründen sollte die Straßenplanung der L333 neu im Regionalplan zeichnerisch grob auf die Straßenbrücke über die Eisenbahnlinie Köln - Siegen am Schloßberg beschränkt werden.

Anhänge

[Abb. ID_1004828_1.pdf](#)

Inhalt**2.1 Nutzung von Windenergie**

Gemäß Ziel Z.37 sind neue Standorte für Windenergieanlagen zu steuern. Dabei hat die Planung von Standorten für raumbedeutsame Windenergieanlagen vorrangig innerhalb des regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Freiraum und Agrarbereiches (AFAB) zu erfolgen. U.a. innerhalb der regionalplanerisch festgelegten Regionale Grünzüge (RG), Waldbereiche und Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) sind Standorte für raumbedeutsame Windenergieanlagen grundsätzlich möglich, wenn sie mit den jeweiligen regionalplanerischen Festlegungen vereinbar sind (vgl. textliche Festlegungen, Seite 150). Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung ist dabei die Vereinbarkeit mit den betroffenen Schutz- und Nutzungsfunktionen der regionalplanerischen Festlegung zu überprüfen. Regelungen hierzu finden sich in:

- (Z. 18) RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen
- (Z. 22) Waldbereiche erhalten und entwickeln
- (Z. 23) Freiraumbereiche für die zweckgebundene Nutzung Militär sichern
- (Z. 26) BGG sichern
- (G. 30) BSLE erhalten und entwickeln
- (vgl. textliche Festlegungen, Seite 151)

Für die kommunale Praxis ist die Formulierung des Ziels Z.37 in dieser Form wenig hilfreich, da zwar Windenergieanlagen in o.g. Bereich grundsätzlich möglich sind, aber bei Überprüfung mit den jeweiligen regionalplanerischen Festsetzungen auch immer nur unter allgemein formulierten Ausnahmen zulässig wären. Hier wären klarere Strukturen hinsichtlich der Ausnahmen insb. zu Windenergieanlagen wünschenswert. Dabei sollte zudem dringend eine gesonderte Ausnahmeregelung für Waldbereiche aufgenommen werden, die von Kalamitäten betroffen sind. Ergänzend möchte ich an dieser Stelle auch auf die Beantwortung der Landesregierung zu einer kleinen Anfrage zum Windenergieausbau im Wald (Drucksache 18/183 vom 03.08.2022) eingehen. Dort wurde darauf hingewiesen, dass der raum- und umweltverträgliche Ausbau der Windenergie zukünftig durch die Landes- und Regionalplanung gesteuert werden soll. Es sei beabsichtigt, die Umsetzung der Flächenbeitragswerte des Windflächenbedarfsgesetzes des Bundes in NRW durch die Ausweisung von Windenergiegebieten in Regionalplänen zu erfüllen. Bei Änderung oder Neuaufstellung dieser Pläne würden die Belange der Kommunen durch das Gegenstromprinzip in die

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.

jeweiligen Verfahren eingebracht und berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund möchte ich daher schon mit dieser Stellungnahme Potenzialflächen in der Gemeinde Windeck benennen/darstellen die für eine Ausweisung in Frage kommen könnten. Dazu greife ich auf meine Potenzialanalyse aus dem Jahr 2016 zurück.

(Abbildung Stn-ID 1004829)

(Abbildung Stn-ID 1004829)

Dabei kommt aus meiner Sicht vorrangig der Potenzialfläche 600-1 Nutscheid eine herausragende Bedeutung zu, da hier die Realisierung eines interkommunalen Windparks mit den Nachbarkommunen anbieten würde, an dem aufgrund der Eigentumsstrukturen auch der Landesbetrieb Wald und Holz beteiligt werden könnte. Die (Wald-)Flächen selbst sind massiv von Kalamitäten geprägt, was die Anfälligkeit für Artenschutzkonflikte deutlich reduziert. Weitere Vorteile ergäben sich durch die Schonung von Offenlandbereichen, was zu weniger Konkurrenz mit anderen Nutzungen führen würde und durch den großen Abstand zu Wohnnutzungen.

Anhänge

[Abb_ID_1004829_1.pdf](#)

[Abb_ID_1004829_2.pdf](#)

1004830, Gemeinde Windeck	
<p>Inhalt</p> <p>2.2 Nutzung von Solarenergie</p> <p>Nach Grundsatz G.67 sollen Solarenergieanlagen vorrangig an oder auf baulichen Anlagen und bereits versiegelten oder vorbelasteten Flächen errichtet werden. Die Planung von Freiflächsolaranlagen ist damit zwar nicht ausgeschlossen, wird aber mit den weiteren Erläuterungen bzw. Festlegungen und insbesondere mit dem Ziel Z.38 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern, nur unter eng gesteckten Voraussetzungen zulässig sein. Ähnlich, wenngleich noch etwas restriktiver, wie bei den Windenergieanlagen ist die Zulässigkeit von Freiflächsolaranlagen nur unter allgemein formulierten Ausnahmen nach Überprüfung mit den jeweiligen regionalplanerischen Festsetzungen gegeben. Auch hier wären klarere Strukturen hinsichtlich der Ausnahmen wünschenswert. Die Inhalte dieser Stellungnahme wurden in mehreren Sitzungen der politischen Gremien der Gemeinde Windeck beraten und final am 30.08.2022 durch den Gemeinderat beschlossen. Für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme im weiteren Planungsprozess bin ich Ihnen daher auch im Namen des Gemeinderates sehr dankbar.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

AZ: BET_172000_1

Stadt Köln

1001541_001, Stadt Köln

Inhalt

Darüber hinaus empfiehlt die Stadt Köln die regional und überregional bedeutsamen Radwegverbindungen in den Plan aufzunehmen. Eine abschließende Entscheidung des Rates der Stadt Köln wird vermutlich noch im Sommer 2022 erfolgen. Das Konzept ist mit dem "Gesamtregionalen Radverkehrskonzept für das Rheinische Revier" und den rechtsrheinischen Kreisen und kreisfreien Städten abgestimmt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine zeichnerische Festlegung von Radwegen im Regionalplan erfolgt nicht, da die landesplanerischen Vorgaben zum Zeitpunkt der Planaufstellung kein Sicherungserfordernis begründen. Dies steht einer weiteren Konkretisierung im Rahmen der Fachplanung oder der Bauleitplanung nicht entgegen.

1002368, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Innenstadt Siedlung / ASB / 1-102-XX3</p> <ul style="list-style-type: none"> Die ASB Festlegung ist über die gesamte bahnbegleitende Bebauung ?Eifelwall? vorzunehmen [s. Anhang Abb. StnID 1002368]. <p>Anhänge Abb_ID1002368.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002380, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Innenstadt Siedlung / ASB / Wal-041</p> <ul style="list-style-type: none"> • Colonius: Im Bereich zwischen Venloer Straße und Subbelrather Straße ist anstelle der bestehenden AFAB Festlegung im Sinne der Bestandsanpassung die Festlegung eines ASBs vorzusehen. Der FNP stellt in diesem Bereich SO Fernmeldeturm dar [s. Anhang Abb. StnID 1002380]. <p>Anhänge Abb_ID1002380.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.</p> <p>Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002384, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Innenstadt Verkehr / V-1-101-N01</p> <ul style="list-style-type: none"> Rheinquerung am Rheinauhafen (Fuß- und Radverkehr): Die Rheinquerung ist als "Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straßen (Bestand und Planung)" festzulegen, da für sie entsprechende Beschlüsse vorliegen, Planungen erfolgen und diese die Erschließungsqualität von Siedlungsbereichen maßgeblich determiniert [s. Anhang Abb. StnID 1002384]. <p>Anhänge Abb_ID1002384.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine Sicherung und/oder weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

1002388, Stadt Köln	
Inhalt Stadtbezirk Innenstadt Verkehr / V-1-104-XXX <ul style="list-style-type: none"> • Festlegungshinweis zur Zoobrücke [s. Anhang Abb. StnID 1002388] im Rahmen der gesamthaften Stellungnahme zum Straßensystem erfolgt. Anhänge Abb. ID1002388.pdf	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1002459, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Innenstadt Verkehr / V-1-104-N01</p> <ul style="list-style-type: none"> Rheinquerung an der Bastei (Fuß- und Radverkehr): Die Rheinquerung ist als "Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straßen (Bestand und Planung)? festzulegen, da für sie entsprechende Beschlüsse vorliegen, Planungen erfolgen und diese die Erschließungsqualität von Siedlungsbereichen maßgeblich determiniert [s. Anhang Abb. StnID 1002459]. <p>Anhänge Abb_ID1002459.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine Sicherung und/oder weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

1002460, Stadt Köln	
Inhalt Stadtbezirk Innenstadt Verkehr / V-1-105-001 <ul style="list-style-type: none"> • HP Deutzer Freiheit: Entsprechend dem Festlegungsvorgehen an vergleichbaren Standorten sollte ein weiterer Haltepunkt in der Lage HP Linie 1 und 9 vorgesehen werden [s. Anhang Abb. StnID 1002460]. Anhänge Abb_ID1002460.pdf	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend korrigiert (s. Änderungskarten).

1002466, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Innenstadt Verkehr / V-1-1-05-002</p> <ul style="list-style-type: none"> Hafen Deutz: Die Festlegung als Ort des Güterumschlags ist nicht korrekt und es ist davon abzusehen, da es nicht bestands- und/oder planentsprechend ist [s. Anhang Abb. StnID 1002466]. <p>Anhänge Abb_ID1002466.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die zeichnerische Festlegung und die textliche Festlegung <i>Z.31 Wasserstraßen sichern</i> und deren Erläuterung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarte und Änderungssynopse) (vgl. Erläuterung zu ID 1006636).</p>

1002471, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Rodenkirchen Siedlung / ASB / 2-202-N01</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als ASB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu den Optionsflächen Modul III im Sinne des Leitsatzes "Stadtteile mit starken Zentren weiter entwickeln? insbesondere vor dem Hintergrund der besonderen ÖV-Erschließungsqualität festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002471]. <p>Anhänge Abb_ID1002471.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002472, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Rodenkirchen Siedlung / WB / 2-204-002</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als WB Fläche entsprechend den Anpassungsvorschlägen der Stadt Köln (Modul II) im Sinne der Bestandsanpassung festzulegen und der ASB entsprechend zurückzunehmen [s. Anhang Abb. StnID 1002472]. <p>Anhänge Abb_ID1002472.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002494, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Rodenkirchen Siedlung / ASB / 2-204-003</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als ASB Fläche entsprechend den Anpassungsvorschlägen der Stadt Köln (Modul II) im Sinne des Leitsatzes "Stadtteile mit starken Zentren weiter entwickeln? festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002494]. <p>Anhänge Abb_ID1002494.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.</p> <p>Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002495, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Rodenkirchen Siedlung / ASB / 2-204-004</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als ASB Fläche entsprechend den Anpassungsvorschlägen der Stadt Köln (Modul II) im Sinne des Leitsatzes "Stadtteile mit starken Zentren weiter entwickeln? festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002495]. <p>Anhänge Abb. ID1002495.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.</p> <p>Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002509, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Rodenkirchen Siedlung / ASB / 2-204-005</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als ASB Fläche entsprechend den Anpassungsvorschlägen der Stadt Köln (Modul II) im Sinne des Leitsatzes "Stadtteile mit starken Zentren weiter entwickeln? festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002509]. <p>Anhänge Abb. ID1002509.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.</p> <p>Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002510, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Rodenkirchen Siedlung / GIB / 2-205-002</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als GIB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu den Umwandlungsoptionen vor dem Hintergrund der dringend benötigten GIB Flächen und der besonderen Eignung des Standortes festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002510]. <p>Anhänge Abb_ID1002510.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002517, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Rodenkirchen Siedlung / AFAB / 2-206-003</p> <ul style="list-style-type: none"> Die vorgenommene Neufestlegung der Fläche als ASB ist zurückzunehmen und wie im aktuell rechtsgültigen Regionalplan als AFAB festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002517]. <p>Anhänge Abb_ID1002517.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002521, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Rodenkirchen Siedlung / ASB / 2-206-004</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als ASB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu den Optionsflächen Modul III in ihrem gesamten Umfang festzulegen. Die pauschale Streichung von Siedlungsbereichen in Lagen von HQextrem hat massive Auswirkungen auf die räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt und wird als nicht sachgerecht beurteilt. Hier handelt es sich um die Erweiterung eines bestehenden Siedlungskörpers, der im Sinne der Sicherung bestehender Ortslagen, Ermöglichung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge und Schaffung von Entwicklungsmöglichkeiten eine Festlegung als ASB erfahren soll. Die Fläche weist eine sehr gute (potenzielle) Erschließungsqualität auf, insbesondere unter Berücksichtigung der geplanten Stadtbahnverlängerung. Zudem sind Teile bereits bauleitplanerisch überplant (FNP) [s. Anhang Abb. StnID 1002521]. <p>Anhänge Abb. ID1002521.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen keine neuen regionalplanerisch darstellungsrelevanten Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung gemäß dem Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 des LEP NRW "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.</p> <p>Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.</p>

1002528, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Rodenkirchen Siedlung / ASB / 2-206-008</p> <ul style="list-style-type: none"> Die ASB-Fläche ist nach Norden entsprechend der 226. Änderung des Flächennutzungsplanes: Rondorf Nordwest in Köln-Rondorf zu erweitern [s. Anhang Abb. StnID 1002528]. <p>Anhänge Abb_ID1002528.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002532, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Rodenkirchen Siedlung / GIB / 2-208-007</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als GIB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu den Umwandlungsoptionen mit Blick auf die bestehende Nutzungssituation des Standortes festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002532]. <p>Anhänge Abb. ID1002532.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab (1:50.000), der die generelle Regelungstiefe des Regionalplans vorgibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Die Konkretisierung und Umsetzung der zeichnerischen Festlegungen obliegt den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Wesentlich störendes Gewerbe ist vorrangig im GIB zu verorten. Ausnahmsweise kann für die Bestandssicherung und/oder Betriebserweiterung bestehender emittierender gewerblich-industrieller Nutzungen/Betriebe unter Berücksichtigung einer wohnverträglichen Nutzungsmischung auch Bauleitplanung in den ASB betrieben werden. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen auch dem wohnverträglichen Gewerbe, sodass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen in ASB und GIB möglich ist.</p> <p>In Hinblick auf geplante künftige Nutzungen für die in Rede stehenden Flächen siehe auch StnID 1007243.</p>

1002594, Stadt Köln

Inhalt

Stadtbezirk Rodenkirchen
Siedlung / ASB / 2-209-015

- Die Fläche ist als ASB Fläche entsprechend den Anpassungsvorschlägen der Stadt Köln (Modul II) im Sinne von Bestandsanpassung sowie des Leitsatzes ?Stadtteile mit starken Zentren weiter entwickeln? festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002594].

Anhänge

[Abb_ID1002594.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Darüber hinaus werden bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände entgegen. Die Fläche ist im Regionalplan auf der Basis der Wasserschutzzone II eines fachplanerisch festgesetzten Wasserschutzgebiets gemäß Z.26 als Bereich für Gewässerschutz und Grundwasserschutz festgelegt. Als landesplanerische Vorgabe hat Ziel 7.4-3 des LEP NRW den Zweck, dass Raumordnung und Wasserwirtschaft zusammen die Einzugsbereiche von Trinkwassergewinnungsanlagen von gefährdenden Nutzungen freihalten. Die Erweiterung des ASB als ein Schwerpunkt der zukünftigen Siedlungsentwicklung steht dem entgegen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes,

	insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	--

1002595, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Rodenkirchen Siedlung / GIB/AFAB / GIB-004-01</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Festlegung des GIB ist auf Grundlage des bestehenden Ratsbeschluss (Vorlage Nr. 0052/2020) auf die Flächen außerhalb des bestehenden NSG N5 zu begrenzen [s. Anhang Abb. StnID 1002595]. <i>Hinweis: Abhängigkeit zur Stellungnahme betr. Flächen F-2-2 11-001 (s. StnID 1002595)</i> <p>Anhänge Abb_ID1002595.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der GIB mit Zweckbindung ist als landesbedeutsamer Hafen festgelegt. Der Ausbaubedarf der Hafenstandorte wird durch die Fachplanung auf Basis der jeweils aktuellen Fortschreibung des Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzepts des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV 2016) bestimmt. Der betreffende Bereich ist darin als potentielle Erweiterungsfläche vorgesehen. Daher besteht gemäß Ziel 8.1-9 LEP NRW aus Landesinteresse das Erfordernis den gesamten Standort langfristig zu sichern obwohl es derzeit keine kommunale Entwicklungsabsicht gibt und der Bereich naturschutzfachlich als NSG ausgewiesen ist. Die Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1002609, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Rodenkirchen Freiraum / F-2-211-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Auf Grundlage des bestehenden Ratsbeschluss (Vorlage Nr. 0052/2020) ist das bestehende NSG N5 in seiner gesamten Größe darzustellen und die Hafenfläche/bzw. den GIB bis zur Grenze des NSG zurückzunehmen [s. Anhang Abb. StnID 1002609]. <i>Hinweis: Abhängigkeit zur Stellungnahme betr. Flächen GIB-004-01 (s. StnID 1002595)</i> <p>Anhänge Abb_ID1002609.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Siehe Erläuterungen zu StnID 1002595.</p>

1002623, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Rodenkirchen Freiraum / F-2-212-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Das NSG N 7 "Am Vogelacker" ist auf Grund der rechtskräftigen Naturschutzgebietsausweisung als BSN festzulegen, da das Gebiet eine besondere Funktion im Biotopverbund einnimmt [s. Anhang Abb. StnID 1002623]. <p>Anhänge Abb_ID1002623.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1002631, Stadt Köln	
Inhalt Stadtbezirk Rodenkirchen Verkehr / V-2-202-001 <ul style="list-style-type: none"> AS Bonner Verteiler ist im Sinne der Bestandssituation festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002631]. Anhänge Abb_ID1002631.pdf	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1002676, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Rodenkirchen Verkehr / V-2-205-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Straße ist wie im rechtsgültigen Regionalplan als ?Straßen für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr (Bestand und Planung)? festzulegen: Verbindung zw. BAB AS Eifeltor und L34 ist Teil des Lkw-Vorrangroutennetz [s. Anhang Abb. StnID 1002676] <p>Anhänge Abb_ID1002676.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1002678, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Rodenkirchen Verkehr / V-2-206-N01</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Straße ist als "sonstige Straße mit regionalplanerischer Bedeutsamkeit (Planung)? festzulegen, da für sie entsprechende Beschlüsse vorliegen, Planungen erfolgen und diese die Erschließungsqualität von Siedlungsbereichen maßgeblich determiniert [s. Anhang Abb. StnID 1002678]. <p>Anhänge Abb_ID1002678.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

1002681, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Rodenkirchen Verkehr / V-2-211-N01</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Straße ist wie im rechtsgültigen Regionalplan als ?Straßen für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr (Bestand und Planung)? festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002681]. <p>Anhänge Abb_ID1002681.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1002696, Stadt Köln

Inhalt

Stadtbezirk Lindenthal

Siedlung / ASB / ASB-077_1

- Die ASB Festlegung ist entsprechend der Abgrenzung der im Verfahren befindlichen 221. Änderung des FNP - Innerer Grüngürtel zu präzisieren. Bedeutsam ist hier der Teilbereich der geplanten Erweiterung des Justizzentrums, dessen Parkhausflächen gem. Regionalplanentwurf nicht mehr als ASB festgelegt sind [s. Anhang Abb. StnID 1002696].

Anhänge

[Abb_ID1002696.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1002699, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Lindenthal Siedlung / GIB / GIB-101</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Rücknahme der GIB-Festlegung ist im Sinne des Ziels "GIB sichern und entwickeln? rückgängig zu machen. Dies entspricht der aktuellen Bestandssituation (s.a. GE/GI-Ausweisung im Flächennutzungsplan) [s. Anhang Abb. StnID 1002699]. <p>Anhänge Abb_ID1002699.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002701, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Lindenthal Siedlung / WB / ASB-017_1</p> <ul style="list-style-type: none"> Die im Vergleich zum rechtskräftigen Regionalplan vorgenommene Erweiterung des ASB in Richtung Süden über den Frechener Weg hinaus ist zurück zu nehmen, um eine mögliche Signalwirkung zur Bebauung des Grünzugs West nicht entstehen zu lassen [s. Anhang Abb. StnID 1002701]. <p>Anhänge Abb_ID1002701.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002702, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Lindenthal Siedlung / AFAB / 3-306-001B*</p> <ul style="list-style-type: none"> Die vorgenommene Neufestlegung der Fläche als ASB ist zurückzunehmen und wie im aktuell rechtsgültigen Regionalplan als AFAB festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002702]. <p>Anhänge Abb. ID1002702.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002714, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Lindenthal Siedlung / AFAB / 3-308-002*</p> <ul style="list-style-type: none"> Die vorgenommene Neufestlegung der Fläche als ASB ist zurückzunehmen und wie im aktuell rechtsgültigen Regionalplan als AFAB festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002714]. <p>Anhänge Abb_ID1002714.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002717, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Lindenthal Siedlung / AFAB / 3-309-006</p> <ul style="list-style-type: none"> Die vorgenommene Neufestlegung der Fläche als ASB ist zurückzunehmen und wie im aktuell rechtsgültigen Regionalplan als AFAB festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002717]. <p>Anhänge Abb_ID1002717.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002718, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Lindenthal Freiraum / F-3-303-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Im Sinne einer einheitlichen und kongruenten planerischen Behandlung der Friedhofsflächen im Stadtgebiet ist auch für den Friedhof Melaten eine Festlegung als BSLE vorzusehen. Zudem ist dieser im Landschaftsplan der Stadt Köln Bestandteil des LSG L 15 und weist einen prägenden Baumbestand auf [s. Anhang Abb. StnID 1002718]. <p>Anhänge Abb_ID1002718.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Flächen entsprechen der Plankonzeption zur Festlegung von BSLE.</p>

1002720, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Lindenthal Freiraum / F-3-308-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Nördlich des Lise-Meitner-Rings ist ausgehend von der bestehenden einheitlichen Ackernutzung und entsprechender Darstellungen und Festsetzungen in rechtskräftigen Bauleitplänen die Festlegung BSLE auszuweiten [s. Anhang Abb. StnID 1002720]. <p>Anhänge Abb_ID1002720.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1002721, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Lindenthal Verkehr / V-3-307-004</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Festlegung des Streckenverlaufs sollte dem Beschluss der Vorlage 3454/2021 (Stadtbahnvorhabens Köln - Niederaußem; Verlängerung Linie 4) entsprechen. Entsprechend ist die Verbindung Weiden West - Widdersdorf der Linie 1 nicht darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1002721]. (https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=104184) <p>Anhänge Abb_ID1002721.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

1002727, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Lindenthal Verkehr / V-3-307-005</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Festlegung des Streckenverlaufs sollte dem Beschluss der Vorlage 3454/2021 (Stadtbahnvorhabens Köln ? Niederaußem; Verlängerung Linie 4) entsprechen. Entsprechend ist die Verbindung Weiden West - Widdersdorf der Linie 1 nicht darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1002727]. (https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=104184) <p>Anhänge Abb_ID1002727.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

1002730, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Ehrenfeld Siedlung / GIB/ASB / 4-401-001</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Bereich um das Max-Becker-Areal ist gem. politischen Beschluss zur Entwicklung eines Mischgebietes (Zielbild Weststadt) - wie im rechtskräftigen Regionalplan - als ASB festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002730]. <p>Anhänge Abb_ID1002730.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002731, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Ehrenfeld Siedlung / GIB / 4-405-XXX</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist gem. Vorschlag der Stadt Köln (Modul II, Nachmeldung) unter Berücksichtigung des vorliegenden Bebauungsplans als zweckmäßige Ergänzung der Fläche 4-405-006 sowie Erweiterung an den Bestand als GIB Fläche in der gesamten vorgeschlagenen Ausdehnung festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002731]. <p>Anhänge Abb_ID1002731.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002732, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Ehrenfeld Siedlung / ASB / ASB-073_2</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Rücknahme der ASB-Festlegung ist im gekennzeichneten Bereich rückgängig zu machen. Der Standort weist eine besondere Lagegunst hinsichtlich seiner ÖV-Erreichbarkeit auf, die im Sinne des Leitsatzes ?Siedlungsentwicklung an der Schiene? nutzbar gemacht werden soll [s. Anhang Abb. StnID 1002732]. <i>Hinweis: Freifläche mit Familienzentrum/Kindergarten in Parklage mit Spielplatz ?Am Mühlenweg??, FNP stellt Grünfläche dar</i> <p>Anhänge Abb_ID1002732.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für <i>Wohnen und Mischnutzung</i> gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Köln, über einen positiven Saldo.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.</p>

1002734, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Ehrenfeld Siedlung / GIB / GIB-238</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Rücknahme der GIB-Festlegung (Reservefläche) ist vor dem Hintergrund des Flächenbedarfs rückgängig zu machen [s. Anhang Abb. StnID 1002734]. <i>Hinweis: Abrenzung entspricht nach Westen GE Abgrenzung FNP</i> <p>Anhänge Abb_ID1002734.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Köln, über einen positiven Saldo.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIB.</p>

1002738, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Ehrenfeld Siedlung / KGV-001</p> <ul style="list-style-type: none"> AWB Sammel- und Umschlaganlage im Stadtteil Bickendorf Flurstück 4962-076-2005: Der Standort ist mit dem entsprechenden Signet als Standort des kombinierten Güterverkehrs festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002738]. <p>Anhänge Abb. ID1002738.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.5).</p> <p>Andere, als die im Plan festgelegten Güterumschlagplätze werden aufgrund fehlender Raum- und/oder Regionalbedeutsamkeit oder aufgrund fehlender Bimodalität nicht zeichnerisch festgelegt.</p>

1002746, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Ehrenfeld Freiraum / F-4-405-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Der bestehende BSN ist bis an den ausgewiesenen GIB zu vergrößern. Es besteht die Absicht, das NSG N 22 Baadenberger Senke, Stockheimer Höfe mit einer der nächsten Landschaftsplanänderungen um diese Flächen entsprechend zu erweitern. Der vorliegende Pflege- und Entwicklungsplan betrachtet diese Fläche bereits [s. Anhang Abb. StnID 1002746]. <p>Anhänge Abb_ID1002746.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p>

1002751, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Ehrenfeld Freiraum / F-4-405-002</p> <ul style="list-style-type: none"> Der festgelegte Freiraumbereich für "Aufschüttungen und Ablagerungen" mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie ist zu streichen, da sich diese Fläche bereits in der Rekultivierung befindet und die Festlegung entsprechend nicht mehr die Bestandssituation abbildet [s. Anhang Abb. StnID 1002751]. <p>Anhänge Abb_ID1002751.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und zur Umsetzung des Ziels 8.3-1 LEP NRW sind gemäß der landesweit einheitlichen Vorgehensweise bei der Darstellung von Abfalldeponien in Regionalplänen (Erlass vom 11. März 2011 Stk-AZ:30.08.50.03/MKULNV-AZ: IV-3/IV-2840.02) als raumbedeutsam eingestuft. Deponien unabhängig von der Art des Betreibers und der Zugänglichkeit bis zum Abschluss der Stilllegungsphase in Regionalplänen zeichnerisch festzulegen. Die hier gesicherten Deponiestandorte befinden sich derzeit in der Ablagerungs- bzw. Stilllegungsphase. Da die endgültige Stilllegung noch nicht vollzogen wurde, besteht weiterhin ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung folgerichtig ist.</p> <p>Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Festlegung als Bereich für Aufschüttung und Ablagerung mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie bzw. mit einem vorhabenbezogenen Planzeichen (Plansymbol: Abfalldeponie) steht dem nicht entgegen.</p>

1002753, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Nippes Siedlung / ASB / 5-505-B01</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als ASB festzulegen, um damit die Grundlage zur Behebung bestehender Missstände zu erhalten [s. Anhang Abb. StnID 1002753]. <p>Anhänge Abb. ID1002753.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

Stadtbezirk Nippes

Siedlung / GIB / GIB-031_1

- Die bestehende GIB-Festlegung des rechtskräftigen Regionalplans ist beizubehalten [s. Anhang Abb. StnID 1002755].

Anhänge[Abb. ID1002755.pdf](#)**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Darüberhinaus befindet sich die Fläche innerhalb eines HQextrem-Bereichs. Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen keine neuen regionalplanerisch darstellungsrelevanten Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung gemäß dem Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 des LEP NRW ?Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)? bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.

--	--

1002829, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Nippes Siedlung / ASB / ASB-064_3</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist ausgehend von der bestehenden baulichen Situation bis zur Zoobrücke als ASB festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1002829]. <p>Anhänge Abb_ID1002829.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002832, Stadt Köln

Inhalt

Stadtbezirk Nippes
Freiraum / F-5-505-001

- Die Pferderennbahn in Weidenpesch ist als BSLE festzulegen. Sie ist mit randlich prägenden Baum- und Gehölzstrukturen im Landschaftsplan Köln im LSG L 8 ausgewiesen und wird insgesamt durch einen landschaftsprägenden Charakter bestimmt. Die baulichen Anlagen sind gut in das Landschaftsschutzgebiet integriert. In Teilen ist die Anlage während der Betriebszeiten öffentlich zugänglich, so dass eine Ausweisung als BSLE fachlich empfohlen wird [s. Anhang Abb. StnID_1002832].

Anhänge

[Abb_ID1002832.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung wird entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln als Träger(in) der Landschaftsplanung gefolgt.

1002833, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Nippes Verkehr / V-5-504-003</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Schienentrasse zur Anbindung der Fordwerke östlich der Industriestraße ist wie im rechtsgültigen Regionalplan als ?Schienenweg für den überregionalen und regionalen Verkehr (Bestand und Planung)? festzulegen [s. Anhang Abb. StnID_1002833]. <p>Anhänge Abb_ID1002833.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

1002841, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Nippes Verkehr / V-5-504-004</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Schienentrasse westlich der Emdener Straße ist wie im rechtsgültigen Regionalplan als ?Schienenweg für den überregionalen und regionalen Verkehr (Bestand und Planung)? festzulegen [s. Anhang Abb. StnID_1002841]. Mehrfach pro Woche findet Güterverkehr auf dieser Trasse statt. <p>Anhänge Abb_ID1002841.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

1002844, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Nippes Verkehr / V-5-504-005</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Schienentrasse ist zu verlängern bis in die "Spitze" Am Molenkopf und als Schienenweg für den überregionalen und regionalen Verkehr (Bestand und Planung)? festzulegen [s. Anhang Abb. StnID_1002844]. <p>Anhänge Abb_ID1002844.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

1002848, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Nippes Verkehr / V-5-503-N01</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Festlegung des Haltepunktes Boltensternstr. / Gürtel der Linie 13 ist entsprechend des 3. Nahverkehrsplans der Stadt Köln (S. 205) vorzusehen [s. Anhang Abb. StnID_1002848]. (https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf66/dritter-nahverkehrsplan-12-2017.pdf) <p>Anhänge Abb_ID1002848.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

1002863, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Nippes Verkehr / V-5-504-N01</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Festlegung des Haltepunktes Niehler Str. / Gürtel der Linie 13 ist entsprechend des 3. Nahverkehrsplans der Stadt Köln (S. 205) vorzusehen [s. Anhang Abb. StnID_1002863]. (https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf66/dritter-nahverkehrsplan-12-2017.pdf) <p>Anhänge Abb_ID1002863.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

1002871, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Chorweiler Siedlung / ASB / 6-601-011</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als ASB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu den Anpassungsflächen Modul II festzulegen. Die pauschale Streichung von Siedlungsbereichen in Lagen von HQextrem hat massive Auswirkungen auf die räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt und wird als nicht sachgerecht beurteilt. Hier handelt es sich um einen bestehenden Siedlungskörper, der im Sinne der Sicherung bestehender Ortslagen, Ermöglichung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge und Schaffung von Entwicklungsmöglichkeiten eine Festlegung als ASB erfahren soll [s. Anhang Abb. StnID_1002871]. <p>Anhänge Abb_ID1002871.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine vorhandene Ortslage im regionalplanerischen Freiraum (bauleitplanerisch verfestigt), welche die landesplanerischen Vorgaben gemäß Ziel 2-3 LEP NRW zur Festlegung als Siedlungsraum erfüllt. Im Sinne der Bestandssicherung und -entwicklung wird der Ortsteil trotz Lage innerhalb eines HQextrem-Bereichs als ASB festgelegt. Durch die Festlegung des Ortsteils als Siedlungsraum werden keine neuen, über den Bestand hinausgehenden, regionalplanerisch darstellungsrelevanten Siedlungsraumpotentiale innerhalb von HQextrem-Bereichen gesichert, sodass weiterhin dem Ziel des Regionalratsbeschlusses vom 24.09.2021 (RR 63/2021) Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen zu betreiben und damit künftiger Schadenspotentiale zu minimieren Rechnung getragen wird.</p>

1002879, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Chorweiler Siedlung / ASB / 6-601-011A & 6-601-011B*</p> <ul style="list-style-type: none"> Die entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln vorgelegten Erweiterungsflächen der bestehenden Ortslagen (Modul III) sind als ASB mit angepasster Abgrenzung festzulegen (siehe Neuabgrenzungsvorschlag 6-601-011 (ehem. 6-601-011A & 6-601-011B*)) [s. Anhang Abb. StnID_1002879_1] [s. Anhang Abb. StnID_1002879_2]. Die pauschale Streichung von Siedlungsbereichen in Lagen von HQextrem hat massive Auswirkungen auf die räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt und wird als nicht sachgerecht beurteilt. Hier handelt es sich um einen bestehenden Siedlungskörper, der im Sinne der Sicherung bestehender Ortslagen, Ermöglichung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge und Schaffung von Entwicklungsmöglichkeiten eine Festlegung als ASB erfahren soll. Erforderliche Regelungen zur Risikovorsorge sind auf Grundlage differenzierter Untersuchungen im Rahmen der nachfolgenden Bauleitplanung zu treffen. <p>Anhänge Abb_ID1002879_1.pdf Abb_ID1002879_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen keine neuen regionalplanerisch darstellungsrelevanten Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung gemäß dem Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 des LEP NRW "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.</p> <p>Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.</p>

1002887, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Chorweiler Siedlung / ASB / 6-602-053</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als ASB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu den Anpassungsflächen Modul II festzulegen. Die pauschale Streichung von Siedlungsbereichen in Lagen von HQextrem hat massive Auswirkungen auf die räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt und wird als nicht sachgerecht beurteilt. Hier handelt es sich um einen bestehenden Siedlungskörper, der im Sinne der Sicherung bestehender Ortslagen, Ermöglichung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge und Schaffung von Entwicklungsmöglichkeiten eine Festlegung als ASB erfahren soll [s. Anhang Abb. StnID 1002887]. <p>Anhänge Abb_ID1002887.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine vorhandene Ortslage im regionalplanerischen Freiraum (bauleitplanerisch verfestigt), welche die landesplanerischen Vorgaben gemäß Ziel 2-3 LEP NRW zur Festlegung als Siedlungsraum erfüllt. Im Sinne der Bestandssicherung und -entwicklung wird der Ortsteil trotz Lage innerhalb eines HQextrem-Bereichs als ASB festgelegt. Durch die Festlegung des Ortsteils als Siedlungsraum werden keine neuen, über den Bestand hinausgehenden, regionalplanerisch darstellungsrelevanten Siedlungsraumpotentiale innerhalb von HQextrem-Bereichen gesichert, sodass weiterhin dem Ziel des Regionalratsbeschlusses vom 24.09.2021 (RR 63/2021) Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen zu betreiben und damit künftiger Schadenspotentiale zu minimieren Rechnung getragen wird.</p>

1002891, Stadt Köln

Inhalt

Stadtbezirk Chorweiler
Siedlung / ASB / 6-602-001A

- Die Fläche ist als ASB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu den Optionsflächen Modul III festzulegen (mitgezeichnete Vorlage 2887/2019). Die pauschale Streichung von Siedlungsbereichen in Lagen von HQextrem hat massive Auswirkungen auf die räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt und wird als nicht sachgerecht beurteilt. Hier handelt es sich um einen bestehenden Siedlungskörper, der im Sinne der Sicherung bestehender Ortslagen, Ermöglichung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge und Schaffung von Entwicklungsmöglichkeiten eine Festlegung als ASB erfahren soll [s. Anhang Abb. StnID_1002891]. Erforderliche Regelungen zur Risikovorsorge sind auf Grundlage differenzierter Untersuchungen im Rahmen der nachfolgenden Bauleitplanung zu treffen.

Anhänge

[Abb_ID1002891.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen keine neuen regionalplanerisch darstellungsrelevanten Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung gemäß dem Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 des LEP NRW "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.

Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.

1002895, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Chorweiler Siedlung / ASB / 6-607-005</p> <ul style="list-style-type: none"> • Festlegung der Fläche als ASB entsprechend Vorschlag der Stadt Köln zu den Anpassungsflächen vorzusehen [s. Anhang Abb. StnID_1002895]. Die Festlegung als ASB ist unter Berücksichtigung der Planungsabsicht der Landwirtschaftskammer vorzusehen. <p>Anhänge Abb_ID1002895.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Weder von der Stadt Köln noch von der Landwirtschaftskammer wurden im Verfahren Planungsabsichten geäußert, die eine allgemeine Siedlungsraumfestlegung erfordern. Die aktuell bestehende Nutzung als "Versuchszentrum Gartenbau" wie auch eine mögliche Intensivierung dieser Nutzung steht dem regionalplanerisch festgelegten AFAB grundsätzlich nicht entgegensteht. Eine Nutzung als ASB ist nicht beabsichtigt. Darüber hinaus wird auf die Entwicklungsmöglichkeiten entsprechend den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum (s. Ziel 2-3 LEP NRW) hingewiesen. Somit besteht hier kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

1002898, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Chorweiler Siedlung / ASB / 6-608-006A</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Neufestlegung des ASB ist in gleicher Tiefe nach Süden bis zum Chorweiler Zubringer zu erweitern (siehe Neuabgrenzungsvorschlag) [s. Anhang Abb. StnID_1002898_1] [s. Anhang Abb. StnID_1002898_2]. <p>Anhänge Abb_ID1002898_1.pdf Abb_ID1002898_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Köln, über einen positiven Saldo.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.</p>

1002900, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Chorweiler Siedlung / AFAB / 6-608-006B</p> <ul style="list-style-type: none"> Die vorgenommene Neufestlegung der GIB Fläche innerhalb des Freiraums südlich dem Friedhof Chorweiler ist zurückzunehmen und als AFAB festzulegen [s. Anhang Abb. StnID_1002900]. <p>Anhänge Abb_ID1002900.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002904, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Chorweiler Siedlung / AFAB / 6-611-007</p> <ul style="list-style-type: none"> Die vorgenommene Neufestlegung der Fläche als ASB ist zurückzunehmen und wie im aktuell rechtsgültigen Regionalplan als AFAB festzulegen [s. Anhang Abb. StnID_1002904]. <p>Anhänge Abb_ID1002904.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002905, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Chorweiler Siedlung / GIB / 6-611-008</p> <ul style="list-style-type: none"> GIB Erweiterungsfläche nördlich Roggendorf/Thenhoven: Die Fläche ist als GIB entsprechend dem Abgrenzungsvorschlag der Stadt Köln zu den Optionsflächen Modul III auch unter Würdigung der Resultate der erfolgten Umweltprüfung festzulegen (mitgezeichnete Vorlage 2887/2019) [s. Anhang Abb. StnID_6-611-008]. Die Hinweise zu potenziellen erheblichen Umweltauswirkungen sind im Rahmen der nachgeordneten Bauleitplanung präzise aufzunehmen und vertiefend zu untersuchen. <p>Anhänge Abb_ID1002905.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die <i>Stadt Köln</i> über einen positiven Saldo.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIB.</p>

1002906, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Chorweiler Siedlung / GIB / 6-611-B08</p> <ul style="list-style-type: none"> Ergänzung GIB Erweiterungsfläche nördlich Roggendorf/Thenhoven auf Vorschlag der BV 6: Die Fläche ist als GIB entsprechend dem von der Verwaltung geprüften Abgrenzungsvorschlag der BV im Rahmen der politischen Beratung der Optionsflächen Modul III festzulegen (mitgezeichnete Vorlage 2887/2019) [s. Anhang Abb. StnID_1002906]. <p>Anhänge Abb_ID1002906.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Köln, über einen positiven Saldo.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIB.</p>

1002911, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Chorweiler Freiraum / F-6-601-001</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorbehaltlich einer Nichtfestlegung der Bereiche als ASB, sind die Ortsrandflächen westlich von Langel und Rheinkassel bis zur GIB-Ausweisung entsprechend des LSG L 6 nach Landschaftsplan Köln als BSLE festzulegen [s. Anhang Abb. StnID_1002911]. <p>Anhänge Abb_ID1002911.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p>

1002913, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Chorweiler Freiraum / F-6-602-001</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorbehaltlich einer Nichtfestlegung der Bereiche als ASB, sind die Qrtsrandflächen um Föhlingen als BSLE auszuweisen [s. Anhang Abb. StnID_1002913]. Grundlage ist die Schutzausweisung des Landschaftsplans, der die LSGs L 5 und L 6 sowie südwestlich der Ortslage das LB 6.22 ausweist. <p>Anhänge Abb_ID1002913.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p>

1002975, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Chorweiler Freiraum / F-6-611-001</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fläche als BSLE festzulegen, da selbige im Rahmen einer nächsten Landschaftsplanänderung in das LSG L 7 aufgenommen werden soll. Zudem stellt auch der Flächennutzungsplan entsprechende Fläche als Fläche für die Landwirtschaft dar [s. Anhang Abb. StnID 1002975]. <p>Anhänge Abb_ID1002975.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Flächen entsprechen der Plankonzeption zur Festlegung von BSLE.</p>

1002989, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Chorweiler Verkehr / V-6-601-002</p> <ul style="list-style-type: none"> Es handelt sich hier um eine mögliche Stadtbahnverlängerung der Linie 12 Richtung Rheinkassel/Langel. Die Festlegung der Stadtbahnverlängerung ist gem. Anmeldung im ÖPNV-Bedarfsplan zu verfolgen [s. Anhang Abb. StnID 1002989]. <p>Anhänge Abb_ID1002989.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine Sicherung der Maßnahme im Rahmen der Bauleitplanung bleibt davon ebenso unberührt wie die weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger.</p>

1002997, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Chorweiler Verkehr / V-6-606-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Anschlussstelle K-Chorweiler/A57 ist festzulegen, da die Planung zum Ausbau als Vollanschluss aktiv betrieben wird [s. Anhang Abb. StnID 1002997]. <p>Anhänge Abb. ID1002997.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1003001, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Chorweiler Verkehr / V-6-6XX-002</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Trasse ist wie im rechtskräftigen Regionalplan bisher festzulegen. Sie ist als Maßnahme im NVP enthalten [s. Anhang Abb. StnID 1003001]. <p>Anhänge Abb_ID1003001.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine Sicherung der Maßnahme im Rahmen der Bauleitplanung bleibt davon ebenso unberührt wie die weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger.</p>

1003003, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Porz Siedlung / AFAB ASB GIB / 7-712-076 und 7-712-077</p> <ul style="list-style-type: none"> Der festgelegte ASB ist auf die Grenzen des festgesetzten LB 7.24 zurückzunehmen und als BSN auszuweisen [s. Anhang Abb. StnID 1003003]. Der Linder Bruch/ bzw. der Senkelsgraben ist im Landschaftsplan als LB 7.24 festgesetzt. Im landesweiten Biotopverbund ist die Fläche als Fläche mit herausragender Bedeutung ausgewiesen. Der FNP Köln stellt die Fläche als Grünfläche dar. In einem folgenden Landschaftsplanänderungsverfahren soll die Fläche als NSG ausgewiesen werden. <i>Hinweis: korrespondierend zur Stellungnahme zu F-7-712-001 (s. StnID 1003183)</i> <p>Anhänge Abb_ID1003003_1.pdf Abb_ID1003003_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt werden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.</p> <p>Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.</p> <p>In Folge der Änderung wird der südlich-westlich des Änderungsbereichs angrenzende, zurückbleibende ASB in GIB umgewandelt. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003011, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Porz Siedlung / GIB / 7-701-N04</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als GIB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu den Optionsflächen Modul III festzulegen (mitgezeichnete Vorlage 2887/2019) [s. Anhang Abb. StnID 1003011]. Die Umsetzung des Festlegungsvorschlags ist anzustreben, da sich diese Fläche angrenzend an einen GIB Bestand und mit unterschiedlichen Vorbelastungen aus dem Umfeld in besonderer Weise als solche eignet. <p>Anhänge Abb_ID1003011.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 LEP NRW "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.</p> <p>Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.</p>

1003012, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Porz Siedlung / ASB / 7-702-013</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als ASB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu den Optionsflächen Modul III festzulegen (mitgezeichnete Vorlage 2887/2019) [s. Anhang Abb. StnID 1003012]. Die Umsetzung des Festlegungsvorschlags ist u.a. im Sinne der Stärkung von Siedlungsstandorten an der Schiene anzustreben. Eine Umweltprüfung im Rahmen der Regionalplanneuaufstellung für diese Fläche ist wünschenswert. <p>Anhänge Abb_ID1003012.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung des in Rede stehenden Bereichs als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände entgegen. Die Fläche ist im Regionalplan auf der Basis der Wasserschutzzone II eines fachplanerisch festgesetzten Wasserschutzgebiets gemäß Z.26 als Bereich für Gewässerschutz und Grundwasserschutz festgelegt. Als landesplanerische Vorgabe hat Ziel 7.4-3 des LEP NRW den Zweck, dass Raumordnung und Wasserwirtschaft zusammen die Einzugsbereiche von Trinkwassergewinnungsanlagen von gefährdenden Nutzungen freihalten. Die Erweiterung des ASB als ein Schwerpunkt der zukünftigen Siedlungsentwicklung steht dem entgegen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003018, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Porz Siedlung / AFAB / 7-713-007*</p> <ul style="list-style-type: none"> Die vorgenommene Neufestlegung der Fläche als ASB ist zurückzunehmen und wie im aktuell rechtsgültigen Regionalplan als AFAB festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003018]. <p>Anhänge Abb_ID1003018.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003024, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Porz Siedlung / AFAB / 7-713-009*</p> <ul style="list-style-type: none"> Die vorgenommene Neufestlegung der Fläche als ASB ist zurückzunehmen und wie im aktuell rechtsgültigen Regionalplan als AFAB festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003024]. <p>Anhänge Abb_ID1003024.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003028, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Porz Siedlung / AFAB / 7-714-011B*</p> <ul style="list-style-type: none"> Die vorgenommene Neufestlegung der Fläche als ASB ist zurückzunehmen und wie im aktuell rechtsgültigen Regionalplan als AFAB festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003028]. <p>Anhänge Abb_ID1003028.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003036, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Porz Siedlung / ASB / ASB-420_2</p> <ul style="list-style-type: none"> Die neu festgelegte Zweckbestimmung "Militärische Einrichtung" ist zu streichen [s. Anhang Abb. StnID 1003036]. Die Langfristigkeit der Einrichtung ist über den gesamten Planungshorizont des Regionalplans in Frage zu stellen. Die für die Einrichtung erforderliche Flächensicherung konnte auch auf Grundlage des rechtskräftigen Regionalplans ohne Zweckbindungsfestlegung gelingen. <p>Anhänge Abb_ID1003036.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Sicherung der Luftwaffenkaserne Köln-Wahn als ASB mit der Zweckbindung Militärische Einrichtung entspricht der Plankonzeption bzw. dem methodischen Vorgehen und erfolgt in Abstimmung mit der Bundeswehr. Informationen über die Aufgabe bzw. Konversion der militärischen Liegenschaften sind nicht bekannt.</p>

1003041, Stadt Köln

Inhalt

Stadtbezirk Porz
Siedlung / KGV-002

- Gremberghoven Bahnareal: Der Standort ist mit dem entsprechenden Signet als Standort des kombinierten Güterverkehrs festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003041].

Anhänge

[Abb_ID1003041.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.5).

Andere, als die im Plan festgelegten Güterumschlagplätze werden aufgrund fehlender Raum- und/oder Regionalbedeutsamkeit oder aufgrund fehlender Bimodalität nicht zeichnerisch festgelegt.

1003072, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Porz Freiraum / F-7-703-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Im Sinne der Darstellung der Bestandssituation sollte die Festlegung "Oberflächengewässer? beibehalten werden [s. Anhang Abb. StnID 1003072]. <p>Anhänge Abb_ID1003072.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption werden Stehende Gewässer ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha sowie alle fachplanungsrechtlich berichtspflichtigen Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet von mehr 10 km² gemäß Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) als Oberflächengewässer zeichnerisch festgelegt. Kleinere nicht berichtspflichtige Fließgewässer sind im Einzelfall aufgrund ihrer regionalen Bedeutung festgelegt. Die Festlegung umfasst neben dem jeweiligen Gewässer auch die Uferbereiche und orientiert sich an den bestehenden Gewässerflächen. Die vorgeschlagene Festlegung entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.</p>

1003089, Stadt Köln	
Inhalt Stadtbezirk Porz Freiraum / F-7-704-002 <ul style="list-style-type: none"> • Festlegung des südlichen Gremberger Sees als BSLE. Er liegt im rechtskräftigen LSG L23 [s. Anhang Abb. StnID 1003089]. Anhänge Abb. ID1003089.pdf	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Die Festlegung wird entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln als Träger(in) der Landschaftsplanung gefolgt.

1003179, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Porz Freiraum / F-7-708-001</p> <p>Die Fläche des NSG N14 (Kiesgrube Wahn) ist als BSN festzulegen, da sie eine besondere Bedeutung als Trittstein im Biotopverbund hat und im landesweiten Biotopverbund als Gebiet mit herausragender Bedeutung ausgewiesen ist [s. Anhang Abb. StnID 1003179].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003179.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1003180, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Porz Freiraum / F-7-708-002</p> <ul style="list-style-type: none"> Die im rechtskräftigen Regionalplan aufgeführte Zweckbindung "Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlage" ist weiterhin festzulegen. Es ist eine heute bestehende Anlage, für die es im Kontext vorgesehener Entwicklungen konkrete Ausbaupläne gibt [s. Anhang Abb. StnID 1003180]. <p>Anhänge Abb_ID1003180.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische und Textliche Festlegung wird entsprechend geändert (s.Änderungskarten und Änderungssynopse).</p> <p>Die vorhandene Anlage entspricht der Festlegungssystematik gemäß Z.46 "Standorte für Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen sichern".</p>

1003183, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Porz Freiraum / F-7-712-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Der festgelegte ASB ist auf die Grenzen des festgesetzten LB 7.24 zurückzunehmen und als BSN auszuweisen [s. Anhang Abb. StnID 1003183]. Der Linder Bruch/ bzw. der Senkelsgraben ist im Landschaftsplan als LB 7.24 festgesetzt. Im landesweiten Biotopverbund ist die Fläche als Fläche mit herausragender Bedeutung ausgewiesen. Der FNP Köln stellt die Fläche als Grünfläche dar. In einem folgenden Landschaftsplanänderungsverfahren soll die Fläche als NSG ausgewiesen werden. <i>Hinweis: korrespondierend zur Stellungnahme zu 7-712-076 und 7-712-077 (s. StnID 1003003)</i> <p>Anhänge Abb_ID1003183.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003003).</p>

1003185, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Porz Freiraum / F-7-712-002</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Deponie Linder Mauspfad ist festzulegen als AFAB mit überlagernder Festlegung BSN und Regionaler Grünzug [s. Anhang Abb. StnID 1003185]. Die Deponie befindet sich in der Rekultivierung. Anschließend im Rhein-Sieg-Kreis findet sich entsprechende BSN Festlegung. <p>Anhänge Abb_ID1003185.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt werden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.</p> <p>Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.</p>

1003186, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Porz Freiraum / F-7-713-002</p> <ul style="list-style-type: none"> Abgrabungsgewässer Storchensee und Molch Weiher sind als BSN festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003186]. Sie sollen im Rahmen einer nächsten Landschaftsplanänderung als NSG auf Kölner Stadtgebiet ausgewiesen werden, eine Entsprechung als NSG besteht bereits im Rhein-Sieg Kreis. Auch der landesweite Biotopverbund weist diese Flächen mit herausragender Bedeutung aus. <p>Anhänge Abb_ID1003186.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt werden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.</p> <p>Die vorgeschlagene Fläche entspricht den vorgenannten Kriterien.</p>

1003189, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Porz Verkehr / V-7-709-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Flughafenvorfahrt (Kennedystraße) ist weiterhin als Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straßen (Bestand und Planung) festzulegen, da die Erreichbarkeit des überregional bedeutsamen Flughafens Köln/Bonn im Sinne von Grundsatz G.58 langfristig zu erhalten ist [s. Anhang Abb. StnID 1003189]. <p>Anhänge Abb_ID1003189.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1003191, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Porz Verkehr / V-7-711-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Die festgelegte Trasse ist aus der vorliegenden Planung des Landesstraßenbedarfsplans zu übernehmen [s. Anhang Abb. StnID 1003191]. <p>Anhänge Abb_ID1003191.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die angeregte Trasse ist nicht im Landesstraßenbedarfsplan enthalten. Die Bedarfsplanmaßnahme umfasst lediglich den Abschnitt "L82n Köln Wahn/Elsdorf B 8 bis A 59?", der im Regionalplan bereits festgelegt wird.</p>

1003197, Stadt Köln

Inhalt

Stadtbezirk Porz
Verkehr / V-7-711-N01

- Die Ortsumgehung Zündorf ist im Landesstraßenbedarfsplan gelistet und entsprechend mit Anschluss an die L82n als "Straße für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr (Bestand und Planung)" festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003197].

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die angeregte Trasse ist nicht im Landesstraßenbedarfsplan enthalten. Die Bedarfsplanmaßnahme umfasst lediglich den Abschnitt "L82n Köln Wahn/Elsdorf B 8 bis A 59", der im Regionalplan bereits festgelegt wird.

1003202, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Porz Verkehr / V-7-714-002</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Trasse im nördlichen Abschnitt (nördlich Ranzeler Str.) ist als räumlich definiert, d.h. als ?Schienenweg für den überregionalen und regionalen Verkehr (Bestand und Planung)? festzulegen (s.a. aktuell gültigen Regionalplan) [s. Anhang Abb. StnID 1003202]. Dies folgt dem Beschluss des Rats der Stadt Köln zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 7. Für diesen Abschnitt fehlt eine Umweltprüfung im Rahmen der Regionalplanneuaufstellung. Sie ist noch durchzuführen. <p>Anhänge Abb_ID1003202.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung entspricht der Plankonzeption (vgl. Textliche Festlegungen Kapitel 5.1.3 und Begründung Kapitel 5.1.3). Da die Trassierung noch nicht planfestgestellt wurde, erfolgt die Festlegung als Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung.</p> <p>In der Strategischen Umweltprüfung der Zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans wurden die Darstellungsfälle betrachtet, bei denen es sich nicht um eine nachrichtliche Übernahme beziehungsweise um eine verpflichtende Vorgabe der Fachplanung handelt, sondern es um Festlegungen geht über die der Regionalrat selbst entscheiden kann. Aus diesem Grund wurden die Übernahmen aus den Bedarfsplänen keiner Strategischen Umweltprüfung unterzogen, denn diese Festlegungen sind unabhängig von einem möglichen Ergebnis der Umweltprüfung zwingend festzulegen. Eine Prüfung der Belange erfolgt übergeordnet in dem anschließenden Planfeststellungsverfahren.</p>

1003207, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Kalk Siedlung / AFAB / 8-807-004</p> <ul style="list-style-type: none"> Die vorgenommene Neufestlegung der Fläche als ASB ist zurückzunehmen und wie im aktuell rechtsgültigen Regionalplan als AFAB festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003207]. <p>Anhänge Abb_ID1003207.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003211, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Kalk Siedlung / AFAB / 8-807-005*</p> <ul style="list-style-type: none"> Die vorgenommene Neufestlegung der Fläche als ASB ist zurückzunehmen und wie im aktuell rechtsgültigen Regionalplan als AFAB festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003211]. <p>Anhänge Abb_ID1003211.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003213, Stadt Köln	
Inhalt Stadtbezirk Kalk Siedlung / ASB / 8-807-086 <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als ASB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu den Reserveflächen Modul II festzulegen (mitgezeichnete Vorlage 0621/2019) [s. Anhang Abb. StnID 1003213]. Anhänge Abb_ID1003213.pdf	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1003216).

1003216, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Kalk Siedlung / ASB / 8-807-087</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als ASB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu den Reserveflächen Modul II festzulegen (mitgezeichnete Vorlage 0621/2019) [s. Anhang Abb. StnID 1003216]. <p>Anhänge Abb_ID1003216.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003219, Stadt Köln

Inhalt

Stadtbezirk Kalk

Siedlung / ASB / 8-807-B02

- Die Fläche ist vollumfänglich als ASB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003219]. Sie zeichnet sich durch eine besondere Lagegunst aus. Der Abriss des Autobahnzubringers würde sowohl die Schaffung eines Grünzugs zwischen Brück und Neubrück als auch eine Siedlungsentwicklung (anschließend an Brück) ermöglichen.

Anhänge

[Abb_ID1003219.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003220, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Kalk Siedlung / ASB / 8-808-088</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist vollumfänglich als ASB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu den Modul II-Flächen im Sinne der Bestandssituation festzulegen (mitgezeichnete Vorlage 0621/2019) [s. Anhang Abb. StnID 1003220]. <p>Anhänge Abb. ID1003220.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003224, Stadt Köln

Inhalt

Stadtbezirk Kalk

Siedlung / ASB / 8-808-006

- Die Fläche ist vollständig als ASB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu den Optionsflächen Modul III festzulegen (mitgezeichnete Vorlage 2887/2019) [s. Anhang Abb. StnID 8-808-006]. Die pauschale Streichung von Siedlungsbereichen in Lagen von HQextrem hat massive Auswirkungen die räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt. Wir erachten eine differenzierte, standortspezifische und die Steuerungsmöglichkeiten der Bauleitplanung berücksichtigende Vorgehensweise und schlagen eine bedingte Festlegung vor.

Anhänge

[Abb_ID1003224.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen keine neuen regionalplanerisch darstellungsrelevanten Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung gemäß dem Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 des LEP NRW "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.

Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.

1003229, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Kalk Siedlung / KGV-003</p> <ul style="list-style-type: none"> • AWB Müll - Umlade - Station Wikingerstraße: Der Standort ist mit dem entsprechenden Signet als Standort des kombinierten Güterverkehrs festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003229]. <p>Anhänge Abb_ID1003229.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.5).</p> <p>Andere, als die im Plan festgelegten Güterumschlagplätze werden aufgrund fehlender Raum- und/oder Regionalbedeutsamkeit oder aufgrund fehlender Bimodalität nicht zeichnerisch festgelegt.</p>

1003242, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Kalk Verkehr / V-8-806-001</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aus Sicht der Stadt Köln besteht kein Bedarf für die Festlegung der Landesstraße L286n im Regionalplan. Im Falle einer Festlegung verweist die Stadt Köln auf ein Umweltprüfungserfordernis [s. Anhang Abb. StnID 1003242]. <p>Anhänge Abb_ID1003242.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>In der Strategischen Umweltprüfung der Zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans wurden die Darstellungsfälle betrachtet, bei denen es sich nicht um eine nachrichtliche Übernahme beziehungsweise um eine verpflichtende Vorgabe der Fachplanung handelt, sondern es um Festlegungen geht über die der Regionalrat selbst entscheiden kann. Aus diesem Grund wurden die Übernahmen aus den Bedarfsplänen keiner Strategischen Umweltprüfung unterzogen, denn diese Festlegungen sind unabhängig von einem möglichen Ergebnis der Umweltprüfung zwingend festzulegen. Eine Prüfung der Belange erfolgt übergeordnet in dem anschließenden Planfeststellungsverfahren.</p>

1003246, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Kalk Verkehr / V-8-806-002</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Anschlussstrecke zum bestehenden Stadtbahnbetriebshof Merheim ist entsprechend des Bestandes, d.h. ohne nördliche Erschließung, weiterhin festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003246]. <p>Anhänge Abb_ID1003246.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

1003248, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Kalk Verkehr / V-8-808-003</p> <ul style="list-style-type: none"> Entsprechend des aktuellen Beschlusses ist der Haltepunkt festzulegen (zur Vorlage 0277/2021) [s. Anhang Abb. StnID 1003248]: ?Die Verwaltung wird beauftragt in Gespräche mit dem NVR zu gehen, um die mögliche Einrichtung eines Haltepunkts in Rath/Heumar an der Eiler Straße in den Planungen offen zu halten.? <p>Anhänge Abb_ID1003248.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht der Festlegungsmethodik des Regionalplans (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). In den zu Grunde gelegten Zielnetzen des Nahverkehrsplans des Nahverkehr Rheinland ist der angeregte Haltepunkt nicht enthalten. Auch liegt noch keine Planfeststellung für den Haltepunkt vor, so dass entsprechend der Plankonzeption keine Festlegung des Haltepunktes erfolgt. Dies steht einer weiteren Planung in nachgelagerten Verfahren nicht entgegen.</p>

1003254, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Kalk Verkehr / V-8-809-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Trasse ist im NVP sowie in der ÖPNV Roadmap enthalten, wenn auch nicht räumlich final verortet. Entsprechend ist die Trasse als ?Schienenweg für den überregionalen und regionalen Verkehr ohne räumliche Festlegung? festzulegen, sowie die Verbindungsspanne bis zum Kreuzungspunkt der Stadtbahnlinie 1 und der L 286n verlängert festzulegen (vgl. 3. NVP Abbildung 8-6) [s. Anhang Abb. StnID 1003254]. <p>Anhänge Abb_ID1003254.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine Sicherung der Maßnahme im Rahmen der Bauleitplanung bleibt davon ebenso unberührt wie die weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger.</p>

1003257, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Kalk Verkehr / V-8-8XX-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Verlängerung der Linie 13 ab Bf Mülheim über Frankfurter Str. bis HP Köln-Ostheim soll langfristig entsprechend des Nahverkehrsplans realisiert werden. Entsprechend ist die Trasse als Schienenweg für den überregionalen und regionalen Verkehr (Bestand und Planung) festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003257]. <p>Anhänge Abb_ID1003257.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine Sicherung der Maßnahme im Rahmen der Bauleitplanung bleibt davon ebenso unberührt wie die weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger.</p>

1003260, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Siedlung / GIB / 9-901-009</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als GIB vollumfänglich entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu sog. Umwandlungsoptionen vor dem Hintergrund der bereits bestehenden Situation festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003260]. <p>Anhänge Abb_ID1003260.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003264, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Siedlung / AFAB / 9-903-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Die vorgenommene Neufestlegung der Fläche als ASB ist zurückzunehmen und wie im aktuell rechtsgültigen Regionalplan als AFAB festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003264]. <p>Anhänge Abb_ID1003264.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003274, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Siedlung / ASB / 9-903-091</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als ASB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu Anpassungsflächen (Modul II) im Sinne der Anpassung an den Bestand festgelegt werden [s. Anhang Abb. StnID 1003274]. <p>Anhänge Abb_ID1003274.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003277, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Siedlung / ASB / ASB-098</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Rücknahme der ASB Festlegung im Bereich östlich A3 und nördlich B506 ist im Sinne der Bestandssituation rückgängig zu machen. An der ASB Festlegung ist festzuhalten [s. Anhang Abb. StnID 1003277]. <p>Anhänge Abb_ID1003277.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003281, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Siedlung / ASB / 9-905-095</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als ASB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu Anpassungsflächen (Modul II) im Sinne der Anpassung an den Bestand festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003281]. <p>Anhänge Abb_ID1003281.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003283, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Siedlung / ASB / 9-905-097</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Neufestlegung des ASB ist am Bestand zu orientieren (Bitte um Überprüfung der Abgrenzung) [s. Anhang Abb. StnID 1003283]. Dabei ist die Grenze des FFH Gebietes zu berücksichtigen. Die angrenzende bedeutsame Biotop-Verbundzone in Nord-/Südrichtung ist als AFAB ? wie vorgesehen ? festzulegen, um Verbindungsfunktion auch planerisch zu dokumentieren. <p>Anhänge Abb_ID1003283.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003290, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Siedlung / ASB/AFAB / 9-905-002</p> <ul style="list-style-type: none"> Die als ASB neu festgelegte Fläche ist entsprechend dem Festlegungsvorschlag der Stadt Köln zu den sog. Optionsflächen (Modul III) zu reduzieren [s. Anhang Abb. StnID 1003290]. Die Neufestlegung von ASB nördlich dieser wird nicht mitgetragen, da es sich um eine Auenlandschaft handelt und faktisch ist keine weitere Entwicklung aufgrund der Topographie möglich ist. <p>Anhänge Abb_ID1003290.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003294, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Siedlung / ASB / 9-905-003</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als ASB entsprechend dem Vorschlag der Stadt Köln zu Anpassungsflächen (Modul II) im Sinne der Anpassung an den Bestand festgelegt werden [s. Anhang Abb. StnID 1003294]. <p>Anhänge Abb_ID1003294.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003298, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Siedlung / ASB / ASB-047-01</p> <ul style="list-style-type: none"> Die ASB-Festlegung der Fläche ist gem. rechtskräftigem Regionalplan beizubehalten [s. Anhang Abb. StnID 1003298]. Die pauschale Streichung von Siedlungsbereichen in Lagen von HQextrem hat massive Auswirkungen auf die räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt und wird als nicht sachgerecht beurteilt. Erforderliche Regelungen zur Risikovorsorge sind auf Grundlage differenzierter Untersuchungen im Rahmen der nachfolgenden Bauleitplanung zu treffen. <p>Anhänge Abb_ID1003298.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen keine neuen regionalplanerisch darstellungsrelevanten Siedlungsrumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung gemäß dem Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 des LEP NRW "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.</p> <p>Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.</p>

1003613, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Siedlung / ASB / ASB-047-02</p> <ul style="list-style-type: none"> Die ASB-Festlegung der Fläche ist gem. rechtskräftigem Regionaiplan beizubehalten [s. Anhang Abb. StnID 1003613]. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der bestehenden ÖV-Erschließungsqualität (Nähe zu Stadtbahnhalte) zu befürworten. <p>Anhänge Abb_ID1003613.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung des in Rede stehenden Bereichs als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände entgegen. Die Fläche ist im Regionalplan auf der Basis der Wasserschutzzone II eines fachplanerisch festgesetzten Wasserschutzgebiets gemäß Z.26 als Bereich für Gewässerschutz und Grundwasserschutz festgelegt. Als landesplanerische Vorgabe hat Ziel 7.4-3 des LEP NRW den Zweck, dass Raumordnung und Wasserwirtschaft zusammen die Einzugsbereiche von Trinkwassergewinnungsanlagen von gefährdenden Nutzungen freihalten. Die Erweiterung des ASB als ein Schwerpunkt der zukünftigen Siedlungsentwicklung steht dem entgegen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003614, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Siedlung / ASB / 9-908-105</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist entsprechend der bestehenden Abgrenzung um rechtskräftigen FNP festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003614]. <p>Anhänge Abb_ID1003614.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.</p> <p>Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003615, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Siedlung / AFAB / GIB-029-01</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist vollumfänglich als AFAB festzulegen [s. Anhang Abb. StrnID 1003615]. <p>Anhänge Abb_ID1003615.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003617, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Siedlung / ASB / AFAB-002</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Neufestlegung von ASB sollte ausschließlich im Sinne der Bestandsanpassung erfolgen und auf diesen begrenzt sein [s. Anhang Abb. StnID 1003617]. <p>Anhänge Abb_ID1003617.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.</p> <p>Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003619, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Freiraum / F-9-905-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist als AFAB mit überlagernder Festlegung BSLE und Regionaler Grünzug festzulegen. Die Festlegung der Fläche als ASB ist zurückzunehmen [s. Anhang Abb. StnID 1003619]. Die Flächen östlich der Mielenforster Straße liegen im LSG L 25 und sind der Aue der Strunde zuzuordnen. Im FNP sind diese als Grünfläche dargestellt und weisen einen prägenden und erhaltenswerten landschaftlichen Charakter aus. <p>Anhänge Abb_ID1003619.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003621, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Freiraum / F-9-905-002</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fläche ist auf Kölner Stadtgebiet als AFAB mit überlagernder Festlegung als BSN anknüpfend an die angrenzende Festlegung festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003621]. Im Übergang zur Schluchter Heide auf Stadtgebiet Bergisch Gladbach weisen die Flächen südlich der Refrather Straße einen Mix aus extensivem Grünland, Feuchtbereichen und Gehölzgruppen auf und haben somit eine besondere naturschutzfachliche Wertigkeit. Eine nähere Prüfung zur Ausweisung eines NSG steht noch aus. <p>Anhänge Abb_ID1003621.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.</p>

1003626, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Freiraum / F-Rhein (gesamtstädtisch)</p> <ul style="list-style-type: none"> Dieses überörtliche FFH-Gebiet ist als BSN festzulegen. Das Natura 2000- bzw. FFH-Gebiet "Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef einschließlich der Bühnenfelder" (DE-4405-301) weist auch auf Kölner Stadtgebiet Teile des Rheins und städtisch der angrenzenden Uferbereiche als Schutzgebiet aus. 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen. Der Anregung wird entsprechend der bestehenden NSG-Festlegung gefolgt.</p>

1003627, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Verkehr / V-9-901-006</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Festlegung als Ort des Güterumschlags ist nicht korrekt und es ist davon abzusehen, da es nicht bestands-und/oder planentsprechend ist [s. Anhang Abb. StnID 1003627]. <p>Anhänge Abb_ID1003627.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die zeichnerische Festlegung und die textliche Festlegung <i>Z.31 Wasserstraßen sichern</i> und deren Erläuterung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarte und Änderungssynopse) (vgl. Erläuterung zu ID 1006636).</p>

1003636, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Verkehr / V-9-905-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Die vorgenommene Verlängerung der Linie Richtung Norden über die Paffrather Str. als Straße für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr ist vor dem Hintergrund der nicht gegebenen regionalen Bedeutsamkeit der Straße zurückzunehmen [s. Anhang Abb. StnID 1003636]. <p>Anhänge Abb_ID1003636.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der B506 entspricht der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1003641, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Verkehr / V-9-905-002</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aus Sicht der Stadt Köln besteht kein Bedarf für die Festlegung der Landesstraße L286n im Regionalplan. Im Falle einer Festlegung verweist die Stadt Köln auf ein Umweltprüfungserfordernis [s. Anhang Abb. StnID 1003641]. 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>In der Strategischen Umweltprüfung der Zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans wurden die Darstellungsfälle betrachtet, bei denen es sich nicht um eine nachrichtliche Übernahme beziehungsweise um eine verpflichtende Vorgabe der Fachplanung handelt, sondern es um Festlegungen geht über die der Regionalrat selbst entscheiden kann. Aus diesem Grund wurden die Übernahmen aus den Bedarfsplänen keiner Strategischen Umweltprüfung unterzogen, denn diese Festlegungen sind unabhängig von einem möglichen Ergebnis der Umweltprüfung zwingend festzulegen. Eine Prüfung der Belange erfolgt übergeordnet in dem anschließenden Planfeststellungsverfahren.</p>

1003644, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Verkehr / V-9-907-001</p> <ul style="list-style-type: none"> Die L101 ist im GVK mit neuer Linienführung im Bereich Dünnwald enthalten und entsprechend festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003644]. <p>Anhänge Abb_ID1003644.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan nicht enthalten.</p>

1003647, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Stadtbezirk Mülheim Verkehr / V-9-907-002</p> <ul style="list-style-type: none"> Die L101 ist im GVK mit neuer Linienführung im Bereich Dünnwald enthalten und entsprechend festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1003647]. 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan nicht enthalten.</p>

Inhalt

Textliche Festlegungen / Kap. 2.1 G.1, S. 42 / Kap. 2.1 G.2, S. 45 / Kap. 2.1 G.3, S. 46

- G.1 Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen
- G.2 Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sichern und entwickeln
- G.3 Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion sichern und entwickeln

Anpassungsvorschlag: In der Formulierung der Grundsätze ist darauf hinzuweisen, dass die Flächen mit hohem Kaltluftentstehungspotenzial bzw. mit hoher Bodenfunktion ?Regler? für den Wasserhaushalt im 2-Meter-Raum sind.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Vorgaben des Bodenschutzes sind entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Inhalt

Begründung / Kap. 2.3, Zu G.9, S. 31

- G.9 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern
Hier sollte der Bezug zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit hergestellt werden.

Anpassungsvorschlag: Dies bezieht sich sowohl auf die Information und Abstimmung zu räumlichen und infrastrukturellen Planungen als auch auf Kooperationen in zahlreichen landwirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bereichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Begründung wird entsprechend angepasst.

Inhalt

Begründung / Kap. 3.1.2, Zu Z.3, S. 39

- Z.3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten

Siedlungsbereiche in sog. HQextrem-Lagen, welche aufgrund des Beschlusses des Regionalrats vom 24.09.2021 pauschal als festgelegte Siedlungsbereiche aus dem Regionalplanentwurf gestrichen wurden und für die die Kompensation und Abbildung der entfallenden Flächenpotenziale an raumverträglichen Standorten nicht möglich sein wird, sind in die Siedlungsbereichsfestlegungen des Planentwurfes wieder aufzunehmen. Im Rahmen einer kritischen Überprüfung wurde, auch in Abstimmung mit den StEB Köln, festgestellt, dass die pauschale Herausnahme weder rechtlich erforderlich noch sachlich geboten ist. Die in Frage stehenden Siedlungsbereiche befinden sich sämtlich außerhalb der Hochwasserbereiche, sondern in so genannten Risikobereichen. Mit Inkrafttreten des Hochwasserschutzgesetzes II (2018) wurden im Wasserhaushaltsgesetz (WHG) mit § 78b "Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten" auf Bundesebene auch Regelungen zu Siedlungsbereichen in HQextrem Lagen geschaffen. In diesen Gebieten sind bei der Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich sowie bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bauleitplänen Hochwasseraspekte zu berücksichtigen. Bauliche Anlagen sollen nur in einer dem jeweiligen Hochwasserrisiko angepassten Bauweise nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet oder wesentlich erweitert werden. Ein Entwicklungstopp ist hier nicht notwendig im Regionalplanentwurf umzusetzen, zudem in Absatz 2 § 78b WHG die weitergehenden Rechtsvorschriften der Länder unberührt bleiben. Im Falle von HQextrem, das einem HQ500 entspricht, sind auf Kölner Stadtgebiet z.B. weite Teile der Altstadt betroffen. Hier und in anderen Bereichen, die in Bereichen des HQextrem, liegen, gelten die Maßgaben, die im Falle des Eintritts dieses Ereignisses in so genannten Risikobereichen notwendig werden, so dass auch Siedlungsbereiche mit Bestand in die Regionalplanfestlegungen aufgenommen werden können. Dies gilt besonders für die Bereiche, innerhalb derer bereits verbindliche Bauleitpläne bestehen, die aber dennoch aus den Festlegungen des Regionalplans herausgenommen wurden. In den neu festzulegenden Siedlungsbereichen können in den nachgeordneten Planungsebenen (vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung) weitere Regelungen auf Grundlage von vertiefenden und differenzierten Untersuchungen zur Risikovorsorge getroffen werden. Weiterhin stehen umfangreiche Maßgaben im Rahmen des sich dann anschließenden bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahrens in Form von Auflagen für alle Neubauvorhaben zur Verfügung, so dass auf die Situation, die

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 LEP NRW "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.

Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.

durch ein HQextrem entsteht, auch entsprechend baulich reagiert werden kann. Daher wird im Rahmen der Stellungnahme für all diese Flächen (139 ha ASB, 12 ha GIB) die Wiederaufnahme der Darstellung als Siedlungsbereich gefordert. Die bei einem HQextrem geforderten Aspekte der Hochwasservorsorge können durch die Aufnahme von Regelungen zur hochwasserangepassten Entwicklung in die Regionalplanungen umgesetzt werden.

Inhalt

Begründung / Kap. 3.2.1, S. 74

- Allgemeine Siedlungsbereiche

Im Text wird unter 'Festlegungen zu ASB' auf die Maßstäblichkeit des Regionalplanes und die Darstellungsschwelle von 10 ha hingewiesen. In den zeichnerischen Festlegungen im Regionalplanentwurf sind jedoch z. T. sehr kleinräumigen Anpassungen erfolgt. Der Planentwurf sollte dahingehend überprüft werden und die sehr kleinräumigen Anpassungen entsprechend der angestrebten Maßstäblichkeit zu Gunsten der angrenzenden ASB und GIB-Bereiche wieder zurückgenommen werden.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, 'linienhafte' Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Begründung / Kap. 3.3.1 C, zu 1 u. 2, S. 87

- Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Grundsätzlich sind entsprechend des Landesentwicklungsplans (LEP) neue Bereiche für GIB und ASB an bestehende Siedlungsbereiche anzuknüpfen. Aufgrund des erheblichen Deltas zwischen der Bedarfsfestsetzung und der im Regionalplanentwurf festgesetzten Bereiche wird darum gebeten zu prüfen, ob für nicht in den Entwurf aufgenommene Flächen aufgrund des hervorragenden Anschlusses an die BAB eine Ausnahme von den Zielen und Grundsätzen der Landesplanung gemacht werden kann. Zwar können auch hierdurch die endogenen Siedlungs- bzw. Gewerbe- und Industrieflächen der Stadt Köln nicht annähernd gedeckt werden. Dennoch ist festzustellen, dass andere Potenzialflächen mit Siedlungsanschluss innerhalb des Stadtgebiets nicht in ausreichender Anzahl vorhanden sind. Für ein ausgeglichenes Verhältnis von ASB- und GIB-Flächenangeboten auf dem Stadtgebiet Köln sowie dem Erhalt von mittel- bis langfristig zur Verfügung stehenden Potenzialflächen sollten entsprechend auch Ausweisungen ohne Siedlungsanschluss nicht kategorisch ausgeschlossen, sondern ermöglicht werden.

Anpassungsvorschlag:

Ausnahmen dienen der Sicherung von Bestandsunternehmen und der Verbesserung bei großem Flächendefizit in einer Kommune und somit der Sicherung eines ausreichenden Flächenangebotes unter Vermeidung neuer Flächeninanspruchnahmen von raumordnerischem Freiraum in weiter Entfernung zu zentralen Wirtschaftsbereichen und zum Schutz seiner Funktionen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Für die Stadt Köln bestehen auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Mischnutzung, Gewerbe und Wohnen gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* noch erhebliche Bedarfe zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven, die bereits im ersten Planentwurf zum Regionalplan u. a. aufgrund von Raumwiderständen, Umweltauswirkungen, landesplanerischen Vorgaben bzw. sonstiger raumordnerischer sowie fachrechtlicher Planungsrichtlinien auf dem Stadtgebiet nicht gedeckt werden können. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen gemäß Ziel 6.3-1 auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Vorranggebieten als ASB und GIB wurde mit den vorgenommenen zeichnerischen Festlegungen an regionalplanerisch geeigneten Standorte im Sinne einer zeichnerischen Abwägung für die Stadt Köln hohe Priorität im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung beigemessen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+- Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen

relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien vorgenommen. Sie liegt der Festlegung von ASB und GIB zugrunde bzw. begründet zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im Regionalplan Köln. Dies erfolgt unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben für eine flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für endogen nicht zu verortende Bedarfe im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW.

Im Regionalplan erfolgt über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Für die bedarfsgerechte Festlegung von Vorranggebieten für ASB und GIB wurden auf Grundlage der landesplanerisch vorgegebenen regionalen Abstimmung im Regionalplan Köln ausreichend regionalplanerisch geeignete Flächen ermittelt, die die landesplanerischen Zielvorgaben, hier u.a. Anschluss an Siedlungsraum, beachten. Den landesplanerischen Zielvorgaben zur Sicherung eines ausreichenden Flächenangebotes konnte insofern entsprochen werden. Dies schließt daher die textliche Festlegung einer Ausnahmeregelungen gemäß 6.3-3 LEP im Ziel GIB sichern und entwickeln aus. Zur weiteren Steuerung der Siedlungsentwicklung wird auf die landesplanerischen Vorgaben u.a. in Ziel 2-3 LEP NRW verwiesen.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel einerseits und erforderlichen Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Für die im Rahmen der Offenlage angeregten weiteren Standorte im Stadtgebiet Köln gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt werden. Sofern kommunale Vorschläge für Siedlungsbereichsfestlegungen nicht berücksichtigt wurden, ist dies im Einzelfall begründet.

Zudem gilt, dass die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha beginnt. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte?

	<p>Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>
--	--

Inhalt

Textliche Festlegungen / Kap. 3.3.1, Z.10, S. 72f

- Z.10 GIB sichern und entwickeln

In den Erläuterungen zu Ziel 10 wird ausgeführt, dass innerhalb der GIB alle Planungen und Maßnahmen durch die kommunale Bauleitplanung auszuschließen sind, die nicht mit der vorrangigen Funktion der gewerblichen und industriellen Nutzung vereinbar sind und diese erheblich einschränken. Hierzu zählen auch Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke, Flächen für Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen.

Ein Ausnahmetatbestand wird für den Fall definiert, dass es im Einzelfall erforderlich sein kann zur Gliederung der Baugebiete und zur Umsetzung von bereits bestehenden Abstandserfordernissen, zur Umsetzung des G.18 GIB vor heranzurückenden Nutzungen zu schützen oder zur Sicherung eines bestehenden Betriebes, verbindliche Bauleitplanung für Gewerbegebiete durchzuführen, die der Unterbringung von nicht wesentlich störenden und nicht störenden Gewerbebetrieben dient. Dies soll aber nur dann zulässig sein, wenn sie die Rücksichtnahmepflicht zu bestehenden Emittenten (z.B. Störfallbetriebe) nicht beeinträchtigt und geplante oder bestehende gewerblich-industrielle Nutzungen nicht erheblich eingeschränkt werden. Dies habe die Kommune im Anpassungsverfahren gemäß LPIG NRW darzulegen.

Kritisch zu sehen sind hier insbesondere die sich aus diesem Ziel ergebenden grundsätzlichen Ausschlüsse von in Gewerbe- und Industriegebieten allgemein zulässigen Nutzungen. Zum einen würde sich daraus z. B. ein grundsätzlicher Ausschluss von Freiflächensolaranlagen in einem Gewerbegebiet ergeben, die gemäß § 8 BauNVO als Gewerbebetriebe aller Art aber grundsätzlich zulässig sind. Insbesondere bei gewerblichen Flächen, die z. B. aufgrund ihres Zuschnittes oder ihrer Topografie für eine bauliche Nutzung schlecht geeignet sind, sollte ein Bebauungsplan mit der Festsetzung eines Gewerbegebietes diese Nutzungsmöglichkeit nicht grundsätzlich ausschließen, um auch derartige Nutzungen z. B. auf Restflächen zu ermöglichen. Hinsichtlich der möglichen Errichtung von Windenergieanlagen können die gleichen Argumente angeführt werden, da auch hier Restflächen z. B. am Rand von Industrie- bzw. Gewerbegebieten als Standorte durchaus geeignet sein könnten.

Zudem wird der Ausschluss von Anlagen für sportliche Zwecke als kritisch angesehen, da diese gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO in einem Gewerbegebiet

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Textliche Festlegung Z. 10 und deren Erläuterung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien ebenenspezifisch (u.a. zur siedlungsräumlichen, umweltverträglichen sowie verkehrlichen Eignung) über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Der Regionalplan Köln sichert durch ein verschiedenartiges Flächenangebot für die unterschiedlichen Formen der gewerblich-industriellen Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten und setzt mit differenzierten GIB-Festlegungen den Handlungsauftrag der Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in spezifischen Raumnutzungskategorien im neuen Regionalplan für verschiedene wirtschaftliche Funktionen und Nutzungen unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben um.

Die Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung kann eine hinreichend konkretisierende Festlegung beispielsweise durch einen pauschalen Ausschluss von bestimmten schutzbedürftigen Nutzungen nicht auf Ebene der Regionalplanung erfolgen. Diese Beurteilung überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und

allgemein zulässig sind. Aufgrund der von diesen Anlagen ausgehenden Emissionen und der damit erforderlichen Abstände zur nächsten Wohnbebauung sind innerhalb der ASB kaum geeignete Standorte für intensiv genutzte Sportanlagen zu finden, da hier Konflikte mit der benachbarten Wohnbebauung entstehen.

Anpassungsvorschlag:

Die Erläuterungen zu Z.10 sind dahingehend anzupassen, dass alle in Gewerbegebieten gemäß § 8 Abs. 2 BauNVO zulässigen Nutzungen auch in den GIB grundsätzlich zulässig sind.

Falls ein Ausschluss von gemäß § 8 Abs. 2 BauNVO zulässigen Nutzungen in der kommunalen Bauleitplanung innerhalb der GIB erfolgen soll, ist das vor dem Hintergrund der kommunalen Planungshoheit nur durch die Festlegung eines Grundsatzes der Raumordnung vorstellbar.

Verlagerung insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz „insbesondere“ (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Die Änderung der textlichen Festlegung im angeführten Ziel Z.10 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen macht sich die in Ziffer 1.c) der Planzeichendefinition angegebenen Nutzungen als Vorrangnutzungen in den festgelegten GIB zu eigen, da es sich hinsichtlich einer erforderlichen kleinräumigen Konfliktlösung um eine Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt. Die textlichen Festlegungen des Z.10 *GIB sichern und entwickeln* wurden entsprechend überarbeitet. Bezüglich der Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit „KAS 18“ in der jeweils aktuellen Fassung.

Auch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum (s. Ziel 2-3 LEP NRW) unberührt.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.

1003819, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Textliche Festlegungen / Kapitel 3.3.2.1, Z.11, S. 73f</p> <ul style="list-style-type: none"> • Z.11 GIBinterkommunal sichern und umsetzen <p>Das Ziel wird ausdrücklich begrüßt.</p> <p>Wünschenswert ist hier eine Berücksichtigung der bereits im stadtreionalen Kontext u.a. seitens der Kooperation S.U.N. differenziert untersuchten Standortvorschläge, welche bislang keinen Eingang in die Zeichnerischen Festlegungen fanden. Solche Festlegungen gewährleisteten die planerische Umsetzung der GIB-Flächendefizite für die Stadt Köln zumindest in Teilen im räumlich-funktionalen Kontext zur Stadt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Anregungen für weitere Standortvorschläge von GIB mitgeteilt. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Der Stellungnahme wird insofern gefolgt, dass zusätzlich gemäß § 38 Landesplanungsgesetz NRW für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt werden, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind ID (s. StnID 1001415).</p>

Inhalt

Textliche Festlegungen und Umweltbericht

- Methodische Berücksichtigung der Umweltprüfung bzw. des Umweltberichts

Die Erkenntnisse der Umweltprüfung bzw. des Umweltberichts in den textlichen und zeichnerischen Festsetzungen sollten transparenter dargelegt werden. Diskrepanzen aus den kommunal vorliegenden Grundlagendaten, hier insbesondere zu den Eingangsdaten zu den natürlichen Bodenfunktionen und der Klimaanalyse sollten klarer herausgearbeitet und erläutert werden. Dies insbesondere auch zur Vermeidung von methodischen Schwächen.

Weiterhin ist der Abwägungsprozess zu den einzelnen Flächen für die Siedlungsentwicklung (ASB und GIB) und der Infrastruktur gegenüber der Gewichtung des Freiraums nicht nachvollziehbar und sollte daher ebenfalls ausführlich dargelegt werden. Dies wird anhand der folgenden Sachverhalte aufgezeigt:

1. Die Belange der Siedlungsentwicklung wurden als Ziele und Grundsätze sehr konkret formuliert, hingegen die Belange ?Anpassung an den Klimawandel? und Bodenschutz im LEP (2020) und REP-Entwurf (2021) lediglich als unverbindliche zu berücksichtigende Grundsätze. Es fehlt an konkretisierenden, verbindlichen Vorgaben für die nachfolgenden Planungsebenen.
2. Die Ziele des neuen Klimaanpassungsgesetzes NRW (2021) wurden unzureichend berücksichtigt. Bei der Formulierung von Zielen wurden die klimawandelbezogenen Aspekte des Bodenschutzes zum Erhalt und Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit natürlicher Boden(teil)funktionen hinsichtlich des Bodenwasserhaushaltes im 2-Meter-Raum für den Freiraum (AFAB, WS) und den Siedlungsraum (ASB, ASBz und GIB) nicht berücksichtigt. Es fehlt an konkretisierenden, verbindlichen Vorgaben in den Grundsätzen für die nachfolgenden Planungsebenen und -verfahren hinsichtlich der Anpassung an den Klimawandel.
3. Die Ziele des Landesbodenschutzgesetzes NRW (2001) wurden unzureichend in wenig verbindlichen und nur reflektorischen Grundsätzen für den Freiraum berücksichtigt. Für den Siedlungsraum fehlen Aussagen zum Schutz der natürlichen Bodenfunktionen gänzlich. Es sind Ziele zum Schutz der natürlichen Bodenfunktionen sowohl im Frei- als auch im Siedlungsraum zu formulieren. Der Umweltbericht geht auf die Differenzierung der Bodenfunktionen nicht ein. Daher fehlen konkretisierende verbindliche Vorgaben auf den nachfolgenden Planungsebenen hinsichtlich des Bodenschutzes.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bewertungen des Umweltberichts müssen nach einem einheitlichen Maßstab für die gesamte Planungsregion erfolgen. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Bezogen auf Diskrepanzen bei den Grundlagendaten wird im Umweltbericht dargelegt, dass für die Umweltprüfung ausschließlich Datengrundlagen bzw. Kriterien herangezogen wurden, die für die Planungsregion in vergleichbarer bzw. flächendeckender Form zur Verfügung stehen (siehe Kap. 3 Umweltbericht).

Auf eine Berücksichtigung von kommunalen Datengrundlagen, wie Bodenfunktionskarten oder Karten zum Klima, wurde verzichtet, da diese nicht in derselben Qualität flächendeckend für die Planungsregion vorliegen und da diese i.d.R. in einem Maßstab (1:5.000) erstellt werden, der der Maßstabsebene des Regionalplans nicht gerecht wird.

Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine

abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln erfolgt im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche, sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB/GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit

den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zudem hat im Prozess Region+ Wirtschaft im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil laut Bodenschutzfachbeitrag Geologisches Dienstes NRW (2019) und Landwirtschaftlichem Fachbeitrag zum Regionalplanentwurf Köln (2020) betroffener Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen. Das Kriterium der Betroffenheit für hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen wird im Landwirtschaftliche Fachbeitrag in der Standortwertkarte mit den Stufen I (sehr hoch) und II (hoch) definiert. Der Anteil der Betroffenheit nach Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW wird mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung in der Karte der schutzwürdigen Böden bestimmt.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wicDer Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für

zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale

Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Inhalt

Textliche Festlegungen / Kap. 4.1.2 G.24, S. 92

- G.24 Bodenschutz, Funktionen von Böden erhalten

Anpassungsvorschlag:

In diesem Grundsatz sind die kursiv hervor gehobenen Ergänzungen bzw. Änderungen aufzunehmen:

Bei Planungen und Maßnahmen im regionalplanerisch festgelegten *Siedlungsraum* sollen Böden, insbesondere in den nicht überbauten Freiflächen, die aufgrund ihrer natürlichen Funktionen oder aufgrund ihrer Bedeutung als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte eine hohe bis sehr hohe Schutzwürdigkeit besitzen, nach Möglichkeit erhalten werden.

Ist die Inanspruchnahme von Böden mit hoher und sehr hoher Funktionserfüllung im *Siedlungsraum und Freiraum* nicht zu vermeiden, soll die *Flächeninanspruchnahme* sparsam und schonend erfolgen, potenzielle Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen der nicht überbauten Planbereiche vermieden und die Verluste der natürlichen Bodenfunktionen durch geeignete bodenfunktionale Maßnahmen sowie Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel kompensiert werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es handelt sich um einen Grundsatz im Kapitel Freiraum, insofern ist kein Bezug zum Siedlungsraum möglich. Die als Siedlungsraum festgelegten Bereiche dienen vorrangig der Siedlungsentwicklung. Inwieweit dort Böden und Freiflächen erhalten bleiben können ist Gegenstand der örtlichen Bauleitplanung.

1003887, Stadt Köln

Inhalt

Textliche Festlegungen / Kap. 4.1.3 S. 94ff.

- Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum

Die Freizeitnutzungen sollen grundsätzlich den landschaftsorientierten Erholungsnutzungen vorbehalten sein. In Köln befinden sich in den Freiräumen, die in der Regel Regionale Grünzüge sind, umfangreich Sportvereine und Freizeitnutzungen bis hin zum RheinEnergiestadion. Die Kölner Grüngürtel sind explizit für eine solche Freizeitnutzung konzipiert.

Anpassungsvorschlag:

Sofern regionale Grünzüge weitestgehend bzw. fast vollständig von zusammenhängenden, urban geprägten Siedlungsbereichen umschlossen sind, sollten Freizeitnutzungen in diesen Bereichen regelmäßig bzw. mindestens aber als Ausnahmeregelung möglich sein.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Definition in Ziel Z.18 sind Regionale Grünzüge grundsätzlich zur Aufnahme freiraumorientierter Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen geeignet. Dabei sind im jeweiligen Einzelfall die Funktionen der Grünzüge zu berücksichtigen.

1003895, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Begründung / Kap. 5.2.3.3, zu Z.38, S. 192</p> <ul style="list-style-type: none"> • Z.38 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern <p>Im Gegensatz zur Nutzung im Freiraum sind die Bauflächen der Freiflächensolaranlagen in Siedlungsbereichen laut textlicher Festsetzung grundsätzlich zulässig. In den zeichnerischen Festlegungen zeigte sich, dass im RP-Entwurf teilweise insbesondere in Autobahnnähe ASB und GIB-Flächen in AFAB oder WB umgewandelt wurden. Diese Flächen könnten sich für Freiflächensolaranlagen anbieten und sollten daher weiterhin als ASB oder GIB-Flächen mit besonderer Zweckbestimmung ausgewiesen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

Inhalt

Textliche Festlegungen / Kap. 5.1.2, G.52, Kasten, S.131

- G.52 Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln

Das bestehende Radverkehrsnetz NRW erfüllt die Funktion eines regionalen Radwegenetzes gemäß Fahrrad und Nahmobilitätsgesetz (FaNaG NRW) nicht. Das bestehende Radverkehrsnetz NRW stellt vielmehr ein heterogenes Netz aus Verbindungen unterschiedlicher Funktion, Ausbaustandards und Verbindungsqualitäten dar. Es kann somit nur als Basisnetz einer regionalen Entwicklung dienen. Die regionalen Potenziale des Radverkehrs lassen sich ausschließlich durch die Entwicklung von Radschnellverbindungen und Radwegen mit erhöhtem Ausbaustandard ausschöpfen.

Anpassungsvorschlag:

Änderung Formulierung G.52:

?G.52 Flächendeckendes regionales Radverkehrsnetz mit erhöhtem Ausbaustandard entwickeln

Es ist ein flächendeckendes Netz aus qualitativ hochwertigen Radwegen mit erhöhtem Ausbaustandard für den Alltags- und Freizeitverkehr zu entwickeln.?

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Durch eine Umformulierung würde ein flächendeckend erhöhter Ausbaustandard gefordert. Die Entscheidung, ob und welche Relation einen erhöhten Ausbaustandard bedarf, sollte den nachfolgenden Planungen obliegen, so dass an der bestehenden Formulierung festgehalten wird.

Inhalt

Textliche Festlegungen / Kap. 5.1.2, G.52-1, S.131

- G.52 Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln

Das bestehende Radverkehrsnetz NRW erfüllt die Funktion eines regionalen Radwegenetzes gemäß Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz (FaNaG NRW) nicht. Das bestehende Radverkehrsnetz NRW stellt vielmehr ein heterogenes Netz aus Verbindungen unterschiedlicher Funktion, Ausbaustandards und Verbindungsqualitäten dar. Es kann somit nur als Basisnetz einer regionalen Entwicklung dienen. Die regionalen Potenziale des Radverkehrs lassen sich ausschließlich durch die Entwicklung von Radschnellverbindungen und Radwegen mit erhöhtem Ausbaustandard ausschöpfen.

Darüber hinaus wird es mit Blick auf eine klimawandelgerechte Raumentwicklung und der damit einhergehenden Förderung des Umweltverbundes für geboten gehalten, dass der Regionalplan nicht nur in der Erläuterungskarte 12 (Anhang 4), sondern auch im Hauptplan Festlegungen zu Radschnellverbindungen trifft. Hier sollten analog zu den Verkehrselementen ?Straße? und ?Schiene? bereits vorhandene, aber auch geplante Radschnellverbindungen mit aufgenommen werden.

Anpassungsvorschlag:

Anpassung Erläuterungstext:

?Vorhandene und geplante Radschnellverbindungen sind in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans aufgenommen. Darüber hinaus findet sich eine Übersicht des bestehenden regionalen Radwegenetzes sowie der Planungen von Radschnellwegen und Radwegen mit erhöhtem Ausbaustandard im Regierungsbezirk Köln in Erläuterungskarte I2 (Anhang A4). Diese zeigt kein Konzept oder Zielnetz, sondern stellt aufgrund des derzeitigen Entwicklungsstands der regionalen Radverkehrsplanung lediglich eine Momentaufnahme des regionalbedeutsamen Radwegebestands und der Planung schneller Radverkehrsverbindungen zum Zeitpunkt der Planaufstellung dar. Eine Aktualisierung der Erläuterungskarte I2 ist innerhalb eines Jahres nach Beschluss über die Radvorrangnetze und den Bedarfsplan für Radschnellverbindungen gemäß FaNaG als rechtsverbindliches Zielnetz vorzunehmen.?

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte I2 stellt die klassifizierten Radverbindungen des Radverkehrsnetz NRW dar, die durch bestehende und geplante regionalbedeutsame Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard sowie Radschnellwege des Landes ergänzt werden.

Eine zeichnerische Festlegung von Radschnellwegen im Regionalplan erfolgt nicht, da die landesplanerischen Vorgaben zum Zeitpunkt der Planaufstellung kein Sicherungserfordernis begründen. Auch liegt aktuell noch kein Bedarfsplan für Radschnellwege vor. Dies steht einer weiteren Konkretisierung von Radschnellwegen im Rahmen der Fachplanung oder der Bauleitplanung nicht entgegen. Folglich ist die angeregte Anpassung des Erläuterungstextes nicht erforderlich.

Inhalt

Erläuterungskarte I2 (Anhang A4 der Textlichen Festlegungen)

- Erläuterungskarte I2 Radwege

Das bestehende Radverkehrsnetz NRW erfüllt die Funktion eines regionalen Radwegenetzes gemäß Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz (FaNaG NRW) nicht. Das bestehende Radverkehrsnetz NRW stellt vielmehr ein heterogenes Netz aus Verbindungen unterschiedlicher Funktion, Ausbaustandards und Verbindungsqualitäten dar. Es kann somit nur als Basisnetz einer regionalen Entwicklung dienen. Die regionalen Potenziale des Radverkehrs lassen sich ausschließlich durch die Entwicklung von Radschnellverbindungen und Radwegen mit erhöhtem Ausbaustandard ausschöpfen.

Anpassungsvorschlag:

Anpassung in Legende:

?Radschnellwege? umbenennen in ?Radschnellverbindungen?

Ergänzung Erläuterungskarte I2:

Für das Stadtgebiet Köln einschließlich der Verbindungen zu den Nachbargemeinden bittet die Stadt Köln zusätzlich zu den bereits in der Erläuterungskarte I2 dargestellten Routen weitere Routen aufzunehmen. Dies betrifft Radschnellverbindungen, für die bereits ein Beschluss vorliegt:

- Radschnellweg Köln - Frechen (2554/2019 - Radschnellweg Köln - Frechen)
- Radschnellwegring um die Kölner Innenstadt (s. <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=551884&type=do>) als Verteiler aller regionalen Verbindungen (Grundsatzbeschluss 1171/2016 - Radverkehrskonzept Innenstadt mit Radschnellwegring) ohne räumliche Festlegung. Die räumliche Lage wird noch bestimmt.
- Rechtsrheinische RadPendlerRouten (0665/2019 - Machbarkeitsstudie leistungsfähige RadPendlerRouten im Rechtsrheinischen)

Darüber hinaus gibt es Planungen für Radschnellverbindungen, die über zwei Kommunen führen und die sich im Entwurfsstadium befinden. Für diese Radschnellverbindungen wird derzeit eine Beschlussvorlage für das Stadtgebiet Köln in Verbindung mit den Nachbargemeinden vorbereitet. Eine konkrete Meldung kann voraussichtlich erst nach dem 31.08.2022 erfolgen. Aufgrund der regionalen Bedeutung wird angeregt, dass eine Meldung nach erfolgter Beschlussfassung an die Regionalplanungsbehörde zwecks

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte I2 stellt die klassifizierten Radverbindungen des Radverkehrsnetz NRW dar, die durch bestehende und geplante regionalbedeutsame Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard sowie Radschnellwege des Landes ergänzt werden.

Der angeregten Anpassung der Legende von Erläuterungskarte I2 wird nicht gefolgt, da die betroffene Kategorie lediglich die geplanten Radschnellwege des Landes und keine weiteren Radschnellverbindungen abbildet.

Die Erläuterungskarte I2 wird um die der Darstellungssystematik entsprechenden Radrouten fortgeschrieben.

Überführung in den Regionalplan gemeldet werden kann.	
---	--

1003904, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Begründung / Kap. 5.1.3, G.55 Tabelle 20, S. 168</p> <ul style="list-style-type: none"> G.55 Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen berücksichtigen <p>Die Übersicht über sonstige regionalbedeutsame Schienenwege im Regierungsbezirk Köln (Tabelle 20) sollte alle im Nahverkehrsplan (NVP) vorgesehenen Stadtbahnstrecken enthalten.</p> <p><i>Anpassungsvorschlag:</i> <u>Ergänzung der Tabelle 20 "Übersicht sonstiger regionalbedeutsamer Schienenwege im Regierungsbezirk Köln?:"</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Meschenich Nord - Meschenich Süd (in der Plandarstellung bereits enthalten) Stadtbahnanbindung des Stadtteils Neubrück (Verbindungsspange zwischen den Linien 1 und 9) Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 rechtsrheinisch ab der heutigen Endhaltestelle ?Zündorf? an der Wahner Straße bis Langel (Verknüpfung zur geplanten Verbindung Bonn - Niederkassel - Köln-Godorf) Linksrheinische Gürtelverlängerung ab der heutigen Endhaltestelle ?Sülzgürtel? bis Bayenthalgürtel mit Verknüpfung zur Nord-Süd Stadtbahn; Verlängerung bis Rheinufer angedacht Rechtsrheinische Gürtelverlängerung ab "Bahnhof Mülheim" über Frankfurter Straße bis Haltestelle "Ostheim" bzw. bis S-Bahn-Haltepunkt "Frankfurter Straße" Stadtbahnanbindung Pesch, Esch/Auweiler als Verlängerung der heutigen Linie 5 Stadtbahnanbindung Kasselberg, Rheinkassel, Langel und GE-Gebiet Feldkassel ab heutiger Endhaltestelle "Merkenich?" 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung In der Begründung werden nur zeichnerisch festgelegte Schienenplanungen aufgelistet. Eine Ergänzung um die angeregten zusätzlichen Maßnahmen wird abgelehnt, da sie nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik entsprechen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei den vorgebrachten Neubaumaßnahmen nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

1003906, Stadt Köln

Inhalt

Begründung / Kap. 5.1.3, G.55 Tabelle 20, S. 168

- G.55 Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen berücksichtigen

Auf Basis der aktuellen Beschlussvorlage 3454/2021 ist der Block "Stadtbahnanbindung Köln-Widdersdorf?" aus Tabelle 20 anzupassen.

Anpassungsvorschlag:

Änderungsbite Tabelle 20:

Es ist die Verbindung Köln-Bocklemünd - Widdersdorf - Brauweiler - Niederaußem (Linie 4) aufzuführen. Die Verlängerung der Strecke von Weiden West nach Widdersdorf (Linie 1) entfällt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Begründung wird entsprechend geändert. Die zeichnerische Festlegung ist ebenfalls geändert (vgl. StnID 1002727).

1003908, Stadt Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Begründung / Kap. 5.1.5, Z.31 Tabelle 23, S. 176</p> <ul style="list-style-type: none"> • Z.31 Wasserstraßen sichern <p>Mit Bezug zu den Kennziffern V-9-901-006 (Mülheimer Hafen) und V-1-105-002 (Deutzer Hafen):</p> <p>Das Planzeichen 3.c wird in der Legende zum Regionalplanentwurf als Güterumschlaghafen definiert. Dies trifft auf die Standorte Köln-Deutz und Köln-Mülheim nicht zu. Tabelle 23 der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans (S. 176) verdeutlicht, dass die Definition des Planzeichens 3.c bzw. dessen Verwendung zu präzisieren bzw. differenzieren ist.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die zeichnerischen Festlegungen und die textliche Festlegung <i>Z.31 Wasserstraßen sichern</i> und deren Erläuterung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarte und Änderungssynopse) (vgl. Erläuterung zu ID 1006636).</p>

Inhalt

Textliche Festlegungen / Kap. 5.1.4, S. 137ff. / Begründung / Kap. 5.1.4, S. 170ff.

- Straßennetz

Systematik des Straßensystems in zeichnerischer Festlegung

In Kapitel 5.1.4 der Textlichen Festlegungen zum Straßennetz wird das Ziel Z.30 *Bestehendes Straßennetz erhalten und Trassen für künftige Straßen sichern sowie die Grundsätze G.57 Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen und G. 58 Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straßen berücksichtigen* festgelegt.

In der Begründung hierzu wird darauf verwiesen, dass entsprechend Straßen mit dezidiert regionaler, überregionaler oder großräumiger Verkehrsfunktion zeichnerisch festzulegen sind, da sie der ?Anbindung der Region an das internationale Straßennetz? dienen (Begründung, S.170). Straßen mit ergänzender Verbindungs- und Erschließungsfunktion werden dagegen nicht im Regionaплан festgelegt.

Darüber hinaus werden auch ?bestehende und geplante Kreisstraßen und kommunale Straßen gesichert, die eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Straßenverkehrsnetz übernehmen. Dadurch wird die Anbindung und Erreichbarkeit regionalbedeutsamer Einrichtungen und Anlagen mit hohem Verkehrsaufkommen langfristig erhalten? (Begründung, S. 175). Diese Straßen werden als sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straßen zeichnerisch festgelegt.

Diesen Begründungen gefolgt, lässt sich für die Stadt Köln dennoch keine klare Systematik zum festgelegten Straßennetz im Regionalplanentwurf erkennen, da einerseits nicht alle Straßen mit einer regionalen, überregionalen oder großräumigen Funktion bzw. sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straßen im Planentwurf zur Regionalplanneuaufstellung zeichnerisch festgelegt sind. Andererseits sind wiederum Straßen im genannten Planentwurf festgelegt, die keine der oben genannten Funktionen innehaben.

Die Stadt Köln beabsichtigt in Ergänzung zu den textlichen Festlegungen und Begründungen mit der Regionalplanneuaufstellung eine klare Haltung zur Bewältigung der Mobilitätswende, zu der sich die Stadt Köln verpflichtet hat, einzunehmen.

Im Konkreten zielt die Stadt Köln mit Blick auf den Regionalplan darauf ab, regionalen, überregionalen und großräumigen Straßenverkehr aus dem Kerngebiet der Stadt

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Änderungskarte).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Es wird auf die Ausführungen in Kapitel 5.1.4 der Begründung verwiesen.

weitestgehend fernzuhalten, sodass das untergeordnete Straßennetz maßgeblich dem lokalen Verkehr zugesprochen werden kann.

Entsprechend dieser strategischen Überlegungen, der aktuellen Verkehrsbedeutung wichtiger Straßenzüge, dem 1992 verabschiedeten und mehrfach fortgeschriebenen Gesamtverkehrskonzept der Stadt Köln sowie im Hinblick auf das aktuell in Erarbeitung befindlichen vom Rat beauftragte "MIV-Grundnetz" und dem in den kommenden Jahren zu erstellenden "Sustainable Urban Mobility Plan" sollte das im Regionalplan dargestellte Straßennetz überarbeitet werden. Die Stadt Köln würde eine solche Überarbeitung fachlich unterstützen.

Bei dieser Überarbeitung werden folgende zeichnerische Festlegungen von Seiten der Stadt Köln begrüßt:

- alle Autobahnen inkl. Anschlussstellen als Straßen für den vorwiegend großräumigen Verkehr (Bestand und Planung) (Hinweis: Entspricht zeichnerischer Festlegung im Regionalplanentwurf)
- Zoobrücke bis Anschluss Autobahn A 57 (linksrheinisch) bzw. Autobahn A 3 und A 4 (rechtsrheinisch) als Straßen für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr (Bestand und Planung) (Ref.: V-1-104-XXX)
- L84 Flughafenzubringer Kennedystraße weiterhin als Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straßen (Bestand und Planung) im Sinne G.58 "Anbindung und Erreichbarkeit regionalbedeutsamer Einrichtungen und Anlagen mit hohem Verkehrsaufkommen langfristig erhalten? (vgl. Begründung, S. 175) (Ref.: V-7-709-001)
- Bedarfsmaßnahmen aus BVWP oder LEP

Aus Sicht der Stadt Köln sind folgende im Regionalplanentwurf enthaltene zeichnerische Festlegungen verzichtbar:

- Mülheimer Brücke (keine regionale Bedeutung, (über-) regional bedeutsame Rheinquerung durch Zoobrücke, s.o.)
- B8 südlich des Mülheimer Zentrums (keine regionale Bedeutung)
- L82 ab Anschlussstelle Poll bis Ortsumgehung Zündorf (vgl. V-7-711-N01) (keine regionale Bedeutung)

Die Stellungnahmen und Anpassungsvorschläge zur Straßeninfrastruktur aus Anlage 1B der Beschlussvorlage sind zu berücksichtigen.

AZ: BET_173000_1

Stadt Leverkusen

1001458, Stadt Leverkusen

Inhalt

Grundsätzliche Einordnung:

Leverkusen ist eine stark monostrukturell geprägte Industriestadt in der ?Region Rheinland? und bildet einen regionalräumlichen Schwerpunkt der chemischen Industrie. Im Zusammenhang mit der zunehmenden regionalen Vernetzung raumwirksamer Prozesse von Wohnen, Arbeiten, Handel und Mobilität wird die Region allgemein immer wichtiger für die Entwicklung und das Wachstum von Städten und Gemeinden. Leverkusen hat dabei den ambivalenten Charakter einer ?Zwischenstadt? im Ballungsraum Köln. Die Region ist gleichzeitig Garant quantitativer Stabilität und Konkurrenz zum eigenen Standort. Der Ballungsraum Köln und die daran angrenzenden Städte sowie Nebenzentren rücken funktional immer näher zusammen. Die Erreichbarkeit zu angrenzenden Ballungszentren ist durch eine gute infrastrukturelle Verknüpfung gewährleistet. Die Kehrseite: Hohe Verkehrsbelastungen und eine Zerschneidung des Leverkusener Stadtgebietes durch mehrere stark befahrene Autobahnen (A3, A1, A59) und Bahntrassen in Nord-Süd-Richtung. Hinzu kommen der Neubau der A1-Rheinbrücke sowie der projektierte Ausbau der A1 und der A3. Die o.g. Rahmenbedingungen, Entwicklungen und daraus resultierenden Restriktionen ziehen einen enormen Flächenverbrauch mit sich, haben extreme Auswirkungen auf die Bevölkerung und begrenzen die Möglichkeiten für eine nachhaltige Stadtentwicklung Leverkusens. Hier zeigt sich nunmehr, dass durch die vorherrschende Flächenknappheit der Druck durch konkurrierende Nutzungsansprüche immer stärker wächst. Der prognostizierte Bevölkerungszuwachs beträgt laut den Angaben des Regionalplans 6,5% bis ins Jahr 2040. Mit einer Einwohnerdichte von über 2.000 Einwohnern je km² ist Leverkusen bereits heute ein hoch verdichteter Raum (vgl. textliche Festlegungen (TF), S. 21). Hier treffen Wohn- und Industrie- bzw. Gewerbeansiedlungen unmittelbar aufeinander (vgl. TF, S. 22). Die zahlreichen Raumnutzungskonkurrenzen stellen die regionale Planung vor eine Vielzahl von Herausforderungen. Neben der Bereitstellung von ausreichender Siedlungsfläche für die Wohnraumversorgung und den Einrichtungen zur Daseinsvorsorge, muss dem Freiraum und der Natur genügend Schutz eingeräumt werden und darüber hinaus der Wirtschaft ein passendes Angebot an Flächen zur Verfügung stehen (vgl. TF, S.25). Darüber hinaus sind der demographische Wandel, die Energie- und Verkehrswende sowie der Klimawandel zusätzliche Herausforderungen, die im Regionalplanentwurf mit einem Planungshorizont bis ca. 2040 mitgedacht werden müssen. Die unterschiedlichsten Einzelaspekte an dem Raum sind im Regionalplan unter der Leitvorstellung nach § 1 Abs. 2 Raumordnungsgesetz berücksichtigt worden. Daher

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

stellt dieser im Grunde eine geeignete Basis für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Raumentwicklung dar. Auf Grundlage dessen bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen den vorliegenden Regionalplanentwurf. Es wird zu den nachfolgenden Themen wie folgt Stellung bezogen:

1001459, Stadt Leverkusen	
<p>Inhalt</p> <p>Freiraum</p> <p>Im Regionalplanentwurf wird mit dem Grundsatz 18 (G. 18): <i>Zusammenhängendes Freiraumsystem erhalten, Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums sichern und entwickeln</i>, der Bedeutung des Freiraums entsprechend Rechnung getragen. Aufgrund der hohen Dichte Leverkusens und der Lage an der Rheinschiene wird dem Freiraum ein höherer Stellenwert zugesprochen (G. 19; TF S. 88). Die Stadt Leverkusen begrüßt eine Sicherung und überregionale Vernetzung der regionalen Grünkorridore und Freiräume, um damit einer Fragmentierung oder Unterbrechung der Landschaft entgegenzuwirken (vgl. Z.18; Begründung, S. 135). Die zwischen den Siedlungsbereichen verbliebenen Freiräume und Grünschnitten unterliegen einem hohen Druck durch konkurrierende Nutzungsansprüche. Der Flächenverbrauch, einschließlich der damit einhergehenden Versiegelung offener Bodenbereiche, ist in den letzten Jahrzehnten innerhalb des Stadtgebietes Leverkusen sehr weit fortgeschritten. Die Inanspruchnahme immer neuer Flächen und die Zerstörung von Böden ist auf die Dauer nicht vertretbar. Auch die Bundesregierung strebt im Sinne der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie langfristig das Flächenverbrauchsziel Netto-Null (Flächenkreislaufwirtschaft) an. Die Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel können nur auf den noch existierenden, intakten Böden stattfinden. In den nachgelagerten Planungsebenen ist dem vorsorgenden Bodenschutz deshalb eine besondere Bedeutung beizumessen.</p> <p>Im Rahmen der Neuaufstellung des Landschaftsplanes erfolgt auf der entsprechenden Detailebene die differenzierte Ausgestaltung der Planungsvorgaben aus dem Regionalplan für den baulichen Außenbereich.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und es werden allgemeine Information und Hinweise zur Freiraumentwicklung vorgebracht. Darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1001460, Stadt Leverkusen	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)</p> <p>Ein Ziel der Raumordnung ist die Siedlungsentwicklung in den vorhandenen Siedlungsbereichen zu konzentrieren (Z.1, TF. S.54) und dadurch eine Zersiedelung zu vermeiden (Z. 2; vgl. TF S. 54). Dies korreliert mit den zuvor thematisierenden Zielen und Grundsätzen. Der Allgemeine Siedlungsbereich beinhaltet alle ?siedlungsbezogenen Nutzungen?. Hierunter fallen neben dem Wohnungsbau auch die soziale Infrastruktur, sonstige Grün- und Erholungsflächen, private und öffentliche Einrichtungen, gewerbliche Bauflächen für die Bestandssicherung und Erweiterung vorhandener Gewerbebetriebe und für die Ansiedlung neuer, überwiegend nicht erheblich belästigender Gewerbebetriebe und weitere Nutzungen. Die in den textlichen sowie zeichnerischen Festlegungen formulierten Entwicklungschancen eröffnen der Stadt Leverkusen auf den nachgeordneten Planungsebenen der Bauleitplanung Handlungsspielräume für eine verträgliche Entwicklung. In Anbetracht der o. g. Herausforderungen sind Zukunftsflächen vorzuhalten, die einen Möglichkeitsrahmen für die Stadt Leverkusen schaffen. Die Festlegung des ASB im Regionalplan ist eine Chance um Spielraum u. a. für den demographischen Wandel, die Klimawandelanpassung, für regenerative (zukünftige) Energien oder auch die wirtschaftliche Entwicklung vorzuhalten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

1001461, Stadt Leverkusen

Inhalt

HQ-extrem

Vor dem Hintergrund der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 und dem Inkrafttreten des Bundesraumordnungsplans Hochwasserschutz im September 2021 hat der Regionalrat Köln am 24.09.2021 beschlossen, in Hitdorf und Wiesdorf die zeichnerische Festlegung als Allgemeiner Siedlungsbereich auf Grund der Lage im HQ-extrem Bereich in eine Freiraumdarstellung zu ändern. Der Grundsatz (G.48) besagt, dass potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorzubeugen ist (vgl. TF, S. 125). Durch die geänderte zeichnerische Festlegung werden dringend benötigte Handlungsmöglichkeiten im Bereich der Siedlungsentwicklung besonders im gewerblichen Bereich verhindert, angesichts der bestehenden Problematik ist das gewählte Vorgehen jedoch nachvollziehbar. Auszunehmen von der Freiraumdarstellung sind jedoch (wie im Regionalplanentwurf dargestellt) diejenigen Flächen, die über den Flächennutzungsplan als Bauflächen dargestellt sind. Durch die Grenzlage zum Regierungsbezirk Düsseldorf im Bereich Hitdorf ergibt sich die unklare Situation, wie im benachbarten Bereich des Regierungsbezirks Düsseldorf mit der Einordnung von potentiellen Überflutungsflächen des HQ-extrem umgegangen wird. Aus Sicht der Stadt Leverkusen ist hier eine Abstimmung zwischen den zuständigen Regionalplanungsbehörden und der Landesplanung herbeizuführen, um keine regionalen Disparitäten entstehen zulassen. Auch planfestgestellte und zukünftig umzusetzende Infrastrukturmaßnahmen des Hochwasserschutzes auf dem benachbarten Stadtgebiet der Stadt Monheim sind dabei zu berücksichtigen.

[s. Anhang Abb. 1001461_1]

Anhänge

[Abb_ID_1001461_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zum Vorgehen erklärt, die regionalplanerisch gesicherten Siedlungspotentiale in HQextrem-Lage, soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt, aus Gründen des vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes nicht als Siedlungsbereiche festzulegen.

Der regionalplanerische Umgang mit HQextrem-gefährdeten Bereichen im Regierungsbezirk Düsseldorf obliegt dem Regionalrat Düsseldorf als zuständigem Träger der Regionalplanung. Derzeit gibt es keine raumordnerischen oder fachplanerischen Vorgaben, die eine siedlungsräumliche Nutzung grundsätzlich ausschließen. Die Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren durch HQextrem sind im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung zu berücksichtigen (vgl. Grundatz 7.4-8 LEP NRW). Im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit werden raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, auch zur Minimierung künftiger Hochwasserrisiken und Schadenspotenziale, zwischen den Planungsregionen abgestimmt.

1001462, Stadt Leverkusen	
<p>Inhalt</p> <p><u>Bevölkerungs- und Katastrophenschutz</u></p> <p>Auf Grund des baulichen Zustandes, der Lage im Wohngebiet und der nicht mehr erfüllten Anforderungen an den zukünftigen Bevölkerungs- und Katastrophenschutz der Feuerwache Nord in Leverkusen-Opladen ist der Neubau einer neuen zentralen Feuerwache für das nördliche Stadtgebiet notwendig. Nach intensiver Flächensuche und detaillierter Prüfung soll ein Bereich an der Solinger Straße mit der Gewannenbezeichnung ?Auf dem Heunen? für die Feuerwache Nord bereitgestellt werden. In der angehängten Erläuterungskarte ist vermerkt, welcher Bereich die ASB Darstellung Opladen ergänzt. Der ASB soll um diesen Bereich erweitert werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1001462_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1001462_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i> verfügt die Stadt Leverkusen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB unter Beachtung der Festlegung BSN im Regionalplanentwurf.</p>

1001463, Stadt Leverkusen

Inhalt

Verkehr

Das regionalplanerische Ziel, das bestehende Straßennetz zu erhalten und Trassen für künftige Straßen zu sichern (Z.30, Begründung, S. 170), wirkt sich tendenziell negativ auf die Umweltgüter aus (Umweltbericht zum Regionalplan-Entwurf, S. 84). Vor dem Hintergrund der Flächenknappheit in Leverkusen und den konkurrierenden Nutzungen steigert der mögliche Autobahnausbau in Leverkusen mit einem geschätzten Flächenverbrauch von wahrscheinlich nicht unter 25 ha die schon heute extreme Belastung der Leverkusener Bevölkerung und steht im Widerspruch mit den Grundsätzen des Gesundheits- und Klimaschutzes. Innerhalb des Stadtgebiets Leverkusens sind zukünftig möglicherweise erhebliche Flächen und Strukturen von noch nicht abgeschlossenen Ausbauplanungen und Genehmigungsverfahren zu den Autobahnen betroffen. Da die konkreten Planungen zum Zeitpunkt dieser Beteiligung noch nicht feststehen (Stichworte zur noch offenen Ausbauplanung der A1 und A 3: ?Tunnel statt Stelze?, ?Keinen Meter mehr?) kann seitens der Stadt Leverkusen hierzu noch keine dezidierte Stellungnahme abgegeben werden. Die Stadt Leverkusen behält sich vor, zu gegebenem Zeitpunkt und bei Konkretisierung der Planungen gesonderte Stellungnahmen auch außerhalb dieser Beteiligungsfrist abzugeben. Die Stadt Leverkusen geht davon aus, dass diesbezüglich zukünftige Planungen auch im Planverfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans berücksichtigt werden und (sofern regionalplanerisch relevant) eine erneute Beteiligung der Stadt Leverkusen erfolgt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Information zur verkehrlichen Entwicklung vorgebracht und Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1001464, Stadt Leverkusen

Inhalt

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB)

Im Regionalplanentwurf sind die zwei Standorte für eine gewerbliche Entwicklungsmöglichkeit (Hitdorf Nord sowie Solinger Straße) weiterhin enthalten. Eine potentielle, nachhaltige Entwicklung der Standorte unter Berücksichtigung von Klimaschutz und -anpassung, ist aus wirtschaftlicher Sicht sehr zu befürworten. Im Hinblick auf die allgemeine Gewerbeflächenknappheit ist die Beibehaltung des interkommunalen Gewerbegebietes Burscheid im Regionalplan eine denkbare Option. Mit dem Beschluss des Rats der Stadt Leverkusen am 20.06.2022 zur Stellungnahme, soll die Fläche als eine Vorratsfläche für einen Windpark festgelegt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

Die Textliche Festlegung Z.11 wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

1001465, Stadt Leverkusen	
<p>Inhalt</p> <p>Deckung der Bedarfe</p> <p>Aus der Berechnungsmethode, die im Rahmen der Bedarfsermittlung herangezogen worden ist, ergibt sich für Leverkusen ein Bedarf an Wohnen/Mischnutzung von 391 ha und Gewerbe von 215 ha (vgl. Begründung, S. 56). Die errechneten Bedarfe können seitens der Stadt Leverkusen nicht gedeckt werden. Daher kann dem Ziel 3 (Z.3) <i>„Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?“</i> (vgl. TF, S. 56) nicht genüge getan werden. Die Gründe sind vielfältig:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Freiraumschutz im hochverdichteten Raum hat einen hohen Stellungwert, sodass eine Entwicklung lediglich punktuell, als Siedlungsarrondierung, stattfinden kann • Bevölkerungszuwachs in den nächsten Jahren und Jahrzehnten • Trend zu kleineren Haushalten führt zu mehr Bedarf an Wohnraum • Älter werdende Bevölkerung (demographischer Wandel) • Flüchtlingsströme. <p>Im Rahmen der Zuteilung der Bedarfe wurde in der Begründung zum Regionalplanentwurf bereits festgehalten, dass nicht ausreichend geeignete Flächen u. a. in den Ballungsräumen an der Rheinschiene zur Verfügung stehen, um die kommunalen Bedarfe zu decken (vgl. Begründung, S. 76). Hierauf beruft sich die Stadt Leverkusen wegen der Nichtdeckung der Bedarfe. Die beigelegte Erläuterungskarte der Stellungnahme als Anlage verdeutlicht die oben genannten Inhalte zum Regionalplanentwurf.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

1001467, Stadt Leverkusen

Inhalt

Die Infrastruktur, Nutzung von Windenergie (Z.37) und Solarenergie (G.67) sollte als Ausnahme im Vorranggebiet Regionale Grünzüge aufgenommen werden, da ansonsten aufgrund der nahezu flächendeckenden Ausweisung von Regionalen Grünzügen ein Ausbau von Wind- oder Solarenergie fast unmöglich gemacht würde.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1001469, Stadt Leverkusen

Inhalt

Auf Ebene der Regionalplanung stellt die landesweite Klimaanalyse NRW, welche das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen im Jahr 2018 veröffentlicht hat, sowie die Darstellung der Ergebnisse im Fachinformationssystem Klimaanpassung die wichtigste Daten- und Planungsgrundlage dar (vgl. Erläuterungskarte F5). Aufbauend auf dieser Klimaanalyse kommt der zugehörige Umweltbericht im Regionalplanentwurf zu dem Ergebnis, dass es sich bei den Bereichen ASB_LEV_4, ASB_LEV_6 und ASB_LEV_7 [s. Anhang Abb. 1001469_1] um Flächen mit klimarelevanten Böden, Kaltluftleitbahnen von überörtlicher Bedeutung mit sehr hoher Priorität und deren Einzugsgebiete sowie um Flächen mit einer hohen klimaökologischen Bedeutung handelt. Infolgedessen sollte in den genannten Bereichen den Empfehlungen des Umweltberichtes des Regionalplanentwurfes gefolgt werden, indem die bisher dargestellten ASB in eine Freiraumdarstellung geändert werden. Dies geht auch mit dem Grundsatz einher, die Böden für den Klimaschutz zu erhalten und wiederherzustellen (G. 25; vgl. TF S. 93). Damit wird auch den Grundsätzen G.1 bis G.5, G. 24 und G. 25 Rechnung getragen (vgl. TF, S. 42 ff.; S. 92 f.). Insbesondere die östlichen Stadteile Leverkusens (u. a. Bergisch-Neukirchen, Steinbüchel, Schlebusch, Lützenkirchen) im Randbereich des Bergischen Landes sind durch eine insgesamt hohe klimaökologische Bedeutung geprägt, um sowohl der Kaltluftentstehung als auch dem Kaltluftabfluss und somit der Kaltluftzufuhr für das Leverkusener Stadtgebiet zu dienen. Besonders im Hinblick auf den Klimawandel und die damit einhergehende zusätzliche thermische Belastung der Bevölkerung müssen die für Kaltluftentstehung und den Abfluss relevanten Flächen gesichert werden. Eine Beeinträchtigung dieser Funktionen durch Siedlungsentwicklung in diesen Bereichen wird aus stadtklimatischer Sicht grundsätzlich kritisch gesehen und sollte vermieden werden, sodass vereinzelte Fläche in den nachgelagerten Planungsebenen gutachterlich näher betrachtet werden müssen.

Anhänge

[Abb_ID_1001469_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Im Bereich des Stadtteils Steinbüchel wird der Stellungnahme teilweise entsprochen und der ASB in Teilen zurückgenommen. Die Rücknahme des ASB entsprechend der Stellungnahme hätte zur Folge, dass der Ortsteil Höfen aufgrund der fehlenden Anbindung an den Siedlungsraum nicht mehr als ASB gesichert werden könnte. Eine weitergehende Konkretisierung der Flächennutzung unter Berücksichtigung der lokalen Situation auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen bleibt freigestellt.

1001554, Stadt Leverkusen

Inhalt

Mobilität endet nicht an der Stadtgrenze. Sie kann nur verändert werden, wenn man regional denkt und handelt. Daher müssen sich die Ziele der Mobilitätsentwicklung in Leverkusen auch im Regionalplan Köln wiederfinden. Die nachhaltige und bedarfsgerechte Entwicklung des Mobilitätsgeschehens ist ein andauernder Prozess. Das vom Rat beschlossene Mobilitätskonzept Leverkusen 2030+ leistet dafür einen wichtigen Beitrag für die nächsten 15 Jahre. Hierbei setzt es auf eine intensivierte und konsequente Stärkung des Umweltverbundes, um die Mobilitätsoptionen der Menschen zu erhöhen, die Autoabhängigkeit zu verringern und auch den Klimaschutzziele Rechnung zu tragen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Information zur Ausrichtung der verkehrlichen Entwicklung vorgebracht.

1001555, Stadt Leverkusen	
<p>Inhalt</p> <p>Die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur darf sich nicht an alten Fernstraßenausbaugesetzen und Landesstraßenbedarfsplänen aus dem Jahre 2006 orientieren. Daher sind die Trassen L 43n (Ortsumgehung Hitdorf) sowie L 288n (Bürgerbusch) nicht mehr zeitgemäß und daher dem Regionalplan zu entnehmen. Stattdessen sind alternative Mobilitätsformen stärker im Regionalplan zu berücksichtigen. Auf der Grundlage der Anmeldungen zum ÖPNV-Bedarfsplan 2017 sind viele sinnvolle Maßnahmen in der Region angestoßen worden. Diese sind in den letzten fünf Jahren aber nicht weiterentwickelt worden. So fehlt zum Beispiel ein Hinweis auf die zusammen mit den Städten Köln und Wesseling erarbeitete Studie zum Wasserbus auf dem Rhein.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1001555_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001555_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die genannten Planungen sind im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). (s. auch ID 1004881)</p> <p>Eine darüber hinaus gehende Flächenvorsorge für alternative Mobilitätsformen, wie z.B. den Wasserbus entspricht nicht dem Planerfordernis des Regionalplans und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.</p>

1001556, Stadt Leverkusen

Inhalt

Dem Radverkehr kommt in der Verkehrswende zukünftig eine Schlüsselrolle zu. Durch den Grundsatz "Flächendeckende Radinfrastruktur entwickeln" (G. 52, Begründung, S. 161) wird die wachsende Bedeutung erkannt und grundsätzlich begrüßt. Die bislang enthaltenen Aussagen zum Radverkehrsnetz und zu den geplanten Mobilstationen können aber nur ein Anfang sein. Hier sind weitere Handlungsfelder des Radverkehrs aufzunehmen und darzustellen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und allgemeine Information zur verkehrlichen Entwicklung vorgebracht. Darüber hinaus werden keine konkreten Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_174000_1

Rhein-Erft-Kreis

1004089, Rhein-Erft-Kreis

Inhalt

Südliches Vorfeld des Tagebaus Hambach - Biotopverbundkonzept

Im Entscheidungssatz 6 der Leitentscheidung 2021 steht, dass die neue Tagebauplanung eine angemessene Vernetzung der Wälder ermöglichen soll. Des Weiteren ist in der Leitentscheidung festgelegt (s. S. 21, 2. Absatz), dass das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MULNV) ein Konzept für den Hambacher Forst sowie die notwendige Vernetzung mit den Bürgewäldern unter aktiver Beteiligung der Öffentlichkeit entwickelt. Dem Rhein- Erft-Kreis liegen bislang keine Informationen vor, wann dieses Konzept erstellt wird bzw. wann mit der Fertigstellung eines Biotopverbundkonzeptes zu rechnen ist. Es ist aber dringend erforderlich, dass kurzfristig ein Biotopverbundkonzept erarbeitet bzw. vorgelegt wird, da ansonsten die Gefahr besteht, dass für den Biotopverbund wesentliche Flächen einer anderen Nutzung zugeführt werden und ein wesentliches Ziel der Leitentscheidung, nämlich die Sicherung des Hambacher Forstes und die Grünvernetzung mit den umliegenden Wäldern, nicht erreicht werden kann. Auch ist ein Biotopverbundkonzept für die Festlegung der konkreten Rekultivierungsplanungen für die im südlichen Vorfeld des Tagebaus befindlichen Abgrabungen unbedingt erforderlich. Die Entscheidungen zur Rekultivierungsplanung stehen jetzt an und müssen in einem Gesamtkonzept eingebunden sein.

Es wird angeregt, dass die Bezirksregierung Köln beim MULNV darauf hinwirkt, ein Biotopverbundkonzept für das südliche Vorfeld des Tagebaus Hambach (möglichst unter Berücksichtigung von höher gelegenen Bereichen der südlichen Böschungen, welche in bergrechtlichen Verfahren gemäß der Leitentscheidung auch für die Biotopvernetzung zu beplanen sind) zu erarbeiten und spätestens zur Erörterung der Anregungen und Bedenken aus dem jetzigen Beteiligungsverfahren vorzulegen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Seitens des Landes liegt zur ersten öffentlichen Auslegung keine entsprechende Biotopverbundkonzeption vor. Insofern können mögliche daraus abgeleitete Vorschläge keinen Eingang in den laufenden Prozess finden. Entsprechend dem Beschluss des Regionalrats soll im Zuge der Neuaufstellung auf eine Erörterung verzichtet werden. Sofern sich gegenüber dem vorliegenden Stand neue abwägungsrelevante Informationen zum Thema Biotopverbund ergeben, werden diese bei den Abwägungsvorschlägen berücksichtigt.

1004093, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Windenergie</p> <p>Im Regionalplanentwurf wird von der zeichnerischen Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung gemäß Landesentwicklungsplan (LEP NRW) abgesehen. Angesichts des Klimawandels und aktuellen Energieengpässen durch die Kriegseignisse in der Ukraine, besteht die dringende Notwendigkeit des beschleunigten Ausbaus der regenerativen Energien. Zur besseren räumlichen Steuerung wird angeregt, auch zeichnerische Festlegungen für die Windenergie im Regionalplan vorzusehen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1004102, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Darstellung der Bereiche zur Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) gemäß Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe</p> <p>Im Plankonzept 2020 waren die geplanten BSAB gemäß Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe dargestellt. Im jetzt vorgelegten Planentwurf sind keine BSAB dargestellt. Es wird angeregt, die BSAB gemäß Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe im Regionalplan darzustellen, um eine Gesamtsicht der Auswirkungen insbesondere auf schützenswerte Nutzungen zu ermöglichen. Auch bereits genehmigte Tagebaue/Abgrabungen werden im Regionalplanentwurf durch andere Freiraumfunktionen, wie BSN, etc. überlagert. Um sicherzustellen, dass keine Einschränkung der Nutzung für genehmigte Tagebaue/Abgrabungen (im Bestand oder etwaigen zukünftigen Änderungsanträgen innerhalb der derzeit genehmigten Flächen) einhergeht, sollten alle genehmigten Rohstoffgewinnungsflächen in den Regionalplanentwurf aufgenommen werden. Die widersprechenden Darstellungen wie BSN etc. sollen dann in den Regionalplan aufgenommen werden, wenn eine solche Darstellung durch eine erfolgte Rekultivierung gerechtfertigt ist.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Das Verhältnisses der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Regionalplanerisch Vorgaben zur Rekultivierung von BSAB sind nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (s. StnID 1018199).</p>

1004104, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Planverfahren zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe</p> <p>Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe hatte der Rhein-Erft-Kreis angeregt, das Instrument einer befristeten Untersagung gemäß § 36 LPIG NRW anzuwenden, um Planungen oder Maßnahmen zu verhindern, die die Verwirklichung der Ziele der Raumordnung unmöglich machen oder wesentlich erschweren. Mit diesem Anliegen hat sich der Kreis zusammen mit allen zehn Kreiskommunen im Herbst 2021 zudem über die Bezirksregierung Köln an das Land gewandt. Leider wurde bislang diesem Ansinnen nicht gefolgt. Es wird an dieser Stelle erneut auf die Notwendigkeit einer regionalplanerischen Steuerung von Abgrabungsvorhaben auch vor Abschluss des Planverfahrens zum Teilplan Nichtenergetischer Rohstoffe hingewiesen und dies am Beispiel des südlichen Bereichs des Tagebaus Hambach dargelegt: Der südliche Bereich des Tagebaus Hambach soll laut Leitentscheidung 2021 nicht mehr für den Abbau der Braunkohle in Anspruch genommen werden. Zur Sicherung des Hambacher Forstes soll eine Grünvernetzung mit den Bürgewäldern festgelegt werden. Insofern legt die Leitentscheidung auch fest, dass in diesem Bereich keine neuen und keine Erweiterung bestehender Abgrabungsbereiche erfolgen soll. Derzeit bestehen jedoch keine Rechtsmittel, einen Antrag auf Abgrabung oder Abgrabungserweiterung allein auf Grundlage der Festlegungen in der Leitentscheidung abzulehnen. Mit Hilfe des Instruments einer befristeten Untersagung gemäß § 36 LPIG NRW könnte das Land Genehmigungsvorhaben befristet untersagen und so verhindern, dass entgegen der Ziele der Leitentscheidung Abgrabungserweiterungen vorgenommen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise zum sachlichen Teilplan Nicht Energetische Rohstoffe gegeben und darüber hinaus werden Hinweise für mögliche weiterführende Unterstützungsangebote durch die Regionalplanungsbehörde geäußert.</p>

Inhalt

Erläuterungskarten zu Klima, Siedlungsraum, Freiraum und Infrastruktur (Anhang A)

Die Erläuterungskarten sind insgesamt zu überarbeiten, da sie schlecht lesbar sind. Es wird angeregt, mindestens die kommunalen Grenzen und die Namen der Kommunen einzufügen. Weitere Änderungsvorschläge zu den einzelnen Erläuterungskarten sind in den Anregungen zu den einzelnen Kapiteln genannt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentliche Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen.

1004134, Rhein-Erft-Kreis

Inhalt

Es wird angeregt, sämtliche regional bedeutsame Verkehrswegeplanungen in separaten Erläuterungskarten darzustellen und alle Erläuterungskarten regelmäßig zu aktualisieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentliche Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen.

Eine Aktualisierung der Inhalte des Regionalplans bedingt stets ein Planerfordernis. Eine regelmäßige Aktualisierung ohne Planerfordernis widerspricht dem Regelungsbereich und dem Sicherungsauftrag der Raumordnung und ist nicht mit den Landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW und der LPIG DVO vereinbar.

Inhalt**Radschnellverbindungen**

Wesentlicher Baustein der klimawandelgerechten Raumentwicklung ist die Förderung des Umweltverbundes. Neben den klassischen Infrastrukturmaßnahmen für den motorisierten Straßenverkehr und den Schienenverkehr sollten daher die regionalbedeutsamen Radschnellverbindungen in der Regionalplanung stärker verankert werden. Der Regierungsbezirk Köln braucht zeitnah einen systematischen und abgestimmten Ausbau von Radschnellverbindungen entlang der wichtigsten regionalen Achsen. Vor diesem Hintergrund wird es für geboten gehalten, dass der Regionalplan nicht nur in der Erläuterungskarte I2, sondern auch in den zeichnerischen Festlegungen Radschnellverbindungen analog zu den Verkehrselementen ?Straße? und ?Schiene? darstellt. Es sollten bereits vorhandene, aber auch geplante Radschnellverbindungen mit aufgenommen werden.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine zeichnerische Festlegung von Radschnellwegen im Regionalplan erfolgt nicht, da die landesplanerischen Vorgaben zum Zeitpunkt der Planaufstellung kein Sicherungserfordernis begründen. Auch liegt aktuell noch kein Bedarfsplan für Radschnellwege vor. Dies steht einer weiteren Konkretisierung von Radschnellwegen im Rahmen der Fachplanung oder der Bauleitplanung nicht entgegen.

Inhalt

Verhältnis zur Braunkohlenplanung (S. 33)

Der Rhein-Erft-Kreis begrüßt grundsätzlich, dass im Planentwurf für Teilbereiche des Tagebaus Hambach erstmalig regionalplanerische Festlegungen getroffen werden. Dadurch können wichtige Themen wie z. B. der Freiraumschutz und die Grünvernetzung in diesem Bereich zukunftssicher festgelegt werden. Der Rhein-Erft-Kreis regt an, ein eigenes Planzeichen ?T? für den Bereich der Tagebaufolgelandschaft mit dem Begriff ?Tagebautransformationslandschaft? einzuführen. Dieses Planzeichen soll eine Sonderplanung unter Einbeziehung der Träger öffentlicher Belange für diese Gebiete ermöglichen. Solch ein Planzeichen würde den Kommunen und der Region das notwendige Maß an Flexibilität bei der weiteren Ausgestaltung dieses besonderen Gebietes ermöglichen. Es muss sowohl der Grünvernetzung als auch der Entwicklungsmöglichkeiten der am künftigen See anliegenden Kommunen in der zeichnerischen Darstellung Rechnung getragen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Einführung eines neuen Planzeichens und der damit verbundenen Erwartung von rechtlichen Sonderregelungen im Sinne einer "Sonderplanung" oder "Sonderplanungszone" obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden.

1004138, Rhein-Erft-Kreis

Inhalt

Darstellung Bereich für den Schutz der Natur (BSN) Hambacher Wald und Waldvernetzung

Der südöstliche Bereich des BSN (Punkt 1 in der Abbildung 1) ist als Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich (AFAB) dargestellt [s. Anhang Abb. StnID 1004138_1]. Das stimmt nicht mit der Darstellung im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Erster Planentwurf 2020, Karte 3: Zukünftige BSAB mit Reservegebieten und Rekultivierungsplanung) überein. Dort ist der Bereich als Wald dargestellt (Punkt 1 in der Abbildung 2) [s. Anhang Abb. StnID 1004138_2].

Anhänge

[Abb. ID 1004138_1.pdf](#)

[Abb. ID 1004138_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Der hier in Rede stehende BSAB BM-KER-042 des Ersten Planentwurfes zum sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe entfällt. Der Zweite Planentwurf zum sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe legt in diesem Bereich keinen BSAB fest.

Grundsätzlich gilt: Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen* gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen.

Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB somit Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk, sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt.

Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation ? künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Im angesprochenem Bereich liegt faktisch kein Wald vor.

1004146, Rhein-Erft-Kreis

Inhalt

Die genehmigten Erweiterungen der Abgrabungen der Rheinischen Baustoffe (Punkt 2 in den Abbildungen 1 und 2) sind als BSN und Wald festzusetzen, da diese Flächen in Tieflage rekultiviert werden sollen und als Verbundachse des Biotopverbundsystems mit dem Verbundschwerpunkt ?Wald? zu sehen sind [s. Anhang Abb. StnID 1004146_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004146_2]. Diese Forderung hat der Rhein-Erft-Kreis bereits im Rahmen der Beteiligung zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe eingebracht. Im Sinne der Leitentscheidung 2021, die den Erhalt, die Entwicklung und Vernetzung der Restflächen des Hambacher Waldes mit dem Merzenicher Erbwald und der Steinheide vorsieht, wird angeregt, für die naturnah zu entwickelnden Flächen der Abgrabungen Buir (BM-Ker-042), Schüssler (BMKer- 044) und Collas (Punkt 3 in den Abbildungen 1 und 2) sowie für deren Umfeld ?Wald? und ?BSN? darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1004146_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004146_2]. Die oben genannten Anregungen sind in der Abbildung 3 dargestellt [s. Anhang Abb. StnID 1004146_3].

Anhänge

[Abb_ID_1004146_1.pdf](#)

[Abb_ID_1004146_2.pdf](#)

[Abb_ID_1004146_3.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Regionalplanerische Vorgaben zur Rekultivierung von Lockergesteins-Abgrabungen können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuauflistung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Der hier in Rede stehende BSAB BM-KER-042 des Ersten Planentwurfes zum sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe entfällt. Der Zweite Planentwurf zum sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe legt in diesem Bereich keinen BSAB fest.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

1004148, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>Grünvernetzung</u></p> <p>Die Darstellung im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe für den BSAB an der Kreisgrenze zu Düren (BM/DN-BM/NDZ-047) wurde nicht übernommen. Im Planentwurf ist hier AFAB dargestellt (Punkt 4 in der Abbildung 1) [s. Anhang Abb. StnID 1004148_1]. Gemäß Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe ist für den südlichen Bereich Wald als Rekultivierung vorgesehen. Dies ist im Planentwurf darzustellen (Punkt 4 in der Abbildung 4) [s. Anhang Abb. StnID 1004148_2].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1004148_1.pdf</p> <p>Abb. ID 1004148_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Das Verhältnisses der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Regionalplanerisch Vorgaben zur Regkultivierung von BSAB sind nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe.(s. StnID 1018199).</p>

1004149, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>Manheimer Bucht</u></p> <p>Der Bereich der sogenannten Manheimer Bucht, dessen mögliche bergbauliche Inanspruchnahme im Verfahren zur Änderung des Braunkohlenplanes Hambach geklärt werden soll, ist im Planentwurf mit einem besonderen Hinweis als "Klärungsbereich" gekennzeichnet (Punkt 5 in der Abbildung 1) [s. Anhang Abb. StnID 1004149]. Es ist sicherzustellen, dass falls Flächen der Manheimer Bucht nicht bergbaulich in Anspruch genommen werden müssen, diese im Regionalplan übernommen werden und für die gemäß Leitentscheidung 2021 in diesem Bereich geplante Biotopvernetzung zur Verfügung stehen. Es wird angeregt, möglichst auch im südlichen Bereich der Manheimer Bucht Flächen einzusparen, da hier bislang nur ein schmaler Korridor für die geplante Biotopvernetzung vorgesehen ist.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004148_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004148_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Kennzeichnung von Bereichen, die im Entwurf ohne zeichnerische Festlegungen bleiben, erfolgt in Abhängigkeit vom Stand der Erkenntnisse der Braunkohlenplanung. Für Bereiche der Braunkohlenplanung, in denen kein Abbau (mehr) vorgesehen werden soll, werden zeichnerische Festlegungen entwickelt. Zu einem späteren Zeitpunkt werden auch für die Bereiche, die aktuell bzw. perspektivisch noch in Abbau / Rekultivierung befindlich sind, regionalplanerische Festlegungen zu entwickeln sein. Die konkrete räumliche Abgrenzung der "Manheimer Bucht" ist Gegenstand des Braunkohlenplanverfahrens.</p>

1004151, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>Strukturwandel im Rheinischen Revier (S. 36)</u></p> <p>Die allgemeine Darstellung der Zielsetzung des Transformationsprozesses im Rheinischen Revier und die damit einhergehende Gewichtung dieses Themas im Regionalplan Köln wird grundsätzlich begrüßt. Die vorgezogenen Regionalplanänderungen für die Gewerbe- und Industriebereiche in Bedburg (GIBplus) und Elsdorf/Kerpen (GIBregional) als Standorte für die wirtschaftliche Entwicklung sind wichtig für das gesamte Rheinische Revier. Diese Flächen werden allerdings bei dem zu erwartenden langen Transformationsprozess nicht ansatzweise ausreichen, um die notwendigen Kompensationen, die der Strukturwandel verursacht, herbeizuführen (siehe auch Hinweise und Anregungen zum GIB Knapsacker Hügel unter Punkt 3.3). Konversionsflächen wie ehemalige Kraftwerksstandorte stehen wesentlich später für eine Entwicklung zur Verfügung als Arbeitsplätze bereits jetzt im Rhein-Erft-Kreis wegfallen. Es sind daher weitere Industrie- und Gewerbeflächen zur Ansiedlung von Unternehmen notwendig, die die strukturwandelbedingt wegfallenden Arbeitsplätze nachhaltig und qualitativ angemessen kompensieren können.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich werden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.</p>

Inhalt

Kapitel 1.6 beschreibt, dass im Rahmen der regionalen Verteilung von Wohnbauflächenbedarfen große Teile des Rheinischen Reviers als Entlastungsraum für die verdichtete Rheinschiene Köln, Bonn und Leverkusen einbezogen und mit Flächenzuteilungen bedacht wurden. Jedoch werden diese Flächen nicht konkretisiert (Kapitel 1.6, S. 38, 3. Absatz). Eine Nennung der konkreten Flächen bzw. die Verortung dieser Flächen sollte grundsätzlich erfolgen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und in den Teilräumen.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die Festlegung regionaler GIB soll zudem auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen

hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Im Sinne einer bedarfsgerechten Verortung gilt, dass regionale Wirtschaftsflächenbedarfe nicht einzelnen Kommunen zugeordnet wurden, sondern als interkommunal zu entwickelnden Standorten (GIBregional und GIBplus) in den Teilregionen auf Grundlage einer "Bestenauswahl" festgelegt werden. Flächengröße und Flächenanzahl in der jeweiligen Teilregion sind in entsprechenden zeichnerischen Abgrenzungen festgelegt sowie der Tabelle 7: Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln zu entnehmen.

Für die regionalen Wohnbauflächenpotentiale gilt, dass in der jeweiligen Kommune ein Anteil aus dem regionalen Bedarf (Region+ Wohnen oder Bauland an der Schiene) zugestanden wurde (ebenfalls nach einheitlichen Kriterien). Der jeweilige Anteil ist der Spalte 1 (zweiter Wert in Klammern) der Tabelle 7: *Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln* in Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung* der Begründung zum Regionalplanentwurf zu entnehmen. Auf eine konkrete Standortbestimmung in den einzelnen Kommunen wurde zugunsten einer optimalen Einbindung sich gegebenenfalls ändernder Rahmenbedingungen der Eignungskriterien, wie beispielsweise die Fortentwicklung in der Infrastrukturausstattung oder verbesserter Schienenpersonennahverkehr (SPNV)-/öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)-Anbindung, verzichtet. Die Umsetzung erfolgt unter Beachtung des Grundsatzes Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen u.a. in Bezug auf die Umsetzung einer höheren Baudichte auf diesen Flächen. Eine weitergehende Kennzeichnung dieser kommunalen Flächen wurde nicht vorgenommen. Dies dient der flexiblen Umsetzung von Wohnflächenbedarfen und so der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die planerische Absicht einer Kommune, regionale Wohnbauflächenbedarfe unter Berücksichtigung des Grundsatzes Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen in Anspruch zu nehmen, muss im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung im kommunalen Bauleitplanverfahren aufgezeigt werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1004154, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Dateninfrastruktur im Rheinischen Revier</p> <p>Im Kapitel 1.6 fehlen gänzlich Aussagen zum Thema Dateninfrastruktur im Rheinischen Revier im Zusammenhang mit dem Strukturwandel. Es wird angeregt, diese unter Punkt 1.6 (S. 38) zu ergänzen:</p> <p><i>Die Nachfrage nach geeigneter Dateninfrastruktur existiert bereits jetzt von einer großen Anzahl von Nutzern im und um das Rheinische Revier. Das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW (MWIDE) hat eine Machbarkeitsstudie „Dateninfrastruktur im Rheinischen Revier“ erstellen lassen, um die Voraussetzungen und Umsetzungsmöglichkeiten zur Ansiedlung entsprechender Dateninfrastrukturen im Rheinischen Revier zu überprüfen. In dieser Studie wird die Region als idealer Standort beschrieben, der alle Voraussetzungen einer Hightech-Region erfüllt (vgl. „Zukunft regional – digital: Machbarkeitsstudie Dateninfrastruktur im Rheinischen Revier“, S. 5 ff.).</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Eine Aufnahme in Kapitel 1.6 der Einleitung zu den textlichen Festlegungen des Regionalplanes erfolgt nicht, da hier die allgemeine strukturelle Einordnung des Strukturwandels im Rheinischen Revier in den Aufgabenbereich der Regionalplanung vorgestellt wird. Dabei werden hier keine konkreten Nutzungsaussagen, Benennungen von Wirtschaftszweigen oder Nutzungsfestlegungen vorgenommen.</p>

1004155, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Task Force Sonderplanungszonen</p> <p>Im Kapitel 1.6 fehlen Aussagen zur ?Task Force Sonderplanungszonen?. Es wird angeregt, diese zu ergänzen.</p> <p><i>Im Rahmen des von der NRW-Landesregierung aufgestellten 10-Punkte-Plans wurde der Punkt „Task Force Sonderplanungszonen“ formuliert. In diesem wurde festgehalten, eine Stabstelle einzurichten, um Wirtschaftsflächen zügiger auszuweisen, Unternehmen unbürokratisch anzusiedeln, erneuerbare Energien schneller auszubauen und Verkehrsinfrastrukturen noch in diesem Jahrzehnt in Dienst zu stellen.</i></p> <p>Daneben sollen zeitnah Vorschläge bezüglich der Netz- und Verkehrsinfrastruktur, erneuerbarer Energien (Gigawatt-Pakt) und der Erschließung großer Flächenpools für zentrale Gewerbestandorte erarbeitet werden. Flächen mit bereits bestehenden Standortqualitäten und gesichertem Planungs- und Eigentumsrecht sollen weiter qualifiziert werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Die Einrichtung einer Task Force Sonderplanungszone ist ein temporärer, wichtiger Baustein von vielen in der Bewältigung des Strukturwandels. Eine Aufnahme in Kapitel 1.6 der Einleitung zu den textlichen Festlegungen des Regionalplanes erfolgt jedoch nicht, da hier die allgemeine strukturelle Einordnung des Strukturwandels im Rheinischen Revier in den Aufgabenbereich der Regionalplanung vorgestellt wird. In diesem einleitenden Kapitel werden aus diesen zahlreichen Aktivitäten einzelne Zusammenschlüsse und Arbeitskreisen, jedoch nicht einzelne temporäre Prozesse hervorgehoben.</p>

Inhalt**Änderungen des Landesplanungsgesetzes vom 08. Juli 2021; hier: § 38 und § 38a**

In Kapitel 1.6 der Neuaufstellung zum Regionalplan finden die Paragraphen § 38 und § 38a Landesplanungsgesetz (LPIG) keine Berücksichtigung. Aus Sicht des Rhein-Erft-Kreises ist es zwingend erforderlich, diese neuen Regelungen in die Neuaufstellung des Regionalplans zu überführen.

§ 38 LPIG - Experimentierklausel

(1) Zum Zwecke der Verfahrensbeschleunigung, bei Vorhaben der Energiewende, zur Bewältigung der Auswirkungen des Klima- und des Strukturwandels oder im Zusammenhang mit den Anforderungen der Digitalisierung oder der Klimaanpassung können ein vereinfachtes Anzeigeverfahren gemäß § 19 Absatz 6, vereinfachte Zielabweichungsverfahren gemäß § 16, § 30 Absatz 2 und § 30 Absatz 3 und ein vereinfachtes Anpassungsverfahren gemäß § 34 erprobt werden. (2) Die Landesplanungsbehörde bestimmt im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Ministerien und im Benehmen des für die Landesplanung zuständigen Ausschusses des Landtags die Räume, die Dauer und den Evaluierungszeitraum sowie die Ausgestaltung der zu erprobenden Verfahren durch Rechtsverordnung. (3) Die Landesregierung überprüft und bewertet die Auswirkungen der Absätze 1 und 2 und erstattet dem Landtag zum 31. Dezember 2024 Bericht.

§ 38a LPIG - Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier

Die Regionalplanung soll im Rheinischen Revier die Entwicklung der Wirtschaft und die sehr langfristige Umgestaltung und Beeinflussung des Raums durch Braunkohlegewinnung in großen Tagebauen besonders in den Blick nehmen. Dazu soll sie für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe gemäß Ziel 6.1-1 des LEP einen besonders langen Planungszeitraum zugrunde legen, um den erhöhten Flächenbedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Bei der Auswahl der Flächen sollen die besonders schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Bodenfruchtbarkeit berücksichtigt werden. Bei der Entscheidung, welche für den Strukturwandel besonders bedeutsamen Vorhaben auf diesen Flächen umgesetzt werden sollen, sind abgestimmte Kriterien zugrunde zu legen.

Der Zeitraum, den die Regionalplanung bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe zugrunde legen soll, ist jedoch in § 38a LPIG nicht konkret definiert. Hier bedarf es unbedingt einer genauen Definition und Festsetzung dieses Planungszeitraums. Andernfalls ist es für die Kommunen im Rheinischen Revier mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, diesen Paragraphen überhaupt sinnvoll und

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der vorliegende Entwurf eines Regionalplanes entspricht den geltenden rechtlichen Vorgaben auf Landes- und Bundesebene. Die ehemalige Experimentierklausel nach § 38 Landesplanungsgesetz ist in der aktuellen Fassung des Landesplanungsgesetzes NRW nicht mehr enthalten. Die Einführung von Verfahrensbeschleunigungen, die Etablierung einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone sowie landesseitige Flächenpoolösungen obliegt der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und den parlamentarischen Gremien auf Landesebene und gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus und sind nicht mit den aktuellen Landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW vereinbar.

Der Anregung zur Anwendung des § 38 Landesplanungsgesetz wird gefolgt. Dieser konnte im Rahmen der Erstellung des Entwurfes zur Neuaufstellung des Regionalplanes nicht angewendet werden, da die erforderliche Abstimmung der zugrundezulegenden Kriterien noch nicht erfolgt war. Diese liegt nunmehr aufgrund der Beschlussfassungen der Regionalräte Köln und Düsseldorf mit einem gemeinsamen Kriterienkatalog vor. Demzufolge wird bei der Überarbeitung des Entwurfes die Anwendung des § 38 Landesplanungsgesetz erfolgen und kann der Anregung gefolgt werden. Dem im Gesetz vorgegebenen besonders langen Planungszeitraum wird durch Erweiterung des Planungszeitraumes für die Neuaufstellung des Regionalplanes von 25 Jahren um 10 Jahre auf einen 35-jährigen Planungszeitraum für das Rheinische Revier entsprochen, demzufolge sich der zugrundegelegte Wirtschaftsflächenbedarf erhöht.

praxisorientiert anwenden zu können. Es wird angeregt, dass die Bezirksregierung Köln auf eine zügige Umsetzung der Rechtsverordnung zur Klausel durch die Landesregierung, unter Beteiligung der Task Force, hinwirkt.	
---	--

1004158, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Seeverbindung Inde- und Hambachsee</p> <p>Der Rhein-Erft-Kreis, der Kreis Düren, die Städte Jülich und Elsdorf, die Kolpingstadt Kerpen, die Gemeinden Niederzier, Inden und Titz sowie der Wasserverband Eifel-Rur und der Erftverband beabsichtigen die gemeinsame Entwicklung des Projektes ?Seeverbindung Inde- und Hambachsee?. Die Tagebaue Inden und Hambach haben die naturräumlichen, verkehrstechnischen sowie soziologischen Verbindungen in der Region, der Kreise und der Kommunen Jahrzehnte lang getrennt. Nach dem Ende der Tagebaue werden mit dem Inde- und Hambachsee zwei Naherholungsschwerpunkte geschaffen, die die Lebens- und Aufenthaltsqualität nachhaltig erhöhen. Eine fünf Kilometer lange Verbindung zwischen den künftigen Seen wird einen Beitrag zur Überwindung der räumlichen Trennung und zum Zusammenwachsen der Region leisten. Das ?grün-blaue Band? greift den Wunsch der Menschen im Rhein-Erft-Kreis und im Kreis Düren auf, alte Verbindungen wieder aufleben zu lassen und nachhaltig zu stärken. Das Projekt ist bereits Teil verschiedener Entwicklungsperspektiven der Teilregionen. Eine entsprechende Machbarkeitsstudie wird vom Rhein-Erft-Kreis und dem Kreis Düren in Auftrag gegeben. Um den möglichen Trassenkorridor von anderen Nutzungen freizuhalten, ist eine raumordnerische Sicherung im neuen Regionalplan erforderlich. Der Rhein-Erft-Kreis unterstützt daher die Anregungen des Kreises Düren, den Korridor im Regionalplanverfahren durch die Darstellung von Freiraumfunktionen (z.B. Regionaler Grünzug) zu sichern.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Anregung ist im Planentwurf entsprochen. Der vorgesehene Korridor für eine Verbindung der Seen weist keine der Realisierung dieses Vorhabens entgegenstehenden Festlegungen auf. Durch die Festlegung vorrangiger Freiraumfestlegungen (Regionaler Grünzug, zzgl. teilweise BGG) wird der Verbindungskorridor langfristig gesichert.</p>

1004160, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Zuleitungskorridor Restseebefüllung</p> <p>Es wird angeregt, dass das "Braunkohlenplanänderungsverfahren Garzweiler II, Sachlicher Teilplan: Sicherung einer Trasse für die Rheinwassertransportleitung" hinsichtlich der raumplanerischen Darstellungen im weiteren Regionalplanverfahren berücksichtigt wird.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Mit dem im Verfahren befindlichen "Braunkohlenplanänderungsverfahren Garzweiler II, Sachlicher Teilplan: Sicherung einer Trasse für die Rheinwassertransportleitung" soll der Verlauf einer Leitungstrasse für die Zuführung von Rheinwasser bis zum Tagebau Hambach gesichert werden. Eine zeichnerische Festlegung von Transportleitungen und -Trassen im Regionalplan erfolgt nicht. Die Berücksichtigung ist aber mit Grundsatz G 62 "Transportleitungen schützen" und im Rahmen der zukünftig rechtsverbindlichen Änderung des Braunkohleplans Garzweiler II gewährleistet.</p>

Inhalt**2.1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel (S. 42)**

Die Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel werden als Querschnittsthemen behandelt und mit fünf Grundsätzen (G.1-G.5) überschrieben. Weitergehende Regelungen werden in den jeweiligen Fachkapiteln, insbesondere zu Siedlungsraum (Kap. 3) und Freiraum (Kap. 4), aufgelistet. So wird beispielsweise durch die Festlegung von Regionalen Grünzügen oder auch die Anbindung der Grünzüge an Kaltluft-Leitbahnen ein Rahmen für die Umsetzung der ausformulierten Ziele geschaffen.

Im Kapitel 1.2 wird auf das Umland der Rheinschiene (inkl. Rhein-Erft-Kreis) eingegangen: ?Das Umland verfügt über Flächen, die sich als Ausgleichsräume zur Erholung von urbanen Hitzewellen und zur Aufrechterhaltung der Kaltluftversorgung der Innenstädte eignen. Die Gratwanderung zwischen Innenverdichtung und einer klimaanpassungsfreundlichen Flächennutzung könnte mit einer Flächenentwicklung im Umland entschärft werden? (S. 24, letzter Absatz). Dies widerspricht allerdings der Aussage am Ende des Kapitels 1.6 (Strukturwandel), dass ?im Rahmen der regionalen Verteilung von Wohnbauflächenbedarfen große Teile des Rheinischen Reviers als Entlastungsraum für die verdichtete Rheinschiene einbezogen und mit Flächenzuteilungen bedacht wurden.?

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Sicherung der Freiräume erfolgt im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche, sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines [Auswahl: ASB/GIB] gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in

Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zudem hat im Prozess Region+ Wirtschaft im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil laut Bodenschutzfachbeitrag Geologischen Dienstes NRW (2019) und Landwirtschaftlichem Fachbeitrag zum Regionalplanentwurf Köln (2020) betroffener Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen. Das Kriterium der Betroffenheit für hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen wird im Landwirtschaftliche Fachbeitrag in der Standortwertkarte mit den Stufen I (sehr hoch) und II (hoch) definiert. Der Anteil der Betroffenheit nach Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW wird mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung in der Karte der schutzwürdigen Böden bestimmt.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der

Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentiale wurden Raum- und

Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Dies gilt auch im Hinblick auf die Wettbewerbsgleichheit des Rheinischen Reviers im Sinne des Strukturwandels im Kontext der Herausforderungen für alle Kommunen des Regierungsbezirks Köln.

1004223, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Anregung zur Erläuterungskarte K1</p> <p>Die Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sind der Erläuterungskarte K1 (Anhang A) zu entnehmen. Im Gebiet des Rhein-Erft-Kreises ist der gesamte Villerücken als ?Gunstraum sehr hoher Priorität? ausgewiesen, was ausdrücklich zu begrüßen ist. Im südlichen Kreisgebiet befindet sich ein Einzugsgebiet von Kaltluftleitbahnen sehr hoher Priorität sowie Kernbereiche einer Leitbahn mit hoher Priorität und Kaltluft-Einwirkbereiche an der südlichen Kreisgrenze im Bereich der Stadt Brühl. Es ist methodisch fragwürdig, warum nur ?große? Gemeinden (>70.000 EW) eine entsprechende Kennzeichnung mit überörtlich bedeutender Überhitzung am Tag erhalten. Auch in mittleren und kleineren Städten ist die thermische Situation häufig als ungünstig zu bewerten (vgl. Fachbeitrag Klima S. 125). Dies gilt insbesondere für die Kommunen im Rhein-Erft-Kreis, welche östlich des Villerückens ihre überwiegenden Siedlungsbereiche haben (Wesseling, Brühl, Hürth, Frechen, Pulheim). Es wird angeregt, die genannten Kommunen entsprechend zu kennzeichnen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Ermittlung und Bewertung der Kaltluftleitbahnen basiert auf dem Fachbeitrag Klima des LANUV (2018) zum Regionalplanentwurf Köln. Die Untersuchungsmethodik und angewandten Kriterien werden in diesem dezidiert erläutert. Der Fachbeitrag bietet die Grundlage für eine einheitliche Bewertung der Flächen im Regierungsbezirk.</p> <p>Darüber hinaus werden die Daten zu den Kaltluftleitbahnen mit überörtlicher Bedeutung parallel zum Neuaufstellungsverfahren des Regionalplans Köln überarbeitet. Die neuen Datengrundlagen die zu einer neuen Bewertung der Kaltluftleitbahnen mit überörtlicher Bedeutung führen, werden auf Grund des zeitlichen Horizontes der beiden Prozesse nicht im laufenden Verfahren des Regionalplanentwurfs Berücksichtigung finden können. Diese werden selbstverständlich in den anschließenden Verfahren beispielsweise zu einzelnen Regionalplanänderungen und deren jeweiligen Umweltprüfung berücksichtigt und werden für die nachfolgenden Planungsebenen Online zur Verfügung gestellt.</p> <p>Der angeregten Kennzeichnung bzgl. der Kommunen "ungünstiger thermischer Situation" würde zu einer Überlagerung der Informationen führen, die die Lesbarkeit stark beeinträchtigen würde. Die genannten Informationen können dem Fachbeitrag Klima entnommen werden. Der Erläuterungskarte K1 sind die Kommunen mit überörtlich bedeutender Überhitzung am Tag zu entnehmen.</p>

1004243, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>2.3 Regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit (S. 50)</u></p> <p>Der Rhein-Erft-Kreis unterstützt eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit hinsichtlich einer regionalen Abstimmung über die Grenzen der einzelnen Kommunen hinaus bis hin in das benachbarte Ausland. Regionalplanung macht weder an den Gemeinde-, Stadt- oder Kreisgrenzen halt, noch an der Staatsgrenze. Daher sind ein umfassender Austausch und eine intensive Zusammenarbeit innerhalb der Region, mit den angrenzenden Regierungsbezirken sowie in die nahegelegenen Nachbarstaaten Belgien und die Niederlande unabdingbar. Punkt 2 der Erläuterungen auf Seite 50 bezieht sich auf die fachliche Unterstützung dieser Kooperationen durch die Regionalplanungsbehörde. An dieser Stelle wird eine konkrete Darstellung, wie dieses Unterstützungsangebot im Detail aussieht, gewünscht.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung hinsichtlich der Bedeutung der Regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit erklärt. Mögliche fachliche Unterstützungsangebote der Regionalplanungsbehörde richten sich individuell nach dem Bedarf und Inhalt der jeweiligen Kooperation.</p>

Inhalt

3.1.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung (S. 54)

Gemäß der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist die tägliche Inanspruchnahme des Freiraums durch Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 30 ha bundesweit zu begrenzen und gemäß dem LEP Ziel 6.1-1 die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht auszurichten. Die alleinige Zielsetzung einer bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung im Regionalplanentwurf (s. Ziel 3) reicht nicht aus, da wesentliche Kriterien einer flächensparenden Siedlungsentwicklung wie z. B. Innen-vor Außenentwicklung, kompakte Siedlungsstruktur, Wiedernutzung von Brachflächen, nicht abgedeckt werden.

Es wird angeregt folgenden neuen Grundsatz einzufügen:

Grundsatz (neu): Siedlungsbereiche kompakt und flächensparend entwickeln

Die Siedlungsentwicklung soll kompakt und flächensparend erfolgen. Bodenversiegelungen sollen auf das notwendige Maß begrenzt werden. Durch Flächenrecycling sollen Brachflächen neuen Nutzungen zugeführt werden. Planungen und Maßnahmen der Innenentwicklung haben Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der LEP NRW formuliert die Grundsätze 6.1-3 Leitbild ?dezentrale Konzentration?, 6.1-5 Leitbild ?nachhaltige europäische Stadt? in Hinblick auf eine kompakte Siedlungsstruktur, 6.1-6 Vorrang der Innenentwicklung sowie 6.1-8 LEP NRW Wiedernutzung von Brachflächen. Diese sind von den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene zu berücksichtigen. Von reinen Wiederholungen sieht der Regionalplan Köln ab.

Es wird ein neuer Grundsatz *Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen* festgelegt (s. Änderungssynopse).

Darüber hinaus trägt der Regionalplan mit den Z.1 *Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren* und Z.2 *Zersiedlung vermeiden* zu einer kompakten und flächensparenden Siedlungsentwicklung bei. Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten. Die Regelungen im Ziel Flächenüberhänge vermeiden und abbauen dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

InhaltGrundsatz 12: Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen (S. 63)

Im Planentwurf sind sowohl die kommunalen als auch die regionalen Wohnflächenbedarfe als ASB zeichnerisch dargestellt. Eine konkrete Standortbestimmung der Flächen für den regionalen Wohnbauflächenbedarf wurde nicht vorgenommen, d. h. dass im vorliegenden Planentwurf nicht ersichtlich ist, welche Flächen für den kommunalen und welche für den regionalen Wohnflächenbedarf vorgesehen sind. Auch ist keine zeitliche oder räumliche Steuerung bei der Umsetzung der regionalen Flächen vorgegeben. Dies kann dazu führen, dass die regionalen Wohnbauflächen nicht entsprechend des errechneten Bedarfs realisiert werden. Darüber hinaus sollte festgelegt werden, dass vorrangig Siedlungspotentiale in ASB und wohnbauliche FNP-Reserven, die an Haltepunkten des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) liegen, entwickelt werden. Vor dem Hintergrund großer verkehrlicher Belastungen in der Region ist eine Orientierung am SPNV erforderlich.

In den Erläuterungen zu Grundsatz 12 ist festgelegt, dass eine Kommune, die regionale Wohnbauflächenbedarfe in Anspruch nehmen möchte, die gute Erreichbarkeit, ausreichende Infrastrukturausstattung sowie eine den örtlichen Verhältnissen angepasste höhere Dichte der Bebauung darlegen muss. Hier stellen sich die Fragen nach der praktischen Umsetzung, wenn es keine Unterscheidung zwischen den kommunalen und regionalen ASB-Flächen gibt, sowie nach der Sicherstellung der Bedarfe durch Realisierung angemessener Dichten.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Für die regionalen Wohnbauflächenpotentiale gilt, dass der jeweiligen Kommune ein Anteil aus dem regionalen Bedarf (Region+ Wohnen oder Bauland an der Schiene) zugestanden wurde (nach einheitlichen Kriterien im Region+ Wohnen-Prozess). Der jeweilige Anteil ist der Spalte 1 (zweiter Wert in Klammern) der Tabelle 7: *Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln* in Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung* der Begründung zum Regionalplanentwurf zu entnehmen. Auf eine konkrete Standortbestimmung in den einzelnen Kommunen wurde zugunsten einer optimalen Einbindung sich gegebenenfalls ändernder Rahmenbedingungen der Eignungskriterien, wie beispielsweise die Fortentwicklung in der Infrastrukturausstattung oder verbesserter Schienenpersonennahverkehr (SPNV-) /öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)-Anbindung, verzichtet. Die Umsetzung erfolgt unter Beachtung des Grundsatzes *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen* u. a. in Bezug auf die Umsetzung einer höheren Baudichte auf diesen Flächen. Eine weitergehende Kennzeichnung dieser kommunalen Flächen wurde nicht vorgenommen. Dies dient der flexiblen Umsetzung von Wohnflächenbedarfen und so der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die planerische Absicht einer Kommune, regionale Wohnbauflächenbedarfe unter Berücksichtigung des Grundsatzes *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen* in Anspruch zu nehmen, muss im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung im kommunalen Bauleitplanverfahren aufgezeigt werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Im Übrigen wird auf G.16 *Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten* verwiesen, welcher dazu beiträgt, die Siedlungsentwicklung auf u.a. infrastrukturell gut erschlossene Siedlungsbereiche zu lenken.

Inhalt**3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung (S. 72)**

Den Strukturwandelbedarfen des Rhein-Erft-Kreises und seiner Kommunen sind in ausreichendem Maße Rechnung zu tragen. Es wird angeregt, die Aufnahme der Flächen aus dem Gutachten ?Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für den Rhein-Erft-Kreis? aus März 2018 erneut zu prüfen. Es muss sichergestellt werden, dass das Strukturwandel-Monitoring (siehe textliche Festlegung, S. 37) nicht nur durchgeführt, sondern die dort festgestellten Erfordernisse in einem engen Zeitplan umgesetzt werden.

Erweiterung Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich Knapsacker Hügel

Auf Seite 38 der textlichen Festlegungen zur Neuauftellung des Regionalplans Köln wird dargelegt, dass im Rhein-Erft-Kreis zwei GIBregional seitens des Regionalrates beschlossen worden sind. Zum dritten möglichen Standort (Barbarahof) ist keine abschließende Entscheidung seitens des Regionalrates gefallen.

Der Rhein-Erft-Kreis unterstützt die Anträge der Belegenheitskommunen, die Flächen ?Erweiterung Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich Knapsacker Hügel (bisherige Bezeichnung: Barbarahof)? auf den Stadtgebieten von Erftstadt und Hürth, insbesondere vor dem Hintergrund des Strukturwandels im Rheinischen Revier, gemeinsam mit den Städten Brühl und Wesseling interkommunal zu entwickeln und als GIBregional auszuweisen. Hierbei wird auf das Ziel 10 (Z. 10, S. 72) ?GIB sichern und entwickeln? in den textlichen Festlegungen zur Neuauftellung des Regionalplans Köln verwiesen. Diese Potenzialfläche weist aufgrund ihrer herausragenden Lage und Verkehrsanbindung, ihrer regionalen Ausrichtung, ihrer optimalen Eigentumsstruktur und ihres großen zusammenhängenden Flächenangebotes aus fachlicher Sicht eine hervorragende Standorteignung als GIBregional auf und kann einen maßgeblichen Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels im Rhein-Erft-Kreis leisten.

Die Potenzialfläche ist im derzeitigen Regionalplanentwurf als Freiraum, bzw. im Norden als Waldfläche dargestellt. Der Bereich wird von einem Regionalen Grünzug überlagert.

Die Umsetzung der v.g. regionalplanerischen Freiraumziele im Bereich der GIB-Erweiterung wird durch ein innovatives, nachhaltiges und klimaneutrales Plankonzept erreicht. Die aufgelockerte Zellstruktur, begrünte Dach- und Freiraumflächen und die Anpflanzung zusätzlicher, umfangreicher und hochwertiger Waldstrukturen bieten ausreichend Raum für die durchgängige Entwicklung neuer Landschaftsstrukturen. Dieses Konzept sieht Waldneupflanzungen auf über einem Drittel der Fläche vor. Womit eine Vervielfachung von Waldflächen verglichen mit dem zu entnehmenden

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1001415).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1001415.

Des Weiteren gilt in Hinblick auf die Darstellung der Schienentrasse: Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Trasse nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.

Wald vorliegt. Zudem begünstigt das Konzept den Erhalt der Kaltluftschneisen.

Um diesem Konzept auf regionalplanerischer Ebene Rechnung zu tragen wird vorgeschlagen, die zeichnerische Erweiterung des Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich Knapsacker Hügel durch die überlagernde Freiraumfunktion Regionaler Grünzug im Bereich der Zellkorridore darzustellen.

Im Sinne einer multimodalen zukünftigen Anbindung des Gewerbe- und Industriestandortes sieht das Plankonzept zudem eine Bahnanbindung an das bereits vorhandene Streckennetz (Nord-Süd Bahn/Eifelbahn) vor. Hieran sollen auch bestehende Betriebe angebunden werden, um das derzeitige LKW-Verkehrsaufkommen deutlich zu verringern. Dieser Streckenschluss würde auch der gesamten Region eine Möglichkeit der Entlastung vorhandener Schienentrassen bieten. Der Rhein-Erft- Kreis sieht die Notwendigkeit, diese Trasse (siehe Abbildung 5) im Regionalplan aufzunehmen und bittet um entsprechende Darstellung [s. Anhang Abb. StnID 1004293].

Die Liste auf Seite 76 müsste um den beschriebenen GIBregional für den Rhein-Erft-Kreis ergänzt werden.

Anhänge

[Abb_ID_1004293_1.pdf](#)

Inhalt**Flächenkonversion**

Die textlichen Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln greifen das Thema ?Flächenkonversion? aus Sicht des Rhein-Erft-Kreises nur unzureichend auf. Lediglich Kapitel 5.2.3.3, S. 152 f. gibt Erklärungen hinsichtlich der Nutzung von Solaranlagen auf Konversionsflächen.

Vor dem Hintergrund des Strukturwandels fordert der Rhein-Erft-Kreis, dass das Thema ?Flächenkonversion? im Kapitel 3.3 Berücksichtigung findet.

Neben der Notwendigkeit die vorhandenen Konversionsflächen mit zu denken, wird angeregt, die bestehende Verkehrsinfrastruktur, die RWE-Eisenbahntrassen der Hambachbahn und der Nord-Süd- Bahn bei der Neuaufstellung des Regionalplans, unbedingt zu berücksichtigen. Denkbar ist eine Umnutzung der Trassen nach dem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung für den regulären schienengebundenen Güterverkehr und SPNV. Durch die Fortführung der Gleisanlagen ab dem derzeitigen Gewerbe- und Industriegebiet Knapsacker Hügel in Richtung Süden, mit Anschluss an das DB-Netz und somit an die Trassen Köln-Koblenz bzw. Köln-Trier besteht eine Aufwertung der europäischen Nord-Süd-Verbindung von den ZARA-Häfen (Zeebrügge, Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam) in den Niederlanden bis nach Genua an der italienischen Mittelmeerküste. Damit könnte im Korridor zwischen dem Rhein-Gebiet und den Alpen eine Lücke geschlossen werden und das Nadelöhr Kölner Hauptbahnhof sowie der Knoten Hürth-Kalscheuren künftig entlastet werden. Bezüglich einer möglichen Umsetzung der Erweiterung des Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichs Knapsacker Hügel bestünde somit die Möglichkeit, sowohl das bestehende als auch das künftige Gewerbe- und Industriegebiet an eine der wichtigsten europäischen Gleisnetze in Nord-Süd-Verbindung anzubinden. Bezogen auf die Ausweisung von Flächen, vor allem hinsichtlich des Strukturwandels im Rheinischen Braunkohlerevier gilt es, diese Perspektive unbedingt zu berücksichtigen.

Daher müssen die Prozesse zur Entwicklung von Konversionsflächen insbesondere ehemaliger Braunkohlekraftwerks- sowie Betriebsstandorte und deren Infrastruktur vor allen Dingen in der zeitlichen Umsetzung flexibel und unter Berücksichtigung der derzeitigen geopolitischen Gesamtsituation betrachtet und angepasst werden. Nur durch eine schnellere Bearbeitung bei den Planverfahren wird sich die Verfügbarkeit von entwickelbaren Flächen positiv auf den Transformationsprozess im Rhein- Erft-Kreis und im gesamten Rheinischen Revier auswirken können.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Dem wird durch die Festlegung von GIBtransformation im Regionalplan, so z.B. am Standort der Tagesanlagen Hambach (s. Stgn. ID 1005215) oder am ehemaligen Erweiterungsstandort BoAplus in Bergheim, entsprochen. Eine generelle Vorgabe und Vorrangstellung für die Flächentransformation im Rheinischen Revier ist im LEP NRW nicht enthalten und kann auch nicht von der Regionalplanung als verbindliche Vorgabe eingeführt werden. Die Transformation von Standorten für nachfolgende siedlungsräumliche Nutzungen müssen den Vorgaben des LEP NRW entsprechen.

Die angeregte Änderung der Fortführung der Gleisanlagen ab dem derzeitigen Gewerbe- und Industriegebiet Knapsacker Hügel in Richtung Süden entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik. Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahme durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.

Die vorhandenen Braunkohlenbahnen werden dem LEP Ziel 8.1-11 entsprechend als Trassen gesichert. Die Infrastruktur ist bis zum Abschluss der Braunkohleförderung und des Lösstransports noch in Betrieb und entzieht sich der Nutzung durch Dritte. Welche verkehrliche Funktion sie nach Beendigung der Braunkohleförderung sowie der Rekultivierungsarbeiten erhalten wird, ist nicht Gegenstand des Regionalplans. Die Anregung richtet sich insofern an nachgelagerte Planungs- und

	Genehmigungsebenen.
--	---------------------

1004367, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Anregung zur zeichnerischen Festlegung der Erweiterungsfläche des Verwertungszentrums in Erftstadt</p> <p>Die Darstellung der Erweiterungsfläche des Verwertungszentrums als GIB in dem Regionalplanentwurf gibt den Planungsstand von 2020 wieder (Abbildung links unten) [s. Anhang Abb. StnID 1004367_1]. Aufgrund der Frühzeitigen Bürgerbeteiligung im Rahmen des Aufstellungsverfahrens des Bebauungsplans 196 wurde die Planung geändert, d.h. das Gebiet entlang des vorhandenen Gewerbe- und Industriegebietes ausgerichtet (Abbildung rechts unten) [s. Anhang Abb. StnID 1004367_2]. Ziel ist es, den Abstand zur Wohnbebauung zu vergrößern und die Fläche zwischen dem GIB und Erftstadt-Köttingen überwiegend aufzuforsten um das Naherholungsgebiet Waldseengebiet Ville zu stärken. Der Bebauungsplan sowie die Änderung des Flächennutzungsplans mit dem geänderten Entwurf befinden sich derzeit im Verfahren. Eine Abstimmung mit der Stadt Erftstadt wird angeregt.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004367_1.pdf Abb_ID_1004367_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004660).</p>

Inhalt

Allgemeine Freiraumsicherung und -entwicklung (S. 88)

Grundsatz 19: Zusammenhängendes Freiraumsystem erhalten, Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums sichern und entwickeln (S. 88)

Es wird angeregt, bei der Formulierung des Grundsatzes 19 den Vorschlag des LANUV Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln zu übernehmen (Kapitel 1.3.2 Empfehlungen zur Sicherung, Pflege und Entwicklung des Landschaftsbildes für den Textteil des Regionalplans). Die im Grundsatz benannten Fähigkeiten des Freiraums sollten deshalb wie folgt ergänzt / geändert werden:

- Lebensraum für **wildlebende** Tiere und Pflanzen und als Entwicklungs- **und Verbindungsraum** für die biologische Vielfalt
- [?]
- Raum mit **regional und überregional** bedeutsamen wasserwirtschaftlichen Funktionen
- [?]
- Raum für landschaftsorientierte und naturverträgliche Erholungs-, Sport-, Tourismus- und Freizeitnutzungen **sowie für die Naturerfahrung und das Landschaftserleben**
- Identifikationsraum und prägender Bestandteil historisch gewachsener Kulturlandschaften, **insbesondere in den Bereichen in denen das Landschaftsbild eine „herausragende“ oder „besondere Bedeutung“ hat** und
- [?]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die vorgeschlagenen Ergänzungen tragen nicht zur Konkretisierung der Festlegungen bei bzw. engen teilweise den Fokus der Betrachtung zu stark ein. So sind z.B. die Naturerfahrung und das Landschaftserleben naturgemäß ein Bestandteil der freiraumbezogenen Erholungs- und Freizeitnutzungen. Die wasserwirtschaftlichen Funktionen beschränken des Freiraums beschränken sich nicht nur auf überregionale und regionale Funktionen und sind Teilaspekt der Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit der Naturhaushalts und der Regenerationsfähigkeit der Naturgüter.

1004379, Rhein-Erft-Kreis

Inhalt

Grundsatz 20: AFAB sichern und entwickeln (S. 89)

Wie im Grundsatz richtig erläutert, sollen Planungen und Maßnahmen innerhalb der festgelegten Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB), die mit den in G19 genannten Funktionen und Nutzungen nicht vereinbar sind, vermieden werden. Um diesem Grundsatz Nachdruck zu verleihen wird angeregt die Erläuterung 2 wie folgt zu ergänzen: Die **unvermeidbare** Inanspruchnahme der AFAB für andere Funktionen und Nutzungen **ist im Einzelfall und** im Rahmen der planerischen Abwägung möglich.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die vorgeschlagene Formulierung geht über den Charakter eines Grundsatzes, der einer Abwägung bzw. einem Ermessen zugänglich ist, hinaus.

1004380, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Zur besseren Lesbarkeit der Erläuterungskarte C, Landschaftsräume wird angeregt die Bezeichnungen der Kreise und kreisfreien Städte, sowie die Grenzen der biogeografischen Regionen und der Kreise und kreisfreien Städte zu ergänzen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Mit Blick auf den Charakter der Karte und die Übersichtlichkeit wurde bewusst auf administrative Grenzen und Beschriftungen verzichtet. Genauere Betrachtungen können bei Bedarf in kleineren Maßstäben auf Basis der vorliegenden Geodaten durchgeführt werden.</p>

Inhalt

Grundsatz 22: Entwicklung der Landschaft an Leitbildern für Landschaftsräume ausrichten (S. 91)

Da in der Praxis oft erste Ideen zur Freiraumsicherung und Entwicklung in Konzepten skizziert werden, sollten auch informelle Planungen die Leitbilder und Zielvorstellungen berücksichtigen. Deshalb wird angeregt Erläuterung 2 wie folgt zu ergänzen: **Formelle und informelle** Fachplanungen sowie [?]. Darüber hinaus sollen sie auch zur Orientierung und als fachliche Zielvorstellung bei sonstigen Fachplanungen **und Konzepten** im Freiraum dienen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Grundsatz wurde bewusst an formelle Planungen, die bereits eine gewisse Legitimation besitzen, adressiert.

1004382, Rhein-Erft-Kreis

Inhalt

Grundsatz 23: Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch
Kompensationsmaßnahmen stärken (S. 91)

Es ist richtig und sinnvoll, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen räumlich konzentriert und bevorzugt in den im Grundsatz genannten Vorranggebieten vorzusehen. Allerdings ist die Flächenverfügbarkeit nicht immer gegeben. Deshalb sollten Kompensationsmaßnahmen, wenn nicht anders möglich, außerhalb bzw. angrenzend zu den genannten Vorranggebieten entwickelt werden. Dies sollte in der Erläuterung ergänzt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bedarf keiner ergänzenden Erläuterung, da es sich um einen Grundsatz handelt, der im jeweiligen Einzelfall einer Abwägung bzw. einem Ermessen zugänglich ist.

1004384, Rhein-Erft-Kreis

Inhalt

4.2 Regionale Grünzüge (S. 96)

Im aktuellen Regionalplan für den Teilabschnitt Region Köln sind die Regionalen Grünzüge nur auf den Verdichtungsraum Köln begrenzt. Im vorliegenden Planentwurf wurden die Regionalen Grünzüge auch auf das Umland ausgeweitet. Im Gebiet des Rhein-Erft-Kreises sind Regionale Grünzüge bis zur Erft bzw. der A 61 dargestellt. Darüberhinausgehende Regionale Grünzüge sind nicht dargestellt. In westlicher Richtung sind erst wieder auf dem Gebiet des Kreises Düren Regionale Grünzüge festgelegt.

Bereits in der Stellungnahme zum LEP hatte der Rhein-Erft-Kreis eine Ausweitung der Regionalen Grünzüge entsprechend dem Freiraumkonzept "RegioGrün" in das Umland angeregt. Dem ist die Regionalplanungsbehörde teilweise gefolgt, was sehr begrüßt wird. Allerdings sieht die Konzeption der Regionalen Grünzüge im Regionalplanentwurf eine räumliche Kulisse für die Festlegung Regionaler Grünzüge vor (s. Begründung zum Regionalplanentwurf, S. 136 ff.). Diese Festlegung führt dazu, dass nur in der "Kernzone" (wozu im Rhein-Erft-Kreis die Städte Brühl, Frechen, Hürth und Wesseling zählen) und der "Übergangszone" (wozu im Rhein-Erft-Kreis die Städte Bergheim und Pulheim zählen) Regionale Grünzüge festgelegt werden. Im ländlichen Raum sind keine Festlegungen von Regionalen Grünzügen vorgesehen. Dies betrifft im Rhein-Erft-Kreis das Gebiet westlich der A 61, also große Teile von Bedburg, Elsdorf, Kerpen und Erftstadt.

Grundsätzlich kann dem Konzeptansatz einer Abstufung der Festlegungsichte von Regionalen Grünzügen von Verdichtungsraum, Übergangszone und ländlichem Raum gefolgt werden. Allerdings wird der grundsätzliche Ausschluss von Regionalen Grünzügen in dem von der Bezirksregierung Köln definierten ländlichen Raum für nicht sinnvoll gehalten. Für den Rhein-Erft-Kreis wird ein zusätzlicher Regionaler Grünzug für die Sicherung der Grünverbindung von den FFH-Gebieten in Kerpen (Dickbusch und Lörsfelder Busch, Steinheide) über das südliche Tagebauvorfeld bis zum Anschluss an den Regionalen Grünzug in Arnoldsweiler im Kreis Düren angeregt. Der vorgeschlagene Regionale Grünzug ist in der nachfolgenden Abbildung schematisch dargestellt [s. Anhang Abb. StnID 1004384].

Anhänge

[Abb. ID_1004384_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Es wurde vorgeschlagen die Regionalen Grünzüge im angesprochenen Bereich im ländlichen Raum auszuweiten. Es liegen in diesem Bereich keine "Engstellen" vor, die vor anderweitiger Inanspruchnahme zu schützen sind. Daher entspricht eine Festlegung des RG an dieser Stelle nicht der Plankonzeption und es kann nicht gefolgt werden.

1004386, Rhein-Erft-Kreis

Inhalt

Die Waldgebiete Steinheide, Dickbusch, Lörsfelder Busch stellen inselartige Relikte des durch die Tagebautätigkeit stark zurückgedrängten Lebensraumtyps der Sternmieren-Eichen- Hainbuchenwälder dar. Aufgrund der Gefährdung dieses Lebensraumtyps sind diese Restbereiche der Bürgewälder aus vegetationskundlicher Sicht von außerordentlicher Bedeutung und sind für die Arten dieses Lebensraumtyps (insbesondere für die Bechsteinfledermaus, Mittelspecht, Haselmaus und Springfrosch) ein Refugialraum von größtem Wert. Entsprechend hoch ist ihre Bedeutung für die Wiederbesiedlung von Rekultivierungsflächen.

Für den dauerhaften Erhalt und die Entwicklung dieser Wälder mit ihren Arten ist eine Verbindung der Restwälder am Tagebaubereich entsprechend des Biotopverbundsystems mit Verbundschwerpunkt Wald des LANUV grundlegend. Es wird daher angeregt, der hohen Bedeutung der Biotopverbindung der inselartigen Restvorkommen der Bürgewälder untereinander und hin zu den Waldbereichen auf Dürener Kreisgebiet durch eine Darstellung als Regionaler Grünzug Ausdruck zu verleihen.

Der vorgeschlagene Regionale Grünzug leitet sich aus dem Biotopverbundsystem des LANUV [s. Anhang Abb. StnID 1004386_1] und dem Freiraumkonzept des Agglomerationskonzeptes des Region Köln/Bonn e. V. [s. Anhang Abb. StnID 1004386_2] ab.

Im Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV (s. S. 271) wird darauf verwiesen, dass durch die Festlegung Regionaler Grünzüge auch der Wiederaufbau von zerstörter oder beeinträchtigter Landschaft gesichert werden soll. Dies ist hier mit Blick auf das Tagebauvorfeld der Fall. Im Rahmen des Agglomerationskonzeptes wird ausgeführt (s. S. 44), Waldgürtel aufgrund ihrer wichtigen Bedeutung für die regionale Landschaftsentwicklung zu schützen und weiterzuentwickeln.

Anhänge

[Abb_ID_1004386_1.pdf](#)

[Abb_ID_1004386_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Im ländlichen Raum selbst werden keine Festlegungen für den RG getroffen. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt.

Der Vorschlag entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.

1004391, Rhein-Erft-Kreis

Inhalt

In der Erläuterungskarte F 3 werden die Regionalen Grünzüge mit ihren Funktionsschwerpunkten dargestellt. Aufgrund des Maßstabs und der Darstellungsform ist eine Abgrenzung der Regionalen Grünzüge nicht möglich. Auch sind die Funktionsschwerpunkte aus der Karte nicht ablesbar, was unter anderem an der ungünstigen Farbwahl liegt (drei Kategorien haben eine Farbe zwischen rot und orange). Die gelb markierten Flächen sind in der Legende nicht erläutert. Dies ist zu korrigieren. Es ist nicht klar, welche Informationen die Erläuterungskarte F 3 geben soll. Es wird angeregt, die Erläuterungskarte zu überarbeiten, sodass die Funktionsschwerpunkte der Regionalen Grünzüge ablesbar sind.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte F3 Regionale Grünzüge wurde bei der Aktualisierung der Daten entsprechend überarbeitet. Die genannte Kategorien entfallen entsprechend.

Inhalt

In den Städten der sogenannten Übergangszone endet die Schraffur der Regionalen Grünzüge häufig nicht an den Siedlungsbereichen. Es entstehen ?Zwischenräume?, für die keine Freiraumfunktionen festgelegt sind. Für die siedlungsräumliche Gliederung ist die Freihaltung der direkt an den Siedlungsraum angrenzenden Freiraumbereiche von Bedeutung. Nicht nur im Verdichtungsraum, sondern auch im verdichteten Umland übernimmt der Freiraum Ausgleichs- und Ergänzungsfunktionen bezogen auf den Siedlungsraum. Die Ausgleichsräume bzw. ihre ökologische Qualität bestimmen wesentlich die Umwelt- und Lebensqualität der Siedlungen und Städte mit. Hieraus begründen sich die Notwendigkeiten der regionalplanerischen Sicherung und Entwicklung von Regionalen Grünzügen direkt angrenzend der Siedlungsbereiche. Es wird angeregt, diesen Aspekt in der Konzeption des Planentwurfes sowie in den zeichnerischen Festlegungen für die Übergangszonen zu berücksichtigen.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Maßgeblich für die Festlegung von Regionalen Grünzügen sind die zu sichernden regionalen Freiraumfunktionen. In der Übergangszone ist entsprechend der planerischen Konzeption eine gegenüber der Kernzone weniger flächendeckende Grünzugfestlegung vorgesehen, die stärker auf die besonders schutzwürdigen multifunktionalen Bereiche ausgerichtet ist. Die Entscheidung über die Sicherung siedlungsnaher Flächen bedarf hier gegenüber den stark verdichteten Räumen einer differenzierteren Betrachtung auf örtlicher Ebene.

1004395, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen der Regionalen Grünzüge</p> <p><u>Brühl ? Kierberg, Daberger Hang (ca. 12 ha)</u></p> <p>Das Gebiet ist Teil des LSG 2.2-9 "Waldseengebiet Ville" und hat als klimaaktive Freifläche mit direktem Bezug zum Siedlungsraum und einer hohen Empfindlichkeit gegenüber nutzungsändernden Eingriffen eine hohe Bedeutung als Ausgleichsraum in der Klimafunktionskarte der Stadt Brühl (Lohmeyer, 2018). Es wird angeregt, die Darstellung als ASB in dem gekennzeichneten Bereich zurückzunehmen und den Bereich als AFAB mit BSLE und Regionalem Grünzug darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1004395_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004395_2].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004395_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004395_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003956).</p>

1004397, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen der Regionalen Grünzüge</p> <p><u>Wesseling ? Eichholz (ca. 40 ha)</u></p> <p>Das betroffene Gebiet ist als Bereich mit besonderer Bedeutung Bestandteil des Biotopverbundsystems des LANUV. Es wird angeregt, die Darstellung als GIB in der gekennzeichneten Fläche zurückzunehmen und die Teilfläche nördlich der Leitungen als AFAB und die südliche Teilfläche als regionalen Grünzug darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1004397_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004397_2].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004397_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004397_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001117).</p>

1004403, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>Bereiche für den Schutz der Natur (S. 99)</u></p> <p><u>Ziel 19: Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern (S. 99)</u></p> <p>Auf S. 100, 2. Absatz ist unter Erläuterung 3 geschrieben, dass ??die Waldflächen des Hambacher Forstes sowie des Merzenicher Erbwalds und der Waldflächen westlich des FFH-Gebiets Steinheide als Vorranggebiete für den regionalen Biotopverbund (BSN) festgelegt? werden. Das FFH-Gebiet (DE- 5105-301 Dickbusch, Loersfelder Busch, Steinheide) ist als BSN dargestellt, eine weitreichendere BSN-Darstellung Richtung Westen fehlt in der zeichnerischen Festlegung [s. Anhang Abb. StnID 1004403]. Es wird angeregt, die textliche Festlegung korrekt in die zeichnerische Festlegung zu übersetzen.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004403_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die betreffenden regional bedeutsamen Waldflächen sind in Gänze als BSN festgelegt.</p>

Inhalt

Erläuterung 5, 2. Absatz betrifft BSN-Bereiche, die sich mit Freiraumbereichen für zweckgebundene Nutzungen überlagern. Hier wird angeregt, „**Die Ziele für BSN gelten für die Folgenutzung nach Beendigung der dargestellten zweckgebundenen Nutzung**“ zu ergänzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der Aufgabe einer zweckgebundenen Nutzung, z.B. militärische Nutzungen, ist über deren Folgenutzung zu entscheiden. Mit der Festlegung würde diesem Prozess in unverhältnismäßiger Weise vorgegriffen.

1004407, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>Grundsatz 29: Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen (S. 102)</u></p> <p>Es wird angeregt, Erläuterung 1 nachfolgend zu präzisieren: "Im regionalplanerisch festgelegten Freiraum befinden sich auch außerhalb der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) für den Biotopverbund bedeutsame Flächen, die in den nachfolgenden Fachplanungen (Landschafts- und Bauleitplanung) Berücksichtigung finden sollen.?"</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es bedarf keiner Ergänzung des Grundsatzes. Der Bezug zur Fachplanung ist durch Erläuterung 2 bzw. dem dort hergestellten Kontext zu den Erläuterungen zu Ziel Z.20 in ausreichendem Maße hergestellt.</p>

1004412, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen der BSN</p> <p><u>Erftstadt ? Forellenteich (ca. 7 ha) und Binsenweiher (ca. 8 ha)</u></p> <p>Das bewaldete Tagebau-Rekultivierungsgebiet östlich von Köttingen hat mit dem Forellenteich und dem Binsenweiher zwei ökologisch wertvolle und naturnahe Gewässer, die im Zusammenhang mit der Braunkohlerekultivierung entstanden sind. Der nördlich gelegene Forellenteich ist als NSG 2.1-4 und der Binsenweiher als NSG 2.1-5 im Landschaftsplan 6 ?Rekultivierte Vile? geschützt. Für den landesweiten Biotopverbund des LANUV besitzen beide Flächen eine herausragende Bedeutung. Es wird angeregt, die beiden Naturschutzgebiete als BSN darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1004412_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004412_2].</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004412_1.pdf Abb_ID_1004412_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1004439, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>Hürth - Hürther Waldsee (ca. 4 ha)</u></p> <p>Der Hürther Waldsee ist als NSG 2.1-4 und außerdem als FFH-Gebiet DE 5107-302 ?Waldseenbereich Theresia? geschützt. Für den landesweiten Biotopverbund des LANUV besitzt die Fläche eine herausragende Bedeutung. Es wird angeregt, das gesamte NSG / FFH-Gebiet bis zur Schutzgebietsgrenze als BSN darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1004439_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004439_2].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1004439_1.pdf</p> <p>Abb. ID 1004439_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung wird [unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs] entsprechend dem Vorschlag des Rhein-Erft-Kreises als Träger der Landschaftsplanung gefolgt.</p>

1004440, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>Bedburg ? Königshovener Höhe (ca. 25 ha)</u></p> <p>Für den Bereich der Königshovener Höhe führt der Rhein-Erft-Kreis z.Z. die 11. Änderung des Landschaftsplans 1 durch. Die vorwiegend landwirtschaftlich genutzte Königshovener Höhe ist aufgrund ihrer Weite ohne nennenswerte Vertikalstrukturen wie Gehölze ein wichtiger Lebensraum für Vogelarten der offenen Feldflur und hat daher landesweite Bedeutung für Arten wie Feldlerche, Rebhuhn, Rohrweihe, Wachtel, Wachtelkönig sowie Sumpfohreule, Steinschmätzer und Drosselrohrsänger. In dem Gebiet befindet sich eines der beiden letzten Schwerpunktorkommen der Grauammer in NRW, welche eine Verantwortungsart des Rhein-Erft-Kreises ist. Ebenso sind Besonderheiten der Insektenwelt auf den Flächen vorzufinden. Im Zuge der Rekultivierung sind neben den landwirtschaftlichen Flächen wertvolle Strukturen und Biotope wie Blühstreifen, Hecken, Steinhäufen, Baumreihen sowie ein Muldenzug mit einem abwechslungsreichen Komplex aus Gehölz- und Grünlandbiotopen (Königshovener Mulde) geschaffen worden. Kleinflächige Feuchtgebiete für Kreuz- und Wechselkröte wurden angelegt. Luzernebrachen, welche typisch für die landwirtschaftliche Rekultivierung sind, spielen darüber hinaus eine wichtige Rolle als Nahrungs- und Brutraum für verschiedene Vogelarten. Die o.g. wertvollen Strukturen sollen im Zuge des Landschaftsplanänderungsverfahrens dauerhaft gesichert werden. Deshalb wird angeregt, die Königshovener Mulde als BSN darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1004440].</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004440_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert auf Grund eines sich in Aufstellung befindlichen Naturschutzgebietes (s. Änderungskarten).</p>

1004441, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>4.3.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (S. 103)</u></p> <p>Im vorliegenden Planentwurf wurden in vielen Bereichen im Kreisgebiet die BSLE ausgeweitet. Der Rhein-Erft-Kreis begrüßt die Ausweitung der BSLE, da dadurch wichtige Landschaftsstrukturen geschützt werden können.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1004442, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen der BSLE</p> <p><u>Bedburg - Nordwestlich Weiler Hohenholz (ca. 10 ha)</u></p> <p>Die betreffende Fläche ist Bestandteil des LSG 2.2-1 ?Umfeld des Rübenbusches und Hohenholz?. Es wird angeregt, den Bereich bis zur gekennzeichneten Schutzgebietsgrenze (rote Pfeile) als BSLE darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1004442_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004442_2].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004442_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004442_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung wird [unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs] entsprechend dem Vorschlag des Rhein-Erft-Kreises als Träger der Landschaftsplanung gefolgt.</p>

1004444, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>Bergheim - Quadrath-Ichendorf (ca. 8 ha)</u></p> <p>Das Gebiet ist Bestandteil des LSG 2.2-9 ?Erholungsgebiet Quadrath-Ichendorf?. Es wird angeregt, den gekennzeichneten Bereich bis zur Schutzgebietsgrenze als BSLE darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1004444_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004444_2].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004444_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004444_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung wird [unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs] entsprechend dem Vorschlag des Rhein-Eft-Kreises als Träger(in) der Landschaftsplanung gefolgt.</p>

1004446, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>Bergheim - Kenten, Martinswerk (ca. 29 ha)</u></p> <p>Das Gebiet ist Teil des LSG 2.2-5 ?Erfttal?</p> <p>Es wird angeregt, den gekennzeichneten Bereich als BSLE darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1004446_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004446_2].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004446_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004446_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien</p>

1004447, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>Erftstadt - Liblar, Dechant-Linden-Weg (ca. 7 ha)</u></p> <p>Das Gebiet ist Teil des LSG 2.2-4 ?Mittelerftal zwischen dem Villewesthang bei Köttingen und der Einmündung der Swist südlich von Bliesheim?. Der südliche Teil der Fläche wird zum großen Teil mit der 18. Änderung des FNPs als Wohnbaufläche dargestellt. Für diesen Bereich ist die Darstellung als ASB nachvollziehbar. Andere fast gleichgroße Bereiche sind Grünfläche und Friedhofsflächen. Diese Bereiche sollen auch weiterhin innerhalb des Landschaftsschutzgebietes LSG 2.2-4 ?Mittelerftal zwischen dem Villewesthang bei Köttingen und der Einmündung der Swist südlich von Bliesheim? verbleiben und als innerörtliche Grünflächen mit teilweise altem Baumbestand von Bebauung freigehalten werden. Der Bebauungsplan 184 Dechant-Linden-Weg ist im Verfahren. Die seit 2018 rechtskräftige 18. FNP-Änderung und der B-Plan-Entwurf 184 werden in der vorgeschlagenen Änderung der Regionalplandarstellung berücksichtigt. Es wird angeregt, den gekennzeichneten Bereich als AFAB und BSLE darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1004447_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004447_2].</p> <p>Anhänge Abb. ID 1004447_1.pdf Abb. ID 1004447_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004514, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>Erftstadt ? Gymnich, Umfeld Schlosspark (ca. 5 ha)</u></p> <p>Der östliche Bereich liegt innerhalb des LSG 2.2-3a ?Erfttal im Bereich Schloss Türnich und Brügger Mühle?. Es handelt sich um eine ungestörte Wiesenfläche die zum Biotopkomplex des Schlossparks Gymnich gehört (rechte Abbildung, Punkt 1) [s. Anhang Abb. StnID 1004514_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004514_2]. Im FNP ist der Südtteil der Fläche als Grünfläche und der größere Nordteil als Fläche für die Landwirtschaft mit der Überlagerung Fläche zur Anreicherung und Aufwertung im Sinne von Naturschutz und Landschaftspflege dargestellt. Der westliche Bereich ist Teil des kulturhistorisch und ökologisch bedeutsamen Schlossparks Gymnich, dem ehemaligen Bundesgästehaus der Bundesregierung und seit mindestens den 1930er Jahren Bestandteil des Landschaftsparks (rechte Abbildung, Punkt 2) [s. Anhang Abb. StnID 1004514_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004514_2]. Der Bereich ist wie der gesamte Schlosspark für den landesweiten Biotopverbund des LANUV von besonderer Bedeutung und als LB 2.4-15 ?Schlosspark Gymnich? geschützt. Im FNP ist der Schlosspark als Grünfläche mit der Signatur Parkanlage, Landschaftsschutzgebiet und Baudenkmal festgesetzt. Der nordwestliche Bereich ist im FNP als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Es wird angeregt, die östliche Fläche als AFAB und BSLE und den westlichen Bereich als Waldbereich und BSLE darzustellen.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004514_1.pdf Abb_ID_1004514_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004516, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>Erftstadt ? Frauenthal (ca. 24 ha)</u></p> <p>Das Gebiet ist Teil des LSG 2.2-4 ?Mittelerfttal zwischen dem Villewesthang bei Köttingen und der Einmündung der Swist südlich von Bliesheim?. Im Plankonzept 2020 war die gekennzeichnete Fläche als ASB dargestellt. Aufgrund des Beschlusses des Regionalrates vom 24.09.2021 Siedlungsflächen in Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, aus dem Regionalplanentwurf herauszunehmen, ist diese Fläche als ASB-Potentialfläche entfallen. Die geschützten Aueflächen der Erft und des Liblarer Mühlengraben erfahren kontinuierlich ökologische und landschaftsästhetische Aufwertungen. Der Bereich gehört zum Naherholungsraum von Liblar-West. Es wird angeregt, den gekennzeichneten Bereich zusätzlich zu der Darstellung als Grünzug auch als BSLE darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1004516_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004516_2].</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004516_1.pdf Abb_ID_1004516_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend der Anregung geändert.</p>

1004517, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>Frechen - Hüheln, Gut Neuenhof (ca. 15 ha)</u></p> <p>Das betreffende Gebiet ist Teil des LSG 2.2-3 ?Buschbell - Baumannshof ? Neuenhof?. Zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und der Regenerationsfähigkeit der Naturgüter insbesondere für das Schutzgut Luft/Klima wird angeregt, den gekennzeichneten Bereich als BSLE darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1004517_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004517_2]. In das bereits im Regionalplanentwurf dargestellte anliegende GIB soll die BSLE-Darstellung nicht eingreifen und die Entwicklung des GIB soll dadurch nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004517_1.pdf Abb_ID_1004517_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien</p>

1004518, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>Hürth ? Berrenrath (ca. 10 ha)</u></p> <p>Das Gebiet ist Teil des LSG 2.2-6 ?Berrenrather Börde? und unter der Biotop-Nr. BK-5106-301 im Biotopkataster NRW erfasst. Es handelt sich um eine aufgeforstete Fläche, die in der DTK50 als Waldbereich dargestellt ist. Es wird angeregt, den im Landschaftsschutzgebiet liegenden gekennzeichneten Bereich zusätzlich zu der Darstellung als Regionaler Grünzug als Waldbereich mit BSLE darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1004518_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004518_2].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1004518_1.pdf</p> <p>Abb. ID 1004518_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Aufgrund der vorhandenen Nutzung und der bestehenden Festsetzungen der Landschaftsplanung werden die Festlegungen als Waldbereich und zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) entsprechend ergänzt.</p>

1004519, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>Wesseling ? Berzdorf (ca. 10 ha)</u></p> <p>Das betreffende Gebiet ist Teil des LSG 2.2-24 ?Entenfang?. Etwa die Hälfte des Gebietes ist als Bereich mit besonderer Bedeutung Bestandteil des landesweiten Biotopverbundes des LANUV. Die Gehölzreste am östlichen Rand des Gebietes werden im Kataster der schutzwürdigen Biotope geführt. Für diese Fläche ist kein Prüfbogen im Umweltbericht erstellt worden. Es wird angeregt, einen Prüfbogen für diese Fläche erstellen zu lassen [s. Anhang Abb. StnID 1004519_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004519_2].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004519_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004519_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.</p>

1004520, Rhein-Erft-Kreis

Inhalt

Finkelbachtal- Licher Bach zur Sophienhöhe

Diese als BSLE ausgewiesene Achse sichert den großräumigen Biotopverbund zwischen der Erftaue und der Sophienhöhe, wobei die ansonsten strukturarme Börde und der Tagebau Hambach (zukünftig See) großräumig in den Biotopverbund integriert werden. Die vorhandene BSLE Ausweisung des Finkelbaches (LSG 2.2-2 ?Finkelbachtal?) sollte entlang des Licher Bachtals (nördlicher Bereich LSG 2.2-1 ?Licher Bach?) zur Sophienhöhe fortgeführt werden um einen ?Lückenschluss? herzustellen. Dies sichert einen großräumigen Verbund, welcher außerhalb dieses Bereichs lediglich am südlichen Tagebaurand ausgebildet ist [s. Anhang Abb. StnID 1004520].

Anhänge

[Abb_ID_1004520_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSLE übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen

1004521, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>4.5 Wald</u></p> <p>Grundsätzlich wird angeregt, sich bei den Erläuterungen der Ziele und Grundsätze neben dem forstlichen Fachbeitrag von Wald und Holz NRW auch auf den LANUV Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln zu beziehen (wie im konkreten Beispiel zur Anregung zu G. 35 [s. StnID 1004525] und G. 42 [s. StnID 1004542]).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es erfolgt hier keine konkrete Anregung zu einer Festlegung. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege wurde bei der Konzeption der textlichen Festlegungen des Kapitels Wald berücksichtigt. Zu den angesprochenen Beispielen wird auf die Abwägung zu Stn. ID 1004525 und ID 1004542 verwiesen.</p>

1004522, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>4.5.1 Walderhalt und ?vermehrung (S. 107)</u></p> <p><u>Ziel 22: Waldbereiche erhalten und entwickeln (S. 107)</u></p> <p>Für den zu den waldarmen Gebieten zählenden Rhein-Erft-Kreis ist aufgrund der vielfältigen Nutzungsansprüche auf Flächen auch die Entwicklung von Wald außerhalb der zeichnerisch dargestellten Festlegungen notwendig. Die als Vorranggebiet ohne die Wirkung von Eignungsgebieten dargestellten Waldbereiche lassen dies zu. Es wird angeregt, bei Z.22 folgenden Zusatz unter Erläuterung 2 (S. 108 oben) zu ergänzen: ? <i>Besonders in waldarmen Kommunen wird die Entwicklung von Wald auch außerhalb der Waldbereiche insbesondere zur Waldvernetzung angestrebt. Besonderer Wert ist auf die Vernetzung von Rest- und Kleinwaldflächen zu legen.“</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Aspekt der Waldvermehrung in waldarmen Kommunen und des Anschlusses an dort vorhandene Waldbereiche bzw. -flächen wird durch die Grundsätze G.35 und G.37 bereits angemessen berücksichtigt.</p>

Inhalt

Grundsatz 35: Waldvermehrung in Gebieten fördern, Waldentwicklung auf besonders geeignete Flächen lenken (S. 108)

Der Rhein-Erft-Kreis zählt gemäß LEP NRW zu den waldarmen Gebieten. Allerdings haben die Kreiskommunen Brühl, Frechen und Hürth einen Waldanteil über 20 % und erfüllen wichtige Ausgleichsfunktionen für die angrenzenden waldarmen Kommunen. Die Waldflächen dienen multifunktional u.a. dem Boden- und Klimaschutz, der Erholung und übernehmen wichtige Funktionen hinsichtlich des lufthygienischen Ausgleiches. Für die Gesamtbetrachtung des Waldanteils des Kreises fangen die Kommunen ein Stück der Waldarmut der Umgebung auf. Deshalb wird folgender Zusatz unter Erläuterung 1 (S. 108 unten) angeregt: *?Dies ist insbesondere in waldarmen **Kommunen Gebieten (Kommunen mit weniger als 20 % Waldanteil oder Kommunen mit höherem Waldanteil, die überwiegend von waldarmen Kommunen umgeben sind)** geboten.?* In Grundsatz 35 wird zu Recht festgelegt, dass bei der Neuanlage von Wald die Beeinträchtigung wertvoller Biotope etc. vermieden werden soll. Im Rhein-Erft-Kreis ist diesbezüglich besonders der FFH-Lebensraumtyp 6510 - Flachland-Mähwiesen zu nennen. Es wird angeregt, unter Erläuterung 3 (S. 109) den Formulierungsvorschlag aus dem LANUV Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln zu übernehmen und wie folgt zu ergänzen: ***?Flächen, die ökologisch wertvolle waldfreie Biotope darstellen, insbesondere Wiesentäler mit dem LRT 6510 Flachland-Mähwiesen, sind von Neuaufforstungen auszunehmen.?***

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Waldvermehrung soll gemäß LEP NRW insbesondere auf waldarme Kommunen zielen. Die vorgeschlagene erweiterte Formulierung ist nicht ausreichend bestimmt. Sie könnte zudem einer nicht beabsichtigten Verstärkung von Ungleichgewichten in der Waldverteilung in der Region führen. Gemäß Erläuterung 3 ist die Aufforstung wertvoller Offenlandbiotope zu vermeiden. Dies inkludiert auch den benannten Biotoptyp. Einer weiteren Konkretisierung bedarf es nicht.

Inhalt

Grundsatz 37: Kleinwaldflächen berücksichtigen (S. 110)

Kleinwaldflächen sind insbesondere in waldarmen Gebieten von großer Bedeutung. Deshalb wird folgender Zusatz beim Grundsatz angeregt: ?Kleinere, nicht als Waldbereiche festgelegte Waldflächen sind bei Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Ihre Inanspruchnahme soll vermieden werden. **In waldarmen Gebieten soll auf die Inanspruchnahme verzichtet werden. Als Kleinwaldflächen werden Flächen die größer als ein Hektar sind definiert.?**

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bedarf keiner weiteren Differenzierung der Vermeidung der Inanspruchnahme in waldarmen Gebieten. Auch wird es nicht als erforderlich bzw. zielführend betrachtet, eine Größenordnung für die nicht im Regionalplan erkennbaren Kleinwaldflächen zu definieren. Es fehlt zudem an einer Begründung für die vorgeschlagene Größenordnung.

1004537, Rhein-Erft-Kreis

Inhalt

Es wird eine zeichnerische Darstellung der Kleinwaldflächen angeregt. Die Kleinwaldflächen können der Erläuterungskarte F7 (Anhang A3) hinzugefügt werden. Ein Verweis hierauf sollte dann in den Erläuterungen 1 erfolgen (s. u. Anregungen zur zeichnerischen Festlegung der Waldbereiche und der Erläuterungskarte F7).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es erfolgte auf Grundlage des LEP NRW eine bewusste Differenzierung in regional bedeutsame Waldbereiche, die zeichnerisch festgelegt werden und für die eine regionalplanerische Verantwortung besteht und kleinere Waldflächen, die auf kommunaler Ebene zu sichern sind. Die Wiedergabe der Kleinwaldflächen würde zudem eine gegenüber dem regionalplanerischem Maßstab bzw. den Erläuterungskarten deutlich kleineren Maßstab erfordern.

Inhalt

4.5.3 Waldbewirtschaftung (S. 112)

Grundsatz 42: Klimaschutz und Klimaanpassung bei der Waldbewirtschaftung berücksichtigen (S. 112)

Aus Sicht des Landschaft- und Naturschutzes muss die Erweiterung des Baumartenspektrums so erfolgen, dass invasive Arten (ab einem prozentualen Mengenanteil) ausgeschlossen werden. Denn es ist von größter Wichtigkeit die heimische Biodiversität zu schützen und invasive Baumarten nicht zusätzlich einzubringen. Der Fokus ist insbesondere auf die Diversifikation der Mischung von heimischen, bodenständigen Baumarten mit einem Verzicht auf invasive Arten zu legen. Hier wird auf das Kapitel 3.5.1 ? Potenzielle natürliche Waldlandschaften des LANUV Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln verwiesen: ?Für Landschafts- und Naturschutz wären wiederum die Wälder aus standortheimischen Gehölzen von Bedeutung (zukünftige standortheimische potenzielle natürliche Vegetation). Die zukünftige standortheimische potenzielle natürliche Vegetation lässt sich bei der Planung klimasensibler Wälder einsetzen.? Deshalb wird angeregt, Erläuterung 2 wie folgt zu ergänzen: ?Als waldbauliche Maßnahmen eignen sich die Erweiterung des Baumartenspektrums oder die Diversifikation der Mischung von Baumarten **mit Schwerpunkt auf Gehölzen, die der zukünftigen standortheimischen potenziellen natürlichen Vegetation entsprechen.**?

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterung wird entsprechend ergänzt.

1004550, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Zur Methodik der zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen wird auf Seite 146 der Begründung zum Regionalplanentwurf geschrieben, dass für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche die digitalen Daten des amtlichen topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) genutzt wurde. Die Darstellungen der DTK50 und die im Planentwurf 2021 zeichnerisch dargestellten Waldbereiche stimmen teilweise nicht überein. Es wird angeregt, die Waldflächen zu überprüfen und entsprechend zu ergänzen.</p> <p>1) Bedburg - Königshovener Höhe, südliche Deponie: ca. 23 ha [s. Anhang Abb. StnID 1004550_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004550_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004550_1.pdf Abb_ID_1004550_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die bewaldeten Bereiche erfüllen die Kriterien des planerischen Konzepts.</p>

1004562, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Zur Methodik der zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen wird auf Seite 146 der Begründung zum Regionalplanentwurf geschrieben, dass für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche die digitalen Daten des amtlichen topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) genutzt wurde. Die Darstellungen der DTK50 und die im Planentwurf 2021 zeichnerisch dargestellten Waldbereiche stimmen teilweise nicht überein. Es wird angeregt, die Waldflächen zu überprüfen und entsprechend zu ergänzen.</p> <p>2) Bedburg - östlich Gewerbegebiet Mühlenerft in Kaster, L361: ca. 29 ha [s. Anhang Abb. StnID 1004562_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004562_2]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004562_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004562_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die bewaldeten Bereiche erfüllen die Kriterien des planerischen Konzepts zur Festlegung von Waldbereichen.</p>

1004570, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Zur Methodik der zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen wird auf Seite 146 der Begründung zum Regionalplanentwurf geschrieben, dass für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche die digitalen Daten des amtlichen topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) genutzt wurde. Die Darstellungen der DTK50 und die im Planentwurf 2021 zeichnerisch dargestellten Waldbereiche stimmen teilweise nicht überein. Es wird angeregt, die Waldflächen zu überprüfen und entsprechend zu ergänzen.</p> <p>3) Kerpen - Bereich zwischen Dorsfeld und Dickbusch. Die DTK50 stellt westlich des Dickbusch weitere Waldflächen dar: ca. 39 ha. Weitergehend sind im aktuellen Regionalplan und im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Erster Planentwurf 2020, Karte 3: Zukünftige BSAB mit Reservegebieten und Rekultivierungsplanung) noch weiterführende Waldflächen dargestellt [s. Anhang Abb. StnID 1004570_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004570_2] [s. Anhang Abb. StnID 1004570_3].</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004570_1.pdf Abb_ID_1004570_2.pdf Abb_ID_1004570_3.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten). Der vorgenannte Bereich wird in die Waldfestlegung mit aufgenommen.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Entwurf des Regionalplanes um eine Neuaufstellung handelt und nicht um eine Fortschreibung eines Regionalplanes. In diesem Sinne werden die Waldfestlegungen nicht fortgeführt, sondern sind das Ergebnis der Plankonzeption.</p>

1004576, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Zur Methodik der zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen wird auf Seite 146 der Begründung zum Regionalplanentwurf geschrieben, dass für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche die digitalen Daten des amtlichen topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) genutzt wurde. Die Darstellungen der DTK50 und die im Planentwurf 2021 zeichnerisch dargestellten Waldbereiche stimmen teilweise nicht überein. Es wird angeregt, die Waldflächen zu überprüfen und entsprechend zu ergänzen.</p> <p>4) Frechen ? Bereich zwischen Königsdorfer Forst und Königsdorf: ca. 10 ha [s. Anhang Abb. StnID 1004576_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004576_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004576_1.pdf Abb_ID_1004576_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Bereiche erfüllen die Kriterien des planerischen Konzepts für die Festlegung von Waldbereichen.</p>

1004577, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Zur Methodik der zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen wird auf Seite 146 der Begründung zum Regionalplanentwurf geschrieben, dass für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche die digitalen Daten des amtlichen topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) genutzt wurde. Die Darstellungen der DTK50 und die im Planentwurf 2021 zeichnerisch dargestellten Waldbereiche stimmen teilweise nicht überein. Es wird angeregt, die Waldflächen zu überprüfen und entsprechend zu ergänzen.</p> <p>5) Bergheim ? Bereich südöstlich der B477: ca. 125 ha [s. Anhang Abb. StnID 1004577_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004577_2]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004577_1.pdf Abb_ID_1004577_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die bewaldeten Flächen erfüllen die Kriterien des planerischen Konzepts zur Festlegung von Waldbereichen.</p>

Inhalt

Neben der o.g. Anregung zur zeichnerischen Festlegung der Waldbereiche wird angeregt, die Erläuterungskarte F7 (Anhang A3) zu überarbeiten. Die dargestellten Punktmarkierungen zu ?Forstliche Versuchsflächen? und ?Forstlicher Saatgutbestand? sind im Verhältnis zu groß. Teilweise werden kleinflächige Naturwaldzellen überdeckt, sodass hier ein Informationsverlust besteht. Es wird angeregt, sich überlagernde Punktdarstellungen zu vermeiden. Eine Punktmarkierung mit der Anzahl der Forstlichen Versuchsflächen bzw. des Forstlichen Saatgutbestands würde denselben Informationsgehalt bieten und die Lesbarkeit deutlich verbessern.

Es wird um Ergänzung des prozentualen Waldanteils der Kommunen gebeten. Falls eine Integration des prozentualen Waldanteils in der Karte nicht darstellbar ist, könnte der Waldanteil z.B. auch in tabellarischer Form der Erläuterungskarte beigelegt werden. Wie bei der o.g. Anregung zu Grundsatz 37 [s. StnID 1004537] wird darum gebeten, sogenannte Kleinwaldflächen, die in der zeichnerischen Festlegung nicht darstellbar sind, in der Erläuterungskarte zu berücksichtigen und darzustellen.

Die waldarmen Gebiete/Kommunen sind der Erläuterungskarte zwar zu entnehmen, allerdings sind nicht die geplanten Waldvernetzungsgebiete / Waldvermehrungsgebiete dargestellt. Hier wird angeregt (z.B. durch Pfeile) die geplanten bzw. geeigneten Bereiche zur Waldvernetzung zu ergänzen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Lesbarkeit der Erläuterungskarte muss gewahrt bleiben, daher können die vorgenannten Kriterien in die Erläuterungskarte keinen Eingang finden. Eine überlagernde Punktdarstellung kann aus den Gründen der Lesbarkeit im Maßstab 1:400.000 nicht vermieden werden. Kleinere Punkte würde die Darstellbarkeit und daraus resultierende Lesbarkeit negativ beeinflussen. Die entsprechenden Daten können auch dem Forstlichen Fachbeitrag für die Fortschreibung des Regionalplanes der Bezirksregierung Köln (Wald und Holz NRW 2018) entnommen werden.

Eine zeichnerische oder tabellarische Darstellung des prozentualen Waldanteils, hätte nur einen sehr kurzfristigen Informationsgehalt. Auf Grund von Aufforstungsmaßnahmen und Umwandlungen in andere Nutzungen unterliegt der Waldanteil ständigen Änderungsprozessen. Zudem wäre die Darstellung nicht zielführend, da auf Grund der naturräumlichen Ausstattung eine Diversifikation innerhalb des Bezirkes vorliegt, die nicht zwangsweise Aussagen zu Handlungsempfehlungen oder Interpretationen zulässt. Bezüglich waldarmer Gemeinden findet sich die Darstellung in der Erläuterungskarte F7 wieder, sowie aufbauend Erfordernisse an die nachfolgende Planungsebene in Form von Grundsätzen. Bezüglich der Kleinwaldflächen siehe die Ausführungen der Stn.ID. 1004537. Bezüglich der Waldvermehrung wird auf den Forstlichen Fachbeitrag als fachliche Grundlage und auf den textlichen Rahmen des Kapitel 4.5 sowie den Grundsatz "Waldvermehrung in waldarmen Gebieten fördern, Waldentwicklung auf besonders geeignete Flächen lenken" verwiesen.

1004579, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>4.7.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz (S. 119)</u></p> <p><u>Grundwasserschutz</u></p> <p>Die zeichnerischen Darstellungen der Erläuterungskarten F9 lassen keine ausreichende Abgrenzung der Gebiete für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz erkennen und sind für weitere Planungen oder Genehmigungsverfahren unzureichend.</p> <p>Mit dem Ende des Braunkohletagebaus wird die Trinkwasserversorgung in weiten Teilen des Rhein- Erft-Kreises nur noch über das Wasserwerk Dirmerzheim erfolgen. Diese kritische Funktion muss sich in einer entsprechend eindeutigen raumplanerischen Festlegung widerspiegeln.</p> <p>In Bezug auf die Abgrenzung der geplanten Wasserschutzzone IIIA des Trinkwasserschutzgebietes Dirmerzheim ist festzuhalten, dass diese nicht der aktuellen Erkenntnislage entspricht. Aufgrund geänderter Lagen von Förderbrunnen haben sich auch in Bezug auf das Einzugsgebiet der Förderbrunnen Änderungen ergeben, die entsprechend regionalplanerisch darzustellen sind. Die aktuelle Abgrenzung ist dem wasserwirtschaftlichen Informationssystem ?ELWAS WEB? zu entnehmen (geplantes Wasserschutzgebiet Dirmerzheim ab 2050).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung In der zeichnerischen Festlegung des Regionalplans werden gemäß des Planzeichverzeichnis der Regionalpläne (Anlage 3 zur LplG DVO) und der Erläuterung1, Ziel 26 des Entwurfes des Regionalplanes die Wasserschutzzonen I - III A als BGG dargestellt. Die Wasserschutzzonen III B und III C sind in der Erläuterungskarte F9 als Erweiterte Einzugsgebiete dargestellt. Das in ELWAS ersichtliche geplante Wasserschutzgebiet Dirmerzheim ab 2050 ist entsprechend in der Erläuterungskarte F9 abgebildet.</p> <p>Die Entscheidung über die Festsetzung eines geplanten Wasserschutzgebiets ist Sache der wasserwirtschaftlichen Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln). Die Regionalplanungsbehörde wird die Fachplanung jedoch auf die Wichtigkeit einer Festsetzung hinweisen.</p>

1004580, Rhein-Erft-Kreis

Inhalt

Grundwasserwiederanstieg nach Einstellung der tagebaubedingten Sumpfungmaßnahmen

In weiten Bereichen der Erfttaue im Rhein-Erft-Kreis werden auch nach Einstellung der tagebaubedingten Sumpfungmaßnahmen diese fortgeführt werden müssen, damit eine Vernässung von Siedlungsbereichen nicht erfolgt. Hierfür soll der Grundwasserstand auf 3 m unter Geländeoberkante künstlich abgesenkt werden. Im Rahmen des Landesprojektes "Flurabstandsprognose" wurden die Bereiche ermittelt, bei denen diese Grundwasserhaltungsmaßnahmen dauerhaft betrieben werden müssen. Im Rhein-Erft-Kreis erstrecken sich diese Bereiche in der Erfttaue von Erftstadt bis Bedburg. Eine weitere Siedlungsentwicklung, welche voraussetzt, dass hierfür Grundwasserhaltungsmaßnahmen betrieben werden müssen, ist nicht nachhaltig. Im Regionalplan sollte daher die Gebietskulisse aufgenommen werden, bei welcher der zukünftige Grundwasserstand <3 m unter Geländeoberkante liegen wird. In diesen Gebieten soll eine weitere Siedlungsentwicklung ausgeschlossen werden. Die konkrete Gebietskulisse kann den Ergebnissen der Flurabstandsprognose entnommen werden [s. Anhang Abb. StnID 1004580].

Für diese Bereiche ist folgendes Ziel zu formulieren: **„Eine weitere Siedlungsentwicklung über die bisherigen beplanten Bereiche hinaus ist in den Bereichen, die nach dem Grundwasserwiederanstieg einer dauerhaften Grundwasserabsenkung bedürfen, auszuschließen.“**

Anhänge

[Abb_ID_1004580_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird in Teilen zugestimmt und es wird der Grundsatz "47a Angepasste Siedlungsentwicklung in Bereichen mit dauerhafter Grundwasserabsenkung im Braunkohlenplangebiet sicherstellen" im Entwurf zum Regionalplan und in der Begründung ergänzt. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopsen der textlichen Festlegung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln sowie der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln verwiesen.

Inhalt**4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz (S. 123)****Überschwemmungsgebiete**

Die zeichnerischen Darstellungen der Erläuterungskarten F10 lassen keine ausreichende Abgrenzung der Überschwemmungsbereiche und der zukünftigen Überschwemmungsbereiche erkennen und sind für weitere Planungen oder Genehmigungsverfahren unzureichend. Durch die Beendigung der bergbaubedingten Sumpfungmaßnahmen werden sich im Bereich der Erftaue im Rhein-Erft-Kreis zukünftig andere Überschwemmungsgebiete einstellen (zukünftige Überschwemmungsgebiete ? ZÜB). Diese sollen in den Erläuterungskarten F10 dargestellt werden. Auch wenn die Darstellung äußerst ungenau ist lässt sich erkennen, dass die planerischen Darstellungen nicht mit den dem Rhein-Erft-Kreis derzeit bekannten Karten der Bezirksregierung Köln zu den zukünftigen Überschwemmungsgebieten identisch sind.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten ist Sache der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln). Die zeichnerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB) einschließlich der rückgewinnbaren Überschwemmungsbereiche (RÜB) und der zukünftigen Überschwemmungsbereiche (ZÜB) wurden anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete aktualisiert. Aufgrund dieser Neuermittlung der Fachplanung wird auch die Festlegung und Darstellung der ZÜB aktualisiert. Die von der Fachplanung bestimmten zukünftigen Überschwemmungsbereiche, die über die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete hinausgehen, sind im regionalplanerischen Maßstab in der Erläuterungskarte F10 dargestellt und anders als die blau schraffierten ÜB zusätzlich grün zur Unterscheidung hinterlegt.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrekturen ID 1026247, ID 1026297 und ID 1026298 verwiesen.

1004592, Rhein-Erft-Kreis

Inhalt

Die Flutkatastrophe im Juli 2021 hat gezeigt, dass die im Rhein-Erft-Kreis bisher ausgewiesenen Überschwemmungsgebiete der Überarbeitung bedürfen. Die Bezirksregierung Köln ist als zuständige Behörde damit befasst, neue Überschwemmungsgebiete (HQ100)/Überschwemmungsbereiche und überschwemmungsgefährdete Gebiete (HQextrem)/potentielle Überflutungsbereiche zu ermitteln. Es zeichnet sich ab, dass mindestens im Bereich der Erft eine erhebliche Vergrößerung der HQ100- und HQextrem-Gebiete zu erwarten ist. Die hier neu ermittelten Gebiete sind entsprechend regionalplanerisch darzustellen und analog zum bereits festgelegten südlichen Teil die Modellierung für den nördlichen Teil fortzuführen und festzulegen. Die derzeit im Regionalplanentwurf dargestellten Ziele (Z.27 und Z.28) für die Überschwemmungsgebiete (HQ100) sowie die Grundsätze G.48 und G.49 sind für die neu ermittelten Flächen zu übernehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Im Juni 2023 wurde die bestehende Abgrenzung der von der wasserwirtschaftlichen Fachplanung der Oberen Wasserbehörde (Dez. 54, BR Köln) vorläufig gesicherten und festgesetzten Überschwemmungsgebiete und HQextrem-Gebiete aktualisiert. Die mit Stand Juli 2023 vorläufig gesicherten und festgesetzten Überschwemmungsgebiete sind als Überschwemmungsbereiche (ÜB) mit festgelegt worden.

Zudem wird die zu demselben Zeitpunkt aktualisierte Abgrenzung der potentiellen Überflutungsgebiete der wasserwirtschaftlichen Fachplanung (HQ100 geschützt) in einer zusätzlichen Erläuterungskarte F 11 im Anhang abgebildet. Die aktualisierten Gebiete der HQextrem-Flächen sind in der Erläuterungskarte F8 dargestellt. Für die aktualisierten Abgrenzungen gelten die textlichen Festlegungen des Kapitels 4.7.

Sollte die Fachplanung in Zukunft weitere auf regionaler Ebene darstellbare Überschwemmungsgebiete vorläufig sichern oder festsetzen, so wäre zu prüfen, ob ein Änderungsverfahren des Regionalplans für diesen Sachverhalt in Betracht käme.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrekturen ID 1026247, ID 1026297 und ID 1026298 verwiesen.

Inhalt

Es ist davon auszugehen, dass sich die Neuermittlung der Überschwemmungsgebiete auch auf die Abgrenzung der zukünftigen Überschwemmungsgebiete ? ZÜB ? auswirken wird.

In Bezug auf die Nutzung von Flächen in Risikogebieten außerhalb von Überschwemmungsgebieten soll gemäß der ?Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz? neben kritischen Infrastrukturen auch keine baulichen Anlagen geplant oder zugelassen werden, die ein komplexes Evakuierungsmanagement erfordern.

Klarstellend wird angeregt, dass unter Ziffer 2 der Erläuterung des Grundsatzes G.48 (S. 126) folgende Ergänzung vorgenommen wird: ?Neue sensible bzw. kritische Infrastruktur, wie z.B. Standorte für den Katastrophenschutz, Krankenhäuser, Leitstellen, **bauliche Anlagen, die ein komplexes Evakuierungsmanagement erfordern** etc. sollen nicht vorgesehen werden.?

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die im Entwurf des Regionalplans im regionalplanerischen Maßstab in generalisierter Form als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die fachplanerisch festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete für ein 100-jährliches Hochwasser (HQ100) inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preußischer Aufnahme der Fachplanung mit dem Stand von Juni 2023 dar. Entsprechend erfolgt auch eine Anpassung der Erläuterungskarte F10. Auch die von der Fachplanung bestimmten zukünftigen Überschwemmungsbereiche wurden entsprechend aktualisiert und sind im regionalplanerischen Maßstab in der Erläuterungskarte F10 dargestellt und anders als die blau schraffierten ÜB zusätzlich grün zur Unterscheidung hinterlegt.

Der Ergänzung der Erläuterung 2 zu G. 48 um "bauliche Anlagen, die ein komplexes Evakuierungsmanagement erfordern" wird zugestimmt. Die Erläuterung wird entsprechend ergänzt.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.

1004594, Rhein-Erft-Kreis

Inhalt

5.1.2 Radwegenetz (S. 131)

Als wesentliche Maßnahme im Rahmen der Bewältigung des Strukturwandels wurde unter Federführung des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler ein regionales Radverkehrskonzept entwickelt, welches das Rheinische Revier fahrradfreundlich erschließt und mit den (Ober-) Zentren Aachen, Bonn, Düsseldorf, Köln und Krefeld sowie den Niederlanden und Belgien vernetzt. Der Aufsichtsrat der Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH hat in seiner Sitzung vom 11.02.2022 den erarbeiteten Netzplan verabschiedet. Es wird daher angeregt, den verabschiedeten Netzplan in die Erläuterungskarte I2 (Anhang 4 zu den Textlichen Festlegungen) zu übernehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.

1004595, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>5.1.3 Schienennetz (S. 132)</u></p> <p>Der Rhein-Erft-Kreis begrüßt die zeichnerische Aufnahme der Stadtbahnlinie Köln-Niederaußem als Verlängerung aus dem Kölner KVB-Netz.</p> <p>Im Zusammenhang mit einer möglichen Verlängerung der Linie 7 von Frechen-Benzelrath weiter in Richtung Kerpen wird derzeit vom Rhein-Erft-Kreis eine Vorstudie erstellt. Es wird angeregt, dieses Vorhaben vorsorglich als Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung in den Regionalplan aufzunehmen.</p> <p>Im östlichen Bereich des Rheinischen Reviers gibt es vielfältige Überlegungen für die Erweiterung des bestehenden Schienennetzes, teilweise auch unter Inanspruchnahme bisheriger Werksbahntrassen aus dem Betrieb der Braunkohletagebaue und -kraftwerke. In diesem Rahmen hat die Zweckverbandsversammlung des Nahverkehrs Rheinland die Durchführung einiger Machbarkeitsstudien beschlossen. Diese sollen zwischen 2022 und 2025 nach und nach beauftragt werden. Je nach Projektfortschritt wird es als sinnvoll erachtet, weitere Verbindungen während des Regionalplanverfahrens aufzunehmen, um alle Kommunen im Rhein-Erft-Kreis an den SPNV anzuschließen und diesen insgesamt weiterzuentwickeln.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei den vorgebrachten Neubaumaßnahmen nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

1004596, Rhein-Erft-Kreis

Inhalt

Grundsatz 56: Raum für Mobilstationen vorhalten (S. 136)

Grundlage für die Darstellung von Mobilstationen im Regionalplanentwurf 2021 ist das verbandsweite Konzept des Nahverkehrs Rheinland (2018). Zwischenzeitlich wurde ein Konzept zur Errichtung von Mobilstationen im Rhein-Erft-Kreis erarbeitet. Es wird angeregt, die darin vorgesehenen Mobilstationen in die Erläuterungskarte I3 des Regionalplanes zu übernehmen. Das o.g. Konzept kann der Bezirksregierung gerne zur Verfügung gestellt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte I3 wird künftig entfallen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1003063.

1004616, Rhein-Erft-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p><u>5.2.3.3 Nutzung von Solarenergie (S. 152)</u></p> <p>Grundsatz 67 (S. 152) regelt die Ausweisung bzw. den Ausbau von Freiflächensolaranlagen. In Ziel 38 (S. 153) wird die raumverträgliche Steuerung von Standorten für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie festgelegt. Die Entwicklung von alternativen Energiegewinnungsmöglichkeiten in Kombination mit anderer Nutzung, wie beispielsweise Agri-Photovoltaik-Anlagen oder Floating- Photovoltaik-Anlagen, wird künftig an Bedeutung gewinnen. Daher wird angeregt zu prüfen, in wie fern diese Doppelnutzungen von Flächen grundsätzlich zu betrachten sind.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

AZ: BET_175000_1	
Stadt Bedburg	
1005134, Stadt Bedburg	
<p>Inhalt</p> <p>Seitens der Stadt Bedburg bestehen keine grundsätzlichen Bedenken zu dem vorgelegten Entwurf, sodass dem Entwurf zur Neuaufstellung insgesamt zugestimmt werden kann.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird grundsätzlich Zustimmung erklärt.</p>

1005143, Stadt Bedburg

Inhalt

Nicht zugestimmt werden kann dem Ausbleiben von Gewerbeflächenneuzuweisungen. Während die (endogenen) Gewerbeflächenbedarfe von 17 ha grundsätzlich als sachgerecht erachtet werden können, stellen die kolportierten städtischen Bauflächenreserven im Umfang von 20 ha nicht den realistischen Ist-Zustand dar. Die Stadt Bedburg hält derzeit lediglich 3,2 ha gewerbliche, entwickelbare Bauflächen im Eigentum. Für sämtliche Flächen laufen jedoch Verkaufsverhandlungen, welche sehr weit fortgeschritten sind. Es wird damit gerechnet, dass die Flächen in den kommenden Monaten einer Entwicklung zugeführt werden können. Darüber hinaus können auch die derzeit im Flächennutzungsplan noch ausgewiesenen Bauflächenpotenziale im Gewerbegebiet Otto-Hahn-Straße im Umfang von rd. 8 ha aufgrund nicht tragfähiger Aueböden und der sich nach Beendigung der Sumpfungsmaßnahmen wiederEinstellenden flurnahen Grundwasserstände dauerhaft nicht entwickelt werden. Hier stellt sich ein grundsätzlicher Kritikpunkt heraus: Es bleibt völlig unklar wie die angeblichen Bauflächenreserven ermittelt worden sind. Das Siedlungsflächenmonitoring, welches zu diesem Zwecke eingerichtet worden ist, gibt einen derartigen Reserveflächenumfang für Bedburg jedenfalls nicht her.

Aber auch die fehlende Aktualität der Angaben hat das Potenzial, die Reserveflächenermittlung erheblich zu verzerren. Durch das Festhalten am 1. Januar 2020 als Stichtag der Flächenmeldungen der Kommunen sind diese Angaben heute schon mehr als zweieinhalb Jahre alt - und damit überholt. So bleibt eine 10,6 ha große Fläche im Industriepark Mühlenerft, welche bereits seit längerem bebaut worden ist, unberücksichtigt und wird in der Neuaufstellung des Regionalplanes als vermeintliches Reserveflächenpotenzial weiter die Gewerbeflächenneuzuweisung für Bedburg hemmen. Die Stadt Bedburg wird schon in wenigen Monaten keine Gewerbe- oder gar Industrieflächen mehr anbieten können. Ohne eine sachgerechte Aktualisierung der realen Bauflächenreserven und ohne zusätzliche Ausweisungen von ASSFlächen und insbesondere dringend benötigter GIB-Flächen, werden die ermittelten endogenen(!) Bedarfe von 17 ha in Bedburg schon in Kürze nicht mehr bedient werden können.

Die Stadt Bedburg fordert daher die Bezirksregierung auf, die Reserveflächenpotenziale mit den Kommunen gemeinsam abzustimmen, dessen Ergebnis transparent darzulegen und die Reserveflächenermittlung anschließend kontinuierlich zu aktualisieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine

bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Hierzu wird auf die Erläuterung zur Stn ID 1027019 i.V.m. ID 1005144 verwiesen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Festlegung eines GIB in Bedburg-Kirchherten erfolgt auf Grundlage eines Flächentauschs im Rahmen der kommunalen Siedlungspotentiale auf Ebene des Regionalplans. In der Folge wird die Festlegung ASB für den Bereich der Tauschfläche im Norden von Bedburg-Lipp zurückgenommen. Darüber hinaus erfolgt ein Flächentausch auf Ebene des Regionalplans für eine ASB-Festlegung in Kirchherten. Die entsprechende Festlegung im Westen von Lipp wird

zurückgenommen.

Darüber hinaus besteht für die Stadt Bedburg noch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedungsflächenentwicklung flexibilisieren* (GIBflex). Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt die Festlegung eines GIBflex.

1005144, Stadt Bedburg	
<p>Inhalt</p> <p>Mit Blick auf die im Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Erft-Kreises prognostizierten Bedarfe an gewerblichen Bauflächen, ist überdies bereits absehbar, dass die im Zusammenhang mit dem Strukturwandel stehenden bisherigen GIB-Ausweisungen schon kurzfristig nicht ausreichen werden. Mögliche Bedarfsmeldungen über die von der Bezirksregierung angekündigten Strukturwandel-Monitorings müssen daher äußerst schnell und insbesondere verfahrensbeschleunigt bereitgestellt werden können.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Hinweise zur Bewältigung des Strukturwandels geäußert. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Der Regionalplan Entwurf beinhaltet im vorgegebenen Rahmen der rechtlichen Darstellungsmöglichkeiten umfangreiche Festlegungen zum Siedlungsraum und hier insbesondere zur gewerblichen Entwicklung, die dem Strukturwandel dienen und Handlungsoptionen eröffnen, wie z.B. Festlegungen zur flexiblen Siedlungsentwicklung, Festlegung von Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen sowohl für die endogene kommunale interkommunale und die regionale und übergeordnete Entwicklung (GIB, GIBinterkommunal, GIBregional, GIBplaus). Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen.</p> <p>Zusätzlich werden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Hierzu steht die Regionalplanungsbehörde im engen Austausch mit den betroffenen Kommunen.</p>

1005145, Stadt Bedburg	
<p>Inhalt</p> <p>Des Weiteren möchte die Verwaltung auf eine geplante Flächenausweisung hinweisen, welche das Ziel "Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung sichern" (Z.39) betrifft. Die Stadt plant östlich des Autobahndreiecks Jackerath, südlich der Autobahn 44, die Ausweisung eines 21,2 ha großen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung "Photovoltaikanlage". Laut der Vorhabenträgerin ist eine Photovoltaikfreiflächenanlage mit einer installierten Leistung von voraussichtlich 25 Megawatt, einschließlich eines Batteriespeichers für die Zwischenspeicherung des erzeugten Stroms mit einer installierten Leistung von rd. 7 Megawatt und einer Speicherkapazität von etwa 14 Megawattstunden vorgesehen. Eine umfangreiche Darlegung der geplanten Ausweisung erfolgt regulär über die mit dem Bauleitplanverfahren verknüpfte landesplanerische Anfrage nach § 34 Abs. 1 LPlG.</p> <p>Die Eingabe dieser Ausweisung für Photovoltaikfreiflächenanlagen im Regionalplanverfahren ist im Tagesordnungspunkt 3 des Stadtentwicklungsausschusses vom 31. Mai 2022 - welcher die Stellungnahme der Stadt Bedburg im Regionalplanverfahren zum Inhalt hatte [s. Anhang Abb. StnID 1005145_1] - nicht explizit behandelt worden. Durch die in derselben Sitzung gefassten Beschlüsse über die 59. Flächennutzungsplanänderung [s. Anhang Abb. StnID 1005145_2] und den Bebauungsplan Nr. 37 / Kaster [s. Anhang Abb. StnID 1005145_3] und dem deutlich identifizierbaren Bezug zu Z.39, soll eine Eingabe im Regionalplanverfahren hier behelfsweise über die nochmals beigelegten Beschlüsse erfolgen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1005145_1.pdf Abb_ID1005145_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen zeichnerischen und textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.</p>

AZ: BET_176000_1

Stadt Bergheim

1003800_001, Stadt Bergheim

Inhalt

Bundes- und Landesstraßen

Die Darstellung der Bundes- und Landesstraßen im Regionalplanentwurf erfolgt inkohärent und sollte daher vereinheitlicht werden: In manchen Fällen werden die aktuellen Straßen in Rot dargestellt (z.B. die L361 in Bergheim Mitte) und auf die Darstellung der L361n wird verzichtet, obwohl sich diese bereits im Planfeststellungsverfahren befindet und somit entsprechend dem Gegenstromprinzip zwischen Fachplanung und übergeordneter Planung richtliniengemäß aufzunehmen wäre. In anderen Fällen werden die aktuellen Straßen (z. B. die L93 in Fliesteden und Büsdorf) in Rot dargestellt und die L93n rot gestrichelt. An anderer Stelle wird die aktuelle Bundesstraße (z. B. die B477 in Niederaußen und Rheidt-Hüchelhoven) nicht dargestellt, sondern nur eine Variante der B477n rot gestrichelt.

[...]

Die Darstellung der Bundes- und Landesstraßen sowie Neuplanungen sollte nach einheitlichen und begründeten Kriterien erfolgen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert und entsprechend der Darstellungssystematik angepasst (s. Änderungskarten) (vgl.auch StnID 1003800_002, StnID 1006268, StnID 1003800_004).

Zur Methodik der zeichnerischen Festlegung wird auf Kapitel 5.1.4 der Begründung verwiesen.

1003800_002, Stadt Bergheim

Inhalt

Auflistung der im vorliegenden Regionalplanentwurf nicht oder nicht korrekt dargestellten oder bezeichneten Bundes- und Landesstraßen auf dem Belegenheitsgebiet der Kreisstadt Bergheim:

- L 361n (OU Bergheim-Mitte): Im Planfeststellungsverfahren befindlich mit Anschluss an die K 22n (Bergheim-Kenten-Oberaußem) fehlt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert und entsprechend der Darstellungssystematik angepasst (s. Änderungskarten).

1003800_003, Stadt Bergheim	
Inhalt L 93n in Bergheim-Oberaußem wird als "L 361n" bezeichnet und nicht korrekt eingezeichnet (muss entlang der Kohlebahntrasse liegen).	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

1003800_004, Stadt Bergheim

Inhalt

B 477 durch Niederaußem: Ist im Ortskern von Niederaußem und in Rheidt-Hüchelhoven farblich unterbrochen.

[...]

Im Stadtgebiet von Bergheim wird die B 477n in Niederaußem und in Rheidt-Hüchelhoven in einer von zwei Varianten der Planung dargestellt. Hierbei bleibt unklar, nach welchen Kriterien diese Variante ausgewählt wurde. Für die B477n liegt nach der Auskunft vom Landesbetrieb Straßen. NRW noch kein Planungsauftrag vor.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Fernstraßenausbaugesetz enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Zur Methodik der zeichnerischen Festlegung wird auf Kapitel 5.1.4 der Begründung verwiesen. Die Darstellung erfolgt auf Basis des im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung untersuchten Verlaufs. Durch die Festlegung der Ortsumgehungen der B477n kann eine zeichnerische Festlegung der B477 in den Ortskernen entfallen.

1003800_005, Stadt Bergheim

Inhalt

Auflistung der im vorliegenden Regionalplanentwurf nicht oder nicht korrekt dargestellten oder bezeichneten Bundes- und Landesstraßen auf dem Belegenheitsgebiet der Kreisstadt Bergheim:

[...]

Nicht rot dargestellt sind folgende Landesstraßen:

- o L 91 in Niederaußem
- o L 91 südlich von Glessen

- o L 93n von Oberaußem nach Quadrath-Ichendorf
- o L 187 von Fliesteden nach Manstedten
- o L 213 bei Glesch
- o L 213 zwischen Fliesteden und Glessen
- o L 213 von Büsdorf nach Rheidt-Hüchelhoven und weiter nach Bedburg-Rath
- o L 276 von A 61 bis Thorr

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Zur Methodik der zeichnerischen Festlegung wird auf Kapitel 5.1.4 der Begründung verwiesen.

1003800_006, Stadt Bergheim

Inhalt

L 93n als OU Oberaußem, die L 361n (bis an die B 55 in Königsdorf) und die L 279n (bei Rheidt-Hüchelhoven) haben nach dem gültigen Landesstraßenbedarfsplan kaum eine Chance auf Realisierung, diese sollten daher nicht mehr im Regionalplan dargestellt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1003800_007, Stadt Bergheim

Inhalt

Die Kreisstadt Bergheim empfiehlt der Bezirksregierung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln eine Aktualisierung des Bundes- und Landesstraßenbedarfsplanes entsprechend der heutigen Herausforderungen, Anforderungen und entsprechend dem aktuellen und zukünftigem Bedarf anzuregen. Die Darstellung der Bedarfsplanmaßnahmen und Varianten kann dann leichter nach einheitlichen Kriterien, Prioritäten oder aktuellen Planungsständen bzw. Planungshorizonten erfolgen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung geht über den Regelungsbereich der Regionalplanung hinaus.

Inhalt**Ausgangslage für die Kreisstadt Bergheim**

Die Stadtentwicklung der Kreisstadt Bergheim ist durch ihre Lage im Kern des Rheinischen Reviers und Teil des Verflechtungsraumes der Metropolen Düsseldorf und Köln einem erheblichen Siedlungsdruck ausgesetzt. Die Flächenkonkurrenz ist auch dadurch verschärft, dass die Verfügbarkeit der Flächen durch Nutzungen und Nachnutzungen des Braunkohlenbergbaus, der Braunkohleninfrastrukturen und der damit verbundenen Energieerzeugung stark eingeschränkt ist. Rund ein Drittel des Stadtgebietes wird von ehemaligen Braunkohlentagebauen, Abraumkippen und Flächen der technischen Braunkohleinfrastruktur eingenommen, die sich überwiegend im Eigentum des Bergbautreibenden befinden. Im Rahmen des parallel laufenden Verfahrens zum Regionalplan Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe hat die Kreisstadt Bergheim ihre besondere Betroffenheit geltend gemacht.

Durch die jahrzehntelange intensive und weiter anhaltende Wasserhaltung für die umliegenden Tagebaue, ist das gesamte Stadtgebiet von Grundwasserabsenkungen und Bodenbewegungen betroffen. Nach Einstellung des Tagebaubetriebes wird durch das ansteigende Grundwasser und die damit verbundenen Nutzungseinschränkungen (z. B. Erweiterung des Überschwemmungsgebietes durch HQ100 nach Grundwasseranstieg) die Flächenkonkurrenz zusätzlich verstärkt.

Diese besondere Situation der erheblichen Flächenkonkurrenzen auf Bergheimer Stadtgebiet wird verschärft durch die Tatsache, dass die Stadt Bergheim in ihrer Funktion als Kreisstadt und Mittelzentrum auch wichtige Versorgungs- und Daseinsvorsorgefunktionen für die umliegenden Kommunen zu übernehmen hat (Gesundheitseinrichtungen wie Maria-Hilf-Krankenhaus und Fachärzte, Feuer- und Rettungsdienst, Bildungseinrichtungen wie Gymnasien und Berufskolleg, Sitz der Kreisverwaltung und Kreispolizeibehörde, Kultureinrichtungen wie das MEDIO Rhein-Erft u.v.m.). Die hierfür in Anspruch genommenen Flächen stehen naturgemäß nicht mehr für die rein kommunale städtebauliche Entwicklung von Baugebieten zur Verfügung. Dieses Alleinstellungsmerkmal der Kreisstadt schlägt sich nicht adäquat in der Berechnungsmethodik der Flächenbedarfe für den Regionalplan Köln nieder.

Aufgrund der sich immer stärker abzeichnenden Brisanz des erheblichen Siedlungsdrucks im sog. 2. Gürtel um die Metropolen Köln und Düsseldorf, der über eine hervorragende Lagegunst verfügt, arbeitet die Kreisstadt Bergheim bereits seit mehreren Jahren mit den benachbarten Kommunen und dem Rhein-Erft-Kreis in interkommunalen Planungsverbünden wie z.B. dem KRAFTRAUM :terra nova und dem Zweckverband :terra nova (Bergheim, Bedburg und Elsdorf), dem S.U.N. (Stadtumlandnetzwerk mit dem Oberzentrum Köln), dem Rheinischem Sixpack

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Information zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

(Raumperspektiven und Infrastruktur - Masterplan/Gewerbeflächenkonzept) sowie interkommunalen Projekten wie BEB61 (Interkommunales Gewerbegebiet an der A6 I in Bedburg) zusammen. Diese kommunale Zusammenarbeit begann schon lange bevor die Kommunen des Rheinischen Reviers - und hier insbesondere die Kommunen des nördlichen Rhein-Erft-Kreises - gezwungen waren, Lösungen und Konzepte für die Bewältigung des Strukturwandels und der damit verbundenen effektiven Nutzung der Ressource Fläche zu finden.

Um zukunftsfähige Perspektiven aufzuzeigen, hat die Kreisstadt Bergheim parallel zum Überarbeitungsprozess für den Regionalplan Köln ihr integriertes Stadtentwicklungskonzept Bergheim 2035 (STEK BM 2035) erarbeitet, welches vom Rat der Kreisstadt Bergheim am 26.02.2019 einstimmig beschlossen wurde (<https://www.buergennitwirkung.bergheim.de/stek-bm-2035.aspx>) und somit als Leitvorgabe für die nachfolgenden Planungen und Projekte der Bergheimer Stadtentwicklung große Unterstützung durch Politik und Bevölkerung erfährt. Mit diesem strategischen Instrument würden sehr gute Voraussetzungen geschaffen, um die für eine nachhaltige qualitative Entwicklung erforderlichen und für den Strukturwandel zwingend notwendigen raumordnungsrelevanten Ziele der Kreisstadt Bergheim zu definieren. Mit dem Stadträumlichen Strategieplan und dem Freiräumlichen Strategieplan wurden die Grundzüge der Planung bis 2035 aufgezeigt und die Bergheimer Zukunftsräume mit dem Neuen Landschaftspark Fortuna, der Innovativen Siedlungserweiterung Futura und der Vision der Nachnutzung des Kraftwerkstandortes Niederaußem und der damit verbundenen Flächen festgelegt. Somit ist die Kreisstadt Bergheim entsprechend ihrer Funktion als Kreisstadtbereit dazu, Verantwortung für ein moderates Wachstum im Sinne einer regionalräumlich betrachtenden Gemeinschaftsaufgabe zur Bewältigung des Strukturwandels zu übernehmen.

Inhalt**Bedarfsgerechte und regionalabgestimmte Siedlungsentwicklung**

Der Flächenbedarf ist für alle Kommunen gemäß den landesplanerischen Vorgaben (vgl. Ziel 6.1-1 LEP NRW) für den Planungszeitraum von 25 Jahren (2018-2043) festgelegt worden. Die Methode der Bedarfsberechnung wird in der Begründung dargestellt. Die ermittelten Bedarfe wurden den Kommunen Anfang 2019 zur Kenntnis gegeben. Die Berechnungen der Einwohnerzahlen und der Haushalte beruhen auf den Daten der Erhebung des Zensus 2011. Die Prognosen auf dieser Datengrundlage weichen jedoch erheblich von der kommunalen Einwohnerstatistik ab.

Im Stadtentwicklungskonzept der Kreisstadt Bergheim (STEK BM 2035) wird diese Problematik bereits 2019 näher beleuchtet: Nach einer Prognose von IT.NRW (2014) wird die Einwohnerzahl für Bergheim im Jahr 2035 mit 60.570 EW angegeben. Nach der Kommunalstatistik hat Bergheim jedoch heute bereits 66.160 EW und die kommunale Prognose (Programm Hildesheimer Planungsgruppe) geht von ca. 70.000 EW im Jahr 2035 aus. Diese erheblichen Diskrepanzen grundsätzlicher Art sollten bei der Ermittlung der Bedarfe beachtet werden, zumal sie sich aufgrund dynamischer weltpolitischer Wanderungsbewegungen aufgrund von Kriegsereignissen verschärft haben und noch verschärfen werden. Darüber hinaus lässt sich bei dem zurzeit erkennbaren beschleunigten Fortgang der baulichen Entwicklung in der Kreisstadt heute schon vorhersagen, dass die prognostizierten 70.000 EW bereits deutlich früher erreicht sein wird. Dies zeugt von dem unvermindert großen Interesse seitens Investoren sowie Bürgerinnen und Bürgern, in enger Partnerschaft mit der Stadtverwaltung Bergheim gemeinsame Projekte umzusetzen. Die vom Strukturwandel im Kernrevier am stärksten betroffenen Kommunen Bergheim, Bedburg und Eisdorf sind in besonderem Maße abhängig davon, durch ambitionierte und innovative Projekte wichtige Impulse für die zukünftige Stadtentwicklung zu setzen und auf diese Weise sowohl neue Arbeitsplätze als auch die entsprechenden Baugebiete nebst Infrastruktur zu schaffen. Der bisher angewandten Berechnungsmethode liegt im Kern der Grundsatz einer Interpolation der baulichen Entwicklung der *vergangenen* Jahre zugrunde. Die Stadtentwicklung unterliegt aktuell jedoch deutlich beschleunigten Prozessen, als in der Vergangenheit. Deshalb findet die Dynamik der aktuellen gesamtgesellschaftspolitischen Prozesse nicht hinreichenden Eingang in diese Methode.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Inhalt

Im vorliegenden Regionalplanentwurf werden die "kommunalen Bedarfe" durch die "regionalen Bedarfe" ergänzt. Der angegebene Bedarfsrahmen für Wohnen- und Mischnutzungen setzt sich zusammen aus dem festgestellten kommunalen Bedarf und dem der Kommune zugestandenem Anteil aus dem regionalen Bedarf (z. B. aus den Prozessen Region+ Wohnen und Bauland an der Schiene).

Die Kreisstadt Bergheim begrüßt die flexible Umsetzung des regionalen Wohnbauflächenbedarfes entsprechend dem Grundsatz G.12, bei dem bei einer bauleitplanerischen Umsetzung eine gute Erreichbarkeit, ausreichende Infrastruktur und eine den örtlichen Verhältnissen angepasste höhere Dichte nachgewiesen werden muss.

Durch die Streichung von Siedlungsflächen in hochwassergefährdeten Gebieten in der Stadt Köln als Folge der Flutkatastrophe im Juli 2021, nimmt die Bedeutung von Bauland an der Schiene in den Umlandkommunen noch einmal zu. Dies sollte zum Anlass genommen werden, das entsprechende Flächenkonzept (Bedarfe/Potentiale) hinsichtlich des ausgewiesenen Baulands an der Schiene und darüber hinaus noch einmal zu prüfen und anzupassen (vgl. Stellungnahme Stadt Umland Netzwerk S.U.N., S. 1).

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen*. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+ Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt die Festlegung von weiteren ASB.

	Der Stellungnahme ist entsprochen (s. z.B. StnID 1004792).
--	--

1004793, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Der Bedarfsrahmen für Wirtschaftsflächen stellt den ermittelten gewerblichen Bedarf der Kommune dar, die regionalen Bedarfe (GIBregional und GIBplus) werden auf Kreisebene zugeteilt [s. Anhang Abb. StnID 1004793].</p> <p>Für die Kreisstadt Bergheim entsprechen die ermittelten Bedarfe sowohl für den ASB als auch für den GIB weitgehend den im FNP und im Regionalplan dargestellten Flächenreserven (Potential). Über die im Entwurf des Regionalplans aktuell dargestellten Flächen hinaus, kann die Kreisstadt Bergheim entsprechend der im Regionalplanentwurf ermittelten Bedarfe 1 ha als ASB-Fläche (Allgemeiner Siedlungsbereich) und 2 ha als GIB (Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich) zusätzlich verorten.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004793.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Inhalte des Regionalplanentwurfes wiedergegeben.</p>

1004794, Stadt Bergheim	
Inhalt Die Kreisstadt Bergheim nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Darstellung der Bergheimer Stadtteile Glesch, Rheidt-Hüchelhoven und Fliesteden entsprechend ihres Entwicklungspotentials als ASB erfolgt.	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1004795, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)</p> <p>Die Kreisstadt Bergheim hat in einer Flächenbilanz die im Siedlungsflächenmonitoring dargestellten Flächen (Stand 2018) für Reserve Wohnen und Reserve Gemischt mit dem aktuellen Bebauungs- und Planungsstand verglichen. Die entsprechende Flächenbilanz wird der Bezirksregierung zur Information und weiteren Verwendung zur Verfügung gestellt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • [s. Anhang Abb. StnID 1004795_1] • [s. Anhang Abb. StnID 1004795_2] • [s. Anhang Abb. StnID 1004795_3] • [s. Anhang Abb. StnID 1004795_4] • [s. Anhang Abb. StnID 1004795_5] • [s. Anhang Abb. StnID 1004795_6] <p>Die rechnerische Zusammenfassung der Ergebnisse wird in der Tabelle 2 dargestellt [s. Anhang Abb. StnID 1004795_7].</p> <p>Dabei zeigt sich, dass ca. 43 % der FNP-Reserveflächen für Wohnen und Gemischt bereits bebaut bzw. in Anspruch genommen wurden. Weitere 23 % befinden sich bereits im Bebauungsplanverfahren. Das bedeutet, dass zum jetzigen Zeitpunkt bereits fast 70 % der FNP-Reserven schon vor der eigentlichen Verbindlichkeit des Regionalplans Köln (voraussichtlich im übernächsten Jahr) in Anspruch genommen wurden und damit für eine zukünftige Entwicklung nicht mehr zur Verfügung stehen.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004795_1.pdf</p> <p>Abb_ID1004795_2.pdf</p> <p>Abb_ID1004795_3.pdf</p> <p>Abb_ID1004795_4.pdf</p> <p>Abb_ID1004795_5.pdf</p> <p>Abb_ID1004795_6.pdf</p> <p>Abb_ID1004795_7.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Information zur Flächenbilanz Reserve Wohnen und Reserve Gemischt vorgebracht.</p>

1004827, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-Flächen - Geplante Arrondierungen und Darstellungsanregungen</p> <p>Die Kreisstadt Bergheim verfügt an den Standorten "Im Euel" in Bergheim-Niederaußem, dem Gebiet "Am Waldweg" in Bergheim Mitte und dem Bergheimer Zukunftsraum "Innovative Siedlungserweiterung Futura" in Zieverich grundsätzlich über größere Flächen, die geeignet dazu sind, durch eine klimawandelangepasste und innovative Siedlungsentwicklung den zukünftigen Herausforderungen gerecht zu werden.</p> <p>Handlungsbedarf besteht jedoch in den kleineren Bergheimer Stadtteilen, wie z. B. Büsdorf und Rheidt-Hüchelhoven, die sich in den vergangenen Jahren nur begrenzt weiterentwickeln konnten, da keine impulsgebenden Ansiedlungsmöglichkeiten für die ortsansässige Bevölkerung der Stadtteile mehr zur Verfügung stehen. Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes regt die Kreisstadt Bergheim daher kleinräumige Arrondierungen für die betroffenen Stadtteile an.</p> <p>Zur Verdeutlichung des Gesamtkonzeptes der Siedlungsentwicklung in Bergheim werden auch die geplanten Siedlungserweiterungen im planerischen Freiraum aufgezeigt (siehe Anlage 1 Darstellungsvorschläge ASB) [s. Anhang Abb. StnID 1004827_1]. Die Tabelle 3 zeigt die rechnerische Flächenbilanz der in der Anlage 1 dargestellten Flächen [s. Anhang Abb. StnID 1004827_2].</p> <p>Die Kreisstadt Bergheim schlägt für die kleineren Stadtteile kleinräumige Arrondierungen des geplanten ASB von insgesamt 13,5 ha vor. Priorität haben dabei die geplanten Arrondierungen im Stadtteil Fliesteden mit einer Fläche von insgesamt 3,1 ha für Wohnen inkl. sozialer Infrastruktur. In diesem Bereich würde die Kreisstadt Bergheim auch die noch nicht dargestellten Potentialflächen verorten.</p> <p>Für den Stadtteil Rheidt-Hüchelhoven ist die Ausbildung einer verbindenden Ortsmitte mit Flächen für den Gemeinbedarf (u. a. Festplatz), einer Seniorinnen Wohneinrichtung mit Nutzung des vorhandenen Parks und Respekt zum Landschaftsbild und unter Erhaltung der geschützten Landschaftsbestandteile sowie untergeordnet Wohnen für die ortsansässige Bevölkerung geplant.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004827_1.pdf Abb_ID1004827_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden die folgenden Anregungen einleitend zusammengefasst. Es wird auf die Ausgleichsvorschläge Stn ID 1004841, ID 1004842, ID 1004877 und ID 1004894 sowie ID 1004895 und ID 1004897 verwiesen.</p>

1004841, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Die Kreisstadt Bergheim schlägt für die kleineren Stadtteile kleinräumige Arrondierungen des geplanten ASB von insgesamt 13,5 ha vor. Priorität haben dabei die geplanten Arrondierungen im Stadtteil Fliesteden mit einer Fläche von insgesamt 3,1 ha für Wohnen inkl. sozialer Infrastruktur. In diesem Bereich würde die Kreisstadt Bergheim auch die noch nicht dargestellten Potentialflächen verorten.</p> <p>[...]</p> <p><u>Stadtteil Fliesteden</u></p> <p>Arrondierungsvorschlag</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nordöstliche Arrondierung "Am Ingendorfer Weg" [s. Anhang Abb. StnID_1004841] <p>Geplante Nutzungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wohnen/Kita <p>Flächengröße</p> <ul style="list-style-type: none"> • 1,4 ha <p>Anhänge Abb_ID1004841.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit an dieser Stelle der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004842, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Die Kreisstadt Bergheim schlägt für die kleineren Stadtteile kleinräumige Arrondierungen des geplanten ASB von insgesamt 13,5 ha vor. Priorität haben dabei die geplanten Arrondierungen im Stadtteil Fliesteden mit einer Fläche von insgesamt 3,1 ha für Wohnen inkl. sozialer Infrastruktur. In diesem Bereich würde die Kreisstadt Bergheim auch die noch nicht dargestellten Potentialflächen verorten.</p> <p>[...]</p> <p><u>Stadtteil Fliesteden</u></p> <p>Arrondierungsvorschlag</p> <ul style="list-style-type: none"> • Südliche Arrondierung "Wohnen am Golfplatz" [s. Anhang Abb. StnID 1004842] <p>Geplante Nutzungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wohnen/Ortsrandarrondierung und Grünvernetzung i.V.m. Gemeinbedarfsflächen <p>Flächengröße</p> <ul style="list-style-type: none"> • 1,7 ha <p>Anhänge Abb_ID1004842.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten? verfügt die Stadt Bergheim noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.</p> <p>Um die Durchgängigkeit des Regionalen Grünzugs zu gewährleisten, wird dieser in östliche Richtung geringfügig arrondiert.</p>

1004877, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p><u>Stadtteil Glessen</u></p> <p>Arrondierungsvorschlag</p> <ul style="list-style-type: none"> Westliche Arrondierung als Bauland an der Stadtbahn-Linie 4 (Wohnbauflächenpotential) [s. Anhang Abb. StnID 1004877] <p>Geplante Nutzungen</p> <ul style="list-style-type: none"> Wohnen <p>Flächengröße</p> <ul style="list-style-type: none"> 2,6 ha <p>Anhänge Abb_ID1004877.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.</p> <p>Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die Stadt Bergheim verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen</p>

Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1004894, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Für den Stadtteil Rheidt-Hüchelhoven ist die Ausbildung einer verbindenden Ortsmitte mit Flächen für den Gemeinbedarf (u. a. Festplatz), einer Seniorinnen Wohneinrichtung mit Nutzung des vorhandenen Parks und Respekt zum Landschaftsbild und unter Erhaltung der geschützten Landschaftsbestandteile sowie untergeordnet Wohnen für die ortansässige Bevölkerung geplant.</p> <p>[...]</p> <p><u>Stadtteil Rheidt-Hüchelhoven</u></p> <p>Arrondierungsvorschlag</p> <p>Ausbildung einer verbindenden Ortsmitte [s. Anhang Abb. StnID 1004894]</p> <p>Geplante Nutzungen</p> <p>Gemeinbedarfsflächen, Park, Seniorenwohnen, Wohnen</p> <p>Flächengröße</p> <p>7,8 ha</p> <p>Anhänge Abb_ID1004894.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.</p> <p>Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die Stadt Bergheim verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen</p>

Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1004895, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p><u>Stadtteil Büsdorf</u></p> <p>Arrondierung im planerischen Freiraum</p> <p>Südwestliche Arrondierung "Am Kapellenweg" [s. Anhang Abb. StnID 1004895]</p> <p>Geplante Nutzungen</p> <p>Wohnen</p> <p>Flächengröße</p> <p>1,4 ha</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004895.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen (s. Stn ID 1004827).</p> <p>Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung "Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren" möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

1004897, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p><u>Stadtteil Büsdorf</u></p> <p>Arrondierung im planerischen Freiraum</p> <p>Nördliche Arrondierung [s. Anhang Abb. StnID 1004897]</p> <p>Geplante Nutzungen</p> <p>Wohnen</p> <p>Flächengröße</p> <p>1,7 ha</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004897.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen (s. Stn ID 1004827).</p> <p>Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

1004898, Stadt Bergheim

Inhalt

Wohnungsbaufächenpotentiale Stadtbahnverlängerung

Die Kreisstadt Bergheim hat sich als Mitglied des Lenkungskreises aktiv für eine Darstellung der Vorzugsvariante der raum wirksamen Trasse einer Stadtbahnverlängerung der Linie 4 entsprechend der Vorstudie "Stadtbahnstrecke Widdersdorf - Bauweiler - Niederaußem" (2021) im Regionalplan eingesetzt und begrüßt sie daher. Im Sinne einer integrierten strategischen und klimaschützenden Stadtentwicklung setzt sich die Kreisstadt insbesondere für die Verbesserung des ModalSplit und eine Attraktivierung und Stärkung des ÖPNV ein, der u. a. im 2022 beschlossenen Masterplan Mobilität seinen Ausdruck findet. Der Ausrichtung der Siedlungsentwicklung an einem leistungsfähigen SPNV-Netz kommt hierbei eine besondere Priorität zu. Sie wird u. a. auch mit dem über "Wohnbauland an der Schiene" prämierten Projekt FUTURA in Bergheim-Zieverich verfolgt.

Die Kreisstadt Bergheim empfiehlt entsprechend zu der dargestellten Trasse der Stadtbahnverlängerung, auch die für die Rentabilität der Stadtbahnverlängerung notwendigen Wohnungsbaufächenpotentiale im Regionalplan darzustellen bzw. adäquate Ersatzflächen der Kommune, die bei der geplanten Machbarkeitsstudie mit eingebracht werden sollen [s. Anhang Abb. StnID 1004898_1].

Auf dem Gebiet der Kreisstadt Bergheim sind bereits zwei der in der Vorstudie "Stadtbahnstrecke Widdersdorf - Bauweiler - Niederaußem" (2021) dargestellten Wohnungsbaufächenpotentiale im ASB integriert, nur die Fläche Nr. 5 im Stadtteil Glessen befindet sich im Allgemeinen Freiraum und Agrarbereich [s. Anhang Abb. StnID 1004898_1]. Die Fläche ist jedoch nach genaueren Untersuchung nicht für eine Wohnbebauung geeignet. Die Kreisstadt Bergheim wird daher im Rahmen der Erstellung der Machbarkeitsstudie für die "Stadtbahnstrecke Widdersdorf - Bauweiler - Niederaußem" eine alternative Fläche im Stadtteil Glessen in gleicher Größe vorschlagen, die noch günstiger an der geplanten Vorzugstrasse gelegen ist [s. Anhang Abb. StnID 1004898_2].

Bei einer Darstellung aller Wohnungsbaufächenpotentiale aus der Vorstudie im Regionalplan wird daher angeregt, die dargestellt Ersatzfläche zu berücksichtigen [s. Anhang Abb. StnID 1004898_2].

Anhänge

[Abb_ID1004898_1.pdf](#)

[Abb_ID1004898_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004877).

1004899, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Entwicklung ASB Pulheim</p> <p>Im Bereich des Möbelhauses Segmüller in Pulheim ist im vorliegenden Regionalplanentwurf keine Änderung der Darstellung des ASB vorgesehen. Die Stadt Pulheim hat sich im Rahmen eines Vergleiches im Klageverfahren der Städte Bergheim und Leverkusen 2017 verpflichtet, unter Wahrung der gemeindlichen Planungshoheit gemeinsam mit den Städten Bergheim und Leverkusen auf eine Änderung des Regionalplans TA Regionen Köln (Darstellung eines ASB mit der Zweckbestimmung Möbelmarkt) mit einer Verkaufsfläche von 30.000 m² im Sinne der Vereinbarung hinwirken und auf der Grundlage des geänderten Regionalplans einen Bebauungsplan aufzustellen.</p> <p>Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes sollte diese Änderung mitberücksichtigt werden. Entsprechend des LEP Zieles 6.5-7 Überplanung von vorhandenen Standorten mit großflächigem Einzelhandel sollte der Bestand, der gleichzeitig der zugelassenen Nutzung entspricht, festgeschrieben werden.</p> <p>Die Kreisstadt Bergheim empfiehlt grundsätzlich im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln die Darstellungen an vorhandene und planungsrechtliche Gegebenheiten anzupassen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1002047).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Die Festlegung einer Zweckbestimmung Möbelhaus mit einer Begrenzung der Verkaufsfläche liegt außerhalb des Kompetenzbereichs der Regionalplanung und entspricht nicht der generellen Regelungstiefe des Regionalplans.</p> <p>Ziel 6.5-7 LEP NRW richtet sich an die nachgelagerte Planungsebenen und ist im Rahmen der Bauleitplanung zu beachten.</p>

Inhalt**Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB und ASB-GE)**

Die Kreisstadt Bergheim verfügt aktuell über 2 ha vermarktbare Gewerbefläche. Die Wirtschaftsförderung der Kreisstadt Bergheim kann Nachfragen von kleinen mittelständischen Unternehmen (KMU) und auch ortsansässigen Unternehmen mit Erweiterungsbedarf und damit gesundem Wachstum für gewerbliche Bauflächen zwischen 2.000 - 7.000 m² und darüber hinaus nicht mehr bedienen. Für ortsansässige Unternehmen mit Standortbindung sind Erweiterungen kaum noch möglich; dies auch unter Ausschöpfung sämtlicher bauplanungs- und bauordnungsrechtlicher Instrumente; insgesamt sind noch 1,6 ha betriebsbedingte Reserven vorhanden. Um die Unternehmen und die Mitarbeiter in Zeiten gestiegener Kosten für Mobilität am Standort zu halten, muss die Kreisstadt Bergheim neue Flächen zur Verfügung stellen und die alten Standorte für Nachfolgenutzungen bereithalten und vermarkten. Dafür fehlt es jedoch an geeigneten Gewerbeflächen.

Die Kreisstadt Bergheim hat eine Flächenbilanz für alle FNP-Reserve- und Potentialflächen gewerblicher Art sowie auch und betriebsbedingte Reserveflächen aufgestellt. Dabei wurde die Darstellung der Reserveflächen im sfm mit dem aktuellen Belegungs- und Planungsstand verglichen. Die entsprechende zeichnerische Flächenbilanz GIB stellt die Kreisstadt Bergheim der Bezirksregierung parallel mit der Stellungnahme informativ zur Verfügung:

- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_1]
- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_2]
- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_3]
- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_4]
- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_5]
- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_6]
- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_7]
- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_8]
- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_9]
- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_10]
- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_11]
- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_12]
- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_13]
- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_14]
- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_15]
- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_16]
- [s. Anhang Abb. StnID 1004900_17]

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Informationen zur Bedarfs- und Reserveflächensituation Gewerbe vorgebracht.

Eine rechnerische Zusammenfassung der Flächenbilanz zeigt die Tabelle 5 [s. Anhang Abb. StnID 1004900_18].

Für die Kreisstadt Bergheim wird im vorliegenden Entwurf der textlichen Festsetzungen ein Gewerbeflächenbedarf von 45 ha bis 2043 ermittelt. 43 ha sind bereits im Regionalplanentwurf verortet, 2 ha können noch verortet werden. Bei den zur Verfügung stehenden Potentialflächen von 43 ha handelt es sich ausschließlich um FNP-Reserveflächen.

Die Flächenbilanz zeigt, dass in der Kreisstadt Bergheim seit dem Stichtag der Datenerfassung bereits jetzt schon 70 % der Reserve Flächen für GIB und GE in Anspruch genommen wurden. Im Gewerbepark Paffendorf stehen noch 8,4 ha als Reserve Gewerbe zur Verfügung, die sich jedoch nicht im Eigentum der Kreisstadt Bergheim befinden und somit für eine Vermarktung aktuell nicht zur Verfügung stehen. Im GIB Niederaußem und im GE Frenser Feld stehen noch je 1 ha und im GIB Zieverich keine Gewerbeflächen mehr zur Verfügung.

Anhänge

[Abb_ID1004900_1.pdf](#)
[Abb_ID1004900_10.pdf](#)
[Abb_ID1004900_11.pdf](#)
[Abb_ID1004900_12.pdf](#)
[Abb_ID1004900_13.pdf](#)
[Abb_ID1004900_14.pdf](#)
[Abb_ID1004900_15.pdf](#)
[Abb_ID1004900_16.pdf](#)
[Abb_ID1004900_17.pdf](#)
[Abb_ID1004900_18.pdf](#)
[Abb_ID1004900_2.pdf](#)
[Abb_ID1004900_3.pdf](#)
[Abb_ID1004900_4.pdf](#)
[Abb_ID1004900_5.pdf](#)
[Abb_ID1004900_6.pdf](#)
[Abb_ID1004900_7.pdf](#)
[Abb_ID1004900_8.pdf](#)
[Abb_ID1004900_9.pdf](#)

Inhalt

Interkommunale Gewerbegebiete und GIBz

Neben den bereits behandelten GIB- und GE-Bestandsgebieten steht der Kreisstadt Bergheim potentiell noch die GIBz Fläche INKA :terra nova als Starterstandort für den Strukturwandel zu Verfügung. Da es sich gleichzeitig um ein interkommunales Gewerbegebiet der Städte Elsdorf, Bedburg und Bergheim handelt, werden der Kreisstadt Bergheim von 20 ha ca. 6,7 ha zugeordnet.

Bei der seinerzeitigen Entwicklung haben die drei Kommunen selbst Siedlungsflächen zur Kompensation eingebracht und dies durch die Zurücknahme innerhalb der eigenen Flächennutzungspläne auch belegt. Der entsprechende Bebauungsplan Nr. 259/Paffendorf "INKA :terra nova" für ein interkommunales Gewerbegebiet wird im Oktober 2022 offen gelegt.

Aufgrund der Lage sowie des besonderen Interesses der Zweckverbandsmitglieder Bergheim, Bedburg, Elsdorf und Rhein-Erft-Kreis sind die großzügigen Gewerbeflächen besonders attraktiv für Unternehmen von regionaler bis landesweiter Bedeutung. Entsprechende Vermarktungsstrategien wurden hierzu erarbeitet.

Für das interkommunale Gewerbegebiet ?BEB61 ".an der A61 in Bedburg (40 ha), hervorgegangen aus dem Gewerbeflächenentwicklungskonzept des Rhein-Erft-Kreises (GEK Rhein Erft als Fachbeitrag zur Neuaufstellung des Regionalplanes), der Städte Bedburg, Elsdorf und Bergheim ist die Kreisstadt Bergheim mit 13,3 ha beteiligt. Der entsprechende Bebauungsplan Nr. 1/ Pütz - „Interkommunales Gewerbegebiet zwischen der AS Bedburg der BAB 61 und dem Ortsteil Pütz" ist seit dem 09.08.2022 rechtskräftig. Die extrem hohe Nachfrage endogener und auch exogener Art lassen sehr wahrscheinlich eine äußerst zeitnahe Umsetzung im Sinne des Strukturwandels erwarten, so dass auch diese Fläche für eine perspektivische Entwicklung nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

Die Kreisstadt Bergheim empfiehlt daher, interkommunale Gewerbeflächen entsprechend des regionalplanerischen Zieles **Z.11 ?GIBinterkommunal sichern und umsetzen"** nicht auf den endogenen Bedarf der Standortkommunen anzurechnen, da sich durch die Größe der Gebiete in der Regel auch großflächige Projekte ansiedeln, die zumeist auch eine regionale oder strukturwandelrelevante Bedeutung haben (vgl. Stellungnahme Stadt Umland Netzwerk S.U.N., S. 2).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben (u.a. GIBplus in Bedburg). Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW werden im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung GIBtransformation sichern und umsetzen (u.a. INKA :terra nova).

Zur Erläuterung: GIBinterkommunal dienen der interkommunalen Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die Festlegung basiert in der Regel auf Basis regionaler und teilregionaler Konzepte und kommunaler Flächenmeldungen als GIBinterkommunal. Folgerichtig können sie gemäß den Vorgaben des LEP NRW ausschließlich im Rahmen des kommunalen Bedarfs der beteiligten Kommunen entwickelt werden.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben, die über die rein kommunalen Entwicklungspotentiale hinausgehen. Folgerichtig sind diese unabhängig von kommunalen Bedarfen gemäß den Festlegungen in (Z. 5) Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umzusetzen.

Inhalt**Nachnutzung Kraftwerksfläche Niederaußern und BoAplus**

Für das Kraftwerk Bergheim-Niederaußern ist die Stilllegung zurzeit bis spätestens zum 31.12.2038 geplant. Die Kraftwerksnutzung erreicht somit fast das Ende des Planungshorizontes des vorliegenden Regionalplanentwurfes bis 2043. Da sich der Standort grundsätzlich auch für eine raumbedeutsame Kraftwerksfolgenutzung mit anderen Energieträgern eignet, unterstützt die Kreisstadt Bergheim die Sicherung der Fläche als Kraftwerksstandort. Durch das Ziel Z.36 Standorte für Braunkohlenkraftwerke flexibel nachnutzen (Textliche Festsetzungen S.148) stehen die Standorte anschließend für eine gewerbliche-industrielle Folgenutzung zur Verfügung, sofern zu diesem Zeitpunkt keine neue raumbedeutsame Kraftwerksnutzung unter Ausschluss des Einsatzes von Kohle am bisherigen Standort geplant ist.

Im STEK BM 2035 wurde die Vision der Nachnutzung des Kraftwerkes Niederaußern als einer der drei Bergheimer Zukunftsräume identifiziert. Langfristig ist eine Umstrukturierung des Areals als Industrie-, Gewerbe- und Forschungsstandort auf dem Gebiet der regenerativen Energien vorgesehen, verbunden mit innovativen Nutzungen der vorhandenen Industriebauten (z.B. Kühltürme als Kletterpark).

Für den bauleitplanerisch als Kraftwerksstandort gesicherten **Bereich BoAplus** in Bergheim-Niederaußern hat die Kreisstadt Bergheim am 02.08.2022 einen Antrag auf Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Köln gemäß § 19 LPG zur Umwandlung eines GIB mit Zweckbindung Kraftwerk und einschlägiger Nebenbetriebe in ein GIB ohne Zweckbindung bei der Bezirksregierung Köln gestellt [s. Anhang Abb. StnID 1004931_1]. Aufgrund veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen, hier vor allem das Gesetz zur Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung (KVBG), ist die zukünftige Errichtung des ehemals geplanten Kraftwerkes BoAplus nicht mehr möglich.

Die 36. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Köln - „Festlegung eines Bereiches für zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBz) für die Transformation im Rheinischen Revier, Stadt Bergheim-Niederaußern" wurde mit der Frühzeitigen Unterrichtung bereits eingeleitet. Die Änderung soll als vorgezogene Änderung zu der im Verfahren befindlichen Neuauflistung des Regionalplanes Köln durchgeführt werden.

An dem durch die Perspektive Strukturwandel Gesellschaft (PSW) vermarkteten Standort sind Ansiedlungen für den wirtschaftlichen Transformationsprozess im Rahmen des Strukturwandels im Rheinischen Revier geplant.

Anhänge**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die 36. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Köln ist vom Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (Landesplanungsbehörde) im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen (Nr. 9 vom 30.03.2023, S. 177) bekannt gemacht worden und damit rechtskräftig.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage wird der Bereich als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt, sodass im Unterschied zur zeichnerischen Festlegung der 36. Änderung des Regionalplanes eine Änderung des Planzeichens in "T" zur Klarstellung folgerichtig ist.

1004990, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Die Kreisstadt Bergheim schlägt die im Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Erft-Kreises (2017) ausgewiesene Potentialfläche „Südwestliche Erweiterung Zieverich“ (27 ha) zur Darstellung als GIB im Regionalplan vor [s. Anhang Abb. StnID 1004990]. Die Flächenuntersuchungen im Rahmen der Konzepterstellung weisen das Gebiet für eine gewerbliche Entwicklung als grundsätzlich geeignet aus. Das Gebiet ist über die Autobahn A61 und die Hambachbahn verkehrlich hervorragend angeschlossen. Zum anderen besteht eine räumliche Beziehung zum Bergheimer Zukunftsraum „Innovative Siedlungsentwicklung Futura“, in dem Wohnen und Gewerbe auf innovative Weise verknüpft werden sollen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004990.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i> verfügt die Stadt Bergheim noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIB im Umfang von 20 ha.</p>

1004994, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Zur Arrondierung des GIB Paffendorf schlägt die Kreisstadt die Darstellung der Zwickelfläche zwischen der A61, der K41 und dem GIBflex als GIB vor [s. Anhang Abb. StnID 1004994]. Diese Fläche (ca. 7 ha) soll vor allem der Erweiterung von bestehenden Betrieben aus dem GIB Paffendorf dienen.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004994.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW (Ziel 6.1-1) bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Bergheim verfügt weder über einen kommunalen Bedarf noch einen regionalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Regionale Bedarfe wurden an im Flächenranking gemäß den Kriterien der Region+ Prozesse regionalplanerisch besser geeigneten Standorten verortet. Darüber hinaus steht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß <i>G.13 Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> zur Verfügung.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005024, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Darstellungswunsch</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anpassung der Umgrenzung des GIBz INKA :terra nova an den B-Plan Nr. 259/Pa "INKA :terra nova" und entsprechend der durch die Belegenheitskommunen eingebrachten Flächen [s. Anhang Abb. StnID 1005024] • Gesamtfläche: 26,4 ha • Gewerbefläche: ca. 20 ha <p>Anhänge Abb_ID1005024.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005026, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Darstellungswunsch</p> <ul style="list-style-type: none"> Anpassung des GIBflex INKA :terra nova an den Geltungsbereich des B-Plan Nr. 259/Pa "INKA :terra nova" (GIBz) und eine entsprechende Verschiebung und Neuverteilung des GIBflex ca. 15 ha [s. Anhang Abb. StnID 1005026] <p>Anhänge Abb_ID1005026.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Der Anpassung des Bereichs INKA :terra nova ist entsprochen (s. StnID 1005024).</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage wird der Bereich als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt. Die Abgrenzung erfolgt unter Berücksichtigung der Festlegung BSLE im Regionalplanentwurf.</p>

1005027, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Mit der Darstellung der vorgeschlagenen GIB-Flächen [s. Anhang Abb. StnID 1005027_1] [s. Anhang Abb. StnID 1005027_2] [s. Anhang Abb. StnID 1005027_3] würden der Kreisstadt Bergheim mit 55 ha wieder substantiell Flächen zur Verfügung stehen, um dem für die Kreisstadt Bergheim berechneten Bedarf von 45 ha bis 2043 gerecht zu werden.</p> <p>Da der Kreisstadt Bergheim aktuell kaum noch über vermarktbare Flächen (insgesamt 2 ha) in den drei GIB-Bestandsgebieten verfügt, ist die Darstellung zusätzlicher Gewerbeflächen die einzige Chance für eine weitere gewerbliche Entwicklung. Die Flächen werden einerseits zur Erweiterung für bestehende Betriebe und damit zur Standortsicherung benötigt und andererseits für die Ansiedlung und Umsetzung von Projekten des Strukturwandels.</p> <p>Anhänge Abb_ID1005027_1.pdf Abb_ID1005027_2.pdf Abb_ID1005027_3.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen zur Gewerbeflächensituation vorgebracht.</p> <p>Es wird auf die Ausgleichsvorschläge zu den Teil-Stn ID 1011374, ID 1004990, ID 1004994, ID 1005024 und ID 1005026 verwiesen.</p>

Inhalt**Zukunftsorientierte Siedlungs- und Gewerbeflächenentwicklung**

Seit der Erhebung der Daten und der Bedarfsermittlung 2017/2018 haben sich die Voraussetzungen und Bedingungen für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Siedlungs- und Gewerbeflächen im Rheinischen Revier vor dem Hintergrund der schnell voranschreitenden Energiewende, des Strukturwandels und dem damit verbundenen Ausbau einer umweltfreundlichen und innovativen Mobilität maßgeblich geändert. Die Ansiedlung von Betrieben erfolgt erfreulicherweise derzeit zügig voran und ganz im Sinne des Strukturwandels. Baugrundstücke werden aufgrund des Siedlungsdruckes in kürzester Zeit vermarktet. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass zukünftig viel stärker als in der Vergangenheit Maßnahmen zur klimaangepassten Flächenplanung und Bebauung notwendig werden. Die Kreisstadt Bergheim hat sich auf der Grundlage des Integrierten Klimaschutzkonzeptes (2021) dazu verschrieben, die Klimawandel vorsorge, z. B. im Sinne einer blaugrünen Infrastruktur oder der Hitzeanpassung bei sämtlichen Planungsprozessen, als Belang zu berücksichtigen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist bei der Flächenausweisung eine zusätzliche Flexibilität erforderlich, die in der Bedarfsberechnung Berücksichtigung finden sollte.

Die Kreisstadt Bergheim regt daher an, im Rahmen der Offenlage noch einmal Bilanz zu ziehen und zu prüfen, ob die aktuell noch zur Verfügung stehenden Reserveflächen für den errechneten Bedarf und ggf. zusätzlichen Bedarf bis 2043 noch ausreichend sind.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien

entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1005044, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Aktualisierung des Siedlungsflächenmonitorings entsprechend der Prozessdynamik</p> <p>Entsprechend des Zieles Z.3 "Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten" erfolgt bei einer Inanspruchnahme von Flächen durch die Kommune im Rahmen des Anpassungsverfahrens gemäß Landesplanungsgesetz NRW (LPlG NRW) eine Prüfung der aktuellen Bedarfssituation anhand des Siedlungsflächenmonitorings (sfm). Daher ist es von großer Bedeutung, dass das Flächenmonitoring konsequenter nachgehalten wird und die Kommunen gemeinsam mit der Bezirksregierung in einen Abstimmungsprozess einsteigen, der jährlichen Charakter hat.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbewertung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Die Kommunen haben jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren.</p> <p>Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

1005045, Stadt Bergheim

Inhalt

Landschaftspark Fortuna

Der Bereich des heutigen Fortunafeldes und ehemaligen Tagebaus Bergheim soll entsprechend dem Stadtentwicklungskonzept der Kreisstadt Bergheim (STEK BM 2035) als Bergheimer Zukunftsraum "Der neue Landschaftspark Fortuna" entwickelt werden. Die Konzepterstellung wird über das Förderprogramm "Revier.gestalten" unterstützt. Aus der ehemals trennenden Mitte soll ein stadtverbindendes "Grünes Herz" entstehen und für die Bergheimer die lange Tradition als Naturerlebnisraum und Ausflugsziel wiederaufnehmen. Die Biodiversität des geplanten Landschaftsparks wird durch die Aufforstung von Wald, Blühstreifen an den landwirtschaftlichen Nutzflächen und die Anlage von verbindenden Gehölzstrukturen gesteigert. Als Teil des Regionalen Grünzuges sollen damit auch die positiven klimatischen Effekte für die Kernstadt verbessert werden. Zudem wird die identitätsstiftende Geschichte der Fläche erlebbar gemacht und durch ein punktuelltes Angebot an sanften Sport-, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten ergänzt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

Inhalt**Abgrenzung Regionaler Grünzüge, BSLE-Gebiete und Naturschutzgebiete**

Die Kreisstadt Bergheim empfiehlt bei der Darstellung der Regionalen Grünzüge und der Begrenzung der BSLE-Gebiete im Siedlungsbereich die Signatur nicht über die Bestandsbebauung zu legen. Gerade bei Siedlungen im Freiraum sollte ein kleiner Abstand zur Bebauung eingehalten werden, um eine mögliche bauliche Entwicklung gern. Ziel 2-4 LEP NRW nicht zu erschweren oder unmöglich zu machen. Beispiele für eine Signaturüberschneidung sind für den Regionalen Grünzug die Abgrenzung in Büsdorf am nördlichen und östlichen Siedlungsrand und für das BSLE-Gebiet die Abgrenzung in Paffendorf am nordöstlichen Siedlungsrand.

Im Stadtteil Fliesteden wurde die Darstellung des Naturschutzgebietes "Kernzone Ommelstal" im Bereich des Landschaftsschutzgebietes "Fliestedener Bach" nicht korrekt aus dem Landschaftsplan übernommen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß Ziel 2-3 LEP NRW.

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Inhalt**Überschwemmungsgebiete und Hochwassergefahren und -risikogebiete**

Die Ergebnisse der aktuellen Untersuchungen zu Ursachen und Folgen des Hochwasserereignisses vom Juli 2021 und die damit verbundene Überarbeitung der Hochwassergefahren- und Risikokarten und die entsprechende Aktualisierung der Überschwemmungsgebiete sollten im weiteren Prozess der Neuaufstellung des Regionalplanes verfolgt und mit aufgenommen werden.

In festgesetzten Überschwemmungsgebieten sind die Rahmenbedingungen zum Planen und Bauen nach § 84 Landeswassergesetz (LWG) und nach § 78 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) klar definiert. Unter dem Ziel Z.27 Überschwemmungsgebiete erhalten und entwickeln werden im Regionalplanentwurf ebenfalls umfangreiche Erläuterungen gegeben.

Unter dem Grundsatz G.48 Potentielle Überflutungsfahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen werden dagegen nur sehr allgemeine und wenige Erläuterungen gegeben. Die Kreisstadt Bergheim regt an, für das Risikogebiet HQextrem im Regionalplan konkretere Planungsvorgaben für die Kommunen zu formulieren, die als direktes Werkzeug für die Bauleitplanung und sonstige Planung genutzt werden können, um eine einheitliche Vorgehensweise sicher zu stellen. Insbesondere auch, weil für diese Bereiche keine sonstigen verbindlichen Vorgaben zum Bauen und Planen vorliegen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten entsprechend der Flächen HQ100 ist Sache der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln). Die zeichnerische Festlegung der ÜB wurde anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete aktualisiert. Ebenfalls wurden im Juni 2023 wurde die bestehende Abgrenzung der von der wasserwirtschaftlichen Fachplanung HQextrem-Gebiete aktualisiert und in der Erläuterungskarte F8 dargestellt.

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln am 24.09.2021 noch vor dem Aufstellungsbeschluss beschlossen, große zukünftige siedlungsräumliche Entwicklungsbereiche, die im HQextrem liegen, nicht im Entwurf zu belassen. Damit traf Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung gemäß dem Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 des LEP NRW "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale. Er legte im Aufstellungsbeschluss vom 10.12.2021 dementsprechend nur solche Siedlungsbereiche fest, die eine Lebensumgebung mit einem möglichst geringen Risiko für ein Extremhochwasser versprechen. Dagegen verbleibt innerhalb von HQextrem in Bauflächen von Flächennutzungsplänen gemäß G.48 die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Die besondere Bedeutung des vorbeugenden Hochwasserschutzes wird dabei dem Überflutungsrisiko mit einer zwar seltenen Ereigniswahrscheinlichkeit, aber immensen Schäden gerecht.

Detailplanungen die über den Maßstab der Regionalplanung hinausgehen, sind Sache der nachgelagerten Fachplanung. Auch die Überarbeitung eines Flächennutzungsplanes ist nicht Aufgabe der Regionalplanung.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplanes verwiesen, welche die Änderungen des G.48 aufgrund von verschiedenen Stellungnahmen beinhaltet, sowie auf die Autorenkorrektur

1005078, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Darstellung von Kreisstraßen</p> <p>Im Regionalplan werden ausschließlich Bundes- und Landesstraßen dargestellt. Die Kreisstadt Bergheim regt an, zu prüfen, ob die Darstellung bestimmter raumbedeutsamer Kreisstraßen nach einheitlichen Kriterien doch sinnvoll sein könnte.</p> <p>Für Bergheim stellt beispielweise die planfestgestellte K 22n als wiederhergestellte und Jahrzehnte abgeschnittene Verbindung zwischen Bergheim-Mitte und Oberaußem/Niederaußem im Bereich des ehemaligen Tagebaus Bergheim und dem geplanten Landschaftspark Fortuna eine raumbedeutsame Verbindung dar.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

1005080, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Radschnellverbindungen</p> <p>Radschnellverbindungen stellen einen wichtigen Baustein für die nachhaltige Mobilität dar. Der Regierungsbezirk Köln braucht einen systematischen und abgestimmten Ausbau von Radschnellverbindungen entlang der wichtigsten regionalen Achsen. Eine gute Grundlage hierfür könnte das „Gesamtregionalen Radverkehrskonzept“ (2021) des Zweckverbandes LandFolge Garzweiler darstellen, in dem ein überregionales Alltags-Netz an Rad(schnell)verbindungen im Rheinisches Revier aufgezeigt wird.</p> <p>Radschnellwege sind planungsrechtlich Landesstraßen gleichgestellt. Daher erscheint hier eine Berücksichtigung der Korridore im Regionalplan besonders sinnvoll. Grundsätzlich sollte analog zur Straßenplanung bei Radschnellverbindungen ebenfalls eine Bedarfsplanung erfolgen. Im Regionalplan dargestellt werden sollten dann die Verbindungen mit einem bestimmten Status bzw. Priorität oder einem definierten Planungsstand.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.</p> <p>Eine zeichnerische Festlegung von Radschnellwegen im Regionalplan erfolgt nicht, da die landesplanerischen Vorgaben zum Zeitpunkt der Planaufstellung kein Sicherungserfordernis begründen. Auch liegt aktuell noch kein Bedarfsplan für Radschnellwege vor. Dies steht einer weiteren Konkretisierung von Radschnellwegen im Rahmen der Fachplanung oder der Bauleitplanung nicht entgegen.</p>

1005081, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Kohlebahnen: Hambachbahn und Nord-Süd-Bahn</p> <p>Im östlichen Bereich des Rheinischen Reviers bestehen zahlreiche Überlegungen und Konzepte für die Erweiterung des bestehenden Schienennetzes, teilweise auch unter Inanspruchnahme bisheriger Werksbahntrassen aus dem Betrieb der Braunkohletagebaue und -kraftwerke. In diesem Rahmen hat die Zweckverbandsversammlung des Nahverkehr Rheinland die Durchführung einiger Machbarkeitsstudien beschlossen. Diese sollen zwischen 2022 und 2025 nach und nach beauftragt werden. Je nach Projektfortschritt wird es als sinnvoll erachtet, weitere Schienenverbindungen während des Regionalplanverfahrens aufzunehmen (vgl. Stellungnahme Stadt Umland Netzwerk S.U.N., S. 4).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Hinweise gegeben zur Berücksichtigung nachgelagerter Planungen und darüber hinaus keine Bedenken oder Anregungen geäußert.</p> <p>Hingewiesen sei im Übrigen auf Punkt 5 der Erläuterungen zu G.55 <i>Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen berücksichtigen.</i></p>

1005082, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Nutzung von Solarenergie</p> <p>Die Kreisstadt Bergheim wurde entsprechend des Zieles Z.39 zur Errichtung von zwei raumbedeutsamen und für den Regionalplan darstellungsrelevante Photovoltaikanlagen im Freiraum angefragt. Zum einen handelt es sich um eine 27 ha große Nebenanlage des Martinswerkes zur Eigenversorgung und zum anderen um eine 29 ha große Anlage, die in Kooperation mit den Stadtwerken Bergheim GmbH auf der Fischbachhöhe betrieben werden soll. Die räumliche Verortung und der entsprechende Darstellungsvorschlag für die erstgenannte Anlage ist in der Anlage 3 dargestellt [s. Anhang Abb. StnID 1005082].</p> <p>Vorgeschlagen wird die Darstellung der Fläche mit der Zweckbindung Solarenergie oder die Darstellung eines Vorranggebietes entsprechend des Zieles Z.39, um die Nutzung an diesem Standort zu sichern.</p> <p>Anhänge Abb_ID1005082.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen zeichnerischen und textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.</p>

1005102, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Nutzung von Solarenergie</p> <p>Die Kreisstadt Bergheim wurde entsprechend des Zieles Z.39 zur Errichtung von zwei raumbedeutsamen und für den Regionalplan darstellungsrelevante Photovoltaikanlagen im Freiraum angefragt. Zum einen handelt es sich um eine 27 ha große Nebenanlage des Martinswerkes zur Eigenversorgung und zum anderen um eine 29 ha große Anlage, die in Kooperation mit den Stadtwerken Bergheim GmbH auf der Fischbachhöhe betrieben werden soll. Die räumliche Verortung und der entsprechende Darstellungsvorschlag für die zweitgenannte Anlage sind in der Anlage 3 dargestellt [s. Anhang Abb. StnID 1005102].</p> <p>Vorgeschlagen wird die Darstellung der Fläche mit der Zweckbindung Solarenergie oder die Darstellung eines Vorranggebietes entsprechend des Zieles Z.39, um die Nutzung an diesem Standort zu sichern.</p> <p>Anhänge Abb_ID1005102.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen zeichnerischen und textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.</p>

1005104, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Nutzung von Solarenergie</p> <p>Um die von der Bundesregierung und dem Land NRW aufgestellten Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien zu erreichen, schlägt die Kreisstadt Bergheim vor, das Kriterium "Regionaler Grünzug" nicht als Ausschlusskriterium, sondern als Prüfkriterium für die bauleitplanerische Zulässigkeit Photovoltaikanlagen im Freiraum einzustufen (vgl. Z.38). So kann im Einzelfall die Zulässigkeit dieser Anlagen in weniger empfindlichen Grünzug-Bereichen im Rahmen nachgeordneter Planungen geprüft und ermöglicht werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

Inhalt**Nichtenergetische Rohstoffe**

Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Lockergesteinen sind nicht Gegenstand des Verfahrens zu Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Die Aufstellung des sachlichen Teilplanes „Nichtenergetische Rohstoffe“ erfolgt in einem Parallelverfahren. Hierzu fand bereits 2020 die Offenlage des 1. Planentwurfes statt, die Offenlage des 2. Planentwurfes ist für Anfang 2023 geplant. Die im Teilplan „Nichtenergetischen Rohstoffe“ dargestellten Bereiche für die Sicherung und den Abbau nichtenergetischer Rohstoffe (BSAB) stellen jedoch für die Gesamtplanung einen wesentlichen Faktor dar. Ohne das Wissen um die Standorte dieser stark eingreifenden Nutzung bleibt die Beurteilung und Abwägung des regionalplanerischen Gesamtbildes unvollständig.

Die Kreisstadt Bergheim empfiehlt daher, im Rahmen einer möglichen 2. Offenlage des Regionalplanes Köln die geplanten BSAB-Gebiete, die sich dann ggf. schon planerisch verfestigt haben, im Entwurf mit darzustellen und in die Diskussion und bei der Abwägung mit anderen Nutzungen mit einzubeziehen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen* gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen.

Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005126, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Grafische Qualität des Regionalplanentwurf</p> <p>Die Auflösung der Darstellung und das Druckbild der zeichnerischen Festsetzungen ist im Vergleich zum aktuellen Regionalplan unscharf und im Detail verschwommen. Die Kreisstadt Bergheim empfiehlt daher eine Angleichung der Auflösung und der Darstellungsschärfe des Regionalplanentwurfes an die Darstellung im aktuellen Regionalplan Köln.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die gewählte Auflösung ist für den gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) ausreichend und stellt die Lesbarkeit der Festlegungen sicher.</p>

1008110, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Die Ergebnisse der aktuellen Untersuchungen zu Ursachen und Folgen des Hochwasserereignisses vom Juli 2021 und die damit verbundene Überarbeitung der Hochwassergefahren- und Risikokarten und die entsprechende Aktualisierung der Überschwemmungsgebiete sollten im weiteren Prozess der Neuaufstellung des Regionalplanes verfolgt und mit aufgenommen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche wurden aktualisiert und stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preussischer Aufnahme der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand von Juni 2023 dar. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.</p> <p>Die Aktualisierung der Hochwassergefahren- und Risikokarten ist dagegen nicht Aufgabe der Regionalplanung sondern der Fachplanung (Dez. 54 BR Köln).</p>

1011374, Stadt Bergheim

Inhalt

Die Kreisstadt Bergheim regt daher an, die im rechtsgültigen Bebauungsplan Nr. 261/Na "Anschlussfläche Braunkohlenkraftwerk Niederaußem" ([Stadtplanung - Kreisstadt Bergheim \(o-sp.de\)](#)) und im Flächennutzungsplan der Kreisstadt Bergheim <https://www.bergheim.de/flaechennutzungsplan.aspx> dargestellte

Baustelleneinrichtungsfläche B3 (ca. 21 ha) für eine zukünftige gewerbliche Entwicklung als GIB Fläche auszuweisen [s. Anhang Abb. StnID 1004931_2]. Die Fläche schließt räumlich an die BoAplusFläche und das GIB Niederaußem an und ist ebenfalls strategisch den Kohlebahnen gelegen. Zudem wurde die Fläche im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 261/Na "Anschlussfläche Braunkohlenkraftwerk Niederaußem" für eine gewerbliche Nutzung bereits voruntersucht. Desweiteren nimmt die Fläche zusammen mit der BoAplus-Fläche und der Nachnutzung der Kraftwerksfläche selbst eine zentrale Position innerhalb der ?Entwicklungsperspektive Bergheim-Nord" (1. Phase im Förderprogramm Stadtentwicklung im Rheinischen Revier) ein. Das geplante gesamtäumliche Strukturwandekonzept nimmt die Verknüpfung der industriellen und gewerblichen Entwicklung mit der geplanten Siedlungs- und Mobilitätsentwicklung in den Fokus.

Anhänge

[Abb_ID1011374.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).

Die Stadt Bergheim verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Auch stehen keine Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung GIBtransformation sichern und umsetzen. Die Erweiterung der in Rede stehenden Fläche ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: BET_177000_1

Stadt Brühl

1003951, Stadt Brühl

Inhalt

Bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung (Ziel Z.3)

Zur Ableitung einer bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung (Z.3) wurde bei der Erarbeitung des Regionalplanentwurfes auf das Siedlungsflächenmonitoring (sfm) der Bezirksregierung zurückgegriffen, welches auch bei einer Flächeninanspruchnahme der ermittelten Bedarfe im Anpassungsverfahren gemas LPIG NRW fortlaufend herangezogen werden soll (Punkt 2 und 3 S. 57 textliche Festsetzungen). Es wird dringend angemahnt, dass die dem vorliegenden Regionalplanentwurf zugrunde gelegten Daten aus dem Siedlungsflächenmonitoring mit dem Stichtag 01.01.2018, im Rahmen des Verfahrens aktualisiert werden, um somit entsprechend dem Z.3 die benötigten Reserveflächen zuverlässig und zukunftsorientiert zu planen und somit dem aktuell voranschreitenden Strukturwandel besser entsprechen zu können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen

wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbewertung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

Inhalt

ASB_1

Die ASB-Festlegung ist entsprechend der Flächenabgrenzung [s. Anhang Abb. StnID 1003956_1] zu ASB_1 zurückzunehmen.

- Die Flächen des Daberger Hangs dienen als Flächen für die Kaltluftproduktion und als Kaltluftabflussfläche (siehe Karte K1 Kaltluftbahn hoher Priorität).

- Der Siedlungsabschluss in westlicher Richtung soll auf der gegenwertigen Baulinie (in Höhe der Strasse ?Zur Gabjei?) erfolgen bis nordlich zur Stichstrasse ?Am Daberger Hof?. Der Siedlungsabschluss in nordlicher Richtung erfolgt auf der gesamten nordlichen Seite des Rodderwegs bis westlich zur heutigen Waldkante, da auch eine einzeilige Bebauung eine Barriere für den Kaltluftabfluss darstellen wurde.

- Der Masterplan Freiraum der Stadt Bruhl stellt den Raum zwischen Villewald und Siedlungsbereich als ökologisch und klimatisch sensiblen Bereich dar und empfiehlt keine Neuausweisung einer Bebauung in diesem Bereich. Zudem befindet sich hier eine ökologisch wertvolle Fläche des Biotopkatasters NRW.

- Der Rat der Stadt Bruhl hat sich bei dieser grossen klimatisch wirksamen Grünfläche gegen die Ausweisung als Siedlungsfläche (11 ha) ausgesprochen. Es besteht ein politischer Beschluss zum Erhalt des Freiraums in Regionalplan und FNP (PStA-Beschluss vom 16.09.2021).

- Der Grundsatz G.3 fordert die Verbindung der Regionalen Grünzüge mit lokal bedeutsamen Grün- und Freiflächen.

Die Fläche ist daher als Allgemeiner Freiraum- u. Agrarbereich auszuweisen. Zudem sind die Ausweisungen Regionaler Grünzug sowie Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung auf diese Freifläche auszudehnen.

[...]

ASB_6 *Die ASB-Festlegung ist entsprechend der Flächenabgrenzung [s. Anhang Abb. StnID 1003956_2] zu ASB_6 zurückzunehmen.*

- Hier besteht ein ökologisch wertvoller Bereich mit altem Waldbestand.

- Es liegt innerhalb des LSG 2.2-9. Zudem besteht hier Biotopkataster NRW BK-5107-029 (Altwald, wertvolle Wald-Regenerationsfläche für die Rekultivierungs-Flächen).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Fläche ist als Waldbereich, Regionaler Grünzug (RG) und Bereich zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen.

Anhänge

[Abb_ID_1003956_1.pdf](#)

[Abb_ID1003956_2.pdf](#)

1003970, Stadt Brühl	
<p>Inhalt</p> <p>ASB_2</p> <p><i>Die ASB-Festlegung ist entsprechend der Flächenabgrenzung [s. Anhang Abb. StnID 1003970_1] zu ASB_2 zurückzunehmen.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Fläche liegt innerhalb der Pufferzone der Brühler Schlösser und aufgrund dessen aus Denkmalschutzgründen voraussichtlich nicht zu entwickeln. - Direkt südlich angrenzend befindet sich die historische Hofanlage Palmersdorfer Hof. Diese ist im Zusammenhang mit den Brühler Schlossern zu sehen und zudem auch ein eigenständiges festgesetztes Bau- sowie Bodendenkmal (LVR Nr.185). Der Hof soll aufgrund seiner historischen Bedeutung vom Siedlungskörper freigestellt und in der freien Landschaft wahrnehmbar bleiben. Eine Bebauung der nördlich angrenzenden Flächen würde diesem Ziel widersprechen. - Die westliche Abgrenzung erfolgt entlang der bestehenden Bebauung an der Otto-Paes-Straße. - Der westliche Teil der Fläche liegt innerhalb eines Risikogebiets, welches durch Extremhochwasser (HQextrem Fläche, Erläuterungskarte F8) gefährdet ist und dem Hochwasserschutz Vorbehalten bleiben soll (Risikogebiet nach § 78 Wasserhaushaltsgesetz). <p><i>Die Fläche ist daher als Allgemeiner Freiraum- u. Agrarbereich, Regionaler Grünzug (RG), Bereich zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen.</i></p> <p>Anhänge Abb_ID_1003970_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003971, Stadt Brühl	
<p>Inhalt</p> <p>ASB_3</p> <p><i>Die Fläche entsprechend der Flächenabgrenzung [s. Anhang Abb. StnID 1003971_1] z u ASB_3 ist als ASB neu auszuweisen.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Die zukünftige Entwicklung der Flächen als Siedlungsfläche stellt eine Ergänzung und Abrundung der Bebauung auf anderer Straßenseite dar. Diese soll als Fortführung der vorhandenen Bebauung abschließend als einzeilige Bebauung erfolgen. - Von den Eigentümern der Grundstücke besteht eine Entwicklungsabsicht für diese Fläche und die vorhandene Infrastruktur kann genutzt werden. Zudem ist die Erschließung bereits gesichert. - Der Wasserturmweg als westl. Grenze stellt einen natürlichen Siedlungsabschluss dar, eine Erweiterung darüber hinaus ist durch die Stadt Brühl nicht gewünscht. <p>[...]</p> <p>ASB_4 <i>Die ASB-Festlegung ist entsprechend der Flächenabgrenzung [s. Anhang Abb. StnID 1003971_2] zu ASB_4 zurückzunehmen.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Die äußere Erschließung der Fläche ist schwierig, da die Zufahrt über den südlich gelegenen Hüllenweg sehr eng ist. - Eine innere Erschließung ist aufgrund ihrer starken Hanglage schwierig. - Zudem dient sie als Kaltluftproduktionsfläche und Kaltluftabflussfläche. - Die Fläche ist bei der Stadt Brühl als potenzielle Ausgleichsfläche für andere Siedlungsentwicklungen vorgesehen. - Eine bauliche Entwicklung der Fläche ist daher auf lange Sicht nicht geplant. <p><i>Die Fläche ist als Allgemeiner Freiraum- u. Agrarbereich, Regionaler Grünzug (RG), Bereich zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen.</i></p> <p>Anhänge Abb_ID_1003971_1.pdf Abb_ID1003971_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier für den Teilbereich ASB_4 somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Brühl noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p> <p>Um die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit zu gewährleisten und aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs sowie der kommunalen Entwicklungsabsicht erfolgt eine Festlegung als ASB im Bereich des ASB_3.</p>

1003976, Stadt Brühl	
<p>Inhalt</p> <p>ASB_5 Die ASB-Festlegung ist entsprechend der Flächenabgrenzung [s. Anhang Abb. StnID 1003976_1] zu ASB_5 zurückzunehmen.</p> <p>- Die Darstellung von Schwadorf als ASB wird von der Stadt Brühl grundsätzlich begrüßt.</p> <p>- Die hier betrachtete Fläche liegt nördlich der unter Denkmalschutz stehenden ?Schallenburg?.</p> <p>- Westlich angrenzend läuft derzeit das Bebauungsplanverfahren zum Bebauungsplan 05.10 "Östlich Lindenstraße, westlich An der Schallenburg?. Durch den Bebauungsplan wird ein ?neuer? Ortsrand geschaffen und es erfolgt eine Arrondierung der vorhandenen Siedlungsstruktur. Eine Weiterentwicklung der Flächen nach Osten ist nicht vorgesehen.</p> <p><i>Die Fläche ist, wie zuvor als Allgemeiner Freiraum- u. Agrarbereich und Regionaler Grünzug (RG) auszuweisen.</i></p> <p>Anhänge Abb_ID_1003976_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Die Festlegung des ASB wird im Rahmen der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit arrondiert.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003979, Stadt Brühl	
<p>Inhalt</p> <p>ASB_7 Die ASB Festlegung ist entsprechend der Flächenabgrenzung [s. Anhang Abb. StnID 1003979_1] zu ASB_7 zurückzunehmen.</p> <p>- Hier besteht ein ökologisch wertvoller Bereich, alter Waldbestand, ein LSG 2.2-9, Biotopkataster NRW BK-5107-029 (Altwald) Grünland, Hirschkäfernachweise, besonnener Waldrand und eine extensive Wiesenfläche.</p> <p>- Zudem befindet sich hier ein Bodendenkmal Brühl Nr. 7 (LVR Nr.188): Pinge (18./19. Jh.), festgesetzt seit 08.03.1990.</p> <p><i>Die Fläche ist als Allgemeiner Freiraum- u. Agrarbereich, Regionaler Grünzug (RG) und Bereich zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen.</i></p> <p>Anhänge Abb_ID_1003979_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003981, Stadt Brühl	
<p>Inhalt</p> <p>ASB_8 Die ASB Festlegung ist entsprechend der Flächenabgrenzung [s. Anhang Abb. StnID 1003981_1] zu ASB_8 zurückzunehmen.</p> <p>- Diese Potentialfläche soll zugunsten zukünftiger Generationen als Verfügnungsfläche vorbehalten werden.</p> <p><i>Die Fläche ist als Allgemeiner Freiraum- u. Agrarbereich auszuweisen.</i></p> <p>Anhänge Abb_ID_1003981_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt**GIB_1**Konfliktlage

Die Flächenpolitik steht vor dem grundsätzlichen Problem, dass Unternehmen in der Regel nur sofort disponible Flächen in ihre Investitions- und Standortentscheidungen einbeziehen - und zwar in Form einer kurzfristig verfügbaren Flächenauswahl. Die Planungsabfolge von der Regionalplanung bis zur Grundstücksveräußerung ist dagegen ein langwieriger Prozess. Die Gewerbe- und Industrieflächenpolitik muss demnach mit ihrem Angebot in Vorleistung treten und gleichzeitig verschiedene Optionen eröffnen. Dies erfordert dezidiert eine auf fünf bis zehn Jahre sowie eine langfristig angelegte Angebotsplanung einschließlich der Investitionen in den Flächenerwerb, die Ver- bzw. Entsorgungsinfrastruktur sowie die Verkehrswege.

Dagegen zeigt aktuell die Erfahrung, dass zwar viele Flächen in der Regional- und vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung dargestellt bzw. festgesetzt sind, gleichwohl gelingt es kaum, den nachfragenden Unternehmen ausreichend Grundstücke zur Verfügung zu stellen.

Die Gründe hierfür sind vielschichtig: zunehmend umweltrelevante Bindungen, die oft nicht wirtschaftliche und konfliktfreie Erschließung und vor allem der problematische Grunderwerb erschweren zunehmend die Flächendisposition.

Für die Kommunen ist demnach ein hohes Maß an Flexibilität und Flächenspielraum erforderlich. D. h. es müssen mehr Flächen planerisch vorgesehen werden als tatsächlich benötigt werden. Die Regionalplanung trägt diesem Sachverhalt Rechnung, indem auf die errechneten Bedarfe ein Planungszuschlag von 20% aufaddiert wird. Weiterhin berücksichtigt die Regionalplanung diesen Sachverhalt, indem sie im Regionalplanentwurf GIB Flex-Flächen vorsieht, die dann zum Tragen kommen, wenn andere Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche nicht entwickelt werden können.

Aktuelle Flächenbilanz

Beide Regelungsgehalte sind grundsätzlich zu begrüßen, unterstützen aber nicht die Stadt Brühl in ihrer gewerblichen Entwicklungsperspektive zur Flächendisposition.' Folgende Gründe sind hierfür maßgeblich: gemäß Tabelle 7 'Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln' der Begründung zum Regionalplanentwurf auf S. 58 wird der Stadt Brühl zum Stichtag 01.01.2018 für den Zeitraum von 25 Jahren bis zum Jahr 2043 ein gewerblicher Flächenbedarf von 49 ha zuerkannt. Diesem Bedarf steht gemäß Siedlungsflächenmonitoring zum selben Stichtag eine Reserveflächenzahl von 36 ha gegenüber. Damit ist für die Stadt Brühl ein Defizit von 13 ha festzuhalten.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Hin Hinblick auf eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung gilt: Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der

Nach einer aktuellen Erhebung der gewerblichen Reserven für die Stadt Brühl auf Grundlage des Siedlungsflächenmonitoring zum Stand März 2022 liegen die Flächenreserven der Stadt Brühl aktuell nur noch bei 22 ha. Wird die Bedarfszahl für 25 Jahre auf den aktuellen Stand für 21 Jahre (2022 bis 2043) umgerechnet, ergibt sich für diesen aktualisierten Zeitraum eine Bedarfslage von 41 ha. Damit erhöht sich die negative Bilanz von 13 ha zum Stand 01.01.2018 auf 19 ha zum Stand März 2022.

Zeitliche Entwicklungsperspektive

Unabhängig von der negativen Gesamtbilanz ist auch die zeitliche Entwicklungsperspektive der Flächen von Bedeutung. Aktuell ist im Regionalplan nicht erkennbar, ob planerische Reserven im Zeitverlauf so disponiert und erschlossen werden können, dass Deckungslücken auszuschließen sind. Kurz: die regionalplanerische Gesamtbilanz bis zu einem definierten Stichtag 2043 ist für die Entwicklungsdynamik im Zeitverlauf wenig aussagekräftig.

Es ist aus Sicht der Stadt Brühl unerlässlich, die künftigen Potenzialflächen in eine zeitliche Reihenfolge zu bringen. Damit sollen Deckungslücken identifiziert und über alternative Potenzialflächen geschlossen werden. Für die Stadt Brühl ist festzuhalten, dass vor allem kurz- und mittelfristig keine Reserveflächen zur Verfügung stehen. 6 ha der Reserveflächen können aus verschiedenen Gründen erst nach 2035 entwickelt werden und für die weiteren 16 ha ist der Entwicklungszeitpunkt noch nicht einmal absehbar.

Der Regionalplanentwurf sieht für die Stadt Brühl weder neue GIB-Bereiche noch GIBFlex-Flächen vor.

Insoweit sind zwei massive Defizite in der gewerblichen Flächendisposition für die Stadt Brühl erkennbar. Zum einen liegt eine negative Gesamtbilanz vor zum anderen fehlen insbesondere Flächen für die kurz- bis mittelfristige Disposition.

Neue GIBregional ?Erweiterung Hürth-Knapsack?

Die Stadt Brühl ist dicht bebaut sowie durch äußere Faktoren in ihrer gewerblichen Flächenentwicklung faktisch begrenzt. Damit müssen Bedarfe der Stadt Brühl außerhalb des Stadtgebiets gedeckt werden. Dies soll in interkommunaler Kooperation ortsnah erfolgen. Ortsnah deshalb, da sich die Standortsuche von Unternehmen mit qualifizierten Arbeitskräften in der Regel in einem engen Radius von ca. 20 Kilometer bewegt. Qualifizierte Beschäftigte können so gehalten werden. Wird dieser Radius nicht gehalten, besteht die Gefahr, dass die Unternehmen aus der Region insgesamt abwandern. Dies soll in jeder Hinsicht vermieden werden.

Die Stadt Brühl ist bereit, sich an der interkommunalen Fläche "Erweiterung Hürth-

Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist. Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen.

Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

In Hinblick auf die Festlegung eines weiteren GIB auf dem Gebiet der Stadt Brühl gilt: Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1003996).

In Hinblick auf die Erweiterung Hürth-Knapsack gilt: Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1001415). Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1001415.

Knapsack" in den Stadtgebieten von Erftstadt und Hürth zu beteiligen und eigene, nicht zu deckende Bedarfe auf diese Fläche zu verlagern. Damit schließt sich die Stadt Brühl dem gemeinsamen Bestreben der Kommunen Erftstadt, Hürth und Wesseling an, die ca. 125ha große Fläche "Erweiterung Hürth-Knapsack" in den neuen Regionalplan als GIB Regional-Fläche zu übernehmen. Diese Fläche soll als Bereich für zweckgebundene regionale gewerbliche und industrielle Nutzungen vorgesehen werden. Diese Darstellung als GIBregional-Bereich ist insoweit konsequent als die erforderliche Bedarfsprüfung im Rahmen des Anpassungsverfahrens gemäß § 34 LPlG NRW nicht auf Basis der kommunalen Bedarfssituation der jeweiligen Standortgemeinden Hürth und Erftstadt erfolgt, sondern unter Berücksichtigung des regionalen Mengengerüsts. Dies schließt die Bedarfslage der Stadt Brühl mit ein.

Es wird im Ergebnis angeregt, die Fläche "Erweiterung Hürth-Knapsack" als GIBregional in den Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln zu übernehmen.

1003996, Stadt Brühl	
<p>Inhalt</p> <p>GIB_2</p> <p><i>Die Fläche ist entsprechend der Flächenabgrenzung [s. Anhang Abb. StnID 1003996_1] zu GIB_2 als GIB auszuweisen.</i></p> <p>- Wie unter GIB_1 bereits erläutert, besteht in Brühl ein massives Bedarfsdefizit an Gewerbeflächen. Um einer bedarfsgerechten Ausweisung von Siedlungsraum nachzukommen, ist die Ausweisung dieser Fläche dringend notwendig.</p> <p>- Die Fläche wird nach erfolgter Auffüllung aufgrund des anthropogenen Einflusses zudem nicht mehr die ökologische Wertigkeit erreichen, wie die umgebenden gewachsenen Boden. Der Eingriff in den Naturhaushalt wäre daher von geringer Bedeutung.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1003996_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Brühl noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIB.</p>

1004000, Stadt Brühl	
<p>Inhalt</p> <p>F_1</p> <p><i>Die BSN Festlegung ist zur Sicherung der bestehenden Freizeitnutzungen entsprechend der Flächenabgrenzung [s. Anhang Abb. StnID 1004000_1] zu F_1 zurückzunehmen.</i></p> <p>- Der Bereich zum Schutz der Natur (BSN) wurde im Bereich des Heider Bergsees auch auf das nördliche Ufer ausgedehnt. An diesem Ufer befinden sich seit Jahrzehnten etablierte und beliebte Freizeitnutzungen (u.a. Segelsportverein und Wassersportfreunde Brühl-Heide), die bislang im Regionalplan durch die Ausweisung als [F] Freizeiteinrichtungen geschützt waren. Diese [F]-Signatur im neuen Regionalplan entfällt nun.</p> <p>- Gleichzeitig zu der bereits bestehenden BSN-Ausweisung, welche das Gebiet des FFH-Gebietes umfasste, wurde nun die BSN-Fläche auf den Bereich der beiden Segel- und Wassersportvereine ausgedehnt. Hier besteht ein realer Nutzungskonflikt.</p> <p>- Es ist auch ein Widerspruch zum Grundsatz G.26, Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum zu fördern. Die Stadt Brühl fordert, zur Sicherung der bestehenden Freizeitnutzungen die BSN-Flächen nicht auf das nördliche Ufer des Fleider Bergsees auszudehnen, sondern seemittig zu belassen.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004000_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht.</p> <p>Bei der angesprochenen Fläche handelt es sich laut Fachbeitrag des LANUV um eine Biotopverbundsfläche herausragender Bedeutung. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004003, Stadt Brühl	
<p>Inhalt</p> <p>F_2</p> <p><i>Die Festlegung von Freiraum- u. Agrarbereich ist entsprechend der Flächenabgrenzung [s. Anhang Abb. StnID 1004003_1] zu F_2 zurückzunehmen.</i></p> <p>- Die Stadt Brühl hat in diesem Bereich Pingsdorf südlich der Maiglerwiese eine Fläche von 8,4 ha aufgeforstet.</p> <p>- Diese Fläche hat eine Anbindung an den Villewald und steht mit diesem in direktem ökologischen Zusammenhang. Aufgrund der direkten Anbindung sollte die Fläche auch dargestellt werden.</p> <p><i>Die Fläche F_2 ist als Waldbereich darzustellen.</i></p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004003_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Ergänzung der Waldbereichsfestlegung entspricht der planerischen Konzeption.</p>

1004006, Stadt Brühl	
<p>Inhalt</p> <p>F_3</p> <p><i>Der Ober-, Mittel-, Donatus- und Gruhlsee sind entsprechend der Flächenabgrenzung [s. Anhang Abb. StnID 1004006_1] zu F_3 farblich als Oberflächengewässer darzustellen.</i></p> <p>- Die Seen stellen einen Gewässerverbund dar und sind als Seenverbund des rekultivierten Villewaldes entsprechend des Ziels Z.24 zu sichern und darzustellen.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004006_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Im Regionalplan werden entsprechend gemäß Ziel 24 Erläuterung 1 stehende Gewässer ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha festgelegt. Die angesprochenen Seen erreichen diese Größe nicht und werden entsprechend nicht mit festgelegt.</p>

1004009, Stadt Brühl	
<p>Inhalt</p> <p>V_1</p> <p>In der Erläuterungskarte I3 (Mobilstationen) finden sich aus regionaler Sicht besonders geeignete Standorte für die Einrichtung einer Mobilstation. Hier sind die Standorte Badorf und Schwadorf entsprechend der Markierung zu Mobilstationen aus Anlage 1 zu ergänzen [s. Anhang Abb. StnID 1004009_1]. Während der Haltepunkt Badorf für die auch zukünftig in der direkten Umgebung weiterwachsende Wohnbebauung einen wichtigen multimodalen Umsteigepunkt darstellt, weist der Haltepunkt Schwadorf bedingt durch die Tarif- und Taktgrenze ein Einzugsgebiet bis ins Eifeler Vorgebirge auf und wird zukünftig u. a. um eine große Park&Ride-Anlage erweitert.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004009_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Erläuterungskarte I3 wird künftig entfallen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1003063.</p>

1004012, Stadt Brühl	
<p>Inhalt</p> <p>V_2</p> <p>Das gesamtregionale Radverkehrsnetz für das rheinische Revier wurde im Dezember 2021 veröffentlicht und beschreibt ein überörtliches / regionales Gesamtradwegenetz mit unterschiedlichen Ausbaustufen (Radschnellweg, Radpendlerroute etc.). Dieses gesamtregionale Radverkehrsnetz für das rheinische Revier ist in die Erläuterungskarte I2 (Radwege) zu integrieren. Eine Verankerung in der Regionalplanung verdeutlicht die hohe Bedeutung von qualitativ hochwertig ausgebauten Radwegen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.</p>

AZ: BET_178000_1

Stadt Elsdorf

1005146, Stadt Elsdorf

Inhalt

Stadt Elsdorf im Strukturwandel

Einleitend ist festzuhalten, dass die Stadt Elsdorf die Fortschreibung des Regionalplans Köln begrüßt. In dieser wird die Chance gesehen, die städtischen Entwicklungsziele vorzubereiten und zu sichern. Diese Notwendigkeit lässt sich aus der heutigen Entwicklungsperspektive und den Ansprüchen bevorstehender Aufgaben ableiten. Zum einen hat sich die Stadt Elsdorf mit der im Jahr 2016 beschlossenen Wachstumsstrategie als Stadt bereits so positioniert, regionale Siedlungsbedarfe abbilden zu können. Zum anderen sind alle Überlegungen zur Stadtentwicklung geprägt durch den in Berlin beschlossenen Kohlekompromiss und den damit verbundenen vorzeitigen Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung. Demnach gilt es insbesondere wegfallende Arbeitsplätze zu kompensieren und Strukturbrüche zu vermeiden. Dies alles vor dem Hintergrund, dass ein Drittel der städtischen Fläche im Tagebau Hambach verortet ist, mit der beabsichtigten Braunkohlenplanänderung ca. 22 km² als Wasserfläche ausgebildet und damit letztendlich jeglicher zukünftigen Siedlungsentwicklung entzogen werden. Daraus folgt, dass die gesamte Stadtentwicklung auf den verbleibenden zwei Dritteln abgebildet werden muss.

Seit Bekanntwerden des Kohleausstiegs hat sich die Stadt Elsdorf dazu entschlossen, sowohl der Herausforderung massiver struktureller Umbrüche entgegen zu treten und gleichzeitig eine zukünftige Stadtentwicklung proaktiv voranzutreiben. Es folgte die Erstellung diverser Konzepte zur Erörterung und Festlegung städtischer Entwicklungsabsichten. Demnach wurde bereits im Herbst 2019 ein umfassender, integrierter Planungsprozess mit dem Ziel planerische Perspektiven aufzuzeigen, eingeleitet. Zu diesen Konzepten zählen ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK), ein Freiraum- und Tourismuskonzept, ein Mobilitätskonzept, ein Masterplan für den Tagebaurand und ein Einzelhandelskonzept. Die hier definierten Überlegungen wurden eng mit den parallel laufenden Planungen anderer regionaler Akteure verzahnt und in eine Vielzahl interkommunaler Zusammenschlüsse eingebunden. Die kommunalen Absichten zur Stadtentwicklung finden sich somit unter anderem in den Planungen der Neuland Hambach, des Rheinischen Reviers der Zukunft, des Rheinischen Sixpacks, des Zweckverbands :terra nova, des Stadt-Umland-Netzwerkes (S.U.N.) und des Region Köln/Bonn e.V. wieder. Die gemeinsame Haltung der Anrainerkommunen zur Neuaufstellung des Regionalplans wird im Folgenden deutlich.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

Inhalt**Gemeinsame Haltung der Anrainerkommunen**

?DIE ANRAINERKOMMUNEN DES RHEINISCHEN REVIERS STEHEN DURCH DEN AUSSTIEG AUS DER BRAUNKOHLERSTROMUNG VOR GEWALTIGEN HERAUSFORDERUNGEN. IN DIESEM KERNREVIER, DAS UNGEFÄHR EIN DRITTEL DES GESAMTEN RHEINISCHEN REVIERS AUSMACHT, WERDEN DIE GRÖßTEN ANPASSUNGSLASTEN DES BRAUNKOHLERSTROMUNGS ANFALLEN. KONKRET BEDEUTET DIES, INSGESAMT RUND 22.000 ARBEITSPLÄTZE UND 600 MIO. EURO WERTSCHÖPFUNG QUALITATIV, QUANTITATIV UND ZEITNAH ZU KOMPENSIEREN UND HIERZU NEUE WERTSCHÖPFUNGSKETTEN ZU KNÜPFEN.

DIES RECHTZEITIG BIS 2038 ZU SCHAFFEN, DAMIT DIE REGION NICHT DURCH EINEN ZU BEFÜRCHTETEN STRUKTURBRUCH WIRTSCHAFTLICH ABSTÜRZT, STELLT SCHON EINE IMMENSE HERAUSFORDERUNG DAR. DIE BUNDESREGIERUNG HAT IN IHREM KOALITIONSVERTRAG NUN DIE ZIELSETZUNG FORMULIERT, SOGAR BIS 2030 AUS DER BRAUNKOHLERSTROMUNG AUSSTEIGEN ZU WOLLEN. DAS LAND NRW HAT SICH DIESER ZIELSETZUNG AUSDRÜCKLICH ANGESCHLOSSEN.

DEN AUSSTIEG NUN NOCH MAL UM ACHT JAHRE VORZIEHEN ZU WOLLEN, IST KLIMAPOLITISCH NACHVOLLZIEHBAR, LÄSST DIE ANRAINER JEDOCH MIT GRÖßTER SORGE AUF DIE ZUKUNFT UNSERER REGION BLICKEN UND ERFORDERT DEUTLICHE UND ZUSÄTZLICHE ANSTRENGUNGEN ZUR STRUKTURSTÄRKUNG. DIE AKTUELLEN GASPREIS- UND STROMPREISENTWICKLUNGEN, DIE HAUSHALTSBELASTUNGEN DURCH DIE CORONA-PANDEMIE UND DIE UNTERBROCHENEN LIEFERKETTEN DES BESCHÄFTIGUNGSSTARKEN PRODUZIERENDEN GEWERBES KOMMEN HINZU UND STEIGERN DEN HANDLUNGSDRUCK ZUR BESCHLEUNIGTEN, WIRTSCHAFTLICHEN STÄRKUNG DES HAUPTLASTTRAGENDEN KERNREVIERS.

MIT EINEM GEMEINSAMEN POSITIONSPAPIER HABEN SICH IM DEZEMBER 2021 KAMMERN, GEWERKSCHAFTEN, KREISE, KOMMUNEN UND REGIONALVERBÄNDE ALS LEGITIMIERTE VERTRETER DES RHEINISCHEN REVIERS VEREINT AN BUNDES- UND LANDESREGIERUNG GEWANDT UND KONKRETE UNTERSTÜTZENDE MAßNAHMEN GEFORDERT. DARIN WIRD VERDEUTLICH, DASS DIE BEWÄLTIGUNG DER VON BUND UND LAND INDUZIERTEN HERAUSFORDERUNG WEIT MEHR ANSTRENGUNGEN ERFORDERT ALS DEN BLOßEN EINSATZ VON STRUKTURFÖRDERMITTELN. DIE SICH DARAUS ERGEBENDEN HANDLUNGSERFORDERNISSE ERSTRECKEN SICH VIELMEHR AUCH AUF DIE BESCHLEUNIGUNG VON PLANUNGS- UND

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu den erforderliche Rahmenbedingungen und Handlungserfordernissen zur Bewältigung des Strukturwandels gegeben, wie beispielsweise die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und die bedarfsgerechte Ausweisung von Siedlungsflächen. Dies verbunden mit der Erwartung, dass der Regionalplan alle Möglichkeiten zum Gelingen des Strukturwandels ausschöpft. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

GENEHMIGUNGSVERFAHREN BEI DER ERRICHTUNG VON INFRASTRUKTUREN
SOWIE AUF DIE BEDARFSGERECHTE AUSWEISUNG VON SIEDLUNGSFLÄCHEN.

INSBESONDERE DIE VERFÜGBARKEIT VON GEWERBEFLÄCHEN STELLT EINEN
ZENTRALEN BAUSTEIN IM RAHMEN DER STRUKTURSTÄRKUNGSSTRATEGIE
DAR. DIE DURCH DIE ZAHLREICHEN INNOVATIONSPROJEKTE AUSGELOSTE
WIRTSCHAFTLICHE AKTIVITÄT WIRD IHRE BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHE
WIRKUNG NUR ENTFALTEN KÖNNEN, WENN ZEITNAH IN AUSREICHENDEM
MAßE FLÄCHEN FÜR INVESTITIONEN ZUR VERFÜGUNG STEHEN. DIESE GIBT
ES HEUTE IM KERNREVIER GUTACHTERLICH NACHGEWIESEN NUR IN SEHR
UNZUREICHENDER FORM.

VOR DIESEM HINTERGRUND IST DIE AUFSTELLUNG DES NEUEN
REGIONALPLANS FÜR DIE ANRAINERKOMMUNEN IM REGIERUNGSBEZIRK
KÖLN EIN ENTSCHEIDENDER PROZESS, DER MIT GROßEN ERWARTUNGEN
VERBUNDEN IST. MIT BLICK AUF DIE FLÄCHENPLANUNG SIND HIER U.A. DIE
FORDERUNGEN NACH VERFAHRENSBESCHLEUNIGUNG, DIE ETABLIERUNG
EINER SONDERPLANUNGS- UND WIRTSCHAFTSZONE, LANDESSEITIGE
FLÄCHENPOOLLÖSUNGEN ETC. ZU NENNEN. WAS DIE ANRAINERKOMMUNEN
BRAUCHEN, SIND ZEITNAHE UND ZUSÄTZLICHE FLÄCHENANGEBOTE. WIR
ERWARTEN, DASS DER REGIONALPLAN ALLE RECHTLICHEN MÖGLICHKEITEN
AUSSCHÖPFT, UM DIE NOTWENDIGEN GRUNDLAGEN IN AUSREICHENDER
MENGE, QUALITÄT UND GESCHWINDIGKEIT ZU SCHAFFEN UND ER DAMIT
SEINEN BEITRAG ZU EINEM GELINGENDEN STRUKTURWANDEL LEISTET.

AUCH IM LICHT DIESER RAHMENBEDINGUNGEN BITTEN WIR DEN BEITRAG
ZUM REGIONALPLANENTWURF ZU SEHEN.?

Inhalt**Verschneidung Regionalplanung und Braunkohlenplanung**

Zur Situation heute ? Der Regionalplan definiert die räumliche Entwicklung im Regierungsbezirk Köln innerhalb der nächsten 25 Jahre bis in das Jahr 2050. Gleichzeitig steht die Stadt Elsdorf vor der Aufgabe bereits heute den Grundstein für eine zukunftsweisende und nachhaltige städtebauliche Entwicklung insbesondere im Bereich der Tagebaukante für die nächsten 70 Jahre zu legen. Dieser überaus lange Planungszeitraum erfordert deshalb frühzeitige Überlegungen und die Aufstellung von Konzepten, die sich nicht nur an den sich stetig wandelnden Raum anpassen, dynamisch und resilient auf sich wandelnde Rahmenbedingungen reagieren, sondern auch die Meilensteine der Politik zum Ausstieg aus der Braunkohle berücksichtigen und in zeitlichen Phasen denken. Wie bereits zu Beginn erläutert, verfolgt die Stadt Elsdorf seit dem Jahr 2019 einen integrierten Planungsprozess, der sich eben dieser Herausforderung stellt.

Vor dem Hintergrund der Frage wie die in Elsdorf angestrebten Planungsüberlegungen aus dem Tagebauumfeld in die Regionalplanung aufgenommen werden können, ergibt sich die Notwendigkeit, dass Braunkohlen- und Regionalplan sich nicht widersprechen dürfen, sondern vielmehr in enger Abstimmung synchronisiert werden müssen.

Die Modellierung der Böschung und die Festlegung der zukünftigen Geometrie des Sees finden jetzt durch den Bergbautreibenden auf der Grundlage des gültigen Braunkohleplans und der Betriebspläne statt. Der Böschungsbereich und die dahinterliegende Sicherheitszone müssen folglich bereits heute so vorbereitet werden, dass die Schaffung von Zugängen zum See in Zukunft rechtlich möglich sein wird. Weder der derzeit noch gültige Braunkohlenplan noch der Regionalplan greifen die angestrebte Stadtentwicklung in diesem Bereich auf. Siedlungsentwicklung (und ihre konkrete bauliche Umsetzung) sowie qualifizierte Freiraumentwicklungen können im Sicherheitsstreifen des Tagebaus jedoch erst nach vollständiger Seebefüllung (voraussichtlich ab dem Jahr 2070) stattfinden. Dies erfordert das Ineinandergreifen des Braunkohlen- und Regionalplans sowie die Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen zeitlichen Geltungsphasen.

Strukturwirksame Projekte und Seezugänge sind demnach schon jetzt mitzudenken und sowohl im Regionalplan als auch im Braunkohlenplan sichtbar, richtungsweisend und mit einer Verbindlichkeit zu verankern [s. Anhang Abb. StnID 1005148]. Letztendlich muss eine Flächenfreihaltung für die zukünftig punktuell verorteten Seezugänge und Vorhaben auf Elsdorfer Stadtgebiet stattfinden. Im Verfahren zur Änderung des Braunkohlenplans wurde die Erstellung eines Planzeichens angeregt, das die im Rahmen des Strukturwandels heute angedachten Vorhaben sichert und als

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der betroffenen Bereiche sind während des Planungszeitraums des Regionalplan Köln 2043 innerhalb des bergrechtlichen Sicherheitsbereiches des Tagebaus Hambach gelegen. Vor dem Hintergrund der langen Befüllzeit des zukünftigen Sees von voraussichtlich 40-60 Jahren und der diesbezüglichen bergrechtlichen Erfordernisse sind aktuell verbindliche regionalplanerische Festlegungen für diesen Bereich nicht möglich. Zu einem späteren Zeitpunkt werden auch für die Bereiche, die innerhalb der Sicherheitszone gelegen sind und der Bergaufsicht unterliegen, regionalplanerische Festlegungen zu entwickeln sein.

Restriktive Festlegungen, die eine spätere Entwicklung im Rahmen der rechtlichen Vorgaben erschweren würden, werden nicht getroffen. Mit dem G 10 Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen wird darauf verwiesen, dass die zukünftige Ausrichtung der städtebaulichen Entwicklung zum See hin bei der Gestaltung der Tagebaurandbereiche entsprechend der Entwicklungsabsichten der Tagebauumfeldverbünde berücksichtigt werden soll.

Die Einführung eines neuen Planzeichens und der damit verbundenen Erwartung von rechtlichen Sonderregelungen im Sinne einer "Sonderplanung" oder "Sonderplanungszone" obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden.

Vorgabe für den Bergbautreibenden gilt. Auch im Rahmen anderer Zusammenschlüsse von regionalen Akteurinnen und Akteuren finden diese Überlegungen umfänglich statt.

Abbildung 1 zeigt die relevanten Entwicklungsbereiche, die entlang der Tagebaukante auf Elsdorfer Stadtgebiet von besonderer (städtebaulicher) Bedeutung sein werden [s. Anhang Abb. StnID 1005148]. Orientiert an den übergeordneten Planungen der Neuland Hambach (Zusammenschlusses der Tagebauanrainerkommunen) zur Gestaltung des Tagebau Hambach (Raumentwicklungsperspektive und derzeit in Erarbeitung befindlicher Rahmenplan) sind entsprechende Fokusräume vorzuhalten, die zum jetzigen Zeitpunkt im Regionalplan nicht festgelegt werden. Insbesondere die in Abbildung 1 aufgeführten drei Impulsräume stehen im Fokus der Entwicklung und sind im Regionalplan mit einer höheren Detailschärfe zeichnerisch abzubilden und mit einem gesonderten Planzeichen zu markieren [s. Anhang Abb. StnID 1005148]. Zusätzlich sind für diese räumlichen und planerischen Schnittstellen textliche Festlegungen zu formulieren, die konkret die Vorhaben der zukünftigen städtebaulichen Entwicklung im Elsdorfer Stadtgebiet erläutern. Demnach muss vermieden werden, dass den avisierten Planungen regionalplanerische Vorgaben entgegenstehen und Festlegungen, die zu einer erschwerten Entwicklung beitragen, aus dem Regionalplan entfernt werden.

Anhänge

[Abb_ID_1005148_1.pdf](#)

Inhalt**Wachstumsstrategie der Stadt Elsdorf**

Bereits im Jahr 2016 hat der Rat der Stadt Elsdorf einen Grundsatzbeschluss gefasst, den zukünftigen Herausforderungen in der Stadtentwicklung mit einer Wachstumsstrategie zu begegnen. Wie bereits im Kapitel 1 angekündigt, hat die Stadt Elsdorf seit Bekanntwerden des Kohleausstiegs diese Wachstumsstrategie konkretisiert und zahlreiche Planungen auf den Weg gebracht ? ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept, ein Freiraum- und Tourismuskonzept, ein Mobilitätskonzept, einen Masterplan für den Tagebaurand sowie ein Einzelhandelskonzept. Diese Konzepte wurden insbesondere auch vor dem Hintergrund erstellt, den regionalen Wachstumstendenzen (v.a. der Ballungsräume Köln, Düsseldorf, Aachen) hinsichtlich der steigenden Nachfrage nach Wohnraum zu begegnen und gleichzeitig die zunehmenden Bedarfe von Gewerbeflächen aufzufangen. Hier hat sich die Stadt Elsdorf als Hauptziel gesetzt, eine Bündelung neuer gewerblicher Bauflächen auf den verkehrlich optimal angebundenen und vom Tagebau abgewendeten Flächen und gleichzeitig die Siedlungsentwicklung - und dabei insbesondere die Wohnbauflächenentwicklung, die sich bisher vom Tagebau abwendete - nun mit Blick auf den anstehenden Planungsprozess der Tagebaufolgelandschaft, umzukehren. Ein übergeordnetes Ziel ist hierbei die Fokussierung auf die Entwicklung neuer Wohnbauflächen in unmittelbarer Nähe zum Tagebau. Innovative Siedlungsflächen, eingebunden in ein hochwertiges Freiraumkonzept, sollen einen lebenswerten und vielfältigen Raum für sämtliche Nutzergruppen erzeugen. Zusätzlich sollen neue Handlungsoptionen im Bereich der Verkehrs- und Mobilitätsplanung aufgezeigt und umgesetzt werden.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Information zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

1005152, Stadt Elsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Wachstum zur Kompensation regionaler Siedlungsflächenbedarfe</p> <p>Die Stadt Elsdorf hat festgestellt, dass die wohnungs- und gewerbepolitischen Ziele immer schwieriger auf den bisherigen Wegen der Wohn- und Gewerbebaulandbereitstellung zu realisieren sind. Aktuell sind auf dem Wohnungsmarkt noch keine gravierenden Probleme in Elsdorf zu konstatieren; es muss jedoch perspektivisch davon ausgegangen werden, dass eine solche Entwicklung zu erwarten ist. Der Wohnungsmarkt in Elsdorf wird maßgeblich durch die Nähe zur Millionenstadt Köln geprägt. Es ist anzunehmen, dass die nach wie vor steigende Wohnungsnachfrage in Köln die Nachfrage und den Siedlungsdruck auch auf Elsdorf erhöhen wird, solange die Bodenpreise in Elsdorf unter denen in Köln liegen. Die Flächenreserven in Elsdorf sind weitestgehend erschöpft, so dass anzunehmen ist, dass die Wohnungsnachfrage sich auf den Altbaubestand konzentrieren wird. Erwartete Folgen sind Mietpreis- und Bodenpreissteigerungen mit der Folge, dass Verdrängungstendenzen der alteingesessenen Bevölkerung auftreten können. Diese Entwicklung soll bereits frühzeitig verhindert werden. Grundsätzlich liegt es im Interesse der Stadt Elsdorf, durch Zuwanderungsgewinne aus der Region Köln die Folgen des Demographischen Wandels, die damit einhergehenden Schrumpfungstendenzen und ihre negativen Folgen wie sinkende Haushaltseinnahmen (z.B. Einkommensteueranteile, Grundsteuer, Zweckzuweisungen, usw.) oder eine mangelhafte Auslastung der vorhandenen Infrastruktur, zu kompensieren. Es ist jedoch zu befürchten, dass durch die Zuwanderung und die damit verbundene Steigerung des Bodenpreisniveaus die alteingesessene Bevölkerung verdrängt und, dass der Zugang der einheimischen Bevölkerung zum Wohneigentum weiterhin erschwert wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> • KERNAUSSAGE: FESTLEGUNG ZUSÄTZLICHER SIEDLUNGSFLÄCHEN ZUR KOMPENSATION REGIONALER BEDARFE 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1005172).</p>

1005154, Stadt Elsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Wachstum zur Begegnung der Herausforderungen im Strukturwandel</p> <p>Gleichzeitig ist die Nachfrage nach Gewerbeflächen in den Ballungsräumen weiter ansteigend, sodass auch hier der Wachstums- und Expansionsdruck bis in das Umland bemerkbar ist. Die Flächenreserven der Stadt Elsdorf sind aufgebraucht, Ansiedlungsanfragen Gewerbetreibender können nicht bedient werden. Ergänzend dazu haben ansässige Gewerbetreibende derzeit nicht die Möglichkeit ihren Standort räumlich zu erweitern. Trotz allem ist die Stadt Elsdorf gewillt, aufkommende Bedarfe der umliegenden Metropolräume aufzufangen. In der Folge besteht die Notwendigkeit neue Flächen zu entwickeln insbesondere auch mit dem Blick auf den lokalen Strukturwandel, der den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze bedingt. In Elsdorf sind rund 1.150 Personen bzw. rund 26% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Unternehmen tätig, die der Braunkohlewirtschaft zugeordnet werden können. Allein die Lohnsumme der 372 Mitarbeitenden der RWE Power AG mit Wohnsitz in Elsdorf liegt bei rund 27 Mio. Euro pro Jahr. Dies macht 22% des Kaufkraftvolumens in Höhe von 121,3 Mio. Euro in Elsdorf aus. Weitere indirekte Kaufkrafteffekte ergeben sich durch die Vergabe von Aufträgen des Bergbautreibenden an Elsdorfer Unternehmen - in einem jährlichen Umfang von etwa 24 Mio. Euro. Mit der Beendigung des Braunkohlenabbaus im Jahr 2030 droht damit ein Kaufkraftverlust von ca. 51 Mio. Euro pro Jahr. Allein zur Kompensation der fehlenden Gewerbesteureinnahmen von rund 10 Mio. Euro pro Jahr besteht somit ein Flächenbedarf von ca. 40 Hektar* (*durchschnittliches Aufkommen von 250.000 Euro/Hektar).</p> <p>KERNAUSSAGE: FESTLEGUNG ZUSÄTZLICHER GEWERBEFLÄCHEN ZUR KOMPENSATION LOKALER UND REGIONALER BEDARFE</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1005278).</p>

1005155, Stadt Elsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>5. Masterplan Zukunftsterrassen Elsdorf ? perspektivische Entwicklung der Tagebaukante</p> <p>Im Februar dieses Jahres hat der Rat der Stadt Elsdorf den Masterplan für das Tagebauumfeld einstimmig beschlossen. Der durch das Planungsbüro MUST Städtebau GmbH erstellte Masterplan Zukunftsterrassen Elsdorf zeigt die angestrebten strategischen Planungen unter Berücksichtigung des zeitlichen Planungs- und Umsetzungshorizontes für den Tagebaurandbereich in Elsdorf wegweisend auf [s. Anhang Abb. StnID 1005155]. Damit legt der Masterplan nicht nur den Rahmen für die städtebauliche Entwicklung für die nächsten Jahrzehnte fest, sondern stellt zugleich eine essentielle Grundlage für eine zukunftsfähige Siedlungs- und Freiraumentwicklung dar. Eine Bereitstellung der hier räumlich definierten Planungsbereiche in dem neu aufzustellenden Regionalplan ist für die Stadt Elsdorf demzufolge von wesentlicher Bedeutung. Welche Herausforderungen sich durch die Verschneidung des Regional- und Braunkohlenplans in diesem Entwicklungsbereich ergeben und aus welchen Gründen die Stadt Elsdorf ausreichend Flexibilität in der Entwicklung des Tagebaurandbereiches benötigt, wird im Folgenden dargestellt: [s. Anhang Abb. StnID 1005155]</p> <p>Mit Blick auf die hier vorgestellten Konzepte und Planungen ist hervorzuheben, dass die Sicherung der kommunalen Entwicklungsabsichten am Tagebaurand durch die Festlegung von Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) im Sicherheitsstreifen herbeizuführen ist. Für diese Flächen bedarf es einer Zweckbestimmung, die es ermöglicht, auf die Anrechnung dieser ASB auf die allgemeinen städtischen Bedarfe zu verzichten. In diesem Sinne kann die Diskrepanz zwischen der Notwendigkeit der Verankerung heutiger Planungen im Regionalplan (Planungshorizont 25 Jahre) und dem Zeithorizont der Seebefüllung von 60 Jahren überwunden werden. Anzumerken ist an dieser Stelle außerdem, dass die festgelegten ASB vorbehaltlich Umweltverträglichkeitsprüfungen unterliegen und diese sukzessive im Rahmen der Bauleitplanung (Flächennutzungsplan der Stadt Elsdorf) durchgeführt werden.</p> <p>KERNAUSSAGE: SICHERUNG DER KOMMUNALEN ENTWICKLUNGSABSICHTEN AM TAGEBAURAND DURCH DIE FESTLEGUNG VON ASB IM SICHERHEITSSTREIFEN; DEFINIERUNG EINER NEUEN ZWECKBESTIMMUNG, DIE ES ERMÖGLICHT, AUF DIE ANRECHNUNG DIESER ASB AUF DIE ALLGEMEINEN STÄDTISCHEN BEDARFE ZU VERZICHTEN</p> <p>Anhänge Abb_ID_1005155_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der betroffene Bereich ist während des Planungszeitraums des Regionalplan Köln 2043 innerhalb des bergrechtlichen Sicherheitsbereiches des Tagebaus Hambach gelegen. Vor dem Hintergrund der langen Befüllzeit des zukünftigen Sees von voraussichtlich 40-60 Jahren und der diesbezüglichen bergrechtlichen Erfordernisse sind aktuell verbindliche regionalplanerische Festlegungen für diesen Bereich nicht möglich.</p> <p>Die Einführung eines neuen Planzeichens und der damit verbundenen Erwartung von rechtlichen Sonderregelungen im Sinne einer "Sonderplanung" oder "Sonderplanungszone" obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Elsdorf verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Sonderbedarfe für die Festlegung von ASB im Rheinischen Revier sind nicht vorgesehen. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p>

1005161, Stadt Elsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Zuckerfabrikgelände</p> <p>Gelegen im Süden der Stadt Elsdorf in unmittelbarer Nähe zur Tagebaukante und an der Schnittstelle der beiden zentralen Entwicklungsachsen (Römerstraße, bzw. Köln-Aachener Straße und ehemalige Bahntrasse) kommt dem Gelände der ehemaligen Zuckerfabrik in der gesamten strategischen städtebaulichen Entwicklung eine entscheidende Schlüsselrolle zu. Dieses städtebauliche Bindeglied und das dahinterstehende Potential greift das im <i>Sofortprogramm Plus</i> angemeldete Projekt <i>Food Campus Elsdorf</i> auf und nutzt dieses für die Entwicklung eines gläsernen Produktions- und Innovationsstandortes im Bereich der Bioökonomie. Neben öffentlich zugänglichen Bereichen, sollen am Standort insbesondere auch gewerbliche Nutzungen verortet werden und im Einklang mit weiteren Nutzungen wie Wohnen, Arbeiten und Erholung ungestört ablaufen können. Aus diesem Grund ist das Areal nach Nutzungen zu differenzieren, sodass der derzeitige Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) für die Umsetzung des Projektes in jedem Falle weiterhin bestehen soll und gleichzeitig zusätzliche ASB festzulegen sind. Die unmittelbar an die Tagebaukante angrenzende Fläche ist demnach als ASB festzulegen, um die Planungen für ein innovatives und lebendiges Stadtquartier der Zukunft zu sichern [s. Anhang Abb. StnID 1005161].</p> <p>KERNAUSSAGE: FESTLEGUNG ZUSÄTZLICHER ASB FÜR EIN INNOVATIVES UND LEBENDIGES STADTQUARTIER</p> <p>Anhänge Abb_ID_1005161_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der betroffene Bereich ist während des Planungszeitraums des Regionalplan Köln 2043 innerhalb des bergrechtlichen Sicherheitsbereiches des Tagebaus Hambach gelegen. Vor dem Hintergrund der langen Befüllzeit des zukünftigen Sees von voraussichtlich 40-60 Jahren und der diesbezüglichen bergrechtlichen Erfordernisse sind aktuell verbindliche regionalplanerische Festlegungen für diesen Bereich nicht möglich.</p> <p>Im Übrigen siehe Erläuterungen zur StnID 1005155.</p>

1005163, Stadt Elsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Erweiterung Siedlungsfläche Giesendorf</p> <p>Der durch die Stadt Elsdorf erarbeitete Masterplan Zukunftsterrassen Elsdorf zeigt in verschiedenen zeitlichen Phasen die Siedlungsentwicklung in Richtung des zukünftig entstehenden Sees. Auch der Stadtteil Giesendorf soll in diesem Zusammenhang eine zukunftsgerichtete Siedlungsentwicklung erfahren [s. Anhang Abb. StnID 1005163]. Dadurch, dass die angedachten ASB im derzeitigen Sicherheitsstreifen des Tagebau Hambach verortet sind, ist eine bauliche Umsetzung voraussichtlich erst in den nächsten Jahrzehnten - nach Entlassung der Flächen aus der Bergaufsicht - möglich. Vor diesem Hintergrund ist die Festlegung der Gebiete im Kontext des Strukturwandels in jedem Fall sinnvoll und notwendig. Eine zusätzliche Anrechnung auf die bereits ermittelten Bedarfe soll und darf an dieser Stelle nicht stattfinden. Vielmehr ist die Bezirksregierung Köln dazu aufgefordert, eine Vorhaltung dieser Flächen für strukturwirksame Vorhaben zu gewährleisten und angestrebte Planungen durch entsprechende Zweckbestimmungen zu berücksichtigen.</p> <p>KERNAUSSAGE: FESTLEGUNG ZUSÄTZLICHER ASB IM SICHERHEITSSTREIFEN OHNE ANRECHNUNG AUF BEREITS ERMITTELTE SIEDLUNGSBEDARFE; ZUWEISUNG EINER NEU DEFINIERTEN ZWECKBESTIMMUNG ERFORDERLICH</p> <p>Anhänge Abb_ID_1005163_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der betroffene Bereich ist während des Planungszeitraums des Regionalplan Köln 2043 innerhalb des bergrechtlichen Sicherheitsbereiches des Tagebaus Hambach gelegen. Vor dem Hintergrund der langen Befüllzeit des zukünftigen Sees von voraussichtlich 40-60 Jahren und der diesbezüglichen bergrechtlichen Erfordernisse sind aktuell verbindliche regionalplanerische Festlegungen für diesen Bereich nicht möglich.</p> <p>Die Einführung eines neuen Planzeichens und der damit verbundenen Erwartung von rechtlichen Sonderregelungen im Sinne einer "Sonderplanung" oder "Sonderplanungszone" obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Elsdorf verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Sonderbedarfe für die Festlegung von ASB im Rheinischen Revier sind nicht vorgesehen. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005164, Stadt Elsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsentwicklung :vista nova</p> <p>Perspektivisch angedacht ist zudem eine Siedlungsentwicklung auf der für diesen Zweck entstehenden Aufschüttung vor dem Kernort Elsdorf, der :vista nova [s. Anhang Abb. StnID 1005164]. Diese wird in einigen Jahrzehnten nicht nur wichtigster städtebaulicher Ankerpunkt der Stadt Elsdorf sein, sondern auch ein bedeutender touristischer Hotspot für die gesamte Region. Bis zur vollständigen Seebefüllung ist ein Aufenthalt mit Übernachtung auf der neu aufgeschütteten Fläche jedoch möglicherweise untersagt, sodass bis zu diesem Zeitpunkt lediglich ?temporäre? Nutzungen realisierbar sein werden. Welche Nutzungen dies explizit beinhaltet, gilt es zu klären. In jedem Fall soll der Regionalplan mittelfristig als auch langfristig Nutzungsmöglichkeiten auf der Hafeninsel vorbehalten und realisierbar machen. Ebenso ist eine Abstimmung und Synchronisierung der beiden Planwerke (Braunkohlen- und Regionalplan) zur Festlegung der aufgezeigten Planungen zwingend erforderlich. Einer Festlegung des zukünftig entstehenden Gebietes als ASB blickt die Stadt Elsdorf positiv entgegen.</p> <p>KERNAUSSAGE: ERMÖGLICHUNG TEMPORÄRER NUTZUNGEN AUF DEN FLÄCHEN DER :VISTA NOVA; ZUWEISUNG EINER NEU DEFINIERTEN ZWECKBESTIMMUNG ERFORDERLICH</p> <p>Anhänge Abb_ID_1005164_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der betroffene Bereich ist während des Planungszeitraums des Regionalplan Köln 2043 innerhalb des bergrechtlichen Sicherheitsbereiches des Tagebaus Hambach gelegen. Vor dem Hintergrund der langen Befüllzeit des zukünftigen Sees von voraussichtlich 40-60 Jahren und der diesbezüglichen bergrechtlichen Erfordernisse sind aktuell verbindliche regionalplanerische Festlegungen für diesen Bereich nicht möglich.</p> <p>Zwischennutzungen in Bereichen, die noch der Braunkohleplanung unterliegen, werden im Regionalplan nicht festgelegt, da sie i.d.R. temporär sind und den bergrechtlichen und sonstigen Sicherheitserfordernissen der Braunkohleplanung und Abbauplanung unterliegen.</p> <p>Im Übrigen ist kein klares Nutzungsprofil angegeben.</p>

Inhalt

Allgemeine Siedlungsentwicklung

Zunächst wird begrüßt, dass der vorliegende Regionalplanentwurf die beabsichtige, städtische Siedlungsflächenentwicklung darstellt, die Möglichkeit einer perspektivischen Entwicklung in Richtung des zukünftigen Sees eröffnet und im Tagebaurandbereich entsprechend den landes- und regionalplanerischen Vorgaben Entwicklungsperspektiven durch die Festlegung von ASB sowie in Teilbereichen auch GIB ermöglicht.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Darstellung der beabsichtigten, städtischen Siedlungsflächenentwicklung im Regionalplanentwurf wird begrüßt.

Inhalt**Erweiterung Erft-Center**

Am südöstlichen Ortsrand im Stadtteil Elsdorf ist die Erweiterung des bestehenden Nahversorgungszentrums geplant. Wie in dem von der Stadt Elsdorf im November 2021 aufgestellten Einzelhandelskonzept dargestellt, soll sich das am Stadtrand des Hauptortes Elsdorf gelegene Erft- Center langfristig in Richtung des naheliegenden Stadtteiles Giesendorf entwickeln und als zentraler Versorgungsbereich nicht nur die vorhandenen Versorgungsdefizite ausgleichen, sondern als Basis für die Entwicklung des Quartiers gelten und neue, vielfältige Wohn- und Arbeitsraumangebote in attraktiver Lage schaffen. Der entsprechende Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan für das insgesamt 12 ha große Entwicklungsgebiet wurde am 05.10.2021 durch den Rat der Stadt Elsdorf beschlossen. Der vorliegende Regionalplanentwurf legt das Plangebiet als ASB fest, berücksichtigt jedoch nicht die angedachte Entwicklungsfläche von 12 ha in Gänze [s. Anhang Abb. StnID 1005166]. Es wird davon ausgegangen, dass seitens der Bezirksregierung eine Erweiterung des ASB in Richtung Süden durch die regionalplanerische Unschärfe abgedeckt ist und der Regionalplan den angestrebten Planungen nicht entgegensteht.

KERNAUSSAGE: ANPASSUNG DER ZEICHNERISCHEN FESTLEGUNGEN;
ERWEITERUNG DER DARGESTELLTEN ASB IN RICHTUNG SÜDEN

Anhänge

[Abb_ID_1005166_1.pdf](#)

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen*. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Stadt Elsdorf verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen

Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionaler Bedarf zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1005172, Stadt Elsdorf

Inhalt

Niederembt ? südöstliche Erweiterung

Derzeitig weist der Stadtteil Elsdorf- Niederembt eine Bevölkerungsanzahl von 1.375 Einwohnerinnen und Einwohnern auf (Stand 30.06.2022), demzufolge ist diese Siedlungsfläche im Regionalplanentwurf nicht als ASB festgelegt [s. Anhang Abb. StnID 1005172]. Der Stadtteil ist zurzeit dadurch geprägt, dass die Kapazität der bestehenden Kita in Niederembt und zugleich dem Nachbarstadtteil Oberembt ausgeschöpft ist. Um der aktuellen und zukünftigen Nachfrage gerecht zu werden, ist ein bedarfsgerechter Neubau einer Kindertagesstätte im Niederembt zwingend erforderlich. Daher plant die Stadt Elsdorf zurzeit eine Erweiterung der Siedlungsfläche nach Südosten um ca. 2,5 ha. Auf dieser zusätzlichen Fläche soll der Kitaneubau umgesetzt werden. Die Arrondierung dient dazu, weiteren Wohnraum sowie die Integration der geplanten Kita in Niederembt zu realisieren. Perspektivisch gesehen, ist eine weitere Ausweitung dieser Siedlungsfläche auf insgesamt 8,5 ha beabsichtigt, sodass insgesamt neuer Wohnraum für ca. 600 Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden soll. Für diese Entwicklungsperspektive ist es notwendig, dass der Regionalplan an dieser Stelle entsprechend angepasst wird, da aktuell die angedachte Fläche als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich festgelegt ist und somit der Planung entgegensteht. Daher würde die Stadt Elsdorf der Festlegung eines ASB über die gesamte, bestehende Siedlungsfläche des Stadtteiles Niederembt sowie die notwendige Festlegung eines zusätzlichen ASB im Südosten von Niederembt positiv entgegenblicken [s. Anhang Abb. StnID 1005172].

KERNAUSSAGE: ANPASSUNG DER ZEICHNERISCHEN FESTLEGUNGEN; FESTLEGUNG DES STADTTEILS NIEDEREMBT ALS ASB SOWIE DIE FESTLEGUNG EINES ZUSÄTZLICHEN ASB IM SÜDOSTEN

Anhänge

[Abb_ID_1005172_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2.000 Einwohnern als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) festzulegen. Eine Weiterentwicklung solcher Ortsteile zu ASB ist unter den Voraussetzungen des Ziels 2-3 LEP NRW möglich. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine vorhandene Ortslage im regionalplanerischen Freiraum (bauleitplanerisch verfestigt), welche die landesplanerischen Vorgaben gemäß Ziel 2-3 LEP NRW zur Festlegung als Siedlungsraum erfüllt. Eine Festlegung als ASB ist daher sachgerecht. Eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur innerhalb der Kommune wird gewahrt. Die Begründung zum Regionalplanentwurf wird entsprechend fortgeschrieben.

In Bezug auf die Festlegung eines ASB im Südosten gilt: Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen*. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die Elsdorf verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+ Wohn-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1005175, Stadt Elsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Bereiche für gewerbliche und industrielle Entwicklungen</p> <p>Mit dem Abschlussbericht der Kommission <i>Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung</i> vom 26.01.2019 ist eine neue Dynamik in die Frage nach verfügbaren Gewerbeflächen eingekehrt. Der hier angestrebte Ausstieg aus der Braunkohlenenergiegewinnung bedingt die Notwendigkeit, zeitnah Angebote zur Kompensation des Beschäftigungsausfalls bereitzustellen. Die Festlegung von GIB zur Ansiedlung neuer innovativer Unternehmen in zukunftsfähigen Branchen führt zu einer steigenden Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen und wirkt damit einer der zentralen Herausforderung im Strukturwandel entgegen. Zudem machen die planerischen Vorgaben der Landes- und Regionalplanung eine interkommunal abgestimmte Version der zukünftig angestrebten gewerblichen Flächenentwicklungen unumgänglich. Vor diesem Hintergrund haben die Kommunen des Rhein-Erft-Kreises bereits im Jahr 2011 einen Abstimmungs- und Planungsprozess initiiert, der im Jahr 2017 abgeschlossen wurde und im Ergebnis in dem kreisweiten Gewerbeflächenentwicklungskonzept mündete. Auf dieser Grundlage wurden die GIB in den vorliegenden Regionalplanentwurf von Seiten der Stadt Elsdorf eingebracht. Im Hinblick auf den äußerst dynamischen Strukturwandelprozess weiterhin flexibel auf eine zunehmende Nachfrage an GIB reagieren zu können, benötigt die Stadt Elsdorf eine Auswahl an geeigneten Flächen. Zu großen Teilen wurden diese bereits in den aktuellen Regionalplanentwurf eingebracht.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Information zur Gewerbeflächenentwicklung vorgebracht.</p>

Inhalt**Interkommunales Gewerbegebiet Elsdorf-Kerpen Sindorf/West**

Im Zuge der bereits rechtskräftigen 34. Änderung des Regionalplans wurde ebenfalls die Bauleitplanung für das o.g. interkommunale Gewerbegebiet Elsdorf-Kerpen eingeleitet. Im Mai 2021 hat die Stadt Elsdorf zudem eine Anfrage nach Übereinstimmung mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung im Rahmen der 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Elsdorf gem. § 34 Landesplanungsgesetz gestellt, gegen die von Seiten der Bezirksregierung Köln grundsätzlich keine Bedenken erhoben wurden. Dennoch wird gefordert, die Flächengröße, die über die Flächengröße der Regionalplanänderung hinausgeht, gleichwertig an anderer Stelle auf dem Stadtgebiet zurückzunehmen. Die Rücknahme dieser gewerblichen Flächenpotentiale würde die angestrebte Stadtentwicklung nachträglich beeinträchtigen und das Ziel, eine heterogene Gewerbestruktur zur Gestaltung des Strukturwandels aufzubauen, konterkarieren. Dies insbesondere angesichts, dass der städtischen Wirtschaftsförderung bereits heute Anfragen international tätiger Unternehmen vorliegen, die die Flächengröße der Bauleitplanung zu einem Großteil beanspruchen würden. Demnach ist von einer entsprechenden Rücknahme abzusehen.

Vor diesem Hintergrund ist die Festlegung des GIB im Regionalplanentwurf auf die angedachte Flächengröße in jedem Fall anzupassen. Der vorliegende Regionalplanentwurf berücksichtigt, die von der Stadt Elsdorf im Rahmen des Beteiligungsprozesses eingereichten Flächengrößen, nicht hinreichend. Eine Überlagerung des Entwurfes, mit dem von der Stadt Elsdorf festgesetzten Planungsbereich, zeigt Abweichungen insbesondere im westlichen und nördlichen Bereich des interkommunalen Gewerbegebietes auf Elsdorfer Stadtgebiet [s. Anhang Abb. StnID 1005231]. Eine Anpassung der dargestellten Fläche im Regionalplanentwurf an den angedachten Geltungsbereich ist insbesondere in Bezug darauf vorzunehmen, dass gemeinsam mit der Stadt Kerpen bereits ein städtebaulicher Entwurf erstellt wurde, der das Plangebiet samt Parzellenaufteilung und Erschließungssystem aufzeigt. Eine Darstellung der, den Planungen zugrundeliegende Flächengröße, von insgesamt 62 ha (46 ha auf Elsdorfer und 16 ha auf Kerpener Stadtgebiet) ist somit ohne entsprechende Abzüge möglich.

- **KERNAUSSAGE:** ANPASSUNG DER ZEICHNERISCHEN FESTLEGUNGEN ENTSPRECHEND DES INTERKOMMUNALEN STRUKTURKONZEPTE DER STÄDTE ELSDORF UND KERPEN

Anhänge

[Abb_ID_1005231_1.pdf](#)

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die Textliche Festlegung Z.12 wird geändert (s. Änderungssynopse).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe*

umsetzen, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen*.

Elsdorf verfügt zwar nicht über kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*, jedoch erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine differenzierte Auswertung der vorliegenden teilregionalen Konzeptionen (hier: Industrie ? und Gewerbeflächenkonzept für den Rhein?Erft?Kreis). In Abstimmung mit der Stadt ergibt sich eine Reduzierung und damit veränderte Abgrenzung des in Rede stehenden GIBregional-Standortes sowie in der Folge eine Verlagerung von regionalen Gewerbeflächenbedarfen innerhalb der Kommune. Dies begründet die bedarfsgerechte Verortung an einen anderen Standort gemäß Ranking-Prozess in Elsdorf und ein Sicherungserfordernis für einen Bereich für regionale gewerbliche und industrielle Nutzungen (gemäß Z.12 *GIBregional sichern und umsetzen* und (Z. 5) *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen*). Die Flächengröße liegt oberhalb der Eingangsgröße für den Rankingprozess (> 10 ha) für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft).

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich sowie der bedarfsgerechten Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der geänderten Abgrenzung als GIBregional im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit.

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen gemäß § 34 LPlG bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

	Die Begründung wird entsprechend fortgeschrieben.
--	---

Inhalt**Autohof**

Das interkommunale Gewerbegebiet Elsdorf-Kerpen Sindorf/West wird als eines von drei bereits im Vorfeld der Rechtskraft des neuen Regionalplans festgelegten Gewerbegebiet eine dynamische Entwicklung vollziehen, Strukturumbrüche vermeiden und lokale sowie regionale Arbeitsplatzbedarfe auffangen. Vor dem Hintergrund der mit zunehmender Geschwindigkeit stattfindenden Transformation wird die Bedeutung des Rheinischen Reviers und insbesondere die Nachfrage nach unmittelbar verfügbaren Wirtschaftsflächen stetig wachsen und sich weit über die heute bekannten Bedarfe erstrecken. Die Bereitstellung ausreichend dimensionierter Flächen für die Entwicklung gewerblicher Nutzungen ist damit in jedem Falle erforderlich. Optimale Entwicklungs- und Ausweitungsmöglichkeiten bietet perspektivisch der in dem vorliegenden Entwurf dargestellte, südlich gelegene und direkt an das interkommunale Gewerbegebiet angrenzende GIB mit der Zweckbestimmung Autohof. Für eine möglichst flexible Flächengestaltung und perspektivische Erweiterung des Gewerbegebietes Elsdorf-Kerpen ist die hier festgelegte Zweckbestimmung Autohof (vgl. textl. Festlegungen S. 80), die ausschließlich die Errichtung eines Autohofs mit Bereitstellung zusätzlicher Stellplätze zulässt, nicht zweckmäßig. Auch im Hinblick auf die zunehmende Verlagerung des Fracht- und Güterverkehrs auf andere nachhaltige und emissionsparende Verkehrsträger ist die Zweckbestimmung Autohof überholt. Eine Aufhebung dieser Bestimmung würde die Stadt Elsdorf aus den dargestellten Gründen begrüßen.

- **KERNAUSSAGE:** AUFHEBUNG DER ZWECKBESTIMMUNG AUTOHOF

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).

Die Stadt Elsdorf verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Auch stehen keine (weiteren) Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung GIBtransformation sichern und umsetzen. Die zeichnerische Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ohne Zweckbindung ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005272, Stadt Elsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Erweiterung Gewerbegebiet Elsdorf Ost</p> <p>Die im Regionalplanentwurf dargestellte Gebietsabgrenzung des Gewerbegebietes Ost sollte sich unmittelbar bis zur K41 erstrecken [s. Anhang Abb. StnID 1005272]. Der Verzicht des Heranführens des GIB an die Kreisstraße würde einen Raum hervorbringen, der nur schwer für andere Nutzungen zugänglich ist.</p> <ul style="list-style-type: none"> • KERNAUSSAGE: ANPASSUNG DER ZEICHNERISCHEN FESTLEGUNGEN IN RICHTUNG NORDEN <p>Anhänge Abb_ID_1005272_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).</p> <p>Die Stadt Elsdorf verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Auch stehen keine (weiteren) Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung GIBtransformation sichern und umsetzen. Die Erweiterung der in Rede stehenden Fläche ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005278, Stadt Elsdorf

Inhalt

Gewerbefläche Gut Desdorf

Historisch ist die Fläche 1978 als Gebiet für flächenintensive Großvorhaben in den Landesentwicklungsplan aufgenommen und danach in den Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln übernommen worden. Der aktuelle Regionalplanentwurf zeigt auf, die in Rede stehende Fläche als Allgemeinen Freiraum und Agrarbereich festzulegen [s. Anhang Abb. StnID 1005278]. Dies wäre kontraproduktiv, insbesondere da die Fläche sich bereits im Flächennutzungsplan wiederfindet und im aktuell rechtsgültigen Regionalplan als Gewerbe- und Industriebereich festgelegt ist. Demnach ist die Fläche aus planungstechnischer Sicht prädestiniert, für eine zeitnahe Gewerbeflächenentwicklung vorgehalten zu werden. Demzufolge hat der Rat der Stadt Elsdorf am 03.05.22 einen Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 130 ?Gewerbeflächenentwicklung Elsdorf Nord? gefasst.

Besonders relevant und geeignet ist diese Fläche für die Verortung des strukturwandelbedingten Bedarfes nach revierweit bedeutenden Ansiedlungen. Ein konkreter Bedarf besteht z.B. für die Ansiedlung von Großrechenzentren (Hyperscalern). Dies wird durch die aktuelle Studie im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen zu den Potentialen für Hyperscale-Rechenzentren, Datendrehkreuze und Digitalparks im rheinischen Revier, bestätigt. Demnach hat ?das Rheinische Revier [?] das vollumfängliche Potenzial, um die drei Dateninfrastruktur-Komponenten zu etablieren?. Entsprechende Ansiedlungsanfragen liegen auch der Stadt Elsdorf bereits vor. Aufgrund der hohen Nachfragesituation in diesem verkehrstechnisch sehr günstig gelegenen Raum, in hervorragender Makrolage, ist es absehbar, dass weitere Unternehmen ihr Ansiedlungsinteresse kundtun werden. Demnach dient das Vorhalten der Flächen dazu, auch zukünftige Nachfragen bedienen zu können. Folglich ist dieser Bereich als Fläche für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier gemäß § 38 a LPIG festzulegen.

- **KERNAUSSAGE:** FESTLEGUNG DER EHEM. LEP VI Fläche ALS FLÄCHE FÜR DIE TRANSFORMATION DER INDUSTRIE IM RHEINISCHEN REVIER GEMÄSS § 38 A LPLG

Anhänge

[Abb_ID_1005278_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage wird der Bereich als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

Aufgrund der Festlegung als GIBtransformation wird ein Teilbereich, der bisher als GIBflex festgelegt war, zurückgenommen. Für die Stadt Elsdorf besteht daher noch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (GIBflex). Diese wurden an anderer Stelle verortet (s. Änderungskarten).

1005311, Stadt Elsdorf

Inhalt

Freiraum

Die Stadt Elsdorf plant eine vielfältige, sich an die wandelnden räumlichen Rahmenbedingungen sukzessiv anpassende freiraumtechnische wie städtebauliche Entwicklung direkt an der Tagebaukante. Entsprechende Planungen mit einem hohen Konkretisierungsgrad liegen, wie bereits in Kapitel 1 aufgeführt, im umfänglichem Maße vor. Neben dem Masterplan Zukunftsterrassen Elsdorf, berücksichtigen weitere Konzepte wie das Freiraum- und Tourismuskonzept als auch das Mobilitätskonzept der Stadt Elsdorf eine nachhaltige Freiraumentwicklung in besonderem Maße. Um den anstehenden und teilweise bereits laufenden Entwicklungen genügend Raum bereitzustellen, ist die Freihaltung dieser Flächen auch im zukünftigen Regionalplan zwingend erforderlich [s. Anhang Abb. StnID 1005311_1]. Eine Ausweisung des Tagebau-Randbereiches zum *Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung* schränkt die Nutzungsmöglichkeiten nicht nur ein, sondern widerspricht auch dem in den textlichen Festlegungen erläuterten Grundsatz der städtebaulichen Entwicklung ?Hin zum See? (vgl. Regionalplanentwurf 2021, textl. Festlegungen S. 55). Um eine Siedlungs- und Gewerbeentwicklung unmittelbar an der Tagebaukante realisieren zu können, braucht es insbesondere vor dem Hintergrund des überaus langen Planungshorizontes ausreichend Flexibilität in der Planung.

Wie Abbildung 2 zeigt [s. Anhang Abb. StnID 1005311_2], berücksichtigt der Masterplan die unterschiedlichen zeitlichen Entwicklungsphasen am Tagebaurand. Insbesondere in dem Zeitraum der Seebefüllung (ab 2030) wird eine touristische Inwertsetzung und Erlebbarmachung dieses vielfältig beispielbaren Raumes stattfinden. Angedacht sind u.a. Maßnahmen, die Besucherinnen und Besuchern einen Aufenthalt mit Übernachtung ermöglichen. Ferienhauseanlagen und ein Campingplatz sollen im Bereich der :porta sophia mittelfristig verortet werden. Eine Möglichkeit zur Umsetzung dieser überwiegend temporären touristischen Vorhaben begrüßt die Stadt Elsdorf.

- **KERNAUSSAGE:** RÜCKNAHME AUS DEM REGIONALPLAN DES BEREICHES ZUM SCHUTZ DER LANDSCHAFT UND LANDSCHAFTSORIENTIERTEN ERHOLUNG

Anhänge

[Abb_ID_1005311_1.pdf](#)

[Abb_ID_1005311_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der betroffene Bereich ist während des Planungszeitraums des Regionalplan Köln 2043 innerhalb des bergrechtlichen Sicherheitsbereiches des Tagebaus Hambach gelegen. Vor dem Hintergrund der langen Befüllzeit des zukünftigen Sees von voraussichtlich 40-60 Jahren und der diesbezüglichen bergrechtlichen Erfordernisse sind aktuell verbindliche regionalplanerische Festlegungen für diesen Bereich nicht möglich. Zwischennutzungen im Bereichen, die noch der Braunkohleplanung unterliegen, werden im Regionalplan nicht festgelegt, da sie i.d.R. temporär sind und den bergrechtlichen und sonstigen Sicherheitserfordernissen der Braunkohleplanung und Abbauplanung unterliegen.

Auf das Kapitel "Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum" im Regionalplan als Rahmensetzung für eine touristische Nutzung wird an dieser Stelle verwiesen.

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabend-erholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigen.

1005315, Stadt Elsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Mobilität</p> <p>Die Stadt Elsdorf hat sich die Entwicklung eines attraktiven, kommunalen Mobilitätsangebots für alle Bevölkerungsgruppen durch die regionale Anbindung für Pendlerinnen und Pendler sowie für touristische Besucherinnen und Besucher am zukünftigen See als Ziel gesetzt. Eine wichtige verkehrliche Verbindung mit viel Potenzial sieht die Stadt Elsdorf in der ehemalige Bahntrasse Düren-Neuss, als zentrale Achse und Verbindung zwischen Elsdorf und der Stadt Bedburg. Zudem verläuft die Trasse in Nord-Süd-Richtung zentral durch das Stadtgebiet Elsdorfs. Aufgrund der direkten, geradlinigen Führung der Trasse bis nach Bedburg sollte die Achse für Mobilitätszwecke zwingend erhalten bleiben. Die Anbindung nach Bedburg über den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ist aktuell mangelhaft, eine Reaktivierung für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) wird jedoch aus verschiedenen Aspekten (u. a. Bebauungsgrenzen sowie Wirtschaftlichkeit: Instandsetzungskosten entsprechen voraussichtlich denen eines Neubaus) kritisch bewertet. Ziel ist es daher die Achse für andere, neuere und innovative Mobilitätsformen zu öffnen. Die Entfernung zwischen der Köln-Aachener Str. und dem Bahnhof Bedburg beträgt rund 6,5 Kilometer. Diese Distanz ist optimal für Fahrradwege, zumal keine großen Höhenunterschiede existieren. Innerhalb von Elsdorf bietet sich die geplante ?Grüne Achse? insbesondere für den Fußverkehr an. Der vorliegende Regionalplanentwurf setzt die ehemalige Trasse jedoch als Schienenweg für den überregionalen und regionalen Verkehr fest [s. Anhang Abb. StnID 1005315]. Dies widerspricht den Plänen der Stadt Elsdorf die Strecke als multifunktionalen ?grünen? Fahrrad- und Fußweg auszubauen.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1005315_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung des Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Entsprechend den textlichen Festlegungen (vgl. Z.29 Bestehendes Schienennetz erhalten) sind Zwischennutzungen möglich, sofern sie den Erhalt der Trasse nicht gefährden. Dies schließt Zwischennutzungen, die der Nahmobilität oder touristischen Zwecken dienen, oder auch trassengebundene Formen des ÖPNV explizit mit ein.</p>

1005316, Stadt Elsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Mobilität</p> <p>Die Stadt Elsdorf sieht einen erheblichen Mehrwert für eine Schienenanbindung in der Verlängerung der S-Bahn-Trasse (S12) von Köln über Bergheim bis nach Elsdorf und perspektivisch gesehen bis zum zukünftig entstehenden See. Bis etwa 1960 existierte auch zwischen Elsdorf, Brockendorf (Grouven) und Zieverich eine (meterspurige) Bahnstrecke, die jedoch längst entwidmet und aus dem Raum verschwunden ist. Die Strecke Elsdorf ? Bergheim-Zieverich wäre somit ein Neubau einer Schienenstrecke auf der Grundlage des Eisenbahnrechts (insb. AEG, EBO). Zudem wird langfristig auch der Freizeit- und Tourismusverkehr zum zukünftigen See eine bedeutende regionale Rolle spielen; eine Erschließung durch den SPNV würde hier einen bedeutenden Standortfaktor darstellen [s. Anhang Abb. StnID 1005316]. Die Übernahme dieses potentiellen Schienenweges für den 18 überregionalen und regionalen Verkehr in den Regionalplan würde die Stadt Elsdorf demnach begrüßen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • KERNAUSSAGE: SCHAFFUNG VON VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE REALISIERUNG EINER SCHIENENANBINDUNG DURCH DIE VERLÄNGERUNG DER S-BAHN-TRASSE (S12) <p>Anhänge Abb_ID_1005316_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Maßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

1005332, Stadt Elsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Erläuterungskarte I2:</p> <p>Darstellung Radweg mit erhöhten Ausbaubedarf wird nicht als solcher in den zeichnerischen Festlegungen auf Elsdorfer Stadtgebiet aufgeführt [s. Anhang Abb. StnID 1005332], derzeitige Darstellung als Schienenweg für den überregionalen und regionalen Verkehr</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID_1005332_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung des Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Entsprechend den textlichen Festlegungen (vgl. Z.29 Bestehendes Schienennetz erhalten) sind Zwischennutzungen möglich, sofern sie den Erhalt der Trasse nicht gefährden. Dies schließt Zwischennutzungen, die der Nahmobilität oder touristischen Zwecken dienen, oder auch trassengebundene Formen des ÖPNV explizit mit ein.</p>

1005343, Stadt Elsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Erläuterungskarte I3:</p> <p>Darstellung von nur einer Mobilstation, jedoch fünf weitere in Planung (s. Planung S.U.N.- Mobilstationen)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I3 wird künftig entfallen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1003063.</p>

1005346, Stadt Elsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Alle Erläuterungskarten:</p> <p>Darstellung der Stadtteile Oberembt und Niederembt als Siedlungsräume</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen.</p> <p>Der Darstellung der Siedlungsstruktur in den Erläuterungskarten liegt der regionalplanerisch festgelegte Siedlungsraum zugrunde. Die Erläuterungskarten werden in Hinblick auf die Festlegung von Niederembt als ASB aktualisiert (s. Stn ID 1005172).</p>

AZ: BET_179000_1

Stadt Erftstadt

1004642, Stadt Erftstadt

Inhalt

Die Stadt begrüßt die Neuaufstellung des Regionalplanes Köln sowie den vorliegenden Planentwurf. Es wird jedoch angeregt, den Planentwurf hinsichtlich einer Siedlungserweiterung im Stadtteil Dirmerzheim, der Aufnahme zweier RegionPlus Flächen in den Stadtteilen Liblar und Bliesheim sowie der Darstellung einer Verkehrsachse und eines GIBregional (?Erweiterung GIB Knapsacker Hügel?) erneut zu prüfen. Weiterhin bedarf es seitens der Stadt Erftstadt einer redaktionellen Anpassung. Die Verödung der Flächen ist dem beigefügtem Übersichtsplan zu entnehmen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden die folgenden Anregungen zusammengefasst.

1004643, Stadt Erftstadt	
<p>Inhalt</p> <p><u>Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)</u></p> <p><u>RegionPlus Liblar West</u></p> <p>Im Rahmen des informellen Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplanes hat die Stadt Erftstadt eine Fläche von ca. 15 ha am westlichen Siedlungsrand der Ortslage Liblar als RegionPlus Fläche gemeldet, welche sogar mit einer Fläche von 23 ha in das Plankonzept zum Regionalplan (2020) aufgenommen wurde (s. Übersichtsplan Fläche 1) [s. Anhang Abb. StnID 1004643]. Im nun veröffentlichten Planentwurf wurde die Fläche Liblar West aufgrund der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 und der Lage im Überschwemmungsbereich ?HQextrem? aus dem Planentwurf zurückgenommen. Wie jedoch im Rahmen des informellen Verfahrens (s. Konzept der Stadt Erftstadt zur Regionalplanüberarbeitung 2019; V77/2019) beschrieben, stellt eine Siedlungserweiterung an dieser Stelle eine städtebaulich sinnvolle Abrundung des Siedlungsschwerpunktes Liblar dar und dient zudem der Stärkung des angrenzenden Einkaufszentrums. Der von Extremhochwasser betroffene Bereich könnte durch Hochwasserschutzmaßnahmen in Abstimmung mit dem Erftverband und der Unteren Wasserbehörde und einem entsprechenden Verfahren gelöst werden. Im Auftrag der Stadt Erftstadt werden gegenwärtig ein städtisches Hochwasserkonzept und Starkregengutachten erarbeitet, die vorgenannte Maßnahmen definieren. Die Stadt Erftstadt hält daher trotz der Lage im HQextrem an der Darstellung und somit Erweiterung am westlichen Siedlungsrand von Liblar fest und schlägt vor, zunächst die Ergebnisse der Konzepte und Gutachten abzuwarten. Es wird angeregt, die Fläche vor dem Hintergrund der gutachterlichen Verfahren zur Prüfung des Hochwasserschutzes trotzdem im Ranking zur Verteilung der RegionPlus Flächen zu berücksichtigen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004643.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände entgegen. Das Gebiet liegt zum überwiegenden Teil in einem vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiet.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004644, Stadt Erftstadt

Inhalt

RegionPlus Bliesheim Nordost

Angesichts der ungewissen Sachlage bzgl. der RegionPlus Fläche in Liblar wird angeregt, als alternative zur bevorzugten Siedlungserweiterung in Liblar West, die Darstellung einer RegionPlus Fläche am nordöstlichen Siedlungsrand der Ortslage Bliesheim zu prüfen (s. Übersichtsplan Fläche 2) [s. Anhang Abb. StnID 1004644_1]. Die Siedlungserweiterung an dieser Stelle stellt ebenso wie in Liblar West eine städtebaulich sinnvolle Abrundung des Stadtteils Bliesheim dar und dient zudem aufgrund der Nähe zu Liblar der Deckung des künftigen Wohnraumbedarfs insbesondere in Hinblick auf die Ansiedlung der Campuslandschaft Erftstadt. Ein entsprechender Steckbrief zur Prüfung der Eignung der Fläche ist diesem Schreiben beigelegt [s. Anhang Abb. StnID 1004644_2].

Anhänge

[Abb_ID1004644.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Stadt Erftstadt verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen

Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

Die Abgrenzung des ASB erfolgt unter Berücksichtigung des Waldbereichs bzw. des faktisch vorhandenen Waldes.

1004649, Stadt Erftstadt

Inhalt

ASB Erweiterung Dirmerzheim

Die Stadt Erftstadt beabsichtigt, im Anschluss an die bereits aufgenommene ASB Erweiterung am nordwestlichen Siedlungsrand der Ortslage Dirmerzheim die Ansiedlung eines Nahversorgers sowie die Herstellung der Erschließung der neuen Reserveflächen (s. Übersichtsplan Fläche 3) [s. Anhang Abb. StnID 1004649_1]. Vor diesem Hintergrund wird angeregt, im Zuge eines Flächentausches die ASB Erweiterung an dieser Stelle um ca. 2 ha nach Norden zu vergrößern. Als Tauschfläche soll der westliche Teilbereich der ASB Reservefläche südlich des Einkaufszentrums in Liblar zurückgenommen werden (s. Übersichtsplan Fläche 4) [s. Anhang Abb. StnID 1004649_2]. Dieser Teilbereich der Reservefläche in Liblar wurde beim Hochwasserereignis im Juli 2021 überflutet und liegt im Bereich der ?Überschwemmungsgrenze HQextrem?. Zudem eignet sich die Fläche angesichts umwelt- und denkmalschutzrechtlichen Restriktionen nicht unbedingt für eine Bebauung. Durch eine Rücknahme der ASB Reserve in Liblar und zusätzliche Erweiterung in Dirmerzheim erfahren beide Stadtteile eine städtebaulich sinnvolle Arrondierung.

Anhänge

[Abb_ID1004649_1.pdf](#)

[Abb_ID1004649_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert auch ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht sowie der vorliegenden Restriktionen besteht für die Fläche in Liblar somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* ? verfügt die Stadt Erftstadt in der Folge noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung der Fläche in Dirmerzheim als ASB.

Der ASB wird von einem Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) überlagert. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. In den fachgesetzlichen Verfahren ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt.

1004660, Stadt Erftstadt	
<p>Inhalt</p> <p><u>Gewerbe- und Industriebereiche (GIB)</u></p> <p><u>Erweiterung VZEK</u></p> <p>In Hinblick auf die aktuelle Planung zur Erweiterung des Verwertungszentrum Rhein-Erft-Kreis (VZEK) wird angeregt, die nunmehr im Zuge des Bauleitplanverfahrens geänderte Lage der Erweiterung in den Planentwurf zu übernehmen (s. Übersichtsplan Fläche 5) [s. Anhang Abb. StnID 1004660]. Die neue Darstellung ist mit dem Dezernat 32 abgestimmt.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004660.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB mit der Zweckbestimmung Abfallbehandlungsanlage und Verwertungszentrum im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.</p>

1004661, Stadt Erftstadt	
<p>Inhalt</p> <p><u>Erweiterung GIB Knapsacker Hügel (Barbarahof)</u></p> <p>Der interkommunale Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich (GIB) ?Erweiterung GIB Knapsacker Hügel? (Barbarahof), der im Rahmen des informellen Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans als RegionPlus Gewerbe gemeldet und für den am 10.03.2020 ein Antrag auf Änderung des wirksamen Regionalplanes Köln bei der Bezirksregierung eingereicht wurde, wurde nicht in den Regionalplanentwurf übernommen (s. Übersichtsplan Fläche 6) [s. Anhang Abb. StnID 1004661_1]. Die Stadt Erftstadt hält jedoch weiterhin an der Darstellung eines GIB sowie dem eingereichten Antrag auf Änderung des wirksamen Regionalplans fest und regt an, die Fläche als GIBregional in den Regionalplan zu übernehmen. Eine separate, ausführliche Anregung zur Aufnahme der Fläche ist dieser Stellungnahme beigelegt [s. Anhang Abb. StnID 1004661_2].</p> <p>Anhänge Abb_ID1004661.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1001415).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1001415.</p>

1004664, Stadt Erftstadt	
<p>Inhalt</p> <p><u>Darstellung der Verkehrsinfrastruktur</u></p> <p><u>Ortsumfahrung Köttingen/Kierdorf (L163n)</u></p> <p>Der Regionalplanentwurf stellt die mit Ratsbeschluss vom 19.07.2011 (V268/2011) abgelehnte, noch nicht linienbestimmte, westliche Ortsumfahrung Köttingen/Kierdorf (L163n) dar, die Bestandteil des wirksamen Landesstraßenbedarfsplans ist [s. Anhang Abb. StnID 1004664]. Die Verwaltung regt an, die Darstellung der Bedarfsplanmaßnahme vor dem Hintergrund vorliegender Gutachten zur Ortsumfahrung und gültigen Beschlusslage aus dem Regionalplanentwurf herauszunehmen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004664.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1004669, Stadt Erftstadt	
<p>Inhalt</p> <p><u>Darstellung der Verkehrsinfrastruktur</u></p> <p><u>Westtangente Lechenich</u></p> <p>Nachdem bereits in der Vergangenheit erste planungsrechtliche Voraussetzungen geschaffen worden sind, wurde im Auftrag der Stadt Erftstadt eine Machbarkeitsstudie für eine westliche Umgehungsstraße für die Ortsteile Lechenich, Konradsheim, Dirmerzheim und Gymnich erarbeitet und den politischen Gremien vorgestellt (V 685/2021). Anlass der Ortsumgehung ist zum einen die Schaffung einer leistungsfähigen, verträglichen Umleitungsstrecke für den Autobahnabschnitt der BAB1/61 zwischen Dreieck Erfttal und Anschlussstelle Gymnich. Das Erfordernis wurde während der Hochwasserereignisse 2021 und der anschließenden monatelangen Sperrung der Bundesautobahnen bestätigt. Zum anderen besäße eine Ortsumfahrung den nachgewiesenen Effekt einer grundsätzlichen Entlastung der (jenseits der Hochwasserereignisse bereits stark beanspruchten) Ortsdurchfahrten und würde die neuen Siedlungsgebiete an das Bestandsstraßennetz anschließen. Es wird nunmehr angestrebt, die Aufnahme der Westumfahrung Lechenich in den Landesstraßenbedarfsplan zu beantragen. Vor diesem Hintergrund wird im Zuge der Neuaufrstellung des Regionalplans angeregt, den Trassenverlauf in die Planzeichnung aufzunehmen. Vor dem Hintergrund der Anregung, die Ortsumfahrung Köttingen/Kierdorf (L163n) aus dem Regionalplan herauszunehmen, handelt es sich bei der Westumfahrung um keine Neuaufrnahme, sondern einen Ersatz der bislang für das Stadtgebiet Erftstadt dargestellten Bedarfsplanmaßnahme. Der Stellungnahme sind die Planzeichnung und die Machbarkeitsstudie beigelegt [s. Anhang Abb. StnID 1004669_1] [s. Anhang Abb. StnID 1004669_2].</p> <p>Anhänge Abb_ID1004669.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Dies ist bei der vorgebrachten Planung nicht der Fall.</p>

1004672, Stadt Erftstadt	
<p>Inhalt</p> <p><u>Darstellung eines Freiraumbereichs für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie</u></p> <p>Um den Anteil regenerativer Energien im Erftstädter Stadtgebiet zu erhöhen, hat der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauordnung der Stadt Erftstadt mit Beschluss von 03.09.2020 der Schaffung der planungsrechtlichen Grundlagen zur Errichtung einer Freiflächensolaranlage entlang der A1 süd-östlich von Niederberg zugestimmt (V375 /2020). Gemäß des Ziels 10.2-5 LEP NRW sowie des Ziels 39 im vorliegenden Regionalplanentwurf sind raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha zeichnerisch im Regionalplan festzulegen. Vor diesem Hintergrund wird angeregt, die Fläche als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie entsprechend des beigefügten Anlageplans in den Regionalplan aufzunehmen und somit den Standort planerisch zu sichern [s. Anhang Abb. StnID 1004672].</p> <p>Anhänge Abb_ID1004672.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen zeichnerischen und textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.</p>

Inhalt**Darstellung der Deponie Erweiterung Erftstadt-Erp**

Die Stadt Erftstadt regt an, die zeichnerische Darstellung der Erweiterung der Deponie in Erftstadt-Erp im Regionalplan zu ergänzen. Auch in Anbetracht der beabsichtigten Ausweisung eines erweiterten Trinkwasserschutzgebietes hält die Stadt Erftstadt an Ihrem Wunsch fest, die Nachnutzung des Bereiches für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB)-Standortes nördlich von Erftstadt-Erp als Deponie und die Erweiterung um einen zweiten Deponieabschnitt in die Darstellungen des Regionalplanes zu übernehmen [s. Anhang Abb. StnID 1004673] . Dies geschieht vor dem Hintergrund der Ergebnisse des vom Plangeber geforderten und der Stadt Erftstadt vorliegenden Gutachten:

Nr 1: *?Gutachten über eine Bestandsaufnahme der geologisch-hydrogeologischwasserwirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Erp und Dirmerzheim als Grundlage für die geplante Erweiterung der Deponie der Rhiem & Sohn Kies und Sand GmbH & Co. KG in Erftstadt-Erp?* vom Büro Heitfeld-Schetelig GmbH vom Februar 2019 und

Nr. 2: *?Deponie Erftstadt-Erp Erweiterungspläne - Risikoanalyse in Bezug auf die mögliche Ausweitung des Einzugsgebietes des Wasserwerkes Dirmerzheim?* vom Geotechnischem Büro Prof. Dr.-Ing.H. Düllmann GmbH vom Oktober 2019 sowie

Nr. 3; *?Erkundung von im Bereich der geplanten Deponiestandorte DKO und DK1 vorhandenen Auffüllungen?* vom Büro Tillmans & Partner

Laut den vorliegenden Gutachten bleibt festzustellen, dass das theoretische Risiko eines Sickerwasseraustritts im Bereich der Deponie Erftstadt-Erp aus gutachterlicher Sicht im Rahmen des laufenden UND des geplanten weiteren Deponiebetriebes (maximal bis 2059) durch die gemäß Deponieverordnung vorgesehenen Überwachungs- und Vorsorgemaßnahmen bei Errichtung und Betrieb sowie nach Stilllegung der Deponie durch die gesetzlich vorgeschriebenen Monitoringmaßnahmen beherrscht werden kann. Insofern lassen die Gutachten von den Büros Heitfeld-Schetelig und Düllmann zumindest eine Darstellung der Südosterweiterung der bestehenden Deponie zu. Für die im Gutachten Heitfeld-Schetelig abgegrenzte Zeitscheibe 2012-2040 sind keine Auswirkungen auf die Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim zu befürchten, da das Grundwasser tief ansteht und ein erheblicher Schaden durch den Betrieb einer DK I-Deponie aufgrund der Vorsorgemaßnahmen ausgeschlossen werden kann. Voraussichtlich ab 2030 (mit der angekündigten Beendigung der Braunkohlegewinnung und folgenden Beendigung der Sumpfungsmaßnahmen) wird der Grundwasserstand im Bereich des Einzugsgebietes

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1010679).

Dirmerzheim langsam ansteigen und es wird ein Wasserdruck von unten nach oben entstehen. Dies sorgt dafür, dass Wasser aus den oberen Stockwerken unerheblich bis gar nicht in die tiefer gelegenen Grundwasserschichten, aus denen das Trinkwasser entnommen wird, eindringen kann. Ob und inwieweit die Erhöhung des Trinkwasserförder Volumens im Brunnen Dirmerzheim (max. jährliche Fördermenge bis zu 38 Mio. m³/a bis 2050 geplant) gegenläufige Auswirkungen auf den zu erwartenden Anstieg des Grundwasseraufkommens (durch Beendigung der Sümpfungsmaßnahmen) erzielt, kann aus meiner Sicht und Kenntnisstand nicht beurteilt werden - allerdings wäre damit im Umkehrschluss auch ein (gefährdender) Grundwasseranstieg gedrosselt.

Anhänge

[Abb_ID1004673.pdf](#)

1004681, Stadt Erftstadt

Inhalt

Die Stadt Erftstadt regt zudem an, unter Kap. 4.7.2 der textlichen Festsetzungen eine Ausnahmeregelung aufzunehmen, durch die die Darstellung einer Deponie der generalisierten Darstellung ?erweiterter Trinkwassereinzugsbereich? nicht widerspricht, sofern im Rahmen von Verfahren und Genehmigungen auf den nächsten Planungsebenen eine tatsächliche Gefährdung des Grundwassers ausgeschlossen werden kann. Grundsätzlich wird der im Regionalplanentwurf geplante erhöhte Schutz des Grundwasserbrunnens Dirmerzheim zur Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser seitens der Stadt Erftstadt als notwendig anerkannt. Ob und inwieweit die Darstellung eines erweiterten Einzugsbereiches zur Trinkwassergewinnung in ihrer jetzt dargestellten Dimension zielführend ist, kann nach derzeitiger Kenntnislage fachlich nicht nachvollzogen werden. Ein genereller Ausschluss von Deponiebereichen in Trinkwassereinzugsgebieten, wie es die Grundsätze G46 und G47 nebst Erläuterungen des Regionalplanentwurfes nahelegen, wird -zumindest für den in Rede stehenden Bereich - nicht gesehen. Aufgrund der vorliegenden Gutachten scheint es fraglich, dass der gemäß den Grundsätzen G46 und G47 für einen Ausschluss maßgebliche Tatbestand gegeben ist und sich alleine daraus eine Genehmigungsfähigkeit ergibt. Grundsätzlich sollte seitens des Plangebers geprüft werden, ob die gewählten Formulierungen und Erläuterungen der Grundsätze G46 und G47 überhaupt noch die erforderliche, ergebnisoffene Prüfung und Abwägung aller Belange auf den nachgeordneten Planungsebenen zulassen. Außerdem ist zu bedenken, dass die Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim ab Mitte dieses Jahrhunderts als die einzige Wassergewinnungsanlage vorgesehen ist, welche künftig die öffentliche Trinkwasserversorgung in der Region der Erftscholle langfristig sichern soll. Andere, nördlich gelegene Brunnenanlagen werden nach Angaben der Bezirksregierung und des Erftverbandes mit einer durch die Beendigung des Tagebaus bedingten, erhöhten Sulfatbelastung nicht mehr für die Trinkwasserversorgung zur Verfügung stehen können. Vor diesem Hintergrund möchte die Stadt Erftstadt kritisch anmerken, ob die Zielsetzung einer solchen Monostruktur - auch hinsichtlich von möglichen Katastrophen (wie das Flutgeschehen in der Region vom 14./15. Juli 2021, als die Brunnenanlage und deren technische Infrastruktur zu versagen drohte) - als eine sichere und allein tragende zukunftsfähige Option hinsichtlich der Daseinsvorsorge ?Trinkwasser? für die Bevölkerung in der Region gelten kann.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird in Teilen gefolgt und die Grundsätze 46 und 47 werden angepasst. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.

1004682, Stadt Erftstadt	
<p>Inhalt</p> <p><u>Redaktionelle Anpassung</u></p> <p>Im Regionalplanentwurf wurde ein Teilstück der ASB Erweiterung für den Campuslandschaft Erftstadt (westlich der K45) nicht dargestellt (s. Übersichtsplan Fläche 7) [s. Anhang Abb. StnID 1004682]. Nach Rücksprache mit dem Dezernat 32 handelt es sich hierbei um einen Darstellungsfehler. Die Stadt Erftstadt regt daher an, die Darstellung an dieser Stelle entsprechend zu korrigieren.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004682.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

AZ: BET_180000_1

Stadt Frechen

1003655, Stadt Frechen

Inhalt

Grundsätzlich begrüße ich, dass mit dem aktuellen Planentwurf erstmals ein räumlicher Gesamtplan für den Regierungsbezirk aufgestellt wird. Hierdurch kann die die Neuaufstellung des Regionalplans stark überlagernde Diskussion über und zum Klimawandel zu einer wichtigen gesamtheitlichen Weichenstellung für die zukünftige Entwicklung unserer Region beitragen. Dies hat jedoch ebenfalls eine elementare Bedeutung für das Rheinische Revier und somit auch für die Stadt Frechen dahingehend, den dazu nötigen Ausstieg aus der Braunkohle mit seinen entsprechenden Auswirkungen im Rahmen des bereits laufenden und noch lang andauernden Strukturwandels abzufedern und zu managen. Die Stadt Frechen grenzt zwar nicht unmittelbar an die laufenden Tagebaue im Rheinischen Revier an, hält jedoch Infrastrukturen auch für den laufenden Tagebaubetrieb vor. Der Ausstieg aus der Braunkohle wirkt sich in Frechen somit bereits im Jahr 2022 konkret aus. Die Brikettierung von Braunkohle auf dem Frechener Wachtberg der RWE Power AG (RWE) wird Ende 2022 stillgelegt, sodass die Stadt Frechen auch erstbetroffen vom Strukturwandel ist. Es werden rund 500 Arbeitsplätze direkt am Standort verloren gehen. RWE geht in Zulieferbetrieben auch von zusätzlich rund 1.000 Arbeitsplätzen aus, welche mittelbar betroffen sind. Somit hat der Strukturwandel bereits jetzt konkrete Auswirkungen auf die gewerbliche Situation in Frechen. Perspektivisch wird die Diskussion über die Nachnutzung des vorläufig noch verbleibenden Kraftwerksstandorts am Wachtberg sowie der Technische Tagebauhauptwerkstatt in Frechen-Grefrath ebenfalls zu führen sein. Der beschleunigte Ausstieg aus der Braunkohle bereits bis 2030 ist klimapolitisch sicherlich richtig, um einen maßvollen Beitrag zur Reduktion der Treibhausgase zu leisten, sofern die in Deutschland benötigte Energie künftig mit deutlich weniger Treibhausemissionen erzeugt und für Deutschland verfügbar (Voraussetzung: u.a. Speichertechnologie!) gemacht werden kann. Die mehrfachen Starkregenereignisse und Trockenperioden in der letzten Zeit zeigen sicherlich eindrucksvoll den enormen Handlungsdruck. Nichtsdestotrotz sind auch die wirtschaftlichen Auswirkungen bei einem beschleunigten Kohleausstieg nicht zu ignorieren und wenn aus gesamtgesellschaftlichen Gründen dieser wirtschaftliche Strukturwandel erforderlich wird, müssen die betroffenen Kommunen auch entsprechend unterstützt werden, mit den konkreten Auswirkungen umgehen zu können. Ein Strukturbruch mit langfristigen Arbeitsplatzverlusten und wirtschaftlichen Einbußen in den kommunalen Haushalten muss hier unbedingt vermieden werden! Dies gilt umso mehr, da der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sich bereits jetzt zusätzlich auf die wirtschaftliche Situation der Betriebe und die Gesamtgesellschaft auswirkt. Dies vorausgeschickt sehe ich vor allem die Berücksichtigung von

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung insbesondere vor dem Hintergrund des Strukturwandels im Rheinischen Revier vorgebracht.

zusätzlichen Flächen für Gewerbe und Industrieflächen für die **Erweiterungsfläche Wachtberg II** sowie die Sicherung von **gewerblicher Nutzung im Bereich der Quarzwerke einschließlich der Rücknahme/ Reduzierung eines BSN und eines Regionalen Grünzuges sowie des Trinkwasserschutzes in den Grundsätzen 46 und 47** als wichtigste neue Festlegungen im Regionalplan an. Für die weitere Entwicklung der Schullandschaft in Frechen und hiermit einhergehend ist die geplanten Errichtung eines zusätzlichen Schulstandorts im Bereich der **Lindenstraße gegenüber des Gymnasiums** ebenfalls wichtig und soll entsprechend als neue Festlegung übernommen werden.

Inhalt

Begründung des weiteren Flächenbedarfs in Frechen

Sie haben sich in ihrer Grundlagenermittlung auch mit den rechnerisch notwendigen Flächenbedarfen und -potenzialen der Kommunen befasst. Das wesentliche Ergebnis für die Stadt Frechen ist auf den Seiten 56 und 58 der Begründung zum Regionalplan hinterlegt (s.a. Abbildung 1) [s. Anhang Abb. 1003656] . Im Ergebnis sehen Sie in Frechen für Wohn- und Mischnutzung ein Flächendefizit von rund **28 Hektar** und im gewerblichen Bereich ein Defizit von rund **15 Hektar**. Die Stadt Frechen kann somit die benötigten Bedarfe nicht nachweisen. Festzuhalten ist, dass diese Bedarfsberechnung vor dem beschleunigten Ausstieg aus der Braunkohle durchgeführt worden ist und sich somit Veränderungen bei den Potenzialen wie auch bei den Bedarfen ergeben werden. Weiterhin ist anzumerken, dass die Bedarfsberechnungen auf dem sog. Siedlungsflächenmonitoring zu Reserveflächen aus dem Jahr 2017 stammen. Entsprechende Fachbeiträge und -gutachten sind ebenfalls mehrere Jahre alt und stellen somit aus städtischer Sicht nicht mehr den aktuellen Bedarf dar, der in den letzten Jahren vermutlich noch weiter gestiegen sein dürfte.

Daher fällt dieser rechnerische Bedarf meiner Beurteilung nach somit niedriger aus, als der tatsächliche Bedarf. Durch die Lage der Stadt Frechen im ersten Siedlungsring um Köln gibt es zusätzlich zu den Erfordernissen des Strukturwandels eine erhebliche Nachfrage an Flächen für Wohnen und Gewerbe, die offenbar im Kölner Stadtgebiet selbst nicht abgedeckt werden kann. Zudem existieren für die Realisierung von Siedlungsflächen tatsächliche Hemmnisse, welche in einer Flächenermittlung nicht ausreichend berücksichtigt werden können, wie baurechtliche als auch verstärkt eigentumsrechtliche Fragestellungen. Daher sind die ermittelten Potenziale auch im Frechener Stadtgebiet tatsächlich nicht kurzfristig umsetzbar, sodass die Diskrepanz zwischen Bedarf und Potenzial noch größer sein dürfte. Nicht zuletzt steigt auch der Druck auf die Siedlungsfläche vor dem Hintergrund des beschleunigten Ausstieges aus der Braunkohle bis 2030, da die wegfallenden Arbeitsplätze auf den brachfallenden Standorten zu kompensieren sind. Die Altstandorte, wie Kraftwerke oder auch die Brikettierung auf dem Frechener Wachtberg, bedürfen eine lange Zeit zur Transformation in neue Gewerbestandorte, da die rechtlichen Prozesse (Entlassung aus dem Bergrecht und deren Folgen für die Kommunen, nötige Bauleitplanung, Denkmalschutz etc.) einen großen Vorlauf benötigen. Zudem sind erhebliche Investitionen zur Nachnutzung (z.B. Altlasten, Umbau- und Abbrucharbeiten) zu tätigen, welche wirtschaftlich zu stemmen sind. Daher ist hier ein erheblicher zusätzlicher Bedarf festzustellen, der kurzfristig gerade wegen der länger dauernden Revitalisierung der bergbaulichen Altstandorte auch als Kompensation für die dort längerfristig entfallenden und nicht zur Verfügung stehenden Flächen entsteht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen

Anhänge

[Abb_ID1003656.pdf](#)

wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

Inhalt

1. Erweiterung des bestehenden GIB ‚Wachtberg I‘ um den Bereich ‚Wachtberg II (Industriepark Frechen)‘

Vor dem Hintergrund der Erstbetroffenheit durch den Strukturwandel sowie der direkten Anschlussmöglichkeit an die Nachnutzung des Wachtbergs (Wachtberg I) besteht die Notwendigkeit, die Erweiterung des bestehenden GIB ‚Wachtberg I‘ um den Bereich ‚Wachtberg II‘ (s.a. Abb. 2) [s. Anhang Abb. 1003657] im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans weiter zu verfolgen. Aus Frechener Sicht gibt es keine - auch keine umweltrelevanten - Kriterien, welche eine Erweiterung hinsichtlich einer gewerblich-industriellen Entwicklung ausschließen. Der Rhein-Erft-Kreis und die kreisangehörigen Kommunen haben im Vorfeld der Regionalplan-Neuaufstellung das ‚Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für den Rhein-Erft-Kreis‘ erarbeitet und den Schlussbericht 2018 als Fachbeitrag (regionales Gewerbeflächenentwicklungskonzept/ GEK) zum Regionalplanverfahren eingereicht. Auf dieser Grundlage habe ich u.a. eine Fläche in Frechen, zwischen dem Kraftwerk mit der Kohleveredlung (ehern. Brikettfabrik Wachtberg) und der L 496, in einer Größe von damals rd. 39 ha als GIB für den endogenen Bedarf der Stadt Frechen als regionalplanerische Festlegung vorgeschlagen. Parallel hierzu wurde eine technische Machbarkeitsstudie erarbeitet, die die Machbarkeit der Auf- und Erschließung des Bereiches untersucht hat. Im Ergebnis ist festzustellen, dass hinsichtlich Geländeverhältnisse/ Topographie (West-Ost-Gefälle max. 6 %), Baugrund/ Schadstoffbelastung, Grundwasserstand und Entwässerung die Entwicklung des Bereiches grundsätzlich machbar ist. Hinsichtlich der Umweltbelange stand auf Grundlage der ersten Untersuchungsergebnisse zum Umweltbericht im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes zur Betroffenheit der Belange der Umwelt, von Natur- und Landschaft fest, dass weitergehende intensive Untersuchungen erforderlich sein würden.

Auf Grund der vorhandenen äußeren Erschließung mit direkter Anbindung an das regionale und überregionale Verkehrsnetz (L496, L 103, BAB A1 und A61) ist eine Betroffenheit von Wohnsiedlungsbereichen weitestgehend nicht gegeben. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die vorhandenen Schienenanbindungen der heutigen Werksbahn (Nord-Süd-Bahn) der RWE AG mit Anschlüssen an das öffentliche Netz im Bereich des gesamten Rheinischen Reviers zu nutzen. Die Flächen befinden sich im Eigentum eines Eigentümers und stehen auf Grund bisheriger Gespräche für eine Entwicklung durch die Stadt Frechen selbst zur Verfügung. Der Eigentümer hat der Stadt Frechen bereits seine Verkaufsbereitschaft signalisiert. Auf Grundlage der regional abgestimmten regionalen und endogenen Bedarfe und deren räumlicher Verortung im kreisweiten GEK wurde seitens der Stadt Frechen das Büro Dr. Jansen, Köln, mit der Erarbeitung des kommunalen GEKs beauftragt. Dieses dient

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verfügt die Stadt Frechen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der in Rede stehende Bereich ist im 1. Planentwurf als Wald festgelegt. Gemäß Zielfestlegung *Waldbereiche erhalten und entwickeln* können ausnahmsweise Waldbereiche in Anspruch genommen werden, wenn sichergestellt wird, dass für die in Anspruch genommenen Waldflächen neue Waldflächen in mindestens gleichem Flächenumfang geschaffen werden und die Funktionen des jeweils betroffenen Waldbereichs insgesamt erhalten bleiben.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIB. Gleichzeitig wird in unmittelbarer Nähe ein neuer Waldbereich im gleichen Umfang festgelegt, sodass der Ausnahme des Ziels *Waldbereiche erhalten und entwickeln* entsprochen ist.

insbesondere sowohl als Grundlage für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans als auch zur Positionierung der Stadt Frechen im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans. Hierbei wurden die kommunal-spezifischen, endogenen Bedarfe an Wirtschaftsflächen quantitativ und qualitativ ermittelt und entsprechende Standortprofile entwickelt. So u.a. für den Bereich Frechen-Wachtberg (GEK: Kap. 7.7, S. 30 I Industriepark Frechen): Der Gesamtbereich Frechen-Wachtberg (Industriepark Frechen) wird auf Grund des sich bereits abzeichnenden Ausstiegs aus der Braunkohle (Strukturwandel) und unter Berücksichtigung der bereits genannten Standortvorteile im GEK Frechen räumlich differenziert dargestellt: Der Teilbereich ‚Wachtberg I‘ (Kraftwerk und Kohleveredlung) wird im Rahmen des Strukturwandels der Standortkategorie ‚C‘ zugeordnet, u.a.:

- ▶ Chemische Erzeugnisse
- ▶ Industrieller Maschinen- und Anlagenbau
- ▶ Industrielle Produktion von Stückgütern
- ▶ Industrielle Massenproduktion

Eine von RWE im September 2021 erstellte Studie zur Nachnutzung des Teilbereichs ‚Wachtberg I‘ kommt ebenso zu dem Schluss, dass der Standort grundsätzlich große Potenziale für eine gewerblich-industrielle Nachnutzung beinhaltet. In Ergänzung zur Entwicklung des RWE-Standorts ‚Wachtberg I‘ und als die einzige im Stadtgebiet noch für eine weitere industrielle Entwicklung geeignete Fläche soll südöstlich angrenzend, also in Erweiterung eines bereits regionalplanerisch vorhandenen Siedlungsbereichs (GIB) in den regionalplanerischen Freiraum (Regionaler Grünzug) hinein, der Teilbereich ‚Wachtberg II‘ vorgesehen werden. Dieser Teilbereich ist der Standortkategorie B/ C zugeordnet, u.a.:

- ▶ **Chemische Erzeugnisse**
- ▶ **Industrieller Maschinen- und Anlagenbau**
- ▶ **Industrielle Produktion von Stückgütern**
- ▶ **Industrielle Massenproduktion**
- ▶ **Energie- und Umwelttechnik**
- ▶ **Kreislaufwirtschaft, Recyclingtechnologien**

Im Rahmen des vorlaufenden informellen Planungsprozesses haben wir auch zu einem GIB ‚Wachtberg II‘ mehrfach Abstimmungsgespräche geführt. Hierzu ist festzustellen, dass es Ihrerseits zwar keine endgültige Zusage gab, die angemeldete Fläche mit einer

Größe von rd. 39 ha vollständig in den Vorentwurf des Regionalplans zu übernehmen, aber auch keine ausgesprochene Ablehnung der Fläche mit kleinerer Dimensionierung. Die teilweise Erweiterung des GIB ‚Wachtberg I‘ wurde jedoch von Ihnen in der ersten Analysekarte (Vorstufe zum Plankonzept) in einer Größe von rd. 10 ha aufgenommen. Mein Vorschlag einer Flächenvergrößerung auf rd. 15 ha entsprechend dem von Ihnen prognostizierten Bedarf sollte entsprechend Ihrem Hinweis in das weitere Verfahren einfließen. Anschließend wurde der beantragte GIB ‚Wachtberg II‘ mit der kleineren Fläche weder im Plankonzept März 2020 noch im jetzt vorliegenden Planentwurf berücksichtigt (auch nicht in der Begründung). In der im Mai 2020 sich anschließenden Telefonkonferenz wurde dann zwischen uns abgestimmt, dass die Stadt eine Alternativenprüfung zu möglichen GI-Standorten entsprechend LEP NRW Ziel 7.3-1 und LEP NRW Grundsatz 7.3-3 unter Berücksichtigung des sich noch darstellenden endogenen Flächenbedarfs von rd. 15 ha durchführt. Auch gemäß Ziel 22 des Regionalplanentwurfs, ‚dürfen Waldbereiche [ausnahmsweise] in Anspruch genommen werden, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen Waldbereichs bestehen und die Inanspruchnahme auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird‘. Die Stadt hat deshalb eine gesamtstädtische Standortuntersuchung durchgeführt, bei der unter Berücksichtigung von städtebaulichen Ausschlusskriterien, Umweltbewertung und planerischen Belangen (gesamtstädtische Planung, Verkehr/ Infrastruktur und sonstige Restriktionen) insgesamt neun Standorte verglichen wurden. Die Gesamtuntersuchung ist in der **Anlage 1** dargestellt. Im Ergebnis weist die Vorhabenfläche Wachtberg II im Gesamtquerschnitt aller Belange die beste Eignung für eine planerische Entwicklung auf. Hier ist insbesondere nochmals auf die bereits gegebene sehr gute äußere Anbindung des Bereiches an das regionale und überregionale Straßennetz und die mögliche Schienenanbindung hinzuweisen. Somit wurde im Rahmen der Bedarfsprognose und der Alternativenprüfung nachgewiesen, dass die Flächengröße von 15 ha unter Berücksichtigung der städtebaulichen Ziele und relevanten Standortfaktoren an einer anderen Stelle im Frechener Stadtgebiet mit geringeren Eingriffsfolgen nicht realisiert werden kann. Eine Entwicklung der Fläche ‚Wachtberg II‘ stellt somit die einzige Möglichkeit dar, den industriell-gewerblichen Bedarf in Frechen noch abzudecken. Der geplante GIB ‚Wachtberg II‘ wurde dann im Rahmen einer umweltfachlichen Standortuntersuchung (**Anlage 2**) durch das Büro Smeets Landschaftsarchitekten, Erfstadt, sowie im Rahmen einer artenschutzrechtlichen Prüfung (Stufe 1, **Anlage 3**) durch das Kölner Büro für Faunistik bewertet. Im Ergebnis ist hier festzustellen:

Umweltfachliche Standortuntersuchung

Auch mit Blick auf die Gesamtbewertung aller umweltplanerischen Belange geht die geplante Inanspruchnahme zwar absehbar mit erheblichen Umweltauswirkungen einher (als maßgeblicher Belang sind hier der Verlust der Lebensraumfunktion für Tiere und Pflanzen bzw. den Biotopverbund und der klimatischen Freiraumfunktion sowie die Anforderlichkeit des naturschutz- bzw. forstrechtlichen Ausgleichs hervorzuheben), in der Gesamtbewertung aller Umweltbelange im Frechener Stadtgebiet ergeben sich

jedoch absehbar keine entwickelbaren Alternativstandorte, die mit geringeren Umweltrestriktionen belegt sind. Daher sollte das Ziel der planerischen Entwicklung vorrangig über eine **räumliche Optimierung des Flächenzuschnitts** erfolgen, um somit die beeinträchtigten Umweltfunktionen zu minimieren. Unter der Berücksichtigung naturräumlicher Funktionen (z. B. Durchlüftung und Biotopvernetzung) und siedlungsbezogener Schutzabstände wird folgende Abgrenzung der Vorhabenfläche mit einer Größe von ca. 15 ha gem. Abb. 3 empfohlen: [s. Anhang Abb. 1003657]

Artenschutzrechtliche Prüfung (Stufe I)

Mit der vorliegenden Artenschutzprüfung sollte bewertet werden, ob im Falle eines Eingriffs auf den Flächen Betroffenheiten von Arten, die unter die Schutzbestimmungen des § 44 BNatSchG fallen, denkbar sind. In die Bewertung einbezogen werden Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung oder zum Ausgleich von artenschutzrechtlichen Konflikten, sofern diese schon absehbar sind. Ziel der artenschutzrechtlichen Bewertung ist der Beleg der grundsätzlichen Umsetzbarkeit der intendierten Planung. Die Prüfung kommt zu folgendem Ergebnis: Unter Beachtung der im Gutachten beschriebenen und möglicherweise noch zu ergänzenden Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen, die auf Basis der Ergebnisse noch durchzuführender Bestandsaufnahmen (Avifauna, Haselmaus) festzulegen sind, ist die Festlegung der GIBErweiterung im Regionalplan und im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans zur Erweiterung des Industrie- und Gewerbegebiets Wachtberg II durch die Stadt Frechen als artenschutzrechtlich zulässig einzustufen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Anhänge

[Abb_ID1003657.pdf](#)

Inhalt

2. Die Stadt Frechen sieht die Erforderlichkeit, aus den nachfolgenden Gründen einen zusätzlichen GIBZ ‚Weiterverarbeitung und Veredelung Quarzsande und andere Industriemineralien‘ (s.a. Abb. 4) [s. Anhang Abb. 1003659] im Regionalplan festzulegen.

Im Rahmen der Neuaufstellung des gesamtstädtischen Flächennutzungsplans haben die Quarzwerke beantragt, die Hauptverwaltung und die heutigen Werksanlagen als gewerbliche Bauflächen darzustellen, um die Weiterverarbeitung und Veredelung von Quarzsanden und anderen Industriemineralien auch außerhalb der engen Vorgaben des Bergrechts am bestehenden Unternehmensstandort zu ermöglichen. Aktuell gibt es nur Nutzungen im Außenbereich unter der Regie des Bundesberggesetzes (BBergG). Im Hinblick auf bereits vor Ort ablaufende Prozesse, die noch unter dem BBergG zulässig sind, aber auch unter den Aspekten des Strukturwandels und der Lieferketten technologisch für Frechen und die Region zukunftsorientiert erhalten werden sollten, hat die Stadt hier Unterstützung zugesagt.

Die Darstellung im Flächennutzungsplan setzt jedoch eine entsprechende Abstimmung mit der Regionalplanung und deren Zustimmung voraus. Die Festlegung eines GIB war deshalb bereits Gegenstand der Abstimmung zwischen der Stadt und den Quarzwerken einerseits und der Regionalplanung andererseits. Bisher konnte jedoch keine Zustimmung und somit Festlegung im Regionalplan erreicht werden.

Zur Begründung im Einzelnen:

A. Ausweisung der Werksflächen/ Tagesanlagen als GIB (Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich)

Die Bereiche, auf denen die heutigen Tagesanlagen stehen, sollten als GIB (Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich), ggf. mit besonderer Zweckbestimmung, ausgewiesen werden. Der Werksbereich ist von einer industrietypischen Bebauung mit verschiedenen Werksanlagen, Mühlen, dem Zentrallabor der Quarzwerke-Gruppe, einem BHKW-Kraftwerk, Lagerhallen sowie Parkplätzen geprägt und verfügt über die für Industrienutzungen notwendige Infrastruktur. Neben der Aufbereitung der vor Ort gewonnenen Quarzsandrohstoffe werden in den Anlagen, insbesondere in der sog. HPF (High Performance Filler) auch andere Mineralien mit besonders innovativen Techniken wie etwa einer Luftstrahlmühle behandelt. Eine solche Produktion ist unter Bergrecht nur zulässig, sofern der Schwerpunkt der betrieblichen Tätigkeit bei der Aufbereitung (Mahlen, Waschen und Klassieren) von Bodenschätzen liegt. Verlagert sich der Schwerpunkt einer Anlage hin zu einer Aufbereitung von standortfremden Rohstoffen oder zu einer sonstigen Verarbeitung von Bodenschätzen (sog. Weiterverarbeitung), besteht die Gefahr, dass Genehmigungsbehörden diese

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als Siedlungsraum im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Gemäß LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen. Eine siedlungsräumliche Anbindung erfolgt über den südlich angrenzenden Siedlungsraum.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Produktion als nicht mehr von den bergrechtlichen Genehmigungen erfasst ansehen. Die Ausweisung als GIB - mit Zweckbestimmung - soll dazu dienen, den Standort mit seinen Arbeitsplätzen zu sichern und auch in Zukunft eine zuverlässige Versorgung der Kunden der Quarzwerke GmbH mit den eigenen Produkten aufrecht erhalten zu können. Durch die Lage im Außenbereich können grundsätzlich nur Nutzungen unter dem Geltungsbereich des BBergG ausgeübt werden. Es ist aber von großer Wichtigkeit, auch Anlagen außerhalb des BBergG am Standort zu genehmigen:

- Die Anlagen am Standort Frechen, insbesondere in der HPF, ermöglichen hoch spezialisierte Produktionsprozesse, die laufend nach den Anforderungen der Kunden angepasst und erweitert werden. Unter dem Bergrecht sind grundsätzlich jedoch nur eingeschränkte Produktionsschritte (Aufbereitung) möglich. Um zukünftig auch Weiterverarbeitungen der Produkte in größerem Umfang oder in neuen Anlagen zu ermöglichen, ist die Festlegung als GIB im Regionalplan erforderlich. Anderenfalls müsste für diese Weiterverarbeitungsschritte eigens eine Anlage in einem Industriegebiet errichtet werden. Dies ginge mit hohen zusätzlichen Investitionskosten u.a. für Grundstücke und Infrastruktur sowie zusätzlichen Betriebskosten (Transport, Unterhaltung eines weiteren Standorts, Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte etc.) einher. Solche zusätzlichen Kosten haben in der Vergangenheit bereits dazu geführt, dass Projekte nicht wirtschaftlich waren und im Ergebnis nicht umgesetzt wurden.
- Um den Standort und damit auch die Lieferketten (Quarzsand ist mit seiner Bedeutung für die Glas- und Gießereiindustrie insbesondere für die Automobilindustrie relevant) für die Zukunft zu sichern, ist eine Ausweisung als GIB geboten.
- Die Errichtung von weitergehenden außerhalb des Bergrechts stehenden Produktionsanlagen im Werksbereich ist örtlich gut verträglich, da der Werksbereich eindeutig ein industrielles Gepräge aufweist, sich die Anlagen daher unproblematisch einfügen würden und sich angesichts der bereits bestehenden Nutzung keine weitergehenden nachteiligen Auswirkungen für Umwelt und Anwohner ergäben.
- Die Einbindung weiterer Produktionsschritte vor Ort würde eine Vielzahl zusätzlicher Transportfahrten entbehrlich machen und eine beträchtliche Ressourceneinsparung bedeuten. Das ist insbesondere in der gegenwärtigen geopolitischen Situation, in der die Energieversorgung unsicher ist, und zum Klimaschutz von großer Bedeutung.
- Zukünftig sollen Rohstoffe (noch mehr als in der Vergangenheit bereits praktiziert) durch die Aufarbeitung von Recyclingstoffen substituiert werden. Die hochreinen Quarzsande der Lagerstätte Frechen werden weit überwiegend in die Gießerei- und in die Glasindustrie geliefert. Die Produktionsvorgänge in diesen Industrien sind bereits durch eine hohe Recyclingquote gekennzeichnet, da der Einsatz von Glasscherben und die mehrfache Verwendung der Gießereisande in der Produktion Standard sind. Eine weitere Erhöhung der

ohnehin bereits sehr hohen Recyclingquoten setzt weitere Forschungen an innovativen Aufbereitungstechniken voraus, für die neue Anlagen gebaut werden müssten. Für den Bau von solchen Anlagen, die nicht unter das BBergG fallen, ist eine Ausweisung des Bereichs als GIB notwendig.

Der Festlegung des Werksbereichs (s.a. nachfolgende Abbildung 5) als GIBZ - mit Zweckbestimmung 'Weiterverarbeitung und Veredelung Quarzsande und anderen Industriemineralien' - stehen keine landesplanerischen Vorgaben entgegen. Denn der LEP NRW ermöglicht in Ziel 2-3 mit dem zweiten Spiegelstrich der Ausnahmetatbestände die Ausweisung von Bauflächen im Freiraum, wenn es sich um angemessene Erweiterungen oder Nachfolgenutzungen vorhandener Betriebsstandorte handelt. Vorliegend ist zusätzlich beachtlich, dass hier hochtechnologische Prozesse und entsprechend qualifizierte Arbeitsplätze gerade im Strukturwandelprozess erhalten und geschaffen werden können. Gleichzeitig kann hierdurch aktuellen internationalen Produktions- und Lieferkettenproblemen begegnet werden. CO₂ - Einsparungen würden sich durch Verkürzung der Transportwege im Rahmen der innerregionalen Produktion ergeben.

Vorliegend steht somit eine **Erweiterung des Nutzungsspektrums innerhalb des bestehenden Werksbereichs** [s. Anhang Abb. 1003659] in Rede, die auch die Errichtung und Inbetriebnahme solcher Anlagen ermöglicht, die nicht unmittelbar dem örtlichen Bergbaubetrieb dienen und damit nicht unter das BBergG fallen, aber in einem betrieblichen Zusammenhang mit der dort stattfindenden Gewinnung und Aufbereitung von Rohstoffen stehen. Es deshalb nicht darum, eine dauerhafte (allgemeine) gewerbliche Nachfolgenutzung vorzubereiten, sondern um die Möglichkeit, neben den unmittelbar dem Bergbaubetrieb dienenden Anlagen und Einrichtungen auch komplementäre industrielle Nutzungen ansiedeln zu können, die in einem betrieblichen Zusammenhang mit der bergbaulichen Nutzung stehen, aber nach den Vorgaben des BBergG nicht oder nicht ohne Weiteres zugelassen werden könnten.

Der Ausnahmetatbestand des landesplanerischen Ziels 2-3, zweiter Spiegelstrich im LEP NRW ist hier nicht deshalb ausgeschlossen, weil die vorhandenen bergbaulichen Tagesanlagen im Werksbereich überwiegend an eine bestehende Rohstoffgewinnung geknüpft sind. Denn die Gewinnung von Quarzsand am Standort Frechen wird noch über viele Jahrzehnte erfolgen, so dass von einer nur temporären Nutzung nicht gesprochen werden kann. Der geltende Rahmenbetriebsplan allein sieht eine Laufzeit bis in das Jahr 2061 vor, wobei die vor Ort verfügbare Lagerstätte damit noch nicht ausgeschöpft sein wird. Eine durch den genannten Ausnahmetatbestand ermöglichte angemessene Erweiterung vorhandener Betriebsstandorte liegt auch vor, wenn vorhandene Betriebe, die funktional an eine langfristige Rohstoffgewinnung geknüpft sind, um komplementär zu nutzende Industrieanlagen ergänzt/ erweitert werden sollen. Eine sachgerechte Begrenzung der zulässigen Nutzungen innerhalb des GIB kann durch die Aufnahme einer entsprechenden Zweckbestimmung sichergestellt werden. Eine andere Lesart des betreffenden Ausnahmetatbestandes zu Ziel 2-3 des LEP NRW

wäre nicht praxisgerecht und würde an Sinn und Zweck der landesplanerischen Festlegung vorbeigehen. Die Festlegung eines GIB - mit Zweckbestimmung - ist auch mit den landesplanerischen Vorgaben für neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen in Ziel 6.3-3 des LEP NRW vereinbar. Danach kann - abweichend von Plansatz 6.3-3 Satz 1 - eine im Freiraum liegende Brachfläche als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen festgelegt werden, wenn über eine ergänzende Zweckbindung bzw. ein ergänzendes textliches Ziel sichergestellt wird, dass nur eine Nachnutzung bereits versiegelter Flächen einschließlich vorhandener Infrastruktur erfolgt und eventuelle vorhandene naturschutzwürdige Teilflächen von der Nachnutzung ausgenommen werden und eine kurzwegige verkehrliche Anbindung gegeben ist. Diese Voraussetzungen sind auf dem Werksgelände der Quarzwerke gegeben. Wenn Plansatz 6.3-3 Satz 2 des LEP NRW unter den dort genannten Voraussetzungen im Freiraum gelegene "Brachflächen" als geeignete Standorte für neue GIB identifiziert, muss dies für bebaute und in Nutzung befindliche Betriebsflächen erst recht gelten, auf denen nicht eine "Nachnutzung", sondern eine Ausweitung des Nutzungsspektrums ermöglicht werden soll. Die Ausweitung des Nutzungsspektrums auf dem Werksgelände der Quarzwerke könnte durch die hier vorgeschlagene Zweckbestimmung des GIB definiert und damit begrenzt werden. Durch die Ausweisung soll sich weder das Verkehrsaufkommen, noch die standortspezifischen Emissionen, noch das Gepräge der Firsthöhen ändern. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Regionalplanung im Rheinischen Revier die Entwicklung der Wirtschaft und die sehr langfristige Umgestaltung und Beeinflussung des Raums durch Braunkohlegewinnung in großen Tagebauen besonders in den Blick nehmen soll (§ 38a LPlG). Die bevorstehende Schließung der Brikettfabrik sowie des Forschungsstandorts Sybilla der RWE Power AG in Frechen führt die Notwendigkeit einer regionalplanerischen Flächenvorsorge für die wirtschaftliche Entwicklung im Rheinischen Revier besonders deutlich vor Augen. Die Quarzwerke GmbH sind bereit, ihren Teil zum Strukturwandel beizutragen und innovative Arbeitsplätze am Standort Frechen zu sichern und zu schaffen, sind dafür aber auf die dies ermöglichenden planerischen Rahmenbedingungen angewiesen. Sollte bei Anwendung eines strengen Maßstabes davon ausgegangen werden, auch die o.g. Ausnahmetatbestände zu den Zielen 2-3 und 6.3-3 des LEP NRW stünden der Festlegung eines GIB - mit Zweckbestimmung - am Standort des Werksbereichs der Quarzwerke GmbH entgegen, wird im Rahmen der Regionalplanaufstellung die (vorsorgliche) Durchführung eines Zielabweichungsverfahrens vom LEP NRW (§ 16 Abs. 2 LPlG) für geboten gehalten und beantragt.

B. Ausweisung der Hauptverwaltung als GIB im Regionalplan

Zusätzlich sollte auch der **Bereich der Hauptverwaltung** als GIB - ggfs. mit Zweckbestimmung - im Regionalplan dargestellt werden (siehe hierzu nachfolgende Nutzungsbeschreibung). Die Hauptverwaltung der Quarzwerke GmbH beherbergt die Büroarbeitsplätze der Geschäftsführung sowie von zentralen Abteilungen des Quarzwerke Konzerns. Neben den Büros gibt es Besprechungsräume und eine Kantine

in dem Gebäude. Nord-nord-westlich des Gebäudes befinden sich auf drei Ebenen Parkplätze für Mitarbeiter und Besucher der Hauptverwaltung, die auch von der Öffentlichkeit bei der Anreise für Spaziergänge genutzt werden. Von der Hauptverwaltung führt ein kurzer Fußweg in westliche Richtung zu den Parkplätzen an der am Rande des Werkes gelegenen Forsthalle, die ebenfalls als Parkplätze von den Mitarbeitern der Hauptverwaltung genutzt werden.

C. GIBZ-Darstellung (zweckgebundener GIB)

Sie haben zuletzt für den Bereich der Hauptverwaltung auf die bauleitplanerische Möglichkeit hingewiesen, im Rahmen des Ziels 2-3 (Ausnahme 2. Spiegelstrich) ausnahmsweise die angemessene Erweiterung oder Nachfolgenutzung von vorhandenen Betriebsstandorten zu sichern. In der Auslegung des o.g. LEP Ziels 2-3 gilt ein Betriebsstandort grundsätzlich dann als vorhanden, wenn er über eine selbstständige und dauerhafte Zulassung verfügt. Unter den im Ziel genannten Voraussetzungen ist die Sicherung über eine Sonderbaufläche regionalplanerisch möglich. Quarzwerke und Verwaltung sehen dies jedoch auch für die Festlegung der Werksanlagen als möglich an, insbesondere unter den genannten Aspekten des Strukturwandels und der Lieferketten auch als zweckgebundener GIB.

Anhänge

[Abb_ID1003659.pdf](#)

Inhalt

4. Die Stadt sieht die Notwendigkeit, den im Tagebauvorfeld des zugelassenen Quarzsandabbaus vorgesehenen Bereich für den Schutz der Natur (BSN) aus dem Planentwurf zu streichen

Der Regionalplanentwurf legt nunmehr in einem Bereich des Buschbeller Waldes, der im Tagebauvorfeld des Quarzsandtagebaus Frechen liegt, ein BSN fest (s.a. Abb. 6) [s. Anhang Abb. 1003660]. Dieser BSN wurde aufgrund der Einstufung des Fachbeitrags des Landesamtes für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz NW (LANUV) als Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung (Verbundschwerpunkt Wald) eingefügt. In Ziel 19 sieht der Entwurf vor: [...] Die BSN sind für den Schutz und für die Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln und vor nachhaltigen Beeinträchtigungen, insbesondere auch ihrer Entwicklungspotentiale, zu bewahren. Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. [...] Der Quarzsandtagebau ist in diesem Bereich bestandskräftig über eine Planfeststellung genehmigt und dementsprechend als BSAB ausgewiesen. Die genehmigte bergbauliche Inanspruchnahme sieht vor, dass der Wald in diesem Bereich zunächst gerodet und nach der bergbaulichen Inanspruchnahme gemäß den Vorgaben des Planfeststellungsbeschlusses rekultiviert wird. Die Ausweisung als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) und die mit dieser Festlegung im Regionalplanentwurf einhergehenden Festsetzungen widersprechen dieser Genehmigungssituation und der Ausweisung als BSAB, weil das verfolgte Ziel der Sicherung dieser Waldbereiche wegen des vorrangigen und endabgewogenen Zieles der bergbaulichen Nutzung nicht erreicht werden kann.

Die Festlegung würde gegen das Abwägungsgebot verstoßen, da die bestandskräftigen bergbaulichen Genehmigungen für die Bodenschatzgewinnung nicht bei der Abwägung berücksichtigt wurden. Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind (vgl. OVG Münster, Urteil vom 03.05.2022 - 11 D 109/19. NE, BeckRS 2022, 12309 Rn. 112). Mit Blick auf den Konkretisierungsgrad der raumordnerischen Zielbestimmung des Bereichs als BSN, der textlichen Festlegungen in Plansatz Ziel 19 und den Umstand, dass mit diesen strikten Vorgaben eine raumordnungsrechtliche Letztentscheidung getroffen werden soll, hat dem eine umfassende Abwägung im Sinne der Ermittlung und Bewertung der davon berührten Belange mit der erforderlichen Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte vorauszugehen. Diesen Maßgaben wird der vorliegende Planentwurf nicht gerecht, denn er stützt sich einseitig auf die allein an naturschutzfachlichen Erkenntnissen orientierten Empfehlungen im Fachbeitrag des Naturschutzes, ohne die gegenläufigen öffentlichen und privaten Belange an der Rohstoffgewinnung im

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuauflistung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsf lächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Der in Rede stehende, bestandskräftig genehmigte Quarzsandtagebau Frechen ist im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe zeichnerisch als BSAB festgelegt und unterfällt damit dessen Regelungsregime.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)* sicherstellen gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen. Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

bestandskräftig zugelassenen Abbaufeld zu berücksichtigen und entsprechend dem ihnen zukommenden Gewicht in die Abwägung einzustellen. Denn dem überragenden Gewicht der Belange der Rohstoffsicherung an dieser Stelle wird erkennbar nicht entsprochen, wenn für das Abbaufeld ein BSN festgelegt wird, dem die Wirkung eines Vorranggebiets für den Naturschutz zukommt und der nach den textlichen Festlegungen dem Aufbau und der dauerhaften Sicherung des Biotopverbundes dient. Damit verfehlt der Planentwurf aber die Anforderungen, die an eine räumliche Gesamtplanung zu stellen sind. Er setzt sich in Widerspruch nicht nur bestandskräftigen bergrechtlichen Zulassung, sondern auch zu dem eigenen, in Aufstellung befindlichen Sachlichen Teilplan "Nichtenergetische Rohstoffe".

Anhänge

[Abb_ID1003660.pdf](#)

Inhalt

5. Die Stadt empfiehlt, den im Bereich des zugelassenen Quarzsandtagebaus vorgesehenen Regionalen Grünzug aus dem Planentwurf zu streichen.

Im Bereich des Quarzsandtagebaus wird zudem ein regionaler Grünzug neu festgelegt (s.a. vorherige Abb. 6) [s. StnID 1003660]. Diese Festlegung verletzt wie auch die Festlegung des BSN (siehe oben) [s. StnID 1003660] das Abwägungsgebot, da sie mit den bestandskräftigen Genehmigungen für die bergbauliche Nutzung nicht vereinbar ist. Ziel 18 des Regionalplanentwurfs sieht vor: [...] Planungen und Maßnahmen, die diese Funktionen der Regionalen Grünzüge beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. Wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen sind Regionale Grünzüge insbesondere vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen. [...] Die Festlegung würde gegen das Abwägungsgebot verstoßen, da die bestandskräftigen bergbaulichen Genehmigungen für die Bodenschatzgewinnung nicht bei der Abwägung berücksichtigt wurden. Auf die vorstehenden Ausführungen zum geplanten BSN, die gleichermaßen auch für den im Planentwurf vorgesehenen Regionalen Grünzug gelten, wird zur Vermeidung von Wiederholungen verwiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsf lächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Der in Rede stehende, bestandskräftig genehmigte Quarzsandtagebau Frechen ist im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe zeichnerisch als BSAB festgelegt und unterfällt damit dessen Regelungsregime.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)* sicherstellen gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen. Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

6. Die Stadt empfiehlt, den Halbsatz ?sowie der Abbau oberflächennaher Bodenschätze (Nass- und Trockenabgrabungen)" aus den Erläuterungen (jeweils Rn. 2) zu den Grundsätzen 46 und 47 aus dem Planentwurf zu streichen.

Der Entwurf des Regionalplanes ist von den Bemühungen durchzogen, den Herausforderungen des Strukturwandels gerecht zu werden und adäquaten Ersatz für die durch den Kohleausstieg wegfallenden Arbeitsplätze zu schaffen. Dies wird nur gelingen, wenn auch Industrieunternehmen weiterhin die Möglichkeit zu Ansiedlung und Betrieb im Regierungsbezirk haben und die Vorgaben des Regionalplanes dies nicht von vornherein verhindern. Mit den Grundsätzen 46 und 47 soll u. a. ein erweiterter Grundwasser- und Gewässerschutz sichergestellt werden. In diesem Zusammenhang sollen unter anderem Planungen und Maßnahmen vermieden werden, die potenziell die Wassergewinnung und die Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden. Räumlich gilt dies für die erweiterten Einzugsbereiche für bestehende und geplante Trinkwasser- und Heilwassergewinnung (Grundsatz 46) sowie das Baunkohlenplangebiet (Grundsatz 47). Nach der Begründung soll auch die Gewinnung oberflächennaher Bodenschätze (Nass- und Trockenabgrabungen) ausgeschlossen werden. Angesichts der Weiträumigkeit der Schutzgebiete und insbesondere des nahezu flächendeckenden Braunkohlenplangebietes im Großraum Köln und Rhein-Erft-Kreis (Grundsatz 47) wird die Bodenschatzgewinnung bzw. deren Erweiterungen zukünftig nahezu flächendeckend verhindert. Die Einschränkung von Bodenschatzgewinnungen ist inhaltlich nicht zu rechtfertigen, weil Fälle von Gewässerverunreinigungen durch Gewinnungsbetrieb in der Vergangenheit nicht vorgekommen und auch zukünftig wegen strenger Vorgaben des Gewässerschutzes in den betrieblichen Genehmigungen erst recht nicht zu erwarten sind. Die Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten ist an rechtliche Voraussetzungen geknüpft, deren Vorliegen bei lediglich geplanten Schutzgebieten nicht nachgewiesen ist. Wenn der Regionalplan nach seiner Konzeption ähnlich prohibitive Auswirkungen wie ein Trinkwasserschutzgebiet festlegt, ohne dass deren rechtlichen Voraussetzungen nachgewiesen sind, werden diese Voraussetzungen umgangen und die Rechte der Betroffenen unterlaufen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird gefolgt und der Grundsatz 46 sowie der Grundsatz 47 werden angepasst. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.

Inhalt

7. Sicherung eines neuen Schulstandortes: Erweiterung (geringfügig) des vorhandenen ASB Frechen-Kernstadt (westlich der Lindenstraße)

Der Rat der Stadt Frechen hat in seiner Sitzung am 21.06.2022 auf Grundlage der durchgeführten Untersuchung von Standortalternativen (**Anlage 4**) den neuen Schulstandort für eine weiterführende Schule beschlossen. Danach ist der Standort, die sog. ‚Zirkuswiese‘ an der Lindenstraße (siehe auch nachfolgende Abbildung 7) [s. Anhang Abb. StnID 1003664] für den Neubau einer weiterführenden Schule am besten geeignet. Die Standorte Buschbeil und gegenüber dem Krankenhaus sind nur bedingt als Standorte geeignet, da hier vermehrt Restriktionen bestehen, die eine zeitnahe Umsetzung erheblich erschweren. Zudem ist der mögliche Synergieeffekt mit dem gegenüberliegenden Gymnasium aus schulischer Sicht besonders hervorzuheben. Der Standort Zirkuswiese (10 Punkte) ist nur zu einem kleinen Teil (ca. 1 ha) im Regionalplan als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) ausgewiesen. Sowohl im Flächennutzungsplan als auch im bestehenden Bebauungsplan Nr. 44F ist eine Grünfläche dargestellt bzw. festgesetzt. Somit sind entsprechende Änderungsverfahren der genannten Planwerke notwendig, welche einen Zeitraum von mindestens ca. zwei Jahren einnehmen dürften. Die wesentlichen Vorteile der Fläche liegen neben den lediglich mittleren stadtklimatischen Auswirkungen und dem durchschnittlichen Erschließungsaufwand im Wesentlichen in der direkten Verfügbarkeit der städtischen Fläche, der guten ÖPNV-Anbindung sowie der unmittelbaren Nähe zum Gymnasium. Vor diesem Hintergrund soll der Standort Zirkuswiese weiterverfolgt werden und die entsprechenden Schritte, insbesondere zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen, vorgenommen werden. Erste Abstimmungsgespräch mit dem Rhein-Erft-Kreis als Trägerin der Landschaftsplanung wurden geführt. Die Stadt Frechen beabsichtigt daher, im folgenden Planungsschritt eine Flächennutzungsplanänderung durchzuführen. Die Fläche soll hier von Grünfläche in ‚Fläche für den Gemeinbedarf‘ mit der Zweckbestimmung ‚Schule‘ geändert werden. Gleichzeitig ist gemeinsam mit dem Rhein-Erft-Kreis als Träger der Landschaftsplanung die Entlassung aus dem Landschaftsschutz abzustimmen: § 20 Abs. 4 des Landesnaturschutzgesetzes NW (LNatSchG NRW) legt fest, dass bei der Änderung eines Flächennutzungsplanes im Geltungsbereich eines Landschaftsplanes widersprechende Darstellungen und Festsetzungen des Landschaftsplanes mit dem Inkrafttreten des entsprechenden nachfolgenden Bebauungsplans außer Kraft treten, soweit der Träger des Landschaftsplanes im Beteiligungsverfahren diesem Flächennutzungsplan nicht widersprochen hat. Der Rhein-Erft-Kreis beabsichtigt aufgrund des öffentlichen Interesses an dem Vorhaben und des Synergieeffektes mit dem benachbarten Gymnasium von dieser Möglichkeit unter folgenden Voraussetzungen Gebrauch zu machen:

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?* verfügt die Stadt Frechen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.

Die Stadt Frechen wird bereits auf der Ebene der Flächennutzungsplanänderung eine vertiefende Umweltprüfung, die in ihren Inhalten der Detailschärfe eines Bebauungsplanes entspricht, durchführen. Als Grundlage für die Hochbauarchitektur werden hier bereits landschaftsplanerische Rahmenbedingungen entwickelt, u.a.

- ▶ **möglichst Erhalt der als geschützter Landschaftsbestandteil ausgewiesenen Bäume an der Lindenstraße,**
- ▶ **möglichst Erhalt der seitlichen Grünbestände,**
- ▶ **Erhalt/Schaffung eines Grünzuges mit eigenständiger Darstellung im Flächennutzungsplan,**
- ▶ **Planerische Berücksichtigung des Reliefs des Villehanges durch Integration der Baumaßnahme in das Landschaftsbild,**
- ▶ **Erhalt/Schaffung von Wegen in das angrenzende Naherholungsgebiet,**
- ▶ **Berücksichtigung von Freizeitnutzungen mit möglicher Verlegung an einen anderen Ort im Sportpark,**

die als Maßnahmen zur Vermeidung/Verminderung und zum Ausgleich von Eingriffen in der Bauleitplanung Eingang finden können. Die Stadt Frechen wird vor der Beteiligung nach § 3 und § 4 BauGB die Rahmenbedingungen mit dem Rhein-Erft-Kreis abstimmen. Dieser wird bei einem Einverständnis vorab schriftlich zusichern, dass er im Verfahren zur Flächennutzungsplanänderung und bei der landesplanerischen Zielfrage keinen Widerspruch gegen das Vorhaben einlegen wird. Der Rhein-Erft-Kreis empfiehlt außerdem, bereits in der städtischen Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes eine Änderung der Fläche von Regionalem Grünzug in Siedlungsfläche zu beantragen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1003664.pdf](#)

Inhalt

8. Stellungnahme zum Umweltbericht (Prüfbögen)

Der **Umweltbericht** beinhaltet in seinen verschiedenen Anhängen Steckbriefe u.a. zu den verschiedenen siedlungsräumlichen Festlegungen, so im **Anhang C zu ASB/ ASB Z und im Anhang E zu G/B/ G/BZ** und bewertet diese. Aus verschiedenen Gründen wie Planungsmaßstab oder keine Übernahme/ Berücksichtigung aktueller Planungen kommt es hier teilweise zu unrichtigen Bewertungen, die ich im Folgenden aus städtischer Sicht richtigstellen möchte:

8.1 Anhang C: FRE_ASB_ 1 1 Frechen I Grube Carl (s.a. Abb. 8)

Der **Steckbrief** trifft unter **den Punkten 2.20 und 4** die Aussage, dass durch die Flächeninanspruchnahme eines geschützten Landschaftsbestandteils voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen einhergehen (Punkt 2.20). Lediglich auf Grund der geringen Gewichtung des Kriteriums werden die Umwelteinwirkungen schutzübergreifend als nicht erheblich eingeschätzt (Punkt 4).

Stellungnahme: Der ASB (Allgemeiner Siedlungsbereich) wird im Regionalplan im Maßstab 1: 50.000 und somit nicht parzellenscharf dargestellt. Die Darstellung geht nach Norden über den Ichendorfer Weg hinaus. Insgesamt berücksichtigt die Regionalplandarstellung nicht die auf Grundlage der Rahmenplanung Grube Carl und des Vorentwurfs zum neuen Flächennutzungsplan bereits übermittelte Flächendarstellung der Stadt (s.a. nachfolgende Abb. 8, 9 und 10) [s. Anhang Abb. StnID 1003665]. Beide Planungen werden im Norden durch den Ichendorfer Weg selbst und den geschützten Landschaftsbestandteil begrenzt. Der geschützte Landschaftsbestandteil selbst ist nur im Rahmen von Aufwertungen von Natur und Landschaft als potentielle Ausgleichsfläche vorgesehen.

Aus städtischer Umweltsicht ist dagegen bereits seit langem die Sicherung der Vernetzung der Ville und hiermit die Biotopvernetzung von der ‚Halde Carl‘ nach Norden (mit vorhandenem geschützten Landschaftsbestandteil) hin zur Quarzgrube wichtig. Es wurde und wird deshalb vorgeschlagen, diese Vernetzung durch Rücknahme des Allgemeinen Siedlungsbereichs für den Bereich der Halde Carl und nördlich von dieser im Regionalplan zu übernehmen

Eine Betroffenheit der Umweltbelange ist somit nicht festzustellen.

Anhänge

[Abb_ID1003665.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003666, Stadt Frechen	
<p>Inhalt</p> <p>8.2 Anhang C: FRE_ASB_2 I Frechen I Habbelrath-Ost</p> <p>Der Steckbrief (s.a. vorstehende Abb. 11) [s. Anhang Abb. StnID 1003666] trifft unter Punkt 2.03 die Aussage, dass auf Grundlage der schutzbezogenen Beurteilung des Kriteriums ‚Wohnen‘ Beeinträchtigungen durch die stark emittierende Planfestlegung BAB A4 im Umfeld zu erwarten sind. Durch die Betroffenheit schutzwürdiger Böden und klimarelevanter Böden (Punkte 2.12 u.2.18) sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten (Punkt 4.0).</p> <p>Stellungnahme:</p> <p>Die Autobahn BAB A4 befindet sich in einem Abstand von ca. 750 m - 1.800 m zum geplanten Allgemeinen Siedlungsbereich, wobei bis auf die Fläche südlich Habbelrather Weg der Bereich bereits im aktuellen Regionalplan als ASB dargestellt ist. Maßnahmen zum Lärmschutz wurden Anfang 2000 mit dem sechsstreifigen Ausbau der BAB A4 zwischen den Autobankreuzen Kerpen und Köln-West durch den Bau von Lärmschutzwänden getroffen</p> <p>Erhebliche Beeinträchtigungen für das Schutzgut Mensch sind somit nicht vorhanden.</p> <p>Bei den schutzwürdigen klimarelevanten Böden handelt es sich zwar um Wert- und Funktionselemente von besonderer Bedeutung, sie stellen jedoch kein naturschutzfachliches Seltenheitskriterium dar, da vergleichbare Böden insbesondere im nördlichen Umfeld sowie im südöstlichen Stadtgebiet flächendeckend vorhanden sind.</p> <p>Die Umweltauswirkungen bei diesem Kriterium sind daher nicht als erheblich einzustufen.</p> <p>Anhänge Abb_ID1003666.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Bewertung in der regionalplanerischen Umweltprüfung erfolgt auf Basis einheitlicher Kriterien gemäß den in Anhang A definierten Bewertungsmaßstäben. Die differenziertere Betrachtung auf örtlicher Ebene ist in nachfolgenden Verfahren vorzunehmen. Dabei kann es ggf. auch zu der Feststellung kommen, dass erheblichen Beeinträchtigungen auszuschließen sind. Bei der Betrachtung der Betroffenheit schutzwürdiger Böden ist deren Verbreitung bzw. Seltenheit kein Kriterium für die Erheblichkeit von Umweltauswirkungen. Dies gilt neben den klimarelevanten Böden insbesondere auch für die im Bereich der Börde weit verbreiteten sehr fruchtbaren Bodentypen.</p>

Inhalt

8.3 Anhang E: FRE_GIB_ 1 I Frechen I Gewerbegebiet nördl. Krankenhausstraße

Der **Steckbrief** (s.a. Abb. 12) [s. Anhang Abb. 1003667] trifft unter den Punkten **2.12, 2.17, 2.18 und 4** die Aussage und Bewertung, dass auf Grund der anzutreffenden schutzwürdigen/ klimarelevanten Böden der lufthygienischen Ausgleichsräume erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Stellungnahme: Es ist richtig, dass eine örtliche Kaltluftproduktion auf den Ackerflächen im Plangebiet und in der nördlichen Umgebung stattfindet. Auf Grund der geringen Oberflächenneigung ist jedoch keine maßgebliche Durchlüftungsfunktion für angrenzende Siedlungsbereiche gegeben. Der Kaltluftabfluss staut sich und endet deshalb regelmäßig an den Dammlagen der umgebenden Straßen. Dies wurde für diesen Bereich auch bereits im Rahmen der Bauleitplanung für die Wohngebiete südlich des Krankenhauses (Arnikastraße, Schlehdornstraße) festgestellt. Der geplante GIB (von den dargestellten rd. 26 ha sind bereits rd. 18 ha im aktuellen Regionalplan dargestellt) ist wegen des Fehlens geeigneter Strukturelemente zur Luftreinhaltung weitestgehend ohne Bedeutung. Lufthygienische Vorbelastungen sind durch die BAB A4, die Bonnstraße (L 183) und die Krankenhausstraße (K 8) bereits gegeben.

Da der Bereich somit keine signifikanten siedlungsbezogenen klimarelevanten Funktionen oder lufthygienische Bedeutung aufweist, ist die Bedeutung des Schutzgutes Klima/ Luft als gering einzustufen.

Anhänge

[Abb_ID1003667.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bewertung in der regionalplanerischen Umweltprüfung erfolgt auf Basis einheitlicher Kriterien gemäß den in Anhang A definierten Bewertungsmaßstäben. Die differenziertere Betrachtung auf örtlicher Ebene ist in nachfolgenden Verfahren vorzunehmen. Dabei kann es ggf. auch zu der Feststellung kommen, dass erhebliche Beeinträchtigungen auszuschließen sind.

AZ: BET_18000_1

Autobahn GmbH Niederlassung Rheinland

1000769, Autobahn GmbH Niederlassung Rheinland

Inhalt

Zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln nimmt die Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Rheinland, wie folgt Stellung.

Die Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Rheinland, ist für den Betrieb und die Unterhaltung der innerhalb des Planungsgebietes verlaufenden Autobahnen zuständig. Generell wird darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen sowie des Landesstraßenbedarfsplans zu berücksichtigen sind. Im Bedarfsplan für Bundesfernstraßen sind diverse (Ausbau-/Neubau-) Maßnahmen mit der Dringlichkeit "Vordringlicher Bedarf" und "Weiterer Bedarf" enthalten.

Die nach den Straßengesetzen als Verkehrsflächen gewidmeten Teile der klassifizierten Straßen dürfen nicht überplant werden und sind ausschließlich als öffentliche Verkehrsflächen festzusetzen.

Der Darstellungsmaßstab des Regionalplanes ist nicht geeignet, Berührungspunkte hinsichtlich von kleinräumigen Planungsmaßnahmen, Kompensationsflächen, Rückhaltebecken etc. zu erkennen. Eine Betroffenheit dieser Flächen durch die avisierten Ziele des Regionalplanes kann deshalb hier aufgrund des Maßstabes und der Kartengrundlage nicht beurteilt werden.

Eine Prüfung erfolgt auf Ebene der nachfolgenden Planungsstufen. Die Straßenbauverwaltung ist hier ausreichend zu beteiligen.

Das Fernstraßen-Bundesamt Leipzig ist in sämtlichen Bau- und Genehmigungsverfahren zu beteiligen, in denen die Belange des Anbaubereiches in einem Abstand innerhalb von 100 Metern (gemessen vom äußersten befestigten Fahrbahnrand) der Autobahn berührt werden.

Im Zusammenhang mit der Neuaufstellung des Regionalplans Köln dürfen durch die künftig geplanten Entwicklungen im Stadtgebiet keine Verschlechterungen der Leistungsfähigkeit oder der Qualitätsstufen des Verkehrsablaufs im umliegenden klassifizierten Straßennetz ausgelöst werden. Die verkehrliche Erschließung ist durch nachgeordnete Verfahren zu sichern. Seitens der Straßenbauverwaltung weise ich darauf hin, dass eine leistungsfähige und sichere Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz bei Realisierung des o.a. Vorhabens in jedem Fall sicherzustellen ist. Die verkehrlichen Auswirkungen sind zu gegebener Zeit darzustellen und mit der Straßenbauverwaltung abzustimmen. Ggfs. erforderliche Maßnahmen zur Erhaltung

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme enthält keine Bedenken gegenüber oder Anregungen für den Regionalplan. Es werden Hinweise gegeben, die sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen richten.

der Leistungsfähigkeit im umliegenden Straßennetz sind durch die Kommunen/
Vorhabenträger zu tragen.

Als zuständiger Straßenbaulastträger für die angrenzenden/umliegenden
Landesstraßen und die Bundesfernstraßen ist der Landesbetrieb Straßenbau NRW als
zuständiger Straßenbaulastträger zu beteiligen.

Ich weise vorsorglich darauf hin, dass gegenüber der Straßenbauverwaltung weder
jetzt noch zukünftig aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven
Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der
Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können.

Im späteren konkretisierten Genehmigungsverfahren sind der Straßenbauverwaltung
erforderlich werdende externe Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen mitzuteilen, um
Planungskollisionen auszuschließen.

Um weitere Beteiligung am Verfahren wird gebeten.

1000770, Autobahn GmbH Niederlassung Rheinland	
Inhalt <p>Ich bitte das Plangebiet an folgenden Stellen zu korrigieren:</p> <p>*Die A57 südlich der AS Longerich einschließlich der AS Köln-Bickendorf sind nicht dargestellt. In der Anlage zum Fernstraßenausbaugesetz ist das Projekt unter Nr. 928 A 57 AS Bickendorf - AK Köln-N (A 1) zu finden.</p>	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Die Maßnahme wird in der Karte ergänzt und künftig im Rahmen von Z.30 gesichert.

1006489, Autobahn GmbH Niederlassung Rheinland

Inhalt

Insgesamt fehlt der Abschnitt der A 57 von der AS Köln-Longerich bis zur AS Köln-Ehrenfeld als Bestandsdarstellung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4) (vgl. STN ID 1003940).

1006490, Autobahn GmbH Niederlassung Rheinland	
Inhalt <p>Die AS Köln-Chorweiler ist nicht dargestellt. Diese gehört zum Gesamtprojekt A 57 AK Köln-N (A 1) - AD Neuss-S (A 46) (in der Anlage zum Fernstraßenausbaugesetz ist das Projekt unter Nr. 929 zu finden).</p>	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1006491, Autobahn GmbH Niederlassung Rheinland

Inhalt

Die L 124 ist vom AK Köln-Gremberg bis zur Deutz-Kalker-Straße (Köln-Deutz) nicht dargestellt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4) (vgl. STN ID 1006479).

AZ: BET_18001_1

Die Autobahn GmbH des Bundes, Außenstelle Köln

1006473, Die Autobahn GmbH des Bundes, Außenstelle Köln

Inhalt

Die Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Rheinland, ist für den Betrieb und die Unterhaltung der innerhalb des Planungsgebietes verlaufenden Autobahnen zuständig. Generell wird darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen sowie des Landesstraßenbedarfsplans zu berücksichtigen sind. Im Bedarfsplan für Bundesfernstraßen sind diverse (Ausbau-/Neubau-) Maßnahmen mit der Dringlichkeit "Vordringlicher Bedarf" und "Weiterer Bedarf" enthalten. Die nach den Straßengesetzen als Verkehrsflächen gewidmeten Teile der klassifizierten Straßen dürfen nicht überplant werden und sind ausschließlich als öffentliche Verkehrsflächen festzusetzen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise gegeben zur Berücksichtigung verkehrlicher Belange und darüber hinaus keine Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006474, Die Autobahn GmbH des Bundes, Außenstelle Köln

Inhalt

Ich bitte das Plangebiet an folgenden Stellen zu korrigieren:

*Die A57 südlich der AS Longerich einschließlich der AS Köln-Bickendorf sind nicht dargestellt. In der Anlage zum Fernstraßenausbaugesetz ist das Projekt unter Nr. 928 A 57 AS Bickendorf - AK Köln-N (A 1) zu finden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1006475, Die Autobahn GmbH des Bundes, Außenstelle Köln

Inhalt

Ich bitte das Plangebiet an folgenden Stellen zu korrigieren:

*Die AS Köln-Chorweiler ist nicht dargestellt. Diese gehört zum Gesamtprojekt A 57 AK Köln-N (A 1) - AD Neuss-S (A 46) (in der Anlage zum Fernstraßenausbaugesetz ist das Projekt unter Nr. 929 zu finden).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1006477, Die Autobahn GmbH des Bundes, Außenstelle Köln

Inhalt

Ich bitte das Plangebiet an folgenden Stellen zu korrigieren:

*Der Abschnitt 16 der A44 nördlich des Dreiecks Jackerath ist bis zum Anschluss an die L277 nicht dargestellt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1006478, Die Autobahn GmbH des Bundes, Außenstelle Köln	
Inhalt Ich bitte das Plangebiet an folgenden Stellen zu korrigieren: *Südlich der A544 fehlt ab AC-Rothe Erde der Autobahnabschnitt 2 bis AC-Europaplatz	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

1006479, Die Autobahn GmbH des Bundes, Außenstelle Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Nachrichtlich:</p> <p>*Die L 124 ist vom AK Köln-Gremberg bis zur Deutz-Kalker-Straße (Köln-Deutz) nicht dargestellt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4) (vgl. STN ID 1006491).</p>

1006480, Die Autobahn GmbH des Bundes, Außenstelle Köln

Inhalt

Der Darstellungsmaßstab des Regionalplanes ist nicht geeignet, Berührungspunkte hinsichtlich von kleinräumigen Planungsmaßnahmen, Kompensationsflächen, Rückhaltebecken etc. zu erkennen. Eine Betroffenheit dieser Flächen durch die avisierten Ziele des Regionalplanes kann deshalb hier aufgrund des Maßstabes und der Kartengrundlage nicht beurteilt werden.

Eine Prüfung erfolgt auf Ebene der nachfolgenden Planungsstufen. Die Straßenbauverwaltung ist hier ausreichend zu beteiligen.

Das Fernstraßen-Bundesamt Leipzig ist in sämtlichen Bau- und Genehmigungsverfahren zu beteiligen, in denen die Belange des Anbaubereiches in einem Abstand innerhalb von 100 Metern (gemessen vom äußersten befestigten Fahrbahnrand) der Autobahn berührt werden.

Im Zusammenhang mit der Neuaufstellung des Regionalplans Köln dürfen durch die künftig geplanten Entwicklungen im Stadtgebiet keine Verschlechterungen der Leistungsfähigkeit oder der Qualitätsstufen des Verkehrsablaufs im umliegenden klassifizierten Straßennetz ausgelöst werden. Die verkehrliche Erschließung ist durch nachgeordnete Verfahren zu sichern. Seitens der Straßenbauverwaltung weise ich darauf hin, dass eine leistungsfähige und sichere Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz bei Realisierung des o.a. Vorhabens in jedem Fall sicherzustellen ist. Die verkehrlichen Auswirkungen sind zu gegebener Zeit darzustellen und mit der Straßenbauverwaltung abzustimmen. Ggfls. erforderliche Maßnahmen zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit im umliegenden Straßennetz sind durch die Kommunen/ Vorhabenträger zu tragen.

Als zuständiger Straßenbaulastträger für die angrenzenden/umliegenden Landesstraßen und die Bundesfernstraßen ist der Landesbetrieb Straßenbau NRW als zuständiger Straßenbaulastträger zu beteiligen.

Ich weise vorsorglich darauf hin, dass gegenüber der Straßenbauverwaltung weder jetzt noch zukünftig aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Im späteren konkretisierten Genehmigungsverfahren sind der Straßenbauverwaltung erforderlich werdende externe Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen mitzuteilen, um Planungskollisionen auszuschließen. Um weitere Beteiligung am Verfahren wird gebeten.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1006481, Die Autobahn GmbH des Bundes, Außenstelle Köln	
Inhalt Die Ausführung <i>?Die bestehende Verkehrsinfrastruktur soll leistungsfähig erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.?</i> wird begrüßt.	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1006482, Die Autobahn GmbH des Bundes, Außenstelle Köln

Inhalt

Raum Bonn:

In der Plandarstellung Blatt 12?13 fehlen die Darstellungen der Anschlussstellen (Kreissignatur) *?Straßen unter Angabe der Anschlussstellen?:* A 565 Bonn/Endenich A 565 Bonn/Tannenbusch A 565 Bonn/Auerberg sowie die Darstellung der Anschlussstelle A 59 Bonn/Maarstraße. Für die neue Anschlussstelle liegt die Zustimmung des BMVI (/BMDV) vor, die Maßnahme ist im Planfeststellungsverfahren und damit so verfestigt, dass Sie im Regionalplan auch dargestellt werden sollte. Richtigerweise entfällt bei Aufnahme der A 59 Bonn/Maarstraße die Darstellung der AS A 59 Bonn/Pützchen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1006483, Die Autobahn GmbH des Bundes, Außenstelle Köln

Inhalt

Lückenschluss der BAB 1:

Die zeichnerische Festlegung (Blatt 10 und 11) der Trasse des A 1-Lückenschlusses (Blankenheim ? Kelberg) entspricht nicht dem aktuellen Planungstand. In dem anliegenden Auszug aus Blatt 11 der zeichnerische Festlegung des Regionalplans wurde die aktuelle Trassenführung skizziert, mit der Bitte um Berücksichtigung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden geändert (s. Änderungskarten).

Die Maßnahme wurde zwischenzeitlich konkretisiert und wird entsprechend der Plankonzeption festgelegt.

1006484, Die Autobahn GmbH des Bundes, Außenstelle Köln

Inhalt

Raum Aachen:

In der Städteregion Aachen wird die BAB 4 von mehreren Radschnellwegen gekreuzt. Dazu bitten wir um frühzeitige Abstimmung der Planung mit der Autobahn GmbH des Bundes bezüglich der Kreuzungspunkte mit der BAB. Die BAB 4 berührt weiterhin ?Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte(n) Erholung?. Hierzu weisen wir vorsorglich auf das Anbaurecht gem. § 9 FStrG hin sowie auf den Vermeidungsgrundsatz und die prinzipielle Einhaltung der Vorgaben der Richtlinien für den passiven Schutz an Straßen durch 3 Fahrzeugrückhaltesysteme (RPS) sofern Detailplanungen zur Schaffung von Hindernissen im Nahbereich der BAB führen könnten.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1006488, Die Autobahn GmbH des Bundes, Außenstelle Köln

Inhalt

Raum Aachen:

Im Zuge der BAB 44 im Bereich der Anschlussstelle Lichtenbusch sowie der Rastanlage Lichtenbusch ist eine Wasserschutzzzone ausgezeichnet, welche in eine Heilquellenschutzzzone konvertiert werden soll. Hier sollten die Bestandsflächen der Autobahn und ihrer Nebenanlagen ausgenommen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Anregung geht über die Differenzierung der zeichnerischen Festlegungen der Regionalplanung hinaus.

AZ: BET_18003_1

Fernstraßen-Bundesamt

1000768, Fernstraßen-Bundesamt

Inhalt

Referat S1 - Straßenrecht, Straßenverkehrsrecht

Aus anbaurechtlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Änderung des Regionalplans. Der Darstellungsmaßstab ist nicht geeignet, Berührungspunkte hinsichtlich kleinräumiger Planungsmaßnahmen, Kompensationsflächen, Nebenanlagen der BAB usw. zu erkennen. Eine Betroffenheit dieser Flächen durch avisierte Ziele des Regionalplans kann deshalb hier nur aufgrund des Maßstabs und der Kartengrundlage nicht beurteilt werden. Eine Prüfung erfolgt auf Ebene nachgeordneter Planungsstufen.

Es soll im Rahmen dieser Stellungnahme jedoch auf Folgendes hingewiesen werden: Es sind die anbaurechtlichen Regelungen gemäß Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in den nachfolgenden Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Des Weiteren verweisen wir auf die Stellungnahme der Autobahn GmbH des Bundes als Straßenbaulastträgerin der Bundesautobahnen.

Referat S2 - Straßenverwaltung, Netze, Planung

Aus der Prüfung der textlichen Unterlagen zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln (hier: Textliche_Festlegungen_Regplan_Koeln_Text.pdf) ergaben sich allgemeine Hinweise, dass die Belange des geltenden Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen 2016 (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 Fernstraßenausbaugesetz) berücksichtigt wurden.

Aus der Prüfung der kartographischen Darstellungen zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln (hier: Zeichnerische_Festlegungen_Regplan_Koeln_[ORT].pdf) ergaben sich konkrete Hinweise, dass die Belange resp. Bedarfsplanmaßnahmen des geltenden Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen 2016 (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 Fernstraßenausbaugesetz) berücksichtigt wurden. Die Prüfung erfolgte augenscheinlich und ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, dass der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen 2016 (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 Fernstraßenausbaugesetz) konkret und projektbezogen bei Ihren weiteren Planungen zu berücksichtigen ist.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme enthält keine Bedenken gegenüber oder Anregungen für den Regionalplan. Es werden Hinweise gegeben, die sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen richten.

AZ: BET_182000_1

Stadt Kerpen

1004745, Stadt Kerpen

Inhalt

1. Strukturwandel im Rheinischen Revier

Als eine Kommune, die vom Braunkohleabbau seit Jahrzehnten geprägt ist und somit vom Strukturwandel im Rheinischen Revier direkt betroffen ist, schließt sich die Kolpingstadt Kerpen folgenden Ausführungen der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) an:

?Die Anrainerkommunen des Rheinischen Reviers stehen durch den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung vor gewaltigen Herausforderungen. In diesem Kernrevier, das ungefähr ein Drittel des gesamten Rheinischen Reviers ausmacht, werden die größten Anpassungslasten des Braunkohleausstiegs anfallen. Konkret bedeutet dies, insgesamt rund 22.000 Arbeitsplätze und 600 Mio. Euro Wertschöpfung qualitativ, quantitativ und zeitnah zu kompensieren und hierzu neue Wertschöpfungsketten zu knüpfen.

Dies rechtzeitig bis 2038 zu schaffen, damit die Region nicht durch einen zu befürchteten Strukturbruch wirtschaftlich abstürzt, stellt schon eine immense Herausforderung dar. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag nun die Zielsetzung formuliert, sogar bis 2030 aus der Braunkohleverstromung aussteigen zu wollen. Das Land NRW hat sich dieser Zielsetzung ausdrücklich angeschlossen.

Den Ausstieg nun noch mal um acht Jahre vorziehen zu wollen, ist klimapolitisch nachvollziehbar, lässt die Anrainer jedoch mit größter Sorge auf die Zukunft unserer Region blicken und erfordert deutliche und zusätzliche Anstrengungen zur Strukturstärkung. Die aktuellen Gaspreis- und Strompreisentwicklungen, die Haushaltsbelastungen durch die Corona-Pandemie und die unterbrochenen Lieferketten des beschäftigungsstarken produzierenden Gewerbes kommen hinzu und steigern den Handlungsdruck zur beschleunigten, wirtschaftlichen Stärkung des hauptlasttragenden Kernreviers.

Mit einem gemeinsamen Positionspapier haben sich im Dezember 2021 Kammern, Gewerkschaften, Kreise, Kommunen und Regionalverbände als legitimierte Vertreter des Rheinischen Reviers vereint an Bundes- und Landesregierung gewandt und konkrete unterstützende Maßnahmen gefordert. Darin wird verdeutlicht, dass die Bewältigung der von Bund und Land induzierten Herausforderung weit mehr Anstrengungen erfordert als den bloßen Einsatz von Strukturfördermitteln. Die sich daraus ergebenden Handlungserfordernisse erstrecken sich vielmehr auch auf die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei der Errichtung von

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln schöpft die vorgegebenen rechtlichen Möglichkeiten zur bedarfsgerechten Ausweitung von Siedlungsbereichen gemäß der Vorgaben des Landesentwicklungsplanes NRW auch in Bezug auf den Strukturwandel im Rheinischen Revier aus. Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung und Etablierung einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden.

Infrastrukturen sowie auf die bedarfsgerechte Ausweisung von Siedlungsflächen.

Insbesondere die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen stellt einen zentralen Baustein im Rahmen der Strukturstärkungsstrategie dar. Die durch die zahlreichen Innovationsprojekte ausgelöste wirtschaftliche Aktivität wird ihre beschäftigungspolitische Wirkung nur entfalten können, wenn zeitnah in ausreichendem Maße Flächen für Investitionen zur Verfügung stehen. Diese gibt es heute im Kernrevier gutachterlich nachgewiesen nur in sehr unzureichender Form.

Vor diesem Hintergrund ist die Aufstellung des neuen Regionalplans für die Anrainerkommunen im Regierungsbezirk Köln ein entscheidender Prozess, der mit großen Erwartungen verbunden ist. Mit Blick auf die Flächenplanung sind hier u.a. die Forderungen nach Verfahrensbeschleunigung, die Etablierung einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone, landesseitige Flächenpoolösungen etc. zu nennen. Was die Anrainerkommune brauchen, sind zeitnahe und zusätzliche Flächenangebote. Wir erwarten, dass der Regionalplan alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft, um die notwendigen Grundlagen in ausreichender Menge, Qualität und Geschwindigkeit zu schaffen und er damit seinen Beitrag zu einem gelingenden Strukturwandel leistet.?

Inhalt

1. Strukturwandel im Rheinischen Revier

Die Kolpingstadt Kerpen schließt sich weiterhin den nachfolgenden Ausführungen der NEULAND Hambach (Stellungnahme zum Regionalplanentwurf) an:

Die Leitentscheidung hat einen Perspektivwechsel eingeleitet, der sich in den Plan- und Genehmigungsverfahren wiederfinden muss. Die Transformationsräume der Tagebaue mit ihren Umgebungen sollen zu Zukunftsräumen entwickelt werden und möglichst frühzeitige und vielfältige Entwicklungsperspektiven eröffnen. In diesem Sinne sind sowohl die schnellstmögliche In-Wertsetzung der Tagebaurandbereiche/Sicherheitsstreifen als auch vielfältige Zwischennutzungen im Böschungssystem zu ermöglichen.

- *Kommunale Entwicklungsabsichten in der End- und Zwischenlandschaft, die sich aus den Braunkohleplänen ergeben (u.a. touristische Erschließung), sind in die Regionalplanung zu übertragen und dort abzusichern. Der planerische Vollzug wird z.T. schon im zeitlichen Gestaltungsrahmen des anstehenden Regionalplanes stattfinden; notwendige Genehmigungen werden erforderlich und sind planungsrechtlich sicher zu stellen. Der Regionalplan sollte darüber hinaus keine restriktiven Festlegungen treffen, die spätere Entwicklungen erschweren.*
- *Die Transformationsräume der Tagebaue sind als Konversionsflächen zu verstehen, für die eine hochgradig lokalspezifische Planung und Entwicklung erforderlich ist. Entsprechend müssen für die Bereiche von Braunkohleplänen und verbundenen strategischen Entwicklungskonzepten Sonderregelungen getroffen werden. Damit Tagebaue wieder mit dem umgebenden Raum verbunden werden, sind bauliche Ausweisungen auch ohne Siedlungsansatz zu ermöglichen und neue ? der In-Wertsetzung dienende ? Planzeichen sowohl für Nutzungen in der sogenannten Zwischenlandschaft als auch in der Endnutzung einzuführen. Es gilt abzuwägen, ob für die zeichnerische Integration der heutigen Braunkohlenpläne samt Tagebaurandbereiche/Sicherheitsstreifen in den Regionalplan ein neues Planzeichen ?Tagebautransformationslandschaft? eine gute Möglichkeit darstellt.?*

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die bisher erfolgte rechtliche und zeitliche Abfolge von Braunkohlenplanung bedarf durch den von der Bundesregierung beschlossenen vorzeitigen Ausstieg aus der Kohleförderung einer neuen strategischen Ausrichtung und räumlichen Verzahnung, um gemeinsam einen abgestimmten und konfliktfreien Rahmen für den Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung und den Strukturwandel zu schaffen. Dies schließt eine Beachtung der unterschiedlichen zeitlichen Perspektiven ein. Die Braunkohlenpläne legen im Grunde den Rahmen für eine geordnete Braunkohleplanung bis zum Abschluss der Rekultivierung und Entlassung aus der Bergaufsicht fest, während der Planungszeitraum des Regionalplanes bis 2043 angelegt ist.

Die Kennzeichnung von Bereichen, die im Entwurf ohne zeichnerische Festlegungen bleiben, erfolgt in Abhängigkeit vom Stand der Erkenntnisse der Braunkohlenplanung. Für Bereiche der Braunkohlenplanung, in denen kein Abbau (mehr) vorgesehen werden soll, werden zeichnerische Festlegungen entwickelt. Zu einem späteren Zeitpunkt werden auch für die Bereiche, die aktuell bzw. perspektivisch noch in Abbau / Rekultivierung befindlich sind, regionalplanerische Festlegungen zu entwickeln sein.

Demnach ist im Zusammenspiel von Regional- und Braunkohleplanung zu unterscheiden zwischen Bereichen, für die bereits im Planungszeitraum des Regionalplans 2043 eine Entlassung aus der Bergaufsicht zu erwarten ist bzw., die aufgrund geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen nicht mehr für den Bergbau in Anspruch genommen werden und für die im Rahmen der Braunkohleplanung eine hinreichende Grundlage zur Darstellung im Regionalplan gegeben ist (z.B. südliches Vorfeld des Tagebaus Hambach mit Hambacher Wald und Morschenich).

Für Bereiche, in denen auch gem. der künftigen Braunkohlenplanung eine bergbauliche Inanspruchnahme bzw. Rekultivierung zu erwarten ist, die sich zeitlich deutlich über den Planungshorizont des Regionalplanes hinaus erstreckt (z. B. Bereiche der künftigen Restseen Hambach und Garzweiler) sind regionalplanerische Festlegungen aktuell im Hinblick auf den Planungshorizont 2043 sowie das Erfordernis zur Änderung der Braunkohlenpläne nicht möglich.

Zwischennutzungen im Bereichen, die noch der Braunkohleplanung unterliegen, werden im Regionalplan nicht festgelegt, da sie i.d.R. temporär sind und den

bergrechtlichen und sonstigen Sicherheitserfordernissen der Braunkohleplanung und Abbauplanung unterliegen.

Die Einführung eines neuen Planzeichens "Tagebautransformationslandschaft" und der damit verbundenen Erwartung von rechtlichen Sonderregelungen im Sinne obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden.

Die Kennzeichnung von Bereichen, die im Entwurf ohne zeichnerische Festlegungen bleiben, erfolgt in Abhängigkeit vom Stand der Erkenntnisse der Braunkohlenplanung. Für Bereiche der Braunkohlenplanung, in denen kein Abbau (mehr) vorgesehen werden soll, werden zeichnerische Festlegungen entwickelt. Zu einem späteren Zeitpunkt werden auch für die Bereiche, die aktuell bzw. perspektivisch noch in Abbau / Rekultivierung befindlich sind, regionalplanerische Festlegungen zu entwickeln sein.

Hierzu verweisen wir auch auf die Stellungnahme ID 1007269 der Neuland Hambach GmbH, der sich die Stadt Kerpen anschließt.

1004747, Stadt Kerpen

Inhalt

2. Kolpingstadt Kerpen ? Siedlungsraum

Die der Bezirksregierung Köln im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans mit Email vom 23.05.19 genannten ASB ? und GIB ? Flächen werden im aktuellen Regionalplanentwurf weitestgehend zeichnerisch dargestellt. Auf nachfolgende Änderungs?/ Ergänzungsbedarfe möchten wir in dieser Stellungnahme eingehen:

2.1 GIB ? Fläche Kerpen ? Süd, Stadtteil Kerpen

Der mit Email vom 23.05.2019 von der Stadt vorgeschlagene GIB Kerpen Süd wurde in den Regionalplanentwurf mit der Begründung, dass der endogene Gewerbeflächenbedarf der Kolpingstadt bereits ausgeschöpft ist, zunächst nicht in den Planentwurf aufgenommen.

Die Stadt begrüßt ausdrücklich die Bestrebungen der Landesregierung durch die Task Force ?Sonderplanungszone Rheinisches Revier?, für den Strukturwandel geeignete Wirtschafts-/Transformationsstandorte in den Regionalplanentwurf aufzunehmen. Die Entscheidung des Regionalrates Köln vom 26.08.22 die GIB - Fläche ?Kerpen Süd? als Wirtschafts-/Transformationsstandort in den Regionalplanentwurf aufzunehmen wird von der Kolpingstadt Kerpen begrüßt und als wichtigen Schritt angesehen, Kerpen im Transformationsprozess innerhalb des Rheinischen Reviers zukunftsfähig aufzustellen. In der nachfolgenden Darstellung ist ein schematischer Abgrenzungsvorschlag der Kolpingstadt Kerpen (Stand: 4/2019) zu erkennen [s. Anhang Abb. StnID 1004747] ? die Kolpingstadt Kerpen regt an, dass die konkrete Abgrenzung und Flächengröße zwischen der BR Köln und der Kolpingstadt Kerpen im weiteren Verfahren zur Regionalplanänderung festgelegt wird. Aus Sicht der Kolpingstadt Kerpen sind für die konkrete Abgrenzung und Größe der Fläche Faktoren wie Flächenverfügbarkeit und Restriktionen, wie z.B. Berücksichtigung von Verkehrsimmissionen A 61, vorhandene Trassen von Hochspannungsleitungen, sowie Nähe zu landwirtschaftlichen Hofstellen und Wohnsiedlungsbereichen zu berücksichtigen.

Anhänge

[Abb_ID_1004747_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPiG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage wird der Bereich als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt. Die konkrete Abgrenzung wurde in Abstimmung mit der Kommune in Hinblick auf die Umsetzung auf Ebene der Bauleitplanung erarbeitet.

1004760, Stadt Kerpen	
<p>Inhalt</p> <p>2.2 Zukünftige GIB ? Fläche ? Haus Forst?</p> <p>Die Kolpingstadt Kerpen regt an, dass nach Ablauf der Betriebsgenehmigung ?Deponie Haus Forst? ? die nach derzeitigem Stand 2044 endet, den durch gewerbliche und Deponienutzungen bereits anthropogen überformten Bereich zukünftig in Gewerbe- und Industrieflächen umzuwandeln und dementsprechend in einem der folgenden Regionalplanänderungsverfahren als GIB darzustellen. Aufgrund der bereits dort vorhandenen gewerblichen Strukturen und Nutzungen und der unmittelbaren Nähe zum Tagebau Hambach könnte eine gewerbliche Entwicklung als sichtbares Zeichen des Strukturwandels entstehen. Aus Sicht der Kolpingstadt Kerpen bietet sich eine perspektivische Standortentwicklung, die sich mit dem Themen Energieerzeugung ? und forschung beschäftigt, an. Durch die Entfernung von knapp 3 km zum S-Bahnhaltepunkt Buir verfügt der Standort über eine besondere Lagegunst [s. Anhang Abb. StnID 1004760]. Für die Kolpingstadt Kerpen ist eine Weiterentwicklung des Gebiets im Zuge des Transformationsprozesses von großem Interesse.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004760_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum (GIB) stehen landesplanerische Vorgaben sowie raumordnerische und fachrechtliche Planungsdirektiven entgegen. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen. Abfallbehandlungsanlagen sind gemäß Ziel 8.3-2 LEP NRW i.V.m dem Ziel "Neue Standorte für Abfallbehandlungsanlagen raumverträglich steuern" innerhalb von GIB zulässig. Ausnahmsweise sind Abfallbehandlungsanlagen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum zulässig, wenn ein räumlich-funktionaler Verbund mit einer Abfalldeponie besteht und der Betrieb auf die Dauer der Deponienutzung beschränkt ist. Die vorhandenen Abfallbehandlungsanlagen ist demnach im Verbund mit Deponiebetrieb im Freiraum möglich. Ein GIBz nicht erforderlich.</p> <p>Entsprechend dem Ziel "Deponiestandorte rekultivieren und wiedernutzbar machen" sind Abfalldeponien sind entsprechend den regionalplanerischen Festlegungen abschnittsweise und zeitnah zu rekultivieren bzw. wiedernutzbar zu machen. Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung von Deponien jeglicher Art hat sich in die umgebende Raumstruktur einzufügen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004761, Stadt Kerpen	
<p>Inhalt</p> <p>2.3 Umwandlung einer GIB ? Fläche in eine ASB - Fläche, Kerpen ? Sindorf, Hüttenstraße</p> <p>Die Kolpingstadt Kerpen regt an, die im derzeitigen Regionalplanentwurf als GIB ? Flächen ausgewiesenen Bereiche an der Hüttenstraße im Stadtteil Sindorf zukünftig als ASB ? Fläche darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1004761_1].</p> <p>Begründung:</p> <p>Die K 39n, die seinerzeit im Zusammenhang mit der Entwicklung der SEM ?Vogelrutherfeld? als Ortsumgehungsstraße entstanden ist, stellt eine städtebauliche Zäsur für den Stadtteil Sindorf dar. Westlich der Trasse befinden sich Gewerbe - und Industrieflächen und östlich der Trasse überwiegend Wohnbereiche mit den entsprechenden Wohnfolgeeinrichtungen.</p> <p>An der Hüttenstraße befand sich bis in die 90ziger Jahre mit den Vereinigten Glaswerke (Vegla) ein das Umfeld prägender Gewerbebetrieb mit einer annähernd 100jährigen Geschichte. Die Nutzung wurde inzwischen aufgegeben, die Betriebsfläche sowie angrenzende, ungenutzte Flächen bieten sich für eine zukünftige multicodierte Nutzung an.</p> <p>Bei den an der Hüttenstraße östlich der K 39 Teil vorhandenen gewerblichen Betriebe, handelt es sich um (wohnverträgliche) nicht störende Gewerbebetriebe (Lagerbetriebe). Aufgrund der günstigen Lage zum ÖPNV ? Haltepunkt Sindorf, der sich in ca. 1.5 km Entfernung befindet, bietet sich im Sinne des Grundsatzes 14 ?Nutzungsmischung in den ASB sicherstellen? eine Entwicklung zu einem gemischt genutzten Quartier (?Urbanes Gebiet?) an. Zur Umsetzung der planerischen Zielsetzung ist die Umwandlung der im derzeitigen Regionalplanentwurf dargestellten GIB ? Teilflächen (ca.13 ha) in eine ASB ? Darstellung erforderlich [s. Anhang Abb. StnID 1004761_2].</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004761_1.pdf Abb_ID_1004761_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ?wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004762, Stadt Kerpen	
<p>Inhalt</p> <p>3. Klärungsbereich Tagebau Hambach</p> <p>Im aktuellen Revierkonzept zum Tagebau Hambach (Stand 2/2022) ist die Ausgestaltung der sogenannten ?Manheimer Bucht? für die Böschungssicherung des zukünftigen Hambacher Sees vorgesehen. Das Kirchengebäude der ehemaligen Gemeinde St. Albanus und Leonhardus in Manheim-Alt kann nach derzeitigem Stand des Revierkonzeptes erhalten bleiben. In diesem Zusammenhang möchte die Kolpingstadt Kerpen auf den Grundsatz 26 ?Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum? des Regionalplanentwurfs verweisen. Zu diesem Zwecke sollen Planungen und Maßnahmen dort erfolgen, wo die Lage und/oder andere Potentiale eine besondere Eignung ergeben. Der Erhalt der Manheimer Kirche sowie die Fläche des ehemaligen Friedhofs sind sichtbare und bedeutsame Zeichen des Altortes und stellen eine landschaftskulturelle Besonderheit dar. Dazu zählt auch die Manheimer Kartbahn, die das Freizeitbild über Jahrzehnte in der Region prägte und weit über die Grenzen hinaus bekannt ist. Diese Orte müssen perspektivisch betrachtet Nutzungsmöglichkeiten erhalten und der Wunsch Kerpens ist es, diese in das Landschaftsbild des Tagebauvorfelds als Freizeit- und Erholungsraum zu integrieren. Es wird darüber hinaus als wichtig erachtet, im Bereich der zukünftigen Manheimer Bucht eine zeitlich vorgezogene Zwischennutzung zu ermöglichen, auch im Sinne des Rahmenplans der Neuland Hambach, der sich in Bearbeitung befindet. Denn die Manheimer Bucht wird bis ca. 2030 abgegraben und für die Zeit bis zur (endgültigen) Befüllung des Hambacher Sees (ca. 2060) ist es erstrebenswert, Nutzungsmöglichkeiten z.B. für Freizeit- und Erholungszwecke und temporär zur Erzeugung von erneuerbarer Energie zu entwickeln. Das Gebiet kann so bereits aufgewertet werden und in Stadtentwicklungsmaßnahmen integriert werden.</p> <p>Auch deswegen regt die Kolpingstadt Kerpen an, für die Kirche und das umliegende Gelände ein Planzeichen einzufügen, das eine landesplanerische Grundlage für zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten darstellt. Es wird angeregt, ein ASB-Planzeichen für zweckgebundene Nutzung (E: Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen oder W: Einrichtungen für Bildung, Forschung und Wissenschaft) für diesen Bereich hinzuzufügen. Eine Qualifizierung der Nutzung der Kirche und des umliegenden Umfeldes erfolgt im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Rahmenplans ?Tagebau Hambach?, durch die Neuland Hambach.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Zu den regionalplanerischen Vorgaben für die Entwicklung des Bereiches um die Manheimer Kirche siehe Stellungnahme ID 1004766 sowie Stellungnahme ID 1007283, nach denen eine regionalplanerische Grundlage für zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten gegeben ist. Die Festlegung als ASB bzw. ASB mit Zweckbestimmung ist nicht erforderlich und vor dem Hintergrund der landesplanerischen Zielvorgaben, hier insbesondere LEP 2-3 und 6-6.2 nicht möglich.</p>

1004763, Stadt Kerpen	
<p>Inhalt</p> <p>3. Klärungsbereich Tagebau Hambach</p> <p>Um dem Transformationsprozess des Tagebauvorfelds gerecht zu werden, ist es außerdem denkbar ein eigenes Planzeichen für diesen Bereich (Tagebaufolgelandschaft) einzuführen. Dieses würde den Kommunen ein hohes Maß an Flexibilität in der weiteren Ausgestaltung dieses Bereichs ermöglichen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Einführung eines neuen Planzeichens und der damit verbundenen Erwartung von rechtlichen Sonderregelungen im Sinne einer "Sonderplanung" oder "Sonderplanungszone" obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden.</p>

1004764, Stadt Kerpen	
<p>Inhalt</p> <p>3. Klärungsbereich Tagebau Hambach</p> <p>Generell sollte die Abgrenzung des ?Klärungsbereichs? entsprechend des aktuellen Revierkonzepts der RWE Power AG, in dem der Erhalt der Manheimer Kirche dargestellt ist, angepasst werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme wird entsprochen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1004766. Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p>

1004765, Stadt Kerpen

Inhalt

Die Kolpingstadt Kerpen übernimmt nachfolgenden Punkt aus der Stellungnahme der NEULAND Hambach, da diese für Kerpen von besonderer Bedeutung sind:

?Für die weitere Entwicklung im Tagebauvorfeld und insbesondere rund um die ehemalige Manheimer Kirche ist es wichtig, den Grundsatz 10 ?Perspektivische Baulandentwicklung am See berücksichtigen? zu ergänzen und neben Elsdorf auch Kerpen und Merzenich (Morschenich-Alt) zu benennen".

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1007283).

Inhalt

Die Kolpingstadt Kerpen unterstützt folgende Anregung der NEULAND Hambach: ?Um naturnahe Freizeitgestaltung, Erholung und sanften Tourismus regionalplanerisch zu ermöglichen, bitten wir darum, lokale Entwicklungsorte in der Tagebaufolgelandschaft ? mit entsprechender baulicher Infrastruktur ? als textliches Ziel aufzunehmen". Dies betrifft die Kirche St. Albanus und Leonhardus sowie die Kartbahn Mannheim-Alt.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Zur Anregung betreffend der Kirche St. Albanus und Leonhardus in Mannheim-alt: Der im Entwurf zur 1. Offenlage zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in der zeichnerischen Festlegung dargestellte Klärungsbereich im Bereich von Mannheim entfällt. Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha und kann demzufolge keine verbindliche Festlegung für ein einzelnes Gebäude - hier die Kirche - treffen. Dies ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen und der fachgesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise der Denkmalschutz. Somit verbleibt der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen.

Bei der Ortslage Mannheim handelt es sich um eine Ortslage mit einer aktuellen aber auch historischen Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum. Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung ?*Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Der Grundsatz G 10 Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen wird geändert (s.Stn ID 1007283). Eine konkrete Benennung der Kirche St. Albanus

und Leonhardus ist aufgrund der vorgenannten Erläuterung der Massstabsebene des Regionalplanes nicht möglich; aber auch aufgrund der Aufnahme von Mannheim in den G 10 nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird insofern gefolgt.

Zur Kartbahn:

Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.

Vorhandene, isoliert im Freiraum liegende Standorte, die die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten (ab einer Größenordnung von 10 ha), sind aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) festgelegt, um eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke zu vermeiden. Unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle erfolgt keine zeichnerische Festlegung.

Die Weiterentwicklung vorhandener Standorte in isolierter Freiraumlage ist darüber hinaus nur möglich, wenn eine Flächenerweiterung, ausgehend von der bisherigen Größe des vorhandenen Standortes, geringfügig ist, eine Nutzungserweiterung im funktionalen Zusammenhang mit der bisherigen Standortnutzung steht bzw. eine Nutzungsänderung den Charakter der bisherigen Standortnutzung im Wesentlichen erhält.

Da der baulich geprägte Bereich der Kartbahn Mannheim-Alt unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle liegt, ist die aktuelle Festlegung somit folgerichtig. Es erfolgt keine zeichnerische und spezielle textliche Festlegung für die Kartbahn. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

1004767, Stadt Kerpen	
Inhalt Der Hambach Loop, als verbindendes Element zwischen den sechs Anrainerkommunen des Tagebaus, sollte in die Erläuterungskarte I2 (Anhang 4) Radwege des Regionalplans aufgenommen werden.	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.

1004768, Stadt Kerpen

Inhalt

Die Kolpingstadt Kerpen unterstützt die Anregung der NEULAND Hambach, ein eigenes Planzeichen ?T? für den Bereich der Tagebaufolgelandschaft einzuführen mit dem Begriff ?Tagebautransformationslandschaft?. Dieses Planzeichen soll eine Sonderplanung für diese Gebiete ermöglichen, die auf den in der Region abgestimmten Entwicklungsabsichten ? hier insbesondere der Tagebauumfeldverbünde ? basiert. Solch ein Planzeichen würde den Kommunen und der Region das notwendige Maß an Flexibilität bei der weiteren Ausgestaltung dieses besonderen Gebietes ermöglichen".

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Einführung eines neuen Planzeichens und der damit verbundenen Erwartung von rechtlichen Sonderregelungen im Sinne einer "Sonderplanung" oder "Sonderplanungszone" obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden.

Inhalt**Kolpingstadt Kerpen ? Freiraum/Regionale Grünzüge****Tagebauvorfeld**

Im aktuellen Regionalplan sind die Regionalen Grünzüge nur auf den Verdichtungsraum Köln begrenzt. Im vorliegenden Planentwurf werden die Regionalen Grünzüge auch auf das Umland ausgeweitet und bis zur Erft bzw. der A 61 dargestellt. Darüberhinausgehende Regionale Grünzüge sind nicht dargestellt. In westlicher Richtung sind erst wieder auf dem Gebiet des Kreises Düren Regionale Grünzüge festgelegt.

Die Darstellungsausweitung der Regionalen Grünzüge auch an der Erft wird von der Kolpingstadt Kerpen sehr begrüßt. Die Stadt regt an, dass nun die Chance ergriffen werden muss, auch das Tagebauvorfeld mit in die Planungen zu Regionalen Grünzügen in West ? Ostlage aufzunehmen.

Für den dauerhaften Erhalt und die zukünftige Entwicklung der inselartigen Relikte der Waldgebiete (Dickbusch und Lörsfelder Busch, Steinheide, Hambacher Forst), die Vernetzung untereinander sowie zu den Waldbereichen auf Dürener Kreisgebiet wäre die Darstellung als Regionaler Grünzug von enormen Wert.

Deswegen wird angeregt, die Darstellung eines Regionalen Grünzuges von den FFH-Gebieten in Kerpen (Dickbusch und Lörsfelder Busch, Steinheide) über das südliche Tagebauvorfeld (inklusive Hambacher Forst bzw. Bürgewald) westlich bis zum Anschluss an den Regionalen Grünzug in Arnoldweiler im Kreis Düren bis zum Regionalen Grünzug an der Erft im Osten in der zeichnerischen Darstellung des Regionalplanes zu ergänzen [s. Anhang Abb. StnID 1004769].

Die Ausweisung eines Regionalen Grünzuges im Bereich des Tagebauvorfelds würde den Zielen der Leitentscheidung NRW, Entscheidungssatz 6 ?Neue Abbaugrenzen, Erhalt von Wald und Morschenich? entsprechen und durch den Regionalplan eine landesplanerische Sicherung erfahren. Entscheidungssatz 6 erklärt eindeutig, dass eine angemessene Vernetzung der Wälder ermöglicht werden soll:

?Regionalplanerische Festlegungen und forstfachliche, naturschutzfachliche und landschaftspflegerische Maßnahmen sollen Erhalt, Entwicklung und Vernetzung der Wälder unterstützen. Planungen oder Maßnahmen, die sie in ihrem Bestand gefährden können, sind auszuschließen.?

Die Kolpingstadt Kerpen schließt sich in diesem Zusammenhang den Ausführungen und Argumentationen des Stadt Umland Netzwerkes S.U.N an: *?Im Rahmen des*

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Im Tagebauvorfeld wurden die angesprochenen Waldbereiche, die sich nicht im Klärungsbereich befinden, bereits durch die Festlegung BSN regionalplanerisch gesichert.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Im ländlichen Raum selbst werden keine Festlegungen für den RG getroffen. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt.

Der Vorschlag entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.

Agglomerationskonzeptes (der Region Köln/Bonn e.V.) wird ausgeführt, Waldgürtel aufgrund ihrer wichtigen Bedeutung für die regionale Landschaftsentwicklung zu schützen und weiterzuentwickeln. Neben der außerordentlich hohen Bedeutung des durch die Tagebautätigkeit stark zurückgedrängten Lebensraumtyps der Sternmieren-Eichen-Hainbuchenwälder ist der Korridor sowohl als Biotopverbundsystem für geschützte Tierarten, als auch als Naturerfahrungs- und Erholungsraum langfristig zu erhalten und zu schützen, um die großräumigen Grünverbindungen zu sichern".

Anhänge

[Abb_ID_1004769_1.pdf](#)

1004770, Stadt Kerpen	
<p>Inhalt</p> <p>Kolpingstadt Kerpen ? Freiraum/Regionale Grünzüge</p> <p>Südlicher Siedlungsrand Stadtteil Kerpen</p> <p>Des Weiteren wird von der Kolpingstadt angeregt, südlich des ASB im Stadtteil Kerpen durch die Darstellung eines Bereichs zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? (BSLE) eine Verbindung zum nordwestlich gelegenen Schutzgebiet Neffelbachaue und zum Parrig im Osten herzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1004770]. So kann ein zusammenhängendes Freiraumverbundsystem gemäß Grundsatz.19 gewährleistet werden.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004770_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II).</p> <p>Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.</p>

1004771, Stadt Kerpen	
<p>Inhalt</p> <p>Kolpingstadt Kerpen ? Freiraum/Regionale Grünzüge</p> <p>Westlicher und nördlicher Siedlungsrand Stadtteil Sindorf</p> <p>Wie auch im Grünvernetzungskonzept der Kolpingstadt Kerpen (39. Änderung des FNP) dargestellt, wird angeregt, entlang des westlichen und nördlichen Siedlungsrand Sindorfs eine Grünvernetzung zu sichern und diesen Raum als ?Bereiche für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung (BSLE)? in den Regionalplan aufzunehmen [s. Anhang Abb. StnID 1004771].</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004771_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1004772, Stadt Kerpen	
<p>Inhalt</p> <p>Grundwasserschutz und Gewässerschutz ? Wasserwerk Dimerzheim</p> <p>Die Trinkwasserversorgung der Kolpingstadt Kerpen wird zukünftig ausschließlich über das Wasserwerk Dimerzheim sichergestellt. Alternativen bestehen aufgrund des Tagebaus nicht mehr, daher muss mit erhöhter Sicherheit geplant werden. Die Kolpingstadt Kerpen regt an, den Hinweis in die Begründung zum Regionalplan aufzunehmen, dass bei geplanten Erweiterungen der Deponie Vereinigte Ville der Grundsatz 46 ?Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen? zu beachten ist.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Grundsatz 46 ist auch bei jeder Erweiterung von Deponien zu berücksichtigen. Daher werden einzelne Deponien in der Begründung nicht extra aufgezählt.</p>

1004773, Stadt Kerpen	
<p>Inhalt</p> <p>Verkehrsinfrastruktur</p> <p>Nicht erst seit den Bestrebungen um mehr Klimaschutz und die Anpassung der Städte an den Klimawandel, wird ein Zurückdrängen des individuellen motorisierten Verkehrs in den Kreisen und Kommunen angestrebt. Um dies zu erreichen, müssen andere innovative und klimaschonende Verkehrskonzepte erarbeitet und in die Umsetzung gebracht werden, der Fokus sollte dabei auf den Rad- und Schienenverkehr liegen. Auch die Kolpingstadt Kerpen ist sich dem bewusst und unterstützt klimafreundliche Verkehrskonzepte auch auf regionaler Ebene.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen zur Ausrichtung der verkehrlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

1004774, Stadt Kerpen	
<p>Inhalt</p> <p>Verkehrsinfrastruktur</p> <p>Derzeit erfolgt die Erarbeitung einer Vorstudie zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 in enger Abstimmung mit den Städten Frechen und Kerpen sowie mit der Stadt Köln, den Kölner Verkehrs-Betrieben (KVB), der Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft (REVG), dem Nahverkehr Rheinland (NVR) und der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK).</p> <p>Die Voruntersuchung hat das Ziel die Wohnsiedlungsbereiche als auch die Gewerbegebiete, sowohl in den ersten, als auch zweiten Ringen um Köln an das ÖPNV Netz der Stadtbahnlinien anzubinden. Ausgangspunkt der Stadtbahnverlängerung ?Linie 7? ist der Bahnhof Frechen. Hier bestünde die Möglichkeit die Verlängerung bis nach Kerpen im 20-Takt über die Gleise der Köln-Frechen-Benzelrather Eisenbahn (HGK - Häfen und Güterverkehr Köln) südlich der Innenstadt von Frechen zu nutzen. In Rede steht auch, die Verlängerung erst an der jetzigen Endstation ?Benzelrath Stadtbahn? zu beginnen und in einer Ost-West-Verbindung über das Marienfeld bis in den Kerpener Stadtteil zu führen.</p> <p>Aus einer Fülle von möglichen Trassenführungen und Betriebskonzepten ist geplant, zwei aussichtsreiche Planfälle abzuleiten, die dann in einer späteren Machbarkeitsstudie vertiefend untersucht werden sollen. In der Machbarkeitsstudie soll zudem auch eine Nutzen-Kosten-Bewertung durchgeführt werden.</p> <p>Die außerordentliche Bedeutung eines solchen Vorhaben rechtfertigt nach Auffassung der Kolpingstadt Kerpen die zeichnerische Darstellung eines möglichen Schienenweges als ?Bedarfsplanmaßnahme ohne räumlichen Bezug?.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

1004775, Stadt Kerpen	
<p>Inhalt</p> <p>Verkehrsinfrastruktur</p> <p>Bezüglich der Darstellung von Radschnellwegen, regionalbedeutsamen Radschnellverbindungen und Radvorrangrouten bzw. Radpendlerrouten im Regionalplan, schließt sich die Kolpingstadt dem Stadt-Umland-Netzwerk an, das eine stärkere Verankerung im Regionalplan wünscht. Die Stadt Kerpen unterstützt einen systematischen und abgestimmten Ausbau von Radschnellverbindungen entlang der wichtigsten regionalen Achsen innerhalb des Regierungsbezirks Köln.</p> <p>Die Kreise und Städte im Rheinischen Revier haben erkannt, dass der Strukturwandel nur mit einem verbesserten Mobilitätsangebot erfolgreich und zukunftsfähig bestritten werden kann. Dem Radverkehr wird dabei ein hohes Entwicklungspotenzial zugesprochen, gerade auch aufgrund der zunehmenden Elektrifizierung in diesem Bereich, die Erreichbarkeitsgrenzen deutlich verschoben hat. Der Zweckverband Landfolge Garzweiler hat ein Radverkehrskonzept entwickelt, dass das Rheinische Revier fahrradfreundlich erschließt und eine Vernetzung mit den Zentren Aachen, Bonn, Düsseldorf, Köln und Krefeld aufzeigt. Der dabei erarbeitete Netzplan wurde vom Aufsichtsrat der ZRR am 11.02.2022 verabschiedet. Die Kolpingstadt Kerpen unterstützt die Forderung des S.U.N., den verabschiedeten Netzplan in die Erläuterungskarte I2 (Anhang 4 zu den Textlichen Festlegungen) zu übernehmen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.</p>

1004776, Stadt Kerpen	
<p>Inhalt</p> <p>Verkehrsinfrastruktur</p> <p>Folgendem Vorschlag des S.U.N. schließt sich die Stadt Kerpen an: <i>?Wesentlicher Baustein der klimawandelgerechten Raumentwicklung ist die Förderung des Umweltverbundes. Vor diesem Hintergrund wird es für geboten gehalten, dass der Regionalplan nicht nur in der Erläuterungskarte I2, sondern auch im zeichnerischen Hauptplan Festlegungen zu Radschnellverbindungen trifft. Hier sollten analog zu den Verkehrselementen ?Straße? und ?Schiene? bereits vorhandene, aber auch geplante Radschnellverbindungen mit aufgenommen werden?.</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Eine zeichnerische Festlegung von Radschnellwegen im Regionalplan erfolgt nicht, da die landesplanerischen Vorgaben zum Zeitpunkt der Planaufstellung kein Sicherungserfordernis begründen. Auch liegt aktuell noch kein Bedarfsplan für Radschnellwege vor. Dies steht einer weiteren Konkretisierung von Radschnellwegen im Rahmen der Fachplanung oder der Bauleitplanung nicht entgegen.</p>

AZ: BET_183000_1	
Stadt Pulheim	
1001589, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)</p> <p>Die innerhalb des informellen Verfahrens eingebrachten Anregungen der Stadt Pulheim zu den Allgemeinen Siedlungsbereichen im Rahmen des Kommunalgespräches im Januar 2017 wurden im Wesentlichen für den Regionalplanentwurf beachtet. Der Stadt Pulheim wurde in Folge des Kommunalgespräches mitgeteilt, dass nach einer Neuberechnung des endogenen Bedarfes ca. 12 ha als weiterer ASB zur Deckung des endogenen Bedarfes im neuen Regionalplan dargestellt werden können.</p> <p>Die abgestimmten und beschlossenen zusätzlichen Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) wurden bisher nur zum Teil von der Regionalplanungsbehörde berücksichtigt. Die Stadt Pulheim regt vor diesem Hintergrund die folgende Erweiterung des ASB an:</p> <p>Im Regionalplanentwurf folgte die Regionalplanungsbehörde der Flächenmeldung im Rahmen des Kommunalgespräches für Flächen östlich an Stommeln angrenzend nur zum Teil [s. Anhang Abb. ID 1001589]. Die Stadt Pulheim regt nachdrücklich an, in diesem Bereich den ASB um ca. 5,6 ha zu erweitern, um eine aus städtebaulicher Sicht sinnvolle Siedlungsplanung zu ermöglichen. Die derzeitige Darstellung im Regionalplanentwurf erlaubt für die Flächen angrenzend an die hiermit angeregte Erweiterung des ASB kaum eine sinnvolle Erschließung und Entwicklung des z.T. sehr schmalen unbebauten ASB. Aus städtebaulicher Sicht wäre für die sinnvolle Siedlungsentwicklung eine beidseitig erschließbare Straße nördlich der Cäcilienstraße bis zur Straße Am Trappenkreuz notwendig. Der Regionalplanentwurf stellt in diesem Bereich einen Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) mit der Freiraumfunktion Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung dar. Die Stadt Pulheim schlägt vor dem Hintergrund der dargestellten Freiraumfunktion einen entsprechenden Flächentausch vor.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001589_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Pulheim noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.</p>

1001593, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)</p> <p>Die innerhalb des informellen Verfahrens eingebrachten Anregungen der Stadt Pulheim zu den Allgemeinen Siedlungsbereichen im Rahmen des Kommunalgespräches im Januar 2017 wurden im Wesentlichen für den Regionalplanentwurf beachtet. Der Stadt Pulheim wurde in Folge des Kommunalgespräches mitgeteilt, dass nach einer Neuberechnung des endogenen Bedarfes ca. 12 ha als weiterer ASB zur Deckung des endogenen Bedarfes im neuen Regionalplan dargestellt werden können.</p> <p>Die abgestimmten und beschlossenen zusätzlichen Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASS) wurden bisher nur zum Teil von der Regionalplanungsbehörde berücksichtigt. Die Stadt Pulheim regt vor diesem Hintergrund die folgende Erweiterung des ASB an:</p> <p>Im Westen von Stommeln weist der Regionalplanentwurf ASB-Potentiale von ca. 3,5 ha auf [s. Anhang Abb. ID 1001593]. Aufgrund der vorhandenen Topographie stellt sich eine zukünftige Erschließung der Fläche St a herausfordernd dar. Die Stadt Pulheim regt vor diesem Hintergrund und um eine städtebaulich sinnvollen Siedlungserweiterung in Zukunft zu ermöglichen, für vorhandene ASB-Potentiale eine geringfügige Erweiterung des ASB um ca. 1 ha an. Darüber hinaus regt die Stadt Pulheim an, bei einer etwaigen entsprechenden Anpassung des ASB, die Freiraumfunktion Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung entsprechend im skizzierten geringen Umfang zu reduzieren.</p> <p>Anhänge Abb. ID_1001593_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001597, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)</p> <p>Die innerhalb des informellen Verfahrens eingebrachten Anregungen der Stadt Pulheim zu den Allgemeinen Siedlungsbereichen im Rahmen des Kommunalgespräches im Januar 2017 wurden im Wesentlichen für den Regionalplanentwurf beachtet. Der Stadt Pulheim wurde in Folge des Kommunalgespräches mitgeteilt, dass nach einer Neuberechnung des endogenen Bedarfes ca. 12 ha als weiterer ASB zur Deckung des endogenen Bedarfes im neuen Regionalplan dargestellt werden können.</p> <p>Die abgestimmten und beschlossenen zusätzlichen Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) wurden bisher nur zum Teil von der Regionalplanungsbehörde berücksichtigt. Die Stadt Pulheim regt vor diesem Hintergrund die folgende Erweiterung des ASB an:</p> <p>Vor dem Hintergrund der perspektivischen Anbindung Brauweilers - zusammen mit KölnWiddersdorf, Bergheim-Glessen und Ober- und Niederaußem - an das Kölner Straßenbahnnetz, regt die Stadt Pulheim die Erweiterung des ASB westlich der Erfurter Straße an [s. Anhang Abb. ID 1001597]. Die ca. 5,5 ha umfassende Erweiterung des ASB stellt eine aus städtebaulicher Sicht sinnvolle Arrondierung des Siedlungsrandes, komplementär zu den vorhandenen östlich gelegenen unbebauten ASB in Brauweiler, dar. Die Lagegunst der Fläche ergibt sich außerdem durch die gute Erreichbarkeit und Nähe der in Brauweiler vorhandenen sozialen Infrastrukturen (z.B. KiTa und Pflegeheim) sowie das östlich und im Ortskern gelegene Versorgungsangebot Brauweilers. Im Rahmen der Umsetzung des ISEK Brauweilers soll die Anbindung der nördlichen Versorgungseinrichtungen Brauweilers an den Ortskern für die Nahmobilität verbessert werden. In Verbindung mit der potentiellen Stadtbahnanbindung ergibt sich die Möglichkeit, den benannten Bereich mit einem Fokus auf den ÖPNV und die Nahmobilität zu entwickeln. Der Regionalplanentwurf stellt in diesem Bereich einen AFAB mit der Freiraumfunktion regionaler Grünzug dar. Die Stadt Pulheim schlägt vor dem Hintergrund der dargestellten Freiraumfunktion einen entsprechenden Flächentausch vor. Insgesamt wurde die Anregung zur Erweiterung des ASB im Vorverfahren angekündigt und in Zusammenhang mit der Vorstellung der potentiellen Stadtbahnverlängerung bereits der Regionalplanungsbehörde vorgestellt.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001597_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Pulheim noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.</p>

1001629, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)</p> <p>Die innerhalb des informellen Verfahrens eingebrachten Anregungen der Stadt Pulheim zu den Allgemeinen Siedlungsbereichen im Rahmen des Kommunalgespräches im Januar 2017 wurden im Wesentlichen für den Regionalplanentwurf beachtet. Der Stadt Pulheim wurde in Folge des Kommunalgespräches mitgeteilt, dass nach einer Neuberechnung des endogenen Bedarfes ca. 12 ha als weiterer ASB zur Deckung des endogenen Bedarfes im neuen Regionalplan dargestellt werden können.</p> <p>Die abgestimmten und beschlossenen zusätzlichen Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) wurden bisher nur zum Teil von der Regionalplanungsbehörde berücksichtigt. Die Stadt Pulheim regt vor diesem Hintergrund die folgende Erweiterung des ASB an.</p> <p>Die im Rahmen des Kommunalgesprächs abgestimmte Fläche im Pulheimer Zentralort im Bereich östlich des Pulheimer Bachs, nördlich der Bonnstraße und südlich der Bahntrasse wurde im Regionalplanentwurf als ASB aufgenommen. Diesbezüglich regt die Stadt Pulheim für einen Bereich von ca. 4 ha unmittelbar östlich des Pulheimer Baches die Darstellung als AFAB an [s. Anhang Abb. ID 1001629]. Eine entsprechende Anregung wurde bereits im Rahmen des Kommunalgespräches diskutiert. Faktisch beabsichtigt die Stadt Pulheim keine Siedlungsentwicklung in diesem Bereich, um die hohe Freiraumqualität in diesem Bereich zu erhalten. Im Rahmen der Landesinitiative "Bauland an der Schiene" wird der Bereich insgesamt durch eine erste Rahmenplanung planerisch betrachtet. Diese wird die von der Stadt Pulheim formulierte Zielvorstellung beachten, die Flächen unmittelbar östlich des Pulheimer Baches von Bebauung frei zu halten und als qualitativ hochwertigen Freiraum zu entwickeln. Eine Sicherung des Freiraums könnte durch die Darstellung der Freiraumfunktion Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) erfolgen.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001629_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Zudem liegt die Fläche in einem extremhochwassergefährdeten Bereich, sodass durch die Rücknahme von Siedlungsraum auch zur Hochwasservorsorge beigetragen wird.</p>

1001630, Stadt Pulheim

Inhalt

Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)

Die innerhalb des informellen Verfahrens eingebrachten Anregungen der Stadt Pulheim zu den Allgemeinen Siedlungsbereichen im Rahmen des Kommunalgespräches im Januar 2017 wurden im Wesentlichen für den Regionalplanentwurf beachtet. Der Stadt Pulheim wurde in Folge des Kommunalgespräches mitgeteilt, dass nach einer Neuberechnung des endogenen Bedarfes ca. 12 ha als weiterer ASB zur Deckung des endogenen Bedarfes im neuen Regionalplan dargestellt werden können.

Die abgestimmten und beschlossenen zusätzlichen Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) wurden bisher nur zum Teil von der Regionalplanungsbehörde berücksichtigt. Die Stadt Pulheim regt vor diesem Hintergrund die folgende Erweiterung des ASB an:

Westlich des **Pulheimer Zentralortes** und südlich der Bahntrasse wurden ASB im Regionalplanentwurf zurückgenommen. Dies war zum Zeitpunkt des Kommunalgespräches so besprochen worden. Zwischenzeitlich - aufgrund der Möglichkeit der weiteren Anmeldung von ASB-Flächen, einer derzeit in Erarbeitung befindlichen Strukturplanung im Rahmen der Landesinitiative "Bauland an der Schiene" sowie neuer Erkenntnisse zur Notwendigkeit einer zweiten Bahnunterführung im Pulheimer Zentralort im Rahmen des Mobilitätskonzeptes - wurden für diesen Bereich seitens der Stadt Pulheim mit der Kommunalpolitik eine Erweiterung des ASB um insgesamt ca. 14,5 ha diskutiert und vom Planungsausschuss beschlossen ([s. Anhang Abb. ID 1001630]). Aus städtebaulicher Sicht ist eine Arrondierung des Siedlungskörpers an dieser Stelle aufgrund der vorhandenen Bebauung und Infrastrukturen sinnvoll. Die perspektivische Entwicklung dieser Flächen erlaubt darüber hinaus die Schaffung von sozialen Infrastrukturen (z.B. einer Schule und weiteren KiTas) südlich der Bahntrasse. Der Regionalplanentwurf stellt in diesem Bereich einen AFAB mit der Freiraumfunktion regionaler Grünzug und Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung dar. Die Stadt Pulheim schlägt vor dem Hintergrund der dargestellten Freiraumfunktion einen entsprechenden Flächentausch vor (im Detail vgl. hierzu Abschnitt Umwelt- und Freiraumthemen). Im Rahmen einer etwaigen Erschließung dieser potentiellen Siedlungserweiterung wird voraussichtlich eine (anbaufreie) äußere Erschließung von der potentiellen Siedlungserweiterung an die B59 erfolgen.

Anhänge

[Abb_ID_1001630_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung "Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten" verfügt die Stadt Pulheim noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.

1001631, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>In der Summe decken die Flächenvorschläge den noch vorhandenen endogenen Bedarf an ASB der Stadt Pulheim von ca. 22 ha unter Berücksichtigung der Darstellung einer "Grünfuge" als AFAB statt ASB im Bereich östlich des Pulheimer Baches, nördlich der Bonnstraße und südlich der Bahntrasse ab (BEZIRKSREGIERUNG KÖLN 2021: Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln - Entwurf 2021, Tabelle 7, S. 58).</p> <p>Die Stadt Pulheim beachtet bei zukünftigen Planungen die Belange des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Hierzu wird derzeit eine Klimaanalysekarte mit Planungshinweiskarte erarbeitet. Letztere wird Steckbriefe mit klimagerechten Entwicklungsempfehlungen u.a. zu den Flächenvorschlägen enthalten.</p> <p>Der Vollständigkeit halber weist die Stadt Pulheim auf die aktuellen Bauleitplanverfahren FNP 18.8 und BP 157 (KiTa Am Paulspfadchen) hin. Hierzu erfolgte eine Beteiligung der Bezirksregierung als Landesplanungsbehörde im November 2021. Die Verfahren sollen das Planungsrecht für eine KiTa am südlichen Siedlungsrand des Stadtteils Sinnersdorf schaffen. Der Geltungsbereich der Planung liegt am Rande des dargestellten ASB.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.</p>

1002047, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Gewerbe- und Industriebereiche (GIB)</p> <p>Für einen Teilbereich des vorhandenen Segmüller Möbelhauses regt die Stadt Pulheim die Darstellung im Regionalplan als ASB mit der Zweckbestimmung Möbelhaus an [s. Anhang Abb. 1002047]. Dies entspricht der heutigen und auch zukünftigen Nutzung. Im Zusammenhang eines Vergleiches in einem Klageverfahren mit den Städten Bergheim und Leverkusen hat die Stadt Pulheim sich, unter Wahrung der gemeindlichen Planungshoheit, dazu verpflichtet, eine entsprechende Änderung des Regionalplanes anzustreben.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1002047_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Entsprechend der Plankonzeption erfolgt für Einzelhandelsbetrieben keine gesonderte Festlegung als ASBz. Dies entspricht nicht der generellen Regelungstiefe des Regionalplans. Die raumordnungsrechtliche Zulässigkeit solcher Betriebe richtet sich im Wesentlichen nach den Vorgaben des Kapitel 6.5 LEP NRW.</p>

1002062, Stadt Pulheim

Inhalt

Der Regionalplanentwurf enthält keine nennenswerten neuen **GIB auf dem Stadtgebiet der Stadt Pulheim**. Dies resultiert in erster Linie aus der angewendeten Bedarfsanalysemethode GIFPRO-ISB. Einen Sonderfall stellt Pulheim insofern dar, als dass durch die in der Vergangenheit fehlende Neuansiedlung ein geringerer Bedarf an GIB ermittelt wurde, als aus Sicht der Stadt Pulheim tatsächlich vorliegt. Im Fall der Stadt Pulheim resultiert die geringe Neuansiedlung einzig und allein aus Verzögerungen in der Bauleitplanung für Gewerbeflächen und -gebiete; namentlich im Kontext des Bebauungsplanes 99, der eine gewerbliche Nutzung südlich der Bonnstraße und nördlich der 859 ermöglichen soll. Diese Verzögerungen resultieren aus notwendigen politischen Abstimmungen aber auch aus verfahrensbegleitenden Komplikationen denen im Sinne der Konfliktbewältigung Rechnung getragen werden musste. Hier sind insbesondere notwendige und umfassende archäologische Untersuchungen zu nennen. Gleichzeitig ist eine erhebliche Nachfrage nach Gewerbeflächen vorhanden. Dies zeigen nicht zuletzt die Flächennachfragen für den BP 99. Die Interessentenliste für Flächen in diesem Bereich umfasst derzeit mehr als 300 Unternehmen (die Liste ist anonymisiert als Anlage 3 angehängt) [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]. In diesem Kontext ist davon auszugehen, dass die Flächen des BP 99 - als letzte Gewerbeflächen nach Stand des Regionalplanentwurfes - zügig vermarktet werden sein werden. Hiernach verbleibt ein erheblicher Teil an Flächennachfragenden (Pulheimer) Unternehmen, deren Bedarf absehbar nicht gedeckt werden kann.

Im Hinblick auf die Methodik der **GIFPRO-ISB Bedarfsanalyse** verstärkt sich die Sondersituation in Pulheim zusätzlich aufgrund der überregional bedeutsamen Standortfaktoren vor Ort. Pulheim liegt inmitten einer äußerst prosperierenden Region direkt an den relevanten Transportkorridoren zwischen Randstad, Vlaamse Ruit, Aachen-Lüttich-Maastricht und Rhein-Ruhr. In den benachbarten Metropolen Köln und Düsseldorf ist das für Gewerbe- und Industrienutzungen verfügbare Flächenangebot zunehmend begrenzt. Hierdurch entsteht zusätzlicher Nachfragedruck auf Pulheim. Eine isolierte Betrachtung des Nachfragebedarfes in Pulheim ist somit nicht realitätsnah. GIFPRO-ISB stellt im Wesentlichen den endogenen Bedarf dar und betrachtet zusätzliche exogene Bedarfe allenfalls indirekt im Rahmen des Planungszuschlages.

Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit einer einheitlichen Bedarfsermittlung im Rahmen des Neuaufstellungsverfahrens für den Regionalplan stellt sich die Situation in Pulheim insofern als Sonderfall dar. Die gegenwärtig ausbleibende Darstellung nennenswerter neuer GIB führt aus Sicht der Stadt Pulheim zu einer unverhältnismäßigen Härte und - im faktisch stattfindenden regionalen Wettbewerb - Benachteiligung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog

Das **regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzept des Rhein-Erft-Kreises** hat zum einen den gewerblichen Bedarf und gleichzeitig Flächenpotentiale ermittelt. Das Industrie- und Gewerbeflächenkonzept wurde von den politischen Gremien der verschiedenen Kommunen im Kreis beschlossen und soll als Fachgutachten in der Neuaufstellung des Regionalplanes im Themenfeld der Wirtschaftsflächen eingebracht werden.

Die im Regionalplan dargestellten Flächen **GIB-flex** helfen der Stadt Pulheim faktisch nicht bei der Entwicklung neuer Gewerbeflächen. Im Umfang umfassen diese etwa die Fläche des Bebauungsplanes 99. Das Verfahren ist so weit vorangeschritten, dass von einem Vermarktungsbeginn spätestens im Jahr 2023 ausgegangen werden kann. Ein etwaiger Flächentausch mit den Flex-Flächen kommt insofern nicht in Betracht.

Der Stadt Pulheim ist bewusst, dass auf der Maßstabsebene des Regionalplanes das aufsummieren von Kleinstflächen wenig bis nicht zielführend ist. Nichtsdestotrotz soll die nachfolgende summarische Betrachtung die noch vorhandenen potentiellen weiteren GIB-Potentiale im Regionalplanentwurf im Hinblick auf die Entwicklungsmöglichkeiten von Gewerbe und Industrie einordnen:

? Fläche A [s. Anhang Abb. 1002062_1]: Parkanlage angrenzend an renaturierten Bachverlauf, gewerbliche- oder industrielle Nutzung zukünftig nicht vorgesehen, ca. 1,6 ha

? Fläche B [s. Anhang Abb. 1002062_1] : Nutzung als Regenrückhaltebecken, ca. 5,5 ha

? Fläche C [s. Anhang Abb. 1002062_1]: z.T. Nutzung als Regenrückhaltebecken, gewerbliche Nutzung aufgrund der Erschließungssituation eher unrealistisch, ca. 1, 1 ha

Faktisch können überschlägig ca. 8,2 ha an nicht bebauten GIB nicht für eine gewerbliche- oder industrielle Nutzung bebaut werden.

Vor diesem Hintergrund regt die Stadt Pulheim erneut die **Darstellung von Gewerbe- und Industriebereichen südlich des vorhandenen Gewerbegebietes in Brauweiler** an [s. Anhang Abb. 1002062_2]. Für diese Bereiche wird bereits im kreisweiten Gewerbeentwicklungskonzept eine Entwicklungsabsicht dargestellt. Auch aufgrund dieser Darstellung steht die Stadt Pulheim seit langem mit den Eigentümern in Grundstücksverhandlungen.

Diese Flächen würden bei der Verlängerung der Stadtbahnlinie 4 von Köln-Widdersdorf über Pulheim-Brauweiler bis Bergheim-Niederaußem eine erhebliche Lagegunst entwickeln und die Erschließung der anvisierten als auch vorhandenen Gewerbe- und Industriebereiche verbessern. Auch für die zu erreichenden Fahrgastzahlen der

sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumberechnung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im

zukünftigen Stadtbahnlinie 4 nach Brauweiler bis Bergheim-Niederaußem ist eine Ansiedlung von Gewerbe in diesem Bereich positiv zu bewerten. Um nicht zu dicht an Köln-Widdersdorf heran zu wachsen, ist die Stadt bereit, auf die im Plan nördlich der zukünftigen Stadtbahnlinie liegende Fläche zu verzichten [s. Anhang Abb. 1002062_2]. Diese könnte alternativ, in das größere Dreieck zwischen Venloer Str. / B 59, Bahn und dem bereits bestehenden Gewerbegebiet südlich der Venloer Str, Orts auswärts erweitert werden.

Insgesamt befürchtet die Stadt Pulheim, dass vor dem Hintergrund der Entwicklungsperspektive der Neuaufstellung des Regionalplanes - bis ca. 2040 - schon in naher Zukunft eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Gewerbe- und Industrieflächen nicht mehr möglich sein wird. Schon nach der absehbaren Vermarktung der Flächen des BP 99 verfügt die Stadt ca. zur Mitte dieses Jahrzehnts über keine weiteren Flächenpotentiale für gewerbliche- oder industrielle Nutzungen. Die zukünftige Verfügbarkeit dieser Flächen für die Nutzung als Gewerbe- und Industriegrundstücke hat jedoch eine herausragende Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Pulheim. Entsprechend bereitet der Stadt Pulheim die zum jetzigen Verfahrensstand vorliegende Nichtberücksichtigung der Flächenanmeldung große Sorge. Der durch fehlende Expansionsmöglichkeiten drohende Verlust von wichtigen Bestandsunternehmen ist bereits heute akut und wird beim Ausbleiben weiterer GIB verstärkt.

Anhänge

[Abb_ID_1002062_1.pdf](#)

[Abb_ID_1002062_2.pdf](#)

[Abb_ID_1002062_3_Anlage3.pdf](#)

Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größenordnung von 10 ha.

Die Stadt Pulheim verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weiterhin besteht kein zusätzlicher regionaler Bedarf zur Festlegung von GIB mit Zweckbindung gemäß der Zielfestlegung Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* oder Ziel *GIBplus sichern und umsetzen*.

Der Festlegung der in Rede stehenden Flächen als GIB ist nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer

freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Die vorliegende Fläche in Brauweiler ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

1002074, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Im Rahmen des Mobilitätskonzeptes der Stadt Pulheim wurde eine verkehrsgutachterliche Stellungnahme über die Auswirkungen einer möglichen Ostumgehung [s. Anhang Abb. StnID 1002074] des Stadtteils Pulheim eingeholt und dem zuständigen Fachausschuss präsentiert. Dabei wurden verschiedene mögliche Maßnahmen gebündelt vorgestellt, um den veränderten Mobilitätsbedürfnissen gerecht zu werden. Die Frage, ob der Bau einer Ostumgehung verfolgt werden soll, wird in den politischen Gremien der Stadt Pulheim weiterhin diskutiert. Derzeit ist die Ostumgehung im Landesstraßenbedarfsplan enthalten, aber nicht im Straßenplanungsprogramm des Landes. Bisher fehlt eine vollständige Umweltverträglichkeitsprüfung.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1002074_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1002090, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Im Regionalplanentwurf wird ein neuer zweiter Bahnhaltepunkt für Pulheim dargestellt. Dieser soll - nach Rücksprache mit dem Nahverkehrsverbund Rheinland - in der Nähe des avisierten Wohnquartiers östlich des Pulheimer Baches, nördlich der Bonnstraße und südlich der Bahngleise umgesetzt werden. Dabei ist zu beachten, dass die neue Haltestelle - zum gegenwärtigen Planungsstand - somit nicht wie im Regionalplan vorgesehen, im östlichen Gewerbegebiet umgesetzt werden soll, sondern im Umfeld der Bonnstraße [s. Anhang Abb. StnID 1002090]. Die Stadt Pulheim regt daher eine Anpassung der entsprechenden Darstellung an.</p> <p>Anhänge Abb. ID_1002090_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (vgl. auch Stellungnahme des Nahverkehr Rheinland).</p>

1002094, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Der Verkehrsausschuss der Stadt Köln hat die Verwaltung einstimmig damit beauftragt, das Stadtbahnvorhaben Köln - Niederaußem zügig weiter zu verfolgen und die Vergabe einer Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 4 - ausgehend von der Haltestelle "Bocklemünd" - in Abstimmung mit dem Rhein-Erft-Kreis vorzubereiten. Die Verwaltung soll anschließend eine Vorlage zur Bedarfsfeststellung der Machbarkeitsstudie vorlegen. Die Durchführung des Vergabeverfahrens soll - vorausgesetzt, dass keine förderschädlichen Ausschlussgründe entgegenstehen - durch die Stadt Köln erfolgen (Beschluss 3454/2021 vom 18.01.2022). Somit treibt die Stadt Köln die Planungen zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 4 nach Widdersdorf und weiter in die westlichen Nachbargemeinden Pulheim und Bergheim voran. In gemeinsamer Abstimmung mit dem Rhein-Erft-Kreis ist eine vertiefte Untersuchung möglicher Trassenführungen von der Endhaltestelle der Linie 4 in Bocklemünd über Widdersdorf, Brauweiler und Glessen bis nach Niederaußem vorgesehen. Vor diesem Hintergrund regt die Stadt Pulheim an, im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes lediglich die Verlängerung der Linie 4 unmittelbar um und durch Brauweiler als Trasse darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1002094_1]. Der genaue Trassenverlauf ist dabei noch im Rahmen der genannten Machbarkeitsstudie auszudetaillieren. Die alternative Trassenführung der Verlängerung der Linie 1 wird aufgrund der Kölner Entscheidung somit nicht weiter zu verfolgen sein.</p> <p>Allgemein weist die Stadt Pulheim darauf hin, dass durch die angeregte Erweiterung des ASB in diesem Bereich [s. Anhang Abb. StnID 1002094_2] die notwendige Wirtschaftlichkeit des Stadtbahnvorhabens erst erreicht und zudem gesteigert wird (vgl. StnID 1001597).</p> <p>Anhänge Abb_ID_1002094_1.pdf Abb_ID_1002094_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

1002213, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Umwelt- und Freiraumthemen</p> <p>Der aktuelle Entwurf des Regionalplans beinhaltet eine Vielzahl neu ausgewiesener Freiraumfunktionen für das Pulheimer Stadtgebiet, da das Stadtgebiet in die Kategorie "überdurchschnittlichen, aber weniger signifikant ausgeprägten Merkmalen eines verdichteten Gebiets" eingestuft wurde. Damit liegt Pulheim in der "Übergangszone" zum ländlichen Raum. In letzterem werden weniger Freiraumfunktionen dargestellt und gesichert. Stattdessen findet im Bereich der Stadt Pulheim eine stärkere Beschränkung auf "besonders wertvolle multifunktionale Freiraumbereiche" statt. Diese sollen als Verbindungen, Korridore und Leitstrukturen den Übergang zu ländlichen Regionen herstellen. An den äußeren Rändern der regionalen Grünzüge wurde beispielsweise eine Anbindung an möglichst prägende Freiraumstrukturen (u. a. Waldbereiche, Gewässer, verkehrsarme Räume, Bereiche zum Schutz der Natur) hergestellt.</p> <p>Die Stadt Pulheim begrüßt die umfassende Erweiterung der Freiraumfunktionen im Grundsatz auch aufgrund ihres besonderen Stellenwertes für den Erhalt und die Entwicklung von Frischluftschneisen im Kontext von Klimaanpassungsstrategien. Die Anregungen im Rahmen des Kommunalgespräches wurden von der Regionalplanungsbehörde im Wesentlichen aufgenommen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1002221, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Umwelt- und Freiraumthemen</p> <p>Punktuell regt die Stadt Pulheim die folgende Verlagerung von Freiraumfunktionen an. Diese resultiert in erster Linie aus der zuvor skizzierten Siedlungserweiterungsabsicht (vgl. StnID 1001589):</p> <p>? Stommeln: Die Stadt Pulheim regt für diesen Bereich eine Erweiterung des ASB an, um eine in städtebaulichem Maßstab sinnvolle Siedlungserweiterung vornehmen zu können [s. Anhang Abb. StnID 1002221_1]. Die hier dargestellte Freiraumfunktion Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) sollte aus Sicht der Stadt Pulheim entweder nördlich der L93 und südwestlich der Bahntrasse verlagert werden oder nordöstlich von Stommeln dargestellt werden [s. Anhang Abb. StnID 1002221_2]. Bei der Realnutzung der Alternativbereiche handelt es sich ebenfalls um landwirtschaftliche Nutzungen und die Quantität der Freiraumfunktion BSLE wird nicht beeinflusst. Der Unterschied zu den alternativen, landwirtschaftlich genutzten Bereichen südwestlich der Bahn oder nördlich Stommeln liegt in dem weitgehenden Fehlen von prägenden Feldgehölzen und eingegrünten Hofanlagen, ehemaliges Wasserwerk etc., die den Bereich der geplanten Erweiterung als ASB prägen. Der Bereich liegt im Landschaftsschutzgebiet LSG 2.2-2 "Hasselrath" des Landschaftsplans Rommerskirchener Lössplatte. Eine Darstellung nördlich der L93 und südwestlich der Bahntrasse würde eine Verknüpfung der BSLE südwestlich von Stommeln erlauben. Eine Darstellung der BSLE nordöstlich von Stommeln verbreitert die betreffende BSLE und verknüpft sie weiter mit dem dortigen Regionalen Grünzug.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1002221_1.pdf Abb_ID_1002221_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>

1002224, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Umwelt- und Freiraumthemen</p> <p>Punktuell regt die Stadt Pulheim die folgende Verlagerung von Freiraumfunktionen an. Diese resultiert in erster Linie aus der zuvor skizzierten Siedlungserweiterungsabsicht (vgl. StnID 1001630):</p> <p>? Pulheim, westlich Zentralort, südlich der Bahntrasse:</p> <p>Die Stadt Pulheim regt für diesen Bereich eine Erweiterung des ASB an [s. Anhang Abb. StnID 1002224_1]. Im Rahmen der Landesinitiative "Bauland an der Schiene" wurde die Fläche mit einem Strukturkonzept vorab planerisch qualifiziert. In dem betreffenden Bereich stellt der Regionalplanentwurf als Freiraumfunktion BSLE und regionaler Grünzug dar. Im Kontext der angeregten Erweiterung des ASB schlägt die Stadt Pulheim eine Verlagerung der Freiraumfunktionen in westliche Richtung vor. Hier würde eine Verknüpfung mit den weiter westlich gelegenen Freiraumfunktionen BSLE und Regionaler Grünzug erfolgen [s. Anhang Abb. StnID 1002224_2].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1002224_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1002224_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet.</p>

1002225, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Umwelt- und Freiraumthemen</p> <p>Punktuell regt die Stadt Pulheim die folgende Verlagerung von Freiraumfunktionen an. Diese resultiert in erster Linie aus der zuvor skizzierten Siedlungserweiterungsabsicht (vgl. StnID 1001597):</p> <p>? Brauweiler/Dansweiler: Die Stadt Pulheim regt für diesen Bereich eine Erweiterung des ASB an [s. Anhang Abb. StnID 1002225_1]. Aufgrund der unmittelbaren Nähe zur avisierten Stadtbahnverlängerung und der nahegelegenen Infrastrukturen entwickelt die Fläche eine nennenswerte Lagegunst und drängt sich aus städtebaulicher Sicht so als Siedlungsarrondierungsfläche auf. In dem betreffenden Bereich stellt der Regionalplanentwurf als Freiraumfunktion einen regionalen Grünzug dar. Im Kontext der angeregten Erweiterung des ASB schlägt die Stadt Pulheim eine Verlagerung der Freiraumfunktionen in östliche Richtung vor [s. Anhang Abb. StnID 1002225_2]. Im vorgeschlagenen Bereich würde eine Aufweitung des regionalen Grünzuges zwischen den Pulheimer Stadtteilen Sinthern und Brauweiler erfolgen.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1002225_1.pdf Abb_ID_1002225_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Im ländlichen Raum selbst werden keine Festlegungen für den RG getroffen. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt.</p> <p>Der Vorschlag entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.</p>

1002226, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Umwelt- und Freiraumthemen</p> <p>Punktuell regt die Stadt Pulheim die folgende Verlagerung von Freiraumfunktionen an. Diese resultiert in erster Linie aus der zuvor skizzierten Siedlungserweiterungsabsicht (vgl. StnID 1002062):</p> <p>? Brauweiler; GIB Fläche südlich des bestehenden Gewerbegebietes: Die Stadt Pulheim regt- wie zuvor skizziert- weitere GIB südlich des bestehenden Gewerbegebietes an [s. Anhang Abb. StnID 1002226_1]. Diese resultieren aus dem - aus Sicht der Stadt Pulheim - erheblichen vorhandenen Bedarf an Gewerbeflächen. In dem betreffenden Bereich stellt der Regionalplanentwurf als Freiraumfunktion BSLE und regionaler Grünzug dar. Die Stadt Pulheim regt eine Verlagerung der Freiraumfunktion BSLE unmittelbar in Richtung Süden an, um das vorhandene Band an BSLE südlich von Brauweiler verlaufend nicht zu unterbrechen [s. Anhang Abb. StnID 1002226_2]. Für die Freiraumfunktion regionaler Grünzug regt die Stadt Pulheim einen Wegfall zugunsten von GIB an. Die Stadt Pulheim befindet sich derzeit mit der Stadt Köln in einem Qualifizierungsprozess für die noch vorhandenen Freiflächen zwischen Widdersdorf und Brauweiler. Beiden Städten ist die Sensibilität dieses Bereiches bewusst. Weitere Siedlungserweiterungen sind nur in Begleitung einer interkommunal abgestimmten Freiraumplanung möglich.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1002226_1.pdf Abb_ID_1002226_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Im ländlichen Raum selbst werden keine Festlegungen für den RG getroffen. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt.</p>

1002231, Stadt Pulheim	
Inhalt <p>Die Stadt Pulheim wird im Weiteren mit der Unteren Landschaftsschutzbehörde des Rhein-Erft-Kreises im Hinblick auf die Verlagerung von vorhandenen Landschaftsschutzgebieten - die durch die zuvor angeregte Verlagerung von BSLE tangiert sind - an fachlich geeignete Stellen zwecks Abstimmung in Kontakt treten.</p>	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

1002232, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Um den Anforderungen bei der zukünftigen Siedlungsentwicklung gerecht zu werden, hat die Stadt Pulheim eine Studie für eine Klimaanalysekarte mit Planungshinweiskarte im Auftrag gegeben. Erste Ergebnisse zeigen bereits wichtige Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftleitbahnen. Für potentielle Siedlungserweiterungsgebiete (vgl. u.a. für die angeregten ASB- und GIB-Erweiterung) werden Steckbriefe als Planungshinweiskarten erarbeitet.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1002236, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Im neuen Entwurf des Regionalplans ist der Pulheimer See nicht mehr als Naturschutzgebiet „Bereiche zum Schutz der Natur (BSN)“, sondern alleine als regionaler Grünzug ausgewiesen. Auch die Ausweisung als "Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)" ist nicht vorgesehen. Lediglich im östlichen Bereich, grenzt der Pulheimer See an den BSLE. Die Freiraumfunktion BSN, welche zuvor den Pulheimer See mit umfasste, grenzt sich nun nördlich des Pulheimer Sees ab.</p> <p>Die Stadt Pulheim begrüßt die Anpassung der entsprechenden Darstellung am Pulheimer See im Regionalplanentwurf, da diese zum einen den Status-Quo der Schutzgebietsausweisungen widerspiegelt. Zum einen stellt die beabsichtigte Darstellung im Regionalplanentwurf einer Ausweisung weiterer (kleinteiliger) Schutzgebiete nicht im Wege, wie sie zum gegenwärtigen Stand der Planung vorgesehen sind. Zum anderen entspricht die Darstellung im Regionalplanentwurf einer potentiellen zukünftigen Freizeitnutzung, wie sie derzeit als Folgenutzung zur Auskiesung am Pulheimer See diskutiert wird. Dennoch behält sich die Stadt Pulheim vor, im weiteren Regionalplanverfahren Alternativflächen für weitere BSN in diesem Bereich vorzuschlagen. Dies resultiert aus aktuellen Diskussionen in der Kommunalpolitik im Hinblick auf etwaige zukünftige Schutzgebietsausweisungen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise für mögliche Anregungen im weiteren Regionalplanverfahren geäußert.</p>

1002239, Stadt Pulheim

Inhalt

Derzeit wird im in der Kommunalpolitik eine mögliche **Erweiterung des NSG Ommelstal** diskutiert. Die Stadt Pulheim strebt zu dieser Thematik eine Abstimmung mit dem Rhein-Erft-Kreis an. Vor diesem Hintergrund behält sich die Stadt Pulheim vor, im weiteren Regionalplanverfahren eine Ausweitung des betreffenden BSN anzuregen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für mögliche Anregungen im weiteren Regionalplanverfahren geäußert.

AZ: BET_184000_1

Stadt Wesseling

1001110, Stadt Wesseling

Inhalt

Siedlungsraum (Kapitel 3)

Z 3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten (TF S. 56 ff und Tabelle 1; BG S. 36 ff und Tabelle 7)

Darstellung zusätzlicher ASB-Flächen zur kommunalen Bedarfsdeckung

Im Rahmen der zeitlich parallelen Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes (FNP) Wesseling wurden bereits Abstimmungen mit der BR Köln zur Ermittlung und Festlegung der zukünftigen Siedlungsflächen für Wohn- und Gewerbeflächen einschließlich der räumlichen Darstellung geeigneter ASB- und GIB-Flächenpotenziale durchgeführt. Die Stadt Wesseling hat die bisherigen Abstimmungsergebnisse in ihrem ?Räumlichen Leitbild Wesseling 2040? berücksichtigt und in die ersten Überlegungen zu einem FNP-Vorentwurfskonzept aufgenommen.

Mit dem Plankonzept 2020 wurde der Stadt Wesseling ein kommunaler ASB-Flächenbedarf von 82 ha sowie ein regionaler ASB-Bedarf von 18 ha zugebilligt. Die zeichnerisch dargestellten ASB-Potenziale wurden mit 77 ha kommunalem und 23 ha regionalem ASB-Bedarf beziffert; bereits 2020 war ein Defizit von 5 ha zur Deckung des kommunalen ASB-Bedarfs gegeben.

Im vorliegenden RP-Entwurf wird der kommunale ASB-Bedarf unverändert mit 82 ha beziffert, der regionale ASB-Bedarf ist entfallen (TF Tabelle 1, S. 60). Entsprechend Tabelle 7 (BG S. 58) werden die zeichnerisch dargestellten ASB-Potenziale mit 69 ha beziffert. Das Defizit an ASB-Flächen zur Deckung des kommunalen Bedarfs hat sich damit auf 13 ha vergrößert.

Diese Veränderungen resultieren aus dem Verzicht auf zwei ASB-Darstellungen im RP-Entwurf 2021 (ASB-Teilfläche in Berzdorf; ASBregional-Fläche in Urfeld; insgesamt 32 ha). Die Herausnahme dieser Flächen beruht auf der Beschlussfassung des Regionalrates vom 24.09.2021 (RR 63/ 2021). Als Ergebnis der Umweltprüfung des Konzeptes 2020 sind die beiden ASB-Flächen auf Grund ihrer Lage in HQextrem-Bereichen (ohne bauleitplanerische Verfestigung) nicht mehr als Siedlungsflächen dargestellt.

Das Ziel, mögliche Hochwasserrisiken und Zielkonflikte zwischen HQextrem-Bereichen und künftigen Siedlungsentwicklungen soweit wie möglich bereits auf RP-Ebene zu

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zum Verzicht auf die Festlegung von zwei ASB-Flächen in HQextrem-Bereichen erklärt und ein Hinweis auf die kommunale Ermittlung alternativer ASB-Flächen gegeben.

vermeiden, ist nachvollziehbar und wird von der Stadt Wesseling nicht in Frage gestellt.

Allerdings wäre eine frühzeitige Information der Kommune vor Beschlussfassung des Regionalrates wünschenswert gewesen. Die BR Köln hat die Stadt Wesseling mit Schreiben vom 27.01.2022 informiert, dass der ?offene? kommunale ASB-Bedarf (13 ha) im Rahmen der formellen Beteiligung an raumverträglichen Standorten des Stadtgebietes eingebracht und begründet werden kann.

Die Stadt Wesseling hat anhand des aktuellen Stands des FNP-Vorentwurfskonzeptes überprüft, wo weitere ASB-Flächen raumverträglich und städtebaulich sinnvoll darstellbar sind. Unter Berücksichtigung des eng begrenzten Stadtgebietes, der kompakten Siedlungsstruktur und der vielfältigen Restriktionen für zusätzliche Siedlungsentwicklungen hat die Stadt Wesseling die nachfolgenden Flächenpotenziale identifiziert; es sind Erweiterungen im Anschluss an bereits dargestellte Allgemeine Siedlungsbereiche.

1001112, Stadt Wesseling

Inhalt

Die BR Köln hat die Stadt Wesseling mit Schreiben vom 27.01.2022 informiert, dass der ?offene? kommunale ASB-Bedarf (13 ha) im Rahmen der formellen Beteiligung an raumverträglichen Standorten des Stadtgebietes eingebracht und begründet werden kann. Die Stadt Wesseling hat anhand des aktuellen Stands des FNP-Vorentwurfskonzeptes überprüft, wo weitere ASB-Flächen raumverträglich und städtebaulich sinnvoll darstellbar sind.

ASB-Fläche B1 ? Berzdorf (Steckbrief B1)

Westlicher Siedlungsrand Berzdorf, zwischen Brühler Straße und Fuldaer Straße (ca. 11 ha)

Die Erweiterung erfolgt unter Berücksichtigung von vorhandenen Wirtschaftswegen und Hochspannungstrassen auf überwiegend landwirtschaftlich genutzten Flächen. Einbezogen werden eine bestehende Wohnsiedlung sowie das Areal der Godorfer Burg, die einen nennenswerten Wohnbaubestand im Außenbereich aufweist; die Bauten stehen unter Denkmalschutz und wurden zeitgemäß umgenutzt. Östlich befindet sich ein bereits rekultivierter Kieselsee. Die Erweiterung ist raumverträglich; es handelt sich um höhergelegene Flächen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, die dem Ziel 1 entsprechen.

[s. Anhang Abb. ID 1001112]

Insgesamt werden mit den Vorschlägen B1 - B3 zusätzliche ASB-Flächen in einer Größenordnung von ca. 19,5 ha eingebracht, die raumverträglich und städtebaulich sinnvoll sind. Die Stadt Wesseling bittet um Berücksichtigung dieser Potenziale, hier der ASB-Fläche B1, zum Ausgleich des ?offenen? Bedarfs.

Anhänge

[Abb_ID_1001112_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Stadt Wesseling verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen

Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1001113, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p>Die BR Köln hat die Stadt Wesseling mit Schreiben vom 27.01.2022 informiert, dass der ?offene? kommunale ASB-Bedarf (13 ha) im Rahmen der formellen Beteiligung an raumverträglichen Standorten des Stadtgebietes eingebracht und begründet werden kann. Die Stadt Wesseling hat anhand des aktuellen Stands des FNP-Vorentwurfskonzeptes überprüft, wo weitere ASB-Flächen raumverträglich und städtebaulich sinnvoll darstellbar sind.</p> <p><i>ASB-Fläche B2 ? Keldenich (Steckbrief B2)</i></p> <p>Südöstlicher Siedlungsrand, zwischen Bornheimer Weg und Staffelsweg (ca. 4,8 ha)</p> <p>Die Erweiterung erfolgt unter Berücksichtigung vorhandener Wirtschaftswege (u.a. Staffelsweg) auf landwirtschaftlich genutzten Flächen; die östliche Abgrenzung wird durch den Landschaftspark Eichholz definiert. Die Erweiterung ist raumverträglich; es handelt sich um höhergelegene Flächen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, die dem Ziel 1 entsprechen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001113]</p> <p>Insgesamt werden mit den Vorschlägen B1 - B3 zusätzliche ASB-Flächen in einer Größenordnung von ca. 19,5 ha eingebracht, die raumverträglich und städtebaulich sinnvoll sind. Die Stadt Wesseling bittet um Berücksichtigung dieser Potenziale, hier der ASB-Flächen B2 mit Priorität, zum Ausgleich des ?offenen? Bedarfs.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001113_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Wesseling noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.</p>

1001114, Stadt Wesseling

Inhalt

Die BR Köln hat die Stadt Wesseling mit Schreiben vom 27.01.2022 informiert, dass der ?offene? kommunale ASB-Bedarf (13 ha) im Rahmen der formellen Beteiligung an raumverträglichen Standorten des Stadtgebietes eingebracht und begründet werden kann. Die Stadt Wesseling hat anhand des aktuellen Stands des FNP-Vorentwurfskonzeptes überprüft, wo weitere ASB-Flächen raumverträglich und städtebaulich sinnvoll darstellbar sind.

ASB-Fläche B3 ? Urfeld (Steckbrief B3)

Nördlicher Siedlungsrand, im Bereich Josef-Kuth-Weg/Domskuhlweg (ca. 3,7 ha)

Die Erweiterung erfolgt unter Berücksichtigung von Wohngebieten und vorhandenen bzw. geplanten Gemeinbedarfseinrichtungen der Stadt Wesseling auf gärtnerisch oder landwirtschaftlich genutzten Flächen. Die Bereiche der Rheinschule, der Mehrzweckhalle und des Sportplatzes Urfeld sind bereits als ASB-Flächen dargestellt. Die Stadt Wesseling beabsichtigt kurzfristig den Neubau eines Kindergartens östlich des Sportplatzes; mittelfristig werden Erweiterungen bzw. Neubauten von Kindergärten/Grundschulen für die wachsenden Stadtteile Urfeld/Keldenich benötigt. Da die Stadt Wesseling nicht über geeignete Alternativen verfügt, ist es zur Sicherung der Gemeinbedarfsversorgung notwendig, die betreffenden Flächen in die ASB-Darstellung einzubeziehen. Die östliche Abgrenzung wird durch den Domskuhlweg, die nördliche durch die Gemeinbedarfseinrichtungen und die südliche durch die Wohnbebauung Rheinstraße definiert. Die Erweiterung ist raumverträglich; die unbebauten Flächen befinden sich außerhalb von hochwassergefährdeten Bereichen und entsprechen dem Ziel 1.

[s. Anhang Abb. ID 1001114]

Insgesamt werden mit den Vorschlägen B1 - B3 zusätzliche ASB-Flächen in einer Größenordnung von ca. 19,5 ha eingebracht, die raumverträglich und städtebaulich sinnvoll sind. Die Stadt Wesseling bittet um Berücksichtigung dieser Potenziale, hier der ASB-Flächen B3 mit Priorität, zum Ausgleich des ?offenen? Bedarfs.

Anhänge

[Abb_ID_1001114_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW ?*Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren*" und Grundsatz 4-2 LEP NRW ?*Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)*? bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.

Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.

1001115, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsraum (Kapitel 3)</p> <p><u>Z 5 Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen und Z 12 GIBregional sichern und umsetzen (TF S. 63/64 bzw. 75-77 und Tabelle 1; BG S. 62-68 bzw. 82-111 und Tabellen 7, 13, 14)</u></p> <p>Mit dem RP-Entwurf 2021 werden dem Rhein-Erft-Kreis GIBregional-Flächen von 119 ha zur Deckung des regionalen Wirtschaftsflächenbedarfs zugebilligt (BG Tabellen 7/13).</p> <p>Der Rhein-Erft-Kreis und die kreisangehörigen Kommunen haben im Vorfeld der RP-Neuaufstellung das ?Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für den Rhein-Erft-Kreis? erarbeitet und den Schlussbericht 2018 als Fachbeitrag zum RP-Verfahren eingereicht. Auf dieser Grundlage wurde eine Fläche im Ortsteil Urfeld, zwischen der Autobahn A 555 und der L 192 Siebengebirgsstraße, als GIB für den endogenen Bedarf der Stadt Wesseling vorgeschlagen. Weiterhin wurde ein hoher Bedarf an großen, zusammenhängenden GIB-Flächen festgestellt und das Areal des ?Barbarahofes? (Stadtgebiete Erftstadt/ Hürth) als Standort für eine regionalbedeutsame GIB-Fläche im Südkreis eingebracht.</p> <p>Diese Vorschläge wurden im RP-Entwurf 2021 leider nicht bzw. in veränderter Form berücksichtigt, so dass die aktuelle GIBregional-Darstellung in Wesseling-Urfeld offensichtlich als ?Teilersatzfläche? für das im Entwurf nicht vorgesehene GIBregional ?Barbarahof? zu verstehen ist. Die Ziele, ein bedarfsgerechtes, differenziertes und räumlich ausgewogenes Angebot an GIB-Flächen für den teilregionalen/regionalen Bedarf zu schaffen und die gemeinsame Entwicklung und Umsetzung von GIBregional- bzw. GIBplus-Flächen in Zusammenarbeit mehrerer Kommunen zu fördern, werden grundsätzlich positiv bewertet.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung In Bezug auf die Anregung zum Areal Erftstadt/Hürth gilt: Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1001415).</p> <p>In Bezug auf die GIBregional Darstellung in Wesseling gilt: Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die geänderte Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist (s. StnID 1001117). Es wird zudem auf StnID 1026689 verwiesen (Neudarstellung GIBregional in Erftstadt).</p> <p>Zudem werden allgemeine Informationen zum ?Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für den Rhein-Erft-Kreis? vorgebracht. Hier gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Dies gilt auch im Hinblick auf die Wettbewerbsgleichheit des Rheinischen Reviers im Sinne des Strukturwandels im Kontext der Herausforderungen für alle Kommunen des Regierungsbezirks Köln.</p>

1001116, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p>Die Stadt Wesseling unterstützt aus nachfolgenden Gründen ausdrücklich die im kreisweiten Konzept vorgeschlagene Entwicklung des ?Barbarahofes? als GIBregional-Fläche für den Südkreis und regt die dazu notwendige GIB-Darstellung des Plangebietes in Erftstadt/Hürth an.</p> <p>Die Potenzialfläche ?Barbarahof? weist auf Grund ihrer herausragenden Lage und Verkehrsanbindung, ihrer regionalen Ausrichtung, ihrer optimalen Eigentumsstruktur und ihres großen zusammenhängenden Flächenangebotes aus fachlicher Sicht eine hervorragende Standorteignung als GIBregional auf und kann einen erheblichen Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels im Rhein-Erft-Kreis leisten.</p> <p>Diese Einschätzung wird vom Rhein-Erft-Kreis, der WfG Rhein-Erft und den beteiligten Städten Erftstadt, Hürth und Brühl geteilt; derzeit werden die notwendigen Regionalplan-Unterlagen für die angestrebte GIB-Darstellung des Areals ?Barbarahof? erarbeitet, so dass eine fundierte Einbringung des Themas in das laufende Beteiligungsverfahren durch die Belegenheitskommunen Erftstadt/ Hürth und die vorgenannten Unterstützer*innen erfolgt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1001415).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1001415.</p>

1001117, Stadt Wesseling

Inhalt

GIBregional B4 ? Urfeld, zwischen der A 555 und L 192 (Steckbrief B4)

Um den Zielen 3, 5 und 12 angemessen Rechnung tragen zu können, wird die im RP-Entwurf 2021 dargestellte GIBregional-Fläche im Ortsteil Urfeld (30 ha, laut Tabelle 14) von der Stadt Wesseling als Tauschfläche zum Nachweis der regionalen Wirtschaftsflächenbedarfe in das laufende RP-Beteiligungsverfahren eingebracht.

Aus Sicht der Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung Wesseling weist die in Urfeld dargestellte GIBregional-Fläche eine ? im Vergleich zum Barbarahof ? deutlich geringere Eignung auf, die die Mobilisierung und Marktfähigkeit in Frage stellen oder wesentlich erschweren kann.

Die Fläche wird zentral von zwei Höchstspannungsfreileitungen (80m Leitungsschutzstreifen), einer Hochspannungsleitung und einer unterirdischen Pipeline gequert, so dass erhebliche Flächenanteile nicht für eine GIB-Entwicklung nutzbar sind. Weitere Restriktionen bestehen durch zwei vorhandene Windenergieanlagen, die die bauliche Nutzbarkeit (Abstandsflächen) im direkten Umfeld einschränken. Als problematisch wird zudem eingeschätzt, dass sich die betreffenden Flächen in kleinteiligem Streubesitz befinden; der enorme Finanz- und Organisationsaufwand zum Erwerb der landwirtschaftlichen Parzellen von zahlreichen Einzeleigentümern stellt ein hohes Entwicklungsrisiko dar.

Die vorgenannten Restriktionen haben im Konzept des Rhein-Erft-Kreises zur Einstufung der Urfelder Fläche in Priorität 3 geführt; im vorliegenden Bewertungsranking steht die Fläche REK-3.1-reg auf Rang 7 von 9 GIBregional-Flächen des Rhein-Erft-Kreises.

Die Stadt Wesseling schlägt vor, das GIBregional in Urfeld herauszunehmen und die betreffenden Flächen weiterhin als ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich? darzustellen.

Diese Änderung würde mit den stadtentwicklungsplanerischen Zielen der Stadt Wesseling zur Erhaltung und Aufwertung eines durchgehenden Grünzuges im Wesselinger Süden und zur Sicherung der im FNP dargestellten Windkraftkonzentrationszone in Einklang stehen. Die Akzeptanz dieser GIBregional-Fläche als Wesselinger Tauschfläche zum Nachweis des regionalen Wirtschaftsflächenbedarfs am Standort ?Barbarahof? würde aus Sicht der Stadt Wesseling zukünftig die optimale städtebauliche Entwicklung sowohl des Plangebietes ?Barbarahof? als auch des Freiraumes Urfeld ermöglichen.

Falls die Darstellung eines GIBregional ?Barbarahof? im Rahmen der formellen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Beteiligung keine Zustimmung finden und die Stadt Wesseling keine GIB-Tauschfläche einbringen würde, so wird trotzdem angeregt, das GIBregional in Urfeld aus dem RP-Entwurf herauszunehmen und folgende Darstellungen aufzunehmen:

- für den nördlichen Teilbereich (zwischen ?Gewerbepark Urfeld? und Hochspannungstrassen) die Darstellung als ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich?,
- für den südlichen Teilbereich (von den Hochspannungstrassen bis zur Stadtgrenze Bornheim) die Darstellung als ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich/Regionaler Grünzug?.

Dieser alternative Darstellungsvorschlag begründet sich aus der geplanten Entwicklung des ?Gewerbeparks Urfeld? zu einem innovativen und grünen Gewerbegebiet, das auch Konzepte zur nachhaltigen Energieversorgung/-erzeugung umfassen soll. Das derzeit als GIBregional dargestellte Areal südlich des ?Gewerbeparks Urfeld? bietet als Windkraftkonzentrationszone Ansätze zum Repowering und zur Ergänzung um weitere WK-Anlagen. Diese Fläche hat zudem das Potenzial, weitere Anlagen zur Erzeugung, Speicherung und Verteilung erneuerbarer Energien, z.B. Freiflächensolar-/Biogasanlagen, Wasserstoffanlagen (Synergien mit dem Shell Energy und Chemicals Park in unmittelbarer Nähe), aufzunehmen und gegebenenfalls im Rahmen von Modellvorhaben mit Projektpartnern aus Wirtschaft und öffentlicher Hand zu etablieren.

Um diesen Konzeptideen Spielraum zu geben, wird angeregt, im nördlichen Teil - anschließend an den ?Gewerbepark Urfeld? die Darstellung als ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich? vorzusehen; dies würde die bauleitplanerische Einzelfallprüfung zur Ansiedlung erneuerbarer Energieformen ermöglichen, da keine Ausschlusskriterien i.S.d. Ziele 38/39 betroffen wären.

[s. Anhang Abb. ID 1001117]

Anhänge

[Abb_ID_1001117_1.pdf](#)

1001120, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p><u>Z 6 ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln und G 13 Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</u> (TF S. 64/65; BG S. 68-73 und Tabelle 8)</p> <p>Der RP-Entwurf 2021 enthält für das Stadtgebiet Wesseling bisher keine ASBflex bzw. GIBflex-Darstellungen, obwohl laut Tabelle 8 (BG S. 72) 41 ha ASBflex- bzw. 33 ha GIBflex-Potenziale zugebilligt werden. Die Stadt Wesseling regt an, einen im Gewerbeflächenentwicklungskonzept Rhein-Erft-Kreis enthaltenen Suchraum (AS Wesseling) als GIBflex aufzunehmen.</p> <p><i>GIBflex-Fläche B5 ? Urfeld (Steckbrief B5)</i> Suchraum ?AS Wesseling? zwischen der L 300 und der A 555 (ca. 11 ha)</p> <p>Die Verfügbarkeit gewerblicher Siedlungsflächenreserven in der Stadt Wesseling ist durch einen sehr hohen Anteil (ca. 80 %) an betriebsgebundenen Reserven der großen Industrieunternehmen erheblich eingeschränkt. Diese Reserven werden zu 50 % angerechnet; sie sind einer aktiven Flächenentwicklung der städtischen Wirtschaftsförderung jedoch komplett entzogen. Die Stadt Wesseling hat diese Besonderheit bereits im Region+Wirtschaft-Prozess vorgetragen und alternative GIB-Suchräume vorgeschlagen, die bisher nicht berücksichtigt wurden.</p> <p>Da die Stadt Wesseling auch mittelfristig kaum Zugriff auf die betriebsgebundenen Siedlungsreserven hat, wird vorgeschlagen, den Suchraum ?AS Wesseling? als GIBflex einzubringen. Die Fläche umfasst ca. 11 ha auf und wurde im kreisweiten Konzept 2018 mit der Priorität 1 bewertet; sie grenzt unmittelbar an GIB-Darstellungen bzw. vorhandene Industrieflächen an und weist zudem gute Möglichkeiten der Verkehrserschließung auf.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001120]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001120_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen raumordnerische Planungsdirektiven entgegen.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.</p> <p>Eine Festlegung als GIBflex steht den vorgenannten Funktionen des RG entgegen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001122, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p><u>Z 7 ASB sichern und entwickeln (TF S. 66/67; BG S. 73-77)</u></p> <p><u>Anpassung von GIB-Darstellungen bzw. Wald-Darstellungen an den Siedlungsbestand bzw. das Planungsrecht</u></p> <p>Nach Prüfung des RP-Entwurfs 2021 ist es aus Sicht der Stadt Wesseling sinnvoll, an verschiedenen Stellen des Stadtgebietes kleinräumige Anpassungen der zeichnerischen Festlegungen an den Siedlungsbestand bzw. an verbindliche Bauleitplanung der Stadt Wesseling durchzuführen.</p> <p>Die Stadt Wesseling bittet um Berücksichtigung der folgenden Anpassung:</p> <p><i>GIB-Fläche B 6-1 ? Wesseling, Plangebiet Westringquartier (Steckbrief B6)</i></p> <p>Das seit den 70iger Jahren als Industrieerweiterungsfläche gesicherte Areal zwischen Westring und Kronenweg wurde auf Grund der zentralen innerstädtischen Lage (200 m zum Stadtbahnhaltepunkt S 16) mit dem Ziel der Entwicklung eines hochwertigen, verdichteten Wohngebietes überplant. Die erforderliche 56. FNP-Änderung ?Westringquartier? ist im August 2016 wirksam geworden. Das Wohngebiet ?Rheintal-Quartier? wird auf Grundlage des 2016 in Kraft getretenen Bebauungsplanes 1/114 umgesetzt und in 2023/2024 fertiggestellt. Eine GIB-typische Nutzung des Areals ist damit ausgeschlossen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001122]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001122_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001123, Stadt Wesseling

Inhalt

Z 7 ASB sichern und entwickeln (TF S. 66/67; BG S. 73-77)

Anpassung von GIB-Darstellungen bzw. Wald-Darstellungen an den Siedlungsbestand bzw. das Planungsrecht

Nach Prüfung des RP-Entwurfs 2021 ist es aus Sicht der Stadt Wesseling sinnvoll, an verschiedenen Stellen des Stadtgebietes kleinräumige Anpassungen der zeichnerischen Festlegungen an den Siedlungsbestand bzw. an verbindliche Bauleitplanung der Stadt Wesseling durchzuführen.

Die Stadt Wesseling bittet um Berücksichtigung der folgenden Anpassung:

GIB-Fläche B 6-2 ? Wesseling, Plangebiet ?Humboldtstraße? (Steckbrief B6)

Das Plangebiet ?Humboldtstraße? und seine nähere Umgebung zwischen L 300, Rhein und Shell- Raffinerie befindet sich an der Schnittstelle zwischen Stadt und Großindustrie. Es handelt sich um eine historisch gewachsene Gemengelage, die unmittelbar von der Seveso-III-Thematik betroffen ist. Entsprechend ihrem ?Städtebaulichen Entwicklungskonzept zur Seveso-III-Richtlinie? (StEK 2019) überprüft die Stadt Wesseling verbindliche Bebauungspläne innerhalb der Inneren und Mittleren Planungsbereiche, um die zukünftige Ansiedlung/Erweiterung von schutzbedürftigen Nutzungen mit Bauleitplanung steuern bzw. einschränken zu können. Das Plangebiet ?Humboldtstraße? wurde mit dem seit Oktober 2020 in Kraft getretenen BP 1/134 entsprechend überplant. In der unmittelbaren Umgebung befinden sich zahlreiche Flächen im Eigentum eines Industrieunternehmens; dazu gehören Wohngrundstücke, insbesondere aber Freiflächen zwischen Stadt und Industriegelände. Diese Flächen sollen teils als Grün-/Freiflächen erhalten bleiben; teils ist eine Ansiedlung wohngebietsverträglicher Gewerbenutzungen vorstellbar. Eine GIB-typische Nutzung des Areals ist weder möglich noch sinnvoll, so dass die Einbeziehung in die ASB-Darstellung vorgeschlagen wird.

[s. Anhang Abb. ID 1001123]

Anhänge

[Abb_ID_1001123_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1001125, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p><u>Z 7 ASB sichern und entwickeln</u> (TF S. 66/67; BG S. 73-77)</p> <p><u>Anpassung von GIB-Darstellungen bzw. Wald-Darstellungen an den Siedlungsbestand bzw. das Planungsrecht</u></p> <p>Nach Prüfung des RP-Entwurfs 2021 ist es aus Sicht der Stadt Wesseling sinnvoll, an verschiedenen Stellen des Stadtgebietes kleinräumige Anpassungen der zeichnerischen Festlegungen an den Siedlungsbestand bzw. an verbindliche Bauleitplanung der Stadt Wesseling durchzuführen.</p> <p>Die Stadt Wesseling bittet um Berücksichtigung der folgenden Anpassung:</p> <p><i>GIB-Fläche B7 - Berzdorf (Steckbrief B7)</i> Bereich östlich der Bergegeiststraße, zwischen Brühler Straße und Bahngleisen (ca. 6,9 ha)</p> <p>Die Flächen beiderseits der Bergegeiststraße befinden sich im Geltungsbereich des verbindlichen BP 3/40. Für einen Teilbereich, im Anschluss an bestehende Wohngebiete, wurden Bauleitplanverfahren zur Errichtung eines Lebensmittel-Nahversorgers durchgeführt. Die 66. FNP-Änderung und der Bebauungsplan 3/124 ?Einzelhandel Bergegeiststraße (SO)? sind im Sommer 2019 in Kraft getreten. Für den BP 3/40 besteht insgesamt Überarbeitungsbedarf zur zeitgemäßen Regelung der Immissionsschutzthematik; die Stadt Wesseling erarbeitet einen Planvorentwurf und entsprechende Gutachten. Sowohl in Anbetracht der angrenzenden, vorhandenen Wohngebiete als auch der notwendigen Einschränkungen für geplante Gewerbenutzungen im künftigen Bebauungsplan ist eine GIB-typische Nutzung des Areals nicht umsetzbar, so dass die Darstellung des Areals östlich der Bergegeiststraße als ASB-Fläche angeregt wird.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001125]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001125_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001126, Stadt Wesseling

Inhalt

Z 7 ASB sichern und entwickeln (TF S. 66/67; BG S. 73-77)

Anpassung von GIB-Darstellungen bzw. Wald-Darstellungen an den Siedlungsbestand bzw. das Planungsrecht

Nach Prüfung des RP-Entwurfs 2021 ist es aus Sicht der Stadt Wesseling sinnvoll, an verschiedenen Stellen des Stadtgebietes kleinräumige Anpassungen der zeichnerischen Festlegungen an den Siedlungsbestand bzw. an verbindliche Bauleitplanung der Stadt Wesseling durchzuführen.

Die Stadt Wesseling bittet um Berücksichtigung der folgenden Anpassung:

6 Waldfläche B8 - Keldenich (Steckbrief B8)

Bereich des Schlosses Eichholz, Urfelder Straße (ca. 5 ha)

Das Areal des Schlosses Eichholz war seit Jahrzehnten Standort einer Bildungsstätte der Konrad-Adenauer- Stiftung. Seit deren Wegzug werden die vorhandenen Gebäude, u.a. das denkmalgeschützte Schloss Eichholz, durch die ?Gezeiten Haus Klinik? als privates Fachkrankenhaus für psychosomatische Medizin genutzt. Neben einem stationären Klinikbereich mit 70 Betten verfügt die Einrichtung über eine Tagesklinik mit 28 Plätzen; Teile der Anlage werden als Bildungsstätte für Fachärzte genutzt. Die Klinikgebäude sowie ein großer Parkplatz für die Klinik befinden sich im nördlichen Teilbereich, mit Erschließung im Bereich der Kreuzung Urfelder Straße/Siebengebirgsstraße. Der südlich anschließende, weitläufige Schlosspark Eichholz wird von der Klinik für Therapie- und Freizeitangebote genutzt. Das Schloss Eichholz ist als Teil des baukulturellen Erbes nach Grundsatz 7 zu erhalten und zeitgemäß weiter zu entwickeln. Der nördliche, baulich geprägte Teil des Areals entspricht aus Sicht der Stadt Wesseling nicht den Festlegungen als ?Waldbereich, BSLE und Regionaler Grünzug?.

Zur Sicherung und angemessenen Entwicklung der bestehenden Nutzung nach Ziel 7 und G 7 wird vorgeschlagen, den nördlichen, ca. 5 ha umfassenden Teilbereich des Schlosses Eichholz (Gezeiten Haus Klinik) in den unmittelbar anschließenden Allgemeinen Siedlungsbereich Keldenich einzubeziehen und die Darstellung als ?Waldbereich? dementsprechend anzupassen.

[s. Anhang Abb. ID 1001126]

Anhänge

[Abb_ID_1001126_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1001127, Stadt Wesseling

Inhalt

Z 7 ASB sichern und entwickeln (TF S. 66/67; BG S. 73-77)

Änderung von GIB-Darstellungen auf Grund von laufenden Umstrukturierungen und aktuellen städtebaulichen Entwicklungszielen

GIB-Fläche B9 ? Wesseling, Innenstadt (Steckbrief B9)

Bereiche nördlich und südlich des Kronenwegs (u.a. Saint-Gobain-Gelände) und ?Norton-Gelände? bis zum Gewerbegebiet Rheinbogen (ca. 34,7 ha)

Auf Grund der traditionell starken industriellen Prägung Wesselings seit den 1960er Jahren befanden sich Industriebetriebe, wie die Schleifmittelproduktion Saint Gobain (früher Norton/Feldmühle) und ihre Erweiterungsflächen in unmittelbarer Nähe der Wesselinger Innenstadt. Demzufolge waren die betreffenden Flächen im wirksamen FNP Wesseling 1977 als gewerblich/industrielle Bauflächen sowie im bisherigen Regionalplan als GIB-Flächen dargestellt. Die Entwicklungsmöglichkeiten der Wesselinger Innenstadt wurden damit deutlich eingeschränkt.

Seit den 1990er Jahren sind Umstrukturierungsmaßnahmen auf den Flächen zu verzeichnen. Die industrielle Produktion auf dem ?Norton-Gelände? wurde bereits 1992 eingestellt und das Areal verkauft; das ca. 9 ha große Gelände ist seitdem brachgefallen und stellt einen erheblichen städtebaulichen Mißstand dar, der auch das Erscheinungsbild Wesselings negativ prägt. Auf Grund fehlender Mitwirkungsbereitschaft des langjährigen Eigentümers hat die Stadt Wesseling im Jahr 2020 eine Vorkaufsrechtssatzung für das ?Norton-Gelände? erlassen, um bessere Handlungsoptionen zur Mobilisierung des innerstädtischen Areals zu erhalten. Im Vorfeld dessen hat die Stadt Wesseling aktuelle städtebauliche Entwicklungsziele erarbeitet und erste Nutzungskonzepte diskutiert. Auf Grund der Lagegunst direkt an der Stadtbahnlinie 16 im Süden der Innenstadt werden Möglichkeiten der Entwicklung von innenstadt-/wohnverträglichen Dienstleistungs- und Gewerbequartieren bzw. gemischten Nutzungsangeboten (z.B. Gemeinbedarfseinrichtungen) geprüft, um die Standortqualität angemessen auszunutzen.

Die Fläche südlich des Kronenwegs bis zum ?Norton-Gelände?, war niemals industriell genutzt; sie wurde straßenseitig mit Gewerbehallen bebaut, seit einem Eigentümerwechsel 2017 werden überwiegend Dienstleistungsnutzungen und auch hochwertige Bürobauten angesiedelt.

Das ?Saint-Gobain-Gelände?, zwischen Kronenweg und heutigem Rheintal-Quartier, wurde bereits in den städtebaulichen Ideenwettbewerb Innenstadt einbezogen und soll ebenfalls aufgewertet werden. Der letzte verbliebene Industriebetrieb Saint-Gobain hat

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

vor kurzem die Produktion eingestellt; das Gelände wird inzwischen zu einem Dienstleistungs-/Gewerbestandort umstrukturiert.

Aktuell ist die Ansiedlung einer Konzernzentrale in einem erhaltenswerten Bestandsgebäude erfolgt, so dass die städtebauliche Entwicklung von ehemaligen Industrienutzern zu einem attraktiven innenstadtnahen Büro-/Dienstleistungs-/Gewerbestandort bereits in der Umsetzung ist.

In Anbetracht der in Ziel 10 definierten, sehr eingeschränkten Funktion von GIB-Flächen (vorrangige Nutzung durch emittierende GI-/GE-Betriebe (ggf. mit hohem Stör-/Störfallpotenzial), Ausschluss z.B. von Gemeinbedarfsanlagen) stimmt die bisherige GIB-Darstellung zum einen nicht mit den tatsächlich vorhandenen Gewerbe-/Dienstleistungsnutzungen vor Ort überein. Zum anderen ist die GIB-Darstellung zur Umsetzung der städtischen Entwicklungsziele für die Innenstadtpotenziale nicht geeignet. Eine GIB-typische Nutzung der Flächen ist weder mit der empfindlichen Umgebung (u.a. Wohngebiete) noch mit der angestrebten Aufwertung der Wesselingener Innenstadt vereinbar.

Die Stadt Wesseling regt deshalb die Änderung der GIB-Darstellung für die Flächen nördlich/südlich des Kronenwegs und des ?Norton-Geländes? zu einer ASB-Darstellung an.

[s. Anhang Abb. ID 1001127]

Anhänge

[Abb_ID_1001127_1.pdf](#)

1001128, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p>Freiraum (Kapitel 4)</p> <p><u>Z 18 Regionale Grünzüge (RG) sichern und vor Inanspruchnahme schützen, G 28 RG mit ihren Funktionen (weiter-)entwickeln und G 30 BSLE erhalten und entwickeln</u> (TF S. 96-98 bzw. 103-104; BG S. 135-138 bzw. 142-143)</p> <p>Die zeichnerische Festlegung von RG innerhalb des Verdichtungsraumes Rheinschiene (Kernzone) wird als grundsätzlich sinnvoll erachtet und von der Stadt Wesseling im Rahmen ihrer Stadtentwicklungs- und Freiraumplanung weitestgehend berücksichtigt. Gleiches gilt für die Darstellung der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE).</p> <p>Anhand des RP-Entwurfs 2021 ist festzustellen, dass die Darstellung von RG/BSLE sehr weitreichend ist und den Freiraum um Wesseling vollständig erfasst. Die Darstellungen grenzen nicht nur unmittelbar an Siedlungsräume an, sondern überschneiden sich teils mit ASB-Darstellungen. Auch unter Berücksichtigung des regionalen Maßstabs wird aus Sicht der Stadt Wesseling angeregt, kleinteilige Anpassungen bei zeichnerischen Festlegungen von RG/BSLE durchzuführen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab (1:50.000), der die generelle Regelungstiefe des Regionalplans vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen der zeichnerischen Festlegungen sind gebietsscharf aber nicht parzellenscharf, d.h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Die Konkretisierung und Umsetzung der zeichnerischen Festlegungen obliegt den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die sehr weitreichende Festlegung von Regionalen Grünzüge in den Kerngebieten der Verdichtungsräume entspricht dem durch den Regionalrat beschlossenen Konzept und erscheint vor dem Hintergrund der Funktionen der Grünzüge in den sehr verdichteten Teilräumen sachgerecht. Eine Überschneidung von Regionalen Grünzügen mit ASB, wie dargelegt, ist ausgeschlossen.</p>

1001129, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p><u>Z 18 Regionale Grünzüge (RG) sichern und vor Inanspruchnahme schützen, G 28 RG mit ihren Funktionen (weiter-)entwickeln und G 30 BSLE erhalten und entwickeln</u> (TF S. 96-98 bzw. 103-104; BG S. 135-138 bzw. 142-143)</p> <p><i>RG/BSLE-Fläche B10 ? Urfeld, Bereiche nördlich der Rheinstraße (Steckbrief B10)</i></p> <p>Die unmittelbar an den Siedlungsrand Urfeld, nördlich der Rheinstraße angrenzenden Freiflächen sind durch landwirtschaftliche bzw. gartenbauliche Nutzungen und bauliche Anlagen geprägt. Unter Berücksichtigung der bestehenden Situation und Eigentumsstruktur (Streubesitz, Landwirtschaftsbetriebe) sind die Darstellungen von RG und BSLE auf diesen intensiv genutzten Flächen nicht mit den vorgenannten Zielen und Grundsätzen vereinbar und sollen entfallen; die Darstellung als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich für die betreffenden Bereiche wird als sinnvoller betrachtet.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001129]</p> <p>Anhänge Abb. ID_1001129_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die betreffenden Bereiche entsprechen der planerischen Konzeption und erfüllen die dort benannten Funktionen. Im Hinblick auf die siedlungsräumliche Funktion der Regionalen Grünzüge stellt der Freiraumkorridor, trotz teils unterschiedlicher und intensiver Nutzungen im Übergangsbereich zum Siedlungsraum eine wichtige Zäsur dar, die in Gänze regionalplanerisch zu sichern ist.</p>

1001130, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p><u>Z 18 Regionale Grünzüge (RG) sichern und vor Inanspruchnahme schützen, G 28 RG mit ihren Funktionen (weiter-)entwickeln und G 30 BSLE erhalten und entwickeln (TF S. 96-98 bzw. 103-104; BG S. 135-138 bzw. 142-143)</u></p> <p><i>RG/BSLE-Fläche B11 ? Keldenich, Siedlungsrand und Rodenkirchener Straße (Steckbrief 11)</i></p> <p>Die Darstellung der RG und BSLE überlagert an dieser Stelle den Siedlungsrand und die K 31 Rodenkirchener Straße, die als ASB dargestellt sind. Unter Berücksichtigung der bestehenden Situation ist diese Überlagerung nicht sinnvoll; es wird die Rücknahme der RG/BSLE-Darstellung entsprechend der tatsächlichen Abgrenzung des Landschaftsraumes Entenfang vorgeschlagen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001130]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001130_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1001131, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p><u>Z 21 BSLE fachplanerisch sichern</u> (TF S. 104; BG S. 143)</p> <p>Wie erläutert, ist die zeichnerische BSLE-Festlegung sehr weitreichend und umfasst den Freiraum um Wesseling fast vollständig. Nach Z 21 sollen wesentliche Teile der BSLE in der Fachplanung als Landschaftsschutzgebiete (LSG) ausgewiesen und weiterentwickelt werden.</p> <p>Grundsätzlich wird Z 21 als sinnvoll erachtet. Der Landschaftsplan Nr. 8 ?Rheinterrassen? enthält die Festsetzung von zahlreichen LSG, die durch ihre jeweiligen landschaftlichen bzw. ökologischen Qualitäten begründet sind. Die im RP-Entwurf dargestellten BSLE-Flächen gehen weit über die im Landschaftsplan Nr. 8 festgesetzten LSG hinaus; die Sicherung weiterer BSLE-Bereiche als LSG ist anhand der überwiegend landwirtschaftlichen Nutzung aus Sicht der Stadt Wesseling jedoch fachlich nicht sinnvoll. Es wird daher angeregt, das Z 21 in einen Grundsatz umzuwandeln, um den Trägern der Landschaftsplanung einen größeren Abwägungsspielraum zu ermöglichen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Auftrag bezieht ausdrücklich die Berücksichtigung der jeweiligen Schutz- und Entwicklungsfähigkeit mit ein, sodass dies nicht zwangsläufig zu flächendeckenden Maßnahmen führen muss. Dies ist in den Erläuterungen klargestellt. Auch wird in den Erläuterungen explizit auf die differenzierten Möglichkeiten (u.a. die vorrangige Prüfung von vertraglichen Regelungen) eingegangen.</p>

1001132, Stadt Wesseling

Inhalt

Z 22 Waldbereiche erhalten und entwickeln und G 35 Waldvermehrung in waldarmen Gebieten fördern, Waldentwicklung auf besonders geeignete Flächen lenken (TF S. 107-109; BG S. 145/146)

Die Stadt Wesseling wird im RP-Entwurf als waldarmes Gebiet eingestuft, so dass dem Ziel der Erhaltung vorhandener Wälder und Schaffung zusätzlicher Waldbereiche hohe Bedeutung zukommt. Die Stadt Wesseling hat bereits im Rahmen ihrer Bauleit- und Freiraumplanung mit der ?Kulturlandschaft Entenfang/Bürgerpark Nord? und dem geplanten ?Bürgerpark Süd? zwei Schwerpunktbereiche definiert, innerhalb derer bereits umfangreiche Aufforstungen durchgeführt wurden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

1001133, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p><u>Z 22 Waldbereiche erhalten und entwickeln und G 35 Waldvermehrung in waldarmen Gebieten fördern, Waldentwicklung auf besonders geeignete Flächen lenken (TF S. 107-109; BG S. 145/146)</u></p> <p><i>Fläche B12 ? Urfeld, Bereich um das Wasserwerk Urfeld/Bürgerpark Süd (Steckbrief B12)</i></p> <p>Innerhalb dieses Bereiches, besonders im engeren Umfeld des Wasserwerks (WSZonen I/II) wurden bereits umfangreiche, zusammenhängende Aufforstungen durchgeführt. Die Stadt Wesseling beabsichtigt, dies im Zuge von naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen und der Anlage eines naturnahen Bürgerparks weiter zu führen. Es wird angeregt, die betreffenden Flächen im RP-Entwurf als ?Waldbereiche? darzustellen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001133]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001133_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich entspricht der planerischen Konzeption der Waldbereiche.</p>

1001134, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p><u>Z 22 Waldbereiche erhalten und entwickeln und G 35 Waldvermehrung in waldarmen Gebieten fördern, Waldentwicklung auf besonders geeignete Flächen lenken (TF S. 107-109; BG S. 145/146)</u></p> <p><i>Fläche B13 ? Urfeld, Bereich der Kiesabgrabungen an der Autobahn A 555 (Steckbrief B13)</i></p> <p>Der betreffende Bereich ist im RP-Entwurf 2021 als ?Waldbereich? dargestellt; die ehemaligen Kiesabgrabungen sind im Wesentlichen durch größere Gewässer und naturnahe Freiflächen geprägt, die zum Teil als Angelgewässer genutzt werden. Die bestehenden Freiraum- und Vegetationsstrukturen entsprechen aus Sicht der Stadt Wesseling jedoch nicht den Entwicklungszielen für Waldbereiche. Es wird angeregt, den Bereich nicht als ?Waldbereich? darzustellen, sondern ihn in die Darstellung der ?Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche/Regionalen Grünzüge? einzubeziehen, da dies der tatsächlichen Situation und den Entwicklungszielen besser entspricht.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001134]</p> <p>Anhänge Abb. ID_1001134_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist gemäß ATKIS der Nutzung Wald zuzuordnen und gemäß planerischen Konzept (siehe Erläuterung 1 zu Ziel 22 und Begründung) als Waldbereich festzulegen. Dies schließt den Einschluss unbewaldeter Flächen, z.B. Gewässer, nicht aus. Die Festlegung des Entwurfs entspricht dem Charakter der bestehenden Flächennutzung, in dem Teilbereich, der aus regionaler Sicht erhalten werden sollte.</p>

1001144, Stadt Wesseling

Inhalt

Z 24 Oberflächengewässer sichern (TF S. 114-115; BG S. 150)

Fläche B14 ? Keldenich/Wesseling, Dickopsbach (Steckbrief B14)

Der Dickopsbach ist im RP-Entwurf durchgehend als Oberflächengewässer dargestellt. Im Streckenabschnitt zwischen dem Entenfanggelände und dem Rhein wird er jedoch als unterirdisch verrohrtes Fließgewässer geführt. Es wird angeregt, die Darstellung als Oberflächengewässer für den verrohrten Streckenabschnitt herauszunehmen.

[s. Anhang Abb. ID 1001144]

Anhänge

[Abb_ID_1001144_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Laut Ziel 24 Erläuterung 1 sind Oberflächengewässer festzulegen, wenn es sich um berichtspflichtige Fließgewässer gemäß Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) handelt. Dies ist auch für den verrohrten Abschnitt des Dickopsbach gegeben, weshalb er dargestellt wird.

1001176, Stadt Wesseling

Inhalt

Z 24 Oberflächengewässer sichern (TF S. 114-115; BG S. 150)

Hinweis zu den als Oberflächengewässer dargestellten Kiesabgrabungsseen an der A 553, Berzdorf:

Die zeichnerische Darstellung der beiden südlichen, als Oberflächengewässer dargestellten Kiesabgrabungsseen entspricht einem Zwischenzustand. Gemäß dem geltenden Planfeststellungsbeschluss ?Erholungsgebiet Wesseling/Berzdorf? wird ein weit größerer Bereich zukünftig als Oberflächengewässer angelegt (Rekultivierungsmaßnahmen überwiegend bis 2035 bzw. bis 2047).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Stehende Gewässer wie z.B. Abgrabungsseen werden im Regionalplan erst ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha festgelegt (siehe Erläuterung 1, Ziel 24). Sofern die zukünftige Vergrößerung der Seen raumordnerisch relevant ist, kann die Darstellung über eine Regionalpänderung aktualisiert werden.

Inhalt

G 48 Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen (TF S. 125-126; BG S. 156; Hochwassergefahrenkarten Rhein, BR Köln 2013)

Der Grundsatz 48 formuliert die Ausweitung des regionalplanerischen Vorsorgegrundsatzes auf den gesamten hochwassergefährdeten Bereich (HQ100, HQextrem) und geht damit insbesondere in den Rheinanliegerkommunen weit über die gesetzlich festgesetzten Überschwemmungsgebiete hinaus. Die Stadt Wesseling ist auf Grund ihrer Lage am Rhein naturgemäß stark von Hochwasserrisiken betroffen, weshalb sowohl der technische Hochwasserschutz (Unterhaltung und Verbesserung der vorhandenen Schutzeinrichtungen) als auch die planerische Risikovorsorge eine hohe Bedeutung haben. Grundsätzlich wird G 48 als sinnvoll erachtet, um den vorgenannten Anforderungen in der Stadtentwicklungs- und Freiraumplanung angemessen Rechnung zu tragen.

Als potentielle Überflutungsbereiche werden Flächen bezeichnet, die durch technische Maßnahmen geschützt werden; bei ihnen besteht beim technischen Versagen der Hochwasserschutzeinrichtungen ein potentielles Überflutungsrisiko auch bei einem HQ100-Ereignis. Extremhochwasserbereiche sind Bereiche, die bei HQextrem, d.h. einem Hochwasserereignis mit geringer Wahrscheinlichkeit (statistisch seltener als alle 100 Jahre; BG S. 156) überflutet werden.

Entsprechend den Hochwassergefahrenkarten Rhein der BR Köln (2013) ist bei einem HQ100-Ereignis die Betroffenheit insbesondere bebauter Bereiche der Innenstadt und einiger Freiflächen in Urfeld/ Keldenich gegeben. Bei einem HQextrem-Ereignis ist eine hohe Betroffenheit der vorgenannten Bereiche, zusätzlicher bebauter Gebiete und Freiflächen in Urfeld/Keldenich/Berzdorf sowie einiger unbebauter ASB-/GIB-Bereiche in diesen Ortsteilen gegeben. Die betreffenden ASB-/GIB-Flächen sind durch Bauleitplanung verfestigt (Darstellung als Bauflächen im FNP Wesseling; aktuelle Planverfahren), so dass sie im RP-Entwurf zeichnerisch entsprechend dargestellt sind. Es handelt sich um wichtige Flächenpotentiale, für die eine gesicherte bauleitplanerische und bauliche Entwicklung unter Berücksichtigung des G 48 auch zukünftig möglich sein soll.

Nach G 48 sind bei der Aufstellung bzw. Änderung von Bebauungsplänen die Belange der Hochwasservorsorge und Risikominderung mit einer besonderen Bedeutung in die Planung und Abwägung einzustellen. Auf Grundlage detaillierter Untersuchungen und Fachkonzepte sollen hochwasserangepasste Bebauungs- und Freiraumkonzepte erstellt und auch umgesetzt werden.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Wortlaut "besonderes Gewicht" entspricht der Gesetzgebung und wird entsprechend beibehalten.

<p>Es wird angeregt, die Formulierung des G 48 in Absatz 1 zu ändern und dem vorsorgenden Hochwasserschutz eine ?hohe Bedeutung? beizumessen; die derzeitige Formulierung ?besondere Bedeutung? billigt der Hochwasservorsorge aus Sicht der Stadt Wesseling einen grundsätzlichen Vorrang vor sonstigen planungsrelevanten Belangen zu, der wenig Raum für sachgerechte Einzelfallentscheidungen in der Bauleitplanung offen lässt.</p>	
--	--

1001219, Stadt Wesseling

Inhalt

Infrastruktur (Kapitel 5)

G 56 Raum für Mobilstationen vorhalten (TF S. 136; BG S. 169)

Der RP-Entwurf 2021 enthält die Darstellung von 2 Mobilstationen im Stadtgebiet Wesseling. Dies entspricht dem zu Grunde liegenden verbandsweiten Konzept des Nahverkehrs Rheinland (2018), das die Stadtbahnhaltepunkte Wesseling-Zentrum und Wesseling-Süd als Mobilstationen vorsieht.

Zwischenzeitlich wurde ein Konzept zur Errichtung von Mobilstationen im Gebiet des Stadt-Umland- Netzwerkes S.U.N. erarbeitet; dieses Feinkonzept sieht für das Stadtgebiet Wesseling vier Mobilstationen an der Stadtbahnlinie S 16 vor.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1001230, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p><u>G 56 Raum für Mobilstationen vorhalten</u> (TF S. 136; BG S. 169)</p> <p><i>Mobilstation Wesseling-Nord (Steckbriefe B15)</i></p> <p>Bei der Mobilstation Wesseling-Nord wird Fläche zum Ausbau der Mobilstation benötigt. Es wird angeregt, diese Fläche im RP-Entwurf zeichnerisch darzustellen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001230]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001230_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.</p> <p>Zum Teil überlagern sich Infrastruktur-, Siedlungsraum- und Freiraumfestlegungen in Form von Vorrang- und/oder Vorbehaltsgebieten. In solchen Fällen wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinanderstehen und Lösungen im Rahmen der Fachplanung bzw. kommunalen Bauleitplanung gefunden werden können. Die Nutzungen sind unter Beteiligung der berührten öffentlichen Stellen im Einzelfall aufeinander abzustimmen.</p>

1001296, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p><u>G 56 Raum für Mobilstationen vorhalten</u> (TF S. 136; BG S. 169)</p> <p><i>Mobilstation Wesseling-Urfeld (Steckbrief B16)</i></p> <p>Bei der Mobilstation Wesseling-Urfeld (S 16) wird Flächen zum Ausbau der Mobilstation benötigt. Es wird angeregt, diese Fläche im RP-Entwurf zeichnerisch darzustellen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001296]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001296_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Zum Teil überlagern sich Infrastruktur-, Siedlungsraum- und Freiraumfestlegungen in Form von Vorrang- und/oder Vorbehaltsgebieten. In solchen Fällen wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinanderstehen und Lösungen im Rahmen der Fachplanung bzw. kommunalen Bauleitplanung gefunden werden können. Die Nutzungen sind unter Beteiligung der betroffenen öffentlichen Stellen im Einzelfall aufeinander abzustimmen.</p>

1001324, Stadt Wesseling

Inhalt

G 57 Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen (TF S. 137-138; BG S. 171-174 und Tabelle 22)

Der RP-Entwurf 2021 enthält die zeichnerische Darstellung der geplanten ?Rheinspange 553? entsprechend der Bedarfsplanung des Bundes als zusätzliche Rheinquerung zwischen dem Autobahnkreuz Köln-Godorf (A 555) und dem Autobahnkreuz Köln-Lind (A 59). Diese Grobtrasse war Grundlage der Bedarfsprüfung des Bundes und wurde als Maßnahme des Vordringlichen Bedarfs in den Bundesverkehrswegeplan 2016 aufgenommen. Entsprechend dem derzeitigen Planungsstand ist die ?Rheinspange 553? als Straßenplanung ohne räumliche Festlegung als Vorbehaltsgebiet im RP-Entwurf dargestellt und in Tabelle 22 (BG. S. 172) benannt.

Die sogenannte ?Nordvariante? der Rheinspange 553 ist aktuell, wie elf weitere Varianten im Norden und Süden der Stadt Wesseling, Gegenstand einer umfangreichen Variantenuntersuchung der Autobahn GmbH. Ziel der Autobahn GmbH ist die Auswahl einer Vorzugsvariante im Jahr 2022 und die anschließende Durchführung des Linienbestimmungsverfahrens für diese Vorzugsvariante.

Die dem Bundesverkehrswegeplan zu Grunde liegende Grobtrasse der ?Rheinspange 553? stellt aus Sicht der Stadt Wesseling die optimale und verkehrstechnisch einzig sinnvolle Trassenführung einer Rheinquerung im Untersuchungsraum dar. Sie bietet nicht nur eine leistungsfähige und umwegfreie Verbindung zwischen den Nord-Süd-Autobahnen A 555 und A 59; sie kann nach Fertigstellung der Ortsumgehung Köln-Meschenich zudem eine direkte Anbindung an die Ost-West-Achse der A 4 schaffen. Leider werden diese entscheidenden Vorteile im bisherigen Planungsprozess noch nicht angemessen berücksichtigt.

Die Stadt Wesseling befürwortet ausdrücklich die zeichnerische Darstellung der Grobtrasse ?Rheinspange 553? entsprechend der Bedarfsplanung des Bundes in Verbindung mit den textlichen Festlegungen des Grundsatzes 57. G 57 formuliert, dass sich die Konkretisierung der Bedarfsplanmaßnahme durch die Fachplanung an der im Regionalplan festgelegten Grobtrasse orientieren soll. Die räumlich konkretisierte Trassenlage kann demnach je nach Empfindlichkeit der tangierten Raumnutzungen um bis zu mehrere hundert Meter variieren; die Fachplanung (Autobahn GmbH) soll in enger Abstimmung mit der Regionalplanungsbehörde erfolgen.

Der regionalplanerische Grundsatz 57 ist sowohl bei der laufenden Variantenuntersuchung für die ?Rheinspange 553? als auch bei den nachfolgenden Planungs- und Abwägungsentscheidungen der Fachplanung mit dem ihm

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

zukommenden hohen Gewicht zu beachten.	
--	--

1001325, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p><u>Z 37 Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern, G 65 Windenergieanlagen räumlich konzentrieren und G 66 Windenergieanlagen repowern</u> (TF S. 150-152; BG S. 182-189)</p> <p>Die Stadt Wesseling unterstützt den Vorschlag, Vorranggebiete für die Windenergienutzung im RP-Entwurf 2021 nicht zeichnerisch festzulegen, sondern die räumliche Steuerung der Windenergienutzung durch die vorgenannten textlichen Festlegungen zu regeln.</p> <p>Die Stadt Wesseling hat in ihrem wirksamen FNP eine Windkraftkonzentrationszone in Urfeld dargestellt. Diese im RP-Entwurf 2021 zeichnerisch als GIBregional-Fläche dargestellt. Die Stadt Wesseling hat aus verschiedenen Gründen eine Herausnahme der GIBregional-Darstellung, u.a. zum Erhalt der Windkraftkonzentrationszone, angeregt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.</p> <p>Im Übrigen wird auf den Ausgleichsvorschlag zur StnID 1001117 verwiesen.</p>

1001326, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p><u>Z 37 Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern, G 65 Windenergieanlagen räumlich konzentrieren und G 66 Windenergieanlagen repowern</u> (TF S. 150-152; BG S. 182-189)</p> <p>Nach Prüfung des RP-Entwurfs ist festzustellen, dass der gesamte Landschaftsraum Wesseling als Gunstbereich im Sinne des Zieles 37 zu beurteilen ist, da er flächendeckend mit den Festlegungen ?Regionale Grünzüge/BSLE? belegt ist. Da Wesseling als waldarme Kommune ausgewiesen ist, wird angeregt, die regionalplanerisch festgelegten ?Waldbereiche? (Z 22) nicht als Gunstbereich, sondern als Prüfbereich einzustufen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1001355, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p><u>Z 38 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern</u> (TF S. 153-155; BG S. 190-193)</p> <p>Entsprechend RP-Entwurf 2021 werden Freiflächensolaranlagen (FF) im Regelfall ab einer Größe von ca. 2 ha als raumbedeutsam beurteilt, Anlagen ab einer Größe von ca. 10 ha als regionalbedeutsam. Für raumbedeutsame FF-Solaranlagen besteht generell die Pflicht zur Bauleitplanung, da diese Anlagen nicht als privilegierte Anlagen nach § 35 Baugesetzbuch gelten. Im Rahmen der Bauleitplanung ist das Ziel 38 einzuhalten und der Grundsatz 67 zu beachten.</p> <p>Im vorliegenden RP-Entwurf ist der Landschaftsraum Wesseling insgesamt als Ausschlussbereich für FF-Solaranlagen i.S.d. Zieles 38 zu beurteilen, da er vollständig mit der Festlegung ?Regionaler Grünzug? belegt ist. Die bauleitplanerische Zulässigkeit von FF-Solaranlagen wird damit auf den im RP-Entwurf dargestellten Siedlungsraum (ASB-/GIB) beschränkt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1001359, Stadt Wesseling	
<p>Inhalt</p> <p><u>Z 38 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern</u> (TF S. 153-155; BG S. 190-193)</p> <p>In Anbetracht der regionalen und kommunalen Ziele zur Schaffung ausreichender Wohnbau- und Gewerbeflächen in ASB/GIB-Bereichen wird angeregt, das Kriterium ?Regionaler Grünzug? nicht als Ausschlusskriterium, sondern als Prüfkriterium für die bauleitplanerische Zulässigkeit von FF-Solaranlagen einzustufen. Damit könnte im Einzelfall die Zulässigkeit dieser Anlagen in weniger empfindlichen Bereichen durch Bauleitplanung ermöglicht werden. Dies käme aus Sicht der Stadt Wesseling z.B. im Übergang von Siedlungs- zum Landschaftsraum oder für BSAB-Bereiche (Kiesabgrabungen) in Frage, die nach Vorgaben der Fachplanung überwiegend als Gewässer herzustellen sind und ggf. für die Errichtung schwimmender Floating-Solaranlagen geeignet wären. Zu dieser Thematik wird auf die Anregung zu Ziffer 1.2 (Z 5) verwiesen, die die Änderung der GIBregional- Darstellung in eine Freiraum-Darstellung vorschlägt (vgl. Steckbrief B4).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

Inhalt**C Umweltbericht**C 1 Gesamtplanbetrachtung ? Abgrenzung von Kumulationsgebieten (Kap. 8, S. 124 ff)

Es werden Gebiete mit räumlichen Konzentrationen von Umweltauswirkungen der Planfestlegungen sowie Auswirkungen aus Vorbelastungen (Bestand) als Kumulationsgebiete identifiziert. Hierzu werden u.a. die Auswirkungen von BSAB-Planfestlegungen (Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze) aus dem ?Sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe? (Stand 1. Beteiligung 2020) einbezogen.

Aus Sicht der Stadt Wesseling wäre zum einen eine aktuelle Information zum Verfahrensstand des ?Sachlichen Teilplans? wünschenswert, da die 1. Beteiligung im November 2020 beendet war und den Kommunen noch keine Rückmeldungen dazu vorliegen. Zum anderen sind die Kartengrundlagen mit Darstellung der Kumulationsgebiete ohne BSAB (Abb. 8.1, S. 125) und mit BSAB (Abb. 8.2, S. 126) schlecht lesbar. Es wird angeregt, klare und vollständige Erläuterungskarten mit Darstellung der relevanten Planfestlegungen aus beiden RP-Entwürfen für die Kumulationsgebiete beizufügen.

Zudem bleibt unklar, welche konkreten Konsequenzen für die abgebildeten Kumulationsgebiete auf Grund der Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Es wird angeregt, hierzu ausführlichere Erläuterungen in den Umweltbericht aufzunehmen.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Dem Hinweis zur Anpassung der Darstellungen in den Abb. 8-1 und 8-2 wird nicht gefolgt. Die Abbildungen sollen lediglich einen groben Überblick über die Verteilung der Plangebiete geben und greifen dabei auf den Regionalplan und den Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe zurück. Mit den genannten Plänen liegen ausreichend detaillierte Karten vor, anhand derer man die Darstellungen aus den Abb. 8-1 und 8-2 des Umweltberichts nachvollziehen kann.

Die in den Abb. 8-1 und 8-2 des Umweltberichts identifizierten Kumulationsgebiete werden, wie im Umweltbericht auf S. 127 unter Abb. 8-2 dargelegt, anschließend detailliert dargestellt und beschrieben. In der Konsequenz sind auf den nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (siehe S. 145 des Umweltberichtes) zur Auflösung oder Verringerung der Umweltauswirkungen vorzusehen.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)* sicherstellen gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet.

Inhalt

G 48 Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen (TF S. 125-126; BG S. 156; Hochwassergefahrenkarten Rhein, BR Köln 2013)

Der Grundsatz 48 formuliert die Ausweitung des regionalplanerischen Vorsorgegrundsatzes auf den gesamten hochwassergefährdeten Bereich (HQ100, HQextrem) und geht damit insbesondere in den Rheinanliegerkommunen weit über die gesetzlich festgesetzten Überschwemmungsgebiete hinaus. Die Stadt Wesseling ist auf Grund ihrer Lage am Rhein naturgemäß stark von Hochwasserrisiken betroffen, weshalb sowohl der technische Hochwasserschutz (Unterhaltung und Verbesserung der vorhandenen Schutzeinrichtungen) als auch die planerische Risikovorsorge eine hohe Bedeutung haben. Grundsätzlich wird G 48 als sinnvoll erachtet, um den vorgenannten Anforderungen in der Stadtentwicklungs- und Freiraumplanung angemessen Rechnung zu tragen.

Als potentielle Überflutungsbereiche werden Flächen bezeichnet, die durch technische Maßnahmen geschützt werden; bei ihnen besteht beim technischen Versagen der Hochwasserschutzeinrichtungen ein potentielles Überflutungsrisiko auch bei einem HQ100-Ereignis. Extremhochwasserbereiche sind Bereiche, die bei HQextrem, d.h. einem Hochwasserereignis mit geringer Wahrscheinlichkeit (statistisch seltener als alle 100 Jahre; BG S. 156) überflutet werden.

Entsprechend den Hochwassergefahrenkarten Rhein der BR Köln (2013) ist bei einem HQ100-Ereignis die Betroffenheit insbesondere bebauter Bereiche der Innenstadt und einiger Freiflächen in Urfeld/ Keldenich gegeben. Bei einem HQextrem-Ereignis ist eine hohe Betroffenheit der vorgenannten Bereiche, zusätzlicher bebauter Gebiete und Freiflächen in Urfeld/Keldenich/Berzdorf sowie einiger unbebauter ASB-/GIB-Bereiche in diesen Ortsteilen gegeben. Die betreffenden ASB-/GIB-Flächen sind durch Bauleitplanung verfestigt (Darstellung als Bauflächen im FNP Wesseling; aktuelle Planverfahren), so dass sie im RP-Entwurf zeichnerisch entsprechend dargestellt sind. Es handelt sich um wichtige Flächenpotentiale, für die eine gesicherte bauleitplanerische und bauliche Entwicklung unter Berücksichtigung des G 48 auch zukünftig möglich sein soll.

Nach G 48 sind bei der Aufstellung bzw. Änderung von Bebauungsplänen die Belange der Hochwasservorsorge und Risikominderung mit einer besonderen Bedeutung in die Planung und Abwägung einzustellen. Auf Grundlage detaillierter Untersuchungen und Fachkonzepte sollen hochwasserangepasste Bebauungs- und Freiraumkonzepte erstellt und auch umgesetzt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln am 24.09.2021 noch vor dem Aufstellungsbeschluss beschlossen, große zukünftige siedlungsräumliche Entwicklungsbereiche, die im HQextrem liegen, nicht im Entwurf zu belassen. Damit traf er auf regionaler Ebene gemäß dem Grundsatz 4-2 des LEP NRW ?Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)? die Planungsentscheidung, bei der Entwicklung des Raumes vorsorgend die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen zu berücksichtigen. Er legte im Aufstellungsbeschluss vom 10.12.2021 dementsprechend nur solche Siedlungsbereiche fest, die eine Lebensumgebung mit einem möglichst geringen Risiko für ein Extremhochwasser versprechen.

Dagegen verbleibt innerhalb von HQextrem in Bauflächen von Flächennutzungsplänen gemäß G.48 die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Die besondere Bedeutung des vorbeugenden Hochwasserschutzes wird dabei dem Überflutungsrisiko mit einer zwar seltenen Ereigniswahrscheinlichkeit, aber immensen Schäden gerecht.

Zur weiteren Erklärung wird auf die Änderungssynopsen der textlichen Festlegungen sowie der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplanes in Bezug auf den G.48 verwiesen.

Es wird angeregt, die Formulierung des G 48 in Absatz 1 zu ändern und dem vorsorgenden Hochwasserschutz eine ?hohe Bedeutung? beizumessen; die derzeitige Formulierung ?besondere Bedeutung? billigt der Hochwasservorsorge aus Sicht der Stadt Wesseling einen grundsätzlichen Vorrang vor sonstigen planungsrelevanten Belangen zu, der wenig Raum für sachgerechte Einzelfallentscheidungen in der Bauleitplanung offen lässt.

AZ: BET_185000_1

Kreisverwaltung Oberbergischer Kreis

1003042, Kreisverwaltung Oberbergischer Kreis

Inhalt

Zu: ?Gesamträumliche Aspekte? (gem. textlicher Festlegung, Kapitel 2)

Abschnitt 2.1: Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Es wird angeregt, die Anpassung an die Klimawandelfolgen als Ziel in den Regionalplan aufzunehmen. Es erscheint unverständlich, warum die wichtigen Aspekte zum Klimaschutz und zur Bewältigung der Klimawandelfolgen nur als Grundsätze im Planentwurf aufgeführt werden. Es wäre außerdem zu überlegen, ob die Grundsätze nicht besser den Fachkapiteln Siedlungsraum und Freiraum direkt zugeordnet werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Inhalt

Zu: ?Siedlungsraum? (gem. textlicher Festlegung, Kapitel 3)

Abschnitt 3.2 ff.: Allgemeine Siedlungsentwicklung und gewerbliche und industrielle Entwicklung

Widerspruch zum tatsächlich nutzbaren Flächenanspruch im Verhältnis zur Berechnung und Flächendarstellung der GIB im Maßstab 1:50.000:

1. Es wird angeregt, ein auf den Oberbergischen Kreis abgestimmtes größeres GIB-Potential zur Standortsicherung der strukturprägenden Industriebetriebe zu berücksichtigen.
2. Der Oberbergische Kreis regt an, bis zum nächsten Verfahrensschritt des Regionalplanverfahrens einen Abgleich dieser strittigen Reserveflächen mit den Kommunen vorzunehmen.

Begründung:

Die in Tabelle 7 (Seite 57) der Begründung zum Regionalplan ermittelten gewerbliche Bedarfe innerhalb der GIB (489 ha für den Oberbergischen Kreis) geben grundsätzlich nicht die tatsächlich erforderlichen und nutzbaren GE-/GI-Flächen mit Abschluss eines Bauleitplanverfahrens wieder. Die topographische Situation, die naturräumlichen Widerstände, die notwendigen Infrastruktureinrichtungen sowie immer wieder eigentumsrechtlich nicht erschließbare Flächen ermöglichen in der Umsetzung oftmals nur einen nutzbaren bzw. veräußerbaren Flächenanteil von ca. 40 ? 50 %.

Als Beispiel sei auf die Planung des Industrieparks Hermesdorf III in Waldbröl hingewiesen. Der Regionalplan beziffert das Flächenpotential im Umweltbericht mit ca. 50 ha. Der im Bauleitplanverfahren befindliche Bebauungsplan sieht eine max. gewerbliche bzw. industrielle Nutzung/Bebaubarkeit von ca. 22 ha vor. Entsprechend können 28 ha nicht als Betriebsflächen zur Verfügung gestellt werden. Auch die im Regionalplanentwurf dargestellten GIB-Potentiale von 511 ha tragen hier zu keiner ausreichenden GIB-Flächenentwicklung der überwiegend industriell geprägten Firmen im OBK bei. Ebenfalls sind die mit 201 ha ermittelten Flächennutzungsplanreserven für Wohn-, Misch- und Gewerbe-Nutzungen außerhalb der im Regionalplan dargestellten Siedlungsbereiche (ASB und GIB) kein realistisch umsetzbares Reservepotential. Diese Flächen sind hinsichtlich der kleinen Flächengrößen, der direkten Verknüpfung dieser Flächen zu schützenswerten Siedlungsräumen sowie der Eigentumsproblematik grundsätzlich nicht für eine industrielle, oder nur teilräumig für eine gewerbliche Nutzung, geeignet. Die GIB-Flächenreserven von 251 ha (Tabelle 7 auf Seite 57) stimmen nicht mit den dem OBK bekannten, kommunal ermittelten und verfügbaren

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

Flächenreserven überein. Die Inhalte des mit den 13 Kommunen des Oberbergischen Kreises im November 2019 fortgeschriebenen Industrie- und Gewerbeflächenkonzeptes des Büro Dr. Jansen finden sich nur unzureichend im Regionalplanentwurf wieder. Vor allem die hier ermittelten 118 ha GE/GIReserven innerhalb und außerhalb der regionalplanerisch dargestellten Siedlungsbereiche stehen im erheblichen Widerspruch zu den von der Bezirksregierung Köln ermittelten 251 ha Reserveflächen nur innerhalb des regionalplanerisch dargestellten Siedlungsbereiches.

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Dies gilt auch In Bezug auf die GIB Fläche in Waldbröl.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien. Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen und konkret im Oberbergischen Kreis auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist.

Damit greift der Regionalplan Köln die Anregung auf und legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges

Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen.

Zudem werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren Vorbehaltsgebieten als ASBflex und GIBflex zeichnerisch im Oberbergischen Kreis festgelegt. Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Zudem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt**Zu: ?Freiraum? (gem. textlicher Festlegung, Kapitel 4)**

Gegen den Planentwurf bestehen aus naturschutz- und landschaftspflegerischer Sicht keine grundsätzlichen Bedenken. Der neben dem Fachbeitrag Kulturlandschaft sowie den land- und forstwirtschaftlichen Fachbeiträgen für den Freiraum maßgebliche Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege (LANUV 2019) war bereits im Vorfeld der Regionalplanaufstellung mit den Unteren Naturschutzbehörden abgestimmt worden. Die Vorgaben des Regionalplans und des Fachbeitrags sind gemäß den Bestimmungen des BNatSchG und des LNatSchG NRW als Grundlagen bei der Aufstellung der Landschaftspläne zu beachten. Bei der Formulierung der Ziele und Grundsätze im Entwurf des Regionalplans Köln wird in einigen Fällen lediglich auf bereits vorhandene bundes- oder landesgesetzliche Regelungen abgehoben, die ohnehin in Plan- und Genehmigungsverfahren beachtet werden müssen. Dies betrifft beispielsweise Vorgaben aus dem Baugesetzbuch für den Bereich der Bauleitplanung, aus den Forstgesetzen für den Wald, den wasserrechtlichen Regelungen für die Gewässer oder die naturschutzrechtlichen Bestimmungen aus den Naturschutzgesetzen des Bundes und des Landes NRW. Wenn die Ziele und Grundsätze nicht über die gesetzlichen Regelungen hinausgehen, haben sie lediglich deklaratorischen Charakter und bieten somit keine besondere planerische Vorgabe für nachfolgende Verfahren. Bezogen auf die Prüfung der Umwelt- und Naturschutzbelange im Umweltbericht führt das stereotype Durchdeklinieren sämtlicher Parameter nur vermeintlich zu objektiven Ergebnissen; vielmehr bewirkt es eine Relativierung und Pauschalierung örtlich bedeutsamer Faktoren, die ggf. zum Ausschlusskriterium für eine geplante Entwicklung führen können. Planerische Entscheidungen werden damit nicht wirksam vorbereitet, sondern auf die Ebene der Bauleitplanung und die Landschaftsplanung verlagert.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Festlegungen des Planentwurfs im Bereich von Natur und Landschaft gehen entsprechend der Funktion des Regionalplans über die fachgesetzlich geregelten Vorgaben hinaus.

1003048, Kreisverwaltung Oberbergischer Kreis

Inhalt

Grundsatz G.23: Regional bedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken

Der Grundgedanke einer räumlichen Bündelung von Kompensationsmaßnahmen insbesondere an und in Schutzgebieten wird von der UNB des Oberbergischen Kreises z. B. im Rahmen von Ökokonten bereits praktiziert. Dennoch problematisch ist die Beschränkung auf bestimmte Freiraumbereiche. Die Durchführung von Kompensationsmaßnahmen ist eng an die Verfügbarkeit von Flächen gekoppelt. In den letzten Jahren ist die Flächenakquise für Kommunen, denen nur wenig eigene Flächen zur Verfügung stehen, zunehmend erschwert. In Zeiten niedriger Zinsen trennen sich Grundstückseigentümer weniger oft von den Flächen oder wenn doch, nur zu stark erhöhten Preisen, die zu einer Belastung für den Grundstücksmarkt im Freiraum werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es handelt sich um einen Grundsatz, der im Einzelfall und Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Verhältnisse einer Abwägung bzw. einem Ermessen zugänglich ist.

1003049, Kreisverwaltung Oberbergischer Kreis

Inhalt

Grundsatz G.24: Bodenschutz, Funktionen von Böden erhalten

Es wird angeregt, in den Grundsatz aufzunehmen, dass unvermeidbare Eingriffe in schutzwürdige Böden an anderer Stelle durch bodenaufwertende Maßnahmen auszugleichen sind, da die Bewertungsverfahren in der Eingriffsregelung den Bodenausgleich nur unzureichend berücksichtigen. Beispielhaft wird auf das im Oberbergischen Kreis angewandte Bewertungsverfahren verwiesen. Ein Ausgleich sollte im Besonderen bei der Aufwertung klimarelevanter Böden erfolgen (s. Grundsatz G.25).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Anregung betrifft die Umsetzung fachrechtlicher Vorgaben und geht über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus.

1003051, Kreisverwaltung Oberbergischer Kreis

Inhalt

Ziele 19 und 20 und Grundsatz G.29 für die Bereiche zum Schutz der Natur (BSN)

Die Ziele und Grundsätze mit den Erläuterungen werden aus der Sicht des Oberbergischen Kreises als Träger der Landschaftsplanung begrüßt. Der Vernetzungsgedanke innerhalb der Biotopverbundsystematik ist aus naturschutzfachlicher Sicht unstrittig und folgt konsequent den Vorgaben der bundesgesetzlichen Regelungen. Insbesondere wird anerkannt, dass BSN nicht ausschließlich als Naturschutzgebiete zu sichern sind, sondern auch andere Schutzinstrumente in Betracht gezogen werden können. Es ist darauf hinzuweisen, dass sich die konkrete Ausweisung von Schutzgebieten in erster Linie an den rechtlichen Voraussetzungen des Bundesnaturschutzgesetzes (§§ 20 ff.) orientiert. Gleichwohl wird dem Grundsatz zugestimmt, dass wertvolle Bereiche innerhalb der BSN, die schutzwürdig und schutzbedürftig sind, als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden müssen. Diese Prüfung und Differenzierung kann nur durch die für Natur- und Landschaftsschutz zuständigen fachlichen Stellen erfolgen; sinnvollerweise im Rahmen der Landschaftsplanung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung geäußert und darüber hinaus werden weder Anregungen oder Bedenken zu den Planfestlegungen vorgebracht.

1003052, Kreisverwaltung Oberbergischer Kreis

Inhalt

Ziel Z.21: BSLE fachplanerisch sichern

Wie bereits zu den BSN gesagt, wird die flexible Handhabung der Flächensicherung begrüßt. Insbesondere wird anerkannt, dass mit der Festlegung als BSLE nicht die Verpflichtung einer flächendeckenden Schutzgebietsfestsetzung verbunden ist.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung geäußert und darüber hinaus werden weder Anregungen oder Bedenken zu den Planfestlegungen vorgebracht.

Inhalt

Ziel Z.22: Waldbereiche erhalten und entwickeln

Es wird angeregt, unter Punkt 4 noch einen Hinweis aufzunehmen, dass eine Waldinanspruchnahme ausnahmsweise auch in Betracht kommt, wenn ein besonders schutzwürdiger Lebensraumtyp im Sinne der FFH-Richtlinie entwickelt werden soll und sich der jeweilige Standort in besonderer Weise anbietet (z. B. zu Gunsten der Entwicklung von Mooren und Heiden). In Kommunen, die einen Waldanteil von mindestens 40 % aufweisen, sollte in diesen Fällen auf einen Waldersatz verzichtet werden (s. auch Grundsatz G.36), wenn der Waldanteil durch die Planung nicht unter diese Schwelle von 40 % absinkt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Voraussetzungen zur Inanspruchnahme von Waldbereichen richten sich nach den Vorgaben des LEP NRW und sind auf regionalplanerischer Ebene keiner weiteren Abwägung oder Ausgestaltung zugänglich. Ob die Voraussetzungen erfüllt sind, bedarf einer einzelfallbezogenen Prüfung. Zur Klarstellung erfolgt eine entsprechende Anpassung der textlichen Ziele und Erläuterungen (Z.22 und Erläuterung 4).

Die Regelungen zum Waldersatz knüpfen an die Festlegungen der Landesentwicklungsplanung an und haben zum Ziel den Waldanteil in der Region zu erhalten. Dies erscheint insbesondere auch vor dem Hintergrund der Erfordernisse von Klimaschutz und Klimaanpassung angezeigt. Der Verzicht auf Waldersatz soll dementsprechend grundsätzlich auf gemäß LEP NRW vorgesehenen Ausnahmefälle (waldreiche Kommunen) beschränkt bleiben.

Inhalt

Grundsatz G.36: Eingriffe in den Wald ausgleichen

Im Hinblick auf das Erfordernis von Ersatzaufforstungen besteht ein Konflikt zu den Grundsätzen G.32 bis G.34 im Kapitel 4.4 Landwirtschaft, da Ersatzaufforstungen generell fast immer zu Lasten von bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen vorgenommen werden. Auf der einen Seite ist es nicht sinnvoll, agrarstrukturell bedeutsame Flächen aufzuforsten, auf der anderen Seite sollten naturschutzfachlich interessante Grünlandbereiche ebenso erhalten bleiben. Hier sollte der Regionalplan einen Lösungsansatz bieten, indem z. B. in Kommunen mit einem Waldanteil von über 40 % auch Waldumbaumaßnahmen statt Ersatzaufforstungen zugelassen werden, um agrarstrukturelle landschaftspflegerische Belange zu berücksichtigen. Denkbar ist auch, Gehölzpflanzungen, die nicht Wald sind (z. B. Gehölzstreifen an Gewässern und Wegrändern, Feldhecken), als Ersatz zuzulassen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es handelt sich allen benannten Festlegungen um Grundsätze, die einer Abwägung / einem Ermessen zugänglich sind und im konkreten Einzelfall zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können. Grundsätzlich wird angestrebt, den Waldanteil in der Region Köln zu erhalten. Dies erscheint auch vor dem Hintergrund der Erfordernisse von Klimaschutz und Klimaanpassung angezeigt. Der Verzicht auf Ersatzaufforstungen soll daher entsprechend dem LEP NRW grundsätzlich auf Ausnahmefälle (waldreiche Kommunen) beschränkt bleiben.

Inhalt

Abschnitt 4.1.2: Bodenschutz

Es wird begrüßt, dass in den textlichen Teilen des Regionalplanes das Thema Flächeninanspruchnahme von schutzwürdigen Böden (und klimarelevanten Böden) durch Versiegelung/Überbauung mit den damit verbundenen Verlusten/Verminderungen aller natürlichen Bodenfunktionen fachlich aufgegriffen wurde und in die Erheblichkeitsabschätzungen der Umweltauswirkungen für Plangebiete einbezogen wird. Die Berücksichtigung des Schutzgutes Boden erscheint ausgewogen im Hinblick auf die ausgewählten Bodenfunktionen in Anlehnung an das Bundes- Bodenschutzgesetz (BBodSchG) (Biotopentwicklungspotential, Regler- und Puffer/natürliche Bodenfruchtbarkeit, Regler für den Wasserhaushalt im 2-Meter-Raum, Böden mit der Funktion Archiv der Natur und Kulturgeschichte). Es wird angeregt, folgende Punkte nach Prüfung ggf. zu überarbeiten:

1. Textlicher Teil (Textliche Festlegungen, Seite 92, G.24):

Bei den Erläuterungen sollte ein Punkt ergänzt werden, der aufgreift, dass die Inanspruchnahme schutzwürdiger Böden und die damit verbundenen Eingriffe in die Bodenfunktionen durch z. B. Versiegelung und Bodenumlagerung eine Boden-Kompensation durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Fachplanungen und kommunalen Bauleitplanverfahren begründet. Hinweis: Die Untere Bodenschutzbehörde schlägt vor, dass ein landesweit einheitliches Verfahren zur Bodenkompensation entwickelt und eingeführt wird.

2. Seite 169, Quellenverzeichnis: Hier sollten auch das BBodSchG und evtl. die BBodSchV und das LBodSchG aufgeführt sein.

3. Zeichnerischer Teil (Erläuterungskarten A3, F2 Schutzwürdige Böden):

Es sind (auch) im Oberbergischen Kreis in den ausgewiesenen ?schutzwürdigen Böden sehr hoher Schutzwürdigkeit? die Signaturen für ?Böden mit großer Wasserrückhaltung? und ?Klimarelevante Böden? schlecht erkennbar. Hier sollte für ihre eindeutigere Abgrenzung eine Signatur/Darstellung (z. B. engere Schraffur) gewählt werden, damit die betroffenen Flächen in diesem Maßstab (1:200.000) besser zuzuordnen sind.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Zur angeregten Änderung des Textlichen Teils wird auf die Erläuterung zu ID 1003049 verwiesen.

Im Quellenverzeichnis werden ausschließlich Quellen aufgeführt, welche im Text zitiert werden.

Zu Erläuterungskarte: Die Erkennbarkeit der unterschiedlichen Böden stößt aufgrund des Maßstabs an Grenzen und lässt sich durch veränderte Signaturen nicht wesentlich verbessern. Die Erläuterungskarten dienen der Übersicht, sodass im konkreten Einzelfall nicht darauf verzichtet werden kann, auf die Originaldaten des Geologischen Dienst NRW zurückzu greifen.

1003057, Kreisverwaltung Oberbergischer Kreis

Inhalt

Abschnitt 4.4: Landwirtschaft

Es wird angeregt, für den Bereich der Landwirtschaft einen Grundsatz zu ergänzen, der die Stärkung und den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft beinhaltet. Bioprodukte werden zunehmend nachgefragt und das Land NRW fördert neuerdings Ökomodellregionen - so auch seit 2021/2022 die Ökomodellregion Bergisches RheinLand mit den Kreisen Oberbergischer Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis und einem Teilbereich des Rhein-Sieg-Kreises.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die vorgeschlagene Festlegung geht über den Regelungsgehalt der Regionalplanung hinaus.

1003059, Kreisverwaltung Oberbergischer Kreis

Inhalt

Grundsatz G. 51: Siedlungsbereiche durch den ÖPNV erschließen

Für den ländlichen Bereich ist der Ausbau eines flächendeckenden und flexibel einsetzbaren ÖPNV sowohl für die Hauptverbindungsachsen als auch für die kleinräumige Erschließung für die Erzeugung und Stärkung der Akzeptanz dieser Verkehrsmittel von grundsätzlicher Bedeutung. Dazu gehört auch ein stärkerer Ausbau von Mobilstationen mit unmittelbarer Anbindung an den ÖPNV.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1003060, Kreisverwaltung Oberbergischer Kreis

Inhalt

Grundsatz G. 52: Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln

Das bestehende Radwegenetz im Oberbergischen Kreis bedarf noch einer massiven Ausweitung im inner- und außerörtlichen Bereich, viele der hier existenten Landesstraßen sind für diese Verkehrsart, insbesondere im außerörtlichen Bereich, wo die Geschwindigkeitsdifferenzen zwischen Rad- und Fahrzeugverkehr am größten sind, für allgemeinen Radverkehr nicht geeignet. Hier bedarf es einer deutlichen Fahrradtrassenergänzung. Es wird angeregt, besonders entlang dieser Trassen (Bundes- und Landesstraßen) die Planung und den Bau auskömmlicher Radwegeinfrastruktur zu ermöglichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Anregung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Die Feststellung eines Neu- und/oder Ausbaubedarfs von Radverbindungen entlang von Bundes- und Landesstraßen ist der Fachplanung vorbehalten.

Inhalt

Grundsatz G. 66: Windenergieanlagen repowern; Seite 43

Dem Grundsatz wird zugestimmt. In der Praxis werden vielfache Problemlagen gesehen, da die bisher vorhandenen Altanlagen aufgrund der für heutige Verhältnisse geringen Höhe von 100 m in Bereichen gebaut wurden, die für deutlich höhere und damit leistungsfähigere Anlagen den erforderlichen Mindestabstand zur nächsten Wohnbebauung nicht werden einhalten können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

InhaltStandort :metabolon:

In der Ursprungsversion des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln mit Genehmigung vom 21.05.2001 war der heutige Standort :metabolon als Abfallbehandlungsanlage (Abfalldeponie) dargestellt. Mit Erlass des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23. Juli 2009 wurde im Rahmen der 15. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Köln, die Abfalldeponie in einen Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich (GIB) mit der Zweckbindung Kreislaufwirtschaft geändert. Hintergrund für die 15. Regionalplanänderung vom 23. Juli 2009 war das Vorhaben, die aktuellen Nutzungen von Stoffumwandlung und Ressourcenwirtschaft auf dem Standort Leppe auch zukünftig nach Beendigung des Deponiebetriebs abfallwirtschaftlich weiter zu betreiben und technologisch weiterzuentwickeln. Dieses Vorhaben wurde demnach durch die Darstellung eines interkommunalen Gewerbe- und Industriebereichs (GIB) mit der Zweckbindung Kreislaufwirtschaft im Regionalplan landesplanerisch abgesichert. Diesbezüglich wird in der Begründung zur 15. Regionalplanänderung ausgeführt, dass die Planungen Grundlage und Voraussetzung für das Regionale 2010 Projekt :metabolon sind. Dieses landesweit einmalige Konzept zielt darauf ab, das Entsorgungszentrum Leppe zu einem Kompetenzzentrum, Lern- und Innovationsort für Stoffumwandlung (Metabolismus) und standortbezogene Umwelttechnologien und -techniken zu entwickeln (vgl. Bezirksregierung Köln, Regionalplanungsbehörde, 15. Regionalplanänderung; Gewerbliche Nachnutzung der Zentraldeponie (ZD) Leppe, Gemeinde Lindlar; Köln, 31. August 2009). Im aktuell zur Beteiligung ausliegenden Entwurf zum Regionalplan ist für den Standort die Nutzung Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich (GIB) mit der Zweckbestimmung ?Abfallbehandlungsanlagen? und ?Abfalldeponie? dargestellt. Als Ziel (Z.44) ist definiert ?Abfallbehandlungsanlage und Verwertungszentrum?. Eine weitere Spezifizierung ist im aktuellen Regionalplankonzept nicht dokumentiert. Es wird angeregt, die textliche Fassung für den Standort :metabolon entsprechend der 15. Regionalplanänderung sowie erfolgten Entwicklungen der letzten 12 Jahre wie folgt zu ändern. Gleichzeitig wird eine Anpassung der zeichnerischen Darstellung empfohlen:

1. "Darüber hinaus sind die Planungen Grundlage und Voraussetzung für das Regionale 2010 Projekt :metabolon und die Fortführung im Regionale 2025 Projekt Bergische Ressourcenschmiede. Dieses landesweit einmalige Projekt zielt darauf ab, das Entsorgungszentrum Leppe zu einem Kompetenzzentrum, Forschungs-, Lern- und Innovationsort für Stoffumwandlung (Metabolismus), standortbezogene Umwelt- und Energietechnologien und -techniken weiterzuentwickeln. Die Freizeit- und Erholungsinfrastruktur dient dabei als Teil der authentischen Lernlandschaft.?"

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Textliche Festlegung Z. 44 und deren Erläuterung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Die Zweckbestimmung des GIB wird geändert in Abfallbehandlungsanlage und Verwertungszentrum sowie Standort für Kreislauf-, Abfall- und Ressourcenwirtschaft einschließlich Bildung, Forschung, Wissenschaft und Wissensvermittlung.

<p>2. Die gesamte Regionalplanmarkierung "A", Abfallbehandlungsanlagen des Standortes ist um die Bezeichnung "W", Einrichtung für Bildung, Forschung und Wissenschaft zu ergänzen. Der für die Besucher begehbare Teil (außer gewerblich genutzter Teil der Deponie) ist um die Bezeichnung "E", Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen zu ergänzen.?</p>	
--	--

Inhalt

Änderung Erläuterungskarte 13 (Anhang A4): Mobilstationen

Die in der textlichen Erläuterung festgelegte Regelung zur Flächenverfügbarkeit für Mobilstationen wird begrüßt. Die Darstellungen der Erläuterungskarte 13 (Anhang A4) ist durch aktuelle Planungen von Mobilstationen im Oberbergischen Kreis deutlich erweitert und verfeinert. Es liegt ein kommunal abgestimmtes Feinkonzept vor, das weitere Standorte beinhaltet. Die Standorte sind mit denen des NVR-Konzeptes in Teilen deckungsgleich. Dennoch wird eine Aktualisierung der Karte angeregt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte I3 ? Mobilstationen stellt auf Basis des Verbandsweiten Konzepts für die Errichtung von Mobilstationen (Nahverkehr Rheinland 2018) die aus regionaler Sicht besonders geeigneten Standorte für die Errichtung von Mobilstationen dar. Während des laufenden Regionalplanaufstellungsverfahrens hat sich der Themenbereich Mobilstationen dynamisch entwickelt. Zahlreiche Kommunen und Kreise haben mittlerweile aufeinander abgestimmte, detaillierte Konzepte für Mobilstationen erarbeitet, die eine Vielzahl an neuen Standorten für Mobilstationen enthalten. Folglich ist die Darstellung der Erläuterungskarte I3 nicht mehr aktuell.

Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Eine lesbare Übernahme aller kommunalen Konzepte und Standorte in die Kartendarstellung kann nicht gewährleistet werden. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass aufgrund zahlreicher aktueller Planungen die Erläuterungskarte zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Plans erneut veraltet sein wird.

Die mit der Karte ursprünglich vorgesehene Anstoßwirkung ist überholt. Da der Grundsatz G.56 nicht zwingend einer Erläuterungskarte bedarf, wird die Erläuterungskarte I3 mit dem zweiten Planentwurf nicht weiter fortgeschrieben. Sie wird künftig entfallen.

Dies steht einer weiteren Konkretisierung von Mobilstationen im Rahmen der Fachplanung oder kommunalen Planung nicht entgegen.

Inhalt

Einwendungen zum Umweltbericht

Anhang A

1. Seite 11, unten: Für Böden mit hoher Funktionserfüllung wird ausgeführt, dass die Betroffenheit auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen berücksichtigt werden kann. Hier sollte die Formulierung "eine Berücksichtigung (?) erfolgt?" gewählt werden, um eine größere Verbindlichkeit herzustellen, damit die Wirkungen auf diese Böden in den Planungen berücksichtigt werden (vorbeugender Bodenschutz bzw. vorsorgender Bodenschutz nach BBodSchG).

2. Seite 15, 3.6.2 Klimarelevante Böden: Die Flächeninanspruchnahme im Bereich von klimarelevanten Böden wird als erhebliche Umweltauswirkung bewertet. Deshalb sollte für die Darstellung in der "Erläuterungskarten A3, F2 Schutzwürdige Böden" eine eindeutige Signatur gewählt werden, siehe Anmerkung unter "2. Zeichnerischer Teil der Planunterlage".

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bedarf keiner Umformulierung i.S. einer höheren Verbindlichkeit, da es sich um Formulierungen im erläuternden Teil der Umweltprüfung handelt und nicht um regionalplanerische Festlegungen. Die Kennzeichnung klimarelevanter Böden in der Erläuterungskarte wird entsprechend der Maßstabsebene als ausreichend bewertet. Genauere Betrachtungen können auf Grundlage der Daten des Geologischen Dienst NRW erfolgen.

1003067, Kreisverwaltung Oberbergischer Kreis

Inhalt

Anhang C Prüfbögen ASB, ASBz

1. Im Prüfbogen GM_ASB_1 sind bei den planungsrelevanten Arten Vorkommen von Fledermäusen in einem regional bedeutsamen Winterquartier aufzunehmen. Der in dem ASB gelegene Höhlenkomplex um die "Rosper Zwergenhöhle" ist ein wichtiges Winterquartier insbesondere für das Große Mausohr, was bei zukünftigen Planungen zu beachten ist.
2. Im Prüfbogen REI_ASB_2 fehlen geschützte Landschaftsbestandteile, die durch den Landschaftsplan Nr. 3 Bergneustadt-Eckenhagen festgesetzt sind (GLB 2.4-125, 2.4-127, 2.4-128, 2.4-179 und 2.4-180).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Dem Hinweis wird gefolgt. Der Prüfbogen wird um den Hinweis auf das Winterquartier der Fledermäuse ergänzt. Die GLB werden im Prüfbogen ergänzt. Die Betroffenheit wird als erhebliche Umweltauswirkung bewertet.

1003068, Kreisverwaltung Oberbergischer Kreis

Inhalt

Anhang D Prüfbögen ASBF

1. Im Prüfbogen REI_ASBF_2 fehlt ein geschützter Landschaftsbestandteil, der durch den Landschaftsplan Nr. 10 Wiehlalsperre festgesetzt ist (GLB 2.4-33).

2. Im Prüfbogen WIP_ASBF_2 fehlt ein geschützter Landschaftsbestandteil, der durch den Landschaftsplan Nr. 6 Wipperfürth festgesetzt ist (GLB 2.4- 26).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Dem Hinweis wird gefolgt. Der GLB wird im Prüfbogen ergänzt und die Betroffenheit als erhebliche Umweltauswirkung bewertet.

1003069, Kreisverwaltung Oberbergischer Kreis

Inhalt

Anhang E Prüfbögen GIB, GIBz

1. Im Prüfbogen REI_GIB_1 fehlt ein geschützter Landschaftsbestandteil, der durch den Landschaftsplan Nr. 3 Bergneustadt-Eckenhagen festgesetzt ist (GLB 2.4-139).
2. Im Prüfbogen WDB_GIB_1 fehlen zwei geschützte Landschaftsbestandteile, die durch den Landschaftsplan Nr. 4 Nümbrecht- Waldbröl festgesetzt sind (GLB 2.4-211 und 2.4-155).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Dem Hinweis wird gefolgt. Der GLB wird im Prüfbogen ergänzt und die Betroffenheit als erhebliche Umweltauswirkung bewertet.

1003070, Kreisverwaltung Oberbergischer Kreis

Inhalt

Anhang F Prüfbögen GIBF

1. Im Prüfbogen LIL_GIBF_1 fehlt ein geschützter Landschaftsbestandteil, der durch den Landschaftsplan Nr. 2 Lindlar-Engelskirchen festgesetzt ist (GLB 2.4-24).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Dem Hinweis wird gefolgt. Der GLB wird im Prüfbogen ergänzt und die Betroffenheit als erhebliche Umweltauswirkung bewertet

AZ: BET_186000_1

Stadt Bergneustadt

1003521_001, Stadt Bergneustadt

Inhalt

Im Rahmen des Einzelhandelskonzept-Verfahrens wurde von Seiten der Bezirksregierung Köln angeregt, die im Südosten des Zentralen Versorgungsbereiches (Stadtzentrum Bergneustadt) zwischen Bahnstraße und Südring gelegenen Fläche (derzeit Penny-Markt und Getränke Pützchen) von GIB in ASB umzuwandeln (siehe Abb. 6 Pfeil grün) [s. Anhang Abb. StnID_1003521_001 Pfeil grün].

Anhänge

[Abb_ID_1003521_001.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003521_002, Stadt Bergneustadt

Inhalt

ASB West: Nördlich der BSS wurde das Gebiet am Galgenberg in den ASB integriert. Der Bereich ist durch die vorhandene Steigung sowie Erschließung zwar nicht einfach zu bebauen, kann jedoch im ASB bleiben, um künftige Entwicklungen hier oder durch Tausch an anderer Stelle zu ermöglichen [s. Anhang Abb. StnID_1003521_002 Dreieck blau].

Anhänge

[Abb_ID_1003521_002.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1003521_003, Stadt Bergneustadt

Inhalt

Das Grundstück zwischen ASB und GIB im Bereich der Gewerbeflächen mit ca. 1,5 ha kann aus der Darstellung als GIB herausgenommen werden, da dort bereits Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt wurden und die Fläche im Ökokonto der Stadt eingetragen ist. Eine bauliche Nutzung mit Gewerbe durch eine Erweiterung des Bebauungsplanes BP 20 *In der Hannemicke* kommt demnach bereits aus diesem Grund nicht in Frage. Die Darstellung als GIB ist demnach nicht korrekt und sollte in AFAB geändert werden [s. Anhang Abb. StnID_1003521_003 weiße Umrandung].

Anhänge

[Abb_ID_1003521_003.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003521_004, Stadt Bergneustadt

Inhalt

ASB Pernze: Der Bereich zwischen der Lieberhausener Straße/ Kreuzstraße und Olper Straße soll von ASB in AFAB geändert werden. Dass der Bereich um Dörspe und Sportplatz frei von Bebauung gehalten werden soll, entspricht der aktuellen Planung der Stadt Bergneustadt, so dass der Reduzierung der ASB-Fläche um ca. 8,5 ha entsprechend der Darstellung im Flächennutzungsplan zugestimmt werden kann, lediglich der Bereich um das Unternehmen Norwe GmbH soll entsprechend der Ausweisung im FNP auch im Regionalplan künftig als GIB dargestellt werden. Betroffen sind davon 1,9 ha inkl. 0,5 ha mögliche Erweiterungsfläche für den bestehenden Betrieb [s. Anhang Abb. StnID_1003521_004 Pfeil gelb]. Laut Aussage der Bezirksregierung Köln erlaubt der Regionalplan, der nicht parzellenscharf ist, auch eine Weiterentwicklung des bestehenden Betriebs nach der Festlegung in neuen Regionalplan als AFAB, insbesondere, da der Flächennutzungsplan das Erweiterungsgrundstück bereits als gewerblich genutzte Fläche ausweist. Nichtsdestotrotz sollte die Stadt den Hinweis auf die Erweiterungsmöglichkeiten des gewerblichen Betriebs dokumentieren.

Anhänge

[Abb_ID_1003521_004.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003802, Stadt Bergneustadt	
<p>Inhalt</p> <p>? Kapitel 3 - Siedlungsraum Punkt C Begründung zur Erläuterung Tabelle 7:</p> <p>Der Flächenbedarf wurde für alle Kommunen für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgesetzt. Der Stadt Bergneustadt wurden im neuen Regionalplan folgende Flächen zugestanden: [s. Anhang Abb. StnID_1003802]</p> <p>In einem früheren Verfahrensschritt im Jahr 2019 wurden die Flächen durch die Bezirksregierung mit den Kommunen abgestimmt. Zu diesem Zeitpunkt wurden die Bedarfsflächen für Wohnen/ Mischnutzung noch mit 30 ha und die Bedarfsflächen für Gewerbe mit 25 ha angegeben, so dass der kommunale Bedarf offensichtlich im Lauf des Verfahrens angepasst wurde. Die im Regionalplan ausgewiesenen Flächen wurden hingegen kaum bzw. nicht verändert und lagen bereits 2019 bei 36 ha (Wohnen/ Mischnutzung) bzw. 31 ha (Gewerbe). Eine Änderung im Regionalplan ist deshalb nicht erforderlich.</p> <p>Anhänge Abb_ID1003802.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1003803, Stadt Bergneustadt	
<p>Inhalt</p> <p>Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) Wiedenest (Bereich BP 67 GE Schlöten II): Für das Gewerbegebiet <i>Schlöten II</i> wurden Flächen als GIB ausgewiesen. Diese entsprechen jedoch nicht komplett den Planungen der Stadt. Der Bereich sollte entlang der avisierten Bebauungsplangrenzen einbezogen werden. Dies entspricht einer Erweiterung um ca. 65 Meter nach Osten bzw. einer Fläche von ca. 2,4 Hektar im Vergleich zum Entwurf des Regionalplans [s. Anhang Abb. StnID_1003803 rote Linie] Damit wäre eine Erweiterung des GIB nach Osten und Süden im Vergleich zum alten Regionalplan erreicht; bisher sind im Regionalplan lediglich die Flächen des Gewerbegebietes <i>Am Schlöten</i> aufgenommen. Im Flächennutzungsplan der Stadt Bergneustadt sind bereits Flächen für <i>Schlöten II</i> enthalten.</p> <p>Anhänge Abb_ID1003803.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003805, Stadt Bergneustadt	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) Wiedenest Süd: Der ASB wurde bereits um die Flächen des künftigen Bebauungsplanes BP 66 <i>Wiedenest Süd</i> erweitert. Im alten Regionalplan waren die Flächen noch als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) ausgewiesen. Sinnvoll erscheint es, die bestehenden Gebäude Sülemicker Straße 15 und 19 sowie das Gebäude auf der südlichen Straßenseite der Sülemicker Straße ebenfalls in den ASB aufzunehmen, um so künftige Entwicklungen zu erlauben [s. Anhang Abb. StnID_1003805 Pfeil gelb].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003805.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

ASB Wiedenest West: Im nordwestlichen Bereich von Wiedenest wurde der ASB reduziert (siehe Pfeil blau). In diesem Bereich wäre jedoch noch eine Bebauung sinnvoll. Besser erscheint ein Tausch mit der im neuen Regionalplan noch enthaltenen Flächen zwischen *In der Delle* und *Wiedenester Blick* [s. Anhang Abb. StnID_1003806 blaues Dreieck].

Anhänge

[Abb_ID1003806.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht im Bereich Wiedenest West? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Darüber hinaus verfügt die Stadt Bergneustadt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche im Norden von Wiedenest als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist hier nicht möglich, da es sich nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Reserve im

	<p>Flächennutzungsplan der Stadt Bergneustadt. Jedoch kann ein Flächentausch auf Ebene der Flächennutzungsplanung gemäß der Zielfestlegung <i>Flächenüberhänge vermeiden und abbauen</i> erfolgen. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden</p>
--	--

1003807, Stadt Bergneustadt	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Pernze: Im nördlichen Bereich von Pernze wurde ASB in AFAB umgewandelt. Da an dieser Stelle heute Wald steht und eine künftige Bebauung bereits aus diesem Grund sehr schwierig wird, kann einer Reduzierung der ASB-Flächen in diesem Bereich zugestimmt werden. Der ASB sollte jedoch an den aktuellen Gebäudebestand angepasst werden [s. Anhang Abb. StnID_1003807 Pfeil rot].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003807.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003808, Stadt Bergneustadt	
<p>Inhalt</p> <p>GIB Pernze/ Pustenbach: Im aktuellen Regionalplan sind im Bereich Pustenbach großzügige GIB ausgewiesen. Diese sollen nun deutlich reduziert werden. Nördlich der L 173 werden die Flächen im westlichen Teil um ca. 9,5 ha reduziert, südlich der L173 und südlich an das bestehende Gewerbegebiet <i>In der Hannemicke</i> werden die Flächen um weitere ca. 16,3 ha reduziert [s. Anhang Abb. StnID_1003808 schwarze Umrandung]. Diese Reduzierung entspricht auch dem aktuellen Planungsstand der Stadt Bergneustadt, da in diesem Bereich keine Erweiterung der Gewerbeflächen vorgesehen ist. Die Fläche wird der Stadt nach Rücksprache mit der Bezirksregierung Köln im Vorfeld der Regionalplanänderung für die Ausweisung des Gewerbegebiets <i>Sc hlöten II</i> angerechnet.</p> <p>Anhänge Abb_ID1003808.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1003810, Stadt Bergneustadt	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Hackenberg (BP 69 Wiebusch): Der ASB wurde um die gesamte Fläche des aktuell im Verfahren befindlichen Bebauungsplanes 69 <i>Wiebusch</i> erweitert [s. Anhang Abb. StnID_1003810 gelbe Umrandung]. Dies entspricht auch der Darstellung des aktuellen FNP der Stadt Bergneustadt. Bisher war im Regionalplan nur ein Teil als ASB enthalten.</p> <p>ASB Hackenberg (BP 8A+B Eichenfeld bzw. künftige Ortslagensatzung): Südlich des Geltungsbereichs des BP 8A+B bzw. der künftigen Ortslagensatzung wurde der ASB im Vergleich zum aktuellen Regionalplan reduziert [s. Anhang Abb. StnID_1003810 rote Linie]. Dies entspricht dem FNP sowie der aktuellen Planung durch die neue Ortslagensatzung, so dass die Stadt Bergneustadt durch diese Reduzierung nicht benachteiligt ist.</p> <p>ASB Hackenberg: Der ASB wurde im Bereich Rehwinkel/ Hackenberger Weg um die bestehenden Wohngebäude erweitert [s. Anhang Abb. StnID_1003810 Pfeil gelb].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003810.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1003811, Stadt Bergneustadt	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Leienbach: Der ASB südlich der aktuellen Bebauung in Leienbach (an der Stelle, an der "LEIENBACH" steht), wurde deutlich zurückgenommen. Im Gebiet Talsperrenstraße/ Waldstraße/ Dorfstraße bietet sich eine Bebauung mit zwei Reihen Gebäuden an, die im ASB erhalten bleiben soll. Dies entspricht einer Tiefe von ca. 55 Metern bzw. einer Fläche von ca. 6.900 m² [s. Anhang Abb. StnID_1003811_1 rote Umrandung sowie Abb. StnID_1003811_2].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003811.pdf Abb_ID_1003811_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, "linienhafte" Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003812, Stadt Bergneustadt	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Beuel (Friedrich-Ebert-Straße): Der Bereich um die ehemalige Friedrich-Ebert-Stiftung wurde in den ASB aufgenommen, ohne jedoch das verbliebene Gebäude selbst mit aufzunehmen. Das Gebäude Friedrich-Ebert-Straße 5 sollte ebenfalls in den ASB genommen werden [s. Anhang Abb. StnID_1003812 Pfeil gelb].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003812.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003813, Stadt Bergneustadt	
<p>Inhalt</p> <p>ASB West: Die bestehenden Wohngebäude der Gimbornstraße wurden in den ASB einbezogen, weitere bestehende Wohngebäude in der Bruchstraße bzw. am Herweg jedoch nicht. Der ASB sollte an die bestehende Bebauung angepasst werden, eine Erweiterung ist jedoch nicht erforderlich [s. Anhang Abb. StnID_1003813 Pfeile gelb].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003813.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003814, Stadt Bergneustadt	
<p>Inhalt</p> <p>GIB Lingesten: Der neue Regionalplan berücksichtigt die städtebauliche Entwicklung der letzten Jahre und bezieht das Gewerbegebiet Lingesten in die GIB ein [s. Anhang Abb. StnID_1003814 gelbe Umrandung].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003814.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1003815, Stadt Bergneustadt

Inhalt

ASB Dreiert: Der ASB im Gebiet *Bornacker* wurde erweitert und ermöglicht eine Entwicklung des Gebietes. Im FNP der Stadt ist der Bereich bereits als Wohnbaufläche enthalten [s. Anhang Abb. StnID_1003815 Pfeil blau].

Anhänge

[Abb_ID1003815.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1003816, Stadt Bergneustadt	
<p>Inhalt</p> <p>GIB Dreiert (Bereich BP 68 GE Dreiert): Der bisherige AFAB wurde um das avisierte Gewerbegebiet Dreiert in GIB geändert, allerdings deutlich kleiner als für die laufenden Planungen erforderlich. Eine Anpassung an die aktuelle Planung der Stadt ist hier erforderlich [s. Anhang Abb. StnID_1003816 rotes Dreieck].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003816.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003817, Stadt Bergneustadt

Inhalt

Schutz der Natur: Grundsätzlich werden im Regionalplan alle Freiflächen (also Wald und AFAB) als Flächen zum Schutz der Natur ausgewiesen. Dargestellt ist dies mit der dunkelgrünen Senkrecht-Schraffur. Bisher waren jedoch einzelne größere Orte davon ausgenommen, wie zum Beispiel Belmicke und Neuenothe. Im neuen Regionalplan werden auch diese Bereiche als AFAB gekennzeichnet. Laut Aussage der Bezirksregierung Köln ist eine Eigenentwicklung der kleinen Ortschaften weiterhin möglich, auch Neubauten werden weiterhin zulässig sein. Eine Weiterentwicklung und Ausweisung von Neubaugebieten ist in den kleineren Ortsteilen ausdrücklich nicht erwünscht; diese sollen sich auf den Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) beschränken. Die städtische Entwicklung ist durch diese Ausweisung demnach nicht beeinträchtigt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise gegeben und darüber hinaus keine Bedenken oder Anregungen geäußert.

1003818, Stadt Bergneustadt	
Inhalt Im Übrigen wurden Waldgebiete und AFAB an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst. Diesen Änderungen kann die Stadt Bergneustadt zustimmen.	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_187000_1

Gemeinde Engelskirchen

1002735, Gemeinde Engelskirchen

Inhalt

ASB 135-01 Bergsiefen:

Der bestandskräftige Bebauungsplan Bergsiefen wurde in seiner Erschließung so angelegt, dass ein nördlich angrenzender 2. Bauabschnitt möglich ist. Daraufhin wurde auch die Kanalbemessung dimensioniert. Der Entwurf des Regionalplanes ist in diesem Bereich nicht lesbar bzw. beruht auf einer nicht nachvollziehbaren Kartengrundlage. Daher ist nicht erkennbar, ob die ASB-Darstellung den 2. Bauabschnitt ermöglicht. Es wird angeregt, die Kartengrundlage zu überarbeiten und den ASB in Übereinstimmung mit dem derzeit geltenden Regionalplan zu belassen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Die Gemeinde Engelskirchen verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1002736, Gemeinde Engelskirchen	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASB 135-03 Auf dem Langenfeld/Bruchstraße:</u></p> <p>Gegen die Herausnahme des nördlichen Abschnittes bestehen keine Bedenken. Es wird angeregt, den südlichen Abschnitt des ASB zu erhalten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Gemeinde Engelskirchen verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen im Übrigen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002737, Gemeinde Engelskirchen	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASB 145-03 Ründeroth:</u></p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass die Fläche als Friedhof genutzt wird und daher nicht als Reservefläche gerechnet werden kann.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis bezieht sich weder auf einen Plangegegenstand noch auf eine konkrete zeichnerische Festlegung.</p>

Inhalt

ASB 146-01 Oberbüchel:

Es wird angeregt, die ASB-Fläche des gültigen Regionalplanes aufrechtzuerhalten. Die Fläche ist im autobahnnahen Bereich für eine kleinteilige gewerbliche Nutzung geeignet und im abgeschirmten, autobahnfernen Bereich für eine Wohnbebauung. Eine großflächige gewerbliche Nutzung ist aufgrund der Baugrundverhältnisse zwar nicht möglich, wohl aber eine kleinteilige, gewerbliche Nutzung ohne größere Eingriffe in die Topographie. Wegen der in der Gemeinde fehlenden Flächen für gewerbliche Nutzungen sollte die bisherige ASB-Darstellung unbedingt aufrechterhalten bleiben. Auf den bescheinigten ASB-Bedarf von 53 ha wird hingewiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund der möglichen Neufestlegung von Siedlungsraumpotentialen außerhalb eines Waldbereichs ist unter Beachtung der Planungsdirektiven Ziel 7.3-1 und Ziel 6.1-1 LEP NRW die Neuabgrenzung des in Rede stehenden Bereichs folgerichtig. Aufgrund des neuverorteten kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. Dafür erfolgt die Rücknahme von Siedlungsraumpotentialen im Bereich Buschhausen.

ASB dienen dem Wohnen, dem wohnverträglichen Gewerbe, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

--	--

1002740, Gemeinde Engelskirchen	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASB 146-05 Miebach:</u></p> <p>Es wird angeregt, die ASB-Fläche des geltenden Regionalplanes aufrechtzuerhalten. Die Fläche stellt derzeit die einzige Option für eine Schaffung zusätzlicher Park & Ride-Plätze zur Nutzung der RB 25 dar.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Gemeinde Engelskirchen verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>.</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002741, Gemeinde Engelskirchen	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASB 146-09 Stürzenberg:</u></p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass die ASB-Fläche als Friedhof genutzt wird und daher nicht als ASB-Reserve gerechnet werden kann.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Dem Hinweis ist entsprochen.</p>

1002742, Gemeinde Engelskirchen	
<p>Inhalt</p> <p><u>GIB 180-01 Im Auel/Sportplatz:</u></p> <p>Die Fläche wird im Entwurf von einem GIB in einen ASB umgewandelt. Es wird angeregt, die GIB-Darstellung zu erhalten. In dem unwahrscheinlichen Fall der Aufgabe des Sportplatzes ist eher eine Erweiterung des Gewerbegebietes anzunehmen als eine ASB-Nutzung.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Gemeinde Engelskirchen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand - hier belegt durch die Darstellung im Fächennutzungsplan - sowie der kommunalen Entwicklungsabsicht, des zusätzlichen kommunalen Bedarfs sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Umwandlung der Festlegung in GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002743, Gemeinde Engelskirchen	
<p>Inhalt</p> <p><u>GIB 97-001 Wiehlmünden:</u></p> <p>GIB-Darstellung ist unrealistisch. Aufgrund der vorhandenen Topographie und des Naturschutzgebietes mit Orchideenwiese ist eine bauliche Entwicklung unrealistisch.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht sowie der tatsächlichen Umstände im Bestand besteht hier kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ? Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren ? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

AZ: BET_188000_1	
Stadt Gummersbach	
1000622_001, Stadt Gummersbach	
Inhalt <p>Für die Stadt Gummersbach möchte ich vorab betonen, dass die Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln als notwendige Planungsgrundlage angesehen wird, auf der auch unter den Gesichtspunkten des Klimaschutzes und den unterschiedlichen Nutzungsansprüchen eine bedarfsgerechte Entwicklung auf kommunaler Ebene erfolgen kann. Für die konstruktive und offene Zusammenarbeit im bisherigen Erarbeitungsprozess möchte ich mich bedanken.</p>	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1000764, Stadt Gummersbach

Inhalt

Zum Entwurf des Regionalplanes (Stand Entwurf 2021) trage ich nachfolgende Anregung vor: **Zeichnerischer Teil der Planunterlage** (ASB für zweckgebunden Nutzungen ? Ferieneinrichtungen und Erholung) Gummersbach-Lantenbach

Es wird angeregt, die räumliche Abgrenzung des ASB wie nachfolgend dargestellt, zu ändern. [s. Anhang Abb. StnID 1000764]

Begründung:

Innerhalb der vorgeschlagenen Erweiterungsfläche befinden sich drei Wanderparkplätze, ein Wochenendhausgebiet und eine Gaststätte, die nach Sanierung des Gebäudes ihren Betrieb wiederaufnehmen soll. Die Halbinsel der Aggertalsperre ist der zentrale Anlaufpunkt für die Freizeitnutzung an Agger- und Genkeltalsperre. Durch die dargestellte räumliche Veränderung des ASB für zweckgebunden Nutzungen (Lantenbach) soll mittelfristig der sich verstärkende Nutzungsdruck in der Ortslage Lantenbach reduziert bzw. nicht erhöht werden. Diese städtebauliche Zielsetzung ist auch Ergebnis des Qualifizierungsprozesses im Rahmen der Regionale 2025 Bergisches Rheinland im Handlungsfeld Fluss- und Talsperrenlandschaft.

Anhänge

[Abb_ID_1000764_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische und Textliche Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Künftig entfällt die Festlegung als ASBz. Der vorgeschlagenen Erweiterung des bislang als ASBz festgelegten Standorts in Richtung Nordosten stehen die Zielvorgaben der Landesentwicklungsplanung zum Schutz von Waldbereichen entgegen. Für die bislang bestehende Erweiterungsmöglichkeit im Süden gibt es keine weiteren kommunalen Entwicklungsabsichten mehr, so dass dem Wunsch, diesen Bereich künftig aus der Festlegung zu nehmen entsprochen wird.

Gemäß der Plankonzeption werden vorhandene, isoliert im Freiraum liegende Standorte aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) festgelegt, wenn die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschritten wird (d.h. ab einer Größenordnung von 10 ha). Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht in dem in Rede stehenden Bereich besteht hier kein weiteres Sicherungserfordernis. Insgesamt verbleibt am Standort entsprechend der aktuell geltenden Bauleitplanung eine Fläche von insgesamt ca. 4 ha mit baulich geprägten Einrichtungen für Erholung, Freizeit, Tourismus und Sport. Damit wird die regionalplanerische Darstellungsschwelle unterschritten, so dass der Standort gemäß der Plankonzeption künftig nicht mehr als ASBz festgelegt wird. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

In dem betreffenden Bereich bereits vorhandene baulich geprägte Einrichtungen für Erholung, Freizeit, Tourismus und Sport sind im Bestand geschützt. Über eine mögliche Entwicklung der vorhandenen Strukturen ist ggf. im Einzelfall auf Bauleitplan-Ebene auf Basis der Vorgaben des LEP NRW zu entscheiden. Gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW hat jede Neu-, Änderungs-, Über- oder Erweiterungsplanung umwelt-, sozial- und zentrenverträglich zu erfolgen. Neuplanungen von Standorten sind der Regel nur im bzw. unmittelbar angrenzend an den Siedlungsraum möglich. Die Weiterentwicklung vorhandener Standorte, in isolierter Freiraumlage, sind darüber hinaus nur möglich wenn eine Flächenerweiterung, ausgehend von der bisherigen Größe des vorhandenen Standortes, geringfügig ist, eine Nutzungserweiterung im funktionalen Zusammenhang mit der bisherigen Standortnutzung steht bzw. eine Nutzungsänderung den Charakter der bisherigen Standortnutzung im Wesentlichen erhält.

AZ: BET_189000_1

Stadt Hückeswagen

1002704, Stadt Hückeswagen

Inhalt

Ich nehme Bezug auf die öffentliche Auslegung der Neuaufstellung des Regionalplans Köln und die Flächendarstellungen der Schloss-Stadt Hückeswagen. Nach unserem Kommunalgespräch (im Februar 2017) und unserem Antwortschreiben zu Ihren Siedlungsbereichsdarstellungen auf Grundlage des endogenen Bedarfs (vom 13.02.2019), erkenne ich leider weiterhin Widersprüche und Unklarheiten in den Flächendarstellungen der Stadt Hückeswagen. Anbei finden Sie eine Tabelle mit den fraglichen Flächen und die dazugehörige Karte [Hinweis: Der Stellungnahme wurden zwei Übersichtskarten als Anlage beigefügt].

[...]

Ich bitte darum, meine Änderungswünsche in den Regionalplan aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf frühere Stellungnahmen im Rahmen der Kommunalgespräche hingewiesen. Die darin geäußerten Bedenken und Anregungen werden wiederholt [vgl. IDs 1002704 bis 1002713].

Der Planentwurf ist das Ergebnis eines umfangreichen Planungsprozesses. Darin wurde die kommunale Planungsebene im Sinne des Gegenstromprinzips (vgl. 1 Absatz 3 ROG) frühzeitig mit eingebunden. So wurden u.a. im Rahmen von Kommunalgesprächen die Entwicklungsvorstellungen erfasst und Planungsabsichten hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den Anforderungen der Regionalplanung diskutiert.

Mit dem einstimmigen Beschluss des Regionalrates am 13.03.2020 wurde als erstes Zwischenergebnis dieses umfangreichen informellen Prozesses ein Plankonzept beschlossen, dass den Rahmen für die zukünftige räumliche Entwicklung des Regierungsbezirkes in den wesentlichen Grundzügen setzt.

Auf Grundlage dieses Plankonzepts hat der Regionalrat die Regionalplanungsbehörde beauftragt, die gem. § 8 ROG erforderliche Umweltprüfung durchzuführen. Zusammen mit den Ergebnissen der Umweltprüfung sind die Leitlinien aus dem Plankonzept anschließend in den Planentwurf eingeflossen und liegen den konkreten zeichnerischen und textlichen Festlegungen zugrunde.

Als vorläufige formelle Schritte wurden die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen gemäß § 9 Absatz 1 ROG mit Datum vom 29.04.2019 über die beabsichtigte Neuaufstellung des Regionalplans Köln unterrichtet. Rückmeldungen und Hinweise im Rahmen dieser Unterrichtung sind ebenfalls in die Erarbeitung des Planentwurfes und der Umweltprüfung eingeflossen.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2021 den Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans zur Anhörung und öffentlichen Auslegung beschlossen (Aufstellungsbeschluss). Die bis dahin vorgebrachten Anregungen,

	<p>Bedenken und Hinweise sind im Planentwurf wie oben beschrieben berücksichtigt worden. Eine erneute Befassung des Regionalrats ist nur erforderlich, soweit neue Erkenntnisse vorliegen. Dies ist hier erkennbar nicht der Fall.</p>
--	--

1002705, Stadt Hückeswagen	
<p>Inhalt</p> <p>ASB 134-03 Die grundsätzliche Möglichkeit der Erweiterung des Wohngebietes Heidt soll bestehen bleiben. Das Gebiet ist ein LSG. Darstellung RP: Rücknahme der Fläche [s. Anhang Abb. StnID_1002705]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1002705_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Hückeswagen verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002706, Stadt Hückeswagen	
<p>Inhalt</p> <p>ASB 134-16 Die westliche Erweiterung war in der Erfassung der Regionalplanreserven als vorgeschlagene ASB Erweiterung aufgeführt. Beide Flächen weisen, durch Ihre Nähe zum bestehenden Wohngebiet, den angrenzenden Gewerbegebieten und die Erschließungsmöglichkeit über die L68, ein erhöhtes Entwicklungspotential auf.</p> <p>Darstellung RP: Nicht berücksichtigt</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002706_ 1 und StnID_1002706_ 2]</p> <p>Anhänge Abb. ID1002706_1.pdf Abb. ID1002706_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Hückeswagen verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002707, Stadt Hückeswagen	
<p>Inhalt</p> <p>ASB 134-04 Die Fläche ist durch einen Bebauungsplan überplant. Hier entstehen ein neues Wohngebiet und eine neue Schule. Die Fläche ist nicht gänzlich als ASB aufgenommen.</p> <p>Darstellung RP: Fläche unzureichend dargestellt</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002707_1 und 1002707_2]</p> <p>Anhänge Abb. ID1002707_1.pdf Abb. ID1002707_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002708, Stadt Hückeswagen	
<p>Inhalt</p> <p>ASB 134-05 Wunsch war es, diese Fläche als Reserve zu erhalten. Westlich angrenzend liegt eine Außenbereichssatzung. Die Fläche selbst ist teilweise bebaut. Die Fläche war bereits in der Karte zur Erfassung der Regionalplanreserven von März 2018 fälschlicherweise als ?Bereich ohne Entwicklungswunsch? dargestellt.</p> <p>Darstellung RP: Rücknahme der Fläche</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002708]</p> <p>Anhänge Abb. ID1002708_1.pdf Abb. ID1002708_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Hückeswagen verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002709, Stadt Hückeswagen	
<p>Inhalt</p> <p>ASB 134-06 Wunsch war es, diese Fläche als ?Reserve mit Restriktionen? zu erhalten, da eine Erschließung nördlich der K1 theoretisch möglich ist und Entwicklungspotential aufweist. Die Fläche war bereits in der Karte zur Erfassung der Regionalplanreserven von März 2018 fälschlicherweise als ?Bereich ohne Entwicklungswunsch? dargestellt.</p> <p>Darstellung RP: Rücknahme der Fläche</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002709_ 1 und 1002709_2]</p> <p>Anhänge Abb. ID1002709_1.pdf Abb. ID1002709_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Hückeswagen verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002710, Stadt Hückeswagen	
<p>Inhalt</p> <p>ASB 134-07 Wunsch war es, diese Fläche als ?Reserve mit Restriktionen? zu erhalten, da die Fläche zu großen Teilen im LSG liegt und mit Wald bedeckt ist.</p> <p>Darstellung RP: Rücknahme der Fläche</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002710_1 und 1002710_2]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1002710_1.pdf</p> <p>Abb. ID1002710_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Hückeswagen verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002711, Stadt Hückeswagen	
<p>Inhalt</p> <p>Wegerhof; Westlich des Bebauungsplans Nr. 70 gibt es Erweiterungswünsche seitens der Bewohnerschaft. Die Fläche ist auch im FNP nicht als Wohnbaufläche gekennzeichnet. Ohne eine Darstellung im Regionalplan kann das Entwicklungspotential hier nicht ausgeschöpft werden.</p> <p>Darstellung RP: Keine Darstellung</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002711_1 und 1002711_2]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1002711_1.pdf</p> <p>Abb. ID1002711_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Hückeswagen verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002712, Stadt Hückeswagen	
<p>Inhalt</p> <p>Scheideweg; Die Fläche ist bebaut und mit einem Bebauungsplan überplant. ASB bereits vorhanden und bedarf einer Darstellung im RP.</p> <p>Darstellung RP: Keine Darstellung</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002712_1 und 1002712_2]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1002712_1.pdf</p> <p>Abb. ID1002712_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum.</p> <p>Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung <i>?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?</i> möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

1002713, Stadt Hückeswagen	
<p>Inhalt</p> <p>Interkommunales Gewerbegebiet ?Gleisdreieck?; In der Begründung zum RP ist beschrieben, dass eine Entwicklung des Gewerbegebietes Gleisdreieck nur möglich ist, wenn eine Darstellung im RP Düsseldorf, auf Remscheider Stadtgebiet, erfolgt. Diese Ausführung ist nachvollziehbar. Dennoch ist die Fläche auf Hückeswagener Stadtgebiet nicht dargestellt und muss zeichnerisch festgelegt werden.</p> <p>Darstellung RP: Keine Darstellung</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002713_1 und 1002713_2]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1002713_1.pdf</p> <p>Abb. ID1002713_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Textliche Festlegung Z. 11 und deren Erläuterung wird in Teilen geändert (s. Änderungssynopse).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine veränderte Festlegung des GIBz interkommunal folgerichtig.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben - hier Ziel 6.3-3 LEP NRW sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Sie liegen der geänderten Festlegung des interkommunalen GIB Hückeswagen/Wermelskirchen zugrunde und begründen auf Basis einer Aktualisierung von Grundlagendaten die veränderten textlichen Festlegungen im Z.11 <i>GIBinterkommunal sichern und umsetzen</i> und deren Erläuterungen.</p> <p>Die Begründung wird entsprechend geändert und fortgeschrieben.</p> <p>(s. StnID 1000727).</p>

AZ: BET_190000_1

Gemeinde Lindlar

1001018_001, Gemeinde Lindlar

Inhalt

Anregung 1: Gewerbegebiet Kaiserau

[...]

Zum Ausgleich sollen die westlich angrenzend und als GIBflex festgelegten Flächen als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festgelegt werden. Damit wird den räumlichen Möglichkeiten vor Ort sowie den Darstellungen des neuen Flächennutzungsplans für die Gemeinde Lindlar Rechnung getragen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand, der weit fortgeschrittenen Planungen im Kontext der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans sowie der regionalplanerischen Darstellungsmöglichkeit erfolgt eine bedarfsgerechte Umwandlung des GIBflex in GIB. Dieser war zuvor weiter östlich verortet (s. STN ID 1003019).

Inhalt

Anregung 1: Gewerbegebiet Kaiserau

Bezug: Ziel 5 (Z.5) Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen; Ziel 10 (Z.10) GIB sichern und entwickeln

Erläuterungen

GIB-Kaiserau im Leppetäl

Die Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) dienen der Ansiedlung, dem Ausbau und der Bestandssicherung solcher gewerblicher Betriebe, die wegen ihres großen Flächenbedarfs, ihrer Emissionen oder ihrer besonderen Standortanforderungen nicht in den ASB integriert werden können. Als GIB dargestellt ist in der Gemeinde Lindlar u.a. das Gewerbegebiet Kaiserau im Leppetäl. Dieses langgestreckte Gewerbegebiet liegt nördlich (parallel) zur L 97. Flächengrößter Betrieb ist ein ansässiges Stahlverarbeitungsunternehmen; der Standort wurde 1900 gegründet.

Ausgangssituation

Die Flächenpolitik steht vor dem grundsätzlichen Problem, dass Unternehmen in der Regel nur sofort disponible Flächen in ihre Investitions- und Standortentscheidungen einbeziehen ? und zwar in Form einer kurzfristig verfügbaren Flächenauswahl. Die Planungsabfolge von der Regionalplanung bis zur Grundstücksveräußerung ist dagegen ein langwieriger Prozess. Die Gewerbe- und Industrieflächenpolitik muss demnach mit ihrem Angebot in Vorleistung treten und gleichzeitig verschiedene Optionen eröffnen. Dies erfordert dezidiert eine auf fünf bis zehn Jahre sowie eine langfristig angelegte Angebotsplanung einschließlich der Investitionen in den Flächenerwerb, die Ver- bzw. Entsorgungsinfrastruktur sowie die Verkehrswege.

Dagegen zeigt aktuell die Erfahrung, dass zwar viele Flächen in der Regional- und vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung dargestellt bzw. festgesetzt sind, gleichwohl es kaum gelingt, den nachfragenden Unternehmen ausreichend Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig: zunehmend umweltrelevante Bindungen, die oft nicht wirtschaftliche und konfliktfreie Erschließung, der problematische Grunderwerb und gerade die in der Gemeinde Lindlar schwierigen topografischen Verhältnisse erschweren zunehmend die Flächendisposition.

Die Regionalplanung berücksichtigt diesen Sachverhalt, indem sie im Regionalplanentwurf GIB Flex-Flächen vorsieht, die dann zum Tragen kommen, wenn

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht im östlichen Bereich des GIB Kuhlbach besteht hier kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Der Bereich wird künftig als Waldbereich, überlagert durch BSLE festgelegt.

Dem Flächentauschwunsch der Gemeinde Lindlar kann entsprochen werden (vgl. ID 1001018_001).

andere Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche nicht entwickelt werden können, bzw. die als langfristige Perspektivflächen vorgesehen sind und die demnach keine der Siedlungsentwicklung entgegenstehenden Festlegungen beinhalten.

Für das Gewerbegebiet Kaiserau im Leppetal ist festzuhalten, dass Flächen, die im aktuell rechtskräftigen Flächennutzungsplan als gewerbliche Baufläche dargestellt sind, aufgrund der planungsrechtlichen Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 35 als Waldfläche keiner baulichen bzw. gewerblichen Nutzung zugeführt werden können und sich daher einer baulichen Entwicklung entziehen. Die planerische Motivation, diese Festsetzung zu treffen liegt darin begründet, dass die nördlich an die in Tal-lage angrenzenden bewaldeten Hänge nicht erschließbar sind und weiterhin hohe ökologische Qualitäten aufweisen. Die topographischen Verhältnisse schließen weiterhin eine bauliche Entwicklung aus. Entsprechend sieht der in Aufstellung befindliche Flächennutzungsplan für die Gemeinde Lindlar vor, diese Flächen als Flächen für die Forstwirtschaft darzustellen. Die Flächenumwandlung von Gewerblicher Fläche (G) in Fläche für die Forstwirtschaft liegt bei ca. 11,7 ha. Die folgenden Abbildungen zeigen, die im aktuell rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Gemeinde Lindlar dargestellten Gewerblichen Bauflächen (G) sowie die Flächen, wie sie im neuen Flächennutzungsplan vorgesehen sind [s. Anhang Abb. StnID_1003019_1 und StnID_1003019_2].

Nachdem die Gemeinde Lindlar nach wie vor eine hohe Nachfrage nach gewerblichen Bauflächen zu verzeichnen hat, ist im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans vorgesehen, die nicht nutzbaren Flächen an den bewaldeten Hanglagen des Leppetals an direkt benachbarter Stelle vorzusehen.

Die folgende Abbildung zeigt die Darstellung im aktuell rechtskräftigen sowie die vorgesehene Darstellung im neuen Flächennutzungsplan [s. Anhang Abb. StnID_1003019_3 und StnID_1003019_4].

Der Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans entspricht der Darstellung des aktuell noch rechtskräftigen aber inzwischen veralteten Flächennutzungsplans und stellt die bewaldeten Hänge nördlich des Leppetals als Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche (GIB) dar. Die Flächen westlich angrenzend sind als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen Flex (GIBflex) und damit als Vorbehaltsgebiete festgelegt. Diese dienen gemäß den Festlegungen des Regionalplanentwurfs der Sicherung über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehender und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeigneter Bereiche [s. Anhang Abb. StnID_1003019_5]

Anregung

Nachdem die bewaldeten Hänge nördlich des Leppetals nicht entwickelt werden können, regt die Gemeinde Lindlar an, diese Flächen aus der GIB-Darstellung

herauszunehmen und sie als Waldbereich darzustellen ggf. mit der überlagernden Signatur ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung?. Zum Ausgleich sollen die westlich angrenzend und als GIBflex festgelegten Flächen als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festgelegt werden. Damit wird den räumlichen Möglichkeiten vor Ort sowie den Darstellungen des neuen Flächennutzungsplans für die Gemeinde Lindlar Rechnung getragen.

Anhänge

[Abb. ID1003019_1.pdf](#)

[Abb. ID1003019_2.pdf](#)

[Abb. ID1003019_3.pdf](#)

[Abb. ID1003019_4.pdf](#)

[Abb. ID1003019_5.pdf](#)

Inhalt**Anregung 2: Frielingsdorf**

Bezug: Ziel 1 (Z. 1) Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren; Ziel 2 (Z. 2) Zersiedlung vermeiden; Ziel 7 (Z.7) ASB sichern und entwickeln

Erläuterungen**Das Kirchdorf Frielingsdorf**

Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) dienen dem Wohnen, dem wohnverträglichen Gewerbe, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen. Sie sind im Regionalplan als Vorrangbereiche festgelegt. Neben dem Hauptort Lindlar und dem Kirchdorf Schmitzhöhe ist das Kirchdorf Frielingsdorf aufgrund seiner Einwohnerzahl sowie der infrastrukturellen Ausstattung als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) sowohl im aktuell geltenden Regionalplan sowie im Regionalplanentwurf dargestellt.

Anregung

Im Zuge der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans wurde festgestellt, dass die Darstellung des allgemeinen Siedlungsbereichs für das Kirchdorf Frielingsdorf von den tatsächlichen Gegebenheiten des baulichen Zusammenhangs sowie von den vorgesehenen Darstellungen des in Aufstellung liegenden Flächennutzungsplans abweicht. Der Gemeinde Lindlar ist bewusst, dass allein aufgrund des Maßstabes des Regionalplanentwurfs (im Gegensatz zur Ebene des Flächennutzungsplans) eine gewisse regionalplanerisch ?Unschärfe? gegeben ist. Gleichwohl sind fünf Bereiche erkennbar zu denen die Gemeinde Lindlar anregt, die Darstellung des Allgemeinen Siedlungsbereichs (ASB) an die tatsächlichen Verhältnisse bzw. die Darstellungen im neuen Flächennutzungsplan anzupassen.

Die folgende Abbildung zeigt den in Aufstellung liegenden Flächennutzungsplan. In blauer Linie ist die aktuelle Abgrenzung des Allgemeinen Siedlungsbereichs aus dem Regionalplanentwurf dargestellt [s. Anhang Abb. StnID_1003020_1].

Die mit einem roten Kreis markierten Flächen stellen diejenigen Bereiche dar, für die seitens der Gemeinde Lindlar angeregt wird, die regionalplanerische ASB-Darstellung anzupassen. Mit dieser Anregung wird der tatsächlichen Situation sowie der planerischen Darstellung der Siedlungsflächen im neuen Flächennutzungsplan Rechnung getragen.

Anhänge**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003021, Gemeinde Lindlar	
<p>Inhalt</p> <p>Anregung 3: Wohngebiet ?An der Jugendherberge?</p> <p>Bezug: Ziel 1 (Z. 1) Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren; Ziel 2 (Z. 2) Zersiedlung vermeiden; Ziel 7 (Z.7) ASB sichern und entwickeln</p> <p>Erläuterungen</p> <p>Baugebiet ?An der Jugendherberge?</p> <p>Für das geplante Neubaugebiet ?An der Jugendherberge? läuft zurzeit ein Bebauungs- und Flächennutzungsplanänderungsverfahren. Gemäß städtebaulichem Konzept soll südlich des Hauptorts ein modernes Wohnquartier entstehen. Dieses Baugebiet soll in Zukunft in Richtung Osten erweitert werden. Die Grundstücke liegen bereits im Eigentum der Bau-, Grundstücks- und Wirtschaftsförderungs GmbH (BGW) der Gemeinde Lindlar.</p> <p>Anregung</p> <p>Für die künftig vorgesehene Erweiterung des Baugebiets in Richtung Osten wurde auf Grundlage des aktuell geltenden Regionalplans sowie der Flächennutzungsplanung mit Datum vom 21.01.2021 eine landesplanerische Anfrage nach § 34 LPlG gestellt. Diese Anfrage wurde mit Datum vom 26.04.2021 positiv beschieden. Im Regionalplanentwurf ist dagegen die Erweiterung nicht als Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt. Die folgende Abbildung kennzeichnet mit einer blauen Linie die Abgrenzung des Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) im Regionalplanentwurf auf der Grundlage des in Aufstellung befindlichen Flächennutzungsplans der Gemeinde Lindlar [s. Anhang Abb. StnID_1003021_1]. Der rote Kreis kennzeichnet die Fläche die in die Umgrenzung des Allgemeinen Siedlungsbereichs aufgenommen werden soll.</p> <p>Die Gemeinde Lindlar regt an, die Abgrenzung des Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) im neuen Regionalplan gemäß der positiv beschiedenen landesplanerischen Anfrage sowie der Darstellung im aufzustellenden Flächennutzungsplan vorzunehmen.</p> <p>Anhänge Abb._ID1003021_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt**Anregung 4: Kirchdorf Hartegasse**

Bezug: Ziel 1 (Z. 1) Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren; Ziel 2 (Z. 2) Zersiedlung vermeiden; Ziel 7 (Z.7) ASB sichern und entwickeln

Erläuterungen**Leitbild und Siedlungsstruktur**

Charakteristisch für die Gemeinde Lindlar ist eine dezentrale Siedlungsstruktur. Neben dem Hauptort Lindlar bilden die fünf Kirchdörfer Frielingsdorf, Linde, Hohkeppel, Schmitzhöhe und Kapellensüng/ Hartegasse die weiteren relevanten Ortsteile. Der weitere Teil der Gemeinde ist durch Streusiedlungen geprägt. Diese Streulagen/Weiler stellen eine für das Bergische Land typische Siedlungsform dar. Insgesamt ist das Gemeindegebiet mit 248 Einwohnern pro m² (Stand 31.12.2019) relativ dünn besiedelt.

Im Jahr 2019 wurde zur Vorbereitung der Neuauflistung des Flächennutzungsplans ein Gemeindeentwicklungskonzept erarbeitet. Dieser Prozess ging mit einer umfangreichen Bürger:innenbeteiligung in Form mehrerer Werkstätten und Gemeindegremien einher. Grundgerüst des im Ergebnis erarbeiteten Leitbilds sind die bestehenden Siedlungsstrukturen mit dem Hauptort und den Kirchdörfern Frielingsdorf-Scheel, Hartegasse-Kapellensüng, Schmitzhöhe, Linde und Hohkeppel sowie kleinteiligere Agglomerationen. Zum Ausdruck kommt die siedlungshistorisch bedingte dezentrale Siedlungsstruktur der Gemeinde mit ihren vielen Ortschaften. Für die Gemeinde Lindlar ist diese siedlungsstrukturelle Gliederung ein Charakteristikum, das im Rahmen der Gemeindeentwicklung wichtige Zielvorgaben liefert. Die zukünftige Siedlungsentwicklung soll diesen räumlichen Rahmenbedingungen folgen und (im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben) entsprechend dezentral erfolgen. Gleichwohl liegen die räumlichen Schwerpunkte der Siedlungsentwicklung auf dem Hauptort und den Kirchdörfern.

Das Kirchdorf Hartegasse/Kapellensüng

Hartegasse liegt im Sülztal und besteht aus den siedlungsstrukturell zusammengewachsenen Ortsteilen Hartegasse und Kapellensüng. Im Jahr 2017 hatte das Kirchdorf 1933 Einwohner. Nachdem Hartegasse/ Kpallensüng in der Vergangenheit konstant gewachsen war, ist heute davon auszugehen, dass in der Zwischenzeit mehr als 2.000 Menschen im Kirchdorf leben. Die Gebäude des historischen Dorfs Hartegasse reihten sich im 19. Jahrhundert in der Form eines Straßendorfs entlang der von Südwesten nach Nordosten verlaufenden Sülztalstraße auf (heutige L 284). Die Bebauung des Kirchdorfs konzentrierte sich im Wesentlichen

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2.000 Einwohnern als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) festzulegen. Eine Weiterentwicklung solcher Ortsteile zu ASB ist unter den Voraussetzungen des Ziels 2-3 LEP NRW möglich.

Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine vorhandene Ortslage im regionalplanerischen Freiraum (bauleitplanerisch verfestigt), welche die landesplanerischen Vorgaben gemäß Ziel 2-3 LEP NRW zur Festlegung als Siedlungsraum erfüllt.

Eine Festlegung als ASB ist daher sachgerecht. Eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur innerhalb der Kommune wird gewahrt.

Die Begründung zum Regionalplanentwurf wird entsprechend fortgeschrieben.

auf den Straßenabschnitt in Ost-West-Ausrichtung. Ein weiterer relevanter Schwerpunkt liegt im Ortsteil Steinenbrück an der Straßenkreuzung nach Brochhagen. Der Ort Süng lag abseits der überörtlichen Talstraße und umfasste wenige, in vier Weiler verteilte Häuser hangaufwärts um die Kirche St. Agatha und entlang kleinerer Wege. Beide Orte erweiterten sich kaum bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts und waren durch eine freie Fläche voneinander getrennte bauliche Einheiten. Heute sind Kapellensüng und Hartegasse städtebaulich miteinander verbunden. Die Hangfläche zwischen Kapellensüngs historischem Dorfkern und der historischen Bebauung von Hartegasse entlang der Sülztalstraße ist aufgefüllt mit einer lockeren Wohnbebauung aus Ein- und Mehrfamilienhäusern. Auch entlang der Straße zum Ortsteil Bonnersüng reihen sich Wohnhäuser auf. Andere Bereiche von Hartegasse sind dagegen kaum gewachsen. Erweiterungsbereiche befinden sich zwischen der Straße Am Südhang und dem großen Gelände des Gewerbebetriebs Orbach (Holzhandel), die beide nördlich der Sülztalstraße in die Landschaft hineinragen. Im Süden ist an der Sülztalstraße außerhalb des Orts eine große Sportanlage entstanden. Nördlich der alten Mühle liegt ein großer landwirtschaftlicher Betrieb. Im Kirchdorf Hartegasse wurde im Jahr 2009 das Baugebiet nördlich des Tulpenwegs und des Rosenwegs erschlossen. Das Neubaugebiet besteht aus ca. zwölf Grundstücken. Der Verkauf der Grundstücke erfolgte durch die Bau-, Grundstücks- und Wirtschaftsförderungs GmbH (BGW) der Gemeinde Lindlar.

Verkehrliche Anbindung

Busse der Buslinien 332 und 335 führen durch Hartegasse und halten an den Haltestellen Hartegasse im Zentrum des Kirchdorfs sowie in Steinenbrücke am Ostrand. Hartegasse wird von der L 284 durchquert, von der im Osten des Orts die L 97 nach Frielingsdorf abzweigt. Die L 84 führt weiter nördlich ins 10 km entfernte Wipperfürth. Ins Zentrum von Lindlar sind es rund 5 km. Die nächste Autobahnauffahrt in Engelskirchen ist ca. 12 km entfernt.

Soziale und Versorgungsinfrastruktur

Die Gemeinschaftsgrundschule Kapellensüng ist eine überwiegend einzügige Grundschule. Die aktuell 97 Schüler und Schülerinnen kommen vorwiegend aus den Dörfern Linde, Hartegasse/Kapellensüng und den umliegenden Ortschaften und verteilen sich auf sechs Klassen. Für die kommenden Jahre rechnet die Gemeinde Lindlar mit einem leichten Anstieg der Schülerzahlen auf 119 im Jahr 2024. Die Schule liegt in unmittelbarer Nähe der Kirche St. Agatha am Rande des historischen Dorfkerns von Kapellensüng und ist teilweise von Wiesenflächen umgeben. Die Kinder der Grundschule, denen die fußläufige Erreichbarkeit nicht gegeben ist, werden im Schülerspezialverkehr (Schulbus) zur Schule und zurück befördert. Das bereits 1874 errichtete Schulgebäude wurde mehrfach erweitert. Seit 1996 ergänzt ein Neubau das alte Gebäude aus Sichtmauerwerk zu einem Ensemble aus Alt und Neu. Der Schulhof ist in zwei Terrassen unterteilt. Unterhalb der Schule liegt eine große Sporthalle mit

Fußballplatz. Die Unterkunft der Offenen Ganztagschule und der Randstundenbetreuung ist direkt an das Schulgebäude angeschlossen und somit für die Schüler problemlos zu erreichen. In Kooperation mit dem Caritasverband Oberberg e. V. bietet die Grundschule ihren SchülerInnen täglich Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung, AGs, individuelle Förderung, Spiel- und Turnmöglichkeiten. Die zweigruppige Kita Hartegasse, seit 2016 in Trägerschaft der PariSozial Bergisches Land, bietet mit ihren 40 Plätzen, darunter zwölf Plätze für Kinder unter 3 Jahren, ein familiengerechtes Kita-Angebot im Kirchdorf Hartegasse. Mit einem halboffen ausgerichteten pädagogischen Konzept eröffnet sich den Kindern in ihren Gruppen und in vielfältigen gruppenübergreifenden Projekten und Angeboten viel Raum zum Spielen und Lernen.

An der Kirchstraße 6 liegt die denkmalgeschützte katholische Kirche St. Agatha. 1913/14 wurde der heutige Kirchenbau errichtet, der durch freiwillige Spenden des ?Agathabauvereins? finanziert wurde. Die heilige Messe wird in Sankt Agatha ein- bis zweimal wöchentlich gehalten [s. Anhang Abb. StnID_1003022_1].

Zur Nahversorgung findet sich im Kirchdorf Hartegasse/Kapellensüng noch eine Bäckerei/ Konditorei. Die Metzgerei hat im laufenden Jahr 2022 den Betrieb eingestellt. Der nächsten Supermärkte liegen im rund 3,5 km entfernten Frielingsdorf (Rewe) und im rund 3,5 km entfernten Altenlinde (Aldi). Vereinzelte Gastronomie ist noch im Kirchdorf ansässig. Neben der SB-Filiale der Volksbank Berg eG können die Bürger zweimal die Woche auf dem Parkplatz gegenüber der Gaststätte Sprenger Roth die mobile Filiale der Kreissparkasse Köln nutzen.

Beteiligungsprozess zum Gemeindentwicklungskonzept

Im Rahmen des Beteiligungsprozesses zum Gemeindentwicklungskonzept 2019 waren seitens der Bürger:innen im Wesentlichen folgende Anregungen für das Kirchdorf eingebracht worden: Ansiedlung eines Lebensmittelgeschäfts; Verbesserung der medizinischen Versorgung; Verbesserung des ÖPNVs; Verbesserung der Fuß- und Radwege sowie der Verkehrssicherheit; Innenentwicklung ermöglichen und Mehrgenerationenhäuser errichten; Aufwertung der öffentlichen Flächen (Dorfplatz), Sicherung der bestehenden sozialen Infrastrukturen.

Die Herausforderungen und Handlungsbedarf liegen in den folgenden Feldern: Schaffung einer deutlich wahrnehmbaren und identifikationsreichen Dorfmitte; Generierung eines zentralen Treffpunkts; Optimierung der Erreichbarkeit und Anbindung; Sicherung des Dorfschulstandorts und des Schulbetriebs der Gemeinschaftsgrundschule Kapellensüng; Definition eines westlichen Ortseingangs entlang der Sülztalstraße sowie eines Osteingangs; Entwicklung neuer Versorgungsstrukturen, um die Nahversorgung der Bürger zu gewährleisten, z. B. ein Dorfladen; Kleinräumige Siedlungserweiterung.

Anregung

Gemäß Landesentwicklungsplan kommen für eine mögliche Weiterentwicklung zu einem Allgemeinen Siedlungsbereich Ortsteile in Frage, die entweder bereits über ein hinreichend vielfältiges Infrastrukturangebot zur Grundversorgung verfügen oder in denen dieses zukünftig sichergestellt wird. Erkennbar ist bereits heute, dass mittel- bis langfristig ohne die weiteren Zuzugsmöglichkeiten junger Familien weder die Grundschule noch die Kita gehalten werden können. Es ist vielmehr das im Entwicklungskonzept der Gemeinde Lindlar erklärte Ziel, diesen Ort zu stützen und weitere Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen. Hierzu ist vorgesehen, einen städtebaulichen Rahmenplan zur Entwicklung einer Ortsmitte (einschließlich möglicher Versorgungsfunktionen) zu erarbeiten. Hartegasse/Kapellesüng ist aus Sicht der Gemeinde Lindlar ein wichtiger Siedlungsschwerpunkt mit ausreichend Gewicht und Infrastrukturausstattung, die es zu sichern und weiter zu entwickeln gilt. Ein weiterer Rückgang des Infrastrukturangebots ist aufgrund der aktuell begrenzten baulichen Entwicklungsmöglichkeiten zu erwarten. Es ist dringend erforderlich, diesem Trend zu begegnen und zum einen eine städtebauliche Aufwertung (Herausarbeiten und Gestalten der Kirchdorfmitte) sowie ein Angebot an Baugrundstücken zur Stützung und Weiterentwicklung des Infrastrukturangebots vorzusehen. Mit dieser Fortsetzung des Gemeindeentwicklungskonzeptes soll für Hartegasse/ Kapellensüng eine Entwicklungsperspektive eröffnet werden. Diese kann allerdings nur dann greifen, wenn eine Darstellung als Allgemeiner Siedlungsbereich erfolgt und eine bauliche Entwicklung über den Eigenbedarf hinausgehend ermöglicht wird. Die entsprechenden Möglichkeiten der baulichen Weiterentwicklung lassen sich in Hartegasse/ Kapellensüng identifizieren [s. Anhang Abb. StnID_1003022_2].

Im Ergebnis wird für das Kirchdorf Hartegasse zur Sicherung und Weiterentwicklung des vielfältigen infrastrukturellen Angebots aus Grundschule, Kita, Volksbank-Filiale, mobiler Sparkassenservice, Sportstätte und ÖPNV-Anbindung sowie optionalen Angebotsergänzungen die regionalplanerische Darstellung als Allgemeiner Siedlungsbereich mit weitergehenden Entwicklungsmöglichkeiten angeregt. Die im Rahmen einer ASB-Darstellung zugestandenen Entwicklungsmöglichkeiten bieten dann gute Voraussetzungen, nicht nur städtebauliche Defizite fokussiert in Angriff zu nehmen, sondern auch hinsichtlich der Erreichbarkeit/Anbindung, der Infrastruktur und der Versorgungsstruktur erforderliche Impulse im Kirchdorf zu setzen. Das gemäß Landesentwicklungsplan erforderliche Gemeindeentwicklungskonzept für die Weiterentwicklung von kleinen Ortsteilen zu einem Allgemeinen Siedlungsbereich und einem nachvollziehbaren gesamtgemeindlichen Konzept zur angestrebten Siedlungsentwicklung liegt seit dem Jahr 2019 vor und wurde seitens des Rates der Gemeinde Lindlar als Leitlinie für die künftige Entwicklung der Gemeinde beschlossen.

Anhänge

[Abb. ID1003022_1.pdf](#)

[Abb. ID1003022_2.pdf](#)

AZ: BET_191000_1

Gemeinde Marienheide

1000916_001, Gemeinde Marienheide

Inhalt

Weiter wird angeregt den zweckgebundenen ASB in westlicher Richtung um die bestehenden Campingplätze in Lambach zu erweitern. Dieser Bereich ist bauleitplanerisch über die entsprechende Darstellung im FNP bzw. Festsetzungen im Bebauungsplan gesichert und bereits durch bestehende Campingplatznutzungen entwickelt (vgl. Anhang Nr. IV) [s. Anhang Abb. StnID_1002140]. Bei der Fortschreibung des Regionalplans sollte den aktuellen Gegebenheiten und den zukünftigen räumlichen Entwicklungen in diesem Bereich Rechnung getragen werden. Die Raumbedeutsamkeit des ASBz Lingesetalsperre wäre weiterhin gegeben.

Anhänge

[Abb_ID1000916_001.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene, isoliert im Freiraum liegende Standorte, die die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten (ab einer Größenordnung von 10 ha), aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) festgelegt, um eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke zu vermeiden. Unterhalb der regionalplanerische Darstellungsschwelle erfolgt keine zeichnerische Festlegung. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht ist eine Erweiterung des ASBz im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1002134, Gemeinde Marienheide

Inhalt

Zu: ?Siedlungsraum? (gem. textlicher Festlegung, Kapitel 3)

Ziel Z.3: Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten

Dem Ziel die Siedlungsentwicklung bedarfsgerecht auszurichten, ist grundsätzlich zuzustimmen. Es wird angeregt, die Regelung des Ziels 2.3 bei der Umsetzung im Rahmen der Regionalplanung in angemessenem Umfang zu berücksichtigen, da sonst Handlungsspielräume zur Entwicklung zukünftig stark eingegrenzt werden. Der Flächenbedarf bis zum Jahr 2020 wird in Marienheide mit 24 ha für ASB bzw. für GIB mit 20 ha festgelegt. Diese Flächenbedarfe erscheinen aus vielerlei Gründen als zu gering: Das Problem in der kommunalen Bauleitplanung liegt häufig darin begründet, dass die eigentlichen regionalplanerisch festgelegten Siedlungsflächenreserven aufgrund einer Vielzahl von Restriktionen nicht in vollem Umfang zur Verfügung stehen. Die daraus resultierenden Flächenengpässe erfordern zusätzliche Darstellungen von ASB- und GIB-Flächen im Regionalplan, um auf Anforderungen der Wirtschaft oder des Wohnungsmarktes reagieren zu können.

Zur Ermittlung der Bauflächenbedarfe wird auf die landeseinheitliche Berechnungsmethode auf der Datengrundlage der Bevölkerungsvorausberechnung von it.nrw zurückgegriffen. Abweichungen zwischen der Einwohnerzahl im tatsächlichen Ist-Zustand im Vergleich zur Einwohnerzahl im Basisjahr der Landesdatenstelle von it.nrw führen zu verzerrten Ausgangslagen. Bezogen auf Marienheide liegt die gemeldete Einwohnerzahl mit Erstwohnsitz am 01.01.2021 bei 13.724 Einwohnern und bei it.nrw zum gleichen Zeitpunkt bei 13.443 Einwohnern (Basisjahr für die Bevölkerungsvorausberechnung 2021). Dies entspricht einer Abweichung von 281 Einwohner bzw. ca. 2%.

Wenngleich dem Regionalplan zur Ermittlung der Bauflächenbedarfe die Bevölkerungsvorausberechnung mit Basisjahr 2018 zugrunde liegt, zeigen sich auch hier ähnliche Abweichungen zum Nachteil der Gemeinde. Eine Flexibilisierung der Bedarfsberechnung für die Festlegung von ASB und GIB wird angeregt.

Die demografischen Entwicklungen verlaufen zudem in keinsten Weise linear. Zahlreiche Studien belegen, dass ein Rückgang der Bevölkerung nicht zwangsläufig zu einem Rückgang der Nachfrage nach Wohn- und Gewerbeflächen führt. Es gilt dies in der Bedarfsberechnung noch stärker zu berücksichtigen, damit im ländlichen Raum abseits der Ballungszentren Entwicklungsperspektiven zur Schaffung und Sicherung von annähernd gleichwertigen Lebensverhältnissen eröffnet werden und regionale Disparitäten abgebaut werden.

Auch spiegeln die landesplanerischen Dichtevorgaben von 30 WE/ha in Marienheide

Abwägung

Typ

Ausgleichsvorschlag

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarf für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen

nicht die überwiegenden Wohnwünsche der Bevölkerung wider. Die zunehmende Dichte der Bebauung wird zwar planerisch konsequent in der verbindlichen Bauleitplanung umgesetzt, aber es dominiert weiterhin die Nachfrage nach einem freistehenden Einfamilienhaus. Aus aktuellem Anlass ist an dieser Stelle auch insbesondere der massive Zuzug von Menschen aus Kriegsregionen zu nennen, die in der Summe zusätzliche Wohn-, Gewerbe- und Industrieflächen für die Siedlungsentwicklung erfordern. Die v.g. Punkte führen im Ergebnis dazu, dass die Gemeinde zusätzliche ASB- und GIB-Reserven im Regionalplan benötigt.

wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

1002135, Gemeinde Marienheide	
<p>Inhalt</p> <p>Die von der Gemeinde Marienheide angeregten, zusätzlichen Regionalplanreserven entnehmen Sie bitte dem Anhang zu dieser Stellungnahme (vgl. ASB-Reserven Nr. I-III) [s. Anhang Abb. StnID_1002135].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1002135_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Marienheide verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Flächen als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002136, Gemeinde Marienheide

Inhalt

Ziel Z.4: Flächenüberhänge vermeiden und abbauen

Dem landesplanerischen Ziel Flächenüberhänge zu vermeiden und abzubauen, wenn ein gleichwertiger Flächentausch vorgenommen wird, erhöht einerseits den kommunalen Handlungsspielraum für planerische Entscheidungen und schränkt diesen andererseits gleichermaßen ein. Gleichwertige Bauflächenreserven in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht zum Tausch sind häufig nicht verfügbar. Die Möglichkeit eines Flächentausches sollte daher als Grundsatz im Regionalplan festgelegt werden, um auch weiterhin eine konkrete Abwägung der örtlichen Belange vornehmen zu können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich ein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung (s. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

1002137, Gemeinde Marienheide	
<p>Inhalt</p> <p>Grundsatz G.113: Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</p> <p>Die neue Ausweisung von zusätzlichen ASBflex und GIBflex-Bereichen als Vorbehaltsgebiete im Regionalplan wird ausdrücklich begrüßt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1002138, Gemeinde Marienheide

Inhalt

Ziel Z.6: ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln

Es wird angeregt in den Erläuterungen oder in der Begründung zum Ziel Z.6 beispielhaft aufzuzählen bzw. näher zu erläutern, was unter dauerhaften Vollzugshindernissen aus tatsächlichen Gegebenheiten oder städtebaulichen Gründen in den Vorranggebieten ASB und GIB zu verstehen ist, um die flexiblen Vorbehaltsgebiete für eine Siedlungsentwicklung bauleitplanerisch in Anspruch nehmen zu können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterung zu der Textliche Festlegung Z.6 *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln* wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

1002139, Gemeinde Marienheide	
<p>Inhalt</p> <p>Grundsatz G.16 Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten</p> <p>Die Siedlungsentwicklung vorrangig auf zentral örtlich bedeutende Siedlungsbereiche zu konzentrieren wird ausdrücklich begrüßt, um die Tragfähigkeit der Versorgungseinrichtungen zu sichern und zum anderen die Zentren in ihrer Funktion zu stärken. Das Instrument der Ausweisung von zASB stellt somit auch ein bedeutenderes Instrument zur Siedlungssteuerung in gut versorgten Bereichen dar, als das Instrument der Zentralen Orte dies gegenwärtig könnte. Der räumlichen Abgrenzung des zASB für Marienheide gem. Erläuterungskarte S1 (Anhang A2) wird gefolgt. Es wird angeregt folgende Infrastruktureinrichtungen im Ausstattungskatalog zu ergänzen: Öffentliche Einrichtungen (Rathaus, Bezirksrathaus) sowie SPNV-Haltepunkte. Weiter wird angeregt, dass Infrastrukturarten zur Bestimmung von zASB in Ihrer zentralen Bedeutung gewichtet und eine Mindestausstattung von grundzentralen Infrastrukturen vorgenommen wird. So übernimmt bspw. ein Krankenhaus einen überörtlichen Versorgungsauftrag und wäre somit in der zentralen Bedeutung als besonders hoch einzustufen. Das Gleiche gilt für einen SPNV-Haltepunkt. Da weder alle Kommunen über ein Krankenhaus und/oder einen SPNV-Haltepunkt verfügen, sollten diese nicht zu den grundzentralen Mindestausstattungen zur Bestimmung eines zASB gehören. Das Vorkommen bspw. einer Grundschule, eines Supermarktes oder eines ÖPNV-Haltepunktes sollte hingegen zu den grundzentralen Mindestausstattungen gehören.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Im Rahmen der zu Beginn des informellen Planungsprozesses geführten Kommunalgespräche wurden die Ergebnisse der Infrastrukturerhebung als auch die daraus abzuleitenden ASB als potentielle zASB mit den Kommunen thematisiert. Hier wurde größtenteils eine Übereinstimmung festgestellt bzw. in Einzelfällen Abweichungen in der Infrastrukturausstattung sowie besondere Gründe für die Darstellung oder Nicht-Darstellung eines ASB als zASB aufgenommen. Die Infrastrukturerhebung stellt eine methodische Grundlage zur Bestimmung von zASB dar und fließt in die Abwägung zur Darstellung dieser ein.</p> <p>Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Festlegungen des Regionalplans wird laufend überwacht.</p>

1002140, Gemeinde Marienheide

Inhalt

Ziel Z8 ASBz sichern

Die übergeordneten Ziele der Raumordnung weisen im Regionalplan für die beiden Gebiete Wernscheider Berg und Kattwinkel einen Erholungsschwerpunkt mit der zweckgebundenen Nutzung für Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen aus. Der maßgebliche Bebauungsplan Nr. 27 "Lingesetalsperre" in den beiden Gebieten mit der Festsetzung zur Art der baulichen Nutzung "Wochenendhausgebiet" ist mittlerweile fast 50 Jahre alt. Aufgrund der im Bebauungsplan für ein Wochenendhausgebiet unzureichenden Größenbeschränkung der Wochenendhäuser sowie der Duldung von Dauerwohnsitzen hat sich in einer Vielzahl von Fällen, sowohl in dem Ortsteil Wernscheider Berg als auch in Kattwinkel, über Jahrzehnte hinweg eine städtebauliche Situation entwickelt, die mit einem Wochenendhausgebiet wenig zu tun hat. In beiden Ortsteilen treten die vorhandenen Gebäude überwiegend als Einfamilienhäuser in Erscheinung. Die beiden Ortsteile haben sich seit langem faktisch zu einem Wohngebiet entwickelt. Aufgrund der jungen Altersstruktur der Bewohnerinnen und Bewohner erstrecken sich viele Duldungen der Dauerwohnsitze bis zum Lebensende über einen sehr langen Zeitraum, sodass eine Trendwende von einem faktischen Wohngebiet zu einem Wochenendhausgebiet nicht absehbar ist. Der regionalplanerisch festgelegte Gebietscharakter der Freizeit und Erholung ist daher in dem Bereich mehr als in Frage gestellt. Aus diesem Grund regt die Gemeinde Marienheide eine Herausnahme des "Allgemeinen Siedlungsbereiches mit der zweckgebundenen Nutzung für Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen" für die Gebiete Wernscheider Berg und Kattwinkel an der Lingesetalsperre im Regionalplan an (vgl. Anhang Nr. V) [s. Anhang Abb. StnID_1002140].

Anhänge

[Abb_ID_1002140_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Sowohl der Wegfall der Zweckbindung als auch eine vollständige Rücknahme des Allgemeinen Siedlungsbereichs widersprechen den Zielen der Raumordnung und Landesplanung.

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG).

Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Jede Neu-, Änderungs-, Über- oder Erweiterungsplanung hat umwelt-, sozial- und zentrenverträglich zu erfolgen.

Die vollständige Rücknahme der Festlegung als ASBz ist nicht mit den Zielen und Grundsätzen des LEP NRW vereinbar. Es handelt sich nicht um einen Ortsteil im Freiraum, der gem. LPIG DVO als Wohnplatz mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als etwa 2000 Einwohnern. Wohnplätze sind auf dauerhaftes Wohnen ausgerichtet. Die vollständige Rücknahme des ASBz würde dazu führen, dass der vorhanden Bestand nach Ziel 2.3 LEP NRW zu bewerten ist. Demnach ist die Umwandlung bislang der Erholung dienender Sondergebiete in Gebiete mit dauerhafter Wohnnutzung nicht möglich. Die Ferienhaussiedlung konnte seinerzeit allein aufgrund der Zweckbindung als Ferienhaussiedlung im Freiraum entstehen, da neue Siedlungen zur Dauerwohnnutzung ausschließlich in ASB oder angrenzend an bestehende Siedlungen zulässig sind.

Der Wegfall der Zweckbindung kann nicht erfolgen, da der vorhandene Bestand nicht die landesplanerische Kriterien zur Festlegung eines ASB entspricht (vgl. Ziel 2-3 LEP NRW).

1002141, Gemeinde Marienheide	
<p>Inhalt</p> <p><i>Zu: ?Freiraum? (gem. textlicher Festlegung, Kapitel 4)</i></p> <p>Grundsatz G.23: Regional bedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken</p> <p>Der Grundgedanke einer räumlichen Bündelung von Kompensationsmaßnahmen, insbesondere an und in Schutzgebieten, wird durch die Gemeinde Marienheide über das Ausgleichsflächenkonzept, z. B. im Rahmen des Ökokontos, bereits praktiziert. Dennoch erscheint die Beschränkung auf bestimmte Freiraumbereiche problematisch, da die Durchführung von Kompensationsmaßnahmen eng an die Verfügbarkeit von Flächen gekoppelt ist. In den letzten Jahren ist die Flächenakquise für die Gemeinde Marienheide, die nur selbst sehr wenig eigene Flächen im Besitz hat, zunehmend erschwert. In Zeiten niedriger Zinsen trennen sich Grundstückseigentümer weniger oft von den gewünschten Flächen oder wenn doch, dann nur zu stark erhöhten Preisen, die zu einer Belastung für den Grundstücksmarkt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es handelt sich um einen Grundsatz, der unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse einer Abwägung bzw. einem Ermessen zugänglich ist. Es erfolgt insofern keine strikte Beschränkung der Möglichkeiten für eine Kompensation.</p>

1002142, Gemeinde Marienheide	
<p>Inhalt</p> <p>Ziel Z.21: BSLE fachplanerisch sichern</p> <p>Die Gemeinde Marienheide begrüßt ausdrücklich die Regelung, dass mit der Festlegung als BSLE im Regionalplan nicht gleichzeitig die Verpflichtung einer flächendeckenden Schutzgebietsfestsetzung (Landschaftsschutz) im planungsrechtlichen Außenbereich durch die Träger der Landschaftsplanung verbunden ist.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung geäußert und darüber hinaus keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht.</p>

1002143, Gemeinde Marienheide

Inhalt

Z.22: Waldbereiche erhalten und entwickeln

Dem Ziel Waldbereiche zu erhalten und zu entwickeln wird ausnahmslos gefolgt, da sie besonders den Folgen des Klimawandels ausgesetzt sind und selbst einen sehr wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Es wird angeregt, die Zielformulierung dahingehend im Regionalplan zu konkretisieren, dass bei einer ausnahmsweisen Inanspruchnahme des Waldes, gleichzeitig auch immer eine Kompensationsverpflichtung im Sinne der Zielerfüllung zum Erhalt und zur Entwicklung von Waldbereichen besteht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bedarf keiner weitergehenden regionalplanerischen Festlegung. Fachgesetzlich ist in ausreichendem Maße sichergestellt, dass die Beeinträchtigung von bedeutenden Waldfunktionen durch Maßnahmen ganz oder zum wesentlichen Teil abzuwenden sind. Durch die Landesentwicklungsplanung wird vorgegeben, dass bei notwendigen Waldinanspruchnahmen -mit Ausnahme walddreicher Gemeinden- grundsätzlich kompensierende Ersatzauforstungen erforderlich sind.

1002144, Gemeinde Marienheide

Inhalt

Grundsatz G.36: Eingriffe in den Wald ausgleichen

Es wird angeregt den Grundsatz zu erweitern, dass bei einer ausnahmsweisen Inanspruchnahme von Waldflächen Ersatzaufforstungen grundsätzlich nicht auf wertvollen landwirtschaftlichen Produktionsflächen oder in ökologisch wertvollen Grünlandbereichen erfolgen sollen. Dem Lösungsansatz, dass als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen in waldreichen Kommunen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen kann, wird zwar grundsätzlich gefolgt. Denkbar wäre hier aber ergänzend, dass neben Waldumbaumaßnahmen auch Ausgleichsmaßnahmen in waldreichen Kommunen anerkannt werden, die nicht Wald sind (z.B. Gehölzstreifen an Gewässern und Wegrändern).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Grundsatz G.36 nimmt Bezug auf Grundsatz G.35, der ausführt, dass u.a. wertvolle Biotope nicht beeinträchtigt werden sollen. Weitergehende Festlegungen würden den Spielraum für die Suche nach geeigneten Flächen zu sehr einschränken. Die Ausrichtung alternativer Maßnahmen auf vorhandene Waldflächen beim Verzicht auf Ersatzaufforstungen in waldreichen Kommunen dient dem Ziel des Erhalts von Waldfunktionen und wird daher als sachgerecht bewertet.

1002145, Gemeinde Marienheide	
<p>Inhalt</p> <p>Ziel Z.25: Standorte für bestehende und geplante Talsperren sichern</p> <p>Bereits im rechtswirksamen Regionalplan ist im Bereich entlang des Oberflächengewässers Leppe eine neue Leppetalsperre festgelegt. Aufgrund des nicht absehbaren Realisierungszeitpunktes des Baus der Talsperre gilt im Regionalplan bis zur Umsetzung die Festlegung als Bereich für den Schutz der Natur.</p> <p>Die Leppetalsperre ist als Vorsorgebereich für den Hochwasserschutz und zur Niedrigwasseraufhöhung der Agger zu sichern und vor vermeidbaren Beeinträchtigungen zu schützen. Die Gemeinde Marienheide hat zur Sicherung der wasserwirtschaftlichen Ziele im Regionalplan keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>In der Begründung zum Regionalplan wird ausgeführt, dass wegen der erheblichen Eingriffe in Natur und Landschaft sowie schutzwürdige Kulturgüter in diesen Fällen dem wasserwirtschaftlichen Bedarfs- und Notwendigkeitsnachweis und der Abwägung mit den Ansprüchen des Naturschutzes, der Landschaftspflege und des Denkmalschutzes vor dem Bau von Talsperren besondere Bedeutung zukommt. Ergänzt werden sollte, dass nicht nur die Freiraumbelange im besonderen Maß in die Abwägung einzustellen sind, sondern auch die vom Grundgesetz besonders geschützten Eigentums Garantien von privaten Hauseigentümern, die in Teilbereichen der Orte Untererlinghagen und Gimborn beim Bau der Leppetalsperre zur Umsiedlung gezwungen wären. Bei den wasserwirtschaftlichen Fachplanungen muss dies besonders berücksichtigt werden und sollte daher auf das aus wasserwirtschaftlicher Sicht Notwendigste beschränkt bleiben.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme wird gefolgt. In die Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln zu Z.25 wird für den "Vorsorgebereich Leppetalsperre" die grundgesetzliche Eigentums Garantie des Art. 14 GG ergänzt.</p>

1002146, Gemeinde Marienheide

Inhalt

Zu: Infrastruktur (gem. textlicher Festlegung, Kapitel 5)

Grundsatz G. 50: Integrierte Siedlungs- und Verkehrsplanung fördern

Neben den bereits genannten Grundätzen, die bestehende Verkehrsinfrastruktur leistungsfähig zu erhalten und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, wird angeregt ebenso den Rückbau bzw. die Entsiegelung nicht benötigter Verkehrsflächen zu prüfen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Sie ist innerhalb der nachgeordneten fach- bzw. bauleitplanerischen Spielräume umzusetzen.

1002148, Gemeinde Marienheide

Inhalt

Grundsatz G. 51: Siedlungsbereiche durch den ÖPNV erschließen

Eine bedarfsgerechte und attraktive Erschließung der Siedlungsbereiche durch den ÖPNV ist für die ländlichen Räume von zentraler Bedeutung. Eine vernetzte Linienstruktur ist Voraussetzung für die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen sowie für das Erreichen der Ziele der Mobilitätswende. Auch die Prüfung des gezielten Aufbaus eines Carsharings- oder Dorfteilautoangebots oder On-Demand- Verkehren spielt neben der ÖPNV-Anbindung dabei eine wesentliche Rolle.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1002149, Gemeinde Marienheide	
<p>Inhalt</p> <p>Ziel Z.29: Bestehendes Schienennetz erhalten</p> <p>Stillgelegte Bahntrassen bieten große Chancen für den Ausbau von Radschnellwegen oder touristischen Radrouten. Um diesen Ausbau zielgerichtet vorantreiben zu können, sollte die Zielformulierung ergänzt werden, dass auf nicht mehr bedienten, stillgelegten oder von Bahnbetriebszwecken freigestellten Trassen vorrangig der Ausbau von Radwegen zu erfolgen hat.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es bedarf keiner weitergehenden regionalplanerischen Festlegung. Das Ziel ermöglicht explizit die Zwischennutzung von nicht mehr schienenverkehrlich genutzten Trassen als Radweg. Weitergehende Festlegungen sind nicht mit den Landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW vereinbar.</p>

1002151, Gemeinde Marienheide

Inhalt

Ziel Z.30: Bestehendes Straßennetz erhalten und Trassen für künftige Straßen sichern

Bei der Planung neuer Straßen oder dem Umbau des bestehenden Straßennetzes sollte immer auch die Entwicklung der Radinfrastruktur Beachtung finden. Ein zusätzlicher Flächenbedarf für sicherere Radwege ist besonders im Bestand eine Herausforderung. Dennoch sollte der stetig steigende Fahrradverkehr im bestehenden Straßennetz und vor allem bei der Planung von neuen Straßen immer mitgedacht werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1002153, Gemeinde Marienheide

Inhalt

Ziel Z.37: Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern

Für die Energiewende und dem Klimaschutz ist der Ausbau von Windenergie unabdingbar. Die Eignungsprüfung von Vorranggebieten zur steuernden Wirkung für den Ausbau der Windenergie ist bei einer Fortschreibung des Regionalplans nicht vollumfänglich möglich. Bei stringenter Umsetzung der bestehenden rechtlichen Regelungen kann sich die vorrangige Nutzung von Windenergie im Regionalplan nicht herausstellen. Hinzu kommen planungsmethodische Unsicherheiten (Angleichung der Ausschlusskriterien, etc.). Die Identifizierung von tatsächlich geeigneten Vorranggebieten wird sich nur über die kommunale Bauleitplanung als rechtlich durchsetzbar erweisen. Die Gemeinde Marienheide begrüßt es daher, dass im Regionalplan auf die Ausweisung von Vorranggebieten für die Nutzung von Windenergie gem. Grundsatz 10.2-2 LEP NRW verzichtet worden ist. Dies stärkt die kommunale Planungshoheit und führt vor Ort zur mehr Akzeptanz der Menschen sowie damit auch wahrscheinlich zu einer Umsetzung der Planung. Die Gemeinde regt jedoch an, das Ziel Z.37 aus Gründen der Rechtssicherheit als Grundsatz herabzustufen, da es im LEP NRW keine verbindlichen Zielregelungen (im Gegensatz zur raumbedeutsamen Nutzung von Solarenergie) zur Steuerung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen gibt. Dabei ist es unerheblich, dass es sich bei der Zielbestimmung lediglich nur um textliche Festlegungen handelt und keine Vorranggebiete festgelegt worden sind.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1002155, Gemeinde Marienheide

Inhalt

Grundsatz G. 66: Windenergieanlagen repowern

Dem Grundsatz wird zugestimmt. In der Praxis werden vielfache Problemlagen gesehen, da die bisher vorhandenen Altanlagen aufgrund der für heutige Verhältnisse geringen Höhe von weniger als 100 m in Bereichen gebaut wurden, die für deutlich höhere und damit leistungsfähigere Anlagen den erforderlichen Mindestabstand zur nächsten Wohnbebauung nicht werden einhalten können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1002156, Gemeinde Marienheide	
<p>Inhalt</p> <p>Grundsatz G.67: Solarenergie flächensparend ausbauen</p> <p>Dem Grundsatz wird zugestimmt. Der Ausbau von Freiflächensolaranlagen ist vor allem neben dem Ausbau der Windenergie wichtig, um die Ziele der Energiewende und des Klimaschutzes zu erreichen.</p> <p>In der Praxis stehen aber häufig die vorbelasteten Flächen im Freiraum für den dringend benötigten Ausbau von Freiflächensolaranlagen nicht zur Verfügung oder es gibt sie nicht. Daher sollte der Grundsatz dahingehend ergänzt werden, dass der Ausbau auch im Ausnahmefall im Freiraum erfolgen kann, sofern es sich nicht um wichtige landwirtschaftliche Produktionsflächen oder um ökologisch wertvolle Grünlandbereiche handelt, und die Gemeinden den Nachweis führen, dass belastete Flächen im Freiraum nicht zur Verfügung stehen. Wenngleich Freiflächensolaranlagen viel weniger Energie erzeugen als Windkraftanlagen dies könnten, stößt der Ausbau von Freiflächensolaranlagen auf größere Akzeptanz in der Bevölkerung.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1002157, Gemeinde Marienheide	
<p>Inhalt</p> <p>Teil B Umweltbericht</p> <p>Anhang F Prüfbögen GIBF (hier ?MAR-GIBF_1?).</p> <p>Im Entwurf des Regionalplans ist als Erweiterung des bestehenden GIB Marienheide-Griemeringhausen die Neuausweisung eines GIBflex beabsichtigt. Im Rahmen der Bearbeitung der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Marienheide wurde dieser Bereich bereits einer überschlägigen Umweltprüfung unterzogen. Beim Schutzgut Mensch, einschließlich der menschlichen Gesundheit wäre durch die Änderung der bisherigen landwirtschaftlichen Fläche zu Gewerbeflächen mit einer Zunahme des Verkehrs innerhalb des Gewerbegebiets und auf der das Gelände teilenden Klosterstraße zu rechnen. Hierdurch ist für das unterhalb liegende Dorf Höfel sowohl in Bezug auf Lärm- als auch auf Abgas- und Staubemissionen eine stärkere Belastung möglich. Die Qualität der wohnumfeldbezogenen Erholungsnutzung wird eingeschränkt. Es wird daher angeregt, die Beurteilung auf das Schutzgut Mensch, einschließlich der menschlichen Gesundheit als erheblich im Prüfbogen einzustufen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Bewertung der Erheblichkeit erfolgt auf einer dem Maßstab der Regionalplanung entsprechendem einheitlichen Maßstab (siehe Anhang A Umweltbericht).</p>

1002233, Gemeinde Marienheide	
<p>Inhalt</p> <p>Die von der Gemeinde Marienheide angeregten, zusätzlichen Regionalplanreserven entnehmen Sie bitte dem Anhang zu dieser Stellungnahme (vgl. GIB-Reserve Nr. VI) [s. Anhang Abb. StnID_1002233].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1002233_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Marienheide verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Zudem liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region⁺-Wirtschaft).</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002235, Gemeinde Marienheide

Inhalt

Hingegen wird angeregt, dass festgelegte Regionalplanreserven im ASB Marienheide in den Waldbereichen Singern (FNP: Darstellung Wald; nördlich der bestehenden Wohnbebauung entlang der Hüttenbergstraße) zurückgenommen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis, sodass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist.

AZ: BET_192000_1	
Gemeinde Morsbach	
1002240, Gemeinde Morsbach	
<p>Inhalt</p> <p>Zu: ?Siedlungsraum" (gern. textlicher Festsetzung, Kapitel 3) i.v.m. der zeichnerischen Festlegung Blatt 7 - Oberbergischer Kreis</p> <p><u>Abschnitt 3.3: Gewerbliche und industrielle Entwicklung</u></p> <p>Anregung über die Umverteilung zweier GIB Flächen im Ortsteil Lichtenberg, entsprechend dem letzten Abschnitt der Begründung und der Anlage 1.</p> <p>Begründung:</p> <p>Der Umwelt- und Entwicklungsausschuss der Gemeinde Morsbach hat in öffentlicher Sitzung am 27.01.2022 den Aufstellungsbeschluss zur 28. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.65 ?GE Erweiterung Lichtenberg Nordost" gefasst. Der Geltungsbereich der 28. Flächennutzungsplanänderung ?GE Erweiterung Lichtenberg Nordost" befindet sich im Ortsteil Lichtenberg. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 3,6 ha und betrifft folgende Flurstücke: Gemarkung Lichtenberg, Flur 6, Flurstück 352, 416 und Flur 5, Flurstück 74, 75, 77 und 78. Im Norden grenzt der Geltungsbereich an eine Weg-Parzelle ?Am Überasbacher Kirchweg" an die sich Flächen für die Landwirtschaft anschließen. Im Osten grenzt der Geltungsbereich an eine Parkplatzfläche des Lichtenberger Friedhofes, an Wald- und Grünflächen. Im Süden verläuft die Grenze entlang der bestehenden gewerblichen Nutzung des Gewerbegebiets Lichtenberg. Im Westen schließen sich Flächen für Wald an. Die Abgrenzung der 28. Änderung des Flächennutzungsplans entspricht dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 65 ?GE Erweiterung Lichtenberg Nordost". Die Lage und Abgrenzung des Änderungsbereiches sind in der Übersichtskarte (Anlage 1) gekennzeichnet [s. Anhang Abb. StnID_1002240_1].</p> <p>Die Gemeinde Morsbach beabsichtigt mit der 28. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Gewerbegebiets Lichtenberg die Änderung der Darstellung von Wald- und Grünfläche zugunsten von einer Gewerbebaufläche. Im Detail handelt es sich im bestehenden FNP um Flächen für Wald und ökologischen Wald und um Grünfläche bzw. ökologische Grünfläche. Diese sollen geändert werden in Gewerbebaufläche mit Grünfläche und ökologischer Waldfläche.</p> <p>Ziel ist es, die geplante Gewerbebaufläche zukünftig einer Nutzung als Lager- und Logistikfläche zuzuführen. Für das in diesem Bereich ansässige national und</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Für die Fläche im Nordwesten gilt, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht aufgrund bestehender Restriktionen besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Ein Flächentausch ist hier nicht möglich, da es sich weder um eine Regionalplanreserve noch um eine Reserve im Flächennutzungsplan gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) handelt.</p> <p>Der vorgeschlagenen Erweiterung des GIB nach Nordosten stehen Raumwiderstände (siehe Zielvorgaben des Kapitel 4.5 Wald) entgegen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

international agierende Unternehmen ist die Schaffung der Lagerflächen von essenzieller Bedeutung, da ansonsten der Produktionsablauf massiv gestört wird.

Eine zeitnahe Umsetzung der notwendigen Bauleitplanung soll erfolgen.

In der Anlage 4 "Vorteilsargumentation" wird von Seiten des Unternehmens die Notwendigkeit der Erweiterung dargestellt. Außerdem sind eine Übersicht des Unternehmensstandortes und die Planung zu der Standorterweiterung beigelegt. Hierfür ist die Anpassung des Flächennutzungsplanes als auch des Regionalplanes erforderlich.

Die Stellungnahme der Gemeinde Morsbach verfolgt das Ziel der Umverteilung der im Entwurf des Regionalplanes dargestellten GIB Flächen (Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen), so dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung gemäß § 34 LPlG NW erfolgen kann.

In der Anlage 7 wird die gewünschte Umverteilung der Flächen dargestellt. Die Umverteilung beinhaltet, dass ein Teil des GIB im Bereich von Überasbach entfällt und dafür im Geltungsbereich der 28. Änderung des Flächennutzungsplan der Gemeinde Morsbach dargestellt wird. Der Geltungsbereich der 28. Änderung des Flächennutzungsplans liegt innerhalb der Schutzgebietsausweisungen des rechtskräftigen Landschaftsplans Nr. 5 Waldbröl-Morsbach als Landschaftsschutzgebiet "Zone 1". Es wurden bereits Gespräche mit dem Regionalforstamt Bergisches Land vom Landesbetrieb Wald und Holz NRW in Verbindung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Oberbergischen Kreis geführt.

Gemäß Flächennutzungsplan werden durch die Planung ca. 2,55 ha Waldflächen in Anspruch genommen, für die ein entsprechender Ersatz zu leisten ist. Hierzu wurden fünf Maßnahmenflächen untersucht, die für eine mögliche Erstaufforstung bzw. zur Entwicklung von Kompensationsflächen in Frage kommen. Die Stellungnahmen der unteren Naturschutzbehörde des Oberbergischen Kreises und des Landesforstamtes Wald und Holz sind in der Anlage 7 beigelegt. Das für die Schaffung einer Lager- und Logistikfläche vorgesehene Gebiet befindet sich in direktem Anschluss zur bestehenden Gewerbefläche des Unternehmens. Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes geschieht über die vorhandenen Zuwegungen des Unternehmensstandortes. Von Seiten der Gemeinde Morsbach wird die Erweiterung der Gewerbefläche zur Standortsicherung des Unternehmens unterstützt.

Die detaillierte Alternativenprüfung des Standortes in alle Himmelsrichtungen, als auch im Hinblick auf die Ziele des Landesentwicklungsplanes, ist in der Anlage 9 beigelegt. Weitergehende Anregungen werden nicht vorgebracht.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Anhänge[Abb_ID_1002240_1.pdf](#)

AZ: BET_193000_1	
Gemeinde Nümbrecht	
1002996, Gemeinde Nümbrecht	
<p>Inhalt</p> <p>Aus Sicht der Gemeinde Nümbrecht wird der vorliegende Regionalplanentwurf - trotz der vielen zuvor geführten Planungsgespräche und Stellungnahmen - seiner eigentlichen Aufgabe nicht gerecht, die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang zu bringen. Vor allen Dingen ist der vorliegende Entwurf nicht geeignet, für gleichwertige Lebensverhältnisse in den Teilräumen des Landes zu sorgen.</p> <p>Wie zutreffend auf S. 25 der textlichen Festlegungen dargestellt, erfüllen die Mittelgebirgslandschaften für die Agglomerationsräume wichtige Ausgleichsfunktionen und dienen den Einwohnern der Agglomerationen zur landschaftsorientierten Erholung und als Ausgleich für innerstädtische Hitzebelastungen. Aber der Regionalplanentwurf wird seiner Aufgabe nicht gerecht, wenn diese ländlich strukturierten Räume hinsichtlich ihrer Entwicklungsperspektiven fast ausschließlich auf diese Erholungsfunktion reduziert werden.</p> <p>Der ländliche Raum war schon immer und entwickelt sich immer mehr zu einem qualitativ hochwertigen Wohnstandort für eine immer mehr stärker wachsende Bevölkerung, die meist aus Gründen der Wohnungsknappheit vor allem aus den Ballungsräumen zuzieht. Sämtliche Bevölkerungsprognosen von IT.NRW, die jedoch Grundlage für die regionalplanerischen Flächenpotenziale sind, konnten diese Entwicklung bisher nicht zutreffend prognostizieren.</p> <p>[...]</p> <p>Um tatsächlich gleichwertige Lebensverhältnisse in den Teilräumen des Landes zu schaffen, bedarf es eines entsprechenden Flächenpotenzials als Grundlage einer strategischen Gemeindeentwicklung.</p> <p>Wie Ihnen bereits mehrfach erläutert, besteht die Entwicklungsstrategie der Gemeinde Nümbrecht zum einen aus einer konsequenten Ansiedlungspolitik, um die demographiebedingten Einwohnerverluste möglichst zu kompensieren und so die Einwohnerzahl konstant zu halten. Zum anderen werden die gemeindlichen Entwicklungsschwerpunkte ?Gesundheit/Tourismus? sowie ?Wohnen/Bildung? mit Hilfe der Städtebauförderung (Integriertes Handlungskonzept 1.0 und 2.0) konsequent und erfolgreich weiterverfolgt und weiterentwickelt.</p> <p>[...]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p> <p>Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.</p> <p>Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen</p>

Nachfolgend sind nun die Stellungnahmen zu einzelnen Aussagen / Festlegungen / Zielen der Gemeinde Nümbrecht dargestellt:

Textliche Festlegungen S. 29 ff: Bedarfsermittlung von Flächenpotenzialen auf der Basis von Daten von IT NRW und der Auswertung der Kommunalgespräche

Die Gemeinde Nümbrecht fordert, dass die Bedarfsermittlung für ASB-Flächen auf Basis der Daten aus der gemeindlichen Einwohnermeldestatistik erfolgt und aktuelle Ereignisse wie z.B. Zuzüge aus Krisengebieten berücksichtigt. Ferner muss bei der Flächenbedarfsermittlung berücksichtigt werden, dass eine verdichtete Siedlungsstruktur wie in Ballungsräumen in ländlichen Gebieten nicht zielführend ist und dem Gebietscharakter des ländlichen Raumes zuwiderlaufen würde. Außerdem hat der Regionalplan die gemeindlichen Entwicklungsstrategien, wie z.B. die einer konsequenten Ansiedlungspolitik durch Bereitstellung von entsprechenden regionalplanerischen Flächenreserven zu berücksichtigen.

[...]

Da der Regionalplanentwurf in den textlichen Festlegungen S. 38 f beschreibt, dass die Raumordnung die Aufgabe hat, letztendlich zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen zu gelangen, muss der Regionalplanentwurf dies auch durch Festlegung entsprechender Flächenpotenziale gewährleisten.

Textliche Festlegungen S. 56, Ziff. 3.1.2 Ziel 3: Die Siedlungsentwicklung hat bedarfsgerecht zu erfolgen. Der Flächenbedarf ist für alle Kommunen gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass es nicht möglich ist, eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für einen Zeitraum von 25 Jahren zutreffend zu prognostizieren, da kriegsereignisse, Pandemien etc. und die damit verbundenen Folgen nicht prognostizierbar sind, gleichwohl aber erhebliche Auswirkungen auf die Raumplanung haben. So ist hierdurch die Nachfrage nach Wohnbauflächen im ländlichen Raum in den letzten Jahren ganz erheblich gestiegen.

Die Gemeinde Nümbrecht fordert daher, dass auch solche Ereignisse bei der bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung flächenmäßig berücksichtigt werden.

Anhänge

[Abb. ID1002996_1.pdf](#)

[Abb. ID1002996_2.pdf](#)

wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Inhalt

Ferner weist der ländliche Raum auch immer schon eine Vielzahl von Gewerbestandorten auf für mittelständische Unternehmen im Produktions- und Dienstleistungssektor, die zum Großteil auch zu den sog. ?Global Playern? und ?Hidden Champions? zu zählen sind. Um tatsächlich gleichwertige Lebensverhältnisse in den Teilräumen des Landes zu schaffen, bedarf es eines entsprechenden Flächenpotenzials als Grundlage einer strategischen Gemeindeentwicklung.

[...]

Darüber hinaus werden Spielräume für die Gewerbeflächenentwicklung benötigt, um den hier ansässigen Firmen und Betrieben Entwicklungsperspektiven zu gewährleisten, Arbeitsplätze zu sichern und letztendlich das Gewerbesteueraufkommen als Hauptfinanzierungsquelle für die Gemeinden zu sichern. Ein Flächenpotenzial, das sich ?irgendwo? im Oberbergischen Kreis und nicht in Standortnähe befindet, wird von den meisten Firmen und Betrieben abgelehnt, da es deren Entwicklungsstrategien und -bedürfnissen nicht entspricht, Betriebsabläufe erschwert oder behindert und daher in letzter Konsequenz oft zu kompletten Betriebsverlagerungen führt, die für die Gemeinde in vielerlei Hinsicht negative Auswirkungen haben.

Nachfolgend sind nun die Stellungnahmen zu einzelnen Aussagen / Festlegungen n / Zielen der Gemeinde Nümbrecht dargestellt:

Textliche Festlegungen S. 29 ff: Bedarfsermittlung von Flächenpotenzialen auf der Basis von Daten von IT NRW und der Auswertung der Kommunalgespräche

[...]

Außerdem hat der Regionalplan die gemeindlichen Entwicklungsstrategien, wie z.B. die einer konsequenten Ansiedlungspolitik durch Bereitstellung von entsprechenden regionalplanerischen Flächenreserven zu berücksichtigen.

Um auch Spielräume für die Gewerbeflächenentwicklung zu gewährleisten, sind ausreichende GIB-Flächenpotenziale darzustellen. Bei der Berechnung der Flächenpotenziale ist von den tatsächlich verfügbaren Flächen auszugehen. Flächen, die zwar zu den GIB-Flächen zu rechnen sind, aber aufgrund von Topographie, Eigentumsverhältnissen, Betriebsgebundenheit etc. keine realisierbaren Potenzialflächen darstellen, sind für die gemeindliche Gewerbeflächenentwicklung ohne jede Bedeutung.

Da der Regionalplanentwurf in den textlichen Festlegungen S. 38 f beschreibt, dass die Raumordnung die Aufgabe hat, letztendlich zu einer dauerhaften, großräumig

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Bei der räumlichen Verortung

ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen zu gelangen, muss der Regionalplanentwurf dies auch durch Festlegung entsprechender Flächenpotenziale gewährleisten.

[...]

Anhänge

[Abb. ID1002998_1.pdf](#)

[Abb. ID1002998_2.pdf](#)

von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Dies führt dazu, dass trotz bestehender Bedarfe in manchen Kommunen aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht oder mangels regionalplanerischer Eignung oder entgegenstehender landesplanerischer Vorgaben Siedlungsraumpotentiale nicht in ausreichender Größe und Anzahl zur Verfügung stehen. Demgegenüber stehen gewerbliche Flächenentwicklungsabsichten von Kommunen, die nicht von ihren ermittelten Bedarfen gedeckt sind.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+ - Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch die Erfassung von Entwicklungshemmnissen wie Erschließung/Topografie (z.B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis) oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen (z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern (Begründung erforderlich), baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm.

Die Region+-Prozesse sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die in der Anregung benannte Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen im Oberbergischen Kreis auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren

erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien gemäß Begründung vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im Regionalplan Köln. Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u.a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen.

Der Anregung gleichwertige Lebensverhältnisse durch Festlegung entsprechender Flächenpotenziale in den Teilräumen des Landes zu schaffen ist insofern entsprochen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung zudem beachtet.

Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen in (Z. 4) *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung zudem Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zusätzlich nimmt der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (GIBflex) die Festlegung von Vorbehaltsgebieten vor. Die Gemeinde Nümbrecht verfügt zwar über Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* GIBflex. Jedoch stehen Raumwiderstände, landesplanerische Vorgaben bzw. sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) einer zeichnerischen Festlegung entgegen.

Zudem gilt, dass die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha beginnt. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben somit eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1002999, Gemeinde Nümbrecht	
<p>Inhalt</p> <p><u>Textliche Festlegungen S. 54, Ziff. 3.1.1. Ziel 1: Die Kommunen haben sicherzustellen, dass die Siedlungsentwicklung vorrangig innerhalb der im Regionalplan festgelegten Siedlungsbereiche erfolgt.</u></p> <p>Um diesem Ziel nachzukommen benötigt die Gemeinde Nümbrecht ein bedarfsgerechtes ASB-Flächenpotenzial, das sich an der gemeindlichen Entwicklungsstrategie orientiert. Auf der beigefügten Karte ist dargestellt, wo die Gemeinde Nümbrecht eine weitere ASB-Flächenausweisung fordert.</p> <p>[ASB Bierenbachtal]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002999_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1002999.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Nümbrecht verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Der Festlegung der in Rede stehenden Flächen als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003000, Gemeinde Nümbrecht	
<p>Inhalt</p> <p><u>Zeichnerische Festlegung hinsichtlich der Darstellungen ?Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen?, hier ?Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze? sowie textliche Festsetzungen 5. 165 ff Ziff. 5.4.2 Festgesteine</u></p> <p>Im noch gültigen Regionalplan sind zwei Bereiche zur ?Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze? dargestellt. Diese Darstellung ist im Regionalplanentwurf entfallen. Die Gemeinde Nümbrecht geht davon aus, dass die entfallene Darstellung der beiden o.g. benannten Bereiche (Steinbrüche in Büschhof und Oberbreidenbach/Winterborn) keine Auswirkungen auf die vorhandenen Abbaurechte für den Abbau von Festgesteinen hat und auch Erweiterungen von Abgrabungen mit entsprechenden Genehmigungen weiterhin möglich sind, da die Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Festgesteinen nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans sind. Wenn die entfallenen Darstellungen wider Erwarten doch zu Einschränkungen führen, werden von Seiten der Gemeinde Nümbrecht erhebliche Bedenken vorgebracht und eine Darstellung dieser Bereiche im Regionalplanentwurf beantragt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Festgesteinen (z. B. Kalkstein, Sandstein, Tonstein, Basalt) sind nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Durch die Neuaufstellung des Regionalplans Köln werden vorhandene Abbaurechte für den Abbau von Festgesteinen nicht berührt. Neue Abgrabungen bzw. Erweiterungen von Abgrabungen für Festgesteine sind unter Beachtung der geltenden raumordnerischen Vorgaben möglich.</p> <p>Abweichend von bisherigen Planentwurf bleiben die zeichnerischen und textlichen Festlegungen des bestehenden Regionalplan zu Festgestein-BSAB von der Regionalplan-Neuaufstellung und dem Teilplan NR unberührt und gelten fort. Siehe hierzu StnID 1026270.</p>

Inhalt

Als weitere Punkte, die in der Abwägung zum Aufstellungsverfahren zu berücksichtigen sind, sind die gemeindlichen Stellungnahmen, die im Rahmen des informellen Vorverfahrens an den Oberbergischen Kreis geschickt wurden beigelegt [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt].

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf frühere Stellungnahmen im informellen Verfahren verwiesen. Die darin geäußerten Bedenken und Anregungen werden aufrechterhalten.

Der Planentwurf ist das Ergebnis eines umfangreichen Planungsprozesses. Darin wurde die kommunale Planungsebene im Sinne des Gegenstromprinzips (vgl. 1 Absatz 3 ROG) frühzeitig mit eingebunden. So wurden u.a. im Rahmen von Kommunalgesprächen die Entwicklungsvorstellungen erfasst und Planungsabsichten hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den Anforderungen der Regionalplanung diskutiert.

Mit dem einstimmigen Beschluss des Regionalrates am 13.03.2020 wurde als erstes Zwischenergebnis dieses umfangreichen informellen Prozesses ein Plankonzept beschlossen, dass den Rahmen für die zukünftige räumliche Entwicklung des Regierungsbezirkes in den wesentlichen Grundzügen setzt.

Auf Grundlage dieses Plankonzepts hat der Regionalrat die Regionalplanungsbehörde beauftragt, die gem. § 8 ROG erforderliche Umweltprüfung durchzuführen. Zusammen mit den Ergebnissen der Umweltprüfung sind die Leitlinien aus dem Plankonzept anschließend in den Planentwurf eingeflossen und liegen den konkreten zeichnerischen und textlichen Festlegungen zugrunde.

Als vorlaufende formelle Schritte wurden die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen gemäß § 9 Absatz 1 ROG mit Datum vom 29.04.2019 über die beabsichtigte Neuaufstellung des Regionalplans Köln unterrichtet. Rückmeldungen und Hinweise im Rahmen dieser Unterrichtung sind ebenfalls in die Erarbeitung des Planentwurfes und der Umweltprüfung eingeflossen.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2021 den Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans zur Anhörung und öffentlichen Auslegung beschlossen (Aufstellungsbeschluss). Die bis dahin vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise sind im Planentwurf wie oben beschrieben berücksichtigt worden. Eine erneute Befassung des Regionalrats ist nur erforderlich, soweit neue Erkenntnisse vorliegen. Dies ist hier erkennbar nicht der Fall.

1012104, Gemeinde Nümbrecht	
<p>Inhalt</p> <p><u>Textliche Festlegungen S. 54, Ziff. 3.1.1. Ziel 1: Die Kommunen haben sicherzustellen, dass die Siedlungsentwicklung vorrangig innerhalb der im Regionalplan festgelegten Siedlungsbereiche erfolgt.</u></p> <p>Um diesem Ziel nachzukommen benötigt die Gemeinde Nümbrecht ein bedarfsgerechtes ASB-Flächenpotenzial, das sich an der gemeindlichen Entwicklungsstrategie orientiert. Auf der beigefügten Karte ist dargestellt, wo die Gemeinde Nümbrecht eine weitere ASB-Flächenausweisung fordert.</p> <p>[ASB Nümbrecht]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1012104_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1012104.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Nümbrecht verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Der Festlegung der in Rede stehenden Flächen als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1012106, Gemeinde Nümbrecht

Inhalt

Textliche Festlegungen S. 72, Ziff. 3.3.1 Ziel 10: GIB für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. In der Regel gilt dies ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalplanerischen Bedeutung.

Die Gemeinde Nümbrecht hat im aktuellen Regionalplanentwurf keine regionalplanerischen GIB-Reserveflächen mehr. Da sämtliche Flächen im GIB-Bereich Breunfeld und im GIB-Bereich Elsenroth (inkl. der aktuellen Erweiterung) bereits veräußert sind, kann die tatsächlich vorhandene Nachfrage - unabhängig von der regionalplanerischen Bedarfsermittlung - nicht mehr befriedigt werden. Die Gemeinde Nümbrecht fordert daher die regionalplanerische Ausweisung weiterer GIB-Flächen wie in der anliegenden Karte dargestellt, unabhängig vom prognostizierten Flächenbedarf

[hier: GIB Elsenroth s. Anhang Abb. StnID_1012106]

Anhänge

[Abb_ID1012106.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Die Gemeinde Nümbrecht verfügt zwar noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven sowie zudem über Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (GIBflex). Jedoch stehen der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum Raumwiderstände sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entgegen. Die vorliegende Fläche ist für eine Festlegung als GIB nicht geeignet, da sie innerhalb eines regionalplanerisch festgelegten Waldbereichs (gemäß Kapitel 4.5) liegt.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1012107, Gemeinde Nümbrecht	
<p>Inhalt</p> <p><u>Textliche Festlegungen S. 72, Ziff. 3.3.1 Ziel 10: GIB für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. In der Regel gilt dies ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalplanerischen Bedeutung.</u></p> <p>Die Gemeinde Nümbrecht hat im aktuellen Regionalplanentwurf keine regionalplanerischen GIB-Reserveflächen mehr. Da sämtliche Flächen im GIB-Bereich Breunfeld und im GIB-Bereich Elsenroth (inkl. der aktuellen Erweiterung) bereits veräußert sind, kann die tatsächlich vorhandene Nachfrage - unabhängig von der regionalplanerischen Bedarfsermittlung - nicht mehr befriedigt werden. Die Gemeinde Nümbrecht fordert daher die regionalplanerische Ausweisung weiterer GIB-Flächen wie in der anliegenden Karte dargestellt, unabhängig vom prognostizierten Flächenbedarf.</p> <p>[hier: GIB Oberstaffelbach s. Anhang Abb. StnID_1012107_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1012107.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Die Gemeinde Nümbrecht verfügt zwar noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven sowie zudem über Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> (GIBflex). Jedoch stehen der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum landesplanerische Vorgaben entgegen. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend vorhandenen ASB oder GIB festzulegen. Auch handelt es sich nicht um eine Brache.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

AZ: BET_194000_1

Stadt Radevormwald

1000992_001, Stadt Radevormwald

Inhalt

Sollten meine in der Tabelle hervorgebrachten Anregungen im weiteren Planungsprozess keine Berücksichtigung finden, bitte ich zumindest um den Tausch der im aktuellen Entwurf für die Stadt Radevormwald dargestellten ASBflex-Fläche im Ortsteil Bergerhof (ca. 15 ha) mit der ebenfalls mit einem Entwicklungswunsch angegebenen Fläche ?Herbeck? (ca. 15 ha, vgl. Anlage 2). Aus Sicht der Stadt Radevormwald ist diese aufgrund der bereits vorhandenen Erschließungsmöglichkeit im direkten Vergleich besser für eine Siedlungserweiterung geeignet, während eine mögliche Siedlungsentwicklung auf der im aktuellen Regionalplanentwurf dargestellten ASBflex-Fläche u.a. durch eine dort vorhandene Ausgleichsfläche, einem Quellbereich/Bachverlauf sowie einer Friedhofsfläche restringiert wird.

[s. Anhang Abb. StnID_1003831_1 und StnID_1003831_2]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für Radevormwald besteht noch Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren*.

Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASBflex.

1003822, Stadt Radevormwald

Inhalt

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Neuaufstellung des Regionalplans Köln nehme ich Stellung zu den zeichnerischen Festsetzungen der Planunterlage für die Stadt Radevormwald. Unsere im Kommunalgespräch im April 2017 (vgl. Anlage 1) sowie in meiner Stellungnahme vom 01.08.2019 an die Regierungspräsidentin wiederholt geäußerten Anregungen und Wünsche hinsichtlich der Siedlungsflächendarstellung der Stadt Radevormwald (ASB und GIB), insbesondere zu den Regionalplanreserven bzw. potentiellen Erweiterungsflächen mit städtischem Entwicklungswunsch, sind trotz der Rücknahme vieler großer Regionalplanreserveflächen ohne städtischen Entwicklungswunsch überwiegend nicht in den aktuellen Regionalplanentwurf übernommen worden. In der folgenden Tabelle sind die betreffenden Flächen zusammengefasst und in der angehängten Übersichtskarte (Anlage 2) räumlich verortet [s. Anhang Abb. StnID_1003822].

[...]

Um auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten eine zukunftsfähige städtebauliche Entwicklung der Stadt Radevormwald sicher zu stellen, bitte ich Sie, die hervorgebrachten Anregungen in den Regionalplan aufzunehmen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt].

Anhänge

[Abb_ID1003822.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf frühere Stellungnahmen im Rahmen der Kommunalgespräche und im Rahmen der Frühzeitigen Unterrichtung verwiesen. Die darin geäußerten Bedenken und Anregungen werden aufrechterhalten.

Der Planentwurf ist das Ergebnis eines umfangreichen Planungsprozesses. Darin wurde die kommunale Planungsebene im Sinne des Gegenstromprinzips (vgl. 1 Absatz 3 ROG) frühzeitig mit eingebunden. So wurden u.a. im Rahmen von Kommunalgesprächen die Entwicklungsvorstellungen erfasst und Planungsabsichten hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den Anforderungen der Regionalplanung diskutiert.

Mit dem einstimmigen Beschluss des Regionalrates am 13.03.2020 wurde als erstes Zwischenergebnis dieses umfangreichen informellen Prozesses ein Plankonzept beschlossen, dass den Rahmen für die zukünftige räumliche Entwicklung des Regierungsbezirkes in den wesentlichen Grundzügen setzt.

Auf Grundlage dieses Plankonzepts hat der Regionalrat die Regionalplanungsbehörde beauftragt, die gem. § 8 ROG erforderliche Umweltprüfung durchzuführen. Zusammen mit den Ergebnissen der Umweltprüfung sind die Leitlinien aus dem Plankonzept anschließend in den Planentwurf eingeflossen und liegen den konkreten zeichnerischen und textlichen Festlegungen zugrunde.

Als vorlaufende formelle Schritte wurden die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen gemäß § 9 Absatz 1 ROG mit Datum vom 29.04.2019 über die beabsichtigte Neuaufstellung des Regionalplans Köln unterrichtet. Rückmeldungen und Hinweise im Rahmen dieser Unterrichtung sind ebenfalls in die Erarbeitung des Planentwurfes und der Umweltprüfung eingeflossen.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2021 den Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans zur Anhörung und öffentlichen Auslegung beschlossen (Aufstellungsbeschluss). Die bis dahin vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise sind im Planentwurf wie oben beschrieben berücksichtigt worden. Eine erneute Befassung des Regionalrats ist nur erforderlich, soweit neue Erkenntnisse vorliegen. Dies ist hier erkennbar nicht der Fall.

[vgl. auch IDs 1003823 bis 1003831 und 1012032].

1003823, Stadt Radevormwald	
<p>Inhalt</p> <p>ASB-112-01 Die ASB-Fläche sollte als Bereich mit Entwicklungswunsch erhalten bleiben.</p> <p>ASB-112-09 Die südliche Erweiterung der Fläche ASB-112-01 bis zum Waldrand wurde als Vorschlag für eine ASB-Erweiterung bzw. Neudarstellung eingebracht.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_100823]</p> <p>[...]</p> <p>Darüber hinaus wäre aus städtischer Sicht die Rücknahme der letzten Regionalplanreserve (ASB-112-01) in dem neben der Innenstadt größten Siedlungsschwerpunkt im Stadtgebiet, den sogenannten ?Wupperorten?, äußerst bedauerlich. In den Wupperorten wurde durch die erfolgreiche Umsetzung diverser Fördermaßnahmen eines Integrierten Handlungskonzeptes ein dynamischer Stadtentwicklungsprozess angestoßen. Mithilfe eines implementierten Quartiersmanagements wird der ehemalige Industriestandort für Textilverarbeitung in Bereichen der immateriellen und der materiellen Infrastruktur aufgewertet und wiederbelebt, um die Zukunftsfähigkeit dieses Quartiers sicherzustellen. Der positive Aufschwung, den der Stadtteil dadurch in den letzten Jahren erfahren hat, spiegelt sich u.a. durch eine gestiegene Aufenthaltsqualität und einem Bevölkerungszuwachs, insbesondere durch junge Familien, die auch die Schülerzahlen in den Wupperorten deutlich steigen lassen, wider. Dies unterstreicht das vorhandene Entwicklungspotential der Wupperorte. Um eine Verstetigung des angestoßenen Prozesses langfristig zu unterstützen, bedarf es auch für die Wupperorte eine Möglichkeit der Siedlungsflächenentwicklung. Daher erbitte ich ebenso die Beibehaltung der Darstellung der Regionalplanreserve ASB-112-01 (vgl. Anlage 2).</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt].</p> <p>Anhänge Abb_ID1003823.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Radevormwald verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003824, Stadt Radevormwald	
<p>Inhalt</p> <p>ASB 102-02 Die ASB-Fläche sollte als Bereich mit Entwicklungswunsch erhalten bleiben.</p> <p>Teil von ASB-102-01 Die ASB-Fläche sollte als Bereich mit Entwicklungswunsch erhalten bleiben.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1003824]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003824.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Radevormwald verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003825, Stadt Radevormwald	
<p>Inhalt</p> <p>Teil von GIB-062-11 Die Fläche wurde als Vorschlag für eine GIB-Erweiterung bzw. Neudarstellung eingebracht.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1003825]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003825.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Radevormwald verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Zudem liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region⁺-Wirtschaft).</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003826, Stadt Radevormwald	
<p>Inhalt</p> <p>Herbeck: Die ASB-Fläche sollte als Bereich mit Entwicklungswunsch erhalten bleiben. [s. Anhang Abb. StnID_1003826]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003826.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Radevormwald verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003827, Stadt Radevormwald	
<p>Inhalt</p> <p>Esper: Die ASB-Fläche sollte als Bereich mit Entwicklungswunsch erhalten bleiben.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1003827]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003827.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand - hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan - bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003828, Stadt Radevormwald	
<p>Inhalt</p> <p>Laake 1: Die ASB-Fläche sollte als Bereich mit Entwicklungswunsch erhalten bleiben. Laake 2: Die östliche Erweiterung der Fläche Laake 1 wurde als Vorschlag für eine ASB-Erweiterung bzw. Neudarstellung eingebracht.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1003828]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003828.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Radevormwald verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003829, Stadt Radevormwald

Inhalt

Wasserturmstraße: Für diesen Bereich wurde eine Umwandlung von GIB-Flächen in ASBFlächen vorgeschlagen. Im Flächennutzungsplan ist ein Teilbereich bereits als Wohnbaufläche dargestellt und mit Bebauungsplänen überplant bzw. bebaut.

[s. Anhang Abb. StnID_1003829]

Anhänge

[Abb_ID1003829.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Der in Rede stehende Bereich wurde dem regionalplanerischen Freiraum zugeordnet. Siedlungspotentiale wurden hier nicht verortet. Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Für die Ortslage im regionalplanerischen Freiraum gilt darüber hinaus, dass eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich ist. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

1003830, Stadt Radevormwald	
<p>Inhalt</p> <p>Dahlhausen: Die ASB-Fläche sollte erhalten bleiben. Im Flächennutzungsplan ist ein Teilbereich bereits als Baufläche dargestellt und mit Bebauungsplänen überplant bzw. bebaut.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1003830]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003830.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung <i>?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?</i> möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

1003831, Stadt Radevormwald

Inhalt

Positiv begrüße ich die Aufnahme des planerischen Instruments der flexiblen Siedlungsflächenentwicklung (ASBflex und GIBflex), welches den Kommunen durch die über den ermittelten ?endogenen? Siedlungsraumbedarf hinausgehenden und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke dargestellten Bereiche mehr Flexibilität bei der räumlichen Verortung der Siedlungsentwicklung ermöglicht. Die im aktuellen Regionalplanentwurf für die Stadt Radevormwald bereits verortete ASB-flex-Fläche im Ortsteil Bergerhof (vgl. Anlage 2) wurde zwar im Kommunalgespräch als Fläche mit Entwicklungswunsch angegeben (vgl. Anlage 1), jedoch ist diese nur eine von mehreren mit einem Entwicklungswunsch belegten Flächen. Sollten meine in der Tabelle hervorgebrachten Anregungen im weiteren Planungsprozess keine Berücksichtigung finden, bitte ich zumindest um den Tausch der im aktuellen Entwurf für die Stadt Radevormwald dargestellten ASBflex-Fläche im Ortsteil Bergerhof (ca. 15 ha) mit der ebenfalls mit einem Entwicklungswunsch angegebenen Fläche ?Herbeck? (ca. 15 ha, vgl. Anlage 2). Aus Sicht der Stadt Radevormwald ist diese aufgrund der bereits vorhandenen Erschließungsmöglichkeit im direkten Vergleich besser für eine Siedlungserweiterung geeignet, während eine mögliche Siedlungsentwicklung auf der im aktuellen Regionalplanentwurf dargestellten ASBflex-Fläche u.a. durch eine dort vorhandene Ausgleichsfläche, einem Quellbereich/Bachverlauf sowie einer Friedhofsfläche restringiert wird.

[s. Anhang Abb. StnID_1003831_1 und StnID_1003831_2]

Anhänge

[Abb_ID1003831.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Dem Flächentauschwunsch der Stadt Radevormwald, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (ASBflex) an anderer Stelle als im Planentwurf festgelegt zu verorten, kann entsprochen werden (vgl. 1000992_001).

Der ASBflex im Bereich Bergerhof wird zurückgenommen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1012032, Stadt Radevormwald	
<p>Inhalt</p> <p>Teil von GIB-062-10 Die Fläche wurde als Vorschlag für eine GIB-Erweiterung bzw. Neudarstellung eingebracht.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1012032]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1012032.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben hier konkret über die bedarfsgerechte Festlegung eines GIBregional.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d.h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

Im Rahmen der gemeindlichen Planungshoheit und Verantwortung für die Bürger und Einwohner ist es ureigene Aufgabe der Gemeinde Reichshof eigenständig bedarfsgerechte Flächenausweisungen zu treffen. Aufgrund unserer Kenntnisse über die örtlichen Verhältnisse und die Entwicklung unserer Bevölkerung und Wirtschaft sind wir am besten in der Lage zu erkennen, ob hierfür auch Freiraum beansprucht werden muss. Dabei sind jetzt schon die städtebaulichen Grundsätze des BauGB zu beachten, wonach die Planung erforderlich sein und sie der Innenentwicklung Vorrang einräumen muss. Flächensparen gehört insoweit in die Abwägung und muss dort mit dem ihm zukommenden Gewicht berücksichtigt werden. Es muss aber dabei bleiben, dass die Gemeinde im Rahmen ihrer Planungshoheit die autonome Finalentscheidung trifft. Daher muss die Landesplanung grundsätzlich eine größtmögliche Flexibilität einräumen. Die Möglichkeit eines Bedarfsnachweises kann hier kein angemessener Ausgleich der Einschränkung der kommunalen Planungshoheit sein.

Leider ist die Landesplanungsbehörde im Rahmen des LEP-Änderungsverfahrens den vorgetragenen Anregungen nicht nachgekommen, die auf Landesebene einheitliche Berechnungsmethode zur Flächenbedarfsermittlung aufgrund der sehr unterschiedlichen siedlungsräumlichen Struktur des Landes grundsätzlich zu überdenken. Daher möchte ich Sie eindringlich bitten von Ihrem Recht Gebrauch zu machen! die Berechnungsmethode durch eigeneabweichende Regelungen so auszugestalten, dass kommunale Entwicklungswünsche nicht unter landesplanerischen Vorgaben leiden.

[...]

zu: 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung, Ziel 3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten, Seite 66

Der Regionalplan strebt einen Geltungszeitraum bis 2043 an. Durch den langen Planungszeitraum kann auf kurzfristige Entwicklungen nur schlecht reagiert werden.

Das Ziel ist Ressourcen zu sichern und auch den Freiraum zu schützen. Dies ist grundsätzlich zwar zu begrüßen, jedoch kann die Grundlage einer bedarfsgerechten Entwicklung für die Zukunft nicht mit einem rein rechnerischen Verfahren ermittelt werden.

Dies gilt insbesondere in einer Zeit, in der Prognosen von IT NRW sich in der

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. . Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Tagesrealität überholen. Zu Zeiten der Corona-Pandemie, Kriegszuständen in Europa und einer Energiekrisenspiegelt die Prognose nicht die tatsächlichen Bedarfe wieder. Eine deutliche Tendenz zum Wunsch des Wohnens im ländlichen Bereich ist nicht zu verleugnen.

Sicherlich liegen in der Gemeinde Reichshof noch eine Vielzahl von Reserveflächen im Bereich von Siedlungsflächen vor. Teilweise sind dies aber schon bauleitplanerisch belegte Flächen oder Flächen, die aufgrund von Lage und Größe zu kleingliedrig für eine weitere Entwicklung sind. Im Übrigen sind Reserveflächen aber auch erforderlich, um unter Berücksichtigung der oftmals schwierigen topografischen Lage sowie der Marktverfügbarkeit der Grundstücksflächen in einem angemessenen Zeitraum bedarfsgerecht planen zu können. Das Verfahren stellt mit den zu bringenden Nachweisen im Anpassungsverfahren nach LPIG NRW kleine ländliche Kommunen oft vor zu große Herausforderungen und steht oftmals in keinem Verhältnis zur gewünschten Planänderung. Die notwendige Flexibilität ist nicht gegeben.

Hinsichtlich des Siedlungsflächenmonitoring erfolgt leider kein aktiver Austausch mit der Planungsbehörde, unsererseits werden Flächen eingepflegt, jedoch erfolgt teilweise keine Übernahme oder Rückmeldung durch Bezirksplanungsbehörde.

Insgesamt schränken die strengen Voraussetzungen für die Erweiterung von Siedlungsraum und auch für gewerbliche Flächenausweisungen die gemeindliche Planungshoheit zu stark ein. Kommunale Planungshoheit setzt voraus, dass der Gemeinde eine nachhaltige Steuerungs- und Planungsmöglichkeit erhalten bleibt. Daher müssen Flächen für Planungsvarianten zur Verfügung stehen, von denen nur die tatsächlich benötigten Flächen entwickelt werden. Nur eine solche Flächenverfügbarkeit trägt dazu bei, Abhängigkeiten von Bodeneigentumsverhältnissen zu minimieren, Bodenpreissteigerungen einzudämmen und Entwicklungsblockaden zu verhindern. Diese grundlegenden Rahmenbedingungen werden aber verletzt, wenn nur dann neue Siedlungsflächen ausgewiesen werden dürfen, wenn keine anderen Freiflächen mehr vorhanden und selbst aus dem Flächennutzungsplan herausgenommen sind. Dann kann die hiesige Planung auf örtliche Bedarfe und Entwicklungen nicht mehr flexibel, teilweise auch überhaupt nicht mehr reagieren. Eine bedarfsorientierte städtebauliche Arrondierung eines Ortsteils muss auch dann möglich bleiben, wenn nicht alle Siedlungsflächen vollständig entwickelt sind. Sich ständig ändernde Rahmenbedingungen erfordern für die Neuausweisung von Flächen einen Abwägungsprozess und keine Zielvorgabe, die für die nächsten 20 Jahre strikt zu beachten ist. Diese Abwägung kann aber nur auf der örtlichen Ebene der kommunalen Bauleitplanung vollzogen werden.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

1002567, Gemeinde Reichshof

Inhalt

zu: 3.1.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung, Ziel 1 Zersiedelung vermeiden ? Seite 54
?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?

Entsprechend den landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan Köln den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Siedlungsentwicklung hat innerhalb der festgelegten Siedlungsbereiche zu erfolgen. Die Gemeinde Reichshof besteht als Flächengemeinde aus insgesamt 106 Ortschaften, Siedlungsbereiche sind lediglich in vier Bereichen dargestellt (Eckenhagen, Denklingen/Brüchermühle und Wildbergerhütte). Eine Entwicklung der übrigen Ortschaften muss grundsätzlich weiterhin möglich sein. (Näheres siehe 2. zu Z.2)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1002568, Gemeinde Reichshof

Inhalt

zu: 3.1.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung, Ziel 2 Zersiedelung vermeiden ? Seite 54
?Unter die Vermeidung von Splittersiedlungen fällt auch deren Erweiterung bzw.Verfestigung?.

Die Auslegung schränkt die kommunale Planungshoheit zu stark ein. In Reichshof sind von 106 Ortschaften nur drei als zentralörtlich bedeutsame Siedlungsbereiche ausgewiesen (Eckenhagen und Denkligen/Brüchermühle).

Überwiegend handelt es sich bei den anderen Ortschaften um Siedlungen entlang von wichtigen Verkehrswegen, was letztlich auch an den naturräumlichen Gegebenheiten, insbesondere der Topografie, geschuldet ist. Etwa 70 % der Bevölkerung lebt demnach in diesen Ortschaften, denen keine zentralörtliche Bedeutsamkeit zukommt.

Eine Erweiterung in den regionalplanerisch festgelegten Freiraum in Form einer bandartigen Entwicklung oder das Zusammenwachsen der Ortschaften ist in vielen Fällen schon aufgrund der technischen Infrastruktur nicht zu erwarten, das Ziel demnach verständlich und sinnvoll. Eine bedarfsgerechte Erweiterung bzw. Verfestigung der bestehenden Strukturen dagegen sollte weiterhin möglich sein und auf kommunaler Ebene entschieden werden können. Bei Flächengemeinden wie Reichshof, bei denen die Siedlungsstruktur durch viele kleine Ortschaften geprägt ist, sollten diese kulturhistorisch bedingten Besonderheiten stärker berücksichtigt werden. Unter Anwendung der starren Regelung besteht die Gefahr, dass viele dieser Ortschaften in ihrer Entwicklungsmöglichkeit und somit der Sicherung ihres Fortbestandes ausgeschlossen werden, Ich bitte daher um Herausnahme des oben genannten Satzes.

Eine bedarfsorientierte städtebauliche Arrondierung eines Ortsteils muss auch dann möglich bleiben, wenn nicht alle Siedlungsflächen vollständig entwickelt sind. Sich ständig ändernde Rahmenbedingungen erfordern für die Neuausweisung von Flächen einen Abwägungsprozess und keine Zielvorgabe, die für die nächsten 20 Jahre strikt zu beachten ist. Diese Abwägung kann aber nur auf der örtlichen Ebene der kommunalen Bauleitplanung vollzogen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW sind bandartige Siedlungsentwicklungen entlang von Verkehrswegen sind ebenso zu vermeiden wie Splittersiedlungen. Es handelt sich bei der Festlegung im Regionalplan um eine Klarstellung. Aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich ein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung.

Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1002569, Gemeinde Reichshof

Inhalt

zu: 3.1.3 Flexible Siedlungsentwicklung, Ziel6 ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln, Seite 65

Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass die Darstellung von flexiblen Entwicklungen durch ASB-Flex und GIB-Flex-Flächen eingeführt wurde. Allerdings müssen nach den Vorgaben ASB-Flexbedarfsgerecht entwickelt werden. So dienen die eigentlichen ASB/GIB-Flächen als Vorranggebiete. Die Flex-Flächen sind nur dann zu entwickeln, wenn diese Vorranggebiete dauerhaften Vollzugshindernissen unterliegen. Welche Zeitspanne ein dauerhaftes Hindernis darstellen sollte, wird nicht näher definiert.

Der restriktive Umgang zur Nutzung der Flex-Gebiete erhöht daher hier nicht die Flexibilität bei der Planung von neuen Baugebieten. Dies bitte ich anzupassen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Erläuterung 1 zur Festlegung *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln* bezieht sich eine dauerhaftes Vollzugshindernis auf einen mindestens mittelfristigen Planungshorizont.

Im Übrigen wird der Anregung nicht gefolgt: Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Dies stellt sicher, dass die landesplanerischen Vorgaben für eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung eingehalten werden.

Inhalt

zu. 3.3.1 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung, Ziel 10, Seite 72ff.

Oberberg ist ein bedeutender Standort insbesondere für produzierendes Gewerbe. In Reichshof sind einige Firmen als Weltmarktführer ansässig. Eine auskömmliche Flächenverfügbarkeit für diese und weitere Betriebe ist unerlässlich. Diese Flächen stehen in der Gemeinde Reichshof im Regionalplanentwurf nicht ausreichend zur Verfügung.

Die im Rahmen der Gewerbeflächencharta Oberberg ermittelten Flächen finden sich nicht in den im Entwurf dargestellten Flächenbedarfen wieder. Gleichzeitig bitte ich zu bedenken, dass eine tatsächliche Entwicklung von gewerblichen Flächen ähnlich wie im Siedlungsbereich eine gewisse Flächenflexibilität voraussetzen muss. Aufgrund unterschiedlichster Restriktionen, topografischer Gegebenheiten sowie Marktverfügbarkeit muss eine zeitnahe Umsetzung durch höhere Flexibilisierung mittels Darstellung eines größeren Bedarfs (tatsächlich nutzbaren Flex-Bedarfes) möglich gemacht werden. Dies erscheint im gewerblichen Bereich umso wichtiger, da eine Realisierung von GIB-Flächen sich praktisch noch diffiziler darstellt als es auch im Siedlungsflächenbereich der Fall ist. Im Übrigen bitte ich zu bedenken, dass aufgrund unterschiedlichster Erfordernisse (wie z.B. Erschließung oder Ausgleichsflächen) niemals das volle Potential an zugestandener Fläche realisiert werden kann.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen.

Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsschlag von bis zu 20 % erhöht werden können.

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW für den Regionalplan Köln Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der in Rede stehenden Flächen als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände und landesplanerische Vorgaben

entgegen. Gemäß Ziel 6.3-3 des Landesentwicklungsplans NRW (LEP NRW) ?Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen? sind neue Bereiche für GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) oder GIB festzulegen.

Die Gemeinde Reichshof verfügt zwar über Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (GIBflex), jedoch sind die vorgeschlagenen Flächen aufgrund von Raumwiderständen und landesplanerischen Vorgaben nicht geeignet.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1002571, Gemeinde Reichshof

Inhalt

zu 4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum, Ziel 17 und Grundsatz 27 Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen verträglich planen, Seite 94ff.

Bei der Planung von entsprechenden Einrichtungen im Freiraum sollen vorrangig die Freiraumfunktionen Beachtung finden, Beeinträchtigungen sind zu vermeiden.

Das Planungsgebiet der Gemeinde Reichshof befindet sich zu einem überwiegenden Teil im Freiraum. Aufgrund von planungsrechtlichen Hürden wird eine Entwicklung im Siedlungsflächenbereich wie auch eine gewerbliche Entwicklung immer schwieriger. Für die Region nimmt die Bedeutung des Freiraums daher auch für eine Nutzung in den oben genannten Themenfeldern weiter zu. In Anbetracht des hohen Flächenanteils des Freiraums muss eine Entwicklung hier ohne zu große Hürden möglich sein. Eine Freiraumbeeinträchtigung ist in bestimmten Situation nicht gänzlich auszuschließen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Grundsatz stellt nicht auf den Ausschluss, sondern auf die Minimierung von Beeinträchtigungen ab.

1002573, Gemeinde Reichshof	
<p>Inhalt</p> <p>zu 4.5 Walderhalt und -vermehrung, Ziel 22 und Grundsatz 36, Seite 107ff.</p> <p>Bei der aufgrund topographischer Zwänge mancherorts notwendige Inanspruchnahme regionalplanerisch festgelegter Waldflächen wird die Gemeinde durch die Zielvorgaben und die Pflicht grundsätzlich keine Waldinanspruchnahme vorzusehen vor große Hürden gestellt.</p> <p>Hier sollten regionale Besonderheiten stärker berücksichtigt und Erleichterungen zugelassen werden. So liegt der Anteil an Waldflächen in der Gemeinde Reichshof mit 42 % weit über dem Landesdurchschnitt.</p> <p>Auch sind zum Teil regionalplanerisch als Siedlungsbereich dargestellte Flächen auf Ebene des FNP als Waldflächen ausgewiesen. Diese sind bis auf kleinere landwirtschaftlich genutzten Anteile auch mit Wald bestanden. So übersteigt beispielsweise in einem Bereich des Gemeindegebiets die auf Ebene des FNP dargestellte Waldfläche die regionalplanerisch festgelegte Waldfläche um etwa das 1,65-fache.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zielvorgaben zur Inanspruchnahme von Waldbereichen ergeben sich aus dem LEP NRW und sind keiner Abwägung auf regionalplanerischer Ebene zugänglich. Dies wird durch eine geänderte Zielformulierung (siehe Änderungssynopse Text) entsprechend klargestellt. Die Ziele beziehen sich dabei ausschließlich auf die regionalplanerisch festgelegten Waldbereiche.</p> <p>Maßstabsbedingt können naturgemäß nicht alle Waldflächen im Regionalplan als Waldbereiche festgelegt werden. Die Sicherung dieser Waldflächen obliegt der nachfolgenden Planungsebene, u.a. in Form differenzierterer Festlegungen in kommunalen Bauleitplänen. Hierzu wird auf Grundsatz G.37 (Kleinwaldflächen berücksichtigen) verwiesen.</p>

1002574, Gemeinde Reichshof	
<p>Inhalt</p> <p>zu 4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren, Ziel 25 Standorte für bestehende und geplante Talsperren sichern, Seite 119</p> <p>Gemäß Legende ist die Steinaggertalsperre keiner Funktion zugeordnet und kann somit herausgenommen werden, siehe auch Stellungnahme zum zeichnerischen Teil Nr. 4.</p> <p>[...]</p> <p>Reichshof Ortslage/ Müllerheide/ Steinaggertalsperre</p> <p>Ich verweise auf das Anschreiben vom 24.03.2020, welches beschreibt und belegt, aus welchen Gründen die Darstellung der Talsperre nicht den aktuellen Planungen der wasserwirtschaftlichen Behörden entspricht. Ich bitte hierzu unbedingt um kurzfristige Klärung mit den zuständigen Stellen, da die Ausweisung einer Talsperre an dieser Stelle anderweitigen Entwicklungszielen und tatsächlichen Gegebenheiten widerspricht und entsprechend herauszunehmen ist. Im Übrigen liegt hierzu auch keine Zweckbestimmung vor (siehe 47.1).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Anmerkung wird nicht gefolgt. In einem Schreiben vom 11.08.2022 bestätigt das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, dass der im aktuell rechtskräftigen Regionalplan dargelegte funktionale Zusammenhang der Vorsorgebereiche Leppetalsperre und Steinaggertalsperre mit dem Vorsorgebereich Naafachtalsperre weiter fort gilt. Angesichts des fortschreitenden Klimawandels wird die Wichtigkeit ihrer wasserwirtschaftlichen Funktionen bekräftigt. Daher werden in Tabelle 2 der Erläuterung 7 zu Z.25 für die Vorsorgebereiche Leppetalsperre und Steinaggertalsperre die bereits im rechtskräftigen Regionalplan festgelegten Funktionen "Niedrigwasseraufhöhung" und "Hochwasserschutz" wiederaufgenommen, die Funktion "Trinkwassergewinnung" wird ergänzt. Zur weiteren Begründung wird auf die Autorenkorrektur ID 1016477 verwiesen.</p>

1002575, Gemeinde Reichshof

Inhalt

zu 5.1.2 Radwegenetz, Grundsatz 52, 5. 131

Die Erläuterungskarte A4 sieht für den östlichen Oberbergischen Kreis keine Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard vor. Dennoch bedarf das Radwegenetz hier einer massiven Ausweitung, vor allem im Bereich der Landstraßen. Hier möchte ich auf das Radwegekonzept der REGIONALEN2025 verweisen und bitte um Übernahme in das Plankonzept.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.

1002576, Gemeinde Reichshof	
<p>Inhalt</p> <p>zu 5.2.3.3 Solarenergie flächensparend ausbauen, Grundsatz 67, 5. 152, 153</p> <p>Die hohen Anforderungen an die Darstellung von Flächensolaranlagen führen dazu, dass in Reichshof fast unmöglich passende Flächen geschaffen werden können. Diese sollten überdacht werden, um hier mehr Potentiale für eine Energiewende schaffen zu können.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1002590, Gemeinde Reichshof

Inhalt

Reichshof/ Ortslage Wildbergerhütte/ Darstellung des ASB Wildbergerhütte

Die im Planentwurf dargestellten Festlegungen des Allgemeinen Siedlungsbereiches Wildbergerhütte entsprechen weitestgehend dem kommunalen Planungsstand. Aufgrund der sehr guten Infrastruktur in diesem Siedlungsschwerpunkt und der daraus resultierenden hohen Nachfrage nach Bauland sind in Wildbergerhütte bereits regionalplanerische Entwicklungswünsche berücksichtigt worden, wofür ich mich an dieser Stelle bedanken möchte. In anderen Bereichen sind dagegen Festlegungen getroffen worden, die sich nicht aus den vorangegangenen Gesprächen ergeben haben. Aus diesem Grund bitte ich um Anpassung der Festlegungen entsprechend der beigefügten Karte [s. Anhang Abb. StnID_1002590].

Anhänge

[Abb_ID_1002590_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Reichshof verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in der Karte ersichtlichen weiteren ASB-Flächen ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1002591, Gemeinde Reichshof	
<p>Inhalt</p> <p>Reichshof/Ortslage Wildbergerhütte/Darstellung des ASB Wildbergerhütte</p> <p>Wildbergerhütte verfügt zudem über ein im Gemeindegebiet überdurchschnittliches Angebot des Einzelhandels. Somit sind die Voraussetzungen für die Einstufung von Wildbergerhütte als zentralörtlich bedeutsamer Allgemeiner Siedlungsbereich (zASB) gegeben. Ich bitte diesen aufzunehmen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass eine vorrangige Entwicklung nur in zASBs möglich sein soll.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen. Die zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche (zASB) werden nach einer einheitlichen Methode gemäß der Begründung zur Grundsatzfestlegung <i>Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten</i> in Abstimmung mit den Kommunen bestimmt und in einer Erläuterungskarte dargestellt. Aufgrund der vorhandenen Infrastrukturausstattung sowie ortsspezifischer Erfordernisse wie z. B. siedlungsstruktureller Restriktionen oder kommunaler Entwicklungsabsichten wird die Erläuterungskarte für den zASB in Reichshof angepasst.</p>

1002592, Gemeinde Reichshof	
<p>Inhalt</p> <p>Reichshof/ Ortslage Hunsheim/Berghausen/ ASB Hunsheim Berghausen</p> <p>In der Gemeinde Reichshof sind historisch entwickelt vier Siedlungsschwerpunkte vorhanden. Diese zeichnen sich durch eine entsprechende Einwohnerzahl und u.a. auch als Grundschulstandort aus. Leider sind nur drei als Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt. Auch der Siedlungsschwerpunkt Hunsheim/Berghausen muss daher als ASB ausgewiesen werden, siehe Karte [s. Anhang Abb. StnID_1002592]. Dies wurde bereits mehrfach entsprechend vorgetragen. Eine Darstellung ist in vergleichbaren Fällen in Nachbarkommunen erfolgt.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1002592_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden. Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum.</p> <p>Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung <i>?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?</i> möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

1002593, Gemeinde Reichshof

Inhalt

Reichshof/ Ortslage Wehnrath/ GIB Sinspert/ Wehnrath

In Reichshof sind die Flächenreserven für die gewerbliche Entwicklung aufgebraucht. Kleinere, als Reserven deklarierte Teilflächen können aufgrund topografischer oder bauplanungsrechtlicher Vorgaben nicht mehr entwickelt werden, andere sind betriebsgebunden und stehen somit nicht auf dem freien Markt zur Verfügung. Im Siedlungsflächenmonitoring werden diese Hemmnisse permanent eingepflegt, führen allerdings nicht zu einer reduzierten Reserveflächenzahl.

Die im Entwurf dargestellte neu ausgewiesene GIB-Fläche im nordöstlichen Bereich des bestehenden Gewerbegebietes Wehnrath stellt daher einen wichtigen Entwicklungsbereich für die kommunale Planung dar. Es stellt sich jedoch bereits zum heutigen Zeitpunkt heraus, dass die kommunale Planungshoheit durch solch streng klein gehaltene Entwicklungsbereiche als Zielvorgabe stark eingeschränkt wird.

Sich ständig ändernde Rahmenbedingungen erfordern für die Neuausweisung von Flächen einen Abwägungsprozess und keine Zielvorgabe, die für die nächsten 20 Jahre strikt zu beachten ist. Diese Abwägung kann aber nur auf der örtlichen Ebene der kommunalen Bauleitplanung vollzogen werden. Aus diesem Grunde ist es erforderlich den Flächenumfang zu vergrößern und gleichzeitig einen Alternativstandort, bspw. als GIB-Flex darzustellen, um der Nachfrage nach neuen Gewerbeflächen gerecht zu werden. Die Übernahme der Flächen aus der Gewerbeflächencharta Oberberg ist zwingend erforderlich, da zum Einen dort der Bedarf erwiesen wurde und zum Anderen eine flexible Handlungsmöglichkeit für die zukünftige gewerbliche Entwicklung der Gemeindegewährleistet werden muss.

Eine zwingend erforderliche Darstellung, die den Notwendigkeiten in der Gemeinde Reichshof entspricht füge ich durch eine eigene Karte mit Konkretisierung oder Anpassung der zu ändernden Festlegung (1:50.000 digital) bei [s. Anhang Abb. StnID_1002593].

Anhänge

[Abb_ID_1002593_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Erweiterung des als GIB festgelegten Siedlungsraums stehen landesplanerische Vorgaben sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entgegen. Die Fläche ist im Regionalplan als Waldbereich festgelegt.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: BET_197000_1

Stadt Wiehl

1003593, Stadt Wiehl

Inhalt

1. Drabenderhöhe

Anregung: Der ASB Brächen nördlich von Drabenderhöhe ist siedlungsstrukturell richtig, aber zu gering dimensioniert. Der vorgesehene Erweiterungsbereich des ASB bei Brächen ist in seiner Dimension entlang der B 56 sehr schmal geschnitten. Es wird angeregt, die Dimension der Darstellung angemessen zu verbreitern. Die Umsetzbarkeit des ASB Brächen ist schon allein auf Grund der Flächenverfügbarkeit gegeben. Die Flächen befinden sich im Eigentum der Stadt Wiehl. Die Darstellung kann sich daher an der tatsächlichen Verfügbarkeit orientieren. Ggf. kann nord-östlich der Ortslage Drabenderhöhe in beiliegendem Kartenblatt 1: 50.000 markierte GIB Dahl als Tauschfläche fungieren. Dieser lässt sich auf Grund verkehrlicher Problematiken schwer umsetzen [s. Anhang Abb. StnID_1003593].

Anhänge

[Abb_ID10003593.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Hierfür werden kommunale Bedarfe für Wohnbauflächen (Wohnen und Mischnutzung) sowie für Wirtschaftsflächen (Gewerbe) gemäß den landesplanerischen Vorgaben ermittelt. Die Bedarfsberechnung für Wohnbauflächen hat das Ziel, ein ausreichendes Flächenangebot für die Versorgung der Haushalte mit Wohnraum in der Zukunft sicherzustellen. Die Ermittlung von Bedarfen für Gewerbeflächen dient der Flächenvorsorge für die Verlagerung und Erweiterung vorhandener Betriebe sowie dem Angebot für die Neuansiedlung von für Gewerbe- und Industriebetriebe, die Emissionen erzeugen. Auf dieser Grundlage werden Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) sowie Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) im Regionalplan entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips bedarfsgerecht festgelegt.

Die Stadt Wiehl verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für ASB gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Eine Übertragung von ermittelten Bedarfen für Gewerbe in Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven für ASB ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung nicht sachgerecht. Die angeregte Umwandlung der in Dahl verorteten GIB Bedarfe in einen vergrößerten ASB in Drabenderhöhe ist folglich nicht möglich.

Nichtsdestotrotz ist aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit

eine Neuabgrenzung des bedarfsgerecht festgelegten ASB in Drabenderhöhe im Sinne des Gegenstromprinzips möglich und folgerichtig.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003594, Stadt Wiehl	
<p>Inhalt</p> <p>2.: Oberbantenberg</p> <p><u>Anregung:</u> Der südlich des Ortsteils Oberbantenberg gelegene Bereich zwischen der Straße "Am Hofacker" und "Dreibolzer Straße" sollte auf den ursprünglichen im bestehenden Regionalplan dargestellten Bereich zurückgeführt werden und so in den Regionalplanentwurf überführt werden. Dieser Bereich ist in dem anliegenden Kartenausschnitt 1: 50.000 gekennzeichnet und trägt die Codierung ASB-143-02 aus den Regionalgesprächen [s. Anhang Abb. StnID_1003594_1 und StnID_1003594_2].</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID10003594.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Wiehl verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>.</p> <p>Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003595, Stadt Wiehl

Inhalt

Weitergehende Anregungen werden nicht vorgebracht. Ansonsten bildet der Regionalplanungsentwurf die für die nächste Zeit vorgesehen Siedlungsflächenentwicklung der Stadt Wiehl ab [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigefügt].

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

AZ: BET_199000_1

Rheinisch-Bergischer-Kreis

1003245_001, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Rösrath (ASB)

RO_10 Leimbach-Ost: Es wird darauf hingewiesen, dass der Wechsel von GIB zu ASB die Aue nicht entlastet und auch die Hochwassergefahr nicht mindert

[s. Anhang Abb. StnID_1003245_001]

Anhänge

[Abb. ID_1003245_001.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Stellungnahme ID 1004581).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003245_002, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Rösrath (ASB)</p> <p>RO_27 An der Krumbach: Es wird angeregt die Flächen des FFH- und Naturschutzgebietes Königsforst im Westen nicht einzubeziehen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1003245_002]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003245_002.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004090, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Aus Sicht der Belange des Amtes für Planung und Landschaftsschutz (Amt 67 / Planung und Raumordnung) werden folgende Hinweise gegeben: Ausdrücklich begrüßt werden die Integration von Klimaschutz und Klimawandelanpassung als Querschnittsaufgabe in der Regionalplanung (*G. 1: Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen*) sowie die konkretisierten Handlungsaufträge für Fachplanungen auf den nachgelagerten Planungsebenen bzw. für die Ebene der kommunalen Bauleitplanung im Sinne einer nachhaltigen und flächensparenden Siedlungsentwicklung; Beispiele für Abwägungsbelange sind hierbei die Sicherung und Entwicklung von Kaltluftleitbahnen und bioklimatischen Gunsträumen, die Schaffung räumlicher Voraussetzungen für die Entwicklung klimaökologisch bedeutsamer Grün- und Freiflächen sowie den Luftaustausch oder die Freihaltung und Erweiterung von Grün- und Freiflächen als innerstädtische Kaltluftproduzenten und Regenerations- und Erholungsräume. Die genutzten rechtlichen Spielräume bei der Festlegung von Siedlungsflächen in Form des 20-prozentigen Planungszuschlags und des neu entwickelten Kölner Flex-Modells (*G. 13: Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren*) werden befürwortet, weil der Planungszuschlag den Kommunen einen wichtigen Entwicklungs- und Handlungsspielraum in der Bauleitplanung bietet und das Kölner Flex-Modell bei Umsetzungshindernissen durch den Verzicht auf Regionalplanänderungsverfahren zu einer erheblichen Zeitersparnis beitragen kann. Auch wenn der Rheinisch-Bergische Kreis davon nicht betroffen ist, wird die neue Flächenkategorie ?GIBplus? aus kreisplanerischer Sicht als wichtige neue Flächennutzung zur Vermeidung von Strukturbrüchen im Rheinischen Revier eingestuft. Die Darstellung von Siedlungsflächen beruhen einerseits auf landesplanerisch vorgegebenen Vorgaben zur Bedarfsermittlung und andererseits auf gemeinsam mit den Kommunen ermittelten Reserveflächen sowie dem durch die Kommunen gepflegten Siedlungsflächenmonitoring (*Z.3: Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*). Von den Rücknahmen der in von Extremhochwasser gefährdeten Bereichen liegenden Siedlungsflächen aus den zeichnerischen Festlegungen ist der Rheinisch-Bergische Kreis ebenfalls nicht betroffen, weil es im Kreisgebiet keine entsprechenden Flächen oberhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle von 10 ha gibt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise zu verschiedenen Festlegungen gegeben.

1004091, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Aus Sicht der Belange der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW) sind folgende Aspekte zu berücksichtigen: Gewerbe- und Industrieflächen sind eine wichtige Voraussetzung für unternehmerische Betätigung und damit für die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Sie werden insbesondere benötigt für die Bestandssicherung / Innenentwicklung der ansässigen Firmen sowie des Weiteren auch für Neuansiedlungen. Doch die Flächen im Rheinisch-Bergischen Kreis sind bereits seit längerem knapp geworden. Immer häufiger können Firmen an ihren Standorten nicht mehr expandieren, weil die Flächen des jeweiligen Gewerbe- oder Industriegebietes inzwischen vollständig ausgeschöpft sind. Grundsätzlich haben Unternehmen im Rheinisch-Bergischen Kreis eine hohe Standortbindung, etwa wegen der langjährigen Historie, der bekannten Lage und der vorhandenen Fachkräfte. Deshalb werden von Unternehmen insbesondere Flächen für Erweiterungen im eigenen Nahbereich gesucht. Die RBW verzeichnet konstant viele Nachfragen (von Innen und Außen) nach Flächen, die nicht bedient werden können. Ohne verfügbare Expansionsflächen werden Unternehmen in der Entwicklung stagnieren und somit auch uninteressanter im ?Kampf um die besten Köpfe? (Fachkräftegewinnung, Fachkräftesicherung). Somit besteht insgesamt die Gefahr, dass der Rheinisch-Bergische Kreis als Wirtschaftsstandort mittel- bis langfristig abgewertet wird. Unternehmen brauchen Verlässlichkeit. Insofern ist ein klares planerisches Leitbild mit verlässlich abzuleitenden Aussagen hinsichtlich standortrelevanter Eckpunkte eine elementare Voraussetzung für die erfolgreiche Standortentwicklung in den Städten und Gemeinden. Die weiteren Belange der Wirtschaftsförderung fließen in die Stellungnahmen der einzelnen Kommunen ein.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen Wirtschaftsflächenentwicklung vorgebracht.</p>

1004092, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Aus Sicht der Belange des Amtes für Mobilität, Klimaschutz und regionale Projekte (Amt 84) werden folgende Hinweise gegeben:</p> <p>Textliche Festlegungen - Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung</p> <p>In der offengelegten Textfassung vom Dezember 2021 zum Regionalplan sind die Belange des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel berücksichtigt. Dies ist zu begrüßen.</p> <p>2.1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel (Seiten 42-47)</p> <p>Aus Sicht des Klimaschutzmanagements kann festgestellt werden, dass zu dem o.g. Kapitel keine Bedenken bestehen. Darüber hinaus gibt es keine Änderungsvorschläge</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1004094, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Bereich ÖPNV Aus Sicht des zuständigen Aufgabenträgers ÖPNV des Rheinisch-Bergischen Kreises bzw. seiner Nahverkehrsplanung sind in der offengelegten Textfassung vom Dezember 2021 zum Regionalplan die Belange des ÖPNV in den folgenden Kapiteln benannt: 3.2.1 *Allgemeine Siedlungsbereiche* (Seite 67f.) G.15 *Einzelhandel an den ÖPNV anbinden* sowie: 5.1.1 *Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur* (Seiten 130-131) G.51 *Siedlungsbereiche durch den ÖPNV erschließen* Aus Sicht der Nahverkehrsplanung RBK kann festgestellt werden, dass zu den o.g. Kapiteln keine Bedenken bestehen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1004095, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
Inhalt Indirekt ist der Aufgabenträger ÖPNV des Rheinisch-Bergischen Kreises bzw. seine Nahverkehrsplanung von Maßnahmen der Aufgabenträger des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) betroffen bzw. wird durch diese beteiligt, sodass die unter Kapitel 5.1.3 Schienennetz (S. 134 ff.) aufgeführten Beschreibungen zur Kenntnis genommen werden.	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1004096, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Einen inhaltlichen Änderungsvorschlag seitens der Nahverkehrsplanung gibt es allerdings zu: *G.56 Raum für Mobilstationen vorhalten.* (Seite 136) *Die Einrichtung von Mobilstationen an geeigneten Haltepunkten des ÖPNV soll geprüft und die dafür erforderlichen Flächen von entgegenstehenden Nutzungen freigehalten werden.* Hier wird vorgeschlagen, die Formulierung *ÖPNV* in *SPNV* und *ÖPNV* zu ändern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die textliche Festlegung *G.56 Raum für Mobilstationen vorhalten* sieht eine Prüfung der Einrichtung von Mobilstationen an geeigneten Haltepunkten des ÖPNV vor. Der Begriff ÖPNV umfasst als Oberbegriff alle Verkehrsträger des öffentlichen Personennahverkehrs. Eine weitere Untergliederung in SPNV (Schienenpersonennahverkehr) und ÖSPV (öffentlicher straßengebundener Personennahverkehr) ist somit nicht erforderlich. Daher wird an der bestehenden Formulierung festgehalten.

1004097, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>5.1.2 Radwegenetz (Seite 131)</p> <p><i>G.52 Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln</i> Aufgrund des Vorgehens befinden sich in der Erläuterungskarte sowohl das bestehende Radwegenetz als auch Planungen bzw. Ausbauvorhaben einzelner Radwegeverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard. Allerdings wird nicht deutlich, welche Kriterien und Standards bei dem genannten Ausbaustandard gelten. Es wird lediglich allgemein auf einen höheren Standard als nach ERA (FGSV 2010) verwiesen. Die Berücksichtigung des regionalen Radverkehrs in der kommunalen Bauleitplanung ist begrüßenswert, denn mit Festsetzungen von Fahrradabstellanlagen etc. liegt die Umsetzung bei den jeweiligen Kommunen. Diesbezüglich könnten den Kommunen auf regionaler Ebene Arbeitshilfen etc. zur Praxisanwendung zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren erarbeiten der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis und der Oberbergische Kreis im Rahmen des REGIONALE 2025-Projektes "Regionale Fahrradinfrastruktur im Bergischen RheinLand" gemeinsam ein regionales Radwegenetz. Die Fertigstellung des entsprechenden Konzeptes wird im ersten Halbjahr 2022 erwartet. Im Anschluss wird der Bezirksregierung Köln dieses regionale Radwegenetz zur Verfügung gestellt, damit es im Regionalplan berücksichtigt werden kann. Die Kooperationspartner beabsichtigen zudem, dieses regionale Radwegenetz dem Land NRW zur Verfügung zu stellen, damit es bei den Planungen des Landes als Radvorrangrouten berücksichtigt wird.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1004098, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Erläuterungskarte A12 - Radwegeverbindungen In der Erläuterungskarte befinden sich die Trassenverläufe der RadPendlerRouten als Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard. Die gleiche Signatur ist für Teile des Projektes Agger-Sülz-Radweg enthalten. Die Hervorhebung dieser Planungen ist zu begrüßen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1004099, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Erläuterungskarte A12 - Radwegeverbindungen</p> <p>Darüber hinaus sollte der Panorama-Radweg ?Balkantrasse? (mit dem Streckenverlauf von Leverkusen-Opladen über Burscheid und Wermelskirchen bis nach Remscheid) als regional bedeutsame Radwegeverbindung in der Erläuterungskarte 12 kenntlich gemacht werden. Diese ehemalige SPNV-Trasse ?Balkantrasse? wird im Regionalplan als ?Schienenweg für den regionalen und überregionalen Verkehr? dargestellt. Eine Machbarkeitsuntersuchung zur Reaktivierung der Bahntrasse für den Schienenverkehr bei gleichzeitiger Beibehaltung des Radverkehrs soll demnächst beauftragt werden. Darüber hinaus sollte die Balkantrasse als regional bedeutsame Radwegeverbindung regionalplanerisch gesichert bleiben, insbesondere für den Fall, dass eine Reaktivierung der Trasse für den Schienenverkehr nicht in Frage kommt. -</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung des Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Entsprechend den textlichen Festlegungen (vgl. Z.29 Bestehendes Schienennetz erhalten) sind Zwischennutzungen möglich, sofern sie den Erhalt der Trasse nicht gefährden. Dies schließt Zwischennutzungen, die der Nahmobilität oder touristischen Zwecken dienen, oder auch trassengebundene Formen des ÖPNV explizit mit ein.</p> <p>Die in Rede stehende Radwegeverbindung ist bereits in der Erläuterungskarte enthalten. Eine darüber hinaus gehende Festlegung im zeichnerischen Teil sieht das Plankonzept nicht vor.</p>

1004100, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Erläuterungskarte A12 - Vorhandene Straßenplanungen: Derzeit wird in Bergisch Gladbach die ehemalige Bahntrasse zwischen Gronau und Frankenforst als L 286n als Anschluss an die Autobahn A 4 Köln-Olpe dargestellt. Hier wird angeregt, diese Trasse zukünftig für die Schiene und/oder den Radverkehr zu sichern, um die Möglichkeiten des Umweltverbundes in der Mobilität zu stärken.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden geändert (s. Änderungskarten) (vgl. STN ID 1004750).

1004105, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Aus Sicht der Belange des Amtes für Umweltschutz (Amt 66), Untere Abfallwirtschaftsbehörde, werden folgende Hinweise gegeben:

Die Darstellung der Deponie Lüderich, Overath, im Regionalplan ist korrekt. Weitere Deponiestandorte im Rheinisch-Bergischen Kreis werden nicht dargestellt, da sie nicht raumbedeutsam sind. Nach Rücksprache mit dem zuständigen Sachbearbeiter bei der Bezirksregierung Köln wird folgender allgemeiner Hinweis weitergegeben: In den textlichen Festlegungen wird auf S. 158 die Darstellung der Deponien im Regionalplan allgemein erläutert. In der Karte der zeichnerischen Festlegungen wird bei den Deponiestandorten nicht zwischen der Ablagerungs- und der Stilllegungsphase unterschieden. Deponiestandorte werden bis zum Abschluss der Stilllegungsphase durch ein einziges Symbol dargestellt. Somit erscheinen in der Tabelle der Deponiestandorte auf den S. 157/158 auch Standorte, in welchen die Deponien bereits stillgelegt worden sind. Ergänzend hierzu erfolgt eine weitere, differenziertere Darstellung von Deponiestandorten in der Erläuterungskarte 1 (Anhang A4), die zwischen der Ablagerungs- und Stilllegungsphase unterscheidet, was aus Sicht der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde sinnvoll erscheint und eine bessere Orientierung ermöglicht. Aus dem Text auf S. 158 ist dies aber nicht zu entnehmen; dies erschließt sich erst aus der unmittelbaren Betrachtung der Erläuterungskarte A4 mit dem zugehörigen Beiblatt und könnte übersehen werden. Es wird daher vorgeschlagen, in den textlichen Festlegungen den letzten Absatz auf S. 158 wie folgt zu formulieren: ?Eine Übersicht der festgelegten Deponiestandorte im Regierungsbezirk Köln findet sich in Erläuterungskarte I1 (Anhang 4), differenziert nach Ablagerungs- und Stilllegungsphase (Rekultivierung).?

Darüber hinaus weist der Kreistag darauf hin, dass auf der ehemaligen Deponie Lüderich ausschließlich Stoffe der Deponieklasse 0 abgelagert wurden. Somit erfüllt die ehemalige Deponie lediglich auf Grund ihrer Flächenausdehnung nicht aber auf Grund des Kriteriums der Abfallart die Voraussetzung für die Einstufung als regional bedeutsam. Der Standort ist auf Grund der im Vertrauen auf die Stilllegung der Deponie zwischenzeitlich erfolgten, regionalplanerisch gewünschten Verdichtung der Bebauung im Allgemeinen Siedlungsbereich Overath-Steinenbrück nur noch über durchgehend beidseitig bebaute Straßen zu erreichen. Damit würde im Gegensatz zur Situation zum Zeitpunkt der Planfeststellung eine große Anzahl von Anliegern durch den Anlieferverkehr belastet. Zudem setzt der Landschaftsplan des Rheinisch-Bergischen Kreises die Fläche der ehemaligen Deponie als Landschaftsschutzgebiet fest. Es wird angeregt, die landesplanerisch erforderliche Ausweisung des Deponiestandortes Lüderich lediglich temporär für die Stilllegungsphase vorzunehmen und die Darstellung als Deponiestandort mit dem Eintritt in die Nachsorgephase sofort aufzuheben.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterung zu der Textliche Festlegung Z. 41 wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Eine temporäre Ausweisung von Deponiestandorten, z.b. in Form einer bedingten oder befristeten Festlegung, entspricht nicht der Plankonzeption sowie der landesweit einheitlichen Vorgehensweise bei der Darstellung von Abfalldeponien in Regionalplänen, die durch die Landesplanungsbehörde und die oberste Abfallbehörde in einem gemeinsamen Erlass vom 11. März 2011 (Stk-AZ:30.08.50.03/MKULNV-AZ: IV-3/IV-2840.02) konkretisiert wurde. Mit in Übergang in die Nachsorgephase besteht kein regionalplanerisches Sicherungserfordernis mehr. Eine Regionalplanänderung zur Aufhebung des Deponiestandorts ist nicht erforderlich. Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Festlegung als Bereich für Aufschüttung und Ablagerung mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie bzw. mit einem vorhabenbezogenen Planzeichen (Plansymbol: Abfalldeponie) steht dem nicht entgegen.

Inhalt

Aus Sicht der Belange des Amtes für Umweltschutz (Amt 66), Untere Wasserbehörde

Der Regionalplan stellt im Maßstab 1:50.000 eine sehr grobe Planungsgrundlage dar. Dennoch begrüßt die Untere Wasserbehörde ausdrücklich, wenn durch die Neuaufstellung des Regionalplanes auch wichtige wasserwirtschaftliche Themen wie Starkregenüberflutungsvorsorge, Hochwasserschutz etc. in den richtigen Fokus gerückt werden und auch über dieses Instrument die Aufmerksamkeit bekommen, die es angesichts zunehmender markanter Wetterereignisse braucht.

Aufgrund der geringen Detailschärfe ist es jedoch nicht möglich, im Zuge dieses Verfahrens genauer Stellung zu sinnvollen Maßnahmen, z.B. zum Hochwasser- oder Überflutungsschutz zu nehmen. Mögliche Maßnahmen sind zu kleinteilig, als dass sie im Regionalplan dargestellt werden könnten. Das betrifft u.a. Maßnahmen an ?kleineren Gewässern? (z.B. Dhünn, Sülz, Eifgen, Scherfbach, Murbach, Katterbach), die jedoch auch ein hohes Schadenspotenzial bergen. Eine detaillierte Stellungnahme ist somit nicht zielführend, sodass Anregungen weiterhin auf der Ebene der FNP und B-Pläne entsprechend detailscharf eingebracht werden.

Gleichwohl wird die Rücknahme der ASB-Flächen in Rösrath (RO_17, s. Abschnitt 5.5.4.) und der GIB-Flächen in Overath-Unterauel (OV_G6, s. Abschnitt 5.5.3.) sehr begrüßt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben, Zustimmung zur Rücknahme von ASB und GIB erklärt und weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1004108, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Aus Sicht der Belange des Amtes für Umweltschutz (Amt 66), Untere Bodenschutzbehörde

Der Regionalplan tangiert verschiedene Belange der Unteren Bodenschutzbehörde. Hier sind vorrangig der Umgang mit (schützenswerten) Böden und die Grundwasserbewirtschaftung zu nennen. Aus Sicht der Unteren Bodenschutzbehörde sind die Akzente und Ziele im Regionalplan im Hinblick auf den Schutz unserer Umweltmedien richtig gesetzt und werden unterstützt. Anzumerken ist, dass die klimarelevanten Bodenfunktionen wie z.B. die Reglerfunktion des Bodens für den Wasserhaushalt im 2-Meter-Raum dem Schutzgut Klima/Luft zugeordnet werden, da diese Funktionen des Bodens insbesondere vor dem Hintergrund der Klimaanpassung von Bedeutung sind. Aus fachlicher Sicht ist diese Vorgehensweise in Ordnung. Im Übrigen erfolgen die Darstellungen in einem Detaillierungsgrad, der kleinräumige Bewertungen bezüglich unserer Umweltmedien ausschließt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1004137, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) - Bergisch Gladbach
Die Bereiche für den Schutz der Natur wurden auf der Grundlage des Fachbeitrages des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) neu gefasst. Die Änderungen sind in den Karten zu den Hinweisen, Bedenken und Anregungen dargestellt und getrennt nach den betroffenen Kommunen benannt worden. Hierbei werden die bereits im aktuellen Regionalplan enthaltenen Bereiche für den Schutz der Natur neu abgegrenzt. Hierbei ist eine Tendenz zur ?Verschlankung und Verzweigung? festzustellen. Dies bedeutet, dass die im Bergischen Land oft linienhaft ausgeformten Bereiche für den Schutz der Natur häufig in der Breite verringert jedoch mehr Nebensiefen und Quellbereiche einbezogen wurden. Die Verschlankung betrifft oft Flächen außerhalb der Naturschutzgebiete, während die Verzweigung in der Regel Naturschutzgebietsflächen einbezieht. Naturschutzfachlich bestehen gegenüber dieser Vorgehensweise in der Regel keine Bedenken. Sie führen aber in einigen Bereichen zu einer Ausgrenzung hochwertvoller Bereiche aus den BSN. Daher werden zu den nachfolgenden Abgrenzungen der Bereiche für den Schutz der Natur Anmerkungen vorgebracht:

[s. Abb. StnID_1004137]

Hinweise, Anregungen, Bedenken:

BG_M Bergisch Gladbach, nördliches Naturschutzgebiet ?Die Schlade? östlich von Hebborn sowie BG_N Bergisch Gladbach, nördliches Naturschutzgebiet ?Die Schlade? nördlich von Rommerscheid: Die Einbeziehung des nördlichen Naturschutzgebietes ist sinnvoll, die Einbeziehung von bebauten Bereichen hingegen nicht. Im Süden und Westen wird eine etwas breitere Abgrenzung einschließlich der Naturschutzgebietsflächen angeregt.

BG_AQ Neuborner Busch in Heidkamp/Lückerath So begrüßenswert die Festlegung als Bereich für den Schutz der Natur und die Beibehaltung des Regionalen Grünzuges in diesem Bereich sind, so wird doch der Biotopverbund durch die gleichzeitige Erweiterung des GIB Zinkhütte (G1) beeinträchtigt. Es handelt sich hier um die letzte verbliebene Grünverbindung zwischen der Heideterrasse und den Bergischen Hochflächen in Bergisch Gladbach

Ausdrücklich begrüßt werden die Änderungen BG_AK Naturschutzgebiet Krebsbachtal und BG_AP Naturschutzgebiet Hardt & Lerbacher Wald (LSG)

Anhänge

[Abb_ID_1004137_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Entwurf des Regionalplanes um eine Neuaufstellung handelt und nicht um eine Fortschreibung eines Regionalplanes. Folglich ist die Gegenüberstellung der beiden Planwerke nicht zielführend, da die Datengrundlage und Methodik keine einheitliche Bewertungsbasis darstellen.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht.

Die Festlegungen, wurden im für die Regionalplanung gesetzlich vorgeschriebenen Maßstab (1:50.000) getroffen und können auf Grund der Größenordnung bebaute Bereiche beinhalten. Diese werden hierdurch in ihren Rechten und Befugnissen nicht beschränkt. Die Naturschutzgebiete werden durch die Festlegung der BSN abgebildet, darüber hinaus wird auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Für den Bereich des GIB Zinkhütte gilt, dass einer Reduzierung des GIB in Teilen entsprochen ist (s. StnID 1004668).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und hatte auf die Methodik der Festlegungen der BSN und RG keinen Einfluss.

1004139, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) - Burscheid

Die Bereiche für den Schutz der Natur wurden auf der Grundlage des Fachbeitrages des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) neu gefasst. Die Änderungen sind in den Karten zu den Hinweisen, Bedenken und Anregungen dargestellt und getrennt nach den betroffenen Kommunen benannt worden. Hierbei werden die bereits im aktuellen Regionalplan enthaltenen Bereiche für den Schutz der Natur neu abgegrenzt. Hierbei ist eine Tendenz zur ?Verschlankung und Verzweigung? festzustellen. Dies bedeutet, dass die im Bergischen Land oft linienhaft ausgeformten Bereiche für den Schutz der Natur häufig in der Breite verringert jedoch mehr Nebensiefen und Quellbereiche einbezogen wurden. Die Verschlankung betrifft oft Flächen außerhalb der Naturschutzgebiete, während die Verzweigung in der Regel Naturschutzgebietsflächen einbezieht. Naturschutzfachlich bestehen gegenüber dieser Vorgehensweise in der Regel keine Bedenken. Sie führen aber in einigen Bereichen zu einer Ausgrenzung hochwertvoller Bereiche aus den BSN. Daher werden zu den nachfolgenden Abgrenzungen der Bereiche für den Schutz der Natur Anmerkungen vorgebracht:

[s. Abb. StnID_1004139]

Hinweise, Anregungen, Bedenken:

BU_AB Burscheid, Eifgenbachtal bei Bellinghausen: In diesem Bereich wurden Naturschutzgebietsflächen mit herausragender Bedeutung im Biotopverbund und gesetzlich unmittelbar geschützten Biotopen aus dem BSN herausgenommen. Es wird angeregt die bisherige Abgrenzung hier beizubehalten.

Ausdrücklich begrüßt werden die Änderungen: BU_A Burscheid, Vierschelsbachtal zwischen Oberwietsche und Unterwietsche (LSG), BU_E Grombachsiefen westlich Nagelsbaum (LSG), BU_F Murbachtal südlich Blasberg (LSG), BU_G Herkensiefen südöstlich Paffenlöh (NSG), BU_H Bornheimer Bachtal südlich Dierath (LSG)

Anhänge

[Abb_ID_1004139_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die angesprochene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf den Grundsatz des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Es wird zudem Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1004140, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) - Kürten</p> <p>Die Bereiche für den Schutz der Natur wurden auf der Grundlage des Fachbeitrages des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) neu gefasst. Die Änderungen sind in den Karten zu den Hinweisen, Bedenken und Anregungen dargestellt und getrennt nach den betroffenen Kommunen benannt worden. Hierbei werden die bereits im aktuellen Regionalplan enthaltenen Bereiche für den Schutz der Natur neu abgegrenzt. Hierbei ist eine Tendenz zur ?Verschlankung und Verzweigung? festzustellen. Dies bedeutet, dass die im Bergischen Land oft linienhaft ausgeformten Bereiche für den Schutz der Natur häufig in der Breite verringert jedoch mehr Nebensiefen und Quellbereiche einbezogen wurden. Die Verschlankung betrifft oft Flächen außerhalb der Naturschutzgebiete, während die Verzweigung in der Regel Naturschutzgebietsflächen einbezieht. Naturschutzfachlich bestehen gegenüber dieser Vorgehensweise in der Regel keine Bedenken. Sie führen aber in einigen Bereichen zu einer Ausgrenzung hochwertvoller Bereiche aus den BSN. Daher werden zu den nachfolgenden Abgrenzungen der Bereiche für den Schutz der Natur Anmerkungen vorgebracht:</p> <p>[s. Abb. StnID_1004140]</p> <p>Ausdrücklich begrüßt werden die Änderungen KU_AU Körtener Sülz oberhalb von Broch und bis in den Oberbergischen Kreis hinein (LSG), KU_Af Naturschutzgebiet Steeger Berg bei Dürscheid, KU_q&r mittleres Dürschbachtal südlich Dürscheid</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004140_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur Freiraumentwicklung vorgebracht. Es wird darüberhinaus Zustimmung erklärt. Die Umsetzung der BSN richtet sich nach der Zielfestlegung ?Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern?.</p>

1004141, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) - Leichlingen

Die Bereiche für den Schutz der Natur wurden auf der Grundlage des Fachbeitrages des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) neu gefasst. Die Änderungen sind in den Karten zu den Hinweisen, Bedenken und Anregungen dargestellt und getrennt nach den betroffenen Kommunen benannt worden. Hierbei werden die bereits im aktuellen Regionalplan enthaltenen Bereiche für den Schutz der Natur neu abgegrenzt. Hierbei ist eine Tendenz zur ?Verschlankung und Verzweigung? festzustellen. Dies bedeutet, dass die im Bergischen Land oft linienhaft ausgeformten Bereiche für den Schutz der Natur häufig in der Breite verringert jedoch mehr Nebensiefen und Quellbereiche einbezogen wurden. Die Verschlankung betrifft oft Flächen außerhalb der Naturschutzgebiete, während die Verzweigung in der Regel Naturschutzgebietsflächen einbezieht. Naturschutzfachlich bestehen gegenüber dieser Vorgehensweise in der Regel keine Bedenken. Sie führen aber in einigen Bereichen zu einer Ausgrenzung hochwertvoller Bereiche aus den BSN. Daher werden zu den nachfolgenden Abgrenzungen der Bereiche für den Schutz der Natur Anmerkungen vorgebracht:

[s. Abb. StnID_1004141]

Ausdrücklich begrüßt werden die Änderungen: LE_C FFH- und Naturschutzgebiet ?Wupper? südlich von Leichlingen, LE_D östliche Hangbereiche des Wuppertales bei Sonne (LSG), LE_E unteres Murbachtal (LSG), LE_M Naturschutzgebiet Müllerhof und angrenzende Wupperrau (NSG, FFH), LE_Z Leichlingen, Vierschelsbachtal zwischen Oberwietsche und Unterwietsche (LSG)

Anhänge

[Abb_ID_1004141_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur Freiraumentwicklung vorgebracht. Es wird darüberhinaus Zustimmung erklärt. Die Umsetzung der BSN richtet sich nach der Zielfestlegung ?Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern?.

1004142, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) - Odenthal

Die Bereiche für den Schutz der Natur wurden auf der Grundlage des Fachbeitrages des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) neu gefasst. Die Änderungen sind in den Karten zu den Hinweisen, Bedenken und Anregungen dargestellt und getrennt nach den betroffenen Kommunen benannt worden. Hierbei werden die bereits im aktuellen Regionalplan enthaltenen Bereiche für den Schutz der Natur neu abgegrenzt. Hierbei ist eine Tendenz zur ?Verschlankung und Verzweigung? festzustellen. Dies bedeutet, dass die im Bergischen Land oft linienhaft ausgeformten Bereiche für den Schutz der Natur häufig in der Breite verringert jedoch mehr Nebensiefen und Quellbereiche einbezogen wurden. Die Verschlankung betrifft oft Flächen außerhalb der Naturschutzgebiete, während die Verzweigung in der Regel Naturschutzgebietsflächen einbezieht. Naturschutzfachlich bestehen gegenüber dieser Vorgehensweise in der Regel keine Bedenken. Sie führen aber in einigen Bereichen zu einer Ausgrenzung hochwertvoller Bereiche aus den BSN. Daher werden zu den nachfolgenden Abgrenzungen der Bereiche für den Schutz der Natur Anmerkungen vorgebracht:

[s. Abb. StnID_1004142]

Hinweise, Anregungen, Bedenken: OD_AT Odenthal, Dhünn- und Waschbachaue bei der Kläranlage bei Dhünnerhöfe Auch in diesem Bereich bezieht die Abgrenzung des Bereiches für den Schutz der Natur, die Dhünn und den Waschbach nicht mit ein. Es wird angeregt, die zeichnerische Festlegung entsprechend zu überarbeiten.

Ausdrücklich begrüßt werden die Änderungen: OD_H Oberes Bömericher Bachtal (NSG) südlich Loosenau; OD_AH Hortenbacher Siefen nordöstlich Menrath (LSG), OD_AI Jungholziefen nordwestlich Menrath (LSG), OD_Aa Hunger Bach bei Unterkirsbach (NSG), OD_Ac Hohlenberger Siefen bei Hollandsmühle (LSG), OD_Ad Siefen bei Lengsberg und Meegen (LSG), OD_Au Hambachtal bei Hollweg (LSG), OD_Av Siefen bei Oberborsbach (LSG)

Anhänge

[Abb_ID_1004142_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Die Umsetzung der BSN richtet sich nach der Zielfestlegung ? *Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern?*. Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Darüberhinaus wird Zustimmung erklärt und es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1004143, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) - Overath

Die Bereiche für den Schutz der Natur wurden auf der Grundlage des Fachbeitrages des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) neu gefasst. Die Änderungen sind in den Karten zu den Hinweisen, Bedenken und Anregungen dargestellt und getrennt nach den betroffenen Kommunen benannt worden. Hierbei werden die bereits im aktuellen Regionalplan enthaltenen Bereiche für den Schutz der Natur neu abgegrenzt. Hierbei ist eine Tendenz zur ?Verschlankung und Verzweigung? festzustellen. Dies bedeutet, dass die im Bergischen Land oft linienhaft ausgeformten Bereiche für den Schutz der Natur häufig in der Breite verringert jedoch mehr Nebensiefen und Quellbereiche einbezogen wurden. Die Verschlankung betrifft oft Flächen außerhalb der Naturschutzgebiete, während die Verzweigung in der Regel Naturschutzgebietsflächen einbezieht. Naturschutzfachlich bestehen gegenüber dieser Vorgehensweise in der Regel keine Bedenken. Sie führen aber in einigen Bereichen zu einer Ausgrenzung hochwertvoller Bereiche aus den BSN. Daher werden zu den nachfolgenden Abgrenzungen der Bereiche für den Schutz der Natur Anmerkungen vorgebracht:

[s. Abb. StnID_1004143]

Hinweise, Anregungen, Bedenken: OV_I Overath, oberes Lehmichsbachtal, östlich Leffelsend, OV_J Overath, oberes Lehmichsbachtal, südlich Hufenstuhl, OV_K Overath, oberes Lehmichsbachtal, nordöstlich Kreutzhäuschen, OV_L Overath, oberes Lehmichsbachtal, zwischen Kreutzhäuschen und Kleinbalken, OV_M Overath, oberes Lehmichsbachtal, südöstlich Hufenstuhl: Die Reduzierungen I, J, K, L, M im oberen Bereich des Haupttales werden aus Naturschutzsicht kritisch gesehen und angeregt eine großzügigere Abgrenzung beizubehalten beziehungsweise neu vorzunehmen.

OV_AM Overath, Schlingenbachtal bei Schlingenthaler Mühle: In diesem Bereich werden relevanten Flächen der Talsohle zeichnerisch nicht getroffen. Es wird angeregt, die Abgrenzung zumindest an dem in der Karte erkennbaren Weg zu orientieren.

Ausdrücklich begrüßt werden die Änderungen: OV_B unteres Naturschutzgebiet Krebsbachtal, OV_H Naturschutzgebiet unteres Holzbachtal, OV_AA Oberheider Siefen (LSG), OV_AB Naturschutzgebiet Katzbachtal, OV_AC Naturschutzgebiet Kombachtal, OV_AD Naturschutzgebiet Agger oberhalb von Overath

Anhänge

[Abb_ID_1004143_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Entwurf des Regionalplanes um eine Neuaufstellung handelt und nicht um eine Fortschreibung eines Regionalplanes. In diesem Sinne erfolgen keine Rücknahmen gegenüber einem Regionalplan.

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten. Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Ver-bundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene

vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Es wird zudem Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Die Umsetzung der BSN richtet sich nach der Zielfestlegung ?*Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern?*.

1004144, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) - Rösrath

Die Bereiche für den Schutz der Natur wurden auf der Grundlage des Fachbeitrages des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) neu gefasst. Die Änderungen sind in den Karten zu den Hinweisen, Bedenken und Anregungen dargestellt und getrennt nach den betroffenen Kommunen benannt worden. Hierbei werden die bereits im aktuellen Regionalplan enthaltenen Bereiche für den Schutz der Natur neu abgegrenzt. Hierbei ist eine Tendenz zur ?Verschlankung und Verzweigung? festzustellen. Dies bedeutet, dass die im Bergischen Land oft linienhaft ausgeformten Bereiche für den Schutz der Natur häufig in der Breite verringert jedoch mehr Nebensiefen und Quellbereiche einbezogen wurden. Die Verschlankung betrifft oft Flächen außerhalb der Naturschutzgebiete, während die Verzweigung in der Regel Naturschutzgebietsflächen einbezieht. Naturschutzfachlich bestehen gegenüber dieser Vorgehensweise in der Regel keine Bedenken. Sie führen aber in einigen Bereichen zu einer Ausgrenzung hochwertvoller Bereiche aus den BSN. Daher werden zu den nachfolgenden Abgrenzungen der Bereiche für den Schutz der Natur Anmerkungen vorgebracht:

[s. Abb. StnID_1004144]

Hinweise, Anregungen, Bedenken: RO_N Rösrath, Krumbachaue bei Kleineichen, RO_P Rösrath, nordwestlicher Ortsrand von Kleineichen: Da der Siedlungsbereich in Kleineichen bis an den Krum- und den Kurtenwaldbach heranreichen wird, wird Wert darauf gelegt, dass die Abgrenzung des Bereiches für den Schutz der Natur die Bachläufe und verbliebene Aueflächen einbezieht.

Ausdrücklich begrüßt werden die Änderungen: RO_X Sülzhangwälder und -aue bei Lüghausen

Anhänge

[Abb_ID_1004144_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Die Umsetzung der BSN richtet sich nach der Zielfestlegung ?Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern?. Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Darüberhinaus wird Zustimmung erklärt und es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1004145, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) - Wermelskirchen

Die Bereiche für den Schutz der Natur wurden auf der Grundlage des Fachbeitrages des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) neu gefasst. Die Änderungen sind in den Karten zu den Hinweisen, Bedenken und Anregungen dargestellt und getrennt nach den betroffenen Kommunen benannt worden. Hierbei werden die bereits im aktuellen Regionalplan enthaltenen Bereiche für den Schutz der Natur neu abgegrenzt. Hierbei ist eine Tendenz zur ?Verschlankung und Verzweigung? festzustellen. Dies bedeutet, dass die im Bergischen Land oft linienhaft ausgeformten Bereiche für den Schutz der Natur häufig in der Breite verringert jedoch mehr Nebensiefen und Quellbereiche einbezogen wurden. Die Verschlankung betrifft oft Flächen außerhalb der Naturschutzgebiete, während die Verzweigung in der Regel Naturschutzgebietsflächen einbezieht. Naturschutzfachlich bestehen gegenüber dieser Vorgehensweise in der Regel keine Bedenken. Sie führen aber in einigen Bereichen zu einer Ausgrenzung hochwertvoller Bereiche aus den BSN. Daher werden zu den nachfolgenden Abgrenzungen der Bereiche für den Schutz der Natur Anmerkungen vorgebracht:

[s. Abb. StnID_1004145]

Hinweise, Anregungen, Bedenken: WK_AN Wermelskirchen, Eifgenbachtal nördlich Finkenholl/Kotterberg, WK_Aa Wermelskirchen, Eifgenbachtal nordwestlich Luchtenberg, WK_Ac Wermelskirchen, Eifgenbachtal, südwestlich Luchtenberg, WK_Ad Wermelskirchen, Eifgenbachtal, östlich Bökershammer: In diesem Bereich werden die relevanten Flächen der Talsohle zeichnerisch nicht getroffen. Es wird angeregt, die zeichnerische Festlegung entsprechend zu überarbeiten.

WK_t Wermelskirchen, Mittleres Krähenbachtal, östlich Großrostringhausen, oberhalb der Vorsperre ?Große Dhünn?: Das Krähenbachtal ist in seiner ganzen Länge von hohem Wert als Lebensraum und im Biotopverbund. Daher sollte zumindest die bisherige Abgrenzung des Bereichs für den Schutz der Natur beibehalten werden, zumal hier auch noch gesetzlich geschützte Biotope vorhanden sind.

Ausdrücklich begrüßt werden die Änderungen: WK_A Naturschutzgebiet Heintjeshammer und Eschbachtal (NSG), In diesem BSN wird angeregt auch die östlichen Flächen des Naturschutzgebietes Heintjeshammer und im Eschbachtal einzubeziehen., WK_B Naturschutzgebiet Töckelhauser Bachtal, WK_a Oberes Linnefetal südlich Dabringhausen (LSG)

Anhänge

[Abb_ID_1004145_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Entwurf des Regionalplanes um eine Neuaufstellung handelt und nicht um eine Fortschreibung eines Regionalplanes. In diesem Sinne erfolgen keine Rücknahmen gegenüber einem Regionalplan.

Die Umsetzung der BSN richtet sich nach der Zielfestlegung ?Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern?. Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Darüberhinaus wird Zustimmung erklärt und es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1004147, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Die Regionalen Grünzüge wurden ebenfalls neugefasst und ragen nunmehr deutlich tiefer nach Osten in das Kreisgebiet hinein:

- in Leichlingen statt bis kurz vor Leichlingen-Grünscheid bis Witzhelden-Flamerscheid
- in Burscheid statt Großhamberg bis Hilgen und Kalteherberg- in Odenthal statt Glöbusch bis Altenberg

- in Bergisch Gladbach statt Hebborn, Milchborntal und Bockenberg bis Oberthal, Ehrenfeld und bis zur Sülz bei Untereschbach

In Rösrath bleibt die Abgrenzung an den westlichen Ortsrändern von Hoffnungsthal und Rösrath beziehungsweise der Autobahn A 3 bestehen. Wermelskirchen, Kürten und Overath sind nicht mit Regionalen Grünzügen versehen.

Die Ausweitung der Regionalen Grünzüge zeigen zwar auch das wachsende Konfliktfeld zwischen Naturschutz und Freizeitnutzung. (Faktisch reicht der Wirkraum der Bevölkerung des Ballungsraumes der Rheinschiene zumindest im Hinblick auf die Erholung noch sehr viel weiter in das Kreisgebiet hinein.) Auf der anderen Seite dienen die regionalen Grünzüge aber der Anbindung von klimatisch bedeutsamen Korridoren und Räumen, weshalb die Ausweitung positiv bewertet wird.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zur regionalplanerischen Ausweitung der Regionalen Grünzüge insbesondere im Osten des Kreisgebietes gegeben. Die geplante Darstellung der Regionalen Grünzüge wird begrüßt.

1004245, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Bergisch Gladbach (GIB) - BG_G1 Zinkhütte Der Gewerbe- und Industriebereich wird nach Süden und Südosten erweitert. Bereits die Erweiterung im Westen griff in den Wald und die Hasselsbachaue ein. Der Hasselsbach musste um die Erweiterungsfläche herum verlegt werden. Im östlichen Erweiterungsbereich werden nun weitere Aue- und Waldflächen als Gewerbe- und Industriebereich festgelegt. Dies bedeutet, dass weitere naturnahe Abschnitte des Hasselsbaches verlegt werden müssen und weitere Waldflächen entfallen. Hierdurch verbleibt zwischen dem südlichen Siedlungsraum und dem künftigen Gewerbe- und Industriebereich ein Waldstreifen von 140 Metern Breite in dem dann der Hasselsbach untergebracht werden muss. Eine potentielle Bachtrasse liegt etwa zwei Meter höher als das bestehende Gelände und erfordert einen erheblichen Aufwand in der Geländemodellierung. Es handelt sich hier um die letzte verbliebene Grünverbindung zwischen der Heideterrasse und den Bergischen Hochflächen in Bergisch Gladbach und hat eine erhebliche Bedeutung im Biotopverbund. Die Reduzierung BG_35 des südlich benachbarten Allgemeinen Siedlungsbereiches von Lückerath zugunsten der Erweiterung des Grünzuges dient der Verhinderung einer künftigen baulichen Verdichtung. Aus Gründen der Erhaltung positiver Klimawirkungen in diesem wichtigen Ausgleichsraum ist dies bedeutsam. Die Festlegung des neuen Bereiches für den Schutz der Natur BG_AQ ist im Hinblick auf die ?Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung? (VB-K-5008-007) folgerichtig. Gleiches gilt aufgrund der überregionalen Luftaustauschfunktion dieses vom Waldklima geprägten Kaltlufteinzugsgebietes. Es wird daher eine Überprüfung angeregt, ob die besonders sensiblen Funktionen wie der Biotopverbund und der Frischluftaustausch mit der vorgelegten Planung tatsächlich dauerhaft gesichert werden.

[s. Anhang Abb. StnID_1004245]

Anhänge

[Abb_ID_1004245_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Einer Reduzierung des GIB sowie einer Festlegung des BSN wird in Teilen entsprochen (s. StnID 1004668). Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.

1004246, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Bergisch Gladbach (GIB) - BG_G2 Meisheide/Grube Weiß und BG_G3 Obereschbach

Erweiterungen sind im Nordwesten der Grube Weiß und in deren Westen im Eschbachtal vorgesehen. Reduzierungen im Nordosten. In Obereschbach werden im Norden die südlichen Flächen des FFH- und Naturschutzgebietes ?Grube Weiß? einbezogen. Reduzierungen sind im Südosten in nichtgewerblichen Flächen des Bebauungsplanes vorgesehen. Die Erweiterungen des Gewerbe- und Industriebereiches in das FFH- und Naturschutzgebietes ?Grube Weiß? und das Eschbachtal hinein sind schon topographisch nicht für eine gewerbliche Nutzung geeignet. Es wird daher angeregt, auf die Erweiterung im BG_G2 im Westen der Grube Weiß zu verzichten und die Erweiterung BG_G3 auf den städtischen Bauhof zu beschränken und sowohl das Eschbachtal (Feuchtbereich, gesetzlich geschütztes Biotop) als auch das Naturschutzgebiet nicht einzubeziehen.

[s. Anhang Abb. StnID_1004246]

Anhänge

[Abb_ID_1004246_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt, von Ausnahmen abgesehen, bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004247, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Bergisch Gladbach (GIB) - BG_G4 Mobilhof am Technologiepark</p> <p>Der bisherige Gewerbe- und Industriebereich zwischen der L195 und der L136 westlich des Technologieparks soll entfallen. Vor allem im Westen wird dies ausdrücklich begrüßt. Bezüglich des östlichen Bereiches wird auf die aktuelle Planung eines Mobilhofes (Betriebshof RVK mit Wasserstofftankstelle) hingewiesen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004247]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004247_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1004250, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Bergisch Gladbach (GIB)</p> <p>BG_G5 Bockenberg - Das Gewerbegebiet Bockenberg wird neu (zuvor Allgemeiner Siedlungsbereich) in den Regionalplan aufgenommen. Die gewerbliche Nutzung besteht bereits. Keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>BG_G7 Gohrsmühle - Der Gewerbe- und Industriebereich bleibt unverändert erhalten. Die Stadt plant eine Vollkonversion des ehemaligen Zanders-Geländes. Es wird angeregt, dies zeichnerisch/ textlich darzustellen.</p> <p>BG_G8 Britanniahütte - Der Gewerbe- und Industriebereich bleibt unverändert erhalten.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004250]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004250_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004679).Darüberhinaus wird Zustimmung erklärt und es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.</p>

1004295, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Burscheid (GIB)</p> <p>BU_G1 Burscheid-Industriestraße: Reduzierung in begrenztem Umfang auf drei Flächen im Norden, davon eine bebaut und zwei nur schwer bebaubar. Keine Bedenken.</p> <p>BU_G2 Bergstraße/Höhestraße: Geringfügige Erweiterung auf bereits bebautem Allgemeinem Siedlungsbereich. Keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>BU_G3 Oberlandscheid: Erweiterungsbereich nördlich der Autobahn bei Löhe. Hier sind in der Realisierung Schutzmaßnahmen für den Wiembach erforderlich. Zum Teil aktuell Friedhof. Auf beiden Seiten der Autobahn bislang nicht realisiert. Keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>BU_G4 Strasserhof/Heiligeneiche (GIBinterkommunal): Strasserhof aktuell in der Erschließung. Erweiterung nach Westen bis nach Leverkusen hinein sowie begrenzt an einer Stelle auch nach Norden. Reduzierungen im Norden in baulich kaum nutzbaren Bereichen. Keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004295]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004295_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1004297, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Kürten (GIB)</p> <p>KU_G1 Herweg: Im Nordwesten etwa zur Hälfte als GIB-Festlegung vorhanden. Vorgesehen ist eine Erweiterung auf im Wesentlichen bereits bebaute Flächen beiderseits der B 506, sowie geringfügige Erweiterungen nach Süden und Westen am Bestandsgebiet (Nachvollzug Bestand). Kleinflächige Reduzierungen sind im Westen (Hangfläche) und im Nordosten (Quellbereich) vorgesehen. Der Baubestand entlang der B 506 ist nur im nördlichen Bereich in Teilen gewerblich geprägt. Im Süden dominiert die Wohnnutzung ergänzt um Landwirtschaft. In diesem Bereich wäre eine Festlegung als Allgemeiner Siedlungsbereich sinnvoller. Im Flächennutzungsplan sind die Flächen als gemischte Bauflächen und Wohnbauflächen dargestellt. Keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>KU_G2 Herrscherthal: Reduzierung im Nordosten. Im Flächennutzungsplan ist die Fläche als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004297]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004297_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1004299, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Bergisch Gladbach und Kürten (GIB) ? interkommunal / regional</p> <p>KU_G3 Spitze und BG_G6 GIBregional (Kürten und Bergisch Gladbach): Gegenüber der bisherigen Festlegung im Regionalplan wird der Gewerbe- und Industriebereich deutlich verkleinert. Während in Kürten nur geringe Anpassungen erfolgen: Reduzierungen im Osten (Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich) und Nordwesten (Allgemeiner Siedlungsbereich), Erweiterung im Nordosten, entfällt auf Bergisch Gladbacher Gebiet der größte Teil der bisherigen Festlegung im Westen und Süden. Aufgrund der hängigen Topographie und der der Lage im Freiraum besteht Bedarf an hochwertiger Gestaltung und Einbindung. In Kürten abgestimmt im Gewerbeflächenkonzept des Rheinisch-Bergischen Kreises. Keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004299]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004299_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen Entwicklung und nachgelagerten Planungsebenen vorgebracht. Darüber hinaus werden keine Bedenken geäußert.</p> <p>Auf die Erläuterungen und Stellungnahme mit StnID 1004670 wird verwiesen.</p>

1004300, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Leichlingen (GIB)</p> <p>LE_G1 Leichlingen-Sonne (GIBregional): Im Wesentlichen unverändert: Reduzierung im Nordwesten, Erweiterung im Süden. Bislang nicht realisiert Keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004300]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004300_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht darüberhinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1004301, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Overath und Rösrath (GIB)</p> <p>OV_G1 Hammermühle: Der Gewerbe- und Industriebereich wird entlang der Agger im Gewerbegebietsbestand und im Bereich des Bergweiherbaches verkleinert. Die Änderung im Westen wird zum Schutz des Bergweiherbaches ausdrücklich begrüßt. Die Reduzierung im bestehenden Gewerbegebiet ist dem Hochwasserschutz geschuldet.</p> <p>OV_G2 Burghof: Der Gewerbe- und Industriebereich wird zwischen der Straße Burghof und dem Diepenbroicher Bach verkleinert. Die Herausnahme des Diepenbroicher Baches und der begleitenden Waldflächen wird begrüßt. Hingegen ist die Herausnahme von bebauten und flächig versiegelten Gewerbeflächen ohne Wirkung</p> <p>OV_G3 Ginsterfeld und OV_G4 Ennenbach: Geringfügige Reduzierung im Bereich der Autobahnböschung. Reduzierung östlich der K 38 und westlich des Fleutsiefens. Die Reduzierung am Fleutsiefen wird ausdrücklich begrüßt. Die Flächen sind aktuell noch nicht erschlossen, jedoch im Gewerbeflächenkonzept des Rheinisch-Bergischen Kreises abgestimmt. Keine Bedenken.</p> <p>OV_G5 Klef: Dieser Gewerbe- und Industriebereich wird neu in den Regionalplan aufgenommen. Er wurde im Gewerbeflächenkonzept des Rheinisch-Bergischen Kreises vorabgestimmt. Keine grundsätzlichen Bedenken</p> <p>OV_G6 Unterauel und RO_G1 Leimbach: Dieser Gewerbe- und Industriebereich ist im Regionalplanentwurf nicht mehr enthalten. Teilweise ist gewerblicher Bestand vorhanden. Der größere Teil der Fläche ist jedoch noch nicht erschlossen. Die Reduzierung wird vor dem Hintergrund des Hochwasserschutzes in der Sülzaue begrüßt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004301]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004301_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebene gegeben.</p>

1004304, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Wermelskirchen (GIB)</p> <p>WK_G1 Büschhausen: Neu aufgenommen in den Regionalplan. Bisher Allgemeiner Siedlungsbereich und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich mit Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsgebundenen Erholung. Bislang noch keine gewerbliche Nutzung. Abgestimmt im Gewerbeflächenkonzept des Rheinisch-Bergischen Kreises. Aufgrund der Lage im Freiraum Bedarf an hochwertiger Gestaltung und Einbindung. Keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>WK_G2 Ostringhausen: Neu aufgenommen in den Regionalplan. Bisher Allgemeiner Siedlungsbereich und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich mit Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsgebundenen Erholung. Bereits weitgehend gewerblich genutzt. ?Autobahn? aktuell in Erschließung. Entwicklungsflächen noch im Südwesten ?Hinter?m Hofe?. Schutzabstände zum Bereich für den Schutz der Natur (Naturschutzgebiet Sengbachtal) erforderlich. Bewältigung der schwierigen Topographie Abgestimmt im Gewerbeflächenkonzept des Rheinisch-Bergischen Kreises. Keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>WK_G3 Kenkhausen: Der GIB ist im Bestand vorhanden. Im Norden erfolgt eine Reduzierung zugunsten von Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich sowie im Südwesten zugunsten von Allgemeinem Siedlungsbereich. Im Osten wird eine Erweiterung in den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich vorgesehen. Keine Bedenken.</p> <p>WK_G4 Neuenhöhe Nord: Im Bestand vorhanden und weitgehend ausgenutzt. Reduzierung im Osten zugunsten von Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich. Keine Bedenken</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004304]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004304_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen / zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus werden keine grundsätzlichen Bedenken geäußert.</p>

1004305, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Wermelskirchen (GIB)</p> <p>WK_G6 Gleisdreieck Knochendelle (GIBinterkommunal) mit Remscheid (Regionalplan Düsseldorf) und Hückeswagen: Textliche Festlegung: <i>?Voraussetzung für die Umsetzung des GIBinterkommunal mit Standort in Hückeswagen/ Wermelskirchen ist gemäß LEP NRW ein angrenzender regionalplanerisch festgelegter Siedlungsbereich im Regionalplan Düsseldorf. Planungen und Maßnahmen zur Entwicklung sind ausgeschlossen, wenn diese Voraussetzung nicht erfüllt ist.?</i> Der Standort schließt unmittelbar an das Eifgenquellgebiet (Kerngebiet im Naturschutzgebiet ?Eifgenbachtal?) an. Teilweise werden bisherige Flächen des Bereiches für den Schutz der Natur im oberen Eifgenbachtal überplant. Die wesentlichen gewerblich nutzbaren Flächen liegen in Remscheid. Die Erweiterungsfläche im Osten des WK_G5 schließt an die Remscheider Flächen an. Hier liegen auf Wermelskirchener Gebiet auch die wesentlichen Möglichkeiten. Im WK_G6 liegen nur in geringem Umfange gewerbliche Möglichkeiten. Der Großteil der Fläche wird für Maßnahmen zur Einbindung des Gebietes, zur Kompensation und als Puffer zum Naturschutzgebiet benötigt. Hinsichtlich der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege besteht noch Regelungsbedarf. Aktuell laufen Vorabstimmungen mit den drei planenden Kommunen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004305]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004305_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Informationen und Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben und hierzu laufenden Abstimmungen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen. Darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert</p> <p>Die Umsetzung der BSN richtet sich nach der Zielfestlegung 20 ? <i>Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern?</i>.</p>

1004359, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Bergisch Gladbach (ASB)

BG_6 Weidenbuscher Weg: Es wird angeregt, auf die Erweiterung nach Norden in den Lubusch und die Landschaft hinein aus Gründen des Freiraumschutzes zu verzichten.

[s. Anhang Abb. StnID_1004359]

Anhänge

[Abb_ID_1004359_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004648).

1004360, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Bergisch Gladbach (ASB)</p> <p>BG_13 Steinenkamp/Peterskaule: Eine Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereich ist nur nördlich der Straße Steinenkamp/Hebborner Straße mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege verträglich. Gegen die Einbeziehung der Waldflächen, gehölzreichen Gartenbrachen und Wiesenflächen südlich der Straße Steinenkamp/ Hebborner Straße werden entsprechend der Stellungnahme zum Flächennutzungsplan der Stadt Bergisch Gladbach Bedenken angemeldet.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004360]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004360_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004662).</p>

1004361, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Bergisch Gladbach (ASB)</p> <p>BG_15 Hebborn-Nord: Auf den Wert des Baumbestandes auf dem Hebborner Friedhof und des Waldrestes im Norden wird hingewiesen. Zu beiden sind bei einer Siedlungsentwicklung nördlich der B506 Schutzabstände erforderlich. Die Abgrenzung des Allgemeinen Siedlungsbereiches sollte daher zumindest im Norden bereits von dem Waldbestand abgerückt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004361]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004361_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004666).</p>

1004362, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Bergisch Gladbach (ASB)</p> <p>BG_19 Margarethen-Höhe: Es wird angeregt, nur die Flächen des Altenheimes in den Allgemeinen Siedlungsbereich aufzunehmen, jedoch die Flächen im Strundetal (Naturschutzgebiet) im Freiraum zu belassen</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_100435962</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004362_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004363, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Bergisch Gladbach (ASB)</p> <p>BG_28 Hand, Görlitzer Straße: Entsprechend der Stellungnahme des Kreises im Rahmen der Flächennutzungsplanaufstellung werden Bedenken gegen die Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches auf die unregelmäßig gewerblich genutzte Fläche geltend gemacht. Aufgrund der Nähe zum FFH-Gebiet Thielenbruch (südlich angrenzend) sind Beeinträchtigungen zu erwarten.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004363]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004363_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht, der faktischen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Zudem bleibt die Festlegung des Siedlungsbereichs hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1004364, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Bergisch Gladbach (ASB)</p> <p>G_50 Herkenrath/Asselborner Weg: Es wird angeregt, den Quellbereich des Asselborner Baches nicht in den Allgemeinen Siedlungsbereich einzubeziehen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004364]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004364_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004365, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Bergisch Gladbach (ASB)</p> <p>BG_51 Braunsberg: Gegen die Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches nach Osten in die Landschaft hinein in Braunsberg werden wie auch schon zum Flächennutzungsplanverfahren Bedenken geltend gemacht. Auf die hängige Topographie zur Silberkaule hinunter wird hingewiesen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004365]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004365_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1008170).</p>

1004366, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Bergisch Gladbach (ASB)

BG_3 Scheider Feld: Die Änderung wird ausdrücklich zum Schutz des Scheider Bachtals begrüßt.

BG_5 Schüllenbusch/Sträßchen-Siefen: Die Änderung wird zum Schutz der Landschaft begrüßt.

BG_7 Torringen: Die Änderung wird zum Schutz der Landschaft, der Feuchtbereiche und als Puffer zum Waldgebiet Diepeschrath begrüßt.

BG_9 Klutstein/Seelsheide/Hoppersheide: Die Änderung wird zum Schutz des zusammenhängenden Waldgebietes auf der Heideterrasse zwischen Köln, Leverkusen und Bergisch Gladbach sowie für das Naturschutzgebiet Nittum-Hoppersheider Bruch ausdrücklich begrüßt.

BG_11 Nussbaum West: Die Änderung wird zum Schutz des Naturschutzgebietes Fronnenbroich und der Weidenbachaue ausdrücklich begrüßt.

BG_14 Töpferweg/Vogelsiedlung: Die Änderung wird zum Schutze des Waldgebietes und des klimatischen Ausgleichsraumes ausdrücklich begrüßt

BG_16 Am Stich: Die Änderung wird zum Schutz der Landschaft um das Naturschutzgebiet Schlade herum ausdrücklich begrüßt.

BG_18 Rommerscheid: Die Änderung wird trotz des erheblichen Baubestandes zum Schutz der Schlade und des Strundetales ausdrücklich begrüßt.

BG_24 Rodemich/Rodenbach/Kradepohl: Die Änderung wird für den Bereich des Naturschutzgebietes ausdrücklich begrüßt. Im bebauten Bereich macht sie hingegen keinen Sinn.

BG_27 FFH-Thielenbruch: Die Änderung wird zum Schutz des Thielenbruches ausdrücklich begrüßt

BG_29 Diepeschrather Wiese: Die Änderung wird im Norden zum Schutz der geschützten Biotope in der Mutzbachauaue ausdrücklich begrüßt.

BG_32 Altrefrath/Sandbüchel: Die Änderung wird zum Schutz des Naturschutzgebietes Gierather Wald ausdrücklich begrüßt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Zu den Hinweisen zu BG_35 siehe Erläuterungen zu StnID 1004668.

BG_33 Am Rittersteg: Die Änderung wird im Norden zum Schutz des Saaler Mühlenbaches ausdrücklich begrüßt.

BG_35 Lückerather Anger/Milchbornbachaue: Die Änderung wird soweit sie den Freiraum in der Milchbornbachaue und am Lückerather Anger betrifft ausdrücklich begrüßt. Die Herausnahme der bebauten Siedlungsflächen erweckt, jedoch eher den Eindruck eines breiten Grünzuges, welcher in der Realität nicht existiert. Dies wird im Zusammenhang mit der Erweiterung des GIB an der Zinkhütte aus Sicht der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege kritisch beurteilt.

BG_36 Carpark: Die Änderung wird zum Schutz des Biotopverbundes, der Hardt und der Grube Cox ausdrücklich begrüßt.

BG_38 Zuckerhütchen, Moitzfeld: Die Änderung wird zum Schutz des Naturschutzgebietes Hardt ausdrücklich begrüßt.

BG_40 Rotdornweg/Höhe/Birkerhof: Die Änderung wird zum Schutz des Naturschutzgebietes Hardt und des Biotopverbundes ausdrücklich begrüßt.

BG_42 Herweg: Die Änderung wird zum Schutz des Naturschutzgebietes Krebsbachtal ausdrücklich begrüßt.

BG_43 Bockenberg: Die Änderung wird zum Schutz des Biotopverbundes und des Böttcherbaches ausdrücklich begrüßt

BG_47 Nähe BAST: Die Änderung wird zum Schutz des Königsforstes ausdrücklich begrüßt.

BG_48 Wasserdelle: Die Änderung wird zum Schutz des Königsforstes ausdrücklich begrüßt.

BG_52 Obervolbach: Die Änderung wird zum Schutz der Quellsiefen des Volbaches begrüßt.

BG_53 Herkenrath-West: Die Änderung wird zum Schutz der Quellsiefen des Lerbaches begrüßt.

[s. Anhang Abb. StnID_1004366]

Anhänge

[Abb_ID_1004366_1.pdf](#)

1004372, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Burscheid (ASB)</p> <p>BU_1 Burscheid-Dierath: Großflächige Neufestlegung. Teilweise Bestand. Auf die zentralen, aktuell noch nicht erschlossenen Quellen und Quellbäche des Ölbaches wird hingewiesen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004372]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004372_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1004373, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Burscheid (ASB)</p> <p>BU_9 Burscheid, Hammerweg Löhsiedlung: Auf die Einbeziehung von Quellbereichen des Eifgenbaches (FFH, NSG) wird hingewiesen. Eine bauliche Erschließung ist hier sehr schwierig.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004373]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004373_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

1004374, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Burscheid (ASB)</p> <p>BU_10 Burscheid Löh: Hinweis: Die Erweiterung des vorhandenen Siedlungssplitters ist nur in Ergänzung mit der Realisation des Gewerbegebietes sinnvoll, da sich ansonsten ein weiterer Siedlungssplitter verfestigt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004374]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004374_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.</p> <p>Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht und darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1004375, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Burscheid (ASB)

BU_12 Burscheid-Sieferfeld: Die Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches bis an den quellenahen Oberlauf des Wiembaches heran, beeinträchtigt das Naturschutzgebiet.

[s. Anhang Abb. StnID_1004375]

Anhänge

[Abb_ID_1004375_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Unter Beachtung des Planungsmaßstabs wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) als BSN festgelegt. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf den Grundsatz des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

--	--

1004376, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Burscheid (ASB)

BU_17 Burscheid, Linde/Bellinghausen: Es wird angeregt, auf die Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches bis an das Naturschutzgebiet ?Eifgenbachtal? mit den Quellbereichen des Bellinghauser Baches zu verzichten.

[s. Anhang Abb. StnID_1004376]

Anhänge

[Abb_ID_1004376_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Unter Beachtung des Planungsmaßstabs wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) als BSN festgelegt. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf den Grundsatz des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN

	dient, wird verwiesen.
--	------------------------

1004377, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Burscheid (ASB)

BU_21 Kleinbrucher Straße und BU_22 Hürdinghausen: Auf die in diesen Erweiterungsbereichen gelegenen Quellbereiche des Brucher Baches (Zulauf Trinkwassertalsperre Sengbachtal) wird hingewiesen.

BU_29 Burscheid, Gartenblech: Auf die im Gebiet vorhandenen Quellbereiche des Höhscheider Baches wird hingewiesen.

[s. Anhang Abb. StnID_1004377]

Anhänge

[Abb_ID_1004377_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

1004378, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Burscheid (ASB)</p> <p>BU_15 Rötzinghofen: Quellbereich Bornheimer Bach nicht mehr überplant.</p> <p>BU_20 Bechhauser Feld: Quellbereich des Heimbaches im Naturschutzgebiet Eifgenbachtal nicht mehr überplant.</p> <p>BU_24 Am Siefer Busch, BU_25 Kotten und BU_26 Benninghausen: Die Änderungen werden zum Schutze des oberen Murbaches ausdrücklich begrüßt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004378]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID_1004378_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1004396, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Kürten ASB

KU_6 Kürten Weiden-Süd: Es wird angeregt, die bandartige Siedlungsentwicklung zwischen Kürten und Weiden in Ost-West-Richtung durchlässig zu erhalten und zwischen Busch und Weiden den Allgemeinen Siedlungsbereich nicht zu schließen.

KU_10 Helpental: In gleichem Sinne wird angeregt auf die Erweiterung an dieser Stelle zu verzichten, zumal es sich hier um stärker geneigte Flächen handelt.

KU_12 Ohl: Gegen das weitere Vordringen des Siedlungsraumes in die Sülzaue werden Bedenken angemeldet.

KU_15 Schulzentrum/Olpener Straße: Es wird angeregt, auf eine Siedlungsentwicklung im Talraum nördlich der Olpener Straße zu verzichten. Es handelt sich hier um einen feuchten von einem Bachlauf durchflossenen Talgrund. Auch topographisch eignet sich die Mulde nicht für eine Bebauung.

KU_17 Katharinagluck: Es werden Bedenken gegen die Einbeziehung von Freiraumflächen nördlich des Miebaches in den Allgemeinen Siedlungsbereich geltend gemacht. Bereits durch den Vollsortimenter ist dieser Bereich erheblich belastet worden, weitere Ausdehnungen des Siedlungsraumes nördlich der L 286 werden aus Sicht der Belange des Freiraumschutzes nicht mitgetragen. Bezüglich der Ausdehnung nach Osten südlich der L 286 wird angeregt, den Allgemeinen Siedlungsbereich deutlich vor Katharinagluck enden zu lassen.

KU_19 Buchholzberg: Aus Sicht der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege wird angeregt, im Süden von Dürscheid auf eine Siedlungsentwicklung östlich des Dürschbaches zu verzichten und Beeinträchtigungen der Dürschbachaue zu vermeiden. Auf die nach Osten zunehmend schwierige Topographie wird hingewiesen.

KU_20 Steintor: Es wird angeregt, auf Siedlungsentwicklungen südlich der L 286 zu verzichten. Eine bauliche Erschließung ist aufgrund der erheblichen Hangneigung nur sehr aufwendig durchzuführen.

KU_23 Dorpe: Es wird angeregt, auf Siedlungsentwicklungen nördlich der Kapelle in Spitze aus Gründen des Freiraumerhalts zu verzichten. Auf die Bedeutung des Baudenkmals in Verbindung mit den Naturdenkmälern KÜ_2.3-(I)-25 wird hingewiesen.

KU_25 Dürscheid, Sportplatz: Es wird angeregt, auf diese Erweiterung zu verzichten. Der Siedlungsbereich ist in diesem Bereich abgerundet vorhanden. Eine

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw.

Siedlungsentwicklung hier ermöglicht durch die Vorbildwirkung auch weitere Siedlungsentwicklungen im Norden und Osten.

[s. Anhang Abb. StnID_1004396]

Anhänge

[Abb_ID_1004396_1.pdf](#)

Rechte werden nicht berührt.

1004398, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Kürten (ASB)</p> <p>KU_4 Dorfstraße: Die Änderung wird zum Schutz der Quellsiefen der Scherf begrüßt.</p> <p>KU_8 Busch Südwest: Die Änderung wird zum Schutz der Quellsiefen des Kalsbaches ausdrücklich begrüßt.</p> <p>KU_9 Antoniushöhe: Die Änderung wird zum Schutz der Landschaft und der Vermeidung der Verfestigung der bandartigen Siedlungsentwicklung begrüßt.</p> <p>KU_13 Hülsensteeg Nord: Die Änderung wird zum Schutz der Sülzaue ausdrücklich begrüßt.</p> <p>KU_14 Hülsensteeg-Ost: Die Änderung wird zum Schutz der Landschaft begrüßt.</p> <p>KU_16 Steeg: Die Änderung wird zum Schutz des Naturschutzgebiet Steeger Berg ausdrücklich begrüßt.</p> <p>KU_18 Winterberg: Die Änderung wird zum Schutz der Landschaft begrüßt.</p> <p>KU_24 Zur Kapelle: Die Änderung wird zum Schutz der Landschaft begrüßt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004398]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004398_1.pdf</p> <p>Abb_ID_1004398_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1004399, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Leichlingen (ASB)</p> <p>LE_4 Leichlingen, Am Adler: In diesem Gebiet werden die flächigen Naturdenkmale LE_2.3-01 und LE_2.3-01a der Leichlinger Sandberge mit in den Allgemeinen Siedlungsbereich einbezogen. Es wird angeregt, die Flächen der Naturdenkmale nicht in den Allgemeinen Siedlungsbereich einzubeziehen.</p> <p>LE_17 Leichlingen, Witzhelden Süd: Auf das Naturdenkmal LE_2.3-05 wird hingewiesen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004399]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004399.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004400, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Leichlingen (ASB)</p> <p>LE_2 Staderhof: Puffervergrößerung für die Wupper (FFH, NSG)</p> <p>LE_5 Am Block: Puffervergrößerung für das FFH-Gebiet Further Moor</p> <p>LE_6 Further Weg: Schutzstreifen für den Riedbach (NSG)</p> <p>LE_7 Riedbachaue/Trompete/Rothenberg: Schutzstreifen für die Naturschutzgebiete und Naturdenkmale</p> <p>LE_8 Rehborn: Puffervergrößerung für den Hülser Bruch (NSG) und den geschützten Landschaftsbestandteil LE_2.4-05</p> <p>LE_10 Schraffenberg: Puffervergrößerung für die Wupper (FFH, NSG)</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004400]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID_1004400_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten. Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.</p>

--	--	--

1004401, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Odenthal (ASB)</p> <p>OD_23 Voiswinkel-Sonnenberg: Auf die Mutzbachau und die Blickbeziehung in die Kölner Bucht vom Sonnenberg wird hingewiesen.</p> <p>OD_24 Odenthal-Mutz: Es wird angeregt die Aue des Mutzbaches von Siedlungsentwicklung freizuhalten.</p> <p>OD_37 Nussbaum/Trienenhaus: Gegen das weitere Vordringen des Siedlungsraumes nach Süden und in den Bereich der Quellsiefen der Strunde werden Bedenken geltend gemacht. Die Erweiterung sollte spätestens in Höhe des südlichen Randes von Nussbaum enden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004401]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004401_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004402, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Odenthal (ASB)</p> <p>OD_1 Straßerhof: Die Änderung wird zum Schutz des Köttersbaches ausdrücklich begrüßt.</p> <p>OD_2 Brander Hof: Die Änderung wird zum Schutz des Leimbaches ausdrücklich begrüßt.</p> <p>OD_3 Holz, Schulstraße + OD_4 Kerberich/Eifgenstraße: Die Änderungen werden zum Schutz der westlichen Nebenbäche der Dhünn ausdrücklich begrüßt.</p> <p>OD_5 Glöbusch West: Die Änderung wird zum Schutz der Quellbereiche der Zuflüsse des Leimbaches und des Osenauer Baches ausdrücklich begrüßt.</p> <p>OD_9 Stein, Leye, Farzemich: Die Änderung wird zum Schutz des FFH- und Naturschutzgebietes Dhünn und seiner westlichen Zuläufe ausdrücklich begrüßt.</p> <p>OD_12 Hahnenberg bis Osenau: Die Änderung wird zum Schutz des Hahnenberger Baches und von klimatischen Ausgleichsräumen ausdrücklich begrüßt.</p> <p>OD_13 Schulzentrum: Die Änderung wird zum Schutz des FFH- und Naturschutzgebietes Dhünn ausdrücklich begrüßt.</p> <p>OD_15 Thelensiefen: Die Änderung wird zum Schutz des Thelensiefens ausdrücklich begrüßt.</p> <p>OD_19 Lanzemich: Die Änderung wird zum Schutz des Bechsiefens ausdrücklich begrüßt.</p> <p>OD_20 Höhe: Die Änderung wird zum Schutz der Hangwälder des Scherfbachtales ausdrücklich begrüßt.</p> <p>OD_22 Oberborsbacher Straße: Die Änderung wird zum Schutz der Hangwälder des Scherfbachtales und der eingebetteten Siefen ausdrücklich begrüßt.</p> <p>OD_26 Schwarzbroich: Die Änderung wird zum Schutz des Hundtbergersiefens ausdrücklich begrüßt.</p> <p>OD_29 Altehufe: Die Änderung wird zum Schutz des Hufer Siefens begrüßt.</p> <p>OD_31 Rosenthal: Die Änderung wird zur Vermeidung einer weiteren bandartigen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

<p>Siedlungsstruktur an der B 506 begrüßt</p> <p>OD 36 Zum Tempel: Die Änderung wird zum Schutz der Quellsiefen der Strunde begrüßt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004401]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID_1004402_1.pdf</p>	
---	--

1004404, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Overath (ASB)</p> <p>OV_37 Rosenhügel: Es wird angeregt den Siedlungsraum im Randbereich des Gemeindegebietes nicht in die Landschaft zu erweitern.</p> <p>OV_38 Zur Kaule/Obervilkerath: Auch wenn es dem Hochwasserschutz geschuldet ist, bleibt die großflächig versiegelte gewerbliche Fläche bestehen.</p> <p>OV_48: Lehmbach-Ost Es wird darauf hingewiesen, dass der Wechsel von GIB zu ASB die Aue nicht entlastet und auch die Hochwassergefahr nicht mindert.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004404]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004404_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

Inhalt

Overath (ASB)

OV_2 Schulstraße/Untersteeg: Die Änderung wird zum Schutz der Sülz außerhalb der gewerblich genutzten Flächen begrüßt.

OV_3 Overath, Kirchweg: Die Änderung wird zum Schutz der Landschaft begrüßt.

OV_5 Neichener Straße: Die Änderung wird zum Schutz der Landschaft begrüßt.

OV_6 Dresbachtal: Die Änderung wird zum Schutz des Dresbachtales ausdrücklich begrüßt.

OV_9 Erenkamp: Die Änderung wird zum Schutz der Quellsiefen des Holzbachtales ausdrücklich begrüßt.

OV_10 Wiedenhof: Die Änderung wird zum Schutz der Quellsiefen des Krebsbachtales ausdrücklich begrüßt.

OV_15 Klevberg: Die Änderung wird zum Schutz der Landschaft begrüßt.

OV_16 Bitzenberg: Die Änderung wird zum Schutz des Dresbachtales ausdrücklich begrüßt.

OV_17 Großlöderich: Die Änderung wird zum Schutz des Dresbachtales ausdrücklich begrüßt.

OV_20 Bücheler Straße: Die Änderung wird zum Schutz der Landschaft und des Gewässers ausdrücklich begrüßt.

OV_22 Overath-Starenweg + OV_23 Breslauer Straße: Die Änderungen werden zum Schutz des Bergweiherbachtales ausdrücklich begrüßt.

OV_24 Mucher Straße: Die Änderung wird zum Schutz der Aggeraue und der AL-GL-0004, Lindenallee an der Alten Mucher Straße, ausdrücklich begrüßt.

OV_25 Alte Mucher Straße + OV_26 An der Ringmauer + OV_29 Aggeraue südlich Overath: Die Änderungen werden zum Schutz der Aggeraue ausdrücklich begrüßt.

OV_32 Burchelssiefen: Die Änderung wird zum Schutz des Burchelssiefens ausdrücklich begrüßt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

OV_34 Im Burchels + OV_35 Rappenhohner Straße: Die Änderungen werden zum Schutz der Landschaft und des Waldes ausdrücklich begrüßt.

OV_36 Vilkerath-Steinhaus: Die Änderung wird zum Schutz des Waldes und des Gewässers ausdrücklich begrüßt.

OV_40 Krombach: Die Änderung wird zum Schutz der Quellsiefen der Agger ausdrücklich begrüßt.

OV_41 Oderscheider Feld: Die Änderung wird zum Schutz des Lombaches ausdrücklich begrüßt.

OV_42 Großoderscheid + OV_43 Franziskanerstraße: Die Änderungen werden zum Schutz des kleinen Naafbachtales ausdrücklich begrüßt.

[s. Anhang Abb. StnID_1004405]

Anhänge

[Abb_ID_1004405_1.pdf](#)

1004408, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Rösrath (ASB)</p> <p>RO_5 Am Kurtenwald/Forsbach Süd: Gegen die Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches von Forsbach nach Süden über den Bestand hinaus werden zum Schutz des Waldes Bedenken aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege angemeldet</p> <p>RO_6 Wiesenweg/Jägerstraße: Es wird angeregt, auf die Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches südlich des Wiesenweges in Verlängerung der Straße Ponywiese über den Bestand hinaus zu verzichten. Um den Puffer zu den Waldflächen und Feuchtbereichen (Biotopverbundraum mit herausragender Bedeutung) zu erhalten.</p> <p>RO_22 Münchenberg: Es wird angeregt, den erweiterten Allgemeinen Siedlungsbereich im Osten deutlicher vom Bereich für den Schutz der Natur (Naturschutzgebiet Immetsiefen) abzurücken.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004408]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004408_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1004409, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Rösrath (ASB)</p> <p>RO_4 Hedwigshöhe/Fuchsweg: Die Änderung wird zum Schutz der Fuchskaule begrüßt.</p> <p>RO_7 Mühlenweg + RO_8 Wielpützfeld/Überhöfer Feld + RO_9 Leimbach Nord: Die Änderungen werden zum Schutze des Königsforstes ausdrücklich begrüßt.</p> <p>RO_11 Am Heidenkeller/Hoffnungsthal-Ost + RO_13 Hover Weg: Die Änderungen werden zum Schutze der Hangwälder des Sülztales begrüßt.</p> <p>RO_17 Sülzer Burg/Hoffnungsthal-West: Die Änderung wird zum Schutz der Sülzaue und zur Erhaltung von Retentionsraum ausdrücklich begrüßt.</p> <p>RO_23 Steeg: Die Änderung wird zum Schutz des Immetsiefens ausdrücklich begrüßt.</p> <p>RO_24 Gammersbacher Weg: Die Änderung wird zum Schutz der Landschaft ausdrücklich begrüßt.</p> <p>RO_26 An der Grünen Furth: Die Änderung wird zum Schutze des Königsforstes ausdrücklich begrüßt.</p> <p>RO_29 Stümpen + RO_30 Vierkotten: Die Änderungen werden zum Schutz des Waldes und des Gewässers ausdrücklich begrüßt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004409]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004409_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1004410, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Wermelskirchen (ASB)</p> <p>WK_9 Sellscheid/Neuenflügel: Es wird angeregt, die Erweiterung auf den südlichen, im Flächennutzungsplan bereits dargestellten Bereich an der L 157 zu beschränken, um die Inanspruchnahme des Freiraumes zwischen den linearen Siedlungsstrukturen Neuenflügel und Sellscheid zu begrenzen.</p> <p>WK_19 Kenkhausen: Auf den Quellbereich des Höllenbaches wird hingewiesen. Dieser nimmt den Großteil der Fläche ein. Es wird angeregt ihn nicht in den Allgemeinen Siedlungsbereich einzubeziehen.</p> <p>WK_22 Lüffringhausen/Wüstenhof: Entsprechend der Vorabstimmung mit der Stadt Wermelskirchen wird angeregt, den Erweiterungsbereich im Norden deutlich zu reduzieren. Auf die dort angesiedelten Ökokontoflächen der Stadt Wermelskirchen wird hingewiesen.</p> <p>WK_41 Arnzhäuschen: Auf den Quellbereich des Schürholzer Baches im Nordwesten wird hingewiesen und seine Ausgrenzung aus dem Allgemeinen Siedlungsbereich angeregt.</p> <p>WK_46 Asterweg-Süd: Die Fläche war Gegenstand von Vorabstimmungen mit der Stadt Wermelskirchen und wurde in diesem Zusammenhang seitens der unteren Naturschutzbehörde abgelehnt, da die Freifläche eine hohe Schutzwürdigkeit aufweist. Das Naturschutzgebiet Eifgenbachtal grenzt unmittelbar angrenzend an. Wirkzone auf das FFH-Gebiet Eifgenbachtal ist gegeben. Auf die Bedeutung der Fläche für die Erreichung von Klimaschutzziele und vorhandene schutzwürdige Böden wird hingewiesen; ebenso auf die schwierige Topographie und die bei der Planung des Lebensmittelvollsortimenters zu Tage getretenen Probleme bei der Niederschlagswasserversickerung. Die Untere Naturschutzbehörde macht Bedenken gegen die Einbeziehung der südlichen im Landschaftsschutzgebiet gelegenen Flächen mit Ausnahme des Standortes des Lebensmittelvollsortimenters geltend und regt an auf diese Flächen zu verzichten.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004410]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004410_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Ein grundsätzlicher regionalplanerischer Konflikt ist in Bezug auf die ASB-Festlegung nicht erkennbar. Ggf. erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung örtlicher Konflikte, z.B. aus ökologischen Gründen oder in Bezug zum angrenzenden FFH-Gebiet Eifgenbachtal, sind Gegenstand der bauleitplanerischen Umsetzung,</p>

1004411, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Wermelskirchen (ASB)</p> <p>WK_4 Bechhausen/Hilgener Ziegelei: Die Änderungen werden zum Schutze des Quellbereiches des Heimbaches im Naturschutzgebiet Eifgenbachtal ausdrücklich begrüßt.</p> <p>WK_7 Herrlinghausen + WK_8 Kolfhausen: Die Änderungen werden zum Schutze des Naturschutzgebietes Eifgenbachtal ausdrücklich begrüßt.</p> <p>WK_10 Pohlhausen-Ost: Die Änderung wird zum Schutz des Bellinghauser und Pohlhauser Bachtals ausdrücklich begrüßt.</p> <p>WK_12 Bollinghausen-Nord: Die Änderung wird zum Schutz des Heintjesmühlenbachtals ausdrücklich begrüßt.</p> <p>WK_17 Hagenstraße + WK_18 Kehrbusch/Kenkhausen: Die Änderungen werden zum Schutz des Höllenbachtals ausdrücklich begrüßt.</p> <p>WK_20 Hülsenbusch + WK_21 Quellbereich Lüffringhauser Bach: Die Änderungen werden zum Schutz des Lüffringhauser Bachtals ausdrücklich begrüßt.</p> <p>WK_24 Elbringhausen + WK_25 Brahmsstraße + WK_26 Pfaffenberg + WK_27 Krankenhaus + WK_28 Ellenbusch + WK_31 Braunsberger Bachtal + WK_32 Rosenacker: Die Änderungen werden zum Schutz der Eifgen-Zuläufe ausdrücklich begrüßt.</p> <p>WK_35 Dhünn-Großfeld + WK_36 Dhünn südlich der Jesus-Kurve: Die Änderungen werden zum Schutz des östlichen Umfeldes von Dhünn ausdrücklich begrüßt.</p> <p>WK_39 Wickhausen: Die Änderung wird zum Schutz des Wickhauser Bachtals ausdrücklich begrüßt.</p> <p>WK_42 Höferhofer Feld + WK_44 Schefenfeld: Die Änderungen werden zum Schutz der Linnefe ausdrücklich begrüßt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004411]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004411_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1004413, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>5.5 Überschwemmungsbereiche:</p> <p>Folgende Überschwemmungsgebiete wurden neu aufgenommen beziehungsweise erweitert:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wupper von der Kreisgrenze zu Solingen bei Müllerhof bis zur Kreisgrenze zu Leverkusen-Opladen. - unterstes Weltersbachtal in Leichlingen Zentrum - Dhünn im Bereich der Kreisgrenze zu Leverkusen bei Bergisch Gladbach ? Hover Hof - Mutzbach im Bereich der Kreisgrenze zu Köln bei Bergisch Gladbach ? Diepeschrath - Strunde im Stadtgebiet von Bergisch Gladbach vom Zentrum bis zur Stadtgrenze nach Köln - Frankenforstbach im Bereich von Bergisch Gladbach ? Frankenforst - Holzbach von Overath-Mittelbech bis zur Mündung in die Sülz <p>Erhalten bleiben die Überschwemmungsgebiete an</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sülz ab dem Zusammenfluss von Kürtener und Lindlarer Sülz (die Kürtener Sülz nur noch oberhalb der Sülzüberleitung) - Agger <p>Die Sicherung der Überschwemmungsgebiete wird aus Sicht der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege begrüßt. Es wird darauf hingewiesen, dass Hochwasserschutzmaßnahmen sowohl Synergieeffekte als auch Konflikte mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auslösen können.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt. Darüber hinaus werden Hinweise gegeben und weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1004414, Rheinisch-Bergischer-Kreis

Inhalt

Schienenwege

Linie 1: Stadtbahn Köln ? Bensberg mit Verlängerung über Moitzfeld und Herkenrath nach Spitze (im Gegensatz zur alten Darstellung ist eine Trasse als Suchraum eingetragen) Es wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der Vielzahl der Siefenköpfe (unter anderem Böttcherbach, Volbach, Silberkauler Bach, teilweise Naturschutzgebiet) im Trassenverlauf erhebliche Konflikte mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu erwarten sind.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1004415, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Straßen B 484n Overath ? westliche Ortsumgehung Overath von der Kreisgrenze bei Kombach zur Autobahn A 4 Köln-Olpe bei Wüsterhöhe (die Trasse wurde aus dem Allgemeinen Siedlungsbereich in den Freiraum verlagert) Es wird darauf hingewiesen, dass Straßenneuplanungen in der Regel mit erheblichen Konflikten mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege verbunden sind. Die B 484n betrifft zwei Naturschutzgebiete (Kombachtal und Katzbachtal).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1004416, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
Inhalt Zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln werden derzeit keine Anmerkungen zum Artenschutz gemacht. Der Artenschutz wird im Rahmen der FNP-Änderungen bzw. der Bebauungspläne im Rheinisch-Bergischen Kreis bearbeitet.	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1011658, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Neu aufgenommen wurde die ehemalige Balkantrasse von Opladen über Burscheid und Wermelskirchen nach Remscheid Lennep bis Wermelskirchen. Aufgrund der Bedeutung zukünftiger Schienenwege auf der Balkantrasse ist diese von baulicher Nutzung freizuhalten. -</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird ein Hinweis zu nachgeordneten Planungen gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1012370, Rheinisch-Bergischer-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Overath</p> <p>Ausdrücklich begrüßt werden die Änderungen: OV_B unteres Naturschutzgebiet Krebsbachtal, OV_H Naturschutzgebiet unteres Holzbachtal, OV_AA Oberheider Siefen (LSG), OV_AB Naturschutzgebiet Katzbachtal, OV_AC Naturschutzgebiet Kombachtal, OV_AD Naturschutzgebiet Agger oberhalb von Overath</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

AZ: BET_200000_1	
Stadt Bergisch Gladbach	
1003820_001, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>R 2 Max-Planck-Str. Der Rücknahme kann nicht gefolgt werden; keine Orientierung am baulichen Bestand.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1003820_001]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1003820_001.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003820_002, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>R 5 Herkenfelder Weg Der Rücknahme kann gefolgt werden, insofern die Wohnbauflächendarstellung des FNP berücksichtigt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1003820_002]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003820_002.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003820_003, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis
G 8 Gewerbegebiet Lochmühle Der zeichnerischen Anpassung kann aufgrund Bestandsbebauung zugestimmt werden; allerdings soll das Gewerbegebiet Lochermühle vollständig im ASB liegen, Abgrenzungsvorschlag siehe Karte

[s. Anhang Abb. StnID_1003820_003]

Anhänge

[Abb. ID1003820_003.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003820_004, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>G 13 Lerbacher Weg Der zeichnerischen Anpassung kann gefolgt werden, insofern die Wohnbauflächendarstellung des FNP vollständig berücksichtigt werden.</p> <p>G 17 Schlodderdich Der zeichnerischen Festlegung kann teilweise zugestimmt werden; allerdings soll der ASB enger an den FNP abgegrenzt werden.</p> <p>R 17 Diepeschrather Weg Der Rücknahme kann gefolgt werden, insofern die Wohnbauflächendarstellung des FNP berücksichtigt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1003820_004]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1003820_004.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB für G13 und R17 im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003820_005, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis

R 25 Herweg Der Rücknahme kann teilweise gefolgt werden; allerdings sollte die Wohnbaufläche Mo7c im ASB liegen.

G 25 Herweg Der kleinteiligen Abrundung des ASB kann teilweise gefolgt werden; Wohnbaufläche Mo7c soll im ASB aufgenommen werden.

[s. Anhang Abb. StnID_1004674]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003820_006, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis

R 20 Obervollbach Der Abrundung des ASB kann nicht gefolgt werden;
Wohnbauflächen und Sondergebiet EH 5 sollen innerhalb des ASB liegen, Ansiedlung
Lebensmittelmarkt, Abgrenzungsvorschlag siehe beigefügter Karte.

[s. Anhang Abb. StnID_1004671]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen
Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine
Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und
bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004639, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Die Bundesregierung hat sich im Jahr 2017 das Ziel gesetzt, den Flächenverbrauch pro Tag in Deutschland bis zum Jahr 2030 auf unter 30 ha bzw. bis zum Jahr 2050 auf null zu reduzieren. Das Land NRW hat diese Zielsetzung durch den Erlass des neuen Landesentwicklungsplans NRW (2020) konkretisiert. Nach dem Grundsatz der ?flächen sparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung? sollen die Regionalplanungsbehörden NRW bei der Neuaufstellung von Regionalplänen darauf hinwirken, dass neuer Freiraum für die regionalplanerische Festlegung neuen Siedlungsraums nur dann in Anspruch genommen werden darf, wenn zugleich an anderer Stelle ein gleichwertiger, bisher planerisch für Siedlungszwecke vorgesehene Bereich im Regionalplan wieder als Freiraum festgelegt wird. Dies gilt entsprechend auch für die Darstellung von neuen Bauflächen im Flächennutzungsplan. Zudem müssen bisher in Regional- und Flächennutzungsplänen für Siedlungszwecke vorgehaltene Flächen, für die kein Bedarf besteht, wieder dem Freiraum zurückgeführt werden, sofern sie noch nicht in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind (Ziel 6.1-1 des Landesentwicklungsplans NRW).

Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens des neuen Flächennutzungsplans (FNP) hat die Bezirksregierung Köln darauf geachtet, dass erstmalig ausgewiesene Wohnbauflächen und gewerbliche Flächen im Flächennutzungsplan nur im Rahmen des voraussichtlichen zukünftigen Flächenbedarfs auf der Grundlage einer Prognose der Einwohnerentwicklung Bergisch Gladbachs ausgewiesen werden. Die von der Bezirksregierung akzeptierten, städtebaulich geeigneten potenziellen Gebiete der Siedlungserweiterung beschränken sich in Bergisch Gladbach nur noch auf wenige Flächen, die sich räumlich auf die Stadtteile Nußbaum und Herkenrath konzentrieren, während z.B. Refrath kaum noch Entwicklungsflächen aufweist.

Mit der Festlegung von Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) und Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) greift der Regionalplan in die kommunale Planungshoheit ein. Je restriktiver die Vorgaben der Regionalplanung, desto geringer der Spielraum für Kommunen, über die Neuausweisung von Wohnbauflächen über den bisherigen Siedlungsrand hinaus zu entscheiden.

Die Bezirksregierung Köln legt nach den Erfahrungen der Stadt Bergisch Gladbach die planerischen Vorgaben des Regionalplans sehr streng aus. Bauvorhaben, die den für Wohnungsbau entscheidenden Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) überschreiten und in den Bereich zum Schutz der Landschaft (BSL) oder in den Regionalen Grünzug hineinragen, werden regelmäßig von der Bezirksregierung Köln nicht oder nur mit Auflagen akzeptiert. Dies betrifft aktuell u.a. die Bauleitplanverfahren im Bereich des Schlodderdicher Weges in Gronau (BP Nr. 2496, Klinikneubau), in Herkenrath (BP Nr. 4134, Einzelhandel) und entlang der A4 (BP 6443, Neubau Feuerwache Süd).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des

Aufgrund des großen Darstellungsmaßstabs des Regionalplans (Maßstab 1:50.000) sollte der ASB grundsätzlich an den Ortsrändern mehr Spielraum für eine geringfügige Siedlungsexpansion im Rahmen der darstellungsbedingten Gebietsunschärfe des Regionalplans lassen. Der große Darstellungsmaßstab führt insgesamt zu einer eher ?runden? Abgrenzung des ASB, die im Einzelfall dazu führt, dass kleine Siedlungsbereiche außerhalb des ASB liegen, ohne dass dies nach Auffassung der Stadt Bergisch Gladbach inhaltlich begründet werden kann.

Anzumerken ist, dass die Regionalplanung ausschließlich für Planungen mit überörtlicher Bedeutung zuständig ist. Dass die sachliche Zuständigkeit der Regionalplanung auf Planungen von überörtlicher Bedeutung beschränkt ist, zeigt sich auch an der geringen räumlichen Auflösung des Regionalplans (Maßstab 1:50.000) und an der Darstellungsuntergrenze bei Allgemeinen Siedlungsbereichen für Ortschaften mit mehr als 2.000 Einwohnern bzw. Flächen von mehr als 10 ha. Andererseits ist aus den gewählten Abgrenzungen erkennbar, dass dieser Maßstab nicht für die Erstellung des Regionalplans gewählt wurde, da diese deutlich detaillierter sind, z. B. die Abgrenzung der Waldbereiche oder die sehr klare Orientierung an Siedlungsrändern. Hier lässt sich für die Stadt Bergisch Gladbach keine einheitliche Linie in der Erstellung der zeichnerischen Festlegungen erkennen.

Die grundsätzliche Betroffenheit der Stadt Bergisch Gladbachs ergibt sich u.a. für den Aufgabenbereich der Bauleitplanung. Sowohl Bebauungspläne als auch der Flächennutzungsplan sind den Zielen der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung sind im zeichnerischen und textlichen Teil des Regionalplans festgelegt.

Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Der Anregung in Bezug auf eine darstellungsfähige Einbeziehung von Bestandsflächen wurde teilweise entsprochen. Hierzu wird auf die Auswertungen zu den entsprechenden Änderungsvorschlägen verwiesen.

Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt , von Ausnahmen abgesehen, bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Im Einzelfall bedingen entgegenstehende Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben oder sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien eine engere Abgrenzung siedlungsräumlicher Festlegungen oder die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Dies betraf auch die regionalplanerische Festlegung für, von der Genehmigung ausgenommene, räumliche oder sachliche Teile des Flächennutzungsplans. Aufgrund der im Rahmen der Offenlage vorgebrachten kommunalen Entwicklungsabsichten bzw. Anregungen in Bezug auf veränderte Abgrenzungen der Siedlungsräume ist die Festlegung in der teilweise veränderten Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde gemäß § 34 LPLG NRW gewährleistet werden. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung zudem Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie beispielsweise auch eine Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004640, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Für die Stadt Bergisch Gladbach bestehen Siedlungsflächenbedarfe, die auch durch die Bezirksregierung Köln identifiziert worden sind. Die von der Bezirksregierung ermittelten Bedarfe von 177 ha für Wohnen und Mischnutzungen und 95 ha für Gewerbe bis 2040 sind deutlich höher als die vorhandenen Flächenpotentiale im Entwurf des Regionalplans und des rechtsgültigen Flächennutzungsplans 2035 der Stadt (Wohn- und Mischnutzung 107 ha; Gewerbe 52 ha). In der Bilanzierung zu den Flächenbedarfen und -potentialen im Regierungsbezirk Köln, Tabelle 7 der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln werden die Potentiale für Wohnen und Mischnutzung mit 196 ha angegeben. Diese Bilanzierung ist aber offensichtlich falsch, da die Summe aus Flächennutzungsplan und Regionalplanreserven nur 107 ha betragen. Dies hat Ihre Behörde auf Nachfrage auch schriftlich bestätigt. Demnach ergibt sich eine Differenz von 91 ha und somit eine Unterdeckung von 70 ha für endogene Bedarfe an Wohn- und Mischnutzung.

Erstaunlich ist nicht nur, dass seitens der Regionalplanungsbehörde keine zusätzlichen zeichnerischen Siedlungspotentiale vorgesehen sind und die ermittelten endogenen Bedarfe nicht abgedeckt werden können. Es sind darüber hinaus erheblich bestehende Siedlungsbereiche, die überwiegend sehr gut erschlossen sind und zu einem späteren Zeitpunkt entwickelt werden könnten, herausgenommen worden (z.B. die ASB-Flächen entlang der BAB 4 und in Bergisch Gladbach-Schildgen). Dies ist seitens der Stadt Bergisch Gladbach hinsichtlich der identifizierten Bedarfe an Siedlungsflächen nicht verständlich.

Durch die Rücknahme von Flächen aus dem Regionalplan wird der Handlungsspielraum der Kommune zukünftig stark eingeschränkt. Die Rücknahme von Siedlungsflächen aus dem aktuellen Regionalplan Entwurf durch die Bezirksregierung ist darüber hinaus auch ein politisches Zeichen. Hiermit wird der Öffentlichkeit signalisiert, dass diese Bereiche nicht mehr für eine Siedlungsentwicklung zur Verfügung stehen, was eventuelle spätere Regionalplanänderungen oder Zielabweichungsverfahren erschwert.

Für die Zukunft sollten noch Handlungsspielräume durch den Regionalplan eingeräumt und der örtlichen Politik ermöglicht werden, weitergehende Entscheidungen als im jetzigen Flächennutzungsplan treffen zu können. Die ASB- und GIB-Flächen auf das zu begrenzen, was im neuen Flächennutzungsplan dargestellt ist bzw. teilweise sogar dahinter zurückzubleiben, erscheint der Stadt Bergisch Gladbach nicht zielführend, zumal der Flächennutzungsplan 2035 einen kürzeren Planungshorizont als der bis zum Jahr 2040 ausgelegte Regionalplan hat.

Durch den interkommunalen Austausch im Format *K&RN - Kooperation Köln und*

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Bei der in der Stellungnahme benannten Zahl in der Bilanz handelt sich um einen rein redaktionellen Fehler im Rahmen der Übertragung der Werte in Tabelle 7: *Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln* in der zweiten Spalte in der Begründung. Die korrekte Bilanzierung zu Z3 *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* (Stand: 29.09.2021) von 107ha wurde bei der zeichnerischen Verortung der *Potentiale für Wohnen & Mischnutzung* im Planentwurf gemäß Offenlage berücksichtigt.

Zur Anpassung zeichnerischer Festlegungen gilt, dass der Stellungnahme in Teilen entsprochen ist (s. StnID ID 1004663, StnID ID 1004645, StnID ID 1004574, StnID 1003820_001, StnID 1003820_002, StnID 1003820_003, StnID 1003820_004, StnID 1003820_005, StnID 1003820_006, StnID ID 1008159, StnID 1008170, StnID ID 1008175, StnID ID 101121).

Zudem gilt für die gemäß Anregung vorgenommenen Flächenrücknahmen, dass die zeichnerische Festlegung entsprechend geändert wird. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Hierzu wird auf die Erläuterungen zu den entsprechenden Teilstellungnahme verwiesen (s. Änderungssynopse). Die Begründung wird entsprechend fortgeschrieben.

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Hier gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei

rechtsrheinische Nachbarn ist der Stadt Bergisch Gladbach bekannt, dass die benachbarten Städte Köln und Leverkusen deutliche Schwierigkeiten sehen, die ermittelten Bedarfe in ihren Stadtgebieten zu decken. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Flächenrücknahmen in Bergisch Gladbach noch unverständlicher, da im regionalen Zusammenhang insgesamt ausreichend entwickelbare Potentialflächen im Bereich der Rheinschiene fehlen. Dies hat zur Konsequenz, dass Flächen im Umland der Ballungsräume mit voraussichtlich geringeren baulichen Dichten und entsprechend weiteren Mobilitätsbeziehungen zu den Zentren der Region entwickelt werden.

Demnach werden die Ziele des Landesentwicklungsplans NRW (6.1-1 Ziel: Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung) und des Regionalplans einer bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung (Ziel Z3 *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*) aus Sicht der Stadt Bergisch Gladbach nicht erreicht.

Die Stadt Bergisch Gladbach fordert daher, Teile der angedachten Flächenrücknahmen zurückzunehmen und der Region sowie der Stadt Bergisch Gladbach Spielräume für künftige Entwicklung hinsichtlich der ermittelten Bedarfe zu belassen.

einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Zudem gilt, dass entsprechend der landesplanerischen Vorgaben der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum gliedert. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW). Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt daher teilweise hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Zur Klarstellung dient nachfolgende Erläuterung: Es handelt sich um eine Neuaufstellung und keine Fortschreibung eines Regionalplanes. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine Festlegungen "zurückgenommen". Den zeichnerischen Festlegungen der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln liegt eine einheitliche Methodik für das gesamte Planungsgebiet zugrunde.

1004641, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Darüber hinaus ist die Stadt Bergisch Gladbach verwundert über die Einteilung der ASB hinsichtlich des Grundsatzes 16 <i>Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten</i> in zASB (zentralörtlich bedeutsamer allgemeiner Siedlungsbereich) und ASB. Zwar ist der Grundgedanke fachlich richtig und durch die Vorgaben des LEP NRW auch rechtlich begründet, die Siedlungsentwicklung auf Bereiche mit vorhandener Infrastruktur im Rahmen der Abwägung stärker zu fokussieren, allerdings sollte die Entscheidung final bei der Kommune verbleiben, da diese letztendlich die Bedarfe mittels Bauleitplanung umsetzen muss und sie besser über die Auslastung der vorhandenen Infrastruktur vor Ort informiert ist, als die übergeordnete Planungsebene. Auch das Thema der Baulandmobilisierung spielt bei der Entwicklung von Baugebieten eine entscheidende Rolle und richtet sich in der Realität nicht nach der Unterteilung zASB und ASB. Vor dem Hintergrund der oben erläuterten nicht abgedeckten Siedlungsbedarfe der Stadt ist die Einteilung in ASB und nicht zASB umso weniger nachvollziehbar. Auf S. 51 der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplan Kölns wird erläutert, dass der Grundsatz 16 insbesondere bei Kommunen mit deutlichem Flächenüberhang eingefordert werden soll, um eine konzentrierte Siedlungsentwicklung sicherzustellen. Wie oben dargestellt liegt der Flächenüberhang nicht vor, daher empfindet die Stadt Bergisch Gladbach die Einteilung in zASB und ASB für ihr Stadtgebiet als einen unverhältnismäßigen Eingriff in die kommunale Planungshoheit und fordert daher alle Siedlungsbereiche, auch den Siedlungsbereich Schildgen/Katterbach im Stadtgebiet, als zASB festzulegen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen. Die zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche (zASB) werden nach einer einheitlichen Methode gemäß der Begründung zur Grundsatzfestlegung <i>Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten</i> in Abstimmung mit den Kommunen bestimmt und in einer Erläuterungskarte dargestellt. Aufgrund der vorhandenen Infrastrukturausstattung sowie ortsspezifischer Erfordernisse wie z. B. siedlungsstruktureller Restriktionen oder kommunaler Entwicklungsabsichten wird die Erläuterungskarte für den zASB in Bergisch Gladbach angepasst.</p>

1004645, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>R 1 Hoppersheide Der Rücknahme kann teilweise gefolgt werden; alle Wohnbauflächen sollen im Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) liegen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004645]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004645_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB zur Klarstellung sowie die Rücknahme des RG in dem betreffenden Gebiet im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Eine Alternative zu einer Verortung einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme besteht außerhalb des RG aufgrund der flächendeckenden Festlegung nicht. Die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG wird durch die Verortung des ASB nicht beeinträchtigt. Laut Ziel 18 im Regionalplanentwurf Köln dürfen RG ausnahmsweise für siedlungsräumliche Entwicklungen in Anspruch genommen werden, wenn für diese keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben.</p>

Inhalt

Siedlungsbereiche ohne Korrekturerfordernis

R 3 Gewerbegebiet Zum Scheider Feld Der Rücknahme kann gefolgt werden; Rechtskräftiger Bebauungsplan, keine Erweiterungsmöglichkeiten, auch durch Topographie bedingt

R 4 Im Aehlemaar Der Rücknahme kann gefolgt werden; Feuchtgebiete sowie Stärkung des regionalen Grünzuges

R 7 Pannenbergrücknahme bereits mit Bezirksregierung Köln abgestimmt; kann gefolgt werden

R 8 Hebborner Str. Der Rücknahme kann gefolgt werden

R 9 Romanyer Str. Der Rücknahme kann gefolgt werden; zeichnerische Festlegung ohne Auswirkungen auf den Siedlungsraum

R 12 Heidkamp Der Rücknahme kann gefolgt werden; zeichnerische Festlegung ohne Auswirkungen auf den Siedlungsraum

R 13 Kreisverwaltung Der Rücknahme kann gefolgt werden, Luftleitbahnen in diesem Bereich

R 14 Schuman-Str. Der Abgrenzung des ASB kann gefolgt werden; Abschluss der Siedlungsentwicklung

R 16 Hand Der Rücknahme kann gefolgt werden; Naturschutzgebiet

R 18 Goldbornstr. Der Abgrenzung des ASB kann gefolgt werden; Abschluss der Siedlungsentwicklung

R 22 Braunsberg Der Abgrenzung des ASB kann gefolgt werden

R 23 Wipperfürther Straße Der Rücknahme kann gefolgt werden; Topographie

R 31 Am Rittersteg Der Abrundung des ASB kann gefolgt werden

R 32 Lückerrath Der Rücknahme kann gefolgt werden; mit Bezirksregierung abgestimmt; Ausweitung des regionalen Grünzuges im Süden zugunsten Entwicklung Erweiterung GIB Zinkhütte im Norden

R 33 Helene-Strünker- Straße Der Abrundung des ASB kann gefolgt werden

G 2 Waldstr. Der zeichnerischen Anpassung kann aufgrund Bestandsbebauung zugestimmt werden

G 4 Katterbach Der zeichnerischen Anpassung kann aufgrund Bestandsbebauung zugestimmt werden

G 7 In der Schlade Der zeichnerischen Anpassung kann aufgrund Bestandsbebauung zugestimmt werden

G 9 Kürtner Str. Der zeichnerischen Anpassung kann zugestimmt werden

G 10 Dombach-Sander-Str. Der zeichnerischen Anpassung kann zugestimmt werden

G 12 Lichtenweg Dem Zugewinn kann aufgrund Bestandsbebauung zugestimmt werden

G 18 Mülheimer Straße Der zeichnerischen Anpassung kann aufgrund Bestandsbebauung zugestimmt werden

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden allgemeine Informationen gegeben. Darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

G 20 Paffrather Mühle Der zeichnerischen Anpassung kann aufgrund Bestandsbebauung zugestimmt werden
G 28 zur Brücker Aue Der kleinteiligen Abrundung des ASB kann gefolgt werden
G 29 Refrath-Ost Der kleinteiligen Abrundung des ASB kann gefolgt werden
G 31 Lärchenweg Der kleinteiligen Abrundung des ASB kann gefolgt werden;
Orientierung am Bestand

[s. Anhang Abb. StnID_1004646]

Anhänge

[Abb. ID_1004646_1.pdf](#)

1004647, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>G 1 Rothbroich Der zeichnerischen Anpassung kann aufgrund Bestandsbebauung teilweise zugestimmt werden; P+R Rothbroich soll mit aufgenommen werden</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004647]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004647_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004648, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>G 3 Weidenbuscher Weg Dem Zugewinn kann aus klimatischen Gründen nicht zugestimmt werden (Ratsbeschluss vom 30.08.22)</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004648]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004648_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004662, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>G 5 Nußbaum Der zeichnerischen Anpassung kann aufgrund Bestandsbebauung gefolgt werden; der südliche Bereich um die Wohnbaupotentialflächen Nu 7a und Nu 7b soll nicht in den Regionalplan aufgenommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004662]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004662_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004663, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis R 10 Rommerscheid Der Rücknahme kann nicht gefolgt werden; Wohnbauflächendarstellung des FNP werden nicht berücksichtigt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004663_1]</p> <p>Anhänge Abb. ID 1004663_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Bergisch Gladbach zudem noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht, des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.</p>

1004666, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis G 6 Hebborn Dem Zugewinn kann aus klimatischen Gründen nicht zugestimmt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004666]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004666_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004667, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>R 11 Herkenrather Str. Der Rücknahme kann gefolgt werden, allerdings müssen die Wohnbauflächendarstellung des FNP berücksichtigt werden.</p> <p>G 11 Herkenrather Str. Der zeichnerischen Anpassung kann teilweise gefolgt werden, insofern die Wohnbauflächendarstellung des FNP vollständig berücksichtigt werden.</p> <p>G 19 Heinrich-Strünker-Str. Der Abrundung des ASB kann teilweise gefolgt werden; allerdings soll die Sondergebietsfläche EH 6 in den ASB einbezogen werden, Abgrenzungsvorschlag siehe beigefügte Karte</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004667]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004667_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004668, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis

G 16 Gewerbegebiet Zinkhütte Der zeichnerischen Anpassung im Bereich des Hochregallagers kann zugestimmt werden; jedoch ist der bis dato beschlossenen FNP-Fläche G-Hk1 eine zukünftige bauliche Entwicklungsmöglichkeit zu entziehen.

[s. Anhang Abb. StnID_1004668]

Anhänge

[Abb. ID_1004668_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004670, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis R 19 GE-Spitze Der Rücknahme des GIB (Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung) kann nicht gefolgt werden, die zeichnerische Festlegung aus dem aktuell gültigen Regionalplan soll beibehalten werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004670]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004670_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Bergisch Gladbach noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIB.</p>

1004671, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>R 21 Herkenrath-West Der Abrundung des ASB kann gefolgt werden; allerdings sollen die Wohnbauflächen des FNP innerhalb des ASB liegen; Klarstellung, dass ASB über die Goethestraße gezogen wird.</p> <p>G 21 Goethestr. Dem Zugewinn kann gefolgt werden, insofern die Wohnbauflächendarstellung des FNP berücksichtigt werden; Asselborner Weg als Abgrenzung ASB sinnvoll, Abgrenzungsvorschlag siehe beigefügte Karte.</p> <p>G 23 Asselborn Der kleinteiligen Abrundung des ASB kann gefolgt werden, insofern die Wohnbauflächendarstellung des FNP berücksichtigt werden.</p> <p>G 24 Untervollbach Dem Zugewinn nicht kann gefolgt werden; jetzige zeichnerische Festlegung klarer.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004671]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004671_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004674, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>R 26 Bockenberg Der Rücknahme kann teilweise gefolgt werden; allerdings sollen alle FNP-Darstellungen im ASB/GIB liegen.</p> <p>G 27 Bockenberg / Kaule Der zeichnerischen Anpassung kann gefolgt werden; die gewerbliche Baufläche G-Bo1 soll in den ASB aufgenommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004674]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004674.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt</p>

1004675, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>R 27 Flächen entlang der BAB 4 Der Rücknahme kann nicht gefolgt werden; vorherige zeichnerische Festlegung klarer; BAB 4 klare Zensur zwischen Siedlungsbereich und Freiraum; wichtiges Gewerbeflächenpotential für die Stadt Bergisch Gladbach durch die Nähe zur BAB 4.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004675]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004675_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.</p> <p>Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.</p> <p>In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben.</p>

1004676, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>R 28 Rinderweg Der Abrundung des ASB kann teilweise gefolgt werden, allerdings sollen Wohnbauflächen innerhalb des ASB liegen.</p> <p>R 29 Hasselstr. Der Rücknahme kann nicht gefolgt werden; aktuelle Abgrenzung eindeutiger durch Abgrenzung bis zur Hasselstraße.</p> <p>R 30 Alt-Refrath Der Abrundung des ASB kann teilweise gefolgt werden, allerdings sollten Wohnbauflächen innerhalb des ASB liegen (Alter Traßweg).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004676]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1004676_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1004677, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>G 30 Saaler Mühle Dem Zugewinn kann nicht gefolgt werden; keine Entwicklungsflächen für die Stadt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004677]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004677_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um einen Standort mit überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen. Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen. Vorhandene, isoliert im Freiraum liegende Standorte, die die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten (ab einer Größenordnung von 10 ha), sind aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) festgelegt. Auf diese Weise wird eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke vermieden. Neuplanungen von durch baulichen Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtung nach sind gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW umzusetzen. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1004678, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Ergänzend hierzu möchte ich Sie darüber informieren, dass der Ausschuss für strategische Stadtentwicklung und Mobilität der Stadt Bergisch Gladbach, in seiner Sitzung am 15.06.21 sowie der Rat der Stadt Bergisch Gladbach in seiner Sitzung am 30.08.22, den Beschluss gefasst hat, der Bezirksregierung Köln zu melden, dass einzelne Weißflächen aus dem Flächennutzungsplan 2035 im

Regionalplanüberarbeitungsverfahren nicht mehr berücksichtigt werden sollen. Diese Flächen sind:

- ? Wohnbaufläche Kb 8b (G 3 Weidenbuscher Weg),
- ? Wohnbauflächen Nu7a, Nu7b (G 5 Nußbaum),
- ? Wohnbaufläche He7 (G 6 Hebborn),
- ? Wohnbaufläche As2 (G 22 Braunsberg),

Die Stadt Bergisch Gladbach strebt eine Entwicklung dieser Flächen nicht mehr an. Die ASB Festlegung(en) sollten aus Sicht der Stadt Bergisch Gladbach, bis zu den genehmigten Flächennutzungsplandarstellungen, zurückgenommen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 100466, ID1004648, ID 1004662 und ID 1008170).

1004679, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Zanders-Areal: Für die Umnutzung des Zanders-Areal, das im derzeitigen Entwurf noch als GIB festgelegt ist, ist eine zeichnerische Festlegung als ASB die richtige regionalplanerische Kategorie. Die derzeit laufenden Planungen sehen für das Zanders-Areal, in Abstimmung mit der hiesigen Politik, ein gemischtes Quartier (Wohnen, Gewerbe, Bildung, Freiraum?) vor. Stark emittierende Betriebe, die eines GIB bedürfen, sind nicht vorgesehen. Daher regt die Stadt Bergisch Gladbach an, den jetzigen GIB in einen ASB umzuwandeln, um einen absehbaren Antrag auf Änderung des Regionalplans zu einem späteren Zeitpunkt zu vermeiden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004680, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Ich möchte Sie darüber informieren, dass der Ausschuss für strategische Stadtentwicklung und Mobilität der Stadt Bergisch Gladbach, in seiner Sitzung am 15.06.21 sowie der Rat der Stadt Bergisch Gladbach in seiner Sitzung am 30.08.22, den Beschluss gefasst hat, der Bezirksregierung Köln zu melden, dass einzelne Weißflächen aus dem Flächennutzungsplan 2035 im Regionalplanüberarbeitungsverfahren nicht mehr berücksichtigt werden sollen. Dies Fläche ist:

? gewerbliche Baufläche G-Hk 1 (G 16 Gewerbegebiet Zinkhütte).

Die Stadt Bergisch Gladbach strebt eine Entwicklung dieser Fläche nicht mehr an. Die GIB Festlegung(en) sollten aus Sicht der Stadt Bergisch Gladbach, bis zu den genehmigten Flächennutzungsplandarstellungen, zurückgenommen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004668).

1004749, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Schienenwege: Die zeichnerische Festlegung des Regionalplanentwurfs enthält im Bereich des Gewerbegebietes ?Zinkhütte? noch den dortigen Gleisanschluss. Dem Antrag auf Rückbau dieses Gleisanschlusses bzw. Freistellung des Anschlusses von Eisenbahnbetriebszwecken wurde durch Plangenehmigung der Bezirksregierung Köln nach § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) vom 07.11.2017, Aktenzeichen: 25.7.4.2-8/16 entsprochen. Insofern ist die zeichnerische Festsetzung des ehemaligen Gleisanschlusses als ?Schienenweg? bzw. ?Bahnbetriebsfläche? im Regionalplanentwurf ersatzlos zu streichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

1004750, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Nach Kenntnis der Stadt ist die im Regionalplanentwurf ohne räumliche Festlegung geplante Straße L 286 n auf der Bahndammtrasse als ehemalige Strecke 2682 der Deutschen Bahn zwischen den 10 sog. ?Gleisdreieck? in Bergisch Gladbach sowie dem ehemaligen Streckenende in Bergisch Gladbach- Bensberg (im Bereich der Straße Olefant) nach wie vor rechtlich als Eisenbahnverkehrsfläche gewidmet. Insofern ist im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans zwingend zu prüfen, ob nicht der gesamte vor genannte Streckenverlauf in der zeichnerischen als auch in der textlichen Festsetzung als ?Schienenweg?, entsprechend der aktuellen Darstellung im Flächennutzungsplan der Stadt Bergisch Gladbach, auszuweisen ist. Auf die Beschlusslage des Regionalrates der Bezirksregierung Köln vom 13.03. sowie 02.10.2020 (Vorlage 0024a/2020) wird insofern verwiesen. Mit Beschluss vom 14.09.2021 des Ausschusses für strategische Stadtentwicklung und Mobilität prüft die Stadt inwiefern ein durchgängiger Radweg von der Innenstadt bis Frankenforst auf dem Bahndamm umgesetzt werden kann (Drucksachen-Nr. 0423/2021).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

1004751, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Die Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 wird im Regionalplanentwurf als sonstiger regionalbedeutsamen Schienenwege ohne räumliche Konkretisierung festgelegt. Dies ist insoweit nachvollziehbar, da bislang noch kein Linienbestimmungsverfahren durchgeführt wurde und noch keine konkreten, abschließend abgestimmten Pläne, aus der eine konkrete Trasse abgeleitet werden könnte, vorliegen. Diesbezüglich wird angefragt, welche Konsequenzen die Bezirksregierung Köln aus der gewählten Festlegung für die städtebauliche Planungen im Bereich der dargestellten Trasse ableitet. Aus Sicht der Stadt Bergisch Gladbach darf das festgelegte Vorbehaltsgebiet kein grundsätzliches Entwicklungshemmnis für weitere städtebauliche Entwicklungen z.B. das laufende Bebauungsplanverfahren <i>BP Nr. 4134, Einzelhandel</i> in diesem Bereich sein. Derzeit läuft die Trasse quer im Bereich eines projektierten Vollsortimenters. Wenn dies Konsequenzen für die Bauleitplanung hätte, kann der Festlegung nicht zugestimmt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004751]</p> <p>Ausschnitt Herkenrath beschlossener FNP 2035 Maßstab 1:25.000 (links) und Ausschnitt Regionalplan Köln Entwurf 2040 Maßstab 1:25.000 (rechts)</p> <p>Anhänge Abb_ID_1004751_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den Erläuterungen zu <i>G.55 Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</i> erfolgt die Festlegung sonstiger regionalplanerisch bedeutsamer Schienenplanungen als Grobtrasse, die von der Fachplanung weiter zu konkretisieren ist. Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Bei Vorliegen gewichtiger Gründe kann der Grundsatz im Rahmen der Abwägungsentscheidung überwunden werden. Die Festlegung bzw. der Raumbedarf der Schienenplanung ist folglich von der nachfolgenden Bauleitplanung zu berücksichtigen. Eine frühzeitige Beteiligung der Fachplanung bzw. des Vorhabenträgers ist erforderlich.</p>

1004752, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p><i>Verlängerung der Stadtbahnlinie 3/18:</i> Aus Sicht der Stadt Bergisch Gladbach sollten auch die Planungen zur Verlängerung der Linie 3 und 18 als sonstige regionalbedeutsame Schienenwege ohne räumliche Konkretisierung mit in die zeichnerischen Festlegungen aufgenommen werden. Nach Kenntnis der Stadt wurde ein Antrag zur Förderung einer Machbarkeitsstudie zur Verlängerung dieser Stadtbahnlinien zum Zielpunkt Zanders- Areal über den Rheinisch-Bergischen Kreis an den NVR gestellt. 11</p> <p><i>Verlängerung der Stadtbahnlinie 4:</i> Aus Sicht der Stadt Bergisch Gladbach sollten auch Planungen zur Verlängerung der Linie 4 über Schildgen bis Odenthal als sonstiger regionalbedeutsamer Schienenweg ohne räumliche Konkretisierung mit in die zeichnerischen Festlegungen aufgenommen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregten Änderungen entsprechen nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei den vorgebrachten Neubaumaßnahmen nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

1004753, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Radverkehr: Zum Thema Radverkehr wird angeregt, die Maßnahme des Mobilitätskonzeptes des Rheinisch- Bergischen Kreises (RBK) A04 ?Radtangente Rösraht ? Bergisch Gladbach ? Leverkusen? mit in der Erläuterungskarte 12 Radwege der textlichen Festlegungen zu ergänzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte 12 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.

1004754, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Welche Bedeutung hat die Zahl 100,7253 in der zeichnerischen Festlegung im Stadtteil Sand? Dies wird für die Stadt Bergisch Gladbach nicht aus der Legende zu den zeichnerischen Festlegungen klar.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Festlegung wird geändert.

Es handelt sich um einen redaktionellen Fehler, die Bezeichnung ist irrtümlich im Regionalplan dargestellt.

1004755, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Die Erfordernisse des Klimaschutzes und der Klimaanpassung werden im Regionalplan umfassend erläutert und dargestellt. Die Grundsätze beziehen sich dabei insbesondere auf die Sicherung und die Entwicklung von Kaltluftleitbahnen und den Erhalt der Klimatope zur Kaltluftentstehung und die Sicherung von klimawirksamen Böden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1004756, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Die Stadt Bergisch Gladbach beabsichtigt zukünftig im regionalplanerischen Freiraum Photovoltaikanlagen zu errichten und möchte hiermit frühzeitig auf dieses Anliegen hinweisen. Diesbezüglich ist es im Interesse der Stadt die Haltung der Bezirksregierung Köln zu erfahren, inwieweit dies raumordnerisch möglich ist.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.</p>

1004757, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

G.61 Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisung berücksichtigen Der Grundsatz *G.61 Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisung berücksichtigen* sollte aus Sicht der Stadt Bergisch Gladbach umformuliert werden. Die Einfügung *?bei Neuausweisungen?* sollte entfallen und der Grundsatz 61 demnach *Schutz vor Fluglärm berücksichtigen* lauten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Regelungsgegenstand des Grundsatzes ist die kommunale Siedlungsentwicklung. Im Umfeld der bestehenden Flughäfen soll er möglichen Raumkonflikten vorsorgen. Der Zusatz "bei Neuausweisungen" verdeutlicht, dass der Grundsatz nur bei neu geplanten Flächen und Gebieten im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung anzuwenden ist.

1004758, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Die Stadt Bergisch Gladbach regt wie andere Kommunen ebenfalls an, in den Erläuterungen auch betriebliche Regelungen zum Flugbetrieb zur Begrenzung des Fluglärms aufzunehmen. (Textergänzung kursiv:) ?Innerhalb der erweiterten Lärmschutzzonen soll der Belang des Schutzes der Bevölkerung vor Fluglärm *sowohl durch eine restriktive Entwicklung sensibler Nutzungen im Flughafenumfeld als auch betriebliche Regelungen des Flugbetriebs* besonders berücksichtigt werden.

Begründung: Raumplanerisch ist ein Heranrücken von Wohngebieten an Flughafenstandorte zu vermeiden. Dieses Ziel erkennt allerdings die Situation, dass der Flughafen Köln/Bonn unmittelbar am Ballungsraum Köln/Bonn bzw. dem dicht besiedelten Rhein-Sieg-Kreis liegt. Betroffen und in der Lärmschutzzone sind nicht peripher entwickelte Neubaugebiete, sondern z.B. die Ortszentren von Hennef, Lohmar u.a. Dem Fluglärmproblem muss daher vorwiegend mit betrieblichen Regelungen des Flugbetriebs begegnet werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Anregung richtet sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Sie geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

Inhalt

Umweltbericht: ?Die Belastung infolge des Fluglärms (?) wird sich voraussichtlich zukünftig durch Minderungsmaßnahmen an den Triebwerken von Flugzeugen (?) verringern.? Seite 25 des Umweltberichtes zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln

Der Aussage ist zu widersprechen; sie wird der Problematik nicht gerecht. Für die Fluglärmbelastung sind fast ausschließlich die Quantität und die tageszeitliche Ansetzung des Flugverkehrs maßgeblich. Da es am Flughafen Köln/Bonn einen durchgehenden nächtlichen Flugverkehr und keine wirksamen Flugbetriebsregelungen zur Vermeidung von Fluglärm gibt, ist die Menge der Flugbewegungen und damit der Flugbelastungen fast ausschließlich konjunkturbedingt. Es sollte im Umweltbericht nicht der Eindruck entstehen, Belastungen des Fluglärms würden sich durch technische Fortschritte von selbst lösen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Aussage stellt eine Prognose dar, ohne dass dies in den Kontext einer Lösung der Lärmproblematik gestellt wird. Es bedarf insofern keiner Änderung des Umweltberichts.

1008159, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>R 6 Nußbaum Der Rücknahme kann nicht gefolgt werden; Wohnbaufläche Nu1c nicht im ASB</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1008159]</p> <p>Anhänge Abb_ID1008159.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt</p>

1008163, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis

R 15 Rodemich Der Rücknahme kann nicht gefolgt werden; Wohnbauflächen nicht im ASB.

[s. Anhang Abb. StnID_1008163]

Anhänge

[Abb_ID1008163.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.

Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als BSN und Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken. In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw.

	Rechte werden nicht berührt.
--	------------------------------

1008164, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>G 14 TÜV Der zeichnerischen Anpassung kann nicht gefolgt werden; keine Entwicklungsflächen für die Stadt.</p> <p>G 15 Kreisverwaltung Der zeichnerischen Anpassung kann nicht gefolgt werden; keine Entwicklungsflächen für die Stadt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1008164]</p> <p>Anhänge Abb_ID1008164.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1008170, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>G 22 Braunsberg Dem Zugewinn kann aus klimatischen Gründen nicht zugestimmt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1008170]</p> <p>Anhänge Abb_ID1008170.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1008174, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>G 26 Obereschbach Der Darstellung kann nicht gefolgt werden, mit Ausnahme der Darstellung der Fläche für den Gemeinbedarf (öff. Verwaltung); keine Entwicklungsflächen für die Stadt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1008174]</p> <p>Anhänge Abb_ID1008174.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1008175, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Siedlungsbereiche mit Korrekturerfordernis</p> <p>R 24 Moitzfeld-Nord Der Rücknahme kann nicht gefolgt werden; westlich der Dr.-Müller-Frank-Straße sollen die FNP Darstellungen durch den ASB abgedeckt werden; östlich soll der ASB erhalten werden</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1008175]</p> <p>Anhänge Abb_ID1008175.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?</i> verfügt die Stadt Bergisch Gladbach noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven</p> <p>Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt östlich der Dr. Müller-Frank-Straße eine Erweiterung des ASB.</p> <p>Der Stellungnahmen ist in Bezug auf die Festlegung der in Rede stehenden Flächen westlich der Dr.Müller-Frank- Straße als Siedlungsraum insofern gefolgt, als keine Raumwiderstände/ Umweltauswirkungen/landesplanerische Vorgaben/sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven hier BSN entgegenstehen.</p>

Inhalt

Für die bereits jetzt erfolgten Aufnahmen meiner Belange im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln danke ich Ihnen.

Ferner nehme ich bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage wie folgt Stellung: Im Regierungsbezirk Köln befinden sich eine Vielzahl militärischer Interessengebiete, die durch die Aufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln beeinträchtigt werden könnten. Folgende militärische Belange können betroffen sein:

- Militärflugplatz Nörvenich mit seinem Bauschutzbereich
- Militärflugplatz Geilenkirchen mit seinem Bauschutzbereich
- Zuständigkeitsbereiche der Militärflugplätze Nörvenich, Geilenkirchen, Spangdahlem und Büchel
- An-/ Abflugsektoren des SAR-Hubschraubers Nörvenich
- Testtransponderstrecken Geilenkirchen-Geilenkirchen und Nörvenich-Grevenbroich
- Flugbeschränkungsgebiet ED-R 117
- Aktive und stillgelegte Pipelines der Bundeswehr
- Tanklager Würselen und Altenrath
- Interessengebiete Luftverteidigungsradaranlage Erndtebrück
- Interessengebiete zum Schutz von Funkdienststellen der Bundeswehr
- Schutzbereiche von Richtfunkanlagen der Bundeswehr
- Interessengebiete von Richtfunktrassen der Bundeswehr
- Munitionslager Rheinbach
- Materialdepot Mechernich, Materiallager Königswinter, Materiallager Spich
- Standortübungsplätze Wahner Heide, Aachen-Brand, Schavener Heide und das Übungsgelände Oberbolheim
- Standortschießanlagen Bonn, Stammeln, Nörvenich, Billiger Wald, Euskirchen und Geilenkirchen
- Bunkeranlagen Castle Gate Linnich, Hottorf und Gevelsdorf
- Fraunhofer-Institut Wartberg
- Bundessprachenamt in Hürth
- Mehrere Kasernen der Bundeswehr wie z.B.: Hardthöhe, Luftwaffenkaserne Köln, Lüttich-Kaserne, Konrad-Adenauer-Kaserne, MudraKaserne, Lützow-Kaserne, Dr. Leo-Löwenstein-Kaserne, TheodorKörner- Kaserne, Kaserne Haus Hardt, Bleiberg-Kaserne, Generalmajor- Freiherr von Gersdorff-Kaserne, Mercator-Kaserne, Selfkant-Kaserne, Boelcke-Kaserne, Tarnburg-Kaserne, Brückberg-Kaserne und Niederberg-Kaserne

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

- Eisenbahnverladestation Rheinbach
- Eisenbahnverkehrsanlagen
- Straßenverkehrsanlagen
- Militärstraßengrundnetz
- Ersatzübergangsstellungen

Ferner mache ich Sie darauf aufmerksam, dass die o.a. Aufzählung nicht abschließend ist. Genauer werde ich mich erst im weiteren Verfahren, sowie den sich an den Regionalplan anschließenden Verfahren äußern.

In den vorgenannten Bereichen ist eine verstärkte Kollision, vor allem in Bezug auf Hochbauten wie zum Beispiel Windenergieanlagen und Antennenträger mit militärischen Interessen möglich. Hier kann es zu Ablehnungen bzw. Bauhöhenbeschränkungen oder Auflagen kommen. Ob und inwiefern eine Beeinträchtigung der militärischen Interessen tatsächlich vorliegt, kann in dieser frühen Planungsphase ohne das Vorliegen konkreter Angaben wie Anzahl der Anlagen, Standortkoordinaten, Nabenhöhe und Bauhöhe, nicht beurteilt werden.

Die Bundeswehr behält sich daher vor, im Rahmen des weiteren Beteiligungsverfahrens zu gegebener Zeit, wenn nötig, Einwendungen geltend zu machen. Bezüglich Hubschraubertiefflugstrecken weise ich jedoch schon jetzt darauf hin, dass es in diesen Strecken, sowie innerhalb ihrer Schutzkorridore immer zu Ablehnungen der Hochbauten kommt.

Auch erlaube ich mir den Hinweis, dass Liegenschaften der Bundeswehr im Planungsgebiet eines Regionalplans nicht überplant werden dürfen, da sie der Planungshoheit des Landes entzogen sind. Sie sind dennoch im Regionalplan entsprechend zu berücksichtigen (§ 2 Abs. 2 Nr. 7 ROG) und auszuweisen.

AZ: BET_201000_1

Stadt Burscheid

1003557, Stadt Burscheid

Inhalt

Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)

Der Stadt Burscheid werden gemessen am Bedarf Potenzialflächen des ASB ausgewiesen. Anzumerken ist, dass es sich in der Regel um Reserven aus dem bestehenden Flächennutzungsplan handelt, die somit keine neuen Entwicklungsflächen darstellen. Zudem ist sehr fraglich, ob die Flächennutzungsplanreserven in ihrem gesamten Umfang überhaupt entwickelbar sind. In diesem Zusammenhang sind erschwerend Restriktionen wie beispielsweise Topographie oder Eigentümerverhältnisse zu nennen. Im Zuge des Baulandmanagements wurde versucht Potenziale für Wohnbauflächen im bestehenden Regionalplan zu finden, da dieser die geltende Rechtsgrundlage bildet. Weil im Entwurf zum Regionalplan nur auf die Darstellung im Flächennutzungsplan zurückgegriffen wurde, fallen Flächen, die im bestehenden Regionalplan verortet wurden, weg. Dabei wurde bereits im Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept Burscheid 2025 eine feste Zahl an Wohnungen beziffert (ca. 600 Wohneinheiten im Zeitraum von 2014 bis 2025), um den Bedarf an Wohnraum zu decken. Dieser wurde zwangsläufig auch außerhalb des Bereichs des Flächennutzungsplans verortet. Da zur Darstellung des ASB im Entwurf zum Regionalplan auf bestehende Flächennutzungsplanreserven zurückgegriffen wurde, stehen somit weniger Flächenpotenziale zur Verfügung. Daher scheint die Verortung von neuem Wohnraumpotenzial außerhalb des ASB als unumgänglich, um den Bedarf an neuem Wohnraum zu decken. [...].

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

1003558, Stadt Burscheid

Inhalt

Belange der Wirtschaftsförderung (Gewerbeflächen)

Das Ausweisen von neuen Gewerbeflächen ist für den Wirtschaftsstandort Burscheid von großer Bedeutung. Die im Entwurf des Regionalplans als Gewerbeflächen ausgewiesenen Potenzialflächen (32 ha) können den ermittelten Bedarf (33 ha) fast abdecken. Hierbei handelt es sich ausschließlich um bestehende

Flächennutzungsplanreserven und es werden keine neuen Entwicklungsflächen darstellt. Da die zwei größten Arbeitgeber auf dem Stadtgebiet der Automobilbranche angehören, bedarf es im Hinblick auf den Strukturwandel entsprechender Flächenreserven, um die Ansiedlung von Unternehmen aus anderen Wirtschaftsbereichen zu ermöglichen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den bedarfsgerechten regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

1003559, Stadt Burscheid

Inhalt

Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) Darstellung Oberlandscheid
Es ist aus Sicht der Stadt Burscheid unbedingt zu berücksichtigen, dass die Flächen in Oberlandscheid sowie die westliche Teilfläche in Heiligeneiche (GIBinterkommunal) im Eigentum eines regionalen Großunternehmens sind und damit einer anderweitigen Entwicklung nicht zur Verfügung stehen. Da deren zukünftige Nutzbarkeit als unwahrscheinlich eingeschätzt wird, erscheint es folglich sinnvoll, diese Flächen nicht als Potenziale aufzuführen. Resultat dessen wäre, dass der Stadt Burscheid gemessen an ihrem Bedarf im Regionalplan zu wenig Potenzialflächen zugestanden werden.

[s. Anhang Abb. StnID_1003559]

[vgl. auch StnID-1003060]

Anhänge

[Abb_ID1003559.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht

wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht - hier belegt durch die Darstellung als Gewerbegebiet im Flächennutzungsplan - sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist hier nicht möglich, da es sich nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Reserve im Flächennutzungsplan der Stadt Burscheid.

Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Hierzu haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Inhalt**GIB Darstellung Heiligeneiche**

Das Gewerbegebiet Straßerhof im östlichen Teil befindet sich in Umsetzung. Für die mittig gelegene Fläche (heutige Biomasseanlage), die Teil des GIBinterkommunal ist, läuft aktuell ein Bebauungsplanverfahren. Der westliche Teil des GIBinterkommunal gehört zum Großteil zum Eigentum eines regionalen Großunternehmens. Da der Entwurf zum Regionalplan noch nicht rechtskräftig ist und die Entwicklung der als GIBinterkommunal gekennzeichneten Flächen bereits erfolgt ist bzw. nicht der kommunalen Handhabe unterliegt, wird angeregt, die interkommunale Bindung zu entfernen.

Aufgrund der Eigentumsverhältnisse beider Flächen im Flächennutzungsplan ergibt sich für die Stadt Burscheid eine nicht zu entwickelnde Gewerbepotenzialfläche von insgesamt ca. 21,8 ha im Flächennutzungsplan. Dies entspräche etwa 2/3 der aufgeführten Potenziale von 32 ha im GIB (Regionalplan). Aufgrund dieser Situation verbleibt für die Stadt Burscheid die Frage, wo entsprechende Flächen für GIB ausgewiesen werden können, um den Bedarf an Gewerbeflächen zu decken.

[s. Anhang Abb. StnID_1003600]

Anhänge

[Abb_ID1003560.pdf](#)

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die Textliche Festlegung Z.11 wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Darüberhinaus gilt, dass gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten ist. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht - hier belegt durch die entsprechende Darstellung im Flächennutzungsplan - sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist hier nicht möglich, da es sich

nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Reserve im Flächennutzungsplan der Stadt Burscheid. Jedoch kann ein Flächentausch auf Ebene der Flächennutzungsplanung gemäß der Zielfestlegung <i>Flächenüberhänge vermeiden und abbauen</i> erfolgen.
--

1003561, Stadt Burscheid	
<p>Inhalt</p> <p>Ösinghausen</p> <p>Wie erwähnt, handelt es sich bei den ermittelten Potenzialflächen um Flächennutzungsplanreserven. Um Flächenpotenziale zu identifizieren hat der Rheinisch-Bergische Kreis 2016 mit dem Gewerbeflächenkonzept die Grundlage zur Betrachtung von Entwicklungsmöglichkeiten gelegt, die mit einer städtische Untersuchung ?Gewerbeflächenpotenziale? 2018 präzisiert wurde. Hierbei erschweren besonders Restriktionen wie Topographie, Betriebsbindungen ansässiger Betriebe, die Thematik der Entwässerung sowie die Wahrung von Abständen zu umliegenden Nutzungen die Entwicklung dieser Flächen. Daraus resultiert, dass lediglich die bestehenden Reserveflächen Ösinghausen, Linde-Nord und Löh mit einer Gesamtfläche von ca. 10 ha für eine Entwicklung in Frage kommen. Angesichts dieser Situation sind die Entwicklungsmöglichkeiten von Gewerbeflächen in der Stadt Burscheid erheblich eingeschränkt, sodass der Bedarf von Verortung neuer Flächen von entscheidender Bedeutung ist.</p> <p>Ösinghausen 3,4 ha, Restriktionen: Abstände Bebauung, Abwasserumgang, Topographie, Gute Anbindung und in RP im ASB, Tausch in GIB möglich?</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1003561]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003561.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>(s. StnID 1003562 und StnID 1003565)</p>

1003562, Stadt Burscheid	
<p>Inhalt</p> <p>Linde-Nord</p> <p>Wie erwähnt, handelt es sich bei den ermittelten Potenzialflächen um Flächennutzungsplanreserven. Um Flächenpotenziale zu identifizieren hat der Rheinisch-Bergische Kreis 2016 mit dem Gewerbeflächenkonzept die Grundlage zur Betrachtung von Entwicklungsmöglichkeiten gelegt, die mit einer städtische Untersuchung ?Gewerbeflächenpotenziale? 2018 präzisiert wurde. Hierbei erschweren besonders Restriktionen wie Topographie, Betriebsbindungen ansässiger Betriebe, die Thematik der Entwässerung sowie die Wahrung von Abständen zu umliegenden Nutzungen die Entwicklung dieser Flächen. Daraus resultiert, dass lediglich die bestehenden Reserveflächen Ösinghausen, Linde-Nord und Löh mit einer Gesamtfläche von ca. 10 ha für eine Entwicklung in Frage kommen. Angesichts dieser Situation sind die Entwicklungsmöglichkeiten von Gewerbeflächen in der Stadt Burscheid erheblich eingeschränkt, sodass der Bedarf von Verortung neuer Flächen von entscheidender Bedeutung ist.</p> <p>Linde Nord 3,8 ha, Restriktionen: Abstände Bebauung, Entwässerung, Topographie</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1003562]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1003562_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>(s. StnID 1003562 und StnID 1003565)</p>

1003563, Stadt Burscheid	
<p>Inhalt</p> <p>Löh</p> <p>Wie erwähnt, handelt es sich bei den ermittelten Potenzialflächen um Flächennutzungsplanreserven. Um Flächenpotenziale zu identifizieren hat der Rheinisch-Bergische Kreis 2016 mit dem Gewerbeflächenkonzept die Grundlage zur Betrachtung von Entwicklungsmöglichkeiten gelegt, die mit einer städtische Untersuchung ?Gewerbeflächenpotenziale? 2018 präzisiert wurde. Hierbei erschweren besonders Restriktionen wie Topographie, Betriebsbindungen ansässiger Betriebe, die Thematik der Entwässerung sowie die Wahrung von Abständen zu umliegenden Nutzungen die Entwicklung dieser Flächen. Daraus resultiert, dass lediglich die bestehenden Reserveflächen Ösinghausen, Linde-Nord und Löh mit einer Gesamtfläche von ca. 10 ha für eine Entwicklung in Frage kommen. Angesichts dieser Situation sind die Entwicklungsmöglichkeiten von Gewerbeflächen in der Stadt Burscheid erheblich eingeschränkt, sodass der Bedarf von Verortung neuer Flächen von entscheidender Bedeutung ist.</p> <p>Löh 2,8 ha, Restriktionen: Abstände Bebauung, Entwässerung aufwendig, Verkaufsbereitschaft Eigentümer, Gute Anbindung</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1003563]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1003563_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die Zeichnerische Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab (1:50.000), der die generelle Regelungstiefe des Regionalplans vorgibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Die Konkretisierung und Umsetzung der zeichnerischen Festlegungen obliegt den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. ASB dienen dabei neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen auch dem wohnverträglichen Gewerbe, sodass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen in ASB und GIB möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003564, Stadt Burscheid	
<p>Inhalt</p> <p>GIBflex Die Stadt Burscheid kann im Regionalplan bis zu 17 ha Fläche als GIBflex ausweisen. Entsprechend der bereits verorteten 10 ha verbleiben weitere 7 ha. Die als GIBflex ausgewiesene Fläche wurde in der Untersuchung von Gewerbepotenzialen der Stadt Burscheid 2018 als Suchraum identifiziert. Hinsichtlich der Restriktionen durch ein Regenüberlaufbecken, das Beachten der Abstände zu umliegenden Nutzungen sowie der Nichtverfügbarkeit des Friedhofs, wird nur ein kleiner Flächenteil von 2,5 ha für eine Entwicklung als geeignet angesehen. Die städtische Teilfläche, die ehemals als Erweiterungsfläche für den Friedhof vorgesehen war, wird aktuell an einen Landwirt verpachtet, da die Erweiterung mittlerweile aufgehoben wurde. Der Landwirt benötigt diese Fläche derzeit zwingend als Futtergrundlage für seinen Betrieb.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1003564]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Es wird davon ausgegangen, dass hier Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben werden und keine Änderung der zeichnerischen Festlegung GIBflex angeregt wird.</p> <p>(weitergehende Anregungen s.Stllgn. ID 1003890 sowie s.Stllgn. ID 1003891).</p>

1003565, Stadt Burscheid	
<p>Inhalt</p> <p>Ösinghausen: Vorschläge alternativer Verortung von GIB/GIBflex Angesicht der aufgeführten, erheblichen Entwicklungsrestriktionen in den Flächennutzungsplanreserven, hat die Stadt Burscheid in der eigenen Erhebung von 2018 weitere Suchräume hinsichtlich Eignung für Gewerbeflächen geprüft. Zudem wurden im Zuge des informellen Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans vorab Flächen gemeldet und als ASB übernommen. Die Stadt Burscheid regt an, diese Flächen in GIB/GIBflex umzuwandeln. Umwandeln der Fläche in GIB, die als Suchraum in der Untersuchung von 2018 identifiziert wurde und im ASB des Entwurfs zum Regionalplan liegt.</p> <p>[s. Abb. StnID_1003565]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003565.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>(s. StnID 1003561)</p>

1003566, Stadt Burscheid

Inhalt

Natur Landschaft und Ökologie

Der Rheinisch-Bergische Kreis als untere Umweltbehörde regt in seiner Stellungnahme (S. 9) an entgegen der Verschlankung in der Darstellung der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) im Zuge des Entwurfs zur Neuaufstellung die Abgrenzungen des bisherigen Regionalplans beizubehalten. Die Stadt Burscheid folgt dem. Besonders ist im Norden der Siedlung Eichenplätzchen eine große Rücknahme von Bereichen für den Schutz der Natur (BSN) zu verzeichnen. Wenn diese zeichnerische Darstellung nicht ausschließlich der Anpassung dient, sollen die geltenden Abgrenzungen des bisherigen Regionalplans bestehen bleiben.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Entwurf des Regionalplanes um eine Neuaufstellung handelt und nicht um eine Fortschreibung eines Regionalplanes. In diesem Sinne erfolgen keine Rücknahmen gegenüber einem Regionalplan.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die angesprochene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf den Grundsatz des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Inhalt

Mobilitätsband Bahntrasse

Im vorliegenden Entwurf des Regionalplans wird die Balkantrasse als sonstiger regionalplanerisch bedeutsamer Schienenweg (Bedarf und Planung) dargestellt. Hierzu nimmt die Stadt Burscheid wie folgt Stellung: Das mithilfe von Fördermitteln realisierte ?Mobilitätsband Balkantrasse? soll in seiner Funktion als regional bedeutsamer Fahrradweg beibehalten weiter entwickelt und qualifiziert werden. Hierbei soll der Fokus auf der städtebaulichen Einbindung des Mobilitätsbands liegen, welches als innovative Verbindungsmöglichkeit die Zentren Wermelskirchen, Hilgen, Burscheid und Opladen sowie weitere potenzielle Entwicklungsstandorte (Perlen an der Balkantrasse) verknüpft. Zudem ist vorgesehen durch den Betrieb eines autonomen Shuttlebusses neben dem vorhandenen Fahrradverkehr die Nutzungsmöglichkeiten der Trasse zu erweitern und als multimodaler Verkehrsweg zu qualifizieren.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Zunächst zur Klarstellung: Die Festlegung erfolgt im Regionalplan nicht als sonstiger regionalplanerisch bedeutsamer Schienenweg, sondern als Schienenweg für den überregionalen und regionalen Verkehr (Bestand und Planung).

Die Festlegung des Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Entsprechend den textlichen Festlegungen (vgl. Z.29 Bestehendes Schienennetz erhalten) sind Zwischennutzungen möglich, sofern sie den Erhalt der Trasse nicht gefährden. Dies schließt Zwischennutzungen, die der Nahmobilität oder touristischen Zwecken dienen, oder auch trassengebundene Formen des ÖPNV explizit mit ein.

Inhalt

[...] Die Neuausweisung des Ortsteils Dierath als Teil des ASB im Entwurf zur Neuaufstellung wird seitens der Stadt Burscheid begrüßt. Insbesondere für das kommunale Vorhaben eine Feuerwache mit anschließendem Gewerbegebiet zwischen Dierath und Nagelsbaum zu errichten, wird die Ausweisung als positiv bewertet.[...]

ASB Dierath: Vorschläge alternativer Verortung von GIB/GIBflex

Angesicht der aufgeführten, erheblichen Entwicklungsrestriktionen in den Flächennutzungsplanreserven, hat die Stadt Burscheid in der eigenen Erhebung von 2018 weitere Suchräume hinsichtlich Eignung für Gewerbeflächen geprüft. Zudem wurden im Zuge des informellen Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans vorab Flächen gemeldet und als ASB übernommen. Die Stadt Burscheid regt an, diese Flächen in GIB/GIBflex umzuwandeln.

Umwandeln in GIB entlang der L219 im Hinblick auf die Entwicklung als Standort für Gewerbe als Ergänzung zum Feuerwehrstandort.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen*. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Zudem liegt die Flächengröße

	<p>unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für GIB/GIBflex. Die Stadt Burscheid verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionaler Bedarf zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+ Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. in Abstimmung mit der Kommune ist die veränderte Festlegung des ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. ASB dienen dem Wohnen, dem wohnverträglichen Gewerbe, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>
--	--

Inhalt

ASB Bellinghausen Nord: Vorschläge alternativer Verortung von GIB/GIBflex

Angesichts der aufgeführten, erheblichen Entwicklungsrestriktionen in den Flächennutzungsplanreserven, hat die Stadt Burscheid in der eigenen Erhebung von 2018 weitere Suchräume hinsichtlich Eignung für Gewerbeflächen geprüft. Zudem wurden im Zuge des informellen Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans vorab Flächen gemeldet und als ASB übernommen. Die Stadt Burscheid regt an, diese Flächen in GIB/GIBflex umzuwandeln.

Umwandeln eines Streifens in GIB entlang der B51 mit einem nachgelagerten ASB. Auf gleicher Höhe besteht westlich der B51 bereits ein Gewerbegebiet.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die Stadt Burscheid verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Zudem liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. ASB dienen dabei neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen auch dem wohnverträglichen Gewerbe, sodass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen in ASB und GIB möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

--	--

1003890, Stadt Burscheid	
<p>Inhalt</p> <p>Drauberg: Vorschläge alternativer Verortung von GIB/GIBflex</p> <p>[...]</p> <p>Darstellung GIBflex für die im FNP der Stadt Burscheid dargestellte Grünfläche und landwirtschaftliche Fläche.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen andesplanerische Vorgaben hier Ziel 6.1-4 LEP <i>Keine bandartigen Entwicklungen und Splittersiedlungen</i> entgegen.</p> <p>Zudem verfügt die Stadt Burscheid zwar über Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i>. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Die in Rede stehende Fläche liegt unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) und ist somit nicht darstellungsfähig.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003891, Stadt Burscheid

Inhalt

Linde/Flügel: Vorschläge alternativer Verortung von GIB/GIBflex

Angesichts der aufgeführten, erheblichen Entwicklungsrestriktionen in den Flächennutzungsplanreserven, hat die Stadt Burscheid in der eigenen Erhebung von 2018 weitere Suchräume hinsichtlich Eignung für Gewerbeflächen geprüft. Zudem wurden im Zuge des informellen Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans vorab Flächen gemeldet und als ASB übernommen. Die Stadt Burscheid regt an, diese Flächen in GIB/GIBflex umzuwandeln.

Erweiterung des bereits als ASB dargestellten Bereiches zwischen Gewerbegebiet Linde/Irlen und der Ortslage Flügel, gelegen zwischen Autobahn und B51, als GIBflex. Grundsätzlich eignet sich aus Sicht der Stadt Burscheid der Bereich zwischen Bahntrasse ? Autobahn ? B51 zur Ausweisung von Gewerbegebieten aufgrund von Anbindung, Lärmvorbelastung und vorhandenem Gewerbe.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Die Stadt Burscheid verfügt zwar über Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* GIBflex, jedoch ist die vorliegende Fläche aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des Regionalen Grünzugs als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung für eine Festlegung als GIBflex nicht geeignet. Zudem beginnt die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: BET_203000_1

Stadt Leichlingen

1003554, Stadt Leichlingen

Inhalt

Der Rat der Stadt Leichlingen hat am 23. Mai 2022 folgenden Beschluss dazu gefasst:

?Der Rat der Blütenstadt Leichlingen beauftragt die Verwaltung, die nachfolgend formulierten Anpassungen im Rahmen der Beteiligung im Verfahren zur Änderung des Regionalplans, in Form einer Stellungnahme an die Bezirksregierung Köln heranzutragen.

Ziegwebersberg

Gemäß dem Ratsbeschluss der Stadt Leichlingen vom 25. November 2021, soll die auf der Grundlage der Anregung aus dem Jahr 2017 erfolgte Erweiterung des ASB (Allgemeiner Siedlungsraum) wieder zurückgenommen werden, da aus heutiger stadtplanerischer Sicht diese Fläche nicht für eine Erweiterung des Siedlungsbereiches heranzuziehen ist. Es soll eine Rücknahme entsprechend der Darstellung in Anlage 4 erfolgen.

[s. Anhang Abb. StnID_1003554]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1003554.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003555, Stadt Leichlingen	
<p>Inhalt</p> <p>Eicherhofsfeld (siehe Anlage 5)</p> <p>Gemäß dem Ratsbeschluss der Stadt Leichlingen vom 25. November 2021, soll die auf der Grundlage der Anregung aus dem Jahr 2017 erfolgte Erweiterung des ASB zurückgenommen werden.</p> <p>Das Stadtplanungsamt schlägt lediglich eine Reduzierung der Fläche vor. Die im aktuellen Flächennutzungsplan der Stadt Leichlingen dargestellte Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung "Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen" soll wie geplant im ASS-Bereich bleiben. Dies ist vor allem unter dem Aspekt einer möglichen Erweiterung der angrenzenden Gemeinbedarfsflächen mit Schule, Sporthalle und Kitas zu bewerten. Derzeit steht die Planung zur Umsetzung der Maßnahme "Sport und Bewegungsfläche für Jugendliche" im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes (InHK) an. In dem Zuge sind möglicherweise zusätzliche Stellplatzflächen auf der Fläche am Eicherhofsfeld notwendig. Eine Erweiterung des Bebauungsplans Nr. 37 "Schulzentrum am Hammer" sollte damit weiterhin ermöglicht werden. Die angrenzende landwirtschaftliche Fläche (germ. FNP) ist aus heutiger stadtplanerischer Sicht nicht für eine Erweiterung des Siedlungsbereiches heranzuziehen. Daher soll entsprechend der Darstellung eine Reduzierung der ASS-Fläche an dieser Stelle erfolgen.</p> <p>[Streichung entspricht Eingabe im Original hier belassen]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1003555_1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1003555_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die Rücknahme des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003556, Stadt Leichlingen	
<p>Inhalt</p> <p>Am Rombergswieher Nach Beratung des Ausschusses Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und Tourismus (SWT) am 18.11.2021 (zur Vorlage Nr. 61-23/2021), soll eine Entwicklung der Fläche im Rahmen des Verfahrens zum Bebauungsplan Nr. 104 "Am Rombergswieher" mit Aufstellungsbeschluss vom 28.09.2017 (vgl. Vorlage Nr. 61-12/2017) im Hinblick auf die Möglichkeit der Realisierung einer Klimaschutzsiedlung durch das Stadtplanungsamt gemeinsam mit dem Investor geprüft werden. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt im Bereich einer geplanten Reduzierung des ASB durch die Bezirksregierung. Das Stadtplanungsamt schlägt vor, den Siedlungsbereich entsprechen der Darstellung in der Anlage 6 (Abb. 6.3) anzupassen und damit eine Abrundung zu Gunsten der aktuellen Planung vorzunehmen."</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1003556]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003556.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1011518, Stadt Leichlingen	
<p>Inhalt</p> <p>Nach erfolgtem Aufstellungsbeschluss zum Verfahren der Neuaufstellung des Regionalplans erfolgt aktuell die Beteiligung der betroffenen Kommunen bis einschließlich 31. August 2022. Im Rahmen dieses Beteiligungsschrittes hat das Stadtplanungsamt der Stadt Leichlingen die Planunterlagen geprüft und das Ergebnis dem Rat zur Entscheidung vorgelegt. Die Vorlage 61- 04/2022 ist diesem Schreiben als Anlage beigefügt.</p> <p>Herleitung des Sachverhaltes</p> <p>Bereits im Jahr 2017 wurde den Kommunen eine erste Planung zur Anpassung des allgemeinen Siedlungsbereichs (ASB) vorgestellt. Daraufhin wurden Erweiterungen des ASB im Bereich Eicherhofsfeld, Witzhelden und Ziegwebersberg, nach Beschluss vom 17. Januar 2017 vom damaligen Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung sowie Kenntnisnahme durch den Rat der Stadt Leichlingen, an die Bezirksregierung herangetragen. Die nun vorliegende Planfassung entsprechend Aufstellungsbeschluss vom 10 Dezember 2021 hat diese Flächen nach den Vorgaben der Stadt Leichlingen berücksichtigt. Nach Ratsbeschluss vom 25. November 2021 wurde das Stadtplanungsamt beauftragt, die Rücknahme der im Jahr 2017 beschlossenen Erweiterung des ASB im Bereich Ziegwebersberg und Eicherhofsfeld bei der Bezirksregierung zu erwirken Mit der Vorlage 61-04/2022 hat das Stadtplanungsamt die Prüfung der ausgelegten Planunterlagen unter Berücksichtigung des Ratsbeschlusses vom 25. November 2021 dokumentiert und einen Beschlussvorschlag formuliert.</p> <p>...</p> <p>Wir bitten die Bezirksregierung hiermit, die vorgebrachten Anpassungswünsche der Stadt Leichlingen bei der Neuaufstellung des Regionalplans entsprechend zu berücksichtigen.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht.</p>

AZ: BET_204000_1

Gemeinde Odenthal

1003549, Gemeinde Odenthal

Inhalt

in der 5. Sitzung des Regionairates des Regierungsbezirks Köln am 10. Dezember 2021 wurde der Aufstellungsbeschluss für die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln gefasst. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen vom 7.2.2022 bis 31.8.2022 durchzuführen. Daher wurde u.a. die Gemeinde Odenthal gebeten, am Aufstellungsverfahren mitzuwirken und sich bis zum 31.8.2022 in Form einer Stellungnahme zum Planwerk zu äußern. In der Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Odenthal am 21.06.2022 wurde beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, seitens der Gemeinde Odenthal zum Entwurf des Regionalplans Köln gegenüber der Bezirksregierung Köln fristgerecht folgende Stellungnahme/n abzugeben:

1. Allgemeiner Siedlungsbereich Blecher Holz

Der bebaute Bereich Schulstraße in Blecher wurde nicht in den ASB aufgenommen (mit einem Kreis in der nebenstehenden Kartendarstellung versehen). Hier besteht allerdings ein Bebauungsplan. Die Fläche ist wieder in die Flächendarstellung allgemeiner Siedlungsbereich einzubeziehen Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen.

[s. Anhang Abb. StnID_1003549]

Anhänge

[Abb_ID1003549 .pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003550, Gemeinde Odenthal	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeiner Siedlungsbereich Altehufe Eikamp Die vom Ausschuss für Planen und Bauen der Gemeinde bereits im Flächennutzungsplan als Mischbaufläche eingetragene Baulandreserveflächen in Eikamp (bei ?Trienenhaus?) ist in den ASB nicht aufgenommen worden (mit einem Kreis in der untenstehenden Kartendarstellung versehen). Hier ist eine entsprechende Änderung vorzunehmen. Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 12 Gegenstimmen von Bündnis90/Die Grünen beschlossen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1003550]</p> <p>Anhänge Abb_ID1003550 .pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1003551, Gemeinde Odenthal

Inhalt

Weiterführung der Straßenbahnlinie S4
Weiterführung der Straßenbahnlinie S4 nach Odenthal Im Zusammenhang mit der zurzeit in Auftrag befindlichen ?Machbarkeitsstudie S4? soll im Regionalplan als eine linienmäßige Darstellung der Straßenbahnlinie S4 nach Odenthal dargestellt werden.
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Gegenstimme der FDP und einer Enthaltung der FDP beschlossen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.

AZ: BET_205000_1	
Stadt Overath	
1002849, Stadt Overath	
<p>Inhalt</p> <p>Zunächst möchte ich mein Bedauern bzgl. der Ablehnung Ihrer Behörde zu einer Fristverlängerung der öffentlichen Auslegung ausdrücken.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise zum Verfahren gegeben darüberhinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1002852, Stadt Overath

Inhalt

Siedlungsraum: Heiligenhaus, Hohkeppeler Straße: Für den in den beigegefügt Planausschnitten (Regionalplan aktuell, Regionalplan Entwurf) markierten Bereich liegt eine Anpassungsbestätigung der Planung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung gem. § 34 LPIG NRW vor. Es wird angeregt, den ASB entsprechend auszuweiten.

[s. Anhang Abb. StnID_1002852]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigegefügt]

Anhänge

[Abb_ID_1002852_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen*. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Stadt Overath verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen

Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionaler Bedarf zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1002857, Stadt Overath

Inhalt

Immekeppel: Allgemeine Siedlungsbereiche dienen dem Wohnen, dem wohnverträglichen Gewerbe, Wohnfolgeeinrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten oder Einkaufsmöglichkeiten und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen. In Immekeppel sind diese Nutzungen in unterschiedlichem Maße vorhanden. Entwicklungsbedarfe gibt es insbesondere bei Wohnen, Kita, Schule, OGS und Einzelhandel. Die Ortslage Immekeppel wird als ASB festgelegt.

[s. Anhang Abb. StnID_1002857]

Anhänge

[Abb_ID_1002857_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2.000 Einwohnern als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) festzulegen. Eine Weiterentwicklung solcher Ortsteile zu ASB ist unter den Voraussetzungen des Ziels 2-3 LEP NRW möglich.

Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die in Rede stehende Ortslage verfügt über eine Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern bzw. über eine Entwicklungsperspektive (vorhandene FNP- bzw. Regionalplan-Reserven) und es wird eine ausreichende Infrastrukturausstattung zur Grundversorgung gemäß den Vorgaben des LEP NRW sichergestellt.

Die Stadt Overath verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionaler Bedarf zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+ Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

Eine Festlegung als ASB ist daher sachgerecht. Eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur innerhalb der Kommune wird gewahrt.

	Die Begründung zum Regionalplanentwurf wird entsprechend fortgeschrieben.
--	---

1002858, Stadt Overath

Inhalt

Marialinden, Weißenstein: Für den in den beigegeführten Planausschnitten (Regionalplan aktuell, Regionalplan Entwurf) markierten Bereich liegt eine Anpassungsbestätigung der Planung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung gem. § 34 LPIG NRW vor. Es wird angeregt, den ASB entsprechend auszuweiten.

[s. Anhang Abb. StnID_1002858]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigegeführt]

Anhänge

[Abb_ID_1002858_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen*. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Stadt Overath verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen

Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionaler Bedarf zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1002859, Stadt Overath	
<p>Inhalt</p> <p>Overath Hauptort: Im Bereich des Schulzentrums Cyriax ist aufgrund der Lage in einem festgesetzten Überschwemmungsgebiet die Rücknahme des ASB erfolgt. Abweichend von Z.28, wonach innerhalb von Überschwemmungsbereichen (ÜB) gelegene Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind, zurückzunehmen sind, gibt es in diesem Bereich einen baulichen Bestand innerhalb verbindlicher Bauleitpläne. Zudem wird sich die Situation aufgrund der geplanten Renaturierung der Agger nachhaltig verbessern. Es wird angeregt, den ASB weiterhin entsprechend zeichnerisch festzulegen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002859]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1002859_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Dies gilt auch im Hauptort Overath für weitere Bestandsflächen, so dass hier analog aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit eine Festlegung als ASB bzw. GIB folgerichtig ist. Sofern festgelegte ASB von anderen Vorranggebieten (z. B. Überschwemmungsbereiche gemäß (Z. 27) Überschwemmungsbereiche (ÜB) ÜB erhalten und entwickeln) überlagert werden, wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinander stehen. Weitergehende Regelungen sind im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung unter Beachtung des Fachrechts aufeinander abzustimmen.</p> <p>Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002860, Stadt Overath	
<p>Inhalt</p> <p>Vilkerath Gewerbegebiet: Im Bereich des Gewerbegebiets östlich der Bahntrasse ist aufgrund der Lage in einem festgesetzten Überschwemmungsgebiet die Rücknahme des ASB erfolgt. Abweichend von Z.28, wonach innerhalb von Überschwemmungsbereichen (ÜB) gelegene Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind, zurückzunehmen sind, gibt es in diesem Bereich einen baulichen Bestand innerhalb verbindlicher Bauleitpläne. Es wird angeregt, den ASB weiterhin entsprechend zeichnerisch festzulegen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002860]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1002860_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Dies gilt auch in Oberauel für weitere Bestandsflächen, so dass hier analog aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit eine Festlegung als ASB folgerichtig ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Sofern festgelegte ASB von anderen Vorranggebieten (z. B. Überschwemmungsbereiche gemäß (Z. 27) Überschwemmungsbereiche (ÜB) ÜB erhalten und entwickeln) überlagert werden, wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinander stehen. Weitergehende Regelungen sind im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung unter Beachtung des Fachrechts aufeinander abzustimmen.</p> <p>Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002861, Stadt Overath	
<p>Inhalt</p> <p>Overath: Im Gewerbegebiet Overath wurde eine bereits bauliche genutzte Fläche sowie der Bereich des Diepenbroicher Baches zurückgenommen. Die Rücknahme im Bereich des Diepenbroicher Baches wird befürwortet. Es wird angeregt, den baulich genutzten Bereich weiterhin zeichnerisch festzulegen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002861]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1002861_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002873, Stadt Overath	
<p>Inhalt</p> <p>Hauptort: Rappenhohn, Im Hagen: Für den in den beigefügten Planausschnitten (Regionalplan aktuell, Regionalplan Entwurf) markierten Bereich liegt eine Anpassungsbestätigung der Planung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung gem. § 34 LPIG NRW vor. Es wird angeregt, den ASB entsprechend auszuweiten.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002873]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1002873_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1002889, Stadt Overath

Inhalt

Ortsausgang Richtung Engelskirchen: Am nordöstlichen Ortsausgang wurde der ASB zurückgenommen; In Vilkerath wird die Beibehaltung der bisherigen Abgrenzung des ASB im o.g.und nachfolgend markierten Bereich im Sinne der Ausbildung des Ortseingangs sowie aufgrund der Reaktivierung des Haltepunktes für sinnvoll erachtet. Es wird angeregt, die Abgrenzung in Vilkerath beizubehalten sowie östlich des Hautortes im Tausch dafür zurückzunehmen.

[s. Anhang Abb. StnID_1002889]

Anhänge

[Abb_ID_1002889_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen*. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Stadt Overath verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen

Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und zudem ist der vorgeschlagene Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung hier nicht möglich, da es sich nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Flächendarstellung im FNP, jedoch besteht noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

1002977, Stadt Overath	
<p>Inhalt</p> <p>Ortsausgang Richtung Engelskirchen: Östlich des Hauptortes Overath wurde der ASB aufgrund einer Bauflächendarstellung im rechtswirksamen Flächennutzungsplan erweitert. Diese Fläche soll im Rahmen der Neuaufrstellung des Flächennutzungsplanes (Verfahren ist gestartet) entfallen. Es wird angeregt, die Abgrenzung in Vilkerath beizubehalten sowie östlich des Hauptortes im Tausch dafür zurückzunehmen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002977]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1002977_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist hier jedoch nicht möglich, da es sich nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Reserve im Flächennutzungsplan der Stadt Overath. Ein Flächentausch kann jedoch auf Ebene der Flächennutzungsplanung gemäß der Zielfestlegung <i>Flächenüberhänge vermeiden und abbauen</i> erfolgen.</p>

1002987, Stadt Overath	
<p>Inhalt</p> <p>Klef: Im Bereich Klef wurde eine Tauschfläche für eine ehemalige Fläche des Bereiches Ginsterfeld zeichnerisch festgelegt. In Overath übersteigen die GIB-Bedarfe die innerhalb des Siedlungsraums festgelegten Potenziale. Innerhalb der Darstellungen des FNP außerhalb des Siedlungsraums gibt es dargestellte gewerbliche Bauflächen, die aufgrund ihrer Lage im festgesetzten Überschwemmungsbereich im Zuge der Neuaufstellung des FNP teilweise zurückzunehmen sind (Unterauel). Es wird angeregt, zu überprüfen, ob eine Erweiterung der Tauschfläche Klef möglich ist.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002987]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1002987_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist hier nicht möglich, da es sich bei der vorgeschlagenen Tauschfläche nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Reserve im Flächennutzungsplan. Jedoch kann grundsätzlich Flächentausch auf Ebene der Flächennutzungsplanung gemäß Ziel <i>Flächenüberhänge vermeiden und abbauen</i> erfolgen.</p>

1002988, Stadt Overath	
<p>Inhalt</p> <p>Verkehrsinfrastruktur ? Schienennetz G.56 Mobilstationen: Anhang A4 ? Erläuterungskarte I3</p> <p>Aus regionaler Sicht besonders geeignete Standorte für die Einrichtung einer Mobilstation finden sich in Erläuterungskarte I3 (Anhang A4) auf Basis des Verbandweiten Konzepts für die Errichtung von Mobilstationen (Nahverkehr Rheinland 2018). Für die Stadt Overath sind Mobilstationen im Zentralort sowie in Untereschbach dargestellt. Aufgrund des geplanten Haltepunkts in Vilkerath (G.53 Neue Haltepunkte entlang bestehender Strecken einrichten) ist hier ebenfalls eine Mobilstation aufzunehmen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterungskarte I3 wird künftig entfallen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1003063.</p>

1002990, Stadt Overath	
<p>Inhalt</p> <p>Verkehrsinfrastruktur ? Straßennetz Overath: Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung ? hier: B484n</p> <p>Im Entwurf des neuen Regionalplans ist zur Entlastung des Hauptortes eine Trasse westlich enthalten; bisher eine ?Tunneltrasse?. Zu den Planungen dieser sogenannten ortsfernen Trasse(B484n) wurde sich wiederholt kritisch geäußert. Gemäß G.57 ist die Trasse als Vorbehaltsgebiet festgelegt; eine weitere Konkretisierung der Bedarfsplanmaßnahme soll sich an der im Regionalplanfestgelegten Grobtrasse orientieren. Obgleich nach den Erläuterungen die räumlich konkretisierte Lage bis zu mehreren hundert Metern variieren kann, wird angeregt, die Festlegung der Trasse aus dem Regionalplanentwurf zu streichen bzw. ausschließlich nachrichtlich darzustellen, um ggf. zukünftigen alternativen Trassenführungen nicht entgegen zu stehen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002990]</p> <p>Anhänge Abb. ID_1002990_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Die Festlegung steht einer weiteren Konkretisierung im Rahmen der Fachplanung nicht entgegen. Sie entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Bei Vorliegen gewichtiger Gründe kann der Grundsatz im Rahmen der Abwägungsentscheidung überwunden werden.</p>

1002991, Stadt Overath	
<p>Inhalt</p> <p>Verkehrsinfrastruktur ? Flugplätze Die Stadt Overath regt an, in den Erläuterungen auch betriebliche Regelungen zum Flugbetrieb zur Reduzierung des Fluglärms aufzunehmen. Begründung: Raumplanerisch ist ein Heranrücken von Wohngebieten an Flughafenstandorte zu vermeiden. Dieses Ziel erkennt allerdings die Situation, dass der Flughafen Köln/Bonn unmittelbarem Ballungsraum Köln/Bonn liegt. Betroffen und in der Lärmschutzzone sind nicht peripherentwickelte Neubaugebiete, sondern z.B. Ortszentren bzw. bestehende Ortslagen. Dem Fluglärmproblem muss daher vorwiegend mit betrieblichen Regelungen des Flugbetriebs begegnet werden. Es wird angeregt, die textlichen Festlegungen wie Folgt zu ergänzen: ?Innerhalb der erweiterten Lärmschutzzonen soll der Belang des Schutzes der Bevölkerung vor Fluglärm neben der im Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm geregelten zulässigen baulichen Entwicklung auch durch betriebliche Regelungen des Flugbetriebs besonders berücksichtigt werden.?</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Anregung richtet sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Sie geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.</p>

1002993, Stadt Overath

Inhalt

Entsorgungsinfrastruktur ? Deponien Steinenbrück ? Deponie Lüderich

Die Deponie Lüderich wird im Regionalplanentwurf nun mit Plansymbol ?Abfallbehandlungsanlagen? mit der Zweckbestimmung: Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie zeichnerisch festgelegt. Aus den Erläuterung zu Z.41 Standorte für Abfalldeponien sichern geht hervor:

1. ?Standorte für Abfalldeponien sind ? bis zum Abschluss der Stilllegungsphase zeichnerisch festgelegt.?

4. Bei bereits in der Stilllegungsphase befindlichen Deponiestandorten sind solche Nutzungen auszuschließen, die ? eine geplante Wiederaufnahme des Deponiebetriebs gefährden.?

In der Erläuterungskarte I1 Entsorgungsinfrastruktur zu den textl. Festlegungen wird die Deponie mit entsprechendem Symbol, dass sich die Anlage in der Stilllegungsphase befindet, gekennzeichnet.

Gegen die zeichnerischen und textlichen Festlegungen bestehen Bedenken zum einen in Bezug auf die einheitliche zeichnerische Festlegung mit einem Symbol sowohl für bestehende als auch in der Stilllegungsphase befindliche Anlagen (bis dato wurde die Anlage nicht zeichnerisch festgelegt), zum anderen aufgrund der Formulierung in den Erläuterungen, dass solche Nutzungen auszuschließensind, die eine geplante Wiederaufnahme gefährden. Z.43 Deponiestandorte rekultivieren und wiedernutzbar machen steht aus Sicht der Stadt Overath Z.41 bzgl. einer geplanten Wiederaufnahme entgegen. Diese wird ausdrücklich nicht befürwortet. Die Bürgerinnen und Bürger von Untereschbach und Steinenbrück wurden über Jahrzehnte durch den Bergbau und die anschließende Nutzung des Geländes als Erddeponie stark belastet. Bürgerschaft und Politik haben sich für die Schließung und die anschließende Renaturierung der Deponie Lüderich eingesetzt. Ziel für die durch den Deponiebetrieb in der Vergangenheit stark belasteten Stadtteile Steinenbrück und Untereschbach, ist es, diesen Bereich positiv, modern und nachhaltig zu entwickeln. Die Rekultivierung des Standortes hat nach der Schließung in 2019 begonnen. Auf eine zeichnerische Festlegung der Deponie Lüderich wird verzichtet. Eine Wiedereröffnung ist dauerhaft ausgeschlossen.

[s. Anhang Abb. StnID_1002993]

Anhänge

[Abb_ID_1002993_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und zur Umsetzung des Ziels 8.3-1 LEP NRW sind gemäß der landesweit einheitlichen Vorgehensweise bei der Darstellung von Abfalldeponien in Regionalplänen (Erlass vom 11. März 2011 Stk-AZ:30.08.50.03/MKULNV-AZ: IV-3/IV-2840.02) als raumbedeutsam eingestuft Deponien unabhängig von der Art des Betreibers und der Zugänglichkeit bis zum Abschluss der Stilllegungsphase in Regionalplänen zeichnerisch festzulegen. Die hier gesicherten Deponiestandorte befinden sich derzeit in der Ablagerungs- bzw. Stilllegungsphase. Da die endgültige Stilllegung noch nicht vollzogen wurde, besteht weiterhin ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung folgerichtig ist.

Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Festlegung als Bereich für Aufschüttung und Ablagerung mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie bzw. mit einem vorhabenbezogenen Planzeichen (Plansymbol: Abfalldeponie) steht dem nicht entgegen.

AZ: BET_206000_1

Stadt Rösrath

1004581, Stadt Rösrath

Inhalt

Ortslage Leimbach: Rö1-Rücknahme von ASB-Flächen im Bereich Leimbach-Nord. Im Regionalplanentwurf sind die ursprünglich angedachten Flächen bis zur Zufahrt der Kläranlage als ASB enthalten. Auf Grund der seit Jahren geltenden politischen Beschlusslage in Rösrath, dort das Bebauungsplanverfahren nicht weiterzuführen und der Freihaltung der Sülzauen von Bebauung sollen diese Erweiterungsflächen konsequenter Weise im Sinne des Hochwasserschutzes herausgenommen werden.

[s. Anhang Abb. StnID_1004581]

Anhänge

[Abb_ID1004581.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004582, Stadt Rösrath	
<p>Inhalt</p> <p>Ortsteil Hoffnungsthal: R02-Ausweitung von ASB-Flächen westlich von Haus Stade. Diese Flächen bieten die Möglichkeit als Entwicklungspotenzial für Gewerbe im Dienstleistungssektor oder für ökologische, ÖPNV-nahe Wohnprojekte (Haltepunkt der RB 25 nur 450m entfernt) entwickelt zu werden. Die westliche Ausdehnung des ASB soll jedoch nur bis max. der Überflutungslinie der Jahrhundertflut im Juli 2021 ausgewiesen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004582]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004582.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung <i>„Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten“</i> verfügt die Stadt Rösrath noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der faktischen Umstände im Bestand erfolgt aufgrund der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit eine Festlegung als ASB.</p>

1004583, Stadt Rösrath

Inhalt

Ortsteil Hoffnungsthal: R03-Ausweisung von ASB-Flächen entlang der Volberger Straße. Diese Flächen sind heute schon bebaut und bilden rund um die Kirche den historischen Kern der Ortschaft Hoffnungsthal. Es ist unverständlich, warum diese nicht in eine ASB Darstellung einbezogen wurden.

[s. Anhang Abb. StnID_1004583]

Anhänge

[Abb_ID1004583.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht, hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan, sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und die Entwicklung des Siedlungsbereichs unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

In Bauflächen von Flächennutzungsplänen und in kleineren Siedlungsbereichserweiterungen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Auf die Erläuterungen zu Ziel 27 *ÜB erhalten und entwickeln* und Ziel 28 *Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen* wird verwiesen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit die Belange auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

	Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. (s. auch Erläuterungen zu StID 1004584)
--	---

1004584, Stadt Rösrath

Inhalt

Ortsteil Hoffnungsthal: Rö4-Ausweitung der ASB-Flächen im Bereich Vorderster Büchel. Rösrath besitzt trotz seiner unmittelbaren Nähe zum Oberzentrum Köln und der guten infrastrukturellen Anbindungen kaum noch geeignete Potentialflächen für eine städtebauliche Entwicklung in den nächsten 20 Jahren. Insofern bietet sich diese zwischen dem Friedhof Hoffnungsthal und der Ortslage Vorderster Büchel gelegene, zentrumsnahe Fläche förmlich an, zumal für ein Teil der Fläche ein Bebauungsplan für eine Friedhofserweiterung existiert.

[s. Anhang Abb. StnID_1004584]

Anhänge

[Abb_ID1004584.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBpl us sichern und umsetzen*. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Die Stadt Rösrath verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionaler Bedarf zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwickl*

ung am Bedarf ausrichten.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB (siehe auch StnID 1004583).

Laut Ziel 18 im Regionalplanentwurf Köln dürfen RG ausnahmsweise für siedlungsräumliche Entwicklungen in Anspruch genommen werden, wenn für diese keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Es liegt eine rechtskräftige und verbindliche Bauleitplanung vor, sowie ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte im Bereich der Friedhofsflächen. Somit ist zwecks Klarstellung die Festlegung eines ASB sowie die Rücknahme des RG in dem betreffenden Gebiet folgerichtig.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Sofern festgelegte ASB von anderen Vorranggebieten (z. B. Überschwemmungsbereiche gemäß (Z. 27) Überschwemmungsbereiche (ÜB) ÜB erhalten und entwickeln) überlagert werden, wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinander stehen. Weitergehende Regelungen sind im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung unter Beachtung des Fachrechts aufeinander abzustimmen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004585, Stadt Rösrath	
<p>Inhalt</p> <p>Ortsteil Rösrath-Mitte: Rö5-Rücknahme der L 288n (innere Ortsumgehung). Nach einem entsprechenden Ratsbeschluss und der Vereinbarung mit dem Landesministerium vor etlichen Jahren ist diese Straße nicht mehr Gegenstand entsprechender Landesprogramme, selbst wenn die damals zugesagte Kompensationsmaßnahme (Aufhebung Bahnübergang und Bau einer Unterführung) durch den Landesbetrieb Straßenbau bis heute nicht realisiert wurde.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004585]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004585.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1004586, Stadt Rösrath

Inhalt

Ortsteil Rösrath-Mitte: Rö6-Ausweisung von ASB-Flächen im Bereich ?Schulberg Freiherr-vom-Stein?. In dem Bereich Rösrath-Nord sind verschiedenste öffentliche Einrichtungen konzentriert (Gymnasium, Gesamtschule, Jugendzentrum, Sportanlagen, LVR-Schule, Kindergarten). Auf Grund von geänderten pädagogischen Konzepten, einer veränderten Schullandschaft und ebenfalls artikuliertem Erweiterungsbedarf der LVR-Schule besteht erheblicher zusätzlicher Flächenbedarf. Insofern bietet es sich an, diese Flächen für künftige öffentliche Bedarfe zu arrondieren, zumal die heute schon in kleinerem Maßstab existierenden Potentialflächen im geltenden Regionalplan Wald sind und aus ökologischen Gründen zumindest überwiegend erhalten bleiben sollten.

[s. Anhang Abb. StnID_1004586]

Anhänge

[Abb_ID1004586.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen*. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Stadt Rösrath verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen

Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), jedoch besteht noch regionale Bedarfe zur Festlegung von ASB gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Laut Z. 18 im Regionalplanentwurf Köln dürfen RG ausnahmsweise für siedlungsräumliche Entwicklungen in Anspruch genommen werden, wenn für diese keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Die Erweiterung des Schulzentrum muss angrenzend am Bestand erfolgen, daher ist die Nutzung standortgebunden und eine Verortung außerhalb des RG nicht möglich. Die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit wird durch die angesprochene Planung nicht beeinträchtigt, da potenziell beeinträchtigte Funktionen vor Ort ausgeglichen werden.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.

1004587, Stadt Rösrath

Inhalt

Ortslage Rambrücken: Rö7-Änderung der Festlegung ASB in GIB südlich der Ortslage. Auch wenn im ASB natürlich auch gewerbliche Flächen zulässig sind, erschließt sich nicht, warum in Lohmar das direkt angrenzende Gewerbegebiet ?Burg Sülz? als GIB dargestellt ist, die anschließende Fläche auf Rösrather Stadtgebiet dann jedoch als ASB ausgewiesen wird.

[s. Anhang Abb. StnID_1004587]

Anhänge

[Abb_ID1004587.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe gemäß der Zielfestlegung ? *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?* verfügt die Stadt Rösrath noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven für eine gewerblich-industrielle Siedlungsentwicklung. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine entsprechende Festlegung eines Teilbereiches als GIB folgerichtig.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven in Rambrücken stehen fachrechtliche Planungsrichtlinien (festgesetzte Lärmschutzzonen) entgegen, sodass eine Neuabgrenzung des ASB folgerichtig ist (s. StnID 1004589).

Für die festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004588, Stadt Rösrath

Inhalt

Ortsteil Forsbach: R08-Rücknahme der Festlegung ?Regionaler Grünzug? westlich der Siedlung ?Volberger Berg? und nördlich der K40. Auf Grund der Ausrichtung des als Wiesen- und Weidefläche genutzten Hanges wäre dieser Bereich nach Überlegungen der Stadtwerke Rösrath als Standort für eine größere Photovoltaikanlage zur Solarnutzung geradezu geeignet. Die Stadt Rösrath sieht durchaus die Möglichkeit beide Nutzungen (Grünzug und Erzeugung regenerativer Energie) verträglich dort unterzubringen.

[s. Anhang Abb. StnID_1004588]

Anhänge

[Abb_ID1004588.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung

	kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPIG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.
--	---

1004589, Stadt Rösrath

Inhalt

Die Fluglärmzonen sind sowohl im Bereich der Königsforstroute, als auch im Bereich Rambrücken ausgeweitet worden. Dieses entspricht den Festlegungen aus der seit 7.12.2011 geltenden Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereiches für den Verkehrsflughafen Köln/Bonn, die weitergehende Bereiche umfasst, als die im alten Regionalplan 2006 dargestellten Flächen. Es darf je doch auf keinen Fall dazu führen, dass dadurch weitergehende Belastungen der Rösrather Bürger damit verbunden sind.

[s. Anhang Abb. StnID_1004589]

Anhänge

[Abb_ID1004589.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung als Siedlungsraum in Rambrücken stehen fachrechtliche Planungsrichtlinien (festgesetzte Lärmschutzzonen) entgegen, sodass eine Neuabgrenzung des ASB und GIB Rambrücken folgerichtig ist.

Für die festgelegten Siedlungsbereiche gilt darüberhinaus, dass aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung ein Sicherungserfordernis gilt, sodass die Festlegung in der geänderten Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

In Bezug auf die Festlegungen zum Schutz vor Fluglärm (LEP NRW) gilt, dass die Bauleitplanung der Gemeinden so gesteuert wird, dass neue Flächen und Gebiete mit überwiegender Wohnnutzung und schutzbedürftige Einrichtungen nach § 5 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm möglichst in einem ausreichenden Abstand vom Gelände bestehender und geplanter Flugplätze ausgewiesen werden. Ergänzend sind die in Rechtsverordnungen festgesetzten Lärmschutzzonen gemäß Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm (FlugLärmG) in den Regionalplänen nachrichtlich zu übernehmen.

Um die Raumkonflikte im Umfeld der bestehenden Flughäfen vorsorgend zu minimieren, ist eine Steuerung der Siedlungsentwicklung erforderlich, deren räumlicher Umfang durch die Erweiterte Lärmschutzzone definiert wird. In diese Steuerung soll der Belang des Schutzes der Bevölkerung vor Fluglärm frühzeitig einfließen. Regelungsgegenstand der Erweiterten Lärmschutzzone in Verbindung mit dem Grundsatz G. 61 *Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisungen berücksichtigen* ist die kommunale Siedlungsentwicklung. Im Umfeld der bestehenden Flughäfen soll er möglichen Raumkonflikten vorsorgen. Der Grundsatz ist bei neu geplanten Flächen und Gebieten im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung anzuwenden.

--	--

1004590, Stadt Rösrath	
<p>Inhalt</p> <p>Rö9-Rücknahme der Mobilstation Rösrath Mitte. Im Textteil zum Regionalplan werden 4 Mobilstationen ausgewiesen. Allerdings sieht die Stadt Rösrath (neben dem beiden realisierten Stationen am Bhf Rösrath und in Hoffnungsthal Mitte) nur noch im Bereich des Haltepunktes Stümpen eine Option. In Rösrath-Mitte fehlen einfach die Flächenangebote. Außerdem ist dort die zugrundeliegende Verknüpfung der Verkehrsarten nicht umzusetzen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1004590]</p> <p>Anhänge Abb_ID1004590.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen. Die Erläuterungskarte I3 wird künftig entfallen (s. StnID 1003063).</p>

AZ: BET_207000_1

Stadt Wermelskirchen

1002619, Stadt Wermelskirchen

Inhalt

Die Stadt Wermelskirchen bringt im Rahmen des Verfahrens nach § 13 Landesplanungsgesetz NRW i.V.m. § 9 Abs. 2 Raumordnungsgesetz keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche zum neuen Entwurf des Regionalplans Köln vor. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang ausdrücklich für die hervorragende Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Köln bedanken.

Der Stellungnahme ist eine entsprechende Anlage beigelegt [s. Anhang StnID_1002437]

Anhänge

[Abb_ID1002619_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_22000_1

Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

1005825, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Die Umsetzung und Integration von Teilen des Fachbeitrages des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere des Biotopverbundes in die regionalplanerischen Darstellungen BSN und BSLE und die Integration des Fachbeitrages Klimaschutzes, werden seitens des LANUV begrüßt.

Bedenken und Anregungen zur Integration und Umsetzung konkreter zeichnerischer Inhalte des Fachbeitrages des Naturschutzes und der Landschaftspflege in den Regionalplan finden sich im Anhang (Shape-Dateien).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Sie enthält keine konkreten Anregungen oder Bedenken zu Planfestlegungen. Zu den zahlreichen Anregungen, die in Form von Shape-Dateien übermittelt worden sind auf die entsprechenden Abwägungsvorschläge verwiesen.

Inhalt

Rolle als Landschaftsrahmenplan

In Nordrhein-Westfalen ist der Regionalplan zugleich Landschaftsrahmenplan. Raumordnungspläne sollen Festlegungen zur Raumstruktur enthalten (§ 13 ROG), sowohl zur Siedlungsstruktur als auch zur Freiraumstruktur. Das LANUV begrüßt die Formulierung im Regionalplan, dass der *Regionalplan [?] im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung [?] die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang zu bringen?* hat. Das LANUV kann eine Umsetzung dieser Prämisse im hier vorgelegten Planwerk nur eingeschränkt erkennen und hat daher Bedenken gegen den aufgestellten Regionalplan. Es kann nicht nachvollzogen werden, dass die Vorgaben gem. § 6 LNatSchG NRW / § 10 BNatSchG, nämlich regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität ausreichend abgewogen und dargestellt wurden. Gerade überörtliche Ziele und Erfordernisse werden nicht ausreichend konkretisiert, um die nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sicherstellen zu können. Aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege ist daher die Ausgewogenheit in diesem Plan nicht gegeben, der daher unter Berücksichtigung dieses Aspektes einer Nachbesserung bedarf.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bedenken können mangels Konkretisierung nicht nachvollzogen werden. Zur Abwägung der Erfordernisse in konkreten Einzelfällen wird auf die Erläuterungen zu den Stellungnahmen der LANUV NRW verwiesen.

Inhalt

Zeichnerische Darstellung

Die DTK 50 bietet grundsätzlich eine gute Kartengrundlage, die auch mit dem auf großmaßstäbigeren Grundlagen digitalisierten Fachbeitrag ? unter Berücksichtigung gewisser Generalisierungen ? korrespondiert.

Das Potential dieser Grundlagen wurde bei der Erstellung der Abgrenzungen der regionalplanerischen Kategorien vermutlich nicht immer und vollständig ausgeschöpft, sodass bei Darstellung durchaus fraglich blieb, ob es sich um eine gemäß den Karten- und Planungsgrundlagen verbesserungsfähige Abgrenzung oder eine planerische Absicht handelte.

Die zeichnerische Umsetzung ist im Planungsraum bisweilen inhomogen, eine flächendeckende Orientierung an der DTK 50 wäre wünschenswert. Das LANUV bringt hier nur die nach seiner Einschätzung nicht eindeutig als grafische Ungenauigkeit zu besehenden Fälle in die Erörterung ein.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Grundsätzlich wurden für die zeichnerischen Festlegungen die Informationen der topographischen Karte M 1:50.000 zugrunde gelegt. Es wird auf die konkreten Ausgleichsvorschläge zu den Anregungen der LANUV (Shapes) verwiesen.

InhaltVerwendung von Planzeichen

Bei der Plandarstellung fällt der Umgang mit dem offenen Planzeichen AFAB (Vorbehaltsgebiet) auf. Offene Planzeichen dienen dazu, fließende Übergänge zwischen konkreten Festsetzungen und der angrenzenden Planung zu schaffen. Sie lassen in ihrem Übergangsbereich bis zu einem gewissen Grad zwar eine flexible Nutzung zu, sollten aber soweit an bestehende Vorranggebiete bzw. Planfestsetzungen herangeführt werden, dass zweifelsfrei kein selbständiger neuer Planungsraum für zukünftige Siedlungsentwicklungen zwischen vorhandener Bebauung und den o. g. Gebieten ? zum Teil auch über den zeitlichen Planungshorizont des Regionalplans hinaus ? entsteht. Hier werden nämlich Festsetzungen einseitig für die Umwandlung siedlungsnaher Freiräume zu Wohnsiedlungsbereichen getroffen ohne sie darzustellen, was nicht zwingend nachvollziehbar ist und die fachliche Ausgewogenheit des Planes beeinträchtigt. Die Darstellung des AFAB im Regionalplan Köln sollte daher sowohl an das Planzeichen ASB/GIB (die geplanten Siedlungsbereichsdarstellungen), als auch an die im Freiraum liegenden Siedlungsbereiche, die keine Vorranggebiete darstellen, genauso erfolgen wie bei dem Planzeichen BSN. Gegen die Vorgehensweise des vorliegenden Regionalplanes hat das LANUV erhebliche Bedenken. Der Plan ist diesbezüglich nachzubessern.

Das vom LANUV vorgeschlagene Planzeichen BSL-A wurde für Bereiche, in denen das Vorkommen schützenswerter Arten liegt (hier Grauammer und Feldhamster), nicht umgesetzt. Wie im Fachbeitrag ausführlich begründet hat Nordrhein-Westfalen eine besondere Verantwortung für diese Arten und ihrer Lebensräume übernommen. Diese Flächen nachhaltig zu schützen ist Aufgabe der Regionalplanung. Das LANUV hat daher erhebliche Bedenken gegen die Nichteinführung dieses Planzeichens, das ohne Aufwand als Vorbehaltsgebiet aus der DVO zum LPIG abgeleitet werden kann.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei den AFAB handelt es sich um eine flächige Planfestlegung, die neben Waldbereichen und Oberflächengewässern für den Freiraum gewählt werden kann. Die flächigen Festlegungen werden immer bis an die flächigen Festlegungen des Siedlungsraums herangeführt. Möglichkeiten eines fließenden Übergangs zwischen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten sind naturgemäß aus planungsrechtlichen Aspekten nicht möglich.

Die vom LANUV NRW eingebrachten Bereiche für Vorkommen schutzwürdiger Arten des Offenlands wurden, wie auch die übrigen Bereiche der Biotopverbundstufe 2, in die BSLE als Vorbehaltsgebiete integriert. Weiterhin wurden für diese separate Abgrenzungen vom LANUV angefordert und diese in einer Erläuterungskarte übernommen sowie eine auf diese Bereichsteile bezogene Festlegung erarbeitet. Insofern sind die Bereiche wie seitens der LANUV als Vorbehaltsgebiet gesichert. Der Entwicklung eines gesonderten Planzeichens bedarf es nicht.

InhaltUmsetzung des Biotopverbundes als Klimaanpassungsstrategie

Die Biotopverbundplanung als Anpassungsstrategie für den Naturschutz (?Zielartenbezogener Biotopverbund einschließlich klimasensitiver Arten?) spiegelt sich im vorgelegten Regionalplan nicht wieder. So liegen Festsetzungen in geplanten Wander- und Ausbreitungskorridoren, die im Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landespflege ermittelt und grafisch aufbereitet wurden. Diese trennen nicht nur Vernetzungskorridore, sondern können auch wichtige Refugialbiotope durch die dann verbleibende umgebende Nutzung isolieren. Damit werden artspezifische Wanderungen und mehr noch ein klimabedingtes Ausweichen der Arten in noch geeignete Räume beeinträchtigt.

Teile von Verbundflächen wurden nicht umgesetzt und / oder überplant.

Eine langfristige und unter dem Aspekt des Klimawandels zu sichernde Planung für Zielarten des Biotopverbundes ? und über die Zielarten auch weiterer Arten mit vergleichbaren Ansprüchen wie die Zielarten ? wird somit unterlaufen. Gerade in dieser Sicherung solcher zukünftigen Optionen liegt aber eine wesentliche Funktion des Regionalplanes als Landschaftsrahmenplan als Steuerungsinstrument für die nötige Anpassung von Natur und Landschaft an die Folgen des Klimawandels.

Für den Biotopverbund für klimasensitive Arten und Lebensräume ist zu prüfen, ob in Anlehnung an das vom LANUV geforderte BSL-A hier ein weiteres Planzeichen BSN-A einzuführen ist. Damit könnte die Umsetzung des LEP im Hinblick auf seine Zielaussagen zum Biotopverbund als Klimaanpassungsstrategie auf der raumplanerischen Ebene konkretisiert werden.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der im Fachbeitrag des LANUV angelegte Biotopverbund wurde sehr weitgehend im Planentwurf umgesetzt. Dies wird z.B. in der Erluterungskarte F5 ersichtlich. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Inhalte des Fachbeitrags grundsätzlich der Abwägung mit anderen Belangen, z.B. der Vorgaben des LEP NRW zu einer bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung, unterliegen.

Eines neuen Planzeichens bezogen auf den Artenschutz bedarf es nicht. Die betreffenden Bereiche wurden, wie auch die übrigen Bereiche der Stufe 2, in die BSLE einbezogen und somit als Vorbehaltsgebiet gesichert. Weiterhin erfolgte eine Kennzeichnung in einer separaten Erläuterungskarte und eine auf den Artenschutz bezogene spezifische textliche Festlegung. Auch bei der Neufassung der DVO zum LPIG NRW in 2022 wurde seitens der Landesplanungsbehörde kein Erfordernis für ein zusätzliches Planzeichen in Bezug auf den Artenschutz gesehen.

InhaltZeichnerische Festsetzungen

Gemäß § 6 Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG NRW) ist der Regionalplan der Landschaftsrahmenplan im Sinne von § 10 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG). Ergänzend schreibt § 18 Abs. 2 Landesplanungsgesetz (LPiG) vor: „Die Regionalpläne erfüllen die Funktionen eines Landschaftsrahmenplanes [?]. Sie stellen regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Landschaftsrahmenplan) und [?] dar“. Damit kommt dem Regionalplan die Rolle eines Naturschutzfachplanes auf der sogenannten mittleren Planungsebene zu.

Zur inhaltlichen Ausgestaltung dieser Festlegung sieht § 8 LNatSchG NRW vor, dass ein Fachbeitrag erstellt wird, der die fachliche Grundlage für den Landschaftsrahmenplan und den Landschaftsplan darstellt

Vorgehensweise

Für die Bearbeitung der Stellungnahme hat das LANUV die zur Verfügung gestellten Informationen digital aufbereitet und zu den grafischen Inhalten des Fachbeitrages in Beziehung gesetzt. Das Ergebnis seiner Betrachtungen hat das LANUV in Form von 5 Shape Dateien abgelegt, die Bestandteil dieser Stellungnahme sind.

Die Shape Dateien betreffen:

1. Verbundobjekte der Stufe 1, die nicht umgesetzt wurden und zudem mit Darstellungen der regionalplanerischen Kategorie „ASB / GIB“ überplant wurden (Shape-Datei: VB1_nicht umgesetzt-u-überplant_erg18)
2. Verbundobjekte der Stufe 1, die nicht umgesetzt wurden und nicht mit Darstellungen der regionalplanerischen Kategorie „ASB / GIB“ überplant wurden. (Shape-Datei: VB1_nicht umgesetzt-u-nicht_überplant_erg20)
3. Verbundobjekte der Stufe 1, die statt mit der regionalplanerischen Kategorie „BSN“ nur mit der Kategorie „BSLE“ umgesetzt wurden (Shape-Datei: VB1_umgesetzt-als-BSLE_erg08)
4. Verbundobjekte der Stufe 2, die nicht umgesetzt wurden und zudem mit Darstellungen der regionalplanerischen Kategorie „ASB / GIB“ überplant wurden. (Shape-Datei: VB2_nicht umgesetzt-u-überplant_erg13)
5. Verbundobjekte der Stufe 2, die nicht umgesetzt wurden und nicht mit Darstellungen der regionalplanerischen Kategorie „ASB / GIB“ überplant wurden. (Shape-Datei: VB2_nicht umgesetzt-u-nicht_überplant_erg15)

Die Bearbeitungstiefe wurde durch Abschneidekriterien eingeschränkt, die sich zunächst auf die Größe der betroffenen Flächen bezogen. In den Fällen 1. bis 4. wurde hierzu die Größe größer / gleich 1 ha, im Fall 5. die Größe größer / gleich 5 ha gewählt. Anschließend wurden alle so identifizierten Objekte gesichtet und eine fachgutachterliche Abschätzung vorgenommen, um noch einmal die Fälle heraus zu selektieren, denen darstellungstechnische und maßstabsbezogene Aspekte zugrunde

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die einzelnen Abwägungsvorschläge zu den Anregungen der LANUV in Bezug auf die zeichnerischen Festlegungen auf Grundlage der übersandten Shape-Dateien verwiesen. Diese beziehen sich auf 320 der eingebrachten Flächenvorschläge zu denen jeweils Teil-Stellungnahmen mit den jeweils konkreten Flächenabgrenzungen im Anhang abgebildet wurden. Die darüber hinausgehenden Flächenvorschläge mit einer Anzahl von 1.023 werden auf der im Anhang beigefügten Abbildung (Abb_ID1005830) zusammenfassend dargestellt. Für die Zuordnung des jeweils entsprechenden Ausgleichsvorschlags wurden die Flächen in verschiedene Kategorien unterteilt:

Die **roten** Flächendarstellungen betreffen kleinteilige Erweiterungswünsche unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. innerhalb der Interpretationsschwelle:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die **blauen** Flächendarstellungen beziehen sich auf Neudarstellungswünsche, die keine Raumbedeutsamkeit besitzen:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei

liegen. Für die aus dieser Selektion verbliebenen Objekte (50 % der insgesamt identifizierten Objekte) wurden die naturschutzfachliche Schutzwürdigkeit / -bedürftigkeit bzw. weitere fachliche Aspekte, die gegen die gewählte Darstellung im Regionalplan sprechen zusammengetragen, tabellarisch gelistet und mit einer als Freitext formulierten ?BEMERKUNG? in der gleichnamigen Spalte in den Attributtabeln der GIS-Objekte erläutert.

Es gelten folgende Abkürzungen/ Tabelleneinträge: [Abbildung]

Im Zusammenhang mit der oben genannten Auswertung werden folgende Stellungnahmen abgegeben, sofern nicht in den Tabellen der einzelnen Shape-Dateien eine dazu abweichende Eintragung in der Spalte ?BEMERKUNG?, vorgenommen wurde:

1. Gegen die Darstellungen des Regionalplanes im Falle der Ziffer 1 bestehen erhebliche Bedenken.
2. Gegen die Darstellungen des Regionalplanes im Falle der Ziffer 2 bestehen erhebliche Bedenken.
3. Gegen die Darstellungen des Regionalplanes im Falle der Ziffer 3 bestehen Bedenken.
4. Gegen die Darstellungen des Regionalplanes im Falle der Ziffer 4 bestehen erhebliche Bedenken.
5. Gegen die Darstellungen des Regionalplanes im Falle der Ziffer 5 bestehen Bedenken.

Eine abweichende Eintragung (s. o.) steht am Ende der Spalte ?BEMERKUNG?.

Das weitere Vorgehen in dieser Stellungnahme orientiert sich an der Gliederung im Regionalplan. Die Ziffern des Regionalplanes, auf die Bezug genommen wird, sind fett bzw. unterstrichen dargestellt. Die angesprochenen Formulierungen darin kursiv.

einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Gelbe Flächenvorschläge beziehen sich auf Grünflächen innerhalb des Siedlungsraums, die keine Raumbedeutsamkeit besitzen:

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminself sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Orange Flächenvorschläge decken Randbereiche innerhalb der Siedlungsbereich ab

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentialen bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt**Einführung****1.4 Grundlegende Orientierung (S.31)**Eine ausgewogene Darstellung von Siedlungs- und Freiraum

Diese Erarbeitungsgrundlage wird seitens des LANUV begrüßt. Allerdings bestehen erhebliche Bedenken gegen ihre Umsetzung im Regionalplan. So werden beispielsweise mehr als doppelt so viele Ziele für die Siedlungsentwicklung (14) als für den Freiraum (6) formuliert. Dagegen halb so viele Grundsätze für die Siedlungsentwicklung (7) als für den Freiraum (15). Allein durch die Festsetzungen erscheint eine Schieflage zu Lasten des Freiraums zu entstehen.

Die hier getroffenen Formulierungen stehen den eigentlichen Planinhalten entgegen. In der Umsetzung der Planung scheinen die Anforderungen *grundsätzlich* eher aus Sicht der Siedlungsentwicklung und nicht *gleichwertig und miteinander vernetzt betrachtet und entsprechend umgesetzt* worden zu sein. Auch die *Abwägung zwischen den Belangen der Siedlungsentwicklung und den zunehmenden Anforderungen an den Freiraum unter anderem für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel, [?] als zentrale Rolle?* ist im Planwerk nicht nachvollziehbar. Weiter heißt es, dass sich an der *Sicherung der hohen Lebensqualität?* und am *Erhalt der vielfältigen Freiraumfunktionen?* orientiert wurde. Aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind konkurrierende Ansprüche an den Naturhaushalt gleichrangig abzuwägen und zu steuern. In dem hier vorgelegten Regionalplan kann dies nicht nachvollzogen werden. Hier sind klare Zielformulierungen für den Freiraum, insbesondere für den Bereich zum Schutz der Natur (BSN) und den Bereich zum Schutz der Landschaft und Erholung (BSLE) erforderlich, die die Strukturvielfalt des Freiraumes sicherstellen und wichtige Vernetzungsachsen für Zielarten ausweisen. Unter diesem Aspekt sind die vorgetragenen Bedenken des LANUV zu den nachfolgenden Formulierungen zu Zielen, Grundsätzen und Erläuterungen zu besehen.

Nachfolgende Ausschnitte aus dem Regionalplan sollen beispielhaft die Nichtbeachtung artenschutzfachlicher Belange aufzeigen.

Beispiel 1

Die für die klimasensitiven Zielarten des Waldes wichtige Entwicklungsachse wird hier durch die Neuausweisung eines GIB/ASB gestört. Dadurch kann die naturschutzfachlich beabsichtigte Stärkung des dortigen Waldbandes nicht mehr erfolgen. Zurück bleibt ein Waldkorridor, der schon heute intensivem Freizeitdruck ausgesetzt wird und der durch die geplante Bebauung noch verstärkt wird.

[s. Anhang Abb. 1005831]

Anhänge[Abb_ID1005831.pdf](#)**Abwägung****Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Anzahl der Zielfestlegungen bzw. Grundsätze eignet sich keiner Weise dazu, Aussagen zur Ausgewogenheit der Planfestlegungen abzuleiten. Zielfestlegungen im Bereich Siedlung dienen vielfach dazu, eine bedarfsgrechte Entwicklung sicherzustellen und übermäßige Flächenausweisungen zu vermeiden oder zurückzuführen. In Bezug auf das angeführte Beispiel wird auf die Abwägung zu diesem Siedlungsbereich verwiesen.

1005832, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Beispiel 2

Der schmale noch verbliebene unbebaute Korridor über die Erft, der die verbliebene, waldgeprägte Verbindung für die Zielarten des Waldes darstellt, wird durch die ausgewiesene GIB/ASB-Darstellung durch die Verdichtung der Bebauung zu einer unüberbrückbaren Sperre.

[s. Anhang Abb. 1005832]

Anhänge

[Abb_ID1005832.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Zwischen den Waldgebieten befinden sich bauleitplanerisch gesicherte Bauflächen der Stadt Bad Münstereifel, die die Grundlage für die Siedlungsbereichsfestlegung darstellen. Zu wesentlichen Teilen sind hier auch vorhandene bzw. geplante Freizeitnutzungen betroffen. Die Erhaltung der Durchgängigkeit kann bei der konkreten Umsetzung auf nachfolgender Planungsebene Berücksichtigung finden.

1005833, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Beispiel 3

Die Wildkatze hat in der Eifel ihr wichtigstes Verbreitungsgebiet. Sie stellt hier eine wichtige Quellpopulation dar, von der aus die restlichen Bereiche Nordrhein-Westfalens wieder besiedelt werden sollen. Teilpopulationen befinden sich im Eggegebirge, Rothaargebirge und Kottenforst. Einzelnachweise gibt es aus dem Sauerland und dem Siebengebirge. Wichtig ist es nun, den genetischen Austausch zwischen diesen Populationen sicherzustellen und Wanderkorridore offen zu halten.

Einen wichtigen Vernetzungskorridor östlich des Siebengebirges stellt der Dachsberg dar. Hier befindet sich eine der wenigen Querungsachsen, die trotz Vorbelastung durch ICE-Trasse und die BAB 3 eine West-Ost-Verbindung darstellt. Die Beibehaltung der Ausweisung des Gewerbegebietes, das teilweise schon umgesetzt wurde, regelt diesen verbliebenen Wanderkorridor planerisch vollkommen ab.

(Bad Honnef)

[s. Anhang Abb. 1005833]

Anhänge

[Abb_ID1005833.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Der GIB ist schon im aktuellen Regionalplan dargestellt. Dieser ist auch zu 80 % bereits über verbindliche Bauleitplanung und Bebauung umgesetzt. Eine Nichtdarstellung dieses Gewerbe- und Industriegebietes würde den Vorgaben der Landesplanung widersprechen.

In der Bauleitplanung ist auf den eingebrachten Belang der Wildkatzenquerung eingegangen worden. Dort wurde ein Querungskorridor festgelegt. Dieser wurde auch umgesetzt und durch entsprechende Querungsbauwerke funktionsfähig ausgestaltet.

1005834, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Beispiel 4 Auch östlich von Heimbach wird der dort verlaufende Wildkatzenkorridor durch die Neuausweisung im Regionalplan beeinträchtigt. Die dort befindliche Biotopverbundfläche (VB-K-5304-020) ist zugleich ein wichtiger Ergänzungsraum für die Zielarten des Waldes.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005834]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005834.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird ein Hinweis zu einem Wildkatzenkorridor gegeben, der durch die Festlegungen des Regionalplans geschützt wird.</p>

Inhalt

Beispiel 5

Die nördlich von Freilingen ausgewiesene ASB/GIB Fläche wird nicht nur durch die geplante Bebauung, sondern auch durch die Intensivierung der Freizeitnutzung (bestehende Vorbelastung durch ?Feriendorf Freilingen? und großen Campingplatz ?Eifel-Camp?) den dort verlaufenden Wildkatzenkorridor erheblich beeinträchtigen.

[s. Anhang Abb. 1005835]

Anhänge

[Abb_ID1005835.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um einen Standort mit überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen. Vorhandene, isoliert im Freiraum liegende Standorte, die die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten (ab einer Größenordnung von 10 ha), sind aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz für Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen) festgelegt. Auf diese Weise wird eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke vermieden. Neuplanungen von durch baulichen Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtung sind gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW umzusetzen.

Die siedlungsräumlichen Festlegungen beschränken sich auf den bereits vorhandenen baulichen Bestand bzw. die in diesem Bereich bestehenden Baurechte entsprechend der verbindlichen Bauleitplanung der Gemeinde Blankenheim. Die aktuelle Festlegung ist somit folgerichtig.

1005836, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Beispiel 5

Zwischen Blankenheim und Blankenheimerdorf verläuft ein Rotwildkorridor. Durch das geplante Zusammenwachsen dieser Ortschaften wird ein tradierter Wanderkorridor dem Rotwild nicht mehr zur Verfügung stehen. Der Siedlungsbereich wird durch die K 69 / B 258 und die B 51 / E 29 begrenzt. Das von Nord nach Süd wandernde Rotwild kann somit nicht ausweichen, da eine alternative Wandermöglichkeit in diesem Raum aufgrund der vorgegebenen Straßensituation entfällt. Der durch die ASB-Ausweisung entstehende Querriegel ist daher zwingend zu vermeiden.

[s. Anhang Abb. 1005836]

Anhänge

[Abb_ID1005836.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die ASB Festlegung bildet in dem betreffenden Bereich die räumliche Situation entsprechend des baulichen Bestands und der vorhandenen bauleitplanerischen Ausweisungen ab. Es sind dort keine siedlungsräumlichen regionalplanerischen Potenziale verortet. Ein durchgehender Freiflächen-Korridor ist im angesprochenen Bereich nicht vorhanden.

InhaltSpielräume definieren und nutzen (S.31)

Hiergegen hat das LANUV Bedenken, da die Spielräume, die "kommunalfreundliches Handeln für ein umsetzungsorientiertes, praktikables Planwerk" ermöglichen sollen, nur zugunsten der Siedlungsentwicklung aufgegriffen wurden (Planungszuschlag von 20 % auf Bedarfe für Siedlungsflächen). Die in diesem Zusammenhang neu entwickelten Planzeichen der "flexiblen Siedlungsentwicklung" (ASBflex) sowie die "regionale Verteilung von Wirtschaftsflächen" (GIBregional, GIBplus) machen den eigentlichen Bedarf an diesen Flächen nicht nachvollziehbar. Gegen die hierdurch mögliche weitere Inanspruchnahme an Freiraumflächen werden aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege Bedenken geltend gemacht.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und "reserven". Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können.

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW für den Regionalplan Köln Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW)

vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsrumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsrumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems über ein Freiraumverbundsystem für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzüge, Bereiche zum Schutz der Natur, Waldbereiche sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen. Diese wurden erarbeitet auf den Grundlagen der Fachbeiträge Klima, Landwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege, Kulturlandschaft und Forstwirtschaft. In den Fachbeiträgen wurde die Datengrundlage der genannten Festlegungen erarbeitet. Unter Berücksichtigung des regionalplanerischen Maßstabes wurden die verschiedenen Kriterien der erarbeiteten Fachbeiträge berücksichtigt und methodisch angewendet.

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen beispielsweise zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen

umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Begründung zum Regionalplan Köln wird entsprechend fortgeschrieben.

InhaltWirksame Freiraumsysteme schaffen (S.31)

Das LANUV begrüßt die Planintention, den Freiraum mit seinen ökologischen Wirkungen, zu denen der Biotopverbund, der Klimaausgleich oder Hochwasserschutz gezählt werden, zu sichern. Wie weiter ausgeführt wird, wurde *die Sicherung räumlich zusammenhängender Freiraumsysteme [?] bei der Entwicklung und Konzeption des Planentwurfs von Anfang an integriert und beachtet.* Im Vergleich zur Siedlungsausweisung werden hier aber leider keine *„Spielräume“* definiert, die eine Entwicklung des Freiraumes zulassen. Die Darstellung des *„Status Quo“* spiegelt sich nicht nur in den meisten Grundsatz- und wenigen Zielformulierungen wieder, sondern auch in den zeichnerischen Festsetzungen. Der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege hat hier eine Leitlinienfunktion. Trotzdem werden darin als sicherungswürdig dargestellte Flächen nicht dargestellt und / oder auch mit GIB/ASB überplant.

Dabei gilt für die im Fachbeitrag dargestellten Flächen *„auch wenn sie nicht einer der naturschutzfachlichen Kategorien, wie schutzwürdiges Biotop gemäß Biotopkataster, NSG, FFH-Gebiet, Vogelschutzgebiet (VSG), Nationalpark, Kern-, Ergänzungs-, Verbindungs- und/oder Entwicklungsraum mit Bedeutung für eine Zielart und/oder klimasensitive Zielart der im Fachbeitrag angesprochenen 8 Zielartengilden zuzuordnen sind“* dass sie ein Entwicklungspotential besitzen und im räumlichen und/oder funktionalen Zusammenhang mit den meist angrenzenden oben genannten Flächen stehen. Dieser Bedeutung und Funktion wird zu selten Rechnung getragen und so werden derart anscheinend wertlose Flächen ohne Einbeziehung von Entwicklungsaspekten entsprechend überplant. Dies zeigt sich besonders auffällig im Bereich der siedlungsnahen Freiräume, wo das Bestehen eines Siedlungsbereichs auch die Begründung für seine Fortentwicklung in den Freiraum hinein begründet; der Eigenwert oder das Entwicklungspotential der überplanten Fläche aber nicht einmal ihren Erhalt sichert.

Das LANUV hat Bedenken, dass hier aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege Entwicklungspotentiale unberücksichtigt blieben bzw. nicht beachtet wurden. Der Plan ist dahingehend nachzubessern. Auf § 9 Abs. 3 Zif. 4 Buchstaben c, e und g BNatSchG wird hingewiesen.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege unterliegt bei der Integration grundsätzlich der Abwägung mit konkurrierenden Raumnutzungen, hier insbesondere dem Auftrag der Landesentwicklungsplanung bedarfsgerecht Flächen für die Wohn- und Wirtschaftsentwicklung vorzusehen. Zu den angesprochenen *„Raumnutzungskonflikten“* wird auf die jeweiligen Abwägungsvorschläge verwiesen. Aus den Erläuterungskarten Biotopverbund und Grünzüge wird ersichtlich, dass der Regionalplanentwurf in erheblichem Maße dem Belang eines funktional verbundenen Freiraumsystems unter Einbezug von Entwicklungspotenzialen Rechnung getragen hat.

Inhalt

1.6 Strukturwandel im Rheinischen Revier (S. 36)

Hier heißt es im 5. Abschnitt, dass die Erfordernisse des Strukturwandels im Regionalplan abzubilden und für eine Steuerung zu entwickeln sind. Hierzu soll auf Synergieeffekte zurückgegriffen werden. *Bei der Neugestaltung der durch die Braunkohleförderung stark überprägten Landschaft sollen naturschutzfachliche Belange mit berücksichtigt werden.* Das LANUV hat gegen diese Formulierung Bedenken, da gerade in der durch den Braunkohletagebau überprägten und ausgeräumten Landschaft die Entwicklung, Stärkung und Vernetzung noch verbliebener Strukturen und teilweise verinselter Biotope zu besehen sind.
Eine *Mitberücksichtigung* bleibt hier hinter den Anforderungen der besonderen Situation inhaltlich weit zurück.

Die Erfordernisse des Strukturwandels gelten auch für Natur und Landschaft. Daher ist der letzte Satz *Dabei gilt es, für alle Regionen Entwicklungschancen und Synergieeffekte zu erkennen und räumliche Konkurrenzen zu vermeiden.* wie folgt zu formulieren: *Bei der Neugestaltung der durch den Braunkohletagebau stark überprägten Landschaft sollen naturschutzfachliche Belange beachtet, für alle Regionen Entwicklungschancen und Synergieeffekte erkannt und räumliche Konkurrenzen vermieden werden.*

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen für den Freiraum erfolgen aufgrund der landesplanerischen Vorgaben, wonach Grundsätze des Landesentwicklungsplanes berücksichtigt und Ziele beachtet werden müssen. So werden beispielsweise mit der Festlegung von Bereichen für den Schutz der Natur (BSN) den Belangen des Biotopverbundes ein besonderer Vorrang eingeräumt und diese gegenüber konkurrierenden Planungen und Maßnahmen gesichert. Im Rahmen der rechtlichen Vorgaben kann aber den naturfachlichen Belangen kein genereller Vorrang i.S. einer Beachtung zugesprochen werden.

Inhalt**2 Gesamträumliche Aspekte (S. 40)****2.1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel (S. 42)**

G.1 Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen (S. 42)

G.2 Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sichern und entwickeln (S. 45)

Klimaanpassung

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung an prominenter Stelle des Regionalplanentwurfs in Grundsatz G.1 verankert ist. Gleiches gilt für die in Grundsatz G.2 verankerte Sicherung und Entwicklung von Bereichen mit klimaökologischer Bedeutung. Es wird ebenfalls ausdrücklich begrüßt, dass die Ergebnisse der Klimaanalyse NRW und des Fachbeitrags Klima des LANUV zur Abgrenzung der Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung herangezogen wurden (Erläuterungskarte K1).

Durch den fortschreitenden Klimawandel ist auch in Nordrhein-Westfalen eine Zunahme extremer Wetterereignisse zu erwarten. Die potentiell verheerenden Auswirkungen solcher Ereignisse wurden durch das Hochwasserereignis am 14./15. Juli 2021 deutlich, bei dem auch der Planungsraum der Bezirksregierung Köln erheblich betroffen war. Neben der Berücksichtigung der thermischen Belastung wäre es daher aus Sicht des LANUV ebenfalls erforderlich, den Auswirkungen des Klimawandels hinsichtlich vermehrter Starkregen- und Extrem-wetterereignisse planerisch Rechnung zu tragen. Während in Abschnitt 4.7.3 des Planentwurfs insbesondere der vorbeugende Hochwasserschutz an Fließ-gewässern und die Sicherung von Überschwemmungsgebieten geregelt wird, fehlt es an räumlich und inhaltlich konkreten Festlegungen und Aussagen zur planerischen Berücksichtigung der Auswirkungen extremer Starkregenereig-nisse auch auf regionaler Ebene. Sturzfluten auf Grund von Starkregenereig-nissen können jedoch auch abseits von Fließgewässern erhebliche Schäden verursachen.

Mittlerweile liegen, anders als zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Fachbei-trags Klima durch das LANUV, flächendeckend für das Plangebiet verfügbare,geeignete Datengrundlagen zur Bewertung des Raums hinsichtlich der Betroffenheit bei Starkregenereignissen vor. Die 2021 veröffentlichte Starkregenhin-weiskarte für Nordrhein-Westfalen des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie (BKG) liefert erstmals eine landesweite hydrodynamische Modellierung, die auch Fließgeschwindigkeiten und Überflutungstiefen fernab von Fließ-gewässern darstellt. Diese Karte kann somit, insbesondere auf der Maßstabsebene der Regionalplanung, eine wichtige Planungsgrundlage im Handlungsfeld Hochwasserschutz darstellen (<https://www.lanuv.nrw.de/klima/klimaanpas-sung-in-nrw/fis-klimaanpassung-nordrhein-westfalen/hochwasserschutz>).

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Auch die angesprochenen Planungshilfen, wie z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie eignen sich entsprechend als Planungsgrundlage für die kommunale Planungsebene und der Fachplanungsebene.

Darüber hinaus wird Zustimmung zu einzelnen textlichen Festlegungen und der Erläuterungskarte K1 erklärt.

Inhalt

Klimaschutz

Der Ausbau regenerativer und heimischer Energieerzeugungskapazitäten ist vor dem Hintergrund des Klimawandels und des Angriffs Russlands auf die Ukraine für Deutschland von zentraler Bedeutung. Er dient zum einen dem Klimaschutz und der Reduktion des Ausstoßes von klimaschädlichen Treibhausgasen, zum anderen kann so die Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger verringert und somit zu einer sicheren und zukünftig kostengünstigeren Energieversorgung beigetragen werden. Aus unserer Sicht ist es leider kritisch anzumerken, dass im Planentwurf des Regionalplans Köln an mehreren Stellen auf die räumliche Steuerung und die konsequente Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien verzichtet wird. So wird bei der Steuerung des Ausbaus der Windenergie auf die Festlegung von Vorranggebieten ebenso verzichtet wie auf quantitative Ausbauziele. Ob vor dem Hintergrund verschiedener aktueller Initiativen und angestrebter Gesetzesänderungen auf Ebene des Bundes und des Landes an diesem Ansatz festgehalten werden kann, ist aus unserer Sicht fraglich.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

3 Siedlungsraum (S. 52)

3.1. Festlegung für den gesamten Siedlungsraum (S. 54)

3.1.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung (S. 54)

Z1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen Konzentrieren (S. 54)

Im 2. Absatz wird auf das Ziel 2-3 LEP NRW verwiesen, welches eine Ausnahme zum Ziel eröffnet. Im LEP werden diese Ausnahmen explizit genannt. Das LANUV regt an, die Ziele aus dem LEP zur besseren Lesbarkeit und Transparenz des Regionalplans aufzuführen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Auf reine Wiederholungen aus dem LEP NRW wird zugunsten eines "schlanken" Regionalplans verzichtet.

Inhalt

Z.2. Zersiedlung vermeiden (S. 54)

2 I ? *Dies betrifft nicht die ausnahmsweise Entwicklung von Freiflächen-Solar-energieanlagen.*?. Diese Ausnahme ist aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu streichen. Der Freiraum ist flächensparend und umweltschonend in Anspruch zu nehmen. Hier wird aber durch die Schaffung eines Ausnahmetatbestandes auf den Freiraum zurückgegriffen, ohne dass die Durchgängigkeit und Vernetzung von Biotopverbundflächen und/oder die unterschiedlichen Funktionen (Unzerschnittenheit, Klima) des Freiraums explizit zu berücksichtigen sind. Der Regionalplan sollte in Zeiten der Energiewende steuernde Aussagen zu Flächenbedarfen der Erneuerbaren Energien und deren Standorten machen (beispielsweise können Dach- und Wandflächen in bereits versiegelten Gewerbegebieten mit Solarzellen ausgestattet werden). Das LANUV hat erhebliche Bedenken bei einem Planungshorizont von 20 Jahren gegen die Art und Weise des hier eröffneten Zugriffs auf den Freiraum.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Textliche Festlegung Z.2 *Zersiedlung vermeiden* wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung (S. 56)Z.3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten (S. 56)

3 | Ein negativer Saldo, also Flächenüberhänge in einer Kommune, kann durch Flächentausch zu bauleitplanerischen Inanspruchnahmen führen. Hier ist Ziel 4 Flächenüberhänge vermeiden und abzubauen? direkt anzuwenden und die Rückführung dieser Überhänge in den Freiraum unmittelbar umzusetzen. Der Regionalplan hat für jede Kommune den Flächenbedarf bis 2043 errechnet. Ein Negativsaldo sollte und kann daher nur dem Freiraum zugeschlagen werden und würde einer weiteren Siedlungsentwicklung nicht mehr einfach zur Verfügung gestellt werden können. Die Option des Flächentausches ist daher zu streichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Im Regionalplan wird kein unmittelbares Ziel zur Rücknahme von über den ermittelten Bedarf hinausgehenden Bauflächendarstellungen in den FNP vorgegeben. Da es sich bei der Verlagerung, Rücknahme oder Umplanung um Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt, wird hierzu im Regionalplan Köln von einer regionalplanerischen Zielfestlegung abgesehen. Die bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung gemäß LEP NRW wird durch die Siedlungsflächenfestlegung im Regionalplan Köln sichergestellt. Die

landesplanerischen Vorgaben der flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW werden im Rahmen der Bilanzierung des Gesamtplanes gewährleistet. Sofern Kommunen mit erheblichen Flächenüberhängen im FNP durch aktive Bauleitplanung neue Bauflächen entwickeln, sind sie im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung im kommunalen Bauleitplanverfahren durch Z.4 Flächenüberhänge vermeiden und abbauen aufgefordert, sogenannte Außenpotentiale wieder zurückzuplanen. Darüber hinaus sind sie anlassbezogen über (Z. 8) ASBz sichern sowie (G. 16) Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten aufgefordert, Flächenüberhänge durch Flächentausch hier vorrangig für im Freiraum gelegene Reserveflächen abzubauen.

Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

InhaltZ.4 Flächenüberhänge vermeiden und abbauen (S. 62)

2. Absatz: ?Ausnahmsweise ist zur Realisierung regionaler Siedlungsflächenbedarfe kein Flächentausch erforderlich? Dieser Absatz ist zu streichen. Das LANUV hat Bedenken gegen diese Formulierung, da dies Möglichkeiten eröffnet den Freiraum (weiter) in Anspruch nehmen zu können, ohne an anderer Stelle Flächen wieder dem Freiraum zuführen zu müssen. Vorhandene Flächenüberhänge sind nicht als Siedlungsreserve zu bilanzieren, sondern wieder als Freiraum darzustellen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. Der Prozess Region+ Wohnen und Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation

zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Ein Flächentausch im Rahmen der kommunalen Bedarfssituation ist daher nicht erforderlich. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Inhalt

3.1.3 Flexible Siedlungsentwicklung (S. 64)G.13 Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren (S. 64)

Gegen diesen Grundsatz bestehen erhebliche Bedenken, da er über die Gültigkeitsdauer des Regionalplans hinausgreift (?dienen der Sicherung über den ermittelten Siedlungsraumbedarf?). Er ist daher ersatzlos zu streichen.

Die Planzeichen ASBflex und GIBflex werden eben nicht wie in den Erläuterungen unter 2 I beschrieben durch die LPIG DVO als Vorbehaltsgebiete festgelegt, sondern werden hier neu eingeführt bzw. abgeleitet. Sie ermöglichen einen weiteren Zugriff auf den Freiraum. Die weitere Formulierung ?bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen [?wie z. B. Naturschutz ...] ist der Siedlungsfunktion ein besonderes Gewicht beizumessen.? lässt die Ausgewogenheit innerhalb der Planung vermissen, da verschiedene Belange unterschiedlich gewichtet werden. Dies ist aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht erwünscht und auch nicht nachvollziehbar. Die neuen Planzeichen eröffnen die Möglichkeit einer ?flexiblen? Flächeninanspruchnahme über die für die Gültigkeit des im Regionalplan ermittelten Bedarfs hinaus.

Gem. § 32 (4) LPIG DVO können, ?soweit Festlegungen erforderlich sind, für die das Planzeichenverzeichnis der Anlage 3 keine Planzeichen enthält [?] sie sinngemäß aus den angegebenen Planzeichen [?] entwickelt werden. Die verwendeten Planzeichen sind in einer Legende zu erklären.? Die Notwendigkeit hier ein neues Planzeichen einzuführen, wird seitens des LANUV nicht gesehen.

Um die Gleichbehandlung der Planinhalte zu gewährleisten, schlägt das LANUV, wie bereits im Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege geschehen, hier erneut die Einführung eines Planzeichens zur Sicherung einiger weniger Arten als Vorbehaltsgebiet (BSL-A) vor. Das LANUV sieht die Einführung eines Planzeichens für ?Bereiche zum Schutz der Arten? (BSL-A), in denen der naturschutzfachliche Schwerpunkt auf dem Schutz bestimmter Arten und weniger der landschaftsorientierten Erholung liegt, die diese Arten stören kann, zur differenzierteren Darstellung dieser Bereiche mit ihrer Bedeutung für die dort befindlichen Arten als Nahrungs-, Lebens- und Rückzugsbiotop als dringend erforderlich an. Auch dies ist eine Aufgabe der Landschaftsrahmenplanung (§ 9 Abs. 3 Zif. 4 Buchstaben b, d und h BNatSchG). Der Plan ist daher in diesem Punkt nachzubessern. Alternativ könnte man diese Belange auch konsequenterweise unter einem neuen Planzeichen für den Freiraum, nämlich BSNflex und BSLEflex subsumieren, auch um hier die Ausgewogenheit des Planes zu gewährleisten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Der Regionalplan Köln entkoppelt insofern Mengen- und Standortsteuerung der Siedlungsentwicklung. Dies dient dazu, zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbaren Restriktionen und Umsetzungshemmnissen innerhalb der ASB und GIB zu begegnen und mehr Flexibilität bei der räumlichen Verortung der ermittelten Siedlungsraumbedarfe zu schaffen. Im Sinne der Verfahrensbeschleunigung sowie einer gesamträumlichen Abwägung im Sinne des Freiraumschutzes werden durch dieses Instrument künftig erforderliche einzelne Einzeländerungsverfahren des Regionalplans für geeignete Siedlungsraumerweiterung reduziert. Aufgrund der vielfältigen Restriktionen und Mehrfachkodierungen der Flächennutzung im Regionalplan Köln legt dies den sonst typischerweise auftretenden Regionalplanänderungsverfahren für Einzelvorhaben eine gesamtplanerische Freiraum- und Siedlungsraumkonzeption zugrunde.

Die Ermittlung der Flex-Bedarfe fußt dabei auf einem Richtwert von 50% der ermittelten Siedlungsraumbedarfe, um einerseits ein angemessenes Verhältnis zum Siedlungsflächenbedarf herzustellen und andererseits in Hinblick die zeichnerische

Festlegung (in der Regel ab 10 ha) ein regionalplanerisch darstellungsfähiges Mengengerüst zu erhalten. Dabei werden auch etwaige Überhänge bei den Siedlungsflächenreserven berücksichtigt. Die Festlegung von ASBflex und GIBflex erfolgt im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans anhand eines eigenen Planzeichens. Das Ausschöpfen der ermittelten Bedarfe durch Festlegungen ist nicht zwingend erforderlich und "übrige" Bedarfe werden nicht regional verteilt. Die Tabelle *Potentiale zur Festlegung von ASBflex und GIBflex in den Kommunen des Regierungsbezirks Köln* in der Begründung wird um die tatsächlichen verorteten ASBflex und GIBflex ergänzt und ist insofern als Dokumentation eines Prozesses zu verstehen.

ASBflex und GIBflex dürfen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung sind im kommunalen Bauleitplanverfahren die Bereiche (ASB/GIB) zu benennen, innerhalb welcher dauerhafte Vollzugshindernisse vorliegen. So wird sichergestellt, dass nicht mehr Fläche als gemäß ermitteltem Bedarf in Anspruch genommen wird.

Die Erläuterungskarte F6 "BSLE mit besonderer Bedeutung für den Schutz von Arten des Offenlands/der Äcker" differenziert die Flächen der BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft. Die Einführung eines neuen Planzeichens ?BSL-A? würde mit der Reduzierung eines Teilaspektes der BSLE eine Gewichtung in der Bewertung suggerieren, die auf regionalplanerischer Ebene nicht aufgelöst werden kann. Wenn Nutzungskonflikte zwischen den Maßnahmen für die Offenlandarten und anderen Aspekten der BSLE wie beispielsweise regionalbedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche, Überschwemmungsgebieten etc. bestehen, würde durch die Isolation dieses Teilaspektes eine Gewichtung bei der Entwicklung der BSLE beigemessen werden, die im Einzelfall nicht nachvollziehbar ist. Die Darstellung aller enthaltenen Themenkomplexe ohne eine Präferenz einzelner Aspekte ermöglicht die Konkretisierung auf nachfolgender Planungsebene. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Notwendigkeit einer Flexibilisierung der zeichnerischen Festlegungen BSN und BSLE wird nicht gesehen. Im Grundsatz 29 des Planentwurfs, wird der Auftrag an die nachfolgende Planungsebenen erteilt, sich mit der Entwicklung und dem Schutz schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb der Vorranggebiete BSN auseinanderzusetzen. Kleinteiligen Nutzungen und Funktionen entsprechen nicht dem regionalen Maßstab und sind damit folglich Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der

	<p>lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege können im regionalplanerischen Maßstab im Freiraum erfolgen. Die Festlegung von BSN und BSLE ist keine Grundvoraussetzung für Entwicklungen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Siedlungsräumlichen Entwicklungen hingegen sind bei einer regionalplanerischen Relevanz zeichnerisch im Siedlungsraum zu sichern.</p>
--	--

Inhalt

3.2. Allgemeine Siedlungsentwicklung (S. 66)**3.2.1. Allgemeine Siedlungsbereiche (S. 66)**Z.7 ASB sichern und entwickeln (S. 66)

?Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Nutzungen nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen?

5 | In den Erläuterungen werden Konflikte der bestehenden ASB-Ausweisung bei der Überlagerung mit anderen Vorranggebieten grundsätzlich ausgeschlossen. Dies betrifft beispielsweise auch Überschwemmungsbereiche. Insbesondere gegen diese Überlagerung, ebenso wie Überlagerungen mit Bereichen zum Schutz der Natur bestehen aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege in Anbetracht des fortschreitenden Klimawandels und den dazu nötigen Maßnahmen (auch Retentionsräume zu schaffen) Bedenken. Hier sind bereits auf der Ebene der Regionalplanung Maßnahmen zur Minimierung der bestehenden Konflikte aufzuzeigen (z. B. Retentionsräume schaffen, Extensivierung der Nutzung zur Förderung des Schutzzieles, Anlage von Bereichen zum Schutz der Arten). Sie sind unter diesem Ziel in den Erläuterungen zu ergänzen.

3 | ?Die ASB können auch innerörtliche Grün- und Freiflächen sowie Waldflächen enthalten ? geschützt sind.? Hier bleiben die Brachflächen unberücksichtigt. Diese sind mit aufzunehmen: ?? geschützt sind, ebenso Brachflächen innerhalb der Siedlungsbereiche mit Bedeutung für den innerstädtischen Freiraum oder für die Belange des Natur- und Artenschutzes.?

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Neue Siedlungsraumreserven in Überschwemmungsbereichen werden nicht festgelegt.

Die Überlagerung von ÜB und Siedlungsraum (Bestand) bzw. Ortsteilen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, im Fall von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen gemäß § 34 BauGB, rechtskräftigen verbindlichen Bauleitplänen oder anderen Satzungen nach BauGB, soll die Gefährdung durch Hochwasser hervorheben und zu einer angepassten Bauweise oder anderweitigen Schutzmaßnahmen anregen. Eine Nutzung für Siedlungszwecke ist im Einzelfall unter den wasserrechtlichen Ausnahmevoraussetzungen möglich.

In Bauflächen von Flächennutzungsplänen und in kleineren Siedlungsbereichserweiterungen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Auf die Erläuterungen zu Ziel 27 *ÜB erhalten und entwickeln* und Ziel 28 *Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen* wird verwiesen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit die Belange auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

In Bezug auf die Schaffung von Retentionsflächen wird auf G.48 *Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen* sowie G.49 *Retentionsfunktion erhalten, Hochwasserrisiken mindern* verwiesen.

Eine Überlagerung von Siedlungsraum durch BSN erfolgt nicht.

Werden Bereiche auf Brachflächen durch Fachrecht geschützt sind diese unter dem Begriff Freifläche zu subsumieren.

Inhalt**G.15 Einzelhandel an den ÖPNV anbinden (S. 67)**

1 I Großflächige Kern- und Sondergebiete sollen an den ÖPNV angebunden werden. Die Voraussetzung für die Planung ist bereits auf Regionalplanebene zu steuern und zu sichern. Dieser Grundsatz wird aus Sicht des LANUV unter dem Aspekt des Klimawandels und einer ökologischen, nachhaltigen Ausrichtung des Planes begrüßt. Allerdings kann eine wie auch immer ?erkennbare Planungsabsicht? für Ausweisung flächenintensiver Projekte im Freiraum? seitens des LANUV nicht mitgetragen werden. Hier sollten schon konkrete Planun-gen auf der nachfolgenden Ebene (wie z. B. Aufstellungsbeschluss) das Projekt zielorientiert unterstützen. Hier gilt es zu bedenken, dass eine kommunale Planungsabsicht (Einzelhandel) auf andere Planungsanforderungen und -träger (z. B. Schiene / Bundesbahn) trifft. Die Zusammenführung beider Planungen ist zuerst erforderlich, um anschließend zielführend oben genannten Grundsatz umsetzen zu können. Das LANUV hat Bedenken gegen die Formulierung, da hierdurch Planungen im Außenbereich initiiert werden können, die so aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht gewollt sind. Der Grundsatz ist daher weiter auszuführen und detailliert zu erläutern.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Großflächigen Einzelhandel können Standorte des großflächigen Einzelhandels nur in Allgemeinen Siedlungsbereichen dargestellt oder festgesetzt werden (Ziel 6.5-1 LEP NRW). Darüber hinaus ist im Sinne der raumordnerischen Grundsätze die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Es handelt sich bei der Festlegung "Einzelhandel an den ÖPNV anbinden" um einen Grundsatz der Raumordnung. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auf Regionalplanebene besteht kein weiteres Regelungserfordernis. Die angeregte Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Eine weitergehende Einschränkung einer Nachweispflicht wird daher nicht vorgenommen.

Inhalt**G.16 Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten (S. 68)**

Das LANUV hat Bedenken gegen die Einführung des neuen, in der DVO zum LPIG nicht vorgesehenen Planzeichens zASB (zentralbedeutsam Allgemeiner Siedlungsbereich), mit dem weitere Flächen im Freiraum regionalplanerisch festgelegt werden, die offensichtlich nicht mit in die Bedarfsrechnung eingeflossen sind und somit über die Gültigkeit des Regionalplans hinaus implementiert werden sollen.

4 I Die Erläuterungen unterstreicht diese Intention. Sie besagt, dass ?im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen [?] im Einzelfall eine Siedlungsentwicklung, die über den Bedarf des Ortsteils und die Tragfähigkeit der bestehenden Infrastruktur hinausgeht, möglich? ist. Hier bestehen erhebliche Bedenken, da gemäß dieser Festlegung nicht nur die Erschließungs-, sondern auch Ver- und Entsorgungsinfrastruktur unzureichend sein dürften. Dies ist z. B. in Bezug auf ein unzureichend dimensioniertes Kanalnetz und mögliche Starkregenereignissen in Zeiten des sich verstärkenden Klimawandels eine Festlegung, die alle hier zu besehenden Anforderungen außer Acht lässt. Das Planzeichen ist zu streichen. Beispielhaft für besonders auffällige zeichnerische Festlegungen sind GIB/ASB Darstellungen bei denen die eigentliche Ortslage auf die doppelte Größe anwächst.

Die Ortslage Dorpe bei Dürscheid, die mit ihren Strukturen noch ländlichen Charakter besitzt, wird verdichtet und langfristig mit Dürscheid zusammenwachsen. Ein Siedlungsband entsteht, was aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege als auch aus Klimaaspekten nicht gewollt ist.

[s. Anhang Abb. 1005859]

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Textliche Festlegung G.16 *Siedlungsentwicklung an zASB ausrichten* und deren Erläuterung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben (Grundsatz 6.2-1 LEP NRW) orientiert sich die Festlegung von ASB im Regionalplan Köln an den zASB. Die zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche (zASB) werden nach einer einheitlichen Methode gemäß der Begründung zur Grundsatzfestlegung *Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten* in Abstimmung mit den Kommunen bestimmt und in einer Erläuterungskarte dargestellt. Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen. Es handelt sich nicht um ein neues Planzeichen.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe*

umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBpl us sichern und umsetzen.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2.000 Einwohnern als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) festzulegen. Eine Weiterentwicklung solcher Ortsteile zu ASB ist unter den Voraussetzungen des Ziels 2-3 LEP NRW möglich. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden. Bei den aufgeführten Ortslagen handelt es sich um vorhandene Ortslagen im regionalplanerischen Freiraum (bauleitplanerisch verfestigt), welche die landesplanerischen Vorgaben gemäß Ziel 2-3 LEP NRW zur Festlegung als Siedlungsraum erfüllen. Eine Festlegung als ASB ist daher sachgerecht. Eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur innerhalb der Kommune wird gewahrt. Die Begründung zum Regionalplanentwurf wird entsprechend fortgeschrieben.

In Hinblick auf Dorpe gilt: Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche

werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen (s. auch ID 1003847).

Inhalt

Z.9 Freizeitpark Phantasialand (S. 71)

Das LANUV begrüßt, dass die Kompensation der Waldverluste als Ziel festgelegt wurde.

Die Erläuterung ist dahingehend zu ergänzen, dass im westlichen Bereich kein weiterer Wald durch eine erneute Erweiterung des Freizeitparks in Anspruch genommen wird.

Hier ist auf die 8. Regionalplanänderung zu verweisen, in der im Ausgleichsvorschlag vom 28.06.2012 die Erweiterung des Freizeitparks auf die 1. Erweiterungsstufe (von 18 ha) beschränkt wurde.

In diesem Verfahren hat das LANUV Bedenken gegen eine weitere Erweiterung erhoben, da diese den Naturpark Kottenforst-Ville mit der Ville-Seenkette und den Villewäldern erheblich beeinträchtigen würde. Diese Bedenken werden weiter aufrechterhalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird vorgeschlagen an den Abwägungsergebnissen der abgeschlossenen Regionalplan-Änderung festzuhalten. Eine weitere Entwicklung in den westlichen Ville-Wald ist nicht vorgesehen. Westlich der L194 sieht der Regionalplan-Entwurf eine BSN-Festlegung vor.

Inhalt

3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung (S.72)

Aus Sicht der Anlagensicherheit bestehen gegen die neue Aufstellung des Regionalplans Köln keine grundsätzlichen Bedenken. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass bei der Aufstellung von jeweils nachgeordneten Bauleitplänen eine sachgerechte Berücksichtigung der Anforderungen des § 50 BImSchG im Hinblick auf die Wahrung angemessener Sicherheitsabstände gemäß § 3 (5d) BImSchG für Anlagen, die Betriebsbereich bzw. Teil eines solchen sind, zu erfolgen hat.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

3.3.2 Zweckgebundene Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (S. 73)
3.3.2.1 Bereiche für interkommunale Gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBinterkommunal) (S. 73)

Z.11 GIBinterkommunal sichern und umsetzen (S. 73)

Auch hier wird ein neues Planzeichen eingeführt, um den Bedarf für zweckgebundene Nutzung zu erweitern. Das LANUV hat erhebliche Bedenken gegen diese Festlegung, da sie weitere Eingriffe in Natur und Landschaft nach sich zieht. Diese Bedenken werden durch die in der Zielformulierung getroffene Aus-nahme *?GIB gem. Z.10 zuzulassen?* (in dem das *?GIB vor herandrückender?* - naturschutzfachlicher ? *?Nutzung zu schützen?* ist bzw. *?Erweiterungen bestehender Betriebe?* - in Natur und Landschaft ? *?zulässig sind?*) weiter verstärkt. Das Ziel ist ersatzlos zu streichen. Das im Regionalplan festgelegte *?interkommunale GIB Hückeswagen/Wermelskirchen, dessen Umsetzung an eine Voraussetzung (Angrenzung an ASB) gebunden ist,?* ist textlich und inhaltlich so nicht nachvollziehbar. Der Bedarf ist ähnlich dem ASBz (als GIBz) nachvollziehbar und transparent aufzuzeigen.

2 I Die hier getroffene Aussage *?GIBinterkommunal sind gem. LPIG DVO als Vorranggebiete festgelegt.?* ist zu streichen, da es sich um ein neues Planzeichen handelt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist. Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung kommunaler, interkommunaler sowie regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der (inter-) kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Bei der Festelegung von GIBinterkommunal handelt es sich nicht um ein neu eingeführtes Instrument. Bereits in den rechtskräftigen Teilplänen im Regierungsbezirk Köln werden auf Ebene des Regionalplans interkommunale Gewerbeflächenentwicklungen zeichnerisch und textlich festgelegt. Die Festlegungen zu den zweckgebundenen GIBinterkommunal greifen dieses etablierte Instrument auf und sichern im Regionalplanentwurf bereits aktive interkommunale Kooperationen oder neue konkrete Bestrebungen einer interkommunalen Kooperation. Dies erfolgt auf Grundlage der erfolgten Kommunalgespräche und in Abstimmung mit den beteiligten Kommunen.

Die Festlegung der jeweiligen konkreten interkommunalen Zusammenarbeit durch zeichnerische und textliche Festlegung erfolgt zur Sicherung der bauleitplanerischen Umsetzung durch die Akteurskommunen und aufgrund der Koppelung eines konkreten Flächenangebots mit einem zugeordneten Bedarf. Gleiches gilt für die Regelung zur Erfassung der Flächen im Siedlungsflächenmonitoring (sfm). Aufgrund der Systematik zur Erfassung der Inanspruchnahmen im sfm der Bezirksregierung Köln kann diese nur durch die Belegenheitskommune erfolgen. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größenordnung von 10 ha. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Im Hinblick auf die Ausführungen zum interkommunalen GIBz Hückeswagen/Wermelskirchen wird auf die Ausführungen zu StnID 1000727, ID 1002713 verwiesen.

Inhalt

3.2.2.2 Bereiche für regionale gewerbliche und industrielle Nutzungen (S.75)Z.12 GIB regional sichern und umsetzen (S.75)

Gegen die Einführung dieses neuen Planzeichens hat das LANUV erhebliche Bedenken. Hier gilt das unter GIB interkommunal Gesagte.

2 I Die hier getroffene Aussage *„GIB regional sind gemäß LPIG DVO als Vorranggebiete festgelegt.“* ist zu streichen, da es sich um ein neues Planzeichen handelt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum. Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die Festlegung regionaler GIB ist erforderlich, da diese insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen sollen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen. Zudem gilt, dass soweit Darstellungen erforderlich sind, für die das Planzeichenverzeichnis der LPIG DVO in Anlage 3 keine Planzeichen enthält, diese sinngemäß aus den angegebenen Planzeichen zu entwickeln sind. Die verwendeten Planzeichen sind in einer Legende zu erklären.

Inhalt

3.3.2.3 Bereiche für überregionale gewerbliche und industrielle Nutzungen (S. 77)Z.13 GIBplus sichern und umsetzen (S. 77)

Gegen die Einführung dieses Planzeichens hat das LANUV erhebliche Bedenken. In den Erläuterungen werden schon Ausnahmen allein durch die Formulierungen getroffen: *in der Regel ab einer Flächengröße ab 10 ha, und für flächenintensive Vorhaben bzw. Vorhabenverbände*. Die Besonderheit des Gebietes erfordert, dass hier eine Größe über 10 ha - nicht nur wegen der regionalplanerischen Relevanz unterhalb dieses Wertes - ein Junktim für eine Darstellung mit diesem Planzeichen ist. Die Relativierung dieses Erfordernisses mit der Formulierung *in der Regel* ist zu streichen. Nur so kann eine weitere Zerschneidung von Freiraum gesteuert und ggf. vermieden werden. Die formulierte Regelvermutung in Zusammenhang mit den unter 3.1 getroffenen Aussagen *zu funktionalen Zusammenhängen, der Bruttomindestgröße von 5 ha und der abschnittswise Umsetzung der Vorhaben* kann zu einer Zersiedelung des Freiraumes führen, die aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht gewollt ist. Hier werden weite Bereiche des Freiraums für eine unspezifische und nicht geordnete Planung freigegeben, die dann für tatsächlich flächenintensive Vorhaben nicht mehr zur Verfügung stehen. In der Folge müsste weiterer Freiraum, dann für flächenintensive Vorhaben, zur Verfügung gestellt werden. Die unter 5.1 und unter 6.1 der Erläuterung weiteren Ausnahmen wie *Einzelfälle auch durch Sonderbauflächen umzusetzen* oder *Ausnahmen zur Mindestgröße von 5 ha zu zulassen* würden die Zersiedelung des Freiraumes weiter fördern.

2.1 Die hier getroffene Aussage *GIBplus sind gem. LPIG DVO als Vorranggebiete festgelegt* ist zu streichen, da es sich um ein neues Planzeichen handelt.

Die hier genannten GIBplus sollten als flächenintensive Großvorhaben gesichert, dort auch bilanziert und festgelegt werden. Gegen die hier in den Erläuterungen vorgetragenen Ausnahmen bestehen erhebliche Bedenken.

Unter 3.3.3 *Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben* werden bereits 2 Standorte im Bereich des Regionalplans benannt, die nicht in die *Ermittlung des Wirtschaftsflächenbedarfes eingehen*. Hier werden gezielt Flächen für landesweit bedeutsame Vorhaben gesichert. Das neue Planzeichen GIBplus wird zwischen diesen Flächen und einem *normalen* GIB angesiedelt. Die Ausnahmen in der Erläuterung belegen aber, dass es für dieses Konstrukt gar keinen konkretisierbaren Rahmen gibt, weshalb die diesen Rahmen ausgestaltenden Festlegungen dann auch sukzessive alle relativiert werden. Aus Sicht von Natur und Landschaft ein bedenkliches Instrument mit dem erheblichen Risiko einer ungesteuerten Inanspruchnahme und Zersiedelung der Landschaft.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und in den Teilregionen.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. Die Festlegung überregionaler Potentiale erfolgt unter anderem aufgrund der Lage an den wichtigen europäischen Transportachsen bzw. zur Flächenvorsorge für arbeits-, emissions- oder flächenintensive Betriebe, für die im Regierungsbezirk Köln bestehende zuliefernde und weiterverarbeitende sowie branchenspezifische und stark emittierende Industrie. Hier sei auf die Ausführungen in der Begründung Zu (Z. 13) GIBplus sichern und umsetzen verwiesen. Dies begründet auch Festlegungen zu entsprechenden Vorhaben. Für die Festlegung regionaler und überregionaler Potentiale gilt, dass im Sinne der landesplanerischen Vorgaben zur flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung) entsprechend den Analysen im Vorfeld der Neuaufstellung sowie gemäß LEP NRW der differenzierten Bedarfssituation durch spezifische Flächensicherungen im Regierungsbezirk Köln auf Basis eines integrierten gesamträumlichen Gewerbeflächenkonzeptes für den Regierungsbezirk entsprochen ist.

Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums - ein Ausschluss jeglicher Nutzung unterhalb der im Ziel formulierten Flächengröße ist nicht sachgerecht, da nur so unter Berücksichtigung der lokalen Situation in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung beispielsweise aufgrund topografischer Situationen oder anderer Restriktionen verbleibt. Dies schließt im Sinne einer flächensparenden Umsetzung auch die hierdurch mögliche Nutzung von ggf. entstehenden Restflächen unterhalb der Mindestansiedlungsgröße ein. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW für den Regionalplan Köln Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten. Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische

Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen

Der LEP NRW sieht zudem die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Diese sind daher für eine Entwicklung der beabsichtigten Flächensicherungen auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen. Zudem gilt, dass soweit Darstellungen erforderlich sind, für die das Planzeichenverzeichnis der LPIG DVO in Anlage 3 keine Planzeichen enthält, diese sinngemäß aus den angegebenen Planzeichen zu entwickeln sind. Die verwendeten Planzeichen sind in einer Legende zu erklären.

Inhalt

3.3.2.4 Bereiche für sonstige zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen (S.80)

G.17 Chancen für den Strukturwandel nutzen (S. 81)

Hierunter sind Flächen für Sofortmaßnahmen zur Bewältigung des Strukturwandels im Rheinischen Revier benannt, auf denen der strukturelle Wandel von der Braunkohle in eine *zukunftsorientierte neue Ökonomie* erfolgen soll. Dieser Satz ist wie folgt zu ergänzen: *Ökonomie, unter Berücksichtigung ökologischer Ausgleichsfunktionen und Erhaltung eines durchgängigen Biotopverbundes* [dienen]

In diesem aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege stark ausgeräumten Bereich sind die noch vorhandenen Vernetzungsstrukturen zu sichern und durch weitere Biotopverbundelemente anzureichern und zu vernetzen. Ein weiterer Eingriff in den Freiraum durch GIBz kann nur unter Berücksichtigung aller ökologischen Faktoren erfolgen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der G.17 wird ersatzlos gestrichen. Siehe StnID 1021205.

Inhalt

3.3.3 Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben (S. 82)

Z.15 GIB für flächenintensive Großvorhaben sichern (S. 82)

Hier sollen Flächen für landesweite Vorhaben, die nicht näher benannt werden, offen gehalten werden. Das LANUV hat Bedenken gegen diese Ausweisung und auch den Verzicht auf eine Erfassung dieser Flächen in der Ermittlung des Wirtschaftsflächenbedarfs.

Hier werden Flächen in Bereichen gesichert (Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen) für die derzeit kein Bedarf besteht.

Mit der Ausweisung und Verortung dieser Fläche im Regionalplan wird zugleich die Option eröffnet, auch andere ?Großvorhaben? umzusetzen, die den Vorgaben des LEP nicht entsprechen. Das Ziel ist somit zu streichen.

Konstrukt gar keinen konkretisierbaren Rahmen gibt, weshalb die diesen Rahmen ausgestaltenden Festlegungen dann auch sukzessive alle relativiert werden. Aus Sicht von Natur und Landschaft ein bedenkliches Instrument mit dem erheblichen Risiko einer ungesteuerten Inanspruchnahme und Zersiedlung der Landschaft.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird.

Zudem führen die landesplanerischen Vorgaben im Ziel 6.1-1 aus, dass diese Standorte hinsichtlich der landesplanerischen Zielvorgaben zur flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung gesondert zu betrachten sind. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Inhalt

Dierath ist ein Ort, der sich entlang einer Straße entwickelt hat und von strukturreichem Freiraum umgeben ist. Dieser Ort soll sich nun in das Ölbachtal hinein entwickeln dürfen. Das LANUV kann hier keinen Bedarf der Ortschaft für eine solche Entwicklung erkennen. Hier kann vermutet werden, dass Bauland zugunsten der Städte Burscheid und Leverkusen geschaffen werden soll. [Abbildung]

Anhänge

[Abb_ID_1005897_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

(s. Stn ID 1003888)

Inhalt

4. Freiraum (S. 86)

4.1. Festlegungen für den gesamten Freiraum (S. 88)

4.1.1 Allgemeine Freiraumsicherung und -entwicklung (S. 88)

G.19 Zusammenhängendes Freiraumsystem erhalten, Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraumes sichern und entwickeln (S. 88)

Dieser Grundsatz ist unter dem Aspekt der Biodiversität und des Klimawandels mit Erderwärmung, Extremwetterereignissen, Artenrückgang und Ressourcen-knappheit (wie z. B. Wasser) als Ziel zu formulieren.

Die Aussage innerhalb des Textes 'gliedernder Raum für Siedlungs- und Verdichtungsgebiete' ist zu streichen. So formuliert wird der Freiraum in die Funktion eines 'Begleitgrüns' gedrängt, die ihm nicht gerecht wird. Hier ist eher seine (noch vorhandene) Funktion als wichtiger Rückzugsraum und Wanderkorridor für Fauna und Flora in Zeiten des Klimawandels zu besehen und im Regionalplan auch zu benennen. 2 | Gemäß dieser Erläuterung soll 'bei unvermeidbarer Inanspruchnahme durch andere Nutzungen (z. B. Siedlung, Verkehr) die Funktion des Freiraums berücksichtigt werden.' Gegen diese Formulierung hat das LANUV Bedenken. Durch die Formulierung wurde bereits eine Entscheidung gegen den Freiraum und für seine Inanspruchnahme getroffen.

In der Regel verbleiben bei Inanspruchnahmen von Freiraum meist nur Teilfunktionen des ursprünglichen Freiraums, die dazu genutzt werden, die Inanspruchnahme als 'noch' verträglich darzustellen, ohne dass die Zusammenhänge der Funktionen erkannt wären oder dargestellt werden könnten oder würden. Der Verlust von Funktionen ist auch nur schwer ersetzbar oder an anderer Stelle wieder herstellbar, weil Räume und die mit ihnen verbundenen Funktionen nicht vermehrbare Güter sind. Alle gegenteiligen Aussagen dazu, werden von der Wirklichkeit (z. B. Artensterben, Verlust von Retentionsfunktion und/ oder Schutzfunktion der Böden) widerlegt. Denkbar ist höchstens die Wiederherstellung nicht mehr genutzter Räume in einer gewandelten Funktionalität.

Die Formulierung kann, insofern sie wirkungslos ist, gestrichen werden.

Es sollte überlegt und dargestellt werden, wo Räume für eine Wiederherstellung mit gewandelter Funktionalität existieren, bevor über neue Inanspruchnahmen von Freiraum spekuliert wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Grundsatz richtet sich in Umsetzung der Vorgaben des LEP NRW an den gesamten Freiraum. Die rechtlichen Voraussetzungen zur Umwandlung in eine abschließend abgewogene Zielvorgabe liegen nicht vor.

Inhalt

G.21 Zerschneidung vermeiden (S. 90)

Dieser Grundsatz ist im dicht besiedelten Land NRW als Ziel zu formulieren. Es gibt nur noch wenige große ?Unzerschnittene Verkehrsarme Räume?. Diese dienen vielen Arten als ungestörte Rückzugsräume und haben, da es sich hierbei meistens um großräumige Waldgebiete handelt, auch wichtige Funktionen für den Klimaschutz. Nur durch Vermeidung (als Ziel formuliert) der Zerschneidung durch Siedlungsbänder und/oder Verkehrsstrassen können ausreichend große Lebensräume mit ihrer Vielfalt von Lebensgemeinschaften und landschaftstypischen Biotopen gesichert und entwickelt werden und die biologische Vielfalt erhalten bleiben.

Daher sind die noch unzerschnittenen Räume vor Inanspruchnahme zu sichern, die Formulierung ?soll auf die Erhaltung ?. (UZVR) geachtet werden? ist zu streichen, stattdessen ist einzufügen ?ist die Inanspruchnahme von ?. (UZVR) zu vermeiden. Die noch vorhandenen großen, unzerschnittenen Freiräume (> 50 km²) sind vor Zerschneidung und Fragmentierung zu bewahren?.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Grundsatz wurde in Umsetzung der entsprechenden Vorgaben des LEP NRW entwickelt. Die rechtlichen Voraussetzungen zur Umwandlung in eine abschließend abgewogene Zielvorgabe liegen nicht vor.

Inhalt

G.22 Entwicklung der Landschaft an Leitbilder für die Landschaftsräume ausrichten (S. 91)

Dieser Grundsatz ist als Ziel zu formulieren. Das Leitbild beinhaltet eine aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege anzustrebende, möglichst konfliktarme Weiterentwicklung des Landschaftsraums. Es ist eine Orientierungshilfe bei Entscheidungen bezüglich der Sicherung, Entwicklung aber auch der Inanspruchnahme von Freiraum sowie der darin stattfindenden Planungen und der hiermit verbundenen Kompensationsmaßnahmen. Es dient auch als Grundlage für die Darstellung von Entwicklungszielen in der Landschaftsplanung.

2 | Hier ist die Formulierung: ?Die Leitbilder sollen nicht nur Grundlage in der Landschaftsplanung sein, sondern sollen mit ihren konkreten Zielen und Maßnahmenvorschlägen eine Grundlage zur Formulierung und räumlichen Darstellung von Entwicklungszielen in den Landschaftsplänen? falsch und zu ändern.

Der Aufbau des Sachdokumentes für die Landschaftsräume, an denen sich der Grundsatz/das Ziel ausrichtet, beinhaltet neben dem für den Landschaftsraum formulierten Leitbild, Zielvorgaben und konkrete Maßnahmen zur Zielerreichung. Daher ist in Orientierung am Aufbau des Landschaftsraumdokumentes der Grundsatz/das Ziel zu differenzieren und neu zu formulieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Regelung erfüllt nicht die rechtlichen Voraussetzungen zur Umwandlung in eine abschließend abgewogene Zielformulierung.

Inhalt

4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum (S. 94)

Z.17 Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen verträglich planen (S. 94)

2 | Wenn ?konkrete fachrechtliche Schutzausweisungen? dem Vorhaben entgegenstehen, [?] sind BSLE zu berücksichtigen. Diese Formulierung ist unzureichend und unzutreffend, da die Bedeutung des Planzeichens BSLE für die Einordnung solcher Vorhaben nicht aus dem Planzeichen selbst geschieht, sondern aus einer Verlagerung auf außerhalb des Regionalplanes liegende Schutzausweisungen (z. B. NSG, LSG). Für die beiden hier beispielhaft genannten Schutzkategorien gilt qua Bundesnaturschutzgesetz ein absolutes (NSG) bzw. relatives Veränderungsverbot (LSG), sodass bauliche Maßnahmen zunächst ausgeschlossen sind.

Die Formulierung erscheint auch nicht mehr zeitgerecht, denn offen bleibt auch, was eine nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtung sein soll. Als prägend können hier der optische Eindruck (Ausstattung) aber auch der unterirdische Aufbau (mit Bodenabtrag, Drainage u. Tragschichten für einen Sportplatz oder ein Wegenetz / Sitzplätze usw.) angenommen werden, was heute ? auch aufgrund technischer Vorgaben ? als normale Anforderungen an eine moderne Erholungs- und/oder Sportstätte anzusehen ist; baulich einen Standort aber absolut überprägt.

Das LANUV äußert Bedenken gegen die Formulierung und legt ihre grundhafte Überarbeitung nahe.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Differenzierung in überwiegend durch baulich Anlagen geprägte Einrichtungen für Freizeit, Tourismus, Erholung und Sport und demgegenüber in Bereiche ohne überwiegend bauliche Prägung entspricht den landesplanerischen Vorgaben. Die Zuordnung kann nur einzelfallbezogen und nicht pauschalisiert erfolgen. Die angesprochenen Formulierungen in den Erläuterungen zu empfindlichen oder geschützten Bereichen sind beispielhaft zu verstehen und auch entsprechend gekennzeichnet.

Inhalt

G.27 Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen verträglich planen (S. 95)

Der Grundsatz entspricht 1:1 der Zielformulierung, was zu Irritationen führt wie die Aussagen zu bewerten sind. Ziel 17 ist zu überarbeiten (siehe oben) und Grundsatz 27 ersatzlos zu streichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es handelt sich lediglich um eine identische Überschrift, da sowohl der Grundsatz als auch das Ziel die gleiche Stoßrichtung verfolgen. Inhaltlich bestehen Unterschiede. Entsprechend der planerischen Konzeption sollten beide Festlegungen bestehen bleiben.

Inhalt

4.2. Regionale Grünzüge (S. 96)

Z.18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen (S. 96)

Gegen die bereits in der Zielformulierung gemachten ?Ausnahme für siedlungs-
räumliche Entwicklungen und Siedlungsentwicklungen im regionalplanerisch
festgelegten Freiraum? hat das LANUV erhebliche Bedenken.

Die Regionalen Grünzüge (RG) sind als Vorranggebiete festgelegt, die insbesondere
durch Freiraumverbindungen, ökologisch wirksame Verbindungen oder Klimafunktionen
geprägt werden. Hierzu werden die Beeinträchtigungen unter 4 I aufgelistet. Weiter wird
unter 5 I ihre Sicherung sowie der Schutz ihrer Funktion betont. Eine wie auch immer
angedachte Siedlungsentwicklung kann diese Funktionen nur beeinträchtigen. Hier eine
Ausnahme für räumlich nicht konkrete Vorhaben bereits im Regionalplan zu
formulieren, ist nicht zielführend und wirkt dem eigentlichen Schutzziel entgegen. Daher
ist die Ausnahme zu streichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Ausnahmeregelungen erfolgen in Analogie zu den Vorgaben der
Landesentwicklungsplanung.

Inhalt

4.3 Schutz der Natur und Landschaft (S. 99)

4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur (S. 99)

Z.19 Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern (S. 99)

Die im Ziel formulierte Ausnahmeregelung zur ?Inanspruchnahme von BSN? ist zu streichen. Mit den BSN werden naturschutzwürdige Bereiche planerisch gesichert, die sich durch ihre Vielfalt an Flora und Fauna und ihren Strukturreichtum auszeichnen. Es sind die wenigen zumeist intakten Naturbereiche, die wichtige Rückzugsräume und Vernetzungsachsen bilden. Daher sind innerhalb dieser Bereiche alle Maßnahmen zu unterlassen, die den Bestand oder die Entwicklungsmöglichkeiten für Arten und Lebensräume gefährden. Die im Fach-beitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege ausgewiesenen Kern-, Ergänzungs-, Verbindungs- und Entwicklungsräume sind hier mit einzubeziehen und bei weiteren Planung ebenfalls zu berücksichtigen (siehe hierzu auch Z.20 Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern).

In den Erläuterungen ist zusätzlich aufzunehmen, dass die vom LANUV ausgewiesenen Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bei der Ausweisung der BSN berücksichtigt wurden, da sie aufgrund ihrer Strukturvielfalt und ihrer rezenten Nutzung wertvolle Biotope beinhalten.

Landschaftsbildeinheiten mit der höchsten Wertstufe sind als BSN darzustellen. Diese Einheiten werden neben einer hohen Strukturvielfalt vor allem von tradierten Kulturlandschaften geprägt und sind somit Ausdruck unseres kulturellen Erbes. Dies sollte vor heranrückender Nutzung (wie bspw. ASB, GIB, WEA, PV-Anlagen) in einem angemessenen Abstand (z. B. in Orientierung am ästhetischen Einfluss im Nahbereich (Nohl, 2002)) geschützt werden. Eine Eingliederung dieser i. d. R. auch naturschutzwürdigen Flächen in BSN wäre konsequenter Schutz.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Ausnahmeregelung erfolgen in Analogie zu den Vorgaben der Landesentwicklungsplanung. Die Übernahme sämtlicher als herausragend bewerteten Landschaftsbildbereiche würde, z.B. im Bereich der Städteregion Aachen, zu einer unverhältnismäßigen Festlegung von Vorranggebieten (BSN) führen. Vor diesem Hintergrund wird eine differenzierte Betrachtung als sachgerecht bewertet. Entsprechend der geplanten Festlegungen der Landesentwicklungsplanung (LEP Änderung 2023) würde eine BSN-Festlegung auch nicht vor der Inanspruchnahme/Heranrücken von Windenergienutzungen schützen.

1005916, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

G.29 Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen (S. 102)

Das LANUV begrüßt diesen Grundsatz, dadurch können isoliert liegende schutzwürdige Bereiche langfristig gesichert, entwickelt und vernetzt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt.

Inhalt

4.3.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (S. 103)

G.30 BSLE erhalten und entwickeln (S. 103)

Das LANUV hat Bedenken gegen die Formulierung dieses Grundsatzes.

Aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege wurden wichtige Funktionen, die ein BSLE übernimmt, nicht berücksichtigt, daher sind folgende Punkte zu ergänzen:

In den BSLE sollen

- ?die Räume für klimatische Ausgleichsfunktionen gesichert werden,
- die wasserwirtschaftlichen Funktionen mit regionaler und überregionaler Bedeutung,
- die Kern-, Ergänzungs-, Verbindungs- und Entwicklungsräume des Biotopverbundes,
- das Landschaftsbild mit den Landschaftsbildeinheiten?

gesichert und entwickelt werden.

Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Funktionen und Nutzungen nicht vereinbar sind, sollen vermieden werden. Der letzte Teilsatz ist zu streichen und zu ersetzen durch: ?? haben grundsätzlich zu unterbleiben.?

Im Anhang sind unter A 3 Freiraum die Erläuterungskarten ?Landschaftsbildeinheiten? mit in den Regionalplan aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die in den textlichen Festlegungen benannten Funktionen entsprechen der geltenden DVO zum Landesplanungsgesetz NRW. Die Formulierungen wurden entsprechend der rechtlichen Wirkung (Vorbehaltsgebiet) vorgenommen. Im Sinne einer Beschränkung der Planunterlagen wird von der Ergänzung zusätzlicher Erläuterungskarten abgesehen. Auf die Nutzung der entsprechenden Fachbeiträge bei der Umsetzung wird in den Erläuterungen verwiesen.

Inhalt

Z.21 BSLE fachplanerisch sichern (S. 104)

1 | Hier ist der 2. Satz zu ändern: *?Im Hinblick auf ? wird die Umsetzung der BSLE vielfach durch eine Festsetzung als Landschaftsschutzgebiet zu erfolgen haben.?* Die Formulierung ist fachlich unscharf. Das LANUV regt daher an, die Erfordernisse der nachfolgenden Fachplanung deutlicher zu formulieren: *?? BSLE ? als*

Landschaftsschutzgebiet zu konkretisieren. Die BSLE sind daher in ihren für den Landschaftsschutz und die Entwicklung des Biotopverbundes bedeutsamen Räumen in dem überwiegenden Flächenanteil als Landschaftsschutzgebiete festzusetzen.?

Das LANUV regt an, eine weitere Erläuterung zur Festsetzung hinzuzufügen:

?3 | Im Rahmen des Aufbaus eines räumlichen und funktionalen Biotopverbundsystems ist in den Bereichen für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung ein Netz von Flächen aufgrund ihrer Ausstattung mit natürlichen, naturnahen Biotopen oder ihrer besonderen Funktion und Ausprägung zu sichern und zu entwickeln.?

Hintergrund ist, dass die nachhaltige Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und ein bestimmter Landschaftscharakter durch die für den jeweiligen Landschaftsraum typischen Elemente in ihrer naturnahen Ausprägung maßgeblich bestimmt wird, wobei der Struktureichtum und Naturnähe nur zwei Kriterien sind.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Mit Blick auf die sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und die sehr weitreichende Festlegung von BSLE wurde bewusst eine offene Formulierung gewählt, die die erforderlichen Spielräume für eine differenzierte Umsetzung auf fachplanerischer Ebene belässt. Die weitere Differenzierung, auch im Sinne der vorgeschlagenen Erläuterung, ist Gegenstand der weiteren Umsetzung. Es wird darauf hingewiesen, dass die vorgeschlagene Erläuterung nicht den Charakter einer Erläuterung hat, sondern einer ergänzenden Festlegung entsprechen würde.

1005919, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p><u>G.31 BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft (S. 105)</u></p> <p>1 Die Erläuterungskarte stellt aus Sicht des Artenschutzes keine Option dar. Die Bereiche für Arten, für die Nordrhein-Westfalen aufgrund ihres Verbreitungsvorkommens eine besondere Verantwortung hat und durch das LANUV abgegrenzt wurden, sind regionalplanerisch mit einem gesonderten Planzeichen (BSL-A) darzustellen und zu sichern. Mit Blick auf die Fülle an neuen Planzeichen zur Inanspruchnahme der Landschaft (GIBz; GIBflex, GIBregional usw.) und vor dem Hintergrund der gesetzlich normierten Funktion des Regionalplanes als Landschaftsrahmenplan (einschließlich der Vorgaben aus § 9 BNatSchG) bestehen aus Sicht des LANUV für eine solche Darstellung keine Hinderungsgründe.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft zu schützende Bereiche finden sich nicht nur in der Erläuterungskarte sondern sind -ebenso wie ein Großteil der übrigen Biotopverbundflächen Stufe 2- Bestandteil der Festlegungen (BSLE). Die Erläuterungskarte dient lediglich der Verdeutlichung der räumlichen Differenzierung der BSLE. Der Mehrwert eines neuen Planzeichens gegenüber der für den Planentwurf gewählten Lösung ist nicht erkennbar.</p>

Inhalt

4.4. Landwirtschaft (S. 105)

G.32 Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten (S. 105)

1 | In den Erläuterungen werden zurecht die wichtigen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Funktionen der landwirtschaftlichen Flächen angesprochen, die in der Regel die ?allgemeinen Ziele des Freiraumschutzes unterstützen?. Diese Ziele sollten dann aber auch als solche formuliert und nicht als G.19 im Regionalplan belassen werden.

2 | Die Erläuterungen, dass auch die ?Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf landwirtschaftliche Nutzflächen zu vermeiden sind?, ist hier um ?großflächige Photovoltaikanlagen? zu ergänzen. Die Installation solcher Anlagen erfordern nicht nur Raum, sie stellen auch als bauliche Anlagen im Sinne des Gesetzes einen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Ihre ökologischen Auswirkungen auf Flora und Fauna können derzeit nicht abgesehen werden. Innerhalb des Planungsraumes bestehen genügend Alternativen (Dächer und Fassaden von Häusern, Gewerbe- und Industriegebäuden, die nicht nur als Freizeitlandschaften zu denken sind), die vor einer Inanspruchnahme von Freiraum und/oder Boden planerisch viel stärker zu besehen wären, als das durch den vorliegenden Regionalplan dessen Planungshorizont bis fast zur Jahrhundertmitte reicht, geschehen ist. Der Bedarf hierfür landwirtschaftliche Nutzflächen großflächig in Anspruch zu nehmen, wird hier nicht gesehen und würde auch dem Grundsatz widersprechen.

Des Weiteren ist zu ergänzen: ?Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Kompensationsmaßnahmen soll strukturverträglich unter Berücksichtigung des Biotopverbundes erfolgen.?

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung erfolgt in analoger Umsetzung der landesplanerischen Vorgaben. Die rechtlichen Voraussetzungen für eine abschließend abgewogene Zielfestlegung sind nicht gegeben. Festlegungen zu Freiflächensolaranlagen sind Gegenstand eine eigenen, vom Neuaufstellungsprozess abgekoppelten Teilplan-Verfahrens. Die vorgeschlagene Ergänzung in Bezug auf die Kompensation ist nicht ausreichend bestimmt.

Inhalt

4.5. Wald (S. 107)

4.5.1 Walderhalt und ?vermehrung (S. 107)

Z.22 Waldbereiche erhalten und entwickeln (S. 107)

Die hier formulierte Ausnahmeregelung sollte sich nur auf walddreiche Gebiete beziehen und ist diesbezüglich zu ändern.

Wie unter 4 I erläutert, wird ?ein Nachweis zur Unvermeidbarkeit der Inanspruchnahme? gefordert. Ziel ist es aber, gerade in waldarmen Gebieten die Waldvermehrung zu fördern (siehe auch G.35). Aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege bestehen gegen eine weitere Inanspruchnahme von Wald in waldarmen Gebieten - insbesondere durch Windenergieanlagen oder Freileitungen - erhebliche Bedenken. Diese Anlagen stellen mit ihren Flächen-bedarfen einen nicht unerheblichen Eingriff in das Waldökosystem dar und be-einträchtigen Waldfunktionen und Mikroklima durch Versiegelung, Zerschneidung und Beunruhigung innerhalb des Bestandes.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Umsetzung erfolgt analog zu den Vorgaben der Landesentwicklungsplanung. Ein strikter (ausnahmsloser) Ausschluss der Waldinanspruchnahme in allen Kommunen der Region (bis auf zwei walddreiche Kommunen) ist mit den landesplanerischen Vorgaben nicht vereinbar.

Inhalt

G.35 Waldvermehrung in waldarmen Gebieten fördern, Waldentwicklung auf besonders geeignete Flächen lenken (S. 108)

Dieser Grundsatz ist als Ziel zu formulieren, da die Waldflächen in waldarmen Gebieten zunehmend verinseln und ihre ökologische Funktion stark durch die angrenzenden Nutzungen beeinträchtigt wird.

In den Erläuterungen sollte zum Grundsatz bzw. künftigen Ziel der Waldvermehrung ergänzt werden: ?Wird Wald mit BSN überlagert, so ist eine mittelfristige Erhöhung des standortgerechten heimischen Laubholzanteils von mindestens 30 %, in FFH-Gebieten von 70 % anzustreben.?

3 I Hier sollten Visionen von ?ökologisch stabilen Wäldern? (z. B. in Bezug auf Kalamitäten in den Wäldern u. a. als Folge des Klimawandels) bereits auf der Regionalplanebene aufgezeigt werden, um zukunftsweisend diese neuen Wälder zu etablieren. Daher ist bei der Anlage, Pflege, Nutzung und Verjüngung der Waldbestände auf ihre Funktion als Lebensraum für eine vielfältige Pflanzen- und Tierwelt abzustellen und ihre Schutz-und Erholungsfunktion zu berücksichtigen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Voraussetzungen zur Umwandlung in eine abschließend abgewogene Zielformulierung liegen nicht vor. Die vorgeschlagenen Ergänzungen gehen über den Regelungsgegenstand der Regionalplanung hinaus.

Inhalt

4.6 Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen (S. 113)

Z.23 Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen sichern (S. 113)

3 I Das LANUV hat erhebliche Bedenken gegen die Nennung von ?Neuplanungen?. Diese sind hier zu streichen. Neuplanungen nehmen grundsätzlich noch verbliebenen Freiraum mit seinen vielfältigen Funktionen in Anspruch und stellen einen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Hier kann daher nicht davon ausgegangen werden, dass ?Neuplanungen, auch wenn sie keiner regionalen Festlegung widersprechen? ?, ?kein Planungserfordernis auf der Ebene des Regionalplans auslösen?. Neuplanungen für zweckgebundene Nutzungen stellen meist großflächige Ansprüche an den Freiraum, da sie immer mit einem Freizeit- oder Wirtschaftsprojekt verknüpft sind. Auch wenn sie keiner regionalplanerischen Festsetzung widersprechen, wirken sie doch in andere ?Festsetzungen? hinein. Hier kann es dann zu Konflikten zwischen den unterschiedlichen, dann benachbarten Nutzungen kommen. Hier ist die Regionalplanung gefordert, solche Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu steuern. Dies auf die nachgeordnete Ebene abzuschichten, ist aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftsplanung nicht zielführend und nicht gewollt. Ebenso verhält es sich mit Neuplanungen, die eigentlich Erweiterungen bestehender zweckgebundener Nutzungen sind. Hier ist eine ?Salamitaktik? zu vermeiden, mit der durch kleinflächige Neuplanungen letztendlich ein großflächiger Freiraum in Anspruch genommen wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Regelungen beziehen sich auf zweckgebundene Freiraumfestlegungen/-nutzungen. Insofern ist die Befürchtung einer großflächigen Freirauminanspruchnahme unbegründet. Die Vereinbarkeit mit den landes- und regionalplanerischen Zielen wird zudem sichergestellt.

Inhalt

4.7 Wasser (S. 114)

G.45 Oberflächengewässer und Entwicklungskorridore naturnah und ökologisch wertvoll entwickeln (S. 115)

Dieser Grundsatz bedarf einer Zielformulierung. Gerade die durch den Klimawandel hervorgerufenen Extremwetterereignisse mit ihren gravierenden Auswirkungen sind bereits auf der Ebene der Regionalplanung zu berücksichtigen. Hier kann eine Zielformulierung richtungsweisend sein und auf der nachgeordneten Ebene den Schutz von Natur und Umwelt sowie der Menschen verbessern. Der Text ist daher wie folgt zu ändern: ?So soll ist auf eine ökologische Verbesserung ? hingewirkt werden hinzuwirken, so sollen sind ausreichende Korridore ? erhalten bleiben zu erhalten.? Die Erläuterungen sind diesbezüglich anzupassen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Dem Vorschlag der textlichen Veränderung wird nicht gefolgt. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

InhaltZ.25 Standorte für bestehende und geplante Talsperren sichern (S. 116)

Aus der Zielformulierung ist die Planung der Naafbachtalsperre zu streichen. Die Planung würde schon zum derzeitigen Zeitpunkt zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines FFH-Gebietes (DE-5109-301) führen. In diesem FFH-Gebiet steht die Erhaltung und Optimierung des naturnahen Bachtalkomplexes mit extensiver Grünlandnutzung und naturnaher Waldbewirtschaftung [?] im Vordergrund der Schutzbemühungen [?], um den charakteristischen Tier- und Pflanzenarten geeignete Lebensräume zu erhalten. Eine Realisierung dieses Projektes erscheint aus Sicht des Naturschutzes in der Gültigkeitsdauer des Regionalplans daher unwahrscheinlich. Des Weiteren sind bei sinkendem durchschnittlichen Wasserverbrauch auch die Planungen der anderen Talsperren neu zu betrachten.

11 Hier heißt es zur Naafbachtalsperre, dass eine Umsetzung zum einen naturschutzrechtlicher Ausnahmetatbestände bedarf, zum anderen das Vorliegen zwingender Gründe des überwiegend öffentlichen Interesses, sowie das Fehlen von Alternativen?.

Mit drei weiteren geplanten Talsperren, davon einer Trinkwassertalsperre, stehen hier für den Planungszeitraum mehrere Alternativen zur Verfügung bzw. der Planung entgegen. Gegen die Beibehaltung dieser Planung hat das LANUV erhebliche Bedenken.

6 I Das LANUV hat Bedenken gegen die Abschichtung der Umsetzungsprüfung der geplanten Talsperren auf die nachgeordnete Planungsebene (Konflikte zwischen wasserwirtschaftlichen Planungen und naturschutzfachlichen Regelungen, wie bspw. FFH-Ausnahmeprüfungen, sind in den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu lösen?). Hier wird die regionalplanerische Verantwortung mit großem Konfliktpotential wie z.B. bei der Naafbachtalsperre auf die nachgeordnete Ebene verlagert. Der Gewässerschutz (Oberflächen- und Grundwasser) ist Aufgabe der Regionalplanung (Nachweis zur Sicherung der Wasserversorgung, die von der Zuständigkeit der Wasserbehörde im Rahmen der fachgesetzlichen Planfeststellungsverfahren entschieden wird?, siehe 1 I). Daher sind oben genannte Konflikte bereits auf Regionalplanebene aufzuzeigen und zu lösen.

Tabelle 2: Zeichnerisch festgelegte Standorte für bestehende und geplante Talsperren im Regierungsbezirk Köln

In dieser Tabelle werden 26 bestehende und 4 neu geplante Talsperren gelistet. Bei zwei geplanten Talsperren wurde keine Zweckbestimmungen zugeordnet, obwohl die Legende hierzu 6 mögliche Varianten vorgibt. Die Zuordnung ist bei den entsprechenden Talsperren nachzutragen. Andernfalls könnte aus einer fehlenden Zuordnung geschlossen werden, dass der Nutzungszweck noch nicht zugewiesen werden konnte und somit auch kein tatsächlicher Bedarf für die Talsperren vorliegt. Die Neuplanungen sind zu überdenken und ggf. zu streichen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der LEP stellt die Vorsorgebereiche Naafbachtalsperre und Prether-/Platißbachtalsperre zeichnerisch dar und gibt der Regionalplanung in Ziel 7.4-4 zwingend vor, diese im Regionalplan festzulegen. Daher besteht kein Abwägungsspielraum für eine Streichung.

Zudem bestätigt das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen in seiner Stellungnahme von 11.08.2022, dass angesichts der zu erwartenden vermehrten Extremereignisse des Klimawandels die Vorsorgebereiche für zusätzliche Talsperren aufrecht zu erhalten sind. Um angesichts möglicher Trockenheiten zur Sicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung beizutragen, wird daher am "Vorsorgebereich Naafbachtalsperre" mit der im rechtskräftigen Regionalplan festgelegten wasserwirtschaftlichen Zweckbestimmung Trinkwassergewinnung (T) festgehalten. Zusätzlich wird die Funktion Hochwasserschutz (H) ergänzt.

Der "Vorsorgebereich Prether-/Platißbachtalsperre" macht den "Vorsorgebereich Naafbachtalsperre" nicht obsolet. Der "Vorsorgebereich Prether-/Platißbachtalsperre" bezieht sich auf eine gänzlich andere, vom "Vorsorgebereich Naafbachtalsperre" weit entfernte Versorgungsregion. Der Nachweis der Erforderlichkeit und die Zulässigkeit im Rahmen der fachgesetzlichen Planfeststellung, beim "Vorsorgebereich Naafbachtalsperre" zusätzlich die Erfüllung der naturschutzrechtlichen Ausnahmetatbestände von den Erhaltungszielen des dort ausgewiesenen FFH-Gebiets, sind zukünftigen Fachplanungsverfahren vorbehalten. Der "Vorsorgebereich Steinaggertalsperre" und der "Vorsorgebereich Leppetalsperre" sind keine Alternativen zum "Vorsorgebereich Naafbachtalsperre", da sie zu diesem zur Niedrigwasseraufhöhung in funktionalem Zusammenhang stehen. Dies hat das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen im o.g. Schreiben bestätigt.

Die Stellungnahme des LANUV zeigt, dass dieser Zusammenhang im Regionalplan verdeutlicht werden muss. Daher werden für den "Vorsorgebereich Steinaggertalsperre" und den "Vorsorgebereich Leppetalsperre" die bereits im rechtskräftigen Regionalplan enthaltenen wasserwirtschaftlichen Talsperrenfunktionen Niedrigwasseraufhöhung (N) und Hochwasserschutz (H) festgelegt. Die Funktion Trinkwassergewinnung (T) wird ergänzt.

Aufgrund der Begründung wird ergänzend auf die Autorenkorrektur 1016477 verwiesen.

Inhalt

4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz (S. 123)

G. 49 Retentionsfunktion erhalten, Hochwasserrisiken mindern

Dieser Grundsatz ist als Ziel zu formulieren. Gerade die Extremwetterereignisse der letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig Maßnahmen zum Hochwasserschutz sind. Hier ist eine Zielformulierung, die die Retentionsfunktion des unbebauten und unbeeinträchtigten Bodens in Bezug auf sein natürliches Wasserrückhaltevermögen und dessen Bedeutung in der Zukunft anspricht, erforderlich. Diese Flächen dienen letztendlich auch dazu, das Z.27 in Bezug auf den vorbeugenden Hochwasserschutz zu unterstützen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Inhalt

5. Infrastruktur (S. 128)

5.2.3.1 Nutzung erneuerbarer Energien (S. 149)

In den Erläuterungen zu Grundsatz G.63 "Geeignete Standorte für die Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien sichern" wird ausgeführt, dass u. a. die Geothermie im Regierungsbezirk mit ihrer potentiellen Erzeugungskapazität eine eher geringere Bedeutung habe. Auch wenn aus hiesiger Sicht die folgende Aussage geteilt wird, dass für ihre Nutzung keine großen Flächenpotentiale auf regionaler Ebene planungsrechtlich gesichert werden müssen, kann die erste Aussage nicht nachvollzogen werden. Aus Sicht des LANUV ist die Nutzung der (oberflächennahen) Geothermie ein zentraler Bestandteil für eine klimaverträgliche Wärmeversorgung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

5.2.3.2 Nutzung von Windenergie (S. 150)Z.37 Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern (S. 150)

Ziel Z.37 legt fest, dass die Planung von Standorten für raumbedeutsame Windenergieanlagen vorrangig innerhalb des regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche erfolgen soll. Es ist mittlerweile absehbar, dass zur Erreichung der Ausbauziele des Landes (Energieversorgungsstrategie NRW 2021, Klimaschutzgesetz NRW), vor dem Hintergrund des Koalitionsvertrages der Landesregierung (2022 ? 2027), der angestrebten Festlegung von landesspezifischen Flächenzielen seitens des Bundes (Windflächenbedarfsgesetz) und sich daraus ergebender künftiger Änderungen des Landesentwicklungsplans die Konzentration des Windenergieausbaus auf die Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche im Regierungsbezirk Köln aller Voraussicht nicht ausreichend sein wird. Dies zeigen auch die Ergebnisse der Potenzialstudie Windenergie NRW des LANUV (2022).

Mit dem Ziel 37 soll die Ausweisung von neuen Windenergieanlagen gesteuert werden. Eine sinnvolle regionalplanerische Steuerung kann aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege aber nur durch Ausweisung von Eignungsbereichen erfolgen, in denen eine optimale Ausschöpfung des Windpotentials einerseits und ein möglichst geringer Eingriff in Natur und Landschaft andererseits miteinander auf der Ebene der Regionalplanung angemessen abgewogen wurden. Eine textliche Festsetzung ist hier nicht ausreichend, um das Ziel raumordnerisch zu steuern. Hierzu bedarf es zeichnerische Festlegungen, die sowohl die Größenordnung als auch die räumliche Lage darstellen. Daher hat das LANUV Bedenken gegen die in der Zielformulierung gemachte Aussage, dass ?grundsätzlich raumbedeutsame Windenergieanlagen? errichtet werden können, wenn sie mit den regionalplanerischen Festlegungen wie Regionale Grünzüge und Waldbereiche vereinbar sind bzw. dies auch ausnahmsweise in Bereichen zum Schutz der Natur oder in Überschwemmungsbereichen möglich ist. Hier deutet sich schon ein Konflikt auf der Regionalplanebene an, da durch die so getroffene Formulierung Optionen eröffnet werden, die mit anderslautenden Festsetzungen von im Regionalplan formulierten Zielen (Z.18 ?RG sichern ? und schützen?, Z.22 ?Waldbereiche erhalten??, Z.26 ?BGG sichern? und Grundsätzen (G.30 ?BSLE erhalten?)) nicht vereinbar sind. Der Regionalplan ist hier textlich und grafisch zu überarbeiten und neu aufzustellen.

Aus Sicht des LANUV wird es nicht genügen, nur Windenergiebereiche im Nachgang in den Darstellungen zu ergänzen. Vielmehr ist das Gesamtkonzept von Inanspruchnahmen durch Siedlung, Gewerbe und deren energetischer Versorgung noch einmal zu überdenken, um eine Proportionalität zwischen Inanspruchnahmen und nötiger Sicherung von Natur und Landschaft zu gewährleisten. Dabei ist zu besehen, dass die Anforderungen des Klimawandels für Natur und Landschaft eine nie dagewesene Herausforderung darstellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

5.2.3.3 Nutzung von Solarenergie (S. 152)

Z.38 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern (S. 153)

Das LANUV hat erhebliche Bedenken, dass ?raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit den Schutzfunktionen von BSLE (G.30), AFAB (G20, G.33), BGG (Z.26) und Überschwemmungsbereiche (Z.24) vereinbar sind?, da sie einen nicht unerheblichen Eingriff in Natur und Landschaft darstellen. Im Regionalplan sollte sich eine ?umweltverträgliche Standortsteuerung von Freiflächensolaranlagen? wiederfinden. Die oben genannten Schutzfestlegungen sind daher aus der Aufzählung zu streichen.

Das LANUV begrüßt, dass durch die Auflistung von ASB und GIB auch das Dach- und Gebäudepotenzial mitberücksichtigt wird, da neue Schätzungen von bis zu 400 GW installierbarer Leistung auf Dächern und 320 GW an Fassaden ausgehen. Auch bieten vorgenutzte und vorbelastete Flächen ein hinreichendes Angebot für Freiflächensolaranlagen, um einen relevanten Beitrag in der Energiewende leisten zu können.

Das LANUV begrüßt, dass Waldbereiche, Regionale Grünzüge und Bereiche für den Schutz der Natur bereits in der Zielformulierung für diese Vorhaben ausgeschlossen wurden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

Z.39 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung sichern (S. 155)

Auch in Bezug auf die Steuerung von Freiflächensolaranlagen enthält der Planentwurf weder zeichnerische Festlegungen noch quantitative Ausbauziele. Deutlich wird, dass die Errichtung von Freiflächensolaranlagen, insbesondere auf noch unversiegelten Flächen, nur als nachrangig betrachtet wird. Freiflächensolaranlagen sind jedoch relativ effizient in Bezug auf ihren Stromertrag im Verhältnis zur Flächeninanspruchnahme (insbesondere in Kombination mit Windenergieanlagen) und können so errichtet werden, dass weiterhin eine land-wirtschaftliche Nutzung der Flächen möglich ist (Agri-PV).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

Fazit

Der hier vorgelegte Regionalplan erfüllt die Funktionen eines Landschaftsrahmenplanes aus naturschutzfachlicher Sicht weitgehend nicht, was sich aus den hier vorgetragenen Bedenken zu den Festlegungen ableiten lässt.

Der hier vorgelegte Regionalplan lässt für das Thema Siedlungsentwicklung inhaltliche deutliche Präferenzen erkennen, was durch die Fülle der neu eingeführten Planzeichen zu ASB und GIB anschaulich wird und für das Thema Sicherung und Entwicklung des Freiraums leider eher nicht (Umgang mit dem Planzeichen AFAB; BSL-A). Die Ausgewogenheit des Planes wird seitens des LANUV daher nicht gesehen. Eine nachhaltige Entwicklung und Sicherung der Ressource Natur, aber auch der Klimawandel und die zukünftige erforderliche Anpassung daran, werden nicht zielorientiert thematisiert.

Es ist auch eine Aufgabe der Landschaftsrahmenplanung (§ 9 Abs. 3 Zif. 4 Buchstaben b, d und h BNatSchG) Angaben über die Erfordernisse und Maßnahmen zur Umsetzung der konkretisierten Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere - (b) zum Schutz bestimmter Teile von Natur und Landschaft im Sinne des Kapitels 4 sowie der Biotop, Lebensgemeinschaften und Lebensstätten der Tiere und Pflanzen wild lebender Arten,
- (d) zum Aufbau und Schutz eines Biotopverbunds, der Biotopvernetzung und des Netzes ?Natura 2000? und
- (h) zur Sicherung und Förderung der biologischen Vielfalt im Planungsraum einschließlich ihrer Bedeutung für das Naturerlebnis zu machen.

Diese Punkte sind im vorgelegten Plan nicht ausreichend und in Hinblick auf ihr Entwicklungspotential auch nicht zukunftsorientiert dargestellt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Ausgewogenheit der Planfestlegungen bemisst sich nicht an der Art oder Zahl der vorhandenen oder neu eingeführten Planzeichen, sondern an der Qualität der Festlegungen. Der Planentwurf bildet in diesem Sinne einen soliden Rahmen für die nachfolgende fachplanerische Umsetzung. Mit der Differenzierung von BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft wird dem Belang des Artenschutzes in diesen Stufe II-Flächen in besonderem Maße Rechnung getragen.

1006234, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Teil einer aus Gehölzbereichen und Offenland bestehenden Struktur, die überwiegend als BSLE (Bornheim u. Bonn) bereits erfasst ist, noch nicht erfasste Flächen in den BSLE (Bonn) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006234]

Anhänge

[Abb. ID1006234.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1006235, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Zwei schutzwürdige Biotop (bewaldete ehemalige Steinbrüche, Seen) u. Waldflächen mit Vernetzungsfunktion (u.a. Brücken über die BAB 42) zwischen Siedlung u. Ennert; u.a. wegen der Größe u. Funktion als separaten BSLE darstellen

[s. Anhang Abb. 1006235]

Anhänge

[Abb_ID1006235.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

1006308, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdiges Biotop Nörvenicher Wald (Kasernengelände); Wald westl. u. südl. der Rollbahn, wie gleichwertige und als BSN dargestellte Flächen dieses Biotops in BSN 280 einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006308]</p> <p>Anhänge Abb. ID1006308.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden Militärflugplatz Nörvenich und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen. Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafeninfrastruktur erforderlichen Flächen mit ein. Der in Rede stehende Militärflugplatz Nörvenich ist regionalbedeutsam da er der Verteidigung und dem Zivilschutz dient. Die Festlegung als Vorranggebiet ist somit sachgerecht.</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung, z.B. Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes, ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele.</p>

1006309, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdiges Biotop Nörvenicher Wald (Kasernengelände) Wald nördl. der Rollbahn, wie gleichwertige und als BSN dargestellte Flächen dieses Biotops in BSN 280 einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006309]</p> <p>Anhänge Abb. ID1006309.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden Militärflugplatz Nörvenich und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen. Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafeninfrastruktur erforderlichen Flächen mit ein. Der in Rede stehende Militärflugplatz Nörvenich ist regionalbedeutsam da er der Verteidigung und dem Zivilschutz dient. Die Festlegung als Vorranggebiet ist somit sachgerecht.</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung, z.B. Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes, ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele.</p>

1006310, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Fläche mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftsgilde; noch nicht bebaute südliche Teilfläche östlich angrenzendem BSLE zuordnen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006310]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006310.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006311, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Fläche mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftsgilde; Fläche sollte mit noch nicht überplanter Teilfläche des Objektes VB-K-4904-004 im Nordosten als BSLE dargestellt werden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006311]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006311.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006312, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Indeaue in der Ortslage Lamersdorf; innerörtlicher Freiraum; in der hier vorliegenden Abgrenzung in das BSLE (Inden) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006312]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1006312_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006313, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Teil eines größeren und im Süden auch als BSLE dargestellten, gut strukturierten (Hecken, Gehölze) Offenlandbereiches, der ebenfalls als BSLE dargestellt werden sollte

[s. Anhang Abb. 1006313]

Anhänge

[Abb. ID 1006313_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001330).

1006314, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop u. Offenlandbereiche (Grünland, Acker) am Rande der Ruraue, die in der vorliegenden Abgrenzung u. mit den östl. angrenzenden Flächen (vgl. andere shape-Datei) in den BSLE (Linnich) einbezogen werden sollten

[s. Anhang Abb. 1006314]

Anhänge

[Abb. ID 1006314_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1006315, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop, Offenlandbereiche (Grünland, Acker, Wäldchen) und struktureicher Bahndamm am Rande der Ruraue; in der hier vorliegenden Abgrenzung in BSLE (Linnich) einbeziehen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006315]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1006315_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006316, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Gut strukturierte Ellebachaue in der Ortsmitte Oberzier mit Bedeutung als Verbindungsraum für Zielarten der Fließgewässergilde, wegen Struktur u. Größe als separaten BSLE o. in vorliegender Abgrenzung als Teil des BSLE (Niederzier) darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006316]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1006316_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006317, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Relikt Festungswerk Merscher Höhen - Gebüsch) u. Offenland-Agrarbereiche; mit 2 Teilflächen über 60 ha Inanspruchnahme; in den BSLE Jülich einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006317]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006317.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006318, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Relikt Festungswerk Merscher Höhen - Gebüsch) u. Offenland-Agrarbereiche, Gehölzstrukturen, Wald; vormals BSLE; jetzt mit 2 Teilflächen über 60 ha Inanspruchnahme; weiterhin als BSLE darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006318]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006318.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006319, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Innerörtliche Waldflächen (vereinzelt auch Offenland) mit direktem Anschluss an die Ruraue u. Vernetzungsfunktion durch die Bebauung nach Nordosten; in BSLE (Düren) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006319]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006319.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie auch Waldflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006320, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Grünland mit Hecken u. Einzelbaumpflanzungen); wie die nördl. angrenzenden, als BSLE dargestellten Flächen zu bewerten; in BSLE (Kreuzau) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006320]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1006320.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006321, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Strukturierter Offenlandbereich; Grünland mit Gehölzstrukturen; Kasernengelände; wie die südl. angrenzenden, als BSLE dargestellten Flächen zu bewerten; in BSLE (Düren) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006321]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006321.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006322, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Jülicher Zitadelle, die aufgrund der Größe und Bedeutung - auch als innerstädtischer Freirraum - als separater BSLE dargestellt werden sollte - Anregung</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006322]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006322.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006323, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Lauf der Mühlenteich) u. Kulturlandschaft in der Aue des Fließgewässers Mühlenteich am Rand der gemeinsamen Aue von Rur und Inde (vor der Indemündung); mit der hier vorliegenden Abgrenzung in BSLE Jülich einbinden

[s. Anhang Abb. 1006323]

Anhänge

[Abb. ID1006323.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1006324, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Zwei schutzwürdige Biotop (Drover Bach mit Aue u. Osthang des Rurtals) u. umgebende, gut strukturierte Kulturlandschaft (Grünland, Acker, Gehölze); in südl.angrenzenden BSLE (Kreuzau) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006324]

Anhänge

[Abb_ID1006324.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1006325, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Acker mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Offenland-Acker-Gilde; in angrenzenden BSLE (Nörvenich) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006325]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006325.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>siehe Erläuterungen StnID1005188.</p>

1006326, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Kulturlandschaft (Grünland, Gehölze) am Rande des Siedlungsraumes; in den im Westen angrenzenden BSLE (Inden) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006326]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006326.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006327, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdiger Wald am Forschungszentrum Jülich wird vollständig überlagert durch GIB; die Fläche hat Bedeutung als Verbindungsraum für Zielarten der Waldgilde und ist, wie das angrenzende NSG, als BSN darzustellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006327]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006327.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006328, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Grünlandbrache am Flugplatz; bedeutsam als Kernraum für Zielarten (ZA) u. klimasensitive (kls.) ZA diverser Gilden (4/1) u.a. der Moore-Feuchtheide-Gilde u. Erweiterungsraum für kls. ZA der Offenland-Grünland-Gilde, in BSN 234 einbinden

[s. Anhang Abb. 1006328]

Anhänge

[Abb_ID1006328.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

In dem Bereich bestehen Bauflächenausweisungen im Flächennutzungsplan der Gemeinde Dahlem, die in funktionalem Zusammenhang mit dem Flugplatz stehen.

1006329, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Fläche mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Offenland-Acker- u. Kulturlandschaftsgilde; in nördlich angrenzenden BSLE einbinden

[s. Anhang Abb. 1006329]

Anhänge

[Abb_ID1006329.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es handelt sich um einen Bereich, der gemäß LEP NRW für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben vorgesehen ist ("Prime Site Rhine Region"). Insofern unterliegt die angeregte Umwandlung in Freiraum nicht der Abwägungsentscheidung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln.

1006330, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Fläche mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Offenland-Acker- u. Kulturlandschaftsgilde; in nördlich und westlich angrenzenden BSLE einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006330]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006330.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006331, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Kulturlandschaft, Quell- und Einzugsbereich eines Zulaufs der Kyll, der dann im GIB läge; Fläche in der vorliegenden Abgrenzung in das BSLE (Hellenthal) einbeziehen

[s. Anhang Abb. 1006331]

Anhänge

[Abb_ID_1006331_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Bei dem hier vorgesehenen GIBflex-Bereich können erhebliche Umweltauswirkungen auf regionalplanerischer Ebene entsprechend dem Ergebnis der Umweltprüfung ausgeschlossen werden. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Dabei können lokal bedeutsame Belange des Natur- und Umweltschutzes Berücksichtigung finden.

1006332, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Teil eines größeren Kulturlandschaftskomplexes mit Offenlandbereichen u. in Summe aller Teile Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Kulturlandschafts- und Fließgewässergilde; in BSLE (Zülpich) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006332]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1006332_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Hinsichtlich des geplanten GIBregional wird weiterhin auf die Erläuterung zur Stellungnahme ID Nr. 1004333 verwiesen.</p>

1006333, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Agrarbereich mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Offenland-Ackergilde; in BSLE (Zülpich) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006333]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006333.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Es handelt sich zum weit überwiegenden Teil um Flächen, die bereits im Flächennutzungsplan der Stadt Zülpich als Bauflächen ausgewiesen sind.</p>

1006334, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Agrarbereich mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Offenland-Ackergilde; in BSLE (Zülpich) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006334]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006334.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006335, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Agrarbereich mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Offenland-Ackergilde; in BSLE (Zülpich) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006335]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006335.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Bereich dient der Sicherung der gewerblichen Flächenvorsorge bzw. der vorgesehenen Flexibilisierungsoptionen (GIBflex)entsprechend der planerischen Konzeption.</p>

1006336, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Agrarbereich mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Offenland-Ackergilde; in BSLE (Zülpich) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006336]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006336.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Es handelt sich bei der Fläche um eine gewerbliche Baufläche gemäß dem geltenden Flächennutzungsplan der Stadt Zülpich.</p>

1006337, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Heckenlandschaft, alte Ackerterrassen mit Grünlandnutzung/ Magerweiden) mit Bedeutung für Zielarten der Magerrasen-Trockenheide-Gilde; in angrenzenden BSLE (Schleiden) einbeziehen

[s. Anhang Abb. 1006337]

Anhänge

[Abb_ID1006337.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es handelt sich um Teile des ASB Gemünd, die hier ausgewiesene Bauflächen gemäß Flächennutzungsplan der Stadt Schleiden umfassen.

1006338, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Offenlandbereich (Brache) u. Restwaldfläche mit Bedeutung als Verbindungsraum für Zielarten der Waldgilde, randlich Camping- / Ferienhaussiedlung; wie westl. angrenzende Waldflächen in BSLE (Blankenheim) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006338]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006338.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der ASBz bildet dem regionalplanerischen Maßstab entsprechend die bestehenden bauleitplanerischen Ausweisungen der Gemeinde Blankenheim (Sonderbaufläche) ab. Die weitere Konkretisierung ist Gegenstand der örtlichen Planungsebene.</p>

1006339, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Grünland mit Gehölzstrukturen; dem großen Forst Schleiden vorgelagert u. deshalb mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Waldgilde; aber auch der Offenland-Grünlandgilde wegen wichtigem Offenland-Übergang zur Urftaue im Nordosten; als BSLE</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006339]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006339.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Dies betrifft auch kleinteilige Bereiche im Randbereich der ASB bzw. BSLE-Festlegung.</p>

1006340, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Acker-, Grünland-, Gehölzmosaik u. Bachlauf zur Urft; bedeutsam als Kernraum für Zielarten (u.a. Fließgewässer-/ Offenland-Grünland-Gilde), westl. auch Anschluss an Urftaue; mit nördl. angrenzenden, als Freiraum dargestellten Flächen als BSLE

[s. Anhang Abb. 1006340]

Anhänge

[Abb_ID1006340.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1006341, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (reich strukturierter u. terrasserter Hang; Grünland u. Gehölze); wie östl. liegende Fläche (siehe andere shape-Datei) in BSLE (Schleiden) o. wegen funktionalem Bezug in westl. liegenden BSN des NSG Sebestal einbeziehen

[s. Anhang Abb. 1006341]

Anhänge

[Abb_ID1006341.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es handelt sich um Teile des ASB Gemünd, die hier ausgewiesene Bauflächen gemäß Flächennutzungsplan der Stadt Schleiden umfassen.

1006342, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Flugplatz Teveren, Wald mit Offenlandbereichen) u. Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Magerrasen-Trockenheide-Gilde; in den nördl. angrenzenden BSLE Geilenkirchen bzw. Gangelt (westl. Teilfläche) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006342]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1006342.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden Militärflugplatz Geilenkirchen und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen. Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafeninfrastruktur erforderlichen Flächen mit ein. Der in Rede stehende Militärflugplatz Geilenkirchen ist regionalbedeutsam da er der Verteidigung und dem Zivilschutz dient. Die Festlegung als Vorranggebiet ist somit sachgerecht.</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung, z.B. Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes, ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele.</p>

1006343, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Flugplatz Teveren, Wald) u. Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Magerrasen-Trockenheide-Gilde; in den nördl. angrenzenden BSLE Geilenkirchen bzw. Gangelt (westl. Teilfläche) einbinden</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006343.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden Militärflugplatz Geilenkirchen und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen. Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafeninfrastruktur erforderlichen Flächen mit ein. Der in Rede stehende Militärflugplatz Geilenkirchen ist regionalbedeutsam da er der Verteidigung und dem Zivilschutz dient. Die Festlegung als Vorranggebiet ist somit sachgerecht.</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung, z.B. Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes, ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele.</p>

1006344, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Agrarbereich, der nicht anders zu bewerten ist, als die Flächen im angrenzenden BSLE (Wegberg); deshalb sollte das BSLE bis zum Siedlungsrand u. einschließlich dem dort verlaufenden Beekbach in der hier vorliegenden Abgrenzung erweitert werden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006344]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1006344_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006345, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Nicht nachvollziehbare Abfolge (Nordost nach Südwest) von BSLE, Freiraum und ASB-Darstellungen; der Bereich zwischen K 3 und K 13 sollte vollständig als BSLE dargestellt werden

[s. Anhang Abb. 1006345]

Anhänge

[Abb. ID 1006345_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist teilweise entsprochen (vgl. Stellungnahme ID 1005765). Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+-Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der geänderten Abgrenzung (vgl. Stellungnahme ID 1005765) im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1006346, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Kleinflächig schutzwürdiges Biotop u. größere innerörtliche Freiräume, die mit Freiraum - BSN Rodebach/Rigolbach im Grenzbereich und BSLE (Gangelt) - Vernetzungsstrukturen bilden; als BSLE darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006346]</p> <p>Anhänge Abb. ID 1006346_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006347, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdige Biotop in einem für eine weitere Anreicherung mit Strukturen geeigneten Raum am Siedlungsrand - aufgrund der Größe als eigenständiger BSLE darstellbar</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006347]</p> <p>Anhänge Abb. ID 1006347_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006348, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Wald, Tevereener Heide) mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Magerrasen-Trockenheide-Gilde; statt der Sportplätze auf dem TUP diese Fläche in den BSLE (Geilenkirchen) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006348]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006348.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006349, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Agrarbereich mit Feldgehölz zwischen Neu-(Um)Siedlungen u. ursprünglicher Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Offenland-Acker-Gilde; als Grünstreifen u. mit westl. dargestelltem Freiraum (siehe andere shape-Datei) in BSLE (Erkelenz) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006349]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006349.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006350, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Gut strukturierte Kulturlandschaft (Gehölze, Grünland u. Acker) von über 20 ha Größe in der Rur-/Wurmaue mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftsgilde in westl. angrenzenden BSLE (Heinsberg) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006350]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006350.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der fehlenden kommunalen Entwicklungsabsicht - hier belegt durch die Freiraumdarstellung im Flächennutzungsplan - sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als AFAB mit der Freiraumfunktion BSLE im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006351, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>NSG Am Godorfer Hafen mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Kulturlandschafts-Gilde; Fläche liegt am Rand eines ASB/ GIB, das anders abgegrenzt werden sollte</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006351]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006351.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Siehe Erläuterungen zu StnID 1002595.</p>

1006352, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>NSG Rheinaue Langel; Fläche hat Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Fließgewässergilde u. Ergänzungsraum für ZA der Offenland-Grünlandgilde, BSLE-Darstellung ist planerisch motiviert (Hafen Niehl); Fläche zu angrenzendem BSN ziehen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006352]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006352.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es handelt sich um einen sehr kleinflächigen Bereich, der zum Teil bauleitplanerisch als Versorgungsfläche festgelegt ist. Unter Berücksichtigung der Maßstäblichkeit bedarf es keiner Änderung der zeichnerischen Festlegung.</p>

1006353, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdiges Offenland u. Gehölze als Kernraum für klimasensitive Zielarten (ZA) der Waldgilde u. Ergänzungsraum für klimasensitive ZA der Moore-Feuchtheide- u. Magerrasen-Trockenheide-Gilde bedeutsam; in angrenzenden BSN einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006353]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006353.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden landesbedeutsamer Flughafen Köln/Bonn und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen. Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafeninfrastruktur erforderlichen Flächen mit ein. Die Festlegung ist somit sachgerecht.</p> <p>Die Funktion Schutz der Natur beschränkt sich auf den regionalplanerisch festgelegten Freiraum. Flugplätze sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben nicht Bestandteil des Freiraums. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung, z.B. Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes, ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele.</p> <p>Die bestehende Schutzwürdigkeit der auf dem Flugplatzgelände vorhandenen Biotop zeigt, dass die Naturschutzziele offensichtlich mit der verkehrlichen Nutzung in Einklang gebracht werden können.</p>

1006354, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdige Magerrasen u. Trockenheiden mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Offenland-Grünland-Gilde; erste von 7 Teilflächen eines Biotopkomplexes; zum südwestl. angrenzenden BSN schlagen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006354]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006354.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden landesbedeutsamer Flughafen Köln/Bonn und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen. Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafeninfrastruktur erforderlichen Flächen mit ein. Die Festlegung ist somit sachgerecht.</p> <p>Die Funktion Schutz der Natur beschränkt sich auf den regionalplanerisch festgelegten Freiraum. Flugplätze sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben nicht Bestandteil des Freiraums. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung, z.B. Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes, ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele.</p> <p>Die bestehende Schutzwürdigkeit der auf dem Flugplatzgelände vorhandenen Biotope zeigt, dass die Naturschutzziele offensichtlich mit der verkehrlichen Nutzung in Einklang gebracht werden können.</p>

1006355, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdige Sandtrocken-, Magerrasen u. Feuchtheiden mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Offenland-Grünland-Gilde; zweite von 7 Teilflächen eines Biotopkomplexes; zum südwestl. angrenzenden BSN schlagen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006355]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006355.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden landesbedeutsamer Flughafen Köln/Bonn und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen. Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafeninfrastruktur erforderlichen Flächen mit ein. Die Festlegung ist somit sachgerecht.</p> <p>Die Funktion Schutz der Natur beschränkt sich auf den regionalplanerisch festgelegten Freiraum. Flugplätze sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben nicht Bestandteil des Freiraums. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung, z.B. Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes, ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele.</p> <p>Die bestehende Schutzwürdigkeit der auf dem Flugplatzgelände vorhandenen Biotope zeigt, dass die Naturschutzziele offensichtlich mit der verkehrlichen Nutzung in Einklang gebracht werden können.</p>

1006356, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdige Sandtrocken-, Magerrasen u. Feuchtheiden mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Offenland-Grünland-Gilde; vierte von 7 Teilflächen eines Biotopkomplexes; mit anderen Teilflächen als BSN darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006356]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006356.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden landesbedeutsamer Flughafen Köln/Bonn und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen. Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafeninfrastruktur erforderlichen Flächen mit ein. Die Festlegung ist somit sachgerecht.</p> <p>Die Funktion Schutz der Natur beschränkt sich auf den regionalplanerisch festgelegten Freiraum. Flugplätze sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben nicht Bestandteil des Freiraums. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung, z.B. Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes, ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele.</p> <p>Die bestehende Schutzwürdigkeit der auf dem Flugplatzgelände vorhandenen Biotope zeigt, dass die Naturschutzziele offensichtlich mit der verkehrlichen Nutzung in Einklang gebracht werden können.</p>

1006357, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdige Sandtrocken-, Magerrasen u. Feuchtheiden mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Offenland-Grünland-Gilde; fünfte von 7 Teilflächen eines Biotopkomplexes; mit anderen Teilflächen als BSN darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006357]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006357.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden landesbedeutsamer Flughafen Köln/Bonn und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen. Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafeninfrastruktur erforderlichen Flächen mit ein. Die Festlegung ist somit sachgerecht.</p> <p>Die Funktion Schutz der Natur beschränkt sich auf den regionalplanerisch festgelegten Freiraum. Flugplätze sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben nicht Bestandteil des Freiraums. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung, z.B. Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes, ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele.</p> <p>Die bestehende Schutzwürdigkeit der auf dem Flugplatzgelände vorhandenen Biotope zeigt, dass die Naturschutzziele offensichtlich mit der verkehrlichen Nutzung in Einklang gebracht werden können.</p>

1006358, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdige Magerrasen u. Trockenheiden mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Offenland-Grünland-Gilde; siebte von 7 Teilflächen eines Biotopkomplexes; mit den übrigen Teilflächen als BSN darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006358]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006358.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden landesbedeutsamer Flughafen Köln/Bonn und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen. Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafeninfrastruktur erforderlichen Flächen mit ein. Die Festlegung ist somit sachgerecht.</p> <p>Die Funktion Schutz der Natur beschränkt sich auf den regionalplanerisch festgelegten Freiraum. Flugplätze sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben nicht Bestandteil des Freiraums. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung, z.B. Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes, ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele.</p> <p>Die bestehende Schutzwürdigkeit der auf dem Flugplatzgelände vorhandenen Biotope zeigt, dass die Naturschutzziele offensichtlich mit der verkehrlichen Nutzung in Einklang gebracht werden können.</p>

1006359, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdiger Schafschwingel-Silberrasen- u. Heide-Magerrasen-Komplex; als Kernraum für Zielarten (ZA) der Offenland-Grünland-Gilde bedeutsam; sechste von 7 Teilflächen eines Biotopkomplexes; mit anderen Teilflächen als BSN darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006359]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006359.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden landesbedeutsamer Flughafen Köln/Bonn und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen. Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafeninfrastruktur erforderlichen Flächen mit ein. Die Festlegung ist somit sachgerecht.</p> <p>Die Funktion Schutz der Natur beschränkt sich auf den regionalplanerisch festgelegten Freiraum. Flugplätze sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben nicht Bestandteil des Freiraums. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung, z.B. Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes, ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele.</p> <p>Die bestehende Schutzwürdigkeit der auf dem Flugplatzgelände vorhandenen Biotope zeigt, dass die Naturschutzziele offensichtlich mit der verkehrlichen Nutzung in Einklang gebracht werden können.</p>

1006360, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Kleingartenanlage als BSLE darstellen - Anregung</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006360]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006360.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006361, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Erhaltenswürdiger (ehemaliger) Abgrabungsbereich; in nördlich angrenzenden BSLE einbeziehen

[s. Anhang Abb. 1006361]

Anhänge

[Abb_ID1006361.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? *hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan* ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1006362, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop u. erhaltenswürdiger (ehemaliger) Abgrabungsbereich (Wald-, Offenland- u. Wasserflächen); in der hier vorliegenden Abgrenzung als BSLE in westlich angrenzenden BSLE (Köln) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006362]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006362.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p>

1006363, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Wald u. anschließend Offenlandbereich mit Kleingehölzen u. Acker, der in den südlich angrenzenden BSLE (Köln) eingebunden werden sollte

[s. Anhang Abb. 1006363]

Anhänge

[Abb_ID_1006363_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1006364, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdige Biotop und innerstädtischer gut strukturierter Offenlandbereich von 15 ha Größe; in Zusammenhang mit Flächen auf der Leverkusener Seite von der A 1 zu sehen; als eigenständiger BSLE oder mit BSLE (Köln) im Norden darstellbar</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006364]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1006364_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006365, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Waldflächen vorgelagerter Offenlandbereich (Acker), der in den BSLE (Köln) eingebunden werden sollte - Anregung</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006365]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1006365_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006366, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Grünzäsur durch Longerich, die aufgrund ihrer Größe (14 ha) und Verbindungsfunktion in den nord- u. südlich angrenzenden BSLE (Köln) eingebunden werden sollte</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006366]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006366.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006367, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Grünzäsur (Parks/ Kleingartenanlagen) in Köln Heimersdorf / Seeberg, die aufgrund ihrer Größe (40 ha) und Verbindungsfunktion in den nordöstlich u. südlich angrenzenden BSLE (Köln) eingebunden werden sollte

[s. Anhang Abb. 1006367]

Anhänge

[Abb. ID1006367.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1006368, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Acker als Teil eines Gehölz-Ackerkomplexes; 1. von 4 Teilflächen (TF); Summe aller TF in angrenzendes BSLE (Köln) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006368]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006368.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006369, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Wald, Gehölze als Teile eines Gehölz-Ackerkomplexes; 2. von 4 Teilflächen (TF);
Summe aller TF in angrenzenden BSLE (Köln) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006369]

Anhänge

[Abb_ID1006369.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1006370, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Wald, Gehölze und Acker als Teile eines Gehölz-Ackerkomplexes; 4. von 4 Teilflächen (TF); Summe aller TF in angrenzenden BSLE (Köln) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006370]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006370.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht - hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006371, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Drei schutzwürdige Biotope innerhalb der zweiten von 2 Teilflächen einer innerstädtischen Grünzäsur von insgesamt 24 ha Größe; aufgrund der Größe u. Bedeutung in nördl. angrenzenden BSLE (Köln) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006371]

Anhänge

[Abb_ID1006371.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1006372, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Altwaldbestände) u. gut strukturierte Offenlandbereiche (Grünland, Gehölze, Volkspark); Flächen die gleich zu bewerten sind, wie südl. in den BSLE (Köln) einbezogene Flächen; als BSLE darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006372]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006372.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006373, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Agrarbereich in BSLE (Köln) einbinden; quasi als Pufferfläche für nördlich gelegenes, schutzwürdiges Abgrabungsgewässer

[s. Anhang Abb. 1006373]

Anhänge

[Abb_ID1006373.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1006374, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Grünlandbrachen) u. Kulturlandschaftskomplex (Gehölze, Grünland, Acker) in hier vorgeschlagener Abgrenzung in den angrenzenden BSLE (Köln) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006374]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006374.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006375, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Kulturlandschaftsbereiche nördlich des Pletschbaches in BSLE (Köln) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006375]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006375.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006376, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Innerstädtischer Freiraum (Park, Kleingärten); zweite von 3 Teilflächen, die wegen der Gesamtgröße u. Bedeutung zusammen mit weiter nördl. als Freiraum dargestellten Flächen (siehe andere shape-Datei) als separater BSLE erfasst werden soll

[s. Anhang Abb. 1006376]

Anhänge

[Abb_ID1006376.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1006377, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Innerstädtischer Freiraum; in nördl. u. östl. angrenzenden BSLE (Köln) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006377]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006377.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006378, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Zwei schutzwürdige Biotope u. umgebender innerstädtischer Freiraum (Parks, Kleingärten); aufgrund der Größe (> 80 ha) u. Bedeutung als separaten BSLE darstellen o. in westl. angrenzenden BSLE (Köln) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006378]

Anhänge

[Abb_ID1006378.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1006379, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Grünlandbrache, Gehölze); in der hier vorliegenden Abgrenzung in den südwestl. angrenzenden BSLE (Köln) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006379]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006379.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006380, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Kulturlandschaftskomplex (Gehölz, Acker, Grünland); in der hier vorliegenden Abgrenzung in den westl. angrenzenden BSLE (Köln) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006380]

Anhänge

[Abb_ID1006380.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1006381, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Strunder Bach) u. Umfeld (Park, Friedhof u. Außenanlage Haus Isenburg) mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Fließgewässergilde; in der vorliegenden Abgrenzung in den BSLE (Köln) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006381]

Anhänge

[Abb. ID1006381.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1006382, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Kemperbach) u. Umfeld (Grünland, Gehölzbereiche) mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Fließgewässergilde; wegen der Größe (>20 ha) u. Bedeutung als separaten BSLE darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006382]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1006382.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006383, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Bestehendes NSG am Rande eines ASB/GIB; Abgrenzung nicht nachvollziehbar; Fläche hat Bedeutung als Kern- u. Ergänzungsraum für Zielarten (ZA) u. klimasensitive ZA diverser Gilden (4/1 bzw. 1/2) u.a. Wald- u. Moore-Feuchtheide-Gilde</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006383]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006383.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1003185).</p>

1006384, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>NSG Am Godorfer Hafen mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Kulturlandschafts-Gilde; Fläche liegt am Rand eines ASB/ GIB, das anders abgegrenzt werden sollte</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006384]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006384.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Siehe Erläuterungen zu StnID 1002595.</p>

1006385, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdiges Biotop Linder Bruch u. Senkelgraben mit Anschluss an das NSG Wahner Heide (SU-003); in den, das NSG Wahner Heide erfassenden BSN 359 einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006385]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006385.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1003185).</p>

1006386, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Wald) u. strukturierte Bereiche (Grünland, Gehölze) im Siedlungsraum von 8 ha Größe, die in den angrenzenden BSLE (Leverkusen) eingebunden werden sollten

[s. Anhang Abb. 1006386]

Anhänge

[Abb. ID 1006386_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1006387, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdige Biotop (Obstwiesen, Gehölzstrukturen), die entsprechend der hier vorliegenden Abgrenzung in den südwestl. und nordöstl. angrenzenden BSLE (Leverkusen) einbezogen werden sollten</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006387]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1006387_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006388, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

5 ha große Teilfläche (Acker) einer 23 ha großen Gesamtfläche mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Offenland-Grünland-Gilde wegen östl. liegendem, verbuschendem Grünland; mit nördl. geplantem Freiraumbereich zum BSLE machen

[s. Anhang Abb. 1006388]

Anhänge

[Abb. ID1006388.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1006389, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Wald, der in seiner Wertigkeit für Natur u. Landschaft nicht geringer zu bewerten ist, wie die im südlich angrenzenden BSLE (Leverkusen) erfassten Waldflächen, als BSLE darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006389]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006389.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006390, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Hufer Bach) u. Umfeld mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Offenland-Grünland-Gilde; mit westl. angrenzender, als Freiraum erfasster Fläche, in hier vorliegender Abgrenzung zum BSLE (Leverkusen) schlagen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006390]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006390.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II).</p> <p>Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.</p>

1006391, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Talung des Hamberger Baches mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Offenland-Grünland-Gilde; zweite von 2 Teilflächen; Durchgängigkeit der Talung zum Wiembach / Bornheimer Bach sichern u. in nördl. angrenzenden BSN einbinden

[s. Anhang Abb. 1006391]

Anhänge

[Abb_ID1006391.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1006392, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Strukturierter Freiraum (Grünland, randliche Feldgehölze), der als BSLE in der hier vorliegenden Abgrenzung gesichert werden sollte - Anregung</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006392]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006392.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1006393, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop Langenbachsiefen; in südwestlich angrenzenden BSLE einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006393]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006393.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1006394, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop; Leienbacher Siefen, der in der vorliegenden Abgrenzung in den westlich angrenzenden BSLE (Bergneustadt) einbezogen werden sollte</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006394]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1006394_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Grünland, Gehölze) mit Bedeutung als Verbindungsraum für Zielarten der Offenland-Grünland-Gilde, in BSLE (Gummersbach) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006395]

Anhänge

[Abb_ID1006395.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore,

Freirauminselfn fowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1006396, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Verlauf des Ülpebaches u. sehr gut strukturierte Offenlandbereiche (Grünland, Gehölze) in dessen Talraum; in hier vorliegender, gemäß DTK 50 erweiterter Abgrenzung in den BSLE (Wiehl) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006396]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1006396.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1006397, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Grünland, Brache, Quellbereich eines Zuflusses der Uelfe); wie weitere gleichwertige, nördlich angrenzende u. als BSLE dargestellte Flächen des Biotops, in angrenzenden BSLE (Radevormwald) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006397]

Anhänge

[Abb_ID1006397.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten) (vgl. Stn ID 1003831).

1006398, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop; Grünland- u. Gehölzgeprägtes Tal der Lingese mit waldgeprägtem Nebental; aufgrund Bedeutung, Größe u. mit Blick auf die Durchgängigkeit der Fließgewässer in allseits angrenzenden BSLE (Marienheide) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006398]

Anhänge

[Abb. ID1006398.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt.

Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, sind in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1006399, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Mähgrünland u. Gehölzstrukturen, die nicht anders zu bewerten sind, wie die westl. angrenzenden, in das BSLE (Reichshof) einbezogenen Flächen; Fläche mit hier vorliegender Abgrenzung ebenfalls in den BSLE einbinden

[s. Anhang Abb. 1006399]

Anhänge

[Abb. ID1006399.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

1006400, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Wald) nördl. der Start u. Landebahn des Flugplatzes Nörvenich; große Gehölzinsel in der ansonsten weiträumigen Agrarlandschaft; Flächen als Teil des BSLE (Kerpen) darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006400]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006400.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden Militärflugplatz Nörvenich und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen. Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafeninfrastruktur erforderlichen Flächen mit ein. Der in Rede stehende Militärflugplatz Nörvenich ist regionalbedeutsam da er der Verteidigung und dem Zivilschutz dient. Die Festlegung als Vorranggebiet ist somit sachgerecht.</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung, z.B. Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes, ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele.</p>

1006401, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Wald) nördl. der Start u. Landebahn des Flugplatzes Nörvenich; große Gehölzinsel in der ansonsten weiträumigen Agrarlandschaft; Flächen als Teil des BSLE (Kerpen) darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006401]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006401.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden Militärflugplatz Nörvenich und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen. Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafeninfrastruktur erforderlichen Flächen mit ein. Der in Rede stehende Militärflugplatz Nörvenich ist regionalbedeutsam da er der Verteidigung und dem Zivilschutz dient. Die Festlegung als Vorranggebiet ist somit sachgerecht.</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung, z.B. Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes, ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele.</p>

Inhalt

Fläche ist im Südwesten Kulturlandschaftsbereich mit Feldgehölzen; im BK erfasstes Biotop u. Lauf des Pützer Baches bei Lipp, als Fortsetzung des benachbarten BSLE vollständig darstellen

[s. Anhang Abb. 1006402]

Anhänge

[Abb_ID1006402.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier in Teilbereichen belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum

	für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	---

1006403, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop und umgebende Wald- u. Offenlandbereiche mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftsgilde; in der hier vorliegenden Abgrenzung als BSLE in nördlich angrenzende BSLE-Darstellung einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006403]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006403.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Teilfläche mit dem Freiraumbereich wird bereits mit dem Vorranggebiet Regionaler Grünzug gesichert. Die Festlegung des Allgemeinen Siedlungsbereich sichert bedarfsgesrecht die Siedlungsentwicklung.</p>

1006404, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Wäldchen und durch linienhafte Struktur gegliederter Offenlandbereich mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftsgilde; in angrenzende BSLE-Darstellung einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006404]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006404.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006405, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Offenlandbereiche mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftsgilde; in östlich angrenzende BSLE-Darstellung einbinden

[s. Anhang Abb. 1006405]

Anhänge

[Abb_ID1006405.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier in Teilen belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1006406, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Waldfläche mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Waldgilde; in der hier vorliegenden Abgrenzung in den südwestlich angrenzenden BSLE (Frechen) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006406]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1006406_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1006407, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Waldfläche mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Waldgilde; in der hier vorliegenden Abgrenzung in den südöstlich angrenzenden BSLE (Frechen) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006407]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1006407_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006408, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Agrarbereich der Bedeutung für Zielarten der Offenland-Ackergilde hat; die weiträumige Landschaften kann durch die Siedlungsentwicklung in Richtung Herrig komplett entwertet werden; Fläche in voller Größe (35 ha) in BSLE (Ertstadt) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006408]

Anhänge

[Abb. ID 1006408_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung

	der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	--

1006409, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Agrar- u. Offenlandbereich mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Offenland-Ackergilde; in BSLE (Pulheim) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006409]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1006409_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006410, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Agrar- u. Offenlandbereich mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Offenland-Ackergilde; in BSLE (Pulheim) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006410]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1006410_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006411, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Offenlandbereiche (Acker) mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Offenland-Acker-Gilde; in der hier vorliegenden Abgrenzung in den BSLE (Pulheim) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006411]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1006411_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1006412, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Gut strukturierter Bereich mit schutzwürdigem Biotop Pulheimer Bach im Südwesten u. Offenlandbereich mit Entwicklungsmöglichkeiten für Natur u. Landschaft im Nordosten; in hier vorliegender Abgrenzung in BSLE (Pulheim) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006412]</p> <p>Anhänge Abb. ID 1006412_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1001629).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006413, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Durch Wald, Gehölzstreifen, Grünland (70 %) und Acker strukturierte Kulturlandschaft, die in der hier vorliegenden Abgrenzung in den südlich angrenzenden BSLE (Erfstadt) einbezogen werden sollte</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006413]</p> <p>Anhänge Abb. ID 1006413_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006414, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Kulturlandschaft (überwiegend Acker, Obstplantage); Teil einer insgesamt 65 ha großen Inanspruchnahme; in hier vorliegender Abgrenzung in BSLE Bornheim oder Wesseling einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006414]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1006414_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001117).</p>

1006415, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Kulturlandschaft (überwiegend Acker, Obstplantage); Teil einer insgesamt 65 ha großen Inanspruchnahme; in hier vorliegender Abgrenzung in BSLE Bornheim oder Wesseling einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006415]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1006415_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006416, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Kulturlandschaft (überwiegend Acker, Wald, Altabgrabung); Teil einer insgesamt 65 ha großen Inanspruchnahme; in hier vorliegender Abgrenzung in BSLE Wesseling einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006416]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1006416_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006417, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Agrarbereiche beiderseits des Escher Fließes u. innerörtliche, strukturierte Offenlandbereiche (Grünland; Gehölze), die über die Außenflächen eine letzte Verbindung zum Umland haben; bisher kein ASB; in BSLE (Elsdorf) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006417]

Anhänge

[Abb_ID1006417.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum

	für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	---

1006418, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Agrarbereich; östl. Pufferfläche zum Elsdorfer Fließ; die Fläche ist Teil einer 17 ha großen ASB/GIB-Darstellung; nach Nordosten weitere 50 ha; (ca. 20 % der aktuellen Bebauung); Flächen in vorliegender Abgrenzung in BSLE (Jülich) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006418]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006418.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006419, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Agrarbereich; Verlauf des Elsdorfer Fließes u. Umfeld; Bedeutung als Verbindungstück für die Fließgewässerdurchgängigkeit; Fläche ist mit 11 ha Teil einer 40 ha großen GIB-Darstellung; in vorliegender Abgrenzung zum BSLE (Bergheim) schlagen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006419]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1006419.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

Aufforstungsfläche mit Bedeutung als Entwicklungsfläche für Zielarten der Waldgilde; in BSLE Elsdorf einbinden

[s. Anhang Abb. 1006516]

Anhänge

[Abb_ID1006420.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsräumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw.

	Rechte werden nicht berührt.
--	------------------------------

Inhalt

Aufforstungsfläche mit Bedeutung als Entwicklungsfläche für Zielarten der Waldgilde;
Fläche ist mit 4 ha Teil einer weiteren insgesamt 24 ha großen ASB/ GIB-Darstellung; in
BSLE Elsdorf einbinden

[s. Anhang Abb. 1006421]

Anhänge

[Abb_ID1006421.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum

	für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	---

1006422, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Flächen im Umfeld des Kölner Randkanals; in hier vorliegender Abgrenzung in den BSLE (Frechen) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006422]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006422.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006423, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Randlich schutzwürdiges Biotop; laufende Abgrabung u. Verbundbestandteil wegen Folgenutzung Natur u. Landschaft; zusammen mit nördl. u. südl. angrenzenden Flächen mit Freiraumdarstellung, in dreiseits angrenzenden BSLE (Kerpen) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006423]

Anhänge

[Abb_ID1006423.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1006424, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Ackerlandschaft, die vom Gillbach durchflossen wird; wie die angrenzenden Ackerflächen, die als BSLE (Bergheim) dargestellt sind, auch diese Flächen in das BSLE einbeziehen, um den verbliebenen Restraum um das KD Kleinmönchhof zu erhalten

[s. Anhang Abb. 1006424]

Anhänge

[Abb_ID1006424.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1006425, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Agrarbereich (Acker); wie östl. angrenzende, gleichartige Flächen, die als BSLE erfasst sind, in den BSLE (Elsdorf) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006425]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006425.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Altabgrabung Drieschweg) u. Kulturlandschaft mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftsgilde; in angrenzendes BSLE (Kerpen) einbinden u. Kontakt zu innerörtlichem Freiraum (dann auch BSLE) schaffen

[s. Anhang Abb. 1006426]

Anhänge

[Abb_ID1006426.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier zum Teil bereits belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum

	für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	---

1006427, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Ackergeprägter Bereich der randlichen Rotbachau; wie die sich nach Süden fortsetzenden, gleichwertigen u. als BSLE dargestellten Flächen in den BSLE (Erfstadt) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006427]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006427.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006428, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Sukzessionsfläche mit Wald u. wenigen Offenlandbereichen); wie die südwestl. anschließenden u. gleichartigen Sukzessions- /Waldflächen, die als BSLE dargestellt sind, in den BSLE (Hürth) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006428]

Anhänge

[Abb_ID1006428.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001410).

1006429, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Agrarbereich; wie die südl. anschließenden u. gleichartigen Teilflächen dieser Ackerschläge, die als BSLE dargestellt sind, in den BSLE (Hürth) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006429]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006429.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006430, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>NSG Ententeich, das komplett von ASBz überplant ist u. Bedeutung hat für Zielarten der Waldgilde; mit Blick auf den Schutzstatus sollte eine BSN-Darstellung erfolgen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006430]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006430.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht - im Rahmen der Beteiligung wurde seitens der Kommune keine anderslautende Stellungnahme abgegeben - sowie der im Rahmen eines langjährigen Planungsprozesses festgestellten regionalplanerischen Eignung des Bereichs für die Erweiterung der Freizeiteinrichtung besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Umsetzung voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Grünland ehemalige Zuckerfabrik) u. Flächen in der Erftaue bei Bedburg-Horrem mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Fließgewässergilde u. als Retentionsraum; ASB/ GIB entsprechend anders abgrenzen

[s. Anhang Abb. 1006431]

Anhänge

[Abb_ID1006431.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw.

	Rechte werden nicht berührt.
--	------------------------------

1006432, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop; Fläche mit Eignung zur Entwicklung von Sandmagerrasen u. Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Offenland-Grünland- u. Kulturlandschaftsgilde; in der vorliegenden Abgrenzung in den BSLE (St. Augustin) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006432]

Anhänge

[Abb. ID1006432.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert. Der Bereich Knochenberg wird nicht mehr als ASBmZ aber als BSN dargestellt. (s. Änderungskarten).

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen naturschutzrechtliche Restriktionen entgegen, sodass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist.

(vgl. ID 1026274)

1006433, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Grünlandbereiche am Flugplatz Hangelar) mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Kulturlandschafts- u. Offenland-Grünland-Gilde u. Größe über 50 ha, wie übrige VB-Flächen zu angrenzendem BSLE Sankt Augustin</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006433.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafeninfrastruktur erforderlichen Flächen mit ein. Die Plankonzeption sieht vor, Flugplätze zeichnerisch als Vorranggebiet festzulegen, soweit sie raum- und/oder regionalbedeutsam sind. Dies ist bei dem in Rede stehenden Flugplatz der Fall. Die Festlegung als Vorranggebiet ist somit sachgerecht.</p> <p>Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes können ggf. auf örtlicher Ebene unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele getroffen werden.</p>

1006434, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdige Fläche mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten (ZA) der Offenland-Grünland- u. Magerrasen-Trockenheide-Gilde; gemäß DTK 50 (Straßen/ Punktklinie) abgrenz- und in BSN 165 einbindbar</p> <p>St. Augustin</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006434]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006434.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003893_005).</p>

1006435, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdige Sandtrocken-, Magerrasen u. Feuchtheiden mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) diverser Gilden (4) u.a. Magerrasen-Trockenheide- sowie ZA u. klimasensitiver ZA der Offenland-Grünland-Gilde; zum BSN 359 schlagen</p> <p>(Stadt Troisdorf)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006435]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006435.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden landesbedeutsamer Flughafen Köln/Bonn und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen. Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafeninfrastruktur erforderlichen Flächen mit ein. Die Festlegung ist somit sachgerecht.</p> <p>Die Funktion Schutz der Natur beschränkt sich auf den regionalplanerisch festgelegten Freiraum. Flugplätze sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben nicht Bestandteil des Freiraums. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung, z.B. Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes, ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele.</p> <p>Die bestehende Schutzwürdigkeit der auf dem Flugplatzgelände vorhandenen Biotop zeigt, dass die Naturschutzziele offensichtlich mit der verkehrlichen Nutzung in Einklang gebracht werden können.</p>

1006436, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdige Sandtrocken-, Magerrasen u. Feuchtheiden mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) diverser Gilden (4) u.a. Magerrasen-Trockenheide- sowie ZA u. klimasensitiver ZA der Offenland-Grünland-Gilde; zum BSN 359 schlagen</p> <p>(Stadt Troisdorf)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006436]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006436.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist Teil des regionalplanerisch zu sichernden landesbedeutsamer Flughafen Köln/Bonn und somit nicht Gegenstand der Festlegung von regionalplanerischen Freiraumfunktionen. Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafeninfrastruktur erforderlichen Flächen mit ein. Die Festlegung ist somit sachgerecht.</p> <p>Die Funktion Schutz der Natur beschränkt sich auf den regionalplanerisch festgelegten Freiraum. Flugplätze sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben nicht Bestandteil des Freiraums. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung, z.B. Regelungen zur Sicherung und Pflege von schutzwürdigen Flächen innerhalb des Flugplatzgeländes, ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele.</p> <p>Die bestehende Schutzwürdigkeit der auf dem Flugplatzgelände vorhandenen Biotope zeigt, dass die Naturschutzziele offensichtlich mit der verkehrlichen Nutzung in Einklang gebracht werden können.</p>

1006437, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Vor allem am Siedlungsrand gut strukturiertes Offenland (Grünland, Gehölze) u. Fortsetzung der Grünstreifen mit einer zweiten Teilfläche (TF) von Süden über die Vorgebirgsbahntrasse hinweg; mit südlicher TF in südl. angrenzenden BSLE einbinden</p> <p>(Stadt Bornheim)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006437]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006437.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentiale wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006438, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Gut strukturierter Bereich (Grünland, Gehölze) mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Magerrasen-Trockenheide-Gilde; aufgrund der Größe und Lage im Dreieck von A 3 und A 560 als eigenständiger BSLE darstellbar</p> <p>(St. Augustin)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006438]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006438.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum steht entgegen, dass sich hier ein Bereich mit hoher naturschutz-fachlicher und klimatologischer Bedeutung befindet, auf der dazu rechtlich verbindliche , A & E Maßnahmen der Straßenbauverwaltung verortet sind (Planfeststellungsbeschluss). Daher erfolgt hier bereits eine kleinräumige zeichnerische Anpassung (7,5 ha).</p>

1006439, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Verlauf des Mühlenbaches in Merten sowie im weiteren Umland u. Lauf des Breitbaches; Flächen mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftsgilde; das komplette Bachsystem sollte in den BSLE (Bornheim) eingebunden werden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006439]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID_1006439_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1006440, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop; Fläche mit Eignung zur Entwicklung von Sandmagerrasen u. Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Offenland-Grünland- u. Kulturlandschaftsgilde; in der vorliegenden Abgrenzung in den BSLE (St. Augustin) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006440]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID_1006440_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>siehe auch Stellungnahme des Landesbüros d. Naturschutzverbände ID 1004298)</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Absicht, den Standort der Bundespolizei im bauleitplanerisch dargestellten Zuschnitt weiterhin auf Grundlage des § 37 BauGB zu sichern besteht auch regionalplanerisch ein Festsetzungserfordernis (s. textl. Erläuterungen Kap. 3.2.2 Ziel 8).</p> <p>Der ökologische FB stellt hier eine Biotopverbundfläche mit besonderer und nicht herausragender Bedeutung vor, d.h. eine Naturschutzwürdigkeit ist auf dieser Grundlage nicht zu erkennen.</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen</p>

1006441, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Pufferfläche für innenliegende naturschutzwürdige Fläche (siehe auch andere shape-Datei) u. mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Offenland-Grünland- u. Kulturlandschaftsgilde; in den BSLE (St. Augustin) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006441]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1006441_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Die Stadt St. Augustin hat in ihrer Stellungnahme ID 1008355 angeregt den im Entwurf dargestellten ASB in diesem Bereich zu streichen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Aufgrund der dargestellten ökologischen Wertigkeit der angesprochenen Fläche wird diese als als Freiraum mit den Funktionen BSLE und RG festgelegt.</p>

1006442, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdige Fläche und angrenzende Bereiche mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Offenland-Grünland- u. Kulturlandschaftsgilde; in den BSLE (St. Augustin) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006442]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1006442_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Die Umweltprüfung kam für die in Rede stehende Fläche zu dem Ergebnis, dass hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung voraussichtlich bei drei Kriterien (schutzwürdige Böden/klimarelevante Böden, Wasserschutzgebiet, klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Einheitlicher Maßstab für die Bewertung regionaler Klimafunktionen ist insbesondere der Fachbeitrag "Klima" des LANUV für den Regierungsbezirk Köln. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Der Schutz von regional bedeutsamen klimawirksamen Bereichen erfolgt im Regionalplan Köln insbesondere durch das Planzeichen "Regionale Grünzüge" (Vorranggebiet).</p> <p>Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. In der Stadt St. Augustin gibt es zur Deckung des bestehenden Bedarfes an GIB Flächen lediglich eine weitere alternative Teilfläche, die ebenfalls nicht frei von erheblichen Umweltwirkungen ist.</p> <p>Die Entwicklung der angesprochenen Fläche ist auch unter Berücksichtigung der o.g. erheblichen Umweltwirkungen voraussichtlich möglich ist. Strikte rechtliche Restriktionen sind nicht festgestellt worden. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006443, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop; Zulauf zum Dreisbach mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Kulturlandschafts- u. Waldgilde; in der hier vorliegenden Abgrenzung in den angrenzenden BSLE (Neunkirchen-Seelscheid) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006443]

Anhänge

[Abb. ID 1006443_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum steht ein geschütztes Biotop entgegen, sodass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist.

1006444, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Agrarbereich, der wie die südwestlich anschließenden Flächen dieses Ackers, die als BSLE dargestellt sind, mit der hier vorliegenden Abgrenzung in diesen BSLE (Troisdorf) einbezogen werden sollte</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006444]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006444.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsräumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Auf der in Rede stehenden Fläche beschreibt der Ökologische Fachbeitrag der LANUNV eine Biotopverbindungfläche der Stufe 2 mit besonderer Bedeutung, der nachfolgende Landschaftsplan Nr 7 des Rhein Sieg Krieses sieht hier allerdings keine Festsetzung als Landschaftsschutzgebiet vor. Andererseits weist die Stadt Troisdorf einen drängenden Siedlungsflächenbedarf auf, ca. 110 ha des errechneten Flächenbedarfs konnte weder im Regeionalplanentwurf noch im FNP planerisch gesichert werden.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht somit ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006445, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Gut strukturierter Freiraum mit Freizeitnutzung u. Anschluss nach Rhl.-Pfalz; auch ein Trittstein zwischen den Rheinufern (Westufer Rolandseck); offen halten; kein Bebauungsriegel; mit 25ha als eigenen BSLE u. mit südl. liegendem Freiraum darstellen</p> <p>(Bad Honnef)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006445]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006445.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Eine natur- oder artenschutzrechtliche Restriktion wurde zum aktuellen Stand nicht erkannt. Der in Rede stehende Bereich liegt nicht im Geltungsbereich eines Schutzgebietes..</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Für die in Rede stehende Fläche stellt der FNP bereits seit fast 20 Jahren eine Wohnbaufläche dar. Bei der Umsetzung der verbindlichen Bauleitplanung sind die angeführten ökologischen Wertigkeit noch einmal detailliert zu prüfen.</p> <p>Der ASB Bad Honnef hat nicht viele alternative Flächen zur Siedlungsentwicklung.</p> <p>(siehe auch Abwägung zu ID1004326)</p>

1006446, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Gehölzgeprägter Bereich des Mucher Wiesentals, der quasi als Puffer gemeinsam mit den südöstl. angrenzenden, grünlandgeprägten u. als Freiraum dargestellten Flächen dem BSN zugeschlagen o. als eigener BSLE (>10 ha) dargestellt werden sollte</p> <p>(Bad Honnef)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006446]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006446.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1006447, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Gehölz-Offenland-Komplex) u. weitere gut strukturierter Offenland-Bereiche als Verbindung zur Waldville; in hier vorgeschlagener Abgrenzung in angrenzenden BSLE (Alfter) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006447]

Anhänge

[Abb_ID1006447.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte zeichnerische Ergänzung der BSLE Festlegung wird teilweise geändert (s. Änderungskarten).

Für den überwiegenden Teil der angeregten BSLE Ergänzungsfläche legt der Regionalplanentwurf einen Freiraumbereich mit der Funktion BSLE fest. Dieser wird durch BSLE ergänzt, da der Ökologische Fachbeitrag hier eine Biotopverbundfläche mit besonderer Beutung definiert.

Der Teilbereich für den der Entwurf bereits einen ASB vorsieht gibt es keine Ergänzung, da der Siedlungsbereich hier nicht zurückgenommen wird. Auf diesen Flächen stellt der FNP der Gemeinde Alfter bereits Wohnbauflächen dar. Auch für diese ASBflächen gilt:

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht, die sich durch die bereits vollzogene Bauflächendarstellung im FNP in diesem Bereich zeigt, sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, so dass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

--	--

1006448, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Gut strukturierter Gehölz-Offenland-Komplex als Verbindung zur Waldville; mit westl. geplanter Freiraumdarstellung, die in dieser Form weitere negativ zu wertende Inanspruchnahmen eröffnet, in hier vorliegender Abgrenzung in BSLE (Alfter) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006448]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006448.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1006449, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Gut strukturierter Bereich (Wald, Gehölz, Grünland) mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftsgilde; wie die gleichartigen, nördl. angrenzenden als BSLE (Königswinter) erfassten Flächen als BSLE darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006449]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1006449.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1006450, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Offenlandbereich (Grünland) mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Offenland-Grünland- u. Kulturlandschaftsgilde; Vernetzung zur Sieg; in angrenzenden BSLE (Eitorf) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006450]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006450.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt werden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Der Stellungnahme wird insofern gefolgt, dass eine veränderte Abgrenzung der zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans in Abstimmung mit der Kommune folgerichtig ist (s. StnID 1004556).</p>

1006451, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Wichtige Waldfläche zwischen der Bebauung; zum Waldgürtel südlich Stallberg gehörend; hat Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Waldgilde</p> <p>(Stadt Siegburg)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006451]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006451.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum steht ein ökologisch wertvoller Wald, der im ÖFB als Biotopverbundfläche der Stufe 1 bewertet wird, entgegen, sodass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist (s. auch Stellungnahme des Landesbüros der Naturschutzverbände).</p>

1006452, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>schutzwürdiges Biotop (Basaltkuppe Michaelsberg); wertvolles innerstädtisches Trittsteinbiotop innerhalb der Siegschleife; als BSN darstellen</p> <p>(Stadt Siegburg)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006452]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006452.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006453, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Gut strukturierte Grünlandfläche mit Bedeutung als Kernraum für die Zielarten der Offenland-Grünland-Gilde; mindestens in das BSLE (Hennef) einbeziehen o. als BSN darstellen

Stadt Hennef

[s. Anhang Abb. 1006453]

Anhänge

[Abb_ID1006453.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier belegt durch die G Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Anregung zur Streichung des GIB wird daher nicht nachgekommen.

Der bereits im aktuellen Regionalplan dargestellte GIB ist lediglich die Arrondierung des südlich in Rheinland-Pfalz direkt anschließenden Industriegebietes Mendt, d.h. die Fläche bildet im Freiraumverbund damit keine Barriere.

Den westlich und nordöstlich angrenzenden VB Flächen 1 mit herausragender Bedeutung kommen wie dargestellt im Verbundprojekt Chance 7 eine besondere Bedeutung zu. Daher werden die BSN in diesem Bereich entsprechend erweitert.

(s. Stn ID10043318)

--	--

1006454, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Wald am Spürklenberg) mit trockenen u. feuchten Standorten u. Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Waldgilde; in der hier vorliegenden Abgrenzung als separaten BSLE o. Teil des BSLE (Leichlingen) darstellen

[s. Anhang Abb. 1006454]

Anhänge

[Abb. ID 1006454_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1006455, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Gut strukturierter Kulturlandschaftsbereich (Grünland, Gehölze); zusammen mit der im Norden geplanten Freiraumdarstellung, die in dieser Form weitere negativ zu wertende Inanspruchnahmen eröffnet, wie hier abgegrenzt in BSLE (Leichlingen) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006455]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1006455_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006456, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Fläche ist Offenland mit Gehölzstrukturen und hat Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Offenland-Grünland-Gilde; in der hier vorliegenden Abgrenzung als BSLE in die östlich angrenzende BSLE-Darstellung einbeziehen

[s. Anhang Abb. 1006456]

Anhänge

[Abb_ID1006456.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der ASB schließt in diesem Bereich im FNP der Stadt Alsdorf ausgewiesene Bauflächen ein.

1006457, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop; strukturreiches Offenland (Bäume, Heckenstrukturen); im Südosten der Fläche letzte verbliebene Verbindung dieser sowie weiterer Flächen zum Außenbereich</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006457]</p> <p>Anhänge Abb. ID1006457.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006458, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop; Hauptelement einer Grünzäsur und wesentlicher Teil der Röttgen in Nord-Süd-Richtung durchziehenden Verbundstrukturen - ggf mit Funktion als Frischluftschneise; BSLE-Darstellung zur Sicherung gegen weitere Inanspruchnahme</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006458]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006458.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Die Differenzierung obliegt in diesen Fällen nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006459, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop; Hauptelement einer Grünzäsur und wesentlicher Teil der Röttgen in Nord-Süd-Richtung durchziehenden Verbundstrukturen - ggf mit Funktion als Frischluftschneise; BSLE-Darstellung zur Sicherung gegen weitere Inanspruchnahme</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006459]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006459.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006460, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop; 1. Teilfläche von zwei Flächen, die als strukturiertes Offenland erhalten und als BSLE dargestellt werden sollten</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006460]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1006460_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Bereich ist Teil des geplanten Gewerbestandorts (GIBregional). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006461, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop; 2. Teilfläche von zwei Flächen, die als strukturiertes Offenland erhalten und als BSLE dargestellt werden sollten</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006461]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1006461_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Bereich ist für eine siedlungstäumliche Nutzung vorgesehen. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1006462, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Kulturlandschaftskomplex mit Entwicklungspotential; Oberlauf u. Einzugsbereich des NSG Kelzer Bach, der in der vorliegenden Abgrenzung in das nördlich angrenzende BSLE (Simmerath) einbezogen werden sollte

[s. Anhang Abb. 1006462]

Anhänge

[Abb. ID 1006462_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es handelt sich um einen Teil der GIB-Festlegung, der gemäß dem Flächennutzungsplan der Gemeinde Simmerath als gewerbliche Baufläche ausgewiesen ist.

1006463, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Eine von zwei Teilflächen (TF) des VB-Stufe-2-Objektes VB-K-5102-006 (2. TF siehe andere shape-Datei) beide TF in das BSLE (Herzogenrath) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006463]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1006463_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen (hier: ASB) entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006464, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Ackerflächen mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Offenland-Acker-Gilde; in südlich angrenzenden BSLE (Würselen) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006464]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1006464_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Bereich ist als zweckgebundener GIB vorgesehen. Es handelt sich um einen bereits im geltenden Regionalplan für die Ansiedlung gewerblich-industrieller Nutzungen festgelegten Standort, der gemäß Anhang zum ?Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung 2019? als Sofortmaßnahme für das Rheinische Revier aufgeführt ist ("Forschungsflugplatz Merzbrück"). Diesen Standorten kommt im Zuge der Bewältigung des Strukturwandels (vgl. Einleitung Textliche Festlegungen und Grundsatz G.14) eine besondere Bedeutung zu.</p>

1006465, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Klotzweider Bach, Grünland, Gehölze); in angrenzenden BSLE (Aachen) in der hier vorliegenden, an die DTK 50 angepassten Abgrenzung einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006465]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1006465.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1006466, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop; gut ausgeprägte, dicht geschlossene u. kleine Grünlandparzellen umschließende Hecken aus Altbuchen am Ortsrand von Simmerath; Flächen in der hier vorliegenden Abgrenzung in den BSLE (Simmerath) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006466]

Anhänge

[Abb_ID1006466.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Bereich umfasst ASB-Flächen, die im geltenden Flächennutzungsplan der Gemeinde Simmerath als Bauflächen ausgewiesen sind.

1006467, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Agrarbereich mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Offenland-Acker-Gilde; in BSLE (Baesweiler) einbinden

[s. Anhang Abb. 1006467]

Anhänge

[Abb_ID1006467.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Bereich ist als zweckgebundener GIB vorgesehen. Es handelt sich um einen Standort, der gemäß Anhang zum ?Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung 2019? als Sofortmaßnahme für das Rheinische Revier aufgeführt ist ("Campus Aldenhoven"). Diesen Standorten kommt im Zuge der Bewältigung des Strukturwandels (vgl. Einleitung Textliche Festlegungen und Grundsatz G.14) eine besondere Bedeutung zu.

1006468, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Acker-, Grünland-, Gehölzmosaik u. Bachlauf zur Urft; bedeutsam als Kernraum für Zielarten; westl. auch räumlicher Anschluss an Urftaue; mit nördl. angrenzenden, als Freiraum dargestellten Flächen in BSLE (Kall) einbinden [Hinweis: Die textliche Anregung passt inhaltlich/räumlich nicht zu der anliegenden Skizze, die offensichtlich auf ein Bedenken gegen die siedlungsräumliche Festlegung des Planentwurfs in der Stadt Herzogenrath abzielt].

[s. Anhang Abb. 1006468]

Anhänge

[Abb_ID1006468.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Anregung ist (vgl. Stn. ID Nr. 1004816) entsprochen (siehe Änderungskarte).

1006469, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Indelauf u. Aue, bedeutsam als Verbindungsraum für Zielarten der Fließgewässergilde;
4. von 4 Teilflächen (TF); wegen Vernetzung u. Fließgewässerdurchgängigkeit mit
übrigen TF u. hier angepasster Grafik zu nördl. angrenzendem BSLE (Stolberg)

[s. Anhang Abb. 1006469]

Anhänge

[Abb_ID1006469.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Bereich ist als GIB vorgesehen und umfasst gewerbliche Bauflächen des geltenden
Flächennutzungsplans der Stadt Stolberg.

1006470, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Agrarbereich mit Ansätzen von Strukturen, die entwickelt werden sollten; deshalb wie die nördlich angrenzenden, gleichwertigen u. als BSLE dargestellten Flächen in das BSLE (Eschweiler) einbinden, keine weitere Entwicklung von Freizeiteinrichtung</p> <p>[s. Anhang Abb. 1006470]</p> <p>Anhänge Abb_ID1006470.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist (vgl. Erläuterung zu Stn. Nr. ID 1003408) entsprochen (siehe Änderungskarte).</p>

1006471, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Die vollständige Überlagerung des bestehenden NSG Roetgenbach, für das Schutzziele wie Erhalt u. Optimierung von Bachlauf u. Grünländern formuliert sind, ist zurückzunehmen

[s. Anhang Abb. 1006471]

Anhänge

[Abb_ID1006471.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es handelt sich um ein festgesetztes Naturschutzgebiet, das inmitten des Siedlungsbereichs Roetgen gelegen ist und keinen Anschluss an den regionalplanerischen Freiraum aufweist. Entsprechend der planerischen Konzeption wird die Siedlungsbereichsfestlegung beibehalten. Die räumliche Differenzierung unter Beachtung der Belange des Arten- und Biotopschutzes ist Gegenstand der örtlichen Planungsebene.

1006472, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Naturschutzwürdiger Waldbereich am Westufer des Blausteinsees mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Stillgewässergilde, aufgrund der Größe (>12 ha) u. Funktion als separaten BSN o. zusammen mit östl. BSN für den See darstellen

[s. Anhang Abb. 1006472]

Anhänge

[Abb_ID1006472.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung als ASBz entspricht in diesem Bereich den im geltenden Flächennutzungsplan der Stadt Eschweiler ausgewiesenen Bauflächen. Näheres in Bezug auf die Berücksichtigung der Belange des Arten- und Biotopschutzes ist Gegenstand der örtlichen Umsetzung.

1007101, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Mit Grünland, Feldgehölzen u. Wäldchen strukturierter Offenlandbereich einschließlich kleinem Teil eines schutzwürdigen Biotops (oberes Ende des Hundshüpperichssiefen); in der hier vorliegenden Abgrenzung als BSLE darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007101]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1007101_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1007102, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Innerstädtischer Freiraum (Burg- /Schloßpark) von ausreichender Größe u. Kompaktheit für eine separate BSLE-Darstellung bzw. gemeinsame Darstellung mit der beidseits an das BSLE (Erfstadt) u. den Park anbindenden Rotbachaue im BSLE (Erfstadt)

[s. Anhang Abb. 1007102]

Anhänge

[Abb. ID1007102_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1007104, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Gut strukturierter Bereich (Offenland u. Gehölze) am Fuß der Halde Setterich mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Stillgewässergilde; gemeinsam mit weiteren Flächen in BSLE (Aldenhoven) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007104]</p> <p>Anhänge Abb. ID1007104_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1007105, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Kulturlandschaftsbereich (Baumschulfläche) am Ostufer des weiter südlich grünlandgeprägten Eulenbaches mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Offenland-Grünland-Gilde; in BSLE (Rheinbach) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007105]</p> <p>Anhänge Abb. ID1007105_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum steht eine Biotopverbundfläche von besonderer Bedeutung entgegen, sodass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist.</p>

1007106, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Indeaue) mit Bedeutung als Verbindungsraum für Zielarten der Fließgewässergilde; keine weitere Bebauung in der Aue; mit nördl. angrenzender Freiraumdarstellung (siehe andere shape-Datei) in BSLE (Eschweiler) einbinden;

[s. Anhang Abb. 1007106]

Anhänge

[Abb. ID1007106_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die GIB-Festlegung entspricht der Ausweisung gewerblicher Bauflächen im geltenden Flächennutzungsplan der Stadt Eschweiler.

1007107, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Gehölze, Grünland, Hangkante) mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftsgilde, mit südwestl. anschließenden, als Freiraum erfassten Flächen in sich anschließenden BSLE (Heinsberg) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007107]

Anhänge

[Abb. ID1007107_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1007108, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdiges Biotop (Dhünnaue) u. schutzwürdiges Biotop (Hangwälder) in hier vorgeschlagener Abgrenzung in den beidseits angrenzenden BSLE (Odenthal) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007108]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1007108_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1007109, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Gut strukturierte Kulturlandschaft (Gehölze, Grünland, Acker); erste von 2 Teilflächen (8 ha) eines 19 ha GIB; wie östl. angrenzende, gleich strukturierte u. als BSLE erfasste Fläche mit hier vorliegender Abgrenzung in BSLE (Erftstadt) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007109]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1007109_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1007110, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Strukturierte Kulturlandschaft (Gehölze, Bogenschießplatz, Acker); zweite von 2 Teilflächen (11 ha) eines 19 ha GIB; wie östl. angrenzende, gleichartige u. als BSLE erfasste Flächen mit hier vorliegender Abgrenzung in BSLE (Erfstadt) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007110]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1007110_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1007111, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop und gut strukturierte Bereiche (Grünland u. Gehölze);
gemeinsam mit weiteren Flächen in BSLE (Aldenhoven) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007111]

Anhänge

[Abb_ID1007111_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Bereich ist als zweckgebundener GIB vorgesehen. Es handelt sich um einen Standort, der gemäß Anhang zum ?Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung 2019? als Sofortmaßnahme für das Rheinische Revier aufgeführt ist ("Campus Aldenhoven"). Diesen Standorten kommt im Zuge der Bewältigung des Strukturwandels (vgl. Einleitung Textliche Festlegungen und Grundsatz G.14) eine besondere Bedeutung zu.

1007112, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Offenland, Grünland u. Acker südl. von Golkrath mit Bedeutung als Verbindungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftgilde; wegen Größe (>10 ha), guter Abgrenzbarkeit (DTK 50) u. Schutz vor Inanspruchnahme als eigenständigen BSLE darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007112]</p> <p>Anhänge Abb. ID1007112_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend der Anregung geändert.</p>

1007113, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Offenland - Acker mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Offenland-Acker-Gilde; das Zurückbleiben der BSLE-Darstellung hinter der gemäß DTK 50 eindeutig möglichen Abgrenzung ist nicht nachvollziehbar, Fläche in den BSLE (Titz) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007113]

Anhänge

[Abb. ID1007113_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der betroffene Bereich befindet sich während des Planungszeitraums des Regionalplan Köln 2043 innerhalb des bergrechtlichen Sicherheitsbereiches des Tagebaus Garzweiler. Vor dem Hintergrund der bergrechtlichen Erfordernisse sind aktuell verbindliche regionalplanerische Festlegungen für diesen Bereich nicht möglich. Die Vorgaben des Baunkohleplans Garzweiler II sind zu beachten.

1007114, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Offenland - Acker; bedeutsam als Entwicklungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftsgilde; Fläche soll mit zweiter, südl. Teilfläche von Objekt VB-K-4904-004 (negativ bewertetes ASB 369 - siehe andere shape-Datei) als BSLE (Titz) erfasst werden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007114]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007114_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p>

1007115, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Offenland - Acker; bedeutsam als Entwicklungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftsgilde; Fläche soll mit zweiter, südl. Teilfläche von Objekt VB-K-4904-004 (negativ bewertetes ASB 369 - siehe andere shape-Datei) als BSLE (Titz) erfasst werden

[s. Anhang Abb. 1007115]

Anhänge

[Abb_ID1007115_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Text der Stellungnahme passt nicht zur angegebenen Fläche. Der Flächenvorschlag wird bereits durch das Vorranggebiet Regionaler Grünzug gesichert. Eine Festlegung als BSLE entspricht nicht der Plankonzeption.

1007116, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Die Fläche ist strukturierter Agrarbereich mit Bedeutung als Vernetzung für Abgrabungsbereiche, die im Biotopkataster als schutzwürdige Biotope BK-4907-0065 u.BK-LEV-00001 erfasst sind; diese u. die BK-Flächen in den BSLE (Leverkusen) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007116]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007116_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Flächen entsprechen der Plankonzeption zur Festlegung von BSLE.</p>

1007117, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Strukturiertes Offenland (Grünland mit Gehölzen) u. Funktion als a) Ost-West-Verbindung zwischen NSG LEV-003 u. LEV-006 u. b) als Zäsur zwischen der Bebauung von Bergisch Neukirchen Hülscheid u. Pattscheid, ist groß genug für separaten BSLE

[s. Anhang Abb. 1007117]

Anhänge

[Abb_ID1007117_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die Flächen entsprechen der Plankonzeption zur Festlegung von BSLE.

1007118, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Gering strukturiertes Offenland am südl. Ortsrand von Pattern; die Freiraumdarstellung liegt zwischen der Bebauung u. dem BSLE Jülich u. eröffnet hier nur die Option weiterer, negativ zu bewertender Inanspruchnahmen; in BSLE (Jülich) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007118]

Anhänge

[Abb. ID1007118_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007119, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Südliche u. westliche, noch strukturierte Ortsrandlage von Spiel u. mit 10 ha Größe als eigenständiger BSLE darstellbar</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007119]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007119_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007497, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Abgrabungsgewässer mit gehölzreichen Böschungen), aufgrund der Größe (70 ha) u. Bedeutung als separater BSLE darstell- o. in das BSLE (Köln) einbindbar

[s. Anhang Abb. 1007497]

Anhänge

[Abb. ID1007497_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die vorgenannte Fläche wird in die zeichnerische Festlegung BSLE miteinbezogen.

1007525, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Aue der Agger) in Engelskirchen, die Freiraumdarstellung liegt zwischen ASB/GIB u. am Rand des BSLE (Engelskirchen) u. eröffnet hier nur die Option weiterer, negativ zu bewertender Inanspruchnahme; zum BSLE schlagen

[s. Anhang Abb. 1007525]

Anhänge

[Abb. ID1007525_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007526, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Ackerflächen mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten Offenland-Acker-Gilde; gemäß DTK 50 eindeutig abgrenz- u. in den angrenzenden BSLE (Zülpich) einbindbar

[s. Anhang Abb. 1007526]

Anhänge

[Abb_ID1007526_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007527, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Flugplatz Weilerswist (Grünland, unbefestigte Startbahn) mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Offenland-Acker-Gilde am Rand ausgedehnter Äcker; gemäß DTK 50 eindeutig abgrenz- u. statt als Freiraum, als BSLE (Weilerswist) darstellbar

[s. Anhang Abb. 1007527]

Anhänge

[Abb. ID1007527_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bedarf keiner Änderung der zeichnerischen Festlegungen. Es handelt sich um ein im FNP der Gemeinde Weilerswist als Sonderbaufläche gesichertes Flugplatzgelände. Ggf. erforderliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit der vorhandenen Nutzung mit den Zielen des Arten- und Biotopschutzes sind Gegenstand der örtlichen Planungsebene.

1007528, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Durch Garten- u. Obstbaubetriebe strukturreicher Siedlungsrand von Bornheim; zusammen mit Flächen des VB-2-Objekts VB-K-5207-008, die als ASB dargestellt sind (vgl. andere Datei), in BSLE (Bornheim) südl. Botzdorf einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007528]</p> <p>Anhänge Abb. ID1007528_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Eine ASB-Festlegung liegt im angeregten Bereich nicht vor. Es handelt sich um die Festlegung Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich, der auf Grund des bebauten Bestandes nicht mit der Festlegung BSLE überlagert wird.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007529, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Aktuell ist die Fläche teilweise noch Betriebsstätte der Tongrube Niederpleis, hat aber Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten u. sollte zusammen mit weiteren Flächen des VB-2-Objekts VB-K-5209-030 in angrenzenden BSN einbezogen werden</p> <p>Stadt Hennef</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007529]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007529_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007530, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop; die Freiraumdarstellung zwischen der Ortslage Rollesbroich u. dem BSLE (Simmerath) eröffnet hier nur die Option weiterer, negativ zu bewertender Inanspruchnahmen; zum nördl. angrenzenden BSLE schlagen

[s. Anhang Abb. 1007530]

Anhänge

[Abb. ID1007530_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007531, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (struktureiche Kulturlandschaft); Freiraumdarstellung zwischen der Ortslage u. dem BSLE (Hellenthal) eröffnet hier nur die Option weiterer, negativ zu bewertender Inanspruchnahme; zum angrenzenden BSLE schlagen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007531]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1007531_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung. Die betreffenden Bereiche umfassen i.W. Bauflächen des geltenden FNP der Gemeinde Hellenthal.</p>

1007532, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Grünlandbereich u. wie die angrenzenden, gleichwertigen u. als BSLE dargestellten Flächen gemäß DTK 50 eindeutig abgrenz- u. in den BSLE (Aachen) einbindbar; Auslassung der BSLE-Darstellung nicht nachvollziehbar

[s. Anhang Abb. 1007532]

Anhänge

[Abb. ID1007532_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007533, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Kulturlandschaft (Grünland, Acker, Gehölze) u. wie die angrenzenden, gleichwertigen u. als BSLE dargestellten Flächen gemäß DTK 50 eindeutig abgrenz- u. in den BSLE (Aachen) einbindbar; Auslassung der BSLE-Darstellung nicht nachvollziehbar</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007533]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1007533_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007534, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Wald); Freiraumdarstellung zwischen der Ortslage u. dem hier kleinteiligen BSLE (Herzogenrath) eröffnet hier nur die Option weiterer, negativ zu bewertender Inanspruchnahme; BSLE um diesen Wald erweitern

[s. Anhang Abb. 1007534]

Anhänge

[Abb. ID1007534_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird um die Festlegung als Waldbereich und BSLE ergänzt (s. Änderungskarten).

1007535, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Teilweise gut strukturiertes Offenland nördl. von Inden am künftigen Tagebaurand; gemäß DTK 50 eindeutig abgrenz- u. aufgrund der Größe als separater BSLE darstellbar</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007535]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1007535_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Flächenvorschlag befindet sich im Braunkohleplan Inden II. Regionalplanerische Festlegungen sind ausschließlich für nicht mehr bergbaulich erforderliche Bereiche im Tagebauvorfeld erfolgt. Für die übrigen Bereiche, die noch nicht aus der Bergaufsicht entlassen wurden, gelten die Rekultivierungsziele der Braunkohlenplanung.</p> <p>Die Braunkohlepläne legen auf Grundlage des LEP NRW und in Abstimmung mit dem Regionalplan im Braunkohleplangebiet die Ziele und Grundsätze der Raumordnung fest, soweit dies für eine geordnete Braunkohleplanung erforderlich ist. Diese Gebiete obliegen vom Beginn des Abbaus bis zur Beendigung der Rekultivierungstätigkeit und Entlassung aus der Bergaufsicht der Regeleungskompetenz des Braunkohleausschusses. Für Bereiche der Braukohlenplanung, in denen kein Abbau (mehr) vorgesehen werden soll, werden zeichnerische Festlegungen entwickelt. Zu einem späteren Zeitpunkt werden auch für die Bereiche, die aktuell bzw. perspektivisch noch in Abbau / Rekultivierung befindlich sind und der Bergaufsicht unterliegen, regionalplanerische Festlegungen zu entwickeln sein. Dabei kann der Regionalplan nur Endnutzungen festlegen. Zwischennutzungen und Bereiche hinter der Sicherheitszone obliegen der Braunkohleplanung und Bergaufsicht sowie der Abstimmung mit der RWE AG als Bergbaubetreiberin.</p>

1007536, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

2 bewaldete Altgrabung mit verbindenden Äckern u. Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftgilde; gemäß DTK 50 eindeutig abgrenz- u. in den nördl. angrenzenden BSLE einbindbar

(Stadt Niederkassel)

[s. Anhang Abb. 1007536]

Anhänge

[Abb_ID1007536_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

1007537, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop u. gut strukturierte Bereiche am südl. u.örtl. Ortsrand von Kreuzrath; aufgrund der Größe (30 ha) u. Bedeutung in Bezug auf den Erhalt u. die Entwicklung der Strukturen als separaten BSLE (Kreuzrath) darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007537]</p> <p>Anhänge Abb. ID1007537_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend der Anregung geändert.</p>

1007538, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop u. gering strukturierter, westl. Ortsrand von Kreuzrath mit Übergang zur Selfkantbahn; aufgrund der Größe (16 ha) u. Bedeutung in Bezug auf die Entwicklung von Strukturen als separaten BSLE (Kreuzrath) darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007538]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1007538_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend der Anregung geändert.</p>

1007539, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Strukturierter Offenlandbereich; Freiraumdarstellung zwischen Ortslage Schierwaldenrath u. BSLE (Gangelt) eröffnet hier nur die Option weiterer, negativ zu bewertender Inanspruchnahme; Fläche in angrenzenden BSLE einbinden

[s. Anhang Abb. 1007539]

Anhänge

[Abb. ID1007539_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007540, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop mit einer Teilfläche südl. von Brüxgen u. einer nördl. von Schümm sowie Agrarbereich; wie die angrenzenden, vergleichbaren u. als BSLE dargestellten Flächen gemäß DTK 50 abgrenz- u. in den BSLE (Gangelt) einbindbar

[s. Anhang Abb. 1007540]

Anhänge

[Abb. ID1007540_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007541, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop u. Kulturlandschaft (Acker, Grünland, Gehölze) von ASB/GIB umplant; zusammen mit östl. angrenzendem, schutzwürdigem Biotop (siehe andere shape-Datei) des VB-Stufe-2-Objekts VB-K-4901-003 in BSLE (Gangelt) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007541]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1007541_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007542, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Acker mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Offenland-Acker-Gilde; wie die angrenzenden, gleichwertigen u. als BSLE dargestellten Flächen gemäß DTK 50 eindeutig abgrenz- u. in den BSLE (Titz) einbindbar

[s. Anhang Abb. 1007542]

Anhänge

[Abb_ID1007542_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend der Anregung geändert.

1007543, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Offenland - überwiegend Acker mit Bedeutung als Verbindungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftsgilde; ggf. im Abbaubereich von Garzweiler II (Alt-Kuckum); bei Nichtinanspruchnahme als BSLE darstellen

[s. Anhang Abb. 1007543]

Anhänge

[Abb. ID1007543_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend der Anregung geändert.

1007544, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (u.a. Niersaue); ggf. im Abbaubereich von Garzweiler II (Alt-Kuckum / Keyenburg); bei Nichtinanspruchnahme als BSLE darstellen

[s. Anhang Abb. 1007544]

Anhänge

[Abb_ID1007544_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007545, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Hecken, Weiden, Obstgehölze), aufgrund der Größe (>10 ha) u. Bedeutung als gut strukturierter Ortsrand in der Agrarlandschaft als separaten BSLE (Loverich) darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007545]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1007545_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007546, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Gutsanlage mit Park (9 ha) zwischen Ortsrand von Geilenkirchen/ ASB-GIB-Darstellung (nordwestl.) u. Golfressort (östl.) mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftsgilde, separaten BSLE darstellen o. in BSLE einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007546]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1007546_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007547, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Fläche ist überwiegend schutzwürdiges Biotop am Rand der Ruraue; grenzt an Teil des VB-Objekts VB-K-5003-014 an, der als GIB dargestellt wird; mit diesen westl. angrenzenden Flächen (vgl. andere shape-Datei) in den BSLE Linnich einbeziehen

[s. Anhang Abb. 1007547]

Anhänge

[Abb. ID 1007547_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007548, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Strukturiertes Offenland am Rand der Erftaue; die Freiraumdarstellung zwischen der Ortslage Zieverich u. dem kleinteiligen BSLE eröffnet hier nur die Option weiterer, negativ zu bewertender Inanspruchnahmen; Fläche in BSLE (Bergheim) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007548]

Anhänge

[Abb. ID 1007548_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der BSLE-Festlegung wird eine einheitliche Methodik zugrunde gelegt. Ihnen liegen unter anderem LSG, Biotopverbundstufen besonderer Bedeutung und regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum zugrunde. Der Vorschlag entspricht nicht der Plankonzeption.

1007549, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Acker; als Ergänzungsraum für Zielarten der Offenland-Acker-Gilde bedeutsam; die Freiraumdarstellung zwischen dem Ort Fliesteden u. dem BSLE (Bergheim) eröffnet hier die Option weiterer, negativ zu bewertender Inanspruchnahmen; als BSLE erfassen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007549]</p> <p>Anhänge Abb. ID_1007549_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007550, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Parkanlage, Wald), das an den als BSN dargestellten Königsdorfer Forst angrenzt; wegen der Größe (>12 ha) u. Bedeutung als separaten BSLE darstellen

[s. Anhang Abb. 1007550]

Anhänge

[Abb. ID 1007550_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Fläche wird bereits mit dem Vorranggebiet Regionaler Grünzug gesichert.

1007551, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Lützbach); die Freiraumdarstellung zwischen dem Gewerbegebiet in Hasenboseroth u. dem BSLE (Königswinter) eröffnet hier die Option weiterer, negativ zu bewertender Inanspruchnahmen; wie übriges Biotop als BSLE darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007551]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1007551_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007552, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Kyll-Stausee/ Kronenburger See) gemeinsam mit östl. anschließenden Flächen unterhalb der Staumauer für die ASB/GIB geplant wurde (siehe andere shape-Datei) in BSLE (Dahlem) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007552]

Anhänge

[Abb. ID 1007552_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007553, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Strukturierter innerstädtischer Freiraum (Offenland; Gehölze) mit Lauf des Rötgerbaches, der aufgrund seiner Struktur, Größe (>13 ha) u. Funktion als Zäsur in der Bebauung als BSLE dargestellt werden sollte</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007553]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1007553_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Mit Blick auf die Maßstäblichkeit und die planerische Konzeption bedarf es nicht der Festlegung eines neuen BSLE im Bereich der innerstädtischen Freiraumstruktur (vgl. Planbegründung). Sie ist Teil einer siedlungsräumlichen Zäsur, die insgesamt durch einen Regionalen Grünzug als Vorranggebiet gesichert wird.</p>

1007554, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Wald, strukturiertes Offenland u. Teile der Haarbachau, die wegen der Strukturvielfalt u. Funktion wie die angrenzenden, gleich bewerteten übrigen Flächen des VB-2-Objekts (VB-K-5102-013) in den BSLE (Aachen) eingebunden werden sollten</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007554]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1007554_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007555, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Strukturiertes Offenland; westl. angrenzende Teile dieses VB-2-Objekts (VB-K-5102-013) überplant schon ASB 303; die Freiraumdarstellung zwischen ASB u. BSLE eröffnet die Option weiterer, negativ zu bewertender Inanspruchnahme; als BSLE darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007555]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1007555_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist als Regionaler Grünzug (Vorranggebiet) gesichert. Es bedarf entsprechend der Maßstäblichkeit und der planerischen Konzeption (vgl. Planbegründung) keiner Einbeziehung in den BSLE.</p>

1007556, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop am Rand der Bebauung; strukturierte Offenlandbereiche (Obstwiese; Grünland, Gehölze); mit angrenzenden Flächen für die eine ASB/GIB-Darstellung vorgesehen ist (vgl. auch andere shape-Datei); in den BSLE (Alsdorf) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007556]

Anhänge

[Abb_ID_1007556_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Bereich ist als Regionaler Grünzug (Vorranggebiet) gesichert. Es bedarf entsprechend der Maßstäblichkeit und der Konzeption (vgl. Planbegründung) keiner Erweiterung des BSLE.

1007557, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Omerbach u. begleitende Strukturen) mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Fließgewässergilde; wie angrenzende, gleich bewertete Flächen des VB-2-Objekts in BSLE (Stolberg) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007557]

Anhänge

[Abb. ID 1007557_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007558, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Fläche am Erftauenrand mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Fließgewässergilde, mit östl. anschließender Fläche gleicher Bewertung, für die ASB (093) dargestellt wird (siehe andere shape-Datei) in BSLE (Erftstadt) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007558]

Anhänge

[Abb. ID 1007558_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Fläche wird bereits mit dem Vorranggebiet Regionaler Grünzug gesichert.

1007559, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Nassabgrabungsbereich; z.T. schon abgebaut; in der strukturarmen Landschaft wichtiges u. geeignetes Element für eine Folgenutzung Natur u. Landschaft; aufgrund der Größe (>21 ha), Funktion u. Folgenutzung als separaten BSLE darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007559]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1007559_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend der Anregung geändert.</p>

1007560, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Bewaldete Deponie; in der strukturarmen Landschaft wichtiges u. geeignetes Element für eine Folgenutzung Natur u. Landschaft; aufgrund der Größe (>25 ha), Funktion u. Folgenutzung als separaten BSLE darstellen,</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007560]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1007560_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend der Anregung geändert.</p>

1007561, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop u. strukturiertes Offenland; die Freiraumdarstellung zwischen der Ortslage Fühlingen u. dem bandartigen BSLE (Köln) eröffnet hier nur die Option weiterer, negativ zu bewertender Inanspruchnahmen; Fläche als BSLE darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007561]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1007561_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wurde aufgrund der Stellungnahme ID 1002913 geändert (s. Änderungskarten).</p>

1007562, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Strukturiertes Offenland u. Fortsetzung der Fläche zwischen Chorweiler u. Fühlingen nach Norden; die Freiraumdarstellung eröffnet hier nur die Option weiterer, negativ zu bewertender Inanspruchnahmen; Fläche in BSLE (Köln) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007562]

Anhänge

[Abb. ID 1007562_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1002913).

1007563, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>17 ha Acker u. Grünland verbuschend mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Offenland-Grünland-Gilde; zusammen mit südl. angrenzender, negativ bewerteter ASB-Darstellung (siehe auch andere shape-Datei) als BSLE (Leverkusen) erfassen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007563]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1007563_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Flächen entsprechen der Plankonzeption zur Festlegung von BSLE.</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den erwähnten Vorschlag Teilbereiche des ASB mit einbeziehen siehe hierzu die Erläuterung der Stellungnahme ID 1006388.</p>

1007564, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Gehölze u. Agrarbereiche im Umfeld einer Kläranlage; wie die gleich bewerteten u. als BSLE dargestellten, übrigen Flächen des VB-Stufe-2-Objekts (VB-K-4908-007) als BSLE (Köln) darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007564]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1007564_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es handelt sich um Offenlandbereiche innerhalb der bauleitplanerisch gesicherten Versorgungsfläche (Kläranlage). Eine Änderung der zeichnerischen Festlegung ist nicht erforderlich.</p>

1007565, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Wald) u. Quellbereich, Strombach u. strukturierte Grünlandauae; bedeutsam als Verbindungsraum für Zielarten (ZA) u. klimasensitive ZA der Offenland-Grünland- u. Ergänzungsraum für Zielarten der Fließgewässer-Gilde; BSLE</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007565]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1007565_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007566, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Offenland (Acker u. Grünland) mit Gehölzstrukturen am Tagebaurand mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Waldgilde; Auslassen der BSLE-Darstellung nicht nachvollziehbar, deshalb in den BSLE (Elsdorf) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007566]

Anhänge

[Abb. ID 1007566_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007567, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Strukturiertes Grünland mit Gehölzen u. Wald am Tagebaurand; bedeutsam als Entwicklungsraum für Zielarten der Waldgilde; als Teil der Fortsetzung des Waldbandes am Tagebaurand nach Nordwesten in den BSLE (Elsdorf) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007567]

Anhänge

[Abb. ID 1007567_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

In dem Bereich sollen entsprechend der vorliegenden Konzepte perspektivische Entwicklungen am künftigen Restsee berücksichtigt werden.

1007568, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Botanischer Garten u. wichtiger Teil einer Grünachse mit ausreichender Größe u. Bedeutung für eine separate BSLE-Darstellung o. als Bestandteil des die Grünachse ansonsten abbildenden, benachbarten BSLE (Köln)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007568]</p> <p>Anhänge Abb. ID 1007568_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die vorgesehene Festlegung als Regionaler Grünzug wird hier als ausreichend bewertet.</p>

1007569, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Zoologischer Garten u. wichtiger Teil einer Grünachse mit ausreichender Größe u. Bedeutung für eine separate BSLE-Darstellung o. als Bestandteil des die Grünachse ansonsten abbildenden, benachbarten BSLE (Köln)

[s. Anhang Abb. 1007569]

Anhänge

[Abb. ID 1007569_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die vorgesehene Festlegung als Regionaler Grünzug wird hier als ausreichend bewertet.

1007570, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Beverbachaue); die Freiraumdarstellung zwischen der Ortslage Beverau u. dem BSLE (Aachen) eröffnet hier Optionen für weitere, negativ zu bewertende Inanspruchnahme; wie übrige Flächen des VB-Objekts als BSLE erfassen

[s. Anhang Abb. 1007570]

Anhänge

[Abb. ID 1007570_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Aachen (s. Stn. ID Nr. 1003929) und zur Stellungnahme des Landesbüros der Naturschutzverbände (siehe Stn. ID Nr. 1003687) verwiesen. Die BSLE-Festlegung erfolgt im Kontext der dort angeregten siedlungsräumlichen Rücknahme.

1007571, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Landwirtschaftlicher Streifen zwischen Meindorf u. dem BSN 353 (Sieg) mit Freiraumdarstellung; besser aber zusammen mit der südl. angrenzenden Fläche, für die ein negativ zu bewertender ASB dargestellt ist, in den BSN 353 (Sieg) einbinden

(St. Augustin)

[s. Anhang Abb. 1007571]

Anhänge

[Abb_ID_1007571_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007572, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Ehemaliger Basaltsteinbruch u. Wald als Teil des VB-Objekts (VB-K-5209-046) von dem schon Randflächen als ASB 208 in Anspruch genommen wurden; aufgrund der innerörtlichen Vernetzungsfunktion in benachbarten BSLE (Königswinter) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007572]</p> <p>Anhänge Abb. ID 1007572_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1007573, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop; Bestandteile der ehemals ausgeprägten u. landschaftstypischen Heckenlandschaft u. Offenlandbereiche; mit den nördl. angrenzenden, als ASB dargestellten Flächen (siehe andere shape-Datei) in den BSLE (Simmerath) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007573]

Anhänge

[Abb_ID_1007573_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007574, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Wald u. Grünland mit Gehölzbestände; die Freiraumdarstellung zwischen der Bebauung (Bonn) u. der Landesgrenze eröffnet Optionen für weitere, negativ zu bewertende Inanspruchnahmen; aufgrund der Größe (10 ha) als separaten BSLE darstellen</p> <p>(Bad Honnef)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007574]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1007574_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007575, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Waldgeprägte Teilfläche des VB-K- 5309-008, das schon weitgehend in negativ zu wertende ASB/GIB-Darstellung einbezogen wurde; gemeinsam mit diesen nördl. liegenden Flächen als eigenständigen BSLE darstellen

(Bad Honnef)

[s. Anhang Abb. 1007575]

Anhänge

[Abb_ID_1007575_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007576, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Randlich gehölzgeprägter Bereich des Mucher Wiesentals; überwiegend Offenland-Grünland; Teile des VB-Objekts dem die Fläche zugehört, sind als ASB erfasst; mit diesen Flächen dem BSN zuschlagen (Puffer) o. separaten BSLE (>10 ha) darstellen</p> <p>(Bad Honnef)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007576]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1007576_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p>

1007577, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Obstwiesen/ -weiden) u. strukturierter Ortsrand; wie weitere Flächen dieses Biotops bzw. VB-Objekts (VB-K-5103-013) in den angrenzenden BSLE (Aldenhoven) einbeziehen

[s. Anhang Abb. 1007577]

Anhänge

[Abb. ID 1007577_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007578, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Lauf u. Aue der neuen Inde), wie die übrigen, nördl. gelegenen u. als BSLE dargestellten Flächen des VB-Objekts (VB-K-5103-014) in den angrenzenden BSLE (Jülich) einbeziehen

[s. Anhang Abb. 1007578]

Anhänge

[Abb. ID 1007578_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007579, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Wald zwischen Betriebsanlagen des Tagebaus Hambach; wie die angrenzenden, gleichwertigen u. als BSLE dargestellten Flächen gemäß DTK 50 eindeutig abgrenz- u. in den BSLE (Niederzier) einbindbar

[s. Anhang Abb. 1007579]

Anhänge

[Abb. ID 1007579_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der betroffene Bereich befindet sich während des Planungszeitraums des Regionalplan Köln 2043 innerhalb des bergrechtlichen Sicherheitsbereiches des Tagebaus Hambach. Vor dem Hintergrund der langen Befüllzeit des zukünftigen Sees von voraussichtlich 40-60 Jahren und der diesbezüglichen bergrechtlichen Erfordernisse sind aktuell verbindliche regionalplanerische Festlegungen für diesen Bereich nicht möglich. Die Vorgaben des Baunkohleplans Hambach sind zu beachten.

1007580, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Wald am Rand des Tagebaus Hambach; wie die angrenzenden, gleichwertigen u. als BSLE dargestellten Flächen gemäß DTK 50 eindeutig abgrenz- u. in den BSLE (Niederzier) einbindbar</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007580]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1007580_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der betroffene Bereich befindet sich während des Planungszeitraums des Regionalplan Köln 2043 innerhalb des bergrechtlichen Sicherheitsbereiches des Tagebaus Hambach. Vor dem Hintergrund der langen Befüllzeit des zukünftigen Sees von voraussichtlich 40-60 Jahren und der diesbezüglichen bergrechtlichen Erfordernisse sind aktuell verbindliche regionalplanerische Festlegungen für diesen Bereich nicht möglich. Die Vorgaben des Baunkohleplans Hambach sind zu beachten.</p>

1007581, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Grünland am Rand von Golzheim u. südl. angrenzende Grabenstruktur mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Stillgewässergilde; wie die angrenzenden, gleichwertigen u. als BSLE dargestellten Flächen in BSLE (Merzenich) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007581]

Anhänge

[Abb. ID 1007581_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007582, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Offenland (südl. auch von Gehölzen strukturiertes Grünland); wie gleichwertige, verstreut liegende u. als BSLE dargestellte Teilflächen des zugehörigen VB-Stufe-2-Objekts (VB-K-5105-008) als BSLE (Kreuzau) o. separaten BSLE (> 25 ha) darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007582]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1007582_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p>

1007583, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Offenland (>10 ha); wie gleichwertige, verstreut liegende u. als BSLE dargestellte Teilflächen (TF) des zugehörigen VB-Stufe-2-Objekts (VB-K-5105-008) in BSLE (Kreuzau) einbinden o. als separaten BSLE mit ebenfalls nicht erfasster TF darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007583]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1007583_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007584, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Feldgehölz; Teiche; ehemaliger Abgrabungsbereich); aufgrund der Größe (>10 ha) u. vielfältigen Strukturen (u.a. Abbruchkante) als eigenständigen BSLE darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007584]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1007584_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007585, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Aufgelassene Abgrabung; zusammen mit nördl. angrenzendem Abbau, für den GIB dargestellt wird, was wegen einer Folgenutzungen für Natur u. Landschaft negativ bewertet wird (vgl. andere shape-Datei), in angrenzenden BSLE (Kerpen) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007585]

Anhänge

[Abb. ID 1007585_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007586, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Wald an Abgrabungsbereich; zusammen mit südl. angrenzender Fläche, für die GIB dargestellt wird, was wegen einer Folgenutzungen für Natur u. Landschaft negativ bewertet wird (vgl. andere shape-Datei), in angrenzenden BSLE (Kerpen) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007586]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID 1007586_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007587, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Wald u. Wassergewinnungsanlage am Nordostrand von Uevekoven; wie gleich bewertete, als BSLE dargestellte, angrenzende Flächen des VB-Stufe-2-Objekts (VB-K-4803-008) in den BSLE (Wegberg) einbeziehen

[s. Anhang Abb. 1007587]

Anhänge

[Abb. ID 1007587_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend der Anregung geändert.

1007588, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Grünland, Acker) das an drei Seiten von Bebauung tangiert wird, wegen der Bedeutung u. zum Schutz vor Inanspruchnahme mit den übrigen Flächen des Biotopes BK- 4902-0034 (hier vorliegende Abgrenzung) als BSLE darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007588]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007588.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007589, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Grünland u. Acker am Nordrand von Grothenrath; bedeutsam als Entwicklungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftgilde; wie gleich bewertete, als BSLE (Geilenkirchen) dargestellte, angrenzende Flächen des VB-Objekts (VB-K-5002-012) darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007589]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007589.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend der Anregung geändert.</p>

1007590, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Feldgehölz), Friedhof u. weitere strukturgebende Elemente am Nordrand von Rödingen; wie gleich bewertete, als BSLE dargestellte, angrenzende Flächen des VB-Stufe-2-Objekts (VB-K-5004-002) in BSLE (Jülich) einbeziehen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007590]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007590.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007637, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Offenland-Acker, geringfügig Grünland u. Manheimer Fließ; ggf. im Abbaubereich des Tagebaus Hambach, bei Nichtinanspruchnahme wie übrige, gleich bewertete u. als BSLE dargestellte Flächen des VB-Stufe-2-Objekts als BSLE darstellen

[s. Anhang Abb. 1007637]

Anhänge

[Abb_ID1007637.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Bereich liegt in einem Teilraum, der aufgrund der parallel laufenden Prozesse der Braunkohlenplanung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans noch ohne zeichnerische Festlegungen verbleibt.

1007638, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Wald, Gehölze u. parkartiger Bereich mit altem Baumbestand) Pferderennbahn Köln-Nippes u. nördl. angrenzender Friedhof; wegen der Größe (> 50 ha) u. Bedeutung als innerstädtischer Trittstein als separaten BSLE darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007638]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1007638.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Flächen entsprechen der Plankonzeption zur Festlegung von BSLE.</p>

1007639, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

63 ha großes Abgrabungsgewässer; die Freiraumdarstellung zwischen der im Nordwesten liegenden Bebauung u. dem BSLE (Pulheim) sollte für einen verbesserten Schutz vor weitergehender Inanspruchnahme in ein BSLE geändert werden

[s. Anhang Abb. 1007639]

Anhänge

[Abb_ID1007639.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Fläche wird bereits über das Vorranggebiet Regionaler Grünzug gesichert.

1007640, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Teiche) am Rand der Neffelbachaue, in der hier vorgeschlagenen Abgrenzung in den nördlich angrenzenden BSLE (Nörvenich) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007640]

Anhänge

[Abb_ID1007640.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

1007641, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Offenland am Rand von Klein-Vernich mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Kulturlandschaftsgilde; mit nördl. angrenzendem Acker (u.a. Kernraum für ZA der Offenland-Acker-Gilde) in dann anschließenden BSLE (Weilerswist) einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007641]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007641.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007642, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Flächen einer größeren, gut strukturierten VB-Stufe-2-Fläche, Frischluftschneise, Verbindung zur Waldville; zusammen mit als ASB dargestellten, rundum angrenzenden Flächen (siehe andere shape-Datei) zu westl. liegendem BSLE (Alfter) schlagen

[s. Anhang Abb. 1007642]

Anhänge

[Abb_ID1007642.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007643, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop (Eichen-Hainbuchen-Wald); von den Ennertwäldern durch die A 59 getrennter Bereich, Größe u. Bedeutung als Trittstein jenseits der A 59 rechtfertigen eine separate BSLE-Darstellung</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007643]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007643.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007644, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop (Vlattener Bach, Grünland, Gehölze); in nördl. u. südl. angrenzenden BSLE (Heimbach) einbinden

[s. Anhang Abb. 1007644]

Anhänge

[Abb_ID1007644.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

1007645, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Linienhafte Abfolge von teils Äckern, teils Grünland mit Gehölzstrukturen; mit übrigen, als BSLE erfassten Flächen des VB-Objekts (VB-K-5102-015) in das BSLE (Würselen) einbinden o. aufgrund der Größe (> 11 ha) als separaten BSLE darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007645]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007645.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007646, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Wald mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Waldgilde; Auslassung aus dem ihn komplett umschließenden BSLE (Hürth) ist nicht nachvollziehbar; als BSLE darstellen

[s. Anhang Abb. 1007646]

Anhänge

[Abb_ID1007646.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

1007647, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Frauensiefen bei Huven (Wahnbachsystem) mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Kulturlandschaftsgilde; entlang der Straßen u. Punktklinien (DTK 50) abgrenz- u. in den östlich anschließenden BSLE (Much) einbindbar

[s. Anhang Abb. 1007647]

Anhänge

[Abb_ID1007647.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007648, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Fläche stellt ein lineares Vernetzungselement zwischen schutzwürdigen Biotopen gemäß Biotopkataster mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Offenland-Grünland-Gilde u. zwei BSN (u.a. BSN 155) dar; in einen der beiden BSN einbinden</p> <p>(Gemeinde Eitorf)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007648]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007648.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007649, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Die Fläche ist bestehendes NSG in einer größeren Fläche BSLE; mit 9 ha ist sie groß genug, um eigenständig dargestellt zu werden

[s. Anhang Abb. 1007649]

Anhänge

[Abb_ID1007649.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007650, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Fläche gewinnt ihre Bedeutung für eine BSN-Darstellung durch die Lage unmittelbar an der Erftaue</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007650]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007650.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p>

1007651, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Bestehendes NSG Horstbend - Mausbachquelle</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007651]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007651.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007652, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Bestehendes NSG Herseler Wert und FFH-Gebiet Rhein-Fischschutzzone zwischen Emmerich und Bad Honnef; wichtige Trittsteine mit Flach- und Ruhigwasserbereichen für das Fließgewässersystem Rhein; Darstellung als BSN gemäß DTK 50 möglich

[s. Anhang Abb. 1007652]

Anhänge

[Abb_ID1007652.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen.

1007653, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Bestehendes NSG Am Weißen Stein; Birkenbruchwald und Heidekomplex in größerem Waldgebiet der mit dem BSN 353 als BSN und nicht als BSLE dargestellt werden sollte</p> <p>Stadt Hennef</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007653]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007653.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007654, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Fläche hat Wert als VB-1-Fläche durch die Funktion als Trittstein zwischen den NSG´s Tongrube Witterschlick u. Kottenforst; sollte gemeinsam mit der 100 m östlich liegenden Waldfläche der NSG-Erweiterung BK-SU-00102 als BSN dargestellt werden</p> <p>(Gemeinde Alfter)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007654]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007654.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p>

1007655, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Bestehendes NSG Kiesgrube Ranzel; wie alle weiteren Stillgewässer im Raum wertvoller Trittstein in Rheinnähe/ im Landwirtschaftsraum u.a. für die Wechselkröte; Kernraum für Zielarten der Magerrasen-Trockenheide-Gilde wegen Rohbodenstandorten

(Stadt Niederkassel)

[s. Anhang Abb. 1007655]

Anhänge

[Abb_ID1007655.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007656, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Bestehendes NSG Steinbruch Halle, das aufgrund seiner Größe als eigenständiger BSN darstellbar ist</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007656]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007656.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007657, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Bestehendes NSG Flittarder Rheinaue; Fläche mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Fließgewässergilde u. als Ergänzungsraum für ZA der Offenland-Grünland-Gilde; Fläche in landseitigen BSN 008 einbinden

[s. Anhang Abb. 1007657]

Anhänge

[Abb_ID1007657.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen geändert (s. Änderungskarten).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen. Der Anregung wird entsprechend der bestehenden NSG-Festlegung gefolgt.

1007658, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>NSG Rheinaue Worringen-Langel; z.T. FFH-Gebiet Rhein-Fischschutzzone; Fläche ist bedeutsam als Kernraum für Zielarten (ZA) der Fließgewässer- u. Ergänzungsraum für ZA der Offenland-Grünland-Gilde; zu landseitigen BSN 004 u. 006 schlagen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007658]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007658.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen. Der Anregung wird entsprechend der bestehenden NSG-Festlegung gefolgt.</p>

1007659, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Bestehendes NSG Oberkotten; Abgrenzung in Orientierung an der Punktklinie der DTK 50 möglich</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007659]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007659.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007660, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Fläche hat Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Fließgewässergilde u. Kernraum für klimasensitive ZA der Waldgilde; die Aussparung der Fläche aus angrenzendem BSN, ist nicht nachvollziehbar, da die L306 eine schlüssige Grenze bietet

[s. Anhang Abb. 1007660]

Anhänge

[Abb_ID1007660.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007661, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Fläche gehört zu einer VB 1 Kulisse, die in Gänze und als BSN gesichert werden soll;
Gruppe von Abgrabungsgewässern als Trittsteine zwischen Rhein und Hochterrasse
u.a. für die Wechselkröte

[s. Anhang Abb. 1007661]

Anhänge

[Abb_ID1007661.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1003186).

1007662, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

NSG Kiesgrube Wahn; Fläche gehört zu einer VB 1 Kulisse, die in Gänze und als BSN (Größe 5 ha ausreichend dafür) gesichert werden soll; Gruppe von Abgrabungsgewässern als Trittsteine zwischen Rhein und Hochterrasse u.a. für die Wechselkröte;

[s. Anhang Abb. 1007662]

Anhänge

[Abb_ID1007662.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Bereich entspricht nicht der planerischen Konzeption zur Festlegung von BSN. Die Sicherung kann auf nachfolgender Planungsebene erfolgen.

1007663, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Waldbereich mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Fließgewässergilde (Quellbereich); Fläche ist gemeinsam mit dem nördlich liegenden NSG Waldbereich suedlich Daxborn in den BSN 108 am Immerkopf einzubeziehen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007663]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007663.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007664, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Fläche ist Nationalpark mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten u. klimasensitive Zielarten verschiedener Gilden (5 / 3) u.a. Offenland-Grünland, Kulturlandschaft, Wald und kann gemäß DTK 50 verbessert abgegrenzt werden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007664]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007664.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich ist nicht Bestandteil des Nationalparks. Im Hinblick auf die bestehenden Anregungen zur Festlegung als Siedlungsbereich (vgl. Stellungnahmen des Kreises Euskirchen und der Stadt Schleiden) soll als Vorschlag zum Ausgleich der Meinungen n diesem Bereich die BSLE-Festlegung beibehalten werden.</p>

1007665, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Fläche mit einer Felswand und einer Weide hat Bedeutung als Kernraum für Zielarten u. klimasensitive Zielarten verschiedener Gilden (6 / 3) u.a. Offenland-Grünland, Kulturlandschaft, Wald und ist gemäß DTK 50 gut abgrenz- und in BSN einbindbar</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007665]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007665.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich entspricht der planerischen Konzeption und wird in den BSN einbezogen (siehe Änderungskarte). Die westliche Fläche bewegt sich im Interpretationsbereich der Regionalplanung. Hier bedarf es keiner Änderung der zeichnerischen Festlegung.</p>

1007666, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>FFH-Gebiet Rhein-Fischschutzzone zwischen Emmerich u. Bad Honnef mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Fließgewässergilde; wie in Bonn als BSN darstellen bzw. an BSN 353 anbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007666]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007666.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen.</p>

1007667, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

FFH-Gebiet Rhein-Fischschutzzone zwischen Emmerich u. Bad Honnef mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Fließgewässergilde; gesetzlich geschützte Biotope, wie in Bonn als BSN darstellen bzw. an BSN 353 anbinden

(Stadt Niederkassel)

[s. Anhang Abb. 1007667]

Anhänge

[Abb_ID1007667.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen.

1007668, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>NSG Luelsdorfer Weiden u. FFH-Gebiet Rhein-Fischschutzzone zwischen Emmerich u. Bad Honnef mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Fließgewässergilde; wie in Bonn als BSN darstellen bzw. an BSN 014 anbinden</p> <p>(Stadt Niederkassel)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007668]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007668.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen. Der Anregung wird entsprechend der bestehenden Festlegung als Naturschutzgebiet gefolgt.</p>

1007669, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>NSG Langelager Auwald u. FFH-Gebiet Rheinf-Fischschutzzzone zwischen Emmerich u. Bad Honnef mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Fließgewässergilde; wie in Bonn als BSN darstellen bzw. an BSN 014 anbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007669]</p> <p>Anhänge Abb. ID1007669.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen. Der Anregung wird entsprechend der bestehenden NSG-Festlegung gefolgt.</p>

1007670, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>FFH-Gebiet Rhein-Fischschutzzone zwischen Emmerich u. Bad Honnef mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Fließgewässergilde; wie in Bonn als BSN darstellen bzw. an BSN 023 anbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007670]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007670.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen.</p>

1007671, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Waldgeprägter Tal- u. Quellbereich des Kretzerbaches mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) u. klimasensitive ZA der Waldgilde; Wupperzulauf mit Vernetzungsfunktion u. herausragender Bedeutung; nach DTK 50 (Bach/Punktlinie) gut abgrenzbar</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007671]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007671.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p>

1007672, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Fläche mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Fließgewässergilde (Erftaue), die mit einer Wildbrücke die Erftaue über die L 361 n hinweg mit dem Umland vernetzt; gemäß DTK 50 abgrenz- und in den westlich angrenzenden BSN einbindbar</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007672]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007672.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Bereich entspricht der planerischen Konzeption zur Festlegung von BSN.</p>

1007673, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Gewässersystem der Steinagge ist aufgrund der Größe und Bedeutung als BSN darzustellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007673]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007673.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007674, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Fischbachaue mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Stillgewässergilde und als Ergänzungsraum für ZA der Waldgilde; gemäß DTK 50 gut abgrenz- und in den südlich angrenzenden BSN 283 einbindbar</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007674]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007674.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt werden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.</p> <p>Die vorgeschlagene Fläche entspricht den vorgenannten Kriterien.</p>

1007675, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>NSG Staubecken Obermaubach u. FFH-Gebiet mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Still- u. Fließgewässergilde u. als Entwicklungsraum für klimasensitive ZA der Stillgewässergilde; gemäß DTK 50 gut abgrenz- u. in BSN 438 einbindbar</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007675]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007675.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt werden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.</p> <p>Die vorgeschlagene Fläche entspricht den vorgenannten Kriterien.</p>

1007676, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>NSG Staubecken Obermaubach/Rureinmündung u. FFH-Gebiet; als Kernraum für Zielarten (ZA) der Still- u. Fließgewässer- u. als Entwicklungsraum für klimasensitive ZA der Stillgewässergilde bedeutsam; nach DTK 50 abgrenz- u. in BSN 438 einbindbar</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007676]</p> <p>Anhänge Abb. ID1007676.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt werden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.</p> <p>Die vorgeschlagene Fläche entspricht den vorgenannten Kriterien.</p>

1007677, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Fläche in der Erftaue mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Kulturlandschafts- und Offenland-Acker-Gilde; gemäß DTK 50 entlang der Straße gut abgrenz- und in BSN 226 einbindbar

[s. Anhang Abb. 1007677]

Anhänge

[Abb_ID1007677.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Bereich entspricht dem planerischen Konzept zur Festlegung der BSN.

1007678, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Wald bei Adendorf mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Waldgilde; gemäß DTK 50 entlang der A 565 abgrenz- u. in BSN 179 einbindbar

(Stadt Meckenheim)

[s. Anhang Abb. 1007678]

Anhänge

[Abb_ID1007678.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007679, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>NSG Wupperraue bei Gogarten mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Fließgewässergilde u. Kernraum für ZA u. klimasensitive ZA der Offenland-Grünland-Gilde; nach DTK 50 abgrenz- u. wegen der Größe (15 ha) als separater BSN darstellbar</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007679]</p> <p>Anhänge Abb. ID1007679.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007680, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Gut strukturierte Grünland-Fläche (2. von 2 Teilflächen); mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Offenland-Grünland-Gilde; gemäß DTK 50 (Straßen/Punktlinie) abgrenz- u. in BSN 139 einbind- o. mit 1. TF als separater BSN darstellbar</p> <p>(Stadt Hennef)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007680]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007680.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007683, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Waldfläche mit Bedeutung als Kernraum für klimasensitive Zielarten (ZA) der Waldgilde; gemäß DTK 50 abgrenz- und in BSN 374 einbindbar

(Gemeinde Ruppichteroth)

[s. Anhang Abb. 1007683]

Anhänge

[Abb_ID1007683.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007684, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Bestehendes NSG Wolfs- und Wollebachtal; gemäß DTK 50 abgrenz- und in südlich angrenzenden BSN 214 einbindbar</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007684]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007684.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007685, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Bestehendes NSG Schildsbachtal; Fläche in der Talung des Hessel-/ Allersbaches; in nördlich angrenzenden BSN 214 einbindbar</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007685]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007685.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007686, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Naturschutzwürdiger Bereich u. FFH-Gebiet Rhein-Fischschutzzone zwischen Emmerich u. Bad Honnef mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Fließgewässergilde; wie die Siegmündung (BSN 353) als BSN darstellen

(Stadt Königswinter)

[s. Anhang Abb. 1007686]

Anhänge

[Abb_ID1007686.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen

1007687, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>FFH-Gebiet Rhein-Fischschutzzone zwischen Emmerich u. Bad Honnef mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Fließgewässergilde; wie die Siegmündung (BSN 353) als BSN darstellen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007687]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007687.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen.</p>

1007688, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Naturschutzwürdiger Bereich u. FFH-Gebiet Rhein-Fischschutzzone zwischen Emmerich u. Bad Honnef mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Fließgewässergilde; wie die Siegmündung (BSN 353) als BSN darstellen

(Bad Honnef)

[s. Anhang Abb. 1007688]

Anhänge

[Abb_ID1007688.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen

1007689, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Fläche ist anteilig bestehendes NSG Schafbachtal; ist Fläche mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Waldgilde; gemäß DTK 50 abgrenz- und in südlich angrenzenden BSN 334 einbindbar

[s. Anhang Abb. 1007689]

Anhänge

[Abb_ID1007689.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007690, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

NSG Rotbach; Quellbereich eines Zulaufes zum Wiesbach mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) der Fließgewässer- u. Verbindungsraum für ZA der Waldgilde; gemäß DTK 50 (Bachlauf) abgrenz- und in BSN 341 einbindbar

[s. Anhang Abb. 1007690]

Anhänge

[Abb_ID1007690.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007691, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Bestehendes NSG Kiesgrube Am Buchenhof mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Stillgewässergilde; gemäß DTK 50 (Linien/ Punktlinien) abgrenz- und in BSN 279 einbindbar</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007691]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007691.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p>

1007692, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Naturschutzwürdige Fläche am nordwestlichen Rand des NSG Nordfeldweiher mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Magerrasen-Trockenheide-Gilde; Fläche mit dem NSG in den BSN 381 einbeziehen

[s. Anhang Abb. 1007692]

Anhänge

[Abb_ID1007692.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007693, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>NSG Broel / Waldbroelbach mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Wald- und Fließgewässergilde; gemäß DTK 50 entlang der Punktlinie abgrenz- und in den BSN 355 einbindbar</p> <p>(Gemeinde Ruppichterath)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007693]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007693.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007694, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Naturschutzwürdige Fläche und Quellzulauf der Bröl mit Bedeutung als Ergänzungsraum für Zielarten der Wald- u. Kulturlandschaftsgilde; Abgrenzung des BSN sollte dem Vorschlag in diesem shape folgen; Fläche in den BSN 355 einbinden</p> <p>(Gemeinde Ruppichteroth)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007694]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007694.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007695, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>NSG Kottenforst, VSG u. FFH-Gebiet mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) u. klimasensitive ZA der Waldgilde; wie übrige Flächen dieser Schutzgebiete als BSN darstellen</p> <p>(Stadt Troisdorf)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007695]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007695.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007696, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Der Abgrabungsgewässer-Komplexe nördlich u. östlich von Hitdorf sowie das Gewässer Kleiner Laacher See sind aufgrund ihres Entwicklungspotentials u. ihrer Bedeutung für den Verbund langfristig zu erhalten u. als BSN zu sichern

[s. Anhang Abb. 1007696]

Anhänge

[Abb_ID1007696.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen geändert (s. Änderungskarten).

Die Flächen entsprechen der Plankonzeption zur Festlegung von BSN.

1007697, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Schutzwürdiges Biotop Merzbach-Tal (bewaldeter Osthang) ist aufgrund seiner herausragenden Bedeutung mit Vernetzungsfunktion einschl. angrenzender u. noch einbezogener, zurzeit nur als Freiraum dargestellter Bereiche als BSN zu sichern

[s. Anhang Abb. 1007697]

Anhänge

[Abb_ID1007697.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007698, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Offenland (Grünland; Erftmühlenaue) teilweise als Kernraum für Zielarten der Offenland-Grünland- u. Kulturlandschaftsgilde bedeutsam; mit nördl. als Freiraum dargestellten Flächen nach hier vorgeschlagener Abgrenzung zum östl. BSN schlagen

[s. Anhang Abb. 1007698]

Anhänge

[Abb. ID1007698.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007699, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Schutzwürdiges Biotop in der Erftaue u. Ortsrandlage von Klein-Vernich mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Offenland-Acker- u. Kulturlandschaftsgilde; wichtige Ergänzung zur Erftaue; in BSN 226 einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007699]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID1007699.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

1007700, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>NSG Siegaue mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Offenland-Grünland- u. Fließgewässergilde u. als Verbindungsraum für Zielarten der Waldgilde; gemäß DTK 50 abgrenz- und in den BSN 353 einbindbar</p> <p>(St. Augustin)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007700]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007700.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007701, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>NSG Bürvenicher Berg / Toetschberg mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Offenland-Grünland-; Kulturlandschafts- u. Fließgewässergilde; in BSN 221 einbinden</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007701]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007701.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007702, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

NSG Kiesgrube nördl. Elsig mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten der Kulturlandschaftsgilde; das bestehende NSG ist als BSN darzustellen.

[s. Anhang Abb. 1007702]

Anhänge

[Abb_ID1007702.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

1007703, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Kulturlandschaftsbereich (Acker, Grünland, Gehölze) u. Arrondierung zu Schliess-/Rodderbach-Aue; bedeutsam als Kernraum für Zielarten der Offenland-Acker-Gilde; wie übrige Flächen vom VB-Objekt u. gegen potentielle Bebauung zu BSN 227 schlagen</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007703]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007703.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007704, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Inhalt

Die Grünlandfläche besitzt eine Vernetzungsfunktion u. stellt ein wichtiges Trittsteinbiotop zwischen den Abgrabungsbereichen dar; bedeutsam als Kernraum für Zielarten u.a. der Magerrasen-Trockenheide-Gilde; in BSN 126 einbinden

(Gemeinde Swisttal)

[s. Anhang Abb. 1007704]

Anhänge

[Abb_ID1007704.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Darstellung wird geändert.

1007705, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>NSG u. schutzwürdiges Biotop (naturnaher Quellbereich des Amstelbaches) u. weiterer Verlauf mit Bedeutung als Entwicklungsraum für Zielarten der Fließgewässergilde; in angrenzenden BSN einbinden (Anm.: jetziger BSN erfasst NSG nicht)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007705]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007705.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p>

1007706, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>NSG Herseler Werth mit Bedeutung als Kernraum für Zielarten (ZA) u. klimasensitive ZA der Waldgilde u. FFH-Gebiet Rhein-Fischschutzzone zwischen Emmerich u. Bad Honnef; gemäß DTK 50 abgrenz- und als separater BSN darstellbar</p> <p>(Stadt Bornheim)</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007706]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007706.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen. Der Bereich des festgelegten NSG Herseler Werth wird entsprechend der planerischen Konzeption als BSN festgelegt.</p>

AZ: BET_250000_1

Wasserverband Eifel-Rur

1004947, Wasserverband Eifel-Rur

Inhalt

Zu Kapitel 1: Einführung

1.2 Vorstellung des Planungsraums-Perspektiven für die Region Verflechtungen: S.25, 3.Absatz, 2.Satz:

?Die Talsperren versorgen die Aachener Agglomeration und die Rheinische mit Trinkwasser und tragen zum Hochwasserschutz bei.?

Ergänzungswunsch:

Darüber hinaus dienen sie zum Teil der Ausnutzung der Wasserkraft (erneuerbare Energien) und der Betriebswasserversorgung (Sicherung von Industrie und Gewerbe).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird gefolgt und in Kapitel 1.2 wird im 3. Absatz eine sinngemäße Ergänzung vorgenommen. Für Details wird zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.

1004955, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>1.4 Grundlegende Orientierung</p> <p>Die Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel als Querschnittsaufgabe in allen Planinhalten: S.32, 3.Absatz, 2.Satz</p> <p>?Dies geschieht beispielsweise durch die Festlegung von Regionalen Grünzügen in den Hauptbelastungsräumen, die Anbindung der Grünzüge an überörtliche Kaltluft-Leitbahnen, die Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur, Festlegungen zum Hochwasserschutz als Risikovorsorge oder <u>Talsperren zur Trinkwasserversorgung</u> der Zukunft.?</p> <p><u>Ergänzungswunsch:</u></p> <p>?Talsperren zur Trinkwasserversorgung <u>als auch zum vorbeugenden Hochwasserschutz?</u></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung In Kap. 1.4 Grundlegende Orientierung bezieht sich der Passus "Talsperren zur Trinkwasserversorgung der Zukunft" auf die Vorsorgebereiche an optionalen Standorten für zukünftige Talsperren. Da gemäß Kap. 4.7.1, Z.25, Erläuterung 7, Tab. 2 entsprechend der Änderungen durch die Autorenkorrektur 1016477 für einige der Vorsorgebereiche Talsperren die Funktion Hochwasserschutz ergänzt wurde, wird der Stellungnahme gefolgt und der Satz entsprechend ergänzt.</p>

Inhalt

1.6 Strukturwandel

S.37, 9. und 10.Absatz:

?Der Prozess des Strukturwandels ist als dynamischer und über Jahrzehnte fortlaufender Prozess zu verstehen, in dem immer wieder neue Erkenntnisse, Entwicklungen und Herausforderungen erkannt, abgestimmt und umgesetzt werden müssen. Insofern sollen auch der Erfolg sowie die weitere Ausrichtung des Prozesses durch regelmäßige Monitorings in den Jahren 2023, 2026 und 2029 begleitet werden. Ebenso wie der Strukturwandel ein fortlaufender Prozess ist, wird die Regionalplanung dessen Erfordernisse auch in den Folgejahren ? sofern erforderlich ? sukzessive in den Regionalplan implementieren.?

Hinweis und Bitte der Wasserwirtschaft um frühzeitige Beteiligung in die Prozesse sowie bei allen Planungen und Maßnahmen der Raumstrategie:

Der beschleunigte Ausstieg aus der Braunkohlegewinnung und -verstromung bedingt und erfordert in allen Revieren einen Strukturwandel. Die Wasserwirtschaft ist hierbei im Rheinischen Revier wie auch bundesweit systemrelevant und Entscheidungsgrundlage für nahezu alle Ebenen räumlicher und zeitlicher Planung.

- Die nachhaltige Versorgung mit Wasser in ausreichender Menge und Güte für Trink-, Betriebs- und Beregnungswasser, für Fließgewässer und Feuchtgebiete,
- der Schutz vor Wasser (Hochwasser, hohe Grundwasserstände),
- und die Schaffung einer blau-grünen Infrastruktur (Durchgängigkeit, Hydromorphologie, Biotopvernetzung, Tourismus) bilden hierfür, genauso wie die sichere Niederschlagswasser- und Abwasserentsorgung, den wasserwirtschaftlichen Rahmen und legen vielfach auch Randbedingungen für die Umsetzung von Strukturwandelprojekten und Entwicklungen im Raum fest.

Die Wasserwirtschaft schafft Grundlagen für neue Infrastruktur. Sie gestaltet Gewässer und somit gleichzeitig wichtige Ökosysteme, und Grünzüge und schafft damit Freiräume und Vernetzungen in der Region. Wasserwirtschaft ist elementare Daseinsvorsorge, aber keine Selbstverständlichkeit. Der Wirtschafts- und Strukturplan für den Strukturwandel im Rheinischen Revier definiert die Zukunftsfelder »Energie und Industrie«, »Ressourcen und Agrobusiness«, »Innovation und Bildung« und »Raum und Infrastruktur«. Die Wasserwirtschaft schafft wesentliche Rahmenbedingungen für den Erfolg in allen Zukunftsfeldern und ist deshalb eine Querschnittsaufgabe. Wir haben die einmalige Chance, das Konzept einer zukunftsfähigen und auch resilienten Region zu entwickeln. Dies bedeutet für alle Beteiligten einen bisher unbekannten

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Die Vertreter der Wasserwirtschaft sind im Prozess zur Neuaufstellung des Regionalplanes beteiligt. Die Einbindung und Beteiligung in anderen rechtlichen Verfahren und Prozessen obliegt den jeweiligen Planungsträgern bzw. Verantwortlichen.

Einsatz von Ressourcen. Die Sicherung einer nachhaltigen wasserwirtschaftlichen Infrastruktur wird auch davon abhängen, ob diese Ressourcen zur richtigen Zeit zur Verfügung stehen und die Akteure den Mut haben, bei Planung, Genehmigung und Realisierung neue Wege zu gehen.	
--	--

1004959, Wasserverband Eifel-Rur

Inhalt

Zu Kapitel 2: Gesamträumliche Aspekte

2.1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Grundsatz G.1: Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen: S.44, 1. Abs., 2. Satz:

?Der Anpassung an den Klimawandel dienen unter anderem die Sicherung und Rückgewinnung von Überschwemmungsbereichen, die Sicherung von Wasserressourcen, die Milderung von Hitzefolgen und die Sicherung von Lebensräumen für Flora und Fauna.?

Anmerkung:

Der vorbeugende Hochwasserschutz in Form von Hochwasserschutzmaßnahmen gehört auch zur Anpassung an den Klimawandel. Die Errichtung derartiger Anlagen muss auch zukünftig möglich sein.

Siehe auch Tabelle ?Anpassung an den Klimawandel?; Vorbeugender Hochwasserschutz/Wasser:

Grundsatz G.48: Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen Grundsatz G.49: Retentionsfunktion erhalten, Hochwasserrisiken mindern

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Hinweis zur Anpassung an den Klimawandel wird zur Kenntnis genommen.

1004961, Wasserverband Eifel-Rur

Inhalt

Zu Kapitel 3 Siedlungsraum

3.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung / 3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung / 3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung

Anmerkungen:

- Im Verbandsgebiet des WVER werden einige Ortslagen nicht als Allgemeiner Siedlungsbereich in den zeichnerischen Festlegungen dargestellt. In den textlichen Festlegungen bzw. in der Begründung ist beschrieben, dass erst ab einer Flächeninanspruchnahme von 10 ha eine zeichnerische Festlegung erfolgt. Grundsätzlich sind auch Siedlungsbereiche mit einer Flächeninanspruchnahme von < 10 ha von Relevanz und sollten bei Planungen bzw. Maßnahmen berücksichtigt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10ha in der Regel gemäß Anlage 3 zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß §35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW) gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden. Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

1004963, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 3 Siedlungsraum</p> <p>3.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung / 3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung / 3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung</p> <p><u>Anmerkungen:</u></p> <p>Insgesamt stimmen die in den zeichnerischen Festlegungen dargestellten Flächen des Siedlungsraums in einigen Bereichen nicht mit den dem WVER bekannten Siedlungsgebieten überein. Davon sind insbesondere zukünftig geplante Siedlungsbereiche bzw. Erschließungen (= Prognoseflächen) betroffen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan Köln stellt nicht sämtliche Siedlungsgebiete dar, sondern legt mit den ASB und GIB Siedlungsschwerpunkte fest. Die Festlegung erfolgt in enger Abstimmung mit den kommunalen Belangen und unter Beachtung der Vorgaben de LEP NRW, insbesondere den Zielen zu einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung.</p>

1004970, Wasserverband Eifel-Rur

Inhalt

Zu Kapitel 3 Siedlungsraum

3.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung / 3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung / 3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung

Anmerkungen:

Die Verschneidung der zukünftig geplanten Siedlungsbereiche und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen mit den Überschwemmungsbereichen (ÜB) ist sehr vorteilhaft gerade im Hinblick auf ein mögliches zukünftiges Gefährdungspotential.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1004974, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 3 Siedlungsraum</p> <p>3.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung / 3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung / 3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung</p> <p>Anmerkungen:</p> <p>In Anlehnung an Tabelle 1: Flächenbedarf im Regierungsbezirk Köln (S.56) sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Ausweisung neuer Siedlungs-, Gewerbe- und Industriegebiete immer Auswirkungen im Hinblick auf eine sicherzustellende Niederschlags- und Abwasserentsorgung nach sich zieht (Gewässerverträglichkeit der Einleitungen, Hochwassersicherheit, Erweiterung/Neubau von Abwasserbehandlungs- und rückhalteanlagen, z.B. Kläranlagen, Regenüberlaufbecken, Retentionsbodenfilter, Bau von Abwasserkanälen). Dies bedingt wasserwirtschaftliche Detailplanungen, die frühzeitig abgestimmt werden müssen, deren Größenordnung aber unterhalb des Betrachtungsmaßstabes des Regionalplanes liegen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Erfordernis dieser Erweiterungen/Neubauten wird darüber hinaus Auswirkungen auch auf die anderen Themenfelder des Regionalplans haben, z.B. Kapitel 4: Freiraum (Regionale Grünzüge, Schutz von Natur und Landschaft, Wasser) und Kapitel 5: Infrastruktur (Versorgung, Entsorgung). 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.</p>

1004975, Wasserverband Eifel-Rur

Inhalt

Zu Kapitel 3 Siedlungsraum

3.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung / 3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung / 3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung

Anmerkungen:

In Anlehnung an Tabelle 1: Flächenbedarf im Regierungsbezirk Köln (S.56) sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Ausweisung neuer Siedlungs-, Gewerbe- und Industriegebiete immer Auswirkungen im Hinblick auf eine sicherzustellende Niederschlags- und Abwasserentsorgung nach sich zieht (Gewässerverträglichkeit der Einleitungen, Hochwassersicherheit, Erweiterung/Neubau von Abwasserbehandlungs- und rückhalteanlagen, z.B. Kläranlagen, Regenüberlaufbecken, Retentionsbodenfilter, Bau von Abwasserkanälen). Dies bedingt wasserwirtschaftliche Detailplanungen, die frühzeitig abgestimmt werden müssen, deren Größenordnung aber unterhalb des Betrachtungsmaßstabes des Regionalplanes liegen.

- Das Erfordernis dieser Erweiterungen/Neubauten wird darüber hinaus Auswirkungen auch auf die anderen Themenfelder des Regionalplans haben, z.B. Kapitel 4: Freiraum (Regionale Grünzüge, Schutz von Natur und Landschaft, Wasser) und Kapitel 5: Infrastruktur (Versorgung, Entsorgung).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Sie hat keine unmittelbare Relevanz für die regionalplanerischen Festlegungen.

1004977, Wasserverband Eifel-Rur

Inhalt

Zu Kapitel 4 Freiraum

Grundsatz G.23, S. 91: Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken

?Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sollen so geplant werden, dass sie die Sicherung und Entwicklung von regionalen Freiraumfunktionen unterstützen. Sie sollen bevorzugt räumlich konzentriert in den als Vorranggebieten gesicherten Bereiche für den Schutz der Natur (BSN), Waldbereichen, Regionalen Grünzügen, Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) und Überschwemmungsbereichen (ÜB) vorgesehen werden.?

Anmerkung:

Hierbei wäre es wünschenswert, wenn die erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen an die Oberflächengewässer gelegt werden könnten, um Gewässerentwicklungsmaßnahmen im Sinne der EG-Wasserrahmenrichtlinie umsetzen zu können (z.B. Flächenbereitstellung im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren oder sogar die Co-Finanzierung konkreter Gewässerstrukturverbesserungen). Gleichzeitig wird dabei wertvolle landwirtschaftliche Fläche geschont.

Erläuterung 2: S.92,

?Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasservorsorge (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen.?

Anmerkung:

Nicht nur für diese regionalbedeutsamen Fließgewässersysteme sondern auch für alle ökologisch und entwicklungsrelevanten Gewässer (auch ohne ÜB) sollten die Kompensationen zur Steigerung des ökologischen Potentials eingesetzt werden:

Siehe auch 4.4 Landwirtschaft, S.106 ff.

?G.32: Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten; Erläuterung 2, S.106

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme richtet sich an die weitere Umsetzung unterhalb der Regionalplan-Ebene.

Bei Planungen und Maßnahmen soll darauf hingewirkt werden, den Verlust landwirtschaftlicher Nutzfläche zu vermeiden und die landwirtschaftliche Nutzbarkeit in einer möglichst günstigen Ausprägung zu erhalten, um dem anhaltenden Rückgang der landwirtschaftlichen Flächennutzung entgegenzuwirken. Dies betrifft auch die Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.?

?G.33: Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen, Erläuterung 2, S.106:

Bei Planungen und Maßnahmen sollen diese in besonderem Maße berücksichtigt werden.

Es soll darauf hingewirkt werden, den Verlust von agrarstrukturell bedeutsamen Flächen zu vermeiden. Dies betrifft auch die Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.?

1004979, Wasserverband Eifel-Rur

Inhalt

Zu Kapitel 4 Freiraum

4.1.2 Bodenschutz

Grundsatz G.24, Erläuterung 2, 2.Abs., 1.Satz, S.93 :

?Böden, die im 2-Meter-Raum eine besonders hohe Wasserrückhaltung ermöglichen (nutzbare Feldkapazität > 220 mm), können zur qualitativen Verbesserung des Grundwassers beitragen, zur gezielten Versenkung von Niederschlagswasser dienen oder in der Nähe von Vorflutern den vorbeugenden Hochwasserschutz unterstützen.?

Änderungsvorschlag: 1. Versickerung; 2. Gewässern

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die vorgeschlagenen Formulierungen sind zutreffender.

1004980, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 4 Freiraum</p> <p>4.2 Regionale Grünzüge, S.96</p> <p>Ziel Z.18: Regionale Grünzüge sichern und vor Inanspruchnahme schützen</p> <p><u>Erläuterung 7, S.98:</u></p> <p>?Ausnahmsweise zulässige Infrastruktureinrichtungen und Nutzungen, deren Realisierung. außerhalb der RG nicht möglich ist, können im Einzelfall z. B. Deponien, Kläranlagen, Wassergewinnungsanlagen oder Verkehrsinfrastruktur sein. Bei der planerischen Umsetzung dieser Nutzungen ist die Beeinträchtigung von Funktionen des RG zu vermeiden. Insbesondere die Durchgängigkeit der RG darf nicht nachhaltig beeinträchtigt werden.?</p> <p><u>Anmerkung:</u></p> <p>Unserer Meinung nach gehören zu den ausnahmsweise zulässigen Infrastruktureinrichtungen, deren Realisierung außerhalb der Regionalen Grünzüge nicht möglich ist, auch technische Hochwasserrückhalteanlagen oder sonstige Abwasserrückhalteanlagen (z.B. Retentionsbodenfilter, Regenüberlaufbecken etc.).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es handelt sich um eine beispielhafte, nicht abschließende Aufzählung.</p>

1004981, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>4.7 Wasser</p> <p>4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren</p> <p>Ziel Z.24: Oberflächengewässer sichern, S.114</p> <p><u>Anmerkungen/Ergänzungswünsche:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Für die zeichnerischen Festlegungen werden stehenden Gewässer ab einer Größe von 10 ha und berichtspflichtige Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet von mehr als 10 km² betrachtet. Aus Sicht des WVER haben aber auch kleinere, nicht berichtspflichtige Gewässer eine regionale Bedeutung. Diese kleineren Gewässer spielen im gesamtökologischen System ebenfalls eine wesentliche Rolle, da deren naturnahen Entwicklung und die natürliche Rückhaltung im kleinen System die größeren Gewässer entlastet. Ebenso tragen gut entwickelte kleinere Nebengewässer zur ökologischen Aufwertung der berichtspflichtigen Gewässer bei. Daher sollten auch diese Gewässer in die Regionalplanung als Vorranggebiete aufgenommen werden, um deren Raum zu schützen. 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Aus Maßstabsgründen sind der zeichnerischen Festlegung kleinerer stehender und fließender Oberflächengewässer als Vorranggebiet "Oberflächengewässer" Grenzen gesetzt.</p> <p>Detaillierte Maßnahmen zu ihrer naturnahen Entwicklung können nur auf den nachgeordneten Planungsebenen und in der Fachplanung umgesetzt werden. Der Regionalplan wird der Bedeutung kleinerer Fließgewässer im gesamtökologischen System gerecht, indem er die Täler in einer großen Anzahl von ihnen zeichnerisch als Vorranggebiet "Bereich für den Schutz der Natur" einbezieht, mit den dazugehörigen textlichen Festlegungen im entsprechenden Kapitel 4.3.1.</p>

1004982, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>4.7 Wasser</p> <p>4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Entwicklung von Oberflächengewässern ist als Grundsatz (G45) aufgenommen. Ziel der EGWasserrahmenrichtlinie ist es, Gewässer in einen guten ökologischen Zustand / gutes ökologisches Potential zurück zu führen, dies sollte mindestens als Grundsatzformulierung ebenfalls in der Regionalplanung verankert werden. 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Ergänzung wird teilweise zugestimmt und der Grundsatz sowie die Erläuterung wird in Teilen geändert. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.</p>

1004983, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>4.7 Wasser</p> <p>4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren</p> <p>Ziel Z.24: Oberflächengewässer sichern, S.114</p> <p><u>Anmerkungen/Ergänzungswünsche:</u></p> <p>Die Flächen der bereits umgesetzten Renaturierungen an der Wurm (Burg Trips, Frelenberg und Zweibrüggen) sollten als Flächen zum Schutz der Natur und Landschaft ausgewiesen werden. Die zugehörigen Daten der Flächen stehen verbandsseitig zur Verfügung.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Anregung ist durch die vorgesehenen Festlegungen entsprochen.</p>

1004986, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>4.7 Wasser</p> <p>4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren</p> <p><u>Anmerkungen/Ergänzungswünsche:</u></p> <p>Grundsatz G.45: Oberflächengewässer und Entwicklungskorridore naturnah und ökologisch wertvoll entwickeln, S. 115/116</p> <p>?Bei Planungen und Maßnahmen soll auf eine Verbesserung des ökologischen Zustandes der Oberflächengewässer einschließlich ihrer Ufer, Auen und Quellbereiche hingewirkt werden.</p> <p><u>Entlang der Oberflächengewässer sollen ausreichende Korridore für die naturnahe Gewässerentwicklung erhalten bleiben.?</u></p> <p><u>Ergänzungswunsch:</u></p> <p>Entlang der Oberflächengewässer sollen ausreichende Korridore für die naturnahe Gewässerentwicklung erhalten bleiben <u>sowie entwickelt werden.</u></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Ergänzung wird zugestimmt und der Grundsatz wird entsprechend ergänzt. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.</p>

1004988, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>4.7 Wasser</p> <p>4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren</p> <p>G.45, Erläuterung 1, S.116</p> <p>?Planungen und Maßnahmen mit Auswirkungen auf Oberflächengewässer einschließlich ihrer Ufer, Auen und Quellbereiche sollen dazu beitragen, strukturreiche und ökologisch hochwertige, natürliche oder naturnahe Oberflächengewässer mit ihren Funktionen im Naturhaushalt zu erhalten und zu entwickeln. Ausgebaute, naturferne Oberflächengewässer sind durch geeignete Maßnahmen unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten in einen naturnahen Zustand zu versetzen. <u>Im Sinne einer nachhaltigen Gewässerbewirtschaftung sollen Gewässer nur im Rahmen ihrer Regenerationsfähigkeit genutzt werden.?</u></p> <p><u>Anmerkung:</u></p> <p>Was ist mit ?sollen Gewässer nur im Rahmen ihrer Regenerationsfähigkeit genutzt werden? gemeint?</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Mit Regenerationsfähigkeit ist die Fähigkeit eines veränderten Gewässers gemeint, sich aufgrund der Änderungen durch ökologische Störungen in den früheren Zustand wiederherzustellen bzw. zu entwickeln. Die textliche Festlegung wird entsprechend geändert und das Wort "nur" wird gestrichen. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.</p>

1004993, Wasserverband Eifel-Rur

Inhalt

In der Erläuterungskarte F8 ?Extremhochwasser? im Anhang A3 zu den textlichen Festlegungen fehlt das Urft-Einzugsgebiet.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Abbildung der HQextrem-Gebiete erfolgte aufgrund der vorliegenden Daten der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand Juni 2023 und wurde entsprechend aktualisiert. Sofern kleinere HQextrem Bereiche in der Erläuterungskarte F8 nicht dargestellt sind, ist dies maßstabsbedingt nicht möglich.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026298 verwiesen.

1004995, Wasserverband Eifel-Rur

Inhalt

4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz

Ziel Z.27, S. 123 ff.: Überschwemmungsbereiche (ÜB) erhalten und entwickeln

zu Ziel Z.27: Erläuterung 1, Absätze 1 und 2, S.123:

?Fachplanerisch festgesetzte und vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete für ein 100-jährliches

Hochwasser (HQ100), im Freiraum gelegene potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) sind im regionalplanerischen Maßstab in generalisierter Form als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegt. Darüber hinaus sind die steuerbaren Retentionsräume entlang des Rheins (Köln-Langel, Köln-Worringen) als ÜB gesichert.

RÜB sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Eine Übersicht der RÜB im Regierungsbezirk Köln findet sich in der Erläuterungskarte F10 (Anhang A3).?

Anmerkungen:

- Im Hinblick auf die ?im Freiraum gelegenen potentiell rückgewinnbaren Überschwemmungsbereiche (RÜB)? bleibt unklar, wer diese geprüft und festgelegt hat und auf welcher Grundlage die Ermittlung erfolgt ist. In den textlichen Festlegungen wird beschrieben, dass ?in Abstimmung mit der Wasserwirtschaft rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) in un bebauten hochwassergeschützten Bereichen innerhalb des HQ100 identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die ÜB einbezogen? wurden. Eine Beteiligung des WVER im Zuge der Festlegung ist nicht bekannt. Beispielhaft sei hier erwähnt, dass z.B. in Jülich-Kirchberg das ?rückgewinnbare Überschwemmungsgebiet? an der Inde-Mündung bis an die Ortslage heran reicht. Die Rückverlegbarkeit des dortigen Deiches wurde bereits im Rahmen des WVER-Umbaus des Inde-Teilstücks im internationalen Riparia-Teilprojekt Nr. 7 ?Umbau des Indewehres Kirchberg? geprüft und musste aufgrund der negativen Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel verworfen werden.

Darüber hinaus gibt es zur Rückgewinnbarkeit von Retentionsräumen auch für den Kreis Heinsberg eine Studie aus dem Jahr 2002, die als RIPARIA-Teilprojekt Nr. 1 ?Retentionsraumplanung Untere Rur? durchgeführt wurde. In

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Entsprechend dem Ziel 7.4-7 LEP NRW wurden in Abstimmung mit der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) in un bebauten und hochwassergeschützten Bereichen innerhalb des HQ100 identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die ÜB einbezogen. Mit den rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen wird ein Flächenpotential gesichert, mit dem Kommunen zum eigenen Schutz und dem ihrer Unterlieger zusätzlichen Retentionsraum schaffen können. Dies kann z. B. durch Deichrückverlegungen, Einrichtungen gesteuerter Rückhalteräume oder Gewässerrenaturierungen erfolgen. Sollen diese rückgewinnbaren Überschwemmungsflächen planerisch in Anspruch genommen werden, so wird eine Einzelfallprüfung durchgeführt, in der unter Beteiligung der Fachplanung vom Planungs- bzw. Projektträger der Nachweis erbracht werden muss, dass diese Flächen nicht für eine Rückgewinnung geeignet sind. HQextrem-Flächen wurden hierbei nicht einbezogen.

Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten entsprechend der Flächen HQ100 ist Sache der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln). Die zeichnerische Festlegung der ÜB wurde anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete aktualisiert. Die ÜB geben somit mit ihrem ÜSG-Anteil den neuesten Stand der Überschwemmungsgebiete wieder, soweit die Maßstäblichkeit des Regionalplans dies zulässt. HQextrem-Flächen wurden hierbei nicht einbezogen.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.

dieser wurden problematische Bereiche insbesondere im Hinblick auf einen schädlichen Grundwasseranstieg bei Rückgewinnung von Überschwemmungsflächen ausgewiesen.

- Bei der Betrachtung der zeichnerischen Darstellungen der ÜB sieht es so aus als ob diese auch die HQextrem-Flächen einschließen würden, für die allerdings nicht das o.g. Ziel Z.27 sondern der Grundsatz G.48 ?Potentielle Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen? gilt. Gerade im Verlauf der Rur existieren eine Vielzahl von kommunalen und verbandlichen Hochwasserschutzanlagen (Rurdeiche), die auch beim extremen Hochwasser im Juli 2021 ihre Hochwasserschutzfunktion weit über das Maß hinaus erfüllt haben. Derzeit findet eine Überprüfung aller dieser Hochwasserschutzanlagen statt. Gleichzeitig liegen Entwürfe für Notfall- und Sicherheitskonzepte für die Anlagen vor. Ab 2023 wird eine Hochwasserschutzkonzeption an der Rur unter Berücksichtigung der Deichanlagen inkl. einer Variantenuntersuchung durchgeführt. Dies beinhaltet auch eine Abstimmung über den erforderlichen Hochwasserschutzgrad mit allen Beteiligten, sicherlich auch der Öffentlichkeit. Eine Festlegung der ÜB inkl. der potentiell rückgewinnbaren Retentionsräume und evtl. sogar einschl. der HQextremflächen mit den aufgeführten Einschränkungen für die ÜB, kann den erforderlichen zukünftigen Abstimmungsprozeß auch im Hinblick auf mögliche Deichrückverlegungen sehr erschweren, da sich die Einschränkungen bei den ÜB konkret auf die Bauleitplanung der Kommunen auswirken. Dies gilt speziell für das Ziel Z.28 ?Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen?, wobei innerhalb von Überschwemmungsbereichen (ÜB) gelegene Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind, zurückzunehmen und bevorzugt als natürlicher Retentionsraum zu sichern sind.
- Für das Ziel G.48 ?Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen? gelten andere Festsetzungen.

1004996, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz</p> <p>Ziel Z.27, S. 123 ff.: Überschwemmungsbereiche (ÜB) erhalten und entwickeln</p> <p><u>Anmerkungen:</u></p> <p>Grundlage für die Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB) sind die fachplanerisch festgelegten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete (HQ100). In den zeichnerischen Festlegungen sind diese Überschwemmungsbereiche dargestellt. Allerdings ist die räumliche Abgrenzung der Bereiche aufgrund des Maßstabs und der Schraffierung kaum zu erkennen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche wurden aktualisiert und stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preussischer Aufnahme der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand von Juni 2023 dar. Die ÜB geben somit mit ihrem ÜSG-Anteil den neuesten Stand der Überschwemmungsgebiete der Fachplanung wieder, soweit die Maßstäblichkeit des Regionalplans dies zulässt.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.</p>

1005004, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz</p> <p>Ziel Z.27, S. 123 ff.: Überschwemmungsbereiche (ÜB) erhalten und entwickeln</p> <p><u>Anmerkung:</u> Grundlage für die Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB) sind die fachplanerisch festgelegten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete? (HQ100). In den zeichnerischen Festlegungen sind diese Überschwemmungsbereiche dargestellt. Allerdings ist die räumliche Abgrenzung der Bereiche aufgrund des Maßstabs und der Schraffierung kaum zu erkennen.</p> <p>Zusätzlich wird festgestellt, dass die Ausdehnung dieser ÜB nicht mit den vorläufig gesicherten oder festgesetzten Überschwemmungsgebieten (ÜB) übereinstimmt. So sind z.B. die dargestellten ÜB um Venwegen und Mausbach (beide Ortslagen Stadt Stolberg) nicht nachvollziehbar.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche wurden aktualisiert und stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preussischer Aufnahme der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand von Juni 2023 dar. Die ÜB geben somit mit ihrem ÜSG-Anteil den neuesten Stand der Überschwemmungsgebiete der Fachplanung wieder, auch für die ÜB um Venwegen und Mausbach, soweit die Maßstäblichkeit des Regionalplans dies zulässt.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.</p>

1005010, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz</p> <p>In den zeichnerischen Festlegungen sind Überschwemmungsbereiche nur für größere Fließgewässer aufgenommen. Auch für kleinere Fließgewässer liegen festgesetzte Überschwemmungsgebiete vor, die von regionalplanerischer Relevanz sind und in den Regionalplan aufgenommen werden könnten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten ist Sache der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln). Die zeichnerische Festlegung der ÜB (einschl. der RÜB und ZÜB) wurde anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete aktualisiert. Aufgrund dieser neu ermittelten Überschwemmungsgebiete der Fachplanung werden die Überschwemmungsbereiche an folgenden Fließgewässern ergänzt, sofern die Erweiterungen über 2 ha groß sind: im Rhein-Erft-Kreis an der Erft/Liblarer Mühlengraben (etliche), Eschweiler Bach (etliche) und Gillbach, im Rheinisch-Bergischen Kreis am Frankenforsterbach, Saaler Mühlenbach, Milchbornbach und Holzbach (alias Altenbrücker Bach), im Oberbergischen Kreis an der Wupper, im Kreis Düren am Birgeler Bach. Die zeichnerische Festlegung von kleineren fachplanerischen Neuermittlungen ist aus Maßstabsgründen nicht möglich.</p> <p>Die ÜB geben somit mit ihrem ÜSG-Anteil den Stand Juni 2023 der Überschwemmungsgebiete von wieder, soweit die Maßstäblichkeit des Regionalplans dies zulässt. Sollte die Fachplanung in Zukunft weitere auf regionaler Ebene darstellbare Überschwemmungsgebiete vorläufig sichern oder festsetzen, so wäre zu prüfen, ob ein Änderungsverfahren des Regionalplans für diesen Sachverhalt in Betracht käme.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.</p>

1005018, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz</p> <p>Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass die Erläuterungskarte F10 lediglich den Bereich der Rur zwischen der niederländischen Grenze und Düren darstellt. Die Rur oberhalb von Düren fehlt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Inhalt der Erläuterungskarte F 10 sind die Rückgewinnbaren Überschwemmungsbereiche (RÜB) und die Zukünftigen Überschwemmungsbereiche (ZÜB). In den 10 Ausschnitten sind nur die Bereiche dargestellt, in welchen Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) und die Zukünftigen Überschwemmungsbereiche (ZÜB) vorhanden sind. Die Überschwemmungsbereiche (ÜB) außerhalb dieser beiden Kategorien sind nur wegen des räumlichen Zusammenhangs in den 10 Ausschnitten mit abgebildet. Die vollständigen ÜB sind in der Zeichnerischen Festlegung des Regionaplanes enthalten.</p>

1005020, Wasserverband Eifel-Rur

Inhalt

4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz

Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass die Erläuterungskarte F10 lediglich den Bereich der Rur zwischen der niederländischen Grenze und Düren darstellt. Die Rur oberhalb von Düren fehlt. Ebenfalls sind grundsätzlich keine Hochwasserrückhaltebecken im Zuständigkeitsgebiet des WVER dargestellt. Die Standorte können übermittelt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Hochwasserrückhaltebecken werden als Oberflächengewässer zeichnerisch festgelegt, wenn sie als stehende Gewässer mit Dauerstau eine Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha aufweisen (Z.24). Für den Bereich des WVER liegen laut Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) keine entsprechenden HRB vor.

1005021, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>Bei Prüfung der Gewässerverläufe wurde festgestellt, dass diese teilweise nicht der Gewässerstationierungskarte GSK3E entspricht. Darüber hinaus sind z.B. teilweise auch Fließgewässer in den zeichnerischen Festlegungen und in der Erläuterungskarte F10 nicht korrekt dargestellt worden. So ist der Verlauf des Krauthausen-Jülicher-Mühlenteich nicht richtig eingezeichnet. Dieser mündet im Bereich der Ortslage Jülich in den Ellebach. Auch der aktuelle Verlauf des Schlichbaches ist in der Karte nicht richtig wiedergegeben. Der Schlichbach wurde im Zuge des Tagebaus Inden verlegt und fließt nun weiter nach Osten und dann nach Norden, weitgehend im Bett des früheren Mühlenteich</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Verläufe des Krauthausen-Jülicher-Mühlenteich sowie des Schlichbaches werden gemäß dem tatsächlichen Verlauf nach der GSK3E sowohl in der zeichnerischen Festlegung, als auch in der Erläuterungskarte F10, ergänzt bzw. aktualisiert.</p>

1005022, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 5 Infrastruktur</p> <p>5.2.3 Erneuerbare Energien</p> <p>5.2.3.2 Nutzung von Windenergie</p> <p>Ziel Z.37, S.150ff. Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern</p> <p>?Die Planung von Standorten für raumbedeutsame Windenergieanlagen hat vorrangig innerhalb des regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiches (AFAB) zu erfolgen. Ausnahmsweise können in den folgenden regionalplanerisch festgelegten Vorranggebieten Standorte für raumbedeutsame Windenergieanlagen vorgesehen werden: z.B. auch <u>auch an Oberflächengewässern und Überschwemmungsbereichen (ÜB).</u>?</p> <p><u>Anmerkungen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine Errichtung in der Nähe eines Oberflächengewässers inkl. der erforderlichen Leitungstrassen (Z.B. auch Kreuzung des Gewässers) kann eine erforderliche Gewässerentwicklung behindern oder sogar verhindern • Gerade im ÜB kann eine evtl. erforderliche Erreichbarkeit im Hochwasserfall nicht mehr gegeben sein. Z.B. im Falle einer erforderlichen Störungsbehebung 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1005023, Wasserverband Eifel-Rur

Inhalt

5.2.3.3 Nutzung von Solarenergie

Ziel Z.38, S. 153ff. Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern

?Innerhalb der folgenden regionalplanerisch festgelegten Bereiche und Gebiete sind Standorte für raumbedeutsame Solarenergieanlagen grundsätzlich möglich, wenn sie mit den Schutz- und Nutzungsfunktionen der jeweiligen Festlegungen vereinbar sind: z.B. auch an Oberflächengewässern und in Überschwemmungsbereichen (ÜB).?

Anmerkungen:

- Raumbedeutend heißt flächenhaft
- Eine Errichtung in der Nähe eines Oberflächengewässers inkl. der erforderlichen Leitungstrassen (Z.B. auch Kreuzung des Gewässers) kann eine erforderliche Gewässerentwicklung behindern oder sogar verhindern
- Gerade im ÜB kann eine evtl. erforderliche Erreichbarkeit im Hochwasserfall nicht mehr gegeben sein. Z.B. im Falle einer erforderlichen Störungsbehebung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1005025, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>5.3 Entsorgungsinfrastruktur</p> <p>5.3.4 Abwasserbehandlung</p> <p>Ziel Z.46, S.164ff. Standorte für Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen sichern. Standorte für Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen sind als Vorranggebiete festgelegt.</p> <p>Erläuterung 1, S.164</p> <p>?Standorte für Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen sind ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalen Bedeutung als Freiraumbereiche mit der Zweckbestimmung Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen bzw. mit einem vorhabenbezogenen Planzeichen (Plansymbol: Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen) zeichnerisch festgelegt. <u>Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen mit regionaler Bedeutung sind solche, die eine Ausbaugröße von 150.000 EW (Einwohnergleichwerten) aufweisen.</u> Bei Standorten, die ausschließlich mit einem vorhabenbezogenen Planzeichen festgelegt sind, ergibt sich der Umfang des zu sichernden Standorts aus der jeweiligen Örtlichkeit und der bestehenden Genehmigungslage.</p> <p><u>Sonstige Abwasserbehandlungs- oder -rückhalteanlagen, wie z. B. Regenüberlaufbecken und Regenrückhaltebecken, sind aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme und der lokalen Bedeutung nicht zeichnerisch festgelegt.</u> Eine Übersicht der festgelegten Standorte für Abwasserbehandlungs- und reinigungsanlagen im Regierungsbezirk Köln findet sich in Erläuterungskarte I1 (Anhang A4).?</p> <p>Erläuterung 2, S.165</p> <p>?Neuplanungen oder wesentliche Erweiterungen von Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen außerhalb der bereits festgelegten Standorte lösen in der Regel ein Planerfordernis auf Ebene des Regionalplans aus.?</p> <p><u>Anmerkung/Feststellung:</u></p> <p>Da nur Anlagen >150.000 EW im Regionalplan tabellarisch als auch zeichnerisch dargestellt werden (Aachen, Düren, Eschweiler), sind sonstige Anlagen bei Neuplanung und wesentlicher Erweiterung nicht regionalplanrelevant.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1005171, Wasserverband Eifel-Rur

Inhalt

4.7 Wasser

4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren

Ziel Z.25 Standorte für bestehende und geplante Talsperren sichern Erläuterung 3, S.117 ff.

?Talsperren können verschiedenen wasserwirtschaftlichen Zwecken, wie der Niedrigwasseraufhöhung (N), Brauchwasser (B), Erholung (E), Hochwasserschutz (H), Krafterzeugung (K) oder Trinkwassergewinnung (T) gleichzeitig dienen. Die jeweilige Zweckbestimmung ist der unter Erläuterungspunkt 7 aufgeführten Tabelle zu entnehmen. Der wasserwirtschaftlichen Fachplanung obliegt es, in den Bewirtschaftungsplänen eventuell konkurrierenden Zweck-bestimmungen gerecht zu werden. Die Vereinbarkeit von Planungen und Maßnahmen mit der Zweckbestimmung ist im Einzelfall unter Einbeziehung der zuständigen Fachbehörden zu prüfen.?

Ergänzungsbedarf/Anmerkungen

2.

- Darüber hinaus sind im Anhang I, Prüfbogen der im Regionalplan Köln festgelegten Talsperren des Umweltberichtes zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln zur Prüfbogen HEL_Talsperre_01 ? Prether-Platißbachtalsperre unter Punkt 3 ?Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung; Unterpunkt 3.02 ?Gründe für die Wahl des geprüften Bereiches; Alternativen? auch die o.g. wasserwirtschaftlichen Zwecke (Hochwasserschutz, Niedrigwassererhöhung, Krafterzeugung und Brauchwasser) zu ergänzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

An dieser Stelle wird auf Punkt 2 der Anregung eingegangen. Punkt 1 und 3 der Stellungnahme wurden in der Teil-Stellungnahme ID 1004992 ausgewertet.

Dem Hinweis wird nicht gefolgt. Es handelt sich bei den vom Einwender genannten Aspekten nicht um die Gründe für die Wahl des Standorts, sondern um konkrete Zwecke, die Talsperren erfüllen (sollen).

AZ: BET_254000_1

Wasserversorgungszweckverband Perlenbach

1005357, Wasserversorgungszweckverband Perlenbach

Inhalt

Punkt 4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren

Ziffer Z.25 Standorte für bestehende und geplante Talsperren sichern

Wie bereits dem Titel der Ziffer Z.25 zu entnehmen, betrifft der beabsichtigte Schutz den Status quo einer bestehenden Talsperre sowie den optionalen Schutz einer in Planung befindlichen Anlage. Wir schlagen eine Option vor, die bestehende Talsperre erweitern zu dürfen.

Unsere Perlenbachtalsperre weist ein Stauvolumen von 0,76 Mio. m³ auf bei einem rund 61 km² großen Einzugsgebiet und einer mittleren jährlichen Zuflussmenge von rund 45 Mio. m³. Das im Verhältnis zur Zuflussmenge relativ geringe Stauvolumen reicht nicht aus, um in trockenen Sommerperioden wie im Jahr 2003 und aufeinanderfolgend in 2018 bis 2020 genügend Trinkwasser für die Kommunen erzeugen zu können. Auch im Jahr 2022 ist dies erneut wieder der Fall. Immer dann ist es erforderlich, dass wir die Ersatzwasserversorgung einleiten müssen. Diese wird bei zunehmend knapper werdenden Ressourcen schwieriger und stellt keine voll umfängliche Versorgungssicherheit mehr dar.

Aufgrund der sich abzeichnenden Klimaänderung ist zukünftig vermehrt mit derartigen Trockenperioden zu rechnen. Dies bei weiter steigendem Wasserbedarf und gleichzeitig nachlassenden Talsperrenzuflüssen in den immer länger werdenden Trockenperioden. Die Eigengewinnung des WVZVP ist an die beschriebenen Anforderungen anzupassen. Daher ist es beabsichtigt, das Stauvolumen der Perlenbachtalsperre durch eine Erhöhung des Staudammes im erforderlichen Umfang zu vergrößern. Wir gehen davon aus, dass eine reine Vergrößerung einer bereits bestehenden Anlage deutlich geringere Auswirkungen auf Umwelt und Natur hat als der komplette Neubau einer adäquaten Talsperrenanlage.

Daher bitten wir darum, auch die Erweiterung von bereits bestehenden Talsperren textlich in die Ziffer Z.25 aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Regionalplanungsbehörde hat im Einvernehmen mit der wasserwirtschaftlichen Fachplanung entschieden, dass lediglich bestehende Talsperren/Stauanlagen im Regionalplan festgelegt werden, welche über entsprechende Betriebsgenehmigungen und festgelegte Funktionen verfügen. Für die bestehende Perlenbachtalsperre ist dies die Funktion Trinkwasserversorgung. Ausnahmen dazu stellen die im Entwurf des Regionalplans festgelegten "Vorsorgebereiche Talsperren" dar (Tabelle 2 zur Erläuterung 7 des Z.25), welche als Vorsorgebereiche mit Schreiben vom 11.08.2022 vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen bestätigt wurden. Die geplante Erweiterung der Perlenbachtalsperre gehört nicht dazu und wird entsprechend nicht im Regionalplan festgelegt.

Zur weiteren Begründung wird auf die Autorenkorrektur ID 1016477 verwiesen.

1005358, Wasserversorgungszweckverband Perlenbach

Inhalt

Kap. 5.3.2 Deponien

Unsere Unternehmung liegt in der Stadt Monschau, unmittelbar an der belgischen Staatsgrenze. Die Trinkwasserversorgung in Monschau wurde maßgeblich in 2 Schüben von 1934 bis 1936 durch Quellen sowie von 1956 bis 1958 als zentrale Trinkwasserversorgung nach dem Bau der Perlbachtalsperre errichtet. Insofern geraten jetzt viele der Trinkwasserleitungen an die Grenze Ihrer Nutzungsdauer, was eine stark erhöhte Bautätigkeit im Rahmen der Anlagenerneuerungen mit sich bringt. Gerade beim Bau in bestehenden Straßenflächen kommen verstärkt Materialien zur Deponierung, die hohen Schadstoffklassen zuzuordnen sind.

In den letzten Jahren wurden im näheren Umfeld einige Deponien für Bauschutt, Straßenaufbruch, Baustellenabfälle sowie Boden und Steine geschlossen oder umgewidmet. Unsere Situation verschärft sich nochmals durch die Lage an der Staatsgrenze, da uns nur die Hälfte der Fläche zur Verfügung steht, um eine dem vorgefundenen Aushub zugewiesene Deponie zu finden. Faktisch führt dies zu einer Verknappung des Deponieraums und im Besonderen zu einer Benachteiligung unserer Region. Dadurch kommt es zu unnötig langen Entsorgungswegen z.T. bis an die Rheinschiene, was den umweltpolitischen Zielsetzungen von Bund und Land NRW widerspricht.

Daher bitten wir darum, im neuen Regionalplan auch Deponieraum bereitzustellen, der für die Region Nordeifel in einer der oben genannten Belastung angemessenen Entfernung liegt. Und das nicht nur für unbelastete Böden, sondern auch für Aushub Z2 bzw. >Z2 sowie teerhaltigen Asphalt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Maßgebliche Grundlage für die zeichnerische Festlegung der raumbedeutsamen und erforderlichen Deponiestandorte im Regionalplan ist der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag für den Regierungsbezirk Köln. Der vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) im Auftrag des Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW erstellte Fachbeitrag, benennt die regionalplanerisch zu sichernden Deponiestandorte.

Im Rahmen der Regionalplanung findet darüber hinaus keine selbständige, aktive Standortplanung bzw. Flächensicherung statt. Die Erforderlichkeit weiterer Deponiestandorte wird von Seiten der zuständigen Abfallwirtschaftsplanung im Einzelfall bzw. im Rahmen Aufstellung der Abfallwirtschaftspläne festgestellt. Erst daran anschließend kann ein raumbedeutsamer Deponiestandort im Regionalplan gesichert werden.

AZ: BET_256000_1

Erftverband

1001002_001, Erftverband

Inhalt

Abschließend geben wir zu den textlichen Festlegungen aus Sicht der

Flussgebietsbewirtschaftung die folgenden Hinweise:

- 5. 118, Tabelle 2: Das HRB Eicherscheid verfügt über einen Dauerstau und fällt damit nach der Definition des LWG unter Talsperren,? es ist jedoch in der Tabelle nicht aufgeführt. Seine Nutzung ist ?H? = Hochwasserschutz.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Stehende Gewässer, zu denen auch Hochwasserrückhaltebecken mit Dauerstau zählen (Z.24) und Talsperren (Z.25), sind ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha als Oberflächengewässer zeichnerisch festgelegt. Die Wasserfläche des HRB Eicherscheid im Dauerstau liegt unter 10 ha und wird entsprechend nicht in der Tab. 2 der Erläuterung 7 zum Ziel 25 gelistet. Zur weiteren Begründung wird auf das Kap. 4.7.1 der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln verwiesen.

1002352, Erftverband

Inhalt

Textliche Festlegungen, Kap. 1.2 Vorstellung des Planungsraums ?Perspektiven für die Region, S. 21 ff

Der Planungsraum ist Teil der Kölner Bucht und zählt aufgrund der besonderen geologischen Geschichte zu den grundwasserreichsten Landschaften Nordrhein-Westfalens. Bis in Tiefen von teilweise mehreren hundert Metern sind ergiebige Sande und Kiese verbreitet, was in dieser Form landesweit einzigartig ist.

Die besondere geologische Situation hat dazu geführt, dass sich im Regierungsbezirk Köln zahlreiche Wasserwerke der öffentlichen Trinkwasserversorgung befinden. Die Lockergesteine der Kölner Bucht sowie die Rheinschiene bilden dabei die Schwerpunkte. So befinden sich im Regierungsbezirk Köln allein westlich des Rheins 52 Wassergewinnungsstandorte, an denen jährlich ca. 100 Mio. m³ Grundwasser gefördert werden. Mit dieser Menge werden rund 1,6 Mio. Einwohner mit Trinkwasser versorgt. Hinzu kommen die Wassermengen zur Versorgung der Industrie und des Gewerbes. Die Kölner Bucht ist für die Trink- und Brauchwasserversorgung der Region von herausragender Bedeutung. Die wasserwirtschaftliche Bedeutung des Planungsraums sollte textlich im Kapitel 1.2 in angemessener Weise gewürdigt werden. Bislang fehlen dort entsprechende Hinweise

Die Wasserwirtschaft ist systemrelevant und sollte eine Entscheidungsgrundlage für nahezu alle Ebenen räumlicher und zeitlicher Planung bilden. Die nachhaltige Versorgung mit Wasser ausreichender Menge und Güte (Trink-, Betriebs- und Beregnungswasser, Mindestabfluss der Fließgewässer), der Schutz vor Wasser (Hochwasser, hohe Grundwasserstände) und die Schaffung einer blau-grünen Infrastruktur (Durchgängigkeit, Hydromorphologie, vernetzte Biotope, Tourismus) sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben, Insbesondere die Lockergesteine der Kölner Bucht sind für die Trink- und Brauchwasserversorgung der Region von besonderer Bedeutung.

Wasserwirtschaftliche Daten müssen Bestandteil der Regional- und Bauleitplanung werden, damit sie bereits am Beginn von Planungsprozessen insbesondere im Strukturwandel berücksichtigt werden können. Hierfür ist eine integrale wasserwirtschaftliche Betrachtung erforderlich, die gleichzeitig zur Entwicklung einer Wasserwirtschaftsstrategie führt und eine wasserwirtschaftliche Zukunftsperspektive aufzeigt. Erftverband, Niersverband und Wasserverband Eifel-Rur erarbeiten die fachlichen Grundlagen seit Jahrzehnten im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben und sehen sich in der Pflicht, auch die strategischen Ansätze und wasserwirtschaftlichen Ziele gemeinsam mit den anderen wasserwirtschaftlichen Stakeholdern zu formulieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Relevanz der Wasserwirtschaft wird dargelegt. Unter Kap. 1.2 werden entsprechende kurze Ergänzungen eingefügt. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln verwiesen.

1002353, Erftverband

Inhalt

Textilche Festlegungen, Kap. 4.7.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz, Z.26
BGG sichern, S. 119 ff.: Begründung S. 153

Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) sind als Vorranggebiete festgelegt und damit verbindliche Ziele der Raumordnung, die abschließend abgewogen sind. Sie dienen der öffentlichen Wasserversorgung und sind so zu schützen und zu entwickeln, dass die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser dauerhaft, auch zukünftig, gesichert ist. Planungen und Maßnahmen, die mit diesem Ziel nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen. Die BGG umfassen die Zonen 1 ? IIIA geplanter oder festgesetzter Wasserschutzgebiete (WSG).

Im bestehenden Regionalplan erfolgte im Kontext der BGG-Ausweisung noch eine Differenzierung zwischen BGG auf Basis festgesetzter und geplanter WSG. Die auf Basis festgesetzter WSG dargestellten BGG sind demnach vor störender anderweitiger Inanspruchnahme zu schützen und freizuhalten. Die auf Basis geplanter WSG dargestellten BGG sollen vor störender anderweitiger Inanspruchnahme geschützt und freigehalten werden.

Diese Differenzierung wurde mit dem aktuellen Entwurf des Regionalplans Köln aufgehoben. Innerhalb der BGG sind nunmehr alle Planungen und Maßnahmen auszuschließen, die nicht mit der Funktion vereinbar sind, unabhängig davon, ob die BGG auf geplanten oder festgesetzten WSG basieren. Die Neuregelung ist aus wasserwirtschaftlicher Sicht zu begrüßen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Bedenken oder Anregungen geäußert.

1002354, Erftverband	
<p>Inhalt</p> <p>Textilche Festlegungen,</p> <p>Gewässerschutz, G.46 4.72 Grundwasserschutz Etweiterten Grundwasserschutz S. 121 if.: Bearünduna S. 153 ff und Gewässerschutz sicherstellen,</p> <p>Innerhalb der erweiterten Einzugsbereiche von bestehenden oder geplanten Wassergewinnungsanlagen soll dem vorsorgenden Grundwasserschutz ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Planungen und Maßnahmen, die potenziell die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser gefährden können, sollen vermieden werden. Die erweiterten Einzugsbereiche entsprechen den wasserrechtlich festgesetzten oder geplanten Wasserschutzzonen III B/C.</p> <p>In den erweiterten Einzugsbereichen ist dem Grundwasserschutz bei der Abwägung mit konkurrierenden Planungen auf Ebene der Fachplanung und der kommunalen Bauleitplanung ein besonderes Gewicht beizumessen. Zu den Raumnutzungen, die innerhalb dieser Bereiche grundsätzliche ausgeschlossen werden sollen, zählen insbesondere auch Deponien und Abfallbehandlungsanlagen. Für Planungen und Maßnahmen innerhalb der erweiterten Einzugsbereiche gelten generell die Anforderungen der zugrundeliegenden Wasserschutzverordnungen mit den Ge- und Verboten gemäß den Anforderungen der Wasserschutzzonen III B/C.</p> <p>Gegenüber dem bestehenden Regionalplan erweitert der Grundsatz G.46 damit räumlich das Ziel Z.26, womit dem Grundwasserschutz auf Ebene des Regionalplans in den Wasserschutzzonen IIIB ein gewisses Gewicht zukommt. Nach Auffassung der Regionalplanungsbehörde wird dadurch auch der Entscheidungssatz 11 der Leitentscheidung 2021: Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlerevier (MWIDE 2021, 5. 29) aufgegriffen und umgesetzt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden weder Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

Textliche Festlegungen. Kap. 4.7.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz, G.47 Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenpiangebiet sichern, S. 122 if; Begründung S. 154

Innerhalb des Braunkohlenplangebiets sollen den in Folge der Beendigung des Braunkohlebergbaus auftretenden Veränderungen der Grundwasserverhältnisse, insbesondere in Bezug auf die Trinkwassergewinnung, ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Planungen und Maßnahmen, die potenziell die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser erheblich gefährden, sollen vermieden werden.

Durch den Grundsatz G.47 soll das Ziel 7.4-3 LEP NRW konkretisiert werden. Entsprechend den landesplanerischen Vorgaben sind insbesondere auch Grundwasservorkommen für eine künftige Nutzung zu erhalten und die dauerhafte Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser zu sichern. Sofern die bergbaubedingten Veränderungen wie Versenkung, Verlagerung, Vergrößerung oder Verkleinerung von Einzugsgebieten nicht bereits über die Regelungen in Z.26 und G.46 abgedeckt sind, soll der Grundsatz G.47 dafür Sorge tragen, dass bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die Belange des Grundwasser- und Gewässerschutzes in der nachgeordneten Abwägung auch in zukünftig veränderten Einzugsgebieten berücksichtigt werden.

Dementsprechend ist in den Erläuterungskarten F9, Anhang A3 der textlichen Festlegungen das potenzielle Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage (WGA) Dirmerzheim für den zukünftigen Wasserbedarf ab ca. 2050 dargestellt. Das potenzielle Einzugsgebiet Dirmerzheim ab 2050 wurde im Vorfeld bereits von der Bezirksregierung Köln im Internet unter www.elwasweb.nrw.de bzw. www.uvo.nrw.de veröffentlicht, um frühzeitig auf die besondere Schutzbedürftigkeit des Grundwasservorkommens hinzuweisen. Der Erftverband begrüßt die Neuregelung zur regionalplanerischen Ausweisung der erweiterten Einzugsgebiete gemäß den Grundsätzen G.46 und G.47.

Um der Bedeutung der WGA Dirmerzheim für die zukünftige Wasserversorgung der Region in angemessener Weise Rechnung zu tragen, sollte das potenzielle Einzugsgebiet Dirmerzheim aus Sicht des Erftverbandes jedoch als BGG und Vorranggebiet und damit als verbindliches Ziel der Raumordnung ausgewiesen werden. Sofern aus Sicht der Regionalplanungsbehörde für eine abschließende Abwägung derzeit noch die fachlichen Grundlagen fehlen, sollten diese zeitnah generiert werden. Ein dafür geeigneter Rahmen wäre beispielsweise das Verfahren zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Dirmerzheim, dessen Durchführung bereits durch die

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bedeutung der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim ist bekannt. Dennoch kann die Zone III B nicht als BGG festgelegt werden. Der Grund ist folgender:

Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) werden auf Grundlage der Anlage 3 der LPIG-DVO und entsprechend gemäß Ziel 26 Erläuterung 1 festgelegt. Die Grundlage bilden die von der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) geplanten und festgesetzten Wasserschutzgebiete. Die Wasserschutzzonen I bis III A werden dabei als BGG festgelegt. Die erweiterten Einzugsbereiche für die Trinkwassergewinnung entsprechen den wasserrechtlich festgesetzten und geplanten Wasserschutzzonen III B / III C und sind gemäß dem Grundsatz 46 Erläuterung 1 in der Erläuterungskarte F9 dargestellt.

Um auch eine Zone III B als BGG festlegen zu können, bedarf es einer Änderung der Anlage 3 der LPIG-DVO in Bezug auf die Zonen ab III B oder einer Ausnameregulierung für die Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim. Die Entscheidung hierzu liegt jedoch nicht bei der Regionalplanungsbehörde.

Bezirksregierung Köln angestoßen worden ist (Die Erstellung eines Schutzzonengutachtens wurde durch die RWE Power AG beauftragt. In diesem Rahmen soll auch das zukünftig zur Sicherstellung der langfristigen Wasserversorgung vergrößerte Einzugsgebiet betrachtet werden. Dazu erfolgte am 07.04.2022 eine erste fachliche Abstimmung zwischen der Wasserwerk Dirmierzheim GbR, der BR Köln und dem Geologischen Dienst NRW).

Der Schutz des Grundwasservorkommens, das für die zukünftige Wasserversorgung der Bevölkerung von herausragender Bedeutung ist, sollte nach unserer Auffassung keinesfalls erst auf der Genehmigungsebene ansetzen, sondern bereits auf der Ebene der regionalen Planung im Sinne des Raumordnungsgesetzes und des Landesplanungsgesetzes. Hierzu wäre ggfls. die Anlage 3 der LandesplanungsgesetzDVO (LPIG-DVO) anzupassen, um zeitnah auf die besonderen wasserwirtschaftlichen Herausforderungen im Rheinischen Revier, insbesondere vor dem Hintergrund des frühzeitigen Braunkohlenausstiegs, reagieren zu können und für die verschiedenen Akteure entsprechende Planungs- und Rechtssicherheit zu schaffen. In der LPIG-DVO sollte zumindest für das Rheinische Revier bzw. das Braunkohlenpiangebiet die Möglichkeit geschaffen werden, Vorranggebiete (Grundwasser- und Gewässerschutz) i.S. der Wasserschutzzonen 1 ? IIIB öffentlicher Trinkwassergewinnungsanlagen auszuweisen. Durch das frühzeitige Ende der Braunkohlengewinnung im Tagebau Hambach wurde das dafür zur Verfügung stehende Zeitfenster erheblich reduziert.

Inhalt**Grundwasserwiederanstieg nach Einstellung der bergbaulichen Sumpfungmaßnahmen, Wasserhaltungsmaßnahmen in der Erftaue**

Die Erftaue zwischen Erftstadt und Bedburg war vorbergbaulich ein Sumpfgebiet mit weiträumig hoch anstehendem Grundwasser. Nach Einstellung der bergbaulichen Sumpfungmaßnahmen wird das Grundwasser allmählich wieder ansteigen, so dass sich in der Erftaue die natürlicherweise flurnahen Grundwasserverhältnisse grundsätzlich wieder einstellen werden.

In dem genannten Abschnitt der Erftaue werden daher zukünftig Maßnahmen zur dauerhaften Niedrighaltung des Grundwassers erforderlich, die in kommunaler Verantwortung liegen. Mit den Sumpfungmaßnahmen für den Aufschluss der Alt-Tagebaue Frechen und Fortuna-Garsdorf in den 1950er Jahren ergab sich durch das bergbaulich abgesenkte Grundwasserniveau für die Region die Möglichkeit, eine umfangreiche Besiedlung der Erftaue vorzunehmen. Aufgrund der intensiven Nutzung der Erftaue besteht ein gesellschaftlicher Konsens, die natürlicherweise flurnahen Grundwasserverhältnisse nicht mehr zuzulassen und die Grundwasserstände dauerhaft niedrig zu halten. Der Erftverband als zuständiger Wasserverband in der Region sieht sich in der Verpflichtung, durch ein Grundwassermanagement den Grundwasserwiederanstieg nach Ende der aktiven Bergbautätigkeit auf ein für die bestehende Nutzung der Erftaue verträgliches Niveau zu begrenzen. Für die notwendigen Wasserhaltungsmaßnahmen in den Siedlungsgebieten wurde vom Erftverband eine Flächenkulisse abgeleitet, innerhalb derer die Grundwasserstände auf einem Niveau von 3 m unter Gelände gehalten werden sollen.

Eine weitere Besiedlung der Erftaue über den bisher bereits bebauten und durch die vorgenannten Flächenkulisse abgedeckten Bereich hinaus wäre nicht nachhaltig. Zudem wäre eine weitere unangepasste Bebauung mit einem erheblichen Mehraufwand der Wasserhaltungsmaßnahmen, steigenden Kosten für die Anrainerkommunen sowie weiteren Risiken verbunden, die heute noch nicht abschließend bewertet werden können. Durch die festgesetzten Hochwassergefährdungsbereiche HQ1 00 werden die Gebiete mit zukünftig geringen Grundwasserflurabständen überwiegend nicht erfasst.

Für den betreffenden Bereich der Erftaue sollte daher der folgende Grundsatz in den Regionalplan aufgenommen werden:

?Eine weitere, gegen drückendes Grundwasser unangepasste Bebauung der Erftaue zwischen Erftstadt und Bedburg mit zukünftig geringen Grundwasserflurabständen (3 m) sollte nicht erfolgen. Der möglichst von einer weiteren unangepassten Siedlungsentwicklung freizuhaltende Bereich der Erftaue ist in den Erläuterungskarten

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird in Teilen zugestimmt und es wird der Grundsatz "47a Angepasste Siedlungsentwicklung in Bereichen mit dauerhafter Grundwasserabsenkung im Braunkohlenplangebiet sicherstellen" im Entwurf zum Regionalplan und in der Begründung ergänzt. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopsen der textlichen Festlegung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln sowie der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln verwiesen.

XX, Anhang XX dargestellt?.

Darüber hinaus sollte der dargestellte Bereich im Regionaiplan zur Information der Bauräger mit dem folgenden Hinweis verknüpft werden:

?Die Grundwasseroberfläche ist im Bereich der Baumaßnahme/ des Bebauungsplans im oberen Grundwasserstockwerk durch den Braunkohlenbergbau abgesenkt. Vor Beginn der Sumpfungsmaßnahmen bestanden im ursprünglichen Zustand flurnahe Grundwasserstände. Nach Beendigung der bergbaulichen Grundwasserabsenkung wird der oberste Grundwasserspiegel wieder seinen ursprünglichen flurnahen Stand erreichen. Einen Sonderfall stellt die Erftaue zwischen Erftstadt und Bedburg dar. Aufgrund der intensiven Nutzung dieses Gebietes besteht planungspolitischer Konsens, die ursprünglichen Grundwasserhältnisse zum Schutz vorhandener baulicher Anlagen nicht mehr zuzulassen. Es ist vorgesehen, dass der Erftverband zukünftig durch Grundwasserhaltungsmaßnahmen den Grundwasserwiederanstieg auf ein für die normale Bebauung (Wohnhaus mit normaler Gründungstiefe für ein Kellergeschoss) verträgliches Niveau begrenzt. Dies gilt jedoch nur für derzeit vorhandene Siedlungsflächen, neue Bebauungsgebiete sind nicht in der Kulisse der Grundwasserhaltungsmaßnahmen berücksichtigt. Nach derzeitigem Kenntnisstand werden die Wasserhaltungsmaßnahmen erst in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts erforderlich werden, so dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine konkreten Planungen vorliegen. Die Finanzierung der Wasserhaltungsmaßnahmen liegt in kommunaler Verantwortung.

Unabhängig von den zukünftigen Grundwasserhaltungsmaßnahmen empfehlen wir, von natürlichen Grundwasserflurabständen auszugehen und geeignete Abdichtungsmaßnahmen nach den Vorschriften der DIN 18195

?Bauwerksabdichtungen?, und hier insbesondere die Blätter 4 bis 6 ?Abdichtungen gegen Bodenfeuchtigkeit?, ?Abdichtungen gegen nichtdrückendes Wasser? und ?Abdichtungen gegen von außen drückendes Wasser?, vorzusehen.?

Die Gebiete mit zukünftig geringen Grundwasserflurabständen (3 m) wurden aktuell im Projekt ?Flurabstandsprognose im Rheinischen Revier? des LANUV NRW ermittelt und kartographisch ausgewiesen. Darauf aufbauend erfolgte eine Aktualisierung der Flächenkulisse für die Grundwasserhaltungsmaßnahmen durch den Erftverband.

1002361, Erftverband

Inhalt

Abschließend geben wir zu den textlichen Festlegungen aus Sicht der Flussgebietsbewirtschaftung die folgenden Hinweise:

- S. 119, Tabelle 2: Die Steinbachtalsperre verfügt über eine Hochwasserschutzlamelle, die auch ausgebaut werden soll. Ihre Nutzung ist demnach ebenfalls ?H? = Hochwasserschutz.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Zur Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1016477 verwiesen.

1006082, Erftverband	
<p>Inhalt</p> <p>zu Erläuterung 5, Z.27:</p> <p>- S. 124, Punkt 5: Hier sollte die Abkürzung ? RÜB? durch ? ÜB? ersetzt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterung bezieht sich auf die festgelegten RÜB. Daher kann RÜB nicht durch ÜB ersetzt werden.</p>

AZ: BET_259000_1

Wupperverband

1005307, Wupperverband

Inhalt

I. Gewässerentwicklung, Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Aus Sicht des Wupperverbands sehen wir die in unserer Stellungnahme vom 14.05.2022 genannten Punkte zur Umsetzung der EU-WRRL in der vorliegenden Neuaufstellung des Regionalplans Köln mit aufgenommen und begrüßen die unter Kapitel 4.7 ? Wasser (Textliche Festlegungen) beschriebenen Ziele zum Schutz von Oberflächengewässern und Grundwasser. Leider finden die nicht-berichtspflichtigen kleineren Gewässer weiterhin keine Berücksichtigung und wir verweisen erneut auf deren Berücksichtigung auf Regionalplanebene.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund neu ermittelter Überschwemmungsgebiete der Fachplanung (Stand 06/2023) werden die Überschwemmungsbereiche an folgenden Fließgewässern ergänzt, sofern die Erweiterungen über 2 ha groß sind: im Rhein-Erft-Kreis an der Erft/Liblarer Mühlengraben (etliche), Eschweiler Bach (etliche) und Gillbach, im Rheinisch-Bergischen Kreis am Frankenforsterbach, Saaler Mühlenbach, Milchbornbach und Holzbach (alias Altenbrücker Bach), im Oberbergischen Kreis an der Wupper, im Kreis Düren am Birgeler Bach.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. an kleineren Gewässern) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Sofern die fachplanerischen Neuermittlungen an Fließgewässern oder deren Abschnitten liegen, die bisher nicht als Oberflächengewässer festgelegt sind, wird diese Festlegung ergänzt.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.

1005308, Wupperverband	
<p>Inhalt</p> <p><u>II. Wasserhaushalt, Hochwasservorsorge, Umsetzung der EU-Hochwassermanagementrichtlinie</u></p> <p><u>Wasser - Vorbeugender Hochwasserschutz</u></p> <p>Wir begrüßen die in der Neuaufstellung beschriebene Festlegung von Überschwemmungsbereichen als Vorranggebiete und den damit verbundenen Ausschluss von Planungen und Maßnahmen, die mit der Funktion Hochwasserschutz nicht vereinbar sind (Kapitel 4.7.3 ? Vorbeugender Hochwasserschutz / Textliche Festlegungen). Im Hinblick auf die Klimafolgenanpassung dient die Hinzunahme von Instrumenten und Strategien zur Sicherung von ausreichenden Flächen für Freiräume und zugleich Schutz vor konkurrierenden Planungen und Maßnahmen sowohl dem Klima- als auch dem Hochwasserschutz. Bei bestehender Überlagerung von Überschwemmungsbereichen und Siedlungsräumen sollen in der Neuaufstellung die Gefährdung durch Hochwasser hervorgehoben werden und Anregungen zu angepasster Bauweise oder anderweitigen Schutzmaßnahmen geschaffen werden (Aspekt der Eigenvorsorge). Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass bereits auf der Regionalplanebene Grundlagen geschaffen werden, die leicht zugängliche und verständliche Informationen zu Hochwasserrisiken und Hochwasserschutzmaßnahmen bereitstellen. Die genannte Rücknahme von Bauflächen in Überschwemmungsbereichen, die noch nicht in die verbindliche Bauleitplanung überführt worden sind, begrüßen wir sehr. Der seit dem 01. September 2021 geltende länderübergreifende Raumordnungsplan für den HW-Schutz dient als wichtige Grundlage für die Hochwasservorsorge in der Regionalplanung.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es wird auf die E.7 des Z.17 sowie auf das Z.28 verwiesen, sowie auf die Änderungssynopsen der Textlichen Festlegungen und der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans.</p> <p>Konkrete Anregungen zu angepassten Bauweisen gehen über die Zuständigkeit der Regionalplanung hinaus. Es ist Aufgabe der nachgelagerten Bauleitplanung bzw. Fachplanung, diese festzulegen.</p>

1005309, Wupperverband

Inhalt

Grundwasser- und Gewässerschutz

Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz sind in der Neuaufstellung ebenfalls als Vorranggebiete festgelegt und schließen dadurch andere Planungen und Maßnahmen aus (Kapitel 4.7.2 ? Grundwasser- und Gewässerschutz / Textliche Festlegungen). Wir begrüßen die Ausweitung der Wasserschutzzonen durch die Hinzunahme von Einzugsgebieten (neu: WSZ I-III B/C). Die für das Wupperverbandsgebiet relevante Erweiterung befindet sich im Bereich der Neyetalsperre in Hückeswagen/Wipperfürth.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1005310, Wupperverband	
<p>Inhalt</p> <p>Kap. 5.2.3.1 Erneuerbare Energien</p> <p><u>III. Regenerative Energien</u></p> <p>Die Errichtung von Wind- und Solarenergieanlagen hat vorrangig innerhalb des regionalplanerisch festgelegten allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichs zu erfolgen (Kapitel 5.2.3.1 ? Nutzung erneuerbarer Energien / Textliche Festlegungen). Aufgrund der Dringlichkeit den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern, halten wir es auch aus Sicht des Wupperverbands für notwendig alle möglichen und geeigneten Räume zu prüfen. Dazu zählen, sofern vereinbar, auch die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz. Im Regionalplan wird die Nutzung von Windkraft- und Solaranlagen in Trinkwasserschutzzone I und II ausgeschlossen, in Trinkwasserschutzzone IIIA und III (plus Erweiterungsbereiche?) sollen diese jedoch nach Prüfung und mit den notwendigen Auflagen zugelassen werden können.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1005354, Wupperverband	
<p>Inhalt</p> <p>Kap. 5.2.3.3 Nutzung von Solarenergie, G.67:</p> <p>Des Weiteren bieten sich Brauch- und Trinkwassertalsperren aus unserer Sicht für Floating-Solarenergieanlagen an. Die Prüfung und Genehmigung sollte dennoch aus Sicht der Risikobetrachtung gerade im Bereich von Trinkwassertalsperren eindringlich technisch & ökologisch durchgeführt werden, sodass keine negativen Auswirkungen auf die Gewässer herbeigeführt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1005355, Wupperverband	
<p>Inhalt</p> <p>Kap. 5.2.3.2, Ziel 37, Absatz 5:</p> <p>Kritisch sehen wir die Ausnahmeregelung für Standorte raumbedeutsamer Windenergieanlagen in den festgelegten Vorranggebieten für Oberflächengewässer und Überschwemmungsbereiche. Hierbei sollten Zielkonflikte zwischen Energieerzeugung und Gewässerrenaturierungsmaßnahmen betrachtet werden, und im Einzelfall entschieden werden, ob eine Kompromisslösung angestrebt werden kann.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1005356, Wupperverband	
<p>Inhalt</p> <p>Kap. 5.2.3.1, G.64, Erläuterung 2:</p> <p>Kalte Nahwärme aus Oberflächengewässern sollte im Zuge der kommunalen Wärmeplanung Berücksichtigung finden, wenn die Gewässerlimnologie eine negative Einflussnahme auf die Oberflächengewässer ausschließen kann.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p> <p>Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

AZ: BET_260000_1

Bergischer Trinkwasser-Verband GmbH

1000733, Bergischer Trinkwasser-Verband GmbH

Inhalt

Für die WSW Energie & Wasser AG teilen wir Ihnen mit, dass weder Bedenken noch Anregungen zu den bekannt gegebenen Planungen vorzubringen sind.

Für die Stadt Wuppertal, Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal, die für die Wasserversorgung zuständig ist, teilen wir Ihnen im Namen der Betriebsführerin "WSW Energie & Wasser AG" mit, dass auch hier keine Bedenken oder Anregungen zu den bekannt gegebenen Planungen vorzubringen sind.

Für die WSW mobil GmbH, Bromberger Str. 39 - 41, 42281 Wuppertal, die für den Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs zuständig ist und Teilrechtsnachfolgerin der Wuppertaler Stadtwerke AG (jetzt: WSW Energie & Wasser AG) ist, teilen wir Ihnen mit, dass ebenfalls keine Bedenken oder Anregungen zu den Planungen vorzubringen sind.

Für die WSW Netz GmbH teilen wir Ihnen mit: Der Fachbereich VNB/52 Projektierung Anlagen, Leitungen Strom teilt mit, dass hier auch keine Bedenken oder Anregungen zu den Planungen vorzubringen sind. Der Fachbereich VNB/51 Nachrichtentechnik teilt mit, dass hier auch keine Bedenken oder Anregungen zu den Planungen vorzubringen sind.

Für die Bergische Trinkwasser Verbund-GmbH, Bromberger Str. 39 - 41, 42281 Wuppertal, deren Betriebsführung der WSW Energie & Wasser AG obliegt, teilen wir Ihnen mit, dass wiederum keine Bedenken oder Anregungen zu den bekannt gegebenen Planungen vorzubringen sind.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_262000_1	
Aggerverband	
1000999, Aggerverband	
<p>Inhalt</p> <p>Talsperrenabteilung</p> <p>Der Bereich Talsperren nimmt den Regionalplan der Bezirks Regierung Köln zur Kenntnis. Die Darstellung der Talsperren als Vorrangflächen wird ausdrücklich begrüßt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt. Darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1005977, Aggerverband

Inhalt

Gewässerentwicklung und ?unterhaltung

Der Bereich Fließgewässer nimmt den Regionalplan der Bezirks Regierung Köln zur Kenntnis. Erläuterungen und Ziele gemäß der Textlichen Festsetzung G.45
?Oberflächengewässer und Entwicklungskorridore naturnah und ökologisch wertvoll entwickeln? insbesondere der Hinweis zu den erforderlichen Entwicklungskorridoren, welche über den nach Wasserrecht mindestens einzuhaltenden Gewässerrandstreifen hinaus gehen müssen, wird nachdrücklich begrüßt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1005978, Aggerverband	
<p>Inhalt</p> <p>Abwasserbehandlung</p> <p>Der Fachbereich Planung nimmt den Regionalplan der Bezirks Regierung Köln zur Kenntnis.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Kenntnisnahme gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1008500, Aggerverband	
<p>Inhalt</p> <p>Gewässerentwicklung und ?unterhaltung</p> <p>... Hinsichtlich der Ausweisung von neuen geplanten Siedlungsräumen möchte ich jedoch darauf hinweisen, dass bei der Bewertung von Flächen, sich die Auswirkungen auf die Fließgewässer nicht alleine auf den Verlust von Entwicklungskorridoren, Auenflächen bzw. Retentionsräumen beschränken. Durch Niederschlagswassereinleitungen bzw. beschleunigtem Oberflächenabfluss kann es auch zu einer wesentlichen nachteiligen Überprägung des Abflussregimes kommen (abhängig von der Gewässer- und der Gebietsgröße).</p> <p>Insbesondere in den Höhenlagen des Bergischen Landes ist häufig eine dezentrale (Niederschlagswasser-)Versickerung kaum möglich und die angrenzenden kleinen Quellgewässer sind als Vorfluter oft nicht leistungsfähig genug, um erhebliche Einleitungsmengen schadlos aufnehmen zu können.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p> <p>Bei Planungen und Maßnahmen soll die Retentionsfunktion des Bodens durch Erhalt des natürlichen Wasserversickerungs- und Wasserrückhaltevermögen gesichert werden. Unvermeidbare Beeinträchtigungen sollen gleichwertig ausgeglichen werden. Bestehende Möglichkeiten zur Verbesserung der Retentionsfunktion sollen genutzt werden.</p>

AZ: BET_264000_1

Wasserverband Rhein-Sieg-Kreis

1000734, Wasserverband Rhein-Sieg-Kreis

Inhalt

Das Verbandsgebiet des Wasserverbandes Rhein-Sieg-Kreis ist durch viele Gewässer mit kleinräumigen Einzugsgebieten geprägt. Da die jeweiligen Einzugsgebiete der meisten dieser Gewässer eine Größe von 10 km² nicht übersteigen und die ihnen zuzuordnenden Räume im Allgemeinen 10 ha nicht überschreiten sind diese in der Regionalplanung nicht zeichnerisch festgelegt (s. Z.24).

Die wasserwirtschaftlichen Grundsätze und Ziele der Regionalplanung werden, insoweit sie die Zuständigkeiten des Wasserverbands tangieren, durch den Wasserverband Rhein-Sieg-Kreis befürwortet und geteilt.

Es gibt keine Bedenken seitens des Wasserverbands gegenüber der Regionalplanung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zur kleinräumigen Gewässerstruktur gegeben, Zustimmung zu den wasserwirtschaftlichen Grundsätzen und Zielen in der Regionalplanung erklärt und keine Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_281000_1

Industrie- und Handelskammer Aachen

1003909_001, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Kreis Düren
Aldenhoven

Die Festlegung eines Teils der für das Strukturwandelprojekt ?Future Mobility Park? benötigten Siedlungsfläche als GIBz ?Starterstandorte Strukturwandel? begrüßen wir ausdrücklich. Wir weisen allerdings darauf hin, dass durch die Festlegung des GIBz und des benachbarten GIB ohne Zweckbindung auf dem Gebiet der Gemeinde Aldenhoven noch nicht alle Flächen im Regionalplanentwurf als GIB bzw. GIBz festgelegt werden, die für die Umsetzung des Vorhabens erforderlich sind. Da es sich um ein bedeutendes Strukturwandelprojekt handelt, bitten wir darum, im weiteren Verfahren auch die noch nicht festgelegten GIB-Flächen für dieses Projekt zeichnerisch darzustellen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich wurden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

Es ist unklar um welche Flächen es sich konkret handelt. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist daher nicht möglich.

Inhalt

Mit der Neuaufstellung des Regionalplans werden die Entwicklungsperspektiven und der Gestaltungsspielraum der Kommunen im Regierungsbezirk Köln für die kommenden Jahrzehnte festgelegt. Nach dem Entwurf der Begründung beträgt die Laufzeit des Regionalplans rund 25 Jahren. Die Dynamik der Veränderungen in den zurückliegenden Jahren - durch den Beschluss des vorzeitigen Ausstiegs aus dem Kohleabbau - sowie die bevorstehenden Veränderungen aufgrund des Klimawandels - z.B. durch den Ausbau an regenerativer Energie - und der Strukturwandelprozesse im Rheinischen Revier machen deutlich, dass der zukünftige Regionalplan den Kommunen einen möglichst großen Handlungsspielraum einräumen muss, um auf die bevorstehenden Herausforderungen flexibel reagieren zu können. Leider sind einige Kommunen innerhalb unseres IHK-Bezirks durch die Darstellungen des rechtswirksamen Regionalplans aktuell kaum handlungsfähig, da keine oder nur sehr wenige ungenutzte Flächen verfügbar oder durch andere Restriktionen (z.B. Topographie oder Eigentumsverhältnisse) nicht nutzbar sind. Mit dem neuen Regionalplan werden die Kommunen in weiten Teilen wieder in die Lage versetzt, ihre Zukunft selbst zu gestalten.

Deswegen bitten wir darum, das mit den Vorarbeiten zum Regionalplan im Jahr 2014 begonnene Verfahren schnellstmöglich abzuschließen. Um das laufende Verfahren nicht zu verzögern, kann es dabei zielführend sein, in kritischen Fällen notwendige Ausweisungen zusätzlicher Flächen bzw. Änderungen von Darstellungen erst nach Abschluss des Neuaufstellungsverfahrens zeitnah über (beschleunigte) Änderungsverfahren umzusetzen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.

1004219, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass innerhalb des Regionalplanentwurfs das Thema Strukturwandel nicht ausreichend behandelt worden ist. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2038 zum Schutz unseres Klimas wurde 2020 beschlossen. Gegenwärtig verfolgt die Landesregierung das Ziel, den Ausstieg auf 2030 vorzuziehen. Damit steht das Rheinische Revier vor einem tiefgreifenden Strukturwandel, von dem insbesondere die rund 20.000 Beschäftigten bei RWE und den Zulieferbetrieben betroffen sein werden. Die Energiewirtschaft trägt dabei zu einem großen Teil an der Wertschöpfung in der Region Aachen bei. Ohne weitreichende Strukturmaßnahmen sind Wohlstandsverluste in beträchtlicher Größenordnung zu erwarten. Gemäß § 1 Abs. 2 Raumordnungsgesetz (ROG) ist es das Ziel der Raumordnung, durch eine nachhaltige Raumentwicklung eine ausgewogene Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen Deutschlands zu erreichen. Die Region Aachen weist im Vergleich zu den anderen Regionen des Regierungsbezirks Köln schon seit vielen Jahren eine unterdurchschnittliche Bruttowertschöpfung sowie eine geringere Kaufkraft der Einwohner auf. Die Beendigung des Braunkohletagebaus wird diese Situation noch weiter verschärfen, sofern keine Maßnahmen ergriffen werden, die die Folgen Tagebau-Endes abfedern und wirtschaftliche Konsolidierungsimpulse setzen. Der eingeleitete Strukturwandelprozess einschließlich seiner umfangreichen Förderungen können eine solche negative Entwicklung verhindern. Dabei ist es aber von großer Bedeutung, dass die geplanten Maßnahmen zeitnah realisiert und nicht durch langfristige Planverfahren oder Grundstücksverhandlungen verzögert werden. Insofern muss der neue Regionalplan die Kommunen dabei unterstützen, durch großzügige und flexible Festlegungen von Siedlungsbereichen den Strukturwandel erfolgreich zu meistern und zu einer ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen beizutragen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise zur Bewältigung des Strukturwandels geäußert. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Der Regionalplan Entwurf beinhaltet im vorgegebenen Rahmen der rechtlichen Darstellungsmöglichkeiten umfangreiche Festlegungen zum Siedlungsraum und hier insbesondere zur gewerblichen Entwicklung, die dem Strukturwandel dienen und Handlungsoptionen eröffnen, wie z.B. Festlegungen zur flexiblen Siedlungsentwicklung, Festlegung von Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen sowohl für die endogene kommunale interkommunale und die regionale und übergeordnete Entwicklung (GIB, GIBinterkommunal, GIBregional, GIBplaus).

Der neu eingeführte § 38 Landesplanungsgesetz NRW "Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier" eröffnet die Option, bei der Überarbeitung des Regionalplan-Entwurfes im Rahmen der gesetzlich vorgegebenen Möglichkeiten weitere GIB-Ausweisungen für den Strukturwandel vorzunehmen. Der § 38 Landesplanungsgesetz NRW konnte im Rahmen der Erstellung des Entwurfes zur Neuaufstellung des Regionalplanes nicht angewendet werden, da die erforderliche Abstimmung der zugrundezulegenden Kriterien noch nicht erfolgt war. Diese liegt nunmehr aufgrund der Beschlussfassungen der Regionalräte Köln und Düsseldorf mit einem gemeinsamen Kriterienkatalog vor. Demzufolge wird bei der Überarbeitung des Entwurfes die Anwendung des § 38 Landesplanungsgesetz erfolgen und werden zusätzliche Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier festgelegt. Dem im Gesetz vorgegebenen besonders langen Planungszeitraum wird durch Erweiterung des Planungszeitraumes für die Neuaufstellung des Regionalplanes von 25 Jahren um 10 Jahre auf einen 35-jährigen Planungszeitraum für das Rheinische Revier entsprochen, demzufolge sich der zugrundegelegte Wirtschaftsflächenbedarf erhöht.

Inhalt

Ein positiver Ansatz, um die aktuell festgestellten GIB-Defizite noch im laufenden Verfahren kurzfristig umzusetzen, sind die neu eingeräumten Flächen für den Sonderbedarf auf der Grundlage des neuen § 38a LPIG NRW. Nach unserem Kenntnisstand beabsichtigt die Bezirksregierung Köln im weiteren Verfahren, für die Sonderbedarfe des Rheinischen Reviers zur Bewältigung des Strukturwandels zusätzliche zweckgebundene GIB festzulegen. Da der neue § 38 a LPIG die Möglichkeit eröffnet, den Planungszeitraum - und damit den Zeitraum für die Bedarfsprognose - für das Rheinische Revier von 25 auf bis zu 35 Jahre zu erhöhen, kann die Regionalplanungsbehörde zusätzliche Flächenbedarfe in Ansatz bringen und somit weitere qualifizierte Flächen als zweckgebundene GIB festlegen. Auf dieser Grundlage sollen im Rheinischen Revier in den beiden Planungsregionen Köln und Düsseldorf insgesamt ca. 500 ha als zweckgebundene GIB Transformationsstandorte Strukturwandel festgelegt werden. Dieser Ansatz ist für den Strukturwandel im Rheinischen Revier zielführend - und es zeichnet sich gegenwärtig bereits ab, dass durch wichtige Projekte wie der Future Mobility Park und der Brainergy Park zeitnah realisiert werden können. Allerdings stellt sich für uns die Frage, wie mit der Verlängerung des Zeitraums für die Bedarfsprognose bei der Neuaufstellung des nächsten Regionalplans (ab ca. 2045) verfahren werden soll. Wenn dann der Bedarfsprognosezeitraum für die Kommunen im Rheinischen Revier entsprechend verkürzt werden muss, handelt es sich nur um eine Verschiebung des Problems fehlender Flächen für die wirtschaftliche Entwicklung.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der neu eingeführte § 38 Landesplanungsgesetz NRW "Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier" eröffnet die Option, bei der Überarbeitung des Regionalplan-Entwurfes im Rahmen der gesetzlich vorgegebenen Möglichkeiten weitere GIB-Ausweisungen für den Strukturwandel vorzunehmen. Der § 38 Landesplanungsgesetz NRW konnte im Rahmen der Erstellung des Entwurfes zur Neuaufstellung des Regionalplanes nicht angewendet werden, da die erforderliche Abstimmung der zugrundezulegenden Kriterien noch nicht erfolgt war. Diese liegt nunmehr aufgrund der Beschlussfassungen der Regionalräte Köln und Düsseldorf mit einem gemeinsamen Kriterienkatalog vor. Demzufolge wird bei der Überarbeitung des Entwurfes die Anwendung des § 38 Landesplanungsgesetz erfolgen und werden zusätzliche Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier festgelegt. Dem im Gesetz vorgegebenen besonders langen Planungszeitraum wird durch Erweiterung des Planungszeitraumes für die Neuaufstellung des Regionalplanes von 25 Jahren um 10 Jahre auf einen 35-jährigen Planungszeitraum für das Rheinische Revier entsprochen, demzufolge sich der zugrundegelegte Wirtschaftsflächenbedarf erhöht.

Inhalt

Aus unserer Sicht ist es außerdem zielführend, wenn zwischen den einzelnen Siedlungsflächenkategorie (z.B. GIB, GIBinterkommunal, GIBregional, GIBplus und GIBflex) ein Übertragungsmechanismus im Sinne eines Flächentauschs ermöglicht wird, ohne ein Änderungsverfahren damit auszulösen (z.B. durch eine landesplanerische Anfrage gemäß § 34 LPlG NRW). Dadurch können die Kommunen flexibler auf die Flächennachfrage reagieren und sind auch bei fehlender Verfügbarkeit kurzfristig und unbürokratisch handlungsfähig.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung innerhalb des Kreisgebietes auf diesen Flächen sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen auf endogenen Flächen möglich.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler

Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und in seinen Teilregionen.

Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit.

Das Erfordernis für Flächendarstellungen mit überregionaler Relevanz konnte zudem für ausgewählte Standorte im Regierungsbezirk abgeleitet werden (vgl. hierzu die Ausführungen zu Z.13 *GIBplus sichern und umsetzen*). Mit den GIBplus werden Bereiche für überregionale gewerbliche und industrielle Nutzungen aufgrund ihrer besonderen Flächenqualität, ihrer Lage und verfügbaren Flächengröße mit Bedeutung für den gesamten Regierungsbezirk festgelegt, die vor allem flächenintensiven Vorhaben oder Vorhaben mit besonderer Standortanforderung vorbehalten sein sollen.

Für die GIBinterkommunal gilt, dass die Festlegung der jeweiligen konkreten interkommunalen Zusammenarbeit durch zeichnerische und textliche Festlegung zur Sicherung der bauleitplanerischen Umsetzung durch die Akteurskommunen und aufgrund der Koppelung eines konkreten Flächenangebots mit einem zugeordneten Bedarf erfolgt. Gleiches gilt für die Regelung zur Erfassung der Flächen im Siedlungsflächenmonitoring (sfm). Aufgrund der Systematik zur Erfassung der Inanspruchnahmen im sfm der Bezirksregierung Köln kann diese nur durch die Belegenheitskommune erfolgen.

Sofern GIBregional bzw. GIBplus in der Kommune verortet wurden, erfolgte dies mit

zusätzlichen Bedarfen für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung gemäß den landesplanerischen Vorgaben sowie den Zielvorgaben im Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Ein Flächentausch innerhalb der in Rede stehenden Flächen ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

Der Regionalplan Köln legt somit ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1004222, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Textliche Festlegungen

Eine nachhaltige Entwicklung erfordert eine ausgewogener Berücksichtigung aller ökonomischer, ökologischer und sozialer Belange. Die ausreichende Bereitstellung von Flächen für Gewerbe und Industrie ist eine zwingende Voraussetzung, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Regierungsbezirk Köln zu sichern. Dies ist nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch aus sozialen Gründen erforderlich. Aber auch aus ökologischen Gründen wie der Erreichung der europäischen Klimaziele ist eine Inanspruchnahme von Flächen sinnvoll, so z.B. zur Sicherstellung einer regenerativen und zuverlässigen Energieversorgung nach dem Ausstieg aus dem Kohleabbau. Dazu zählen nach unserer Auffassung neben der Wind-, Wasser-, Solar- und Bioenergie zukünftig auch die Produktion von grünem Wasserstoff, die gerade in der Region Aachen erforscht und bald zur Anwendung kommen wird. Durch die gestiegene Bedeutung des Umwelt- und Naturschutzes in Folge des Klimawandels hat sich die Nutzungskonkurrenz um Flächen deutlich erhöht. Die Aufgabe der Regionalplanung ist es deshalb umso mehr, zu einem nachhaltigen und ausgewogenen Ergebnis zu kommen, das die dauerhafte Existenz aller Nutzungen sicherstellt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

Z.2 Zersiedlung vermeiden

Das raumordnerische Ziel, bandartige Siedlungsstrukturen und Splittersiedlungen zu vermeiden und dadurch das planerische Ideal der europäischen Stadt zu sichern, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Allerdings sind isoliert im Freiraum liegende Standorte insbesondere bei gewerblich und industriellen Nutzungen mit einem hohen Störpotenzial im Einzelfall sinnvoll, um Nutzungskonflikte frühzeitig zu vermeiden. Dieser Einzelfall ist in den Erläuterungen zum Ziel bereits erwähnt. Es besteht allerdings das Risiko, dass er dort nicht wahrgenommen wird und die Regelung gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW nicht zur Anwendung kommt. Wir empfehlen daher, die entsprechende Erläuterung bereits in das Ziel zu integrieren und in den Erläuterungen weiter zu konkretisieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine Integration in die Zielfestlegung wird von der Regionalplanungsbehörde als nicht notwendig erachtet. *Z.2 Zersiedlung vermeiden* dient der Konkretisierung der landesplanerischen Vorgaben. Die Festlegung bezieht sich auf die Darstellung von Siedlungsbereichen und folgt den landesplanerischen Vorgaben.

Die Regelungen des LEP NRW bleiben unberührt. Im Einzelfall die Festlegung von isoliert im Freiraum liegenden Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) unter den Ausnahmevoraussetzungen des Ziel 6.3-3 LEP NRW möglich. Hiervon wurde im Einzelfall bereits im vorliegenden Regionalplanentwurf Gebrauch gemacht. Unter den Vorgaben des LEP NRW, hier Ziel 2-3, sind zudem Entwicklungen auch außerhalb der regionalplanerischen Siedlungsbereichsdarstellungen unter den dort formulierten Vorgaben möglich.

1004225, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

G.10 Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen
Wir begrüßen den Grundsatz, bitten aber darum, die Abgrenzung der Ortsteile rund die Tagebauseen großzügiger zu wählen. Hierzu zählen wir neben den genannten Ortsteile Inden-Lamersdorf, Inden-Schophoven, Düren-Merken und Elsdorf zusätzlich Inden/Altdorf, Inden-Lucherberg, Merzenich-Morschenich (alt) und Niederzier, da diese Ortschaften nach den aktuellen Planungen zukünftig an den Tagebauseen anliegen werden. Darüber hinaus bitten wir in dem Grundsatz um eine Ergänzung des Tagebaus Garzweiler. Zwar liegt der überwiegende Teil dieses Tagebaus im Regierungsbezirk Düsseldorf, allerdings gehört ein kleiner Teilbereich zur Gemeinde Titz. Der Ortsteil Titz-Jackerath wird sich zukünftig nach dem aktuelle Planungskonzept zur Wiedernutzbarmachung in der Nähe des Tagebaurestsees befinden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1012018 und StnID 1007283 sowie Änderungssynopse).

Inhalt**G13. Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren**

In den letzten Jahren hat die Bereitschaft zur Veräußerung von Flächen bei den Eigentümern massiv nachgelassen. Dadurch haben sich die Grundstücksverhandlungen deutlich verlängert - in der Folge sind die Grundstückspreise für die Kommunen mangels Alternativen deutlich gestiegen. Die Einführung der neuen Instrumente ASBflex und GIBflex als Vorbehaltsgebiete im Regionalplan unterstützen wir daher ausdrücklich. Die Ausweisung kann dazu beitragen, Grundstücksverhandlungen zu beschleunigen oder Planungsprozesse an Alternativstandorten voranzubringen. Dadurch können Änderungsverfahren vermieden, Bürokratie abgebaut und Planungen beschleunigt werden. Für uns ist allerdings nicht nachvollziehbar dargestellt, warum das neue Instrument im Regionalplanentwurf nicht großzügiger eingesetzt wird. So steht in der Begründung zum Regionalplanentwurf, dass im Ranking-Prozess für GIBregional Flächen verblieben sind, die grundsätzlich als GIBregional geeignet wären, für die es aber derzeit keinen (rechnerischen) Bedarf gibt (S. 108 der Begründung). Die Begründung spricht an dieser Stelle davon, dass diese Flächen beispielsweise zur regionalen Verteilung von eventuell zukünftig entstehenden Bedarfen erforderlich werden?. Wenn diese Flächen grundsätzlich als GIBregional qualifizierbar sind, erfüllen sie nach unserem Verständnis auch die Voraussetzung, kommunal als GIBflex dargestellt zu werden, um den Städten und Gemeinden mehr Alternativen bei der Flächenentwicklung einzuräumen und zukünftige Änderungsverfahren zu vermeiden. Durch den Charakter als Vorbehaltsgebiet wird der ermittelte kommunale Gewerbeflächenbedarf nicht zusätzlich erhöht, so dass kein Konflikt mit der Bedarfsberechnung besteht. Wir regen daher an, die nicht dargestellten GIBregional-Flächen - und auch andere nicht festgelegte GIB-Potenzialflächen - zu prüfen und sie bei Eignung zusätzlich als GIBflex darzustellen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Der Regionalplan Köln entkoppelt insofern Mengen- und Standortsteuerung der Siedlungsentwicklung. Dies dient dazu, zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbaren Restriktionen und Umsetzungs hemmnissen innerhalb der ASB und GIB zu begegnen und mehr Flexibilität bei der räumlichen Verortung der ermittelten Siedlungsraumbedarfe zu schaffen. Im Sinne der Verfahrensbeschleunigung sowie einer gesamtträumlichen Abwägung im Sinne des Freiraumschutzes werden durch dieses Instrument künftig erforderliche einzelne Einzeländerungsverfahren des Regionalplans für geeignete Siedlungsraumerweiterung reduziert. Aufgrund der vielfältigen Restriktionen und

Mehrfachkodierungen der Flächennutzung im Regionalplan Köln legt dies den sonst typischerweise auftretenden Regionalplanänderungsverfahren für Einzelvorhaben eine gesamtplanerische Freiraum- und Siedlungsraumkonzeption zugrunde.

Die Ermittlung der Flex-Bedarfe fußt dabei auf einem Richtwert von 50% der ermittelten Siedlungsraumbedarfe, um einerseits ein angemessenes Verhältnis zum Siedlungsflächenbedarf herzustellen und andererseits in Hinblick die zeichnerische Festlegung (in der Regel ab 10 ha) ein regionalplanerisch darstellungsfähiges Mengengerüst zu erhalten. Dabei werden auch etwaige Überhänge bei den Siedlungsflächenreserven berücksichtigt. Die Festlegung von ASBflex und GIBflex erfolgt im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans anhand eines eigenen Planzeichens. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Im Rahmen der Beteiligung werden weitere Darstellungswünsche nach ASBflex und GIBflex im Regionalplan bedarfsgerecht festgelegt. Insofern ist der Stellungnahme entsprochen.

Die Tabelle *Potentiale zur Festlegung von ASBflex und GIBflex in den Kommunen des Regierungsbezirks Köln* in der Begründung wird um die tatsächlich verorteten ASBflex und GIBflex ergänzt und ist insofern als Dokumentation eines Prozesses zu verstehen.

ASBflex und GIBflex dürfen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung sind im kommunalen Bauleitplanverfahren die Bereiche (ASB/GIB) zu benennen, innerhalb welcher dauerhafte Vollzugshindernisse vorliegen. So wird sichergestellt, dass nicht mehr Fläche als gemäß ermitteltem Bedarf in Anspruch genommen wird.

Inhalt**Z.6 ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln**

Die neu eingeführten ?flex-Flächen? bieten den Kommunen zusätzliche Handlungsalternative, insbesondere wenn GIB-Flächen für eine Entwicklung aufgrund fehlender Verkaufsbereitschaft oder überhöhter Preise nicht zur Verfügung stehen. Für uns ist aber nicht nachvollziehbar, warum die Kommunen diese nur in Anspruch nehmen dürfen, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Grundsätzlich eignen sich sowohl die ASB bzw. GIB als auch die ASBflex- bzw. GIBflex-Flächen immer für eine Siedlungsentwicklung. Es muss daher lediglich sichergestellt werden, dass die Kommunen keine Flächen über ihren Bedarf hinaus in Anspruch nehmen. Die Frage, welche Fläche eine Stadt bzw. Gemeinde entwickeln will, kann sie im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit selbst entscheiden, ohne ein raumordnerisches Ziel zu verletzen. Aufgrund der unterschiedlichen rechtlichen Bewertung von ASB/GIB (Vorranggebiete) und ASBflex/ GIBflex (Vorbehaltsgebiete) reicht es nach unserem Verständnis aus, wenn die Inanspruchnahme von flex-Flächen durch eine landesplanerische Anfrage mit der Regionalplanungsbehörde abgestimmt wird. Wir regen daher an, bei dem Ziel auf die Einschränkung der Nutzung von GIBflex- und ASBflex-Flächen durch dauerhafte Vollzugshindernisse zu verzichten und die Darstellung großzügig zu nutzen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Die Bedarfsberechnung für Wohnbauflächen hat das Ziel, ein ausreichendes Flächenangebot für die Versorgung der Haushalte mit Wohnraum in der Zukunft sicherstellen. Die Ermittlung von Bedarfen für Gewerbeflächen dient der Flächenvorsorge für die Verlagerung und Erweiterung vorhandener Betriebe sowie dem Angebot für die Neuansiedlung von für Gewerbe- und Industriebetriebe, die Emissionen erzeugen. Auf dieser Grundlage werden Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) sowie Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) im Regionalplan entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips bedarfsgerecht festgelegt. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Der Regionalplan Köln entkoppelt insofern Mengen- und Standortsteuerung der Siedlungsentwicklung. Dies dient dazu, zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbaren Restriktionen und Umsetzungshemmnissen innerhalb der ASB und GIB zu begegnen und mehr Flexibilität bei der räumlichen Verortung der ermittelten Siedlungsraumbedarfe zu schaffen. Im Sinne der Verfahrensbeschleunigung sowie einer gesamtträumlichen Abwägung im Sinne des Freiraumschutzes werden durch dieses Instrument künftig erforderliche einzelne Einzeländerungsverfahren des Regionalplans für geeignete Siedlungsraumerweiterung reduziert. Aufgrund der vielfältigen Restriktionen und

Mehrfachkodierungen der Flächennutzung im Regionalplan Köln legt dies den sonst typischerweise auftretenden Regionalplanänderungsverfahren für Einzelvorhaben eine gesamtplanerische Freiraum- und Siedlungsraumkonzeption zugrunde.

Die Ermittlung der Flex-Bedarfe fußt dabei auf einem Richtwert von 50% der ermittelten Siedlungsraumbedarfe, um einerseits ein angemessenes Verhältnis zum Siedlungsflächenbedarf herzustellen und andererseits in Hinblick die zeichnerische Festlegung (in der Regel ab 10 ha) ein regionalplanerisch darstellungsfähiges Mengengerüst zu erhalten. Dabei werden auch etwaige Überhänge bei den Siedlungsflächenreserven berücksichtigt. Die Festlegung von ASBflex und GIBflex erfolgt im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans anhand eines eigenen Planzeichens. Das Ausschöpfen der ermittelten Bedarfe durch Festlegungen ist nicht zwingend erforderlich und "übrige" Bedarfe werden nicht regional verteilt. Die Tabelle *Potentiale zur Festlegung von ASBflex und GIBflex in den Kommunen des Regierungsbezirks Köln* in der Begründung wird um die tatsächlichen verorteten ASBflex und GIBflex ergänzt und ist insofern als Dokumentation eines Prozesses zu verstehen.

ASBflex und GIBflex dürfen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung sind im kommunalen Bauleitplanverfahren die Bereiche (ASB/GIB) zu benennen, innerhalb welcher dauerhafte Vollzugshindernisse vorliegen. Nur so wird sichergestellt, dass nicht mehr Fläche als gemäß ermitteltem Bedarf in Anspruch genommen wird und den landesplanerischen Vorgaben zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung entsprochen wird.

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt**Z.10 GIB sichern und entwickeln**

Das Ziel ist für uns nachvollziehbar und sinnvoll. Wir weisen aber darauf hin, dass aufgrund der geringen Anzahl von GIB-Flächen in einzelnen Kommunen die Ausnahmeregelung zur Unterbringung von nicht wesentlich störenden bzw. nicht störenden Gewerbebetrieben zu einer faktischen Verkleinerung der nutzbaren GIB-Fläche führen kann. Sofern diese Ausnahmeregelung zur Anwendung kommt, handelt es sich somit um eine indirekte Umwandlung von Teilflächen eines GIB in ASB. Der Verlust an GIB-Flächen muss dann nach unserer Auffassung in diesem Fall an anderer Stelle ausgeglichen werden, um die begrenzt zur Verfügung stehenden Flächen nicht noch weiter zu verringern. Um einen solchen Konflikt zu vermeiden, kann es zielführend sein, angrenzend an die GIB-Flächen von vorn herein entsprechende ?ASB für Gewerbe? darzustellen, wie sie im Regionalplan Düsseldorf verwendet werden.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien ebenenspezifisch (u.a. zur siedlungsräumlichen, umweltverträglichen sowie verkehrlichen Eignung) über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Der Regionalplan Köln sichert durch ein verschiedenartiges Flächenangebot für die unterschiedlichen Formen der gewerblich-industriellen Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten und setzt mit differenzierten GIB-Festlegungen den Handlungsauftrag der Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in spezifischen Raumnutzungskategorien im neuen Regionalplan für verschiedene wirtschaftliche Funktionen und Nutzungen unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben um.

Die Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung kann eine hinreichend konkretisierende Festlegung beispielsweise durch einen pauschalen Ausschluss von bestimmten schutzbedürftigen Nutzungen nicht auf Ebene der Regionalplanung erfolgen. Diese Beurteilung überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und

Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz ?insbesondere? (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Die Textliche Festlegung Z. 10 und deren Erläuterung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Die Änderung der textlichen Festlegung im angeführten Ziel Z.10 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen macht sich die in Ziffer 1.c) der Planzeichendefinition angegebenen Nutzungen als Vorrangnutzungen in den festgelegten GIB zu eigen, da es sich hinsichtlich einer erforderlichen kleinräumigen Konfliktlösung um eine Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt. Die textlichen Festlegungen des Z.10 *GIB sichern und entwickeln* wurden entsprechend überarbeitet. Bezüglich der Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit ?KAS 18? in der jeweils aktuellen Fassung.

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB und GIB möglich ist. Dies kann auch bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Hinsichtlich des benannten Konkretisierungs- und Abwägungserfordernisses auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen wird daher auch von einer regionalplanerische Zielfestlegung durch Einführung einer neuen Gebietskategorie innerhalb der ASB abgesehen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Auf die geänderten Festlegungen Z.7 *ASB sichern und entwickeln* und G. 14 *Nutzungsmischung in dem ASB sicherstellen* wird entsprechend verwiesen.

Auch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum (s. Ziel 2-3 LEP NRW) unberührt.

Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.

Inhalt

Z.11 GIBinterkommunal sichern und umsetzen

Interkommunale Gewerbegebiete sind in der Region Aachen in den vergangenen Jahren vermehrt geplant und entwickelt worden, sind aber bisher noch nicht flächendeckend etabliert. Aufgrund des erhöhten Abstimmungsbedarfs ist eine Entwicklung solcher Flächen im Vergleich zu üblichen GIB deutlich aufwendiger. Die Einführung dieser Darstellung begrüßen wir dennoch, da sie den Kommunen zusätzliche Spielräume ermöglicht, größerer Gewerbe- und Industriegebiete zu entwickeln. Es muss allerdings sichergestellt werden, dass die GIBinterkommunal nur dort ausgewiesen werden, wo der Bedarf einer Kommune nicht im eigenen Stadtgebiet gedeckt werden kann und deshalb außerhalb - in räumlicher Nähe - realisiert werden soll. Die Darstellung von GIBinterkommunal muss dabei im Einvernehmen mit den betroffenen Kommunen erfolgen. Sollten eine oder mehrere Kommunen dieses Einvernehmen entziehen, ist ein entsprechender Ersatz der GIBinterkommunal erforderlich - ggf. als GIB im eigenen Kommunalgebiet.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht als interkommunales GIB sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der interkommunalen Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1004230, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Z.12 GIBregional sichern und umsetzen

Die Einführung von GIBregional-Flächen, die nicht dem Bedarf einer Kommune angerechnet werden, ermöglichen der Belegenheitskommune und den sonstigen daran beteiligten Kommunen zusätzliche Entwicklungschancen. Sie helfen dabei, Flächenbedarfe, die aufgrund von Restriktionen kommunal nicht realisiert werden können, regional umzusetzen. Dies ist ein wichtiger Baustein zur Sicherung von Wirtschaftswachstum und Wertschöpfung innerhalb der Region in zunehmend begrenzten Teilräumen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1004231, Industrie- und Handelskammer Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Z.13 GIBplus sichern und umsetzen</p> <p>Mit der neuen Darstellung der GIBplus werden Bereiche für überregionale gewerbliche und industrielle Nutzungen aufgrund ihrer besonderen Flächenqualität, ihrer Lage und der verfügbaren Flächengröße mit Bedeutung für den gesamten Regierungsbezirk festgelegt. Innerhalb der IHK-Region Aachen liegen zwei der drei definierten Standorte (Jülich und Hückelhoven). Die Flächen sind gemäß der Begründung zum Regionalplan für spezifische emissionsstarke Unternehmen sowie flächenintensive Vorhaben und Vorhabenverbünde mit einer Mindestansiedlungsgröße von 5 ha vorgesehen (S. 120 der Begründung). Wir begrüßen ausdrücklich, dass diese Flächen nicht dem kommunalen Flächenbedarf zugerechnet werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1004232, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Z.14 GIBz sichern und umsetzen

Gegen die Darstellung für Bereiche für zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBz) bestehen grundsätzlich keine Bedenken. Innerhalb der IHK-Bezirks sind neben einer militärischen Nachnutzungsfläche in Aachen (Camp Hittfeld), dem Forschungszentrum Jülich und zwei militärischen Einrichtungen in Geilenkirchen und Jülich noch vier ?Starterstandorte Strukturwandel? vorgesehen. Dabei handelt es sich um:

? Baesweiler/Aldenhoven als Teilfläche des Future Mobility Parks

? Würselen sowie

? zwei Standorten in Eschweiler.

Wir weisen allerdings darauf hin, dass nach unserem Kenntnisstand für noch weitere Zukunftsprojekte Förderanträge zur Bewältigung des Strukturwandels gestellt haben bzw. noch stellen werden, die ggf. ebenfalls räumliche Relevanz und eine entsprechende Zweckbindung erfordern. Um eine zeitnahe Realisierung dieser Strukturwandelprojekte nicht zu gefährden, sollte eine erneute Abfrage bei den Kommunen im Hinblick auf diese Flächen erfolgen und ggf. Ergänzungen vorgenommen werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise zur Bewältigung des Strukturwandels geäußert. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Der Regionalplan Entwurf beinhaltet im vorgegebenen Rahmen der rechtlichen Darstellungsmöglichkeiten umfangreiche Festlegungen zum Siedlungsraum und hier insbesondere zur gewerblichen Entwicklung, die dem Strukturwandel dienen und Handlungsoptionen eröffnen, wie z.B. Festlegungen zur flexiblen Siedlungsentwicklung, Festlegung von Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen sowohl für die endogene kommunale interkommunale und die regionale und übergeordnete Entwicklung (GIB, GIBinterkommunal, GIBregional, GIBplaus). Zusätzlich werden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Hierzu steht die Regionalplanungsbehörde im engen Austausch mit den betroffenen Kommunen. Die zusätzlichen Standorte werden im Rahmen einer erneuten Offenlage des Planentwurfes Beteiligung und Stellungnahme vorgestellt werden.

Inhalt

G.18 GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen
 Heranrückende Nutzungen sind ein wiederkehrender Konflikt bei vielen Gewerbe- und Industriegebieten, der zu nicht unerheblichen Einschränkungen bei der zulässigen gewerblichen Tätigkeit führen kann. Den neu eingeführten Grundsatz zum Schutzes von GIB vor heranrückenden Nutzungen unterstützen wir daher ausdrücklich. Auch bei der Infrastruktur für den kombinierten Güterverkehr (G.59), bei der Flughafeninfrastruktur (G.60) und der Entsorgungsinfrastruktur (G.60) sollen Konflikte durch einen Ausschluss von heranrückender Bebauung ausgeschlossen werden. Dies betont die besondere Schutzwürdigkeit dieser begrenzt zur Verfügung stehenden Flächen. Bei den Erläuterungen sollte aber grundsätzlich sichergestellt sein, dass der Schutz außerhalb der GIB-Flächen zu erfolgen hat und keine Beschränkungen innerhalb des GIBs erfolgen darf. Da einzelne Kommunen in der Vergangenheit heranrückende Nutzungen an Gewerbe- oder Industriegebiete geplant und bewilligt haben, obwohl es entsprechende negative Stellungnahmen seitens der betroffenen Unternehmen und der Industrie- und Handelskammern gab, regen wir an, den Grundsatz zu einem Ziel aufzuwerten, damit die Belange der Wirtschaft im Rahmen der Abwägung nicht übergangen werden.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die ebenenspezifischen Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB).

Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Eine konkretisierende Festlegung in Bezug auf erforderliche Abstände zwischen Nutzungen überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können. Dies schließt auch eine ebenenspezifischen Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie ein.

Zudem verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit ?KAS 18? in der jeweils aktuellen Fassung. Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung bzw. der Fachplanung ist es u.a. im Sinne des Abstandgebotes erforderlich, unter Kenntnis der konkret vorhandenen Situation innerhalb der ASB aber auch der GIB sowie im Falle ggf. heranrückender schutzbedürftiger Nutzungen oder der

Erweiterung und Errichtung emittierender Nutzungen, einen möglichen Konflikt zu verhindern. Dies kann beispielsweise bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen einer Erweiterung schutzbedürftiger oder emittierender Nutzungen durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann sachgerecht erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB und GIB möglich ist. Dies kann auch bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Auf die geänderten Festlegungen im G.14 *Nutzungsmischung in den ASB sicherstellen* hinsichtlich einer möglichen Umsetzung von Abstandsflächen innerhalb der ASB wird zudem verwiesen.

Die Festlegung G.18 *GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen* sowie der weiteren Grundsätze zum Umgebungsschutz in G. 59 *Infrastruktur für den kombinierten Güterverkehr vor heranrückenden Nutzungen schützen*, G. 60 *Flughafeninfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen*, G. 68 *Entsorgungsinfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen* entfallen.

Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung solcher Ziele und Grundsätze des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden. (s. 6.3-2 Grundsatz *Umgebungsschutz*, 10.3-3 Grundsatz *Umgebungsschutz für Kraftwerksstandorte*, Ziel 8.1-9 *Landesbedeutsame Häfen und Wasserstraßen*, Grundsatz 8.1-8 *Schutz vor Fluglärm und Siedlungsentwicklung*, Ziel 8.1-7 *Schutz vor Fluglärm Schutz vor Fluglärm*).

Die Berücksichtigung des Umgebungsschutzes i.S. § 50 BImSchG ist auf Ebene der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen gewährleistet, wobei die für den gegenseitigen Schutz erforderlichen Abstandsflächen stets im Einzelfall unter Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher Vorgaben zu bemessen sind. Ein ergänzender regionalplanerischer Umgebungsschutz ist nicht erforderlich und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

In der Regionalplanung erfolgt die ebenenspezifische Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandsgesetz nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie durch räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in

ebenenspezifischen Raumnutzungskategorien wie Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Dabei gleicht die Regionalplanung die regelmäßig großräumigen Konflikte aus. Die kleinräumigen Nutzungskonflikte dagegen verweist die Regionalplanung auf die nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen, da diese unter vorausschauender Betrachtung dort sachgerecht gelöst werden können.

Die textlichen Festlegungen werden geändert. (Siehe Erläuterungen zu StnID 1026462).

Auch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum (s. Ziel 2-3 LEP NRW) unberührt.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.

1004234, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Z.37 Neue Standort für Windenergieanlagen steuern

Grundsätzlich sehen wir die Verantwortung für die Entwicklung von Standorten für Windkraftanlagen primär bei den Kommunen (über Windkraftkonzentrationszonen oder entsprechende Bauleitpläne). Allerdings müssen wir leider feststellen, dass einige Kommunen trotz der bevorstehenden Energiewende nur ein Minimum der nutzbaren Fläche für Windkraftanlage ausweisen oder gegen die Ausweisung in Nachbargemeinden juristisch vorgehen. Vor diesem Hintergrund ist eine landesplanerische Steuerung der Entwicklung von Standorten für Windkraftanlagen im Regionalplan im Einzelfall sinnvoll. Wir regen außerdem an, die Regelung so anzupassen, dass regionale Windkraftstandorte eine überörtliche Versorgungsfunktion übernehmen und damit ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung haben, hinter dem andere öffentliche Belange (z.B. Denkmalschutzbereiche) zurückstehen können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1004235, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Z.37 Neue Standort für Windenergieanlagen steuern

Grundsätzlich sehen wir die Verantwortung für die Entwicklung von Standorten für Windkraftanlagen primär bei den Kommunen (über Windkraftkonzentrationszonen oder entsprechende Bauleitpläne). Allerdings müssen wir leider feststellen, dass einige Kommunen trotz der bevorstehenden Energiewende nur ein Minimum der nutzbaren Fläche für Windkraftanlage ausweisen oder gegen die Ausweisung in Nachbargemeinden juristisch vorgehen. Vor diesem Hintergrund ist eine landesplanerische Steuerung der Entwicklung von Standorten für Windkraftanlagen im Regionalplan im Einzelfall sinnvoll. Wir regen außerdem an, die Regelung so anzupassen, dass regionale Windkraftstandorte eine überörtliche Versorgungsfunktion übernehmen und damit ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung haben, hinter dem andere öffentliche Belange (z.B. Denkmalschutzbereiche) zurückstehen können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

G.32 Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten / Z18 Regionale Grünzüge sichern und vor

Inanspruchnahme schützen / Z.38 Standort für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergieraumverträglich steuern

Die Energiewende erfordert in den kommenden Jahren einen deutlichen Ausbau einer regenerativen Energiegewinnung. Damit das gelingt, regen wir an, dass ?Regionale Grünzüge? keine grundsätzliche Ausschusswirkung für großflächige Freiflächensolaranlagen darstellen sollten. Solche Anlagen sollten insofern im Außenbereich zulassungsfähig sein, wenn in den folgenden Planungsebenen ihre Umweltverträglichkeit nachgewiesen wird. Vergleichbares sollte landwirtschaftlichen Flächen gelten. Die kombinierte Solarnutzung (Hybridanlagen) auf landwirtschaftlichen Flächen wird in Zukunft eine wichtige Rolle spielen.

Die Regelungen sollten daher dahingehend angepasst werden, dass bei der Darstellung landwirtschaftlicher Bereiche eine kombinierte Solarenergienutzung nicht ausgeschlossen ist. Dies würde einen Ausbau der solaren Energieerzeugung deutlich beschleunigen und erforderliche Planänderungsverfahren zukünftig vermeiden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1004237, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

ÖPNV-Infrastruktur

Wir unterstützen den Hinweis der StädteRegion Aachen, die grobe Linienführung der in Planung befindlichen Regiotram von Aachen nach Baesweiler in die Planzeichnung aufzunehmen, ohne dass damit der Variantendiskussion vorgegriffen wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3) (vgl. auch STN ID 1006600).

1004238, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Hinweise zu dem parallelen Verfahren zur Aufstellung des sachlichen Teilplans für nicht energetische Rohstoffe

Die Fortsetzung der Aufstellung des sachlichen Teilplans für nicht energetische Rohstoffe (Locker- und Festgestein) ist dringend geboten. Die langfristige Sicherung von vorhabennahen Rohstoffen ist ein wichtiger Faktor für die Industrie, insbesondere für das Baugewerbe. Aufgrund der regionalen Verfügbarkeit und der hohen Transportkosten sollte die Ausweisung entsprechender Abgrabungsbereiche großzügig erfolgen, um kostspielige und klimaschädliche Importe, aber auch spät erforderliche Regionalplanänderungsverfahren zu vermeiden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum sachlichen Teilplan Nicht Energetische Rohstoffe gegeben.

1004239, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen

Die folgenden Ausführungen zu den zeichnerischen Festlegungen basieren auf den uns von den Kommunen und Kreisen zur Verfügung gestellten Stellungnahmen zum Regionalplanentwurf. Aufgrund unseres gesetzlich definierten Auftrags, das Gesamtinteresse der Wirtschaft zu vertreten, konzentrieren sich die folgenden Aussagen, Anregungen und Bedenken ausschließlich auf gewerblich-industrielle Bereiche (GIB) oder auf zeichnerische Festlegungen, die Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. Aufgrund eines Cyberangriffs ist die IHK Aachen seit dem 4. August 2022 nur noch eingeschränkt erreichbar, so dass uns nicht die Stellungnahmen aller Kommunen innerhalb unseres Kammerbezirks erreicht haben. Bei den im folgenden nicht aufgeführten Städten und Gemeinden verweisen wir daher auf die ihrerseits eingereichten Schreiben. Außerdem weisen wir darauf hin, dass wir die Stellungnahme der Stadt Aachen im Hinblick auf die Hinweise zu GIB-Flächen nicht teilen und diesbezüglich in unserer Stellungnahme abweichende Anregungen äußern.

Einige Kommunen haben in ihren Stellungnahmen angemerkt, dass der bauliche Bestand, die Geltungsbereiche rechtskräftiger Bebauungspläne, die wirksamen Flächennutzungsplanänderungen sowie die von der Regionalplanungsbehörde bereits positiv beschiedenen regionalplanerischen Anfragen nach § 34 Landesplanungsgesetz (LPIG NRW) im Regionalplanentwurf bei der Abgrenzung der Siedlungsbereiche teilweise nicht berücksichtigt wurden. Die zeichnerische Darstellung dieser Flächen ist im Hinblick auf die Bauleitplanung dringend geboten. Wir bitten daher darum, die entsprechenden Darstellungen in Abstimmung mit den Kommunen im weiteren Verfahren anzupassen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterungen zu den jeweiligen Stellungnahmen verwiesen.

1004240, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Städteregion Aachen

Aachen

Im Hinblick auf die ermittelten GIB-Bedarfe (318 ha) sind die dargestellten GIB-Flächen (108 ha) äußerst gering. Wegen der zahlreichen Restriktionen innerhalb des Stadtgebiets ist es für uns dennoch nachvollziehbar, dass keine weiteren GIB innerhalb Aachens festgelegt wurden. Wir unterstützten die Anregung der Stadt Aachen, auf dem Gelände Camp Hittfeld analog zur FNP-Darstellung einen größeren GIB darzustellen, durch Arrondierung angrenzend weitere Potenzialflächen zu schaffen und durch eine zweiteilige Darstellung der Zweckbindung eine bessere Nutzbarkeit des Gebiets sicherzustellen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Aachen verwiesen.

1004241, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Alsdorf

Wir unterstützen die Forderung der Stadt Alsdorf, das ermittelte Potenzial an GIBflex-Flächen im Stadtgebiet nicht nur textlich, sondern auch zeichnerisch darzustellen. Andernfalls ist eine entsprechende Inanspruchnahme ohne ein Regionalplanänderungsverfahren nicht kurzfristig möglich. Dazu bietet sich eine Arrondierung des geplanten GIB in Alsdorf-Schaufenberg an.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Alsdorf verwiesen.

1004244, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Darüber hinaus unterstützen wir die Forderung der Stadt Baesweiler, das ermittelte Potenzial an GIBflex-Flächen im Stadtgebiet nicht nur textlich, sondern auch zeichnerisch darzustellen. Andernfalls ist eine entsprechende Inanspruchnahme ohne ein Regionalplanänderungsverfahren nicht kurzfristig möglich.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Baesweiler verwiesen.

1004248, Industrie- und Handelskammer Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Eschweiler</p> <p>Wir begrüßen eine Erweiterung des GIB südlich des GIBinterkommunal Kinzweiler, da durch die Ergänzung dieser Fläche in Verbindung mit Teilen des Alsdorfer Stadtgebiets entlang der L 240 ein interkommunales GIB-Band geschaffen wird, das zwischen Alsdorf, Aldenhoven und Eschweiler liegt und durch die BAB 4 und BAB 44 optimal mit den GIB-Gebieten Merzbrück und Eschweiler sowie den Hochschulstandorten in Aachen und Jülich (Merscher Höhe) angebunden ist. Wir unterstützen eine deutliche Ausweitung der GIB-Flächen mit interkommunaler bzw. strukturwandelbezogener Zweckbindung in Eschweiler-Kinzweiler, um den Gewerbeflächenbedarf von Aachen im Umfeld der Stadt decken zu können.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Maßgeblich für die Verortung von Siedlungsbereichen ist die kommunale Entwicklungsabsicht. In Bezug auf das GIBinterkommunal in der Stadt Eschweiler wird auf dessen regionalplanerische Festlegung in einem vorgezogenen Regionalplan-Änderungsverfahren verwiesen. Seitens der Stadt Eschweiler werden darüber hinaus keine gewerblich-industriellen Entwicklungen in das Verfahren eingebracht. In Bezug auf die Stadt Würselen (Transformationsstandort) wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Städteregion Aachen und der Stadt Würselen verwiesen.</p>

1004249, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Herzogenrath

Wir begrüßen die Absicht der Städte Aachen und Herzogenrath, auf dem Stadtgebiet von Herzogenrath ein zusätzliches GIB darzustellen zu wollen, um eine weitere Fläche für den Gewerbeflächenpool der Stadt Aachen zu entwickeln. Und bitten darum, die potenziellen Standort wohlwollend zu prüfen die präferierter Fläche entsprechend zeichnerisch darzustellen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Herzogenrath verwiesen.

1004252, Industrie- und Handelskammer Aachen	
Inhalt Monschau Die Stadt Monschau und die Gemeinde Simmerath verfolgen den Ansatz einer GIB-Neuausweisungen im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutzzentrum der StädteRegion Aachen und dem Zentrum für Holzbauforschung der FH entlang der L 246. Diese zusätzliche GIBFläche unterstützen wir.	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Zustimmung zu Anregungen Dritter erklärt. Darüberhinaus werden weitergehende Hinweise zur verkehrlichen Entwicklung gegeben.

Inhalt

Kreis Düren
Aldenhoven

Die Gemeinde Aldenhoven weist darauf hin, dass der Bereich des Center for Vertical Mobility und die Norderweiterung des Business Parks Aldenhoven Alsdorf zwar bereits die Anpassung an die Ziele der Landesplanung bestätigt wurde, die Flächen aber in der Regionalplanneuauaufstellung noch nicht dargestellt wurden. Dies sollte aus Gründen der Übersichtlichkeit, Rechtssicherheit und Klarheit aufgenommen werden. Darüber hinaus verweist die Gemeinde auf die interkommunale Kooperation mit der Stadt Alsdorf und die Erweiterung des Business Parks in östlicher Richtung. Hierzu hat die für den Strukturwandel eingerichtete Task Force bereits den Standort als Transformationsstandort für den Strukturwandel im Rheinischen Revier mit rund 90 ha identifiziert. Wir bitten darum, eine entsprechende Darstellung im Regionalplanentwurf zu ergänzen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Hinsichtlich der Anregung Osterweiterung Business-Park Alsdorf/Aldenhoven: der Anregung wird entsprochen - siehe hierzu die Erläuterungen zur Anregung StnID 1001006.

Hinsichtlich der Anregung zur Norderweiterung des Business-Park Alsdorf/Aldenhoven: der Anregung wird entsprochen - siehe hierzu die Erläuterungen zur Anregung StnID 1001004.

Hinsichtlich der Anregung der Gemeinde Aldenhoven zum Center for vertical Mobility (s. StnID 1000996):
Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004256, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Die Stadt Düren weist darauf hin, dass der Regionalplanentwurf nicht die aktuelle Fassung des Entwurfs zum neuen Flächennutzungsplanes der Stadt (nach der frühzeitigen Beteiligung) berücksichtigt. Um Zielkonflikte zwischen den raumordnerischen Festlegungen und den Entwicklungszielen der Stadt zu vermeiden, bitten wir darum, die in der aktuellen Version des FNP-Entwurfs dargestellten gewerblichen Flächen zu prüfen, ob diese einer landesplanerischen Darstellung im Regionalplan bedürfen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Stadt Düren verwiesen.

Inhalt

Heimbach

In dem rechtswirksamen Regionalplan wurden diverse Waldbereiche mit zweckgebundener Nutzung F festgelegt, um eine Freizeit- und Tourismusnutzung innerhalb dieser Waldbereiche explizit zu ermöglichen. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Eifel-Tourismus für die Stadt Heimbach regen wir an, die aktuell gültige regionalplanerische Festlegung mit der Signatur ?F? weiterhin zeichnerisch darzustellen.

Unter Bezugnahme auf Fachbeitrag ?Erholung und Tourismus? unterstützen wir die Anregung zur Darstellung eines weiteren ASB mit der Zweckbestimmung ?Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen? in Heimbach-Schwammenauel.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Zur Anregung Festlegung Signatur "F": Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum grundsätzlich im Freiraum möglich. Aus Sicht des Landesentwicklungsplans und des Regionalplans Köln bedarf es keiner räumlichen Steuerung bzw. Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie beispielsweise Wildgehege, Skisportgelände etc. verzichtet. Das fehlenden Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene u.a. größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen. Der Anregung wird nicht gefolgt.

Zur Anregung zur Darstellung eines weiteren ASB mit der Zweckbestimmung ?Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen? in Heimbach-Schwammenauel siehe Erläuterungen zu StnID 1005349 - der Anregung wird nicht gefolgt.

Inhalt

Hürtgenwald

Nach Aussage der Gemeinde Hürtgenwald ist im Bereich der Ortschaft Gey ein GIBflex ausgewiesen, ohne das weitere GIB-Flächen im Gemeindegebiet dargestellt wurden. Damit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Nutzung eines GIBflex, nämlich ein anderer GIB mit Vollzugshindernissen, nicht gegeben. Die Darstellung eines GIBflex ist somit nicht ausreichend begründet. Wir bitten darum, in Absprache mit der Gemeinde Hürtgenwald am Standort auf die Zweckbindung zu verzichten oder an anderer Stelle einen zusätzlichen GIB festzulegen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Die Gemeinde Hürtgenwald verfügt über keinen kommunalen Bedarf an Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Darüber hinaus besteht auch kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (GIBflex).

Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche ist sowohl als GIBflex als auch als GIB nicht bedarfsgerecht. Folgerichtig wird die Darstellung des GIBflex auf dem Gemeindegebiet der Gemeinde Hürtgenwald zurückgenommen. Siehe hierzu auch StnID 1012213.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004259, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Außerdem weisen wir darauf hin, dass die Gemeinde Hürtgenwald bereits in 2009 ein Einzelhandels- und Zentrenkonzept erstellt hat, in dem eine Erweiterungsfläche für den Zentralen Versorgungsbereich festgelegt wurde. Infolge eines konkreten Ansiedlungsvorhabens wurde der landesplanerischen Anfrage der Gemeinde Hürtgenwald seitens der Bezirksregierung Köln mit Schreiben vom 02.12.2020 sowohl aus städtebaulicher, als auch aus landesplanerischer Sicht zugestimmt. Dennoch ist diese Fläche im Regionalplanentwurf nicht als ASB, sondern als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich mit der Freiraumfunktion ?Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung? (BSLB) zeichnerisch festgelegt worden. Damit ist eine zwingende Voraussetzung zur Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe an dieser Stelle nicht erfüllt. Da in der Gemeinde Hürtgenwald gegenwärtig ein Versorgungsdefizit im Bereich der Nahversorgung festgestellt werden kann, regen wir an, die Erweiterungsfläche als ASB zeichnerisch festzulegen, damit die Gemeinde Hürtgenwald ihre Nahversorgungsfunktion wie vereinbart stärken kann.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Siehe Erläuterungen zu StnID 1005460.

1004260, Industrie- und Handelskammer Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Inden</p> <p>Die Gemeinde Inden beabsichtigt gemeinsam mit der Gemeinde Langerwehe auf dem Gebiet von Langerwehe an der L12n ein innovatives Industriegebiet nach Faktor-X-Kriterien zu entwickeln. Im Regionalplanentwurf werden die hierfür vorgesehenen Flächen als GIBflex bzw. BSAB festgelegt. Unter Verweis auf die Stellungnahmen der Gemeinden Langerwehe und Inden unterstützen wir den Vorschlag zur Änderung der Festlegung GIBflex und BSAB in ein GIBinterkommunal. Dementsprechend muss der GIBflex in Abstimmung mit der Gemeinde Langerwehe an anderer Stelle im Gemeindegebiet festgelegt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Siehe Erläuterung zu StnID 1001340.</p>

1004261, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Inden

Darüber hinaus regen wir an, im Regionalplan den Bereich der Goltsteinkippe unter der Verwendung des Planzeichens ?F? als Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich bzw. Waldbereich mit zweckgebundener Nutzung - Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr festzulegen, damit die Freizeit- und Tourismusnutzung nicht eingeschränkt wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der touristischen Nutzung der Goltsteinkippe stehen die Zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans Köln nicht entgegen.

Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum grundsätzlich im Freiraum möglich. Aus Sicht des Landesentwicklungsplans und des Regionalplans Köln und bedarf es keiner räumlichen Steuerung bzw. Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie beispielsweise Wildgehege, Skisportgelände etc. verzichtet. Das fehlende Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene u.a. größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen.

1004262, Industrie- und Handelskammer Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Wir unterstützen die Idee aus dem informellen Rahmenplans Indesee, die Freizeitentwicklung am Restsee Inden auf der Ebene des Regionalplans durch die Festlegung eines ASBz ?Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen? im Bereich der Goltsteinkippe, vor den Ortslagen Lucherberg und Lamersdorf, im Bereich des heutigen Lucherberger Sees und der späteren Strandzone zu steuern.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung zu einer informellen Rahmenplanung der Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH und den dort vorgeschlagenen Maßnahmen erklärt. Weder in der Teilstellungnahme der Gemeinde Inden noch in der Teilstellungnahme der Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH wird ein ASBmZ für den Bereich der Goltsteinkuppe angeregt. Es wird hierzu auf die Teilstellungnahmen der Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH StnID 1007866 sowie auf die Teilstellungnahme der Gemeinde Inden StnID 1005368 verwiesen. Hinsichtlich der Entwicklungen am Lucherberger See wird auf die Teilstellungnahme der Gemeinde Inden StnID 1005368 verwiesen.</p>

1004263, Industrie- und Handelskammer Aachen	
Inhalt Jülich Nach unserem Kenntnisstand ist in Jülich die Erweiterung des Mechatronikzentrums der Bundeswehr in südlicher Richtung geplant. Aus unserer Sicht ist es daher zielführend, die Flächen als GIBz ?Militärische Einrichtungen? festzulegen und den bisher auf der Erweiterungsfläche verorteten endogenen Gewerbe- und Industrieflächenbedarf in Abstimmung mit der Stadt Jülich an anderer Stelle als GIB ohne Zweckbindung festzulegen.	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Erläuterung Der Anregung wird nicht gefolgt. Siehe Erläuterungen zur StnID 1006057.

Inhalt

Jülich

Darüber hinaus regen wir an, im Regionalplan den Bereich des Brückenkopfparks unter der Verwendung des Planzeichens ?F? als Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich bzw. Waldbereich mit zweckgebundener Nutzung - Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr festzulegen, damit die Freizeit- und Tourismusnutzung nicht eingeschränkt wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der touristischen Nutzung des Brückenkopfparks stehen die Zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans Köln nicht entgegen.

Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum grundsätzlich im Freiraum möglich. Aus Sicht des Landesentwicklungsplans und des Regionalplans Köln und bedarf es keiner räumlichen Steuerung bzw. Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie beispielsweise Wildgehege, Skisportgelände etc. verzichtet. Das fehlenden Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene u.a. größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen.

Inhalt

Langerwehe

Die Gemeinde Langerwehe beabsichtigt gemeinsam mit der Gemeinde Langerwehe auf dem Gebiet von Langerwehe an der L12n ein innovatives Industriegebiet nach Faktor-X-Kriterien zu entwickeln. Im Regionalplanentwurf werden die hierfür vorgesehenen Flächen als GIBflex bzw. BSAB festgelegt. Unter Verweis auf die Stellungnahmen der Gemeinden Langerwehe und Inden unterstützen wir den Vorschlag zur Änderung der Festlegung GIBflex und BSAB in ein GIBinterkommunal. Dementsprechend muss der GIBflex in Abstimmung mit der Gemeinde Langerwehe an anderer Stelle im Gemeindegebiet festgelegt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Gemeinde Langerwehe und Inden verwiesen. In den Betroffenen Teilstellungnahmen der jeweiligen Gemeinden ist am benannten Standort für die gewerbliche Entwicklung des geplanten Industriegebiets FaktroX derzeit im Regionalplan ein GIBflex sowie AFAB festgelegt.

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Im Übrigen unterliegen Flächen, die bereits rechtswirksam genehmigt wurden, unabhängig von ihrer Lage innerhalb oder außerhalb eines BSAB dem Bestandsschutz.

Zur Neuverortung GIBflex: Es liegt hierzu keine Anregung durch die Gemeinde Langerwehe vor. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für die Gemeinde Langerwehe besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* GIBflex. Eine Neuverortung der GIBflex Fläche ist aus den vorbenannten Gründen daher nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

Inhalt

Linnich

Nach unserem Verständnis kommt es bei der aktuellen Darstellung im Regionalplanentwurf zu einem Konflikt zwischen der Darstellung einer GIB-Fläche mit einer Darstellung einer Abgrabungsfläche im aktuellen Entwurf des sachlichen Teilplans ?Nichtenergetische Rohstoffe?. Der vorgesehene BSAB ist - bis auf eine kleinere Teilfläche der ?Erweiterung Neuabgrabung West? - zur Rekultivierung in Form eines Oberflächengewässers vorgesehen. Diese Darstellung konterkariert die Darstellung eines gewerblich-industriellen Bereichs.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Auf Ebene der Regionalplanung ist kein Konflikt erkennbar. Der im Regionalplan festelgete GIB und der im Teiplan Nicht energetische Rohstoffe festgelegte BSAB überlagern sich nicht. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Übrigen richtet sich das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Regionalplanerisch Vorgaben zur Regkultivierung von BSAB sind nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe.(s. StnID 1018199).

1004268, Industrie- und Handelskammer Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Merzenich</p> <p>Die Gemeinde Merzenich beabsichtigt zur Umsetzung des Strukturwandelprojektes ?Mobility/Green Energy Hub?, einen neuen Gewerbe- und Industriestandort mit einer Größe von ca. 20 ha im Dreieck zwischen der Bundesautobahn A4 an der Abfahrt 7a - Merzenich, der Landesstraße L264 und der Bahnstrecke Köln - Aachen zu entwickeln. Aufgrund seiner Bedeutung als Strukturwandelprojekt bitten wir darum, eine Darstellung als GIBinterkommunal zu prüfen und den bisher dort vorgesehenen Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung (BSLE) nördlich der Bundesautobahn A4 enden zu lassen, um zukünftige Konflikte zu vermeiden. Der landschaftsorientierte Erholungswert ist aufgrund der Lage zwischen Autobahn, Landesstraße und hoch frequentiertem Gleiskörper als gering zu erachten. Hingegen erscheint eine Festlegung als GIB wegen der verkehrlichen Lage und der starken Immissionsbelastung als sinnvoll und entspricht der kommunalen Planungsabsicht.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Siehe Erläuterungen zu StnID 1001639.</p>

1004269, Industrie- und Handelskammer Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Merzenich</p> <p>Wir unterstützen außerdem die Anregung der Gemeinde Merzenich, zwischen dem Siedlungsbereich Morschenich-Alt und dem zukünftigen Ufer des Restsees Hambach einen ASBz Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen festzulegen, um eine touristische Entwicklung frühzeitig zu ermöglichen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angesprochene Anregung der Gemeinde Merzenich bezieht sich auf das Ansinnen der Gemeinde, die Bereiche zwischen Morschenich-Alt und dem zukünftigen Seezugang für die landschaftsorientierte Erholung zu entwickeln. Diese Entwicklungsabsichten werden durch die Festlegungen des Regionalplanes ermöglicht, sofern es um nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs- und Freizeiteinrichtungen handelt (siehe Stellungnahme ID 1004269 und ID 1004215).</p>

1004270, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Nideggen

Mit Verweis auf die Anregung der Stadt Nideggen unterstützen wir die Absicht, das im Flächennutzungsplan dargestellte Gewerbegebiet Embken mit Erweiterungsflächen als GIB festzulegen, da bei der beabsichtigten Erweiterung die regionalplanrelevante Größe von 10 ha überschritten wird und somit zu einem späteren Zeitpunkt eine Regionalplanänderung erforderlich würde.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Stadt Nideggen verwiesen.

1004271, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Nideggen

Darüber hinaus regen wir an, im Regionalplan den Bereich des Wildparks Schmidt in seiner heutigen Ausdehnung sowie des östlich angrenzenden Waldgebiets unter der Verwendung des Planzeichens ?F? als Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich bzw. Waldbereich mit zweckgebundener Nutzung - Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr festzulegen, damit die Freizeit- und Tourismusnutzung nicht eingeschränkt wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der touristischen Nutzung des Wildparks Schmidt stehen die Zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans Köln nicht entgegen.

Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum grundsätzlich im Freiraum möglich. Aus Sicht des Landesentwicklungsplans und des Regionalplans Köln und bedarf es keiner räumlichen Steuerung bzw. Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie beispielsweise Wildgehege, Skisportgelände etc. verzichtet. Das fehlende Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene u.a. größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen.

1004272, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Niederzier

Der im Regionalplanentwurf als GIBregional Düren/Niederzier dargestellte GIB wurde bereits im Zuge der 23. Regionalplanänderung als GIBregional festgelegt. Wir bitten darum, die in der Stellungnahme der Gemeinde Niederzier angeregte Erweiterung dieses GIBregional in nördlicher Richtung auf dem Gebiet der Gemeinde Niederzier zu prüfen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert. Es liegt keine kommunale Stellungnahme der Gemeinde Niederzier mit einem Entwicklungswunsch für eine GIBregional Erweiterung des GIBregional Düren/Niederzier vor.

1004273, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Titz

Die Landgemeinde Titz sieht in dem Ende des Braunkohletagebaus die Chance, Nachholeffekte in der gewerblichen Entwicklung im Gemeindegebiet zu realisieren, da diese in den zurückliegenden Jahren nur eingeschränkt möglich gewesen sei. Dieser Wunsch nach zusätzlichen GIB-Flächen ist für uns nachvollziehbar und begründet. Die Absicht, zwei GIBinterkommunal im Bereich Titz-Jackerath gemeinsam mit den Anrainerkommunen Erkelenz bzw. Jüchen zu entwickeln, um die Folgen des Strukturwandels vor Ort abzufedern, unterstützen wir daher ausdrücklich.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Landgemeinde Titz verwiesen.

1004274, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Vettweiß

Wir unterstützen die Auffassung der Gemeinde Vettweiß, dass für eine langfristige Sicherung gewerblicher Bauflächen die Darstellung zusätzlicher Flächen erforderlich sind, da die verbliebenen Reserven in weiten Teilen aufgrund der Grundstückzuschnitte und -größen kaum zu entwickeln sind. Im westlichen Bereich des GIB Richtung Kettenheim ist bereits eine Fläche als Gewerbegebiet festgesetzt und fast vollständig bebaut. Dieses sollte im Regionalplan ebenfalls als GIB zeichnerisch dargestellt werden. Im nördlichen Bereich des gleichen GIB sollen im Vergleich zum bestehenden Regionalplan zurückgenommen werden und zu einem BSLE dargestellt werden. Eine entsprechende Umwandlung würde nach unserer Auffassung die gewerbliche Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde erschweren, obwohl ein entsprechender Bedarf besteht. Aus den selben Gründen bitten wir um eine zusätzliche Ausweisung im Südosten des GIB.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Gemeinde Vettweiß (StnID 1001448, StnID 1001441, StnID 1001442) verwiesen.

1004275, Industrie- und Handelskammer Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Kreis Euskirchen Die Flutkatastrophe im Sommer 2021 hat den Kreis Euskirchen besonders stark betroffen. Um auf zukünftige Starkregenereignisse besser vorbereitet zu sein, beabsichtigen einige Kommunen, Neuausweisungen vorzunehmen, um vom Hochwasser betroffene Unternehmen dort anzusiedeln. Diese Planungsabsichten sind grundsätzlich zu unterstützen, um weitere Katastrophen zukünftig zu vermeiden. Wir bitten daher darum, dass sich die Bezirksplanungsbehörde mit den betroffenen Gemeinden insbesondere im Hinblick auf die GIB-Darstellung einschließlich aller Zweckbestimmungen entsprechend abstimmt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Neuaufstellung des Regionalplans bietet die Gelegenheit für die Kommunen ihre Planungsabsichten -soweit regionalplanerisch relevant- einzubringen. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach §34LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

1004276, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Bad Münstereifel

Stadt Bad Münstereifel darum bittet, zusätzlich gewerblich nutzbare Flächen innerhalb ihres Stadtgebiets auszuweisen, da die aktuell als GIB dargestellten Flächen überwiegend bereits im unternehmerischen Besitz sind und somit kein Zugriff auf die Flächen existiert. Der ermittelte Flächenbedarf kann dadurch auf absehbare Zeit nicht realisiert werden. Deswegen wird vorgeschlagen, zusätzlich die Fläche Kernstadt-Marienbäumchen darzustellen, um dort eine endogene gewerbliche Entwicklung für nicht wesentlich bzw. nicht störend Gewerbebetriebe zu ermöglichen. Um sicherzustellen, dass diese Fläche nicht für eine Wohnbaunutzung in Anspruch genommen wird, regen wir an, diese Fläche als ?ASB für Gewerbe? festzulegen. Eine entsprechende Zweckbindung für ASB wird bereits im Regionalplan Düsseldorf verwendet.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der ASB wird entsprechend der landesplanerisch möglichen Größenordnung (Bedarfsermittlung gem. LEP NRW) erweitert. Die Umsetzung obliegt der Verantwortung der Stadt Bad Münstereifel unter Beachtung der ermittelten Bedarfe. Einer weiteren Spezifizierung in Form eines neuen Planzeichens bedarf es nicht.

.

1004277, Industrie- und Handelskammer Aachen	
Inhalt Blankenheim Die Stadt Blankenheim ist mit dem interkommunalen Gewerbegebiet Blankenheim/Nettersheim dafür prädestiniert, den gewerblichen Ansiedlungsdruck aus dem Ballungsraum Köln/Bonn aufzunehmen. Wir bitten daher darum zu prüfen, ob das interkommunale Gewerbegebiet erweitert und mit der Zweckbestimmung GIBregional festgelegt werden kann.	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme des Kreises Euskirchen verwiesen.

Inhalt

Im Auftrag der Eifel Tourismus wurde ein Fachbeitrag Tourismus und Erholung erarbeitet, der bedeutsame Flächen für die touristische Entwicklung der Eifel identifiziert hat. Wegen der hohen wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus in der Eifel sollten entsprechende Flächen auch im Regionalplan festgelegt und gesichert werden. Wir bitten daher darum, die Flächen Eifel Camp / Freilinger See und Feriendorf Freilingen einschließlich der geplanten Erweiterungsflächen als ASB mit der Zweckbestimmung ?Freizeit, Tourismus, Erholung? darzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist teilweise bereits im Planentwurf entsprochen.

Sowohl der Campingplatz Eifelpark als auch das Feriendorf Freilingen sind im Regionalplan Entwurf als ASBz mit der Zweckbindung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen festgelegt. Dies gilt ebenfalls für bereits bauleitplanerisch gesicherte Flächen am Freilinger See.

Entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben werden vorhandene überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW), die isoliert im Freiraum liegen und die die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten (ab einer Größenordnung von 10 ha), aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) festgelegt, um eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke zu vermeiden.

Gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW hat jede Neu-, Änderungs-, Über- oder Erweiterungsplanung umwelt-, sozial- und zentrenverträglich zu erfolgen. Neuplanungen von Standorten sind der Regel nur im bzw. unmittelbar angrenzend an den Siedlungsraum möglich. Die Weiterentwicklung vorhandener Standorte, in isolierter Freiraumlage, sind darüber hinaus nur möglich wenn eine Flächenerweiterung, ausgehend von der bisherigen Größe des vorhandenen Standortes, geringfügig ist, eine Nutzungserweiterung im funktionalen Zusammenhang mit der bisherigen Standortnutzung steht bzw. eine Nutzungsänderung den Charakter der bisherigen Standortnutzung im Wesentlichen erhält.

Für die freiraumgeprägten Bereiche am Freilinger See (Freibad/Liegewiese, umgebende Waldbereiche) liegen hingegen die Voraussetzungen gem. den v.g. landesplanerischen Vorgaben nicht vor. Für diese im Fachbeitrag Tourismus gekennzeichneten Bereiche wird die Festlegung als Freiraum beibehalten. Dies steht den dort bestehenden freizeitorientierten Nutzungen nicht entgegen.

1004279, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Dahlem

Nach Auskunft der Gemeinde Dahlem reicht der im Regionalplanentwurf festlegte GIB für die wirtschaftliche Entwicklung nicht aus. Im aktuell rechtskräftigen Regionalplan ist südlich der Ortslage Schmidheim und östlich angrenzend an das bereits entwickelte Gewerbegebiet III eine GIB-Fläche dargestellt, die aus dem vorliegenden Regionalplan-Entwurf herausgenommen wurde. Um den Bedarf der Kommune langfristig decken zu können, bitten wir darum, zu prüfen, ob die bestehende Darstellung in der Planausfertigung belassen werden kann.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die im unmittelbaren Umfeld ausgewiesenen, im FNP bereits gesicherten Gewerbeflächen, decken den auf Grundlage des LEP NRW ermittelten Bedarf der Gemeinde Dahlem ab. Die Festlegung zusätzlicher GIB im Regionalplan ist insofern aufgrund der Vorgaben des LEP NRW zu einer bedarfsgerechten und flächensparenden Siedlungsentwicklung nicht zulässig.

1004280, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Dahlem

Im Auftrag der Eifel Tourismus wurde ein Fachbeitrag Tourismus und Erholung erarbeitet, der bedeutsame Flächen für die touristische Entwicklung der Eifel identifiziert hat. Wegen der hohen wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus in der Eifel sollten entsprechende Flächen auch im Regionalplan festgelegt und gesichert werden. Wir bitten daher darum, die Fläche Ferienpark Kronenburger See einschließlich der geplanten Erweiterungsflächen als ASB mit der Zweckbestimmung ?Freizeit, Tourismus, Erholung? darzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Anregung wurde durch die im Planentwurf vorgesehene zeichnerische Festlegung, die dem touristischen Fachbeitrag und der kommunalen Bauleitplanung entspricht, bereits umgesetzt.

1004281, Industrie- und Handelskammer Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Euskirchen Im Ortsteil Wißkirchen wurde der nördlich der Bundesstraße 266 geplante Teilbereich eines interkommunalen Gewerbegebietes mit der Stadt Mechernich in den Regionalplanentwurf aufgenommen, der südlich des an der B 266 geplanten Teilbereichs hingegen nicht. Es wird angeregt, im Hinblick auf die Lagegunst und den Gewerbeflächenbedarf die komplette Fläche als GIBregional aufzunehmen.</p> <p>Im Hinblick auf die wenigen verfügbaren gewerblichen Bauflächen sollte die Herausnahme der bislang im alten Regionalplan enthaltenen ASB-Darstellung in Kuchenheim-Ost/Heinrich-Ruster-Straße rückgängig gemacht werden. Vorgeschlagen war hier durch die Stadt lediglich eine Reduzierung der gewerblichen Baufläche, nicht jedoch die komplette Herausnahme.</p> <p>Die Erweiterung der ASB-Darstellung in Kuchenheim-Südwest für eine gewerbliche Entwicklung wird angeregt. Ein erweiterter Ansatz wurde hier bereits im Vergleich zum alten Regionalplan-Entwurf vorgesehen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Zu den Anregung Erweiterung des GIBregional im Ortsteil Wißkirchen wird auf die Erläuterungen zur StnID 1002315 verwiesen. Das maximal abgeleitete Mengengerüst von 28 Hektar für GIBregional ist im Kreis Euskirchen bereits am benannten Standort bedarfsgerecht verortet.</p> <p>Zu den Anregungen im Bereich des Ortsteils Euskirchen-Kuchenheim wird auf die Erläuterungen zu StnID 1002316 und StnID 1002317 verwiesen. Es ist dementsprechend vorgesehen, die gewerblichen Bauflächen im Bereich der Heinrich-Ruster Straße in den ASB mit einzubeziehen.</p>

Inhalt

Hellenthal

Im Auftrag der Eifel Tourismus wurde ein Fachbeitrag Tourismus und Erholung erarbeitet, der bedeutsame Flächen für die touristische Entwicklung der Eifel identifiziert hat. Wegen der hohen wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus in der Eifel sollten entsprechende Flächen auch im Regionalplan festgelegt und gesichert werden. Wir bitten daher darum, die Fläche Weißer Stein einschließlich der geplanten Erweiterungsflächen als AFAB mit der Zweckbestimmung ?Freizeit, Erholung, Sport? sowie die Fläche Wildfreigehege zur Bestandssicherung als AFAB mit der Zweckbestimmung ?Freizeit, Erholung? darzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung von ASBz für Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen erfolgt entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW) für überwiegend baulich geprägte Freizeiteinrichtungen in einer Größenordnung von >10ha, sofern diese in isolierter Freiraumlage befinden. Diese Voraussetzungen einer überwiegenden baulichen Prägung sind sowohl betreffend des Wintersportgebiets als auch betreffend des Wildgeheges Hellenthal nicht gegeben.

Einer Festlegung von neuen Standorten für überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen an den benannten Standorten ohne siedlungsräumlichen Anschluss stehen die Ziele des Landesentwicklungsplans (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW) entgegen.

Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 grundsätzlich im Freiraum möglich und bedarf keiner räumlichen Steuerung / Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie Wildgehege, Skisportgelände etc. verzichtet. Das fehlenden Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen.

1004284, Industrie- und Handelskammer Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Kall</p> <p>Die Gemeinde Kall ist mit dem interkommunalen Gewerbegebiet Kall/Schleiden besonders dazu geeignet, den gewerblichen Ansiedlungsdruck aus dem Ballungsraum Köln/Bonn aufzunehmen. Wir bitten daher darum zu prüfen, ob das interkommunale Gewerbegebiet erweitert und mit der Zweckbestimmung GIBregional festgelegt werden kann.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der interkommunale GIB in Kall ist bereits im geltenden Regionalplan und im bestehenden Flächennutzungsplan der Gemeinde Kall gesichert. Er ist insofern nicht Gegenstand der regionalen Verteilung von Bedarfen gemäß der Plankonzeption Region Plus Wirtschaft. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung wurde seitens des Kreis Euskirchen und der Gemeinde Kall mitgeteilt, dass die Umwandlung in ein GIBregional auf kommunaler Ebene nicht verfolgt wird. Eine Erweiterung des GIBinterkommunal ist auf Grundlage der Bedarfe der beteiligten Kommunen im Einklang mit den Vorgaben des LEP NRW nicht möglich.</p>

1004285, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Mechernich

Wir unterstützen den Vorschlag der Stadt Mechernich, den GIB Obergartzem nach Norden bis zur Stadtgrenze zu erweitern, um zusätzliche Flächenpotenziale für die wirtschaftliche Entwicklung von Mechernich zu sichern.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zu Anregungen Dritter erklärt (siehe Stn ID 1001074).

1004286, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Mechernich

Gleiches gilt für die Erweiterung des ASB im Bereich Monzenbend in Kommern. Im Auftrag der Eifel Tourismus wurde ein Fachbeitrag Tourismus und Erholung erarbeitet, der bedeutsame Flächen für die touristische Entwicklung der Eifel identifiziert hat. Wegen der hohen wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus in der Eifel sollten entsprechende Flächen auch im Regionalplan festgelegt und gesichert werden. Wir bitten daher darum, die Fläche des Freilichtmuseums wie bisher als Freiraumbereich mit der Zweckbestimmung ?Besondere kulturgeschichtliche Bedeutung? darzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Anregung zur Festlegung des Freilichtmuseums Kommern ist im Planentwurf entsprochen. Hinsichtlich des ASB Monzenbend wird auf die Erläuterung zu der Stn 1001091 der Stadt Mechernich verwiesen.

Inhalt

Nettersheim

Die Gemeinde Nettersheim ist mit dem interkommunalen Gewerbegebiet Blankenheim/Nettersheim besonders dazu geeignet, den gewerblichen Ansiedlungsdruck aus dem Ballungsraum Köln/Bonn aufzunehmen. Wir bitten daher darum zu prüfen, ob das interkommunale Gewerbegebiet erweitert und mit der Zweckbestimmung GIBRegional festgelegt werden kann.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Siehe Erläuterungen zu StnID 1002180.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBRegional sichern und umsetzen im gesamten Planungsraum und konkret im Kreis Euskirchen.

Darüber hinaus werden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände/ landesplanerische Vorgaben entgegen. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

	festzulegen.
--	--------------

1004288, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Die Stadt Schleiden verfolgt außerdem das Ziel, das bestehende Gewerbe- und Industriegebiet Herhahn im südlichen Bereich großflächig zu erweitern, um den endogenen Bedarf an gewerblichen Flächen im Stadtgebiet decken zu können. Diesen Ansatz unterstützen wir, da das interkommunale Gewerbegebiet Kall/Schleiden als regional bedeutsame Fläche nur bedingt geeignet ist, den örtlichen Bedarf an gewerblichen Flächen zu decken. Um planungsrechtlich flexibel und den bestehenden Notwendigkeiten entsprechend bei den Bereichen für die gewerbliche und industrielle Nutzung handeln zu können, ist die Darstellung eines alternativen Standortes als GIBflex im Stadtgebiet erforderlich.

Im Auftrag der Eifel Tourismus wurde ein Fachbeitrag Tourismus und Erholung erarbeitet, der bedeutsame Flächen für die touristische Entwicklung der Eifel identifiziert hat. Wegen der hohen wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus in der Eifel sollten entsprechende Flächen auch im Regionalplan festgelegt und gesichert werden. Wir bitten daher darum, die Fläche im Bereich Vogelsang als ASB mit der Zweckbestimmung ?Freizeit, Tourismus, Erholung, Kultur, Bildung? neu darzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterungen zu den entsprechenden kommunalen Stellungnahmen (ID 1001028 und ID 1002183) verwiesen.

1004289, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Zülpich

Wir unterstützen den Wunsch der Stadt Zülpich, angrenzend an das Gewerbe- und Industriegebiet im Südosten zusätzliche Flächen als GIB darzustellen. Trotz der Lage innerhalb einer geplanten Wasserschutzzone IIIa hat dieses Areal alle Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Entwicklung ohne Konflikt zu anderen Nutzungen. Da die Flächen über den ermittelten Bedarf für die Stadt Zülpich hinausgehen, regen wir an, die Fläche als GIBflex auszuweisen, um der Stadt mehr Handlungsspielräume zu ermöglichen, falls es bei einer Realisierung der bisher dargestellten GIB-Fläche zu einem Vollzugshindernis kommt. Die Abgrenzung als Wasserschutzzone WSG IIIa steht einer gewerblichen Nutzung grundsätzlich nicht im Wege.

Im Auftrag der Eifel Tourismus wurde ein Fachbeitrag Tourismus und Erholung erarbeitet, der bedeutsame Flächen für die touristische Entwicklung der Eifel identifiziert hat. Wegen der hohen wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus in der Eifel sollten entsprechende Flächen auch im Regionalplan festgelegt und gesichert werden. Wir bitten daher darum, die Fläche Zülpicher Seepark als ASB mit der Zweckbestimmung ?Freizeit, Tourismus, Erholung? darzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Zülpich (ID 1002350 und ID 1002351) verwiesen.

Inhalt

Kreis Heinsberg

Erkelenz

Wir unterstützen die Forderung der Stadt Erkelenz die in dem Gewerbeflächenkonzept dargestellten GIBflex-Flächen ebenfalls im Regionalplan zeichnerisch darzustellen.

Eine große Anzahl an GIBflex-Flächen räumt den Kommunen zusätzliche Handlungsoptionen ein, falls es bei den eigentlich vorgesehenen GIBs zu Vollzugshindernissen (z.B. durch Eigentumsverhältnissen) kommen sollte.

Darüber hinaus bitten wir darum, die Hinweise der Stadt Erkelenz im Hinblick auf die GIBplus-Fläche (Lärm- und Verkehrsbelastung) zu prüfen, da dadurch die faktische Umsetzbarkeit stark eingeschränkt wird. Wir würden es jedoch begrüßen, wenn eine alternative Abgrenzung oder Lage innerhalb der Stadt Erkelenz gefunden wird, statt auf diese Fläche zu verzichten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Im Hinblick auf die Darstellung von GIBflex auf Erkelenzer Stadtgebiet gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (vgl. Stellungnahme mit der ID 1000716).

Für die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal gilt, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis (s. StnID 1001804).

In Bezug auf die Anregung zur Verortung einer GIBplus Fläche auf dem Gebiet der Stadt Erkelenz gilt ebenso, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Der Stellungnahme der Stadt Erkelenz ist ebenfalls entsprochen (s. StnID 1000717).

Inhalt**Heinsberg**

Nach unserem Kenntnisstand verfügt die Stadt Heinsberg derzeit über keine Gewerbeflächenreserven. Vor diesem Hintergrund wurden im Gewerbeflächenkonzept der WFG für den Kreis Heinsberg sowie bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Heinsberg Bereiche für die Entwicklung weiterer Gewerbeflächen westlich des Gewerbe- und Industriegebiets Dremmen und südlich der Parkstraße in Oberbruch im Anschluss an die Wurmaue skizziert. Die besonderen Ansprüche durch den Biotopverbund und die Wurm wurden dabei bereits berücksichtigt. Der Bereich westlich des Gewerbe- und Industriegebiets Dremmen eignet sich als GIB, südlich der Parkstraße in Oberbruch dagegen aufgrund der vorhandenen Nutzungen im Umfeld nur als ASB für eine gewerbliche Entwicklung. Wir begrüßen eine entsprechende Darstellung im Regionalplan.

Darüber hinaus ist die Fläche nördlich angrenzend an das GIB Schleiden im unmittelbarem Anschluss an die K5 ebenfalls für eine Festlegung als GIB geeignet. Der Bereich ist im Entwurf des Regionalplans als BSAB für Abgrabungen dargestellt. Eine Erweiterung der bestehenden Abgrabung ?Tagebau Wilhelm? wird in diesem Bereich aber nicht weiter verfolgt. Eine entsprechende Darstellung als BSAB ist damit obsolet.

Außerdem begrüßen wir die Absicht der Stadt Heinsberg, im Bereich Donselen in direkter Nachbarschaft zur BAB 46 rund 40 ha GIBplus für flächenintensive Vorhaben festzulegen, da sich die Fläche sowohl aufgrund seiner Lagegunst, als auch wegen seiner Größe die Voraussetzungen für ein GIBplus erfüllt.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeitet und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret im Kreis Heinsberg.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen

sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche westlich des Gewerbe- und Industriegebietes Dremmen als Siedlungsraum stehen raumordnerische Planungsrichtlinien entgegen. Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen (s. Stellungnahme ID 1005888).

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche nördlich der K5 als GIB stehen Festlegungen des Regionalplans Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entgegen, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamtäumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Der Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe enthält im angeregten Bereich die zeichnerische Festlegung eines BSAB. Die Festlegung eines GIB ist mit der vorrangigen Funktion der Rohstoffsicherung bzw. des Rohstoffabbaus nicht vereinbar. Im Übrigen ist entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen. Auch handelt es sich nicht um eine Brachfläche i.S.d. Ziels 6.3-3 LEP NRW. Somit stehen der Anregung zur Festlegung eines überregionalen GIB im Bereich Donselen landesplanerische Vorgaben entgegen (s. Stellungnahme ID 1005891).

Inhalt**Hückelhoven**

In den als GIB dargestellten Flächenreserven (39 ha) sind die inzwischen nicht mehr verfügbaren Flächen des Industrieparks Rurtal und der Winkelhalde berücksichtigt. Eine Anpassung der ermittelten Reserveflächen und der entsprechenden zeichnerischen Darstellungen ist daher dringend erforderlich.

Die Darstellung eines GIBplus an der Stadtgrenze zu Erkelenz begrüßen wir grundsätzlich aufgrund seiner Lagegunst, nach Aussage der Stadt Hückelhoven stehen von den dargestellten 60 ha aber rund zwei Drittel wegen der Eigentumsverhältnisse auf absehbare Zeit nicht zur Verfügung. Es sollte daher geprüft werden, welche alternativen Flächen im Stadtgebiet dargestellt werden können und bei der GIBplus-Fläche auf die Zweckbindung zu verzichten.

Darüber hinaus eignen sich die Flächen zwischen der Ortslage Ratheim sowie dem bestehenden Industriepark Rural aufgrund ihrer verkehrsgünstigen Lage für eine gewerbliche Entwicklung als GIB. Daneben kann das bestehende GIB für den Industriepark Rurtal geringfügig erweitert werden.

Außerdem eignet sich ein Bereich entlang der A46 besonders für die Darstellung als GIB. Dabei muss allerdings beachtet, dass aufgrund der Anbauverbotszone entlang der Autobahn sowie der dort verlaufende Hochspannungsleitung Beschränkungen bestehen, die die Nutzbarkeit dieser Flächen quantitativ deutlich begrenzen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW für den Regionalplan Köln Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weiter

e Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfs gerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumb Beobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Für die festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Für die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal gilt, dass

entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis (s. Stellungnahme ID 1001804).

Im Hinblick auf die angeregte Darstellung eines GIB entlang der A46 in Hückelhoven gilt, dass gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen sind (s. Stellungnahme ID 1001810). Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB stehen somit landesplanerische Vorgaben entgegen.

Im Regionalplan wird in Hückelhoven ein zusätzlicher, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeigneter Bereich gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* als Vorbehaltsgebiet angrenzend an den bestehenden Industriepark Rurtal zeichnerisch festgelegt (GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine gewerblich-industrielle Siedlungsentwicklung verhindern (s. Erläuterungen zur Stellungnahme ID 1001808). Im Hinblick auf die Anregungen zur Sicherung alternativer Flächenkontingente in Hückelhoven gilt somit, der Anregung ist teilweise entsprochen.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Inhalt

Selfkant

Die Gemeinde Selfkant verweist auf Abstimmungsgespräche zur Verschiebung von gewerblichen Reserveflächen mit der Bezirksregierung Köln im Frühjahr 2021, mit der die vorhandenen Reserven in Höngen und beim Gewerbegebiet Millen an den nördlichen Rand der Ortslage Tüddern verortet werden sollen. Dabei können die ersten beiden Abschnitte im Rahmen der Bedarfsermittlung der Regionalplan-Aufstellung festgelegt werden. Langfristig soll aber eine deutlich größere Fläche entwickelt werden, da die Gemeinde beabsichtigt, alle zukünftigen gewerblichen Nutzungen in Tüddern zu konzentrieren. Die gesamte Fläche würde einen Umfang von ca. 28 ha umfassen. Unter Berücksichtigung der zur Zeit noch vorhandenen Reserven (13 ha) und des neu ausgewiesenen Bedarfs (6 ha) besteht aktuell jedoch noch ein deutliches Defizit an GIB.

Darüber hinaus unterstützen die Forderung der Gemeinde Selfkant, das ermittelte Potenzial an GIBflex-Flächen im Stadtgebiet nicht nur textlich, sondern auch zeichnerisch darzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die angesprochenen Flächen nördlich der Ortslage Tüddern werden als GIB festgelegt. Die Festlegung erfolgt auf Grundlage eines Flächentauschs im Rahmen der kommunalen Siedlungsraumpotentiale auf Ebene des Regionalplans (vgl. Stellungnahme mit der ID 1004181).

Die Gemeinde Selfkant verfügt hingegen über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* .

Darüber hinaus besteht für die Gemeinde Selfkant kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete GIBflex gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (vgl. Stellungnahme ID 1004179).

1004309, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Übach-Palenberg

Die Stadt Übach-Palenberg beabsichtigt gemeinsam mit der Stadt Herzogenrath ein interkommunales Gewerbegebiet an der gemeinsamen Stadtgrenze. Wegen der besonderen Erschließungssituation auf Seiten von Übach-Palenberg unterstützen wir dieses Vorhaben und bitten um eine entsprechende GIB-Darstellung im Regionalplan.

Darüber hinaus verfolgt die Stadt eine Erweiterung des PET-Flaschen-Recyclingwerks. Dabei handelt es sich eindeutig um eine industrielle Nutzung, die nur innerhalb eines GIB zulässig ist. Aufgrund seiner Bedeutung für den Umweltschutz wäre eine Aufgabe des Betriebs nicht zielführend. Eine Verlagerung des Betriebs würde eine nicht zumutbare Belastung für das Unternehmen darstellen. Deswegen begrüßen wir die Forderung der Stadt, den Erweiterungsbereich ebenfalls als GIB darzustellen. Da bei der aktuell dargestellten GIB-Fläche in Richtung Baesweiler zahlreiche Nutzungskonflikte (insbesondere aus Gründen des Immissionsschutzes) bestehen, erachten wir es als zielführend, diese Fläche nur als GIBflex darzustellen und zusätzlich die oben genannten Bereiche im Regionalplan entsprechend festzulegen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der angeregten Flächen an der Stadtgrenze zu Herzogenrath als Siedlungsraum (hier GIB) stehen Raumwiderstände in Form der Zielfestlegung *Regionale Grünzüge sichern und vor Inanspruchnahme schützen* entgegen (s. Stellungnahme ID 1000973).

Der Anregung zur Erweiterung des bestehenden GIB im Bereich des PET-Flaschen-Recyclingwerkes wird entsprochen (s. Stellungnahme ID 1000972).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Die Stadt Baesweiler hat eine Rücknahme des Siedlungspotentials (GIB) an der Grenze zu Baesweiler angeregt (s. Stellungnahme ID 1000974). Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Im Übrigen liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für GIBflex. Die in Rede stehende Fläche ist als GIBflex nicht darstellungsfähig.

1005768, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Grundsätzlich empfehlen wir, alle im Regionalplanentwurf dargestellten GIB- und ASB-Flächen beizubehalten, selbst wenn die Kommunen in ihren Stellungnahmen darauf verzichten wollen. Schon jetzt können in vielen Kommunen die berechneten Flächenbedarfe nicht planerisch gesichert werden - die Rücknahme ausgewiesener Flächen würde dieses Delta weiter erhöhen und im Worst Case zusätzliche Bürokratie durch nachträgliche Regionalplanänderungen erforderlich machen. Vermeidbare Änderungsverfahren sollten aber soweit möglich verhindert werden, um die Verwaltungen - sowohl auf kommunaler, als auch auf regionaler Ebene - nicht zusätzlich zu belasten und Ansiedlungsvorhaben zu verzögern. Da die Kommunen nicht verpflichtet sind, die im Regionalplan festgelegten Flächen zu entwickeln, entstehen ihnen durch eine solche ?unerwünschte? Darstellung keine Nachteile - sehr wohl aber Optionen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten.

1005769, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Ebenso unterstützen wir die von der Stadt Aachen geforderte Beibehaltung und geringfügige Vergrößerung des GIB im Bereich des Nerscheider Wegs. Angesichts des eklatanten Defizits an wirtschaftlichen Potenzialflächen sollten alle gewerblich nutzbaren Flächen nach unserer Auffassung im Regionalplan als GIB gesichert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Aachen (s. Stellungnahme ID Nr 31003917) verwiesen.

1005770, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Im Gegensatz zur Stellungnahme der Stadt Aachen bitten wir aber darum, der von der Stadt Aachen gewünschte Rücknahme einer kleinflächigen GIB-Erweiterung im Gewerbegebiet Eilendorf nicht zu folgen. Zum einen erachten wir die Funktion der Kaltluftentstehung in diesem Areal auch noch als gesichert an, wenn diese Fläche entwickelt würde, zum anderen muss aufgrund des enormen Gewerbeflächendefizits der Stadt Aachen und der langen Laufzeit des Regionalplans innerhalb des Stadtgebietes Aachen jede GIB-Fläche genutzt werden, die im Hinblick auf ihre Umweltauswirkungen als verträglich anzusehen ist, bevor in großem Umfang Flächen in Nachbarkommunen in Anspruch genommen werden. Die Beibehaltung der zeichnerischen Festlegung würde die Stadt Aachen nicht dazu zwingen, die Fläche entwickeln zu müssen. Insofern entstehen der Stadt dadurch keine Nachteile.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Aachen verwiesen.

1005771, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans hat die Stadt Aachen beschlossen, die nicht innerhalb des Stadtgebiets darstellbaren gewerblichen Bauflächen über interkommunale Kooperationen in Form eines Gewerbeflächenpools planerisch zu sichern und zu realisieren. Allerdings reichen diese Flächen gegenwärtig nicht aus, und das Defizit der Stadt Aachen vollständig zu decken. Insbesondere an den Standorten Würselen-Merzbrück und Eschweiler-Kinzweiler bietet sich deshalb eine deutliche Ausweitung der GIB-Flächen mit interkommunaler bzw. strukturwandelbezogener Zweckbindung an. Dadurch wird nicht nur die interkommunale Zusammenarbeit und die damit einhergehende vorausschauende und nachhaltige Gewerbeflächenpolitik forciert, sondern auch für die Bewältigung des Strukturwandels dringend benötigte marktfähige und qualitativ hochwertige Gewerbeflächen konzentriert entwickelt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Maßgeblich für die Verortung von Siedlungsbereichen ist die kommunale Entwicklungsabsicht. In Bezug auf das GIBinterkommunal in der Stadt Eschweiler wird auf dessen regionalplanerische Festlegung in einem vorgezogenen Regionalplan-Änderungsverfahren verwiesen. Seitens der Stadt Eschweiler werden darüber hinaus keine gewerblich-industriellen Entwicklungen in das Verfahren eingebracht. In Bezug auf die Stadt Würselen (Transformationsstandort) wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Städteregion Aachen und der Stadt Würselen verwiesen.

1005772, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Für die GIB-Bereiche in Herzogenrath (Technologie Transfer), Würselen (Aviation) und Eschweiler (für technologiegetriebene Produktion) wurden außerdem sehr gute Erweiterungsbereiche identifiziert. Wir bitten um eine entsprechende Darstellung im Regionalplan.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der planerischen Konzeption ist die kommunale Entwicklungsabsicht Voraussetzung für die Festlegung von regionalplanerischen Potenzialen zur Siedlungsentwicklung. Dementsprechend wird auf die Erläuterungen zu den Stellungnahmen der Städte Herzogenrath, Eschweiler und Würselen verwiesen. Seitens der Stadt Eschweiler werden über die geplanten bzw. teils im Rahmen vorgezogener Verfahren festgelegten GIB hinaus keine Erweiterungen vorgeschlagen.

1005790, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Mit Blick auf das interkommunale Strukturwandelprojekt ?Future Mobility Park? weist die Stadt Alsdorf darauf hin, dass eine dafür vorgesehene Erweiterungsfläche bisher nicht berücksichtigt wurde. Aufgrund der besonderen Bedeutung dieses Zukunftsprojektes unterstützen wir die geforderte Festlegungen als GIBregional.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Alsdorf verwiesen.

1005791, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Baesweiler In den dargestellten GIB sind Flächen enthalten, die im Regionalplanentwurf als Reserve angerechnet werden, aber nach Aussage der Stadt in weiten Teilen heute schon bebaut oder optioniert sind und damit faktisch nicht zur Verfügung stehen. Gerade in Hinblick auf den kommunalen Bedarf an GIB sind die zugeordneten Flächen in Baesweiler trotz zwischenzeitlicher Zuschläge noch zu gering.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. [Optional: Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen.] Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

1005792, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Ausdrücklich begrüßen wir dabei den GIBinterkommunal mit zweckgebundener Nutzung. Diese Fläche, auf der gemeinsam mit den Kommunen Alsdorf, Aldenhoven und Linnich das Projekt ?Future Mobility Park? entwickelt werden soll, ist zur Bewältigung der Herausforderungen des Strukturwandels ein wesentlicher Baustein. Durch die Darstellung als GIBinterkommunal ist diese Flächen rechnerisch Teil des endogenen GIB-Bedarfs der Stadt Baesweiler. Wegen seiner besonderen Bedeutung für den Strukturwandel sollte dieser Bereich jedoch nicht dem endogenen Bedarf zugeschlagen werden und als GIBregional dargestellt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung des Bereich Campus Aldenhoven / Future Mobility Park ist nicht als GIBinterkommunal auf Basis der kommunalen (endogenen) Bedarfe vorgesehen. Die Anregung ist gegenstandslos.

1005793, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Durch die kürzlich genehmigte Erweiterung des Umspannwerkes Siersdorf infolge des Braunkohleausstiegs und der Energiewende stehen dem GIBinterkommunal rund 2 ha weniger zur Verfügung als im Entwurf dargestellt. Eine entsprechende Ergänzung dieser Fläche im unmittelbaren Umfeld ist daher geboten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005794, Industrie- und Handelskammer Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Herzogenrath</p> <p>Darüber hinaus erachten wir eine Erweiterung der GIB-Fläche Kohlscheid Südost zur Deckung des kommunalen Gewerbeflächenbedarfes als zielführend.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird auf die Stellungnahme der Stadt Herzogenrath verwiesen.</p>

1005795, Industrie- und Handelskammer Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Simmerath Die Gemeinde Simmerath und die Stadt Monschau verfolgen den Ansatz einer GIB-Neuweisungen im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutzzentrum der StädteRegion Aachen und dem Zentrum für Holzbauforschung der FH entlang der L 246. Diese zusätzliche GIBFläche unterstützen wir.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahmen der Stadt Monschau (s. Stellungnahme ID 1004172) und der Städteregion Aachen (s. Stellungnahme ID 1003952 u. 1003953) verwiesen. Eine Anregung der Gemeinde Simmerath zur Festlegung des Standorts wurde im Rahmen der öffentlichen Auslegung nicht eingebracht.</p>

1005796, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Stolberg

Wir unterstützen den Vorschlag der Stadt Stolberg, das bestehende Industriegebiet Diepenlienchen, das gegenwärtig ausschließlich gewerblich genutzt wird, zeichnerisch als GIB darzustellen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme der Stadt Stolberg verwiesen.

1005797, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Würselen

Wir unterstützen die Absicht der Stadt Würselen, im Süden von Merzbrück einen weiteren GIB darzustellen. Dadurch können zusätzliche Kompensationsflächen für fehlende Gewerbeflächen der Stadt Aachen im Rahmen des Gewerbeflächenpools gesichert werden. Im Bereich des Aachener Kreuzes befindet sich zurzeit eine Verdichterstation, die aktuell nicht im Regionalplan dargestellt ist. Bei einer Realisierung der Regiotram und des Bahnhofpunktes Merzbrück wird das Gebiet sehr gut an den ÖPNV sowie den angrenzenden Forschungsflugplatz angebunden sein.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Würselen verwiesen.

1005799, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Durch das vorzeitige Ende des Braunkohletagebaus werden in Düren-Merken Flächen verfügbar. Durch die lang dauernde Befüllung des ?Indesees? wird sich die Lagegunst dieser Flächen allerdings erst in vielen Jahren voll entwickeln. Aufgrund des langfristigen Planungshorizonts für diesen Bereich soll die Fläche im neuen Flächennutzungsplan als Transformationsbereich dargestellt werden. Wir teilen die Auffassung der Stadt Düren, dass diese Darstellung auch im Regionalplan Köln textlich und grafisch aufgegriffen werden sollte.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Stadt Düren im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die betreffende Teilstellungnahme der Kommune Stadt Düren mit der StnID 1012043 verwiesen.

1005800, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Im Ortsteil Düren-Hoven ist ein gewerblich-industriell geprägter Teil des Vororts als ASB dargestellt worden. Im Hinblick auf die dort verorteten Betriebe sollte die Fläche stattdessen als GIB festgelegt werden werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es liegt ebenfalls eine Stellungnahme der Stadt Düren vor. In diesem Zusammenhang wird auf die Erläuterungen zur StnID 1005395 verwiesen.

ASB dienen dabei neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen auch dem wohnverträglichen Gewerbe. Ausnahmsweise kann für die Bestandssicherung und/oder Betriebserweiterung bestehender emittierender gewerblich-industrieller Nutzungen/Betriebe auch Bauleitplanung in den ASB betrieben werden, sodass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen in ASB möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Darstellung wird nicht geändert.

1005801, Industrie- und Handelskammer Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>In Düren-Birkesdorf sind gewerbliche Bauflächen im Nordwesten direkt an der Rur nicht als Siedlungsbereich dargestellt. Wir unterstützen die Bitte der Stadt, in diesem Bereich eine GIBDarstellung zu prüfen, um Missverständnisse bei der Entwicklung der Flächen zu vermeiden. Außerdem erachten wir es als zielführend, wenn die Darstellungen im Regionalplan an den Ortsrändern von Birkesdorf entsprechend den Prüfflächen des Flächennutzungsplan-Entwurfs etwas großzügiger gefasst werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird eine Anregung zur Stellungnahme der Stadt Düren im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Festlegung eines GIBs in Düren-Birkesdorf unterstützt. In diesem Zusammenhang wird auf die betreffende Teilstellungnahme der Stadt Düren mit der StnID 1005399 verwiesen.</p> <p>Darüber hinaus wird die kommunale Stellungnahme der Stadt Düren im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Abgrenzung/Arrondierung der Siedlungsbereiche in Düren-Birkesdorf untersetzt. In diesem Zusammenhang wird auf die Teilstellungnahme der Stadt Düren mit der StnID 1012048 verwiesen.</p>

1005802, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Abschließend greifen wir die Frage der Stadt Düren auf, wie die Darstellung des GIBflex zu verstehen ist, da für diese Fläche im Entwurf des Flächennutzungsplans bereits eine Darstellung als gewerbliche Bauflächen vorgesehen ist. Nach unserem Verständnis ist eine Festlegung als GIBflex an dieser Stelle nicht sinnvoll, da diese nur in Anspruch genommen werden soll, wenn dauerhafte Vollzugshindernisse eine Inanspruchnahme anderer GIB-Flächen verhindern (siehe Ziel Z.6). Dies ist hier aber nicht der Fall, da die Stadt eine Entwicklung an dieser Stelle beabsichtigt. Wir bitten daher darum, im Austausch mit der Stadt Düren über eine neue Verortung der GIBflex-Fläche zu reden und die bisherige Fläche als GIB darzustellen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, das ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. (siehe hierzu StnID 1012142). Es liegt eine Anregung der Stadt Düren zur Festlegung aller GIBflex als GIB vor. Siehe hierzu Erläuterungen zur StnID 1012134.

1005814, Industrie- und Handelskammer Aachen	
Inhalt <p>Darüber hinaus bitten wir darum, den Standort Kleinau und nicht Vossenack als zASB darzustellen, da hier die wesentlichen Verwaltungs- und Versorgungseinrichtungen (Rathaus, Schulen, zentraler Versorgungsbereich) von Hürtgenwald vorhanden sind.</p>	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Siehe Erläuterungen zu StnID 1005455.

1005816, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Wir verweisen auf die Anregung der Gemeinde Inden, den GIB Am Grachtweg an die Grenzen des bereits eingeleiteten Bebauungsplanverfahrens und der hierzu erfolgten positiven Beantwortung der landesplanerischen Anfrage nach § 34 LPlG NRW anzupassen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffende Teilstellungnahme StnID 1005360 der Gemeinde Inden verwiesen.

1005817, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Langerwehe

Außerdem bitten wir darum, dass der GIB im Bereich an der L 12 an die vorhandenen Strukturen (L 12 und südlicher Wirtschaftsweg am Geicher Bach) angepasst wird, da ansonsten eine unerwünschte Unschärfe entsteht und in der Bilanz Flächen der Gemeinde angerechnet werden, die durch die örtlichen Gegebenheiten nicht nutzbar sind. Die dadurch frei werdenden Gewerbeflächenbedarfe kann der GIBflex-Fläche an der L 12 zugeschlagen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. In diesem Zusammenhang wird auch auf die kommunale Stellungnahme mit der ID 1001335 verwiesen.

1005818, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Die Festlegung des GIB südwestlich der Kreuzung B 264/L 12 sollte sich am Verlauf der L 12 orientieren, da im betreffenden Bereich ein Bebauungsplan mit einem Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel festlegt ist, der nach dem Ziel 6.5-1 LEP NRW nur im ASB zulässig ist. Da auch der rechtsverbindliche Flächennutzungsplan der Gemeinde Langerwehe seit 2020 eine entsprechende Darstellung enthält, wird angeregt, diese Festlegung entsprechend zu korrigieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Siehe Erläuterungen zur StnID 1001338.

1005819, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Außerdem bitten wir darum, zu prüfen, ob der südliche Bereich des ASB (an der Schönthaler Straße) als GIB dargestellt werden kann, da diese Fläche sowohl im Flächennutzungsplan als gewerbliche Baufläche dargestellt als auch über einen Bebauungsplans als Gewerbegebiet festgesetzt ist und entsprechend genutzt wird.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde eine kommunale Anregung zum benannten Bereich hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die Stellungnahme der Gemeinde Langerwehe mit der ID 1001339 verwiesen.

1005821, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Außerdem hat die Stadt Linnich angeboten, Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) in ein einer Größenordnung von ca. 12 ha aus dem Regionalplan herauszunehmen und als GIB an anderer Stelle neu auszuweisen. Diesen Vorschlag begrüßen wir ausdrücklich. Dazu wurden seitens der Stadt Linnich mehrere Empfehlungen für Verortungen eingereicht. Wir bitten darum, den Vorschlag inkl. der Flächenempfehlungen wohlwollend zu prüfen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Stadt Linnich verwiesen.

1005822, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Unter Bezugnahme auf Fachbeitrag ?Erholung und Tourismus? unterstützen wir die Anregung zur Darstellung einer geänderten Abgrenzung des ASB mit der Zweckbestimmung ?Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen? in Nideggen-Schmidt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die Erläuterungen der StnID 1005326 verwiesen.

1005823, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Östlich der Ortschaft Ellen befindet sich eine Kiesabgrabung mit Deponiebetrieb, deren Nutzungen bisher nur bis zum Jahr 2025 befristet sind. Ohne eine Verlängerung der Befristung sind die Nutzungen mit den Festlegungen des Regionalplans nicht vereinbar und die in Niederzier ansässigen Betriebe wären gezwungen ihren Standort zu verlagern. Wir bitten daher darum, in Abstimmung mit der Erstellung des sachlichen Teilplans für nichtenergetische Rohstoffe im Hinblick auf eine langfristige Planungssicherheit für die vorhandenen Nutzungen die zeichnerischen Festlegungen in diesem Bereich entsprechend anzupassen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Siehe Erläuterungen zu ID 1011010.

1005824, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Des Weiteren bitten wir darum, die ASB-Festlegungen im Umfeld des GIBs zu überprüfen, da im GIB nach Auskunft der Gemeinde Vettweiß Störfallbetriebe vorhanden sind, die entsprechende Schutzabstände erfordern. Die Ausweisung als ASB ist dann faktisch nicht nutzbar, die Flächen werden aber in der Bilanz der Gemeinde dennoch angerechnet. Auch aus Gründen des Schutzes von GIB vor heranrückenden Nutzungen bitten wir um eine entsprechende Überprüfung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hat die Gemeinde Vettweiß eine Rücknahme eines ASB-Bereichs in unmittelbarer Umgebung des GIB angeregt. Siehe hierzu Erläuterungen zur StnID 1001450. Dem Kommunalen Entwicklungswunsch wird an dieser Stelle entsprochen.

Zur Klarstellung: ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen auch dem wohnverträglichen Gewerbe, sodass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen in ASB und GIB möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1011512, Industrie- und Handelskammer Aachen

Inhalt

Neben der Regiotram ist auch der Schienenanschluss nach Siersdorf von zentraler Bedeutung, durch den Baesweiler und Setterich mit dem existierenden Gewerbegebiet Baesweiler und dem geplanten GIBinterkommunal verbunden wird. Diese Verbindung sollte zeichnerisch dargestellt werden, ohne dem Linienbestimmungsverfahren vorzugreifen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.

1011513, Industrie- und Handelskammer Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Außerdem sollte geprüft werden, ob die diskutierte S-Bahnverbindung Köln - Bergheim - Grevenbroich - Bedburg - Jülich - Aachen schon berücksichtigt oder in einer Beikarte zum Thema Mobilität erfasst werden kann. Ähnliches gilt für die Anbindungen nach Belgien und in die Niederlande.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Der Planentwurf berücksichtigt bereits die Maßnahme S-Bahn Rheinisches Revier und stellt sie im Abschnitt zwischen Jülich und Bedburg dar. Im Abschnitt Aachen Jülich wird auch eine Reaktivierung von bestehenden Streckenabschnitten zwischen Aachen Baesweiler, Puffendorf und Jülich geprüft, die gemäß der Plankonzeption ebenfalls festgelegt werden.</p> <p>Es erfolgt eine angepasste Darstellung als gerade Linie. Erfolgt die Festlegung als gerade Linie, konnte im Regionalplan keine raumverträgliche Grobtrasse gefunden werden. Die gerade Linie markiert dann die Verbindung zwischen zwei Orten, für die eine raumverträgliche Trassierung noch zu suchen ist. Dabei soll das Gebot der flächensparenden Bündelung von Verkehrstrassen gemäß LEP NRW berücksichtigt werden.</p> <p>Anbindungen nach Belgien und den Niederlanden sind entsprechend der Plankonzeption festgelegt.</p>

Inhalt

Vor allem bei der Ermittlung des Gewerbeflächenbedarfs muss die Landesplanung nach unserer Auffassung die besonderen Umstände im Rheinischen Revier stärker als bisher berücksichtigen. Die im Regionalplanentwurf dargestellten Flächen bleiben hinter den Erwartungen und Bedarfen vieler Kommunen zurück.

Nach Aussagen einiger Städte und Gemeinden wurde im bisherigen Verlauf des vorbereitenden Planungsprozesses wiederholt auf Diskrepanzen im Siedlungsflächenmonitoring der Bezirksregierung hingewiesen. Vor allem werden bei der Bedarfsermittlung bereits bebaute bzw. nicht entwickelbare Flächen (z.B. aufgrund von Hanglagen) als verfügbare Reserveflächen geführt: Dadurch können die ermittelten Gewerbeflächenbedarfe nicht vollumfänglich in den Kommunen umgesetzt werden. Ebenso wird von zahlreichen Kommunen moniert, dass die Bedarfsberechnung auf dem Stand der Flächenreserven von 2017 ermittelt wurde und dadurch zwischenzeitliche Inanspruchnahmen nicht berücksichtigt wurden. Trotz der Corona-Pandemie ist die hohe Nachfrage nach gewerblichen Flächen in den letzten Jahren nicht zurückgegangen. Die unverändert hohe Nachfrage nach Gewerbeflächen zeigt aber auch, dass die Arbeitsplatzverluste durch den Strukturwandel innerhalb der Region Aachen kompensiert werden können. Auch die in diesem Zusammenhang zugrunde gelegte Berechnungsmethode für die Ermittlung der gewerblichen Flächenbedarfe wurde von vielen Kommunen in Frage gestellt. Im Rahmen des informellen Verfahrens haben alle Kreise in Zusammenarbeit mit Kommunen regionale Gewerbeflächenkonzepte erarbeitet. Beim Vergleich zwischen den ermittelten Bedarfe in den Kreiskonzepten mit den Prognosen der Bezirksregierung Köln ist insgesamt ein deutliches Defizit zu Lasten der Kommunen festzustellen. Im Hinblick auf den Strukturwandel wäre es zielführend, einen Berechnungsansatz zu wählen, der die Bedarfe der Kommunen ernst nimmt und die Chancen des Strukturwandels nicht von Anfang an einschränkt. Dabei sollte bei der Ermittlung von Flächenbedarfen bedacht werden, dass nur ein Teil der beplanten Flächen tatsächlich auch für wirtschaftliche Zwecke genutzt werden kann. In der Studie von IHK NRW "Vom Brutto zum Netto" zeigen die Industrie- und Handelskammern auf, dass aufgrund von Vorgaben zu Verkehrsflächen, Versickerungsflächen etc. durchschnittlich nur ca. 50 Prozent der planerisch gesicherten Flächen in Gewerbe- und Industriegebieten von Unternehmen tatsächlich genutzt werden können. Dies sollte bei der Bedarfsprognose durch entsprechende Flächenaufschläge berücksichtigt werden.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der LEP NRW gibt der Regionalplanung in Ziel 6.1-1 vor, bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen und der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde ist an die methodischen Vorgaben des LEP NRW für die Bedarfsberechnung gebunden.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbearbeitung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich. Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben somit eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret in/ der Region Aachen.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den

Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden im Regionalplan Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt. Der Anregung, die besonderen Umständen im Rheinischen Revier stärker zu berücksichtigen wird gefolgt.

Siehe auch Erläuterungen zu StnID 1004219.

Inhalt

Mit dem Regionalplan werden die Entwicklungsperspektiven und der Gestaltungsfreiraum für die nächsten Jahrzehnte festgelegt. Ausreichende Flächen für Gewerbe und Industrie sind die Voraussetzung, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region zu halten und auszubauen. Oft wird die Neuentwicklung von Bereichen für Gewerbe und Industrie (GIB) gegenüber dem Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) vernachlässigt. Zudem werden bestehende GIB umgewandelt, da die Wohnraumentwicklung oftmals im Vordergrund steht und eine weitergehende Nutzung als GIB durch herangerückte Wohnbebauung ohnehin erschwert wird. Der Verlust an Flächen für Gewerbe und Industrie ist daher vor allem im Ballungsraum am größten. Der Regionalplan stellt die Potenziale für die nächsten 25 bis 30 Jahre dar. Die identifizierten Flächen sind der Entwicklungsspielraum für die Zukunft. Die IHK empfiehlt, alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASB-Flächen auch dann beizubehalten, wenn die Kommunen Flächen zur Streichung empfehlen. Das Delta zwischen Bedarf und Potenzial gewerblich nutzbarer Flächen wird durch die Rückgabe von Flächen (s.o.) zusätzlich größer und die Potenzial-Bedarfs-Rechnung müsste neu erstellt werden. Jede Flächenstreichung nimmt der Wirtschaft die dringend benötigte Perspektive. ?Flächenüberhänge? bieten zudem einen Gestaltungsspielraum, Flächen entsprechend ihrer geographischen Eigenschaften richtig einzusetzen. Ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen eröffnet die Möglichkeit, Gunsträume für unterschiedliche Anforderungen zu schaffen und die für eine gewerblich/ industrielle Nutzung passende Fläche auszuwählen. Das führt dann auch zu einem Bürokratieabbau, wenn anstatt benötigter Flächen beantragen zu müssen, nicht benötigte Flächen zurückgegeben werden.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Im Hinblick auf die Empfehlung, alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASB-Flächen auch dann beizubehalten, wenn die Kommunen Flächen zur Streichung empfehlen gilt, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesen Fällen kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Der Anregung, ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zu schaffen wird im Regionalplan Köln insofern gefolgt, dass im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen erfolgte.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen

	<p>Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzungen im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen</p> <p>Zudem werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> Vorbehalts gebieten als ASBflex und GIBflex zeichnerisch festgelegt. Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel <i>ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln</i>, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.</p> <p>Zudem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>
--	--

1004110, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

Abschließend weist die IHK daraufhin, dass der vorgesehene Strukturwandel im Rheinischen Revier zwingend notwendig ist und auf unterschiedlichen Ebenen stattfinden wird. Hierbei sollte jedoch die Wettbewerbsgleichheit gewahrt werden, sodass die Entwicklung im Rheinischen Revier nicht zu Lasten der angrenzenden Räume führt. Dies betrifft sowohl die Entwicklungsgeschwindigkeit vergleichbarer Flächen, die verkehrliche Anbindung und daraus resultierende Unternehmensverlagerungen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. ..Dies gilt auch im Hinblick auf die Wettbewerbsgleichheit des Rheinischen Reviers im Sinne des Strukturwandels im Kontext der Herausforderungen für alle Kommunen des Regierungsbezirks Köln.

1004111, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

G.8 Regionale Zusammenarbeit stärken

Die IHK begrüßt ausdrücklich diesen Grundsatz und lobt das Angebot der Regionalplanungsbehörde zur fachlichen Unterstützung an die Kommunen. Gleichwohl zeigen die regionalen Erfahrungen, dass bei einer gemeinsamen regionalen Flächenentwicklung nicht die planerischen Aspekte der ?Flaschenhals? sind. Viele gemeinsame Flächenvorhaben verzögern sich durch die langen Vorgespräche aller Beteiligten und Vertragsgestaltung, insbesondere der monetären Aspekte. Die IHK würde daher die Einrichtung eines entsprechenden Beratungs- und Mediationsangebot der Bezirksregierung/Regionalplanungsbehörde begrüßen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise für mögliche weiterführende Unterstützungsangebote durch die Regionalplanungsbehörde geäußert. Die Regionalplanungsbehörde unterstützt gemäß den Ausführungen in G.8 *Regionale Zusammenarbeit stärken* aktiv interkommunale und regionale Kooperationsansätze und bietet gemäß 2) der Erläuterungen ihre fachliche Unterstützung im Rahmen der Aufstellung der Bauleitpläne bereits zum Zeitpunkt der Erarbeitung der Plangrundlagen gemäß § 34 LPlG an. Zudem verweist die Regionalplanungsbehörde auch gern auf die vorhandenen Unterstützungsangebote für die Kommunen durch entsprechende Partner wie NRW.Urban über den Flächenpool, die Akteure in den Stadt-Umland-Verbünden, Austauschformate wie [www. Interkommunales-nrw.de](http://www.interkommunales-nrw.de) usw.

Inhalt

Z.2 Zersiedlung vermeiden

Unter der grundsätzlichen Berücksichtigung der Vermeidung von bandartigen Siedlungsentwicklungen und Splittersiedlungen besteht in Einzelfällen die Notwendigkeit einer Ausnahme. Gerade im Freiraum isoliert liegende Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) müssen im Ausnahmefall möglich sein, eine entsprechende Verkehrsanbindung vorausgesetzt. Die Ausnahmebedingungen müssten ggf. realitätsnah formuliert werden. Die Eigenschaften der Fläche, die Auswirkungen der Flächeninanspruchnahme, die Emissionen und die ökonomische Auswirkung der gewerblichen Ansiedlung können an nicht integrierter Stelle häufig weniger ?schädlich? sein, da ein Heranrücken an schützenswerte Nutzungen vermieden wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Eine Integration in die Zielfestlegung wird von der Regionalplanungsbehörde als nicht notwendig erachtet. Z.2 Zersiedlung vermeiden dient der Konkretisierung der landesplanerischen Vorgaben. Die Festlegung bezieht sich auf die Darstellung von Siedlungsbereichen und folgt den landesplanerischen Vorgaben.

Die Regelungen des LEP NRW bleiben unberührt. Im Einzelfall die Festlegung von isoliert im Freiraum liegenden Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) unter den Ausnahmevoraussetzungen des Ziel 6.3-3 LEP NRW möglich. Hiervon wurde im Einzelfall bereits im vorliegenden Regionalplanentwurf Gebrauch gemacht. Unter den Vorgaben des LEP NRW, hier Ziel 2-3, sind zudem Entwicklungen auch außerhalb der regionalplanerischen Siedlungsbereichsdarstellungen unter den dort formulierten Vorgaben möglich.

1004113, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

G.13 Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren

Die Einführung der neuen Instrumente ASBflex und GIBflex als Vorbehaltsgebiete im Regionalplan werden ausdrücklich begrüßt. Sie zahlen auf die Forderung ein, ausreichend Flächen zum passenden Einsatz zur Verfügung zu haben.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Z.6 ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln

Um die Flexibilität der neuen Instrumente anwenden zu können, muss konkreter erläutert werden, was unter dauerhaften Vollzugshindernissen in Form von fachrechtlichen Restriktionen, tatsächlichen Gegebenheiten oder städtebaulichen Gründen zu verstehen ist. Diese unbestimmten Rechtsbegriffe behindern die Anwendbarkeit und die schnelle Umsetzung. Die Verfügbarkeit von Flächen hängt von vielen Faktoren ab. Oft sind Flächen mit Restriktionen belastet und lassen sich nicht oder nur schwer aktivieren. Dazu gehören beispielsweise Eigentumsverhältnisse, Umweltrestriktionen, topographische Bedingungen und bei der Neunutzung altindustrialisierter Flächen auch immer häufiger Denkmalschutzanforderungen. ASBflex und GIBflex bieten die Möglichkeit Flächen, die aufgrund von Restriktionen wegfallen, an anderer Stelle zu ersetzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterung zu der Textliche Festlegung Z.6 *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln* wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Inhalt

Z.10 GIB sichern und entwickeln

Die IHK schätzt die Festlegung von GIBs als Vorranggebiete. Der Ausschluss von Planungen und Maßnahmen, die mit dieser Nutzung nicht vereinbar sind, sollten auch auf Flächen kleiner 10 ha anzuwenden sein, damit diese den gleichen Schutz erhalten. Eine Ergänzung von GIB-Flächen unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle ist wünschenswert.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz ?insbesondere? (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien ebenenspezifisch (u.a. zur siedlungsräumlichen, umweltverträglichen sowie verkehrlichen Eignung) über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Der Regionalplan Köln sichert durch ein verschiedenartiges Flächenangebot für die unterschiedlichen Formen der gewerblich-industriellen Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten

Standorten und setzt mit differenzierten GIB-Festlegungen den Handlungsauftrag der Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in spezifischen Raumnutzungskategorien im neuen Regionalplan für verschiedene wirtschaftliche Funktionen und Nutzungen unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben um. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung kann eine hinreichend konkretisierende Festlegung beispielsweise durch einen pauschalen Ausschluss von bestimmten schutzbedürftigen Nutzungen nicht auf Ebene der Regionalplanung erfolgen. Diese Beurteilung überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können.

Die textlichen Festlegungen des Z.10 *GIB sichern und entwickeln* wurden entsprechend überarbeitet. Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Der Umgebungsschutz (G.18) des GIB vor heranrückenden Nutzungen (durch die Ansiedlung von Gewerbebetrieben mit geringeren Emissionen) muss außerhalb des GIB verortet werden. GIB-Flächen mit gewerblichen Nutzungen zu belegen, die grundsätzlich im ASB angesiedelt werden können, lehnt die IHK ab. Die Formulierung als Ziel würde diesem wichtigen Aspekt Rechnung tragen. Eine alternative Lösung wäre zum Beispiel das ?ASB für Gewerbe?, welche im Regionalplan Düsseldorf als eine sinnvolle Lösung einer Zonierung aufgenommen worden ist.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht in diesen Fällen ein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Der Regionalplan Köln sichert ein verschiedenartiges Flächenangebot sowohl von GIB als auch ASB für die unterschiedlichen Formen der Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten. Im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben soll die Festlegung der GIB u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen, zudem sind weitere Vorgaben z.B. Ziel 6.3-3 LEP NRW zu beachten. Auch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum (s. Ziel 2-3 LEP NRW) unberührt.

Die Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die

regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung kann eine hinreichend konkretisierende Festlegung beispielsweise durch einen pauschalen Ausschluss von bestimmten schutzbedürftigen Nutzungen nicht auf Ebene der Regionalplanung erfolgen. Diese Beurteilung überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können. Bezüglich der Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit ?KAS 18? in der jeweils aktuellen Fassung.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz ?insbesondere? (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können. Auf die entsprechende Änderung der textlichen Festlegung im angeführten Z.10 *GIB sichern und entwickeln* sowie die vorgenommenen Änderungen zum G.18 *GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen* Z.7 *ASB sichern und entwickeln* und G. 14 *Nutzungsmischung in dem ASB sicherstellen* wird entsprechend verwiesen.

Die angesprochene Festlegung G.18 *GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen* entfällt, um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden. Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung solcher Ziele und Grundsätze des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen (s.ID 1026462).

Die Festlegungen zum Umgebungsschutz haben aufgrund der landesplanerischen Vorgaben (6.3-2 Grundsatz Umgebungsschutz, 10.3-3 Grundsatz Umgebungsschutz für Kraftwerksstandorte) sowie der Zielformulierung zum Umgebungsschutz für landesbedeutsame Häfen im Ziel 8.1-9 des LEP NRW weiterhin Bestand.

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB und GIB möglich ist. Dies kann auch bedeuten, dass in bestehenden Gemengelage oder im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder

Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Hinsichtlich des benannten Konkretisierungs- und Abwägungserfordernisses auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen wird daher auch von einer regionalplanerische Zielfestlegung durch Einführung einer neuen Gebietskategorie innerhalb der ASB abgesehen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.

Inhalt

Z.11 GIBinterkommunal sichern und umsetzen

Die Realisierung von GIBs unter der Beteiligung mehrerer Kommunen ist ein neu eingeführtes Instrument, um Flächenengpässe aufzulösen und Flächen entsprechend ihrer Eigenschaften einer passenden Nutzung zuzuführen. In den meisten Teilen der Region Bonn/Rhein-Sieg sind interkommunale gewerbliche und industrielle Nutzungen schwer umzusetzen, da das Vorhandensein von bedeutenden Flächenüberhängen in einer Kommune Voraussetzung ist. Lokale Bedarfe sollten zudem zuerst vor Ort gedeckt werden, eine interkommunale Flächenentwicklung nur des Verfahrens wegen lehnt die IHK ab, da das Verfahren die Entwicklung unnötig bürokratisiert und in die Länge zieht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der (inter-) kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Bei der Festelegung von GIBinterkommunal handelt es sich nicht um ein neu eingeführtes Instrument. Bereits in den rechtskräftigen Teilplänen im Regierungsbezirk Köln werden auf Ebene des Regionalplans interkommunale Gewerbeflächenentwicklungen zeichnerisch und textlich festgelegt. Die Festlegungen zu den zweckgebundenen GIBinterkommunal greifen dieses etablierter Instrument auf und sichern im Regionalplanentwurf bereits aktive interkommunale Kooperationen oder greifen konkrete Bestrebungen einer interkommunalen Kooperation auf. Dies auf Grundlage der erfolgten Kommunalgespräche und in Abstimmung mit den beteiligten Kommunen.

	<p>Die Festlegung der jeweiligen konkreten interkommunalen Zusammenarbeit durch zeichnerische und textliche Festlegung erfolgt zur Sicherung der bauleitplanerischen Umsetzung durch die Akteurskommunen und aufgrund der Koppelung eines konkreten Flächenangebots mit einem zugeordneten Bedarf. Gleiches gilt für die Regelung zur Erfassung der Flächen im Siedlungsflächenmonitoring (sfm). Aufgrund der Systematik zur Erfassung der Inanspruchnahmen im sfm der Bezirksregierung Köln kann diese nur durch die Belegenheitskommune erfolgen. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>
--	---

1004118, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

Z.12 GIBregional sichern und entwickeln

Die ebenfalls neu eingeführte Kategorie GIBregional dient den Kommunen einer Teilregion zur Wirtschaftsentwicklung. Die Belegenheitskommune und mindestens eine weitere Kommune können unabhängig vom kommunalen Bedarf hier regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen. Die Abgrenzung zu ?GIBinterkommunal? ist nachvollziehbar und sinnvoll.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Thema: Begrüßung von einzelnen Planinhalten/ Positives Feedback

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt**G.18 GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen**

Der Schutz von heranrückender Nutzung ist neu im Regionalplan. Neben dem Schutz der GIBs werden auch die Infrastruktur für den kombinierten Güterverkehr (G.59), die Flughafeninfrastruktur (G.60) und die Entsorgungsinfrastruktur (G.68) vor heranrückenden Nutzungen geschützt. Die IHK begrüßt die Feststellung der Schutzbedürftigkeit, regt aber die Aufwertung als Ziel an. Entstehende Konflikte werden bisher auf die Ebene der Bauleitplanung delegiert, die für Unternehmen notwendige Planungssicherheit wird so nicht erreicht. Insgesamt fehlen in Bonn/Rhein-Sieg Gewerbe- und Industrieflächen. In vielen Städten und Gemeinden besteht vor allem ein Mangel an GIB-Flächen. Zudem können viele planerisch gesicherten Flächen nicht genutzt werden. Dies liegt unter anderem an den topografischen Verhältnissen, an Umweltrestriktionen, den notwendigen Infrastruktureinrichtungen und an den Eigentumsverhältnissen. In der Studie der IHK NRW 'Vom Brutto zum Netto?' wird aufgezeigt, dass nur circa 50 Prozent der beplanten GIB-Flächen tatsächlich für gewerbliche und industrielle Ansiedlung nutzbar sind. Daher ist eine ausreichende Ausweisung von GIB im neu aufzustellenden Regionalplan von großer Bedeutung.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (u.a.

Parkanlagen) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die ebenenspezifische Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB).

Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Eine konkretisierende Festlegung in Bezug auf erforderliche Abstände zwischen Nutzungen überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können. Dies schließt auch eine ebenenspezifische Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie ein.

Zudem verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit ?KAS 18? in der jeweils aktuellen Fassung. Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung bzw. der Fachplanung ist es u.a. im Sinne des Abstandgebotes erforderlich, unter Kenntnis der konkret vorhandenen Situation innerhalb der ASB aber auch der GIB sowie im Falle ggf. heranrückender schutzbedürftiger Nutzungen oder der Erweiterung und Errichtung emittierender Nutzungen, einen möglichen Konflikt zu verhindern. Dies kann beispielsweise bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen einer Erweiterung schutzbedürftiger oder emittierender Nutzungen durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann sachgerecht erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB und GIB möglich ist. Dies kann auch in diesem Fall bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise

durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist und insofern diese Beurteilung erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen kann.

Die Festlegung G.18 *GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen* sowie der weiteren Grundsätze zum Umgebungsschutz in G. 59 *Infrastruktur für den kombinierten Güterverkehr vor heranrückenden Nutzungen schützen*, G. 60 *Flughafeninfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen*, G. 68 *Entsorgungsinfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen* entfallen. Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung solcher Ziele und Grundsätze des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen, um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden. (s. 6.3-2 Grundsatz *Umgebungsschutz*, 10.3-3 Grundsatz *Umgebungsschutz für Kraftwerksstandorte*, Ziel 8.1-9 *Landesbedeutsame Häfen und Wasserstraßen*, Grundsatz 8.1-8 *Schutz vor Fluglärm und Siedlungsentwicklung*, Ziel 8.1-7 *Schutz vor Fluglärm* Schutz vor Fluglärm).

Die Berücksichtigung des Umgebungsschutzes i.S. § 50 BImSchG ist auf Ebene der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen gewährleistet, wobei die für den gegenseitigen Schutz erforderlichen Abstandsflächen stets im Einzelfall unter Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher Vorgaben zu bemessen sind. Ein ergänzender regionalplanerischer Umgebungsschutz ist nicht erforderlich und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

Die textlichen Festlegungen werden geändert. (Siehe Erläuterungen zu StnID 1026462).

Auch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum (s. Ziel 2-3 LEP NRW) unberührt. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.

Inhalt

Z.28 Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden im ÜB vorbeugen
Die Rücknahmepflicht von Bauflächen des Flächennutzungsplanes, die in Überschwemmungsbereichen (ÜB) liegen, ist unverhältnismäßig. Im engen Ballungsraum sind kaum Ausweichflächen vorhanden. Die pauschale Streichung von Siedlungsflächen (sowohl GIB als auch ASB) hat deshalb massive Auswirkungen auf die räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten in der Region und würde die angestrebte ausgeglichene Flächenbilanz ins Negative kehren. Der IHK ist die Problematik geeigneter Tauschflächen in diesem Zusammenhang bekannt. Die Möglichkeiten des technischen Hochwasserschutzes sollen in allen Fällen stärkere Berücksichtigung finden. Die IHK bittet zudem, die rückgenommenen Flächen auch im textlichen Teil des Regionalplanes zu nennen und die Größenordnung den einzelnen Kommunen zuzuweisen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der LEP NRW macht in Ziel 7.4-6 "Überschwemmungsbereiche", Absatz 3 zwingende Vorgaben zur FNP-Rücknahme: "Die innerhalb von Überschwemmungsbereichen in Flächennutzungsplänen dargestellten Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt wurden, sind zurückzunehmen und vorrangig als natürlicher Retentionsraum zu sichern." Im Regionalplan ist Z.28 "Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden im ÜB vorbeugen" an die Kommunen adressiert. Diesen gibt der Regionalplan vor, zukünftig die nicht mit Planungsrecht belegten FNP-Bauflächen im Überschwemmungsbereich zurückzunehmen. Daher liegen hier derzeit keine Flächenangaben vor.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen im gesamten Planungsraum und konkret in/im [Kreis/kreisfreie Kommune].

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

1004121, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

Z.32 Landesbedeutsame Häfen sichern

Der Bonner Hafen wird im textlichen Teil als landesbedeutsamer Hafen als GIBz festgelegt, die Fläche wird im aktuellen Regionalplan-Entwurf noch als GIB Standort mit kombiniertem Güterverkehr dargestellt. Die IHK spricht sich daher für eine entsprechende Änderung des planerischen Teils aus.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die textliche und zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten und Änderungssynopse). Es wird ein neues Plansymbol für die landesbedeutsamen Häfen eingeführt.

Inhalt

Regenerative Energien

Im Bereich regenerativer Energien muss das Planungsrecht beschleunigt und konkretisiert werden. Das neue ?Wind-an-Land-Gesetz? greift mittlerweile die Thematik auf und will die Ausweisung der erforderlichen Flächen sicherstellen sowie die Planverfahren beschleunigen und vereinfachen.

Z.37 Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern

Der Regionalplan Köln muss das Thema Windenergie konkret steuern. Die IHK sieht eine Notwendigkeit zusätzlicher Festlegungen von Vorranggebieten für die Windenergie im Regionalplan Köln, um den Ausbau der Windenergie voranzutreiben. Die Ausweisung von Standorten für Windenergieanlagen allein auf die kommunale Bauleitplanung zu übertragen, ist nicht ausreichend.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

Z.38 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern
Die Errichtung von Freiflächsolaranlagen bedarf einer räumlichen Steuerung, beispielsweise in Form von Vorranggebieten. Die IHK regt eine Beurteilung als privilegierte Bauvorhaben im Außenbereich an, um die Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen und Kalamitätsflächen (die aktuell durch den Schädlingsbefall durch den Borkenkäfer entstanden sind) zu nutzen. Dabei ist eine zeitliche Befristung denkbar. Eine Mehrfachnutzung von Gewerbe- und Industriegebieten mit Windenergie-, Solarenergie sowie Freiflächsolaranlagen ist häufig möglich und sinnvoll.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1004124, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

G.52 Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln

Die IHK begrüßt die Aufnahme dieses Grundsatzes in den Regionalplan. Der Radverkehr stellt aus Sicht der IHK eine wichtige Komponente zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes im Verkehrsbereich dar. Die zeichnerische Darstellung im Regionalplan hat nach Kenntnis der IHK jedoch einen veralteten Stand, dieser sollte aktualisiert werden. Zudem verweisen wir auf die Einführung der ?Hinweise zu Radschnellverbindungen und Radvorrangrouten?, welche durch das Verkehrsministerium NRW eingeführt worden sind. Diese sollten auch im Regionalplan berücksichtigt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.

Die Erläuterung zur textlichen Festlegung G.52 *Flächendeckende Radinfrastruktur entwickeln* wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

1004125, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

G.56 Raum für Mobilstationen vorhalten

Die IHK begrüßt ausdrücklich den Grundsatz 56 und die damit verbundene zeichnerische Darstellung im Planwerk. Der Ausbau und die Schaffung zusätzlicher Mobilstationen an Verkehrsknotenpunkten ermöglicht den Pendlern schon frühzeitig, auf das Auto zu verzichten und den ÖPNV für die restliche Strecke zum Arbeitsplatz zu nutzen. Mobilstationen stellen somit einen wesentlichen Baustein zur Entlastung der Straßenverkehrsinfrastruktur und der Erreichung der Klimaziele dar.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Bedenken oder Anregungen geäußert.

1004126, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

Nicht energetische Rohstoffe

Lockergesteine

Die Festlegung zur Sicherung und zum Abbau von Lockergesteinen (Kies/Kiessand, Ton/Schluff, präquartäre Kiese und Sande) ist nicht Teil der Neuaufstellung des Regionalplanes. Der Sachliche Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe befindet sich noch im Verfahren.

Festgesteine

Auch die Festlegung und Sicherung von Festgesteinen (Kalkstein, Sandstein, Tonstein, Basalt) ist nicht Gegenstand des Verfahrens. Die Ermittlung von Abbaubereichen wird im Rahmen eines separaten Verfahrens durchgeführt. Die Rohstoffsicherung mit nicht energetischen Rohstoffen, vor allem mit Lockergesteinen ist für die Region wichtig. Die Bauwirtschaft benötigt vorhabennahe Rohstoffvorkommen. Locker- und Festgesteine sind günstige Massengüter, die hohe Transportkosten verursachen. Aus diesem Grund weist die IHK auf die Bedeutung der nicht energetischen Rohstoffe für die Bauwirtschaft hin und regt die Abstimmung mit dem Regionalplan-Entwurf und die zügige Fertigstellung des Teilplanes an.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Festgesteinen (z. B. Kalkstein, Sandstein, Tonstein, Basalt) sind nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Durch die Neuaufstellung des Regionalplans Köln werden vorhandene Abbaurechte für den Abbau von Festgesteinen nicht berührt. Neue Abgrabungen bzw. Erweiterungen von Abgrabungen für Festgesteine sind unter Beachtung der geltenden raumordnerischen Vorgaben möglich.

Abweichend von bisherigem Planentwurf bleiben die zeichnerischen und textlichen Festlegungen des bestehenden Regionalplan zu Festgestein-BSAB von der Regionalplan-Neuaufstellung und dem Teilplan NR unberührt und gelten fort. Siehe hierzu StnID 1026270.

1004127, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg	
<p>Inhalt</p> <p>Flächensituation in der Bundesstadt Bonn Die Bundesstadt Bonn verfügt mit 94 Prozent über den höchsten Anteil der Dienstleistungswirtschaft an der gesamten Wirtschaftsstruktur im Regierungsbezirk Köln. Gleichwohl darf dies nicht zum Anlass genommen werden, sodass der Bedarf an GIB-Flächen vernachlässigt wird. Dieser liegt in der Bundesstadt Bonn bei 211 ha, planerisch dargestellt sind 26 ha, somit fehlen 185 ha GIB. Die IHK ist sich der Situation in Bonn bewusst, dass die durch das gemeinsame Gewerbeflächengutachten mit dem Rhein-Sieg-Kreis ermittelten Potenzialflächen mit erheblichen Restriktionen und Raumwiderständen behaftet sind. Ein bedarfsgerechtes gewerbliches Wachstum ist innerhalb der Bonner Stadtgrenzen nicht möglich. Die neue Flächenkategorie GIBregional bietet die Möglichkeit, um den Bonner Flächenbedarf in anderen Kommunen abzubilden. Hierfür wurden für den Rhein-Sieg-Kreis GIBregional-Flächen in Höhe von 203 ha ermittelt.</p> <p>Die IHK begrüßt daher die Ziele und Grundsätze im Regionalplan, um den Bonner Bedarf im Umland abbilden zu können und auch, um die vorhandenen Flächen zu schützen und auch zu erhalten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1004129, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

Die IHK weist zudem daraufhin, dass das ÖPNV-Vorhaben ?Bonner Seilbahn? im März 2022 in den ÖPNV-Bedarfsplan des Landes NRW aufgenommen worden ist. Dies macht eine Nennung und Darstellung im Regionalplan erforderlich.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine Flächenvorsorge für alternative Mobilitätsformen, wie z.B. die Seilbahn entspricht nicht dem Planerfordernis des Regionalplans und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

1004130, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

Flächensituation im Rhein-Sieg-Kreis

Der Rhein-Sieg-Kreis wird durch die verschiedensten Einflüsse wirtschaftlich geprägt. Die Kommunen wachsen durch ihre unmittelbare Nähe zu Bonn insbesondere im Bereich der Wohnbebauung deutlich an. Gleichzeitig suchen Unternehmen hier dringend Raum zur Weiterentwicklung, den sie im Stadtgebiet der Bundesstadt nicht mehr finden. Die Flächenkonkurrenz ist groß und lässt sich auf dem jeweiligen Stadtgebiet nicht mehr befriedigen. Der Bedarf an GIB-Flächen liegt im Rhein-Sieg-Kreis bei 550 ha, planerisch dargestellt sind 531 ha, somit fehlen 19 ha GIB. Zudem werden in den Kommunen des Kreises 203 ha GIBregional-Flächen verortet, sodass die Region Bonn/Rhein-Sieg über eine nahezu ausgeglichene GIB-Flächenbilanz verfügt. An dieser Stelle verweist die IHK jedoch auf die weiter oben verfassten Ausführungen zu Z.28: Die pauschale Streichung von Siedlungsflächen (sowohl GIB als auch ASB) hat massive Auswirkungen auf die räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten in der Region und würde die angestrebte ausgeglichene Flächenbilanz ins Negative kehren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der LEP NRW macht in Ziel 7.4-6 "Überschwemmungsbereiche", Absatz 3 zwingende Vorgaben zur FNP-Rücknahme: "Die innerhalb von Überschwemmungsbereichen in Flächennutzungsplänen dargestellten Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt wurden, sind zurückzunehmen und vorrangig als natürlicher Retentionsraum zu sichern." Im Regionalplan ist Z.28 "Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden im ÜB vorbeugen" an die Kommunen adressiert. Diesen gibt der Regionalplan vor, zukünftig die nicht mit Planungsrecht belegten FNP-Bauflächen im Überschwemmungsbereich zurückzunehmen. Daher liegen hier derzeit keine Flächenangaben vor.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen im gesamten Planungsraum und konkret in/im [Kreis/kreisfreie Kommune].

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

1004131, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

Die GIBregional-Flächen konzentrieren sich im westlichen Rhein-Sieg-Kreis (Bornheim, Rheinbach, Meckenheim, Swisttal), der linksrheinische Kreis wird mit Niederkassel bedacht. Diese Flächen werden benötigt, damit der Bonner Flächenbedarf abgebildet werden kann. Die IHK befürwortet dieses Vorgehen seitens der Regionalplanung, eine Beschleunigung der kommunalen Gespräche ist jedoch wünschenswert. Gegebenenfalls könnte hier die Bezirksregierung unterstützend einwirken.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1004132, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

Im Regionalplan ist zudem die Rheinspange A553 enthalten, was die IHK befürwortet. Der dargestellte Linienverlauf entspricht der Variante aus dem Bundesverkehrswegeplan 2016 (BVWP), seitdem wurden weitere Varianten untersucht. Eine konkrete Linienführung wird für Ende 2022 erwartet, sodass, sofern es der zeitliche Ablauf zulässt, diese finale Variante auch Eingang in den Regionalplan finden sollte. Ebenso befürwortet die IHK die weitere Darstellung der vorgesehen Straßenverkehrswege auf Grundlage des BVWP und der jeweiligen Bedarfspläne.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1004133, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

Abschließend möchte die IHK ihre Anregungen und Forderungen ergänzen mit dem Wunsch nach Planungsbeschleunigung. Der IHK ist ein zügiges Inkrafttreten des Regionalplanes wichtig. Ein rechtskräftiger Regionalplan ist eine verlässliche Basis für zukünftige Planänderungen und -anpassungen. Für den Prozess der Planänderung fordert die IHK ebenfalls eine Beschleunigung, die zum Beispiel auch dadurch erreicht werden kann, dass in Anspruch genommene Flächen frühzeitig durch zügig eingeleitete Planprozesse ersetzt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.

1005386, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

Die IHK ist ebenfalls grundsätzlich mit der zeichnerischen Darstellung der Stadtbahn Niederkassel (Linie 17) zufrieden, regt jedoch die Umbenennung der Maßnahme in Tabelle 19 (Begründung) zu "Stadtbahn Bonn - Niederkassel - Köln inkl. Verlängerung der Stadtbahnlinie 7" und eine Aktualisierung des Streckenverlaufs gemäß aktuellen Planungsstands an.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (vgl. StnID 1004962 und 1005256).

1005766, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

Z.13 GIBplus sichern und umsetzen

Neu ausgerichtet ist das GIBplus. Die Bereiche für die überregionale Nutzung beziehen sich auf den gesamten Regierungsbezirk. Auch diese Flächen sind unabhängig von kommunalen Bedarfen und den flächenintensiven Vorhaben bzw. Vorhabenverbünden mit besonderen Standortfaktoren vorbehalten. Die IHK befürwortet diese Flächenkategorie.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1005840, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

Ebenso bittet die IHK die zeichnerische Darstellung des DB-Haltepunkts ?UN-Campus? zu überprüfen. Dieser fehlt, stattdessen wird ein Haltepunkt in Höhe des Südfriedhofs dargestellt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

1005841, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

Zudem befürwortet die IHK die weiterhin enthaltene Darstellung der B 56n Bonn/O (A 59) - Birlinghoven/Dambroich und B 56n AS Hardtberg (A565) Bonn (B9) im Regionalplan und spricht sich gegen den von der Bundesstadt Bonn und Stadt Sankt Augustin vorgetragenen Streichungswunsch aus.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1005941, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

Im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs regt die IHK zudem noch die planerische Darstellung und Schaffung eines zusätzlichen Halts und der S/RB-23 (Voreifelbahn) zur Anbindung der Rheinbacher Ortschaft Oberdrees an.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

1005942, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

Ebenso sind der IHK die Bestrebungen der Städte Niederkassel und Troisdorf sowie der Fa. Evonik bekannt, einen Gleisanschluss an die rechte Rheinstrecke der DB zu realisieren. Dieses Vorhaben dient der Verbesserung des Schienengüterverkehrs in der Region und der trimodalen Verknüpfung des Hafenstandortes Niederkassel-Lülsdorf. Die IHK bittet um Aufnahme der genannten Verbindung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.

AZ: BET_283000_1

Industrie- u. Handelskammer zu Köln

1004635_001, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Wir begrüßen:

- die Stellungnahme der Stadt Overath, den Ortsteil Immekeppel als ASB in den Regionaiplan aufzunehmen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s.StnID 1002857).

Inhalt

Stellungnahme der IHK Köln zu den Textlichen Festlegungen
 Mit dem Regionalplan werden die Entwicklungsperspektive und der Gestaltungsfreiraum für die nächsten Jahrzehnte festgelegt. Ausreichende Flächen für Gewerbe und Industrie sind die Voraussetzung, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region zu halten und auszubauen. Im Regionalplan-Entwurf wird der Ausweisung von Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) Vorrang gegeben vor der Ausweisung von Bereichen für Gewerbe und Industrie (GIB). Hinzu kommt, dass in der Vergangenheit viele bestehende GIBs zugunsten von ASBs umgewandelt wurden. Besonders in den dicht besiedelten Teilräumen mit Wohnraumdruck ist der Verlust und der Mangel von GIBs sehr groß. Der Regionalplan stellt die Potentiale für die nächsten 25 bis 30 Jahre dar. Die identifizierten Flächen sind der Entwicklungsspielraum für die Zukunft. Das Flächenangebot ist nicht ausreichend für eine erfolgreiche und zukunftsweisende wirtschaftliche Entwicklung. Die aktuellen Flächenzusagen im Rheinischen Revier sind sehr positiv, aber nicht ausreichend. Die IHK Köln fordert für ihren Bezirk mehr gewerblich und industriell nutzbare Flächen. Wir empfehlen alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASB-Flächen beizubehalten. Das Delta zwischen Bedarf und Potential gewerblich nutzbarer Flächen wird durch die Rückgabe von Flächen durch die Kommunen noch größer und die Potential-Bedarfs-Rechnung würde sich verschlechtern. Jede Flächenstreichung im aktuellen Entwurf nimmt der Wirtschaft die dringend benötigte Perspektive. Flächenüberhänge bieten zudem einen Gestaltungsspielraum, Flächen entsprechend ihrer spezifischen Eigenschaften richtig einzusetzen. Ein großes Angebot verschiedener Flächen eröffnet die Möglichkeit, die für eine gewerblich/industrielle Nutzung jeweils passende Fläche auszuwählen zudem wird eine zeitliche Beschleunigung erreicht Gibt man nicht benötigte Flächen zurück, ist dies mit weniger Bürokratie verbunden, als neue Flächen zu beantragen. Letztendlich ermöglicht ein umfangreiches Flächenangebot das Einsparen von Flächen. Einer Rücknahmeerfordernis steht diesem Vorgehen nicht entgegen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler

Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und seinen Teilregionen.

Die Festlegung (über-) regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die in der Anregung geäußerte Konfliktsituation zu Flächenmangel und Gestaltungsspielräumen auf.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt. Der Anregung zu zusätzlichen Flächensicherungen im Rheinischen Revier wird insofern entsprochen.

Im Hinblick auf die Anregung, alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen ASB- und GIB - Flächen auch dann beizubehalten, wenn die Kommunen Flächen zur Streichung empfehlen, gilt, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche

Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesen Fällen kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Für die festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Inhalt

Z.2 Zersiedlung vermeiden

Die textliche Festlegung des Regionalplanes besagt, dass unter der grundsätzlichen Berücksichtigung der Vermeidung von bandartigen Siedlungsentwicklungen und Splittersiedlungen in Einzelfällen die Notwendigkeit einer Ausnahme bestehe. Gerade für isoliert im Freiraum liegende und unter Umständen infrastrukturell gut angebundene Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) muss der im Regionalplan ermöglichte Ausnahmetatbestand gezogen werden können. Die Ausnahmevoraussetzungen müssen realitätsnah formuliert werden. Die Eigenschaften der Fläche, die Auswirkungen der Flächeninanspruchnahme, die Emission und die ökonomische Auswirkung der gewerblichen Ansiedlung können an nicht integrierter Stelle häufig weniger ?schädlich sein, da ein Heranrücken an schützenswerte Nutzung vermieden wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Eine Integration in die Zielfestlegung wird von der Regionalplanungsbehörde als nicht notwendig erachtet. Z.2 Zersiedlung vermeiden dient der Konkretisierung der landesplanerischen Vorgaben. Die Festlegung bezieht sich auf die Darstellung von Siedlungsbereichen und folgt den landesplanerischen Vorgaben.

Die Regelungen des LEP NRW bleiben unberührt. Im Einzelfall die Festlegung von isoliert im Freiraum liegenden Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) unter den Ausnahmevoraussetzungen des Ziel 6.3-3 LEP NRW möglich. Hiervon wurde im Einzelfall bereits im vorliegenden Regionalplanentwurf Gebrauch gemacht. Unter den Vorgaben des LEP NRW, hier Ziel 2-3, sind zudem Entwicklungen auch außerhalb der regionalplanerischen Siedlungsbereichsdarstellungen unter den dort formulierten Vorgaben möglich.

1005284, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

G.13

Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren

Die Einführung der neuen Instrumente ASBflex und GIBflex, als Vorbehaltsgebiete im Regionalplan begrüßen wir ausdrücklich. Sie zahlen auf die Forderung ein, ausreichend Flächen zum richtigen Einsatz zur Verfügung zu haben.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1005285, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Z.6 ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln

Um die Flexibilität der neuen Instrumente anwenden zu können, muss konkreter erläutert werden, was unter dauerhaften Vollzugshindernissen in Form von fachrechtlichen Restriktionen, tatsächlichen Gegebenheiten oder städtebaulichen Gründen zu verstehen ist. Sogenannte unbestimmte Rechtsbegriffe behindern die Anwendbarkeit und die schnelle Umsetzung. Die Verfügbarkeit von Flächen hängt von vielen Faktoren ab. Oft sind Flächen mit Restriktionen belastet und lassen sich nicht oder nur schwer aktivieren. Dazu gehören z. B. Eigentumsverhältnisse, Umweltrestriktionen, topographische Bedingungen und bei der Neunutzung altindustrialisierter Flächen auch immer häufiger Denkmalschutzanforderungen. ASBflex und GIBflex bieten die Möglichkeit, Flächen, die aufgrund von Restriktionen wegfallen, an anderer Stelle zu ersetzen. Die verfügbaren Flächen müssen angebotsorientiert ausgewiesen werden, Instrumente wie ASBflex und GIBflex müssen zukünftig verstärkt zur Verfügung stehen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterung zu der Textliche Festlegung Z.6 *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln* wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Inhalt

Z.10 GIB sichern und entwickeln

Wir begrüßen die Festlegung von GIBs als Vorranggebiete. Der Ausschluss von Planungen und Maßnahmen, die mit dieser Nutzung nicht vereinbar sind, sollten auch auf Flächen kleiner 10 ha anzuwenden sein, damit diese den gleichen Schutz erhalten. Eine Ergänzung von GIB-Flächen unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle ist wünschenswert.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz ?insbesondere? (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien ebenenspezifisch (u.a. zur siedlungsräumlichen, umweltverträglichen sowie verkehrlichen Eignung) über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Der Regionalplan Köln sichert durch ein verschiedenartiges Flächenangebot für die unterschiedlichen Formen der gewerblich-industriellen Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten

Standorten und setzt mit differenzierten GIB-Festlegungen den Handlungsauftrag der Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in spezifischen Raumnutzungskategorien im neuen Regionalplan für verschiedene wirtschaftliche Funktionen und Nutzungen unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben um. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung kann eine hinreichend konkretisierende Festlegung beispielsweise durch einen pauschalen Ausschluss von bestimmten schutzbedürftigen Nutzungen nicht auf Ebene der Regionalplanung erfolgen. Diese Beurteilung überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können.

Die textlichen Festlegungen des Z.10 *GIB sichern und entwickeln* wurden entsprechend überarbeitet. Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Der Umgebungsschutz (G.18) des GIBs vor heranrückenden Nutzungen (durch die Ansiedlung von Gewerbebetrieben mit geringeren Emissionen), muss außerhalb des GIBs verortet werden. ?Wertvolle GIB-Flächen mit gewerblichen Nutzungen zu belegen, die eigentlich im ASB angesiedelt werden können, lehnen wir ab. Die Formulierung als Ziel würde diesem wichtigen Aspekt Rechnung tragen. Eine andere Lösung ist zum Beispiel die Ausweisung von ?ASB für Gewerbe? im Regionalplanes Düsseldorf.

Abwägung

Typ

Ausgleichsvorschlag

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht in diesen Fällen ein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Der Regionalplan Köln sichert ein verschiedenartiges Flächenangebot sowohl von GIB als auch ASB für die unterschiedlichen Formen der Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten. Im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben soll die Festlegung der GIB u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen, zudem sind weitere Vorgaben z.B. Ziel 6.3-3 LEP NRW zu beachten. Auch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW).

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB und GIB möglich ist. Dies kann auch bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder

Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Da es sich hierbei um Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt, wird daher von einer regionalplanerische Zielfestlegung durch Einführung einer neuen Gebietskategorie innerhalb der ASB abgesehen.

Die Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung kann eine hinreichend konkretisierende Festlegung beispielsweise durch einen pauschalen Ausschluss von bestimmten schutzbedürftigen Nutzungen nicht auf Ebene der Regionalplanung erfolgen. Diese Beurteilung überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können. Bezüglich der Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit ?KAS 18? in der jeweils aktuellen Fassung.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz ?insbesondere? (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können. Auf die entsprechende Änderung der textlichen Festlegung im angeführten Z.10 *GIB sichern und entwickeln* sowie die vorgenommenen Änderungen zum G.18 *GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen*, Z.7 *ASB sichern und entwickeln* und G. 14 *Nutzungsmischung in dem ASB sicherstellen* wird entsprechend verwiesen.

Die angesprochene Festlegung G.18 *GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen* entfällt, um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden. Der Regionalplan Köln

verzichtet auf die Wiederholung solcher Ziele und Grundsätze des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen (s.ID 1026462).

Die Festlegungen zum Umgebungsschutz haben aufgrund der landesplanerischen Vorgaben (6.3-2 Grundsatz Umgebungsschutz, 10.3-3 Grundsatz Umgebungsschutz für Kraftwerksstandorte) sowie der Zielformulierung zum Umgebungsschutz für landesbedeutsame Häfen im Ziel 8.1-9 des LEP NRW weiterhin Bestand.

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB und GIB möglich ist. Dies kann auch bedeuten, dass in bestehenden Gemengelage oder im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Hinsichtlich des benannten Konkretisierungs- und Abwägungserfordernisses auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen wird daher auch von einer regionalplanerische Zielfestlegung durch Einführung einer neuen Gebietskategorie innerhalb der ASB abgesehen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.

Inhalt

Z.11 GiBinterkommunal sichern und umsetzen

Die Realisierung von GIBs unter der Beteiligung mehrerer Kommunen ist ein neu eingeführtes Instrument, Flächenengpässe zu lösen und Flächen entsprechend ihrer spezifischen Eigenschaften einer passenden Nutzung zu zuführen. In den meisten Teilregionen des IHK-Bezirks sind interkommunale gewerblich und industrielle Nutzungen schwer umzusetzen, da sie bedeutende Flächenüberhänge in einer Kommune voraussetzen. Erschwerend kommen die aus unserer Sicht noch nicht ausgiebig erprobten Verrechnungsmodelle zwischen einzelnen Kommunen hinzu, so dass das kurz- bis mittelfristige Potential aus den GiBinterkommunal gering sein dürfte. Auch sollen interkommunale GIBs Kommunen nicht aus der Verantwortung entlassen, eigene Flächen vor Ort bereit zu stellen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der (inter-) kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Bei der Festlegung von GiBinterkommunal handelt es sich nicht um ein neu eingeführtes Instrument. Bereits in den rechtskräftigen Teilplänen im Regierungsbezirk Köln werden auf Ebene des Regionalplans interkommunale Gewerbeflächenentwicklungen zeichnerisch und textlich festgelegt. Die Festlegungen zu den zweckgebundenen GiBinterkommunal greifen dieses etablierte Instrument auf und sichern im Regionalplanentwurf bereits aktive interkommunale Kooperationen sowie neue Bestrebungen einer interkommunalen Kooperation. Dies erfolgt auf Grundlage der durchgeführten Kommunalgespräche und in Abstimmung mit den beteiligten Kommunen.

Die Festlegung der jeweiligen konkreten interkommunalen Zusammenarbeit durch zeichnerische und textliche Festlegung erfolgt zur Sicherung der bauleitplanerischen Umsetzung durch die Akteurskommunen und aufgrund der Koppelung eines konkreten Flächenangebots mit einem zugeordneten Bedarf. Gleiches gilt für die Regelung zur Erfassung der Flächen im Siedlungsflächenmonitoring (sfm). Aufgrund der Systematik zur Erfassung der Inanspruchnahmen im sfm der Bezirksregierung Köln kann diese nur durch die Belegenheitskommune erfolgen. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist

Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1005290, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Z.12 GiBregional sichern und entwickeln

Die ebenfalls neu eingeführte Kategorie GiBregional dient den Kommunen einer Teilregion zur Wirtschaftsentwicklung. Die Belegenheitskommune und mindestens eine weitere Kommune können unabhängig vom kommunalen Bedarf hier regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen. Diese zusätzliche Möglichkeit begrüßen wir.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1005291, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Z.13 GIBplus sichern und umsetzen

Neu ausgerichtet ist das GIBplus. Die Bereiche für die überregionale Nutzung beziehen sich auf den gesamten Regierungsbezirk. Auch diese Flächen sind unabhängig von kommunalen Bedarfen und sind den flächenintensiven Vorhaben bzw. Vorhabenverbünden mit besonderen Standortfaktoren vorbehalten. Im IHK-Bezirk Köln findet sich diese Flächenkategorie in Bedburg. Wir begrüßen die Verortung eines GIBplus im IHK-Bezirk Köln.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1005292, Industrie- u. Handelskammer zu Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Z.14 GIBz sichern und umsetzen GIBz sind Bereiche für zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen. In unserem IHK Bezirk sind es der Autohof in Elsdorf und ein Starterstandort Strukturwandel in Bergheim. Mit Blick auf den Strukturwandel im Rheinischen Revier bedarf es im östlichen IHK-Bezirk Köln weiterer Flächen GIBz Strukturwandel.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme wird entsprochen. Der Regionalplan Entwurf beinhaltet im vorgegebenen Rahmen der rechtlichen Darstellungsmöglichkeiten umfangreiche Festlegungen zum Siedlungsraum und hier insbesondere zur gewerblichen Entwicklung, die dem Strukturwandel dienen und Handlungsoptionen eröffnen, wie z.B. Festlegungen zur flexiblen Siedlungsentwicklung, Festlegung von Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen sowohl für die endogene kommunale interkommunale und die regionale und übergeordnete Entwicklung (GIB, GIBinterkommunal, GIBregional, GIBplaus). Zusätzlich werden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.</p>

Inhalt

G.18 GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen

Der Schutz vor heranrückender Nutzung ist neu im Regionaiplan. Neben dem Schutz der GIBs werden auch die Infrastruktur für den kombinierten Güterverkehr (G.59), die Flughafeninfrastruktur (G.60) und die Entsorgungsinfrastruktur (G.68) vor heranrückenden Nutzungen geschützt. Wir begrüßen die Feststellung der Schutzbedürftigkeit, regen aber die Aufwertung als Ziel an (siehe oben).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angesprochene Festlegung G.18 *GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen* sowie die weiteren Grundsätze zum Umgebungsschutz in G. 59 *Infrastruktur für den kombinierten Güterverkehr vor heranrückenden Nutzungen schützen*, G. 60 *Flughafeninfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen*, G. 68 *Entsorgungsinfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen* entfallen.

Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung solcher Ziele und Grundsätze des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden. Siehe Erläuterungen zu StID 1026462. Die Festlegungen zum Umgebungsschutz haben aufgrund der landesplanerischen Vorgaben (6.3-2 Grundsatz Umgebungsschutz, 10.3-3 Grundsatz Umgebungsschutz für Kraftwerksstandorte) sowie der Zielformulierung zum Umgebungsschutz für landesbedeutsame Häfen im Ziel 8.1-9 des LEP NRW weiterhin Bestand.

Die Berücksichtigung des Umgebungsschutzes i.S. § 50 BImSchG ist auf Ebene der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen gewährleistet, wobei die für den gegenseitigen Schutz erforderlichen Abstandsflächen stets im Einzelfall unter Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher Vorgaben zu bemessen sind. Ein ergänzender regionalplanerischer Umgebungsschutz ist nicht erforderlich und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

In der Regionalplanung erfolgt die ebenenspezifische Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie durch räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in ebenenspezifischen Raumnutzungskategorien wie Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Dabei gleicht die Regionalplanung die regelmäßig großräumigen Konflikte aus. Die kleinräumigen Nutzungskonflikte dagegen verweist die Regionalplanung auf die nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen, da diese unter vorausschauender Betrachtung dort sachgerecht gelöst werden können.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der

	Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	--

Inhalt

Z 28 Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden im ÜB vorbeugen
Die Rücknahmepflicht von Bauflächen des Flächennutzungsplanes, die in Überschwemmungsbereichen (ÜB) liegen, ist unverhältnismäßig. Im engen Ballungsraum sind kaum Ausweichflächen vorhanden. Die pauschale Streichung von Siedlungsflächen (sowohl GIBs als auch ASBs) hat massive Auswirkungen auf die räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten in der Region. Die Problematik geeigneter Tauschflächen ist bekannt. Die Möglichkeiten des technischen Hochwasserschutzes sollen in allen Fällen stärker Berücksichtigung finden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der LEP NRW macht in Ziel 7.4-6 "Überschwemmungsbereiche", Absatz 3 zwingende Vorgaben zur FNP-Rücknahme: "Die innerhalb von Überschwemmungsbereichen in Flächennutzungsplänen dargestellten Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt wurden, sind zurückzunehmen und vorrangig als natürlicher Retentionsraum zu sichern." Im Regionalplan ist Z.28 "Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden im ÜB vorbeugen" an die Kommunen adressiert. Diesen gibt der Regionalplan vor, die nicht mit Planungsrecht belegten FNP-Bauflächen im Überschwemmungsbereich zurückzunehmen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen im gesamten Planungsraum und konkret in/im [Kreis/kreisfreie Kommune].

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

1005295, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Z.32 Landesbedeutende Häfen sichern

Der Godorfer Hafen wird als landesbedeutsamer Hafen als GIBz festgelegt. Die nordwestliche Fläche (Hafenerweiterung) wird im aktuellen Regionaiplan-Entwurf noch als GIB Standort mit kombiniertem Güterverkehr dargestellt. Diese Fläche soll auf Wunsch der Stadt herausgenommen werden, dagegen sprechen wir uns aus.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Siehe Erläuterungen zu StnID 1002595.

1005296, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Z.34 Flugplätze sichern und G.60 Flughafeninfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen

Die Entwicklungsmöglichkeiten des Flughafen Köln/Bonn werden durch die Widmung von Erweiterungsflächen außerhalb der Flughafengrundstückes als BSN (Bereiche für den Schutz der Natur) beschränkt. Wir fordern die Ausweisung von ?Flugpätze?. Die landesplanerische Verstärkung des gesetzlichen Naturschutzes kann zu Restriktionen bei Betrieb und Entwicklung führen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die BSN-Festlegung dient hier i.W. der Umsetzung des bereits bestehenden fachrechtlich und europarechtlichen stringenten Schutzes (FFH-, Vogelschutzgebiet, Naturschutzgebiete). Das Bedenken wird insofern nicht nachvollzogen.

Inhalt

Regenerative Energien

Im Bereich regenerativer Energien muss das Planungsrecht beschleunigt und konkretisiert werden. Das neue ?Wind-an-Land-Gesetz greift mittlerweile die Thematik auf und will die Ausweisung der erforderlichen Flächen sicherstellen und die Planverfahren beschleunigen und vereinfachen. Wir empfehlen die Aufstellung eines sachlichen Teilplans erneuerbare Energien im beschleunigten Verfahren, um den energiepolitischen Anforderungen gerecht zu werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1005298, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Z.37 Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern

Der Regionalplan Köln muss das Thema Windenergie als regionalplanerische Aufgabe konkret steuern. Wir sehen eine Notwendigkeit zusätzlicher Festlegungen von Vorranggebieten für die Windenergie im Regionalplan Köln, um den Ausbau der Windenergie voranzutreiben. Die Ausweisung von Standorten für Windenergieanlagen allein auf die kommunale Bauleitplanung zu übertragen, ist nicht ausreichend.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1005299, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Z.38 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern
Die Errichtung von Freiflächensolaranlagen bedarf einer räumlichen Steuerung z. B. in Form von Vorranggebieten. Wir fordern eine Beurteilung als privilegierte Bauvorhaben im Außenbereich, um die Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen und Kalamitätsflächen (die aktuell z. B. durch den Schädlingsbefall durch den Borkenkäfer entstanden sind) zu ermöglichen. Dabei sollte eine zeitliche Befristung möglich sein. Eine Mehrfachnutzung von Gewerbe- und Industriegebieten mit Windenergie-, Solarenergie sowie Freiflächensolaranlagen ist häufig möglich und sinnvoll.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1005300, Industrie- u. Handelskammer zu Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Nicht energetische Rohstoffe Lockergereste Die Festlegung zur Sicherung und zum Abbau von Lockergeresten (Kies/Kiessand, Ton/Schluff, präquartäre Kiese und Sande) ist nicht Teil der Neuaufstellung des Regionalplanes. Der Sachliche Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe befindet sich noch im Verfahren.</p> <p>Festgereste Auch die Festlegung und Sicherung von Festgeresten (Kalkstein, Sandstein, Tonstein, Basalt) ist nicht Gegenstand des Verfahrens. Die Ermittlung von Abbaugelieten wir im Rahmen eines separaten Verfahrens durchgeführt. Die Rohstoffsicherung mit nicht energetischen Rohstoffen, vor allem mit Lockergeresten ist für dieRegion wichtig. Die Bauwirtschaft benötigt vorhabennahe Rohstoffvorkommen. Locker- und Festgereste sind günstige Massengüter, die hohe Transportkosten verursachen. Aus diesem Grund möchten wir auf die Bedeutung der nicht energetischen Rohstoffe für die Bauwirtschaft hinweisen und fordern die Abstimmung mit dem Regionalplan-Entwurf und die zügige Fertigstellung des Teilplanes.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Festgeresten (z. B. Kalkstein, Sandstein, Tonstein, Basalt) sind nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Durch die Neuaufstellung des Regionalplans Köln werden vorhandene Abbaurechte für den Abbau von Festgeresten nicht berührt. Neue Abgrabungen bzw. Erweiterungen von Abgrabungen für Festgereste sind unter Beachtung der geltenden raumordnerischen Vorgaben möglich.</p> <p>Abweichend von bisherigen Planentwurf bleiben die zeichnerischen und textlichen Festlegungen des bestehenden Regionalplan zu Festgereste-BSAB von der Regionalplan-Neuaufstellung und dem Teilplan NR unberührt und gelten fort. Siehe hierzu StnID 1026270.</p>

1005301, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

? Wiederherstellung des Uferbereichs in Worringen als GIB, der Entwurf setzt dort BSN (Besonderer Schutz der Natur) fest. In diesem Bereich befindet sich der Hafen des Chemparks Dormagen, die Hafennutzung muss unbedingt gesichert werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1006034).

Inhalt

Flächensituation im Rhein-Erft-Kreis

Die Herausforderungen des Strukturwandels in Folge des politisch gewollten Kohleausstiegs sind für den Rhein-Erft-Kreis von großer Bedeutung. Die Frage der Flächenkonkurrenz sollte aber zukünftig deutlich zu Gunsten von gewerblich und industriell nutzbaren Flächenausweisungen beantwortet werden. Da insbesondere industrielle Wertschöpfung von dem Ausstieg aus der Kohleverstromung betroffen sein wird, müssen schnellstmöglich auch neue industriell nutzbare Flächen ausgewiesen werden. Das Abstellen auf heutige Kraftwerks- bzw. Wertschöpfungsstandorte der Energiewirtschaft für zukünftige industrielle Nutzung würde bei weitem zu kurz greifen, da diese Flächen erst nach Beendigung ihrer jetzigen Nutzung und einem jahrelangen Rückbau zur Verfügung ständen.

Für das Gelingen des Strukturwandels sind zusätzliche und große zusammenhängende Gewerbe- und Industrieflächen essenziell. Aus diesem Grund sieht die IHK Köln den festgestellten Bedarf an GIB-Flächen von 489 ha als nicht ausreichend an. (Potential von 502 ha, heißt rechnerisch ein Bonus von 13 ha). Das neue Instrument der für den Strukturwandel zweckgebundenen Gewerbe- und Industrieflächen (GIBz Strukturwandel) ist zielführend, um notwendige Potenziale zu erschließen. Wir fordern, dieses Instrument breit anzuwenden.

- Wir begrüßen die Regionalplanänderungen der Gewerbe- und Industrieflächen Kerpen und Elsdorf, weisen aber gleichzeitig darauf hin, dass diese Flächen in den nachgelagerten Planungsschritten, schon heute absehbar, nicht als Industrieflächen zur Verfügung stehen werden daher betonen wir den Bedarf an weiteren Potentialflächen.
- Insbesondere die Erschließung des Industriegebietes Knapsack (?Barbarahof?), auf dem Gebiet der Städte Hürth und Erftstadt, entlang der Zieselsmaar Straße, erfüllt aus Sicht der Industrie- und Handelskammer viele der wichtigsten Kriterien einer modernen Industrieansiedlungspolitik. Die verkehrstechnische Erreichbarkeit ist durch die Nähe zu den Autobahnen A1 und A61 sichergestellt. Liefer- und Pendelverkehre durch Ortslagen sind ausgeschlossen. Das Vorhandensein eines alten reaktivierbaren Gleisanschlusses kann perspektivisch Arbeitnehmer und Güter auch über die Schiene zu ihrem Ziel bringen. Es gibt keine angrenzende Wohnbebauung und die Fläche hat mit ca. 100 ha eine relevante Größe, um die Wertschöpfungsverluste aus dem Strukturwandel im Rhein-Erft-Kreis wirksam abzufedern. Aus Sicht der Industrie- und Handelskammer zu Köln gibt es im Rhein-Erft-Kreis keine vergleichbares kurzfristig entwickelbares, industriell-nutzbare Wertschöpfungspotential.
- Ebenfalls ein idealer Industriestandort der Zukunft sind die Flächenpotentiale

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001415 und StnID 1004931).

Darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

der ehemaligen BoAplus-Erweiterung in Bergheim Niederaußen. Die Fläche hat ein Potential von ca. 40 ha. Der bereits vorhandene Gleisanschluss von RWE, sowie die Planung die Kölner Stadtbahnlinie 4 bis nach Niederaußen voranzutreiben sind in der Form im Kreisgebiet einzigartig. Der Standort ist bereits als Industriefläche (GIB) mit der Sonderzuweisung Energieerzeugung planerisch erfasst und bedarf daher keiner ?Neuausweisung, sondern nur einer Umwidmung.

Die IHK Köln spricht sich im Rhein-Erft-Kreis für alle geplanten gewerblich nutzbaren Flächenpotenziale aus. Insbesondere die o. g. GIB-Flächen (Knapsack, Niederaußen) sehen wir als zwingend notwendige Ausweisungen an.

1005304, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Flächensituation in Leverkusen und dem Rheinisch-Bergischen Kreis

In Leverkusen und den Kommunen im Rheinisch-Bergischen Kreis (RBK) ist die Wirtschaft sehr heterogen aufgestellt: Neben großen industriellen Strukturen z. B. aus der chemischen oder nahrungsmittelverarbeitenden Industrie und Hauptsitzen globaler Unternehmen findet sich eine Vielzahl von kleinen und mittelständischen Unternehmen oftmals seit Generationen im Familienbesitz. In der Stadt Leverkusen besteht ein Bedarf an GIB-Flächen von 215 ha, dem steht ein Potential von 63 ha entgegen (Defizit von 152 ha). Im Rheinisch-Bergischen Kreis sind 246 ha GIB-Fläche nötig, dem stehen 178 ha gegenüber (Defizit von 68 ha). In der Zukunft ist damit zu rechnen, dass nicht alle Expansionswünsche in dieser Teilregion bedient werden können, sodass Unternehmen den Standort mitsamt ihren Arbeitsplätzen und der vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette werden verlassen müssen.

Wir fordern:

? die Beibehaltung der ASB-Flächen nördlich des Ortsteils Leverkusen-Hitdorf, um die Entwicklung eines Gewerbegebiets im ASB zu ermöglichen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen keine neuen regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf er auf regionaler Ebene gemäß dem Grundsatz 4-2 des LEP NRW ?Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)? die Planungsentscheidung, bei der Entwicklung des Raumes vorsorgend die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen zu berücksichtigen. Er legte im Aufstellungsbeschluss vom 10.12.2021 dementsprechend nur solche Siedlungsbereiche fest, die eine Lebensumgebung mit einem möglichst geringen Risiko für ein Extremhochwasser versprechen.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung wurde von Seiten der Kommune nicht an den Flächen festgehalten. Darüber hinaus wurden auch keine alternativen Flächenvorschläge in das Verfahren eingebracht.

1005305, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Flächensituation im Oberbergischer Kreis

Der Oberbergische Kreis ist eine Industrieregion mit einer weit über dem NRW-Durchschnitt liegenden Zahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im produzierenden Gewerbe (40,8%) und einer direkten Exportquote von 45%, so dass die Nachfrage nach Gewerbeflächen nicht an den demographischen Faktor gebunden werden kann. Im Oberbergischen Kreis finden sich viele Hidden Champions zumeist mittelständische Familienunternehmen, die in den Schwerpunktbranchen Maschinen- und Fahrzeugbau, Edeltahlerzeugung, Stahl- und Leichtmetallbau, Eisen-, Blech- und Metallverarbeitung, Elektrotechnische Industrie und Kunststoffverarbeitung tätig sind.

Dem von Bezirksregierung Köln für den Oberbergischen Kreis ermittelten gewerblichen Bedarfe (489 ha) steht ein Potential von 511 ha gegenüber. Dieses Potential ist dennoch nicht ausreichend, denn aufgrund von topografischen Verhältnissen, Umweltrestriktionen, notwendigen Infrastruktureinrichtungen und Eigentumsverhältnissen stehen die Flächen nicht umfänglich zur Verfügung. Deutlich wird dies bei der Planung des Industrieparks Hermesdorf III in Waldbröl, dort stehen von den 50 ha Flächen tatsächlich nur 22 ha für eine Nutzung zur Verfügung.

Wir fordern:

? zur Standortsicherung der Unternehmen vor Ort ein größeres GIB-Potenzial zur Verfügung zu stellen

? für nachfragende Unternehmen eine kurzfristige und flexible Flächenverfügbarkeit zu garantieren, in Oberberg geht es immer darum, den bereits vorhandenen Unternehmen Wachstumschancen vor Ort bieten zu können. Insgesamt sind im Regionalplan-Entwurf die Wünsche und Bedarfe der einzelnen Kommunen des Oberbergischen Kreises unterschiedlich berücksichtigt worden. Zum Teil werden auch Flächen in die Planung einbezogen, die weniger gut geeignet sind. Gerade die Kommunen Marienheide, Nümbrecht, Reichshof und Wipperfürth haben nur noch wenige bzw. keine regionalplanerischen GIB-Reserven.

Wir fordern:

? Reichshof: Erweiterung des bestehenden, sehr großen Industrie- und Gewerbegebietes Wehnraht

? Marienheide: gewerbliche Nutzung des ehemaliger Flugplatz Meinerzhagen

? Nümbrecht: Flächenwünsche der Gemeinde umsetzen:

? Erweiterung des Gewerbegebiets Elsenroth

? Neuansatz für GI/GE im Ortsteil Oberstaffelbach

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrrandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

? GI/GE-Fläche Klausen als interkommunales Gewerbegebiet mit 22 ha zwischen Lindlar und Engelskirchen forcieren.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret im Oberbergischen Kreis.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Zu den einzelnen GIB Anregungen:

- Reichshof: s. StnID 1002593

- Marienheide, Flugplatz: Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht sowie hoher Raumwiderstände wurde in dem in Rede stehenden Bereich keine Verortung von Siedlungspotentialen vorgenommen.

- Nümbrecht: s. StnID 1012106 und StnID 1012107

- Lindlar/Klausen: der Forderung ist entsprochen; s. Teil Stn 1024972



Inhalt

Zusammenfassend fordert die IHK Köln

? mehr Flächen für gewerbliche und industrielle Nutzungen

? keine Reduktion der Flächen im Regionalplanentwurf durch kommunale Entscheidungen

? gezielte Ausweisung zusätzlicher GIB-Flächen, Annäherung an den ermittelten Flächenbedarf herstellen um Ansprüchen einer wachsenden Region gerecht zu werden

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten. Der Stellungnahme hinsichtlich der Ansprüche einer wachsenden Region wird insofern gefolgt.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen

Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBpl us sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und seinen Teilregionen.

Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist. Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere in den Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und konkret im Oberbergischen Kreis und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen von zusätzlichen GIB Flächen im Oberbergischen Kreis auf. Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen.

Der Stellungnahme wird insofern hinsichtlich zusätzlicher GIBregional Festlegungen im Oberbergischen Kreis teilweise gefolgt.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine

wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Im Hinblick auf die Anregung alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen ASB- und GIB - Flächen auch dann beizubehalten, wenn die Kommunen Flächen zur Streichung empfehlen gilt, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesen Fällen kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Der Anregung wird nicht gefolgt.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum

bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Siehe auch Erläuterungen zu StnID 1005280, 1005305

Inhalt

Zusammenfassend fordert die IHK Köln

? eine hohe Flexibilität der Flächennutzung, im Sinne der Anwendung von GIBflex

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Der Regionalplan Köln entkoppelt insofern Mengen- und Standortsteuerung der Siedlungsentwicklung. Dies dient dazu, zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbaren Restriktionen und Umsetzungshemmnissen innerhalb der ASB und GIB zu begegnen und mehr Flexibilität bei der räumlichen Verortung der ermittelten Siedlungsraumbedarfe zu schaffen. Im Sinne der Verfahrensbeschleunigung sowie einer gesamträumlichen Abwägung im Sinne des Freiraumschutzes werden durch dieses Instrument künftig erforderliche einzelne Einzeländerungsverfahren des Regionalplans für geeignete Siedlungsraumerweiterung reduziert. Aufgrund der vielfältigen Restriktionen und Mehrfachkodierungen der Flächennutzung im Regionalplan Köln legt dies den sonst typischerweise auftretenden Regionalplanänderungsverfahren für Einzelvorhaben eine gesamtplanerische Freiraum- und Siedlungsraumkonzeption zugrunde. Der Anregung im Sinne einer Flexibilität der Flächennutzung zu den GIBflex wird insofern mit den Festlegungen im Regionalplan entsprochen.

ASBflex und GIBflex dürfen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur

	<p>bedarfsgerecht gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung sind im kommunalen Bauleitplanverfahren die Bereiche (ASB/GIB) zu benennen, innerhalb welcher dauerhafte Vollzugshindernisse vorliegen. So wird sichergestellt, dass nicht mehr Fläche als gemäß ermitteltem Bedarf in Anspruch genommen wird.</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>
--	---

Inhalt

Zusammenfassend fordert die IHK Köln:

? keine Beschneidung von Entwicklungsperspektiven von gewerblichen und industriellen Unternehmen

? Schutz der Unternehmen im GIB vor heranrückenden Nutzungen

? Aufwertung des Grundsatzes G.18 als Ziel

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die in der Anregung formulierte Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen für Entwicklungsperspektiven von gewerblichen und industriellen Unternehmen im Regierungsbezirk Köln und seinen Teilräumen auf.

Im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die ebenenspezifischen Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der

Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB).

Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Eine konkretisierende Festlegung in Bezug auf erforderliche Abstände zwischen Nutzungen überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können. Dies schließt auch eine ebenenspezifischen Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie ein.

Zudem verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit ?KAS 18? in der jeweils aktuellen Fassung. Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung bzw. der Fachplanung ist es u.a. im Sinne des Abstandgebotes erforderlich, unter Kenntnis der konkret vorhandenen Situation innerhalb der ASB aber auch der GIB sowie im Falle ggf. heranrückender schutzbedürftiger Nutzungen oder der Erweiterung und Errichtung emittierender Nutzungen, einen möglichen Konflikt zu verhindern. Dies kann beispielsweise bedeuten, dass in bestehenden Gemengelage oder im Rahmen einer Erweiterung schutzbedürftiger oder emittierender Nutzungen durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann sachgerecht erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz ?insbesondere? (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Die Änderung der textlichen Festlegung im angeführten Ziel Z.10 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen macht sich die in Ziffer 1.c) der Planzeichendefinition angegebenen Nutzungen als Vorrangnutzungen in den festgelegten GIB zu eigen, da es sich hinsichtlich einer erforderlichen kleinräumigen

Konfliktlösung um eine Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt. Die textlichen Festlegungen des Z.10 *GIB sichern und entwickeln* wurden entsprechend überarbeitet.

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB und GIB möglich ist. Dies kann auch bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Auf die geänderten Festlegungen im G.14 *Nutzungsmischung in den ASB sicherstellen* hinsichtlich einer möglichen Umsetzung von Abstandsflächen innerhalb der ASB wird zudem verwiesen.

Hinsichtlich der Aufwertung der angesprochenen Festlegung G.18 *GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen* gilt, dass diese Festlegung entfällt, um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden. Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung solcher Ziele und Grundsätze des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen (s.ID 1026462).

Die Festlegungen zum Umgebungsschutz haben aufgrund der landesplanerischen Vorgaben (6.3-2 Grundsatz Umgebungsschutz, 10.3-3 Grundsatz Umgebungsschutz für Kraftwerksstandorte) sowie der Zielformulierung zum Umgebungsschutz für landesbedeutsame Häfen im Ziel 8.1-9 des LEP NRW weiterhin Bestand.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien ebenenspezifisch (u.a. zur siedlungsräumlichen, umweltverträglichen sowie verkehrlichen Eignung) über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Der Regionalplan Köln sichert durch ein verschiedenartiges Flächenangebot für die unterschiedlichen Formen der gewerblich-industriellen Raumnutzung entsprechend der

	<p>hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten und setzt mit differenzierten GIB-Festlegungen den Handlungsauftrag der Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in spezifischen Raumnutzungskategorien im neuen Regionalplan für verschiedene wirtschaftliche Funktionen und Nutzungen unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben um.</p>
--	---

Inhalt

Zusammenfassend fordert die IHK Köln:

? Einführung einer Gebietskategorie wie z. B. das ASB für Gewerbe zur konsequenten Zonierung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht in diesen Fällen ein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB planungssicher und umsetzen* im gesamten Planungsraum. Zusätzlich werden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz NRW für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

Der Regionalplan Köln sichert so ein verschiedenartiges Flächenangebot sowohl von GIB als auch ASB für die unterschiedlichen Formen der Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten. Im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben soll die Festlegung der GIB u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen, zudem sind weitere Vorgaben z.B. Ziel 6.3-3 LEP NRW zu beachten. Auch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum (s. Ziel 2-3 LEP NRW) unberührt.

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB und GIB möglich ist. Dies kann auch bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Da es sich hierbei um Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt, wird von einer regionalplanerischen Zielfestlegung durch Einführung einer neuen Gebietskategorie innerhalb der ASB abgesehen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005353, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Zusammenfassend fordert die IHK Köln:

? zügiges Inkrafttreten des Regionalplanes

? Beschleunigung der Planänderungsverfahren

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Die Neuaufstellung des Regionalplans bietet den Kommunen die Gelegenheit, ihre Planungsabsichten ? soweit regionalplanerisch relevant ? einzubringen.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1005943, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

In einem konkreten Fall in Roggendorf-Thenhoven (6-611-007) rückt ein neues ASB an bestehende Seveso-Betriebe heran. Entstehende Konflikte werden auf der Ebene der Bauleitplanung delegiert, die für Unternehmen notwendige Planungssicherheit wird so nicht erreicht. Wir fordern eine Gebietskategorie, die einen Mischgebietscharakter festsetzt, wie z. B. (siehe oben) ein ?ASB für Gewerbe.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Siehe Erläuterungen zu StnID 1002904.

1005944, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Im IHK-Bezirk Köln liegen ebenfalls die Häfen des Chemparks Leverkusen und des Chemparks Dormagen. Entsprechend ihrer wirtschaftlichen Bedeutung (sie erfüllen alle Kriterien des Ziels 8.1-9 LEP) und zur Standortsicherung sollen diese Häfen als Landesbedeutsame Häfen festgesetzt werden bzw. das Signet Güterumschlaghäfen erhalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1006034, StnID 1006037, StnID 1006636).

1005945, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

In diesem Zusammenhang weisen wir auf den Missstand hin, dass der Uferbereich, an dem sich der Hafen des Chemparks Dormagen in Worringen befindet, im Entwurf als BSN (Besonderer Schutz der Natur) ausgewiesen wird (siehe auch unten). Hier muss wieder ein GIB festgesetzt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1006034).

1005946, Industrie- u. Handelskammer zu Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Köln</p> <p>Zudem fehlt ein wirksamer Schutz des Flughafengeländes vor heranrückenden immissionsempfindlichen Nutzungen (G.60).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Siehe Erläuterungen zu Stn ID 1006707.</p>

1005947, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Die IHK fordert deshalb folgende Fläche wieder/zusätzlich aufzunehmen, damit dem Flächendefizit entgegengewirkt wird:

? 6-611-009 GIB-Fläche südlich-westlich der Anschlussstelle Köln-Worringen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

1005948, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Die IHK fordert deshalb folgende Fläche wieder/zusätzlich aufzunehmen, damit dem Flächendefizit entgegengewirkt wird:

? 6-611-008 in Zusammenhang mit 6-611-B08 GIB-Flächen in Roggendorf/Thenhoven

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1002906, 1002905).

1005949, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Die IHK fordert deshalb folgende Fläche wieder/zustätzlich aufzunehmen, damit dem Flächendefizit entgegengewirkt wird:

? 6-608-006B GIB-Fläche zwischen Volkhoven-Weiler und A57 (26,2 ha)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Siehe Erläuterungen zu StnID 1002900.

1005950, Industrie- u. Handelskammer zu Köln	
Inhalt Die IHK fordert deshalb folgende Fläche wieder/zusätzlich aufzunehmen, damit dem Flächendefizit entgegengewirkt wird: ? GIB-004-01 Erweiterung Godorfer Hafen - soll GIB bleiben	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Siehe Erläuterungen zu StnID 1002595.

1005951, Industrie- u. Handelskammer zu Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Die IHK fordert deshalb folgende Fläche wieder/zusätzlich aufzunehmen, damit dem Flächendefizit entgegengewirkt wird:</p> <p>? 9-909-008 GIB-Fläche Flittard, östlich S-Bahn (40 ha)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p> <p>Darüber hinaus befindet sich die Fläche im HQextrem-Bereich. Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen keine neuen regionalplanerisch darstellungsrelevanten Siedlungspotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung gemäß dem Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 des LEP NRW ?Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)? bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale</p>

1005952, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Die IHK fordert deshalb folgende Fläche wieder/zusätzlich aufzunehmen, damit dem Flächendefizit entgegengewirkt wird:

? 8-807-003 GIB-Fläche in Brück

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Darüber hinaus werden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände landesplanerische Vorgaben entgegen. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen.

1005953, Industrie- u. Handelskammer zu Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Die IHK fordert deshalb folgende Fläche wieder/zusätzlich aufzunehmen, damit dem Flächendefizit entgegengewirkt wird:</p> <p>? 7-713-008B, 7-713-008A GIB-Fläche und 7-713-009 ASB-Fläche (27,1 ha) in Porz-Lind</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Für den GIB besteht eine Entwicklungsabsicht, sodass dieser Bereich weiterhin im Regionalplan als Siedlungsraum gesichert wird. Für den ASB entfällt die Entwicklungsabsicht (s. Stn ID 1003024), sodass hier kein weiteres Sicherungserfordernis besteht.</p>

Inhalt

Interkommunale Wirtschaftsflächen sind eine gute Lösung, wenn in den umliegenden Kommunen Potentiale vorhanden sind. Die Flächendefizite der Stadt Köln lassen sich jedoch nicht in der Region ausgleichen, da die umliegenden Städte und Gemeinden ebenfalls unter einem großen Mangel an GIB-Flächen leiden. Zudem müssen die Kommunen in der Region neben den eigenen Ansprüchen auch regionale (GIBregional) und überregionale (GIBplus) Bedarfe decken.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Dies führt dazu, dass trotz bestehender Bedarfe in manchen Kommunen aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht oder mangels regionalplanerischer Eignung oder entgegenstehender landesplanerischer Vorgaben Siedlungsraumpotentiale nicht in ausreichender Größe und Anzahl zur Verfügung stehen. Demgegenüber stehen gewerbliche Flächenentwicklungsabsichten von Kommunen, die nicht von ihren ermittelten Bedarfen gedeckt sind.

Die Region+-Prozesse sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die in der Anregung benannte Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen im Raum Köln auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien gemäß Begründung vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im Regionalplan Köln. Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u.a. ein ausreichendes

und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen.

Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005956, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Wir fordern:

? die Ausweisung des GIBinterkommunal in Burscheid, um einen Teil des Bedarfes aus Burscheid und Leverkusen zu decken

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1003560, StnID 1001464).

1005957, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Wir fordern:

? eine alternative Verortung von GIBs und GIBflex (große Teile der vorgesehenen GIB-Flächen in Burscheid stehen aufgrund der Eigentumsverhältnisse nicht zur Verfügung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1003561, 1003562, 1003565, 1003560).

Zudem gilt für die Flächen, die aufgrund der Eigentumsverhältnisse nicht zur Verfügung stehen, dass aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht - hier belegt durch die Darstellung als Gewerbegebiet im Flächennutzungsplan - sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich ein Sicherungserfordernis besteht, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist hier nicht möglich, da es sich nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Reserve im Flächennutzungsplan der Stadt Burscheid. Ein Flächentausch kann jedoch auf Ebene der Flächennutzungsplanung gemäß der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung im kommunalen Bauleitplanverfahren erfolgen.

1005958, Industrie- u. Handelskammer zu Köln	
Inhalt Wir fordern: ? das Gewerbegebiet in Overath-Vilkerath als ASB zu belassen (nicht in Freiraum umwandeln)	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1002860).

1005959, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Wir begrüßen:

? die Ausweisung des GIBinterkommunal in Kürten-Spitze, um einen Teil des Bedarfes aus Kürten und Bergisch Gladbach zu *verorten* (hier ergänzt wegen fehlenden Verbs).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert. Hinweis: Die Stellungnahme bezieht sich auf einen GIBinterkommunal Kürten/Bergisch Gladbach - es wird davon ausgegangen, dass hier der GIBregional Kürten gemeint ist.

1005960, Industrie- u. Handelskammer zu Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Wir begrüßen:</p> <p>? den Vorschlag der Stadt Overath, die Tauschfläche Klef als GIB zu erweitern</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist hier nicht möglich, da es sich bei der vorgeschlagenen Tauschfläche nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Reserve im Flächennutzungsplan. Jedoch kann grundsätzlich Flächentausch auf Ebene der Flächennutzungsplanung gemäß Ziel <i>Flächenüberhänge vermeiden und abbauen</i> erfolgen.</p> <p>Siehe Erläuterungen zu StnID 1002987.</p>

1005961, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Wir begrüßen:

? das Ansinnen der Stadt Rösrath, das geplante Gewerbegebiet Rambrücken nicht als ASB, sondern als GIB auszuweisen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen siehe zeichnerische Änderungen und Erläuterungen zu StnID 1004587.

1005962, Industrie- u. Handelskammer zu Köln

Inhalt

Wir begrüßen:

? die Ausweisung von GIB-Flächen in Wermelskirchen entlang der L 157, um diese Flächen vor heranrückender Wohnbebauung zu schützen und gleichzeitig für industrielle Zwecke zu sichern

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Wir machen darauf aufmerksam:

? im Bereich der Deponie Leverkusen wird ein regionaler Grünzug RG und einen Bereich zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung BSLE dargestellt. Da die Nutzung der Deponie noch auf 15-20 Jahre ausgelegt ist, ist die Darstellung verfrüht.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Festlegung Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie überlagert die jeweilige regionalplanerisch beabsichtigte und anzustrebende Folgenutzung. Die festgelegte Folgenutzung richtet sich ausschließlich an die abschließende Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung und steht der vorlaufenden Abfallentsorgung oder deren Wiederaufnahme nicht entgegen. Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung von Deponien jeglicher Art hat sich in die umgebende Raumstruktur einzufügen.

In der Regel sind als Folgenutzung die anzustrebenden Freiraumfunktionen festgelegt. Die Folgenutzung ist im Rahmen des abfallwirtschaftlichen Fachverfahrens unter Berücksichtigung der fachrechtlichen Anforderungen an die Sicherheit des Deponiekörpers zu konkretisieren.

AZ: BET_285000_1

Handwerkskammer zu Köln

1004101_001, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Wir fordern alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASS-Flächen beizubehalten:

2. 6-611-009 GIB-Fläche südlich-westlich der Anschlussstelle Köln-Worringen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

1004101_002, Handwerkskammer zu Köln	
Inhalt Wir fordern alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASS-Flächen beizubehalten: 3. 6-11-008, 6-611-808 GIB-Flächen in Roggendorf/Thenhoven	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1002906, 1002905).

1004101_003, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Wir fordern alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASS-Flächen beizubehalten:

4. 6-608-0068 GIB-Fläche zwischen Volkhoven-Weiler und A57 (26,2 ha)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Siehe Erläuterungen zu StnID 1002900.

1004101_004, Handwerkskammer zu Köln	
Inhalt Wir fordern alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASB-Flächen beizubehalten: 5. GIB-004-01 Erweiterung Godorfer Hafen - soll GIB bleiben	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Siehe Erläuterungen zu StnID 1002595.

1004101_005, Handwerkskammer zu Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Wir fordern alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASS-Flächen beizubehalten:</p> <p>6. 9-909-008 GIB-Fläche Flittard, östlich S-Bahn (40 ha)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p> <p>Darüber hinaus befindet sich die Fläche im HQextrem-Bereich. Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen keine neuen regionalplanerisch darstellungsrelevanten Siedlungspotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung gemäß dem Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 des LEP NRW "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale</p>

1004101_006, Handwerkskammer zu Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Wir fordern alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASS-Flächen beizubehalten:</p> <p>7. GIB-029-01 GIB-Fläche in Mülheim</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Siehe Erläuterungen zu StnID 1003615.</p>

1004101_007, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Wir fordern alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASS-Flächen beizubehalten:

8. 8-807-003 GIB-Fläche in Brück

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Darüber hinaus werden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände landesplanerische Vorgaben entgegen. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen.

1004101_008, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Wir fordern alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASS-Flächen beizubehalten:

9. 7-713-008B, 7-713-008A GIB-Fläche in Porz

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Für den GIB besteht eine Entwicklungsabsicht, sodass dieser Bereich weiterhin im Regionalplan als Siedlungsraum gesichert wird.

1004101_009, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Wir fordern alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASS-Flächen beizubehalten:

10. 3-309-003, 3-309-803, 3-309-005, 3-303-006, 3-306-001 B, 3-308-002, 3-308-802
ASS-Fläche in Lindenthal

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

1004101_010, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Wir fordern alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASS-Flächen beizubehalten:

11. 6-606-002, 6-606-B02, 6-611-007 ASS-Fläche in Chorweiler

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

(s. auch StnID 1002904)

1004101_011, Handwerkskammer zu Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Wir fordern alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASS-Flächen beizubehalten:</p> <p>12. 7-713-007, 7-713-009, 7-714-011B ASB-Fläche in Porz</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Siehe Erläuterungen zu StnID 1003018, 1003024, 1003028.</p>

1004101_012, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Wir fordern alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASS-Flächen beizubehalten:

13. 8-807-004, 8-807-005 ASS-Fläche in Kalk

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Siehe Erläuterungen zu StnID 1003211, 1003207.

1004101_013, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Wir fordern alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASS-Flächen beizubehalten:

1. Wiederherstellung des Uferbereichs in Worringen als GIB, der Entwurf setzt dort BSN (Besonderer Schutz der Natur) fest, obwohl sich dort der Hafen des Chemparks Dormagen befindet

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1006034).

1004337, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Das Handwerk ist in den Städten und Gemeinden des Regierungsbezirks Köln fest verankert. Handwerksbetriebe versorgen die Bürger vor Ort mit Dienstleistungen und Produkten vielfältigster Art. Sie stellen wohnortnahe Arbeits- und Ausbildungsplätze, sind ein wichtiger Teil regionaler Wertschöpfungsketten und ermöglichen somit eine Stadt der kurzen Wege. Handwerksbetriebe sind standorttreu und bilden damit einen wichtigen Anker für Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu müssen allerdings die Standorte bestehender Handwerksbetriebe gesichert werden. Die Betriebe benötigen ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten.

Für Erweiterungen am Standort, für Standortwechsel und für Neuansiedlungen muss ein qualitativ differenziertes und quantitativ angemessenes Flächenangebot zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stehen. Diese Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren insbesondere in den Ballungsräumen verschlechtert. Getrieben wird diese Entwicklung u.a. durch die Umnutzung von Gewerbegebieten und forciertem Wohnungsbau. Nutzungskonkurrenzen und Nutzungskonflikte nehmen zu. Die Akzeptanz der Anwohner für Gewerbestandorte lässt nach. Auch im ländlichen Raum wird die Gewerbeflächensituation immer schwieriger. Hier schafft vor allem eine schlechte Verkehrsanbindung Probleme für Handwerksbetriebe. Durch solche Probleme werden Handwerksbetriebe in ihren Möglichkeiten zur Standortsicherung eingeschränkt, Wachstumsmöglichkeiten gehemmt sowie Neugründungen erschwert. Die Entmischung der Quartiere steht dem Leitbild der Stadt der kurzen Wege entgegen, da sich die Anfahrtswege für Betriebe und Kunden zum Teil deutlich verlängern. Dadurch nehmen die Emissionen und die Stauzeiten zu. Diesen Entwicklungen ist mit geeigneten Maßnahmen entgegenzutreten. Der Regionalplan setzt den Rahmen für die kommunale Bauleitplanung und bestimmt somit zum einen die Spielräume für unternehmerische Aktivitäten und ist zum anderen maßgeblich für die Planungssicherheit der Wirtschaft. Von besonderer Bedeutung sind für uns die Vorgaben zu Gewerbe- und Industrieflächen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Information zur räumlichen Entwicklung und zur Situation der Handwerksbetriebe in den Städten vorgebracht.

1004338, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Die im vorliegenden Entwurf des Regionalplanes (Stand: Dezember 2021) als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) sowie Gewerbe- und Industriebereich (GIB) dargestellten Flächen entsprechen bei Weitem nicht dem prognostizierten Flächenbedarf der Stadt Köln nach Vorgaben des Landes (ASB 2.920,0 ha, GIB 886,0 ha). Umso weniger Verständnis bringen wir für die nicht transparent begründete Tatsache auf, dass bereits im Regionalplan-Entwurf dargestellte Optionsflächen auf Drängen der Kommune wieder gestrichen werden sollen. Der Rat hat im Juni 2022 beschlossen, dass insgesamt 18 bereits dargestellte Siedlungsoptionsflächen verworfen und somit im weiteren Verfahren wieder aus dem Regionalplan entfernt werden sollen. Damit werden insbesondere die von der Verwaltung ermittelten Entwicklungsmöglichkeiten der Stadtteile Lövenich, Widdersdorf, Brück und Wahn/Libur (westlich der Bahnlinie) beschnitten und die Bedarfsdeckung um weitere 222 ha ASB und 16 ha GIB reduziert. Zusätzlich drohen durch Änderungsvorschläge der Bezirksvertretungen weitere GIB-Flächen zu entfallen. Wir fordern alle im Regionalplan-Entwurf enthaltenen GIB- und ASS-Flächen beizubehalten:

[Flächen s. Stn ID 1004101_001-1004101_013]

Das Delta zwischen Bedarf und Potenzial gewerblich nutzbarer Flächen wird durch die Rückgabe von Flächen (s.o.) zusätzlich größer und die Potenzial-Bedarfs-Rechnung müsste neu erstellt werden. Jede Flächenstreichung nimmt der Wirtschaft die dringend benötigte Perspektive. „Flächenüberhänge“ bieten zudem einen Gestaltungsspielraum, Flächen entsprechend ihrer geographischen Eigenschaften richtig einzusetzen. Ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen eröffnet die Möglichkeit, Gunsträume für unterschiedliche Anforderungen zu schaffen und die für eine gewerbliche Nutzung passende Fläche auszuwählen. Im Ergebnis führt dies zu einem Bürokratieabbau, da benötigte Flächen nicht beantragt werden müssen, sondern nicht benötigte Flächen zurückgegeben werden können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

[Ausgleichsvorschläge zu Flächen s. Stn ID 1004101_001-1004101_013]

Inhalt

Interkommunale Wirtschaftsflächen sind eine gute Lösung, wenn in den Umlandkommunen Potentiale vorhanden sind. Die Flächendefizite der Stadt Köln lassen sich jedoch nicht in der Region ausgleichen, da die umliegenden Städte und Gemeinden ebenfalls unter einem großen Mangel an GIB-Flächen leiden. Zudem müssen die Kommunen in der Region neben den eigenen Ansprüchen, auch regionale (GIBregional) und überregionale (GIBplus) Bedarfe decken. In der Begründung zum Regionalplan wird der Bedarf an Gewerbe- und Industrieflächen dem Potential nach Kommunen gegliedert gegenübergestellt (Tabelle 7, S. 56 ff.): In allen Kommunen übersteigt demnach der Bedarf das jeweilige Potential. Es ist damit zu rechnen, dass nicht alle Expansionswünsche bedient werden können, sodass Unternehmen den Standort mitsamt ihren Arbeitsplätzen und der vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette verlassen müssen. Zusätzlich wird es mit den neuen GIBGebietskategorien (v.a. GIBinterkommunal und GIBregional) dazu kommen, dass Unternehmen in andere Kommunen ausweichen. Wir empfehlen, geeignete Instrumente für die hierfür notwendigen Ausgleichsvereinbarungen zwischen einzelnen Kommunen bereitzustellen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Dies führt dazu, dass trotz bestehender Bedarfe in manchen Kommunen aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht oder mangels regionalplanerischer Eignung oder entgegenstehender landesplanerischer Vorgaben Siedlungsraumpotentiale nicht in ausreichender Größe und Anzahl zur Verfügung stehen. Demgegenüber stehen gewerbliche Flächenentwicklungsabsichten von Kommunen, die nicht von ihren ermittelten Bedarfen gedeckt sind.

Die Region+-Prozesse sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die in der Anregung benannte Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen im Raum Köln auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien gemäß Begründung vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im Regionalplan Köln. Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u.a. ein ausreichendes

und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen.

Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004340, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Wir empfehlen ferner, die ASS-Flächen nördlich des Ortsteils Leverkusen-Hitdorf in Gänze beizubehalten, um der Stadt weitere Entwicklungsmöglichkeiten für ein größeres Gewerbegebiet zu ermöglichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen keine neuen regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf er auf regionaler Ebene gemäß dem Grundsatz 4-2 des LEP NRW ?Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)? die Planungsentscheidung, bei der Entwicklung des Raumes vorsorgend die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen zu berücksichtigen. Er legte im Aufstellungsbeschluss vom 10.12.2021 dementsprechend nur solche Siedlungsbereiche fest, die eine Lebensumgebung mit einem möglichst geringen Risiko für ein Extremhochwasser versprechen.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung wurde von Seiten der Kommune nicht an den Flächen festgehalten. Darüber hinaus wurden auch keine alternativen Flächenvorschläge in das Verfahren eingebracht.

1004341, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Wir unterstützen die Ausweisung des GIBinterkommunal in Burscheid, um einen Teil des Bedarfes aus Burscheid und Leverkusen zu decken.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüberhinaus werden weder Anregungen noch Hinweise vorgebracht.

1004342, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Wir begrüßen die Ausweisung des GIBinterkommunal in Kürten-Spitze, um einen Teil des Bedarfes aus Kürten und Bergisch Gladbach zu decken.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert. Hinweis: Die Stellungnahme bezieht sich einen GIBinterkommunal Kürten/Bergisch Gladbach - es wird davon ausgegangen, dass hier der GIBregional Kürten gemeint ist.

1004343, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Wir schließen uns der Stellungnahme der Stadt Overath zum Regionalplanentwurf dahingehend an, den Ortsteil Immekeppel als ASS in den Regionalplan aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s.StnID 1002857).

1004344, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Wir unterstützen das Ansinnen der Stadt Rösrath, das geplante Gewerbegebiet Rambrücken nicht als ASS, sondern als GIB auszuweisen - analog zum direkt angrenzenden Gewerbegebiet Gewerbepark Burg Sülz auf Lohmarer Stadtgebiet.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen siehe zeichnerische Änderungen und Erläuterungen zu StnID 1004587.

1004345, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Ferner begrüßen wir die Ausweisung von GIB-Flächen in Wermelskirchen entlang der L 157, um diese Flächen vor heranrückender Wohnbebauung zu schützen und gleichzeitig für industrielle Zwecke zu sichern.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Um eine Entwicklung zu ermöglichen, müssen sowohl Wohnbauflächen als auch Industrie- und Gewerbeflächen in ausreichend verfügbarer Zahl vorhanden sein. Corona hat gezeigt, dass auch ländliche Kommunen eine Bevölkerungszunahme erfahren. Die Entwicklung der Wohnungsmärkte in den Ballungsräumen der Rheinschiene wird diesen Trend weiter befeuern. Darüber hinaus ist die Nachfrage nach Gewerbeflächen nachweislich nicht am demografischen Faktor gekoppelt. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist die Anzahl der Arbeitsplätze in Oberberg von 87.400 (2000) auf 105.000 (2020) gestiegen. Deswegen regen wir an, die GIB-Reserveflächen mit den tatsächlichen Reserveflächen der Kommunen abzugleichen. Notwendig ist dies, da die von der Bezirksregierung Köln für den Oberbergischen Kreis ermittelten gewerblichen Bedarfe (489 ha) nicht in dieser Summe als GE/GI-Flächen genutzt werden können. Dies liegt unter anderem an den topografischen Verhältnissen, an Umweltrestriktionen, den notwendigen Infrastruktureinrichtungen und an den Eigentumsverhältnissen. Deutlich wird dies bei der Planung des Industrieparks Hermesdorf III in Waldbröl, dort stehen von den 50 ha Flächen tatsächlich nur 22 ha für eine Nutzung zur Verfügung. Tabelle 7, Seite 57 der Begründung zeigt die GIB-Flächenreserven auf. Danach geht die Bezirksregierung Köln von 251 ha an gewerblichen Reserven auf Ebene des Flächennutzungsplanes der Kommunen aus. Diese Zahlen differieren stark von den vom Planungsbüro Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH berechneten Flächen von 118 ha GE/GI-Reserven (Fortschreibung des Industrie- und Gewerbeflächenkonzeptes, November 2019). Dies gilt auch für die noch nicht als Bauflächen umgesetzten Regionalplan-Reserven der GIB von 260 ha gegenüber 152 ha, die das Planungsbüro ermittelt hat. Flächen, die aufgrund von Topografie, Eigentumsverhältnissen, Betriebsgebundenheit etc. nicht entwickelt werden können, sind für die Kommunen keine realisierbaren Potenzialflächen. Für nachfragende Unternehmen muss vielmehr auch eine kurzfristige und flexible Flächenverfügbarkeit gegeben sein.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können.

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional*

abgestimmte Siedlungsentwicklung.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* konkret auch im Oberbergischen Kreis und zudem mit Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet. Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in

Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (u.a. Parkanlagen) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich. Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größenordnung von 10 ha.

Im Übrigen wird die Begründung entsprechend fortgeschrieben/angepasst. Die

landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004347, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Weiterhin weisen wir darauf hin, dass das ÖPNV-Vorhaben "Bonner Seilbahn" im März 2022 in den ÖPNV-Bedarfsplan des Landes NRW aufgenommen worden ist. Dies macht eine Nennung und Darstellung im Regionalplan erforderlich.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine Flächenvorsorge für alternative Mobilitätsformen, wie z.B. die Seilbahn entspricht nicht dem Planerfordernis des Regionalplans und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

1004348, Handwerkskammer zu Köln	
Inhalt Ferner bitten wir darum, die zeichnerische Darstellung des DB-Haltepunkts "UN-Campus" zu überprüfen. Dieser fehlt; stattdessen wird ein Haltepunkt in Höhe des Südfriedhofs dargestellt.	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

1004349, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Zudem begrüßen wir die weiterhin enthaltene Darstellung der B 56n Bonn/O (A 59) - Birlinghoven/ Dambroich und B 56n AS Hardtberg (A565) Bonn (B9) im Regionalplan und sprechen uns gegen den von der Bundesstadt Bonn und Stadt Sankt Augustin vorgetragenen Streichungswunsch aus.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Zu 3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung
G.14

Wir begrüßen den Grundsatz die Nutzungsmischung in den ASB sicherstellen zu wollen. In urbanen innerstädtischen Quartieren darf eine Nachverdichtung nicht dazu führen, dass Nutzungskonflikte unlösbar verschärft werden und ansässiges Handwerk aus dem Quartier oder ganz aus der jeweiligen Stadt verdrängt wird. In Bestand und Planung muss die Nutzungsmischung daher in Mischgebieten sichergestellt werden. Außerdem kommt es bei der Schaffung neuer Quartiere darauf an, monofunktionale Wohnquartiere zu vermeiden. Nachverdichtung darf also nicht nur durch Wohnen, sondern muss auch durch die Ansiedlung von produzierendem Gewerbe und / oder Dienstleistern erfolgen. Grundsätzlich muss gelten: Wohn- und Gewerbeflächenentwicklung müssen gleichrangig berücksichtigt werden. Die Formulierung als Ziel würde diesem wichtigen Aspekt Rechnung tragen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan Köln schafft die Voraussetzungen für eine Nutzungsmischung in den ASB. Der den ASB zugrundeliegende liegende ermittelte Wohn- und Mischbauflächenbedarf berücksichtigt Wirtschaftsflächenbedarfe für den tertiären Sektor. Hierzu wird auf die Begründung, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung* verwiesen.

ASB dienen neben dem Wohnen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB und GIB möglich ist. Dies kann auch bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen. Die ASB umfassen gemäß Anlage 3 zur LPIG DVO insbesondere Flächen für Wohnen, wohnverträgliches Gewerbe, Wohnfolgeeinrichtungen, öffentliche und privaten Dienstleistungen sowie siedlungszugehörige Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz ?insbesondere? bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen geplant werden können.

Der angesprochene Grundsatz zur Nutzungsmischung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Auf die geänderten Festlegungen im G.14 *Nutzungsmischung in den ASB sicherstellen* wird zudem verwiesen. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei

Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Der LEP NRW legt den Grundsatz 6.1-5 fest. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Zu 3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung
Z.10 und G.18

Wir begrüßen die Festlegung von GIBs als Vorranggebiete. Der Ausschluss von Planungen und Maßnahmen, die mit dieser Nutzung nicht vereinbar sind, sollten auch auf Flächen kleiner 10 ha anzuwenden sein, damit diese den gleichen Schutz erhalten.

Eine Ergänzung von GIB-Flächen unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle ist wünschenswert. GIBs müssen emittierenden Betrieben vorbehalten bleiben. Grenzen GIB und ASB aneinander, dann muss durch Regelungen in der Bauleitplanung oder andere geeignete Maßnahmen verhindert werden, dass durch heranrückende Wohnbebauung oder andere heranrückende schutzbedürftige Nutzungen bzw. schutzbedürftige Baugebiete der Standort bereits ansässiger emittierender Gewerbebetriebe in seiner bisherigen Nutzung in den GIB gefährdet wird oder dass Betriebserweiterungsflächen und freie Bauflächen (Reserve) in den GIB nicht mehr für die Erweiterung oder Ansiedlung von emittierenden Gewerbebetrieben genutzt werden können. Die Abstände müssen vorrangig in den ASB gesichert werden. Geeignete Maßnahmen einer Zonierung, um eine Einschränkung des emittierenden Gewerbes durch heranrückende schutzbedürftige Nutzungen zu vermeiden, können z.B. die Festsetzung von Gewerbegebieten nach § 8 BauNVO an der Grenze von GIB und ASB oder ASB-GE (entsprechend dem Regionalplan Düsseldorf) sein oder im Einzelfall die Planung einer Grün- oder Freifläche im angrenzenden ASB.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht in diesen Fällen ein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Der Regionalplan Köln sichert ein verschiedenartiges Flächenangebot sowohl von GIB als auch ASB für die unterschiedlichen Formen der Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten. Im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben soll die Festlegung der GIB u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen, zudem sind weitere Vorgaben z.B. Ziel 6.3-3 LEP NRW zu beachten. Auch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum (s. Ziel 2-3 LEP NRW) unberührt.

Die Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die

regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung kann eine hinreichend konkretisierende Festlegung beispielsweise durch einen pauschalen Ausschluss von bestimmten schutzbedürftigen Nutzungen nicht auf Ebene der Regionalplanung erfolgen. Diese Beurteilung überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können. Bezüglich der Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit ?KAS 18? in der jeweils aktuellen Fassung.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz ?insbesondere? (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können. Auf die entsprechende Änderung der textlichen Festlegung im angeführten Z.10 *GIB sichern und entwickeln* sowie die vorgenommenen Änderungen zum G.18 *GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen* Z.7 *ASB sichern und entwickeln* und G. 14 *Nutzungsmischung in dem ASB sicherstellen* wird entsprechend verwiesen.

Die Änderung der textlichen Festlegung im angeführten Ziel Z.10 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen macht sich die in Ziffer 1.c) der Planzeichendefinition angegebenen Nutzungen als Vorrangnutzungen in den festgelegten GIB zu eigen, da es sich hinsichtlich einer erforderlichen kleinräumigen Konfliktlösung um eine Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt. Die textlichen Festlegungen des Z.10 *GIB sichern und entwickeln* wurden entsprechend überarbeitet. Bezüglich der Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit ?KAS 18? in der jeweils aktuellen Fassung.

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB und GIB möglich ist. Dies kann auch bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen

einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Hinsichtlich des benannten Konkretisierungs- und Abwägungserfordernisses auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen wird daher auch von einer regionalplanerische Zielfestlegung durch Einführung einer neuen Gebietskategorie innerhalb der ASB abgesehen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben zudem unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.

Inhalt

Zu 4. 7 Wasser

Z.28

Mangels Alternativflächen im Ballungsraum, sollten die Möglichkeiten des technischen Hochschutzes geprüft werden, bevor Bauflächen pauschal zurückgenommen werden. Infolge der massiven Auswirkungen auf die räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten in der Region wird die angestrebte ausgeglichene Flächenbilanz ins Negative gekehrt. Deswegen regen wir an, die zurückgenommenen Flächen auch im textlichen Teil des Regionalplanes zu nennen und die Größenordnung den einzelnen Kommunen zuzuweisen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der LEP NRW macht in Ziel 7.4-6 "Überschwemmungsbereiche", Absatz 3 zwingende Vorgaben zur FNP-Rücknahme: "Die innerhalb von Überschwemmungsbereichen in Flächennutzungsplänen dargestellten Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt wurden, sind zurückzunehmen und vorrangig als natürlicher Retentionsraum zu sichern." Im Regionalplan ist Z.28 "Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden im ÜB vorbeugen" an die Kommunen adressiert. Diesen gibt der Regionalplan vor, zukünftig die nicht mit Planungsrecht belegten FNP-Bauflächen im Überschwemmungsbereich zurückzunehmen. Daher liegen hier derzeit keine Flächenangaben vor.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen im gesamten Planungsraum und konkret in/im [Kreis/kreisfreie Kommune].

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

1004353, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Zu 5.1 Verkehrsinfrastruktur

Z.32

Wir begrüßen, dass der Rhein gemäß Z.31 nebst Erläuterungen als Bundeswasserstraße in seiner Leistungsfähigkeit erhalten und verbessert werden soll. Diesem Ziel steht unserer Ansicht entgegen, dass die nordwestliche Fläche (Hafenerweiterung) des Godorfer Hafens auf Wunsch der Stadt nicht mehr als GIB Standort mit kombiniertem Güterverkehr dargestellt werden soll. Hier muss es bei den Festlegungen des RegionalplanEntwurfs bleiben.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1004354, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

In diesem Zusammenhang weisen wir auf den Missstand hin, dass der Uferbereich an dem sich der Hafen des Chemparks Dormagen in Worringen im Entwurf als Besonderer Schutz der Natur - Fläche ausgewiesen wird. Hier muss wieder ein GIB festgesetzt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1006034).

1004355, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Der Bonner Hafen wird im textlichen Teil als landesbedeutsamer Hafen als GIBz festgelegt. Die Fläche wird im aktuellen Regionalplan-Entwurf noch als GIB Standort mit kombiniertem Güterverkehr dargestellt. Wir bitten um eine entsprechende Änderung des planerischen Teils.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die textliche und zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten und Änderungssynopse). Es wird ein neues Plansymbol für die landesbedeutsamen Häfen eingeführt.

1004356, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Zu 5.2 Versorgungsinfrastruktur
Z.37

Um den Ausbau der Windenergie voranzutreiben, wäre es erforderlich, das Thema Windenergie konkret zu steuern, indem im Regionalplan zusätzliche Vorranggebiete für die Windenergie festgelegt werden. Die Ausweisung von Standorten für Windenergieanlagen allein auf die Bauleitplanung zu übertragen, ist nicht ausreichend.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1004357, Handwerkskammer zu Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Z.38</p> <p>Die Errichtung von Freiflächensolaranlagen bedarf einer räumlichen Steuerung, beispielsweise in Form von Vorranggebieten. Hier wäre eine Beurteilung als privilegiertes Bauvorhaben im Außenbereich denkbar, um die Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen und Kalamitätsflächen, die durch Schädlingsbefall wie z.B. dem Borkenkäfer entstanden sind, zu nutzen. Dabei ist eine zeitliche Befristung denkbar. Eine Mehrfachnutzung von Gewerbe- und Industriegebieten mit Wind- und Solarenergieanlagen ist oft möglich und sinnvoll. Dadurch darf es aber nicht zum Verlust dringend für die Ansiedlung von Unternehmen erforderlicher Flächen kommen, damit der derzeit schon hohe Flächendruck bei Gewerbeflächen in der Region strategisch betrachtet nicht noch verschärft wird.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1004358, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass wir es begrüßen, wenn der Regionalplan zügig in Kraft tritt, um mit einer verlässlichen Basis für künftige Planänderungen und -anpassungen arbeiten zu können.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1005739, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Außerdem tragen wir die Vorschläge der Stadt Burscheid aus der Stellungnahme zum Regionalplanentwurf zur alternativen Verortung von GIBs und GIBflex, da große Teile der vorgesehenen GIB-Flächen in Burscheid aufgrund der Eigentumsverhältnisse nicht zur Verfügung stehen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1003561, 1003562, 1003565, 1003560).

Zudem gilt für die Flächen, die aufgrund der Eigentumsverhältnisse nicht zur Verfügung stehen, dass aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht - hier belegt durch die Darstellung als Gewerbegebiet im Flächennutzungsplan - sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich ein Sicherungserfordernis besteht, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist hier nicht möglich, da es sich nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Reserve im Flächennutzungsplan der Stadt Burscheid. Ein Flächentausch kann jedoch auf Ebene der Flächennutzungsplanung gemäß der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung im kommunalen Bauleitplanverfahren erfolgen.

1005740, Handwerkskammer zu Köln	
Inhalt Ebenfalls empfehlen wir, das Gewerbegebiet im Ortsteil Vilkerath als ASS zu belassen.	Abwägung Typ Anregung/Bedenken Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt. Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1002860).

1005741, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Unterstützen möchten wir auch den Vorschlag der Stadt Overath, die Tauschfläche Klef als GIB zu erweitern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist hier nicht möglich, da es sich bei der vorgeschlagenen Tauschfläche nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Reserve im Flächennutzungsplan. Jedoch kann grundsätzlich Flächentausch auf Ebene der Flächennutzungsplanung gemäß Ziel *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* erfolgen.

Siehe Erläuterungen zu StnID 1002987.

AZ: BET_300000_1

Bezirksregierung Arnsberg, Dez.32

1004085_001, Bezirksregierung Arnsberg, Dez.32

Inhalt

Auf folgende Aspekte möchte ich hinweisen:

Die Bahnstrecke im Bereich Pernze (BR Köln) und Wegeringhausen (BR Arnsberg) wird im Regionalplan-Entwurf Köln zeichnerisch festgelegt. Sowohl im rechtskräftigen Regionalplan Arnsberg, Oberbereich Bochum und Hagen als auch im Regionalplan-Entwurf für MK-OE-SI erfolgt keine zeichnerische Festlegung dieser Bahnstrecke.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

Die Festlegung des Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11).

1004085_002, Bezirksregierung Arnsberg, Dez.32

Inhalt

Darüber hinaus rege ich folgendes zum textlichen Teil der Planunterlage, Kapitel 4 und Anhang A, an:

Im Übergangsbereich der Regierungsbezirke Köln (Oberbergischer Kreis) und Arnsberg (Kreis Olpe) verläuft ein überregional bedeutsamer Fernwanderungskorridor für Wildtiere mit großen Aktionsradien (insb.

Rotwild und Wildkatze), (vgl. Abb. 1). Ich rege daher an, diesen Aspekt (z. B. hinsichtlich einer geeigneten Biotopvernetzung) in die textlichen Festlegungen und die Erläuterungskarten einzubinden.

[s. Anhang Abb. [1004085_002](#)]

Abbildung [1004085_002](#): Überregionaler Fernwanderungskorridor für Wildtiere mit großen Aktionsradien (insb. Rotwild und Wildkatze) im Übergangsbereich der Regierungsbezirke Köln (Oberbergischer Kreis) und Arnsberg (Kreis Olpe).

Anhänge

[Abb_ID_1004085_002.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die vorgesehenen Festsetzungen auf Basis der regionalbedeutsamen Biotopverbundfunktionen des LANUV-Fachbeitrags ermöglichen die Sicherung der benannten Funktion. Eine weitere Ausdifferenzierung der Planinhalte ist nicht erforderlich. .

Inhalt

Schließlich weise ich an dieser Stelle darauf hin, dass der Regionalrat am 10.12.2020 den Erarbeitungsbeschluss (neue Fassung Landesplanungsgesetz: Aufstellungsbeschluss) für den Regionalplan Arnsberg ? Räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe, Kreis Siegen-Wittgenstein gefasst hat. Die im Entwurf enthaltenen zeichnerischen und textlichen Ziele sind als in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung in Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 i.V.m. § 4 Abs. 1 Satz 1 Raumordnungsgesetz). Der Entwurf des Regionalplans ist auf der Website der Bezirksregierung Arnsberg unter www.bra.nrw.de/3830311 einsehbar.

Diese Stellungnahme beinhaltet nicht eine mögliche Stellungnahme der Abteilung 6 der Bezirksregierung Arnsberg ?Bergbau und Energie in NRW?, welche Sie gesondert beteiligt haben.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Bei der Erarbeitung und Weiterentwicklung der Regionalplanung Köln werden parallel laufende Planungsprozesse in den benachbarten Regionen berücksichtigt.

AZ: BET_312000_1

Bezirksregierung Düsseldorf

1004879, Bezirksregierung Düsseldorf

Inhalt

Dezernat 26 (Luftverkehr):

In Ziel 37 - Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern - soll festgelegt werden, dass in bestimmten regionalplanerisch festgelegten Vorranggebieten (u. a. Flugplätze) ausnahmsweise Standorte für raumbedeutsame Windenergieanlagen vorgesehen werden können. Bestimmte Nutzungsformen erneuerbarer Energien sind mit der vorrangigen Flugplatznutzung durchaus vereinbar ? insbesondere großflächige Photovoltaikanlagen sind häufig auf Flugplatzflächen anzutreffen. Insofern ist gegen die Festlegung unter Ziel 38 - Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern - nichts einzuwenden. Wie jedoch raumbedeutsame Windenergieanlagen mit der vorrangigen flugbetrieblichen Nutzung auch nur ausnahmsweise in Einklang zu bringen wären, ist nicht ersichtlich. Insofern ist zu empfehlen, Flugplätze aus der entsprechenden Festlegung im Ziel 37 vollständig herauszunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1004880, Bezirksregierung Düsseldorf	
<p>Inhalt</p> <p>Dezernat 32 (Regionalentwicklung):</p> <p><u>Blatt 01 ? Kreis Heinsberg</u></p> <p>[s. Anhang Abb. 1004880_1]</p> <p>Mit Blick auf die im Raum des Tagebaus Garzweiler noch weiß gehaltenen Flächen sei vorsorglich auf den Abstimmungsbedarf zu den heutigen und künftigen Festlegungen des Regionalplanes Düsseldorf zur Gestaltung einer sinnhaften Raumentwicklung im Grenzbereich der beiden Regionalpläne hingewiesen.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004880_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

1004881, Bezirksregierung Düsseldorf

Inhalt

Dezernat 32 (Regionalentwicklung):

Bereich Hitdorf

[s. Anhang Abb. 1004881_1]

Im Bereich Hitdorf wird im Regionalplanentwurf Köln die OU Leverkusen Hitdorf L 43n (L 43 ? A 59) als Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung dargestellt. Diese erstreckt sich von der AS Leverkusen- Rheindorf über die Bernsteinstraße und die Langenfelder Straße bis auf den Fahnenacker nach Monheim am Rhein. Der Regionalplan Düsseldorf stellt hier im Anschluss jedoch lediglich eine Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straße dar. Ausweislich des Landesbedarfsplans soll jedoch eine Verbindung zur A59 hergestellt werden (?OU Leverkusen/ Hitdorf, BA L 43 ? A 59?), sodass die zeichnerische Festlegung von Süden kommend nicht der Straße Fahnenacker nach Monheim folgen sollte, sondern entlang der Langenfelder Straße nach Osten in Richtung Dreieck Monheim-Süd abknicken sollte.

Infolgedessen wäre der Fahnenacker in Richtung Monheim als Sonstige regionalplanerische bedeutsame Straße darzustellen.

Anhänge

[Abb_ID1004881_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Die Verbindung zwischen der Bedarfsplanmaßnahme und der Stadtgrenze wird als sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straße (Bestand und Planung) festgelegt, um den Anschluss an das Netz im Regierungsbezirk Düsseldorf herzustellen.

1004882, Bezirksregierung Düsseldorf	
<p>Inhalt</p> <p>Dezernat 32 (Regionalentwicklung):</p> <p><u>Bereich Dalheim-Rödgen</u></p> <p>[s. Anhang Abb. 1004882_1]</p> <p>Der LEP NRW sieht vor, dass nicht mehr genutzte, für die regionale Raumentwicklung bedeutsame Schienenwege von der Regionalplanung als Trassen zu sichern sind (Ziel 8.1-11) und dass zur - 3 - Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs vorrangig die Infrastruktur des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt entwickelt werden soll (Grundsatz 8.1-10). Im Regionalplan Düsseldorf werden vor diesem Hintergrund ehemals entsprechend gewidmete, aber nicht mehr für Bahnzwecke genutzte Trassen, deren Verlauf noch in der Örtlichkeit als landschaftliche Prägung erkennbar ist und die langfristig für eine Reaktivierung geeignet sein können, zeichnerisch gesichert. Um eine solche</p> <p>Trasse handelt es sich bei der Anbindung des ehemaligen Flughafens Elmpt in Niederkrüchten an das Schienennetz. Die hier zu sichernde Trasse schließt bei Wegberg-Arsbeck an die Kursbuchstrecke 2524 (MG-Rheindahlen ? Wegberg ? Dalheim) an. Der Trassenabschnitt, der im Planungsraum Düsseldorf liegt, wurde aus den genannten Gründen zeichnerisch im Regionalplan festgelegt.</p> <p>Es wird dringend darum gebeten, die Fortsetzung der Schienentrasse auf dem Gebiet der Stadt Wegberg bis zum Anschluss an die Bestandsstrecke zeichnerisch in den Regionalplan Köln aufzunehmen.</p> <p>Große Teile des ehemaligen Flughafengeländes sind im RPD als GIB mit der Zweckbindung Standorte für flächenintensive Vorhaben und Industrie festgelegt. Mit einer Größe von ca. 169 ha liegt hier eines der größten und bedeutsamsten gewerblichen Entwicklungspotentiale im Planungsraum, dessen Entwicklungsmöglichkeiten dringend erhalten bzw. entwickelt werden sollten. Der Erhalt der Möglichkeit einer eventuellen Reaktivierung dieser Strecke ist daher von großer regionaler Bedeutung.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004882_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

1004883, Bezirksregierung Düsseldorf	
<p>Inhalt</p> <p>Dezernat 32 (Regionalentwicklung):</p> <p><u>Bereich nördlich Bedburg-Kaster</u></p> <p>[s. Anhang Abb. 1004883_1]</p> <p>In diesem Bereich wird im Regionalplanentwurf Köln sowie im Regionalplan Düsseldorf die L 48n als Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung dargestellt. Jedoch liegen die beiden Trassenverläufe an der Grenze etwas versetzt zueinander. Es wird daher angeregt, die Trassenführung im Regionalplan Köln etwas nach Norden zu versetzen und an den Verlauf im Regionalplan Düsseldorf anzupassen. Die Festlegung auf Grevenbroicher Stadtgebiet orientiert sich am Verlauf des IGVPProjekt dossiers, welches auch im weiteren Verlauf auf Bedburger Stadtgebiet einen etwas nördlicheren Verlauf nahelegt. Eine entsprechend leicht versetzte Festlegung hätte außerdem den Vorteil einer besseren Sichtbarkeit der Planung, da sie im jetzigen Verlauf von der Grenzsignatur größtenteils verdeckt wird.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004883_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p>

1004884, Bezirksregierung Düsseldorf	
<p>Inhalt</p> <p>Dezernat 32 (Regionalentwicklung):</p> <p><u>Bereich Leverkusen-Opladen / Leichlingen</u></p> <p>[s. Anhang Abb. 1004884_1]</p> <p>In Bereich westlich von Leverkusen-Opladen bzw. Leichlingen verläuft die A 3, welche im Regionalplan Düsseldorf sowie im Regionalplanentwurf Köln dargestellt wird. Unmittelbar östlich davon verläuft die L 288 in Parallelführung. Diese wird vermutlich im Regionalplanentwurf als Straße für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr dargestellt. Jedoch wird diese fast gänzlich durch die Grenzsignatur verdeckt. So wird nicht ersichtlich, ob die im Regionalplan Düsseldorf dargestellte L 403 daran anschließt oder die Darstellung der L 288 bereits vorher (südlich) nach Osten in Richtung Ziegwebersberg verschwenkt. Zur besseren Lesbarkeit des Plans sollte hier geprüft werden, ob die Grenzsignatur etwas nach Westen verschoben werden kann, um die Netzzusammenhänge sichtbarer zu machen.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1004884_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die L288 ist im Bereich westlich von Leverkusen-Opladen als Straße für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr festgelegt, ebenfalls der Anschluss an die L403.</p> <p>Eine Anpassung der Grenzsignatur zur besseren Lesbarkeit erfolgt nicht, da es sich um die nachrichtliche Übernahme des tatsächlichen Grenzverlaufs handelt.</p>

Inhalt

Dezernat 32 (Regionalentwicklung):

Trasse der Braunkohlentagebaubahnen

[s. Anhang Abb. 1004885_1]

Hinsichtlich der zeichnerischen Festlegung der Trassen der RWEWerksbahn (einschließlich der Trasse zwischen Niederaußem und Rommerskirchen) wird auf eine unterschiedliche Herangehensweise im RPD und dem Entwurf des Regionalplans Köln hingewiesen. Für diese Trassen sieht der Kölner Planentwurf eine zeichnerische Festlegung als Sonstiger regionalplanerisch bedeutsamer Schienenweg vor. Ausweislich der Begründung wurde dieses Planzeichen für regionalbedeutsame Bestandsstrecken gewählt, wenn nach § 35 Abs. 1 in Verbindung mit Anlage 3 LPIG DVO eine Festlegung mit den Planzeichen 3.ba-1 oder 3.bb-1 nicht möglich ist. Die Fortsetzung derselben Trassen im Planungsraum Düsseldorf wird im RPD hingegen mit Planzeichen 3.bb 1 festgelegt. Dem liegt die Einschätzung zugrunde, dass es sich bei den betreffenden Trassen um vorhandene Güterverkehrsstrecken für den regionalen Verkehr handelt, sodass die Anwendungsvoraussetzungen der Planzeichendefinition für das Planzeichen 3.bb 1 (Anlage 3 zur LPIG-DVO, alte Fassung) erfüllt sind.

Anhänge

[Abb_ID1004885_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Bei den in Rede stehenden Trassen handelt es sich nicht um Schienenwege, die dem allgemeinen Güterverkehr zugänglich sind, sondern um ein Betriebsbahnnetz. Da es der Ver- und Anbindung regionalbedeutsamer Einrichtungen und Anlagen mit hohem Verkehrsaufkommen über und an das Eisenbahnnetz dient, wird es als sonstiger regionalbedeutsamer Schienenweg festgelegt. Die Infrastruktur ist bis zum Abschluss der Braunkohleförderung und des Lösstransports noch in Betrieb und entzieht sich der Nutzung durch Dritte. Welche verkehrliche Funktion sie nach Beendigung der Braunkohleförderung sowie der Rekultivierungsarbeiten erhalten wird, ist nicht Gegenstand des Regionalplans, sondern nachgeordneter Fachverfahren.

Die Textliche Festlegung *G.55 Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen berücksichtigen* wird dennoch ergänzt (s. Änderungssynopse), um der Besonderheit der Braunkohlentagebaubahnen besser Rechnung zu tragen.

1004886, Bezirksregierung Düsseldorf	
<p>Inhalt</p> <p>Dezernat 32 (Regionalentwicklung):</p> <p><u>Balkantrasse im Bereich Wermelskirchen</u></p> <p>[s. Anhang Abb. 1004886_1]</p> <p>Die in Wermelskirchen zeichnerisch festgelegten Schienentrassen sind Teil der sog. ?Balkantrasse? zwischen Leverkusen-Opladen und Remscheid-Lennep. In der Wermelskirchener Hauptortslage ist die Festlegung jedoch auf einer Strecke von mehreren Kilometern unterbrochen. Für eine etwaige Reaktivierung für den Schienenverkehr bedeutet dies ein ganz erhebliches Erschwernis. Die Fortsetzung der Trassenfestlegung auf Remscheider Stadtgebiet erfolgte im RPD vor dem Hintergrund eines Austauschs mit der Regionalplanungsbehörde Köln, die ihre Absicht zum Ausdruck brachte, im Rahmen der Neuaufstellung des Kölner Regionalplans nach Wegen zu suchen u.a. den Trassenabschnitt in Wermelskirchen wieder im Regionalplan darzustellen. Ich bitte daher darum, sich um eine entsprechende Festlegung zu bemühen, um langfristig die Optionen für eine schienenverkehrliche Reaktivierung ? und kurzfristig möglichst auch für eine durchgehende Radverkehrsverbindung ? zu erhalten.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004886_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung <p>Die Festlegung trägt dem Sicherungsauftrag gemäß 8.1-11 LEP NRW hinreichend Rechnung. Sie sichert zwei Streckenabschnitte der ehemaligen Bahntrasse von Opladen nach Remscheid-Lennep, entlang derer eine landschaftliche Prägung noch erkennbar ist. Beide Abschnitte verfügen über eine Anbindung von regionalbedeutsamen Siedlungsflächen an das regionale Netz.</p> <p>Die Festlegung eines Schienenwegs im Bereich des ASB Wermelskirchen ist im Rahmen der Neuaufstellung nicht erfolgt. Zum einen ist ein in der Örtlichkeit noch erkennbarer Verlauf nicht mehr gegeben, da die ehemalige Trasse hier teilweise überbaut wurde. Zum anderen liegt zum Zeitpunkt der Planaufstellung weder ein Bedarf für eine Reaktivierung, noch eine regionalbedeutsame Schienenplanung vor, so dass ein Trassensicherungsauftrag für einen möglichen Lückenschluss nicht erkennbar ist.</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p> <p>Sollte künftig der Bedarf für eine Reaktivierung bzw. Schienenplanung nachgewiesen und ein möglicher Lückenschluss zu sichern sein, könnte hieraus ein Planerfordernis auf Ebene des Regionalplans ausgelöst werden.</p> </p>

1004887, Bezirksregierung Düsseldorf

Inhalt

Dezernat 51 (Natur- und Landschaftsschutz, Fischerei):

Nach einem dezernatsinternen Abgleich der kartographischen Darstellungen im Übergangsraum der Regierungsbezirke ist aus Sicht des Dezernates 51 (Höhere Naturschutzbehörde für den Regierungsbezirk Düsseldorf) festzustellen, dass - mit einer Ausnahme - keine Konflikte zuerkennen sind, die bereits auf der Ebene der Regionalplanung abschließend zu überprüfen und zu klären wären.

Hinsichtlich der im Kölner Entwurf geplanten Darstellung eines GIB-Bereichs im Dreieck zwischen Bezirksgrenze / A57 / K18 (s. a. Anlage RP Köln) nördlich Roggendorf und südlich Dormagen-Hackenbroich bestehen Bedenken, da hiermit der bisherige durchgängige, bezirksübergreifende Freiraumkorridor bzw. teilweise Regionaler Grünzug im RPD (s. Abb. unten) westlich der A57 entscheidend unterbrochen und in seiner jetzigen Verbundfunktion (v. a. landwirtschaftliches Offenland) deutlich eingeschränkt werden würde.

Zudem würde damit auch der bisherige Siedlungsraum Dormagen-Hackenbroich, derzeit von Freiraum umgeben, hier unmittelbar an Siedlungsgebiete auf Kölner Gebiet angeschlossen werden, sodass die bisherige positive, gliedernde Verteilung von Siedlungs- und Freiraum verloren gehen würde.

Weiterhin ist nicht auszuschließen, dass infolge der Unterbrechung und Entwertung des jetzigen Freiraumkorridors dann i. S. einer Vorbelastung der Weg bereitet wird für spätere weitere bauliche Inanspruchnahmen der verbleibenden Freiraumarme.

Da der wesentliche Wert eines Freiraumkorridors auch in seiner Durchgängigkeit besteht, wird seitens der Höheren Naturschutzbehörde für den Regierungsbezirk Düsseldorf gebeten, diesen Aspekt zu prüfen.

[s. Anhang Abb. 1004887_1]

Anhänge

[Abb_ID1004887_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Auf die Festlegung eines Regionalen Grünzugs wird aufgrund der wenigen zur Verfügung stehenden GIB-Potentiale in der Stadt Köln verzichtet. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1004888, Bezirksregierung Düsseldorf	
<p>Inhalt</p> <p><u>Dezernat 52 (Abfallwirtschaft - einschl. anlagenbezogener Umweltschutz):</u></p> <p>Aus Sicht des Dezernates 52 bestehen keine Bedenken gegen die Neuaufstellung des Regionalplans Köln.</p> <p><u>Hinweis seitens des Sachgebietes 52.03 (Abfallbehandlung ? Technik):</u></p> <p>Die Grenze zum Regierungsbezirk Köln stellt der südliche Teil des Rhein-Kreises Neuss dar. Es wurden von mir nur solche Anlagen herausgesucht, die weniger als ca. 1,5 km von der Bezirksregierungsgrenze Düsseldorf-Köln entfernt liegen und in Zuständigkeit des Dez. 52 liegen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH (Sonderabfallzwischenlager): Bergiusstr. 8 41540 Hackenbroich, Dormagen <p>Es handelt sich um eine Anlage gem. § 9 der 12. Verordnung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfallanlage der oberen Klasse).</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kohli Polymers GmbH (Abfalllager für Kunststoffabfälle): Peter-Busch-Str.31 41363 Jüchen-Hochneukirch 	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert. Darüber hinaus werden allgemeine Informationen und Hinweise zur Abfallwirtschaft vorgebracht.</p>

1004889, Bezirksregierung Düsseldorf	
<p>Inhalt</p> <p><u>Dezernat 53 (Immissionsschutz- einschl. anlagenbezogener Umweltschutz):</u></p> <p>Aus Sicht des Dezernates 53 in Bezug auf die Zuständigkeit gemäß § 50 BImSchG stelle ich fest, dass keine Bedenken oder Anregungen geltend gemacht werden.</p> <p>Auf die Belange des § 50 BImSchG im Sinne der Richtlinie 2012/18EU bzgl. der vorhandenen oder ggf. neu anzusiedelnden Industrienutzungen wurde die Berücksichtigung auf die nachfolgenden Bauleitplanungen übertragen. Zudem wird in den Ausführungen mehrfach darauf hingewiesen, dass ein Heranrücken von ASB an GIB vermieden werden soll, um die bestehende Industrienutzung nicht weiter in immissionsschutzrechtliche Sichtweise einzuschränken.</p> <p>Bestehende Industrienutzungen, die gleichzeitig Betriebsbereiche gemäß § 3 Absatz 5a BImSchG sind und die benachbart zum Regierungsbezirk Köln im Regierungsbezirk Düsseldorf ansässig sind, reichen mit deren angemessenen Sicherheits- oder Achtungsabständen nicht in den Regierungsbezirk Köln hinein (Stand System Kabas vom 17.08.2022, siehe Bildausschnitt unten). Ausnahme ist der Chemiepark Dormagen mit dem geografisch auf Düsseldorfer Regierungsbezirksseite der Regierungsbezirksgrenze liegenden Industrieanlagen. Da aber für diesen Teil des Chemieparks Dormagen die BR Köln die zuständige Immissionsschutzbehörde ist, erübrigt sich eine weitere Ausführung dazu von hier aus.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004889_1]</p> <p>Aus Sicht der Luftreinhalteplanung entsprechend Satz 2 des § 50 BImSchG ergibt sich kein Beitrag zur Stellungnahme. Die Bezirksregierung Köln benötigt als planaufstellende Behörde für zahlreiche Luftreinhaltepläne keine Ratschläge.</p> <p>Anhänge Abb_ID1004889_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert. Darüber hinaus werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Immissionsschutzbezogenen Umweltschutz vorgebracht.</p>

Inhalt

Dezernat 54 (Wasserwirtschaft ? einschl. anlagenbezogener Umweltschutz):

Sachgebiet 54. 1 HWRM/ÜSG:

Im Dokument ?Begründung? Kap 4.7.3 zu Z.27 (S. 155) wird die zeichnerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB) erläutert. Hierzu wird auf Erläuterungskarte F9 verwiesen. Die zukünftigen und rückgewinnbaren Überschwemmungsbereiche (ZÜB, RÜB) sind jedoch in Erläuterungskarte F10 zu finden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Begründung wird entsprechend korrigiert.

Inhalt

Dezernat 54 (Wasserwirtschaft ? einschl. anlagenbezogener Umweltschutz):

Sachgebiet 54.2 Rohrfernleitungen:

In der textlichen Festlegung des Regionalplans Köln (Entwurf Dezember 2021) werden im Kap. 5.2.1 inkl. den nachfolgenden Erläuterungen die bestehenden Leitungstrassen für Transportleitungen/Pipelines ausreichend berücksichtigt bzw. Planungsanforderungen für Erweiterungen und Neubau von Pipeline geregelt. Aus Sicht des Sachgebietes 54.2 Rohrfernleitungen besteht kein Bedarf an Ergänzungen oder Korrekturen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Dezernat 54 (Wasserwirtschaft ? einschl. anlagenbezogener Umweltschutz):

Sachgebiet 54.2 Wasserversorgung, Grundwasser:

Ich habe Bedenken gegenüber den Flächen WER_GIB_1 und WER_GIB_3 im Regionalplan Köln, die im Wasserschutzgebiet ?Sengbachtalsperre? neu ausgewiesen werden. Laut Umweltbericht Anhang E werden die Umweltauswirkungen dieser Ausweisungen als erheblich eingestuft und es wird eine Flächeninanspruchnahme der Schutzzonen I bis III A angegeben. Eine Ausweisung von ?Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzung? sehe ich aus Sicht des Trinkwasserschutzes, im Speziellen auch im Hinblick auf die geltende Wasserschutzgebietsverordnung, wie auch in Z.26 der Textlichen Festlegung festgestellt, kritisch und kann dieser nicht zustimmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird teilweise geändert (s. Änderungskarten).

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. In den Randbereichen der in Rede stehenden Fläche stehen der Festlegung als Siedlungsraum versehentlich - aufgrund einer vorgenommenen maßstabsbedingten Abrundung der zeichnerischen Festlegung - Raumwiderstände entgegen: hier *BGG/WSZ II: Teilflächen im Randbereich sind im Regionalplan auf der Basis der Wasserschutzzone II eines fachplanerisch festgesetzten Wasserschutzgebiets gemäß Z.26 als Bereich für Gewässerschutz und Grundwasserschutz festgelegt. Als landesplanerische Vorgabe hat Ziel 7.4-3 des LEP NRW den Zweck, dass Raumordnung und Wasserwirtschaft zusammen die Einzugsbereiche von Trinkwassergewinnungsanlagen von gefährdenden Nutzungen freihalten.*

Hier gilt, dass die zeichnerische Festlegung entsprechend geändert wird.

Darüberhinaus gilt, dass für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale kommunale Entwicklungsabsichten bestehen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. DER Anregung wird insoweit gefolgt, dass die

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird.

Darüberhinaus gilt, dass die Regionalplanung eine rahmensetzende Planung ist. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende

Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen. In den fachgesetzlichen Verfahren ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung (gem. Z.26). Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der veränderten Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1004893, Bezirksregierung Düsseldorf

Inhalt

Aus Sicht meiner Fachdezernate 33 (Ländliche Entwicklung, Bodenordnung) und 35 (Denkmalangelegenheiten) werden keine weiteren Anregungen gegeben.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1004896, Bezirksregierung Düsseldorf

Inhalt

Bereich nördlich Dahlerau

[s. Anhang Abb. 1004896_1]

Im Bereich nördlich von Radevormwald-Dahlerau verläuft die ehemalige Schienenstrecke Düsseldorf-Derendorf ? Dortmund-Süd der damaligen Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft, welche in Teilen heute als Draisinenbahn genutzt wird. Diese wird im Regionalplan Düsseldorf als Schienenweg für den überregionalen und regionalen Verkehr dargestellt um sie vor Planungen, welche einer Reaktivierung entgegenstehen, zu sichern. Ebenso wird der Schienenweg im angrenzenden Regionalplanentwurf Ruhr (Stand 01/2022) dargestellt. Es wird angeregt, den ehemaligen Schienenweg auch im Bereich des Regionalplans Köln entsprechend festzulegen.

Anhänge

[Abb_ID1004896_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

AZ: BET_313000_1

Regionalrat Düsseldorf

1003597, Regionalrat Düsseldorf

Inhalt

Blatt 01 ? Kreis Heinsberg: Bereich Garzweiler

Mit Blick auf die im Bereich des Tagebaus Garzweiler noch weiß gehaltene Fläche sei vorsorglich auf den Abstimmungsbedarf mit den heutigen und künftigen Festlegungen des Regionalplanes Düsseldorf hingewiesen, da nur so eine sinnhafte Raumentwicklung im Grenzbereich der beiden Regionalpläne erreicht werden kann.

[s. Anhang Abb. 1003597_1]

Anhänge

[Abb_ID1003597.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

1003598, Regionalrat Düsseldorf

Inhalt

Blatt 01 ? Kreis Heinsberg: Bereich Wegberg Dalheim-Rödgen

Der LEP NRW sieht vor, dass nicht mehr genutzte, für die regionale Raumentwicklung bedeutsame Schienenwege von der Regionalplanung als Trassen zu sichern sind (Ziel 8.1-11) und dass zur - 3 - Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs vorrangig die Infrastruktur des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt entwickelt werden soll (Grundsatz 8.1-10). Im Regionalplan Düsseldorf werden vor diesem Hintergrund ehemals entsprechend gewidmete, aber nicht mehr für Bahnzwecke genutzte Trassen, deren Verlauf noch in der Örtlichkeit als landschaftliche Prägung erkennbar ist und die langfristig für eine Reaktivierung geeignet sein können, zeichnerisch gesichert. Um eine solche Trasse handelt es sich bei der Anbindung des ehemaligen Flughafens Elmpt in Niederkrüchten an das Schienennetz. Die hier zu sichernde Trasse schließt bei Wegberg-Arsbeck an die Kursbuchstrecke 2524 (MG-Rheindahlen ? Wegberg ? Dalheim) an. Der Trassenabschnitt, der im Planungsraum Düsseldorf liegt, wurde aus den genannten Gründen zeichnerisch im Regionalplan festgelegt.

Es wird dringend darum gebeten, die Fortsetzung der Schienentrasse auf dem Gebiet der Stadt Wegberg bis zum Anschluss an die Bestandsstrecke zeichnerisch in den Regionalplan Köln aufzunehmen.

Große Teile des ehemaligen Flughafengeländes sind im RPD als GIB mit der Zweckbindung Standorte für flächenintensive Vorhaben und Industrie festgelegt. Mit einer Größe von ca. 169 ha liegt hier eines der größten und bedeutsamsten gewerblichen Entwicklungspotentiale im Planungsraum, dessen Entwicklungsmöglichkeiten dringend erhalten bzw. entwickelt werden sollten. Der Erhalt der Möglichkeit einer eventuellen Reaktivierung dieser Strecke ist daher von großer regionaler Bedeutung.

[s. Anhang Abb. 1003598_1]

[s. Anhang Abb. 1003598_2]

Anhänge

[Abb_ID1003598.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004882).

AZ: BET_314000_1	
Stadt Mönchengladbach	
1000926, Stadt Mönchengladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Verkehr</p> <p>Die zukünftige Führung von Bundes- und Landesstraßen ist in Abhängigkeit vom Klärungsbereich und somit den zukünftigen Abbaugrenzen zu sehen. Eine abschließende Beurteilung und Stellungnahme ist daher diesbezüglich derzeit nicht möglich. Der Grundsatz ?G.52 Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln? wird ausdrücklich unterstützt. In den textlichen Festsetzungen wird dazu auf die Erläuterungskarte I2 als Anhang A4 verwiesen. In der Erläuterungskarte I2 (Anhang A4) fehlen zum Teil die Radschnellwege aus dem Gesamtregionalen Radverkehrskonzept für das Rheinische Revier. Zwischen dem Kreis Heinsberg und der Stadt Mönchengladbach sind dies · der Radschnellweg Mönchengladbach ? Wickrath ? Erkelenz und · die Radverbindung Mönchengladbach ? Nordpark ? Rheindahlen ? Wegberg (? Roermond) Diese wichtigen künftigen Radhaupttrouten sollten als ?Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard (Planungen mit festgelegtem Start- und Zielort)? in die Erläuterungskarte I2 aufgenommen werden, dies in Abstimmung mit dem Kreis Heinsberg. Ebenfalls enthält die Erläuterungskarte I2 eine Darstellung des Radverkehrsnetzes NRW. Die darin enthaltene Darstellung ist im Grenzbereich zwischen dem Kreis Heinsberg und der Stadt Mönchengladbach jedoch veraltet. Durch die Erweiterung des Wegweisungsnetzes im Stadtgebiet der Stadt Mönchengladbach sind auch einige in den Kreis Heinsberg hereinführende und neu hinzugekommene Streckenabschnitte in der Darstellung nicht enthalten. Dabei handelt es sich um die im Folgenden gelb umrandeten Abschnitte:</p> <p>Abschnitt an der B 57 zwischen Kreisgrenze Heinsberg / Stadt Mönchengladbach und Abzweig Kipshoven / Mehbusch (Mühlenstadt Wegberg, Kreis Heinsberg)</p> <p>(Abbildung)</p> <p>Verbindungsweg zwischen Herrath (Stadt Mönchengladbach) und Erkelenz (Kreis Heinsberg)</p> <p>(Abbildung)</p> <p>Abschnitt an der L277 zwischen Kreisgrenze Heinsberg / Stadt Mönchengladbach und Abzweig nach Keyenberg (Stadt Erkelenz)</p> <p>(Abbildung)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die geplanten idealtypischen Radschnellverbindungen aus dem Gesamtregionalen Radverkehrskonzept für das Rheinische Revier stellen interkommunale Planungen für Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard dar. Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.</p> <p>Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben und die Datengrundlage des Radverkehrsnetz NRW aktualisiert.</p> <p>Die Erläuterung zur textlichen Festlegung G.52 <i>Flächendeckende Radinfrastruktur entwickeln</i> wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).</p>

Auf S. 131 der textlichen Festlegungen wird für hochfrequentierte Verbindungen ein höherer Ausbaustandard als nach der Empfehlung für Radverkehrsanlagen (ERA) erforderlich angegeben. Da es sich in den angesprochenen Fällen um Radvorrangrouten oder Radschnellwege handelt, wird empfohlen, hier die geltenden Regelwerke ?H RSV - Hinweise zu Radschnellverbindungen und Radvorrangrouten? der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) und ?Radschnellwege in NRW ? Leitfaden für Planung, Bau und Betrieb? des Ministeriums für Verkehr des Landes NRW zu benennen.

[s. Anhang Abb. 1000926_1]

[s. Anhang Abb. 1000926_2]

[s. Anhang Abb. 1000926_3]

Anhänge

[Abb_ID_1000926_1.pdf](#)

[Abb_ID_1000926_2.pdf](#)

[Abb_ID_1000926_3.pdf](#)

1000927, Stadt Mönchengladbach

Inhalt

Natur- und Landschaftsschutz

Von Seiten der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) der Stadt Mönchengladbach wird die geplante Aufhebung der aktuellen Darstellung ?Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) für zweckgebundene Nutzungen? im Bereich des ehemaligen Militärhospitalgeländes Wegberg ausdrücklich begrüßt. Der Entwurf des Regionalplanes Köln sieht vor, diesen Bereich als ?Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich? darzustellen, was auch der aktuellen Darstellung Seite 4 des Regionalplans Düsseldorf (RPD) für den auf Mönchengladbacher Gebiet liegenden Teil des ehemaligen Militärhospitalgeländes entspricht.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Rücknahme des Allgemeinen Siedlungsbereiches für zweckgebundene Nutzungen im Bereich des ehemaligen Militärhospitalgeländes Wegberg erklärt. Darüber hinausgehend werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1000928, Stadt Mönchengladbach

Inhalt

Braunkohlenplanung

Gemäß § 2 Landesplanungsgesetz (LPIG) NRW sind Braunkohlenpläne Raumordnungspläne und sichern auf der Ebene der Raumordnung und Landesplanung die Braunkohlenabbaugebiete. Die Abgrenzung des Braunkohlenplangebietes wird nach § 25 LPIG NRW bestimmt durch die Gebiete für den Abbau, die Außenhalden und die Umsiedlungen sowie die Gebiete, deren oberster Grundwasserleiter durch Sumpfungsmaßnahmen beeinflusst wird. Für den Bereich des Tagebaus Garzweiler sind keine Festlegungen im Regionalplan vorgesehen, da dieses Braunkohlenplangebiet durch den aktuell in der Änderung befindlichen Braunkohlenplan Garzweiler II abgedeckt wird. Die diesen Bereich betreffenden Ziele und Grundsätze der Raumordnung sollen im Braunkohlenplan Garzweiler II auf der Grundlage des Landesentwicklungsplans und in Abstimmung mit den Regionalplänen nach § 26 LPIG NRW festgelegt werden. Damit obliegen die Braunkohlenplangebiete vom Beginn des Abbaus bis zur Beendigung der Rekultivierungstätigkeit und Entlassung aus der Bergaufsicht der Regelungskompetenz des Braunkohlenausschusses. Die aus Sicht des Fachbereichs Umwelt, Produkt ?Braunkohlenangelegenheiten, Monitoring? relevanten Ziele und Grundsätze der Raumordnung werden in das entsprechende Braunkohlenplanverfahren eingebracht. Im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans ist dafür Sorge zu tragen, dass keine Vorfestlegungen, Ziele oder Grundsätze den Raum tangieren, die einer zukünftigen Entwicklung des Braunkohlenplangebiets entgegenstehen. Vielmehr ist eine entsprechende Einbindung und Entwicklung des Braunkohlenplangebiets in den Geltungsbereich des Regionalplans bereits heute mitzudenken. Hierfür sind die entsprechenden Konzepte und Überlegungen des Zweckverbands LandFolge bei der Aufstellung des Regionalplans in den entsprechenden Grundsätzen (G) und Zielen (Z) zu berücksichtigen (vgl. G.10). Dazu ist der Zweckverband LandFolge als Träger öffentlicher Belange im Verfahren zu beteiligen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Zweckverband LandFolge ist als Träger öffentlicher Belange im Verfahren beteiligt. Seine Stellungnahme wird berücksichtigt und in die Abwägung eingestellt.

1000929, Stadt Mönchengladbach

Inhalt

Braunkohlenplanung

Der Grundsatz G.47 ? ?Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet sichern? in Kapitel 4.7.2. ?Grundwasserschutz und Gewässerschutz? wird als Ergänzung zu Ziel Z.26 und Grundsatz G.46 begrüßt. Allerdings sind Aussagen über die Auswirkungen dieses Grundsatzes auf die Schutzgüter des Umweltschutzes im Umweltbericht nicht möglich, weil der Wasserhaushalt in dem großen, sich über mehrere Landkreise erstreckenden Braunkohlenplangebiet sehr komplex ist und weil zahlreiche Unwägbarkeiten bei der Intensität und Dauer des Braunkohlentagebaus sowie bei den Maßnahmen zur Renaturierung bestehen. Eine weitere Unwägbarkeit ist der Klimawandel, dessen Auswirkungen für die linksrheinische Braunkohlenregion kaum kalkulierbar sind. Diesem Belang soll mit der vom Braunkohlenausschuss am 13.12.2021 beschlossenen Aufstellung eines Wasserwirtschaftlichen Gesamtkonzepts für das Rheinische Revier Rechnung getragen werden. **Somit sollte dieser Umstand in den Überlegungen bei der Neuaufstellung des Regionalplans mitbetrachtet und später die Ergebnisse berücksichtigt werden.**

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Im Prozess der Aufstellung eines "Wasserwirtschaftlichen Gesamtkonzepts für das Rheinische Revier" durch das Ministerium ist die Regionalplanungsbehörde aktuell mit beteiligt. Dort zukünftig getroffene und relevante Festlegungen werden der Regionalplanungsbehörde entsprechend zur Berücksichtigung bekannt sein.

AZ: BET_315000_1

Stadt Remscheid

1000727, Stadt Remscheid

Inhalt

Die Stadt Remscheid begrüßt die Ausweisungen der an das eigene Stadtgebiet in Remscheid-Lennep, Ortslage Gleisdreieck/Bergisch Born angrenzenden Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen in den Stadtgebieten Wermelskirchen (GIB-Ergänzung) und Hückeswagen (GIBinterkommunal), soweit diese den vorhandenen interkommunalen Vereinbarungen entsprechen.

Angeregt wird, dass auf dem Gebiet der Stadt Hückeswagen der GIBinterkommunal entsprechend bis an die Stadtgrenze Remscheid ausgewiesen wird. Die Stadt Remscheid weist angesichts dieser Anregung prophylaktisch darauf hin, dass aus ihrer Sicht ausschließlich die beigefügten Teilflächen auszuweisen und darüber hinausreichende neue GIB-Flächen im bisherigen Freiraum und angrenzend an das eigene Stadtgebiet unerwünscht sind.

[s. Anhang Abb. 1000727_1]

Gebietsumfang des beabsichtigten interkommunalen Gewerbegebietes Hückeswagen
? Remscheid - Wermelskirchen.

Anhänge

[Abb_ID1000727.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1002713)

1000729, Stadt Remscheid

Inhalt

Von der Planung der Bundesstraße 237n zwischen Remscheid und Hückeswagen sollte nach Auffassung der Stadt Remscheid Abstand genommen werden und neue Siedlungsentwicklungen schwerpunktmäßig innerhalb des bestehenden Hauptstraßennetzes entstehen. Der Regionalplan Köln sollte dafür in der Begründung herausarbeiten, dass die Bundesstraße 237n zwischen Remscheid und Hückeswagen nur aufgrund der Festlegung der Bundesverkehrswegeplanung (BVWP 2030) und eines daraus erwachsenden Darstellungszwanges in die zeichnerische Plandarstellung aufgenommen wird.

Aufgrund des Klimawandels, des unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten erforderlichen strikteren Landschafts- und Freiraumschutzes sowie aufgrund der problematischen kommunalfinanziellen Situation der Stadt Remscheid ist eine Bundesstraßenplanung, die Landschafts- und Naturschutzgebiete bzw. Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung sowie zum Schutz der Natur neu durchschneidet, während die aktuell bereits vorhandene Bundesstraßenverbindung 237 im Stadtgebiet Remscheid aufgrund der Erschließungsverhältnisse in kommunaler Trägerschaft fortbestehen muss, nicht mehr zeitgemäß.

Eine Regionalplanänderung im Stadtgebiet Remscheid (Regionalplan Düsseldorf), welche der interkommunalen Gewerbegebietsplanung entspricht, ist derzeit planerisch aufgrund der vorhandenen Bundesverkehrswegeplanung nicht möglich. Für das geplante interkommunale Gewerbegebiet der Städte Hückeswagen, Remscheid und Wermelskirchen bedeutet eine Aufgabe der Bundesstraßenplanung 237n, dass zum einen eine Nachhaltigkeitsgesichtspunkten besser entsprechende, verkehrsexensive interkommunale Gebietsentwicklung vorgesehen werden muss und dass zum anderen auf Seiten der Stadt Remscheid eine Potenzialfläche für die betriebliche Entwicklung entstehen kann.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Fernstraßenausbaugesetz enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen. Dies ist in der Begründung dargelegt (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1000730, Stadt Remscheid

Inhalt

Die untere Naturschutzbehörde bei der Stadt Remscheid (UNB) hat eine eigene Stellungnahme übermittelt, da der Regionalplan Köln mit seinen Zielen und Grundsätzen in textlicher und graphischer Form gemäß § 6 Landesnaturschutzgesetz NRW gleichzeitig die Funktion eines Landschaftsrahmenplan in Sinne des § 10 Bundesnaturschutzgesetz übernimmt. Die Anregungen der UNB sind Blatt 3 zum Schreiben des Oberbürgermeisters vom 21.02.2022 im Folgenden inhaltlich vollständig wiedergegeben. Die Stadt Remscheid bittet um eine entsprechende Berücksichtigung im weiteren Planungsprozess.

Die Betroffenheit ist durch die Randlage am Plangebiet des Regionalplans Köln (RPK) gegeben und durch das Erfordernis, das die naturschutzfachlichen Belange aus dem Regionalplan Düsseldorf (RPD) mit denen des RPK an der Grenze naturschutzfachlich kongruent sein sollen. Gleichzeitig ist eine Betroffenheit durch die Darstellung eines Teilbereiches des geplanten interkommunalen Gewerbegebietes Gleisdreieck im RPK gegeben. Das Landschaftsplangebiet Remscheid grenzt mit seinen Festsetzungen im Süden und Südosten an das Plangebiet des RPK an.

Die UNB bittet um Abgleich der Umgrenzung der Darstellungen mit den Darstellungen aus den Landschaftsplänen Remscheid-Ost und Remscheid-West und hier insbesondere der Darstellung der Bereiche zum Schutz der Natur aus dem Regionalplan Düsseldorf (RPD) sowie erweitert um Berücksichtigung der Beikarten 2 A und C sowie 4 A bis H des RPD. Augenscheinlich ist dies bereits erfolgt, kann aber von hier aus aufgrund der Darstellungsschwelle nicht im Detail nachvollzogen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Benachbarte Regionalpläne wurden dabei berücksichtigt und soweit der Plakonzepktion entsprechend in die Abgrenzung der zeichnerischen Festlegungen integriert.

1012219, Stadt Remscheid

Inhalt

Folgenden Hinweis bittet der Fachdienst Umwelt ebenfalls zu beachten: Die Eschbachtalsperre in Remscheid wird ihrem ursprünglichen Zweck wieder zugeführt und das Wasserwerk reaktiviert. Das Schutzziel der Wasserschutzzonenverordnung ist bei baulichen Erweiterungsabsichten nördlich Wermelskirchen unbedingt beachtlich.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen / zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1012220, Stadt Remscheid

Inhalt

Die im RPK-Entwurf dargestellte Siedlungsentwicklung im Bereich Gleisdreieck entbehrt derzeit noch einer passenden Darstellung im RPD. Die an die dargestellte Fläche WER_GIB_2 angrenzende und für die Erschließung erforderliche Fläche auf Remscheider Stadtgebiet ist im Regionalplan Düsseldorf nicht dargestellt. Lediglich der nördliche Teilbereich wird im RPD dargestellt. Die UNB bittet für den Prüfbogen WER_GIB_2 im Rahmen der Umweltprüfung folgende erhobene Datengrundlagen, da zumeist direkt angrenzend bzw. direkt betroffen, zu berücksichtigen:

- Die Arten und die Ergebnisse des Artenschutzgutachtens ?Interkommunales Gewerbegebiet Gleisdreieck Hückeswagen, Remscheid, Wermelskirchen - Vertiefende Artenschutzprüfung (Stufe II)? des Büros FROELICH & SPORBECK GmbH & Co. KG (2020).
- Die Klimafunktionskarte sowie die Starkregengefahrenkarte der Stadt Remscheid (beide veröffentlicht unter <https://geoportal.remscheid.de/>) sowie den beigefügten Auszug aus der für Remscheid aus dem Projekt BESTKLIMA erstellten Siedlungsklimatischen Modellierung der RWTH Aachen (2018), die sich mit dem Gleisdreieck befasst (siehe Anlage). Wenn die Planungen für das interkommunale Gewerbegebiet Gleisdreieck trotz festgestellter erheblicher Umweltauswirkungen umgesetzt werden, geht die UNB davon aus, dass die Planung neben den naturschutzrechtlichen und -fachlichen Anforderungen ebenfalls unter den Gesichtspunkten von Klimaschutz und ?anpassung mit einem hohen Qualitätsstandard und mit einer entsprechenden Durchgrünung und Starkregenvorsorge (grün-blaue Infrastruktur) umgesetzt wird. Für die von der Planung betroffenen Gewässer ?Bornbach? und ?Eifgenbach? ? beide stehen unter Naturschutz ? ist der Nachweis über die Nicht-Beeinträchtigung bzw. über das Verschlechterungsverbot gemäß Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sicherzustellen.

[s. Anhang Abb. 1012220_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1012220.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung für das GIBz wird geändert (s. Änderungskarten sowie Erläuterungen zu StnID 1000727).

Der Umweltbericht wird entsprechend angepasst.

1012221, Stadt Remscheid

Inhalt

Hinweis zum Grundwasser bzw. wasserführende Schichten mit Auswirkung auf die Oberflächengewässer: Bei Erdarbeiten des bereits fertig gestellten Bebauungsplangebietes Bergisch-Born II in Remscheid wurde festgestellt, dass unterhalb der Senken durch die Bodenbewegungen erhebliche Blatt 4 zum Schreiben des Oberbürgermeisters vom 21.02.2022 Grundwassermengen aufgeschlossen wurden. Dieser Sachverhalt ist unter Umständen auch für den Prüfbogen WER_GIB_2 beachtlich.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung für das GIBz wird geändert (s. Änderungskarten sowie Erläuterungen zu StnID 1000727)., damit entfällt der Prüfbogen WER_GIB_2.

1012222, Stadt Remscheid

Inhalt

Der Naturschutzbeirat bei der unteren Naturschutzbehörde hat sich bereits mit dem Artenschutzgutachten befasst, zuletzt in seiner Sitzung vom 15.06.2021. Zudem hatte der Naturschutzbeirat bereits am 25.09.2018 durch einstimmigen Beschluss dem Rat der Stadt Remscheid empfohlen die Planungen für das interkommunale Gewerbegebiet einzustellen. Die Remscheider Naturschutzverbände führen regelmäßige Spaziergänge im Gleisdreieck durch und machen auf den hohen Flächenverlust für den Naturraum aufmerksam.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen Entwicklung im Bereich Gleisdreieck vorgebracht. Auf die Ausführungen in Bezug auf die StnID 1000727 wird verwiesen.

AZ: BET_317000_1	
Stadt Wuppertal	
1000726, Stadt Wuppertal	
<p>Inhalt</p> <p>Die Belange der Stadt Wuppertal werden durch den vorliegenden Regionalplan-Entwurf für den Regierungsbezirk Köln nicht berührt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

AZ: BET_318000_1

Kreis Mettmann

1003571, Kreis Mettmann

Inhalt

Untere Wasserbehörde

Aus wasserwirtschaftlicher Sicht werden für das Gebiet der Städte Langenfeld und Monheim am Rhein keine Anregungen geäußert.

Untere Immissionsschutzbehörde

Seitens des anlagenbezogenen Immissionsschutzes werden keine Anregungen zur Neuauflistung des Regionalplans vorgebracht.

Untere Bodenschutzbehörde

Altlasten und Allgemeiner Bodenschutz

Seitens der UBB bestehen für den nBS (Stadtgebiete Monheim a.Rh. und Langenfeld) sowie für den vBS keine Belange. Der Regionalplan grenzt in Langenfeld an den Kreis Mettmann heran. Hier liegen grenznah drei Katasterflächen (35966/1 La, 35966/2 La, 35966/6 La), aus denen sich jedoch keine Einschränkungen, Belange oder Bedenken ergeben.

Kreisgesundheitsamt

Es werden keine Bedenken erhoben.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Information zum Thema Altlasten und Allgemeiner Bodenschutz gegeben. Darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt**Untere Naturschutzbehörde**

Das Plangebiet liegt nicht im Kreis Mettmann, weist jedoch geänderte Darstellungen in unmittelbarer Nachbarschaft zum Kreis Mettmann auf. Der Buschbergsee wird nicht mehr als Abgrabungsfläche dargestellt. Stattdessen werden Buschbergsee und der benachbarte Große Laacher See sowie der Krapuhlsee mit der zwischen den Seen liegenden Fläche als BSN ausgewiesen und so für Zwecke des Naturschutzes gesichert. Im rechtskräftigen Regionalplan war dieser Bereich auch schon als Regionaler Grünzug und Bereich zum Schutz der Landschaft ausgewiesen. Die BSN-Ausweisung schutzwürdiger Seenflächen wird begrüßt. Zumal enge Biotopverbindungen zu den auf Monheimer Gebiet befindlichen Naturschutzgebieten D 2.2-6 "Monheimer Baggersee", D 2.2-7 "Altgrabung Klingenberger" und den als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesenen Baggersee "Widdauen" mit hoher Bedeutung für wassergebundene Vogelarten bestehen. Aus landschaftsrechtlicher Sicht positiv zu werten ist zudem der Wegfall der die Seen querenden Straßenplanung sowie die Rücknahme der ASS-Darstellung im Bereich Hitdorf zugunsten von Flächen für die Landwirtschaft und Regionalem Grünzug. Hierdurch wird ein breiterer Verbundkorridor für die wichtige Biotopverbundtrasse vom Rhein zum Hinterland sowie Pufferflächen um den See herum gesichert. Dies nützt zugleich auch dem Biotopverbund des Naturschutzgebiets "Monbagsee" zum Rhein hin. Gegenüber dem rechtskräftigen Regionalplan soll angrenzend zum Further Moor die Darstellung ASB in Fläche für die Landwirtschaft und nördlich der Immigrather Straße zusätzlich in Regionaler Grünzug umgewandelt werden. Dies wird zum Schutz des Wasserregimes des Naturschutzgebietes und FFH-Gebietes Further Moores begrüßt, da weitere Versiegelungen im Einzugsbereich das Moor beeinträchtigen können. Allerdings wäre es wünschenswert, wenn die Fläche südlich der Immigrather Straße ebenfalls als Regionaler Grünzug ausgewiesen, zumal das Further Moor hier direkt an der anderen Seite der A 3 angrenzt.

Aus planungsrechtlicher Sicht: Es werden keine Anregungen vorgebracht noch Bedenken erhoben.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_320000_1

Stadt Monheim am Rhein

1001457, Stadt Monheim am Rhein

Inhalt

Mit Schreiben vom 25.01.2022 haben Sie mich über die o. g. Planung informiert und um Stellungnahme gebeten. Mit der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln ist beabsichtigt, den westlichen ASB-Bereich des Leverkusener Stadtgebietes (Hitdorf) bis an die Monheimer Stadtgrenze zu erweitern. Ich gebe zu bedenken, dass sich unweit entfernt auf Monheimer Stadtgebiet der Industrie- und Gewerbestandort an der Alfred-Nobel-Straße, hier vor allem mit dem Bereich des Störfallbetriebes der Division Crop Science der Bayer AG befindet. Außerdem existieren dort der Backhefe- und Bachmittelhersteller Uniform GmbH & Co. KG und weitere emittierende Betriebe. Das Näherrücken der Hitdorfer Siedlungsflächen und die Ausweitung des Freiraumes (Regionaler Grünzug, Bereiche für den Natur- und Landschaftsschutz) darf die Gewerbebetriebe im Monheimer Süden nicht beeinträchtigen. Auch das noch zentral in Monheim gelegene Umspannwerk soll zukünftig an den Stadtrand zu Leverkusen, in die Nähe des Gewerbestandes Division Crop Science der Bayer AG, verlegt werden. Die heutigen und auch künftigen umliegenden Gewerbe- und Industriegebiete werden somit auch an das rechtsrheinische Stromnetz angeschlossen, so dass deren Versorgung zuverlässig gesichert ist. Ebenso wird die Stadt Monheim am Rhein die Möglichkeit nutzen, die mit der 3. Änderung des Regionalplanes Düsseldorf festgelegte Vergrößerung des GIBs planerisch umzusetzen um die Voraussetzungen für die Betriebserweiterung für Monheimer Betriebe zu schaffen und dem durch die Bezirksregierung Düsseldorf attestierten Bedarf an weiteren gewerblichen Flächen zu decken. Von daher ist einerseits zu begrüßen, dass zwar ein größerer Bereich des ASB am Buschbergsee reduziert wurde. Andererseits rege ich an, dass die Erweiterung der ASB- und auch der Freiraumbereich die Monheimer Gewerbebetriebe nicht einschränken darf und die entsprechenden Schutzabstände eingehalten werden. Ich bitte daher um planerische Berücksichtigung und entsprechenden Abwägungsnachweis.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung des ASB basiert auf den bereits bauleitplanerisch für die Siedlungsentwicklung gesicherten Flächen und berücksichtigt damit die Bestandsituation. Es sind keine Erweiterungen des ASB vorgesehen, durch die ein Heranrücken von schutzbedürftigen Nutzungen an den GIB auf Monheimer Stadtgebiet vorbereitet wird. Durch die Rücknahme bisher im Regionplan gesicherter Siedlungsreserven auf Leverkusener Stadtgebiet wird die Situation in Bezug auf Umgebungsschutz des Monheimer GIB tendenziell verbessert. Der Grundsatz 6.3-2 LEP NRW wird berücksichtigt.

Eine Einschränkung der Entwicklungsperspektiven des GIB durch die Freiraumfestlegungen ist nicht erkennbar. Die Festlegungen wurden auf Grundlage der freiraumspezifischen Fachbeiträge getroffen und basieren auf einer Gesamtkonzeption mit einheitlichem Bewertungsmaßstab. Sie erfüllen den Auftrag des LEP NRW zur Freiraumsicherung und -entwicklung.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

AZ: BET_321000_1

Rhein-Kreis Neuss

1005313, Rhein-Kreis Neuss

Inhalt

Die Unterlagen zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln wurden durch die Fachabteilungen des Rhein-Kreises Neuss geprüft. Seitens des Rhein-Kreises Neuss werden keine Bedenken vorgetragen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Fehlanzeige gemeldet und es werden keine Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Im Hinblick auf den anstehenden Strukturwandel im Rheinischen Revier und die Nachnutzung der Tagebauflächen weise ich jedoch auf folgendes hin:

Die Braunkohlenpläne sind ebenso wie Regionalpläne Raumordnungspläne gemäß § 2 LPIG NRW und legen auf Grundlage des LEP NRW und in Abstimmung mit den betroffenen Regionalplänen im Braunkohleplangebiet Ziele und Grundsätze der Raumordnung fest, soweit dies für eine geordnete Braunkohlenplanung erforderlich ist. Vom Beginn des Braunkohlenabbaus bis zur Beendigung der Rekultivierungstätigkeit und Entlassung aus der Bergaufsicht obliegen Abbaugebiete der Regelungskompetenz des Braunkohlenausschusses.

Mit der ? Leitentscheidung 2021: Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlerevier? gibt die Landesregierung mit Beschluss vom 23. März neue Leitlinien für die Umsetzung des Kohleausstieges im Rheinischen Revier und die Braunkohlenplanung vor. Auf Basis der neuen Leitentscheidung und dem Fakt, dass die Abbaugebiete nach der Entlassung aus der Bergaufsicht wieder der Regionalplanung unterliegen werden, hat die Bezirksregierung Köln für den Regionalplan Köln verschiedene Bereiche und Darstellungsoptionen im Braunkohlenplangebiet herausgearbeitet.

1. Bereiche, die bereits weitgehend rekultiviert sind bzw. zeitnah rekultiviert werden und die in absehbarer Zeit aus der Bergaufsicht entlassen werden.

? Für diese Bereiche werden im neuen Regionalplan Festlegungen unter Berücksichtigung der Rekultivierungsziele der Braunkohlenplanung getroffen.

2. Bereiche, die gern. der Leitentscheidungen 2016/2021 nicht mehr für den Abbau in Anspruch genommen werden, formell aber noch der geltenden Braunkohlenplanung unterliegen und für die z. T. eine Änderung des Braunkohlenplanes erfolgt.

? Für diese Bereiche werden im neuen Planentwurf regionalplanerische Festlegungen getroffen.

3. Bereiche, die sich aktuell in Bezug auf eine bergbauliche Inanspruchnahme in Klärung befinden, bzw. für die in einer kurzen Zeitperspektive eine Klärung erfolgt.

? Für diese Bereiche sind regionalplanerische Festlegungen erst nach erfolgter Klärung möglich. Diese Bereiche werden in der Plandarstellung zum Regionalplan mit einem besonderen Hinweis als ?Klärungsbereich? gekennzeichnet.

4. Bereiche, in denen auch gem. der künftigen Braunkohlenplanung eine bergbauliche

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Es erfolgt eine Anpassung der zeichnerischen Festlegung an den aktuellen Stand der Leitentscheidungen und Braunkohleplanung mit Wegfall der Klärungsbereiche. Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Eine Änderung der zeichnerischen Festlegung für die unter 4. benannten Bereiche erfolgt nicht.

Inanspruchnahme bzw Rekultivierung zu erwarten ist, die sich zeitlich deutlich über den Planungshorizont des Regionalplans hinaus erstreckt

? Für diese Bereiche sind regionalplanerische Festlegungen im Regionalplan Köln aktuell im Hinblick auf den Planungshorizont 2043 sowie das Erfordernis zur Änderung der Braunkohlenpläne nicht möglich.

Bei der zeichnerischen Darstellung von Gebieten, die den Kriterien der Punkte 3 und 4 entsprechen, unterscheiden sich die Regionalpläne Köln und Düsseldorf methodisch voneinander. Das ist am Beispiel der jeweiligen Darstellung des Tagebaus Garzweiler II zu sehen. Die Flächen des Tagebaus Garzweiler II, die im räumlichen Geltungsbereich des Regionalplans Düsseldorf liegen, werden dort als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche mit der zweckgebundenen Nutzung Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze dargestellt. Die Bereiche des Tagebaus Garzweiler II, die im räumlichen Geltungsbereich des Regionalplans Köln liegen, werden im Selbigen ohne planerische Festlegungen bzw. im Bereich der Orte Berverath (alt), Kuckum (alt), Unterwestrich (alt) und Keyenberg als Klärungsbereich dargestellt.

Für die Vereinfachung und Vereinheitlichung von Planungsvorgängen im Rheinischen Revier, welches durch die Regionalpläne Köln und Düsseldorf abgedeckt wird, wäre es von Vorteil, wenn sich die zeichnerischen Darstellungen der Bereiche, die den Kriterien der Punkte 3 und 4 entsprechen, in den jeweiligen regionalplanerischen Geltungsbereichen gegenseitig ergänzen würden.

AZ: BET_323000_1

Stadt Grevenbroich

1002309, Stadt Grevenbroich

Inhalt

Zu den textlichen Festlegungen, insbesondere Ziel Z.3 ?Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten?: Die Stadt Grevenbroich erkennt die überregionalen Wohnbauflächenbedarfe und begrüßt die Verteilung des Wohnbauflächenbedarfs des Regierungsbezirks Köln auf Kommunen des Regierungsbezirks Düsseldorf. Im Rahmen der 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf vom 25. Juni 2020 wurden die Flächen Frimmersdorf (4,8 ha) sowie Kapellen IV (17 ha) als Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) festgelegt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und auf die Umsetzung der Ergebnisse der überregionalen Abstimmung hingewiesen.

1002310, Stadt Grevenbroich

Inhalt

Wünschenswert wäre es, wenn die Verteilung von Gewerbeflächenbedarfen insbesondere in Hinblick auf den Strukturwandel im Rheinischen Revier zukünftig auch über die Grenzen der Regierungsbezirke hinaus betrachtet würde.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPlG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).

1002311, Stadt Grevenbroich	
Inhalt Des Weiteren unterstützt die Stadt Grevenbroich die Belange des Zweckverbandes Landfolge sowie der Region Köln/Bonn e.V.	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Unterstützung für andere Stellungnahmen geäußert. Es wird auf die entsprechenden Ausgleichsvorschläge verwiesen.

AZ: BET_324000_1

Stadt Jüchen

1001390, Stadt Jüchen

Inhalt

Allgemeine Braunkohlenplanung

Gemäß § 2 Landesplanungsgesetz (LPIG) NRW sind Braunkohlenpläne Raumordnungspläne und sichern auf der Ebene der Raumordnung und Landesplanung die Braunkohlenabbauangebote. Für den Bereich des Tagebaus Garzweiler sind keine Festlegungen im Regionalplan vorgesehen, da dieses Braunkohlenplangebiet durch den aktuell in der Änderung befindlichen Braunkohlenplan Garzweiler II abgedeckt wird. Die diesen Bereich betreffenden Ziele und Grundsätze der Raumordnung sollen im Braunkohlenplan Garzweiler II auf der Grundlage des Landesentwicklungsplans und in Abstimmung mit den Regionalplänen nach §26 LPIG NRW festgelegt werden. Damit obliegen die Braunkohlenplangebiete vom Beginn des Abbaus bis zur Beendigung der Rekultivierungstätigkeit und Entlassung aus der Bergaufsicht der Regelungskompetenz des Braunkohlenausschusses. Die aus Sicht der Stadt Jüchen relevanten Ziele und Grundsätze der Raumordnung werden in das entsprechende Braunkohlenplanverfahren eingebracht.

Im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans ist dafür Sorge zu tragen, dass keine Vorfestlegungen, Ziele oder Grundsätze den Raum tangieren, die einer zukünftigen Entwicklung des Braunkohlenpangebiets entgegenstehen. Vielmehr ist eine entsprechende Einbindung und Entwicklung des Braunkohlenplangebiets in den Geltungsbereich des Regionalplans bereits heute mitzudenken. Hierfür sind die entsprechenden Konzepte und Überlegungen des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler bei der Aufstellung des Regionalplans in den entsprechenden Grundsätzen (G) und Zielen (Z) zu berücksichtigen. Dazu ist der Zweckverband Landfolge Garzweiler als Träger öffentlicher Belange im Verfahren zu beteiligen. Die Stadt Jüchen macht sich dabei die diesbezüglichen Aussagen des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler und die darin enthaltenen gemeinsam gefassten Einschätzungen der beteiligten Kommunen zu Eigen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Anregung zur Beteiligung des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler als Träger öffentlicher Belange im Verfahren wurde bereits durch dessen Aufnahme als Verfahrensbeteiligter gefolgt. Zur Stellungnahme der Stadt Jüchen, sich die Aussagen des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler zu eigen zu machen, sei auf diese und die entsprechenden Ausgleichsvorschläge verwiesen.

1001393, Stadt Jüchen	
<p>Inhalt</p> <p><u>Wirtschaftsweg 100</u></p> <p>Der Wirtschaftsweg 100 ist neben der Autobahn BAB 44n die erste umgesetzte bzw. in Umsetzung befindliche Wegführung in Nord-Süd-Richtung innerhalb der Tagebaufolgelandschaft zwischen den Tagebauen Garzweiler I und II. Der Ausbau des Wirtschaftsweges 100 auf bisher rekultivierten Bereichen verbessert die Erschließung für Landwirtschaft und andere Nutzergruppen (u.a. Radverkehr). Die südliche Anbindung des Wirtschaftsweges 100 in der Verlängerung auf das Gebiet der Stadt Bedburg ist regionalplanerisch darzustellen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel "<i>Straßennetz</i>").</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist hier nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

1001398, Stadt Jüchen

Inhalt

Interkommunales Gewerbegebiet Jackerath

Die Landgemeinde Titz, die Stadt Erkelenz und die Stadt Jüchen planen ein gemeinsames interkommunales Gewerbegebiet Jackerath. Dieses über die Regierungsbezirks-Grenze hinaus geplante Gewerbegebiet macht die Ausweisung eines GIB interkommunal erforderlich. Die Planung des interkommunalen Gewerbegebietes wird auch durch den Zweckverband Landfolge Garzweiler im Rahmen des Förderprojektes "Innovation Valley" konkretisiert und unterliegt in seiner letzten Ausprägung u.a. der Festlegung der endgültigen Lage des Tagebaurestsees. Die Planungen des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler sind in der Schnittstelle zwischen Regionalplan und Braunkohlenplanung zu berücksichtigen. Für eine Sicherung der Flächen im Bereich des Regionalplans Köln könnte sich ? in Abstimmung mit der Bezirksregierung Düsseldorf und der Stadt Jüchen ? eine bedingte Ausweisungsform, ähnlich der bereits im Regionalplan Düsseldorf im Bereich Jüchen-Süd praktizierten, anbieten.

Aus Sicht der Stadt Jüchen ist abschließend auf die generelle Notwendigkeit der Verfügbarkeit von Gewerbeflächen bezirksregierungsübergreifend als ein zentraler Baustein im Rahmen der Strukturstärkungsstrategie hinzuweisen . Den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung um acht Jahre auf das Jahr 2030 vorziehen zu wollen, ist klimapolitisch nachvollziehbar, lässt die . Anrainer jedoch mit Sorge auf die Zukunft unserer Region blicken und erfordert deutliche und zusätzliche Anstrengungen zur Strukturstärkung. Was die Anrainerkommunen brauchen sind zeitnahe und zusätzliche Flächenangebote. Wir erwarten, dass der Regionalplan für den Reausschöpft, um die notwendigen Grundlagen in ausreichender Menge, Qualität und Geschwindigkeit zu schaffen und er damit seinen Beitrag zu einem gelingenden Strukturwandel leistet. Für die Stadt Jüchen ist dies insbesondere für das o.g. geplante interkommunale Gewerbegebiet Jackerath von Relevanz. Die Stadt Jüchen geht davon aus, über den Fortgang des Verfahrens weiterhin informiert zu bleiben und beteiligt sich weiterhin gerne.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Anregung zu einem interkommunalen Gewerbegebiet "Innovation Valley" wird nicht gefolgt. Siehe Erläuterungen zu StnID 1001546.

Der Anregung nach zusätzlichen Flächenangeboten im Rheinischen Revier wird gefolgt. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich werden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

AZ: BET_326000_1

Kreis Viersen

1003787, Kreis Viersen

Inhalt

Blatt 01 - Kreis Heinsberg - Bereich Wegberg Dalheim-Rödgen ? hier: zeichnerischen Festlegung von Schienenwegen

Der Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) sieht vor, dass nicht mehr genutzte, für die regionale Raumentwicklung bedeutsame Schienenwege von der Regionalplanung als Trassen zu sichern sind (Ziel 8.1-11) und dass zur Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs vorrangig die Infrastruktur des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt entwickelt werden soll (Grundsatz 8.1- 10).

Im Regionalplan Düsseldorf (RPD) werden vor diesem Hintergrund ehemals entsprechend gewidmete, aber nicht mehr für Bahnzwecke genutzte Trassen, deren Verlauf noch in der Örtlichkeit als landschaftliche Prägung erkennbar ist und die langfristig für eine Reaktivierung geeignet sein können, entsprechend des Ziels 1 des Kapitels 5.1.3 des RPD gesichert und zeichnerisch festgelegt. Um eine solche Trasse handelt es sich bei der Anbindung des ehemaligen Flughafens Elmpt in Niederkrüchten an das Schienennetz. Die hier zu sichernde Trasse schließt bei Wegberg-Arsbeck an die Kursbuchstrecke 2524 (MGRheindahlen ? Wegberg ? Dalheim) an. Der Trassenabschnitt, der im Planungsraum Düsseldorf liegt, wurde aus den genannten Gründen zeichnerisch im RPD festgelegt.

Der Kreis Viersen ist zum einen nach § 5 LPIG von der o.g. Planung unmittelbar betroffen. So ist dem Kreis Viersen der gesetzliche Auftrag zur Mitwirkung an der Einhaltung der Bindung der Erfordernisse, also der Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernissen der Raumordnung (hier: Sicherung der o.g. Trasse: Ziel 8.1.-11 LEP NRW und Ziel 1 des Kapitel 5.1.3. des RPD) im Planungsraum RPD und auf dem Gebiet des Kreises Viersen nicht möglich, sollte eine zeichnerische Darstellung und Sicherung des anschließenden Trassenabschnitts im weiteren Aufstellungsverfahren zum Regionalplans Köln unterbleiben.

Zum anderen ist der Kreis Viersen gemeinsam mit der Gemeinde Niederkrüchten an der Entwicklung des ehemaligen Flughafens Elmpt in Niederkrüchten beteiligt. Große Teile des ehemaligen Flughafengeländes sind im RPD als sog. Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) mit der Zweckbindung Standorte für flächenintensive Vorhaben und Industrie festgelegt. Mit einer Größe von ca. 169 ha liegt hier eines der größten und bedeutsamsten gewerblichen Entwicklungspotentiale im Planungsraum Düsseldorf sowie im Kreis Viersen, dessen Entwicklungsmöglichkeiten dringend erhalten bzw. entwickelt werden sollten. Der Erhalt der Möglichkeit einer Reaktivierung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004882).

der betroffenen Schienentrasse ist daher sowohl für den Standort selber und dessen aktuelle sowie perspektivische Attraktivität als auch für den Kreis Viersen und die Region von großer Bedeutung. So befinden sich bereits Bauleitplanverfahren zur Entwicklung des Areals in der Aufstellung. Insofern ist der Kreis Viersen auch als juristische Person bzw. im eigenen Wirkungskreis von der o.g. Planung unmittelbar betroffen.

Der Kreis Viersen fordert daher, die Fortsetzung der Schienentrasse auf dem Gebiet der Stadt Wegberg bis zum Anschluss an die Bestandsstrecke regionalplanerisch zu sichern und als zeichnerische und textliche Festlegung im Sinne der Ziele des LEP NRW im weiteren Aufstellungsverfahren in den Regionalplan Köln aufzunehmen und damit an der bisherigen Festlegung des derzeit geltenden Regionalplans Köln festzuhalten (vgl. Anlage 1).

[s. Anhang ID 1003787_1]

[s. Anhang ID 1003787_2]

[s. Anhang ID 1003787_3]

Anhänge

[Abb_ID1003787_1.pdf](#)

[Abb_ID1003787_2.pdf](#)

[Abb_ID1003787_3.pdf](#)

AZ: BET_327000_1

Gemeinde Niederkrüchten

1000997, Gemeinde Niederkrüchten

Inhalt

Für die Gemeinde Niederkrüchten gebe ich folgende Anregung zum Entwurf des Regionalplans Köln ab:

Blatt 01 - Kreis Heinsberg

Bereich Wegberg Dalheim-Rödgen

Der LEP NRW sieht vor, dass nicht mehr genutzte, für die regionale Raumentwicklung bedeutsame Schienenwege von der Regionalplanung als Trassen zu sichern sind (Ziel 8.1-11) und dass zur Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs vorrangig die Infrastruktur des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt entwickelt werden soll (Grundsatz 8.1-10). Im Regionalplan Düsseldorf werden vor diesem Hintergrund ehemals entsprechend gewidmete, aber nicht mehr für Bahnzwecke genutzte Trassen, deren Verlauf noch in der Örtlichkeit als landschaftliche Prägung erkennbar ist und die langfristig für eine Reaktivierung geeignet sein können, zeichnerisch gesichert. Um eine solche Trasse handelt es sich bei der Anbindung des ehemaligen Flughafens Elmpt in der Gemeinde Niederkrüchten an das Schienennetz. Die hier zu sichernde Trasse schließt bei Wegberg-Arsbeck an die Kursbuchstrecke 2524 (MG-Rheindahlen ? Wegberg ? Dalheim) an.

Der Trassenabschnitt, der im Planungsraum Düsseldorf liegt, wurde aus den genannten Gründen zeichnerisch im Regionalplan festgelegt. Ich rege an, die Fortsetzung der Schienentrasse auf dem Gebiet der Stadt Wegberg bis zum Anschluss an die Bestandsstrecke zeichnerisch in den Regionalplan Köln aufzunehmen. Große Teile des ehemaligen Flughafengeländes sind im Regionalplan Düsseldorf als GIB mit der Zweckbindung Standorte für flächenintensive Vorhaben und Industrie festgelegt. Mit einer Größe von ca. 169 ha liegt hier eines der größten und bedeutsamsten gewerblichen Entwicklungspotentiale in Nordrhein-Westfalen, dessen Entwicklungsmöglichkeiten dringend erhalten bzw. entwickelt werden sollten. Der Erhalt der Möglichkeit einer eventuellen Reaktivierung dieser Strecke ist daher von großer regionaler Bedeutung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004882).

AZ: BET_331000_1

Kreis Ahrweiler

1005466, Kreis Ahrweiler

Inhalt

Grundsätzlich grenzt der Landkreis Ahrweiler des Bundeslands Rheinland-Pfalz an den durch den Regionalplan geplanten Regierungsbezirk Köln des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen an. Insbesondere Natura-2000 Gebiete könnten von der Planung betroffen sein. Dazu zählt zum einen das FFH Gebiet ?Ahrtal? (DE-5408-302/FFH-7000-013) sowie das Vogelschutzgebiet ?Ahrgebirge? (DE-5507-401/VSG-7000-006). Daher ist entsprechend § 34 BNatSchG die

Verträglichkeit mit den jeweiligen Erhaltungszielen der eingangs aufgeführten Natura 2000-Gebiete zu überprüfen. Dem entsprechend kann von Seiten der Unteren Naturschutzbehörde im Kreis Ahrweiler nicht die Auffassung geteilt werden, dass die Wirkräume der Plangebiete analog als Prüfbereich einer FFHVerträglichkeitsuntersuchung nur 300m beträgt (vgl. BOSCH & PARTNER, Umweltbericht zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln; 2021, Kap. 5.6, S. 116), da

a) zusätzlich zum Gewässer als prioritären Lebensraumtyp, das Einzugsgebiet in Gänze betrachtet werden muss,

b) Flüsse aufgrund ihrer Formgebung deutlich weitreichender beeinträchtigt werden könnten

sowie

c) die im Vogelschutzgebiet prioritär geschützten Arten nach Anhang I Vogelschutzrichtlinie einen deutlich größeren Aktionsradius besitzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Umweltprüfung erfolgte gemäß den für NRW vorgegebenen fachlichen Standards (VV-FFH NRW / Leitfaden für die Umweltprüfung in der nordrheinwestfälischen Regionalplanung). Differenziertere Betrachtungen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen.

AZ: BET_337000_1

Verbandsgemeinde Kirchen

1000489_001, Verbandsgemeinde Kirchen

Inhalt

III. Zur Steuerung der Windenergienutzung, der Avifauna, dem Landschaftsschutz und zu Kapitel 4.1.3 (Erholungsräume)

Die Planung der Verbandsgemeinde Kirchen zur Steuerung der Windenergienutzung auf Ebene des Flächennutzungsplans wurde im März 2020 aufgegeben. Es handelte sich dabei um die geplante dritte Änderung des Flächennutzungsplans der Verbandsgemeinde Kirchen. Auf ihre Eignung als Konzentrationszonen hin wurden unter anderem zwei Flächen im Gebiet der Ortsgemeinde Friesenhagen untersucht, die jedoch aus unterschiedlichen Gründen aufzugeben waren. Anhand der avifaunistischen Untersuchungen ergab sich zum Beispiel, dass die im Gebiet der Ortsgemeinde Friesenhagen brütende Vogelart Schwarzstorch (*Ciconia nigra*) Nahrungshabitate im Gebiet der Wiehltalsperre nutzt. Wir bitten daher auch aus dem Aspekt des Artenschutzes um Sicherung und ökologische Aufwertung dieses außergewöhnlich gut erhaltenen Landschaftsraums. Denn dieser südöstliche Teil des Oberbergischen Kreises grenzt mit einem sehr hochwertigen Landschaftsraum an das Gebiet der Ortsgemeinde Friesenhagen an, deren Gemeindegebiet als ?Wildenburgisches Land? bezeichnet wird. Dies ist ein ebenso hochwertiger und schützenswerter Landschaftsraum, für den seit 1968 Landschaftsschutzverordnung ?Wildenburgisches Land? gilt.

In Ihrem Textentwurf ist das Gebiet der Wiehltalsperre unter den ?lärmarmen Erholungsräumen besonderer Bedeutung mit der Bezeichnung ?ER-K-124: Wiehltalsperre und umgebende Wald- und Kulturlandschaft? erfasst (Seite 21 Ihres Umweltberichts, Kapitel 4.1.3 Erholen). Wir regen an, diesen zumindest teilweise als lärmarmen Erholungsraum herausragender Bedeutung anzuerkennen und in die entsprechende Kategorie dazu aufzunehmen, wenn die Voraussetzungen dazu erfüllt sind.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und die Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad und stellen eine Gleichbehandlung aller untersuchten Bereiche sicher.

Das LANUV hat im Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (2019) ?Lärmarme naturbezogene Erholungsräume? als Planungshilfe für den Landschaftsplan und Regionalplan oder auch für die Anwendung bei der Eingriffsregelung des Landschaftsgesetzes NRW ausgewiesen. Ergebnisse aus lokal begrenzten Untersuchungen bezüglich dem Kriterium "lärmarme Erholungsräume" können an dieser Stelle keine Berücksichtigung finden, da diese wie beschrieben nach einheitlichem Maßstab auf Grundlage des Fachbeitrages für alle Kommunen des Regierungsbezirkes nach einheitlichen Kriterien durchgeführt wurde. Naturgemäß können maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten bestehen. Eine einseitige Berücksichtigung dieser Daten, hätte die Ungleichbehandlung der anderen untersuchten Bereiche zur Folge.

1000489_002, Verbandsgemeinde Kirchen

Inhalt

IV. Zu Kapitel 4.5.2 Wasserschutzgebiete (hier das der Wiehltalsperre)

Dieser grenzübergreifende Erholungsraum beheimatet gleichzeitig neben der Erholungsfunktion die für die Grundversorgung der Region bedeutende Wiehltalsperre, deren Wasserschutzgebiet bis in das Gebiet der Ortsgemeinde Friesenhagen hineinreicht. In dem Einzugsbereich der Wiehltalsperre wurden Ihrerseits keine weiteren GIB oder Allgemeinen Siedlungsbereiche mehr vorgesehen, was aus unserer Sicht zu begrüßen ist, auch wenn stets eine gewisse Bautätigkeit stattfinden wird, da das Wasserschutzgebiet Siedlungsbereiche beinhaltet. Aufgrund des zu verzeichnenden Klimawandels und den damit einhergehenden Folgen wie stärkeren Schwankungen der Niederschlagsmengen bitten wir Sie zusätzlich um eine Überprüfung von Möglichkeiten zur ökologischen Aufwertung des Einzugsbereichs der Wiehltalsperre. Ökologische Maßnahmen werden voraussichtlich der Trinkwasserqualität dienen können. Wir regen daher konkret an, größere Teile des Einzugsbereichs der Wiehltalsperre möglichst als Fläche mit der Freiraumfunktion ?Schutz der Natur? zu versehen (In der nachfolgend abgebildeten Skizze auf Grundlage Ihres Regionalplanentwurfs in hellgrün als Freiraumschutz bezeichnet):

[s. Anhang Abb. 1000489_001]

Die vorgeschlagenen Flächen für den Freiraumschutz beinhalten bewaldete Flächen. Gegebenenfalls ist eine darüberhinausgehende Einbeziehung landwirtschaftlicher Flächen möglich, dies bitten wir zu prüfen.

Anhänge

[1000489_002.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Der vorgeschlagene Bereich entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

1000489_003, Verbandsgemeinde Kirchen

Inhalt

V. Zu Kapitel 3.1 Ihres Planentwurfs

In Ihrem Entwurf ist der Bereich für gewerbliche und industrielle Entwicklung MOR_GIB_1 in Morsbach vorgesehen. Dieser liegt nördlich der L 336 in Nähe zum Gebiet der Ortsgemeinde Friesenhagen. Zwischen dem Ortsteil Friesenhagen-Steeg und Morsbach befinden sich im Gebiet der Ortsgemeinde Friesenhagen Gewerbeansiedlungen mit einem gewissen Entwicklungspotenzial. Dieses Entwicklungspotenzial kann zukünftig zu Auswirkungen auf das Gebiet der Gemeinde Morsbach führen, indem der Durchgangsverkehr moderat zunimmt. Dies ergibt sich

- 1) aus dem Bebauungsplan ?Gewerbegebiet Steeg?, in dem noch bebaubaren Flächen frei sind, und
- 2) aus der im Flächennutzungsplan dargestellten gewerblichen Baufläche westlich von Helmert.

Nachfolgend eine Darstellung zu den beiden Gebieten:

- 1) Gewerbegebiet Steeg

[s. Anhang Abb. 1000489_003_01]

(Auszug aus dem Geoportal von Rheinland-Pfalz mit Darstellung des Bebauungsplans ?Gewerbegebiet Steeg? mit Verkehrsanbindung in Richtung Morsbach)

Im Gewerbegebiet Steeg besteht noch Potenzial für eine weitere gewerbliche Entwicklung auf einer Fläche von ca. 3,5 ha.

- 2) Gewerbliche Baufläche Helmert an der L 278 (Verlängerung der L 36 auf Seite von)

[s. Anhang Abb. 1000489_003_02]

(Auszug aus Geoportal von Rheinland-Pfalz mit FNP und WMS TopPlus-Web Open als Übersichtsplan mit Landesgrenze NRW-RLP)

[s. Anhang Abb. 1000489_003_03]

(Auszug aus Geoportal von Rheinland-Pfalz mit FNP und WMS TopPlus-Web Open als Detailausschnitt der gewerblichen Baufläche F5 ?Helmert? mit Landesgrenze NRW-RLP)

Für das Gewerbegebiet Helmert sind hohe Anforderungen an die Wahrung des

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Landschaftsbildes zu stellen, weshalb bereits auf Ebene des Flächennutzungsplans eine randliche Eingrünung vorgesehen wurde. Diese gewerbliche Fläche befindet sich im Randbereich des Landschaftsschutzgebiets ?Wildenburgisches Land? aus dem Jahre 1968. Dieses LSG umfasst das gesamte Gebiet der Ortsgemeinde Friesenhagen. Die Gemeinden Morsbach und Reichshof grenzen an dieses Landschaftsschutzgebiet an. In Ihrem Entwurf zum Regionalplan sehen Sie für die Gemeinde Morsbach eine zusätzliche GIB Fläche nahe der Grenze zur Ortsgemeinde Friesenhagen mit der Bezeichnung MOR_GIB_1 vor:

[s. Anhang Abb. 1000489_003_04]

Ihre Darstellung des GIB Morsbach in Nähe der Landesgrenze

Die von Friesenhagen nach Morsbach führende L 278, die in NRW in die L 336 übergeht, ist in Rheinland-Pfalz in weiten Teilen als Allee ausgebildet, wobei dieser Alleencharakter derzeit durch Neuanpflanzungen aufgewertet wird. Denn diese Allee ist wichtiger Bestandteil des Landschaftsschutzgebiets ?Wildenburgisches Land?. Dazu gibt es zum Beispiel folgende Information seitens des Landes: https://naturschutz.rlp.de/sites/non_drupal/dyn_schutzgebiete/dyn_lsg.php Über diesen Link besteht die Möglichkeit, die Rechtsverordnung vom 16. September 1968 einzusehen. Die Gebietsnummer lautet 07-LSG-7132-010.

Zwischen der gewerblichen Baufläche Helmert und dem Ihrerseits geplanten GIB Morsbach sollte zum Schutz des Landschaftsbildes bitte eine deutlich ausgeprägte Siedlungszäsur erhalten bleiben, die die gewerblichen Bereiche voneinander trennt. Die in Morsbach gegebene bandartige Struktur der Gewerbe- und Industriegebiete entlang der L 336 sollte dadurch zum Landschaftsschutzgebiet Wildenburgisches Land hin einen deutlichen Abschluss finden.

Wir bitten dahingehend um Festlegung einer Fläche der Freiraumfunktion ?Schutz der Natur?, mindestens in der Größe des auf der nachfolgend abgebildeten Planskizze rot markierten Bereichs. Bei diesem handelt es sich um eine nicht landwirtschaftlich genutzte Fläche:

[s. Anhang Abb. 1000489_003_05]

Auszug aus dem GIS-System der Verbandsgemeinde Kirchen mit Kartengrundlagen des Landes Rheinland-Pfalz, vorgeschlagene Fläche zum Schutz der Natur

[s. Anhang Abb. 1000489_003_06]

Auszug aus dem Geoportal von Rheinland-Pfalz, Luftbild der Landesgrenze zwischen der Gemeinde Morsbach (NRW) und der Ortsgemeinde Friesenhagen (RLP)

?Krottorfer Straße?

Es wird um Aufnahme entsprechender Zielvorstellungen zugunsten einer landschaftsgerechten Planung des GIB Morsbach in den Regionalplan Köln gebeten.

Anhänge

[Abb_ID_1000489_003_1.pdf](#)

[Abb_ID_1000489_003_2.pdf](#)

[Abb_ID_1000489_003_3.pdf](#)

[Abb_ID_1000489_003_4.pdf](#)

[Abb_ID_1000489_003_5.pdf](#)

[Abb_ID_1000489_003_6.pdf](#)

1000489_004, Verbandsgemeinde Kirchen

Inhalt

VI. Zu Kapitel 5.1.2 Radwegenetz

Gemäß G.52 beabsichtigen Sie, das Radverkehrsnetz in regionalen Dimensionen zu betrachten, was eine grenzüberschreitende und überregionale Abstimmung mit einbezieht. Durch die Verbandsgemeinde Kirchen verläuft bereits der überregionale Ruhr-Sieg-Radweg, welcher von Kirchen an der Sieg bis nach Meschede an der Ruhr führt.

Dieser Radweg nutzt teilweise einen stillgelegten Bahndamm und geht im Norden der Ortsgemeinde Friesenhagen in das Wendener Land in Richtung Biggensee über. Es ist beabsichtigt, diesen stärker mit weiteren Radwegen zu vernetzen. In Bahnhof-Wildenburg knüpft der überregionale Radweg, die Rheinland-Pfalz-Route an diesen an, die dort auch die ?Westerwaldschleife? genannt wird.

Die Rheinland-Pfalz-Route verläuft in etwa parallel zur südwestlichen Grenze Ihrer Region Köln, überwiegend durch die Kreise Altenkirchen, Neuwied, Ahrweiler, Vulkaneifel und Bitburg-Prüm. Nach Nordrhein-Westfalen verläuft diese Strecke bislang in 57258 Freudenberg (Regierungsbezirk Arnsberg) und in Ihrer Region Köln nach 53604 Bad Honnef hinein.

Von Morsbach aus befinden sich nach unserem Kenntnisstand Aufwertungen der Radwegeverbindungen nach Wissen und nach Waldbröl in Planung. Einen weiteren Ausbau dieses Radwegenetzes würden wir sehr befürworten, da in Morsbach und Friesenhagen-Steeg zahlreiche Arbeitsplätze vorhanden sind, für die eine gute Erreichbarkeit von großer Bedeutung ist. Auch in touristischer Hinsicht wirken sich die Radwegeverbindungen in diesem Erholungsraum vorteilhaft aus.

[s. Anhang Abb. 1000489_004_01]

Auszug aus <https://radservice.radroutenplaner.nrw.de/rrp/nrwrn/cgi?lang=DE#> mit der Rheinland-Pfalz-Route mit vorgeschlagener Verknüpfung von Morsbach nach Wissen, Waldbröl und Friesenhagen-Hammer

Die Rheinland-Pfalz-Route ist in Wissen (Sieg) und in Bad-Honnef mit der D-Route 4 (Mittelland-Route) verknüpft, die von Aachen bis nach Görlitz führt. Eine Verbesserung der Verbindung zwischen Wissen (Sieg) und Morsbach bietet eine sehr gute Chance, um das Radwegenetz überregional deutlich zu verbessern. In unserem Gemeindegebiet ist dazu die Aufwertung der Radwegeverbindung von Morsbach bis Bahnhof-Wildenburg vorgesehen

[s. Anhang Abb. 1000489_004_02]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.

Auszug aus Routenplaner-deutschland.de mit vorgeschlagener Verknüpfung zwischen Wissen, Morsbach und Bahnhof- Wildenburg. Die gepunktete Pfeillinie zeigt symbolisch den weiteren Verlauf in Richtung des Ruhr-Sieg-Radwegs nach Meschede.

In der Erläuterungskarte I2 Radwege Ihres Regionalplans sind im Gebiet der Gemeinden Morsbach und Reichshof keine geplanten Radwege verzeichnet. Der länderübergreifende Radweg von Wissen über Morsbach bis Friesenhagen-Bahnhof Wildenburg wurde 2019 in das großräumige Radwegenetz von Rheinland-Pfalz aufgenommen. Der Ruhr-Sieg-Radwegs nach Meschede ist im Regionalplan Arnsberg als eine überregional touristisch bedeutsame Themenradroute ausgewiesen.

[s. Anhang Abb. 1000489_004_03]

Auszug aus Ihrer Erläuterungskarte I2 Radwege

Wir bitten Sie diesbezüglich um Prüfung und Ergänzung Ihrer Erläuterungskarte I2 Radwege um je eine geplante Verbindung mit erhöhtem Ausbaustandard, da diese Verbindungen mit den überregionalen Ruhr-Sieg-Radweg, der Rheinland-Pfalz-Route und der D4-Route zusammenhängen, und zwar von

1. Morsbach in Richtung Wissen, von
2. Morsbach in Richtung Friesenhagen und von
3. Morsbach in Richtung Waldbröl

Anhänge

[Abb_ID_1000489_004_1.pdf](#)

[Abb_ID_1000489_004_2.pdf](#)

[Abb_ID_1000489_004_3.pdf](#)

1000489_005, Verbandsgemeinde Kirchen

Inhalt

VI. Zu Kapitel 5.1.2 Radwegenetz

Zudem bitten wir um Prüfung, ob anstelle des Grundsatzes der Raumordnung G.52 ein Ziel der Raumordnung formuliert werden sollte.

Dieses gäbe der Festlegung neuer und dem Ausbau bestehender Radwegestrassen ein höheres Gewicht gegenüber anderen Belangen. Unter Z.30 formulieren Sie zum Beispiel für die Erhaltung bestehender und die Sicherung neuer Trassen für das Straßennetz bereits eine entsprechend höhere Bedeutung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

1000489_006, Verbandsgemeinde Kirchen

Inhalt

VII. Zu Kapitel 5.1.6.3 Erneuerbare Energien

Gemäß Z 37 beabsichtigen Sie, neue Standorte für die Windenergie zu steuern. Im Entwurf Ihres Umweltberichts lautet es unter anderem: ?Weil die Steuerung und räumliche Konzentration von Windenergieanlagen dem Schutz des Freiraums vor erheblichen Beeinträchtigungen dient, werden tendenziell negative Auswirkungen von WEA-Standorten auf die Umweltschutzgüter vermieden bzw. gemindert. Insbesondere das Schutzgut Landschaft profitiert von einer optimalen räumlichen Konzentration von WEA-Standorten, denn dann bleiben weite Landschaftsteile auch vollständig von optischen Beeinträchtigungen durch WEA frei.?

Bei der Planung neuer Standorte für Windenergieanlagen bitten wir Sie darum, diese in einem ausreichend großen Abstand zum Gebiet der Ortsgemeinde Friesenhagen anzuordnen. Friesenhagen ist durch die Landschaftsschutzgebietsverordnung aus 1968 hinsichtlich Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und der Erholungsfunktionen geschützt. Es ist zudem Lebensraum streng geschützter und windkraftsensibler Vogelarten, wie dem Rotmilan und dem Schwarzstorch. Die in der Region vorkommenden Fledermausvorkommen sind ebenfalls relevant. Wir begrüßen es in diesem Zusammenhang, dass Sie den Stollen bei Morsbach-Schlechtingen in Form des FFH-Gebiets Nr. DE-5112-301 dahingehend untersucht haben. Der in der Nähe vorbeifließende Wisserbach ist Bestandteil des FFH-Gebiets der Sieg mit der Natura 2000 Nummer DE-5210-303.

[s. Anhang Abb. 1000489_006_01]

Da Ihre Unterlagen zum Regionalplan Köln keine Flächen zur räumlichen Steuerung erneuerbarer Energien darstellen, gehen wir davon aus, dass dieses Thema nicht Gegenstand Ihrer derzeit beabsichtigten Planung ist.

Anhänge

[Abb_ID_1000489_006.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

AZ: BET_341000_1

Kreis Neuwied

1005318, Kreis Neuwied

Inhalt

?Wir bitten um Beachtung der grenznahen Erfordernisse der Raumordnung des Landesentwicklungsprogramms IV von Rheinland-Pfalz und des Regionalen Raumordnungsplans Mittelrhein-Westerwald aus 2017.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.

1005319, Kreis Neuwied

Inhalt

Wir gehen davon aus, dass die im Flächennutzungsplan dargestellten Bauflächen der Nachbarkommunen in Rheinland-Pfalz von der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Koblenz, bzw. den Verbandsgemeindeverwaltungen gemeldet werden. Sollte dies nicht so sein, bitten wir um Mitteilung.

Wir bitten diese Bauflächen als angrenzende Belange bei der Neuaufstellung des Regionalplans Köln entsprechend zu berücksichtigen

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Bestehende Bauflächen und Planungsabsichten, die in das Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans eingebracht wurden, werden ? soweit regionalplanerisch relevant ? berücksichtigt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und von Bedeutung sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen

Inhalt

Gemäß Z.39 sind Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung als Vorranggebiete festzulegen. Vorranggebiete sind u. W. vornehmlich eine Gebietskategorie der Planwerke der Raumordnung. Wir konnten dazu aber in den Plankarten des Regionalplans keine Darstellungen finden. Wir bitten um Erläuterung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1005321, Kreis Neuwied

Inhalt

Weiterhin möchten wir auf eine Radverkehrsplanung des Landesbetriebs Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM RLP) aufmerksam machen: Aktuell geplant wird eine Pendler-Rad-Route (PRR) von Koblenz entlang des Rheins bis zur Landesgrenze. Die Auswirkungsanalyse zu dieser Planung bezog ebenfalls den RJenseits der nordrheinwestfälischen Grenze bis zum Oberzentrum Bonn ein. Wir bitten darum, diese Planung als überörtliche Radverkehrsverbindung i. S. d. Erläuterung zu G.52 einzubeziehen und gehen davon aus, dass ab der Grenze Nordrhein-Westfalens bis in den Bonner Raum ein entsprechender Anschluss geschaffen wird.?

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.

AZ: BET_4001_1

Landschaftsverband Rheinland

1007898, Landschaftsverband Rheinland

Inhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich leite ihnen zunächst die Stellungnahme meines Fachbereiches 91.20
?Landschaftliche Kulturpflege- weiter und bitte um Beachtung. Ansonsten möchte ich
Sie innerhalb meiner Stellungnahme darüber informieren, dass keine Betroffenheit
bezogen auf Liegenschaften des LVR vorliegt und daher keine Bedenken gegen die o.
g. Maßnahme geäußert werden. Diese Stellungnahme gilt nicht für das Rheinische Amt
für Denkmalpflege in Pulheim und das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege in
Bonn; es wird darum gebeten, deren Stellungnahmen gesondert einzuholen. Ich
bedanke mich vielmals für ihre Bemühungen und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Das Amt für Denkmalpflege im
Rheinland und das Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland sind als Beteiligte im
Verfahren aufgeführt.

Inhalt

1 Allgemeine Anmerkungen zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln

Der vorliegende Entwurf des Regionalplans wird den Vorgaben der Landesplanung gerecht, mit den Mitteln der Regionalplanung einen Beitrag zur erhaltenden Kulturlandschaftsentwicklung zu leisten und jeweils Leitbilder zur Erhaltung und Entwicklung der prägenden Merkmale der Landschaftsräume festzulegen. Die Grundsätze zur erhaltenden Kulturlandschaftsentwicklung in Kapitel 2.2 (textliche Festsetzungen) sind dazu geeignet, die Belange der historischen Kulturlandschaft bei Planungen und Maßnahmen zukunftsweisend zu berücksichtigen. Der Verweis auf LVRKuLaDig sowie auf das dortige Monitoring der Kulturlandschaftsbereiche ist für die praktische Umsetzung von Planungsvorhaben sicherlich hilfreich. Der kulturlandschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan, den der Landschaftsverband 2016 herausgegeben hat, ist angemessen ausgewertet und in die Sprache der Regionalplanung überführt worden. Hervorzuheben sind auch die Berücksichtigung von Kulturlandschaftsbereichen >10ha für die Ausweisung der Regionalen Grünzüge (Z18, S. 135 der Begründung), die Auflistung der Kulturlandschaftsbereiche in Anhang B, Tabelle ?Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung? sowie die Berücksichtigung der Kulturlandschaftsbereiche bei der Festlegung von BSLE gemäß G7.2-5 LEP NRW (*?A außerhalb der für den Schutz der Natur gelegene bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum sind überwiegend als BSLE festzulegen?*; S. 142 Begründung, sowie textliche Festlegung Kapitel 4.3.2). Folgerichtig wurde bei der zeichnerischen Festlegung der BSLE der Fachbeitrag Kulturlandschaft (2016) ausgewertet. Zielführend ist auch, dass den nachfolgenden Planungsebenen der klare Auftrag erteilt wird, die Festlegung von bedeutsamen Kulturlandschaftsbereichen als BSN oder BSLE zu prüfen. In der Praxis erfolgt dies zurzeit kaum. Gleichermäßen begrüßenswert ist, dass durch die Einstufung der BSLE als Vorbehaltsgebiete auch bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum nun Vorbehaltsgebiete sind, so dass der kulturhistorischen Bedeutung bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist. Bezogen auf den Regionalplan insgesamt muss grundsätzlich aber festgestellt werden, dass der zukünftige Flächenverbrauch dem Grundsatz einer flächensparenden Entwicklung in vielen Bereichen nicht gerecht wird. Weiterhin werden Agrarflächen in hohem Maße als Bauerwartungsland eingestuft, wachsen historisch getrennte Siedlungsbereiche zusammen und werden Freiflächen versiegelt. Durch die dem Wachstumscredo folgende, vorgezeichnete Gewerbe- und Siedlungsflächenentwicklung wird das kulturhistorische Erbe in der Landschaft noch einmal verstärktem Druck ausgesetzt. Dies betrifft ganz besonders die großflächigen Planungen für zwei Talsperren, die innerhalb von KLBs liegen. In zwanzig Fällen sind die Planflächenentwürfe daher aus kulturlandschaftlicher Sicht nicht konsensfähig, in anderen Fällen bestehen deutliche Bedenken (s. Kapitel 4).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zu einzelnen Planinhalten und textlichen Festlegungen erklärt.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß

Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumb Beobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

2 Anmerkungen zu Textstellen in der Begründung

Im Folgenden werden Textpassagen genannt, deren Präzisierung [unterstrichene Textstellen] wünschenswert ist:

Textstelle S. 29 (2. Absatz): *?Wenngleich die Kulturlandschaften einem permanenten Wandel **ausgesetzt** sind, sollen [?]? . Dabei soll bei Planungen oder Änderungen der räumlichen Nutzungen und Funktionen die **Gestaltung** der Kulturlandschaft einbezogen und ihre Qualität, Eigenart und Schönheit weiterentwickelt werden.?*

Die Kulturlandschaft insgesamt ist ein Archiv unserer Geschichte und damit ein kulturelles Erbe in der Landschaft. Historisch gewachsene Kulturlandschaften zeichnen sich durch regionale Eigenart aus. Sie bieten Ankerpunkte für regionale Identität und damit endogene Entwicklungspotenziale. Gerade weil die Kulturlandschaft einem permanenten Wandel unterliegt, sollen die historisch gewachsenen Kulturlandschaften mit ihren prägenden Merkmalen sowie ihren kultur- und Naturdenkmälern erhalten bleiben. Dabei soll bei Planungen oder Änderungen der räumlichen Nutzungen und Funktionen die historisch begründete Charakteristik der Kulturlandschaft einbezogen und ihre Qualität, Eigenart und Schönheit weiterentwickelt werden.

Textstelle S. 29 (7. Absatz): *?[?] Dies ist eine auf dem Kulturlandschaftlichen Fachbeitrag **zur Landesplanung in Nordrhein-Westfalen (LWL, LVR 2007)** basierend e Zusammenstellung in Abstimmung mit dem LVR.?* *?[?] Dies ist eine auf dem Kulturlandschaftlichen Fachbeitrag zum Regionalplan Köln (LVR 2016) basierende Zusammenstellung in Abstimmung mit dem LVR.?*

Textstelle S. 30 (2. Absatz): *?Ihre Eingliederung in die Kategorien baukulturelles, industriekulturelles und landschaftskulturelles Erbe erfolgt in Anlehnung an den Grundsatz 3-2 LEP NRW und soll ein vereinfachtes Verständnis **und räumliche Darstellung der inhaltlichen Bestimmung ermöglichen.**?* *?Ihre Eingliederung in die Kategorien baukulturelles, industriekulturelles und landschaftskulturelles Erbe erfolgt in Anlehnung an den Grundsatz 3-2 LEP NRW, um im Sinne einer vereinfachten Darstellung die überwiegenden Merkmale der Kulturlandschaft hervorzuheben.?*

Textstelle S. 30 (4. Absatz): *?[?] als auch das Informationssystem KuLaDig (LVR 2021) lediglich die Bezeichnung der Kulturlandschaftsbereiche ohne **weitergehende Differenzierung.**?* *?[?] als auch das Informationssystem KuLaDig (LVR 2021) lediglich die Bezeichnung der Kulturlandschaftsbereiche ohne die im Rahmen des Regionalplans vorgenommene Kategorisierung.?*

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die in der Anregung enthaltenen Vorschläge zu Änderungen in der Begründung sind nachvollziehbar und werden übernommen.

Textstelle S. 30 (5. Absatz): *?[?] Dabei wurden ihnen jeweils spezifische wertgebende Leitlinien zugeordnet und somit eine wesentliche Grundlage und Orientierung zu ihrem Erhalt und ihrer Entwicklung bei räumlichen Planungen und Maßnahmen bestimmt. Sie sollen dazu dienen, die charakteristischen Merkmale und bestimmenden Strukturen unserer Kulturlandschaften lebendig zu erhalten und die regionale Identität auch in einer sich wandelnden Landschaft zu bewahren. ? [?] Dabei wurden ihnen jeweils spezifische wertgebende Leitlinien zugeordnet, die eine wesentliche Orientierungsgrundlage bei Beurteilungen zu ihrem Erhalt und ihrer Entwicklung bei räumlichen Planungen bieten. Sie sollen dazu dienen, die historisch begründeten charakteristischen Merkmale und Strukturen unserer Kulturlandschaften lebendig zu erhalten, um die regionale Identität auch in einer sich wandelnden Landschaft zu bewahren.?*

Textstelle S. 148 (2. Absatz): *?Innerhalb der Waldbereiche gelegene, **besondere** historische Waldnutzungsformen oder kulturhistorisch wertvolle Objekte einschließlich bestehender Bodendenkmäler **sollen bei der Bewirtschaftung berücksichtigt werden.** ? ?Innerhalb der Waldbereiche gelegene, historische Waldnutzungsformen oder kulturhistorisch wertvolle Objekte einschließlich bestehender Bodendenkmäler sollen im Sinne der ungestörten Erhaltung berücksichtigt werden.?*

Diese Erfassung kann aufgrund der Vielgestaltigkeit und der fortlaufenden Weiterentwicklung der Kulturlandschaften durch vielfältige landschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Einflüsse keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Sie wird vom LVR auf Grundlage neuer Erkenntnisse sukzessive weitergeführt und im KuLaDig ergänzt und dokumentiert.

1007901, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>3 Anmerkungen zur Erläuterungskarte B Regionalbedeutsame Kulturlandschaften / Archäologische Bereiche</p> <ul style="list-style-type: none"> • In der Legende im zweiten Abschnitt sollte die Rubriküberschrift <i>?Kulturhistorische Objekte?</i> durch <i>?Kulturlandschaftselemente mit räumlicher Wirkung?</i> ersetzt werden. • In der Karte ist die Geometrie des KLB Nr. 111 Haarenheidchen falsch - Flächengeometrie statt Punktgeometrie • In der Karte fehlen folgende Geometrien: <ul style="list-style-type: none"> o KLB Nr. 418 Haus Ley o KLB Nr. 422 Bahnhöfe in Dieringhausen o KLB Nr. 474 Töpfereibezirk Frechen (Frechen) o KLB Nr. 476 Heimbach-Hausen <p>Zudem überlagert der Rhein Einzelgeometrien, die dadurch schlecht erkennbar sind.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Hinweise zur Legende und zu Darstellungen und Ergänzungen in der Erläuterungskarte B Regionalbedeutsame Kulturlandschaften / Archäologische Bereiche zu KLB Nr. 418 Haus Ley, KLB Nr. 422 Bahnhöfe in Dieringhausen und KLB Nr. 476 Heimbach-Hausen sind nachvollziehbar. Ihnen wird durch Änderungen in der Erläuterungskarte gefolgt.</p> <p>Der KLB Nr. 474 Töpfereibezirk Frechen (Frechen) ist in der Erläuterungskarte bereits abgebildet.</p> <p>Die zeichnerische Überlagerung der Einzelgeometrien am Verlauf des Rheines ist dem Massstab geschuldet. Demzufolge wird in den textlichen Festlegungen, Grundsatz 7 (G7) <i>Kulturlandschaftsbereiche und Kulturlandschaftselemente erhalten und entwickeln</i> zur genauen Verortung regional bedeutsamer Kulturlandschaftsbereiche und Kulturlandschaftselemente auf das onlinebasierte Informationssystem des LVR Kultur.Landschaft.Digital (Kuladig) verwiesen.</p>

1007903, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> BED_ASB_1</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> unmittelbar angrenzend an KLB Nr. 062 Höfe am Pützbach bei Millendorf (Bedburg)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Widerspruch zu den Zielen des KLB: Bewahren und Sichern des Kulturlandschaftsgefüges und von (Ansichten und) Sichträumen von Stadt- und Ortskernen/ Adelssitzen und Hofanlagen • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.</p> <p>Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.</p>

1007904, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> BLA_ASB_1_A</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> unmittelbar angrenzend an KLB Nr. 298 Bahntrasse von Blankenheim- Wald nach Ahrdorf (Blankenheim)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Sichtbarkeit des Bahndamms wird beeinträchtigt • Der Bahndamm wird verschattet, dies wirkt sich ökologisch negativ aus. • Evtl. sollte die geplante ASB-Fläche reduziert und vom Bahndamm abgerückt werden. • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.</p> <p>Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.</p>

1007905, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> BOR_ASB_2</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 211 Wolfsburg / Haus Wittgenstein/Haus Wrede in Roisdorf</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Historische landwirtschaftliche Nutzfläche zwischen den denkmalgeschützten Häusern Wittgenstein und Wrede soll mit ASB überplant werden Substanzverlust innerhalb des KLBs • Die kulturlandschaftlichen Ziele 2 ?Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichträumen von Adelssitzen und Hofanlagen sowie 3 ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges? werden verletzt • Gefährdung eines Biotops BK-5207-922 • Gefährdung schutzwürdiger und klimarelevanter Böden • Gefährdung von Flächen mit hoher klimaökologischer Bedeutung • <u>Planung ist abzulehnen</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.</p> <p>Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.</p>

1007906, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> BRÜ_ASB_2</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 161 Brühl/ Kurfürstliche Schlösser</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Geplantes ASB liegt im Nordostzipfel des KLB, unmittelbar nördlich des Baudenkmals Palmersdorfer Hof in unzerschnittener historischer landwirtschaftlicher Nutzfläche, die zum Ensemble der Brühler Schlösser gehört und in einem funktionalen Zusammenhang mit diesen steht (Residenzlandschaft) • Die kulturlandschaftlichen Ziele 2 ?Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichträume von Adelssitzen und Hofanlagen?, 3 ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges? und 4 ?Wahren als landschaftliche Dominante? werden verletzt • Geplantes ASB liegt innerhalb der Pufferzone 1 des Managementplanes für die UNESCO Welterbestätte • Gefährdung schutzwürdiger und klimarelevanter Böden • Inanspruchnahme von Flächen mit hoher klimaökologischer Bedeutung • <u>Planung ist abzulehnen</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007907, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> BRÜ_ASB_3</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 158 Rekultivierung Liblar ? Brühl (Brühl,Erfstadt, Hürth)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • ASB ragt in die Gartenflächen der Werkssiedlung Kolonie Pingsdorf, die ab 1889 an der Maiglerstraße errichtet wurde • ASB zerstört den Charakter der damals in Alleinlage errichteten Werkskolonien • Das kulturlandschaftliche Ziel 3 ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges? wird verletzt • <u>Planung ist abzulehnen</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007908, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> DN_ASB_4</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 126 Mittlere Ruraue bei Düren (Kreuzau, Düren)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Lage zu einem kleinen Teil im KLB • Dieser südliche Zipfel sollte aus der Planung herausgenommen werden. • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

Inhalt

4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts

Prüffläche ASB: ERK_ASB_2

Betroffenheit KLB: **KLB Nr. 035** Bereich zwischen Lövenich, Hottorf, Titz und Jackerath (Erkelenz, Linnich, Titz)

Stellungnahme:

- Lage teilweise im KLB
- Der östliche Bereich sollte aus der Planung herausgenommen werden.
- Im KLB ist ?Sichern der Sichträume? als Ziel benannt.
- Allerdings ist neben dem geplanten ASB bereits eine PV-Anlage.
- Planung wird als bedenklich eingestuft

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

1007911, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> HÜH_ASB_1</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 034 Lövenich, Scherresbruch (Erkelenz, Hückelhoven)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Lage teilweise im KLB • Der nordöstliche Bereich sollte aus der Planung herausgenommen werden. • Im KLB ist ?Sichern der Sichträume? als Ziel benannt. • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007912, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> JÜL_ASB_2</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 053 Stadt und Festung Jülich</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Der nordöstliche Rand liegt minimal im Kulturlandschaftsbereich, was maßstabsbedingt vernachlässigbar ist • Allerdings quert der Kirchberger Mühlenteich, der unangetastet bleiben muss. • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

Inhalt

4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts

Prüffläche ASB: JÜL_ASB_7

Betroffenheit KLB: KLB Nr. 056 Höfe bei Stetternich (Jülich)

Stellungnahme:

- Die Fläche liegt im KLB
- Im KLB ist ?Sichern der Sichträume? als Ziel benannt.
- Der Erhalt der Allee muss gesichert werden.
- Planung wird als bedenklich eingestuft

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

1007914, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> K_ASB_2</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 359 Optisch-mechanischer Telegraph Berlin - Koblenz</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Der KLB quert den südwestlichen Zipfel der Planfläche. • Eine Höhenbegrenzung ist zu beachten, um das Ziel ?Sichern linearer Strukturen? zu wahren. • Die Planung sollte aus dem Kulturlandschaftsbereich herausgehalten werden. • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

Inhalt

4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts

Prüffläche ASB: K_ASB_4

Betroffenheit KLB: KLB Nr. 345 Kloster Dünnwald, Höfe bei Höhenhaus (Köln)

Stellungnahme:

- Teilverlust eines KLB;
- Bedrängen der Baudenkmäler Schönrather und Rodder Hof.
- Durch Lage der Planfläche zwischen den Höfen Verletzung der kulturlandschaftlichen Ziele ?Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichträume von Adelssitzen und Hofanlagen? und ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges;
- Missachtung des Denkmalschutzes für den Äußeren Grüngürtel.
- Durch die historisch gewachsene Struktur weist der Äußere Grüngürtel eine beachtenswerte ökologische Bedeutung auf. Die Inanspruchnahme der historischen Freifläche ist daher auch hinsichtlich der ökologisch-klimatischen Funktionen für die Großstadt Köln und in Bezug auf den Flächenverbrauch nicht akzeptabel.
- Planung ist abzulehnen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

1007916, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p>Prüffläche ASB: K_ASB_7</p> <p>Betroffenheit KLB: KLB Nr. 313 Haus Orr, Esch, Auweiler (Köln, Pulheim)</p> <p>Stellungnahme:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verlust eines bedeutsamen Teilbereichs des KLBs durch Abtrennen des sehr sensiblen Teils, der mit der Kirche St. Martinus in Esch assoziiert ist. Dadurch Verlust der Ortssilhouette von Nordost mit vorgelagerten Freiflächen; • Verlust des strukturellen Zusammenhangs mit den weiteren wertgebenden Merkmalen des KLB (Orr, Auweiler). • Alle vier kulturlandschaftlichen Ziele werden verletzt. • <u>Planung ist abzulehnen</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

Inhalt

4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts

Prüffläche ASB: K_ASB_15

Betroffenheit KLB: KLB Nr. 335 Äußerer Grüngürtel, linksrheinisch (Köln)

Stellungnahme:

- Verlust eines wesentlichen Teilbereichs des Kulturlandschaftsbereichs,
- Bedrängen des Baudenkmals Stüttgenhof
- Verletzung des kulturlandschaftlichen Ziels ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges?
- Missachtung des Denkmalschutzes für den Äußeren Grüngürtel
- Durch seine historisch gewachsene Struktur weist der Äußere Grüngürtel eine beachtenswerte ökologische Bedeutung auf. Die Inanspruchnahme der historischen Freifläche ist auch hinsichtlich der ökologisch-klimatischen Funktionen für die Großstadt Köln und in Bezug auf den Flächenverbrauch nicht akzeptabel.
- Planung ist abzulehnen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Inhalt

4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts

Prüffläche ASB: K_ASB_19_A

Betroffenheit KLB: KLB Nr. 344 Äußerer Grüngürtel, rechtsrheinisch (Köln)

Stellungnahme:

- Die Fläche ragt randlich in den KLB.
- Die Planung widerspricht dem Ziel ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges?.
- Der Rand der Planfläche sollte zurückgenommen werden.
- Planung wird als bedenklich eingestuft

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

1007921, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> K_ASB_24</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 335 Äußerer Grüngürtel, linksrheinisch (Köln)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Fläche liegt komplett im KLB. • Die Planung widerspricht dem Ziel ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges?. • <u>Planung ist abzulehnen</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007923, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> KER_ASB_2</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 141 Haus Hahn bei Sindorf (Kerpen)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Verlust eines nennenswerten Flächenanteils des Kulturlandschaftsbereichs, dies führt zum Verlust des Kulturlandschaftsbereichs insgesamt • Das Ziel ?Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichträume von Adelssitzen und Hofanlagen? wäre nicht mehr gegeben. • <u>Planung ist abzulehnen</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007924, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> LEI_ASB_2</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 326 Tal der Wupper, Eschbachtal (Leichlingen, Remscheid, Solingen, Wermelskirchen)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Fläche liegt komplett im KLB. • Sie umfasst den denkmalgeschützten Eicherhof. • <u>Planung ist abzulehnen</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007925, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> LEV_ASB_4</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 323 Bergisch Neukirchen, Wiembach- und Ölbachau (Burscheid, Leverkusen)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Fläche liegt überwiegend im KLB. • Es wird u.a. ein strukturierter großer Gartenbereich mit vielen Bäumen überplant. • Die Planung widerspricht dem Ziel ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges?. • <u>Planung ist abzulehnen</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

Inhalt

4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts

Prüffläche ASB: LEV_ASB_6

Betroffenheit KLB: KLB Nr. 359 Optisch-mechanischer Telegraph Berlin - Koblenz

Stellungnahme:

- Der KLB durchquert die Fläche.
- Die Planung widerspricht möglicherweise dem Ziel ?Sichern linearer Strukturen? (Bauhöhen beachten)
- Planung wird als bedenklich eingestuft

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Inhalt

4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts

Prüffläche ASB: LEV_ASB_7

Betroffenheit KLB: KLB Nr. 323 Bergisch Neukirchen, Wiembach- und Ölbachau (Burscheid, Leverkusen)

Stellungnahme:

- Die Fläche liegt komplett im KLB.
- Die Planung widerspricht dem Ziel ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges?.
- Ein stark strukturierter Bereich mit vielen Bäumen wird überplant.
- Planung ist abzulehnen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

1007928, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> MEH_ASB_1</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 261 Obere Swistbachaue (Meckenheim, Rheinbach, Swisttal)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Am südöstlichen Rand des KLB sollen Flächen der Baumschule Ley (laut Altkarten historisches Ackerland des Meckenheimer Feldes) im Anschluss an eine in der 1. Hälfte des 20.Jh. beginnende Bebauung, heute Siedlungsfläche, überplant werden • Die kurlandschaftlichen Ziele 3 ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges? und 6 ?Sichern kulturgeschichtlich bedeutsamer Böden? werden verletzt • ASB liegt im Archäologischen Bereich ?Mittlere Erftaue? • Inanspruchnahme schutzwürdiger sowie klimarelevanter Böden • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007930, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> MEH_ASB_2</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> -</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Planung umfasst im östlichen Bereich einen großen Teil Wald, der Meckenheim von der Autobahn abschirmt. • Die Obstwiese "Sortengarten1" in Meckenheim wird überplant. Hier wächst eine Vielfalt an regionalen und alten Sorten, deren Erhalt wichtig ist. Außerdem ist sie mit zahlreichen Insektennisthilfen und Vogelnistkästen bestückt, von einer Wildhecke umgeben und mit einer Informationstafel versehen. Diese Fläche ist absolut erhaltenswert. • Im Nordwesten der Planfläche liegt ein strukturreicher Bereich, der ebenso wie die Alleebäume erhalten bleiben sollte. • Die Planungsfläche sollte um die kritischen Bereiche reduziert werden. • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts

Prüffläche ASB: RAD_ASB_1

Betroffenheit KLB: -

Stellungnahme:

- Unmittelbar westlich angrenzend befindet sich die denkmalgeschützte ?Doppelhofstelle in Karthausen?
- Ein Teil der traditionell den Hof umgebenden Freiflächen würde somit überbaut.
- Planung wird als bedenklich eingestuft

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen.

Inhalt

4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts

Prüffläche ASB: RAD_ASB_2

Betroffenheit KLB: -

Stellungnahme:

- Im Plangebiet befinden sich mehrere historische Höfe (s. KuLaDig).
- Die traditionellen und noch heute so genutzten landwirtschaftlichen Flächen um diese Höfe herum werden überplant, so dass die Hofstellen innerhalb des Neubaugebiets eigenständige funktionale Einheiten erkennbar sein werden.
- Planung wird als bedenklich eingestuft

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen.

1007934, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> REI_ASB_1</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 464 Obere Homburger Bröl/ Brüderstraße (Nümbrecht, Reichshof, Waldbröl)</p> <p>KLB Nr. 361 Brüderstraße(Overath, Wiehl, Nümbrecht, Reichshof)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Fläche liegt komplett im KLB 464 • Das KLB 361 verläuft durch den südöstlichen Zipfel und wird im Umweltbericht nicht genannt. • Die Planung widerspricht den Zielen ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges? und ?Sichern linearer Strukturen? • Ein aktuell noch genutzter Friedhof wird überplant. • <u>Planung ist abzulehnen</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007935, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> RHE_ASB_3</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 70 Strategische Bahnlinie und KLB Nr. 100 Krönungsstraße</p> <p>/ Aachen-Frankfurter Heerstraße</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • ASB tangiert beide Trassen (nur KLB Nr. 70 im Umweltbericht erwähnt) • Das kulturlandschaftliche Ziel 5 ?Sichern linearer Strukturen? wird gefährdet • Gefährdung klimarelevanter Böden • Gefährdung eines geschützten Landschaftsbestandteiles • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007936, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> RÖS_ASB_3</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 389 Königsforst (Bergisch Gladbach, Köln, Rösrath)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Planfläche liegt fast vollständig im KLB. • Die Planung widerspricht dem Ziel ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges?. • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007937, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> SEL_ASB_1</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> unmittelbar angrenzend an KLB Nr. 002 Saeffeler Bruch (Selfkant)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Die Planfläche liegt unmittelbar an der denkmalgeschützten ?Hofanlage Haus Dilia?; dieursprünglich am Hof liegenden landwirtschaftlichen Flächen werden überbaut. Auch das Nachbargrundstück (Baulücke) neben der Hofanlage ist einbezogen. Die Hofanlage wird dann zukünftig komplett von Wohnbebauung umgeben sein. <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.</p> <p>Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.</p>

1007939, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> STA_ASB_1</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 442 Flugplatz Hangelar (Sankt Augustin)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Der südöstliche Teil des Plangebietes liegt im südwestlichen Zipfel des KLB. • Eine strukturreiche Fläche mit vielen Bäumen wird mit überplant. • Diese beiden Bereiche sollten von der Planung ausgenommen werden. • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

Inhalt

4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts

Prüffläche ASB: SWI_ASB_2

Betroffenheit KLB: KLB Nr. 261 Obere Swistbachaue (Meckenheim, Rheinbach, Swisttal)

Stellungnahme:

- ASB im Anschluss an eine Kleingartenanlage südwestlich der Burg Heimerzheim geplant
- Kleiner Teilbereich des KLB ist betroffen
- Die kulturlandschaftlichen Ziele 2 ?Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichträumen von Adelssitzen und Hofanlagen sowie 3 ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges? werden beeinträchtigt
- Planung wird als bedenklich eingestuft

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

1007941, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> WAC_ASB_5</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 266 Kottenforst (Alfter, Bonn, Meckenheim, Wachtberg)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • ASB unmittelbar an Forsthaus Schönwaldhaus (Baudenkmal) angrenzend; nordöstlich anschließend an bestehende Bebauung • Planung liegt im Randbereich des Archäologischen Bereiches ?Ville/Kottenforst? • Inanspruchnahme schutzwürdiger und klimarelevanter Böden • Beeinträchtigung des Landschaftsbildes • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.</p> <p>Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.</p>

1007942, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> WEG_ASB_1</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 018 Tal der Schwalm (Erkelenz, Wegberg)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Struktureller Verlust: Straßendorf Groß-Gerichshausen wird überprägt zu einer flächenhaften Ansiedlung; Verlust der historisch begründeten Siedlungsform. • Damit insbesondere Verletzung des kulturlandschaftlichen Ziels ?Bewahren und Sichern der Elemente und Strukturen, von Ansichten und Sichträumen von historischen Stadt- und Ortskernen sowie des industriekulturellen Erbes • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007943, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> WER_ASB_1</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 331 Mühlen im Eifgenbachtal (Wermelskirchen)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Planfläche liegt nahezu vollständig im KLB. • Die Planung widerspricht dem Ziel ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges?. • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007944, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> WER_ASB_2_A</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 331 Mühlen im Eifgenbachtal (Wermelskirchen)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Planfläche liegt fast vollständig im KLB. • Die Planung widerspricht dem Ziel ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges?. • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007946, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASB:</u> ZÜL_ASB_2</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 188 Kloster in Hoven (Zülpich)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Der KLB ist nicht in der Tabelle genannt und wird nicht bei den erheblichen Umweltauswirkungen berücksichtigt. • Die Planung umfasst u.a. den Bereich des Friedhofs der Klosteranlage einschl. denkmalgeschütztem Sandsteinkreuz inmitten einer alten Baumgruppe. • Dieser Bereich muss unbedingt aus der Planung herausgenommen werden. • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.</p> <p>Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.</p>

1007947, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASBF:</u> BOR_ASBF_1</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 210 Schloss Bornheim</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> geplantes ASBF auf der Fläche des zum Schloss Bornheim gehörenden Wirtschaftshofes (Baudenkmal) einschließlich Kastanienallee; somit Verlust eines bedeutenden Teilbereiches des KLB bewusste historische räumliche Trennung von Burg und Siedlung geht verloren Verletzung der kulturlandschaftlichen Ziele ?Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichträume von Adelssitzen und Hofanlagen? und ?Sichern linearer Strukturen? <u>Planung ist abzulehnen</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007948, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche ASBF:</u> JUL_ASBF_1 (ASB flex)</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 56 Höfe bei Stetternich</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Störung der Struktur des Kulturlandschaftsbereiches durch Verlust der Einzellage der Höfe an der Stetternicher Str.; Tendenz zum Zusammenwachsen von Lich-Steinstraß und Stetternich; • Bodendenkmal ?Michelsberger Erdwerk? aus der Jungsteinzeit betroffen; • Kulturlandschaftliche Ziele Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichträume von Adelssitzen und Hofanlagen und Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges werden verletzt; • <u>Planung ist abzulehnen</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007949, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche GIB:</u> DN_GIB_4</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 126 Mittlere Ruraue bei Düren</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • struktureller Eingriff in den Kulturlandschaftsbereich: Durch historisch gewachsene Freiflächenstruktur weist der Bereich beachtenswerte ökologische Bedeutung auf. Inanspruchnahme der historischen Freifläche ist hinsichtlich ökologisch-klimatischer Funktionen und in Bezug auf den Flächenverbrauch bedenklich. • substanzieller Verlust am Mühlenteich muss vermieden werden. • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007950, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche GIB:</u> HÜR_GIB_1</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 158 Rekultivierung Liblar - Brühl (Brühl, Erftstadt, Hürth)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Strukturbeeinträchtigung eines KLB durch Inanspruchnahme einer bisher nicht industriell vorbelasteten Fläche innerhalb eines KLB • Durch historisch gewachsene Struktur weist der überplante Bereich beachtenswerte ökologische Bedeutung auf. Daher ist die Inanspruchnahme der bisherigen historischen Freifläche hinsichtlich ökologisch-klimatischer Funktionen und in Bezug auf den Flächenverbrauch bedenklich. • Das kulturlandschaftliche Ziel ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges? wird verletzt. • <u>Planung ist abzulehnen</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007952, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche GIB:</u> HÜR_GIB_2_A</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 158 Rekultivierung Liblar - Brühl (Brühl, Erftstadt, Hürth)</p> <p>KLB Nr. 69 Nord- Süd-Kohlenbahn (Bergheim, Frechen, Grevenbroich, Hürth)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Das geplante GIB befindet sich in direktem Umfeld des als denkmalwürdig eingestuftes Bahnhofes Goldenberg und dem noch erhaltenen Grabenbunker und Brechergebäude des Kraftwerkes Goldenberg. Diese sollten erhalten bleiben. • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007953, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche GIB:</u> JÜL_GIB_2</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 54 Zuckerfabrik/ Gut Lorsbeck/ Eisenbahnausbesserungswerk/Jülich- Süd (Jülich)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Auflösung des KLB in 2 Teilbereiche • strukturelle Beeinträchtigung des KLB; Die kulturlandschaftliche Ziele ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges? und ?Sichern linearer Strukturen? werden verletzt • Ein Substanzverlust am Jülicher Mühlenteich ist zu vermeiden • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007954, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche GIB:</u> JÜL_GIB_4</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 54 Zuckerfabrik/Gut Lorsbeck/Eisenbahnausbesserungswerk/</p> <p>Jülich-Süd (Jülich)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Planungsbereich tangiert den KLB 54. Dennoch führt die Planung zu einem starken visuellen Eingriff auf das Baudenkmal Eisenbahnausbesserungswerk. Die freie Sichtachse von Süden und Westen auf das imposante Bauwerk wird hierdurch zerstört. • <u>Planung ist abzulehnen.</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.</p> <p>Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.</p>

1007955, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche GIB:</u> LEI_GIBz_1</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 324 Tal der Wupper bei Haus Vorst (Leichlingen, Leverkusen) KLB Nr. 325 Bauerschaft Gründscheid (Burscheid, Leichlingen)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Da der Planungsbereich inmitten beider Kulturlandschaftsbereiche liegt, wird hier die Integrität der historischen Kulturlandschaft massiv beeinträchtigt, was direkt gegen die Erhaltungsziele verstößt. • <u>Planung ist abzulehnen.</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007957, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche GIB:</u> RHE_GIB_2</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 100 Krönungsstraße?Frankfurter Heerstraße</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • GIB beidseits der Trasse geplant • Keine Erwähnung im Umweltbericht • Mögliche Gefährdung des kulturlandschaftlichen Zieles 5 ?Sichern linearer Strukturen? • Inanspruchnahme schutzwürdiger und klimarelevanter Böden • Inanspruchnahme von Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der vom Einwender angesprochene KLB 100 (Krönungsstraße, Achen ? Frankfurter Heerstraße) wird im Prüfbogen ergänzt. Die Betroffenheit wird aufgrund der Vorbelastung jedoch nicht als erheblich bewertet, da das Plangebiet großflächig bereits im Bestand durch ein Gewerbegebiet eingenommen wird.</p>

1007958, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche GIB:</u> SIM_GIBz_1</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 219 Sowjetische Kriegsgräberstätte Rurberg / Heckenlandschaft bei Simmerath (Simmerath)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Substanz und Strukturverluste eines KLB; • Verlust der Heckenlandschaftsreste um Kesternich (wertgebendes Merkmal des KLB sowie schutzwürdiges Biotop und LSG). • Kulturlandschaftliches Ziel ?Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges? wird verletzt. • <u>Planung ist abzulehnen</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007959, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche GIBF:</u> WAS_GIBF_1</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 13 Untere Ruraue bei Wassenberg (Heinsberg, Wassenberg)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Verkleinerung eines KLB durch Flächeninanspruchnahme im Randbereich; • strukturelle Auswirkung durch Heranrücken an den historischen Einzelhof bei Eulenbusch, dadurch Verlust der wertgebenden Einzellage des Hofes • Substanzieller Verlust: Verlust kulturgeschichtlich bedeutsamer Böden • <u>Planung wird als bedenklich eingestuft</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.</p>

1007960, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche Talsperren:</u> G0_OFG_NEUNaafbachtalsperre</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 395 Naafbachtal (Lohmar, Neunkirchen-Seelscheid)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Umfangreiche Flächeninanspruchnahme in einem hochwertigen historischen Kulturlandschaftsbereich mit weitreichendem Totalverlust des kulturhistorischen Erbes (u.a. Naafmühle aus dem 18. Jhdt., Ingersauel mit denkmalgeschützten Fachwerkhäusern/ Hofanlagen), der überlieferten naturnahen Landschaftselemente und -strukturen sowie von kulturgeschichtlich bedeutsamer Böden. • <u>Planung ist abzulehnen</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007961, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>4 Stellungnahmen zu den Prüfbögen des Umweltberichts</p> <p><u>Prüffläche Talsperren:</u> G0_OFG_REISteinaggertalsperre</p> <p><u>Betroffenheit KLB:</u> KLB Nr. 415 Eckenhagen / Müllerheide (Reichshof)</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Umfangreiche Flächeninanspruchnahme innerhalb eines Kulturlandschaftsbereichs • Totalverlust des historischen Kulturlandschaftsgefüges mit altem Baumbestand und Obstweiden • Totalverlust des kleinbäuerlichen Weilers Müllerheide am Südhang der Steinhager mit erhaltenswerten Fachwerkhäusern • <u>Planung ist abzulehnen</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1007962, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>5 Stellungnahme zur Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p> <p><u>KLB Nr.:</u> 160</p> <p><u>KLB-Bezeichnung:</u> Badorf (Brühl)</p> <p><u>Feststellung:</u> Ziele 1 und 7 fehlen</p> <p><u>notwendige Korrektur:</u> Ziele bitte ergänzen (S. 72).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis ist nachvollziehbar. Eine Änderung aufgrund redaktioneller Anpassung entsprechend des Hinweises erfolgt in der Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p>

1007963, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>5 Stellungnahme zur Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p> <p><u>KLB Nr.:</u> 161</p> <p><u>KLB-Bezeichnung:</u> Brühl / Kurfürstliche Schlösser</p> <p><u>Feststellung:</u> Ziele 1, 2, 3 und 4 fehlen</p> <p><u>notwendige Korrektur:</u> Ziele bitte ergänzen (S. 72/73).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis ist nachvollziehbar. Eine Änderung aufgrund redaktioneller Anpassung entsprechend des Hinweises erfolgt in der Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p>

1007964, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>5 Stellungnahme zur Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p> <p><u>KLB Nr.:</u> 164</p> <p><u>KLB-Bezeichnung:</u> Dickopshof (Wesseling)</p> <p><u>Feststellung:</u> Ziel 2 fehlt</p> <p><u>notwendige Korrektur:</u> Ziel bitte ergänzen. Achtung Rechtschreibfehler: Es muss "Dickopshof" heißen! (S. 73)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis ist nachvollziehbar. Eine Änderung aufgrund redaktioneller Anpassung entsprechend des Hinweises erfolgt in der Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p>

1007965, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>5 Stellungnahme zur Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p> <p><u>KLB Nr.:</u> 185</p> <p><u>KLB-Bezeichnung:</u> Obere Neffelbachaue (Nideggen,Zülpich)</p> <p><u>Feststellung:</u> Ziele falsch zugeordnet- Richtig ist: 1, 2, 3, 4 und 7</p> <p><u>notwendige Korrektur:</u> Ziele bitte korrigieren (S. 25)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis ist nachvollziehbar. Eine Änderung aufgrund redaktioneller Anpassung entsprechend des Hinweises erfolgt in der Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p>

1007966, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>5 Stellungnahme zur Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p> <p><u>KLB Nr.:</u> 201</p> <p><u>KLB-Bezeichnung:</u> Schwadorf (Brühl)</p> <p><u>Feststellung:</u> Ziele 2 und 4 fehlen</p> <p><u>notwendige Korrektur:</u> Ziele bitte ergänzen (S. 73).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung Der Hinweis ist nachvollziehbar. Eine Änderung aufgrund redaktioneller Anpassung entsprechend des Hinweises erfolgt in der Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p>

1007967, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>5 Stellungnahme zur Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p> <p><u>KLB Nr.:</u> 203</p> <p><u>KLB-Bezeichnung:</u> Weiße Burg / Ophof in Sechtem (Bornheim)</p> <p><u>Feststellung:</u> Ziel 2 fehlt</p> <p><u>notwendige Korrektur:</u> Ziel bitte ergänzen (S. 73).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis ist nachvollziehbar. Eine Änderung aufgrund redaktioneller Anpassung entsprechend der Hinweises erfolgt in der Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklungs</p>

1007968, Landschaftsverband Rheinland

Inhalt

5 Stellungnahme zur Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?

KLB Nr.: 209

KLB-Bezeichnung: Haus Rankenberg in Brenig (Bornheim)

Feststellung: Ziele 2 und 4 fehlen

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Hinweis ist nachvollziehbar. Eine Änderung aufgrund redaktioneller Anpassung entsprechend des Hinweises erfolgt in der Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?

1007969, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>5 Stellungnahme zur Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p> <p><u>KLB Nr.:</u> 210</p> <p><u>KLB-Bezeichnung:</u> Schloss Bornheim</p> <p><u>Feststellung:</u> Ziele 2 und 5 fehlen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis ist nachvollziehbar. Eine Änderung aufgrund redaktioneller Anpassung entsprechend des Hinweises erfolgt in der Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p>

1007970, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>5 Stellungnahme zur Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p> <p><u>KLB Nr.:</u> 304</p> <p><u>KLB-Bezeichnung:</u> Ingendorf (Pulheim)</p> <p><u>Feststellung:</u> Ziele 1 und 3 fehlen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis ist nachvollziehbar. Eine Änderung aufgrund redaktioneller Anpassung entsprechend des Hinweises erfolgt in der Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p>

1007971, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>5 Stellungnahme zur Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p> <p><u>KLB Nr.:</u> 343</p> <p><u>KLB-Bezeichnung:</u> Flittarder Rheinaue / Schlosspark Stammheim (Köln)</p> <p><u>Feststellung:</u> Ziele falsch zugeordnet - Richtig ist: 3 und 5</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis ist nachvollziehbar. Eine Änderung aufgrund redaktioneller Anpassung entsprechend des Hinweises erfolgt in der Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p>

1007972, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>5 Stellungnahme zur Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p> <p><u>KLB Nr.:</u> 344</p> <p><u>KLB-Bezeichnung:</u> Äußerer Grüngürtel rechtsrheinisch (Köln)</p> <p><u>Feststellung:</u> Ziel 4 fehlt</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis ist nachvollziehbar. Eine Änderung aufgrund redaktioneller Anpassung entsprechend des Hinweises erfolgt in der Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p>

1007973, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>5 Stellungnahme zur Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p> <p><u>KLB Nr.:</u> 474</p> <p><u>KLB-Bezeichnung:</u> Töpfereibezirk Frechen (Frechen)</p> <p><u>Feststellung:</u> KLB fehlt, shape liegt Ihnen vor</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der KLB Nr. 474 ist bereits in Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung? enthalten. Eine redaktionelle Änderung ist nicht erforderlich.</p>

1007974, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>5 Stellungnahme zur Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p> <p><u>KLB Nr.:</u> 475</p> <p><u>KLB-Bezeichnung:</u> Landhaus Eichholz</p> <p><u>Feststellung:</u> KLB fehlt, shape liegt Ihnen vor</p> <p><u>notwendige Korrektur:</u> KLB bitte ergänzen; Zuordnung zur Kategorie baukulturelles Erbe</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Das KLB NR. 475 Landhaus Eichholz ist bereits in der Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung? in der Kategorie Baukulturelles Erbe aufgeführt. Eine redaktionelle Änderung aufgrund des Hinweises ist nicht erforderlich.</p>

1007975, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>5 Stellungnahme zur Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p> <p><u>KLB Nr.:</u> 476</p> <p><u>KLB-Bezeichnung:</u> Ackerterrassen und Hecken bei Heimbach-Hausen</p> <p><u>Feststellung:</u> KLB fehlt, shape liegt Ihnen vor</p> <p><u>notwendige Korrektur:</u> KLB bitte ergänzen; Zuordnung zur Kategorie baukulturelles Erbe</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der KLB Nr. 476 ist in der Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung? in der Kategorie Landschaftskulturelles Erbe aufgeführt. Er wird aufgrund des nachvollziehbaren Hinweises im Rahmen einer redaktionellen Anpassung in die Kategorie Baukulturelles Erbe verschoben.</p>

1007976, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>5 Stellungnahme zur Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung?</p> <p>Hinweis: Die aufgrund neuerer Erkenntnisse nach Drucklegung des Fachbeitrags Kulturlandschaft (2016) veränderten oder neu hinzugekommenen Kulturlandschaftsbereiche werden in KuLaDig und auf der Internetseite der Abteilung Kulturlandschaftspflege veröffentlicht. S. https://www.lvr.de/de/nav_main/kultur/kulturlandschaft/unsere_themen/kulturlandschaftsentwicklung_nrw/fachbeitrag_koeln_/fachbeitrag_koeln_1.jsp</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. In den Textlichen Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln wird sowohl in den Erläuterungen zu G 6 Kulturlandschaften erhalten und entwickeln, als auch in den Erläuterungen zu "G 7 Kulturlandschaftsbereiche und Kulturlandschaftselemente erhalten und entwickeln" wird auf das KuLaDig verwiesen.</p>

Inhalt**6 Aktuell neue Kulturlandschaftsbereiche Nr. 477 und Nr. 478 im Bereich der Tagebaue Hambach und Garzweiler**

Aufgrund der aktuellen Änderungen des Braunkohlenplans haben sich im Umfeld der Tagebaue Garzweiler und Hambach zwei neue Kulturlandschaftsbereiche ergeben. Es wird daher gebeten, die Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung? sowie die Karte ?Anhang B, Erläuterungskarte Kulturlandschaften? um diese zwei weiteren Kulturlandschaftsbereiche Nr. 477 und Nr. 478 zu ergänzen. Die Geometrien werden Ihnen als Shape-Dateien gesondert zugesandt.

Zur Erläuterung dieser beiden Kulturlandschaftsbereiche:

Alle Kulturlandschaftsbereiche sind gemäß Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln (2016) Grundlage für eine erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung. Insofern steht insbesondere der Kulturlandschaftsbereich 477 ?Morschenich und Bürgewald? dem Grundsatz G11 ? Morschenich zu einem Ort der Zukunft entwickeln - (S. 36) ausdrücklich nicht entgegen. Er bietet vielmehr zusammen mit dem LVRGutachten ?Zurück in die Zukunft ? Eine denkmalpflegerische Analyse zur Dorferneuerung von Morschenich (2021)? eine fachliche Diskussionsgrundlage für eine erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung, bei der gerade auch die Spuren aus der durch die Umsiedlung geprägten Vergangenheit Berücksichtigung finden sollten (Kriterium der Eigenart).

KLB 477 Morschenich und Bürgewald

Rodungsort Morschenich (Straßendorf) mit zugehörigen Wirtschaftsflächen, erhaltenem historischem Ortskern und Wegenetz und Spuren bzw. Auswirkungen der Braunkohlen-Industrie bis hin zur Umsiedelung der Bewohner*innen; ehem. katholische Pfarrkirche St. Lambertus (16./18. Jh.) mit Kirchhof auf Kirchhügel; Wegekreuz (1765), ehem. Schule (1852), Wohnhäuser und Hofanlagen des 19. Jh., Siedlungshäuser (um 1950) der Versuchsschachtanlage ?Union 103? (1942/43-1955) für die Braunkohlegewinnung unter Tage der ?Rheinische Braunkohlentiefbaugesellschaft mbH?; Reste des Bürgewaldes. Im Westen ehem. Eisenbahntrasse Neuss ? Bedburg ? Elsdorf - Düren (1869); im Süden Lambertshof (19. Jh.) mit altem Baumbestand.

Kulturlandschaftliche Ziele:

1 Bewahren und Sichern der Elemente und Strukturen, von Ansichten und Sichträumen von historischen Stadt- und Ortskernen sowie des industriekulturellen Erbes ?
Bewahren der Struktur des Straßendorfes

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Entsprechend der Hinweise werden die beiden regionalbedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche Morschenich und Bürgewald (KLB 477) und Holzweiler (KLB 478) in die Tabelle die Tabelle ?Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung? sowie Anhang B, Erläuterungskarte 2 ? Regionalbedeutsame Kulturlandschaften der textlichen Festlegungen aufgenommen.

3 Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges

8 Sichern von Ereignisorten

9 Bewahren überlieferter naturnaher Landschaftselemente und -strukturen

Kategorie: Landschaftskulturelles Erbe

[s. Anhang Abb. StnID 1007977_1]

KLB 478 Holzweiler

Kirchdorf in der offenen rheinischen Lößbörde am Holzweilerfließ mit neogotischer kath. Pfarrkirche St. Cosmas und Damian (1857-1859; Turm 1914-1923; auf hochmittelalterlichem Vorgänger, Landmarke, auch Bodendenkmal), historischem Ortskern mit Marktplatz und Gefallenendenkmal, vierflügeligen Backsteinhofanlagen (u.a. *Holzweiler Hof* 1729/19. Jh. auf Vorgängerbau des 15./16. Jh., auch Bodendenkmal) und Wohnhäusern des 18./19. Jh., ehem. Schule (um 1844/1900), ehem. *Gasthauskapelle* (Kern 15. Jh./19. Jh., auch Bodendenkmal), Gedenkkreuze, Heiligenhäuschen (19. Jh.) und Kreuzwegstation (18./19. Jh.), Seilerei, Fronhof des 6.-7. Jh. (Bodendenkmal), unterirdisches Gangsystem (1618-1648). Ursprünglich als Umsiedlungsort für den Tagebau Garzweiler II vorgesehen. Funktional und siedlungsstrukturell zugehöriges umgebendes Wirtschaftsland mit Höfen in Einzellage: *Eggerather Hof* (1754/1900, Vorgänger mittelalterliche Grabenanlage und Hof, auch Bodendenkmal), *Roitzerhof* (1757, auf spätmittelalterlichem Vorgänger, auch Bodendenkmal), *Weyerhof* (2. H. 19. Jh.), Wiesen und Ackerflächen; teilweise historische Wegeführung, Einbindung in den Landschaftsraum.

Kulturlandschaftliche Ziele:

1 Bewahren und Sichern der Elemente und Strukturen, von Ansichten und Sichträumen von historischen Stadt- und Ortskernen sowie des industriekulturellen Erbes.

3 Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges

4 Wahren als landschaftliche Dominante

6 Sichern kulturgeschichtlich bedeutsamer Böden

8 Sichern von Ereignisorten (geplante Umsiedlung)

Kategorie: Landschaftskulturelles Erbe

[s. Anhang Abb. StnID 1007977_2]

Anhänge	
----------------	--

Abb_ID1007977.pdf	
-----------------------------------	--

AZ: BET_4002_1

Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

1008011, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

vielen Dank für die zweite Beteiligung an der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln, zu der wir im Folgenden gerne Stellung beziehen.

Allgemeine Anmerkungen

Der vorliegende Entwurf des Regionalplans wird den Vorgaben der Landesplanung gerecht, mit den Mitteln der Regionalplanung einen Beitrag zur erhaltenden Kulturlandschaftsentwicklung zu leisten und jeweils Leitbilder zur Erhaltung und Entwicklung der prägenden Merkmale der Landschaftsräume festzulegen. Die Grundsätze zur Kulturlandschaftsentwicklung im Kapitel 2.2 sind dazu geeignet, die Belange der historischen Kulturlandschaft bei Planungen und Maßnahmen zukunftsweisend zu berücksichtigen. Der kulturlandschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan, den der Landschaftsverband Rheinland 2016 herausgegeben hat, wurde angemessen ausgewertet und in die Sprache der Regionalplanung überführt. Wir begrüßen die Darstellungen in Anhang B sowie den ausführlichen Anhang ?Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung? mit der Auflistung und Beschreibung aller regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche und Kulturlandschaftselemente mit ihren Zielen und Leitbildern. Mit Blick auf grundsätzliche Aspekte wurde jedoch festgestellt, dass den Prüfflächen entgegen der LEP- und RP-Ziele der **flächensparenden Entwicklung** die Inanspruchnahme von sehr großen bislang unbebauten Flächen zugrunde liegt, besonders bei Gewerbe- und Industrieflächen (GIB), aber auch bei ASB-Flächen. Neben den allgemein bekannten fatalen Folgen einer voranschreitenden Zersiedelung für Klima, Pflanzen - und Tierwelt sowie Versiegelung von fruchtbaren Böden sind nicht zuletzt die Auswirkungen auf die gewachsene Kulturlandschaft bzw. das kulturelle Erbe beträchtlich. Es droht ein erheblicher Verlust von Kulturlandschaftsräumen, die Regionen ihr ganz eigenes Gepräge geben und kulturelle Identität vermitteln. Es ist bedauerlich, dass im RP Köln bislang kein Ansatz zu erkennen ist, der sich dieser Entwicklung entgegenstellt. Teilweise übertrifft die Größe der GIB-Flächen die der Orte in der nächsten Umgebung oder aber die Flächen bedecken sämtliche Freiflächen (Acker, Wiesen, Wald) zwischen Orten (Bsp. ELS_GIBz_1, GEI_GIBz_1). Im Folgenden gehen wir auf Begründung, Umweltbericht und im Speziellen auf die Auswertung der Prüfflächen genauer ein.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Inhalt

Anmerkungen zu verschiedenen Themen in der Begründung

Der **LEP-Grundsatz 3-2 Bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche** gibt vor, dass die 29 ?landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche? nur unter Wahrung ihres besonderen kulturlandschaftlichen Wertes entwickelt werden sollen. Ihre wertgebenden Elemente und Strukturen sollen als Zeugnisse des nordrhein-westfälischen landschafts-, bau- und industrikulturellen Erbes erhalten werden. In der Regionalplanung sollen ergänzend weitere ?bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche? mit ihren wertgebenden Elementen und Strukturen berücksichtigt werden. Die Kulturlandschaftsbereiche wurden im Umweltbericht genannt, jedoch nicht genauer differenziert. Ihre einzelnen Elemente wurden teilweise nicht genannt bzw. die Auswirkungen der Plangebiete auf diese Elemente nicht geprüft. Der **LEP-Grundsatz 3-3 Historische Stadtkerne, Denkmäler und andere kulturlandschaftlich wertvolle Gegebenheiten** besagt, dass bei der weiteren Siedlungsentwicklung Struktur und Erscheinungsbild historischer Stadt- und Ortskerne gewahrt werden sollen. Denkmäler und Denkmalbereiche einschließlich ihrer Umgebung und der kulturlandschaftlichen Raumbezüge sowie kulturhistorisch bedeutsame Landschaftsteile, Landschaftselemente, Orts- und Landschaftsbilder sollen bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen im Sinne der erhaltenden Kulturlandschaftsentwicklung berücksichtigt werden. Dabei sollen angemessene Nutzungen ermöglicht werden. Großflächige Ausweisungen von GIB oder auch ASB im Regionalplan sind raumbedeutsame Planungen. Die tatsächliche Berücksichtigung von Baudenkmalern und Kulturlandschaftsbereichen lässt sich teilweise nicht erkennen. Sogar raumwirksame und planungsrelevante Baudenkmalere werden nicht genannt oder überprüft. Die Anlage neuer **Talsperren** wird vom LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland (LVRADR) sehr kritisch gesehen. Neben den erheblichen Auswirkungen auf historische Kulturlandschaften wären in fast allen angesprochenen Planungen Totalverluste von Denkmälern und teilweise bei Denkmalbereichen die Folge. Dieser schwerwiegende Umstand findet in den vorliegenden Unterlagen bislang keine Berücksichtigung, weshalb die vorgenommene Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen unvollständig ist. Das LVR-ADR regt in dem Zusammenhang auch an, bei der **Bewertung** der Betroffenheit im Hinblick auf das Schutzgut Kulturgüter zu **differenzieren**. Es stellt einen großen Unterschied dar, ob bei betroffenen Baudenkmalern oder KLBs ein Totalverlust eintritt (wie bei den Talsperren) oder ob eine Beeinträchtigung zu erwarten ist, welche von Nachteil für das Kulturgut ist, aber nicht dessen unwiederbringliche Zerstörung bedeutet. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn lediglich ein Teilbereich eines KLBs bebaut und versiegelt wird, welcher zudem keine hohe Dichte an wertgebenden Merkmalen aufweist. Hier kann eine Planung ggf. von der Denkmalpflege durchaus mitgetragen werden, während in anderen Fällen eine Fläche grundsätzlich von Bebauung freizuhalten ist, um den Zeugniswert zu bewahren. Letzteres kann bzw.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht. Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten. Die genannte Festlegung bzgl. der Talsperren sichert den Standort als potenziellen Talsperrenstandort. Dabei steht insbesondere im Vordergrund, Planungen und Maßnahmen, die der Errichtung einer Talsperre entgegenstehen, zu vermeiden. Aufgrund der Zielvorgabe des LEP NRW besteht für die Regionalplan-Ebene kein Abwägungsspielraum auf die Talsperrenfestlegung zu verzichten. Sofern es zu einer Umsetzung der Planung kommt, ist im Rahmen der Planfeststellung eine detailliertere Betrachtung der Betroffenheit von Schutzgütern, u.a. des Denkmalschutzes vorzunehmen.

muss bereits auf der Ebene des Regionalplanes geprüft und zurückgenommen werden, da in den nachgelagerten Planungsebenen nur Fragen der konkreten Umsetzung behandelt werden, die im RP vorgesehene Nutzung aber meist bestehen bleibt.	
---	--

Inhalt

Anmerkungen zu verschiedenen Themen in der Begründung

Das **LEP-Ziel 6.1-1 Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung** legt fest, dass Freiraum für die regionalplanerische Festlegung neuen Siedlungsraums nur in Anspruch genommen werden darf, wenn zugleich an anderer Stelle ein gleichwertiger, bisher planerisch für Siedlungszwecke vorgesehener Bereich im Regionalplan wieder als Freiraum festgelegt oder eine gleichwertige Baufläche im Flächennutzungsplan in eine Freifläche umgewandelt wird (Flächentausch). Diese Zielerfüllung findet sich im aktuellen Entwurf des RP Köln nicht wieder, wie bereits einleitend erwähnt. Es besteht kein Prüfbogen ?Freiräume? und auch in den anderen Prüfbögen werden keine Flächen im Tausch gefunden. Auch gemäß **Grundsatz § 2 Abs. 2 Nr. 1 Satz 2 ROG** sind Ressourcen nachhaltig zu schützen. **Satz 5 und 6 in Abs. 2** besagen, dass der Freiraum durch übergreifende Freiraum-, Siedlungs- und weitere Fachplanungen zu schützen ist; es ist ein großräumig übergreifendes, ökologisch wirksames Freiraumverbundsystem zu schaffen. Die weitere Zerschneidung der freien Landschaft und von Waldflächen ist dabei so weit wie möglich zu vermeiden; die Flächeninanspruchnahme im Freiraum ist zu begrenzen. Dem widerspricht die großflächige Versiegelung fruchtbarer Böden (Bsp. GEI_GIBz_1). Laut **LEP-Grundsatz 6.3-3 Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen** kann entweder eine im Freiraum liegende Brachfläche als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen festgelegt werden, wenn über eine ergänzende Zweckbindung bzw. ein ergänzendes textliches Ziel sichergestellt wird, dass nur eine Nachnutzung bereits versiegelter Flächen einschließlich vorhandener Infrastruktur erfolgt und die auf dieser Brachfläche vorhandenen naturschutzwürdigen Teilflächen von der Nachnutzung ausgenommen werden und eine kurzwegige verkehrliche Anbindung gegeben ist. Ein im Freiraum gelegener Bereich kann auch nur für gewerbliche und industrielle Nutzungen festgelegt werden, wenn eine Festlegung unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen aus folgenden Gründen nicht möglich ist:

- topographische und naturräumliche Gegebenheiten oder
- andere entgegenstehende Schutz- oder Nutzungsbindungen oder
- die Herstellbarkeit einer leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz nicht möglich ist und
- keine raumordnerischen Festlegungen entgegenstehen.

Bei einigen GIB-Ausweisungen lässt sich eine Berücksichtigung dieses Grundsatzes

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Entsprechend dieser landesplanerischen Vorgaben

nicht erkennen (Bsp. SIM_GIBz_1, LEI_GIBz_1).

Das **LEP-Ziel 6.1-1** und die nachfolgenden Ziele und Grundsätze des LEP zur Wiedernutzung von geeigneten Brachflächen, zur ?dezentralen Konzentration?, zur Vermeidung von bandartigen Entwicklungen und Splittersiedlungen und zum Vorrang der Innenentwicklung haben eigentlich das Bestreben, die Flächeninanspruchnahme in Nordrhein-Westfalen bis 2020 auf 5 ha pro Tag und langfristig auf ?Netto-Null? zu reduzieren (LEP, S. 52). Die Aufstellung des Regionalplans lässt dieses Ziel nicht erkennen.

gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung von Siedlungspotentialen in der aktuellen Abgrenzung des Regionalplanentwurfs im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Der Planentwurf zum Regionalplan Köln ist eine Neuaufstellung und keine Fortschreibung eines Regionalplanes. Daher werden im aktuellen Planentwurf auch keine Festlegungen "zurückgenommen". Vielmehr liegt den Festlegungen der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln eine einheitliche Methodik für das gesamte Planungsgebiet zugrunde.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden so die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im Regionalplan Köln u.a. als regionaler GIB in Simmerath (Städteregion Aachen).

Im Prozess Region+ Wirtschaft hat zudem u.a. im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil laut Bodenschutzfachbeitrag für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) und Landwirtschaftlichem Fachbeitrag zum Regionalplanentwurf Köln (2020) betroffener Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen. Das Kriterium

der Betroffenheit für hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen wird im Landwirtschaftliche Fachbeitrag in der Standortwertkarte mit den Stufen I (sehr hoch) und II (hoch) definiert. Der Anteil der Betroffenheit nach Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW wird mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung in der Karte der schutzwürdigen Böden bestimmt.

Auch wurde der Beachtung des landesplanerischen Belangs einer möglichst kurzwegigen Anbindung neuer GIB-Standorte durch die Berücksichtigung von vier Teilkriterien mit jeweils spezifischen Indikatoren im Flächenranking für die regionale Verortung entsprochen. Der GIBregional in Leichlingen fällt nicht unter die Vorgaben zur Anbindung neuer Standorte des Ziels 6.3-3 LEP NRW, da es sich um einen bereits bestehenden GIB in Leichlingen handelt. Dies ist für diesen Einzelfall entsprechend begründet.

Für die GIB Festlegung in Geilenkirchen gilt, dass der LEP NRW die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vorsieht. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Allgemein gilt, dass sofern zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der planerischen Abwägung gem. § 3 Abs. 1 ROG ggf. ASB bzw. GIB Festlegungen Vorrang vor den angesprochenen natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums erfolgt.

Die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln erfolgt im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems über ein Freiraumverbundsystem für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzüge, Bereiche zum Schutz der Natur, Waldbereiche sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der

landschaftsorientierten Erholung sowie den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen. Diese wurden erarbeitet auf den Grundlagen der Fachbeiträge Klima, Landwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege, Kulturlandschaft und Forstwirtschaft. In den Fachbeiträgen wurden die Datengrundlagen der genannten Festlegungen erarbeitet. Unter Berücksichtigung des regionalplanerischen Maßstabes wurden die verschiedenen Kriterien der erarbeiteten Fachbeiträge berücksichtigt und methodisch angewendet.

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen beispielsweise zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und

bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Laut Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung (2020) kann für zeichnerische Festlegungen mit voraussichtlich positiven Umweltauswirkungen die Umweltauswirkungen stärker zusammenfassend beschrieben und auf eine Detailprüfung von Teilflächen (z. B. über Prüfbögen) zu verzichtet werden. Zu den zeichnerischen Festlegungen, für die auf der regionalplanerischen Ebene in der Regel keine negativen oder überwiegend positiven Umweltauswirkungen prognostiziert werden können, zählen insbesondere:

- ? Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche,
- ? Waldbereiche,
- ? Bereiche für den Schutz der Natur,
- ? Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung,
- ? Regionale Grünzüge,
- ? Bereiche für Grundwasser- und Gewässerschutz und
- ? Überschwemmungsbereiche.

Ein Prüfbogen Freiraum ist daher nicht sachgerecht.

In Bezug auf die Inanspruchnahme hochwertiger Böden gilt hierbei, dass zeichnerische Festlegungen auf Grundlage der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW erfolgen. Diese sieht kein Planzeichen für Vorranggebiete für landwirtschaftliche Nutzungen vor. Flächen die landwirtschaftlich genutzt werden, werden in der Regel als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (Vorbehaltsgebiet) festgelegt. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

1008018, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeine Anmerkungen zu den Prüfbögen</p> <p>Einige Kartenausschnitte in den Prüfbögen weisen zum Teil eine schlechte Auflösung auf und sind im Hinblick auf die jeweiligen Auswirkungen daher nicht immer abschließend zu bewerten (z.B. KÜR_ASB_1).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p>Wir regen auch an, im Falle von sehr großflächigen Planungen die Darstellung einem größeren Maßstab aufzubereiten (z.B. K_PUL_BM_Schiene_01 oder GL_Schiene_01).</p> <p>Anhänge Abb_ID1008018.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1008024, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Allgemeine Anmerkungen zu den Prüfbögen</p> <p>Landschaftsgebundene Baudenkmäler mit großer Raumwirkung und/oder flächiger Ausdehnung (Friedhöfe, Schlösser mit weitläufigen, historischen Parkanlagen) wurden weder kartiert noch genannt, auch nicht, wenn sie innerhalb eines Kulturlandschaftsbereichs (KLB) liegen. Für eine umfassende Betrachtung ist es unerlässlich, in oder in der näheren Umgebung von Prüfflächen befindliche Denkmäler zu berücksichtigen, denn hier kann grundsätzlich immer eine Betroffenheit gegeben sein. Etwaige Beeinträchtigungen können substantieller, funktionaler oder sensorieller Art sein, wobei die die beiden letztgenannten Auswirkungen auch auf Denkmäler in der Umgebung von Prüfgebieten zutreffen können. Die Umgebung sollte daher analog zum Vorgehen beim Schutzgut Landschaft in die Betrachtung miteinbezogen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Wie im Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln erläutert, formen die markierten historischen Kulturlandschaftsbereiche (KLB) in der Maßstabsebene des Regionalplans 1:50.000 den gesetzlichen Auftrag des ROG durch Nennung der prägenden charakteristischen Merkmale und Denkmäler sowie individueller fachlicher Ziele aus (siehe S. 10 FB Kulturlandschaft). Auch auf S. 11 des Fachbeitrages wird hervorgehoben, dass bei den KLB die KLB ihre wertbestimmenden Merkmale, insbesondere die Denkmäler und Denkmalbereiche, umfassen. Es wird im Rahmen der Umweltprüfung daher davon ausgegangen, dass markante Denkmäler im jeweiligen KLB mit enthalten sind und die Betroffenheit über die Berücksichtigung der Betroffenheit des KLB mit berücksichtigt ist.</p>

1008025, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Anmerkungen zur Bewertung der Auswirkungen auf kulturelles Erbe innerhalb und in der Umgebung der Prüflächen</p> <p>MON_ASB_1 und MON_ASB_2: Diese zwei Flächen haben dieselben Geometrien, wir vermuten, dass eine der Flächen versehentlich nicht richtig dargestellt ist. Wir bitten um eine neue Übersendung der beiden Flächen, um die jeweils andere prüfen zu können.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Im Prüfbogen zu Mon_ASB_2 wird die Abbildung mit der Lage des Plangebietes korrigiert. Die korrekten Abbildungen sind dem Umweltbericht zu entnehmen.</p>

Inhalt

Folgende Prüfflächen werden vom LVR-ADR aufgrund einer erwartbaren erheblichen Beeinträchtigung des Schutzguts Kulturgüter abgelehnt:

ASB/ASBz/ASBF:

- **BOR_ASBF_1:** Hier Diese Fläche reicht bis in den unter Schutz stehenden Schlosspark von Schloss Bornheim hinein. Im südlichen Bereich innerhalb der Planfläche befindet sich das Baudenkmal ehemalige Ökonomie der Burg Bornheim. Die gesamte Fläche der Ökonomie, von der Wohnbebauung an der Diergardtstraße bis zum Apostelpfad, des Schlossparks Bornheim und der Parkanlage an der Kleeburg wurde auch als historischer Kulturlandschaftsbereich Nr. 210 Schloss Bornheim ausgewiesen. Das Schloss entstand an der Stelle der mittelalterlichen Burg Mitte 18. Jh. als Herrenhaus mit Vorburg. Von historischer Bedeutung sind außerdem die Einbindung über Wegestrukturen und Wassergräben in den topografischen Raum und der harmonische Übergang in die Landschaft (z.B. Wiesen nördlich des Apostelpfades). Die Ökonomie oder ehem. Gutshof des Schlosses ist eine von einer Mauer umgebene große Backsteinhofanlage mit Wohnhaus inmitten der Anlage. Im rechten Winkel befindet sich ein langgestreckter Remisenbau mit zweigeschossigen Wirtschaftsgebäuden, zurückliegend im rechten Winkel große langgestreckte Scheunentrakte aus Backstein mit Zierformen der Zeit um 1900. Das riesige Anwesen liegt unmittelbar neben der Burg Bornheim und ist durch eine Kastanienallee von ihr getrennt. Dieser gesamte Bereich bis nördlich zum Apostelpfad wurde überplant. Das LVRADR vermutet, dass hier einerseits die bestehende Wohnnutzung an aktuelles Planungsrecht angeglichen werden soll, andererseits sollen offensichtlich die Flächen westlich der Ökonomie (außerhalb der Mauerumfassung) bebaut werden. Im Umweltbericht wird das Schloss (die Burg) nur genannt, aber nicht weiter beschrieben oder berücksichtigt, nur als KLB 210 Schloss Bornheim. Das Baudenkmal Ökonomie wird nicht erwähnt. Im Umweltbericht ist zu lesen, dass die Betroffenheit ?des geschützten Landschaftsbestands? im äußersten Südosten des Plangebiets liegt. Und dass eine Flächeninanspruchnahme ?durch Aussparung des betroffenen Bereiches? bei den Planungen auf den nachgelagerten Ebenen vermieden werden kann. Dies ist nicht ausreichend. Die Flächen und Gebäude müssen genauer differenziert und der Umgebungsschutz muss beachtet werden. Eine Bebauung südlich des Apostelpfades angrenzend an die Ökonomie würde den Umgebungsschutz der Baudenkmäler verletzen und das Kulturlandschaftsgefüge erheblich beeinträchtigen. Der Teilbereich bis zum Apostelpfad ist denkmalpflegerisch nicht akzeptabel. Wir bitten um Rücknahme dieser Fläche. Eine weitere Bebauung oder evtl. geplante Verdichtung innerhalb

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

des Schlossparks oder innerhalb des Ökonomieparks ist ausgeschlossen.
Ebenfalls sollten die Flächen westlich der Ökonomie frei gehalten werden um
die Ortsrandlage von Schloss und Ökonomie mit Übergang in die Landschaft
erhalten zu können. Diese Teilfläche wird vom LVR-ADR abgelehnt.

[s. Anhang Abb.1008029-1]

Anhänge

[Abb_ID1008029.pdf](#)

1008032, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Folgende Prüfflächen werden vom LVR-ADR aufgrund einer erwartbaren erheblichen Beeinträchtigung des Schutzguts Kulturgüter abgelehnt:</p> <p>BOR_ASB_2: Das Prüfgebiet liegt mitten im <u>KLB 211 Wolfsburg, Haus Wittgenstein</u>. Angrenzend an das Gebiet befinden sich <u>bedeutende Baudenkmäler: Haus Wrede, Wolfsburg Roisdorf einschließlich Außenanlagen und Haus Wittgenstein</u>. Haus Wittgenstein wurde 1844/45 auf dem Gelände der ehem. Burg Roisdorf errichtet und ist heute ein Landhaus mit großen Garten mit altem Baumbestand. Die gesamte Anlage ist erhaltenswert aus orts- und landschaftsprägenden Gründen sowie als Werk des Dombaumeister Zwirner. Die Wolfsburg mit Ursprüngen im 15. Jh. ist eine ehem. zweiteilige Wasserburg, die Gräben wurden 1874 zugeschüttet. Haus Wrede als schlossähnliches Gebäude im Stil der französischen Renaissance und in Anleitung an das Schloss Alfter wurde im Jahre 1872/73 von dem Grafen Wilhelm Mörner als Landhaus inmitten eines weiten Gartengeländes am Bergabhang des Vorgebirges erbaut. Im Jahre 1898 ging der Besitz in das Eigentum des Rittermeisters Freih. v. Wrede über. Die Bedeutung des damals sogen. ?Roisdorfer Schlosses? liegt nicht allein in der kunstgeschichtlichen Wertigkeit der historischen architektonischen Gliederung und Gestaltung. Als eigenes Wohngebäude des Architekten Grafen Wilhelm Mörner ist die Gesamtanlage auch bedeutend für die Geschichte des Menschen, weil damit der Ort und mit der Erscheinung gesellschaftlicher Anspruch eines bekannten rheinischen Malers und Bauforschers aus der 2. Hälfte des 19. Jhds. dokumentiert wird. Die Objekte mit dem jeweils umgebenden Raum bilden über den Wert als Einzelanlagen hinaus in der Gruppe und im räumlichen Wechselbezug zueinander kulturlandschaftlich ein besonderes Element. Sie legen Zeugnis ab von der siedlungsstrukturellen Einbindung flächenhafter Anlagen in den Höhenzug der Ville. Eine Bebauung zwischen diesen Baudenkmälern im historischen Kulturlandschaftsbereich würde einen kompletten Verlust der Wirkungen der einzelnen Bauten mit ihren Parkanlagen aber auch in der Gesamtwirkung und des gesamten KLB bedeuten. <u>Diese Fläche wird daher vom LVR-ADR abgelehnt.</u></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1008033, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Folgende Prüfflächen werden vom LVR-ADR aufgrund einer erwartbaren erheblichen Beeinträchtigung des Schutzguts Kulturgüter abgelehnt:

- **BRÜ_ASB_2:** Diese Fläche reicht bis an das Baudenkmal Palmersdorfer Hof von 1750 heran, eine der geschichtsträchtigsten Hofanlagen in freier Flur der Stadt Brühl. Zudem ist die Fläche als unmittelbare Umgebung der bedeutenden Baudenkmäler Brühler Schlösser Bestandteil der Pufferzone 1 des gegenwärtig in Erarbeitung befindlichen Managementplans für die UNESCO-Welterbestätte zu nennen und berücksichtigen. Als Teil der unmittelbaren Pufferzone der Welterbestätte ist das Gebiet von jeder Art von Bebauung freizuhalten. Die Fläche bis zur Rheinstraße ist Teil der unmittelbaren und unverzichtbaren Umgebung des Denkmals ?Schloss- und Parkanlagen? und auch des Denkmals ?Palmersdorfer Hof?. Über dieses Areal ist der Park in seinem Zusammenwirken mit dem Landschaftsraum sowohl visuell erlebbar als auch im direkten Bezug zum topografischen Raum und zu den naturräumlichen und genutzten Gegebenheiten in der Rheinebene. Diese Fläche wird daher vom LVR-ADR abgelehnt.

[s. Anhang Abb. 1008033_1]

Anhänge

[Abb_ID1008033.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

1008034, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Folgende Prüfflächen werden vom LVR-ADR aufgrund einer erwartbaren erheblichen Beeinträchtigung des Schutzguts Kulturgüter abgelehnt:</p> <p>K_ASB_4: Der KLB 345 Kloster Dünnwald, Höfe bei Höhenhaus (Köln) und zwei denkmalgeschützte Höfe (Schönrather Hof und Rodderhof) in Einzellage sind <u>erheblich betroffen</u>. Diese sollten extra benannt werden. Zudem wird das Denkmal und KLB 344 Äußerer Grüngürtel rechtsrheinisch (Köln) zerschnitten und damit auch die Verbindung zwischen den Höfen. <u>Diese Fläche wird daher vom LVR-ADR abgelehnt.</u></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.</p>

1008035, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Folgende Prüfflächen werden vom LVR-ADR aufgrund einer erwartbaren erheblichen Beeinträchtigung des Schutzguts Kulturgüter abgelehnt:

K_ASB_7: Durch die Fläche Siedlungsfläche kommt es zum Verlust eines Teils des KLB 313. Es entsteht eine Beeinträchtigung der Ortsansicht in Verbindung mit Blick auf die Kirche St. Martinus. Eine Verkleinerung der Fläche ist zu prüfen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

1008037, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Folgende Prüfflächen werden vom LVR-ADR aufgrund einer erwartbaren erheblichen Beeinträchtigung des Schutzguts Kulturgüter abgelehnt:

K_ASB_15: Diese Fläche bedingt eine Teilbebauung des KLB 335 Äußerer Grüngürtel in direkter Nachbarschaft der Baudenkmäler Stüttgenhofs und Kaserne Haenel sowie der Rhein-Braun AG (Anfrage auf Denkmalwert). Die Denkmäler wurden im Prüfbogen nicht genannt bzw. auf ihre Beeinträchtigung geprüft. Hier muss eine Prüfung des Umgebungsschutzes inklusive aller zugehörigen Flächen sowie des KLB vor jeglichen weiteren Planungen stattfinden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

1008038, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Folgende Prüfflächen werden vom LVR-ADR aufgrund einer erwartbaren erheblichen Beeinträchtigung des Schutzguts Kulturgüter abgelehnt:

KER_ASB_2: Diese Fläche führt zu einer vollständigen Überbauung des KLB 141 (Haus Hahn). 1211 wurde eine Siedlung "Hane" erstmalig erwähnt, seit 1576 sind zwei Höfe bekannt. Die Wirkung der ehemaligen Wasserburg mit frühbarockem Herrenhaus in Einzellage geht verloren, wenn die Bebauung zu nahe rückt. Das landwirtschaftlich geprägte Umfeld ist in seiner Weiträumigkeit prägend für den Siedlungsraum und muss in Hinblick auf die Charakteristik des Hofes in Einzellage erhalten bleiben. Diese Fläche wird vom LVR-ADR abgelehnt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Inhalt

Folgende Prüfflächen werden vom LVR-ADR aufgrund einer erwartbaren erheblichen Beeinträchtigung des Schutzguts Kulturgüter abgelehnt:

LEV_ASB_4: Diese Fläche bedeutet eine Teilbebauung des KLB 323, Wiembach und Ölbachau. Die Bebauung ist nicht vertretbar. Es handelt sich um Wiesen und Obstwiesen, die vom Höhenrücken in die Aue führen und die wesentliche funktionsbestimmte Elemente der historischen Siedlungsstruktur sind. Bergisch Neukirchen ist ein Straßenort, die Bebauung folgt der Höhenstraße. Die Wiesen trennen die Ortslagen deutlich voneinander: Hüscheid, Bergisch Neukirchen, Atzlenbach. Diese Fläche wird vom LVR-ADR abgelehnt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

1008040, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Folgende Prüfflächen sollten aufgrund einer starker Betroffenheit von Baudenkmalern bzw. KLBs in ihrer Ausdehnung überdacht werden:</p> <p>BED_ASB_1: Das Plangebiet grenzt an den KLB Höfe am Pützbach bei Millendorf, 62 mit einem Denkmal, den Ivenhof (Landw. Anwesen, Erkelenzer Str. 160). Hier sollte der Abstand überprüft werden und ggf. in der Bauleitplanung eine entsprechende Randgestaltung (Eingrünung) bedacht werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.</p> <p>Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.</p>

1008041, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Folgende Prüfflächen sollten aufgrund einer starker Betroffenheit von Baudenkmalern bzw. KLBs in ihrer Ausdehnung überdacht werden:

BHO_ASB_3: Das Prüfgebiet liegt im KLB 446 Siebengebirge (Bad Honnef, Königswinter, dabei in einem Randbereich, Ausläufer des ansteigenden Siebengebirges (Am Giersberg), wo vermutlich ehemals Weinanbau betrieben wurde. Die kleinteilige Parzellenstruktur und historische Wege sind zu erhalten. Das Prüfgebiet befindet sich in der Nähe eines beantragten Baudenkmals, einem ehem. Winzergehöft, Brunnenstr. 5. Die Wirkung der Hofanlage würde durch zu nahe heranrückende Bebauung geschmälert, da eine freie Lage charakteristisch und wertgebend ist. Die Betroffenheit ist genauer prüfen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Inhalt

Folgende Prüfflächen sollten aufgrund einer starker Betroffenheit von Baudenkmalern bzw. KLBS in ihrer Ausdehnung überdacht werden:

HER_ASB_3: Die Betroffenheit ist genauer prüfen, da sich die denkmalgeschützte Hofanlage Groß Ürsfeld direkt benachbart befindet.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.

Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.

1008043, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Folgende Prüfflächen sollten aufgrund einer starker Betroffenheit von Baudenkmalern bzw. KLBs in ihrer Ausdehnung überdacht werden:

JUL_ASBF_1: Es entsteht eine Betroffenheit des KLB 56 Höfe bei Stetternich (Jülich) durch Störung der Struktur des Kulturlandschaftsbereiches mit einem Verlust der Einzellage der Höfe an der Stetternicher Straße

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

1008044, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Folgende Prüfflächen sollten aufgrund einer starker Betroffenheit von Baudenkmalern bzw. KLBS in ihrer Ausdehnung überdacht werden:</p> <p>JUL_ASBF_2: Am Rand des Prüfgebiets befindet sich das Baudenkmal Kirchberger Mühlenteich, welches erhalten werden muss sowie das Baudenkmal Gut Janshof. Zu beiden Denkmälern ist unbedingt mehr Abstand einzuhalten, besonders zur Hofanlage, die ihre Wirkung in Einzellage nicht verlieren darf. Der historische Ortsrand und der Bezug zu den Broichswiesen, oberhalb der ehemals von Gräben durchzogenen Feuchtwiesen, ist betroffen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.</p> <p>Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.</p>

1008045, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Folgende Prüfflächen sollten aufgrund einer starker Betroffenheit von Baudenkmalern bzw. KLBs in ihrer Ausdehnung überdacht werden:

JUL_ASBF_4: Das Prüfgebiet liegt im KLB 56 Höfe bei Stetternich (Jülich). Es liegt eine Betroffenheit des KLB vor, da Ackerfläche, welche die prägenden Einzelhöfe landschaftlich einbindet, großflächig bebaut wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Inhalt

Folgende Prüfflächen sollten aufgrund einer starker Betroffenheit von Baudenkmalern bzw. KLBs in ihrer Ausdehnung überdacht werden:

MEC_ASB_1: Die Prüffläche liegt innerhalb des KLB 261 Obere Swistbachaue, der durch agrarische Strukturen, Wasserburgen und Kirchdörfer geprägt ist. Wir regen an, die Fläche zu verkleinern und als ländlichen Ortsrand ausbilden, nicht als Segment, das in die Landschaft greift. So wäre der KLB nicht zu stark beeinträchtigt.

Abwägung

Typ

Ausgleichsvorschlag

Erläuterung

Der Prüfbogen MEC_ASB_1 untersucht die Umweltauswirkungen hinsichtlich der Schutzgüter für einen Prüfbereich in der Kommune Mechernich.

Der KLB 261 Obere Swistbachaue befindet sich nicht in der Nähe der Kommune Mechernich und stellt somit kein Untersuchungsgegenstand dar.

1008047, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Folgende Prüfflächen sollten aufgrund einer starker Betroffenheit von Baudenkmalern bzw. KLBS in ihrer Ausdehnung überdacht werden:</p> <p>MEH_ASB_2: Die Kath. Pfarrkirche St. Hubertus in Obergartzem wäre durch Bebauung bis an die L 11 nicht mehr mit ihrer jetzigen Wirkung wahrnehmbar und erfährt eine erhebliche Beeinträchtigung, da die Blickbezüge auf sie entfallen könnten. Da das Gelände zum Ort hinabfällt, würde die Kirche weiterhin sichtbar bleiben, wenn das Baufeld enger an den Ort gebunden wäre.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht. Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.</p>

Inhalt

Folgende Prüfflächen sollten aufgrund einer starker Betroffenheit von Baudenkmalern bzw. KLBs in ihrer Ausdehnung überdacht werden:

NOR_ASBF_1: Das Prüfgebiet befindet sich innerhalb des KLB Nr. 135 Neffelbachaue. Der historische Ortsrand entlang der historischen topografischen Geländekante sind erhaltenswert; der Neffelbach ist das führende linienhafte Element der Siedlungsstruktur. Die Fläche sollte möglichst von Bebauung freigehalten werden. Zudem befindet sich ein Baudenkmal, ein Heiligenhäuschen von 1685, im südlichen Bereich im Prüfgebiet, das wurde nicht genannt. Das Denkmal benötigt die Grünfläche mit Bäumen rundherum und sollte nicht umbaut werden, da es dann seine Wirkung verlieren würde.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Inhalt

Folgende Prüfflächen sollten aufgrund einer starker Betroffenheit von Baudenkmälern bzw. KLBs in ihrer Ausdehnung überdacht werden:

ZÜL_ASB_2: Das Prüfgebiet grenzt an den KLB 188 Kloster in Hoven (Zülpich), ein Kreuz a. d. Klosterfriedhof Marienborn und eine Allee dorthin befinden sich direkt angrenzend an die Prüffläche. Wir empfehlen, in der Bauleitplanung den Umgebungsschutz zu prüfen und ggf. ausreichend Abstand zu halten, um die Wirkung des Denkmals nicht zu beeinträchtigen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

1008050, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Folgende Baudenkmäler und KLBs sollten bei den jeweiligen Prüfflächen berücksichtigt werden:</p> <p>Folgende Baudenkmäler und KLBs sollten bei den jeweiligen Prüfflächen berücksichtigt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • BRÜ_ASB_1: Das Prüfgebiet grenzt an die Pufferzone 1 des in Erarbeitung befindlichen <u>Managementplans für die UNESCO-Welterbestätte</u> (Brühl, Umgebung der Schlösser Augustusburg und Falkenlust, südliche Freiflächen). Die Schallenburg muss über Freiflächen eingebunden bleiben in den offenen, landwirtschaftlich geprägten Raum. Außerdem muss die Bebauung am Dorfrand von Schwadorf ländlich niedrig und kleinteilig und in offener Bauweise stehen, um den Charakter des Dorfes und der Umgebung der Schloss- und Parkanlagen zu erhalten. Wir empfehlen, mit der östlichen Grenze der Bebauung weiter nach Westen zu rücken (z.B. bis an den nächsten Feldweg/Flurgrenze). Es wäre wichtig, einen harmonischen Übergang zur landwirtschaftlich genutzten Fläche der Pufferzone zu gewährleisten, um keinen harten Bruch mit hoher Randbebauung in ländlicher Gegend zu erhalten. Hier sollte in der Bauleitplanung auf visuelle und funktionale Beeinträchtigungen geachtet werden. 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.</p> <p>Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.</p>

1008051, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Folgende Baudenkmäler und KLBs sollten bei den jeweiligen Prüfflächen berücksichtigt werden:

ESC_ASB_4: Im Prüfgebiet befindet sich der Jüdische Friedhof und das Prüfgebiet grenzt an den KLB 100 Krönungsstraße, Aachen - Frankfurter Heerstraße.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.

Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.

1008052, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Folgende Baudenkmäler und KLBs sollten bei den jeweiligen Prüfflächen berücksichtigt werden:</p> <p>HS_ASBF_1: Angrenzend an das Prüfgebiet befindet sich eine Windmühle, Zur Kornmühle 7, Kirchhoven, Heinsberg. Dazu ist die Mühle ein KLB, Nr. 10: Lümbrechter Mühle bei Kirchhoven (Heinsberg). Hier sollte in der Bauleitplanung auf visuelle Beeinträchtigungen geachtet werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.</p> <p>Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.</p>

1008053, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Folgende Baudenkmäler und KLBs sollten bei den jeweiligen Prüfflächen berücksichtigt werden:

REI_ASBF_2: Die Prüffläche befindet sich innerhalb des KLB Nr. 464 Obere Homburger Bröl / Brüderstraße (Nümbrecht, Reichshof, Waldbröl). Eine Beeinträchtigung ist möglich, daher ist die Fläche vor Ort zu prüfen. Am nördlichen Rand befindet sich ein geschütztes Wohnhaus, das ehem. Bahnhofsgebäude. Hier sollte in der Bauleitplanung auf visuelle Beeinträchtigungen geachtet werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

1008054, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Folgende Baudenkmäler und KLBs sollten bei den jeweiligen Prüfflächen berücksichtigt werden:</p> <p>WAC_ASB_1: Am Rand des Prüfgebiets befindet sich ein Wohnhaus, Rathausstr., Berkum. Es handelt sich um eine große 4-flügelige Anlage mit Wohnhaus, die anstelle des ehem. Jesuitenhofes errichtet wurde. Sie ist erhaltenswert aus wissenschaftlichen, besonders architektur- und ortsgeschichtlichen sowie städtebaulichen und ortsbildprägenden Gründen. Hier sollte in der Bauleitplanung auf visuelle und funktionale Beeinträchtigungen geachtet werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.</p> <p>Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.</p>

1008055, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Folgende Baudenkmäler und KLBs sollten bei den jeweiligen Prüfflächen berücksichtigt werden:</p> <p>WAC_ASB_5: Am Rand des Prüfgebiets befindet sich das Forsthaus "Schönwaldhaus. Die Anlage wurde im Zuge der Umgestaltung des Kottenforstes zum Kurfürstlichen Jagdrevier im 18. Jh. errichtet und war danach die Kurfürstliche Försterstelle. Heute ist es immer noch ein Forstdienstgebäude "Schoenwaldhaus", angrenzend befinden sich noch ein Wegekreuz und ein Grenzstein. Für die Erhaltung und Nutzung des Forsthauses ist ein öffentliches Interesse aus wissenschaftlichen und städtebaulichen Gründen gegeben, daher ist bei nachfolgenden Planungen der Umgebungsschutz zu beachten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.</p> <p>Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.</p>

1008056, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Folgende Baudenkmäler und KLBs sollten bei den jeweiligen Prüfflächen berücksichtigt werden:</p> <p>WEi_ASB_1: In der Prüffläche verläuft der KLB Nr. 237, Eifelbahn von Kalscheuren nach Jünkerath, er ist zu erhalten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis auf den KLB Nr. 237 wird zur Kenntnis genommen.</p>

1008057, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Folgende Baudenkmäler und KLBs sollten bei den jeweiligen Prüfflächen berücksichtigt werden:

K_ASB_19_A Alternative: Die Fläche betrifft das Gelände der ehem. Kaserne ?Brasseur? mit Übungsplatz sowie den KLB 344 (Äußerer Grüngürtel rechtsrheinisch) am Rande. Das historische Kasernengelände sollte vor weiteren Planungen in der Bauleitplanung auf seinen Denkmalwert und Betroffenheit geprüft werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.

Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.

1008058, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Folgende Baudenkmäler und KLBs sollten bei den jeweiligen Prüfflächen berücksichtigt werden:

LEI_ASB_1: Im Randbereich geschieht eine Inanspruchnahme des KLB 326 (Tal der Wupper) und zudem reicht sie sehr nahe an das Baudenkmal Staderhof heran. Der Hof hatte bisher eine charakteristische Einzellage und wurde nicht im Prüfbogen berücksichtigt. Das LVR_ADR sieht hier den Umgebungsschutz erheblich betroffen und regt an, diese Fläche zu verkleinern, ggf. ist mehr Abstand einzuhalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Inhalt

Folgende Baudenkmäler und KLBs sollten bei den jeweiligen Prüfflächen berücksichtigt werden:

LEI_ASB_2: Im Randbereich wird der KLB 326 (Tal der Wupper) bebaut, die Fläche reicht zudem sehr nahe an den Eicherhof heran. Die Hofanlage befindet sich in charakteristischer Einzellage, wurde jedoch nicht im Prüfbogen berücksichtigt. Das LVR_ADR sieht hier den Umgebungsschutz erheblich betroffen und regt an, diese Fläche zu verkleinern, ggf. ist mehr Abstand einzuhalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Inhalt

Folgende Baudenkmäler und KLBs sollten bei den jeweiligen Prüfflächen berücksichtigt werden:

WER_ASB_1: Die Prüffläche befindet sich im KLB 331 Mühlen im Eifgenbachtal (Wermelskirchen). Es sind die historischen Ortsränder betroffen und erhaltenswerte Freiflächen, die geprüft werden sollte.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Inhalt

GIB/GIBz/GIBF:

Folgende Prüfflächen werden vom LVR-ADR aufgrund einer erwartbaren erheblichen Beeinträchtigung des Schutzguts Kulturgüter abgelehnt:

- **ELS_GIBz_1:** Das Prüfgebiet befindet sich zwischen drei geschützten Gutshöfen, von denen einer auch ein KLB Nr. 75 ist, Gut Brockendorf (Elsdorf). Das Baudenkmal Gut Brockendorf mit Hofkapelle und Hofkreuz wurde 1116 als Besitz der Abtei St. Pantaleon in Köln erstmalig erwähnt. Im Mittelalter entstand eine befestigte Anlage daraus, Reste des Grabensystems sind heute noch erkennbar. Das Baudenkmal Gut Desdorf nördlich der B55 ist ein Herrensitz aus dem 18. Jahrhundert, der Vierkanthof Desdorf westlich davon ist ebenfalls ein eigenes Baudenkmal. Dazu befindet sich ein Wegekreuz von 1748 mit flankierenden Bäumen gegenüber von Hof Desdorf, liegt aber schon mitten im Plangebiet und wurde nicht genannt. Alle Baudenkmäler haben eine große orts- und siedlungsgeschichtliche wie aber auch architekturgeschichtliche Bedeutung. Ein Gewerbegebiet würde die Wirkung und funktionale wie visuelle Verbindung zwischen den Höfen zerstören. Diese Fläche würde eine erhebliche Beeinträchtigung darstellen. Die Baudenkmäler wurden nicht genannt, nicht kartiert, nicht berücksichtigt. Zudem gibt es noch ein privates Wohnhaus mitten im Gewerbegebiet. Die historischen Einzelhoflagen sind in der zusammenhängenden Struktur schon beeinträchtigt, weitere Veränderungen zerstören die historische Aussage ganz. Das LVR-ADR lehnt diese Fläche ab

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.

Das Plangebiet befindet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches, daher liegt aus regionalplanerischer Sicht keine Betroffenheit vor.

Inhalt

Folgende Prüfflächen werden vom LVR-ADR aufgrund einer erwartbaren erheblichen Beeinträchtigung des Schutzguts Kulturgüter abgelehnt:

JÜL_GIB_4: Hier ist das denkmalgeschützte ehem. Eisenbahnausbesserungswerk massiv betroffen. Die großen Hallen sind landschaftsprägend und besitzen eine große Fernwirkung. Die Fläche wird abgelehnt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.

Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.

Inhalt

Folgende Prüfflächen werden vom LVR-ADR aufgrund einer erwartbaren erheblichen Beeinträchtigung des Schutzguts Kulturgüter abgelehnt:

LEI_GIBz_1: Die Prüffläche befindet sich innerhalb von zwei KLBs: KLB 324 Tal der Wupper bei Haus Vorst (Leichlingen, Leverkusen) und KLB 325 Bauernschaft Grünscheid (Burscheid, Leichlingen). Durch die Versiegelung gehen offene Wiesen und zwei Hofanlagen verloren, eine GIB-Fläche mitten in die Landschaft zu planen, ist zudem bedenklich. Das Tal der Wietsche Mühle am Murbach als historisch aussagekräftiges Mühlental wird erheblich beeinträchtigt. Das LVR-ADR lehnt diese Fläche ab.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Inhalt

Folgende Prüfflächen sollten verkleinert werden:

- **HER_GIB_1:** Fast angrenzend an das Prüfgebiet befindet sich das ehem. Rittergut Groß Ürsfeld, das durch eine zu nahe GIB-Fläche durch Lärm eine funktionale Beeinträchtigung erfahren könnte. Das LVR-ADR regt an, mehr Abstand zu halten und die visuellen Beeinträchtigungen zu überprüfen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.

Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.

Inhalt

Folgende Prüfflächen sollten verkleinert werden:

EU_GIBz_2: Die sehr große Fläche reicht bis an den historischen Waldrest hinter dem KLB 194 Kloster Antonigartzem. Es ist eine hohe Dichte an historischen Strukturen rund um das Kloster vorhanden. Der Wald wurde lt. Tranchotkarte Pleutzling genannt, südlich verläuft der Bleibach, der vom ehem. Bleiabbau zeugt, westlich der Enzbach, ein historischer Flutgraben, und der Ort Enzen selbst besitzt eine Anzahl an historischen Gebäuden. Die alte Wegeverbindung Antonigartzem nach Enzen existiert noch mit den umgebenden Feldern. Ein Gewerbegebiet in der Größe und Nähe bringt eine starke Beeinträchtigung des historischen Gefüges mit sich. Das LVR-ADR empfiehlt, die Fläche zu verkleinern um den Abstand zum Kloster zu vergrößern. Auf Ebene der Bauleitplanung ist der Schutz nicht mehr zu gewährleisten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.

Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.

1008066, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Folgende Prüfflächen sollten verkleinert werden:

EU_GIB_3: Die Prüffläche befindet sich zu knapp am Ort Wißkirchen, es sind nur ca. 123m zu Kirche und Friedhof. Wir regen an, den Abstand zu vergrößern bzw. auf diese Fläche zu verzichten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.

Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.

Inhalt

Folgende Prüfflächen sollten verkleinert werden:

GEI_GIBz_1: Durch dieses extrem große GIB-Gebiet wird der KLB Nr. 28 Ruraue bei Hückelhoven (Geilenkirchen, Heinsberg, Hückelhoven) z.T. überbaut. Aus historischer Sicht ist die Trennung der Orte von Bedeutung, die Freiflächen vermitteln außerdem den Bezug zu den besonderen topografischen Gegebenheiten in der Ruraue. Bedeutend sind die historischen Wegeführungen und die Blickbezüge zur typischen Prägung der Landschaft. Hier wird angeregt, die Ausdehnung dieser Fläche zu prüfen und ggf. zu verkleinern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

1008068, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Folgende Prüfflächen sollten verkleinert werden:

WDB_GIB_1: Auf der anderen Seite der L 339 befindet sich der Denkmalsbereich / KLB Diezenkausen. Er wurde im Prüfbogen nicht genannt. Um keine erhebliche funktionale Beeinträchtigung durch Lärm zu erzeugen, sollte dies in der weiteren Planung berücksichtigt werden und ggf. die Fläche verkleinert werden. Der Wald muss auf alle Fälle zum Schutz gegen Lärm erhalten bleiben.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.

Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.

1008069, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Folgende Prüfflächen sollten verkleinert werden:

HÜH_GIBz_1: Das GIB befindet sich sehr nahe, nur 160 m ca., am Denkmal Gut Marienhof. Hier droht die Gefahr der funktionalen Beeinträchtigung durch Lärm und in weiterer Folge die Unbewohnbarkeit, was eine Nutzung schwierig macht und somit die Erhaltung des Denkmals gefährdet.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.

Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.

1008070, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Folgende Prüfflächen sollten verkleinert werden:

JÜL_GIB_2: Die Fläche befindet sich innerhalb des KLB Zuckerfabrik Gut Lorsbeck, Nr. 54, und liegt über dem Jülicher Mühlenteich (D § 3), zudem befindet sich in nur 250 m Entfernung auf der anderen Seite der Bahnlinie Gut Lorsbeck, ebenfalls D § 3. Das Anwesen muss bezüglich Umgebungsschutz gem. § 9 DSchG NRW berücksichtigt werden. Hier droht die Gefahr der funktionalen Beeinträchtigung durch Lärm und in weiterer Folge die Unbewohnbarkeit, was eine Nutzung schwierig macht und somit die Erhaltung des Denkmals gefährdet.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Inhalt

Die folgenden Prüfflächen lösen evtl. eine Betroffenheit aus bei Baudenkmäler oder KLBs. Die Auswirkungen sind zu prüfen und die Planung ggf. anzupassen, die Denkmäler zu nennen:

- **BUR_GIB_1:** Ein Fachwerkhaus befindet sich am südöstlichen Eck der Prüffläche. Dazu befinden sich 2 KLBs im Plangebiet: KLB 329 alte Höhenstraße und 359 Optisch- mechanische Telegraphenlinie. Die Linie sollte von Bebauung freigehalten werden. In näherer Umgebung befindet sich Haus Landscheid, zwar hinter Wald aber durch große Lärmbelastung kann funktionale Betroffenheit und ein Nutzungsproblem entstehen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

1008072, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Die folgenden Prüfflächen lösen evtl. eine Betroffenheit aus bei Baudenkmäler oder KLBs. Die Auswirkungen sind zu prüfen und die Planung ggf. anzupassen, die Denkmäler zu nennen:</p> <p>BUR_GIB_2: Von der Prüffläche ist der KLB-Nr. 329 Alte Höhenstraße von Mülheim nach Lennep (Burscheid, Leverkusen, Wermelskirchen) betroffen sowie das Wohnhaus Sträßchen 2, ehem. ?Zum Dorn? gegenüber Plangebiet. Das Gebäude war im 19. Jh. eine Einkehr-Gaststätte an der alten Postkutschenstrecke Köln - Berlin. Durch Lärm kann eine funktionale Beeinträchtigung entstehen. Das LVR_ADR sieht hier den Umgebungsschutz betroffen und regt an, diese Fläche zu verkleinern, bzw. mehr Abstand einzuhalten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.</p>

1008073, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Die folgenden Prüfflächen lösen evtl. eine Betroffenheit aus bei Baudenkmäler oder KLBs. Die Auswirkungen sind zu prüfen und die Planung ggf. anzupassen, die Denkmäler zu nennen:</p> <p>BUR_GIBF_1: Direkt angrenzend befinden sich mehrere Denkmäler (Kirche, Fachwerkhäuser, altes Badehaus, div. Wohnhäuser, Kriegerdenkmal) und der Denkmalbereich Burscheider Altstadt ist nicht weit entfernt. Ebenso befindet sich angrenzend ein Friedhof und die gegenüberliegende Friedhofserweiterung im Wiembachtal innerhalb des Plangebiets. Das Tal ist ein Kulturlandschaftselement mit Bewuchs und rahmendem Baumbestand, mit fließendem Übergang zu den landwirtschaftlich genutzten Flächen. Zwei Solitärhöfe liegen in Löh. Die Auswirkungen der Fläche auf die Baudenkmäler sind zu prüfen und ggf. ist die Fläche zu verkleinern, bzw. der Abstand zu vergrößern.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung</p> <p>Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.</p> <p>Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.</p>

1008074, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Die folgenden Prüfflächen lösen evtl. eine Betroffenheit aus bei Baudenkmäler oder KLBs. Die Auswirkungen sind zu prüfen und die Planung ggf. anzupassen, die Denkmäler zu nennen:</p> <p>DN_GIB_4: Der GIB kann eine Beeinträchtigung darstellen für den KLB Nr. 126 Mittlere Ruraue bei Düren (Kreuzau, Düren). Zudem befindet sich das Baudenkmal Dürener Mühlenteich am östlichen Rand bzw. noch innerhalb der Fläche. Das Denkmal muss vor substanziellen und funktionalen Schäden geschützt werden und soll erhalten bleiben.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.</p>

Inhalt

Die folgenden Prüfflächen lösen evtl. eine Betroffenheit aus bei Baudenkmäler oder KLBs. Die Auswirkungen sind zu prüfen und die Planung ggf. anzupassen, die Denkmäler zu nennen:

ERK_GIB_1: Die Planung befindet sich in der Nähe des Baudenkmals und KLB 30 Haus Hohenbusch (Erkelenz) Ehem. Kreuzherrenkloster. Durch Lärmbelastung kann eine funktionale Betroffenheit und in weiterer Folge ein Nutzungsproblem entstehen, einhergehend damit ist die Erhaltung des Denkmals gefährdet. Daher sind die Auswirkungen der Planung auf Haus Hohenbusch zu prüfen und ggf. anzupassen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Inhalt

Die folgenden Prüfflächen lösen evtl. eine Betroffenheit aus bei Baudenkmäler oder KLBs. Die Auswirkungen sind zu prüfen und die Planung ggf. anzupassen, die Denkmäler zu nennen:

GM_GIB_1: Der KLB 419 Zeithstraße wird überbaut. Die Strukturen sollten weiterhin erkennbar bleiben (z.B. Weg an gleicher Stelle).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

1008077, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Die folgenden Prüfflächen lösen evtl. eine Betroffenheit aus bei Baudenkmäler oder KLBs. Die Auswirkungen sind zu prüfen und die Planung ggf. anzupassen, die Denkmäler zu nennen:</p> <p>HEL_GIB_1: Angrenzend an das Plangebiet befindet sich der Bahnhof Losheim der Vennquerbahn oder Kyllbahn. Das Baudenkmal muss genannt und berücksichtigt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.</p> <p>Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.</p>

Inhalt

Die folgenden Prüfflächen lösen evtl. eine Betroffenheit aus bei Baudenkmäler oder KLBs. Die Auswirkungen sind zu prüfen und die Planung ggf. anzupassen, die Denkmäler zu nennen:

HÜR_GIB_2_A: Die Prüffläche befindet sich innerhalb der genannten KLB 155 Berrenrath und KLB 69 Nord-Süd Kohlenbahn, Grubenanschlussbahn. Direkt an die Prüffläche grenzen der Grabenkunker Gotteshölfe, der Bahnhof Goldenberg und das Brechergebäude. Alle Objekte gehörten mit großer Wahrscheinlichkeit zur Nord-Süd-Kohlenbahn zwischen den Braunkohletagebauen, der sog. ?Kohlensammelschiene?. Sie dienten vermutlich zur Anbindung des Veredelungsbetriebes Berrenrath und/oder des Kraftwerks Goldenberg (südlich der Fläche) und zählen zu ausgewählten Bauwerken dieser Eisenbahnstrecke, die vom LVR-ADR bereits als denkmalwert ausgewiesen wurden und sich aktuell in der Prüfung befinden, ebenso wie die angrenzenden Betriebsanlagen des Kraftwerks Goldenberg. Soweit noch vorhanden, sind alle genannten Objekte vermutlich auch schutzwürdig. Daher sollten alle erhaltenen Objekte genannt, kartiert und in der weiteren Planung berücksichtigt und erhalten werden. Die Nutzung sollte nicht gefährdet werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

1008079, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Die folgenden Prüfflächen lösen evtl. eine Betroffenheit aus bei Baudenkmäler oder KLBs. Die Auswirkungen sind zu prüfen und die Planung ggf. anzupassen, die Denkmäler zu nennen:

STA_GIB_2: Der KLB 359 (Telegraphenlinie) ist betroffen. Die Linie sollte von Bebauung freigehalten werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Inhalt

Die folgenden Prüfflächen lösen evtl. eine Betroffenheit aus bei Baudenkmäler oder KLBs. Die Auswirkungen sind zu prüfen und die Planung ggf. anzupassen, die Denkmäler zu nennen:

WES_GIB_2: Das Baudenkmal Schloss Eichholz mit Parkanlage befindet sich direkt angrenzend an das Plangebiet, es wurde im Prüfbogen nicht genannt. Das Schloss mit Parkanlage muss genannt und auf Beeinträchtigungen geprüft werden. Wir regen an, einen Abstand zur L 192 zu halten der auch begründet werden sollt, damit das Schloss in der Anfahrt von Süden durch die Allee nicht von seiner Wirkung einbüßt. Diese Anregung hat das LVR-ADR auch schon in der Bauleitplanung in Stellungnahmen dargelegt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.

Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.

Inhalt

Die folgenden Prüfflächen lösen evtl. eine Betroffenheit aus bei Baudenkmäler oder KLBs. Die Auswirkungen sind zu prüfen und die Planung ggf. anzupassen, die Denkmäler zu nennen:

WES_GIB_2: Das Baudenkmal Schloss Eichholz mit Parkanlage befindet sich direkt angrenzend an das Plangebiet, es wurde im Prüfbogen nicht genannt. Das Schloss mit Parkanlage muss genannt und auf Beeinträchtigungen geprüft werden. Wir regen an, einen Abstand zur L 192 zu halten der auch begründet werden sollt, damit das Schloss in der Anfahrt von Süden durch die Allee nicht von seiner Wirkung einbüßt. Diese Anregung hat das LVR-ADR auch schon in der Bauleitplanung in Stellungnahmen dargelegt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.

Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.

Inhalt

Talsperren

- **HEL_Talsperre_01 ? Prether-Platißbachtalsperre:** Ein Denkmal könnte evtl. unmittelbar von Totalverlust betroffen sein, es sollte im Prüfbogen erwähnt werden und bei möglicher Umsetzung der Planung auf seine Beeinträchtigung geprüft werden. Zwei Baudenkmäler befinden sich zwar nicht innerhalb des Planbereichs, aber nur 160m ca. von der Staumauer entfernt. Laut Skizze kann die Stauhöhe bis auf 550 m Seehöhe kommen, die Baudenkmäler stehen tiefer auf 440 m Seehöhe. Dies würde nicht nur eine unangenehme Situation erzeugen und evtl. die Nutzung der Gebäude gefährden, sondern im Ernstfall auch eine tatsächliche Bedrohung darstellen. Ferner sind das Prether/Hollerather Bachtal und der Eicherscheider Siefen als prägende Gliederungselemente der Kulturlandschaft zu erfassen und zu prüfen. Die Planung ist daher für das LVR-ADR nur bedingt vertretbar, bspw. bei niedrigerer Stauhöhe oder Kaskadenanlage.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht. Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet. Die Festlegung der Prether-Platißbachtalsperre sichert den Standort als potenziellen Talsperrenstandort. Dabei steht insbesondere im Vordergrund, Planungen und Maßnahmen, die der Errichtung einer Talsperre entgegenstehen, zu vermeiden. Aufgrund der Zielvorgabe des LEP NRW besteht für die Regionalplan-Ebene kein Abwägungsspielraum auf die Talsperrenfestlegung zu verzichten. Sofern es zu einer Umsetzung der Planung kommt, ist im Rahmen der Planfeststellung eine detailliertere Betrachtung der Betroffenheit von Schutzgütern, u.a. des Denkmalschutzes vorzunehmen.

1008083, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

LOH_OVE_Talsperre_01 ? Naafbachtalsperre: Betroffen sind der KLB 395 (Naafbachthal) der auch genannt wurde. Es sind aber auch mehrere Denkmäler betroffen, die im Prüfbogen nicht erwähnt wurden, dabei bedeutet die Planung einen Totalverlust. Unter anderem soll offenbar die gesamte Ortschaft Ingersauel der Talsperre weichen, ein Ort, der aus zahlreichen Denkmälern besteht und sogar als Denkmalbereich in Frage kommen würde. Ingersauel ist in der Dichte von historischer Substanz und im Zusammenwirken mit zugehörigen historischen Freiflächen, Wegeführungen, Ausprägung der Oberflächen, Hecken, Zäunen, Wegsäumen, Obstbäumen und Bewuchs insgesamt in der Einbindung in die topografischen Gegebenheiten und im Übergang zur umgebenden offenen Landschaft einzigartig. Der Ort sollte weiträumig als ein historisch bedeutsames Ganzes erhalten werden. Ähnlich ergeht es dem Ort Bloch, mehrere Baudenkmäler und möglicher Denkmalbereich. Dazu würden komplett erhaltene Naafer Mühle aus dem 18. Jh. und weitere Einzeldenkmäler zerstört werden. Die Planung ist daher für das LVR-ADR absolut nicht vertretbar.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht. Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet. Die Festlegung der Naafbachtalsperre sichert den Standort als potenziellen Talsperrenstandort. Dabei steht insbesondere im Vordergrund, Planungen und Maßnahmen, die der Errichtung einer Talsperre entgegenstehen, zu vermeiden. Aufgrund der Zielvorgabe des LEP NRW besteht für die Regionalplan-Ebene kein Abwägungsspielraum auf die Talsperrenfestlegung zu verzichten. Sofern es zu einer Umsetzung der Planung kommt, ist im Rahmen der Planfeststellung eine detailliertere Betrachtung der Betroffenheit von Schutzgütern, u.a. des Denkmalschutzes vorzunehmen.

1008084, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

MAR_GM_Talsperre_01 ? Leppetalsperre: Bei dieser Talsperrenplanung wären nicht nur die im Umweltbericht genannten KLB 404 (Gimborn) und 405 (Leppetal) betroffen, sondern auch der Denkmalbereich Gimborn mit zahlreichen Baudenkmälern von großer Bedeutung, wie bspw. das Schloss Gimborn, die kath. Pfarrkirche St. Johann Baptist, das Pfarrhaus, Kreuzwegstationen, die Mühle an der Schlossstr. 4. Schloss Gimborn und das umliegende Tal bilden zusammen mit den historischen Objekten und Strukturen eine aus geschichtlichen Gründen funktional, strukturell, visuell und assoziativ eine in sich stimmige und untrennbare Einheit, die durch den Denkmalbereich geschützt ist und die erhalten werden muss. Die Talsperre würde hier eingreifen und die Einheit zerstören. Zudem ist die drohende Überflutungsgefahr für den Denkmalbereich und das Schloss nicht auszudenken. Diese Planung ist für das LVR-ADR daher absolut nicht vertretbar.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht. Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung. Die Festlegung der Leppetalsperre sichert den Standort als potenziellen Talsperrenstandort. Dabei steht insbesondere im Vordergrund, Planungen und Maßnahmen, die der Errichtung einer Talsperre entgegenstehen, zu vermeiden. Aufgrund der Zielvorgabe des LEP NRW besteht für die Regionalplan-Ebene kein Abwägungsspielraum auf die Talsperrenfestlegung zu verzichten. Sofern es zu einer Umsetzung der Planung kommt, ist im Rahmen der Planfeststellung eine detailliertere Betrachtung der Betroffenheit von Schutzgütern, u.a. des Denkmalschutzes vorzunehmen.

1008085, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege

Inhalt

REI_Talsperre_01 ? Steinaggertalsperre: Das Gebiet betrifft den genannten KLB 415 (Eckenhagen/Müllerheide) und Objekte in Müllerheide, die noch auf ihren Denkmalwert geprüft werden. Aggertal und Mähbachtal bilden im Zusammenwirken von Siedlungsstellen, Aggermühle, Wegeführung, Oberflächenstrukturen, Obstwiesen, Weiden, Baumbestand und Bewuchs ein historisch geprägtes Kulturlandschaftselement, das insgesamt erhalten werden sollte. Die Planung ist für das LVR-ADR nicht vertretbar.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht. Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung. Die Festlegung der Steinaggersperre sichert den Standort als potenziellen Talsperrenstandort. Dabei steht insbesondere im Vordergrund, Planungen und Maßnahmen, die der Errichtung einer Talsperre entgegenstehen, zu vermeiden. Aufgrund der Zielvorgabe des LEP NRW besteht für die Regionalplan-Ebene kein Abwägungsspielraum auf die Talsperrenfestlegung zu verzichten. Sofern es zu einer Umsetzung der Planung kommt, ist im Rahmen der Planfeststellung eine detailliertere Betrachtung der Betroffenheit von Schutzgütern, u.a. des Denkmalschutzes vorzunehmen.

1008086, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p><u>Infrastruktur</u></p> <p>Folgende Flächen sollten in ihrer Linienführung teilweise überdacht werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • K_PUL_BM_Schiene_01: <u>Der Denkmalbereich Freimersdorf wird tangiert und substanziell beeinträchtigt, der KLB 335 Äußerer Grüngürtel linksrheinisch (Köln) wird durchquert. Freimersdorf ist ein historisch bedeutender Weiler aus substantiell hochkarätigen Höfen unterhalb der Abtei Brauweiler am südlichen Ortsrand von Brauweiler. Die landwirtschaftliche Prägung schlägt sich insbesondere im direkten funktionsbestimmten Bezug zu den umgebenden Wiesen, Weiden und Ackerflächen nieder. Die bisherige Straße zerschneidet bereits die kulturlandschaftliche Einheit und den Denkmalbereich. Ein weiterer Ausbau der Durchgangsstraße trennt die nördlich der K5 gelegene Freifläche als unmittelbaren und prägenden Umgebungsbereich der Höfe noch stärker ab. Des Weiteren sind evtl. viele andere Baudenkmäler entlang der Streckenführung betroffen, dies ist in dem Maßstab und der Kartengrundlage aber noch nicht prüfbar.</u> 	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.</p>

Inhalt

Bei den folgenden Flächen sind die betroffenen Denkmäler zu nennen und in den weiteren Planungsschritten die Auswirkungen auf sie genauer zu prüfen und zu vermeiden:

- **GL_Schiene_01:** In Bensberg sind mehrere Baudenkmäler in unmittelbarer Nähe der geplanten Trasse, wie das Kardinal-Schulte-Haus, das Landhaus Offermann, einige Villen. Die Planung befindet sich außerdem innerhalb des KLB 379 Bensberg. Die Auswirkungen sind zu prüfen und die Baudenkmäler hinsichtlich ihrer Beeinträchtigungen zu berücksichtigen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes ?Kultur- und sonstige Sachgüter? vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

1008088, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Bei den folgenden Flächen sind die betroffenen Denkmäler zu nennen und in den weiteren Planungsschritten die Auswirkungen auf sie genauer zu prüfen und zu vermeiden:</p> <p>HUR_Schiene_01: Die Schienenplanung betrifft den nicht genannten KLB 157 Weilerhof bei Fischenich (Hürth) sowie die angrenzende Villa Bischof (Denkmal) mit historischem Park. Der KLB 357 Eisenbahnlinie Köln Koblenz und der KLB 237 Eifelbahn von Kalscheuren nach Jünkerath wurden genannt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1008089, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Bei den folgenden Flächen sind die betroffenen Denkmäler zu nennen und in den weiteren Planungsschritten die Auswirkungen auf sie genauer zu prüfen und zu vermeiden:</p> <p>JUL_Schiene_01: Der betroffene KLB 54 Zuckerfabrik, Gut Lorsbeck, Eisenbahnausbesserungswerk Jülich-Süd (Jülich) wurde genannt, das Baudenkmal Jülicher Mühlenteich jedoch nicht. Es darf nicht beeinträchtigt bzw. substanziell gefährdet werden und sollte frühzeitig berücksichtigt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1008090, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Wir freuen uns auf die weitere Beteiligung. Für alle Fragen der Bodendenkmalpflege (Archäologie) liegt die Zuständigkeit beim LVR Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Endenicher Str. 133, 53115 Bonn. Denkmalschutz/Denkmalpflege: ABR.Bauleitplanung@lvr.de</p> <p>Die Belange der Kulturlandschaft vertritt der Landschaftsverband Rheinland als Träger öffentlicher Belange insgesamt. Bitte senden Sie Ihre Beteiligungsschreiben daher auch immer zusätzlich an: Landschaftsverband Rheinland, Dezernat 3, Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, Bauen für Menschen GmbH, Kennedy-Ufer 2, 50663 Köln (per E-Mail an: torsten.ludes@lvr.de oder franz-josef.koenigs-commandeur@lvr.de)</p> <p>Bei Fragen können Sie uns gerne kontaktieren.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Hinweis zur Beteiligung wird zur Kenntnis genommen.</p>

AZ: BET_4003_1

LVR Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland

1008096, LVR Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland

Inhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie die Stellungnahme des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege sowie die Shape-Dateien der in die Denkmalliste eingetragenen Bodendenkmäler sowie der bislang erfassten vermuteten Bodendenkmäler innerhalb des Geltungsbereiches des Regierungsbezirks Köln.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen aus Bonn

im Auftrag

Elisabeth Freund

Neuaufstellung Regionalplan Köln

In Kap. 4.8 des Umweltberichtes sowie in Anhang B der Textlichen Festlegungen zur Neuaufstellung wird auf die Archäologischen Bereiche aus dem Fachbeitrag des LVR zur Kulturlandschaft für den Regionalplan Köln (2016) eingegangen. Daneben werden die eingetragenen Bodendenkmäler berücksichtigt. Es wird darauf hingewiesen, dass die Anzahl geschützter Kulturdenkmäler insgesamt tendenziell zunehmen wird. Begrüßenswert ist darüber hinaus, dass in Kap. 4.5.2 der Begründung die Berücksichtigung von Bodendenkmälern bei der Bewirtschaftung in Waldbereichen festgehalten wird.

Bodendenkmäler

Zwecks Abgleich/Aktualisierung der eingetragenen Bodendenkmäler ist dieser Stellungnahme eine Shape-Datei mit den im Geltungsbereich des Regierungsbezirk Köln vorhandenen Bodendenkmälern beigelegt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei diesen Daten ausschließlich um die vom LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland (LVR-ABR) in Vorbereitung befindlichen sowie beantragten Bodendenkmäler handelt. Diese Informationen stellen einen unverbindlichen Datenbestand zum Untersuchungsraum dar, wie er aktuell im LVR-ABR erfasst ist. Die Denkmallisten und damit die konkret festgestellten Flächen der eingetragenen Bodendenkmäler werden derzeit noch bei den jeweiligen, örtlich zuständigen Kommunen geführt. Das bedeutet,

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht. Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung. Die Festlegung einer Talsperre sichert den Standort als potenziellen Talsperrenstandort. Dabei steht insbesondere im Vordergrund, Planungen und Maßnahmen, die der Errichtung einer Talsperre entgegenstehen, zu vermeiden. Aufgrund der Zielvorgabe des LEP NRW besteht für die Regionalplan-Ebene kein Abwägungsspielraum auf die Talsperrenfestlegung zu verzichten. Sofern es zu einer Umsetzung der Planung kommt, ist im Rahmen der Planfeststellung eine detailliertere Betrachtung der Betroffenheit von Schutzgütern, u.a. des Denkmalschutzes vorzunehmen

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

dass verbindliche Informationen zu den Bodendenkmälern (Eintragungsstand, eingetragene Flächen usw.) bei den jeweiligen Unteren Denkmalbehörden der Kommunen abzufragen sind. Das mit Wirkung vom 01.06.2022 novellierte Denkmalschutzgesetz stellt den Schutz der vermuteten Bodendenkmäler mit den bereits eingetragenen Bodendenkmälern gleich. Dieser ist nunmehr nicht mehr von der Eintragung in die Denkmalliste abhängig (§ 5 II DSchG NRW). Die bereits dargestellten Bodendenkmäler sind daher um die vermuteten Bodendenkmäler zu ergänzen. Deren Auswertung/Erfassung ist noch nicht abgeschlossen. Aus dem Regierungsbezirk Köln liegen die vermuteten Bodendenkmäler bislang lediglich aus den Kommunen Aachen, Bonn, Bornheim, Brühl, Düren, Heinsberg, Königswinter, Lindlar, Much, Niederzier, Pulheim, Troisdorf und Wegberg vor. Auch hierzu ist dieser Stellungnahme eine Shape-Datei beigelegt, die die in den genannten Kommunen vorhandenen vermuteten Bodendenkmäler enthält. Genauso wie die o.g. in die Seite 2 Denkmalliste eingetragenen Bodendenkmäler ist die Sicherung der vermuteten Bodendenkmäler nach dem Planungsleitsatz des § 14 III DSchG NRW durch die Gemeinden zu gewährleisten.

Erläuterung zu den vermuteten Bodendenkmälern

Seit der Gesetzesnovellierung zum 01.06.2022 umfasst § 2 V DSchG NRW zunächst die Bodendenkmäler, die die Voraussetzungen des § 2 I erfüllen und damit nach Art, Datierung und Abgrenzung so konkret bekannt sind, dass ihre denkmalrechtliche Bedeutung zweifelsfrei zu belegen und der Schutzbereich konkret abzugrenzen sind. Gleichmaßen zu berücksichtigen sind aber archäologische und erdgeschichtliche Plätze, für deren Vorhandensein konkrete, wissenschaftlich begründete Anhaltspunkte vorliegen und für die (mit hoher Wahrscheinlichkeit) anzunehmen ist, dass an ihrer Erhaltung und Nutzung ein öffentliches Interesse besteht, deren flächenmäßige Ausdehnung oder Bedeutung im Sinne des § 2 Absatz 1 Satz 2 aber noch nicht bestimmbar sind: die vermuteten Bodendenkmäler. Der Ansprache eines vermuteten Bodendenkmals liegen beim LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland klare Kriterien zugrunde, nach denen die Informationen der zentralen archäologischen Datenbank bewertet werden. Dabei finden ausschließlich fachlich eindeutige Anhaltspunkte Verwendung, bei denen es sich beispielsweise um Funde von der Geländeoberfläche, um Schichten oder Baubefunde etwa aus Baumaßnahmen, um Erkenntnisse aus historischen Karten, um Merkmale in der Geländegestalt, um Luftbildstrukturen oder um Ergebnisse geophysikalischer Messungen handelt. Auf der Grundlage wissenschaftlicher Erfahrung und der Analogie zu bekannten Vergleichsfällen werden Flächen definiert, in denen mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem Erhalt archäologischer Bodenerkundungen auszugehen ist. Zusätzlich zu den hier dargestellten Flächen liegen für den Regierungsbezirk Köln zahlreiche Fundmeldungen vor (nicht beigelegt), die bislang keine Abgrenzung als Bodendenkmal oder vermutetes Bodendenkmal erlauben, die aber für die bodendenkmalpflegerische Bewertung künftiger Planungen durchaus relevant sein können.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Es werden darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Geplante Talsperren

Schon ein erster, grober Abgleich der geplanten Talsperrenstandorte mit dem Datenbestand des LVR-ABR zeigt bei zwei der vier Vorhaben die Betroffenheit von archäologischem Kulturgut. Bei den betroffenen Konfliktbereichen handelt es sich neben einem eingetragenen sowie einem vermuteten Bodendenkmal um Fundplätze, bei denen davon auszugehen ist, dass sie die Voraussetzungen zu Eintragung als Bodendenkmal erfüllen. Bei dem Standort der geplanten Talsperre Nr. 29, Prether-Platißbachtalsperre, handelt es sich ? vorbehaltlich der genauen Verortung des Vorhabens ? um das folgende eingetragene.

Bitte in der PDF mit Originalinhalt die entsprechende Tabelle beachten.

Shape Dateien liegen im Verzeichnis:

H:\Abt3\Dez32\Themen\1_RPlan_Orga\Neuaufstellung

Regionalplan\2_4_Rückmeldungen_TÖB\BET_403000_1 Shape des LVR

Bodendenkmalpflege

AZ: BET_407000_1

Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

1003911_001, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Der Grundsatz "G.52 Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln" wird ausdrücklich unterstützt. In der Erläuterungskarte I.2 (Anhang A4) fehlen jedoch zum Teil die Radschnellverbindungen und Radvorrangrouten aus dem "Gesamtregionalen Radverkehrskonzept für das Rheinische Revier". Diese wichtigen künftigen Radhaupttrouten sollten als "Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard (Planungen mit festgelegtem Start- und Zielort)" in die Erläuterungskarte I2 aufgenommen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.

1003911_002, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Eine Mobilitätswende braucht neue Infrastrukturen. Hier ist vor allem die Beseitigung des schlechten Abdeckungszustands der Ladeinfrastruktur im ländlichen Raum zu nennen. Der Regionalplan sollte hier einen Grundsatz der Förderung der Elektromobilität insbesondere in ländlichen Räumen mitaufnehmen, um so die planerischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für deren Ausbau zu schaffen bzw. zu erleichtern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

1007249, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Der Zweckverband begrüßt die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln als wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung des Verbandsgebiets und für die Bewältigung der Transformationsaufgaben, vor allem im Zusammenhang des Kohleausstiegs. Generell ist es für den Zweckverband von besonderer Bedeutung, einen konfliktfreien Rahmen für die Umsetzung der sich aus dem Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier ergebenden Zielsetzungen zu schaffen. Dies beinhaltet sowohl die nachfolgend aufgeführten allgemeingültigen Punkte sowie auch die Stellungnahme zu einzelnen detaillierteren Themen der textlichen sowie zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans, die im Anschluss daran aufgeführt sind:

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Dieser einleitende Hinweis zu den im weiteren Verlauf der Stellungnahme aufgeführten Hinweise, Anregungen und Bedenken wird zur Kenntnis genommen.

1007251, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Ich bedanke mich für die Beteiligung am o.g. Verfahren. Der Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler ist im Auftrag seiner vier Verbandskommunen verantwortlich für die interkommunale Entwicklung in seinem Verbandsgebiet. Dabei spielt auch die Koordination über die Grenze der beiden Regierungsbezirke eine Rolle. Die Verbandskommunen Erkelenz und Titz sind im Regierungsbezirk Köln verortet. Der Zweckverband begrüßt die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln als wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung des Verbandsgebiets und für die Bewältigung der Transformationsaufgaben, vor allem im Zusammenhang des Kohleausstiegs. Generell ist es für den Zweckverband von besonderer Bedeutung, einen konfliktfreien Rahmen für die Umsetzung der sich aus dem Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier ergebenden Zielsetzungen zu schaffen. Dies beinhaltet sowohl die nachfolgend aufgeführten allgemeingültigen Punkte sowie auch die Stellungnahme zu einzelnen detaillierteren Themen der textlichen sowie zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans, die im Anschluss daran aufgeführt sind:

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Dieser einleitende Hinweis zu den im weiteren Verlauf der Stellungnahme aufgeführten Hinweisen, Anregungen und Bedenken wird zur Kenntnis genommen.

1007252, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Die Leitentscheidung 2021 hat einen Perspektivwechsel eingeleitet, der sich in Plan- und Genehmigungsverfahren wiederfinden muss. Die Transformationsräume der Tagebaue mit ihren Umgebungen sollen zu Zukunftsräumen entwickelt werden und möglichst frühzeitige und vielfältige Entwicklungsperspektiven eröffnen. In diesem Sinne sind sowohl die schnellstmögliche Inwertsetzung der Tagebaurandbereiche/Sicherheitsstreifen als auch vielfältige Zwischennutzungen im Böschungssystem zu ermöglichen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

1007253, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Kommunale Entwicklungsabsichten in der End- und Zwischenlandschaft (u.a. touristische Erschließung) sind durch die Regionalplanung zu berücksichtigen und deren Umsetzung zu ermöglichen. Der planerische Vollzug wird z.T. schon im zeitlichen Gestaltungsrahmen des anstehenden Regionalplanes stattfinden; notwendige Genehmigungen werden erforderlich und sind planungsrechtlich sicher zu stellen. Der Regionalplan sollte daher keine restriktiven Festlegungen treffen, die spätere Entwicklungen erschweren.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

1007254, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Zu folgenden Punkten im Bereich der textlichen und zeichnerischen Festlegungen möchte ich konkret Stellung nehmen:

Thema Mobilität: Der Zweckverband hat ein ?Grobkonzept Straßen- und Radverkehrsnetz? für den Geltungsbereich des Tagebaus Garzweiler beschlossen. Dieses beinhaltet u.a. nicht mehr den Bau der L277n südlich der Ortschaft Holzweiler (zeichnerische Festlegung, Blatt des Kreises Heinsberg), die in ihrer dargestellten Lage seit der Leitentscheidung 2016 durch die Tatsache, dass Holzweiler nicht mehr bergbaulich in Anspruch genommen wird und durch die L19n entlang des zukünftigen Seerandes eine durchgängige Verbindung zwischen Kückhoven und Jackerath geschaffen wurde, nicht mehr benötigt wird. Somit müsste die Darstellung der L277n in den zeichnerischen Festlegungen entfallen und eine Verbindung entlang der zukünftigen Seekante in Verlängerung der L19 dargestellt werden. Diese ist im Zuge der Leitentscheidung 2021 weiterer zukünftiger Leitentscheidung(en) fortlaufend anzupassen. Ähnliches trifft für die Darstellung der L31n sowie der L48n im Rekultivierungsbereich östlich des Tagebaus Garzweiler zu. Diese beiden Verbindungen sind im beschlossenen ?Grobkonzept Straßen- und Radverkehrskonzept? des Zweckverbands nicht mehr enthalten und sollten somit in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans entfallen. Stattdessen fehlt die nördlich von Jackerath geplante Straßenverbindung der zukünftigen L19n Richtung Hochneukirch.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

Zur L277n: Aufgrund des vorzeitigen Kohleausstiegs und der Leitentscheidungen der Landesregierung verändert sich die Abbaugrenze des Braunkohlentagebaus Garzweiler. Die L19 wird entgegen der Planung nicht mehr in Anspruch genommen, so dass eine Festlegung der L19 (Bestand) und die Streichung der im Braunkohlenplan vorgesehenen Ersatzstraße (L277) im Regionalplan folgerichtig sind.

Zur L19n: Die Planung der L19n zwischen Jackerath und Hochneukirch wird ergänzt.

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Die Landesstraßenbedarfsplanmaßnahmen L31n sowie die L48n sind geltende Ziele der Raumordnung aus dem Braunkohlenplan Frimmersdorf. Eine Überprüfung wird im Rahmen der Überarbeitung der Braunkohlenpläne Frimmersdorf und Garzweiler erfolgen.

1007256, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Thema Gewerbe- und Industrieflächen: Insbesondere die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen stellt einen zentralen Baustein im Rahmen der Strukturstärkungsstrategie dar. Die durch die zahlreichen Innovationsprojekte ausgelöste wirtschaftliche Aktivität wird ihre beschäftigungspolitische Wirkung nur entfalten können, wenn zeitnah in ausreichendem Maße Flächen für Investitionen zur Verfügung stehen. Daher sollte der Regionalplan Auswahlmöglichkeiten bereithalten, die als Verhandlungsmasse für bisherige Flächeneigentümer dienen können, um von diesen Flächen für Gewerbe- und Industrieflächen zu erhalten. Generell bedarf es einer höheren Anzahl an potenziellen Gewerbe- und Industrieflächen, um reaktionsfähig zu sein. Mit Blick auf die Flächenplanung sind hier u.a. die Forderungen nach Verfahrensbeschleunigung, die Etablierung einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone, landesseitige Flächenpoolösungen, etc. zu nennen. Was die Anrainerkommunen und Planungsverbände brauchen, sind zeitnahe und zusätzliche Flächenausweisungen. Am Autobahnkreuz Titz-Jackerath ist die Errichtung eines interkommunalen Gewerbegebiets geplant. Hier muss die zeichnerische Darstellung des Regionalplans eine solche, auf die perspektivische Nutzung am Seeufer noch näher abzustimmende Entwicklung (GIB / ASB-GE) ermöglichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich werden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen als GIBtransformation festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

Rechtlichen Sonderregelungen im Sinne einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone sowie Regelungen zu Verfahrensbeschleunigungen obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden.

Die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsbereichen am Autobahnkreuz Titz/Jackerath ist gegenwärtig Gründen nicht möglich: Die Festlegung der zukünftigen Abbaubereiche, Ufer- und Randbereiche sowie Rekultivierung erfolgt im Rahmen des in Änderung befindlichen Braunkohleplans Garzweiler II und kann durch die Regionalplanung nicht vorweggenommen werden und aufgrund der langen Befüll- und Rekultivierungszeiten für den Tagebau Garzweiler voraussichtlich erst nach dem Planungszeitraum des Regionalplans bis 2043 erfolgen. Darüberhinaus würde eine Festlegung als Siedlungsraum aufgrund seiner isolierten Lage im Freiraum nicht in Übereinstimmung mit den Vorgaben des LEP NRW stehen.

1007257, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Thema Braunkohlenplanung: Im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans ist dafür Sorge zu tragen, dass keine Vorfestlegungen, Ziele oder Grundsätze erfolgen, die einer zukünftigen Entwicklung des Braunkohlenpangebiets entgegenstehen. Vielmehr ist eine entsprechende Einbindung und Entwicklung des Braunkohlenplangebiets in den Geltungsbereich des Regionalplans bereits heute mitzudenken. Hierfür sind die entsprechenden Konzepte und Überlegungen des Zweckverbands LANDFOLGE Garzweiler bei der Aufstellung des Regionalplans in den entsprechenden Grundsätzen (G) und Zielen (Z) zu berücksichtigen (vgl. G.10). Hierzu ist der Zweckverband als Träger öffentlicher Belange im Verfahren zu beteiligen. Die Darstellung des Tagebaus Garzweiler muss im Bereich Holzweiler nicht mit 500m Abstand zum neu ausgewiesen ASB, sondern zur Bestandsbebauung erfolgen. Zudem ist der Bereich der Bandanlagen des Tagebaus Garzweiler im Entwurf des Regionalplans als bereits weitgehend rekultivierte Fläche dargestellt, die in absehbarer Zeit aus der Bergaufsicht entlassen werden soll (vgl. Kapitel 1.5.1.). Die Bandanlagen werden jedoch bis zum Ende des aktiven Tagebaus in der aktuellen Nutzung verbleiben und Kohle zum Kohlebunker befördern. Somit ist diese Darstellung nicht korrekt und im Regionalplan anzupassen. Der Grundsatz G.47 - Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet in Kapitel 4.7.2. ?Grundwasserschutz und Gewässerschutz? wird als Ergänzung zu Ziel Z.26 und Grundsatz G.46 begrüßt. Allerdings sind Aussagen über die Auswirkungen dieses Grundsatzes auf die Schutzgüter des Umweltschutzes im Umweltbericht nicht möglich, weil der Wasserhaushalt in dem großen, sich über mehrere Landkreise erstreckenden Braunkohlenplangebiet sehr komplex ist und weil zahlreiche Unwägbarkeiten bei der Intensität und Dauer des Braunkohlentagebaus sowie bei den Maßnahmen zur Renaturierung bestehen. Eine weitere Unwägbarkeit ist der Klimawandel, dessen Auswirkungen für die linksrheinische Braunkohlenregion kaum kalkulierbar sind. Diesem Belang soll mit der vom Braunkohlenausschuss am 13.12.2021 beschlossenen Aufstellung eines Wasserwirtschaftlichen Gesamtkonzepts für das Rheinische Revier Rechnung getragen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Zweckverband Landfogle Garzweiler ist im Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln als Träger öffentlicher Belange beteiligt. Demzufolge ist seine Stellungnahme bei der Planerstellung einbezogen und wird in der Abwägung zugrundegelegt.

Der Anregung zur Darstellung des Tagebaus Garzweiler im Bereich Holzweiler wird entsprochen und (s. Stellungnahme ID 1007744).

Der Stellungnahme bezüglich der Darstellung der Bandanlagen des Tagebaus Garzweiler wird entsprochen. Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten). Der Hinweis zur der Einführung der Textlichen Festlegungen, Kapitel 1.5, Aufzählungspunkt 1 wird zur Kenntnis genommen und in einer textredaktionellen Änderung entsprechend angepasst.

Im Prozess der Aufstellung eines "Wasserwirtschaftlichen Gesamtkonzepts für das Rheinische Revier" durch das Ministerium ist die Regionalplanungsbehörde aktuell mit beteiligt. Dort zukünftig getroffene und relevante Festlegungen werden der Regionalplanungsbehörde entsprechend zur Berücksichtigung bekannt sein.

1007258, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Thema Freiraum: Die zeichnerische Festsetzung ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? reicht bis an den Siedlungsbereich von Jackerath. In diesem Bereich ist jedoch eine intensive Erholungsnutzung zu erwarten, die auch den Bau von Infrastruktur und ggf. die Weiterentwicklung des Ortsteils Jackerath bis zum Seeufer beinhalten könnte. Daher sollte die Festsetzung nördlich und westlich von Jackerath entfallen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Grundsätzlich stehen die BSLE als Vorbehaltsgebiete nicht Erholungsnutzungen inkl. ggf. notwendiger Infrastrukturen entgegen. Die Bewertung der Vereinbarkeit muss dem konkreten Einzelfall vorbehalten bleiben, sie darf aber nicht zu einer prophylaktischen Freihaltung von Räumen mit Funktionen für den Schutz der Landschaft führen.

Inhalt

Thema Siedlungsentwicklung: Die Aktivierung von Ortskernen als attraktive Wohnstandorte ist eine Zukunftsaufgabe, die im Regionalplan integriert sein sollte (Z.2). Zudem müssen bedarfsgerechte und kommunalspezifische Wohnflächenreserven im Regionalplan berücksichtigt werden (Z.3). Überschwappeneffekte aus urbanen Zentren wie Köln, Düsseldorf, Bonn und Aachen bedürfen Wohnflächenreserven, vor allem an stadtnahen Gebieten oder in Orten mit guter infrastruktureller Anbindung. Der Regionalplan muss zudem für die Ermöglichung der zukünftigen Entwicklung (z.B. wirtschaftliche Strukturveränderungen, Klimawandel usw.) Flächen für Wohnen und Gewerbe sowie Industrie bereithalten.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen.

Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu G. 5 *Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen*. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur

kompakten Siedlungsentwicklung leisten.

Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Die Kommunen haben jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. eine gute infrastrukturelle Anbindung) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen im gesamten Planungsraum. Die Zweckbestimmung für GIBregional und GIBplus-Standorte konkretisiert somit die Umsetzung einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW zusammen mit den weiteren Zielvorgaben in Ziel 6.3-1 LEP NRW, ein differenziertes und geeignetes Flächenangebot auf Ebene des neuen Regionalplans auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) zu sichern.

Die Regelungen im Ziel Flächenüberhänge vermeiden und abbauen dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch

festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

Weitergehende Vorgaben zur konkreten Umsetzung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1012018, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Im Grundsatz ?G.10 Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen? wird die Gestaltung der Randbereiche der zukünftigen Seenlandschaften in Hambach und Inden sowie die Ausrichtung der Tagebaurandortschaften zum See beschrieben. Dies muss zwingend um den zukünftigen See in Garzweiler ergänzt werden, da hier die gleiche Situation besteht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Textliche Festlegung G.10 Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen und deren Erläuterung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Inhalt

Thema Energie und Klima: Die Konzeption des zukünftigen Energiesystems der Region muss dem Ziel eines stabilen Zugangs zu Energie Rechnung tragen. Entsprechend bedarf es eines Erhalts und Ausbaus der regenerativen Energieerzeugung. Flächen für Energieerzeugung, -leitung und -speicherung sind im Regionalplan zu berücksichtigen. Dabei sollen die vorhandenen Potenziale zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien genutzt und der Ausbau von Windenergie und PV an geeigneter Stelle konzentriert werden. Hierbei soll das zukünftige Seeufer mit Abstand weitestgehend von Windkraft freigehalten werden (Konflikt, Landschaftsbild, Erholung, Naturschutz, Wohnen). Auf landwirtschaftlichen Flächen mit den in Region sehr guten Böden sind Agri-PV-Anlagen Freiflächen-PV-Anlagen vorzuziehen. Letztere sind eher für Brachflächen, Autobahn-Randstreifen, Böschungen oder andere nicht landwirtschaftlich genutzte Bereiche zu empfehlen. Generell ist hier die Überlagerung verschiedener Nutzungen auf einer Fläche zu ermöglichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1012223, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Transformationsräume der Tagebaue sind als Konversionsflächen zu verstehen, für die eine hochgradig lokalspezifische Planung und Entwicklung erforderlich ist. Entsprechend müssen für die Bereiche von Braunkohleplänen und verbundenen strategischen Entwicklungskonzepten Sonderregelungen getroffen werden. Damit Tagebaue wieder mit dem umgebenden Raum verbunden werden, sind bauliche Ausweisungen auch ohne Siedlungsansatz zu ermöglichen und neue, der Inwertsetzung dienende Planzeichen für Nutzungen in den Transformationsräumen im Hinblick auf die jahrzehntelange Zwischennutzung und die geplante Endnutzung einzuführen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Die Festlegung eines neuen Planzeichens und damit verbundenen Sonderregelungen in Bezug auf die Anwendung des Landesentwicklungsplans NRW liegen nicht in der Regelungskompetenz der Regionalplanung.

1012227, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Der Grundsatz G.47 - Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet in Kapitel 4.7.2. ?Grundwasserschutz und Gewässerschutz? wird als Ergänzung zu Ziel Z.26 und Grundsatz G.46 begrüßt. Allerdings sind Aussagen über die Auswirkungen dieses Grundsatzes auf die Schutzgüter des Umweltschutzes im Umweltbericht nicht möglich, weil der Wasserhaushalt in dem großen, sich über mehrere Landkreise erstreckenden Braunkohlenplangebiet sehr komplex ist und weil zahlreiche Unwägbarkeiten bei der Intensität und Dauer des Braunkohlentagebaus sowie bei den Maßnahmen zur Renaturierung bestehen. Eine weitere Unwägbarkeit ist der Klimawandel, dessen Auswirkungen für die linksrheinische Braunkohlenregion kaum kalkulierbar sind. Diesem Belang soll mit der vom Braunkohlenausschuss am 13.12.2021 beschlossenen Aufstellung eines Wasserwirtschaftlichen Gesamtkonzepts für das Rheinische Revier Rechnung getragen werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es wird auf Belange hingewiesen, welche in einem Wasserwirtschaftlichen Gesamtkonzept (unter Leitung des Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr NRW) berücksichtigt werden sollen.

1012228, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Thema Orte der Zukunft: Im Grundsatz ?G.11 Morschenich zu einem Ort der Zukunft entwickeln? wird lediglich auf die Ortschaft Morschenich eingegangen. Auch in Erkelenz gibt es jedoch Ortschaften, die ursprünglich vom Tagebau in Anspruch genommen werden sollten und nun vor der Aufgabe der strategischen Neuausrichtung stehen. Ein ähnlich lautender Grundsatz muss daher auch für die Ortslage Holzweiler und die laut Koalitionsvertrag auch zu erhaltenen Dörfer des 3.

Umsiedlungsabschnittes aufgenommen werden. Die Ausweisung des ASB in Holzweiler wird als ein wichtiger Schritt für die Entwicklung der Ortschaft Holzweiler am zukünftigen See begrüßt. Ich bitte Sie, die Hinweise und Forderungen aufzunehmen und mich über den weiteren Prozess auf dem Laufenden zu halten. Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Anregung zur Erweiterung des G.11 auf die 5 Ortschaften Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich sowie Berwerath wird gefolgt. Der Titel sowie die textliche Festlegung zu G.11 und deren Erläuterung sowie die Begründung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopsen).

Der Anregung eines ähnlich lautenden Grundsatzes für Holzweiler wird nicht gefolgt. Grundlage für G.11 Orte der Zukunft entwickeln ist die Leitentscheidung 2023, nach deren Entscheidungssatz 6 die dort aufgeführten und vorgenannten Ortschaften sowie Morschenich zu "Orten der Zukunft" entwickelt werden sollen. Eine Ausweitung dieses Labels auf die Ortschaft Holzweiler ist hier nicht vorgesehen. Die Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) für Holzweiler mit räumlichen Entwicklungspotentialen eröffnet aber aus regionalplanerischer Sicht umfangreiche siedlungsräumliche Optionen für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung von Holzweiler.

AZ: BET_409000_1

Neuland Hambach GmbH

1003804_001, Neuland Hambach GmbH

Inhalt

Landschaft

Anregung für den Regionalplan (5): Multifunktionale Landschaftsnutzungen in Zielen, Grundsätzen und Planzeichen ermöglichen, um sparsamen Umgang mit Fläche und Landschaftsinnovationen anzustoßen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Das Erfordernis wird an dieser Stelle nicht gesehen. Eine Reglementierung der Multifunktionalität von Landschaftsnutzungen würde zur Einschränkung möglicher Optionen führen. Ohne eine textliche Festlegung auf Regionalplan-Ebene wird der kommunalen Ebene größere Spielräume die Umsetzung für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen eröffnet. Zu dem sind die landesplanerischen Vorgabe des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, umzusetzen und die textliche Festlegung des Ziel 2-3 LEP NRW zu beachten. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

1007265, Neuland Hambach GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>2021 stellte die Neuland Hambach GmbH die Raumentwicklungsperspektive Hambach vor, die bereits wichtige Eckpunkte für eine hochwertige Wiedernutzbarmachung und die Schaffung von Entwicklungspotenzialen für das Tagebauumfeld kommuniziert. Der Braunkohlenausschuss forderte die Neuland Harnbach auf, die Raumentwicklungsperspektive zu einer detaillierten Rahmenplanung fortzuschreiben, um diese im Änderungsverfahren zum Braunkohlenplan Hambach als wichtigen Belang berücksichtigen zu können. Wegen der erheblichen Zeitverkürzung für Planungsüberlegungen durch das Kohleausstiegsgesetz sind bereits im zu erstellenden Vorentwurf Festlegungen zu treffen und Ziele zu formulieren, die für nachfolgende Verfahrensschritte und Betriebspläne Leitlinien definieren. Diese Überlegungen sind für die Neuaufstellung des Regionalplanes von hoher Relevanz, um eine widerspruchslöse Zusammenführung der Planebenen zu gewährleisten. Aktuell wird der geforderte Rahmenplan ausgearbeitet und konkretisiert. Ein Erstentwurf liegt bereits vor.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007265_1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007265.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Im Rahmen der Beteiligung der Neuland Hambach GmbH an der Neuaufstellung des Regionalplans Köln werden ihre Stellungnahmen in die Abwägung einbezogen.</p>

Inhalt

Die Anrainerkommunen und die drei Tagebauumfeldverbünde fordern insbesondere, **ei**
nen konfliktfreien Rahmen für die Umsetzung der Zielsetzungen aus den
Braunkohlenplanungen im Rheinischen Revier zu schaffen. Konkret bedeutet
dies: Die Leitentscheidung hat einen Perspektivwechsel eingeleitet, der sich in den
Planund Genehmigungsverfahren wiederfinden muss. Die Transformationsräume der
Tagebaue mit ihren Umgebungen sollen zu Zukunftsräumen entwickelt werden und
möglichst frühzeitige und vielfältige Entwicklungsperspektiven eröffnen. In diesem
Sinne sind sowohl die schnellstmögliche In-Wertsetzung der Tagebaurandbereiche/
Sicherheitsstreifen als auch vielfältige Zwischennutzungen im Böschungssystem zu
ermöglichen.

Kommunale Entwicklungsabsichten in der End- und Zwischenlandschaft, die sich aus
den Braunkohleplänen ergeben (u.a. touristische Erschließung), sind in die
Regionalplanung zu übertragen und dort abzusichern. Der planerische Vollzug wird
z.T. schon im zeitlichen Gestaltungsrahmen des anstehenden Regionalplanes
stattfinden; notwendige Genehmigungen werden erforderlich und sind
planungsrechtlich sicher zu stellen. Der Regionalplan sollte darüber hinaus keine
restriktiven Festlegungen treffen, die spätere Entwicklungen erschweren.

Die Transformationsräume der Tagebaue sind als Konversionsflächen zu verstehen,
für die eine hochgradig lokalspezifische Planung und Entwicklung erforderlich ist.
Entsprechend müssen für die Bereiche von Braunkohleplänen und verbundenen
strategischen Entwicklungskonzepten Sonderregelungen getroffen werden. Damit
Tagebaue wieder mit dem umgebenden Raum verbunden werden, sind bauliche
Ausweisungen auch ohne Siedlungsansatz zu ermöglichen und neue - der In-
Wertsetzung dienende - Planzeichen sowohl für Nutzungen in der sogenannten
Zwischenlandschaft als auch in der Endnutzung einzuführen. Es gilt abzuwägen, ob für
die zeichnerische Integration der heutigen Braunkohlenpläne samt
Tagebaurandbereiche/ Sicherheitsstreifen in den Regionalplan ein neues Planzeichen
„Tagebautransformationslandschaft“ eine gute Möglichkeit darstellt.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage
beigefügt]

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die bisher erfolgte rechtliche und zeitliche Abfolge von Braunkohlenplanung bedarf
durch den von der Bundesregierung beschlossenen vorzeitigen Ausstieg aus der
Kohleförderung einer neuen strategischen Ausrichtung und räumlichen Verzahnung,
um gemeinsam einen abgestimmten und konfliktfreien Rahmen für den Ausstieg aus
der Braunkohlenverstromung und den Strukturwandel zu schaffen. Dies schließt eine
Beachtung der unterschiedlichen zeitlichen Perspektiven ein. Die Braunkohlenpläne
legen im Grunde den Rahmen für eine geordnete Braunkohleplanung bis zum
Abschluss der Rekultivierung und Entlassung aus der Bergaufsicht fest, während der
Planungszeitraum des Regionalplanes bis 2043 angelegt ist.

Die Kennzeichnung von Bereichen, die im Entwurf ohne zeichnerische Festlegungen
bleiben, erfolgt in Abhängigkeit vom Stand der Erkenntnisse der Braunkohlenplanung.
Für Bereiche der Braukohlenplanung, in denen kein Abbau (mehr) vorgesehen werden
soll, werden zeichnerische Festlegungen entwickelt. Zu einem späteren Zeitpunkt
werden auch für die Bereiche, die aktuell bzw. perspektivisch noch in Abbau /
Rekultivierung befindlich sind, regionalplanerische Festlegungen zu entwickeln sein.

Demnach ist im Zusammenspiel von Regional- und Braunkohleplanung zu
unterscheiden zwischen Bereichen, für die bereits im Planungszeitraum des
Regionalplans 2043 eine Entlassung aus der Bergaufsicht zu erwarten ist bzw., die
aufgrund geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen nicht mehr für den Bergbau in
Anspruch genommen werden und für die im Rahmen der Braunkohleplanung eine
hinreichende Grundlage zur Darstellung im Regionalplan gegeben ist (z.B. südliches
Vorfeld des Tagebaus Hambach mit Hambacher Wald und Morschenich).

Für Bereiche, in denen auch gem. der künftigen Braunkohlenplanung eine bergbauliche
Inanspruchnahme bzw. Rekultivierung zu erwarten ist, die sich zeitlich deutlich über
den Planungshorizont des Regionalplanes hinaus erstreckt (z. B. Bereiche der
künftigen Restseen Hambach und Garzweiler) sind regionalplanerische Festlegungen
aktuell im Hinblick auf den Planungshorizont 2043 sowie das Erfordernis zur Änderung
der Braunkohlenpläne nicht möglich.

Zwischennutzungen im Bereichen, die noch der Braunkohleplanung unterliegen,
werden im Regionalplan nicht festgelegt, da sie i.d.R. temporär sind und den

bergrechtlichen und sonstigen Sicherheitserfordernissen der Braunkohleplanung und Abbauplanung unterliegen.

Die Einführung eines neuen Planzeichens "Tagebautransformationslandschaft" und der damit verbundenen Erwartung von rechtlichen Sonderregelungen im Sinne obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden.

Die Kennzeichnung von Bereichen, die im Entwurf ohne zeichnerische Festlegungen bleiben, erfolgt in Abhängigkeit vom Stand der Erkenntnisse der Braunkohlenplanung. Für Bereiche der Braukohlenplanung, in denen kein Abbau (mehr) vorgesehen werden soll, werden zeichnerische Festlegungen entwickelt. Zu einem späteren Zeitpunkt werden auch für die Bereiche, die aktuell bzw. perspektivisch noch in Abbau / Rekultivierung befindlich sind, regionalplanerische Festlegungen zu entwickeln sein.

Hinweis: Die Stadt Kerpen hat sich dieser Stellungnahme der Neuland Hambach GmbH inhaltlich angeschlossen. Siehe hierzu auch die Stellungnahme mit der ID 1004746.

Inhalt**KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH**

Der Strukturwandel vereint wirtschaftliche und räumliche Umstrukturierungen. Beide Aspekte zugleich finden vorrangig in den Tagebaumfeldern statt. Hier muss sich das Ziel des Wirtschafts- und Strukturprogrammes, den räumlichen Umbau zur Schaffung neuer Lebensqualität zu nutzen, materialisieren. Die Tagebaufolgelandschaften und ihr Umfeld bieten besondere Potenziale für Innovation und Wachstum in Qualität. Das gilt sowohl für die Vernetzung von Biotopverbünden als auch für die Entwicklung einer neuen Urbanität im Grünen und in bester (See-)Lage. Die hier entstehenden, größten künstlichen Seen Europas, sollen lebendig gestaltet werden und attraktive Standorte für Investitionen in die Zukunft bieten. Da wo Verkehrswege vor Jahrzenten gekappt und die Tagebaue lange Zeit als Raumbarrieren gewirkt haben, kann die Neuerschließung zu neuen Verbindungen und Mobilitätsformen führen. Um die Kommunen bis zur Mitte des Jahrhunderts handlungsfähig zu halten, müssen allerdings Entwicklungsflächen und -korridore offengehalten werden. Es geht um eine Verantwortung des "Möglichmachens", da der Strukturwandel mit nachträglichen Änderungsverfahren immer viel zu langsam sein wird. Der Plangeber muss dieser absehbaren Dynamik durch die entsprechende Flexibilität Raum geben. Braunkohlenpläne landesplanerisch grundsätzlich als "Freiraum" zu werten ist nicht mehr zeitgemäß [siehe Stellungnahme Neuland Hambach Vorschlag für ein neues Planzeichen]. Bei jeder geplanten In-Wertsetzung der Folgelandschaft ein landesplanerisches Zielabweichungsverfahren oder eine Ausnahmebegründung anstreben zu müssen, wird der gewollten Qualifizierung des Strukturwandels nicht gerecht. Erste regionalplanerische Festlegungen für Bereiche, die bereits weitestgehend rekultiviert oder nicht mehr bergbaulich in Anspruch genommen werden, müssen dem (inter-)kommunalen Gestaltungsanspruch Rechnung tragen und dürfen künftige Handlungsoptionen nicht einschränken.

- Anregung für den Regionalplan (1): Wir regen an, den Grundsatz 10 - „, Perspektivische Baulandentwicklung am See berücksichtigen" zu ergänzen und neben Elsdorf auch Kerpen (rund um die Kirche Manheim-alt), Merzenich (Morschenich-alt) und Niederzier zu benennen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitere Inforamtionen als Anlage beigefügt]

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird durch Änderung von G.10 Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen, gefolgt. Dieser wird dahingehend geändert, dass er sich grundsätzlich auf die Randbereiche der zukünftigen Seenlandschaften Hambach, Inden und Garzweiler ohne die Nennung einzelner Kommunen bezieht. (s. Änderungssynopse).

Inhalt**KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH****Landschaft**

Die Landschaften um den Tagebau Hambach bieten aufgrund ihrer Vielfalt und regionalen Eigenart ein reiches Potenzial an Anknüpfungspunkten für die zukünftige Entwicklung der Tagebaufolgelandschaft. Über 8.500 Hektar wurden und werden neu in die Landschaft integriert. Dabei wird mit dem Auslaufen der Braunkohlegewinnung noch über Jahrzehnte ein sich immer wieder verändernder Zwischenzustand den Raum als Transformationslandschaft bestimmen. Das gilt sowohl für die Bereiche des aktuell noch gültigen Braunkohlenplanes, für die der Regionalplanentwurf erstmals Festlegungen vorgeschlagen hat (Sophienhöhe und ehemaliges Vorfeld), als auch für die Tagebaurandbereiche/Sicherheitsstreifen sowie für die nach wie vor weiß dargestellten Bereiche des Tagebaubetriebes. Wichtige konzeptuelle Bausteine sind aktuell noch in der Bearbeitung. Dies betrifft die zurzeit in Bearbeitung befindlichen Konzepte zur sanften touristischen Inwertsetzung der Sophienhöhe sowie insbesondere die planerischen Grundzüge der Raumentwicklung im Kontext der Rahmenplanung für den Tagebau Harnbach, inklusive daraus erst noch abzuleitender Machbarkeitsstudien und vertiefender Untersuchungen. Konkrete räumliche Planungsaussagen werden daher erst im Verlauf der nächsten Jahre zu erwarten sein.

Umso wichtiger ist es, dass der Regionalplanentwurf entsprechend des G.10 (Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen) im Bereich des Tagebauumfeldes inklusive der Sophienhöhe keine Aussagen trifft, die zukünftige Planungen einschränken. "Zwangspunkte", die diese behindern könnten, sollen vermieden werden. Der Rahmenplan für die Tagebaufolgelandschaft Harnbach liefert erst die planerische Handlungsgrundlage, auf deren Basis eine Konkretisierung und genaue Verortung von BSN- und BSLE-Bereichen erfolgen kann. Anregung für den Regionalplan

(2): Wir regen an, die weiträumige Festlegung für die Sophienhöhe als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) zum jetzigen Zeitpunkt zurückzustellen. Die in Erarbeitung befindlichen Konzepte werden erst interkommunale Planungsgrundlagen liefern, um die Differenzierung von BSN- und BSLE-Flächen im Bereich der Sophienhöhe vorzunehmen. Anregung für den Regionalplan

(3): Wir regen an, die fast durchgängige BSLE Festlegung rund um die Tagebaurandbereiche/Sicherheitszonen in weiteren Bereichen zugunsten erholungsorientierter und teils städtebaulicher Öffnungen zum künftigen See hin vorerst zurückzunehmen und den Rahmenplan für den Tagebau Harnbach als planerische Grundlage für die Bestimmung von BSLE-Flächen an den Tagebaurändern

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Festlegung der Sophienhöhe als BSN entspricht somit der Plankonzeption des Regionalplans Köln.

Auch für die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) herangezogen und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabend-erholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Aus diesen Kriterien ergibt sich die zeichnerische Festlegung der BSLE für die Tagebauränder.

heranzuziehen.

[s. Anhang Abb. StnID 1007317_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1007317.pdf](#)

Inhalt

KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH

Landschaft

Landschaft, Tourismus und Siedlungsentwicklung: Innovative, multifunktionale Landschaftsnutzung im Sinne flächensparsamer Mehrfachnutzung vorausschauend ermöglichen (G10 ?Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen"; sowie Z 17 & Z27 ?Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen verträglich planen")

Die Wiedernutzbarmachung bietet die Chance für eine vielgestaltige und erlebnisreiche Landschaft mit infrastrukturellen Highlights (Brücken, Stege, Aussichtstürme und -punkte, Seeboulevards, Baumwipfelpfade), besonderen touristischen Punkten (wie z.B. Strände, Seequartiere, Resorts) im Einklang mit neu entstehender Natur sowie guter Anbindung an bestehende Siedlungsräume. Viele der geplanten Nutzungen in den Ufer- und Randbereichen liegen im Sicherheitsbereich und unterliegen der Bergaufsicht. Dies sollte der Entwicklung einer attraktiven Erholungslandschaft mit touristischen Angeboten und Infrastrukturen nicht im Wege stehen. Es wird das wirtschaftliche Profil der Region bereichern und Wertschöpfungsverluste in Folge des Kohleausstiegs kompensieren. Darüber hinaus muss der Regionalplan vorausschauend die Rahmenbedingungen für die Zeit schaffen, in der diese Flächen aus der Bergaufsicht entlassen werden können. Dies sollte auch touristische Strukturen im Uferbereich, einen ?dauernden Aufenthalt" etwa für Feriensiedlungen und eine Übernahme geplanter Siedlungsentwicklungen ermöglichen. Hierfür müssen auch die landesplanerischen Voraussetzungen erfüllt werden, um die Ziele der Leitentscheidung (Tagebaue zu Zukunftsräumen entwickeln und mit dem umgebenden Raum verbinden) umsetzen zu können. In Anbetracht zunehmender Flächenkonkurrenz, Klimawandel, Energie- und Ressourcenknappheit sowie Rückgang der Artenvielfalt bieten hybride Nutzungen und die Multicodierung von Flächen enormes Potenzial. Dazu gehören etwa Feriensiedlungen bzw. Eco-Retreats (Tourismus im Einklang mit der Landschaft), Agri-Photovoltaik, weitere Kombinationen mit landwirtschaftlicher Nutzung (z.B. AgroForstsysteme) oder auch grüne Gewerbegebiete. Es ist wünschenswert, dass die Landes- und Regionalplanung hybride Raumfunktionen und Multicodierung ermöglicht. Die Transformationslandschaft Hambach eignet sich hierzu besonders als innovatives Feldlabor.

Anregung für den Regionalplan (4): Um naturnahe Freizeitgestaltung, Erholung und sanften Tourismus regionalplanerisch zu ermöglichen, regen wir an, lokale Entwicklungsorte in der Tagebaufolgelandschaft - mit entsprechender baulicher Infrastruktur - als textliches Ziel aufzunehmen. Dies gilt konkret für:

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Zu a) Textliches Ziel für Porta Sophia und Forum:Terra Nova: Der Stellungnahme wird Teilen entsprochen (s. StnID 1005148).

Zu b) Kerpen: Kirche St. Albanus und Leonhardus sowie Kartbahn Manheim-Alt: Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1004766).

Zu c) Merzenich Gelände an der Tagebaukante bei Morschenich-Alt: Mit dem G.11 Morschenich zu einem Ort der Zukunft entwickeln wird auf die regional abgestimmten Entwicklungsabsichten für Morschenich als Ort der Zukunft verwiesen. Die regionalplanerischen Festlegungen für den Freiraum ermöglichen eine Orientierung der Entwicklung zum See hin. Die Ansiedlung von großflächigen Photovoltaikanlagen und überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen richtet sich nach den Vorgaben des LEP NRW. Sofern diese nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägt sind, sei auf Z 17 Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen verträglich verwiesen, der einen klaren Entwicklungsspielraum aufzeigt.

Zu d) Der Stellungnahme wird nicht gefolgt (s.Stn. ID 1005209 und ID 1005216)

Zu e) Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Eine gesonderte textliche Zielfestlegung ist nicht möglich und auch nicht erforderlich. Hierzu sei auf die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung in Siedlungs- und Freiraum, insbesondere Ziel 2.3 LEP NRW verwiesen. Zudem ist eine regionalplanerische Festlegung für noch nicht benannte bzw. "noch zu bestimmende Orte" aufgrund der fehlenden Bestimmtheit nicht möglich. Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 grundsätzlich im Freiraum möglich und bedarf keiner räumlichen Steuerung / Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan oder zusätzliche textliche Zielfestlegung.

Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 Erholung, Sport,

- a) Elsdorf: Porta Sophia und Forum :Terra Nova
- b) Kerpen: Kirche St. Albanus und Leonhardus sowie Kartbahn Manheim - Alt;
- c) Merzenich: Gelände an der Tagebaukante bei Morschenich-Alt;
- d) Niederzier: Niederzier Alt; arrondierende Flächen zu den RWE Tagesanlagen und Kohlebunker, zum künftigen See hin;
- e) Sophienhöhe, Landschaftszentrum und noch zu bestimmende Orte

Davon sollten Bereiche a, b, c und d (Niederzier Alt, siehe Kommentarplan) zusätzlich mit dem Planzeichen Erholung (E) versehen werden.

[s. Anhang Abb. Stn-ID 1007330_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1007330.pdf](#)

Freizeit und Tourismus im Freiraum grundsätzlich im Freiraum möglich. Das fehlenden Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene u.a. größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen. Für überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen sei auf Kapitel 3.4 verwiesen. Aufgrund dieser umfassenden Regelungen ist die Aufnahme eines neuen textlichen Zieles und neuen Planzeichens E nicht erforderlich und auch nicht möglich.

1007343, Neuland Hambach GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH</p> <p>Landschaft</p> <p>Vitale und resiliente Lebensräume: Landschaftsentwicklung, Biotopvernetzung und Klimaanpassung Dem regionalen Aushandlungs- und Steuerungsprozess im Rahmen der Neuland Hambach GmbH sollte der Raum gegeben werden, den Tagebau als ehemals trennendes "void" in Zukunft zu einem Katalysator der Landschaftsaufwertung und -vernetzung zu machen. Die anstehenden großmaßstäblichen Aufgaben eröffnen dabei die Chance, zerschnittene und verinselte Landschaftsräume wieder zu einem vitalen Großökosystem zusammenwachsen zu lassen. Ziel eines Biotopverbundes ist es, für definierte Leit- und Zielarten geeignete Wanderkorridore und Ausweichräume zu erhalten oder neu zur Verfügung zu stellen. Der Tagebau Hambach sowie sein Umfeld eröffnen dazu ein Möglichkeitsfeld, um die Restwaldbestände mit dem neuen Waldbereich der Sophienhöhe als auch mit den Naturräumen von Rur und Erft zu vernetzen. In den bestehenden Plänen und fachlichen Grundlagen sind die neuhinzugekommenen Artenschutzflächen der Ausgleichsmaßnahmen von RWE, die perspektivisch zu integrierenden Ufer- und Böschungsbereiche des entstehenden Sees, die bestehenden und noch entstehenden Rekultivierungen von Kiesabbaugebieten sowie funktional wichtige (lineare) Verbundkorridore im Bereich des Vorfeldes bisher nicht detailliert genug betrachtet. Dementsprechend wird durch den Rahmenplan ein erstes Biotopmosaik skizziert, das sich aus Wald- und Gehölz geprägten Biotopen (Siehe auch Leitentscheidung zu Waldvernetzung), Halboffenlandschaften inklusive Stillgewässern sowie Verbindungselementen in den agrargeprägten Bereichen des Vorfeldes zusammensetzt. Dies bedarf jedoch im folgenden Prozess der Vertiefung und kann nur gemeinsam mit allen relevanten Akteuren vor Ort (Neuland Hambach GmbH, Anrainerkommunen, RWE Power, Naturschutzverbände, Landwirtschaft und Forstbehörden) gelingen. Regionalplanerisch ergibt sich besonders im Vorfeld und in Seenähe noch Änderungsbedarf (z.B. „Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN" / G. 29).</p> <p>Anregung für den Regionalplan (6): Wir regen an, die Metathemen der Waldvernetzung und des Biotopverbundsystems (vorerst) als textliches statt als zeichnerisches Ziel aufzunehmen, um der Ausgestaltung vor Ort notwendige Zeit und Raum einzuräumen.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Einem textlichen Ziel ohne zugehöriger zeichnerischer Festlegung würde die rechtlich erforderliche Bestimmtheit fehlen. Der Regionalrat hat zudem in 2020 in Form eines Antrags den planerischen Willen geäußert Bereich des Hambacher Forstes mit den benachbarten Wäldern des Merzenicher Erbwaldes und der Steinheide zusammenhängen durch Festlegungen im neuen Regionalplan zu sichern. Dies wird im Regionalplan-Entwurf entsprechend der vorliegenden Datengrundlagen umgesetzt.</p>

1007346, Neuland Hambach GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH</p> <p>Landschaft</p> <p><i>Wasserlandschaft in Transformation</i></p> <p>Sowohl das Gewässerregime als auch die Gewässerlandschaft wird sich im Zuge der Rekultivierung des Tagebau Hambach bedeutend verändern. Neben der Veränderung der Grundwasserstände und dem noch unter der Zuständigkeit der Bergbautreibenden und der Bergaufsicht entstehenden Tagebausee werden auch die nötigen Infrastrukturen zur Befüllung des Sees mit Rheinwasser und der nötige Seeablauf zur Erft den Raum prägen. Für den Regionalplan von Relevanz ist hier besonders der geplante regulative Seeablauf zur Erft, der im Bereich des Wiebaches und Winterbaches erfolgen soll. Um das Höhenniveau zwischen zukünftigem See und Erft zu überwinden, wird eine Vertiefung und Verbreiterung im Bereich der beiden genannten Bachsysteme erforderlich. Diese neu entstehende Wasserader wird die bisher eher strukturarmen Landwirtschaftsflächen im südöstlichen Elsdorfer Stadtgebiet zukünftig bereichern und soll als naturnah gestaltetes Gewässer mit entsprechenden Uferrandstreifen ausgebildet werden.</p> <p>Anregung für den Regionalplan (7): Wir regen an, die Vorzugstrasse für den Seeablauf (Wiebach/Winterbach) in den Regionalplanentwurf aufzunehmen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007346_1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007346.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung für den Seeablauf erfolgt im Änderungsverfahren zum Braunkohleplan Hambach. Der Regionalplan kann hier im Vorgriff keine verbindliche räumliche Festlegung treffen. Es wird im Regionalplan sichergestellt, dass keine raumordnerisch entgegenstehenden Festlegungen erfolgen.</p>

Inhalt

KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH UND ANREGUNGEN ZUM REGIONALPLAN

Landschaft

Landwirtschaft und zukünftige Energielandschaft

Im Rahmen der Energiewende etablieren sich neben den Abbaugebieten erneuerbare Energiestandorte in Form von Windkraftanlagen und auch Solaranlagen wie etwa auf der Solarautobahn (ehemalige Autobahntrasse A4). Sowohl aus der Perspektive des Landschaftsbildes als auch zur verbesserten Flächeneffizienz sollte die Planung von Energieproduktion als integrative Aufgabe der Landschaftsentwicklung verstanden werden. Das Zusammendenken von Landschaftsbild und Energieproduktion mit weiteren Landschaftsnutzungen kann zur Profilierung einer neuen Landschaftsästhetik für die Tagebaufolgelandschaft Harnbach beitragen. Neue Formen der Verknüpfung von Landschaftsstrukturen, Kulturlächen sowie die gestalterische Einbindung von Orten und Objekten der regenerativen Energieproduktion könnten die neue Energielandschaft spezifisch prägen und Alleinstellungsmerkmale begründen. Beispiele der Mehrfachnutzung von Flächen sind etwa die Konzepte zur Anlage von Agri-PV.

Neben Modellen der mehrdimensionalen Raumnutzung bietet der Tagebau sowohl in der Zeit der Befüllung als auch mit dem vollständig gefüllten See besondere Potenziale für Energieproduktion. Die freien Flächen in der langen Zeit der Befüllung bieten sich an für PVNutzungen, sowohl unterhalb als auch oberhalb der 10 ha-Schwelle. Hier darf es keine Genehmigungshemmnisse geben. Außerdem können auf dem entstehenden See floating-solar Flächen vorgesehen werden. Auch neue Formen der Wasserkraft, der bioenergetischen und thermischen Energieproduktion können erprobt werden. Grundsätzlich benachteiligt der Grundsatz G. 67 bebauungsarme, wenig verdichtete Gebiete und verhindert so eine korrekte Teilhabe an den Herausforderungen der Energiewende. Der Regionalplanentwurf sollte insbesondere die voranschreitende Innovation im Bereich Agri-PV-Anlagen würdigen. Noch fehlt hier eine Differenzierung. Der Kriterienkatalog für die Errichtung raumbedeutsamer Freiflächensolaranlagen schließt z.Zt. noch zu viele geeignete Flächen im gering verdichteten ländlichen Raum aus.

Anregung für den Regionalplan (8): Modifizierung des Grundsatzes G. 67: Differenzierung und Privilegierung von Agri-PV-Anlagen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.

--	--

Inhalt

KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH

Verkehrsinfrastruktur

Der Tagebau hat bestehende Verbindungen unterbrochen und bislang wie eine Barriere gewirkt. Das absehbare Ende des Tagebaus bietet die Chance, alte Binnenbeziehungen wieder zu stärken. Wenn dies mit landschaftlicher Attraktivität einhergeht, passen die Distanzen bestens für die Nutzung neuer, umweltfreundlicher, platzsparender und gesundheitsfördernder Mobilitätsformen. Dazu werden im Rahmenplan Hambach folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

Hambach-Loop Das Herzstück zur vernetzten grünen Infrastruktur und interkommunalen Vernetzung ist der Hambach-Loop. Dieser durchgängige Fahrradweg besteht aus zwei Routen. Die Route um den See und die Route um die Sophienhöhe (oben und unten) formen zusammen eine Acht.

Anregung für den Regionalplan (9): Wir bitten um Aufnahme des "Hambach Loops" in die Erläuterungskarte 12 (Anhang 4) Radwege des Regionalplans.

Anregung für den Regionalplan (10): Wir regen an, einen (Landschafts-)Korridor im Bereich des definierten regionalen Grünzuges für die Verbindung der beiden Tagebaue Inden und Harnbach vorzunehmen, der insbesondere als Radwegeverbindung qualifiziert werden soll (und für spätere Generationen auch andere denkbare Verbindungsoptionen offen hält. [s. Anhang Abb. 1007487_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb. ID1007487.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Zu Anregung (9):

Die Erläuterungskarte 12 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.

Zu Anregung (10):

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

Die Festlegung eines Regionalen Grünzugs steht der Realisierung von Radwegen nicht entgegen. Die Anregung richtet sich an nachführende Plan- und Fachverfahren.

--	--

1007502, Neuland Hambach GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH</p> <p>Verkehrsinfrastruktur</p> <p><i>Seilbahn auf die Sophienhöhe</i> Für die Erschließung der Sophienhöhe von drei Seiten wird ein modernes Bus/Seilbahnsystem vorgeschlagen, wie es z.B. die RWTH mit dem "upBUS" entwickelt hat. Ab dem Fuße der Höhe werden autonom fahrende Busse von den jeweiligen Bahnhöfen kommend an eine Seilbahn gekoppelt. Hierdurch sind Jülich, Niederzier, Eisdorf und die Sophienhöhe neu verbunden.</p> <p>Anregung für den Regionalplan (11): Wir bitten um (textliche) Aufnahme der Seilbahnverbindungen zwischen Jülich, Eisdorf und Niederzier im Regionalplan.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007502.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Eine Flächenvorsorge für alternative Mobilitätsformen, wie z.B. die Seilbahn entspricht nicht dem Planerfordernis des Regionalplans und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.</p>

1007506, Neuland Hambach GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH UND ANREGUNGEN ZUM REGIONALPLAN</p> <p>Verkehrsinfrastruktur</p> <p><i>Verlängerte Hambach Bahn</i> Eine besondere Chance ist die Trasse der Hambach-Bahn. Angesichts des extrem hohen Aufwands, um neue Schieneninfrastruktur zu realisieren, ist die Verfügbarkeit einer so hochwertigen Schieneninfrastruktur eine einzigartige Chance. Sukzessive kann diese schon vorhandene Infrastruktur für <u>Mischverkehr</u> genutzt werden. Die derzeitige Trasse der Hambach-Bahn kann etwa auf Höhe der Straße "Dorsfeld" im Kerpener Stadtteil Blatzheim an die bestehende Schiene Aachen - Köln angeschlossen werden. Ab der derzeitigen RWE-Betriebsstätte soll die Hambach-Bahn verlängert werden und über Niederzier und Hambach geführt und danach an die bestehende Trasse der Rurtalbahn nach Jülich angeschlossen werden. Hierdurch würden der Ortskern Jülich, das Forschungszentrum Jülich, Hambach, Niederzier inklusive des zukünftigen interkommunalen Gewerbegebiets im Bereich der RWE-Tagesanlagen eine direkte Verbindung für Personenverkehr über die Schiene mit Köln bekommen. Die Hambach-Bahn bietet nach ihrer bergbaulichen und energiewirtschaftlichen Nutzung eine ausgezeichnete Chance, die nachhaltige Mobilität der Ortskerne im Westen des Gebiets und deren Anbindung an die Region stark zu steigern. Diese Potenziale werden u.a. in einer Machbarkeitsstudie des Landesverkehrsministeriums geprüft. Etwaige Weiterentwicklungen sind gemeinsam mit der Entwicklung der Tagesanlagen und des Kohlebunkers zu denken.</p> <p>Anregung für den Regionalplan (12): Wir bitten um Aufnahme der verlängerten Hambach Bahn als wichtiges, nachhaltiges Verkehrserschließungspotenzial im westlichen Bereich des Tagebaumfeldes Hambach. [s. Anhang Abb. StnID 1007506_1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1007506.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p> <p>Die Festlegung des vorhandenen Schienenwegs der Hambachbahn folgt dem landesplanerischen Auftrag für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Die Infrastruktur ist bis zum Abschluss der Braunkohleförderung und des Lösstransports noch in Betrieb und entzieht sich der Nutzung durch Dritte. Welche verkehrliche Funktion sie nach Beendigung der Braunkohleförderung sowie der Rekultivierungsarbeiten erhalten wird, ist nicht Gegenstand des Regionalplans. Die Anregung richtet sich insofern an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1007594, Neuland Hambach GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH UND ANREGUNGEN ZUM REGIONALPLAN</p> <p>Verkehrsinfrastruktur</p> <p><i>Abzweig Si12 Elsdorf</i> : Elsdorf ist im Moment nur über Buslinien an das ÖPNV-Netz angebunden. Die vorgesehenen Entwicklungen im Bereich Freizeit und Landschaft an der Tagebaukante werden zukünftig eine regionale Bedeutung haben. Um zu vermeiden, dass diese Standorte nur mit dem PKW erreichbar sind und großflächige Parkplätze realisiert werden müssen, ist eine Anbindung an den regionalen SPNV erforderlich. Elsdorf kann durch einen Abzweig der Erftbahn bei Bergheim wieder an das Schienennetz mit einer direkten Verbindung nach Köln angeschlossen werden. Dieser Abzweig ist wichtig für den zukünftigen regionalen Erholungsverkehr zum See. Außerdem wird er die Entwicklung des Zuckerfabrikgeländes (Food Campus) stärken.</p> <p>Anregung für den Regionalplan (13): Wir bitten um Aufnahme des S12-Abzweigs nach Elsdorf als wichtige, nachhaltige Verkehrserschließung im östlichen Bereich des Tagebauumfeldes Hambach.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007594_1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007594.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Maßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

1007595, Neuland Hambach GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH UND ANREGUNGEN ZUM REGIONALPLAN</p> <p>Verkehrsinfrastruktur</p> <p><i>Revier S-Bahn:</i> Um einerseits Industrie- und Gewerbeflächen und andererseits Siedlungsflächen besser in die Region einzubinden und somit den Güter- und Personentransport teilweise auf die Schiene zu verlegen, gilt die S-Bahn Rheinisches Revier als zentrales Projekt im Strukturwandel. Der Brainergy Park als Innovationsbaustein und Titz als Wohn- und Arbeitsstandort sollen durch die S-Bahn besser in der Region angebunden werden.</p> <p>Anregung für den Regionalplan (14): Wir bitten um Aufnahme der Trassenführung der Revier-S-Bahn von Jülich über den Brainergy Park Jülich und des PRIMUS-Quartiers der Ortschaft Titz nach Bedburg als raumbedeutsame Infrastruktureinheit in den Regionalplan</p> <p>[s. Anhang Abb. 1007595 _1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007595.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht der Festlegungsmethodik des Regionalplans (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Für die S-Bahn Rheinisches Revier liegt noch keine Planfeststellung vor, so dass entsprechend der Plankonzeption keine Festlegung als räumlich konkretisiertes Vorranggebiet erfolgt. Dies steht einer weiteren Planung in nachgelagerten Verfahren nicht entgegen. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Die bestehende Festlegung der S-Bahn Rheinisches Revier gemäß G.54 Festlegungen für Schienenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen erfolgt als Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Konkretisierung - hier in Form einer geraden Linie. Die gerade Linie markiert die Verbindung zwischen zwei Orten, für die eine raumverträgliche Trassierung noch zu suchen ist. Dabei soll das Gebot der flächensparenden Bündelung von Verkehrstrassen gemäß LEP NRW berücksichtigt werden.</p>

Inhalt

KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH UND ANREGUNGEN ZUM REGIONALPLAN

Siedlungsstruktur

Demographischer Wandel, Umwälzung von Raumstrukturen und Wandel zum Beispiel in Versorgungsstrukturen und Produktion haben dazu beigetragen, dass die wirtschaftliche und städtebauliche Struktur der Ortskerne rund um den Tagebau Hambach geschwächt worden ist. Das Ziel zur Transformation des Tagebaufeldes ist es, einen attraktiven und lebenswerten Lebensraum zu schaffen. In diesem Sinne sollen auch die Ortskerne als attraktive Wohn- und Arbeitsstandorte (weiter)entwickelt werden. Der Rahmenplan Hambach definiert für die Siedlungsentwicklung folgende drei Leitlinien.

1. „Innen- vor Außenentwicklung“

Im Sinne des Leitbildes Innen- vor Außenentwicklung sollte zuerst der Bestand in den Ortskernen modernisiert und neu genutzt werden. Viele Ortskerne verfügen über historische Zentren mit potenziell hochwertigen Qualitäten. Um die Identität des Neuland Hambach zu stärken, muss auf die Stärkung der historischen Ortskerne in allen Kommunen besonderer Wert gelegt werden. Dies ist gut mit aktuellen Trends wie Digitales Arbeiten und Work-Life-Balance zu kombinieren. Maßgeschneiderte Arrondierungen sowie Place-Making Aktivitäten können diese Strategie stärken.

2. Integrierte Infrastruktur- und Siedlungsentwicklung

Eine nachhaltige Siedlungsentwicklung muss Wohngebiete und Gewerbegebiete sowie ihre Erreichbarkeit berücksichtigen. Daher sollen neue, nachhaltige Verkehrsinfrastrukturen [siehe Stellungnahme Neuland Hambach zum Thema Landschaft] die Ortskerne im Bestand im vorhandenen regionalen Netz einbinden. Neue Siedlungsbestandteile sollten so an neue Infrastrukturen angeschlossen werden, dass dekarbonisierte Mobilität weitestgehend ermöglicht wird.

3. Integrierte Siedlungs- und Landschaftsentwicklung

Die Neugestaltung der Landschaften bildet einen wichtigen, neuen Qualitätsfaktor. Die Siedlungsentwicklung soll von den spezifischen Begabungen und Qualitäten des Ortskernes im Bezug zum landschaftlichen Kontext profitieren können. Dies bedeutet zum Beispiel, dass sich Ortskerne am Tagebaurand hin zum zukünftigen See entwickeln können, um von dieser herausragenden Lage zu profitieren. Wir begrüßen daher ausdrücklich den Grundsatz 10 im Regionalplan ?Perspektivische

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die städtebaulichen Potentiale von Morschenich als Ort der Zukunft werden durch den Grundsatz G 11 berücksichtigt und ermöglicht. Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Eine Festlegung als ASBz ist aufgrund der noch in Entwicklung befindlichen Konzeption für die zukünftige Entwicklung des Ortes aufgrund der hohen rechtlichen Anforderungen an die Bestimmtheit und Endabgewogenheit von Zielformulierungen nicht möglich.

Baulandentwicklung am See berücksichtigen". Allerdings ist hier für das Hambacher Tagebauumfeld bislang nur Eisdorf aufgeführt. Bei der textlichen Beschreibung von Grundsatz 10 bitten wir neben Eisdorf um die Aufnahme der Standorte Manheim-Alt (Kerpen), Morschenich-Alt (Merzenich) und Niederzier [siehe Stellungnahme Neuland Hambach ID1007283].

Die Leitlinien werden auf die unterschiedlichen Ortskerne angewendet und spezifiziert. Auf dieser Grundlage wurden die folgenden Anpassungen für den Regionalplan formuliert.

Manheim-Alt Im aktuellen Revierkonzept zum Tagebau Harnbach (Stand 2/2022) ist die Ausgestaltung der sogenannten "Manheimer Bucht" für die Böschungssicherung des zukünftigen Hambacher Sees vorgesehen. Das Kirchengebäude der ehemaligen Gemeinde St. Albanus und Leonhardus in Manheim-Alt kann nach derzeitigem Stand erhalten bleiben. Der Erhalt der Manheimer Kirche sowie die Fläche des ehemaligen Friedhofs sind sichtbare und bedeutsame Zeichen des Altortes und stellen eine landschaftskulturelle Besonderheit dar. Dazu zählt auch die Manheimer Kartbahn, die das Freizeitbild über Jahrzehnte in der Region prägte und weit über die Grenzen hinaus bekannt ist. Es wird zudem als wichtig erachtet, im Bereich der zukünftigen Manheimer Bucht eine zeitlich vorgezogene Zwischennutzung zu ermöglichen. Eine Qualifizierung der Nutzung der Kirche und des umliegenden Umfeldes erfolgt im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Rahmenplans "Tagebau Harnbach", durch die Neuland Harnbach. Diese regt an, für die Kirche St. Albanus und Leonhardus und das umliegende Gelände ein Planzeichen einzufügen, das eine landesplanerische Grundlage für zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten darstellt. Diesbezüglich verweisen wir auf die Anregungen Neuland Hambach ID 1007283, ID 1007317 und die Stellungnahme zum Regionalplan der Stadt Kerpen.

Morschenich-Alt Für das Dorf wird ein neues Leitbild erarbeitet, das völlig neue Funktionen und Bauweisen mit Spuren der Geschichte in denkmalpflegerisch wichtigen Gebäuden und Fassaden verbindet. Die Entwicklung von alten und neuen Gebäuden, Infrastrukturen und Produktionsprozessen wird auf Kreislaufprinzipien und Energieautarkie basieren. Der Ort Morschenich-Alt ist aufgrund seiner Fläche und Einwohnerzahl im aktuellen Regionalplanentwurf nicht als Siedlungsbereich gekennzeichnet. Zum jetzigen Zeitpunkt fehlen damit die planungsrechtlichen Voraussetzungen, um die formulierten Zielvorstellungen im Rahmen von Förderprojekten umsetzen zu können. Diesbezüglich verweisen wir auch auf die Stellungnahme zum Regionalplan der Stadt Merzenich.

Anregung für den Regionalplan (15): Wir regen an, die städtebaulichen Potenziale von Morschenich-Alt als "Ort der Zukunft" zu ermöglichen und den Ort als allgemeinen Siedlungsbereich für zweckgebundene Nutzungen zu kennzeichnen. [s. Anhang Abb. 1007600_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1007600.pdf](#)

1007602, Neuland Hambach GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH UND ANREGUNGEN ZUM REGIONALPLAN</p> <p>Siedlungsstruktur</p> <p>Das neu belebte Dorf soll die Option eines naturverträglichen, baulichen Heranwachsens an den See erhalten. Mit dem Ansteigen des Wasserspiegels können am Seeufer auch ein interkommunales Strandcampingareal und eine Freizeitsiedlung im Wald entstehen. Diese schaffen ein alternatives ökologisches Beherbergungsangebot mit Seeblick. Generell soll hier eine sanfte touristische Erschließung erfolgen, welche der Gebiets- und Naturverträglichkeit in keinem Fall widerspräche. Diesbezüglich verweisen wir auf die Anregungen Neuland Hambach ID 1007283, 1007317 und 1007330 . Eine Besonderheit in Morschenich-Alt bildet der Flugplatz für Leichtflugzeuge.</p> <p>Anregung für den Regionalplan (16): Für die Wiedernutzbarmachung der Flächen als Flugplatz gemäß LPIG DVD bitten wir um die Darstellung der Flächen als Vorrangflächen. [s. Anhang Abb. StnID 1007602 _1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007602.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.6). Entsprechend der Plankonzeption werden Flugplätze und -gelände zeichnerisch nur festgelegt, wenn eine Raum- und/oder Regionalbedeutsamkeit gegeben ist. Dies ist hier erkennbar nicht der Fall. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden hierdurch nicht berührt.</p>

Inhalt

KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH UND ANREGUNGEN ZUM REGIONALPLAN

Siedlungsstruktur

RWE Tagesanlagen und Kohlebunker (ca. 130 ha)

Für die Tagesanlagen und den Kohlebunker Hambach, die schon in wenigen Jahren nicht mehr für den Tagebaubetrieb benötigt werden, wird ein Nachnutzungskonzept durch die "Perspektive. Struktur.Wandel GmbH", die Gemeinde Niederzier und die Neuland Hambach entwickelt. Der Bereich ist hervorragend erschlossen und sehr gut an das Straßen- und Schienennetz angebunden. Durch die Weiternutzung und eventuelle Erweiterung der Hambach-Bahn kann die Erschließung nochmals stark aufgewertet werden. Im Wiedernutzbarmachungsplan der RWE Power, der auch dem Braunkohlenplanänderungsverfahren zugrunde liegt, wird der Bereich nicht als land- oder forstwirtschaftlicher Rekultivierungsbereich sondern als "sonstige Fläche" dargestellt. Eine bauliche Folgenutzung wird daher als sehr realistisch eingeschätzt. Größe, Zuschnitt, Lage und infrastrukturelle Anbindung/Ausstattung machen die Tagesanlagen inkl. Kohlebunker zu einer Premium-Entwicklungsfläche im anstehenden Strukturwandel. Eine solche Entwicklung wird in der Region zudem breit befürwortet. Die Neuland Hambach Kommunen sind bereit, eigene Flächenbedarfe auf dieser großen (inter) kommunalen Entwicklungsfläche einzubringen. Um eine möglichst flexible bauliche Folgenutzung (Leben und Arbeiten) zu ermöglichen, regen wir deshalb an, die ca. 130 ha als Entwicklungsfläche für den Strukturwandel (Mischfläche ASB/GIB) im Regionalplan auszuweisen. Auch in den textlichen Festlegungen des Regionalplans sollte diese Potenzialfläche aufgenommen werden, u.a. im Sinne des Grundsatz 10 - „Perspektivische Baulandentwicklung am See berücksichtigen". Dies würde künftig gewerblich-industrielle Nutzungen aber auch - aufgrund der direkten Nähe zum künftigen See - Wohnungsbau, Gemeinbedarfsflächen sowie Sport-, Freizeit-, Erholungs- und sonstige Grünflächen ermöglichen. Auch für das parallele Braunkohlenplanänderungsverfahren wäre die "gemeinsame Zielrichtung" in den beiden Planverfahren sinnvoll.

Anregung für den Regionalplan (17): Wir regen an, die RWE Tagesanlagen inkl. Kohlebunker textlich und zeichnerisch als Entwicklungsfläche (Mischfläche ASB/GIB) mit zweckgebundener Nutzung (Strukturwandel) darzustellen. [s. Anhang Abb. 1007630 _1]

Anregung für den Regionalplan (18): Wir regen an, die Festlegung als BSN für die Fläche zwischen den Tagesanlagen und dem Tagebau zurückzunehmen. Zwischen dem Entwicklungsgebiet und dem künftigen See sollte es keine räumliche Trennung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Zur Anregung (17): Festlegung der Tagesanlagen und Kohlebunker als Entwicklungsfläche festzulegen. Der Stellungnahme ist in Teilen durch Änderung der zeichnerischen und textlichen Festlegung entsprochen (s. StnID 1005215 sowie StnID 1005216).

Zur Anregung (18) Rücknahme der BSN-Festlegung für die Flächen zwischen den Tagesanlagen und dem Tagebau. Der Stellungnahme ist nicht entsprochen (s. StnID 1007755).

geben.

[s. Anhang Abb. 1007630_2]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1007630.pdf](#)

1007635, Neuland Hambach GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH UND ANREGUNGEN ZUM REGIONALPLAN</p> <p>Siedlungsstruktur</p> <p><i>Ortskern Niederzier</i> Das Profil von Niederzier wird landschaftlich durch die Lage zwischen den Tagebauen Inden und Hambach und die Lage am Fuß der Sophienhöhe geprägt. Am Rand von (Alt-)Niederzier, östlich der L264 ist, im Rahmenplan ein MobilHub vorgesehen, bestehend aus einer Seilbahnstation in Kombination mit einem P&R Platz. Die Seilbahn führt zum geplanten Landschaftszentrum auf der Sophienhöhe. Am Fuße der Sophienhöhe ist eine ökologische Ferienwaldsiedlung vorgesehen. Am zukünftigen See sollen ein Anleger und Strand einen Freizeitspot am Westufer des Sees schaffen. Um eine Freizeit- und Erholungsnutzung bereits heute in die regionalplanerischen Voraussetzungen einzubinden, bitten wir darum, die Flächen im Tagebauvorfeld bei Niederzier bewusst der Funktion der landschaftsorientierten Erholungs-, Sport-, Tourismus- und Freizeitnutzungen zuzuweisen. Wir verweisen diesbezüglich auf die Anregungen Neuland Hambach, StnID 1007283 und 1007317. Im Rahmenplan Hambach sind entlang der verlängerten Hambach-Bahn bei Niederzier neue Arrondierungen vorgesehen. Diese bilden eine Siedlungsentwicklung Richtung See und werden, im Falle einer Verlängerung der Hambach Bahn, gut an das regionale SPNV Netzwerk angebunden sein.</p> <p>Anregung für den Regionalplan (19): Um eine perspektivische Siedlungsentwicklung entlang der verlängerten Hambach Bahn zu ermöglichen, bitten wir um Darstellung dieser Flächen mit dem Planzeichen ASB-Flex. [s. Anhang A 1007635_1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007635.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis als ASB-flex, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p> <p>Hinsichtlich der Flächen im Tagebauvorfeld bei Niederzier bewusst der Funktion der landschaftsorientierten Erholungs-, Sport-, Tourismus- und Freizeitnutzungen verweise ich auf die Erläuterungen zur StnID 1005209.</p>

Inhalt

KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH UND ANREGUNGEN ZUM REGIONALPLAN

Siedlungsstruktur

Ortskern Jülich

Im Rahmenplan Hambach sind entlang der Rurtalbahn bei Selgersdorf neue Arrondierungen vorgesehen. Diese werden gut an das regionale SPNV Netzwerk angebunden sein.

Anregung für den Regionalplan (20): Um eine perspektivische Siedlungsentwicklung entlang der Rurtalbahn bei Selgersdorf zu ermöglichen, bitten wir um die Verkleinerung der Darstellung der regionalen Grünzüge und die Darstellung der perspektivischen Arrondierungen mit dem Planzeichen ASB-Flex. [s. Anhang Abb. 1007636_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1007636.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum. Entsprechend der Plankonzeption werden flexible Siedlungsbereiche ab einer Flächengröße von 10 Hektar dargestellt. Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z. B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung

der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß Ziel 2-3 LEP NRW.

Die Stadt Jülich verfügt zwar über Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren ASBflex*, jedoch ist die vorliegende Fläche aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des Regionalen Grünzugs als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung für eine Festlegung als ASBflex nicht geeignet.

1007729, Neuland Hambach GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>KERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH UND ANREGUNGEN ZUM REGIONALPLAN</p> <p>Siedlungsstruktur</p> <p><i>Ortskern Rödingen (Titz)</i></p> <p>Die landschaftliche Lage der Ortskerne Rödingen/Höllen am Fuß der Sophienhöhe prägt seine Identität. In der Vergangenheit hat die Entwicklung dieses Ortskernes nicht mit anderen Ortskernen in der Landgemeinde Titz mitgehalten. Die Ortskerne Rödingen/Höllen sollen durch kleine Arrondierungen für Wohnungsbau- und Gewerbezwecke mit einer angemessenen Dichte gestärkt werden.</p> <p>Anregung für den Regionalplan (21): Wir schlagen die Baulückenschließung der verschiedenen ASB der Ortschaften Rödingen/Höllen vor. [s. Anhang Abb. StnID 1007729_1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007729.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001563, Anregung zur Ausweisung weiterer ASB-Flächen in der Ortschaft Rödingen im Süden zwischen L12 und L213).</p>

Inhalt**ERNPUNKTE AUS DEM ENTWURF RAHMENPLAN HAMBACH UND ANREGUNGEN ZUM REGIONALPLAN****Siedlungsstruktur***Ortskern Elsdorf*

Zukünftig wird Elsdorf die einzige Stadt sein, die unmittelbar am See liegt. Dieses Alleinstellungsmerkmal kennzeichnet das Profil von Elsdorf. Am Tagebaurand stehen drei Impulsräume im Fokus: der Raum rundum das Forum :terra nova, der Raum vor dem Ortskern Elsdorf (Vista Nova) und der Raum am Ende des sogenannten Speedways (Porta Sophia). Der Raum rundum das Forum :terra nova wird als Besucherzentrum weiter entwickelt. Perspektivisch soll der Ortskern Berrendorf sich hier zum See entwickeln können. Neue Siedlungsflächen bei Giesendorf und Berrendorf bilden den städtebaulichen Übergang zum zukünftigen See. Am Foodcampus können neue Impulse für Wohnen und Wirtschaft gesetzt werden. Diese Entwicklung wird den Ortskern Elsdorf stärken und bietet ebenfalls einen wichtigen, städtebaulichen Trittstein für die Entwicklung zum zukünftigen See. Perspektivisch kann in der Achse der ehemaligen Bahntrasse das Seequartier Vista Nova entstehen. Dieses neue Quartier bietet Raum für Wohnen und Nutzungen mit (über-)regionaler Bedeutung wie Hotels, Restaurants, Cafes. Der Fokusraum Porta Sophia ist ein Knotenpunkt unterschiedlicher (touristischer) Infrastrukturen. Hier laufen das Einlaufbauwerk, die Seilbahn zur Sophienhöhe, der Speedway, der Harnbach Loop und der Zugang zum See zusammen. In direkter Nähe von Einlaufbauwerk und Seilbahnstation ist ein Ferienpark im Wald vorgesehen. Für die Flächen am Tagebaurand im Sicherheitsstreifen bei Elsdorf, Giesendorf und Berrendorf bedarf es einer Zweckbestimmung, die es ermöglicht, auf die Anrechnung dieser ASB auf die allgemeinen städtischen Bedarfe zu verzichten. In diesem Sinne kann die Diskrepanz zwischen der Notwendigkeit der Verankerung heutiger Planungen im Regionalplan (Planungshorizont 25 Jahre) und dem Zeithorizont der Seebefüllung von bis zu 60 Jahren überwunden werden. Zusätzlich sind für diese räumlichen und planerischen Schnittstellen textliche Festsetzungen zu formulieren, die konkret die Vorhaben der zukünftigen städtebaulichen Entwicklung im Elsdorfer Stadtgebiet erläutern. Wir verweisen hier auf die Anregung Neuland Hambach ID 1007283 und die Stellungnahme zum Regionalplan der Stadt Elsdorf.

Anregung für den Regionalplan (22): Die Sicherung der kommunalen Entwicklungsabsichten am Tagebaurand im Sicherheitsstreifen bei Elsdorf, Giesendorf und Berrendorf ist durch die Darstellung als ASBflex Flächen herbeizuführen. Die regionale Biotopvernetzung muss in diese Flächen integriert werden. Die Ausweisung

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der betroffene Bereich ist während des Planungszeitraums des Regionalplan Köln 2043 innerhalb des bergrechtlichen Sicherheitsbereiches des Tagebaus Hambach gelegen. Vor dem Hintergrund der langen Befüllzeit des zukünftigen Sees von voraussichtlich 40-60 Jahren und der diesbezüglichen bergrechtlichen Erfordernisse sind aktuell verbindliche regionalplanerische Festlegungen für diesen Bereich nicht möglich.

Im Übrigen gilt für die Bereiche außerhalb des Sicherheitsbereichs, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt werden.

Die Stadt Elsdorf verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Zwar besteht ein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (ASBflex), jedoch liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für ASBflex.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur

des Tagebau-Randbereiches zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) soll zwischen den bestehenden Siedlungsflächen und der Tagebaukante im Bereich der oben genannten Räume zurückgenommen werden. [s. Anhang Abb. StnID 1007730 _1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb. ID1007730.pdf](#)

funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt.

Inhalt

VORSCHLAG FÜR EIN NEUES PLANZEICHEN

Im Entwurf für den Regionalplan wird die besondere Planungssituation für die Tagebaumfelder erkannt: „Die bisher erfolgte rechtliche und zeitliche Abfolge von Braunkohlenplanung bedarf durch den von der Bundesregierung beschlossenen vorzeitigen Ausstieg aus der Kohleförderung einer neuen strategischen Ausrichtung und räumlichen Verzahnung, um gemeinsam einen abgestimmten und konfliktfreien Rahmen für den Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung und den Strukturwandel zu schaffen.“ (S. 33) Und weiter: „Der Prozess des Strukturwandels ist als dynamischer und über Jahrzehnte fortlaufender Prozess zu verstehen, in dem immer wieder neue Erkenntnisse, Entwicklungen und Herausforderungen erkannt, abgestimmt und umgesetzt werden müssen. Insofern sollen auch der Erfolg sowie die weitere Ausrichtung des Prozesses durch regelmäßige Monitorings [...] begleitet werden. Ebenso wie der Strukturwandel ein fortlaufender Prozess ist, wird die Regionalplanung dessen Erfordernisse auch in den Folgejahren - sofern erforderlich - sukzessive in den Regionalplan implementieren.“ (S.37)

Aus Sicht der Neuland Hambach GmbH wird ein Monitoring und die sukzessive Anpassung des Regionalplans nicht ausreichen, um den besonderen Herausforderungen und der Dynamik des Tagebaumfeldes gerecht zu werden. Die Festlegungen im Regionalplan für die Bereiche der Tagebaumfelder sollten die Belange der Anrainerkommunen berücksichtigen und auf den Rahmenplanungen für Inden, Hambach und Garzweiler basieren.

Die Synchronisierungsschwierigkeiten zeigen sich unter anderem im Folgenden: Der Regionalplanentwurf hat gemäß der bestehenden Rekultivierungsziele regionalplanerische Festlegungen für solche Bereiche vorgeschlagen, die bereits weitgehend rekultiviert sind oder die gemäß Leitentscheidung nicht mehr für den Abbau in Anspruch genommen werden. Die Rekultivierungsziele für Hambach entstammen allerdings aus dem Braunkohlenplan Teilplan 12/1 aus den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts und entsprechen nicht mehr dem Ziel der aktuellen Leitentscheidung von 2021. Nach dieser sollen die Tagebaufolgelandschaften frühzeitig zu „Räumen der Zukunft“ entwickelt und wieder mit dem umgebenden Raum verbunden werden, um innovative, vielfältige und nachhaltige Entwicklungsperspektiven zu eröffnen. In diesem Sinne ist sowohl die schnellstmögliche In-Wertsetzung der Tagebaukanten inkl. Sicherheitsstreifen als auch eine vielfältige Zwischennutzung im Böschungssystem zu ermöglichen, um die Transformation der Tagebaue zu attraktiven Zukunftslandschaften mit neuen Chancen zum Wohnen, Arbeiten und Erholen zu unterstützen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Die Einführung eines neuen Planzeichens und der damit verbundenen Erwartung von rechtlichen Sonderregelungen im Sinne einer "Sonderplanung" oder "Sonderplanungszone" obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden.

(Inter-)kommunale Entwicklungsabsichten für Randbereiche, Folgelandschaft und Zwischennutzungen wurden und werden in den strategischen Entwicklungskonzepten der Tagebauumfeldverbünde entwickelt (siehe Rahmenplan Hambach) und sollen laut Beschluss des Braunkohlenausschusses i.S.e. Abwägung Eingang in die laufenden Verfahren zur Änderung der Braunkohlepläne finden. Sie sind entsprechend auch in die Regionalplanung zu übertragen und dort abzusichern. Insbesondere sollen die geplanten Entwicklungen nicht durch ausschließende Festlegungen im Regionalplan erschwert werden.

[s. Anhang Abb. StnID 1007731_1]

Eine landesplanerische Interpretation der bestehenden Braunkohlenpläne als "Freiraum" (gemäß der alten Rekultivierungsziele aus den 70er Jahren) ist nicht mehr zeitgemäß und steht im Widerspruch zu der mit der Leitentscheidung eingeforderten dynamischen Entwicklung. Wenn jeder In-Wertsetzung ein landesplanerisches Zielabweichungsverfahren oder eine Ausnahmebegründung vorangehen muss, werden die gemeinsamen Ziele nicht erreicht. Folglich müssen Landesregierung und Bezirksregierung im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten einen konfliktfreien Rahmen für die Umsetzung der Zielsetzungen aus den aktuell laufenden Braunkohlenplanungen und den zugrundeliegenden Entwicklungskonzepten der Anrainer im Regionalplan schaffen. Damit Tagebaue wieder mit dem umgebenden Raum verbunden werden, sind bauliche Ausweisungen auch ohne Siedlungsansatz zu ermöglichen und neue - der Transformation dienende - Planzeichen für die Tagebautransformationslandschaft einzuführen.

Anregung für den Regionalplan (23): Die Neuland Hambach schlägt vor, ein eigenes Planzeichen "T" für den Bereich der Tagebaufolgelandschaft einzuführen mit dem Begriff "Tagebautransformationslandschaft". Dieses Planzeichen soll eine Sonderplanung für diese Gebiete ermöglichen, die auf den in der Region abgestimmten Entwicklungsabsichten - hier insbesondere der Tagebauumfeldverbünde - basiert. Solch ein Planzeichen würde den Kommunen und der Region das notwendige Maß an Flexibilität bei der weiteren Ausgestaltung dieses besonderen Gebietes ermöglichen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1007731.pdf](#)

Inhalt

Perspektive der Anrainerkommunen auf den Regionalplan

Die Anrainerkommunen des Rheinischen Reviers stehen durch den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung vor gewaltigen Herausforderungen. In diesem Kernrevier, das ungefähr ein Drittel des gesamten Rheinischen Reviers ausmacht, werden die größten Anpassungslasten des Braunkohleausstiegs anfallen. Konkret bedeutet dies, insgesamt rund 22.000 Arbeitsplätze und 600 Mio. Euro Wertschöpfung qualitativ, quantitativ und zeitnah zu kompensieren und hierzu neue Wertschöpfungsketten zu knüpfen.

Dies rechtzeitig bis 2038 zu schaffen, damit die Region nicht durch einen zu befürchteten Strukturbruch wirtschaftlich abstürzt, stellt schon eine immense Herausforderung dar. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag nun die Zielsetzung formuliert, sogar bis 2030 aus der Braunkohleverstromung aussteigen zu wollen. Das Land NRW hat sich dieser Zielsetzung ausdrücklich angeschlossen.

Den Ausstieg nun nochmals um acht Jahre vorziehen zu wollen, ist klimapolitisch nachvollziehbar, lässt die Anrainer jedoch mit größter Sorge auf die Zukunft unserer Region blicken und erfordert deutliche und zusätzliche Anstrengungen zur Strukturstärkung. Die aktuellen Gaspreis- und Strompreisentwicklungen, die Haushaltsbelastungen durch die Corona-Pandemie und die unterbrochenen Lieferketten des beschäftigungsstarken produzierenden Gewerbes kommen hinzu und steigern den Handlungsdruck zur beschleunigten, wirtschaftlichen Stärkung des hauptlasttragenden Kernreviers.

Mit einem gemeinsamen Positionspapier haben sich im Dezember 2021 Kammern, Gewerkschaften, Kreise, Kommunen und Regionalverbände als legitimierte Vertreter des Rheinischen Reviers vereint an Bundes- und Landesregierung gewandt und konkrete unterstützende Maßnahmen gefordert. Darin wird verdeutlicht, dass die Bewältigung der von Bund und Land induzierten Herausforderung weit mehr Anstrengungen erfordert als den bloßen Einsatz von Strukturfördermitteln. Die sich daraus ergebenden Handlungserfordernisse erstrecken sich vielmehr auch auf die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei der Errichtung von Infrastrukturen sowie auf die bedarfsgerechte Ausweisung von Siedlungsflächen.

Insbesondere die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen stellt einen zentralen Baustein im Rahmen der Strukturstärkungsstrategie dar. Die durch die zahlreichen Innovationsprojekte ausgelöste wirtschaftliche Aktivität wird ihre beschäftigungspolitische Wirkung nur entfalten können, wenn zeitnah in ausreichendem Maße Flächen für Investitionen zur Verfügung stehen. Diese gibt es heute im Kernrevier gutachterlich nachgewiesen nur in sehr unzureichender Form.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der vorliegende Entwurf eines Regionalplanes entspricht den geltenden rechtlichen Vorgaben auf Landes- und Bundesebene. Die Einführung von Verfahrensbeschleunigungen, die Etablierung einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone sowie landesseitige Flächenpoolösungen obliegt der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und den parlamentarischen Gremien auf Landesebene und gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus und sind nicht mit den aktuellen Landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW vereinbar.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich werden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

Vor diesem Hintergrund ist die Aufstellung des neuen Regionalplans für die Anrainerkommunen im Regierungsbezirk Köln ein entscheidender Prozess, der mit großen Erwartungen verbunden ist. Mit Blick auf die Flächenplanung sind hier u.a. die Forderungen nach Verfahrensbeschleunigung, die Etablierung einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone, landesseitige Flächenpoolösungen etc. zu nennen. Was die Anrainerkommune brauchen, sind zeitnahe und zusätzliche Flächenangebote. Wir erwarten, dass der Regionalplan alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft, um die notwendigen Grundlagen in ausreichender Menge, Qualität und Geschwindigkeit zu schaffen und damit seinen Beitrag zu einem gelingenden Strukturwandel leistet.

AZ: BET_410000_1

Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

1003910_001, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

5.6 Langerwehe

Der Zuschnitt des GIB an der L 12 soll korrigiert werden. Durch die aktuelle Darstellung entsteht der Eindruck, dass Flächen entlang des Geicher Bachs entwickelt werden können. Dies ist durch die örtlichen Gegebenheiten nicht möglich. Der GIB soll sich entsprechend an den vorhandenen Strukturen, also der L 12 und dem südlich verlaufenden Wirtschaftsweg orientieren. Auch wenn der Regionalplan keine parzellenscharfe Festlegung enthält, sollte sich diese an den natürlichen Gegebenheiten orientieren, um einen späteren Interpretationsspielraum der zeichnerischen Festlegungen zu vermeiden. Zeitgleich kann die südlich des Geicher Bachs festgelegte GIB-Darstellung entfallen und in Freiraum umgewandelt werden. Als Ersatz können Flächen an der GIBflex an der L 12 zugeschlagen werden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Siehe Erläuterungen zu StnID 1001335.

1003910_002, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

5.6 Langerwehe

Der GIB südwestlich der Kreuzung von B 264 und L 12 sollte entlang der L 12 verlaufen, da im betreffenden Bereich ein Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel im Bebauungsplan festgelegt wird, das nur im ASB zulässig ist. Der Flächennutzungsplan der Gemeinde enthält seit 2020 eine entsprechende Darstellung.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001338).

1003910_003, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

5.6 Langerwehe

Um einen Verstoß gegen das Entwicklungsgebot gem. § 1 Abs. 4 BauGB zu vermeiden, sollen die im FNP dargestellten, firmengebundenen gewerblichen Flächen der Firma Alesco an der Schönthaler Straße als GIB festgelegt werden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Siehe Erläuterungen zu StnID 1001339.

1003910_004, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

5.6 Langerwehe

Die GIBflex-Fläche an der L 12 stellt einen bedeutenden Standort für den Strukturwandel des Rheinischen Reviers dar. Die Fläche soll als Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet ?Faktor X? gemeinsam mit der Gemeinde Inden entwickelt werden. In diesem Zuge soll die Fläche als GIBinterkommunal im Regionalplan festgelegt werden.

[s. Anhang Abb. StnID 1007893_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID_1003910_004.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Siehe Erläuterung zu StnID 1001340.

Inhalt

Präambel

Zusammen mit den beiden anderen Tagebaumfeldinitiativen im Rheinischen Revier ist die Entwicklungsgesellschaft indeland der Auffassung, dass ein konfliktfreier Rahmen für die Umsetzung der Zielsetzungen aus den Braunkohlenplanungen im Rheinischen Revier geschaffen werden muss.

- Die Leitentscheidung hat einen Perspektivwechsel eingeleitet, der sich in den Plan- und Genehmigungsverfahren wiederfinden muss. Die Transformationsräume der Tagebaue mit ihren Umgebungen sollen zu Zukunftsräumen entwickelt werden und möglichst frühzeitige und vielfältige Entwicklungsperspektiven eröffnen. In diesem Sinne sind sowohl die schnellstmögliche In-Wertsetzung der Tagebaurandbereiche/Sicherheitsstreifen als auch vielfältige Zwischennutzungen im Böschungssystem zu ermöglichen.
- Kommunale Entwicklungsabsichten in der End- und Zwischenlandschaft, die sich aus den Braunkohleplänen ergeben (u.a. touristische Erschließung), sind in die Regionalplanung zu übertragen und dort abzusichern. Der planerische Vollzug wird z.T. schon im zeitlichen Gestaltungsrahmen des anstehenden Regionalplanes stattfinden; notwendige Genehmigungen werden erforderlich und sind planungsrechtlich sicher zu stellen. Der Regionalplan sollte darüber hinaus keine restriktiven Festlegungen treffen, die spätere Entwicklungen erschweren.
- Die Transformationsräume der Tagebaue sind als Konversionsflächen zu verstehen, für die eine hochgradig lokalspezifische Planung und Entwicklung erforderlich ist. Entsprechend müssen für die Bereiche von Braunkohlenplänen und verbundenen strategischen Entwicklungskonzepten Sonderregelungen getroffen werden. Damit Tagebaue wieder mit dem umgebenden Raum verbunden werden, sind bauliche Ausweisungen auch ohne Siedlungsansatz zu ermöglichen und neue - der In-Wertsetzung dienende - Planzeichen sowohl für Nutzungen in der sogenannten Zwischenlandschaft als auch in der Endnutzung einzuführen. Es gilt abzuwägen, ob für die zeichnerische Integration der heutigen Braunkohlenpläne samt Tagebaurandbereiche/ Sicherheitsstreifen in den Regionalplan ein neues Planzeichen "Tagebautransformationslandschaft" eine gute Möglichkeit darstellt.

indeland

Die Kommunen im indeland sind im Besonderen von der Transformation im Rheinischen Revier betroffen. Aufgrund der räumlichen Nähe der beiden Tagebaue Inden II und Hornbach werden die zwei Kommunen Niederzier und Jülich unmittelbar

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen Entwicklung und Planung in den Tagebaumfeldern vorgebracht. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Zu einem neuen Planzeichen wird auf die Stellungnahme ID 1007841 verwiesen.

von diesen tangiert. Die Gemeinde Inden verliert 30% ihrer Fläche und ist somit in ihren räumlichen Entwicklungsperspektiven stark eingeschränkt. Die Einstellung der Kohleverstromung im Kraftwerk Weisweiler wird zu entsprechenden Arbeitsplatz- und Kaufkraftverlusten in der Region führen. Vor diesem Hintergrund hat die Entwicklungsgesellschaft indeland (EwiG) in 2016 in ihrem Masterplan 2030 ein Leitbild entwickelt und in den politischen Gremien verabschiedet, das einen Rahmen für das eigene Handeln darstellt. Dieses umfasst eine ressourceneffiziente Entwicklung, eine behutsame Fortentwicklung der unverwechselbaren Eigenarten dieses Raums unter Beachtung der sozialen Ausgewogenheit, die Beachtung der Umwelt- und Klimaverträglichkeit sowie des wirtschaftlichen Erfolges. Im Bewusstsein der komplexen Zusammenhänge im Zuge der anstehenden Transformation im indeland hat die EwiG schon frühzeitig mit den Fachbeiträgen 1 und 2 sowie in 2017 mit dem 11 Gewerbe- und Industrieflächenkonzept indeland - Version 1.0" einen fachlichen Input in den Prozess der Neuaufstellung des Regionalplans Köln geleistet. Zwischenzeitlich wurde das Gewerbe- und Industrieflächenkonzept überarbeitet und die Version 2.0 entwickelt, die dieser Stellungnahme beigelegt ist. Die Datengrundlage dieser Version ist 2022.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

1007831, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

Zu Kapitel 3.2 "Allgemeine Siedlungsentwicklung"

Das Indeland erfährt schon jetzt einen Siedungsdruck aus Richtung der benachbarten Oberzentren Aachen und Köln. Dem versucht die Wachstumsoffensive des Kreises gerecht zu werden. Die Entwicklungsgesellschaft Indeland unterstützt ausdrücklich die dort formulierten Ziele sowie die Anregungen der Kommunen zur maßvollen Ausweitung vorhandener und Ausweisung weiterer ASB- bzw. ASBflex-Gebiete in deren jeweiligen Stellungnahmen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommunen Düren, Heimbach, Hürtgenwald, Inden, Jülich, Kreuzau, Langerwehe, Merzenich, Nideggen, Niederzier, Nörvenich, Titz sowie Vettweiß im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Kommunen des Kreises Düren mit Anregungen zu ASB und ASBflex verwiesen.

1007832, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

Zu Kapitel 3.2 "Allgemeine Siedlungsentwicklung"

Dies betrifft aus der regionalen Perspektive der Entwicklungsgesellschaft Indeland in Eschweiler die Anregung Nr. 3 am Blausteinsee zur Stärkung des dortigen touristischen Potenzials [siehe Stellungnahme der Stadt Eschweiler], zumal im Norden von der entsprechenden ASBZ-Fläche ein Teil zurückgenommen und als AFAB ausgewiesen werden soll. Zudem würde dann durch die Nutzung der bestehenden Straßenanbindung eine zusätzliche Versiegelung durch den Neubau einer Straße vermieden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zu der Stellungnahme der Stadt Eschweiler verwiesen.

1007836, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

Zu Kapitel 3.2 "Allgemeine Siedlungsentwicklung"

Die Stadt Jülich hat im Masterplan 2030, im Fachbeitrag 2.0 des indelands sowie in der Wachstumsoffensive des Kreises eine zentrale Bedeutung in Bezug auf die Siedlungsentwicklung. Aus diesem Grund unterstützt die Entwicklungsgesellschaft indeland die in der Stellungnahme der Stadt Jülich auf den Seiten vier bis neun genannten Anregungen 1 a) bis 1 g). Teilweise handelt es sich um Arrondierungen vorhandener ASB oder sind wie im Fall 1 a) in einer Regionalplanänderung gefordert, um einen städtebaulichen Anschluss des Brainergy Park herstellen zu können.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Stadt Jülich verwiesen.

1007839, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

Zu Kapitel 3.2 "Allgemeine Siedlungsentwicklung"

Abgeleitet aus dem Braunkohlenplan Inden II wurde in Zusammenarbeit der Anliegerkommunen Inden und Düren, dem Kreis Düren sowie dem Tagebaubetreiber und der Entwicklungsgesellschaft ein Rahmenplan Indesee (2015) entwickelt, in dem u.a. ab 2030 die Entwicklung des Indener Ortes Schophoven in Richtung Seekante beschrieben wird (siehe Stellungnahme Gemeinde Inden S. 10-12). Die Entwicklungsgesellschaft schlägt daher vor, diesen Bereich als ASB zu kennzeichnen. Gleiches gilt entsprechend für die Siedlungsentwicklungen in Lamersdorf und Lucherberg aus der Stellungnahme der Gemeinde Inden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Gemeinde Inden verwiesen.

1007841, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 3.2 "Allgemeine Siedlungsentwicklung"</p> <p>Während der geplanten Laufzeit des zukünftigen Regionalplans sind laut Braunkohlenplan in der Phase der Zwischennutzung Seezugänge vor den Ortschaften Schophoven, Merken und Inden/ Altdorf sowie im Strandbereich zu schaffen. Um diese Seezugänge umzusetzen, sollten entsprechende Festsetzungen im Regionalplan verankert und entsprechend dem 3. Punkt der Präambel neue Planzeichen eingeführt werden. Während der geplanten Laufzeit des zukünftigen Regionalplans sind laut Braunkohlenplan in der Phase der Zwischennutzung Seezugänge vor den Ortschaften Schophoven, Merken und Inden/ Altdorf sowie im Strandbereich zu schaffen. Um diese Seezugänge umzusetzen, sollten entsprechende Festsetzungen im Regionalplan verankert und entsprechend dem 3. Punkt der Präambel neue Planzeichen eingeführt werden.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Einführung eines neuen Planzeichens und der damit verbundenen Erwartung von rechtlichen Sonderregelungen obliegen nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden. Dies auch im Hinblick auf die Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan.</p> <p>Zwischennutzungen im Bereichen, die noch der Braunkohleplanung unterliegen, werden im Regionalplan nicht festgelegt, da sie i.d.R. temporär sind und den bergrechtlichen und sonstigen Sicherheitserfordernissen der Braunkohleplanung und Abbauplanung unterliegen.</p>

1007848, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

Zu Kapitel 3.3 "Gewerbliche und industrielle Entwicklung"

Die Entwicklungsgesellschaft indeland ist sich bewusst, dass mit der endlichen Ressource Fläche möglichst sparsam und effizient umgegangen werden muss. Aus dem Grund begrüßt sie die Bestrebungen zu den interkommunalen GIB-Flächen in Jülich, Aldenhoven, Langerwehe und Eschweiler. Bereits im Bild des Satellitensystems für GIB-Flächen (Fachbeitrag indeland 2.0, Seite 31, 2019) im indeland wurde dargestellt, dass Gewerbeflächen nur dort entwickelt werden sollen, wo sie wirtschaftlich, verkehrstechnisch und ökologisch am effizientesten umgesetzt werden können. In diesem Zusammenhang begrüßt die Entwicklungsgesellschaft indeland die Verwendung der neuen Bezeichnungen GIB regional, GIB flex und GIB+. In Kombination mit der Möglichkeit eines längeren Planungshorizonts im Rheinischen Revier kann ein höherer Flächenbedarf angewendet werden. Insofern erwartet die Entwicklungsgesellschaft indeland von allen an der Regionalplanung beteiligten Partnern, dass aufgrund des neuen planerischen Instrumentariums zukünftig die sicherlich notwendigen Anpassungen der Bedarfslagen flexibler vorgenommen werden können.

Dies umfasst z.B. schon jetzt die Aufnahme der sog. Tagesanlagen der Tagebaue Inden und Hornbach. Die Entwicklungsgesellschaft schlägt in Absprache mit den Kommunen Inden und Niederzier vor, diese beiden Flächen bereits jetzt in den Regionalplan Köln als GIB flex oder GIB regional aufzunehmen.

[s. Anhang Abb. StnID 1007848_1]

In beiden Fällen handelt es sich um Nachnutzungen von Konversionsflächen, die beide infrastrukturell bereits erschlossen und an das Straßenverkehrssystem bzw. in Niederzier an das Schienennetz angebunden sind. Auf einer GIB-Fläche in Inden-Lamersdorf sind durch die Lage an einem geplanten Stichkanal mit Verbindung zum Indener See die Potenziale vorhanden, wassersportaffines Gewerbe (Handel, Verkauf, Reparatur von Booten und anderen Wassersportgeräten) anzusiedeln und somit Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Fläche ist ca. 20 ha groß und könnte ungefähr ab halber Befüllung des Sees genutzt werden.

[s. Anhang Abb. StnID 1007848_2]

Bei den vorgeschlagenen Flächen in Hambach handelt es sich um zwei Teilflächen, den heutigen Kohlebunker mit Schienenanschluss sowie die Tagesanlagen mit Gebäuden/Lagermöglichkeiten sowie einen Schienenanschluss zumindest im südlichen Bereich. Insgesamt addieren sich die beiden Teilflächen zu einer Gesamtgröße von ca. 152 ha. In der Fortschreibung des Gewerbe- und Industrieflächenkonzeptes wurden die

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Zur Anregung der siedlungsräumlichen Festlegung für die Tagesanlagen Inden: Der Stellungnahme wird teilweise entsprochen durch Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) (s. Erläuterungen zur StnID 1005370).

Der Anregung der siedlungsräumlichen Festlegung im Tagebau Hambach wird teilweise gefolgt durch Festlegung einer GIB-Transformation (s. Erläuterungen zur StnID 1005215).

genannten Flächen als Suchräume deklariert und dienen der Deckung des langfristigen Bedarfs.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1007848.pdf](#)

1007853, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 3.3 "Gewerbliche und industrielle Entwicklung"</p> <p>Dem Projekt Campus Aldenhoven bzw. Future Mobility Park kommt für die Bewältigung des Strukturwandels eine besondere Bedeutung zu. Neben den beiden Belegenheitskommunen Aldenhoven und Baesweiler sind auch die Kommunen Alsdorf und Linnich an einer interkommunalen Lösung sehr interessiert. Der Bedeutung des Standortes für die Transformation wird der Entwurf des Regionalplans als Starterstandort Strukturwandel und GIBz gerecht. Es muss jedoch erwähnt werden, dass mit den geplanten Ausweisungen als GIBz sowie als GIB ohne Zweckbindung in Summe nicht die benötigten Flächengrößen ausgewiesen werden sollen, die der Bezirksregierung Köln in einem gemeinsamen, regional abgestimmten Schreiben vom 6.10.2020 im Zuge eines Antrags auf Regionalplanänderung mitgeteilt wurden.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es erfolgt eine weitere Festlegung von GIB und GIBtransformation im Rahmen der zeichnerischen und textlichen Festlegungen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1001004 und StnID 1001006.</p> <p>Darüberhinausgehende Festlegung sind auf Grundlage des LEP NRW und der Vorgaben zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung nicht möglich.</p>

1007854, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

Zu Kapitel 3.3 "Gewerbliche und industrielle Entwicklung"

Im Hinblick auf die vorgeschlagene Ausweisung als GIB für die Nord- bzw. die Ost-Erweiterung des Business Parks Alsdorf als weiterer Bestandteil des Future Mobility Park wird auf die Stellungnahme der Gemeinde Aldenhoven (S. 3/ 4) verwiesen, der sich die Entwicklungsgesellschaft Indeland voll umfänglich anschließt, vor allem in Bezug auf die Ausweisung als GIBregional bzw. GIB mit Zweckbindung "Transformationsstandorte für den Strukturwandel".

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Gemeinde Aldenhoven verwiesen.

1007856, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

Zu Kapitel 3.3 "Gewerbliche und industrielle Entwicklung"

Neben der Fläche in Aldenhoven ist als weiterer "Transformationsstandort Rheinisches Revier" im Indeland in Jülich das Gebiet Brainergy Park vorgesehen. Die Entwicklungsgesellschaft Indeland begrüßt diese Entscheidung, weist aber darauf hin, dass Flächen für die notwendigen aktuellen bzw. zukünftigen Flächenentwicklungen nicht vollständig berücksichtigt worden sind. Die Entwicklungsgesellschaft unterstützt diesbezüglich die Stellungnahme der Stadt Jülich zu diesem Punkt (S. 18/20).

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Stadt Jülich verwiesen.

1007859, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 3.3 "Gewerbliche und industrielle Entwicklung"</p> <p>In Langerwehe ist im Entwurf des Regionalplans an der L 12n in Richtung Autobahnauffahrt Langerwehe eine GIBflex-Fläche vorgesehen. Diese soll zusammen mit der Gemeinde Inden interkommunal betrieben werden. Ein entsprechender LOI liegt seit 2019 vor. Ziel ist die Schaffung des interkommunalen Industriegebiets „Faktor X“ Langerwehe - Inden als Satellit des Industriedrehkreuzes Weisweiler - Stolberg. Dieses Gebiet soll unter dem Aspekt der Ressourceneffizienz erschlossen und durch Gebäude in Faktor X-Bauweise belegt werden. Es wird somit eine Vorreiterrolle in der Umsetzung des Faktor X-Gedankens auf GIB-Flächen darstellen und einen besonderen Anteil zum Klimaschutz aufweisen. Zudem ist diese Fläche eingebettet in das Satellitensystem der Gewerbe-/Industrieflächen im Indeland rund um das Industriedrehkreuz WeisweilerStolberg. Insofern unterstützt die Entwicklungsgesellschaft Indeland die Anregung der Gemeinden Langerwehe und Inden, die vorgeschlagene GIBflex-Fläche als GIBinterkommunal auszuweisen, zumal die Gemeinde Inden den eigenen Bedarf für Industrieflächen interkommunal in Langerwehe ausweisen möchte (siehe Stellungnahme Inden S. 6).</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Gemeinden Inden und Langerwehe verwiesen.</p>

1007861, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 3.3 "Gewerbliche und industrielle Entwicklung"</p> <p>Die Entwicklungsgesellschaft indeland befürwortet die von der Gemeinde Inden (Seite 2) vorgeschlagene Ausweisung für das Plangebiet Grachtweg Nord als GIB-Fläche. Dies dient der Erweiterung des Industriedrehkreuzes Weisweiler als Zentrum des Satellitensystems von GIB-Flächen im indeland.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Gemeinde Inden verwiesen.</p>

1007862, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

Zu Kapitel 3.3 "Gewerbliche und industrielle Entwicklung"

Neben der Ausweisung von Gewerbeflächen für den lokalen Bedarf weist die Stellungnahme der Stadt Linnich auf weitere Flächen hin, die als interkommunale GIB vorgeschlagen werden. Auch im Gewerbe- und Industrieflächenkonzept indeland 2.0 sind diese Flächen als Suchräume enthalten, dienen also der langfristigen Bedarfsdeckung. Darüber hinaus ist die Stadt Linnich weiterhin in Verhandlungen über eine Beteiligung am interkommunalen Gewerbegebiet Future Mobility Park in Aldenhoven-Baesweiler.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Stadt Linnich verwiesen.

1007864, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 3.3 "Gewerbliche und industrielle Entwicklung"</p> <p>In Bezug auf die Umsetzung der regionalen Wirtschaftsbedarfe (Z. 5) sowie die Ausführungen zu G. 13 und Z. 7 schließt sich die Entwicklungsgesellschaft der Anregung des Kreises Düren in dessen Stellungnahme auf Seite 6 an.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen des Kreises Düren verwiesen.</p>

1007866, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

Zu Kapitel 4 "Freiraum"

Die Entwicklung des Freiraums spielt bereits im Masterplan Indeland 2030 eine große Rolle. Vor allem für die Entwicklung der Gemeinde Inden rund um den zukünftigen Indesee ist eine möglichst flächensparende Freiraumnutzung von großer Bedeutung, sollen die im PROGNOS-Gutachten angenommenen Auswirkungen auf die Regionalwirtschaft durch eine geänderte Wiedernutzbarmachung des Tagebaus Inden II (2008) erreicht werden. Dies umfasst z.B. die von der Gemeinde Inden vorgeschlagene Ausweisung der Goltsteinkuppe als Flächen "Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum". Nach den Ausführungen im Braunkohlenplan Inden II ist südöstlich von Inden-Lucherberg bereits ca. 5 Jahre nach Beginn der Befüllung eine kontinuierliche Freizeit- und Erholungsmöglichkeit zu ermöglichen. Dem steht die bisherige Ausweisung entgegen. Aus diesem Grund unterstützt die Entwicklungsgesellschaft den Vorschlag der Gemeinde Inden, die Fläche für "Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum" auszuweisen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Gemeinde Inden verwiesen.

1007867, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p><u>Zu Kapitel 4 "Freiraum"</u></p> <p>Ausgehend vom touristischen Leistungserbringer Schloss Merode an der Schnittstelle von Voreifel und Transformationsraum indeland, nimmt die EwiG an, dass unter Berücksichtigung naturschutzfachlicher Belange auch touristische Nutzungen in Freiräumen möglich sind (Nr. 3 in Karte; Beispiel: Waldstück zwischen Jüngersdorf und Merode). Darunter versteht die EwiG z. B. auch die (temporäre) Nutzung in Teilen der Agrarbereiche als ggf. unbefestigte, temporäre Parkplätze (Nr. 1 in Karte) als auch die Möglichkeit, diese Bereiche für Wohnmobilstellplätze (Nr. 2 in Karte) oder für weitere Übernachtungszwecke ("Glamping") zu nutzen (Nr. 4 in Karte).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007867_1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007867.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Verträglichkeit touristischer Nutzungen mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung bedarf einer Überprüfung im Einzelfall. Grundsätzlich sollen nicht baulich geprägte Einrichtungen für Freizeit, Erholung, Sport und Tourismus im Freiraum unter Beachtung der Vorgaben in Kapitel 4.3.1 ermöglicht werden. Für durch bauliche Anlagen geprägte Standorte bilden die Festlegungen des Landesentwicklungsplans (Kapitel 6.6) maßgebliche Vorgaben.</p>

1007869, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p><u>Zu Kapitel 4 "Freiraum"</u></p> <p>Vor dem Hintergrund des Landesziels, Windkraft- und Photovoltaikanlagen beschleunigt auszubauen, geht die EwiG davon aus, dass die genannten Nutzungen - unter Berücksichtigung naturschutzfachlicher Belange - auch in Wald- oder Agrarbereichen möglich sind (z. B. Windkraft in Waldbereichen, Photovoltaikanlagen in Agrarbereichen, in Karten "Solarpark" und "Potentielle Windvorrangzone").</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007869_1]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007869_2]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007869_1.pdf</p> <p>Abb_ID1007869_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1007871, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>Infrastruktur</p> <p>Der Sicherung vorhandener Verkehrsinfrastruktur, der Reaktivierung sowie Neuanlage entsprechender Anlagen kommt für das Gelingen des Strukturwandels im Rheinischen Revier eine erhebliche Bedeutung zu. Es ist nicht nur der Wegfall von Wegeverbindungen zu kompensieren, die durch den Braunkohleabbau verloren gegangen sind. Vielmehr sollten zukünftigen Pendler- und Tourismusströmen durch Angebote an attraktiven Verbindungen bzw. innovativen Transportsystemen Alternativen nachhaltiger Mobilitätsformen aufgezeigt werden. Insofern unterstützt die Entwicklungsgesellschaft die Ausführungen des Kreises Düren in dessen Stellungnahme zu flächendeckender Radinfrastruktur sowie zur Erhaltung des bestehenden Schienennetzes, zu neuen Haltepunkten sowie zu Schienenplanungen (Seite 17-33).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007871_1]</p> <p>Gleiches gilt für die Anbindung des zukünftigen Tagebausees Inden an das Schienennetz im Südwesten der Gemeinde Inden über eine Verlängerung der vorhandenen Trosse der EuRegiobahn bis zum Hauptort Inden/ Altdorf. Diese Trasse sollte, dem Antrag der Gemeinde Inden folgend, als Bedarfsmaßnahme Schienenweg dargestellt werden.#</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1007871_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1006599) (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Festlegung des vorhandenen Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind.</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme (d.h. der Verlängerung des bestehenden Schienenwegs über den in der Örtlichkeit überplanten Verlauf hinaus) nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

1007872, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

Infrastruktur

Auch der direkte Anschluss des überregional bedeutenden Forschungszentrums Jülich mit ca. 7.000 Beschäftigten, davon eine große Anzahl Pendler, wäre ein großer Schritt in Richtung Nachhaltigkeit, sofern in einem weiteren Schritt der Lückenschluss über die zu reaktivierende Strecke Jülich-Puffendorf über Baesweiler nach Aachen gelänge.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1007873, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>Infrastruktur</p> <p>Weiterhin unterstützt die Entwicklungsgesellschaft die Vision der Stadt Jülich (Seite 31 /32) für ein SeilbahnNetzwerkJülich- Sophienhöhe-Indener See zur Entwicklung eines alternativen Verkehrsträgers in der Region unter anderem zur Anbindung von Jülich an den Indener See.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt zu einer nachgelagerten Planung und darüber hinaus keine Bedenken oder Anregungen geäußert.</p> <p>Eine Flächenvorsorge für alternative Mobilitätsformen, wie z.B. der Seilbahn, entspricht im Übrigen nicht dem Planerfordernis des Regionalplans und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.</p>

1007874, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>Infrastruktur</p> <p>Auch die Vision des Kreises Düren, des Rhein-Erft-Kreises sowie der Belegenheitskommunen Niederzier und Inden über eine zukünftige Seeverbindung Indesee und Hambachsee findet die volle Unterstützung der Entwicklungsgesellschaft für die Stellungnahme des Kreises Düren (Seite 23) zu diesem Punkt. Obwohl noch ein langer Zeitraum bis zur evt. Realisierung vergehen wird, müssten jetzt bereits die Grundlagen geschaffen werden, damit im geplanten Korridor dem Projekt entgegenstehende Nutzungen ausgeschlossen werden. Eine Machbarkeitsstudie soll in 2022 in Auftrag gegeben werden. Im Entwurf des Rahmenplans Indesee 2.0 wird dieser evtl. Korridor als touristischer Brückenschlag bezeichnet, der bereits vor Anlage und Betrieb des Kanals zwischen den Tagebauseen eine schnelle Verbindungsmöglichkeit per Fahrrad, E-Bike oder autonom fahrenden Bus unter Anbindung an die Rurtalbahn herstellen soll.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007874_1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007874.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Anregung ist im Planentwurf entsprochen. Der vorgesehene Korridor für eine Verbindung der Seen weist keine der Realisierung dieses Vorhabens entgegenstehenden Festlegungen auf. Durch die Festlegung vorrangiger Freiraumfestlegungen (Regionaler Grünzug, zzgl. teilweise BGG) wird der Verbindungskorridor langfristig gesichert.</p> <p>Die genaue Ausführung der angesprochenen Seeverbindung und darauf aufbauend eine mögliche Realisierung wird voraussichtlich erst nach dem Planungszeitraum des Regionalplans von 2043 erfolgen. Mögliche weitere Planungen der Anbindung, technischen Gestaltung etc. richten sich an einen Planungszeitraum jenseits des Regionalplans und an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1007875, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

Infrastruktur

Bereits im Masterplan indeland 2030 wurde der steigenden Bedeutung der Gemeinde Langerwehe entsprechend ein Bahnhaltepunkt D'horn/Schlich vorgeschlagen, dessen Aufnahme in den Regionalplan die Entwicklungsgesellschaft indeland zusammen mit der Gemeinde Langerwehe anregt, um der dortigen Siedlungsentwicklung gerecht zu werden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

1007885, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>5 Anregungen zum Regionalplanentwurf</p> <p>[Hinweis: Fortschreibung Gewerbe- und Industrieflächenkonzept Indeland, 2022]</p> <p>Im Zuge des Gewerbe- und Industrieflächenkonzepts für die indeland-Kommunen von 2017 wurden bereits einige Anregungen in den Entwurf des Regionalplans übernommen. Nachfolgend werden weitere Anregungen zur Deckung der zukünftigen Bedarfe der indeland-Kommunen aufgeführt.</p> <p>5.1 Die unterschiedlichen GIB-Typen im Überblick</p> <p>Bereiche für die gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) ohne Zweckbindung werden im Regionalplan zur Deckung der endogenen Bedarfe dargestellt. Ebenso wird GIBinterkommunal in einer Zusammenarbeit von benachbarten Kommunen zur Deckung der endogenen Bedarfe dargestellt. GIB mit regionaler Bedeutung werden als GIBregional in den Regionalplan aufgenommen. Sie decken dabei die Kreisebene ab. Bei überregionaler Bedeutung des GIB wird dieser zur Deckung der Bedarfe des Regierungsbezirks insgesamt als GIBplus dargestellt.</p> <p>Darüber hinaus sind im Regionalplan zweckgebundene GIB (GIBz) enthalten, die zusätzliche Flächensicherungen für bestimmte Nutzungen und Betriebe vornehmen, die aufgrund ihrer besonderen räumlichen Lage, besonderer geologischer, verkehrlicher oder anderer spezifischer Standortfaktoren oder aufgrund rechtlicher Vorgaben ausschließlich den benannten Nutzungen und Betrieben vorbehalten sind.</p> <p>Mit dem Regionalplan werden als neues planerisches Instrument die sogenannten GIBflex eingeführt. Diese Flächen werden als Ausweichflächen eingesetzt, falls andere GIB-Flächen nicht zum Tragen kommen können (z. B. wg. Artenschutz, schwieriger Eigentumsverhältnisse, problematischer Erschließung). GIBflex-Flächen werden im Regionalplan gesichert und von anderweitigen Nutzungen freigehalten. Für eine (begründete) Inanspruchnahme einer Flexfläche ist keine Änderung des Regionalplans erforderlich. Flexflächen geben den Kommunen mehr Freiheiten bei der räumlichen Verortung von Siedlungsentwicklungen, ohne dass zusätzliche, über den Bedarf hinausgehende Flächen in Anspruch genommen werden müssen. Die Flächen werden dabei als Vorbehaltsgebiet und nicht als Vorranggebiet im Regionalplan festgelegt.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Den Hinweisen mit der Darlegung des differenzierten Flächenangebotes für GIB im Regionalplan werden zur Kenntnis genommen; ihnen wird entsprochen.</p>

1007886, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>5.2 Aldenhoven</p> <p>In Aldenhoven besteht eine aktuelle Deckungslücke bis 2024. Die Schließung dieser Deckungslücke soll über die Erweiterung der Flächen des Campus Aldenhoven erfolgen</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007886_1]</p> <p>Im nordöstlichen Bereich wird angeregt, den aktuell dargestellten GIB zu erweitern. Der Bereich ist Teil des Suchraums ?Center of Vertical Mobility?. Die Flächengröße liegt unterhalb von 10 ha. Der nordwestliche GIB weist die Zweckbindung ?Starterstandorte Strukturwandel? auf. Diese Flächen sind bei Bedarf über Ziel 2.3 LEP NRW bereits vor der Rechtskraft des Regionalplanentwurfs entwickelbar.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1007886.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1000996.</p>

1007887, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>5.2 Aldenhoven</p> <p>Darüber hinaus wird angeregt, eine Erweiterung des Business-Parks Alsdorf/Hoengen auf das Gebiet der Gemeinde Aldenhoven vorzunehmen. Diese Fläche soll als GIBplus mit der Zweckbindung "Transformationsstandort Rheinisches Revier" im Regionalplan dargestellt werden. Auf dem Gebiet der Stadt Alsdorf wurde die nördliche Erweiterung des Business-Parks in einen Freiraum mit Regionalem Grünzug umgewidmet. Diese Flächen sollen ebenfalls als GIBregional dargestellt werden. Die Stadt Alsdorf und die Gemeinde Aldenhoven erhielten durch die Bezirksregierung bereits am 17. März 2020 eine positive Rückmeldung auf die landesplanerische Anfrage gem. § 34 LPlG vom 19. Dezember 2019 hinsichtlich der Änderung beider Flächennutzungspläne.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007887_1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007887.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Anregung zur Festlegung nördliche Erweiterung Business-Park Alsdorf/Aldenhoven als GIBregional wird in Teilen gefolgt. Der Bereich wird als GIB festgelegt. Siehe hierzu Erläuterungen StnID 1001004.</p> <p>Der Anregung zur Festlegung östliche Erweiterung Business-Park Alsdorf/Aldenhoven als GIBplus mit der Zweckbindung "Transformationsstandort Rheinisches Revier" wird in Teilen gefolgt. Der Bereich wird als GIBtransformation festgelegt. Siehe Erläuterungen zur StnID 1001006.</p>

1007888, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>5.2 Aldenhoven</p> <p>Um die endogenen Bedarfe zukünftig ohne Änderungen des Regionalplans decken zu können, sollen des Weiteren mehrere Suchräume als GIBflex dargestellt werden. Die Flexflächen geben der Kommune den nötigen Spielraum, um endogene Bedarfe zielgerichtet decken zu können und auch Betriebsumsiedlungen aus der Städteregion Aachenaufnehmen zu können, die aufgrund dort mangelnder Reserveflächen regional verortet werden sollten. Dabei handelt es sich um die Suchräume ?L 11? (13,8 ha), ?B 56?, (29,5 ha), ?A 44? (27,4 ha), ?Nördliche Erweiterung Gewerbegebiet Aldenhoven Ost? (16,1 ha) sowie ?Südliche Erweiterung Gewerbegebiet Aldenhoven Ost? (24,9 ha).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007888_1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007888.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Für die Gemeinde Aldenhoven besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren GIBflex</i>.</p> <p>Die Festlegungen der in Rede stehenden Flächen als GIBflex sind nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1007889, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>Eschweiler</p> <p>Für die Stadt Eschweiler besteht eine Deckungslücke in der Gesamtbilanz, da die Potenzialflächen des Regionalplanentwurfs noch nicht aktivierbar sind. Nur über diese ist der endogene Bedarf zu decken.</p> <p>Vorgezogene Änderung des aktuellen GEP 2003 für die Fläche ?Kinzweiler 1?: Im aktuellen Regionalplan (GEP 2003) wurde die Fläche ?Kinzweiler 1? durch Änderung als interkommunaler GIB aufgenommen. Diese soll in interkommunaler Zusammenarbeit mit Aachen entwickelt werden (Aufstellungsbeschluss zur 22. FNP-Änderung ist am 05.03.2020 erfolgt). Diese Fläche ist zweckgebunden zur Deckung des interkommunalen Bedarfs vorgesehen. Wenn die Fläche nicht auch zumindest teilweise dem endogenen Bedarf der Stadt Eschweiler zugeordnet werden kann, werden für die Stadt Eschweiler zusätzliche Flächen für den endogenen Bedarf von kleinen und mittleren Gewerbe- und Handwerksbetrieben erforderlich.</p> <p>Eine interkommunale Zusammenarbeit mit Aachen (Kinzweiler 1) und Inden (Acutfläche Industriekreuz Eschweiler-Weisweiler) soll ermöglicht werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007889_1]</p> <p>Falls ?Kinzweiler 1? nur der Deckung des interkommunalen Bedarfs dienen kann/darf, sollten die an das bestehende IGP angrenzenden Flächen zur Deckung des endogenen Bedarfs dienen. Dies wäre auch aufgrund der Lage der Fläche(n) unmittelbar angrenzend an ein erschlossenes Gewerbegebiet mit relativ kleinteiliger Gliederung sinnvoll. Beide GIB sind als ?Starterstandorte Strukturwandel? zweckgebunden. Für den östlichen zweckgebundenen GIB wird aktuell bereits die 23. FNP-Änderung durchgeführt. Der nördliche zweckgebundene GIB sollte zur Deckung des endogenen Bedarfs ggf. als regulärer GIB dargestellt werden. Die Kommune regt an, den zweckgebundenen GIB nördlich der L 228 als Allgemeinen Freiraum bzw. Regionalen Grünzug darzustellen.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007889.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die Festlegung zusätzlicher kommunaler Bedarfe besteht (s. Planbegründung) in der Stadt Eschweiler kein Spielraum. Der im Rahmen der vorgezogenen Regionalplan-Änderung festgelegte Standort im Bereich Kinzweiler ist interkommunal zu entwickeln. Hinsichtlich der angesprochenen Rücknahme des zweckgebundenen GIB wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Eschweiler verwiesen. Die GIB-Festlegungen des Regionalplan-Entwurf ermöglichen eine interkommunale Umsetzung auch im Bereich des geplanten Industriedrehkreuzes.</p>

1007890, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>5.4 Inden</p> <p>In Inden sind keine GIB-Reserven vorhanden. Eine interkommunale Zusammenarbeit mit Eschweiler (Industriekreuz Eschweiler-Weisweiler) und Langerwehe (Langerwehe verfügt im Zeitraum bis 2043 über Reserven) soll konsequent weitergeführt werden. Die einzige FNP-Reserve für Gewerbe ist kurzfristig verfügbar. Das Gewerbegebiet Grachtweg, das interkommunal mit Eschweiler entwickelt wird, soll nördlich um ca. 7 ha erweitert werden. Eine positive Rückmeldung auf die landesplanerische Anfrage liegt von der Bezirksregierung Köln bereits vor; das Bauleitplanverfahren wurde eingeleitet. Die Fläche soll entsprechend als GIB dargestellt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007890_1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007890.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Es wird in diesem Zusammenhang auf die StnID 1005360 der Gemeinde Inden verwiesen.</p>

1007891, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>5.5 Jülich</p> <p>In der Stadt Jülich besteht eine sehr kurz- bis langfristige Deckungslücke, da die verbleibenden Flächenreserven der Stadt fast vollständig über eine unklare Entwicklungsperspektive verfügen. Für die Bilanz ist der Anteil der Stadt am Brainergy-Park von 50 % einzubeziehen. Der Bebauungsplan für den 1. Bauabschnitt ist am 02.01.2020 rechtswirksam geworden, d. h. es handelt sich inzwischen um eine sehr kurzfristig verfügbare Flächenreserve, die bis 2030 voll vergeben sein kann und bereits teilweise belegt ist. Die Erschließungsmaßnahmen haben bereits begonnen. Der Brainergy-Park ist als interkommunaler GIB dargestellt, erweitert wird dieser über den GIBplus.</p> <p>Die Deckungslücke soll durch eine Erweiterung des Brainergy-Parks in nördliche Richtung als GIBplus mit der Zweckbindung ?Transformationsstandort Rheinisches Revier? geschlossen werden. Eine weitere Möglichkeit ist die Umwandlung des GIBflex in einen regulären GIB oder in einen GIBinterkommunal. Dadurch werden auch weitere Deckungslücken von Niederzier gedeckt werden können.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007891_1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007891.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Zur Erweiterung des Brainergy-Parks: Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1006062).</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage wird der Bereich als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.</p>

1007892, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>5.5 Jülich</p> <p>Der zweckgebundene GIB für militärische Zwecke an der L 253 soll über die Bahnstrecke hinaus bis zur Landstraße erweitert werden. Dieser Bereich ist bereits als regulärer GIB festgelegt; die Bundeswehr plant hier eine Erweiterung.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Anregung wird nicht gefolgt. Siehe Erläuterungen zu StnID 1006057.</p>

1007893, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>5.6 Langerwehe</p> <p>Langerwehe verfügt über sehr kurzfristig entwickelbare Reserveflächen, sodass im mittel- bis langfristigen Zeithorizont eine Deckungslücke entstehen kann. Bei Bedarf sollen bestehende Flächen nach Ziel 2.3 LEP NRW zur Deckung des endogenen Bedarfs aus Langerwehe und Inden angepasst werden. Dazu sollen FNP-Änderungsverfahren eingeleitet und die GIB-Reserve zwischen Autobahn und Bahnlinie im Flächennutzungsplan als gewerbliche Baufläche dargestellt werden. Der GIBflex nordwestlich des Ortsteils Obergeich soll entwickelt werden, sobald sich die Belegung der anschließenden GIBReserve abzeichnet.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen / zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

1007894, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>5.7 Linnich</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007894_1]</p> <p>Aufgrund der unklaren Entwicklungsperspektive von rund 11 ha der Reserveflächen in Linnich zeichnet sich in Linnich eine Deckungslücke mit mittel- bis langfristigem Zeithorizont ab. Im Entwurf des Regionalplans wurde der GIB Linnich östlich erweitert. Südlich dieser Fläche soll der GIB zur Schließung der Deckungslücke mit einem weiteren regulären GIB erweitert werden.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007894.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Anregung wird nicht gefolgt. Siehe Erläuterungen zur StnID 1001360.</p>

1007895, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>5.8 Niederzier</p> <p>In Niederzier besteht eine Deckungslücke im kurzfristigen Bereich, die mittelfristig verfügbaren Reserven decken die mittelfristigen Bedarfe und einen Teil der langfristigen Bedarfe. Langfristig können demnach weitere Deckungslücken entstehen. Gleichzeitig liegen Reserven mit unklarer Verfügbarkeit vor. Zum Regionalplankonzept von Januar 2020 wurde angeregt, die GIB-Darstellung in Huchem-Stammeln um den Ausgleichsflächenanteil zu verkleinern. Dies ist im Entwurf des Regionalplans von November 2021 geschehen. Als Ersatz soll der GIBflex am Forstweg als reguläres GIB dargestellt werden. Darüber hinaus verfügt die Gemeinde Niederzier über einen Anteil am Brainergy-Park in der Stadt Jülich.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007895_1]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007895.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p> <p>Der Planentwurf ist das Ergebnis eines umfangreichen Planungsprozesses. Darin wurde die kommunale Planungsebene im Sinne des Gegenstromprinzips (vgl. 1 Absatz 3 ROG) frühzeitig mit eingebunden. So wurden u.a. im Rahmen von Kommunalgesprächen die Entwicklungsvorstellungen erfasst und Planungsabsichten hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den Anforderungen der Regionalplanung diskutiert. Mit dem einstimmigen Beschluss des Regionalrates am 13.03.2020 wurde als erstes Zwischenergebnis dieses umfangreichen informellen Prozesses ein Plankonzept beschlossen, dass den Rahmen für die zukünftige räumliche Entwicklung des Regierungsbezirkes in den wesentlichen Grundzügen setzt.</p> <p>Darüber hinaus stehen landesplanerische Vorgaben der Festlegung der GIBflex Fläche als GIB entgegen. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Niederzier verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1007896, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

5.8 Niederzier

Nach Beendigung der Bergaufsicht am Braunkohletagebau Hambach werden im Bereich der Tagesanlagen weitläufige Flächen stillgelegt, die sich für eine gewerbliche Nutzung besonders eignen. Zur Entwicklung dieser Flächen wurde die Gesellschaft ?Perspektive.Struktur.Wandel? (PSW GmbH) gegründet. Die Flächen der Tagesanlagen sollen als GIBflex oder GIBregional dargestellt werden.

[s. Anhang Abb. StnID 1007896_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1007896.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt durch Festlegung eines GIBtransformation.

Siehe Erläuterungen zu StnID 1005215.

1007897, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>Darüber hinaus soll der GIBregional (IKGE Talbenden- Rurbenden) im Ortsteil Huchem-Stammeln, der gemeinsam mit der Stadt Düren entwickeln werden soll, auf dem Gebiet der Gemeinde Niederzier erweitert werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Es liegt keine Anregung durch die Stadt Düren/ Gemeinde Niederzier für eine Erweiterung des GIBregional vor. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Darüber hinaus erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) bereits eine bedarfsgerechte Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben im Kreis Düren. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

Der Rheinische Landwirtschafts-Verband e.V. (RLV) stellt mit großem Bedauern fest, dass der vorliegende Entwurf des Regionalplans Köln selbst von dem deutlich abgeschwächten Ziel des Landesentwicklungsplans NRW (LEP) weit entfernt ist, wonach es ?um dem Ziel, den Flächenverbrauch zu minimieren, gleichzeitig gerecht zu werden, einer innovativen Flächenentwicklung in Abhängigkeit und unter Nutzung der Dynamik der Wirtschaft, die heute maßgeblich von sogenannten Megatrends beeinflusst wird (z.B. Digitalisierung, Globalisierung, demographischer Wandel, Klimaschutz), bedarf?. Schließlich wird im Regionalplan Köln im Kapitel 1.4 S. 31 deutlich gemacht, dass durch Ausnutzung eines Planzuschlags von 20 % auf die Bedarfe für die Siedlungsentwicklung und durch die Anwendung flexibler Planungsansätze eine deutliche Mehrausweisung von Siedlungs- und Gewerbeflächen ermöglicht werden soll. Alleine dieser Sachverhalt lässt damit erhebliche Zweifel zu, dass der Regionalplan ernsthaft darauf abzielt, eine sinnvolle und bedarfsgerechte Steuerung von Flächen für Siedlung und Gewerbe zu gewährleisten. Damit verliert der Regionalplan seine Lenkungswirkung in der nachgelagerten Planung, vermehrt etwa Baulücken zu identifizieren und nicht mehr benötigte Industriebrachen wieder in Wert zu setzen. Insofern läuft der Regionalplan den Absichten des Klimaschutz- und des Klimaanpassungsgesetzes NRW entgegen. Nicht nur, dass dieser Ansatz klimaschädliche Konsequenzen nach sich zieht, werden mit der willfähigen Versiegelungsstrategie im vorliegenden Entwurf keine Konsequenzen aus dem letztjährigen Starkregenereignis gezogen. Insofern sieht der RLV die Notwendigkeit, zumindest den 20-%-Planungszuschlag zurückzunehmen. Nur so lässt sich der auf S. 32 aufgeführte Aspekt des Schutzes landwirtschaftlicher Flächen sichern.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätzuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW für den Regionalplan Köln Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung

entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von Siedlungsraum gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich.

Inhalt

Auf Grundlage des Koalitionsvertrages ?Zukunftsvertrag für Nordrhein- Westfalen? der neuen Landesregierung von Juni 2022 gilt: Die ?Landwirtschaftliche Fläche ist nicht vermehrbar und ein hohes Gut, das es zu schützen gilt. Daher werden wir für alle Regional- und Flächennutzungspläne ein Planzeichen Landwirtschaft einführen.? (vgl. S. 33 der Koalitionsvereinbarung). Der RLV regt an, dieses Planzeichen bei der Überarbeitung des Entwurfs des Regionalplans Köln einzuführen. Hierzu bietet es sich an, diesen neuen Aspekt im Kapitel 1.4 unter ?Ressourcen nachhaltig sichern? grundlegend zu erläutern und in Zusammenhang mit den Kapiteln u.a. 2.1, 4.1, 4.2, 4.3 und 4.4 näher zu bestimmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Ausweisung landwirtschaftlicher Kernräume auf Basis der in 2022 neu in Kraft getretenen DVO zum LPIG NRW scheidet aus. Gemäß §41 der DVO sind die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits förmlich eingeleiteten Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Raumordnungsplänen, so auch die Neuaufstellung des Regionalplans nach bisherigem Recht weiterzuführen. Die Ausweisung landwirtschaftlicher Kernräume auf Basis der in 2022 neu in Kraft getretenen DVO zum LPIG NRW scheidet aus. Gemäß §41 der DVO sind die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits förmlich eingeleiteten Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Raumordnungsplänen, so auch die Neuaufstellung des Regionalplans nach bisherigem Recht weiterzuführen. Der zur Neuaufstellung des Regionalplans erarbeitet Fachbeitrag der Landwirtschaftskammer bietet nicht die Grundlagen, um der Forderung nachzukommen. Auf der Basis der vorliegenden Standortwertekarte und der daraus abgeleiteten Agrarräume lassen sich weder eine fachlich sinnvolle und ausreichend belastbare Differenzierung in Vorbehaltsgebiete (AFAB / landwirtschaftliche Kernräume) noch eine entsprechende Abgrenzung von Vorranggebieten ableiten. Die Differenzierung der zeichnerischen Festlegungen muss insofern künftigen Planverfahren vorbehalten bleiben.

Inhalt

Im Rahmen der Darstellung des Verhältnisses der Braunkohleplanung zum Regionalplan sieht der RLV das Erfordernis in einem gesonderten Abschnitt unter 1.5 das Thema ?Landwirtschaftliche Rekultivierung? näher zu erläutern. Insbesondere muss klargestellt werden, dass die Flächen, die gemäß Bergbauplanung landwirtschaftlich rekultiviert werden, nicht als bergbauliche Fläche oder Aufschüttung im Sinne des Ziels 10.2-5 LEP verstanden werden können, sondern als agrarstrukturell bedeutsame Flächen gelten. Diese sind im Sinne des Freiraumschutzes geschützt und fallen damit nicht unter die genannten Ausnahmen zur Schaffung der Möglichkeit zur Errichtung von Freiflächen-Solaranlagen. In der Folge muss entsprechend im Kapitel 5.2.3.3 eine Einschränkung der Definition von Aufschüttungen vorgenommen werden, schließlich gilt die landwirtschaftliche Rekultivierung im Rheinischen Revier als vorbildlich, hinsichtlich der wiederhergestellten Bodengüte zur Pflanzenproduktion.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bedarf keiner Ergänzung der regionalplanerischen Festlegungen bzw. der textlichen Ausführungen. Die angesprochenen Themen betreffen in erster Linie die Braunkohlenplanung bzw. den aus dem Verfahren zur Neuaufstellung ausgegliederten Bereich der Planung Erneuerbare Energien. Auf die in Aufstellung befindlichen Ziele der Landesentwicklungsplanung (LEP-Änderung 2023) wird verwiesen.

Inhalt

Nochmals sei vor dem Hintergrund der Darstellung unter 1.6, dass es in der Planungsregion ein abgestimmtes Planungskonzept mit einer entsprechenden ?GIB Hierarchie? gibt, darauf hingewiesen, dass dieses auch vor dem Hintergrund der mit den aktuellen Krisen verbundenen dauerhaften Folgen für wirtschaftliche Entwicklungspotentiale der Region ein überzogener Ansatz darstellt. Der überzogenen Ausweisung von Gewerbeflächen mit hohem Kannibalisierungseffekt zwischen den ?überregionalen? und regionalen Gebieten folgen letztlich zusätzliche Ansprüche an die notwendige Infrastruktur. Statt den Fokus auf diese Entwicklungen zu stellen, sollten insbesondere die im Zuge des Ausstiegs aus der Braunkohlegewinnung und ?verstromung freiwerdenden infrastrukturell gut erschlossenen Betriebsstandorte des Bergbautreibenden vorrangig für eine gezielte Ansiedlungspolitik genutzt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, dass dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums erfolgt. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems über ein Freiraumverbundsystem für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung Regionaler Grünzüge, von Bereichen für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung, Bereichen zum Schutz der Natur regionalplanerisch bedeutsamer Waldbereiche.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Hierfür werden auch infrastrukturell gut erschlossenen Betriebsstandorten in den Blick genommen.

Inhalt

Zu Kapitel 3: Gesamträumliche Aspekte: Wie bereits erläutert, verstößt der Regionalplan nach Auffassung des RLV schon deshalb gegen das Z 3 Siedlungsentwicklung, diesen am Bedarf auszurichten, da durch einen 20%-igen Zuschlag die Planflächen erhöht werden und somit zukünftig entgegen der Darlegung Z 4 Flächenüberhänge vermeiden und abbauen, diese sogar bewusst in Kauf genommen werden. Zudem führt das System der Bedarfe für ?Gewerbe? und ?Gewerbe regional? nicht nur zur einer deutlichen Mehr-Ausweisung von GIB Flächen, die mit Nichten an einem realistischen Bedarf orientiert sein kann und am Ende durch den möglichen Kannibalisierungseffekt in der Region raumgreifende Gebiete schafft, die nur begrenzt ausgeschöpft werden, allerdings das Vorhalten einer überdimensionierten Infrastruktur bedürfen. Der Regionalplan verliert durch dieses Vorgehen seine steuernde Wirkung und hat keine Möglichkeit sinnvoll nachzusteuern. Nach Auffassung des RLV wäre es angesichts der durch den mit dem Kohleausstieg verbundenen unvorhersehbaren wirtschaftlichen Entwicklungen sinnvoll durch Priorisierung bestimmter Gebiete und restriktiver Ausweisung in den anderen Bereichen dem Anspruch der Flächenschonung gerecht zu werden. Dazu könnten auch die Anpassungen des Planungshorizonts auf einen kürzeren Planungszeitraum beitragen. Im Rahmen der Diskussion um Raumstrategie 2038 für das Rheinische Revier wurde deutlich, dass den Betriebsstandorten, die der Bergbautreibende in den nächsten Jahren nicht mehr benötigt, eine besondere Bedeutung zukommt. Der RLV hält es für angezeigt, dass diese Standorte in der Flächenbedarfsrechnung einbezogen und die notwendigen zusätzlichen Bedarfe korrigiert werden.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde.

Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen

Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Im Hinblick auf die Anregung zur Priorisierung bestimmter Gebiete und restriktiver Ausweisung in den anderen Bereichen erfolgt die Festlegung regionaler GIB hier gemäß der in der Anregung vorgeschlagenen "Bestenauswahl" im Rahmen des Rankingprozesses. Der Anregung wird insofern entsprochen.

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW für den Regionalplan Köln Gebrauch gemacht. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht im Regionalplan Köln festgelegt.

Inhalt

Zu Kapitel 4 Freiraum: Die Landesregierung NRW hat mit dem Koalitionsvertrag von Juni 2022 ?Zukunftsvertrag für Nordrhein- Westfalen? das politische und fachliche Ziel dargestellt, dass die Landwirtschaftliche Fläche nicht vermehrbar und ein hohes Gut ist, ?das es zu schützen gilt?. Daher werden wir für alle Regional- und Flächennutzungspläne ein Planzeichen Landwirtschaft einführen.? (vgl. S. 33 der Koalitionsvereinbarung). Es bietet sich nunmehr an, dieses Ziel in Kapitel 4 aufzunehmen und durch eine geeignete Definition des Planzeichens dem geforderten Schutz der landwirtschaftlichen Fläche ebenso Rechnung zu tragen, wie den Konflikt, der sich aus der überbordenden Mehrausweisung von Flächen als BSN bzw. BSLE ergibt, sachgerecht zu lösen. Aufgrund der Vielzahl von Neuerungen im Naturschutzrecht (Bundesnaturschutzrecht, Landesnaturschutzrecht) sowie Änderungen bzw. erwartete Änderungen im Pflanzenschutzrecht, erscheinen die im Regionalplan vorgesehenen Ausweitungen von Flächen als BSN (zusätzliche etwa 13.500 ha auf LF auf Ebene des Regierungsbezirks) und BSLE (z.B. im Kreis Heinsberg ca. 3.300 ha auf LF) zusätzlich weder für zeitgemäß noch für geboten. Vielmehr muss anerkannt werden, dass die bisherige landwirtschaftliche Nutzung der Flächen ?also das Erhalten des Freiraums in der Regel in Verbindung mit einer nachhaltigen Landbewirtschaftung ? im Wesentlichen den Zielen des Natur- und Artenschutzes dient. In der Regel könnte daher eine Differenzierung der Bereiche in den tatsächlich aus Naturschutzgründen schutzwürdigen engen Bereiche als BSN und BSLE und dem umgebenden zwingenden schutzwürdigen Erhalt der landwirtschaftlichen Flächen erfolgen. Am Beispiel der Gemeinde Selfkant sei die Problematik der im Entwurf gewählten Ausweisungspraxis erläutert [Abbildung]. Die markierten Bereiche stellen zusätzliche BSLE Flächen dar, bei denen die Landwirte in der Vergangenheit Vertragsnaturschutzmaßnahmen aufgrund von Hamstervorkommen ergriffen haben. Nunmehr ist beabsichtigt, diese als BSLE auszuweisen ggf. mit der Folge, dass sich durch eine mögliche Ausweisung der Gebiete als Landschaftsschutzgebiete auf Grundlage von EUVorgaben mittelfristig für den Raum ein Pflanzenschutzanwendungsverbot ergeben kann. Nicht nur, dass dadurch die landwirtschaftliche Produktion (konventionell oder ökologisch) in einer sinnvollen Form nicht möglich ist, wird sogar der Schutz des Feldhamsters ad absurdum geführt. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass in diesem Fall die Anwendung eines Planzeichens Landwirtschaft ? Erhalt der landwirtschaftlichen Fläche ? beiden Zielen besser Rechnung trägt. Insofern bittet der RLV die Regionalplanungsbehörde, eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Landwirtschaft einzurichten, um das Planzeichen ?Landwirtschaft? sachgerecht in den Regionalplan einzuführen. Auch vor dem Hintergrund, dass die jeweilige Einstufung als BSN oder BSLE mit seinen Auswirkungen auf die nachfolgenden Planungsebene eine langfristig eine nicht beabsichtigte Kopplung an das landwirtschaftliche Fachrecht auslösen kann, die dem gewollten Zielen der Regionalplanung abträglich sind, ist der Widerstand der im

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Ausweisung landwirtschaftlicher Kernräume auf Basis der in 2022 neu in Kraft getretenen DVO zum LPIG NRW scheidet aus. Gemäß §41 der DVO sind die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits förmlich eingeleiteten Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Raumordnungsplänen, so auch die Neuauflistung des Regionalplans nach bisherigem Recht weiterzuführen. Die Ausweisung landwirtschaftlicher Kernräume auf Basis der in 2022 neu in Kraft getretenen DVO zum LPIG NRW scheidet aus. Gemäß §41 der DVO sind die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits förmlich eingeleiteten Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Raumordnungsplänen, so auch die Neuauflistung des Regionalplans nach bisherigem Recht weiterzuführen. Der zur Neuauflistung des Regionalplans erarbeitet Fachbeitrag der Landwirtschaftskammer bietet nicht die Grundlagen, um der Forderung nachzukommen. Auf der Basis der vorliegenden Standortwertekarte und der daraus abgeleiteten Agrarräume lassen sich weder eine fachlich sinnvolle und ausreichend belastbare Differenzierung in Vorbehaltsgebiete (AFAB / landwirtschaftliche Kernräume) noch eine entsprechende Abgrenzung von Vorranggebieten ableiten. Die Festlegungen der BSN und BSLE fußt entsprechend der rechtlichen Vorgaben zu wesentlichen Teilen auf dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Die Festlegungen greifen nicht in die bestehende Bewirtschaftung ein und lösen auch (siehe textliche Festlegungen) keinen Automatismus aus, dort Schutzfestlegungen treffen zu müssen. Die textlichen Festlegungen treffen explizit die Aussage, dass vertragliche Lösungen vorrangig zu prüfen sind. Die Anregungen zur Umweltprüfung können kann mangels Konkretisierung nicht bewertet werden.

Regierungsbezirk Köln wirtschaftenden Landwirte gegen den derzeit vorliegenden Entwurf zum Regionalplan begründet. Insofern sieht der RLV neben der Notwendigkeit der Einführung des Planzeichens Landwirtschaft das Erfordernis im Kapitel 4 durchgängig klarzustellen, dass sowohl für die Bereiche der BSN als auch BSLE vertragliche Vereinbarungen einen absoluten Vorrang haben und Schutzbereiche allenfalls auf die engsten naturschutzwürdigen Flächen zu fokussieren. Dieser Weg ist nach Auffassung des RLV auch vor dem Hintergrund der deutlichen Ausweitung des Rechtsrahmens zum Schutz wertvoller Biotope und Grünlandflächen, Streuobstwiesen und Landschaftselemente im Bundes- und Landesnaturschutzrecht gangbar und sichert gleichzeitig dauerhaft die Erfolge des kooperativen Naturschutzes. In diesem Zusammenhang bittet der RLV die im Umweltbericht zum Entwurf des Regionalplans teils unsachlichen, wertende und nicht wissenschaftlich begründeten Sachverhalte zu den Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Umweltmedien zu streichen und nur belegbare Tatsachen aufzunehmen.

Inhalt

Zu Kapitel 5: Infrastruktur: Im Bereich der Infrastruktur wird dem Schienennetz eine besondere Bedeutung zugemessen. Der RLV hält den Ausbau der schienengebundenen Mobilität insbesondere im Nahverkehr zur Erschließung des ländlichen Raums mit ÖPNV nicht mehr für zeitgemäß. Die neue Mobilitätsforschung hin zum autonomen Fahren zeigt die Potentiale von Fahrzeugen und Fahrzeugverbünden auf, mit denen weite ländliche Räume mit ÖPNV dezentral besser erschlossen werden können und die bestehende Infrastruktur besser ausnutzen. Es ist davon auszugehen, dass die Realisierung der modernen Formen der Mobilität zeitlich schneller vollzogen werden kann als die Planung und Umsetzung der schienengebundenen Mobilität. Insofern sollte der Regionalplan darauf hinwirken, die in der Region vorhandenen Forschungsaktivität für autonomes Fahren zu fördern und deren Ideen in den Regionalplan mit dem Ziel einzubinden, die bestehende Infrastruktur möglichst effizient zu nutzen, statt der weiteren Zerschneidung des Freiraums Vorschub zu leisten.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Inhalt

Der Regionalplan wirkt in Bezug auf den zu erwartenden Ausbau insbesondere von Freiflächen Solarenergie wenig steuernd. Die Energieversorgungsstrategie des Landes zielt darauf ab, bis 2030 die Leistung der Energiegewinnung aus Sonnenstrom zu vervierfachen. Dies verlangt einen Ausbau von rund 18 GW und wirft die Frage auf, welche Flächeninanspruchnahme hieraus resultiert. *Der RLV trifft hierzu folgende Annahme: Es wird davon ausgegangen, dass sich die derzeit installierte Leistung der Solaranlagen von rund 6 GW im Laufe des geplanten Zeitraums trotz des enormen Potentials von 81 GW (vgl. Das landesweite Solarkataster Nordrhein-Westfalen, LANUV-Info 43) in Form von Dachanlagen lediglich verdoppeln lässt. Hinsichtlich des Potentials für Photovoltaikanlagen auf Parkplätzen hat das LANUV zuletzt 2013 einen Wert erhoben und ein Potential von 8,6 GW auf einer Modulfläche von 48,04 km² errechnet. Ausgangspunkt der Berechnung war eine Mindestflächengröße von 100 m². Es wird davon ausgegangen, dass im Planungszeitraum die Hälfte des Potentials dieser Flächen gehoben wird. Hieraus resultiert eine Leistung von rund 5 GW. Entsprechend würde sich ein möglicher Bedarf an Freiflächenanlagen von 7 GW (derzeit abgeleitetes Potential 37 GW) ergeben. Wird von der realistischen Annahme ausgegangen, dass je Hektar eine Leistung von 1 MW installiert werden kann, bedeutet dies ein Flächenanspruch von rund 7.000 ha.*

Vor dem Hintergrund der Dimension, die sich aus den getroffenen Annahmen hinsichtlich der notwendigen Flächenansprüche ergibt, bezweifelt der RLV, dass die in der Energieversorgungsstrategie NRW vorgeschlagenen Maßnahmen zur Steuerung dieser Anlagenkategorie zielgerichtet sind. Neben den derzeit nach LEP beplanbaren Flächen sollen zukünftig unabhängig von Überlegungen zur Netzeinspeisung vorrangig Freiflächen in benachteiligten Gebieten genutzt werden. Trotz der guten Absicht, wertvolle Böden in anderen Produktionsräumen zu schützen, kann nach Auffassung des RLV eine solche Lenkung auch in diesen Gebieten zu einem problematischen Flächenentzug für die dortigen Betriebe führen. Weiterhin wird in Anbetracht der regionalen Konzentration der Anlagen die gesellschaftliche Akzeptanz aufgrund der Eingriffe in das Landschaftsbild, den Tourismus und die Agrarstruktur in den benachteiligten Gebieten empfindlich stören. Vor diesem Hintergrund können auch andere Gebiete ggf. eine bessere Eignung für die Errichtung der Anlagen aufweisen, da diese etwa eine bessere Integration in die bestehende Netzinfrastruktur bieten. Insofern bedauert der RLV, dass der Fokus nicht primär auf innovative Anlagen wie Floating-PV und der Nutzung der bereits versiegelten Flächen gerichtet wird, folgen diese Doppelnutzungen doch dem Ziel des sparsamen Umgangs mit Flächen und entsprechen aufgrund deren nachhaltiger Nutzung dem gesellschaftlichen Zeitgeist. Insofern fordert der RLV im Regionalplan Grundlagen dafür zu schaffen, die den Eingriff in die landwirtschaftliche Fläche verhindern, den Freiraum und das Landschaftsbild erhalten und unter Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit eine einfache Netzintegration ermöglichen. Zudem muss der unter 1 angeführte Sachverhalt, des Umgangs mit

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.

landwirtschaftlichen Rekultivierungen in Folge des Tagebaus geklärt werden. Diese stellen nach Auffassung des RLV keine Aufschüttungen im Sinne des ROG bzw. können bei dessen Abfassung hinsichtlich ihres Dimension nicht gemeint worden sein.	
--	--

Inhalt

Leider kann keine abschließende Beurteilung der Planungen hinsichtlich der ?nicht energetischen Rohstoffe? vorgenommen werden. Der RLV weist darauf hin, dass der Kiesabbau auch im Regierungsbezirk Köln ein gesellschaftliches Spannungsfeld darstellt. Dessen Konfliktpotential wird dadurch erhöht, dass unter dem Deckmantel der Versorgungssicherheit für heimische Bauwirtschaft großflächige Rohstoffabbauten genehmigt werden, von denen ein nicht unerheblicher Teil möglicherweise ins benachbarte Ausland, das deutlich restriktivere Bedingungen für die Rohstoffgewinnung hat, exportiert wird. Während hier der Freiraum und landwirtschaftliche Flächen beansprucht werden, findet dort nicht nur eine Sicherung der Flächen statt, sondern es wird dort ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Insofern erwartet der RLV, dass mit dem Regionalplan Köln eine auf den tatsächlichen heimischen Bedarf ausgerichtete Planung umgesetzt wird, die das Urteil des OVG Münster vom 03. Mai 2022 würdigt. Politisch ergibt sich dieser Auftrag an die Regionalplanung auch aus der Koalitionsvereinbarung der NRW Landesregierung, wenn es dort heißt: *?Durch ein konsequentes, wissenschaftlich fundiertes Rohstoffmonitoring (?Rohstoffbarometer?) soll der Verbrauch von Kiesen und Sanden transparent gemacht und auf den notwendigen Bedarf zurückgeführt werden. ?Bestehende Lagerstätten unter Berücksichtigung anderer Schutzgüter (z. B. Gewässerschutz) sollen maximal ausgeschöpft werden, um weniger Flächen zu verbrauchen. Versorgungszeiträume beim Kiesabbau möchten wir rechtskonform ausgestalten.? (vgl. S. 45 Koalitionsvereinbarung).*

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Anregung richtet sich an die Festlegungen im Rahmen des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe. Die Sicherung und der Abbau wurden in Form eines Teilplans aus dem Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans ausgegliedert.

AZ: BET_421000_1_2

RWE Power AG

1003900_001, RWE Power AG

Inhalt

3. Unserer Stellungnahme fügen wir außerdem einen Plan mit unseren Ausgleichsflächen im Regierungsbezirk Köln bei, so dass Sie nachprüfen können, ob ggf. Konflikte mit der Neuausweisung von Gewerbe-/Industrie oder Siedlungsflächen bestehen [s. Anhang Abb. StnID 1003900_001]. Bestehende Ausgleichsflächen sind zu erhalten.

Anhänge

[Abb_ID1003900_001.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Die Berücksichtigung von Ausgleichsflächen erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

1003900_002, RWE Power AG

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen Blatt 02-03 Kreis Düren

Tagebau Inden

Vorbemerkung: Aufgrund des vorgezogenen Kohleausstiegs gemäß Kohleverstromungsbeendigungsgesetz und der neuen Leitentscheidung aus dem Jahre 2021 ergeben sich Änderungen für die Tagebauführung Inden und die spätere Seekontur. Aufgrund dessen haben sich die regionalen Akteure, unter Federführung der Entwicklungsgesellschaft Indeland, Ende 2021 dazu entschlossen, den Rahmenplan Indesee zu aktualisieren. Im Zuge der Aktualisierung wurde in enger Verzahnung mit der neu einzureichenden Abschlussbetriebsplanung eine neue Kontur für den zukünftigen Tagebausees entwickelt. Zielsetzung war es, das bergbauplanerisch Notwendige mit dem raumplanerisch Erstrebenswerten zu verschneiden. Ein erster Zwischenstand der überarbeiteten Planung wurde am 02.06.2022 dem Hauptausschuss der Gemeinde Inden und am 17.05.2022 dem Ausschuss für Stadtentwicklung der Stadt Düren vorgestellt sowie in diversen Bürgerworkshops diskutiert. Gegenüber der bisherigen Planung für den Tagebausee Inden gibt es zwei auffällige Änderungen: Bei Inden/Lamersdorf ist nun eine Kanalverbindung vorzufinden, die eine Verbindungsachse vom Tagebausee hin zur Fläche der Tagesanlagen schafft (der sogenannte Lamersdorfer Kanal). Süd-östlich von Lucherberg ragt der Tagebausee nun in Teilen in die Fläche des heutigen Lucherberger Sees hinein (die sogenannte Lucherberger Lagune). Im Zuge dessen entsteht gegenüber der Darstellung aus dem Braunkohlenplan Inden II Anlage 4 mit hoher Wahrscheinlichkeit ein flacherer und extensiverer Wasserzugang zur freizeitlichen Bade- und Seennutzung nahe Lucherberg. Mit Blick auf die insoweit in der Region und in unserem Unternehmen bereits verfestigten Planung regen wir an, die Seekontur gemäß beigefügter bereits jetzt anzupassen.

[s. Anhang Abb. StnID1003900_002_1]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Lamersdorfer Kanal wird auf Grund der Stellungnahme ID 1004370_016 in die zeichnerische Festlegung mit aufgenommen.

Der Lurchberger See und der angrenzende Uferbereich wurden auf Grund der Stn. ID 1004370_013 in den Regionalplanentwurf ergänzt.

Weiter Änderungen wie die Anpassung der Seekontur und Ergänzung der angrenzenden Waldbereiche wurden in der Autorrenkorrektur ID 1023121 vorgenommen.

Inhalt

1. Für die Tagesanlagen sieht der Neuaufstellungsentwurf die Festlegung „Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche“ vor. Im Zuge der beschriebenen Aktualisierung des Rahmenplans soll die Fläche der Tagesanlagen gewerblich weiterentwickelt werden. U.a. wäre die Ansiedlung von wassernahem Gewerbe eine Option. Dementsprechend wird angeregt, diese Fläche im Regionalplan als GIB-Fläche auszuweisen oder mit einem entsprechenden textlichen Hinweis, z.B. unter dem Ziel Z.10 („Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen“) oder dem Abschnitt 3.3.1 („Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen“), zu versehen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Bereich der Tagesanlagen Inden wird als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) festgelegt, derebenfalls eine siedlungsräumliche Entwicklung, auch für eine gewerbliche Entwicklung, ermöglicht (siehe Erläuterungen zu StnID 1005370 sowie Änderungskarten). Es wird zudem darauf hingewiesen, dass es sich bei der regionalplanerischen Festlegung "Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen" um einen Grundsatz der Raumordnung und nicht um ein Ziel handelt. Durch die Festlegung eines ASB für die Tagesanlagen erübrigt sich ein gesonderter textlicher Hinweis in G 10. Gleichzeitig wird G 10 dahingehend geändert, dass er sich grundsätzlich auf die Randbereiche der zukünftigen Seenlandschaften Hambach, Inden und Garzweiler insgesamt bezieht (s. Stellungnahme ID 1007283 sowie Änderungssynopse).

Inhalt

Textliche Festlegungen Text. Kapitel 1.5 Verhältnis zur Braunkohlenplanung. Seite 34

Wir bitten, folgende rechtliche Einordnung zu korrigieren: *?Zwischennutzungen in Bereichen, die weiterhin der Bergaufsicht unterliegen und aktuell nicht regionalplanerisch mit einer finalen Nutzung festgelegt werden können, richten sich nach den **bergrechtlichen Vorschriften.*** Zwischennutzungen bzw. temporäre Nutzungen nach § 35 BauGB sind durch die zuständige Bauaufsicht im Einvernehmen mit der Bergbehörde unter Beteiligung der RWE Power AG zu genehmigen. Der Bergbauunternehmer - hier die RWE Power AG - kann nach dem BBergG lediglich vorbereitende Maßnahmen schaffen, soweit diese überwiegend der bergbaulichen Tätigkeit dienen. Folglich richten sich private temporäre bzw. befristete Nutzungen Dritter nicht nach den bergrechtlichen Vorschriften, sondern nach dem einschlägigen Fachrecht.

Textliche Festlegungen Text. Kapitel 1.5 Verhältnis zur Braunkohlenplanung. Seite 35 und 37

Aus den vorgenannten Gründen sind auch die Formulierungen *"Bereits während der langfristigen Befüllzeit des Sees bis voraussichtlich 2060 sollen Zwischennutzungen ermöglicht werden. So z.B. die sukzessive Gestaltung von Uferbereichen für eine Erholungsnutzung, für ökologische Zwecke und energetische Nutzung durch Solaranlagen etc. **Diese richten sich nach den bergrechtlichen Vorschriften und Zulassungsvoraussetzungen.**"* und *? Weitergehende Empfehlungen, die z. B. die Gestaltung von **aktuell noch dem Bergrecht unterliegenden Zwischennutzungen**, die eine räumliche Gestaltung der Zukunftslandschaften nach 2043+ oder nachgeordnete Planungsebenen betreffen, werden als Hinweise für zukünftige Planungsprozesse und/oder Diskussionsbeitrag zur Gestaltung des Gesamtprozesses des Strukturwandels verstanden."* entsprechend anzupassen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Hinweise beziehen sich auf die Einführung zu den Textlichen Festlegungen. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Die Textstellen werden entsprechend von Hinweisen der Landesplanungsbehörde geändert.

Inhalt

Textliche Festlegungen Text. Kapitel 3.5 Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum. Erläuterung. Seite 55

Aus den vorgenannten Gründen ist auch die Formulierung *?Zwischennutzungen im Bereich der Restseen während der Befüllungsphase unterliegen den **bergrechtlichen Vorgaben.*** anzupassen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterung zu der Textliche Festlegung G.10 wird entsprechend Hinweisen der Landesplanungsbehörde geändert (s. Änderungssynopse).

Inhalt

Textliche Festlegungen Text. Grundsatz 11 Morschenich zu einem Ort der Zukunft entwickeln. Erläuterung, Ziffer 1, Absatz 4

1. Wir regen an, den Absatz wie folgt zu ergänzen:

"Die mit Änderung des Braunkohleplans beabsichtigte neue Abbaugrenze des Tagebaus Hambach mit Erhalt des Hambacher Forstes, des Merzenicher Erbwaldes und des Waldgebietes westlich des FFH-Gebietes "Steinheide" eröffnet Perspektiven für die landschaftliche und funktionale Einbindung des Zukunftsortes Morschenich mit den umgebenden Landschafts- und Agrarräumen sowie dem zukünftigen Tagebausee. Dies soll auf Grundlage regional abgestimmter Konzepte - welche perspektivisch einen Anwendungsraum für nachhaltige Projekte zur Agrar- und Klimazukunft vorsehen - unter Wahrung der Landes- und regionalplanerischen Vorgaben erfolgen."

2. Gegen den Wunsch des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler, auch Holzweiler zu einem Ort der Zukunft zu entwickeln, spricht aus Unternehmenssicht nichts.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

1. Der Anregung zur Ergänzung der Erläuterung zu Grundsatz 11 wird gefolgt (s. Änderungssynopse).

2. Die Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) für Holzweiler mit räumlichen Entwicklungspotentialen eröffnet aus regionalplanerischer Sicht umfangreiche siedlungsräumliche Optionen für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung von Holzweiler. Der Anregung zur Aufnahme von Holzweiler in G.11 Orte der Zukunft bzw. eines eigenen Grundsatzes wird nicht gefolgt. Siehe Erläuterungen zu StnID 1012228.

1007740, RWE Power AG	
<p>Inhalt</p> <p><u>Textliche Festlegungen Anhang A3 Erläuterungskarte F10 Überschwemmungsbereiche</u></p> <p>Auf Höhe der Ortslage Selhausen wird östlich der Rur ein Bereich als "rückgewinnbarer Überschwemmungsbereich (RÜB)" aufgeführt. In diesem Bereich befindet sich eine Einleitstelle der RWE Power, diese sollte im Rahmen der weiteren Planungen berücksichtigt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung RÜB sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Entsprechend dem Ziel 7.4-7 LEP NRW wurden in Abstimmung mit der Wasserwirtschaft (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) in unbebauten und hochwassergeschützten Bereichen innerhalb des HQ100 identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die ÜB einbezogen. Mit den rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen wird ein Flächenpotential gesichert, mit dem Kommunen zum eigenen Schutz und dem ihrer Unterlieger zusätzlichen Retentionsraum schaffen können. Dies kann z. B. durch Deichrückverlegungen, Einrichtungen gesteuerter Rückhalteräume oder Gewässerrenaturierungen erfolgen. Bestehende Infrastruktur und sonstige bauliche Anlagen im Bereich/Umfeld von RÜB sind in den Planungsverfahren mit zu berücksichtigen, wenn diese rückgewinnbaren Überschwemmungsflächen planerisch umgesetzt werden sollen.</p>

1007741, RWE Power AG

Inhalt

Textliche Festlegungen Anhang A4 Erläuterungskarte I1 Entsorgungsinfrastruktur

Im Beiblatt zur Erläuterungskarte befindet sich unter Nr. 5 die Bezeichnung "Kraftwerksreststoffdeponie Inden II". Diese Bezeichnung ist durch die korrekte Bezeichnung "Kraftwerksreststoffdeponie II Tagebau Inden" zu ersetzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte wird entsprechend angepasst.

1007744, RWE Power AG	
<p>Inhalt</p> <p><u>Zeichnerische Festlegungen Blatt 01 Kreis Heinsberg</u></p> <p>Tagebau Garzweiler</p> <p>1. Die zeichnerische Abgrenzung des Tagebaus Garzweiler entspricht nicht der Kombination aus genehmigten Braunkohlenplan Garzweiler II und den Leitentscheidungen 2016 und 2021. Sie ist beispielsweise rund um Holzweiler und nördlich von Jackerath zu stark ausgerundet und die Abstände zu den Tagebaurandorten sind zu groß. Auch wenn der Regionalplan nicht parzellenscharf ist, sollte die Darstellung den bestehenden Vorgaben möglichst genau entsprechen. Wir regen daher an, die Darstellung anzupassen. Einen entsprechenden Plan fügen wir unserer Stellungnahme bei [s. Anhang Abb. StnID 100774_1]. Die Abbaugrenze des Tagebaus Garzweiler zu Holzweiler muss dabei in einem 500 m Abstand zur im Zusammenhang bebauten Ortslage liegen. Der Abstand darf nicht zum geplanten ASB gemessen werden.</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID_1007744_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Darstellung des Tagebaus Garzweiler wird entsprechend des Standes des in Änderung befindlichen Braunkohleplanes Garzweiler II (Stand November 2023) angepasst. Der Abstand der Abbaugrenze zur Ortslage Holzweiler entspricht in der regionalplanerischen Darstellung 500 m. Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p>

1007746, RWE Power AG	
<p>Inhalt</p> <p><u>Zeichnerische Festlegungen Blatt 01 Kreis Heinsberg</u></p> <p>Tagebau Garzweiler</p> <p>2. Die Darstellung der L277n (Bedarfsplanung ohne räumliche Festlegung) ist in der dargestellten Lage irreführend. Sie resultiert aus dem Abbaufeld des in 1995 genehmigten Tagebaus Garzweiler II. Durch die Leitentscheidung 2016 wird der südwestlich von Holzweiler gelegene Bereich jedoch nicht mehr bergbaulich in Anspruch genommen, insofern verändert sich auch die Lage der verkehrlichen Verbindung von Jackerath nach Kückhoven. Anstelle einer L277n wird die L19 als Verbindung dienen. Im Bereich der teilweisen bergbaulichen Inanspruchnahme der L19 zwischen Holzweiler und Kückhoven wird rechtzeitig vor der Inanspruchnahme eine L19n entlang des zukünftigen (neuen) Tagebaurandes errichtet, so dass eine durchgehende Verbindung zwischen Jackerath und Kückhoven gewährleistet ist. Insofern regen wir an, die Darstellung der L277n zu löschen und eine Verbindung entlang der zukünftigen Tagebaukante in Verlängerung der L 19 darzustellen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund des vorzeitigen Kohleausstiegs und der Leitentscheidungen der Landesregierung verändert sich die Abbaugrenze des Braunkohlentagebaus Garzweiler. Die L19 wird entgegen der Planung nicht mehr in Anspruch genommen, so dass eine Festlegung der L19 (Bestand) und die Streichung der im Braunkohlenplan vorgesehenen Ersatzstraße (L277) im Regionalplan folgerichtig sind.</p>

1007747, RWE Power AG

Inhalt

3. Der Bereich der Bandanlage und des Lössdepots im Bereich des Braunkohlenplans Frimmersdorf wird im Entwurf des Regionalplans als Fläche dargestellt, die "bereits weitgehend rekultiviert sind bzw. zeitnah rekultiviert werden und die in absehbarer Zeit aus der Bergaufsicht entlassen werden" (siehe Textliche Festlegungen, Kapitel 1.5, Aufzählungspunkt 1.). Diese Darstellung ist falsch, da diese Bereiche bis zum Ende des Tagebaus in der aktuellen Nutzung verbleiben werden. Über die Bandanlage wird bis zum Ende der Auskehlung des Tagebaus (nach aktueller Planung Ende 2038) Kohle zum Kohlebunker verbracht. Das Lössdepot wird bis zur Fertigstellung der flächenhaften Wiedernutzbarmachung (gemeint ist nicht die Befüllung des Sees) benötigt. Insofern regen wir an, hier eine Darstellung entsprechend der Darstellung des Abbaufeldes zu wählen. Ein Plan mit Darstellung der Bandanlage und des Lössdepots ist beigefügt [s. Anhang Abb. StnID 1007747_1].

Anhänge

[Abb_ID_1007747_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird entsprochen. Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Der Hinweis zur der Einführung der Textlichen Festlegungen, Kapitel 1.5, Aufzählungspunkt 1 wird zur Kenntnis genommen und in einer textredaktionellen Änderung entsprechend angepasst.

1007748, RWE Power AG

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen Blatt 01 Kreis Heinsberg

Tagebau Garzweiler

4. Den Wunsch des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler nach Aufnahme einer zukünftigen Straßenverbindung nördlich von Jackerath in Richtung Hochneukirch (L 19n) unterstützen wir.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (vgl. StnID 1006293).

1007750, RWE Power AG

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis

Tagebau Hambach

1. Die Darstellung des Tagebaus Hambach beinhaltet im Bereich der sogenannten Manheimer Bucht die Anmerkung "Klärungsbereich". Nach inhaltlichem Abschluss der externen Massenbegutachtung im Auftrag der Bezirksregierung Köln, in der die Fachgutachter die Erforderlichkeit der Manheimer Bucht im Ergebnis bestätigt haben, regen wir an, die Bezeichnung "Klärungsbereich" aus der Darstellung und den weiteren Unterlagen, die Teil des Regionalplans sind, zu entfernen. Als Ergebnis des Massengutachtens wurde eine Abbaugrenze erarbeitet, die als Folge den Erhalt der ehemaligen Kirche Monheim-Alt ermöglicht. Im Braunkohlenausschuss wurde am 07.03.22 der Beschluss getroffen, dass alle weiteren Planungen für den Tagebau Hambach auf dem dort vorgestellten Konzept unter Einschluss der Manheimer Bucht mit der aktualisierten Abbaugrenze aufsetzen sollen. Wir regen an, diese angepasste Abbaugrenze in die Darstellung des Regionalplans zu übernehmen. [s. Anhang Abb. StnID 1007750_1]

Anhänge

[Abb_ID_1007750_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird entsprochen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1004766. Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

1007751, RWE Power AG	
<p>Inhalt</p> <p><u>Zeichnerische Festlegungen Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis</u></p> <p>Tagebau Hambach</p> <p>2. Am 13.12.2021 wurde im Braunkohlenausschuss der Vorentwurfsbeschluss im Braunkohlenplanverfahren zur Sicherung einer Trasse für den Ablauf des zukünftigen Tagebausees Hambach getroffen. Wir regen an, diese Trasse, die entlang der bestehenden Gewässer Winterbach und Wiebach vom zukünftigen Tagebausee in Richtung Große Erft verläuft, zur Vermeidung zukünftiger Konflikte in die zeichnerische und textliche Darstellung des neuen Regionalplans aufzunehmen. [s. Anhang Abb. StnID 1007751_1]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1007751_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegung für den Seeablauf erfolgt im Änderungsverfahren zum Braunkohleplan Hambach. Der Regionalplan kann hier im Vorgriff keine verbindliche räumliche Festlegung treffen. Es wird im Regionalplan sichergestellt, dass keine raumordnerisch entgegenstehenden Festlegungen erfolgen.</p>

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis

Tagebau Hambach

3. Der neu aufgestellte Regionalplan überplant die Sicherheitszone des Tagebaus Hambach, so auch im Bereich zwischen den Tagesanlagen/Kohlebunker und dem offenen Tagebaubereich. Grundsätzlich ist diese Vorgehensweise sinnvoll, da der Bereich der Sicherheitszone nicht mehr vom Tagebau in Anspruch genommen wird und somit auch keiner bergbaulichen Wiedernutzbarmachungsplanung bedarf. Gleichwohl sollte im textlichen Teil des Regionalplans der Hinweis erfolgen, dass Festsetzungen innerhalb der Sicherheitszone (des Tagebaus Hambach) erst wirksam werden, wenn der Braunkohlenplan vollständig realisiert ist, was über die Beendigung der Bergaufsicht rechtlich dokumentiert wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Das Verhältnis zwischen Braunkohlenplanung und Regionalplanung wird in Kapitel 1.5 des Textbandes erläutert. Eines gesonderten Hinweises in Bezug auf die Sicherheitszone bedarf es nicht.

1007754, RWE Power AG	
<p>Inhalt</p> <p><u>Zeichnerische Festlegungen Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis</u></p> <p>Tagebau Hambach</p> <p>4. Für die Tagesanlagen und den Kohlebunker des Tagebaus Hambach, die ab Ende der Dekade nicht mehr für den Betrieb des Tagebaus Hambach benötigt werden, sollen in den kommenden Jahren Nachnutzungskonzeptionen durch die Gesellschaft "Perspektive.Struktur.Wandel" entwickelt werden. Da der Bereich hervorragend erschlossen und an sein Umfeld angebunden ist, wird eine bauliche Folgenutzung des Bereichs, zumindest für Teilbereiche, aktuell als sehr realistisch eingeschätzt. Im Wiedernutzbarmachungsplan der RWE Power AG für den Tagebau Hambach [s. Anhang Abb. StnID 1007754_1], der auch dem Braunkohlenplanänderungsverfahren zugrunde liegt, wird der Bereich deshalb nicht als land- oder forstwirtschaftlicher Rekultivierungsbereich, sondern als "sonstige Fläche" dargestellt. Um eine bauliche Folgenutzung (bspw. als Wohn-, Gewerbe- und/ oder Industriegebiet) in diesem Bereich zu ermöglichen, regen wir an, im Regionalplan hierzu eine entsprechende Aussage zu treffen und diesen Bereich im Regionalplan entweder als GIB, ASB oder Sonderfläche für eine perspektivisch bauliche Inwertsetzung darzustellen. Zumindest ein entsprechender Hinweis in den textlichen Festlegungen des Regionalplans - beispielsweise unter dem Punkt G.10 "Perspektivische Baulandentwicklung am See berücksichtigt" - sollte u.E. aufgenommen werden. Dies wäre auch mit Blick auf das Braunkohlenplanänderungsverfahren sinnvoll.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist Teilen durch Änderung der zeichnerischen und textlichen Festlegung entsprochen. (s. StnID 1005215 sowie StnID 1005216).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Ein Hinweis in den textlichen Festlegungen zu G10 ist aufgrund der vorgenannten Änderung der zeichnerischen und textlichen Festlegung nicht erforderlich.</p>

1007755, RWE Power AG	
<p>Inhalt</p> <p><u>Zeichnerische Festlegungen Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis</u></p> <p>Tagebau Hambach</p> <p>Der Stellungnahme der Neuland Harnbach GmbH, die Festlegung als BSN für die Fläche zwischen den Tagesanlagen und dem aktuellen Tagebaubereich zurückzunehmen, um eine räumliche Trennung zwischen dem Entwicklungsgebiet der Tagesanlagen und dem künftigen Tagebausee zu vermeiden, schließen wir uns an.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007755_1] (Hinweis: es ist die Abbildung im Textverlauf der Originalstellungnahme, am Ende des Textes der Teilstellungnahme)</p> <p>Anhänge Abb_ID1007755.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Das Verhältnis zwischen Braunkohlenplanung und Regionalplanung wird in Kapitel 1.5 <i>Verhältnis zur Braunkohlenplanung</i> im Regionalplan Köln erläutert.</p> <p>Laut Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 6 sollen regionalplanerische Festlegungen den Erhalt, die Entwicklung und die Vernetzung der Wälder im südlichen Teil des Tagebau Hambachs unterstützen. Dabei wurde von der Landesregierung explizit aufgeführt, dass die umliegenden Wälder mit dem Hambacher Forst zu vernetzen sind, um die Waldfunktion des Hambacher Forstes zu entwickeln und langfristig zu sichern. Um diesen Auftrag gerecht zu werden, wurden die hierfür in Betracht kommenden Bereiche, die bereits aus der Bergaufsicht entlassen wurden und der Plankonzeption entsprechend als BSN festgelegt.</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.</p>

1007757, RWE Power AG

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen Blatt 02-03 Kreis Düren

Tagebau Inden

2. Der Bereich des heutigen Lucherberger Sees ist mit den Schraffuren "regionale Grünzüge" und "Schutz der Natur" belegt. Hier erscheint eine Anpassung durch die neue Seekontur gemäß der Abbildung [s. Anhang Abb. StnID 1007757_1] angeraten. Die Schraffur "Schutz der Natur" sollte zudem ganz für diesen Bereich entfallen, da der ökologische Ausgleich für die Inanspruchnahme des Lucherberger Sees durch das Anlegen der Flachwasserzone im Norden des Sees gemäß Braunkohlenplan Inden II Kap. 5.3 bereits erfolgt ist.

Anhänge

[Abb_ID_1007757_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Angrenzend an den Lucherberger See erfolgten die Festlegungen Regionaler Grünzug (RG) und den Bereichen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auf Grund der Plankonzeption, somit besteht diesbezüglich kein Erfordernis für eine Änderung.

Die zeichnerische Festlegung des Oberflächengewässers sowie des Allgemeinen Freiraum und Agrarbereichs wird auf Grund der Stn. 1004370_013 geändert. Es erfolgt somit die Anpassung an die aktuelle Seekontur.

1007759, RWE Power AG	
<p>Inhalt</p> <p><u>Zeichnerische Festlegungen Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis</u></p> <p>1. Köln, Erweiterung der ASB-Ausweisung Dürener Straße/Stüttgenweg</p> <p>Die Erweiterung der ASB- Ausdehnung schreibt die städtebaulich konsequente Weiterentwicklung des ehemaligen Kasernengeländes an der Dürener Straße logisch fort und wird deshalb begrüßt. Das Areal eignet sich sowohl für eine entlang der Dürener Straße angesiedelte verdichtete Mehrfamilienhaus-Bebauung als auch für neue innovative Wohnformen. Es wird angeregt, die westlich und östlich der ASB-Erweiterung bestehenden, gewerblichen Splitternutzungen in die ASB-Ausweisung aufzunehmen, um diese einer gesamthaften, geordneten städtebaulichen Weiterentwicklung zuzuführen, die in den Randbereichen einen fließenden Übergang in den Kölner Grüngürtel bzw. den Freiraum schafft. Das Ziel "Regionaler Grünzug" sollte insoweit geringfügig zurückgenommen werden, da dieses durch die bestehenden, in ihrem Bestand gesicherten Bauwerke in diesen Bereichen ohnehin nicht erreicht werden kann. [s. Anhang Abb. StnID 1007759_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007759.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Siehe Erläuterungen zu StnID 1002702.</p>

1007761, RWE Power AG	
<p>Inhalt</p> <p><u>Zeichnerische Festlegungen Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis</u></p> <p>2. Hürth/Erftstadt- Erweiterung GIB Knapsacker Hügel nach Westen</p> <p>Zwischen dem heutigen GIB-Knapsacker Hügel und der Autobahnanschlussstelle Hürth wird der dortige Freiraum im Regionalplanentwurf mit dem Entwicklungsziel "Regionaler Grünzug" verknüpft. Dies umfasst auch eine rekultivierte, benachbart zur Deponie Ville gelegene Forstfläche sowie minderwertige Ackerflächen rund um den heute landwirtschaftlich genutzten Barbarahof, für die eine Untergrundbelastung vorliegt, die diesen Standort im Gegensatz zu anderen GIB-Ausweisungen auf guten Ackerstandorten für außerlandwirtschaftliche Nutzung und Teilversiegelung empfiehlt. Zudem steht der Standort lediglich im Besitz von drei Eigentümern und wäre somit zügig zu entwickeln. Die Ausweisung des Standortes sollte vom Knapsacker Hügel aus sukzessive nach Südwesten erfolgen und könnte im ersten Schritt eine räumliche Ausdehnung vom Bertrams-JagdWeg entlang der L 495 bis zur Hofstelle "Barbarahof" annehmen. Planerisch wird für ein entsprechendes städtebauliches Konzept die Einstreuung von Grünschnitten angeregt, womit dem Kaltluftabfluss hinreichend Rechnung getragen werden kann.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007761_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007761.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1001415).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1001415.</p>

1007763, RWE Power AG	
<p>Inhalt</p> <p><u>Zeichnerische Festlegungen Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis</u></p> <p>3. Kerpen, Deponie Haus Forst</p> <p>Gemäß der zeichnerischen Darstellung wird die ehemalige Hausmülldeponie Haus Forst weiterhin als Deponie ausgewiesen. Diese wird derzeit vor allem für mineralische Reststoffe genutzt. In konsequenter Ergänzung dieses Ansatzes regen wir an, die bereits heute versiegelten Flächen des benachbarten Gutes Haus Forst in einer Größe von rund 10 ha (graue Fläche im Plan) als GIB mit der Zweckbestimmung "Baustoffrecycling" auszuweisen, da entsprechende Betriebe in den in der Region derzeit ausgewiesenen Industriegebieten aufgrund der von diesen ausgehenden Emissionen in der Regel keinen geeigneten Standort finden. Die räumliche Nähe zur Deponie erlaubt es zudem, die nicht recyclebaren Anteile der Baustoffaufbereitung unmittelbar ortsnah zu verbringen und zusätzliche Transportwege zu vermeiden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007763_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007763.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB stehen landesplanerische Vorgaben entgegen, da es hier aufgrund der fehlenden Anbindung an den Siedlungsraum um einen Neuansatz im Freiraum handelt. Gemäß dem Ziel "Deponiestandorte rekultivieren und wiedernutzbar machen" sind Abfalldeponien entsprechend den regionalplanerischen Festlegungen abschnittsweise und zeitnah zu rekultivieren bzw. wiedernutzbar zu machen. Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung von Deponien jeglicher Art hat sich in die umgebende Raumstruktur einzufügen. Abfallbehandlungsanlagen sind gemäß Ziel 8.3-2 LEP NRW i.V.m dem Ziel "Neue Standorte für Abfallbehandlungsanlagen raumverträglich steuern" innerhalb von GIB zulässig. Ausnahmsweise sind Abfallbehandlungsanlagen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum zulässig, wenn ein räumlich-funktionaler Verbund mit einer Abfalldeponie besteht und der Betrieb auf die Dauer der Deponienutzung beschränkt ist. Die vorhandenen Abfallbehandlungsanlagen ist demnach im Verbund mit Deponiebetrieb im Freiraum möglich. Ein GIBz nicht erforderlich.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1007764, RWE Power AG	
<p>Inhalt</p> <p><u>Zeichnerische Festlegungen Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis</u></p> <p>4. Bergheim, Kraftwerk Niederaußem</p> <p>Gemäß der zeichnerischen Darstellung werden die Fabrik Fortuna-Nord, das Kraftwerk Niederaußem sowie die ehemals für das BoAplus-Kraftwerk vorgesehene Kraftwerksanschlussfläche als GIB mit der Zweckbindung "Kraftwerk" ausgewiesen. Wir regen an, diese Zweckbindung für die Kraftwerksanschlussfläche aufzuheben und diese als GIB auszuweisen. Ferner regen wir an, die nordwestlich angrenzenden Flächen des Kleinen Mönchhofes und der Hortitherm-Gartenbauanlagen sowie die süd-östlich gelegenen Ackerflächen arrondierend ebenfalls als GIB auszuweisen, da letztere seit dem Abschalten der 300 MW-Kraftwerksblöcke des Kraftwerkes Niederaußem bereits heute nicht mehr mit Abwärme versorgt und somit mittelfristig nicht mehr gartenbaulich genutzt werden können. Mit dieser "Starterfläche" kann die gewerblich-industrielle Nachnutzung des Kraftwerks- und Fabrikstandortes Niederaußem bereits vor Abschaltung des letzten Braunkohlenkraftwerksblockes am Standort begonnen werden und bereits frühzeitig Raum für Folgearbeitsplätze bieten.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007764_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007764.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1004931)</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für weitergehende Festlegung von Siedlungsraum stehen keine kommunalen oder regionalen Bedarfe, noch Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW zur Verfügung (s. StnID 1011374). Darüber hinaus ist entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht für die nordwestlich angrenze Fläche besteht außerdem kein Sicherungserfordernis, sodass die Abgrenzung des Siedlungsraums gemäß der Änderungskarte im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

1007765, RWE Power AG	
<p>Inhalt</p> <p><u>Zeichnerische Festlegungen Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis</u></p> <p>5. Nörvenich, Erweiterung Gewerbegebiete Gypenbusch</p> <p>In der Gemeinde Nörvenich erschließen die Kommune und RWE Power gemeinsam das Gewerbe- und Industriegebiet Gut Gypenbusch. Dieses wurde im Einvernehmen mit allen Beteiligten mit einem Zubringer incl. Kreisverkehr mit der L 495 verknüpft, um eine anbaufreie Verkehrsanbindung zu erreichen. Zwischenzeitlich ist die Vermarktung des Gebietes weit fortgeschritten, so dass für größere Unternehmen keine zusammenhängenden Flächen mehr zur Verfügung stehen. Gleichzeitig ist die Nachfrage nach Gewerbegrundstücken ungebrochen hoch. Es wird daher angeregt, die heutige GIB-Ausweisung nach Norden bis zur L495 zu erweitern. Da die bereits vorhandenen Erschließungsanlagen hierzu vollständig genutzt werden, ergibt sich hierdurch gegenüber einer vergleichbaren Ausweisung an anderer Stelle eine deutlich bessere Ausnutzbarkeit der GIB-Fläche und somit - bezogen auf den Bedarf - eine Schonung von Freiraum.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007765_1]</p> <p>Anhänge Abb_ID1007765.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Anregung wird nicht gefolgt. Siehe Erläuterungen zu StnID 1005189.</p>

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen Blatt 08-09 Städteregion Aachen

In der zeichnerischen Darstellung Blatt 08-09 Städteregion Aachen ist die Kraftwerksreststoffdeponie II Tagebau Inden dargestellt. Zur Erweiterung der Deponie läuft derzeit ein abfallrechtliches Planfeststellungsverfahren bei der Bezirksregierung Köln (Az.: 52.03.09/19/1.3-PF-We). Wir regen an, die Erweiterung nach Planfeststellungsbeschluss im weiteren Verfahren in die zeichnerische Darstellung zu übernehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die regionalplanerische Sicherung als Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie für Kraftwerksreststoffdeponie II Tagebau Inden wird an den Stand der Fachplanung angepasst.

InhaltZeichnerische Festlegungen Blatt 08-09 Städteregion Aachen, Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis

In den zeichnerischen Darstellungen sind die Kraftwerksreststoffdeponien II Tagebau Inden (Blatt 08-09 Städteregion Aachen), Ville (Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis), Garzweiler (Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis) und Fortuna (Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis) als Abfalldeponien gekennzeichnet. Überlagert werden die Abfalldeponien mit der Freiraumbezeichnung "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierende Erholung (BSLE)" und "Regionale Grünzüge (RG)" (nur Inden und Ville). Hierbei ist zu beachten, dass es sich bei den Deponien um bereits abfallrechtlich genehmigte Nutzungen handelt, die auch eine entsprechende festgelegte Rekultivierung beinhalten. Der Bestandsschutz der Abfalldeponien ist zu berücksichtigen. Aus den vorgenannten Ausweisungen BSLE und RG dürfen keine Einschränkungen für die Deponien resultieren. Wir regen an, die Deponien aus der Festsetzung auszusparen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie überlagert die jeweilige regionalplanerisch beabsichtigte und anzustrebende Folgenutzung. Die festgelegte Folgenutzung richtet sich ausschließlich an die abschließende Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung und steht der vorlaufenden Abfallentsorgung oder deren Wiederaufnahme nicht entgegen. Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung von Deponien jeglicher Art hat sich in die umgebende Raumstruktur einzufügen. Die regionalplanerischen Festlegungen ermöglichen einen breiten Umsetzungskorridor, sodass die Folgenutzung im Rahmen des abfallwirtschaftlichen Fachverfahrens unter Berücksichtigung der fachrechtlichen Anforderungen an die Sicherheit des Deponiekörpers zu konkretisieren ist.

Inhalt

Umweltbericht Text, Kapitel 1.3 Verhältnis des Regionalplans zu anderen relevanten Plänen, Seite 3

Bei der Skizzierung der im Kontext der Umweltprüfung relevanten Raumordnungs- und Fachplanungen fehlt die Braunkohlenplanung. Wir regen an, diese mit dem Hinweis zu ergänzen, dass die Auswirkungen der Braunkohlegewinnung in den Tagebauen im Plangebiet im jeweiligen Braunkohlenplan abgearbeitet wurde, bzw. falls notwendig in einem Braunkohlenplanänderungsverfahren abgearbeitet wird.

Umweltbericht Text, Kapitel 5.1.6.2 Kraftwerke und Nebenbetriebe, Seite 86

Der Braunkohleabbau wird hinsichtlich seiner Umweltauswirkungen vollumfänglich in den Braunkohlenplänen abgearbeitet. Dies ist bei der Erarbeitung des Regionalplans Köln zu berücksichtigen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bedarf keiner Ergänzung des Umweltberichts.

InhaltAllgemeines

1. Zur Sicherstellung der Seebefüllung des Tagebaus Hambach ab 2030 wurde im Mai 2021 die Aufnahme des Braunkohlenplanänderungsverfahrens zur Sicherung von Trassen für Rheinwassertransportleitungen zu den Tagebauen Hambach und Garzweiler beschlossen. Im Dezember 2021 wurde die Bezirksregierung Köln mit der Erarbeitung eines entsprechenden Braunkohlenplanvorentwurfs beauftragt. Aufbauend auf einer umfassenden Alternativenprüfung hat sich für die Hambachleitung eine Vorzugstrasse konkretisiert, die den Bereich des Regionalplans Köln betrifft und zur Vermeidung zukünftiger Konflikte in die zeichnerische und textliche Darstellung aufgenommen werden sollte.

Verlauf:

Die Vorzugstrasse der Hambachleitung verläuft vom Verteilbauwerk bei Allrath parallel zur Nord-Süd-Bahn in Richtung des Kraftwerkes Neurath. Auf Höhe der Kreisgrenze zwischen dem Rhein-Kreis Neuss und dem Rhein-Erft-Kreis knickt die geplante Leitungstrasse in Richtung Westen ab und verläuft weiter in südwestlicher Richtung über landwirtschaftliche Nutzflächen nördlich der Ortschaft Rath bei Niederaußem. Nach Querung der L213 knickt die Leitungstrasse in einen südlichen Verlauf ab und verläuft westlich entlang der Rather Mulde und der Reststoffdeponie im Süden von Rath. Im Bereich der Reststoffdeponie nach Querung der Bedburger Stadtgrenze knickt der Trassenverlauf ab und setzt seinen Verlauf entlang der Verlängerung der ehemaligen Bandstraße (K70) nördlich des Segelflugplatzes Bergheim fort. Südwestlich des Peringsmaares verläuft die Trasse unterhalb der L361 und schlägt einen Trassenverlauf parallel der ehemaligen Randstraße (K70) ein. Nordwestlich der Ortschaft Glesch quert die Leitungstrasse die Erft hin zur ehemaligen Fernbandanlagentrasse und endet am nördlichen Tagebaurand an der Infobox "Tagebaukante". Der Erarbeitungsbeschluss (Getzt Aufstellungsbeschluss) im Braunkohlenplanverfahren soll noch in diesem Jahr gefasst werden und der Aufstellungsbeschluss (Getzt Feststellungsbeschluss) Ende 2023.

2. Unserer Stellungnahme fügen wir die geplanten Zu- und Ablauftrassen für die zukünftigen Tagebauseen Hambach und Inden bei. Diese Bereiche sollten von widersprüchlichen Nutzungen freigehalten werden.

[s. Anhang Abb. StnID 100776]

Anhänge

[Abb_ID1007769.pdf](#)

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Änderung des Braunkohlenplans "Garzweiler II, Sachlicher Teilplan: Sicherung einer Trasse für die Rheinwassertransportleitung befindet sich noch im Verfahren zur Aufstellung. Der Trassenverlauf sowie die Vermeidung von räumlichen und planerischen Konflikten wird im Rahmen dieses Verfahrens geklärt. Eine Festlegung im Regionalplan ist im Vorgriff auf dieses Verfahren nicht möglich. Zudem erfolgt keine regionalplanerische Festlegung von Transportleitungen. In den textlichen Festlegungen wird im Grundsatz "Transportleitungen schützen" auf die Berücksichtigung von Transportleitungen bei Planungen und Massnahmen hingewiesen. Weitere Regelungen zur Bündelung und raumschonenden Trassierung von Transportleitungen sind in LEP NRW Grundsatz 8.2-1 aufgeführt.

Zu- und Ablauftrassen für die zukünftigen Tagebauseen Hambach und Inden wird im Regionalplan sichergestellt, dass keine raumordnerisch entgegenstehenden Festlegungen erfolgen.

Inhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf das am 16.08.2022 an Sie gerichtete Schreiben, führen wir nachfolgend formulierte ergänzende Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln an. Mit dem Kommissionsvorschlag des Europäischen Parlaments zur Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln vom 22. Juni 2022 und den nachfolgenden Konkretisierungen wird ein grundsätzliches Verbot von Pflanzenschutzmitteln in geschützten Gebieten angestrebt. Hiervon sind alle Schutzgebietskategorien betroffen. Wir bitten darum, von einer Unterschutzstellung unserer Eigentumsflächen abzusehen. Beispielhaft wird an dieser Stelle auf die Neulandflächen der Königshovener Höhe verwiesen (siehe zeichnerische Festlegung Blatt 04 RheinErft- Kreis). Nach diesem Plan sind weite Teile der vorgenannten Rekultivierung, laut Legende, als Flächen mit Freiraumfunktionen / Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung ausgewiesen. Wir möchten betonen, dass wir generell keine Einwände gegen das Ausweisen von Schutzgebieten haben. Jedoch sehen wir das erhebliche Risiko, dass die zukünftigen Grundstückseigentümer die in den Flurbereinigungsverfahren zur Rückgabe anstehenden Flächen ablehnen werden, da hier eine herkömmliche landwirtschaftliche Nutzung der Ackerflächen nicht mehr möglich sein wird.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: BET_428000_1

Waldbauernverband NRW e.V.

1005932, Waldbauernverband NRW e.V.

Inhalt

Vielen Dank für die Übermittlung der Planunterlagen zum Aufstellungsverfahren des Regionalplans Köln und die Gelegenheit, eine Stellungnahme abgeben zu können. Wir wollen dieser Aufforderung gerne nachkommen und geben entsprechend unserer Landeszuständigkeit die nachfolgenden Anmerkungen und Hinweise als übergeordnete Stellungnahme ab. Auf Seite 20 führen Sie aus, dass der Regionalplan raumordnerische Leitvorstellungen für die nächsten 2 Jahrzehnte entwickeln soll. Aus Sicht des Waldes und seiner Waldbewirtschaftung hätten wir noch vor wenigen Jahren eingeworfen, dass 20 Jahre aus Sicht des Waldwachstums ein Wimpernschlag sind und Ziele daher in Wäldern nur in weitaus größeren Zeiträumen planbar sind. Heute, 5 Jahre nach dem Orkan Friederike und 5 Jahre ohne ausreichende Frühjahrs- und Sommerniederschläge, ist der Klimawandel bei uns mit aller Wucht angekommen. Weder Wald- noch Klimaexperten haben in dieser Schnelligkeit mit solch gravierenden Verhältnissen und Auswirkungen gerechnet. Die Fichtenbestände haben sich in NRW zu mehr als die Hälfte aufgelöst, die Buchen kränkeln erkennbar, Eschen, Ahorne und selbst Eichen kommen auf manchen Standorten nicht mehr mit diesen Ereignissen zurecht und sterben ab. Klimaexperten sprechen von dem ?Neuen Normal?. Bäume, die sich nur sehr begrenzt auf geänderte Bedingungen umstellen können, sind die Verlierer. Das ist nicht planbar, allenfalls mit geeigneten Standortkenntnissen erklärbar. In einer solchen Situation den Regionalplan auch für Waldgebiete zu planen ist ambitioniert ? aber auch richtig. Fahrlässig wäre aber, mit einem forstlichen Fachbeitrag aus dem Jahr 2018 (S. 28) zu planen, in dem wesentliche aktuelle Erkenntnisse fehlen dürften. Wir fordern Sie daher dringend auf, dass der alte Forstliche Fachbeitrag aus 2018 mit Klima- und Standortkundlichen Erkenntnissen der vergangenen 5 Jahre überarbeitet wird, um eine halbwegs aktuelle Planung der Waldgebiete, zumindest im Grundsatz, zu ermöglichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es ist nicht erkennbar, ob und inwieweit sich aus den Ausführungen Konsequenzen für die geplanten Festlegungen des Regionalplan-Entwurfs ableiten. Konkrete Anregungen werden nicht vorgebracht. Für den Regionalplan Köln wurden diverse Fachbeiträge aktuell erarbeitet. Eine fortlaufende Aktualisierung der Fachbeiträge während des laufenden Planungsprozesses ist nicht umsetzbar.

1005933, Waldbauernverband NRW e.V.

Inhalt

Seite 42 ff.: Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel: Wir begrüßen ausdrücklich, die Erkenntnis und das Bekenntnis zu Wald als Klimaschützer und ?retter. Wir haben insbesondere in den vergangenen 5 Jahren entsetzt mit ansehen müssen, was die Klimaveränderung und die ausbleibenden Frühjahrs- und Sommerniederschläge in unseren heimischen Wäldern anrichten können. Der heutige Wald ist eines der ersten ?Klimawandel-Opfer?, aber in der Tat auch mit das wichtigste Instrument, um den Klimawandel zu stoppen oder einzudämmen. Waldvermehrung in waldarmen Gebieten und die Erhaltung aller Waldfunktionen ist die Lösung, die der Regionalplan mit in der Hand hat.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung geäußert.

Inhalt

4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur: Auch nachfolgende Aussagen beziehen sich ausschließlich auf die Waldbewirtschaftung: Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen deutlich die Auswirkungen der globalen Erwärmung auf unsere Lebensräume. Die Lebensräume und ihre bisherigen Standorte sind inmitten einer Standort-Drift. Diese zeigt sich in den letzten Jahren derartig schnell, dass schon Prognosen über wenige Jahre kaum denkbar sind. Der Regionalplan soll Planungen für 20 Jahre vornehmen. Dies ist ein gutes Ziel. Im Wald wird dies nicht gelingen. Daher lehnen wir im Wald jegliche BSN-Festlegungen ab, die die Dynamik des Systems ausblendet. Die Auswirkungen in unseren Wäldern von Wassermangel und hohen Temperaturen der letzten 5 Jahre dürfen wir nicht ignorieren und Planungen ?wie immer? verfolgen. BSN im Wald auf der Grundlage des heutigen Zustands auszuweisen, wirkt der Klimaanpassung dieser Bereiche diametral entgegen, denn sie führt zu konservierenden Naturschutzfestlegungen in einer hoch dynamischen (Standort-Drift) Situation. Sicherlich würde der forstliche Fachbeitrag genau diese Aussage bestätigen, wenn er nicht bereits 2018 erstellt worden wäre (siehe S. 20). Weiterhin zeigt die Aussage bei Erläuterung 5 unter Ziel 19 ? *In BSN ist den Belangen des Arten- und Biotopschutzes Vorrang vor konkurrierenden Nutzungsansprüchen einzuräumen.*? klar an, dass in den BSN Bewirtschaftungseinschränkungen zu erwarten sind. Das lehnen wir entschieden ab: - Es gibt keinen Grund, die Bewirtschaftung dieser Bereiche einzuschränken, denn nur wegen und durch die Bewirtschaftung dieser Bereiche in den vergangenen Jahrzehnten ist die Schutzwürdigkeit erst entstanden oder aufrechterhalten worden. Jegliche Bewirtschaftungseinschränkung engt die Waldeigentümer (gleich welcher Besitzart) ein, ihre Wälder Klima angepasst und damit zukunftsgerichtet weiterzuentwickeln. Statischer Naturschutz behindert notwendige Anpassungsprozesse und ist im Endeffekt nicht nur klimaschädlich, sondern auch nachteilig für den Natur- und Artenschutz. Jegliche Bewirtschaftungseinschränkung führt dazu, dass der heimische Rohstoff Holz nicht heimisch bereitgestellt wird, sondern über weite Strecken aus anderen Gebieten der Erde zu uns transportiert wird. Das ist das Gegenteil von Klima- und Artenschutz! Es ist in zahlreichen Studien und Gutachten von Bundes- und Landesregierungen belegt, dass ein bewirtschafteter Wald dem Arten- und Biotopschutz nicht zuwiderläuft und der Rückgang der Artenvielfalt eben nicht im Wald zu verantworten ist. Im Gegenteil schafft ein bewirtschafteter Wald durch seine regelmäßigen Erntemaßnahmen so genannte ?Edge-Effekte?, die für die Artenvielfalt wichtig sind. Um Korridore zu schaffen und die Biotopvernetzung auszubauen, stehen auch private Waldbesitzer bereit. Hier ist das Mittel der Wahl eine vertragliche Regelung, die im Zuge der Wahl des ?geringsten Mittels? ohnehin vorgegebenes Behördenhandeln ist. Wir begrüßen daher das Ziel, ?vorrangig vertragliche Vereinbarungen? zu prüfen. Um dies deutlicher herauszustellen, bitten wir die Reihenfolge der aufgezählten Optionen zu ändern. Wir schlagen in der Erläuterung 2 unter Ziel 20 folgende Formulierung vor: Anstelle von ?*Zu den geeigneten Instrumenten*

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die textlichen Festlegungen zu den BSN beinhalten einen breiten Spielraum für die fachplanerische Umsetzung. Ausdrücklich ist klargestellt, dass mit der BSN-Festlegung keine Verpflichtung einhergeht, diese vollständig oder überwiegend als Naturschutzgebiete auszuweisen. Auch greifen die Festlegungen nicht in die Bewirtschaftung der Flächen ein.

<p><i>?gehören ? auch vertragliche Vereinbarungen mit den Landnutzern.? schlagen wir vor: ?Als geeignetes Instrument gilt vorrangig eine vertragliche Vereinbarung mit den Landnutzern.?</i></p>	
--	--

Inhalt

4.5.1 Walderhalt und Vermehrung: Eine Waldvermehrung ist gerade in bisher waldarmen Gebieten eine sinnvolle Maßnahme, um Belange des Klima- und Artenschutzes voran zu bringen. Daher begrüßen wir diesen Grundsatz 35 grundsätzlich. Irritierend ist jedoch, dass in der Erläuterung kein Bezug auf den Eigentümerwillen genommen wird. *Hier bitten wir aufzunehmen, dass jegliche Umwandlung von bisher nicht Waldflächen in Waldfläche die Entscheidung des Flächeneigentümers voraussetzt.* Eventuelle behördliche Planungen müssen hier entweder hintenanstehen oder auf vertraglicher Ebene geregelt werden. Weiterhin wird im Grundsatz 35 eine Waldvermehrung im Umfeld von Siedlungen und linearer Infrastruktur als besonders geeignet herausgestellt. Hier ist äußerste Vorsicht geboten. Begleitgrün an Siedlungen und Infrastruktur ist wichtig und angesichts von Wasser- und Temperaturhaushalt immer wichtiger. Waldbäume hingegen werden zunehmend Verkehrssicherungsprobleme verursachen. Hier ist ein Abwägen im Hinblick auf spätere Risiken dringend geboten. *Wir empfehlen daher die Beachtung der Verkehrssicherung in den letzten Absatz von G.35 mitaufzunehmen.* Darüber hinaus stellen wir in den vergangenen Jahren zunehmend fest, dass Siedlungsbereiche immer näher an den Wald ?heranrücken?. Wenn dann die Bäume wachsen gibt es Probleme. Diese liegen dann nicht nur in der Gefahr des Umfallens oder Astbruchs, sondern auch in neuen Schädlingen, die für die Menschen eine gesundheitliche Bedrohung darstellen, Beispiele: Eichenprozessionsspinner, Ahornrußkrankheit. Ein Mindestabstand von Wald zu Bebauungen ist daher sinnvoll und schützt den Wald und die Bevölkerung gleichermaßen. *Wir empfehlen daher in die Planungen einen Mindestabstand zwischen Wald und Bebauung von 35 Metern (dies entspricht einem früheren Abstandserlass für die Bauleitplanung) für Neuanlagen oder die Ausweisung entsprechender Gebiete aufzunehmen.*

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Anregung geht über den Regelungsgegenstand der Regionalplanung hinaus. Sie richtet sich an die konkrete Umsetzung auf nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

4.5.2 Waldfunktionen und -nutzungen: Der Grundsatz 38 ist gut und richtig und wird von uns unterstützt. Bei der Erläuterung unter 1 fällt uns jedoch auf, dass die Funktion der Holzproduktion ?für Industrie und Handwerk? rein mit der wirtschaftlichen Komponente gleichgesetzt wird. Das wird der Bereitstellung des Rohstoffes Holz für die Gesellschaft nicht im Mindesten gerecht. Holzbereitstellung, Holzverwendung und mithin aktive Waldbewirtschaftung ist aktiver Klimaschutz. Denn es wird seit vielen Jahrzehnten nachhaltig im Hinblick auf alle Waldfunktionen gewirtschaftet und jeder Festmeter Holz, der einen anderen Rohstoff ersetzt (Substitution von z.B. Beton, Glas, Aluminium, Gas und Öl), ist nachhaltiger Klimaschutz! *Weiterhin sollte bei der Aufzählung der Funktionen die Einkommensfunktion und die Bereitstellung heimischer Arbeitsplätze sowie die Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit dem Rohstoff Holz mit aufgenommen werden*, die ebenfalls nur ein bewirtschafteter Wald erbringen kann. Gerade augenblicklich sehen wir am Krieg in der Ukraine wie abhängig wir von manchen Rohstoffen sind. Auch die Holzlieferungen aus Russland fehlen dem Markt derzeit. Nicht zuletzt ist es auch für die städtische Bevölkerung wichtig zu wissen, dass ein *bewirtschafteter Wald einen höheren Erholungswert* hat als ein durch Schutzstatus eingeschränkter. *Wir wünschen, dass Sie die Zusammenhänge auch in die Erläuterung aufnehmen*. Es ist wichtig, dass diese Zusammenhänge den manchmal verklärenden Blick auf nicht bewirtschaftete Wälder zurechtrücken.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungen dienen der Umsetzung der Festlegung. Sie stellen diesbezüglich in ausreichendem Maße die verschiedenen Waldfunktionen inkl. der Bedeutung für den Klimaschutz dar.

1005937, Waldbauernverband NRW e.V.

Inhalt

Der Grundsatz 39 ist heutzutage wichtiger denn je. Wir begrüßen entsprechende Bemühungen in diese Richtung. Durch die Corona-Pandemie sind insbesondere die stadtnahen Wälder überlaufen mit allen Nachteilen wie Wildbeunruhigung, Müll, Hunde usw. Die Waldbrände nehmen zu. 95 % aller Waldbrände sind fahrlässig oder vorsätzlich durch Menschen verursacht. *Eine Besucherlenkung ist daher sinnvoll und wird von uns begrüßt.* Konkret sollten Waldbesitzer und ihre Zusammenschlüsse bei den Planungen einbezogen werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen zu den Festlegungen geäußert.

1005938, Waldbauernverband NRW e.V.

Inhalt

Wir begrüßen, dass der Grundsatz 40 zum Ziel ausführt, besondere Waldnutzungen und forstliche Flächen besonders zu beschützen. Dieser ?Schutz? kann sich unseres Erachtens jedoch hauptsächlich auf Besucherlenkungen erstrecken und nicht noch weiter ?gesichert? werden. Als Beispiel nennen wir eine Saatgutplantage oder auch eine forstliche Versuchsfläche. Beide Nutzungen sind allein betriebliche Entscheidungen des Eigentümers, egal ob privat oder staatlich. Hier verbietet sich jeglicher ?Schutz?, was auch immer man sich darunter vorstellen kann. Schutz dieser Flächen kann hingegen sein, dass sie z.B. bei einer besonderen Waldbrandstufe nicht mehr betreten werden dürfen o. ä. Aber auch diese Maßnahmen sollten nur im Einvernehmen mit dem jeweiligen Eigentümer getroffen werden.

Abwägung

Typ

Ausgleichsvorschlag

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen zu den Festlegungen geäußert.

Inhalt

Die Formulierungen des Grundsatzes 42 irritieren und sollten überarbeitet werden. Bewirtschafteter Wald ist schon wegen des bereitgestellten Rohstoffes Holz (und dessen Substitution von anderen Rohstoffen mit schlechter CO2 Bilanz) per se klimafreundlich. Was hier Sinn macht zu formulieren ist, dass der Wald im Hinblick auf die Klimaveränderung klimastabil weiterentwickelt werden sollte. Auch die nachfolgenden Erläuterungen können so nicht stehen bleiben. Die in Erläuterung 1 empfohlene Verlängerung der Umtriebszeit ist eben nicht mit größerer Stabilität (Erläuterung 2) verbunden. Auch suggeriert die Formulierung, dass der Wald ?möglichst viel Kohlenstoff dauerhaft binden soll?, dass Nichtstun den besseren Klimaschutz darstelle. Wir wissen heute, dass das Gegenteil der Fall ist. CO2 wird am stärksten in der Phase eines mittelalten Waldes gebunden ? und auch nur, wenn regelmäßig durchforstet wird und die Kronen sich entwickeln können. Alt- und Totholz bindet kein weiteres CO2 mehr. Im Gegenteil gibt es den während der Wachstumsphase über Jahrzehnte eingelagerten Kohlenstoff Stück für Stück im Zuge der Zersetzungsprozesse wieder frei. Der Erhalt von Alt- und Totholz ist zwar gut und wichtig, hat aber mehr mit Artenschutz und Biodiversität zu tun. Wir empfehlen daher die Erläuterung 1 wie folgt zu formulieren: ?Nachhaltig bewirtschaftete Wälder dienen dem Klimaschutz durch die Einlagerung von Kohlenstoff aus dem Klimagas CO2. Eine dauerhafte und störungsfreie CO2-Bindung soll durch waldbauliche Maßnahmen unter Berücksichtigung der standörtlichen Verhältnisse angestrebt werden.?

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Formulierungen aus dem forstlichen Fachbeitrag (s. S. 70) werden nachvollzogen. Sie beziehen sich ausschließlich auf die Waldbewirtschaftung. Demnach führt die Verlängerung von Umtriebszeiten zu einer Erhöhung der Holzvorräte und damit zu einer Bindung von zusätzlichem CO2. Höhere Alt- und Totholzanteile strecken Abbauprozesse und verzögern damit die Freisetzung von CO2.

1005940, Waldbauernverband NRW e.V.

Inhalt

Den Grundsatz 43 unterstützen wir. Entscheidend ist die Freiwilligkeit des Grundeigentümers/ in. Insofern passt in der Erläuterung 1 der Begriff Forstbetriebsverband nicht, denn dieser ist kein freiwilliger Zusammenschluss.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der "Forstbetriebsverband" wird aus der betreffenden Stelle der Erläuterung entfernt.

AZ: BET_440000_1

DB Netz AG

1004388, DB Netz AG

Inhalt

Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG, der DB Station&Service AG und der DB Energie GmbH bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme: Insgesamt verdeutlicht der Regionalplan die Bedeutung aller für den Großraum Köln angedachten Schieneninfrastrukturmaßnahmen. So wird beispielsweise die Verteilung von Wirtschaftsflächenbedarfen von den überlasteten Metropolregionen auf die hauptsächlich lediglich verdichteten Siedlungsräume der Kreise Düren, Rhein-Erft und Oberbergisch zu einer Zunahme von Pendelverkehren zwischen Wohn- und Arbeitsort führen, welche insbesondere durch die geplanten Ausbauten der S15 und S12 aufgenommen werden kann (Z.5). Ebenfalls Erwähnung findet die Notwendigkeit der Flächensicherung für die wichtigen Güterkorridore Rhine - Alpine und North Sea - Baltic (Z.13). Zudem begrüßen wir die weitere Förderung der integrierten Siedlungs- und Verkehrsplanung besonders für den ÖPNV (G.51) sowie die Sicherung des bestehenden Schienennetzes (Z.29).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Jedoch habe wir auch Konfliktpotentiale zwischen "Klimawandel einbremsen" (Mobilitätswende durch SPNV) und "Klimafolgen abmildern" (zusammenhängend unversiegelte Flächen) im Regionalplan gefunden:

G.11

Für die Nachnutzung der RWE-Schieneninfrastruktur prüft das Verkehrsministerium derzeit eine Anbindung der südwestlich des Tagebaus Harnbach befindlichen Gleise an die Strecke 2600 Aachen - Köln, die in diesem Abschnitt südlich der Bundesautobahn 4 verläuft. Dazu ist eine neue Gleisverbindung notwendig, die zu einem Mehrverkehr auf der an Morschenich vorbei führenden Schienenstrecke führen wird. Da im Regionalplan Morschenich explizit als Ort der Zukunft mit nachhaltiger Entwicklung des umgebenen Raumes (Agrar- und Klimazukunft) genannt wird, kann es hier zu einem Zielkonflikt kommen, da die Förderung des Schienenverkehrs im Regionalplan ebenfalls explizit als unbedingt zu erreichendes Ziel genannt wird.

Abwägung

Typ

Ausgleichsvorschlag

Erläuterung

Es werden Hinweise zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert. Die Anbindung befindet sich aktuell noch in der allgemeinen Vorprüfung über ihre grundsätzliche Realisierbarkeit. Ggfs. auftretende Zielkonflikte mit den Entwicklungsmöglichkeiten von Morschenich sind in den nachfolgenden Planverfahren zu klären. uell noch in der allgemeinen Vorprüfung über ihre grundsätzliche Realisierbarkeit. Ggfs. auftretende Zielkonflikte mit den Entwicklungsmöglichkeiten von Morschenich sind in den nachfolgenden Planverfahren zu klären.

Inhalt

G.21 (auch Z.18)

Der Grundsatz, weitere Zerschneidung des Freiraums zu vermeiden, darf nicht zu einer Verhinderung von für die Mobilitätswende notwendigen Neubauten der Schieneninfrastruktur führen. Besonders kritisch zu betrachten ist hierbei die Ungleichbehandlung von Schiene (die immer als Zerschneidung betrachtet wird) und Straße (die bis zu einer Belastung von 1.000 Kfz/24h - also ein Fahrzeug alle 86 Sekunden - nicht als Zerschneidung betrachtet wird)!

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es handelt sich um einen auf den jeweiligen Einzelfall anwendbaren Grundsatz, der der Abwägung unterliegt, sodass die Verhinderung von Neubauten im Zuge der Mobilitätswende nicht zu befürchten ist. Gleichwohl kann er aber Anwendung bei der Suche nach verträglichen Trassenvarianten finden.

1004394, DB Netz AG

Inhalt

G.57 Bei der Planung der BAB 553 (Rheinspange) ist für die Rheinquerung eine Mitnutzung einer zweigleisigen Schienentrasse für Schienenpersonen- und -güterverkehr mit vorzusehen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1006492, DB Netz AG

Inhalt

Bei der Konkretisierung einzelner Maßnahmen des Regionalplans Köln, die sich in der Nähe von Bestandsstrecken der DB AG befinden, bitten wir Sie, uns als TÖB in die Einzelmaßnahme mit einzubeziehen (z.b. bei konkreten Bauanträgen). Bei möglichen Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

AZ: BET_442000_1

Nahverkehr Rheinland GmbH

1006592, Nahverkehr Rheinland GmbH

Inhalt

zu Blatt 01? Kreis Heinsberg & 02-03 ? Kreis Düren
? Der **Streckenverlauf Siersdorf?Jülich** ist fälschlicherweise als
Bedarfsplanmaßnahme mit festgelegtem Streckenverlauf eingezeichnet. Im Rahmen
einer geplanten Machbarkeitsstudie soll ergebnisoffen geprüft werden, ob die
dargestellte Strecke Jülich ? Puffendorf für die Verbindung genutzt werden soll, oder
ob eine Neubaustrecke sinnvoller ist.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung entspricht der Plankonzeption (vgl. Textliche Festlegungen Kapitel 5.1.3
und Begründung Kapitel 5.1.3).

Die Festlegung der Schienenstrecke Puffendorf-Jülich folgt dem landesplanerischen
Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege
als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag
des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn
deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von
besonderer Bedeutung sind.

Die Festlegung des Abschnitts Siersdorf-Puffendorf ist Teil der regionalbedeutsamen
Schienenplanung Schienenachse Aachen-Jülich, Siersdorf-Jülich, die entsprechend der
Plankonzeption als sonstiger regionalplanerisch bedeutsamer Schienenweg festgelegt
wird. Für den Fall, dass die Fachplanung einen Bedarf für die Reaktivierung der Strecke
Puffendorf-Jülich feststellt, sichert die Festlegung den erforderlichen Raum für den
Anschluss an die Strecke Siersdorf-Aachen. Der dargestellte Verlauf entspricht dem
bislang im Regionalplan festgelegten Grobtrassierung.

Inhalt

? Die Darstellung der **Strecke Ratheim ? Wassenberg** fehlt. Im Rahmen einer geplanten Machbarkeitsstudie soll die Reaktivierung der stillgelegten Strecke geprüft werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

Inhalt

zu Blatt 04? Rhein-Erft-Kreis

? Ausbau **SPNV-Achse Bedburg ? Kerpen-Horrem ? Erftstadt** : Untersuchung eines weiteren Ausbaus des Streckenabschnitts Bedburg ? Kerpen-Horrem ? Erftstadt und Weiterführung einer SPNV-Linie in Richtung Erftstadt. Klärung des Trassenverlaufs im Rahmen einer Raumanalyse Kerpen-Horrem ? Erftstadt und Erarbeitung eines Betriebskonzepts. Für den Streckenverlauf sind Reaktivierungsmaßnahmen von ehemaligen Strecken vorgesehen, die anhand einer Machbarkeitsstudie untersucht werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Anregung ist teilweise entsprochen. Teilabschnitte der möglicherweise zu reaktivierenden Strecke sind bereits im Regionalplan entsprechend dem landesplanerischen Auftrag gesichert.

Eine weitergehende Festlegung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Maßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.

Inhalt

zu Blatt 05? Leverkusen, Köln, Rheinisch-Bergischer-Kreis
 ? Die **Balkantrasse ist im Stadtbereich Wermelskirchen** nicht dargestellt. Die Balkantrasse ist ein Kandidat für eine Reaktivierungsmaßnahme und es gilt in dem Zusammenhang das Trassenband zwischen Opladen und Remscheid-Lennep vollständig zu sichern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung trägt dem Sicherungsauftrag gemäß 8.1-11 LEP NRW hinreichend Rechnung. Sie sichert zwei Streckenabschnitte der ehemaligen Bahntrasse von Opladen nach Remscheid-Lennep, entlang derer eine landschaftliche Prägung noch erkennbar ist. Beide Abschnitte verfügen über eine Anbindung von regionalbedeutsamen Siedlungsflächen an das regionale Netz.

Die Festlegung eines Schienenwegs im Bereich des ASB Wermelskirchen ist im Rahmen der Neuaufstellung nicht erfolgt. Zum einen ist ein in der Örtlichkeit noch erkennbarer Verlauf nicht mehr gegeben, da die ehemalige Trasse hier teilweise überbaut wurde. Zum anderen liegt zum Zeitpunkt der Planaufstellung weder ein Bedarf für eine Reaktivierung, noch eine regionalbedeutsame Schienenplanung vor, so dass ein Trassensicherungsauftrag für einen möglichen Lückenschluss nicht erkennbar ist.

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.

Sollte künftig der Bedarf für eine Reaktivierung bzw. Schienenplanung nachgewiesen und ein möglicher Lückenschluss zu sichern sein, könnte hieraus ein Planerfordernis auf Ebene des Regionalplans ausgelöst werden.

1006597, Nahverkehr Rheinland GmbH

Inhalt

zu Blatt 06-07 ? Oberbergischer Kreis

? Die **Darstellung der Wuppertalbahn** von Krebsöge bis zur Grenze Oberbergischer Kreis / Stadt Wuppertal fehlt. Die Wuppertalbahn ist ein Kandidat für eine Reaktivierungsmaßnahme und es gilt in dem Zusammenhang das Trassenband zwischen Krebsöge und der Stadt Wuppertal vollständig zu sichern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3)

(vgl. STN ID 1004896).

1006598, Nahverkehr Rheinland GmbH

Inhalt

zu Blatt 08-09 ? Städteregion Aachen

? Die **Darstellung der Strecke Aachen-Preuswald ? Montzen (B)** fehlt. Die Verbindung ist aus güterverkehrlicher Sicht eine geeignete Maßnahme, um den Knoten Aachen zu entlasten. Bei Wiederaufbau der Verbindung könnten Güterzüge aus Belgien (insbesondere an dem Hafen Antwerpen) direkt über Aachen Hbf Richtung Köln weiterfahren. Der heute dazu notwendige und die dortige Streckenkapazität massiv einschränkende Fahrtrichtungswechsel in Aachen West würde entfallen (vgl. Endbericht Güterverkehrsstudie S.172).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

Inhalt

?Die Darstellung der **Strecke Eschweiler-Weisweiler-Inden** fehlt. Es soll untersucht werden, inwieweit auf dem historischen Streckenverlauf Weisweiler ?Jülich bis zum Ortskern Inden SPNV umgesetzt werden kann. Der FNP der Gemeinde Inden enthält diese Trasse bereits.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

1006600, Nahverkehr Rheinland GmbH

Inhalt

? Aktuell wird das Projekt **Regiotram**, eine Straßenbahn zwischen Aachen und Baesweiler sowie nach Würselen-Merzbrück, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft, welche durch die AVV GmbH koordiniert wird. Die AVV GmbH begrüßt, dass die Regiotram im Grundsatz G.55 in Verbindung mit der Begründung (Tabelle 20) in den Regionalplanentwurf aufgenommen worden ist. Die derzeitigen Planungen sind hinreichend konkret, um eine Sicherung der Trasse im Regionalplan vorzunehmen (vgl. Tischvorlage für die 10. Sitzung des Regionalrates am 23. September 2016). Daher sollte der im Anhang beigefügte Trassenverlauf in die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans unter der Signatur 3bc (sonstige regionalplanerisch bedeutsame Schienenwege) aufgenommen werden [s. Anhang Abb. StnID_1006600].

Anhänge

[Abb_ID_1006600_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

Inhalt

4. Zur Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln

Ergänzungen zum Fachbeitrag: Erkenntnisse aus der Güterverkehrsstudie für das Gebiet der Metropolregion Rheinland

Unter der Zielsetzung der bereits heute überlasteten Schieneninfrastruktur in seinem Zuständigkeitsbereich und dadurch einer zunehmenden Konkurrenzsituation um Schienentrassen zwischen Schienenpersonenfernverkehr, Schienengüterverkehr und dem in Verantwortung des NVR liegenden Schienenpersonennahverkehrs, hat der NVR Ende 2020 eine "Güterverkehrsstudie für das Gebiet der Metropolregion Rheinland" beauftragt, die den Themenkomplex der Infrastruktur- aber auch der Flächenentwicklung im Rheinland aus dem Blickwinkel des Güterverkehrs näher beleuchtet. Für den Erarbeitungsprozess der Studie band der NVR den VRR als SPNV-Aufgabenträger für die nördliche Metropolregion Rheinland, den Metropolregion Rheinland e. V. sowie insbesondere die IHK-Initiative Rheinland eng ein.

Der Schlussbericht der Güterverkehrsstudie wird im Rahmen der Stellungnahme als Fachbeitrag eingereicht. Er ist online unter <https://www.nvr4e/regionale-mobilitaetsentwicklung/gueterverkehrsstudie> herunterzuladen.

Eine ?Executive Summary?, die die zentralen Ergebnisse der Studie übersichtlich darstellt, ist dieser Stellungnahme beigelegt [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt].

Die aus Sicht des NVR für die Regionalplanung und den in Erarbeitung befindlichen Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln besonders relevanten Ergebnisse aus der Güterverkehrsstudie werden im Folgenden zusammen mit den weiteren ÖV-bezogenen Anmerkungen von NVR, AVV und VRS ?jeweils den passenden Zielen und Grundsätzen zugeordnet ?dargestellt.

zu Z. 10-15) ?GIBx sichern/entwickeln/umsetzen?

Schon heute bestehen Engpässe bei der Bereitstellung von Flächen für die logistischen Grundfunktionen Umschlag und Lagerei, die sich künftig weiter verschärfen werden. Logistikenutzungen sind flächenintensiv, weisen häufig eine im Vergleich zu anderen gewerblichen Nutzungen geringere flächenspezifische Wertschöpfung auf und sind aufgrund der verkehrsbedingten Emissionen in ihrem Umfeld oftmals kommunalpolitisch nicht erwünscht. Dem steht gegenüber, dass weder die Versorgung der Ballungsräume mit Konsumgütern noch die Produktionsversorgung ohne

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist.

Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Das Erfordernis für Flächendarstellungen mit überregionaler Relevanz konnte zudem für ausgewählte Standorte im Regierungsbezirk abgeleitet werden (vgl. hierzu die Ausführungen zu Z.13 *GIBplus sichern und umsetzen*). Mit den GIBplus werden Bereiche für überregionale gewerbliche und industrielle Nutzungen aufgrund ihrer besonderen Flächenqualität, ihrer Lage und verfügbaren Flächengröße mit Bedeutung für den gesamten Regierungsbezirk festgelegt, die vor allem flächenintensiven Vorhaben oder Vorhaben mit besonderer Standortanforderung vorbehalten sein sollen. Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und im gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die in der Anregung benannte Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen auch für besondere Ansiedlungsvorhaben auf.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der

entsprechende Logistikstandorte denkbar ist und die intendierte Wirtschaftsentwicklung der Region weitere Logistikflächenbedarfe nach sich ziehen wird.

Daher wird aus den Ergebnissen der Güterverkehrsstudie grundsätzlich ein regionalplanerischer Handlungsbedarf hinsichtlich der zunehmenden Diskrepanz zwischen der Logistikflächennachfrage und den dafür geeigneten Standorten abgeleitet. Im Rahmen der Studie wurde herausgearbeitet, dass die für Logistiknutzungen geeigneten Flächen, die in den RegionaIplänen als neue Ansiedlungsflächen ausgewiesen werden, im Durchschnitt weiter von den zu versorgenden Ballungskernzentren und Anlagen des Kombinierten Verkehrs entfernt liegen als die Bestandsflächen der Logistik. Daraus resultieren künftig tendenziell weitere Fahrtstrecken für Straßengüterverkehre zur Versorgung der Metropolregion, die weder wirtschaftlich noch verkehrs- und klimapolitisch erwünscht sind, zur logistischen Suburbanisierung des Raumes beitragen und die Erreichbarkeit der Arbeitsplätze mit dem ÖPNV/SPNV perspektivisch verschlechtern.

Aus diesen Gründen wird in der Güterverkehrsstudie gutachterlich empfohlen, insbesondere die für die Ballungsraumversorgung besonders wertvollen Logistikpotenzialflächen durch geeignete planerische Festlegungen zu sichern.

Der vorliegende Regionalplanentwurf bietet dafür insofern eine gute Grundlage, als dass die darin enthaltenen GIB (die auch Grundlage für die Güterverkehrsstudie waren) im Rahmen des "Region Plus?-Prozesses mit den Kommunen abgestimmt wurden und insofern zumindest ein Konsens bestehen sollte, dass diese Flächen einer gewerblichen Entwicklung zuzuführen sind. Die Notwendigkeit, das Gewerbeflächenangebot in Bereichen, die auf Ebene der einzelnen Kommunen nur unzureichend geregelt werden können oder wo eine regionale Koordinierung von überragendem Interesse ist, mit regionalplanerischen Instrumenten anzugehen, wird im Planentwurf durch die Festlegung von GiBinterkommunal, GiBregional und GiBplus aufgegriffen. Durch sie werden u. a. auch proaktiv Flächen für potenzielle GrolEansiedlungen beispielsweise aus dem Logistikbereich vorgehalten.

Mit der weitergehenden Sicherung von Gewerbeflächen auch für ballungsraumversorgende Logistiknutzungen könnte dieser Ansatz weitergeführt werden. Eine solche regionalplanerische Befassung mit der Thematik würde zweifelsohne einen intensiven Aushandlungsprozess mit den beteiligten Akteuren (Kommunen, IHKs etc.) sowohl bei der grundsätzlichen Ermittlung der Bedarfe für solche Flächen als auch für deren letztendliche Verortung in der Region erfordern. Es gilt dabei, dass die Logistikflächen zur Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft in den Kommunen gebraucht werden und das Ziel sollte sein, eine intelligente regionale Steuerung dieser Flächen durch eine Entlastung der Infrastruktur, weniger Verkehrsemissionen und ? auf abstrakterer Ebene ? durch das Einsparen von

Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Eine Sicherung von konkreten Flächen für die Logistikbranche kann innerhalb der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen umgesetzt werden. Die Studie liefert insofern wertvolle Hinweise für die nachgeordnete Planungs- und Genehmigungsverfahren. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit.

Hinsichtlich der angeregten Zielfestlegung für branchenspezifische Ansiedlungen wird der Anregung nicht gefolgt. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen. Aufgrund des auch in der Anregung aufgeführten Konkretisierungs- und Abwägungserfordernisses auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen hinsichtlich der Bereitstellung von Flächen für die logistischen Grundfunktionen Umschlag und Lagerei wird von einer regionalplanerische Zielfestlegung durch Einführung einer neuen Gebietskategorie innerhalb der GIB abgesehen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Im Hinblick auf die Anregungen zu Z.33 *Güterumschlagplätze für den kombinierten Güterverkehr Schiene-Straße sichern* gilt, dass das geplante Terminal in Stolberg planerisch als GIB gesichert ist (siehe Erläuterungen zu StnID 1002982). Der Anregung hinsichtlich eines GIBz wird insofern nicht entsprochen. Die angeregte Änderung entspricht im Übrigen nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.5 *Infrastruktur für den kombinierten Güterverkehr*). Zudem ist für die Umsetzung eines Terminals eine Zielfestlegung auf Ebene des Regionalplans nicht erforderlich.

Treibhausgasemissionen und Transportkosten der gesamten Region zu gutekommt.
Die Regionalplanungsbehörde als Akteurin, die über den bindenden Regionalplan als verfügt, aber gleichzeitig ? wie im ?Region Plus?-Prozess bewiesen ? auch Erfolg mit partizipativen regionalen Aushandlungsprozessen hat, könnte als Moderatorin und Vorantreiberin eines solchen Prozesses eine wichtige neue Rolle besetzen.

zu Z.33) ?Güterumschlagplätze für den kombinierten Güterverkehr Schiene-Straße sichern?

Im Rahmen der Güterverkehrsstudie wurde untersucht, welche Logistik- bzw. verkehrsintensiven Unternehmen, die grundsätzlich einen Teil ihres Warenverkehrs über kombinierten Verkehr (KV) abwickeln könnten, in adäquater Entfernung zu einem entsprechenden KV-Terminal liegen. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass das in Planung befindliche neue KV-Terminal beim Hbf Stolberg ein Defizit in der Städteregion Aachen beseitigt. Dieser Bezugsraum war bislang nicht adäquat an ein KV-Terminal angeschlossen. Das Terminal ist bereits in Bau, aber bislang nicht im Planentwurf mit einer entsprechenden Zweckbestimmung enthalten.

Weitere unterversorgte Bereiche für KV-Terminals finden sich im Bereich Mönchengladbach/Jüchen/Erkelenz, nördlich von Euskirchen sowie im Oberbergischen Kreis (vgl. Kapitel 5/S. 75 ff.Endbericht). Nach Berücksichtigung der infrastrukturellen Gegebenheiten sowie möglicher KV-Relationen wird insbesondere für den Bereich Mönchengladbach/Jüchen/Erkelenz ein Potenzial für ein neues KV-Terminal gesehen.

zu G.50) ?Integrierte Siedlungs- und Verkehrsplanung fördern?

Als Grundlage für eine bessere Integration von Siedlungs- und Verkehrsplanung auch im Bereich des Güterverkehrs, wurde im Rahmen der Güterverkehrsstudie ein System ?Zentraler Orte der Logistik? sowie ein, dieses verbindendes, hierarchisiertes Verkehrsnetz für den Güterverkehr erarbeitet (vgl. Kapitel 4/ S. 47 ff. Endbericht). Dieses könnte in der Regional- und Landesplanung in zukünftigen Planungsprozessen als Ergänzung zum bisherigen ? auf den Personenverkehr ausgerichteten ? System der zentralen Orte dienen.

Im Regionalplan Düsseldorf erfolgt die Sicherung eines Standorts für den kombinierten Güterverkehr im Bereich Jüchen.

Die Hinweise zu G.50 werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Darüberhinaus werden allgemeine Informationen und Erkenntnisse zur ?Güterverkehrsstudie für das Gebiet der Metropolregion Rheinland? gegeben.

1006604, Nahverkehr Rheinland GmbH

Inhalt

zu G.53) ?Neue Haltepunkte entlang bestehender Strecken einrichten?
?Der Haltepunkt **Pulheim-Gartenstadt** wird an die Kreuzung der Strecke Köln
?Grevenbroich mit der K 9 verschoben. Kurz vor Einleitung der Planung: Phase 1 wird
zum Jahresende 2022 begonnen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

Inhalt

? Die Verlegung des Haltepunktes **Jülich Forschungszentrum** fehlt: Es soll eine Stichstrecke von der Bahnstrecke Jülich ?Düren zum Forschungszentrum gebaut werden und dort am Endpunkt ein Bahnhof errichtet werden. Es gibt eine planerische Absicht bzgl. der Ruhrtalbahn Maßnahmen zu ergreifen, allerdings gibt es bisher keinen konkreten Planungsstand.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Im Kontext des betroffenen Planzeichens *Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Schienenwege (Bestand und Planung)* werden keine Haltepunkte festgelegt.

Zudem entspricht die angeregte Änderung nicht der Festlegungsmethodik des Regionalplans (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). In den zu Grunde gelegten Zielnetzen des Nahverkehrsplans des Nahverkehr Rheinland ist der angeregte Haltepunkt nicht enthalten. Auch liegt noch keine Planfeststellung für den Haltepunkt vor, so dass entsprechend der Plankonzeption keine Festlegung des Haltepunktes erfolgt. Dies steht einer weiteren Planung in nachgelagerten Verfahren nicht entgegen.

Inhalt

? Zwischen Düren und Langerwehe fehlen die beiden neuen Haltepunkte, die untersucht werden sollen: **Langerwehe-Schlich und Düren-Derichweiler**. Im Zuge des Baus eines dritten Gleises zwischen den Bahnhöfen Langerwehe und Düren sollen an diesem östlich von Langerwehe der Halt Langerwehe-Schlich und westlich von Düren der Halt Düren-Derichweiler neugebaut werden. Eine Machbarkeitsstudie seitens des NVR läuft aktuell.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

Inhalt

- Neuer Haltepunkt **Kerpen-Geilrath** fehlt. Er soll westlich des Bahnhofs Sindorf ungefähr an der Stelle, wo die B 477 die Bahnstrecke Köln-Aachen kreuzt, gebaut werden. Eine Machbarkeitsstudie ist für 2024 vorgesehen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

Inhalt

? Der Haltepunkt **Euskirchen West** an der Georgstraße in Euskirchen fehlt. Hier erfolgt eine Bestellung seitens des NVR bei DB Station und Service.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Für den Haltepunkt Euskirchen-West an der Georgstraße liegt lt. Stellungnahme des NVR eine Bestellung vor, so dass von einer mittelfristigen Inbetriebnahme ausgegangen werden kann. Die zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarte).

Inhalt

zu G.54) ?Festlegungen für Schienenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen?

? Die **S-Bahn Rheinisches Revier** fehlt im Planentwurf bislang. Der NVR schlägt vor, eine Linie Aachen Hbf ?Jülich ?Bedburg als ?Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung? einzufügen, da sich diese im Investitionsgesetz Kohleregion (InvKG) wiederfindet.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

Der Planentwurf berücksichtigt bereits die Maßnahme S-Bahn Rheinisches Revier und stellt sie im Abschnitt zwischen Jülich und Bedburg dar. Im Abschnitt Aachen Jülich wird auch eine Reaktivierung von bestehenden Streckenabschnitten zwischen Aachen Baesweiler, Puffendorf und Jülich geprüft, die gemäß der Plankonzeption ebenfalls festgelegt werden.

Es erfolgt eine angepasste Darstellung als gerade Linie. Erfolgt die Festlegung als gerade Linie, konnte im Regionalplan keine raumverträgliche Grobtrasse gefunden werden. Die gerade Linie markiert dann die Verbindung zwischen zwei Orten, für die eine raumverträgliche Trassierung noch zu suchen ist. Dabei soll das Gebot der flächensparenden Bündelung von Verkehrstrassen gemäß LEP NRW berücksichtigt werden.

Inhalt

zu G.56) ?Raum für Mobilstationen vorhalten?

? Es wird nur Bezug auf das NVR-Konzept genommen. Mittlerweile wurde dieses durch fast alle Kreise und kreisfreien Städte im Regierungsbezirk weiter konkretisiert.

? Die Karte mit den Mobilstationsstandorten ist nur schwer lesbar ?ggf. um Liste der abgebildeten Standorte ergänzen (ggf. als Anhang, da 455 Standorte).

? ?Ein regionsweites und vernetztes Angebot an Mobilstationen ist geeignet, den Zugang zum SPNV zu erleichtern und damit zur Stärkung des Gesamtsystems ÖPNV beizutragen." Die Funktion ?Zugang zum SPNV/ÖPNV? ist bei Mobilstationen zu kurz gegriffen. Vielmehr sollte dies insoweit erweitert werden, dass Mobilstationen unterschiedliche Mobilitätsangebote vernetzen und damit zur Stärkung des Umweltverbundes beitragen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Zu Aufzählungspunkt 1 und 2:

Die Erläuterungskarte I3 ? Mobilstationen stellt auf Basis des Verbandsweiten Konzepts für die Errichtung von Mobilstationen (Nahverkehr Rheinland 2018) die aus regionaler Sicht besonders geeigneten Standorte für die Errichtung von Mobilstationen dar. Während des laufenden Regionalplanaufstellungsverfahrens hat sich der Themenbereich Mobilstationen dynamisch entwickelt. Zahlreiche Kommunen und Kreise haben mittlerweile aufeinander abgestimmte, detaillierte Konzepte für Mobilstationen erarbeitet, die eine Vielzahl an neuen Standorten für Mobilstationen enthalten. Folglich ist die Darstellung der Erläuterungskarte I3 nicht mehr aktuell.

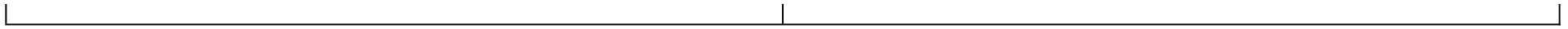
Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Eine lesbare Übernahme aller kommunalen Konzepte und Standorte in die Kartendarstellung kann nicht gewährleistet werden. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass aufgrund zahlreicher aktueller Planungen die Erläuterungskarte zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Plans erneut veraltet sein wird.

Die mit der Karte ursprünglich vorgesehene Anstoßwirkung ist überholt. Da der Grundsatz G.56 nicht zwingend einer Erläuterungskarte bedarf, wird die Erläuterungskarte I3 mit dem zweiten Planentwurf nicht weiter fortgeschrieben. Sie wird künftig entfallen.

Dies steht einer weiteren Konkretisierung von Mobilstationen im Rahmen der Fachplanung oder kommunalen Planung nicht entgegen.

Zu Aufzählungspunkt 3:

Die Begründung zur textlichen Festlegung G.56 *Raum für Mobilstationen vorhalten* wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).



Inhalt

5. Zur Umweltprüfung

zu Anhang I: ?Prüfbögen Infrastruktur ? HUR_SchieneO1 (Umfahrung Hürth-Fischerüch)?

In der Unterlage werden die Umweltauswirkungen der geplanten neuen Verbindung zwischen Eifeistrecke und Linker Rheinstrecke mit einer Umfahrung von Hürth-Fischenich untersucht. Dabei werden erhebliche Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter Mensch (Wohnen), Boden (schutzwürdige Böden), Klima/Luft (klimarelevante Böden), Landschaft (geschützte Landschaftsbestandteile) sowie Kultur- und sonstige Sachgüter (Kulturlandschaft) prognostiziert.

Insbesondere hinsichtlich des Schutzgutes Kultur- und sonstige Schutzgüter möchten der NVR, AVV und VRS betonen, dass der Neubau einer Umfahrung von Hürth-Fischenich den Kulturlandschaftsbereich Eifelbahn nicht gefährden, sondern nachhaltig sichern und noch zukunftsfähiger machen wird.

Aus Sicht des NVR, AVV, VRS muss der Eingriff in den Kulturlandschaftsbereich Eifelbahn in der Ortslage Fischenich nachrangig gegenüber den Vorteilen einer Verlegung der Strecke angesehen werden.

Ohne das Vorhaben wären insbesondere angesichts der absehbaren deutlichen Ausweitung des Verkehrsangebots durch die Einführung der S 15 sowie der Verstärkung des Verkehrs mit Regionalexpresslinien und des Güterverkehrs eine erhebliche Ausweitung der Schrankenschließzeiten im Bereich Fischenich zu erwarten, was erhebliche verkehrliche Auswirkungen und erhöhte lokale Emissionen erzeugen würde. Zudem können durch die Umfahrung durch einen besseren Lärmschutz positive Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch erreicht werden.

Im Rahmen des Gesamtprojektes ist als punktuelle Maßnahme zudem in Hürth-Kalscheuren als Maßnahme des Bundesverkehrswegeplans eine höhenfreie Verknüpfung der Eifelstrecke mit der linken Rheinstrecke in Planung. In Fischenich ist darüber hinaus eine Verknüpfung der zukünftig auf der Eifeistrecke verkehrenden S 15 mit der Stadtbahnlinie 18 geplant.

Zusammenfassend begrüßen der NVR, AVV und VRS die Darstellung der Umfahrung Hürth-Fischenich in den zeichnerischen Festlegungen und wenden sich gegen eine übermäßige Gewichtung der Auswirkungen des Vorhabens auf die Kulturlandschaftsbereiche Eifelbahn und Bahnstrecke Köln-Koblenz.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu Anhang I: ?Prüfbögen Infrastruktur ? HUR_SchieneO1 (Umfahrung Hürth-Fischenich)? gegeben darüberhinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

--	--

Inhalt

I. Allgemeines

Aus Sicht der WSV bestehen keine grundsätzlichen Einwände gegen die vorgesehenen Änderungen und Ergänzungen des Regionalplans, sofern der verkehrliche Widmungszweck der davon berührten Bundeswasserstraßen einschließlich deren Unterhaltung, wasserwirtschaftlichem Ausbau und des Betriebes der bundeseigenen Anlagen gemäß den gesetzlichen Vorgaben weiterhin gewährleistet bleibt.

Die Belange der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) sind durch die Neuaufstellung des Regionalplans in Bezug auf die Bundeswasserstraße Rhein betroffen. Der Rhein ist nach § 1 Abs. 1 Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) Binnenwasserstraßen des Bundes, die dem Verkehr mit Güter- und Fahrgastschiffen oder der Sport- und Freizeitschifffahrt mit Wasserfahrzeugen dient, und steht gemäß Art. 87 Abs. 1 S. 1 i. V. m. Art. 89 GG im Eigentum und in der Verwaltungszuständigkeit der WSV.

Die Unterhaltung der Bundeswasserstraßen ist dem Bund als Hoheitsaufgabe übertragen worden (§ 7 Abs. 1 WaStrG), ebenso deren Aus- und Neubau (§ 12 Abs. 1 WaStrG). Die Widmung der Bundeswasserstraße als Verkehrsweg bestimmt ihren wegrechtlichen Status auf Dauer und bewirkt eine Zweckerhaltung, die nur im Wege der Bestandsänderung nach § 2 WaStrG beseitigt werden kann. Eine Überplanung der dem allgemeinen Verkehr gewidmeten Bundeswasserstraßen einschließlich ihres Zubehörs ist grundsätzlich unzulässig, wenn dadurch die Wahrung der hoheitlichen Aufgaben der WSV beeinträchtigt wird. Zum Zubehör der Bundeswasserstraßen (vgl. § 1 Abs. 6 WaStrG) zählen z.B. die bundeseigenen Schifffahrtsanlagen, wie insbesondere Schleusen und Wehre, aber auch z.B. die der Unterhaltung dienenden bundeseigenen Ufergrundstücke (hier auch z.B. die Betriebswege), Bauhöfe und Werkstätten.

Zudem ist auch nach § 4 Nr. 4 Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) bei Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auf Flächen, die ausschließlich oder überwiegend Zwecken der See- oder Binnenschifffahrt dienen, die bestimmungsgemäße Nutzung zu gewährleisten.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zu den hoheitlichen Aufgaben und Zuständigkeiten der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) in Bezug zur im Regionalplan festgelegten Bundeswasserstraße gegeben. Die Zuständigkeiten des WSV und der verkehrliche Widmungszweck der Bundeswasserstraße bleiben von der Planung unberührt. Die textlichen und zeichnerischen Festlegungen verfolgen das Ziel, sicherzustellen, dass die Belange der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung in nachfolgenden Plan- und Genehmigungsverfahren entsprechend den gesetzlichen Vorgaben beachtet bzw. berücksichtigt werden.

Mit dem 09.06.2021 ist das ?Gesetz über den wasserwirtschaftlichen Ausbau an Bundeswasserstraßen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele der Wasserrahmenrichtlinie? in Kraft getreten, welches im Schwerpunkt die Übertragung der hoheitlichen Zuständigkeit für Teile des wasserwirtschaftlichen Ausbaus an Binnenwasserstraßen des Bundes von den Ländern auf die WSV, soweit dieser Ausbau zur Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) erforderlich ist, beinhaltet.

Die Gesetzesänderung bezieht sich auf die Binnenwasserstraßen des Bundes aller Art. Die Zuständigkeit für die Bewirtschaftungsplanung nach WRRL sowie für Maßnahmen, die überwiegend zum Zwecke des Hochwasserschutzes oder der Verbesserung der chemischen oder physikalischen Qualität des Wassers durchgeführt werden, verbleibt bei den Bundesländern.

Maßnahmen, die zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nach Maßgabe der §§ 27 bis 31 WHG erforderlich sind und mit einer wesentlichen Umgestaltung einer Binnenwasserstraße des Bundes oder ihrer Ufer im Sinne des § 67 Abs. 2 Satz 1 und 2 WHG verbunden sind, sind mit Inkrafttreten des Gesetzes unter den Voraussetzungen des § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 WaStrG eine Hoheitsaufgabe der WSV. Zu den Maßnahmen nach § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 WaStrG gehören auch solche Maßnahmen, bei denen Gewässerteile nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 WaStrG entstehen, die einen räumlichen Zusammenhang mit der Binnenwasserstraße aufweisen, auch wenn sie sich vor der Ausbaumaßnahme außerhalb des Ufers der Binnenwasserstraße befanden (§ 12 Abs. 2 Satz 2 WaStrG). Die Zuständigkeit für die Planung, Genehmigung und Umsetzung dieser Maßnahmen liegt daher bei der WSV.

1006633, Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Rhein	
<p>Inhalt</p> <p>II. Kapitel 2.2 Erhaltene Kulturlandschaftsentwicklung (zu G.6; Anhang B: Text ab S. 71 und K. 1)</p> <p>Als industriekulturelles Erbe werden unter der Nummer 342 der Niehler Hafen sowie unter Nr. 353 die Häfen Deutz und Mülheim aufgeführt.</p> <p>Sollten Unterhaltungsmaßnahmen an diesen Häfen seitens der WSV geplant werden, sind die Belange des Denkmalschutzes im Rahmen der Abwägung gemäß § 7 Abs. 4 WaStrG zu berücksichtigen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.</p>

1006634, Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Rhein	
<p>Inhalt</p> <p>III. Kapitel 4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur (Z. 19; Karte A-F5)</p> <p>Aus dem Anhang A3 ? F5 ist ersichtlich, dass entlang des Rheins Bereiche für den Schutz der Natur ausgewiesen sind. Neben den ausgewiesenen FFH- und Vogelschutzgebieten sind im Biotopverbundsystem LANUV auch Gebiete mit herausragender oder besonderer Bedeutung entlang der Wasserstraße Rhein gekennzeichnet.</p> <p>Raumordnerisch werden diese Gebiete als Vorranggebiete für den Schutz der Natur ausgewiesen, mit der Folge, dass eine Inanspruchnahme der Bereiche zum Schutz der Natur nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist (vgl. S. 100 der Textlichen Festlegungen). Da die Wasserstraße Rhein als verkehrliches Vorranggebiet ausgewiesen ist, ist bei Zielkonflikten eine Abwägungsentscheidung erforderlich (s. u. Z.31).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Bereich des im Regionalplan als Oberflächengewässer / Wasserstraße festgelegten Raums wurde auf die Festlegung von BSN verzichtet. Dies mit Ausnahme des Bereichs der Siegmündung. Hier wurden der Bereich einer die die Belange der Wasserstraße berücksichtigenden Naturschutzgebietsfestlegung einbezogen. Der Regionalplan-Entwurf weist insofern keinen Zielkonflikt auf, der einer Abwägungsentscheidung bedarf.</p>

1006635, Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Rhein	
<p>Inhalt</p> <p>IV. Kapitel 4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren (Z.24 und G.45)</p> <p>In Bezug auf das Ziel Z.24 und insbesondere den Grundsatz G.45, wonach Oberflächengewässer und Entwicklungskorridore naturnah und ökologisch wertvoll zu entwickeln sind, verweise ich auf die obigen Ausführungen zum ?Gesetz über den wasserwirtschaftlichen Ausbau an Bundeswasserstraßen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele der Wasserrahmenrichtlinie? (s. unter I.).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird auf die Erläuterung zur Teilstellungnahme ID 1006632 verwiesen:</p> <p>Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zu den hoheitlichen Aufgaben und Zuständigkeiten der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) in Bezug zur im Regionalplan festgelegten Bundeswasserstraße gegeben. Die Zuständigkeiten des WSV und der verkehrliche Widmungszweck der Bundeswasserstraße bleiben von der Planung unberührt. Die textlichen und zeichnerischen Festlegungen verfolgen das Ziel, sicherzustellen, dass die Belange der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung in nachfolgenden Plan- und Genehmigungsverfahren entsprechend den gesetzlichen Vorgaben beachtet bzw. berücksichtigt werden.</p>

Inhalt

V. Kapitel 5.1.5 Infrastruktur für den kombinierten Verkehr (Z. 31 und Z.32)

Zu Z.31 Wasserstraße sichern:

In Z.31 ist die Wasserstraße Rhein mit den in funktionalem Zusammenhang stehenden Flächen als Vorranggebiete festgelegt.

- Ausweisung der Häfen (Z.31):

Der Schutzhafen Köln-Deutz und der Liege- und Schutzhafen Köln-Mülheim werden in den zeichnerischen und textlichen Festlegungen nicht gesondert aufgeführt, sondern gehen im allgemeinen Planzeichen für Wasserstraßen (Planzeichen 3ca. der Anlage 3 LPIG DVO) auf.

Lediglich in der Begründung zur Neuauflistung des Regionalplans zu Z.31 werden die beiden Häfen in Tabelle 23 genannt; da die Begründung jedoch keine rechtliche Bindungswirkung entfaltet, sondern nur eine Erläuterung enthält, fehlt es an einer rechtlich bindenden Ausweisung der beiden Häfen.

Die Häfen Köln-Niehl I, Köln-Niehl II und Köln Godorf sind ebenfalls Schutzhäfen. Dies sollte in Tabelle 23 ergänzt werden.

Aus Sicht der WSV ist für die genannten Kölner Häfen in den zeichnerischen und textlichen Festlegungen eine gesonderte Ausweisung auch durch ein eigenes Planzeichen "Schutzhafen" bzw. z.B. das Planzeichen 3cc "Weitere in den Regionalplänen gesicherte Häfen" (öffentliche Häfen, Industriehäfen; Ruhezäfen)?, welches der besonderen Bedeutung der Häfen und deren Auswirkungen auf die angrenzenden Bereiche gerecht wird, zu ergänzen.

Dies gilt insbesondere auch für den bundeseigenen Hafen in Mülheim, da dieser nicht nur Schutzhafen, sondern auch ein ganzjährig genutzter Liegehafen (u.a. für Gefahrgutschiffe) ist und daher eine landesweite Bedeutung innehat. Hier ist die Ausweisung "Liege- und Schutzhafen" bzw. "Weiterer Hafen" sinnvoll. Sofern nicht entsprechend meinen Anmerkungen unter III. die Ausweisung als landesbedeutsamer

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Textliche Festlegung *Z.31 Wasserstraßen sichern* und deren Erläuterung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Die Zeichnerische Festlegung wird ebenfalls geändert (s. Änderungskarten). Es wird ein neues Plansymbol eingeführt, welches gemäß § 35 Absatz 4 LPLG DVO vom 8. Juni 2010 das Planzeichen 3c der Anlage 3 weiterentwickelt, um alle regionalbedeutsamen Häfen entlang der Binnenwasserstraße zu sichern. Das weiterentwickelte Planzeichen umfasst neben der am Rhein gelegenen Güterumschlagshäfen auch die Liege- und Schutzhäfen. Die jeweilige Funktion ist den textlichen Festlegungen zu *Z.31 Wasserstraße sichern* zu entnehmen.

Hafen erfolgt, weise ich auch hier darauf hin, dass der Mülheimer Hafen auch Standort eines Außenbezirks des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamts (WSA) Rhein ist (wasserseitig Liegestellen für verwaltungseigenen Schiffe und landseitig Werkstätten und Arbeitsschiffe). Daneben ist am Hafenbecken hafenaffines Gewerbe angesiedelt, welches infrastrukturell von Bedeutung ist.

In diesem Sinne sollten dann die Erläuterung 1 zu Z.31 dahingehend angepasst werden, dass auch bei den entsprechend ausgewiesenen Häfen (?Liege- und Schutzhafen? bzw. ?Weitere Häfen?) ausgewiesenen Häfen die Sicherung der hafenorientierten Wirtschaftsbetriebe erfolgen kann.

Daneben verweise ich darauf, dass bei Festlegung von Wohnbereichen in Hafenumgebung die Regelungen von Mindest- und Sicherheitsabständen des ADN (analog) zu beachten sind. Ebenso ist die notwendige Duldung des von der Schifffahrt ausgehenden Schallemissionen zu berücksichtigen.

Festsetzungen des Regionalplans dürfen nur in dem Umfang erfolgen, als dass die bereits bestehenden Nutzungen weiterhin uneingeschränkt möglich bleiben.

Die Liegefunktion des Mülheimer Hafens ist in der Begründung zu Z.31, Tabelle 23, zu ergänzen durch das Wort "Liegehafen".

- Vorrangige Funktion Wasserstraße (Z.31):

In Ziffer 3 der Erläuterung, zweiter Absatz, wird festgestellt, dass wesentliche Änderungen der Wasserstraße und der mit ihr in funktionalem Zusammenhang stehenden Flächen ein Planerfordernis auf Ebene des Regionalplans auslösen und sich nach den Vorgaben des LEP NRW richten. Unter Ziffer 4 der Erläuterung wird festgelegt, dass die Wasserstraße Rhein in ihrer Leistungsfähigkeit zu steigern ist, ohne dabei die ökologische Funktion des Rheins zu gefährden. Ebenso wird festgestellt, dass sich der Ausbaubedarf der Wasserstraße durch die Bundesverkehrswegeplanung bestimmt. S. auch hierzu Ausführungen unter III. und I.

1006637, Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Rhein

Inhalt

Zu Z.32 Landesbedeutsame Häfen sichern:

- Liege- und Schutzhafen Köln-Mülheim (Z.32)

Aus Sicht der WSV ist der Köln-Mülheimer Hafen ebenfalls in der Liste der landesbedeutenden Häfen aufzuführen und als solcher nach Nr. 3cb LPIG DVO Anlage 3 zu kennzeichnen. Sofern dies begründet nicht erfolgt, ist der Köln-Mülheimer Hafen mindestens durch das Planzeichen der Nr. 3 cc LPIG DVO als ?Weiterer Hafen? zu sichern (s. zu Z.31.).

Zur Begründung: Das WSA Rhein hält im nordwestlichen Teil des Hafens öffentliche Liegestellen mit Landgangmöglichkeiten unter anderem auch für gefahrgutbefördernde Schiffe (?Kegelschiffe?) vor, die es der Schifffahrt u. a. ermöglichen, ihre gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten einzuhalten und Besatzungswechsel vorzunehmen. Aktuell verfügt der Hafen über sechs Liegeplätze für 1-Kegel-Schiffe und einen Liegeplatz für ein 2-Kegel-Schiff. Diese Liegestellen sind wegen ihrer Nähe zur (petro-)chemischen Industrie im Süden Kölns und ihrer zentralen Lage zwischen den ARA-Häfen und den südwestdeutschen Industriestandorten für die Gefahrgutschifffahrt von essentiell wichtiger Bedeutung.

Im Hafen Köln-Mülheim befindet sich der Außenbezirk des WSA Rhein, dessen Aufgaben unter anderem sowohl die Unterhaltung der Bundeswasserstraße Rhein als auch Aufrechterhaltung der Leichtigkeit und Sicherheit des Schiffverkehrs sind.

Ebenfalls ist neben weiteren schiffsaffinen Betrieben im Hafen Mülheim eine Schiffswerft ansässig, die notwendige Reparaturen bei z.B. havarierten und / oder fahrunfähigen Schiffen durchführt. Die nächste Möglichkeit der Ausführung ähnlicher Arbeiten besteht flussabwärts in Duisburg und flussaufwärts in Speyer.

Ohne die aufgeführten Einrichtungen und Anlagen des Hafens würde sich ein Umschlag von Waren, Produkten und Ausgangsstoffen an den landesbedeutenden Häfen häufig verzögern und Liefer- und Produktionsketten würden unterbrochen werden.

Diese Einschätzung des WSA Rhein wird durch die Grundsätze und Ziele des

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Festlegung und die textliche Festlegung *Z.31 Wasserstraßen sichern* und deren Erläuterung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarte und Änderungssynopse) (vgl. Erläuterung zu ID 1006636).

Eine Festlegung als landesbedeutsamer Hafen entspricht nicht der Plankonzeption. Im Regionalplan werden nur solche Häfen als landesbedeutsame Häfen festgelegt, die im Ziel 8.1-9 LEP NRW in Verbindung mit dem Wasserstraßen-, Hafen und Logistikkonzept des Landes Nordrhein-Westfalen als landesbedeutsam eingestuft worden sind.

Landesentwicklungsplans NRW aus dem Jahr 2020 gestärkt:

1. LEP-Grundsatz 8.1-10 ?Güterverkehr auf Schiene und Wasser?: ?Zur Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs soll vorrangig die Infrastruktur des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt entwickelt werden. Die Entwicklung des Wasserstraßennetzes soll bedarfsgerecht auf die wirtschaftlichen Erfordernisse des Gütertransports mit dem Großmotorgüterschiff ausgerichtet werden.?
2. Nach dem Ziel 8.1.-9 des LEP NRW sind die Wasserstraßen und mit ihnen in funktionalem Zusammenhang stehende Flächen so zu entwickeln, dass sie die ihnen zugeordneten Funktionen im multimodalen Güterverkehr angemessen erfüllen können.

Die genannten Ausführungen belegen die hohe Bedeutung des Liege - und Schutzhafens Köln-Mülheim und die Wichtigkeit für den Verkehrsträger Schifffahrt und daraus resultierend für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, weswegen dieser in der Neuaufstellung des Regionalplanes als landesbedeutend gesichert werden sollte

1006638, Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Rhein

Inhalt

VI. Radverkehr (G. 52)

Sofern Abschnitte z.B. von Betriebswegen an Bundeswasserstraßen als Trassen für den überörtlichen Radverkehr gesichert werden sollten (s. z.B. auf Höhe des Deutzer Hafens), weise ich auf den bereits genannten Grundsatz hin, dass Bundeswasserstraßen, zu denen z.B. auch die Betriebswege gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 2 WaStrG gehören, nicht zu überplanen sind, wenn dadurch die Wahrung der hoheitlichen Aufgabenerledigung der WSV beeinträchtigt wird.

Zur Erläuterung: Die bundeseigenen Betriebs- (und Unterhaltungs-)wege sind Zubehör der Bundeswasserstraßen und dienen der Zugänglichkeit der Uferbereiche für die Zwecke der Unterhaltung der Bundeswasserstraßen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise gegeben zur Berücksichtigung verkehrlicher Belange und darüber hinaus keine Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_445000

Flughafen Köln/Bonn GmbH

1002445_001, Flughafen Köln/Bonn GmbH

Inhalt

2. Übergeordnete Betrachtung

2.1 Im Allgemeinen begrüßt die Flughafen Köln/Bonn GmbH (FKB) die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln. Hierbei ist insbesondere der Verzicht auf die bisher übliche Teilung in Teilpläne positiv hervorzuheben. Der Flughafen lag entlang einer solchen Teilplangrenze. Daher ist die Verbindung der Teilpläne zu einem Gesamtplan aus unserer Sicht eine erhebliche Verbesserung. Inhaltliche Anmerkungen haben wir zu den Festlegungen hinsichtlich der Flughafenflächen, dem Schutz vor dem Heranrücken immisionssensibler Nutzungen an den Flughafen und der Einbeziehung des Flughafens in naturschutzfachliche Festlegungen. Alle diese Festlegungen tragen der besonderen infrastrukturellen Bedeutung des Flughafens nicht ausreichend Rechnung. Im günstigsten Fall erschweren sie die Wahrnehmung des öffentlichen Infrastrukturauftrags. Im ungünstigsten Fall machen sie eine bedarfsgerechte Entwicklung unmöglich.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird eine generelle Bewertung der Neuaufstellung abgegeben. Dabei werden sowohl positive als auch kritische Hinweise vorgebracht. Die Auseinandersetzung mit den einzelnen Anregungen erfolgt in weiteren Teilstellungnahmen (vgl. Stn IDs 1006702, 1006704, 1006705, 1006707, 1006708, 1006709, 1006712, 1006713, 1006715, 1006716, 1006718, 1006719).

Inhalt

Bereits mit Schreiben vom 29.05.2019 sowie mit Schreiben vom 28.06.2021 haben wir auf Ihren Wunsch hin zu den zu dieser Zeit vorliegenden Entwürfen des Regionalplans Köln Stellung genommen.

Diese Stellungnahmen an die Bezirksregierung halten wir weiterhin vollumfänglich aufrecht; sie werden auf Basis des aktuell vorliegenden Entwurfs nachfolgend ergänzt:

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf frühere Stellungnahmen im Rahmen der Frühzeitigen Unterrichtung verwiesen. Die darin geäußerten Bedenken und Anregungen werden aufrechterhalten.

Der Planentwurf ist das Ergebnis eines umfangreichen Planungsprozesses. Darin wurden vorliegende Fachplanungen und die kommunale Planungsebene im Sinne des Gegenstromprinzips (vgl. 1 Absatz 3 ROG) frühzeitig mit eingebunden.

Mit dem einstimmigen Beschluss des Regionalrates am 13.03.2020 wurde als erstes Zwischenergebnis dieses umfangreichen informellen Prozesses ein Plankonzept beschlossen, dass den Rahmen für die zukünftige räumliche Entwicklung des Regierungsbezirkes in den wesentlichen Grundzügen setzt.

Auf Grundlage dieses Plankonzepts hat der Regionalrat die Regionalplanungsbehörde beauftragt, die gem. § 8 ROG erforderliche Umweltprüfung durchzuführen. Zusammen mit den Ergebnissen der Umweltprüfung sind die Leitlinien aus dem Plankonzept anschließend in den Planentwurf eingeflossen und liegen den konkreten zeichnerischen und textlichen Festlegungen zugrunde.

Als vorlaufende formelle Schritte wurden die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen gemäß § 9 Absatz 1 ROG mit Datum vom 29.04.2019 über die beabsichtigte Neuaufstellung des Regionalplans Köln unterrichtet.

Rückmeldungen und Hinweise im Rahmen dieser Unterrichtung sind ebenfalls in die Erarbeitung des Planentwurfes und der Umweltprüfung eingeflossen.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2021 den Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans zur Anhörung und öffentlichen Auslegung beschlossen (Aufstellungsbeschluss). Die bis dahin vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise sind im Planentwurf wie oben beschrieben berücksichtigt worden. Eine erneute Befassung des Regionalrats ist nur erforderlich, soweit neue Erkenntnisse vorliegen. Dies ist hier erkennbar nicht der Fall.

[Die genannten Stellungnahmen wurden der Stellungnahme als Anlage beigelegt].

Inhalt

1. Bedeutung des Flughafens im Regierungsbezirk Köln

1.1 Als einziger landesbedeutsamer Flughafen der Region ist der Flughafen Köln/Bonn ein Aushängeschild für Köln, Bonn und die Region und das Tor zur Welt vor der Haustüre.

1.2 Der Flughafen Köln/Bonn ist aufgrund seines umfassenden Netzes an Fracht- und Passagierverbindungen ein für die Region nicht zu ersetzender multimodaler Verkehrsknotenpunkt und als kritische Infrastruktur ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge. Der Flughafen Köln/Bonn ist Arbeitsplatz für rund 15.000 Beschäftigte in ca. 130 Betrieben. Viele Unternehmen in der Region Köln sind auf die Nähe zum Flughafen Köln/Bonn auf die eine oder andere Weise angewiesen.

1.3 Für den Flughafen Köln/Bonn wird für die erste Hälfte der 2030er Jahre ein Anstieg des Verkehrsaufkommens auf rund 15 Millionen Fluggäste und rund 1,5 Millionen Tonnen Fracht prognostiziert. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist nicht zu erwarten, dass die momentanen Krisen (Pandemie, Ukrainekrieg) strukturelle Auswirkungen auf die Luftverkehrsnachfrage haben werden. Die verfügbaren Prognosen zeigen, dass sich der Luftverkehr nach Wegfall der Restriktionen sehr schnell erholen wird. Die Bedeutung des Flughafens Köln/Bonn als Logistik-Drehscheibe, insbesondere für eilige Güter, hat sich in der Pandemie noch erhöht. Der Flughafen Köln/Bonn gehört zu den wenigen Flughäfen in Deutschland, an denen noch nachfragegerecht insbesondere nächtlicher Frachtflugverkehr abgewickelt werden kann. Neben Leipzig/Halle ist er derzeit bundesweit der einzige Flughafen, an dem aufgrund des zugelassenen Flugbetriebs noch die für die Wirtschaft, aber auch für die Versorgung der Bevölkerung ein mit eiligen Gütern, unverzichtbares Expressluftfrachtdrehkreuz betrieben werden kann. Dies verdeutlicht die überragende Bedeutung des Flughafens weit über die Region hinaus als intermodaler Knotenpunkt des kombinierten Verkehrs Luft-Straße für Passagiere wie auch Güter und als direkter Zugang zur landesbedeutsamen Transitachse entlang des Rheins.

1.4 Die wirtschaftliche Existenz des Flughafens beruht auf 3 Säulen: dem Frachtverkehr, dem Passagierverkehr sowie dem sogenannten Non-Aviation-Geschäft, also den Erlösen aus der Vermietung und Verpachtung der Terminal- und Parkflächen. Die Entwicklung des Flughafengeländes mit einer Airport City mit flughafenaffinem Gewerbe und Dienstleistungen wird künftig die vierte tragende Säule. Eine langfristig bedarfsgerechte und damit den Vorgaben des LEP NRW entsprechende Entwicklung des Flughafens erfordert die Bereitstellung und Nutzung von Entwicklungsmöglichkeiten in allen Segmenten. Auch der Erhalt und die

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen zur Bedeutung des Flughafens vorgebracht.

Modernisierung der baulichen Bestandsinfrastruktur sowie die Sicherung des bestehenden Betriebskonzeptes und hiermit insbesondere der Betriebszeiten sind Grundlage für eine solche bedarfsgerechte Entwicklung.	
--	--

1006700, Flughafen Köln/Bonn GmbH

Inhalt

3. Widerspruch zu den Zielen des Landesentwicklungsplanes NRW [s. Anhang Abb. StnID_1006700]

3.1 Der Landesentwicklungsplan NRW enthält Festlegungen und Ziele für die Flughäfen im Land. An diese Ziele sind die Träger der Regionalplanung gebunden. Sie sind zwingend in den Regionalplänen umzusetzen. Konkret wird die dezentrale Struktur der Flughäfen in NRW als landesbedeutsam eingestuft. Die Verkehrssysteme und der Luftverkehr im Besonderen sind die notwendige Grundlage für die Funktionsfähigkeit einer modernen Gesellschaft und Wirtschaft in Zeiten wachsender Globalisierung und den Bedarf an schnellstmöglichem Transport von Menschen und Gütern über weite Entfernungen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die zielförmige Vorgabe, dass die Flughäfen ? auch der Flughafen Köln/Bonn ? einschließlich der Flächen für die Flughafeninfrastruktur und der Flächen für flughafenaffines Gewerbe bedarfsgerecht zu entwickeln sind.

3.2 In der Regionalplanung ist daher sicherzustellen, dass der vorhandene Bestand durch Festlegungen nicht so beschränkt wird, dass die Bedarfsbefriedigung eingeschränkt wird. Darüber hinaus muss die Regionalplanung die Flächenfestlegungen treffen, die eine bedarfsgerechte Erweiterung der Flugbetriebsflächen und der Entwicklung des flughafenaffinen Gewerbes absichert. Schließlich müssen die Festlegungen sicherstellen, dass die verkehrlichen Funktionen des Flughafens nicht wegen immissionskonflikten beschränkt oder sogar eingeschränkt werden.

3.3 Die Umsetzung der Vorgaben der Landesplanung in Bezug auf die Flughafeninfrastruktur ist nur unzureichend erfolgt. Ein Widerspruch zu den Zielen der Landesplanung besteht.

3.4 Durch die erfolgten Festlegungen, sowohl zeichnerisch als auch textlich, werden die Entwicklungsmöglichkeiten des Flughafens beschränkt.

?? Bisherige Erweiterungsflächen außerhalb des Flughafengrundstückes im Norden werden als Bereiche für den Schutz der Natur dargestellt

?? die landesplanerischen Verstärkungen des gesetzlichen Naturschutzes können zu erheblichen Restriktionen bei Betrieb und bedarfsgerechter Entwicklung führen

?? kein wirksamer Schutz des Flughafenbetriebs vor Beeinträchtigungen

?? kein wirksamer Schutz vor dem Heranrücken von immissionsempfindlichen Nutzungen an den Flughafen.

Auf die einzelnen Themengebiete gehen wir im Folgenden im Detail ein.

Anhänge

[Abb_ID1006700.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die textlichen und zeichnerischen Festlegungen sind sachgerecht, um die Vorgaben des Landesentwicklungsplans zu konkretisieren (vgl. Begründung Kapitel 5.1.6).

Eine detailliert Auseinandersetzung mit den einzelnen Anregungen erfolgt in weiteren Teilstellungnahmen (vgl. Stn IDs 1006702, 1006704, 1006705, 1006707, 1006708, 1006709, 1006712, 1006713, 1006715, 1006716, 1006718, 1006719).



Inhalt

4. Darstellungen in den zeichnerischen Festlegungen

4.1 Der Flughafen wird in den zeichnerischen Festlegungen als Verkehrsfläche mit der Zweckbindung Flugplatz ? Flughäfen/-plätze für den zivilen Luftverkehr festgelegt. Diese Festlegung ist aus Sicht der Flughafen Köln/Bonn GmbH zu begrüßen. Auch ist zu begrüßen, dass die Flugbetriebsflächen der Bundeswehr dem Flughafen zugeordnet wurden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

4.2 Mit Schreiben vom 28.06.2021 hat die Flughafen Köln/Bonn GmbH der Bezirksregierung Köln eine Plandarstellung des Flughafengrundstückes und damit der (fiktiv) planfestgestellten Flughafenfläche zur Verfügung gestellt. Hierauf basierend wurden Fehldarstellungen des letzten Entwurfsstandes korrigiert. Die Abgrenzung des flughafeneigenen Grundstückes weist jedoch im nördlichen Bereich einen neuen Fehler auf, der nicht auf den Maßstab der Kartendarstellung zurückzuführen ist.

4.3 Im Nordwesten des Flughafengeländes wurde das Flughafengrundstück in dem vorliegenden Entwurf an der Gebäudekante von Parkhaus 3 abgegrenzt und die dahinterliegende Fläche zwischen Parkhaus und dem Zubringer zum Grengeler Mauspfad als Bereich für den Schutz der Natur und Regionaler Grünzug dargestellt. Diese Fläche wird aber mittelfristig für Hochbauten benötigt werden. Sie ist eine der wenigen dafür noch vorhandenen Reserveflächen im Norden/Nordwesten des Flughafens.

4.4 Sie liegt zudem innerhalb des fiktiv planfestgestellten Flughafengeländes. Diese Planfeststellung steht der Entwicklung einer Fläche für den Schutz der Natur und eines Regionalen Grünzugs entgegen. Beiden Festlegungen fehlt daher die raumordnerische Planrechtfertigung. Ihre Festlegung im Regionalplanung wäre rechtswidrig. Wir regen an, die fragliche Fläche aus diesen Festlegungen herauszunehmen und statt dessen mit den Planzeichen ?Flugplatz? sowie ?Flughäfen/-plätze für den zivilen Luftverkehr? in den Regionalplan aufzunehmen.

[s. Anhang Abb. StnID_1006702]

Anhänge

[Abb_ID1006702.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Flugplätzen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Die Fläche ist im Regionalplan auf der Basis der fachplanerischen Schutzgebietsausweisungen, NSG sowie europäischen Natura 2000-Gebiete (FHH- und Vogelschutzgebiete) und der Festlegung als GSN im LEP NRW, als Waldbereich mit der Freiraumfunktion BSN und RG festgelegt. Einer Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Flugplatz stehen raumordnerische sowie fachrechtliche Rechtshindernisse entgegen. Aktuell liegt kein luftverkehrlicher Bedarfsnachweis durch die Fachplanung vor. Auch fehlt ein Nachweis, dass die besonderen Ausnahmetatbestände gemäß § 34 BNatSchG vorliegen. Eine Inanspruchnahme der Fläche für Flughafenzwecke wäre nur dann zulässig, wenn nachgewiesen werden kann:

- dass die Planung aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art, notwendig ist
- dass zumutbare Alternativen, den mit dem Projekt verfolgten Zweck an anderer Stelle ohne oder mit geringeren Beeinträchtigungen zu erreichen, nicht gegeben sind und
- dass Maßnahmen zur Sicherung des Zusammenhangs des Europäischen ökologischen Netzes ?Natura 2000? vorgesehen werden (vgl. §34 BNatSchG).

Dieser Nachweis ist aktuell nicht erbracht. Daher wurde bereits im Planentwurf die im derzeit noch gültigen Regionalplan festgelegte Erweiterungsfläche zurückgenommen und erneut dem Freiraum zugeordnet. Die Beteiligung hat zu keinen neuen Erkenntnissen geführt. Ein luftverkehrlicher Bedarfsnachweis durch die Fachplanung liegt nach wie vor nicht vor.

Vor diesem Hintergrund ist die Sicherung der Fläche als Flugplatz bis auf weiteres planungsrechtlich nicht möglich.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1006704, Flughafen Köln/Bonn GmbH

Inhalt

4.6. Wir wenden uns ferner gegen die Festlegung der Flächen des Forschungszentrums der DLR südlich des Flughafens sowie der ehemaligen Kasernenflächen südwestlich des Flughafengeländes (in der Abbildung in blau umrahmt) als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) ohne Zweckbindung. Eine solche Flächenfestlegung würde eine Nutzung der Fläche zur Errichtung von Wohnbebauung und schutzbedürftigen, immissionsempfindlichen Nutzungen ermöglichen. Die Fläche liegt zudem fast vor dem Kopf der sogenannten Querwindbahn. Sie wurde in der Vergangenheit militärisch genutzt. Immissionskonflikte waren daher nicht gegeben. Die Festlegung als ASB ohne nähere Zweckbestimmung würde solche Konflikte künftig ermöglichen.

Auch wenn auf den Flächen mit hoher Wahrscheinlichkeit die Werte des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm (FluLärmG) noch nicht überschritten werden, kommt es dort zu erheblichen Lärmbelastungen. Es wäre mit dem Grundsatz der raumordnerischen Vorsorge unvereinbar und abwägungsfehlerhaft, wenn durch eine solche Festlegung erstmals eine entsprechende Konfliktlage entstünde. Eine solche Festlegung geriete auch mit dem Ziel der Raumordnung in Konflikt, den Flughafen Köln/Bonn bedarfsgerecht zu entwickeln. Die Schaffung neuer Konfliktpunkte in der unmittelbaren Nachbarschaft des Flughafens ist mit dieser Zielfestlegung nicht zu vereinbaren. Wir regen hier an, die Flächen der DLR als ASB mit Zweckbindung Forschung/DLR festzusetzen. Für die restlichen Flächen regen wir eine Festlegung als Gewerbegebiet an.

[s. Anhang Abb. StnID_1006704]

Anhänge

[Abb_ID1006704.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Einrichtungen für Bildung, Forschung und Wissenschaft, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen. Dies dient unter anderem der flexiblen Nutzung des Siedlungsraums. Vorhandene, isoliert im Freiraum liegende Standorte, die die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten (ab einer Größenordnung von 10 ha), sind aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) festgelegt. Auf diese Weise wird eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke vermieden.

Auch liegt keine Anregung der Belegenheitskommune vor den Bereich mit einer Zweckbindung regionalplanerisch zu sichern.

Es gibt keine Abweichung zum bestehenden Regionalplan, da die Flächen auch bisher schon als ASB ohne Zweckbindung festgelegt wurden. Die Flächen liegen (nur) randlich innerhalb der erweiterten Lärmschutzzone. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW (Grundsatz 8.1-8 Schutz vor Fluglärm und Siedlungsentwicklung) soll hier der Belang des Schutzes der Bevölkerung vor Fluglärm frühzeitig bei Siedlungsentwicklung zu berücksichtigen werden. Eine Planung von schutzbedürftigen, immissionsempfindlichen Nutzungen würde diesen Grundsatz entgegenstehen. Vor diesem Hintergrund können potentielle Konflikte in sachgerechter Weise auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen unter Beachtung der fachrechtlichen Vorschriften (FlugLärmG etc.) erfolgen. Ein darüber hinausgehender regionalplanerischer Schutz des Flughafens bzw. Änderung der derzeitigen Festlegung ist vor diesem Hintergrund nicht erforderlich.

Die aktuelle Festlegung ist somit folgerichtig.

Inhalt

4.5 Die Fläche nördlich des Flughafens im Bereich der ICESchleife kann entgegen des bisherigen Entwurfes keine Neufestlegung als Bereich für den Schutz der Natur erhalten. Diese Fläche ist die einzig mögliche Erweiterungsfläche für die Passagiervorfeldbereiche des Flughafens. Weitere Ausführungen zu der Bedeutung dieser Fläche für die Flughafenentwicklung sind im folgenden Kapitel 5 aufgeführt.

5. Areal Nord

5.1 Besonders problematisch ist die Festlegung der Fläche ?Areal Nord? als Grünzug und Fläche für Natur und Landschaft. Diese Festlegung verstößt gegen das Ziel 8.1-6 des LEP. Die Fläche ?Areal Nord? ist ein bisher dem Flughafen als Erweiterungsfläche zugeschriebener Bereich zwischen der nördlichen Flughafengrenze und der Schleife der ICE-Trasse. Sie wurde im Rahmen eines Regionalplanänderungsverfahrens in 2004 als Flughafenfläche im Regionalplan festgelegt, weil sie die einzige mögliche Erweiterungsfläche für die Passagiervorfeldbereiche des Flughafens ist. Sie muss auch weiterhin als Fläche für den Flugverkehr festgeschrieben sein [s. Anhang Abb. StnID_1006705_1].

5.2 Im Rahmen des Gebietsänderungsverfahrens mit Aktenzeichen V.2 ? 30.16.04 wurde der zuvor als Freifläche dargestellte Bereich dem Flughafen Köln/Bonn nach umfassender Abwägung als Erweiterungsfläche zugeschrieben. Teil dieser Abwägung waren u.a. eine umweltrechtliche Betrachtung, eine Darstellung des überwiegenden öffentlichen Interesses und eine umfangreiche Alternativenprüfung.

5.3 Im Rahmen des Ökokontovertrages investiert die Flughafen Köln/Bonn GmbH in die Erhaltung und Entwicklung der Wahner Heide. Rund 18,5 Millionen Euro wurden seitdem in die Pflege dieses wertvollen Artenschutzgebietes investiert. Zu den erfolgreichen Kompensationsmaßnahmen zählen das Beweidungsprojekt ?Geisterbusch? und die Renaturierung des Hirzenbachmoors. Die hierdurch gesammelten Ökopunkte werden als Ausgleichsmaßnahmen für Baumaßnahmen auf dem Flughafengrundstück verrechnet. Aktuell besteht für den Flughafen ein Plus von 2,9 Millionen Ökopunkten. Eine Darstellung der Maßnahmenflächen ist in Anlage 1 Darstellung der Maßnahmenflächen im Ökokontovertrag zu finden.

5.4 Eine spätere Arrondierung dieser Fläche durch den Flughafen, wurde nicht nur bei den vereinbarten Pflegemaßnahmen bereits berücksichtigt, sondern auch im Landschaftsplan Wahner Heide festgehalten und geregelt.

5.5 Da diese Grundlagen der Abwägungsentscheidung von 2004 bis heute uneingeschränkt gültig sind, darf eine Umschreibung dieser Fläche ? allein schon aus

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Flugplätzen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Die Fläche ist im Regionalplan auf der Basis der fachplanerischen Schutzgebietsausweisungen, NSG sowie europäischen Natura 2000-Gebiete (FHH- und Vogelschutzgebiete) und der Festlegung als GSN im LEP NRW, als Waldbereich mit der Freiraumfunktion BSN und RG festgelegt. Einer Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Flugplatz stehen raumordnerische sowie fachrechtliche Rechtshindernisse entgegen. Aktuell liegt kein luftverkehrlicher Bedarfsnachweis durch die Fachplanung vor. Auch fehlt ein Nachweis, dass die besonderen Ausnahmetatbestände gemäß § 34 BNatSchG vorliegen. Eine Inanspruchnahme der Fläche für Flughafenzwecke wäre nur dann zulässig, wenn nachgewiesen werden kann:

- dass die Planung aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art, notwendig ist
- dass zumutbare Alternativen, den mit dem Projekt verfolgten Zweck an anderer Stelle ohne oder mit geringeren Beeinträchtigungen zu erreichen, nicht gegeben sind und
- dass Maßnahmen zur Sicherung des Zusammenhangs des Europäischen ökologischen Netzes ?Natura 2000? vorgesehen werden (vgl. §34 BNatSchG).

Dieser Nachweis ist aktuell nicht erbracht. Daher wurde bereits im Planentwurf die im derzeit noch gültigen Regionalplan festgelegte Erweiterungsfläche zurückgenommen und erneut dem Freiraum zugeordnet. Die Beteiligung hat zu keinen neuen Erkenntnissen geführt. Ein luftverkehrlicher Bedarfsnachweis durch die Fachplanung liegt nach wie vor nicht vor.

Vor diesem Hintergrund ist die Sicherung der Fläche als Flugplatz bis auf weiteres planungsrechtlich nicht möglich.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Vertrauensschutz auf die Verbindlichkeit einer behördlichen Entscheidung ? nicht erfolgen. Ungeachtet dessen möchten wir die Grundzüge der Argumentation nochmals aufführen [s. Anhang Abb. StnID_1006705_2].

5.5.1. Betriebliche Notwendigkeit der Erweiterungsfläche

5.5.1.1. Die vorgesehene Erweiterungsrichtung entlang des Terminals 2 nach Norden wurde im Rahmen des derzeit laufenden Planfeststellungsverfahrens - und dort mit der Erweiterung des Terminals 2 nach Norden hin - bestätigt. Für eine bedarfsgerechte Entwicklung der Passagiervorfelder ist eine Darstellung dieser Fläche entsprechend des derzeit noch gültigen Plans und damit eine Zweckbindung als Flughafenerweiterung notwendig.

5.5.2. Einzige Alternative

5.5.2.1. Bereits zum Regionalplanänderungsverfahren mit Bescheid vom 21.04.2004 ist eine Abwägung der möglichen Alternativen erfolgt. Die Abwägungsgrundlagen sind bis heute uneingeschränkt gültig. Die Abwägung besitzt somit auch heute noch Gültigkeit. Eine Erweiterung der Vorfeldflächen für den Passagierverkehr, muss in Richtung Areal Nord als einzig möglicher Alternative erfolgen.

5.5.2.2. Wie in den Antragsunterlagen zum laufenden Planfeststellungsverfahren dargestellt, ist es ein betriebliches Erfordernis, Luftfahrzeuge nahe an den jeweiligen Abfertigungseinrichtungen für ihre Verkehrsart abzustellen. Dahinter stehen Sicherheitserwägungen und Effizienz-/Nachhaltigkeitserwägungen. Es geht um die Vermeidung von größeren bzw. längeren Schleppvorgängen vom Terminal weg bzw. zum Terminal zurück. Derartige Schleppvorgänge sind immer ein Sicherheitsrisiko. Das gilt insbesondere dann, wenn der Schleppvorgang aktive Bahnen und Rollwege kreuzen muss. Der Vorfeldbereich um die Terminals herum ist daher dem Passagierverkehr vorbehalten, der Bereich um die Frachthallen herum ist für Frachtflugzeuge reserviert. Erweiterungsflächen für die Verkehrsarten müssen unter dem Aspekt der Betriebssicherheit an diesen bereits vorhandenen Bereichen anschließen.

5.5.2.3. Eine Erweiterung für Passagiervorfelder an anderer Stelle wie jenseits der Bahnen hält einer Alternativenprüfung nicht stand. Für eine derartige Nutzung müssten erhebliche und umfangreiche Maßnahmen zur Errichtung der Vorfeldflächen und hierzu gehöriger Abfertigungsanlagen mit Nebenanlagen und Erschließungsflächen erfolgen. Diese hätten entsprechend große Eingriffe auch in geschützte Biotope außerhalb des Flughafengrundstückes zur Folge. Ohne die Errichtung von separaten Abfertigungsanlagen müsste Verkehr regelmäßig aktive Bahnen kreuzen. Aus Sicht der Betriebssicherheit und der Unfallvermeidung ist ein solcher Betrieb auf Dauer

auszuschließen. Gleiches gilt für den Ausbau von Passagierflächen jenseits der Querwindbahn.

5.5.2.4 Auch eine Erweiterung von Passagiervorfeldern in den Bereich der Frachthallen hält einer Alternativenprüfung nicht stand, da hier eine Verdrängung der für die Frachtabfertigung erforderlichen Flächen erfolgen würde. Dies ist vor allem mit Blick auf den Expressfrachtknoten zu vermeiden.

5.5.3. Überwiegendes öffentliches Interesse

5.5.3.1. Die Bedeutung des Flughafens für die Region Köln wurde bereits unter 1. herausgearbeitet. Die verkehrspolitische Komponente dieser Bedeutung spiegelt sich in der Verkehrsentwicklung wieder. Der Langzeittrend, welcher in der Vielzahl an Verkehrsprognosen ersichtlich ist, zeigt, dass für die kommenden 20 Jahre - also die Geltungsdauer eines Regionalplans - weiterhin mit einer Zunahme der Verkehre zu rechnen ist.

5.5.3.2. Ein mittelfristig höherer Abstellbedarf für den Passagierluftverkehr ist zu erwarten. Gründe sind unter anderem Beschränkungen im Luftraum und an Zielflughäfen sowie betriebliche Entscheidungen der Carrier (etwa der Trend zu größeren Luftfahrzeugen). Auch regulatorische Eingriffe können zu einem höheren Abstellbedarf führen. Eine solche Entwicklung hätte einen erheblichen Mehrbedarf an nächtlichen Abstellungen ohne eine Kapazitätssteigerung, vor allem im Segment des Passagierverkehrs, zur Folge. Einhergehend mit der steigenden Nachfrage im Frachtsegment wird eine bedarfsgerechte Erweiterung der Vorfeldflächen absehbar notwendig und dann Gegenstand entsprechender Planungen werden.

5.5.4. Ökologisch bereits berücksichtigt

5.5.4.1. In Ergänzung zu den wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Komponenten ist die Fläche auch aus ökologischer Sicht im Vergleich zu anderen Erweiterungsflächen außerhalb des Flughafengrundstückes vorzuziehen. Entsprechend der Festlegung des derzeit gültigen Regionalplans wurde die Fläche im Landschaftsplan Wahner Heide als Fläche für den Naturschutz bis Inanspruchnahme durch den Flughafen dargestellt [vgl. vorherige Abb; Anhang Abb. StnID_1006705_2].

5.5.4.2. In Anlage 1 haben wir eine Darstellung der Maßnahmenflächen im Ökokontovertrag angefügt. Bisher wurde die Fläche Areal Nord bei der Planung und Umsetzung von Pflegemaßnahmen bewusst herausgenommen, weil eine Nutzung durch den Flughafen vorgesehen war. Die anderen Maßnahmenflächen aus dem Ökokontovertrag gehen teilweise bis an den Flughafenzaun heran. Eine Inanspruchnahme solcher Flächen würde nicht nur in schützenswerte Biotope eingreifen. Die Eingriffe würden bereits aufgewertete Flächen betreffen und die erfolgten Aufwertungsmaßnahmen zunichtemachen. Durch die Herausnahme der

Fläche Areal Nord von umfassenden Pflegemaßnahmen wurde eine Inanspruchnahme antizipiert [s. Anhang Abb. StnID_1006705_3].

5.5.5. Planerische Ausweisung möglich

5.5.5.1. Die Zielsetzung des Landesentwicklungsplans ermöglicht die planerische Flächensicherung für eine bedarfsgerechte Entwicklung des Flughafens. Dass ein Bedarf für die planerische Festlegung der Erweiterungsfläche Areal Nord unter den bisherigen Voraussetzungen in Bezug auf die Pflege und den Schutzstatus bis Inanspruchnahme besteht, wurde soeben dargelegt. Eine solche Festlegung ist ein Vorranggebiet. Eine Inanspruchnahme erfordert die Durchführung eines förmlichen Genehmigungsverfahrens.

5.5.5.2. In den textlichen Festsetzungen zum Regionalplan wird ausgeführt: ?Die festgesetzten Flugplätze umfassen die Flughafenbereiche. Sie schließen die für die Flughafeninfrastruktur im Planungszeitraum erforderlichen Flächen ein [?]? (Z.34 Seite 145, Textliche Festsetzungen zum Regionalplan). Der Planungszeitraum, von dem im Rahmen dieses Regionalplans ausgegangen wird, (so auf Seite 38 der Begründung zum Regionalplan zu finden) beträgt 25 Jahre.

5.5.5.3. Ähnliche Festsetzungen von Erweiterungs- bzw. Maßnahmenflächen für zukünftige Projekte sind in Z.9 ?Freizeitpark Phantasialand? wie auch in Z.25 ?Standorte für bestehende und zukünftige Talsperren sichern? zu finden. Die Festsetzungen dienen dem Ausschluss von neuen Nutzungen, die eine spätere Inanspruchnahme der Flächen für die vorgesehene Nutzung behindern. Eine derartige Festlegung der Fläche Areal Nord als Erweiterungsfläche für die Flughafeninfrastruktur erscheint in diesem Kontext als bedarfsgerecht, angemessen und erforderlich.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Anhänge

[Abb_ID1006705_1.pdf](#)

[Abb_ID1006705_2.pdf](#)

[Abb_ID1006705_3.pdf](#)

Inhalt

6. Kein wirksamer Bestandsschutz für den Flughafenbetrieb

6.1 Mit Grundsatz G.60 ?Flughafeninfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen? soll der Flughafen und insbesondere der Flughafenbetrieb davor geschützt werden, dass immissionsempfindliche Nutzungen an den Flughafen heranrücken. Der Grundsatz geht einher mit den Inhalten des Grundsatzes G.61 ?Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisungen berücksichtigen?.

6.2 Prinzipiell sind beide dieser Grundsätze zwar zu begrüßen. Für den Erhalt eines stabilen und gefahrlosen Flughafenbetriebes ist ein wirksamer Schutz des Flughafens vor dem Heranrücken sensibler Nutzungen sinnvoll. Auch die vorbeugende planerische Entschärfung von Immissionskonflikten ist eine wichtige regionalplanerische Aufgabe. Die Festlegungen der beiden Grundsätze sind jedoch nicht geeignet, um den vorgesehenen Schutzzweck zu erfüllen. Sie bieten der kritischen Infrastruktur des Flughafens Köln/Bonn eine geringere Schutzwirkung als ähnliche Festlegungen für einfache Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). (vgl Z.7, und G.18)

6.3 Der Flughafen Köln/Bonn regt vor diesem Hintergrund an, den Inhalt dieser Grundsätze, mitsamt der im Folgenden dargestellten Anpassungen als Ziele der Raumordnung festzulegen, um eine Verbindlichkeit und somit einen wirksamen Schutz der kritischen Infrastruktureinrichtung Flughafen Köln/Bonn sicherzustellen.

6.4. Unwirksame Regelung: Flughafeninfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen

6.4.1. Flughafeninfrastruktur ist eine raumbedeutsame Nutzung, die außerhalb der eigentlichen Flugbetriebsflächen Konflikte verursacht, aber auch durch externe Einflüsse beeinträchtigt werden kann. In den letzten Jahrzehnten ist zu sehen, dass insbesondere immissionsempfindliche Wohnnutzungen immer näher an den Flughafen herangerückt sind. Und es werden immer wieder neue Bauflächen in Konfliktbereichen ausgewiesen oder bekannte Konfliktbereiche weiter verdichtet.

6.4.2. Für die Festsetzung der Abstandsflächen für heranrückende Bebauung werden die Abstandsflächenregelungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) herangezogen. Diese Regelungen geben für Flugplätze keine klaren Vorgaben. Ihre Anforderungen sind zu präzisieren.

6.4.3. Dem tragen die beiden als Grundsätze formulierten Festsetzungen nicht ausreichend Rechnung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen erfüllen nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar. Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Im Übrigen werden die textlichen Festlegungen geändert (s. Änderungssynopse). Die Festlegung G. 60 *Flughafeninfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen* entfällt in Gänze - siehe Erläuterungen zu StnID 1026462

Des Weiteren siehe Erläuterungen zu Stn ID 1006709 zum Grundsatz G.61 *Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisungen berücksichtigen* und Stn ID 1006712 bezüglich der Anregung eines baulichen Schutz des Flughafens vor heranrückender Bebauung.

Inhalt

6.5 Unwirksame Regelung: Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisungen berücksichtigen

6.5.1. Grundsatz G.61 ?Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisungen berücksichtigen? soll die Anforderungen des LEP NRW an die Steuerung von Siedlungsentwicklung in Flughafennähe umsetzen. Ziel muss es sein, langfristig Fluglärmkonflikte zu vermeiden. Raumordnerische Steuerungen sind dabei nur wirksam, wenn sie unter den Schwellen des FluLärmG ansetzen.

6.5.2. Die Ziele der Landesentwicklungsplanung waren eine räumliche Steuerung der Siedlungsentwicklung und ein sich an der erweiterten Lärmschutzzone orientierender Mindestabstand zwischen Wohnsiedlungen und Nutzungen nach §5 Abs. 1 FluLärmG und dem Flughafen. Durch diesen Verweis erfolgt keine Umsetzung der Ziele der Landesentwicklungsplanung. Eine notwendige Konkretisierung des Zieles 8.1-8 ?Schutz vor Fluglärm und Siedlungsentwicklung? erfolgt nicht.

6.6. Vorschläge zu wirksamen Festlegungen in Bezug auf Schallschutz

6.6.1. Wir regen an, die erweiterten Lärmschutzzone nicht als in der Abwägung überwindbare Grundsätze, sondern als bindende Ziele der Raumordnung festzulegen. Nur dies ermöglicht eine wirksame Berücksichtigung der Belange des Flughafens und des Immissionsschutzes.

6.6.2. Auch regen wir an, ASB, die immissionssensible Nutzungen zulassen, innerhalb der erweiterten Lärmschutzzone gänzlich auszuschließen. Ebenso sollten bisher nicht für Wohnnutzungen entwickelte ASB wieder aus dieser Festsetzung herausgenommen werden. Die Festlegung von Gewerbenutzungen in diesen Bereichen ermöglicht eine wirtschaftliche Flächennutzung und vermindert zukünftige Konflikte.

6.6.3. Des Weiteren regen wir an, die bereits aufgenommene Hinweispflicht zu erweitern. So sollte aus Sicht der Flughafen Köln/Bonn GmbH nicht nur auf die Betroffenheit von Lärm, sondern auch auf die Möglichkeiten und Pflichten des Schallschutzes hingewiesen werden. Die Einhaltung der höchsten zum Planungszeitpunkt geltenden Standards an passivem Schallschutz sollte im Regionalplan sowie als bindende Vorgabe für alle Bebauungsplanungen, sonstigen Satzungen nach BauGB und Baugenehmigungen festgelegt werden. Diese Festlegungen würden das Heranrücken von schutzbedürftigen Nutzungen an den Flughafen zwar nicht verhindern, aber die Auswirkungen der Schallimmissionen auf die Nutzungen und Nutzer verringern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Zur Anregung 6.6.1: Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Der LEP NRW legt in Grundsatz 8.1-8 *Schutz vor Fluglärm und Siedlungsentwicklung* fest, dass die Erweiterte Lärmschutzzone in der Abwägung bei der kommunalen Siedlungsentwicklung zu berücksichtigen ist. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Zur Anregung 6.6.2:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Dies schließt den LEP-Grundsatz 8.1-8 *Schutz vor Fluglärm und Siedlungsentwicklung* ein. Siedlungsraumpotentialen wurden nur dann innerhalb der Erweiterten Lärmschutzzone verortet, wenn es keine Alternative der räumlichen Verortung von kommunalen Bedarfen an einem zASB gab. In diesen wenigen Ausnahmefällen wurden die Belange einer möglichen bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung höher gewichtet.

Zur Anregung 6.6.3:

Aus den landesplanerischen Vorgaben in Ziel 8.1-7 *Schutz vor Fluglärm* ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung einer bindenden Vorgabe für nachfolgende Planungs- und Genehmigungsebenen zum passiven Schallschutz. Zudem geht die Anregung über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

Inhalt

6.7. Vorschläge zu wirksamen Festlegungen in Bezug auf baulichen Schutz des Flughafens vor heranrückender Bebauung

6.7.1. Das Heranrücken von Bebauung an die Flughafeninfrastruktur ist nicht nur mit der Fragestellung des Schutzes der heranrückenden Nutzungen vor den Emissionen des Flughafens verbunden. Abhängig von der Bauart kann auch eine immissionsunempfindliche Bebauung in Flughafennähe zu erheblichen Einschränkungen des Flughafenbetriebs führen. Dann nämlich, wenn die Bauschutzzonen und Hindernisfreiflächen um den Flughafen von dieser Bebauung tangiert oder durchstoßen werden. Diese Höhenmaxima dienen dem Freihalten des Luftraums von Hindernissen, die die Luftfahrt gefährden könnten.

6.7.2. Bauschutzbereiche nach LuftVG

6.7.2.1. Zum Schutz des Luftverkehrs werden im Umfeld von Flughäfen Bauschutzbereiche nach § 12 LuftVG festgelegt. Dieser Bauschutzbereich wurde für den Flughafen Köln/Bonn auf Basis des noch immer gültigen Ausbauplans vom 08.12.1959 entsprechend § 12 LuftVG in der Fassung vom 10. Januar 1959 festgelegt und am 30.03.1961 durch den Regierungspräsidenten bekanntgemacht. Der Ausbauplan wie auch der bekanntgemachte Bauschutzbereich sind bis heute unverändert gültig.

6.7.2.2. Bauschutzbereiche dienen dem Schutz der Luftfahrt vor Hindernissen und sind grundsätzlich von solchen freizuhalten. § 12 LuftVG legt verschiedene Zonen bezogen auf den Flughafenbezugspunkt oder die Start- und Landebahnbezugspunkte fest. Diese Bereiche sind von Hindernissen frei zu halten. Für die jeweiligen Zonen gelten Begrenzungshöhen abhängig von der Lage in Bezug auf den Flughafen. Sowohl Bauwerke als auch Anlagen, dürfen diese Baubegrenzungshöhen nur mit Zustimmung der zuständigen Luftfahrtbehörde, in diesem Fall der Bezirksregierung Düsseldorf, überschreiten. Es gelten gesetzliche Höhenbeschränkungen. Zu den genannten Bauwerken und Anlagen zählen dauerhafte Hindernisse wie z.B. Gebäude, Licht- und Telegraphenmasten oder Negativhindernisse durch Gruben, aber auch temporäre Hindernisse wie Baukräne und Fahrzeuge.

6.7.2.3. Ein geringer horizontaler Abstand zu den Begrenzungshöhen des Bauschutzbereiches ist mit niedrigen Überflughöhen und entsprechenden Beeinträchtigungen, durch zum Beispiel Lärm oder Wirbelschleppen, gleichzusetzen.

6.7.2.4. In Anlage 2 sind die Bauschutzbereiche des Flughafens Köln/Bonn dargestellt. Die Abbildung [s. Anhang Abb. StnID_1006712] zeigt diese Flächen mit Überblendung der Geländehöhe. Die sichtbaren Lücken sind diejenigen Bereiche, in denen der

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung eines entsprechenden Ziels. Die Berücksichtigung der Bauschutzbereiche und der Obstacle Limitation Surfaces innerhalb nachgeordneter fach- bzw. bauleitplanerischer Verfahren ist durch bestehendes Fachrecht sichergestellt.

Bauschutzbereich bereits unterhalb der Geländeoberkannte liegt. In diesen Bereichen ist die Schaffung jedes weiteren Hindernisses ein Problem.

6.7.2.5. Aufgrund der erheblichen Auswirkungen regen wir an, diese Schutzzonen in den Regionalplan aufzunehmen und festzulegen, dass ihnen bei nachgeordneten Planungen Rechnung zu tragen ist.

6.7.3. EASA Obstacle Limitation Surfaces

6.7.3.1. Ergänzend zu den Bauschutzbereichen sind auf europäischer Ebene mit der Regulation (EU) No 139/2014 ergänzende Regelungen für die Überwachung von Hindernissen im Umfeld von Flughäfen ? die Obstacle Limitation Surfaces (deutsch: Hindernisfreiflächen) ? festgelegt. Auch diese Flächen dienen dem Schutz der Luftfahrt. Diese Flächen sind in Anlage 3 dargestellt.

6.7.3.2 Eine Überschreitung der Obstacle Limitation Surfaces ist grundsätzlich unzulässig. Ausnahmen sind ausschließlich nach Durchführung einer, im Umfang vom Maß der Überschreitung und von der Lage der Überschreitung abhängigen, Sicherheitsbeurteilung, welche durch das Verkehrsministerium des Landes NRW genehmigt werden muss, möglich.

6.7.3.3. Da auch bei den EASA Obstacle Limitation Surfaces bereits Überschreitungen der Fläche durch die Geländeoberkannte festzustellen sind, sind auch diese Regelungen und die hiermit verbundenen Beschränkungen und Pflichten mit einer entsprechenden Bindung für die nachgelagerten Planungen in den Regionalplan aufzunehmen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID1006712.pdf](#)

Inhalt**7. Beschränkung durch umweltfachliche Festlegungen**

7.1. Aus Sicht der Flughafen Köln/Bonn GmbH bestehen insbesondere zu den Festlegungen im Kapitel 4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur Bedenken. In diesem Kapitel wird auf Seite 101 das Ziel Z.20 ?Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern? wie folgt formuliert: ?Innerhalb der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sind die für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Kernflächen, Verbindungsflächen und -elemente durch geeignete Instrumente der Fachplanung zu sichern und zu entwickeln. Wertvolle Flächen sind gemäß den fachgesetzlichen Regelungen als Naturschutzgebiete zu sichern. Im Rahmen der fachplanerischen Umsetzung sind die Erfordernisse der Klimaanpassung zu berücksichtigen.?

7.2. In der nachstehenden Erläuterung 1 des Ziels Z.20 wird weiter ausgeführt: ?Der Biotopverbund setzt sich gemäß BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und -elementen zusammen. Diese sind rechtlich zu sichern, um den Biotopverbund dauerhaft zu gewährleisten. Dabei ist im Rahmen der fachplanerischen Differenzierung der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) heranzuziehen. [?]?

7.3. Die Erläuterung 3 ergänzt: ?[?] Zur dauerhaften Sicherung der Lebensräume bedrohter Arten sind vorsorglich geeignete Wanderkorridore und Ausweichräume zu sichern bzw. zu schaffen. Die im Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) gekennzeichneten klimasensitiven Kern-, Verbindungs-, Entwicklungs- und Ergänzungsräume sind als Orientierung für die Berücksichtigung der Klimaanpassung im Rahmen der fachplanerischen Umsetzung des regionalen Biotopverbunds heranzuziehen.?

7.4. In beiden Erläuterungen zu Ziel Z.20 ?Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern? ist der Verweis auf den Fachbeitrag durch die Verwendung der Worte ?ist? bzw. ?sind? als Muss-Vorgabe formuliert. Dies gibt dem eigentlich informellen Fachbeitrag, der in keiner Weise irgendeine Form der Behörden- oder Öffentlichkeitsbeteiligung durchlaufen hat - und somit lediglich die fachliche Sicht des LANUV darstellt - einen rechtlich bindenden Charakter. Die Berücksichtigung der im Rahmen des Regionalplans nicht weiter spezifizierten Inhalte des Fachbeitrages wird, ohne die Einräumung eines Auslegungsspielraumes, zur Pflicht. Wir halten dies für problematisch. Zum einen kommen jedenfalls in Teilbereichen andere fachlich mindestens ebenso fundierte Wertungen wie die des LANUV mit abweichenden Ergebnissen in Betracht. Zum anderen entwickeln sich Natur und Landschaft äußerst

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angesprochenen textlichen Festlegungen entsprechen dem landesplanerischen Auftrag zum Aufbau eines regionalen Biotopverbunds. Der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege stellt entsprechend der fachrechtlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan als auch für den Landschaftsplan dar. Insofern ist dieser auch bei der Umsetzung der Festlegungen des Regionalplans heranzuziehen. Die textlichen Festlegungen des Regionalplans bieten einen breiten Spielraum für die fachplanerische Umsetzung. Das Ziel Z.20 bezieht sich ausdrücklich auf die festgelegten BSN. Die angesprochenen Grundsätze sind im Rahmen der Umsetzung einer Abwägung und einem Ermessen unter Berücksichtigung der örtlichen Situation zugänglich. Die Festlegungen greifen zudem nicht in bestehende Rechte ein. Die Bedenken werden insofern nicht nachvollzogen.

dynamisch. Die tatsächlichen Feststellungen eines Fachbeitrags des LANUV werden lange vor Erreichen des Planungshorizonts des Regionalplans überholt sein. Sie können schon nach wenigen Jahren nicht mehr zur Grundlage rechtsverbindlicher Planungen gemacht werden, ohne dass die Gefahr besteht, dass die entsprechenden Gebietsausweisungen rechtswidrig sind.

7.5. Problematisch sind für den Flughafen Köln/Bonn die mittelbaren Auswirkungen des Ziels Z.20. Die Ausführungen zu Z.20 ?Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern? nehmen Bezug zum Anhang A3 des Regionalplans, Erläuterungskarte F5 ? Regionaler Biotopverbund, dessen Inhalte auszugsweise für den Bereich des Flughafens Köln/Bonn in der nachfolgenden Abbildung dargestellt werden [s. Anhang Abb. StnID_1006712_1].

7.6. Die Ausweisung von Biotopverbundflächen beschränkt sich auf die ?Bereiche für den Schutz der Natur? (BSN) und die ?Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? (BSLE). Siedlungsbereiche, Gewerbegebiet und Verkehrsanlagen wie der Flughafen Köln/Bonn sind hiervon ausgenommen.

7.7. Die Flughafenflächen werden aber mittelbar über den Grundsatz G.29 in die Vorgaben des Ziels Z.20 einbezogen. Dies betrifft auch das Flughafengelände. [s. Anhang Abb. StnID_1006712_2]

7.8 In den weiteren textlichen Festlegungen des Regionalplans Köln wird mit dem Grundsatz G.29 ?Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen? auf die für den Biotopverbund bedeutsamen Flächen außerhalb von Schutzgebieten eingegangen. In der Erläuterung 2 zu diesem Grundsatz wird ausgeführt: ?Im Rahmen der Fachplanung sollen die v. g. Biotopverbundflächen gemäß der Erläuterung zu (Z.20) Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern gesichert und entwickelt werden.?

7.9. Durch die Soll-Festlegung auf das Ziel Z.20 werden die inhaltlichen Vorgaben des Ziels Z.20 entsprechende Flächen außerhalb der BSN ebenfalls zu Schutzgebieten entwickelt und nach den Vorgaben des Fachberichts des LANUV gepflegt. Davon dürfte nur in atypischen Ausnahmefällen abgesehen werden. Die textlichen Inhalte und zeichnerischen Darstellungen des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) wären bindend. Dies würde dazu führen, dass Flächen auf dem planfestgestellten Areal des Flughafens Köln/Bonn als Schutzgebiete ausgewiesen werden müssten. Dem steht nicht nur die Tatbestandswirkung der Planfeststellung entgegen. Eine solche Vorgabe stünde auch im Widerspruch zu dem Ziel 8.1-6 des LEP. Der Grundsatz G.29 wäre in der derzeitigen Fassung rechtswidrig.

7.10. Die Auswirkungen dieses Grundsatzes auf den Flughafen Köln/Bonn lassen sich

am folgenden Sachverhalt beispielhaft aufzeigen. Wie der nachfolgenden Abbildung zu entnehmen ist, weist der Fachbeitrag des LANUV in den Anlagen I.1 und I.3 ? Karten zum Biotopverbundsystem für große Teile des Flughafenbetriebsgeländes Biotopverbundflächen, sogar solche mit herausragender Bedeutung, aus. Aufgrund der Verknüpfung des Grundsatzes G.29 mit dem Ziel Z.20 und der dort unzulässig erfolgten rechtsverbindlichen Festlegung des Fachbeitrags der LANUV müsste das Flughafenbetriebsgelände zum Schutzgebiet entwickelt und als solches ausgewiesen werden. Es unterläge den im Fachbeitrag formulierten Anforderungen an die Pflege und Bewirtschaftung dieser Flächen. [s. Anhang Abb. StnID_1006712_3]

7.11. Was dies bedeutet, wird an den textlichen Ausführungen des Fachbeitrags des LANUV zu den verschiedenen Verbundschwerpunkten und den vorgesehenen Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung bestimmter Biotoptypen-Komplexe deutlich. Dabei wird explizit immer nur die ?Wahner Heide? (als Schutzgebiet) benannt, aber in den Erläuterungskarten immer auch größere teilweise versiegelte Flächenanteile des Flughafenbetriebsgeländes mit einbezogen. Dies betrifft die Ausführungen zu den Verbundschwerpunkten: 2. Gehölz-Grünland-Acker-Komplex 3. Offenland-Grünland-Komplex 5. Moore und Feucht-Heiden 6. Magerrasen und Trocken-Heiden

7.12. Hier entsteht ein nicht auflösbarer Konflikt zwischen der luftrechtlichen Fachplanung und den luftrechtlichen Zulassungsentscheidungen für den Flughafen Köln/Bonn einerseits und den Vorgaben des Regionalplans, genauer den über den Regionalplan verbindlich zu beachtenden Anforderungen des Fachbeitrags des LANUV. So sind Teile der im Fachbeitrag dargestellten Flächen versiegelt oder zumindest teilversiegelt. Eine Entsiegelung ist aus betrieblichen und Sicherheitsgründen ausgeschlossen. Ähnliches gilt für die unversiegelten Flughafenbetriebsflächen, die ebenfalls als wertvolle Biotopverbundflächen dargestellt sind. Sie unterliegen aus Gründen der Hindernisfreiheit, des Vogelschlags und weiteren Aspekten flugsicherheitsbedingten Bewirtschaftungsformen, die den Zielen der Erhaltung und Wiederherstellung der im Fachbeitrag genannten Biotop-Komplexen weitgehend entgegenstehen. Die unversiegelten Flughafenbetriebsflächen liegen zudem in der Sicherheitszone gemäß § 8 LuftVG. Das bedeutet, dass für diese Bereiche von außen keine Zugriffs- und Zutrittsrechte bestehen, die aber für die Umsetzung von Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen erforderlich wären.

7.13 Vor diesem Hintergrund muss sichergestellt werden, dass sich aus dem Regionalplan keine Verpflichtung ergibt, die fraglichen Biotope und Biotopverbundflächen auf dem Flughafengelände in ein Schutzgebiet nach dem Naturschutzrecht einzubeziehen. Es muss ebenfalls sichergestellt werden, dass über die Festlegungen des Regionalplans keine Verpflichtung eingeführt wird, die Flächen auf dem Flughafengelände nach den Vorgaben des Fachbeitrags zu bewirtschaften. Bezogen auf den neu aufzustellenden Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln regt die Flughafen Köln/Bonn GmbH eine Anpassung der Erläuterungen zu den

Festsetzungen Z.20 und G.29 an.

7.14. Zunächst sollte die Formulierung in Z.20 derart angepasst werden, dass eine rechtliche Bindungswirkung des Fachbeitrages eindeutig ausgeschlossen wird. Ein Verweis auf die Inhalte des Fachbeitrags kann erfolgen, auch die Entwicklungsziele des Fachbeitrages können als Anhaltspunkte gelten. Vor diesem Hintergrund regen wir an, in den Erläuterungen zu Z.20 klarzustellen, dass dem Fachbeitrag des LANUV orientierender Charakter zukommt und dass letztlich der Einzelfall maßgebend ist und gegebenenfalls vorzunehmende ergänzende Untersuchungen für die naturschutzrechtliche Fachplanung erforderlich werden. Der Grundsatz G.29 wiederum sollte derart umformuliert werden, dass es sich zum einen nicht um einen Soll-Grundsatz handelt und dass zum anderen Infrastruktureinrichtungen bzw. Flächen, die bauplanungsrechtlich als Baugebiete oder Bauflächen ausgewiesen sind, von diesen Anforderungen ausgenommen sind. Nur so können die aufgezeigten Rechtsverstöße und Widersprüche vermieden werden.

Anhänge

[Abb_ID1006713_1.pdf](#)

[Abb_ID1006713_2.pdf](#)

[Abb_ID1006713_3.pdf](#)

Inhalt

8. Allgemeine Anmerkungen

8.1. Unzureichende Legende zur zeichnerischen Festlegung

8.1.1. Die derzeit vorhandene Legende in den zeichnerischen Festlegungen ist nicht hinreichend. Grundsätzlich sind zwar alle verwendeten Planzeichen und Symbole aufgeführt, jedoch die aus der Planzeichenverordnung hervorgehende Nummerierung ist nicht in die Karten aufgenommen. Dies schränkt die Verständlichkeit der Festlegungen ein.

8.1.2. Dies wird dadurch deutlich, wenn in den textlichen Festlegungen auf die Nummerierung der Planzeichen Bezug genommen wird und diese nicht nochmals abgebildet sind. Dies ist jedoch an einer Vielzahl von Stellen in den textlichen Festlegungen und der Begründung der Fall, so zum Beispiel auf Seite 166 der Begründung zum Grundsatz G.54 ?Festlegungen für Schienenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen?.

8.1.3. Um diese Erschwernis zu lösen, regen wir an, entweder im Fließtext bei Erwähnung eines Planzeichens dieses auch abzubilden oder die Legende um die Bezeichnungen der Planzeichen zu ergänzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen. Die Legende zu den Zeichnerischen Festlegungen wird entsprechend angepasst.

Inhalt

8.2. Zu große Ungenauigkeit bei Erläuterungskarten

8.2.1. Die Erläuterungskarten, die den textlichen Festlegungen und der Begründung beigefügt sind, dienen der besseren Verständlichkeit der festgelegten Inhalte. Die gewählte Darstellungsform ist jedoch, gerade bei linienhaften und punktuellen Festlegungen, nicht für diesen Zweck geeignet. Die Karten haben einen zu kleinen Maßstab, um die Festlegungen zweckgemäß darstellen zu können und es mangelt den Kartendarstellungen an Orientierungspunkten, was ein Zurechtfinden innerhalb der Karten unnötig erschwert.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentliche Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen.

1006718, Flughafen Köln/Bonn GmbH

Inhalt

8.3. Häufige Verweise auf nicht verbindliche Fachbeiträge

8.3.1. Fachbeiträge sind als Grundlage für die Erstellung von Regionalplänen erforderlich und sinnvoll. Sie sind Empfehlungen von Fachbehörden, haben aber keinen rechtsverbindlichen Charakter. Bei ihrer Erstellung ist die Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange wie auch Bürgern nicht vorgesehen und üblich.

8.3.2. Ein reiner Verweis auf einen Fachbeitrag ohne Bindungswirkung oder übernommene Inhalte aus solchen Fachbeiträgen ist grundsätzlich nicht zu beanstanden. Die Wortwahl des Verweises auf solche Unterlagen kann jedoch eine rechtliche Bindungswirkung verursachen. Der betreffende Fachbeitrag wird in Gänze oder in Teilen verbindlich, ohne hierfür geeignet zu sein oder jemals die Schritte einer öffentlichen Beteiligung durchlaufen zu haben. Der Beurteilungsspielraum im Rahmen von zukünftigen Planungsentscheidungen wird vorweggenommen und eine inhaltliche Abwägung ausgeschlossen.

8.3.3. Neben dem im Abschnitt 7 erwähnten Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln des LANUV werden an weiteren Stellen Verweise auf informelle Planungen und Fachbeiträge verwendet. Beispielhaft finden sich solche Verweise, die eine Rechtsverbindlichkeit schaffen u.a. an folgenden Stellen der textlichen Festlegungen:

[Tabelle s. Anhang Abb. StnID_1006718]

8.3.4. Wir regen daher an, alle Erwähnungen von Fachbeiträgen und informellen Planungen unter dem Gesichtspunkt der Bindungswirkung zu prüfen und jegliche Verweise, die derartigen Dokumenten Bindungswirkung verleihen (Soll-/Muss-Regelungen), durch Verweise ohne rechtliche Bindungswirkung (Kann-Regelungen) zu ersetzen.

8.3.5. Sollten Inhalte bewusst Regelungscharakter erhalten, so regen wir an, nicht allgemein auf die Fachbeiträge und Planungen zu verweisen, sondern die gewünschten Inhalte explizit in die Festsetzungen zum Regionalplan zu übernehmen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die erwünschten Inhalte Regelungscharakter erhalten, ohne dass - so wie es beim zuvor erwähnten Fachbeitrag der LANUV der Fall ist - schadhafte Inhalte ohne Prüfung Regelungscharakter erhalten.

Anhänge

[Abb_ID1006718.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Planentwurf enthält keine Festlegungen, aus denen sich eine Verbindlichkeit der Fachbeiträge ableiten ließe. Der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege ist gesetzliche Grundlage für die Festlegungen der Regionalplanung (Landschaftsrahmenplanung) und der Landschaftsplanung und entfaltet insofern besondere Relevanz. Die Umsetzung der zeichnerischen Festlegungen im Bereich des Flughafens Köln-Bonn belegt, dass bei der Erarbeitung des Planentwurfs eine differenzierte Betrachtung der räumlichen Situation und der Vorschläge des Fachbeitrags erfolgt ist. Ergänzend wird hierzu auf die Ausführungen in der Planbegründung verwiesen.

1006719, Flughafen Köln/Bonn GmbH

Inhalt

Wir bitten, unsere Anregungen im weiteren Aufstellungsverfahren zu berücksichtigen. Gerne stehen wir für Rückfragen zur Verfügung. Bitte informieren Sie uns über weitere Verfahrensschritte wie auch über die Abwägung und Berücksichtigung unserer Anregungen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird um Berücksichtigung der Stellungnahme und um erneute Beteiligung im weiteren Verfahren gebeten. Dem ist bzw. wird entsprochen.

AZ: BET_484013_1

Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

1005389, Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Inhalt

Hiermit teilen wir Ihnen mit, dass wir im Rahmen des oben genannten Beteiligungsverfahrens als für die Raumordnung in Deutschsprachigen Gemeinschaft zuständige Behörde keine fachlichen Einwendungen, Anregungen oder Bedenken haben.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Einwendungen, Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

In Hinsicht auf Windenergie - Punkt 5.2.3.1 Nutzung erneuerbarer Energien (S.149) und 5.2.3.2 Nutzung von Windenergie (S.151) möchten wir angesichts der akustischen und visuellen Auswirkungen sowie der Auswirkungen auf die Umwelt, die die Errichtung von Windkraftanlagen mit sich bringt, um die ausdrückliche Information bezüglich potenzieller Standorte/Vorranggebiete bitten. Dies ermöglicht uns die Auswirkungen auf belgischer Seite zu überprüfen. Den Bedarf sehen wir insbesondere in einem Umkreis von 10km ab Grenze. Da bereits einige grenznahe Windkraftparks planerisch vermerkt sind, stellt sich uns die Frage, inwiefern das Ziel neue Parks aufzubauen oder bereits bestehende zu erweitern aktuell verfolgt wird.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

4.7.2. BGG

Zu den Zeichnerischen Festlegung der Planunterlage im Bereich Grundwasser und Gewässerschutz haben wir folgende Frage: Unterhalb von Udenbreth endet der Grundwasser und Gewässerschutz. Gibt es hierfür einen konkreten Grund?

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß den Vorgaben der Landesplanung in Anhang 3 der Verordnung zum Landesplanungsgesetz sind im Regionalplan "Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz" entsprechend den von der wasserwirtschaftlichen Fachplanung ermittelten Wasserschutzgebiete festzulegen. Die Fachplanung hat das geplante Wasserschutzgebiet für den regionalplanerischen "Vorsorgebereich Prether-/Platißbachtalsperre" südlich von Udenbreth, entlang der Landesstraße L 110, abgegrenzt. Diese Abgrenzung legt der Regionalplan somit als südliche Begrenzung des "Bereichs für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz" fest.

Zur weiteren Begründung wird auf die Autorenkorrektur ID 1016477 verwiesen.

1005955, Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Inhalt

Wir begrüßen ausdrücklich die im textlichen Teil der Planunterlage festgesetzten Ziele G.8 - Regionale Zusammenarbeit stärken und G.9 - Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (S. 50) und regen an, die Zusammenarbeit mit konkreten Maßnahmen zu stärken. Insbesondere in direkten Grenzlagen zwischen Ostbelgien und NRW sehen wir Entwicklungspotenziale der Zusammenarbeit (Kelmis/ Aachen Preuswald, Lichtenbusch, Roetgen, Losheim).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

AZ: BET_492000_1

Deutscher Wetterdienst

1000735, Deutscher Wetterdienst

Inhalt

Die zur Verfügung gestellten Unterlagen wurden durch unsere Fachbereiche geprüft.
Das geplante Vorhaben beeinträchtigt nicht den öffentlich-rechtlichen Aufgabenbereich des Deutschen Wetterdienstes. Es gibt keine Bedenken.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_5000_1

Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

1004385_001, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

GIB_GM-Lope, Gummersbach (Mitte)

Es werden ca. 21 ha (GM-Lope) bzw. ca. 16 ha (GM-Hereshagen) landwirtschaftlich bedeutender Agrarraum (wertvolles Grünland der Standortwerteklasse 1) überplant. Außerdem befinden sich vier Betriebsstandorte am Rande bzw. innerhalb des GIB. Direkt betroffen sind zwei Vollerwerbsbetriebe, ein Betrieb mit jungem Hofnachfolger und ein potentiell gefährdeter Betrieb. Der überplante westlich liegend Betriebsstandort ist großzügig aus dem GIB GM-Lope auszugrenzen, um die Bewirtschaftung und Entwicklung des Betriebs nicht zu gefährden. Zu den übrigen vorhandenen Betriebsstätten beider GIB sind angemessene Abstände zu wählen, um diese ebenfalls weder in der Bewirtschaftung noch in ihrer zukünftigen Entwicklung negativ zu beeinflussen. Es ist dafür zu sorgen, dass der Flächenverlust keinen landwirtschaftlichen Betrieb existenziell bedroht. Ich rege an, die Entwicklung von Baulücken im vorhandenen GIB vor Neuausweisung weiterer Flächen zu fokussieren.

[s. Anhang Abb. 1005548]

Anhänge

[Abb_ID1005548.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht

vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Wir begrüßen, dass das Verfahren zur Erarbeitung des Regionalplanentwurfs insbesondere auch aufgrund der zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten über Informationsveranstaltungen, Fachdialoge und Themenforen aus meiner Sicht als Träger öffentlicher Belange sehr konstruktiv und kooperativ durchgeführt worden ist.

Im Regierungsbezirk Köln bewirtschaften rund 6.110 Landwirtschafts- und Gartenbau-Betriebe eine landwirtschaftliche Fläche von ca. 303.500 ha. Die Hauptaufgabe der Landwirtschaft und des Gartenbaus ist die Erzeugung qualitativ hochwertiger und nachhaltig erzeugter Lebensmittel für die regionale und überregionale Bevölkerung. Die landwirtschaftliche Produktion wird durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe zur stofflichen und energetischen Nutzung ergänzt. Nachhaltig produzierte Energie- und Industrieerzeugnisse können fossile Energieträger zur Verbesserung der Umwelt ersetzen.

Weitere Aufgabenfelder, welche die Multifunktionalität der Landwirtschaft widerspiegeln, sind ihre vielfältigen Leistungen, die sie für die Gesellschaft erbringt. Sie gestaltet das soziale Leben in den Dörfern, erhält und pflegt die Kulturlandschaft, ermöglicht Naherholung und sanften ländlichen Tourismus, setzt Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität wie beispielsweise Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen, Vertragsnaturschutz- und Artenschutzmaßnahmen, Biotoppflege, Gewässerschutz etc. um, schafft Ausgleichsräume zu Ballungsräumen, stellt Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten im ländlichen Raum zur Verfügung und steigert die Wertschöpfung.

Die Landwirtschaft mit ihrem vor- und nachgelagerten Bereich ist ein bedeutender Wirtschaftszweig. Einer der bevölkerungsreichsten und am dichtesten besiedelten Räume in ganz Deutschland brachte in Verbindung mit den exzellenten landwirtschaftlichen Standortbedingungen eine leistungsstarke und wettbewerbsorientierte Land- und Ernährungswirtschaft hervor, die durch technischen Fortschritt, hohen Spezialisierungsgrad sowie durch das Zusammenwirken mit den angrenzenden Wirtschaftsbereichen ihre volkswirtschaftliche Stärke entwickeln konnte.

Die in der landwirtschaftlichen Gunstlage des Regierungsbezirks Köln entstandene hochproduktive regionale Landwirtschaft sorgt als größter Flächennutzer im Freiraum für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und sichert die Ernährung unserer und künftiger Generationen. Sie leistet einen essentiellen Beitrag zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Besonders vor dem Hintergrund weltweiter Versorgungsunsicherheiten durch Kriege, Pandemien, den Klimawandel, ein rasantes Bevölkerungswachstum und durch geopolitische Instabilität gewinnt der Aspekt der regionalen Erzeugung wieder an Bedeutung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es trifft nicht zu, dass die Standortwertekarte keinen Eingang in den Regionalplan-Entwurf gefunden hat. Sie wurde bei der Festlegung von Siedlungsbereichen berücksichtigt. Beim unter Mitwirkung der Landwirtschaft entwickelten Prozess Region Plus Wirtschaft ist die Standortwertekarte ausdrücklich als Eignungskriterium verwendet worden. In Bezug auf die Aufnahme des Planzeichens landwirtschaftliche "Kernräume" gemäß der DVO zum Landesplanungsgesetz wird auf die Überleitungsvorschrift gem. §41 der DVO verwiesen. Demnach sind die bei Inkrafttreten der Verordnung bereits förmlich eingeleiteten Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Raumordnungsplänen, so auch die Neuaufstellung des Regionalplans Köln, nach bisherigem Recht weiterzuführen. Im Hinblick auf die "landwirtschaftlichen Kernräume" gemäß DVO 2022 ist darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei qua Definition nicht um Vorranggebiete (Ziele), sondern um Vorbehaltsgebiete (Grundsätze) handelt. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegeben Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

Diesen primären und sekundären gesellschaftsrelevanten Funktionen der Landwirtschaft steht eine über Jahre unverändert hohe Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen für außerlandwirtschaftliche Nutzungen gegenüber. Als Bilanz der Jahre 2016 bis 2020 ist für den Regierungsbezirk ein Rückgang der landwirtschaftlichen Fläche von 5.621 ha zu verzeichnen. Dem überproportionalen Verlust an landwirtschaftlicher Fläche steht ein Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsflächen im selben Zeitraum gegenüber. ?Futuristisch-kreative? Planungen unter dem Deckmantel des Strukturwandels im Rheinischen Revier, der Kiesabbau sowie weitere außerlandwirtschaftliche Nutzungsansprüche belasten und destabilisieren den Landwirtschaftssektor und die Agrarstruktur in erheblichem Maße.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist eine begrenzte Ressource. Die Landwirtschaft steht vor der Herausforderung mit dieser kontinuierlich abnehmenden Ressource eine stetig wachsende Bevölkerung ernähren zu müssen. Diese auf die Landwirtschaft wirkende Dynamik gefährdet das hohe Maß an Produkt- und Produktionssicherheit, geht damit zu Lasten der Ernährungssicherung und bringt den Grundpfeiler für eine krisensichere Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln, Energien und Rohstoffen ins Wanken.

Ziel muss es daher sein, leistungsfähige landwirtschaftliche Betriebe in der Fläche und im gesamten Planungsraum zu erhalten, landwirtschaftliche Nutzfläche vor anderen Nutzungen zu schützen und die Betriebsstandorte sowie ihre betrieblichen Entwicklungsmöglichkeiten auch im Sinne einer nachhaltigen Tierhaltung zu sichern. Der verantwortungsvolle Umgang mit der begrenzten und nicht vermehrbaren Ressource Boden stellt eine überaus wichtige Zukunftsaufgabe dar und ist der Maßstab für eine nachhaltige Regionalplanung.

Die Landwirtschaft im Regierungsbezirk Köln begrüßt es außerordentlich, dass im Rahmen des informellen Planverfahrens zur Konzeptionierung des Regionalplanentwurfs ein ?Landwirtschaftliche Fachbeitrag? erstellt werden konnte, der im Entwurf teilweise seinen Niederschlag gefunden hat. Die dortige Darstellung der Agrarräume für den gesamten Planungsraum (Erläuterungskarte F4), wird daher ausdrücklich begrüßt.

Die Agrarräume umfassen den überwiegenden Teil der im Regierungsbezirk Köln liegenden landwirtschaftlichen Flächen, die eine übergeordnete agrarstrukturelle Bedeutung aufweisen, in einem engen räumlich-funktionalen Zusammenhang mit anderen landwirtschaftlichen Flächen stehen und größer als 1 Hektar sind. Diese bedeutsamen Agrarräume sollen langfristig der landwirtschaftlichen Produktion erhalten bleiben. Eine Zunahme von nichtlandwirtschaftlichen Flächennutzungen innerhalb der Agrarräume wird aus agrarstruktureller Sicht abgelehnt.

Die landwirtschaftliche Standortbewertung in den Agrarregionen des Regierungsbezirks erfolgt allerdings nicht ausschließlich durch die Abgrenzung der relevanten Agrarräume,

sondern in erster Linie anhand der Berechnung der landwirtschaftlichen Standortwerte. Es ist daher ausdrücklich zu bedauern, dass die Standortwertekarte keinen Eingang in den Planentwurf gefunden hat. Die Standortwertekarte gibt die Wertigkeit landwirtschaftlicher Flächen für die Primärproduktion an und hebt die agrarwirtschaftliche Bedeutung besonders wertvoller Flächen für die Agrarstruktur hervor. Im Vergleich zu der Karte der Agrarräume ermöglicht die Standortwertekarte eine differenzierte Beurteilung der agrarstrukturellen Bedeutung der Landwirtschaftsflächen in den Agrarräumen. Zudem kann sie als Grundlage für eine landesplanerische Abwägung im Zusammenhang mit der Ausweisung einer Schutzkategorie ?Vorbehaltsgebiet für die Landwirtschaft? oder wie im ?Landwirtschaftlichen Fachbeitrag? vorgeschlagen ?Vorranggebiet für die Landwirtschaft?, dienen.

Wir regen hiermit an, dass das neu in der Planzeichen-Verordnung eingeführte Planzeichen ?Vorbehaltsgebiet Landwirtschaftliche Kernräume? gemäß der geänderten Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes (LPIG DVO § 46 geändert durch 3. ÄndVO vom 16. Juni 2015 (GV. NRW. S. 488), in Kraft getreten am 1. Juli 2015; § 46 (alt) umbenannt in § 42 (neu) und Überschrift geändert durch Verordnung vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 527) in Kraft getreten am 28. April 2022) in der Regionalplanung Berücksichtigung findet und in Form einer entsprechenden Flächenausweisung im Regionalplanentwurf umgesetzt wird.

Die Aufnahme eines eigenen Kapitels ?Landwirtschaft? in den Regionalplan begrüßen wir. Zu bedauern ist allerdings, dass es nicht zu Zielfestlegungen gekommen ist, sondern für die Landwirtschaft ausschließlich Grundsätze formuliert wurden, die aus meiner Sicht nicht den nötigen Abwägungswiderstand bieten. Planerische Grundsätze, die ein ?Weg-Wägen? der gewichtigen agrarstrukturellen Belange zulassen, werden der langfristigen Bedeutung der Landwirtschaft im Planungsraum für die Ernährungssicherung auch unter den sich wandelnden Klimabedingungen nicht gerecht. Dies fällt umso mehr ins Gewicht, als sich die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen als unumkehrbar erwiesen hat.

Dem gegenüber stehen zudem die flächenintensiven Darstellungen anderer Planzeichen, hier insbesondere der als ASB /ASBX, GIB/GIBX, GIBz, BSAB, BSN, etc. ausgewiesenen Bereiche, die aus agrarstruktureller Sicht als insgesamt zu hoch anzusehen sind. Der aufgrund begrenzter Ressourcen dringend erforderliche Ansatz zur Flächenschonung ist bei dem angewandten Berechnungsverfahren, z.B. zur Ausweisung der BSN, der flexiblen Siedlungsbereiche oder der GIB für zweckgebundene Nutzungen, hier insbesondere für die geplanten Strukturwandelstandorte, nicht erkennbar.

Insbesondere vor dem Hintergrund des Schutzes landwirtschaftlicher Nutzflächen und landwirtschaftlicher Betriebsstandorte vor konkurrierenden Planungen äußere ich mich im Sinne einer nachhaltigen Flächenentwicklung im Folgenden zu den textlichen und

1005054, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 2. Gesamträumliche Aspekte</p> <p>2.1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel</p> <p><i>(G. 2) Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sichern und entwickeln</i></p> <p>Seite 45 - Textliche Festlegungen</p> <p><i>Hinweis</i></p> <p>Wir weisen darauf hin, dass auch landwirtschaftliche Flächen im bedeutsamen Maße klimaökologische Aufgaben erfüllen. Zu nennen sind beispielsweise die großen Grundwasserneubildungsraten, die Funktion als Kohlenstoffsinken sowie die wichtige Funktion bei der Kaltluftentstehung. Somit sind landwirtschaftliche Flächen zu sichern und nur im absolut notwendigen Maße durch funktionsverändernde Nutzungen in Anspruch zu nehmen.</p> <p>Agrarflächen stärken die Klimaresilienz des Raumes. Beispielsweise entsteht durch Wälder Kaltluft, diese kann jedoch häufig nicht abfließen. Anders stellt sich dies bei Agrarflächen dar. Hier kann die entstandene Kaltluft abfließen und in anderen Räumen wirken.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Sie enthält keine Anregungen oder Bedenken zu den Festlegungen des Planentwurfs.</p>

Inhalt

Zu Kapitel 3 Siedlungsraum

3.1 Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum

3.1.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung

(Z. 1) Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren

Seite 54 - Textliche Festlegungen

Anregung

Dieses Ziel wird aus Sicht der Flächenschonung begrüßt.

Wir regen an, den Begriff Freiraum zu differenzieren und in dem Zusammenhang auf die Betroffenheit der dort wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe einzugehen (siehe Anmerkung im Kapitel 3.3.1 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen unter Ziel 10 GIB sichern und entwickeln).

In überwiegend landwirtschaftlich strukturierten Ortslagen hat die Siedlungsentwicklung die landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Existenz- und Entwicklungsbelange zu berücksichtigen. Wegen der besonderen Bedeutung landwirtschaftlicher Betriebe für die Gestaltung und Sicherung der Kulturlandschaft sowie für die Daseinsvorsorge ist dem Schutz der Standorte bei konkurrierenden Planungen eine besondere Beachtung einzuräumen.

Raumbedeutsame Siedlungsentwicklungen sollten aus agrarstruktureller Sicht an ihrem Versiegelungsgrad, möglichen Auswirkungen auf den Boden- und Wasserhaushalt, Anbindung an leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur (überörtliches Verkehrsnetz oder Schienennetz) sowie des vorsorgenden Klimaschutzes geprüft werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW. Diese sieht kein Planzeichen für Vorranggebiete für landwirtschaftliche Nutzungen vor. Flächen die landwirtschaftlich genutzt werden, werden in der Regel als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (Vorbehaltsgebiet) festgelegt. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die

Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

Darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Inhalt

3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung

(Z. 3) Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten

Seite 56 ? Textliche Festlegungen

Anregung

Im Kontext der bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung (Kapitel 3.1.2) sowie generell im Kapitel 3 Siedlungsraum, gibt es keine textlichen Festlegungen zu flächensparenden Kompensationsmaßnahmen. Es ist daher geboten, im Regionalplan in einem Grundsatz oder einem Ziel die flächensparende Kompensation zu fordern und nicht nur in den Erläuterungen darauf hinzuweisen (siehe meine Anregung zu Kapitel 4.1.1 unter G. 23 Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken).

Wir regen an, analog zum Regionalplan Düsseldorf (S. 51, Grundsatz 1), diesen Grundsatz in den Regionalplan Köln aufzunehmen: ?Erforderliche flächenintensive Kompensationsmaßnahmen sollen außerhalb der Siedlungsbereiche in den Bereichen zum Schutz der Natur, in den Bereichen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung oder in den Regionalen Grünzügen geplant und auf landwirtschaftlich nutzbaren Flächen vermieden werden.?

Seite 56 f. ? Textliche Festlegungen

Anregung

Auch findet im Rahmen der bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung (Kapitel 3.1.2) sowie generell im Regionalplan die Innenentwicklung in Form einer Wiedernutzbarmachung von Brache- und Konversionsflächen keinerlei Erwähnung. Ich rege an, analog zum Regionalplan Düsseldorf (S. 51, Grundsatz 2), diesen Grundsatz in den Regionalplan Köln aufzunehmen: ?Regionalbedeutsame Brach- und Konversionsflächen sollen frühzeitig von der Belegenheitskommune im Siedlungsmonitoring als Wiedernutzungspotenzial erfasst werden.? Auf dieser Grundlage sollte auch im Regionalplan Köln die Erarbeitung eines regionalen Brachflächenkonzeptes für die Nachnutzung der regionalbedeutsamen Brach- und Konversionsflächen in Zusammenarbeit mit den Belegenheitskommunen angestrebt werden. Die Innenentwicklung muss vor einer Außenentwicklung in Betracht gezogen werden.

Im Interesse einer innovativen Regionalplanung, die zeitgemäßen Lösungen im Spannungsfeld zwischen kontinuierlich steigenden Flächenansprüchen und bereits

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

In Bezug auf Festlegungen zu flächensparenden Kompensationsmaßnahmen gilt: Aus Sicht der Regionalplanungsbehörde ist dem Erfordernis entsprochen (siehe G. 23 Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken).

Zur Innenentwicklung sowie Nutzung von Brachflächen gilt: Der LEP NRW formuliert die Grundsätze 6.1-3 Leitbild ?dezentrale Konzentration?, 6.1-5 Leitbild ?nachhaltige europäische Stadt? in Hinblick auf eine kompakte Siedlungsstruktur, 6.1-6 Vorrang der Innenentwicklung sowie 6.1-8 LEP NRW Wiedernutzung von Brachflächen. Diese sind von den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene zu berücksichtigen. Von reinen Wiederholungen sieht der Regionalplan Köln ab.

Darüber hinaus trägt der Regionalplan mit den Z.1 *Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren* und Z.2 *Zersiedlung vermeiden* zu einer kompakten und flächensparenden Siedlungsentwicklung bei. Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten. Die Regelungen im Ziel Flächenüberhänge vermeiden und abbauen dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

Zur Berücksichtigung von Brachflächen bei der bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung gilt: Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung

heute ausgeprägter Flächenknappheit Rechnung trägt, muss der Regionalplan neue Wege gehen und der Mobilisierung vorhandener Potenziale im Bereich der Innenentwicklung Vorrang verschaffen.

Innenpotenziale befinden sich im Siedlungsraum. Zur Mobilisierung dieser Brachflächen sowie sonstiger Innenentwicklungspotenziale (Baulücken, untergenutzte und nicht planungsadäquat genutzte Grundstücke, Umstrukturierungs- und Nachverdichtungspotenziale, Zurücknahme isoliert liegender Bauflächen) müssen vor dem Hintergrund einer verantwortungsvollen Flächeninanspruchnahme Impulse gesetzt werden, beispielsweise durch eine regionalplanerische Verpflichtung zur vorrangigen Nutzung dieser Innenentwicklungspotentiale.

Seite 48 - Begründung, letzter Absatz

Bedenken

Die Bedarfsermittlungsmethoden zur Berechnung der Wirtschaftsflächenbedarfe für Neuansiedlungen und Verlagerungen berücksichtigen nicht die Konversionsflächen, die im Rheinischen Revier in Folge des Braunkohleausstiegs frei werden. Damit sind die angewendeten Methoden nicht plausibel und liefern im Ziel falsche Berechnungsergebnisse.

Die Bedarfsberechnungsverfahren sollten weiterentwickelt werden und die steigende Flächenknappheit und die daraus resultierende zunehmende Notwendigkeit der Flächenschonung aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit der Ressource Fläche berücksichtigen.

entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Ehemalige Tagebauflächen des Braunkohlenabbaus sind gemäß LEP NRW keine Brachflächen, da die Nachfolgenutzung (Rekultivierung) bereits im Braunkohlenplan festgelegt ist.

Für großflächige Kompensationsmaßnahme gilt u.a. dass Flächen für die Waldentwicklung festgelegt wurden, sofern diese bekanntermaßen ? z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation ? künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. In diesem Kontext ist der Anregung entsprochen.

Ein grundsätzlicher regionalplanerischer Konflikt ist in Bezug auf Kompensationsmaßnahmen nicht erkennbar. Ggf. erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung örtlicher Konflikte mit landwirtschaftlicher Nutzungen gegenüber ökologischen oder forstlichen Funktionen können beispielsweise durch die Anwendung von vertragnaturschutzrechtlichen Lösungen und ähnlichen Instrumenten wie den Ökokonten gelöst werden. Sie sind Gegenstand der bauleitplanerischen bzw. landschaftsplanerischen Umsetzung.

Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Kompensationsmaßnahmen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten und können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Inhalt

3.1.3 Flexible Siedlungsentwicklung

*(G. 13) Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren**(Z. 6) ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*

Seite 64, 65 - Textliche Festlegungen

Bedenken

Die Einführung des planerischen Instruments der ASBflex und GIBflex wird abgelehnt. Über dieses Instrument werden Flächen ohne konkreten Bedarf und oberhalb des ermittelten Siedlungsraumbedarfs festgelegt. Dieses Verfahren zur Bedarfsermittlung ist methodisch nicht plausibel.

Im Zuge des Bedarfsberechnungsverfahrens führt im Ergebnis die Gewichtung der dargestellten Flächen mit dem Faktor für ASBflex und GIBflex rechnerisch eindeutig zu einem (hier um das Doppelte, da hier lediglich ein Faktor von 0,5 angesetzt wird) überhöhten Bedarf. Außerdem setzt diese Berechnungsmethode eine (gleiche) Austauschbarkeit der Bedarfe mit ihren jeweiligen Standorten (räumlichen Verortungen) voraus. Die planerische Abwägung jedoch ist standortspezifisch durchzuführen. Nach dem veröffentlichten Entwurf des 2. ROGÄndG des BMWSB sind die Ziele der Raumordnung planerisch zu konkretisieren. Das heißt, es ist hierfür eine planerische Abwägung durchzuführen, deren Tatbestandsseite verwaltungsgerichtlich überprüfbar sein muss.

Diese langfristige Flächensicherung für eine potentielle perspektivische Siedlungsentwicklung erfolgt auf Kosten des Freiraums und damit zu Lasten der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Sie widerspricht dem Gebot der Flächenschonung. Die Konsequenzen, die sich infolgedessen für die Bewirtschafter der als Vorbehaltsgebiete für flexible Siedlungsentwicklung ausgewiesenen landwirtschaftlichen Nutzflächen ergeben, sind schwerwiegend.

Fehlen betriebliche Entwicklungspotenziale am Betriebsstandort, können die Betriebe Innovationen und notwendige Entwicklungsschritte nicht umsetzen und bleiben auf dem bisherigen Stand von Wissenschaft und Technik stehen. Dadurch könnten sie sich den wandelnden ökonomischen Rahmenbedingungen nicht mehr anpassen und würden dadurch auf lange Sicht ihre Existenzgrundlage verlieren.

Als fachübergreifendes, integriertes Zukunftskonzept für die räumliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens formuliert der LEP (Kapitel 7.5 Landwirtschaft) dazu folgende

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Der Regionalplan Köln entkoppelt insofern Mengen- und Standortsteuerung der Siedlungsentwicklung. Dies dient dazu, zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbaren Restriktionen und Umsetzungshemmnissen innerhalb der ASB und GIB zu begegnen und mehr Flexibilität bei der räumlichen Verortung der ermittelten Siedlungsraumbedarfe zu schaffen. Im Sinne der Verfahrensbeschleunigung sowie einer gesamträumlichen Abwägung im Sinne des Freiraumschutzes werden durch dieses Instrument künftig erforderliche einzelne Einzeländerungsverfahren des Regionalplans für geeignete Siedlungsraumerweiterung reduziert. Aufgrund der vielfältigen Restriktionen und Mehrfachkodierungen der Flächennutzung im Regionalplan Köln legt dies den sonst typischerweise auftretenden Regionalplanänderungsverfahren für Einzelvorhaben eine gesamtplanerische Freiraum- und Siedlungsraumkonzeption zugrunde.

Die Ermittlung der Flex-Bedarfe fußt dabei auf einem Richtwert von 50% der ermittelten Siedlungsraumbedarfe, um einerseits ein angemessenes Verhältnis zum Siedlungsflächenbedarf herzustellen und andererseits in Hinblick die zeichnerische

raumordnerische Grundsätze:

7.5-1 Grundsatz Räumliche Voraussetzung der Landwirtschaft

7.5-2 Grundsatz Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte.

Bei Planungen und Maßnahmen sind die Betriebsstandorte landwirtschaftlicher Unternehmen in der Form zu sichern, dass ihre räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten am Standort und die Neuausrichtung von Betriebsschwerpunkten gewährleistet bleiben.

Die Entwicklungsmöglichkeiten erfordern konkret die Sicherung und Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Flächenbewirtschaftung sowie den Erhalt der notwendigen Freiräume zur Entwicklung der Betriebe an ihren Betriebsstandorten.

Aus agrarstruktureller Sicht wird angeregt, dass Konzept der flexiblen Siedlungsentwicklung (ASBF + GIBF) raumplanerisch zu prüfen.

Festlegung (in der Regel ab 10 ha) ein regionalplanerisch darstellungsfähiges Mengengerüst zu erhalten. Dabei werden auch etwaige Überhänge bei den Siedlungsflächenreserven berücksichtigt. Die Festlegung von ASBflex und GIBflex erfolgt im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans anhand eines eigenen Planzeichens. Das Ausschöpfen der ermittelten Bedarfe durch Festlegungen ist nicht zwingend erforderlich und "übrige" Bedarfe werden nicht regional verteilt. Die Tabelle *Potentiale zur Festlegung von ASBflex und GIBflex in den Kommunen des Regierungsbezirks Köln* in der Begründung wird um die tatsächlichen verorteten ASBflex und GIBflex ergänzt und ist insofern als Dokumentation eines Prozesses zu verstehen.

ASBflex und GIBflex dürfen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung sind im kommunalen Bauleitplanverfahren die Bereiche (ASB/GIB) zu benennen, innerhalb welcher dauerhafte Vollzugshindernisse vorliegen. So wird sichergestellt, dass nicht mehr Fläche als gemäß ermitteltem Bedarf in Anspruch genommen wird.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Die Begründung zum Regionalplan Köln wird entsprechend fortgeschrieben.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1

ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von Siedlungsraum gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

1005059, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung</p> <p>3.2.1 Allgemeine Siedlungsbereiche</p> <p><i>(Z. 7) ASB sichern und entwickeln</i></p> <p>Seite 66 - Textliche Festlegungen i.V.m. Seite 73 ff - Begründung</p> <p>Anregung</p> <p>Im Zuge der geänderten LPIG DVO regen ich an, dass das neu eingeführte Planzeichen ?Vorbehaltsgebiet Landwirtschaftliche Kernräume? in der Regionalplanung ausgewiesen wird und als solches als Restriktion Eingang in die Tabelle 9: Harte Restriktionen für eine zukünftige siedlungsräumliche Entwicklung in der Spalte ?Sonstige Restriktionen? findet. Zielführend wäre diesbezüglich die im ?Landwirtschaftlichen Fachbeitrag? thematisierte Darstellung agrarstrukturell bedeutsamer Flächen unter der Schutzkategorie ?Vorranggebiete für die Landwirtschaft?. Der Schutz der Agrarstruktur sollte bei einer geplanten Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen als abwägungsrelevanter Belang mit besonderer Gewichtung in die landesplanerische Abwägung einbezogen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Ausweisung landwirtschaftlicher Kernräume auf Basis der in 2022 neu Inkraft getretenen DVO zum LPIG NRW scheidet aus. Gemäß §41 der DVO sind die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits förmlich eingeleiteten Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Raumordnungsplänen, so auch die Neuaufstellung des Regionalplans nach bisherigem Recht weiterzuführen. Der zur Neuaufstellung des Regionalplans erarbeitet Fachbeitrag der Landwirtschaftskammer bietet nicht die Grundlagen, um der Forderung nachzukommen. Auf der Basis der vorliegenden Standortwertkarte und der daraus abgeleiteten Agrarräume lassen sich weder eine fachlich sinnvolle und ausreichend belastbare Differenzierung in Vorbehaltsgebiete (AFAB / landwirtschaftliche Kernräume) noch eine entsprechende Abgrenzung von Vorranggebieten ableiten.</p>

Inhalt

(G. 16) Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten

Seite 79 ? Begründung, vorletzter Absatz

?(?) Daher soll bei der Entwicklung von Bauflächen in den zASB eine den örtlichen Verhältnissen angepasste höhere Dichte der Bebauung realisiert werden. So kann durch eine effiziente Flächennutzung auch die Innenentwicklung gestärkt (vgl. Grundsatz 6.1-6 LEP NRW) und die Inanspruchnahme von Freiflächen im baurechtlichen Außenbereich (vgl. Ziel 6.1-1 LEP NRW) reduziert werden.?

Anregung

Die Siedlungskonzentration in Allgemeinen Siedlungsbereichen mit der Feststellung von zASB wird begrüßt. Angeregt werden auch neue Formen der Mehrgeschoss-Bauten mit erhöhter Baudichte, die über die bessere Festkostenverteilung zu relativ günstigeren Mieten, zu einer besseren Ausnutzung der Infrastruktur, höherer Attraktivität der Innenstädte und einem insgesamt geringeren Flächenbedarf beitragen können.

Grundsätzlich sollte die bauliche Verdichtung des Innenbereichs durch Reaktivierung brachliegender Flächen und/oder Gebäude, auch zur Reaktivierung und Optimierung der Erschließungssituation vorrangig geprüft und möglichst umgesetzt werden.

Anregung

Wir regen an, die folgende differenzierende Ergänzung im Sinne der Bedeutsamkeit landwirtschaftlicher Flächen als Produktionsstandort für hochwertige Nahrungsmittel vorzunehmen. Die Landwirtschaft ist der größte Flächennutzer im Freiraum.

?(?) und die Inanspruchnahme von Freiflächen (in der Regel landwirtschaftlicher Nutzflächen) im baurechtlichen Außenbereich (vgl. Ziel 6.1-1 LEP NRW) reduziert werden.?

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Eine Differenzierung des Begriffs Freifläche ist aus Sicht der Regionalplanungsbehörde nicht erforderlich. Im Übrigen wird auf die Regelungen zur Landwirtschaft in Kapitel 4.4 verwiesen.

Inhalt

Gewerbliche und industrielle Entwicklung

3.3.1 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

(Z. 10) GIB sichern und entwickeln

Seite 83 ? Begründung

B. Methodik zur zeichnerischen Festlegung der GIB

?Von der Festlegung neuer GIB ist bisher regionalplanerisch festgelegter Freiraum mit zum Teil auch landwirtschaftlich genutzten Flächen mit guten Produktionsvoraussetzungen und deren Betriebsstandorte betroffen. (?)?

Anregung

Es wird begrüßt, dass der regionalplanerisch festgelegte Freiraum konkretisiert wird und die Betroffenheit der landwirtschaftlichen Betriebe Erwähnung findet. Ich rege an, die landwirtschaftliche Bewirtschaftung, insbesondere mit den Hofstellen in bestimmten Bereichen, in der planerischen Abwägung deutlich stärker zu gewichten. Die Ausweisung des neuen Planzeichens ?Landwirtschaftliche Kernräume? würde die Differenzierung der öffentlich-rechtlichen Funktion landwirtschaftlicher Flächen zur Nahrungserzeugung ermöglichen und die planerische Abwägung erleichtern.

Zwischen den Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen sowie der Landwirtschaft besteht eine starke Flächenkonkurrenz. Die Kriterien, die zur Identifikation von potentiellen Gewerbeflächen herangezogen werden, betreffen zumeist alle besonders wertvollen landwirtschaftlichen Flächen. Diese sind dringend vor einer umfangreichen Inanspruchnahme zu sichern, da bereits in der Vergangenheit die landwirtschaftliche Nutzung dieser Flächen dem Vorrang der GIB-Ausweisung weichen musste. Erschwerend kommt hinzu, dass die heranrückende Wohnbebauung an landwirtschaftliche Flächen und / oder Hofstellen, die Bewirtschaftung dieser erheblich erschwert.

Abwägung

Typ

Ausgleichsvorschlag

Erläuterung

Die Ausweisung landwirtschaftlicher Kernräume auf Basis der in 2022 neu in Kraft getretenen DVO zum LPIG NRW scheidet aus. Gemäß §41 der DVO sind die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits förmlich eingeleiteten Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Raumordnungsplänen, so auch die Neuaufstellung des Regionalplans nach bisherigem Recht weiterzuführen. Der zur Neuaufstellung des Regionalplans erarbeitete Fachbeitrag der Landwirtschaftskammer bietet nicht die Grundlagen, um der Forderung nachzukommen. Auf der Basis der vorliegenden Standortwertkarte und der daraus abgeleiteten Agrarräume lassen sich weder eine fachlich sinnvolle und ausreichend belastbare Differenzierung in Vorbehaltsgebiete (AFAB / landwirtschaftliche Kernräume) noch eine entsprechende Abgrenzung von Vorranggebieten ableiten.

Die generelle Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Standortwertkarte bzw. Agrarräume ist in der vorgeschlagenen Weise mit Blick auf deren Flächenumfang nicht möglich. Der landesplanerische Auftrag (vgl. Kapitel 6 LEP NRW) zu einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsbereichen würde dann nicht erfüllt werden können. Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen

Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich

1005062, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Zweckgebundene Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen</p> <p>3.3.2.4 Bereiche für sonstige zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen</p> <p><i>(Z. 14) GIBz sichern und umsetzen</i></p> <p><i>(G. 17) Chancen für den Strukturwandel nutzen</i></p> <p>Seite 80 f. ? Textliche Festlegungen i.V.m. Seite 123 ff ? Begründung</p> <p><i>Bedenken</i></p> <p><i>GIBz mit der Zweckbestimmung ?Starterstandorte Strukturwandel? sollen zur Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen des Rheinischen Reviers und zur Vermeidung von Strukturbrüchen im Hinblick auf den Braunkohleausstieg dienen.</i></p> <p>Das Rheinische Revier ist ein Wirtschaftsraum zur Erzeugung von Nahrung und Energie. Es ist gekennzeichnet durch überdurchschnittlich gute agrarstrukturelle Verhältnisse und exzellente landwirtschaftliche Produktionsvoraussetzungen. Die räumliche Nähe zu den großen Absatzmärkten der Rheinschiene, der Metropole Ruhr und der Lage mitten im europäischen Kernraum hat eine wettbewerbsfähige und leistungsstarke Landwirtschaft mit einem ebensolchen vor- und nachgelagerten Bereich hervorgebracht. Zielführend ist der Erhalt und Ausbau der Wertschöpfung.</p> <p>Im Rahmen des Strukturwandels im Rheinischen Revier ist auch die Landwirtschaft mit ihren im Freiraum wirtschaftenden Unternehmen auf eine ausreichende Flächenverfügbarkeit angewiesen. Ein strukturell resilienter Agrarraum muss eine gewisse Größe aufweisen, um agrarstrukturelle Folgen durch Flächeninanspruchnahme und Zerschneidungen ausgleichen zu können. Die hohe Flächennachfrage führt zu Beeinträchtigungen der Agrarstruktur mit allen negativen Folgen für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe und der vielfältigen an die Fläche gebundenen Funktionen der Agrarlandschaft. Die Landwirtschaft ist kein Flächenpool für landwirtschaftsfremde Nutzungen.</p> <p>Wir regen an, dass landwirtschaftliche Nutzflächen, insbesondere innerhalb der bedeutenden Agrarräume in der Standortwertklasse 1, nicht für GIBZ-Ausweisungen mit der Zweckbestimmung ?Starterstandorte Strukturwandel? in Anspruch genommen werden dürfen. Der Suchraum für geeignete Flächenausweisungen sollte auf bereits versiegelte Flächen einschließlich bestehender Infrastruktur (Industriebrachen, Konversionsflächen) festgelegt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der geforderten Ausschluss von Flächen der sehr großflächig verbreiteten Standortwertklasse I würde die Ziele des Strukturwandels im Rheinischen Revier unverhältnismäßig beschränken. Sämtliche Flächen die seitens der WSB-Kommission als wichtige "Starterstandorte" für den beginnenden Strukturwandel ermittelt worden, wären dann nicht umsetzbar. Der Regionalrat Köln hat sich mit dem Aufstellungsbeschluss deutlich für eine regionalplanerische Sicherung dieser Standorte ausgesprochen. Entsprechend der Ausführungen in Kapitel 1.6 soll diesen Standorten aufgrund der ? den umfangreichen Prozessen im Rheinischen Revier vorlaufenden ? Qualifizierung, eine besondere Rolle zur Vermeidung von zeitlichen Brüchen in der Bewältigung des Strukturwandels zukommen.</p>

Inhalt

Zu Kapitel 4 Freiraum

4.1 Festlegungen für den gesamten Freiraum

4.1.1 Allgemeine Freiraumsicherung und -entwicklung

(G. 19) Zusammenhängendes Freiraumsystem erhalten, Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums sichern und entwickeln

Seite 88 ? Textliche Festlegungen, Erläuterung 2) i.V.m. Seite 130 ? Begründung

Anregung

Zu Recht wird in der ?Begründung? zu den ?Textlichen Festlegungen? darauf hingewiesen, dass zu den vielseitigen Funktionen des Freiraums die landwirtschaftliche Produktion gehört. Dahingegen vermisste ich in der Erläuterung 2) zu den ?Textlichen Festlegungen?, dass die Landbewirtschaftung nicht als wichtige Funktion mit aufgezählt wird. Es handelt sich zwar nur um eine beispielhafte Aufzählung, aber aufgrund ihrer Relevanz im Planungsraum, rege ich folgende Ergänzung an:

?Es soll auf den Erhalt eines zusammenhängenden und durchgängigen Freiraumsystems geachtet werden, sodass die Voraussetzung für den Erhalt und die Entwicklung wichtiger Funktionen, z. B. den Biotopverbund, den Klimaausgleich, die landwirtschaftliche und gartenbauliche Produktion oder die freiraumgebundene Erholungsnutzung, dauerhaft erhalten bleiben.?

Die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung vor Ort und darüber hinaus mit hochwertigen und nachhaltig erzeugten Lebensmitteln erfordern einen flächensparenden Umgang und bedingen in dieser Konsequenz einen Schutz der landwirtschaftlichen Nutzflächen vor Inanspruchnahme zu anderen Zwecken.

Seite 89 ? Textliche Festlegungen, Erläuterung 3)

?Für die Bestimmung der jeweiligen Freiraumfunktionen sollen insbesondere Fachbeiträge (z. B. Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019), Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln ? Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung (LVR 2016)), Fachinformationssysteme (z. B. Klimaanalyse NRW, Karte Schutzwürdige Böden, Waldfunktionskartierung) oder Fachplanungen (z. B. Festsetzungen und Entwicklungsziele der Landschaftsplanung, wasserwirtschaftliche Fachplanung) herangezogen werden.?

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine Änderung des Textes ist nicht erforderlich. Es handelt sich um beispielhafte Aufzählungen, die als solche gekennzeichnet sind. In Grundsatz G.19 ist die Landwirtschaft ("Raum für Land- und Forstwirtschaft") ausdrücklich unter dem Aspekt der Freiraumfunktionen bzw. der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums benannt.

Anregung

Auch hier wird die Landwirtschaft erneut außen vorgelassen, indem der
?Landwirtschaftliche Fachbeitrag? (Landwirtschaftskammer NRW, August 2020) keine
Erwähnung findet. Ichj rege an, diesen in der Aufzählung der Fachbeiträge zu
ergänzen.

1005064, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

(G. 20) AFAB sichern und entwickeln

Seite 89 ? Textliche Festlegungen i.V.m. Seite 131 ? Begründung

Bedenken

Wie in der Einleitung bereits angemerkt, bedauere ich sehr, dass für die Landwirtschaft nur Grundsätze und keine Ziele formuliert worden sind. Grundsätze bieten, wie die Erfahrung zeigt, nicht den nötigen Abwägungswiderstand. Insofern rege ich an, der multifunktionalen Bedeutung der Landwirtschaft im Planungsraum durch die Formulierung von Zielen gerecht zu werden und ihre Belange somit stärker zu gewichten. Unterstützen könnte dies die Umsetzung des Planzeichens
?Landwirtschaftliche Kernräume? mit der entsprechenden Bereichsausweisung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zu Stn ID 1005059 verwiesen.

Inhalt

(G. 23) *Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken*

Seite 91 - Textliche Festlegungen i.V.m. Seite 132 ? Begründung

Anregung

Es wird begrüßt, dass Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen räumlich konzentriert erfolgen sollen und eine Bündelung von Einzelmaßnahmen zur Reduzierung von Raumnutzungskonflikten bei der Planung von Kompensationsmaßnahmen empfohlen werden.

In den Erläuterungen zum o.g. Grundsatz werden allerdings nur einige wenige raumplanerische Ziele aufgezählt, zu denen Kompensationsmaßnahmen beitragen können. Anstelle dessen wäre es wichtig und sinnvoll auf die Möglichkeiten einzugehen, wie flächenschonend kompensiert werden könnte.

Im Folgenden nenne ich einige Beispiele, die aus agrarstruktureller Sicht zur Flächenschonung im Rahmen der Kompensation erforderlich sind und in die Erläuterung aufgenommen werden sollten:

- Überprüfung des ökologischen Aufwertungspotenzials bestehender Schutzgebiete, z.B. BSN als indirekten Beitrag der Schonung landwirtschaftlicher Flächen und deren Umsetzung über eine Zusammenarbeit mit Naturschutzstiftungen und anderen Akteuren
- Berücksichtigung der ökologischen Aufwertung nach dem Bewertungsverfahren für Kompensationsmaßnahmen an Fließgewässern und in Auen (MUNLV, 2009). Dieses Kompensationsbewertungsverfahren erlaubt eine bis zweifache ökologische Aufwertung (Ökologische Werteinheiten, umgangssprachlich Ökopunkte) für eine bessere Durchgängigkeit bzw. andere gewässerstrukturelle, hydromorphologische Maßnahmen als Kompensationsmaßnahmen (https://www.flussgebiete.nrw.de/system/files/atom_s/files/20091002_munlv_bewertung_kompensation_0.pdf)
- Maßnahmen an Gewässern (Umsetzung der WRRL)
- ökologische Wertigkeit von Dachbegrünungen überprüfen (mit dem Ziel Maßnahmen des Artenschutzes und/oder der Biodiversität (Insekten) umzusetzen
- Industriebrachen-Flächenrecycling und Altlastensanierung (Leerstandskataster für Kommunen)
- Entsiegelung versiegelter Flächen
- Ausgleich durch Aufwertung bereits vorhandener Biotope

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Rücksichtnahme auf landwirtschaftliche Belange bei der Planung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist fachgesetzlich sichergestellt und bedarf keiner Regelungen im Regionalplan. In §31 LNatSchG NRW werden geeignete Maßnahmen zur Schonung landwirtschaftlicher Flächen konkret benannt, die jeweils vorrangig zu prüfen sind.

- Umsetzung von funktionalen Ausgleichsmaßnahmen im bestehenden Wald (Qualitative Aufwertung des Waldes im Rahmen des sog. landschaftsrechtlichen Ausgleichs)
- Nutzen vorhandener Ökokonten / Ökologischer Werteinheiten vor Neu-Inanspruchnahme gewachsenen Bodens für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
- Bevorratung von Kompensationsmaßnahmen (Ökologische Werteinheiten)
- Kombination von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen kommunaler Bauleitplanung oder von Fachplanungen (Straßenbau) z.B. bei Betroffenheit des Schutzgutes Wasser mit gewässerstrukturellen Aufwertungsmaßnahmen, s.o. (doppelte ökologische Wertigkeit).
- Produktionsintegrierte Kompensation (PIK).

Das Prinzip der Nachhaltigkeit stellt ein übergeordnetes Ziel in der Regionalplanung dar, an dessen Erreichen sich die gesamte Planung und auch die einzelnen Teilbereiche messen lassen müssen. Im Blick auf die landwirtschaftlichen Flächen bedeutet dieses Prinzip den konsequenten Schutz der wertvollen Ressource Boden und eine wirklich restriktive Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen in der Regionalplanung und den nachgeordneten Planungsebenen. Dies betrifft auch die Ausgestaltung von Kompensationsverpflichtungen.

Speziell im Kontext umweltbezogener, die ordnungsgemäße Bewirtschaftung einschränkender Zielsetzungen ist die Regionalplanung aufgefordert, den Rahmen für kooperative Lösungen bei der Maßnahmenplanung und vertragliche Instrumente bei der Maßnahmenumsetzung festzulegen. Landwirtschaftliche Fläche sollte für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nur in notwendigem Maßstab in Anspruch genommen werden. Dabei sind auch landwirtschaftliche Betriebe sowie ihre zukünftigen Entwicklungsperspektiven zu berücksichtigen.

Dass landwirtschaftliche Fläche bei Kompensationsmaßnahmen zu schonen ist und möglichst nicht aus der Produktion genommen werden soll, ist dem § 15 Abs. 3 BNatschG zu entnehmen. Auf die Möglichkeit und das Verfahren zur Umsetzung von PIK weist auch der § 31 des LNatSchG NRW hin.

1005066, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>4.1.2 Bodenschutz</p> <p><i>(G. 24) Bodenschutz, Funktionen von Böden erhalten</i></p> <p>Seite 92 ? Textliche Festlegungen</p> <p><i>Anregung</i></p> <p>Unter Grundsatz 24 sollte neben den ?<i>natürlichen Funktionen von Böden oder aufgrund ihrer Bedeutung als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte?</i>, der Aspekt ?aufgrund ihrer hohen Bodenertragswerte (Bodenwertzahl)? aufgeführt werden.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Bedeutung der landwirtschaftlich genutzten Böden zur Nahrungsmittelproduktion und ihr damit geleisteter Beitrag zur menschlichen Daseinsvorsorge sollte stärker zur Geltung kommen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die benannten Bodenfunktionen entsprechen dem Fachbeitrag des Geologischen Dienst, der nach den landesplanerischen Vorgaben die Grundlage für die Bewertung der Belange des Bodenschutzes auf Ebene der Regionalplanung darstellt. In der Erläuterung wird dementsprechend auch die natürliche Bodenfruchtbarkeit als eine der natürlichen Funktion des Bodens benannt. In Erläuterung 2 wird darüber hinaus der Bezug zur erforderlichen Sicherung dieser Böden für die landwirtschaftliche Nutzung hergestellt.</p>

1005068, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>(G. 25) Böden für den Klimaschutz erhalten und wiederherstellen</i></p> <p>Seite 93 - Textliche Festlegungen i.V.m. Seite 133 - Begründung</p> <p><i>Anregung</i></p> <p><i>In den Erläuterungen zu den ?Textlichen Festlegungen? sowie in der ?Begründung? sollten die klimarelevanten Funktionen der landwirtschaftlich genutzten Böden / Flächen aufgeführt werden.</i></p> <p>Landwirtschaftliche Böden (Acker- sowie Grünland) fungieren im erheblichen Maße als Kohlenstoffsенке und verfügen über ein hohes Sauerstoffbildungsvermögen. Aufgrund ihrer hohen Grundwasserneubildung, besonders bei den Ackerkulturen (i.d.R. ca. 100 ? 200 mm (l) /m²) haben sie einen positiven Einfluss auf den guten mengenmäßigen Zustand der Grund- und /oder Oberflächenwasserkörper. Der Schutz und Erhalt landwirtschaftlicher Böden dient grundsätzlich dem Klimaschutz. Ein entsprechender Passus sollte ergänzt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Ausführungen zu den regional bedeutsamen klimarelevanten Böden beziehen sich auf die Funktionen gemäß der Karte der schutzwürdigen Böden NRW (Geologischer Dienst). Diese stellt gemäß Erlasslage die Grundlage für die Bewertung des Bodenschutzes auf Ebene der Regionalplanung dar.</p>

Inhalt

4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum

(G. 26) Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum ermöglichen

Seite 94 ? Textliche Festlegungen

?Konflikte mit anderen Nutzungen, z.B. der Landwirtschaft sollen vermieden werden?

Hinweis:

Wir begrüßen, dass auf das Konfliktpotential zwischen Erholungssuchenden und den Bewirtschaftern der landwirtschaftlichen Nutzflächen hingewiesen wird. Besonders in der Nähe von Siedlungsbereichen wird das Wirtschaftswegenetz im ländlichen Raum auch touristisch oder zur Naherholung genutzt. Diese vielfachen Nutzungsansprüche führen häufig zu Konfliktsituationen. Erholungssuchende fühlen sich in der Ausübung ihrer Freizeitaktivitäten durch Landmaschinen beeinträchtigt und die im Freiraum arbeitenden Landwirte werden in ihrem Betriebsablauf gestört. Sinnvoll wäre eine ganzheitliche, konzeptionelle Betrachtung der ländlichen Wegenetzstruktur. Eine Optimierung des Wegenetzes im ländlichen Raum könnte diese Konfliktsituation entschärfen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

Inhalt

4.2 Regionale Grünzüge

(Z. 18) RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen

Seite 96 ? Textliche Festlegungen

Hinweis ? Erläuterung 3)

Landwirtschaftliche Nutzflächen und auch Hofstellen bilden in weiten Teilen des Planungsraums die Substanz der Regionalen Grünzüge und stellen ein charakteristisches und wertschöpfendes Merkmal dieser da. Regionale Grünzüge (RG) können oftmals erst im Zusammenwirken mit der Landwirtschaft durch eine landschaftspflegerische Nutzung ihre Funktionen erfüllen und ihre Bewahrung sichern. Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen lässt positive Klimawirkungen entstehen.

Gemäß der Erläuterung 3) bleiben die in RG bestehenden Rechte von der Festlegung unberührt. Ich setze damit voraus, dass die in den Regionalen Grünzügen liegenden Hofstellen der landwirtschaftlichen Betriebe durch diese textliche Festlegung als aus den zeichnerischen Festlegungen ausgenommen gelten und folglich notwendige Bauvorhaben im Außenbereich zulässig sind.

Zu den notwendigen baulichen Vorhaben sind auch technische Anlagen zu zählen, wie beispielsweise das Verlegen landwirtschaftlicher Dränanlagen, um einer Vernässung auf landwirtschaftlich genutzten Flächen entgegenwirken zu können. Dies ist auf den untergeordneten Planungsebenen zu berücksichtigen. Der Unterhalt und die Instandhaltung bestehender Drainagen sowie die notwendige Einrichtung neuer Systeme muss in Regionalen Grünzügen umsetzbar sein.

Hinweis ? Erläuterung 4)

Ein wichtiges Instrument für die Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe ist die Entwicklung weiterer Betriebszweige zur Schaffung zusätzlicher Einkommensmöglichkeiten. Diese Diversifizierung erfordert in der Regel Baumaßnahmen, die zu einer Nutzungsänderung der Hofstelle führen können. Unter der Erläuterung 4) werden *?Planungen und Maßnahmen ausgeschlossen, die die Funktionen der RG beeinträchtigen.?* Der zweite Spiegelstrich erwähnt dabei auch *?bauliche Anlagen oder Nutzungsänderungen?*, wenn dadurch Kaltluftflüsse oder klimatische Ausgleichsprozesse beeinträchtigt würden. Ich weise darauf hin, dass es landwirtschaftlichen Betrieben, die in RG liegen und einen gewissen Bestandschutz genießen, möglich sein muss, auch Bauvorhaben im Rahmen einer Nutzungsänderung

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Zulässigkeit der angesprochenen Vorhaben richtet sich nach §35 BauGB.

durchführen zu können, wenn dadurch ihre Wirtschaftlichkeit gesichert wird bzw. ihr existentieller Fortbestand davon abhängt. Diversifizierung soll die regionale Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze sichern bzw. schaffen.	
---	--

1005071, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>(G. 28) RG mit ihren Funktionen (weiter-)entwickeln</i></p> <p>S. 98 ? Textliche Festlegungen</p> <p><i>?(?) Sie sollen mit lokal bedeutsamen Grün- und Freiflächen verbunden werden.?</i></p> <p><i>Anregung</i></p> <p>Die Weiterentwicklung der RG sollte sich primär an den Gewässerachsen und den bereits vorhandenen Flächen mit hohem ökologischem Wert sowie an bestimmten Hecken-strukturen und Restflächen orientieren. Es ist zu vermeiden, landwirtschaftlich genutzte Flurstücke innerhalb der RG so zu zerstückeln bzw. zu beschneiden, dass ihre Bewirtschaftung unrentabel wird.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregten Änderungen überschreiten die Detailierungsgrenze des Regionalplans. Die lokal bedeutsamen Grün- und Freiflächen werden in Erläuterung 2 beispielhaft differenziert. Der Schwerpunkt wird dabei auf nicht landwirtschaftlich genutzte Grün- und Freiflächen innerhalb des Siedlungsraums bzw. innerhalb bestehender Ortschaften ausgerichtet..</p>

Inhalt

Schutz der Natur und Landschaft

Hinweis

Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln sind großflächige Ausweisungen von Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) und von Bereichen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) vorgesehen. Dies ist aus agrarstruktureller Sicht als äußerst bedenklich zu beurteilen. Hintergrund sind bereits bestehende und zukünftig anstehende rechtliche Regelungen zur Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Nutzflächen in Gebieten mit Bedeutung für den Naturschutz, die weit über die aus der Landschaftsplanung bekannten Ver- und Gebote hinausgehen. Beispielsweise wird das Insektenschutzpaket durch eine Änderung der Pflanzenschutzanwendungsverordnung und eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes umgesetzt. Die Änderung der Pflanzenschutzanwendungsverordnung ist bereits am 08.09.2021 in Kraft getreten. Diese verbietet unter anderem den Einsatz von Herbiziden und bienengefährlichen Insektiziden, auch biologischen Mitteln, in Gebieten mit Bedeutung für den Naturschutz. Laut Entwurf des Bundesnaturschutzgesetzes ist es außerdem vorgesehen, in Naturschutzgebieten und gesetzlich geschützten Biotopen grundsätzlich den Einsatz von Bioziden (Insektiziden und Akariziden) zu verbieten. Zudem besteht ein Entwurf über eine Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln mit weitreichenden Änderungen. Hier soll der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in diversen Schutzgebieten (u.a. Landschaftsschutzgebiete, Vogelschutz-, - u. Wasserschutzgebiete) festgesetzt werden.

Die Folgen der damit einhergehenden Einschränkungen für die Flächenbewirtschaftung machen sich insbesondere in Form von teils enormen Ertragsverlusten durch Beikrautdruck und Schädlingsbefall bemerkbar. Schon jetzt können von den landwirtschaftlichen Nutzflächen in NRW überschlägig nur noch rund 37 % der Bevölkerung in NRW versorgt werden. Geht man von einem Ertragsverlust von ca. 30 % auf Flächen mit Bewirtschaftungseinschränkungen aus, sinkt der Selbstversorgungsgrad kontinuierlich weiter. Setzt man dies noch in Relation zur stetig sinkenden landwirtschaftlichen Nutzfläche in NRW (rund 170.000 ha seit 1995), wird meiner Ansicht nach die Bedeutung landwirtschaftlicher Nutzflächen zur Ernährungssicherung deutlich unterschätzt.

Da die weitläufige Ausweisung von BSN und BSLE auf Ebene der Regionalplanung das Planungsrecht für die Ausweisung von Landschaftsschutz- und Naturschutzgebieten im Regierungsbezirk Köln schafft, die nun eine weit stärkere Beschränkung der Landwirtschaft erwarten lassen, fordere ich diese Ausweisungen auf das absolut

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Festlegung der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) und zum Schutz der Landschaft und für die landschaftsorientierte Erholung (BSLE) fußt entsprechend der gesetzlichen Vorgaben zu wesentlichen Teilen auf dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftsplanung (LANUV). Mit den Festlegungen sind keine unmittelbaren Folgen für die Bewirtschaftung der Flächen vorgesehen. Aus den textlichen Festlegungen folgt keine Verpflichtung, die Bereiche auf nachfolgender Ebene mit Schutzfestsetzungen zu versehen. Hier besteht ein breiter Spielraum für die Umsetzung, der auch die vorrangige Prüfung einer Umsetzung von vertraglichen Vereinbarungen beinhaltet. Entsprechend Grundsatz G.31 zielen bestimmte BSLE (siehe Erläuterungskarte F6) auf den Schutz von Arten der offenen Agrarlandschaft. Auch hier werden i.d.R. in erster Linie vertragliche Vereinbarungen (siehe G.31, Erläuterung 2) Grundlage der Umsetzung sein.

notwendige Minimum zu beschränken.

Im Teil 2 Zeichnerische Festlegungen nehme ich ergänzend Stellung zu den BSN- und BSLE- Ausweisungen.

Inhalt

Bereiche für den Schutz der Natur

(Z. 20) Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern

Seite 101 ff ? Textliche Festlegungen

Hinweis

Wir begrüßen ausdrücklich, dass unter Erläuterung 2) darauf hingewiesen wird, dass aus der Festlegung der BSN auf Regionalplanebene nicht das Erfordernis abzuleiten ist, ?die BSN vollständig oder überwiegend als Naturschutzgebiete auszuweisen.? Vor geschlagen wird die seitens der Landwirtschaft favorisierte vertragliche Vereinbarung mit den Bewirtschaftern der landwirtschaftlichen Flächen unter dem Zusatz, dass diese Möglichkeit vorrangig geprüft werden soll. Dadurch wird zumindest ein gewisser planerischer und naturschutzfachlicher Spielraum offengelassen.

Bedenken

Die Natur und Landschaft sind auch für die Landwirtschaft von besonderer Bedeutung. Ein intakter Naturhaushalt und funktionierende Ökosysteme bilden die Produktionsgrundlage für landwirtschaftliche Betriebe.

Die Darstellungen der BSN überlagern teilweise großflächig die in der Standortwertekarte dargestellten agrarstrukturell bedeutsamen Flächen, die regelmäßig in der Standortwerteklasse 1 liegen. Ziel der landwirtschaftlichen Standortbewertung ist es, die Bedeutung der für die landwirtschaftliche Primärproduktion genutzten Flächen aufzuzeigen, aber insbesondere die herausragende Bedeutung von unter agrarwirtschaftlichen und standörtlichen Gesichtspunkten besonders wertvollen Flächen hervorzuheben. Dementsprechend werden wertvolle landwirtschaftliche Böden mit besonders hoher natürlicher Bodenfruchtbarkeit oder besonderer Eignung für die landwirtschaftliche Nutzung dargestellt, um sie vor einer Inanspruchnahme zu schützen. Denn wenn einzelne Landwirtschaftsbetriebe einen Großteil ihrer Flächen im BSN und damit auch im zukünftig potentiell NSG verortet wissen, hat dies hinsichtlich ihrer betrieblichen Entwicklung schwerwiegende bis existenzgefährdende Konsequenzen. Ihre öffentliche Funktion zur Produktion hochwertiger Nahrungsmittel im Sinne der menschlichen Daseinsvorsorge können sie so definitiv nicht erfüllen.

Erschwerend kommt hinzu, dass neben landwirtschaftlichen Nutzflächen auch zahlreiche Hofstellen in den BSN liegen (vgl. auch die Ausführungen zu den Zeichnerischen Festlegungen). Eine Ausweisung gemäß den fachgesetzlichen Regelungen in NSG würde eine betriebliche Entwicklung, insbesondere baulicher Art,

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Festlegungen zu den BSN basieren entsprechend der gesetzlichen Regelungen auf dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege und legen die vom Landesamt für Naturschutz als für den regionalen Biotopverbund herausragend bedeutsamen Flächen zugrunde. Für die fachplanerische Umsetzung wird gem. den zugehörigen textlichen Festlegungen ein breiter Spielraum vorgesehen. Die Erläuterungen zu den Zielen zur fachplanerischen Umsetzung (Z.20 (BSN) und Z.21 (BSLE)) enthalten jeweils den Passus "Sofern der Schutzzweck mit angemessenem Aufwand auch durch vertragliche Vereinbarungen erreicht werden kann, soll diese Möglichkeit vorrangig geprüft werden."

nicht oder nur eingeschränkt ermöglichen. Ein darauf basierendes Verbot des Einsatzes von Pflanzenschutz- und Düngemitteln auf landwirtschaftlichen Nutzflächen würde zu deutlich geringeren Erträgen und schlechteren Qualitäten des Aufwuchses führen. Der landwirtschaftliche Wert der Flächen wäre infolgedessen drastisch herabgesetzt. Diese Entwicklung wäre mit dem Grundsatz 7.5-2 des LEP NRW nicht vereinbar, gemäß welchem landwirtschaftliche Betriebe in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern sind.

Es ist erforderlich, die Ausweisung von BSN auf landwirtschaftlichen Flächen auf ein notwendiges Mindestmaß zu begrenzen. So sollen laut LEP NRW bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Das heißt, landwirtschaftliche Flächen dürfen für BSN nur dann in Anspruch genommen werden, wenn dies unvermeidbar ist. Vor einer Umsetzung von BSN durch zusätzliche Ausweisung oder Ausweitung von Naturschutzgebieten auf Fachplanungsebene muss eine Überprüfung und Bestätigung der Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes erfolgen.

Der Landesentwicklungsplan fordert in Grundsatz 4-2 ein Biotopverbundsystem aufzubauen *?(?) als Voraussetzung für die Erhaltung der Artenvielfalt bei sich räumlich verschiebenden Verbreitungsgebieten von klimasensiblen Pflanzen- und Tierarten.?*

Die Universität Münster hat im Auftrag des MUNLV im Jahr 2009 eine Studie veröffentlicht zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Biologische Vielfalt. Die Studie ist zu finden auf der Internetseite des Landesamtes für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen:

https://www.lanuv.nrw.de/fileadmin/lanuv/klimaanpassung/dokumente/bericht_bio_vielfalt_4.pdf

In dieser Studie werden mehr als 1.200 Tier- und Pflanzenarten auf ihre Sensibilität hinsichtlich des Klimawandels untersucht. Tabelle 23 beschreibt die klimasensiblen Lebensraumtypen mit Handlungsbedarf und Tabelle 29 die negativ vom Klimawandel beeinflussten verbundabhängigen Tierarten, für die ein Biotopverbund als Anpassungsstrategie in Nordrhein-Westfalen mit besonderem Handlungsbedarf besteht. Lediglich für 61 Tierarten ist ein aktueller Handlungsbedarf erforderlich. Zwar besteht auch bei den untersuchten Lebensraumtypen zum Teil ein Handlungsbedarf, ob dieser aber in der Biotopvernetzung zu finden ist, regt sich an zu überprüfen.

Werden in den Fachplanungen BSN zu Naturschutzgebieten umgesetzt, gehen damit in der Regel Bewirtschaftungsauflagen für die Landwirtschaft einher. Diese Auflagen konterkarieren die Förderung von Vertragsnaturschutz- sowie Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen. Um Landwirtschaft und Naturschutz noch enger zu verknüpfen, sollte auf Ordnungsrecht weitestgehend verzichtet und Naturschutzmaßnahmen über

Förderung umgesetzt werden. Etabliert hat sich in einigen Regionen bereits eine intensive Beratung landwirtschaftlicher Betriebe im Bereich der Biodiversität und des Vertragsnaturschutzes. Eine gute kostenlose (Offizial-) Beratung in diesen Bereichen sorgt für großes Vertrauen zwischen Landwirtschaft und Naturschutz und kann so durch Freiwilligkeit für eine höhere Akzeptanz sorgen als Ordnungsrecht.

Im letzten Jahr haben im Regierungsbezirk Köln insgesamt rund 1.540 Betriebe an Vertragsnaturschutzmaßnahmen teilgenommen. Etwa 15.980 ha wurden im Rahmen des Vertragsnaturschutzes beantragt.

Ich rege an, die BSN ausschließlich auf diejenigen Flächen zu beschränken, bei denen ein Schutz aus rechtlichen Gründen unbedingt erforderlich erscheint. Darüber hinaus gehende Naturschutzmaßnahmen lassen sich, um Konflikte zu reduzieren, im Rahmen der zuvor erwähnten kooperativen Maßnahmen zwischen Naturschutz und Landwirtschaft auf Grundlage des Kooperations- und Freiwilligkeitsprinzips (siehe dazu auch Teil 3 Umweltbericht, Kapitel 5.2.4 Landwirtschaft) ebenfalls umsetzen.

Zahlreiche Oberflächengewässer sowie die zugehörigen Talzüge werden als BSN ausgewiesen. Die in Tallage befindlichen landwirtschaftlichen Flächen gehören aufgrund ihrer Feuchtigkeit häufig auch in trockenen Jahren noch zu den ertragreichen Standorten. Sie stellen eine wertvolle Futtergrundlage für die landwirtschaftlichen Betriebe dar und sollten daher keine weiteren Bewirtschaftungsauflagen im Rahmen von Schutzgebietsausweisungen erhalten. Auflagen wie spätere Schnittzeitpunkte (z.B. ab 01.07.) führen zu deutlichen Qualitätseinbußen hinsichtlich des erzeugten Futters.

Gerade im Bereich der Gewässer sind durch fachrechtliche Regelungen bereits zahlreiche Einschränkungen vorhanden, die ausreichend Schutz für die Gewässer sowie die ufernahen Bereiche bieten. So sind Abstandsaufgaben zu Gewässern im Rahmen der Düngeverordnung und im Wasserhaushaltsgesetz detailliert geregelt.

1005083, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>4.3.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung</p> <p><i>(G. 30) BSLE erhalten und entwickeln</i></p> <p><i>(Z. 21) BSLE fachplanerisch sichern</i></p> <p>Seite 103 f. ? Textliche Festlegungen</p> <p><i>Hinweis</i></p> <p>Mit Blick auf die bereits heute äußerst großflächige Ausdehnung von Landschaftsschutzgebieten im Regierungsbezirk ist in den nun großzügig bemessenen neuen BSLE-Ausweisungen sicherzustellen, dass die in der Landschaft angesiedelten landwirtschaftlichen Betriebe sich baurechtkonform weiter entwickeln können. Ohne Entwicklungsmöglichkeiten der verbleibenden landwirtschaftlichen Betriebe werden sie ihre für den Erhalt der Landschaft prägende Funktion nicht ausüben können.</p> <p>Ein noch neuer Aspekt auf Ebene der Fachplanung ist der Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, der auch für die Flächenkulisse der Landschaftsschutzgebiete den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nahezu unterbindet. Dies würde das potentielle Ende für eine Vielzahl landwirtschaftlicher Betriebe bedeuten (siehe dazu auch Kapitel 4.3 Schutz der Natur und Landschaft).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe richtet i.d.R. nach den Vorgaben des §35 BauGB. Die textlichen Festlegungen des Regionalplans lassen einen breiten Spielraum für die fachplanerische Umsetzung, der die Berücksichtigung der Belange der Landwirtschaft ermöglicht.</p>

1005084, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

(G. 31) BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft

Seite 105 f. ? Textliche Festlegungen i.V.m. Seite 142 f. ? Begründung

Hinweis

Wir begrüßen den unter Erläuterung 2) der Textlichen Festlegungen formulierten Absatz mit dem Verweis auf die *Instrumente des Vertragsnaturschutzes* sowie die Ausführung in der *Begründung*, dass in den eher intensiv genutzten Teilflächen der BSLE die Umsetzung durch vertragliche Vereinbarungen stärker im Vordergrund stehen soll.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

4.4 Landwirtschaft

Vorgaben der Raumordnung

(G. 32) Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten

Seite 105 f. ? textliche Festlegungen i.V.m Seite 144 - Begründung

Bedenken

Die Regionalplanung hat gemäß LEP den Freiraum zu erhalten und seine Nutz-, Schutz-, Erholungs- und Ausgleichsfunktionen zu sichern und zu entwickeln. Planungen und Maßnahmen beanspruchen aus landwirtschaftlicher Sicht in unverhältnismäßigem Ausmaß wertvolle landwirtschaftliche Nutzflächen und führen infolgedessen zu negativen Auswirkungen auf die Agrarstruktur. Auch im Zusammenhang mit der zusätzlichen Umsetzung eingriffsrechtlich erforderlicher Kompensationsmaßnahmen auf landwirtschaftlichen Flächen verlieren landwirtschaftliche Betriebe häufig ihre Bewirtschaftungsflächen. Die Folgen des Flächenverlustes sind wirtschaftliche Einbußen bis hin zur existentiellen Gefährdung landwirtschaftlicher Betriebe.

Als Bestandteil der menschlichen Daseinsvorsorge ist die aktive Tätigkeit der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie nachwachsender Rohstoffe unter den Grundsätzen der Raumordnung zu subsummieren. Denn nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 ROG ist die nachhaltige Daseinsvorsorge zu sichern, sind Entwicklungspotentiale zu sichern und Ressourcen nachhaltig zu schützen. Nahrungsmittel, die aufgrund der natürlichen Standortbedingungen ressourceneffizient im Regierungsbezirk erzeugt werden können, sollten unter Beachtung der Grundsätze der Subsidiarität, der Klimagerechtigkeit und der Nahrungssouveränität auch in diesem Raum erzeugt werden. Ein Zukauf dieser Nahrungsmittel aus anderen Ländern mit erheblichen Zusatzaufwendungen, wie z.B. Bewässerungswassermengen in Ländern mit geringer Grundwasserneubildung, Transport, würde den ökologischen bzw. CO₂-Fußabdruck ebenfalls beeinflussen.

Es ist festzustellen, dass eine zukunftsfähige und leistungsstarke Agrarstruktur ein schützenswertes öffentliches Interesse darstellt. Die Agrarstruktur ist nicht als Privatbelang, wie andere Wirtschaftszweige anzusehen, da sie der Ernährungssicherung der Bevölkerung dient und hierfür leistungs- und entwicklungsfähige Betriebe erforderlich sind. Die Agrarstruktur bzw. Landwirtschaft ist somit als abwägungsrelevanter und nicht als ?beliebiger? Belang einzuordnen. Diese Belange sind bei der planerischen Abwägung auf jeder Planungsebene zu

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der besonderen Bedeutung der Landwirtschaft wird in einem eigenständigen Kapitel der textlichen Festlegungen Rechnung getragen. Die dort formulierten Festlegungen konkretisieren die Vorgaben des LEP NRW und zielen auf die Sicherung agrarstrukturell bedeutsamer Flächen und die Berücksichtigung agrarstruktureller Belange bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen.

berücksichtigen.

Auch die Landwirtschaft hat einen (eigenen) Bedarf an landwirtschaftlich nutzbaren Flächen. Eine nachhaltigere, klimaschonendere, tierwohlorientiertere Landwirtschaft benötigt einzelbetrieblich selbst mehr Fläche, z.B. für die Wirtschaftsdüngerausbringung (z.B. Dünge-VO und Wirtschaftsdüngernachweis-VO) oder in Form der zunehmenden Flächenbindung bei Bauvorhaben im Außenbereich (Bauen i A, DüngeVO) oder auch bei Umstellung zur ökologischen Landwirtschaft. Im Rahmen der einzelbetrieblichen Entwicklung muss die Landwirtschaft eine nachhaltige und umweltverträgliche Tierhaltung entsprechend den betrieblichen und marktwirtschaftlichen Erfordernissen aufbauen und erweitern können.

Bei unvermeidbarer Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen für andere Zwecke sind die Existenzsicherung entwicklungsfähiger landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Betriebe und die Erhaltung ihrer Flächengrundlage zu gewährleisten. Für den Erhalt einer existenz- und entwicklungsfähigen Landwirtschaft und des Gartenbaus ist bei allen raumbedeutsamen Planungen auf die nachhaltige Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen hinzuwirken und die für die Landbewirtschaftung wichtige Flächenausstattung der Betriebe zu sichern sowie Flächenstruktur, Flächenqualität und ländliche Infrastruktur zu erhalten bzw. zu verbessern.

Ein planerischer Schutzansatz ist dringend geboten, um in den Abwägungsprozessen dem übergeordneten Schutzinteresse der Allgemeinheit an landwirtschaftlichen Ressourcen gerecht werden zu können.

Inhalt

(G. 33) *Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen*

Seite 106 ? Textliche Festlegungen i.V.m. Seite 144 f. Begründung

Anregung:

Es wird begrüßt, dass die Karte der Agrarräume zur Darstellung der agrarstrukturell bedeutsamen Landwirtschaftsflächen als Erläuterungskarte F4 (Anhang A3) in den Regionalplanentwurf aufgenommen wurde. Sehr bedauerlich ist dagegen, dass ihre Differenzierung auf Grundlage der landwirtschaftlichen Standortwerte (Standortwertekarte, Landwirtschaftlicher Fachbeitrag, LWK NRW 2020), außer in der Aufzählung ihrer Kriterien, keinerlei Berücksichtigung erfahren hat.

Die landwirtschaftliche Standortbewertung ermöglicht die räumliche und inhaltliche Abgrenzung der agrarstrukturell bedeutsamen Flächen von den geringer bewerteten Flächen. Die agrarstrukturellen Beurteilungskriterien sind durch die natürlichen und wirtschaftlichen Standortbedingungen, wie natürliche Produktionsgrundlagen und die Flächenstruktur charakterisiert. Der Standortwert stellt im Ergebnis die agrarwirtschaftliche Bedeutung agrarstrukturell besonders wertvoller Flächen dar.

Die Karte der Agrarräume und die Standortwertekarte zielen darauf ab, den Agrarraum auf Ebene der Regionalplanung sichtbar zu machen und außerlandwirtschaftliche Flächennutzer für die Bedürfnisse der Landwirtschaft zu sensibilisieren. Beide Kartenwerke ergänzen sich und sollten als Instrumente zur Unterstützung der sorgfältigen Abwägung bei flächenrelevanten Planungen zur Sicherung der Agrarstruktur dienen.

Wie in der Einleitung formuliert, rege ich die regionalplanerische Ausweisung eines eigenen Planzeichens für die Landwirtschaft (Landwirtschaftlicher Kernraum) auf Grundlage der geänderten LPIG DVO an. Dies würde eine Differenzierung des jetzigen Planzeichens ?Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich? mit einer spezifischeren Wertung der landwirtschaftlichen Flächenbewirtschaftung erlauben. Eine Differenzierung der Belange der Landwirtschaft/Agrarstruktur durch das eigene Planzeichen könnte in Form der zeichnerischen Festlegung als Schutzkategorie ?Vorbehaltsgebiet landwirtschaftliche Kernräume? erfolgen. Damit könnten die agrarstrukturell bedeutsamen Flächen im Regionalplan nachhaltig gesichert werden.

Ist jedoch eine Inanspruchnahme für Planungen und Maßnahmen unumgänglich, ist die in der Standortwertekarte dargestellte zusammenfassende Bewertung mit besonderer Gewichtung in die landesplanerische Abwägung einzubeziehen. Darüber hinaus darf die Inanspruchnahme nur unter der Voraussetzung erfolgen, dass der Agrarraum in

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Kernräume wird auf die Erläuterungen zu Stn ID 1005086 und Stn ID 1005059 verwiesen. Die generelle Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Standortwertekarte bzw. Agrarräume ist in der vorgeschlagenen Weise mit Blick auf deren Flächenumfang nicht möglich. Der landesplanerische Auftrag (vgl. Kapitel 6 LEP NRW) zu einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsbereichen würde dann nicht erfüllt werden können. Es wird zudem darauf hingewiesen, dass mit dem Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans in erheblichem Umfang (in Summe ca. 9.500ha) vorgesehen ist, bislang als Siedlungsbereiche festgelegte Bereiche in eine Freiraumfestlegung zu überführen.

gleichem Umfang und in vergleichbarer Qualität an anderer Stelle im Regionalplan durch eine Neudarstellung ergänzt wird, die möglichst in räumlicher Nähe zur in Anspruch genommenen Landwirtschaftsfläche liegen muss.	
---	--

Inhalt

(G. 34) *Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten*

Seite 106

Anregung

Die unternehmerischen Entwicklungsmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe auf Grundlage ihrer Betriebsstandorte sowie der zu bewirtschaftenden Flächen müssen perspektivisch gesichert sein. Fehlen betriebliche Entwicklungspotenziale am Betriebsstandort, können die Betriebe Innovationen und notwendige Entwicklungsschritte (z.B. Etablierung einer nachhaltigen, umweltgerechten Tierhaltung) nicht umsetzen und bleiben auf dem bisherigen Stand von Wissenschaft und Technik stehen. Dadurch könnten sie sich den wandelnden ökonomischen Rahmenbedingungen sowie den agrarpolitischen und klimabedingten Vorgaben nicht mehr anpassen und würden auf lange Sicht ihre Existenzgrundlage verlieren.

Das Umfeld landwirtschaftlicher Betriebsstandorte ist unter Beachtung des § 50 BImSchG von immissionssensiblen Nutzungen wie Wohnnutzungen oder Neuausweisung von Schutzbereichen und Biotopen freizuhalten. Ohne diesen Freiraum können sich die Betriebe im Rahmen der baurechtlichen Vorgaben nicht weiter entwickeln. Eine heranrückende Siedlungsentwicklung kann eine betriebliche Erweiterung, beispielsweise des Betriebszweigs Tierhaltung oder als Standort für andere geruchsemitierende Anlagen wie Biogasanlagen, schon aus immissionsschutzrechtlichen Gründen erheblich einschränken oder gar verhindern. Es ist zudem sicherzustellen, dass die landwirtschaftlichen Betriebe nicht durch sich verfestigende Splittersiedlungen und wachsende Ortsteile in ihren Emissionsradien begrenzt und in ihrer weiteren Entwicklung behindert werden.

Der Regionalplan setzt den Rahmen für nachfolgende Fachplanungen, welche auch Einschränkungen der Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebsstandorte zur Folge haben können. Zur Absicherung der landwirtschaftlichen Betriebsentwicklungspotenziale gegenüber konkurrierenden Zielen bedarf es daher auch schon im Regionalplan bindender Regelungen. Planungen und Maßnahmen, die entwicklungsfähige Betriebsstandorte gefährden, sind zu vermeiden. Es wird angeregt bei der Neuausweisung von Flächen zur Siedlungsentwicklung und zum Schutz der Natur einen Schutzabstand zu landwirtschaftlichen Hofstellen im Radius von 300 m einzuhalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Sie bedarf einer Betrachtung von potenziellen Konflikten im Einzelfall. Erforderliche Abstände und ggf. notwendige Regelungen sind Gegenstand fach- bzw. bauleitplanerischer Verfahren.

Inhalt

Wald

4.5.1 Walderhalt- und Vermehrung

(G. 35) Waldvermehrung in waldarmen Gebieten fördern, Waldentwicklung auf besonders geeignete Flächen lenken

(G. 36) Eingriffe in den Wald ausgleichen

Seite 108 f. - Textliche Festlegungen

Anregung

Bevor es zu einer Neuausweisung von Waldbereichen kommt, sollte zunächst ein Waldumbau angestrebt werden. Im Sinne des Klimawandels sind bei der Abwägung insbesondere das CO₂-Bindungsvermögen sowie die Grundwasserneubildung und Verdunstung zu berücksichtigen. Landwirtschaftliche sowie gartenbauliche Kulturen haben aufgrund ihrer Schnellwüchsigkeit ein sehr hohes CO₂-Absorptionspotential, ein hohes Sauerstoffbildungsvermögen, ein vergleichbares Kaltluftbildungsvermögen, einen höheren Kaltluftabfluss sowie eine signifikant höhere Grundwasserneubildung ? insbesondere bei Ackerkulturen - als Wald.

Bei der Waldvermehrung müssen demnach gezielt lokale Standortfaktoren wie Klima oder Wasserversorgung berücksichtigt werden. Die Nutzung von Niederschlagskarten ist angeraten. Ich verweise diesbezüglich auf die Standortwertekarte der Landwirtschaftskammer NRW und spreche mich basierend auf dieser dafür aus, dass landwirtschaftliche Flächen generell nicht aufgeforstet werden sollten. Insbesondere Flächen der Standortwerteklasse 1 sind von der Aufforstung auszuschließen. Nur so können Zielkonflikte weitestgehend vermieden werden und eine Abwägung zwischen Waldvermehrung und Lebensmittelproduktion wird umgangen.

Darüber hinaus rege ich an, die Abbildung 5 ?Waldflächen in Nordrhein-Westfalen? im LEP NRW (2017) daraufhin zu überprüfen, ob der Waldanteil nach seinem Anteil an der Freifläche dargestellt ist. Sollte dies zutreffen, so bewirkte dies, dass eine geringere Anzahl von Kommunen unterhalb 20 % Waldanteils läge, als wenn der Waldanteil nach dem Flächenanteil an der Katasterfläche berechnet würde.

Daher rege ich an, nur noch den direkten Waldersatz in Höhe von 1:1 durch Ersatzaufforstung flächenmäßig wirksam werden zu lassen (sog. forstrechtlicher Ausgleich). Der sog. landschaftsrechtliche Ausgleich für die höhere ökologische Wertigkeit und Funktionserfüllung älterer Bäume/Waldbestandes sollte in bestehendem

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die dem LEP NRW zugrundeliegende Definition der waldarmen Gebiete ist nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans. Entsprechend der textlichen Festlegungen sind besonders geeignet für die Waldvermehrung Flächen im Anschluss an bestehende Waldbereiche, die bestehenden Waldbereiche miteinander verbinden, im Umfeld von Siedlungen, entlang von Fließgewässern, entlang von linearer Infrastruktur oder in Trinkwasserschutzgebieten. Diese aus dem forstlichen Fachbeitrag entwickelte Festlegung beinhaltet keine grundsätzliche Aussage in Bezug auf Regionale Grünzüge oder Rekultivierungsflächen.

Wald ausgeglichen werden. Ersatzaufforstungen sind nach 7.5-2 LEP nicht auf Flächen mit besonderer landwirtschaftlicher Eignung durchzuführen.

Flächen in Regionalen Grünzügen und Rekultivierungsflächen sollten daher nicht grundsätzlich als Gunstflächen zur Waldvermehrung vorgesehen werden. Sofern die Rekultivierung mit Mutterboden (Z0-Material) durchgeführt wurde und sich die Rekultivierung als Bodenverbesserung darstellt und für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung geeignet ist, so sollten die Nutzungen im Rahmen der planerischen Abwägung sowohl für die Landwirtschaft als auch für Wald vorgesehen werden.

Inhalt

7 Wasser

4.7.1 Oberflächengewässer

(G. 45) Oberflächengewässer und Entwicklungskorridore naturnah und ökologisch wertvoll entwickeln

Seite 115 - Textliche Festlegungen

Hinweis

Entwicklungskorridore sind für eine naturnahe Gewässerentwicklung nötig, jedoch dürfen die Korridore nicht zu unverhältnismäßigen Einschränkungen auf angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen führen. Landwirtschaftliche Belange sind bei der Ausweisung zu berücksichtigen, insbesondere die betriebliche Existenzsicherung bei unverhältnismäßigen Bewirtschaftungseinschränkungen.

(Z. 26) Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz sichern

Seite 119 - Textliche Festlegungen

Hinweis

Wir verweisen auf den Grundgedanken der langjährigen und erfolgreichen Kooperation zwischen Wasserwirtschaft und Landwirtschaft. Anpassungen in der Landwirtschaft sind auf einer fundierten Datenbasis vorzunehmen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

4.7.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz

(G. 46) Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen

Seite 121 - Textliche Festlegungen

Hinweis

Wir verweisen auf den Grundsatz und die erfolgreiche Umsetzung des kooperativen Gewässerschutzes. Die Erfahrungen und Erfolge haben gezeigt, dass eine Erweiterung des Grundwasserschutzes und Gewässerschutzes am besten gemeinsam mit der Landwirtschaft über den kooperativen Weg erfolgt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1005091, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 5 Infrastruktur</p> <p>5.1 Verkehrsinfrastruktur</p> <p>5.1.2 Radwegenetz</p> <p><i>(G. 52) Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln</i></p> <p>Seite 131 - Textliche Festlegungen</p> <p><i>Anregung:</i></p> <p>Radschnellwege sind nach dem Straßen- und Wegegesetz NRW planungsrechtlich Landesstraßen gleichgestellt. Die Trassen der Radschnellwege und Radwege mit erhöhtem Ausbaustandard sind separat zu führen. Nicht nur die Radwege sind vor konkurrierenden Raumnutzungsansprüchen zu sichern, sondern die Wirtschaftswege sind für den ungehinderten landwirtschaftlichen Verkehr zu sichern.</p> <p>Wir stellen seit längerer Zeit fest, dass Wirtschaftswege in Fahrradstraßen umgewidmet werden. Dies verursacht regelmäßig Konflikte mit den im Planungsraum wirtschaftenden Landwirten, die auf ihre Wirtschaftswege angewiesen sind.</p> <p>Wirtschaftswege dienen oftmals als Ort der Erholung und werden zur Ausübung von Freizeitaktivitäten genutzt, für Landwirte stellen sie jedoch eine Existenzgrundlage dar. Sie sind unverzichtbar für die Erschließung der landwirtschaftlichen Nutzflächen und dienen als Verbindung von landwirtschaftlichen Betriebsstätten und Gehöften. Sie schaffen die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Einsatz der Landtechnik. Landmaschinen sind in der Regel schwer manövrierbar, sodass ein Ausweichen nicht ohne weiteres möglich ist. Aus diesen vielfachen Nutzungsansprüchen ergeben sich häufig Konfliktsituationen. Beeinträchtigungen des landwirtschaftlichen Verkehrs mit großen und breiten Maschinen, teilweise in genehmigter Überbreite, sind auszuschließen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1005092, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>5.1.4 Straßennetz</p> <p><i>Hinweis</i></p> <p>Die Ausweisung von Verkehrs- und Infrastrukturflächen steht in Konkurrenz zur landwirtschaftlichen Flächennutzung. Ich weise darauf hin, dass in diesem Bereich insbesondere im Hinblick auf den Neubau von Verkehrswegen ebenfalls die Endlichkeit der zur Verfügung stehenden Fläche zu berücksichtigen ist. Durch die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Fläche darf es nicht zu existenzbedrohenden Flächenverlusten kommen und Betriebsstandorte müssen aufgrund ihrer Entwicklungsmöglichkeiten großzügig ausgespart werden.</p> <p><i>(Z. 30) Bestehendes Straßennetz erhalten und Trassen für künftige Straßen sichern</i></p> <p>Seite 137 ? Textliche Festlegungen</p> <p><i>Hinweis</i></p> <p>Die zunehmende Flächenkonkurrenz ist bei der Entwicklung des zukünftigen Straßennetzes zu beachten. Die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen ist zu vermeiden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

Inhalt

(G. 57) Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen

Seite 137 f. ? Textliche Festlegungen

Anregung

Im Zuge von Straßenbaumaßnahmen werden regelmäßig in großem Umfang landwirtschaftliche Flächen für das konkrete Vorhaben in Anspruch genommen. Aufgrund der im Regionalplan unzureichenden räumlichen Konkretisierung von Bedarfsplanmaßnahmen für den Straßenbau rege ich an, Straßenbaumaßnahmen auf ein Minimum zu reduzieren und in räumlicher Form zu konzentrieren. Insbesondere die Überplanung von großen, gut geeigneten Flächen erhöht den regionalen Flächendruck, den es zu verringern gilt. Aus agrarstruktureller Sicht wird daher gefordert, dass ein Passus zur Flächenkonkurrenz aufgenommen wird, der die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe und ihrer Betriebsstandorte sichert sowie landwirtschaftlich bedeutenden Agrarräumen als wirtschaftliche Grundlage einen höheren Schutzstatus einräumt. In diesem Zusammenhang verweise ich erneut auf die zwingende Notwendigkeit einer Ausweisung des Planzeichens ?Landwirtschaftliche Kernräume?.

Eine Bedarfsplanung darf die uneingeschränkte Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe nicht überlagern und somit hemmen. Landwirtschaftliche Betriebe sind in ihrer Entwicklung abhängig von den standortgebundenen Gegebenheiten, so dass eine Produktionsverlagerung ausgeschlossen ist. Im Zuge dessen ist sicher zu stellen, dass die Bedarfsplanmaßnahmen die Betriebsstandorte berücksichtigen

Unabhängig davon, dass im Regionalplan kein konkreter Trassenverlauf dargestellt wird, ist anzunehmen, dass der Flächenverbrauch im Rahmen des Infrastrukturausbaus vor allem landwirtschaftliche Flächen betreffen wird. Dies kann zum einen durch den direkten Verlust im Rahmen von Überplanungen der landwirtschaftlichen Flächen erfolgen oder zum anderen durch großzügig anfallende Kompensationsmaßnahmen sowie Ersatzpflanzungen bei Inanspruchnahme von Waldflächen. Im Ergebnis unterscheiden sich die Auswirkungen auf die Landwirtschaft nicht, die einzelbetriebliche Existenzsicherung wird in erheblichem Maße beeinflusst.

Aus agrarstruktureller Sicht sind insbesondere die landwirtschaftlich bedeutsamen Flächen aufgrund ihrer hohen Flächenproduktivität vor einer direkten oder indirekten Inanspruchnahme zu schützen, da diese in vielen Fällen aufgrund der topografischen Gegebenheiten bevorzugt überplant werden. Es gilt, diese bedeutenden Agrarräume zu erhalten und vor einer Überplanung zu schützen

Von einer naturschutzfachlichen Aufwertung von Flächen auf Grundlage der

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es entspricht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans geplante, regionalbedeutsame Straßen festzulegen, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Festlegungen sind von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Es trifft nicht zu, dass die Standortwertekarte keinen Eingang in den Regionalplan-Entwurf gefunden hat. Sie wurde bei der Festlegung von Siedlungsbereichen berücksichtigt. Beim unter Mitwirkung der Landwirtschaft entwickelten Prozess Region Plus Wirtschaft ist die Standortwertekarte ausdrücklich als Eignungskriterium verwendet worden. In Bezug auf die Aufnahme des Planzeichens landwirtschaftliche "Kernräume" gemäß der DVO zum Landesplanungsgesetz wird auf die Überleitungsvorschrift gem. §41 der DVO verwiesen. Demnach sind die bei Inkrafttreten der Verordnung bereits förmlich eingeleiteten Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Raumordnungsplänen, so auch die Neuaufstellung des Regionalplans Köln, nach bisherigem Recht weiterzuführen. Im Hinblick auf die "landwirtschaftlichen Kernräume" gemäß DVO 2022 ist darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei qua Definition nicht um Vorranggebiete (Ziele), sondern um Vorbehaltsgebiete (Grundsätze) handelt. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter

<p>Ausweisungen als BSN oder RG, die anschließend für die Umsetzung von Straßenbaumaßnahmen in Anspruch genommen werden, da sie der Umsetzung der Bedarfsplanmaßnahmen nicht entgegenstehen, ist abzusehen, da es hierdurch zu einem erhöhten Kompensationsbedarf kommen kann, der folglich zu einem Anstieg der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen führen wird.</p>	<p>Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.</p> <p>Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von Siedlungsraum bzw Infrastruktureinrichtungen gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.</p> <p>Bei der weiteren Konkretisierung der Fachplanung sind G.32 <i>Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten</i>, G.33 <i>Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen</i> und G.34 <i>Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten</i> zu berücksichtigen.</p>
--	---

1005094, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Versorgungsinfrastruktur</p> <p>5.2.1 Leitungen und Trassen</p> <p><i>(G. 62) Transportleitungen schützen</i></p> <p>Seite 146 - Textliche Festlegungen</p> <p><i>Hinweis</i></p> <p>Zum Schutz der Agrarstruktur sollten Transportleitungen gebündelt verlaufen und /oder sich an vorhandener Infrastruktur orientieren (bspw. Straßen). Dies erleichtert den Zugang zu den Leitungen und schont die Agrarstruktur.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

Inhalt

Kraftwerke und Nebenbetriebe

(Z. 36) Standorte für Braunkohlekraftwerke flexibel nachnutzen

Seite 148 - Textliche Festlegungen

Hinweis

Es ist zu begrüßen, dass eine gewerblich-industrielle Folgenutzung geplant wird. Diese Flächen sollten auch bei den von Gemeinden ausgewiesenen Gewerbeflächen berücksichtigt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1005096, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Erneuerbare Energien</p> <p>5.2.3.1 Nutzung erneuerbarer Energien</p> <p><i>(G. 63) Geeignete Standorte für die Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien sichern</i></p> <p>Seite 139 - Textliche Festlegungen</p> <p><i>Hinweis</i></p> <p>Landwirtschaftliche Nutzflächen sind als geeignete Standorte auszuschließen. Insbesondere Flächen die durch Zuschnitt, Lage oder Bodenwertigkeit eine besondere Bedeutung für die Agrarstruktur haben.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1005097, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Nutzung von Solarenergie</p> <p><i>(G.67) Solarenergie flächensparend ausbauen</i></p> <p>Seite 152 - Textliche Festlegungen</p> <p>Siehe Inhalte bei G. 63 [siehe Stn-ID 1005096]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

Inhalt

(Z. 38) Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern

Seite 153 - Textliche Festlegungen

Hinweis

Freiflächenphotovoltaikanlagen in einer raumbedeutsamen Größe sind gemäß Ziel 10.2-5 des Landesentwicklungsplans NRW auf landwirtschaftlichen Flächen nur ausnahmsweise zulässig.

Die uneingeschränkte Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen zur Energieversorgung widerspricht den Vorsorgegesichtspunkten der Nahrungsmittelsicherung. Daher ist die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen für andere Planungen und Nutzungen auf ein Minimum zu beschränken. Zur Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen sind primär Deponie- und Konversionsflächen heranzuziehen.

Die Errichtung von Anlagen in einer raumbedeutsamen Größe ist für die Agrarstruktur in der Regel unverträglich und wird abgelehnt. Freiflächenphotovoltaikanlagen in einer nicht raumbedeutsamen Größe werden ebenfalls abgelehnt, da auf diesen Flächen die landwirtschaftliche Nutzung aufgegeben wird. Sollte jedoch eine nicht raumbedeutsame Freiflächenphotovoltaikanlage entgegen der allgemeinen Forderung auf landwirtschaftlichen Flächen errichtet werden, darf dies nur auf landwirtschaftlichen Flächen erfolgen, die mindestens zwei der folgenden Kriterien erfüllen:

- Landwirtschaftliche Flächen außerhalb landwirtschaftlicher Vorranggebiete (landwirtschaftliche Standortwerteklasse 1)
- Ertragsschwache landwirtschaftliche Flächen
- Landwirtschaftliche Flächen innerhalb der Kulisse der ?benachteiligten Gebiete?
- Landwirtschaftliche Flächen mit einem Schutzstatus, wenn dadurch der Schutzzweck weiter erhalten bleibt
- Grünland, welches der Sukzession unterliegt und damit seine Grünlandfunktion verliert

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1005099, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

(Z. 39) Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung sichern

Seite 155 - Textliche Festlegungen

Siehe Inhalte Z. 38 [siehe Stn-ID 1005098]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1005100, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>5.2.3.4 Energetische Nutzung von Biomasse</p> <p><i>(Z. 40) Standorte für raumbedeutsame Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse raumverträglich steuern</i></p> <p>Seite 156 - Textliche Festlegungen</p> <p><i>Hinweis</i></p> <p>Ebenso gilt es, die landwirtschaftlichen Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse weiter nachhaltig nutzen zu können und Neuanlagen sinnvoll zu genehmigen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

Inhalt

Entsorgungsinfrastruktur

5.3.1 Festlegung von Entsorgungsinfrastruktur raumverträglich steuern

(Z. 42) Neue Standorte für Deponien raumverträglich steuern

Seite 159 - Textliche Festlegungen

Hinweis

Deponiekörper sollten möglichst viel Volumen fassen und dabei vor allem eine Ausdehnung in die Höhe ermöglichen. Durch dieses Vorgehen wird die Inanspruchnahme von Flächen reduziert.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Zu Teil 2 Zeichnerische Festlegungen

Insgesamt ist festzustellen, dass sowohl die Ausweisungen der Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) und der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) als auch die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) generell zu großzügig ausfallen und teilweise als überzogen einzustufen sind. Der Ansatz zur Schonung der Flächen ist für die Landwirtschaft nicht erkennbar.

Aus agrarstruktureller Sicht äußere ich erhebliche Bedenken gegen:

- Die großzügige Dimensionierung der neuen BSN-Ausweisungen
- BSN-Ausweisung auf Ackerland
- BSN-Ausweisung von Hofstellen und hofnahen Flächen
- Eine an die Betriebsstandorte heranrückende Siedlungsentwicklung (ASB, GIB)

Betriebe sollen weder in ihrem Bestand noch in ihren perspektivischen Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigt werden. Hofstellen und hofnahe Flächen sind dementsprechend auszugrenzen.

- Die Ausweisung von flexiblen Siedlungsbereichen (ASBX/GIBX) auf Landwirtschaftsflächen
- Eine Ausweisung von GIBz (Starterstandorte Strukturwandel) zu Lasten der Landwirtschaftsflächen in agrarstrukturell bedeutsamen Agrarräumen
- Die großzügige Neuausweisung der BSLE.

Hinweis allgemein

Die zeichnerische Darstellung der BSN und ihre Kennzeichnung sind zum Teil sehr unübersichtlich und nicht immer eindeutig erkennbar. Es wird darum gebeten, eine übersichtlichere Darstellungsform zur Verfügung zu stellen.

Den zeichnerischen Festlegungen ist zu entnehmen, dass große Flächen des Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichs zukünftig als BSN ausgewiesen werden sollen. Die hier im Kapitel ?Zeichnerische Festlegungen? aufgeführten textlichen und bildlichen Sachverhalte dienen aufgrund der Vielzahl und Großräumigkeit der BSN-Ausweisung lediglich als Beispiele und sind damit nicht abschließend und vollständig.

Dies gilt auch für die nachfolgend aufgeführten textlichen und bildlichen Sachverhalte zu den Darstellungen der BSLE-, ASB- und GIB-Ausweisungen, die ebenfalls nicht als abschließend zu werten sind.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die generelle Kritik wird nicht nachvollzogen. Die Festlegungen erfolgen im Einklang bzw. in Umsetzung der landesplanerischen Vorgaben, z.B. zum Auftrag einer bedarfsgerechten und flächensparenden Siedlungsentwicklung und zur Sicherung eines regionalen Biotopverbunds auf Grundlage des Fachbeitrags als fachgesetzliche Grundlage für den Regionalplan. Im Einzelnen wird auf die Bedenken der Landwirtschaftskammer bei deren konkreten Bedenken eingegangen. Auf die zugehörigen Abwägungsvorschläge wird verwiesen.

Die zuvor geäußerten grundsätzlichen Anregungen und Bedenken werden anhand der im Folgenden aufgeführten Beispiele nach Kreisen sortiert und dokumentiert.

Hinweis: Erklärungen zur Kartendarstellung (Legende)

?Symbol? Rote Kreise in den Kartenausschnitten heben einzelne landwirtschaftliche Betriebe hervor und dokumentieren ihre Betroffenheit Dabei ist die Darstellung nur beispielhaft, nicht abschließend.

Die bekannten landwirtschaftlichen Betriebe werden durch einen roten ?Punkt? markiert.

BSN-Neuausweisungen werden flächig grün, BSN-Ausweisungen insgesamt gestrichelt grün angezeigt.

BSLE-Neuausweisungen werden flächig rot hervorgehoben.

ASB-Neuausweisungen werden flächig gelb und ASBX rot gestrichelt dargestellt. ASB-Ausweisungen insgesamt sind orange gestrichelt hinterlegt.

GIB-Neuausweisungen werden flächig lila und GIBX dunkelblau gestrichelt angezeigt. GIB-Ausweisungen insgesamt sind hellblau gestrichelt hinterlegt.

1005105, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Städteregion und Stadt Aachen</p> <p>Bereiche für den Schutz der Natur</p> <p><i>BSN_TAA-AC, Aachen, Stolberg</i></p> <p>Die Festlegung der BSN umfasst mehrere landwirtschaftliche Betriebsstätten mit arrondiertem Grünland. Die Entwicklungsfähigkeit der Betriebe wird durch den BSN erheblich eingeschränkt, wenn nicht gar unterbunden. Es wird angeregt, die Betriebsstandorte mit einem Puffer von 300 ? 500 m aus den BSN auszugrenzen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005105]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005105.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005106, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>BSN_TAA-AC, Aachen, Stolberg</i></p> <p>In dieser BSN-Festlegung befinden sich zwei Betriebsstätten mit arrondiertem Grünland. Die Entwicklungsfähigkeit der Betriebe wird erheblich eingeschränkt, wenn nicht gar unterbunden. Es wird angeregt, die Betriebsstandorte mit einem Puffer von 300 ? 500 m aus den BSN auszugrenzen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005106]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005106.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005107, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-AC, Aachen, Stolberg

Hier befindet sich die Betriebsstätte eines Pferdebetriebs in der BSN-Ausweisung. Um die Möglichkeit zu Weiterentwicklung zu sichern, ist die Hofstelle mit einem Puffer von 300 ? 500 m aus der BSN-Ausweisung herauszunehmen. Ich verweise auf die hohe Wertigkeit der landwirtschaftlichen Flächen (Standortwerteklasse 1) gemäß Standortwertekarte der LWK NRW (Landwirtschaftlicher Fachbeitrag, LWK NRW 2020). Diese Flächen sind für eine leistungsstarke Agrarstruktur von besonderer Bedeutung.

[s. Anhang Abb. 1005107]

Anhänge

[Abb_ID1005107.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005108, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>BSN_TAA-AC, Aachen, Stolberg</i></p> <p>In diesem Bereich rückt die BSN-Ausweisung besonders nah an drei Betriebsstandorte heran. Ich fordere auch hier diese mit einem 300 - 500 m Puffer um die Betriebsstätte zu versehen und aus dem BSN herauszunehmen. Insbesondere da dieser die Standortwerteklasse 1 aufweist und somit eine besondere Bedeutung für die Leistungsfähigkeit der Betriebe und der hiesigen Agrarstruktur aufweist.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005108]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005108.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005109, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-AC, Aachen-Vaalseerquartier

In diesem Bereich fallen sechs Betriebe mit ihren Flächen in die Neuausweisung des BSN. Die BSN-Ausweisung erstreckt sich großräumig auf wertvollen landwirtschaftlichen Flächen innerhalb bedeutender Agrarräume. Dabei handelt es sich um intensiv genutztes Ackerland der Standortwertklassen 1 und 2. Bedeutende Agrarräume mit wertvollen Ackerflächen sollten unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses landwirtschaftlicher Flächen zur Nahrungsmittelerzeugung für BSN nicht in Anspruch genommen werden. Sie sind für die landwirtschaftliche Produktion von besonderer Bedeutung und somit für die Bewirtschaftung zu erhalten. Hier gilt es die BSN-Ausweisung zurück zu nehmen. Einer der Betriebe wäre mit 70 ha seiner Betriebsfläche betroffen. Eine Existenzgefährdung wäre somit nicht mehr auszuschließen.

[s. Anhang Abb. 1005109]

Anhänge

[Abb_ID1005109.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005110, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>BSN_TAA-AC, Aachen-Vaalseerquartier</i></p> <p>Mehrere Betriebsstandorte liegen in der BSN-Ausweisung. Die Entwicklungsfähigkeit der Betriebe wird damit erheblich eingeschränkt. Es wird angeregt, die Betriebsstandorte mit einem Puffer von 300 ? 500 m aus den BSN auszugrenzen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005110]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005110.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005111, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>BSN_TAA-AC, Aachen, Herzogenrath / Alsdorf</i></p> <p>Das BSN überlagert infolge seiner nördlichen Erweiterung drei landwirtschaftliche Betriebsstandorte mit Grünlandflächen. Damit die Entwicklungsfähigkeit des Betriebes nicht eingeschränkt wird, sollte die BSN-Festlegung auf die Abgrenzung des bestehenden Regionalplans zurückgenommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005111]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005111.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005112, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-AC, Aachen Würselen

Die Erweiterung der BSN-Festlegung umfasst einen landwirtschaftlichen Betrieb mit seinen arrondierten Grünlandflächen. Damit die Entwicklungsfähigkeit des Betriebes nicht eingeschränkt wird, sollte die BSN-Festlegung auf die Abgrenzung des bestehenden Regionalplans zurückgenommen werden.

[s. Anhang Abb. 1005112]

Anhänge

[Abb_ID1005112.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005113, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

ASB_WUR-Weiden, Aachen-Würselen

Die heranrückende Siedlungsentwicklung im Rahmen der Erweiterung des ASB_WUR-Weiden betrifft einen Pferdebetrieb. Der Betrieb darf weder in seiner Bewirtschaftung noch in seiner zukünftigen Entwicklung eingeschränkt werden. Dies betrifft insbesondere das Auftreten von Geruchs- und Lärmemissionen. Ich bitten dies bei den zukünftigen Planungsmaßnahmen zu berücksichtigen.

[s. Anhang Abb. 1005112]

Anhänge

[Abb_ID1005113.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1005114, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Kreis Düren</p> <p>Bereiche für den Schutz der Natur</p> <p><i>BSN_TAA-DN-38 Linnich</i></p> <p>Die Festlegung der BSN umfasst eine landwirtschaftliche Betriebsstätte sowie wertvolle Ackerflächen der Standortwertklasse 1 eines bedeutenden Agrarraums. Die Entwicklungsfähigkeit des Betriebs wird erheblich eingeschränkt. Der Betriebsstandort ist mit einem Puffer von 300 ? 500 m aus den BSN auszugrenzen. Es wird gefordert Ackerland gänzlich aus der BSN-Neuausweisung herauszunehmen und auch nicht anteilmäßig (teilflächige Überlagerung) in die BSN-Kulisse aufzunehmen.</p> <p>[s. Anhang Abb.1005114]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005514.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005115, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-DN-38 Merzenhausen

Der von der BSN-Ausweisung betroffene Landwirtschaftsbetrieb plant die Ausweitung seines Betriebszweiges Gemüsebau. Durch die BSN-Festlegung seines Standortes sowie seiner wertvollen Produktionsflächen werden seine Entwicklungsfähigkeiten eingeschränkt. Der Betriebsstandort ist mit einem Puffer von 300 ? 500 m aus den BSN auszugrenzen. Ackerflächen sind aus der BSN-Neuausweisung herauszunehmen und auch nicht anteilmäßig in BSN zu überführen.

[s. Anhang Abb. 1005115]

Anhänge

[Abb_ID1005115.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005116, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-DN-38 Freialdenhoven

In diesem Bereich befinden sich Ackerflächen in der ausgewiesenen BSN Kulisse. Ackerflächen sind grundsätzlich aus der Kulisse herauszunehmen. Eine Ausweisung bedeutet unverhältnismäßige Einschränkungen in der Bewirtschaftung der Flächen. Ich verweise an dieser Stelle auf das Ausbringungsverbot von Pflanzenschutzmitteln in Naturschutzgebieten. Zusätzlich zerschneidet die ausgewiesene Kulisse die dargestellten Ackerflächen. Eine Bewirtschaftung wird durch eine solche Zerschneidung deutlich aufwändiger.

[s. Anhang Abb. 1005116]

Anhänge

[Abb_ID1005116.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005117, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-DN-5 Boslar

In diesem Bereich befinden sich zwei Betriebsstätten innerhalb der BSN-Ausweisung. Die Entwicklungsfähigkeit der Betriebe wird damit erheblich beeinträchtigt. Es wird angeregt, die Betriebsstandorte mit einem Puffer von 300 ? 500 m aus den BSN auszugrenzen.

[s. Anhang Abb. 1005117]

Anhänge

[Abb_ID1005117.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005119, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-DN-6

In diesem Bereich befindet sich ein landwirtschaftlicher Betrieb innerhalb der BSN-Ausweisung. Damit der Betrieb in seinen perspektivischen Entwicklungsmöglichkeiten nicht eingeschränkt wird, sollte die BSN-Festlegung auf die Abgrenzung des bestehenden Regionalplans zurückgenommen werden.

[s. Anhang Abb.1005119]

Anhänge

[Abb_ID1005119.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005120, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>BSN_TAA-DN-1d</i></p> <p>In diesem Bereich befindet sich ebenfalls ein landwirtschaftlicher Betrieb innerhalb der vorgenommenen BSN-Erweiterung. Zur Wahrung seiner Entwicklungsfähigkeit am Standort, sollte die BSN-Festlegung auf die Abgrenzung des bestehenden Regionalplans zurückgenommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005120]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005120.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005121, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>BSN_TAA-DN-1d, Düren</i></p> <p>In diesem Bereich befindet sich ein landwirtschaftlicher Betrieb innerhalb der BSN-Erweiterung. Damit der Betrieb in seinen Entwicklungsmöglichkeiten nicht beeinträchtigt wird, sollte die BSN-Festlegung auf die Abgrenzung des bestehenden Regionalplans zurückgenommen werden. Insbesondere Betriebe mit Tierhaltungen werden sich in den nächsten Jahren mit geänderten Anforderungen an die Tierhaltung konfrontiert sehen, die weitere bauliche Entwicklungen erforderlich machen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005121]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005121.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005122, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><u>BSLE_Nörvenich, BSLE_Vettweiß, Düren</u></p> <p><u>BSLE_Linnich, BSLE_Titz, Düren</u></p> <p>Durch die großzügige Neuausweisung von BSLE (Abbildungen 18 und 19) wird umfangreich bedeutender Agrarraum, wertvolle Ackerflächen der Standortwertklasse 1, überlagert. Da die möglichen Konsequenzen neu festgelegter BSLE derzeit vor dem Hintergrund fachrechtlicher Änderungen auf der nachfolgenden Planungsebene ungewiss sind, ist m. E. die umfangreiche Ausweitung für den Schutz der Landschaft bedenklich und rege an dies zu berücksichtigen. Würde dies Szenario eintreten, wäre die reguläre Bewirtschaftung der Nutzflächen durch die Landwirtschaft nicht mehr möglich.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005122_1]</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005122_2]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005122_1.pdf</p> <p>Abb_ID1005122_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005123, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>GIBZ_TIT - Titz</i></p> <p>Die GIBZ-Festsetzung ragt in die offene und unzerschnittene Feldflur hinein. Dieser Form der Gewerbe-Flächenausweisung wird als unverhältnismäßig zu seiner Lage im bedeutenden Agrarraum gesehen, insbesondere da hochwertige Flächen der Standortwertklasse 1 betroffen sind. Diese sind für die Agrarstruktur von besonderer Bedeutung. Durch den Zuschnitt und die Lage der Ausweisung ist kein Ansatz zur Flächenschonung ersichtlich.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005123]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005123.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen</p>

1005124, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>GIB_ALD-Siersdorf</i></p> <p>Die GIB-Festlegung überplant wertvolle Ackerflächen der Standortwerteklasse 1. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass der Flächenverlust keinen landwirtschaftlichen Betrieb existenziell bedroht. Darüber hinaus sollte die Planung entlang der Bewirtschaftungsgrenzen erfolgen, um die Entstehung von Restflächen zu verhindern. Aus agrarstruktureller Sicht ist eine bedarfsgerechte stufenweise Inanspruchnahme der Fläche vorzunehmen, um möglichst lange eine landwirtschaftliche Nutzung zu ermöglichen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005124]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005124.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen</p>

1005125, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

GIBZ_JUL-Merscher Höhe_1, Düren, GIBX_JUL-Merscher Höhe, Düren

Mit der Festlegung des GIBZ und GIBX werden besonders wertvolle Ackerflächen (Standortwerteklasse 1) in einem bedeutenden Agrarraum überplant. Aus agrarstruktureller Sicht kommt es zu einem bedeutenden Flächenverlust. Zu den flexiblen Siedlungsbereichen wurde im Kapitel 3.1.3 Stellung bezogen. Eine Ausweisung von flexiblen Siedlungsbereichen auf landwirtschaftlichen Flächen wird abgelehnt. Es handelt sich dabei um eine Flächensicherung ohne konkreten Bedarf auf Kosten der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Es werden Bedenken gegen diese Festlegungen geäußert.

[s. Anhang Abb. 1005125]

Anhänge

[Abb_ID1005125.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1005127, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>GIBX_DN-Distelrath, Düren</i></p> <p>Mit der Festlegung des GIBX wird besonders wertvolle Ackerfläche (Standortwerteklasse 1) in einem bedeutenden Agrarraum überplant. Aus agrarstruktureller Sicht kommt es zu einem bedeutenden Flächenverlust. Zu den flexiblen Siedlungsbereichen wurde im Kapitel 3.1.3 Stellung bezogen. Eine Ausweisung von flexiblen Siedlungsbereichen auf landwirtschaftlichen Flächen wird abgelehnt. Es handelt sich dabei um eine Flächensicherung ohne konkreten Bedarf auf Kosten der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Es werden Bedenken gegen diese Festlegungen geäußert.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005127]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005127.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1005128, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

GIBX_HGW-Germeter

Mit der Festlegung des GIBX wird besonders wertvolle Ackerfläche (Standortwerteklasse 1) in einem bedeutenden Agrarraum überplant. Aus agrarstruktureller Sicht kommt es zu einem bedeutenden Flächenverlust. Zu den flexiblen Siedlungsbereichen wurde im Kapitel 3.1.3 Stellung bezogen. Eine Ausweisung von flexiblen Siedlungsbereichen auf landwirtschaftlichen Flächen wird abgelehnt. Es handelt sich dabei um eine Flächensicherung ohne konkreten Bedarf auf Kosten der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Es werden Bedenken gegen diese Festlegungen geäußert.

[s. Anhang Abb. 1005128]

Anhänge

[Abb_ID1005128.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

siehe Erläuterungen zu StnID 1012213.

1005129, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

GIB_DN-Panzerkaserne, GIBX_DN-Panzerkaserne, GIBZ_DN-Panzerkaserne

Die GIB-Festlegung betrifft einen Biobetrieb mit seiner landwirtschaftlichen Betriebsstätte und angrenzen wertvollen Ackerflächen. Der Betrieb bewirtschaftet ca. 245 ha, hält ca. 140 Rinder und ca. 5000 Hühner in mehreren Hühnermobilen. Durch die Ausweisung wird der Betrieb in seinen Entwicklungsmöglichkeiten stark eingeschränkt, so dass eine großräumige Ausgrenzung der Betriebsstätte erfolgen sollte. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die gewerblichen Festsetzungen keinen landwirtschaftlichen Betrieb existenziell bedroht. Eine GIBX-Festlegung auf landwirtschaftlichen Nutzflächen wird generell abgelehnt, da es sich um eine Flächensicherung ohne konkreten Bedarf auf Kosten der Landwirtschaft handelt.

[s. Anhang Abb. 1005129]

Anhänge

[Abb_ID1005129.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1005130, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>ASB_DN-Derichweiler, Düren</i></p> <p>Die heranrückende Siedlungsentwicklung im Rahmen der Erweiterung des ASB_DN-Derichweiler betrifft einen landwirtschaftlichen Betrieb. Der Betrieb darf weder in seiner Bewirtschaftung noch in seiner zukünftigen Entwicklung eingeschränkt werden. Dies betrifft insbesondere das Auftreten von Geruchs- und Lärmemissionen. Ich bitte dies bei den zukünftigen Planungsmaßnahmen zu berücksichtigen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005130]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005130.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1005131, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>ASB_DN-Arnoldsweiler, ASBX_DN-Arnoldsweiler</i></p> <p>Die heranrückende Siedlungsentwicklung im Rahmen der Erweiterung des ASB/ASBX_DN-Arnoldsweiler betrifft einen Pferdebetrieb. Der Betrieb darf weder in seiner Bewirtschaftung noch in seiner zukünftigen Entwicklung eingeschränkt werden. Dies betrifft insbesondere das Auftreten von Geruchs- und Lärmemissionen. Ich bitte dies bei den zukünftigen Planungsmaßnahmen zu berücksichtigen. Eine ASBX-Festlegung auf landwirtschaftlichen Nutzflächen wird generell abgelehnt, da es sich um eine Flächensicherung ohne konkreten Bedarf auf Kosten der Landwirtschaft handelt.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005131]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005131.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1005132, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>ASB_DN-Mariaweiler, GIB_DN-Mariaweiler</i></p> <p>Es ist zu berücksichtigen, dass nördlich der Ausweisung ein Betriebsstandort liegt, der weder in seiner Bewirtschaftung noch in seiner zukünftigen Entwicklung eingeschränkt werden darf. Dies betrifft insbesondere das Auftreten von Geruchs- und Lärmemissionen. Auch für die weiteren angrenzenden Betriebsstandorte ist dies zu berücksichtigen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005132]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005132.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1005133, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>ASB_IND-Inden, ASB_IND-Schophoven</i></p> <p>Es wird angeregt die nordwestliche ASB-Festlegung ganz oder zumindest teilweise zurückzunehmen, da es sich hier um wertvolle Ackerflächen der Standortwertklasse 1 handelt. Anstelle dessen sollte ein Baulückenschluss geprüft werden, wie beispielsweise südöstlich.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005133]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005133.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1005135, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

ASB_LAN-Langerwehe, ASBX_LAN-Das Tannenwaeldchen, GIB_LAN-Langerwehe, GIBX_LAN-Langerwehe

Die dargestellte GIBX-Ausweisung im Osten wird abgelehnt, da sie mitten in die Feldflur hinein erfolgt, so dass die Agrarstruktur nachhaltig geschädigt wird. Nicht nur der Zuschnitt der ausgewiesenen Flächen ist problematisch, sondern hier werden insbesondere leistungsfähige landwirtschaftliche Böden der Standortwerteklasse 1 in Anspruch genommen. Zusätzlich rege ich die Zurücknahme des ASBX nordwestlich an. Stattdessen könnte das ASB südlich auf geringer bewerteten Flächen erweitert werden. Wie zuvor bereits erwähnt, wird die Festlegung von ?Flexiblen Siedlungsbereichen? grundsätzlich abgelehnt. Ein Ansatz zur Flächenschonung ist nicht ersichtlich.

[s. Anhang Abb. 1005135]

Anhänge

[Abb_ID1005135.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, das ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

1005136, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>ASB_MER-Merzenich, ASBX_MER-Ellebach, GIB_MER-Merzenich, GIBX_MER-Am Stein</i></p> <p>Wie zuvor unter Abbildung 30 beschrieben, ist auch hier bei der Festlegung von ASB und GIB kein Aspekt der Flächenschonung zu erkennen. Es findet keine Erweiterung des Siedlungsrandes statt, sondern eine Zersiedlung Mitten in die landwirtschaftlichen Produktionsstandorte hinein. Diese Vorgehensweise zu Lasten der Agrarstruktur ist höchst bedenklich. Die sich angrenzend befindenden Betriebsstandorte sind in ihren Entwicklungsmöglichkeiten nicht zu beschränken. ASBX und GIBX werden abgelehnt.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005136]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005136.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, dass diese im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.</p>

1005137, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

ASB_NOR-Noervenich, GIB_NOR-Noervenich

Die ASB-Festlegung wird in dieser Form abgelehnt. In den bereits im Gebietsentwicklungsplan festgelegten ASB und GIB Bereichen hat keine Siedlungsentwicklung stattgefunden. Ich erkenne keinen zusätzlichen Bedarf und bitten dies kritisch zu prüfen. Zusätzlich verweise ich auch auf die Inanspruchnahme von besonders wertvollen landwirtschaftlichen Flächen. Eine Festlegung von Siedlungsraum hat grundsätzlich flächenschonend, nachhaltig und dem Bedarf entsprechend zu erfolgen. Sollen große Flächen überplant werden, ist der Bedarf kritisch zu prüfen. Die Inanspruchnahme großer Flächen als Siedlungsbereiche hat stufenweise zu erfolgen, sodass eine landwirtschaftliche Nutzung möglichst lange ermöglicht wird und es nicht zu einer Zersiedlung des Siedlungsbereichs kommt, denn hierdurch ist oftmals keine effiziente Ausnutzung der Fläche zu erwarten.

[s. Anhang Abb. 1005137]

Anhänge

[Abb_ID1005137.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Entwicklung des Siedlungsraums ist unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich. Hinsichtlich der im laufenden Verfahren eingebrachten kommunal angeregten Entwicklungsabsichten verweise ich auf die jeweiligen Teilstellungnahmen der Gemeinde Nörvenich.

1005138, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

ASBX_VET-Vettweiß, GIBZ_VET-Vettweiß

Wie zuvor wiederholt geäußert, wird die Festlegung Flexibler Siedlungsbereiche abgelehnt, wenn sie landwirtschaftliche Flächen beansprucht. Hier sollen besonders wertvolle Ackerflächen überplant werden. Durch diese langfristige Form der Flächensicherung werden landwirtschaftliche Betriebe um ihre perspektivischen Entwicklungsmöglichkeiten gebracht.

[s. Anhang Abb. 1005138]

Anhänge

[Abb_ID1005138.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich.

1005139, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-EU-46, Kall / Nettersheim

Die Festlegung der BSN umfasst mehrere landwirtschaftliche Betriebsstätten sowie landwirtschaftliche Nutzflächen. Die Entwicklungsfähigkeit der Betriebe wird damit erheblich eingeschränkt, wenn nicht gar unterbunden. Es wird angeregt, die Betriebsstandorte mit einem Puffer von 300 ? 500 m aus den BSN auszugrenzen.

[s. Anhang Abb. 1005139]

Anhänge

[Abb_ID1005139.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005140, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><u>BSN_TAA-EU-46, Kall-Wahlen</u></p> <p>Die Erweiterung der BSN-Festlegung umfasst einen landwirtschaftlichen Rinderbetrieb mit seinen arrondierten Nutzflächen. Damit die Entwicklungsfähigkeit des Betriebes nicht eingeschränkt wird, sollte die BSN-Festlegung auf die Abgrenzung des bestehenden Regionalplans zurückgenommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005140]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005140.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005141, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>BSN_TAA-EU-46, Kall</i></p> <p>Die Erweiterung der BSN-Festlegung umfasst einen landwirtschaftlichen Milchviehbetrieb mit seinen arrondierten Grünlandflächen. Damit die Entwicklungsfähigkeit des Betriebes nicht eingeschränkt wird, sollte der Betriebsstandort mit einem Puffer von 300 ? 500 m aus den BSN ausgegrenzt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005141]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005141.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005142, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>BSN_TAA-EU-1, Mechernich</i></p> <p>Die Erweiterung der BSN-Festlegung umfasst einen landwirtschaftlichen Rinderbetrieb mit seinen arrondierten Nutzflächen. Damit die Entwicklungsfähigkeit des Betriebes nicht eingeschränkt wird, sollte die BSN-Festlegung auf die Abgrenzung des bestehenden Regionalplans zurückgenommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005142]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005142.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005513, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN_TAA-EU-1, Euskirchen-Zülpich</p> <p>Die BSN-Ausweisung grenzt an die Hofstelle eines Pferdebetriebs sowie an weitere landwirtschaftliche Betriebsstätten. Es wird angeregt, die Betriebsstandorte mit einem Puffer von 300 ? 500 m aus den BSN auszugrenzen, um ihre Entwicklungsfähigkeit nicht zu beschränken.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005513]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005513.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005514, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-EU-1, Euskirchen

Die Erweiterung der BSN-Festlegung umfasst einen landwirtschaftlichen Betrieb sowie wertvolle landwirtschaftliche Nutzflächen (Ackerland, Standortwerteklasse 1). Damit die Entwicklungsfähigkeit des Betriebes nicht eingeschränkt wird, sollte der Betriebsstandort mit einem Puffer von 300 ? 500 m aus dem BSN ausgegrenzt werden. Ackerland sollte nicht durch BSN überlagert werden.

[s. Anhang Abb. 1005514]

Anhänge

[Abb_ID1005514.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005515, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-EU-48, Euskirchen

Die Erweiterung der BSN-Festlegung umfasst einen landwirtschaftlichen Betrieb mit seinen arrondierten Grünlandflächen. Damit die Entwicklungsfähigkeit des Betriebes nicht eingeschränkt wird, sollte der Betriebsstandort mit einem Puffer von 300 ? 500 m aus den BSN ausgegrenzt werden.

[s. Anhang Abb. 1005515]

Anhänge

[Abb_ID1005515.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005516, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN_TAA-EU-41, Blankenheim</p> <p>Die Erweiterung der BSN-Festlegung umfasst einen landwirtschaftlichen Betrieb. Damit die Entwicklungsfähigkeit des Betriebes nicht eingeschränkt wird, sollte der Betriebsstandort mit einem Puffer von 300 ? 500 m aus den BSN ausgegrenzt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005516]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005516.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Inhalt

BSN_TAA-EU-41, Blankenheim

Die Erweiterung der BSN-Festlegung umfasst einen landwirtschaftlichen Pferdebetrieb mit seinen arrondierten Nutzflächen. Damit die Entwicklungsfähigkeit des Betriebes nicht eingeschränkt wird, sollte die BSN-Festlegung auf die Abgrenzung des bestehenden Regionalplans zurückgenommen werden.

Anhänge

[Abb_ID1005517.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005518, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN_TAA-EU-48, Euskirchen</p> <p>Die Erweiterung der BSN-Festlegung umfasst einen landwirtschaftlichen Betrieb. Damit die Entwicklungsfähigkeit des Betriebes nicht eingeschränkt wird, sollte der Betriebsstandort mit einem Puffer von 300 ? 500 m aus den BSN ausgegrenzt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005518]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005518.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005519, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-EU-17, Euskirchen

Die BSN-Ausweisung grenzt unmittelbar an einen landwirtschaftlichen Betriebsstandort. Dem Sonderkulturbetrieb mit Kälbermast muss an seinem Standort eine Entwicklungsperspektive gegeben werden. Die BSN-Darstellung darf nicht von vornherein eine Betriebsentwicklung unterbinden. Damit die Entwicklungsfähigkeit dieses Betriebes nicht eingeschränkt wird, sollten die Betriebsstätten und ein für die Betriebsentwicklung ausreichender Puffer (ca. 300 - 500 m) nicht Bestandteil der BSN sein.

[s. Anhang Abb. 1005519]

Anhänge

[Abb_ID1005519.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Inhalt**BSLE_Euskirchen**

Durch die großzügige Neuausweisung von BSLE wird umfangreich bedeutender Agrarraum, wertvolle Ackerflächen der Standortwertklasse 1, überlagert. Über die Hälfte der Betriebsfläche eines Ackerbaubetriebs in der Gemarkung Dom-Esch ist von der BSLE-Festlegung betroffen. Da die möglichen Konsequenzen neu festgelegter BSLE derzeit vor dem Hintergrund fachrechtlicher Änderungen auf der nachfolgenden Planungsebene ungewiss sind, sind die umfangreichen Ausweitungen sowohl für den Schutz der Natur als auch für den Schutz der Landschaft agrarstrukturell bedenklich und ich rege an dies zu berücksichtigen. Der Familienbetrieb wäre im Zuge der angemerkten Fachrechtsänderung und Umsetzung auf Schutzgebietsebene potentiell gefährdet.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005521, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Wasserschutzgebiete Euskirchen</p> <p>Ich weise darauf hin, dass in den Karten der ?Zeichnerischen Festlegungen? die Wasserschutzgebiete nicht vollständig dargestellt sind. Insbesondere die Wasserschutzzone ?3B/C? ist nicht festgelegt, obwohl diese in den beigefügten Erläuterungskarten eingezeichnet ist. Ich rege an, diese in der Karte der ?Zeichnerischen Festlegungen? zu ergänzen. Ebenso möchte ich einzelne Beispiele aufführen, bei welchen die Ausweisung der Wasserschutzgebiete von der tatsächlichen Größe deutlich abweicht.</p> <p><u>Wassergewinnungsanlage Kall</u></p> <p>Die Wassergewinnungsanlage von Kall ist nicht eingezeichnet. In der oben dargestellten Abbildung wurde diese ergänzt.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005521]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005521.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis IIIa. Wassergewinnungsanlagen sind nicht Gegenstand der zeichnerischen Festlegungen im Regionalplan.</p>

1005522, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

Wasserschutzgebiet Mechernich Eicks

Das Wasserschutzgebiet Mechernich-Eicks ist zu groß eingezeichnet. Die wirkliche Ausdehnung des WSG ist in der Abbildung blau markiert ergänzt worden.

[s. Anhang Abb. 1005522]

Anhänge

[Abb_ID1005522.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Abgrenzung des BGG bezieht entsprechend der Plankonzeption die geplanten Erweiterungen des Wasserschutzgebiets ein.

1005523, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Wasserschutzgebiet Lommersum</p> <p>Das Wasserschutzgebiet Lommersum wurde zu klein dargestellt. Der fehlende Bereich wurde gelb markiert.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005523]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005523.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Entsprechend der Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis IIIa.</p>

1005524, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Wasserschutzgebiet Mechernich-Satzvey</p> <p>Das Wasserschutzgebiet Mechernich-Satzvey wurde zu klein dargestellt. Der fehlende Bereich wurde gelb markiert.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005524]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005524.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis IIIa.</p>

1005525, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Bad-Münstereifel-Arloff</p> <p>Das Wasserschutzgebiet Bad-Münstereifel-Arloff wurde zu klein dargestellt. Der fehlende Bereich wurde gelb markiert.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005525]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005525.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis IIIa.</p>

Inhalt

ASB_K-Roggendorf, Köln

Von der Erweiterung der ASB-Festlegung ist ein Ackerbaubetrieb mit Pferdehaltung betroffen. Durch den geplanten Bau von Kreuzfeld verliert der Betrieb in den nächsten Jahren knapp 18 ha Ackerfläche. Mit dem ASB K-Roggendorf reduziert sich die bewirtschaftete Fläche noch einmal um etwa 12 %. Die ASB-Erweiterung gefährdet bzw. unterbindet den Fortbestand des Betriebes, der in wenigen Jahren an die 4. Generation übergeben werden sollte. Immissionen durch Tierhaltung, der Einsatz großer Landmaschinen, Wirtschaftswege durchs Neubaugebiet, der Verlust des gepachteten Weidelandes (flächengebundene Tierhaltung) und der Verlust des Grünlandes zur Herstellung des Futters gefährden die Existenz des Betriebes. Die ASB-Festsetzung ist an dieser Stelle zurückzunehmen.

[s. Anhang Abb. 1005526]

Anhänge

[Abb_ID1005526.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1002904).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1005527, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAK-BM, Bergheim

Durch BSN-Neuausweisungen in der Erftaue werden landwirtschaftliche Betriebe in ihren Entwicklungsperspektiven beeinträchtigt. Der an das BSN_TAK-BM angrenzende Betrieb, der zudem von einem heranrückenden GIB betroffen ist, ist potentiell gefährdet. 15 % seiner Bewirtschaftungsflächen fallen in die BSN-Ausweisung. Dabei handelt es sich um die Gemüseanbauflächen des Betriebes, die bewässerungsfähig sind. Die BSN-Festlegung darf nicht von vornherein eine Betriebsentwicklung unterbinden. Die Abgrenzung des Gebietes muss so gewählt werden, dass die Fortführung des Betriebes an der Stelle nicht gefährdet wird.

[s. Anhang Abb. 1005527]

Anhänge

[Abb_ID1005527.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005528, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAK-BM, Bergheim / BSN_TAK-K, Kerpen

Große Ackerflächen in der Erftaue fallen in BSN-Neuausweisungen. Ein angrenzender Betrieb ist mit knapp 60 ha Ackerland von dieser Neuausweisung betroffen. Ackerland dient der Nahrungsmittelproduktion und ist grundsätzlich von BSN-Ausweisungen auszunehmen. Damit verbundene betriebliche Entwicklungshemmnisse sind nicht auszuschließen, auch für diesen Betrieb muss die Entwicklungsfähigkeit bestehen bleiben.

[s. Anhang Abb. 1005528]

Anhänge

[Abb_ID1005528.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005529, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN_TAK-K, Frechen</p> <p>Die neue BSN-Ausweisung südlich der A4 zwischen Buschbell und Habbelrath, umfasst einen Großteil der betrieblichen Ackerflächen eines bisher zukunftsfähigen Betriebes, der als Regionallieferant die Bevölkerung in und um Köln herum mit Kartoffeln versorgt. Die BSN-Ausweisung gefährdet die Existenzgrundlage des Betriebes. Ackerland dient der Nahrungsmittelproduktion und ist grundsätzlich von BSN-Ausweisungen auszunehmen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005529]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005529.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005530, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

GIBZ_ELS-Desdorf, Elsdorf

In Bezug auf die Flächenneuausweisungen in der Stadt Elsdorf werden erhebliche Bedenken - besonders von Gewerbeflächen - geäußert. Gerade durch den hohen Pachtflächenanteil werden viele Betriebe erheblich benachteiligt. Die Neuausweisung des GIBZ führt zur erheblicher Betroffenheit zweier Landwirtschaftsbetriebe, die als potentiell gefährdet eingestuft werden. Ein landwirtschaftlicher Betrieb, dessen Betriebsstätte direkt südlich an das geplante neue Gewerbegebiet angrenzt, verliert bei Umsetzung der Planungen ca. 26 ha von insgesamt 140 ha bewirtschafteter Fläche (ca. 19%). Neben diesem sehr hohen Flächenanteil wirkt es sich erschwerend aus, dass es sich um arrondiert gelegene Flächen handelt. Die Flächen sind überdies noch bewässerungsfähig, was zunehmend an Bedeutung gewinnt. Insgesamt ist der Betrieb potentiell gefährdet.

[s. Anhang Abb. 1005530]

Anhänge

[Abb_ID1005530.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche, sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines [Auswahl: ASB/GIB] gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zudem hat im Prozess Region+ Wirtschaft im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil betroffener Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen (Kriterium betroffener hochwertiger landwirtschaftlicher Nutzflächen (Stufe I und II) nach Standortwertkarte der Agrarräume/Fachbeitrag LWK. Bewertung der landwirtschaftlichen Flächen nach Anteil der betroffenen Böden mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung nach Karte der schutzwürdigen Böden des Geologischen Dienstes).

	<p>Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentialie bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.</p>
--	---

1005531, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN_TAB-SU-26, Sankt Augustin-Niederpleis</p> <p>Das BSN überlagert infolge seiner nördlichen Erweiterung einen landwirtschaftlichen Betriebsstandort. Damit die Entwicklungsfähigkeit des Betriebes nicht eingeschränkt wird, sollte die BSN-Festlegung auf die Abgrenzung des bestehenden Regionalplans zurückgenommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005531]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005531.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005532, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAB-SU-36 Ruppichterorth

Es wird ein neuer BSN festgelegt, der großflächig intensiv genutztes Dauergrünland überlagert. Die Grünlandflächen stellen eine wertvolle Futtergrundlage für die landwirtschaftlichen Betriebe dar, es sollten hier vorrangig kooperative Maßnahmen in Absprache mit der Landwirtschaft umgesetzt werden. Teilweise stellen die Milchviehbetriebe die einzige Möglichkeit dar, die Grünlandflächen durch Nutzung zu erhalten. Die Gefahr des Verlustes von Grünlandflächen durch Nutzungsaufgabe ist latent.

[s. Anhang Abb. 1005532]

Anhänge

[Abb_ID1005532.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche). Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005533, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>ASB_MUC-Much</p> <p>Der markierte Bereich sollte als ASB-Fläche aus der regionalplanerischen Festlegung rausgenommen werden. Wegen der hohen Erosionsgefährdung und der Lage im WSG der Wahnachtalsperre waren die bisherigen Bemühungen zur Aufstellung eines Bebauungsplans nicht erfolgreich.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005533]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005533.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden sowohl Umweltauswirkungen als auch landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische Planungsrichtlinien soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant in die Abwägung einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen mit der Überplanung einer Trinkwasserschutzzone und schützenswerter Böden erhebliche Umweltauswirkungen entgegen.</p> <p>Dem gegenüber steht der landesplanerische Auftrag für die Entwicklung der Gemeinden ausreichende Siedlungsbereiche zu sichern. Der westliche Bereich, die eigentliche Neuplanung, liegt nicht in der Trinkwasserschutzzone II. Dies trifft lediglich für die ASB Fläche nördl. der Schmerbachstr. zu. Diese ist aber bereits im aktuellen Regionalplan als Siedlungsbereich festgelegt und in der Bauleitplanung umgesetzt. In der Gemeinde Much sind große Bereiche als Trinkwasserschutzzonen III und II festgelegt. Alternative Flächen ohne diese Restriktionen haben sich für die Entwicklung des Hauptortes Much nicht ergeben. Auch unter Berücksichtigung der dargestellten Restriktionen ist im Rahmen wasserrechtlicher Ausnahmegenehmigungen eine siedlungsräumliche Entwicklung auf diesen Flächen voraussichtlich möglich.</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1005534, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

ASB_NEU-Seelscheid, Neunkichen-Seelscheid

Die markierte ASB-Fläche sollte aus der Festlegung rausgenommen werden. Aufgrund der unmittelbaren Nähe zu zwei landwirtschaftlichen Hofstellen, die auch zukünftig Bestandsschutz genießen, konnte bisher kein Bebauungsplan aufgestellt werden.

[s. Anhang Abb. 1005534]

Anhänge

[Abb_ID1005534.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Die landwirtschaftliche Nutzung innerhalb eines ASB steht nicht mit den landesplanerischen Zielen in Konflikt. Bei den festgelegten Siedlungsbereichen handelt es sich um Bruttoflächen, d.h. diese sollen und müssen nicht komplett baulich genutzt werden.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der

	Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.
--	---

1005535, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

ASB_NEU-Neunkichen, Neunkichen-Seelscheid

Die östliche ASB-Erweiterung sollte für den Bereich nördlich der L 352 wegen der unmittelbaren Nähe zu einem großen Milchviehbetrieb im Außenbereich und drei weiteren Betriebsstätten zurückgenommen werden. Der Milchviehbetrieb darf weder in seiner Bewirtschaftung noch in seiner zukünftigen Entwicklung eingeschränkt werden. Dies betrifft auch das Auftreten von Geruchs- und Lärmemissionen. Durch die geplante Osterweiterung im Bereich Neunkirchen sind zusätzlich große Ackerflächen betroffen, die für die örtlichen Milchviehbetriebe von existentieller Bedeutung sind. Ich schlage hingegen die Erweiterung des Ortsteils Neunkirchen nach Westen vor, da die dort liegenden Landwirtschaftsflächen nur als Dauergrünland genutzt werden können.

[s. Anhang Abb. 1005535]

Anhänge

[Abb_ID1005535.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Die landwirtschaftliche Nutzung innerhalb eines ASB steht nicht mit den landesplanerischen Zielen in Konflikt. Bei den festgelegten Siedlungsbereichen handelt es sich um Bruttoflächen, d.h. diese sollen und müssen nicht komplett baulich genutzt werden.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der

	Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.
--	---

1005536, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

ASB_ALF-Nord, Alfter

Die ASB-Festsetzung ist an dieser Stelle zurückzunehmen, da ein großer Zierpflanzenbau-Betrieb mit seinen Gewächshäusern und Freiflächen in seiner Existenz bedroht ist.

[s. Anhang Abb. 1005536]

Anhänge

[Abb_ID1005536.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Der Bereich ist regionalplanerisch als Siedlungsbereich geeignet und bedarfsgerecht, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Dies bedeutet aber nicht, dass die angesprochenen Flächen entwickelt werden müssen.

Rechtlich ist der landwirtschaftliche Betrieb auch mit ASB Darstellung gesichert, da dieser baurechtlich im Aussenbereich bleibt.

1005537, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASB_ALF-Alfter</u></p> <p>Die ASB-Festsetzung ist an dieser Stelle zurückzunehmen, da ein großer Gemüsebaubetrieb mit seinen Gewächshäusern und Freiland-Anbauflächen betroffen ist.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005537]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005537.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Der Bereich ist regionalplanerisch als Siedlungsbereich geeignet und bedarfsgerecht, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Dies bedeutet aber nicht, dass die angesprochenen Flächen entwickelt werden müssen.</p> <p>Rechtlich ist der landwirtschaftliche Betrieb auch mit ASB Darstellung gesichert, da dieser baurechtlich im Aussenbereich bleibt.</p>

1005538, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASB_ALF-Oedekoven</u></p> <p>Die ASB-Festsetzung ist an dieser Stelle zurückzunehmen, da ein großer Baumschulbetrieb mit Gartencenter betroffen ist.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005538]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005538.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Der Bereich ist regionalplanerisch als Siedlungsbereich geeignet und bedarfsgerecht, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Dies bedeutet aber nicht, dass die angesprochenen Flächen entwickelt werden müssen.</p> <p>Rechtlich ist der landwirtschaftliche Betrieb auch mit ASB Darstellung gesichert, da dieser baurechtlich im Aussenbereich bleibt.</p>

1005542, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAK-LEV-973, Bergisch Neukirchen, ASB_LEV-Bergisch Neukirchen

Die BSN-Festlegung überlagert sowohl wertvolle landwirtschaftliche Nutzflächen, als auch eine landwirtschaftliche Betriebsstätte inkl. neu errichteter Fahrсило-Anlage. Die Bewirtschaftungsflächen (Ackerland der Standortwerteklasse 1, 80er Böden) des betroffenen Milchviehbetriebs sind arrondiert, hofnah und liegen fast gänzlich in der Wupperraue. Ich weise erneut darauf hin, dass Ackerland grundsätzlich vor einer BSN-Ausweisung ausgenommen werden sollte.

Die Betroffenheit des Betriebes wird durch die Festlegung des ASB_LEV-Bergisch Neukirchen zusätzlich erhöht. Der Milchviehbetrieb darf weder in seiner Bewirtschaftung noch in seiner zukünftigen Entwicklung eingeschränkt werden. Dies betrifft insbesondere das Auftreten von Geruchs- und Lärmemissionen. Auf weiteren Planungsebenen sollte aufgrund des höheren Schutzstatus keine Ausweisung eines Wohngebiets, sondern lediglich die Ausweisung eines Mischgebiets erfolgen.

[s. Anhang Abb. 1005542]

Anhänge

[Abb_ID1005542.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung des regionalplanerisch festgelegten Siedlungsraums ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

--	--

1005543, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><u>BSN_TAK-GL, Burscheid</u></p> <p><u>BSN_TAK-LEV, Leverkusen</u></p> <p>Die Festlegung der BSN umfasst mehrere landwirtschaftliche Betriebsstätten sowie wertvolle landwirtschaftliche Flächen. Die Entwicklungsfähigkeit der Betriebe wird damit erheblich eingeschränkt, wenn nicht gar unterbunden. Es wird angeregt, die Betriebsstandorte mit einem Puffer von 300 ? 500 m aus den BSN auszugrenzen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005543_1]</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005543_2]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005543_1.pdf</p> <p>Abb_ID1005543_2.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005544, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAK-GM, Reichshof

Es wird ein neuer BSN festgelegt, der großflächig Dauergrünland-Flächen (Feldblöcke sind orange dargestellt) überlagert. Wie in Kapitel 4.3.1 angeregt, wird gefordert die BSN nur auf die Bereiche zu beschränken, die einen Schutz aus rechtlichen Gründen zwingend notwendig machen. Dieser BSN ist nicht auf den Bachlauf des Drespebach mit einer gewissen Pufferzone begrenzt, sondern umfasst komplette Feldblöcke. Die Grünlandflächen stellen eine wertvolle Futtergrundlage für die landwirtschaftlichen Betriebe dar, es sollten hier vorrangig kooperative Maßnahmen in Absprache mit der Landwirtschaft umgesetzt werden.

[s. Anhang Abb. 1005544]

Anhänge

[Abb_ID1005544.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005545, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><u>BSN_TAK-GM, Wipperfürth</u></p> <p><u>BSN_TAK-GM, Wipperfürth</u></p> <p><u>BSN_TAK-GM, Engelskirchen</u></p> <p>Die Festlegung der BSN (Abbildungen 65 ? 67) betreffen mindesten sechs landwirtschaftliche Betriebsstandorte. Damit die Entwicklungsfähigkeit dieser Betriebe nicht eingeschränkt wird, sollten die Betriebsstätten und ein für die Betriebsentwicklung ausreichender Puffer (ca. 300 - 500 m) nicht Bestandteil der BSN sein.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005545_1]</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005545_2]</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005545_3]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005545_1.pdf</p> <p>Abb_ID1005545_2.pdf</p> <p>Abb_ID1005545_3.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005547, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAK-GM, Radevormwald, BSLE_Radevormwald

Durch die großzügige Festlegung von BSLE und BSN werden großräumig landwirtschaftliche Nutzflächen, wertvolle Grünland- sowie Ackerflächen (Standortwerteklasse 1) überlagert sowie ein landwirtschaftlicher Betriebsstandort vollständig in das BSN einbezogen. Die hier vollzogene pauschale Übernahme aller Biotopverbundflächen ist unverhältnismäßig. Die BSN-Flächen sollten sich deshalb auf den unmittelbar an die geschützten Biotope angrenzenden Bereich beschränken. Um die Entwicklungsmöglichkeit des Betriebes nicht zu beeinträchtigen, ist unter den Aspekten des Landwirtschaftsprivilegs (Landwirtschaft in bisheriger Art und in bisherigem Umfang) und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit die Herausnahme dessen aus dem BSN geboten. Die BSN und BSLE Festlegung darf nicht von vornherein eine Betriebsentwicklung unterbinden. Auch vor dem Hintergrund, dass aufgrund der zu erwartenden EU-Richtlinie mit massiven Bewirtschaftungseinschränkungen auf der untergeordneten Planungsebene (in Schutzgebieten) zu rechnen ist, sollte von derart umfangreichen Festsetzungen Abstand genommen werden.

[s. Anhang Abb. 1005546]

Anhänge

[Abb_ID1005547.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005548, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

GIB_GM-Herreshagen, Gummersbach (rechts)

Es werden ca. 21 ha (GM-Lope) bzw. ca. 16 ha (GM-Hereshagen) landwirtschaftlich bedeutender Agrarraum (wertvolles Grünland der Standortwerteklasse 1) überplant. Außerdem befinden sich vier Betriebsstandorte am Rande bzw. innerhalb des GIB. Direkt betroffen sind zwei Vollerwerbsbetriebe, ein Betrieb mit jungem Hofnachfolger und ein potentiell gefährdeter Betrieb. Der überplante westlich liegend Betriebsstandort ist großzügig aus dem GIB GM-Lope auszugrenzen, um die Bewirtschaftung und Entwicklung des Betriebs nicht zu gefährden. Zu den übrigen vorhandenen Betriebsstätten beider GIB sind angemessene Abstände zu wählen, um diese ebenfalls weder in der Bewirtschaftung noch in ihrer zukünftigen Entwicklung negativ zu beeinflussen. Es ist dafür zu sorgen, dass der Flächenverlust keinen landwirtschaftlichen Betrieb existenziell bedroht. Ich rege an, die Entwicklung von Baulücken im vorhandenen GIB vor Neuausweisung weiterer Flächen zu fokussieren.

[s. Anhang Abb. 1005548]

Anhänge

[Abb_ID1005548.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentiale wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore,

Freirauminselfn fowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1005549, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>Kreis Heinsberg</p> <p>Bereiche für den Schutz der Natur</p> <p>Die größte Betroffenheit liegt in den BSN-Ausweisungen auf Ackerland und über / in der Nähe von landwirtschaftlichen Betrieben.</p> <p><u>BSN_TAA-HS, Wegberg-Griepkoven</u></p> <p>Die BSN-Kulisse wird nach Süden ausgeweitet. Es werden dadurch als Agrarraum gekennzeichnete Bereiche einbezogen, die unter intensiver Ackernutzung stehen. Zudem liegen drei Betriebsstandorte in der Kulisse, welche durch die Festlegung in ihren Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigt werden. Eine Rücknahme auf die Grenzen des zurzeit gültigen Regionalplans wird gefordert.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005549]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005549.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005550, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-HS, Wegberg-Merbeck

Die Erweiterung der BSN-Kulisse nach Osten betrifft unmittelbar einen landwirtschaftlichen Betriebsstandort. Dem Betrieb muss an seinem Standort eine Entwicklungsperspektive gegeben werden. Die BSN-Darstellung darf nicht von vornherein eine Betriebsentwicklung unterbinden.

[s. Anhang Abb. 1005550]

Anhänge

[Abb_ID1005550.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005551, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-HS, Wegberg-Arsbeck

Die südliche BSN-Erweiterung überlagert teilflächig eine intensiv genutzte, wertvolle Ackerfläche der Standortwerteklasse 1 (gemäß Standortwertekarte, LWK NRW). Ackerflächen dienen der Nahrungsmittelproduktion zur Sicherung der Ernährung im Rahmen der Daseinsvorsorge. Es wird gefordert Ackerland gänzlich aus der BSN-Neuausweisung auszugrenzen und auch nicht anteilmäßig in die BSN-Kulisse aufzunehmen.

[s. Anhang Abb. 1005551]

Anhänge

[Abb_ID1005551.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005552, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-HS, Wegberg-Watern (West), Brunbeck

Die BSN-Neuausweisung erstreckt sich über mehrere Ackerflächen sowie zwei landwirtschaftliche Betriebsstandorte. Auch hier handelt es sich um hochwertige Böden der Standortwerteklasse 1 und 2. Grundsätzlich sind Hofstellen, hofnahe Flächen und insbesondere Ackerflächen aus der BSN-Kulisse auszugrenzen.

[s. Anhang Abb. 1005552]

Anhänge

[Abb_ID1005552.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005553, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-HS, Wegberg-Watern (Ost)621

Diese beiden im Osten vorgenommen kleinflächigen BSN-Erweiterungen sind für mich nicht nachvollziehbar. Dieses Beispiel steht exemplarisch für weitere derartig kleinflächig bzw. punktuell vorgenommenen BSN-Erweiterungen im gesamten Regierungsbezirk. Ich bitte die Notwendigkeit dieser Ausweitung zu erläutern. Dadurch werden landwirtschaftliche Flächen, hier Ackerflächen angeschnitten und in ihrer Bewirtschaftung beeinträchtigt oder sogar unwirtschaftlich verkleinert.

[s. Anhang Abb. 1005553]

Anhänge

[Abb_ID1005553.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Entwurf des Regionalplanes um eine Neuaufstellung handelt und nicht um eine Fortschreibung eines Regionalplanes. In diesem Sinne erfolgen keine Erweiterungen gegenüber einem Regionalplan.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005554, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-HS, Hückelhoven Ratheim

Durch die BSN-Neuausweisung werden landwirtschaftliche Feldblöcke mit Acker- sowie Grünlandnutzung großflächig überlagert. Diese Festlegung erstreckt sich direkt bis an einen landwirtschaftlichen Betriebsstandort. Dieser BSN ist komplett zu streichen. Der Wald wird bereits im Rahmen der Landschaftsplanung geschützt. Es handelt sich um einen bedeutenden Agrarraum der Standortwertklassen 1 und 2. Die Schutzwürdigkeit der intensiv ackerbaulich genutzten Flächen ist nicht erkennbar.

[s. Anhang Abb. 1005554]

Anhänge

[Abb_ID1005554.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005555, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>BSN_TAA-HS, Hückelhoven Doveren</p> <p>Die BSN-Erweiterung umfasst landwirtschaftliche Nutzflächen der Standortwerteklasse 1. Die neue Abgrenzung ist daher auf die bestehende Abgrenzung zurückzunehmen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005555]</p> <p>Anhänge Abb_ID1005555.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005556, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-HS, Hückelhoven Ratheim

BSN_TAA-HS, Hückelhoven Hilfhart / Doverheide

Die BSN-Ausweisungen die den Abbildungen zu entnehmen sind, erstrecken sich großräumig auf wertvollen landwirtschaftlichen Flächen innerhalb bedeutender Agrarräume. Hauptsächlich handelt es sich dabei um intensiv genutztes Ackerland der Standortwertklasse 1. Bedeutende Agrarräume mit wertvollen Ackerflächen sollten unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses landwirtschaftlicher Flächen zur Nahrungsmittelerzeugung für BSN nicht in Anspruch genommen werden. Sie sind für die landwirtschaftliche Produktion von besonderer Bedeutung und somit für die Bewirtschaftung zu erhalten.

[s. Anhang Abb. 1005556_1]

[s. Anhang Abb. 1005556_2]

[s. Anhang Abb. 1005556_3]

Anhänge

[Abb_ID1005556_1.pdf](#)

[Abb_ID1005556_2.pdf](#)

[Abb_ID1005556_3.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005557, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-HS, Hückelhoven Millich

Durch die BSN-Festlegung kann die betriebliche Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes beeinträchtigt werden. Der Betrieb ist gänzlich von der BSN-Festlegung überlagert. Zudem liegen über 20 ha seiner Ackerflächen (Standortwerteklasse 1 und 2) in der Neuausweisung. Hofstellen und hofnahe Flächen sind aus der BSN-Festlegung auszugrenzen.

[s. Anhang Abb. 1005557]

Anhänge

[Abb_ID1005557.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005558, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><i>BSN_TAA_HS</i></p> <p>Die BSN-Ausweisung auf hochwertigen Ackerflächen (bedeutender Agrarraum, Standortwerteklasse 1) wird abgelehnt. Landwirtschaftliche Betriebe und hofnahe Flächen sind generell davon auszugrenzen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005558]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005558.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005559, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSN_TAA-HS, Heinsberg

Exemplarisch wird verdeutlicht, dass eine BSN-Erweiterung über ein BSAB hinaus abgelehnt wird, wenn es sich um landwirtschaftlich besonders wertvolle Flächen, wie hier im Beispiel Ackerland der Standortwerteklasse 1, handelt.

[s. Anhang Abb. 1005559]

Anhänge

[Abb_ID1005559.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005560, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

BSLE_Erkelenz, Heinsberg

BSLE_Wegberg, Heinsberg

Exemplarisch wird in den Abbildungen 84 und 85 die aus agrarstruktureller Sicht überzogene, großräumige Festlegung von BSLE-Ausweisungen dokumentiert, die vorrangig landwirtschaftliche Flächen und Hofstellen überlagert. Betroffen sind besonders wertvolle landwirtschaftliche Nutzflächen, in erster Linie Ackerflächen der Standortwertklasse 1. Um landwirtschaftlichen Betrieben eine betriebliche Erweiterung zu ermöglichen, sollten Betriebsstandorte nicht Bestandteil des BSLE sein.

Hinzu kommt der mehrfach erwähnte Hinweis, dass es auf der untergeordneten Planungsebene zu folgeschweren Einschränkungen der landwirtschaftlichen Produktion im Zuge fachrechtlicher Änderungen kommen kann. Die Bedeutung landwirtschaftlicher Betriebe für die Versorgung mit regionalen und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln wurde bereits an verschiedenen Stellen dieser Stellungnahme und im landwirtschaftlichen Fachbeitrag angesprochen.

[s. Anhang Abb. 1005560_1]

[s. Anhang Abb. 1005560_2]

Anhänge

[Abb_ID1005560_1.pdf](#)

[Abb_ID1005560_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1005561, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

ASBX_WEG-Wildenrath, Wegberg

Zu den flexiblen Siedlungsbereichen wurde im Kapitel 3.1.3 [siehe Stn-ID 1005058] Stellung bezogen. Eine Ausweisung von flexiblen Siedlungsbereichen auf landwirtschaftlichen Flächen wird abgelehnt. Es handelt sich dabei um eine Flächensicherung ohne konkreten Bedarf auf Kosten der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Mit der Festlegung des ASBX WEG-Wildenrath in Wegberg werden ca. 18 ha, darunter wertvolle Ackerflächen der Standortwertklassen 1 und 2, langfristig für eine potentielle Siedlungsentwicklung gesichert und damit aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen. Ich bitte um eine Erörterung hinsichtlich der Relevanz dieser Flächenausweisung.

[s. Anhang Abb. 1005561]

Anhänge

[Abb_ID1005561.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1005562, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p><u>ASB_ERK-Holzweiler</u></p> <p>Es werden wertvolle landwirtschaftlich genutzte Flächen, Ackerflächen der Standortwerteklasse 1 und 2, überplant. Die Überplanung landwirtschaftlicher Flächen erfolgt unabhängig davon, ob es sich hierbei um einen landwirtschaftlich bedeutenden Agrarraum handelt oder nicht. Die Überplanung landwirtschaftlicher Agrarräume ist auf ein Minimum zu reduzieren.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005562]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID1005562.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1005563, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

GIB_WEG-Rath Anhoven, Wegberg

Hinweis: Diese GIB-Festlegung ist bereits im Flächennutzungsplan (2010) als Gewerbefläche ausgewiesen. Es werden besonders wertvolle Ackerflächen (Standortwerteklasse 1) überplant. Es wird eine effiziente Ausnutzung der Fläche gefordert. Die tatsächliche Inanspruchnahme der landwirtschaftlichen Flächen ist auf ein Minimum zu begrenzen. Aus agrarstruktureller Sicht ist eine bedarfsgerechte stufenweise Inanspruchnahme der Fläche vorzunehmen, um möglichst lange eine landwirtschaftliche Nutzung zu ermöglichen.

[s. Anhang Abb. 1005563]

Anhänge

[Abb_ID1005563.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1005564, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

GIBZ_HUH-Hohenbuscher Wald, Hückelhoven-Baal

Im Planentwurf wird der Gewerbe- und Industriebereich als GIP+ für überregional bedeutsame Gewerbeflächenstandorte (vgl. Begründung, S. 114ff.) dargestellt, für den Shape allerdings als GIBZ ausgewiesen. Laut Pressebericht vom 21.06.22 soll das GIB sogar gestrichen werden. Es ist davon auszugehen, dass die vorliegende Entwurfsfassung nicht den letzten Planungsstand berücksichtigt. Ich bitte um eine Erläuterung zur durchgeführten Bedarfsermittlung in Bezug auf diesen GIBZ.

[s. Anhang Abb. 1005542]

Anhänge

[Abb_ID1005564.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Im Regionalplan erfolgte über die Region+- Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben. Die Bereiche für zweckgebundene überregionale gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBplus) dienen der Sicherung von überregional bedeutsamen Standorten als zukünftiges Flächenpotential für flächenintensive Vorhaben sowie ihnen zuzuordnender Anlagen. Aufgrund ihrer besonderen Zweckbestimmung werden sie zeichnerisch als GIB für zweckgebundene Nutzungen im Sinne der Anlage 3 LPIG DVO festgelegt.

GIBplus können ausschließlich im Rahmen des überregionalen Bedarfs gemäß den Festlegungen in *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* und *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* entwickelt werden.

Für die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal gilt, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier kein weiteres Sicherungserfordernis (s. Stellungnahme ID 1001804).

1005565, Direktor der Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

Bereich Garzweiler (ohne Festlegungen)

Mit Blick auf die im Bereich des Tagebaus Garzweiler noch weiß gehaltene Fläche sei vorsorglich auf den Abstimmungsbedarf mit den heutigen und künftigen Festlegungen des Regionalplanes Düsseldorf hingewiesen, da nur so eine sinnhafte Raumentwicklung im Grenzbereich der beiden Regionalpläne erreicht werden kann.

Zur Umsetzung des vorgesehenen Ziels eines Sees und unter Berücksichtigung der Zeitdauer für die notwendigen Wiederbefüllung über die Rheinwassertransportleitung von Neuss aus wird angeregt, die Hänge und Uferbereiche als Potentialfläche für FFPV zu prüfen. Die nach jetzigen Schätzungen lange Dauer zur Wasserbefüllung mit Rheinwasser als Deutschlands wichtigster Wasserstraße lässt eine Prüfung und auch Nutzung der solange ungenutzten Hänge aus agrarstruktureller und m.E. auch aus Sicht nennenswerter Energieerträge als angemessen erscheinen. In der FFPV-Potentialanalyse der Bezirksregierung Düsseldorf ist das Gebiet flächendeckend als Potentialfläche ? da Kriterium ?Rekultivierung? erfüllt ist ? dargestellt.

[s. Anhang Abb. 1005565]

Auch für den Bereich Hambach (Kreis Düren und Rhein-Erft-Kreis), der ebenfalls noch ohne Festlegung dargestellt wird, rege ich die Prüfung einer Nutzung der Hänge und Uferbereiche als Potentialfläche für FFPV an.

Anhänge

[Abb_ID1005565.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.

AZ: BET_606000_1

Zweckverband Entsorgungsregion West

1005073, Zweckverband Entsorgungsregion West

Inhalt

Textliche Festlegungen, Seite 156, G 68: Entsorgungsinfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen. Bei kommunaler Bauleitplanung soll das Heranrücken ausgeschlossen werden, wenn die Funktion der Abfallentsorgungsstandorte eingeschränkt würde. Ggf. Konfliktminimierung in den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Stellungnahme ZEW: Der Standort Entsorgungszentrum Warden darf durch das in der Nähe neu geplante Gewerbegebiet an der L 240 nicht in seiner mit den Behörden abgestimmten Funktion beeinträchtigt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Der Grundsatz "G.68 - Entsorgungsinfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen" dient dazu den Umgebungsschutz für Entsorgungsinfrastruktur bereits auf Ebene der Regionalplanung sicherzustellen, sodass dieser Belang im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung und anderer fachrechtlicher Genehmigungsverfahren frühzeitig zu berücksichtigen ist.

Eine Beeinträchtigung des Entsorgungszentrum Warden durch das GIBinterkommunal (Eschweiler) ist absehbar nicht anzunehmen, da GIB der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen dienen und damit keine schutzbedürftigen und gegenüber Immissionen empfindliche Nutzungen zulassen.

1005074, Zweckverband Entsorgungsregion West

Inhalt

G 69: Flächeninanspruchnahme für neue Standorte für neue Deponien reduzieren. Erforderliches Deponievolumen soll vorrangig an bestehenden Deponiestandorten geschaffen werden, insbesondere durch Erweiterung, Aufstockung oder Wiederinbetriebnahme. Auf möglichst sparsame Flächeninanspruchnahme soll hingewirkt werden.

Stellungnahme ZEW: Die von der AWA Entsorgung GmbH geplante Folgenutzung am Standort ZD Alsdorf-Warden ist genehmigt und in Bau. Für die dort befindlichen Abfallbehandlungsanlagen und Abfallannahmestellen sind anderenorts keine zusätzlichen Flächen erforderlich.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1005075, Zweckverband Entsorgungsregion West

Inhalt

Z 43: Deponiestandorte rekultivieren und wiedernutzbar machen. Die Rekultivierung hat sich in die umgebende Raumstruktur einzufügen. In der Regel sind als Folgenutzung die anzustrebenden Freiraumfunktionen festgelegt.

Stellungnahme ZEW: Die Oberflächenabdichtung und Rekultivierung der ZD Alsdorf-Warden ist genehmigt und wird in den nächsten Jahren schrittweise umgesetzt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1005076, Zweckverband Entsorgungsregion West

Inhalt

Seite 161, Z 44: Standorte für Abfallbehandlungsanlagen sichern.

Stellungnahme ZEW:

- Der Bereich östlich der MVA Weisweiler soll im Zuge des Ausbaus der nachhaltigen Kreislaufwirtschaft im ZEW Verbandsgebiet für zukünftige Nutzungen entwickelt werden und muss deshalb als Fläche für die Abfallwirtschaft reserviert bleiben
- Die verkehrliche Leistungsfähigkeit der L228 als wichtigste Anfahrtsstraße zur MVA Weisweiler und zur Rostascheaufbereitungsanlage Zum Hagelkreuz 50 muss bestehen bleiben und darf nicht beeinträchtigt werden.
- Die verkehrliche Leistungsfähigkeit der Zufahrt von der L228 zur MVA Weisweiler muss bestehen bleiben und darf durch das neue, an die Zufahrt angrenzende Gewerbegebiet (Z-Fläche nordöstlich IGP Eschweiler) nicht beeinträchtigt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

AZ: BET_637000_1

Region Aachen Zweckverband

1000882, Region Aachen Zweckverband

Inhalt

Grundsätzlich stehen die Ziele der Region Aachen im Einklang mit dem Entwurf des Regionalplans der Bezirksregierung Köln. Vor dem Hintergrund des langfristigen Ziels, die natürlichen Lebensgrundlagen durch innovative Landwirtschaft, Umweltschutz und zusammenhängende Freiraumsysteme zu erhalten, sieht die Region Aachen Landschaft und Freiräume als zentrale Bestandteile des Regionalplans, den es zu fokussieren gilt. Freiräume können stärker als Faktor für die zukunftsfähige Entwicklung von Siedlungsräumen, Landwirtschaft sowie Gewerbe und Industrie hervorgehoben werden. Genauso aber auch für Bildung, Dienstleistungen, Erholung und Gesundheit im urbanen und ländlichen Raum. Mit Nachdruck soll deshalb auf Freiräume als ganzheitliche und systemische Zukunftsentwickler urbaner und ländlicher Räume hingewiesen werden. Sie sollten als Nachhaltigkeitsfaktoren und im Sinne einer hohen Lebensqualität unter anderem in Form funktionaler Regionaler Grünzüge für die Siedlungsentwicklung im Regionalplan integriert werden. In der Gesamtbetrachtung des Regionalplans entsteht zwangsläufig ein Entwicklungs- und Ausbreitungskonflikt zwischen den Freiräumen und den Wohn-, Gewerbe- oder Verkehrs- sowie Logistikflächen, der im Regionalplan nicht benannt wird, aber voraussichtlich zu Planungs- und Entwicklungsschwierigkeiten führen wird. Eine Forderung der Region Aachen besteht entsprechend darin, auf die diametralen Entwicklungskonflikte zwischen den unterschiedlichen Raumfunktionen im Sinne der empfindlichen und hochwertigen Freiräume hinzuweisen, um ein verstärktes Bewusstsein für die Flächenkonkurrenzen zu schaffen. Im Bewusstsein der Flächenkonflikte braucht es Instrumente für frühzeitige und flexible Lösungen, wie zum Beispiel rechtzeitige Dialogprozesse zwischen den Entwicklungs- und Planungsorganen auf Kommunal-, Bezirks- und Landesebene.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine intensive und systematische Auseinandersetzung mit den vielfältigen Raumnutzungskonkurrenzen ist integraler Bestandteil des Planentwurfs und wurde von Beginn an im Planungsprozess mitgedacht. Die gemeinsame Betrachtung und Gestaltung der Siedlungs- und Freiraumentwicklung als Basis für eine lebenswerte Region ist eine wesentliche Basis für die Entwicklung des neuen Regionalplans Köln. Dies kann Kapitel 1 der textlichen Festlegungen sowie der Begründung entnommen werden. Weitergehende Betrachtungen sind nicht Gegenstand der regionalplanerischen Festlegungen, sondern obliegen der weiteren Umsetzung.

1000883, Region Aachen Zweckverband	
<p>Inhalt</p> <p><i>Allgemein zu Kapitel 4 Freiraum</i></p> <p>Das Kapitel zeigt umfangreiche Maßnahmen auf, die die aktuellen Herausforderungen und Bedürfnisse der Landkreise innerhalb der Region Aachen bezüglich der Relevanz von Freiraumsystemen behandeln. Die Landwirtschaft wird als ein Zukunftsfeld betrachtet, genauso wie der Freiraum als Identitätssphäre der Menschen für Gegenwart und Zukunft berücksichtigt wird. Auch werden Themen wie Vorbeugung gegen Hochwasser, Walderhalt oder einer nachhaltigen Wasserversorgung oftmals durch das Ausweisen von Vorranggebieten angesprochen. Grundsätzlich ist jedoch aus Sorge vor Versagungen bei Genehmigungsverfahren und Flächennutzungsplanänderungen und Forderungen von umfangreichen Fachgutachten anzumerken, dass die Darstellung von Bereichen für den Schutz der Natur (BSN) auf Gebiete mit besonderer Schutzfunktion (NSG, Nationalpark, FFH-Gebiete) zu beschränken und die Biotopverbundflächen mit einem gesonderten Planzeichen im Regionalplan zu versehen sein mögen. Der Grund dafür liegt darin, dass die Biotopverbundflächen laut Regionalplanentwurf den besonders schutzbedürftigen BSN zugehörig sind, oftmals aber unter intensiver landwirtschaftlicher Nutzung stehen und daher als Fläche für sich keine gesonderte Schutzfunktion bedürfen. Diese Situation kann zu planungsrechtlichen Irritationen führen, weshalb hierauf mit dieser Stellungnahme aufmerksam gemacht wird.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.</p>

1000884, Region Aachen Zweckverband

Inhalt

G.19: Zusammenhängendes Freiraumsystem erhalten, Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums sichern und entwickeln

G.19 beinhaltet übergreifend im Regionalplan viele Forderungen aus dem Fachbeitrag der Region Aachen. Um der Umfänglichkeit der natürlichen Freiräume gerecht zu werden, möchte die Region Aachen dafür plädieren, eine Gleichbedeutung von blauer, grüner und grauer Infrastruktur genauso prominent zu formulieren, wie die Relevanz natürlicher Freiräume für die Gesundheit der Menschen in der Region, ob Grünzüge, Landwirtschaft, Wald oder Wasserschutzgebiete. Als Beispiel kann hier das Projekt zum Bau der Platißbachtalsperre in Hellenthal im Kreis Euskirchen herangezogen werden, zu dem zurzeit Beteiligungsverfahren unter Mitwirkung von Vertreter*innen aus Kommunen, Industrie oder Wasserwirtschaft stattfinden. Mit dem Bau eines zentralen großen Bauwerkes oder einer Kaskaden-Variante werden nicht nur Nachhaltigkeitsaspekte und -lösungen berücksichtigt. Zeitgleich werden ebenso zukunftsrelevante Themen bearbeitet wie die Versorgung mit Trinkwasser, sicheres Wohnen, ertragreiche Land- und Forstwirtschaft oder industrielle Fragestellungen, wie zum Beispiel die einer wasserdurstigen Papierindustrie. Diesen geringfügigen Änderungen kann die Bezirksregierung Köln für die Anfertigung des Regionalplans der stets zunehmenden Relevanz von Freiräumen für den Klimaschutz, den Naturschutz und das Wohlbefinden der Menschen in der Region Aachen wie darüber hinaus, einen zusätzlichen und entscheidenden Impuls geben.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Grundsatz bezieht sich auf die Funktionen des im Regionalplan festgelegten Freiraums und leitet sich aus den Vorgaben des LEP NRW ab. Mit der Gesamtheit der Planfestlegungen für Siedlungsraum, Freiraum und Infrastruktur werden die unterschiedlichen Themen ebenengerecht und ausgewogen zusammengeführt. Weitergehende Aspekte können, wie im benannten Beispiel, erst auf nachfolgender Planungsebene betrachtet werden.

Inhalt

Der Regionalplan spiegelt die Interessen der Region Aachen für die Entwicklung des Siedlungsraums in vielen Teilen wider. Trotz ASBflex und GIBflex werden von den Akteuren der Gebietskörperschaften aus der Region Aachen eine umfangreiche Zukunftsorientierung vermisst. Im Zuge des Strukturwandels braucht es im Regionalplan eine detailliertere Auseinandersetzung mit zukünftigen urbanen, sozialen und ökonomischen wie kulturellen Bedürfnissen der Menschen und einer zunehmend notwendigen Innovations- und F&E-Landschaft, die gesamträumlich für die Region Aachen berücksichtigt werden sollen, um mögliche sozio-ökonomische Spaltungen in der Region vorbeugend zu verhindern. Das Thema Wohnen sollte entsprechend spezifischer, breitflächiger und zukunftsorientierter für den Gesamtraum der Region Aachen konzipiert und gedacht werden. Der Regionalplan sollte für die Resilienz der Region Aachen und ihrer Gebietskörperschaften Flächenressourcen bereithalten und eine aktive antizipative Handlungs- und Reaktionsfähigkeit ermöglichen, um gegenüber den Überschwappereffekten aus urbanen Zentren sowie der ZARA-Häfen-Region handlungsfähig zu sein. Es besteht die Befürchtung, dass das ASBflex und GIBflex in ihrer derzeitigen Systematik für zukünftige Herausforderungen nicht ausreichen werden. Hieran angeknüpft braucht es aus Sicht der Region Aachen im Regionalplan zur Bewältigung des demographischen Wandels, der Digitalisierung, des Klimawandels oder den sozio-ökonomischen und industriestrukturellen Wandelprozessen eine auf Kriterien gestützte Überschussplanung für Wohnen und Gewerbe sowie Industrie, um bei Bedarf auf spontane Flächen für tiefgreifendere Verteilungsmöglichkeit zurückgreifen zu können. Die notwendigen Kriterien, die eine Verteilung transparent und nachvollziehbar machen, müssten entwickelt werden, im besten Fall unter Berücksichtigung der kommunalen Akteure. Ähnlich gilt es, die Option des Regionalrats in Betracht zu ziehen, die ASB statt in Tallagen je nach kommunalem Bedarf auch in höheren Lagen realisieren zu können bzw. zu dürfen. Als eine weitere Forderung gilt die Maxime Ortskerne vor Neubausiedlungen. Explizit und noch deutlicher als bisher formuliert, sollen Ortskerne, unter nachhaltigen und ökologischen Faktoren, als Wohnansiedlungsräume fokussieren und gefördert werden, um Neubausiedlungen in Bezug auf Versiegelung zu reduzieren.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen.

Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten.

Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Die Kommunen haben jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen

der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

Darüber hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen

Die Regelungen im Ziel Flächenüberhänge vermeiden und abbauen dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

Weitergehende Vorgaben zur konkreten Umsetzung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist

	<p>Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>
--	--

1000886, Region Aachen Zweckverband

Inhalt

Allgemein zu Kapitel 3 Siedlungsraum

Die Grundsätze und Ausführungen zum Thema Siedlungsraum berücksichtigt Zukunftserwartungen von Menschen aus der Region und potenziellen Bewohner*innen vor allem aus urbanen Regionen in Form attraktiver Wohnorte an Seen genauso wie die notwendige Verankerung potenzieller Dispositionsflächen, um Kommunen eine kommunalspezifische Entwicklung zu gewähren. Gleichzeitig werden zum Beispiel baulich-räumliche Lösungsansätze für die (Re-)Aktivierung innerörtlicher Siedlungsflächen unter Beachtung von notwendigen mikroklimatischen Grün- und Freibereichen fokussiert. Für die Gewerbeflächen gibt es im Regionalplan das Instrument eines konsensorientierten Dialogs, in dem sich die Gebietskörperschaften über die Gewerbe- und Industrieflächenentwicklung miteinander verständigen. Zudem werden Bereiche für kleine und große gewerbliche und industrielle Nutzungen ausführlich behandelt und regionale wie interregionale Instrumentarien formuliert. Außerdem begrüßt die Region den Grundsatz 17. Die Chancen des Strukturwandels sollen dadurch vor allem für das Rheinische Revier genutzt werden können.

Zu Z.6 bis Z.15 für den planerischen Umgang mit ASB und GIB

An diesen Stellen werden Instrumente wie zum Beispiel das ASBflex und das GIBflex im Regionalplan formuliert, mit denen regionsspezifische, interregionale und -kommunale sowie zukünftige oder zweckgebundene Entwicklungen durch die kommunalen Raumentwicklungsakteure umgesetzt werden können. Aufgrund hoher zukünftiger Unsicherheiten besteht die Befürchtung, dass die Instrumente vor allem zur Überschussplanung nicht ausreichen werden. Außerdem stehen zu viele Raumfunktionen in Konkurrenz zueinander, als dass eine wirkliche Flexibilität und Entscheidungsmöglichkeit gegeben zu sein scheinen. Aus Sicht der Dokumenten- und Partizipationsanalyse fehlt im Regionalplan eine letzte Konsequenz in der Lösungsstrategie für das Bereitstellen von bedarfsgerechten und kommunalspezifischen Wohnraumflächenreserven, unter anderem zur Bewältigung des demographischen & sozio-strukturellen Wandels. Ähnlich verhält es sich mit der Verfügbarkeit von Flächen, die als Verhandlungsmasse bei der Akquisition von Gewerbe- und Industrieflächen dienen können, die sich heute noch im Privateigentum befinden. Auch besteht das Risiko, so war es aus dem Partizipationsworkshop zu vernehmen, nicht auf Anforderungen durch Land, Bund und EU geförderte Projekte im Zuge des Kohleausstiegs kurzfristig mit Flächen reagieren zu können. Auch wenn mit Z.15 (GIB für flächenintensive Großvorhaben sichern), G.17 (Chancen für den Strukturwandel nutzen) und G.18 (GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen) Passagen im Regionalplan eingebaut sind, wird die strategische Komponente in der Umsetzung von Z.15, G17 oder G.18 als zu statisch betrachtet wird. Der Bedarf für eine

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise) zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

strategische und dynamische Regionalplanung ergibt sich zudem aus den gesättigten Städten entlang der Rhein-Alpen-Achse sowie aus der Region der ZARA-Häfen: Überschwappeffekte werden voraussichtlich bis in die Region Aachen wirken und müssen berücksichtigt werden. Der Wohnraum und die sich verändernden Bedürfnisse daran zählen genauso dazu wie die gewerblichen und industriellen Bereiche vor allem aber die Logistikbranche.

1000887, Region Aachen Zweckverband

Inhalt

Zu Z.1 und Z.2 sowie G.10 und G.11 als Gestaltungselemente von Wohnraum

Zwar wird in Z.1 und Z.2 formuliert, die Siedlungsentwicklung in der Art zu gestalten, als dass die Kommunen in den durch den Regionalplan festgelegten Räumen entsprechende Vorhaben umsetzen und dabei auch eine Zersiedelung vermeiden sollen. Dies soll aber nur vorrangig umgesetzt werden oder es bezieht sich auf das Ausschließen von bandartigen Siedlungsentwicklungen. Eine Aktivierung von Ortskernen als attraktive Wohnstandorte ist aber eine Zukunftsaufgabe, die im Regionalplan nicht in dem Wortsinn formuliert ist und entsprechend integriert sein sollte. Zudem sind die erforderlichen Instrumente bereitzustellen. Etwa das Vorkaufsrecht der Landgesellschaft, das Anfang April 2022 im Landtag beschlossen wurde. Daran anschließend werden lediglich in G.10 und G.11 und somit nur in zwei Gebieten Siedlungsbereiche formuliert. Hierin werden die Bedarfe des sozio-ökonomischen Strukturwandels im Wohnen und den daran angebundenen Funktionen, wie Erholung und Arbeit durch das Wohnen am See oder in einer intakten Natur sowie nahe von F&E-Standorten bzw. Arbeitsorten mit dem Bedarf nach höheren Bildungsgraden berücksichtigt. Natürlich gilt es diese Standorte wegen des Strukturwandels durch den Kohleausstieg zu adressieren. Darüber hinaus bedarf es aber auch die Berücksichtigung weiterer übergreifender Transformationsprozesse durch die Digitalisierung und die ökologische Nachhaltigkeit, wodurch das Thema Strukturwandel (siehe zusätzlich G.17) zu erweitern und entsprechend ausgedehnt auch für andere Kommunen der Region Aachen im Regionalplan berücksichtigt werden muss.

Die Region Aachen begrüßt die in Bezug auf den geplanten Ausbau und den Erhalt der verkehrlichen Infrastrukturen getroffenen Festsetzungen im Großen und Ganzen. Aus ihrer Sicht weist sie jedoch auf vier nachbesserungsbedürftige und entsprechend zentrale Aspekte hin. Mobilität ist, insbesondere in der Region Aachen, ein Innovationstreiber für Wirtschaft, Leben und die allgemeine Regionalentwicklung. Diesem Anspruch gilt es, in der Entwicklung neuer Verkehrsinfrastrukturen, sowie auch in der Mobilitätsforschung (und den planerischen Voraussetzungen für diese) Rechnung zu tragen. Es bedarf hierzu im Regionalplan insbesondere der Verankerung einer kooperativen Planungsverbesserung aus Infrastrukturentwicklung und Regionalplanung, die eine beschleunigte Wirtschaftlichkeitsprüfung ermöglicht. Zusätzlich soll ein besonderer Fokus auf Ortsumgehungen für den Pendlerverkehr sowie die Freihaltung des Allgemeinen Siedlungsbereichs von Güterverkehren für die Erhöhung der Lebensqualität in den Siedlungsräumen sowie zur Entlastung des grenzüberschreitenden Verkehrs gelegt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht sowie Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Im Hinblick auf das Vorkaufsrecht der Landgesellschaft gilt, dass dieses nicht im Zuständigkeitsbereich der Regionalplanung liegt.

1000888, Region Aachen Zweckverband

Inhalt

Allgemein zu Kapitel 5.1.1: Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur

Die Region Aachen als Teilraum des Regierungsbezirks Köln besitzt eine Vielzahl renommierter Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen sowie Unternehmen im Bereich der innovativen Mobilität ? sowohl bei der Erprobung neuartiger Antriebstechnologien als auch für autonomes Fahren. Die entsprechenden Einrichtungen besitzen besondere Anforderungen an die technische, wie auch verkehrliche Infrastruktur und sollten in der Erprobung ihrer Mobilitätstätigkeiten nicht eingeschränkt werden. Dies schließt auch die Ausweisung von Flächen für Testbereiche bspw. für autonomes Fahren sowohl im Umfeld bestehender Einrichtungen als auch auf den ?realen? Straßenbereich und dessen regionalplanerische Konsequenzen mit ein. Darüber hinaus ist die (insbesondere öffentliche) Ladeinfrastruktur im ländlichen Raum der Region Aachen derzeit noch in einem schlechten Abdeckungszustand. Hier sollte der Regionalplan einen Grundsatz der Förderung der Elektromobilität insbesondere in ländlichen Räumen mit aufnehmen, um so die planerischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für deren Ausbau zu schaffen bzw. zu erleichtern. Außerdem mahnt die Region Aachen an, auch Straßen und Schienenverbindungen als kritische Infrastrukturen besonders vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen. Die betroffenen Ziele und Grundsätze insbesondere im Bereich des vorbeugenden Hochwasserschutzes (bspw. Z.27 oder G.48) werden begrüßt, jedoch sollte im Rahmen der Regionalplanerstellung auch geprüft und berücksichtigt und berücksichtigt werden, inwiefern eine spezifische Integration von Straßen- und Schienenverbindungen als Einrichtungen der kritischen Infrastruktur gelingen kann. Auch im Bereich des vorbeugenden Hochwasserschutzes für bereits bestehende Straßen- und Schienenverbindungen sind weitere Maßnahmen bzw. eine Schaffung der planerischen Voraussetzungen für diese notwendig, wie insbesondere die Sturzflut im Juli 2021 gezeigt hat. Deren Auswirkungen sind bzw. waren noch acht Monate nach dem Ereignis durch massive Schäden und Ausfälle von Bahnverbindungen zu spüren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregten Änderungen gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich des Regionalplans hinaus. Auch sehen die Landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW keinen entsprechenden Handlungsauftrag vor.

1000889, Region Aachen Zweckverband	
<p>Inhalt</p> <p><i>Zu G.9: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern</i></p> <p>Neben der im Regionalplan erwähnten Zusammenarbeit (u.a. zementiert durch die Euregio Maas- Rhein) im Kultur- und Tourismusbereich, im Bereich des Großflächigen Einzelhandels, in der Stärkung der Grenzregionen im Konzept der Bundesraumordnung und in der Erarbeitung von Grundlagen für ein besseres gegenseitiges Planungsverständnis, ist auch der Abbau von Barrieren und Überlastungen im grenzüberschreitenden Verkehr spezifisch zu erwähnen. Insbesondere im Raum um Aachen bestehen zahlreiche grenzübergreifende Pendlerbeziehungen, aber auch für die Transitfunktion des Raums (bspw. im Weitertransport der Waren aus den ZARA-Seehäfen ? Zeebrugge, Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen ? über u.a. die A4, A44 und A46) und die besonderen Anforderungen an das steigende Aufkommen von Güterverkehr sind entsprechende Festsetzungen zu treffen, um Barrieren bzw. Überlastungen zu vermeiden. Diese haben insbesondere unter Berücksichtigung überregionaler/ europäischer Verkehrsachsen/-korridore für die Region zu erfolgen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Erläuterung zu der Textliche Festlegung G.9 wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).</p>

1000890, Region Aachen Zweckverband	
<p>Inhalt</p> <p><i>Zu G.52: Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln</i></p> <p>Die Region Aachen begrüßt die spezifische Erwähnung des Radverkehrs als Teil des Umweltverbundes durch u.a. G.52, sowie die Bereitstellung der Erläuterungskarte I2 ?Radwege?. Die in dieser als Radschnellwege bzw. Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard gekennzeichneten Planungen sind aus Sicht der Region jedoch mit ihren Trassenverläufen (analog zu Straßen- und Schienentrassen in Abhängigkeit des Grades der räumlichen Festlegung) ebenfalls in die zeichnerischen Festsetzungen des Regionalplans zu übernehmen, um die Bedeutsamkeit des regionalen Radwegenetzes für die Region deutlicher herauszustellen und die Trassen vor konkurrierenden Nutzungen zu schützen. Zusätzlich ist für den Regionalplan eine stärkere Berücksichtigung der Anforderungen des radbezogenen (Tages-)Tourismus und dessen Auswirkungen auf weitere Verkehrsträger wünschenswert, beispielsweise durch Beseitigung von Engpässen im SPNV in Richtung der Eifel oder in der besonderen Integration von (auch für Einweg-Routen nutzbaren/ konzipierten) Fahrradverleihsystemen in Mobilstationen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Eine zeichnerische Festlegung von Radschnellwegen im Regionalplan erfolgt nicht, da die landesplanerischen Vorgaben zum Zeitpunkt der Planaufstellung kein Sicherungserfordernis begründen. Auch liegt aktuell noch kein Bedarfsplan für Radschnellwege vor. Dies steht einer weiteren Konkretisierung von Radschnellwegen im Rahmen der Fachplanung oder der Bauleitplanung nicht entgegen.</p> <p>Zudem werden Hinweise vorgebracht, die sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen richten. Die angeregten Änderungen gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.</p>

1000891, Region Aachen Zweckverband

Inhalt

Zu G.55: Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen berücksichtigen

Für die verträgliche Planung bzw. Sicherung des schienengebundenen Güterverkehrs sind durch den Regionalplan Trassenvorschläge zu unterbreiten, diesen aus Siedlungsbereichen fernzuhalten bzw. umzulenken. Hierzu soll zuerst eine Reaktivierung bestehender Trassen geprüft werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Festlegungen zum Betrieb oder zu möglichen Reaktivierungen von Trassen gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Sie sind der Fachplanung vorbehalten.

1000892, Region Aachen Zweckverband

Inhalt

Die Region Aachen begrüßt die in Bezug auf den geplanten Ausbau erneuerbarer Energien getroffenen Festsetzungen im Großen und Ganzen, weist jedoch auf die folgenden, aus ihrer Sicht nachbesserungsbedürftigen Aspekte hin. So bedarf es vor allem eines durchschlagigen Konzepts für Flächenpotenziale zur Energieerzeugung, -leitung, -speicherung und -verteilung, in dem die Nutzung von Potenzialen vor allem für Windenergie und Freiflächenphotovoltaik sichtbar wird. Inhalt sollten auch innovative und zukünftig potenzielle Technologien wie auch sich gegenüberstehende Ziele in der Raumordnung sein.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1000893, Region Aachen Zweckverband

Inhalt

Allgemein zu Kapitel 5.2.3: Erneuerbare Energien

Dem Rheinischen Revier kommt im Kontext des Regierungsbezirkes Köln eine besondere Bedeutung mit gesteigerten Anforderungen an die räumliche und gesamtregionale Planung zu: Es ist Demonstrationsraum für die Transformation einer Region, die statt auf dem Abbau und der Verstromung von Braunkohle auf erneuerbarer Energieerzeugung, Verteilung und Speicherung basiert. Derzeit ist rund um das Rheinische Revier eine Vielzahl energieintensiver Unternehmen angesiedelt, die für die Wertschöpfung und Beschäftigung in der Region von hoher Bedeutung sind. Diese Unternehmen sind auf einen uneingeschränkten und stabilen Zugang zu Energie angewiesen. Die Konzeption des zukünftigen Energiesystems der Region muss dem Rechnung tragen. Die Anforderungen an die Planung, sowie auch eine Darstellung des theoretischen Ausbaupotenzials der erneuerbaren Energien mit Raumbedeutung (u.a. Windenergie und Freiflächen-Photovoltaikanlagen) sollten in einem Teilplan 'Energie' separat dargestellt werden, um so der gesteigerten Bedeutung des Themas gerecht zu werden, planerische Sicherheiten zu schaffen und die anstehenden Prozesse beschleunigen zu können. Einen Sachlichen Teilplan 'Energie' hat bspw. der Regierungsbezirk Münster gemeinsam mit dem Regionalplan erlassen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

Zu G.64: Energieoptimierte Siedlungsentwicklung umsetzen

Um eine energieoptimierte Siedlungsentwicklung zu erreichen, wird neben dem Ausbau und der Sicherung von Standorten zur Nutzung einer Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) auch der massive Ausbau weiterer Infrastrukturen und Anlagen zur erweiterten Sektorenkopplung notwendig sein. Die räumlichen Anforderungen, die (unter anderem, aber nicht ausschließlich) Power-to-X-Anlagen, neue Verteilnetze wie etwa Gleichstromnetze und zugehörige Spannungskonverter oder Speichertechnologien wie Wasserstoff benötigen, sind ebenfalls durch Festsetzungen des Regionalplans zu konkretisieren. Hierzu kann (und sollte prioritär), wo möglich, auf bestehenden Netzen bzw. Infrastrukturen aufgebaut werden, aber insbesondere bei der Flächenausweisung für Neubaugebiete sind die Flächenansprüche dieser Technologien mit zu berücksichtigen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

Zu Z.37: Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern

Um den effektiven Ausbau der Erzeugungskapazitäten von Windenergieanlagen voranzutreiben, Planungssicherheiten zu schaffen und Planungsprozesse zu beschleunigen braucht es flexible und frühzeitige Lösungen für potenzielle Flächen. Damit die Kapazitäten für die zukünftige Erzeugung regenerativer Energien werden können, sind kontinuierliche Dialoge für Flächenverfügbarkeiten unabdingbar. Eine langfristige Festlegung durch Vorranggebiete würde hingegen der Dynamik technischer Entwicklungen und der Veränderbarkeit gesetzlicher Regelwerke nicht gerecht werden. Diesem Umstand ist in der Überarbeitung des Regionalplans entsprechend Rechnung zu tragen, um die gemeinsame Aufgabe der Transformation des Energiesystems auch gemeinsam angehen zu können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1000896, Region Aachen Zweckverband

Inhalt

Zu Z.38: Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern

Der Regionalplanentwurf lässt klare Aussagen zur Integration von Standorten raumbedeutsamer Solarenergieanlagen in regionale Grünzüge vermissen. Der pauschale Ausschluss von raumbedeutsamen Solarenergieanlagen in den städtischen Randbereichen beschränkt die Ausbaupotenziale der Solarenergie bedeutend. Es sind hierzu Festsetzungen zu treffen, die eine Integration der Anlagen in den Schutzgebietscharakter der regionalen Grünzüge zulassen und diesem nicht entgegenwirken. So sind, analog zu bestehenden Konzepten der ?Agro-Photovoltaik?, also der Integration von PV-Anlagen in intensiv-landwirtschaftlich genutzte Flächen, auch Konzepte der ?Grünland-Photovoltaik? denkbar. Auch von einer Beschränkung der Anlagenstandorte auf überregional bedeutende Bundesfernstraßen sowie Schienenwege ist entsprechend Abstand zu nehmen, um die Ausbauziele der erneuerbaren Energien nicht zu gefährden. Zusätzlich ist hier zu erwähnen, dass nach § 37 EEG ein Korridor von 200 m entlang der vorgenannten Bandinfrastruktur definiert ist. Jedoch, und das ist deutlich zu machen, ist das EEG kein planungsrechtlicher Vorgaberahmen für den Bau von Freiflächenanlagen. Zudem besteht die Gefahr spontaner Änderungen beim EEG. Die Korridordefinition kann sich darin entsprechend ändern oder gar ganz wegfallen. Wäre Letzteres der Fall, könnten nach den Ausführungen im Regionalplan unter G.67 keine Freiflächenanlagen entlang von Bundesfernstraßen und überregionalen Bahnstrecken gebaut werden. Somit stellt die Ableitung der Korridorbreite aus dem EEG für die Kommunen, die Grundstückseigentümer und die Investoren keine verlässliche Grundlage dar. Zur Steuerung von Photovoltaik- Freiflächenanlagen im Freiraum ist ein rechtlich eindeutiger Rahmen erforderlich, die den beteiligten Akteuren Planungssicherheit geben. Es wird empfohlen diese Planungssicherheit über den LEP NRW zu steuern, da dieser maßgeblich für die Entwicklung des Regionalplans ist. Dies ist bisher nicht der Fall.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

Die bisherige Stellungnahme beruht auf den Differenzen zwischen dem im Jahr 2019 durch die Region Aachen angefertigten Fachbeitrag und dem Entwurf des Regionalplans im Jahre 2021. Der Inhalt des Fachbeitrags beinhaltet die Notwendigkeiten der damaligen Zeit. Nach 2019 haben wir mehrere tiefgreifende Ereignisse und Entwicklungen erlebt: Die Corona-Pandemie, das Sommer-Hochwasser 2021 und den gegenwärtigen Ukraine-Krieg. Alle drei Ereignisse fordern zusammen und jedes für sich neue Anforderungen an die Entwicklung der Region. Vor diesem Hintergrund werden an dieser Stelle sieben weitere Aspekte genannt, die die Region Aachen an die Bezirksregierung Köln für die Entwicklung des Regionalplans formulieren möchte und die als Diskussionsgrundlage im Rahmen des Abwägungsprozesses bei der Aufstellung des Regionalplanes Berücksichtigung finden sollten. Entsprechend handelt es sich im Folgenden nicht um Ziele oder Grundsätze.

1. Der Klimawandel darf nicht nur auf das Hochwasser und die Beeinträchtigung von Infrastrukturen reduziert werden. Auch Stürme, Dürren und zunehmende Hitzewellen sowie daraus resultierende Einschränkungen in der sozialen und gesundheitlichen Lebensqualität sind im Regionalplan zu formulieren. Damit kann der Regionalplan seiner Bedeutung als gestaltendes Element der raumpolitischen Planung und mit Wirkung auf gesellschaftliche Entwicklungen gerecht zu werden.
2. Nachhaltigkeit bedeutet nicht nur Dekarbonisierung oder andere Maßnahmen gegen den Klimawandel. Das Konzept der Nachhaltigkeit dient genauso dem sozialen Ausgleich, der gesellschaftlichen Gleichberechtigung und Teilhabe sowie einer Gleichverteilung wirtschaftlicher Prosperitätspotenziale. Das umfängliche Konzept wird in den Sustainable Development Goals (SDG) abgebildet. Entsprechend wäre eine Empfehlung, die 17 SDGs im Laufe der Regionalplanaufstellung zu berücksichtigen.
3. Die Mobilität des ländlichen Raums ist von gegenwärtiger und noch vielmehr von zukünftiger Relevanz für Menschen, Waren, Güter, Energie und Daten sowie Informationen. Deshalb müssen Straßen und Schienenverbindungen oder Strom- und Ressourcenleitungen und -pipelines einerseits sowie Datenübertragungsnetzwerke andererseits als kritische Infrastrukturen bewertet werden, damit diese vor den Auswirkungen des Klimawandels oder auch terroristischen Cyber-Attacken geschützt sind oder aber zumindest schnell wieder zur Verfügung stehen.
4. Für eine bessere Planbarkeit von unerwarteten Katastrophen können Infrastrukturrisikokarten entwickelt und durch die Formulierung im Regionalplan in den kommunalen Administrationen implementiert werden. Damit kann nicht nur ein vorbeugender und vorausschauender Schutz vor Umweltkatastrophen oder terroristischen Aktivitäten vorgenommen werden, sondern auch vor pandemischen

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planetwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Auswirkungen oder Zusammenbrüchen in der Energieversorgung.

5. Für die Dekarbonisierung ist die energetische Gebäudesanierung bzw. der energetische Gebäudebau ein elementarer Bestandteil. Deshalb sollte die energetische Sanierung im Regionalplan umfänglich gedacht, initiiert und über den Bereich Wohnen auf die gewerblichen und industriellen Nutzungen ausgeweitet werden.

6. Der Regionalplan kann vielmehr als heute ein Zukunftsinstrument werden. Der Regionalplan hat in seiner letzten Konsequenz Auswirkungen bis in den Alltag der Menschen hinein. Er greift als raumplanerisches Instrument in die Entwicklung von Wohnen, Mobilität, Arbeit, Freizeit, Erholung, Natur und Umwelt wie auch Gesundheit ein. Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich den Regionalplan partizipativ zu gestalten und auf ein gesellschaftlich anerkanntes Zukunftsbild zu stützen. Dieses Bild kann durch partizipative Vorausschaumethoden (partizipatives und strategisches Foresight) als erprobte Instrumente aus der Zukunftsforschung für eine partizipative Entwicklung des Regionalplans und unter zentraler Wirkung des Regionalrats gestaltet werden. Durch diesen dialogorientierten Ansatz in der Regionalplanentwicklung wäre ein weiterer Schritt Richtung partizipativer und kooperativer Politikgestaltung auf kommunaler Ebene gemacht. Bürger*innen könnten bereits im Vorfeld von Planungsprozessen miteinbezogen werden. Eine genaue Ausgestaltung eines solchen partizipativen Vorausschauprozesses gilt es über die Stellungnahme hinaus zu erläutern.

7. Insgesamt kann der Regionalplan eine raumorientierte Twin-Transition-Strategie bilden. Mit einer raumbezogenen Twin-Transition-Strategie werden ökologische Nachhaltigkeit und Digitalisierung für die Entwicklung der Raumfunktionen Wohnen, Arbeit, Freizeit, Mobilität, Erholung und Gesundheit wie auch Natur und Umwelt in Kombination miteinander gedacht, konzipiert und in die Regionalentwicklung implementiert.

1000898, Region Aachen Zweckverband

Inhalt

Zusammenfassend bietet die Stellungnahme eine Übersicht von Forderungen der Region Aachen an die Bezirksregierung Köln für die weitere Ausgestaltung des Regionalplans. Ergänzt werden die Forderungen durch zusätzliche Ergänzungen, die aus den Schock-Ereignissen der letzten Jahre hervorgingen und die als Diskussionsgrundlage für weitere Ergänzungen und Konzeptionen des Regionalplans verstanden werden sollen. Wie eingangs bereits formuliert, ist insgesamt festzuhalten, dass zwischen dem ?Fachbeitrag der Region Aachen zum Regionalplan im Regierungsbezirk Köln? aus dem Jahr 2019 und dem Entwurf des Regionalplans aus 2021 ein relativ breiter Konsens besteht. Dennoch sind in der Vergleichsanalyse Differenzen hervorgegangen, die mit der Stellungnahme an die Bezirksregierung Köln mit einer verstärkten Bitte um Berücksichtigung genannt werden. Der Region Aachen Zweckverband erachtet diese Aspekte als entscheidend für den Regionalplan, vor allem aber für eine gute und sichere Zukunft der Region und den Menschen vor Ort.

1. Freiräume als ganzheitliche und systemische Zukunftsentwickler urbaner und ländlicher Räume sollten noch stärker als Nachhaltigkeitsfaktoren im Sinne einer hohen Lebens- und Wohnqualität im Regionalplan formuliert werden.

2. Es gilt auf diametrale Entwicklungskonflikte zwischen den unterschiedlichen Raumfunktionen im Sinne der empfindlichen und hochwertigen Freiräume hinzuweisen, um ein verstärktes Bewusstsein für die Flächenkonkurrenzen zu schaffen. Im Bewusstsein der Flächenkonflikte braucht es Instrumente für frühzeitige und flexible Lösungen, wie zum Beispiel rechtzeitige Dialogprozesse zwischen den Entwicklungs- und Planungsorganen auf Kommunal-, Bezirks- und Landesebene.

3. Das Thema Wohnen sollte spezifischer, breitflächiger und zukunftsorientierter für den Gesamttraum

der Region Aachen konzipiert und gedacht werden.

4. Flächenressourcen sollten für die Resilienz der Region Aachen und ihrer Gebietskörperschaften bereitgehalten und eine aktive antizipative Handlungs- und Reaktionsfähigkeit ermöglicht werden.

5. Eine auf Kriterien gestützte Überschussplanung für Wohnen und Gewerbe sowie Industrie, um bei Bedarf auf spontane Flächen für Verteilungsmöglichkeit zurückgreifen zu können, ist zu implementieren.

6. Ortskerne sollten unter nachhaltigen und ökologischen Faktoren noch deutlicher als bisher als Wohnansiedlungsräume explizit formuliert, fokussiert und gefördert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

7. Mobilität ist, insbesondere in der Region Aachen, ein Innovationstreiber für Wirtschaft, Leben und die allgemeine Regionalentwicklung. Deshalb ist der Entwicklung neuer Verkehrsinfrastrukturen, sowie auch in der Mobilitätsforschung (und den planerischen Voraussetzungen für diese) vertiefend Rechnung zu tragen.

8. Es gilt, kooperative Planungsverbesserungen aus Infrastrukturentwicklung und Regionalplanung strategisch stärker zu verankern.

9. Ein besonderer Fokus ist auf Ortsumgehungen für den Pendlerverkehr sowie die Freihaltung des Allgemeinen Siedlungsbereichs von Güterverkehren zu legen.

10. Die Flächenpotenziale zur Energieerzeugung, -leitung, -speicherung und -verteilung sollten in einem durchschlagigen Konzept und in Anbetracht zukünftig relevanter Energieträger wie Windenergie und Freiflächenphotovoltaik sichtbar gemacht werden.

AZ: BET_7000_1

Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

1004683, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Die Neuaufstellung erwähnt richtigerweise, dass der Regionalplan die Funktion des forstlichen Rahmenplans nach § 7 des Bundeswaldgesetzes wahrnimmt. Die Äußerung zum Ziel 22 Waldbereiche erhalten und entwickeln werden unterstützt.

Der Grundsatz 35 Waldvermehrung in waldarmen Gebieten fördern, Waldentwicklung auf besonders geeigneten Flächen lenken wird unterstützt. In diesem Zusammenhang wird auf den Forstlichen Fachbeitrag des Landesbetriebes Wald und Holz Nordrhein-Westfalen von 2018 verwiesen. Die Erläuterungskarte F7 wird erwähnt.

Der Grundsatz 36 Eingriffe in den Wald ausgleichen, gibt die gesetzlichen Vorgaben wieder und bezieht sich auf die Vorschläge des Forstlichen Fachbeitrages von Wald und Holz NRW Grundsatz 37 Kleinwaldflächen berücksichtigen, wird von mir geteilt.

Zu Grundsatz 39 Erholung im Wald verträglich ermöglichen, wird mit seinen Ausführungen ebenfalls geteilt. Die Probleme, die durch intensive Erholungsnutzung auftreten, können nur in einem gemeinsamen Vorgehen angegangen werden. Die forstlichen Vorschriften z.B. hinsichtlich der Nutzung durch Mountainbiker sind einschlägig, müssen allerdings auch durchgesetzt werden.

Grundsatz 40 Wälder mit besonderer forstlichen Bedeutung und Wildnisgebieteschützen. Die Ausführungen zitieren den Forstlichen Fachbeitrag von Wald und Holz NRW.

Grundsatz 41 Historische Waldnutzungen und kulturhistorische Objekte in Waldbereichen erhalten. Die Berücksichtigung dieser Objekte ist auch im Interesse von Wald und Holz NRW und entspricht dem LEP NRW.

Grundsatz 42 Klimaschutz und Klimaanpassung bei der Waldbewirtschaftung berücksichtigen Dies ist ein elementarer Anspruch von Wald und Holz NRW. Die Klimaschutzleistungen des Waldes zu fördern und zu schützen ist einer unserer wichtigsten Aufgaben. Hierzu sei nochmal erwähnt, dass bewirtschafteter Wald aus dem regelmäßig Holz zur langfristigen Nutzung entnommen wird, die beste Kohlenstoffsенke darstellt. Um dem Klimawandel entgegen zu wirken ist eine entscheidende Säule die Kohlenstoffbindung in genutztem Holz. Aus diesem Grund ist der Nutzfunktion des Waldes zukünftig eine größere Bedeutung beizumessen, denn nur genutztes Holz (außer Energieholz) bindet dauerhaft Kohlenstoff.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1004684, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Grundsatz 43 Bewirtschaftungsbedingungen in den Wäldern verbessern Dieser Hinweis auf die Wirtschaftsfunktion des Waldes wird mit der Bitte um Ergänzung durch die Formulierung "Der Wegebau im Wald soll der Erschließung des Waldes, der langfristigen Bewirtschaftung, der Gefahrenabwehr und der Sicherung der Rohstoffproduktion dienen. " ergänzt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die vorgeschlagene Formulierung findet sich in Erläuterung 3 zu Grundsatz G.43 und erläutert somit die Festlegung zum Erhalt und zur Pflege des forstlichen Wegenetzes. Sie wird um den Aspekt der "Gefahrenabwehr" ergänzt. Eine Übernahme der Formulierung in den Grundsatz ist nicht erforderlich.

1004685, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen	
Inhalt <p>Grundsatz, 44 Wildbestand an den angestrebten Waldaufbau anpassen, geht mit seiner Zuständigkeits-Adressierung allerdings fehl. Die Forstverwaltung spricht sich seit Jahrzehnten für eine Erhöhung der Abschusszahlen aus. Ansprechadresse für dies Ansinnen sind die Unteren Jagdbehörden der Kreise und kreisfreien Städte, die die jagdhoheitliche Verantwortung auch über die Abschussvorgaben, innehaben.</p>	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Die Bindungswirkungen der Vorgabe ergibt sich aus den gesetzlichen Regelungen (ROG).

1004686, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Der Regionalplanentwurf sieht für viele Waldgebiete eine umfassende Ausweitung der BSN-Flächen vor, schwerpunktmäßig in Privatwaldgebieten. Grundlage dafür ist offensichtlich der Fachbeitrag der LANUV mit der Zielsetzung, den landesweiten Biotopverbund zu verbessern.

In folgenden Bereichen im Rhein-Sieg-Kreis und im Erftkreis sind umfassende Ausweitungen von BSN-Flächen geplant:

- ? Ersdorfer Wald südlich von Rheinbach
- ? Adendorfer Wald östlich von Meckenheim
- ? Heisterbüsch südöstlich von Oberpleis
- ? Ville südlich von Bornheim
- ? Ville südwestlich von Alfler
- ? Rekultivierungsgebiet Ville westlich von Brühl (Staatswald)
- ? Lohmarer Wald östlich von Siegburg

Die Ausweitung stößt bei vielen privaten Waldbesitzenden (vom Großwaldbesitz über 1000 ha bis hin zum Kleinstwaldbesitz) auf Ablehnung. Folgende Begründungen werden dabei dem Forstamt vorgetragen:

1. Sorge vor Ausweisung meines Waldes als Naturschutzgebiet

Mit der Ausweisung als BSN wird der erste Schritt in Richtung ?Ausweisung als Naturschutzgebiet? vollzogen. Auch wenn dies in den Erläuterungen zum Regionalplan nicht als zwingend dargestellt wird, so trauen die Waldbesitzenden dieser Aussage nicht. Denn örtliche Erfahrungen, die im Zusammenhang mit der Aufstellung bzw. Überarbeitung von Landschaftsplänen gemacht wurden, zeigen, dass die örtlich zuständige Naturschutzbehörde doch eine Ausweisung als NSG anstrebt, weil ein Regionalplan für die Behörden ein verbindliches Planungsinstrument darstellt.

2. Waldbau und Klimawandel

Der Klimawandel erfordert in den nächsten Jahren einen massiven Waldumbau. Dabei möchten die Waldbesitzenden frei von naturschutzfachlichen Restriktionen sein, die sich immer stark an den natürlichen Waldgesellschaften orientieren. Viele verantwortungsvolle Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer möchten gerne in ihrem Wald auch Baumarten pflanzen, die Trockenheit besser aushalten (z.B. Esskastanie, Baumhasel, trockenheitsresistente Kiefernarten) und dazu nicht immer einen Antrag auf Befreiung bei der Naturschutzbehörde stellen müssen. Auch besteht große Sorge, dass eine Ausweisung als BSN-Gebiet Einschränkungen im Nadelholzanbau zur Folge haben könnte. Etliche Waldbesitzende planen, auf ihren Kalamitätsflächen Aufforstungen mit nadelholzgeprägten Waldentwicklungstypen ? was aus forstfachlicher Sicht bei Standortgerechtigkeit durchaus sinnvoll ist ? durchzuführen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Bewertungen des Fachbeitrags Naturschutz und Landschaftspflege, der gemäß den fachrechtlichen Vorgaben die Grundlage für die regionalplanerischen Festlegungen darstellt, rechtfertigen den Schutz der Bereiche. Ausweislich der textlichen Festlegungen besteht kein Automatismus zwischen BSN-Festlegung und Naturschutzgebietsausweisung. Vielmehr lassen die Festlegungen einen breiten und flexiblen Spielraum für die fachplanerische Umsetzung. Vertragliche Lösungen werden ausdrücklich als vorrangig zu prüfende Möglichkeit hervorgehoben.

Einschränkungen im Anbau von z.B. Weißtanne, Lärche, Küstentanne oder Douglasie würden nicht toleriert.

3. Vermögensverlust

Die Ausweisung als Naturschutzgebiet führt zu einem Vermögensverlust. Der Wert des Waldes auf dem Immobilienmarkt vermindert sich um 30 bis 50 % durch die Ausweisung als NSG. Auch wenn viele Waldbesitzende nicht die Absicht haben, ihren Wald zu verkaufen, so möchten diese zumindest theoretisch auf ihren Wald zurückgreifen können, um mit diesem z.B. die Aufnahme von Schulden mittels einer Hypothek absichern zu können.

4. Vertragsnaturschutz statt behördliche Regelung

Seitens der Naturschutzpolitik wird immer wieder auf die Möglichkeiten des Vertragsnaturschutzes hingewiesen. Dadurch wird es privaten Waldbesitzenden ermöglicht, für Naturschutzdienstleistungen ihrer Wälder Erträge zu erwirtschaften. Für den Privatwald sollte der Vertragsnaturschutz im Vordergrund stehen, nicht staatliche Planungen mit naturschutzrechtliche Restriktionen. Die Erfahrungen im Projekt Chance 7 haben die Machbarkeit des Vertragsnaturschutzes in einigen Projekten, die das Forstamt begleitet hat, gezeigt. Die Schaffung eines Biotopverbundsystems ist eine Ökosystemdienstleistung des Waldes.

5. Großflächige Waldnaturschutzgebiete in benachbarten Staatswaldgebieten

In vielen Fällen grenzen große Waldnaturschutzgebiete, die im benachbarten Staatswald liegen, an. Damit dient bereits ein großer Waldbereich in besonderer Weise dem Naturschutz. Warum soll der angrenzende Privatwald noch zusätzlich als BSN zur Verfügung stehen, wenn doch für eine ausreichende ökologische Stabilität durch den angrenzenden öffentlichen Wald garantiert ist? Die privaten Waldbesitzenden möchten auch zukünftig frei in ihrem Wald arbeiten können ohne naturschutzfachliche Restriktionen, wie dies die Ausweisung als Naturschutzgebiet mit sich bringen wird. Naturschutzleistungen auf freiwilliger Basis ? Stichwort Vertragsnaturschutz ? finden dabei im Privatwald große Akzeptanz. Die geplante umfassende Ausweitung der Planungskategorie BSN im Privatwald sollte daher nochmals überprüft werden. Der Erhalt des Waldes und damit der Erhalt des Biotopverbundes sind nach Auffassung der privaten Waldbesitzenden durch bestehende rechtlich ausreichende Regelungen gesichert.?

1004687, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Für den Bereich des Nationalparkforstamtes Eifel

1. die Darstellung der Waldflächen des RFA 01 sind auf den Karten "Zeichnerische_Festlegungen_Regplan_Koeln_Kreis_Dueren / Kreis Euskirchen / Städteregion Aachen" nach Überprüfung durch die Bezirksleiter und mir korrekt (soweit das bei dem groben Maßstab nachvollziehbar ist) abgebildet und mit den richtigen Zuordnungen versehen.

2. grundsätzlich gilt das auch für die Erläuterungskarte der textlichen Festlegungen "F7 Wald"

3. für die Flächen des Nationalparks ergibt sich hier jedoch die Frage, ob die Darstellung der "Wildnisgebiete" nicht erweitert werden sollte. Die aktuelle Darstellung orientiert sich an der Zonierung des Nationalparks, die mit der Verordnung (17.12.2003) galt: die Bereiche der Zone Ia ("Flächen, die ab sofort dem Prozessschutz überlassen werden können") sind als "Wildnisgebiete" dargestellt, die übrigen Flächen als "Waldbereiche". Inzwischen sind aber die vorgezogenen Prozessschutzgebiete Hetzingen (seit dem 31.12.2018, auf der anhängenden Karte "Vorgezogene Prozessschutzbereiche_NLP_Beirat_Zonierung.pdf" mit der "1" versehen) sowie Kermeter-West (seit 31.12.2015, auf der o.a. Karte die "2") realisiert. Daher wäre eine einheitliche Darstellung dieser beiden Teilflächen als "Wildnisgebiete" eine den tatsächlichen Umständen entsprechende Aktualisierung [s. Anlage Abb. 1004687_1].

Anhänge

[Abb_ID1004687_1.pdf](#)

[Abb_ID1004687_2.pdf](#)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Kennzeichnung der Wildnisgebiete in der Erläuterungskarte wird entsprechend der aktuellen Geodaten (LANUV NRW) vorgenommen.

1004688, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Textliche Festsetzungen, Seite 109, G. 36: Eingriffe in den Wald ausgleichen. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. Für Ersatzaufforstungen kommen insbesondere Flächen in den waldarmen Gebieten gem. (G. 35) Waldvermehrung in waldarmen Gebieten fördern, Waldentwicklung auf besonders geeignete Flächen lenken in Betracht. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Änderungsvorschlag: Ersatzaufforstung/ Kompensation sollte vorrangig vor Ort stattfinden. Erst nach intensiver Prüfung der Vor-Ort-Kompensation ohne Ergebnis sollte der Ersatz in waldarmen Kommunen in Erwägung gezogen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Grundsätzlich soll gemäß LEP NRW auf eine Waldvermehrung in waldarmen Gebiete hingewirkt werden. Es handelt sich bei den angesprochenen Festlegungen um Grundsätze, die der Abwägung unterliegen. Die Entscheidung, ob eine Vor-Ort Kompensation oder eine "Verlagerung" in waldarme Bereiche sinnvoll ist, soll der Entscheidung im jeweiligen Einzelfall überlassen bleiben.

1004689, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Umweltprüfung, Seite 96: Derzeit leidet die natürliche Verjüngung des Waldes oft unter dem Wildverbiss vor allem durch zu großen Rotwildbestände bei fehlenden Prädatoren. Neben forstbetrieblichen Gründen kann eine Regulierung des Wildbestands im Wald auch aus ökologischen Gründen geboten sein. Sollten Beutegreifer wie Luchs und Wolf wieder natürliche Bestandteile unserer Waldfauna werden, so können menschliche regulierende Eingriffe in den Wildbestand seltener erforderlich werden.

Anmerkung: Prädatoren ersetzen nicht den Eingriff der Menschen in den Wildbestand !

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise ohne Bezug zu Planfestlegungen vorgebracht.

1004690, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Umweltprüfung, Seite 32: Naturschutzgebiete: Unter Erläuterungen der NSG?e fehlt der Hinweis auf die erlaubte ordnungsgemäße Forstwirtschaft, dieser sollte nachgetragen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bedarf aufgrund der bestehenden fachrechtlichen Regelungen keines ergänzenden Hinweises.

1004691, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Umweltprüfung, Anhang I, HELTalsperre 01- Prether Platißbachtalsperre:
Die Planung der Prether Platißbachtalsperre ist bereits in der Vergangenheit in der Regionalplanung aufgenommen worden, bislang aber noch nicht umgesetzt worden. Es ist auf ein entsprechender Ausgleich für die Umwandlung der hierzu in Anspruch zu nehmenden Waldflächen hinzuweisen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bedarf aufgrund der bestehenden fachrechtlichen Regelungen keines ergänzenden Hinweises.

1004692, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen	
<p>Inhalt</p> <p>Umweltbericht, Anhang C, BMÜ_ASB_2: Planung Allgemeiner Siedlungsbereich: Gegen die Ausweisung dieses ASB bestehen erhebliche Bedenken. Der ASB grenzt auf fast $\frac{3}{4}$ seines Umfanges an das Waldgebiet des Hirnbergs. Der Bereich wird sehr stark von der Bevölkerung zur Tageserholung genutzt, so dass Konflikte vorprogrammiert sind.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Ein grundsätzlicher regionalplanerischer Konflikt ist in Bezug auf die ASB-Festlegung nicht erkennbar. Ggf. erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung örtlicher Konflikte, z.B. aus ökologischen oder forstlichen Gründen erforderliche Abstände zum Waldgebiet, sind Gegenstand der bauleitplanerischen Umsetzung,</p>

1004693, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Umweltbericht, Anhang C, BMÜ_ASB_3: Planung Allgemeiner Siedlungsbereich:
Gegen die Ausweisung dieses ASB bestehen erhebliche Bedenken. Der ASB grenzt im Westen an das Waldgebiet des Thönniesbusch. Der Bereich wird sehr stark von der Bevölkerung zur Tageserholung genutzt, so dass Konflikte vorprogrammiert sind. Östlich des Blankenheimer Weges liegt der Bereich z. T. im Überschwemmungsgebiet der Erft.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Ein grundsätzlicher regionalplanerischer Konflikt ist in Bezug auf die ASB-Festlegung nicht erkennbar. Ggf. erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung örtlicher Konflikte, z.B. aus ökologischen oder forstlichen Gründen erforderliche Abstände zum Waldgebiet, sind Gegenstand der bauleitplanerischen Umsetzung. Es erfolgt (vgl. Prüfbogen) keine Überplanung des festgesetzten Überschwemmungsgebiets.

1004694, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Umweltbericht, Anhang C, BMÜ_ASB_4: Planung Allgemeiner Siedlungsbereich:
Hier ist auf der Karte kein Unterschied zu ASB 2 zu erkennen. Es gilt das unter der laufenden Nummer 6 [siehe zu BMÜ_ASB_2] genannte.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Ein grundsätzlicher regionalplanerischer Konflikt ist in Bezug auf die ASB-Festlegung nicht erkennbar. Ggf. erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung örtlicher Konflikte, z.B. aus ökologischen oder forstlichen Gründen erforderliche Abstände zum Waldgebiet, sind Gegenstand der bauleitplanerischen Umsetzung. Die Abbildung im Umweltbericht wird entsprechend korrigiert. Bei dem ASB_4 handelt es sich um einen Bereich nördlich des Ginsterwegs. Hier wird eine im rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Bad Münstereifel ausgewiesene Wohnbaufläche in den ASB einbezogen.

1004695, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Umweltbericht, Anhang C, MEC_ASB_1: Planung Allgemeiner Siedlungsbereich
Der ASB grenzt an mehreren Stellen unmittelbar an Wald. Der Bereich wird sehr stark von der Bevölkerung zur Tageserholung genutzt, so dass Konflikte vorprogrammiert sind.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Ein grundsätzlicher regionalplanerischer Konflikt ist in Bezug auf die ASB-Festlegung nicht erkennbar. Ggf. erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung örtlicher Konflikte, z.B. aus ökologischen oder forstlichen Gründen erforderliche Abstände zum Waldgebiet, sind Gegenstand der bauleitplanerischen Umsetzung,

1004696, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Begründung, Seite 149, Punkt 4.5.3, zu G.44: Wildbestand an den angestrebten Waldaufbau anpassen

Gemäß Grundsatz 7.3-2 LEP NRW sollen durch nachhaltige und ordnungsgemäße Forstwirtschaft, ökologische intakte, leistungsstarke Waldbestände erhalten, vermehrt und entwickelt werden. Naturnahe Waldbestände sollen erhalten und vermehrt werden. Mit der Anpassung des Wildbestandes wird die landesplanerisch angestrebte Entwicklung der Waldflächen unterstützt. Der Grundsatz richtet sich in erster Linie an die Forstbehörden. Außerhalb des Staatswaldes haben die Forstbehörden keinen Einfluss darauf, dass die grundsätzlichen Forderungen hierzu umgesetzt werden. Dies kann nur für Staatswaldflächen gefordert werden. Für die Privatwaldflächen ist die Aufstellung sowie die Kontrolle der Einhaltung der Abschusspläne hier maßgeblich. Die Aufstellung sowie die Kontrolle der Einhaltung der Abschusspläne obliegen der Unteren Jagdbehörde, von daher ist unter diesem Punkt die primäre Zuständigkeit auf die Unteren Jagdbehörden zu erweitern bzw. zu beschränken.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die Umsetzung auf nachgelagerter Ebene gegeben.

1004697, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Begründung, Seite 141, Punkt 4.3.1, etwa Seitenmitte: ?Kleinflächige Ausläufer oder Differenzierungen (z. b. schmale Streifen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des RP (in einer Breite > 100m) entspricht.? Dies stimmt so nicht! Im Gegensatz zum derzeitigen RP wurden alle Fließgewässer, an denen nur extrem schmale bachbegleitende NSG ausgewiesen sind in enormer Breite als Vorrangbereiche für die Natur aufgenommen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Festlegungen basieren i.W. auf den Biotopverbundflächen der LANUV und müssen nicht identisch sein mit den fachplanerisch ausgewiesenen NSG. Die Formulierung beinhaltet den Zusatz "i.d.R."

1004698, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festlegung, Blatt 10- 11, Weiterführung der A1 ab Abfahrt Blankenheim in Richtung Süden -> Waldverlust !
Die Weiterführung der A1 ist bereits in dem aktuellen Regionalplan festgesetzt. Die Waldumwandlung muss entsprechend kompensiert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1004699, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festlegung, Blatt 10- 11, Feriendorf Freilingen: Teilgebiet westlich der Ortschaft Freilingen (südwestlich des Freilinger Sees) → Waldverlust.

Der Bereich sollte weiterhin als Wald erhalten bleiben und damit als Wald dargestellt werden!

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung des ASBz bezieht dem Maßstab entsprechend die bauleitplanerisch gesicherten Flächen der baulich geprägten Freizeitanlage ein. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Kleinteilig bzw. randlich betroffene Wald-/Gehölzflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, sind zum Teil in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004700, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festlegung, Blatt 10 ? 11, östlich des Freilinger Sees und Textliche Festlegungen Seite 70 unter Blankenheim: Planung ASB für zweckgebundene Nutzungen

Hier ist teilweise Wald betroffen. Bei der Ausweisung eines ASB mit zweckgebundener Nutzung sollte dennoch gewährleistet sein, dass die Waldbereiche erhalten bleiben !

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Festlegung des ASBz beschränkt sich auf den baurechtlich (verbindliche Bauleitplanung) gesicherten Bestand.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Frei- und Waldflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminself sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, sind zum Teil in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1004701, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festsetzung, Blatt 10- 11: Hellenthal, Flur 34, Flurstücke 200 u. 211 (gegenüber der Tankstelle, Trierer Str. 9)

Der geplante Siedlungsbereich reicht weiter, als die bislang bebaute Fläche und reicht in Waldflächen hinein. Die Waldflächen dürfen nicht von dem Siedlungsbereich überplant werden. Hier muss eine entsprechende Anpassung erfolgen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der ASB Hellenthal wurde im südlichen Bereich gegenüber dem geltenden Regionalplan bereits in erheblichem Maße zugunsten von Waldbereichsfestlegungen zurückgenommen. Es verbleibt eine geringfügige Überlagerung von ca. 1,5ha,. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Die Konkretisierung ist in diesem Bereich Aufgabe Bauleitplanung.

1004702, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen	
<p>Inhalt</p> <p>Zeichnerische Festsetzung, Blatt 10- 11: Gemarkung Hellenthal, Flur 65, Flurstücke 32, 33, 124, 154: Planung Siedlungsbereich</p> <p>Geplanter Siedlungsbereich in der Karte reicht weiter als die aktuell festgelegte Wohnbaufläche. Auf den genannten Flurstücken befindet sich Wald, der direkt an dem Fluss Olef angrenzt. Diese Flächen sollten im RP als Wald ausgewiesen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Die Konkretisierung ist in diesem Bereich Aufgabe Bauleitplanung.</p>

1004703, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festsetzungen, Blatt 11-10: Hellenthal-Blumenthal Richtung Kammerwald (entlang L17): Geplanter Siedlungsbereich
Der geplante Siedlungsbereich geht über Waldflächen hinaus. Hier sollte eine entsprechende Änderung vorgenommen werden, damit keine Waldflächen überplant werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

In dem betreffenden Bereich geben die siedlungsräumlichen Festlegungen dem Maßstab entsprechend die bauleitplanerischen Ausweisungen der Gemeinde Hellenthal wider. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Die Konkretisierung ist in diesem Bereich Aufgabe Bauleitplanung.

1004704, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festlegung, Blatt 10- 11: Neue Umgehungsstraße von Broich nach Kall/ Wallenthal über den Wackerberg, B265N

Nach der Planung verläuft die Straße durch ein großes, zusammenhängendes Waldgebiet. Die Straße wäre eine grobe Zerschneidung dieses zusammenhängenden Waldgebietes und damit nachteilig für den Wald. Zudem ist die Straße im Bereich eines Hauptwirtschaftsweges eingezeichnet. Der Bau der Bundesstraße dort und damit der Wegfall des Hauptwirtschaftsweges wäre ein Schaden für die forstliche Infrastruktur und würde die Waldbereiche vor eine erhebliche logistische Herausforderung stellen. Ferner wäre die Zerschneidung mit einem Wegfall einzelner Lebensräume und Sonderbiotopen verbunden.) Es ist zu prüfen, ob der Bedarf und die Notwendigkeit dieser Umgehungsstraße gegenüber den o.g. genannten nachteiligen Auswirkungen auf den Wald überwiegt. Sollten die öffentlichen Belange hier nicht erheblich überwiegen, sollte diese Umgehungsstraße aufgrund der o. g. Gründe nicht eingerichtet werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Fernstraßenausbaugesetz enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen. Dies ist in der Begründung dargelegt (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Bei Vorliegen gewichtiger Gründe kann der Grundsatz im Rahmen der Abwägungsentscheidung überwunden werden.

Gemäß den Erläuterungen zu G.57 *Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

1004705, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festsetzung, Blatt 10- 11: Gemarkung Schönau, Flur 12, Flurstück 24 et al. → Fehlende Walddarstellung

Da die Waldfläche an einen geschlossenen Waldbereich in Rheinland-Pfalz grenzt, sollte die Walddarstellung erhalten bleiben.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Bereiche erfüllen unter Berücksichtigung der großflächigen angrenzenden Wälder südlich des Plangebiets die Kriterien des planerischen Konzepts für die Festlegung von Waldbereichen.

1004706, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen, Blatt 10-11, Gemarkung Wichterich, Flur 2, Flurstück 11: Kleiner Waldbereich wurde im Planbereich entfernt. (Die kleineren Waldbereiche in landwirtschaftlich geprägten Bereichen sind wichtige Trittsteinbiotope und tragen zur Biotopvernetzung bei. Die Waldbereiche sollten erhalten bleiben.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der bewaldete Bereich liegt unterhalb der Größenordnung für die zeichnerische Festlegung von Waldbereichen gemäß dem planerischem Konzept (vgl. Planbegründung), er ist gemäß Grundsatz G.37 auf örtlicher Ebene zu sichern. Die bewaldeten Flächen sind Teil eines BSN, sodass die Biotopverbundfunktionen regionalplanerisch geschützt werden.

1004707, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen, Blatt 10-11, Gemarkung Zülpich, Flur 10, Flurstück 25: Waldbereich um Zülpicher Wassersportsee wurde im Planbereich entfernt bzw. nicht als Wald ausgewiesen. Der Waldbereich um den See sollte in den zeichnerischen Festlegungen als Wald ausgewiesen werden !

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bereiche rings um den Wassersportsee Zülpich ziehen sich als sehr schmaler bandartige und immer wieder unterbrochener Waldgürtel rings um den See. Dieser erfüllt nicht die Kriterien der generellen planerischen Konzeption (vgl. Begründung) zur Festlegung von Waldbereichen. Es erfolgt daher in diesem Bereich keine Festlegung als Waldbereich. Die bewaldeten Bereiche sind auf örtlicher Ebene zu sichern.

1004708, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen, Blatt 10-11, Gemarkung Weilerswist, Flur 7, Flurstück 58: Kleiner Waldbereich im Wohngebiet von Weilerswist wurde nicht im Planbereich als Wald ausgewiesen, sondern als Siedlungsfläche.
Die Walddarstellung sollte für diesen Bereich erhalten bleiben um die Grünbereiche in dem Siedlungsgebiet zu erhalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Im betreffenden Bereich ist keine Waldfläche zu finden, die den Kriterien für die Festlegung als Waldbereich gemäß Plankonzept (siehe Begründung) entspricht. Die Fläche ist, wie im geltenden Regionalplan, kleinflächiger Teil des Siedlungsraums. Die Entscheidung über die Nutzung obliegt der örtlichen Ebene.

1004709, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen, Blatt 10-11, Gemarkung Weilerswist, Flur 6, Flurstück 116, 117, 140: Kleiner Waldbereich im Wohngebiet von Weilerswist wurde nicht im Planbereich als Wald ausgewiesen, sondern als Siedlungsfläche.
Die Walddarstellung sollte für diesen Bereich erhalten bleiben um die Grünbereiche in dem Siedlungsgebiet zu erhalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Bereich weist nicht die Kriterien für eine Festlegung als Waldbereich gem. der planerischen Konzeption auf (vgl. Begründung). Er ist, wie im bereits geltenden Plan, kleinflächiger Teil des Siedlungsraums. Die Entscheidung über die Nutzung der Fläche obliegt der örtlichen Planungsebene.

1004710, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen	
Inhalt <p>Zeichnerische Festlegungen, Blatt 10-11, Gemarkung Euskirchen, Flur 50, Flurstücke 9,12, 81: Waldbereich oberhalb Euskirchener Heide wurde im Planbereich entfernt bzw. nicht als Wald ausgewiesen.</p> <p>Der Waldbereich der 3 Flurstücke, die an einander grenzen, umfasst insgesamt ca. 10 Hektar und sollte in den zeichnerischen Festsetzungen als Wald festgesetzt werden.</p>	Abwägung <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Waldflächen entsprechen in der Größenordnung (<10ha) nicht den für die Festlegung von Waldbereichen (siehe Planbegründung) entsprechenden Kriterien.</p>

1004711, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen, Blatt 10-11, Gemarkung Kreuzweingarten- Rheder, Flur 3, Flurstück 3: Waldfläche wurde nicht in den zeichnerischen Festsetzungen als Wald ausgewiesen. Dem angrenzenden Wald zugehörig.
Die Waldfläche (ca. 3 Hektar) ist dem angrenzenden Wald zugehörig und sollte daher als Wald im Plan dargestellt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der im Regionalplan-Entwurf festgelegt Waldbereich (vg. auch Stn. ID 1002322) wird um die vorhanden Waldflächen erweitert.

1004712, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Landschaftsräume- Leitbild und Ziel- Maßnahmen LR ? V 004 LR ? II 016 LR- V 007 In den o. g. Abschnitten wird überwiegend davon gesprochen, dass naturnahe Bewirtschaftungen erfolgen sollen und dadurch Laub- Mischwälder sich entwickeln sollen.

Hier sollte eine naturnahe Waldbewirtschaftung im Nadelholzbereich nicht unerwähnt bleiben, da nur aus diesen Beständen der Großteil des Bauholzes erwachsen kann, welche von der Bauwirtschaft dringend benötigt wird.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Das Leitbild stellt auf die Entwicklung naturnaher Laub- bzw. Laubmischwälder ab.

1004713, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festlegung, Blatt 02- 03: Derzeit wird die Erweiterung des Gewerbegebietes zwischen Hergarten und Düttling an der B 265 geplant. Wald begrenzt die avisierte Fläche.
Das Gewerbegebiet und die Erweiterung hierzu sind nicht in der Plankarte ersichtlich.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Es wird davon ausgegangen, dass hier Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben werden, da es sich um bereits bauleitplanerisch gesicherte Flächen handelt und keine Änderung der zeichnerischen Festlegung angeregt wird. Da es sich um einen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteil handelt, ist somit im Regionalplanentwurf auch keine siedlungsräumliche Festlegung (ASB) ersichtlich.

1004714, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen, Blatt 10-11, Kleinere Waldbereiche in zw. in der Nähe von folgenden Ortschaften vorhanden: Stadt Euskirchen, Euskirchen-Kuchenheim, Euskirchen- Weidesheim, Euskirchen- Kirchheim
Die kleineren Waldbereiche in landwirtschaftlich geprägten Bereichen sind wichtige Trittsteinbiotope und tragen zur Biotopvernetzung bei. Die Waldbereiche sollten erhalten bleiben.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Waldbereiche werden entsprechend der Plankonzeption zeichnerisch festgelegt, wenn sie die Fläche von mindestens 10ha erreichen bzw. in waldarmen Gebieten, wenn sie die Fläche von mindestens 5ha erreichen. Auf die Bedeutung kleinerer Waldflächen unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle stellt Grundsatz G.43 ab. Dementsprechend sollen diese auf örtlicher Ebene gesichert werden.

1004715, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Anregung für den Bereich zwischen Heimbach und Kreuzau an der Rur: Planung von mind. 2 Nassholzlagerplätzen um vorbeugend auf Kalamitätsjahren reagieren zu können. Hier muss vorausschauend geplant werden, um den Holzabsatz in Kalamitätsjahren zu steuern und Rohholz so zu konservieren, dass es zeitversetzt und marktkonform genutzt werden kann.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

1004716, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Anmerkung: Es fehlt die Benennung des Kieswerkes im Eichholz (B51 Richtung Blankenheim) als Gewerbegebiet

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Im Regionalplan werden keine Gewerbegebiete oder einzelne Betriebe benannt. Regional bedeutsame Bereiche für die gewerbliche industrielle Entwicklung werden als Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche (GIB) festgelegt, sofern sie den Vorgaben des LEP NRW entsprechen.

1004717, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Generelle Anregung: Aufgrund der Klimaveränderungen und die damit steigende Waldbrandgefahr sollten Feuerlöschteiche im Wald in den Planungen mit festgelegt werden, um ein einheitliches Vorgehen bei den hierfür notwendigen Genehmigungsverfahren zu gewährleisten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Planung von Feuerlöschteichen ist nicht Gegenstand regionalplanerischer Festlegungen. Sie obliegt nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

1004718, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

4.5.3 Waldbewirtschaftung G43 Erläuterung 3

Der Wegebau im Wald soll der Erschließung des Waldes, der langfristigen Bewirtschaftung und der Sicherung der Rohstoffproduktion dienen.

Änderungsvorschlag: Der Wegebau im Wald soll der Erschließung des Waldes, der langfristigen Bewirtschaftung, **der Gefahrenabwehr** und der Sicherung der Rohstoffproduktion dienen.

Aufgrund des Klimawandels und damit verbundenen häufiger auftretenden Schadereignissen wie Stürme und Waldbrände müssen Bestände gut erreichbar sein.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterung wird entsprechend ergänzt.

1004719, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festlegung Blatt 01 Kreis Heinsberg
Die Abgrenzung des militärischen Bereichs nördlich des Flugplatzes Tevereener Heide erscheint zu groß, wir bitten um Überprüfung der Darstellung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Festlegung entspricht den seitens der Militärverwaltung zur Verfügung gestellten Daten. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung wurden von dort keine Bedenken geäußert.

1004720, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen	
<p>Inhalt</p> <p>Zeichnerische Festlegung Blatt 01 Kreis Heinsberg s. Karte 03/1: Erstaufforstungsfläche von rund 5,9 HA westlich der Ortschaft Übach-Palenberg-Scherpenseel ist als Wald darzustellen [s. Anlage Abb. 1004720_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID1004720_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Bereiche erfüllen die Kriterien des planerischen Konzepts für die Festlegung von Waldbereichen.</p>

1004721, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen	
<p>Inhalt</p> <p>Zeichnerische Festlegung Blatt 01 Kreis Heinsberg s. Karte 03/2: Erstaufforstungsfläche von rund 6 ha nördlich der Ortschaft Wassenberg-Rosenthal ist als Wald darzustellen [s. Anlage Abb. 1004721_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID1004721_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Der festgelegte Waldbereich wird entsprechend des planerischen Konzepts zur Festlegung von Waldbereichen um die Aufforstungsfläche erweitert.</p>

1004722, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festlegung Blatt 01 Kreis Heinsberg
s. Karte 03/3: Erstaufforstungsflächen zusammen mit anderen Waldflächen insgesamt von rund 10,3 Ha nordwestlich der Ortschaft Hückelhoven-Altmyhl sind als Wald darzustellen [s. Anlage Abb. 1004722_1].

Anhänge

[Abb_ID1004722_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erstaufforstungsflächen erfüllen die Voraussetzungen gemäß Plankonzeption (vgl. Begründung). Die Festlegung der Waldbereiche wird um die vorgeschlagenen Flächen ergänzt.

1004723, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen	
<p>Inhalt</p> <p>Zeichnerische Festlegung Blatt 01 Kreis Heinsberg s. Karte 03/4: Erstaufforstungsflächen zusammen mit Altbestand von 2,5 ha Größe östlich der Ortschaft Hückelhoven-Kleingladbach sind als Wald darzustellen, da sie an größeren Waldbereich angrenzen [s. Anlage Abb. 1004723_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID1004723_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Der Bereich entspricht den Kriterien für die Festlegung von Waldbereichen. Die Waldbereichsfestlegung wird unter Berücksichtigung der vorhandenen Flächennutzungen sowie der Waldflächendarstellung im FNP der Stadt Hückelhoven angepasst.</p>

1004724, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festlegung Blatt 01 Kreis Heinsberg
s. Karte 03/5: für 2023 geplante Erstaufforstung von rund 7 Ha nordwestlich der
Ortschaft Erkelenz- Hetzerath sollte als Wald dargestellt werden [s. Anlage Abb.
1004724_1].

Anhänge

[Abb_ID1004724_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die
Bereiche erfüllen die Kriterien des planerischen Konzepts für die Festlegung von
Waldbereichen.

1004725, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festlegung Blatt 01 Kreis Heinsberg
s. Karte 03/6: für 2023 geplante Erstaufforstung von rund 4,5 ha angrenzend an Wald südwestlich der Ortschaft Hückelhoven-Hilfarth sollte als Wald dargestellt werden [s. Anlage Abb. 1004725_1].

Anhänge

[Abb_ID1004725_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

Die Bereiche erfüllen die Kriterien des planerischen Konzepts für die Festlegung von Waldbereichen.

1004726, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen	
<p>Inhalt</p> <p>Zeichnerische Festlegung Blatt 01 Kreis Heinsberg s. Karte 03/7: Erstaufforstungsfläche von rund 4 ha angrenzend an Wald nordwestlich der Ortschaft Hückelhoven-Brachelen ist als Wald darzustellen [s. Anlage Abb. 1004726_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID1004726_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Bereiche erfüllen die Kriterien des planerischen Konzepts für die Festlegung von Waldbereichen.</p>

1004727, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen	
<p>Inhalt</p> <p>Zeichnerische Festlegung Blatt 01 Kreis Heinsberg s. Karte 03/8: Der gesamte in der Karte 03/8 grün schraffierte Bereich ist Wald im Sinne des Gesetzes und ist als solcher darzustellen. Ausnahmen sind die rot gekennzeichneten Teilflächen einer Schießbahn und einer landwirtschaftlichen Fläche [s. Anlage Abb 1004727_1].</p> <p>Anhänge Abb_ID1004727_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Bereiche erfüllen die Kriterien des planerischen Konzepts für die Festlegung von Waldbereichen.</p>

1004728, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Zeichnerische Festlegung Blatt 08 Städteregion Aachen_01
s. Karte 03/9 Waldfläche von rund 9,5 hA südl. der Ortschaft Stolberg-Breinig ist als Wald darzustellen [s. Anlage Abb. 1004728_1].

Anhänge

[Abb_ID1004728_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Flächen erfüllen nicht die gemäß planerischem Konzept definierten Kriterien zur Festlegung von Waldbereichen im Regionalplan. Sie sind entsprechend der Festlegungen in Grundsatz G.37 auf örtlicher Ebene zu sichern.

Inhalt

BHO_ASB_1

LSG im Süden; innerhalb der Planungsfläche sind ca. 10 ha Wald betroffen, eine Bebauung ausschließlich auf Nicht-Waldflächen ist nicht möglich; da Wasserschutzgebiet, Empfehlung zum Verzicht auf ASB

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Umweltbericht schließt erhebliche Beeinträchtigungen für das ca. 300 m entfernt liegende Naturschutzgebiet und das Landschaftsbild aus. Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung wird voraussichtlich bei drei Kriterien (klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume, Klimaböden, Kulturlandschaft) mit erheblichen Umweltauswirkungen gerechnet. Der aktuelle Regionalplan stellt hier aktuell keinen Waldbereich dar.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht, die sich durch die bereits vollzogene Wohnbauflächendarstellung im FNP in diesem Bereich zeigt, sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, so dass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Dies gilt auch in Abwägung der voraussichtlichen Umweltwirkungen.

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Darstellung als ASB ersetzt nicht die Verpflichtung zu einer Waldumwandlungsgenehmigung nach LForstG.

Inhalt

2 BHO_ASB_3 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 4,5 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächenund Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

3 BHO_ASB_4 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,3 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächenund Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

4 BM_ASB_1 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,6 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächenund Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

5 BM_ASB_5 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,17 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächenund Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

6 BN_ASB_5 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,9 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächenund Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

7 BOR_ASB_2 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 1,18 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächenund Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

8 EIT_ASB_1 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,6 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächenund Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

9 ELS_ASB_2 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 1,0 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächenund Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

10 ERF_ASB_2 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

von ca. 7,1 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

11 ERF_ASB_2_A Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 7,1 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

12 FRE_ASB_1 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 5,0 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

13 HEN_ASB_1 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 1,5 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

14 K_ASB_4 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,5 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

15 K_ASB_7 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 2,0 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

16 K_ASB_15 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,6 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

17 K_ASB_16 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 1,0 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

18 K_ASB_17 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 1,0 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

19 K_ASB_19 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,5 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

20 K_ASB_19_A Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,5 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

21 K_ASB_22 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 2,0 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

22 KER_ASB_3 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 4,5 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

23 KÖN_ASB_2 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 1,17 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

24 KÖN_ASB_4 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,4 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

25 LOH_ASB_4 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,19 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

26 LOH_ASB_5 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 2,0 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

27 MEH_ASB_2 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 2,2 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

28 MUC_ASB_1 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,25 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

29 NEU_ASB_1 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,7 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

30 NIK_ASB_2 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,35 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

31 STA_ASB_2 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 1,4 ha (Biotopverbund m. h. B.). Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen- und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

32 STA_ASB_5 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 5,2 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

1004731, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Textliche Festsetzungen, Z.7, Erläuterung Rand Nr. 3: [?] Die ASB können auch innerörtliche Grün- und Freiflächen sowie Waldflächen enthalten, die durch Fachrecht geschützt sind. Die besondere Funktion dieser Flächen im Sinne des (G. 19) Zusammenhängendes Freiraumsystem erhalten, Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums sichern und entwickeln ist im Rahmen der Flächennutzungs und Fachplanung zu berücksichtigen.

Änderung: Die ASB können auch innerörtliche Grün- und Freiflächen sowie Waldflächen enthalten., ~~die durch Fachrecht geschützt sind.~~ Die besondere Funktion dieser Flächen im Sinne des (G. 19) Zusammenhängendes Freiraumsystem erhalten, Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums sichern und entwickeln ist im Rahmen der Flächennutzungs- und Fachplanung zu **sichern. berücksichtigen.**

Kleinstwaldflächen innerhalb eines ASB sind gerade nicht durch Fachrecht geschützt. In bebauten Ortsteilen können Waldflächen ohne forstrechtliche Genehmigung in Bauland umgewandelt werden. Ein Kompensationserfordernis entfällt. Innerstädtischen Kleinstwaldflächen können regelmäßig herausgehobene Funktionen attestiert werden, so sind sie z.B. Trittsteinbiotop und unversiegelte Versickerungsfläche. Für die Bevölkerung und Nherholung sind sie zudem Sicht- und Lärmschutz, Schattenspende und Grüninsel. Sie beeinflussen bzw. bestimmen maßgeblich das Mikroklima. Zum Schutz der wichtigen und notwendigen innerstädtischen Kleinstwaldflächen bedarf es zwingendeiner planerischen Sicherung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit-, Erholungs- und Waldflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

In den aufgestellten Landschaftsplänen werden Wälder als Bestandteile von Naturschutzgebieten gemäß § 23 BNatSchG, Landschaftsschutzgebieten gemäß § 26 BNatSchG, Naturdenkmäler gemäß § 28 BNatSchG und Geschützten Landschaftsbestandteilen gemäß § 29 BNatSchG nach Fachrecht unter Schutz gestellt.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleibt hiervon unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW).

Inhalt

Textliche Festsetzungen, G.23, Erläuterung Rand-Nr. 2: Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und [?] Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Entwicklung von Waldbemöglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasservorsorge (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen.

Änderung: Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur **Entwicklung von Waldbereichen** (vgl. (Z. 22)), zur Unterstützung der Trinkwasservorsorge (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen.

G.23 benennt explizit Waldbereiche als vorrangige Ersatz- und Kompensationsflächen. Die Erläuterung zum G.23 setzt sich allerdings nicht weiter mit den Waldbereichen auseinander, während für die übrigen Vorranggebiete die relevanten Ziele aufgeführt werden. Der Einschub konkretisiert G.23 in Bezug auf Waldbereiche und stellt eine Verknüpfung mit Z.22 her.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Formulierungen entsprechen dem Leitbild des vorsorgenden Bodenschutzes in dem vom Geologischen Dienst erarbeiteten Fachbeitrag "Bodenschutz für die räumliche Planung".

1004733, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Textliche Festsetzungen, G.24, Erläuterungen Rand Nr. 2: Böden mit sehr hoher oder hoher Regler und Pufferungsfunktion und natürlicher Bodenfruchtbarkeit sind bei Vorliegen entsprechender sonstiger Standortvoraussetzungen (z. B. Topographie, Wasserhaushalt) primär für die landwirtschaftliche Nutzung, ansonsten als ertragreiche forstliche Standorte zu sichern.

Böden mit sehr hoher oder hoher Regler und Pufferungsfunktion und natürlicher Bodenfruchtbarkeit sind bei Vorliegen entsprechender sonstiger Standortvoraussetzungen (z. B. Topographie, Wasserhaushalt) primär für die landwirtschaftliche Nutzung, ansonsten oder als ertragreiche forstliche Standorte zu sichern.

Waldböden sind Produktionsstandort für den Rohstoff Holz, Lebensraum für Flora und Fauna sowie Basis für den Erholungsraum Wald. Waldböden zeichnen sich durch eine hohe Natürlichkeit

aus. Sie sind wenig beeinflusste und unversiegelte Fläche. Waldböden sind ein wichtiger Bestandteil im Wasserkreislauf. Zusammengefasst konservieren Waldböden die Bodenschutzfunktionen.

Eine Rangordnung zwischen Waldböden und landwirtschaftlichen Flächen zu definieren ist unter den vorgebrachten Gründen nicht sachgerecht. Waldböden sind landwirtschaftlichen Flächen gleichzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Formulierung entspricht dem Leitbild des vorsorgenden Bodenschutzes gemäß dem Fachbeitrag des Geologischen Dienst NRW und trägt der besonderen Wertigkeit dieses Bodentypes für landwirtschaftliche Nutzungen Rechnung.

1004734, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Begründung, Kapitel 4.5 Wald, Einleitung 2. Absatz: [?] Gemäß Grundsatz 7.2-3 LEP NRW sind durch nachhaltige und ordnungsgemäße Forstwirtschaft standortgerechte, ökologisch intakte, leistungsstarke Waldbestände zu erhalten, zu vermehren und zu entwickeln. Naturnahe Waldbestände sollen erhalten und vermehrt, Teile des Waldes durch Nutzungsverzicht zu Wildnis entwickelt werden.

[?] Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW ?
Falsche Referenz auf den LEP NRW

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Begründung wird entsprechend korrigiert.

1004735, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Textliche Festsetzungen, Z.22; Erläuterungen Rand Nr. 4: Ausnahmsweise dürfen Waldbereiche in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen erfordert den Nachweis, dass diese ? unter Berücksichtigung des angestrebten Planungsziels ? unvermeidlich ist. Sofern dies der Fall ist, sind planerisch alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Inanspruchnahme des Waldes zu minimieren.

~~Streichen: Ausnahmsweise dürfen Waldbereiche in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen erfordert den Nachweis, dass diese ? unter Berücksichtigung des angestrebten Planungsziels ? unvermeidlich ist. Sofern dies der Fall ist, sind planerisch alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Inanspruchnahme des Waldes zu minimieren.~~

Ersetzen durch:

Ausnahmsweise kann die Inanspruchnahme von Wald erfolgen, wenn: die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar ist und die Schutzbedürftigkeit des Waldbereichs dies zulässt und der Eingriff auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird. Die Zulässigkeit der Maßnahme setzt gemäß den Vorgaben des LEP NRW für Wald voraus, dass der Mehraufwand in einem unverhältnismäßigen Verhältnis zur konkreten Beeinträchtigung des Bereiches steht. Unter dem Begriff der Zumutbarkeit kommen gemäß LEP NRW auch solche Alternativen in Betracht, die den damit angestrebten Zweck in zeitlicher, räumlicher und funktionell- sachlicher Hinsicht nur mit Abstrichen am Zweckerfüllungsgrad erfüllen. Als Alternative kommen insbesondere eine Verkleinerung oder Verlagerung von Standorten in Betracht, die ohne oder mit geringerer Beeinträchtigung von Schutzfunktionen einhergeht. Auch die Erwartung höherer Kosten, z. B. für den Grunderwerb, für die Erschließung, durch Entstehung komplexerer Betriebsabläufe, stellen die Zumutbarkeit einer Alternative nicht infrage.

Grundsätzlich ist die Erläuterung geeignet, die zu überwindenden Hürden in Bezug auf eine Waldinanspruchnahme aufzuzeigen. Die Erläuterung lehnt sich dabei weitestgehend an die textliche Vorgabe des LEP NRW (Ziel 7.3-1) an. Um zwischen den Planungsebenen, insbesondere aber innerhalb der Regionalplanungsebene, eine Harmonisierung verschiedener textlicher Vorgaben herzustellen, wird vorgeschlagen, die Formulierung aus Z.19 in modifizierter Form zu übernehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Waldbereichen sind durch den LEP NRW vorgegeben und sind keiner Abwägung auf regionalplanerischer Ebene zugänglich. Das Ziel wird entsprechend umformuliert.

1004736, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

G.42: Klimaschutz und Klimaanpassung bei der Waldbewirtschaftung berücksichtigen
Die Bewirtschaftung der Wälder soll dem Klimaschutz dienen. Sie soll darauf abzielen, stabile Waldstrukturen zu schaffen und dabei die Erfordernisse des Klimawandels zu berücksichtigen. Textliche Festsetzungen, G.42; Erläuterungen Rand Nr. 1: 1. Wälder können dem Klimaschutz

dienen, indem sie möglichst viel Kohlenstoffdioxid (CO₂) dauerhaft binden.

Maßnahmen, die zu einer zusätzlichen Bindung von CO₂ führen sind z. B. die Verlängerung von Umtriebs Zeiten, die Erhöhung von Altund Totholzanteilen und die Vermeidung von Kahlschlägen.

Änderung: G.42: Klimaschutz und Klimaanpassung bei der Waldbewirtschaftung und Holzverwendung berücksichtigen Die Bewirtschaftung der Wälder soll dem Klimaschutz dienen. Sie soll darauf abzielen, stabile Waldstrukturen zu schaffen und dabei die Erfordernisse des Klimawandels zu berücksichtigen. Der Einsatz des nachwachsenden Rohstoffes Holz soll Beispiel gebend durch die öffentliche Hand erfolgen.

1. [?] und die Vermeidung von Kahlschlägen.

2. Die gegenüber anderen Produkten und deren Produktionsverfahren geringere CO₂-Emission bei der Holzproduktion und der Herstellung von Holzprodukten sowie bei deren Entsorgung

sind bei Planungsverfahren angemessen zu berücksichtigen. Die öffentlichen Auftraggeber können durch eine gesteigerte Verwendung von Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft und daraus hergestellten (innovativen) Holzprodukten zum Klimaschutz beitragen. Bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen ist der Baustoff Holz ? seinen technischen und ökologischen Eigenschaften entsprechend ? gleichberechtigt in die Planungsüberlegungen einzubeziehen.

Klimaschutz durch Holzverwendung wird ausführlich im Kapitel 13.1.1.8 und Ziel 1.4 des Forstlichen Fachbeitrages (Wald und Holz NRW, 2018) beleuchtet. Auf eine Wiederholung des kompletten Inhalts wird zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet. Es verbleibt vorerst beim Verweis auf die genannten Textstellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Verwendung von Holz bzw. Holzprodukten kann nicht durch regionalplanerische Festlegungen gesteuert werden.

Inhalt

Textliche Festsetzungen, Z.25; Erläuterungen Rand-Nr. 7 (Tabelle: Geplante Talsperren): Naafbachtalsperre Overath, Lohmar, Neunkirchen-Seelscheid, Leppetalsperre Marienheide, Gummersbach
Prether-Platißbachtalsperre, Hellenthal, Steinaggertalsperre Reichshof)
Streichen: Gegen die geplanten Talsperren bestehen aus forstlicher Sicht erhebliche Bedenken.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel Z 7.4-4 LEP NRW legt der Regionalplan textlich und zeichnerisch Vorsorgebereiche als Standortoptionen für mögliche zukünftige Talsperrenplanungen fest. Gerade die Herausforderungen des Klimawandels, insbesondere der Klimafolgenanpassung, machen diese Standortoptionen erforderlich. Die Vorsorgebereiche sollen den Raum von allen Nutzungen freihalten, die der möglichen Realisierung zukünftiger Talsperren entgegenstehen könnten. Der Nachweis der Erforderlichkeit zukünftiger Talsperren und ihre Zulässigkeit im Rahmen der fachgesetzlichen Planfeststellung - beim "Vorsorgebereich Naafbachtalsperre" zusätzlich die Erfüllung der naturschutzrechtlichen Ausnahmetatbestände von den Erhaltungszielen des dort ausgewiesenen FFH-Gebiets - sind zukünftigen Fachplanungsverfahren vorbehalten.

Auch in seinem Schreiben vom 11.08.2022 bestätigt das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, dass der im aktuell rechtskräftigen Regionalplan dargelegte funktionale Zusammenhang der Vorsorgebereiche Leppetalsperre und Steinaggertalsperre mit dem Vorsorgebereich Naafbachtalsperre weiter fort gilt. Angesichts des fortschreitenden Klimawandels wird die Wichtigkeit ihrer wasserwirtschaftlichen Funktionen bekräftigt. Daher werden in Tabelle 2 der Erläuterung 7 zu Z.25 für die Vorsorgebereiche Leppetalsperre und Steinaggertalsperre die bereits im rechtskräftigen Regionalplan festgelegten Funktionen "Niedrigwasseraufhöhung" und "Hochwasserschutz" wiederaufgenommen, die Funktion "Trinkwassergewinnung" wird ergänzt. Für die Vorsorgebereiche Naafbachtalsperre und Prether-/Platißtalsperre wird die im Entwurf des Regionalplans zugewiesene Funktion "Trinkwasserversorgung", wie sie bereits im rechtskräftigen Regionalplan festgelegt ist, beibehalten, für die Naafbachtalsperre wird die im rechtskräftigen Regionalplan festgelegte Funktion "Hochwasserschutz" ergänzt.

Zur weiteren Begründung wird zusätzlich auf die Autorrenkorrektur ID 1016477 verwiesen.

1004738, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Für den Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen nehme ich zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln wie folgt Stellung:
Der Begründungstext zum Entwurf der Neuauufstellung des Regionalplanes betont unter Punkt 1, Einführung ?Leitvorstellung ist eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaft ausgewogenen Raumstruktur mit gleichwertigen Lebensverhältnissen beiträgt.? Dies wird verstärkt durch den Punkt 2, Gesamträumliche Aspekte ?Den räumlichen Erfordernissen der Kulturlandschaft und überregionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit soll bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen Rechnung getragen werden.? Die Wahrnehmung und die damit verbundene Wertschätzung klimaschützender Maßnahmen teile ich uneingeschränkt. Dies wird unterstützt durch die Grundsätze des Landesentwicklungsplanes NRW (LEP NRW) als übergeordnete Planungsgrundlage für das Land NRW, die ich voranstelle [Auszüge LEP NRW].

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird allgemeine Zustimmung zu den grundlegenden Leitvorstellungen des Planentwurfes im Hinblick auf die nachhaltige Raumentwicklung und gesamträumliche Aspekte erklärt. Die Zuordnung zu einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

1004739, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

WIN_ASBF_1 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 1,5 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

WIN_ASBF_1_A Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 1,5 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

WIN_ASBF_1_A2 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 1,5 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bedarf keines gesonderten Hinweises auf die fachrechtlichen Erfordernisse.

Inhalt

BOR_GIB_2 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,5 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

ERF_GIB_2 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,95 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

HÜR_GIB_1 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 3,05 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

HÜR_GIB_2 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 5 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen- und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

HÜR_GIB_2_A Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 5 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen- und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

K_GIB_10 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von 3,1 ha. Es handelt sich derzeit um Laubholzbestände (Erholungswald der Stufe I). Außerdem dient die Fläche dem Immissions- und dem Klimaschutz. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen- und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

NIK_GIB_3 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 1,7 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

RHE_GIB_4 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 1,4. Außerdem dient die Fläche dem Klima-/Lärmschutz. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen- und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bedarf keines gesonderten Hinweises auf die fachrechtlichen Erfordernisse.

RHE_GIBz_1 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 1,13 ha. Außerdem dient die Fläche dem Lärmschutz. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen- und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

STA_GIB_2 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 2,14 ha. Außerdem dienen die Flächen dem Immissions-/Klima- und Lärmschutz. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen- und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

1004741, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

ELS_GIBz_1 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 0,2 ha. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

RHE_GIBz_1 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 1,13 ha. Außerdem dient die Fläche dem Lärmschutz. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen- und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

SWI_GIBz_1 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von 0,8 ha. Außerdem dient die Fläche dem Lärm- und Klimaschutz. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bedarf keines gesonderten Hinweises auf die fachrechtlichen Erfordernisse.

1004742, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

KER_GIBF_1 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 5,3 ha. Außerdem dient die Fläche dem Immissions- und Klimaschutz. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen- und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bedarf keines gesonderten Hinweises auf die fachrechtlichen Erfordernisse.

1004743, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

LOH_OVE_Talsperre_01 (Naafbachtalsperre) Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 200 ha. Außerdem dient die Fläche dem Immissions- und Klimaschutz. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen- und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es bedarf keines gesonderten Hinweises auf die fachrechtlichen Erfordernisse. Zudem werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Es bedarf keines gesonderten Hinweises auf die fachrechtlichen Erfordernisse.

1004744, Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Inhalt

K_Schiene_02 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 3,0 ha. Außerdem dient die Fläche dem Immissions- und Klimaschutz. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen- und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

K_PUL_BM_Schiene_01 Bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer Waldinanspruchnahme von ca. 4,5 ha. Außerdem dient die Fläche dem Immissions- und Klimaschutz. Im Fall der Inanspruchnahme ist auf nachgeordneten Planungsebenen sicherzustellen, dass Waldflächen- und Waldfunktionsverluste vollständig kompensiert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

AZ: BET_7005_1

Landesbetrieb Wald und Holz NRW Nationalparkforstamt Eifel

1002404, Landesbetrieb Wald und Holz NRW Nationalparkforstamt Eifel

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen

-Blatt 09 Städteregion Aachen_02

-Blatt 11 Kreis Euskirchen_02

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verwaltung des Nationalparks Eifel bittet um Änderung der zeichnerischen Darstellung des Grünlandbereiches "Leykaul" (vollständig umschlossen von Nationalparkflächen) südlich der Ortschaft Simmerath-Hirschrott von "BSLE" in "BSN".

Begründung:

Bei den zeichnerischen Festlegungen für die Städteregion Aachen sowie für die Kreise Düren und Euskirchen ist der Nationalpark Eifel zutreffend mit der Markierung "BSN" - 4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur dargestellt. Einzelne vom Nationalpark umschlossene Bereiche (z.B. das in Privateigentum befindliche Grünland der Kloster Mariawald GmbH) sind als "BSLE" - 4.3.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung dargestellt. Das gilt auch für den Bereich "Leykaul". Diese Grünlandflächen liegen südlich der Ortschaft Simmerath-Hirschrott in zentralen Räumen des Nationalparks und sind im anhängenden Kartenausschnitt rot eingekreist.

-Dieses Grünland ist durch Ankäufe mit Naturschutzmitteln des Landes in den letzten Jahren inzwischen zum größten Teil Eigentum des Landes NRW, die restlichen Flächen befinden sich ganz überwiegend im Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben BImA/Bundesforst. Im neu erstellten, mit dem Kommunalen Nationalparkausschuss gemäß §19 NP-VO Eifel abgestimmten Flächenverzeichnis des Nationalparks Eifel (Anhang 2 der "Verordnung zum Nationalpark Eifel" (NP-VO) vom 17.12.2003) werden die landeseigenen Flächen dieses Bereiches der Nationalparkfläche zugeordnet.

-Die Verwaltung des Nationalparks Eifel und die BImA praktizieren seit Bestehen des Nationalparks eine einheitliche, naturschutzorientierte Pflege dieser Flächen, die eine Sicherung / Entwicklung von bedrohten Extensivgrünland-Gesellschaften gewährleistet.

Abwägung

Typ

Ausgleichsvorschlag

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

Die Grünlandflächen der "Leykaul" sind daher auf der Zonierungskarte des Großschutzgebiets als Managementzone (künftig: "Pflegezone") dargestellt.

-Die Einstufung dieser Flächen von "BSLE" nach "BSN" sichert noch stärker ihre dauerhafte, naturschutzorientierte und nationalparkkonforme Behandlung. Sie würde die Abwehr von anderen, für Natur und Landschaft beeinträchtigenden Vorhaben unterstützen.

Die Nationalparkverwaltung Eifel schlägt daher eine Änderung für den Bereich "Leykaul" (südlich der Ortschaft Simmerath-Hirschrott) bei der Markierung in den Karten der zeichnerischen Festlegungen [s. Anhang Abb. StnID_1002404]

-Blatt 09 Städteregion Aachen_02 sowie

-Blatt 11 Kreis Euskirchen_02

von "BSLE" (Bereiche zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung) in "BSN" (Bereiche zum Schutz der Natur) vor.

Anhänge

[Abb_ID_1002404_1.pdf](#)

AZ: BET_8000_1

Bezirksregierung Arnsberg

1004370_001, Bezirksregierung Arnsberg

Inhalt

Abfallwirtschaft (Textteil Kap. 5.3.2 sowie zeichnerische Darstellung Blatt 02)

In der zeichnerischen Darstellung fehlt die Darstellung der Deponie Julia-Süderweiterung bei Aldenhoven (Gemarkung Aldenhoven, Flur 22). Der Antrag der Fa. Tholen Deponiegesellschaft mbH nach § 35 Abs. 2 KrWG liegt vor und befindet sich im Verfahren. Die Bez.-Reg. Köln wurde unter dem 14.10.2021 durch die Bez.-Reg. Arnsberg, Abt. Bergbau und Energie in NRW, beteiligt. Stellungnahmen Ihrer Dezernate 51, 52 und 54 liegen vor.

Im Übrigen verweise ich zu dieser Thematik auf die ausführliche Stellungnahme des RA Anders vom 01.04.2022 an die Regionalplanungsbehörde der Bez.-Reg. Köln.

Es wird gebeten, die beantragte Deponieerweiterungsfläche als Deponiestandort im Regionalplan darzustellen.

[s. Anhang Abb. 1004370_001]

Anhänge

[Abb_ID_1004370_001.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1000956).

Inhalt**Regionale Grünzüge (Textteil Kap. 4.2), Bereiche für den Schutz der Natur (Textteil Kap. 4.3.1) und Nichtenergetische Rohstoffe (Textteil Kap. 5.4.1) sowie zeichnerische Darstellungen**

Da Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau nichtenergetischer Rohstoffe in dem parallel in Aufstellung befindlichen Sachlichen Regionalteilplan erfolgen und nicht Gegenstand dieses Regionalplanverfahrens sind, ist unklar, in welchen Bereichen die Darstellung bzw. der Wegfall von BSAB vorgesehen ist. Deshalb ist nicht erkennbar, ob mit einer Rohstoffgewinnung konfligierende Nutzungsdarstellungen, wie z.B. BSN oder Regionale Grünzüge, Vorrang vor einer Rohstoffgewinnung haben sollen oder ? im Falle einer im Sachlichen Teilplan Rohstoffe dort vorgesehenen BSAB-Darstellung ? als Wiedernutzbarmachungsziel nach einer Rohstoffgewinnung zu interpretieren sind. Aus diesem Grund müssen zu vielen Bereichen, in denen bergrechtlich genehmigte Abgrabungsvorhaben nicht durch BSAB-Darstellungen mit entsprechender Vorrangwirkung sondern mit konfligierenden Nutzungszielen dargestellt sind, vorsorglich Bedenken angemeldet werden. Im Besonderen soll dabei beispielhaft auf die folgenden Bereiche eingegangen werden:

In der Stadt Frechen werden Teile der Gemarkung Buschbell, Flure 2, 6, 7, und 8 im Neuaufstellungsentwurf des Regionalplans Köln (Blatt 05) als BSN ausgewiesen. Hiervon ist der bergrechtlich planfestgestellte Quarzsand- und Kiestagebau Frechen der Quarzwerke GmbH betroffen. Bisher waren diese Flächen als BSAB ausgewiesen und stellten die raumordnerische Voraussetzung für die 2001 im Rahmen einer Planfeststellung genehmigte Gewinnung von hochwertigen Quarzsanden und ?kiesen auf diesen Flächen dar.

[s. Anhang Abb.1004370_002_1]

Wie Ihnen bekannt ist, kommt im Bergrecht bei der Zulassung von Betriebsplänen ein gestuftes Verfahren zum Tragen. Durch das Rahmenbetriebsplanverfahren wird zunächst der zeitliche und räumliche Umfang des gesamten Abbauvorhabens geprüft und zugelassen, die konkrete Vorhabensdurchführung wird in den i.d.R. vier Jahre gültigen Hauptbetriebsplänen geregelt. Dieses gestufte Verfahren gewährleistet, neben besserer Planbarkeit für die Betriebe, insbesondere einen geringstmöglichen Eingriff in Natur und Landschaft. Durch die abschnittsweise Zulassung im Hauptbetriebsplan wird so nur ein geringer Teil der Gesamtfläche in Anspruch genommen und verhindert, dass ein großer Bereich über Jahrzehnte brach liegt mit allen Nachteilen für Natur, Landschaft und Anwohner*innen. Im vorstehenden Auszug aus dem Bergbauinformationssystem sind in ?gelb? diejenigen Flächen dargestellt, in denen für

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1018199).

Das Verhältnisses der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Regionalplanerisch Vorgaben zur Regkultivierung von BSAB sind nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe..

den Quarzsand- und Kiestagebau Frechen bergbauliche Tätigkeiten bereits zugelassen sind und Bergaufsicht besteht (?Betriebsflächen?). Die ?lila? dargestellte Fläche umfasst denjenigen Bereich des planfestgestellten Rahmenbetriebsplans, in dem bislang noch keine bergbaulichen Tätigkeiten durch Hauptbetriebsplanzulassungen zugelassen sind (?genehmigte Fläche?). Für die in ?rot? dargestellten Flächen hat die Bergaufsicht nach Durchführung des Abschlussbetriebsplans bereits geendet. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens werden die Schutzgüter für die gesamte Fläche, die in Anspruch genommen werden soll, abgewogen. In dieser Stufe kam es zur Ausweisung der o.g. Flächen als BSAB Flächen, welche als Folge des Beschlusses auch bestandskräftig sind. Die vorgesehene Darstellung der Fläche als BSN Fläche steht im Konflikt mit dem bestandskräftigen Beschluss der Planfeststellung für das Gewinnungsvorhaben. Gegen einen möglichen Entfall der Darstellung eines BSAB im Bereich des planfestgestellten Quarzsand- und Kiestagebaus Frechen sowie gegen die Ausweisung eines BSN, der die Durchführung des planfestgestellten und bestandsgeschützten Gewinnungsvorhabens beeinträchtigt, werden aus bergaufsichtlichen Gründen Bedenken erhoben.

In der Stadt Alfter wird ein Bereich um ein Abgrabungsgewässer westlich der Ortslage Volmershoven im Neuaufstellungsentwurf des Regionalplans Köln (Blatt 12) als BSN ausgewiesen. Hiervon ist der bergrechtlich planfestgestellte Quarzsand- und -kiestagebau der Quarzwerke Witterschlick GmbH betroffen.

[s. Anhang Abb.1004370_002_2]

Auch in diesem Fall waren die Vorhabensflächen als BSAB ausgewiesen und stellten die raumordnerische Voraussetzung für die im Rahmen einer Planfeststellung bis zum Jahr 2063 genehmigte Gewinnung von hochwertigen Quarzsanden und ?kiesen auf diesen Flächen bzw. in dem vorhandenen Tagebausee dar (sh. vorstehender Auszug aus dem Bergbauinformationssystem). Des Weiteren ist ebenfalls ein Regionaler Grünzug im Tagebaubereich festgesetzt, welcher ebenfalls mit der bisherigen Ausweisung als BSAB Fläche und dem bergrechtlich zugelassenen Vorhaben in Konflikt steht. Gegen einen möglichen Entfall der Darstellung eines BSAB im Bereich des planfestgestellten Quarzsand- und Kiestagebaus Witterschlick sowie gegen die Ausweisung eines BSN, die die Durchführung des planfestgestellten und bestandsgeschützten Gewinnungsvorhabens beeinträchtigt, werden aus bergaufsichtlichen Gründen Bedenken erhoben.

Anhänge

[Abb_ID_1004370_002_1.pdf](#)

[Abb_ID_1004370_002_2.pdf](#)

Inhalt

Nutzung erneuerbarer Energien (Textteil Kap. 5.2.3.1)

Das Kapitel 5.2.3.1 enthält lediglich im 3. Absatz der Erläuterungen zum Grundsatz G.63 eine Aussage zu den Potenzialen der Geothermie, welchen eine ?eher geringere Bedeutung? eingeräumt wird.

Hierzu ist darauf hinzuweisen, dass insbesondere in der Region Aachen ambitionierte Tiefengeothermie-Projekte begonnen worden sind. Im Hinblick auf die durchgehend hohen politischen Erwartungen zur Geothermie, wie sie z.B. im Landtagsbeschluss vom 20.03.2019 Drucksache 17/5533 der letzten Legislaturperiode, aber insbesondere auch im aktuellen Koalitionsvertrag der Landesregierung deutlich werden, erscheinen diese Aussagen aus hiesiger Sicht den politischen Zielen bzw. den Klimaschutzzielen und regenerativen Energieversorgungserfordernissen nicht angemessen.

Es wird angeregt, dass sich der Regionalplan Köln hier deutlicher positioniert, wie dies z.B. im Grundsatz 8.3-3 ?Geothermie? des Regionalplanentwurfs Arnsberg, Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe, Kreis Siegen- Wittgenstein erfolgt ist. Dort heißt es: "Die Potenziale der Geothermie für die Wärme- und Stromproduktion sollen im Sinne einer nachhaltigen und effizienten Energieversorgung erschlossen werden. In der Bauleitplanung sollen die Voraussetzungen für eine Geothermienutzung geschaffen werden, sofern Potenzial dafür vorhanden ist."

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

Allgemeines zu den Kapiteln 3 Siedlungsraum und 5 Infrastruktur

Die im Plangebiet verbreiteten altbergbaulichen Gefährdungsbereiche (Bereiche des ehemaligen untertägigen, potenziell bruchauslösenden Bergbaus, Tagesöffnungen des Bergbaus, Tagesbrüche) können Sie der Behördenversion des Fachinformationssystems ?Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW? (FIS GDU) entnehmen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs ?Behördenversion GDU?. Dort wird auch die Möglichkeit erläutert, die Daten neben der Anwendung ebenfalls als Web Map Service (WMS) zu nutzen.

Diese Gefährdungspotenziale können dazu führen, dass die Umsetzbarkeit von baulichen Nutzungen beeinträchtigt wird. Diesbezüglich sollte eine Beteiligung der Bezirksregierung Arnsberg, Abt. Bergbau und Energie in NRW, in den jeweiligen fachrechtlichen bzw. bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahren sowie in der kommunalen Bauleitplanung erfolgen. Speziell zu den Hinterlassenschaften des Steinkohlebergbaus im Aachener und Erkelenzer Revier verweise ich auf die von Ihnen bereits beteiligte EBV GmbH.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Mit Bezug auf die textlichen Festlegungen und zeichnerischen Darstellungen sind folgende Hinweise und Anregungen mitzuteilen:

Tagebau Hambach

Anlässlich des von der Bundesregierung vorgegebenen vorzeitigen Ausstieges aus der Braunkohlenverstromung sowie des mit der Leitentscheidung 2021 vorgesehenen Erhalts weiter Teile des Tagebauvorfeldes mit dem Hambacher Forst und der Ortschaft Morschenich und aufgrund der wesentlichen Änderung der Grundannahmen des Braunkohlenplans ist die Änderung des Braunkohlenplans erforderlich.

Dementsprechend verbleibt der Kernbereich des Tagebaus Hambach als Fläche ohne Festlegungen im Regionalplan. Für das südliche Tagebauvorfeld mit dem Hambacher Forst, seiner Grünvernetzung in östliche und westliche Richtung und die Ortschaft Morschenich werden hingegen regionalplanerische Festlegungen getroffen, da hier die gesicherte Annahme besteht, dass sie nicht mehr für den Abbau in Anspruch genommen werden.

Der Bereich der ?Manheimer Bucht?, dessen mögliche bergbauliche Inanspruchnahme im Verfahren zur Änderung des Braunkohleplanes Hambach zu klären ist, wird in der Plandarstellung zum Regionalplan mit einem besonderen Hinweis als ?Klärungsbereich? gekennzeichnet. Laut Vorentwurfsbeschluss von der Braunkohlensusschusssitzung vom 13.12.2021 ist der Bereich der ?Manheimer Bucht? im Bereich des Umsiedlungsortes Manheim für die Abraumgewinnung erforderlich. Laut Beschluss des Braunkohlensusschusses vom 07.03.2022 soll die Manheimer Bucht mit einer Abbaugrenze, welche den Erhalt der Manheimer Kirche ermöglicht, umgesetzt werden. Es wird gebeten, dies in der zeichnerischen Darstellung zu berücksichtigen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird entsprochen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1004766. Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Inhalt

Der Bereich der Sophienhöhe wird als Freiraum mit Funktion zum Schutz der Natur dargestellt. Diese Ausweisung ist grundsätzlich unter Berücksichtigung der naturräumlichen Funktion der Sophienhöhe zu begrüßen. Gleichwohl ist aufgrund der artenschutzfachlichen Ausgleichsfunktion der Sophienhöhe davon auszugehen, dass größere Bereiche auch in den nächsten Jahren unter Bergaufsicht verbleiben werden. Zudem sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass es sich bei der Sophienhöhe um eine Hochkippe handelt. Es wird grundsätzlich empfohlen, das die Hochkippen umgebende Gelände in einem im Verhältnis zur Gesamthöhe stehenden Sicherheitsabstand von einer Bebauung freizuhalten, um Bauwerke und Gebäude im Falle von Starkregenereignissen vor möglicherweise entstehenden Überschwemmungen oder Erosionen zu schützen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Festlegung als Vorranggebiet der Bereiche zum Schutz der Natur sichert die Sophienhöhe vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme).

Inhalt

Braunkohlenplanverfahren Seeablauf Hambach

Die Vorhabenbeschreibung wurde zusammen mit einer Alternativenprüfung und Angaben zur überschlägigen Umweltprüfung am 3.11.2021 bei der Bez.-Reg. Köln eingereicht. Der Vorentwurfsbeschluss im Braunkohlenausschuss stammt vom 12.12.2021. Der Erarbeitungsbeschluss folgt voraussichtlich in 2023. Die Vorzugstrasse für den Seeablauf verläuft entlang der bestehenden Gewässer Wiebach und Winterbach, hat eine Länge von ca. 5,1 km und mündet in die große Erft. Zusätzlich soll Raum für einen Arbeits- und Sicherheitsstreifen freigehalten werden. In der zeichnerischen Darstellung ist kein Seeablauf erkennbar.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Festlegung für den Seeablauf erfolgt im Änderungsverfahren zum Braunkohleplan Hambach.

Entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt keine zeichnerische Festlegung von Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte im Regionalplan Köln. Für deren Berücksichtigung bei Planungen und Maßnahmen wird auf G.62 Transportleitungen schützen verwiesen.

Abschließende Regelungen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte finden sich im Kapitel 8.2 des LEP NRW.

Es wird im Regionalplan sichergestellt, dass keine raumordnerisch entgegenstehenden Festlegungen erfolgen.

Inhalt

Rheinwassertransportleitung

Die gesicherte Trasse der Rheinwassertransportleitung für den Tagebau Garzweiler soll auch für die Zuführung des Rheinwassers zum Tagebausee Hambach genutzt werden. Neu zu berücksichtigen sind daher ein Verteilbauwerk bei Allrath und die Hambachleitung. Eine Vorzugstrasse für die Hambachleitung ist in der zeichnerischen Festlegung nicht erkennbar.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Bereich des Verteilbauwerkes Allrath ist im Geltungsbereich des Regionalplanes Düsseldorf gelegen.

Entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt keine zeichnerische Festlegung von Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte im Regionalplan Köln. Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW. Diese sieht kein Planzeichen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkten vor.

Für deren Berücksichtigung bei Planungen und Maßnahmen wird auf G.62 Transportleitungen schützen verwiesen. Abschließende Regelungen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte finden sich im Kapitel 8.2 des LEP NRW.

1004370_010, Bezirksregierung Arnsberg

Inhalt

Tagebau Garzweiler

In Kapitel 1.5 wird der Bereich des Braunkohlenplans Frimmersdorf als bereits weitgehend rekultiviert in Bezug auf eine baldige Beendigung der Bergaufsicht beschrieben. Hier sei darauf hingewiesen, dass im Falle des Bandeinschnittes und auch des Lössdepots diese Darlegung nicht zutrifft. Eine Wiedernutzbarmachung dieses Bereich ist abhängig von der Laufzeit der Kohleförderung und der Rekultivierungserfordernisse im Rheinischen Revier.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1007747).

Inhalt

Rheinwassertransportleitung

Die Trasse der Rheinwassertransportleitung für den Tagebau Garzweiler ist festgelegt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt keine zeichnerische Festlegung von Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte im Regionalplan Köln. Für deren Berücksichtigung bei Planungen und Maßnahmen wird auf G.62 Transportleitungen schützen verwiesen.

Inhalt

Der Lucherberger See wird derzeit entleert und ist mit der Darstellung als BSN überlagert.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Eine BSN-Darstellung ist im Entwurf des Regionalplans nicht enthalten, es handelt sich um die Festlegung BSLE

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die Festlegung des Oberflächengewässers sowie des Allgemeinen Agrar- und Freiraumbereichs werden im angesprochenen Bereich aufgrund des aktualisierten Braunkohleplan Inden ergänzt. Die Festlegungen der BSLE sowie RG werden an die geänderte Festlegung angepasst.

1004370_014, Bezirksregierung Arnsberg

Inhalt

An verschiedenen Stellen wird textlich erläutert, dass ?Zwischennutzungen in Bereichen, die weiterhin der Bergaufsicht unterliegen und aktuell nicht regionalplanerisch mit einer finalen Nutzung festgelegt werden können, [?] sich nach den bergrechtlichen Vorschriften? richten (z.B. Kap. 1.5, S. 34, Mitte). Diese Formulierung ist aus hiesiger Sicht so nicht sachgerecht. Ob eine bestimmte Form der Zwischennutzung an einer definierten Stelle im Bereich der Zwischenlandschaft umgesetzt werden kann, ist zum einen unter Beachtung des jeweils spezifischen Fachrechts und unter Wahrung der bergsicherheitlichen Anforderungen ander jeweiligen Stelle zu prüfen. Ich bitte hierzu um entsprechende redaktionelle Änderung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er bezieht sich auf die Einführung zu den Textlichen Festlegungen. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Die Formulierung in der Einführung wird geändert. Siehe hierzu StnID 1007051.

Inhalt

aus bergbehördlicher Sicht nehme ich zur Neuauftellung des Regionalplans Köln wie folgt Stellung:

Braunkohleplanung (Textteil Kap. 1.5, 1.6, 3.1.1, 4.7) sowie zugehörige zeichnerische Darstellungen

Der Entwurf des Regionalplanes verweist in Kapitel 1.5 ?Verhältnis zur Braunkohlenplanung? auf die Braunkohlenpläne.

Die Braunkohlenpläne legen den Rahmen bis zum Abschluss der Rekultivierung und Entlassung aus der Bergaufsicht fest, während der Planungszeitraum des Regionalplanes bis 2043 angelegt ist.

Die Braunkohlenpläne im Bereich Inden I und II, Hambach (Teilplan 12/1), Garzweiler II und Frimmersdorf werden im Planentwurf zum Regionalplan Köln dargestellt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Inhalt

Aufgrund der verkürzten Laufzeit des Tagebaus Iden unter Beachtung des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes (KVVG) resultiert eine Veränderung der Endfigur des Tagebausees Iden, welche nicht mit der Darstellung im Regionalplan korrespondiert. Die neue und bevorzugte Seegeometrie (mit Regattastrecke) ist noch nicht zeichnerisch dargestellt (Anmerkung: im Braunkohlenausschuss noch nicht beraten). Eine Trasse für den Seeablauf ist ebenfalls nicht dargestellt. Hier sollte nach Abschluss des aktuell laufenden Rahmenplanungsprozesses im Konsens mit dem Braunkohlenausschuss zwingend eine Anpassung des Regionalplans erfolgen. Da der ebenfalls zur Änderung anstehende Abschlussbetriebsplan gemäß § 48 Abs. 2 Bundesberggesetz im Einklang mit dem öffentlichen Interesse stehen muss, würde die Zulassung durch eine abweichende Darstellung des Tagebausees und der angrenzenden Wiedernutzbarmachung im Regionalplan erheblich erschwert.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung für die neue Seegeometrie im Bereich der zukünftigen Regattastrecke wird geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt keine zeichnerische Festlegung von Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte - hier Seeablauf - im Regionalplan Köln. Für deren Berücksichtigung bei Planungen und Maßnahmen wird auf G.62 Transportleitungen schützen verwiesen. Abschließende Regelungen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte finden sich im Kapitel 8.2 des LEP NRW. Zur Ablauftrasse für die zukünftigen Tagebausee Iden wird im Regionalplan sichergestellt, dass keine raumordnerisch entgegenstehenden Festlegungen erfolgen.

1004370_017, Bezirksregierung Arnsberg

Inhalt

Hinsichtlich des Kap. 3.1.1, Grundsatz G.10 ?Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen?, ist darauf hinzuweisen, dass während der Seebefüllung die Ausweisung der Sicherheitszone zu berücksichtigen ist. Inwieweit vereinzelt bauliche Entwicklungen im Laufe der Seebefüllung ermöglicht werden können und welcher genehmigungsrechtliche Rahmen hierfür in Frage kommt, befindet sich derzeit in Erarbeitung. Inwieweit Zwischennutzungen, wie sie beispielsweise durch den Braunkohlenplan Inden beschrieben werden, ermöglicht werden könnten, ist unter Berücksichtigung des jeweiligen Fachrechts und der bergsicherheitlichen Anforderungen im Einzelfall zu prüfen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Erläuterungen zu G.10 werden entsprechend geändert (siehe Änderungssynopse).

AZ: Bet_181000_1

Stadt Hürth

1001404, Stadt Hürth

Inhalt

A - Zeichnerischer Teil der Planunterlage

Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)

Hinsichtlich von Wohnbauflächen besteht seitens der Stadt Hürth generell kein Bedarf an der Neuausweisung von Flächen, die einer Änderung des aktuell wirksamen Regionalplanes bedürfen bzw. im neuen Regionalplan zusätzlich verortet werden müssen. Die vorhandenen ASB-Reserven sind kurz bis mittelfristig ausreichend. Die schrittweise Entwicklung von Wohnbauflächen wurde im Rahmen eines kommunalen Wohnbaulandkonzeptes festgelegt. Demzufolge werden in den kommenden Jahren keine zusätzlichen ASB-Darstellungen auf Ebene des Regionalplanes erforderlich sein.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur Siedlungsentwicklung vorgebracht.

1001406, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p>Es wird angeregt, dass der bestehende Ortsteil Hürth-Sielsdorf als ASB dargestellt wird:</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001406]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1001406_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum.</p> <p>Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung <i>?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?</i> möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

1001407, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p>Es wird angeregt, dass der bestehende Ortsteil Hürth-Berrenrath in Gänze als ASB (Anpassung) dargestellt wird:</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001407]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1001407_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Zudem steht der angrenzende Wald einer Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB im Anschluss an den bestehenden Siedlungsraum entgegen.</p>

1001408, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p>Es wird angeregt, dass der bestehende Ortsteil Hürth-Gleuel in Gänze als ASB (Anpassung) dargestellt wird:</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001408]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1001408_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001409, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p>Es wird darum gebeten, folgende Fläche in Hürth-Hermülheim im Rahmen der Neuauftellung des Regionalplanes zurückzunehmen, zukünftig dem Agrar- und Freiraum und den Regionalen Grünzügen zuzuordnen bzw. den ASB abzurunden oder neu darzustellen:</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001409]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID_1001409_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001410, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p>Es wird darum gebeten, folgende Fläche in Hürth-Hermülheim im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes zurückzunehmen, zukünftig dem Agrar- und Freiraum und den Regionalen Grünzügen zuzuordnen bzw. den ASB abzurunden oder neu darzustellen:</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001410]</p> <p>Anhänge Abb. ID 1001410_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Der ASB wird entsprechend so neu abgegrenzt, sodass eine bandartige Siedlungsentwicklung Richtung Süden vermieden wird (s. Ziel 6.1-4 LEP NRW). Es erfolgt zudem eine Arrondierung auf Grundlage der im Flächennutzungsplan dargestellten Bauflächen östlich der Feuerwache. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, dass der Regionalplan durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen sichert und sie vor Nutzungen schützt, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001413, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p>Es wird darum gebeten, für folgende Fläche in Hürth-Kalscheuren den ASB anzupassen:</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001413]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1001413_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB bzw. GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001414, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p>Es wird darum gebeten, für folgende Fläche in Hürth-Kendenich den ASB abzurunden:</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001414]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1001414_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt**Gewerbe- und Industriebereiche (GIB)**

Hinsichtlich der Industrie- und Gewerbeflächen besteht hingegen ein erhöhter Bedarf an der Darstellung weiterer GIB-Flächen im Regionalplan, u.a. auch für den Bereich des interkommunalen Gewerbegebietes ?Barbarahof? in Hürth-Knapsack (vgl. Flächenvorschlag ?Erweiterung Hürth-Knapsack? und Anlage A) an der Stadtgrenze zu Erftstadt. Hier ist in den kommenden Jahren die Entwicklung eines innovativen, bimodales, interkommunalen Industrie- und Gewerbegebietes gemeinsam mit den Städten Erftstadt, Brühl und Wesseling geplant. Die Fläche ist bereits im Gewerbeflächenentwicklungskonzept des Rhein-Erft-Kreises als prioritär zu behandelnder Suchraum berücksichtigt. Die bundespolitische Absicht aus der Kohleverstromung auszusteigen führt zu weitreichenden Veränderungen in der Wirtschafts- und Raumstruktur des vom Braunkohleabbau geprägten Rheinischen Reviers. Neben der wirtschaftlichen Ausrichtung steht die Region mit Aufgaben wie der Nachnutzung der großflächigen Tagebaugelände und Kraftwerksareale zugleich vor enormen Herausforderungen, aber ebenso großen Chancen.

Die Stadt Hürth ist Teil dieses Rheinischen Braunkohlereviers. Das Stadtgebiet ist seit Jahrzehnten in vielfacher Weise durch die Tagebaue betroffen, denn in Hürth ist etwa 100 Jahre lang Braunkohleabbau im industriellen Umfang betrieben worden. Nahezu 45% der gesamten Hürther Stadtfläche wurde ausgekohlt (vgl. Abbildung). Bis in 1970er Jahre hinein spielte Braunkohleabbau in Hürth eine übergeordnete Rolle. Der Tagebau Theresia zwischen Alt-Hürth und Alstädten wurde erst 1983 geschlossen.

[s. Anhang Abb. ID 1001415]

Die Landesregierung trägt den neuen Gegebenheiten durch die Änderung des Landesentwicklungsplanes NRW (LEP NRW) bereits Rechnung. Gemäß des neuen Landesplanungsgesetz NRW (§ 38a) *?soll die Regionalplanung im Rheinischen Revier die Entwicklung der Wirtschaft und die sehr langfristige Umgestaltung und Beeinflussung des Raums durch Braunkohlegewinnung in großen Tagebauen besonders in den Blick nehmen. Dazu soll sie für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe gemäß Ziel 6.1-1 des LEP einen besonders langen Planungszeitraum zugrunde legen, um den erhöhten Flächenbedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. (?) Bei der Seite 7 von 22 Entscheidung, welche für den Strukturwandel besonders bedeutsamen Vorhaben auf diesen Flächen umgesetzt werden sollen, sind abgestimmte Kriterien zugrunde zu legen.?*

Die zukünftig, notwendigen regionalen Bedarfe von weiteren gewerblich-industriellen

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage wird für den Bereich des "Barbarahofes" ein GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt. Die räumliche Abgrenzung wird zur Übereinstimmung mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung geringfügig geändert, insbesondere zur Minderung der Inanspruchnahme von Waldbereichen (siehe Änderungskarten). Ergänzend erfolgte eine neue textliche Zielfestlegung sowie entsprechender Begründung für GIBtransformation mit Festlegungen für den Standort zur Sicherung der Funktionalität des Regionalen Grünzuges (siehe Änderungssynopse).

Bereichen (GIB) im Rheinischen Braunkohlerevier und der prosperierenden Rheinschiene, die durch den Strukturwandel ausgelöst werden, können in großen Teilen mit der ?Erweiterung Hürth-Knapsack? gedeckt werden (vgl. Flächenvorschlag ?Barbarahof / Erweiterung Hürth-Knapsack? und Anlage A dieser Stellungnahme).

Flächenvorschlag: ?Barbarahof? / ?Erweiterung Hürth-Knapsack? (Anlage A)

Die Flächenentwicklung im Rhein-Erft-Kreis benötigt auf kommunaler aber auch auf regionaler Ebene eine strategische Neuausrichtung. Dies betrifft in besonderem Maße die vom Strukturwandel betroffenen Städte. Der vorliegende Entwurf des Regionalplanes der Bezirksregierung Köln aus dem 1. Quartal 2022 beinhaltet leider keine nennenswerten Neuausweisungen von Flächen für Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche (GIB). Auch der Vorschlag der Stadt Hürth zur Ausweisung des ?Interkommunalen Gewerbegebietes Barbarahof? wurde bisher nicht berücksichtigt. Um den Folgen des Strukturwandel- und Transformationsprozesses entgegen zu wirken, haben vier Kommunen im Rhein-Erft-Kreis in ihren jeweiligen Räten beschlossen, die Fläche ?Barbarahof / Erweiterung Hürth-Knapsack? auf den Stadtgebieten der Städte Hürth und Erftstadt gemeinsam zu einem interkommunalen, innovativen, Industrie- und Gewerbegebiet zu entwickeln. Aufgrund der besonderen Lage zu den ZARAHäfen in den Niederlanden und Belgien, dem unmittelbaren Einzugsbereich der Metropole Köln, der direkten Nähe zum bestehenden Chemiepark bzw. Industriegebiet Knapsacker Hügel sowie einer herausragenden Verkehrsanbindung kann diese Fläche zu einem äußerst prosperierenden Standort für die Region entwickelt werden.

Zur Umsetzung des ca. 82 ha großen interkommunalen Industrie- und Gewerbegebietes ?Barbarahof / Erweiterung Hürth-Knapsack? müssen jedoch die erforderlichen Flächendispositionen auch regionalplanerisch dargestellt werden. Insbesondere um dem deutlichen Mangel an GIBFlächen entgegen zu wirken, sollten geeignete Potenzialflächen für interkommunale Gewerbegebiete ? nicht zuletzt ausgehend vom formulierten regionalplanerischen Ziel Z.11 ?GIBinterkommunal sichern und umsetzen? ? festgelegt werden, ohne sie auf den endogenen Bedarf der jeweiligen Standortkommune anzurechnen. Die bestehenden Vorarbeiten zu dem o.g. Projekt sollten daher im weiteren Verfahren zur Neuaufrstellung des Regionalplanes Köln berücksichtigt werden.

Es wird vorgeschlagen, die Fläche als Bereich für zweckgebundene regionale gewerbliche und industrielle Nutzungen vorzusehen. Diese Darstellung als ?GIBregional-Fläche? ist insoweit konsequent als die erforderliche Bedarfsprüfung im Rahmen des Anpassungsverfahrens gemäß § 34 LPlG NRW nicht auf Basis der kommunalen Bedarfssituation der jeweiligen Standortgemeinden Hürth und Erftstadt erfolgt, sondern unter Berücksichtigung des regionalen Mengengerüsts. Die weitergehenden Ausführungen zum o.g. Flächenvorschlag ?Barbarahof / Erweiterung Hürth-Knapsack? nebst Begründung, Umweltbericht und dem als

Grundlage für die GIBregional-Fläche entwickelten innovativen städtebaulichen Konzept ist der Anlage A dieser Stellungnahme zu entnehmen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt.]

Anhänge

[Abb_ID_1001415_1.pdf](#)

[Abb_ID_1001415_2_Anhang_A.pdf](#)

1001416, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Tauschfläche ?Hürth-Gleuel?</u></p> <p>Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln wird ein Tausch von bestehenden, nicht realisierbaren gewerblichen Bauflächen auf Ebene des Flächennutzungsplanes vorgeschlagen. Dieser Flächentausch bezieht sich auf den bestehenden ASB im Stadtteil Gleuel (vgl. ?Tauschfläche Gleuel?), der weiterhin auch langfristig nicht umsetzbar ist, da bestehende Restriktionen (u.a. Höchstspannungsleitung, Eigentümerstruktur, Nutzung (landwirtschaftliche Flächen)) einer Entwicklung langfristig entgegenstehen.</p> <p>Tauschfläche "Gleuel"</p> <p>Die ASB- Fläche (ca. 23 ha) in Gleuel soll alternativ als Tauschfläche für die folgenden Flächenvorschläge agieren. Aufgrund diverser Restriktionen wie u.a. Eigentümerstrukturen, Grünzug (Grünraumkonzept Stadt Hürth, Regionale 2010), bestehende Hochspannungsleitung, Teil der ?Stotzheimer Agrarlandschaft?, etc. wird dieser Bereich nicht als qualifizierte Gewerbefläche zu entwickeln sein. Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Hürth wird diese Fläche als Gewerbliche Baufläche dargestellt. Aus raumordnerischer Sicht wirkt dieser ASB-Bereich ohnehin als ?Keil? im Landschaftsraum.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001416]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1001416_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht aufgrund bestehender Restriktionen besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist hier nicht möglich, da es sich nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Reserve im Flächennutzungsplan der Stadt Hürth. Jedoch kann ein Flächentausch auf Ebene der Flächennutzungsplanung gemäß der Zielfestlegung <i>Flächenüberhänge vermeiden und abbauen</i> erfolgen. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

1001417, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Tauschflächenvorschlag: Industriestraße</u></p> <p>Es wird vorgeschlagen, über einen Flächentausch eine Fläche an der ?Industriestraße? (vgl. ?Flächenvorschlag Industriestraße?) als GIB-Flächen im neuen Regionalplan zu verorten bzw. darzustellen.</p> <p>Flächenvorschlag "Industriestraße"</p> <p>Der vorgeschlagene Geltungsbereich befindet sich südlich der L 103 zwischen den beiden Siedlungskörpern des Industriegebietes Knapsack. Die momentan landwirtschaftlich und gewerblich genutzten Flächen (ca. 7,3 ha) sollen als GIB an den bestehenden östlichen Siedlungskörper (GIB) annektiert werden. Ein guter verkehrlicher Anschluss und eine Verknüpfung an das Industriegebiet unterstreichen das Potenzial dieser Entwicklungsflächen.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001417]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001417_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Hürth verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i> (s. dazu auch StnID 1001417). Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Darüber hinaus wird von der Festlegung der in Rede stehenden Flächen als Siedlungsraum abgesehen, um die Funktionen des Regionalen Grünzuges durch dessen Verengung nicht zu beeinträchtigen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001418, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Tauschflächenvorschlag: Südliche Erweiterung Gewerbegebiet Kalscheuren</u></p> <p>Es wird vorgeschlagen, über eine Tauschfläche eine Fläche südlich vom Stadtteil Kalscheuren (vgl. ?Flächenvorschlag Südliche Erweiterung Gewerbegebiet Kalscheuren?) als GIB-Fläche im neuen Regionalplan zu verorten bzw. darzustellen.</p> <p>Flächenvorschlag "Südliche Erweiterung Gewerbegebiet Kalscheuren" Der vorgeschlagene Geltungsbereich (ca. 1,6 ha) befindet sich südöstlich des bestehenden Gewerbegebietes Kalscheuren, in Verlängerung der Grosmanstraße, östlich der Straße ?Am Kirchtürmchen? und westlich der Bahntrasse. Der Anschluss an das vorhandene Gewerbegebiet sowie die gute Möglichkeit der verkehrlichen Anbindung sind positive Standortfaktoren zur planerischen Entwicklung der Potenzialfläche. Es wird eine Arrondierung als GIB-Fläche an den bestehenden Siedlungskörper (GIB) angeregt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001418]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001418_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001420, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Tauschflächenvorschlag: Rondorfer Straße</u></p> <p>Es wird an der Rondorfer Str. in Hürth-Efferen eine Flächenerweiterung (vgl. ?Flächenvorschlag Rondorfer Straße?) angeregt, die den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort und der aktuellen Darstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Hürth Rechnung trägt.</p> <p>Flächenvorschlag "Rondorfer Straße"</p> <p>Im Norden von Hürth-Efferen wird für einen Bereich nördlich der Rondorfer Str. gefordert, den bestehenden GIB des südlichen Bereichs in Richtung Norden bis zum Baggersee zu erweitern. Im rechtskräftigen Flächennutzungsplan werden hier zum Teil bereits Gemischte Bauflächen dargestellt.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001420]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb. ID_1001420_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Hürth verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i> (s. dazu auch StnID 1001417).</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist nicht bedarfsgerecht.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001428, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Tauschflächenvorschlag: Abgrabung Bischoff</u></p> <p>Es besteht im Hürther Süden die Möglichkeit, langfristig ein interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet zusammen mit der Stadt Brühl zu entwickeln. Mit der Voraussetzung einer Darstellung eines GIB auf Brühler Stadtgebiet im Bereich der derzeitigen Abgrabungsfläche ?Bischoff? (vgl. Abbildung, rote Fläche), ist auch eine gewerbliche Nachnutzung der Abgrabungsflächen auf Hürther Stadtgebiet möglich. In Abstimmungsgesprächen mit der Stadtverwaltung Brühl stellte sich heraus, dass solche Bestrebungen auch auf Seiten der Stadt Brühl (s. Stellungnahme Stadt Brühl) bestehen. Hier kann - nach Beendigung der Abgrabungstätigkeiten - ein moderner Standort für die gewerblich-industrielle Nutzung in interkommunaler Entwicklung entstehen. Der vorgeschlagene Geltungsbereich auf Hürther Stadtgebiet (ca. 22 ha) wird momentan als Abgrabungsfläche (Kies) genutzt und befindet sich zwischen Hürth-Fischenich, Köln-Meschenich und Brühl-Vochem an der A 553. Die interkommunale Fläche kann zukünftig über die B51n und die L150 ?Kerkrader Straße? an das überörtliche Verkehrsnetz angebunden werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001428]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001428_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Stadt Hürth verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i> (s. dazu auch StnID 1001417).</p> <p>Zudem wird von der Festlegung der in Rede stehenden Flächen als Siedlungsraum abgesehen, um die Funktionen des Regionalen Grünzuges durch dessen Verengung nicht zu beeinträchtigen.</p>

Inhalt

Deponie Vereinigte Ville

Am Standort Vereinigte Ville werden seit Jahrzehnten Abfälle entsorgt. Die drei Betreiber RWE Power AG (RWE Power), REMONDIS Industrie Service GmbH (RIS) und AVG Köln mbH (AVG) betreiben hier in unmittelbarer Nachbarschaft jeweils eigene Deponien.

Mit Schreiben vom 17.12.2021 hat die Bezirksregierung Arnsberg die Stadt Hürth über die weiteren Schritte des Vorhabens des Weiterbetriebes des Deponiestandortes Vereinigte Ville in Hürth, Brühl und Erftstadt informiert. Diesbezüglich haben die drei Deponiebetreiber RWE Power AG, AVG-Köln mbH und Remondis Industrie Service GmbH, Niederlassung Knapsack, Anträge auf Planfeststellung nach § 35 Abs. 2 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) i.V.m. § 19 Deponieverordnung (DepV) sowie dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPg) gestellt.

Die Ablagerung von Abfällen am Standort Vereinigte Ville richtet sich räumlich nach den Genehmigungen durch zwei Planfeststellungen aus dem Jahre 1982. Die derzeit betriebenen beiden Deponien der AVG und der RIS werden spätestens 2030 verfüllt sein. Die Deponie der RWE Power besitzt zwar ein größeres Verfüllvolumen, das aber hinsichtlich der für die Ablagerung zugelassenen mineralischen Abfallarten auf Kraftwerkreststoffe ausgerichtet ist. Da diese Abfallart aufgrund des Braunkohleausstieges rückläufig ist, soll das genehmigte Verfüllvolumen mit anderen mineralischen Abfällen der Deponieklasse I verfüllt werden. Aus diesen Gründen **beantworten alle drei Betreiber den langfristigen Weiterbetrieb der Deponien** mit einer Erhöhung des Ablagerungsvolumens für die Abfälle der jeweiligen Deponieklassen. Für den Weiterbetrieb werden keine neuen, bisher nicht zur Ablagerung von Abfällen genehmigte Flächen, benötigt.

Ein Konzept für die zukünftige Oberflächenprofilierung einschließlich der Rekultivierung ist in den Antragsunterlagen enthalten, so dass der Betrachtungszeitraum **bis in das Jahr 2099** reicht.

Eine Darstellung im Regionalplan als Fläche für landschaftsorientierte Erholung wird seitens der Stadt Hürth begrüßt; die Deponiestandortentwicklung allerdings nicht. **Dahe r wird gefordert, die Plandarstellungen ?Aufschüttungen und Ablagerungen? und ?Abfalldeponien? aus dem Regionalplanentwurf zu entfernen.**

[s. Anhang Abb. ID 1001429]

Anhänge

[Abb_ID_1001429_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und zur Umsetzung des Ziels 8.3-1 LEP NRW sind gemäß der landesweit einheitlichen Vorgehensweise bei der Darstellung von Abfalldeponien in Regionalplänen (Erlass vom 11. März 2011 Stk-AZ:30.08.50.03/MKULNV-AZ: IV-3/IV-2840.02) als raumbedeutsam eingestuft Deponien unabhängig von der Art des Betreibers und der Zugänglichkeit bis zum Abschluss der Stilllegungsphase in Regionalplänen zeichnerisch festzulegen. Die hier gesicherten Deponiestandorte befinden sich derzeit in der Ablagerungs- bzw. Stilllegungsphase. Da die endgültige Stilllegung noch nicht vollzogen wurde, besteht weiterhin ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung folgerichtig ist.

Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Festlegung als Bereich für Aufschüttung und Ablagerung mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie bzw. mit einem vorhabenbezogenen Planzeichen (Plansymbol: Abfalldeponie) steht dem nicht entgegen.

1001430, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Berrenrather Börde</u></p> <p>Aufbauend zur Stellungnahme zu ?Deponie Vereinigte Ville? kann in dem gezeichneten Bereich nicht nachvollzogen werden, warum hier keine landschaftsorientierte Erholung dargestellt wurde, da sich die Örtlichkeiten qualifizierter dazu eignen als die um die ?Deponie Vereinigte Ville? genannten Bereiche.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001430]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001430_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen entsprochen (s. StnID 1004518, 1007646).</p> <p>Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nur in Teilen den v. g. Kriterien.</p>

1001431, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Planzeichen "Oberflächengewässer"</u></p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass der Baggersee im Norden Hürth-Efferens im Entwurf des Regionalplanes (2022) nicht gem. Legende als Oberflächengewässer dargestellt wird.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001431]</p> <p>Anhänge</p> <p>Abb_ID_1001431_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Stehende Gewässer wie z.B. Abgrabungsseen werden im Regionalplan erst ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha festgelegt (siehe Erläuterung 1, Ziel 24). Der angesprochene See erreicht diese Größe nicht und wird entsprechend nicht mit festgelegt.</p>

1001432, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Verkehrsinfrastruktur</u></p> <p>K25n Die Stadt Hürth positioniert sich gegen den Neubau der K 25n zwischen Ausbauende Einmündung Industriestraße (L103) in Alt-Hürth und der Luxemburger Straße (B 265). Die geplante Tangente schneidet den südlichen Bereich des Industriegebietes Knapsack. Hier entfaltet der Bebauungsplan 512b ?Chemiepark Knapsack Süderweiterung? seit 14.07.2021 bereits Rechtskraft (<u>Stadt Hürth / Stadtplanung (o-sp.de)</u>). Die K25n ist nicht Bestandteil des rechtskräftigen Bebauungsplanes, der dort Baufelder festsetzt.</p> <p>Eine industrielle Entwicklung steht aus Immissionsschutzgründen in Konflikt mit den Planungen der Kreisstraße K 25n. Für die K 25n wurden die Vorentwurfsplanung für insgesamt fünf Verlaufsvarianten sowie eine Umweltverträglichkeitsstudie erstellt. Die Untersuchungen haben ergeben, dass sämtliche entwickelten Trassenalternativen aufgrund der Natur- und Artenschutzbelange sowie aus Immissionsschutzsicht, insbesondere aufgrund der Vorgaben der Störfallverordnung, mehr oder minder problematisch sind.</p> <p>Angesichts dieser erheblichen Konflikte hinsichtlich der Immissionsschutzthematik sowie der Natur-, Umwelt- und Artenschutzbelange wäre eine rechtssichere Abwägung in den folgenden Planverfahren äußerst problematisch. Die Wahrscheinlichkeit, dass das Vorhaben aufgrund von Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss, die zu dessen Aufhebung führen, oder letztlich auch wegen mangelnder Finanzierbarkeit nicht umgesetzt werden kann, ist nach Aussage des Rhein-Erft-Kreises sehr hoch.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001432]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001432_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Zur Klarstellung: Der Regionalplan enthält keine Festlegung zur K 25n. Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist hier nicht der Fall.</p>

1001436, Stadt Hürth

Inhalt

Verkehrsinfrastruktur

L103n

Die L 103n wird noch immer als Bedarfsplanung dargestellt, als ?Straße für den vorwiegend großräumigen Verkehr?. Die Anschlussmöglichkeiten dieser Straße sind jedoch im Westen beschränkt. Die L 103n würde momentan durch Gebiete zum Schutz der Natur führen, insbesondere die Naturschutzgebiete Nordfeldweiher (BM-019) und Teilfläche des Nordhangs im Restfeld Vereinigte Ville (BM-039) könnten unter der Verwirklichung der Landesstraße Schaden leiden. Seit der Rechtskraft des Bebauungsplans 512b Chemiepark Knapsack Süderweiterung könnte auch die im Regionalplan eingezeichnete Trasse nicht mehr umgesetzt werden. Naturschutzfachliche Kompensationsmaßnahmen, die im Rahmen des genannten Bebauungsplans initialisiert wurden, sind im Restfeld Ville gelegen. Sie werden seitens des Eingriffsverursachers rechtlich gesichert.

Neben diesen naturschutzrechtlichen Hemmnissen liegt das gesamte Restfeld Ville innerhalb der Biotopkatasterfläche Nordostteil des ehemaligen Tagebaus Vereinigte Ville (BK-BK-5107-0006). Im landesweiten Biotopverbund ist das Gebiet nach dem LEP NRW Teil der wertvollen Kulturlandschaft "Kottenforst, Siebengebirge und Wahner Heide" und verbindet das östlich angrenzende NSG Nordfeldweiher mit dem nördlich angrenzenden NSG Teilfläche des Nordhangs im Restfeld Vereinigte Ville. Zudem sind geschützte Biotope dort vorhanden. Das rekultivierte Gebiet verfügt über wertvolle Magerweiden und magere Teilbereiche in einem ansonsten nährstoffreichen Landschaftsraum. Als seltene und stark gefährdete Pflanzenart ist das Übersehene Knabenkraut (*Dactylorhiza praetermissa*) zu nennen, das sich im Restfeld Ville befindet. Insgesamt sind die naturschutzfachlichen Begebenheiten in diesem Raum so dominant und sensibel, dass hier auf die Bedarfsplanung der L 103n in Gänze verzichtet werden sollte. Eine Trassenführung ohne Verletzung von Naturschutzkategorien ist hier schlicht nicht möglich.

[s. Anhang Abb. ID 1001436]

Anhänge

[Abb_ID_1001436_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Die Festlegung steht einer weiteren Konkretisierung im Rahmen der Fachplanung nicht entgegen. Sie entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Bei Vorliegen gewichtiger Gründe kann der Grundsatz im Rahmen der Abwägungsentscheidung überwunden werden.

1001438, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Verkehrsinfrastruktur</u></p> <p>Errichtung einer neuen Stadtbahnhaltestelle in Hürth-Hermülheim Die Stadt Hürth hat beschlossen, einen weiteren Stadtbahnhaltepunkt (Linie 18) zu realisieren. Dazu wird ein Planfeststellungsverfahren angestoßen. Diesbezüglich wurden erste erfolgreiche Gespräche mit der HGK als Flächeneigentümer/-betreiber der Schieneninfrastruktur geführt. Die mögliche Positionierung der Haltestelle lässt sich der roten Markierung der Abbildung entnehmen. Dies sollte ebenfalls als Darstellung gem. Legende auf Ebene des regionalplanes Berücksichtigung finden (s. rote Markierung Entwurf Regionalplan).</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001438]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001438_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten).</p>

1001439, Stadt Hürth

Inhalt

Verkehrsinfrastruktur

Errichtung einer neuen DB-Haltestelle in Hürth-Fischenich

Im Rahmen der Planungen um die ?Westspange? und ?Eifelstrecke? bzw. ?Elektrifizierung der Eifelstrecke? wird gemäß aktuellem Planungskonzept für Hürth-Fischenich ein weiterer DB-Haltepunkt südlich des Siedlungskörpers angestrebt. Eine Positionierung lässt sich der roten Markierung im Regionalplan-Entwurf entnehmen sowie der angefügten Variantenübersicht. Dieser Planungsstand sollte ebenfalls auf Ebene des Regionalplanes übernommen werden.

[s. Anhang Abb. ID 1001439]

Anhänge

[Abb_ID_1001439_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

1001440, Stadt Hürth

Inhalt

Verkehrsinfrastruktur

Landesstraße ?L183?

Gemäß dem aktuell vorliegenden Klassifizierungskonzept OU Hürth (B265; Stand November 2019) wird angegeben, dass die L183 als Landesstraße klassifiziert ist. Dies lässt sich dem Entwurf des Regionalplanes gem. Legende/Planzeichen nicht entnehmen. Die Landstraße sollte auf Ebene des Regionalplanes übernommen werden.

[s. Anhang Abb. ID 1001440]

Anhänge

[Abb_ID_1001440_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4) (vgl. auch STN ID 1001443).

1001443, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Verkehrsinfrastruktur</u></p> <p>Landesstraße ?K25? (zukünftig L183) Gemäß dem aktuell vorliegenden Klassifizierungskonzept OU Hürth (B265; Stand November 2019) wird angegeben, dass die ehemalige K25 als Landesstraße klassifiziert wird. Dies lässt sich dem Entwurf des Regionalplanes gem. Legende/Planzeichen nicht entnehmen. Die zukünftige Landstraße sollte auf Ebene des Regionalplanes übernommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001443]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001443_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4) (vgl. auch STN ID 1001440).</p>

1001444, Stadt Hürth

Inhalt

Verkehrsinfrastruktur

Landesstraße ?103?

Gemäß dem aktuell vorliegenden Klassifizierungskonzept OU Hürth (B265; Stand November 2019) wird angegeben, dass die L 103 als Landesstraße klassifiziert wird. Dies lässt sich dem Entwurf des Regionalplanes gem. Legende/Planzeichen nicht entnehmen. Dies sollte auf Ebene des Regionalplanes übernommen werden.

[s. Anhang Abb. ID 1001444]

Anhänge

[Abb_ID_1001444_1.pdf](#)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1001445, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Verkehrsinfrastruktur</u></p> <p>K14/Teilabschnitt in Hürth-Hermülheim Gemäß dem aktuell vorliegenden Klassifizierungskonzept OU Hürth (B265; Stand November 2019) wird angegeben, dass der in der Abbildung rot-markierte Teilabschnitt der K14 in Hürth-Hermülheim als Landesstraße klassifiziert wird. Dies lässt sich dem Entwurf des Regionalplanes gem. Legende/Planzeichen nicht entnehmen. Dies sollte auf Ebene des Regionalplanes übernommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001445]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001445_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1001446, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Verkehrsinfrastruktur</u></p> <p>L92 / Teilabschnitt in Hürth-Hermülheim Gemäß dem aktuell vorliegenden Klassifizierungskonzept OU Hürth (B265; Stand November 2019) wird angegeben, dass der in der Abbildung rot-markierte Teilabschnitt der L92 in Hürth-Hermülheim in Zukunft nicht als Landesstraße klassifiziert wird. Dies lässt sich dem Entwurf des Regionalplanes gem. Legende/Planzeichen nicht entnehmen. Dies sollte auf Ebene des Regionalplanes übernommen werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. ID 1001446]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001446_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1001455, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p>Textliche Festlegungen zu Seite 37: <i>?Um diesen Anspruch im Regelungs- und Kompetenzbereich der Regionalplanung bestmöglich abzubilden, hat die Regionalplanungsbehörde im Auftrag des Regionalrates einen externen Gutachter mit der Erstellung eines Fachbeitrages zur Einbindung des Rheinischen Reviers in die räumliche Entwicklung der gesamten Planungsregion Köln bei der Neuaufstellung des Regionalplanes beauftragt (Bezirksregierung Köln 2021, Bearbeitung: MUST Städtebau GmbH). Dies ist eine spezielle gutachterliche Betrachtung unter Einbeziehung der Entscheidungs- und Gestaltungskompetenzen der Regionalplanung mit dem Ziel, die Erfordernisse des Strukturwandels im Prozess zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln optimal abzubilden und einen gemeinsamen Orientierungsrahmen für die regionalplanerische Steuerung zu entwickeln. In diesem, gemeinsam mit dem Regionalrat Köln gestalteten Prozess, wurden Leitgedanken und Zielvorstellungen erarbeitet, die den zukünftigen regionalplanerischen Entwicklungsrahmen der Region aufzeigen und dem Regionalrat Orientierung bei der Neuaufstellung des Regionalplanes und im fortlaufenden Prozess des Strukturwandels bieten.?</i></p> <p>Auch der Rhein-Erft-Kreis bzw. seine Kommunen haben ein gemeinsames Gutachten (?Industrie- und Gewerbeflächenkonzept 2018?) beim Büro Dr. Jansen in Auftrag gegeben mit dem Ergebnis, dass das bimodale Gewerbegebiet ?Barbarahof? (vgl. Flächenvorschlag ?Barbarahof / Erweiterung Hürth-Knapsack?) mit der Priorität 1 interkommunal zu entwickeln sei. Zuzüglich unterstreichen die Inhalte der dieser Stellungnahme beigefügten Anlage A die Umsetzbarkeit der GIB-Darstellung. Hier hat ebenfalls das Büro MUST Städtebau GmbH in Form eines innovativen Nutzungskonzeptes mitgewirkt. Die entwickelten Konzepte des Rhein-Erft-Kreises und der Stadt Hürth sollten im Sinne des Gegenstromprinzips in den neuen Regionalplan Köln aufgenommen werden.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Anhänge Abb_ID_1001455_1_Anhang_A.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1001415).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1001415.</p>

1001456, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p>Textliche Festlegungen</p> <p><u>zu Seite 54:</u> ?Z. 2: <i>Außerhalb der Siedlungsbereiche sind bandartige Siedlungsentwicklungen entlang von Verkehrswegen auszuschließen. Splittersiedlungen im Freiraum sind zu vermeiden.</i>?</p> <p>Die Detaillierung und Festlegung auf ?entlang von Verkehrswegen? lässt sich durchaus so interpretieren, dass ?bandartige Siedlungsentwicklungen nicht entlang von Verkehrswegen? nicht auszuschließen sind.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es handelt sich um den Wortlaut aus dem LEP NRW.</p> <p>Im Übrigen wird die Festlegung Z.2 <i>Zersiedlung vermeiden</i> und deren Erläuterung geändert (s. Änderungssynopse).</p>

Inhalt

zu Seite 57: *Die Inanspruchnahme der ermittelten Bedarfe für Wohnbauflächen, gemischte Bauflächen und gewerbliche Bauflächen wird von der Regionalplanungsbehörde im Anpassungsverfahren gemäß LPIG NRW geprüft.*

Ein Teilaspekt der Bedarfsberechnung sind die sog. §34er-Reserven (faktisch nicht belegt, aber bereits in einem laufenden Bauleitplanverfahren einer neuen Nutzung zugeordnet), die nicht von den Kommunen selber im Siedlungsflächenmonitoring angemeldet werden und auch nicht im Siedlungsflächenmonitoring bearbeitet werden konnten. Der Tabelle auf Seite 58 der Begründung (vgl. Abbildung) kann nicht entnommen werden, wieviel 34er-Reserven der Stadt Hürth aktuell von der Regionalplanungsbehörde angerechnet worden sind.

[s. Anhang Abb. ID 1001466]

Insgesamt wurden für die Stadt Hürth kommunale ASB-Bedarfe von 137 ha und vorhandene ASB-Reserven von 74 ha ermittelt. Zudem wurden für die Stadt Hürth kommunale GIB-Bedarfe von 73 ha und noch vorhandene GIB-Reserven von 104 ha ermittelt.

Es kann derzeit nicht nachvollzogen werden, auf welchen aktuellen Untersuchungen und auf welchen Flächen die ermittelten 104 ha Potenzialflächen für GIB beruhen. Es wird daher um eine detaillierte Erläuterung zu der Anrechnung der sogenannten §34er-Reserveflächen sowie der dargestellten Potenzialflächen im Regionalplanentwurf gebeten bzw. sollte das veraltet Siedlungsmonitoring von 2018 als Grundlage für den Regionalplan zwingend aktualisiert werden.

Anhänge

[Abb_ID_1001466_1.pdf](#)

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und §34er-Reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Die Reserven wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine

wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbewertung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Inhalt

Aktuelle Grundlagen zur Bedarfermittlung der GIB-Flächenpotenziale sind insbesondere wichtig, da die Flächenpolitik vor dem grundsätzlichen Problem steht, dass Unternehmen in der Regel nur sofort disponible Flächen in ihre Investitions- und Seite 22 von 22 Standortentscheidungen einbeziehen ? und zwar in Form einer kurzfristig verfügbaren Flächenauswahl. Die Planungsabfolge von der Regionalplanung bis zur Grundstücksveräußerung ist dagegen ein langwieriger Prozess. Die Gewerbe- und Industrieflächenpolitik muss demnach mit ihrem Angebot in Vorleistung treten und gleichzeitig verschiedene Optionen eröffnen. Dies erfordert dezidiert eine auf fünf bis zehn Jahre sowie eine langfristig angelegte Angebotsplanung einschließlich der Investitionen in den Flächenerwerb, die Ver- bzw. Entsorgungsinfrastruktur sowie die Verkehrswege.

Dagegen zeigt aktuell die kommunale Erfahrung, dass zwar viele Flächen in der Regional- und vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung dargestellt bzw. festgesetzt sind, gleichwohl es kaum gelingt, den nachfragenden Unternehmen ausreichend Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig: zunehmend umweltrelevante Bindungen, die oft nicht wirtschaftliche und konfliktfreie Erschließung und vor allem der problematische Grunderwerb erschweren zunehmend die Flächendisposition.

Für die Stadt Hürth ist demnach ein hohes Maß an Flexibilität und Flächenspielraum geboten. D. h. es müssen mehr Flächen planerisch vorgesehen werden als tatsächlich benötigt werden. Die Regionalplanung trägt diesem Sachverhalt zwar Rechnung indem auf die errechneten Bedarfe ein Planungszuschlag von 20% aufaddiert wird. Weiterhin berücksichtigt die Regionalplanung diesen Sachverhalt, indem sie im Regionalplanentwurf allgemein ?GIB Flex-Flächen? vorsieht, die dann zum Tragen kommen, wenn andere Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche nicht entwickelt werden können. Beide Regelungsgehalte sind grundsätzlich zu begrüßen, unterstützen aber nicht konkret die Stadt Hürth in ihrer gewerblichen Entwicklungsperspektive zur Flächendisposition. Denn unabhängig von der negativen Gesamtbilanz ist auch die zeitliche Entwicklungsperspektive der Flächen von Bedeutung. Aktuell ist im Regionalplanentwurf nicht erkennbar, ob planerische Reserven im Zeitverlauf so disponiert und erschlossen werden können, dass Deckungslücken auszuschließen sind. Kurz: die regionalplanerische Gesamtbilanz allein bis zu einem definierten Stichtag 2043 ist für die Entwicklungsdynamik im Zeitverlauf wenig aussagekräftig.

Es ist aus Sicht der Stadt Hürth ist es jedoch unerlässlich, die künftigen Potenzialflächen in eine zeitliche Reihenfolge zu bringen. Erst damit können Deckungslücken über diese sehr lange Zeitspanne identifiziert und über alternative Potenzialflächen geschlossen werden.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zudem soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind Rechnung tragen (§38 LPIG NRW i.V. mit dem Ziel 6.1-1 des LEP NRW). Der Stellungnahme wird insofern gefolgt, dass auf dieser Grundlage in Hürth eine weitere Fläche für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier bedarfsgerecht festgelegt wird.

Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Die Stadt Hürth verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) jedoch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Dies bedeutet, dass gemäß den Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*, die Erfassung der aktuellen Bedarfs- und Reservesituation für die kommunale Bauleitplanung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) fortlaufend betrachtet wird und eine bedarfsgerechte Betrachtung der Siedlungsentwicklung für die Kommunen im Rahmen der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Im Sinne der kommunalen Planungshoheit sowie einer flexiblen Flächenentwicklung besteht somit auf Grundlage des Ziels *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* jederzeit die Möglichkeit zum Tausch von Siedlungsflächenreserven aufgrund veränderter Rahmenbedingungen bzw. kommunal veränderter Planungsabsichten.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen zudem der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen hier konkret dem Rhein-Erft-Kreis und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist.

Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen.

Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit oder zur zeitlichen Abfolge in der Entwicklung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

AZ: Stadt Hürth 2	
Stadt Hürth 2	
1005312, Stadt Hürth 2	
<p>Inhalt</p> <p>A - Zeichnerischer Teil der Planunterlage</p> <p>Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)</p> <p>Es wird angeregt, dass ein Teil der bestehenden, gewerblichen und wohnbaulichen Nutzung im Stadtteil Hürth-Kalscheuren zukünftig als „Allgemeiner Siedlungsbereich“ (ASB) dargestellt wird, um die Planungsziele der 2. Berichtigung des Flächennutzungsplanes der Stadt Hürth gemäß § 13a (2) Nr. 2 BauGB i. V. m. dem parallel laufenden Bebauungsplanverfahren Nr. 333b „Gründerquartier Kalscheuren“ zu verwirklichen.</p> <p>Die beabsichtigte Anpassung des Flächennutzungsplanes im Wege der 2. Berichtigung sieht folgende Änderung der Darstellung vor:</p> <p>Durch die geplante 2. Berichtigung des Flächennutzungsplanes der Stadt Hürth soll die Grünfläche des ehemaligen Sportplatzes (derzeit Brachfläche), Teile des Betriebsgrundstücks der W.1.R.-Werkstätten, die bestehenden Tennisplätze und die Flächen für Gemeinbedarf eines Teilbereichs des „Böhm-Chapel-Areals“ als Wohnbaufläche gemäß § 1 Abs. 1 BauNVO dargestellt werden. Letztere entspricht nicht der aktuellen Nutzung, da das Gebäude - ehemalige Kirche St. Ursula - heute für Kunstausstellungen in Anspruch genommen wird. Des Weiteren soll die Fläche des Versickerungsbeckens bzw. der Ausgleichsfläche im nördlichen Geltungsbereich der FNP-Berichtigung einer gewerblichen Entwicklung zugeführt werden und somit von Grünfläche bzw. Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft in eine gewerbliche Baufläche gemäß § 1 Abs. 3 BauNVO geändert werden. Weitergehende Informationen zur geplanten 2. FNP-Berichtigung können der Anlage B entnommen werden.</p> <p>Mit o.g. Schreiben der Bezirksregierung Köln (Az. 32/62.6-1.13.07-2021-02) wurde mitgeteilt, dass ein Zielabweichungsverfahren gemäß § 16 LPlG i. V. m. § 6 Abs. 2 ROG nicht möglich ist, jedoch aufgrund des Bestandes und der angestrebten städtebaulichen Neustrukturierung des Gebietes, eine Anpassung der regionalplanerischen Gebietsfestlegung als ASB im Rahmen der Beteiligung nach § 9 ROG vorgenommen werden könnte.</p> <p>Es wird daher vorgeschlagen, einen ca. 32 Hektar großen „gewerblich-industriellen Bereich“ (GIB) zukünftig als „Allgemeinen Siedlungsbereich“ (ASB) im Regionalplan für</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB/GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Die im Gegensatz zur Anregung leicht veränderte Festlegung als ASB erfolgt aus Gründen der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit.</p>

den Regierungsbezirk Köln darzustellen (vgl. Anlage C und D). Der zukünftige ASB könnte im Osten durch die Hans-Böckler-Straße, im Süden durch die Ursulastraße und im Westen durch die Kunyszstraße begrenzt werden. Zudem erfasst der Flächenvorschlag eine bestehende Ausgleichsfläche/ Parkanlage nördlich der B265n und schafft somit eine Verbindung zu dem bestehenden ASB des Stadtzentrums von Hürth.

Durch die bereits vorhandene Wohnbebauung im Stadtteil Kalscheuren kann im dargestellten GIB des Regionalplanes Köln bereits heute nicht dafür Sorge getragen werden, dass die Entwicklungsmöglichkeiten für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe nicht beeinträchtigt werden. Dieses Dilemma besteht durch eine in der Historie gewachsene Wohnsiedlung (Ortsteil Kalscheuren) im dargestellten GIB, weshalb bereits zu diesem Zeitpunkt der Grundsatz 6.3-2 LEP NRW nicht greifen kann. Das heißt, dass in BlmschG-Verfahren oder in Baugenehmigungsverfahren von potenziell dem Wohnen störenden Industrie- und Gewerbebetrieben, die sich in diesem GIB ansiedeln möchten, bereits heute Lärmrestriktionen, Stäube, Geruchseintragungen und dergleichen Rechnung getragen werden muss. Des Weiteren befinden sich keine aktiven Industriebetriebe mehr im "Gewerbegebiet Kalscheuren". Vielmehr handelt es sich dort insbesondere um nicht störende Büronutzungen, Dienstleistungsbetriebe, Kleingewerbe und Handwerksbetriebe. Aus Sicht der Stadt Hürth kann die Neudarstellung als ASB - auch aufgrund der bereits bestehenden Wohnbebauung - keine industrielle bzw. emittierende gewerbliche Entwicklung zusätzlich einschränken. Eine zukünftige Darstellung des vorgenannten Bereiches als ASB erscheint daher angebracht zu sein. Die vorgeschlagene Abgrenzung des ASB berücksichtigt dabei auch die vom TÜV Rheinland ermittelten "angemessenen Sicherheitsabstände" zu Störfallbetriebsbereichen i.S. der Seveso-III-Richtlinie in der Umgebung (vgl. Anlage E) und die daraus entwickelte Konzeption von "Planungszonen" der ermittelten Gemengelagen im Stadtgebiet (vgl. Anlage F).

Vor dem Hintergrund der bestehenden Betriebe und der Wohnnutzung im "Gewerbegebiet Kalscheuren" sowie den beabsichtigten, planerischen Zielsetzungen der 2. FNP-Berichtigung wird die vorgenannte Änderung der Darstellung des Regionalplanes (Entwurf) des Regierungsbezirks Köln beantragt.

[s. Anhang Abb. 1005312_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Anhänge

[Abb_ID_1005312_1.pdf](#)

[Abb_ID1005312_2.pdf](#)

Inhalt

betreffe Planung von Freiflächensolaranlagen (Floating PV-Anlage) in der Stadt Jülich / Kreis Düren [ANONYMISIERT]. Es wird angeregt, für den o.a. Vorhabensstandort auf die Festlegung eines Bereichs zum Schutz der Natur zu verzichten. Hintergründe und Begründung dieser Anregung werden im Folgenden erläutert.

1. Anlass der Stellungnahme: Errichtung und Betrieb einer Floating PV-Anlage

1.1 Geplantes Vorhaben

Die Firmen [ANONYMISIERT] sowie [ANONYMISIERT] planen, südwestlich des Zentrums der Stadt Jülich eine schwimmende Photovoltaikanlage zu errichten. Bei dem zu überplanenden Gebiet handelt es sich um eine ehemalige Kiesabbaufläche, aus der mittlerweile ein rund 3,7 ha großes Abgrabungsgewässer entstanden ist (Kiessee Bourheim Nr. 6 Kirchberger Baggerseen Teilbereich 2). Die Kiesabgrabung wurde vor einigen Jahren beendet. Auf dem Gewässer soll gemäß Planungsstand August 2022 eine rund ein Hektar große schwimmende Photovoltaikanlage mit einer Leistung von ca. 1.500 kWp installiert werden, die über kleinflächige, betonierte Verankerungen im Uferbereich gesichert werden soll. Die Einspeisung des erzeugten Stroms ins öffentliche Netz soll über eine vorhandene Trafostation im Nordosten des Plangebietes erfolgen. Mit der anvisierten Leistung der geplanten Anlage können z.B. rund 425 Vier-Personen-Haushalte ganzjährig mit Strom versorgt werden. Die Verfügbarkeit der Fläche wird durch einen Pachtvertrag geregelt. Nach Ende der Betriebslaufzeit von 20 Jahren plus einer optionalen Verlängerung von 2-mal 5 Jahren lässt sich die Anlage vollständig zurückbauen. Ein trinkwasserzertifizierter Bau und Betrieb der Anlage ist möglich. Die Reinigung der Module soll mit Seewasser erfolgen, wassergefährdende Stoffe werden nicht eingesetzt. Der Kiessee liegt unmittelbar südlich des Westrings (Bundesstraße B 56) und westlich der Kirchberger Straße (Landesstraße L 241). Die Erschließung des Plangebietes für Bau und Wartung der Anlagen kann daher unmittelbar über vorhandene Straßen bzw. Wirtschaftswege erfolgen, ein Neubau entsprechender Infrastruktur ist nicht erforderlich.

1.2 Stärkung des Ausbaus erneuerbarer Energien, insbesondere Bedarf an Freiflächensolaranlagen/Floating PV

Durch die Nutzung von regenerativen Energiequellen, hier insbesondere von Photovoltaikanlagen, kann ein Beitrag geleistet werden, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und damit auf lokaler Ebene dem globalen Klimawandel entgegenzuwirken. Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Freiraum können als Ergänzung des Solarpotenzials auf Dachflächen genutzt werden. Damit wird ein wichtiger Beitrag zum

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt.

Klimaschutz geleistet. Die Nutzung erneuerbarer Energien wird mit den Inhalten des sogenannten "Oster-Pakets" des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz gestärkt. Das oberste Ziel ist eine nahezu vollständige Stromversorgung Deutschlands aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2035. Mindestens 80% des deutschen Bruttostromverbrauchs sollen bis 2030 aus erneuerbaren Energien stammen, dies erfordert eine grundlegende Transformation der Stromversorgung und insbesondere einen massiven Ausbau der entsprechenden Energieträger. Im Erneuerbare-Energien-Gesetz wird u.a. der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Erneuerbare Energien sollen damit bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Ein umfangreiches Bündel an Maßnahmen soll den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben. U. a. sollen neue Flächen für den Ausbau der Photovoltaik bereitgestellt werden. Die Ausbauraten für Solarenergie sollen auf 22 GW pro Jahr gesteigert werden, bis 2030 sollen insgesamt Solaranlagen im Umfang von insgesamt rund 215 GW in Deutschland installiert sein. Der künftige Ausbau soll hälftig auf Dach- und Freiflächenanlagen verteilt werden. Die Flächenkulisse für Freiflächenanlagen soll unter Berücksichtigung landwirtschaftlicher und naturschutzverträglicher Aspekte maßvoll erweitert werden. Neben den bisherigen Flächenkategorien wie Konversionsflächen und Seitenrandstreifen kommen dabei ausdrücklich Floating-PV-Anlagen neu hinzu. Diese werden auch in die reguläre PV-Freiflächenausschreibung überführt. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz wurde bereits entsprechend geändert. Neben dem aufgeführten Grundsatz stellt es darüber hinaus klar, dass der geplante Standort im Sinne des Gesetzes förderfähig ist. Bei der Abgrabung handelt es sich sowohl um eine sonstige bauliche Anlage i.S.d. § 2 Abs. 1 BauO NRW (entsprechend § 37 Abs. 1 Nr. 1 EEG) als auch um eine Konversionsfläche (entsprechend § 37 Abs. 1 Nr. 2 b EEG), da aufgrund der Abgrabungstätigkeit eine ehemalige wirtschaftliche Nutzung vorliegt. Darüber hinaus führt die aktuelle Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN für Nordrhein- Westfalen², Ziffer 528 ff. folgendes auf: "Zur Reduzierung des Flächenverbrauchs setzen wir bei Freiflächen vorrangig auf belastete oder versiegelte Flächen und auf Doppel-Nutzungen wie schwimmende Photovoltaik, Agrar-Photovoltaik oder Photovoltaik über Parkplätzen. Ebenfalls stellen wir planerisch sicher, dass Photovoltaikanlagen entlang von allen Straßen und Schienenwegen möglich sind und ein forcierter Photovoltaik-Ausbau an Lärmschutzwänden möglich wird." Die Planung wird den Zielen gem. § 1 Abs. 6 BauGB bezüglich der Nutzung erneuerbarer Energien gerecht und trägt den Belangen der Versorgung insbesondere mit Energie Rechnung.

2. Standortbeschreibung und geplantes Verfahren

2.1 Standort der Anlage und Flächenauswahl

Bei dem avisierten Plangebiet handelt es sich um eine private Fläche, die zwischen zwei bestehenden Kies-Abgrabungsflächen liegt. Zwischen dem nördlichen Ufer des

Sees und der angrenzenden Bundesstraße 56 verläuft eine Bandtrasse, die Abgrabungsmaterial vom westlich gelegenen See zur Weiterverarbeitung in einen Bereich östlich der angrenzenden Landesstraße 241 transportiert. Aufgrund der noch vorhandenen Nutzungen ist der Zugang für die Öffentlichkeit nicht möglich. Durch die unmittelbar angrenzenden Abgrabungstätigkeiten sowie die nördlich und östlich verlaufenden überörtlichen Verkehrswege ist das Plangebiet durch Lärm- und Staubimmissionen vorbelastet. Unmittelbar im Plangebiet ist bereits ein Netzanschluss vorhanden, der eine ausreichende Kapazität für die Einspeisung der erzeugten Energie zur Verfügung stellt. Die mit Freiflächen-Photovoltaikanlagen häufig verbundene Verlegung von Anschlussleitungen außerhalb des unmittelbaren Plangebiets ist hier nicht erforderlich. Insofern ist das Plangebiet bzw. der darin gelegene Kiessee für die Installation und den Betrieb einer Floating PV-Anlage hervorragend geeignet. Die Einschränkung anderer öffentlicher Belange wird ? soweit möglich ? vermieden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren im Forschungsbereich. Es konnte eine grundsätzliche Vereinbarung mit der Fachhochschule Aachen/Campus Jülich und dem gaiac ? Forschungsinstitut für Ökosystemanalyse und -bewertung e.V. an der RWTH Aachen getroffen werden. Es ist vorgesehen, dass Studierende den Bau und den Betrieb der PV-Anlage im Sinne eines Monitorings begleiten, um mögliche Auswirkungen der Anlage auf limnologische und andere Aspekte frühzeitig zu erkennen und Vermeidungs- bzw. Minderungsmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Die Nähe des Anlagenstandorts zum Campus Jülich der Fachhochschule Aachen bildet hierfür eine optimale Ausgangssituation. Mit dem geplanten, vergleichsweise kleinen Vorhaben kann ein wertvoller Beitrag für die Erforschung der Verträglichkeit von Floating PV-Anlagen geleistet werden. Durch den Betrieb der Anlage können Erkenntnisse gewonnen werden, die In Zukunft für den Betrieb weiterer Floating-PV-Anlagen im Rheinischen Revier, in Nordrhein-Westfalen sowie in Deutschland zur Verfügung stehen. Der Projektträger Jülich hat die Fachhochschule Aachen, das Forschungsinstitut gaiac e.V. und den Entwickler/Konstrukteur [ANONYMISIERT] der Anlage im Juli 2022 aufgefordert, einen Förderantrag zu stellen, nachdem die Projektskizze nach intensiver Beratung für förderfähig befunden wurde.

2.2 Ökologie und Naturhaushalt

Das Plangebiet ist durch den angrenzenden Kiesabbau (Abgrabungstätigkeit und Erschließung) und die nahe Bundesstraße durch Lärm und Staub vorbelastet. Im Norden und Osten des Gewässers verläuft die Zufahrt, mit der der westlich gelegene Kiesabbau erschlossen wird. Das Gelände ist eingezäunt und nicht öffentlich zugänglich. Die Uferbereich des ehemaligen Abgrabungsgewässers sind mit jungen Ufergehölzen bewachsen (überwiegend Schwarzerle, zusätzlich Esche, Birke u.a. in der Altersklasse geringes Baumholz). Daran schließen sich Feucht-, Stauden- und Brombeerbächen sowie als Grünland genutzte Offenflächen an. Von alten Auenwäldern (Stieleiche, Roteiche, Pappel, Schwarzerle, Rotbuche, starkes bis sehr starkes

Baumholz) wird der im Süden und Westen verlaufenden Mühlengraben gesäumt. Im Süden schließen weitere hochwertige Altgehölzbestände an (Lindenallee an der Zufahrt zu Gut Linzenich und Baumreihen im Grünland), die das Landschaftsbild prägen. Zur Vereinbarung mit den Belangen von Naturschutz und der Landschaftspflege soll eine Schädigung

der Ufervegetation insbesondere der Verlust älterer Gehölze weitestgehend vermieden werden. Die randlichen Ufergehölze können erhalten bzw. nach Fällung für die Bauphase neu gepflanzt werden. Die vorhandene Erschließungsstraße, die heute als Zufahrt für den westlich angrenzenden Kiesabbau genutzt wird und im Osten und Norden des Plangebiets verläuft, kann in der Bau- und Betriebsphase genutzt werden. Durch die vorhandenen Gehölze an der Grenze des Plangebiets können voraussichtlich auch Blendwirkungen der Verkehrswege weitestgehend ausgeschlossen werden³. Auch eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes ? insbesondere in Richtung der südlichen und westlich angrenzenden ökologisch wertvolleren Flächen entlang des Mühlengrabens und im Umfeld von Hof

Linzenich ? wird so minimiert. Die bereits vorliegenden Ergebnisse der Brut- und Rastvogelkartierungen weisen nicht auf unüberwindbare Konflikte mit dem Artenschutzrecht hin. Ein Konflikt zwischen der Entwicklung einer PV-Anlage und dem Erhalt und der Entwicklung von Habitaten für Wasservögel und anderer gewässergebundene Zielarten (genannte Zielarten der LANUV: Zwergtaucher, Braune Mosaikjungfer, Europäischer Biber, Ringelnatter, Eisvogel) ist voraussichtlich im Rahmen der Planung lösbar.

2.3 Landschaftsplanung

Das Plangebiet liegt im Geltungsbereich des Landschaftsplans Ruraue aus dem Jahr 1984 und ist als Landschaftsschutzgebiet ?Rurtal südlich der Autobahn A44? (LSG Nr. 2.3-15) festgesetzt. Das Naturdenkmal ?Mühlengraben? (N 2.2-85) verläuft südlich und westlich. Der Kreis Düren hat in seiner Sitzung am 21.12.2017 beschlossen, den Landschaftsplan 2 ?Ruraue? neu aufzustellen. Die Offenlage des LP 2 Rur- und Indeaeue erfolgt vom 01.09.2022 bis zum 30.09.2024. Im Entwurf des Landschaftsplans liegen das Plangebiet und sein Umfeld innerhalb des Landschaftsschutzgebietes ?Ruraue und Rurniederung? (LSG 2.2-1). Eine Ausweisung als Naturschutzgebiet ist nicht vorgesehen. Für die Errichtung von baulichen Anlagen kann eine Befreiung aus dem Landschaftsschutz erteilt werden, soweit dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und der Landschaftspflege vereinbar ist. Mit der Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wird der Grundsatz verankert, ?[?] dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt?.

2.4 Bisheriges Planungs- und Genehmigungsverfahren

2.4.1 Bauleitplanung

Bauplanungsrechtlich liegt das Plangebiet derzeit im Außenbereich nach § 35 BauGB. In Abstimmung mit der Bezirksregierung ist daher eine planungsrechtliche Sicherung durch die Änderung des Flächennutzungsplans und die Aufstellung eines Bebauungsplans erforderlich. Das Vorhaben wird durch die Stadt Jülich unterstützt. Entsprechende Aufstellungsbeschlüsse für ? die Flächennutzungsplanänderung zum B-Plan Bourheim Nr. 6 ?Schwimmende Photovoltaik-Anlagen? sowie ? den Bebauungsplan Bourheim Nr. 6 ?Schwimmende Photovoltaik-Anlagen? wurden am 23. August 2021 in der Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses der Stadt Jülich einstimmig gefasst. Der Geltungsbereich für die Bauleitplanungen hat eine Größe von rund 1,4 ha. Auf der Ebene des Bebauungsplans ist es vorgesehen, durch Festsetzungen zur Art und zum Maß der baulichen Nutzung, zur Einfriedung sowie durch Maßnahmen zum Boden- und Artenschutz die Belange des Natur-, Landschafts- und des weiteren Umweltschutzes zu berücksichtigen. Im Flächennutzungsplan der Stadt Jülich ist das Plangebiet derzeit als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Der Kieselsee ist nicht eigenständig als Gewässer dargestellt. Die Darstellung des Flächennutzungsplans muss insofern geändert werden. Bislang ist die Darstellung einer Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung ?Schwimmende Photovoltaik? in Kombination mit einer Wasserfläche angedacht. Sowohl für die Änderung des Flächennutzungsplans als auch zum Bebauungsplan werden Umweltprüfungen erstellt, deren Ergebnisse in die jeweiligen Umweltberichte einfließen.

[Abbildung 1]

2.4.2 Wasserrechtliche Genehmigung

Die schwimmende Photovoltaikanlage bedarf zusätzlich einer wasserrechtlichen Genehmigung (Gewässerausbauverfahren). Entsprechende Vorabstimmungen zum Genehmigungsprozess und dafür erforderlichen Unterlagen und Gutachten haben mit der Unteren Wasserbehörde sowie der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Düren bereits im September 2021 stattgefunden. Aus Sicht der Unteren Wasserbehörde bestehen nur dann keine Bedenken, ?[?] wenn das wasserrechtliche Verfahren zu dem Ergebnis kommt, dass der See für die Errichtung einer derartigen Anlage geeignet ist. Hierin müssen grundlegende Aspekte möglicher Auswirkungen der Anlage, z.B. auf die Limnologie des Sees, auf die Artenvielfalt etc., ermittelt und dargestellt werden?. Die Untere Naturschutzbehörde trägt dann keine Bedenken vor, ?[?] wenn die Belange des Natur- und Artenschutzes im nachfolgenden Bauleitplanverfahren auf Grundlage der §§ 15 und 44

BNatSchG umfassend eingestellt werden. Von unserer Seite lassen sich die Auswirkungen der ca. 1,4 ha großen Anlage auf Natur, Landschaft und Fauna derzeit noch nicht abschätzen. Zu beleuchten sind im Besonderen die möglichen Veränderungen der Funktionalität des Ökosystems sowie der Biotopverbindungsfunktion des Kieselsees. U.a. Wasservögel, Fische und Biber sind im Rahmen einer Artenschutzprüfung zu berücksichtigen.? Darüber hinaus wies die

Untere Naturschutzbehörde auf die Lage im Landschaftsschutzgebiet hin. Eine Umsetzung des Vorhabens war somit aus wasserwirtschaftlicher und naturschutzfachlicher Sicht grundsätzlich möglich. Um den bestehenden Bedenken entgegenzuwirken, wurde mit Unterer

Wasser- und Naturschutzbehörde das folgende Untersuchungsprogramm festgelegt: ? Artenschutzgutachten (Kartierung Brut- und Rastvögel, Bewertung der Auswirkungen, Auswirkungen auf Fledermäuse und Biber), ? Landschaftspflegerischer Fachbeitrag incl. Biotoptypenkartierung und Bewertung des Biotopverbundes, ? Limnologisches Gutachten, ? Untersuchungen zu möglichen Reflektionen, ? Gutachten zur Seegestalt, ? Bodengutachten. Darüber hinaus wurde seitens des Kreises Düren auf den erforderlichen Gewässerabstand zum Mühlengraben (Gewässerrandstreifen, Denkmalschutz) und mögliche Beeinträchtigungen des Sees bei Starkregen/Hochwasser hingewiesen. Es ist vorgesehen, die Untersuchungen und Gutachten so zu gestalten, dass sie sowohl in der Bauleitplanung als auch im wasserrechtlichen Verfahren berücksichtigt werden können. Für einen Teil der erforderlichen Untersuchungen ? limnologisches Gutachten sowie Untersuchungen zu möglichen Reflektionen ? haben die Vorhabenträger mit Datum vom 08.07.2022 von der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW eine Zuwendung im Rahmen des Landesprogramms NRW progres.nrw ? Klimaschutztechnik6 erhalten (Förderbescheid siehe Anlage).

3. Raumordnerische Belange

3.1 Darstellung im aktuellen Regionalplan

Im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen ist der Bereich des Kieseesees und sein Umfeld als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich dargestellt. Nördlich verläuft die Bundesstraße B56 (Westring), die als Straße für den vorwiegend großräumigen Verkehr dargestellt ist. Die nach Westen anschließenden und die nördlich der B56 (Westring) liegenden Flächen sind überlagert mit der Freiraumfunktion ?Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze? (Ild. Nr. 41 Jülich-Bourheim, Kies/Sand). Darüber hinaus erfolgt eine Überlagerung mit der Freiraumfunktion ?Schutz der Natur? (BSN DN-36 als Rekultivierungsziel). Östlich der L241 (Kirchberger Straße) sind die Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche und die Oberflächengewässer überlagert mit der Freiraumfunktion ?Überschwemmungsbereich?.

[Abbildung 2]

Eine erste Anfrage an die Bezirksregierung nach § 34 LPIG NRW ergab, dass die beabsichtigte Änderung des Flächennutzungsplanes im Grundsatz zunächst nicht mit den rechtswirksamen Zielen der Raumordnung übereinstimmt:

?Freiflächensolaranlagen sind nicht privilegierte Vorhaben und bedürfen zur baurechtlichen Umsetzung einer bauleitplanerischen Bauflächendarstellung. Diese

widerspricht aber zunächst dem Ziel 2-3 des LEP NRW. Im Ziel 10-2-4 LEP NRW sind allerdings für diese Anlagen Ausnahmetatbestände zur Inanspruchnahme von Freiraum festgelegt. Dabei muss der Standort mit den Schutz- und Nutzfunktionen des Regionalplans vereinbar sein und es sich u.a. um eine bergbauliche Brachfläche oder einen Standort entlang einer Bundesfernstraße handeln. Bei dem Kiessee und den unmittelbar angrenzenden Flächen handelt es sich um eine bereits rekultivierte Abgrabung, d.h. eine Brachfläche ist hier nicht gegeben. Allerdings ist der geplante Standort dem Korridor entlang der Bundesstraße B 56 zuzuordnen, d.h. eine Ausnahme zur Inanspruchnahme von Freiraum für eine Freiflächensolaranlage ist grundsätzlich gegeben. Allerdings ist eine Beeinträchtigung der hier geltenden Schutz- und Nutzfunktionen nicht auszuschließen.? (Schreiben der Bezirksregierung Köln vom 15.06.2021) Das Dezernat 35 der Bezirksregierung weist darauf hin, dass sich aus der Begründung zur geplanten Änderung des Flächennutzungsplans ergeben muss, ob mögliche Konflikte mit dem Natur-, Landschafts- und Artenschutz sowie dem Wasserrecht lösbar sind und die Planung damit umsetzbar ist. Entsprechende Untersuchungen und Gutachten werden in Abstimmung mit der Unteren Wasser- und Naturschutzbehörde des Kreises Düren im Rahmen der Bauleitplanung erstellt bzw. sind bereits in Bearbeitung (s.o.). Eine erneute Abstimmung mit der Bezirksregierung ist nach Vorliegen der Gutachten erforderlich.

3.2 Darstellung im Regionalplanentwurf

Im Regionalplan-Entwurf (Stand Dezember 2021) liegt der Bereich des Kiessees und seine unmittelbare Umgebung nach wie vor innerhalb des Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichs. Diese Darstellung wird überlagert mit der Freiraumfunktion ?Schutz der Natur?, die den überwiegenden Teil der Fläche zwischen der B 56 (dargestellt als Straße für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr) und der Gleistrasse zwischen Jülich und Baesweiler (dargestellt als Schienenweg für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr). Der Kiessee liegt am Rande des Bereichs zum Schutz der Natur. Bereiche zum Schutz der Natur dienen gemäß des Ziels 19 als Vorranggebiete ?dem Aufbau und der dauerhaften Sicherung des regionalen Biotopverbunds. Die BSN sind für den Schutz und für die Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln und vor nachhaltigen Beeinträchtigungen, insbesondere auch ihrer Entwicklungspotentiale, zu bewahren. Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen, sind ausgeschlossen.

Ausnahmsweise kann die Inanspruchnahme von BSN erfolgen, wenn die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar ist, die Bedeutung des Bereichs dies zulässt und der Eingriff auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird.? Dem entgegen steht die Formulierung im Ziel 38, dass ?innerhalb der [Bereiche zum Schutz der Natur (BSN)] Standorte für raumbedeutsame Solarenergieanlagen in der Regel ausgeschlossen [sind].?

[Abbildung 3]

Der Umweltbericht zum Entwurf des Regionalplans (Bosch & Partner, Regionalplan Köln Umweltbericht, Anlage A S. 10) trifft als Bewertungsmaßstab im Kriterium Biotopverbund zur Bedeutung des Biotopverbundflächen der Stufe 2 die folgenden Aussage; ?Eine erhebliche Umweltauswirkung wird durch die Betroffenheit von Biotopverbundflächen besonderer Bedeutung (Stufe 2) nicht ausgelöst, da sie aufgrund ihrer Verbund-, Trittstein- sowie Pufferfunktion zwischen den Kernflächen (Stufe 1) nicht die zentralen Bestandteile des Biotopverbundes ausmachen und es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Biotopverbundflächen mit besonderer Bedeutung wird jedoch im Bestand dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.?

4. Fazit

Die geplante Floating-PV-Anlage dient der Erzeugung regenerativer Energien und kann insofern einen Beitrag leisten, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und damit auf lokaler Ebene dem globalen Klimawandel entgegenzuwirken. Damit entspricht das Vorhaben unmittelbar den im sog. ?Osterpaket? der Bundesregierung und den in der Koalitionsvereinbarung NRW formulierten Zielen. Darüber hinaus dient es ? aufgrund der Verzahnung mit lokalen Akteuren der Forschung ? dem Erkenntnisgewinn zum Betrieb und zur Unterhaltung von Floating-PV-Anlagen, einer Form der Solarenergienutzung, die sich bislang noch nicht etabliert hat. Der Realisierung steht die geplante Festlegung als Bereich zum Schutz der Natur im Entwurf des Regionalplans entgegen. Zwar werden in den textlichen Festlegungen Ausnahmetatbestände definiert, in Kombination der erforderlichen Voraussetzungen für die Ausnahme mit den im Ziel 38 formulierten Einschränkungen ist dies jedoch als Grundlage für die Genehmigung des Vorhabens bzw. die für diesen Zweck erforderliche Planungssicherheit nicht ausreichend. Vor dem Hintergrund der durch Bundes- und Landesregierungen formulierten Ziele regen wir an, für den Vorhabensstandort auf die Festlegung eines Bereichs zum Schutz der Natur zu verzichten. Im Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln wird die Festlegung eines Bereiches zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) empfohlen; im zzt. in der Aufstellung befindlichen Landschaftsplans 2 ?Ruraue? wird dies durch die Festsetzung des Landschaftsschutzgebietes ?Ruraue und Rurniederung? (LSG 2.2-1) umgesetzt. Das geplante Vorhaben kann landschaftsverträglich umgesetzt werden, eine Befreiung aus dem Landschaftsschutz gem. Landschaftsplan aufgrund des überwiegenden öffentlichen Interesses unter besonderer Wahrung der Zielsetzungen des Naturschutzes ist denkbar. Dies wurde mit den zuständigen Behörden beim Kreis Düren abgestimmt. Die Bedeutung des Plangebietes für den Biotopverbund wurde im Rahmen des Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die

Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) bewertet. Hierbei wurde differenziert zwischen Biotopverbundflächen von herausragender Bedeutung (Stufe 1) und besonderer Bedeutung (Stufe 2). Die Rur selbst gehören zu einem Bereich mit herausragender Bedeutung (zur Stufe 1), die Kieseeseen zwischen Jülich und Kirchberg (VB-K-5004-009) und so auch das Plangebiet haben eine besondere Bedeutung (Stufe 2) als Verbindungs-, Ergänzungs- und Entwicklungsbereiche insbesondere mit Bedeutung als Überwinterungsgebiet für Wasservögel. Der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) trifft zur planerischen Umsetzung der Flächen von ?besonderer Bedeutung (Stufe 2) folgende Empfehlung: ?Flächen der Stufe 2 stellen Vorschläge für die Darstellung der Freiraumfunktion ?Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) im Regionalplan dar.

Anhänge

[Abb_ID_1006576_001_1.pdf](#)

[Abb_ID_1006576_001_2.pdf](#)

[Abb_ID_1006576_001_3.pdf](#)

AZ: Ö-M-1176

1002640

1006650_001, 1002640

Inhalt

...

Darüber hinaus ist der ASB R08 Hofferhof zu benennen, der trotz der Tatsache, dass der Stadtrat inzwischen verkündet hat, dort keine Gewerbe mehr ansiedeln zu wollen, weiterhin als Wunschfläche ausgewiesen wird. Dieser ASB ist ebenfalls als Wohnsiedlungsbereich direkt zwischen den Ortsteilen Lüghausen und Stöcken liegend bestens geeignet. Verkehrstechnisch wäre der ASB R08 auch für Schwerlastverkehr bei einem Neubaugebiet bestens erschließbar an einer gut ausgebauten Schnellstrasse zwischen der L284 und der L84 gelegen, die beide in wenigen Autofahrminuten an die A3 beziehungsweise A4 angebunden sind. Mit dem normalen Fahrrad sind es keine 10 Minuten bis zum Bahnhof Hoffnungsthal, mit dem E-Bike gerade mal 5 Minuten und man ist jetzt schon über eine Busanbindung mit dem ÖPNV mobil. Die ausgewiesene Fläche R08 ist bisher landwirtschaftlich als Feldfläche bewirtschaftet mit minimaler Hangneigung, sonnig gelegen und damit bestens geeignet, neue Häuser mit alternativen Energien effizient und nachhaltiger als in der früh verschatteten Steilhanglage von ASB R04 bewirtschaften zu können.

...

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-1269

Verein Lebenswertes Sülztal e.V.

1011643, Verein Lebenswertes Sülztal e.V.

Inhalt

In Kapitel 2 / Gesamträumliche Aspekte, Seite 44 unter Z2 sowie G48/49 wird der vorbeugende Hochwasserschutz angesprochen: Erwähnt wird die Rücknahme von Bauflächen (soweit noch nicht in rechtswirksamen Bauordnungsverfahren beschlossen). Durch den Erhalt (bzw. die Ertüchtigung) von Retentionsflächen sollen Hochwassergefahren gemindert bzw. der Gefahr durch potentielle Extremhochwässer vorgebeugt werden. Die zunehmende Problematik von Starkregenereignissen wird nahezu überhaupt nicht thematisiert! Karten hierzu sind zwar vorhanden, aber es fehlt eine nachvollziehbare, detailliertere Darstellung. Bei intensiver Betrachtung des Entwurfes zum Regionalplan 2022 für den Bereich des Regierungsbezirkes Köln fällt auf, dass den im Rahmen des Klimawandels besonders bedeutsamen Punkten des vorbeugenden Hochwasserschutzes sowie der Betrachtung von Starkregenereignissen aus unserer Sicht nicht in genügendem Umfang Rechnung getragen wird.

Wir sind sehr besorgt, dass wegen ungenauer textlicher Festlegungen und lückenhafter Kartendarstellungen keine präzisen Leitlinien für die später durch die Städte und Gemeinden zu erstellenden Flächennutzungspläne vorgegeben werden und damit die Intention eines Regionalplanes verfehlt wird.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Grundlage für die Festlegung der Überschwemmungsbereiche sind die von der Fachplanung ermittelten, vorläufig gesicherten oder festgesetzten Überschwemmungsgebiete (ÜB). Die Betrachtung von Starkregenrisiken ist nicht Gegenstand der Regionalplanung, sondern erfordert detailliertere Betrachtungen auf örtlicher Ebene. Örtliche Maßnahmen, z.B. zur Starkregenvorsorge sind auf Ebene der Bauleitplanung zu konkretisieren.

Inhalt

4. Windkraftflächen

Um eine Verteilung und Streuung von Windkraftträdern im gesamten Stadtgebiet von Leichlingen zu vermeiden, sollte hierzu eine spezielle Fläche ausgewiesen werden. Windkarten geben an, dass schwergewichtmäßig die Landschaftserhöhungen in Witzhelden (hier befindet sich schon ein Windrad) windtechnisch geeignet erscheinen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.

1006817_002, Lokale Vertreter des Naturschutzes Leverkusen & Leichlingen

Inhalt

2. Klimaveränderung und Anpassung

Erwartungsgemäß werden sich die durchschnittlichen Temperaturen in unserer Region noch weiter erhöhen. Darum muss ein wesentliches Augenmerk auf die Thermische Wirkung der Landschaftsbereiche gelegt werden. Dieser Faktor wurde in den letzten Planungen eher vernachlässigt und muss dringend einbezogen werden.

Klimatische Schutzzonen innerhalb und am Rande der Besiedlungsgebiete Leichlingens müssen aus klimarelevanten Gründen von jeglicher Bebauung freigehalten und im Landschaftsplan als Grün- oder Waldfläche deutlich markiert werden.

Für den Regionalplan müssen die Klimaanalysen des LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW) maßgeblich sein und herangezogen werden.

Die dort als Flächen ?mit höchster?, ?sehr hoher? und ?hoher? thermischer Ausgleichsfunktion gekennzeichneten Grünflächen müssen sich auch als Grünflächen im Regionalplan wiederfinden.

Vergleiche: <http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de/>

Für den Einfluss auf den Innenstadtbereich bedeutet dies:

Der bereits unter Landschaftsschutz stehende bewaldete Hang Am Schulbusch, und die Flächen rund um das Freibadgelände

- [ANONYMISIERT]

Auch müssen die Uferbereiche der Wupper inklusiv des evangelischen Friedhofs als Grünflächen gekennzeichnet werden und aus dem Besiedlungsbereich herausgenommen werden:

- [ANONYMISIERT]

Besondere Bedeutung für die Innenstadt haben auch die Bereiche der beiden Stadtparks:

- [ANONYMISIERT]

Der in der neuen Planung ausgesparte Bereich des Regionale Grünzuges, der sich entlang der K1, erstreckt, im Süden mit dem Eicherhof, [ANONYMISIERT] beginnend und sich in nördliche Richtung über Hülstrunk, Kradenpuhl, Nesselrath bis an die

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentialen bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen zudem dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke innerhalb der ASB sowie in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Hier gilt, dass die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha beginnt. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben

Wupper erstreckt, ist Landschaftsschutzgebiet und sollte als Grünzug nicht nur aus thermischen Gründen festgelegt werden.

Unter diesem Aspekt müssen auch die Hänge und Flächen westlich der Wupper in diesem Bereich eingestuft werden. Diese sind für die Thermische Situation der Tal-Aue von Leichlingen relevant. Teile davon sind in dem Entwurf bereits als Grün- und Waldfläche erhalten. Sie ziehen sich westlich aber bis an die Bahnlinie/L79 hin. Dieser Bereich muss als Grünfläche ergänzt werden.

Im südlichen Teil von Leichlingen sind in den Entwürfen die wesentlichen Bereiche genannt.

3. Die Gewerbefläche Sonnen

- [ANONYMISIERT]

befindet sich im Landschaftsschutzgebiet. Durch eine Bebauung dieser Flächen würden große Freiflächen oberhalb der Hanglage und der typische Charakter dieser Landschaft verloren gehen. Eine logistische/verkehrstechnische Anbindung hätte für einen Großteil der umgebenden Gebiete nachteilige Beeinträchtigungen und verändernde Folge, die in keinem akzeptablen Verhältnis stehen.

Lt. Stadtverwaltung (Fachausschuss KUZ vom 10.5.22) liegt kein Interesse der Stadt oder Eigentümer vor, in diesem Gebiet eine Ansiedlung in dieser Form zu errichten. Auch für die Zukunft wird dieser Standort nicht weiterverfolgt.

Diese Fläche ist aus dem Plan zu streichen und als Grünfläche auszuweisen.

des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Es werden zudem allgemeine Informationen zur klimatischen Situation vorgebracht. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Inhalt

Der Landesverband Erneuerbare Energien Nordrhein-Westfalen (LEE NRW) setzt sich für einen landesweiten Ausbau aller Formen regenerativer Energien, von Wind-, Solar- und Bioenergie über Wasserkraft bis hin zur Geothermie ein, um eine erfolgreiche Energiewende zu gestalten und um die Klimaschutzziele des Landes zu erreichen. Gerne nehmen wir daher zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln Stellung. Grundsätzlich begrüßt der LEE NRW die Neuaufstellung des Regionalplans und damit die Raumplanung für die 99 Kommunen in der Planungsregion. Vor allem in Hinblick auf die neuen rechtlichen Grundlagen und die daraus resultierenden veränderten inhaltlichen Anforderungen, die die wesentlichen räumlichen Entwicklungsziele für die Region festlegen, ist die Notwendigkeit einer Neuaufstellung gegeben. Der Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Die Regionalplanung kann sowohl zur Anpassung an seine Folgen als auch zur Vermeidung seiner Ursachen beitragen. Der vorliegende Entwurf strebt in einigen Bereichen und in den Grenzen der Landesplanung wie des Raumordnungsrechts an, den raumordnerischen Anforderungen des Klima- und Umweltschutzes, der Nachhaltigkeit und Klimafolgenanpassung wie auch der Erneuerbaren Energien Rechnung zu tragen. Die überragende Bedeutung, die der Klimaschutz und der Ausbau der Erneuerbaren Energien für Wirtschaft, Infrastruktur, Natur und Umwelt sowie für die Menschen in der Planungsregion Köln hat, wird jedoch aus unserer Sicht verkannt. Der Entwurf verpasst es also, vor dem Hintergrund des Klimawandels mit einem Gesamtkonzept eine wichtige Grundlage und längerfristige Perspektive zur Gestaltung der räumlichen Steuerung für die kommenden Jahrzehnte zu legen. Nordrhein-Westfalen ist als das Bundesland, das jahrzehntelang Braunkohle gefördert und damit einen großen Teil des eigenen Strombedarfs gedeckt hat, durch den Kohleausstieg besonders betroffen. Gerade der Nordwesten der Planungsregion Köln ist Zentrum des Rheinischen Braunkohlereviere und geprägt von der Braunkohleförderung in den großflächigen Abbaugebieten Garzweiler II, Hambach und Inden II. Aufgrund des Ausstiegs aus Braunkohleverstromung und -abbau wird der Strukturwandel im Rheinischen Revier forciert werden müssen. Diese Transformation des Energiesystems bietet die Chance, Nordrhein-Westfalen und vor allem auch die Planungsregion Köln als Vorreiter für den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu etablieren und somit als Energieland Nr. 1 zu erhalten. Die entstehende Stromlücke kann und muss dementsprechend mittels des Ausbaus der Erneuerbaren Energien kompensiert werden. So sieht auch der aktuelle Koalitionsvertrag, dass der Aus- und Umbau der Energieinfrastruktur (?) eine wichtige

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende? ist. In Anbetracht der aktuellen geopolitischen Lage stehen insbesondere auch die Träger der Regionalplanung in der Verantwortung die Energiesouveränität ihrer Region zu stärken und die dezentrale Stromerzeugung zu fördern. Auch die Klimaschutzziele auf Bundes- und NRW-Ebene sollten sich in der flächenmäßigen Steuerung durch die Regionalplanung wiederfinden. Dies ist im vorliegenden Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln leider nur teilweise der Fall. Wir bitten daher um Berücksichtigung der vorgebrachten Anregungen und Kritikpunkte, damit das Planwerk als eine gute und langfristige Grundlage für den zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Region dienen kann. Ein konsequenter Ausbau der regenerativen Energien auf Ebene der Regionalplanung ist Voraussetzung für einen effektiven Klimaschutz. Dies bedeutet aber auch die Bereitstellung von entsprechend verfügbaren Flächen.

Inhalt

Zu 4.5.3 Waldbewirtschaftung G.42 Klimaschutz und Klimaanpassung bei der Waldbewirtschaftung berücksichtigen ?Die Bewirtschaftung der Wälder soll dem Klimaschutz dienen. Sie soll darauf abzielen, stabile Waldstrukturen zu schaffen und dabei die Erfordernisse des Klimawandels zu berücksichtigen.? Insbesondere die naturfernen, monokulturellen Wirtschaftswälder leiden aktuell massiv unter den Folgen des Klimawandels. Dementsprechend sind bereits etliche Kalamitätsflächen entstanden und viele Nadelwälder durch den Borkenkäfer geschädigt. Vielen Waldbauern entstehen durch die Schädigungen des Baumbestandes bereits heute erhebliche wirtschaftliche Einbußen, die nicht selten existenzbedrohend sind. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, ist eine der wichtigsten Maßnahmen gegen die klimawandelbedingten Waldschäden. Waldbereiche bieten häufig die wenigen Flächen im Außenbereich, die für eine Windenergienutzung überhaupt in Frage kommen. Um substanziell Raum für die Windenergie ausweisen zu können, muss der Wirtschaftsforst daher in die Betrachtung einbezogen werden. Dies lässt sich auch mittels Zahlen der aktuellen Potenzialstudie Windenergie des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) untermauern, die zukünftig 30 % der gesamten Potenzialfläche für den Ausbau der Windenergie im Forst verortet und daher die stärkere Öffnung von Waldbereichen für die Windenergienutzung empfiehlt. Auch die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, Kalamitätsflächen und beschädigten Forstflächen für die Windenergie öffnen zu wollen. Dementsprechend regen wir an, folgendes Ziel in Kapitel 4.5.3 (Waldbewirtschaftung) oder Kapitel 5.2.3.2 (Nutzung von Windenergie) aufzunehmen: ?Die Errichtung von Windenergieanlagen in Waldbereichen ist möglich, sofern wesentliche Funktionen des Waldes nicht erheblich beeinträchtigt werden. Insbesondere Kalamitätsflächen kommen für Windenergieanlagen innerhalb des Waldes in Betracht.? Durch die Errichtung von Windenergieanlagen auf Kalamitätsflächen werden dem Wald keine bestehenden Gehölze entzogen. Auch für eine Windenergieanlage auf Nutzwaldflächen werden im Schnitt nur 0,28 ha dauerhaft gerodet und umgewandelt. Dementsprechend werden Waldflächen für die Rohstoffproduktion nur in sehr geringem Maße entzogen. Zur Erschließung der Anlagenstandorte werden in der Regel vor allem bereits bestehende Wege für die Forstwirtschaft genutzt. Wo dies nicht möglich ist, werden temporäre Rodungsbereiche für Zuwegungen, Materiallager und Arbeitsbereiche durchschnittlich von 0,35 ha bis 0,45 ha notwendig, die nach den Arbeiten jedoch rekultiviert werden. Die Erträge aus den Einnahmen der Verpachtung der Flächen für die Windenergie nutzen den Waldbauern vielfach, um Aufforstungsmaßnahmen zu finanzieren. Ferner gilt es zu berücksichtigen, dass der Eingriff in den Wald an anderer Stelle wieder auszugleichen ist. Dabei ist dies regelmäßig mit der Auflage verbunden, die in Anspruch genommen Flächen in doppelter Größe und ökologisch höherer Wertigkeit auszugleichen. Mithin findet hier daher sogar eine Verbesserung der ökologischen Situation statt.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Zu 5.1 Erneuerbare Energien

Gerne machen wir darauf aufmerksam, dass seit dem 29. Juli 2022 mit der Änderung im § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz der Grundsatz greift, dass die Errichtung und der Betrieb von Erneuerbare-Energien-Anlagen und ihrer Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Zudem sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführende Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Bei der Neuaufstellung des Regionalplans Köln sollte diese besondere Bedeutung der Erneuerbaren Energien adäquat berücksichtigt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

Zu 5.2.3.2 Nutzung von Windenergie. Die neue Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, über eine Teilplanänderung des Landesentwicklungsplans Flächenziele [für die Windenergie] für die Planungsregionen festzulegen und über die Regionalpläne ausreichend Flächen für die Windenergie planerisch zu sichern?. So soll die Erreichung der Zielvorgaben des Bundes zur Bereitstellung von tatsächlich nutzbaren Flächen für die Windenergienutzung, bei einer möglichst gerechten Verteilung zwischen den Regionen, sichergestellt werden. Das Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) vom 20. Juli 2022 sieht einen Flächenbeitragswert von 1,8 Prozent der Landesfläche in NRW vor, der bis Ende 2032 erreicht werden muss. Des Weiteren soll laut Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung die Landes- und Regionalplanung das Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land (Wind-an-Land-Gesetz, WaLG) aufeinander aufbauend umsetzen: Eine gerechte Verteilung der Flächenvorgaben für die einzelnen Planungsregionen erfolgt im Landesentwicklungsplan. In den Regionalplänen werden dann Windenergiegebiete gemäß dem Wind-an-Land-Gesetz räumlich festgelegt. Nach der Rechtsfolge des Wind-an-Land-Gesetzes führt dies zu einer Entprivilegierung der Windenergie im restlichen Planungsraum. Eine weitergehende kommunale Steuerung der Windenergie wird bei entsprechender Gesetzeslage auf Bundesebene damit dann nicht mehr erforderlich sein? Vor dem Hintergrund dieser neuen Zielsetzungen auf Landesebene muss das vorliegende Kapitel 5.2.3.2 (Nutzung von Windenergie) nochmals überarbeitet werden und entsprechend Flächen bzw. Hektarangaben für die Windenergie ausweisen. Dabei ist es zielführend, bereits vor Veröffentlichung der neuen Zielvorgaben im LEP mit einer intensiven Betrachtung geeigneter Flächen auch in Abstimmung mit den jeweiligen Kommunen zu beginnen, um sicherzustellen, dass zum einen die Ziele des WaLG auch fristgerecht umgesetzt werden können und zum anderen die eigenen Handlungsspielräume genutzt und eine räumliche Vorsteuerung geeigneter (und tatsächlich bebaubarer) Positivflächen für den Windenergieausbau vorgenommen werden können. Auch vor dem Hintergrund der Klimaschutzziele auf Bundesebene, die sich auch in der Energieversorgungsstrategie von NRW wiederfinden (Verdopplung der installierten Leistung auf 12 Gigawatt in 2030), sollte eine flächenmäßige Steuerung der Windenergie durch die Regionalplanung erfolgen.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

Z.37 Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern. Im vorliegenden Regionalplan Köln wird von der zeichnerischen Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung abgesehen. Begründet wird dies mit dem Umstand, dass nahezu alle Kommunen in ihren Flächennutzungsplänen (FNPs) bereits Konzentrationszonen für die Windenergie dargestellt hätten und eine regionalplanerische Vorsteuerung mittels Vorranggebieten für die Windenergie im Regionalplan daher nicht notwendig wäre. Diese Argumentation ist durchaus nachvollziehbar. Gleichwohl möchten wir darauf hinweisen, dass viele der aktuellen FNPs teilweise stark veraltet sind oder tatsächlich nicht nutzbare Flächen (z.B. in Tallagen) aufweisen. Gerade in Anbetracht der veränderten Gesetzeslage und Notwendigkeit einer ausreichenden Flächenbereitstellung kann eine entsprechende regionalplanerische Vorsteuerung der nachgelagerten Planungsebene einen wichtigen Orientierungspunkt bieten. Selbstverständlich dürfte diese nicht abschließend sein, um den Kommunen auch weiterhin ausreichend Handlungsspielraum zu lassen. Zudem möchten wir kritisch anmerken, dass bestimmte Landschaftsbereiche zwar als grundsätzlich geeignet gelten, aber in Folge von anderen Zielformulierungen in ihrer Bedeutung zurückstehen müssen. So steht beispielsweise in Z.37, dass in Waldbereichen raumbedeutsame Windenergieanlagen grundsätzlich möglich seien. In der Erläuterung dazu wird aber auf Z.22 (Waldbereiche erhalten und entwickeln) verwiesen. Hiernach sind jedoch Planungen und Maßnahmen, die Waldbereiche in Anspruch nehmen, ausgeschlossen und nur ausnahmsweise zulässig. Es besteht daher die große Gefahr, dass die Windenergie in der Abwägung hinter den Wald fällt. Dies widerspricht dem überragenden öffentlichen Interesse, der dem Ausbau und der Nutzung der Erneuerbaren Energien zugesprochen wird. Nicht zuletzt die Potenzialstudie Windenergie NRW des LANUV hat klar herausgestellt, dass die Flächenziele der Landesregierung ohne eine Öffnung des Waldes nicht zu erreichen sind. Auch in Bezug auf die grundsätzliche Nutzung von regionalplanerisch genutzten Bereichen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Entwicklung (BSLE) sollte die aktuelle Gesetzeslage berücksichtigt werden. So sieht die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) vor, dass Windenergieanlagen zukünftig auch in Landschaftsschutzgebieten explizit zulässig sein sollen, wenn sich diese in sog. Windenergiegebieten entsprechend WaLG befinden, bzw. auch außerhalb jener Gebiete, solange der jeweilige Flächenbeitragswert nicht erreicht ist.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

G.66 Windenergieanlagen repowern ?Voraussetzungen für das Repowering von Windenergieanlagen sollen geschaffen werden.? Durch die auslaufende EEG-Vergütung werden in den kommenden Jahren viele Windenergieanlagen zurückgebaut, sofern sie nicht mit Hilfe anderer Vermarktungsoptionen weiterbetreiben werden können oder durch Repowering durch leistungsstärkere Anlagen ausgetauscht werden. Dabei ist das Repowering von Windenergieanlagen ein wichtiger Baustein, um die landeseigenen Ausbauziele für die Windenergie in NRW zu erreichen. Der Grundsatz zum Repowering unterstreicht die Wichtigkeit des Ersetzens von alten Anlagen durch neuere leistungsstärkere Anlagen. Für bereits bestehende Windparks ist die Akzeptanz vor Ort in der Regel größer als für Neuplanungen. Zusätzlich ist das Repowering von Altanlagen sowohl aus ökologischen als auch aus landschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll. So haben modernere und damit regelmäßig höhere Anlagen einen entsprechend größeren Freiraum unterhalb der Rotorfläche und tragen so zu einer Minderung der Kollisionswahrscheinlichkeit von Vögeln bei. Auch im Hinblick auf die Flächenversiegelung ist es sinnvoll bereits vorhandene Strukturen zu nutzen. Den Trägern der Regionalplanung steht hierfür ein umfangreicher Katalog an Maßnahmen zur Verfügung, den der Bundesverband Windenergie (BWE) unlängst veröffentlicht hat und dessen Empfehlungen vom LEE NRW mitgetragen werden. Allerdings halten wir den Grundsatz für zu schwach und schlagen daher folgende Formulierung für G.66 vor: ?Das Repowering von bestehenden Windenergieanlagen soll gefördert werden. Die Bauleitplanung soll hierfür die Voraussetzungen schaffen.?

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

Zu 5.2.3.3 Nutzung von Solarenergie. Die Solarenergie gehört zu den günstigsten und umweltfreundlichsten Technologien zur Stromerzeugung. Für NRW als Energieland Nr. 1 und vor allem für die dicht besiedelte Planungsregion mit vielen großen Industrieunternehmen entlang der Rheinschiene und der Städteregion Aachen, die zunehmend auf dezentral erzeugten Strom aus Erneuerbaren Energien setzen, ist ein weiterer Ausbau der Erneuerbare-Energien-Anlagen unerlässlich, und zwar in einer höheren Geschwindigkeit als bisher. Vor dem Hintergrund eines stetig steigenden Strombedarfs vor allem für industrielle Anwendungen ist es aus Sicht des LEE NRW notwendig, alle Formen regenerativer Energieträger zu nutzen. Daher müssen auch in Bezug auf die Photovoltaik alle bestehenden Dach- aber auch Freiflächenpotentiale genutzt werden. Zudem sollte es ermöglicht werden, auch neue innovative Projekte (beispielsweise Floating- und Agri-Solar) zu realisieren. Wir halten die Formulierungen im Kapitel teils für zu ungenau und würden konkretere Aussagen bevorzugen. So liegen etwa keine genauen Kriterien vor, anhand derer der Begriff Raumbedeutsamkeit eindeutig zu definieren ist. Dies kann in den Planungsämtern sicherlich zu Unklarheiten führen. Hinsichtlich der Beplanung von landwirtschaftlich genutzten Flächen für die Errichtung und den Betrieb von PV-Freiflächenanlagen ist zu berücksichtigen, dass entsprechende Projekte den Landwirten zugutekommen. PV-Freiflächen-Projekte dienen insoweit auch der betrieblichen Diversifikation und bieten ein zuverlässiges Einkommen für mehrere Jahrzehnte. Dies ist derzeit ein relevantes Merkmal für Familienbetriebe, das entscheidend zur Sicherung des Betriebes beiträgt. In diesem Rahmen bestehen auch die Möglichkeiten sog. Agri-PV-Projekte umzusetzen. Diese Projekte dienen dem Ziel, ein Nebeneinander von landwirtschaftlicher Nutzung und der Solarenergienutzung zu ermöglichen. Vorteilhaft an Agri-PV-Anlagen ist die Mehrfachnutzung derselben Fläche. Im vorliegenden Entwurf des Regionalplan Köln werden jedoch lediglich Dach- bzw. Freiflächensolaranlagen textlich erwähnt und entsprechend reglementiert. Laut EEG 2023 können Agri- PV-Anlagen auf Acker- und Grünlandflächen errichtet werden. Der Regionalplan würde in der jetzigen Fassung diese Doppelnutzung ? oder im Falle von einer ergänzenden Kombination mit Windenergie in Windzonenbereichen sogar Mehrfachnutzung ? von Flächen ausschließen und einen Großteil der für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit verbundenen Ausbau von Ladeinfrastruktur und dezentraler Wasserstoff-Produktion verhindern. Im Übrigen enthielt die letzte Änderung des Regionalplans die gleichen Mängel, d.h. lediglich eine Nutzungsmöglichkeit je Fläche. Die Doppel- oder gar Mehrfachnutzung von Flächen wird also nicht Rechnung getragen und auch nicht der gesamten Thematik von Agri-PV und dem EEG 2023. Wir plädieren sogar für eine Privilegierung von Agri-PV auf extensivem Grünland, in Mooregebieten, in LSG/BSN-Gebieten und Biotopverbünden, wenn der Projektträger entweder landwirtschaftliche Nutzungskonzepte, die gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer erarbeitet werden können, oder Biodiversitätsnachweise, die keine schädliche Beeinträchtigung und

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

<p>bestenfalls eine Steigerung der Biodiversität belegen, erbracht werden. Bei den heutigen Klimabedingungen ist ein Schutz von Flächen vor Austrocknung/CO₂-Ausstoss und weiteren Klimaeinflüssen bei gleichzeitigem Erhalt von Bewirtschaftungsmöglichkeiten oder gar bei gleichzeitiger Steigerung von landwirtschaftlichen Erträgen, Tierwohl und Biodiversität entscheidend. Der Regionalplan trägt in der vorliegenden Form diesen Faktoren nicht ausreichend Rechnung und verhindert damit CO₂-Minderung sowie Flächen- und Naturschutz.</p>	
---	--

Inhalt

Z.38 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern & Z.39 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung sichern. Die Ziele 38 und 39 treffen Festlegungen für raumbedeutsame Solaranlagen. Laut der Erläuterung 1 zu Z.38 bemisst sich die Raumbedeutsamkeit einer Solarenergieanlage nach ihrer Größe, der Lage im Raum und der Empfindlichkeit des Standortes. Nach Erläuterung 1 zu Z.39 liegt wiederum eine Raumbedeutsamkeit ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha vor. Eine eindeutige Definition der Raumbedeutsamkeit ist daher nicht zu erkennen. Hier möchten wir anmerken, dass PV-Freiflächenanlagen häufig nicht raumbedeutsam sind, da keine Grenzwerte für die Begründung der Raumbedeutsamkeit bestehen. Jedenfalls erscheint aber eine abschließende Raumunverträglichkeit von PV-Freiflächenanlagen unter Berücksichtigung der gemeindlichen Pflichten zum aktiven Klimaschutz nicht denkbar.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

5.2.3.5 Nutzung von Wasserkraft. Wir vermissen konkrete Vorgaben bzw. Grundsätze zur Wasserkraftnutzung. Als ständig verfügbarer Bestandteil im Energiemix kann sie optimal den Verbund der Erneuerbaren Energien ergänzen und so zur Netzstabilität beitragen. Durch Wasserkraft erzeugter Strom ist im Gesamtkontext der regenerativen Erzeugungsquellen wertvoll, da er grundlastfähig ist. Strom aus Wasserkraft ist also stetig und zuverlässig kalkulierbar vorhanden, Tag und Nacht und bei jedem Wetter. Er kann daher die fluktuierenden Erzeugungsströme aus Wind- und Solarenergie optimal ergänzen. Darüber hinaus stehen Wasserkraftanlagen eigentlich immer in der Nähe von Siedlungen und Produktionsstätten, d.h. der Strom wird dezentral produziert und muss auf dem Weg zum Verbraucher nicht weit transportiert zu werden. Die Nutzung der Wasserkraft hat im Regierungsbezirk Köln eine lange Tradition. Bereits vor Jahrhunderten wurden an Rur, Erft, Sieg und Wupper sowie den entsprechenden Nebenflüssen kleine Wasserkraftstandorte aber auch große Talsperren mit Kraftwerken errichtet. Die Raumbedeutsamkeit von Wasserkraftwerken hängt stark von der Größe der Anlagen ab. Auch wenn kleinere Laufwasserkraftwerke in der Regel nicht raumbedeutsam sind, hat der Regionalplan Köln hier jedoch durchaus die Möglichkeit ein positives Signal zu setzen, um die Hebung vorhandener Potentiale in der Region unter Berücksichtigung der naturschutz- und wasserrechtlichen Rahmenbedingungen zu ermöglichen. So setzt sich auch die neue schwarz-grüne Landesregierung im Koalitionsvertrag das Ziel, an möglichst allen bestehenden Talsperren die Kraft des Wassers für die Energieversorgung nutzbar zu machen. Daher sollten textliche Aussagen zur Wasserkraft und zur Förderung der Nutzung des Potentials der Wasserkraft an raum- und naturverträglichen Standorten aufgenommen werden, da die naturräumlichen Gegebenheiten im Regierungsbezirk Köln aufgrund der Topographie in der Eifel oder auch im Bergischen Land durchaus gegeben sind. Die Priorität sollte dabei auf der Effizienzsteigerung und Ertüchtigung bestehender Wasserkraftanlagen sowie der energetischen Nutzung bestehender Querbauwerke liegen. Aber auch der Neubau an bestehenden, aufgrund von anderen Nutzungen (Hochwasserschutz, Gewässerregulierung, Trinkwassergewinnung etc.) nicht rückbaubaren Staustufen sollte ermöglicht werden. Wir schlagen daher die Einfügung eines neuen Absatzes 5.2.3.5 sowie des folgenden Grundsatzes vor: ?Die Nutzung der Wasserkraft soll an bestehenden und neuen Anlagenstandorten raumverträglich erfolgen. Im Sinne einer nachhaltigen und effizienten Energieversorgung sollen insbesondere vorhandene Anlagenstandorte erhalten und ausgebaut werden. Bei Beachtung der technischen, gewässerökologischen und rechtlichen Möglichkeiten lassen sich entsprechende Maßnahmen positiv sowohl für Energiewende und Klimaschutz als auch für Natur- und Gewässerschutz umsetzen.?

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Zur Nutzung der Wasserkraft an Talsperren wird im Übrigen auf die Begründung zu (Z. 25) Standorte für bestehende und geplante Talsperren sichern verwiesen.

Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.

AZ: Ö-M-1476

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

1007091_001, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Inhalt

Mit Schreiben vom 24.01.2022 haben Sie Gelegenheit gegeben, zum Entwurf der Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln Stellung zu nehmen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) erfolgt die Stellungnahme der Bundesraumordnung zum Entwurf des Regionalplans Köln durch das Referat RS 9 ?Raumordnung, raumbezogene Fachpolitiken?, das für den Vollzug des länderübergreifenden Bundesraumordnungsplans für den Hochwasserschutz (BRPH) im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) zuständig ist.

Ich weise darauf hin, dass der BRPH am 1. September 2021 in Kraft getreten ist (siehe Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz BRPHV, Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 57 vom 25. August 2021 sowie die Anlage zur Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz vom 19. August 2021). Als übergeordneter Raumordnungsplan sind seine Erfordernisse der Raumordnung für die Neuauflistung des Regionalplans Köln verbindlich. Nach § 4 Abs. 1 ROG sind Ziele der Raumordnung des BRPH zu beachten sowie die Grundsätze der Raumordnung in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen. Die Erfordernisse der Raumordnung des BRPH sind auf eine Konkretisierung durch die Regionalplanung angelegt und angewiesen (siehe hierzu letzten Absatz der Präambel des BRPH).

Leider kommt der Entwurf des Regionalplans den gesetzlichen Anpassungs- und Berücksichtigungspflichten nur bedingt nach. Aus Sicht der Bundesraumordnung ist deshalb eine Überarbeitung des Entwurfs des Regionalplan Kölns angezeigt; dies umfasst insbesondere die nachfolgend aufgeführten Aspekte.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise in Bezug auf die Umsetzung des BRPH im Regionalplan gegeben. Anregungen werden in einzelnen folgenden Teilstellungnahmen genannt, welche dort entsprechend beantwortet werden.

Inhalt

Die zeichnerisch dargestellten Überschwemmungsbereiche legt der Regionalplanentwurf als Vorranggebiete fest. In der Erläuterung zum Plansatz Z 27 werden die Gebiete bestimmt, die in der Summe die zeichnerisch dargestellten Überschwemmungsbereiche bilden. Danach setzen sich Überschwemmungsbereiche aus festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten für ein 100-jährliches Hochwasser (HQ100), im Freiraum gelegene potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) zusammen. Während für Überschwemmungsgebiete die Kriterien für ihre räumliche Abgrenzung eindeutig bestimmt sind, ist der Erläuterung zu Z 27 keine Auflistung der Kriterien zu entnehmen, die vom Plangeber angewandt worden sind, um RÜB und ZÜB zu bestimmen. Eine genauere Konkretisierung der angewandten Ausweisungskriterien wird daher angeregt.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Entsprechend dem Ziel 7.4-7 LEP NRW wurden in Abstimmung mit der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) in unbebauten und hochwassergeschützten Bereichen innerhalb des HQ100 identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die ÜB einbezogen. Mit den rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen wird ein Flächenpotential gesichert, mit dem Kommunen zum eigenen Schutz und dem ihrer Unterlieger zusätzlichen Retentionsraum schaffen können. Dies kann z. B. durch Deichrückverlegungen, Einrichtungen gesteuerter Rückhalteräume oder Gewässerrenaturierungen erfolgen. Sollen diese rückgewinnbaren Überschwemmungsflächen planerisch in Anspruch genommen werden, so wird eine Einzelfallprüfung durchgeführt, in der unter Beteiligung der Fachplanung vom Planungs- bzw. Projektträger der Nachweis erbracht werden muss, dass diese Flächen nicht für eine Rückgewinnung geeignet sind. HQextrem-Flächen wurden hierbei nicht einbezogen.

Die im Entwurf des Regionalplans im regionalplanerischen Maßstab in generalisierter Form als zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) festgelegten Bereiche sind Bereiche, in denen sich die Hochwassergefahr aufgrund der zeitlich begrenzten Eingriffe des Menschen durch den Braunkohlebergbau absehbar wieder verändern wird. Auch diese Festlegung erfolgte in Abstimmung mit der Wasserwirtschaft.

Weitere Erläuterungen dazu, wie die ZÜB und RÜB bestimmt wurden, sind der Begründung zur Neuauflistung des Regionalplans Köln zu Z 27 entnehmbar, auf welche verwiesen wird.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.

Inhalt

Die zeichnerische Darstellung der Überschwemmungsbereiche in der Festlegungskarte sollte gemäß § 13 Abs. 4 ROG die Information enthalten, ob es sich um ein Ziel oder einen Grundsatz der Raumordnung handelt. Wenn auf die Angabe „Vorranggebiet“ bei der Bezeichnung des Raumordnungsgebietes verzichtet wird, so sollte der Festlegungskarte entnommen werden können, dass es sich bei den zeichnerisch ausgewiesenen Überschwemmungsbereichen um Vorranggebiete handelt. Bei der jetzigen Darstellungsform in der Legende der Festlegungskarte ist nicht direkt erkennbar, ob es sich bei Überschwemmungsbereichen um eine raumordnerische oder eine wasserrechtliche Gebietskategorie handelt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Nach Ziel 27 der Textlichen Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln sind Überschwemmungsbereiche (ÜB) als Vorranggebiete festgelegt. Es handelt sich somit auch bei der Darstellung in den Karten um eine raumordnerische Festlegung.

Inhalt

In der Erläuterung zu Z 27 erfolgt keine Ausführung zur Hochwasserschutzfunktion von Überschwemmungsbereichen. Insbesondere finden sich keine Ausführungen zur Abfluss- und zur Retentionsfunktion. Ein Vollzug eines verbindlichen Zieles der Raumordnung ist nur gewährleistet, wenn Adressaten erkennen können, ob ein geplantes Vorhaben im Konflikt zu Funktionen steht, die durch ein Vorranggebiet geschützt werden. Angeregt wird deshalb eine inhaltliche Ausformulierung, was Hochwasserschutzfunktionen sind, insbesondere worin Abfluss- und Retentionsfunktionen bestehen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird gefolgt. In der Erläuterung 2 zu Z. 27 erfolgt eine beispielhafte Ergänzung. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.

Inhalt

Des Weiteren lässt die Darstellung der Überschwemmungsbereiche in der Festlegungskarte des Regionalplan-Entwurfs nicht erkennen, welche Überschwemmungsbereiche Funktionen von ÜB, RÜB oder ZÜB bereits wahrnehmen bzw. zukünftig wahrnehmen sollen. Die unterschiedenen Gebiete nehmen sehr unterschiedliche Funktionen wahr. Vor diesem Hintergrund ist eine kartographische Binnendifferenzierung der Vorranggebiete und eine Typisierung nach Funktion sinnvoll. Da sehr unterschiedliche Handlungsaufträge und Funktionszuweisungen mit den drei unterschiedenen Gebietstypen verbunden sind, sollten die zeichnerisch abgegrenzten Vorranggebiete eindeutig erkennen lassen, welche Funktion ihnen jeweils zugewiesen ist und welche Zielbindung damit für Adressaten einhergeht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Überschwemmungsbereiche (ÜB) beinhalten die fachplanerisch festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete für ein 100-jährliches Hochwasser (HQ100) inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preußischer Aufnahme der Fachplanung mit dem Stand von Juni 2023 sowie die festgelegten rückgewinnbaren Überschwemmungsbereiche (RÜB) und die zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB). Eine Differenzierung der Lage von RÜB und ZÜB ist in der Erläuterungskarte F10 erkennbar.

Inhalt

Der Grundsatz 48 bezieht sich auf Räume, die potenzielle Überflutungsbereiche darstellen und die von Extremhochwasser gefährdet sind. Die Festlegung bezieht sich demnach auf extreme Hochwasserereignisse (HQ Extrem). In der Erläuterung finden sich aber keine Informationen über die angenommene Wahrscheinlichkeit. Dementsprechend ist unklar, welche Eintrittswahrscheinlichkeit von Seiten der Adressaten von G 48 bei Planungen und Maßnahmen zu Grunde zu legen ist. Im Sinne einer Verbesserung der sachlichen Bestimmbarkeit des Grundsatzes sollte die Erläuterung ausführlicher darstellen, auf welches Extremereignis als Maßstab verwendet werden soll.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird gefolgt und die Erläuterung 1 zu G 48 sowie die Begründung zur Aufstellung des Regionalplans zu G 48 wird ergänzt. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen sowie der Begründung zur Aufstellung des Regionalplans verwiesen.

Inhalt

In der Erläuterung zum Grundsatz wird darauf verwiesen, dass die angesprochenen Bereiche fachrechtlich ?Risikogebiete? darstellen. Eine genauere Erläuterung, was Risikogebiete im Sinne des Fachrechts sind, bleibt allerdings aus. Hier wäre eine Erläuterung, dass die im Grundsatz 48 angesprochenen Überflutungsbereiche den durch § 78b WHG definierten ?Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten? entsprechen, hilfreich. Da das Fachrecht verbindliche Vorgaben für die Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten vornimmt, sollte der Grundsatz 48 auch nicht hinter diese Regelungen zurückfallen. Es wird empfohlen, den Plansatz G 48 inhaltsgleich zur wasserrechtlichen Regelung des § 78b WHG zu formulieren oder auf diese Regelung zu verweisen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird gefolgt und die Erläuterung 1 zu G.48 sowie die Begründung zur Aufstellung des Regionalplans wird ergänzt. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen sowie der Begründung zur Aufstellung des Regionalplans verwiesen.

Inhalt

Die im Plansatz G 48 gewählte Formulierung „soll (?) auf hochwasserangepasste Nutzungen und Bauweisen hingewirkt werden“ ist deutlich weicher formuliert als § 78b Abs. 1 Nr. 2 WHG, wonach außerhalb von Baugebieten eine dem jeweiligen Hochwasserrisiko angepasste Bauweise zwingend zu realisieren ist. Die Adressaten der kommunalen Bauleitplanung haben faktisch keinen Abwägungsspielraum in dieser Sache, wie dies durch G 48 suggeriert wird. In der Erläuterung des Grundsatzes 48 sollte deshalb ausgeführt werden, dass nach § 78b Abs. 1 Nr. 2 WHG außerhalb von Baugebieten bauliche Anlagen nur noch in einer dem jeweiligen Hochwasserrisiko angepassten Bauweise nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet oder wesentlich erweitert werden dürfen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird in Teilen gefolgt. In der Begründung zur Aufstellung des Regionalplans wird ein Hinweis auf das WHG aufgenommen. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der Begründung zur Aufstellung des Regionalplans verwiesen.

Inhalt

Generell ist die Bezeichnung der Gebietskulisse als "Extremhochwasserbereiche" in der Erläuterung zu G 48 irreführend, da sie in der Erläuterungskarte A3 als "potentielle Überflutungs- und Extremhochwasserbereiche" bezeichnet werden. Es wird insofern angeregt, die Begrifflichkeiten des Wasserhaushaltsgesetzes zu übernehmen und entsprechend von Risikogebieten außerhalb von Überschwemmungsgebieten nach § 78b WHG zu sprechen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird gefolgt und die Erläuterung 1 zu G 48 sowie die Begründung zur Aufstellung des Regionalplans zu G 48 wird angepasst. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen sowie der Begründung zur Aufstellung des Regionalplans verwiesen.

Inhalt

Der Regionalplan trifft keine Aussagen zu einer grenzüberschreitenden Koordinierung mit den Unter- und Oberliegern für die Flussgebietseinheit Rhein, in der die Planungsregion Köln verortet ist. Die Errichtung von baulichen Anlagen an Fließgewässern kann insbesondere bei Unterliegern zu einer Verschärfung von Hochwasserrisiken führen. So sollen Raumordnungspläne benachbarter Planungsräume aufeinander abgestimmt und hinsichtlich der Planungen zum Hochwasserschutz in Flussgebietseinheiten Raumordnungsträger zusammenarbeiten (vgl. Festlegung I 3 des BRPH).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine grenzüberschreitende Koordinierung mit den Unter- und Oberliegern an Gewässern erfolgt bei der Bezirksregierung Köln auf der Ebene der "Hochwasserrisikomanagementplanung" einschließlich der Grundlagen- und insbesondere der Überflutungsflächenermittlung. Dazu finden über die Fachplanung der Oberen Wasserbehörde bilaterale Austausche mit den Bezirksregierungen Düsseldorf und Arnsberg, mit dem Bundesland Rheinland-Pfalz und mit den Nachbarstaaten Niederlande und Belgien statt. Institutionalisierte grenzüberschreitende Informationen und Koordinierungen der Unter- und Oberlieger gibt es zudem innerhalb Nordrhein-Westfalens in der Arbeitsgruppe Hochwasserrisikomanagement, an der Sieg in der "Hochwasserpartnerschaft Mittlere Sieg" sowie international in der Maaskommission, in einer deutsch-niederländischen Arbeitsgruppe und in der Grenzgewässerkommission.

AZ: Ö-M-1667

1004212

1008113_001, 1004212

Inhalt

1. Stärkere Besiedelung der Höhenorte würde zu erheblichen Autoverkehrsproblemen in der Region führen

Im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) hat die Stadt Königswinter ein Verkehrsgutachten anfertigen lassen. Die im Entwurf des Regionalplans in den Königswinterer Höhenorten Stieldorf und Vinxel vorgesehenen Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASBs) sind sogar noch umfangreicher als die ISEK-Vorschläge. Die Aussage des ISEK-Gutachtens kann deutlicher kaum sein:

"Aus verkehrstechnischer Sicht des Gutachters ist die im Rahmen des ISEK diskutierte Ausweisung von Bauflächen unter den heutigen verkehrlichen Gegebenheiten zwar möglich, es müssten aber folgende Nachteile in Kauf genommen werden:

*- Für die Pendler aus Königswinter wird die **Erreichbarkeit** der Bonner und Siegburger Ziele in den täglichen Spitzenstunden **nicht gewährleistet** sein bzw. mit erheblichen Stauerscheinungen verknüpft sein. Auf der Strecke liegen hoch ausgelastete, bzw. überlastete Strecken und Knotenpunkte, allerdings weitgehend außerhalb von Königswinter. Diese Einschätzung **ändert sich auch nicht durch die Realisierung der B 56n** (d.h. Südtangente bzw. Ennertaufstieg, d. Verf.).*

*- In einigen Ortsdurchfahrten, insbesondere in Vinxel, Stieldorf, Ittenbach und Dollendorf, aber auch Niederholtorf und Holzlar, werden deutliche Verkehrsmengensteigerungen zu **höheren Belastungen von Anwohnern und Beschäftigten** führen.?*

Quelle:

<https://www.ennertaufstieg.de/images/docs/koenigswinter/VerkehrsgutachterlicheErsteinschaetzungergaenztumB56n.pdf> (nicht verfügbar auf der Webseite der Stadt Königswinter)

Es ist auch eine, vielleicht nicht explizite, Aufgabe des Regionalplans, Planungen einer Kommune auf Kosten einer anderen nicht zuzulassen.

Kontraproduktiv auch für Königswinter selbst: Mit massiven Autoverkehrsproblemen durch weitere Siedlungen im Bergbereich ohne schnelle ÖPNV-Verbindungen würde Königswinter sich selbst eine große Quelle seiner Prosperität beschädigen: Die Arbeitgeber in Bonn wären kaum noch erreichbar.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden generelle Hinweise gegeben und teilweise Ablehnung gegenüber geplanten ASB Erweiterungen aufgrund zusätzlicher Verkehrsbelastungen in den Kommunen Königswinter und Bonn vorgebracht.

Sie richten sich an die nachgelagerte Bauleitplanung. Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus.

Kommentar des Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V:
<https://www.ennertaufstieg.de/images/docs/regional/regionalplan/BUZLRBSJuliAug2020.pdf> 3

AZ: Ö-M-2404	
1006584	
1012214_001, 1006584	
<p>Inhalt</p> <p>Vor dem Hintergrund der vielfältigen Raumannsprüche, aktuellen Herausforderungen sowie Änderungen gesetzlicher Vorgaben und Rahmenbedingungen wird die Notwendigkeit der Neuaufstellung des Regionalplans im Regierungsbezirk Köln gesehen. Die Zielsetzung einer nachhaltigen Raumentwicklung für den Regionaplan unter Berücksichtigung der besonderen Herausforderungen des Klimawandels, der Energiewende, des Strukturwandels sowie der anstehenden Mobilitätswende wird diesseits begrüßt. Die derzeitige geopolitische Lage in Europa ist zum einen Multiplikator und zum anderen Katalystor der Herausforderungen, mit denen sich auch die Region des Planungsgebietes konfrontiert sieht. Besonderes Augenmerk muss mit Blick auf die momentanen Gegebenheiten aber auch und insbesondere auf die zuverlässige Nahrungsmittelversorgung gelegt werden. Die schonende Behandlung der Landwirtschaft im weiteren Planungsverfahren ist mithin unerlässlich.</p> <p>Aus agrarstruktureller Sicht führen wir deshalb folgendermaßen aus:</p> <p>Der ackerbaulichen Landwirtschaft gehen in unserem Ballungsraum zunehmend zahlreich Flächen mit guten Böden durch Bebauung etc. verloren. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, dass der Flächenverlust für die Landwirtschaft auf ein absolutes Minimum zu begrenzen ist. Daher sollten auch keine weiteren Ackerflächen im Rahmen der Neuplanung als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden.</p> <p>Weiterhin erlauben wir uns den Hinweis auf den Verordnungsentwurf der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Vor dem Hintergrund der herausfordernden Welternährungslage können weitere Stilllegungen von Ackerfläche oder Maßnahmen, die einer konventionellen Bewirtschaftung entgegenstehen nicht hingenommen werden.</p> <p>In der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplanes heißt es, dass landwirtschaftliche Flächen im Freiraum als wesentliche Grundlage für die Produktion von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen erhalten und wertvolle landwirtschaftliche Böden für Siedlungs- und Verkehrszwecke nicht in Anspruch genommen werden wollen, damit die Landwirtschaft als größter Flächennutzer im Regierungsbezirk Köln ihre ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Funktionen erfüllen kann. Landwirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem Bestand und in ihren</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.</p> <p>Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.</p>

Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzfläche sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden.

Das Gebot der möglichst geringen Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Bereichen soll sich indes nur auf solche Bereiche beschränken, die von erhöhter agrarstruktureller Bedeutung sind. Als maßgebliche Kriterien zur Beurteilung der agrarstrukturellen Bedeutung dienen die Bodeneigenschaft, der Umsatz, die Feldblockgröße, die Hangneigung und die Eignung für Sonderkulturen. Unberücksichtigt hierbei bleibt jedoch, dass angesichts der im Rhein-Sieg-Kreis vielfältigen Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Betriebe auch solche landwirtschaftlichen Nutzflächen in das Planungsgebiet fallen, die z.B. als Dauergrünland bewirtschaftet werden. Freilich handelt es sich hierbei zumeist um weniger (rein ökonomisch betrachtet) wertiges Land. Dennoch ist es insbesondere für Viehbetriebe von ausschlaggebender Bedeutung, dass diese Flächen erhalten bleiben, um die Ernährungsversorgung des Tierbestandes sicherzustellen.

Die Neuausweisung bisheriger landwirtschaftlicher Fläche zu Baugebieten trägt freilich der gestiegenen Nachfrage nach Bauland im ländlichen Raum Rechnung. Die hiermit verbundene Verdrängung der Landwirtschaft zu Gunsten neuer Baugebiete und die damit einhergehende räumliche Nähe von aktiver Landwirtschaft - ungeachtet ihrer konkreten Ausgestaltung - einerseits und die heranrückende Wohnbebauung andererseits gehen wegen ihrer offenkundigen Disparitäten jedoch zwangsläufig mit einem gesteigerten Konfliktpotential einher. Vor dem Hintergrund der Verschiedenheit der Agglomerations- und ländlichen bzw. landwirtschaftlichen Räume bestehen diesseitig erhebliche Bedenken in Bezug auf deren dauerhafte Verträglichkeit. Dies vor allem mit Blick auf die in der Begründung zum Regionalplan formulierten "Bewahrung der Entwicklungsmöglichkeit landwirtschaftlicher Betriebe". Der Flächenverlust vermeintlich noch so unbedeutender landwirtschaftlicher Fläche stellt hiesige Betriebe zunehmen vor (Nachfolge-)Probleme. Die Abhängigkeit von europäischen Nachbarländern in anderen Wirtschaftszweigen und die Ungewissheit bezüglich der weiteren geopolitischen Situation macht eine stabile Nahrungsmittelversorgung im Inland zwingend erforderlich. Deshalb muss auch der Verlust solcher landwirtschaftlicher Flächen größtmöglich vermieden werden, die zunächst an den Kriterien der "besonderen agrarstrukturellen Bedeutung" scheitern. Auch die Möglichkeit der baulichen (Weiter-)Entwicklung bleibt mit Blick auf die Ausweisung zahlreicher neuer Schutzgebiete doch fraglich. Damit ist insbesondere der jungen Generation die Möglichkeit genommen, ökonomisch auf Entwicklungen der unternehmerischen Freiheit zu verzeichnen, die Auswirkungen auf die dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit am internationalen Markt hat.

Im Umweltbericht heißt es wörtlich "die gegenwärtig überwiegend konventionell betriebene Landwirtschaft steht generell im Zielkonflikt mit dem Schutz des

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu

Naturhaushaltes, so dass Agrarbereiche vor allem perspektivisch mit Blick auf eine angestrebte Zunahme von umweltverträglich nachhaltig biologischer Bewirtschaftung erhaltenswert sind."

Hieraus wird diesseits geschlussfolgert, dass bei Notwendigkeit der Inanspruchnahme von landwirtschaftlicher Fläche, biologisch bewirtschaftete Fläche bevorzugt behandelt wird. Die uneingeschränkt Nutzbarkeit landwirtschaftlicher Fläche ist jedoch auch in der konventionellen Landwirtschaft elementare Voraussetzung, um die dauerhafte Existenz landwirtschaftlicher Betriebe - die ja ausweislich des Begründungstextes gewollt ist - zu gewährleisten. Einer insoweit offensichtlich vorgesehenen Differenzierung und Ungleichbehandlung von biologisch und konventionell genutzter landwirtschaftlicher Fläche wird entschieden widersprochen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Bereich der konventionellen Landwirtschaft sämtliche hohen gesetzlichen Standards eingehalten werden.

konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Der Anregung bezüglich dem Punkt der konventionellen Landwirtschaft wird gefolgt. Das Kap. 5.2.4 des Umweltberichtes wird für die 2. Offenlage geprüft und die Formulierungen angepasst.

AZ: Ö-O-302	
1001511	
1002369, 1001511	
<p>Inhalt</p> <p>Fläche Nagelsbaum</p> <p>Es gibt aber Flächen im gegenüber liegenden Ort Nagelsbaum, wo die Hauptverkehrsstrasse gerade komplett neu gemacht wird.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1002369_1]</p> <p>Dort im Bereich Nagelsbaum gibt es nur Felder (kein Biotop, kein Wasserlauf, etc.). Auch gibt es dort keine Anwohner, die beschränkt werden würden. Diese Fläche ist aber weiterhin als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Nach welchen Kriterien hier eine Auswahl der Flächen vorgenommen wurde, erschließt sich mir nicht auf den ersten Blick. Ich habe eine Fläche in Nagelsbaum, für die die komplette Infrastruktur vorliegt und gegenüber eine Fläche in Dierath, wor gar nichts vorhanden ist.</p> <p>Fläche Dierath wurde als ASB neu ausgewiesen, obwohl es dorthin keine Strasse oder Zuwegung gibt. Dafür gibt es aber Biotope, Wasserläufe und in der Natur lebende Tiere. Zudem gibt es genau auf der Fläche einen Rasen - Bolzplatz für die Kinder und Erwachsenen, der immer gerne beansprucht wird. Für die Pflege hat sich ein gemeinnütziger Verein gegründet. Im Bereich Nagelsbaum gibt es dagegen nur Felder (keine Biotope, kein Wasserlauf, etc.), die auch noch über zwei mögliche Anfahrtstrassen verfügen. Eine Strasse wird derzeit komplett neu saniert. Hier ist im Plan aber weiterhin Landschaftsschutzgebiet vorgesehen,</p> <p>siehe Teilstellungnahme ID_1002367</p> <p>Anhänge Abb_ID_1002369_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der faktischen Umstände im Bestand, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die veränderte Festlegung des ASB in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Der Stellungnahme ist insoweit entsprochen. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Stellungnahme hinsichtlich einer veränderten zeichnerischen Festlegung von Siedlungsraum in Dierath und hinsichtlich einer entsprechenden Erweiterung von Regionalem Grünzug und BSLE ist teilweise entsprochen (s. StnID 1003888).</p>

AZ: Ö-O-540	
1001711	
1006192, 1001711	
<p>Inhalt</p> <p>Waldgebiet "R27" zwischen der Brüderstraße in Bergisch Gladbach und der Autobahn A4.</p> <p>Mit Erschrecken haben wir festgestellt, dass diese Fläche als Gewerbe- oder Siedlungsfläche im Entwurf des Regionalplans der Stadt Köln zur Diskussion steht. In den vergangenen Jahren hatten wir bereits überflutete Keller durch Extremwetterlagen. Durch eine weitere versiegelung der Böden nimmt die Gefahr von Überschwemmungen mehr und mehr zu. Hier sind weitere Punkte aufgeführt, die zum Erhalte des Waldes beitragen..</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unser Wald dient als Überschwemmungsschutz, u.a. bei Extremwetterlagen; - Unser Wald speichert wie ein Schwamm bis zu 6,5 Millionen Liter Regenwasser; - Unser Wald fungiert als Schadstofffilter (Autobahn A4); - Geringere Schadstoffbelastung in der Luft und weniger Feinstaub; - Unser Wald dient als Frischluftspeicher, insbesondere an heißen Sommertagen; - Unser Wald dient als Lärmschutz (Autobahn A4), vor allem für die angrenzenden Wohngebiete; - Unser Wald ist für viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten unverzichtbarer Lebensraum; - Der Wald dient als direktes Naherholungsgebiet (u.a. auch für Hundehalter in unserem Wohngebiet); <p>Wir fordern Sie daher auf, das Waldgebiet in der aktuellen Form zu erhalten und somit einen Beitrag zu leisten, damit wir in unserem Wohngebiet im Einklang mit der Natur weiterleben können.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).</p>

AZ: Ö-O-557	
1001945	
1003015, 1001945	
<p>Inhalt</p> <p>Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 22.06.2022 werden seitens der Marktstadt Waldbröl keine Anregungen und Bedenken zu der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln vorgetragen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet und es werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

AZ: Ö-P-650	
ADFC Bonn/Rhein-Sieg e.V.	
1002934_001, ADFC Bonn/Rhein-Sieg e.V.	
<p>Inhalt</p> <p>1. Radschnellwege: Der Radschnellweg Bonn-Rhein-Sieg sollte im Text und in der Erläuterungskarte A4 mit einer konkreten Streckenplanung vorgesehen werden (d.h. rote statt gelber Linie in der Erläuterungskarte A4) gemäß der Wirtschaftlichkeitsberechnung mit Potenzialnachweis vom November 2018. Von Alfter-Witterschlick nach Bonn-Endenich zur BAB 565 und dann parallel der BAB 565 zur Friedrich-Ebert-Brücke von der Friedrich-Ebert-Brücke in Bonn begleitend zur Autobahn bis nach Menden und von dort bahnbegleitend bis zur geplanten Siegbücke nach Troisdorf mit einem Abzweig nach Norden parallel zur L269 über die Siegbücke und durch Bergheim bis an die L332 Mondorf-Eschmar Ein Radschnellweg zwischen Köln und Bonn sollte im Text und der Erläuterungskarte (Anhang-A4, dort darzustellen als gerader roter Strich zwischen den Städten Köln und Bonn) linksrheinisch vorgesehen werden. Auf Grund der hohen Pendlerströme zwischen Köln und Bonn sowie Köln bzw. Bonn und den linksrheinischen Kommunen Bornheim, Alfter und Swisttal im Rhein-Sieg-Kreis dürfte es keinen Zweifel geben, dass ein Potenzial von 2.000 Radfahrenden pro Werktag für einen Radschnellweg zwischen Köln und Bonn besteht.</p> <p>[Abbildung 1]</p> <p>Zuständig für Radschnellwege ist das Land, das aber im Leitfaden für Radschnellverbindungen in NRW den Kommunen auferlegt hat, dem Land eine Machbarkeitsstudie vorzulegen, wenn sie einen Radschnellweg mit regionaler Bedeutung haben wollen. Da die Städte Köln und Bonn sowie die Kreise, Städte und Gemeinden zwischen Köln und Bonn eine Zuständigkeit nur für ihr jeweiliges Stadt-, bzw. Kreis- oder Gemeindegebiet besitzen, sollte die Potenzialanalyse als erstem Schritt vom Regionalrat bei der Bezirksregierung Köln beauftragt werden. Es bietet sich an, damit das Fachplanungsbüro zu beauftragen, das das Radverkehrsnetz für das Rheinische Braunkohlerevier ausgeplant, dabei bereits Potenzialanalysen in Teilabschnitten einer Verbindung Köln-Bonn vorgenommen und für die Strecke zwischen Bornheim und Bonn das Potenzial für einen Radschnellweg erkannt hat.</p> <p>Anhänge Abb_ID_1002934_001.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Die angeregten Änderungen entsprechen nicht der Darstellungssystematik der Erläuterungskarte I2 (vgl. Begründung Kapitel 5.1.2). Dargestellt werden klassifizierte Radverbindungen des Radverkehrsnetz NRW, bestehende und geplante regionalbedeutsame Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard sowie Radschnellwege des Landes. Bei den benannten Radverbindungen handelt es sich zum Zeitpunkt der Planaufstellung um keine der genannten Planungen. Die fehlende Darstellung in Erläuterungskarte I2 steht einer weiteren Konkretisierung von Radschnellwegen im Rahmen der Fachplanung oder der Bauleitplanung nicht entgegen.</p> <p>Zudem werden Anregungen vorgebracht, die sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen richten.</p>

Inhalt

2. Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard. Rechtsrheinisch: Neben den Radpendler Routen nach Köln im Rechtsrheinischen Rhein-Sieg-Kreis (Niederkassel-Porz-Köln, Troisdorf-Porz-Köln, Lohmar-Rösrath-Köln) sollten die weiteren vom ADFC eingebrachten Pendler Routen mit konkreter Streckenplanung im Text und in der Erläuterungskarte A4 (dort mit oranger Signatur) berücksichtigt werden. Dies sind im Einzelnen: Radpendler Route Honrath Bf - Lohmar - Siegburg - Sankt Augustin - Hangelar. Die Route wurde vom ADFC den Kommunen 2019 in Form eines Konzeptentwurfs vorgeschlagen, woraufhin von den beteiligten Kommunen eine Machbarkeitsstudie beauftragt wurde. Diese wurde vom Planungsbüro Lindschulte im März 2021 vorgelegt und von den beteiligten Kommunen grundsätzlich befürwortet und soll nun schrittweise umgesetzt werden. Eine Weiterführung nach Bonn wäre wünschenswert (über die dort mögliche Fahrradbrücke über den Rhein). Radpendler Route Hennef-Siegburg-Troisdorf-Spich. Die Route wurde vom ADFC den Kommunen Ende 2020 in Form eines Konzeptentwurfs vorgeschlagen und von diesen grundsätzlich befürwortet. 2022 wurde die Kreisverwaltung beauftragt, ein zweites Planungsbüro zu beauftragen, an einzelnen kritischen Abschnitten konkreten Lösungsmöglichkeiten auszuarbeiten. Radpendler Route Bonn-Oberkassel-Königswinter-Bad Honnef. Die Route wurde vom ADFC Anfang 2020 in Form eines Konzeptentwurfs vorgeschlagen. Der Vorschlag wurde von den Kommunen grundsätzlich befürwortet und soll nun abschnittsweise überplant und umgesetzt werden. Ein erster Teilabschnitt (Oberkassel-Niederdollendorf) befindet sich bereits in der Umsetzung. Radpendler Route Hennef-Uckerath. Die Route wurde vom ADFC Anfang 2020 in Form eines Konzeptentwurfs vorgeschlagen. Sie soll nun im Rahmen des Masterplans Mobilität der Stadt Hennef berücksichtigt werden. Ohne konkrete Linienführung erachten wir folgende Radpendler Routen-Verbindungen für wichtig (diese sollten in der Erläuterungskarte A4 als gelber Strich vorgesehen werden): Lohmar-Troisdorf. Schaffung einer ganzjährig nutzbaren Verbindung mit einem gewissen Ausbaustandard. Hennef-Eitorf. Von Hennef bis zur S-Bahn-Station Blankenberg sollte neben dem Siegradweg eine direkte, der S-Bahn folgende Pendler Route vorgesehen werden. Im weiteren Verlauf bis Eitorf sollte der Siegradweg so weit wie möglich auf einen zum Radpendeln geeigneten Ausbaustandard gebracht werden. Bergheim-Troisdorf. Verbindung von Troisdorf am rechten Siegufer bis zur Siegbücke mit Anschluss an den Radschnellweg. Als Trasse kommt die Trasse der bisherigen Industriebahn nach Lilsdorf in Frage, wenn diese einen Anschluss an die DB-Strecke in Wahn erhält. Linksrheinisch Seit 2020 gibt es zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis, der Stadt Bonn und den beteiligten Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises abgestimmte Radpendler Routen: Rheinbach - Meckenheim - Bonn Rheinbach - Swistal - Alfter - Bonn (ab Knoten 72 der Radregion Rheinland über einen Abschnitt der Radpendler Route Bornheim - Bonn) Wachtberg(-Berkum) - Bad Godesberg Wachtberg(-Adendorf) - Bonn die in den Text und in die Erläuterungskarte (Anhang A4) als

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte I2 wird um die der Darstellungssystematik entsprechenden Radverbindungen fortgeschrieben.

Teilweise entsprechen die angeregten Änderungen nicht der Darstellungssystematik der Erläuterungskarte I2 (vgl. Begründung Kapitel 5.1.2). Dargestellt werden klassifizierte Radverbindungen des Radverkehrsnetz NRW, bestehende und geplante regionalbedeutsame Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard sowie Radschnellwege des Landes. Die fehlende Darstellung in Erläuterungskarte I2 steht einer weiteren Konkretisierung von Radverbindungen im Rahmen der Fachplanung oder der Bauleitplanung nicht entgegen.

Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard mit festgelegtem Routenverlauf aufgenommen werden sollten. Es gibt mittlerweile ein Radverkehrsnetz für das Rheinische Revier mit einem konkreten Maßnahmenplan u.a. für den Landkreis Euskirchen. Die Radvorrangrouten dieses Radverkehrsnetzes sollten in den Text und in die Erläuterungskarte (Anhang A4, dort als braun dargestellte Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard mit festgelegtem Routenverlauf) aufgenommen werden. Gleiches gilt für die bei der Erarbeitung des Radverkehrsnetzes für das Rheinische Revier vom Potenzial her anerkannten Radvorrangrouten zum Teil außerhalb des Rheinischen 3 / Reviers: Rheinbach - Euskirchen Rheinbach - Bad Münstereifel Bornheim - Weilerswist Bornheim - Brühl Bonn - Wesseling

[Abbildung 2]

Die bisher dargestellten gelben Striche im Anhang A4 im Landkreis Euskirchen entfallen dann zu Gunsten der im Maßnahmenplan enthaltenen Verbindungen mit festgelegtem Routenverlauf.

Anhänge

[Abb_ID_1002934_002.pdf](#)

AZ:	
Aachener Verkehrsverbund GmbH	
1004638, Aachener Verkehrsverbund GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>Der Nahverkehr Rheinland incl. des VRS hat zusammen mit dem Aachener Verkehrsverbund eine Stellungnahme abgegeben.</p> <p>Diese Stellungnahme liegt beim Nahverkehr Rheinland zur weiteren Bearbeitung vor.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird auf die gemeinsame Stellungnahme mit dem NVR verwiesen. Darüber hinaus werden weder Hinweise noch Anregungen oder Bedenken geäußert.</p>